

Kohl: **„Gelassenheit und Zuversicht“**



**Die Protokolle des
CDU-Bundesvorstands
1980 – 1983**

Droste

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1980 – 1983

Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von
Günter Buchstab, Hanns Jürgen Küsters,
Rudolf Morsey und Günther Schulz

Band 70

Kohl:
„Gelassenheit und Zuversicht“
Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980 – 1983

Droste

Kohl:
„Gelassenheit und Zuversicht“

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1980 – 1983

Bearbeitet von
Günter Buchstab

Droste

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagfoto: 30. Bundesparteitag, Hamburg 11/81
Fotograf: Joachim Giesel
21-030-193

Alle Rechte vorbehalten
© 2018 Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
Satz: CMS der Konrad-Adenauer-Stiftung,
Sankt Augustin/Berlin
Umschlag: Dung Marketing GmbH & Co. KG, Sankt Augustin
Druck: Kern GmbH, Bexbach
ISBN 978-3-7700-1924-3

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	IX
Übersicht über die Protokolle	XLI
Zusammensetzung des Bundesvorstands 1980 - 1983	XLIV
Zusammensetzung der Kabinette	XLVI
Wahlen 1980–1983	XLIX
Protokolle	1
Abkürzungen und Zeichen	1110
Quellen und Literatur	1117
Personenregister	1121
Sachregister	1128
Forschungen und Quellen	1139

Einleitung

Der Ausgang der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980, mit dem zweitschlechtesten Ergebnis für die Unionsparteien seit 1949, bedeutete in erster Linie eine schwere Schlappe für ihren Kanzlerkandidaten, den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Er hatte seine Chance bekommen und war gescheitert. Gegenüber dem Wahlergebnis von 1976 hatte die CDU/CSU 4,1 Prozent verloren und ihr Ziel, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, nicht erreicht; sie blieb aber mit 44,5 Prozent stärkste Fraktion im Bundestag. Da viele im CDU-Bundesvorstand die Niederlage des Unionskandidaten vorhergesehen hatten, war die Stimmungslage der Vorstandsmitglieder am Tag nach der verlorenen Wahl keineswegs von Enttäuschung, Niedergeschlagenheit oder gar Defätismus geprägt, war doch der erneute Erfolg der SPD/FDP-Koalition allenfalls vordergründig glänzend. Die SPD hatte nur etwa das gleiche Ergebnis erreicht wie 1976 (42,9 gegenüber 42,6 Prozent) und sich also auch unter den optimalen Kanzlerbonus-Bedingungen als nicht mehrheitsfähig erwiesen. Helmut Schmidt war trotz seiner bis in die Wählerschaft der Union reichenden Popularität nicht als strahlender Sieger aus der Wahl hervorgegangen, sondern hatte an Nimbus und Autorität verloren. Zudem war abzusehen, daß seine künftige politische Gestaltungsfähigkeit durch das Anwachsen der ideologisierten parlamentarischen Linken der SPD auf ca. 70 Abgeordnete erschwert werden würde. Erstmals seit 1921/22 institutionalisierte sich eine eigene Gruppe innerhalb der Fraktion, wie Kohl als Historiker feststellte¹, die sich zum Hort der Entfremdung zwischen dem Kanzler und seiner Partei entwickelte, vor allem in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Die FDP konnte sich um 2,7 auf 10,6 Prozent verbessern. Sie profitierte einerseits vom Anti-Strauß-Effekt, andererseits vom Linksruck der SPD. Der Wahlsieg der FDP konnte nach den Wahlanalysen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr „Grundgestein“ (Elisabeth Noelle-Neumann) unter fünf Prozent lag. Durch ihre Positionierung als „Auswegpartei“², die im Wahlkampf ihre „Korrektivfunktion“ innerhalb der Koalition³ herausgestellt hatte, war es der FDP gelungen, Zweitstimmen aus dem Lager der Union, der viele Wähler eine Regierungsübernahme mit einem Kanzlerkandidaten Strauß nicht zutrauten, wie auch der Sozialdemokraten auf sich zu ziehen. Da zudem 17 Prozent der FDP-Wähler die Erststimme für die CDU abgegeben hatten⁴, wurde im Bundesvorstand erwartet, daß sich dadurch die politische Distanz zwischen CDU/CSU und FDP verringern und deren politischer Spielraum innerhalb der Koalition verschieben würde. Weil die FDP nur auf drei Prozent fest bauen konnte und durch das Votum ihrer volatilen Wähler deshalb „unter einem ungeheuren Erfolgsdruck“ stand, war sie nach Kohls Einschätzung zu einem „gefährlichen Koalitionspartner für die Sozialdemokraten“ geworden⁵. Seine seit jeher verfolgte Strategie, die Liberalen als potentiellen Koalitionspartner sorgsam zu behandeln, erhielt damit neuen Schub.

1 S. 53; vgl. die Liste der „Parlamentarischen Linken“ in UiD vom 15. Oktober 1981 S. 6.

2 Stoltenberg S. 14.

3 Dregger S. 150.

4 Vgl. die Wahlanalyse von Noelle-Neumann in der Sitzung vom 12. Dezember 1980, hier S. 119.

5 S. 87.

So war die Regierung zwar mit dem Wahlergebnis bestätigt worden, aber ihre Probleme, die sich schon während der vergangenen Legislaturperiode in der Innen- und Außenpolitik abgezeichnet hatten – Rente, Vollbeschäftigung, Energieversorgung, Staatsverschuldung, Sicherheitspolitik usw. –, blieben unverändert bestehen. Diese Fragen waren in der SPD heftig umstritten und machten die Bruchlinien zwischen den Koalitionspartnern sichtbar. Entsprechend „malaiseartig“⁶ war die Atmosphäre in den Koalitionsverhandlungen. Das zähe Ringen, insbesondere bei den Themen Haushaltskonsolidierung und Wirtschaftspolitik, offenbarte, wie stark die Differenzen innerhalb der Koalition deren Handlungsfähigkeit einengten. Zukunftsvisionen oder neue Akzente in der Politik fehlten, so daß „keine der beiden Seiten in der Koalitionsvereinbarung ihre Identität wiederfinden“ konnte.⁷ Die Presse attestierte der neuen Regierung Schmidt/Genscher schon im November 1980 einen „miserablen Start“ und stellte nach der Haushaltsdebatte am 27.–30. Januar 1981 fest, „daß der Vorrat an Gemeinsamkeiten zwischen FDP und CDU/CSU ebenso stetig wachse, wie sich die sozialliberale Koalition politischer Gemeinsamkeiten entledige“.⁸

Noch entscheidender aber war es, daß im Wahlkampf mit dem gemeinsamen Programm der Unionsparteien eine „überzeugende politisch-personelle und organisatorische Übereinstimmung“ sichtbar geworden war⁹, die der Union „eine sehr gute, zukunftsbezogene, thematisch abgesicherte Grundlage“ gab¹⁰. Obwohl die CDU/CSU-Fraktion 17 Abgeordnete weniger als 1976 hatte, erschien sie stärker als 1976, „weil bestimmte Dinge, die damals bedrückend waren, weggefallen sind“.¹¹ Nach dem Scheitern ihres Vorsitzenden sah sich die CSU als Opposition in der Opposition in ihre Schranken verwiesen, so daß die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU nicht wie zu Beginn der letzten Legislaturperiode in Frage gestellt, sondern wie selbstverständlich im 9. Bundestag auf der Grundlage der Vereinbarung vom 13. Dezember 1976 fortgeführt wurde. Auf Vorschlag von Strauß wurde Helmut Kohl am 7. Oktober 1980 mit 210 Ja- gegen zwei Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen als Vorsitzender und damit zum unumstrittenen Oppositionsführer gewählt. Seine Autorität in der Doppelrolle von Partei- und Fraktionsvorsitz war größer denn je und wurde auch nicht gemindert, als es im Sommer 1982 Versuche aus Wirtschaftskreisen und von einigen CDU-Granden gab, seine Kanzlerfähigkeit anzuzweifeln und andere Kandidaten ins Gespräch zu bringen.¹²

Trotz der Wahlniederlage ging die Union, die so geschlossen war wie nie zuvor, also mit Zuversicht in die neue Wahlperiode. Ihre Führung wollte dabei keineswegs nur auf einen Bruch der SPD/FDP-Koalition warten und für einen Koalitionswechsel bereitstehen – wie es die Geschichte der Jahre 1980–1982 von ihrem Ende her betrachtet nahelegen mag. Vielmehr schwor Kohl am 3. November 1980 seine Partei auf den „Kärnerjob“ der Opposition für volle vier Jahre ein und warnte trotz des „miserablen Starts“ der

6 Kohl S. 49.

7 Generell zu den Jahren 1980–1982, vornehmlich aus der Sicht der Regierungspolitik, Jäger S. 188–263, hier S. 191; Geyer S. 95–109, 168–182; zu den Jahren 1982–1989 Manfred Schmidt: Rahmenbedingungen. In: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 7. Baden-Baden 2005 S. 3–60.

8 Kleinmann S. 441.

9 Kohl S. 3.

10 Vogel S. 29.

11 Kohl S. 96.

12 Kohl: Erinnerungen Bd.1 S. 620.

Regierung vor Spekulationen über eine mögliche Koalitionsveränderung während der Legislaturperiode, gar über eine große Koalition.

Vor diesem Hintergrund beraumte er eine Klausurtagung des Bundesvorstands für den 12./13. Dezember 1980 an, auf der nach intensiver Diskussion einer Wahlanalyse von Elisabeth Noelle-Neumann die „allgemeine Politik, für Neuwahlen usw.“¹³ beraten und abgestimmt werden sollte. Als Marschroute für die Oppositionsstrategie der kommenden Jahre gab er vor: „Wir haben die Funktion der Opposition jetzt ohne Wenn und Aber zu übernehmen.“¹⁴ Die Union stehe als „Hilfsmotor der Regierung“ nicht zur Verfügung, „wenn die Regierung im Dreck steht“; für sie sei „jetzt die Stunde der Wahrheit gekommen“. ¹⁵ In der neuen Legislaturperiode sollte deren Politik ohne entsprechende Korrekturen der Union in die „Beweislast“ gebracht werden, mit anderen Worten, die Regierung mit ihrer Verantwortlichkeit für die mißliche politische Lage allein zu lassen. Dies bedeutete eine grundsätzliche Revision des bisher geübten Oppositionskurses, über den Bundesrat und den Vermittlungsausschuß Gesetzesvorhaben der Regierung zu entschärfen oder zu verbessern. In der Vergangenheit hatte sich immer wieder gezeigt, daß die FDP Gesetzesvorhaben der Bundesregierung im Bundestag in der sicheren Erwartung mitgetragen hatte, daß die Unionsmehrheit im Bundesrat sie zu Fall bringen werde und der Bundesrat dadurch „zum nachbessernden Reparaturbetrieb für Fehlentwicklungen der Bundespolitik“ und so gewissermaßen zum Mitregenten wurde. ¹⁶ Damit sollte nun Schluß sein. Eine „Sonthofen-Strategie“, d. h. ein Neinsagen mit totaler Blockade der Regierung, wies Kohl allerdings zurück. Vielmehr betonte er, daß Gemeinsamkeit dann gefragt sei, „wenn dies im Interesse des Landes notwendig ist“ und „wenn es sozusagen wirklich Grundsatzzpositionen betrifft“. ¹⁷ Der Schwierigkeiten einer solch flexiblen Oppositionsstrategie war er sich sehr wohl bewußt, erforderte sie doch ein taktisches Verhalten mit geschicktem Navigieren zwischen „Skylia und Charybdis“. Aber „warum sollen wir nicht jetzt in dem Jahr, das wir zur Verfügung haben, das mal probieren?“ ¹⁸ Er meinte damit das wahlfreie Jahr 1981; die vorgezogene Neuwahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 10. Mai 1981 war zu diesem Zeitpunkt nicht vorherzusehen.

Eine Grundvoraussetzung für diese Strategie war für Kohl die Geschlossenheit der CDU auf allen Ebenen. Ein programmatisches „Schubladendenken“ dürfe es nicht geben. ¹⁹ Vielmehr hätten alle – Bundesspartei, Bundestagsfraktion, CDU-geführte Kommunen und Länder und deren Fraktionen, Landes- und Kreisverbände sowie die Vereinigungen – eine Politik mit dem Anspruch auf geistig-politische Führung und Grundorientierung „aus einem Guß“ zu vertreten mit dem Ziel, eine Wende der deutschen Politik zu erreichen. ²⁰ Wie wichtig auf diesem Weg die Arbeit der Fraktion für ihn war, zeigte seine Ankündigung, ihre Organisation straffen zu wollen, „damit die Fraktion schlagkräf-

13 Kohl S. 40.

14 S. 153.

15 S. 52.

16 Späth in UiD vom 15. Januar 1981 S. 12.

17 S. 153. – Beispiele dafür waren die Asylpolitik (s. S. XXV–XXVIII) und der Wohnungsbau (s. S. XXVIII–XXIX).

18 S. 151.

19 S. 191.

20 S. 1.

tiger wird“.²¹ Sie wurde neu strukturiert; an die Stelle der bisherigen sechs Arbeitskreise traten nach dem Ressortprinzip der Bundesministerien 15 Arbeitsgruppen, deren Vorsitzende die Sprecher der Fraktion sein sollten. Die Fraktion sollte insbesondere für die aktuellen Sachfragen zuständig sein, die sich aus der sich verschlechternden Wirtschaftslage, der wachsenden Arbeitslosigkeit, den Problemen der Energieversorgung und Haushaltskonsolidierung sowie aus der Verschärfung des Ost-West-Konflikts durch die sowjetische Interventionspolitik, damit der Sicherheitspolitik insgesamt, vor allem der Behandlung des in der SPD höchst umstrittenen Nato-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, ergaben.²² Dem Bundesvorstand fiel in dieser Arbeitsteilung die Funktion des Motors mit der programmatischen Ausarbeitung von Fragen der Zukunftsgestaltung sowie die Rolle als Koordinations- und Integrationsinstrument in der Partei zu.

Doch funktionierte die Abstimmung zwischen Fraktion und Partei in der Praxis nicht immer so reibungslos, wie dies geplant war. Die Protagonisten, die in beiden Gremien vertreten waren, äußerten hin und wieder verhaltene Kritik an der Zusammenarbeit, was Kohl auch als Kritik an seiner Koordinationsarbeit als Partei- und Fraktionsvorsitzender empfand. Diesen Hut wollte er sich aber nicht aufsetzen: „Um das noch einmal zu sagen, weil das immer aufkommt, ich kann es bald nicht mehr hören, unterschiedliche Betrachtung die Partei, die Fraktion. Erstens halte ich es für Quatsch, weil die Fraktionsmitglieder Mitglieder der Partei sind; sie sind ganz normale Mitglieder. (...) Die Partei muß mehr in die Fraktion hineinwirken, das ist ganz richtig, hier hat sie eine unterschiedliche Aufgabenstellung, keine Fragestellung, sondern eine Aufgabenstellung. Die Fraktion bildet notwendigerweise die Speerspitze. (...) Ich ertrage das auch mit großer Gelassenheit. Nur diese Art, unterschiedlich zu reden oder unterschiedliche Aufgabenstellungen zuzuschieben, was gar nicht als Aufgabenstellung, sondern als politische Grundsatzposition betrachtet wird, das muß ein Ende haben. Wir treten gegenüber der Öffentlichkeit in drei Feldern in Erscheinung hier in Bonn, das ist die Bundestagsfraktion, das ist die Hauptstadt der Partei, hier ist das Adenauer-Haus, und wenn es richtig gemacht wird, auch die Adenauer-Stiftung, die ja eine Funktion hat, aber etwas anderes ist als die Partei.“²³

Schon in der Legislaturperiode 1976-1980 hatte der Vorstand mit Fachkongressen, zahlreichen Arbeitspapieren und Programmen die Alternativen der CDU für eine potentielle Regierungsübernahme, nicht zuletzt auch das gemeinsame Wahlprogramm mit der Schwesterpartei formuliert, „das fortgilt“²⁴. Auf dieser Basis galt es weiterzuarbeiten. Die Partei sollte das wahlfreie Jahr für eine intensive Diskussion wichtiger politischer Themen nutzen und „sich als offen und sensibel für die Probleme der Bürger erweisen, die mit allen Schichten unseres Volkes dialog- und diskussionsfähig bleibt“.²⁵ Dafür waren sechs Schwerpunkte vorrangig vorgesehen: Europa, Nord-Süd-Konflikt, umweltfreundliches Wachstum, Vollbeschäftigung, Wahlfreiheit für Männer und Frauen in Familie und Beruf sowie Chancen und Zukunft der Jugend unter der Leitidee der geistig-politischen Grundlagen von Staat und Gesellschaft. Die Vorbereitung entsprechender Programm-

21 S. 7.

22 Vgl. UiD vom 20. November 1980 S. 15, 17. Dezember 1980 S. 7f.

23 S. 673f.

24 Kohl S. 3

25 Kommunikation der Klausurtagung am 12./13. Dezember 1980 in Boppard – UiD vom 17. Dezember 1980 S. 3–6.

entwürfe war Sache des Generalsekretärs, Heiner Geißler, der sie in den Sitzungen vorstellte und erläuterte. Nicht selten waren die Einreden der Mitglieder so gravierend, daß die Vorlagen in ihrem Inhalt und in ihren Formulierungen starke Ergänzungen und Veränderungen erfuhren und in weiteren Sitzungen diskutiert wurden, bis sie endgültig beschlossen werden konnten.

Schon im Januar 1981 zeichnete sich ab, daß sich die innenpolitischen Koordinaten zu ändern begannen. In Berlin versuchte der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe der Krise der skandalbelasteten SPD/FDP-Regierung mit einer Regierungsumbildung zu begegnen. Als er damit scheiterte, verkündete er Mitte Januar den Rücktritt des gesamten Senats. Auch der von der SPD als Feuerwehrmann nach Berlin geschickte Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel vermochte nicht, die verfahrenene Situation zu retten. Am 16. Januar hatte die Berliner CDU ein Volksbegehren zur Auflösung des Abgeordnetenhauses in die Wege geleitet, um Neuwahlen als „saubersten Weg“ aus der Krise zu erzwingen, dem Hunderttausende Folge leisteten.²⁶ Am 10. Mai kam es schließlich zur vorgezogenen Wahl, bei der die CDU mit Richard von Weizsäcker 48,0 (1979 44,4) Prozent der Stimmen erreichte – gegenüber 38,3 (42,7) Prozent für die SPD und Vogel, 5,6 (8,1) Prozent für die FDP und 7,2 Prozent für die Alternative Liste (AL), ein Konglomerat unterschiedlichster Strömungen in der Stadt, die mit diesem Ergebnis als drittstärkste Partei in das Abgeordnetenhaus einzog. Da die SPD eine Tolerierung durch die AL ablehnte, was ihr die Bildung einer Minderheitsregierung ermöglicht hätte, sondern sich stattdessen in die Opposition zurückzog, entschloß sich die FDP, die mit einem klaren Bekenntnis zur Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition in die Wahl gegangen, aber mit in den Sog des Abwärtstrends der SPD geraten war, mit kräftiger Nachhilfe aus Bonn und nach schweren internen Auseinandersetzungen zwischen Fraktion und Partei zunächst zur Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung²⁷, bevor sie 1983 schließlich in eine Koalition mit der CDU eintrat.

Ein Signal für Berlin hatte bereits die Kommunalwahl vom 22. März 1981 in Hessen gesetzt, bei der die CDU ihren Erdrutschsieg von 1977 (plus 11,5 Prozent) mit 47,4 Prozent stabilisieren konnte, während die SPD nochmals 3,5 Prozent verlor und auf 39,4 Prozent absank. Besondere Aufmerksamkeit fand das Wahlergebnis von Frankfurt, wo Walter Wallmann 54,2 Prozent erreichte (plus 2,9 Prozent) und den Nachweis erbrachte, daß die CDU auch als Großstadtpartei reüssieren konnte, die SPD nur auf 34,0 (minus 5,9) kam und die FDP sogar auf 4,3 Prozent abrutschte.²⁸

Das Scheitern der Berliner SPD/FDP-Koalition war von erheblicher Bedeutung. Sie war einerseits durch das Aufkommen der Alternativen in eine Minderheitssituation gezwungen worden, was generell die Aussichten für eine zukünftige Kooperation der beiden Parteien verdüsterte. Das Auseinanderbrechen der Berliner Koalitionäre unterpülte nach dem holprigen Start der Regierung auch deren Fundament in Bonn. Vor allem die FDP war in die kritische Lage geraten, bei weiterer Bindung an ihren bisherigen Koalitionspartner von Mal zu Mal das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde befürchten zu müssen. Andererseits deutete das Zerwürfnis innerhalb der Liberalen, zwischen dem linksliberalen und dem wirtschaftsliberalen Flügel, an, daß bei einer Neuorientierung und

26 Vgl. S. 233–238.

27 Vgl. dazu S. 372–385.

28 S. 350, 445, 456–459.

einem Wechsel zur Union eine parteiinterne Zerreißprobe drohte, die die FDP vor die Existenzfrage gestellt hätte. Aufgrund des immer dünner werdenden Bodens, auf dem sich die SPD/FDP-Koalitionäre bewegten, war diese Perspektive nicht auszuschließen.

Konfliktstoff mit der SPD boten vor allem die finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen und nicht zuletzt das „zentrale Element der Regierungspolitik – der NATO-Doppelbeschuß“. ²⁹ Zwar brachte der Parteivorsitzende und Außenminister Hans-Dietrich Genscher durch seine Rücktrittsdrohung von seinen Ämtern auf dem Kölner FDP-Parteitag Ende Mai 1981 eine Mehrheit für seine Forderung nach einer „strukturellen Wende“ im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik hinter sich. Auch gelang es ihm, seine Partei auf ein klares Bekenntnis zur Nachrüstung festzulegen. Nach seiner Einschätzung wurden diese Beschlüsse aber in der Öffentlichkeit und vor allem in der SPD zu wenig wahrgenommen, was ihn dazu veranlaßte, am 20. August 1981 seinen „Wendebrief“ an die FDP-Mitglieder zu schreiben, in dem er forderte: „Eine Wende ist notwendig. Jetzt geht es darum, die Weichen deutlich auf mehr Selbstverantwortung, auf Leistung und Selbstbestimmung zu stellen, das heißt eben auf mehr Freiheit“. ³⁰ Mit diesem Paukenschlag, der nicht nur von Teilen seiner Partei als Distanzierung vom Koalitionspartner verstanden wurde, ging es ihm darum, „die geistige Führung zu übernehmen und neue Horizonte aufzuzeigen“, eine Forderung, die in vergleichbaren Formulierungen Helmut Kohl und andere CDU-Vorstandsmitglieder in der vergangenen Periode schon verschiedentlich erhoben hatten ³¹ und nach der Bundestagswahl immer wieder erneuerten: „Der geistige Führungsanspruch, den wir erheben (ist) sozusagen auf einer moralisch-sittlichen Norm abgesichert“. ³² Genscher verfolgte mit seinem Brief aber nicht etwa das Ziel, einen Koalitionswechsel herbeizuführen, sondern „der Zusammenarbeit in der Regierung einen neuen Impuls zu geben“ und nicht zuletzt den Bundeskanzler in seiner Sicherheitspolitik zu stärken. ³³

Zu diesem Zeitpunkt warnte Kohl noch davor, „kurzfristig eine Veränderung der FDP in der Koalition zu sehen“. Eine Veränderung ihrer Position hielt er nur durch Wählerentscheidungen „in der Summe der Landtagswahlen“ für möglich. Wenige Monate später beurteilte er die Entwicklung in der FDP anders, warnte aber, „in öffentlichen Erklärungen der FDP sozusagen Podeste“ hinzustellen. Ursache für diese veränderte Lageeinschätzung waren nicht nur die Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsparteien in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Haushaltspolitik im Herbst 1981, sondern auch „die Beurteilung der inneren Struktur der Freien Demokraten“ im Blick auf die sog. Parteispendenaffäre um Graf Lambsdorff, den seine Partei in einem Akt von „Nichtsolidarität“ allein ließ. Die Rolle ihres Generalsekretärs Günter Verheugen aus der „linken Crew“ der FDP-Fraktion in dieser Sache bezeichnete Kohl geradezu als „sehr dubios“. ³⁴

Auch der CDU-Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep und sein Generalbevollmächtigter Uwe Lütjhe waren in diesem Zusammenhang ins Visier der Staatsanwaltschaften geraten, was ersterer allerdings „nach sehr sorgfältiger Überlegung mit großer Ruhe

²⁹ Genscher S. 447.

³⁰ Ebd. S. 488.

³¹ Protokolle 8 S. 881, 1619, 2190.

³² S. 195f., passim.

³³ Genscher S. 447f.

³⁴ S. 685, vgl. Jäger S. 227–232.

und Gelassenheit“ betrachtete³⁵. Schon im Juni 1981 war die Spendenaffäre bei der Beratung des Etats der CDU-Bundesgeschäftsstelle ein Thema, doch glaubte der Vorstand, mit seiner Handhabung der Spendenpraxis nach dem 2. Parteispendenurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1979 und der „schwierigen“ Umstellung auf Spenden nach Steuern auf der sicheren Seite zu sein.³⁶ Da die staatsanwaltlichen Ermittlungen aber „das Spendenklima insgesamt kaputt gemacht haben“³⁷, war die Finanzlage der Partei noch kritischer als zuvor geworden, so daß mit großen Erwartungen auf die von Bundespräsident Karl Carstens einberufene Kommission geblickt wurde, die Vorschläge zur Neuordnung der Parteienfinanzierung erarbeiten sollte, um „zukünftige Unklarheiten und sich daraus ergebende Probleme zu beenden“.³⁸ Kohl war aber wenig optimistisch und dämpfte die Erwartungen, „ob es anschließend gelingt, mit den drei Fraktionen zu übereinstimmenden Gesetzgebungen zu kommen (...), vor allem, wenn die SPD in sich noch weiter zerklüftet sein wird zu diesem Zeitpunkt“.³⁹ Tatsächlich kam es in der 9. Legislaturperiode dazu nicht mehr.⁴⁰

Anders als erhofft traten mit Genschers „Wendebrief“ Ruhe oder gar Aufbruchsstimmung im Regierungsbündnis nicht ein. Die schon kurz nach der Bundestagswahl feststellbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionären eskalierten zusehends und wurden verstärkt durch den Widerstand der SPD-Linken gegen die Regierungspolitik. Vor allem in der Sicherheitspolitik wuchs die Distanz zwischen dem Bundeskanzler und seiner Partei. Symptomatisch für die innerparteiliche Konstellation war die Beteiligung von Erhard Eppler an der Bonner Großdemonstration der Friedensbewegung vom 10. Oktober 1981, bei der das Präsidiumsmitglied der SPD als einer der Hauptredner gegen die Nachrüstungspolitik auftrat und gegen den heftigen Widerstand Schmidts auch noch vom Parteivorsitzenden Brandt unterstützt wurde. Die Haushaltspolitik entwickelte sich im Sommer 1982 zu einem weiteren Konfliktfeld. Die schwache Konjunktur, die hohen Zinsen und das Hochschnellen der Arbeitslosenzahlen rissen im Bundeshaushalt 1982 ein immer größer werdendes Loch, das auf keinen Fall mit der Aufnahme weiterer Kredite geschlossen werden sollte. Die Forderungen der SPD und der Gewerkschaften nach einem Beschäftigungsprogramm und einer Ergänzungsabgabe auf die Lohn- und Einkommenssteuer zur Finanzierung lehnte die FDP rigoros ab.⁴¹ Schon in seinem „Wendebrief“ hatte Genscher darauf hingewiesen, daß das Defizit ohne Einschnitte bei den Sozialleistungen nicht zu reduzieren war. Das Ergebnis nach wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsparteien war im Sommer 1981 ein „Sparpaket“, dessen Maßnahmen die Ausbildungsförderung, den Öffentlichen Dienst, die Krankenversicherung und die Subventionen im Sozialen Wohnungsbau betrafen. Zwar stimmte die SPD-Fraktion diesem Paket zähneknirschend zu, das Thema eines Beschäftigungspro-

35 S. 492f., S. 690–692.

36 Vgl. S. 432f.

37 Kiep S. 820.

38 Vgl. Bericht zur Neuordnung der Parteienfinanzierung. Vorschläge der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigen-Kommission. Köln 1983 S. 15.

39 S. 750.

40 Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22. Dezember 1983 – BGBl I S. 1577.

41 Vgl. dazu auch Dregger S. 697, Stoltenberg und Pieroth S. 698–702, Geißler S. 703f., Barzel S. 705, Gradl S. 714.

gramms blieb aber auf der Tagesordnung. Am 3. Februar 1982 wurde schließlich eine „Gemeinschaftsinitiative“ mit Einschnitten in Leistungsgesetze beschlossen, der auch die FDP tags darauf zustimmte. Statt einer Ergänzungsabgabe zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms sollte die Mehrwertsteuer um ein Prozent erhöht werden, um mit einer zehnprozentigen Investitionszulage die lahrende Wirtschaft anzukurbeln.⁴²

Das ganze Projekt traf aber weder in der SPD noch bei den Gewerkschaften auf großes Wohlwollen – im Gegenteil. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik griff Schmidt am 5. Februar 1982 zum Instrument der Vertrauensfrage, um die Zustimmung zum Beschäftigungs-Programm zu erzwingen, nicht zuletzt aber, um eine neue Legitimität für seine Sicherheitspolitik zu erhalten. Das Gesetzesvorhaben selbst stand freilich ohnehin auf tönernen Füßen, weil für die Steuererhöhung die Zustimmung des Bundesrats erforderlich war. Tatsächlich lehnte eine CDU/CSU-Mehrheit das Vorhaben am 30. April 1982 ab.

Schmidts Abstimmungserfolg erwies sich als Pyrrhus-Sieg, denn seine Wirtschafts- und Sicherheitspolitik stieß in seiner Partei nach wie vor auf weitgehende Ablehnung. Die Zerstrittenheit der SPD kostete nicht nur den Kanzler Sympathien, auch die Koalition verlor weiter an Zustimmung, was sich selbst in Kommunalwahlen – in Schleswig-Holstein am 7. März 1982 verlor die SPD 5,9, die FDP 0,5 Prozent gegenüber der Wahl von 1978 – auswirkte.⁴³ In der sog. Sonntagsfrage sank die SPD auf 33 Prozent ab, die FDP auf zehn Prozent, während die Union auf 50 Prozent kam.

Zum Menetekel für die Koalition wurden die Wahlen in Niedersachsen am 21. März und in Hamburg am 6. Juni 1982. In Niedersachsen erreichte Ernst Albrecht eine absolute Mehrheit für die CDU, während die SPD 5,7 Prozent verlor, die FDP 5,9 Prozent erhielt und die Grünen als vierte Partei mit 6,5 Prozent erstmals in den Landtag einzogen. „Das ist die vierte Partei, die wir gebraucht haben angesichts der Blockbildung von SPD und FDP“, stellte Kohl in seiner Wahlanalyse fest.⁴⁴ Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft überflügelte die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Walther Leisler Kiep erstmals in ihrer Geschichte die SPD, die 8,6 Prozent verlor, und wurde stärkste politische Kraft. Das Resultat war ein Tiefschlag für Helmut Schmidt, der sich intensiv im Wahlkampf engagiert und die Wahl zu einem Testergebnis für sich gemacht hatte, was zum Schluß sogar im SPD-Slogan gipfelte „Hamburg ist Helmut Schmidt“. Konsequenterweise bezeichnete Kiep den Wahlausgang als „einen wichtigen Beitrag (...) zur politischen Wende in Deutschland“.⁴⁵

Die Grün-Alternativen etablierten sich mit ihren Wahlerfolgen als vierte Kraft im Parteienspektrum und zogen wie schon in Baden-Württemberg, Bremen, Berlin und in Niedersachsen nun auch in Hamburg ins Parlament ein, was Kohl veranlaßte, seine Aussage zu bekräftigen, „das ist die vierte Partei, die wir brauchen“⁴⁶. Hatte er nach der Bundestagswahl 1980 noch die Stabilität des Dreiparteiensystems hervorgehoben und

42 Vgl. UiD vom 18. Februar 1982 CDU-Dokumentation 6 „Der Zickzackkurs der FDP. Vom Wahlversprechen zur Steuererhöhung.“

43 Vgl. dazu Stoltenberg S. 750–754.

44 S. 769, vgl. dazu auch S. 768–773.

45 S. 805.

46 S. 810.

vom „Niedergang der Grünen“ gesprochen⁴⁷, war davon jetzt keine Rede mehr, obwohl er glaubte, sie würden „nicht das Jahr überleben. (...) Aber sie verändern die Landschaft total, oder haben sie bereits verändert.“ So negativ sich die Wahlerfolge der Grünen auf den Fortbestand der SPD/FDP-Koalition auch auswirkten mochten und vor allem die SPD vor Probleme stellten, so besorgt wurde doch bereits nach der hessischen Kommunalwahl im Frühjahr 1981 registriert, daß sie auch für die CDU „eine gefährliche Herausforderung bedeuteten“.⁴⁸ Daß in Frankfurt ca. 29 Prozent der Jungwähler grün gewählt hatten⁴⁹, wurde als alarmierendes Signal für „das Ausbrechen der Wähler aus dem Spektrum der Volksparteien“ gesehen, die ihre Integrationsfunktion nicht mehr leisteten und strukturellen Veränderungen – den Symptomen eines „postmaterialistischen“ Wertewandels, der Differenzierung, der Fragmentierung bestimmter Themen, der Pluralisierung der Lebensstile und der Individualisierung – nicht mehr ausreichend Rechnung trügen. Zwar sei die Integration der Grünen eine vorrangige Aufgabe der SPD, doch auch die Union sei gefragt, da es in dieser neuen heterogenen Gruppierung – neben Anarchisten, Chaoten und Systemveränderern – auch „eine Menge Leute (gebe), die eigentlich von Haus aus willige CDU-Leute sind, Leute, die über dies und jenes ganz wild sind. (...) Da steckt ja auch ein Stück wirklich konservativer Überzeugung drin, die wir wieder zurückholen müssen“. Deshalb empfahl Kohl, nicht auf die Grünen einzuprügeln, sondern ihre Existenz nüchtern als politische Realität zur Kenntnis zu nehmen, zumal es ein normaler demokratischer Vorgang sei, „daß von Zeit zu Zeit bei einer Fünf-Prozent-Klausel sich neue Gruppierungen etablieren“.⁵⁰

Die Entscheidung der GAL für eine Tolerierung des SPD-Minderheitssenat unter Klaus von Dohnanyi alarmierte die erneut an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte FDP ein weiteres Mal, die – wie Schmidt für seine Person – diese Wahl zu einer „Testwahl“ für das sozial-liberale Bündnis und die Beliebtheit der Bundesregierung gemacht hatte. Jetzt war die strukturelle Mehrheitsfähigkeit von SPD/FDP-Koalitionen in weite Ferne gerückt und damit die Rolle der Liberalen als potentieller Koalitionspartner der SPD auf Dauer in Frage gestellt.⁵¹ Der Schock von Hamburg führte die FDP denn auch in Hessen, wo im September Landtagswahlen bevorstanden, dazu, eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU abzugeben, was die SPD als weiteren Angriff auf die Koalition im Bund interpretierte, nach dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Mischnick, aber als Schritt verstanden werden sollte, „um in Bonn die Koalition zu halten“.⁵²

Die Wahlergebnisse bei Kommunal- und Landtagswahlen und die offenkundige Agonie der Regierung hatten schon im Frühjahr 1982 die Zweifel verstärkt, ob die SPD/FDP-Bundesregierung noch den notwendigen Rückhalt bei den Wählern habe. In Umfragen pendelte die Union stets zwischen 50 und 54 Prozent. Kohl riskierte schon am 18. Januar 1982 „die Behauptung (...), daß in Wahrheit die Ära Schmidt vorbei ist“⁵³. Am 22. März 1982 war er sich sogar sicher, daß „wir die Regierung übernehmen“ – „Gelas-

47 S. 4.

48 Biedenkopf S. 446f.

49 Einzelergebnisse in UiD vom 26. März 1981 S. 10.

50 S. 810.

51 Vgl. S. 799–812.

52 S. 883.

53 S. 684.

senheit und Zuversicht zugleich ist jetzt das Richtige“, wandte sich aber sofort gegen den Ruf nach Neuwahlen.⁵⁴ Am liebsten wollte er das Thema aus der Diskussion „verban-
nen“⁵⁵, weil er zum einen sicher war, „daß im Moment noch keine Stimmung für Neu-
wahlen in der Bundesrepublik vorhanden ist“⁵⁶, zum anderen auch nicht sah, „wie wir
dazu kommen können. (...) Wem es wirklich ernst ist um den demokratischen Staat, der
muß wissen, daß Neuwahlen das allerletzte Mittel sind“.⁵⁷ Auch wies er darauf hin, daß
mit einer Neuwahl ohne eine Koalition ein Erwartungshorizont erweckt würde, der trotz
der zu diesem Zeitpunkt hervorragenden Umfrageergebnisse „für uns ins Umgekehrte
schlagen kann“.⁵⁸ Auch das Gerede über eine Kanzlerkandidatur blockte er sofort ab,
weil er es für eine „Riesendummheit“ hielt, sich zu diesem Zeitpunkt eine solche Perso-
naldiskussion aufladen zu lassen.⁵⁹

Zum Bewährungsfeld der Regierungskoalition wurden die anstehenden Beratungen
des Haushalts 1983, in dem gegenüber den zunächst optimistischen Erwartungen des
Regierungsentwurfs noch mehrere Milliarden einzusparen waren. Der Streit innerhalb
der Koalition verschärfte sich. Das „Siechtum“ in der letzten Phase der SPD/FDP-Koali-
tion⁶⁰ war nicht allein durch die sachpolitischen Probleme in der Innenpolitik, in der
Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, sondern auch durch die „Identitätskrise“ der SPD
hervorgerufen, die der Politikwissenschaftler und das SPD-Mitglied Richard Löwenthal
im Blick auf die Hinwendung von Teilen der Partei zu den Alternativen und der Friedens-
bewegung ausmachte.⁶¹ Diese Krise des Koalitionspartners, die die FDP mit in den
Abwärtssog der SPD zu reißen und ihre Existenz zu gefährden drohte, führte im hessi-
schen Wahlkampf zu verstärkten Absetzbewegungen von der SPD. Es war dann jedoch
das sog. Lambsdorff-Papier vom 9. September 1982, das Kanzler Schmidt als „Scheidungs-
brief“ auffaßte und ihm den willkommenen Anlaß bot, die kaum noch handlungsfähige
Koalition aufzukündigen. Mit einem Bündel von Maßnahmen zielte dieser Text im we-
sentlichen auf die Konsolidierung des Haushalts, eine marktwirtschaftliche Neuorientie-
rung mit Wachstumsimpulsen und arbeitsplatzfördernden Investitionen, die Eindäm-
mung der explodierenden Sozialstaatskosten durch Anpassung an das Wirtschaftswach-
stum sowie auf den Abbau bürokratischer Regulierungen. Nicht nur von der SPD und den
Gewerkschaften wurde das Konzept des Wirtschaftsministers scharf abgelehnt, auch die
Opposition war sich „darüber im klaren, daß in dem Papier Vernünftiges und absolut
Unvernünftiges miteinander verbacken ist“⁶². Alles deutete nun auf einen Koalitions-
wechsel hin.

Es waren aber nicht die unüberbrückbar gewordenen Hürden zwischen den Koali-
tionsparteien in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik, die Schmidt in seinem „Bericht zur
Lage der Nation am 9. September 1982 veranlaßten, den Oppositionsführer zu einem
konstruktiven Mißtrauensvotum aufzufordern und nach seiner Wahl Neuwahlen auszu-

54 S. 785, S. 804.

55 S. 787.

56 S. 784.

57 S. 775.

58 S. 787, so auch am 7. Juni 1982 S. 804, als das Thema nach der Hamburg-Wahl erneut aufkam.

59 S. 775.

60 Jäger S. 188–263.

61 Vgl. Kohl S. 996.

62 Kohl S. 906.

schreiben, sondern in erster Linie die erheblichen Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen SPD und FDP, die eine Weiterführung der Koalition in Frage stellten. Auf diesen Tatbestand verwies der Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher in der Ersten Lesung des Haushaltsentwurfs im Bundestag am 15./16. September 1982 unter lebhaftem Beifall der Union. Tatsächlich waren große Teile der SPD in diesem Politikfeld auf Distanz zur Bundesregierung gegangen und verweigerten ihr vor allem in der Rüstungskontrollpolitik zunehmend die Unterstützung.⁶³ Während Schmidt und die Regierung zur Erzwingung einer Abrüstung der sowjetischen SS-20 Raketen für die Umsetzung des im Dezember 1979 gefaßten NATO-Doppelbeschlusses, d.h. Verhandlungen mit der Sowjetunion und, wenn notwendig, Nachrüstung eintraten, setzten große Teile der SPD einseitig auf Verhandlungen. Damit desavouierten sie nicht nur die eigene Regierung, die an internationaler Glaubwürdigkeit einbüßte, sondern gerieten auch in eine Gegenposition zu den USA und den europäischen NATO-Partnern. Damit ging zugleich eine schwere Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen einher.⁶⁴

Die Beschlußlage der CDU war hingegen eindeutig. Das Fundament ihrer Sicherheit und Außenpolitik waren die NATO und die enge Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten. Sie wandte sich vehement gegen Neutralisierungs- und antiamerikanische Tendenzen und unterstützte die NATO-Entscheidung mit ihren beiden Teilen, Nachrüstung zur Abschreckung bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Abrüstung, um „Frieden und die Freiheit zu sichern“⁶⁵, und ließ sich auch von den massenmobilisierenden Protesten der Friedensbewegung, die in weite Kreise der Kirchen und Gewerkschaften hineinreichten, in dieser grundsätzlichen Haltung nicht beeinflussen. Dennoch konnte und wollte der Vorstand sich der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung, die seiner Meinung nach den Zusammenhang zwischen Frieden und Freiheit unterschlage oder bagatellisiere, nicht entziehen. Der einseitigen Friedenssehnsucht und dem mangelnden Wissen um die Ziele und Motive der Sowjetunion, die mit ihrer militärischen Übermacht kühl kalkulierend die Beeinflussung des politischen Willens in der Bundesrepublik verfolge, solle mit politischen Argumenten ohne „antisowjetischen Schaum vor dem Mund“ begegnet, auf die „Kausalität der politischen Expansion der Sowjets und des Rüstungswettlaufes“ hingewiesen und um Zustimmung für die Abrüstungs- und Sicherheitspolitik der Union geworben werden. Dabei müsse man die moralischen Positionen stärker berücksichtigen und wegkommen vom Raketen- und Waffenzählen und „der sehr schwierigen Argumentation, wie die ‚flexible response‘ funktioniere und welche Kriterien dazu beitragen“⁶⁶, mit der man die Masse der Bevölkerung nicht überzeugen könne. Die dringende Aufgabe der Union sei es vielmehr, weil SPD und FDP dies nicht täten, die Strategie der Sowjetunion „in dieser Form der Unterordnung des Militärischen unter das Politische“ der Bevölkerung stärker zu vermitteln.⁶⁷ Die „moralischen Positionen“ hatte Biedenkopf mit

63 Vgl. S. 995 Anm. 60.

64 Vgl. S. 483, UiD vom 16. April 1981 CDU-Dokumentation 13 „Deutsch-amerikanische Partnerschaft – das Fundament unserer Außenpolitik“, ebd. vom 14. Mai 1981 CDU-Dokumentation 16 „SPD und Nachrüstung. Partei auf Gegenkurs zum eigenen Bundeskanzler“, ebd. vom 23. Juli 1981 CDU-Dokumentation 23 „Die SPD und die ‚Deutsche Friedenspolitik‘ 1981“.

65 S. 543.

66 S. 640f., vgl. dazu die Ausführungen von Manfred Wörner S. 626–638.

67 Mertes S. 654–658.

„philosophischen Überlegungen“ in einem „Zeit“-Artikel vom 30. Oktober 1981 aufgegriffen⁶⁸, in dem er die Nuklearstrategie als dauerhaftes Konzept in Frage stellte und für die Rückkehr zur konventionellen Verteidigung plädierte. Er sorgte damit zwar für Irritationen, änderte aber nichts an der grundsätzlichen Übereinstimmung über die Prinzipien der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der CDU, für deren Ziele sie nach einer Umfrage vom Juli 1981 mit 53 Prozent Zustimmung zum NATO-Doppelbeschuß auf Rückhalt in der Bevölkerung zählen konnte.⁶⁹

Schmidts Drohung am 17. September 1982, die vier FDP-Minister zu entlassen, kamen diese mit ihrem Rücktritt zuvor, sicherlich ein schwerer taktischer Fehler, der Schmidt und der SPD die „Verrats“-Kampagne gegen die FDP ermöglichte. Dieses Manöver minderte ihre Aussichten für die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen am 26. September erheblich und machte eine Koalition mit der CDU fast aussichtslos. Einiges spricht für die Vermutung, daß die glänzend inszenierte Verratsrede Schmidts, mit der er seine vor allem nach 1980 durchwachsene Regierungsbilanz vergessen machte und sein Scheitern an seiner eigenen Partei verkleisterte, entscheidend zu dem hohen Renommee beigetragen hat, das er seitdem in der Bevölkerung genoß.

Nur wenige Wochen zuvor hatten die demoskopischen Umfragen der CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Alfred Dregger eine absolute Mehrheit für die hessische Landtagswahl am 26. September 1982 prognostiziert. Doch erhielt die CDU mit 45,6 Prozent 0,4 Punkte weniger als bei der Wahl von 1978, die SPD 42,8 Prozent (minus 2,5), während die FDP abgestraft wurde und mit dem Verlust von mehr als der Hälfte ihrer Wähler ein Fiasko erlebte und bloß noch 3,1 Prozent erreichte. Die Grünen hingegen kamen auf 8,0 Prozent und verhinderten als neue dritte Kraft im hessischen Landesparlament die Mehrheit einer der beiden großen Parteien. Die über das Wahlergebnis tief enttäuschte hessische CDU bezeichnete ihren Mißerfolg als „Opfergang“, den sie für den Bund erbracht habe.⁷⁰

Drei Tage nach dem Bruch in Bonn kamen die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP am 20. September überein, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Nach den Auseinandersetzungen, die sich innerhalb der FDP in Berlin und erneut bei der Koalitionsaussage in Hessen abgezeichnet hatten, war auch in der Bundes-FDP erheblicher Widerstand gegen einen Wechsel zu einer Koalition mit der CDU/CSU zu erwarten. Wie umstritten die Frage einer zukünftigen Koalition mit der Union war, in der gleichfalls Vorbehalte gegen den potentiellen Partner bestanden, was Kohl schon im März

68 Vgl. S. 619f., S. 632f.

69 S. 633 Anm. 15. – Vgl. dazu die zahlreichen Resolutionen, Veröffentlichungen und auch eigenen Demonstrationen, wie z. B. am 5. Juni 1982 mit über 100.000 Teilnehmern – UiD vom 27. Mai 1981 CDU-Dokumentation 18 „Friede ohne Waffen? Bundesweite Aktion für Frieden und Freiheit“, ebd. vom 19. Juni 1981 CDU-Dokumentation 20 „Frieden und Freiheit. Resolution zur aktuellen Friedensdiskussion“, ebd. vom 19. November 1981 CDU-Dokumentation 35 „Politik der aktiven Friedenssicherung. Über Abrüstungsinitiativen der CDU/CSU“, zur Demonstration vom 5. Juni ebd. vom 9. Juni 1982: „Presseecho – Diese Demonstration war überfällig“ sowie CDU-Dokumentation 19 „Rüstungskontrolle und Abrüstung“.

70 S. 948.

1982 konstatiert hatte⁷¹, zeigte die Abstimmung im FDP-Parteivorstand: Nur 18 Mitglieder stimmten für Koalitionsverhandlungen, dagegen waren 15; in der Bundestagsfraktion votierten 33 dafür, dagegen 18 Abgeordnete. Kohl war sich der Schwierigkeiten in der FDP voll bewußt und warnte am 20. September im Hinblick auf den Regierungswechsel vor der „kleinen Gruppe“, „die mit einer beinahe militanten Härte nein sagt“.⁷² Am 28. September schlossen CDU/CSU und FDP eine Koalitionsvereinbarung, die die Unionsfraktion einstimmig annahm.⁷³ Die FDP-Fraktion hingegen zeigte sich bei der Abstimmung über die getroffene Vereinbarung wiederum gespalten: 32 Abgeordnete stimmten zu, 20 stimmten mit Nein. Nahezu geschlossen hatte hingegen die CDU/CSU-Fraktion Kohl zum Kanzlerkandidaten nominiert.

Als Anfang September sich das Ende der Koalition abzeichnete, kamen – nicht zuletzt von Schmidt angeheizt – auch die Themen konstruktives Mißtrauensvotum und Neuwahlen auf. Dazu äußerte Kohl sich sehr zurückhaltend, „aus den Erfahrungen von 1972 gewitzt“: „Wir müssen dann auch schon die Frage stellen, wer das denn überhaupt machen will bei uns. Ich meine, jetzt nicht darüber reden und anderen das zu empfehlen, sondern mit einem eigenen Namen. Der meine ist es mit Sicherheit nicht, nur damit da kein Zweifel aufkommt.“⁷⁴ Wie schnell sich die Lage ändern würde, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Kohl selbst ging davon aus, daß die Dinge sich erst nach der Hessen- und Bayern-Wahl (am 10. Oktober 1982) und nach dem FDP-Parteitag im November klären lassen würden.

Den Vorschlag Schmidts und der SPD für unverzügliche Neuwahlen lehnte Kohl rundweg ab. Für ihn war es „indiskutabel“, daß Schmidt bei sofortigen Neuwahlen mit seinem Kanzlerbonus und den ihm zur Verfügung stehenden Millionen des BPA einen Wahlkampf bestreiten können würde. Auch dem potentiellen Koalitionspartner wären Neuwahlen in seiner Existenznot nicht zuzumuten. Selbst bei der „reelle(n) Chance, die absolute Mehrheit zu gewinnen“⁷⁵, wäre bei Neuwahlen nur mit einer Mehrheit der Union von fünf bis sieben Mandaten zu rechnen; angesichts der Schwere der Aufgabe, mit notwendigen Härten und Einschnitten in Leistungsgesetze, sei dies eine miserable „strategische Disposition“. Franz Josef Strauß setzte dagegen auf eine absolute Mehrheit der Unionsparteien und drängte seinerseits zunächst ebenfalls auf sofortige Neuwahlen, um die FDP aus dem Parlament zu eliminieren.⁷⁶ Kohl, der in längeren Zeiträumen dachte, konnte ihn allerdings ausmanövrieren. Er war sich sicher, daß eine absolute Mehrheit für die Union auf Dauer nicht gesichert, sie also auf einen Koalitionspartner angewiesen sei. Außerdem war ihm daran gelegen, mit einem Koalitionspartner FDP ein Gegengewicht zur CSU und zu Strauß zu haben, der bei einer absoluten Unionsmehrheit auf das Amt des Außenministers reflektierte. Auch dachte er schon an die Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen 1985, bei der mit scharfem Gegenwind von SPD

71 „Der Mehrheit der Bürger, aber auch unserer eigenen Mitglieder, ist schwer vermittelbar, daß ein neuer Anfang möglich sein soll mit einer Partei, die nun zwölf Jahre hauptverantwortlich an diesem Schlamassel beteiligt war.“ (S. 781)

72 S. 903.

73 Ergebnis der Koalitionsgespräche in UiD vom 1. Oktober 1982 – CDU-Extra 29.

74 S. 841f.

75 S. 906.

76 Vgl. dazu Möller S. 578–587.

und Gewerkschaften zu rechnen war, so daß die Wahl mit Sicherheit ohne eine Koalition mit der FDP nicht zu gewinnen sein würde.

Doch grundsätzlich war auch Kohl für Neuwahlen offen, allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt, weil er wegen der großen Herausforderungen, vor denen die neue Regierung stand, ein Wählervotum für eine ganze Legislaturperiode haben wollte⁷⁷, das hieß Neuwahlen in angemessener Frist nach dem Tag X, weil dann „die Erinnerungen an die Geschehnisse, die zum Tag X geführt haben, schon verblaßt sind und auch nicht so lange, als daß man schon die Wunder erwarten darf, sondern man noch konkret sagen kann, soundso sehen die Wege aus“.⁷⁸ Nach längerem Hin und Her einigte sich der Vorstand auf einen Termin im Frühjahr 1983. Tatsächlich waren die Weichen aber bereits vor der Vorstandssitzung gestellt worden: En passant ließ Kohl während der Diskussion – also noch vor dem ersten offiziellen Koalitionsgespräch am Nachmittag des 20. September – die Bemerkung fallen, daß eine entsprechende Verabredung mit der FDP für das erste Quartal 1983 bereits „unterschriftsreif“ sei; er selbst sprach vom ersten Sonntag im März.⁷⁹ Am 27. September gab er den mit den potentiellen Koalitionsparteien vereinbarten Terminplan offiziell bekannt: am 1. Oktober Wahl des Bundeskanzlers durch ein konstruktives Mißtrauensvotum, am 6. März 1983 Neuwahlen.⁸⁰ – Der Entscheidungsprozeß, der zu dieser Terminierung führte, ist ein signifikantes Beispiel für Kohls politisches Agieren: Erst nachdem er zunächst im kleinen Kreis die grundsätzlichen Fragen vorbesprochen und Einvernehmen erzielt hatte, stellte er sich der Diskussion in den größeren Gremien des Bundesvorstands und der CDU/CSU-Fraktion und ließ sich dort seine Marschroute endgültig absegnen. – Trotz der Vereinbarungen mit der FDP blieb Kohl bis zuletzt vorsichtig; noch kurz vor dem Mißtrauensvotum gegen Schmidt, der nach dem Bruch der Koalition noch eine SPD-Minderheitsregierung gebildet hatte, ließ er leise Zweifel anklingen, ob denn alles gutgehen werde.⁸¹

Roman Herzog äußerte sofort Zweifel an der Verfassungskonformität des Wegs zu Neuwahlen und wies auf die Problematik hin, daß die Bundestagsauflösung nicht „so ganz einfach zu begründen sein wird“.⁸² Tatsächlich war das Verfahren, über eine „manipulierte Vertrauensfrage“ zur Parlamentsauflösung zu kommen, nicht nur wegen des ungewissen Ausgangs von Neuwahlen, sondern vor allem wegen der verfassungsrechtlichen Tragfähigkeit riskant, besaß Kohl doch mit seiner Wahl das Vertrauen der Parlamentsmehrheit aus Unionsparteien und FDP. Die Begründung für das gewählte Verfahren lieferte er am 17. Dezember 1982, als er die Vertrauensfrage stellte: Die neue Koalition habe nur einen begrenzten Auftrag für ein „Dringlichkeitsprogramm“ mit seinen Einsparungsgesetzgebungen gehabt, der zwischen Oktober und Dezember 1982 erfüllt worden sei; weiterführende Maßnahmen bedürften jedoch der Legitimierung durch Neuwahlen. Erwartungsgemäß wurde die Vertrauensfrage durch Stimmenthaltung der Unions- und FDP-Abgeordneten bei Ablehnung der SPD-Fraktion negativ beschieden.⁸³

77 Vgl. dazu Kohl S. 997f.

78 S. 861.

79 Kohl S. 913, vgl. auch die Erklärung nach dem Koalitionsgespräch in UiD vom 23. September 1982: „Helmut Kohl soll Kanzler werden“; Stoltenberg: Wendepunkte S. 277f., S. 283.

80 S. 938.

81 S. 952.

82 S. 943, vgl. auch S. 1094.

83 Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 67–76.

Ähnlich wie bei den vereinbarten Terminfragen verhielt es sich mit dem Regierungsprogramm der „Koalition der Mitte“. Zwar hatte die CDU in der Vergangenheit ihre Vorstellungen in zahlreichen Programmen, Gesetzentwürfen und Verlautbarungen vorgelegt und war so bestens für die Sachthemen präpariert, ihre Konkretisierung für zukünftiges Regierungshandeln blieb jedoch einer kleinen Kommission von CDU-, CSU- und FDP-Repräsentanten vorbehalten, der Kohl, Stoltenberg, Strauß, Fritz Zimmermann, Genscher und Wolfgang Mischnick angehörten und der weitere Unterkommissionen zuarbeiteten. Das Ergebnis ihrer Verhandlungen zu den Bereichen Haushalt, Wirtschaftsbelebung, Arbeitsmarkt mit dem besonderen Schwerpunkt Sozialpolitik, „ein mühsames Geschäft“⁸⁴, wurde am 27. September 1982 im Vorstand vorgestellt.⁸⁵ Blüm, der das aufgrund der akuten Haushaltskrise, die sich noch dramatischer als befürchtet herausgestellt hatte, „mit heißer Nadel“ gestrickte Programm nicht tabuisieren wollte, appellierte an seine Vorstandskollegen, es bei aller berechtigten Kritik „mit dem Rückenwind der Partei“ zu vertreten.⁸⁶ Sein Appell stieß zwar auf offene Ohren, doch war eine gewisse Skepsis gegenüber den bisherigen Ergebnissen unverkennbar.⁸⁷ Verschiedentlich wurden in der konstruktiven Diskussion Anregungen gemacht, wie die „soziale Symmetrie“ ausgewogener gestaltet und die Plausibilität einzelner Maßnahmen deutlicher gemacht werden könne. Auf das weitere Procedere hatte das oberste Parteigremium aber keinen direkten Einfluß mehr. Am 13. Oktober gab Kohl seine Regierungserklärung ab, in der er den Anspruch artikulierte, nach der 13jährigen Phase der SPD/FDP-Koalition eine „geistig-moralische Wende“ herbeizuführen. Der von ihm dabei vorgelegte Haushaltsentwurf für 1983 umfaßte ein Stabilisierungsprogramm mit Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen und Steuererleichterungen. Um die Neuverschuldung zu begrenzen, sah der Haushalt auch die Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 1983, die Staffelung der Leistungsdauer beim Arbeitslosengeld sowie Kürzungen bei Unterhaltsleistungen vor.⁸⁸

Der Wiedereintritt in die Regierungsverantwortung 1982 bedeutete nicht nur für den CDU-Vorsitzenden selbst, sondern auch für den CDU-Bundesvorstand und die Partei insgesamt einen Paradigmenwechsel. Die veränderte Lage wurde allerdings nicht unmittelbar von allen Mitgliedern in ihrer vollen Tragweite wahrgenommen, was Kohl schon wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt feststellen mußte, als in der Öffentlichkeit und dann in der Vorstandssitzung am 8. November, also sechs Wochen nach der Kanzlerwahl, deutliche Kritik von einzelnen Vorstandsmitgliedern gegen Einschnitte im Bundeshaushalt 1983 laut wurde. Die Kritik entzündete sich insbesondere an Einzelmaßnahmen wie der Ausbildungsförderung, der Bildungspolitik⁸⁹, der Krankenversicherung⁹⁰, mit der Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten⁹¹, um nur einige Punkte zu nennen. Insbesondere ging es den Vorstandsmitgliedern um eine bessere soziale Ausgewogenheit

84 Kohl S. 960.

85 Vgl. S. 952–971.

86 S. 961.

87 Albrecht S. 964: „Wir müssen jetzt vieles machen, was wir früher abgelehnt haben“.

88 Sten. Ber. 9. WP 121. Sitzung vom 13. Oktober 1982 S. 7213–7229. Vgl. Stoltenberg: Wendepunkte S. 279–283.

89 S. 1003f.

90 S. 1008f.

91 S. 1094.

des Stabilisierungsprogramms⁹², wobei die einkommensabhängigen Kürzungen beim Kindergeld ab dem zweiten Kind, die Abschaffung des Schüler-Bafög und das Vorhaben einer „Investitionsanleihe“ mit kritischen Anmerkungen kommentiert wurden. Begrüßt wurden hingegen die steuerpolitischen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus. Wissmann regte zudem Maßnahmen zu mehr Wehrgerechtigkeit an, die jahrelang an der inneren Zerrissenheit der SPD gescheitert waren.⁹³ Die Regierung reagierte prompt: Bereits am 16. Dezember 1982 wurde das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes vom Bundestag verabschiedet.⁹⁴

Zwar konzidierte der neue Kanzler, daß das komplette Dringlichkeitsprogramm zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, zur Verringerung des Haushaltsdefizits und zur Sicherung des sozialen Netzes nicht überall Wohlgefallen ausgelöst habe und der demgemäß konzipierte Haushalt, der in großer Zeitnot aufzustellen war, kein Opus sei, „von dem wir die Überzeugung haben, es sei der Weisheit letzter Schluß“. Er verwahrte sich aber angesichts der „blanken Notlage“, der vorgefundenen katastrophalen Situation, die schnelles Handeln und schmerzliche Einschnitte erfordert habe, gegen Einreden, die an der „Solidargesinnung“ einzelner Ressortminister zweifelten. Er fand dies „unerträglich“ und bat mit Nachdruck darum, daß diejenigen, „die sich jetzt hinstellen und doch für uns insgesamt den Kopf hinhalten, auch ein bißchen Wärme und Gemeinsamkeit bei uns verspüren“.⁹⁵ Neben der Kritik gab es im allgemeinen aber auch Ermutigung, so daß Kohl im Hinblick auf die bevorstehende Wahl davon ausgehen konnte, „wir haben wirklich eine gute Chance, wenn wir das nur selbst wollen und offensiv vertreten“.⁹⁶

Freilich erhielt der vorsichtige Optimismus einen gewaltigen Dämpfer durch den Ausgang der erneuten Hamburg-Wahl am 19. Dezember 1982, die der SPD mit einem Zuwachs von 8,6 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit einbrachte. Die CDU verlor 5,4 Prozent, die FDP sank mit 2,6 Prozent gar auf den Rang einer Splitterpartei ab. Zwar verloren die Alternativen ebenfalls an Stimmen, blieben aber mit 6,8 Prozent als dritte Kraft in der Bürgerschaft. Ausschlaggebend für dieses alarmierende Wahlergebnis waren zum einen die der FDP so nachträgliche Verrats-Kampagne und der in der Heimatstadt des abgewählten Kanzlers wirkende „Schmidtleidseffekt“ wie auch zum anderen eine die Realitäten verfälschende Mietenkampagne der SPD, die die Wähler verunsicherte, weil sie den Eindruck erweckte, als ob die Mieten durch das neue Mietrecht im sozialen Wohnungsbau steigen würden. Tatsächlich beruhten die Mieterhöhungen auf einer Entscheidung des SPD-Senats vom 31. August 1982, so daß Kohl vom „größten Nachkriegswahlbetrug“ sprach und Geißler die SPD der „Mietenlüge“ bezichtigte.⁹⁷

Um aus der Defensive herauszukommen, in die die neue Regierung mit den zum Teil unpopulären Maßnahmen geraten war, die auch an der Parteibasis für Unmut sorgten, startete die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Kampagne „Die Regierung Kohl handelt“, mit der um Verständnis „auf dem langen und schwierigen Weg zur Sanierung der von der

92 S. 1027.

93 S. 28, S. 1001f.

94 BGBl I vom 28. Februar 1983 S. 203.

95 8. November 1982 S. 991–993; vgl. Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989 S. XVI.

96 Vgl. S. 1028, S. 1032; allgemein Wirsching S. 29f.

97 S. 1032, zum neuen Mietrecht vgl. Uid vom 20. Januar 1983 CDU-Extra 3.

Regierung Schmidt zerrütteten Bundesfinanzen, zur Wiedergesundung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ geworben werden sollte. Gleichzeitig legte sie den vorgesehenen Maßnahmenkatalog zur Förderung und Stärkung der Familie vor.⁹⁸

Aufgrund der rasanten Veränderung der politischen Großwetterlage und des Zerfalls der SPD/FDP-Regierung wird leicht übersehen, daß die CDU sich nach der Bundestagswahl 1980 keineswegs auf den Lorbeeren der Programmatik ausruhte, die sie bis 1980 erarbeitet hatte⁹⁹, und nicht bloß abwartete, bis ihr die Früchte dieser Arbeit in den Schoß fielen. Vielmehr wurden die Aussagen des Ludwigshafener Grundsatzprogramms und anderer Programme, mit denen die Partei die Meinungsführerschaft und die Rückkehr zur Macht anstrebte, konkretisiert und schwerpunktmäßig weiterentwickelt. Bei der Klausurtagung im Dezember 1980 wurden als Themenkomplexe Europa, Nord-Süd-Konflikt, umweltfreundliches Wachstum, Vollbeschäftigung, Wahlfreiheit für Männer und Frauen in Familie und Beruf sowie Chancen und Zukunft der Jugend vorgesehen, mit denen sich Vorstand und Partei intensiv befassen wollten.

Aufgrund der Wahlanalysen war man zu der Einschätzung gekommen, die Union sei in Gefahr, daß sie aus der jungen Generation „biologisch herauswache“¹⁰⁰. Zwar war die CDU überzeugt, mehrheitsfähig zu sein, aber um den Schritt von der Mehrheitsfähigkeit zur tatsächlichen Mehrheit und zur Rückkehr zur Macht zu vollziehen, bedurfte es der Anstrengung, die Mehrheit der jungen Wähler für die Politik der Union zu gewinnen. Kohl kündigte nicht zuletzt vor diesem Hintergrund, aber auch wegen des ihn umtreibenden Problems der Jugendarbeitslosigkeit am 3. November 1980 für das Jahr 1981 einen eigenen Parteitag zum Thema Bildungspolitik an, in dem Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsfragen im Mittelpunkt stehen sollten, weil man sonst nicht „über Jugend und Zukunftspolitik in der Bundesrepublik reden kann.“¹⁰¹ „Das umfaßt die Schule, Frage nach dem Zustand der Hauptschule, nach der Beruflichen Bildung wie nach dem Zustand der Oberstufenreform bis hin zu so ketzerischen Fragen, warum wir neben einem weiteren Land in der Welt die einzigen sind, die halt neun Jahre die Gymnasiasten auf die Schule schicken.“¹⁰² Antworten sollten aber auch auf die Suche der Jugend nach Sinn gegeben sowie den „oft nur vorgegebenen Besorgnissen um die Folgen neuer Technologien“, den „technischen Defätismus“, der von den alternativen Bewegungen als Hebel

98 Vgl. zu den einzelnen Maßnahmen die Selbstdarstellung: „Die Regierung Kohl handelt: Das Sofortprogramm zur Ankurbelung des Wohnungsbaus sowie Neuregelung der Ausbildungsförderung“ (UiD vom 11. November 1982 CDU-Dokumentation 35 S. 1–5, 5–8), „Die Regierung Kohl handelt: Sicherung des sozialen Netzes“ (ebd. vom 18. November 1982 CDU-Dokumentation 36), „Die Regierung Kohl handelt: Wir stärken die Familie“ (ebd. vom 2. Dezember 1982 CDU-Dokumentation 38), „Die Regierung Kohl handelt: Mit uns aus der Wirtschafts- und Finanzkrise“ (ebd. vom 21. Dezember 1982 CDU-Dokumentation 40).

99 Vgl. Protokolle 8 S. XXVIII f., Geißler S. 261 f.

100 Biedenkopf S. 22.

101 S. 40.

102 S. 355. – Kohl trat verschiedentlich für eine Schulzeitverkürzung ein, vgl. aber die gegenteilige Interpretation in FAZ vom 10. August 2017: „Der junge Helmut Kohl zum Lehrersein“.

zur gesellschaftlichen Systemveränderung geschürt werde, mit Anstößen „für neue, bessere Lösungen“ begegnet werden.¹⁰³

Mit verschiedenen Dokumentationen sowie Foren und Beschlüssen auf dem Bundesparteitag vom 9.–10. März 1981 in Mannheim nahm die Partei diese Themen auf.¹⁰⁴ Höhepunkt der jugendpolitischen Aktivitäten wurde der 30. Bundesparteitag vom 2.–5. November 1981 in Hamburg, zu dem die CDU über 400 Jugendliche einlud, um mit ihnen den Dialog über den nach intensiven Beratungen am 21. September 1981 vom Bundesvorstand beschlossenen Leitantrag zu führen, zweifellos ein risikobehaftetes Experiment, das aber zu einem großen Erfolg mit gewaltiger öffentlicher Resonanz wurde. Der Antrag unter der Überschrift „Mit der Jugend. Unser Land braucht einen neuen Anfang“ umfaßte nach einer Präambel, in der dezidiert auf die geistigen Grundlagen hingewiesen wurde, von denen aus das Land erneuert werden müsse, vier Themenkomplexe: „Frieden und Freiheit sichern“, „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern“, „Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen“ und „Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft“.¹⁰⁵ Die jugendpolitische Aktivität war mit dem Parteitagsbeschluß nicht beendet; denn der Bundesvorstand erhielt noch Detailaufträge, mit denen er sich im Jahr 1982 zu befassen hatte. Am 8. März 1982 stand das Thema Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen auf der Tagesordnung, am 6. September 1982 das Thema Zulassungsverfahren zum Hochschulstudium.

Der Sinn des Leitantrags lag nicht darin, das Grundsatzprogramm von 1978 neu aufzulegen, sondern vielmehr darin, es der aktuellen politischen Lage anzupassen und die Fähigkeit der CDU zur Übernahme der Regierungsverantwortung zu beweisen. In den eingehenden Diskussionen entwickelte der Vorstand ein umfassendes innen- und außenpolitisches Programm zu allen langfristigen außen- und innenpolitischen Themen. In den teils kontroversen Diskussionen über die grundsätzlichen Positionen trafen die unterschiedlichen konservativen, liberalen oder sozialen Positionen, Strömungen und Vorstellungen des gesamten Spektrums der Partei aufeinander. In mehreren Sitzungen wurde nicht nur um die Themen selbst, sondern auch um jedes Kapitel, um Begriffe und Formulierungen gerungen, bis schließlich am 21. September 1981 ein von allen mitgetragener Text abgestimmt war, der weit über die von Kohl ursprünglich für diesen Parteitag vorgesehene Thematik Jugend und Bildung und die Anliegen der Jugend hinausging.

Das Programm war einerseits als Grundlage eines neuen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zukunftsmodells und andererseits als Angebot und Aufforderung an die junge Generation zu verstehen. Bewußt setzte die CDU ihr Modell einer offenen Gesellschaft mit einer menschlichen und überschaubaren Ordnung, die Raum für Eigeninitiative und Risikobereitschaft, für persönliche soziale Verantwortung und Menschlichkeit bietet, der negativen Entwicklung entgegen, die unter der SPD-geführten Bundesregierung einge-

103 Vgl. „Technikfeindlichkeit oder Technikangst der jungen Generation?“ UiD vom 7. Mai 1981 CDU-Dokumentation 15.

104 Vgl. UiD vom 12. März 1981 S. 31–35 (Rede Geißlers), ebd. CDU-Extra 8 S. 12f., „Jugendberatung in Drogenfragen“ S. 17–22.

105 Leitantrag des CDU-Bundesvorstands zum 30. Bundesparteitag „Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen“, beschlossen am 21. September 1981 UiD vom 24. September 1981 CDU-Dokumentation 27 S. 13–18 – konkretisiert in CDU-Dokumentation 31 vom 22. Oktober 1981 – Beschluß des Parteitags CDU-Dokumentation 33/34 vom 6. November 1981; Druck in: Die CDU-Parteitageprogramme S. 171–200.

setzt hatte. Im Kapitel „Frieden und Freiheit sichern“ übte die CDU grundsätzliche Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung, durch die die Bündnistreue der Bundesrepublik ins Zwielicht geraten und der Verteidigungswille geschwächt worden sei; sie betonte, daß für sie „Verteidigungsfähigkeit und Entspannung gleichwertige Elemente deutscher Außenpolitik“ seien; sie sprach sich „vorbehaltslos zu einer konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung“ des NATO-Doppelbeschlusses aus, setzte „auf die friedensstiftende Kraft Europas“ und forderte „die unverzügliche Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Politischen Union“, die Entwicklungshilfe verstand sie als Beitrag zur Friedenssicherung; im Abschnitt Deutschlandpolitik bekannte sich die CDU zur Selbstbestimmung und friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit im europäischen Rahmen; als vorrangige „Aufgabe der Deutschlandpolitik“ betrachtete sie es, „die Folgen der Teilung für die Menschen erträglicher zu machen“. Im Kapitel „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern“, in dem sie die Besinnung auf die geistig-ethischen Grundlagen der Ordnungspolitik forderte, äußerte sie sich zur „Partnerschaft von Mann und Frau, von Arbeitswelt und Familie“ mit Vorschlägen, wie sie die „Zweite Phase“ der Wirtschaftsordnung bis hin zu Fragen des Wohnungsbaus, der Ausschöpfung aller Energiequellen, einschließlich der Kernkraft, und der Einführung neuer Technologien zu gestalten dachte. Im Kapitel „Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen eröffnen“ befaßte sie sich mit Bildung und Erziehung als öffentlicher Aufgabe, mit Lehrerbildung und Hochschule, mit dem Thema der individuellen Förderung und überhaupt mit der Frage von mehr Menschlichkeit in Schule und Ausbildung. Im abschließenden Kapitel „Unser Ziel: Die menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft“ trat sie für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht ein, für eine lebenswerte Zukunft der Jugend und für eine Wiederbelebung menschlicher, sozialer und bürgerlicher Tugenden.

Mit diesem umfassenden Programm hatte die CDU nicht nur die in der Klausurtagung vom Dezember 1980 beschlossenen Themenfelder abgedeckt, sondern darüber hinaus auch ihre Alternative zur Regierung formuliert und ihre Sachkompetenz wie auch ihre geistig-moralische Führungskraft für eine Regierungsübernahme und eine grundlegende „Wende“ vor aller Öffentlichkeit demonstriert. Mit nicht geringer Befriedigung konnte Kohl in der ersten Sitzung nach dem Parteitag am 23. November 1981 auf die Zahlen der demoskopischen Institute verweisen, die die Union zwischen 52 und 53 Prozent sahen, also eine wachsende Zustimmung für ihre Politik signalisierten, während die SPD nur noch auf 32 bis 33 Prozent zählen konnte.

In Fortsetzung der Programmarbeit kündigte Kohl bereits am 18. Januar 1982 Vorschläge zum Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an, die gemeinsam von der Bundestagsfraktion, von den Bundesländern und der Partei erarbeitet und getragen werden sollten. Denn für ihn stand es außer Frage, daß „natürlich neben der Frage der inneren und äußeren Sicherheit die Frage der Sicherheit der Arbeitsplätze, die Frage des Wiederin-Gang-Bringens der Wirtschaft, der wirtschaftlichen Entwicklung für die Zukunft die entscheidende Frage des Jahres 1982 sein wird, und daß wir alles tun müssen, um auch diese Frage ganz offensiv, nicht zuletzt im Blick auf die vier Landtagswahlen, zu gestalten.“¹⁰⁶ Das Ergebnis war eine „Sieben-Punkte-Offensive“ für eine neue Wirtschafts- und

Beschäftigungspolitik unter der Überschrift „Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft“, die als eine umfassende Alternative zur Haushalts-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, nicht zuletzt zu ihrem umstrittenen Beschäftigungsprogramm verstanden werden sollte. Die sieben Punkte waren: 1. Den Haushalt in Ordnung bringen, 2. Mehr private und öffentliche Investitionen, 3. Mehr Selbständige, 4. Mehr Wohnungen bauen, 5. Den technischen Fortschritt fördern, 6. Tarifpartner tragen Verantwortung, 7. Den Arbeitsmarkt öffnen.¹⁰⁷

Unabhängig von diesen umfassenden Programmen beschäftigte sich der Bundesvorstand eingehend mit allen aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik – Rente, Vollbeschäftigung, Wohnungsbau, Energieversorgung, Staatsverschuldung, Ausländerrecht und Asylpolitik, NATO-Doppelbeschluß usw. – und legte dazu zahlreiche eigene Stellungnahmen und Konzepte vor. Aus dem innenpolitischen Bereich sollen hier einige wenige Schwerpunkte herausgegriffen werden, die z. T. bis heute – wenn auch unter veränderten Vorzeichen – auf der politischen Tagesordnung stehen.

INNENPOLITIK

Der Anstieg des Zuzugs von Ausländern zwischen 1979 und 1982 von rund 650.000 auf 4,63 Millionen ließ in der Bevölkerung die Sorge vor Überfremdung und wachsender Kriminalität, schlechterer Wohnungsversorgung und Verlust von Arbeitsplätzen wachsen und führte zu steigenden Spannungen in der Gesellschaft.¹⁰⁸ Die Ausländerfeindlichkeit wurde zu einem Thema, mit dem Wahlkämpfe zu bestreiten und zu gewinnen waren.¹⁰⁹ Eine „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ kam bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 7. März 1982 auf 3,8 Prozent der Stimmen. Ihre größten Gewinne mit bis zu acht Prozent in einzelnen Wahlbezirken erzielte sie in den Hochburgen der SPD und in den Arbeiterbezirken mit einem hohen Türkenanteil; dort vor allem verlor die SPD neun Prozent.¹¹⁰ Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg kandidierte eine „Hamburger Liste für Ausländerstopp“, die allerdings nur 0,7 Prozent der Stimmen erreichte; die SPD verlor dennoch erdrutschartig 8,6 Prozent, was nicht zuletzt als eine Reaktion der Arbeiterwähler auf den Vorschlag Klaus von Dohnanyis interpretiert wurde, der im April 1982 einen Gesetzentwurf angekündigt hatte, der den Ausländern das kommunale Wahlrecht einräumen sollte.¹¹¹

Die Ausländerfeindlichkeit richtete sich vor allem gegen die mit etwa 1,5 Millionen größte Gruppe der Türken mit ihren Familien, die zu Abschottung und Gettobildung neigten. Ihre mangelnde Integration¹¹² warf vor allem für die soziale und berufliche Eingliederung der Kinder und Jugendlichen, die durch den Familiennachzug ins Land kamen, zunehmende Probleme auf, gerade auch in der Bildungspolitik. Schon im Herbst 1977 hatte die CDU ein Konzept zur Ausländerpolitik auf der Grundlage des christlichen

107 Ebd.

108 Vgl. Ulrich Herbert/Karin Kuhn: Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern. In *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945* Bd. 6 S. 751–777.

109 Albrecht S. 772, Kiep S. 778, Echternach S. 807.

110 Stoltenberg S. 751f.

111 Echternach S. 807.

112 Beispiele von Späth S. 215, 339, 563.

Menschenbilds und ihrer Grundwertebindung beschlossen und sich für die soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien ausgesprochen. Gleichzeitig machte sie aber deutlich, daß Deutschland kein klassisches Einwanderungsland sei und nicht unbegrenzt Ausländer aufnehmen könne.¹¹³ Diese Grundlage ihrer Ausländerpolitik, die einerseits auf humanes Zusammenleben, d. h. Integration, andererseits auf Einschränkung der Zuwanderung und auf Rückführungskonzepte setzte, schrieb sie in den kommenden Jahren in einer Reihe von Memoranden und Gesetzesinitiativen fort.¹¹⁴ Am 20./21. Oktober 1982 folgte schließlich ein Kongreß „Ausländer in Deutschland – für eine gemeinsame Zukunft“ mit über 600 Teilnehmern, darunter mehr als ein Drittel ausländische Mitbürger, der dem Ziel diente, die Situation der ausländischen Einwanderer umfassend zu analysieren und Wege zur Lösung der Probleme aufzuzeigen.¹¹⁵

Die SPD/FDP-Regierung suchte zwar auch den Integrationsforderungen gerecht zu werden, geriet aber durch die schlechte Wirtschafts- und Finanzlage und das starke Anwachsen der Asylbewerberzahlen, nicht zuletzt auch aufgrund interner Differenzen so in die Defensive, daß sie statt einer grundsätzlichen Neuordnung von Ausländer-, Einbürgerungs- und Asylrecht nur eine Reihe gesetzlicher Einzelmaßnahmen zustande brachte, die das grundsätzliche Problem kaum entschärfen konnten.¹¹⁶ In der breiten Öffentlichkeit fand die Union mit ihrem Dogma „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ und mit ihren Vorstellungen, neben einer besseren Integration die Zahl der Ausländer zu verringern, weit mehr Zustimmung in der Bevölkerung. Sie traf dabei aber auf den Widerstand der beiden Kirchen, die nicht nur eine volle Einbürgerung aller Ausländer erwarteten und deshalb unter Berufung auf die Familienpolitik der Union und das „C“ forderten, die Familienzusammenführung nicht zu blockieren, und in diesem Zusammenhang die Union gar als „unchristlich“ bezeichneten. Als glaubwürdige Ausländer- und Familienpolitik wollte von Weizsäcker diese Forderung nicht akzeptieren, „wenn eine Familie in den ersten 16 Lebensjahren eines Kindes sich des Familienzusammenhangs nicht bewußt ist“.¹¹⁷

Verschärft wurde das Ausländerproblem durch den Zuzug von Flüchtlingen aus den Ostblockländern, insbesondere aus Polen nach Verhängung des Kriegsrechts, und von Migranten, die aufgrund der politischen Wirren in Vietnam, Afghanistan und Afrika nach Deutschland strömten und um Asyl nachsuchten. Die Ausländerfrage verband sich eng mit dem Problem des Asylrechts. Betroffen von der Zuwanderung, die zum einen politisch, zum anderen aber auch wirtschaftlich („Wirtschaftsasylanten“) motiviert war, waren vor allem die Länder und Kommunen, die durch die Unterbringung und Versorgung der

113 Vgl. auch Ludwigshafener Programm Ziffer 105 – Druck: CDU-Programme S. 105.

114 Vgl. „Ausländerpolitik mit Augenmaß“ in UiD vom 17. September 1981 CDU-Dokumentation 26, UiD vom 21. Januar 1982: „Ausländerpolitik. Union legt Konzept für eine langfristige Regelung vor“ – Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion vom 18. Januar 1982 in ACDP 08-001-1066/1.

115 UiD vom 28. Oktober 1982: „Ausländerkongreß – Für eine gemeinsame Zukunft“, vgl. auch Heiner Geißler (Hg.): *Ausländer in Deutschland – Für eine gemeinsame Zukunft*. 2 Bde. München 1982/83.

116 Übersicht über die Gesetzesmaterialien und ihre Beratungen in Bundesrat und Bundestag in <http://dipbt.bundestag.de/doc/gm/09/090079.pdf>, abgerufen 8. August 2017.

117 S. 851f., vgl. auch Laurien S. 865f. sowie Vogel S. 873: Die Forderung der Kirchen auf Anwendung „der familienpolitischen Leitsätze unter allen Umständen auch auf Ausländer“ führt „im Endergebnis zur Perversion und nicht zur Hilfe“.

Asylbewerber stark belastet wurden¹¹⁸. Scharf wurde die Praxis der SPD-geführten Länder kritisiert, selbst keine Sammellager einzurichten, den Flüchtlingen aber die volle Sozialhilfe zu zahlen und sie dann mit ihren Ansprüchen in die Gemeinschaftsunterkünfte der CDU-Länder zu überweisen.¹¹⁹

Zwar war man sich im Grundsatz darüber einig, daß „niemand sich der Hilfe verweigert“¹²⁰ und alles daran gesetzt werden müsse, „daß nicht eine pauschalisierte Ausländerfeindlichkeit entsteht, die wir überhaupt nicht mehr rational und human irgendwie aufarbeiten können“¹²¹, es also nur eine Ausländerpolitik geben könne, die von den Grundwerten der CDU und einem christlich-humanistischen Menschenbild ausgehe. Doch dieser hehre Anspruch stieß in der mentalen und finanziellen Wirklichkeit an Grenzen. Allein die Verteilung der überschaubaren Zahl der vietnamesischen „boat people“, die u. a. vom deutschen Rettungsschiff „Cap Anamur“ gerettet wurden, führte im Vorstand zu höchst erregten Diskussionen.¹²² Zwar wolle man niemand „absaufen“ lassen – so eine drastische Formulierung –, war aber aufgrund der kaum zu bewältigenden Folgekosten und der Integrationsproblematik insgesamt der Ansicht, „daß wir mit einer reinen Integrationslyrik da nicht weiterkommen“. So die Einlassung Norbert Blüms, der eine Lösung dieses Interessenkonflikts nur in einer Verschärfung des Asylrechts sah, um Mißbrauch zu verhindern, und „zwar im Interesse der ausländischen Arbeitnehmer, die hier sind, weil ich mit dem Lothar Späth glaube, wenn wir das Faß nicht zumachen, explodiert es“.¹²³ Einig war man sich auch, „daß wir die Angriffe gegen den Bundesinnenminister Baum und diese famosen Rechtspolitiker der SPD und FDP (...) erheblich verschärfen müssen“, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, an akzeptablen Lösungen des drängenden Problems zu arbeiten.¹²⁴

Erst im Juli 1982 kam es nach schwierigen Verhandlungen und einem Kompromiß im Vermittlungsausschuß des Bundesrats zur Verabschiedung eines neuen Asylverfahrensgesetzes.¹²⁵ Da das grundsätzliche Problem damit aber nicht vom Tisch war, wurde es bei den Koalitionsverhandlungen mit der FDP im September 1982 wieder aufgegriffen. Eine Festlegung „auf konkrete Entscheidungen zum Thema Ausländerpolitik und weitergehender Reformen des Asylrechts“¹²⁶ stellte sich allerdings als unmöglich heraus, so daß man sich zunächst nur auf Absichtserklärungen verständigte und eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden mit dem Auftrag bildete, bis zum 1. März 1983 „ein sachliches Einvernehmen (...) zu erzielen“¹²⁷ und ihre Empfehlungen vorzulegen.¹²⁸

Die Ausländerfrage war der dritte Schwerpunkt des „Dringlichkeitsprogramms“ der neuen Regierung. Unter der Überschrift „Wir wollen eine menschliche Ausländerpolitik

118 S. 491.

119 Hasselmann S. 563f.

120 Kohl S. 564.

121 Griesinger S. 561.

122 Vgl. die Kontroverse S. 557–564.

123 S. 564.

124 Stoltenberg S. 562.

125 Gesetz über das Asylverfahren vom 16. Juli 1982 – BGBl I S. 946.

126 Stoltenberg S. 910f.

127 Stoltenberg S. 1010f.

128 Koalitionsvereinbarung in UiD vom 1. Oktober 1982 CDU-Extra 29 S. 7f.

verwirklichen“ nannte Kohl in seiner Regierungserklärung drei Eckpunkte, die als Zielvorstellungen in den verschiedenen CDU-Programme formuliert waren¹²⁹: Förderung der Integration, Zuzugsbegrenzung durch Anwerbestopp und Begrenzung des Familiennachzugs sowie Erleichterung zur Rückkehr in die Heimatländer; zur Verwirklichung des Programms verwies er auf die Empfehlungen und Vorschläge der eingesetzten Kommission.¹³⁰ Die Anläufe für ein neues Ausländergesetz trafen aber auch im neuen Regierungslager auf fast unüberbrückbare Schwierigkeiten, da sich die FDP hartnäckig Rückführungs- und Zuwanderungsbegrenzungsmaßnahmen widersetzte, so daß die Umsetzung dieser Ziele auf sich warten ließ.¹³¹

Unter dem ersten Punkt des Dringlichkeitsprogramms „Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen“ nannte Kohl den Wohnungsbau – für Stoltenberg „ein Schlüsselgebiet für die Wiederbelebung der Wirtschaft“¹³² –, mit dem sowohl die höchst unbefriedigende Wohnungs- wie auch die problematische Arbeitsmarktlage verbessert werden sollte. Durch die geburtenstarken Jahrgänge, die auf den Wohnungsmarkt drängten, den Zuzug von Ausländern und Aussiedlern und die höheren Ansprüche, die an Größe und Qualität der Wohnungen gestellt wurden, wirkte sich der stetige Rückgang des Wohnungsbaus seit Mitte der 1970er Jahre auf dem Wohnungsmarkt besonders in den Großstädten dramatisch aus und führte zu explodierenden Kostenmieten und zu Verunsicherungen, ja Ängsten der Mieter.¹³³

Schon in der 8. Legislaturperiode hatte sich die CDU intensiv mit diesem brisanten Thema auseinandergesetzt. Sie warf der Bundesregierung, die aufgrund ihrer begrenzten konjunkturel- und haushaltspolitischen Möglichkeiten weitestgehend defensiv mit dem Problem umging, Immobilismus, völliges Versagen, Flickwerk und zu viel Bürokratie vor.¹³⁴ Es verging keine Vorstandsitzung, bei der der Wohnungsbau nicht unter den verschiedensten Gesichtspunkten, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Familien- und Eigentumspolitik, angesprochen wurde. In der Klausurtagung im Dezember 1980 wurde beschlossen, eine Kommission unter dem Vorsitz von Lothar Späth einzusetzen, die das Thema aufarbeiten sollte. Ihre Vorlage „Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungs- und Städtebaupolitik“¹³⁵ brachte der Vorstand als Antrag in den Bundesparteitag in Mannheim am 10. März 1981 ein, der ihn als Beschluß einstimmig annahm. Gefordert wurde, die Eigentumsförderung verstärkt fortzuführen und familienfreundlicher zu gestalten, den frei finanzierten Mietwohnungsbau unter Wahrung des Kündigungsschutzes wieder zu beleben, den Bau neuer Sozialwohnungen auf die Zielgruppe des Bedarf zu konzentrieren, die Fehlsubventionierung abzubauen, mehr Wohnraum für Studenten zu schaffen sowie neue Wege zu beschreiten, um Grund und Boden optimaler zu nutzen und

129 Vgl. dazu Ulrich Herbert/ Karin Hunn in Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 7 S. 629 vertreten hingegen – in Unkenntnis der CDU-Programme – die „Kontinuitätsthese“, wonach diese Vorstellungen von der Vorgängerregierung übernommen worden seien.

130 Vgl. dazu ebd. S. 630f.

131 Vgl. Wirsching S. 300ff.

132 S. 910.

133 Vgl. dazu Tilman Harlander: Wohnungspolitik. In: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 6 S. 823–850.

134 Vgl. Wohnungsbaupolitische Fachtagung der CDU am 17./18. Januar 1980 in Bonn.

135 UfD vom 19. Februar 1981 S. 3–6; vgl. dazu die Erläuterungen von Lothar Späth und Friedrich-Adolf Jahn S. 338–341 sowie die anschließende Diskussion.

die Wirtschaftlichkeit des Bauens zu verbessern. Für den Sonderfall Berlin sollten eigene Regelungen geschaffen werden.

Dieses wohnungsbaupolitische Programm, das sich ausdrücklich auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft bezog, wurde in drei Gesetzesinitiativen mit den Forderungen für mehr Wohnungen, mehr Hilfe zur Selbsthilfe, u. a. durch verstärkte Eigentumsförderung, mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise konkretisiert und im Mai 1981 in Bundestag und Bundesrat eingebracht.¹³⁶ Während die Union mit dieser Initiative die Führung in der Wohnungsbaupolitik übernahm, war die Regierung weitgehend handlungsunfähig¹³⁷, weil sich die Verfechter marktwirtschaftlicher und planwirtschaftlicher Lösungen in der Regierungskoalition gegenseitig blockierten.¹³⁸ Zu einer Annahme der Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Fraktion war sie zwar nicht bereit, übernahm jedoch Elemente daraus in eigene Gesetzesvorhaben. Doch insgesamt blieb die Bilanz der Regierung in diesem Politikfeld höchst unbefriedigend, was Kohl Anfang 1982 zu der Feststellung veranlaßte: Wenn überhaupt etwas im Wohnungsbau geschehe, dann nur durch die konstruktive Politik der Union im Bundesrat, „weil wir unsere Mehrheit dort genutzt haben, um über den Vermittlungsausschuß in einem Verfahren, das im normalen Gesetzgebungsverfahren für die SPD nicht erreichbar gewesen wäre, diese Dinge durchzusetzen, die dazu führen, daß dieser Wohnungsbau etwas betrieben werden kann.“¹³⁹

Insgesamt lautete die Quintessenz der wohnungsbaupolitischen Aktivitäten der CDU kurz vor der Regierungsübernahme: „Wir sind sicher aktionsfähig im Bereich Wohnungsbau, (...) ein Schlüsselvebiet für die Wiederbelebung der Wirtschaft, einfach durch die Beschlußlage und die Antragslage im Bundestag und Bundesrat.“¹⁴⁰ Tatsächlich bildeten die im Mai 1982 vorgelegten Gesetzesinitiativen die Grundlage für die ersten Impulse der neuen Regierung in der Wohnungsbaupolitik. Schon am 20. Dezember 1982 wurde das „Gesetz zur Erhöhung des Angebotes an Mietwohnungen“ verabschiedet.¹⁴¹ Die „Wende“ in der Wohnungsbaupolitik zeigte schon drei Monate nach der Regierungsübernahme erste Früchte: Allein in Frankfurt nahmen im privaten Wohnungsbau die Bauanträge um 35 Prozent zu¹⁴², ein Trend, der nicht nur auf eine Stadt beschränkt war, sondern sich z. B. auch in Düsseldorf bestätigte, so daß Kohl befriedigt feststellen konnte, „es ist alle Hoffnung am Platz, die Sache geht voran, wir haben ungeheuer viel bewegt“.¹⁴³

Handlungsfähig war die CDU auch in der Medienpolitik. Sie galt noch im Oktober 1980 als „eine der Schwachstellen der CDU-Politik“, weil „wir hier nur eine bedingte

136 S. 390 Anm. 20 – Steueränderungsgesetz Drs. 9/467, Wohnungsbauänderungsgesetz 9/468, Mietrechtsänderungsgesetz 9/469; vgl. UiD vom 21. Mai 1981: „Wohnungsbau – Doppelinitiative der Union im Bundestag und Bundesrat“, ebd. CDU-Dokumentation 17 „Die CDU handelt“, UiD vom 3. Dezember 1981 CDU-Dokumentation 37 „Im Überblick: Gesetzentwürfe zum Wohnungsbau“.

137 So die Bilanz von Friedrich-Adolf Jahn, dem wohnungsbaupolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, vgl. UiD vom 22. April 1982 CDU-Dokumentation 13: „Soll und Haben im Wohnungsbau“.

138 So Oscar Schneider, der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, zit. nach Harlander (Anm. 133) Bd. 6 S. 848.

139 S. 696, vgl. UiD vom 10. Dezember 1981: „CDU/CSU beweist gesamtstaatliche Verantwortung“.

140 Stoltenberg S. 910, Kohl S. 953: „Da sind wir praktisch handlungsfähig“.

141 BGBl I 1982 S. 1912.

142 Wallmann S. 1045.

143 S. 1045; vgl. Harlander in Geschichte der Sozialpolitik Bd. 7 S. 683–712.

Übereinkunft haben“¹⁴⁴, und war ein immer wiederkehrendes Thema in den Sitzungen. Vor allem das öffentlich-rechtliche System, Rundfunk und Fernsehen, stand mit seiner Monopolstellung und unausgewogenen Berichterstattung im Fokus kritischer Bewertung.¹⁴⁵ Doch warnte Lothar Späth davor, die Medienpolitik nur unter dem sogenannten medienpädagogischen Aspekt zu betrachten, was er mit der drastischen Äußerung Manfred Rommels karikierte: „Ich will dieses Scheiß-Fernsehen nicht!“; im Vordergrund müßten vor allem die technischen Möglichkeiten und die Chancen für neue Arbeitsplätze behandelt werden.¹⁴⁶

Nach Meinung Kohls sollte das Jahr 1981 für einen medienpolitischen Durchbruch genutzt werden. Verantwortlich für die Medienpolitik der CDU zeichnete Christian Schwarz-Schilling, der im Verlauf dieses Jahres in diversen programmatischen Papieren die Voraussetzung für die Medienpolitik nach Übernahme der Regierungsverantwortung schuf. Bereits im Januar 1981 veröffentlichte er ein Sechs-Punkte-Programm, das als Grundlage medienpolitischer Entscheidungen dienen und die Verzögerungstaktik von SPD und FDP bei den neuen Technologien überwinden sollte.¹⁴⁷ Im Juni 1981 folgte ein Antrag des von ihm federführend geleiteten Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU an die Parteivorstände von CDU und CSU, der vier Einzelpositionen enthielt: 1. Grundsätze für das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, 2. Vorschläge für das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem, 3. Neudefinition des Rundfunkbegriffs und 4. Fernmeldemonopol der Deutschen Bundespost.¹⁴⁸ Vor einer Befassung des Bundesvorstands wurde der Antrag als Dokumentation an die Gliederungen der Partei zur Diskussion gegeben.¹⁴⁹ Zu einer intensiven Behandlung dieser verschiedenen Papiere kam es im Vorstand allerdings trotz der zahlreichen Klagen, die immer wieder über die Medien geäußert wurden, nicht, was Schwarz-Schilling im Januar 1983 heftig kritisierte.¹⁵⁰ Immerhin hatte sich Kohl mit dem CDU-Präsidium in einem Gespräch mit dem Präsidium des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger am 2. Juli 1981 bemüht, für die medienpolitischen Vorstellungen der Union zu werben.¹⁵¹

Da Schwarz-Schilling den Vorsitz der vom Bundestag im April 1981 eingerichteten „Enquete-Kommission Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien)“ übernommen hatte, war er nicht nur durch sein Amt als medienpolitischer Sprecher der Union, sondern auch durch diese Tätigkeit „wie in einem Crash-Kurs“ auf sein Ministeramt für Post- und Fernmeldewesen vorbereitet und konnte den Rückstand, in den die Bundesrepublik in diesem Sektor während der sozial-liberalen -Regierung geraten war, zügig mit einer „technischen Aufholjagd“ beenden.¹⁵²

144 Kohl S. 40, 93f., Schwarz-Schilling S. 207f.

145 Vgl. 1976–1980 S. XXXIII–XXXVI sowie die Ausführungen von Noelle-Neumann S. 98–114, S. 116f.

146 S. 216.

147 Vgl. UiD vom 29. Januar 1981 S. 15.

148 UiD vom 25. Juni 1981: „Medienpolitik. Den Begriff Rundfunk neu definieren.“ – Vgl. auch S. 403.

149 Ebd. vom 10. September 1981 CDU-Dokumentation 25: „Fortschritt und Reform. Die Union fordert eine neue medienpolitische Rahmenverordnung.“

150 S. 1083.

151 ACDP-07-001-1561.

152 Christian Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten. Eine Bilanz. In: Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz. Köln 2010 S. 63–79.

EUROPA- UND DEUTSCHLANDPOLITIK

Die deutsch-französischen Beziehungen waren in der Präsidentschaft von Giscard d'Estaing vornehmlich durch das bilaterale Verhältnis von Giscard und Schmidt geprägt, von der „Komplizenschaft Giscard/Schmidt“, die leidlichen Beziehungen zwischen Kohl und Giscard im Wege stand, was Kohl verschiedentlich ärgert anmerkte.¹⁵³ Gleichwohl hatte er anfangs „keine Freude“ an der Wahl des Sozialisten Mitterrand zum Nachfolger Giscard. Dies änderte sich aber bereits nach seiner ersten Auslandsreise als Kanzler am 4. Oktober 1982 nach Paris, mit der er ein deutliches Zeichen der Völkerfreundschaft setzen und die besondere Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen unterstreichen wollte.¹⁵⁴ Befriedigt stellte Kohl im Vorstand fest, Mitterrand habe „nicht die Absicht, die Art und Weise der Distanz zu uns fortzusetzen, wie Präsident Giscard das durch viele Jahre hindurch propagiert und auch praktisch gelebt hat“. ¹⁵⁵ Ein bedeutendes Signal für das sich entwickelnde gute Einvernehmen zwischen den beiden setzte die Rede des französischen Staatspräsidenten vor dem Deutschen Bundestag am 20. Januar 1983, in der er – sehr zum Verdruss der Mehrheit der SPD – die Nachrüstung befürwortete und so die Position Kohls und der Union beim NATO-Doppelbeschluss stärkte.

Auch mit der Entwicklung der europäischen Integration nach der Wahl zum Europaparlament 1979 war der Vorstand wenig zufrieden; die Stagnation wurde vor allem der Schmidt-Regierung zugeschrieben.¹⁵⁶ Kein Wunder also, daß Kohl forderte, der Europafrage wieder „mehr Liebe“ zuzuwenden. Kritisch merkte er an, daß eine gewisse Gedankenlosigkeit in Sachen Europapolitik selbst in der CDU-Zentrale herrsche, sei doch in ihrem Organisationshandbuch von 1980 „der europäische Sektor“ schlicht und einfach vergessen worden.¹⁵⁷ Nach dem Wahlsieg von 1979 war, so seine nüchterne Feststellung, das Thema Europa den Mitgliedern des Europäischen Parlaments überlassen worden, was Philipp von Bismarck sarkastisch mit dem Satz kommentierte: „Wie wir Sozialausschüsse für den DGB haben, so haben wir für Europa die Europäer“¹⁵⁸.

Trotz manch kritischer Untertöne im Vorstand über die detailverliebte europäische Bürokratie oder trotz skeptischer Äußerungen hinsichtlich der Chancen einer Europapolitik in der deutschen Öffentlichkeit blieb der Anspruch der CDU, die politische Einigung Europas voranzutreiben, ein Fixpunkt ihrer Politik. In nahezu jeder Vorstandssitzung nahm das Thema unter den unterschiedlichsten Aspekten breiten Raum ein, und in allen programmatischen Verlautbarungen war der Europafrage ein eigenes Kapitel gewidmet.

Da der Union in der Opposition bei der Umsetzung ihrer europapolitischen Vorstellungen Einfluß- und Mitwirkungsmöglichkeiten bei Gipfel- oder Ministerratstreffen der EG aber verwehrt waren, blieb ihr nur der Weg, in Gesprächen mit ausländischen Politi-

153 Vgl. Protokolle Bd. 8 S. 2452f., hier S. 985, Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 102.

154 Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 35–37.

155 S. 984, vgl. dazu auch Lageberichte 1982–1989 S. XXXVII–XXXIX.

156 Klepsch S. 831: „Der Erbstiefvater der Europäischen Gemeinschaft ist der Helmut Schmidt“ – Vgl. auch die kritische Bilanz über die Entwicklung der EG von Philipp von Bismarck in UiD vom 10. Dezember 1981 CDU-Dokumentation 38 „Halbzeit in Europa“ sowie ebd. Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union“.

157 S. 59.

158 S. 182.

kern und gemeinsam mit den Partnern in der EVP, der EVP-Fraktion und der EDU ihre Ziele zu vertreten und voranzutreiben. Es war vor allem Kohl selbst, der diese Kontakte pflegte und ein enges informelles Netzwerk knüpfte, mit dem er sein Europakonzept vorzubringen versuchte. Um der Bedeutung des Europäischen Parlaments als „Motor der Einigung“ in der Partei mehr Gewicht zu geben, wurde auf seine Anregung hin die Satzung geändert und „der Präsident des Europäischen Parlaments und der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, soweit sie der CDU angehören“, in das Präsidium und den Bundesvorstand aufgenommen.¹⁵⁹

Diese Möglichkeit, wesentliche Fragen und Probleme des Zusammenwachsens in Europa anzusprechen, nutzte der Vorsitzende der EVP-Fraktion Egon Klepsch in seinem Bericht am 7. Juni 1982 „Europa '82 – Bilanz und Perspektiven“.¹⁶⁰ Er forderte die „Europapartei“ CDU auf, im Hinblick auf die 1984 anstehende Europawahl alle Maßnahmen zu ergreifen, um „den Bürger die Gemeinschaft erleben zu lassen“, das Informationsdefizit über Europa in der Bevölkerung abzubauen und vor allem die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu fördern, deren Zustand er als „herzzerreißend“ bezeichnete. Daß Mitte 1982 erste Anzeichen einer leichten Besserung des unbefriedigenden Zustands in der EG festzustellen waren – in Bereichen gegenüber Polen¹⁶¹ oder der Türkei, in der Entschärfung der Krise um die Höhe des britischen EG-Beitrags und im Willen zur Solidarität im Rahmen der EPZ beim Falkland-Konflikt –, führte er in erster Linie auf die Aktivitäten der EVP-Fraktion zurück, die „einen gemeinschaftsbezogenen und zukunftsweisenden Standpunkt einnahm (...) und das geschlossene Rückgrat dafür bildete“.¹⁶²

Klepschs kritische Bemerkungen und seine zukunftsweisenden Vorschläge trafen im Vorstand auf offene Ohren. Als einen der inhaltlichen Punkte für eine Weiterentwicklung der EG nannte Kohl das Budgetrecht des Europäischen Parlaments, das er ermunterte, sich Rechte zu nehmen, kämpferisch aufzutreten und auch den Konflikt dafür zu wagen. Schon im „Europäischen Manifest“ vom Mai 1976 hatte die CDU für das neu zu wählende Parlament „umfassende parlamentarische Gesetzgebungs- und Kontrollrechte“ gefordert. Kohl war sich durchaus im klaren darüber, daß diese Forderung nationale Kompetenzen zugunsten der europäischen Institutionen einschränke und „wider die Natur“ einer jeden Regierung sei, auch christlich-demokratischer Regierungen. Jedenfalls sei Schmidt für derartige Vorstellungen „besonders ungeeignet. (...) Schmidt will kein Europa“, er liege auf der gleichen Linie wie Margaret Thatcher.¹⁶³

Nach Übernahme der Regierungsverantwortung ging Kohl daran, die sogenannte Eurosklaverei zu überwinden; was ihm vorschwebte, war ein europäischer Bundesstaat, nicht „daß wir jetzt ein europäisches Dreieck aufbauen mit Paris und London oder eine Achse Paris-Bonn, sondern daß wir uns auch immer, weil wir der größte und stärkste in Europa sind, als den Sachwalter der kleineren Länder in Europa sehen“¹⁶⁴, zu dem er

159 S. 728.

160 S. 824–828, UiD vom 1. Juli 1982 CDU-Dokumentation 22.

161 Vgl. S. 693; Erklärung der Außenminister der EG-Staaten vom 4. Januar 1982.

162 S. 825.

163 S. 829f.

164 S. 987.

übrigens lange vor dem Zusammenbruch des Ostblocks auch Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und die Balkanstaaten zählte.¹⁶⁵

Als in Polen aufgrund der miserablen wirtschaftlichen und sozialen Lage im August 1980 eine massive Streikwelle einsetzte und die offiziell zugelassene unabhängige Gewerkschaft Solidarność zu einer Massenbewegung answoll, die das Machtmonopol der kommunistischen Partei zunehmend in Frage stellte, intervenierte die Sowjetunion mit Unterstützung der DDR, die aus Angst vor einem Übergreifen der Bewegung zu den schärfsten Kritikern der Umwälzungen in Polen gehörte, mit der Forderung, die „Konterrevolution“ zu zerschlagen, andernfalls drohte sie mit militärischem Eingreifen.¹⁶⁶ Auf Druck Moskaus verhängte Wojciech Jaruzelski, Verteidigungsminister, Regierungschef und Erster Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht. Tausende, darunter fast die gesamte Führung der Solidarność, wurden in Haft genommen, Dutzende kamen zu Tode, die Gewerkschaft selbst wurde wieder verboten. Die Bevölkerung war in einer „teilweise ganz verzweifelte Stimmung“ und setzte auf die Westen und eine Mobilisierung der Weltöffentlichkeit.¹⁶⁷ Die Wirtschaftslage verschlechterte sich weiter, wozu die Wirtschaftssanktionen mehrerer westlicher Staaten entscheidend beitrugen.

Auf Initiative der CDU/CSU reagierte der Bundestag am 18. Dezember 1981 auf die Verhängung des Kriegsrechts mit einem Entschließungsantrag¹⁶⁸, in dem er die Freilassung der Inhaftierten, die Wiederherstellung der durch den Reform- und Erneuerungskurs erreichten Freiheiten forderte und an die Bürger der Bundesrepublik appellierte, Solidarität zu bekunden und mit privaten Lebensmittellieferungen Hilfe zu leisten. „Kein Mitglied der Bundesregierung, kein Mitglied der SPD/FDP-Fraktion (hat dazu) nur ein Komma“ beigetragen, „aber sie laufen draußen herum und sagen, es sei ihre Resolution“, stellte Kohl einen Monat später mit leichter Verbitterung fest.¹⁶⁹

Da die CDU/CSU-Opposition nur geringen Einfluß auf die Polenpolitik der Regierung, die auf Stabilität der bilateralen politischen Beziehungen setzte und die Bürgerrechtsbewegung als Störenfried empfand, hatte, unterlief sie diese Situation gewissermaßen dadurch, daß sie das Thema durch Erklärungen – auch über die europäischen christlich-demokratischen Parteigruppierungen¹⁷⁰ –, und mit Demonstrationen auf der Tagesordnung hielt wie der Unterstützung des vom Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes ausgerufenen Tags der Solidarität mit den inhaftierten polnischen Gewerkschaftern¹⁷¹, mit der Pflege der Kontakte über die Kirchen und mit Spendenaufrufen zu tätiger Hilfe und Paketsendungen für die notleidende polnische Bevölkerung¹⁷², also mit „moralischen Positionen“. Rückblickend

165 Vgl. dazu Lageberichte 1982–1989 S. XXXIII–XXXVII.

166 Vgl. von Bismarck S. 197: Die Polen widerstünden nur deshalb, „weil sie eine europäische Hoffnung haben“.

167 Vgl. dazu Kohl S. 679.

168 Drs. 9/1220, Sten. Ber. 9. WP vom 18. Dezember 1981 S. 4309.

169 S. 724.

170 Vgl. UiD vom 28. Januar 1982: „Entschließung der EUCD/EVP“.

171 Ebd.: „Aufruf an die Partei“.

172 Die Regierung blockierte zunächst die notwendigen Entscheidungen der Bundespost für die Versandaktionen zunächst mit Hinweis auf die „Abmachung mit dem Weltpostverein“; zu den Maßnahmen vgl. Kohl S. 680f.

beurteilt erlangten diese Maßnahmen und Initiativen für den Abbau der historisch gewachsenen Feindbilder und der „nach alter Väter Sitte“ von der polnischen Regierung „gegenüber den notleidenden Leuten im eigenen Land“ weiterhin betriebenen „Verteufelung“ der Bundesrepublik eine Wirkung, deren langfristige Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.¹⁷³ Für Kohl war die Solidarität mit Polen „eine Chance von geschichtlichem Rang“.¹⁷⁴

Die Ostpolitik mit dem Ziel, „vernünftige und möglichst gute Beziehungen zu den Ländern in Mittel- und Osteuropa zu haben“, insbesondere die Polenpolitik dieser Jahre, war in gewissem Sinne immer auch eine Facette der Deutschlandpolitik. Von Weizsäcker ging sogar so weit zu sagen, „was die DDR (...) und was die Deutschlandpolitik der Sowjetunion anbetrifft“, daß Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzungs politik der Sowjetunion immer primär Deutschlandpolitik gewesen sei.¹⁷⁵

Die Lage in Polen hatte „natürlich ganz unmittelbar“ Konsequenzen für das deutsch-deutsche Verhältnis.¹⁷⁶ Unabhängig von den Auswirkungen der polnischen Ereignisse auf den zweiten deutschen Staat galt für Kohl im Verhältnis zur DDR weiterhin der Satz, „daß Leistung um Leistung geht, und zwar vertraglich gesichert in beiden Fällen, und nicht mehr Leistung gegen Illusion“. Da die CDU als Oppositionspartei in der operativen Deutschlandpolitik aber nur wenig Spielraum hatte, sah sie, „um unseren Auftrag um die Einheit der Deutschen Nation“ zu erfüllen, „dem vieles im Wege steht“, vor allem die Alternative, „möglichst intensive Beziehungen mit den Menschen in der DDR zu ermöglichen“. ¹⁷⁷ Kohl: „Wir müssen klar und deutlich machen, daß das Ziel unserer Politik ist, die Zusammengehörigkeit der Menschen in Deutschland zu stärken, Freiheit und Freizügigkeit für die Menschen im geteilten Deutschland zu erreichen und außerdem das freie Berlin zu sichern, den Frieden zu sichern“.¹⁷⁸

Immer wieder forderte Kohl deshalb dazu auf, in die DDR zu reisen und dafür Sorge zu tragen, „daß die Einheit der deutschen Nation sich im Menschlichen selbstverständlich lebt und demonstriert“, weil er sich sicher war, daß die Besuche so vieler aus der CDU und ihrer Führerschicht – mehr als aus jeder anderen Partei, wie er befriedigt feststellte – den Eindruck nicht verfehlten, „daß sich gerade die Union um die DDR-Probleme besonders bemüht“.¹⁷⁹

Vor diesem Hintergrund waren die Forderung Erich Honeckers nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, d. h. nach Aufgabe der Einheitlichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit, und seine Ausführungen zum Thema Wiedervereinigung, wonach es

173 Kohl S. 989: Angesichts der doch unübersehbaren Hilfsbereitschaft der Deutschen in der Bundesrepublik werde die Chance „für die Verhetzung immer geringer“.

174 S. 679, vgl. auch Albrecht S. 869: „Ich weiß auch von hunderten Reaktionen aus Polen, welchen enormen Wandel die Ereignisse der letzten Monate hier im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland gebracht haben.“

175 S. 1006.

176 Kohl S. 49: „Wir beobachten mit größter Sorge, was das für Folgen im Blick auf die Entwicklung in der DDR hat, welche Abschottungen dort vorangehen.“

177 S. 60.

178 S. 192.

179 S. 835, vgl. auch S. 989: „Man befürchtet beispielsweise, daß wir jetzt unsere Reisetätigkeit auch in neuen Ämtern in breitem Umfang fortsetzen.“ Vgl. dazu Christopher Beckmann: Klares Ziel und langer Atem. Bernhard Vogel – Brückenbauer zwischen Ost und West. Freiburg 2017, hier S. 32–48.

eine sozialistische deutsche Nation und eine kapitalistische deutsche Nation gebe und die deutsche Nation nur unter dem Sozialismus wiedervereinigt werden könnte, für die Union völlig indiskutabel.¹⁸⁰ Die Präambel des Grundgesetzes stand für sie weder zur Disposition noch zur Diskussion.¹⁸¹

Ganz auf dieser Linie bewegte Kohl sich in seiner ersten Regierungserklärung. Zwar stellte er sich in die Kontinuität der bisherigen Deutschlandpolitik, wenn er bekräftigte, die DDR könne sich darauf verlassen, „daß wir zu den übernommenen Verpflichtungen stehen“ – so hielt er auch die Einladung Schmidts an Honecker zu einem Besuch der Bundesrepublik aufrecht –, betonte aber gleichzeitig sein Interesse „an umfassenden, längerfristigen Abmachungen zum Nutzen der Menschen“, um für die Zukunft eine Verbesserung „der Lage der voneinander getrennten Menschen“ zu erreichen. Er wollte also eine „Kontinuität mit anderen Akzenten“ und Verhandlungen auf der Basis von „Leistung gegen Leistung“, um den deutschlandpolitischen Status quo zu überwinden.¹⁸²

Seit den Parteienanfängen wurden die Sitzungen des Bundesvorstands in der Regel mit einem Bericht des Vorsitzenden zur politischen Lage eingeleitet. Kohls Lageberichte änderten sich nach seiner Wahl zum Bundeskanzler nicht. Er setzte damit die thematischen Schwerpunkte für die anschließende Diskussion im Vorstand, in der es vornehmlich darum ging, Meinungen auszutauschen und einen Weg zu finden, um die Politik der CDU zu koordinieren und sie gemeinsam nach außen zu vertreten. Kohl wußte, daß die CDU nur dann wieder an die Macht kommen und in der Regierungsverantwortung bleiben würde, wenn er selbst einen erheblichen Teil seiner Zeit in die Parteiarbeit investierte und die Partei in allen ihren Teilen als „Kampfgemeinschaft“ mitnahm.¹⁸³ Um in der Volkspartei alle Strömungen mit ihren teils sehr unterschiedlichen Zielvorstellungen vor allem im innenpolitischen Bereich zu berücksichtigen, berief Kohl stets einen erweiterten Bundesvorstand ein, indem er die Vorsitzenden der CDU-Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie der Landtagsfraktionen hinzuzog. Seine Gesamtschau der außen- und innenpolitischen Aspekte, die er immer wieder mit Rückgriffen auf historische Gestalten und Ereignisse und mit Hinweisen auf die „Wirklichkeit des Lebens“ der großen Politik, der Reformvorhaben, der Wahlkämpfe und Wahlergebnisse anreicherte bis hin zur Darstellung der Parteien in allen Schattierungen trug er dann freilich nach dem 1. Oktober 1982 nicht mehr aus der Sicht des Oppositionsführers vor, sondern aus der Sicht des Parteivorsitzenden und des Regierungschefs mit seinen nunmehr größeren Gestaltungsmöglichkeiten in der Innen- und Außenpolitik. Zum Quellenwert, zur Form, Sprache und Gliederung ist dazu das Wichtigste bereits im Band der Lageberichte 1989–1998 ausgeführt, so daß hier lediglich darauf verwiesen sei (S. XXIV–XXXI).

180 S. 284 Anm. 9, S. 285f.

181 Vgl. UiD vom 22. Januar 1981 CDU-Dokumentation 2 „Es gibt nur EINE deutsche Staatsangehörigkeit.“

182 Sten. Ber. (wie Anm. 85) S. 7228. Vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 83–86, S. 173–175.

183 Zur Bedeutung des CDU-Bundesvorstands für Kohl vgl. Lageberichte 1982–1989 S. XIV–XXVI, 1989–1998 S. XXI–XXIV.

Daß die letzten Sitzungen nach dem Kraftakt der Haushaltskonsolidierung mit schmerzlichen und unpopulären Einschnitten und den ersten Maßnahmen für einen wirtschaftlichen Aufschwung sich vornehmlich auf den Wahlkampf konzentrierten, der Mitte Dezember 1982 begann, lag in der Natur der Sache. Zahlreiche Regionalkonferenzen, Kongresse und Zielgruppenveranstaltungen mit Bundeskanzler Kohl wurden vorgeesehen. Am 17. Januar 1983 stand u. a. das Wahlprogramm der CDU/CSU auf der Tagesordnung, das unter drei Aussagen stehen sollte: „Fahrplan für den wirtschaftlichen Aufschwung“, „Eine Kampfansage an die Arbeitslosigkeit“ und „Ein Bekenntnis zu Frieden und Abrüstung“.

Den Wahlen am 6. März 1983 konnte die Union mit Zuversicht entgegensehen. Die Umfrage-Delle, die nach den ersten unpopulären Maßnahmen der christlich-liberalen Koalition und der Wahlniederlage von Hamburg entstanden war, konnte schnell überwunden werden. Entscheidend für die Wiedererholung der Umfragewerte und die guten Wahlaussichten war die Überzeugungskraft der eingeleiteten Schritte – Haushaltskonsolidierung, Reduzierung der Staatsausgaben, Stärkung der Eigenverantwortung, Erneuerung der Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft – und nicht zuletzt die Klarheit und Verlässlichkeit in den außen- und deutschlandpolitischen Positionen, die zu Zukunftsoptimismus Anlaß gaben, vor allem auch den jungen Wählern eine Perspektive eröffneten.¹⁸⁴ Obwohl die Union optimistisch auf den Wahlausgang blicken konnte, blieb Kohl bis zuletzt vorsichtig: „Die Wahl ist noch nicht gewonnen, bevor ausgezählt ist. Vorher besteht kein Grund zur Euphorie!“¹⁸⁵ Mit 48,8 Prozent der Wählerstimmen erreichte die Union ein sensationelles Wahlergebnis, das selbst Kohl überraschte, die FDP kam auf 7,0 Prozent – ein Drittel weniger als 1980 –, die SPD auf 38,2 Prozent; unerwartet gut schnitten die Grünen mit 5,6 Prozent ab.

ZUR EDITION

Die Wortprotokolle des CDU-Bundesvorstands sind – wie Hans-Peter Schwarz formuliert hat – eine „wissenschaftlich hochwertige Edition“ und „eine spannende zeitgeschichtliche Lektüre“. Mit diesem jetzt vorgelegten Band liegen die Protokolle von 1950 bis 1983 vollständig vor, für die Jahre 1982 bis 1998 auszugsweise auch die Berichte zur Lage des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Helmut Kohl, mit denen er in der Regel die Sitzungen einleitete. Betrachtet man den Umfang der jeweiligen Bände, so wird deutlich, daß insbesondere nach seiner Übernahme des Parteivorsitzes im Jahr 1973 die Zahl der Sitzungen und die Intensität der Diskussionen in dem nach dem Parteitag obersten Gremium der CDU sich enorm erhöht hat. Diese Editionen sind nicht nur für die Regierungszeiten der Union von Adenauer bis Kohl eine unverzichtbare Quelle für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für die Geschichte der CDU seit 1950, vor allem auch für die dreizehn Oppositionsjahre 1969–1982, da in den zeithistorischen Darstellungen der Blick vorrangig auf das Regierungshandeln der SPD/FDP-Koalition gerichtet ist und die Aktivitäten der Opposition und ihre Korrektivfunktion im politischen und parlamentarischen Geschehen eher am Rand behandelt werden.

¹⁸⁴ Vgl. Wirsching S. 40–46.

¹⁸⁵ S. 1109.

Einleitung

Auch bieten die unterschiedlichen Positionen, die die einzelnen Sprecher in ihren Wortmeldungen artikulieren, reiches Anschauungsmaterial für biographische Arbeiten.

Die Einrichtung der Edition folgt den Regeln der bereits veröffentlichten Bände. Sie sind in den jeweiligen Einleitungen erläutert, so daß sie hier nicht wiederholt werden, sondern nur darauf verwiesen wird.

Der Bearbeiter kommt gerne der Pflicht nach, all denen zu danken, die zum Gelingen der Edition beigetragen haben. Der erste Dank gebührt der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrer Leitung, die das Projekt materiell sicherte. Ein besonderer Dank gilt auch Herrn Dr. Hubert Salm, Geschäftsführer der oia GmbH, der die Tonbandmitschnitte der Sitzungen in Schriftform übertragen hat, und Dr. Andreas Grau, Mitarbeiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, bei der Drucklegung des Bandes. Und nicht zuletzt gebührt Herrn Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann ein herzlicher Dank für freundschaftlichen Rat und hilfreiche Anregungen.

Günter Buchstab

Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	Seite
1	6. Oktober 1980 Ergebnis der Bundestagswahl.	1
2	3. November 1980 Verschiedenes. Politische Lage. Vorbereitung der Klausurtagung des erweiterten Bundesvorstands.	39
3	12./13. Dezember 1980 Wahlanalyse von Elisabeth Noelle Neumann. Schwerpunkte der Parteiarbeit für die nächsten zwei Jahre.	97
4	26. Januar 1981 Verschiedenes. Politische Lage. Vorbereitung 29. Bundesparteitag. Neukonstituierung der Bundesfachausschüsse. Reorganisation der Konrad-Adenauer-Haus GmbH & Co KG.	228
5	16. Februar 1981 Politische Lage. Vorbereitung 29. Bundesparteitag. Verschiedenes.	281
6	8. März 1981 Vorbereitung 29. Bundesparteitag.	324
7	5. April 1981 Berufung von neugewählten Mitgliedern des Präsidiums zu Mitgliedern des Hausvereins der CDU e. V. Politische Lage. Wahlkampf Berlin. Anträge des 29. Bundesparteitages. Verschiedenes.	344
8	11. Mai 1981 Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Politische Lage. Vorbereitung der Bundesausschußsitzung am 15. Juni 1981. Vorbereitung des Bundesparteitags in Hamburg. Verschiedenes.	371

Nr.	Datum	Seite
9	10. Juni 1981 Verabschiedung der EntschlieÙung „Frieden ohne Waffen?“. Etat 1981 der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit allgemeiner Aussprache. Vorbereitung 30. Bundesparteitag.	415
10	7. September 1981 Politische Lage. Vorbereitung 30. Bundesparteitag.	478
11	21. September 1981 Vorbereitung 30. Bundesparteitag.	529
12	2. November 1981 Vorbereitung 30. Bundesparteitag.	619
13	23. November 1981 Politische Lage. Fragen der Sicherheitspolitik. Beschlüsse des 30. Bundesparteitages. Verschiedenes.	621
14	18. Januar 1982 Politische Lage. Arbeitsaufträge des 30. Bundesparteitages.	675
15	8. März 1982 Politische Lage. Rahmenkonzept Personalwesen. Verschiedenes. Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz über die Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen.	728
16	22. März 1982 Politische Lage nach der Landtagswahl in Niedersachsen. Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst.	768
17	7. Juni 1982 Politische Lage nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg. Etat 1982 der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Bericht über die Europa-Wahl.	798

Nr.	Datum	Seite
18	6. September 1982 Politische Lage. Vorlage des Bundesfachausschusses Kulturpolitik betr. Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium.	833
19	20. September 1982 Politische Lage.	902
20	27. September 1982 Politische Lage nach der Landtagswahl in Hessen.	934
21	8. November 1982 Beschlußvorlage Bundesausschuß 6. Dezember 1982. Beschlußvorlage CDU-Delegation zum IV. EVP-Kongreß vom 6.–8. Dezember 1982. Wahlkampfetat und Finanzlage der Partei. Wahlkampfplanung der Bundespartei. Politische Lage.	974
22	17. Januar 1983 Politische Lage. Wahlprogramm der CDU/CSU. Verschiedenes.	1029
23	31. Januar 1983 Politische Lage.	1060
24	21. Februar 1983 Politische Lage. Verschiedenes.	1087

Zusammensetzung des Bundesvorstands 1980–1983

28. CDU-Bundesparteitag in Kiel 25.–27. März 1979

Ehrenvorsitzender	Kurt Georg Kiesinger
Vorsitzender	Helmut Kohl
Stv. Vorsitzende	Ernst Albrecht, Kurt Biedenkopf, Alfred Dregger, Hans Katzer, Heinrich Köppler, Hanna-Renate Laurien, Gerhard Stoltenberg
Generalsekretär	Heiner Geißler (7. März 1977– 11. September 1989)
Bundesschatzmeister	Walther Leisler Kiep (bis 26. Oktober 1992)
Präsident bzw. Vizepräsident des Deutschen Bundestages	Karl Carstens (Präsident 14. Dezember 1976– 31. Mai 1979), Richard von Weizsäcker (Vizepräsi- dent 21. Juni 1979–21. März 1981)
Vorsitzender der CDU/CSU- Bundestagsfraktion	Helmut Kohl
Weitere Mitglieder	Philipp von Bismarck, Norbert Blüm, Hans Filbin- ger, Annemarie Griesinger, Wilfried Hasselmann, Roman Herzog, Gottfried Koch, Peter Lorenz, Bernd Neumann, Burkhard Ritz, Werner Scherer, Bernhard Vogel, Horst Waffenschmidt, Walter Wallmann, Richard von Weizsäcker, Helga Wex, Heinrich Windelen, Matthias Wissmann, Manfred Wörner, Gerhard Zeitel
Bundesgeschäftsführer (mit beratender Stimme)	Ulf Fink (21. Mai 1979–23. Juni 1981)

Zusammensetzung des Bundesvorstands 1980 - 1983

29. CDU-Bundesparteitag in Mannheim 9.–10. März 1981

Ehrenvorsitzender	Kurt Georg Kiesinger
Vorsitzender	Helmut Kohl
Stv. Vorsitzende	Ernst Albrecht, Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm, Alfred Dregger, Hanna-Renate Laurien, Lothar Späth, Gerhard Stoltenberg
Generalsekretär	Heiner Geißler (7. März 1977–11. September 1989)
Bundesschatzmeister	Walther Leisler Kiep (bis 26. Oktober 1992)
Vizepräsident des Deutschen Bundestages	Heinrich Windelen (2. April 1981–29. März 1983)
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	Helmut Kohl (bis 4. Oktober 1982), Alfred Dreg- ger (4. Oktober 1982-25. November 1991)
Weitere Mitglieder	Philipp von Bismarck, Annemarie Griesinger, Wilfried Hasselmann, Roman Herzog, Gottfried Koch, Elmar Pieroth, Burkhard Ritz, Werner Scherer, Christian Schwarz-Schilling, Bernhard Vogel, Horst Waffenschmidt, Walter Wallmann, Richard von Weizsäcker, Helga Wex, Heinrich Windelen, Matthias Wissmann, Manfred Wörner, Bernhard Worms, Gerhard Zeitel
Bundesgeschäftsführer (mit beratender Stimme)	Peter Radunski (1. September 1981–3. März 1991)

Zusammensetzung der Kabinette

*Das 3. Kabinett von Bundeskanzler Schmidt
6. November 1980 – 1. Oktober 1982*

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	Helmut Schmidt	SPD
Stellvertreter des Bundeskanzlers	Hans-Dietrich Genscher <i>(bis 17. September 1982)</i>	FDP
	Egon Franke <i>(ab 17. September 1982)</i>	SPD
Bundesminister des Auswärtigen	Hans-Dietrich Genscher <i>(bis 17. September 1982)</i>	FDP
	Helmut Schmidt <i>(ab 17. September 1982)</i>	SPD
Bundesminister des Inneren	Gerhart Rudolf Baum <i>(bis 17. September 1982)</i>	FDP
	Jürgen Schmude <i>(ab 17. September 1982)</i>	SPD
Bundesminister der Justiz	Hans-Jochen Vogel <i>(bis 22. Januar 1981)</i>	SPD
	Jürgen Schmude <i>(ab 28. Januar 1982)</i>	SPD
Bundesminister der Finanzen	Hans Matthöfer <i>(bis 28. April 1982)</i>	SPD
	Manfred Lahnstein <i>(ab 28. April 1982)</i>	SPD
Bundesminister für Wirtschaft	Otto Graf Lambsdorff <i>(bis 17. September 1982)</i>	FDP
	Manfred Lahnstein <i>(ab 17. September 1982)</i>	SPD
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Josef Ertl <i>(bis 17. September 1982)</i>	FDP
	Björn Engholm <i>(ab 17. September 1982)</i>	SPD

Zusammensetzung der Kabinette

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Herbert Ehrenberg (bis 28. April 1982)	SPD
	Heinz Westphal (ab 28. April 1982)	SPD
Bundesminister der Verteidigung	Hans Apel	SPD
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	Antje Huber (bis 28. April 1982)	SPD
	Anke Fuchs (ab 28. April 1982)	SPD
Bundesminister für Verkehr	Volker Hauff	SPD
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	Kurt Gscheidle (bis 28. April 1982)	SPD
	Hans Matthöfer (ab 28. April 1982)	SPD
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Dieter Haack	SPD
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	Egon Franke	SPD
Bundesminister für Forschung und Technologie	Andreas von Bülow	SPD
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	Jürgen Schmude (bis 28. Januar 1982)	SPD
	Björn Engholm (ab 28. Januar 1982)	SPD
Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit	Rainer Offergeld	SPD

*Das 1. Kabinett von Bundeskanzler Kohl
4. Oktober 1982 – 29. März 1983*

Ressort	Kabinettsmitglied	Partei
Bundeskanzler	Helmut Kohl	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	Hans-Dietrich Genscher	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	Hans-Dietrich Genscher	FDP

Zusammensetzung der Kabinette

Bundesminister des Inneren	Friedrich Zimmermann	CSU
Bundesminister der Justiz	Hans A. Engelhard	FDP
Bundesminister der Finanzen	Gerhard Stoltenberg	CDU
Bundesminister für Wirtschaft	Otto Graf Lambsdorff	FDP
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Josef Ertl	FDP
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	Rainer Barzel	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Norbert Blüm	CDU
Bundesminister der Verteidigung	Manfred Wörner	CDU
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	Heiner Geißler	CDU
Bundesminister für Verkehr	Werner Dollinger	CSU
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	Christian Schwarz-Schilling	CDU
Bundesminister für Raum- ordnung, Bauwesen und Städtebau	Oscar Schneider	CSU
Bundesminister für Forschung und Technologie	Heinz Riesenhuber	CDU
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	Dorothee Wilms	CDU
Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit	Jürgen Warnke	CSU

Wahlen 1980 – 1983

5. Oktober 1980	Bundestagswahl
22. März 1981	Kommunalwahl Hessen
10. Mai 1981	Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin
27. September 1981	Kommunalwahl Niedersachsen
7. März 1982	Kommunalwahl Schleswig-Holstein
21. März 1982	Landtagswahl Niedersachsen
6. Juni 1982	Wahl zur Hamburger Bürgerschaft
26. September 1982	Landtagswahl Hessen
10. Oktober 1982	Landtagswahl Bayern
19. Dezember 1982	Wahl zur Hamburger Bürgerschaft
6. März 1983	Bundestagswahl

1

Bonn, Montag 6. Oktober 1980

Sprecher: Albrecht, Biedenkopf, Blüm, Dingerkus, Filbinger, Geißler, Glup, Kohl, Milde, Neumann, Ritz, Späth, Stoltenberg, Bernhard Vogel, Wex, Wissmann, Wörner.

Ergebnis der Bundestagswahl.

Beginn: 12.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Kohl¹: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf unsere heutige Sitzung, die Sitzung nach der Bundestagswahl, eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich habe zur heutigen Sitzung eingeladen den Bundesparteivorstand, die Vorsitzenden der Vereinigungen, die Vorsitzenden der Landesverbände, die Fraktionsvorsitzenden der Landtage, weil ja sehr wichtig ist, daß die Kollegen aus den Landtagen in diesen Tagen mit den Landtagsfraktionen zusammensitzen, daß unsere Politik aus einem Guß deutlich wird, sowie die Mitglieder der Regierungsmannschaft, soweit sie nicht erfaßt sind von den eben genannten Gruppierungen unserer Partei. Zum Zeitplan bitte ich in zweierlei Hinsicht um Verständnis. Erstens, ich muß um 14 Uhr vor die Presse, sonst brauche ich heute an diesem Tag nicht mehr vor die Presse zu gehen aus Gründen des Marktes. Und das zweite ist, es gibt eine Summe von Wünschen hier aus dem Kreis, daß die Kollegen, vor allem die Landesvorsitzenden, mich darum gebeten haben, so abzuschließen, daß sie nach Hause zurückkehren können, weil fast alle Landesverbände, wenn ich es recht sehe, heute mittag noch ihre Landesvorstandssitzungen haben. Das heißt also – es ist ja heute nur ein erstes Gespräch –, daß wir davon ausgehen können, daß der Zeitplan einzuhalten ist. Ich würde auch vorschlagen, daß wir das geplante Essen zum Ende der Sitzung hier anbieten, weil das, glaube ich, für den Ablauf der Sitzung nur störend wäre.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der heutige Tag – das ist der Tag nach der Bundestagswahl 1980 – ist, wenn Sie das Wahlergebnis² betrachten, natürlich kein erfreulicher Tag für uns. Deswegen ist es um so wichtiger, daß wir zu Beginn auch nochmal als Vorstand der CDU Deutschlands zum Ausdruck bringen unseren Respekt und unseren Dank für unsere Freunde draußen im Lande, für die Mitarbeiter der Partei in jedem Ortsverband, für die Hunderttausende, die uns geholfen haben, und zwar

1 Helmut Kohl (1930–2017), Historiker; 1947 CDU, 1959–1976 MdL Rheinland-Pfalz, 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1973–1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982–1998 Bundeskanzler.

2 Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980: CDU/CSU 44,5 (1976 48,6), SPD 42,9 (42,6), FDP 10,6 (7,9), Grüne 1,5 Prozent; Wahlbeteiligung 88,7 (90,7) Prozent. Gesamtergebnis mit den Ergebnissen aus einzelnen Wahlkreisen in UiD vom 8. Oktober 1980 CDU-Dokumentation 38.

in der CDU und CSU. (*Beifall.*) Ich glaube, daß die Rechnung von Herrn Schmidt³, was seinen speziellen SPD-Fall angeht, nicht aufging – das war ja auch vor allem die Leistung unserer Freunde draußen –, denn die Sozialdemokraten sind von einem Konzept ausgegangen, daß die CDU/CSU nur mühsam auf dem Weg einer Pflichthandlung diesen Wahlkampf angeht. Daß unsere Mitglieder, unsere Freunde, und zwar alle Gruppen, die älteren wie die ganz jungen, sich so bravourös geschlagen haben, ist sicherlich eine der besten Erfahrungen der Parteigeschichte der CDU/CSU.

Das zweite, was ich hier sagen will, ist ein Dank an unseren Kanzlerkandidaten, an Franz Josef Strauß⁴, (*Beifall.*) der mit einem hohen Maße an persönlichem Einsatz in diesen Wahlkampf gegangen ist und der das volle Risiko mit uns gemeinsam getragen hat. Das dritte, was ich zum Ausdruck bringen möchte, ist vor allem der Dank an die hauptamtlichen Mitarbeiter von den Kreisverbänden draußen bis hier ins Adenauer-Haus hinein. Hier will ich vor allem unseren Freund Heinrich Geißler⁵ nennen. (*Beifall.*) Sie alle haben hervorragend gearbeitet und verdienen unseren sehr herzlichen Dank. Im Blick auf die Diskussionen, die jetzt über Gründe stattfinden, in der Partei, außerhalb der der Partei, möchte ich ganz einfach das wiederholen, was ich gestern abend gesagt habe, und ich bitte Sie alle ebenso herzlich wie dringend, diesen Satz auch so zu übernehmen: Wir sind gemeinsam in diese Bundestagswahl gezogen, CDU/CSU mit Franz Josef Strauß, wir alle haben gemeinsam gekämpft, und wir haben auch gemeinsam die Wahl verloren. Es hat keinen Sinn, daß wir jetzt versuchen, Schuldzumessungen in diesem oder jenen Bereich vorzunehmen. Nicht, weil ich damit Probleme verniedlichen will. Nur, wer jetzt glaubt, daß die Dinge, die auf uns zukommen, im Blick zurück im Zorn zu lösen sind, der täuscht sich. Und deswegen ist meine Bitte, daß wir gemeinsam bei der Formulierung bleiben, wir haben gemeinsam gekämpft, und wir haben auch gemeinsam verloren. Und das ist das nächste Stichwort.

Es nützt nichts, wenn wir darum herum reden. Ich halte gar nichts von Politikern, die in der Wahlnacht anfangen, ein Wahlergebnis, was jeder Bürger aufgrund seiner einfachsten Rechenkenntnisse begreifen kann, umzudiskutieren, womöglich dann in einen Erfolg oder in einen Quasi-Erfolg. Wir haben eine klare Wahlniederlage erlitten mit 44,5 Prozent der Stimmen, mit einem Minus von 4,1. Bezogen auf das Wahlergebnis von 1976 haben wir, abgesehen von dem Wahlergebnis 1949, das man nicht zum Vergleich heranziehen kann, das schlechteste Wahlergebnis erreicht. Da ist nichts zu beschönigen. Insofern haben wir unser Hauptziel, die Mehrheit der Mandate zu gewinnen, nicht erreicht.

Das zweite, sehr wichtige Ziel ist durch unsere gemeinsame Anstrengung erreicht worden. Die CDU/CSU-Fraktion ist wiederum die stärkste Fraktion im Deutschen

3 Helmut Schmidt (1918–2015), Diplom-Volkswirt; 1953–1961 und 1965–1987 MdB (SPD), 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, Juli bis Dezember 1972 für Wirtschaft und Finanzen, 1972–1974 der Finanzen, 1974–1982 Bundeskanzler.

4 Franz Josef Strauß (1915–1988), Philologe; 1949–1978 MdB (1963–1966 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe), 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955–1956 für Atomfragen, 1956–1962 der Verteidigung, 1961–1988 CSU-Vorsitzender, 1966–1969 Bundesminister der Finanzen, 1978–1988 Ministerpräsident von Bayern.

5 Heiner Geißler (1930–2017), Jurist; 1961–1965 Vorsitzender der JU Baden-Württemberg, 1965–1967 und 1980–2002 MdB, 1967–1977 Minister für Soziales, Gesundheit und Sport in Rheinland-Pfalz, 1971–1979 MdL Rheinland-Pfalz, 1977–1989 Generalsekretär der CDU, 1982–1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

Bundestag. Ich glaube, das ist ein Punkt, bei dem wir einen Moment verbleiben sollten, weil sich bei diesem Punkt deutlich macht, daß bei all dem, was war, und es war ja in jüngster Vergangenheit einiges, die Partei – das gilt für die CDU wie für die CSU, das gilt vor allem auch für unsere Gemeinsamkeit – sich als die stärkste politische Kraft der Bundesrepublik erneut erwiesen hat unter schwierigsten Bedingungen. Die Loyalität unserer Wähler ist ein gewaltiges Kapital, mit dem wir auch in Zukunft rechnen können, das aber auch in Zukunft vielleicht sorgsamer behandelt werden muß. CDU und CSU haben in diesem Wahlkampf ein hohes Maß an Geschlossenheit und gegenseitiger Loyalität dokumentiert. Dies hat entscheidend zu dem Ergebnis, was wir dann, entgegen demoskopischer Voraussagen noch vor einigen Wochen, letztendlich doch noch erreichen konnten, beigetragen. Wir haben gemeinsam, CDU und CSU, im Wahlkampf eine überzeugende programmatische und organisatorische Übereinstimmung sichtbar gemacht. Das Symbol dieser nahtlosen politisch-personellen und organisatorischen Übereinstimmung war unser gemeinsames Wahlprogramm, das fortgilt. Es war ein mehr als symbolischer Akt des Tages, daß wir die gemeinsame Delegiertenkonferenz in Mannheim⁶ hatten. Das ist eine Einrichtung, über die wir jetzt, wenn der Rauch der ersten Schlacht vorbei gegangen ist, mit unseren Freunden der CSU reden müssen, daß das für die Zukunft vernünftig institutionalisiert wird. Wir sind, und das ist ein sehr wichtiger Punkt, in der Lage, daß Franz Josef Strauß wie auch ich der deutschen Öffentlichkeit schon in der letzten Woche und gestern abend noch einmal erklären konnten, und das gab es bisher noch nie seit 1949, daß wir bereits am kommenden Dienstag der gemeinsamen Fraktion die Vereinbarung über die Fortsetzung der Fraktion für die nächsten vier Jahre vorlegen können. Das heißt also, jenes Gespenst, das vor vier Jahren um die gleiche Zeit begann, uns so enorme Sorgen zu machen, ist damit gebannt. Insofern kann man schon sagen, hier für den internen Gebrauch, daß wir durch die Überwindung jeglicher Spaltungstendenz sicherlich die jetzt stärkste Opposition ins Feld stellen können, die wir in langer Zeit hatten.

Es ist uns gelungen im Wahlkampf, die wichtigsten Sachgebiete zu bestimmen. Ob das die Staatsverschuldung, ob das die Rentenpolitik, die Familienpolitik, die Zukunft der jungen Generation, die Innere Sicherheit ist, die Probleme bleiben alle. Das sind in Wahrheit Zukunftsprobleme. Wir hatten bei dieser Wahl mit einem Erwartungshorizont in der Bevölkerung zu kämpfen. Gerhard Stoltenberg⁷ hat heute die Zahlen aus Schleswig-Holstein im Präsidium⁸ mitgebracht, daß immerhin dort, und das ist typisch für die Bundesrepublik, rund 60 Prozent der Bürger die Lage so einschätzen, daß es ihnen entweder sehr gut oder gut geht, daß aber die Verharmlosung wichtiger Probleme jetzt ein ganzes Jahrzehnt Spuren in der Bevölkerung hinterlassen hat und es aus diesem Grunde wichtig ist, daß wir bei den Themen auch für die Zukunft ganz klar unsere Position deutlich machen.

6 Am 30. August 1980 (UiD vom 3. September 1980: „Die Wende ist fällig“).

7 Gerhard Stoltenberg (1928–2001), Historiker; 1955–1961 Bundesvorsitzender der JU, 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1971–1982 MdL Schleswig-Holstein, 1957–1971 und 1983–1998 MdB, 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1982–1989 der Finanzen, 1989–1992 der Verteidigung.

8 Protokoll in ACDP 07-001-1412.

In welch einem Ausmaß die Sozialdemokraten in die Defensive geraten sind, zeigt das öffentliche Bild, das der Bundeskanzler in den letzten vier Wochen geboten hat, was nichts mit einer Grippeerkrankung zu tun hat, sondern mit einer tiefen Verunsicherung und auch einem Stück persönlicher Resignation, daß er seit zehn Tagen spätestens wissen mußte, daß er das Ziel verfehlt hat, das ihm vor Wochen vorschwebte, mit weitem Abstand stärkste Partei zu werden – mit einem gewissen Gran von Hoffnung sogar, und das hat er ja deutlich gemacht – und die Mehrheit der Mandate erreichen zu können. Das zeigt auch, daß er sehr stark im Inhaltlichen in seinen Wahlreden auf unsere Themen eingegangen ist bis hin in den verbalen Bereich. Wenn ich etwa daran erinnere, wie er die immateriellen Fragen angesprochen hat, hat Schmidt in den letzten drei Wochen seines Wahlkampfes unentwegt von Patriotismus und vom Vaterland und Ähnlichem gesprochen. Das erweckt natürlich in mir gewisse Gefühle der Erinnerung, daß andere das auch schon gesagt haben, und insofern waren wir auch pädagogisch tätig.

Der Union ist es gelungen, den Vorsprung in der Sachkompetenz weiter auszubauen während des Wahlkampfes. Das ist ein Grund, auf dem wir weiter arbeiten müssen. Das Wichtigste, was man in einer ersten Bilanz in diesem Zusammenhang sagen muß, ist, daß die Mehrheitsfähigkeit unserer Partei auch nach dieser Bundestagswahl außer jedem Zweifel steht und daß es überhaupt keinen Grund gibt, so hart uns die Wahlniederlage trifft, etwa in eine Stimmung zu verfallen, wie wir sie mal in diesem Raum – viele werden sich erinnern, wenn ich das erwähne – aus Anlaß des Vortrags von Herrn Professor Wildenmann⁹ im Februar 1973 hatten. Wir haben eine klare Zukunftschance, wenn wir uns auf unsre Kraft besinnen und das Richtige tun.

Das Dreiparteiensystem, davon müssen wir ausgehen, hat sich als stabil erwiesen. Die FDP bleibt ein entscheidender Faktor in der deutschen Parteienlandschaft. Der Niedergang der Grünen, das klägliche Scheitern der sogenannten Bürgerpartei zeigen, daß Neugründungen über das Regionale hinaus weiterhin chancenlos bleiben. Für die FDP ist klar, und das hat auch deren Wahlanalyse in der vergangenen Nacht gezeigt, daß sie sich darüber im klaren ist, daß sie bei dieser Wahl über ihren Wählerstamm aus der konkreten Situation des Tages hinausgekommen ist, daß nirgendwo geschrieben steht, daß das Wähler auf Dauer sind, die die FDP gewonnen hat.

Die Sozialdemokraten haben ihr Wählerpotential bundesweit praktisch ausgeschöpft. Die unverändert hohe Popularität und der Amtsbonus des Kanzlers haben effektiv wenig für die SPD eingebracht. Sie hat ihr Hauptziel natürlich erreicht, sie kann die Regierung wieder bilden. Aber, wir sollten spätestens nach dem vergangenen Sonntag auch in der CDU jetzt mit jenen oft unter vorgehaltener Hand vorgegeben Thesen aufhören, daß Schmidt ein Mann sei, der nicht zu schlagen sei, daß Schmidt ein Mann sei, den man nicht angreifen könne, und alles, was in diesem Zusammenhang gesagt wird.

Wir haben einen hohen Mobilisierungsgrad unserer Mitglieder erreicht. Sie haben sich persönlich engagiert wie selten zuvor. Neben diesen positiven Entwicklungen haben wir uns mit einigen, auch für uns bedenklichen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Die

9 Rudolf Wildenmann (1921–1993), Politologe; 1952–1959 Journalist, 1964–1989 Professor für Politikwissenschaften an der Universität Mannheim, 1974–1980 Mitgründer und Vorsitzender des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). – Anspielung auf die Analyse der Bundestagswahl 1972 in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 27. Januar 1973, an der Wildenmann nicht teilnahm, sondern sein Mitarbeiter Werner Kaase (vgl. Protokolle 6 S. 1094–1135).

hohe Wahlbeteiligung, die Stabilität des Parteiensystems beweist jedenfalls für mich, daß es keine Staats- oder Parteienverdrossenheit in einem ernsthaften Ausmaß gibt. Zugenommen hat unbestreitbar die Verdrossenheit gegenüber Politikern, nicht zuletzt, und ich fürchte, das wird sich deutlich zeigen, bei der Endauszählung junger Wähler, Erstwähler, bei jungen Leuten. Die Distanz des Bürgers zur Politik ist gewachsen. Er fragt sich zunehmend, ob er in der Politik und bei den verantwortlichen Politikern seine Sorgen wiederfindet. Das Ausmaß der Diffamierungskampagne, vor allem gegen Franz Josef Strauß, hat über Franz Josef Strauß das persönliche Ansehen aller demokratischen Politiker berührt. Ich würde davor warnen zu glauben, daß diese Auseinandersetzung an der deutschen Politik spurlos vorübergegangen ist. Es ist ein Stück der politischen Kultur unseres Landes in diesen Wochen zerstört worden, beschädigt worden. (*Zwischenruf Stoltenberg.*) Einverstanden. Ich habe gesagt ein Stück, Gerhard, ich habe nicht gesagt das Ganze. Die gezielte Personalisierung und die Polarisierung des Wahlkampfs durch die SPD, ihr Versuch, ganze Gruppen wahltaktischen Interessen bedenkenlos unterzuordnen, wenn Sie nur hier im Blick auf den DGB die Dinge sehen und auf die Katholische Kirche, hat bei manchen Bürgern den Zweifel an der Konsensfähigkeit unserer Gesellschaft wachsen lassen. Das ist eine ernste Anfrage, die am Tag nach der Wahl jeder von uns mit nach Hause nehmen muß für unsere künftigen Betrachtungen.

Ich glaube, es ist wichtig, gerade auch nach diesem harten Wahlkampf, daß wir vom heutigen Tag an deutlich machen, daß wir eine Partei sind, die bereit ist, ihren Beitrag zur Konsensfähigkeit der Demokraten zu leisten. Ich würde davor warnen, wenn wir jetzt, wohlmöglich aus Verbitterung über das Ergebnis, in die Tendenz verfallen würden, den Wahlkampf fortzusetzen. Das hat überhaupt nichts damit zu tun – ich komme noch auf den Punkt zu sprechen –, daß wir nicht eine klare und entschiedene Opposition machen müssen. Nur, eine permanente Wahlkampfsituation nützt keiner Partei, nützt auch nach meiner Überzeugung der CDU nicht. Dies alles schließt klare Alternativen und die harte Auseinandersetzung aber nicht aus. Aber wir müssen wieder die Partei ganz selbstverständlich sein, bei deren Erwähnung der Bürger daran denkt, daß sie die Partei ist, für die Fairneß und persönlich vernünftige Umgangsformen, auch mit dem politischen Gegner, selbstverständlich ist. Nur so kann uns Konsensfähigkeit gelingen. Und nur so können wir auch unseren Beitrag für die Zukunft des Landes bringen. Die CDU/CSU, so meine ich, darf das ihr von den Wählern bestätigte hohe Vertrauenspotential für die Zukunft nicht verspielen. Wir müssen uns an diesem Tag darüber im klaren sein, daß der Wähler uns die Rolle der Opposition übertragen hat, daß der Wähler der höchste Souverän des Landes ist, daß wir sein Urteil zu akzeptieren haben, ob es uns immer gefällt oder nicht, daß wir uns vor allem den Sorgen des Bürgers zuwenden und daß nach draußen deutlich werden muß, daß die Union sich mehr mit ihren Mitbürgern und weniger mit sich selbst, etwa im Blick auf Querelen, auch Personalquerelen, beschäftigt. Das kann dem persönlichen Ehrgeiz des einzelnen dienen, aber es schadet der Union und, wie die Lebenserfahrung zeigt, per Saldo auch immer dem persönlichen Ehrgeiz.

In diesem Zusammenhang will ich ein klares Wort auch zu dem Thema sagen, was ja praktisch jetzt schlagartig aus den Medien an uns herangetragen wird; schon heute nacht begann das ja: Wer wird jetzt euch, die CDU/CSU, im Jahr 1984 in die Schlacht führen? Ich will hier klar sagen, was ich in der vergangenen Nacht immer wieder in Interviews betont habe. Wir haben die Pflicht, rechtzeitig vor 1984, den aus der Mitte der Union, der

CDU und CSU, als Kanzlerkandidaten herauszustellen, der die größten Chancen hat, für uns den Sieg herbeizuführen. Ich gehe davon aus, daß jeder sich von uns darüber im klaren ist, daß jede persönliche Betrachtung sich diesem großen Ziel unterordnen muß. Und ich gehe auch davon aus, daß eine solche Personalbetrachtung, wenn wir noch uns einen Rest von Klugheit bewahren wollen, frühestens im Jahre 1983 angestellt wird, daß es für uns tödlich ist, wenn wir uns jetzt eine lähmende Personaldiskussion über das, was wir 1984 bei der Wahl tun, aufdrängen lassen. Je größer die Schwierigkeiten sein werden, in die die Regierungskoalition gerät, und die Schwierigkeiten stehen uns in Haus – uns als Bundesrepublik –, um so größer ist deren Versuch, von ihren Schwierigkeiten abzuweichen, indem wir eben nicht auf dieses Thema setzen.

Wir haben mit unserem gemeinsamen Wahlprogramm inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Dieses Programm ist keine Wahlkampfepisode. Es ist eine verbindliche Verabredung unseres politischen Wollens für die nächsten Jahre. Wir müssen als Partei daraus politische Perspektiven weiterentwickeln, und wir müssen versuchen, in der Fraktion und mit den CDU/CSU-geführten Bundesländern im Bundesrat, Bundestag und Bundesrat damit in die Offensive zu kommen. Ich will es mit einem Satz zusammenfassen: Wir dürfen uns die Themen der Politik nicht von der Regierung aufdrängen lassen, sondern wir müssen bei unseren eigenen Themen bleiben und selbstverständlich die Themen verarbeiten, die die Regierung in den Bundestag einbringt.

Wir haben, wie ich finde, dann eine gute Zukunftschance – das sage ich ohne Umschweife an diesem heutigen Tag –, wenn wir uns auf die geistig-moralische Kraft unserer Partei besinnen. Wer die Geschichte der Weimarer Republik kennt, wie die sogenannten bürgerlichen Parteien dort in zwölf Jahren, wenn ich einmal von den weltanschaulich basierten Parteien absehe, eingeschmolzen wurden, dann sieht man, welche ungeheure Leistung die CDU/CSU in 30 Jahren Bundesrepublik ist. Es ist also nicht nur eine parteiische Frage, das ist eine Frage von staatspolitisch erstem Rang, daß wir unsere Partei mehrheitsfähig halten. Und das geht nur, meine Freunde, wenn wir die Volkspartei der Mitte bleiben, d. h. eine Partei, in der das christlich-soziale, das liberal-freiheitliche und das konservative Ideengut möglich ist und miteinander leben kann, eine Partei, die auch fähig ist, links und rechts von der Mitte Wähler und Freunde zu integrieren. Aber es muß die Partei der Mitte bleiben. Ausflüge weit nach rechts, aber genau so Ausflüge weit nach links, wo man vielleicht glauben mag, daß der jeweilige Zeitgeist dies als nützlich erscheinen läßt, werden von unseren Wählern nicht akzeptiert. Deswegen ist es wichtig, daß diese Position der Partei der Mitte deutlich wird.

Wir werden zu reden haben über die ganze Strategie. Wir haben eben im Präsidium vereinbart eine sehr sorgfältige Nachwahluntersuchung, auch mit regionalen Perspektiven. Wir haben verabredet, daß wir auch bald eine eineinhalbtägige Klausurtagung des Bundesvorstands in dem heutigen erweiterten Kreis vornehmen müssen, damit wir praktisch die Perspektiven unserer Politik für die nächsten Jahre festlegen. Über das Datum müssen wir uns noch einigen; ich bin heute leider wegen der nicht vorhandenen Planung für den neuen Bundestag dazu noch nicht in der Lage. Ich will aber schon jetzt ankündigen, daß zwei Themen auf alle Fälle, ungeachtet des Wahlausgangs, im wahlfreien Jahr 1981 von uns mit Konsequenz bearbeitet werden müssen, daß unsere Beschlüsse den Rang von Parteitagebschlüssen bekommen: Das ist ganz allgemein das Thema der Bildungspolitik, wo unser Standort ist ungeachtet der föderalen Unterschiede. Wir sind dabei,

uns in diesem wichtigen Feld weit auseinander zu leben. Das ist auf die Dauer für das gesamte Land und für die Parteien ein unerträglicher Zustand. Und wir müssen uns ebenso intensiv in dem wahlfreien Jahr 1981 dem Thema der Medienpolitik zuwenden. Das umschließt genau so die Zeitungslandschaft, wie natürlich vor allem die elektronischen Medien. Wir haben ja auch in diesem Wahlkampf hier wieder unsere speziellen Erfahrungen gemacht.

Mit einem Wort. Ich gehe davon aus, daß wir, wenn wir solidarisch, das ist mir fast zu wenig, wenn wir freundschaftlich, kameradschaftlich – das Wort liegt mir mehr und entspricht eigentlich auch mehr dem Geist und der Tradition christlicher Demokraten – zusammenstehen, und wenn wir hart arbeiten, dann haben wir eine gute Chance. Ich will einige der Konsequenzen für heute schon anführen. Das erste ist, was die Arbeit der Fraktion betrifft, daß wir diese Arbeit entschieden straffen müssen, damit die Fraktion schlagkräftiger wird, daß wir die Kommunikation zwischen Fraktion und Ländern verbessern, wobei ich bewußt Ländern sage, ich meine also nicht nur die Regierungen in den Ländern, sondern auch die Oppositionsfraktionen; beides ist von großer Bedeutsamkeit. Das ist viel besser geworden, das will ich für die Fraktion in Anspruch nehmen, aber das ist durchaus noch verbesserungswürdig. Dazu gehört, daß die gemeinsame Bundestagsfraktion zwischen CDU und CSU nicht nur formal erneuert wird in dieser Woche, sondern daß sie auch nach dem Geist und dem Inhalt und dem menschlichen Miteinander sich selbstverständlich erneuert. Ich bitte Sie nachher um Ihre Empfehlung, daß auch der Bundesvorstand der CDU den CDU-Abgeordneten der Bundestagsfraktion empfiehlt, diese Woche die Fraktionsvereinbarung¹⁰ abzuschließen, was ja ein Novum ist. Wir hatten ja sonst immer lange, manchmal monatelange Verhandlungen. Das ist, glaube ich, ein vernünftiger Punkt. Wir müssen den politischen Abstimmungsprozeß zwischen den Parteiführungen von CDU und CSU kontinuierlich fortsetzen ohne jede Dramatik und spektakuläre Begleitumstände. Jeder große Fernsehbericht über eine gemeinsame Tagung der beiden Parteigremien bringt uns gar nichts, weil er in das Bewußtsein der Bevölkerung hineinbringt, an sich sind die nur widerstrebend beisammen. Unsere Gemeinsamkeit muß völlig selbstverständlich werden. Es hat sich im Wahlkampf gezeigt, daß es wichtig ist, daß wir die Hauptfragen der Politik überzeugend personalisieren. Die Opposition im Bundestag und Bundesrat – da liegen Probleme in der föderalen Ordnung – wird auf die Dauer nicht glaubwürdig sein, wenn nicht zu den Sachfragen der Politik für den Bürger auch ein glaubwürdiges Gesicht mit auftaucht, das er mit umsetzen kann in seine politische Überzeugung.

Das sind einige wenige Gedanken, die ich für heute Ihnen vortragen wollte. Für mich ist bei einer nüchternen Abwägung angesichts der Niederlage, die wir erlitten haben, dennoch der Satz richtig, daß wir eine gute Chance haben, daß es keinen Grund gibt, jetzt zu verzagen oder sich in selbstquälerische Diskussionen zu stürzen, die uns abhalten oder gar lähmen, die wichtigen Zukunftsaufgaben anzugehen. Wir stehen einer Regierung gegenüber, der die Probleme bereits in wenigen Wochen bei der Einbringung des Haushalts 1981 über dem Kopf zusammenschlagen werden. Wir sollten, bei all dem, was jetzt auf uns zukommt, das, was wir tun, in einer Gesinnung, in einer äußeren Darstel-

10 Wortlaut der in der ersten Fraktionssitzung am 7. Oktober 1980 einstimmig beschlossenen „Vereinbarung über die Fortführung der gemeinsamen Fraktion zwischen CDU und CSU für die 9. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages“ in UfD vom 8. Oktober 1980 S. 6.

lungsmöglichkeit und Weise und in einer Atmosphäre tun, daß der Bürger erkennt, hier in dieser CDU/CSU sind Männer und Frauen beisammen, die als deutsche Patrioten dem Vaterland dienen wollen, zunächst dem Land und dann erst der eigenen Partei. Wenn wir das tun, bin ich ganz sicher, daß wir bereits bei der ersten Bewährungsprobe, die die Kommunalwahlen sein werden in der ersten Hälfte des nächsten Jahres und dann bei den Landtagswahlen, die ja dann in schneller Folge auf uns zukommen, ab Juli 1982 in Hamburg, in Niedersachsen, im Herbst dann in Hessen und in Bayern, eine gute Chance haben.

Eine solche Wahlniederlage kann zwei Möglichkeiten bei den Betroffenen erzeugen: eine defätistische Stimmung, die mir nicht liegt und zu der ich auch keinen Grund sehe, und ein Gefühl des Zusammenrückens, des Schulterschlusses, des vernünftigen Miteinanders. Und darum wollte ich sie alle sehr herzlich bitten, nicht nur hier und heute, daß wir es bekennen und miteinander bereden, sondern daß wir es hinaustragen. Das bitte ich die Landesvorsitzenden in den Landesvorstandssitzungen, in diesem Geist weiterzugeben. Das bitte ich die Vereinigungsvorsitzenden, in diesem Geist zu wirken, und das bitte ich nicht zuletzt die Kollegen aus den Landtagsfraktionen, die ich heute hierher gebeten habe. Das ist eine wichtige Umschlagstelle von Nachrichten, wenn Sie davon ausgehen, daß rund 70 Prozent unserer Kreisvorsitzenden Landtagsabgeordnete sind in der Bundesrepublik. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß diese Einflußschiene eine der wichtigsten Schienen ist; dessen sind sich ja die Herren Landtagsfraktionsvorsitzenden auch in ihrer Macht bewußt. Und deswegen appelliere ich an Sie nochmal ganz besonders unter dem eben genannten Gesichtspunkt. Das wollte ich Ihnen in ein paar kurzen Sätzen vorgetragen haben. *(Beifall.)*

Geißler: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Ich möchte etwas zum Ablauf des Wahlkampfes sagen, aber dann in einem zweiten Punkt etwas zu dem, was vor uns liegt.

Ich glaube, um den Wahlkampf richtig beurteilen zu können, muß man sich auf die Ausgangslage besinnen, die gekennzeichnet war im Frühjahr durch die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und im Saarland¹¹ und die gekennzeichnet war durch die erkennbare Strategie der Sozialdemokraten, durch eine konzentrierte Personalausinandersetzung Kanzler/Kanzlerkandidat den Wahlkampf zu bestreiten. Die Sozialdemokraten sind mit dem erklärten Ziel in diesen Wahlkampf hineingegangen, das wissen wir, zumindest stärkste Fraktion zu werden. Es war bis Mitte August in der SPD durchaus auch die Erwartung vorhanden, die absolute Mehrheit zumindest der Sitze zu erringen.

Es kam für uns darauf an, zunächst einmal unsere eigenen Wähler zu mobilisieren. Wir hatten in der Mitte dieses Jahres demoskopisch gesehen das Ergebnis, daß ungefähr 30 Prozent unserer eigenen Wähler gezögert oder gezweifelt haben, ob sie überhaupt zur Wahl gehen. Das war ein erster wichtiger Punkt. Und zweitens kam es darauf an, die Strategie der Sozialdemokraten zu durchkreuzen. Wir haben den ersten Punkt erreicht, das wissen Sie, das haben wir alle miteinander gemacht, durch eine sehr intensive Arbeit im Juni. Es war ganz entscheidend, daß unmittelbar nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen der Bundesparteitag in Berlin¹² ein Erfolg wurde. Ich glaube, er ist ein Erfolg gewesen. Dieser Parteitag war ein Risiko, das ist gar keine Frage, aber es ist ein erfolgreicher

11 Landtagswahl in Baden-Württemberg am 16. März, im Saarland am 27. April 1980.

12 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 11. Mai, Bundesparteitag am 19./20. Mai 1980.

Parteitag geworden, nicht zuletzt durch die Demonstration der Einheit zwischen den beiden Parteien, der CDU und der CSU.

Zweitens haben wir in dem Zusammenhang das gemeinsame Wahlkampfprogramm verkündet, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, weil in diesem Wahlkampfprogramm die Identität der Union, auch der CDU, klar zum Ausdruck gebracht worden ist. Wir haben in diesem Wahlkampfprogramm alle wichtigen Punkte auch aus unserem Grundsatzprogramm mit aufnehmen können.

Drittens war ganz entscheidend die Präsentation der Wahlkampfmannschaft.¹³ Hier ist in der personellen Darstellung auch den eigenen Anhängern gegenüber deutlich gemacht worden, daß dieser Wahlkampf von den Unionsparteien geschlossen geführt wird. Wir haben, das wissen Sie, eine ganze Reihe von Veranstaltungen im Juni durchgeführt, vor allem das Jugendfestival¹⁴, das ganz sicher ein Erfolg gewesen ist, und eine ganze Reihe von anderen Veranstaltungen. Und wir haben die Sommerpause gut genutzt, wir haben insgesamt über 30 Pressekonferenzen richtig getimt, veranstaltet im Sommerloch, und haben dadurch den Boden bereitet für die Sachthemen, die dann voll zum Tragen gekommen sind.

Wir haben, um den zweiten Punkt anzusprechen, Durchkreuzung der Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten, gut gearbeitet. Wir haben aber auch Glück gehabt, das muß man auch sagen. Und zwar Glück gehabt, ich will einmal sagen, im ost- und deutschlandpolitischen Bereich durch die Ereignisse in Polen¹⁵ – soweit man das als Glück bezeichnen kann – mit der daraus resultierenden Absage der Treffen zwischen dem Bundeskanzler und Gierek¹⁶ und Honecker¹⁷. Dies hat einen wichtigen Teil der Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten zerschlagen. Es ist uns aber auf der anderen Seite gelungen, und dies war ein wesentlicher Erfolg, gleichzeitig den Bundeskanzler aus der von der SPD ihm zugedachten Rolle herauszunehmen und mitten in die Wahlkampfauseinandersetzung hineinzuziehen, da es uns gelungen ist, die innenpolitischen Themen zu einem beherrschenden Thema des Wahlkampfes zu machen. Das ergibt sich auch aus der Trendmessung, die wir im Laufe des Monats September noch durchgeführt haben. Ich habe vorhin im Parteipräsidium schon dargelegt, daß wir in den Themen, die wir zum Gegenstand des Wahlkampfes gemacht haben, einen erheblichen Kompetenzvorsprung zusätzlich errungen haben, den höchsten Vorsprung bei der Staatsverschuldung mit plus 16 Prozent, aber auch bei der Rentenpolitik mit plus zwölf Prozent, Familienförderung plus zehn Prozent und beim Bündnis mit den Vereinigten Staaten als weiteren Gesichtspunkt von plus zehn Prozent. Wir haben also in den Sachthemen, die gleichzeitig Anti-Schmidt-

13 Vgl. UiD vom 11. Juni 1980: „F.J. Strauß stellt Wahlkampfmannschaft vor.“

14 Am 31. Mai 1980 (UiD vom 4. Juni 1980: „7000 beim Treffpunkt der Jugend in Mainz“).

15 Aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Polen war es seit Juli 1980 zu einer Streikbewegung gekommen, die das ganze Land erfaßte und schließlich am 6. September 1980 zur Entmachtung von Edward Gierek führte (zu Einzelheiten vgl. AdG 1980 S. 23855–23878).

16 Edward Gierek (1913–2001), polnischer Politiker; 1970–1980 Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. – Geplant war ein Zusammentreffen mit Schmidt in Hamburg am 19./20. August 1980, das Gierek aufgrund der innenpolitischen Lage in Polen am 18. August absagte (vgl. AAPD 1980 Dok. 240 Anm. 2).

17 Erich Honecker (1912–1994), KPD- bzw. SED-Funktionär; 1966 Mitglied des Politbüros der SED, 1971–1989 Erster Sekretär (ab 29. Oktober 1976 Generalsekretär) des ZK der SED. – Das ursprünglich vorgesehene Treffen Schmidts mit Honecker in der DDR wurde am 22. August 1980 abgesagt.

Themen waren, das muß man ja hinzufügen, den Wahlkampf bestimmen können. Das hat ganz zweifelsfrei dazu geführt, daß die Strategie der Sozialdemokraten zusätzlich zum Scheitern verurteilt war, nämlich alles auf Schmidt zu konzentrieren und durch die Konzentration auf Schmidt mit dem Kanzlerbonus eben auch die Stimmen für die SPD zu bekommen. Der Kanzlerbonus, der nach wie vor vorhanden war in einem sehr hohen Umfang, einem wesentlich größeren Umfang als zum Beispiel 1976, hat sich nicht für die sozialdemokratische Partei ausgewirkt. Das, glaube ich, ist wichtig, hinsichtlich des Ablaufes des Wahlkampfes festzuhalten.

Ich möchte aber einen zweiten Punkt hier noch anführen, eine erste Wahlanalyse zeigt Folgendes: Wir haben nach wie vor einen hohen Vertrauensvorsprung, auch eine hohe Vertrauensbasis bei den Mitbürgern, die uns noch erlebt haben in der Zeit, in der wir in der Regierung waren. Also diejenigen stehen mehrheitlich noch bei uns, die erlebt haben, was wir getan haben für die Sicherung der Freiheit, aber auch im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft zum Ausbau unseres sozialen und wirtschaftlichen Sicherungssystems, was wir getan haben, um den Wohlstand ganz breit zu sichern. Bei diesen Leuten haben wir nach wie vor die Mehrheit der Stimmen. Dies ist nicht in dem Umfang bei denen der Fall, die uns in der Opposition erlebt haben als Wähler und die das, was die CDU in den ersten 20 Jahren erarbeitet hat, nämlich Freiheit und Wohlstand, wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit, sozusagen heute als etwas Selbstverständliches hinnehmen. Dies betrifft viele junge Menschen, die die Freiheit als etwas Selbstverständliches akzeptieren, aber sich mit der Freiheit allein nicht mehr zufriedengeben wollen, sondern die sagen, wir brauchen über die Freiheit hinaus noch etwas anderes: Sicherheit, Geborgenheit, also die Themen, die eben gerade bei jungen Menschen besonders diskutiert und angesprochen werden. Und genau dasselbe ist ja mit dem Wohlstand. Die meisten jungen Menschen nehmen den Wohlstand ebenfalls als etwas Selbstverständliches hin. Aber sie stellen zunehmend die Frage nach dem Sinn der Politik, nach dem Sinn des Lebens, und stellen ethische Fragen, die auch von der Politik nach ihrer Auffassung beantwortet werden sollen.

Das muß man einer sauberen Wahlanalyse vorbehalten, aber ich meine, daß wir hier feststellen müssen, daß die CDU in der Beantwortung dieser Themen in der Zukunft ihre Aufgabe sehen muß, weil dies wichtig ist für bestimmte Prozentsätze in dem Bereich, wo wir verloren haben, nämlich im kirchlichen Bereich. Wir haben Stimmen verloren bei den Katholiken, wir haben aber auch Stimmen verloren bei den evangelischen Wählern. Ich würde das gar nicht so sehr regional sehen, sondern würde dies in einer vorläufigen Analyse darauf zurückführen, daß diese Wähler eben diese Sinnfragen eher stellen und wollen, daß sie von der CDU möglicherweise besser beantwortet werden, als dies bisher zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich sehe eine große Chance in der Verbindung, die wir im Grundsatzprogramm in der Erörterung und der Erläuterung der Grundwerte mit der praktischen Politik erarbeitet haben¹⁸, bei den Wählern, die nach 1969 uns nur noch als Oppositionspartei erlebt haben und die eben über die nackte kalte Freiheit und den nackten Wohlstand hinaus zusätzliche Fragen stellen. Hier können wir zusätzlich Boden gewinnen.

18 Grundsatzprogramm, verabschiedet auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23.–25. Oktober 1978 (Druck in: Die CDU. Parteiprogramme S. 123–200).

Das als erste Analyse. Ich glaube, es hat keinen Sinn, daß man jetzt in die Einzelheiten hineingeht. Der Parteivorsitzende hat ja gesagt, daß wir eine Klausurtagung durchführen, die sorgfältig vorbereitet werden muß. Ich meine, daß bei dieser Klausurtagung insbesondere die Themen erörtert werden müssen, die schon genannt worden sind, aber eben zum Beispiel auch ein ganz kardinale Thema: Wie können wir bei niedrigeren Wachstumsraten dennoch zum Beispiel soziale Sicherung, Verbesserung der Lebensbedingungen bewahren, ohne daß es zu Konflikten in dieser Gesellschaft kommt, die den allgemeinen Konsens zerstören. Das wäre sicher ein wichtiges Thema, das man hier hereinbringen müßte – wir haben es im Parteipräsidium auch behandelt –, die ganze Frage lebenswerte Zukunft, in Zusammenhang mit der Energiepolitik und mit der gesamten Wirtschaftspolitik.

Auch ich möchte mich ganz herzlich dafür bedanken, daß überall – das, glaube ich, kann man sagen – in den letzten Wochen sehr intensiv in der Partei gearbeitet worden ist. Und selbst wenn wir dieses Wahlergebnis jetzt beklagen müssen, der Wahlkampf selber hat zu einer starken Solidarisierung innerhalb der Union geführt und auch zu einer Solidarisierung zwischen den beiden Schwesterparteien. Ich glaube, daß man dieses positive Ergebnis nicht hoch genug einschätzen kann. (*Beifall.*)

*Albrecht*¹⁹: Helmut, Du hast Franz Josef Strauß gedankt, Heiner Geißler gedankt, ich glaube, ich darf nochmal Dir auch danken. (*Beifall.*) Denn das, was Du geleistet hast, ist nicht nur eines persönlichen Dankes wert, sondern es hat auch politische Bedeutung und nicht zuletzt auch Bedeutung für das weitere Verhältnis zwischen den beiden Unionsparteien. Ich möchte, obwohl ich jetzt wirklich nicht nachklappen möchte, auch noch einmal sagen, lieber Heiner Geißler, die wirklich hervorragende Art und Weise, wie der Wahlkampf auch technisch geführt worden ist vom Konrad-Adenauer-Haus, hat auch politische Bedeutung. Das hat den Respekt unserer Freunde in der CSU gefunden, und auch dies ist ja etwas, was nicht zu allen Zeiten so dort gesehen worden ist.

Generell ist richtig, daß die Partei einen fabelhaften Wahlkampf geführt hat. Ich muß schon sagen, man ist eigentlich stolz, wenn man das erlebt hat, wie die überall in allen Teilen, in allen Regionen unserer Republik gekämpft haben und den Berg hinauf gekämpft haben und immer an Boden gewonnen haben; das ist schon ein tolles Ergebnis. Und das wird bleiben. Ich glaube nicht, daß dieser Schwung abebben wird, obwohl wir natürlich sehen müssen, bei einigen wird auch die Enttäuschung um so größer sein. Es gibt viele von unseren Freunden im Land, die geglaubt haben, wir packen es dieses Mal, weil der Wahlkampf so hervorragend lief. Wir müssen uns schon um sie kümmern, wenn jetzt die Enttäuschung da ist. Aber auch für sie wird wichtig sein, und das halte ich als eines der politischen Daten fest, daß es dieses Mal keinerlei Streit am Abend der Wahl in der Union gegeben hat, was ja auch nicht selbstverständlich ist, wenn wir uns an frühere Wahltage erinnern. Dies ist nicht nur etwas, was etwa verkleistert worden ist am Abend der Wahl, sondern ich glaube, jeder von uns weiß, hier ist echt etwas gewandelt worden, und ich glaube, das dürfen wir auch nach den schweren Entscheidungen, die wir im Lauf des letzten Jahres getroffen haben, sagen, daß dieser Punkt geglückt ist und daß das in die Zukunft hineinwirken wird.

19 Ernst Albrecht (1930–2014), Diplom-Volkswirt; 1970–1990 MdL Niedersachsen (CDU), 1976–1990 Ministerpräsident von Niedersachsen.

Trotzdem bleibt das eine Niederlage und eine enttäuschende Niederlage. Ich will nur ein Wort noch sagen, ich habe es im Präsidium schon gesagt, zu dem norddeutschen Problem. Das Nord-Süd-Gefälle ist noch größer geworden, und das ist eben keine Zufallsgeschichte mehr, denn wenn es 1972 und 1976 so ist und 1980 so ist, dann steckt da doch für uns alle ein ernstes Problem dahinter. Ganz abgesehen davon, daß es ja immer atemberaubend ist, aus den Kellern, in denen wir uns bei Bundestagswahlen gelegentlich finden, wieder zu absoluten Mehrheiten in Landtagswahlen aufsteigen zu müssen. Beim Kollegen Stoltenberg und mir, in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen, beträgt der Abstand zum Landtagswahlergebnis, was ja nicht lange her ist, fast neun Prozent. Was eine gewaltige Differenz ist, die wieder wettgemacht werden muß, wenn wir zum Beispiel in anderthalb Jahren nun auch weiterhin mit Sicherheit die Regierungsverantwortung im Land übernehmen wollen. Dies muß sorgfältig analysiert werden, wo eigentlich wirklich hier die Verschiebungen sind. Ich warne vor voreiligen Schlüssen. Es ist nicht so, daß wir das Problem nur im evangelischen Raum hätten, sondern wir haben in den katholischen Gebieten, Gerhard Glup²⁰, eher mehr verloren als in den evangelischen Gebieten. Das ist ein norddeutsches Problem, und es ist nicht ein konfessionelles Problem, wenn auch nach wie vor richtig bleibt, daß wir in den katholischen Gebieten einen viel höheren verlässlichen Sockel haben. Aber der Abschalag vom Sockel macht uns doch ganz erheblich zu schaffen, und ich habe verstanden, daß in Baden-Württemberg und anderswo es auch solche Erscheinungen gegeben hat. Wir müssen dieses Problem lösen im Interesse unserer Mehrheitsfähigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen uns auch klar werden, daß unsere Wählerschaft immer flexibler geworden ist, das heißt, man kann sich nicht mehr auf feste Parteienpräferenzen verlassen, sondern vor allem bei uns muß man sie jeweils neu erringen. Das sagt für mich auch, nur wenn wir diesen liberal-konservativ und christlich-sozialen Kurs, den Du skizziert hast, durchhalten, dann bleiben wir weiterhin mehrheitsfähig.

Aber es gibt auch Chancen, das will ich doch kurz andeuten. Ich habe es gestern auch schon zum Ausdruck gebracht. Es ist eine tolle Sache, daß die SPD nichts gewonnen hat mit den Umfragen, die wir vorher gehabt haben, Kanzlerbonus und Ähnliches. Die SPD hat nichts gewonnen, aber damit ist auch der Helmut Schmidt getroffen worden, das muß man deutlich sehen, denn er war ja der Repräsentant dieser Partei und schwebt nicht nur irgendwo zwischen den Parteien. Dies erlaubt uns für die Zukunft, doch einige Hoffnung zu schöpfen.

Das zweite ist die FDP. Die FDP weiß ganz genau, daß ihre Stimmen nicht echt sind. So glücklich sie über das Wahlergebnis ist, so sehr muß man wissen, daß auch dort Nachdenklichkeit eingezogen ist und daß, wenn wir es richtig machen, wir dort uns einige Chancen ausrechnen können.

Und das dritte, was für mich ganz wichtig ist: Wir haben recht gehabt mit unseren Problemen. Alle unsere Probleme haben sich als tragfähig erwiesen, da gibt es nicht eines, wo wir im Laufe des Wahlkampfes haben zurückstecken müssen. Man kann wohl sagen, alle Themen dieses Wahlkampfes sind von uns in den Wahlkampf gegeben worden. Nicht ein einziges Thema ist von der SPD in den Wahlkampf eingebracht worden. Es sind alles Themen, die nicht kurzfristig nur aus so einer Stimmung rauskommen, sondern die

20 Gerhard Glup (1920–2006), Landwirt; 1967–1986 MdL Niedersachsen (CDU), 1976–1986 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

langjährige Perspektiven ins Auge gefaßt haben, also echte Zukunftsthemen sind. Dann zählt sich natürlich die Investition, die wir hier auch im Wahlkampf geleistet haben, aus.

Ich will noch ein Letztes sagen: Wenn das Ganze für uns einen Sinn haben soll, dann müssen wir noch besser werden nach dieser Wahl, und wir sollten uns nicht wieder bequem in dem Vorhandenen einrichten. Du hast es gesagt, Helmut, die Wirksamkeit der Fraktion, die Wirksamkeit der Partei und ihres Präsidiums und Vorstands, glaube ich, sollten wir auch da mit einbeziehen. Und wir sollten vor allen Dingen auch an den Sachthemen weiter arbeiten. Ich teile die Auffassung, die Heiner Geißler hier vertreten hat, daß gerade in Hinblick auch auf die jüngere Generation, aber nicht nur in Hinblick auf die jüngere Generation, das, was man so als Menschlichkeit des Staates, eben nicht nur der freiheitliche und soziale Rechtsstaat, sondern der freiheitliche und soziale und menschliche Staat, ein ureigenes Unionsthema in den nächsten Jahren werden muß. Und da will natürlich solide, sachliche Arbeit zunächst einmal geleistet werden.

So, nun eine allerletzte Bemerkung, Helmut, ich teile das, was Du zu den Personalfragen gesagt hast. Das Allerwichtigste ist jetzt, daß wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Das haben wir gestern abend niemandem erlaubt zu tun, das dürfen wir auch in den nächsten Tagen und Wochen niemandem erlauben zu tun. Und wenn Entscheidungen anstehen, so, wie Du es gesagt hast, dann werden sie zum richtigen Zeitpunkt getroffen und nicht zum falschen Zeitpunkt. Aber noch wichtiger als der Zeitpunkt ist für mich, daß wir die Kameradschaft, die wir in diesen Wochen gehabt haben, auch in die Zukunft hineintragen. (*Beifall.*)

Stoltenberg: Ich glaube, es geht eigentlich jetzt darum, einige Punkte, die vorgetragen worden sind, etwas zu vertiefen. Ich stimme dem, was von meinen drei Vorrednern, unseren Freunden, gesagt wurde, zu. Wir sollten aber versuchen, noch die dargestellten wesentlichen Momente etwas weiterzuführen und für die weiteren Beratungen, die wir in den Landesverbänden haben und im Bundesvorstand haben werden, Ausgangspunkte zu beschreiben.

Das Nord-Süd-Gefälle, das ist von Ernst Albrecht gesagt worden, ist noch stärker als 1976. Es war 1976 und 1972 ein Problem, es hat sich noch etwas ausgeprägt. Wir liegen in den vier norddeutschen Ländern nach einer überschlägigen Rechnung bei den Zweitstimmen jetzt bei etwa 37 Prozent, bei den Erststimmen bei 38, 39, wenn wir die beiden Flächenländer und Stadtstaaten zusammennehmen. Der Verlust ist etwas überdurchschnittlich mit etwas über fünf Prozent oder 5,1 Prozent in der Quersumme der vier Länder. Wenn wir freilich Bayern herausrechnen mit minus 2,4 Prozent, ist das wohl auch etwa der Bundestrend für den CDU-Teil. Wenn wir also Bayern mit minus 2,4 rausnehmen, dieses stabile Ergebnis in Bayern ist natürlich schon auch ein beachtlicher Vorgang, durch die besondere Verankerung von Franz Josef Strauß in Bayern zu erklären, dann ist auch der Rückgang für die CDU insgesamt ja eher bei fünf Prozent als bei vier Prozent anzusetzen. Nur, unsere Schwierigkeit ist, daß wir das schon auf einem niedrigeren Niveau von 1976 haben und daher die Aufgabe, wieder aufzuholen, bei Kommunal- und Landtagswahlen, nicht einfacher wird.

Der signifikante Unterschied liegt auch darin, daß für uns, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen etwas abgeschwächt, aber auch, der Zuwachs der FDP noch überdurchschnittlich ist, in einer geradezu dramatischen Trendveränderung in bestimmten Landesteilen. Das schleswig-holsteinische FDP-Ergebnis beträgt 12,7 Prozent,

es betrug bei der Europawahl vor 15 Monaten 5,2 Prozent. Die letzte nationale Wahl, die wir hatten, war die Europawahl, FDP 5,2 Prozent, jetzt 12,7 Prozent, letzte Bundestagswahl 8,8. Bei der Landtagswahl vor anderthalb Jahren haben wir sie auf 5,7 heruntergedrückt. Dieses Europawahlergebnis lag etwas im Schatten im Trend der Landtagswahl, mit einer deutlich abgeschwächten Wahlbeteiligung. Das ist ein großes Problem, aber ist natürlich auch eine gewisse Chance. Nur müssen Sie davon ausgehen, daß bei uns der Vorsprung Schmidts noch dramatisch über den Ihnen allen bekannten Bundeszahlen lag; aber daß die Sozialdemokraten dennoch natürlich von einem guten Ausgangsergebnis 1976 nur 0,3 Prozent hinzugewonnen haben, ist die andere Überraschung dieser Wahl. Aber das korrespondiert eben mit diesem dramatischen Anwachsen der FDP.

Die FDP hat in den Bereichen des Landes, in denen wir die typischen mobilen Mittelschichten haben, vor allem im Süden, die mittleren Angestellten einmal als Typ genommen, aber sicher auch bis in den Bereich des selbständigen Mittelstandes hinein, Ergebnisse bis zu 20 Prozent erzielt. Wenn ich also den Kranz unserer aufblühenden Städte und Gemeinden in der Nachbarschaft Hamburgs sehe, ist das Ergebnis 16, 18, 20 Prozent. Das hat natürlich mit der politischen Stärke der FDP bei Kommunal- und Landtagswahlen nichts zu tun, auch nichts mit ihrer organisatorischen Verfassung. Auch mit früheren Wahlergebnissen ist es nicht vergleichbar, auch nicht in diesem Raum. Die Gründe, warum die FDP hier zum Teil als dritter Weg oder als Auswegpartei gewählt worden ist, sind schon angedeutet; ich will sie im einzelnen nicht vertiefen. Darin liegt sozusagen der Hoffnungsaspekt bei einem sehr schlechten Wahlergebnis für die Zukunft. Der Versuch, vor allem diese Wähler wiederzugewinnen, ist die Hauptaufgabe für die Kommunal- und Landtagswahlen. Das gilt ja mit gewissen Abstufungen auch für andere Regionen der Bundesrepublik. Die FDP hat in den typischen Arbeiterbezirken demgegenüber relativ schwache Ergebnisse. Das korrespondiert auch mit Zahlen, die wir haben aus dem Ruhrgebiet und die wir aus anderen Bundesländern sehen.

Die Landespartei ist intakt, leicht steigende Mitgliederzahlen, aber natürlich brauchen wir zwei, drei Monate, das gilt nicht nur für uns, einer intensiven Arbeit des Landesvorstandes, des Landesvorsitzenden, die psychologischen Folgen dieser Wahlniederlage zu verkraften. Die wollen wir auch nicht gering veranschlagen. Wir würden uns da, glaube ich, täuschen: Die Fähigkeit vieler unserer Freunde, die vorher den Wahlkampf tapfer geführt haben, ich will gar nicht von den Kandidaten sprechen, die teilweise einen Einsatz geleistet haben, der wirklich über frühere Maßstäbe hinausging, ist nicht so groß wie bei den professionellen Spitzenpolitikern, zu denen wir uns zählen können. Hier ist eine Menge zu tun. Das Positive ist, das hat Helmut Kohl zu Recht hervorgehoben, daß die reale Chance besteht im Vergleich zu 1976, daß CDU/CSU das Ergebnis gemeinsam verarbeiten und in ihrem Erscheinungsbild, in ihrer Darstellung, in den Zeichen der Verbundenheit, beginnend mit der Konstituierung der gemeinsamen Fraktion, dafür die Voraussetzungen schaffen. Denn daß die Voraussetzungen für einen Wahlerfolg oder eine Wahlniederlage sehr stark unmittelbar nach der vorhergehenden Wahl gelegt werden, das haben wir früher schon erlebt, haben wir in besonderer Weise nach 1976 erlebt. Wir brauchen das nicht zu vertiefen.

Was mich mit Sorge erfüllt, ist der Punkt, der schon von Heiner Geißler erwähnt wurde. Was ich an Demoskopien kenne, regional und überregional, zeigt dieses ganz schwere Problem, daß wir heute die Bruchlinie oder die Zäsur in der Grundstruktur des Wähler-

verhaltens nicht mehr bei den 30jährigen, sondern mehr bei den 40- und 45jährigen haben mit einer abgeschwächten Tendenz. Und da liegt für uns ein gewaltiges Problem, das wir auch nicht unterschätzen dürfen, weil es über die vordergründigen politischen Abläufe hinaus und die Orientierung an Personen, und was alles eine Rolle spielt, natürlich auch eine Veränderung des Wertebewußtseins ist und der Lebensauffassung, über die wir gelegentlich gesprochen haben. Hier liegt eine der großen Aufgaben, die wir haben, aufgrund einer wirklich noch vertieften Wahlanalyse auch unter diesen Aspekten, neben Nord-Süd-Gefälle, die Frage der verschiedenen Altersgruppen der Frauen und Männer, der jüngeren und der älteren, auch der mittleren Generation wirklich einmal vertieft aufzuarbeiten und darüber sehr intensiv zu sprechen, was das für das langfristige Erscheinungsbild unserer Partei bedeutet. Es gibt ja immer die Grundformel „Anpassung und Widerstand“, wie weit muß man dem Zeitgeist widerstehen, in welcher Form, wie weit muß man gewissen Strömungen dieses sogenannten Zeitgeistes auch in den zugrunde liegenden Werthaltungen und Lebensauffassungen entsprechen. Das ist eigentlich eine der großen geistigen Aufgaben, die wir als Führungsgremium unserer Partei in den vor uns liegenden drei, vier Monaten haben. Ich gehe davon aus, daß wir dieses Mal die Chance haben, die wir nach 1976 nicht hatten. Das war einer der großen Nachteile des damaligen Streits, das sehr gründlich zu machen. Wir müssen uns das aber auch wirklich vornehmen, gerade auch in diesem Kreis des Bundesvorstands. Ich bin überzeugt, daß unser wissenschaftliches Institut und der Generalsekretär und seine Mitarbeiter eine ganz wichtige Aufgabe darin sehen, hier den Dingen nachzugehen und uns die Daten auf den Tisch zu legen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen auch insoweit, daß es schwerwiegende und im Ausgangspunkt besorgniserregende Daten sind.

Ich will das Thema evangelisch/katholisch nicht lange aufnehmen. Eine Analyse der Wahlergebnisse zeigt in der Tat, daß wir nicht nur im evangelischen Bereich, sondern auch in bestimmten katholischen Bereichen, hier wird unterschieden, erhebliche Verluste haben. Dennoch habe ich gestern abend natürlich daran schon denken müssen, was uns in derselben Sitzung 1976 hier der Professor Oberndörfer²¹ damals in der ersten Analyse unseres wissenschaftlichen Instituts sagte. Er hat uns damals gesagt, ein CDU-Anteil im katholischen Bevölkerungsteil von 60 Prozent und ein evangelischer Bevölkerungsteil von 40 Prozent. Das war damals die Bewertung nach der letzten Bundestagswahl, sicher in einer Schnellanalyse, die sich aber wohl nicht wesentlich geändert hat. Es ist für uns ein Problem, daß wir im katholischen Teil, das wird man genauer noch untersuchen müssen, einige Prozente heruntergekommen sind, aber von diesem erschreckend niedrigen Ausgangspunkt im evangelischen Bevölkerungsteil auch. Hier ist ja der Trend zur FDP, ich kann das von dem schleswig-holsteinischen Ergebnis sagen, aus dem evangelischen Bevölkerungsteil zweifellos stärker gewesen dieses Mal, vielleicht noch stärker aus dem katholischen Teil. Vielleicht hat im katholischen Teil, wenn ich ein paar Ergebnisse in Hochburgen mir ansehe, die SPD noch etwas mehr angezogen als die FDP. Man muß das sehr genau untersuchen, aber auch diese Frage stellt sich für das weitere intensive Gespräch unter uns.

21 Dieter Oberndörfer (geb. 1929), Politikwissenschaftler; 1963–1997 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg, 1975–1977 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (SFK).

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung. Wir können ja heute nur einmal Markierungspunkte setzen und müssen darauf achten, ob sie stimmen. Natürlich wird es in der SPD eine sehr kritische Auseinandersetzung geben. Herbert Wehner hat heute morgen ja im Deutschlandfunk schon Signale gegeben.²² Trotzdem werden sie, nach meiner Einschätzung, in der kurzfristigen Erörterung in der Partei bei aller Enttäuschung mit diesem Ergebnis auch etwas sich befreunden können. Die verschiedenen Strömungen in der SPD sind unterschiedlich. Die wirklichen Probleme kommen nach meiner Einschätzung wohl nicht in erster Linie bei den Koalitionsverhandlungen; die werden schwierig werden. Sie kommen dann im November, wenn sie mit der Regierungserklärung im Dezember die Fakten auf den Tisch legen müssen: Lage der Staatsfinanzen, Haushalt, Finanzplanung, unvermeidliche Eingriffe, Arbeitslosenversicherung, das Rententhema kommt etwas später. Das wird sicher zu einer großen Belastungsprobe werden, und hier liegt ja auch ein Stück Hoffnung für uns, die objektiven politischen Voraussetzungen für eine Trendverbesserung im nächsten Winter einleiten zu können. Nur sollten wir, das ist bisher in der Debatte geschehen, ich will das aber nochmal unterstreichen, etwas vorsichtig sein mit sicheren Vorhersagen. Sie haben auch die Chance des Spiels mit verteilten Rollen, und es sind einige Leute sehr clever. Auch ein Mann wie Genscher²³ hat im Wahlkampf bewiesen, daß er ein außerordentlich geschickter Wahlkämpfer war. Das ist die eine Möglichkeit. Wir haben die Chance, daß bei ihnen die Konflikte, die angelegt sind mit der Schwere der Probleme, wirklich zu Zerreißproben und einem starken Vertrauensverlust führen. Das sind die beiden Möglichkeiten. Wir müssen jetzt einfach sehr genau darauf achten und alles von uns aus tun, allerdings mit den begrenzten Mitteln der Opposition, die zweite Linie natürlich zu verstärken.

Ich will auch ganz offen sagen, daß ich natürlich mit Sorge sehe, was vor der Wahl schon erkennbar war, daß dieser Erfolg der FDP auch eine Sogwirkung hat. Wir haben ja gewisse Vorgänge im Bereich der Wirtschaft, diese merkwürdigen Dinge beim Bundesverband der Selbständigen²⁴ und anderen vor der Wahl erlebt. Ich sage Ihnen mal voraus, daß das zwei, drei Monate in diese Richtung läuft. Wir müssen das einfach auch in unsere nächsten Erörterungen einbeziehen, was wir tun können in diesem Bereich. Helmut Kohl hat das Thema Medien und Medienlandschaft als einen Schwerpunkt benannt, das möchte ich sehr unterstreichen, aber eben auch den Bereich der Verbände, der Organisationen, von den Gewerkschaften, wo es auch nicht ganz leicht sein wird, aber wo auch die anderen ihre Probleme kriegen werden durch die Stärkung der FDP, über die Organisationen der Verbände und der Wirtschaft. Auch das ist eine Aufgabe, die wir meistern müssen, neben der Medienlandschaft die Frage der Kontakte, die Frage der Zusammenarbeit unter uns, in der Beeinflussung dieser Gruppen auch auf eine der Tagesordnungen

22 Herbert Wehner (1906–1990), Politiker; 1946 SPD, 1949–1983 MdB (1969–1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion), 1958–1973 stv. Bundesvorsitzender der SPD, 1966–1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. – Interview „zur 9. Deutschen Bundestagswahl“ im Deutschlandfunk am 6. Oktober 1980 7.44 Uhr (BPA-Nachrichtenabt. Ref. II R 3).

23 Hans-Dietrich Genscher (1927–2016), Jurist; 1965–1998 MdB (FDP), 1969–1974 Bundesminister des Innern, 1974–1992 des Auswärtigen, 1974–1985 Bundesvorsitzender der FDP.

24 Der Bund der Selbständigen ist ein Mittelstandsverband aus lokalen Handels- und Gewerbevereinen sowie kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Freiberuflern aller Branchen. – Gemeint ist hier wohl die „Initiative Mittelstand für die FDP“ (vgl. UiD vom 24. September 1980: „Die FDP kann dem Mittelstand nicht helfen“).

der nächsten Sitzung aufzunehmen, also alles, was mit dem Begriff Verbände und organisierte Gesellschaft verbunden ist.

Das Offene sind hier natürlich die wirtschaftlichen Abläufe. Ich will nicht hier in Konjunkturprognosen hineingehen. Die Frage, wie wir Ende nächsten Jahres dastehen im Vorfeld der Landtagswahl des übernächsten Jahres, hängt sehr stark ab von den wirtschaftlichen Abläufen des nächsten Jahres. Da gibt es große Risiken, lassen wir das im Augenblick einmal offen. Die Risiken sind erheblich, aber eine sichere Prognose ist dort nicht möglich.

Also, ich glaube, die ersten entscheidenden Schlachten werden geschlagen in der Meinungsbildung für die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen von November, Dezember bis Ostern nächsten Jahres. Das wird die Zeit sein, in der ein erhebliches Stück Meinungsbildung sich vollzieht. Ich freue mich, daß die Voraussetzungen jetzt für eine schnelle wirksame Organisation der gemeinsamen Fraktion vorhanden sind. Die Art, wie wir das Gespräch mit der CSU institutionell sozusagen fortsetzen, muß auch noch einmal besprochen werden. Ich teile die Meinung von Helmut Kohl, so wenig spektakulär wie irgendwie nur möglich, so vernünftig arbeitsmäßig. Ob wir Ausdrücke wie „Strategiekommission“ überhaupt wieder aufleben lassen sollen, darüber mußt Du mit Franz Josef Strauß in den nächsten Tagen reden, Helmut. Das ist natürlich der Punkt, der uns jahrelang schon Probleme gebracht hat, um das zurückhaltend zu sagen, und der in diesem Wahlergebnis sich auswirkt. Aber ich freue mich, ich sage das im Anschluß an die Erörterung im Präsidium, auch an die gestrigen Fernsehserklärungen, daß wir wirklich durch die ersten Signale, die mir gegeben wurden, nicht die Depression verstärkt haben, sondern gewisse Zeichen der Hoffnung auch für alle gegeben haben, die aufmerksam zugehört haben. Das müssen wir fortsetzen. Der Alltag in der Opposition wird nicht leicht, mit zunehmendem Zeitablauf wird das schwerer. Die Rolle, die wir im Bundesrat zu spielen haben, wird nicht leichter werden, sie wird ein Stück schwerer werden. Aber ich glaube, daß wir uns heute in einer menschlichen und politischen Situation befinden, in der wir auch eine Chance haben, die wir nutzen müssen. (*Beifall.*)

Blüm²⁵: Ich möchte mich zunächst dem Dank anschließen, der hier mehrfach schon zum Ausdruck gekommen ist, und auch gleich zu Anfang sagen, wir haben den Wahlkampf in großer Gemeinsamkeit geführt. Das war ja nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern sogar für unsere Mitglieder teilweise eine Überraschung gewesen. Ich meine, ein Wahlergebnis wird nicht nur am Ergebnis gemessen, sondern auch an der Art und Weise, wie es zustande kommt. Und ich finde, die Konditionsfrage ist auch eine Frage, die in Zukunft weiterträgt. Deshalb sehe ich nicht die Gefahr, daß sich einer davontiehlt.

Zur Sache selber: Die Regierung bleibt die alte, aber die Probleme doch auch. Deshalb bin ich dafür, daß wir ohne jede Irritation das, was wir im Wahlprogramm vorgestellt haben, auch als unser Oppositionsprogramm vortragen. Das ist auch ein Stück Selbstsicherheit. Außerdem habe ich dieses Wahlprogramm nie verstanden nur für den Fall der Regierung, sondern das war unsere Politik. Ich finde, es besteht eigentlich kein Anlaß jetzt zu einer neuen, komplizierten Programmdiskussion. Es käme sehr viel mehr darauf

25 Norbert Blüm (geb. 1935), Werkzeugmacher, Philologe; 1968–1975 Hauptgeschäftsführer und 1977–1987 Vorsitzender der CDA, 1972–2002 MdB (CDU), 1981/82 Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin, 1982–1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1987–1999 Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen.

an, daß die Punkte, die wir genannt haben, nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“, dicke Bretter müssen gebohrt werden, jetzt weitergebohrt werden. Ich sehe in den großen Themen, Familie, Rente, Vollbeschäftigung, Energiefrage, Schuldenpolitik auch die großen Zukunftsthemen. Die sind nicht weggeschafft. Worauf es ankommt, und dazu braucht man wahrscheinlich Zeit, ist, diese Punkte in den größeren Zusammenhang zu stellen, in eine Perspektive zu bringen. Für mich ist das Thema Familienpolitik sicher eine Frage der materiellen Lage, aber nicht nur, es ist die Frage, eine Politik der überschaubaren Gesellschaft, der kleinen Lebenskreise zu stärken. Das ist ein Teil jenes Überdresses an den Großorganisationen, der sich hier politisch Raum schaffen muß. Im Thema Rente, meine ich, ging es auch darum, die Alternative deutlich zu machen, ob Alterseinkommen ein Leistungseinkommen ist oder ein Einheitsalmoosen. Auch dazu braucht man wahrscheinlich Zeit. Ich will gar nicht die Themen durchgehen, auch Vollbeschäftigung. Und diese sachliche Festigkeit, das ist aus meiner Sicht das Problem, hat sogar den taktischen Vorzug, daß alle diese Themen, wenn ich das richtig sehe, die Bruchstellen dieser Regierung besetzen. Ich bin mal gespannt, wie die in Sachen Rente zwischen brutto und netto einen Kompromiß schließen wollen. Ich bin mal gespannt, wie die in Sachen Vollbeschäftigung zwischen Investitionslenkung und Herrn Lambsdorff²⁶ einen Kompromiß finden, also so, daß das sachlich Richtige auch das taktisch Richtige ist.

Zur Frage der FDP meinerseits nur den einen Hinweis: Entspricht es nicht einer privaten wie politischen Erfahrung, wenn einer davoneilt, ist es für den zweiten nicht der beste Kit zum Zusammenhalt? Und könnte es nicht auch sein, die FDP hat doch schon mal so ein gutes Ergebnis gehabt²⁷, Fachleute können ja sagen, das wäre der Anfang vom Ende der damaligen Koalition gewesen? Es hat zwar ein bißchen lange gedauert. Aber ich glaube schon, daß das nicht dazu hilft, die Koalition zusammenzuhalten.

Zweiter Punkt, und das ist ein Punkt, der mir noch näher liegt. Die emotionale Koalition Schmidt/Gewerkschaften hat nicht funktioniert. Das ist eine große Enttäuschung für beide Seiten. Also mit Holzen im Betrieb war nichts zu machen dieses Mal. Das finde ich auch wiederum eine Chance, ganz in der Richtung, was Sie sagten, Herr Stoltenberg, daß das Thema Verbände sich für uns neu stellt, auch in Richtung Gewerkschaften. Wenn da eine Entwicklung zunimmt, wie es sich bei der IG Chemie andeutet und anderswo, dann dient das nicht der Festigung dieser Koalition. Dann wird der Schmidt noch in größere Schwierigkeiten kommen mit den Gewerkschaften und die, die übernehmen wollen, werden dem Schmidt nicht mehr die Kohlen aus dem Feuer holen. Das ist alles jetzt etwas Kurzfassung, ich glaube, nur so auch ein Abfallprodukt. Vom hohen Roß, auf dem der Herr Bundeskanzler durch den Wahlkampf zu reiten gedachte, mußte er ja schon im Wahlkampf herunter. Ich finde, daß er gestern abend sehr viel Lack verloren hat und daß deshalb seine Stärke oder sein Glanz gestern abend sehr viele Kratzer durch dieses Wahlergebnis bekommen hat.

26 Otto Graf Lambsdorff (1926–2009), Jurist; 1972–1998 MdB, 1972–1977 und 1984–1997 wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, 1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft, 1988–1993 Bundesvorsitzender der FDP. – Graf Lambsdorff hatte Arbeitnehmer und Unternehmer verschiedentlich aufgefordert, mehr zu arbeiten (vgl. dazu UiD vom 6. August 1980: „Graf Lambsdorff die Quittung geben“).

27 Bei der Bundestagswahl 1961 erreichte die FDP 12,8 Prozent der Stimmen.

Also, mit anderen Worten, die Quintessenz dessen, was ich sage: unsere Konzeption und unsere Kondition beibehalten. Worauf es ankäme, ist, die Punkte deutlich zu machen, daß sie Teil eines größeren Konzeptes sind, christlich-sozial, liberal, konservativ, nicht im reaktionären Sinn, sondern im Sinn der Behutsamkeit. Ich wollte dies noch dazu sagen. (*Beifall.*)

*Filbinger*²⁸: Meine Freunde, ich hatte meinerseits als mitkämpfender Wahlkämpfer, andererseits *procul negotiis*²⁹ die Möglichkeit, die Dinge mitzuerleben. Einige Aspekte in aller Kürze aus dieser Sicht: Der erste ist schon angesprochen worden, die FDP hat Wähler zugewonnen, die ihr an sich nicht von Haus aus gehören. Deshalb ist wahrscheinlich die entscheidende Frage diejenige, kann die FDP diese Wähler, so wie gestern abend es der Herr Genscher ausgedrückt hat, zu Stammwählern machen, oder wird das eine interessante Manövriermasse von Wählerpotential sein, das auch für uns gewinnbar ist. Und dann wäre die Frage, wie man eine Bewegung, eine Rückbewegung dieser Wählerschichten wieder zu uns einleitet, die eigentlich entschiedene Frage, die wir heute am Tage nach der Wahl stellen müssen. Es ist eine Frage der Strategie, und ich würde auch eines klar meinerseits sagen, daß die Union es nicht notwendig hat, in der Programmatik nun einen Haken zu schlagen und ganz neue Konzeptionen zu machen, sondern ich bin der Meinung, daß die Glaubwürdigkeit unserer Konzeption besteht und deren konsequente Verfolgung hilfreich sein wird für uns. Dies schließt aber nicht aus, daß der eine oder andere Komplex aus dieser Programmatik nicht verstärkte Akzentuierung erfordern würde. Helmut Kohl hat zwei Punkte erwähnt der Akzentuierung, wenn ich recht verstanden habe, das eine war Bildungspolitik, das andere war Medienpolitik. Da wird ihm sicher jeder von uns zustimmen, denn das sind erhebliche Fragen. Ich würde von mir aus zwei, drei weitere Akzentuierungen vorschlagen.

Erstens, ich würde meinen, daß wir das Verhältnis zum „C“ in einer neuen oder vertieften Art und Weise interpretieren und nach außen deutlich machen. Dazu gehört auch die Verdeutlichung unseres Verhältnisses zu den Kirchen. Das, was im Hirtenwort³⁰ gesagt worden ist, hat ein großes Echo gehabt. Ich meine, eine Aufarbeitung dieser Dinge könnte für uns wertvoll sein. Drittens würde ich sagen, ein Ausschöpfen und ein Verarbeiten dessen, was wir normalerweise unter Kulturrevolution verstehen. Das ist noch nicht in vollem Maße geschehen, und da steckt für uns wichtiges Erkenntnismaterial, was nach draußen verdeutlicht werden müßte. Es geht hier meines Erachtens darum, den Einbruch, den wir Mitte der fünfziger Jahre, Mitte der sechziger Jahre erlebt haben in der Kulturrevolution, wieder auszubeulen und nach vorne zu kommen mit der Rückgewinnung der geistigen Führung in Deutschland. Diese geistige Führung haben wir gehabt, wir sind zurückgeschlagen worden in der Zeit Mitte der sechziger Jahre bis Anfang der siebziger Jahre, und wir sind jetzt in einer Situation, wo die Union meines Erachtens geistig in Front kommen kann.

28 Hans Filbinger (1913–2007), Jurist; 1951 CDU, 1960–1980 MdL Baden-Württemberg, 1960–1966 Innenminister, 1966–1978 Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

29 *Beatus ille, qui procul negotiis* (Glücklich ist jener, der fern von den Geschäften ist), erster Vers aus dem 2. Gedicht der Epoden des lateinischen Dichters Quintus Horatius Flaccus („Horaz“, 65–8 v. Chr.).

30 Hirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz zur Bundestagswahl vom 25. August 1980 (vgl. UiD vom 17. September 1980: „Ernst Albrecht: Die Kirche hat Verantwortung – auch hier auf Erden“).

Dann Verifizierung der Tatsache, daß der Marxismus in eine schwere Krise hineingekommen ist, daß die Anziehungskraft des Marxismus und seine Faszination, siehe die Universitäten, nachgelassen hat in einer ganz drastischen Art und Weise und überall dort, wo die sozialistische Theorie nach vorne gegangen ist, in der Zwischenzeit gescheitert ist. Denn dieses kann man der Jugend deutlich machen. Hier ist meines Erachtens ein großes und wichtiges Feld zu bestellen, um die Jugend, die irritiert ist, die orientierungslos geworden ist, mit einer geistigen Orientierung zu versehen, die dann unsere Vorzeichen trägt. Ich bin der Überzeugung, und das ist ja eine allgemeine Beobachtung, wir befinden uns nicht in einer Phase, in der sozialistische Ideale bei der Jugend verfangen oder bei der Bevölkerung. Wir befinden uns viel eher in einer Phase, wo konservatives, wenn Sie wollen liberal-konservatives Gedankengut auf dem Vormarsch sein kann, wenn eine genügende Verdeutlichung erfolgt und wenn man den Menschen zeigt, daß konservativ ja keineswegs Rückschritt bedeutet, sondern daß das mit einem Vorwärtsdrängen, Vorwärtsgestalten durchaus vereinbar ist. Hier wäre die Frage der Verdeutlichung, die Frage der Verifizierung, die Frage der Einbindung der Jugend in die Erkenntnisse, über die wir verfügen.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt erwähnen: Mit der FDP besteht Gemeinsamkeit in einem wichtigen Bereich. Das ist der Bereich der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir aber die anderen Bereiche der FDP-Politik ansehen, gibt es überwiegend Dissonanzen, wenn ich etwa das Verhältnis zum Rechtsstaat, Innere Sicherheit, Verfassungsfeinde sehe – dieser Komplex, der zusammen mit der Person des Innenministers Baum³¹ angesprochen worden ist in diesem Bundestagswahlkampf. In diesem Komplex befinden wir uns keineswegs auf gleicher Linie, sondern hier ist eine erhebliche Diskrepanz zu dem, was die FDP an Politik vertritt. Im kulturpolitischen Bereich ist ebenfalls eine sehr bemerkenswerte Distanz. Familie, § 218, Trennung von Kirche und Staat, bis hin zur Legalisierung von Haschisch usw. Das sind doch alles Dinge, die viele Menschen in unserer Bevölkerung geeignet sind zu erschrecken und auf Distanz zu bringen zur FDP. Dieses ist aber so uns nicht gelungen in der Darstellung der FDP, was sie ist, und wie in vielen Hinsichten entfernt sie von uns steht.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen, einen positiven Ausblick. Das, was wir gestern abend erlebt haben in der Darstellung unserer Politik nach gelaufener Wahl und das, was am vergangenen Donnerstag in der Wahlkampfsendung der großen Vier³² deutlich geworden ist, war ein neuer Zug und eine Verstärkung eines früher vorhandenen Zugs in der Union, nämlich eine kämpferische Gemeinsamkeit, die früher so entweder nicht vorhanden oder nicht so manifestiert war. Das ist ein großer Wert, ein großer Erfolg, das ist etwas Neues, das über den Wahltag hinaus gilt. Ich bin der Überzeugung, daß aus dieser Kraft, der neugewonnenen kämpferischen Gemeinsamkeit, ein Start möglich ist für uns nach dieser Wahl, der über Selbstquälerei, über allzu langes Wundenlecken hinausgeht und der den Weg in die Offensive in der Fraktion sowie der beiden Parteien CDU/CSU ermöglicht.

31 Gerhart Rudolf Baum (geb. 1932), Rechtsanwalt; 1954 FDP, 1966–1968 Bundesvorsitzender der Jungdemokraten, 1972–1994 MdB, 1972–1978 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, 1978–1982 Bundesminister des Innern.

32 In ARD/ZDF am 2. Oktober 1980 „Drei Tage vor der Wahl“ (BPA-Nachrichtenabt. Ref. II R 3).

*Dingerkus*³³: Ich möchte das aufgreifen, was Herr Filbinger gerade gesagt hat, was aber auch in den meisten Äußerungen der Vorredner deutlich geworden ist, daß wir in den vergangenen Monaten es nicht hinreichend geschafft haben, deutlich zu machen, wo die inhaltlichen Positionen christlicher Demokratie zu finden sind, daß wir nicht in ausreichendem Maße in der Lage waren, programmatische Ansätze, Unterschiede zur sozialdemokratischen, zur sozialistischen Politik aufzuzeigen. Lediglich in den letzten Wochen des Wahlkampfes ist dies ansatzweise möglich gewesen durch Themenbesetzungen im Bereich der Staatsverschuldung, im Bereich der Familienpolitik und einigen anderen Bereichen. Das hat jedoch nicht ausgereicht, um gerade im Bereich der jungen Generation eine stärkere Motivation für die Unionsparteien hervorzurufen. Ich möchte in diesem Zusammenhang positiv bemerken, daß es zweifellos schlechter ausgegangen wäre, wenn die Unionsparteien im Wahlkampf auf den miesen Stil des politischen Gegners in einem Maße eingegangen wären, wie dies von ihm selbst provoziert worden war.

Die Defizite, die deutlich geworden sind, können zweifellos nicht in einem Wahlkampf allein aufgearbeitet werden, da sind grundlegende Schwerpunktveränderungen, Akzentuierungsveränderungen nötig, und darum sind wir der Meinung, daß jetzt Entscheidungen gefällt werden müssen, um für die nächste Wahl diese Voraussetzungen zu schaffen. Die Fraktionsgemeinschaft ist ein wesentlicher Faktor, dies zu leisten, doch darf die Fraktionsgemeinschaft nicht dazu führen, daß programmatische Schwerpunktsetzungen, programmatische Schwerpunktveränderungen jetzt erstmal wieder hintenan gestellt werden.

Die Fortführung der inhaltlichen Arbeit, Fortführung deswegen, weil sie in den vergangenen Wahlkampfwochen vorhanden war, muß jetzt wesentlich betrieben werden. Ich glaube, daß gerade junge Menschen mit dem idealpolitischen Ansatz christlicher Demokratie, der ja in den letzten Wochen eben punktmäßig eingebracht worden ist, auch wieder für politische Fragen interessiert werden und sie letztlich auch damit für christliche Politik, christliche Demokratie motiviert werden können. Da glaube ich, daß die Union ansetzen muß, wenn sie in den kommenden Jahren hier weiteres Potential sich schaffen und diejenigen Wähler, die jetzt abgewandert sind, zurückgewinnen will. Das kann sie dann tun, wenn sie jetzt ziemlich schnell ihren politischen Standort deutlich macht und den Wählern sagt, daß sie im Grunde falsch gewählt haben.

Ein wesentlicher Bereich, wo noch keine Besetzung des Themas bisher vorhanden ist, ist zweifellos die Frage der internationalen Solidarität der Entwicklungspolitik, ein wesentliches Feld, wo christliche Demokraten ihre Grundwerte einbringen können in die politische Debatte. Wenn dies geschieht, glaube ich, daß die Voraussetzungen in wesentlichen Bereichen geschaffen werden können in den kommenden Jahren, um noch stärker als bisher Jugendliche anzusprechen. Man darf zweifellos nicht hergehen und nun, ähnlich wie nach vergangenen Wahlkämpfen, die Schuldzuweisung, wie das oft gesagt worden ist, bei Personen suchen. Das, glaube ich, führt dazu, daß die Bereitschaft, auch neue Wege zu gehen, innerhalb der Partei, nicht vorhanden ist bzw. auch noch zurückgedrängt wird. Daran muß man unseres Erachtens nun ansetzen, um gerade junge Menschen in den kommenden Jahren für die Politik und für unsere Politik zu interessieren. (*Beifall.*)

33 Stefan Dingerkus (geb. 1958), 1980–1981 Vorsitzender des RCDS.

*Biedenkopf*³⁴: Herr Vorsitzender, ich möchte zunächst, auch wenn es wie eine Wiederholung aussieht, auch jetzt ganz spezifisch für Nordrhein-Westfalen Dank abstaten bei Ihnen und dem Generalsekretär, nicht nur für den Einsatz, sondern vor allem auch dafür, daß es möglich war, die Dinge so vorzubereiten, daß die Geschlossenheit der Union gewahrt worden ist. Ich glaube, daß das für den Einsatz der Tausenden von freiwilligen Helfern in Nordrhein-Westfalen nach einer verlorenen Landtagswahl direkt wieder auf eine Bundestagswahl mit relativ wenig Aussicht, sie siegreich zu bestehen – trotz einer ständig wachsenden Mobilisierung –, eine der entscheidenden Motivationen war, daß Sie gesagt haben, selbst wenn wir es nicht schaffen, eines haben wir geschafft, das, was 1976 drohte, was 1979 nochmal drohte, das droht in Zukunft nicht mehr. Die Tatsache, daß das gelungen ist, und daß wir die Einheit gestärkt haben, ist ein wichtiger Pluspunkt in einem ansonsten eher negativ gefärbten Bild.

Wir hatten uns in Nordrhein-Westfalen zum Ziel gesetzt, das Landtagswahlergebnis mit 600.000 Stimmen zu übertreffen, wir haben nur 200.000 Stimmen mehr geholt. Da haben wir nicht geschafft, was wir uns vorgenommen haben, aber wir können auf der anderen Seite feststellen, und das ist für die weitere Arbeit in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der Bundespartei wichtig, daß es Herrn Schmidt nicht gelungen ist, in Nordrhein-Westfalen das 1976er Ergebnis zu verbessern, sondern es hat sich verschlechtert, d.h. trotz zentralen Einsatzes des Bundeskanzlers dort keine Verbesserung. Wir meinen, daß der Einsatz, der gerade in den letzten Wochen geleistet worden ist, ein wichtiges Kapital der Partei hat deutlich werden lassen, und daß dieses Kapital jetzt genutzt werden muß. Deshalb bitte ich darum, daß Sie, wenn Sie nachher in der Pressekonferenz sind, neben der ganzen Analyse auch dieses Kapital, was wir da in den letzten Monaten zusammengetragen haben, und zwar gerade auch vor dem Hintergrund einer ziemlichen Niederlage im Mai, als ein dauerhaftes Kapital für die weitere Arbeit der Partei darstellen.

Dritter Punkt: Ich kann nur für Nordrhein-Westfalen und für meine Wahlkampfveranstaltungen außerhalb berichten. Die Jugend war an dem, was wir gemacht haben, ungewöhnlich interessiert. Vor allem die jüngeren Leute, also ab 16 aufwärts. Es war eine große Bereitschaft da zuzuhören, wenn man es auch manchmal skeptisch gemacht hat. Dies muß weitergeführt werden. Die Gefahr, daß die Union aus der Mehrheit herauswächst, ist in meinen Augen die schwerste Gefahr, die vor uns liegt, daß wir einfach aus der Mehrheit biologisch herauswachsen. Deshalb müssen wir ganz unten wieder anfangen, bei den 16-, 17-, 18jährigen, die die Wähler beim nächsten Mal sind. Und deshalb ist in meinen Augen, und das möchte ich hier nochmal unterstreichen, wir haben vorhin schon darüber gesprochen, die thematische Darstellung der CDU in den kommenden Monaten so entscheidend.

Ich betrachte diese Bundestagswahl, wenn man mal überlegt, ob das eine Sache in die Zukunft oder in die Vergangenheit war, eher als eine Entscheidung in die Vergangenheit. Es war kein Aufbruch, sondern es war ein Ausdruck von Abwarten. Das Charakteristischste dafür ist, daß die Partei, FDP, den größten Zulauf bekommen hat, in der alle

34 Kurt Biedenkopf (geb. 1930), Hochschullehrer; 1963 Habilitation, 1973–1977 Generalsekretär der CDU, 1976–1980 und 1987–1990 MdB, 1977–1986 Vorsitzender des Landesverbands Westfalen-Lippe, 1986/87 des Landesverbands Nordrhein-Westfalen, 1980–1988 MdL Nordrhein-Westfalen, 1990–2002 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, 1990–2004 MdL Sachsen, 1991–1995 Vorsitzender der CDU Sachsen.

wichtigen thematischen Fragen genau 50:50 auf dem Parteitag entschieden wurden. Wenn man sich die FDP thematisch anguckt, also inhaltlich, dann kann man feststellen, alle Parteitage der letzten Jahre haben in allen wichtigen Fragen immer eine fast gespaltene Partei hinterlassen. Daß die Leute dahin gehen, kann man sagen, ist eher ein Abwarten als ein Entscheiden. Wichtiger Punkt, die SPD, das hat sich wohl endgültig gezeigt, ist auch unter optimalen Kanzlerbonus-Bedingungen nicht mehrheitsfähig. Das heißt, mehr ist für die Sozialdemokraten nicht drin, jedenfalls auf absehbare Zeit. (*Kohl*: Eher weniger.) Eher weniger.

Und jetzt noch zwei Sätze zu den Themen, gerade auch in Hinblick auf das, was Sie gesagt haben. Nach meiner Auffassung werden die Themen in den kommenden Jahren bestimmt – das ist in der Jugenddiskussion deutlich, das ist in der theologischen Diskussion deutlich, in der Wachstumsdiskussion deutlich und überall – durch das, was ich als die Bruchstelle zwischen einer wachstumsorientierten Wirtschaftsgesellschaft und einer gleichgewichtsorientierten politischen Ordnung bezeichne. Eine gleichgewichtsorientierte politische Ordnung, in der die immateriellen Werte und die immateriellen Bedingungen des politischen Zusammenlebens immer wichtiger werden und die materiellen relativ dazu weniger wichtig. Da haben wir einen gegenüber der sozialdemokratischen Partei eminenten Vorteil, weil wir wegen der relativen Unabhängigkeit von den Gewerkschaften nicht so sehr mit der rein wachstumsorientierten Wirtschaftsgesellschaft verkoppelt sind wie die Sozialdemokraten. Ich sehe darin eine Chance.

Behandlung der Medien, vopolitischer Raum, einverstanden. Ich möchte hinzufügen, daß wir Anstrengungen machen müssen, und dies muß auch Gegenstand der Erörterungen hier sein, wie wir mit dem geistigen und intellektuellen Bereich in unserem Land wieder in ein unkomplizierteres Gespräch zurückfinden. Das sind nicht nur die Medien, sondern das geht weit darüber hinaus. Der Dialog mit diesem Bereich ist zwar sporadisch und auf Einzelpersonen bezogen vorhanden, aber nicht von uns als Union. Da sehe ich ein großes Defizit, gerade in Hinblick auf die thematische Aussicht. (*Beifall*.)

Glup: Herr Vorsitzender, meine Damen, meine Herren, ich möchte nicht wiederholen, was hier schon allgemein zur Lage gesagt wurde, aber es haben mich die Ausführungen von Herrn Albrecht veranlaßt, mich zu Wort zu melden. Und zwar was das Ergebnis in den katholischen Gebieten angeht. Ich komme aus dem Wahlkreis Cloppenburg, dort ist ein Wahlkampf geführt worden – ich kann nur sagen unglaublich! Es sind dankenswerterweise auch von Ihnen Leute dort gewesen, und ich möchte nicht verhehlen, daß die Bevölkerung sehr beeindruckt war, daß eben Leute, ob das nun Albrecht oder Hasselmann³⁵ waren, wie auch immer, sich auch um diesen Wahlkreis bemüht haben, wo wir 1976 „nur“ 77,3 Prozent hatten. Das ist ein großes Problem. Hinzu kommt, daß wir bei uns ja katholisch bedingt auch einen höheren Jungwähleranteil haben. Der Jungwähleranteil hat nach meinem Dafürhalten sehr dazu beigetragen, daß wir immerhin sechs Prozent verloren haben.³⁶ Hier hat nach meinem Dafürhalten mehr die Verteufelung gezogen, das Programm ist es nicht gewesen. Das CDU-Programm wurde von den jungen Leuten angenommen, sofern sie sich überhaupt für Politik interessieren. Ich darf Sie einmal

35 Wilfried Hasselmann (1924–2003), Landwirt; 1963–1994 MdL Niedersachsen (CDU), 1965–1970 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1968–1990 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen.

36 Im Wahlkreis Cloppenburg-Vechta erreichte die CDU 1980 71,5 Prozent der Erststimmen (1976 77,3) und 69,0 Prozent der Zweitstimmen (1976 75,6).

provozieren. Es wird sicherlich zu den Aufgaben der Zukunft gehören, daß wir versuchen, über die Junge Union die jungen Leute mehr in die politischen Diskussionen einzubeziehen. Wenn ich sage Junge Union, dann müßte eigentlich die Union darüber nachdenken, ob es nicht gut wäre, wenn die Führungskräfte der Jungen Union möglichst auch aus Handwerker- oder Arbeiterkreisen kommen, daß es nicht nur für viele junge Leute ein Stelldichein für die akademische Jugend ist. Ich sage das mal so, weil wir uns auch über diese Dinge unterhalten müssen. (*Beifall.*) Das ist kein Vorwurf, ich danke jedem, der uns helfen will, aber ich spüre sehr deutlich, daß die breiten Kreise der jungen Leute sich dadurch nicht angezogen fühlen, sondern daß sie sich abkapseln und abseits stehen und sagen, die wollen ja doch unter sich diskutieren. Das ist nach meinem Dafürhalten ein Punkt, den man unbedingt in Zukunft mit sehen muß, ansonsten habe ich überhaupt nicht den Eindruck, daß das Wahlprogramm der CDU etwa nicht gepaßt hätte. Mit Sicherheit nicht.

Wir wollen ja hier nicht lange diskutieren, ich möchte auch allen wirklich herzlich Dank sagen nochmal; ich meine, wir haben keinen Anlaß zur Trauer. Das geschlossene Bild der Partei war noch nie so wie heute, und ich freue mich sehr, daß auch hier wir einig sind, daß wir auf dieser Seite noch weiterkämpfen. Das, was die FDP bekommen hat, ist eben ein Ausdruck bei uns dessen, daß insbesondere die jungen Leute sagten, CDU ja, aber das Image paßt uns nicht und der Spitzenkandidat. Ich sage das mal so. Damit müssen wir fertig werden. Ich meine, so schlecht, so schlimm brauchen wir uns das nicht machen, ich sage nochmal herzlichen Dank. (*Beifall.*)

*Späth*³⁷: Ich möchte dem Gesagten eigentlich nichts Besonderes hinzufügen, sondern ich glaube, man sollte einfach nochmal die Ausgangslage beleuchten. Wenn ich die Personen sehe, dann würde ich sagen, ich habe noch nie einen Wahlkampf erlebt, wo sich die Leute so intensiv für uns interessiert haben. Die Tatsache, daß dieses Wahlergebnis das nicht ausdrückt, liegt einfach darin – das zeigt dieses Wahlergebnis, da gibt es nichts darum herumzureden –, die haben unseren Kandidaten nicht angenommen, sie haben das Programm keinesfalls abgelehnt. Das ist, glaube ich, einfach das, was wir heute sehen müssen. Wenn man die Figur des Wahlkampfes nimmt, dann ist das eine klare Ablehnung von Strauß gewesen, auch da müssen wir nicht darum herumreden, und die Wähler haben den Schmidt einen Kopf kürzer gemacht mit der Wahl. Das ist, glaube ich, einfach ein Punkt, den wir sehen müssen, daß das schon eine große Bedeutung hat bei einem Kanzler, der in den Wahlkampf ging, als ob er keiner Partei angehört. Wahrscheinlich haben wir auch zu spät zugelangt, was den Kampf selber anbetrifft, das sollte man auch selbstkritisch sagen. Wir haben uns zu lange mit der Frage befaßt, wie wir denn die SPD ohne den Schmidt schlagen können; das hat in der Schlußphase des Wahlkampfes aufgehört. Deshalb würde ich sagen, der Schmidt ist aus dem Wahlkampf rausgekommen, der Genscher hat ganz einfach mit der FDP in Wartestellung profitiert, und ich würde hinzufügen, was uns sehr zugute kommt, wenn ich die Meinungen höre, das ist, daß in dieser

37 Lothar Späth (1937–2016), Verwaltungsangestellter; 1968–1991 MdL Baden-Württemberg (1972–1978 CDU-Fraktionsvorsitzender), 1970 Geschäftsführer der Baugesellschaft „Neue Heimat“ Baden-Württemberg, 1975–1977 Vorstandsmitglied der Firma Baresel AG in Stuttgart, 1978 Innenminister, 1978–1991 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1979–1991 Landesvorsitzender der CDU, 1991 Geschäftsführer der Jenoptik GmbH, 1996–2003 Vorsitzender des Vorstands und 2003–2007 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Jenoptik AG.

ganzen Diskussion Helmut Kohl zusätzlich an Stimmung auch unter der jungen Generation gewonnen hat. (*Beifall.*)

Das ist unser wichtigstes Ausgangskapital, denn wenn jetzt im Bundestag Kohl und Schmidt zusammentreffen, ist das eine völlig andere Ausgangslage. Das will ich ganz klar sagen, weil ich daran eigentlich die größte Hoffnung setze vom Start her, daß der Kanzler dort reden muß, der aufgetreten ist, also ob er die ganze Welt verteidigt, und der jetzt mit dem Ergebnis eigentlich zugeben muß, da ist nichts übriggeblieben. Wenn man das Potential ansieht, dann meine ich, ist dort die Ausgangslage, auf der wir aufbauen müssen. Das umgekehrt gesehen, heißt für mich, wenn ich das Wahlergebnis ansehe, das bürgerliche Potential in unserer Gesellschaft hat nicht abgenommen (*Kohl: Ja, das ist ein ganz wichtiger Satz!*) – ich halte das für das Entscheidende –, das bürgerliche Potential in der Gesellschaft ist eher gestärkt worden. (*Kohl: Bürgerlich im weitesten Sinne des Wortes.*) Im weitesten Sinne.

Daraus schließe ich etwas, was in diesem Wahlkampf zunehmend an Unbehagen kam, was viel diskutiert wird, nämlich das Ablehnen von Parteien. Ich glaube nicht, daß das ein Ablehnen von Parteien ist, sondern ein Ablehnen von undurchsichtigen Strukturen. Dazu gehört der DGB mit dem Ergebnis; wir müssen ja mal überlegen, was auf dem Gewerkschaftstag³⁸ gelaufen ist. Das heißt, daß im Grunde die SPD und auch die FDP dort, wo sie gewonnen haben, im Grunde nicht gewonnen haben unter einem Thema, das etwa darin besteht, daß zum Beispiel die Arbeitnehmer festgefügt sind an diesen Wortlaut, sondern daß die Schwierigkeiten der SPD meiner Meinung nach ausbrechen werden, weil die Leute etwas bestätigt haben, was der Helmut Schmidt bei allen Anlagen des Wahlkampfes nicht halten kann. Ich erwarte nun schwierige Auseinandersetzungen, wobei ich die viel weniger in dem Thema Linke oder weniger Linke in der SPD sehe, sondern ich sehe das in der Anspruchssituation der Gewerkschaften, die mit Sicherheit weitergeführt wird und in der Unfinanzierbarkeit der gesamten Ansprüche dieser Art von Strukturen an den Staat. Da wird dann natürlich auch die Stunde der Wahrheit in der Auseinandersetzung kommen.

Wenn man darauf aufbauen will, dann, würde ich sagen, zum Beispiel bei den jungen Leuten, habe ich überhaupt keine Bedenken, daß dort eine Nachdenkphase eingetreten ist. Die sind auch nicht mehr so hinter der Idee des Sozialismus her. Wenn Sie den Wahlkampf von Matthias Wissmann³⁹ angucken, der nur 0,2 Prozent an Erststimmen verloren hat, wird im übrigen deutlich, daß dort, wo junge Leute einen wirklich jugendbezogenen Wahlkampf geführt haben, die jungen Leute gar nicht so weggegangen sind oder sich das Potential der CDU wesentlich verringert hätte. Ich glaube, das müssen wir noch ein bißchen genauer untersuchen, wie das bei den jungen Leuten gelaufen ist. Ich meine, man sollte von der Frage des christlichen Gedanken und des Konservativen eines aufnehmen, nämlich, daß die Leute wieder stärker nach einer Ordnung rufen und im Grunde potentiell sogar bereit sind, auf das eine oder andere materielle Angebot zu

38 Ein DGB-Gewerkschaftskongreß fand 1980 nicht statt, wohl aber Gewerkschaftstage von Einzelgewerkschaften. Möglicherweise sind gemeint die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl 1980 (Wahlprüfsteine), Druck: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 31, 1980, H. 8 S. 539–545.

39 Matthias Wissmann (geb. 1949), Jurist; 1968 CDU, 1973–1983 Bundesvorsitzender der JU, 1976–2007 MdB, 1993 Bundesminister für Forschung und Technologie, 1993–1998 für Verkehr, 1998–2000 Schatzmeister der CDU.

verzichten. Ich möchte es noch nicht einmal genau bei den Renten untersuchen, ob nicht die Bereitschaft relativ groß ist in dieser Gesellschaft, mal wieder zu Werten zurückzukehren, die nicht in Geld umsetzbar sind, weil sie das im Grunde als eine Art Gefälligkeitsstruktur empfinden. Das darf man sicher nicht verallgemeinern, was Notlagen anbetrifft, aber das ist sicher spürbar gewesen in diesem Wahlkampf. Deshalb glaube ich, daß, wenn wir den Angriff machen gegen die Perfektion, gegen das Kollektiv in Gesellschaft und Staat, da eine Art neues Bedürfnis an Individualismus entstanden ist, was wir im Wahlkampf zwar sagten, aber nicht abdecken konnten.

Wenn man die Themen der FDP nimmt, dann hat sie im Grunde dort zugelegt, wo sie den Oppositionswahlkampf gegen ihre eigene Regierung geführt hat. Auch mit den Themen! Für mich war es interessant, daß die FDP mit ein paar Themen rangegangen ist, zu denen wir uns im Grunde nicht getraut haben, etwas zu bringen. Wenn ich also die Lambsdorff-Diskussionen nehme. Daraus sollten wir Schlüsse ziehen. Das gilt für mich für die Eigentumspolitik, auch für die Frage der Selbstverantwortung des Bürgers in einigen Bereichen. Ich glaube, mit diesem Anspruch, ich will mein Glück selber suchen und ich will in einem Staat leben, in dem ich eine Chance habe, mein Glück selber zu suchen, werden wir auch vor allem die Aufsteigerschicht gewinnen, die bei den Arbeitern gewachsen ist. Und wenn wir noch sehen, wie sich die Gesellschaft umstrukturiert, daß zum Beispiel die Großbetriebe in den nächsten Jahren wahrscheinlich in noch größere Schwierigkeiten kommen werden, wenn man die Konjunktur ansieht, und zum Beispiel der Mittelstand und die kleineren Einheiten wahrscheinlich eher mit den Problemen fertig werden, dann läßt sich das ein bißchen übertragen auf ein Bewußtsein innerhalb dieser Schichten. Wenn wir dort anfangen, werden wir sehr wahrscheinlich SPD und FDP in zunehmende Spannungen bringen, weil sie ja ihre unterschiedlichen Gewichte irgendwie ins Spiel bringen müssen; das können wir abgleichen.

Deshalb halte ich es für so wichtig festzuhalten, daß wir jetzt nach dieser Wahl keinen inneren Bruch haben, d. h. wir hatten bisher das Problem, daß wir innerhalb der CDU mit unserem Spektrum nicht fertig geworden sind. Und genauso glaube ich, daß die SPD und die FDP mit dem Spektrum nicht mehr fertig werden, von Lambsdorff bis zum linken Flügel der SPD. Während die diese Probleme torpedieren müssen, können wir unseren Zukunftsangriff machen. Die Tatsache, daß die Leute das Schuldenthema aufgenommen haben, halte ich für symptomatisch für die Frage, daß die Leute nachdenken wollen, wie man den Kindern die Zukunft sichert. Und wenn wir das mit konkreten Vorschlägen, die auch das Engagement des Bürgers wieder stärker herausfordern – neben der Bildungs- und Medienpolitik die Sozialpolitik, von der Familie bis zu der Frage der Zukunft –, insgesamt mit aufnehmen, glaube ich, daß wir dann gute Ansätze haben, wenn wir es fertigbringen, den Überbau, die Überschrift zu finden für unsere eigenen Bereiche. Das Wichtigste ist, daß wir die Leute mit einer großen Überschrift angreifen. Wenn das funktioniert, werden wir sehr wahrscheinlich eines durchsetzen, was sich personifiziert bei Schmidt schon negativ ergeben hat. Der Zukunftsbewältiger Schmidt ist tot. Die Leute haben den Schmidt mehr begriffen jetzt in diesem Wahlkampf nicht als den Zukunftsbewältiger wie vielleicht noch vor einem Jahr, sondern mehr als den Mann, der eben oberflächlich Dinge zusammentitelt. Da wird sichtbar, daß das nicht mehr zu halten ist. Wenn wir das zum Ausdruck bringen, bin ich der Meinung, daß wir auch große Einbrüche relativ bereinigen können in der Wählerstimmung. Es hat sich jetzt in allen Entwicklun-

gen gezeigt, daß solche Prozentsätze nicht langfristig bleiben, sondern daß wir da eine ganz konkrete Chance haben. Ich halte es für ausgesprochen gut, daß wir einen Themenkreis besetzt haben, der die Leute interessiert, während die SPD kein Thema besetzt hat, das die Leute interessiert, vor allem, wenn man an den vopolitischen Bereich denkt.

Wissmann: Ich will nur ganz kurz an dem Letzten anschließen, Herr Vorsitzender, und aufgreifen, was hier zum Thema Inhaltliches gesagt wurde. Wir haben ja in den Jahren 1976 bis 1979 den großen Fehler gemacht, im Grunde genommen Inhaltsdiskussionen im wesentlichen zu ersetzen durch Personaldiskussionen. Wir haben dieses Mal die Chance aufgrund veränderter Bedingungen, über die schon alles Notwendige gesagt wurde, das anders zu machen, wobei ich, so sehr ich sonst seine Meinung schätze, ein bißchen anderer Meinung bin als Norbert Blüm. Es geht nicht nur darum, das, was schon gesagt und geschrieben worden ist, einfach jetzt nochmal deutlich draußen zu sagen, sondern es geht auch darum, ein paar Themen, eines hat Kurt Biedenkopf genannt, intellektuell redlich und dann mit praktischen Konsequenzen aufzuarbeiten. Deswegen wäre einer meiner dringendsten Wünsche, Herr Vorsitzender, daß wir uns beispielsweise überlegen könnten, ob wir nicht die Grundsatzkommission neu ins Leben rufen, ohne daß wir jetzt ein neues Grundsatzprogramm schreiben, aber um uns der geistigen Diskussion in den verschiedenen Bereichen stärker wieder als bisher stellen zu können. Das daraus sich Ergebende wäre, daß wir dann natürlich auch eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen machen; wir haben einige dieser Vorschläge bei unserem Berliner Parteitag bei dem Jugendantrag weitgehend unbemerkt von den Delegierten beschlossen.⁴⁰ Beides miteinander, das Theoretische und das Praktische wiederzubeleben, wäre gut.

Denn der zweite Punkt, den ich im Wahlkampf, wahrscheinlich wie Sie auch, gespürt habe, ist, uns und anderen Parteien gehen nicht wenige Jugendliche weg wegen des leider in allen Parteien – das müssen wir einfach selbstkritisch sagen – nicht immer sehr vorbildlichen Stils der Diskussion. Auch wir haben gelegentlich unnötig die Schiedsstelle beschäftigt.⁴¹ Auch wir, obwohl die Sozialdemokraten sicher das ganze noch sehr viel rüder versucht haben. Aber das führt natürlich zu einem Abschrecken von allen, vor allem von den großen Parteien. Meinem Eindruck nach wählt ein eher unpolitischer Jugendlicher abgeschreckt von dem Bild, das sich vor der Schiedsstelle dargestellt hat, wechselseitig dann eben leider in nicht wenigen Fällen eher die Partei, die den Eindruck des Fairen und des Gesprächsoffenen macht, als die, die den Eindruck des Holzhammerbewährten macht. Wir jubeln, ich sage das immer auch selbstkritisch, leider viel zu häufig den Wähler in unsere eigenen Versammlungen hoch mit lauten Reden, so daß zum Schluß alles vor Begeisterung im Saale steht, und übersehen dabei, daß genau diese Art von Jubelreden das Gegenteil dessen bewirkt, was der Redner eigentlich bewirken wollte, nämlich nicht grenzüberschreitende, sondern grenzenschaffende Effekte. Wir haben es gerade bei uns im Wahlkreis bewußt anders gemacht, um zu sehen, was dabei herauskommt, und haben immerhin zwei Drittel der FDP-Wähler, die die Stimme gesplittet haben, anders als anderswo für die CDU mit der Erststimme gewonnen. Das heißt, da ist ein Potential da, das erreichbar ist und das wir nicht einfach abschreiben sollten nach dem Motto, wir können das nicht schaffen.

40 28. Bundesparteitag vom 18.–20. Mai 1980 in Berlin, Beschlüsse in UiD vom 28. Mai 1980. S. 68–79, hier 68–72 „Orientierung und Verständnis: Antwort an die junge Generation“.

41 Vgl. UiD vom 26. September 1980: „SPD setzt Schmutzkampagne fort.“

Das heißt aber auch, das will ich zum Letzten sagen, daß wir, so sehr ich für die Einigkeit, die Einheit, die Gemeinsamkeit selbstverständlich bin, im Unterschied zu den Jahren 1976 bis 1980 nicht mehr uns einfach so verhalten dürfen, daß wir sagen, das kleinste gemeinschaftliche Vielfache ist gerade das Richtige. Wenn wir ganz ehrlich sind, daran haben wir uns alle beteiligt, haben wir ja im Grunde genommen in vielen Jahren immer das gemacht, was zwischen Straubing und Kiel oder zwischen Bremen und München gerade eben noch möglich war. Eines der unglücklichen Beispiele im Bereich der Jugendarbeit ist das Zivildienstthema. Wir waren soweit, Herr Vorsitzender, daß wir beispielsweise bei dem Zivildienstthema im Bundestag einen vernünftigen Kompromiß hätten hinkriegen können.⁴² Und durch Vorgänge, die uns allen bekannt sind, ist dann im Grunde genommen zwischen Rechten und Linken in der SPD, auf der anderen Seite bei uns, ein vernünftiger Weg, der auch bei ein paar Leuten Stimmen gekostet hat, nicht zustande gekommen. Ich nenne das nur als Beispiel, es ging ja im Grunde genommen 17 oder 18 Monate keineswegs um weltbewegende Unterschiede. Und da sollten wir, finde ich, gelegentlich dann einfach auch mal Mehrheitsentscheidungen machen. Und das muß die CSU wissen – so gerne wir mit ihnen auch in Zukunft zusammenarbeiten –, daß es eben nur dann ein gutes Zusammenarbeiten gibt, wenn es auch auf dem Prinzip von Mehrheitsentscheidungen beruht.

Ich sage das so deutlich, weil ich nicht mehr möchte, daß wir wie in den letzten Jahren im Grunde genommen bei allen wesentlichen Fragen jeweils spüren, wir können im Grunde genommen nicht weiter, klar ausdrücken dürfen wir uns auch nicht, wir sind uns einig im Kampf gegen den Sozialismus. Das allein reicht eben leider nicht aus. Ich sage es vielleicht ein bißchen deutlicher, als es sonst auch von mir bisher gesagt wurde, weil wir jetzt ja die Freiheit haben, darüber ein bißchen offener zu reden, in der Sache zu reden, nicht im Personellen zu reden. Das müssen wir den Freunden auch klarmachen, wir müssen gelegentlich auch mal kontrovers abstimmen, müssen auch den Bundesvorstand der CDU mehr als bisher zu einem Entscheidungsgremium machen und auf diese Weise versuchen, ein bißchen Leben in die Partei reinzubringen. Herr Vorsitzender, Sie wissen, das ist kein Vorwurf an Sie, sondern das ist eine Ermutigung und Ermunterung an uns alle, es in der Fraktion, in der Partei, im Präsidium, im Bundesvorstand und auf allen Gremien ein bißchen anders zu machen und damit den Schwung in die Partei reinzukriegen, den wir uns heute leisten können, weil wir heute, Gott sei Dank, keine Personaldiskussion mehr haben. (*Beifall.*)

Kohl: Schönen Dank, Matthias Wissmann. Ich will einen Punkt gleich aufgreifen, wo wir völlig übereinstimmen, mit einer Einschränkung: Ich bin ganz und gar dagegen, daß wir eine Quasi-Grundsatzkommission nochmal einrichten, weil uns das in den Verdacht bringt, wir würden das, was wir gerade gemacht haben, jetzt in Frage stellen. Ich bin aber mit der Intention, die Sie haben, völlig einverstanden. Ich bin dafür, daß wir den Bundesvorstand arbeitsfähiger machen, indem wir einzelnen Kollegen, oder auch einmal einer Vereinigung einen Arbeitsauftrag geben, der hier zur Tagesordnung vorgetragen und dann

42 Der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Rechts zur Kriegsdienstverweigerung und des Zivildiensts wurde nach der Abstimmungsniederlage der Fraktionsführung der SPD von der Tagesordnung des Bundestags abgesetzt (vgl. Uid vom 2. Juli 1980: „SPD-Linker setzt sich wieder durch“). Ein Kompromiß zwischen Koalition und Opposition, der auch den Bundesrat hätte passieren können, scheiterte, nicht zuletzt an den Bedenken der CSU.

debattiert wird. Ich halte nämlich gar nichts von einer Kommission, von der ich weiß, wo das Ergebnis landet und wie das dann wieder vermarktet werden muß. Das muß dann der Bundesvorstand machen. Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir das so machen. Beispielsweise, das ist eine Sache, die kommt ganz direkt auf Sie zu, daß wir, Schülerunion, RCDS, Junge Union – darüber wird man in den nächsten acht Tagen nochmal miteinander reden – beauftragen, wenn die Daten da sind, daß wir die Wahlergebnisse uns angucken und nicht jetzt mit der Stange im Nebel herumfahren, sondern daß hier ein konkretes Papier vorgelegt wird, das sorgfältig ausgearbeitet ist und das als Tagesordnungspunkt diskutiert wird. Denn wenn wir das in eine Kommission geben, und es kommt nicht hierher und die Landesverbände und die Vereinigungen ratifizieren es nicht in der praktischen Arbeit, dann hat es ja gar keinen Sinn gehabt. Wir sind also in der Sache gar nicht auseinander. Das dient auch der Diskussionsfähigkeit.

Weil ich ja pünktlich hinüber muß, ich sehe jetzt noch vier Wortmeldungen, bitte ich vorweg, und ich gehe davon aus, daß der Bundesvorstand der CDU mit den geladenen Gästen an die CDU-Mitglieder der Fraktion die Empfehlung gibt, den gemeinsamen Vertrag zur Bildung der Fraktion schnellstmöglich zu beschließen. (*Beifall.*) Das Papier enthält überhaupt keine Novitäten, es ist das gleiche bekannte Papier vom 13. Dezember 1976. Bei den Nebenabreden stellt sich das völlig anders dar. Da muß in der Fraktion geredet werden, ich sage das für die Kollegen, ich bin ganz und gar dagegen, daß das wiederkommt, was ja zum Teil viel Ärger gebracht hat. Hier stehen praktisch drin auf vier Jahre die Dinge, die Sie alle kennen; das ist also praktisch ein ganz sauberer Vertrag. Ich möchte nur, daß das in dieser Woche über die Bühne geht, denn erst dann ist wirklich das Thema tot, darüber müssen wir uns im klaren sein, nicht mit der Ankündigung, sondern erst, wenn es formell beschlossen ist. Ich kann davon ausgehen, das ist die einmütige Meinung? Danke schön.

*Vogel*⁴³: Lieber Helmut, meine Damen und Herren, man kann nur allem, was bisher gesagt worden ist, zustimmen. Es ist sehr viel Richtiges gesagt worden, es ist einiges Ermutigende und auch einiges Tröstende gesagt worden, und man kann wohl in den anderen Vorständen auf dieser Basis heute nachmittag, oder wann das ist, sprechen. Ich sehe es jetzt nicht als die Aufgabe der Diskussion an, das nochmal zu wiederholen, aber ich glaube doch, wir sollten in dieser Stunde zwei klare Aussagen treffen: Die eine, die getroffen ist, unsere Grundlage vom 1980er Wahlabend ist besser, als sie 1972 war. Es gibt die Einheit der beiden Unionsparteien, es gibt in den konzeptionellen Dingen eine sehr gute, zukunftsbezogene, thematisch abgesicherte Grundlage.

Nur, das muß ich doch sagen, wir müssen auch die zweite Aussage treffen, wir haben die Wahlen verloren. Ich bin sehr dankbar, daß Helmut Kohl dies gestern, ohne herumzudeuteln, in seinem Statement gesagt hat. Denn die Glaubwürdigkeit beginnt natürlich auch darin, daß man das einräumt. Wir müssen berücksichtigen, jedenfalls innerhalb dieser Mauern, daß es uns wieder nicht gelungen ist, daß es insgesamt achtmal nicht ge-

43 Bernhard Vogel (geb. 1932), Politikwissenschaftler; 1965–1967 MdB (CDU), 1967–1976 Kultusminister von Rheinland-Pfalz, 1971–1988 MdL Rheinland-Pfalz, 1972–1976 Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken, 1974–1988 Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1989–1995 und 2001–2009 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 1992–2003 Ministerpräsident von Thüringen, 1993–2000 Vorsitzender der CDU Thüringen, 1994–2004 MdL Thüringen, seit 2010 Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

lungen ist, aus der Opposition eine Mehrheit in Wahlen zu erstreiten. Dabei weiß ich sehr wohl, in ganz Europa würden wir regieren, wenn wir Wahlrechte hätten, wie sie in anderen Ländern existieren. (*Kohl*: Also, nur damit Sie das richtig verstehen, der Bernd Vogel zieht jede Oppositionspartei mit ein.) Ja, ich ziehe jede Oppositionspartei mit ein, ich ziehe uns aber immerhin, Herr Vorsitzender, selbst wenn 1969 die Situation etwas anders war, in der Summe doch zum vierten Mal mit ein.

Und ich möchte doch zu dem, was Gerhard Stoltenberg gesagt hat hinsichtlich der Entwicklung in Norddeutschland, hinzufügen, mir macht etwas Sorge, daß, wo wir in katholischen Hochburgen Verluste haben, die Verluste eher in Richtung SPD als FDP gehen. Das darf man bei der genauen Analyse nicht übersehen, da hat die SPD teilweise eher Gewinne, und da halten sich die FDP-Gewinne in Grenzen.

Es ist dann von einem Redner vorhin gesagt worden, die FDP-Wähler seien sehr viel beweglichere Wähler, die eine Zwischenstation einnehmen. Ich glaube, das nordrhein-westfälische Ergebnis belegt das besonders deutlich. Vor sechs Monaten hatten die nicht einmal fünf Prozent, gestern hatten sie 10,9 Prozent. Also ich glaube, daß das schon wegen der Größe des Landes für diese Beweglichkeit spricht. Ich meine aber doch, man darf nicht nur jetzt darauf achten, wie man die Wähler wieder wegbewegen kann. Das ist natürlich unsere Hauptaufgabe, und, ich glaube, Gerhard Stoltenberg war es, der gesagt hat, man muß auch darauf achten, daß jetzt nicht zu viele mit diesen neuen Wählern liebäugeln. Aber auf der anderen Seite kann man doch diese Diskussion hier nicht führen, um auch einen Satz zu sagen, daß auch Kontakte zu dieser FDP auf Dauer nicht ausgeschlossen werden dürfen, wenn am Ende wir nicht nach jeder Wahl uns nur bestätigen wollen, daß wir eigentlich die besseren sind, sondern weil wir ja eines Tages auch hier sitzen wollen und die besseren sind und die Mehrheit haben wollen. Ich möchte bitten, daß wir bei aller Bemühung das Ergebnis richtig würdigen. (*Kohl*: Bernd, Du brauchst hier nicht so darum herum zu reden, jeder hier am Tisch ist froh, wenn er daheim drankommt, wenn er eine Koalition mit der FDP schließen kann.) Ja, Helmut, ich rede nicht darum herum, sondern es langt mir nicht, wenn nur gesagt wird, wie gut wir waren. Wir müssen auch hinzufügen, daß wir verloren haben, weil wir nur dann gewinnen können; denn sonst ist draußen bei den Enttäuschten, die gekämpft haben, die Mobilisierung nicht zu erreichen. Es muß eine Chance sichtbar werden, daß man auch gewinnen kann, nicht nur recht haben kann. (*Beifall*.)

*Ritz*⁴⁴: Ich will zunächst, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, zwei Unterstreichungen nochmal vornehmen, aus der Erfahrung gestern abend daheim mit Wahlkämpfern aus dem eigenen Wahlkreis⁴⁵. Ein Stück Enttäuschung ist einfach dadurch schon weggegangen im Laufe des Abends, weil alle unsere Vertreter im Fernsehen, in München und in Bonn, im Grunde sich gegenseitig nicht wehgetan haben. Ich sage das einfach so. Das war ein ungeheuer befreiendes Erlebnis, denn unsere Mitglieder haben ja sehr viel länger an den Wunden geleckt, die wir uns selbst öffentlich geschlagen haben, als die allgemeine Wählermeinung war. Ich glaube, es wird sehr darauf ankommen, daß

44 Burkhard Ritz (geb. 1931), Diplom-Landwirt; 1965–1980 MdB (1972–1980 stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), 1974–1980 Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Agrarpolitik der CDU, 1980–1986 Finanz- und 1986–1990 Landwirtschaftsminister Niedersachsen, 1982–1994 MdL Niedersachsen

45 Ritz wurde im Wahlkreis Mittel-Ems wiedergewählt.

die Ermutigung sich jetzt fortsetzt, indem wir im selben Stil öffentlich miteinander umgehen, wie es gestern abend möglich war.

Das Zweite: Ich habe einen neuen Wahlkreiszuschnitt und kann deshalb eigentlich Gültiges nur sagen für den bisherigen Teil, den ich jetzt 15 Jahre im Bundestag vertreten habe, und das ist der katholische Teil. Bernhard Vogel, da zeigt sich eindeutig, daß es nicht richtig ist, daß die Stimmen beim Splitting zur SPD gegangen sind. (*Vogel*: Nicht beim Splitting! – *Unruhe*.) Also bei mir sind sie beim Splitting eindeutig zur FDP gegangen. Ich habe Dörfer und kleine Städte, wo wir in den letzten 30 Jahren gar nicht wußten, was FDP ist, die war bei Null, 0,5, die hat heute sechs, sieben Prozent Zweitstimmen. Nun ist das schlimm, aber ich muß sagen, mir ist das viel lieber, als wenn sie zur SPD gegangen wären. (*Kohl*: Ja, selbstverständlich.) Da bin ich auch sehr sicher, ich wollte das auch nur mal deutlich machen, daß das ganz deutlich in meinem Wahlkreis erkennbar ist.

Und ich will ein Sachthema hier einbringen, das hängt auch zusammen mit jungen Leuten. Herr Filbinger, ich glaube, es stimmt, daß ein Teil der jungen Generation in zunehmende Distanz zum Sozialismus geht aus Enttäuschung, was hier gesagt worden ist. Nur eines erschreckt mich schon, auch im Wahlkampf, daß selbst engagierte junge Menschen, etwa in katholischen Jugendgruppen, in einem Maße eine Position der Neutralität beziehen, die ich erschreckend finde. Und zwar nicht eine Neutralität der Wehrhaftigkeit wie bei der Schweiz, sondern im Grunde eine Neutralität, die bereit ist, auf jede Verteidigungsbereitschaft zu verzichten. Ich finde, das hätten wir bei den Sachthemen sehr gründlich einbauen müssen. Ich weiß nicht, ob die Zahl aus dem Sommer dieses Jahres aus der Umfrage stimmt, daß 42 Prozent der Wahlberechtigten heute schon die Position der Neutralität beziehen. Aber bei jungen Menschen, auch bei denen, die uns nahe stehen, sogar sicher uns gewählt haben, ist diese Position der Neutralität in einem erschreckenden Maße verbreitet. Also, wir müssen das als Thema unbedingt mit einbeziehen in diesen Sachkatalog, der hier genannt worden ist.

Kohl: Burkhard Ritz, was Sie zuletzt sagen, ist ja eines der gravierendsten Probleme der Jugendorganisationen geworden. Da geht es halt nach der Perspektive, wer bietet Geld an? Ich habe in diesen Tagen die Erfahrung gemacht in einer südwestdeutschen katholischen Diözese bei den St.-Georgs-Pfadfindern. Wer etwas von Jugendbewegungen versteht, kann sich vorstellen, was das für Leute sind im Normalfall. Das sind Leute, mit denen wir eigentlich gar kein Problem haben dürften, ihrer Struktur nach, die haben dort in dem Ordinariat zwei Planstellen für ihre Arbeit. Und um Geld zu sparen, hat man dann die Absicht gehabt, das ist in letzter Minute verhindert worden, daß man zwei Wehrdienstverweigerer genommen hat, weil die eine entsprechende finanzielle Situation haben. Jetzt machen die das mal vier Jahre hindurch, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß die St.-Georgs-Pfadfinder, die jetzt zwölf sind, wenn sie 16 sind, entsprechend umfunktioniert sind. Solche Beispiele kann ich Ihnen im Bereich der konfessionellen Jugendverbände zu dutzenden quer durch die Bundesrepublik sagen. Das sind also nicht die jungen Leute, sondern das ist die totale Geist- und Ideenlosigkeit der Verantwortlichen, die sagen, das kostet so viel, der bietet sich dann an, das ist im übrigen ja auch ein glänzender Ersatzdienst, also kann ich mir schon vorstellen, daß das ein interessanter Ersatzdienst ist, für die Zeit bei den St.-Georgs-Pfadfindern Jugendführer hauptamtlich zu machen. Das ist die Konsequenz. Sie würden sich sehr wundern, das passiert bei Oberkirchenräten und bei Prälaten, die in ihrer Auffassung weit rechts von mir stehen,

wenn es um die allgemeine Politik geht. Aber wenn es ums Geld geht, stellen sie solche Leute ein, das ist eben die Erfahrung, nach dem Motto „non olet“.

Neumann⁴⁶: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe ein bißchen ein schlechtes Gewissen, Sie wollen zur Pressekonferenz. (Kohl: Muß, nicht wollen!) Ich wollte an sich nochmal ziemlich deutlich sagen, wie wir zu der Frage des Themas dieser Diskussion gekommen sind. Wobei ich noch unterscheide, daß das, was ich hier sage, etwas anderes ist als die Erklärung, die wir abgeben müssen. Wir sind ja in einem Führungsgremium der Partei, und da muß es möglich sein, das eine oder andere nochmal anzusprechen.

Ich darf nochmal feststellen, daß wir ja die größte Wahlniederlage, trotz aller Stimmung, die hier gut ist, seit 1949 haben. (Kohl: Das habe ich ja gesagt.) Ich will das nochmal sagen, daß wir leider zur Zeit die Mehrheit in der Bundesversammlung nicht mehr haben. Das sind Dinge, die von vornherein erstmal nicht besonders optimistisch stimmen. Wir alle haben ja festgestellt, daß die Partei einmalig gekämpft hat. Das möchte ich betonen besonders für den norddeutschen Bereich, was ja nicht ohne weiteres zu erwarten gewesen wäre. Wir haben festgestellt, daß die Organisation des Konrad-Adenauer-Hauses einmalig war; ich stimme dem uneingeschränkt zu. Wir haben festgestellt, daß die Themen präzise richtig getroffen waren. Wir haben festgestellt, daß sich die Regierung in einer desolaten Situation befunden hat, schlechter als bei der Kandidatur von Helmut Kohl 1976. Dann haben wir Schluß gemacht mit der Analyse. Ich möchte sie auch nicht weiter ausbauen, sondern ich formuliere das genauso diplomatisch. Ich glaube, ich kann das hier tun, weil ja auch im Laufe der Geschichte der letzten anderthalb Jahre es einige gab, die etwas anderes wollten, die dann aber nach der Entscheidung, ich kann das für mich selbst sagen, gekämpft haben, soweit es ging. Ich darf hier nochmal feststellen, daß zumindest im norddeutschen Bereich, ich glaube, da wird mir keiner meiner Kollegen widersprechen, es nicht aufzuholen war, die jahrlangen Verhetzungen gegen den Kanzlerkandidaten in dieser kurzen Zeit zu kompensieren. Das war die große Schwierigkeit. Das hat mit Kampf nichts zu tun. Ich glaube sogar, daß in den Städten Hamburg und Bremen mehr gekämpft wurde als bei Helmut Kohl 1976, weil wir genau wußten, worauf es ankam. Aber daß bei einer prozentualen Umfrage eine Woche vor der Wahl bei uns in Bremen um die Kanzlernominierung elf gegenüber 80 natürlich Zahlen sind, ich will sie mal nennen, damit Sie natürlich auch, wenn Sie mit den anderen reden, dies mal deutlich machen, eben eine Konstellation ist, wo es furchtbar schwierig ist, wo man dann noch froh sein muß, daß man gerade in einzelnen Bereichen wie Bremen nur 3,7 Prozent verloren hat. Ich sage das nicht mit einem Vorwurf, sondern ich sage das an die Herren des Präsidiums, wenn Sie mit anderen sprechen, um anderen deutlich zu machen, was geleistet worden ist, um überhaupt noch dieses Ergebnis zu erreichen.

Zweiter Punkt, das muß auch nochmal gesagt werden, wir haben vieles richtig gemacht, es ist auch etwas falsch gemacht worden. Ich sage dies mit der Bitte, es in Zukunft richtig zu machen. Die erste Erklärung nach München, ich sage das jetzt mal so, (Geißler: Nach

46 Bernd Neumann (geb. 1942), Lehrer; 1962 CDU, 1971–1987 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (ab 1973 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1979–2008 Landesvorsitzender der CDU Bremen, 1987–2013 MdB, 1991–1994 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, 1994–1998 beim Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 2005–2013 Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien.

dem Bombenanschlag?) nach dem Bombenanschlag in München⁴⁷ – ich meine, es muß ja möglich sein, das hier nochmal zu sagen – hat uns etwas in die Defensive gebracht. Ich sage dies hier ohne Vorwurf, das war nicht nötig. Meine Bitte wäre an die Herren des Präsidiums, wenn wieder so etwas passiert, gerade bei solchen Dingen, so recht das war in der Sache, sich zurückzuhalten, das hat unnötige Emotionalisierung gebracht, und man weiß nicht, was das letztlich noch bewirkt hat.

Dritter Punkt, Fernsehdiskussion. Auch darüber muß ja mal gesprochen werden, weil das ja doch eine entscheidende Sache ist. Die Fernsehdiskussion halte ich im wesentlichen für unentschieden gelaufen und zwar deshalb, weil wir es – die Moderatoren haben die größte Schuld, aber immerhin – nicht fertig gebracht haben, es auf die Sachthemen zu bringen. Wenn die eigentlichen Themen, und das liegt auch an den Diskutanten, die eigentlichen Themen Verschuldung – Familienpolitik kam gar nicht dran – und ähnliche Dinge erst gegen 23.00 Uhr zur Sprache kommen und zwei bis drei Stunden wir uns einlassen auf den Stil des Wahlkampfes – wobei Helmut Kohl eine hervorragende Figur gemacht hat, das will ich mal sagen –, aber zwei bis drei Stunden nur über die stilistischen Dinge uns unterhalten, dann meine ich, muß das in der Zukunft besser werden. Unsere Stärke waren die eigentlichen Sachthemen, die kamen in der letzten halben Stunde, Stunde dran, da waren sicherlich viele Fernsehzuschauer nicht mehr aufmerksam.

Zur norddeutschen CDU möchte ich sagen, daß das natürlich auch in gewisser Weise Verpflichtung für die Bundespartei insgesamt ist. Denn, meine Damen und Herren, so gut Ihre Wahlergebnisse in den anderen Bereichen auch sind, und die respektieren wir und wir wünschen sie für uns, wir werden nie zu Mehrheiten kommen, wenn es im norddeutschen Bereich nicht besser wird. Und da müssen wir uns auch als Führungsgremium etwas einfallen lassen. Ich will nur sagen, so sehr ich das Engagement der katholischen Bischöfe⁴⁸ schätze, daß überhaupt mal Leute für uns Farbe bekannt haben, desto deutlicher muß ich sagen, daß ich glaube, daß es uns gerade im norddeutschen Bereich eher geschadet als genutzt hat. Warum? Weil dieser mögliche klerikale Anstrich, den wir ja an sich gar nicht mehr haben und der sowieso nicht zutrifft, bei vielen Wählern wieder gestärkt wurde. Insofern war das nicht hilfreich, glaube ich, sondern war in vielen Bereichen eher schädlich, obwohl diejenigen, die es gemacht haben, Mut bewiesen haben, was man ihnen auch sagen sollte.

Eine letzte Bemerkung, ich glaube, das muß auch uns in der Zukunft klar sein, wir werden ja auch irgendwann mal wieder über Kandidaten reden, daß wir von uns aus, solange wir in der Opposition sind, allein wegen des Amtsbonus des Kanzlers, der jetzt ja nach wie vor von der SPD gestellt ist, in Zukunft, egal wer mal was wird, uns immer mehr auf die Sachthemen einlassen sollten. Die Sachthemen sind bei diesem Wahlkampf, auch durch die Konstellation, völlig in den Hintergrund getreten. Wir sollten in der Zukunft darauf achten, daß wir die Kandidatenfrage nicht so hochspielen, daß es zwangs-

47 Am 26. September 1980 wurden beim „Oktoberfestattentat“ in München 13 Menschen getötet, 211 verletzt, 68 davon schwer. Der Täter, der ebenfalls umkam, war Anhänger der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann, die am 30. Januar 1980 verboten worden war. – Franz Josef Strauß (CSU) gab dem damaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) eine Mitschuld an dem Attentat (FAZ vom 29. September 1980: „Nach Anschlag: Strauß attackiert Baum“).

48 Hirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz vom 25. August 1980 (Druck in UiD vom 17. September 1980: „Wahrer Friede in Freiheit“).

läufig wieder zur einer Kandidatenalternative kommt, wie immer sie aussieht. Ich gebe Norbert Blüm völlig recht, unsere Themen sind wichtig, die müssen wir fortsetzen. Wir brauchen im übrigen auch keine neuen Parteitagebschlüsse. Ich würde davor warnen, daß wir jetzt wieder anfangen, Kommissionen einzusetzen, neue Programme zu verabschieden. Die sind ja nun gut.

Meine Freunde, ich wollte dies mal sagen, nicht um Wasser in den Wein zu gießen. Ich glaube, es ist auch ein gewisser Akt der Redlichkeit, in einem solchen Gremium, nachdem wir alle so gekämpft haben, auch mal zu sagen, woran es lag, daß hier keinen besondere Schuld trifft, aber daß diese Dinge ja auch die Dinge sind, die wir in der Zukunft beachten müssen. (*Beifall.*)

*Milde*⁴⁹: Ich würde gerne an das anschließen, was Herr Neumann gesagt hat. Ich bin, wie Sie wissen, von vornherein ein engagierter Anhänger der Kandidatur von Franz Josef Strauß gewesen. Ich halte sie auch nach wie vor für die eigentlich richtige Entscheidung. Ich bin auch der festen Überzeugung, es gäbe keinen anderen, da trete ich keinem zu nahe, mit dem wir die Mehrheit bekommen hätten. Aber wir müssen feststellen, daß er nicht angenommen worden ist von einem Teil und daß deswegen wir kaum schlechter abgeschnitten haben, als wir vielleicht hätten abschneiden können. Das sieht man an der FDP-Stimmen-Splitting-Geschichte, dort, wo man das etwas aufmerksam beobachtet. Das sind Wähler, die von uns eigentlich aus dem Grunde zur anderen Seite gegangen sind. Deswegen teile ich nicht die Meinung, daß der Schmidt von uns einen Kopf kürzer gemacht worden sei, wie Lothar Späth das vorhin so schön gesagt hat. Ich würde es nicht für richtig halten, wenn wir die Position von Schmidt unterschätzen. Der Schmidt hat unter Umständen in den politischen Entscheidungen trotz allem, was Norbert Blüm gesagt hat, freiere Hand als vorher, weil er sich darauf berufen kann, er muß das machen, weil die FDP ihm sonst davon geht. Davor müssen wir uns sehr hüten, nicht, daß die jetzt die Politik sozusagen durchsetzen, die wir eigentlich für richtig halten. Da sehe ich eine große Gefahr, und ich wäre dankbar, wenn wir den Herrn Schmidt in seiner Wirkung nach außen nicht unterschätzen.

Aber ich hatte mich eigentlich zu zwei anderen Punkten gemeldet. Das eine ist die Frage, die für mich außerordentlich erschütternd ist, aber die eine Realität ist. Das ist die Diskussion über die Friedensfähigkeit der Union. Wir dürfen uns überhaupt nichts vormachen, das ist von 1969 bis heute gespielt worden. Das ist mit Rainer Barzel⁵⁰ passiert, mit Helmut Kohl hatten wir gesagt, er kann das nicht, weil er von Mainz ist, und jetzt läuft es wieder anders. Wenn es uns nicht gelingt, im Unterbewußtsein eines Teils unserer potentiellen Wählerschaft das Bewußtsein wegzukriegen, daß vielleicht international die anderen das doch besser absichern können, dann werden wir überhaupt keine Chance haben, eine Mehrheit zu bekommen aus eigener Kraft. Ich halte diesen Punkt, von den anderen bewußt gespielt seit 1960 ungefähr, für einen der Punkte, die uns am allermeisten zu schaffen machen. Es gibt auch in unserer eigenen Anhängerschaft Leute, die schon so weit sind, daß sie sagen, na ja, aber die halten doch wenigstens Ruhe mit den Russen. Die

49 Gottfried Milde (1934–2018), Rechtsanwalt; 1966–1991 MdL Hessen (1974–1987 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1987–1990 Innenminister von Hessen.

50 Rainer Barzel (1924–2006), Jurist; 1957–1987 MdB (CDU), 1962/63 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1971–1973 Bundesvorsitzender der CDU, 1982/83 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983/84 Bundestagspräsident.

sagen nicht, wir würden das nicht tun, aber die sagen, die halten doch wenigstens Ruhe mit den Russen. Und dieser Punkt ist genau das, worauf die angespielt haben, deswegen ist diese unglaubliche Verleumdung, die uns gegenüber vorgenommen worden ist, nicht ohne Wirkung bis hinein in eigene Wählerkreise. Dann kriegt die FDP aus dem potentiellen Wählerkreis von uns meines Erachtens Stimmen. Wir müssen uns einen Weg suchen, wie wir mit diesem Punkt so fertig werden, daß daran überhaupt keine Diskussion mehr aufgemacht werden kann.

Und noch zu einem anderen Punkt, der hier angesprochen worden ist: Es gibt für meine Begriffe in unserer Bundesrepublik einen ganz erheblichen Prozentsatz von Leuten, die wollen ein Drei-Parteien-System. Und die wollen nicht von uns dadurch beschimpft werden, daß wir von Blockparteien oder vom Wahlsystem oder so etwas reden. Wenn wir beklagen, daß bei einem anderen Wahlsystem wir die Mehrheit hätten, dann ist das richtig. Aber öffentlich sollten wir jedes Klagen über das Wahlsystem und über die Blockparteien lassen. Diese Leute haben das in dem Bewußtsein getan, daß sie Schmidt wählen. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist zum Beispiel gestern abend von uns gesagt worden, ich halte das für falsch, ich sage das ja auch in aller Deutlichkeit. Ich finde, wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, die Bernhard Vogel angesprochen hat, wenn wir schon, nicht auf kurze Sicht, aber auf Dauer die Notwendigkeit sehen, auch eine Koalition zu bekommen, dann müssen wir selbst dann, wenn das für Jahre hinaus unfruchtbar ist, alles tun, damit nicht im entscheidenden Moment die Leute uns aus falscher Vergrämtheit einen Vorwurf machen. Ich finde, die richtige Behandlung, auch von Leuten, die wir nicht mögen, ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege, wieder in eine Regierung zu kommen.

Und als letzter Punkt, eine Bitte an den Bundesvorstand. Unsere Programme sind gut. Und wenn Herr Stoltenberg Wirtschaftspolitik erklärt bei einer Versammlung, versteht man das auch. Wenn aber 25 Leute da sind und einer von unseren Kandidaten soll denen das erklären, und die Leute fragen, „Wie ist denn euer System, damit wir eine Wohnung zum günstigen Preis kriegen, da wir nächstes Jahr heiraten wollen?“, ist die Antwort der Union auch nicht so leicht. Das ist doch die Wirklichkeit. Wir begeistern uns oft selbst an unserer Qualität des Geistes, und wenn uns die Leute fragen, können wir die praktische Antwort nicht geben. Ich finde, wir kämen in eine bessere Mehrheitsfähigkeit hinein, wenn wir diesen jungen Leuten, die vorhin schon besprochen wurden, die auf dem Wege weg sind vom Sozialismus, in praktischen Dingen des Lebens erklären könnten, mit unserem System kommt ihr zu der Wohnung. Das mag eine hohe Forderung sein, die ich stelle, aber ich glaube, das ist die einzige Chance, wie wir uns bei den Leuten wirklich verständlich machen können. Unser Programm lesen sie nicht, unsere Grundsätze halten sie für gut, aber sie würden gerne wissen, wie sie dadurch zu einer Wohnung kommen. Ich nenne das mal nur als ein Beispiel und bitte doch, daß wir das nicht abtun als nebensächlich, sondern meine Begegnung gerade mit jungen Leuten ist relativ positiv. Und dann kommt die Fragestellung, „Und, wie macht ihr das?“, dann kann man sagen, das machen wir aus dem und dem Grund so. Ich finde, das ist eine Aufgabe für unseren Generalsekretär, so ein paar Punkte, die die Leute in der Praxis begreifen, zu behandeln; das müssen gar nicht viele sein, aber die müssen dann auch funktionieren, damit wir damit in vier Jahren für die wählbar sind. (*Beifall.*)

Geißler: Ich will Ihnen überhaupt nicht widersprechen, nur haben Sie gerade ein Beispiel herausgefischt, wo es nun besonders schwierig ist. Wir haben in anderen Berei-

chen sehr konkrete Antworten. (*Milde*: Ja, aber das ist im Rhein-Main-Gebiet die häufigste Frage von jungen Leuten.) Ja, gut, nicht nur in Rhein-Main ist die ganze Wohnungsbaupolitik in den vergangenen Jahren halt auch kaputtgemacht worden. Da können Sie nicht mit einem handfesten Beispiel nun plötzlich das, was die Sozialdemokraten seit Jahr und Tag versaut haben, wieder reparieren. Das ist völlig klar, die konkrete Umsetzung unserer Politik ist wichtig. Aber ich glaube – darf ich das noch einmal sagen –, wir haben uns in allen Bereichen nun wirklich bemüht, unsere Programmvorschläge zu konkretisieren. Das gilt sowohl für die Familienpolitik, konkreter ging es gar nicht mehr, das galt für die Rentenpolitik. Wir haben sehr konkrete Vorschläge gemacht für die Mittelstandsförderung, um mal diesen Bereich vorzulegen. Dasselbe galt im übrigen auch, es ist nur leider von einem Teil der Partei nicht aufgegriffen worden, hinsichtlich der Frage der Finanzierung unserer Mehrausgaben in der Familienpolitik und der zusätzlichen Ausgaben für die Bundeswehr. Wir haben ja hier im Bundesvorstand unser Finanztableau erarbeitet. Dies ist auch in verschiedener Form, zuletzt im „UiD“⁵¹, zweimal in die Partei hinausgegeben worden. Aber ich möchte Ihnen prinzipiell zustimmen. Wir müssen in der Lage sein, auch in ganz konkreten Fragen konkrete Antworten zu geben. Der Bereich Wohnungsbaupolitik ist vielleicht im Bundestagswahlkampf von uns etwas zu pauschal beantwortet worden. Das will ich also gerne akzeptieren.

*Wex*⁵²: Ich möchte gleich an das Letzte anschließen. Ich bin der Meinung, wiewohl wir viele Angebote gehabt haben – aber da wir heute hier analysieren und die genauen Wahlanalysen ja noch nicht kennen –, daß wir zum Beispiel unter dem Titel „Freiheit muß im Alltag erfahrbar sein“ einige Modelle vorstellen, wie man Lösungskompetenzen auch zuordnet, zum Beispiel im Wohnungsbau. Nicht, weil eine Sache schwierig ist, darf man sie nicht anfassen, sondern man muß sie aufnehmen. Es waren Dinge wie Wahlfreiheit der Frauen nicht drangekommen. Herr Geißler, ich denke nur gerade dran, bei der Wahlanalyse wissen wir von den Frauen noch nichts? (*Geißler*: Nein, ich kann im Moment nichts dazu sagen.) Aber ich möchte dann sagen, unter dem Titel „Freiheit muß im Alltag erfahrbar sein“, das müssen die Leute anfassen können, daß sie sich wirklich entscheiden können, daß sie unsere Angebote realisierbar empfinden. Die Freiheit als Begriff ist wunderbar, aber er muß anfaßbar sein. Dafür ist die Vorbedingung vor allen Dingen auch, daß wir hier im Bundesvorstand dazu kommen, daß wir alternativ diskutieren und zwar den Auftrag geben, daß der eine die Position vertritt und der andere die Position. Ein großer Teil der jungen Leute weiß sehr genau, daß es keine Patentrezepte gibt. Die Kompetenz und die Autorität besteht darin, daß man alternativ gedacht hat, und dann zu Konsequenzen gekommen ist, ohne daß man einen Satz auf der einen Seite des Spektrums anordnet oder auf der anderen Seite des Spektrums, und da möchte ich bitten, daß das hier in bestimmten Fragen auch wirklich einmal durchgeführt wird, damit auch die Gewöhnung daran, daß der, der anderer Meinung ist, nicht irgendeine andere Richtung in der Gesamtheit der Politik vertritt.

Der zweite Punkt ist der, was akzeptiert worden ist, was ich auch unterstreichen möchte, wir hatten die richtigen Themen. Es muß uns nur klar sein, uns ist auch zugeordnet worden, daß wir fähig sind, die Wahrheit zu sagen. Aber wenn man die Wahrheit sagt

51 UiD vom 25. Juni 1980 S. 3f.

52 Helga Wex (1924–1986), Journalistin; 1967–1969 und 1972–1986 MdB (CDU), 1971–1986 Vorsitzende der Frauenvereinigung. – Unvollständiges Transkript ihres Beitrags in ACDP 07-001-1019.

bei einer Bevölkerung, die seit Jahren nicht mehr daran gewöhnt ist, auch harte Wahrheiten zu akzeptieren, muß man ihr gleichzeitig gewisse Tröstungseinheiten geben, die auch möglich und verwirklichtbar sind, d. h. daß man auf dem schmalen Grat dessen, was man notwendigerweise sagen muß, auch Angebote macht für Lösungen, die nicht über die Kompetenz und vor allen Dingen auch über die Fähigkeit der Betroffenen hinausgehen. Man darf die Menschen nicht so überfordern, daß sie die Entwürfe gleich alle selber feststellen können, sondern damit muß man ihnen Hilfen an die Hand geben, gerade in bezug auf die alternativen Lösungen.

Die FDP, der dritte Punkt, ist nicht wegen liberaler Inhalte gewählt worden, sondern weil sie sich der Unterstützung versichert hat, daß die Wähler die Koalition unter Helmut Schmidt beibehalten wollen. So heißt das, daß wir hier mit unseren Themen natürlich auch Dinge besetzen können, die die FDP eigentlich für sich reklamieren wollte, aber gar nicht besetzt hat. Und das heißt in der dritten Konsequenz, daß wir analysieren müssen die Gründe für die Unterschiede in der Abgabe von Erst- und Zweitstimmen. Da gibt es große Unterschiede, aus welchen Gründen einige Erststimmen mehr haben, auch andere Erststimmen mehr haben und Zweitstimmen weniger. Ich möchte bitten, da das ein wichtiger Punkt ist, das zu beachten.

Der vierte Punkt war die Frage der Wertorientierung. Ich glaube schon, daß einige junge Menschen sehr viel nach Nahrung gesucht haben. Und ich bin auch der Meinung, das habe ich im Wahlkampf auch gesagt, daß die Frage des Christlichen ein Punkt ist. Aber es muß gleichzeitig klar werden, daß die Menschen, die dem Christlichen fern oder ablehnend gegenüberstehen, merken durch das Angebot auch unserer Politik und der Art, wie wir das anbieten, daß auch ihre Sehnsucht nach Geborgenheit und Gerechtigkeit bei uns am besten aufgehoben ist und nicht bei den allein von Menschen besetzten Ideologien mit ihrem Absolutheitsanspruch, die immer dann die abschneiden, die anderer Meinung sind.

Diese vier Punkte, gerade in bezug auch auf die Ansprachemöglichkeit und auf das, was wir an Erfahrungen mitgemacht haben, halte ich für ganz wichtig für die Art, wie wir auch hier in der nächsten Zeit diskutieren sollten: Alternative und die Möglichkeit der Verwirklichung im Alltag. Das müssen vier, fünf Punkte sein, wo man anfassen kann. Daran kann sich auch zeigen, was wir an Umsetzungskompetenz haben. Gerade bei der Tatsache, daß ein großer Teil der Menschen nicht mehr gewöhnt ist, auch Schwierigkeiten als überwindbar von uns angeboten zu bekommen, dürfen wir ihnen nicht einfach hinschmeißen die Schwierigkeiten und was die anderen falsch gemacht haben, sondern wir müssen die Angebote, es auch mit ihren eigenen Kräften, auch wenn es normale Kräfte sind – man darf sie nicht überfordern –, zu machen. Das ist ja die Frage für die nächsten Monate.

Wörner⁵³: Wie immer, wenn man um diese Stunde sich zu Wort meldet, redet man zwar nicht ins Leere, (*Geißler*: Wir bitten darum, daß das nicht unterstellt wird.) aber man redet in Abwesenheit der eigentlichen Adressaten. Deshalb kann ich es ganz kurz machen, ich rede nur noch fürs Protokoll. Ich warne dringend vor öffentlichen Spekulationen und Äußerungen über unsere künftige Einstellung zur FDP. Ich kenne nichts Überflüssigeres und nichts Kontraproduktiveres als dies im Augenblick. Heute morgen ein Anruf eines

53 Manfred Wörner (1934–1994), Jurist; 1956 CDU, 1965–1988 MdB, 1982–1988 Bundesminister der Verteidigung, 1988–1994 Generalsekretär der NATO.

Journalisten bei mir, „Wie sehen Sie denn die FDP?“, nach zwei Signalen von Parteifreunden von uns höheren Ranges. Da habe ich gesagt, das nützt überhaupt nichts, weil das nicht ein Problem ist, mit dem ich mich im Augenblick beschäftigen muß. Ich kann nur sagen, wir können hier alle möglichen Dinge überlegen. Wer heute über das Verhältnis zur FDP öffentlich nachdenkt, schadet der Union.

Geißler: Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hat der Manfred Wörner recht. – Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir sind am Ende unserer Bundesvorstandssitzung angelangt. Gibt es noch irgendwelche Fragen? Wir werden das also in Gang setzen, was wir miteinander besprochen haben. Ich darf mich herzlich bedanken, kommen Sie gut nach Hause.

2

Bonn, Montag 3. November 1980

Sprecher: Blüm, von Bismarck, Dingerkus, Filbinger, Gradl, Hupka, Koch, Kohl, Laurien, Lorenz, Neumann, Stoltenberg, Waffenschmidt, Wissmann.

Verschiedenes. Politische Lage. Vorbereitung der Klausurtagung des erweiterten Bundesvorstands.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 13.15 Uhr

Kohl: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf unsere heutige Bundesvorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Zur Tagesordnung bitte ich um Ihr Einverständnis, daß wir den Punkt 3, Konrad-Adenauer-Haus GmbH und Co KG heute nicht behandeln, sondern in der nächsten Sitzung. Da ergab sich noch ein Problem, das wir noch einmal im Parteipräsidium besprechen müssen.

Eine ganze Reihe von Kollegen hat für die heutige Sitzung abgesagt. Ich halte es dennoch für nützlich und notwendig, daß wir heute hier zusammenkommen.

Haben Sie Wünsche zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich zur Tagesordnung gleich vorschlagen, daß Sie Ihren Terminkalender zur Hand nehmen und wir noch zwei Termine miteinander regeln. Wir müssen – ich glaube, das ist Ihnen bereits schriftlich mitgeteilt worden – die Klausurtagung des Parteivorstands auf Freitag, den 12., und Samstag, den 13. Dezember legen. Ich gehe davon aus, daß wir mit dem Mittagessen am Samstag abschließen können. Der Beginn wird um 15.00 Uhr sein. Zum Tagungsort muß ich Ihnen sagen, es ist entgegen der allgemeinen Erwartung ungeheuer schwer, daß man im Dezember leicht eine Unterkunft findet; Eichholz¹ hat sich nicht realisieren lassen, weil dort Tagungen in einer solchen Fülle ausgerechnet an diesem Wochenende stattfinden, daß wir beim besten Willen dort nicht tagen können. Wir könnten zwar einen Raum freimachen, aber das hätte zur Konsequenz für uns, daß wir dort belagert werden. Unser Vorschlag ist dann, zurückzugehen auf die alte Vorstellung, die wir hatten, daß wir in Boppard eine sehr gute Unterkunft haben, und das kann man auch ganz leicht mit einem Fahrdienst von Frankfurt nach Boppard arrangieren für die, die fliegen. Es ist nicht die, die der Herr Schmidt hatte², damit Sie mich nicht falsch verstehen. Dort haben wir im Rheinhof Bellevue praktisch das Hotel für uns, so daß in der Tat eine Klausurtagung möglich ist. Ich rate dringend dazu, das so zu machen; denn in Bonn wird das nichts. Da läuft andauernd das Telefon und irgendwelche Referenten tauchen auf. Dort haben wir

1 Tagungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. bei Wesseling.

2 Helmut Schmidt hatte im Oktober 1980 im Hotel „Jakobsberger Hof“, einem ehemaligen Klostergut, einen zweiwöchigen Urlaub verbracht (vgl. „Der Spiegel“ vom 27. Oktober 1980: „Sind Sie Herr Schmidt? Spiegel-Reporter Jürgen Leinemann über den Kanzler in Boppard“).

auch vor allem den Abend, was ich für ganz wichtig halte, für ein vernünftiges Zusammensein. Einverstanden mit diesem Termin und mit dieser Planung? Das ist der Fall.

Dann haben wir den nächsten Punkt, den wir heute festlegen müssen, das ist der Bundesparteitag. So arg frei sind wir in unseren Entscheidungen nicht; ich muß das alte Lamento wieder anstellen, es gibt ja weniger als zehn Hallen in der Bundesrepublik, in denen wir überhaupt noch unterkommen können, und diese Hallen wissen erstens, was sie kosten, und zweitens, was sie wert sind, weil weitgehend nicht mehr Angebot und Nachfrage hier regiert, sondern nur noch die Nachfrage. Es gibt also eine Reihe von Plätzen in der Bundesrepublik, wo man unter einem Jahr Voranmeldung überhaupt gar keine Chance hat, reinzukommen. Deswegen bleibt uns unter konkreten Zeitvorgaben Folgendes übrig, daß wir den nächsten Bundesparteitag in Mannheim³ halten. Der Rosengarten ist eine vorzügliche Tagungsstätte, insofern sind wir dort gut untergebracht. Wir beginnen mit den Gremien Parteipräsidium, Bundesvorstand und Landestagung der Landesverbände etc. am Sonntag, dem 8. März, und schließen am Mittwoch, dem 11. März, um die Mittagszeit ab. Das ist ein Parteitag, auf dem gewählt wird und eine politische Generaldiskussion etc. stattfinden muß. Mein Vorschlag ist, im Detail werden wir das dann noch auf der Klausurtagung besprechen, nur damit Sie sich mit dem Gedanken jetzt schon befassen, daß wir den Montag und den Mittwoch bis 13.00 Uhr für die allgemeine Politik, für Neuwahlen usw. verwenden, und daß wir den Dienstag einsetzen für das Thema Medienpolitik. Es ist eine der Schwachstellen der CDU-Politik, daß wir hier nur eine bedingte Übereinkunft haben. Unser Verhältnis zu den Medien ist eines der zentralen Themen. Ohne eine Medienpolitik, die überzeugt, kann die CDU für die Zukunft, davon bin ich zutiefst überzeugt, keine Wahlen gewinnen. Das ist ein Punkt, aber darüber werden wir mehr dann auf der Klausurtagung miteinander zu sprechen haben.

Ich will gleich ankündigen, daß mein Ziel ist, in der zweiten Jahreshälfte – denn alle meine Erkundigungen haben dazu geführt, daß das nicht anders geht – einen weiteren Parteitag zu machen⁴, der sich zentral mit dem Thema Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und der Position der CDU befaßt. Das wird ein sehr schwieriger Parteitag, denn es gibt kaum ein Thema, in dem die Partei so auseinanderläuft im Detail, wo Unterschiede zwischen CDU, CSU und Regierungsländern und Oppositionsländern eine solche Dimension haben und man nicht über Jugend und Zukunftspolitik in der Bundesrepublik reden kann, wenn wir zur Bildungspolitik zu einer wirklich übereinstimmenden Meinung kommen will.

Ich bin mir darüber im klaren, daß das ein schwieriges Geschäft wird. Aber zu einer lebendigen Partei gehört, daß man auch schwierige Geschäfte hinter sich bringt, und das muß einmal ausgetragen werden, wobei ich also unter Bildungspolitik alles verstehe, von der Grundschule bis hin zur Universität, Berufsschule, Berufliche Bildung, alles, was dazu gehört. Das muß natürlich sehr sorgfältig vorbereitet werden.

Zu dem Parteitag in Mannheim will ich noch sagen, daß ich den Generalsekretär beauftragen möchte, daß er bis zur Klausurtagung des Vorstands uns einen Entwurf vorlegt über eine Arbeitskommission, die das notwendige Arbeitspapier für diese Tagung erarbeitet. Das ist also das, was heute zu den Terminen zu sagen ist. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung?

3 29. Bundesparteitag am 9./10. März 1981.

4 30. Bundesparteitag am 2.–5. November 1981 in Hamburg.

Wissmann: Herr Vorsitzender, darf ich noch fragen, was Sie zu den Themen sagten, sollte es damit schon praktisch abgehakt sein, oder wollen wir darüber jetzt reden? Terminfragen können wir selbstverständlich nicht beeinflussen, aber die Themenfragen müßten wir vielleicht noch einmal diskutieren.

Kohl: Ja, die Themenfragen können wir gern diskutieren, aber das ist vor allem ja Thema für die Klausurtagung.

Wissmann: Über das Thema des Bundesparteitages wird bei der Klausurtagung gesprochen?

Kohl: Ja natürlich, wir müssen über den Bundesparteitag nochmal im Detail miteinander reden. Und ich möchte auch schon beim Bundesparteitag, Herr Wissmann, über den Herbstparteitag auch ein Wort reden, wie das abläuft. Ich habe heute bloß mal eine Perspektive angedeutet.

*Gradl*⁵: Es tut mir leid, daß ich ein paar Minuten zu spät gekommen bin. Ich höre, daß also die Klausurtagung am 12., 13. sein wird. An denselben Tagen finden in Berlin die wissenschaftlichen Arbeitskreise des Kuratoriums Unteilbares Deutschland statt, die sehr gut besetzt sind. Da habe ich die Bitte, nicht daß der Termin verschoben wird, sondern nur daß dafür gesorgt wird, daß für das Thema Deutschlandpolitik vor diesem illustren Professorenkreis jemand für die Fraktion spricht, der wirklich kompetent ist.⁶

Kohl: Ich bin jetzt im Moment überfragt, haben wir da eine Einladung? Sind Sie doch bitte so freundlich, oder mein Mitarbeiter, mich daran zu erinnern, daß wir noch einmal darauf zurückkommen. Ich kümmere mich selbst darum, Herr Gradl. (Zwischenruf Scherer⁷ zum Parteitag.) Ich möchte auf alle Fälle den Parteitag 1982 in Hamburg halten.⁸ Darüber müssen wir auch früh reden, weil das eine der Hallen ist, in der sich angenehm ein Parteitag halten läßt, aber man endlos Zeit vorher braucht, um die Halle überhaupt zu bekommen. Darüber kann man ganz gewiß reden. Es gibt auch einen Anspruch unserer hessischen Freunde, Herr Scherer, ich würde sagen, das bereden wir nochmal in Ruhe. Weitere Fragen zu den beiden Themen? Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich doch noch zum Ablauf von heute sagen, ich wäre sehr dankbar, wenn wir gegen 13.15 Uhr die Punkte abschließen könnten, die vorgesehen sind.

VERSCHIEDENES

Vielleicht kann ich, wenn Sie mit einverstanden sind, zum Punkt Verschiedenes eine Mitteilung noch vorweg machen, weil ich mich dann dem Thema politische Lage zuwenden möchte.

5 Johann Baptist Gradl (1904–1988), Volkswirt, Journalist; 1945 Mitgründer der CDU in Berlin, 1957–1980 MdB, 1965/66 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1966 auch für gesamtdeutsche Fragen, 1970–1987 Vorsitzender der Exil-CDU.

6 Einladungen und Programme in ACDP 07-001-1335. Von der CDU/CSU-Fraktion nahm ihr außenpolitischer Sprecher Alois Mertes teil.

7 Werner Scherer (1928–1985), Journalist; 1955–1985 MdL Saarland (CVP, CDU), 1973–1977 und 1985 Landesvorsitzender der CDU Saar, 1965–1977 Kultusminister, 1984/85 Innenminister.

8 1982 fand kein Bundesparteitag statt.

Wir haben hier, das Ganze interessiert natürlich einige der Kollegen, die Debatte zu dem Mannesmann-Thema⁹. Ich will Sie nur über den Fortgang in dieser Angelegenheit unterrichten. Der Sachstand stellt sich jetzt so dar, daß offensichtlich die Herren bei Mannesmann übereingekommen sind, daß der Vorstandsvorsitzende¹⁰ des Unternehmens den Kontakt mit der FDP aufnimmt, der Aufsichtsratsvorsitzende¹¹ den Kontakt mit uns und der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Loderer¹², den Kontakt mit der SPD. Wir hatten ja vor der Wahl zugesagt, daß wir nach der Wahl ohne Zeitdruck, aber auch ohne jede Verschleppungsabsicht von unserer Seite dazu gesprächsbereit sind. Ich habe den Kollegen, ich habe den Herren, die mich dann angesprochen haben, gesagt, diese Zusage von mir gilt selbstverständlich, aber ich halte es für wenig sinnvoll, daß wir, die CDU/CSU, Gespräche aufnehmen, bevor wir wissen, was die Koalition, die ja über die Mehrheit verfügt im Deutschen Bundestag, irgendwie geäußert hat. Ich habe dem Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, mitgeteilt, dies sei unsere Position, sobald wir wissen, was die Koalition in diesem Zusammenhang zusammenbraut – wo die sich einigen, oder ob sie sich nicht einigen –, werden wir uns äußern, werden wir auch die Kommission einberufen und das Gespräch eröffnen.

Das ist ein Punkt, den wir hier klar absprechen müssen. Denn Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß der Versuch gemacht werden wird, die CDU hier als Hilfsmotor so lange einzusetzen, bis zu dem Zeitpunkt, wo man uns nicht mehr braucht. Die Koalitionsgespräche insgesamt haben sich als ungewöhnlich, was ja ganz natürlich ist, schwierig angelassen. Es wäre ein Akt exemplarischer Torheit, wenn wir in dieser Frage jetzt das Hilfsaggregat beim Zustandekommen wären. Das hat gar nichts damit zu tun, daß wir bereit sind, in der letzten Phase im Sinne dessen, was wir vor der Wahl gesagt haben, uns einzusetzen. Aber das muß bei uns sorgfältig diskutiert werden. Jetzt geht es nicht um den Inhalt, sondern es geht zunächst einmal um die taktische Situation, von der wir ausgehen. Das ist sehr wichtig. Wir müssen hier eine übereinstimmende Meinung erzielen; wer anderer Meinung ist, muß sich hier äußern. Was auf gar keinen Fall geht, und was ich auf gar keinen Fall bereit bin, öffentlich hinzunehmen, das ist von irgendeinem Bereich der Partei eine Äußerung, daß die CDU das verschläft, wenn ich mich so verhalte, wie ich es angekündigt habe, oder daß wir dies oder jenes machen. Wer anderer Meinung ist, muß das hier an diesem Tisch sagen; das will ich vorweg sagen, weil ich fürchte, es geht sonst nachher unter. Es geht also, um es noch einmal zu sagen, nicht um den Inhalt, sondern es geht darum, ob wir jetzt vorangehen mit eigenen Vorschlägen, oder ob wir, was nach der Gesetzgebung aus der Natur der Sache viel klüger ist, eben sagen, jetzt wollen wir mal

-
- 9 Die Pläne der Unternehmensleitung von Mannesmann, die Mannesmann-Hüttenwerke umzustrukturieren, hatten wegen der Befürchtung, damit werde die Montan-Mitbestimmung ausgehebelt, zu heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen und auch zu Diskussionen im CDU-Bundesvorstand geführt (vgl. Protokolle 8 Nr. 48 Anm. 36–38, Nr. 49 Anm. 33–36).
- 10 Egon Overbeck (1918–1996), Diplomkaufmann: 1962–1983 Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG.
- 11 Friedrich Wilhelm Christians (1922–2004), Jurist, Bankier; 1976–1988 Vorstandssprecher der Deutschen Bank.
- 12 Eugen Loderer (1920–1995), Metallgewerbemacher, Schlosser, Gewerkschafter; 1967–1975 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, 1972–1983 Vorsitzender der IG Metall, 1979 MdEP.

wissen, was die Koalition, die doch als Absatz 1 aller Vereinbarungen geschrieben hat, es gibt keine wechselnden Mehrheiten im Bundestag, in dieser Sache macht.

*Koch*¹³: Ich bin da etwas anderer Auffassung. Wir sollten nicht immer reagieren, wir sollten auch mal agieren. Und gerade, was jetzt augenblicklich läuft in der deutschen Stahlindustrie, dazu gehört auch Mannesmann, ist die bedauerliche Information aus der Sitzung vom Freitag, wir werden in erheblichem Umfang Kurzarbeit machen, was die Beschlüsse Montanunionvertrag oder Artikel 58 EGKS-Vertrag betrifft¹⁴. Unsere Leute, ich möchte mich mal vorsichtig ausdrücken, sind sehr ungehalten in den Betrieben, gerade darüber, was vor der Wahl versprochen wurde und was dann gehalten wird. Ich will im einzelnen nicht darüber reden. Ich bin aber andererseits der Auffassung – im Frühjahr sind Betriebsratswahlen –, warum sollen die Christlich-Sozialen gerade in den Betrieben, das ist nämlich eine Vielzahl unserer Kolleginnen und Kollegen, sich nicht dann hinterher auf unsere große CDU stützen können, die da einen Vorstoß macht, was die Angelegenheit Mannesmann und Mitbestimmung anbetrifft im weitesten Sinne – ich meine Herrn von Bismarck¹⁵ und auch das Protokoll – gerade im Hinblick darauf, daß wir in den nächsten Monaten weiteres Negatives in den Betrieben draußen hinnehmen müssen. Wenn wir jetzt agieren und nicht reagieren, halte ich das für sinnvoller und besser. Ich bin der Meinung, daß jedenfalls das, was wir hier einmütig mit Franz Josef Strauß beschlossen haben mit den 30 Prozent¹⁶, wenigstens zum Gegenstand der Beratungen wird.

Kohl: Ja, ich muß ganz offen sein, Herr Koch, ich verstehe es nicht. Denn mit den Wahlen hat es wirklich gar nichts zu tun. Das müssen wir hier dann ganz klar austragen. Die Wahlen sind Ende März, April, wenn ich es richtig sehe. Wir haben jetzt Anfang November. Was in den Wahlen im März sein wird, das kann gar nicht den Zeitdruck entstehen lassen für den November, Dezember. Diese Koalition ist in größten Schwierigkeiten, und diese Koalition muß in Schwierigkeiten bleiben. Sie hat die Wahl gewonnen, und jetzt soll sie auch vor dem Wähler draußen offenbaren, wo die Schwierigkeiten der Bundesrepublik sind. Ich meine, was uns jetzt jeden Tag zugemutet wird, das ist inzwischen gespenstisch geworden. Wenn ich vor heute vier Wochen öffentlich gesagt hätte, der Herr Gaus¹⁷ wird nicht ersetzt, wäre das als der schwerste Anschlag gegen die Entspannungs-

13 Gottfried Koch (1926–2018), Dreher; 1953 CDU und CDA, 1968–1984 Betriebsratsvorsitzender der Krupp Stahlwerke Südwestfalen in Siegen, 1968–1978 Mitglied im Aufsichtsrat der Stahlwerke, 1978–1985 Mitglied im Aufsichtsrat des Krupp-Konzerns in Essen.

14 Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951 (BGBl I S. 347), Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 7. August 1956 (BGBl I S. 707), Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (BGBl I S. 1153). – Art. 58 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 regelt die Einführung von Erzeugerquoten im Fall einer Krise.

15 Philipp von Bismarck (1913–2006), Landwirt, Jurist und Volkswirt; 1969–1979 MdB (CDU), 1970–1983 Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU, 1978–1989 MdEP.

16 Vgl. Protokolle 8 Nr. 49 S. 2474f.

17 Günter Gaus (1929–2004), Journalist, Politiker (1976–2001 SPD); 1965–1968 Programmdirektor für Hörfunk und Fernsehen beim Südwestfunk, 1969–1973 Chefredakteur des „Spiegel“, 1973 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR, 1981 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. – Gaus wurde als Ständiger Vertreter im Januar 1981 von Klaus Bölling abgelöst.

politik in Deutschland verzeichnet worden, den es überhaupt gibt, wobei übrigens natürlich, das wird sich in ein paar Tagen herausstellen, viele, die bei uns dem gleich zugestimmt haben, sehen müssen, das ist jetzt doppelstöckig vom Brandt¹⁸ gedacht. Der hat etwas völlig anderes im Sinn, der will einen Botschafter dort haben. Da geben Sie sich mal keiner Illusion hin. Der Brandt ist nicht auf unserem Dampfer, das ist ein fataler Irrtum, der bei einigen da entstanden ist; aber das ist jetzt ja wurscht, das ist nicht das öffentliche Thema.

Herr Koch, ich kann unsere Leute und die Sozialausschüsse nur beschwören, an die Partei und an die Zukunft zu denken und diesen Fall überhaupt nicht an das Geschwätz, das jeden Tag, wie ich sehr wohl weiß, hier gemacht wird. Wir haben keinen Zeitdruck in der Sache. Ich kann nur noch einmal sagen, lassen Sie jetzt die Sozialdemokraten ihre Schwierigkeiten mit der IG Metall haben, wir sind nicht das Hilfsaggregat. Das, was Sie sagen, habe ich ja nicht in Abrede gestellt, das ist ja der Inhalt. Und wenn bis Januar in dieser Sache nichts geschehen ist, dann können wir doch immer noch handeln, das ist doch noch rechtzeitig. Wir haben ja noch bis Mitte Februar Zeit, um unsere Position klar zu beziehen, und die können Sie dann prima in den Betrieben verkaufen. Mir geht es jetzt darum, um das ganz deutlich zu sagen, und das hat noch praktisch acht Wochen Zeit – der Brief von Loderer ist mir jetzt auf den Tisch gekommen –, in diesem Jahr zu sagen, Loderer bitte, Sie haben doch in dem Trio jetzt übernommen, mit der SPD die Sache zu machen und der Vorstandsvorsitzende von Mannesmann, ein Mann, der sich ja immer elementar um uns bemüht hat in der Vergangenheit, ich sage das natürlich ironisch, der geht jetzt richtigerweise zur FDP. Der Otto Graf Lambsdorff hat die Gegend voll geschrien. Ich habe mit wichtigen Leuten aus der Industrie in Nordrhein-Westfalen vor der Wahl Wetten gezogen, daß Lambsdorff einlenken wird. Warum soll ich eigentlich jetzt, ich sage das mal so, meine Wetten verlieren und denen die Chance geben? Genschers und Lambsdorffs ganze Taktik geht darauf hinaus, daß sie hoffen, daß Norbert Blüm, Scharrenbroich¹⁹ und ein paar andere in diesen Tagen irgendwo Laut geben. Und wenn sie dann Laut gegeben haben, sagen sie, das ist die CDU. Ihr braucht doch gar nicht Laut zu geben, vergebt überhaupt gar keine Chance, wenn wir erst mal ein paar Wochen den Mund halten. Was meinen Sie, wie wir leben würden, wenn in den letzten vier Wochen alle den Mund gehalten hätten, (*Beifall.*) obwohl es ja relativ harmlos war, gemessen an der Vergangenheit. Also ich bin ja ganz anderes gewöhnt, ich will mich auch gar nicht beschweren. Ich kann Sie nur um der Partei willen beschwören, gerade weil ich in der Sache gar nicht hinterlistig operiere, das wissen Sie, sondern weil ich etwas erreichen will; aber wir dürfen jetzt nicht die Entlastung geben.

Wissmann: Herr Vorsitzender, ich glaube, keiner von uns will, daß Sie Wetten verlieren. Aber es gibt sicher auch keinen Streit um die Frage des Inhalts nach dem Bundesvorstandsbeschluß, der hier gefaßt wurde. Es gibt wohl Einblick in die Möglichkeiten der Diskussion über den besseren taktischen, oder wenn man es etwas höher ansetzen will,

18 Willy Brandt (1913–1992), Journalist; 1949–1957, 1961 und 1969–1992 MdB, 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964–1987 Bundesvorsitzender der SPD, 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, 1969–1974 Bundeskanzler.

19 Heribert Scharrenbroich (geb. 1940), Diplom-Volkswirt; 1977–1985 Hauptgeschäftsführer der CDA, 1985–1994 MdB, 1994–1996 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Senioren, 1996–2001 Untergeneraldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen.

strategischen Weg. Da haben Sie die eine Möglichkeit vorgeschlagen. Man müßte zumindest mal überlegen, ob es nicht eine andere Möglichkeit gäbe, die etwa so aussehen könnte, daß wir sagen, wir bringen zum einen unseren Bundesvorstandsvorschlag ein als Initiative und ergänzen diesen Vorschlag durch eine Initiative, die sagt, uns reicht das Montanmitbestimmungsgesetz hinsichtlich der internen demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht aus, sondern wir wollen erreichen, daß jeder Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vom Vertrauen der Belegschaft seines Betriebes getragen sein muß. Gar nicht mehr! Wir würden mit einem solchen Vorschlag beide Parteien in größte Schwierigkeiten bringen (*Kohl*: Aber auch uns!) Aber ich glaube, der Grundsatz jeder Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat muß vom Vertrauen der Belegschaft seines Betriebes getragen werden. Das entspricht erstens unserem Bundesparteitagbeschuß von 1968²⁰ und ist zweitens etwas, was die FDP in ungeheure Schwierigkeiten bringen würde, während das andere die SPD in Schwierigkeiten bringt. Das heißt, man kann sehr wohl überlegen, ob man durch mehr Eigeninitiative nicht beide Koalitionspartner in Verlegenheit bringt, ohne einen davon in die Lage zu versetzen, uns zuzustimmen. Denn keine der beiden kann dem Gesamtpaket zustimmen, und keiner der beiden Sachpunkte widerspricht unserem Vollkonzept, im Gegenteil. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Freunde von den Sozialausschüssen dem Gesichtspunkt einer erweiterten wirklichen internen Mitbestimmung ernsthaft widersprechen würden, das haben wir ja auch gemeinsam 1973 bis 1976 beschlossen. Also ich wollte das ganz bewußt mal, auch wenn ich weiß, daß die Vorgespräche schon sehr viel weiter gediehen sind, als mögliche Alternative entgegenstellen. Ich glaube, wir würden FDP und SPD sehr in Verlegenheit bringen mit einer solchen Initiative.

Kohl: Also mein erster Gedanke dabei, Herr Wissmann, ist, daß wir uns selbst in Verlegenheit bringen. Das hat ja, was Sie sagen, etwas ungeheuer Verlockendes. Bloß hat das ja natürlich keine Einstimmigkeit in der Fraktion, damit wir uns da ganz klar sind. Ihr Vorschlag gibt keine Einstimmigkeit in der Fraktion. Da ist ja das Problem, und zwar jetzt bei der Arbeitnehmerseite. (*Wissmann*: Das heißt ja nicht, daß Externe ausgeschlossen werden, das heißt nur ...) Das geht ja wieder in den Inhalt. Ich habe die Debatte hier deswegen aufgeworfen, weil sie hierher gehört. Nicht zum Inhalt, da müssen wir sehr intensiv reden, Herr Wissmann, da kann man auch in die Richtung sehr debattieren. Mir geht es jetzt nur um den Zeitpunkt. Ich muß Ihnen sagen, auch wenn wir das jetzt vorschlagen, erleichtern wir der Koalition das Geschäft. Das ist genau mein Punkt. – Philipp von Bismarck, wenn es geht nicht zur Sache, sondern, ob Sie diesen Prozedurvorschlag akzeptieren.

Von Bismarck: Erstes fällt mir schwer, aber es genügt ja, daß ich das sage. Das zweite heißt, wir müssen den zweiten Satz des Herrn Vorsitzenden sehr ernst nehmen. Es ist keineswegs so, daß diese flotte Veränderung von 50 auf 30 Prozent in der Fraktion eine gesicherte Mehrheit hätte. Infolgedessen würde sich der Vorsitzende und uns alle in eine verheerende Lage bringen, wenn er jetzt hier irgendwelche flotten Zusagen machen und nachher der Scheck nicht eingelöst würde. Ich kann nur warnen, das nicht vorher zu klären, ehe man sich da vorwagt. Das würde alles, was Sie möglicherweise erreicht haben, wieder kaputtmachen. Ich wiederhole, es fällt mir schwer, zur Sache kein Wort zu sagen.

20 Berliner Programm 1968 Ziffer 64 (Druck: Christliche Demokratie in Deutschland S. 788).

Stoltenberg: Ich will auch nur ganz kurz sagen, weil dies ja ein vorweggenommener wichtiger Punkt ist, wir müssen das Vorgehen in dieser Frage nachher noch einmal verbinden mit einer kurzen Debatte, wie wir uns denn zu den anderen heißen und zentralen Punkten, die jetzt in der Innenpolitik durch die Kürzungsbeschlüsse und die Schwerpunkte der Regierungserklärung kommen, einlassen. Die Regierung wird ja einen Teil ihrer erkennbaren Eingriffe in Haushalte und Gesetze in der Form von Gesetzesanträgen vollziehen müssen. Das ist ja nicht nur eine Haushaltsfrage, sondern es wird nicht nur bei der Mineralölsteuer, sondern auch bei den Ausgaben eine Reihe von gesetzlichen Änderungen geben. Dieses Thema, schwere Eingriffe in Besitzstände, wird das Hauptthema bis Ostern sein, vielleicht bis zur Sommerpause, auch im Bundestag, in der Öffentlichkeit und im Bundesrat; und zu dem Teil möchte ich mich nachher nochmal zu Wort melden. Aber ich sage an dieser Stelle, wir müssen unbedingt, auch in den kommenden Wochen, wenn es geht in den nächsten Monaten, den anderen die volle Last dieser Probleme überlassen, (*Beifall.*) und wir dürfen von keinem einzigen Punkt unseres Wahlprogramms abgehen. Ich stehe zu dem Kompromiß hier, das will ich auch unserem Freund in den Sozialausschüssen sagen, ich stehe zu dem, was wir hier vereinbart haben, in dem, was die Grundlage unserer künftigen Betrachtung ist. Vielleicht gibt es dann Ergänzungsmöglichkeiten, den mir durchaus sympathischen Gedanken der Direktwahl, der aber, wie ich weiß, schon in der IG Metall erhebliche Auseinandersetzungen hervorruft; denn die sind ja, wenn ich mir Herrn Loderer und die anderen Herren da ansehe, keineswegs für den Gedanken der demokratischen Urwahl. Da wird es also neue Problemfelder geben, wahrscheinlich auch für unsere Freunde der Sozialausschüsse.

Das alles spricht dafür, daß wir im Rahmen einer Debatte – ich mag den Ausdruck Strategie auch nicht mehr so gerne, ich werde immer an die Strategiekommission erinnert – die Politik der nächsten Monate hier mal besprechen; da gehört es hinein. Und ich will nur mal als einen Merkposten sagen – wir werden darüber in unserer Klausurtagung sehr intensiv reden müssen –, wir kommen natürlich auch in andere Schwierigkeiten, wie wir in der öffentlichen Debatte zentrale Punkte unseres Wahlprogramms, Familienpolitik und andere, durchhalten, ohne jetzt Milliardenanträge zu stellen; das können wir nämlich auch nicht, meine lieben Freunde, da sind wir uns sicher in der ersten Betrachtung einig. Wie erreichen wir es, daß wir zentrale Punkte unseres Wahlprogramms, auch die, die Geld kosten, in der öffentlichen Debatte halten, ohne jetzt parlamentarisch uns in einen Zugzwang zu setzen für die nächsten Monate? Das will ich nur mal als eine methodische Bemerkung sehen; das sind weitergehende Fragen als dieser Punkt, der ja jetzt aus gutem Grund vom Vorsitzenden vorweg aufgenommen ist.

Wir müssen uns schon in der öffentlichen Debatte äußern, wir können ja nicht einfach verstummen bis Januar, abgesehen mal von den Terminen hier im Bundestag, Regierungserklärung; wir müssen uns schon äußern von der Deutschlandpolitik bis zu den Kürzungen und den wirtschafts- und finanzpolitischen Folgen und auch bestimmten gesellschaftspolitischen Fragen. Aber die ganze Art, wie wir uns äußern, muß so sein, daß wir den anderen nichts von dem Problemdruck wegnehmen, den sie haben. Und das ist eigentlich die Devise für Januar, Februar, und daß wir auch nicht durch vorzeitige Anträge oder Ankündigung von bestimmten Terminen – ich würde selbst mich da auf den Januar und Februar im Augenblick auch nicht festlegen – bei uns bestimmte Felder aufreißen, die zu Schwierigkeiten führen. Jeder kann sich ja da, wo er gefragt wird, das gilt nach meiner

Auffassung vor allem für unsere Freunde in den Betrieben und Sozialausschüssen, auf den Beschluß, den wir gefaßt haben, als Position der Union berufen. Aber Ankündigungen von Initiativen und Terminen würden im Augenblick unsere Interessen, auch auf dem Hintergrund der Gesamtprobleme, die ich hier mal angedeutet habe, auf die wir dann auch hier sicher kurz zu sprechen kommen, erheblich schädigen.

Blüm: Gerade über Selbstverständlichkeiten würde ich nicht jeden Tag reden. Und zur Selbstverständlichkeit gehört, daß das Wort, das wir im Wahlkampf gegeben haben, auch nach dem Wahlkampf gilt. Da kann mich auch die Fraktion nicht schrecken. Denn auch die Fraktion, finde ich, ist an dieses Wort gebunden, und die Fraktion würde die Glaubwürdigkeit der Partei in Frage stellen, wenn für die Fraktion nach dem Wahltag nicht gelten würde, was vor dem Wahltag gesagt wurde. Da darf zu keiner Zeit unser Beschluß im Vorgehen in Frage gestellt werden. Was das Vorgehen selber anbetrifft, da finde ich, da ist zunächst mal die Regierung dran, (*Kohl:* Keine Regierung da, die Koalition, sehr wichtig.) die Koalition, jedenfalls die, die die Mehrheit haben. (*Kohl:* Ja, so muß man das sagen, ja!) Aber bei diesem Wort darf zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt werden, daß unser Wort damit zur Disposition gestellt wird. (*Kohl:* Völlig einverstanden.) Es handelt sich nur darum, wer den Gesetzentwurf vorlegt. Den Gesetzentwurf legt der vor, der die Mehrheit hat. Aber bei dieser Aufforderung, ich sage es noch einmal, weil mir daran viel liegt, darf nicht der Eindruck entstehen, wir würden mit Rücksicht auf die Fraktion oder auf sonst jemand Angst bekommen vor unserem eigenen Wort. Die Sache muß auch mit der Fraktion diskutiert werden, da sie in der Parteiloyalität steht. Nur ein paar Bemerkungen, ganz kurz zur Sache.

Ich plädiere zunächst mal, das 1956er Modell zu nehmen, nur damit wir da keine Illusionen haben, und auf 30 Prozent runterzugehen und sonst nichts zu verändern. (*Einwurf:* Sprechen wir jetzt zur Sache oder nicht?) Ich will nur noch auf einen Punkt aufmerksam machen, damit wir nicht eine schiefe Schlachtreihe kriegen. Ich war und bin immer ein Anhänger der direkten Wahl und werde diese Meinung vor allem auch gegenüber der IG Metall vertreten. Das schreckt mich nicht. Ich weiß nur, wenn wir an dem Punkt direkte Wahl beginnen, dann beginnt die Diskussion auch bei dem Punkt Leitende Angestellte, und dann haben wir eine Mitbestimmungsdiskussion, die die eigentlich zentrale Frage völlig verwischt. Deshalb gehe ich zunächst mal aus vom gesicherten Boden unseres Wortes, das wir gegeben haben; wenn wir mehr zustande bringen, um so besser, aber ich würde nicht gerne über diese Diskussion unser Wort in Frage stellen.

Herr Vorsitzender, der langen Rede kurzer Sinn, im Vorgehen bin ich mit Ihnen einverstanden. Aber zu keinem Zeitpunkt dieses Vorgehens darf der Eindruck entstehen, wir wollten von unserem Wort Abstand nehmen. Das Wort gilt auch für die Fraktion.

Kohl: Also, Herr Kollege Blüm, der wichtige Punkt ist heute, daß wir uns einigen, und deswegen habe ich den Punkt vorgezogen, daß wir jetzt Gewehr bei Fuß stehen und niemand von uns Erklärungen abgibt. Ich bin sehr daran interessiert, daß Sie das dann auch an Ihre Mitarbeiter weitergeben, Herr Kollege Blüm, daß also keiner aus unserem Lager dazu irgendwelche Erklärung abgibt, was die Prozedur jetzt betrifft, daß wir abwarten.

Einen Punkt möchte ich modifizieren. Ob wir einen eigenen Entwurf machen zum gegebenen Zeitpunkt oder sagen, wir erwarten den Entwurf der anderen, das würde ich heute nicht fixieren, das haben wir auch so, Herr Blüm, nicht beschlossen, sondern, was

wir dann tun im neuen Jahr, ob wir selber handeln oder abwarten, bis die anderen einen Entwurf vorlegen, möchte ich heute nicht fixieren. Das hängt ja vom Ablauf, vom taktischen Ablauf auch bei der anderen Seite ab. Verstehen Sie, das ist ja eigentlich in Ihrem Sinn, was ich jetzt hier sage, ich schlage vor, daß wir in der Januarsitzung im Parteivorstand darüber reden, aber ansonsten bis zum Januar das Thema vertagen mit der Begründung, jetzt sollen die anderen kommen, die die Mehrheit haben und ohne die in der Sache sowieso nichts läuft, immer unter der Voraussetzung, daß die Behauptung stimmt, daß sie nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen, was man vielleicht probieren kann bei der Gelegenheit, aber nicht, indem man es vorher ankündigt, daß wir das eben abwarten.

Von Bismarck: Ich möchte auch nochmal daran erinnern, lieber Norbert, daß der Gegenstand der Verhandlungen in diesem Vorstand, den Sie jetzt mit dem Stichwort „unser Wort“ beschreiben, eine Äußerung von Franz Josef Strauß in der Öffentlichkeit war. Und diese Äußerung ist hier im Votum des Vorstandes zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Der Inhalt des Beschlusses kann nicht anders sein als die Formulierung, die Franz Josef Strauß damals in die Öffentlichkeit gebracht hat. Denn über den Inhalt sonst ist hier gar nicht gesprochen worden. Ich möchte das nur festgehalten wissen, weil das den Rahmen absteckt. So einfach, wie Sie es jetzt geschildert haben, ist es eben nicht. Ich warne uns davor anzunehmen, daß man mit diesen Worten jede Art von Bedenken in der Fraktion von vornherein als eine unehrenhafte oder unloyale Handlung hinstellt. Das ginge zu weit.

Kohl: Ja, aber ich glaube, das brauchen wir jetzt wirklich nicht zu vertiefen, sondern wir werden zum gegebenen Zeitpunkt darüber reden. Philipp von Bismarck, hat das, was er eben hier gesagt hat, auch bei der damaligen Abstimmung, wie jeder weiß, gesagt. Natürlich haben wir auch damals einen Beschluß gefaßt. Aber wir brauchen jetzt nicht wochenlange Interpretation. Ich halte das für ganz falsch. Für mich geht es heute darum, daß wir der anderen Seite jetzt keine Abspielwand liefern für die nächsten Wochen, wo die ihr politisches Spiel mit uns, gegen uns treiben können. Das ist ganz wichtig. Das gilt genauso bei den Vereinigungen, den Äußerungen des Wirtschaftsrats wie für Äußerungen der Sozialausschüsse, man kann aber auch die Reihenfolge umgekehrt sagen, für Sozialausschüsse und Wirtschaftsrat.

Gut, dann will ich kommen zum Punkt 1, meine Damen und Herren, zur politischen Lage. Darüber müssen wir heute ein Wort miteinander reden, weil ungeachtet dessen, was wir im Detail über unsere Strategie zum Thema zukünftige Arbeit ausdrücken können, heute dazu ein Wort auch von meiner Seite einfach notwendig ist.

POLITISCHE LAGE

Ich will nur zwei kurze außenpolitische Bemerkungen machen. Erstens sollten wir heute deutlich machen – am heutigen Tag – unsere ganz besondere Sympathie für unsere amerikanischen Freunde und die Geiseln, die jetzt gerade ein Jahr unter unwürdigsten Bedingungen und in einer verbrecherischen Weise durch das System im Iran festgehalten werden.²¹ Ich glaube, es ist notwendig, daß wir seitens der Bundesrepublik Deutschland als die stärkste politische Partei und Gruppierung unsere besonders herzliche Sympa-

21 Erstürmung und Besetzung der US-Botschaft in Teheran mit Geiselnahme von 52 US-Diplomaten am 4. November 1979.

thie für unsere amerikanischen Freunde in diesen Tagen bekunden, (*Beifall.*) da ja niemand von uns weiß in diesem Augenblick, wie die Ereignisse morgen und morgen nacht in Amerika zu Ende gehen werden²². Niemand kann zur jetzigen Stunde eine Wahlprognose abgeben. Wir sollten mit aller Gelassenheit dieser Entscheidung entgegensehen, wer immer gewählt wird. Wir werden als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre vor uns sehen, das, was wir jetzt in den letzten acht Monaten intensiv begonnen haben, fortzusetzen, die Kontakte möglichst intensiv und eng mit den Vereinigten Staaten zu knüpfen.

Zweitens, die Entwicklung im Warschauer Pakt, die Entwicklung in Polen muß uns zu großer Sorge Anlaß geben.²³ Alles, was an Nachrichten auf mich zukommt, deutet darauf hin, daß ungeachtet des optimistischeren Untertons in der verfaßten öffentlichen Meinung die Gefahr einer Intervention keineswegs abgenommen hat und daß die Entwicklung im intellektuellen Bereich in Polen, die ja kaum bei uns beschrieben wird, parallel zur Entwicklung mit der sogenannten freien Gewerkschaft enorme Wirkung hat.

Und wenn man den Standpunkt der Sowjetunion, ihre Tradition, ihr Verständnis von Gewerkschaften, bedenkt und davon ausgeht, daß jetzt die neu gegründeten Organisationen unbestritten in Polen festgestellt haben, daß sie über 50 Prozent der polnischen Arbeitnehmer in ihren Reihen bereits versammeln, ist das natürlich eine Herausforderung für das Regime in einer Dimension, wie man sie sich größer und intensiver gar nicht vorstellen kann. Wir beobachten mit größter Sorge, was das für Folgen im Blick auf die Entwicklung in der DDR hat, welche Abschottungen dort vorangehen. Ich glaube, das alles muß man sehr sorgfältig betrachten. Das politische Großklima, so sehe ich die Dinge der Welt und auch vor allem in Europa, kann also schlagartig durch Ereignisse in Polen und, was die Weltpolitik betrifft, noch viel härter durch die Ereignisse am Persischen Golf²⁴ verändert werden. Wir schlittern gegenwärtig in eine der kritischsten Zonen der letzten Jahrzehnte hinein, und das muß man auch bei aller Aufmerksamkeit für die innere Entwicklung unseres Landes bedenken.

Hier bei uns ist Folgendes zu vermerken: Die Verhandlungen in der Koalition, wir haben dazu eigentlich recht intensive und zutreffende Nachrichten, lassen sich noch mühsamer und noch zähflüssiger an, wie nach diesem Wahlergebnis zu erwarten war. Das Auseinanderdriften der Meinung ist unübersehbar, und es ist ein Grundton darin, den man malaiseartig beschreiben kann. Einer der namhaftesten Bonner Journalisten, der seit vielen Jahren hier journalistischer Wegbegleiter der Koalition ist, meinte sehr persönlich resignierend in diesen Tagen, daß es sich nicht mehr lohnt, in Bonn zu bleiben, weil dort die Dinge eigentlich nur noch schlecht laufen können. Und das, was er für sich persönlich als Schluß daraus gezogen hat, ist eigentlich ziemlich symptomatisch. Es ist ja auch kein Zufall, daß jetzt diese Troika, die in den letzten Jahren Schmidt begleitet hat auf diesem Weg, sich genau jetzt auflöst, daß der Herr Wischniewski²⁵ in den Bundestag

22 Präsidentschafts-, Kongreß- und Gouverneurswahlen in den USA.

23 Zur innenpolitischen Entwicklung in Polen und den außenpolitischen Reaktionen im Zusammenhang mit der Streikwelle AdG 1980 S. 23855–23878, 1981 S. 24123–24161.

24 Gemeint ist der iranisch-irakische Krieg seit Juni 1980 (AdG 1980 S. 23909–23922).

25 Hans-Jürgen Wischniewski (1922–2005). Gewerkschaftssekretär; 1957–1990 MdB (SPD), 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1972 Bundesgeschäftsführer der SPD, 1974–1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1976–1979 im Bundeskanzleramt, zugleich Bevollmächtigter der Bundesrepublik in Berlin (erneut 1982).

und die Fraktion zurückgekehrt ist, daß der Schüler²⁶ weggeht, der ein, das muß man einfach sagen, ein glänzender Mann in diesem Amt war. Ich will damit niemandem zu nahe treten, aber auch nach meinem Dafürhalten, nach meiner Einsicht riskiere ich hier in diesem Kreis schon die Bemerkung, daß ich ihn nach Globke²⁷ für einen der besten Chefs des Kanzleramts gehalten habe, ein Mann, der natürlich eine unglaubliche Eigenschaft, eine selten zu findende Eigenschaft mitgebracht hat: Der hat nur gedient und war nur für den Chef da und nur für die Sache und hat nicht für sich gearbeitet. Das ist schon beachtlich, was er auf die Beine gestellt hat. Schmidt wäre mit Sicherheit aus kritischen Runden nicht herausgekommen ohne diesen Mann, das kann man ja mal bei der Gelegenheit sagen. Ich habe nicht ein gleich gutes Urteil über den Chef des Presseamts²⁸, aber das ist immerhin auch ein Mann von einer beachtlichen Könnerschaft, das muß man sehen im Blick auf die Regierung. Daß diese Leute jetzt, einer nach dem anderen, weggehen, ist zwar immer verständlich, wenn eine entsprechende Funktion da ist nach einem solchen harten Streß, nach diesen harten Streßjahren, aber es ist auch ein Stück Symbolcharakter in dieser Entwicklung drin.

In der Sache kommt jetzt die Stunde der Wahrheit. Alle Zusagen vor der Wahl sind in Frage gestellt, werden zurückgenommen. Wir werden zwar kein Haushaltssicherungsge-
setz kriegen, so was sagt man ja heute nicht mehr, weil das ja nicht mehr die moderne Sprache ist, die Dinge so zu formulieren, wie sie normal formuliert werden. So wie man nicht mehr von Schulden redet, sondern von Verbindlichkeiten, wird man auch jetzt ein neues Wort kreieren für das Thema. Aber es ist offenbar, daß hier nach dem Rentenbetrug von 1976, so empfinden es die Bürger draußen, praktisch die ganze Palette der wirtschaftlich sozialen Zusagen in Frage gestellt wird, sozusagen der Betrug in allen Wahlzusagen.

Meine Freunde, just zu diesem Zeitpunkt kommt, wie nicht anders zu erwarten war, die große Gemeinsamkeitsplatte. Und es wird in einer Weise geredet und geschrieben, als seien wir es gewesen, die bisher Gemeinsamkeit versagt haben. Ich kann nur sagen, was mich etwas verwundert, ist, daß der eine oder andere bei uns dieses Wort so übernimmt und dabei so formuliert, als hätten wir gar keine Gemeinsamkeit gepflegt. Ich muß Ihnen sagen, wenn ich die letzten vier Jahre überdenke, kann ich nur sagen, an jeder wichtigen Station unserer Bundesrepublik Deutschland hat die CDU/CSU-Fraktion, haben die CDU/CSU geführten Länder im Bundesrat und hat die CDU als Partei Gemeinsamkeit übernommen und selbstverständlich gepflegt. Die Bundesregierung wäre in ganz kritischen Fragen überhaupt nicht mehr aktivierbar gewesen, wenn es uns nicht gegeben hätte. Die Frage ist nur, wie uns das bekommen ist.

Ich bringe ein Beispiel, was mich sehr persönlich betrifft. Ich war ja oft in meiner politischen Existenz so unmittelbar am Grabesrand gestanden, aber ich war wohl kaum so nahe am Begrabenwerden wie in jener Nacht des Vermittlungsausschusses um das

26 Manfred Schüller (geb. 1932), Volkswirt; 1972 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, 1974–1981 Chef des Bundeskanzleramts.

27 Hans Globke (1898–1973), Jurist; 1932–1945 Reichsinnenministerium, 1936 Mitverfasser eines Kommentars zu den „Nürnberger Gesetzen“, 1949–1963 Ministerialdirigent bzw. -direktor im Bundeskanzleramt.

28 Klaus Bölling (1928–2014), Journalist; 1973/74 Intendant von Radio Bremen, 1974–1981 und 1982 Regierungssprecher und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1981/82 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR.

Kostendämpfungsgesetz²⁹, Sie werden sich daran noch erinnern, wo ich aus Gründen der Koalition in Niedersachsen, die wir gerade begründet hatten, auch aus Gründen einer vernünftigen Politik mit der FDP gegen den Willen mancher unserer Freunde – und damit auch manchen anderen gewissen Chancen, die gar nichts mit der Kostendämpfung zu tun hatten – bis zum letzten einen Kurs des Ausgleichs vertreten habe. Sie erinnern sich alle noch aus der Erfahrung der letzten sechs Wochen, wie uns der Bund Freier Berufe das gedankt hat bei der Bundestagswahl. Ich will das nur als ein Beispiel sagen. Ich könnte die Entführung von Hanns Martin Schleyer³⁰ nennen, wo ja in Wahrheit nur die CDU geführten Länder, die Hauptbetroffenen – denken Sie an Hans Filbinger und an Baden-Württemberg mit Stammheim –, die rechtliche Situation hatten, daß sie zu entscheiden hatten, wird nachgegeben oder nicht im Blick auf das Ansinnen der Freipressung, sozusagen aus Gründen der Autorität, der Staatsräson diesen Weg gegangen sind. Denken Sie an die Türkeihilfe³¹, denken Sie an die Abstimmung über den Olympiaboykott³², ich brauche es nicht weiter zu erwähnen. Ich finde es ganz falsch, daß wir sozusagen verteidigend darauf hinweisen, daß wir jetzt für mehr Gemeinsamkeit sind. Wir waren immer zur Stelle, wenn es um das Land ging.

Daß die andere Seite in Wahrheit von Gemeinsamkeit gar nichts wissen will, daß das alles Sprüche sind, hat sich doch in diesen Tagen erwiesen. Nach diesen Abgrenzungsbeschlüssen der DDR³³ war vier Tage überhaupt nichts in Bonn. Und dann habe ich in einem Interview am Freitagabend verlangt, daß man endlich die Opposition informiert. Dann haben sie am Samstag, Sonntag angerufen, sie stünden für die Information jederzeit zur Verfügung, und dann habe ich keine Lust gehabt, am Sonntag das zu machen. Weil ich ja meine Erfahrung habe, habe ich am Montag angefragt, wer mich da informiert. Und da wurde mir mitgeteilt, daß der Bundesminister Franke³⁴ und der Staatssekretär Spangenberg³⁵ mich informiert. Daraufhin habe ich zwei Parlamentarische Geschäftsführer ins Kanzleramt geschickt, und was ich Ihnen berichte, ist keine Erfindung, dann hat der Herr Franke mit lauter Stimme einen Text vorgelesen, den zwei Stunden vorher der Herr Bölling in der Bundespressekonzferenz veröffentlicht hatte.³⁶ Dafür haben wir

- 29 Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses vom 20. Juni 1977 (BT Drs. 8/652 vom 22. Juni 1977), Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz - KVKG) vom 27. Juni 1977 (BGBl I S. 1069).
- 30 Hanns Martin Schleyer (1915–1977), Jurist; 1970 CDU, 1973 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), 1977 zugleich des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), am 18. Oktober 1977 von der RAF ermordet.
- 31 Zur Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. AAPD 1980 Dok. 22.
- 32 Zur Abstimmung des Deutschen Bundestages über einen Olympiaboykott Sten. Ber. 8. WP 213. Sitzung vom 23. April 1980 S. 17110f.
- 33 Am 9. Oktober 1980 hatte die DDR die Mindestumtauschsätze für Besucher aus nichtsozialistischen Staaten von 13 auf 25 Mark der DDR erhöht; am 13. Oktober formulierte der Generalsekretär der SED Erich Honecker die „Geraer Forderungen“ (AdG 1980 S. 23935f, 23970–23972).
- 34 Egon Franke (1913–1995), Kunsttischler; 1946–1951 MdL Niedersachsen (SPD), 1951–1987 MdB, 1969–1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.
- 35 Dietrich Spangenberg (1922–1990), Medizinstudium; 1963–1967 Chef der Senatskanzlei von Berlin (SPD), 1967 Leitung der Senatsverwaltung für Inneres, 1967–1969 Senator für Bundesangelegenheiten, 1969–1974 Staatssekretär im Bundespräsidialamt, 1974–1982 Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin, seit 1977 zugleich Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen.
- 36 Am 15. Oktober (vgl. AdG 1980 S. 23975f.).

zwei Parlamentarische Geschäftsführer ins Kanzleramt geschickt! Und dann hat er mit noch lauterer Stimme die Herren gefragt, ob sie noch Fragen hätten. Die hatten dann keine Fragen, die waren bedient, das war die Anhörung der Opposition. Ich will das nur einmal sagen, wir haben es ja öffentlich gesagt, ein Teil der Zeitungen hat es gebracht. Wer wirklich auf Gemeinsamkeit aus ist, der muß doch hier eine völlig andere Praxis der Information der Opposition einführen. Kein deutscher Ministerpräsident der CDU/CSU könnte es wagen, mit seiner Opposition im Landtag mit Stilelementen seiner Politik so umzugehen, wie es diese Leute tun.

Um es noch einmal zu sagen, wir sind dann für Gemeinsamkeit, wenn dies im Interesse des Landes notwendig ist. Und ich bin auch dafür, daß wir das öffentlich sagen, aber wir sollten hinzufügen, wir sind nicht der Hilfsmotor der Regierung, der jedes Mal dann angeworfen wird, wenn die Regierung im Dreck steckt, und dann wird der Motor wieder abgestellt, wenn man uns eben nicht braucht.

Die Schwierigkeiten, die kommen, sind enorm. Denken Sie an das Thema Arbeitslosigkeit. Das wird das große Thema des Jahres 1981 und vor allem des wahrscheinlich schlimmen Winters in dieser Frage 1981/82, der auf uns zukommt. Wir werden angesichts des kaum vorhandenen Wirtschaftswachstums, des dramatischen Rückgangs der Leistungsbilanz, der lohnpolitischen Entwicklung und vieler anderer Entwicklungen hier natürlich eine große Malaise bekommen. Die Koalition hat ja tiefenpsychologisch, wenn man alles mal wegläßt, was als Argumente zu nennen ist, vor allem aus einem Grund diesmal noch gewonnen: Weil die Bevölkerung instinktiv in ihrer großen Mehrheit spürt, so geht es nicht weiter, weil die Leute gespürt haben, daß wir in ein kritisches Jahrzehnt kommen, daß wir nicht mehr so weitermachen können wie jetzt. Aber sie haben die Hoffnung gehabt, wenn wir diese Leute wählen, können wir all das, was auf uns zukommt, was wir auch zugeben, daß es auf uns zukommt, noch einmal für eine kurze Zeit herauschieben. Das war eigentlich der Befund. Und jetzt kommen diese Schwierigkeiten eben sehr viel früher.

Deswegen ist jetzt die Koalition, sind SPD und FDP am Zug. Und ich kann Sie nur bitten, alle, wann immer Sie eine Tüte morgens, mittags und abends fürs Radio, fürs Fernsehen, oder wenn Sie einen Menschen mit gezücktem Bleistift für irgendeine Illustrierte, ein Magazin oder eine Zeitung vor sich sehen, denken Sie doch bitte daran, daß wir gegenwärtig nur zur Gemeinsamkeit eingeladen werden, um rein optisch dieser Koalition zu helfen.

Es wird noch eine zweite Runde kommen in diesem Jahr, oder besser gesagt im nächsten Jahr. Es wird, das sage ich Ihnen voraus, damit gleich meine Position klar ist, auch wieder das Gerede kommen von der großen Koalition. Die Emissäre laufen natürlich bereits durch die Gegend. Sie kommen nicht gerade zu mir, bei meiner allgemein bekannten Haltung, aber hinter meinem Rücken gehen sie natürlich zu anderen. Ich kann nur sagen, ich bleibe bei meiner Grundposition, die ich hier immer eingenommen habe. Wir brauchen da keine dramatische Absage zu erteilen, wie ich überhaupt nicht für richtig finde, das Thema öffentlich zu erörtern, aber hier, unter uns will ich noch einmal sagen, daß ich eben nichts davon halte, daß wir den anderen aus den Schwierigkeiten helfen, sondern daß die jetzt offenbaren müssen – ich vermeide bewußt den Ausdruck Offenbarungseid, weil es falsch ist, weil es eine falsche psychologische Tendenz reinbringt

–, daß jetzt die Stunde der Wahrheit gekommen ist und sie sagen müssen, wie es wirklich ist.

Das zeigt sich insbesondere in der Entwicklung der SPD. Die Fraktionssitzung am Freitag über den Zwischenbericht zur Koalitionsverhandlung war natürlich alles andere als für die sozialdemokratischen Kollegen erfreulich. Und die SPD-Fraktion von heute ist nicht mehr die Fraktion des alten Bundestags, der jetzt zu Ende gegangen ist. Allein die Tatsache, daß die SPD zulassen muß, zum ersten Mal seit 1921/22, das bedeutet etwas in der Geschichte der Sozialdemokraten, daß in der Partei eine Gruppe wie die parlamentarische Linke sich institutionalisiert darstellt, nicht privat, sondern institutionalisiert und ohne Einspruch des Parteivorstands; das zeigt eine Entwicklung an. Damals hat man diese Gruppierung gemacht, um die Integration der zurückkehrenden Abgeordneten der USPD in die SPD zu ermöglichen. Das war ein Prozeß der neu zu gewinnenden Integration. Das hier ist ein Prozeß der Desintegration. Das muß man sehen, das ist ein gewaltiger Unterschied, und daraus ergibt sich natürlich, daß diese Leute ihre Macht ausspielen werden. Sie werden sie nicht ausspielen im Sinne auf eine Trennung, sie wären ja auch ganz verrückt, denn die Tendenz läuft ja zu ihren Gunsten. Wenn sie Zeit und längeren Atem haben, laufen die Dinge zu ihren Gunsten. Aber man muß sich darüber im klaren sein, daß das, was wir an Personalveränderungen beobachten – und da wird noch mehr hinzukommen, spätestens mit dem Abgang von Wehner wird das noch sehr viel offener, der irgendwann in den nächsten zwei Jahren wohl sein wird –, daß dieser Linksruck der Partei sich jetzt in der Fraktion deutlicher fortsetzt. Schmidt ist natürlich durch dieses Wahlergebnis auch nicht gerade stärker geworden, und das alles findet dort seinen Niederschlag.

Besonders interessant ist, und an diesem Knochen nagen ja jetzt viele in der deutschen Öffentlichkeit, auch aus der Union, das Thema FDP. Ich kann nur, wenn ich das persönlich sehe, mit einem gewissen Amüsement alle diese Äußerungen betrachten. Nur muß ich natürlich sagen, die Art und Weise dieser Debatte gefällt mir überhaupt nicht, und sie bringt uns auch nach meiner Überzeugung nichts ein. Die FDP steht vor folgendem Problem: Sie hat jetzt Wähler, die sie gewählt haben, die aber die Politik der FDP entweder nicht kennen oder nicht wollen. Jedenfalls gibt es keine deutsche Partei, bei der die Wähler und die Parteirichtung, die Mandatäre, so auseinanderlaufen. Ich kann Ihnen nur zurufen, die FDP wird nur dann im Blick auf Koalition ihre Haltung verändern, wenn wir es auf den Prüfstand bringen, nicht durch öffentliche Ankündigung, sondern durch konkludentes Handeln in der Politik, daß die FDP sich entscheiden muß, entweder eine Politik für ihre Wähler zu machen, oder wir nehmen ihr die Wähler wieder weg. Das ist praktisch die Alternative, die wir haben. Entweder sie verändern ihre Haltung in der Politik und bewegen sich in Richtung auf ihre Wähler, oder aber wir müssen in den Kampf eintreten, und ich bin für beides, daß wir die Wähler dort wieder zurückholen, wo sie ja zumindest zum Teil herkommen. Die FDP ist sich übrigens über dieses Problem nach ihrer Analyse im Parteipräsidium absolut im klaren. Sie versucht das ja auch bei dieser Entscheidung jetzt bei der Koalition deutlich zu machen. Ich kann uns also nur raten, daß wir jetzt ohne großes Getöse handeln, weder indem wir ankündigen, wir werden sie

hinauskatapultieren³⁷, noch indem wir ankündigen, wir werden sie um jeden Preis, morgens, mittags und abends ins Koalitionsbett reißen; das sind die beiden Alternativen. Beide wirken auf den Wähler draußen gleich lächerlich, wenn wir sie öffentlich aussprechen. Wir machen uns ja lächerlich mitten in der Koalitionsverhandlung, wenn wir es anders machen.

Beides soll ja sein, aber wir sollten die FDP auf den Prüfstand bringen. Der Otto Graf Lambsdorff wird übrigens in 14 Tagen im Bundestag alles vortragen; er hat eine ganze Liste von Punkten im Bereich der Gesellschaft, der Marktwirtschaft vorgetragen. Ich finde, wir sollten nicht auf die FDP schimpfen, sondern jetzt sagen, Otto Graf Lambsdorff, Hans-Dietrich Genscher, wo sind eure Vorschläge, wo sind eure Gesetzesvorhaben, wo sind eure Anträge, und daran messen wir sie. Ich halte nichts von einem Trommelfeuer negativer Beschimpfungen oder so etwas, sondern einfach von der Belastungsprobe über die Sachpolitik. Das erleichtert auch unseren Kollegen in den Ländern das Geschäft. Unsere Freunde an der Saar können natürlich gut zu ihrem Koalitionspartner sagen, wir vertreten das, was ihr vor der Wahl auch vertreten habt. Und es muß ja dann eine Partei halt öffentlich erklären, das, was vor der Wahl gesagt wurde, gilt heute eben nicht mehr.

In einem Wort, ich bitte dringend darum, daß wir aufhören, jetzt öffentlich das Thema der Umwerbung der FDP zu betreiben, sondern daß wir das so machen, wie wir das eben gesagt haben. Daß bei der FDP manches gärt, können Sie allein am vergangenen Wochenende aus der Begründung dieser neuen, was immer daraus wird, Jugendorganisation der Partei sehen³⁸. Was immer daraus wird, der Vorgang ist ja schon exemplarisch. Daß der Vorgang mindestens abgezinkt wurde mit Hans-Dietrich Genscher, ist auch exemplarisch, wenn Sie die Art und Weise der dilatorischen Einlassung der Parteispitze zu dieser ganzen Sache dabei betrachten.

Nun zur Situation bei uns: Ich hatte zunächst einmal, was das Verhältnis CDU-CSU betrifft, dieser Tage ein langes Gespräch mit Franz Josef Strauß. Ich kann eigentlich keinen Punkt in unserer Politik erkennen, wo wir divergierende Ansichten haben, wo wir Probleme bedeutsamer Art auf uns zukommen sehen; das hat sich ja dann auch bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe Ende Oktober in Kreuth³⁹ gezeigt.

Wir müssen uns⁴⁰, und das wird ein Hauptgegenstand auch unserer Debatte sein im Bundesvorstand bei der Klausurtagung, über eine Absprache im Oppositionsverhalten zwischen Bundestagsfraktion und Bundesratsgruppe der CDU/CSU-geführten Länder verständigen. Ich bin dafür, diese Verständigung zunächst einmal für 22 Monate zu machen, weil dann im Wahljahr 1982 die Dinge sich zum Teil etwas anders darstellen. Aber wir müssen für das Jahr 1980 – vor allem Gerhard Stoltenberg sprach ja schon davon –,

37 Anspielung auf eine Formulierung von Kurt-Georg Kiesinger, der 1969 nach der Festlegung der FDP auf eine Koalition mit der SPD in einem Fernsehinterview geäußert hatte, bei den Landtagswahlen 1970 „aus vieren diese Partei herauszukatapultieren, die sich jetzt als Schlüsselfigur der Bundesrepublik betätigt“ (vgl. UiD vom 9. Oktober 1969 S. 3).

38 Am 1. November 1980 hatten auf ihrem Gründungskongreß in Bonn sich junge Liberale, die mit der Richtung der Jugendorganisation der FDP, den Jungdemokraten, nicht einverstanden waren, zu einer neuen Organisation „Junge Liberale“ zusammengeschlossen. Nach der Trennung der Jungdemokraten von der FDP nach dem Regierungswechsel 1982 wurde sie offiziell die Jugendorganisation der FDP.

39 Am 29. Oktober 1980 (vgl. Zimmermann S. 114f.).

40 Redeauszug der nächsten beiden Absätze in ACDP 07-001-1020.

für die Gesetze, die jetzt auf uns zukommen, hier eine gewisse Betrachtung anstellen. Ich will hier keinen Hehl aus meiner Meinung machen.

Wir haben in den letzten vier Jahren über die Mehrheit des Bundesrats, über die man Freude empfinden kann und manchmal etwas geringere Freude im parlamentarischen Alltag, der FDP eine große Chance gegeben. Wir waren sozusagen die Abspielwand, an der die FDP die SPD überspielen konnte, weil dann ganz hinten am Ende im Vermittlungsausschuß die CDU/CSU mit ihrer starken Position aus den Ländern – das hat sich ja zahlenmäßig nicht geändert, wir haben die Patt-Situation weiterhin im Vermittlungsausschuß, auch nach der Wahl –, sozusagen ins Mitregieren gekommen sind. Wir müssen wirklich, ohne daß wir hier eine Strategie der verbrannten Erde betreiben, darüber nachdenken, ob eine Taktik der Verbesserung im Rahmen unserer kleinen Möglichkeiten im Bundesrat zu bestehenden Gesetzesvorhaben auf jeden Fall richtig ist, ob wir uns nicht für dieses Jahr darauf beschränken sollten, in jenen Fällen klar zu votieren und einzuschreiten, wo es – ich sage es mal etwas salopp – ans wirklich Eingemachte der Republik, an irreparable Schäden und an die Länderfinanzen geht, beides würde ich ausnehmen, aber daß wir über den Bundesrat in die Mitverantwortung gehen. Das ist der ganze Trick der FDP in diesen letzten Jahren gewesen, und sie setzt sich dann draußen ab. Das ist ein Punkt, über den gesprochen werden muß.

Ich werde heute mittag der Fraktion, um das gleich hier auch noch bekanntzugeben, ein Programm vortragen, um die Arbeit der Fraktion straffen zu können.⁴¹ Ich will möglichst viel Verantwortung auf möglichst viele Schultern bringen. Ich will erreichen, daß möglichst viele auch die Arbeit dort gestalten können, will aber gleichzeitig erreichen, daß klare Verantwortlichkeiten geschaffen werden, daß die Stellvertreter klare Zuordnungen und Verantwortlichkeiten bekommen und daß anstelle der Arbeitskreise, wie es nach meiner Überzeugung sich eben nicht bewährt hat, wir die Arbeitsgruppen aufwerten und die gewählten Arbeitsgruppenvorsitzenden auch die Sprechers sind. Das Ziel ist hier nicht, ein Schattenkabinett zu bilden, aber das Ziel ist wohl, daß die Zahl der Sprecher verringert wird und die Kompetenz der vorhandenen Sprecher klar erhöht wird. Es wird nach meinen Vorstellungen, wenn die Fraktion dem folgt, keine Doppelmandate geben. Wir haben so wenig Funktionen in der Opposition zu vergeben, daß es falsch ist, daß hier mehrere Mandate und Ämter in eine Hand fallen. Nur eines will ich hier ganz klar sagen, darüber kann es für mich jedenfalls keine Diskussion geben nach den Erfahrungen dieser vier Jahre: Ich habe nicht eine einzige Sinekure als Vorsitzender zu vergeben und vorzuschlagen, sondern nur harte Arbeit, Jobs. Opposition ist Kärnerjob, da ist nicht viel Glanz drin, und wer glaubt, daß er hier eine Funktion erwerben kann, die ihm viel Glanz gibt, der täuscht sich. Wir müssen hart arbeiten, und die Arbeit muß gerecht verteilt werden, das ist eigentlich das Prinzip, das hier gelten muß. Und ich will hierbei auch ganz klar meine Erfahrungen in vier Jahren einbringen. Wir brauchen klare Verhältnisse, weil das Ziel ja eine klare Alternative unserer Politik zur Regierung sein muß.

Es hat mir nicht ermangelt an Ratschlägen, auch nicht seit der Bundestagswahl. Da waren kluge dabei und weniger kluge und auch eine Menge gänzlich unnötige. Das Dümme, was ich gehört habe, und das will ich ganz klar hier ansprechen, weil es hier auf den Tisch gehört und hier ausgetragen werden muß, ist, wir sollten umdenken. In

41 Protokoll in ACDP 08-001-1062/1.

manchen Zeitungen lese ich jetzt, ich würde eine Rede bei der Einbringung der Regierungserklärung halten, die die Godesberger Rede von Wehner⁴² als Vorbild hat, um ein Umdenken unserer Politik zu begründen. Und da wird geredet von einer liberaleren Politik. Das ist ein Stichwort, das mich ungewöhnlich reizt. Denn das setzt ja erstens mal voraus, daß wir bisher keine liberale, freiheitliche Politik gemacht haben, und ich möchte natürlich schon wissen, was ist „liberalere“ Politik? Für mich ist das Wichtigste neben dem sachlich Richtigen – und das steht außer Frage – die Glaubwürdigkeit unserer Politik. Es gibt in der Bundesrepublik eine große Diskussion über die Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern. Es gibt keine Staatsverdrossenheit. Ich glaube nicht einmal, daß es Parteiverdrossenheit gibt. Aber es gibt eine Verdrossenheit gegenüber Politikern. Das ist auch ganz verständlich. Ich sprach ja bereits über das, was die Regierung alles vor der Wahl versprochen hat und jetzt sistiert. Wenn ich Manches aus unserem Lager als Beispiel der letzten zwei Jahre in der Öffentlichkeit nehme, dann darf man sich nicht wundern, wenn nicht zuletzt junge Leute die Frage stellen, was seid ihr eigentlich für Leute da in der Politik? Also wenn wir einen Nachholbedarf haben insgesamt, alle Parteien, auch wir, dann ist es die Frage der Glaubwürdigkeit. Und zur Glaubwürdigkeit gehört für mich, daß ich nicht vor der Wahl anders rede als nach der Wahl. Da muß ich mir überlegen, was ich vor der Wahl gesagt habe. Aber ich kann nicht vor der Wahl eine Politik vertreten, die dann nach der Wahl nicht mehr gilt, weil ich die Wahl verloren habe, oder weil ich die Wahl gewonnen habe; die Betrachtungsweise ist mir völlig wurscht.

Was ist eigentlich die Ausgangsposition? Die Ausgangsposition ist ein Wahlprogramm, das ja nicht vom Himmel gefallen ist, sondern das mühsam erarbeitet wurde aus den beiden Grundsatzprogrammen von CDU und CSU. Für das Grundsatzprogramm der CDU, das Ludwigshafener Programm⁴³, nehme ich in Anspruch, daß das das liberal, freiheitlichste Programm in der Geschichte der Union ist. (*Zwischenruf.*) Herr Wissmann, darüber müssen wir dann reden, wo es nicht gelebt wird. Das ist wieder eine allgemeine Feststellung. Ich rede jetzt ja vom Text, und ich finde, wir sollten jetzt uns über das unterhalten, was ist. Ich selbst kann also nur sagen, für mich ist das Grundsatzprogramm – nicht nur weil ich Parteivorsitzender bin, sondern als Helmut Kohl – ein verbindliches Programm. Es stellt eine Partei der Mitte dar, in der ich persönlich als Helmut Kohl, ich lasse hier alle meine Funktionen weg, meine politische Heimat, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands wiedererkenne. Das ist meine Heimat und danach möchte ich versuchen, Politik zu formulieren. Ich behaupte noch einmal, wir haben nie ein liberaleres Programm gehabt. Und wenn jetzt gesagt wird, wir müssen eine liberalere Politik machen, dann erwarte ich, daß, wenn jemand das in unseren Reihen sagt – wenn es der „Spiegel“ und der „Stern“ schreibt, können wir das vergessen, das ist Makulatur –, dann muß er sagen, wo wir liberalere Politik machen wollen. Da ist die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Sozialpolitik. Ich behaupte, es gibt keine liberalere Politik als die Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Das ist eine Politik, die auf einer ethischen Grundlage aufgebaut ist, das

42 Wehner hatte auf dem Godesberger SPD-Parteitag vom 13.–15. November 1959 mit großer Leidenschaft für die Annahme des neuen Grundsatzprogramms geworben (Parteitagsprotokoll S. 98–101 – <http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1959.pdf#page=16>), das der SPD den Weg zur Regierungsfähigkeit öffnete.

43 Verabschiedet auf dem 26. Bundesparteitag vom 23.–25. Oktober 1978 in Ludwigshafen (Druck: Die CDU-Parteiprogramme S. 123–167).

haben bloß viele bei uns noch nicht begriffen, das ist eine überwiegend ethisch begründete Politik, das ist keine Politik des Merkantilismus, das ist eine Politik, an der nicht ohne Grund Denkschriften von Bonhoeffer⁴⁴ und anderen Weggenossen der Ursprung waren. Das ist eine Politik, die auf Solidarität, auf Freiheit und auf Eigenverantwortung aufgebaut ist. Dazu brauche ich nicht einen Erhard⁴⁵ der 1980er Jahre, das ist unsere Politik, und wir müssen davon Gebrauch machen, und zwar ganz offensiv, das ist zutiefst liberal.

Im Bereich der Innenpolitik sind wir angetreten im Kampf gegen die Bürokratie; ob immer erfolgreich und hinreichend intensiv, ist die Frage. Ich kann mir nichts freierheitlich Liberaleres vorstellen, bloß wir müssen mehr tun. Wir haben ja zu wenig getan und zu wenig Beispiele gesetzt, auch dort, wo wir die Mehrheit haben, etwa in Ländern und Gemeinden. Das muß man ganz offen aussprechen. Das wird ein Punkt sein, worüber man auch bei der Klausurtagung reden kann. Es hat keinen Sinn, dauernd von Reduzierung der Bürokratie zu reden und nicht selbst praktikabler mehr auf diesem Weg zu tun.

Wir haben dann im Bereich der Innenpolitik die Rechtspolitik. Und sehen Sie, meine Damen und Herren, da gibt es zwei Felder, die in dieser Legislaturperiode kommen. Ich muß Ihnen gleich sagen, ich sehe mich außerstande, hier überhaupt das Etikett, für das, was auf uns zukommt, „liberal“ anzuwenden. Da ist eine erneute Diskussion des § 218. Damit hier meine Position ganz klar ist, ich bin strikt dagegen, daß wir uns mit einer erneuten Novellierung des § 218 befassen. Ich habe mit Franz Josef Strauß vor der Wahl abgesprochen, daß im Falle eines Wahlsiegs, und der Wahlsieg wäre ja nur mit einer geringen Mehrheit möglich gewesen, wir auch dann nicht an eine Novellierung herangehen – diese Position hat manchem im Klerus nicht gefallen –, weil ich grundsätzlich für falsch halte, was damals gemacht wurde, was zwar rechtlich einwandfrei ist, daß man mit einer knappen Mehrheit eine Sache wie den § 218 regelt. Brandt war damals, ich habe als Ministerpräsidentenvorsitzender die Gespräche mit ihm geführt, durchaus einsichtig und meinte, man sollte ohne gesetzlichen Zwang zu einer breiten Mehrheit kommen, weil hier das eine Konsensfrage eigener Art ist. Brandt hat in der eigenen Partei damals keine Mehrheit für diese Position bekommen, dann hat man das so geregelt. Liebe Freunde, wir werden von zwei Seiten bedrängt werden in bezug auf § 218. Wir werden gedrängt werden aus dem katholischen Bereich und einem Teil des evangelischen Lagers, auch in der Fraktion. Wenn Sie die Schriften, die wir aus Ulm während der Wahl bekommen haben, ich will das nur einmal symbolisch sagen, lesen, wissen Sie, daß dies Thema kommt, aber wir werden auch von der anderen Seite, nämlich im Blick auf eine völlige Freigabe bedrängt werden. Ich glaube, die Union ist klug beraten, weil sie ja eine Union ist zwischen Ravensburg und Flensburg, ich kann auch sagen zwischen Rosenheim in diesem Fall und Flensburg, wenn wir bei der Position bleiben, und ich halte diese Position aufrecht unter

44 Dietrich Bonhoeffer (1906–1945, hingerichtet), lutherischer Theologe; 1931–1933 Privatdozent an der Universität Berlin und Studentenpfarrer, Vertreter der Bekennenden Kirche, 1935–1940 Leiter des Predigerseminars der Bekennenden Kirche, 1943–1945 Inhaftierung im Militärgefängnis Berlin-Tegel und im KZ Buchenwald.

45 Ludwig Erhard (1897–1977), Nationalökonom; 1947/48 Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit“ zur Vorbereitung der Währungsreform, 1948/49 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der amerikanischen und britischen Besatzungszonen, 1949–1977 MdB (CDU), 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1966 Bundeskanzler, 1966/67 Bundesvorsitzender der CDU, dann Ehrenvorsitzender. – Gemeint ist hier Otto Graf Lambsdorff (vgl. dazu „Münchener Merkur“ vom 11. November 1980: „Der neue Erhard“).

liberal freiheitlichen Gesichtspunkten. Ich rede jetzt vom Gesetzestext, ich rede nicht von dem Thema, was nicht geschehen ist im sozialen Umfeld dieses Bereichs. Das ist etwas anderes. Ich rede jetzt vom eigentlichen Text. Ich glaube nicht, daß wir unsere Position verändern können.

Zweiter Punkt, darüber redet niemand, weil das für unvornehm gehalten wird, aber hier im Bundesvorstand wird man ja wenigstens darüber reden können. Machen wir uns keine Illusionen, die FDP hat diesmal abgestaubt in dem Sektor der Homosexuellen, und zwar gewaltig. Das ist eine beachtlich hohe Zahl. In der Bundesrepublik ist man zu fein, in Politikerkreisen darüber zu reden. Wenn Sie die Schätzungen von Sachverständigen zugrunde legen, geht es hier um einige hunderttausend Stimmen. Die FDP ist diesem Lager ganz weit mit ihrem Freiburger Beschluß auf dem Parteitag – der Beschluß ist zumindest so, daß man es so deuten kann –, die Straffreiheitsgrenze von 18 auf 16 Jahre herunterzusetzen, entgegengekommen.⁴⁶ Ich muß Ihnen ganz offen sagen, das hat für mich nichts zu tun mit liberaler Politik, sondern hier sind ganz andere Güter mit auf dem Weg. Ich gehörte ja zu jenen, die viel angefeindet wurden bis in die persönlichsten Verleumdungen hinein, daß ich einer der ersten war in der CDU, der gegen die alte Regelung eingetreten ist. Ich halte das, was wir getan haben mit der Volljährigkeit und dem § 175 für richtig.⁴⁷ Ich mache aber keinen Hehl daraus, daß ich strikt dagegen bin, daß sich die CDU hier, auch unter Koalitions Gesichtspunkten, an einer Veränderung der Position beteiligt mit der Absenkung des Alters nach unten, wobei ich schon voller Zweifel bin, das darf ich hier wenigstens mal sagen, daß die Festlegung auf 18 Jahre hier ein Akt großer Klugheit war. Wenn Sie die Lebenserfahrung draußen bei den Gerichten hören, werden Sie sehen, was da für eine Not unter den Richtern herrscht in diesem Zusammenhang.

Das sind aber Punkte, die werden als liberale Politik verkauft werden. Da ist die Frage des Kontaktsperregesetzes.⁴⁸ Meine Damen und Herren, ich finde es unmöglich, daß wir uns da dauernd aufgrund von sachlicher Unkenntnis eines Teils unserer Leute in die Defensive drängen lassen. Ich bin nicht der Erfinder, keiner aus der CDU/CSU ist der Erfinder des Kontaktsperregesetzes. Auf dem Höhepunkt des Terrorismus, in jenen schrecklichen Nächten, kam eines Tages der sicherlich nicht qualitativ beste, aber charakterlich hoch qualifizierte, sicherlich einer der liberalsten Innenminister der Republik, der Herr Maihofer⁴⁹, und hat uns gesagt, wir brauchen das Kontaktsperregesetz. Und dann

46 Auf dem Bundesparteitag der FDP in Freiburg vom 7. Juni 1980 wurde auf Antrag der Berliner Liberalen in das Wahlprogramm aufgenommen, den § 175 des Strafgesetzbuches zu streichen: „Die von der F.D.P. durchgesetzte Reform des § 175 StGB hat homosexuelle Erwachsene aus der Illegalität befreit. Die noch bestehenden Diskriminierungen müssen abgebaut werden, um Homosexuelle rechtlich und gesellschaftlich gleichzustellen. Daher ist der § 175 zu streichen. Für den Schutz von Kindern und Abhängigen reichen die übrigen Strafbestimmungen aus.“ (FDP-Bundestagswahlprogramm 1980: F.D.P. Die Liberalen. Unser Land soll auch morgen liberal sein S. 34).

47 Bei der Strafrechtsreform vom 23. November 1973 (BGBl 1973 I S. 1725) wurde in § 175 das sog. Schutzalter von 21 auf 18 Jahre abgesenkt.

48 Unter Berufung auf den rechtfertigenden Notstand des § 34 StGB galt seit dem 6. September 1977 eine von der Bundesregierung verhängte Kontaktsperre für Häftlinge der RAF (Text in: Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine „Landshut“. Bonn 1977 S. 239).

49 Werner Maihofer (1918–2009), Rechtswissenschaftler; 1970–1978 Mitglied im FDP-Präsidium, 1972–1980 MdB, 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1978 des Inneren.

haben das die SPD-geführten Länder mit ihren Justizministern, da waren eine Reihe FDP-Menschen dabei, und die CDU/CSU-Leute auch gesagt. Und dann haben wir mitgewirkt. Wir sind nicht die Erfinder dieser Sache. Aber daß man das aus Gründen des Zeitgeistes heute so, morgen so macht, ist ein unerträglicher Zustand. Und ich sage Ihnen, wenn diese Terroristen eben nicht in das Kiesfahrzeug gerammt wären⁵⁰, sondern in ihre Wohnung nach Heidelberg zurück wären und geschossen hätten, dann hätte wieder der gleiche Zeitgeist geschrien, wir brauchen das Kontaktsperregesetz. Lassen wir uns doch um Gottes Willen nicht einreden, es habe etwas mit liberaler Gesinnung zu tun. Wobei eine andere Frage ist das Thema Verfassungsfeinde im Öffentlichen Dienst; darüber wird man ernsthaft zu reden haben, aber nicht im Inhalt.

Matthias Wissmann, das ist so ein Punkt, wo ich sofort bereit bin, daß wir mal darüber reden müssen; wir haben ja darüber geredet, aber ohne Erfolg. Wir sind hier in eine Dogmatisierung geraten, die gar nicht mehr den Inhalt, sondern die Form betraf, indem man eben ganz unterschiedliche Regelungen getroffen hat, wobei dann manches als liberal, was sehr praktisch war, verkauft wurde. Die Liberalsten in der Bundesrepublik sind dann optisch unsere Freunde im Saarland. Die sind natürlich deswegen so liberal, weil die im Jahr eben nur 15 Leute einstellen. Das heißt also, wenn mein alter Freund und Kollege, der langjährige Innenminister Wilhelm⁵¹, die 15 Stellen hatte, dann hat er bei 15 Pfarrern, Ortsvorsitzenden oder so angerufen und gesagt, sag` einmal, was ist denn das für ein Mann? Und dann war die Überprüfung abgeschlossen, dann haben sie anschließend gesagt, wir können auf jedes Verfahren verzichten. Aber sie haben natürlich deswegen verzichtet, da die viel hemmungsloser überprüft hatten, wie jeder andere in der Bundesrepublik überhaupt überprüfen kann. Das ist die Wahrheit im Ablauf des Geschehens gewesen. Ich bin dagegen, ohne daß wir an die Substanz hier gehen, daß Lehrer in den Staatsdienst kommen, die als Verfassungsfeinde unsere Kinder in eine mißliche Lage bringen. Aber ich bin sehr dafür, daß wir uns jetzt überlegen, ob das alles so richtig war, wie es in der Ausformulierung war. Die CDU/CSU hat sicherlich hier das eine oder andere aus der Bürokratie übernommen, was mit der Wirklichkeit unseres politischen Willens nichts zu tun hatte. Aber das hat doch nichts mit liberalerer Politik, das hat etwas mit Vernunft zu tun. Das ist doch etwas ganz anders.

Außenpolitik. Ich hoffe nicht, daß es irgendeinen gibt, der die Grundsatzpositionen zur NATO, zur USA, zur Nachrüstung in Frage stellt. Ich hoffe sehr, daß es möglichst bald mehr gibt, die der Europapolitik mehr Liebe zuwenden, als das bislang geschehen ist. Ich muß das als Anschuldigung gegen meine eigene Adresse als Parteivorsitzender werten, daß es möglich ist, daß das Adenauer-Haus jetzt ein Organisationshandbuch herausgibt, in dem schlicht und einfach der europäische Sektor vergessen wird. Das zeigt eben die Gedankenlosigkeit, mit der wir allesamt an dieses Thema herangehen. Aber, meine Damen und Herren, ich füge hinzu, das ist die Schicksalsfrage dieses Jahrzehnts, daß es uns gelingt, hier in Sachen Europapolitik dem neuen Nationalismus, der aus der DDR kommt, entgegenzutreten, und das als eine zentrale Frage anzusehen.

50 Am 25. Juli 1980 waren die beiden RAF-Terroristen Juliane Plambeck und Wolfgang Beer beim Zusammenstoß ihres VW-Golfs mit einem Kieslaster bei Bietigheim-Bissingen tödlich verunglückt (Butz Peters: RAF-Terrorismus in Deutschland. München 1993 S. 290).

51 Alfred Wilhelm (1920–2015), Kaufmann; 1965–1984 MdL Saarland (CDU), 1973 Minister für Finanzen und Forsten, 1974–1980 Innenminister.

Dann bleibt letztlich die Deutschland- und die Ostpolitik, und da muß auch hier Tacheles geredet werden. Wer anders reden will, muß es hier sagen. Wir gehen aus bei der Deutschland- und Ostpolitik von den Verträgen, die gültig sind, und zwar gegen uns und unseren Willen, aber die rechtsgültig abgeschlossen sind, wir gehen aus vom Brief zur deutschen Einheit, im Blick auf den Moskauer Vertrag, und wir gehen aus vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts.⁵² Das sind die drei verfassungsrechtlichen klaren Gegebenheiten. Ich habe bisher niemanden, in keinem Gremium, entdeckt, der die in Frage stellt. Wer also hier eine Anfrage hat und wer darunter liberalere Politik versteht, der muß dies sagen. Unser Ziel muß sein, vernünftige und möglichst gute Beziehungen zu den Ländern in Mittel- und Osteuropa zu haben. Wir wissen, daß dem vieles im Wege steht, vor allem, um unseren Auftrag um die Einheit der Deutschen Nation und möglichst intensive Beziehungen mit den Menschen in der DDR zu ermöglichen, aber wissen doch auch, und das ist ja das Verrückte in der jetzigen Situation, daß die Entspannungspolitik à la Brandt und Bahr⁵³ doch gescheitert ist. Das ist ja evident in diesen Wochen geworden. Ich finde, wenn wir das formulieren, daß als unser Ziel in diesem Bereich etwa im Verhältnis zur DDR gelten muß, daß Leistung um Leistung geht, und zwar vertraglich gesichert in beiden Fällen, und nicht mehr Leistung gegen Illusion, ist das der absolut richtige Punkt. Ich finde auch, daß wir sagen sollten, wir wollen nach vorn blicken. Noch besser wäre es, wir würden das gar nicht sagen, sondern wir würden einfach nach vorn blicken. Ich finde gar nichts dabei, daß wir fortdauernd jetzt die Schlachten von gestern schlagen. Aber das gilt für beide Seiten innerhalb der Union, das muß ich deutlich sagen. Und wenn ein bißchen Gras über die Jahre 1970/72 gewachsen ist, kommt unweigerlich ein Kamel daher mit breiten Hufen und tritt das Gras wieder auseinander, anstatt daß wir die Grasnarbe etwas dicker werden lassen. Es nützt uns nichts, jetzt immer wieder darüber nachzusinnen, wie es damals war. Es nützt uns auch nichts der fortdauernd anklagende Ton untereinander, ob es richtig oder falsch war. Da läßt sich vieles sagen, bloß, ich rate uns dringend, liebe Freunde, daß wir von den Gegebenheiten ausgehen. Die völkerrechtlichen Gegebenheiten habe ich beschrieben.

Politisch ist es so, daß diese Art Entspannungspolitik gescheitert ist, daß wir nicht nachzukarten brauchen, was wir da alles falsch gemacht haben, sondern sie ist gescheitert. Das Bewußtsein wächst, daß wir in der Sache Recht haben – das Bewußtsein wächst auch in der Bevölkerung – und daß wir eine gute Chance haben, die Partei zu werden, die die Einheit der deutschen Nation am besten vertritt, auch wenn es viele nicht glauben. Dazu

52 Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 (BGBl 1972 II S. 354ff.) – Die Bundesregierung übergab anläßlich der Vertragsunterzeichnung im sowjetischen Außenministerium folgenden Brief: „Im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ – Gegen den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 11. Mai 1973 hatte Bayern Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht (Urteil vom 31. Juli 1973 BVerfGE 36,1).

53 Egon Bahr (1922–2015), Journalist; 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamts des Landes Berlin, 1966–1969 Leiter Planungsstab im Auswärtigen Amt, 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin, 1972–1990 MdB (SPD), 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976–1981 Bundesgeschäftsführer der SPD.

will ich sagen, das sage ich auch gerne einmal hier im Parteivorstand, daß es deswegen wichtig ist, etwa den ganzen Sektor der Vertriebenen und der Flüchtlinge in unseren politischen Alltag sozusagen immer im Hinterkopf präsent einzubeziehen. Es ist wahr, die Distanz der Jahre ist größer geworden, aber es ist doch auch wahr, und das muß uns doch auffallen, daß, wenn die Sudetendeutschen und andere tagen, dort zehntausende, hunderttausende zusammenkommen. Und sie kommen ja nicht zusammen, weil sie Revanchisten sind, sondern sie kommen zusammen, weil eben die geistigen, immateriellen Grundlagen, die Frage nach unserer Nation angesprochen ist, und daß das, was dort das Gemüt, was die Emotion, was das Herz bewegt, was ja ein gewaltiger Faktor unseres persönlichen Lebens ist, auch in der Politik angesprochen werden muß.

Wer also über Positionen der Union nachdenkt, ist klug beraten, wenn die alte Position, die Adenauer⁵⁴ einmal beschrieben, hat, wir müssen eine Partei sein, die von links von der Mitte bis zu rechts, im demokratischen Spektrum natürlich rechts verstanden, die Wähler anspricht. Wer die Achse der Partei so verschieben will, daß sich Nationalkonservative in dieser Partei nicht mehr wiederfinden, tut der Partei einen Tort an, aber genauso tut der einen Tort an, der etwa unsere Arbeitnehmerschaft, die aus ihrer christlich-sozialen Überzeugung aus den Kolpingsbereichen, der KAB in die Partei kommt, womöglich sich im sozialpolitischen oder im soziologischen Betrachten der Partei nicht wiederfindet. Wir werden unsere Position als mehrheitsfähige Partei nur dann erhalten können, wenn dies beides möglich ist. Das kann kein anderer. Das können wir nur selbst.

Wenn ich das jetzt zusammenfasse, was liberal ist an Politik, dann kann ich nur sagen, wir müssen einmal unsere Sprache befragen. Wenn wir natürlich Schaum vor dem Mund haben, wenn wir über Ostpolitik reden, erreichen wir die Wähler natürlich überhaupt nicht; das ist sicher wahr. Genau wie wir die Wähler nicht erreichen, wenn wir die offenen Differenzen verharmlosen. Das große Problem der Union bei dieser Wahl und überhaupt im gegenwärtigen Zeitpunkt – das ist übrigens kein deutsches, sondern das ist ein europäisches Problem – ist, daß die Linken auf dem semantischen Weg gewaltig in den letzten 10, 15 Jahren bei uns gehaust haben, daß sie einen Großteil unserer Begriffe und Ausdrücke gestohlen, mit anderen Inhalten aufgefüllt haben und daß wir uns in diesem Feld auseinanderzusetzen haben. Wir müssen alles tun, um mit unserer Sprache unsere Mitbürger in einer klugen und klaren Sprache zu erreichen, ihre wirklichen Sorgen, daß wir sensibel sind und offen für ihre Anfragen, die der Alten und der Jungen. Und, meine Freunde, das ist die Frage nach einer menschlichen und nach einer glaubwürdigen Politik, in der die nötige Ernsthaftigkeit gepaart ist mit der Fähigkeit zu herzlicher Fröhlichkeit, mit der Fähigkeit, mit einem menschlichen Gesicht Politik deutlich zu machen, mit Zukunftsperspektiven, eine Politik, die auch Hoffnungen vermittelt. Und Hoffnung vermitteln heißt eben, nicht nur zurückzublicken. Das ist der Sinn der Klausurtagung, die wir zu diesem Punkt zu veranstalten haben. Das ist auch der Grund, warum ich glaube, daß wir auf der Klausurtagung zu sechs Punkten für das wahlfreie Jahr 1981 Entwicklungen

54 Konrad Adenauer (1876–1967) Jurist; 1917–1933 Oberbürgermeister von Köln, 1921–1933 Präsident des Preußischen Staatsrates, 1945 Wiedereinsetzung als Kölner Oberbürgermeister, 1946 Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1949 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, 1948/49 Präsident des Parlamentarischen Rates, 1949–1963 Bundeskanzler, 1951–1955 Bundesaußenminister, 1949–1967 MdB, 1950–1966 Bundesvorsitzender der CDU.

in Gang bringen müssen. Ich stelle die Punkte nebeneinander, ich sage nicht, der eine ist wichtiger als der andere, ich halte sie alle für wichtig.

Der eine Punkt ist „junge Generation“ im weitesten Sinne des Wortes. Dazu gehört die Frage der Bildungspolitik, die ich für diesen Parteitag aufgeworfen habe, wie überhaupt die Zukunftsperspektive, was tun wir, um jungen Leuten bei einer zunehmenden Resignation im Blick auf ihre eigene Zukunft nicht nur eine vage, sondern eine wirkliche Hoffnung und Chance zu vermitteln.

Dazu gehört als Zweites das Thema Frauen und Familien. Es ist einfach wahr, daß wir in der Partei im Blick auf die Position der Frau in der Gesellschaft immer noch nicht, bei durchaus vernünftigen Programmen auf dem Papier, in der Ansprache die richtige Form gefunden haben. Dazu gehört, daß wir ganz klar unsere familienpolitische Position verdeutlichen.

Drittens. Das weite Feld der Arbeitnehmerschaft, der Aufsteigergruppen und des Integrierens dieser Gruppen in den Mittelstand. Frau Noelle-Neumann⁵⁵ wird bei unserer Klausurtagung vortragen, daß es ein Phänomen gibt, für das ich noch keine Lösung habe – keiner von uns –, das wir aber sehen müssen, das bei dieser Wahl sich deutlich macht, daß der eigentliche Mittelstandsbereich in seinem politischen Fühlen, in seinen politischen Wertvorstellungen, in seinen politischen Zielen sich zunehmend außerhalb der übrigen Bevölkerungsgruppen entwickelt. Es macht auch diesen Bereich für poujadistische⁵⁶ Intentionen so anfällig, und wir erleben das ja bis ins Detail. Das heißt also, wir müssen im Blick auf Arbeitnehmer, Aufsteiger, Mittelstand, da gibt es einen bestimmten Zusammenhang, die Dinge diskutieren, was hier zu geschehen hat. Und hierin sitzen große Probleme.

Ich will das nur mal ankündigen. Wir werden uns natürlich spätestens im Februar auf einer wichtigen Bundesvorstandssitzung mit dem Grundsatzprogramm des DGB⁵⁷ zu beschäftigen haben. Das ist kein Thema der Sozialausschüsse, das ist ein Thema der CDU Deutschlands, ist aber auch ein Thema der Sozialausschüsse. In diesem Grundsatzprogramm stehen Dinge, wozu die CDU nicht schweigen kann, das ist eine Inanspruchnahme der Allkompetenz, die also den DGB, nicht die Gewerkschaft, den DGB als einen Staat im Staat ausweist. Darüber muß geredet werden. Die CDU kann hier nicht aus Gründen des Opportunismus vor sich hin schweigen. Ich will das nur als eines der Themen sagen.

Viertens der intellektuelle Bereich. Es hat uns kaum mehr geschadet bei irgendeiner Wahl als bei dieser Wahl, daß im weitesten Sinne des Wortes die, die ihre Stimme haben in diesem Bereich, entweder gegen uns waren oder geschwiegen haben. Es ist ja auch wahr, daß unser Versuch einer Wählerinitiative, denken Sie an das Thema Golo Mann⁵⁸

55 Elisabeth Noelle-Neumann (1916–2010), Kommunikations- und Publizistikwissenschaftlerin; 1947 Gründerin (mit ihrem Ehemann Peter Neumann) des Instituts für Demoskopie Allensbach, 1964 Professorin für Publizistik an der Universität Mainz.

56 Nach Pierre Poujade (1920–2003), französischer Politiker; 1955 Gründer der *défense des commerçants et artisans* (UDCA), einer extremistischen Protestbewegung, die sich besonders an mittelständische Geschäftsleute, Händler, Handwerker und Kleinbauern und gegen die Großindustrie sowie marxistische Parteien und Gewerkschaften richtete.

57 1979 legte der DGB den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms vor, das auf dem 4. Außerordentlichen Kongreß des DGB vom 12.–14. März 1981 in Düsseldorf verabschiedet wurde.

58 Golo Mann (1909–1994), Historiker, Publizist, Schriftsteller. – Vgl. seinen Artikel in „Die Welt“ vom 7. September 1977: „Quo usque tandem?“

in diesem Zusammenhang, eben nicht reüssiert hat. Es ist ein wahnsinnig arbeitsintensives Thema. Aber ich kann Ihnen noch einmal sagen, dieser Satz Napoleons⁵⁹, der jetzt Stalin⁶⁰ zugeschoben wird, „wie viele Divisionen hat der Papst?“, ist natürlich intellektuell ein Satz, aus dem man nur lernen kann. Für uns heißt das übersetzt, wenn wir im intellektuellen Lager unser Wort nicht machen, haben wir kaum noch eine Chance. Hier steckt ja auch das Thema der Medien drin.

Fünftens. Ein Punkt, der eine neue Dringlichkeit gewonnen hat, ist unser Verhältnis zu und unsere Mitarbeit in den Kirchen. Machen wir uns nichts vor, Papstbesuch⁶¹ und die Nebenumstände haben das gezeigt, nach dem „aggiornamento“ des Papstes Johannes⁶² ist zwischen den Kirchen das Klima kälter geworden. Es sind mancherlei Verklemmungen neu da. Wir können nicht so einfach tun, als sei dies kein Thema. Wir werden aus der Wahlanalyse von Noelle-Neumann hören, wie das war mit der Abstimmung, wo wir ein hervorragendes Ergebnis bei den praktizierenden Katholiken und Protestanten haben, also bei den Kirchgängern. Aber wie viele sind halt eben nicht praktizierend? Und da liegen eben die Zahlen. Da müssen wir sehen, wie sieht es aus mit dem theologischen Nachwuchs? Es ist schwer, Union durchzutragen, wenn in ganzen Regionen der gesamte theologische Nachwuchs SPD ist. Ich nehme meine eigene Heimatstadt Ludwigshafen, wo es überhaupt nicht einen einzigen jungen Pfarrer gibt, der nicht SPD-Mitglied ist. Sie haben ja die Folgen beim Bundesparteitag, bei dem damaligen Einspruch⁶³, gehört. Wir können nicht nur den Tatbestand hinnehmen, wir müssen dann fragen, was tun wir selbst? Nicht auf dem Wege des Protestes, sondern uns um diese Leute zu kümmern, das halte ich für eines der wichtigsten Themen gemeinsam, das ohne öffentliches Aufsehen im nächsten Jahr mit dem gemeinsamen Evangelischen Arbeitskreis anzugehen.

Und ich bringe hier noch einmal aus gutem Grund das Thema der parteipolitischen Integration der Flüchtlinge, Vertriebenen und ihrer Verbände. Ich sehe mit zunehmender Sorge, daß die Klagen aus den Landesverbänden, der Partei- wie auch der Vertriebenenverbände über ein zunehmendes Auseinanderleben zunehmen. Es ist nicht so, daß die Dinge hier in Ordnung sind. Man darf das dann nicht abtun in der Partei, sozusagen nach dem Motto, da haben wir im Verband den Czaja⁶⁴, und dann haben wir in der Partei

59 Napoleon Buonaparte I. (1769–1821), französischer Revolutionsgeneral, 1799 Erster Konsul, 1804–1814/15 Kaiser der Franzosen.

60 Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879–1953), sowjetischer Diktator; 1917 Mitglied des Politbüros und Volkskommissar der Bolschewiki, 1922 Generalsekretär der Partei, 1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und Oberbefehlshaber der „Roten Armee“ der UdSSR, seit 1946 Vorsitzender des Ministerrats.

61 Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) (1920–2005); 1958 Weihbischof, 1964 Erzbischof von Krakau, 1967 Kardinal, 1978–2005 Papst, hielt sich vom 15.–19. November 1980 in Deutschland auf.

62 Johannes XXIII. (Angelo Giuseppe Roncalli) (1881–1963), 1953 Patriarch von Venedig, 1958–1963 Papst. – „Aggiornamento“ (Aktualisierung) der Katholischen Kirche im 20. Jahrhundert.

63 Vgl. Protokolle 8 Nr. 24 S. 1388.

64 Herbert Czaja, (1914–1997), Studienrat; 1933 Mitglied der „Deutschen Christlichen Volkspartei“, Mitgründer der Union der Heimatvertriebenen in der CDU (ab 1952 Landesvorsitzender Nord-Württemberg), 1953–1990 MdB (1980–1990 Vorsitzender der Gruppe der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in der CDU/CSU-Fraktion), 1970–1994 Präsident des Bundes der Vertriebenen.

den Hupka⁶⁵, die sollen das in Ordnung bringen. Wenn wir denen nicht wirklich helfen, und zwar nicht nur der Parteivorsitzende in Bonn, sondern wenn die Hilfe draußen, die Ansprache und Integration nicht ermöglicht wird, laufen diese Gruppen in Gefahr, politisch heimatlos zu werden. Ich sehe dieses Problem, und das hat auch etwas zu tun mit der Wahlauseinandersetzung.

Ich sehe gute Chancen für unsere Politik. Ich bin nur der Meinung, wenn jemand, ich nehme das Wort noch einmal auf, eine andere Politik – etwas anderes ist legitim, wir sind eine diskussionsfreudige, offene Partei – aber eine liberalere Politik will, ist ihm Beweiszwang aufgegeben zu sagen, was ist liberalere Politik? Und dann bitte ich darum, daß er hier aufsteht und das sagt, und daß wir dann nicht erleben, daß an dem einen Punkt eine Reformgruppe Papiere verschickt und an jenem Punkt eine Reformgruppe Papiere verschickt, sondern dann soll man sagen, wer will Reformen, wo sollen die Reformen sein. Ich bin bereit, mich mit jedem Reformier zu unterhalten, wenn es eine vernünftige Regelung ist. Hier bei uns muß es ausgetragen werden und nicht draußen in Interviews, durch die wir dann den Ratschlag bekommen. Wer nur draußen spricht, kann nicht ernsthaft für sich in Anspruch nehmen, daß er das Ziel der Fortentwicklung unserer Partei im Auge hat. Hier muß das geschehen. Vor allem aus einem Grund, wenn ich den als Letztes sage, der für mich persönlich der wichtigste Grund ist: Unsere Sache kann nur geraten, liebe Freunde, wenn das menschliche Miteinander stimmt. Wir haben so oft jetzt gehört, wir müssen etwas tun bei der jungen Generation. Wir können alle Programmperspektiven für die Jungen dieser Erde aufweisen. Wenn das auf dem Papier steht und die Leute lesen das und lesen gleichzeitig, daß es bei uns im Menschlichen drunter und drüber geht, können Sie das ganze Papier als Makulatur ablegen. Junge Leute, Frauen, Arbeitnehmer, viele Gruppen haben einen besonders sensiblen Sinn, wie gehen die menschlich miteinander um? Das hat nichts damit zu tun, daß wir nicht harte Sachauseinandersetzungen haben. Aber sind wir zu Freundschaft und Kameradschaft fähig? Das ist die wichtigste Anfrage. Ob es uns paßt oder nicht, hier stehen wir in einem anderen Beweiszwang als die Sozialdemokraten. Wer sich christlicher Demokrat nennt, steht hier in einem besonderen Beweiszwang. Das gilt auch für die Christlich-Sozialen, damit wir uns nicht falsch verstehen. Deswegen laßt uns, bei allem, was wir jetzt zu tun haben, an diesen Satz denken.

Ich sage es noch einmal, wir haben gute Chancen, wir müssen hart arbeiten, und ich sehe überhaupt keinen Grund, wenn wir all dies tun, daß wir für Landtagswahlen, die vor uns liegen, wirkliche Besorgnis haben müssen, so schwer dies sein wird. Ich sehe keinen Grund, daß wir für das Jahr 1984 verzagen, wobei ich überhaupt die Frage nicht beantworte und nicht aufwerfe, ob die Entscheidung nicht noch vor 1984 liegen wird. Nur, sie wird nur dann vor 1984 liegen, wenn wir nicht darüber reden und das alles tun, was ich gesagt habe vom harten Arbeiten, vom vernünftigen Miteinander.

Ich habe jetzt länger geredet, aber ich mußte dies vor der Klausursitzung Ihnen sagen, weil ich Sie bitten möchte, jetzt darüber nachzudenken, für die Klausursitzung ihre Vorschläge schon mitzubringen, weil wir möglichst rasch jetzt zum Handeln kommen

65 Herbert Hupka (1915–2006), Journalist; 1954–1968 stv. und 1968–2000 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, 1955 SPD, 1957/58 Programmdirektor von Radio Bremen, 1959–1964 Pressechef des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, 1969–1987 MdB (ab 1972 CDU), 1977–1989 Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, 1985–1991 Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle.

müssen, und weil in der Öffentlichkeit das Gerede von der Kursänderung aufhören muß. Das bringt uns nichts ein, ist im übrigen auch nicht wahr und zutreffend, wir müssen wieder hier lernen, bei unterschiedlicher Interessenlage der einzelnen Gruppen in der Partei das Gesamtziel zu sehen. Und für dieses Gesamtziel bitte ich um Ihre Unterstützung. (Beifall.)

Stoltenberg: Wir können ja heute die Diskussion nur in einigen Schwerpunkten aufnehmen nach dieser Gesamtübersicht, ich glaube auch, sehr eindrucksvollen Gesamtübersicht unseres Vorsitzenden. Aber ich glaube, es ist gut, daß wir es tun nicht nur für die öffentliche Diskussion der nächsten Wochen, wobei ja die Aussprache über die Regierungserklärung dann die erste große Darstellung unserer politischen Vorstellungen sein wird, sondern auch für die laufenden Erörterungen. Natürlich gibt es Landesparteitage, Kreisparteitage, und es wird von uns schon verlangt, daß wir Positionen beziehen. Vieles von dem, was Helmut Kohl gesagt hat, führt in der Tat in die Klausurtagung hinein, und es ist ganz wichtig, daß wir uns hier die Zeit nehmen. Wir werden in der Klausurtagung auch noch einmal über die Termingestaltung der Arbeit des Bundesvorstands reden müssen. Ich werde dazu ein paar Vorschläge dann zu dem Zeitpunkt machen, wie wir in der Vorbereitung und vielleicht auch in unserer Termingestaltung unsere Arbeitsmöglichkeiten über eine solche Klausurtagung hinaus verbessern können.

Ich nehme einige wichtige Stichworte auf. Das große Problem ist die Trendwende nach diesem Wahlergebnis. Zwei Voraussetzungen für die Trendwende scheinen mir im Hinblick auf kommende Wahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen, aber auch mit einem ersten Ausblick auf 1984 entscheidend zu sein: Erschütterung des Vertrauens in die Koalition, die einen großen Wahlsieg in Saldo, mit den interessanten Unterschieden SPD/FDP, errungen hat. Das zweite ist die Erhöhung der Anziehungskraft der CDU/CSU auf Bundesebene und in den Ländern und den Gemeinden, aber vor allem auch im Ansehen der Bundesparteien. Das sind sozusagen die Koordinatensysteme. Zum ersten können wir etwas beitragen, das zweite liegt im wesentlichen in unserer Hand. Ich will mal das Stichwort aufnehmen, das Helmut Kohl ja hier auch stark in den Mittelpunkt gestellt hat, brauchen wir eine Neuorientierung? Daß es nach einer schweren Wahlniederlage darüber eine Debatte gibt, wie viele unserer Freunde im Lande das fragen, es Papiere gibt, es Interviews gibt, das ist ein demokratisch normaler Vorgang. Aber wir müssen in der Tat, ich unterstreiche das, diese Diskussion jetzt richtig führen und die richtigen Fragestellungen und Stichworte ausgeben, weil wir sonst in der Medienlandschaft uns in unnötige Schwierigkeiten bringen.

Ich unterstreiche auch, und darin sind wir uns alle einig, wir waren es am Montag nach der Wahl, die Grundlage für unser politisches Handeln bleibt natürlich unser Programm, das Grundsatzprogramm und das Wahlprogramm, obwohl wir in den kommenden Monaten erleben werden die objektive Veränderung und Verschlechterung zentraler Daten, vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Frage, wie wir dieses Programm in wesentlichen Elementen vertreten, wie wir es einführen können, inwieweit wir es einführen können bis zur konkreten Gesetzgebung, ist auch eine Frage, über die wir miteinander reden müssen. Das ist keine leichte Aufgabe, an den Grundzielen des Programms, im gesellschaftspolitischen Bereich etwa und in anderen Bereichen, festzuhalten, aber sich einzustellen auf eine wahrscheinlich doch ganz erhebliche Verschlechterung der wirt-

schaftlichen und finanziellen Lage, die andererseits, insofern ist die Lage dialektisch, uns die Chance eröffnet, das Vertrauen in die Regierungskoalition nachhaltig zu erschüttern.

Ich bin auch mit dem Vorsitzenden einig, daß es nicht darum geht, in erster Linie jetzt eine grundlegende inhaltliche Neuorientierung gegenüber unserem Programm zu diskutieren, daß wir aber miteinander besser natürlich in dem Gespräch unter uns als in vielen Interviews über diese sehr sensitiven Fragen und Bereiche darüber reden müssen, wie wir unsere Grundüberzeugungen in der Sache, aber vor allem in der öffentlichen Darstellung auf die Aktualität und auf die Zukunftsbezogenheit nach außen bringen. Manches, was so auch kritisch jetzt bei uns besprochen wird, was bei uns an Fragen kommt, was der eine oder andere in Interviews aufgenommen hat, wobei man sich auch dann die Organe, in denen man Interviews über Problem der CDU/CSU gibt, besonders sorgfältig aussuchen muß, ist auch ein bißchen eine Stilfrage, wo man überhaupt solche Betrachtungen hinstellt. Das sage ich nur mal als Fußnote für die Zukunft. Manches, was hier angesprochen wird, kommt ja aus einer Beurteilung des Wahlkampfes, die sehr tief geht. Dieser Satz eines SPD-Mannes, man habe – das ist jetzt auch an die SPD selbst gerichtet – mit den Parolen der sechziger Jahre die Probleme der fünfziger Jahre erörtert, ist zwar übertrieben, aber trifft doch schon einen psychologischen Sachverhalt.

Und das zweite ist das, was Frau Noelle-Neumann in dieser ersten interessanten Untersuchung in der FAZ in einer Nachwahluntersuchung festgestellt hat⁶⁶; das stelle ich auch fest. Es gibt eine Grundstimmung, es kommt ja hier in der Untersuchung, erhoben kurz nach der Wahl, heraus, daß dieser ganze Wahlkampf einfach zu brutal war, daß mit zu harten Bandagen gekämpft worden ist. Das berührt weniger die Sache als die Form. Das ist ein Thema, mit dem wir uns dann auch auseinandersetzen müssen. Natürlich haben wir Grund gehabt, uns erheblich zu entrüsten über diese Diffamierungskampagne der SPD gegen Franz Josef Strauß und diesen schamlosen Mißbrauch des Friedensthemas⁶⁷; der SPD ist im Ergebnis das zweite wohl auch nicht bekommen. Aber auch wir sind in der Form mancher Aussagen, ich sage das einmal allgemein, von unserer Seite schon in diese kritische Betrachtung einbezogen.

Ich nehme mal die Stichworte auf: Außen- und Deutschlandpolitik. Ich unterstreiche, was Helmut Kohl gesagt hat. Ich erkenne aber, lieber Helmut, auch kein großes Bedürfnis in den eigenen Reihen jetzt. Es hat gar keinen Sinn, daß wir in der aktuellen politischen Diskussion zwischen Parteifreunden und mit dem Gegner nochmal die großen Kontroversen der Jahre 1969, 1972 in den Vordergrund nehmen. (*Kohl*: Das ist ja meine Meinung.) Ja, ich unterstreiche das, habe ich nochmal gesagt, weil ich etwas daran anschließen will. Das bleibt ein fundamentaler historischer Vorgang, der in der persönlichen Erinnerung vieler, ich beziehe mich ein, die daran damals mitgekämpft haben, natürlich unvergeßlich bleibt. Es gibt auch gewisse Maßstäbe von damals für die Zukunft. Aber wir müssen in der Tat, ohne unsere Grundposition der Einschätzung aufzugeben, uns wirklich auf die Höhe der aktuellen Debatte bringen. In der Deutschland- und Ostpolitik gibt es schon, nach diesem schweren Rückschlag, neben der notwendigen Kritik, die man auch aussprechen muß, das dringende Bedürfnis der Menschen zu fragen, wie soll es denn nun weitergehen? Von daher sind natürlich die verschiedenen Anregungen nicht nur aus der CDU,

66 FAZ vom 24. Oktober 1980: „Was wird vom Wahlkampf 1980 in Erinnerung bleiben?“

67 Gemeint ist die „Stopp Strauß“-Kampagne und der Vorwurf der SPD, Strauß und die Union seien zwar „friedenswillig“, aber nicht „friedensfähig“.

sondern auch in einer ersten Stellungnahme etwa unseres Freundes Zimmermann in der „Augsburger Zeitung“ zu sehen⁶⁸, die Erklärung, „wir wollen jetzt einmal“, er hat das etwas kraß gesagt, „einen Schlußstrich ziehen“, so war seine erste Formulierung, und wollen uns wirklich jetzt damit beschäftigen und insofern prüfen, inwieweit Gemeinsamkeit möglich ist, was wir tun können, um diese schrecklichen Rückschläge zu überwinden oder zu mildern. Das ist schon im Ansatz richtig. Aber ich stelle auch fest, daß die anderen das zum Teil nicht wollen, vor allem die Rolle, die Herr Bölling hier gespielt hat. Hier müssen wir nun sehr klug sein. Wir dürfen diese Bereitschaft nicht aufgeben zu einer solchen Bestandsaufnahme, aber wir dürfen natürlich jetzt auch nicht öffentlich den Eindruck erwecken, als ob wir alles falsch gemacht haben, oder sehr vieles falsch gemacht haben in der Vergangenheit. Das scheint mir der Bezugspunkt für die weitere Diskussion zu sein, wobei das, was wir mit Vorrang für die Westpolitik beschrieben haben, durchgehalten werden muß.

Eine der schlimmen Folgen dieses finanziellen Kahlschlages der vergangenen Woche ist ja, daß nicht nur in der Innenpolitik, sondern in der Außenpolitik die Grundlagen beschädigt werden, (*Zustimmung*.) in der Entwicklungshilfe, der Verantwortung gegenüber der Dritten Welt – und das ist ein Thema, das wir in Hinblick auf die Jugend sicher stärker akzentuieren müssen – bis zu den zentralen Fragen der NATO und der Sicherheitspolitik. Das, was wir heute wissen aus den Zeitungsberichten, zeigt, daß hier schwere Schäden hervorgerufen werden, und ich würde auch beide Punkte als zentrale Punkte der kritischen Auseinandersetzung, Helmut, mit der Regierungserklärung und den Finanzbeschlüssen für Dich und die Kollegen, die im Bundestag reden, hier markieren. Und Neuorientierung Wirtschaft, Finanzen, Gesellschaftspolitik. Ich würde sagen, im Augenblick meine ich unser Wahlprogramm nur insoweit, als sich die objektiven Daten und auch die Beschlüsse durch die Finanzbeschlüsse der Regierung, die wirtschaftlichen Trends, vollkommen verschlechtern in der Anpassung an die veränderte Wirklichkeit, nicht in unseren grundsätzlichen Zielen.

Und nun die Sache mit der liberalen Politik. Ich habe ja nachgedacht, ich habe mich ja nun in den letzten Wochen relativ häufig geäußert auch zu diesem ganzen Komplex der Wirtschafts- und Finanzfragen. Mich hat, nachdem andere das Stichwort ausgegeben haben, auch ein Rundfunkjournalist vor drei Wochen gefragt, wie es mit der liberalen Politik sei, Godesberg⁶⁹ oder der Neuorientierung. Ich habe gesagt, wir müssen unser liberales Profil schärfen. Das mag nicht die beste Formulierung sein, aber ich will das Gemeinte hier einmal verdeutlichen. Es geht darum, daß wir im Stil unseres Auftretens und im Verständnis für gewisse neue Strömungen und Fragen, die auch uns zum Teil herausfordern, unsere Art der Aussage und unsere Diskussion und auch unsere Selbstdarstellung ein Stück verändern. Das verstehe ich eigentlich, neben unserer klassischen Aufgabe, Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft zu sein, unter dem Begriff Schärfung oder

68 Friedrich Zimmermann (1925–2012), Jurist; 1955–1963 Generalsekretär der CSU, 1957–1990 MdB (1976–1982 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe), 1982–1989 Bundesminister des Inneren, 1989/90 für Verkehr. – „Augsburger Allgemeine“ vom 24. Oktober 1980: „Forum der Parteien. Für die CSU: Landesgruppenchef Zimmermann. Kalter Ostwind“ (Vorabdruck auch in CSU Presse-Mitteilungen Nr. 569/1980 vom 23. Oktober 1980).

69 Neuorientierung der SPD in ihrem Grundsatzprogramm, verabschiedet auf ihrem außerordentlichen Parteitag vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg.

Verdeutlichung unseres liberalen Profils. Insofern würde ich dies auch aufrechterhalten, mit einer kurzen Begründung. Es ist für die Vermittlungsfähigkeit unserer Politik, vor allem mit den vielen Gruppen, wo wir Schwierigkeiten haben, die Helmut Kohl hier erwähnt hat, vor allem natürlich auch in der jungen Generation, ein ganz entscheidender Punkt. Aber es kann nicht heißen, daß wir im Kernbereich unserer Politik ein Godesberg brauchen oder etwas anderes hier. Wir müssen uns angewöhnen, und das wird auch wichtig für die Klausurtagung und die Grundsatzdebatten in der Fraktion sein, daß wir hier einfach nicht in semantische und sprachliche Mißverständnisse untereinander kommen. Das scheint mir das Hauptproblem untereinander zu sein. Ich sage das nur mal kurz als einen Punkt für ein weiteres Gespräch. Dazu gehört auch, Herr Vorsitzender, meine lieben Freunde, das Stichwort Öffnung der Diskussion. Das ist eine Betrachtung, nicht für die kommenden Monate, sondern für die kommenden Jahre. Wenn wir, ausgehend vom Grundsatz- und Wahlprogramm, wieder eine interessantere Partei für viele werden wollen, die uns mit Vorurteilen gegenüberstehen, von vielen jungen Menschen bis hin zu den Intellektuellen, ich greife nochmal Deine Stichworte auf, dann müssen wir es fertigbringen, und das wird eine Hauptaufgabe unserer Klausurtagung sein, der Partei selbst, aber über die Partei hinaus auch wichtigen Gruppen, die an der Entwicklung der deutschen Politik brennend interessiert sind, also auch im Vorfeld, sogar bis in das kritische Lager hinein, durch die Art, wie wir jetzt einige wenige große Themen benennen für eine breite Diskussion, die Diskussion zu öffnen. Das steht nicht im Gegensatz zur Bekräftigung unseres Wahlprogramms. Denn wir müssen ein paar Themen aufarbeiten, und wir müssen uns auf die, ich sage es noch einmal, einschneidenden Verschlechterungen im Bereich des Wirtschaftlichen, Gesellschaftlichen und Finanziellen mit ihren Konsequenzen hier einstellen.

Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir nun vorbereiten für unsere Klausurtagung vier, fünf oder sechs wichtige, zentrale Themen, die wir dann nicht nur einmal in Fachkongressen und Fachtagungen – wir haben ja damals mit dem Terrorismuskongreß⁷⁰ ein eindrucksvolles Beispiel gesetzt mit einer großen Öffentlichkeitswirkung, mit einigen anderen auch, aber da war die Wirkung schon nicht mehr ganz so stark –, wirklich als Diskussionsthemen für die Partei in den nächsten zwölf und 18 Monaten formulieren, wo Texte erarbeitet werden oder herangezogen werden, die dieser Diskussion dienen können. Und dann genügt es nicht, daß wir einmal hier in Bonn oder anderswo eine hervorragend vorbereitete, glänzend bestückte offene Fachtagung oder einen Fachkongreß machen, sondern diese Themen müssen wir sozusagen zum Thema in allen Ebenen der Partei machen. Wir müssen mit diesen Themen in den Landesverbänden, soweit es gewünscht wird, in den Vereinigungen und, soweit es geht, bis in unsere Kreisparteien hinein, in einer elastischen, aber guten Planung diese Diskussion führen. Das ganze Thema Wirtschaftswachstum und Umwelt ist ja für die jungen Menschen, auch wie die ersten Wahlanalysen zeigen, ein kardinales Thema. Ich lese, daß in Hamburg zehn Prozent der Erstwähler die Grünen gewählt haben, von denen viele sagen, sie seien nach der Wahl überhaupt nicht mehr interessant. Die bleiben interessant, unabhängig von ihrer parteipolitischen Formation. Bei uns werden es nicht viel weniger gewesen sein. Dazu die Frage etwa der Zukunft Europas, der Europäischen Gemeinschaft, die mir auch im Wahlkampf zu kurz gekommen

70 Vgl. dazu UiD vom 22. Dezember 1977 CDU-Dokumentation 44/45: „Der Weg in die Gewalt. Wissenschaftliche Fachtagung der CDU am 29./30. November 1977 im Konrad-Adenauer-Haus“.

ist. Ich habe mal nur zwei genannt als Beispiel. Wir werden auf fünf oder sechs zielen; wir können uns nicht zwölf vornehmen, dann schaffen wir es nicht. Wir müssen es erreichen aus der Fülle der Themen, die sich anbieten, etwa fünf, plus, minus eins oder zwei als die wichtigen Themen zu formulieren, und wir müssen hier eine Öffnung der Diskussion einsetzen, aber so, daß, ich sage es etwas überspitzt, der Bundesvorstand nach demokratischer Meinungsbildung diese Themen vorgibt. Sonst redet jeder Landesverband über etwas anderes. Es gibt genügend aktuelle Themen, die dazukommen. Das müssen die großen Themen der Partei zum Gespräch miteinander, aber zum Gespräch eben auch mit den anderen, die nicht zu uns gehören, zur Prägung der öffentlichen Meinung in den nächsten zwölf, 15 Monaten werden. Und wir müssen das bald machen, weil wir sonst von der Fülle der Tagesaktualität überwältigt werden. Das wird für die Fraktion gelten, das wird für uns gelten in den Ländern, im Bundesrat und anderes mehr.

Noch eine vorletzte Bemerkung, Medien. Helmut, das Thema der Medien, das hat uns der Wahlkampf gezeigt, ist für uns eine Schicksalsfrage. Wenn es uns nicht gelingt, wirksamere Formen der Vermittlung und fairere Formen der Vermittlung zu erreichen, dann bleiben wir in einer ständig unbefriedigenden Verteidigungsposition. Nur, und das war so der Punkt, ich glaube, Matthias Wissmann hat dies auch gemeint, wir sollten doch mal darüber sprechen, ich will das jetzt nur als Problem andeuten, ob es ein Thema ist, das sozusagen einen Tag unseres Parteitages kriegt, oder ob es nicht ein Thema ist, das im Grunde mehr in die interne und in die Stabsarbeit hineingehört. Wir können natürlich mit Gewinn reden auf einem Parteitag über das Thema, wie entwickeln sich Rundfunk und Fernsehen weiter mit den neuen Trägern und den jetzigen Anstalten und die anderen daneben, das ist ein hochinteressantes Thema, dazu kann ich einiges beitragen nach meinen Erfahrungen der letzten zwei Jahre. Wir können reden über bestimmte Grundfragen der Presseorganisation, ich will das nicht ablehnen. Für mich aber ist das Thema Medienpolitik im wesentlichen ein Thema, über das wir, ich sage das mal ganz offen, hinter verschlossenen Türen zunächst in einer ganz bestimmten Form miteinander hier reden müssen, (*Beifall.*) denn die Frage, wie wir nun endlich mal Einfluß auf die Bildung und die Rekrutierung des journalistischen Nachwuchses bekommen, die Frage, wie wir mal unseren systematischen Einfluß in Rundfunk- und Fernsehanstalten verstetigen, die Frage, wie es eigentlich mit der Presselandschaft aussieht, wobei mir die Heimatpresse nicht so viel Sorge macht wie die Entwicklung in großen Verlagshäusern, die Rolle, die „Spiegel“ und „Stern“ und „Zeit“ spielen, wo es eigentlich Gegengewichte gibt, und was wir tun müssen, um diese Gegengewichte dazu jedenfalls mal zu bestärken und Ansätze zu ermutigen, das kann nicht Thema einer Parteitagsdiskussion sein. Wir stoßen da sehr schnell an Grenzen aus Gründen, die wir alle kennen. Also, ich melde das nur mal an als einen Punkt für die Klausurtagung, Medienpolitik ist für mich in erster Linie eine intensive Arbeit der Führungsgremien unserer Partei, der Kommissionen und der anderen, die wir haben mit der Rückkopplung auf Landesebene und andere.

Letzte Bemerkung: Kürzungen und Steuern. Das wird ja nun doch die nächsten Monate sehr stark bestimmen im Bundestag und Bundesrat; darüber reden wir dann nochmal sehr ausführlich. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den der Vorsitzende beschrieben hat. Ich will Ihnen hier meine Einschätzung sagen, ich hatte Gelegenheit, Helmut Kohl das auch vor zehn Tagen hier in Bonn schon mal zu sagen. In letzter Konsequenz, und das liegt ja in der Linie der Überlegungen des Vorsitzenden, sollte nach meiner Einschätzung

der Bundesrat die gesetzlichen Eingriffe bei den Kürzungen unter Protest passieren lassen. Es kann nicht die Aufgabe des Bundesrates sein, auch wenn es zum Teil Zustimmungsgesetze sind, diese Gesetze zu Fall zu bringen. Ob wir im einen oder anderen Punkt ein Vermittlungsverfahren machen, werden wir dann sehen, darüber werden wir auch noch einmal miteinander reden mit den Kollegen der CSU, dazu bleiben wir in Kontakt mit Helmut Kohl und der Fraktion. In letzter Konsequenz bin ich der Meinung, daß wir das passieren lassen müssen, obwohl ich nach der Analyse der Listen von Herrn Matthöfer⁷¹ und den laufenden Berichten, die wir jetzt seit acht Tagen hören, sagen muß, wir werden auf das Härteste getroffen! Das beschädigt die Finanzgrundlagen der Länder, auch noch mit gewissen Unterschieden, aber insgesamt bis in den kommunalen Bereich hinein in einer Weise, daß ich so etwas in meinen knapp zehn Jahren als Ministerpräsident noch nicht erlebt habe. Und dennoch sage ich in letzter Konsequenz, ich sage das mal hier, werden wir es, vielleicht mit einem Vermittlungsverfahren, passieren lassen, bei aller heftigen Kritik, die man auch am Vorgehen der Bundesregierung dann üben muß, auch in der prozeduralen Form. Hier die Bund-Länder-Beziehung in den Kernbereichen so zu beschädigen, so zu verändern, ohne ein einziges Gespräch, das ist für uns eine fast noch größere Zumutung, als es die Koalitionsabgeordneten der SPD und FDP in diesen Tagen von Freitag bis Montag erfahren mußten, denn für die ist das ja auch unglaublich.

Das Schlimme an den Kürzungsbeschlüssen dieser Art ist – ich habe an das Jahr 1966 mich erinnert, zurückgedacht, lieber Freund Gradl, als Sie hier im sogenannten „Streichquartett“ waren, das war auch kein schöner Vorgang, nur es waren ja natürlich Bruchteile der heutigen Probleme und Summen –, daß unter dem hektischen Zeitrahmen einer Woche Dinge jetzt festgeklopft werden, heute nachmittag in den Fraktionen, für vier Jahre, Dinge, Helmut, die man in den Konsequenzen in Wahrheit überhaupt nicht übersehen! Das ist das Allerschlimmste! (*Kohl*: Aber man kann auch nicht die vier Jahre übersehen.) Nein, nicht für die vier Jahre, aber auch schon in den Wirkungen auf das nächste Jahr. Ich sage Ihnen voraus, da werden infolge dieser jetzt sich abzeichnenden Kürzungsbeschlüsse in drei oder sechs Monaten Dinge auf den Tisch kommen, von denen selbst die Beteiligten an den Verhandlungen sagen müssen, das haben wir nicht übersehen.

Wenn wir aber, unabhängig davon, wie die Fraktion nachher votiert, das wohl im Kürzungsbereich in letzter Konsequenz unter Protest passieren lassen müssen, weil man ja auch sonst überhaupt die Grundlagen der Finanzwirtschaft im Jahr 1981 nicht mehr hat, für den Bund nicht, für andere nicht, dann muß die Verantwortung für diese Dinge vollkommen klar bei den anderen bleiben. Helmut Kohl hat schon von den Bemühungen, da uns hineinzuziehen, gesprochen. Ich habe diesen merkwürdigen Vorschlag von Herrn Hoppe⁷² gehört, Sie auch, mit der gemeinsamen Kommission unter Vorsitz von Matthöfer und Stoltenberg, fünf Tage nach der Wahl geradezu phantastisch. Ich habe mit Herrn Hoppe noch einen Briefwechsel darüber jetzt. Es gibt andere Bemühungen. Wir müssen, ich habe das auch in zwei, drei Interviews in diesen Tagen gesagt, auch, wenn wir es

71 Hans Matthöfer (1925–2009), Diplom-Volkswirt; 1961–1987 MdB (SPD), 1972–1974 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1974–1978 Bundesminister für Forschung und Technologie, 1978–1982 der Finanzen, 1982 für das Post- und Fernmeldewesen.

72 Hans-Günter Hoppe (1922–2000), Jurist; 1952–1958 und 1963–1973 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (FDP), 1963–1967 Finanzsenator, 1967–1971 Justizsenator, 1972–1990 MdB.

wahrscheinlich im Bundesrat letzten Endes nicht aufhalten können, voll den anderen die Last der Verantwortung überlassen. Diesen eilfertigen Aufforderungen, nun mal zu sagen, wo ihr denn streichen wollt, kommen wir auch überhaupt nicht nach in diesem Stadium, meine Damen und Herren. Wir können ein paar Kriterien formulieren. Ein Kriterium bei der ersten Prüfung ist für mich, daß die zukunftssichernden Investitionen und das, was Wirtschaftsförderung ist und Arbeitsplatzförderung, weit überdurchschnittlich betroffen werden, und das, was man Leistungsgesetze nennt, sehr schonend behandelt wird; das ist für mich ein erstes Kriterium. Die 17jährigen bekommen weiterhin BAföG. Ich bitte da die Landtagsdiskussionen vorsichtig zu führen in Hinblick auf die Älteren, die Studenten und so; da sollten wir uns zurückhalten. Aber daß die 17jährigen nach der letzten Novelle⁷³ im zehnten Schuljahr BAföG bekommen, aber zugleich bei uns etwa in den Wirkungen diesen 17jährigen zum Teil die Chancen zerstört werden, mit 21 einen Arbeitsplatz zu bekommen, das ist für mich auch keine vernünftige Sozialpolitik. Das war halt ein Beispiel für die Leistungsgesetze, aber wir sollten da auch nicht zu sehr ins Detail gehen jetzt, sondern nur ein paar Kriterien formulieren. Wie weit wir nachher ins Detail gehen, müssen wir miteinander besprechen.

Das heißt also, volle Verantwortung bleibt bei den anderen. Der wirkliche Sündenfall unter finanz- und konjunkturpolitischen Gesichtspunkten ist eben, daß man in drei Jahren des Wachstums nicht nur nicht gekürzt, sondern ständig neue Milliardenprogramme nachgeschoben hat bis zum Juli, mit all diesen Gesetzen. Wir haben einige im Bundesrat zu Fall gebracht, rückblickend gesehen zu wenig und zu spät nach meiner Einschätzung. Wir hätten noch etwas mehr zulangten müssen, aber es war eine Zumutung. (*Zwischenruf.*) Ja, aber sie waren da relativ verhalten in diesem Punkt. Man hat in den Jahren des wirtschaftlichen Wachstums die Konsolidierung nicht eingeleitet, und in einer Zeit, wo die Stagnation und die steigende Arbeitslosigkeit kommt, betreibt man eine Politik, wo diese Prozesse verstärkt werden. Das ist der große Sündenfall! Mit dieser Aussage können wir in jeder Diskussion bestehen. Und von daher müssen wir die in der vollen Verantwortung lassen. Wir sollten auch bei unserer Wahlaussage bleiben, daß die Erhöhung der Mineralölsteuer abzulehnen ist. Das ist kein Zustimmungsgesetz, da kommen wir nicht in die Verlegenheit im Bundesrat, die wir bei den Kürzungen haben. Ich glaube, daß das der Punkt ist, der jetzt auch unter Pendlern, Arbeitnehmern usw. mit am stärksten diskutiert wird. Die anderen Dinge können die Bürger noch nicht übersehen, aber jeder kann ausrechnen, was sieben oder acht Pfennig im Ergebnis dann Mineralölsteuer pro Monat für ihn bedeutet. Das ist ein Thema, das in der Arbeitnehmerschaft und in anderen Bereichen eine ganz große Wirkung hat: Ablehnung der Steuererhöhungen, Distanz zu den Kürzungen, unabhängig davon, wenn wir sie letzten Endes passieren lassen. Aber ich würde der Fraktion, als Letztes will ich das sagen, auch raten, im Bundestag bei den Kürzungen nicht jeden Punkt zu bekämpfen, sondern sich einzelne Punkte auszusuchen, die man bis zur Einzelabstimmung passieren läßt. Es bleibt dann für die Fraktion genug übrig, wo man auch in der Einzelabstimmung nachher dagegen sein wird. Wenn wir alles im Bundestag mit den Argumenten der betroffenen Verbände bis aufs Messer bekämpfen, bekommen wir eine harte Kritik aus einem anderen Bereich, nämlich derjenigen, die uns an unsere Wahlaussagen erinnern. (*Beifall.*)

73 5. Änderung des BAföG vom 17. November 1978 (BGBl S. 1794), 6. Änderung vom 16. Juli 1979 (BGBl S. 1037).

Lorenz⁷⁴: Ich kann mich ganz kurz fassen, weil vieles von dem, was ich auch vorgetragen hätte, neben dem Vorsitzenden auch Gerhard Stoltenberg schon geäußert hat. Lassen Sie mich noch einmal darauf hinweisen, daß meine vollste Zustimmung der Herr Vorsitzende hat, wenn er sagt, wenn es überhaupt eine Politik gibt, die eines Tages dazu führen kann, daß die CDU mal mit der FDP eine Koalition eingeht, dann ist es bestimmt nicht dadurch erreichbar, daß wir jede Woche zweimal von irgendeinem führenden Repräsentanten in der Zeitung lesen, man müsse doch eine Koalition mit der FDP anstreben, sondern nur dadurch, daß man, abgesehen von einer ganzen Reihe anderer Faktoren, die dabei eine Rolle spielen, eine Politik macht, bei der sich dann hinterher herausstellt, daß die Gemeinsamkeiten mit einer solchen Partei wie der FDP sehr viel größer geworden sind als die Gemeinsamkeiten der FDP mit der SPD. Aber das ist eine Angelegenheit der praktischen Politik und nicht eine Angelegenheit der Querelen, wie man sich taktisch verhält. Abgesehen davon, daß natürlich Strategie und Taktik, wenn es in der Öffentlichkeit diskutiert wird, ja schon von vornherein erst mal viel von ihrer Wirkungsfähigkeit verloren hat.

Ich würde mich freuen, wenn es gelänge, unsere Diskussionen, und das will ich vor allem sagen, in dieser Partei so zu führen, daß wir uns über die Form unserer Aussagen und den Stil unseres Auftretens besser verständigen, als das heute der Fall ist, oder in den letzten vier Jahren der Fall war. Ich hoffe, daß die neue Form der Arbeitsgruppen in der Fraktion dazu führt; aber das kommt natürlich nicht nur auf die Fraktion an, liebe Freunde. Ich möchte ehrlich gerne diskutieren über Inhalt und Weg. Aber ich möchte das nicht dadurch anfangen, daß ich also im „Stern“ oder in anderen Illustrierten oder Zeitungen Meinungsäußerungen über führende Mitglieder lese, sondern mir wäre es ganz lieb, wenn deren Meinung dann hier eingebracht würde in unsere Gremien. Deshalb meine ich, wir müssen also zu dieser Form der Übereinstimmung auch bekommen diejenigen in unserer Partei, die nicht in der Fraktion sind, also Ministerpräsidenten beispielsweise und andere führende Vertreter, die dann hier im Vorstand oder anderswo in geeigneter Weise mit uns bestimmte Fragen diskutieren sollten.

Lassen Sie mich noch eines ganz deutlich sagen: Wir sollten uns darüber verständigen, mit welchen Vokabeln wir unsere Politik vertreten, weil das dann letztlich dazu führt, ob wir nun die alten Auseinandersetzungen der fünfziger oder sechziger Jahre mit der anderen Seite wiederbekommen oder nicht. Daß die uns möglicherweise darin hineinziehen wollen, ist sicher, daß wir es aber nicht wollen, scheint mir notwendig, weil ich auch der Auffassung bin, daß die Bevölkerung in unserem Land nicht von uns wissen will, wer damals recht oder unrecht gehabt hat, sondern von uns wissen will, welche Vorstellungen wir für die Zukunft unseres Landes haben. Das heißt, wie es zum Beispiel auf deutschland- und ostpolitischem Gebiet jetzt weitergehen soll. Das ist meines Erachtens das Entscheidende.

Ich würde zum Beispiel nicht von vornherein empfehlen zu erklären, die Entspannungspolitik ist gescheitert. Da kommen Sie sofort in die Diskussion hinein, was ist eigentlich Entspannungspolitik, und geben den anderen eine leichte Möglichkeit, alles wieder aufzuwärmen, was seinerzeit zu den großen Auseinandersetzungen geführt hat,

74 Peter Lorenz (1922–1987), Jurist; 1954–1980 MdA Berlin (1975–1980 Präsident), 1969–1981 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin, 1976/77 und 1980–1987 MdB, 1982–1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

sondern ich würde vielmehr eine ganz andere Taktik einschlagen. Darüber müssen wir uns verständigen hier im Vorstand und in den Arbeitsgruppen usw. Ich würde also bestimmte Faktoren beschreiben, bestimmte Ziele, und sagen, wie kommen wir denn von der jetzigen Situation aus am besten dahin? Wenn wir die Einheit der Nation wahren wollen, dann müssen wir den Versuch machen, alles zu tun, was vertretbar erscheint und was uns möglich ist, um den Zusammenhalt unseres Volkes zu fördern. Das heißt also, daß die Menschen sich treffen und daß sie miteinander Kontakt haben können. Dann müssen wir außerdem dafür sorgen, daß das freie Berlin in seiner Lebensfähigkeit bestärkt wird. Das sind zwei ganz wesentliche Faktoren unserer Deutschlandpolitik. Dann müssen wir von daher versuchen zu sehen, die Ausgangsposition ist da und wie kommen wir nun augenblicklich zu diesem Ziel am besten hin über eine kürzere oder längere Zeit. Und dann haben Sie sofort eine Situation der Kollision mit der anderen Seite, bei der sie nicht mehr einfach sagen kann, ihr wart ja schon immer dagegen, sondern bei der die nun mal Farbe bekennen muß, und das muß dann geschickt geschehen.

Ich würde also sehr empfehlen, daß wir zunächst einmal alles versuchen, um uns in den Gremien, die sich jeweils mit einem Gebiet in der Politik beschäftigen, zu verständigen, nicht nur über Inhalte, sondern auch über die Form, wie wir diese Politik im Interesse der nächsten Jahre vortragen, und daß das also nicht nur in der Fraktion geschieht, sondern daß wir auch alles tun, um in der Partei hier eine möglichst große Einheitlichkeit zu erreichen.

*Laurien*⁷⁵: Wenn wir das Vertrauen in die Koalition erschüttern wollen und das aufnehmen, was Gerhard Stoltenberg zu den Finanzen gesagt hat, dann – und das müssen wir sicher unseren Parteimitgliedern verdeutlichen – heißt das, das sind Gemeinschaftsaufgaben, wo ich eine große Dramatik auf uns zukommen sehe. Deshalb möchte ich hier ansprechen Folgendes, ich nenne es mal konkret, Hochschulbau wird etwas sein, was die Koalition drastisch senken wird. Daß wir das jetzt rügen, ist klar; das ist ein anderes Feld. Aber wenn es dann kommt, dann, meine ich, so hart sich das jetzt aufs erste anhört, dürfen wir als Länder nicht die Ausfallfinanzierung vornehmen. Wir können es gar nicht, und wir sagen dann, das wird knallhart werden. Denn wir können nicht sagen, wir übernehmen den Bundesanteil in bestimmten Bereichen, wo wir sehr genau überlegen müssen, in welchen. Wir können nicht einmal sagen, wir setzen den Länderanteil fort. Denn wenn es hierum geht, daß wir nicht nur die Lückenbüßer und Ausputzer für die anderen sind, dann müssen wir verdeutlichen, daß deren Linie zur Zeit korrespondiert mit dem, was Gerhard Stoltenberg zu den Leistungsgesetzen und Investitionen gesagt hat. Das sage ich jetzt als Ergänzung. Die Linie, soweit ich sie sehen konnte, lautet, wir sparen da, sagt die Bundesregierung, wo es den Ländern Schwierigkeiten bereitet. Da wird aus Dingen ausgestiegen, die abenteuerlich sind, und ich weiß, die Studenten – ich könnte andere Bereiche nennen – beschweren sich natürlich zuerst bei uns. Aber wir müssen hier verdeutlichen, welchen Verrat die Koalition in diesem Bereich vorgibt. Ich halte das für ein Thema, wo wir auch miteinander sprechen müssen, denn das wird nicht so apodiktisch in

75 Hanna-Renate Laurien (1928–2010), Gymnasiallehrerin; 1967–2000 Mitglied des Hauptausschusses im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), 1971–1976 Staatssekretärin und 1976–1981 Kultusministerin in Rheinland-Pfalz (CDU), 1981–1995 MdB Berlin (1991–1995 Präsidentin des Abgeordnetenhauses), 1981–1989 Senatorin für Schulwesen, Berufsbildung und Sport in Berlin, 1986–1989 Stellvertreterin des Regierenden Bürgermeisters.

allen Bereichen sein können, die ich jetzt hier darstelle. Nur, grundsätzlich, meine ich, müssen wir verdeutlichen, bei wem wir die Schuld sehen und wo der Vertrauensbruch sich vollzieht.

Zweitens, das muß ich jetzt mit einem Sarkasmus sagen, große Zustimmung zu dem, was hier gesagt worden ist vom Vorsitzenden, daß man unterscheiden muß wahrhaftig zwischen Grundsatztreue und Stil. Aber, jetzt kommt die Institution, die unter anderem doch, das habe ich mal gehört, unseren Nachwuchs rekrutieren soll: Die Konrad-Adenauer-Stiftung verwechselt das permanent. Ich war gerade bei den Altstipendiaten und Neustipendiaten, und ich ärgere mich eigentlich selten, aber ich habe mich in den letzten zehn Jahren nicht so geärgert wie jetzt am Samstag bei dieser Veranstaltung. Diese Gruppe kann von mir aus wirklich Meinung dort oder da haben, wie sie will. (*Kohl: Die Altstipendiaten?*) Altstipendiaten, ein paar neue Stipendiaten waren auch da und ein paar Vertrauensprofessoren. Jetzt wirklich nur mal stichwortartig Folgendes: Als ich dargelegt habe unter anderem – Thema war enttäuschende Politiker, die Hochschulen und die Studenten –, daß wir darüber nachdenken müssen, was los ist, wenn aus den Gymnasien die geringste Zahl derer kommt, die bereit sind, den Friedensdienst in der Bundeswehr zu leisten; dann habe ich das noch verdeutlicht, da war Totenstille im Saal. Dann habe ich gesagt, wenn ich diesen Satz sage bei Handwerkern oder Bauern, kriege ich große Zustimmung, den gleichen Satz in einer Hochschule gesagt, werde ich ausgepiffen. Zuruf: „Zu recht!“ (*Kohl: Das war dann ein Theologe vielleicht?*) Ich weiß es nicht. (*Heiterkeit. Unruhe.*) Ich will das hier nur so sagen, von mir aus können wir bei Montanmitbestimmung, in Bildungsfragen uns ja streiten als Partei mit verschiedenen Meinungen. Aber in den Grundfragen fehlt es hier an Vermittlern. Und ich schätze, wir müssen über dieses Thema, gerade was den Nachwuchs angeht, sprechen, denn wer Stil und Grundsatztreue verwechselt, der ist hart in der Form und weich im Prinzip. Umgekehrt: Bei aller Öffnung in der Form – alles, was hier gesagt worden ist, will ich nicht nochmal wiederholen – ist doch die Treue zu ein paar grundsätzlichen Dingen nötig.

Ganz kleine, kurze Bemerkung: Ich fand sehr hilfreich, daß Gerhard Stoltenberg von den semantischen Problemen gesprochen hat. Auch wenn jetzt mancher innerlich anderer Meinung sein wird, ich möchte doch sagen, in der Bildungspolitik haben wir so viele Gemeinsamkeiten – mit den Älteren sehr oft auch –, daß Sie staunen; nur das weiß keiner. (*Kohl: Wer? Mit wem Gemeinsamkeiten?*) Ja, ich nehme mal jetzt also Remmers⁷⁶ und Bendix⁷⁷. Nur, es weiß keiner von dieser Gemeinsamkeit. Ich wollte erst mal das Konzept jetzt nur ansprechen. Gestritten wird nur über Randfälle, die dramatisiert werden. Es wird mit semantischen Problemen gestritten. Ich sage jetzt mal ganz aggressiv, wenn man einen Scheingötzen aufgebaut hat zwischen Orientierungsstufe links gehäkelt und rechts gestrickt und damit eine Polarisierung in der Union vermeiden will, dann kann ich nur sagen, zwischen Remmers und Baden-Württemberg sind in den Fragen, wie das fünfte und sechste Schuljahr gestaltet wird, mehr Gemeinsamkeiten, als die öffentliche Diskussion überhaupt darstellt. Auch Nordrhein-Westfalen war ja dann voll gemeinsam, so daß leider

76 Werner Remmers (1930–2011), Volkswirt; 1967–1994 MdL Niedersachsen (1982–1986 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1976–1990 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Osnabrück-Emsland, 1976–1982 Kultusminister und bis 1977 Minister für Wissenschaft und Kunst, 1986–1990 Umweltminister.

77 Ursula Benedix-Engler (1922–2014), Diplom-Handelslehrerin; 1953 CDU, 1967–1972 MdL Niedersachsen, 1972–1983 MdB.

verloren geht, welche Unterschiede die CDU-Vertreter zu Herrn Engholm⁷⁸ haben und anderen. Diese Schlacht also müssen wir aufnehmen, die vorhandenen Gemeinsamkeiten verdeutlichen und nicht über diese Schein-oder-Sein-Unterschiede streiten.

Und noch eine letzte Bemerkung, wo ich also erst mal überlegt habe, ob ich die doch hier sage. Der Bundesvorsitzende hat angesprochen die Kirchen. Was ich jetzt sage, stammt nicht aus dem Bereich der Evangelischen Kirche, was ja hier schon angesprochen war, sondern aus dem Bereich der Katholischen Kirche. Ich war in den letzten Tagen in München in der Katholischen Akademie, ich war in Aachen, irgendein großes Jubiläum. Lassen Sie mich, bestätigt leider durch diese Erfahrungen, Folgendes sagen: Die Entwicklung in der Katholischen Kirche ist leider so, daß die moralische Glaubwürdigkeit, nein, moralische Glaubwürdigkeit ist falsch, daß das moralische Ernstnehmen nicht durch Randgruppen, sondern durch Kerngläubige in Frage gestellt wird. Ich habe in München Position bezogen dazu, das wird mir schon noch hinreichend Ärger bringen. Ich will es deshalb auch hier ganz deutlich sagen und sage das auch dann als eine Konsequenz für die CDU: Wer so leidenschaftlich gegen Abtreibung und gegen soziale Indikation als ein Mittel der Geburtenplanung ist, der muß ein klares Wort zur verantwortlichen Elternschaft wagen, auch dann, wenn Bischofskonferenzen dieses Wort, diese Tatsache der Stellungnahme, ich kann nur sagen, anachronistisch umschreiben. Ich habe in München, es waren höchste kirchliche Würdenträger dabei, etwas, wie ich hoffe, freundliche Verwirrung gestiftet, als ich gesagt habe, man kann auch Knaus-Ogino⁷⁹ völlig unsittlich einsetzen. Wenn man denn Glück hat – na gut. Aber wenn man also hier eine theologisch völlig überholte Diskussion über die moralische Qualität der Mittel statt über die moralische Qualität der Zielsetzung einsetzt, dann, meine Damen und Herren, erleben wir etwas, was mich zur Zeit in meinem Alltag durch Briefe und Anrufe sehr bekümmert und beschäftigt, daß die Kerntruppe der Gläubigen, die nicht Lefebvre⁸⁰-Anhänger sind, sondern die ja sagen, die auch noch das Wort Askese kennen, Entsagung und Opfer, sich in ihren Problemen alleingelassen fühlt. Und zu unserer Statistik, daß die treuen Kirchgänger uns wählen: Die werden nur dann treu bleiben, die werden nicht noch immer weniger werden, wenn wir die Courage haben, uns nicht als Nachwuchsgeschenk einer Deutschen Bischofskonferenz darzustellen, sondern in der Tat als Leute, die versuchen, ein paar sittliche Stellungnahmen auch dann durchzustehen, wenn die Mittel, mit denen die Sittlichkeit zu verwirklichen ist, sich zeitengebunden ändern.

78 Björn Engholm (geb. 1939), Diplom-Politologe; 1969–1983 MdB (SPD), 1981/82 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1982 auch für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1983–1994 MdL Schleswig-Holstein, 1988–1993 Ministerpräsident, 1991–1993 Vorsitzender der SPD.

79 Methode einer natürlichen Empfängnisverhütung, benannt nach dem Japaner Kyusaku Ogino und dem Österreicher Hermann Knaus, die auf der Protokollierung des Menstruationszyklusses einer Frau beruht.

80 Marcel François Marie Joseph Lefebvre (1905–1991), katholischer Theologe; 1925 Priesterweihe, 1955 Erzbischof von Dakar. Er wurde Anführer katholischer Traditionalisten, die die wesentlichen Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) ablehnten, und gründete die Priesterbruderschaft St. Pius X. 1976 entzog ihm Papst Paul VI. alle Vollmachten seines Priester- und Bischofsamtes; 1988 wurde er von Papst Johannes Paul II. exkommuniziert.

Schlußsatz. In der Vorbereitung auf mein Münchner Gespräch habe ich etwas gefunden: 1832, im Jahr des Hambacher Festes, hat es eine Bulle gegeben, „Mirari vos“⁸¹, die war gegen die Pressefreiheit. Da erheben einige Leute den Anspruch, Gewissensfreiheit zu haben und Pressefreiheit usw. Ich finde, daß wir in diesem Sinne nicht bei „Mirari vos“ sein müssen in unserer Zeit und daß wir vor allen Dingen auch die Frauen, die hier in unglaublich wichtiger Weise angesprochen sind, nicht dadurch verlassen, sie nicht sitzen lassen, daß wir uns zu überholten Meinungen bekennen, die unter einer Scheinüberschrift hier stehen. Ich meine, daß wir hier auch als Partei etwas Mut haben müssen zur Stellungnahme, wenn es die Sache erfordert. Wir sind wahrhaftig für die C-Werte da in menschlicher Unvollkommenheit. Aber ich meine, daß wir damit auch die Courage verbinden müssen, manchmal der verfaßten Kirche zu widersprechen. Das kann auch in guter Rollenverteilung geschehen, das kann nicht das Präsidium oder der Bundesvorstand machen; aber ich möchte – Sie merken, ich habe das jetzt in den letzten 14 Tagen mehrfach getan, wollte es aber hier auch zur Sprache bringen, damit das nicht als „Lustsolo“ erscheint –, daß das irgendwo auch von diesem Gremium mitgetragen wird. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Lustsolo ist ein anständiges Wort, das kommt aus dem Doppelkopf und das ist, wenn man zwei schwarze Damen hat. (*Große Heiterkeit. Beifall.*)

Kohl: Jetzt muß ich natürlich sagen, ein Großteil dessen, was Sie vorher gesagt haben, ist durch die Notwendigkeit zu glauben, das Letzte erklären zu müssen, weggelassen. (*Heiterkeit.*)

Neumann: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, sicher ist es im Hinblick auf die Klausurtagung nicht sehr sinnvoll, auf das im einzelnen einzugehen, was der Vorsitzende ausgeführt hat; dafür haben wir ja die Klausurtagung. Dennoch meine ich, daß man all denjenigen, selbst denen, die von Neuorientierung sprechen, nach dem Ergebnis, welches wir gehabt haben, durchaus die Möglichkeit gibt, dazu etwas zu sagen. Ich halte das erst mal im Prinzip für völlig legitim. So wird ja auch im Papier des RCDS⁸² von einer grundlegenden Neuorientierung gesprochen, allerdings wenn man das Papier weiter durchliest, habe ich nicht den Sachverhalt gefunden, der eine Neuorientierung bedeutet. Insofern glaube ich, daß bei all denjenigen in unserer Partei, soweit sie ernst zu nehmen sind, (*Heiterkeit.* – *Kohl:* Neumann, nur ein Zwischenruf, damit das kein Mißverständnis ist, ich habe mit meiner Bemerkung mit dem verschickten Papier nicht den RCDS, sondern eine Gruppe hier im Rheinland gemeint, die in der Tat eine Neuorientierung in einer völlig anderen Dimension verlangt.) die auch jetzt von Neuorientierung sprechen, einfach das Gefühl da ist, man müsse einfach mal nachdenken, man müsse überlegen, wie das denn weitergehen soll. So geht es uns ja in der ganzen Partei, und es ist auch klar, daß wir nicht nur von den Fehlern der anderen profitieren, so recht Sie haben, Herr Dr. Stoltenberg, daß wir natürlich nichts von dem Problemdruck der anderen wegnehmen sollen, den diese haben, und letztlich nicht in die Versuchung geraten sollen, Mitverantwortung zu übernehmen. So wichtig wie das ist, ist auch ein pures Zusehen genauso falsch, weil

81 Die Enzyklika von Papst Gregor XVI. „Mirari vos“ vom 15. August 1832 (Untertitel „Über den Liberalismus und religiösen Indifferentismus“) wendet sich u.a. – zeitgebunden – gegen die Presse- und Gedankenfreiheit.

82 „Gedanken zur Lage“, zitiert in FAZ vom 13. Oktober 1980: „Wirbt um die Jungen“; im Kontext dazu vgl. auch das Papier einer Reformgruppe innerhalb der CDU, zu der auch der RCDS gehörte (Druck in „Frankfurter Rundschau“ vom 1. November 1980: „CDU auf dem Weg ins Abseits“).

natürlich auch die Leute von uns Konkretes erwarten. Das Thema, wie verhalten wir uns bei Haushaltsberatungen, ist ja nicht nur ein Thema der Bundestagsfraktion, sondern der, der eine Landtagsfraktion verantwortet, hat dieses Dilemma jedes Mal erneut wie wir jetzt auch, in einer desolaten finanziellen Lage. Soll man es so machen wie die Hessen und sagen, wir stellen einfach als Opposition keinen eigenen Antrag mehr? Da sagen die ganzen Kollegen, wir müssen ja Anträge haben, um für uns eine Politik zu formulieren. Wenn ich hier zum Beispiel das vorgesehene Haushaltsgebaren der bayrischen CSU ansehe, was die noch so alles vorhaben! Nun gut. Es stellt sich natürlich immer die Frage, wie wir mit unseren hehren Grundsätzen klarkommen, auch was die Bundestagsfraktion betrifft, und nicht nur mitanzusehen, wie die da wurschteln, sondern durchaus auch schon den Mut zu haben, allerdings auf Grundlage unseres Programmes, das eine oder andere zu sagen.

Herr Vorsitzender, ich habe ganz konkret zwei Fragen und eine Anregung. Medienpolitik: Ich bin hier der Auffassung wie Herr Stoltenberg, wenn wir über Medienpolitik sprechen, meinen viele Unterschiedliches. Im wesentlichen meinen wir, wie wir durch eine bessere Medienpolitik besser zum Zuge kommen in den Medien. Darüber können wir auf dem Parteitag nicht sprechen. Darüber können wir überhaupt nicht auf dem Parteitag sprechen, das würde das Gegenteil herbeiführen, wenn wir uns den ganzen Tag unterhalten darüber in Anwesenheit derjenigen (*Kohl*: Aber das ist doch nicht das Ziel!) und unter Absingen von schmutzigen Liedern gegenüber denjenigen, die das doch vermitteln sollen, wie wir das Ganze denn nun besser vermitteln, damit wir besser wegkommen. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist also nicht gemeint, das kann nicht gemeint sein. Wenn Sie dann das nehmen, was an Programmatik bezogen auf die Delegierten, die wir dort haben, diskussionsfähig ist, dann bleibt da nicht mehr viel. Das ganze Problem des Kabelfernsehens diskutieren sie dann auf dem Parteitag; wer will da noch etwas verstehen – ich sage das mal so –, wenn wir unsere Fraktionsvorsitzendenkonferenz haben. Also ich sehe noch nicht, so wichtig dieses Thema ist, wie wir mit Sachverstand und Interesse und glaubwürdig nur dieses Thema als Hauptthema eines Parteitages diskutieren. Mir wäre da schon lieber, es gibt noch ein paar andere Themen, die wir dann aufnehmen.

Zwei Fragen zum Abschluß: Das eine betrifft den EG-Kommissar. Sie werden sicherlich sehen in den Zeitungen, daß wir da mitten im Gespräch sind. Herr Dregger⁸³ soll mal das werden, dann wieder andere, was ist da eigentlich konkret angesprochen und was ist zu erwarten? Und der zweite mir wichtige Punkt betrifft die Konstitution der Fraktionspitze. Ich glaube, daß das auch ein Problem der Partei ist, selbst wenn die Fraktion, die sich heute nachmittag konstituiert, sagen kann, wir sind da autonom, weil natürlich das personelle Bild, welches diese Fraktion bietet nach einer Wahl, welches ja auch kommentiert wird, in gewisser Weise Wirkung erzeugt. In der letzten Sitzung hat Gerhard Stoltenberg wie auch andere davon gesprochen, daß uns die Wahlergebnisse in den norddeutschen Ländern sehr zum Nachdenken Anlaß geben müssen, und zwar nicht nur den norddeutschen Ländern, uns sowieso, sondern der Gesamtpartei, weil – man kann darüber streiten, man kann natürlich sogar noch das Bremer Ergebnis dazu herannehmen – es

83 Alfred Dregger (1920–2002), Jurist; 1956–1970 Oberbürgermeister von Fulda, 1962–1972 MdL Hessen, 1967–1982 Vorsitzender der CDU Hessen, 1972–1998 MdB, 1982–1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. – Der EG-Kommissar Guido Brunner (FDP) war nach der Bundestagswahl in den Deutschen Bundestag gewechselt, Nachfolger wurde Karl-Heinz Narjes (CDU).

kein Nord-Süd-Gefälle gibt. Das ist ein Problem der gesamten Partei. Und in einer solchen Situation, die keiner bestreitet, ist es natürlich auch von Bedeutung, wie dieser norddeutsche Bereich personell integriert ist in die Führungsriege der Partei wie auch der Fraktion.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich, sicherlich mit Unterstützung der anderen norddeutschen Verbände, darauf hinweisen, daß es natürlich außerordentlich wichtig wäre, wenn in der neuen Fraktionsspitze, in der Führung der Fraktion, ein prominenter Norddeutscher vertreten wäre. In diesem Falle denke ich an Herrn Kiep⁸⁴, weil ich alternativ zur Zeit gar keinen anderen sehe. Ich möchte Sie also herzlich bitten, Herr Vorsitzender, zumal man immer was anderes liest, wie dies dann beabsichtigt ist. Also wenn in der gesamten neuen Fraktionsführung, Vorsitzender und Stellvertreter, aus den gesamten vier Ländern Norddeutschlands keiner repräsentiert wäre, würde natürlich die Arbeit der Fraktion nicht untergehen, aber dies hat eine gewisse Signalwirkung auch für die Gesamtpartei, insbesondere aber für uns im norddeutschen Raum. Deswegen möchte ich doch ausdrücklich die Herren Albrecht und Stoltenberg – wie ich gelesen haben, haben sie es ja wohl auch schon gemacht – nochmal ausdrücklich bitten, diesen Gesichtspunkt zu berücksichtigen mit der vielleicht vor allem formal sehr unverschämten Frage, wie ist denn Ihre Meinung, Herr Vorsitzender?

Kohl: Das ist gar nicht unverschämt, ich sage dazu gleich noch etwas.

*Waffenschmidt*⁸⁵: Drei Dinge möchte ich kurz ansprechen. Erstens, ich will die Ansichten unterstützen, die hier vorgetragen wurden, daß wir zunächst einmal SPD und FDP in ihrer politischen Drucksituation dem Bürger aufzeigen müssen und ihre Politik zu Lasten der Bürger. Dies ist sicher für die kommenden Wochen und Monate deshalb so wichtig, damit das auch nicht so schnell wieder in Vergessenheit gerät. Ich will hier wie Gerhard Stoltenberg ein Thema anschneiden, von dem ich meine, daß es ungeheuer große Auswirkungen hat, das ist nämlich die beabsichtigte Erhöhung der Mineralölsteuer. Das wird uns an vielen Ecken in den kommenden Monaten beschäftigen, bis hin zu raumordnungspolitischen Auswirkungen und vielem anderen mehr.

In der Kürze der Zeit gestrafft, bin ich der Auffassung, Herr Vorsitzender, und das wird in unserer Klausurtagung auch eine Rolle spielen müssen, daß wir einige wenige bürger-nahe Themen, die den Bürger wirklich bedrängen, auch von uns aus aufgreifen müssen; da müssen wir uns verständigen. Eines will ich nennen, den Wohnungsbau. Wir sollten hier in alter guter CDU-Tradition – ich erinnere an das, was uns Konrad Adenauer und Paul Lücke⁸⁶ dazu früher gesagt haben – unsere Konzeption aufweisen; hier sind hunderttausende, insbesondere jüngere Menschen, die sich anschicken, eine Familie zu bilden, sehr brennend interessiert.

Zweiter Punkt, ich möchte hier nochmal sehr deutlich sagen, ich war sehr bekümmert über alle diese Äußerungen, die ich gehört habe zur Zusammenarbeit mit der FDP. Ich

84 Walther Leisler Kiep (1926–2016), Versicherungskaufmann; 1965–1976 und 1980–1982 MdB (CDU), 1967–1976 Landesschatzmeister der CDU Hessen, 1976–1980 Finanzminister in Niedersachsen, 1976/77 auch Wirtschaftsminister, 1971–1992 Bundesschatzmeister der CDU.

85 Horst Waffenschmidt (1933–2002), Rechtsanwalt; 1954 CDU, 1962–1972 MdL Nordrhein-Westfalen, 1972–1998 MdB, 1973–1997 Bundesvorsitzender der KPV, 1982–1997 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, 1988–1998 Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung.

86 Paul Lücke (1914–1976), Maschinenbauingenieur; 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Wohnungsbau bzw. Wohnungswesen, 1965–1968 des Innern.

hätte, lieber Helmut, das gesagt, gerade als einer, der seit Jahren auf regionaler und kommunaler Ebene Bündnisse mit der FDP schließt. Ich muß sagen, was hier teilweise gelaufen ist, macht uns lächerlich. Und es ist auch würdelos und führt überhaupt nicht zum Erfolg. Wir werden nur erfolgreich sein, ich nehme das Wort auf, wenn die FDP auf den Prüfstand kommt und wenn sie Sorge hat, daß ihre Wähler ihr weglaufen und daß sie ihre Positionen einbüßt. Dazu gehört, daß wir unser Wahlprogramm und unser Grundsat program ernst nehmen und es nach draußen bekanntmachen und daß wir das tun in einer Sprache, in einem Stil, in einem Verfahren, das dem Inhalt angemessen ist. Da begrüße ich, was Gerhard Stoltenberg sagte, wir müssen einen offenen Dialog dabei auch wagen, dann sind wir attraktiv auch für die Gruppen, die Du, Helmut, hier angesprochen hast.

Ein Letztes: Meine Freunde, es hat in den letzten Wochen angehoben eine Diskussion zwischen den Konfessionen. Ich könnte dazu viel sagen als Mitglied in der großen evangelischen Landeskirche. Ich will Ihnen hier nur soviel mitteilen, wir sollten dies, da unterstütze ich, was Helmut Kohl gesagt hat, keinesfalls auf die leichte Schulter nehmen; denn hier kommen Dinge gerade auf uns als Union zu. Ich bedanke mich bei allen, die geholfen haben, daß die Dinge nicht eskalieren durch einige sehr törichte Erklärungen. Ich habe selbst ermuntert, daß Herr Lohse⁸⁷, Herr Hild⁸⁸ und andere das Gespräch mit dem Papst führen. Ich muß Ihnen sagen, es gab Anträge im Bereich wichtiger Gruppen der Kirche, die darauf hienzielten, dieses Gespräch abzusagen. Es wird stattfinden. Ich hoffe, daß es ein gutes Gespräch wird. Ich muß Ihnen genauso sagen, daß der Standpunkt, den der Präses immer eingenommen hat, nicht zu der Bischofs-, der Papstmesse zu gehen, auch eine breite Unterstützung hat. Auch mit den Begründungen, die er genannt hat, die nicht allein hier jetzt im nationalen Bereich liegen. Weil dies so ist und ich Ihnen das mitteilen muß, bitte ich, daß wir alle, die wir da etwas machen können, helfen, daß Brücken gebaut werden und nicht Weiteres eskaliert; das ist nämlich für unsere geistige Grundlage als Union ja von imminenter Bedeutung. Ich kann nur sagen, wir haben, Gott sei Dank, viel ökumenische Substanz ja in beiden Kirchen angesammelt; und ich hoffe, daß sie uns auch weiter trägt. Aber ich muß hier in unserem Führungsgremium sagen, weil ich ja auch als Insider die Diskussion hier sehr gut kenne, daß man die Dinge nicht auf die leichte Schulter nehmen darf und daß vor allen Dingen die Gefahr besteht, daß einige Leute, die vielleicht auf beiden Seiten in der jüngsten Vergangenheit sich etwas mehr zurückgehalten haben, jetzt auf einmal wieder besondere Punkte akzentuieren. Da sollten wir alle unseren Beitrag leisten, daß es nicht eskaliert, daß wir helfen, daß wir im Gespräch bleiben, aber auch dafür auf beiden Seiten helfen, daß törichte Äußerungen abgewandt werden. Ich sehe die Union hier in ihrer geschichtlichen Aufgabe, gerade auch die Brücken gebaut zu haben und künftig zu bauen; wir sind hier erneut herausgefordert.

Gradl: Herr Vorsitzender, nicht weil ich meine, davon besonders viel zu verstehen, nämlich von der Benzinpreiserhöhung, möchte ich doch wenigstens dies sagen: Ich halte immer mehr von Steuererhöhungen, denen sich der Bürger durch persönliches Verhalten selber entziehen kann. Und diese Steuererhöhung wäre ein solcher Fall. (*Unruhe.*) Au-

87 Eduard Lohse (1924–2015), evangelischer Theologe; 1956–1964 Professor für Neues Testament in Kiel, 1964–1971 in Göttingen, 1970–1988 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover.

88 Helmut Hild (1921–1999), evangelischer Theologe; 1969–1985 Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

genblick! Wenn wir damit rechnen, was ich fürchte, daß die Versorgungslage auf dem Ölmarkt nicht besser, sondern schlechter wird und wir vor die Sorgfältigkeit gestellt sein werden, auch aus volkswirtschaftlichen Gründen dahinzuwirken, weniger zu verbrauchen, wenn wir aber auch vermeiden wollen, daß Importwirtschaft eingeführt wird, dann bleibt am Ende sowieso nichts anderes als der Weg über den Feind. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, sehen Sie! Und wenn wir das nicht machen, die können es sowieso machen. Also, dies nur eine Anregung. (*Unruhe. Diskussion.*) Aber denken Sie mal darüber nach.

Es gibt zwei Dinge, die mich beschäftigen: Das eine, Sprache und Verhalten im Kundtun unserer Politik, ist in gewisser Weise fast noch wichtiger als das, was wir inhaltlich sagen. (*Kohl: Völlig richtig! Weil das die Glaubwürdigkeit betrifft!*) Nun ist darüber viel gesagt worden, und ich unterstütze das auch. Ich will nur zwei, drei Sätze sagen. Wir gebrauchen, auch hier ist das heute geschehen, so leichthin die Worte liberal und konservativ. Wir gewöhnen uns an, uns selber in den Bereich eher des Konservativen zu rechnen, wir wollen aber gleichzeitig auch das Etikett liberal haben. Aber es ist viel wichtiger, sich die Mühe zu machen, etwas umständlicher auszudrücken, was wir sind und was wir wollen, und damit klarzumachen, daß wir dies nicht sind und nicht wollen, was heute allgemein – sehr zu Unrecht, aber leider tatsächlich – mit dem Etikett liberal zum Beispiel versehen wird. Wenn Sie das, was die FDP unter liberal versteht, genau ansehen, reicht das hin bis zum Anarchismus und bis zum Nihilismus. Dies verstehen sie unter liberal. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht in die Gefahr kommen, in die Nähe solcher Besetzung zu kommen. Umgekehrt, konservativ, gut, ich glaube, ich weiß wie jeder, der hier den Begriff gebraucht, den verstanden sehen möchte. Nur muß man sich darüber im klaren sein, daß in der deutschen Bevölkerung von urher sozusagen, mindestens seit 100 Jahren, der Begriff konservativ gefühlsmäßig gleichgestellt ist mit dem Begriff reaktionär. Ich weiß genau und Sie wissen alle, das sind ganz verschiedene Dinge, aber es ist so. Der Ursprung liegt darin, daß in der Tat der deutsche, vor allem der preußische Konservatismus immer reaktionär war. Und als 1918 die Revolution war, das erste, was die Konservativen gemacht haben, weil sie rochen, daß sie nunmehr mit diesem Begriff, der als reaktionär abgestempelt war, nichts mehr erreichen konnten, gaben sie ihn auf und nannten sich damals „deutschnational“. So war das. Und der Nachklang, die Nachwirkungen davon finden Sie noch immer bei uns. Ich bitte also, empfehle sehr, auch mit dem Begriff konservativ vorsichtig zu sein.

Im übrigen zum Verhalten, Gemeinsamkeiten: Es gibt bestimmte Felder, die sind nach meiner Meinung prädestiniert, aus der Konfrontation, die normal ist in der Demokratie, möglichst herausgehalten zu werden und mehr auf das Feld der gemeinsamen Bewältigung gebracht zu werden oder auf dem gehalten zu werden. Solche Felder sind zum Beispiel die Abwehr des Terrorismus. Das ist dann der Standpunkt, den wir einnehmen in diesem Fall. Ich bin dagegen, daß wir aus Gemeinsamkeit ein Generaletikett machen. Ein solches Feld ist auch die Deutschlandpolitik, inklusive Berlin natürlich. Wir sollten uns durch präzise Aussagen dahin verständlich machen, daß wir solche Debatten zum Beispiel als Bereiche ansehen, in denen wir es nicht partout auf Konfrontation ankommen lassen. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit eine Reihe von Aussagen gehabt, in denen unsere Deutschlandpolitik in einer überschärften Weise formuliert worden ist. Dies war nicht gut. Darüber werden wir zu sprechen haben in der Klausurtagung. Darüber werden wir uns unterhalten müssen.

Ich frage mich auch, ob es so einfach richtig ist zu sagen, die Entspannungspolitik ist gescheitert. (*Unruhe. Diskussion.*) Da müssen wir differenzieren. Entspannungspolitik gescheitert, klingt so gesagt leicht. (*Kohl: Genau meine Meinung!*) Punkt eins. Punkt zwei, wenn wir anfangen zu differenzieren und tieferzugehen, dann darf ich erinnern an einen Vorgang, den wir nach dem Einmarsch in der Tschechoslowakei⁸⁹ hatten in einem abendlichen Gespräch bei Herrn Barzel unter dem Eindruck dieses Geschehens, das war, ich glaube, am 24. oder 25. August 1968. Da saßen wir zusammen, Strauß und von uns alle, die in Frage kamen, und da sagte einer, ich sage jetzt nicht wer, da ist doch die Entspannungspolitik gescheitert! Die Vorgänge in der Tschechoslowakei wären nicht möglich gewesen im Jahre 1968, wenn die Tschechen dort gesagt hätten, was sie von früher her immer angenommen haben, daß sie vom Westen her in die Gefahr des Überranntwerdens, des Zurückgedrängtwerdens gedrängt werden. Das haben sie nicht geglaubt, sondern den Mut gehabt, den Russen, die ihre Beschützer waren, entgegenzutreten mit ihrer Absicht, dieses System zu provozieren. Diese Dinge sind etwas schwieriger. Und wenn Sie glauben, daß in Polen möglich gewesen wäre, was jetzt geschehen ist, wenn die Polen nicht den Eindruck bekommen hätten, daß das Schreckgespenst, als das Moskau die Bundesrepublik, die Deutschen im Westen, darstellt, eine Täuschung ist, dann hätten diese Polen nicht den Mut gehabt, das zu versuchen mit der Konfrontation, wie sie es versucht haben. Was gescheitert ist, was sich als Irrtum erwiesen hat, ist die Annahme, man könnte den deutschen Bereich dann, wenn eine Weltspannung entstanden ist, insbesondere zwischen den beiden Weltmächten, auf die Dauer aus dieser Spannung heraushalten. Dies hat sich als Irrtum erwiesen. Dies kann man sagen. Dies ist kein Sündenfall! Dies ist vielleicht hinterher eine Illusion. Aber jedenfalls hat es sich als falsch erwiesen. Und daraus muß man politische Lehren ziehen. Und dies muß man den Menschen sagen. So, glaube ich, muß man an dieses Thema herangehen, wenn man es ernst anpacken will und wenn man die nachdenkliche Bevölkerung und insbesondere die Intelligenten für uns gewinnen will. Wir haben Chancen, aber wir müssen die eben in der rechten Weise angehen.

Filbinger: Ich habe vorhin mit großem Interesse den Ausführungen von Helmut Kohl entnommen, in welchem Maße wir damit rechnen müssen, daß die linke Seite innerhalb der SPD eine wesentliche Stärkung bekommt gegenüber der bisherigen Bundestagsfraktion. Das ist eine Beobachtung, die wir insgesamt gemacht haben in den letzten vier Jahren, daß ein sehr starker Druck in Teilen der SPD entstanden ist, der kein Ventil bekam. Die Linken sagen, wozu machen wir eigentlich unsere Politik, wenn die nachher pragmatisch umgepolt wird durch Helmut Schmidt? Das ist ja mit der Sitz des ideologischen Konflikts von Helmut Schmidt auf der einen Seite und einem großen Teil seiner Partei auf der anderen Seite. Die Frage wird sein, wie wird das werden, solange Helmut Schmidt jetzt noch am Ruder ist? Wird es ihm gelingen, zumindest rückblickend in den Jahren seit 1974 die pragmatische Linie durchzuhalten, oder wird da mehr ein ideologischer Druck auf ihn ausgeübt werden? Wird von sozialistischer Seite der Wechsel nicht nur präzisiert, sondern verlangt werden, auch eingelöst zu werden, mit der er schon seit langer Zeit ausgestellt ist? Es wird interessant sein zu sehen, ob hier, wenn die Linken mehr nach vorne kommen, ein rein pragmatischer Pendelschlag erfolgen wird: Ablösung dessen, was

89 Gewaltsame Niederschlagung des Versuchs der kommunistischen Partei, ein Liberalisierungs- und Demokratisierungsprogramm durchzusetzen, durch am 21. August 1968 einmarschierende Truppen des Warschauer Pakts.

Helmut Schmidt bisher machte durch einen Kurs, bei dem er sich mehr anpassen muß an den Druck seiner Partei, oder aber ist tatsächlich dahinter wieder ein ideologischer Druck, eine Tendenz zu sehen, die unter Umständen eine Kraft hat, sich durchzusetzen. Wenn das Letztere der Fall wäre, dann würde ich mich fragen, wie sollen wir am besten strategisch und taktisch dem begegnen?

Ich würde meinen, daß wir hier eine hervorragende Ausgangsposition haben im Entgegentreten gegen eine solche Bewegung, wenn wir die Frage stellen, woraus wollt ihr Linken euch eigentlich geistig nähren? Ihr seid doch im Grunde widerlegt worden in der Phase, in der ihr ja volle Entfaltungsmöglichkeiten gehabt habt, nämlich seit 1969, als Willy Brandt an die Regierung gekommen ist. Er hat die Reformitis eingeleitet, diese ganze Reformphase, die war ja doch ideologisch aufgezogen und ist aber total gescheitert. Und Helmut Schmidt, der konnte sich ja doch nur dadurch befestigen, daß er eine Reform nach der anderen nachher vom Tische genommen hat und damit das begründet hat, was eine vernünftige, pragmatische Politik gewesen ist, oder mindestens als solche in der Bevölkerung angesehen worden ist.

Ich würde meinen, wir hätten so viel Material zur Widerlegung der Linken aus dem Scheitern der Bewegung der neuen Linken seit Mitte der sechziger Jahre, daß wir in Ruhe einer solchen Tendenz entgegensetzen könnten und daß wir das von uns aus und auch uns selbst gegenüberstellen können. Ich würde meinen, daß hier es notwendig wäre, den ganzen geistigen Vorgang der Kulturrevolution noch stärker auszuschöpfen und sichtbar zu machen, was da im Grunde über die politische Bühne und über die geistige Bühne in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen ist und wie wenig Berechtigung vorhanden ist, etwa die Bildungspolitik auszurichten an Ideologien, so wie sie als wirkungslos und als gescheitert in der Zwischenzeit doch erledigt sind.

Nun wäre dann natürlich die Frage, was können wir an Positivem hinsetzen? Und da ist meines Erachtens auf unserer Seite bisher, trotz aller Bemühungen auch programmatischer Art, ein gewisser defizienter Modus zu beobachten. Wir haben hinter unserem Programm eine ethische Grundhaltung. Wir haben es aber vielleicht nicht in ausreichendem Maße fertiggebracht, diesen Hintergrund geistiger Art der Jugend insbesondere deutlich zu machen. Die Jugend ist enttäuscht, auch die linke Jugend, wenn ich die mal so kategorisieren soll, über das, was der Sozialismus gebracht hat. Er ist gescheitert, die jungen Leute sind vielfach resigniert. Aber wir haben ihnen auf der anderen Seite bisher nicht vermocht, die Vision zu geben, die von uns als eine an sich anbietbar wäre. Wir haben hier eine große Kraft, eine große Möglichkeit, die wir meines Erachtens bisher nicht voll ausgeschöpft haben. Wenn es gelingt, der Jugend deutlich zu machen, daß Ethik nicht nur eine Haltung ist, die bei uns hinter der Sozialen Marktwirtschaft steht, sondern daß wir eine philosophische Anthropologie anzubieten haben, deren Wurzeln im Christentum und in einer zweitausendjährigen philosophischen Tradition liegen, dann würde ich meinen, werden wir auch für diejenigen Jugendlichen interessanter und attraktiver, die bisher von uns nicht so sehr Kenntnis genommen haben.

Ich habe in vielen Gesprächen, und Ihnen ist es sicher genauso gegangen, festgestellt, daß die Jugend für die Vermittlung einer Vision, die in die Zukunft geht, auf einer philosophisch-theologisch begründeten Basis sehr ansprechbar ist. Und wenn wir heute davon sprechen, daß in der Jugend ja wieder religiöse Fragen ernster genommen werden, dann ist das ein Aspekt. Ein besonders wichtiger Aspekt, aber er schöpft auch noch nicht die

ganze Breite dessen aus, was im Grunde hier von uns ausgeschöpft werden könnte. Ich würde also meinen, bei dem, was bei uns für Strategie und Taktik jetzt geleistet werden muß, auch in unserer Klausurtagung, daß die Frage, Ausschöpfung der Kulturrevolution und ihrer Ergebnisse, Ziehung der Konsequenzen aus dem Scheitern des Neomarxismus, ein wichtiger Punkt für uns wäre, der beachtet werden müßte. Ich kann leider bei der Klausurtagung nicht da sein, weil ich eine andere Tagung zu bestreiten habe, aber ich werde vielleicht einige der Gedanken schriftlich einreichen, damit man das Material wenigstens vorliegen hat.⁹⁰ Ich würde glauben, wir brauchen nicht zu resignieren hinsichtlich der Fähigkeit und der Möglichkeit, interessant zu werden für die Jugend. Wenn wir die Dinge von Grund auf anpacken, dann ist die Jugend eher bereit, in der Zukunft uns zu folgen, als den sozialistisch-marxistischen Ladenhütern noch Vertrauen zu schenken, die im Grunde von der Jugend durchschaut sind als unerfüllbare Ideologien.

Hupka: Ich wollte drei kurze Bemerkungen machen. Erstens, die Prinzipien, Herr Vorsitzender, bezüglich der Verträge, ich lese zunehmend immer vom „Deutschlandvertrag“⁹¹. (*Kohl:* Ich habe das keinmal gesagt, ich sagte „die Verträge“, die drei Verträge damit gemeint.)

Das Zweite, es ist sicherlich sehr gut und schön und auch zu begrüßen, daß die Vertriebenen und die Flüchtlinge ein Punkt sein sollen auf unserer Klausurtagung, aber kann man das nicht eventuell noch erweitern und dann vielleicht unter das Thema stellen Politik für Deutschland und Europa? Ich habe bisweilen die Angst, daß die Geschlossenheit der deutschen Teilung nachher bei den Berliner, bei den Vertriebenen und den Flüchtlingen bleibt. (*Unruhe. Diskussion.*) Daß wir also das Europäische mit hineinnehmen: Politik für Deutschland und Europa.

Und das Dritte, was man durchgängig vielleicht behandeln kann oder als einen Punkt irgendwo mit einschieben, ist die Dialogfähigkeit von uns allen mit den Generationen, die jünger als 40 Jahre sind. Da haben wir schon Schwierigkeiten, die Soziale Marktwirtschaft zu präsentieren, weil die sie gar nicht mitbekommen haben oder verstehen. Ich bin auch gerade während des Wahlkampfes in Zielgruppengesprächen mit der Jungen Union, mit der Schülerunion immer wieder darauf angesprochen worden: „Argumentieren Sie so, daß es auch die verstehen, die jünger als 40 Jahre alt sind.“ Das ist eine ganz bestimmte Generation, die also hineingewachsen ist in die Bundesrepublik Deutschland, für die ist schon Adenauer ein historischer Begriff, genauso wie Bismarck⁹². Es ist also sehr schwer, Leistungen klarzumachen und den Dialog zu führen. Leider ist Herr Wissmann nicht da. Ich glaube, daß hier die Junge Union gefordert ist, die Dialogfähigkeit zu fördern, Transmissionsriemen zu sein und nicht nur eine Gegenposition zu beziehen, sondern das, was die Gesamtpartei leisten will, selber in die junge Generation hineinzubringen. Hier ist es sehr erfreulich, daß bei denen, die 16, 17, 18, 19 Jahre alt sind, eine größere Aufgeschlossenheit ist für unsere Probleme, auch was Deutschland betrifft, als etwa bei den 30-bis 40jährigen. Da gibt es also innerhalb der Generation einige Unterschiede, so daß wir

90 Schriftlich eingereichter Diskussionsbeitrag in ACDP 07-001-1335.

91 Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den „Drei Mächten“ (USA, Großbritannien und Frankreich), unterzeichnet am 26. Mai 1952. Durch das Scheitern der EVG konnte der Deutschlandvertrag erst 1955 als Bestandteil der am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Pariser Verträge in Kraft treten.

92 Otto von Bismarck (1815–1898), 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reiches.

also auch das vielleicht noch miteinbeziehen sollten, was gleich nach der Wahl gesagt worden ist: Denken wir heute schon an die 14- bis 18jährigen.

Eine Bemerkung vielleicht noch, als Anregung gedacht: Diese innerkirchlichen Konflikte, die Konflikte zwischen den Kirchen, sollten wir draußen vor lassen. Wir können nicht zu allem etwas sagen wollen und zu allem einen Deckel mitliefern. Es gibt natürlich Konflikte, das kann eine Partei gar nicht machen, auch wenn sie eine christliche Partei ist. Ich würde sagen, das sollen die Kirchen unter sich austragen, untereinander austragen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dingerkus: Nur eine Vorbemerkung ganz kurz zum Anfang: Ich glaube, wir sind über jeden Zweifel erhaben, daß Neuorientierung die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms bedeutet. Das wäre wohl genau die verkehrte Richtung. Lassen Sie mich ganz vereinfacht und überspitzt sagen, Herr Neumann, vielleicht viel stärker eine Bezugnahme in der politischen Arbeit jeden Tag auf die Werte im Grundsatzprogramm und der Neuorientierung. Aber das nur ganz am Anfang.

Ich möchte jetzt auch nicht die programmatische Diskussion vorweg nehmen, die wir eigentlich in vier Wochen führen sollten, aber zwei Dinge im Vorfeld dieser Klausurtagung möchte ich doch schon hier nur kurz sagen: Die Bezugnahme auf die Frage Stil und damit verbunden Glaubwürdigkeit der Arbeit, sprich das Selbstverständnis der Partei, einer Partei überhaupt nach außen, betrifft ja nicht nur programmatische Vorstellungen, programmatische Aussagen, sondern betrifft auch in ganz immanentem Maße die Parteistrukturen und die parteiinternen Medien. Das sollte man zur Vorbereitung der Klausurtagung meines Erachtens auch mit einbeziehen in die Diskussion, wie man die Partei nach außen hin glaubwürdiger, offener und dadurch auch im Stil näher an das bringt, was wir eigentlich von uns selbst als Anspruch schon mal festgeschrieben haben.

Und das zweite: Wo hier von stärkerer kritischer Aussage in Themenbereichen, die gerade junge Leute betreffen, gesprochen wurde, müßte meines Erachtens auch gerade in den nächsten Wochen noch im November und Anfang Dezember folgen, nämlich die Diskussion um den Haushalt des nächsten Jahres. Im Moment hört man über die Medien, den Eindruck habe ich jedenfalls, daß Kürzungen und Umschichtungen im Haushalt nur DM-Beträge sind, über die diskutiert wird und nicht über die Politik, die dahintersteht. Ich meine, es müßte deutlich gemacht werden, daß die ganze Wohnungsbaukürzungsmaßnahme – soweit man ihr zustimmt oder nicht, mag dahingestellt sein – eine Umkehrung des familienpolitischen Konzepts ist, daß junge Familien immer weniger Chancen haben, überhaupt die Grundlage für eine Familiengründung zu finden. Das ist nicht Finanzpolitik, das ist ganz elementare Familienpolitik, und das muß vermittelt werden, das kommt so bei den Leuten auch nicht an. Oder, ein zweites Beispiel, die Bildungspolitik. Es bedeutet, das, was im Augenblick diskutiert wird, politisch gesehen eine Abkehr von der Erreichung von mehr Chancengerechtigkeit im Bildungswesen, weil große Teile der jungen Leute schon von vornherein durch materielle Möglichkeiten oder Nicht-Möglichkeiten ausgeschlossen werden, am Bildungsangebot teilzuhaben. Das muß man in der Dimension auch klar in der Öffentlichkeit sagen, weil so nämlich die Politik der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten jetzt nach den Wahlen und ihre Unglaubwürdigkeit gegenüber den Versprechen, die vorher gemacht worden sind, daran erst richtig auftauchen. Es ist zu spät, es erst im Dezember zu diskutieren, das müßte meines Erachtens schon vorher gemacht werden. Hier ist gerade jetzt, wo von Trendstimmung und

Trendwende nach der Wahl gesprochen wurde, die Möglichkeit, das direkt für unsere politischen Aussagen zu kanalisieren, was schon heute bedeutet, daß die FDP-Wähler vom 5. Oktober, oder Teile davon jedenfalls, merken, daß sie hier im Grunde doch die falsche Partei gewählt haben oder daß sie mit ihrer Wahlentscheidung ein Zeichen gesetzt haben, was innerhalb der christlich-demokratischen Partei auch die stärkere politische Arbeit in dem Bereich, den wir hier diskutieren bedeutet und die Wahlentscheidung, was weiß ich, am 5. Oktober 1984 dann sehr viel vereinfacht und diese Leute im Grunde schon jetzt hier zu Sympathisanten für unsere Arbeit werden läßt, die in ihrer täglichen Arbeit sich nicht mit der FDP solidarisieren, wenn im Betrieb diskutiert wird oder im Büro, sondern mit uns. Und das ist eine wesentliche Chance.

Koch: Ich wollte auch noch kurz einige Anregungen geben zu den Diskussionsbeiträgen meiner Vorredner. Wir müssen feststellen, draußen im Lande ist eine gewisse Angst unter der Bevölkerung. Ich wünschte mir, es wären im Frühjahr überall Landtagswahlen, da würden wir sicher als Sieger hervorgehen, bei der augenblicklichen Trendwende. (*Kohl:* Das wird aber ein Jahr später noch härter.) Ja, ich wollte sagen, daß das für die nächsten drei Jahre besonders hart wird und daß wir in der schwierigen Zeit doch einige Aussagen machen müssen. Insbesondere denke ich jetzt, das habe ich auf dem Plan stehen, an die Arbeitslosigkeit. Die Lasten, die zu tragen sein werden, treffen in der Regel diejenigen, die zwischen 25 und 45 Jahre alt sind, die also Familie haben, wo nicht die Kinder mitverdienen usw. Die haben also mehr oder weniger, das wird auch draußen diskutiert, die ganze Last jetzt zu tragen, was in Bonn an Beschlüssen geschieht.

Arbeitsplätze sichern. Ich erlebe das jeden Tag, werde mit der Frage konfrontiert, wenn die jungen Menschen, die vielen Studierenden, Ingenieure und Akademiker kommen und keine Stellung haben. Sie müssen damit rechnen, daß ein Teil dieser Akademiker in Zukunft Hilfsarbeiterfunktionen einnimmt. (*Unruhe.*) Ich sage das so, Herr Stoltenberg. Hilfsarbeiterfunktionen praktisch in den Betrieben. Da muß man auch die Rationalisierungsmöglichkeiten sehen, die in den Betrieben bestehen. Einen herkömmlichen Buchhalter gibt es normal nicht mehr, der kriegt zwar durch Betriebsvereinbarungen seine Bezüge weiter, aber für seine Arbeit am ganzen Tag müßten ihm normal 2.000 Mark abgezogen werden. Ich sage das so ganz brutal, wie das draußen in den Betrieben vor sich geht, durch Computer, durch Apparaturen usw.

Dann das zweite sind die Einkommensverluste. Wenigstens das Realeinkommen müßte erhalten werden, gerade für den Personenkreis, der Familie hat. Es sieht ganz danach aus, daß das nicht der Fall ist. Zu unseren Berliner Freunden möchte ich noch sagen, daß unsere Freunde in Berlin erklären, sie wären unterbezahlt gegenüber dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland; sie hätten also einen Nachholbedarf, andererseits soll aber eine Kürzung vorgenommen werden. Nach dem, was ich da gestern Abend gehört habe im Fernsehen, will Matthöfer auch in Berlin sehr wahrscheinlich Kürzungen vornehmen, (*Stoltenberg:* Vier Prozent werden sie streichen. Das ist ein erheblicher Einschnitt.) so daß die Berliner Bevölkerung darunter zu leiden hat und insbesondere auch die Arbeitnehmer.

Ein Weiteres, worauf wir drängen müssen, ist, daß kein Dirigismus erfolgt. Die Entfaltungsmöglichkeit, auch was jetzt den Mittelstand anbetrifft, ist ja überhaupt nicht mehr gegeben. Keine Entfaltungsmöglichkeiten! Die Arbeitsmoral auch unserer führenden Leute läßt nach. Die Arbeitsmoral in den Betrieben, würde ich sagen, ist bei den Arbeitern,

bei den Angestellten noch sehr gut. Aber was darüber hinaus ist, ist dann nicht mehr gut. Der Dirigismus erfolgt vom Staat, von oben nach unten, wir kriegen also Druck.

Und dann möchte ich noch etwas sagen zu dem, was Frau Laurien eben gesagt hat. Die Länder werden ja auch damit konfrontiert. Wir müssen auch im Deutschen Bundestag da etwas flexibel sein und immer auf das, was gerade kommt, auch direkt eine Antwort haben, damit es dann nicht heißt, ihr CDU-Leute blockiert ja alles im Bundesrat. Ich bitte auch, daß wir darüber kurz sprechen müssen, wie das eigentlich ist, wer macht denn die Gesetze? Werden die in Bonn gemacht oder in den Ländern gemacht? Wir müssen draußen erklären, Gesetze werden in Bonn gemacht, in Bonn sind die Mehrheiten, und wir haben damit fertig zu werden. Deshalb sind Alternativvorschläge von seiten der CDU zu dem Regierungsprogramm notwendig. Ich nehme an, daß unser Vorsitzender einige Dinge dazu sagen wird. Ich bitte nur nicht zu vergessen, bei dem Regierungsprogramm in der Diskussion nicht zu vergessen die Arbeitslosigkeit, die Arbeitsplatzsicherung; das kommt draußen an. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich bin daran interessiert, wäre damit zufrieden, auch unsere Leute in den Betrieben wären zufrieden, wenn das Realeinkommen gehalten werden könnte. Also da ist die Preissteigerungsrate, dann kommt dazu ein halbes Prozent Arbeitslosenhilfe, ein halbes Prozent Krankenkassenerhöhung usw., dann sind wir schon bei fünf Prozent, dazu die Benzinpreise. Das alles trifft sehr stark die Arbeitnehmer. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: So, ich will versuchen, noch ein paar Fragen zum Schluß zu beantworten, dann können wir so gegen 13.05 Uhr, wie ich hoffe, das Essen hier hereinbringen lassen.

Kurze Bemerkung zu dem, was Hans Filbinger gesagt hat über die Wählerreserven. Wir werden hören bei der Klausurtagung, Hans, aus den Untersuchungen, daß im Gegensatz zu dem, was in den Zeitungen stand, das ist sehr wichtig für die Zukunft, man wohl behaupten kann, daß das, was Elisabeth Noelle-Neumann mal in einem Buch genannt hat das „Wählergestein“, für uns positiv aussieht, d. h. also jene Wähler, die auf alle Fälle bei ihrer Partei sind, die auf dem Grundstock ruhen und die bei allen Winden, die da wehen, sich nicht abbringen lassen. Sie nannte das das „archaische Wählergestein“, also das, was bei der Partei ist, das sich bis heute in den letzten sechs, sieben, acht Jahren – ganz interessant, wie ich finde – zu unseren Gunsten entwickelt hat. Ich würde das nie draußen sagen, weil wir auch mit Blick auf die Vergangenheit ja Denkmalspflege betreiben. Aber es ist einfach wahr! Die CDU/CSU ist heute in Wahrheit stärker als zur Adenauer-Zeit. Im Blick auf dieses Grundgestein unserer Wählerschaft können wir heute davon ausgehen, daß wir bei 43, 44 Prozent liegen. Das hatten wir zur Adenauer-Ära nicht. Man darf ja nicht vergessen, daß damals der Kanzlerbonus eine gewaltige Rolle spielte, vor allem bei der 1957er-Wahl. Die meisten haben ja die Wahlergebnisse vergessen. Das Wahlergebnis von 1953 war ein Ergebnis knapp über 45 Prozent. Daß wir damals um eine Stimme unter der absoluten Mehrheit lagen, war ja nicht unsere Leistung, sondern die Tatsache, daß wir Parteien hatten, die einen Haufen Rechtsstimmen zusammenbrachten, fast neun Prozent damals, und die unter die Fünfprozentklausel gefallen sind. Ein Teil unserer Rechnung, das muß man ja auch offen sagen, ist ja dieses Mal nicht aufgegangen, weil eben ganz am Ende die Grünen sozusagen geschrumpft waren, wie es niemand von uns innerhalb von zwölf Monaten so schnell erwartet hat.

Die Sozialdemokraten haben, das ist meine Überzeugung nach Einsicht in das Material, bei dieser Wahl einen Rückschlag, das hat etwas mit der Linksorientierung der

Partei zu tun, zu verzeichnen, daß sie, wie ich glaube, seit 1969 zum ersten Mal bei ihrem Wählergrundgestein unter 40 Prozent liegen. Die liegen näher bei 38, 39 Prozent. Und die SPD hatte trotz allem einen Kanzlerbonus. Ohne diesen Kanzlerbonus hätte die SPD bei dieser Wahl auch nicht das erreicht, was sie trotz allem noch erreicht hat. Das ist natürlich eine ungeheuer wichtige Feststellung. Darüber werden wir in der Klausurtagung zu reden haben, weil wir darauf aufbauen können.

Noch katastrophaler bildet sich das Bild bei der FDP ab. Die FDP hat, das ist übrigens auch die Analyse, die die FDP selbst gemacht hat, heute nicht mehr als drei Prozent Wähler, die in jedem Fall auf der FDP-Grundlage stehen, d. h., die FDP hat durch ihre Politik sich noch weiter weg entwickelt in eine noch gefährlichere Region mit der Fünf-prozentklausel. Ich glaube, daß die FDP aus diesem Grund vor allem deswegen ein so gefährlicher Koalitionspartner für die Sozialdemokraten geworden ist, weil sie natürlich jetzt – und zwar Genscher persönlich – unter einem ungeheuren Erfolgsdruck steht. Sie haben nun eine zweistellige Zahl bei dieser Bundestagswahl gehabt. Mir gefällt das Wort „Parkwähler“ überhaupt nicht, weil es nämlich auch bei uns insinuiert ein Verhalten von Wählern, das Wähler nicht haben. Ein Auto, das geparkt wird, steht ja ruhig auf der Parkfläche. Ein Wähler ist nicht geparkt, speziell ein FDP-Wähler nicht. Die FDP-Wählerschaft ist eine Wählerschaft, die hinsichtlich ihrer Ausbildung sich in der Proportion weit überdurchschnittlich aus Abiturienten und studierten Leuten zusammensetzt, also ausbildungsmäßig aus der Gruppe der Oberschicht. Und das sind gleichzeitig wieder Leute, die sich relativ rasch, innerhalb von Tagen, in ihrem Wählerverhalten ändern. Das ist eine völlig andere Position. Wenn Sie sich mal vorstellen, was wir, CDU/CSU, unserer Wählerschaft im Jahr 1979 zugemutet haben, das kann man doch laut aussprechen, das ist doch wahr, und daß diese Wähler dennoch bei uns geblieben sind, ist ja doch ein ganz bemerkenswerter Vorgang. Ich sage das nicht, damit wir diese Vorgänge von 1979 wiederholen, sondern ich sage das nur, daß wir wissen, auf was wir aufbauen können, daß das ein Kapital ist, das man pfleglich behandeln muß. Unser Wahlkunststück für die Zukunft ist doch, diesen Grundstock zu behalten und neue Stimmen dazuzugewinnen. Eine Kursänderung der Partei, ich sage das mal so, wie ich es empfinde, was dazu führt, daß wir neue Wähler gewinnen, aber bei der Gruppe von 35 bis 40 Prozent Wähler verlieren, bringt uns überhaupt nichts. Also unser Problem ist, mit dem Pfund, das wir haben, zu wuchern, es weiter auszubauen.

Und ich bin mit Dir, Hans, völlig übereinstimmend der Meinung, das eigentliche Pfund der CDU ist, daß wir unsere richtige Sachpolitik in einer vernünftigen Sprache vortragen, in einer vernünftigen Verpackung, was ja nicht nur bedeutet, daß wir nicht Überreaktionen sprachlich machen, sondern überhaupt eine verständliche Sprache. Das ist ja das große Problem der Europapolitik. Die Europapolitik steht sich im Bewußtsein der Bevölkerung durch die Sprache selbst im Weg, wenn Sie, ich sage damit nichts gegen Kollegen, den Europawahlkampf sich noch einmal in Erinnerung rufen. Da habe ich doch auf manchem Rednerpult gestanden und vor mir sprach ein europäisch engagierter Abgeordneter. Da sind dann eine Summe von Ausdrücken auf diese Leute heruntergeprasselt, wobei ich voraussetze, daß, wenn ich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU unter Klausurbedingungen darüber befrage, 80 Prozent diese Ausdrücke nicht übersetzen können. Wenn wir aber so mit unseren Wählern reden, erreichen wir die Wähler nicht, das hat gar keinen Sinn. Das fängt mit den idiotischen Kürzeln an, das fängt mit einer

Proportion des Politikdenkens an, die mit der Wirklichkeit gar nichts zu tun hat. Ich kann nur mahnend sagen, wir müssen alles tun, speziell in dieser Frage Europa, daß wir die Emotionen – das ist nicht zuletzt eine Frage der jungen Leute –, die wir einmal in meiner Generation in den fünfziger Jahren – das kann man nicht automatisch wiederholen, das ist eine andere Zeit – mit Europa verbunden haben, heute wieder versuchen aufleben zu lassen, in dieser unserer Zeit gemäßen Form. Wir sind damals gelaufen, für uns war Europa die Zukunftsvision. Das ist es heute eben überhaupt nicht mehr, weil die öffentliche Debatte zusammengeschrumpft ist, wir sind die Zahlmeister Europas, wir zahlen den europäischen Agrarmarkt. Sie können von keinem Pennäler der Oberprima – die es ja nicht mehr gibt, also in einer vergleichbaren Altersstufe – erwarten, daß er für den europäischen Agrarmarkt auf die Barrikaden geht. Das ist keine Sache zum Anpacken, das ist keine Sache, die ihn innerlich bewegt.

Zweitens, Baptist Gradl, ich bin dagegen, daß wir sagen, die Entspannungspolitik ist gescheitert. Ich bin aber entschieden dafür, daß wir sagen, die Entspannungspolitik à la Brandt und Bahr ist gescheitert. Das ist ja auch wahr, und wir haben ja gute Zeugen. Die Herren Giscard⁹³ und Schmidt haben bei ihrer Zusammenkunft im Februar, nach Afghanistan, erklärt, daß eben die Entspannungspolitik, sie haben es ganz global formuliert in ihrem Communiqué, einen weiteren Schlag nicht erträgt.⁹⁴ Das heißt doch – auf unsere Verhältnisse übertragen –, im Falle einer sowjetischen Intervention, einer Warschauer-Pakt-Intervention in Polen. Es hat keinen Sinn, daß wir darum herumreden, die Sache hängt in der Luft und ist keineswegs bereinigt. Im Gegenteil würde ich heute sagen. Im Gegenteil! Leider! Es steht uns doch möglicherweise eine Situation ins Haus, indem auch die Begriffe gewaltig in die Mühlen der Geschichte geraten werden. Wir haben ja zwei Hauptinteressen als Deutsche an der Entspannungspolitik. Das erste, ganz elementare Interesse ist die tiefe Angst unserer Bürger vor Krieg, vor einer Entwicklung dahin. Diese Angst ist da, Schmidt hat ja versucht, daraus Geschäfte zu machen. Es ist ja kein Zufall, daß das Thema in Amerika eine große Rolle gespielt hat. Nur, der Unterschied zwischen den Amerikanern und uns ist, daß, als Carter⁹⁵ diese Karte so spielte und sagte, Reagan⁹⁶ – auf Deutsch übertragen – ist eben nicht friedensfähig, er treibt zum Krieg, die amerikanische öffentliche Meinung von links bis rechts sich innerhalb von Stunden so brutal erhob, daß Carter revozieren mußte. Das darf man nicht vergessen, das ist ein entscheidender Unterschied in der Substanz, auch der ethischen Substanz, ich nehme wieder das Wort von Hans Filbinger auf, der amerikanischen öffentlichen Meinung und der deutschen

93 Giscard Valéry Giscard d'Estaing (geb. 1926), französischer Politiker (Republikaner, UDF); 1956–1973 und 1984–2002 Abgeordneter der Nationalversammlung, 1959–1962 Staatssekretär der Finanzen, 1962–1966 und 1969–1974 Minister für Wirtschaft und Finanzen, 1974–1981 Staatspräsident, 1978 Gründer und 1988–1996 Vorsitzender der Union pour la démocratie française (UDF), 1989–1993 MdEP.

94 Gemeinsame Erklärung anläßlich der 35. deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris, Satz 3: „Sie erklären, daß die Entspannung einem neuen Schlag gleicher Art nicht standhalten würde“ (Bulletin 1980 S. 117f., AdG 1980 S. 23241f.).

95 Jimmy Carter (geb. 1924), Farmer; 1971–1975 Gouverneur von Georgia, 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten, 2002 Friedensnobelpreis.

96 Ronald Wilson Reagan (1911–2004), amerikanischer Filmschauspieler und Politiker (Republikaner); 1947–1952 und 1959/60 Vorsitzender der Schauspielergewerkschaft, 1967–1975 Gouverneur von Kalifornien, 1981–1989 40. Präsident der Vereinigten Staaten.

öffentlichen Meinung. Hier gab es zwar Verleger, die sich geweigert haben die Anzeige zu veröffentlichen.⁹⁷ (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, das waren mehr, das muß ich doch zugunsten der Verleger sagen; wenn ich es recht sehe, war es die Mehrheit der Verleger. (*Unruhe. Diskussion.*) Soweit ich es sehe, war es die Mehrheit, aber das können wir ja nochmal vertiefen. Heiner, notier' das mal, das wäre ganz interessant. Also, nach meinem Informationsstand heute war es die Mehrheit der Verleger, die sich geweigert hat. Aber sie haben nichts daraus gemacht. Sie haben so gehandelt, aber es hat sich ja nicht in der Öffentlichkeit, in diesen Blättern, ein Sturm der Entrüstung erhoben, indem die sagen, etwa in einem Leitartikel, Leute, Leser, wir haben uns geweigert, diese Anzeige zu übernehmen. Das, meine ich, ist ja in Amerika passiert, und da ist, von den Elektronikmedien schon gar keiner, überhaupt kein Wort weder im Radio noch im Fernsehen zu diesem Punkt gekommen. Also, ich meine, wir sollten hier, weil es uns auch das Geschäft in der eigenen Partei, in der Gemeinschaft von CDU/CSU, erleichtert, diesen Bezugspunkt schon bringen.

Herr Hupka, natürlich sind wir nicht die Partei, die die Glaubensspaltung wieder gutmachen kann, wir sind nicht die Fortsetzung der Katheterdiskussion der Theologen. Aber die Themen, die hier angesprochen sind, berühren uns halt indirekt. Ich will das an einem Beispiel sagen: Mein Vorgänger als Parteivorsitzender hat damals öffentlich die Erklärung des Papstes, diese Pillen-Erklärung⁹⁸, begrüßt. Ich als sein Stellvertreter habe damals diese Erklärung kritisiert. Ich hätte mich nicht dazu zu Wort gemeldet damals, wenn der damalige Parteivorsitzende sie nicht begrüßt hätte. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß es nicht unser Job ist als Partei, zu der Erklärung des Papstes über die Pille eine Äußerung abzugeben. Nur, wir können dem Thema nicht ausweichen, insgesamt, dem Thema der Entwicklung in den beiden Konfessionen, und zwar aus folgendem Grund: Wir sind die einzige Partei, die in einer lebendigen Weise hier katholische und evangelische Christen zusammenführt. Das ist ja auch unser Problem in der Personalpolitik. Das kann man doch hier in dem Kreis mal offen ansprechen. Das Problem der Personalpolitik, konfessionell gesehen, für Spitzenfunktionen in der Bundesrepublik ist doch heute so, daß die Freien Demokraten überhaupt keine Katholiken präsentieren, mit Ausnahme jeweils eines Feigenblatt-Katholiken, das ist dann der Josef Ertl⁹⁹ meistens, der da auf der oberen Ebene rumgereicht wird, daß im Prinzip die Sozialdemokraten Ähnliches tun und daß der Ausgleich dann, den wir zu treffen haben, in der CDU, katholische, evangelische Christen in Führungsfunktionen, notwendigerweise in der Gesamtproportion der Bevölkerung die Sache schiefastig macht.

Wir sind der erste Bundesvorstand in der Geschichte der CDU, das heißt, der zweite, der letzte auch, aber es ist in meiner Amtszeit, darauf bin ich recht stolz, ohne daß wir je darüber geredet haben, in dem das konfessionelle Verhältnis der Mitglieder der Führung,

97 Gemeint ist wohl die Anzeige „Strauß. Der Mann der Skandale und Affären darf nicht Kanzler der Skandale und Affären werden“ (Druck in „Frankfurter Rundschau“ vom 24. September 1980), wegen der sich Geißler an die Verlage mit der Aufforderung gewandt hatte, sie nicht zu veröffentlichen (vgl. Sozialdemokraten Service – Presse, Funk, TV Nr. 690/80 vom 29. August 1980).

98 Enzyklika Papst Pauls VI. „*Humanae Vitae*“ (Über die rechte Ordnung der Weitergabe menschlichen Lebens), umgangssprachlich „Pillenencyklika“, vom 25. Juli 1968. – Stellungnahmen Barzels und Kohls dazu nicht ermittelt.

99 Josef Ertl (1925–2000), Diplomlandwirt; 1961–1987 MdB, 1971–1983 Landesvorsitzender der FDP in Bayern, 1969–1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

des Führungsgremiums Bundesvorstand, des Präsidiums als ein Teil des Ganzen, genau ausgeglichen ist. Das war die Weisheit der Delegierten, das war nicht unsere höhere Einsicht, das ist ein gewaltiger Fortschritt. Es ist auch ein gewaltiger Fortschritt, daß darüber gar nicht mehr geredet wird. Bloß, machen wir uns nichts vor, andere reden heute wieder darüber. Es ist einfach wahr, daß sich das Verhältnis zwischen den beiden Konfessionen wesentlich verspannt hat. Eine so törichte Formulierung in einer Broschüre¹⁰⁰, wie sie jetzt passiert ist, wäre – dies behaupte ich –, wenn die vor sechs Jahren gekommen wäre, es hätte ja auch die gleiche Broschüre sein können, die öffentliche Reaktion nicht die gleiche gewesen wie heute. Es ist nach dem *aggonamento* des Johannes ein Stück Normalisierung, was ein Stück Rückkehr in den teuflischen Alltag bedeutet, eingekehrt, und es hat sich da eine ganze Menge verspannt. Wir müssen aufpassen, und das berührt halt die Partei doch, daß, nicht in der Bevölkerung, in einer neuen Weise die Betrachtung aufkommt, die CDU ist die überwiegend oder sogar die katholische Partei, und die SPD ist die evangelische Partei.

Wir haben in Wahrheit nicht primär, Neumann, ein Nord-Süd-Problem, wir haben dieses Problem. Da führt gar kein Weg vorbei, machen Sie sich nichts vor! Das Problem stellt sich für die CSU in Bayern viel stärker, als die uns gelegentlich zugeben. Denn wenn ich analysiere in Bayern zwischen dem Großbereich Nürnberg/Fürth so bis nach Coburg und wenn ich Bereiche von München nehme und Bereiche des bayrischen Schwabens, dann mache ich dort eine ähnliche Feststellung wie quer durch die Bundesrepublik bei uns. Ich kann Ihnen diese Feststellung aus meiner Heimat darlegen, aus der Pfalz. Klassisches Reformationsland der Bundesrepublik! Was ja konfessionell sechs zu vier ist, der Regierungsbezirk Pfalz. Sechs Evangelische, vier Katholiken. Das ist also nicht primär eine Frage süddeutsch oder norddeutsch, sondern es ist in einem entscheidenden Umfang eine konfessionelle Frage, und es berührt eine ganze Summe von Details unserer Politik.

Das Problem ist also, wir können hier nicht und wollen schon gar nicht die Katheterdiskussion der Theologen fortsetzen. Aber wir können auch nicht glauben, daß die Entwicklung an uns völlig vorübergeht, zumal sie doch auch keine Entwicklung nur ist, die lupenrein ist und die rein evangelisch/katholisch trennt. Die Diskussion der letzten Monate, etwa an der Katholisch-theologischen Fakultät in Tübingen¹⁰¹, ist an der Wählerschaft der jungen Generation in diesem Bereich nicht spurlos vorübergegangen, ob es uns paßt oder nicht. Das ist ein ganz typisches Beispiel. Und ich kann solche Beispiele noch entsprechend bis hin, ob ein Hirtenbrief nützlich war oder nicht, beliebig fortsetzen. Ich bin ja nicht dafür, daß wir das Thema bei den Arbeitsthemen, die ich genannt habe, aussparen; es sind ja nicht nur Themen dabei, die wir öffentlich erörtern, aber wir müssen doch in der internen Diskussion das sehen. Ich werde beispielsweise während der Klausurtagung vorschlagen, ich will das in einem Satz nur sagen, daß wir im wahlfreien Jahr eine Überlegung machen müssen, nicht institutionalisiert, sondern mit geeigneten Persönlich-

100 Auf scharfe Kritik evangelischer Christen stieß die „Kleine deutsche Kirchengeschichte“ (hg. von Bernhard Kötting, Freiburg 1980)), in der Remigius Bäumer Luther als „blind für die katholische Wahrheit“ und die Reformation als keine „Reform der Kirche, sondern (als) Angriff auf ihre Struktur“ bezeichnete („Das Zeitalter der Glaubenspaltung“ ebd. S. 68, 59).

101 Möglicherweise gemeint der Entzug der kirchlichen Lehrerlaubnis (*Missio canonica*) für den in Tübingen lehrenden Professor Hans Küng durch die Deutsche Bischofskonferenz im Dezember 1979 und durch Papst Johannes Paul II. wegen dessen wissenschaftlich begründeten Anfragen an die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes bei dogmatischen und moralischen Lehrentscheidungen.

keiten, wie wir unsere Karte abgeben in Studentendiskussionen speziell an Theologischen Fakultäten und zwar beider Kirchen. Wir müssen an diesem Punkt uns der Debatte stellen. Das kann man nur in einem wahlfreien Jahr tun. Das kann man in jenen Ländern, die keine Landtagswahl haben, auch natürlich dann tun, wenn dort keine Landtagswahl ist. Aber wir können die Entwicklung nicht treiben lassen.

Es liegt mir eine Studie vor, aus der hervorgeht, daß der Verfasser, das ist vielleicht besonders hart formuliert, lapidar da feststellt, während früher für die CDU es selbstverständlich war, daß sie einen Teil ihres Nachwuchses aus den konfessionellen Jugendverbänden rekrutiert und daß die, auch wenn sie nicht bei der CDU mitmachten oder bei der Jungen Union oder beim RCDS, selbstverständlich CDU-Wähler waren, muß man heute im konfessionellen Jugendbereich eher davon ausgehen – so schreibt er wörtlich, ein Mann, der in dieser Arbeit steht – „daß die Kritik an der CDU bei engagierten Jugendführern in konfessionellen Verbänden besonders hart und besonders intensiv ist“.¹⁰²

Das Thema, irgendeiner hat es vorhin angesprochen – ich glaube, Frau Laurien war es – der Wehrdienstverweigerung ist hier ein ganz zentrales Thema. Das Thema kann man nicht von Bonn aus regeln, das Thema muß man vor Ort aufnehmen und unsere Position unter den ethischen Gesichtspunkten versuchen darzulegen. Insofern, glaube ich, ist das ein ganz wichtiger Punkt.

Zum Thema EG-Kommissar ist die Lage, Herr Neumann, folgendermaßen: Seit Jahr und Tag wechsle ich Briefe, der Ausdruck ist schon falsch, ich schreibe Briefe an Schmidt und Genscher als den Verantwortlichen der anderen Seite. Briefwechsel kann ich bei Schmidt nicht sagen, weil der prinzipiell ja Briefe nicht beantwortet; insofern ist das ein einseitiger Wechsel. Genscher hat die Briefe immer wieder beantwortet und hat darauf hingewiesen, daß also jetzt erst die Frage spruchreif wird mit dem Ablauf der Legislaturperiode in der EG-Kommission. Die Interessenlage ist hier unterschiedlich. Bei Genscher ist die Lage so, das muß man sehen, was er tut, tut er weniger aus Freundlichkeit gegenüber der Union.

Im Europäischen Parlament ist die mit Abstand bestimmende Gruppe heute die EVP-Fraktion. Sie ist gemeinsam mit der de facto im Regelfall sehr gut funktionierenden Assoziierung und Gemeinschaft mit den Konservativen mit Abstand die Gruppe, die über die absolute Mehrheit dort verfügt. Nun stehen die Griechen vor der Tür, kommen aber erst im Januar, zunächst einmal mit einer benannten und dann ab Sommer mit einer direkt gewählten Gruppe. Es sieht so aus, ich sage das jetzt sehr zurückhaltend, da sind noch eine Reihe von wichtigen Imponderabilien im Vorfeld, daß zu erwarten ist, daß entgegen der allgemeinen Erwartung die Griechen zu uns gehen in die Fraktion. Dies würde bedeuten, daß die EVP-Fraktion für sich allein die absolute Mehrheit hätte, also unsere Position wäre dabei noch stärker. Das Europäische Parlament ist ja kein Parlament wie das Bonner Parlament, weil es ja keine Gliederung zwischen Regierung und Opposition gibt. Die mit Abstand stärkste Gruppe sind wir vor allem dort auch, weil wir die einzige geschlossene Gruppe sind, von Details der Abstimmung einmal abgesehen. Die Sozialisten stimmen in der Regel in drei Gruppen ab: Enthaltung, wobei Enthaltung auch Wegbleiben ist, Zustimmung, es gibt eine ganze Reihe deutscher Sozialdemokraten, die prinzipiell mit uns stimmen, das sind die alten, pragmatischen Sozialdemokraten, und es

102 Studie nicht ermittelt.

gibt einen harten Kern, der links abstimmt, beispielsweise Ihr Bremer Landsmann¹⁰³, die Frau Wieczorek-Zeul¹⁰⁴ und solche Leute. Die Protokolle sind eine wahre Fundgrube. Die stimmen meistens ultralinks ab, häufig sogar noch linker als etwa die italienischen Kommunisten, die sich ja auch dort staatstragend wieder aufführen. Da gibt es ja interessante Varianten.

Das Ergebnis ist nun, daß natürlich kein Kommissionspräsident und keine Kommission leben kann ohne eine parlamentarische Basis. Mit der liberalen Gruppe, die übrigens sehr gut im Gegensatz zu hier ist, ist ja eine De-facto-Koalition im Europäischen Parlament vorhanden. Klepsch¹⁰⁵ macht die Zusammenarbeit im übrigen – weil er nicht da ist, will ich das besonders deutlich hier mal sagen – hervorragend. Das will ich doch hier mal besonders hervorheben. Die Zusammenarbeit etwa zwischen den beiden Fraktionsvorsitzenden, Klepsch und Bangemann¹⁰⁶, ist ganz ausgezeichnet. Jetzt haben wir aber den Herrn Thorn¹⁰⁷ als Präsidenten. Herr Thorn ist einer aus der liberalen Fraktion, aber was viel wichtiger ist im Blick auf Genscher, der Thorn ist einer der wenigen persönlichen Freunde in der internationalen Politik von Genscher; das ist ein enger persönlicher Freund über das Politische hinaus. Und natürlich ist der Thorn auf das Lebhafteste an der Zusammenarbeit interessiert, da die deutschen christlichen oder christlich-sozialen Demokraten, das ist ja die Union als Einheit betrachtet, die mit Abstand stärkste Gruppe ist, auch die einflußreichste Gruppe in der EVP-Fraktion, und die CDU ist auch die einflußreichste europäische Partei, darüber gibt es gar keinen Zweifel. Nur Narren, die nichts verstehen, können ja fortdauernd auch bei uns sagen, wir hätten keine internationalen Kontakte. Nur sind das zum Teil natürlich Kontakte, die sich aus gutem Grund der Öffentlichkeit entziehen. Wenn ich die ganze Zeit in der griechischen Politik alles, was wir getan haben, öffentlich gesagt hätte, würden die Griechen nicht kommen. Wenn es gelingt, daß die Griechen in unsere Fraktion kommen, ist das unser Verdienst! Genauso ist unser Verdienst die portugiesische Entwicklung; das will ich nur einmal beiläufig bei einer solchen Gelegenheit sagen.¹⁰⁸ Bloß, das sind alles Dinge, die kann man erst feiern, wenn man sie in der Scheune hat, und nicht vorher, weil auch das öffentliche Rühren an diesen Dingen schädlich ist. Aus all diesen Gründen ist Genscher sicherlich heute bereit, und er

103 Thomas von den Vring (geb. 1937), Historiker, Soziologe, Volkswirtschaftler; 1970–1974 Gründungsrektor der Universität Bremen, 1974–1979 und 1994–2000 Hochschullehrer für Politische Ökonomie, 1979–1994 MdEP (SPD).

104 Heidemarie Wieczorek-Zeul (geb. 1942), Lehrerin; 1965 SPD, 1974–1977 Bundesvorsitzende der Jusos, 1979–1987 MdEP, 1987–2013 MdB, 1988–1999 Bezirksvorsitzende der SPD Südhessen, 1998–2009 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

105 Egon Klepsch (1930–2010), Politikwissenschaftler; 1965–1980 MdB (CDU), 1973–1994 MdEP (1977–1982 und 1984–1992 Vorsitzender der EVP-Fraktion), 1992–1994 Präsident der Europäischen Parlaments.

106 Martin Bangemann (geb. 1934), Jurist; 1972–1980 und 1987–1989 MdB, 1974–1978 Vorsitzender der FDP/DVP in Baden-Württemberg, 1979–1984 MdEP, 1984–1988 Bundesminister für Wirtschaft, 1985–1988 Vorsitzender der FDP, 1989–1993 EG-Kommissar für den Binnenmarkt, 1993–1999 EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation.

107 Gaston Thorn (1928–2007), Jurist, luxemburgischer Politiker; 1959–1969 und 1979 MdEP, 1961–1980 Vorsitzender der Demokratische Partei, 1969–1980 Außen- und Außenhandelsminister, 1974–1979 Premierminister, 1977–1980 auch Wirtschaftsminister, 1981–1985 Präsident der Europäischen Kommission.

108 Vgl. dazu Stenger.

hat ja eine Menge Krach in den letzten 14 Tagen in seiner Partei in Kauf genommen, weil er natürlich auch eine breite Latte von Kandidaten hat, etwa aus Nordrhein-Westfalen, wo plötzlich alle Ämter weggefallen sind nach dem letzten Wahlergebnis, uns ein Angebot zu machen.¹⁰⁹ Es scheint so, daß in den letzten Tagen auch die Sozialdemokraten auf diesen Dampf aufgestiegen sind.

Ich war bisher nicht bereit, irgendetwas in dieser Sache zu tun, weil ich nicht will, daß wir Spielmaterial zwischen der Koalition werden. Sondern ich bin erst handlungsfähig, wenn die Regierung, die beiden Partner genauer gesagt, mir ein richtiges Angebot machen. Das Angebot muß dann natürlich lauten, daß wir einen Vorschlag machen können. Dabei haben wir kein Recht, wir können nicht sagen, wir benennen den X und der wird es dann, sondern das setzt dann noch eine Zwischenphase voraus. Ich kann also nicht jeden vorschlagen, ich habe auch noch bis zur Stunde keinen einzigen Namen genannt. Nur damit das auch mit den Namen hier klar ist. Es gab einen alten Vorschlag bei der vorletzten Kommission, ich glaube, das war wohl im Jahr 1973. Es muß 1973 gewesen sein, es war noch Brandt, der damals Rainer Barzel ein Angebot gemacht hat. Der einzige, mit dem ich überhaupt über diese Richtung geredet habe, war Rainer Barzel, der allerdings erklärt hat vor einigen Wochen, das war das Gespräch, das ich führte, daß er für diese Sache nicht zur Verfügung steht. Nun ist ein Haufen von Namen in die Zeitungen gekommen. Ich habe mit diesen Namen nichts zu tun. Mit mir hat auch kein einziger Journalist darüber geredet. Bei einigen der Namen muß ich ja auf den Gedanken kommen, daß die erst in die Zeitung gesetzt wurden, um dann ablehnen zu können; auch dieser Gedanke drängt sich ja auf, wenn da Namen genannt werden. Ich sage das so, wie ich es empfunden habe, als ich die Zeitungen gelesen habe. Aber das gehört zum Alltag in der Politik, das ist nichts Neues. Also, das ist die Geschäftslage. Ich kann noch nichts Verbindliches sagen, ich vermute, da steckt natürlich schon ein Stück Information drin, daß ein Angebot kommt, aber das werden wir dann in nächster Zeit ja hören.

Noch zur Fraktionsarbeit und zur Medienpolitik: Wir werden darüber reden. Ich verstehe natürlich unter einer solchen Diskussion etwas ganz anderes. Die Frage des Schicksals von Wahlausgängen ist entscheidend eine Frage des Umgangs mit Medien, und da ist auch die Grundeinlassung drin. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß wir eine medienpolitische Landschaft bei den Grundmedien haben, wo wir für die Zukunft in immer größere Problem kommen, Wahlen gewinnen zu können, wenn das so bleibt, wie es jetzt ist. Und da ist die Grundsatzfrage drin, bleiben wir ausschließlich bei dem öffentlich-rechtlichen System? Oder sind wir bereit, ein privatrechtliches Bein, ich sage das jetzt mal alles sehr verkürzt, weit mehr als das Kabelfernsehen, hier einzuführen. Hier gibt es sehr unterschiedliche Reaktionen aus der CDU. Es gibt die Diskussion um den Norddeutschen Rundfunk, dort für den Radiobereich. Es gibt die Diskussion zwischen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, das ist aber nicht nur eine Diskussion, ob jetzt das Kabelprojekt Mannheim/Ludwigshafen gemacht wird, da steckt ja sehr viel mehr

109 Karl-Heinz Narjes (1924–2015), Jurist; 1963 Kabinettschef des Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, 1968 Generaldirektor für Presse und Information der Kommission, 1969–1973 Minister für Wirtschaft und Verkehr Schleswig-Holstein, 1971–1973 MdL (CDU), 1972–1981 MdB, 1981–1984 Kommissar für Binnenmarkt, Industrielle Innovation, Zollunion, Erweiterung, Verbraucherschutz, Nukleare Sicherheit, 1984–1988 Vizepräsident der EG-Kommission für Industriepolitik, Forschung und Innovation.

drin. Und es steckt auch ein Stück drin unseres Verständnisses des öffentlich-rechtlichen Mediums. Und ich finde, die Partei muß einen Erziehungsprozeß durchmachen. Wir müssen auch nicht nur auf Journalisten schimpfen, sondern uns die Frage stellen, wie ist unsere medienpolitische Vorstellung? Wenn heute fünf CDU-Leute gefragt werden, kommen zu diesem zentralsten Punkt der Zukunft fünf verschiedene Meinungen heraus. Wenn es wahr ist, daß wir eine diskussionsoffene Partei sind, was ich eben wieder mit größtem Vergnügen gehört habe, was ja auch Diskussionsdisziplin bedeutet, dann müssen wir uns auch etwas zutrauen.

Ich habe nie gesagt, daß dies das einzige Thema ist. Ich sage nur, im wahlfreien Jahr 1981 – und das ist ganz klar meine Meinung – muß die Partei mit dem höchsten Rang, zu dem sie fähig ist, eine Meinung dezidiert sagen, eine Meinungsbildung haben. Das ist die Grundidee, die mit dem Parteitag zusammenhängt. Dazu gehören auch andere Dinge. Ich kann nicht über das privatrechtliche Bein reden, ich kann auch nicht über Kabelprojekte reden, ohne über die Frage gleichzeitig zu reden mit der Printpresse und mit der sogenannten Funkpresse. Und ich muß dann wieder wissen, wo am Ende die Dinge hinausgehen. Wir reden darüber nicht, aber es ist doch unübersehbar, daß im Blick auf die wirtschaftliche Investitionstiefe, auf die Potenz, die hier angesprochen wird, möglicherweise dieser privatrechtliche Weg auch von uns gegangen wird, für den ich bin, damit über meine Meinung kein Zweifel aufkommt. Aber man muß dann auch die letzten Dinge bedenken.

Ich muß Ihnen sagen, ich bin nicht daran interessiert, daß wir auch eine privatrechtliche Lösung ermöglichen und daß am Ende bestimmte finanzielle Kombinationen das in der Hand haben und daß die letzten Dinge dann schlimmer sind als die ersten. Genau das steht uns ins Haus, daß nämlich ein Teil jener Gruppen, die hier zur Debatte stehen, dann zwar auch Verleger sind, aber mit potenten Finanzgruppen. Es gibt ja nur eine deutsche Bank, die eine Ideologie hat, eine deutsche Großbank, die also aus ideologischen Gründen volle Investitionen macht und nicht nur unter dem Prinzip der Bilanz die Dinge sieht. Das alles ist ja voll unterwegs. Und die machen auch Arbeitsteilung. Die schreien über die eine Gewerkschaft gegen das Projekt und sind gleichzeitig auf der anderen Seite über die Bank voll im Verhandeln, daß sie in das Geschäft reinkommen. Ich glaube nicht, daß die Union an all diesen Dingen vorbeigehen kann. Glauben Sie mir, es ist nicht nur die Weisheit des Bundesvorstands gefragt, an der ich nie einen Grund hatte zu zweifeln, sondern das muß schon die Partei als Ganze begreifen. Und das ist der Punkt. Darüber werden wir nochmal im Detail reden.

Letzter Punkt ist das Thema Neuordnung der Fraktion. Ich kapiere durchaus, daß wir regionale und konfessionelle und sonstige Bedingungen hier sehr zur Kenntnis nehmen. Es sind leider im Moment sehr wenige Landesvorsitzende da. Ich hätte mir gewünscht, daß mehr Landesvorsitzende bei der Kandidatenaufstellung auch mit diesen Augen alles betrachten. Ich erhebe hier durchaus den Vorwurf, den ich kürzlich im Präsidium auch erhoben habe, daß man in einer ganzen Reihe von Bereichen bei der Kandidatenaufstellung für den Bundestag Probleme der jeweiligen Landespolitik, das gilt übrigens in hohem Maße auch für die CSU, was ich hier sage, gelöst hat. Daß man also nicht gesagt hat, wir müssen nach Bonn in dieser kritischen Lage und unter allen Umständen die Allerbesten schicken, sondern daß man zum Teil gesagt hat, wenn der dort hingehet, löse ich lokal folgendes Problem. Das führt dann zu den unglaublichsten Ungereimtheiten. Ich stehe

jetzt unter starkem Beschuß, nicht als Person, sondern von Amts wegen, einer der großen deutschen Städte, von Essen. Wir reden dauernd von dieser Aktion, das Ruhrgebiet muß mobilisiert werden. Wir machen Pläne zum Ruhrgebiet und so. Die Weisheit der Listen-aufsteller in Nordrhein-Westfalen hat dazu geführt, daß dieser Großraum Essen, daß etwa diese Kernstadt des Ruhrgebiets, der Großraum Essen überhaupt keinen Abgeordneten im Bundestag und keinen Abgeordneten im Landtag hat.

Die Probleme waren vorweg zu sehen, und die kann niemand hier in Bonn dann über Nacht lösen. Sie verstehen, daß ich jetzt nicht über Namen rede, zumal wir heute nicht über Namen reden, auch nicht in der Fraktion. Das heißt also sehr konkret, daß noch eine Unsumme an Gesprächen zu führen sind; mein Tag hat nur 15 Stunden. Ich rede in den letzten Tagen, wer an wen Positionen zu vergeben hat, also mit unzähligen Kollegen, und habe noch eine Reihe ganz wichtiger Gespräche ausstehen. Mein Bestreben ist, ohne daß ich es laut sage, daß unter konfessionellen Gesichtspunkten, weil ich das für ganz wichtig halte, ich komme zurück auf das eben Gesagte, und auch unter regionalen Gesichtspunkten die Fraktionsführung breit angelegt ist. Mein weiteres Bestreben ist aber – Sie verstehen das –, daß vor allem die Fraktionsführung unter funktionalen Gesichtspunkten angelegt sein muß. Sie können nicht von mir erwarten, und ich weiß, speziell Sie erwarten es von mir überhaupt nicht, als allerletzter, Herr Neumann, daß ich nach den Erfahrungen dieser vier Jahre meine Erfahrungen zurückhalte. Ich werde über meine Erfahrungen auch mit der Fraktion reden. Wir haben jetzt die Zeit, um in aller Ruhe die richtigen Entscheidungen zu treffen. Und für mich werden das keine Entscheidungen sein, die vielleicht aktuelle Probleme lösen. Ich beteilige mich nicht an einer derartigen Entscheidung, sondern es muß stimmen. Ich brauche in der Fraktion eine wesentliche Entlastung. Ich brauche in der Fraktion einen Zustand, daß ich die Verantwortung auf möglichst viele Schultern bringen kann, die selbstverantwortlich dann auch für die Partei und für die Fraktion Arbeit wahrnehmen.¹¹⁰ Und das heißt auch – ich drücke mich nicht vor unangenehmen Entscheidungen, das ist ja mein Alltag –, daß ich etwas tun muß, daß auch die unangenehmen Entscheidungen von mehr Schultern getragen werden. Wenn wir klug sind, müssen wir, glaube ich, ein Stück des Kapitals, das ich einbringen kann, wahrnehmen, daß ich nach draußen komme unter die Leute. Ich habe vorher die sechs Punkte gesagt, das sind zum großen Teil Punkte, wo man draußen sein muß. Man kann nicht von Bonn aus das Thema junge Generation allein, das Thema Wissenschaft, das Thema intellektueller Bereich behandeln, wo, das will ich doch sagen, wir einen ausgesprochen positiven Appeal nach der Wahl haben.

Es ist, das ist das letzte, was ich sagen will, ja eine der bemerkenswertesten Erfahrungen jetzt, daß im Gegensatz zu 1976, wo wir eine Situation hatten, nicht nur wegen Kreuth¹¹¹, schon vor der Kreuth Entscheidung, ein Stück Demoralisierung plötzlich in der Partei bei unseren befreundeten Kreisen da war, weil sie eben sagten, wir sind so

110 Liste der Führung der neuen CDU/CSU-Bundestagsfraktion in UiD vom 20. November 1980 S. 15, Vorsitzende und Obleute der Ausschüsse des Bundestages ebd. vom 17. November 1980 S. 7f.

111 Am 19. November hatte die CSU-Landesgruppe auf einer Klausurtagung in der Politischen Akademie der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth mit 30:18 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nicht fortzusetzen, sondern eine eigene Fraktion zu bilden. – Ausführliche Berichterstattung in AdG 1977 S. 20608–20610, 20664–20669; Kohl: Erinnerungen Bd. 1 S.419–437; Protokolle 8 Nr. 4, 5 und 6.

hauchdünn dran und jetzt haben wir es wieder nicht geschafft. Die psychologische Ausgangsposition bei dieser Wahl war so nicht. Und so machen wir ja die überraschende Erfahrung, und es gibt, glaube ich, kein besseres Syndrom, um das darzustellen, als das, was ich jetzt vorsichtig formuliert nenne, daß etwa Leute, die uns Geld versprochen haben, sich anders verhalten als sonst. Es gibt ja vor einer Wahl immer besonders kluge Mitbürger. Die finden dann, wenn die Wahl Anfang Oktober ist, keinen Termin, weil sie beschäftigt sind, in Urlaub sind und sie dann sagen, sie kommen am 10. Oktober wieder. Im Normalfall geht man dann davon aus, daß jene, die so sagen, dann, wenn es nicht so gelaufen ist, am 10. Oktober sagen, ihr habt ja die Wahl verloren, also ich tu nichts für euch. Meine Beobachtung in diesen Tagen ist nicht so. Und dieses Verhaltensraster ist für mich, weil das ja ungeheuer viel mit Opportunismus zu tun hat, ein sehr positives Zeichen, daß es offensichtlich im Augenblick eher so ist, daß man bei Leuten, die potentielle Geldgeber sind, die Frage stellt, wie lange währt diese Sache mit dieser Regierung? Die Opposition ist intakt geblieben. Es sind zwar 17 Abgeordnete weniger in die Fraktion gezogen, ich glaube aber, daß die Fraktion stärker ist als die Fraktion 1976, obwohl wir 17 Abgeordnete weniger sind, weil bestimmte Dinge, die damals bedrückend waren, weggefallen sind. Ich glaube auch, daß die menschliche Pflicht oder die Erkenntnis der menschlichen Gemeinsamkeit heute größer ist. Gerade bei der Umstrukturierung habe ich dieses Gefühl, vielleicht sogar die Gewißheit, in vielen Gesprächen gefunden.

Ja, so viel zu diesen Themen, ich bedanke mich sehr herzlich. Das Essen ist eingedeckt. Die, die im Gegensatz zu mir sich Mittagessen leisten können, sind herzlich eingeladen. *(Beifall.)*

Boppard, Freitag/Samstag 12./13. Dezember 1980

Sprecher: Albrecht, Biedenkopf, von Bismarck, Blüm, Dingerkus, Dregger, Geißler, Herzog, Hupka, Kiep, Koch, Kohl, Lorenz, Milde, Neumann, Noelle-Neumann, Ritz, Scherer, Schwarz-Schilling, Späth, Stoltenberg, Bernhard Vogel, Waffenschmidt, Wex, Wissmann, Wörner, Wulff, Zeyer.

Wahlanalyse von Elisabeth Noelle Neumann. Schwerpunkte der Parteiarbeit für die nächsten zwei Jahre.

Beginn (Freitag): 12.00 Uhr

Ende (Samstag): 14.00 Uhr

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich eröffne unsere heutige Bundesvorstandssitzung und begrüße Sie alle: die Mitglieder des Bundesvorstands, die Vorsitzenden der Vereinigungen, die Vorsitzenden der Landesverbände, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen. Eine Reihe von Kollegen mußte sich, wie das nicht anders zu erwarten war, entschuldigen, zum Teil sehr kurzfristig. Gerade eben hat mir unser Freund Teufel¹ mitgeteilt, daß heute früh sein Schwiegervater verstorben ist und er jetzt aus familiären Gründen heute nicht kommen kann.

Ich nehme an, daß eine Reihe von Kollegen noch etwas später kommt, aber ich finde, wir haben sowieso schon zu lange gewartet, daß die, die pünktlich sind, eigentlich nicht dafür zu bestrafen sind, daß andere unpünktlich sind. Zum Ablauf möchte ich vorschlagen, daß wir unseren Zeitrahmen möglichst elastisch handhaben. Ziel war bei unserer ersten Besprechung, daß wir gegen zwölf Uhr, also mit der Mittagspause am Samstag abschließen. Ich halte gar nichts davon, daß dann ein Teil wiederum pünktlich ist und hier bleibt und der andere Teil unter der Maßgabe wichtigster Staats- und Parteigeschäfte abreist. Also ich bitte Sie, wenn möglich, den Zeitplan einzuhalten.

Zum zweiten: Was den heutigen Tag betrifft – ich weiß nicht, ob das erreichbar ist –, würde ich mich sehr freuen, wenn wir so konzentriert miteinander diskutieren würden, daß wir heute abend nicht so spät abschließen, daß sich die Möglichkeit ergibt, daß wir noch gemütlich beisammen sind. Ich glaube, das tut dem Bundesvorstand mindestens so gut wie eine noch so gescheite Sachdiskussion. Wenn Sie also dazu Ihren Beitrag leisten durch kurze Diskussionsbeiträge und nicht notwendigerweise wiederholte Diskussionsbeiträge, kommen wir vielleicht diesem Ziel gemeinsam näher.

Wann wir morgen früh beginnen, würde ich sagen, beschließen wir heute abend am Ende des Tagwerks, damit man auch die Disposition für die Zeit entsprechend eingehen

¹ Erwin Teufel (geb. 1939), Diplom-Verwaltungswirt; 1972–2006 MdL Baden-Württemberg (1978–1991 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1972–1974 Staatssekretär im Innenministerium, 1974–1976 im Landesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt, 1976–1978 für Umweltschutz, 1991–2005 Ministerpräsident, 1973–1991 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Südbaden, 1991–2005 Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg.

kann. Für jetzt, den Lauf dieses heutigen Tages, würde ich den Vorsitzenden des RCDS darum bitten, daß er vielleicht in zehn Minuten bei den passenden Abschnitten unserer Diskussion Analysen über die Wahlergebnisse bei den jetzt gerade zu Ende gegangenen Sommersemesterwahlen an den deutschen Universitäten gibt, weil das ja sehr viel mit junger Generation zu tun hat und weil es, glaube ich, ganz wichtig ist, daß das allgemein hier bekanntgemacht wird.

Soweit zu den Ankündigungen. Für jetzt mache ich den Vorschlag, daß Frau Professor Noelle-Neumann ihren Vortrag hält, daß wir dann nach diesem Vortrag diskutieren, respektive die Fragen an sie stellen, und weniger unter uns diskutieren. Der Vortrag wird auf Band aufgenommen, abgeschrieben² und geht Ihnen dann auch wegen des Zahlenmaterials zu. Es hat keinen Sinn, so habe ich das auch mit Frau Noelle-Neumann abgesprochen, daß nun jeder mitschreibt und die Schaubilder usw. aufnimmt. Bloß, das muß ich Ihnen gleich sagen, dies läßt sich vor Weihnachten nicht mehr bewerkstelligen. Da ich aber davon ausgehe, daß die meisten von Ihnen den dringenden Wunsch haben, am 24. im Laufe des Tages – ich denke vor allem an meinen Freund Richard von Weizsäcker³ – diese Unterlagen zu studieren, (*Heiterkeit.*) will ich das vorsorglich sagen, daß wir das dann im Januar tun können und möglicherweise, um das auch gleich hinzuzufügen, bei einer der nächsten Bundesvorstandssitzungen auf die Ausarbeitung noch einmal zurückkommen in einem Tagesordnungspunkt, wenn noch entsprechende Fragen, dessen bin ich sicher, offenbleiben. Einverstanden mit dem Verfahren? Wann wir Abendessen, legen wir dann auch fest, einige, wie ich, haben schon zu viel Kuchen gegessen, können also dem Abend mit einem späten Abendmahl relativ gelassen entgegensehen; ich hoffe, andere werden das gleichermaßen tun.

Frau Professor, darf ich Sie dann bitten, zu uns zu sprechen? Das Problem wird sein, wir haben dort kein Mikrofon. Eine kräftige Professorinnenstimme setzt sich natürlich im Sturm der Zeit deutscher Universitäten überall durch. (*Unruhe. Diskussion.*) Trotzdem finde ich das nicht gut. Warum haben wir denn kein Mikrofon hingestellt? (*Unruhe. Diskussion.*) Nein, das ist das Aufnahmegerät. Sie können sich doch setzen während des Vortrags.

WAHLANALYSE VON ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Noelle-Neumann: Nein, ich würde ganz gerne stehenbleiben. Der Professor steht nämlich im allgemeinen zwei Stunden während der Vorlesung. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Zeit, die mir zunächst einmal zur Verfügung steht, sind 60 Minuten, und in diesen 60 Minuten möchte ich vier verschiedene Punkte versuchen zu erreichen, jeder davon zum Teil nur in Stichworten.

Erstens möchte ich gern eine Zeit von etwa 20 Minuten benutzen, um ein Thema zu behandeln, das für die CDU meiner Überzeugung nach von zentraler Bedeutung ist, aber praktisch nicht behandelt wird. Das ist das Thema Meinungsklima. Was ist das eigentlich, was hat das für eine besondere Bedeutung für die CDU? Hat es für die CDU eine andere Bedeutung als für etwa die SPD oder die FDP, und warum wird das hier von mir für

² Liegt nicht vor.

³ Richard von Weizsäcker (1920–2015), Jurist; 1969–1981 MdB (CDU), 1981–1984 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1981–1983 Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1984–1994 Bundespräsident.

unentbehrlich gehalten? Im zweiten Teil möchte ich die Bundestagswahl 1980 in ein paar Stichworten kommentieren. Im dritten Teil würde ich gerne einen kurzen Ausblick unternehmen auf die Zeit bis zu den Landtagswahlen 1982/83, was von heute aus, was ich sehen kann, erkennbar ist, welche Thematik sich da schon jetzt anbahnt. Und im vierten, wenn ich bis dahin noch komme, würde ich gerne einige Worte über die CDU und den Zeitgeist sagen.

Wenn ich an den Bundesvorstand der CDU denke, dann kommt mir vor Augen, daß Sie eine Gruppe bilden, die in einer Situation ist, die schon Machiavelli⁴ als äußerst un erfreulich beschrieben hat: d. h. der Zeitgeist im Rahmen unseres Jahrhunderts gesehen. Der Zeitgeist steht gegen Sie. Aber das heißt nicht, daß er etwa in der Zeit, für die Sie arbeiten, gegen sie stehen müßte. Der muß keineswegs am Ausgang dieses Jahrhunderts gegen Sie stehen. Er hat gegen Sie gestanden. Tocqueville⁵ sagt, tausend Jahre hindurch beobachte er schon, wie sich die Egalitätsideologie von 50 Jahren zu 50 Jahren stärker in Europa durchsetze. Ich würde sagen, in einem solchen Zeitrahmen kann man verstehen, warum die Hindernisse von mir, wenn ich irgendwie dazu noch komme, beschrieben werden, die größer und tiefer sind, als hier mit dem Blick auf den friedlichen Rhein angenommen wird. Ich möchte Ihnen sagen, daß der Wertewandel, was wir hier sehen – und das ist es ja, was ich meine unter CDU und der Zeitgeistwertewandel –, sich in der ganzen Welt, in der wir überhaupt in der Demoskopie arbeiten, in der gleichen Richtung bewegt. In der ganzen Welt, obwohl das viele mir nicht glauben wollen. Vor allem die frisch von Japan zurückkommenden Japan-Besucher erklären, das könne gar nicht sein; aber die Zahlen selber, und in Japan wird gute Demoskopie betrieben, zeigen, daß in Japan, in den Vereinigten Staaten, in Europa, überall Veränderungen in den letzten Jahrzehnten in der gleichen Richtung sich zugetragen haben, vielleicht sogar schon seit Ende des letzten Jahrhunderts. Aber ehrlich gesagt, ich erwähne das auch deswegen einmal, weil ich mich ein bißchen wie Odysseus⁶ an den Mast binden will, damit ich das erreiche, was ich innerhalb dieser einen Stunde Ihnen sagen möchte. Falls es also nicht möglich ist aus Zeitgründen, dann wäre immerhin noch die Möglichkeit, auf dieses Thema, wenn einer von Ihnen sich erinnert, in der Diskussion zurückzukommen.

Zunächst ein Versuch, etwas über die Frage des Meinungsklimas zu sagen. Ich habe in dem Interview mit Herrn Kohl, das im „Merkur“ abgedruckt war⁷, gelesen vom Bedürfnis der Partei, stärkere Anziehungs- und Überzeugungskraft zu besitzen; das war ein Teil seiner Aussage. Das ist in der Tat ein verständliches Bedürfnis. Die Frage ist nur, ob ausreichend bedacht worden ist, an welchen Punkten eigentlich dieses Bedürfnis befriedigt werden könnte, mit welchen Schritten, mit welchen Maßnahmen, mit welchen Überlegungen. Die Vorstellung zum Beispiel, daß es Ihnen möglich sei, auf die junge

4 Niccolò di Bernardo dei Machiavelli (1469–1527), florentinischer Philosoph, Politiker, Diplomat, Chronist und Dichter; gilt aufgrund seines Werkes *Il Principe* als einer der bedeutendsten Staatsphilosophen der Neuzeit. – Vgl. dazu Noelle-Neumann, *Schweigespирale* S. 94f.

5 Alexis de Tocqueville (1805–1859), französischer Publizist, Politiker und Historiker. – Vgl. ebd. S. 124–131, 195–199.

6 Held der griechischen Mythologie. – Bei seiner Seereise an der Insel der Sirenen vorbei ließ Odysseus sich am Schiffsmast festbinden, um deren betörenden Gesang nicht zu erliegen, der viele Seefahrer angelockt und ins Verderben gestürzt hatte.

7 „Rheinischer Merkur“ vom 5. Dezember 1980: „Helmut Kohl und die Zukunft der Union. „Die Oppositionsrolle innerlich annehmen““.

Generation etwa im direkten Zugriff einzuwirken, halte ich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur in Ausnahmefällen für möglich, zum Beispiel bei der Bundestagswahl, und da selbst ist es ja, wie wir gesehen haben, sehr schwierig.

Was steckt hinter dieser pessimistischen Betrachtungsweise? Ich meine, daß die Auseinandersetzung der CDU mit einem Phänomen, das ich Öffentlichkeit nenne, in der nächsten Zeit, und hoffentlich schon in dieser Klausurtagung, eine große Bedeutung verdient. Für mich ist auffallend, daß nahezu alles, was ich lese an Zitaten, übrigens nicht in diesem Fall nur bei CDU-Politikern, sondern auch bei anderen führenden Persönlichkeiten unseres Landes, mir zeigt, daß ihnen die Bedeutung von Öffentlichkeit als Urteilsinstanz – das erkläre ich gleich – nicht vor Augen steht. Der Begriff Öffentlichkeit ist natürlich zunächst irreführend oder schwierig, wie alle Begriffe, die mehrere Bedeutungen haben. Der Begriff Öffentlichkeit hat mehrere Bedeutungen. Er hat einmal natürlich die juristische Bedeutung; Öffentlichkeit in diesem Sinne bedeutet, jeder hat Zutritt. Das ist Ihnen allen geläufig, und das ist auch das erste, worauf man kommt, und worauf wir sofort auch als Beispiel, wie Sie sehen werden, die Vorgänge bei öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr haben⁸. Ich werde gleich diese Vorgänge benutzen, um zu illustrieren, was ich sagen möchte. Bei den Reaktionen darauf war für mich besonders deutlich zu sehen, daß denjenigen, die da sprachen, denjenigen, die sich äußerten, der sozialpsychologische Begriff von Öffentlichkeit nicht geläufig ist. Die juristische Bedeutung ist, jeder hat Zutritt, das Öffentliche ist das Bedeutende, das gemeinsame Bedeutende, ist diejenige Bedeutung, die der Politikwissenschaftler unterlegt; Sie brauchen nur zu denken an die öffentliche Aufgabe der Presse, das ist damit gemeint. Eine politikwissenschaftliche Interpretation. Und nun muß ich Ihnen eine dritte Bedeutung hinzufügen, und diese dritte Bedeutung finden Sie jahrhundertlang bereits angelegt in dem Begriff öffentliche Meinung. In dem Begriff öffentliche Meinung entdecken Sie, das ist nachher verloren gegangen aus verschiedenen Gründen, eine Bedeutung von Öffentlichkeit, die meint, Öffentlichkeit als Urteilsinstanz. Öffentlichkeit, in der jeder gesehen werden kann und in der jeder beurteilt werden kann, insbesondere moralisch beurteilt werden kann, verhält er sich gut oder verhält er sich falsch, nicht im Sinne von rational, sondern falsch im Sinne von moralisch. Dieser Begriff öffentliche Meinung erscheint, und das ist für uns interessant, keineswegs erst in den letzten zwei bis drei Jahrhunderten. Wir können diesen Begriff zurückverfolgen über die Jahrtausende. Wir können ihn zurückverfolgen über die ganze Erdkugel. Wir finden die Phänomene, die ich Ihnen kurz beschreibe in den primitivsten Gesellschaften. Öffentliche Meinung als Urteilsinstanz.

Am schönsten hat meiner Ansicht nach John Locke⁹ dieses Phänomen beschrieben, als er gesagt hat, daß die einzelnen sich in den Gesellschaften nach dem Gesetz der Meinung richten müssen. Das Gesetz Gottes zu verletzen, ist gar nicht so schlimm; da kann man sich mal trösten. Bevor ich sterbe, versöhne ich mich noch, mir wird vergeben werden. Das Gesetz des Staates zu verletzen, ist auch nicht so schlimm, da bin ich klug

8 Bei gewalttätigen Ausschreitungen bei einer feierlichen Rekrutenvereidigung wurden am 6. Mai 1980 am Weserstadion in Bremen 260 Personen verletzt, viele Dienstfahrzeuge gingen in Flammen auf. Die Sachschäden wurden mit 1.000.000 DM beziffert.

9 John Locke (1632–1704), englischer Philosoph und Vordenker der Aufklärung; gilt als Vater des Liberalismus. Er formulierte das „Gesetz der Meinung, Mode und Reputation“ 1690 in „An Essay Concerning Humane Understanding“ (vgl. Noelle-Neumann: Schweigespirale S. 96–102).

genug, da komme ich weg. Aber das Gesetz der Meinung zu verletzen, ist deswegen so kritisch, weil sie die Strafe sofort ins Gesicht kriegen. Was für eine Strafe? Die Strafe der Verachtung, die Strafe der Mißbilligung, der Antipathie, der Ausgestoßenheit. Die Gesellschaft, so sagt John Locke, benutze diese Art der Strafe, um jeden einzelnen zu zwingen, daß er in einem ausreichenden Konsensus in der Gesellschaft selber sich dem allgemeinen Konsensus anschließt. Die Strafe ist Verachtung, ist Lächerlichkeit, Unbeliebtheit. Eine sehr wirksame Strafe. Und John Locke sagt, nicht einer unter zehntausend sei so hart gesotten, daß ihm diese Strafe nichts ausmacht. Und darum wird das Gesetz der Meinung so außerordentlich sorgfältig befolgt. Es liegt also zugrunde eine Eigenschaft der menschlichen Natur, eine anthropologische Konstante. Darum meine ich, daß es so wichtig sei für Sie, eine solche Situation, eine solche sozialpsychologische Situation ganz und gar zu würdigen. Zugrunde liegt die Isolationsfurcht des einzelnen. Er tut alles, was er kann, er beobachtet seine Umwelt sorgfältig, um nicht isoliert zu werden. Er wird isoliert, wenn er sich einem um ihn herum bestehenden Konsensus, eben der öffentlichen Meinung, widersetzt. Ich habe dafür übrigens schon zehn Begriffe gefunden durch die Zeit durchgehend; in vielen Jahrhunderten hieß es einfach nur Meinung, bei Machiavelli heißt es nur Meinung, bei Shakespeare¹⁰ „opinion“, um sich diesem Meinungsklima, diesem Meinungsdruck entziehen zu können. Das Wort Meinungsklima stammt übrigens auch aus ungefähr 1660; das ist keineswegs eine neue Entdeckung.

Was bedeutet das für die CDU? Die öffentliche Meinung ist ein Konformitätsdruck, sie ist nicht, wie wir Jahrzehnte hindurch von Politikwissenschaftlern gehört haben – denn das widerlegt bereits die Geschichte dieses Begriffes und das widerlegt auch heute die Empirie –, sozusagen die gleichsam helle, klarsichtige, kritische, vernünftige Beurteilung des verantwortungsvollen Bürgers, was der Regierung zu Hilfe kommt, um sie in ihrer Intelligenz zu bestärken. Öffentliche Meinung ist kein kluges Urteil, auch kein dummes. Öffentliche Meinung ist manchmal klug, manchmal dumm. Eine Gesellschaft ist um so besser, je höher die Qualität ihres Konsensus ist. Diesem Konformitätsdruck kann sich der einzelne nicht entziehen, weil er aus Isolationsfurcht sich nicht in seinem Kreis, unter seinesgleichen, unter seinen Kollegen, unter seinen Freunden in der Öffentlichkeit isolieren will.

Dieser Begriff Öffentlichkeit wird erst in den allerletzten Jahren entdeckt. Ich habe es durchgeprüft, als Buchtitel in diesem Sinne erscheint der Begriff „Öffentlichkeit“ zum ersten Mal vor fünfzehn Jahren in einem Buch eines englischen Soziologen, das heißt „Behaviour in Public Places“¹¹, Verhalten an öffentlichen Plätzen. Da ist zum ersten Mal gemeint, da, wo man gesehen und da wo man verurteilt wird. Die Definition von öffentlicher Meinung, von der wir hier bei diesem Referat ausgehen, sind jene Meinungen und Verhaltensweisen, die der einzelne – ich will jetzt nicht differenzieren, denn ich habe es in der „Schweigespirale“ beschrieben, in dem Buch, was manchen von Ihnen vielleicht mal in die Hand gekommen ist – äußern bzw. zeigen muß, oder im kontroversen Bereich zeigen kann, ohne sich zu isolieren. Es ergibt sich für denjenigen, der die Gesellschaft verändern will, daraus eine Lehre und Folge. Ich will es Ihnen ganz knapp beschreiben:

10 William Shakespeare (1564–1616), englischer Dramatiker, Lyriker und Schauspieler. – Vgl. Noelle-Neumann: Schweigespirale S. 94.

11 Erving Goffman: Behavior in Public Places: Notes on the Social Organization of Gatherings, New York 1966.

Diejenigen, die einen Wandel herbeiführen wollen, müssen darauf hinarbeiten, daß ihre Position öffentlich gezeigt werden kann ohne Gefahr der Isolation, und daß die vorher gültige Position öffentlich nicht mehr vertreten werden kann ohne Isolationsgefahr. Das ist das Ziel zahlreicher Aktionen, die wir in den letzten Jahrzehnten auch bei uns sehr anschaulich erlebt haben. Gruppen, die einen Wandel herbeiführen wollen, müssen darauf hinarbeiten, daß deren Position öffentlich gezeigt werden kann ohne Gefahr der Isolation und daß die vorher gültige Position öffentlich nicht mehr vertreten werden kann ohne Isolationsgefahr. So verstehen Sie, was sich zugetragen hat um die öffentlichen Gelöbnisse der Bundeswehr. Es geht darum, daß die Bundeswehr sie nicht mehr öffentlich zeigen kann, ein Gelöbnis nicht mehr öffentlich ablaufen kann ohne Gefahr der Isolation, und daß umgekehrt sie aus der Öffentlichkeit herausgetrieben wird. Diejenigen, die sie heraustreiben aus der Öffentlichkeit, können das tun ohne Gefahr der Isolation.

Ich habe Ihnen versprochen, daß ich hier eine Lügenaussage aus den Medien zu diesem Analysestück vortragen möchte. Zum Beispiel, ich zitiere in diesem Fall einmal einen FDP-Bundestagsabgeordneten, Helmut Schäfer¹²: „Die Bundesregierung und die Bundeswehrführung sollten ernsthaft darüber nachdenken, ob die Form öffentlicher Gelöbnisse geeignet sein kann, bei Jugendlichen eine faire und sachliche Beurteilung der Bundeswehr zu fördern.“ Ein unerhörtes Mißverständnis! Als ob es darum ginge, bei einem öffentlichen Gelöbnis zu einer, ich zitiere, „sachlichen Beurteilung der Bundeswehr“ zu kommen. Oder ein anderes Zitat: Ein Verständnis des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr könne argumentativ erreicht werden, nicht aber durch ein unzeitgemäßes Pathos. Ich möchte Ihnen sagen, daß Pathos zu allen Zeiten vorhanden ist, in verschiedenen Formen, in allen Gesellschaften. Es ist nämlich dasjenige, was man dem eigenen Wert unterlegt. In der Zeit vergänglich. Das Mißverständnis also geht darauf hinaus, daß es sich um rationale Zwecke handelt, wo in Wirklichkeit der Konsensus der Gesellschaft, der in der sich öffentlichen Zeigbarkeit besteht, auf dem Spiel steht.

Ein anderes Beispiel: Der Kommandeur des Fliegerhorstes Fürstenfeldbruck¹³ sagt, es solle überlegt werden, ob Gelöbnisse nicht im Rahmen eines Tages der offenen Tür auf Kasernengeländen für die interessierte Öffentlichkeit stattfinden könnten. Sie verstehen, wie sich dieser Kommandeur irrt, denn er denkt an eine andere Öffentlichkeit, die juristische, die da zutrifft in der Tat. Ein Tag der offenen Tür. Aber da können wir sehen, eine Bundeswehr, die einen Tag der offenen Tür benutzen muß, um sich zu zeigen, ist nicht mehr in der Öffentlichkeit wirksam. Das heißt also, damit ist genau erreicht, wenn Sie so wollen, einfach aus Mißverständnis, aus einer nicht ausreichenden Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit dem Phänomen öffentliche Meinung und Meinungsklima. Die sozialpsychologische Öffentlichkeit ist gemeint und nicht die juristische, jeder hat Zutritt. Die Öffentlichkeit, die auf das Kasernengelände kommt, ist nicht mehr die Öffentlichkeit, nach der jeder Zutritt hat.

Es ist vielleicht zu sagen, daß dieser Konformitätsdruck bei uns in Deutschland besonders großem Mißfallen und Widerwillen begegnet. Der Konformitätsdruck übrigens trifft

12 Helmut Schäfer (geb. 1933), Philologe; 1977–1998 MdB (FDP), 1987–1998 Staatsminister im Auswärtigen Amt. – Zitat nicht ermittelt.

13 Zentrale Ausbildungsstätte für den gesamten Offiziersnachwuchs der deutschen Luftwaffe. – Kommandeur war von 1979–1983 Brigadegeneral Horst Lamberty (geb. 1931).

nirgends auf Sympathie. Rousseau¹⁴ hat das besonders schön dargestellt. Die Menschen hassen die öffentliche Meinung, die Künstler zumeist. Der Konformitätsdruck ist ein Verhalten, mit dem der einzelne zu einem Kompromiß gezwungen wird zwischen seinen eigenen Neigungen und den Neigungen, den Wünschen der Gesellschaft nach Konsensus, denn keine Gesellschaft kann existieren ohne Konsensus. Das ist der Zweck dieses Konformitätsdrucks, der Zweck dieser Integrationskraft. Integration der Gesellschaften, um einen ausreichenden Bestand von gemeinsamen Überzeugungen und Werten zu haben, mit denen sich leben läßt, mit denen sie existenz- und entscheidungsfähig sind, handlungsfähig. Diese Situation, glaube ich, muß die CDU sehen, daß sie sich in diesem Meinungsklima und dem, was da entscheiden wird auch über Zeitgeist, ganz und gar auch gedanklich einrichtet. Ich muß vielleicht noch sagen, es ist vielen deswegen irgendwie so fremd, weil sie den emanzipierten Menschen, den vernünftig denkenden, einfühlsamen, aus unserer Tradition heraus mit der Aufklärung natürlich als Ideal vor Augen haben. Und wir mit unserer Nazivergangenheit haben uns eine tiefe Verachtung gegenüber den Mitläufern zugelegt. Darum ist es so schwer für uns, den Mitläufer zu verstehen als einen in der Gesellschaft notwendigen Mechanismus sozialpsychologischer Art, weil Gesellschaften sonst nicht zusammenhalten können. Also das wäre sozusagen ein Ziel von diesem Nachmittag, Sie wenigstens darauf gleichsam noch einmal hinzulenken, daß Ihnen Konformismus und Mitläufertum nicht nur mit einem negativen Vorzeichen erscheint. Denken Sie nicht, ich übertreibe. Ich habe festgestellt zum Beispiel, daß die Mode, die eine Form ist, in den Gesellschaften Konformismus zu trainieren, in unserer Sprache nur negativ geladen ist; so sehr verabscheuen wir diesen Druck. Aber Gesellschaften können ohne Integration nicht existieren.

Jetzt kommt unsere entscheidende Frage, wie kommt es eigentlich zum Meinungsklima, wie bildet sich denn der einzelne die Überzeugung, was er zeigen kann? Zwei Quellen meinen wir zu sehen, einmal sieht er um sich herum, original mit seinem Beobachtungsvermögen. Er sieht, was eine kalte Schulter ist. Er weiß, wie die Kollegen von ihm abrücken am Arbeitsplatz oder im Fahrstuhl die Nachbarn. Aber in beiden Bereichen bildet sich die Vorstellung, was Meinungsklima ist und wie die meisten Menschen denken und wie man handeln und reden kann, ohne sich zu isolieren. In einem großen und wachsenden Anteil tragen dazu die Massenmedien bei. Und das ist der Grund, warum ich immer wieder versuche, Sie, die CDU, auf diese außerordentliche Kraft hinzuweisen, vor der Sie nicht wegspringen können. Kein Mensch kann das, keine Partei kann das. Diese Kraft muß in Ihren Überlegungen mit ihrem ganzen starken Gewicht eingebaut werden.

Die Wege, auf denen das außerordentliche Gewicht dieser Vorgänge einmal entdeckt wurden, will ich ganz kurz noch einmal in Erinnerung rufen; ich komme dann auf den Wahlkampf 1980, wie Sie zu Recht erwarten. Also, ich will Sie erinnern an eine Situation von 1965. Was wir hier haben, ist die schwarze Linie, die breitere schwarze Linie ist die Wahlabsicht, „Ich will CDU wählen“; wir sind im Wahljahr 1965, Erhard ist der Wahlkämpfer. Die gelbe Linie ist die Absicht, SPD zu wählen. Wie Sie sehen, ist es dieses berühmte Kopf-an-Kopf-Rennen. Aber eine zweite Linie sehen Sie im Schaubild, und die läuft völlig anders. Das ist das Meinungsklima, für das ich versuche, Ihr Interesse zu

14 Jean-Jacques Rousseau (1712–1778), französischer Schriftsteller, Philosoph, Pädagoge, Naturforscher und Komponist. – Vgl. Noelle-Neumann: Schweigespirale S. 112–123.

wecken. Das Meinungsklima wird gemessen unter anderem mit der Frage – das ist keine Quizfrage –: „Was glauben Sie, wer die Wahl gewinnt?“ Meinungsklima heißt, Sie entscheiden, wie werden die meisten denken. Und hier sehen Sie, daß die CDU unaufhaltsam, ohne Veränderung der Wahlabsichten, unaufhaltbar anstieg und die SPD unaufhaltsam herunterfiel – und nun interessiert uns sehr, was da am Schluß passiert –, bis am Schluß in der Entwicklung des Meinungsklimas sich entscheidende Prozente umorientieren, raus aus dem Kopf-an-Kopf-Rennen, hin zu der im Meinungsklima führenden CDU, weg also von der SPD. Plötzlich haben wir die acht Prozent Differenz. Das ist nicht etwa Vergangenheit. Ich habe wieder mal einen Bericht für die CDU, da werde ich alles beschreiben, was ich über den Wahlkampf in den USA weiß und über diese allerletzten Tage, die keineswegs ein Debakel der Demoskopien waren. In den allerletzten Tagen ist genau eine solche Bewegung gleichsam ausgelöst worden, die dann mit einem Mal zu einer Distanz führte, wo man gesagt hat, das haben die Demoskopien nicht gemerkt. Und dann sind sie schlechte Umfragedemoskopien.

Hier sehen Sie, das Meinungsklima für sich zu haben, ist ein ungeheurer Gewinn. Sie wissen, daß bei vielen Wahlen heute drei Prozent entscheiden. Hier noch einmal, 1972. Hier sehen wir, es kommt nie auf die absolute Höhe an, es kommt wie bei der Temperatur darauf an, ob es wärmer oder kälter ist. Es kommt auf die Bewegung an. Das ist hier 1972, der kurze Wahlkampf. Hier steigt das Klima an zugunsten der SPD, und hier haben Sie im letzten Moment diese Schere, die dann nachher, wie Sie wissen, den stärksten Wahlsieg der SPD ausgelöst hat. 1972, als diese ganzen Sachverhalte noch nicht in dieser Weise untersucht waren, war noch nicht so klar, daß man sich in der Öffentlichkeit auf keinen Fall isolieren lassen darf, daß es keine Geschmacksfrage ist, ob ich ein Abzeichen trage, sondern eine Frage der Ernsthaftigkeit, es zu zeigen in der Öffentlichkeit. So war das 1972. Die Parteien waren ungefähr gleich stark in Wahlabsichten bis kurz vor Schluß, aber bei der Frage, von wem sah man denn öffentlich Abzeichen, wo es jeder sehen kann und wo ich mir ein Urteil bilde, war die SPD mit 53 Prozent gegen die CDU mit 49 Prozent. Eine andere Sache, die Frage, wer hat sich am meisten eingesetzt? Hier 44 Prozent die SPD-Anhänger, acht Prozent die CDU-Anhänger. Hier kommt ein Drittes, was Sie an den Wahlkampf 1980 erinnern wird, die Frage nämlich, zerrissene, beschmierte Plakate. Es hat mir sehr imponiert, daß man inzwischen wußte, daß man Nachtkommandos braucht, die noch in der Nacht herumstreifen und da sofort tätig werden, um diese in der Öffentlichkeit gezeigte Verurteilung zu beseitigen; denn derjenige, von dem man ungeniert Plakate herunterreißen, anmalen kann, beschmieren kann, das ist der Isolierte, das ist der Verlierer. Um so betrübter bin ich übrigens – ich habe gehört, daß wir den Bundesvorstand RCDS hier haben –, daß ich regelmäßig in Mainz eine Vorlesung halten muß in einem Hörsaal, in dem seit ungefähr drei Jahren an der Wand steht „RCDS“, aber groß durchgestrichen. In der Öffentlichkeit, wo es jeder sehen kann. Also, ich hoffe, daß solche, sozusagen gleichsam öffentliche Verrisse übermalt werden. (*Unruhe. Diskussion.*)

Jetzt kommen wir zu 1980. 1980 war das Meinungsklima in einer Weise einseitig, wie es wirklich nicht mehr zu überbieten war. Sie sehen hier die Frage – messen kann das natürlich niemand –, was glauben Sie, wer die kommende Bundestagswahl gewinnt? Sie kennen diese Frage ja von 1965. 1980 haben wir sie in einer einmaligen Isolationsdrohung gegenüber den Anhängern der CDU/CSU schon gleichsam zu Beginn des Wahlkampfes

Januar, Februar, dann aber noch weiter gesteigert. Aber die 1972er-Situation in ihrer Analyse führte dazu, wie schon 1976 und noch einmal 1980 – nur jemand, der Meinungsklimadruck versteht, kann würdigen, was das für eine Leistung gewesen ist – gegen das Meinungsklima, gegen die Erwartung anzukämpfen war, im ganzen Bundesgebiet übrigens, nicht nur im Süden. Ich habe die Zahlen in der FAZ veröffentlicht. Wenn jemand diese nicht gesehen hat, den bitte ich, sich das noch anzuschauen; ich will es jetzt nicht wiederholen. Ich meine den Artikel in der FAZ „Was wird von der '80er-Wahl in Erinnerung bleiben?“¹⁵ Da sehen wir, daß im Norden und im Süden bei der Frage, wer sammelt am meisten Abzeichen, und bei der Frage, wer hat sich am meisten eingesetzt, die Prozente völlig gleich waren. Das ist auch aus einem Grund, den ich gleich beschreiben will, eine besonders bemerkenswerte Mobilisierung der Massen. Also, daß die CDU das kann, hat sie 1980 bewiesen. Schauen Sie sich einmal hier die öffentliche Sichtbarkeit der FDP an, die das allgemeine Meinungsklima für sich hat. Hier ist 1976 schon und noch einmal 1980 eine ganz deutliche, überlegene öffentliche Sichtbarkeit der CDU erreicht worden. Hier haben wir die Frage, Plaketten, Nadeln zum Anstecken. 1972 und 1976 ungefähr Gleichstand, 1980 haben Sie einen Vorsprung erreicht.

In dem ausführlichen Bericht¹⁶ wird dann drinstehen, wie nach wie vor die Meinungsklimabedrohung der CDU-Anhänger auch 1980 zum Teil sogar Stärken erreicht hat wie nie zuvor. Meinungsklima kommt nur zustande bei Moralischem, bei einem Mitschwingen von dem Gefühl, wir sind die Besseren. Und das, die moralische Empörung, war gelungen gegenüber dem Spitzenkandidaten der CDU/CSU. Sie zeigt sich immer darin, daß bei der Frage, wo ist man denn am ehesten in Gefahr, daß einem die Reifen aufgeschnitten werden, bei welchem Aufkleber, die CDU einsam führte mit 30 Prozent; ich glaube, die SPD lag hier bei drei Prozent. Oder auf die Frage, wenn man in eine fremde Stadt kommt und jemand fragen will, wo man einen Parkplatz findet, die Antwort erhält, fragen Sie doch jemand anders. Mit welchem Parteiabzeichen passiert das? Siebenmal häufiger mit einem CDU-Abzeichen als mit einem SPD-Abzeichen, mit einem FDP-Abzeichen gleich null.

Dann komme ich noch auf eine Sache, die manche früher einmal mit anderen Zahlen gesehen haben. Hier sind die Rohzahlen, die aus dem Computer kamen, als wir eine Wahlprognose erarbeiten wollten; das sind die ungewichteten Zahlen, wie man seine Erststimme verteilen will. Da Sie alle, wie ich genau weiß, die endgültige Erststimmenverteilung genau vor Augen haben, wissen Sie, was für ein Hohngelächter über uns heruntergegangen wäre, wenn wir unsere Rohzahlen veröffentlicht hätten. Aber hier sehen Sie unsere Umgewichtung nach Meinungsklimafaktoren und hier das amtliche Ergebnis, hier noch einmal die Zweitstimmen. Sie sehen hier in der einfachen Prognose die FDP mit der zweistelligen Zahl und hier in dem Rohergebnis Zweitstimmen CDU 38,8. So kam es aus dem Computer. Und so gaben wir es um genau 18 Uhr im Fernsehen und im Rundfunk bekannt, im übrigen im österreichischen, weil sich das Zweite Deutsche Fernsehen, das uns früher immer eine letzte Wahlumfrage finanziert hatte, weigerte, uns

15 Vom 24. Oktober 1980.

16 Elisabeth Noelle-Neumann: Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980. In: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen 1983 S. 540–599.

eine Umfrage direkt sozusagen für die Wahlprognose zu finanzieren. Also, auch das ist natürlich so ein Medienthema. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich komme noch einmal kurz auf die Studenten. Ich glaube, daß über das Meinungsklima bisher wenig nachgedacht worden ist. Dies ergibt sich auch aus einer Auswertung des Meinungsklimas, die im Oktober 1978 in der FAZ erschienen ist.¹⁷ Zunächst zeige ich Ihnen einmal, wie die deutschen Studenten ihre eigene politische Position einstufen in einer Skala von links bis rechts – da macht man selber ein Kreuz, null heißt ganz, ganz links, hundert heißt ganz, ganz rechts –, „wo würden Sie Ihren Standort politischer Art beschreiben?“ Hier ist sozusagen gleichsam der Standort der deutschen Studenten, wie er sich vor zwei Jahren darstellte. Jetzt möchte ich Ihnen vergleichsweise zeigen, wer in der studentischen Selbstverwaltung arbeitet. Die violette Linie: Es haben schon einmal in der studentischen Selbstverwaltung mitgearbeitet. Hier ist das weit linke Potential, hier ist der Anteil, in dem diese Studenten sagen, sie arbeiten in der Selbstverwaltung mit. (*Unruhe. Diskussion.*)

Eine andere Frage. Was ich Ihnen hier zeige, ist ein Teil von Meinungsklima. Meinungsklima in unserer Studentenschaft wird nämlich hervorgerufen mit zum Teil sehr massiven psychologischen Druckmitteln. Hier heißt es, hier unterhalten sich drei darüber, ob man in bestimmten Situationen Gewalt anwenden kann. Ich will Ihnen nur zeigen, in welchem Umfang – ich brauche auf Einzelheiten nicht einzugehen – die Vorstellung bei den deutschen Studenten besteht, man dürfe auch Gewalt anwenden. Unsere Hochschulreform hat den Studenten sehr viele Einwirkungsmöglichkeiten gebracht. Wie sie genutzt werden, können Sie in diesen Schaubildern sehen. Sie werden sich nicht wundern, daß nach Erscheinen dieses Aufsatzes die beinahe einmütige Verurteilung dieser Analyse damit begründet wurde, sie behaupte, die deutschen Studenten seien kommunistisch. Das ist eine Technik, die Sie alle ja genau kennen aus dem politischen Kampf: Es wird etwas behauptet, was gar nicht gesagt worden ist. Und nachdem es behauptet worden ist und oft genug wiederholt worden ist, wird gesagt, das stimmt doch gar nicht! Alle nicken. Das, was behauptet worden ist, dient nur dem Meinungsklima. Das heißt also, hier gibt es einfach einen Nachholbedarf an Zurkenntnisnehmen; das Meinungsklima gehört zu den Fakten, an denen wir uns den Kopf blutig schlagen. Meinungsklima ist nicht ein psychologischer Firlefan, das ist eine ganz harte Angelegenheit. Und von daher gesehen hoffe ich, daß auch die Situation in den Universitäten mit Aufmerksamkeit und einem Verständnis für Meinungsklima weiter behandelt werden sollte.

Das andere ist natürlich, daß das Meinungsklima zwei Quellen hat; wir haben hier das einmal gesehen, ich muß also jetzt noch mit dem neueren Datum hinterherkommen. Mancher von Ihnen kennt die Tatsache, daß die Bevölkerung in ihrem politischen Standpunkt so stand wie 1976. Unter anderem Sicherheit, damit ist man nie in Isolationsgefahr. Aber die deutschen Journalisten stehen mit einem ungefähr 75prozentigen Übergewicht links. Und wenn wir hören, daß alle Journalisten überall so links sind, dann werde ich Ihnen sehr bald auch weiteres Material dagegen zeigen können. Wir haben nämlich gerade abgeschlossen eine Journalistenumfrage in England, um Ihnen zu zeigen,

17 FAZ vom 2. Oktober 1978: „Wie demokratisch sind unsere Studenten“.

daß die Journalisten nicht überall links stehen, oder zumindest nicht so links wie die deutschen.¹⁸

Jetzt mal das österreichische Bild. Die österreichischen Journalisten und die österreichische Bevölkerung. Der große Vorteil für die österreichische Situation ist, daß sich sehr viele Journalisten in der Mitte einstufen und die meisten, die links stehen, als gemäßigt. Nicht wie die deutschen, die in dieser außerordentlichen Weise nach links rücken. Das ist übrigens bei Presse und Funk ganz gleich. Ich höre oft das Argument, die kapitalistische Presse spreche ja nur für die CDU, und von daher gesehen sei der Funk dann Gewaltenteilung; der Funk sei dann also das Gegengewicht. Das ist hier eine klare Widerlegung, das ist schon sehr lange so. Unsere erste Journalistenumfrage begann 1969. Ich möchte Ihnen gerne zeigen, wie das 1969 aussah: 1969, 1973, 1976 CDU 24, 22, 21 Prozent. Wir haben also schon seit über einem Jahrzehnt eine Situation dieser Schräglage. Und da wird öffentliche Meinung gebildet. Meinungsklima! Es kommt hier etwas hinzu, was Walter Lippmann¹⁹ außerordentlich schön einmal gesagt hat. Er hat gesagt, daß Journalisten nicht anders als andere Menschen die ganze Welt mit ihren Überzeugungen sehen, durch ihre Augen, ihre Überzeugungen. Die Überzeugungen der Journalisten sind nun ganz anders als bei der Bevölkerung. Hier gibt es wichtige Forderungen, die NATO und die Bundeswehr stärken usw.: Die Bevölkerung meint zu 40 Prozent, die Journalisten zu 15, das sei richtig. Hier noch: keine Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen, 46 Prozent die Bevölkerung, Journalisten 14 Prozent; Radikale im Öffentlichen Dienst, 49 die Bevölkerung, 15 Prozent die Journalisten. Ich gehe jetzt nicht auf weitere Einzelheiten ein. Ich möchte Ihnen bloß sagen, auch bei ethisch ganz bewußt den richtigen ausgewogenen Weg suchenden Journalisten bleibt der Effekt, daß der Journalist seinen eigenen Beobachtungen nachgeht. Und diese Beobachtungen sind gefiltert durch seine Überzeugungen. Hier sehen Sie einmal, wie die Bevölkerung spricht über ein und dieselbe Fernsehsendung 1980. Es ist, wenn wir die Zahlen anschauen so, als hätten die CDU-Anhänger, die FDP- und die SPD-Anhänger Verschiedenes gesehen. In der Tat haben sie etwas Verschiedenes gesehen, sie haben also selektiert nach dem, was ihrer Überzeugung entspricht. Berühmter Satz: Man sieht, was man erwartet.

Wir haben die Frage nach der Fernsehdiskussion jetzt wiederholt, ein Teil des Berichtes über den Wahlkampf 1980. Wir hatten zuerst eine Blitzumfrage, die wir dann ergänzt haben durch eine zweite Umfrage mit einem breiten 2000er Spektrum. Alles in allem hat sie gut gefallen, das hat sich bestätigt. Genscher hatte 76 Prozent, bei Männern 75, Frauen 77, Kohl insgesamt 48 Prozent, Männer 49, Frauen 48, Strauß insgesamt 34, Männer 33, Frauen 35. Helmut Schmidt, 33 Prozent Gesamtergebnis, Männer 31, Frauen 35. Ein ganz anderes Ergebnis gab die Erinnerung an die Fernsehdiskussion einige Wochen danach.

Das Kritische bei der Journalisteneinstellung ist, daß schon vor 50 Jahren mit sehr guten Untersuchungen in Amerika gezeigt worden ist, daß der Medieneinfluß in keinem Punkt so stark ist wie in der Beeinflussung der Vorstellung von Personen. Das Bild von

18 Renate Köcher: Spürhund und Missionar. Ein Vergleich zwischen britischen und deutschen Journalisten. In: Die Medien — das letzte Tabu der offenen Gesellschaft. Die Wirkung der Medien auf Politik und Kultur. Hrsg. v. Studienzentrum Weikersheim e.V., Mainz 1986 S. 161–171.

19 Walter Lippmann (1889–1974), amerikanischer Journalist, Schriftsteller und Medienkritiker. – Vgl. Noelle-Neumann: Schweigespirale S. 206–217.

Personen ist praktisch ausgeliefert an die Medien. Jetzt habe ich Ihnen vorgelegt eine von 1954 bis 1980 führende Darstellung der Ergebnisse von Franz Josef Strauß, gute Meinung oder keine gute Meinung. Hier ist sozusagen die weit zurückliegende Zeit, 1954 eine gute Meinung sechs Prozent, keine gute Meinung vier Prozent, der Rest unbekannt. Das war 1954. Dann sehen Sie, wie sich anfangs, Strauß als Minister für Sonderaufgaben, das gute Bild sich noch hebt auf acht Prozent; dann aber spricht er sich aus für eine Atombewaffnung der Bundeswehr und sofort schießt die schlechte Meinung hoch auf 40 Prozent, und nun hat er hier die Ihnen allen bekannten Spitzenwerte, Strauß – keine gute Meinung. Dann kommt das Jahr 1966 mit der Großen Koalition. Was man kaum für möglich halten würde, entwickelt sich innerhalb einer derartig kurzen Zeit Strauß plötzlich zu einem der beliebtesten Politiker mit 62 Prozent. Es ist die Zeit von Plisch und Plum²⁰ in den Medien, entsprechend dazu. Mir ist neulich gesagt worden, vielleicht erkläre sich ein derartiges Hochschießen auch daraus, daß hier bei der Großen Koalition nur von zwei Parteien her sozusagen Plusstimmen kommen. Wir können aber zeigen, daß der Inhalt der Medien sich völlig verändert hat. Und von daher gesehen, können wir lernen, mit welcher ungeheurer Geschwindigkeit – alles an Skandalen von Strauß ist hier – nach der Plisch-und-Plum-Honigmondzeit es innerhalb von Monaten möglich war, daß er wieder absolut herunterfiel auf das alte Bild und hier in dieser Weise in der Tat als Kanzlerkandidat eine geradezu aussichtslose Situation bestand. Ich glaube, das muß man aus dem Wahlkampf 1980 herausnehmen. Mit einem Kandidaten, mit einem solchen hohen Negativvotum gegen sich, kann, glaube ich, keine Partei der Welt eine Wahl gewinnen. Es geht nicht um Strauß, es geht nicht um ihn persönlich dabei, das können Sie hoffentlich aus diesem Schaubild entnehmen. Dieses Schaubild zeigt Ihnen, daß hier eine Symbolfigur getroffen wurde. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich zeige Ihnen noch ganz kurz ein Material, das an sich zu abstrakt ist, um es so beiläufig vorzuführen. Aber ich möchte gerne, daß Sie vielleicht noch einen Beschluß fassen, daß Sie vielleicht diese ganze Thematik, die wir hier behandeln, als Forschungsprogramm, da, wo Sie Forschung betreiben können, aufgreifen. Es ist nämlich so, daß der einzelne, der in einem Medienklima so negativer Art sitzt, oder der mit einem Journalisten spricht, von dem er weiß, wie sehr er gegen ihn ist, sich verändert. Und die Bevölkerung sieht das. Es gibt keinen Menschen, der davon unberührt blieb. Hier haben wir ein und denselben Journalisten. Das steht zu Verfügung für jeden, der das erst einmal sehen und dann nacharbeiten möchte; denn wir haben ja auch den Wahlkampf 1980 aufgezeichnet und werden das analysieren.

Es gibt hunderte von offensiven und defensiven optischen Signalen, die nichts zu tun haben mit Worten. Man sieht das, ob jemand defensiv oder offensiv, ob er stark oder schwach ist. Das sieht die Bevölkerung an zahlreichen Bewegungen. Sie sehen, wie hier Schmidt vollkommen offensiv gegenüber dem ihm positiv gegenüberstehenden Appel²¹ agiert. Und hier sehen Sie Strauß gegenüber Appel, der ist viel offensiver als gegenüber

20 Im „Spiegel“ vom 30. Januar 1967 bezeichnete Felix von Rexhausen Wirtschaftsminister Karl Schiller und Finanzminister Strauß als „Plisch und Plum“ nach dem Titel einer Bildergeschichte zweier ungezogener junger Hunde von Wilhelm Busch aus dem Jahr 1882.

21 Reinhard Appel (1927–2011), Journalist; 1963–1973 und 1986–1991 Moderator der ZDF-Reihe „Journalisten fragen – Politiker antworten“ sowie 1965–1987 der sog. Elefantenrunden (Fernsehdebatten der Vorsitzenden der im Parlament vertretenen politischen Parteien).

Schmidt, und zugleich ist Strauß völlig mit Gestik, Gesichtsbewegungen defensiv. (Wörner: Wie messen Sie das?) Das will ich Ihnen bei der Diskussion sagen, wir können sehr gerne darüber sprechen. Ich habe Ihnen das Material mitgebracht, um Ihnen einiges zu zeigen von einem Kategorienschema, was inzwischen in der ganzen Welt Wissenschaftler erarbeitet haben. (Unruhe. Diskussion.) Die Aufnahmen sind da, es handelt sich um Videoaufnahmen, die kategorisiert worden sind nach 50 verschiedenen Gesichtspunkten. Merkmale sind Handbewegungen, Art des Hustens, Art der Bewegungen, der Augen, das ist durch das Stichwort „Körpersprache“ ausgedrückt. (Unruhe. Diskussion.)

Ich würde Ihnen das gerne zeigen und habe den Codeplan zu einer Diskussion mitgebracht. Ich habe vom Wahlkampf 1980, den ich als zweiten Punkt behandle, schon einiges mitgeteilt. Die Daten zeigen, daß sich die Relation zwischen den Spitzenkandidaten Strauß und Schmidt trotz aller Bemühungen, aller intensiven Arbeit nicht verändern ließen. Ich habe hier vor mir Januar 1980 und Ende September 1980: „Wer wäre Ihnen als Bundeskanzler lieber, Strauß oder Schmidt?“ Anfang des Jahres und kurz vor der Bundestagswahl: 30 Prozent Strauß, 58 Prozent Schmidt. Es hat sich in dem ganzen Jahr, wie Sie schon gesehen haben, nichts ändern lassen. Die CDU hat allerdings eine Reihe von Kompetenzgewinnen in diesem Wahlkampf errungen. Das erhalten Sie natürlich noch sorgfältiger ausgearbeitet, aber ich möchte es doch hier ganz kurz streifen. Jeder Wahlkampf bietet ja eine besondere Chance, in das Image der Partei bestimmte Stärken hineinzulegen. Ihr besonders erfolgreich durchgesetztes Thema war die Staatsverschuldung, die in der Tat ein großes Interesse gefunden hat und in der Dringlichkeit der Bevölkerung aufgerückt ist und wo Sie sozusagen eine einsame Stellung bei der Lösungskompetenz haben, auch im Vergleich zur FDP. Ebenso wirksam die Thematik Rentensicherung, wirksam bei Sparsamkeit in der Verwaltung, bei den Behörden. Umgekehrt wirksam war der Versuch der SPD, die Friedensfähigkeit an die Führung der SPD zu heften; das ist in der Tat gelungen.

Ich zeige Ihnen zu ungefähr 30 verschiedene Sachpunkten das Material, aus dem Sie ersehen können, wie am Beginn des Jahres und am Ende des Jahres die Sachpunkte und ihre Dringlichkeit den verschiedenen Parteien zugeordnet wurden. Man kann feststellen, daß die CDU insgesamt zu Beginn bis zum Ende dieses Jahres ihre starken Positionen in der Frage der Kompetenzen erhalten hat. Das ist angesichts der ganzen widrigen Umstände ein gutes Ergebnis. Mir scheint, daß nicht genug klargemacht worden ist auch in den anschließenden Diskussionen nach dem Wahlkampf, wie äußerst bedeutend für ein Wahlergebnis die religiöse Politikbeziehung ist. Ich habe gelesen von Waigel²², daß er gesagt hat, die konfessionelle Situation habe keine große Rolle gespielt. Ich möchte Ihnen hier einmal zeigen, wie die Stimmabgaben aussahen nach kirchennahen und kirchenfernen Katholiken, kirchennahen und kirchenfernen Protestanten. Die Zweitstimmen planten zu geben die kirchennahen Katholiken zu 80 Prozent der CDU/CSU, die kirchenfernen zu 46 Prozent, die kirchennahen Protestanten der CDU/CSU 43, kirchenferne 28 Prozent. Auch die Frage Strauß/Schmidt ist aufs schärfste beeinflusst von Kirchennähe und Kirchenferne. Das heißt also, daß hier dieser ganze religiöse Komplex in diese Wahlanalyse noch einbezogen werden muß. In der FAZ las man es anders, leider deswe-

22 Theo Waigel (geb. 1939), Jurist; 1972–2002 MdB (CSU), 1982–1989 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1988–1999 CSU-Vorsitzender, 1989–1998 Bundesminister der Finanzen. – Zu seinen Aussagen vgl. Anm. 23.

gen, weil so ungeheuer hastig eine Wahlanalyse gleich in der Woche hinterher versucht worden war.²³

Die Wahlmittel sind überwiegend positiv beurteilt worden. Es ist so, daß zum Beispiel in der Frage der Fernsehspots, welche gut gefallen haben, am besten haben gefallen die Spots der CDU/CSU, 21 Prozent, der SPD 17, FDP 13 Prozent. Zwischen Männern und Frauen sind sehr geringe Unterschiede: besonders gute Anzeigen, CDU/CSU 20, SPD 18 und FDP zehn. Ein sehr typisches Ereignis beim Wahlkampf war die Sache des Hirtenbriefs. Es konnte studiert werden, wie normalerweise der rechtzeitige Aufbau einer Schleichmeinungsfront, Meinungsklimafront, passiert, indem man wirklich noch, bevor die Sache veröffentlicht ist, bereits das Bild entsprechend prägt. Deswegen haben selbst die kirchentreuesten Katholiken nicht mehr gewagt zu sagen nachher im Interview, daß der Hirtenbrief²⁴ eine gute Sache gewesen wäre. Also von daher gesehen ist einfach die Frage, wie man angesichts einer solchen Realität seine Strategie in der Zukunft wählt.

Ich habe es zwar hier, möchte das vielleicht jetzt noch nicht vortragen, nach welchen Anteilen die verschiedenen demographischen Gruppen gewählt haben, CDU/CSU, SPD, FDP. Ich habe gehört, daß schon einige repräsentative statistische Daten veröffentlicht worden sind, so daß Sie diese Daten eigentlich in der breitesten amtlichen Form schon haben und daß zum Beispiel Frauen insgesamt, besonders jüngere Frauen, bei der CDU recht stark abgefallen sind. Die jüngste Gruppe überhaupt. Ich verstehe, wenn Sie sagen, wir haben uns jungen Menschen nicht verständlich gemacht. Das ist in der Tat ein außerordentlich wichtiger Sachverhalt. Ich möchte aber auch zeigen, daß bei jeder Analyse, die ich mache über Meinungsklima im Zusammenhang mit Mediennutzung, wo wir einen Nachweis führen können, daß ein Mediengewicht das Meinungsklima beeinflusst hat, deutlich wird, daß keine Gruppe so ungeheuer scharf darauf reagiert wie die jungen Leute. Das kann man gut verstehen. Die jungen Leute haben ja nicht, wenn Sie wollen, die Erfahrungen. Und sie haben nicht schon das gefestigte Überzeugungsskelett, also den Knochenbau, mit dem man sozusagen gleichsam einem Meinungsklima widerstehen könnte. Ich muß also sagen, daß generell gilt, daß besonders beeinflussbar durch medieninformatiertes Meinungsklima alle Menschen mit geringerem Selbstbewußtsein, mit geringerem Ich-Gefühl sind. Deswegen sind auch Frauen anfälliger als Männer und einsame Menschen anfälliger als Menschen mit vielen Bekannten, die ja sowieso viel mehr Möglichkeiten haben, original um sich herum zu gucken und ihre Meinungen danach zu bilden. Denn was Sie ja fertiggebracht haben im Wahlkampf 1980, nenne ich ein doppeltes Meinungsklima. Ein Klima, wie es die Medien prägten, und ein Klima, wie es gezeigt wurde im Original durch diejenigen, die sich für die CDU einsetzen. Das heißt also, die Originalbeobachtung zeigte ein Übergewicht von CDU-Einsatzbereitschaft.

23 FAZ vom 11. Oktober 1980: „Wie haben die Katholiken gewählt?“. Der Artikel bezog sich auf ein „Bonner Gespräch“ in der katholischen Thomas-Morus-Akademie, an dem Paul Mikat (CDU), Theo Waigel, Heinz Rapp (SPD, Mitglied des ZdK) und Herbert Becker (SPD, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion) teilnahmen. – Vgl. auch FAZ vom 7. Oktober 1980: „Eine blaugelbe Leibgarde für Helmut Schmidt“.

24 Vgl. Nr. 1 Anm. 48.

Ich komme auf die Frage der nächsten Landtagswahlen und den Ausblick. Es ist so, daß ich vor wenigen Tagen einem Vortrag von Herrn Glotz²⁵ zugehört habe. Das war in einem ziemlich kleinen Kreis in der Universität München. Es handelte sich um die Übergabe der Festschrift an Herrn Roegele²⁶. Und als Herr Glotz ungefähr eine halbe Stunde lang äußerst intensiv davon sprach, wie sehr die Bevölkerung zu überzeugen sei und daß jede Änderung des Mediensystems außerordentlich schädlich sei und diese ganzen Argumente schon so parat lagen, konnte man absolut sicher erkennen, daß es der CDU nichts nützen würde, wenn sie über Medienfragen vielleicht ein Stück weit weniger spräche, damit sozusagen das Klima von dieser Kontroverse nicht beeinträchtigt wird. Es ist in Wirklichkeit so, nach allem, was ich sehen kann, daß sich die SPD darauf vorbereitet, die Frage der Medienpolitik zum Wahlkampfthema zu machen und daß man darauf sich einrichten muß. Das wirkt erst einmal sehr überraschend. Wie ist es denn möglich, daß eine gleichsame Vermehrung eines Angebots, zum Beispiel in einem offeneren Funk- und Fernsehsystem, die Bevölkerung auf die Barrikaden brächte? Ich selber hätte sicher keine Prognose gewagt, daß man die Bevölkerung in der Frage der Medienpolitik in außerordentlich kurzer Zeit überzeugen kann, daß ein privates Fernsehen in der Tat heißt, den Teufel ins Wohnzimmer zu bringen und daß von daher gesehen die Familien echt gefährdet seien durch eine solche mögliche Entwicklung unseres Mediensystems.

Ich habe hier zum Beispiel die Frage: „Es wird überlegt, ob zu den drei bisherigen Fernsehprogrammen weitere Fernsehprogramme kommen sollen, die von privaten Rundfunkgesellschaften gesendet werden. Würden Sie das begrüßen oder nicht begrüßen?“ „Würde ich begrüßen“, sagten im August 1979 55 Prozent, „Würde ich nicht begrüßen“ 24, Rest unentschieden. Nur drei Monaten später wiederholten wir die Frage. Im November 1979 waren die 55 Prozent „Würde ich begrüßen“ heruntergegangen auf 41, „Würde ich nicht begrüßen“ 24, Rest 32. Mit einer solchen unmittelbaren einfachen Frage, nicht kompliziert, nicht undurchsichtig, kann man also die Bevölkerung wie Wachs gleichsam handhaben.

Von daher gesehen bedaure ich natürlich noch einmal außerordentlich, daß die CDU schon mehrere Jahre hat verstreichen lassen, ohne die Medienwirkungen in England wirklich hier allgemein zur Kenntnis zu nehmen, die ja widerlegen, was man hier behauptet. Man behauptet, ein privates Fernsehen sei der Höhepunkt von Gewaltdarstellung und Trivialität und kapitalistischem Profitinteresse. Die englische Situation, manchen ist das bekannt, widerlegt all diese Behauptungen. (*Unruhe. Diskussion.*) Jedenfalls, kommen wir zurück, ist die Frage, wie eine Strategie aussehen könnte, die etwa einem solchen möglichen zukünftigen Schwerpunktthema der Landtagswahlen vorbeugt. Ich kann mir denken, daß die Tatsache, daß man genauso, wie man ein vielfältiges System in der Presse schätzt, dasselbe, wo es nun technisch möglich wird, auch im Fernsehen wünscht. Es wäre an sich für die Bevölkerung wahrscheinlich schon ein Zeichen, daß wie auch bei

25 Peter Glotz (1939–2005), Kommunikationswissenschaftler; 1970–1972 MdL Bayern (SPD), 1972–1977 und 1983–1996 MdB, 1974–1977 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1977–1981 Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin, 1981–1987 Bundesgeschäftsführer der SPD.

26 Otto B. Roegele (1920–2005), Arzt, Publizist; 1949 Chefredakteur und 1963–2005 Herausgeber des „Rheinischen Merkur“, 1963–1985 Professor für Zeitungswissenschaft in München. – Festschrift: Erhard Schreiber u. a. (Hg.): Kommunikation im Wandel der Gesellschaft. Otto B. Roegele zum 60. Geburtstag. Düsseldorf 1980.

der Presse nicht nur die schiere kapitalistische Raffgier das Fernsehen in die Hand kriegt. Also von daher gesehen, sind wohl Übersetzungen notwendig. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich glaube, daß Sie sich darauf vorbereiten müssen. Ich füge trotzdem hinzu, daß es sein kann, daß ganz andere Themen sich bis dahin vorgeschoben haben, denn ich glaube, daß die bisher vorliegenden Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute noch zu optimistisch sind. Wir haben sehr viele Anhaltspunkte, daß die Situation sich viel stärker entwickeln könnte, als man das bisher für möglich gehalten hat. Ich habe augenblickliche Klimamessungen im Dezember 1980. Die zeigen mir, nicht nur wirtschaftlich, daß es nur zwei Jahre in der ganzen bundesrepublikanischen Geschichte gibt mit so starker Depression der Bevölkerung, und das unmittelbar nach einer Wahl. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich würde sagen, schlimmer und schmerzhafter war nur das Jahr 1950 mit Korea²⁷ und das Jahr 1973. Das sind die einzigen beiden Jahre mit schlechteren Ergebnissen, als wir sie 1980/81 haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Den außerordentlich raschen Verfall der SPD kann ich Ihnen zeigen mit Meinungsklimafragen. Wir benutzen ja unter anderem das Meinungsklima, weil es besser und früher und mehr mißt als Wahlabsichten. Wahlabsichten sind stabil. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich werde jetzt zunächst die Dinge aus dem Gesamtzusammenhang von 1980 in Erinnerung rufen. Es war so, daß die Frage: „Glauben Sie, daß die meisten über die SPD gut denken, oder glauben Sie das nicht?“ und „Glauben Sie, daß die meisten über die CDU/CSU gut denken oder nicht?“ eine typische Klimafrage ist. Während 1976 die CDU ein Übergewicht hatte von 50 Prozent, die meisten denken gut über die CDU, und nur 20 Prozent, die nicht gut denken, hat es sich 1980 umgedreht. (*Kohl: Wann war denn das?*) Wir hatten das ganze Jahr hindurch gefragt und zwar bis zum September. Es war so, daß die Frage, „Glauben Sie, daß die meisten über die CDU gut denken?“ 20 Prozent ergab, nicht gut, 40 Prozent. Umgekehrt, die meisten denken gut über die SPD 40 Prozent, nicht gut 20 Prozent. Das waren absolut genau verdrehte Positionen. Und jetzt haben wir die Frage wiederholt im November, und mit einer ganz außerordentlichen Geschwindigkeit ist die SPD in sich zusammengefallen, so daß wir augenblicklich den Stand haben 30:30. Die, die gut denken über die SPD, 30 Prozent, die, die nicht gut denken, 30 Prozent. (*Unruhe. Diskussion.*) Die gut denken über die CDU, 33, nicht gut, 37. Das ist schon eine ganz andere Lage als 40:20. Das heißt also, hier sind die Klimawahrnehmungen innerhalb von wenigen Wochen geändert worden.

Ich möchte abschließen in der mir eingeräumten Zeit und Folgendes sagen: Die Stärke, mit der in der ganzen Welt sich Wertvorstellungen in eine Richtung entwickelt haben, die zunächst einmal den Grundpositionen der CDU entgegenläuft, kann man nur ermessen, wenn man einmal bis zum Beginn dieses Jahrhunderts zurückkehrt und wenn man andererseits in der Gegenwart nicht nur die Bundesrepublik Deutschland nimmt, sondern auch andere Länder. In mindestens fünf Bereichen haben sich in den letzten 20 Jahren, zum Teil schon viel länger vorher, aber wir haben die nicht gemessen, Veränderungen der Werthaltungen zugetragen, die ganz entgegenlaufen dem, wofür die Christlich Demokratische Union eintritt. Manche von Ihnen kennen die Veränderungen, die sich zugetragen haben. Der Wertekanon, wie man ein Kind erzieht, ist indirekt ja Ausdruck

27 Krieg (1950–1953) zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und der Volksrepublik China auf der einen und der Republik Korea (Südkorea) und Truppen der Vereinten Nationen unter Führung der USA auf der anderen Seite.

eines Wertesystems einer Gesellschaft. Diese Dinge sind zum ersten Mal aufgedeckt worden 1975, und sie haben sich keineswegs etwa wieder zurückentwickelt.

Ich will Ihnen sagen, ein Kind erziehen, seine Arbeit ordentlich und richtig tun, pünktlich sein, seine Bürgerpflicht erfüllen, sind alles Tugenden, die in den letzten zehn bis 20 Jahren, vielleicht 30 Jahren, in Verdacht gekommen sind, als seien es nur Tugenden, mit denen der Kapitalist sich Menschen heranzieht, um sie besser ausbeuten zu können. Ich glaube, das ist ein großes Mißverständnis, das hier sich ausgebreitet hat und gegen das die CDU sehr wohl angehen kann. Ich erwähne gerade noch vier weitere Bereiche, in denen Sie den Zeitgeist im langfristigen Sinne gegen sich gehabt haben. Einmal die Frage des Verhältnisses zur Arbeit. Die Einstellung zur Arbeit hat sich – übrigens in der ganzen Welt, auch in Japan – sehr kritisch entwickelt. Die Arbeitsfreude ist deutlich geringer geworden. Das dritte ist die Einstellung zum Eigentum. Die Diebstahlstatistik spricht ihre eigene Sprache. Aber das sind Werte, ob man Eigentum respektiert oder glaubt, es käme gar nicht darauf an. Das vierte ist die Umdrehung der Sexualnorm, und das fünfte ist der damit im Zusammenhang stehende außerordentliche Rückgang des Kirchenbesuchs.

Wenn solche säkularen und dieses Jahrhundert charakterisierende Bewegungen sich zugetragen haben, so heißt das nicht, daß innerhalb der großen Bewegungen nicht Gegenbewegungen in Gang sein können. Im Gegenteil. Es ist so, daß in der ganzen Welt gegenwärtig in gewisser Weise sich als Großwetterlage deutliche Zeichen eines Umkehrwillens angebahnt haben. Eines Umkehrwillens zum Beispiel gegenüber zu viel Staat und zu wenig Lasten und, wenn Sie so wollen, auch Möglichkeiten für das Individuum. Umkehrtendenzen in den Einstellungen zum sozialen Netz. Umkehrtendenzen in der Hoffnung, daß mit einem immer steigenden Lebensstandard und mit einem immer größeren Sicherheitsnetz und immer mehr Freizeit ein schönes Leben zu erreichen sei. Dieses wenigstens haben wir in unserer Lebenszeit erlebt, daß man an die Grenzen dieser Hoffnung gestoßen ist und merkt, das führt zu nichts, das führt nicht dahin, wohin wir hofften. Ein sehr eindrucksvolles Erlebnis, das ist bei vielen Menschen unserer Zeit zu sehen, daß es daran offenbar nicht liegt. Wenn man es nicht an sich selber sähe, dann würde man es an der Jugend sehen, bei der man ja erkennen kann, daß sie in eine Situation hereingeraten ist, die ihr in vielen Hinsicht ausweglos scheint.

Ich möchte Ihnen gerade als CDU anbieten eine Überlegung, von der ich meine, daß sie noch nicht in ihrer vollen Tragweite ausgeschöpft ist. Ich glaube, daß ein Zusammenhang für Sie wichtig sein mag. Das wäre ein Zusammenhang zwischen der Fähigkeit zur Selbstbeherrschung und dem Selbstbewußtsein. Und dann im nächsten Schritt ein Zusammenhang zwischen Selbstbewußtsein und psychischem Wohlbefinden. Oder noch einfacher ausgedrückt, Selbstbeherrschung führt zu psychischen Wohlbefinden. Mit dem immer besseren Lebensstandard gab es zahlreiche Situationen, die wegfielen, wo Sie früher Selbstbeherrschung brauchten. Zum Beispiel bis hin zu der Frage, ob Sie, auch wenn es Ihnen nicht mehr ganz gut geht, trotzdem arbeiten, oder bis zu der Frage, in welcher Weise Sie etwa Ihre Freizeit gestalten. Sehr viele dieser Entscheidungen sind heute deswegen so schwer geworden, weil die Möglichkeiten viel größer geworden sind und der einzelne eine ganz andere Kraft der Selbstbeherrschung braucht, um gegenüber dieser Wohlstandsgesellschaft sich gegen die Möglichkeiten zu entscheiden, gegen die Möglichkeiten des zu viel Essens, das ist bekannt, gegen die Möglichkeiten, unpünktlich

zu sein, gegen die Möglichkeiten, einer Mißstimmung nachzugeben und sich krankzumelden.

Ich glaube, wir haben nicht verstanden, daß mit den erwähnten Tugenden Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit, um nur drei zu erwähnen, Sparsamkeit, nicht etwa Menschen herangezogen wurden, die sich von Kapitalisten gut ausbeuten ließen, sondern daß wir mit diesen Tugenden von klein auf jedem einzelnen geholfen haben, homöopathisch Selbstbeherrschung zu trainieren. Das ist der wirkliche Hintergrund dieser Eigenschaften, Pünktlichkeit, Ordnung, Sauberkeit, arbeiten, wenn es einem keinen Spaß mehr macht, homöopathisches Training in Selbstbeherrschung. Selbstbeherrschung, das sieht man inzwischen, scheint ganz wesentlich zu sein, damit ein Mensch sich mit sich selber wohlfühlt. Vielleicht ist es das, was jemand bei den Hare-Krishna-Jüngern sucht. Selbstbeherrschung wird ihnen da von einer Sekte angeboten, was die Gesellschaft in der Erziehungspraxis nicht mehr tut.

Ich will mit diesen Überlegungen abschließen, weil ich meine, daß das Ausschöpfen einer anderen Richtung solange fortgeführt worden ist, daß hier also gleichsam von der ganzen Gesellschaft gespürt wird, daß eine neue Richtung eingeschlagen werden muß, und mit der Einsicht, die demoskopisch untermauert werden kann. Ich spreche nicht als Pfarrer, ich spreche hier nicht als Moralprediger, das am allerwenigsten. Ich sage heute keinem jungen Menschen, mit dem ich spreche, er soll etwa pünktlich sein, oder er soll intensiv arbeiten, weil das verdienstvoll ist, eine Tugend. Ich sage ihm, er soll das tun, weil es mit dem eng zusammenhängt, was er sowieso als Ideal verfolgt, mit seinem Ideal der Selbstverwirklichung. Und weil die Selbstverwirklichung über Selbstbeherrschung zu einer Existenz führt, in der der einzelne sich mit sich selber verträgt. Das ist die Voraussetzung, um sich überhaupt mit irgendwas zu vertragen. (*Beifall.*)

Kohl: Vielen Dank für diesen sehr hintergründigen, instruktiven Einführungsvortrag. Ich schlage vor, wir gehen gleich in die Diskussion, so daß wir wenigstens jetzt die nächste Dreiviertelstunde noch für die Diskussion im Sinne von Anfragen haben. Und dann wollen wir den Teil abschließen. Wer wünscht das Wort zu einer Frage?

Koch: Frau Professor, Sie haben eben gesagt, Wandel herbeiführen ohne Isolation, Neigungen und Wünsche in der Gesellschaft beachten. Da taucht doch die Frage auf, das ist doch regional in unserer Bundesrepublik Deutschland recht unterschiedlich zu betrachten. Wenn ich einmal die Stadt Bremen und das Land Bremen sehe und im Vergleich dazu Bayern, wie unterschiedlich da die Tendenzen sind. (*Unruhe.*)

Die zweite Frage, die einzelnen Gesellschaftsschichten und dabei die Mentalität der einzelnen Gruppen in unserer menschlichen Gesellschaft. Da wäre es doch auch angebracht, daß die, die Argumentationen machen, (*Kohl:* Es ist schwierig, die Diskussion verständlich zu führen, wenn Zwischengespräche sind. Der Raum ist akustisch nicht der allerbeste. Ich darf also bitten, diejenigen, die etwas zu besprechen haben, das draußen zu tun! Bitte schön, Herr Kollege.) also die, die das machen, versuchen, Massen zu mobilisieren. Wir wissen alle, das ist ein sicherlich langer Prozeß. In diesem Zusammenhang steht auch, was Sie da angeführt haben, der Beliebtheitsgrad der Führungskräfte hier in unserer Partei, und das gilt in anderen Gesellschaftsschichten sicherlich genauso.

Dann die unterschiedlichen Meinungen in der Altersstruktur in unserer Gesellschaft. Das haben Sie eben nicht erwähnt, Sie haben von religiösen Schichten gesprochen, aber von der Altersstruktur nicht. Da bin ich der Auffassung, daß die sogenannten reifen

Jahrgänge grundsätzlich mehr desinteressiert sind als diejenigen, die damals im Krieg waren, oder was jetzt die Jugend anbetrifft.

Ein Letztes möchte ich kurz ansprechen, weil ich auch erfahren habe, daß sich Menschen in unserer Gesellschaft grundsätzlich gegen Neuerungen wehren. Sie haben das angeführt mit den Medien, Fernsehen. Wir wissen draußen im Lande, daß der Mensch sich erst einmal gegen alles wehrt, was neu ist, gegen neue Gesetze usw. Da wäre es sicher angebracht, gerade zu Beginn einer Legislaturperiode die Dinge, die vielleicht nicht die Beliebtheit haben bei den Menschen, gleich am Anfang und nicht kurz vor den Wahlen zu machen, wie Sie richtig ausgeführt haben, was da jetzt in Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein mit dem neuen Fernsehprogramm ist. Solche Dinge kann man nur zu Beginn der Legislaturperiode, nicht am Ende einer Legislaturperiode machen.

Kohl: Wollen Sie die Fragen gleich beantworten, also die zwei Abfragen, der Unterschied im Regionalen und der Unterschied im Altersaufbau und in der Berufsstruktur?

Noelle-Neumann: Also, ich möchte eigentlich zum Ausdruck bringen, daß trotz der besprochenen und Ihnen bekannten und von uns gezeigten großen Unterschiede zum Beispiel in den Altersgruppen, die Bewegungen, die ich versucht habe zu beschreiben, doch durch die ganze Gesellschaft durchgehen. Ich finde, daß man die Dinge zu sehr zu segmentieren versucht. Man erkennt ihre Kraft gerade daran, das ist der Wertewandel, von dem ich gesprochen habe, daß der sich durch alle Schichten hindurch und alle Sozialschichten, Nord und Süd, alle Altersgruppen, zugetragen hat. Daß das natürlich vor allem von Nord/Süd stark beeinflußt ist durch die konfessionelle Zusammensetzung, ist sehr wenig bekannt in unserer Gesellschaft. Ich bin überrascht, wie viele Gesprächspartner sehr erstaunt sind über diesen Zusammenhang. Es ist ja ganz grob gesagt so, daß also Katholiken ungefähr zu zwei Dritteln CDU wählen, ein Drittel SPD, und die Protestanten wählen ungefähr zwei Drittel SPD und ein Drittel CDU. Das heißt also, jedes Land hat zunächst einmal einfach von der konfessionellen Zusammensetzung völlig ungleichmäßige Chancen.

Kohl: Ich glaube, das sollten wir nochmal, weil diese These in der Partei weitgehend bestritten wird, (*Noelle-Neumann:* Ja, das kann ich also jederzeit nochmal zeigen.) behandeln, wobei das natürlich auch bei der Analyse von Wahlergebnisse von denen, die besonders gute Wahlergebnisse haben, meistens auf ihre eigene Leistungsfähigkeit zurückgeführt wird, und etwa Umstände, die sie angetroffen haben, gewöhnlich unterschlagen werden. Darf ich Sie bitten, diese Katholiken/Protestanten-Situation nochmal zu erläutern?

Noelle-Neumann: Ja, die einfachste Darstellung, die man jederzeit mit Zahlen belegen kann, und das seit ungefähr zweieinhalb Jahrzehnten: Die katholische Bevölkerung wählt zu zwei Dritteln, grob gesagt, Sie können auch sagen, drei Fünftel, ich will hier nur einfach die Relationen zeigen, CDU/CSU. Ein Drittel wählt ungefähr SPD. Und die Protestanten genau umgekehrt: Zwei Drittel ungefähr wählen SPD, ein Drittel ungefähr wählt CDU. Dieser ganz einfache Sachverhalt erklärt sehr viel, was Nord/Süd bei uns betrifft. Da kann man also gleich sehen, welche Leistung darin liegen müßte, unter diesen Umständen in Nord und Süd den gleichen Prozentsatz zu erreichen von Aussagen. Bei derartig entgegengesetzten Kraftverhältnissen der Parteien hat die CDU am meisten Abzeichen eingesetzt. Sie haben eben gesagt, die Menschen sind gegen alles Neue. Sie sind nicht im geringsten gegen etwas Neues, was etwas Schönes ist. Ein größeres, vielfältigeres Medi-

enangebot zum Beispiel gehört genauso zu den schönen Sachen wie bei einem Neckermann-Katalog²⁸, wo heute viel mehr Reisen als früher drinstehen. Diese Art von Neuigkeiten mögen Menschen normalerweise ganz gut, es sei denn, daß sie ihnen gleichsam so vorgestellt werden, daß sie sie nicht mehr wahrnehmen können. Für mich ist es inzwischen ein sehr ernster Punkt, daß ich sehe, daß die CDU in diesen Punkt gespalten ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Und ich bin mir darüber klar, daß diese ernste Lage des Meinungsklimas mit einer gespaltenen CDU nicht gelöst werden kann. Das ist natürlich das Problem.

Lorenz: Sie haben die überragende Bedeutung des Meinungsklimas dargestellt. Ich wäre dankbar, wenn Sie vielleicht nochmal kurz zusammenfassen würden, wie nach Ihrer Auffassung das Meinungsklima durch uns am besten beeinflussbar ist. Sie haben einiges gesagt, zum Beispiel das Bekenntnis, also Abzeichen, sich bekennen zu einer Partei, fällt in der Öffentlichkeit auf. Aber ich wäre doch dankbar, wenn Sie da vielleicht noch ein bißchen mehr noch verdeutlichen würden, was wir denn tun können, um das Meinungsklima zu unseren Gunsten zu beeinflussen.

Noelle-Neumann: Allein durch die Tatsache, daß man sich immer mehr – und nicht nur im Wahlkampf – bewußt macht, daß das öffentliche Zeigen, das öffentliche Sprechen ein wesentlicher Teil des Meinungsklimas ist. Meinungsklima entsteht, wenn es öffentlich gezeigt wird. Sie haben vorhin gesehen die Kopf-an-Kopf-Zahlen, die bewirken gar nichts, aber die öffentlich gezeigte Überzeugung, die macht Meinungsklima. Die Antwort auf Ihre Frage können wir nur suchen im öffentlichen Bereich, da, wo es jeder sehen kann. Im stillen Kämmerchen kann es nicht liegen. (*Unruhe. Diskussion.*) Meine Vorstellung ist, das gesamte Meinungsklima der Bundesrepublik Deutschland wäre anders, wenn es gelänge, daß etwa 30 Prozent wenigstens des Nordens mit der CDU sympathisierten. Es müssen nicht 40, 50, 60 sein. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich habe einmal auf dem CSU-Medientag im Juni dieses Jahres²⁹ vorgetragen, daß es für uns hier lehrreiche Untersuchungen gibt über das Verhalten von Minderheiten, daß sich Minderheiten, Personen, die mit ihrer Überzeugung eine Minderheit bilden, ganz anders verhalten als Personen, die einen einigermaßen starken Rückhalt haben. Diese Untersuchungen muß man sicher in der CDU bekanntmachen, um da die Schwierigkeiten auch zu erkennen. Diejenigen, die 15 Prozent oder weniger Rückhalt haben in einer Gruppe – das sind auch die CDU-Journalisten –, sind sehr in Versuchung, sich sozusagen zur Mehrheit in wirklich vielen Punkte zu schlagen, damit die anderen sehen, ich bin auch ein guter Kerl. Und zugleich suchen sie ihren Gegner möglichst in ihrer eigenen Minderheitengruppe. Wenn da jemand etwas sagt, dann brauche ich gar nicht zu warten, bis die Angehörigen der eigenen Minderheitengruppe ihn sozusagen fertigmachen. Das ist selbstverständlich. Das ist so schön, jemand anderes fertigzumachen, und weil wir die Mehrheit nicht fertigmachen können, machen wir das in den Reihen der eigenen Minderheit. Herr Lorenz, ich meine, daß die Hauptsache wäre, daß Sie auch gerade beim Gedanken an ein wahlkampffreies Jahr sich darüber klar sind, daß hier Aufgaben liegen, die langfristig sind.

Man kann in dieser Mediensituation zum Beispiel die Strukturen verändern und zwar mit einem ganz einfachen Argument: Es wäre vielleicht sehr einleuchtend zu fordern, daß zu einer pluralistischen Demokratie ein pluralistisches Mediensystem gehört. Ist der

28 Katalog des Versandhandelsunternehmens Neckermann KG, benannt nach seinem Gründer und Eigentümer Josef Neckermann (1912–1992).

29 Koordinierungsausschuß Medienpolitik der CDU/CSU am 4. Juni 1980 in München.

Gedanke so aberwitzig? Das haben wir aber nicht. Wir haben kein pluralistisches Mediensystem. Das müßte man eigentlich oft genug und mit vielen Variationen sagen können, daß hier also eine größere Vielfalt für unsere Demokratie der einzige Weg ist. Und dann würde ich sagen, daß die ganzen Schlüssel in der öffentlichen Sichtbarkeit liegen, von den Politikern her im Vorbeiarbeiten an den Medien, solange das so ist. Bewußtes Vorbeiarbeiten an den Medien. Was die meisten CDU-Politiker tun, das ist übrigens in anderen Ländern auch so, ist in der Lage, sie überlegen sich, das sage ich lieber nicht, denn dann werde ich bei den Medien eine schlechte Presse haben. Die haben sie sowieso. (*Unruhe. Diskussion.*) Das heißt also, man kommt durch eine Rücksichtnahme auf empfindliche Punkte der Medien, soweit ich es erkennen kann, nicht weiter. Man kommt aber weiter, wenn man den Journalisten interessante Ideen gibt, gute neue Formulierungen, eine Pointe. (*Unruhe. Diskussion.*) Von daher gesehen ist die Formulierungskraft für den CDU-Mann ungeheuer wichtig.

Wissmann: Ich würde vier Fragen stellen, Frau Professor Noelle-Neumann. Wie kommt es eigentlich, daß nach dem, was ich von verschiedenen Instituten gelesen habe, Jugendliche bei ihrer Selbsteinschätzung in einer Mitte-links-rechts-Skala sich vor zehn Jahren eigentlich gar nicht wesentlich weiter links eingeordnet hätten als heute und daß heute nach wie vor die Mehrheit der Jugendlichen sich irgendwo im weitesten Bereich der Mitte selbst einordnet und, obwohl sich dieses nicht wesentlich zugunsten der Linken verschoben hätte, die CDU heute schlechter abschneidet als vor zehn Jahren? Also das, was Jugendliche über den eigenen Standort sagen, ohne Partei, differiert immer mehr von dem, was Sie sagen, zur CDU. Worin vermuten Sie den Grund? (*Noelle-Neumann:* Jetzt hatten wir ja ein extrem linkes Wahlverhalten der jungen Leute. – *Unruhe. Diskussion.*) Ja, auch Sie hatten das in früheren Untersuchungen geschrieben, Jugendliche schätzen sich heute auf einem Mitte-links-rechts-Schema nicht weiter links, sondern eher weniger weit links ein als damals und wählen trotzdem weniger CDU. (*Unruhe. Diskussion.*) Und gerade 1969, auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, fällt diese Einschätzung des eigenen Standorts und die Wahl der CDU noch stärker auseinander. Damals war die Einschätzung des eigenen Standorts eher weiter links und trotzdem für uns, für die CDU, eher positiv. Oder 1976. (*Unruhe. Diskussion.*)

Noelle-Neumann: Das ist vollkommen richtig. Die CDU hat ja in langen Zeiten bei den jungen Leuten nicht weniger als im Durchschnitt gehabt. Das wird oft vergessen, man denkt immer, die jungen Leute gehören grundsätzlich der SPD. Das ist ganz anders. Die gesamte Ära Adenauer hindurch haben die jungen Leute CDU gewählt wie die übrige Bevölkerung. Es gab praktisch keinen Unterschied. Aber bedenken Sie, daß es damals auch kein Meinungsklima gegen die CDU gab.

Wissmann: Damals wie heute, wenn man das nachliest, ist die Selbsteinschätzung von den Jugendlichen auf einem politischen Koordinatensystem zur Mitte orientiert. Damals wie heute. Auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung waren sie eher nach links orientiert, als dies heute bei einer Selbsteinschätzung auf dieser Koordinatentafel der Fall ist. Trotzdem haben wir heute bei einer in der Standortfrage weitgehend gleichen Links-rechts-Einschätzung unter Jugendlichen eine wesentlich andere Situation unserer Partei-einschätzung. Worin liegt nach Ihrer Auffassung die Ursache?

Noelle-Neumann: Ich möchte noch einmal sagen, Sie werden bei den jungen Leuten, vor allem besonders bei unter 24jährigen, immer einen Spiegel des Meinungsklimas

finden, wenn ein Meinungsklima so ist, wie ich es eben beschrieben habe. Die meisten denken gut über die CDU, 20 Prozent, nicht gut über 40. Ich habe versucht zu sagen, daß junge Menschen aus vielen Gründen gegenüber dem Meinungsklima ganz besonders empfindlich sind. Von daher gesehen war das 1976 natürlich eine wesentlich bessere Situation. Ich habe darlegen müssen, die jungen Leute sind 1977, nach 1976, noch zur CDU hingekommen. Immer ansteigend. Aber, ich kann mich nur wiederholen, auf einen Schlag waren zehn Prozent weg, als die CDU/CSU ihre Entscheidung getroffen hat, wer Spitzenkandidat wird. Von den jungen Leuten waren über Nacht zehn Prozent, ein Viertel aller jungen Leute, die CDU-Anhänger waren, weggewischt. Und zwar, weil als Meinungsklimadruck Strauß eine Symbolfigur ist.

Kohl: Ja, nur damit das klar ist, das ist keine Demoskopie; das ist ausgezählt. Ich nenne nur mal die Zahlen, das ist echte repräsentative Wahlstatistik, von einigen Bundesländern liegt sie jetzt vor. Wir haben also in Hamburg das schlechteste Ergebnis der 18- bis 24jährigen. Erste Zahl ist immer die 1980er-Zahl: 17,4 Prozent gegenüber 1976 21; wir haben also vier Prozent verloren. Wir haben in Rheinland-Pfalz 36,2 Prozent, gegenüber 1976 sechs Prozent verloren. Wir haben in Baden-Württemberg 36,7 – immer die gleiche Gruppe – und haben gegenüber 1976 7,2 Prozent verloren. Wenn ich jetzt aber die baden-württembergische Zahl nehme, das sind 36 und sieben, das sind rund 45, dann kann ich nicht einen dramatischen Unterschied zwischen dem Erstwählerverhalten 1976 und dem Wählerverhalten erkennen; wir haben 53 in Baden-Württemberg, glaube ich, gehabt, wenn ich mich richtig erinnere; ist das so richtig, Lothar? (*Späth:* Ja.) Ich meine 1976, so ungefähr? (*Unruhe. Diskussion.*) Und wir hatten in Bayern jetzt 52,6, und wir haben einen Verlust von minus 4,7, gemessen an 1976. Das heißt, die Gründe sind schon erkennbar. (*Unruhe. Diskussion.*)

Stoltenberg: Aber, Herr Kohl, um einen Satz dazu zu sagen, bei dieser Betrachtung über das Meinungsklima will ich das mal ganz simpel formulieren: Wir sind elf Jahre im Bund in der Opposition und ein Teil der konservativen Jugend – in ihrer Lebensauffassung zumindest dazu tendierenden Jugend – gibt dieser Regierung einen Regierungsbonus. Eine mehr moderat konservative Stimmung bei den jungen Menschen. Das ist die Regierung. Die spricht nicht nur Linke an, sondern die spricht auch diejenigen an, die geneigt sind, einer Regierung, solange sie im öffentlichen Ansehen ganz gut dasteht, diesen Bonus zu geben.

Kohl: Ja, aber blieben wir noch kurz bei dem Thema.

Dingerkus: Ich glaube, man braucht gar nicht so weit zu gehen. Es geht hier um Einschätzungen des Meinungsklimas; lassen Sie mich eine emotionale Einschätzung der Situation sagen. Wenn sich die Jugendlichen zur Mitte hingezogen fühlen, ohne das Parteienspektrum zu sehen, dann ist das eindeutig belegbar. Und wenn sie trotzdem eine für uns abweichende Wahlentscheidung treffen, dann bedeutet das doch ganz einfach, daß die Parteien in diesem Mitte-rechts-links-Schema anders angesehen werden. Zu Deutsch, daß die CDU/CSU bei der letzten Wahl nicht als Partei der Mitte wahrgenommen wurde, sondern als Partei, lassen Sie mich das sagen, die rechts angesehen wurde. (*Unruhe. Diskussion.*)

Noelle-Neumann: Ja, also es hat jetzt keinen Sinn mehr. Ich bin der Meinung, die Frage führt eigentlich zu einer anderen, weiteren Überlegung. Für mich fehlt, auch in meinem eigenen Referat, die Abschätzung der ganzen Verhältnisse, die Frage der Mehrheitsfähig-

keit der CDU, die sicher für junge Leute eine, ich sage mal, auch gefühlsmäßig wichtige Frage ist. Es ist so, daß ich mir gesagt habe, wenn unter den Umständen, die ich Ihnen dargelegt habe, die CDU/CSU 44,5 Prozent der Stimmen erhalten hat, und Sie sich vorstellen, daß umgekehrt 1976 bei einem sehr populären Bundeskanzler Helmut Schmidt und einer wirtschaftlich sehr günstigen Lage der CDU nur wenige Hunderttausend Stimmen gefehlt haben, ist mir unbegreiflich, wie irgend jemand von 1976 sagen kann, es habe eben gezeigt, die CDU sei nicht mehrheitsfähig gewesen. Das Gegenteil wäre richtig, und daher wäre von hier gesehen auch der Ausgangspunkt Ihrer Überlegungen. Die Mehrheitsfähigkeit der CDU/CSU steht überhaupt nicht in Zweifel bei diesen einfachen rechnerischen Betrachtungsweisen. Aber ich sehe, daß die jungen Leute 1977 zur CDU geströmt sind, wenn Sie wollen, dann also sozusagen zum Verlierer, der aber nicht als Verlierer empfunden worden ist. Sondern bei der Frage, wie war denn das Ergebnis 1976, sagte im Januar 1977 die Mehrheit der Bevölkerung, das sind ungefähr zwei Drittel, das sei ein gutes Ergebnis für die CDU. Bei der SPD, die war der Gewinner, da sagten ungefähr 20 Prozent, es sei gut für die SPD. Die meisten sagten, das sei ein schlechtes Ergebnis für die SPD. Was hat das hier mit uns zu tun? Die 1977er-Zugewinne der CDU bei den jungen Leuten erkläre ich mir aus einer Art von Erkennen, da ist ja eine Regierungsfähigkeit. Die sind ja beinahe drangewesen. Und deswegen eine gleichsam starke Mobilisierung des wirklichen Potentials.

Ich wollte noch ein Wort zur FDP sagen, ich habe noch kein Wort über die FDP gesagt. Es wird noch sehr viel mehr darüber gesagt werden müssen, aber ich habe einmal eine Analyse gemacht, wo die FDP-Wähler und wo die SPD- und die CDU-Wähler in Sachfragen stehen. Im Jahr 1980 haben die FDP-Wähler in zwei Fragen deutlich woanders als die CDU gestanden, in allen übrigen Fragen deutlich näher bei der CDU als bei der SPD. Bei den Fragen, in denen sie weit weg von der CDU standen, war Strauß, also in der Personenfrage, und außerdem die Ostpolitik. Man kann sich natürlich auch denken, daß das Medienklima sich verändern könnte, indem in einer wie immer gearteten Zukunft die zur FDP tendierenden Journalisten den 15 Prozent zur CDU tendierenden Journalisten zu Hilfe kämen. Dann hätten sie mit einem Mal diesen schönen Ring von über 30 Prozent durchbrochen. Sie sehen das ja. Also, das mögen Rechenexempel sein, aber zumindest ist es so, daß die FDP-Position dieses Mal sicher von den Sachfragen her eigentlich nur in der Ostpolitik entfernt war von der CDU-Position bzw., wenn die CDU ihre Ostpolitikposition irgendwie anders formuliert, dann kann man das auch anders formulieren.

Die Auswertung hat bei uns ergeben, daß von 100 FDP-Zweitstimmen 17 von Wählern kamen, die ihre Erststimme der CDU gegeben haben. Das ist erst einmal für uns ein Orientierungspunkt, nach dem wir uns hier noch weiter um Einzelheiten kümmern werden. (*Unruhe. Diskussion.*) Sie müssen sich vorstellen, bei den 34 von Erststimmen und Zweitstimmen bei der SPD von der FDP, da sind viele dabei, die prinzipiell sagen, so bin ich doch nicht, wenn ich doch sowieso zwischen SPD und FDP mich ein bißchen bewege, dann wäre meine Erststimme verloren, wenn ich sie der FDP gebe. Das ist wichtig für die Analyse. (*Unruhe. Diskussion.*) Man kann das rasch falsch verstehen und sagen, aha, die FDP bekommt die meisten von der SPD; davon ist gar nicht die Rede. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dregger: Frau Noelle-Neumann, Sie haben von dem doppelten Meinungsklima gesprochen. Das eine, was also die unmittelbare Umgebung des einzelnen ausmacht. Da hat ja doch die Union, wie Sie selbst gesagt haben, eine sehr hohe Mobilisierung und auch einen demonstrativen Grad erreicht, so daß wir damit zufrieden sein können. Überhaupt nicht zufrieden sein können wir mit dem anderen Meinungsklima, was durch die Massenmedien geprägt wird. Und da wäre zunächst einmal wichtig zu wissen, wird dieses zweite Meinungsklima differenziert einmal nach Rundfunk, Fernsehen, auch nach den Wochenblättern, „Stern“, „Spiegel“, mit Abwandlungen anderer, das ja hier sehr gezielt in bestimmte, gerade meinungsbildende Schichten einfließt, so daß das von Rundfunk und Fernsehen noch zusätzlich hinzukommt. Was hat das zu bedeuten bei den verschiedenen Entscheidungen, die bei Wahlen anstehen? Ich könnte mir zum Beispiel denken, und es wäre wichtig zu wissen, ob es darüber Untersuchungen gibt, daß dieses zweite Meinungsklima am höchsten einwirkt bei Bundestagswahlen, weil es sich hier um relativ abstrakte Themen handelt, die aus der näheren Umgebung kaum ableitbar sind, aber am allerwenigsten beeinflusst bei Kommunalwahlen, weil dort erstens über diese Massenmedien, zum Beispiel Fernsehen, nicht in diesem Ausmaß die Thematisierung möglich ist – das sind ja lauter kleine einzelne Orte – und insofern diese Massenmedien, wenn Sie jetzt dieses Doppelklima nehmen, einfach von der Funktion her, die schlimmste Durchschlagskraft immer bei Bundestagswahlen haben und die geringste bei Kommunalwahlen. *(Unruhe. Diskussion.)* Bei kleinen Gemeinden, aber wohl auch bis hin zu Kreisen, also zu Landkreisen in jedem Falle. Aber auch natürlich bei Städten, in gewissen Größenordnungen, weil die ja nicht laufend in ihrer Problematik im Fernsehen dargestellt werden. Das heißt, gibt es Untersuchungen, um dieses eine Meinungsklima in seiner Bedeutung und Beeinflussung des Konformitätsdrucks für die verschiedenartigen Wahlen festzulegen? Erste Frage.

Die zweite Frage, Sie sagten ja selbst, wo die Journalisten stehen. Ein häufig gehörtes Argument gegen alle neuen Formen von Medien ist ja das, was wollt ihr eigentlich? Wenn ihr neue Medien schafft, seien sie jetzt privat oder öffentlich-rechtlich, da kommen ja doch nur wieder dieselben Journalisten hin, dann habt ihr eben in vielen Sendungen das gleiche. Ich würde gerne Ihre Meinung darüber hören, ob durch zunehmende Vielfalt auch eine Relativierung des Konformitätsdrucks entsteht. Weil in dem Ausmaß die unabhängigen, nicht mehr einem großen Massenorgan wie der heutigen öffentlich-rechtlichen Anstalten zugeordneten Journalisten sich dann auch, wenn es sich um viele einzelne Dinge handelt, in ganz anderer Weise, sagen wir mal, sich echten Diskussionen wieder hingeben und nicht in einem solchen Konformitätsdruck stehen wie in einem Großunternehmen, wie das ja heute bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten der Fall ist. Das ist sehr wichtig, weil nämlich die Frage zu klären ist, ob ein Meinungswandel der Journalisten durch andere Organisationsformen befördert oder gar nicht stattfinden wird. Das ist ein ganz wichtiges Argument auch unserer eigenen Partei.

Dritter Punkt, Sie haben gesagt, die Frage der Medien wäre eine Frage, die die Union sehr offensiv anpacken muß, und haben gesagt, daß wir hier geteilt sind. Ich möchte dazu eines sagen, die Union war vor einigen Jahren noch relativ geschlossen in der völligen Ablehnung neuer Medien, das geht ja auch aus den alten Papieren hervor. Ich möchte meinen, daß im Grunde genommen ein ungeheuer schneller Gang, zumindest in der eigenen Mitgliedschaft, in den letzten Jahren vonstatten gegangen ist, dieses Thema über-

haupt in dieser Weise produktiv und kreativ zu diskutieren. Die Frage ist jetzt die, wie wir verhindern können, genauso angesteckt zu werden von dem, was jetzt von der anderen Seite uns eingeträufelt wird, nämlich die Vielfalt abzulehnen mit dem Thema Reizüberflutung, Familienzerstörung und Ähnliches mehr. Wobei da natürlich einige unserer eigenen Mitglieder kräftig mitwirken, ohne zu wissen, was sie im Grunde genommen damit bewirken, weil sie nämlich hereinfliegen auf eine Diskussion, die bewußt von der anderen Seite angezettelt wird. Ich möchte auch sagen, auch eigene Papiere unserer Partei gehen sehr stark in diese Richtung. Da wäre die Frage, wie wir dem begegnen können.

Noelle-Neumann: Ich will es versuchen. Die Kommunalwahlen sind sicherlich insbesondere der Bereich, in dem die Medien am besten überspielt werden können. Darüber gibt es auch Untersuchungen, auch eine, die in der Mainzer Universität gemacht und in der Festschrift Binkowski³⁰ veröffentlicht worden ist. In der Festschrift Binkowski gibt es einen Aufsatz von Kepplinger³¹ mit mir zusammen, in dem wir nachweisen, nicht einfach behaupten, sondern nachweisen, daß der Kommunalbereich am widerstandsfähigsten gegenüber Medieneingriffen ist, heute besonders, weil das mächtigste Medium Fernsehen im Kommunalbereich sich nicht in dieser Weise bisher auswirkt.

Ob das mit dem Bund und Land so ist, da bin ich skeptisch. Ich glaube, daß der Einfluß der Medien auch in Landtagswahlkämpfen außerordentlich stark ist, vor allem, wenn er sozusagen gleichsam auf eine langfristige Arbeit abzielt. Wir können das in mehreren Bundesländern augenblicklich sehen, wie außerordentlich stark da gewisse Medienziele in der Tat innerhalb kurzer Zeit erreicht werden. Ich will das aber jetzt nicht weiter ausführen, nur sagen, daß also übereinstimmende Medien, wir nennen es Konsonanz, im Land eine sehr große politische Kraft sind. Die Frage ist, sind es noch dieselben Journalisten, wenn man die Sache pluralistisch macht? Einmal ist es so, daß ich selber aus meiner eigenen Erfahrung als Hochschullehrerin eine Reihe von Studenten gehabt habe, die ihr Examen gemacht haben, und von denen ich genau wußte, daß sie in diese Richtung gegangen wären. Sie kamen beim besten Willen ins Fernsehen nicht rein, d. h. hier gibt es eine ganze Reihe, ich kann bald eine Sammlung davon anlegen, von jungen Leuten, die gerne im Fernsehen in dieser Richtung gearbeitet hätten, die nicht einmal einen Vorstellungstermin bekamen, nicht einmal zu einer Hospitantenzeit von sechs Wochen. Die Verhältnisse sind so. Von daher gesehen geben wir die Hoffnung, wenn hier gewisse Hürden wegfallen würden, wenn hier gewisse Mängel überwunden werden könnten, nicht auf. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich mache eben solche Beobachtungen unter meinen Studenten. Studenten sind in der Tat keineswegs so einseitig, wie das bei den Journalisten ist. Ich bin der Überzeugung, wenn wir mehr Programme hätten, mehr Redaktionen, mehr Organisationsformen, dann würden zwei Dinge neu entstehen: Erstens hätten viele Journalisten die Chance, sich in einem homogenen Milieu zu bewegen. Das Schlimme ist augenblicklich, sozusagen Paria zu sein in einer Gruppe, die anders denkt. Das heißt

30 Johannes A. Joseph Binkowski (1908–1996), katholischer Theologe, Journalist, Publizist und Zeitungsverleger. – Gertraude Steindl (Hg.): Publizistik aus Profession. Festschrift für Johannes Binkowski aus Anlaß der Vollendung seines 70. Lebensjahres. Düsseldorf 1978.

31 Hans Mathias Kepplinger (geb. 1943), Kommunikationswissenschaftler; 1982–2011 Professor für Publizistikwissenschaft und empirische Kommunikationsforschung an der Universität Mainz. – Beitrag in Festschrift Binkowski (S. 41–68): Journalistenmeinungen, Medieninhalte und Medienwirkungen. Eine empirische Untersuchung zum Einfluß der Journalisten auf die Wahrnehmung sozialer Probleme durch Arbeiter und Elite.

also hier gleichsam organisationspsychologisch, wenn andere Gruppen sich bilden könnten, würden viele sich anders äußern, nicht aus Charakterlosigkeit, sondern aus der normalen menschlichen sozialpsychologischen Reaktionsweise.

Und dann haben wir noch eine andere Sache zu erwähnen. Das Gute an der journalistischen Berufswelt ist, wer nicht gerade allzu sehr auf das Fernsehen setzt, der Wechsel. Journalist ist eigentlich ein Beruf, der ungefähr nach 20 Jahren verlassen wird, um in die Öffentlichkeitsarbeit zu gehen. Die Öffentlichkeitsarbeit braucht gelernte Journalisten, die das ganze Metier beherrschen. Das heißt, die durchschnittliche Dauer der journalistischen Berufsausübung ist viel kürzer als bei anderen Berufen, an die wir sonst denken könnten, d. h. die Chance, über den Nachwuchs eine Änderung zu erreichen. Allerdings bräuchte man dabei eine CDU, die genau wüßte, was sie eigentlich will, und eine CDU, die auch sozusagen wieder Möglichkeiten über die verschiedenen Ausbildungsstätten gewinnt.

Darf ich übrigens gerade sagen, bei diesen Argumenten gegen den großen Pluralismus, die Herr Glotz wirklich herzerweichend vortrug, ist für mich bemerkenswert, daß dafür nicht die geringste empirische Evidenz vorliegt. Überhaupt gar keine! Das ist also sozusagen nur die reine Rhetorik. Ich kenne weder aus Deutschland noch aus irgendeinem anderen Land irgendeinen Anhaltspunkt, daß ein größerer Pluralismus die Familie schädigt.

Kohl: Frau Noelle-Neumann, wir haben darüber geredet, wie kirchliche Kreise diese Sache interpretieren; das haben Sie vorhin nicht vorgetragen. Dieses Familienargument wird ja gegenwärtig genau aus dem kirchlichen Bereich massiv vorgetragen.

Noelle-Neumann: Ich habe dazu eine Erklärung, das sind zum Teil nämlich diejenigen, die dieses Argument von der CDU her vortragen. Die sind ihrerseits selber in der Minderheit. Die gehören wahrscheinlich dem Fernsehrat an oder dem Rundfunkrat an und sind dort froh, wenn sie mal mit den Kollegen zusammen derselben Meinung sein können. Von daher gesehen, adaptieren sie das nachher bis hin zu prominenten Fernsehredakteuren, bis hin zu Intendanten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Wissmann: Was ich noch fragen wollte, wie schätzen Sie eigentlich die Geschlossenheit oder Nichtgeschlossenheit einer Partei in Sachfragen in der Wirkung auf die Wählerschaft ein? Bei der SPD hat man ja häufig die erstaunliche Wirkung auf junge Leute festgestellt, daß dieses breite Spektrum, von den Jusos bis zu Helmut Schmidt, eher positive Wirkung hat als die relative Geschlossenheit der CDU/CSU.

Noelle-Neumann: Diese Frage habe ich mir auch vorgelegt, unter anderem im Zusammenhang mit der ja offenbar kontroversen Art, wie die SPD die Energiefragen diskutiert. Das wäre ja eigentlich ein sehr interessanter Punkt, um das einmal zu behandeln. Es gilt meiner Ansicht nach zu bedenken, daß eine Partei, die die Medien zu 70 Prozent gegen sich hat, eine andere Situation, eine andere Antwort hat. Eine Partei, die sozusagen gleichsam im großen und ganzen eine gute und freundliche Resonanz hat, kann sich Sachdiskussionen viel besser leisten als eine Partei, die an sich damit rechnen muß, daß sich sozusagen gleichsam alles darauf konzentriert, wo können wir denen mal wieder zeigen, wie uneinig sie sind?

Also, ich würde von daher gesehen einfach sagen, man sollte das als Schicksal annehmen, daß man die Medien erst mal gegen sich hat, und sollte von daher eine Strategie entwickeln. Das wird ja nie anders sein. Eine Kontroverse in Sachfragen ist eine außer-

ordentlich überzeugende Sache. Aber wenn Sie dieses realistisch denken, dann müssen Sie betrachten, auch wenn Sie ein Lager gegen sich haben, daß die Medien aus diesem kontroversen Diskutieren in Sachfragen sozusagen so viel wie möglich Munition holen. Und deswegen kann ich nichts anderes tun, als zur Vorsicht zu mahnen.

Waffenschmidt: Zwei Fragen, Frau Professor Noelle-Neumann. Erste Frage, wie beeinflussen regionale Umstände, zum Beispiel in der Parteipräsenz, die Stärke in der Stadtpolitik, die Stärke in der regionalen Zeitung, die Präsenz in Betrieben, ich denke zum Beispiel an die starke Präsenz der SPD im Ruhrgebiet, wie können diese Umstände korrigierend wirken, beeinflussende Elemente sein beim Gesamttrend? Wie stark ist das einzuschätzen? Oder wird alles dies regional umverlagert zu einem ganz beachtlichen Prozentsatz von dem Gesamttrend, den Sie angeführt haben?

Die zweite Frage geht dahin, da interessiert mich das Konfessionsverhalten. Es muß doch Zeiten gegeben haben, ich denke an die Rekordwahl 1957 für die Union, ich denke auch noch an die Erhard-Wahlen danach, wo auch zum Beispiel die protestantische Bevölkerung mit weit höheren Anteilen die CDU gewählt hat als die letzten Zahlen, die Sie uns da eben gesagt haben. Und wo sehen Sie da den Knick, von wann ab und aus welchen Motiven haben sich da zum Beispiel in stärkerem Umfang die protestantischen Wähler abgewandt, insbesondere die nicht so kirchlich bewegten?

Noelle-Neumann: Zunächst mal, man muß sicher beides sich wirksam vorstellen. Das Regionale ist ein sehr wichtiger Faktor für das Meinungsklima. Man sagt ja, deswegen ist die Analogie nicht schlecht, daß Meinungsklima eine Sache ist, die sich an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit zuträgt. Die Ort-und-Zeit-Gebundenheit ist typisch für dieses Phänomen. Dennoch ist es so, daß wir von einer Art von kritischer Masse ausgehen. Wenn es Ihnen gelingt, in einem gewissen regionalen Bereich eine 70prozentige Mehrheit zu erreichen, dann haben Sie damit eine starke Bastion von ziemlich immunen Leuten gegenüber den großen allgemeinen Strömungen. Aber ich würde augenblicklich glauben, daß Ihnen ein intensives Studium von verschiedenen Wahlstatistiken zeigt, daß jede Situation dieser Art sich eigentlich hier mehr und dort weniger ausgedrückt hat, aber generell überall in die gleiche Richtung geht. Ein Jurist hat einmal gesagt, die öffentliche Meinung ist wie die Luft, sie geht überall durch die Fenster, sie ist überall. Das heißt also, eine große Meinungsklimaströmung erfaßt praktisch alle. Die gegenwärtige Schwäche der SPD, die ich mir eben nochmal angeschaut habe, wirkt zusammen auch mit dem, was ich gesehen habe bei der Beurteilung von Helmut Schmidt in der Fernsehdiskussion; wenige Wochen später rangiert dieser Held am Schluß der Einschätzung, ob er gut war. Von daher gesehen wirken alle Kräfte zusammen. Auch Bayern war natürlich eine Zeit lang für uns immer ein interessanter Fall, da es relativ gut abgepuffert war durch eine starke Mehrheit, während das Medienklima so schlecht war.

Das Zweite, die Protestanten. Die Protestanten sind stärker angreifbar durch Klima als die Katholiken. Aus Gründen, die Sie wahrscheinlich kennen. Der Protestant ist weniger gruppengebunden. Je mehr man in der Gruppe gebunden ist, desto besser kann man sich gegen Meinungsklima wehren. Man ist nicht mehr so einsam. Wir haben einmal aufgezeichnet, daß die Protestanten und auch die Katholiken, die wenig in die Kirche gehen, in ihren Meinungen viel mehr schwanken, auch in der Wahrnehmung von Meinungsklima, als die, die regelmäßig in die Kirche gehen. Dennoch ist es so, daß, wenn Sie sich die Statistik der Protestanten, die gewählt haben, durch die letzten 30 Jahre durch-

schauen, dann sind Sie eigentlich erstaunt; ich glaube, die äußerste Differenz sind sechs Prozent. Das ist schon merkwürdig. Also mit sechs Prozent viel, aber trotzdem, man meint doch manchmal, es müssen 15 Prozent sein oder irgendwelche noch viel stärkeren Ausschläge. Also, diese Hausnummer, die ich Ihnen gegeben habe, ist sozusagen gleichzeitig Variation, aber doch auch ungefähr die ganze Zeit über richtig gewesen. Besonders sind die Protestanten umgekippt 1972. 1972 war die Gelegenheit zu beobachten, wie sich Bevölkerungsgruppen verschiedenster Art unter Meinungsklimadruck verhalten. Den Meinungsklimadruck haben wir 1972 so sehr gehabt wie nie wieder.

*Herzog*³²: Ich möchte jetzt im Augenblick zur konditionellen Frage eigentlich nicht Stellung nehmen, weil ich dazu weniger Fragen hätte als Feststellungen, und das wäre nicht nötig. Ich habe aber zwei Fragen: Erstens, mir imponiert diese Sache mit dem Konformitätsdruck natürlich sehr, das ist eine absolut einleuchtende These. Sie bedeutet natürlich erstens, wie kommen wir in die Lage, unsererseits Konformitätsdruck zunächst abwehren und dann selber erzeugen zu können. Es gibt noch eine zweite Frage, Frau Noelle-Neumann, ich bin nicht sicher, mir ist natürlich die Bedeutung der Massenmedien völlig klar, aber ich bin nicht sicher, ob wir jenseits der Massenmedien ein besseres Instrumentarium haben. Ich bezweifle das. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, und zwar ein Beispiel, das nicht unmittelbar auf das Verhältnis CDU/SPD bezogen ist, sondern auf Staat und Staatsverneinung. Wir haben jetzt die großen Gelöbnisse hinter uns. Wenn ich überlegen müsste, wie wir das im nächsten Jahr, wenn es überhaupt dazu käme, im Bendlerblock³³ machen würden, dann würde ich mal zunächst sagen, alle Gelöbnisse in allen deutschen Städten zur gleichen Zeit, dann wäre der Konformitätsdruck oder die Möglichkeit, ihn auf der anderen Seite wieder gutzumachen, geringer.

Aber ich habe noch eine andere Beobachtung aus Stuttgart: Da waren 20.000 Leute beim Bundeswehr-Gelöbnis auf dem Platz. Zu dieser Kategorie dieser Wanderdemokraten dürfen Sie etwa 1.500 oder 2.000 rechnen, die hatten Trillerpfeifen. Die anderen 18.000 hatten keine Trillerpfeifen. Die haben versucht zunächst mit den Händen zu applaudieren, da sind sie nicht durchgekommen. Dann haben sie versucht Bravo zu rufen, das hat die anderen Beteiligten nur zu weiteren Protestrufen angeregt. Das nächste Mal wäre meine Konsequenz, ich lasse 20.000 Zettel drucken, auf denen der Text der Nationalhymne steht und würde die 18.000 auffordern, unter Druck des Protokolls des Zapfenstreichs mitzusingen. Dann hätten die die Möglichkeit, sich zu identifizieren und sich auch eben mal akustisch gegen die Brüder durchzusetzen. Nur ein kleines Beispiel, wir brauchen dieses Beispiel hier nicht diskutieren, ich will Sie nur fragen, ob wir mit dem ausschließlichen Betrachten der Massenmedien uns den Blick auf Kleinvieh, das auch sehr viel Mist machen kann, den Blick verstellen lassen?

32 Roman Herzog (1934–2017), Staatsrechtler; 1966–1969 Professor an der FU Berlin, 1969–1973 an der Verwaltungshochschule Speyer, 1973–1978 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, 1978–1980 Kultusminister und 1980–1983 Innenminister von Baden-Württemberg, 1983–1994 Richter am Bundesverfassungsgericht (ab 1987 Präsident), 1994–1999 Bundespräsident.

33 Gebäudekomplex im Berliner Ortsteil Tiergarten (Bezirk Mitte), benannt nach dem Ratsmaurermeister und Kommunalpolitiker Johann Christoph Bendler. Während der Zeit des Nationalsozialismus war das Gebäude Sitz des Allgemeinen Heeresamtes und des Befehlshabers des Ersatzheeres im Oberkommando des Heeres. Dort befand sich das Zentrum der Widerstandsgruppe des Attentats vom 20. Juli 1944.

Und die zweite Frage, die vorhin vom Kollegen Wörner schon angesprochen worden ist. Das ist im Zusammenhang mit diesem Verhalten von Herrn Schmidt und Herrn Strauß gegenüber Herrn Appel. Nur ein paar Anhaltspunkte, wie messen Sie hier offensives und defensives Verhalten?

Noelle-Neumann: Zunächst einmal, das Singen ist, soweit man es erkennen kann, wirklich ein Teil eines Äußerns öffentlicher Meinung, Gemeinsamkeit. Und wo immer die Möglichkeit besteht, ist das in jedem Fall eine hervorragende Lösung. Klar ist, glaube ich aber auch, daß man unter keinen Umständen dem rationalen Argument nachgeben kann, das machen wir lieber im Kasernenhof. Das ist ganz deutlich geworden. Das Singen wäre also eine sehr gute Gegenlösung. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich möchte Ihnen Folgendes sagen: Ich meine, es wäre wohl richtig, daß Sie sich zwei Dinge von zwei Seiten her überlegten, wie können Sie als Partei in der Sache weiterkommen. Meine Mitarbeiter in Mainz, also sozusagen gleichsam durchaus pluralistisch gesonnen, haben mir schon oft gesagt, können wir nicht einmal dieses Material einem Führungsgremium der CDU vorführen? Das können die anderen gar nicht, denn die wissen ja gar nicht, wie diese Art von Signal konkret aussieht. Es wäre also zu überlegen, ob das nicht mal irgendwann möglich wäre. Denn das, was ich Ihnen hier vorlege, ist wirklich nur, wie Sie es gewünscht haben, eine Art von Distraction. Also zum Beispiel erscheint es als offensiv, wenn der Blickkontakt stets konstant ist, ruhig, geradeaus, direkt und von oben. Als defensiv wirkt, nach dem laufenden Bildband, unstet, unruhiger Wechsel, blinzeln. Oder hier, der Kopf, wirkt als stark, ruhig, nach hinten und nickend die eigene Position bekräftigend. Was an diesem Bild wirkt, die Haltung nach vorne, was ich sehr bedauere, aber so ist es nun einfach, nach Signalen unruhig, kontinuierlich und in eher anbiederndem Zustand. Das sind nun Verschlüsselungen, die werden von verschiedenen Codierern nacheinander auf demselben Material angewandt, um zu sehen, sind sie wirklich intersubjektiv übereinstimmend? Hier haben wir Gestik. Körperhaltung. Stark wirkt ruhig, ohne Muskelanspannung, Arme abgewinkelt.

Kohl: Frau Noelle-Neumann, ich mache den Vorschlag, wir verabreden das und machen das mal bei unserer Sitzung in Bonn, (*Unruhe. Diskussion.*) wie über die Bilderaufnahme ein total anderer Eindruck erreicht wird. Das berühmte Beispiel mit dem Mikrophon im Gesicht, wo von der Aufstellung sich ergibt, daß der riesengroße Helmut Schmidt das Mikrophon ganz selten im Gesicht hat und der körperlich kleine Helmut Kohl dauernd das Mikrophon im Gesicht hat, was natürlich einen völlig anderen Eindruck im Bild macht. Und das kann nicht nur, auch wenn Sie sich noch so erregen, blanker Zufall sein. Da sind viele beim Hantieren, natürlich nicht mit einer Absprache, daß in der Baracke³⁴ verkündet wird, ihr macht jetzt prinzipiell unsympathische Bilder. Im übrigen weiß das ja jeder von uns, man merkt es doch oft bei Reden, wer ein bißchen was versteht, daß man genau weiß, der nimmt Dich jetzt bewußt von Deiner negativen Seite auf. Wie man umgekehrt, das wollen wir doch auch mal sagen, in der Fernsehnacht am Donnerstag vor der Bundestagswahl erkennen konnte, da waren Leute am Werk, die ganz bewußt freundlich aufgenommen haben – auch das muß man ebenfalls ganz offiziell mal bei so einer Gelegenheit sagen –, was sofort auf das Befinden des Redners und des Akteurs ausgeht. Es

34 Sitz der Bundespartei-Zentrale der SPD in Bonn-Dottendorf von 1951 bis 1975 in einem barackenähnlichen Gebäude; ein Neubau, der 1975 bezogen und nach Erich Ollenhauer benannt wurde, wurde weiterhin als „Baracke“ bezeichnet.

sollte niemand von uns sagen, das läßt ihn völlig kalt, wenn er merkt, er ist am Reden, und er merkt ganz genau, der startet jetzt eine optische Schweinerei, und man kann sich ja überhaupt nicht dagegen wehren. (*Unruhe. Diskussion.*) Im Normalfall kann man sich nicht wehren.

Noelle-Neumann: Wie sehr die CDU sich einmal vornehmen sollte, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, habe ich daran erkannt, als ich vor kurzem mit einem früheren Studenten sprach, der in diesem Wahljahr im Konrad-Adenauer-Haus mitgeholfen hat, daß die Fernsehsendungen aufgenommen wurden. Ich war sehr erstaunt, daß er, obwohl er das gesamte Jahr damit zugebracht hatte, nicht wußte, daß im Frühjahr bei Ploetz ein Band erschienen war, der hieß „Wahlentscheidungen in der Fernsehdemokratie“³⁵, und diese ganzen Zusammenhänge empfiehlt. Das heißt also, es ist gelungen, indem die Medien es einfach gar nicht besprechen, es sozusagen selbst in der CDU als völlig unbekannt erscheinen zu lassen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Neumann: Frau Noelle-Neumann, wir stehen ja jetzt nach einer Wahl vor der Überlegung, was wir tun müssen, damit das Ergebnis in vier Jahren besser aussieht. Sie haben viel erzählt über Meinungsklima, Sie haben auch die sich verändernden Wertvorstellungen angesprochen, und die Kardinalfrage ist, wie ist das zueinander zu bewerten? Da ist schon eine Schwierigkeit bezogen insbesondere auf Jungwähler, ob das an unserer nicht ausreichenden Fähigkeit, sich optimal darzustellen, liegt, das betrifft also Meinungsklima, oder ob es auch verstärkt damit etwas zu tun hat, daß sich bestimmte Wertvorstellungen verschoben haben? Ich möchte von mir aus jetzt eine Aussage machen, und dann möchte ich fragen, ob wir die beherrschen oder nicht beherrschen können.

Ich glaube nicht, daß dies im Prinzip etwas mit unterschiedlichen Wertordnungen zu tun hat. Ich beziehe da auch die junge Generation ein. Ich glaube nicht, daß die Wertvorstellungen, die wir haben und auf denen unser Programm basiert, sich entscheidend unterscheiden von denen der Bevölkerung insgesamt wie auch von denen der Jungwähler, sondern daß das Problem viel mehr darin liegt, daß wir bei bestimmten Themen, die bei Jungwählern zum Beispiel besondere Aktualität haben, unsere Position in der Aktualität nicht genug haben deutlich machen können. Sie haben vor etwa drei oder vier Jahren, ich weiß nicht, wann es war, als Sie auch im Bundesvorstand, ich glaube, es war 1976, hier referiert haben, zu den Jungwählern gesagt, da gab es drei Themen, die für die Jungwähler die wichtigsten waren. Ich weiß nicht, ob die jetzt so stimmen, aber in der Tendenz stimmen sie: Wehrdienst, § 218, Radikalenfrage, Kernenergie. Das sei die Problematik, kann sein, daß das eine oder andere nicht stimmt, aber im wesentlichen waren es die, von denen sich Jungwähler am meisten angesprochen fühlen und bei denen wiederum die Aussagen der Union zu diesen Themen diametral der Mehrheit der Jungwähler entgegensteht. Das ist vereinfacht wiedergegeben, aber ich glaube, es ist nicht falsch. Wenn man diese vier Themen jetzt untersucht, bezogen auf die Wertorientierung, kommt man zu keiner Linie. Wenn ich mir mal vorstelle, daß sich junge Leute bei Kernenergie Gedanken machen um den Schutz des Lebens – was ja an sich nicht unverständlich ist – und deshalb mehrheitlich gegen Kernenergie sind, müßte das ja bei § 218 eine Position ergeben, die unsere Position ist. Dies ist aber nicht so, so daß meine Frage lautet: Ist es tatsächlich so, daß sich die Wertvorstellungen auch der jungen Generation völlig abwenden von denen,

35 Elisabeth Noelle-Neumann: Wahlentscheidungen in der Fernsehdemokratie. Freiburg 1980.

die wir haben, oder ist es nicht vielmehr so, daß die Wertvorstellungen hier in der Richtung dieselben geblieben sind? Oder drückt man es anders aus, Beispiel: Ich bestreite, daß junge Leute heute nicht bereit sind, ihren Dienst an der Gemeinschaft zu tun. Möglicherweise nicht für die Bundeswehr, aber woanders. Ich bestreite, daß vor zehn oder 20 Jahren das Engagement der jungen Leute besser war, als dies in der heutigen Generation ist. Nur die Zielrichtung dieses Engagements war eine andere. Wenn dies richtig ist, ist das nicht ein Problem der Wertvorstellungen, sondern es ist ein Problem der Umsetzung der entscheidenden Themen. Und wenn dies so ist, dann ist das natürlich auch eine Frage des Meinungsklimas. Und wenn jetzt noch hinzukommt, wie Sie gesagt haben, daß junge Leute sehr schnell ihre Meinung nach dem Meinungsklima bilden, müßte es unsere Aufgabe sein – ganz abgesehen davon, daß wir ja nun nicht bereit sind, Wertvorstellungen über Bord zu werfen –, um Jungwähler zu gewinnen, nicht nur nicht die Positionen über Bord zu werfen, die wir für richtig halten, sondern ein Meinungsklima zu erzeugen, um die jungen Leute zu gewinnen. Frage, kann diese Position, die ich jetzt habe, von Ihnen aufgrund Ihrer Umfragen erhärtet werden?

Noelle-Neumann: Ja, ich nehme nochmal das, was wir schon gesehen haben, die Differenz zwischen der Bevölkerung und den Journalisten. Die Jungwähler stehen ungefähr in jedem der Punkte genau bei den Journalisten. Sie stellen sich vor, das braucht Sie nicht zu kümmern, Sie könnten an die jungen Leute direkt heran und das andere schon irgendwie erledigen. Ich möchte sagen, die CDU hat ungeheuer wenig bisher überhaupt an Mühe aufgewandt, sich mit dem Entstehen von Zeitgeist und von Meinungsklima zu beschäftigen. Davon spreche ich hier, man kann nicht erwarten, daß die Antworten vom Himmel fallen.

Ich möchte noch etwas sagen, wir haben gerade in Mainz 300 Schulbücher analysiert. 300 Schulbücher Sozialkunde, das sind die jungen Leute, von denen Sie gerade sprechen. Wir haben die 300 Schulbücher daraufhin analysiert, wie wird denn unser Mediensystem in den Sozialkundebüchern der Bundesrepublik dargestellt? Im internationalen Maßstab gilt die Bundesrepublik mit Artikel 5 GG und ihrer Praxis als eines der bestgesicherten Länder der Pressefreiheit. Wir haben, glaube ich, von 300 Schulbüchern drei gefunden, in denen das drinsteht. Dafür haben wir aber 60 Prozent Schulbücher, die sagen, daß die Pressefreiheit in der Bundesrepublik überhaupt nicht existierte mit dem Springer-Verlag. Sicher, 300 Schulbücher durchzuarbeiten nach einzelnen Zitaten, ist natürlich sehr mühsam. Aber anders werden Sie niemand überzeugen können. Wir wollen das auch vor allem im Bereich der Kultusministerien zur Kenntnis bringen, daß es mit dem gegenwärtigen Verfahren nicht getan ist, daß man das Schulbuch einzeln durchguckt und dann sagt, das läßt man zu. Hier haben sie 300 davon. Also, wie gesagt, diese Dinge brauchen Sie nicht jetzt hier mir abzunehmen, weil Sie sich für die Frage der Meinungsbildung bei jungen Menschen interessieren. Sie werden sicher sehen, daß eine so eindeutige Schulbuchdarstellung in der Bundesrepublik ja nicht ohne Wirkung bleiben kann.

Neumann: Ich frage nochmal konkret, wir müssen ja unterscheiden: Die Themen, die Sie da aufführen, sind ja nicht unmittelbar alles Themen, die mit Wertvorstellungen, wenn Sie von Werten sprechen, zu tun haben, sondern mit Auswirkungen. Sie haben gesagt, die Wertvorstellungen der jungen Leute weichen ab. Die konkrete Frage: Ist es denn überhaupt möglich, bei unserer Wertordnung, die wir vertreten, junge Leute in absehbarer Zeit für die Union zu gewinnen? Bei Beibehaltung der Wertordnung. Das ist ja die Frage.

Noelle-Neumann: Mir ist klar, daß das noch in vielen Formen auch von mir besser als vorhin kurz dargestellt werden kann. Ich finde, daß junge Menschen sehr ansprechbar sind, wenn man ihnen die Stärkung der Person als ein Ziel beschreibt und ihnen auch beschreibt – und das ist CDU – die Stärke der Person, die Stärke der Möglichkeiten auch, seine eigene Wirkungsweise zu beeinflussen. Das sind Dinge, von denen ich Ihnen zeigen kann aus Gesprächen mit jungen Menschen, daß wir keineswegs den jungen Menschen fremd sind, im Gegenteil. Wie ich schon erwähnte, der Wunsch nach Selbstverwirklichung kommt ja von jungen Menschen. Aber es ist nicht verstanden worden und auch von niemand erklärt worden, daß Selbstverwirklichung nicht kommt, indem man einfach tut, wozu man Lust hat, sondern Selbstverwirklichung kommt, indem man sich selber zu beherrschen lernt. Man weiß das ja vom Tennisspielen; Selbstverwirklichung auf den Tennisplatz, das ist jedem geläufig. Oder die Selbstverwirklichung bei irgendeinem Instrument, bei der elektrischen Gitarre, die ich spiele. Aber ihm zeigen, daß er das, was er bei sich selber erlebt hat, in der Beherrschung eines Sports oder der Beherrschung eines Instruments, übertragen muß auf sein ganzes Leben, das kommt nicht so schnell.

Wex: Gerade auf das Letzte bezogen, Frau Noelle-Neumann, würden Sie es für unüberwindbar halten, daß die Skepsis junger Leute, wenn man ihnen schon sagt, daß man auf sie zugehen will, noch mehr, wenn man erst auf sie zugeht, wenn man sie verloren hat als Wähler, durch irgend etwas zu überwinden ist, daß man in diesem Sinne etwas anbietet, wie Sie sagen, die Betonung der Persönlichkeit. Ich sehe, daß dieses Zugehen jetzt auf die jungen Leute, gerade weil wir einen großen Teil von ihnen verloren haben, ja schon wieder eine ganz große Schranke aufbringt, weil man sagt, ausgerechnet jetzt. Man darf sie nicht eben nur als Wähler sehen, sondern man muß einfach Mut zu ihnen haben; ich glaube, daß das das Entscheidende ist, wie auch immer sie sich entwickeln.

Der Zeitgeist, Tocqueville haben Sie zitiert, ist seit 1.000 Jahren gegen das, was die CDU eigentlich darstellt. Aber Sie haben auch gesagt, er ist nicht unbeeinflussbar. Sie haben gesagt, es ist eine Egalitätsentwicklung eingetreten in den Zeiten. Aber Sie haben am Ende gesagt, es ist das Wichtigste, daß bestimmte Tugenden wieder relevant werden. Widerspricht sich das, oder würden Sie sagen, daß das gerade nicht ein widersprechendes Element ist. Die Tugenden, die Sie aufgezeigt haben, sind zunächst einmal, wenn man sie so oberflächlich sieht, Isolierungselemente, weil sie nicht mehr allgemein akzeptiert werden, gerade in bezug auf das, was Sie gesagt haben. Vor der Isolierung muß man Angst haben. Werden gerade diese Tugenden uns zugeordnet und wäre das eine Frage, wie man sie offensiv nützt, oder wäre die Gefahr der Isolierung damit gegeben? Ich halte dafür, daß man, auch wenn man dieses Element in sich hat, das auch trotzdem vertreten muß.

Der dritte Punkt war der, daß Sie gesagt haben, uns sind Kompetenzen zugeordnet worden. Aber das hat ja offensichtlich nicht ausgereicht. Was muß es dann sein? Ein bißchen Sympathieausstrahlung? Es ist also keine Frage der Sachaussagen, sondern doch offensichtlich eine Frage des Stils. Und dann geht es, meiner Ansicht nach, gar nicht so um Wertewandel bei der Jugend. Wenn man hört, daß die jungen Leute zum Beispiel die Familie als ihren wichtigsten Punkt in der Lebensverwirklichung akzeptieren, daß sie aber andere Formen suchen und trotzdem zu denselben Tugenden kommen, so wird es doch eine Frage des Stils bleiben und nicht nur der Sachkompetenz, wie man dieses Gespräch überhaupt beginnt.

Dann, was mich noch sehr interessiert, Sie haben gesprochen vom Konformitätsdruck. Wenn ich das so richtig bei den Wahlkämpfen sehe, fand ich als enttäuschend, daß eine bürgerliche Partei, eine CDU wie die unsere, nicht so viele Bekennermutmöglichkeiten gehabt hat. Denn im Grunde bezieht ja ein großer Teil derer, die uns wählen und die wir repräsentieren, oder die uns repräsentieren, eigentlich ihre Geltung in ihrem persönlichen Leben aus einer Akzeptanz größerer Bereiche, größerer Schichten, die einfach daraus bestehen, daß man sich nicht abgrenzt, sondern daß man eigentlich konsensfähig ist, und daß dieses Bekennen ja immer eine Art von Trennung gegen etwas anderes ist. Würden Sie das, was ein wichtiges Umdenken einer sogenannten bürgerlichen Partei ist, unterstützen, daß man das weitermachen muß und daß diese Tugenden offensiv vertreten werden müssen, ohne eine Isolierungsgefahr einzugehen?

Noelle-Neumann: Einmal zu der Frage der hinzugewonnenen Kompetenzen der CDU, die doch nicht ausgereicht haben. Ich hoffe sehr, daß das Jahr 1980 eingehen wird in die Geschichte unserer Demokratie als das Jahr, in dem man gesehen hat, daß man mit einem Spitzenkandidaten, der die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat, keine Wahl gewinnen kann. Es hat keinen Sinn zu sagen, wir haben es versucht, wir werden es auch wieder versuchen. Natürlich können wir das versuchen, aber ich habe das anderthalb Jahre vor diesem Wahlkampf zum 5. Oktober ja schon sehr deutlich beschreiben müssen, und wenn ich von Ihnen jetzt höre, der Zugewinn an Kompetenzen habe ja doch nicht ausgereicht, dann werde ich etwas resigniert, weil ich sage, wie kann der Zugewinn denn ausreichen, wenn gegen den ersten Satz verstoßen worden ist, daß nämlich in der Demokratie eine Partei darauf angewiesen ist, daß zunächst einmal eine Personenentscheidung getroffen wird. Sie können das nicht ändern, die Demokratie ist so angelegt. Demokratie ist nicht angelegt auf eine Sachentscheidung, sondern auf eine Personenentscheidung. Und von daher gesehen ist also, wenn Sie wollen, ein Eingehen auf den Wähler nun einmal in der Staatsform unentbehrlich. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Das zweite, von dem ich hoffe, daß das Wahljahr 1980 eingehen wird in die Geschichte unserer Demokratie und unserer Republik, ist die außerordentliche Kraft, wie sie hier von den Anhängern einer Partei aufgebracht worden ist mit dem, was Sie eben als Bekennermut bezeichnet haben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendjemand mehr als ich beeindruckt ist davon, und zwar deswegen, weil dies mein Hauptberuf ist, zu würdigen, welcher Bekennermut aufgebracht worden ist gegen die menschliche Natur mit ihrer Furcht vor Isolation. Gegen diese Natur ist hier einfach angegangen worden mit einer unerhörten Kraft. Ich frage mich sogar, das ist eine Frage, die mich sehr nachdrücklich beschäftigt, ob diese Leistung die CDU nicht verändert hat. Ich würde es gerne wissen. Ich würde es für möglich halten. Aber noch sehe ich nicht, wie man diese Frage untersuchen könnte. Aber eigentlich ist diese Leistung außerordentlich groß, diese gemeinsame Leistung muß eigentlich etwas verändern. (*Unruhe. Diskussion.*)

Das sind zwei große Ereignisse aus dem Jahr 1980, die beide gleichsam noch gar nicht ausgeschöpft sind. Ich möchte noch einmal sagen, ich halte es für ausgeschlossen, daß man unsere heutige Generation aus vielen Gründen anlegt an eine Entwicklung, die immer sozusagen sagt, also du hast es früher schlecht gehabt und nun sollst du das gleichermaßen abschütteln, von diesen Zwängen dich freimachen. Das ist eine Argumentationsweise, die so lange geübt worden ist, daß sie erst einmal gleichsam sehr festsitzt. Ich würde also heute immer an den jungen Menschen herangehen. Aber Sie haben ganz recht,

wenn Sie sagen, wenn Sie das nur so plakativ tun wollen, wenn Sie also gleichsam sagen, also im Sinne eines routinierten Politikergesprächs, das merken junge Menschen ganz bestimmt. Es heißt also, der intensive Einsatz, die Überzeugung davon, daß Sie selber sich mit diesen Fragen immer wieder von Neuem beschäftigt haben, ist unentbehrlich, wenn Sie mit einem jungen Menschen sprechen wollen. Also umgekehrt, ich möchte es noch einmal herausarbeiten, ich habe selber in vielen Gesprächen mit jungen Menschen gesehen, wenn ich ihnen sage, der Angelpunkt liegt beim Verhältnis zu sich, und zwar bei der Frage, ob ich für mich etwas kriegen will, oder ob ich auf irgendeine Weise etwas finde, was mich derartig erfüllt, daß ich dafür sozusagen gleichsam mich selbst vergessen kann.

Das Merkwürdige ist – die Amerikaner haben nicht ein so schönes Wort wie wir im Deutschen –, das Wort „selbstvergessen“ ist eine Wurzel für alle, die sich im Leben wohlfühlen. Selbstvergessenheit. Das ist den jungen Menschen klar. Und deswegen eben noch einmal: ein Gespräch mit jungen Menschen über die Frage, wie übt man eigentlich Selbstbeherrschung. Ich habe natürlich mit großem Interesse gesehen, daß unsere Gesellschaft das, was quasi herausgenommen worden ist, ein Training in Selbstbeherrschung – eine ganz gefährliche Lage – durch die Hintertür zurückkommt durch Sport. Der Sport ist ja ein Training in Selbstbeherrschung. Das heißt also, dieser Wert ist über den Sport gleichsam wieder von jungen Menschen akzeptiert. Man kann vielleicht sagen, das gilt nicht nur im Sport. Es gibt sehr viele Möglichkeiten dazu. Zum Beispiel: Einem Mitarbeiter habe ich gesagt, die Pünktlichkeit ist nicht etwa der Ausgleich, wenn er am Abend zehn Minuten länger da war, daß er am nächsten Morgen zehn Minuten später kommt. Pünktlichkeit ist etwas ganz anderes. Pünktlichkeit ist etwas, wo man sich selber sagt, ich kann das. Wenn mancher von Ihnen vielleicht meint, das sei eine Art von gefühlvoller Argumentation, dann kann ich Ihnen sagen, meine Gesprächspartner sind keine in diesem Sinne gefühlvollen ansprechbaren jungen Menschen. Das sind ausnahmslos junge Menschen mit ziemlich starken eigenen Argumentationsfähigkeiten und Bedürfnissen.

Blim: Frau Professor Noelle-Neumann, ich will nochmal zum Wertewandel kommen. Sie haben ja darauf hingewiesen, wie sehr Leistung und Arbeit in der Wertschätzung zurückgegangen sind. Geradezu dammbruchartig. Wenn ich Sie richtig verstehe, ist das kein bundesrepublikanisches Phänomen und hängt also nicht von irgendwelchen politischen Konstellationen bundesrepublikanischer Art ab. Nun frage ich mich, ob wir das treffend beschreiben, wenn wir sagen, die Wertschätzung der Arbeit sei zurückgegangen. Vielleicht einer besonderen Arbeit? Vielleicht einer besonderen Leistung? Vielleicht ist die Wertschätzung der Fremdarbeit zurückgegangen, aber ist denn Eigenarbeit nicht sogar gewachsen? Also ich entdecke die Wertschätzung der Heimarbeit, bis in die Schwarzarbeit hinein; die hat doch zugenommen. Etwas für sich tun, ist doch auch Arbeit, ist doch auch anstrengend. Etwas für andere tun, hat auch in der jüngeren Generation nicht abgenommen, ist auch eine Leistung. Obwohl wir mit diesem Wertewandel auch Schaden entdecken können, entdecke ich darin die Chance, die Hauptarbeit aufzuwerten, Familienarbeit aufzuwerten, das Prestige der Hausfrau aufzuwerten. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich fürchte, daß eine Gleichsetzung von Emanzipation und Erwerbsarbeit uns einen Wagen besteigen läßt, vor dem keine Lokomotive hängt, daß, wenn die Dominanz der Erwerbsarbeit zurückgeht, dann da auch nicht die große Lösung für die Frauen liegt. Wenn ich das recht beobachte, sind die Zugführer der Feministen auch schon abgesprungen von diesem Wagen. Es könnte wirklich sein, daß wir da auf einem stehengebliebenen Gleis unsere

Zukunft sehen. Was ich glaube, jetzt Fremdarbeit mal als Arbeit begriffen, da wird unsere Aufgabe sein, manchen mit dieser Fremdarbeit zu versöhnen. Da kommt das Problem Selbstverwirklichung in einem anderen Sinne als im 19. Jahrhundert, wie Arbeit attraktiv werden muß. Ich glaube, daß man die Arbeitsunzufriedenheit nicht mehr allein mit Lohnratifikation zudecken kann, daß darin eine Aufgabe liegt, Fremdarbeit wieder erträglicher zu machen.

Zweitens sehe ich in der Aufwertung der Eigenarbeit große Chancen für die Familie, für eine Politik der Nachbarschaftshilfe, für eine Politik weg vom Staat, zu den kleinen, überschaubaren, erlebbaren Leistungen, wo die Wirkung auch greifbar ist. Das alles halte ich jetzt nicht für einen Wertewandel, der nur negativ ist, sondern in dem auch Chancen für uns liegen. Ich finde auch ausgesprochen hoffnungsvoll dieses Dreieck, das Sie gezeichnet haben, Selbstbewußtsein, Selbstbeherrschung, Wohlbefinden. Liegt nicht auch darin ein Anknüpfungspunkt für eine Initiative zugunsten der Familie? Stimmt die Relation, daß Kinder aus intakten Familien gegen Manipulation, gegen Außensteuerung gefeierter sind als Kinder, die in anonymen Zusammenhängen großwerden? Kann man also nicht hier sogar die Angst einer nachwachsenden Generation vor Beherrschung, vor Macht mal zum Positiven wenden? Ich denke, daß viele in der jüngeren Generation uns Politiker ablehnen, weil sie uns verdächtigen, wir wollen sie beherrschen. Und sei es mit Wohltaten und sei es mit Betreuung. Wäre das nicht eine Chance, sozusagen unsere Werte einzubringen in einen Wandel? Denn ich begreife Wertewandel nie so, als wenn da Werte ausgewechselt werden. Da kommen nur neue Seiten von Werten zum Vorschein. Und da meine ich, müßten wir nachweisen, was denn aus unserem Wertekanon laut Bibel stammt. Ich komme darauf, weil Herr Neumann § 218 erwähnt hat, wenn wir da nicht, jetzt mal salopp gesprochen, angekommen sind, dann lag es nicht an falschen Werten, die wir vertreten, sondern vielleicht haben wir die Frage zu § 218 in einem Zusammenhang vertreten, der das, was wir wollten, nicht zum Vorschein kommen ließ. Vielleicht haben wir den Eindruck erweckt, wir wären lustfeindlich oder nur neidisch. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Vielleicht wäre es wichtiger gewesen, die Angst der nachwachsenden Generation vor Manipulation in den Zusammenhang unserer Darstellung von § 218 zu bekommen.

Also mit anderen Worten, ich sehe in Wertewandel nie nur Pessimistisches und nicht nur Defensive, sondern es müßte die Frage gestellt werden, was von unseren Werten wird bei der neuen Fragestellung notwendig? Ich sehe zum Beispiel, daß das Subsidiaritätsprinzip nie aktueller war, als es heute ist. Gegenüber den Nachfragen einer Jugend. Und das würde ich selbst im Wandel der Arbeit als Chance begreifen und auch als Familienpolitik. Die Tugenden, die Sie genannt haben, bei allem Respekt, die gelten in der Moral als Sekundärtugenden. Ich kann pünktlich sein beim Überfall, beim Banküberfall und kann pünktlich sein zur Arbeit. Beide Male pünktlich! (*Unruhe. Diskussion.*) Es gibt Tugenden, die nur für die junge Generation akzeptabel sind, wenn sie beispielsweise in den Zusammenhang gebracht wurden, in den auch Sie ihn gebracht haben: Selbstverwirklichung.

Noelle-Neumann: Es ist richtig, daß es heute allgemein viel schwerer fällt als früher, aktiv zu sein. Es verkriecht sich nicht etwa alles weg von der Fremdarbeit und sozusagen hin in die eigene, selbstbestimmte Arbeit, sondern es gibt Einflüsse, die ich nicht hier auszuführen brauche. Es gibt überall den Verdacht, daß das durchschnittliche zwei bis drei Stunden am Tag völlig passiv vor dem Fernsehen Zubringen nicht ohne Einfluß ist.

Wir selber sind ja eigentlich merkwürdig leichtsinnig, wenn wir die zahlreichen Einflüsse unseres Lebens sehr sorgfältig vorher prüfen, aber nicht in dieser Frage, was das eigentlich bedeutet, daß ich zwei bis drei Stunden völlig passiv bin, dabei übrigens fast nichts lerne interessanterweise, was das für eine Bedeutung hat, daß es also schwerer ist, sich zu irgendeiner Aktivität aufzuraffen. Dennoch möchte ich sagen, daß mehrere Ihrer Stichworte alle von der CDU durchaus in die nächsten Jahre hinein äußerst viel bedeuten müßten. Es gibt nichts, was dominanter ist als diese Familienbezogenheit. Darum ist ja die Medienargumentation, das pluralistische, das größere, breitere Fernsehangebot mache die Familie kaputt, so tückisch, weil es genau an dieser Begeisterung für die Familie ansetzt, die eigentlich von der CDU her in einer überzeugten und nicht etwa einer demagogischen Weise als Rückhaltspunkt gesehen wird. Allerdings glaube ich, was die Familie betrifft, daß man dazu beitragen müßte, daß man überhaupt wieder sieht, wozu man erziehen soll. Erziehungsgrundsätze sind derartig erschüttert worden, daß heute viele junge Eltern einfach sagen, ich weiß gar nicht, was ich machen soll. Wenn wir von Sekundärtugenden sprechen, stimme ich Ihnen zu, würde ich eben diese Sekundärtugenden deswegen augenblicklich liebevoll auch in einem Gespräch mit jungen Eltern behandeln, weil ich ihnen zeige, hier helfe ihr euren Kindern, Selbstbeherrschung zu lernen, und damit werden sie viel, viel glücklicher. Ich würde auch das Lustbetonte immer herausarbeiten. Denn anders kann man heutzutage sowieso nicht argumentieren. Das Beste ist, es stimmt ja außerdem! Und es stimmt in allen Schichten, es stimmt in allen Altersgruppen. Das ist also dieser Familienweg.

Noch ein Zweites, die Überschaubarkeit. Auch da gibt es jetzt die nächsten Jahre latente Bedürfnisse der Bevölkerung; der überschaubare Bereich, der kleine Bereich. Das ist der Bereich, dem eben sich die Bevölkerung mit einer unerhörten Entschlossenheit zuwendet. Ich denke jetzt an die Schulformen. Innerhalb von wenigen Jahren hat sich die Einstellung völlig geändert. Das andere sind Krankenhausfragen. Wohin Sie schauen, ist sozusagen das Kälterwerden unserer Welt in der Größe erkannt und daraus die Konsequenz gezogen worden, daß man sich in die kleineren, überschaubaren menschlichen Verbände und Gruppen wieder zurückfinden muß. Hier haben sie ganz sichere Schritte. Meiner Ansicht nach gibt es überhaupt keine Gegenargumente dagegen.

Dregger: Ich habe drei kurze Fragen. Die erste bezieht sich auf den Begriff „Wertedebatte“. Wäre es nicht richtiger, von einem Wandel des Wertebewußtseins zu sprechen? Oder der Einschätzung der Werte? Werte selbst sind vorgegeben, die erfinden wir ja nicht, die wandeln sich auch nicht. Das ist auch gar nicht gut für uns, wenn wir den Eindruck erwecken, daß Werte etwas wären, was man machen könnte und vielleicht noch offen ist. Das ist meine erste Frage.

Die zweite, es ist sicherlich sehr wichtig, daß wir öffentliche Meinung und Meinungsklima sehr ernst nehmen, aber wir sind uns sicherlich auch darüber einig, daß wir sie nicht zum Maßstab nehmen können, denn wir wollen sie ja verändern. Dazu ist es manchmal notwendig, daß man sich in den Gegensatz zur öffentlichen Meinung stellt. Das ist dann besonders erfolgreich, wenn die weitere Entwicklung diese Gegenposition bestätigt. Wenn ich die Lage, wie wir sie jetzt haben, richtig einschätze, dann glaube ich, daß wir aus der Zeit der sanften Republik, die immer weniger arbeitet, die immer mehr genießt, die die Augen verschließt vor den äußeren Gefahren, jetzt rauskommen und die Position, die wir haben und auch bisher vertreten haben, bestätigt wird. Daß also der

Zeitgeist jetzt mal auf uns zukommt. Wenn wir nicht jetzt noch schnell den Schwanz zu erfassen suchen des Zeitgeistes, der vorbeigeht ... (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich meine, es kommt doch darauf an, daß man das Meinungsklima für sich selbst positiv beeinflusst und man damit die Entwicklung abschätzt die Zukunft, die sich entwickeln wird. Das ist meine Schlußfolgerung.

Die dritte Frage, gilt das nicht insbesondere für die Jugend? Wie wollen wir eigentlich junge Menschen gewinnen, wenn wir nicht etwas ganz anderes sind als die anderen? Und wenn wir unseren Standpunkt nicht ganz entschieden vertreten? Ich glaube, eine entschiedene Position ist immer glaubwürdiger als eine laffe, die sich anzupassen versucht. Wobei ich sehe, daß es natürlich ungeheuer schwierig ist, das allein mit Politik machen zu wollen. Denn wir haben von Ihnen gehört, die Schulbücher, die Pädagogik, die Publizistik sind natürlich sehr viel entscheidender als das, was wir auch bei bestem Willen von der Politik her einbringen können, wenn ich diese Zahlen, Frau Professor, sehe, die Sie eben dargestellt haben. Ungeheurer Kontrast zwischen der Meinung der Gesamtbevölkerung und der jungen Bevölkerung, zum Beispiel in Verteidigungsfragen. Wir können ja keine Politik vertreten, die diesem Meinungsbild der jungen Generation entspricht. Wir müssen also, glaube ich, gerade Gegenpositionen vertreten. Und je stärker und überzeugter wir sie vertreten, um so eher muß es doch möglich sein, wenn überhaupt, junge Leute in eine andere Richtung zu bringen. Das sind also die drei Fragen.

Noelle-Neumann: Zunächst einmal, Wertewandel. Es ist so, daß man normalerweise immer sprechen würde von Normen, ein Wort, das ich aber nicht besonders schätze – gemeint sind Werte, über die sich eine Gesellschaft einig ist –, unabhängig davon, daß es ein absoluter Begriff ist, ein absoluter Wertbegriff. Dieser Wertbegriff ist ein relativer, d. h. es sind gewisse Werte in der Gesellschaft hochgeschätzt, etwa, dazu soll man ein Kind erziehen. Das ist sozusagen gleichsam die Testfrage. Es gibt übrigens in der Tat auch andere Werte, die werden zunehmend geäußert. Zum Beispiel, sehr interessant, nimmt in unserer Gesellschaft der Wert Durchsetzungsvermögen zu. Mehr und mehr Eltern sagen uns, dahin soll man ein Kind erziehen. Was begegnet uns hier? Hier begegnet uns Konfliktbewußtsein; das sind ansteigende Werte. Es fällt nicht alles ab im Konsensus in der Gesellschaft. Übrigens gibt es einen zweiten Wertewandel, der im Gegensatz dazu steht, der steigt in unserer Gesellschaft an. Als Erziehungswert steigt immer und unaufhaltsam an Toleranz. Aber was steckt hinter der Toleranz? Es steckt wahrscheinlich dahinter, daß man mit der Toleranz erst einmal alles zuläßt, um dann nachher, wenn der Wertewandel vollzogen ist, dann wieder die Dinge niet- und nagelfest abzusichern. Toleranz ist erst einmal ein Türaufstoßen. Beim Wertewandel, beim „Value Change“, geht es inzwischen um Ausdrucksweisen, die davon ausgehen, daß eine Gesellschaft ihre gemeinsamen Überzeugungen verändern kann. Diese gemeinsamen Überzeugungen sind hier als Werte bezeichnet.

Und in dieser Hinsicht sind die Ergebnisse in den letzten zwei Jahrzehnten nicht einfach so eingebildet von irgendeinem düsteren Pessimisten, sondern sie sind in der Tat sehr eigentümlich. Wenn Sie zum Beispiel fragen: „Worin sehen Sie den Sinn des Lebens, Ihres Lebens?“ Oder wenn Sie fragen: „Fassen Sie manchmal gute Vorsätze, was denn für welche?“ Und wenn dann solche guten Vorsätze, wie zum Beispiel Selbstlosigkeit oder Helfen, für andere etwas tun, wenn all diese Werte, die eine Gesellschaft freundlich machen, heruntergeputzt werden, würden alle absteigen. Und hochgehen würden solche

Werte wie zum Beispiel mehr spaziergehen, sich weniger ärgern, mehr schlafen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich habe eine Frage. Ich habe gehört, daß Sie es für eine sehr unbefriedigende Antwort halten, wenn ich Ihnen versuche zu sagen, mehr als irgendeine andere Bevölkerungsgruppe ist die junge Generation von Medien formbar; das kann das Schulbuch sein, das Buch überhaupt, eine Rowohlt- oder Suhrkamp-Reihe³⁶, oder das können die Massenmedien sein. Kann man es fertigbringen, wenn man die Tragweite sieht, zwischen Wahlen als Schwerpunktprogramm Gespräche mit den Medien zu führen? Das haben Sie noch nicht; die Argumente dürfen Ihnen nicht fehlen. Sie können nämlich heute anders als Menschen vor 15 Jahren zeigen – die Sozialforschung findet die Beweise –, daß man auf diesem Wege nicht glücklich wird. Von daher gesehen wäre also die Frage, es ist eine so außerordentliche Leistung im Jahr 1980 vollbracht worden, kann man die fortführen? Kann man dieses weiter im Gespräch einsetzen, kann man dies im Gespräch mit jungen Menschen fortführen?

Was die Einstellung junger Menschen zum Beispiel zur Kriegsdienstverweigerung und zur Bundeswehr betrifft, stehen die Antworten ganz schlagend vor Ihnen, sobald Sie anfangen, sich – sogar unabhängig vom Fernsehen – einfach nur die Tageszeitungen inhaltsanalytisch vorzunehmen, um mal zu sehen, für welche Argumente wird eigentlich argumentiert. Wir haben zum Beispiel eine Analyse gemacht über die Kriegsdienstverweigerung; wir sind weit zurückgegangen. Wir haben angefangen ungefähr 1968. Wir haben von 1968 bis 1975 in allen Zeitungen, überregional und regional, praktisch nur Argumente festgestellt für die Kriegsdienstverweigerung bzw. für ein Abschaffen der Verfassungsinterpretation, für ein Ausdehnen der Kriegsdienstverweigerung aus politischen Gründen. Das ist gelaufen bis 1975. Erst 1976 wurde die andere Position aufgebracht. Da war es zu spät. Also, das ist eines der charakteristischen Dinge, die Ihnen zeigen, daß man gegen ein solches Medienresonanz- und Kumulationsphänomen kaum ankommt. Nicht, daß ich das ignorieren wollte, ich weiß schon sehr genau, daß Ihnen viel daran liegt zu überlegen, wie kann ich jetzt hier anpacken, wie kann ich hier direkt wirken, wenn die Menschen sehenden Auges gegen eine Felsmauer laufen, wenn sie die Medien in dieser Eigenschaft nicht anerkennen?

Scherer: Eine ganz kurze Frage nochmal zum Thema Meinungsmache, was durch die Medien und vor allem das Fernsehen geprägt wird. Fernsehen gestaltet ja nun diese Meinungen in einem sehr langen Prozeß, in Kommentaren, Unterhaltungssendungen, in Nachrichtensendungen, ja praktisch in jeder einzelnen Sendung. Haben Sie Untersuchungen vorliegen, inwieweit jetzt, beispielsweise im Wahlkampf die Wahlsendungen, in denen Spitzenpolitiker auftreten oder überhaupt im Laufe eines Jahres dort, wo die Repräsentanten unserer Partei auftreten, solche Meinungsmache relativiert wird oder überhaupt relativiert werden kann? Gibt es darüber Untersuchungen, denn das ist für uns ja sehr wichtig? Wir kommen ja in die Redaktionsstuben nicht rein, aber wir kommen eben rein, wenn unsere führenden Repräsentanten auf dem Bildschirm sind. Gibt es so etwas oder gibt es das nicht?

Noelle-Neumann: Ja, ich war sehr erschrocken, als ich eine Reihe von Ratschlägen las, daß wohl der verderbliche Einfluß des Fernsehens am besten zu korrigieren sei, indem

36 Rowohlt-Verlag, Reinbek, Suhrkamp-Verlag, Berlin; beide Verlage publizierten u. a. Schulbücher und wissenschaftliche Reihen.

die Politiker sich völlige Abstinenz auferlegten und überhaupt nicht mehr selber auf dem Schirm erschienen. Das ist also außerordentlich propagiert worden als die Lösung des Fernsehproblems. In Wirklichkeit gilt für Sie, sofern Sie medienpolitisch tätig sind, das Gegenteil. In Wirklichkeit gilt für Sie, mit der größten Gelassenheit bei jeglicher sich bietenden Gelegenheit die Möglichkeiten des Fernsehens und des selber auf dem Schirm Erscheinens wahrzunehmen und außerdem zu wissen, daß auch nur 30 Sekunden Öffentlichkeit eine Kostbarkeit sind. Das heißt einfach, angesichts dieser Medienschrägheit ist dieses Selbererscheinen tatsächlich auszunutzen. Wir konnten nachweisen, daß sich da, wo Politiker, die häufig negativ behandelt worden sind in den Medien, selbst häufiger erscheinen konnten, ihr Bild deutlich verbessert hat. Das heißt also, das Selbererscheinen ist in der Tat für den Politiker, der die Medien nicht für sich hat, die entscheidende Chance, etwas dagegen zu tun. Man sollte also überlegen, welche Formen gibt es? Angeblich tun die Engländer viel mehr, um die Politiker selber sprechen zu lassen. Der englische Journalist sieht sich mehr als Moderator als der deutsche. Der deutsche sieht sich als Missionar. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Gut! Dann darf ich Ihnen zum Abschluß dieser Debatte sehr herzlich danken. (*Beifall.*) Wir wollen absprachegemäß das Gespräch dann demnächst zu dem hier offengebliebenen Punkt fortsetzen. Sie haben ja alle gemerkt, daß wir bei all diesen Fragen mitten in der Generaldiskussion sind, denn das, was hier diskutiert wurde, ist davon nicht zu trennen. Ich darf mich also nochmal sehr herzlich bedanken.

SCHWERPUNKTE DER PARTEIARBEIT FÜR DIE NÄCHSTEN ZWEI JAHRE

Jetzt schlage ich für den Ablauf vor, daß es am sinnvollsten ist – wir haben das auch so im Präsidium bei der Vorbereitung der Sitzung gehalten –, daß wir ausgehen von dieser Vorlage wiederum, in der ja alle Punkte im wesentlichen enthalten sind. (*Unruhe. Diskussion.*) Wir wollen ja nur mal das Verfahren jetzt bereden.

Geißler: Ich muß Sie zunächst darauf aufmerksam machen, vielleicht weiß es der eine oder andere noch gar nicht, man hat Ihnen beim Hereinkommen ein Kuvert übergeben. In diesem Kuvert befindet sich ein „Diskussionsbeitrag“ als Diskussionsgrundlage für die heutige Klausurtagung.³⁷ Dieses Papier ist nummeriert, und ich darf Sie herzlich bitten, damit einverstanden zu sein, daß wir morgen mittag dieses Papier wieder einsammeln. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, darf ich mal Folgendes sagen, daß wir dieses Papier morgen mittag wieder einsammeln. (*Kohl:* Das heißt, wenn einer weggeht, gibt er es ab.)

Zweitens, ich glaube, das muß man jetzt dazu sagen, wir werden selbstverständlich über die Ergebnisse der Klausurtagung in einer geeigneten Form die Öffentlichkeit unterrichten. Dazu werden der Parteivorsitzende und ich am Dienstag eine Pressekonferenz machen. Wir halten diese Form der Unterrichtung für sinnvoller, ich darf es einmal so ausdrücken, als wenn jetzt aus der Klausurtagung heraus per Telefongespräche oder Interviews Teile dessen, was wir hier diskutieren, an die Öffentlichkeit gegeben werden. Deswegen möchten wir die herzliche Bitte aussprechen, nun wirklich hier enthalten zu sein und nicht aus diesem Raum heraus zu sagen, was jetzt in den kommenden Stunden und morgen früh diskutiert wird. Das ist eine herzliche Bitte, und der Sinn der Sache

37 Tischvorlage: Diskussionsbeitrag zur politischen Arbeit der CDU von 1980–1984 in ACDP 07-001-1335.

besteht eben auch darin, daß wir dann morgen nachmittag dieses Papier wieder einsammeln.

Kohl: Einverstanden, daß wir dann jetzt gleich mit dem Papier anfangen? Wir machen eine Pause von zehn Minuten, das heißt, um 18.30 Uhr beginnen wir pünktlich wieder.

Geißler: Das Papier ist in einer ursprünglichen Fassung schon Gegenstand der Diskussion im Parteipräsidium gewesen, bei einer Klausurtagung des Parteipräsidiums. Die Diskussionen, die wir dort geführt haben, sind in dieses neue Papier eingearbeitet worden.

Das Papier hat zwei Teile und beschäftigt sich im ersten Teil nicht mit inhaltlichen Fragen, sondern mit, wir haben es einmal so genannt, „Überlegungen zur Oppositionsstrategie“, d. h. mit der Frage des Verhältnisses, der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei, der Fraktion und dem Bundesrat. Es ist etwas ausgesagt über die Kooperation zwischen diesen drei Ebenen einschließlich der Stiftung und dann über die Möglichkeiten, politisch wirksam zu werden über unsere Institutionen, Parteitage, aber auch durch die bewährten Formen, Parteikongresse und Ähnliches. Dann ist etwas gesagt zu den Methoden der Arbeit, einmal überschrieben mit „Offene Diskussion“ – dabei sind Punkte, über die werden wir sicher intensiv reden müssen –, und schließlich Ausführungen über praktische politische Arbeit, auch aufgrund der Anregungen der Jungen Union – zum Beispiel im nächsten Jahr, Jahr des Behinderten –, daß die Christlich Demokratische Union durch ganz bestimmte Aktivitäten und Aktionen Signale setzt für eine bestimmte Haltung, die gerade auch für die Wähler von Bedeutung ist.

Im zweiten Teil geht es um die Erörterung wichtiger Themen, die aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Unterlagen und Analysen in den kommenden Monaten und Jahren auf uns zukommen werden. Ich habe gestern mit Frau Noelle-Neumann eine Dreiviertelstunde telefonisch das Papier noch einmal durchdiskutiert. Auch aus dem, was heute gesagt worden ist, ergibt sich, daß im wesentlichen keine Widersprüche enthalten sind zwischen dem Teil II und dem, was sie erarbeitet hat. Es stehen uns natürlich auch andere Unterlagen zur Verfügung. Also wie gesagt, die Themen, die hier aufgearbeitet sind, entspringen den Analysen und Untersuchungen, die zur Zeit vorliegen, natürlich nicht nur den Analysen nach der Wahl, sondern auch den Erkenntnissen, die wir in der Zeit vorher gehabt haben.

Ich glaube, es ist noch ein Wort notwendig zu der Aufgabe dieser Klausurtagung. Wir schlagen Ihnen vor, daß diese Klausurtagung nach Möglichkeit folgendes Ergebnis haben sollte, daß aufgrund dieses Papieres und anhand der Ergänzungen und Diskussionen, die bei dieser Klausurtagung sich nun ergeben, eine erweitertes, ergänztes, möglicherweise auch gestrafftes Arbeitspapier erstellt wird, das dann Grundlage wird für ein Arbeitsprogramm der Christlich Demokratischen Union, das dann auf dem nächsten Parteitag, also im März, verabschiedet werden sollte und zwar sowohl hinsichtlich der Themen, die für uns als Bundesvorstand für die Legislaturperiode des nächsten Bundesvorstandes, also von 1981 bis 1983, wichtig sein sollten, und gleichzeitig, daß wir uns auch Gedanken darüber machen, in welcher Form, d. h. mit welchen Instrumentarien, mit welchen Umsetzungsstrategien die jeweiligen Themen nun behandelt werden sollen. Insoweit ist es wieder von Bedeutung, daß, wenn wir den Teil II abgehandelt haben, wir wieder rekurren auf den Teil I, also insbesondere dann uns noch einmal über die Methoden und Instrumentarien unterhalten. Denn es kann ja durchaus sein, daß wir völlig richtigerweise auch in Erfüllung eines Auftrages des Bundesparteitages vor fünf oder sechs Jahren

sogar, oder vier Jahren, zu dem Ergebnis kommen, daß zum Beispiel das Thema Schulpolitik auf einem Parteitag behandelt werden soll, aber zum Beispiel das Thema Medienpolitik, dessen Bedeutung uns ja heute nachmittag auch nochmal bestätigt worden ist, vielleicht in einer anderen Form, also in Form eines Fachkongresses. Darüber muß auch noch einmal gesprochen werden. Also, Sinn der Diskussion bei dieser Klausurtagung sollte auch sein, das Arbeitsprogramm vorzubereiten, inhaltlich zu gestalten, das dann, so schlagen wir vor, auf dem nächsten Bundesparteitag im März verabschiedet werden sollte.

Biedenkopf: Ist das ein Antrag an den Bundesparteitag? Dieses Papier?

Kohl: Nein. Da soll heute die Diskussion eröffnet werden und bis zum Parteitag muß der Bundesvorstand eine Vorlage machen.

Biedenkopf: Also ist das jetzt der erste Schritt zur Formulierung eines Antrags an den Bundesparteitag? (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, daß dann am Ende das Arbeitsprogramm ist und daß der Parteitag darüber diskutiert, ist der Sinn der Sache.

Stoltenberg: Ich will nur ein paar kurze Eingangsbemerkungen machen und ein paar Stichworte aufnehmen. Dies ist sicher eine recht gute und auch anspruchsvolle Gesprächsgrundlage. Und es werden, wie unser Freund Heiner Geißler schon gesagt hat, auch ein paar Elemente aus dem Vorgespräch, das wir vor einigen Stunden im Präsidium hatten, aufgenommen in der Fortschreibung. Es ist wahrscheinlich besser, wenn wir uns auf einzelne Punkte in unseren Beiträgen konzentrieren, als jetzt einen Durchgang durch alle Kapitel zu machen. (*Kohl:* Ja, das wollte ich an sich wirklich durchgehen.) Wenn wir jetzt sofort mit einer kapitelweisen Diskussion beginnen wollen, Herr Vorsitzender, dann ziehe ich meine Wortmeldung zurück. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, das war an sich meine Absicht. Es ist natürlich ganz klar, daß die Abteilung II die breitere Diskussion beansprucht, das geht ja auch immer wieder auf die Abteilung I zurück. (*Stoltenberg:* Dann machen wir es kapitelweise.) Ich wollte eigentlich jetzt einfach aufrufen.

Geißler: Darf ich noch eine Bemerkung machen aufgrund des Diskussionsbeitrags von Kurt Biedenkopf? Ich will die Formalien hier noch einmal sagen, es kann eigentlich nicht anders gehen, als daß nach Abschluß dieser Diskussion heute ein Antrag zur Formulierung vorbereitet wird für die Bundesvorstandssitzung am 26. Januar. Da müßte eigentlich der Antrag dann zunächst einmal vom Bundesvorstand beraten werden, möglicherweise dann noch einmal, 14 Tage später haben wir noch einmal eine Bundesvorstandssitzung, und dann wird dieses Arbeitsprogramm sozusagen als Antrag des Bundesvorstandes den Delegierten des Bundesparteitages zugeleitet.

Kohl: Der soll dann die Arbeitsgrundlage für die kommende Zeit, und zwar nicht nur für die Bundespartei, sondern für die Ebenen der Partei sein.

Biedenkopf: Ich möchte das Verfahren nicht aufhalten; wir müssen uns nur über dieses Verfahren auch deshalb vorher verständigt haben, weil die Landesverbände jetzt wissen wollen, was beim Bundesparteitag eigentlich passiert. Denn wir wollen ja auch irgendwelche Anträge stellen zu irgendwelchen Gegenständen. Deshalb ist die Klärung dieser Fragen sehr wichtig, und ich wäre dankbar, wenn man das frühzeitig in irgendeiner Form für das Protokoll so formalisieren kann, daß man davon Gebrauch machen kann.

Späth: Ich will nochmal etwas zu dem Papier und zum Verfahren sagen. Dieses Papier ist insoweit nicht ungefährlich, als wir bei der Diskussion dann an die Konkretisierung des Papiers gehen müssen. (*Kohl:* Ja, völlig klar. Und die Straffung auf die Schwerpunkte.) In dem Papier stehen viele schöne Dinge. Nur wenn es gilt, das umzusetzen in die realpolitische Lage als Arbeitsprogramm, dann sehe ich da Schwierigkeiten. Ich will nur sagen, daß wir nicht alles neu diskutieren, was im Grundsatzprogramm schon alles drinsteht. Ein bißchen strategisch gedacht, müßte dann rauskommen, was ergibt sich aus diesen Grundlagen, die hier nochmal aufgeführt sind, als konkrete Werte eines Arbeitsprogramms. Wenn wir uns darauf verständigen, würde ich sofort sagen, daß wir jetzt bei der Diskussion auch darauf den Schwerpunkt legen, sonst diskutieren wir nämlich wieder fünf Stunden im allgemeinen, und dann haben wir im Grunde nicht die weiteren Arbeitsgrundlagen.

Kohl: Lothar, am Ende muß stehen, jetzt mit Blick auf den Parteitag, der Vorschlag des Bundesvorstands; der muß in sich ausgewogen sein in der Prioritätenfolge. Was ist nun wirklich das, was wir wollen, und gleichgewichtig, was ist machbar in dem Zeitraum? Es ist völlig sinnlos, hier einen Entwurf vorzulegen, der also so hoch greift, daß er überhaupt nicht realisierbar ist. Also, dazu gehört auch ein Stück Bescheidenheit. Dieses Papier ist viel zu umfassend, um am Ende in dieser Qualität und Quantität den Antrag zu formulieren. Es muß ja, wenn es einen Sinn haben soll, realisierbar sein von der Bundespartei über die Landes-, Bezirks- und die Kreisparteien. Der Unionsvorschlag beispielsweise mit den konkreten Aktionen, was die Behinderten betrifft, ich nenne nur ein Beispiel, den wir am Ende hier zu beschließen haben, ist eine umsetzbare Sache. Da kann man eine Menge fachbezogene, gute Vorschläge ausarbeiten und rausgeben als Hilfen. Aber die Aktivitäten müssen in dem Fall natürlich schon auf der Ebene der Kreisverbände liegen. Das heißt also, ich möchte am Ende haben, daß es möglichst konkret ist. Sehr viel kürzer natürlich und in einer verständlicheren Sprache, das füge ich gleich hinzu. Aber es muß begreifbar sein. Die Delegierten, die das lesen vor dem Parteitag, müssen wissen, der Bundesvorstand geht in den Jahren in die Richtung. Aber das, was wir auswählen, ist zugleich eine Aussage der Richtung unserer Politik. Da stehen aber noch ein paar Sachen drin, wir sind am Beginn einer Legislaturperiode, die wir natürlich nicht in ein solches Papier für den Parteitag reinschreiben, aber wohl im Bundesvorstand unter I behandeln. Denn ich halte gar nichts davon, wir müssen die offene Diskussion durch konkludentes Handeln vornehmen und nicht durch die Proklamation, daß wir offene Diskussionen machen. Aber für hier ist es, glaube ich, wichtig und notwendig, daß man einfach sich verständigt über die Richtung. Das ist also gedacht.

Dingerkus: Ich glaube, daß in diesem Sinn das Papier auch zweierlei leisten kann für den Antrag auf dem Bundesparteitag, nämlich einmal Grundlage zu bieten dafür, welche inhaltlichen Schwerpunkte des vorgelegten Papiers umgesetzt werden, und vor allen Dingen dann, was die aktive Partei vor Ort nämlich ausmacht, daß wir daraus noch ein Aktionsprogramm formulieren können, wie diese inhaltlichen Schwerpunkte umgesetzt und durchgesetzt werden können auf den unterschiedlichen Ebenen. Das sollte meines Erachtens hier schon geleistet werden.

Geißler: Also dieses Papier soll nicht die Inhalte vorwegnehmen, die wir dann erst auf dem Parteitag oder auf einem Fachkongreß erarbeiten und beschließen. (*Kohl:* Aber eine Linie!) Dieses Papier muß sagen, die und die und die Themen wollen wir wann, wo, wie

realisieren. (*Kohl*: Und auch die Richtung natürlich!) Das ist der Punkt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Einverstanden? Gut, dann fangen wir an mit I.

Herzog: Eine Bemerkung zu dieser Seite 0. Ich nehme diese drei Positionen, „wertorientiertes politisches Handeln“, „neue Themen“, „politisches Versagen der Koalitionsparteien“ und möchte anschließen an meine letzte Äußerung im Bundesausschuß.³⁸ Ich will nicht sagen, mir fehlt etwas; aber entscheidend ist doch, daß es um eine Mobilisierung der geistig-moralischen Kräfte unseres Volkes geht. Was hier steht, ist natürlich richtig, völlig richtig und nötig. Ich würde aber anders formulieren. (*Kohl*: Sehr einverstanden.) Wertediskussion kann auch relativ rational verstanden werden; mir geht es um Dinge wie Nationalbewußtsein, mir geht es um Selbstbehauptungswillen oder Resignation dieser jungen Generation, mir geht es um soziale Verantwortung des einzelnen, also um Dinge dieser Art. Vieles von dem, was Frau Noelle vorher gesagt hat, halte ich da für wichtig. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das, was die Ziffer I soll, umfaßt das natürlich. Es ist nicht sehr gut formuliert, aber was natürlich drinsteckt, ist, und das war auch unsere gemeinsame Meinung im Parteipräsidium, daß wir zu wenig, das weiß jeder, mit dem Grundsatzprogramm gearbeitet haben. Daraus läßt sich natürlich eine Unmenge an praktischer Arbeit auch herleiten und konkretisieren.

So, jetzt kommen wir zu I „Überlegungen zur Oppositionsstrategie“. Ich würde den ersten Absatz nehmen, Überlegungen zur Fraktion, und dann weiter aufrufen. Ich rufe einfach nach den Überschriften auf.

Geißler: Also, vielleicht sollten wir einen Satz sagen, der Sinn der Sache ist, daß nach diesem Wahlergebnis – dies ist in kurzen Worten dargestellt, und natürlich ist es angreifbar –, die SPD eigentlich keine mehrheitsfähige Position hat, Kanzlerbonus weggerechnet, und eine 30- bis 40-Prozent-Partei bleibt, dagegen die Union eine mehrheitsfähige Partei ist und auch geblieben ist, wobei, was in dem Papier fehlt, was nachgetragen werden muß, die Situation bei den Jungwählern ist, weil der Anteil der Jungwähler prozentual am Gesamtwählerpotential immer zunimmt, und wenn wir permanent prozentual weniger Jungwähler haben als die anderen, dadurch schon automatisch immer bei jeder Wahl weniger Leute haben, die uns wählen. Das müßte eigentlich hinzu gesagt werden. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, dieses Papier hat eine etwas optimistische Vision. Es soll deutlich machen, wir befinden uns nicht auf dem Verliererpfad, sondern erstens, es gibt hier weltweit einen allgemeinen Trend, das ist ja auch auf dem Parteiausschuß gesagt worden, ist von Frau Noelle-Neumann bestätigt worden. Zweitens, wir haben ein massives Stammwählerpotential bei dieser Bundestagswahl wieder bewiesen. Und jetzt geht es um ein paar Voraussetzungen, die wir erfüllen müssen, um aus eigener Kraft die Mehrheit zu kriegen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Wissmann: Zwei Bemerkungen zu diesem Kapitel I. Erstens, ich finde alle Bemerkungen wichtig, die sagen, an welchen Stellen wir sozusagen mit einem Rückenwind rechnen können. Aber ich glaube, es gehört zu einer ehrlichen Bewertung der Problemlage, damit wir nicht als blauäugig erscheinen, auch darauf hinzuweisen, ob man das nun mit „Wertebewußtsein“ umschreibt, was ich auch vorziehen würde, oder mit Worten wie „Themen-

38 Am 8. Dezember 1980 (Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-627).

wechsel“, was ja dann später inhaltlich auch aufgenommen wird, daß man wenigstens dazu ein paar Sätze auch schon in der Einleitung schreibt, denn sonst fallen Therapie und Diagnose irgendwo ein bißchen auseinander. Aber ich glaube nicht, daß wir inhaltlich da so weit auseinander sind. Ich meine nur, daß wir da stringent bei der Analyse sein sollten.

Der zweite ganz kurze Punkt. Da wäre auch wichtig, ob wir schon bei dem Thema Fraktion sind? (*Kohl*: Nein, sind wir noch nicht.) Sind wir noch nicht? Dann stelle ich das zurück.

Geißler: Ich will nochmal etwas sagen, bevor wir hier Zeit verlieren: Dieses Papier, so wie es jetzt ist, soll in keiner Weise im Aufbau schon eine Vorlage sein für den Antrag. Aber der Bundesvorstand muß eine Diskussionsgrundlage haben, gegliedert mit Vorgaben, die wir jetzt gemacht haben, die ergänzt werden, die verworfen werden können, was weiß ich, was da gemacht werden kann. Und dann muß am Ende morgen nachmittag für mich, den Parteivorsitzenden und wer auch immer das dann macht, klar sein, wie die Richtung des Bundesvorstandes ist, und dann muß ich den Antrag ausarbeiten. Einer muß es ja machen, ich muß dann den Antrag ausformulieren, und mit dem Antrag beschäftigen wir uns dann am 26. Januar. Es ist keine Präjudizierung durch dieses Papier vorhanden.

Von Bismarck: Ich wollte gerne nochmal die Frage stellen, was Ziffer I inhaltlich wirklich bedeutet: „Es gibt in der westlichen Welt einen allgemeinen und stabilen Trend weg von der liberal-sozialistischen Gesellschaftsphilosophie.“ Der Satz ist für mich etwas episch. Und da alles andere darauf aufgebaut ist, würde ich ihn noch gerne etwas erläutert bekommen, zumal ich mit den nachfolgenden Abschnitten gar nichts anfangen kann, da ist nichts Konkretes drin. (*Unruhe. Diskussion.*)

Biedenkopf: Ich kann da unmittelbar anknüpfen, ich bin von der Ziffer 1 nicht überzeugt, jedenfalls scheint es mir zu apodiktisch zu sein. Ich bin auch nicht überzeugt von dem letzten Satz der Ziffer 2, jedenfalls würde ich auch dies nicht so apodiktisch feststellen wollen. Punkt 2 auf der ersten Seite. Das sind ja Kernaussagen, die das Ganze zukünftig bestimmen. Beide Kernaussagen sind mir wegen ihrer Formulierung, die gar keinen Zweifel zuläßt, zu sicher, und damit sperren sie zugleich Fragen aus. (*Kohl*: Kann man glatt durchstreichen.) Ja, aber, Herr Vorsitzender, es geht mir nicht jetzt um die Formulierung als solche, ob man das streichen kann oder nicht, sondern darum, was sich die Leute dabei gedacht haben, die es geschrieben haben. Das ist ja das, was wir hier diskutieren wollen. Ich sehe die Gefahr bei den jetzt sich verengenden Handlungsspielräumen noch immer sehr stark, daß die Bevölkerung, wenn sie vor der Alternative steht, verzichten zu müssen, eher geneigt ist, diesen Verzicht nur unter Bedingungen der fast vollkommenen Gleichheit zu ertragen, als unter den Bedingungen wachsender Ungleichheit. Denn das Hauptproblem, was vor uns stehen wird in den nächsten Jahren, ist, wie können wir erreichen, daß die Leute begreifen, daß nur unter Bedingungen von Ungleichheit, nämlich von sehr hoher Leistung und von weniger hoher Leistung und auch von stärkerer Anerkennung dieser Leistung und geringerer Anerkennung der Nichtleistung, die Schwierigkeiten überwunden werden können, vor denen wir stehen.

Der Trend – und das reicht bis weit in unsere eigene Partei hinein – bei solchen Konflikten eher in die Richtung Gleichheit auszuweichen, ist ungewöhnlich stark. Wenn es politisch der anderen Seite gelingt, diesen Trend in die Gleichheit zu garnieren mit der Gewährung von scheinliberalen Positionen außerhalb des Wirtschaftlichen, zum Beispiel

im Bereich des Sexuellen oder im Bereich der Emanzipation, in Anführungszeichen, oder anderswo, dann kann diese Verengung der wirtschaftspolitischen Spielräume dazu führen, daß wir in den Hauptbereichen staatlicher Aktivität stärker auf die Gleichheit zumarschieren und dies garnieren in den Nebengebieten durch Eigenentfaltung. Deshalb ist dieser Satz, der in Ziffer 2 am Ende steht, daß die sozialliberale Ära zu Ende geht, so in meinen Augen nicht richtig.

Blüm: Ich will mich nicht an Formulierungen festbeißen, aber die Sache vertrete ich mit Entschiedenheit. Und zwar bin ich felsenfest davon überzeugt, daß die großen Philosophien des Liberalismus und des Sozialismus nicht taugen für die Epoche, die vor uns liegt. Der Liberalismus hat geträumt, das war eine individualistische Philosophie, die kannte nur den einzelnen, und der Sozialismus nur die Masse. In der wirklich politischen Aufgabe waren Liberalismus und Sozialismus völlig identisch, daß sie die Räume zwischen dem einzelnen und dem Staat nicht akzeptiert haben. Da sind die Französische Revolution und die russische Revolution, die sowjetische, völlig identisch, die haben alle intermediären Institutionen zerschlagen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich finde das ganz wichtig. Deswegen glaube ich, daß die Philosophie des Individualismus und des Kollektivismus passé sind. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich meine auch, wir sollten uns nicht die Alternative aufreden lassen, der Staat oder der einzelne; dazwischen gibt es noch viel. Daß die beiden Philosophien am Ende sind, das, finde ich, können wir schon feststellen. Die Epoche, die vor uns liegt, beispielsweise die christlich-soziale, hat weder etwas mit Liberalismus noch mit Sozialismus zu tun. Und ich finde, daß die passé sind, und das darf eine Partei wie wir feststellen.

Neumann: Ich habe die anderthalb Seiten insofern nicht für ernst genommen, als ich sie als Präambel aufgefaßt habe. (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn ich die Maßstäbe anlege, dann gibt es mehrere Sätze. Ich fasse das so auf, daß das die Einleitung ist nach dem Motto, es ist noch Hoffnung da. (*Heiterkeit.*) Und das kann nicht schaden. Denn wenn Sie jetzt die Einleitung prüfen an den konkreten Folgerungen, stehen die zum Teil gar nicht in einem Zusammenhang. Ich sehe das so, daß hier gesagt werden soll, im Prinzip ist die Perspektive grundsätzlich nicht so schlecht, wir müssen in führenden Sachfragen uns entschieden äußern und Personalkonflikte vermeiden und dann gehen wir über zu den konkreten Punkten. Ich sehe das wirklich so. Denn wenn Sie dies so genau lesen, dann würde ich andere Sätze auch anzweifeln. Ich meine zum Beispiel: „Ein Koalitionswechsel der FDP ist nicht kalkulierbar.“ Also, ich meine, (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl:* Das ist eine Binsenwahrheit.) wenn alle diese Sätze jetzt ernst genommen werden müßten als Maßstab für das folgende Papier, dann müßte man ganz andere Maßstäbe anlegen. Ich sehe das so, daß das konkret dann losgeht bei Punkt 1 „Fraktion“. Ob das nun so ist mit den Stammwählern, das haben Sie zwar nachgewiesen und ist unsere Hoffnung. Ich finde, wir sollten an sich die konkrete Diskussion an den konkreten Punkten ab 1 beginnen, denn sonst müssen wir vielfach über Hoffnung und ähnliche Situationen diskutieren; das ist aber sehr schwierig, weil man das nicht so nachweisen kann. (*Unruhe. Diskussion.*)

Stoltenberg: Also, ich will mal daran erinnern jetzt, wir haben gehört, daß es nicht eine Vorlage ist, die so als Beschlußvorlage in den Parteitag kommt. Deswegen schlage ich auch vor, daß wir jetzt eine Formulierungsdiskussion über diese ersten Seiten verschieben, sonst verwandeln wir uns in einem Gremium unserer Qualität in eine Redaktionskonferenz. (*Kohl:* So ist es!) Aber ich schlage vor, daß wir jetzt diesen ersten Teil nur soweit

diskutieren, als es um wertzentrale Begriffe oder Sachverhalte geht. Ich bin übrigens damit einverstanden und möchte das unterstreichen, was Matthias Wissmann gesagt hat. Wenn es in einer neuen, kurzen Präambel neu formuliert wird, müssen wir etwas problematisieren. Wir müssen zwar Zuversicht deutlich machen in der Präambel, aber wir müssen auch klarmachen, daß es nicht ganz so einfach ist, wie es in der einen oder anderen Zeile klingt. Das hat uns hier die Diskussion mit Frau Noelle-Neumann gezeigt.

Ich habe mich jetzt nur gemeldet wegen der interessanten beginnenden Debatte über die liberal-sozialistische Gesellschaftsphilosophie. Also hier kann ich nun meinem verehrten Freund Norbert Blüm so nicht zustimmen. Ich halte zunächst mal den Begriff „liberal-sozialistische Gesellschaftsphilosophie“ nicht für gut. Ich meine, was gemeint ist, ist eigentlich klar, wir sehen hier die schlimme politische Kombination von Sozialdemokraten, Sozialisten mit einer FDP vor sich, die Mehrheitsbeschaffer ist und zunehmend linke, sozialistische Politik ermöglicht. Das ist doch die Anschauung. Aber wenn wir nun in die Begriffe hineingehen, dann können wir aus meinem Selbstverständnis als Christlich Demokratische Union nicht sagen, daß wir der Antipode zum klassischen liberalen Verständnis sind. Denn zu einer politischen Strategiedebatte der kommenden vier Jahre gehört natürlich, auch das ist in einigen Elementen der vorherigen Diskussion deutlich geworden, daß wir von unseren Ansätzen her eine Union christlich-sozialer, klassisch liberaler und konservativer Strömungen sind, daß wir diese Integrationsaufgabe weiterhin haben, hin zu einer Einheit, zu bestimmten geistigen Begründungen, aber auch im politischen Handeln zu bringen. Und dazu gehört natürlich, lieber Norbert Blüm, das gilt nun für die ganze Bundesrepublik, aber für einige Teile besonders, eine ganz harte Wettbewerbssituation, geistig, politisch, mit denjenigen, die sich als wirklich liberale Wähler, mit aller Ungenauigkeit dieses Begriffs, verbinden. Das gilt für Kommunal- und Landtagswahlen. Es war bei uns eine Schicksalsfrage, ob wir die Hälfte der FDP-Wähler der Bundestagswahl wieder für uns gewinnen können bei Kommunal- und Landtagswahlen. Deswegen rate ich davon ab, daß wir in Verbindung mit einem solchen Begriff, den ich so auch nicht gerne in einem Text übernehmen würde, jetzt eine, ich möchte mal sagen, kontroverse Diskussion führen zwischen christlich-sozial und liberal oder Liberalismus. Was damit gemeint ist von Ihnen, kann ich mir vorstellen, aber es ist nicht ein Weg, der uns weiterführt, weil solche Papiere und Erörterungen ja auch immer auf sehr konkrete politische Aufgabenstellungen der kommenden Jahre hin formuliert werden müssen. Das ist es eigentlich, was ich im Augenblick hier zu Ziffer 1 sagen möchte.

Koch: Ich hätte die Bitte, daß in 2 der eine Satz gestrichen wird: „Jetzt lassen sich einschneidende, unpopuläre Maßnahmen nicht länger vermeiden“, weil der Vorstand die Orientierungspunkte setzt und der Drang nach Veränderungen in unserer Gesellschaft ja vorhanden ist. Entweder müßten wir ihn streichen oder müssen das konkretisieren, was unpopuläre Maßnahmen sind. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dingerkus: Also, ich halte diese erste Seite als eine Einschätzung der Lage, aus der dann danach die Konsequenzen für die konkrete Arbeit abgeleitet werden sollen. Ich glaube, das (*Kohl:* Mehr ist das nicht!) erfüllt ja dann einen Zweck, der letztlich als Einleitung in das Papier gerechtfertigt ist. Bloß, wenn das so ist, dann meine ich, muß man auch die Punkte hier aufnehmen, die letztendlich zu den doch recht neuen Konsequenzen für die Arbeit führen, nämlich schon, was Matthias Wissmann gesagt hat, auch diejenigen Erfahrungen aus der Wahl und aus den letzten vier Jahren mit aufnehmen, die letztlich

dazu geführt haben, daß die Union zahlenmäßig, was die Sitze im Parlament angeht, nun heute da steht, wo sie steht. Insofern glaube ich schon – das sollte man hier in dieser Einleitung ein bißchen stärker auch kritisch anmerken –, daß es zum Beispiel im Bereich der Ansprache bestimmter Bevölkerungsgruppen große Defizite in der Union zu überwinden gibt, die es auszumerzen gilt.

Geißler: Also, ich freue mich eigentlich über die Diskussion, aber so tiefsinnig war die erste Seite gar nicht gemeint. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Darf ich mal Folgendes sagen: Um dies zu verstehen, was ich jetzt hier gesagt habe, bitte ich doch, den ersten Absatz nochmal sich anzugucken. Wie ist denn die Ausgangslage? Daraus ist das Ganze entstanden. Ich habe es auch im Parteausschuß ja gesagt, die Leute fragen mich doch, 1972 habt ihr verloren, 1976 habt ihr fast gewonnen, jetzt habt ihr wieder verloren, wie wollt ihr es das nächste Mal machen? So, jetzt gibt es ja mehrere Möglichkeiten. Da gab es früher mal die Möglichkeit, wir machen eine Vierte Partei, schneiden die uns aus dem eigenen Leib. Da steht der Satz: „Eine Änderung der Parteienlandschaft (z. B 4. Partei) wird von CDU und CSU nicht als anzustrebende Lösung angesehen.“ (*Kohl:* Nein, das wird gar nicht veröffentlicht.) Dann gibt es die Möglichkeit, Koalition mit der FDP. Hier ist der etwas flachsinnige Satz reingekommen, der aber das abdecken soll in aller Kürze: „Ein Koalitionswechsel der FDP ist nicht kalkulierbar.“ Auf Deutsch gesagt, das Papier sagt, wir können aus eigener Kraft gewinnen. Und jetzt kommt hinzu, das machen wir nicht vultaristisch, daß wir sagen, wir können gewinnen, weil wir wollen, sondern es gibt ein paar objektive Daten, die es uns als richtig erscheinen lassen, dies als eine mögliche, plausible Strategie anzusehen.

Was sind das, die objektiven Daten? Erstens, es gibt einen allgemeinen Trend weltweit, haben wir gerade von der Frau Noelle-Neumann gehört, ist im übrigen bestätigt durch das Wählerverhalten, Herr von Bismarck, in Europa, in der ganzen westlichen Welt. Ich habe das auf dem Parteausschuß gesagt, es gibt nur noch zwei Länder mit einer reinras-sigen sozialistischen Regierung. Dies ist Österreich und Malta. Norwegen hat eine Minderheitsregierung, Kurt Biedenkopf, das haben wir beim Parteausschuß noch herausge- kriegt. Und sonst gibt es von Neuseeland über Australien, Vereinigte Staaten, Kanada usw. (*Unruhe. Diskussion.*) – ich rede jetzt von der westlichen Welt, von der westlichen Welt habe ich geredet – konservative bzw. christlich-demokratische Regierungen. Ich finde, man darf und muß in einer solchen Situation, in der wir uns befinden, auch einmal etwas objektiv Positives zu unserer Lage sagen. (*Kohl:* Ja natürlich!) Nicht mehr und nicht weniger ist hier festgeschrieben. Jetzt kann man darüber debattieren, ob „liberal-sozia- listische Gesellschaftphilosophie“ richtig ist; ich gebe zu, das ist ein nicht ganz exakter Begriff, nur, dies war gemeint. Und dann ist noch etwas gesagt zur internen Situation, dieser Trend hat uns noch nicht erreicht, weil wir in der Tat, das muß man nun zugeben, im Gegensatz zu England unter anderen ökonomischen Bedingungen diese Wahl haben schlagen müssen. Hätten wir die englischen Verhältnisse gehabt, aufgrund einer sozial- istischen Regierung, wäre das vielleicht hier schneller und anders gelaufen. Also mehr ist damit eigentlich nicht gesagt, es sollten damit ein paar objektive Argumente beigebracht werden dafür, wenn wir sagen, wir können aus eigener Kraft gewinnen und sind nicht unbedingt auf die FDP angewiesen und sind überhaupt nicht auf die Vierte Partei ange- wiesen, daß wir uns da nicht ganz im Reich der Utopie bewegen. Das ist der Sinn der Sache! (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Also, ich glaube, wir sollten es jetzt einfach machen, damit wir uns da nicht in die Geschichte verbeißen. Es werden in dieser Erklärung sehr plausibel zunächst erstmal die Sachpunkte genommen, danach die Strategie mit den einzelnen Positionen genommen, dann haben wir gesagt, wir brauchen noch eine Einleitung und die muß mutig klingen, denn sonst verlieren die Leute den Mut. Jetzt würde ich sagen, wenn wir das so machen, dann diskutieren wir doch lieber den Teil, der da noch gar nicht im Papier steht, denn das was hier steht, begleitet die Reden des Vorsitzenden und Generalsekretärs, mehr Mut zur Zukunft der Union. Punkt!

Wenn wir das machen, würde ich das Ding machen mit zwei Einschränkungen: Erstens, hier ist der Begriff „sozialliberale Koalition“ mit Gesellschaftsphilosophie verwechselt. Die haben nämlich keine Philosophie, sonst wären sie nicht so schlecht dran. Deshalb würde ich mich sehr gegen beide Begriffe wehren, gegen den Begriff „Gesellschaftsphilosophie“ mit dem „liberal-sozialistisch“, das halte ich für eine ganz gefährliche Verbindung. Ich würde das Wort „liberal“ rausstreichen und „sozialistische Gesellschaftsphilosophie“ ergreifen, dann stimmt es nämlich wieder. Wir sollten aufhören, das Thema Liberalität denen weiter zuzuordnen. Die sind doch gar nicht liberal! Liberalität ist ein Stück unserer Philosophie, und das sollten wir auch sehr wohl beanspruchen. Und da will ich gleich noch einen Vorschlag machen, das Wort „Opposition“ zu streichen in Ziffer I.3 mit dem Bundesrat; ich würde uns nicht in Rolle drängen lassen wollen, daß wir auf allen Ebenen Opposition sind. Wir haben die Aufgabe, als CDU auf allen Ebenen zu reden, aber nicht die Aufgabe CDU als Opposition auf allen Ebenen, damit wäre es für uns ein durchgehender Begriff, den wir so nicht haben. Wenn wir die zwei Worte streichen, dann würde ich vorschlagen, daß wir den ersten Teil einfach abhaken nach dem Begriff, das ist eine Inhaltsfassung, die für die Reden vielleicht wichtig ist auf dem Parteitag, aber die inhaltlich eine Diskussion ist, nicht, daß wir jetzt die ganze Nacht wahrscheinlich an der Einleitung hängenbleiben und dann zum eigentlichen Arbeiten am Programm überhaupt nicht kommen.

Albrecht: Herr Vorsitzender, ich würde in der Folge dessen, was Lothar Späth gesagt hat, aber auch Wert darauf legen, daß, wenn wir dann Parteitag haben, wir das Wort „Vierte Partei“ von uns aus überhaupt nicht in den Mund nehmen. (*Kohl:* Ich denke gar nicht daran!) Ich würde einen Teil von dem, was hier drin steht, von uns nicht in den Mund nehmen, das mit den unpopulären Maßnahmen allerdings nur dann in den Mund nehmen, wenn ich eine wüßte, die ich verkündete und dann auch durchsetzen würde an geeigneter Stelle. Sonst würde ich auch das weglassen. Wir machen gern so allgemeine Sachen und wenn dann die einzelnen Leute nachfragen, was das konkret bedeutet, haben wir gewisse Probleme. (*Unruhe. Diskussion.*) Meine Bitte ist nur, nicht so allgemein. (*Kohl:* Es wird immer unkalkulierbarer, je mehr man darüber redet.) Wir sollten auch nichts beschließen allgemein, sondern nur alles, was wir konkret wollen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Waffenschmidt: Ich möchte hier bei dem Punkt 4 „Kooperation“ gerne ein für allemal eines sagen, weil hier von den verschiedenen Ebenen des Handelns der Union gesprochen wird. Nachher heißt es, Kooperation zwischen Adenauer-Stiftung, und viele, viele Bereiche sind da aufgeschrieben. Mir ist nur aufgefallen, daß ein Bereich hier im ganzen Papier nicht vorkommt, die Kommunalpolitik, wo wir immerhin eine Position haben, wo wir in überschaubaren Bereichen, was uns betrifft, dies schaffen sollten. Ich sage das ein für

allemal für die neue Organisation. (*Unruhe. Diskussion.*) Sonst haben wir nachher die Adenauer-Stiftung drin, aber 60.000 Kommunalpolitiker haben wir übersehen.

Wex³⁹: Es wurde schon darüber diskutiert, wir wollen uns ja nicht an Formulierungen hier festhalten, aber ich denke, daß es schon eine Überlegung wert ist, wenn man auf Seite 1 im ersten Absatz schreibt: „Statt dessen sollten CDU/CSU ihre ganze Energie und Phantasie positiv darauf richten, die zur Regierung notwendige breite Mehrheit in Deutschland zu erreichen.“ Das ist natürlich alles sehr legal. Wir wollen hier ein Arbeitspapier machen, das halte ich auch für sehr wichtig, und Ermutigung halte ich noch für wichtiger. Aber es kann doch wohl nicht so sein, das haben Sie doch gerade auch wegen der Oppositionsrolle gesagt, daß wir auch arbeiten natürlich mit dem Ziel, an die Regierung zu kommen. Aber wenn man Menschen ansprechen will, muß man es doch auch um der Sache willen tun. Allein dieses als Motiv ist gerade bei jungen Leuten kein ausreichendes Motiv, sondern es muß in der Sache so klar sein, daß wir mehrheitsfähig werden, und dies kann nicht der einzige Grund sein, warum wir arbeiten. Das habe ich im Bundesausschuß schon gesagt. Es ist dringend notwendig, aber das als einzige Energie und positive Sache für die Mehrheit festzustellen, das halte ich für ein bißchen zu schmal, dann eher doch auch zum Wohle der Menschen oder zum Wohle der Bevölkerung oder was immer. (*Unruhe. Diskussion.*)

Blüm: Also, jetzt will ich mal gegen ein Mißverständnis reden, das ich möglicherweise selber ausgelöst habe. Ich habe zu Beginn gesagt, daß ich an dem Begriff „liberal-sozialistisch“ nicht festhalte. Und ich will mich wirklich gegen das Mißverständnis schützen, als wollte ich Liberale aus unserer Partei rausdrängen, erstens kann ich das nicht, zweitens will es auch nicht und drittens wäre es auch dumm! (*Unruhe. Diskussion.*) Ich wollte nur auf eines mit meinem Beitrag aufmerksam machen, daß der alte Liberalismus des 18. Jahrhunderts wirklich überholt ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Und ich verstehe ja auch – liebe Leute, ich bin gleich fertig – die liberalen Positionen in der Wirtschaft nicht als die des 18. Jahrhunderts; das ist doch der Fortschritt der Neoliberalen. (*Kohl*: Aber das tun wir doch alle! – *Unruhe. Diskussion.*) Damit ich da nicht in die Ecke eines Sektierers komme, der glaubt, wir würden aufgeben den Charakter der Volksparteien, liberal, konservativ, christlich-sozial. (*Unruhe. Diskussion.*) Harmonie ist wiederhergestellt, um eine spätere Disharmonie zu vermeiden.

Kohl: So, Thema Fraktion! Da waren Wortmeldungen.

Neumann: Ich habe ein bißchen Bedenken, ob man genügend berücksichtigt die Animositäten bzw. die Überlegungen, die bei jungen Leuten sozusagen dem Ablauf der Politik entgegengebracht werden. Ich habe das Gefühl, daß die CDU speziell und die Parteien im allgemeinen momentan aktiver werden. Und wenn man jetzt hier mit Fraktion beginnt und nicht mit Partei, dann meine ich, zeigt das eigentlich, daß die Entscheidungsabläufe im politischen Bereich nicht mehr so, wie sie eigentlich idealtypisch sein sollten, vonstatten gehen. Ich bin der Überzeugung, daß die CDU als Volkspartei sich darstellen muß, als transparente, offene, diskussionsfreudige, auch kontrovers diskussionsfreudige Partei, die die Dinge, die konkreten politischen Anliegen als Probleme aufgreift und die Fraktion dann diese dort gefaßten Beschlüsse umzusetzen hat in Anträge und dann sozusagen in Verwaltung diese Anträge auszuführen hat. Allerdings klappt es

39 Transkript des Wortbeitrags in ACDP 07-001-1021.

ja, nicht nur auf Bundesebene, sondern vor allem auch auf Landes- und kommunaler Ebene, überhaupt nicht mehr nach meinem Eindruck. Und wenn wir bei jungen Leuten die Union als eine attraktive und transparente Partei darstellen wollen, sollten wir auch sehr deutlich ausführen, daß die Fraktion dann sozusagen nachgeordnet ist und das auszuführen hat, was die Partei beschlossen hat. Ich halte das für wichtig. Die aller-schlimmste Umfrage überhaupt gibt das Ergebnis, daß 69 Prozent der jungen Menschen bei der SPD neue Ideen vermuten, aber nur 23 Prozent neue Ideen bei der CDU. (*Unruhe. Diskussion.*)

Wenn der Kanzlerkandidat der Union, die Kanzlerkandidatur ist abgelaufen, aber der letzte, der ehemalige Kanzlerkandidat, davon sprach, daß in den achtziger und neunziger Jahren das kritische Jahrzehnt vorhanden sei und man dann im Grunde genommen auf eine Situation trifft, wo man über die Vergangenheit spricht und neue Ideen einem nicht zugetraut werden, kann man bei jungen Leuten keine Mehrheit gewinnen und vielleicht dann eben nur noch bei einem Drittel der Jungwähler. Ich möchte natürlich dafür plädieren, daß man hier nicht nur die Reihenfolge verändert, sondern sich auch die Wortwahl überlegt. Wenn ich lese unter Punkt 3 „Partei“, „muß die Partei zusätzlich auch konzeptionelle Arbeit leisten“, dann ich meine nicht, daß die Partei „zusätzlich auch“, sondern daß die Partei selbst dies zu tun hat, weil dort junge Leute, Arbeitnehmer, Frauen und andere soziologische Gruppen ihre Interessen einbringen können, während viele der jungen Menschen in den Fraktionen das in diesem Maße nicht können. (*Unruhe. Diskussion.*)

Albrecht: Eine kurze Bemerkung zur Fraktion. Ich betone nochmal, daß hier die Kritik an der Regierung im Mittelpunkt steht – den Angriff sollte man nie vergessen –, daß auch die positive Alternative deutlich werden muß; denn nur dann wird man gewählt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Hupka: Auch noch zwei Bemerkungen zur Fraktion, obwohl man viel darüber streiten kann, ob man die Partei dann doch nicht gleich vorzieht. Hier jetzt wieder, wir wollen den Finger legen auf die Wunden, die die Regierung schmerzen, die anderen Wunden, die die Regierung nicht mehr schmerzen, an die man sich gewöhnt hat, darauf legen wir den Finger nicht? (*Unruhe. Heiterkeit.* – *Kohl:* Dem kann ich nur zustimmen. Kontrollieren, kritisieren, Alternativen anbieten. Das sind die drei Punkte. Die sind alle drei gleichwertig.) „Die unpopulären Maßnahmen müssen von der Regierung verantwortet werden“, das heißt also, die Regierung ist in einer schlechten Lage, ist unpopulär, aber wenn wir kommen, dann ist sie populär. (*Unruhe. Diskussion.*)

Wissmann: Ganz kurz zwei Punkte, erstens, Partei vorziehen, das ist gerade gesagt worden, zweitens, die Aufgabenteilung gefällt mir nicht so ganz, die sich durch das ganze Papier hinsichtlich Partei und Fraktion zieht. Also, da steht ja wohl im Kapitel drüber, Partei, die macht Innovation, und Fraktion, die greift die großen Themen des Wahlkampfes wieder auf. (*Kohl:* Nein!) Also, ich glaube schon, daß es da einen Ergänzungs- und Vermittlungsprozeß geben muß. Ich lege da nicht auf einzelne Formulierungen Wert, ich möchte nur haben, daß das, was Herr Stoltenberg ja auch nochmal massiv betont hat, wirklich durch die Analyse dann auch in der Fraktion wieder auftaucht, in der natürlich in Hauptsache auch die Parteiarbeit aufgesetzt wird.

Kohl: Also zunächst einmal, Matthias Wissmann, es ist absolut richtig, schon allein aus pädagogischen Gründen, weil ja so etwas stilbildend ist, auch negativ, daß die Reihenfol-

ge entsprechend ist. Was nun die Sache selbst betrifft, ist ja doch ein bißchen das Problem, das ja auch jetzt aus der Debatte rauskommt, daß dieser Unterschied in Wahrheit zum Teil ein sehr fiktiver Unterschied dann ist, wenn die Leute, die in der Fraktion sitzen, zu keiner Stunde vergessen, daß sie Landesvorsitzende, Präsidiumsmitglied, Vereinigungsvorsitzende, Kreisvorsitzende etc. sind; die haben ja keine zwei Hüte auf wie ein NATO-Kommandeur, der national General ist und ein NATO-Kommando hat. Das ist ja ein bißchen eine absurde Diskussion, wenn ich den Kreis betrachte. Ein bißchen absurd!

Späth: Also, ich meine, das können wir vielleicht erreichen, daß man die Partei voranstellt, darüber brauchen wir nicht lange zu streiten. Ob wir jetzt in der Reihenfolge, die Partei als erstes, das als zweites, ist für mich jetzt nicht eine Frage, bei der wir uns jetzt auch nochmal eine Stunde aufhalten sollten. Aber ich glaube, eines sollte man tun, was Ernst Albrecht sagt, (*Kohl:* Das sind die drei Punkte! Kontrolle, Kritik, Alternativen! – *Unruhe. Diskussion.*) die alternative Position sollte man verstärkt nennen und zuordnen, weil es im Grunde Aufgabe der Partei ist, die alternative Politik zu entwickeln, während es Aufgabe der Fraktion und ihrer Formation ist, stärker noch die Kritik an der Regierung zu üben, während es Aufgabe der Partei zuerst ist, unsere Politik als Alternative zur Politik der anderen klarzumachen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Es gibt ein gewisses Manko hinsichtlich Bildung Partei und Fraktion. Ich glaube, Wissmann hat darauf hingewiesen, das ist, glaube ich, schon richtig. Ich glaube, man darf nicht so säuberlich unterscheiden, wie das jetzt hier drin ist. Es muß auch möglich sein, daß einiges, was die Partei jetzt innovativ entwickelt, sich dann auch im Lauf der Legislaturperiode in parlamentarischen Anträgen nachher im Bundestag wiederfindet.

Kohl: Heiner, also die Definition paßt mir gar nicht! Das Manko liegt nicht darin, daß es hier im Papier unterschieden wird, sondern daß es praktisch nicht gelebt wird. Wenn ich hier nämlich Fraktion lese, muß ich eigentlich korrekt sagen, die Fraktionen. Denn es sind eine Summe von Feldern drin, beispielsweise die Landtagsfraktionen, die Kommunalfraktionen, die auch angesprochen sind. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, auch die Landesregierungen, das ist das Ganze. Ich halte das für eine der ganz großen Unsinnstaten, die sich bei uns entwickelt haben, daß wir in diesen Schubladen denken. So ist das ja im Alltag, das sind die gleichen Leute aus der gleichen Partei, die dann so tun, als hätten sie überhaupt nichts miteinander zu tun. Übrigens ein hoch interessanter Vorgang, daß die Sozialdemokraten in zehn Jahren sich genau in dieser Entwicklung auch falsch entwickelt haben. Die Sozialdemokratie in der Opposition, im Bund, hat hier ein sehr viel totaleres Verständnis vom Ganzen gehabt als die Fraktion heute. Im Alltag können Sie bei der SPD heute nach zehn Jahren Regierung alle Entwicklungen sehen, wie wir sie in 20 Jahren begründet haben. Und das ist mehr als eine bloß verfassungsrechtliche Unterscheidung. Wenn ich im Bundestag rede von der Partei aus, respektiere ich selbstverständlich die verfassungsmäßigen Gegebenheiten. Ganz klar! Aber es sind doch die gleichen Leute. Und wir haben ja heute die Information gekriegt, daß man eben keine Wahl gewinnen kann auf einer lokalen Ebene, wenn der Gesamttrend uns ins Gesicht schlägt. Ich kann keine Rathauswahl überzeugend gewinnen, wenn die Großwetterlage miserabel ist. Und die Großwetterlage hängt von vielen Faktoren ab. Beispielsweise wir haben das ganz wichtige Thema Erziehung, da ist die Bundestagsfraktion mehr oder minder eher peripher beansprucht als die Landtagsfraktionen. Ich würde sogar behaupten, klug bedacht sind die Kommu-

nalfractionen hier zum Teil noch mehr angesprochen. In großen Städten ist das ganz eklatant! (*Unruhe. Diskussion.*) Also Fraktionen! Dann müssen auch, wenn wir etwas für den Bundesparteitag machen, die Landtagsfraktionen wiederkehren, und Fraktionen müssen wiederkehren auch zur Kommunalpolitik, im wahrsten Sinne des Wortes. (*Unruhe. Diskussion.*) Man kann natürlich alles ausrollen, wenn man die Partei aus dem Globalbegriff nimmt und ihre Handlungsfähigkeit über die einzelnen Bereiche der Fraktionen herausstellt. Können wir jetzt den Punkt verlassen?

Dingerkus: Mir reicht es nicht ganz, davon zu lesen, daß es die dritte Aufgabe von Fraktionsarbeit ist, Alternativen aufzuzeigen. Das hieße, daß man sich ja nur in der Oppositionsrolle beschäftigt mit behandelten Themen. Ich glaube, daß auch die Fraktion Initiativen unternimmt in neuen Bereichen.

Kohl: Naja, Alternativen ist ja immer auch neuer Bereich. Alternative ist ja Politik nicht zum Detail in der Diskussion. Ja, das war die Grundlage meiner Rede zur Regierungserklärung⁴⁰, Alternative, das anzusprechen, was die Regierung überhaupt nicht angesprochen hat.

Von Bismarck: Ich denke, daß beim Punkt I.6 es wohl einfach nicht aufgeführt ist, aber das wird ja beabsichtigt. (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl:* Wir sind noch nicht soweit. Jetzt sind wir im Augenblick beim Bundesrat.) Dann später zu I.6.

Kohl: Das ist ein wichtiger Punkt, das ist Ihnen klar, daß das eine Veränderung ist, die ich nachdrücklich bejahe.

Herzog: Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, daß wir uns diese Entscheidung nicht allzu leichtmachen. Ich halte zwar aufgrund der Erfahrungen, die ich nach fünf Jahren in dem Geschäft gesammelt habe, die Position für völlig richtig, denn es war bisher so, daß wir die schlimmsten Dinge in hitzigen Auseinandersetzungen aus den Produkten dieser Regierungspolitik herausgeixt haben, haben der FDP die Möglichkeit gegeben, sich zu profilieren, wie das hier dargestellt wurde, und haben uns dann insgesamt doch als Bremserorgan stilisiert. (*Unruhe. Diskussion.*) Das muß natürlich zwischen uns dann auch diskutiert werden, nicht heute, aber das wird ein Problem sein, und ich weise vor allen Dingen darauf hin, daß es auch nach außen nicht ganz so einfach ist. Die große Mehrzahl der Gesetze sind nun einmal Zustimmungsgesetze, und unsere Klientel, die vor allem bisher etwas ganz anderes gewöhnt ist, wird uns fragen, hätten wir es verhindern können oder hätten wir das nicht verhindern können. Also darüber muß man sich klarwerden, wie man das machen will. Die Linie halte ich für richtig.

Biedenkopf: Ich bin nicht sicher, ob das gut ist, wenn man diese Ziffer 2 überhaupt in ein Papier reinschreibt, welches dann später mal die Öffentlichkeit erreichen soll. Ich fände es besser, wenn da ein stillschweigendes Einverständnis unter den Ministerpräsidenten bestünde, wie sie sich im Bundesrat verhalten wollen, aber nicht im Sinne einer schriftlich niedergelegten Strategie. Man muß darauf achten, daß das Bundesratsargument in den kommenden Landtagswahlen auch für die Gegenseite ein wichtiges Argument sein wird. Wenn wir jetzt hier festschreiben, was gewissermaßen unsere Länder zu tun haben, dann wird man mit Hilfe einer solchen Passage wenigstens in der Öffentlichkeit den Eindruck erzeugen können, bei denen liegen die Länder an der Leine. Ich halte das nicht für nötig. Ich glaube, daß das auch so geht als Grundlage. Um hier eine Über-

40 Sten. Ber. 9. WP 6. Sitzung vom 26. November 1980 S. 45–57; Regierungserklärung Schmidts 5. Sitzung vom 24. November 1980 S. 25–41.

einstimmung zu finden, finde ich das gut, ich stimme dem zu, was Roman Herzog gesagt hat. Aber ich meine, wir sollten es nachher weglassen.

Kohl: Also ich gehe noch einmal davon aus, das haben wir eingangs gesagt, daß dieser ganze Teil diesen Raum nicht verläßt. Bloß, wir haben ja eine Veränderung unserer politischen Strategie. Wir haben darüber eingehend im Parteipräsidium mit allen Ministerpräsidenten geredet. Ich habe lange mit der CSU, mit Franz Josef Strauß darüber geredet. Mir geht es heute darum, der Bundesvorstand ist nach der Satzung das zuständige Gremium, daß der Bundesvorstand das als Ergebnis dieser Gespräche zur Kenntnis nimmt, die Papiere werden eingesammelt. In eine Parteitagsvorlage darf so etwas auf gar keinen Fall, aber da ist noch mehr drin, was in eine Parteitagsvorlage auf gar keinen Fall darf; das ist ja der Sinn des Einsammelns dieses Papiers.

Albrecht: Wir hatten ja das Treffen der Ministerpräsidenten und sind alle der Meinung, daß wir im Gegensatz zur letzten Legislaturperiode viel stärker darauf achten sollten, daß wir nicht Reparaturwerkstätte der Regierung sind. (*Kohl:* Ja!) In der Vergangenheit hatte das die Folge, daß die Regierung auch nicht gekämpft hat gegenüber den Fraktionen im Parlament und daß die FDP nicht gegenüber der SPD gekämpft hat. (*Kohl:* Genauso ist es!) Und es kommt auch vor, daß die SPD nicht gegenüber der FDP kämpft, etwa Verbandsklage⁴¹ und ähnliche Dinge. Und das wollen wir in Zukunft denen nicht mehr so leichtmachen. Herr Herzog hat recht, wenn er sagt, daß das Grenzen hat. Und die Grenzen sind dort, wo es um grundsätzliche Positionen der Union geht, etwa Jugendhilferecht, wenn der Staat in die Familien hineinregieren soll. Da gibt es Dinge, die wir nicht akzeptieren können und die wir auch nicht akzeptieren werden.

Ich muß fairerweise sagen, es gibt eine zweite Grenze, nämlich dort, wo der Bund nun fortfährt, den Ländern immer mehr finanzielle Lasten aufzuerlegen. Und deshalb sind wir auch einig unter uns, daß wir in den nächsten sechs Monaten keinerlei Gesetze mehr durchgehen lassen wollen, mit Ausnahme vielleicht dieses kleinen Künstlersozialversicherungsgesetzes⁴², daß wir aber sonst keine Gesetze mehr durchgehen lassen wollen, die neue Aufgaben für die Länder oder auch die Gemeinden mit sich bringen. Aber dies weiß jeder, daß hier eine Problematik ist; das ändert nichts daran, daß dies eine neue Orientierung ist. Eine Orientierung, die uns vieles erleichtert und die im übrigen auch für uns das Argument gegen den Bundesrat und die Bundesratsmehrheit abschwächt, denn die Folge dieser Politik wird sein, daß die Fälle, wo wir uns quer legen im Bundesrat, noch seltener sein werden, als sie ohnehin schon in der letzten Legislaturperiode waren.

Kohl: Also, ich habe zusammengefaßt in diesem Punkt im Präsidium, dort, wo es um wesentliche Entscheidungen, die diese Republik verändern, geht, kann das nicht gelten. Das kann nicht gelten beim Geld, und es ist zeitlich begrenzt, machen Sie sich da nichts vor. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, das ist eine Aussage, die wir jetzt mal treffen können, über den Daumen gepeilt, für die nächsten eineinhalb Jahre. Und dann, würde ich sagen, muß man sehen, wie es weiterläuft. Das ist hier, wenn Sie wollen, ein Votum, daß wir uns darüber unterhalten, und dann reden wir nicht mehr darüber, wenn wir einig sind, sondern

41 Eine Verbandsklage für Naturschutzrecht war seit 1975 in der Diskussion; sie wurde aber von den beteiligten Bundestags-Ausschüssen abgelehnt (Drs. 7/5251 S. 13). Schmidt griff das Thema in seiner Regierungserklärung erneut auf: „Im Naturschutz sollen die Landwirtschaftsklausel revidiert und eine Verbandsklage für anerkannte Verbände eingeführt werden“ (ebd. S. 39).

42 Künstlersozialversicherungsgesetz vom 27. Juli 1981 (BGBl I S. 705).

verhalten uns entsprechend. Nicht mehr und nicht weniger! Das ist wahrlich kein Thema für die Außendiskussion.

Dregger: Ich möchte gerne das Letztere sehr unterstreichen. Im übrigen ist das ein Problematisieren, was im ersten Satz gesagt wird; da wird ja gesagt, wir sollen der FDP die Korrektivfunktion nicht abnehmen. Für die FDP ist es sehr wichtig, daß sie die Korrektivfunktion hat, sie lebt von der Korrektivfunktion. Wenn wir sie nicht haben im Bundesrat und die FDP sie wirklich spielt, das ist ja ihre neue Taktik und Strategie, dann gewinnt sie dadurch. Die FDP hat doch auch Wähler gewonnen, weil Wähler sich sagten, die CDU kommt sowieso nicht dran, also das einzige, was wir noch korrigieren können, ist, wir müssen jetzt die Position des kleineren Partners verstärken. Und je mehr der Lambsdorff eine Anti-Wähler-Politik macht, um so größer wird das Wählerpotential der FDP aus unserem Bereich, auf unsere Kosten. Also, das ist jedenfalls auch ein Aspekt, der in die Überlegungen mit einbezogen werden muß, und deswegen unterstütze ich, was der Vorsitzende sagt, mal für ein Jahr, wenn es ums Geld geht und bei den unangenehmen, unpopulären Dingen. Aber insgesamt können wir nicht daran interessiert sein, daß die Korrektivfunktion der FDP gestärkt wird. Die müssen wir haben.

Kohl: Ja, an sich ist das auch falsch ausgedrückt, Alfred Dregger. Was gemeint ist, geht ja etwas in eine andere Richtung. Wohl in die Generalrichtung. Ich will das mal jetzt einfach sagen, wie ich es empfinde aus den vier Jahren, und das war ja bis zuletzt mein Kurs; es ist ja mein Vorschlag, diesen Kurs zu revidieren. Wir haben in der Tat natürlich dem Genscher enorm geholfen; in diesen vier Jahren waren wir es ganz hinten im Vermittlungsausschuß, der das Bein nochmal reingestellt hat. Ich habe meine eigene politische Existenz bis an den Rand strapaziert im Kostendämpfungsgesetz. Sie alle erinnern sich noch an diese nicht gerade angenehme Situation. Was hier ausgesagt ist, ist praktisch mit Klartext und etwas weniger vornehm. Ich bleibe beim Lambsdorff. Der Lambsdorff redet nur über eine solche Politik. Ich habe es ja versucht, gestern abend in dem Fernsehinterview⁴³ deutlich zu machen. Gemacht hat er diese Politik überhaupt nicht. Der Lambsdorff stürzt zum BDA und sagt, das ist ganz zutreffend, daß natürlich ins Ruder gegriffen wird bei sozialen Möglichkeiten unseres Landes. Aber er geht dann fort und macht überhaupt nichts übers Reden. Und was wir eigentlich hier wollen, ist, daß wir sagen, so, Lambsdorff, jetzt zeig' mal, was tust du denn? Wann kommt nach unverbindlichen Reden die konkrete Tat? Und da finde ich, ist das eben deswegen gut, weil es ja bislang immer so lief, ich habe es ja immer mitgemacht, unmittelbar vor der Schlußabstimmung haben wir dann die Sozis nochmal so in die Ecke gedrückt, daß noch ein bißchen was verbessert wurde.

Und dann denke ich an die Steuergesetzgebung. Was in der Steuergesetzgebung gelaufen ist, war unser Verdienst, unterstützt von den Freien Demokraten; aber die Speerspitze, lassen Sie sich das mal von Gerhard Stoltenberg berichten, das waren immer wir. Aber vor der Wahl haben sie alles verkauft! Wir haben es ja erlebt bei der letzten Steuersenkung, da haben die 24 Stunden nach dem Vermittlungsausschuß, wo sie sich bis zuletzt gewehrt haben, übers Kanzleramt, übers Bundespresseamt die erste Flugblattaktion mit unserem Ergebnis verkauft. Und das ist eigentlich praktisch der Sinn dieser Sache, daß wir sie in die Beweislast reinbringen. Aber das ist kein Punkt, über den man große öffentliche Erklärungen abgibt. Das muß man einfach ganz konkret aus der Situation

43 Fernsehinterview am 11. Dezember 1980 in der ARD (20.15–21.15 Uhr): „Über die Perspektiven der Opposition“ (BPA-Nachrichtenabt. Ref. II R 3).

heraus machen. Nicht mehr und nicht weniger, denn da steckt eine andere Gefahr drin. Kurt Biedenkopf hat das mit Recht gesagt, Albrecht hat es aufgenommen. Die Gefahr der Blockadebehauptung ist darin abgebaut. Die Gefahr der Demagogiebehauptung ist damit aufgebaut. Man muß das ganz klar sehen. Es gibt auch eine Klientel von uns, von Leuten, die sagen, ihr seid ja dann nicht seriös, wenn ihr das macht. Das ist eine andere These, ich sage das noch viel härter, das ist doch in Wahrheit die Sonthofen-Strategie, die ihr jetzt macht. (*Unruhe. Diskussion.*) Das muß man doch sehen! Das ist hier zwischen zwischen Skylla und Charybdis, nur muß ich Ihnen sagen, warum sollen wir nicht jetzt in dem Jahr, das wir zur Verfügung haben, das mal probieren und dann reden wir wieder darüber?

Späth: Zunächst doch nochmal kurz zu diesem Thema. Ich wollte aber nachher noch etwas zu dieser Fragestellung grundsätzlich sagen. Ich weiß nicht, ob es da eine Strategie gibt, die so oder so Erfolg verspricht. Ich glaube, etwas ist entscheidend, wir müssen unkalkulierbarer werden. (*Kohl: Ja! – Unruhe. Diskussion.*) Wir werden jetzt zum Beispiel schon eine volle Pulle kriegen mit diesem Kreditbesteuerungsgesetz⁴⁴. Jetzt geht es schon los, jetzt kommt die ganze Kreditwirtschaft und sagt, wir kriegen eine Mehrheit im Bundesrat zur Veränderung der Vorlage. Da werden wir schon ganz schön unter Druck kommen. Als ich meinen gesagt habe, es spielt sich nichts mehr ab, wurde mir bereits gesagt, daß einige CDU-Länder signalisieren, auch ein SPD-Land signalisiert, das werden wir wohl hinkriegen. Ich sage nur dazu, wir sind noch nicht fertig. Wir haben das noch nicht alles durchgestanden mit all den Druckpositionen.

In meinem Landtag liegt schon der erste Antrag, von mehr als zwei Dritteln der CDU-Fraktion unterschrieben, daß Baden-Württemberg dieser Besteuerung nicht zustimmen darf. Sparkassen. (*Unruhe. Diskussion. Heiterkeit.*) Ich will nicht ausschließen, daß ich in diesem schwierigen Fall mich ausnahmsweise mal einem solchen Antrag nicht unterwerfe. Aber ich will an dem Beispiel nur sagen, entscheidend ist erstens, daß die Koalition bei ihren Beschlüssen mit uns nicht mehr rechnen kann, (*Kohl: Das ist der wichtigste Punkt!*) und zweitens, daß der Bundesrat dazu dient, die FDP mit ihrer Position offenzulegen, zum Beispiel die FDP-Minister im Bundesrat verstärkt abzufragen, was ist nun mit dieser Position? Und dann kann aber durchaus auch mal eine Situation entstehen, wo man durch den Vermittlungsausschuß die Koalition, wenn man sie vorgeführt hat, dann noch mehr unter Druck setzen kann. Für mich gibt es also da keine Position, wo ich sagen könnte, die Linie oder die Linie finde ich richtig, wenn wir uns darauf verständigen, daß der Bundesrat... (*Kohl: Lothar, darüber steht jetzt, wir handeln flexibler.*) Gut, dann würde ich alles andere weglassen, aus einem bestimmten Grund: Ich sehe etwas, was hier rein müßte und was meiner Meinung nach viel zu kurz gekommen ist, und das halte ich für strategisch viel wichtiger wie das Verhalten im Bundesrat. Im Bundesrat brechen sowieso, ich habe das im Präsidium gesagt, in nächster Zeit viel differenziertere Strukturen der Länder auf; es wird ohnehin da zu Problemen führen. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Ich erhalte mit diesem Bruch mindestens noch drei Monate fröhliches Lachen meiner Kollegen, aber nicht länger.

44 Bei der allgemeinen Belastung der Kreditgenossenschaften betrug der Körperschaftsteuersatz von 1977 bis 1980 46, ab 1981 56 Prozent; bei der Gewerbeertragsteuer galt bis zum 31. Dezember 1980 eine Steuermeßzahl von 4,25 Prozent, seit 1981 fünf Prozent. Vgl. dazu die Aussprache zur Regierungserklärung am 26.–28. November 1980 (Sten. Ber. 9. WP 6.–8. Sitzung S. 45–251, hier 162).

Jetzt will ich aber etwas sagen, was, wie ich finde, zu kurz gekommen ist. Und das halte ich strategisch für wichtig. Wir müssen uns viel mehr darüber unterhalten, was wir in den CDU-Ländern gemeinsam alternativ zu den SPD-Ländern gestalten. Beispiel: Ich sage noch einmal, es war falsch, daß wir diese Milliarde abgeliefert haben für das Kindergeld⁴⁵. Wir hätten mit der Milliarde das Familiengeld in den CDU-Ländern einführen müssen, damit klar ist, in einem CDU-Land gibt es Familiengeld, in einem SPD-Land nicht. Zweiter Punkt, wir müssen eine Wohnungsbaustrategie entwickeln zur Eigentumspolitik, die anders aussieht wie in den SPD-Ländern, damit jeder weiß, die Hilfe im Wohnraumsektor und Wohnumweltsektor und Städtebausektor sieht in den Unionsländern anders aus wie in den SPD-Ländern. Drittens, Sozialstationen, Krankenhausstruktur, überhaupt all diese Dinge, da müssen wir Stück für Stück ran, die Länder auseinanderzuentwickeln. Bürokratie. (*Kohl*: Das ist das Allerwichtigste!) Die Dezentralisierung von Aufgaben. Deshalb meine ich, hier müßte eigentlich als Strategie nicht stehen, wie wir wie uns im Bundesrat verhalten – von mir aus auch –, sondern hier müßte eigentlich stehen, daß wir die Möglichkeit unserer Ländermehrheiten nutzen, um unsere wichtigsten gesellschaftspolitischen Anliegen in den Ländern dort zu verdeutlichen, wo wir dem Bund noch nichts verdeutlichen können. Und ich glaube, wenn uns da ein Schritt gelingt in den nächsten vier Jahren und der Bevölkerung immer deutlicher wird, das ist der Unterschied, ob die CDU oder SPD regiert, dann könnte das für diese strategischen Fragen 1984 viel wichtiger sein wie die reine Verhaltensfrage im Bundesrat.

Bernhard Vogel: Ich kann mich da ganz genau anschließen. Zum Inhaltlichen bin ich der Meinung, die der Herr Albrecht geäußert hat. (*Unruhe. Diskussion.*) Aber bei diesem Papier, Herr Vorsitzender, da ist die Partei an die erste Stelle gerückt worden, das ist gut. Die Fraktion an die zweite Stelle, das ist auch gut. Aber ich würde dann als drittes nicht vom Bundesrat, sondern davon reden, daß wir das da tun, wo wir in der Verantwortung sind. Wir regieren zwei Drittel der Bundesrepublik Deutschland. Wir regieren die weit überwiegende Mehrheit der deutschen Städte und Kreise. Ich finde, dieser ganze Bundesratsteil sollte nur ein Satz sein, ein Unterpunkt in dem, was wir über die Möglichkeiten und strategischen Vorstellungen sagen dort, wo wir dran sind. Nämlich noch besser als die Propaganda, was die anderen falsch machen, ist der Beleg dessen, was wir dort richtigmachen, wo wir es machen können. Also in dem Papier kommen die Regierungen und das, was wir machen können, überhaupt noch nicht vor. Dieses Argument sollte schon auch drinstehen, daß wir in einem erheblichen Teil der Bundesrepublik Deutschland nicht gehindert sind, das, was wir wollen, auch zu machen.

Kohl: Ja gut, in dem Beitrag findet sich die Äußerung Waffenschmidts wieder.

*Zeyer*⁴⁶: Ich will darauf aufmerksam machen, daß das künftige Verhalten der unionsgeführten Länder im Bundesrat natürlich auch das Verhältnis zur Bundestagsfraktion berührt. Wenn wir sagen, unser Verhalten sollte für die SPD/FDP-Bundesregierung nicht kalkulierbar sein, dann bedeutet dies, daß wir nicht zu einem frühen Zeitpunkt, wie es in

45 Die Erhöhung des Zweitkindergelds ab 1. Februar 1981 um 20 DM auf 120 DM und für weitere Kinder um 40 DM auf 240 DM kam durch die Bereitschaft der Länder zustande, durch Verwaltungsvereinbarung dem Bund im Jahr 1981 Zahlungen in Höhe von einer Milliarde DM zu leisten (vgl. Sten. Ber. 8. WP 230. Sitzung vom 4. Juli 1980 S. 18701).

46 Werner Zeyer (1929–2000), Jurist; 1972–1979 MdB (CDU), 1978–1985 Vorsitzender der CDU Saar, 1979–1985 Ministerpräsident des Saarlandes, 1980–1985 MdL.

den vergangenen vier Jahren oftmals versucht wurde, eine Abstimmung in der Weise erwarten, daß Fraktion und die Länder auf eine Linie eingeschworen werden. Ich habe es als einen Fehler in der letzten Wahlperiode betrachtet, ich habe es ja da noch von der Bundestagsfraktion aus gesehen. Ich sage dies, denn wir werden künftig solche Abstimmungen mit dem Ziel, uns auf eine Linie einzuschwören, lassen müssen.

Was nun das weitere Verhalten betrifft, vielleicht einen kleinen Hinweis: Die Koalition hat in Bonn jetzt im Bundestag eine recht breite Mehrheit, so daß es also bei Einspruchsgesetzen kaum noch lohnt, den Versuch zu machen, ob die Koalition sie mit ganzer Mehrheit zustande bringt. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich sage das nur. Meine letzte Bemerkung: Wir müssen natürlich alles tun, um dem Vorwurf, daß wir im Bundesrat Oppositionspolitik machen, zu begegnen. Schmidt hat ja in seiner Regierungserklärung noch einmal in diese Richtung einiges gesagt. Ich persönlich bin der Meinung, daß es zunehmend gelingen wird, auch SPD-geführte Länder in eine gemeinsame Front gegenüber den unionsgeführten Ländern zu bringen und zwar schlicht und einfach deshalb, weil sie die Kraft der leeren Kassen dazu zwingt. Das zwingt auch SPD-geführte Länder nach meinem Dafürhalten zu einem Umdenken. (*Unruhe. Diskussion.*) Letzte Bemerkung dazu, lieber Herr Kollege Vogel, wollen wir auch untereinander ehrlich sein, wir können nicht ausschließen, daß es in der nächsten Zeit Koalitionen geben wird, die quer durch unser Vaterland gehen und nicht nur Koalitionen von unionsgeführten Ländern und anderen. Auch das, glaube ich, muß doch gesagt werden.

Kohl: Werner Zeyer, zu der Frage eines uniformen Vorgehens zwischen der Fraktion und der Bundesratsmehrheit habe ich schon im Präsidium, ich will es aber hier nochmal wiederholen, gesagt, daß das für mich genau mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode sich anders darstellt. Wir werden dann zu einer Übereinstimmung kommen müssen, wenn es sozusagen wirklich Grundsatzpositionen betrifft. Aber ich halte es für absolut abwegig, im übrigen halte ich das als Fraktionsvorsitzender auch nur mit beinahe physischer Gewalt durch, das Oppositionsbegehren der Fraktion in Bereichen, die nur aus dem Länderinteresse – aus dem ganz verfassungsrechtlich konsequent gedachten und legalen Länderinteresse – verständlich sind, hier durchzusetzen. Wir haben die Funktion der Opposition jetzt ohne Wenn und Aber zu übernehmen, und wir müssen daraus unser Wort machen. Wir müssen nur beim Wortmachen darauf achten, auch wenn wir unterschiedlich optieren in der Abstimmung, daß die Argumentation nicht so auseinanderläuft, daß es in die blanke Demagogie gerät. Das ist das Eigentliche, was hierzu zu sagen ist. Das Verfahren in den letzten Jahren war ja weniger ein Verfahren, ich will es vorsichtiger formulieren, war nicht immer ein Verfahren, das unter dem Gesichtspunkt der sachgerechten gemeinsamen Übereinstimmung getroffen wurde, sondern es ist ja auch die Belastbarkeit von Autorität dabei erprobt worden. Und ich habe nicht die Absicht, dieses Verfahren fortzusetzen.

Stoltenberg: Nachdem wir doch etwas länger über diesen Punkt diskutieren, möchte ich kurz ein paar Sätze hinzufügen. Ich bin zunächst einmal sehr einverstanden mit dem Vorschlag, daß dieses Kapitel umformuliert wird zu „Die CDU in den Ländern und in der Selbstverwaltung“, als Mehrheitspartei, Oppositionspartei. Das ist richtig. Aber wir wollen ja auch unabhängig von dem Text, der dann vorgelegt wird, intern ein paar Sätze hier noch weiter austauschen zum Bundesrat. Ich finde schon, daß wir in Gesprächen im Präsidium, die Kollegen haben ja einiges hier vorgetragen, aber auch im Gespräch der

sechs Ministerpräsidenten der CDU/CSU, das wir vor wenigen Wochen hatten⁴⁷ – man kann ja hier auch mal sagen, auch mit dem Kollegen Strauß –, da vollkommen einig waren und a) bestimmte allgemeine Kriterien, die man jetzt nicht dogmatisch auf jeden einzelnen Fall hin konkretisieren kann, entwickelt haben; und b), was mir sehr wichtig ist, auch für die vor uns liegenden wesentlichen gesetzgeberischen Entscheidungen, nämlich die Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung, die ja zu einem großen Teil, nicht insgesamt, aber zu einem großen Teil in Gesetzesform jetzt eingebracht werden, eine vollkommen einheitliche Linie gefunden haben. Das bedeutet in Anwendung dieser neuen grundsätzlichen Betrachtung, daß wir das passieren lassen – ich sage das auch zum Stichwort Kreditgenossenschaften – aus dem etwas restriktiveren Verständnis des Bundesrates, wie von allen gesagt wurde. Wenn wir es nicht passieren lassen oder wenn wir mit bestimmten Punkten ins Vermittlungsverfahren gehen, kämen wir in einen Nachweiszwang, andere Einsparungen vorschlagen zu müssen, einen Nachweis, die 400 Millionen für Kreditgenossenschaften, die in Kürze 700 Millionen werden, oder andere Elemente, mit entsprechenden Kürzungsausgleichsvorschlägen zu bedenken, was ich überhaupt nicht beabsichtige und die man nicht tragen kann. Sonst fallen die aus dem Zusammenhang unserer finanzpolitischen Argumentation vollkommen heraus. Schließlich, das kann man hier in unserem Kreis sagen, ohne daß es mißverstanden wird, muß nun auch sichtbar werden, daß die SPD/FDP-geführte Regierungspolitik falsch ist und den Leuten wehtut. Das nur mal zum ersten Gedankengang. So formuliert, kann eine Assoziation mit bestimmten Ortsnamen, die wir schon gehört haben, ja nicht auftauchen, ganz abgesehen davon, daß die letzte Betrachtung natürlich eine Betrachtung unter uns ist. Es wird ja hier keiner die Rolle – ich hätte beinahe einen Namen genannt – eines verflochtenen CSU-Politikers übernehmen, der hier Protokolle verfaßt und verteilt, wie das damals in einem bekannten bayrischen Ort geschehen ist.⁴⁸ Aber es ist doch vollkommen klar, daß wir die Umstimmung, die Trendwende, nur erreichen, wenn eben auch die Wirkungen dieser Regierungspolitik Menschen treffen und vor allem Institutionen treffen. Da tun mir manche Leute immer noch mehr leid, die davon betroffen wären, als die mir sehr nahestehenden Sparkassen und Kreditinstitute. Das sage ich auch als Gesellschafter einer bedeutenden Landesbank, die gegenwärtig auch ihre Probleme bekommt, wie alle anderen im Rahmen der Situation der Banken. Da tun mir ein paar andere Leute noch mehr leid, als diejenigen, die uns jetzt die Türen einlaufen in diesem Punkt.

Nur eine letzte Bemerkung zu dem Thema Koordinierung. Dies bedeutet praktisch, nach meiner Einschätzung, daß weiterhin unsere Fachminister und Beamten natürlich mit den Arbeitskreisen der Fraktion intensiv kooperieren, daß aber der Versuch, und so habe ich auch unseren Freund Zeyer verstanden, schon im ersten Stadium die gemeinsame Schlußabstimmung zu bestimmen, nicht möglich ist. Das würde ich auch sagen. Keine Beendigung dieser Kooperation, die muß so weitergehen, Fachminister mit Arbeitskreisen der Fraktion, Fachbeamte, die Experten der Fraktion, engste Kommunikation. Nur der Versuch, den man bisher aus guten Gründen gemacht hat, schon im Vorfeld zu sagen,

47 Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten am 14. November 1980 in Kronberg/Taunus („Frankfurter Rundschau“ vom 17. November 1980: „Albrecht hält Tür für Alleingänge offen“). – Zum Treffen der Ministerpräsidenten der Union vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 27. November 1980: „Neue Aufgabenverteilung unter den Ministerpräsidenten der Union“.

48 Nicht ermittelt.

dann werden wir einheitlich zum Schluß so abstimmen, das müssen wir ein Stück auflockern im Rahmen dieser Linie. Denn ich halte auch unterschiedliche Abstimmungen im Einzelfall für denkbar, nur die Begründungen müssen übereinstimmen. Wir werden einiges unter Protest passieren lassen, das ist mal meine Formulierung für den Bundesrat, mit derselben Begründung, mit der unsere Freunde im Bundestag abgelehnt haben.

Aber nun will ich auch einfach noch etwas sagen, was über den Tisch kam: Schwerwiegender als ein so begründetes unterschiedliches Abstimmungsverhalten gegenüber der Fraktion oder im Vergleich zur Fraktion im Einzelfall ist natürlich, wenn in wesentlichen Fragen die sechs bzw. fünf – wir haben jetzt die besondere Situation im Saarland mit der Koalition vor Augen – Länder in entscheidenden Fragen auseinanderfallen. Für mich ist es eine große Errungenschaft, daß wir in den vergangenen vier Jahren, ich kann das auch noch weit früher ansetzen, dies im wesentlichen erreicht haben. Das schließt ja unterschiedliche Interessen nicht aus, es hat, seitdem die Bundesrepublik Deutschland besteht, wenn es um die Kohle ging, immer eine Verbindung von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland gegeben, und wenn es um die Hafen- und Küstenprobleme geht, (*Unruhe. Diskussion.*) haben wir natürlich mit Hamburg und Bremen gewisse Berührungspunkte. Bei regionalspezifischen Dingen ist das richtig. Aber wir müssen natürlich – das würde uns treffen, auch in Hinblick auf Landtagswahlen – weiterhin uns bemühen, in den wesentlichen Fragen doch die Mehrheit zum Tragen zu bringen, so oder so. Ich bin da auch gar nicht pessimistisch. Zu der Frage Finanzausgleich haben wir ja mit Kollegen initiiert und alle miteinander jetzt eigentlich das Verfahren der Erörterung besprochen. Auch das müssen wir, wie andere schwierige Dinge, gemeinsam weiter behandeln. Und dann werden wir eines Tages über das Ergebnis hier berichten.

Kohl: Ja, es ist vielleicht hier mal von Nutzen, darauf hinzuweisen, was die meisten vielleicht entweder nicht erlebt haben oder wieder vergessen haben. Wir waren natürlich in den letzten vier Jahren in der Gemeinsamkeit Bundesrat und Bundestagsfraktion ungleich gemeinsamer als wir in 20 Jahren Regierungsverantwortung der CDU/CSU unter Adenauer, Erhard und Kiesinger⁴⁹ waren. Das wird gemeinhin vergessen. Und darin steckt natürlich ein Haufen Schweiß. Und das wollen wir auch nicht aufgeben, aber mit der Markierung, die wir eben hier genannt haben, sollten wir, glaube ich, mal jetzt den Versuch angehen und nach einem Jahr wieder darüber reden. Das ist doch kein Dogma, wo man sagen muß, das gilt für vier Jahre. Wir können die wirtschaftliche Entwicklung am Ende des kommenden Jahres nicht vorhersehen; da kann vieles von dem, was hier noch angeführt wird, sich als reine Makulatur erweisen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Wissmann: Dazu wollte ich ganz kurz noch etwas sagen. Ich habe noch einen Punkt im Auge, weil wir ja auch über Konkretisierung sprachen, wo ich einfach glaube, ich habe das in einer früheren Bundesvorstandssitzung schon mal angesprochen, daß auch überlegt werden muß, wie man institutionell und personell Kooperation verbessern kann. Die Zusammenarbeit zwischen Partei, Fraktion und Stiftung, (*Kohl:* Stiftungen.) wenn Sie die Hanns-Seidel-Stiftung dazu nehmen. (*Kohl:* Nein, nein, es gibt auch im CDU-Bereich

49 Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), Jurist; 1949–1958 und 1969–1980 MdB (CDU), 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1960–1966 MdL, 1966–1969 Bundeskanzler, 1967–1971 Bundesvorsitzender der CDU.

weitere⁵⁰. – *Unruhe. Diskussion.*) Ich finde das Verhältnis CDU/Adenauer-Stiftung nur ein besonders unmittelbar empfundenes, daher konzentriere ich mich darauf in besonderer Weise. Aber Sie haben recht, Partei, Fraktion und Stiftungen. Meine Frage ist, oder meine Bitte ist, was können wir unternehmen? Wie können wir möglicherweise eine Clearing- oder Koordinationsstelle schaffen, oder was können wir tun, um beispielsweise die Adenauer-Stiftung hier in den Dialog zu zwingen durch ihre führenden Repräsentanten? Das hatte ich vor einem halben Jahr mal beantragt, war mir dann auch zugesagt worden, ist aber bis jetzt nicht geschehen. (*Unruhe. Diskussion.*) Wöchentlich erleben wir ein auseinanderlaufendes Konzept in der internationalen Arbeit von Partei und Stiftungen trotz der Hypothese, es sei besser geworden durch die internationalen Büros, vor allem zwischen der CDU und der Adenauer-Stiftung. Das führt dann dazu, daß sozusagen der Slogan umgeht, wenn man überhaupt große Konflikte mit der Adenauer-Stiftung an bestimmten Punkten vermeiden will, dann gibt es gar keinen anderen Weg mehr, als mit dem Parteivorsitzenden und dem Vorsitzenden der Adenauer-Stiftung⁵¹ direkt ein Gipfelgespräch zu vereinbaren, wenn das zur Wirklichkeit wird, bei Fragen, Einzelpunkten der internationalen Arbeit. Aber etwa auch Fragen der Begabtenförderung. Da hat ja jeder von uns so seine Spezialfälle, wenn ein Landesvorsitzender der Jungen Union, der gute Arbeit macht, erst auf dem Weg über Autoritäten in der Partei mühsam erreichen kann, daß sein Stipendienantrag positiv geprüft und behandelt wird, dann sind das Beispiele, die jeder aus seiner Praxis berichten kann. Ich weiß, daß die Freunde, die in der Adenauer-Stiftung arbeiten, die Adenauer-Stiftung verstehen als einen Apparat für sich, der die Zuordnung zur Partei, jedenfalls nicht in allen Bereichen ausreichend, zu verwirklichen sucht. Und ich könnte dabei jetzt Beispiele nennen, die jeder von uns wahrscheinlich auch hat. Und das hätte ich gerne mal aufgenommen, denn sonst bleibt das alles im Rhetorischen, und wir wollen ja über konkrete Punkte reden und nicht nur über allgemeine.

Kohl: Also, Matthias Wissmann, für mich bleibt dies angesichts der Malaise, die ja keiner mehr ausbaden muß wie ich selbst, nicht im Rhetorischen. Es war für heute vorgesehen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen; das war verabredet. Bruno Heck hat kurzfristig wegen seiner Erkrankung heute früh abgesagt.

Wir haben am nächsten Donnerstag Sitzung Vorstand der Adenauer-Stiftung, wo wir uns ausschließlich über diesen Punkt unterhalten werden. Die Sitzung wird nicht ausreichen, das weiß ich aus dem Stand der Vorgespräche. Mein Ziel ist, daß wir, bevor der Etat verabschiedet wird für das Jahr 1981, das, was jetzt besprochen wird, hier im Bundesvorstand vortragen lassen durch die Stiftung, daß dann alle Fragen kommen; ich bin allerdings auch sehr dankbar, wenn jeder dann all das sagt, was ihn beschwert (*Unruhe. Diskussion.*) – Manfred Wörner, ich war gerade beim Komma –, und sagt im ganz konkreten Fall, was, wie, wo und wann. Ich bin absolut der Meinung, wir sind jetzt bei den knappen Ressourcen, die wir haben, in einer Lage, daß wir im Blick auf die Stiftungen etwas tun müssen. Ich sage das noch einmal, ich kann hier nicht über die Adenauer-Stiftung reden, wenn ich

50 Karl-Arnold-Stiftung, Köln, Josef-Hermann-Dufhues-Stiftung, Dortmund, Hermann-Ehlers-Stiftung, Kiel.

51 Bruno Heck (1917–1989), Philologe; 1952–1958 CDU-Bundesgeschäftsführer, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1967–1971 Generalsekretär der CDU, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

nicht dann über die Hermann-Ehlers-Stiftung und auch über andere rede. Denn es ist sehr unterschiedlich, wie die Ressourcen vergeben werden. Wir müssen hier sehen, daß die CDU Deutschlands nur einmal die Mark, die sie hat, ausgeben kann. Wobei man sehr darüber reden kann, wo sie am effektivsten ausgegeben wird, das muß nicht bei der Adenauer-Stiftung sein, das kann auch bei der Ehlers-Stiftung sein. Aber das muß hier auf die Tagesordnung. Ich sehe keinen Sinn darin, die Debatte in Abwesenheit zu führen. Die Verantwortlichen müssen dann hierher, das muß dann auf die Tagesordnung, wie es für heute vorgesehen war – also für morgen wollten wir es eigentlich tun, morgen früh –, damit wir das dann im Detail bereden. Einverstanden, daß wir das so machen? Oder wollen Sie noch etwas dazu sagen?

Wörner: Ja, ich verzichte auf eine Diskussion darüber, ich kenne diese Behauptungen, ich bin weit entfernt davon zu glauben, die Adenauer-Stiftung mache alles recht. Ich habe schon so viele konkrete Dinge, die moniert wurde, nachverfolgt und bin sehr schnell darauf gekommen, daß da erhebliche Fehlinformationen zugrunde lagen. Ich sage das nur beiläufig. Woran mir liegt, ist, daß in Zukunft Formulierungen dieser Art aus offiziellen Papieren der Partei, auch wenn sie nur in 30 oder 40 Exemplaren vorliegen, verschwinden. Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ich muß Sie einfach auf eine Situation aufmerksam machen, die uns ständig beschäftigt, es gibt Institutionen in Publizistik und anderswo, die den Nachweis versuchen, daß die Stiftungen nichts anderes sind als Mittel indirekter Parteifinanzierung. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die sich auf solche Belegstellen stützen kann, bringt die gesamte Finanzierung aller Stiftungen in Gefahr. Darauf möchte ich mit allem Nachdruck hinweisen und bitte, aus diesem Grund die Adenauer-Stiftung und sicher auch andere Stiftungen aus solchen Papieren zu tilgen. (*Unruhe.*)

Kohl: Manfred Wörner, ich bin ja immer derjenige gewesen, ich war der einzige im Adenauer-Stiftung-Vorstand, der mit Nachdruck darauf bestanden hat, daß wir die Finanzierungsbasis nicht verwischen. Nur, das, was hier steht, ist natürlich durch die Stiftungsurkunde der Adenauer-Stiftung voll gedeckt. Die Adenauer-Stiftung ist kein Wert an sich, sondern sie gibt sich das Ziel, christlich demokratisches Gedankengut und wie es so weiter da in der Präambel heißt, zu fördern. Und dazu gehört beispielsweise, ich nenne mal ein konkretes Beispiel, was hier heute oder morgen, wahrscheinlich mit Ihrer Teilnahme, abläuft, ist, daß die Stiftung auf einem entsprechend hohen Level über ein Problem mit der NATO eine Fachtagung macht. Aber das setzt ja doch wieder Koordination voraus. (*Einwurf.*) Ja, Koordination und Kooperation, beides. Ich bin ja schon viel zurückhaltender. Es setzt aber natürlich voraus, daß die beiden Seiten das wissen. Im Prinzip gilt das, was vorhin gesagt wurde, zwischen Partei und Fraktion. Es sind ja die Leute aus der gleichen Partei, und es sind keine feindseligen Brüder. Aber es sind Zwischentöne aufgekommen, das muß man sehen, nicht bloß bei Wissmann. Wissmann hat es nur ausgesprochen, was viele denken; das muß man ganz offen aussprechen, das muß weg unter klarer Wahrung dessen, was Sie gesagt haben. Das darf auf gar keinen Fall, aus vielen Gründen, verwischt werden, die Frage der Parteinähe. Ich will es mal so formulieren, das muß deutlich sein. Und das ist kein Gegensatz, und da brauchen wir dann keine Angst zu haben. Also, wenn ich eine Prognose wagen kann, im Blick auf vieles, was da läuft, Parteienfinanzierung, Verfahren bei unzähligen Staatsanwaltschaften, von den vier Stiftungen der Parteien, Seidel-Stiftung, Ebert-Stiftung und Naumann-Stiftung, bin ich in der

Frage Adenauer-Stiftung unbesorgt, wenn der Kassensturz gemacht ist, ob da Dinge schief liegen. Bloß braucht man das ja nicht mit einer letzten, beinahe affektischen Stringenz zu betreiben. Es gibt ja da Zwischenlinien. Aber wir sind, glaube ich, da gar nicht auseinander. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, damit das ganz klar ist, ich bringe nichts hier in den Bundesvorstand, worüber ich dann mit der Adenauer-Stiftung als Parteivorsitzender im Bundesvorstand diskutiere, sondern das muß im Vorfeld schon ausgetragen sein. (*Unruhe. Diskussion.*) Daraus habe ich ja auch nie einen Hehl gemacht. Ich bin ja auch der, der die Stiftung unentwegt verteidigt. – Gut, jetzt Fachkongresse, Methoden, Instrumentarien.

Wissmann: Erstens mal würde ich glauben, daß wir, wenn wir das nacheinander abhandeln, nur die Frage der Themen bei den nächsten beiden Parteitagern bereden sollen. (*Kohl:* Können wir jetzt machen, ja.) Da bin ich der Meinung, daß wir bei dem ersten Parteitag gar nicht sehr viel mehr schaffen als dieses Arbeitsprogramm. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich glaube aber, daß beim zweiten Thema nochmal ernsthaft überlegt werden sollte, ob wir es nicht bis dorthin schaffen, möglicherweise ergänzend, möglicherweise eingeleitet durch diese Arbeitsgruppe, über die wir gesprochen haben, dieses ganze Thema Ökonomie/Ökologie in einer angemessenen Weise in Form einer Vorlage zu erörtern, weil ich glaube, wir hätten da eine große Chance, die Partei zu sein, die wegführt von diesem dummen Alternativradikalismus, hier Wachstum und Euphorie und dort Stillstand, und einen Weg beschreitet, der marktwirtschaftliche, der Umweltschutzprobleme als Teil dieser Marktwirtschaft einkalkuliert. Ich brauche das jetzt nicht im einzelnen auszuführen, (*Unruhe. Diskussion.*) was der Sache guttäte, was die Partei offener gestaltet und was dann eben auch ein Ziel wäre, auf das hinzuarbeiten lohnte. Denn, ich meine, die ganze Parteidiskussion nützt dann nichts, wenn es uns nicht gelingt, mit ein paar Themen, die ein bißchen kantig sind, auch die eigene Parteibasis wieder zu ermutigen, bei den Inhalten, die gefragt sind, ihren eigenen Beitrag zu leisten. Denn das Arbeitsprogramm ist sicher eine schöne Sache, aber es wird wahrscheinlich niemand vom Stuhl reißen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich glaube aber, daß dann im zweiten Teil des Jahres eben diese kontroversen Themen ausgetragen werden, und wollte deswegen vorschlagen, das als Zweites hinzuzunehmen. Und da ich jetzt schon das Wort habe, will ich noch einen weiteren Punkt im Zusammenhang mit der Partei nennen, weil wir ja über Parteifragen und -instrumentarien hier diskutieren. Soweit ich informiert bin, ist geplant, in der zweiten Hälfte des Jahres 1981, ich lasse mich gerne korrigieren, wenn es anders sein sollte, die Bundesfachausschüsse wieder einzusetzen. Das ist mir jedenfalls von der Zentrale gesagt worden. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Nein, ich weiß nicht, wer das gesagt hat, mir ist das völlig eindeutig: Nach dem neuen Parteitag werden die Parteifachausschüsse eingesetzt. Das ist ganz selbstverständlich. Alles andere ist ja absurd!

Wissmann: Dann will ich nur zu einem Ausschuß etwas sagen. Ich glaube nämlich, daß man beispielsweise mit dem Bundesfachausschuß Jugend den Versuch machen sollte, ihn sozusagen zu einer Koordinationsstelle der Jugendpolitik der Union werden zu lassen und daß man ihn vielleicht auch als Gremium entwickeln sollte – wir hatten dazu ein paar Vorschläge auch schriftlich eingereicht –, in der Jugendpolitik auch den Versuch zu machen, einfach mal mit den Jugendverbänden, die wir ja weitgehend vernachlässigt haben, auch die Junge Union hat sie vernachlässigt, wieder stärker ins Gespräch zu kommen. Also meine Bitte wäre, neben den anderen Punkten, die ganze Wertigkeit der Bundes-

fachausschüsse, ihr personelles und inhaltliches Gewicht, insbesondere im jugendpolitischen Bereich die Arbeit des Bundesfachausschusses Jugend, inhaltlich und personell so zu gestalten, daß von dem Ganzen dieser Impuls ausgeht. Ich habe nämlich den Eindruck, daß die Bundesfachausschüsse im Grunde genommen weitgehend von der inhaltlichen Arbeit der Partei verschwunden sind und wir dafür sorgen müßten, hier auf Parteitagern auch ein kleines bißchen mit an Impulsen zu entwickeln; sonst bleiben sie als ein Instrument ungenutzt, das eigentlich genutzt werden könnte für die Arbeit der Partei.

Kohl: Herr Wissmann, zunächst einmal zum Verfahren hier. Ich schlage vor, daß wir über das, was wir auf dem Parteitag tun, die Frage des zweiten Parteitags, am Ende des Durchgangs der Diskussion reden, weil wir ja über die Inhalte jetzt reden wollen und auf den folgenden Seiten kommen ja die ganzen Themen. Also, ich bin da durchaus offen, daß wir das – mit genügend Zeit versehen – tun. Das ist das erste. Das zweite, die Logik ist, daß die Fachausschüsse nach dem Parteitag neu ihre Amtszeit beginnen. Ich habe aber vor, die Arbeit der Fachausschüsse überhaupt im Bundesvorstand zu besprechen, denn die Frage, inwieweit dort Willensbildung stattfindet und nicht, das kann man füglich mit einem Fragezeichen versehen. Aber ich nehme das Beispiel auf, ich sage das ohne jede Anklage. Die Lust an Mitgliedschaft im Fachausschuß ist eine Sache und die Bereitschaft zur Mitarbeit ist eine andere. Davon kann ich Ihnen ein Lied singen. Wenn ich also beispielsweise mir vorstelle, daß bei diesem Ausschuß für Fragen der jungen Generation der Andrang so gewaltig ist wie bei dem gleichen Fachbereich in der Bundestagsfraktion, dann bin ich voller Skepsis. In der Bundestagsfraktion haben wir ja den phänomenalen Vorgang, daß wir bei einigen Ausschüssen viermal die Mannschaft besetzen könnten. Und bei anderen Ausschüssen müssen wir förmlich die Kollegen beknien, nicht nur beim Auswärtigen, es gibt auch noch andere wie den Wirtschaftsausschuß. Aber wenn Sie das Zustandekommen der CDU/CSU-Mannschaft beim Rechtsausschuß erlebt hätten, da dürfen Sie ja wirklich an manchem zweifeln, was bei uns vorgetragen wird. Zum Teil sind diese Sitze angeboten worden wie Sauerbier, und wenn ich den jugendpolitischen Teil betrachte, dann muß ich das Gleiche berichten. Es ist nämlich eine Sache, ob man mächtig in die Leier greift für die junge Generation, und es ist eine andere Sache, ob man das Kernwerk im Alltag macht und diesen Kram dann arbeitsmäßig behandeln muß. Das zu dem.

Ich will aber in dem Zusammenhang, weil ja hier praktisch Parteiarbeit angesprochen ist, noch einen Punkt ansprechen von mir aus – den man nicht in ein Papier aufnehmen kann, denn das würde das Gegenteil erreichen –, worüber wir uns im klaren sein müssen. Das brauchen wir nicht sehr zu vertiefen, aber es ist eine Lebensnotwendigkeit für die nächsten Jahre. Aus der Unterlage, die Frau Noelle-Neumann hier vorgetragen hat, haben Sie das Wählerverhalten mit Blick auf die Kirchen gesehen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß hier in den letzten Jahren Entwicklungen in Gang gekommen sind, wo die CDU begreifen muß, daß die regelmäßigen, übrigens sehr herzlichen Kontakte zwischen der Parteiführung und dem Rat der Evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz eine Sache ist, aber eben nur eine Sache, und daß sie nicht ausreichend ist. Daß wir heute, ich bleibe jetzt beim Beispiel junge Generation, einfach feststellen müssen, daß die jahrzehntealte Behauptung und die selbst gewählte Überzeugung, die Führung des BDKJ, des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, seien CDU-Leute, völlig abwegig ist, sondern daß man in der Praxis sehen muß, daß häufig das genaue

Gegenteil der Fall ist. Wenn ich das für den BDKJ sage, dann muß ich den CVJM erwähnen. Und wenn ich das ganze Umfeld sehe, dann ist es gar keine Frage, wir sind gegenwärtig dabei, daß uns die wichtigen konfessionellen Organisationen, die früher die klassische Rekrutierungsbasis waren, abhanden gekommen sind. In meiner Junge-Unions-Zeit war es nahezu selbstverständlich – und hier sitzen dutzende von Beispielen in diesem Saal, die einen ähnlichen Weg genommen haben –, daß man unterstellen konnte, daß die, die bei uns in die Junge Union in Führungsfunktionen kamen, weit überwiegend aus der konfessionellen Jugendarbeit gekommen sind. In irgendeiner Funktion. Wenn sie da nicht schon vor dem Abitur, ich nehme mal den Pennäler hier, in der konfessionellen Jugendarbeit waren, kamen sie zu einem erheblichen Teil aus Verbindungen, die uns politisch nahestanden. Wenn Sie die Wirklichkeit heute betrachten, den Deutschlandrat der Jungen Union von heute betrachten, können Sie nicht auf den Gedanken kommen, daß das noch so ist. Wenn Sie die Schülerunion betrachten, werden Sie das Gleiche beobachten. Wenn Sie aber mal die Dekanatstage, die Diözesanstage bei den katholischen Jugendverbänden sehen, dann sehen Sie überall den Einbruch der anderen Seite. Und wenn Herbert Wehner in seinen alten Tagen außerhalb dem Festkrallen an Koalitionspartnern noch etwas tut, tut er genau auf diesem Gebiet im kirchlichen Bereich etwas. Es ist sein persönliches Verdienst, innerhalb der SPD, aus der Sicht der SPD jetzt gesprochen, sich jetzt auch um Kolpings-Familien, um KAB zu kümmern, mit einer beinahe liebevollen Aufmerksamkeit. Es kriegt kaum einer in der SPD einen Gesprächstermin bei ihm, aber wenn die KAB oder die CAJ⁵² einen Termin haben will, hat sie in wenigen Tagen einen ausgiebigen, langen Gesprächstermin, bei dem er allen Charme, zu dem er ja auch fähig ist, entwickelt, um die Leute entsprechend anzusprechen.

Wir werden über einiges zu reden haben in der Organisation im Adenauer-Haus. Aber ich bin inzwischen zu der Überzeugung gekommen, daß das, was wir bisher hier gespart haben, nämlich auf diesem Feld eine organisatorische Anlaufstelle zu haben, für die Zukunft einfach unabdingbar ist, nicht nur, weil die Sozialdemokraten sie aufbauen. Obwohl sie im Augenblick viele Leute entlassen, bauen sie genau diesen Sektor auf, weil sie natürlich die gleiche Wahlanalyse haben wie wir und weil sie aus der gleichen Wahlanalyse erkennen, daß das, wenn sie über die 40 Prozent ohne Bonus wieder rauskommen wollen, ein entscheidender Punkt ist. Das heißt also, es ist gefährlich, darüber außerhalb dieses Raumes zu reden, wir müssen ein Konzept entwickeln, das muß auch kurz noch im Vorstand besprochen werden, aber dann sollte nie mehr darüber geredet werden, sondern es muß gemacht werden, wie wir in diesem Bereich eine ganze Reihe, die dazu fähig sind – und das kann man nicht an Ämter binden, sondern die Fähigkeit, die Qualifikation muß das Kriterium sein –, in diesem Sektor einsetzen.

Ich schließe hier ausdrücklich ein die Entwicklung der Theologischen Fakultäten, und zwar sowohl der Evangelischen Fakultäten wie der Katholischen Fakultäten. Hier bietet sich das wahlfreie Jahr 1981, wenn überhaupt, in erster Linie an. In solche Bereiche kann man nicht gehen vor der Wahl. Das hat einen solchen Hautgout von vornherein, daß man gar nicht zu kommen braucht. Es ist eine breite Stimmung in den Kirchen da, ich weiß das aus dutzenden von Gesprächen. Ich habe mich ja sehr in der Sache gekümmert seit dem Wahltag, weil ich ja das Ergebnis kannte auch aus den Einzelanalysen, dort ist ein

52 Die Christliche Arbeiterjugend ist eine internationale Jugendbewegung, gegründet von Joseph Cardijn (1882–1967), belgischer katholischer Theologe; 1965 Kardinal.

großer Erwartungshorizont, daß wir etwas tun, aber eine beachtliche Skepsis, ob wir etwas tun. Es gibt beispielsweise im evangelischen Bereich Leute, die zu unseren politischen Gegnern zählen, die systematisch gegen die Union operieren. Das gibt es auch im katholischen Bereich. Die ganze Diskussion um Küng⁵³, die ja gar nicht unmittelbar unser Thema ist, ist für manche, die hier für Küng eintreten im katholischen Lager, ein Punkt, um gegen die Union zu operieren. Aber ich habe jetzt dieser Tage, ganz einfaches Beispiel, einen Artikel im Evangelischen Pressedienst, der in einem Teil der Gemeindeblätter bereits abgedruckt wurde, gesehen, die Leute, die diesen Artikel betrieben haben, sind ausgemachte Sozis, in dem sie beispielsweise aus einer Rede, die der Eugen Gerstenmaier⁵⁴ beim Seniorenkreis gehalten hat, ein Theologieverständnis herausgefiltert haben, das es letztlich dem evangelischen Christen – ich sage das jetzt sehr grob wieder, was da stand – unmöglich macht, die Union zu wählen, weil das ein katholisches Staatsverständnis sei. Und aus dem kurzen Zwischenspiel zwischen Schmidt und mir im Bundestag, das war dann der Gegenbeweis, wurde dann gesagt, daß eben ich die Augustinische⁵⁵ Lehre vom Staat vertreten habe und und der Schmidt die Luthersche⁵⁶ Lehre vom Staat und daß wir deswegen aus diesem Grund mit unserem Staatsverständnis ganz weit auseinanderliegen, daß es da gar keine Verständigung gibt. Aber die Conclusio für den Leser ist, daß das eigentlich heißt, daß ein evangelischer Christ natürlich deswegen – das stand da nicht so brutal drin, aber das war die geistige Linienführung – die Sozialdemokraten wählen muß. Es gab, ich glaube, es war der bayrische Oberkirchenrat Hofmann⁵⁷, so heißt der, glaube ich, Roman Herzog? Der hat ja in diesen letzten 14 Tagen zu dem Punkt sich geäußert, daß eben die Parteien immer weiter auseinanderlaufen, die SPD die evangelische Partei wird, er hat das übrigens mit Zahlen belegt, und die CDU die katholische Partei. Das heißt also, nach 30 Jahren sind wir jetzt wieder an eine Fragestellung gekommen, die sich nicht genauso wie vor 30 Jahren stellt, die aber Probleme aufweist. Die weist auch Probleme auf, wenn ich jetzt die regionale Struktur und das Konfessionelle, was wir vorhin aus der Wahlanalyse gehört haben bei Noelle-Neumann, zugrunde lege.

Das heißt also, ohne daß wir es jetzt vertiefen, ich bin sicher, Sie alle sind der gleichen Meinung, wir müssen im nächsten Vierteljahr mit aller Diskretion, aber mit aller Aktivität – Diskretion im Hinblick auf die Öffentlichkeit –, uns hier auf den Weg machen, und ich darf Sie jetzt schon bitten, und zwar alle, die hier sitzen, wenn wir das hier angehen, daß Sie zur Verfügung stehen auch für Termine. Das sind keine Massengeschichten, die hier anstehen, das sind Termine, wo vielleicht bei einer Fakultät nur mal 15 oder 20 kommen. Aber es sind natürlich Leute, die von allergrößter Bedeutung sind und die gar

53 Hans Küng (geb. 1928), Schweizer katholischer Theologe; 1954 Priesterweihe, 1960–1996 Professor für Fundamentaltheologie bzw. (ab 1963) für Dogmatik und Ökumenische Theologie in Tübingen, 1979 Entzug der kirchlichen Lehrerlaubnis.

54 Eugen Gerstenmaier (1906–1986), evangelischer Theologe; Mitglied des Kreisauer Widerstandskreises, 1945 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, 1949–1969 MdB (CDU), 1954–1969 Bundestagspräsident. – Gerstenmaier hatte sich bei der Tagung des Krone-Ellwanger-Kreises am 18. Januar 1980 zum Thema „Das Wahljahr 1980“ geäußert (Abschrift seines Referats in ACDP Dokumentation Gerstenmaier Reden ab 1968).

55 Augustinus von Hippo (354–430), Kirchenlehrer und Philosoph.

56 Martin Luther (1483–1546), Reformator.

57 Werner Hofmann (1931–2016), Kirchenjurist; 1965 Oberkirchenrat, 1972–1996 Leiter des Landeskirchenamts der Evangelischen Kirche in Bayern. – Äußerung nicht ermittelt.

nicht mehr glauben, daß es uns überhaupt gibt im Sinne eines denkbaren Gesprächspartners.

Das wollte ich also hier zwischendurch sagen, ich halte das für eine der wichtigsten Fragen, wobei natürlich die ganze Grundfrage nach der Werteorientierung sich da schon wieder stellt; auch das ist automatisch gegeben. Aber ich bitte Sie, daß Sie sich ebenfalls noch darüber einige Gedanken machen und daß man das jetzt nicht der Jungen Union überläßt und sagt, ihr seid jung und deswegen müßt ihr mit dem BDKJ reden. Wobei ich umgekehrt meine, es wäre gut, wenn auch die Junge Union die enge Generationsgemeinschaft zum BDKJ wieder stärker sehen würde. Also, ich hätte gar keinen Einwand dagegen, wenn ich in wenigen Tagen statt irgend anderer Erklärungen lesen würde, daß der Vorstand der Schülerunion oder der Vorstand der Jungen Union etwa in Düsseldorf im Jugendhaus mit der Führung des BDKJ zusammensitzt. Das ist eine für beide Seiten befruchtende Sache. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich wäre ja schon ganz zufrieden, Matthias Wissmann, wenn ich es in den BDKJ-Blättchen lesen würde.

Ich sage es nochmal zusammenfassend: Ich sage das jetzt mal für meine Kirche, die Katholische Kirche, die Beziehung zur Bischofskonferenz und den Generaldekanen ist heute wieder so gut wie wahrscheinlich zwei Jahrzehnte nicht; das kann man wahrscheinlich behaupten. Auch die Beziehungen zum Rat der Evangelischen Kirche, wir haben gerade schon wieder den nächsten Termin verabredet⁵⁸, haben sich ausgesprochen positiv entwickelt. Aber obwohl wir im Zentralkomitee der deutschen Katholiken mit den erlauchtesten Häuptern der CDU Deutschlands vertreten sind, besteht eben an der Basiskirche unser Problem. (*Unruhe. Diskussion.*) Und die, die beispielsweise in der Synode sind, müssen wieder mehr an der Basiskirche arbeiten. Ja, nicht nur drin sein, sondern an Fakultäten auftreten, das habe ich beispielsweise auch gedacht.

Also, nur damit es klar ist, wir brauchen es nicht zu vertiefen, daß Sie bitte sehen, daß hier ein Riesenproblem ist. Ich will hier vor allem auch die Landtagsfraktionen in Anspruch nehmen, denn es ist überwiegend eine Sache, die nicht die Arbeit der Bundestagsfraktion ist, sondern wo man auch schon in der Landtagsfraktion etwas tun kann.

Stoltenberg: Ich glaube, daß das ein sehr wichtiger Beitrag zur Sache war. Ich will das mal ein bißchen weiterführen und zwar im Hinblick auf den letzten Satz unter „5. Methoden und Instrumentarien“. 5. 2 Fachkongresse, da heißt es: „Sie müssen allerdings künftig begleitet werden durch entsprechende Veranstaltungen auf Kreis- und Landesebene.“ Diesen Satz möchte ich hier nachdrücklich unterstreichen. Die Diskussion mit Frau Noelle-Neumann und das, was wir bisher, auch in dem letzten Beitrag von Helmut Kohl, angerissen haben, zeigt ja, daß wir eine Trendwende, die natürlich im Geiste dieser Diskussion um Werte und Wertbegründungen und die richtige Erkenntnis der Prioritäten deutscher Politik angelegt sein muß, nur erzielen können, wenn wir die öffentliche Meinung stärker prägen. Und es ist immer gut, wenn wir nach einer Wahl, vor allem einer verlorenen Wahl, uns das alles vornehmen, mehr zu diskutieren, dialogfähiger zu sein, sensibler zu sein, uns mehr um Journalisten zu kümmern; das kann jeder unterschreiben. Aber was wir erreichen müssen, ist eine gebündelte, mit starker Außenwirkung bestimmte Diskussion einiger zentraler Themen. Wir kommen ja sicher auf diesen Punkt, wenn wir nachher die Themen selbst behandeln, noch einmal zurück. Aber ich sage es hier, weil

58 Am 9. Februar 1981 (Unterlagen in ACDP 07-001-1561).

es ja hier auch methodisch in der Ausarbeitung angesprochen ist. Unsere besondere Aufgabe wird nach der Sacherörterung der Themen – es sind ja einige Vorschläge jetzt hier in dem Papier – als Bundesvorstand dann sein, für den Generalsekretär und das Adenauer-Haus bestimmte Themen, die wir als wichtig herausstellen, zuzuordnen. Und einige der Themen, das können nach meiner Auffassung nicht mehr sein als drei oder höchstens vier, müssen wir in der Tat im nächsten Jahr oder auch ruhig für die zwei nächsten Jahre bestimmen als zentrale Themen der Diskussion der gesamten Partei, auch in dieser Form der Fachkongresse und Tagungen bis in die Kreisverbände. Wir haben ja Erfahrungen gemacht, wir haben bestimmte Fachkongresse auf Bundesebene gehabt mit einer sehr großen Wirkung, auch je nach Aktualität der politischen Debatte, zum Beispiel der Terrorismus-Kongreß⁵⁹, in der Art, wie er vorbereitet, wie er durchgeführt wurde, im Echo; das war sicher ein Höhepunkt unserer Arbeit in diesem Bereich. Wir haben sehr viele andere Fachkongresse auf Bundesebene gehabt, hervorragende, die aber über die jeweils fachlich interessierte Publizistik hinaus kein nennenswertes öffentliches Interesse erzielt haben.

Wir können bestimmte zentrale Fragen, die für die künftige Attraktivität und Überzeugungskraft der Union wichtig sind, nach meiner Auffassung nur so behandeln, daß wir, wie es mit dem einen Satz hier schon angesprochen ist – es wird dann im Arbeitsprogramm vielleicht noch etwas deutlicher und markanter zu formulieren sein –, wirklich als Themen für die Partei bestimmen. Mit dem Ziel, daß jeder Kreisverband von Flensburg bis Lindau am Bodensee, Lindau ist schon Bayern, also ich sage mal bei der CDU bis Lörrach, sich vornimmt, daß wir die entsprechenden Veranstaltungen auf der Landesebene machen, daß wir mit einer starken Außenwirkung die Meinungsbildung in der Partei durchführen und von dort her eine wärmende und prägende Kraft entfalten. Und dann wird es ein paar andere Themen geben, die ich teilweise auch schon im Entwurf sehe, wo ich sagen würde, die sollten wir nicht in dieser anspruchsvollen Form der Durchführung behandeln, die sind geeigneter für Ausschüsse, für Kommissionen, für Aufbereitung in der Erörterung der Führungsgremien oder auch eines Parteitages. Ich wollte das hier einmal als einen nach meiner Auffassung wesentlichen methodischen Punkt, auch unserer Grundsatzanalyse hier, hervorheben und anmerken, daß wir nach meinem Vorschlag zum Schluß nochmal auf dieses Thema der Zuordnung zurückkommen, morgen wahrscheinlich oder, wenn wir damit morgen nicht fertig werden, das dann nochmal in einer besonderen Vorlage aufnehmen.

Kohl: Also, zur Ermunterung will ich hier von der dpa bekannt geben: „Als endgültig erledigt hat CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber die Diskussion um eine bundesweite CSU bezeichnet. „Diese Frage ist so tot wie nur etwas.“ Und jetzt kommt der Matthias Wissmann: „Nachdrücklich fordert Stoiber ein Mehr an Sachdiskussionen, auch in der CSU, wie dies kürzlich schon die Junge Union verlangt hatte. Er stehe hinter der Ansicht der Jungen Union, daß die Geschlossenheit der Partei darunter nicht leiden müsse. Die CSU müsse nun die Diskussion über Grundsatzfragen und Wertvorstellungen verstärken. Dabei geht es auch darum, wie die Grundwerte, die Familie, die Schule und die Medien vermittelt werden.“ (*Unruhe. Heiterkeit.*) – Punkt 7.

59 Vgl. dazu UiD vom 22. Dezember 1977 CDU-Dokumentation 44/45: „Der Weg in die Gewalt. Wissenschaftliche Fachtagung der CDU am 29./30. November 1977 im Konrad-Adenauer-Haus“.

Neumann: Es heißt da „Die Folge: eine Partei zum Erleben und Anfassen“ – das haben wir ja jetzt schon begriffen, was das ist –, dann kommt: „und völlig neue Beteiligungschancen für Menschen, die sich für Politik i.e.S. nur wenig interessieren.“ Was ist denn das? (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, das soll die Aktion sein, nicht? (*Geißler:* Die machen bei der Behinderten-Aktion mit, völlig unpolitisch. – *Unruhe. Diskussion.*) Also ich will die Idee noch einmal von mir aus entschieden unterstützen und zwar aus folgendem Grund: Das hat etwas mit der Alltagspolitik und mit der Wirklichkeit in der Stadt und der Gemeinde vor allem zu tun. Wir haben ja ein Riesenproblem, daß wir im Gegensatz zu den Sozialdemokraten keine Organisation haben, die im sozialen Raum wirkt, die ja eindeutig sozialdemokratisch orientiert ist und zuarbeitet. Die Sozialdemokraten haben die Arbeiterwohlfahrt, die ihnen natürlich eine Menge Aktivitäten so bestellt, daß dann etwa in einem Wahlkreis just zu diesem Zeitpunkt der lokale Abgeordnete zufällig dazukommt und dann sozusagen die Pflege dieses Bereiches vornehmen kann. Aus unserem richtigen Subsidiaritätsverständnis ist von vornherein gesagt worden, das ist Aufgabe des Diakonischen Werks oder der Inneren Mission, das ist Aufgabe der Caritas. Früher gingen wir auch noch davon aus, daß das dann automatisch eine Aufgabe ist, die in unsere Richtung unternommen wird. Wer die Praxis in der Bundesrepublik kennt, weiß, daß man überhaupt nicht davon ausgehen kann, daß das Diakonische Werk, die Innere Mission, etwas mit der CDU zu tun haben wollen, auch die Caritas an vielen Stellen sich so nicht versteht. Ergo glaube ich, daß es gut ist, wenn wir, wie hier steht, die moralische Qualität unserer Politik am konkreten Beispiel sagen. Das Thema liegt auf der Straße, weil ja mit großem Aufwand der Publizistik der Bundespräsident zum Jahresbeginn dieses „Internationale Jahr der Behinderten“ verkünden wird und wo sich eigentlich einmal zeigt, ob wir so etwas aufnehmen. Wobei ich jetzt gar nicht nur daran denke, da muß man ein breites Spektrum von Anregungen jetzt ganz schnell und kurzfristig ausarbeiten, daß die CDU als Partei dies tut. In eigener Regie. Das kann durchaus auch so sein, wenn wir die Mehrheit haben, daß mit unseren Leuten sehr plastisch mit dem Etikett der von der CDU gestellten Bürgermeister, der Ratsmitglieder voll in diese Aktion eintreten, und dort, wo wir das nicht haben, eigene Aktivitäten starten. So ist das doch richtig interpretiert, so haben wir es auch besprochen, und so möchte ich es auch als eine Anregung morgen beschließen lassen.

Lorenz: Also ich möchte diese Zielvorstellung sehr nachdrücklich unterstützen, Helmut Kohl. Wir sollten wirklich alles tun, um hier Signale zu setzen, wir können auch unseren fachlichen Apparat dafür einsetzen. Ich möchte nur zwei Dinge hinzufügen: Wie es durchgeführt wird, wird örtlich verschieden sein, mancherorts ist eben auch die Zusammenarbeit mit den freien Trägern so gut, daß wir es da machen können, aber wir können es dann anleiern, daß es von der CDU kommt.

Bei dem Thema konkrete Aktionen, Signale für Menschlichkeit, hätte ich nur die Bitte, daß wir, ich will das nicht vertiefen, ich kann das nur als Formulierungsvorschlag an Geißler geben, das etwas breiter fassen. Wir müssen auch hier denken an das Stichwort Geborgenheit, wärmende Gemeinschaft, das geht hin bis zur städtebaulichen Situation und nicht nur auf Behinderte – das ist ganz wichtig –, aber wir müssen es etwas breiter fassen, hier können wir nämlich Akzente setzen in den nächsten beiden Jahren. Dem

Subsidiaritätsprinzip widerspricht es ja eigentlich nicht, wenn wir eine Sozialorganisation hätten, die uns nahesteht.

Ich möchte doch noch mal bei dieser Gelegenheit Folgendes sagen: Wir haben in Berlin seit 30 Jahren eine solche Organisation, die Unionhilfswerk heißt, die aber nur in Berlin lokalisiert ist, nicht mit der Arbeiterwohlfahrt und vergleichbaren Organisationen gleichzusetzen ist und sich im Rahmen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bewegt. Aber wir haben immerhin dadurch eine Möglichkeit, die weit über das hinausgeht, was wir auf Bundesebene haben, nämlich Alte zu betreuen, Hilfsbedürftige zu betreuen, Behinderte zu betreuen, und das alles in der Weise, wie es hier von der SPD und der Arbeiterwohlfahrt gemacht wird. Wir könnten es noch viel besser, wenn wir es auf Bundesebene ausweiten. Ich will immerhin doch mal sagen, wir sollten überlegen, angesichts der heutigen Entwicklung dieser anderen karitativen Organisationen, ob wir nicht noch eine solche Organisation auf Bundesebene gründen sollten. Es dauert Jahre, bis das soweit ist, aber dann haben wir eine! Und ich kann also wirklich nur sagen, wie die Arbeiterwohlfahrt der SPD dient, ist kaum in Worten auszudrücken. (*Unruhe. Diskussion.*) Es ist unerhört, was gerade in den Bereichen der Armen, der Kinderreichen, der Schwachen usw. da gemacht werden kann und die Wähler bei der SPD hält. Also, ich möchte sagen, wir sollen die Gelegenheit wahrnehmen, doch noch mal intensiv nachzudenken, ob wir nicht selbst eine solche Organisation auf Bundesebene etablieren.

Kohl: Also, Peter, meine ganz klare Antwort ist, so sehr ich mir dies wünsche, das eröffnet über Nacht ein Konfliktfeld mit den Kirchen. Die Lage ist in der Bundesrepublik völlig anders, in weiten Teilen anders als in Berlin, und in Berlin wäre es heute auch nicht mehr möglich, das behaupte ich, wenn es nicht 1946 gekommen wäre. Also, wir haben, ich will nicht sagen, den Kriegsfall, aber wir haben den größten Krach über Nacht, in der Situation, die ich vorher geschildert habe. Ich kann nur abraten, das jetzt zu tun. (*Unruhe. Diskussion.*)

Wissmann: Ich finde den Gedanken von Herrn Lorenz sehr gut, ich glaube aber nicht, Herr Lorenz, daß man das parteioffiziell machen kann. Ich habe einen kleinen Erfahrungshorizont, in dem ich selber arbeite, diese Vietnamhilfe, die ich zusammen mit dem Kollegen Pieroth⁶⁰ gegründet habe. Dort haben wir so einen kleinen Teilbereich, wo man einigermaßen überzeugend, ohne als Partei aufzutreten, ich tue das auch offen gegenüber anderen, zeigen kann, daß die Union von Solidarität nicht nur redet, sondern Solidarität umsetzt. Wer das vor drei oder vier Tagen erlebt hat, in Bonn bei der Kunstaussstellung, 500, 600 Leute aus der Politik, aber auch viele junge Leute, die einfach kamen, wo das Vietnam-Büro eine Kunstaussstellung vietnamesischer Flüchtlinge eröffnet hat, wo man dann gleichzeitig auch ein bißchen was gesehen hat von deren Kultur und wo man Brücken geschlagen hat, und daß einfach wir als Christdemokraten da waren und das Ganze verantwortlich geleitet haben, dann ist das schon ein Sektor, wo man nicht als Partei so etwas machen kann. (*Kohl:* So etwas kann man machen, ja. Da sind wir einer Meinung.)

Zweiter ganz kurzer Punkt nur, Herr Kohl, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie die Behinderten-Sache aufgegriffen haben. Die zweite Frage ist nur, wir hatten die Anregung

60 Elmar Pieroth (1934–2018), Diplom-Volkswirt, Unternehmer; 1969–1981 MdB (CDU), 1981–1989 und 1996–1998 Senator für Wirtschaft, 1991–1996 für Finanzen in Berlin, 1987–1993 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung. – Zur Vietnamhilfe vgl. „Die Zeit“ vom 23. November 1979: „Im Netz der Bürokratie. Die Eingliederung der Asiaten fällt schwer“.

gegeben, ob wir nicht im Bereich von Projekten für die Dritte und Vierte Welt eine ähnliche Sache starten. Ich bin da jetzt nicht an Organisationsstufen gebunden, sondern mir geht es um den Grundgedanken, möglicherweise in der Folge oder parallel, je nachdem, was die Organisation verkraften kann. Da fand ich auf der Ebene der Landesregierungen, ich weiß nicht, ob es andere Beispiele auch noch gibt, es beispielsweise vorbildlich, wenn Sie erlauben, das so zu sagen, was sowohl die baden-württembergische wie auch die niedersächsische Landesregierung jetzt beispielsweise bei dem Thema Partnerschaft für ein bestimmtes afrikanisches Land unternommen haben.⁶¹ So etwas könnte leicht, wir haben darüber gesprochen, auf der Bezirksverbandsebene der Partei, vielleicht auch von Städten und Gemeinden in ähnlicher Weise, und zwar stärker als bisher, durch uns angeregt und in die Breite gebracht, auch unternommen werden; denn man glaubt gar nicht, wie viele junge Leute, gerade aus den Kirchen, dieses Thema, die Frage nach der Glaubwürdigkeit der politisch Handelnden nicht beantwortet sehen. Ich finde, das könnten wir vielleicht als konkreten Punkt auch hier ergänzen. Zu viel werden wir organisatorisch nicht verkraften, (*Kohl*: Ja, das ist der Punkt.) aber wenn wir in diesen Punkten auf allen Ebenen aktiv würden, glaube ich, könnten wir sehr viel bewirken.

Kohl: Also, ich gebe nochmal zu bedenken, das ist jetzt gar kein Einwand dagegen, das Erste mal auf den Weg zu bringen. Die zweite Frage ist, ob wir nicht dort, wo wir Landesregierungen stellen und wo wir sozusagen an der Macht sind, Beispiele setzen. Wenn wir beides gleichzeitig tun, bin ich voller Zweifel, ob bis Mai etwas geschehen ist. Das ist mein Einwand.

Späth: Ich sehe auch das Problem, daß beides zusammen schwer zu bewältigen ist. Wir werden nicht darum herumkommen, weil wir aus einer bestimmten Strategie heraus jetzt diese Aktion Dritte Welt starten. Ich sage deshalb auch: Wenn man zwei Dinge alternativ sieht, habe ich bei den Behinderten ein Problem. Ich will es mal ganz drastisch ansprechen. Mit Blitzaktionen ist bei den Behinderten meistens außer Ärger nicht viel zu holen. Ich habe in allen Fällen festgestellt, daß die meistens nachher sagen, ja, und wie geht es jetzt weiter? In die Behinderten-Bereiche hinein, die sehr sensibel sind, ist nichts empfindlicher wie reklamebeladene Blitzaktionen, die nicht jahrelang und opferbereit weitergetragen werden. Ich kenne nur gute Dinge, die wirklich gelaufen sind, wo sich einige Leute über Jahre hinweg hineinknien in dieses Problem. Um junge Leute anzusprechen, ist das eine ausgesprochen komplizierte Geschichte; das darf man nicht global erklären, sondern diese jungen Leute müssen zum Dienst geholt werden. Und bei jungen Leuten ist vier Wochen Begeisterung für so eine Aktion da, und dann ist Schluß. Die Aktion Dritte Welt habe ich deshalb jetzt intern vorbereitet, daß wir das mal anpacken, und zwar nach folgendem Prinzip: Ich habe jetzt den Bischöfen und den Kirchenfreunden gesagt, könnt ihr mir 40 Sozialprojekte der Dritten Welt geben? Jedes Größenordnung 20.000 Mark. Dann machen wir in jedem Kreisverband mit seinen Ortsverbänden die Erbringung dieses Geldes, und dann können wir das in einem Jahr abschließen und Erfolge melden, weil wir das durchziehen. Dann kann ich zu einem Flohmarkt oder zu einem Dritte-Welt-Markt an vier Wochenenden junge Leute einfach dazuholen. Das machen die begeistert. Aber nach vier bis sechs Wochen kommt der Ermüdungseffekt, und dann wollen die auch wieder

61 Partnerschaft Niedersachsens mit Sudan, Baden-Württembergs mit Burundi.

etwas anderes machen am Wochenende. Die Behinderten-Arbeit zeigt, das ist die große Gefahr.

Wenn wir das nicht schaffen, weil wir die Ausdauer nicht hinkriegen, kann das eine ganz große Pleite werden, die mit großem Trara beginnt, und am Jahresende kommen zum Beispiel die politisch gegen uns Gestellten, wie Arbeiterwohlfahrt, die dort sehr gute Organisationen haben, wie zum Beispiel die Kriegsdienstverweigerer, denen man nicht unterstellen darf, daß sie auf diesem Sektor nicht organisiert sind. Und wenn die politisch dann unsere Aktionen, soweit sie nicht langfristig laufen, aufgreifen und uns um die Ohren hauen, ich sage das auch nur in dem Raum, dann könnte so etwas schneller als erste große Aktion zu einer Pleite führen als zum Beispiel die Aktion, ein Objekt in der Dritten Welt, das abgrenzbar ist, das übersehbar ist und das mit einem großen Ansatz erfolgreich abgeschlossen werden kann. Ich sage das nur mal noch zu dieser Auswahl. Ich bin für die Behinderten-Geschichte, wir haben den Behinderten-Beauftragten eingerichtet im Frühjahr. Wir haben im Staatsministerium, in die Ministerien jetzt ganz gezielt Behinderte geholt, zum Beispiel in den Telefonzentralen, wir versuchen vom Staat her zu machen, was geht. Aber das ist ein mühsames Geschäft. Und wir haben lange zugeben müssen, daß die Erfolge noch nicht mal zehn Prozent sind von dem, was wir uns staatlicherseits vorgenommen haben im Behinderten-Bereich. Obwohl wir alles haben, wir haben die Reha Heidelberg, wir haben die Jugendreha Neckargemünd, wir haben im Grunde auf dem Sektor alles Mögliche. Wir haben auch 50 Millionen Defizit bei der Reha in Neckargemünd. Ich warne ein bißchen, wenn wir das angehen und es nicht durchziehen, gibt es eine Pleite, und zwar in einem ganz sensiblen Bereich, der nicht ungefährlich ist. Ich wollte es nur einfach mal hier loswerden, weil ich lange hin und her überlegt habe, ob wir den Weg oder den Weg gehen, und habe am Schluß gesagt, die Dritte-Welt-Aktion kann jeder Ortsverein aktiv machen, ohne auf den Bauch zu fallen. Bei der Behinderten-Aktion weiß ich nicht, ob wir das Durchstehvermögen in der Parteiorganisation haben.

Wex⁶²: Ich möchte jetzt nur gerade zu dem, was Herr Späth gesagt hat, Folgendes sagen: Wir haben im Vorstand der Frauenvereinigung jetzt in Auftrag gegeben, daß im Abstand bis zum Februar mal gesammelt wird, was an Aktivitäten in den ganzen Jahren schon von der Frauenvereinigung geleistet wird, auch ohne Organisation, sondern einfach vor Ort, damit mal gesammelt ist, was für Erfahrungen wir haben. Herr Späth, schon in der ersten Diskussion kam heraus, bloß nicht ohne Erfahrung hier anfangen mit noch so viel gutem Willen. Ich kann das dann gerne zur Verfügung stellen, wir werden daraus ein Erfahrungspapier machen, weil ich meine, daß diese Erfahrungen einen ganz großen Stellenwert haben.

Hupka: Ich würde hier bei dem Programm noch vielleicht die Aussiedler erwähnen, weil das an sich auch rein psychologisch noch nicht gut ist – vor den Ausländern vielleicht.

Kohl: Gut, dann können wir jetzt zu dem Punkt II „Thematische Schwerpunkte für die Arbeit der Partei“ gehen. Ich will jetzt gerade mal die Frage stellen, Ernst, wir zwei sind so gut genährt, das ich Dein Durchstehvermögen unterstellt habe. (*Unruhe. Diskussion.*) Das muß man ja jetzt offen ansprechen. Wenn wir jetzt hier an dem Punkt unterbrechen und zum Essen gehen, sage ich Ihnen voraus, was das nachher wird. Nicht viel. Deswegen ist einfach die Frage, ob wir wenigstens nicht noch ein Kapitel jetzt aufnehmen,

62 Transkript des Wortbeitrags in ACDP 07-001-1021.

vielleicht bin zur Seite 9, und daß wir dann essen und nach dem Essen hier nicht weitermachen, um diesen gemütlichen Teil, den ich für ganz wünschenswert halte, ich will es noch einmal sagen, miteinander begehen. Aber jetzt schon uns vornehmen, daß wir morgen dann pünktlich um neun Uhr anfangen. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Ja, wollen wir es so machen, daß wir uns jetzt nochmal konzentrieren.

Geißler: Darf ich zu diesem Kapitel II.1 „Politik als wertorientiertes Handeln“ zur Einleitung etwas sagen? Das Kapitel ist etwas breit ausgefallen, breiter als es eigentlich sein müßte, deswegen darf ich einmal versuchen, die Strukturierung dieses Kapitels Ihnen kurz zu sagen, dann geht es leichter. Das ist das Kapitel, bei dem wir auch die Wahlanalysen von Frau Noelle-Neumann noch zusätzlich einarbeiten können bis zur Bundesvorstandssitzung.

Auf der Seite 5 wird im Grunde genommen nichts anderes gesagt, als daß wir bei der Frage „Politik als wertorientiertes Handeln“ nicht vom Punkt null aus anfangen. Daß wir das Grundsatzprogramm gemacht haben, ist eben nur noch nachrichtlich aufgeführt. Auf der Seite 6 in den ersten beiden Absätzen wird die Bedeutung hervorgehoben, die die Sinnfrage auch im politischen Bereich bekommen hat. Es ist die Frage angesprochen, inwieweit die Grundwerte für die Politik eine größere Bedeutung bekommen haben als früher, inwieweit sich die Rangfolge verändert hat, also all das, was wir auch schon heute bei der Analyse von Frau Noelle-Neumann andiskutiert haben.

Daran schließt sich an im letzten Absatz sozusagen ein Einschub, der noch einmal verdeutlichen soll, daß neben der notwendigen Reaktion in unserer Politik auf diese veränderte geistige Situation wir unsere Sachkompetenz auf den klassischen Feldern der Politik selbstverständlich behalten müssen, sozusagen als notwendige Aussage auch den Stammwählern gegenüber. Wir können ja nicht nur Aussagen machen gegenüber denen, die wir gewinnen wollen – vor allem junge Wähler, sensible Wähler für neue Werte –, sondern wir müssen natürlich auch in unserer traditionellen Politik unsere Sachkompetenzen behalten. Dies eben vor allem auf den Gebieten der Ökonomie, der Energie-, Wirtschafts-, Finanzpolitik, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, wo wir sozusagen aufgrund unserer Regierungsverantwortung von früher schon einen Vorsprung in der Kompetenz haben oder zumindest eine gute Basis haben.

Dann wird auf Seite 7 angesprochen die Notwendigkeit der Umsetzung des Grundsatzprogramms. Und hier wird ein Punkt besonders hervorgehoben, der auch in der Diskussion des Parteipräsidiums eine Rolle gespielt hat, nämlich die Umsetzung dessen, was wir unter Subsidiarität verstehen. Hier wird in zwei, drei Sätzen der ganze Bereich, Überschrift „Small is beautiful“, angesprochen, die Stärkung kleinerer Einheiten, mehr Chancen für flexiblere Gestaltung des Arbeitswesens usw. Es wird hier die Forderung aufgestellt, das Grundsatzprogramm, das wir haben, zu konkretisieren in der praktischen Politik und zwar nicht nur durch Parteitagebschlüsse, sondern auch in der praktischen Arbeit der Parlamente und der Regierungen, für die wir die Verantwortung haben. Auf Seite 8 wird dann ein konkreter Vorschlag aufgenommen im ersten Absatz, den die Junge Union gemacht hat, den wir für richtig halten, nämlich eine Kommission einzusetzen – jetzt nicht aus der Partei heraus allein, sondern, darüber muß man noch reden, aus dem wissenschaftlichen Bereich, aus anderen Bereichen, aus dem gesellschaftlichen Bereich –, die die CDU berät, einmal hinsichtlich der erkennbaren Probleme, die in der Zukunft auf uns zukommen und hinsichtlich der Frage, wie wir auf diese erkennbaren Probleme

im Geist des Grundsatzprogramms auf der Basis eines christlich verstandenen Menschenbildes die Antworten formulieren.

Das ist also ein konkreter Vorschlag, über den wir reden müssen, der vor allem eben auch den Inhalt hat, in dieser Kommission, so wie das bisher sehr gut gelungen ist bei der Vorbereitung des Grundsatzprogramms, wieder einen sehr engen, unmittelbaren Kontakt zu den deutschen Universitäten und Hochschulen herzustellen. Denn gerade bei der Diskussion des Grundsatzprogramms war es ja für uns ein ganz großer Vorteil, daß die Universitäten und die Hochschulen, die Professoren, außerordentlich daran interessiert waren, an dieser Erarbeitung des Grundsatzprogramms mitzuwirken. Ich darf erinnern an das große Grundsatzprogrammforum in Berlin⁶³, das eine breite Auswirkung bis weit in die deutschen Universitäten hinein gehabt hat. Ich glaube, daß wir mit einer solchen Zukunftskommission – das ist ein Arbeitstitel, auf den ich mich überhaupt nicht festlegen muß –, bei der Erarbeitung dieser Probleme etwas Ähnliches damit erreichen können.

So, das ist im wesentlichen der Inhalt dieses ersten Kapitels. Ich glaube, wir können ganz sicher jetzt noch einmal vertieft hier diskutieren, ich glaube aber nicht, daß das, was hier drinsteht, im wesentlichen umstritten ist. Dieses Kapitel muß ganz sicher zusammengefaßt und gestrafft werden, aber es ist noch einmal eine Zusammenfassung dessen, was ohnehin in der Partei zur Grundsatzdiskussion schon gesagt wird, was in den Analysen uns vorliegt und was im Parteipräsidium zu diesem Thema gesagt worden ist.

Kohl: Bevor ich Gerhard Stoltenberg das Wort gebe, will ich rein zur Information sagen, daß mir Herr Brandt gestern erzählt hat, daß auf seinen Vorschlag hin in der letzten Parteivorstandssitzung der SPD beschlossen wurde, wissenschaftliche Kommissionen zur Begleitung der Arbeit des Parteivorstands einzusetzen zu dem Thema Medienpolitik, zu dem Thema Probleme des Wachstums, Ökologie und Ökonomie, zu dem Thema Familie und zu dem Thema Nord-Süd-Konflikt. Das nur zur Information. Die sind nicht kongenial, sondern die Themen sind es halt, das muß man ganz klar sehen. Wir liegen hier genau in der kontroversen Situation der nächsten Jahre.

Stoltenberg: Da wir nicht eine Redaktionskommission sind, will ich sagen, ich kann diesem Gedankengang im wesentlichen folgen und ihm auch im wesentlichen zustimmen, allerdings mit einigen Akzenten, die dann wirklich für die Diskussion des Folgenden sehr wichtig sind. Ich sage das jetzt nicht aus sprachlichen Gründen, sondern weil dies ja der Einstieg ist in die Bewertung und Herausarbeitung der großen politischen Themen, die wir nicht abstrakt, sondern auch mit einer Einschätzung der konkreten politischen Lage der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der achtziger Jahre vornehmen. Was ich damit meine, will ich kurz verdeutlichen. Seite 6: „Für die jungen Wähler sind die großen Leistungen der CDU/CSU-Regierungen – Frieden und Freiheit einerseits und wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit andererseits – selbstverständlich geworden.“ Das ist eine richtige Feststellung für die letzten Jahre. Ich bezweifle, daß wirtschaftlicher Wohlstand in der Lebenserfahrung der nächsten drei, vier Jahre eine Selbstverständlichkeit ist, vor allem nicht für junge Menschen, das heißt natürlich, auch sozial nicht. Ich bezweifle das ganz entschieden. Und dann kommen wir nachher in einem weiteren Punkt „Einschätzung von Prioritäten“ darauf zurück. Dies ist richtig für das Lebensgefühl der letzten Jahre und hat uns genau die Schwierigkeiten jetzt beim Wahlergebnis gebracht,

63 Am 22.–24. September 1977 in Berlin (UiD vom 6. Oktober 1977 Dokumentation 33/1977 – mit Redauszügen).

was wir hier besprochen haben. Da sage ich Ihnen, dies ändert sich nicht, denn die wirtschaftlichen Existenzfragen, Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze, berufliche Chancen der jungen Generation, bekommen eine unglaubliche Brisanz. Das habe ich jetzt nicht wegen einer Formulierung gesagt, sondern um anzumerken, daß wir darüber nachher diskutieren müssen.

Das zweite, was mir auch zu statisch ist, ist, daß diese Fragen auf Seite 6 unten angesprochen werden, es ist unerlässlich, „daß die CDU/CSU ihre Kompetenz in diesen klassischen Feldern der Politik behält“. Es heißt dann nachher „behält und vertieft“. Da würde ich die mir zugänglichen Meinungsbefragungen, wir haben ja zur Zeit etwas unterschiedliche, aber wahrscheinlich nicht im Grundsatz abweichende, so sehen, daß das „Behalten“ zum Teil nicht genügt. Bei Außenpolitik, äußerer Sicherheit hat die Koalition, die Regierung, einen weiten Vorsprung vor uns. Ich will das nur mal klarmachen, das ist ja eine Bemerkung zur nächsten Diskussion. Wir dürfen hier nicht von selbstverständlichen Besitzständen ausgehen. Wenn wir die parteipolitische Landschaft betrachten, müssen wir natürlich erkennen, daß ein Mann wie Lambsdorff vor der Wahl und in dem, was er jetzt macht, mit den Schlagzeilen der letzten Tage systematisch bestrebt ist, sich in einem wichtigen Spektrum der Bevölkerung – das geht über Arbeitgebertagungen hinaus –, als der große Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft darzustellen. Das hat seine Spuren bei der Wahl hinterlassen. Hier sind wir in einer ausgesprochenen Wettbewerbslage in der Wirtschaftspolitik, und die Kompetenz muß nicht nur behalten werden, die muß verstärkt werden. Ich komme nachher noch zu ein paar Konsequenzen daraus. Dann will ich auch nur sagen, es wird nachher bei den konkreten Themen – da wird es dann ja auch konkreter in dem Papier – darüber zu sprechen sein, was das heißt, mehr Chancen für eine flexiblere Gestaltung des Arbeitslebens und mehr Wahlfreiheit beim Übergang; da sehe ich schon, wo das richtig ist: das Thema Frau, Familie, Beruf, Teilzeitarbeit. Nur es kommen nachher ein paar Formulierungen dann im weiteren Teil, wo das in einer Form dargestellt ist, der ich nicht zustimmen kann. Deswegen mache ich jetzt nur mal die Bemerkung und komme nachher dann auf den anderen Punkt bei dem Hauptteil zurück.

Und dann will ich als Letztes noch ganz kurz etwas sagen zu dem interessanten Vorschlag mit der Zukunftskommission. Ich habe einen Zweifel – und was Helmut Kohl eben vorgetragen hat über die Absichten der SPD, weist in diese Richtung –, daß man durch eine wissenschaftliche Kommission, also bedeutende Politiker der Union, die wissen, daß sie diesen Ansprüchen voll gewachsen sind, und Professoren, so soll das jawohl sein, die Konkretisierung unseres Grundsatzprogramms vornehmen kann. Ich beziehe mich jetzt nur mal auf den Text, so steht es, Wissenschaftler in einer Kommission einzusetzen. Ich würde einen anderen Weg empfehlen, das ist mir fast peinlich, weil ich höre, daß die SPD es so gesagt hat. (*Unruhe. Diskussion.*) Das habe ich mir schon bei Lesen vorhin überlegt, nicht erst bei der Mitteilung des Parteivorsitzenden, daß wir aus dem Grundsatzprogramm in Verbindung mit der Debatte über wichtige Themenfelder nachher ein paar definieren, wo wir sagen, auf diesen Themenfeldern ist es richtig, weiterzuarbeiten in der Form der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Politikern der Union. Aber eine wissenschaftliche Kommission kann ja, wenn Sie es so machen würden, nichts anderes bedeuten, als daß wir das Grundsatzprogramm im Grunde mit dem Ziel der Konkretisierung auf der ganzen Ebene ein Stück fortschreiben. Und ich melde hier einen gewissen Zweifel an, ob das zweckmäßig ist. Also mal nur eine kurze Bemerkung für die weitere Debatte. Ich

empfehle mehr in der Richtung zu überlegen, daß wir das Grundsatzprogramm einmal sehen in Verbindung mit der weiteren Debatte, wo Bedarf ist besonders der Konkretisierung und Weiterentwicklung im Verständnis wertorientierter Politik, und daß wir dann die wissenschaftliche und politische Vorarbeit dazu ein bißchen stärker aufbessern und etwas stärker aufgliedern, als es mit einer einzigen Kommission geschehen würde.

Koch: Ich unterstütze im Grundsatz diese Formulierung, bin aber der Auffassung, daß die Arbeitnehmerschaft zu kurz kommt in diesem ganzen Papier, was hier vorliegt. Was die Menschen draußen bewegt heute im Zeitalter der Technokratie, ist – das steht ja ganz oben – Elektronik, Computer, Rationalisierung usw. Ich war vorige Woche in drei Versammlungen, auch hier in Hessen, im Siegerland, im Sauerland. (*Einwurf:* Hier ist Rheinland-Pfalz.) Ich war aber in Hessen. (*Heiterkeit.*) Wenn man dann mit den einzelnen Problemen konfrontiert wird – das kommt in Kürze auch in Bremen oder in Kiel, Herr Stoltenberg, da werden wir also ebenfalls Tagungen durchführen –, dann ist es immer wieder dasselbe, daß es nicht heißen darf, daß Norbert Blüm allein das Aushängeschild der CDU ist bei der Arbeitnehmerschaft, oder in Niedersachsen der Kollege Schnipkoweit⁶⁴; das reicht nicht! Wir müssen hier einiges tun.⁶⁵ Und wenn ich hier in dem Papier sehe die Personengruppen, ich bin damit einverstanden, was Frauen, was Jugend angeht, daß die sich hier zusammensetzen. (*Kohl:* Da ist doch ein ganzes Kapitel drin, Herr Koch! Seite 12ff.) Herr Vorsitzender, ich bin auch im Vorstand der IG Metall, und das ist eine Riesengewerkschaft. Da geht man von anderen Auffassungen aus: Man will nicht mehr die Personengruppen, sondern die Einheit. Ich weiß nicht, ob das ganz richtig ist, wenn man also einige Personengruppen herausgreift. Es gibt keine Arbeitergruppen, es gibt keine Angestelltengruppen, die gibt es nicht. Ich bin der Meinung, diese Leute werden demnächst konfrontiert mit Dingen in den Betrieben, in unserer Wirtschaft, was wir vielleicht nicht verkraften können. Ich befürchte, daß wir bald zwei oder drei Millionen Arbeitslose haben. Und dazu muß die CDU auch eine Aussage machen. (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl:* Es steht doch drin, Seite 12!) Ja, das steht da, aber auch nicht ganz konkret. (*Unruhe. Diskussion.*) Wir sprechen von Gremien mit Professoren, ich möchte sagen Fachkenner. Ich weiß, daß die Wissenschaftler und Professoren – Herr Professor Biedenkopf ist ein Professor, nicht wahr – eine ganze Menge wissen. (*Unruhe. Diskussion.*) Das sind wir nicht allein, die Arbeitnehmer, die die Zitronen aus dem Feuer holen müssen, und nicht allein Norbert Blüm und einige andere, die sind dann nur das Aushängeschild.

*Neumann*⁶⁶: Das ist ja alles ganz wichtig mit der Zukunft, aber man muß natürlich die Wortwahl auch so treffen, das ist Teil der Kommission, daß da nicht Mißverständnisse entstehen können. Für viele ist Zukunft etwas, was weit weg ist, und die Sozialdemokraten haben mit der Zukunftsperspektive in der Gegenwart die Leute belämmert. Wenn da Seite 7 steht, „Die CDU muß den Interessen der Zukunft Vorrang geben vor den Wünschen der Gegenwart“, ist für viele, gerade jüngere Leute, Gegenwart im Grunde – auch das, was für uns Zukunft der nächsten Jahre ist. Also auch in der Wortwahl muß das irgendwie so sein, daß ein junger Lehrling oder Schüler seine Gegenwart angesprochen

64 Hermann Schnipkoweit (1928–2018), Bergmann; 1963–1990 MdL Niedersachsen, 1976–1990 Minister für Soziales.

65 Ende dieses Teils des Transkripts.

66 Transkript der folgenden Wortbeiträge in ACDP 07-001-1021.

fühlt und nicht irgend etwas, was er dann, wenn er 60 ist, haben kann. Deswegen bitte ich, wenn das dann ausgearbeitet wird, das zu berücksichtigen.

Wissmann: Ich finde das Kapitel ganz prima formuliert, will dazu eigentlich nichts mehr sagen, nur zu dieser Arbeitsgruppe Zukunftskommission. Natürlich wäre es völlig falsch, und ich glaube, so ist es auch nicht geplant von den Initiatoren, der Kommission sozusagen die Zukunftsdimension des Grundsatzprogramms total aufzubürden, womit jede Kommission überfordert wäre, sondern der Sinn war eigentlich auf die andere Gruppe bezogen. Das war, zu sagen, wir richten jetzt eine Arbeitsgruppe ein, die eben anders als die Fachausschüsse ein bißchen freier ist von den Proporzmechanismen, und versuchen über diese Arbeitsgruppe ein bißchen was von dem für die Parteiarbeit häufig verloren gegangenen wissenschaftlichen und intellektuellen Potential uns wieder zuzuführen und geben dann der Arbeitsgruppe einen bestimmten Auftrag, beispielsweise den Auftrag zu ein, zwei oder allerhöchstens drei Themenfeldern, bis zu einem gewissen Zeitpunkt etwas auszuarbeiten. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, mein Vorschlag wäre, um ein Beispiel jetzt zu nehmen, daß diese Arbeitsgruppe dieses Konfliktfeld Ökonomie/Ökologie mit einer ersten Vorlage aufzuarbeiten versuchen sollte, sagen wir bis zum Bundesparteitag im Herbst; mir kommt das nicht auf das Datum an. Ich glaube, eine solche Arbeitsgruppe kann Dinge leisten, zu denen die Bundesfachausschüsse wahrscheinlich nicht in der Lage sind. (*Unruhe. Diskussion.*) Keine Allerweltskommissionen, womit jeder Beteiligte überfordert wäre, sondern eine Kommission, die vom Parteivorstand Aufträge bekommt, diese Aufträge dann, wenn sie fertiggestellt sind, dann beim Parteivorstand abliefern, damit der Parteivorstand mit den dann möglichen Impulsen vielleicht auch in die breitere Öffentlichkeit hineinwirkt.

Waffenschmidt: Ich begrüße sehr, daß wir hier die Werteorientiertheit unseres Handelns noch einmal herausstellen. Wer meine Beiträge zu solchen Themen kennt, wird mir sicherlich abnehmen, daß ich mich freue, daß hier das „C“ herausgekehrt wird. (*Kohl: Nicht gekehrt, herausgestellt! – Unruhe. Heiterkeit.*) Unterstrichen. Ich möchte nochmal erinnern an das, was Frau Noelle-Neumann gesagt hat im Hinblick auf das Verhalten der einzelnen Wählerschichten. Deshalb möchte ich hier vorschlagen, daß wir eine Passage hereinnehmen, die auch Folgendes zum Ausdruck bringt, daß uns eine klare Position des „C“ befähigt zur Toleranz und zur offenen Gesellschaft. Ich erinnere daran, als Richard von Weizsäcker als Vorsitzender unserer Grundsatzkommission unseren Entwurf vertreten hat, hat er immer, auch gerade für die junge Generation, sehr plausibel gemacht, daß ja unser Unterschied zum sozialistischen Denken ist, daß die ein geschlossenes Bild von ihrer sozialistischen Gesellschaft haben, während wir von der Position des „C“ her, von dieser klaren Position her, aber auch die Freiheit haben, ein Bild einer offenen Gesellschaft zu sehen. Wenn wir die kritischen Wählerschichten angehen wollen, Helmut Kohl – ich nehme jetzt mal Dein Beispiel auf, wir wollen in Theologischen Fakultäten diskutieren –, dann möchte ich, ich sage das mal in diesem Kreis so, weil ich ja auch die Diskussionsrunden da ein bißchen kenne, nicht allzu schnell haben, daß man mir sagt, da ist zu viel Zentrum. Und deshalb möchte ich also gerne, daß der Gedanke, der etwa anklingt auf Seite 7, „Die CDU muß in den Inhalten“ usw. – da sagen wir ja, daß wir Freiräume schaffen –, etwas weiter ausgestalten im Sinne der Position, wir werben für Toleranz und für Offenheit. (*Kohl: Ja, aber wo ist das Zentrum?*) Ich sagte, die Einwände kommen, wenn gesagt wird, daß wir vielleicht zu sehr hier, ohne den Gedanken der Toleranz und

der offenen Gesellschaft zu betonen, nur am „C“ festhalten. Es ist für mich ein dringendes Anliegen im Hinblick auf die protestantische Diskussionslage.

Kohl: Ja, einverstanden.

*Schwarz-Schilling*⁶⁷: Ich möchte nur darum bitten, daß bei dieser Kommission erstens festgestellt ist, daß es sich nicht um eine Fortschreibung des Grundsatzprogramms handelt. (*Kohl:* Ja, das ist völlig klar.) Denn das würde das Grundsatzprogramm abwerten, das kann überhaupt erst in zehn, 15 Jahren wieder à jour werden. Das muß ganz klar sein. (*Unruhe. Diskussion.*) Das wurde in den Diskussionsbeiträgen etwas verwischt, Weiterführung des Grundsatzprogramms wurde dort gesagt, und deswegen wollte ich das nur mal klarstellen.

Zweiter Punkt, wenn es eine Aktualisierung und Konkretisierung zu bestimmten Punkten ist, dann kann es diese zentrale Zukunftskommission geben, die dann allerdings zu den konkreten Punkten jeweils unterschiedlich die wirklichen Fachkenner nicht nur aus der Wissenschaft, sondern auch aus der Praxis hinzuzieht. Sie werden niemals mit den gleichen Fachkennern bei der Umsetzung dieses Grundsatzprogramms zu der gleichen entsprechenden Ergebnishöhe kommen. Insofern muß das also verschiedenartig aufgefächert sein. Ich möchte zu der Anregung, die Herr Wissmann gegeben hat, noch eine hinzufügen. Ich halte zum Beispiel das Spannungsfeld, auf das wir zulaufen, nämlich sehr geringe Wachstumsraten und starke Generationsjahrgänge, die nun mehr Arbeitsplätze brauchen, für eines der entscheidendsten in den nächsten Jahren. Das bedeutet nämlich erstens, daß wir Wachstum in jedem Falle brauchen, und zweitens, daß wir dieses Wachstum für diese Sache zur Verfügung stellen müssen mit Konsequenzen für alle anderen Bereiche. Insofern gebe ich Herrn Koch hier auch recht, daß gerade dieser Punkt der Arbeitnehmerschaft hier in einer ganz klaren zentralen Funktion stehen wird. Gerade in diesem Punkt. Das würde ich also auch noch als Anregung hier betonen.

Herzog: Zunächst zu dieser Kommission. Ich stimme mit den kritischen Anfragen von Herrn Stoltenberg und von Herrn Wissmann überein. Man muß bei solchen Dingen ja immer aufpassen, wenn sie einmal in einem Papier stehen, ob die Bezeichnung richtig ist. Da hätte ich meine Zweifel. Zweitens würde ich wenigstens empfehlen, das hängt ja auch viel mit den Personen zusammen: Es kann bei diesen vier Themen sein, die ja genau richtig sind, selbst wenn sie bei der SPD genannt werden – das überblicke ich im Moment nicht –, daß man eine Kommission zusammenbringt, wo die wesentlichen Leute zu diesen Themen arbeiten können. Es kann aber auch sein, daß man zwei, drei oder vier Kommissionen hat. Ich würde also meinen, wir müssen uns hier offenhalten, wahrscheinlich hängt es damit zusammen, welche Namen überhaupt greifbar werden, wenn man mal dazu übergeht, Namen zu erwähnen.

Und jetzt in dem Zusammenhang im Anschluß an das, was Horst Waffenschmidt sagt. Ich weiß, daß Seite 8, untere Hälfte, das absolut nicht der richtige Aufhänger ist. Aber wir sollten unter uns uns wieder einmal über die Frage, jetzt gar nicht über das „C“ im Namen der Partei, aber über den Gegenstand, der damit zusammenhängt, unterhalten. Was Frau Noelle-Neumann sagt, das ist doch das, was wir täglich, was ich jedenfalls täglich erlebe,

67 Christian Schwarz-Schilling (geb. 1930), Sinologe, Unternehmer; 1960 CDU, 1966–1976 MdL Hessen, 1967–1980 Generalsekretär der CDU Hessen, 1971–1982 Mitglied des ZDF-Fernsehrats, 1976–2002 MdB, 1982–1992 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen bzw. für Post und Telekommunikation.

wenn ich mit dem Evangelischen Arbeitskreis unterwegs bin, meine Damen und Herren. Im Katholizismus ist es nicht so deutlich wie im Protestantismus, aber da gibt es die Leute bei uns, die in ihre Kirche gehen, sich an Kirche halten, die wie Frau Noelle sagt, kirchennah sind, und mit denen wir natürlich ohne weiteres reden können. Denen müssen wir klarmachen, daß wir keine Zentrumspartei sind, das ist eine Frage der Wortwahl, aber das ist möglich. Nur, meine Damen und Herren, das ist eine Minderheit unter den Wählern. Und die Mehrheit ist ganz anders. Da ist die Großmutter zum letzten Mal in die Kirche gegangen, und die Eltern und die vier Enkel gehen also zu Taufe, Hochzeit und Beerdigungen in die Kirche. Und die wissen aber eines noch ganz sicher, die wissen, daß sie erstens gegen die Katholische Kirche sind, und die glauben zu wissen, daß die CDU eine katholische Partei ist. Es ist also schon die Frage, wie wir aus der Tatsache, daß wir eine christlich-soziale, konservative und liberale Partei sind, auch in unseren eigenen Äußerungen hinkommen. Ich reiße das Thema jetzt nur an. Ich weiß, das Thema ist brisant, aber wir brauchen, ohne daß wir uns darüber klarwerden – und das ist die Quadratur des Zirkels, das sage ich auch gleich –, zur Eroberung der säkularisierten evangelischen Wählerschichten nicht anzutreten. Ich möchte das Thema nur hier anreißen.

Kohl: Das brauchen Sie gar nicht so in einem entschuldigenden Ton zu sagen. Der Befund ist, daß weite Teile unserer Partei das zur Stunde nicht begreifen. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises ist in einer ganzen Reihe von Bereichen der Bundesrepublik nicht zuletzt bis auf die Ebene der Kreisverbände miserabel oder überhaupt nicht unterstützt. Das muß man ganz klar aussprechen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dingerkus: Genau die Fragen, die hier in den Mittelpunkt gerückt worden sind, sind tatsächlich die entscheidenden Fragen, über die junge Leute heute nachdenken. Insofern halte ich es auch für sehr wichtig, daß diese Kommission – wie sie nun genannt wird, ist egal –, eingesetzt wird, um grundsätzlich zu diesen Fragen Diskussionsanregungen zu liefern, die in der Partei neue Gedankengänge anregen, insbesondere z. B. auch dazu beiträgt, kontrovers offen die Fragen zu diskutieren. Das kann sie dann, wenn sie eben auch ein bißchen heterogen besetzt ist, was ich für sehr wichtig halten würde, was zum anderen auch gleichermaßen beidseitig einen Effekt im Bereich des Einwirkens der Unionsparteien in den Wissenschaftsbereich zur Folge haben würde, dieses doch ziemlich gestörte Verhältnis zur Wissenschaft, was die Union noch heute in großen Teilen hat. (*Unruhe. Diskussion.*) Bloß eines muß dabei gesagt werden, daß sehr schnell der Eindruck innerhalb der Partei entsteht, daß in dieser Diskussion die Fragen diskutiert werden, die Antworten vorgegeben werden und die Diskussion innerhalb der Partei auf unteren Ebenen dadurch wiederum rein emotional abgeblockt wird. Da muß parallel, gleichzeitig, dafür gesorgt werden, daß die Dinge, die in dieser Kommission auch weiter unten – in Führungszeichen – diskutiert werden, (*Kohl:* Die Ergebnisse!) natürlich nicht, daß die Ergebnisse nur in Form von Argumentationskärtchen praktisch als fertig durchsickern, sondern daß die Diskussion damit nicht erfüllt ist und im Grunde die Diskussion damit erst richtig angeregt wird. Das ist das Problem mit zentralen Kommissionen, das immer auftaucht, wogegen man von vornherein gewappnet sein muß. (*Unruhe. Diskussion.*)

Milde: Ich habe eine Bitte. Wir sollten uns auch nicht bemühen, dringend dafür zu sorgen, daß dort, wo Konflikte nicht vorhanden sind, diese von oben nach unten in die Partei hineinzutragen.

Kohl: Gut! Dann sind wir jetzt gediehen bis zur Seite 9, die rufe ich dann morgen pünktlich um neun Uhr auf. (*Unruhe. Diskussion.*) Einen Augenblick! Ich darf Sie bitten, um neun Uhr pünktlich hier zu sein und so konzentriert mitzuarbeiten, daß wir gegen zwölf abschließen können; ich kenne das Problem, was dann nach zwölf Uhr entsteht. Die Unterlagen nehmen Sie bitte wieder mit, Essen ist ein Stockwerk tiefer im Restaurant. – Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.⁶⁸ (*Ende 21.15 Uhr.*)

Fortsetzung der Sitzung am Samstag, dem 13. Dezember 1980

Kohl: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn auch die Herren Ministerpräsidenten, die sich sonst nie sehen, Platz genommen haben, können wir anfangen.

Zunächst einmal, was wir heute auf alle Fälle noch miteinander besprechen müssen, ist zunächst also dieser Text. Im Zusammenhang mit dem Text weise ich noch einmal und sehr nachdrücklich darauf hin, daß hier jeder, bevor er hier Boppard verläßt, den Text wieder abliefern. Er kommt automatisch dann in eine ganz ungute Lage, wenn übermorgen alles wieder in der Zeitung steht. Im übrigen ich bin sehr angetan von dem Zeitungsservice, aber wir wollen natürlich jetzt die Vorlage des Generalsekretärs behandeln.

Zweitens, wir müssen auf alle Fälle heute noch, ich würde das als letzten Punkt gerne machen, über den Parteitag oder die Parteitagsstrategie, diesen zweiten Parteitag, miteinander sprechen. Im Zusammenhang mit dem Parteitag werden wir Ihnen bis zur nächsten Bundesvorstandssitzung dann im Januar den Terminplan für das ganze Jahr vorbereiten, weil da auch ein paar Termine enthalten sind, die die Partei außerordentlich berühren, aber nicht direkt von der Partei getragen werden. Ich verweise insbesondere auf die Absicht, daß auf meine Anregung hin in enger Zusammenarbeit mit den Sozialausschüssen und den anderen Vereinigungen, die hier betroffen sind, wir die Absicht haben, im Laufe des Monats Februar auf einem sehr hohen Level im Adenauer-Haus, aber veranstaltet durch die Adenauer-Stiftung, eine Tagung über Gewerkschaftsfragen machen⁶⁹; im Mittelpunkt wird dabei stehen der Entwurf des Grundsatzprogramms des DGB. Das ist eine sehr schwierige Sache, aber das ist eine Sache, die gemacht werden muß, weil der jetzige Entwurf, ohne uns jetzt in Dinge des DGB einmischen zu wollen, aus unserer Sicht nicht hingenommen werden kann, gerade wenn wir unseren Mitgliedern empfehlen, in ihrer freien Entscheidung aus der pluralistischen Situation heraus in die Gewerkschaften zu gehen, und damit auch in den DGB, daß etwa die Frage des Toleranzparagraphen, der im ersten, jetzigen Entwurf gestrichen ist, wieder hineinkommen soll. Aber es ist eine Grundfrage des DGB, da ist die Frage des allgemeinen politischen Mandats von einer solchen Bedeutung, daß die CDU Deutschlands dazu nicht vor dem DGB-Kongreß im März⁷⁰ schweigen kann. Das muß in einer vernünftigen Sprache geschehen, wir werden auch den DGB selbst einladen. Ich sehe hier eine sehr kontroverse Situation, aber das

68 Ende dieses Teils des Transkripts.

69 Eine derartige Tagung ist nicht nachzuweisen.

70 Das DGB-Grundsatzprogramm wurde verabschiedet auf dem 4. Außerordentlichen DGB-Bundeskongreß vom 12.–14. März 1981 in Düsseldorf (Druck in „Die Quelle. Funktionszeitschrift des DGB“ 32. Jg. April 1981 S. 211–238); Entwürfe, Einreden, Kommentare zum Grundsatzprogramm in ACDP Dokumentation Gewerkschaften, Programme IV.

muß man durchstehen. Wenn der DGB uns als Partei vor der Wahl Prüfsteine ins Haus schickt, müssen wir umgekehrt im guten Umgang mit der großen Organisation der Gesellschaft auch die Fähigkeit und Qualität besitzen, mit dem DGB entsprechend zu sprechen.

Wir werden dann auch über andere Kongresse in diesem Jahr zu reden haben. Das Ganze, das füge ich gleich ganz ehrlich dazu, hängt natürlich auch von der Finanzlage ab, und deswegen können wir die paar Wochen gut gebrauchen, um mal Kassensturz zu machen und zu sehen, was möglich ist und was nicht. Es ist also nicht nur eine Frage der grandiosen Ideen, sondern es ist auch eine Frage der Finanzverhältnisse, die sich hier in dem Zusammenhang stellt.

Ich komme zurück zu unserem Hauptthema und der Vorlage. Ich will noch einmal sagen, was zeitweise in der Debatte etwas zurückgetreten ist, wir waren uns gestern darüber im klaren, daß es hier nicht um Formulierungen geht bei diesem Papier, sondern daß dieses Papier ein Diskussionsentwurf ist, wenn Sie so wollen auch eine Ideen- und Themensammlung, und daß natürlich das Papier noch einmal überarbeitet werden muß, bis daraus ein entsprechender Antrag gemacht werden kann. Ziel muß sein in der Sitzung Ende Januar, im Bundesvorstand diesen ersten Entwurf der Vorlage zu haben. Ich meine, wir sollten aus dem Grund, weil jetzt alle Kapitel kommen, wo ja Formulierungen enthalten sind, die natürlich hier mit größtem Genuß dargestellt, beleuchtet, rumgedreht werden können, uns dieses intellektuellen Genusses weitgehend versagen und nur zur Sache debattieren, damit wir den Zeitplan einhalten können.

Mein Vorschlag ist nun, daß unmittelbar nach der Sitzung das Adenauer-Haus aus dem Extrakt der Diskussion hier einen Entwurf für die Vorbereitung der Bundesvorstandssitzung macht. Die Bundesvorstandssitzung will ich übrigens im gleichen Kreis halten, daß die Kollegen, die jetzt hier beteiligt waren, etwa die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, die Chance haben, diese Arbeit mit zu verfolgen, und daß wir dann einige Kollegen bitten, dieses Papier dann – meines Erachtens müßte das in einem dreiviertel Arbeitstag oder einer Arbeitsnacht zu machen sein – für den Bundesvorstand vorzubereiten.

Ich schlage vor, daß der Generalsekretär die Sache in die Hand nimmt, und daß die Kollegen Herzog, Dingerkus, Schwarz-Schilling und Biedenkopf sich daran beteiligen und möglichst heute noch mit dem Generalsekretär bereits einen Termin im Januar vereinbaren, daß die Sache dann flott vorangeht. Sind Sie mit einverstanden, daß wir so verfahren? Ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, um auch termingerecht unsere Hausaufgaben zu erledigen. Ich gehe auch davon aus, daß alle, die ich jetzt genannt habe und die also wirkliche Betroffene sind, in ihrer Betroffenheit zustimmen. Kann ich davon ausgehen? Das ist der Fall. Dann rufe ich auf die Seiten 9 und 10, Herausforderung der Außenpolitik.

Wörner: Herr Vorsitzender, zunächst einmal möchte ich sagen, mit welchen Punkten ich einverstanden bin, ohne auf die Wortwahl einzugehen. Ich bin sehr einverstanden damit, daß wir uns hier zu einer Aufwertung der Entwicklungspolitik, der Nord-Süd-Frage, entschließen. Die Bemerkung mit den moralisch sensiblen Gruppen ist sicher berechtigt. Ich bin auch dafür, daß wir die gesamten Fragen der Außenpolitik nicht nur unter Ost-West-Gesichtspunkten sehen. Ich stimme schließlich der Feststellung zu, daß für die Union entscheidend sei, nicht was, sondern wie wir es sagen. Und dann ein ganz wichtiger Punkt, der uns sicher auch in der Bundestagsfraktion beschäftigen wird, daß

wir versuchen müssen, die Europafrage neu zu formulieren und neu ins Bewußtsein zu tragen.

Aber damit hat sich es dann auch, jetzt kommen eine ganze Reihe kritischer Anmerkungen, die ich mir nicht zu verübeln bitte. Hier wird zu Recht angesetzt bei den Veränderungen der internationalen Politik. Wenn man dann aber nachliest, findet man lediglich zwei und ich meine, noch nicht einmal die bedeutendsten. Hier wird gesprochen ausschließlich von der Dritten Welt und von China. Und zwar mit Blick auf China, ohne daß daraus irgendwelche Schlußfolgerungen gezogen werden. Andere Veränderungen wichtigster Art fehlen: die Erschütterung der Weltwirtschaftsordnung, die Gefährdung der Rohstoffversorgung, der Gebrauch des Öls als Waffe, die dramatische Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West, die globale maritime Expansion der Sowjetunion. Das ist sicher noch keine erschöpfende Aufzählung einschneidender Veränderungen, die die achtziger Jahre bestimmen werden, so daß ich den Eindruck nicht loswerde, da ist das Papier unausgesprochen mit einer bestimmten Absicht geschrieben. Ich glaube, daß hier Ergänzungen angebracht werden müssen.

Dann meine ich, daß zwei Dinge im analytischen Teil schlichtweg falsch sind. Ich vermag wenig in einer Formulierung zu sehen, in der es heißt, die Ostpolitik müßte mehr als bisher die Nord-Süd-Dimension der internationalen Beziehungen mit der Ost-West-Dimension verknüpfen. Kann mir irgendjemand erklären, was das heißt? Was das hergeben soll? Daß wir das verknüpfen müssen, ist sicher richtig, nur daß die Ostpolitik die Nord-Süd-Dimension der internationalen Beziehungen mit der Ost-West-Dimension verknüpfen müßte, sagt mir entweder nichts, oder, wenn ich dem einen Sinn beibringe, dann müßte ich entschieden widersprechen.

Dann finde ich hier noch die Behauptung, der Rückgang der früheren weltpolitisch dominierenden Position der weißen Völker Europas und Nordamerikas beschleunige sich. Also mit Verlaub gesagt, es gibt kaum einen seriösen Analytiker der weltpolitischen Situation, der nicht gerade sieht und weiß, daß bedauerlicherweise der Einfluß der beiden Supermächte, die übrigens beide weiß dominiert sind – wenn wir uns schon dieser Sprachregelung anpassen wollen, wovon ich dringend abraten möchte –, eben nicht nur weiterbesteht, sondern sich sogar verstärkt hat. Der Abstand, und zwar nicht nur militärisch, der beiden Supermächte zum Rest der Welt ist größer geworden. Und leider Gottes dominiert die Ost-West-Auseinandersetzung, wie ich finde, sogar in einem unerträglichen Ausmaß die weltpolitische Entwicklung. Also das ist schlicht eine Analyse, die ich so nicht mitvollziehen kann.

Schließlich, es fehlen auch in den Schlußfolgerungen einige ganz wesentliche Dinge. Der Menschenrechtsansatz unserer Politik, auch und gerade unserer Außenpolitik, fehlt, ist nicht mit einem Wort angesprochen. Wenn ich nun schon an die moralisch sensiblen Gruppen denke, gibt es kaum ein besseres Mittel, Außen- und Ostpolitik, und zwar auch aus unserer Sicht, sichtbar zu machen, verständlich zu machen – sicher haben wir das noch nicht hinreichend geschafft, aber hier sitzt einer der Ansätze, die wir wählen können –, also eben den Menschenrechtsansatz. Es ist zur Freiheitssicherung überhaupt nichts gesagt. Die ganzen alten Herausforderungen, mit denen wir nicht fertig geworden sind, fehlen schlicht. Ich kann auch, wenn ich das offen sagen kann, mit der Formulierung nichts anfangen: „Die CDU wird darauf drängen ..., daß die Bündnispolitik ... intensiviert wird.“ Was soll das heißen? Und dann finde ich in dieser zweiten Strichaufzählung den Satz:

„Die CDU wird auch mit jenen Staaten, die sich von gegensätzlichen ideologischen Zielen leiten lassen, eine Politik der aktiven Zusammenarbeit im Dienste gemeinsamer Interessen betreiben.“ Herrgott, also, ich versuche mich wiederum nicht an Worte zu klammern, obwohl eben das entscheidende Merkmal sicher nicht die andere ideologische Zielsetzung ist, sondern eine andere Gesellschaftsstruktur, ein Machtanspruch, der mit dem unseren kollidiert. Und Ähnliches mehr. Außerdem ist das sicher nichts Neues, daß wir die aktive Zusammenarbeit suchen. Ich würde das sogar noch positiver formulieren. Aber gut, ich will damit nur sichtbar machen, daß dieses gesamte Kapitel, wie ich meine, von Grund auf überarbeitet werden muß, weil es wirklich, zum Teil übrigens auch widersprüchlich, die Dinge allein unter dem Gesichtspunkt der Verkäuflichkeit einer bestimmten Politik sieht. Das ist der Eindruck, der sich mir aufdrängt. Nun bin ich gerne bereit, mich in der Sprachwahl und all den Dingen anzupassen. Aber das ist weder der Analyse nach, noch den Schlußfolgerungen nach ein Papier, das ich akzeptieren könnte.

Hupka: Zwei kurze sprachliche Bemerkungen: Den Ausdruck „die Optionen Konrad Adenauers“ halte ich für unmöglich, und zum anderen auch den Ausdruck, „Außenpolitik ist, künftig mehr denn je, mehr als nur Außenpolitik“. Das heißt dann Innenpolitik, da können wir lange philosophieren, lassen wir es bei der Außenpolitik. Ich schließe mich dem uneingeschränkt an, was Manfred Wörner gesagt hat. Keine einzige Passage, wo es möglich ist, auch etwas über die Deutschlandpolitik zu sagen, über das Selbstbestimmungsrecht, über Berlin. Hier ist kein Wort davon enthalten. Wir haben ein so ausgezeichnetes Programm zur Wahl gehabt, warum übernimmt man das nicht alles? Frieden und Freiheit müssen wir gegen jede militärische, ideologische Bedrohung sichern und alles, was dazu gehört. Also, hier brauchen wir ja nur abzuschreiben, was wir schon einmal gesagt haben; dann hätte das weit mehr Substanz. Also, ich bedaure sehr, daß hier auch nicht einmal in der Neuformulierung etwas in diese Richtung gesagt worden ist.

Das zweite, vom Bündnis. Das Bündnis ist einfach nicht so, das hat auch schon Wörner gesagt, in diese Ausführungen mit aufgenommen, wie es dringend notwendig wäre. Drittens, diese ganz einseitige Darstellung, nur auf China hinzuweisen, Japan überhaupt nicht zu erwähnen. Wenn ich also schon einige Länder nenne, muß ich zumindest diese wichtigste Industriemacht außer Deutschland und Amerika nennen und kann nicht daran vorbeigehen. Also, ich würde vorschlagen, um das möglichst kurz zu machen und nicht zu wiederholen, was schon Wörner gesagt hat, daß wir uns doch dieses Wahlprogramm ansehen, weil wir das wirklich ganz hervorragend haben. Das brauchen wir ja nicht alles wieder mit einer anderen Schlagseite zu formulieren, wir brauchen es nur zu übernehmen und vor allem daran zu denken, daß es die einzige Passage wäre in der ganzen Aussage, wo etwas zu Deutschland, dem Selbstbestimmungsrecht Berlins und den Menschenrechten enthalten sein kann.

Kohl: Ja, wir sind jetzt natürlich dabei, völlig vom Thema abzukommen.

Späth: Ich möchte gerne zur Geschäftsordnung eine Anmerkung machen. Das, was Manfred Wörner gesagt hat, ist uneingeschränkt richtig, und ich glaube noch nicht einmal, daß es darüber einen großen Dissens gibt. Ich habe den Eindruck, daß dieses Papier entstand unter dem Aspekt, jetzt haben wir eine Klausursitzung, jetzt müssen wir mal ein Papier vorlegen. Ich will nicht denen wehtun, die das Papier gemacht haben. Nur, wenn wir nach dem Papier weiterfahren und analytisch vorgehen in unserer Positionsbestimmung, dann sind wir a) um zwölf Uhr frühestens auf Seite 11 und kommen noch nicht

mal zur Seite 19, und b) wir haben ein zweites großes Problem, was soll denn dieses Arbeitspapier für den Parteitag werden? Wir erarbeiten hier die Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms. (*Kohl*: Nein, das wollen wir genau nicht!) Nur, Helmut, wenn ich das genauso sagen darf, wenn wir an dem Papier so weitermachen, (*Kohl*: Ja, das habe ich ja auch eingangs eben gesagt, wie ich das sehe.) kommen wir kein Stück weiter, sondern wir sollten uns jetzt auf die paar Themen konzentrieren, zu denen wir auf dem Parteitag diskutieren wollen und die wir so konkretisieren, damit wir ein Arbeitsprogramm auf dem Parteitag diskutieren können. Wenn wir Außenpolitik auf dem Parteitag diskutieren, da hat Manfred Wörner recht, dann können wir nicht so etwas vorlegen. Aber die Frage ist, daß wir jetzt, glaube ich, auswählen müssen, welche der Themen wir schwerpunktmäßig zum Arbeitsprogramm machen wollen. Und da müssen wir uns, glaube ich, irgendwie abgrenzen, sonst sitzen wir nämlich da und werden auf jeder Seite, die jetzt kommt, die innerdeutsche Position behandeln. Ich kann nur sagen, bei der Innenpolitik passiert genau dasselbe, daß nämlich jeder, der ein bestimmtes Gebiet hat, etwa Energiepolitik oder Wohnungsbau, sagen wird, ja was steht denn darüber drin? Über die dringende Frage Wohnungsbau steht im Papier praktisch null. Ich sage nur, wir müssen uns einigen, wie wir jetzt vorgehen wollen.

Kohl: Also, der Einwand ist völlig richtig, ich habe es ja gestern gesagt und eben bei der Eröffnung. Wir sind jetzt drauf und dran, eine Diskussion à la Grundsatzprogramm zu machen. Das ist genau das, was wir nicht wollen. Man kann mit Recht darüber streiten, ob das Papier nicht durch seine Länge und den Versuch eines umfassenden Darstellens, eines Aufrisses von Problemen – da fehlt natürlich immer noch das eine oder andere – diese Gefahr noch förmlich beschleunigt. Aber damit das ganz klar ist, ich gehe davon aus, daß wir dem Parteitag nicht ein solches Papier vorlegen mit 25 Seiten, sondern daß wir die Themen herausfiltern, die wir für die nächsten zwei Jahre für relevant halten. Dann müssen wir halt den Mut haben, Themen herauszulassen. Und deswegen mein Vorschlag. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, ich muß jetzt noch einmal wiederholen, was gestern ja schon gesagt worden ist. Dies ist eine Diskussionsgrundlage und sonst überhaupt nichts. Und unsere Aufgabe heute sollte doch darin bestehen, so war ja auch die Diskussion gestern geführt worden, miteinander zu überlegen, welche Themen in den nächsten zwei Jahren, möglicherweise sogar darüber hinaus, aus unserer Sicht im Vordergrund der Diskussion der Partei stehen sollten. Mit Sicherheit nicht eine umfassende Diskussion sämtlicher Probleme und politischer Aussagen der Christlich Demokratischen Union, sondern eine Diskussion von offenen Problemen, von denen wir sehen, daß sie auf uns zukommen und für die wir noch keine abschließende Antwort gefunden haben. Auch unter dem Gesichtspunkt der Wählerschichten, die wir noch gewinnen müssen. Dieses Papier steht zum Beispiel stark unter der Überlegung, über welche Themen wir zum Beispiel an junge Wähler herankommen können. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Papier durch. Aber es handelt sich hier erstens nicht um eine abschließende Aufzählung, das ist von Anfang an immer gesagt worden, und zweitens handelt es sich um eine Darstellung der Probleme so, wie sie im Moment präsent sind.

Unsere Aufgabe in dieser Klausurtagung sollte doch darin bestehen zu überlegen, ob die Themen im groben richtig ausgewählt sind. Gibt es zusätzliche Themen, welche Themen sollte man möglicherweise weglassen, und daß das dann in diesen Antrag für

den Bundesparteitag eingearbeitet wird. Der Antrag muß ja so aussehen, daß der Bundesparteitag – ich weiß nicht wen – den Bundesvorstand, beauftragt, jetzt die und die und die Themen in den nächsten zwei Jahren anzugehen. Und dann muß entschieden werden, wo auf einem Parteitag zum Beispiel die Schulfrage, das haben wir gestern aber alles schon gesagt, oder andere Themen auf einem Fachkongreß behandelt werden sollen. Um so etwas zu ermöglichen, muß man aber einen Aufriß machen der Probleme, wie sie sich jetzt darstellen. Niemand behauptet, daß er den Stein der Weisen gefunden hat und schon jede Problematik erstens weiß, und zweitens, daß er auch alle Probleme hier schon erwähnt.

Späth: Ich bitte das jetzt nicht als Kritik aufzufassen, ich sage nur, dieses Papier führt uns jetzt nicht weiter, es ist z. B. eine Verbindung von Jugendpapier und Problemanalyse. Und genau da bleiben wir hängen, da kommen wir nämlich zu dem, was Manfred Wörner sagt. Was ist jetzt mit Nord-Süd und Ost-West, das eine ist so und das andere ist so. Wir kommen nicht weiter, wenn wir uns jetzt an den Dingen festkrallen. Warum gehen wir nicht vor, beispielsweise, daß wir jetzt bei der Außenpolitik den Manfred Wörner mal fragen, was ist denn jetzt die Meinung dieses Gremiums, was wären arbeitsmäßig die Schwerpunkte, die wir diskutieren sollten? (*Kohl:* Das haben wir ja schon im Präsidium gesagt.) Ja, nun, im Präsidium waren wir schon viel weiter. (*Unruhe. Diskussion.*) Und nicht die Beziehung zur Volksrepublik China. Zum Beispiel bei Europa müssen wir doch das Stichwort mal diskutieren, wie stellen wir uns ein zu dem, was wir zu unserem Stichwort Freizügigkeit in Europa, zu dem Thema EG, Wirtschaftslage und solche Dinge entwickeln, und dann müssen wir sagen, wollen wir das diskutieren oder wollen wir es in zwei Jahren nicht in den Vordergrund stellen? Dann müssen wir am Schluß um zwölf Uhr hier fünf Themen haben, über die wir schwerpunktmäßig diskutieren wollen, und dann müssen zu diesen Themen die Thesenpapiere vorgelegt werden, sonst kommen wir mit der Geschichte nicht weiter.

Kohl: Ist doch alles drin!

Geißler: Die sind alle drin. (*Unruhe. Diskussion.*)

Albrecht: Daß dies eine Diskussionsgrundlage ist, haben wir verstanden. Nur, sie erleichtert uns nicht die Diskussion, sondern sie führt uns in eine Diskussion hinein, die eine Diskussion ist, die wir eigentlich gar nicht heute führen können und führen wollen. Wenn wir auf die Uhr jetzt gucken und auf das, was wir wirklich wollen, dann meine ich, sollten wir in der Tat uns davon lösen und heute nicht Lösungen diskutieren, sondern wir sollten versuchen, gemeinsam zu gewichten, welches der Stellenwert der einzelnen Probleme für unsere Politik der nächsten Jahre ist. Das heißt, welches ist der Stellenwert der Entwicklungspolitik oder der Ostpolitik, aber nicht nun einzelne Lösungen für die Entwicklungspolitik oder die Ostpolitik diskutieren. Und wenn wir das tun heute morgen, haben wir schon eine ganze Menge geschafft, denn da gibt es auch Meinungsunterschiede zwischen uns. Ich sehe zum Beispiel das Thema Ökologie und Ökonomie als weniger gravierend an als andere, weil ich glaube, es ist schon weitgehend ausdiskutiert worden. Das ist die Art von Diskussion, glaube ich, die wir heute führen sollten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Stoltenberg: Ich kann hier sofort anknüpfen. Das Problem ist halt, daß hier der Versuch gemacht ist – und es ist immer schwierig, Außenpolitik auf drei Seiten abzuhandeln, das will ich mal zugunsten der Autoren sagen –, ausgehend von einer Problemanalyse Folge-

rungen für die Arbeit zu ziehen. Wir diskutieren jetzt anhand der Darstellung der Probleme, die gerafft ist, die auch nicht optimal ist, über Sachverhalte, Stichworte, und das Thema Folgerungen für die Arbeit – also was hier auf Seite 10 steht, „im einzelnen bedeutet dies“ – kommt dabei ein bißchen kurz. Wir müssen uns, glaube ich, jetzt konzentrieren, mit wenigen Anmerkungen über die Problemanalyse zu reden, was dies im einzelnen bedeutet. So würde ich mal die weitere Diskussion zu diesem Punkt vorschlagen.

Kohl: Also, dann rekapituliere ich nochmal aus dem Präsidium, ich bin ja genau dieser Auffassung, die hier gesagt wurde. Die Sache ist jetzt durch immer mehr Material wiederum in eine Programmdiskussion geraten; im Präsidium waren wir weiter. Wir müssen jetzt entscheiden, egal, was hier in dem Papier steht, für eine Zusammenfassung für die nächste Bundesvorstandssitzung. Wir waren im Präsidium einig, daß wir nicht alle Themen abhandeln, das ist jetzt sehr wichtig. Herr Hupka, da kann man nicht Deutschlandpolitik und Berlin und alles bringen, das sind ja Themen, die völlig gesichert sind, da sind wir auch einer Meinung. Es geht um die Frage, was ist jetzt aktuell, was soll jetzt behandelt werden? Da waren wir im wesentlichen im Bereich der Außenpolitik, im weitesten Sinne des Wortes, der Auffassung, weil alle anderen es liegenlassen, weil wir die Europa-Partei sind, wir müssen diesen Geschäftsbereich, der vor uns liegt zum Thema Europa-Politik – und da kann man sehr gut über Menschenrechte reden, was ist Europa über die EG hinaus –, also das Thema Europa aufgreifen. Zumal feststellbar ist, daß die Partei dabei ist, die Chance zu verlieren. Nach dem großartigen Wahlsieg 1979 wurde das Thema Europa auch innerparteilich bis auf die Ebene der Kreisverbände abgehakt, und es wird je nachdem dem Fleiß oder dem totalen Nichtfleiß der Mitglieder im Europäischen Parlament überlassen, ob dort lokal etwas geschieht oder nicht. Ein Europa-Abgeordneter, der faul ist, wird von keinem Menschen angesprochen, oder von sehr wenigen nur, und darauf hingewiesen, daß er jetzt mal Versammlungen halten soll und Rechenschaft geben soll über das, was das Parlament tut.

Das war der eine Punkt. Der zweite Punkt, und das ist schon richtig, es ist hier, Manfred Wörner, nicht gerade optimal formuliert, daß der Nord-Süd-Konflikt zugunsten des Ost-West-Konflikts in unserer Politik zu kurz gekommen ist. Das ist das erste, da sind wir auch gar nicht gegeneinander, sondern da sind wir übereinstimmend der Meinung. (*Unruhe. Diskussion.*) Aber wir haben bei uns in der innerparteilichen Diskussion den Nord-Süd-Konflikt total vernachlässigt zugunsten des Ost-West-Konflikts. Das ist doch ein Tatbestand, das ist doch gar nicht zu leugnen; wenn man so sieht, wer über Außenpolitik redet und wie, ist es ganz klar. Deswegen muß dieses Thema hineingebracht werden. Und jetzt stocke ich schon, ob noch ein weiteres Thema in dem Bericht aufgegriffen werden kann, ob das nicht völlig ausreicht; denn wenn das Nord-Süd-Thema vernünftig aufbereitet wird, ist das ein riesenhaftes Thema mit allen Gesichtspunkten. Mehr, finde ich, können wir in anderthalb Jahren, die wir uns so vornehmen, daß es durchgearbeitet wird, gar nicht machen.

Albrecht: Ich würde gerne kurz eine Bemerkung zur Sache machen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, dann muß aber Philipp von Bismarck kommen.

Albrecht: Ich bitte um Vergebung.

Von Bismarck: Herr Vorsitzender, ich bin dankbar für die Änderung unserer Diskussionssystematik und möchte jetzt zu dem Thema Europa noch ein paar ergänzende Be-

merkungen machen. Ich weiß sicher, daß nicht alle Kollegen lesen konnten, was ich geschickt habe⁷¹, aber die Situation ist doch so, daß alles, was wir tun, in Wirklichkeit innerhalb des heutigen Europa, in der Europäischen Gemeinschaft tun. Nur sehr wenige sind sich darüber klar, wie weitgehend unsere Souveränitäten bereits abgetreten sind. In der Landwirtschaft, in der Verteidigung, in der Außenpolitik, in der Währungspolitik, in der Wirtschaftspolitik. Auf keinem dieser Gebiete sind wir mehr wirklich souverän. Wir verdrängen das, aber wir sind es nicht. Daher ist alles, was über Außenpolitik geredet wird, im Grunde genommen an der Sache vorbeigeredet, wenn es nicht als europäische Problematik gesehen wird. Das Merkwürdige ist, daß wir jetzt die ganze Sache, wie Helmut Kohl sagt, ein bißchen heruntergespielt haben; dafür haben wir ja unsere Europäer. Wie wir Sozialausschüsse für den DGB haben, so haben wir für Europa die Europäer. Und wenn man anfängt, davon zu sprechen, dann sagt man, ach Gott, jetzt fängt er wieder mit seinem Europa an. Sie glauben gar nicht, wie aktiv unwillig Kollegen sind, darüber etwas zu hören. Das geht bis zur Feindseligkeit, wenn ich davon zu sprechen anfangen. Ich habe so etwas noch nie erlebt und muß Ihnen das mit großem Ernst und mit großer Sorge sagen. Ganz im Gegensatz zu der Situation, die wir im Europäischen Parlament haben, wo die Christlich Demokratische Union als stärkste Gruppe in der CD-Fraktion praktisch die Führung und daher die Hauptverantwortung hat, die Gruppe christlicher Demokraten, Liberale und Konservative die Mehrheit im Parlament. Wir streiten in den Ausschüssen, was wirklich nachher Gesetz wird. Und dann gibt es einige Dinge, die uns ganz unmittelbar betreffen können. Von Mitbestimmung angefangen. Das Schreckliche ist, daß ich im Augenblick die Widerwilligkeit gegen eine Zusatzinformation Europa gar nicht überwinden kann. Ja, Wilfried Hasselmann, Du bist eine große Ausnahme, Du guckst mich freundlich an. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Lassen Sie mich eine substantielle Sache sagen. Wissen Sie, die meisten, auf die ich stoße, sagen, „ach Bismarck, Mann, das wird doch nichts, jetzt auf jeden Fall nicht“. Da wird mir geantwortet von sehr hochstehenden Persönlichkeiten, das wird mal in 100 Jahren etwas. Sie würden staunen, wer so etwas sagt, aber in Wirklichkeit beruft man sich nur darauf, daß man sagt, Sie wissen doch, daß die Franzosen das nicht wollen. Wenn Sie dem dann nachgehen, dann stoßen Sie darauf, daß das keineswegs so sicher ist. Jedenfalls keinen von uns entschuldigt am Ende unseres Lebens, wenn wir die Chance, Europa zu vereinigen, verpaßt haben und uns damit rausgeredet haben, wir wußten ja, daß es nicht geht. Ich glaube wirklich, es ist eine unserer allergrößten Sünden, daß wir uns jetzt ein Jahr lang sozusagen auf die europäische Bärenhaut gelegt und gesagt haben, das werden die Europäer schon machen. Ich meine, daß die Chance, wo wirklich substantielle Änderungen möglich sind, nach Giscard's Wiederwahl im nächsten Jahr eine Periode von zwei Jahren etwa sein wird, bevor die Wahlkämpfe in Deutschland, England und Europa sich dann bereits unheilvoll wieder ankündigen. Der eigentlich entscheidende Punkt ist ja, daß Sie sich bitte einmal vorstellen, Europa wird heute so regiert wie die Bundesrepublik Deutschland regiert würde ohne Bundesregierung. Nämlich von dem Bundesrat. (*Unruhe. Diskussion.*) Sie können sich alle vorstellen, wie lange das gut ginge, außer an einem solchen Tisch. Das ist ja gerade das Gefährliche, daß Lothar Späth sagt, das findet er hervorragend. Genauso ist es! (*Unruhe. Diskussion.*) Jeder tut das, was er vor seinem

71 Tischvorlage „Erwägungen und Fragen zur `Position Europa`“ in ACDP 07-001-1335.

heimischen Parlament glaubt, vertreten zu können, und zwar nach dem Gesichtspunkt, mit was gewinne ich denn meine nächste Wahl? In Wirklichkeit ist es aber so, das wissen wir doch alle, daß wir alle Rechnungen Europas zahlen werden. Wir sind auf dem Weg, in Europa die Soziale Marktwirtschaft einzuführen, ins Gespräch zu bringen. Ich habe hier eine kleine Schrift aus England mit dem Vorwort von dem Wirtschaftsminister Keith Joseph „Why Britain needs a social market economy“⁷², warum braucht England die Soziale Marktwirtschaft. Ich finde, wir müssen davon Kenntnis nehmen, wie sich das entwickelt. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß die Gewerkschaftsstrukturen da völlig andere sind und daß sie uns sehr betreffen werden.

Ich breche jetzt hier ab, weil ich sicher weiß, wenn ich länger spreche, sagen Sie, ach komm, jetzt hat der so lange über Europa geredet, wir wollen mal zur Sache kommen. Ich möchte bitten, Herr Vorsitzender, daß wir, wenn wir ein Programm machen und darauf schreiben, was die wichtigen Themen sind, Europa nicht an die letzte, nämlich gar keine Stelle setzen, unter den sechs Punkten kommt Europa nicht vor, sondern uns damit beschäftigen, was wir damit machen wollen. Und ich glaube ganz sicher, daß, wenn Sie näher herangehen, Sie alle sehen werden, daß dies eine Dimension ist, die alle anderen Dimensionen betrifft und daß wir nur durch unsere Initiative Bremsen wegbringen können, die tatsächlich bestehen. Selbstverständlich gibt es in Frankreich Bremsen, in England Bremsen, aber es gibt auch in Deutschland Bremsen. Mein Eindruck aus Gesprächen mit nahen Freunden von Helmut Schmidt ist, daß er zur Zeit gar nicht will. Alle Sozialisten in Europa machen eine Politik im Parlament, die deutlich macht, daß es kaum einer will. Und wir sind diejenigen, die die Verantwortung haben dafür, daß sich das wieder bewegt. Ich wäre dankbar, wenn wir in Zukunft in der ganzen Sache als Europäer denken und das nicht den Europäern überlassen. Wenn wir das lassen, können Sie ganz sicher sein, daß Europa in kurzer Frist in allergrößte Schwierigkeiten gerät.

Mein Schlußsatz ist der: Die europäische Wirtschaft- und Währungsgemeinschaft, aus der jetzt ja mit den beiden anderen Gemeinschaften Atom und Kohle die EG geworden ist, kann keines seiner Ziele erreichen, ohne eine minimale zentrale Autorität, weder Stabilität des Geldes – im Gegenteil, das wird katastrophale Formen annehmen, wenn das so bleibt, wie dieses Währungssystem jetzt ist –, noch die Vollbeschäftigung, noch eine Verteidigungsfähigkeit, die dieses „Back to the response“ auch nur annäherungsweise wirklich realisiert. Infolgedessen glaube ich, daß wir hier eine hervorragende Chance haben im Sinne des Papiers, hier ist ja von der Chance vor allem geschrieben, für eine, wie ich meine, moralisch und politisch todernte Aufgabe. Ich möchte Sie beschwören, das in Zukunft alles mitzusehen, mich zwar unwillig zurückzuweisen, aber dann doch zuzuhören. Ich danke Ihnen sehr.

Albrecht: Ich will vielleicht zur Methode zunächst eine Bemerkung machen. Ich glaube nicht, daß wir jetzt darangehen sollten, die wichtigen Themen aufzulisten, sondern unsere Zielrichtung ist ja eine andere, die Themen zu finden, wo wir im Interesse der Mehrung unserer politischen Chancen jetzt darauf den Akzent legen müssen. Und das ist ein großer Unterschied! (*Unruhe. Diskussion.*) Und Europa, das nimmt mir jeder ab, ist ein fundamental wichtiges Thema, ich habe ja schließlich 17 Jahre meines Lebens dafür

72 Keith Joseph (1918–1994), britischer Anwalt, Politiker (Konservative Partei); 1956–1987 Mitglied des House of Commons, 1970–1974 Sozialminister, 1979 Industrieminister, 1981–1986 Minister für Bildung und Wissenschaft.

zugebracht, und das bleibt ein wichtiges Thema. Aber es ist kein Thema, muß ich ehrlich sagen, nach meiner Überzeugung, wo wir jetzt unsere politischen Chancen verbessern könnten, wenn wir das in den Mittelpunkt der Diskussion stellen würden.

Ich sehe, und das ist ja eigentlich die Grundaussage dieses Papiers, das wollte sie sein, es als richtig an, daß wir das Thema Not, Dritte Welt, Vierte Welt stärker zu unserem eigenen Thema machen müssen. Aus zwei Gründen: Der eine Grund ist, daß nach meiner Überzeugung hier furchtbare Katastrophen in den nächsten fünf Jahren passieren werden, wenn sich nicht die Energiepolitik total ändert, was man nicht sieht. Aber was die meisten von uns wissen, ist, daß die Belastung der Entwicklungsländer durch die Ölpreissteigerung allein des letzten Jahres mehr ausgemacht hat als die gesamte Entwicklungspolitik aller industrialisierten Staaten der Welt zusammengenommen. Das heißt, die Entwicklungspolitik hat noch nicht mal ausgereicht, um die Ölpolitik der Ölscheichs zu kompensieren. Wenn dies noch ein paar Jahre so weitergeht, dann kann man sich ausrechnen, was in dieser Welt los ist. Deshalb müssen wir frühzeitig uns mit dem Thema befassen und es zu unserem Thema machen.

Es gibt einen zweiten Grund für mich, daß wir nämlich auf keinem Thema wahrscheinlich besser den Zugang finden zu ganzen Bereichen der Politik, die wählermäßig für uns wichtig sind, zu jungen Leuten, Evangelische Kirche, auch Katholische Kirche. Das sind ganze Bereiche, wo wir zur Zeit raus sind, weil wir dieses Thema nicht in glaubwürdiger Weise behandeln. Deshalb meine ich schon, daß das eine ganz starke Priorität verdient. Ich will aber auch, obwohl ich weiß, daß ich mich da ein bißchen unbeliebt mache, sagen, wir sollen uns nicht herumdrücken um die Frage, warum wir so viel zu schaffen haben mit dem Thema Friedensfähigkeit der Union. Das hat uns 1972 die Wahl gekostet, 1976 haben wir es geschafft, die innenpolitischen Thema in den Vordergrund zu drängen, 1980 ist es das einzige Thema gewesen, wo die anderen sich gut behauptet haben, während wir bei den übrigen Themen unsererseits voll im Vormarsch gewesen sind. Auch hier sage ich, ich will jetzt nicht die Lösungen diskutieren. Ich sage aus der Erfahrung vorweg, wir sind in der guten Situation, daß wir in den Grundsatzpositionen, die wir eingenommen haben, uns eher bestätigt als desavouiert fühlen können durch das, was sich in der Welt abgespielt hat. Aber es ist trotzdem ein Problem, die Bevölkerung ist noch nicht überzeugt davon, daß wir hier in diesem Bereich besser sind als die anderen. Und deshalb müssen wir da noch ernsthaft drüber nachdenken.

Kohl: Ernst, die Sache Nord-Süd, Hunger, Friedensfähigkeit – das geht ja alles ineinander über –, ist, glaube ich, hier völlig unstrittig. Für mich ist es neu, daß hier strittig ist die Priorität Europa. Ich bin hier diametral anderer Meinung! Wir haben 1984 die Wahl zum Europäischen Parlament. Das ist das Wahljahr der Bundestagswahl. Wenn es mit den Dingen in Europa so weitergeht – wir sind dort die stärkste politische Kraft –, werden wir im Wahljahr des Bundestags voll in die Verantwortung genommen für Europa. Wenn wir also jetzt mehr oder minder schweigen und das der europäischen Fraktion überlassen, vor uns hindämmern als Partei, (*Albrecht:* Das brauchen wir nicht.) dann haben wir an dem Punkt erstens einmal unter Wahlchancegesichtspunkten viel vertan. Und zweitens: Ich gehe natürlich davon aus, daß jeder von uns zur Grundlage seiner Überlegungen macht, was uns Wähler bringt, aber vorne dran steht unausgesprochen, was ist richtig. Und darüber gibt es für mich gar keinen Zweifel. Ob in diesem Jahrzehnt sich noch etwas bewegt oder nicht, ich bin überzeugt, am Ende des Jahrzehnts ist der Zug abgefahren,

wenn wir auf dem Status quo, das ist heute, verharren; das Schicksalhafte in Europa gibt uns zwingend die Notwendigkeit auf. Das Europa-Thema in der Partei und die Partei sozusagen auf dieser Linie weiterzuentwickeln, ist sehr viel leichter, weil es weniger Umdenkprozessen, sondern nur Anstößen bedarf, als etwa Hunger, Nord-Süd und so etwas, was ja mit bierbankstrategenhaften Vorbehalten im Psychologischen sehr stark belastet ist. Man muß sich darüber im klaren sein, daß es ein sehr großer psychologischer Unterschied ist. Deswegen bitte ich dringend, die beiden Themen in den Mittelpunkt zu stellen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Albrecht: Helmut, daß das Thema wichtig ist, ist gar kein Zweifel. Das, was ich befürchte, und das ist eine alte Erfahrung, daß wir zwar darüber reden können, aber die Medien werden es nicht aufnehmen. Und warum nicht? Weil sich nichts bewegt in Europa. Das ist zwar übertrieben, aber es ist sehr schwer, mit Europa heute die Schlagzeilen der Zeitungen zu besetzen. Wir müssen aufpassen, daß wir da nicht ins Leere reinstoßen. Lassen Sie mich eine zweite Bemerkung machen: Ich warne davor, daß wir diese Themen auswählen nach dem, was in der Partei leicht ist und was schwieriger ist in der Partei. Dann haben wir eigentlich schon verloren. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ich sage nur, Ernst, ich bin für beide Themen, ich kann aber sagen, daß das eine schwieriger durchsetzbar ist als das andere.

Wörner: Ich möchte zunächst einmal das unterschreiben, was Ernst Albrecht gesagt hat. Es ist ganz sicher einer der Minuspunkte in unserer eigenen Arbeit der letzten Jahre gewesen, daß wir diese Frage ähnlich nachlässig behandelt haben wie andere auch und daß wir sie dann vorwiegend unter Ost-West-Gesichtspunkten gesehen haben. Nun gibt es manchen Grund, das so zu sehen, aber das hat unter anderem eben die Wirkung gehabt, die wir alle kennen, in jenen Bereichen, vom Jungwähler angefangen bis hin zu den Kirchen, die sich mit diesen Fragen sehr stark identifizieren. Das können wir, das müssen wir ändern. Hier sehe ich im übrigen keine Probleme. Die ersten Beratungen in der Bundestagsfraktion zeigen mir, daß wir doch ein hohes Maß an Übereinstimmung schon jetzt über diese Frage haben. Dann Europa-Politik, ich glaube, wir können gar nicht darauf verzichten, Europa-Politik groß zu spielen, obwohl die Skepsis von Ernst Albrecht auch hier berechtigt ist. Ob die Medien es uns abnehmen, ist eine andere Frage; gleichwohl müssen wir es versuchen. Denn daß Philipp von Bismarck recht hat, daß das eine zentrale Frage der deutschen Außenpolitik ist, auch eine Schicksalsfrage für das Überleben Europas, ist ja klar.

Ich möchte jetzt ansetzen bei dem dritten Punkt, wobei ich allerdings nicht weiß, ob wir heute die Zeit haben und uns die Zeit nehmen wollen, um dies zu diskutieren. Es muß jedenfalls sehr bald mal ein Zeitpunkt gefunden werden. Wir können nicht allein unter dem Thema diskutieren, was unsere politischen Chancen vergrößert. Wenn ich einmal die fünf Problemfelder aufzähle – jetzt völlig unabhängig von der Chancenminderung oder Chancenmehrung –, die ich sehe im außen- und sicherheitspolitischen Bereich, dann ist das Entwicklungshilfe, dann ist das Europa, ich ordne hier nicht nach Prioritäten, dann ist das der ganze Sektor der Ostpolitik. Dann ist das das, was ich den Wandel der Sicherheitsvorstellungen nenne, nämlich die Bedrohung, die sich verlagert hat, a) einmal hinaus aus dem Bereich der NATO, und b), die sich gewandelt hat von militärischer Bedrohung weg hin zur Bedrohung unserer Rohstoffversorgung. Das ist eines der zentralen Probleme der kommenden Jahre, dem wir überhaupt nicht ausweichen können. Und dann ist es

schließlich noch der gesamte Komplex der Freiheitssicherung. Ich glaube, in vier Feldern werden wir sehr leicht in dieser Partei Einverständnis finden.

Aber wir müssen hier den Komplex aufarbeiten, den ich jetzt einmal mit Ostpolitik umschrieben habe. Das ist das, was Ernst Albrecht auch angeschnitten hat. Wir haben es Gott sei Dank geschafft – ich will jetzt wenig zur Sache sagen, weil ich ja auch nicht weiß, wie gesagt, ob das jetzt der Zeitpunkt ist –, die ganzen Auseinandersetzungen der Vergangenheit, glaube ich, für die Bundestagsfraktion jedenfalls und wahrscheinlich auch für große Teile der Partei zu beenden. Dazu hat die Rede von Kohl wesentlich beigetragen, der die Akzente, wie ich finde, auch richtig gesetzt hat. Gleichwohl werden wir allein durch die Tagesereignisse gefordert werden, und zwar keineswegs nur die Bundestagsfraktion, sondern auch die Partei. Und dann wird sich sehr schnell herausstellen, daß wir eben auf dem Gebiet der Ostpolitik mit manchen gedanklichen und politischen Ansätzen der Regierung nicht übereinstimmen können. Dann werden wir gezwungen sein, Alternativen aufzubauen. Das, fürchte ich, wird unsere eigentliche Schwierigkeit sein, auch meine, die dieses Aufgabenfeld zu setzen haben. Es ist gar nicht so einfach. Das kann man theoretisch sehr schnell ausformulieren, ich habe das versucht in meiner Bundestagsrede⁷³; aber das ist praktisch sehr schwer durchzuhalten.

Und dann fürchte ich natürlich, Herr Albrecht, das muß ich ganz offen sagen, daß wir in der Ausformulierung von Alternativen auch in Zukunft unvermeidbar in Regionen kommen, die uns in den Augen der Bevölkerung eben nach wie vor eher in das Lager derer bringen, die, sagen wir es mal ganz offen, Fragen der Verteidigung, der Verteidigungsbereitschaft, Fragen der Skepsis gegenüber der sowjetischen Bedrohung spielen müssen, um so eher als die Regierung dieses Feld ja nicht mehr besetzt, nicht mehr besetzen will. Die Problematik ist uns allen klar, darüber brauchen wir uns nicht unterhalten, daß uns hier in der Bundesrepublik Deutschland die psychologische Situation wegläuft, weggelaufen ist. Daß die Regierung ständig diese psychologische Situation in der Bevölkerung unter dem Thema Angst, Anpassung verstärkt, ist auch klar. Ich könnte Ihnen das mit jeder Rede Schmidts nachweisen. Mein Grundproblem ist, wir müssen – und da gebe ich diesem Papier ja recht, das ist eine Feststellung, die ich unterstreiche – uns wahrscheinlich in der Art, wie wir uns verständlich machen, ändern. Auch ich, das gebe ich gerne zu. Wenngleich mir der Wechsel von der Rolle des Kalten Kriegers in die des Friedensengels natürlich etwas schwerer fällt als vielen anderen in diesem Kreis, das weiß ich ja; das ist nur eine ironische Seitenbemerkung. Ich sage damit nur, wir müssen uns in der Art ändern, aber es bleibt ein Grundkonflikt – Herr Albrecht, ich hoffe, Sie sehen ihn auch –, daß wir natürlich zu einem gewissen Grad gegen eine Grundströmung der öffentlichen Meinung stehen, stehen müssen, ich fürchte auf Jahre hinaus.

Mehr will ich im Augenblick nicht dazu sagen, aber hier liegt das Problem, und das müssen wir hier einmal ausdiskutieren. Ich muß ehrlich dazu sagen, ich bin noch nicht so weit, ich würde mich erst in einen solchen Kreis trauen, wenn ich selbst die Alternative völlig klar und praktisch umschreiben könnte.

Geißler: Ich möchte noch einmal kurz begründen, warum dieser Nord-Süd-Konflikt in diesem Papier eine gewisse Heraushebung erfahren hat. Wir haben ja gestern im inhaltlichen Teil, den wir behandelt haben, als notwendig erachtet – das ist ja im übrigen

73 Vgl. Anm. 40 – am 26. November 1980 S. 97–105.

auch durch die Darstellungen von Neumann zum Ausdruck gekommen –, daß wir die Aufgabe haben, eine grundwerteorientierte Politik zu begründen und darzustellen und sichtbar zu machen, daß unsere politischen Entscheidungen in wichtigen Fragen grundwerteorientiert sind. Ich finde, es gibt im Bereich der Außenpolitik eine Reihe von Themen, ich stimme dem völlig zu, was hier gesagt worden ist, unter denen aber die Problematik Nord-Süd-Konflikt vor allem unter dem moralischen Aspekt ganz besonders herausragt. Ich finde, ich möchte das wiederholen, was ich beim Parteiausschuß gesagt habe, eine Partei, die sich nicht mehr darüber aufregen kann, daß 80 oder 100 Millionen Menschen pro Jahr auf der Welt deswegen sterben müssen, weil sie zu wenig zu essen haben, während wir hier Überfluß produzieren, verliert ihre Glaubwürdigkeit. Man kann ein solches Papier machen unter allen möglichen Gesichtspunkten. Wir haben jetzt hier, und dies ist im Präsidium vorgeschrieben worden, einen Aufriß der Probleme erarbeitet, die insbesondere unter der Überschrift „Grundwerteorientierte Politik“ geeignet sind, in einem wahlfreien Jahr möglicherweise von der Partei ganz besonders hervorgehoben und diskutiert zu werden. Daß der Nord-Süd-Konflikt hier sozusagen auf der Hand liegt, haben wir ja gestern schon diskutiert. Da ist ja in der praktischen Diskussion über die Fragen, Signale der Menschlichkeit, exakt dieses Thema auch wieder genannt worden, die Möglichkeit, daß die Partei praktisch abliefert auf diesem Sektor. Deswegen würde ich glauben, daß sich gerade dieses Thema sowohl in der thematischen Erörterung als auch in der Verbindung, wenn dies möglich ist, mit praktischen Aussagen in einem besonderen Maße eignet, im nächsten Jahr von uns behandelt zu werden. Wobei hier natürlich, ich würde schon sagen, auch, aber jetzt thematisch vom Inhaltlichen her, eine Verbindung gefunden werden kann zu Europa. Europa könnte auf diesem Sektor der Entwicklungshilfe eine ganz besondere Rolle spielen. Ernst Albrecht hat im Wahlkampfprogramm ja ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Entwicklungshilfe nach Möglichkeit eben doch mehr europäisch organisiert werden könnte.

Und jetzt darf ich vielleicht, nachdem die erste halbe Stunde vorbei ist, es ist morgens immer ein bißchen schwierig, mit der Diskussion richtig zu beginnen, bis zwölf Uhr doch noch Folgendes sagen: Was ist jetzt weiter zu tun? Wenn ich einmal die Frage, welche wichtigen Probleme, offenen Probleme möglicherweise im kommenden Jahr von uns diskutiert werden, dann dieses Thema. Weiter müssen wir uns ganz sicher beschäftigen mit der Thematik geringes Wachstum, möglicherweise überhaupt kein Wachstum mehr. Und wie sieht dann diese Gesellschaft aus ohne Wachstum? Ich will jetzt nur noch einmal kurz erklären, weil wir – darf ich das vielleicht bitte tun – uns in der Diskussion dann doch auf das konzentrieren, was wir bis zwölf Uhr leisten müssen. Also welche Themen im Vordergrund stehen. Und hier ist die Problematik, wachstumsorientierte Gesellschaft oder mehr gleichgewichtsfähige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ordnung? Hier werden ja nur Fragen gestellt. Fragen werden hier auf den Tisch gelegt, die wir doch behandeln müssen.

Kohl: Wir machen das doch jetzt, Heiner, jetzt mache doch Kapitel für Kapitel. (*Geißler:* Also gut, dann machen wir es so.) Ja, sicher. Also, ich verstehe, ehrlich gesagt, jetzt die erste Stunde nur aufgrund – was ja wieder sehr positiv ist – der Länge der vergangenen Nachtsitzung; denn an sich waren wir gestern, wie ich finde, auch von der Disposition weiter. Wir machen, um es noch einmal zu sagen jetzt anhand dieses Papiers, ohne das Papier im Detail zu diskutieren, die Sammlung der Themen. Und dann sagen

wir, diese Themen wollen wir in die Parteitagsvorlage bringen, und die vorhin eingangs bestimmte Kommission wird dazu etwas formulieren anhand einer Vorlage, die das Adenauer-Haus macht, und im nächsten Bundesvorstand wird das diskutiert. Wenn ich das also jetzt recht sehe, damit wir uns nicht auseinanderreden, haben wir im wesentlichen zwei große Themenbereiche, wobei sich das anreichert, Friedensfähigkeit geht da natürlich durch, das ist Europa und Nord-Süd, Hunger in der Welt usw. Das sind die zwei ganz großen Themen. Das, was Manfred Wörner gebracht hat, können wir in dem Zusammenhang sehen; das ist kein Thema für eine Parteitagsdiskussion, sonst überwältigen wir unsere eigene, ich sage es jetzt mal mit meinen Worten, ostpolitische Geschichte. Aber daß das geleistet werden muß, da sind wir uns aus gutem Grund aus der täglichen Erfahrung einig. Aber ich würde dringend bitten, das nicht damit zu verbinden, sondern wir werden im Laufe des nächsten Halbjahres genug Gelegenheit haben, über das Thema auch in den Gremien nochmal zu reden. Aber für die Vorlage Parteitag, finde ich, muß das jetzt in dem Sektor Außenpolitik für jetzt das Thema sein.

Frage ist, ich habe jetzt nämlich noch einen Haufen Wortmeldungen, können wir jetzt denn nicht, wenn wir die Themen festgehalten haben, weitergehen? Oder gibt es noch zusätzliche Vorschläge zu den Themen?

Späth: Ich will es ganz kurz machen und will das nicht ausweiten. Ich bin sehr der Meinung, daß wir die beiden Themen Europa und Dritte Welt verknüpfen müssen. Ich will aber auf etwas anderes hinweisen, was Europa anbetrifft, und ich glaube, dort ist die Krux, Herr von Bismarck. Ich sage Ihnen, die europäische Diskussion können Sie in der Bundesrepublik erfolgreich auf die Dauer nicht führen, wenn Sie nicht einmal die fundamentalen Fehlentwicklungen ansprechen und zu einer Korrektur bringen. Erste Fehlentwicklung: Die Römischen Verträge haben Europa angelegt als politisches Kerneuropa, gedanklich. Und jetzt machen wir daraus eine Riesenfreihandelszone mit Strukturproblemen, die in ihrem Gefälle überhaupt nicht bewältigt werden können, und dann haben wir noch eine europäische Bürokratie, die uns umbringt. Wenn Sie heute mal eine Bundesratssitzung durchgehen, kann ich nur sagen, da schüttelt langsam der letzte Mensch den Kopf, wenn Sie die europäische Aromaverordnung⁷⁴ zum Beispiel ansehen. Das heißt in Stichworten, wenn wir nicht den Mut haben, jetzt über die Frage Freizügigkeit 1986 zu diskutieren, sage ich Ihnen, wenn Sie eine Gesellschaft ohne Wachstum in der Bundesrepublik haben, können Sie die Türken 1986 nicht einwandern lassen. Das gibt eine Katastrophe. Das gibt einen antieuropäischen Effekt, und den werden Sie im Wahlkampf 1984 schon spüren, daß die Leute sagen, wenn ihr in einem Jahr die Türken hereinlaßt, wählen wir überhaupt nicht mehr für Europa. Ich will mal ein paar Beispiele sagen, die schon vorprogrammiert sind. Wenn wir nicht den Mut haben zu sagen, hier ist das Kerneuropa, jetzt kommt die Umstrukturierung der Landwirtschaft, dann muß das Kerneuropa zweischienig entwickelt werden, nämlich das, was wir politisch einigen wollen und das, was wir als Verteidigung und Wirtschaft entwickeln wollen. Dann können wir aus dem auch eine Strategie für die Dritte Welt, eine europäische Strategie entwickeln. Wenn wir mit diesen Themen als erste kommen, dann können wir das sogar verbinden bis zur Frage der Landwirtschaft, Überschüsse und diese Frage. Nur, wenn wir weiterhin, auch nur noch zwei Jahre, diesen Zirkus Brüssel laufen lassen mit dieser Bürokratie, die

74 Vgl. dazu Aromenverordnung vom 22. Dezember 1981 (BGBl I 1981).

überhaupt nichts mehr Europäisches hat, außer daß sämtliche dort angestellten Beamten versuchen, auch noch die letzten Details in europäische Verordnungen zu klemmen, dann kommt kein Mensch mehr mit, die Leute schreien auf. Sie haben noch mal mehr eine Achslast, die Sie beim Lkw bestimmen können, den Sie nach Frankreich transportieren. Bevor wir eine europäische Bürokratie hatten, wußten wir wenigstens, wie LKW aussehen in Europa. Da hat nämlich jeder seine gebaut, inzwischen bauen alle ihre außer den Deutschen; die warten immer noch auf die Verordnung, wie hoch die Achslast ist.

So könnte ich Ihnen 1.000 Beispiele erzählen. Das Ergebnis ist ein Anti-Europa-Effekt, den wir bekämpfen müssen durch eine Strategie, wie man das Thema angehen kann. Dazu wissen wir gar nichts. Ich bin der Meinung, Europa ja, aber wir müssen uns endlich einmal einigen, was denn unsere Position ist, daß die politische Europa-Frage wieder im Vordergrund steht, nicht die bürokratische. Und wenn Sie das noch verbinden mit dem Thema europäisches Engagement für die Dritte Welt als Chance zum Selbstüberleben, dann würde ich sagen, wenn wir die Themen so verknüpfen, werden die sehr aktuell auch in der Presse, in den Medien und bei der Bevölkerung aufgenommen.

Milde: Wir müssen uns über eines im klaren sein, Herr von Bismarck, daß, wenn die Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung bei uns auch nur annähernd stimmen, wir genau wissen müssen – das hat Lothar eben in einigen Teilbereichen gesagt –, wie wir uns artikulieren, weil die Leute nicht bereit sind, nun den eigenen Arbeitsplatz aus europäischen Gefühlen heraus in Frage zu stellen. Das mag ein niedriger Beweggrund sein, aber das ist ein Punkt, der nicht unterschätzt werden darf. Die Frage der Türkei, das habe ich neulich schon im Bundesvorstand mal gesagt, ist für mich eine Frage der kulturellen Entwicklung, die wir auch sehen müssen. Aber ich finde, wir sehen die Frage der Entwicklungspolitik auch zu sehr isoliert. Die Frage der Kernenergie ist notwendige Voraussetzung, daß vorhandene Ressourcen anderer Art auch den Entwicklungsländern zur Verfügung stehen müssen, damit die uns nicht eines Tages überfallen, weil wir ihnen alles wegnehmen. Das halte ich für ein zentrales Thema. Ich glaube auch, daß wir den Widerspruch eines Teils der Kernenergiegegner aus dem intellektuellen evangelischen Bereich, die gleichzeitig Entwicklungshilfestrategen sind, an dieser Stelle – ja, diesen Widerspruch – aufzeigen müssen, weil das eine Chance ist, diese Leute auf einen anderen Weg zu bringen.

Aber ich hatte mich eigentlich gemeldet, weil ich finde, daß wir nicht so ohne weiteres über die Frage der Ostpolitik hier hinweggehen können. Ich finde nicht, daß wir in der Sache etwas auszuarbeiten haben. Ich finde, daß wir jeden Tag mehr bestätigt werden in der Richtigkeit. (*Kohl:* Also, da will ich dazwischenrufen, nur damit das klar ist, bis jetzt hat sich kein ernsthafter Mensch in der Partei gemeldet, der sagt, wir müssen in der Sache etwas ausarbeiten. Das höre ich immer nur von draußen. Wenn ich aber nachfrage, wo ist denn einer, der das sagt, hat es jedenfalls in meinem Beisein noch keiner gesagt.) Ja, ich frage nur, was sollen dann so Sätze wie „wir müssen das weiterentwickeln“? Das bringt erst eine Diskussion, die wir nicht haben wollen. Ich erinnere daran, daß das alles überbrückt worden ist, was es in dieser Partei mal gab und bewältigt worden ist. Ich warne aber davor, durch eine These der Weiterentwicklung überhaupt erst Dinge wieder aufzureißen und aufzubrechen, die wir bewältigt haben. Ich habe das sehr wohl gemerkt, ironisch bemerkt, was Wörner gesagt hat. Nur, es gibt keine Veranlassung für uns, in der Sache der Ostpolitik unsere Position irgendwo zu ändern. Was nicht bedeutet, daß nicht

einige Strategen, und das waren übrigens häufig nicht gerade die Vertriebenen, ihre Ausdrucksweise oder ihre schnellgeschossenen Vorschläge in Zukunft vielleicht unterlassen könnten.

Wir haben nicht immer gleich gesagt, dann muß das gekürzt werden, was nicht geht, oder das darf nicht mehr bezahlt werden, weil es nicht geht. Ich finde, das Hauptproblem von uns, und nicht nur in der Außenpolitik, ist unsere Schnell- und Dummschwätzei. In der Sache liegen wir goldrichtig, und da sollten wir auch dabei bleiben und dafür das Dummschwätzen unterlassen. Jede falsche Vokabel könnte dazu führen, daß eine partei-interne Diskussion entsteht. Ich denke, unser Hauptproblem – das hat Ernst Albrecht gesagt – ist die Frage, wie können wir dieses Angstgefühl, das die auf uns abgeleitet haben, bei uns, bei unseren Wählern, wieder wegschaffen. Nur, wir dürfen auch nicht vergessen, wir haben immer noch die knappe Hälfte der Wahlberechtigten, die uns gewählt haben, auch wegen unserer Beurteilung der Außenpolitik. Ich bitte dringend darum, daß wir uns nicht, ich habe es gestern in einem anderen Zusammenhang gesagt, einen Konflikt in die Partei hineindiskutieren, weil wir glauben, wir müßten irgendwelche Probleme weiterentwickeln oder neu nachdenken oder Ähnliches mehr. Die historische Entwicklung jeden Tag ist eine Entwicklung, die uns bestätigt. Wenn wir dann lernen, das sprachlich richtig zu verarbeiten, brauchen wir uns in der Sache überhaupt nicht neu hier auseinanderdividieren zu lassen. Ich warne dringend davor. Und ich glaube auch, daß eine neue Diskussion, die alte Wunden aufreißt, ganz erheblich blaue Flecken bringen würde.

Meine dringende Bitte ist, Außenpolitik ist so wichtig, die muß erwähnt werden auf dem Parteitag, aber bitte in einer Diktion, die uns nicht zwingt, gegensätzliche Positionen, die vielleicht gar nicht vorhanden sind, öffentlich zu diskutieren.

Kiep: Ich wollte zwei kurze Bemerkungen zu zwei Sachthemen machen und dann eine allgemeine Bemerkung zu dem, was wir uns hier als Aufgabe vorgenommen haben. Zu Europa möchte ich die Position des Vorsitzenden und von Philipp von Bismarck unterstützen, ganz einfach aus dem Grund, daß in den kommenden Jahren immer deutlicher werden wird, daß wir national überhaupt gar nicht mehr handlungsfähig sind, erstens, weil die Probleme grenzüberschreitenden Charakter haben, und zweitens, weil wir gar nicht mehr über die Instrumente verfügen, um auf nationalstaatlicher Basis Probleme, die uns berühren, zu bewältigen. Ich erinnere an ein Beispiel, um das deutlich zu machen: Wir als die größten Zahler in Europa, als die größte Wirtschaftsmacht in Europa, waren völlig unfähig, in der Frage der komplexen Situation in der Stahlindustrie, unsere Meinung und unseren Willen durchzusetzen. Wir können diese Fragen gar nicht lösen, weil wir die Instrumente nicht mehr haben. Deshalb muß Europa an vorderer Stelle da drin sein.

Lothar Späth, ich würde bei der Kritik an Europa und an der Bürokratie in Brüssel nur warnen davor, nicht zu unterscheiden zwischen den Hemmnissen und Hindernissen und teilweise Unsinnigkeiten, die aus der europäischen Bürokratie in Brüssel kommen, und denjenigen, die aus der nationalen Bürokratie kommen. Ich glaube, man darf das hier nicht in einen Topf werfen. Es gibt sehr wohl Vorschläge der europäischen Bürokratie, die vernünftig sind und die an den nationalen Bürokratien scheitern. Ich glaube, das muß man auch sehen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich bin Ihrer Meinung, daß wir gar nicht ausschließen können, das Thema Europa zur Priorität zu machen und auch kritisch zu Fehlentwicklungen Stellung zu nehmen.

Zweiter Punkt, Nord-Süd. Ich finde – das, glaube ich, Manfred Wörner, war in dem Papier gemeint –, daß wir den Nord-Süd-Konflikt nicht etwa verbinden mit dem Ost-West-Konflikt, sondern daß wir ihm eine ähnlich große Priorität geben in unseren Überlegungen. Ich wollte dazu einen Gedanken anfügen, der mir wichtig erscheint: Wir dürfen, wenn wir den Nord-Süd-Konflikt behandeln, nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß nach unserer Meinung die Konfliktherde in der Dritten Welt, die Veränderungen, die Revolutionen, die Kriege, die dort entstehen, weitgehend autonomen Charakter haben und daher für sich analysiert und beantwortet werden müssen. Dies müssen wir tun, obwohl wir wissen, daß die Sowjetunion in ihrer imperialistischen Politik versucht, jeden Krisenherd der Dritten Welt sich dienstbar zu machen. Diese Tatsache darf uns nicht von der Erkenntnis abbringen, daß dennoch die Ursachen dieser Konflikte, Verwerfungen und Kriege in der Region und in dem Land zu suchen sind und unsere Politik zur Verhinderung solcher Konflikte dies zur Kenntnis nehmen muß.

Ich wollte aber dann etwas sagen zu der ganzen Diskussion hier. Ich glaube, wir dürfen einen Fehler nicht machen, daß wir hier, und das habe ich gestern und heute ein bißchen verspürt, in ein Schubladendenken verfallen, daß wir hier uns sozusagen darüber streiten, was gehört rein in das Programm, was gehört nicht rein. Und dann stellen wir eine Liste zusammen und die tragen wir dann vor. Ich glaube, daß unsere Menschen, um die es ja geht, unsere Bürger, unsere potentiellen Wähler und unsere Mitglieder, die einzelnen Probleme inzwischen aus Veröffentlichungen schon kennen. Aber was völlig fehlt, ist das Verständnis für die Komplexität der Situation, vor der wir stehen. Wir müssen eigentlich als CDU, als Opposition, indem wir unsere Politik vorstellen, diese Interdependenz der einzelnen Problemfelder auch deutlich machen und klarmachen, was das Zusammentreffen aller dieser Probleme in den achtziger Jahren für uns tatsächlich bedeutet, nämlich eine existenzielle Herausforderung, die wir nur bewältigen können, wenn wir alle geistigen und materiellen Ressourcen, die wir haben, mobilisieren. Das beginnt mit der demographischen Entwicklung, die uns zwingt, in den nächsten Jahren mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Das geht weiter über die Sicherung unseres sozialen Systems hinaus bis zu dem ganzen Komplex der Außenpolitik, die ich einmal nennen möchte, Infrastruktur des Friedens. Das ist der Ost-West-Konflikt, der von uns Leistungen erfordert zur Wiederherstellung des Gleichgewichts. Das ist der Nord-Süd-Konflikt, über den wir gesprochen haben. Das ist Europa-Politik, das ist Weltwirtschaftspolitik, das gehört zusammen. Ich glaube, wir müssen, wenn wir überzeugend argumentieren wollen, eine Gesamtschau anbieten und die Komplexität und die Interdependenz der Probleme und die daraus resultierenden Herausforderungen zur Mobilisierung unserer geistigen und materiellen Möglichkeiten deutlich machen.

Und ein letztes Wort: Ich bin in der Frage der außenpolitischen Einlassung der Union, Manfred, eigentlich gar nicht pessimistisch. Im Gegenteil, ich glaube, wir haben eine Chance in der Wertsituation, in der wir sind, zu argumentieren, wenn wir auch die Ostpolitik in diesen Gesamtzusammenhang der Friedenpolitik stellen. Es ist eben so, daß Friedenspolitik in der gegenwärtigen Weltlage ein Mehr an Verteidigungsausgaben erfordert zur Wiederherstellung unseres Gleichgewichts. Ich glaube also, wir sollten unsere Sorge über die Außenpolitik konzentrieren auf den Stil, in dem wir Außenpolitik vermitteln, die Sprache. Ich frage mich in diesen Wochen immer wieder, was heißt eigentlich, dieser oder jener ist liberal? Und dieser oder jener ist illiberal? Das ist doch im Grunde

genommen, nach meiner Beobachtung, nur die Frage, sind wir imstande, auch schwierige ost-, deutschland- und außenpolitische Fragen in einer Weise vorzutragen, die jeden Unfehlbarkeitsanspruch vermissen läßt? Die nicht davon ausgeht, daß wir die Weisheit mit Löffeln gefressen haben, immer recht gehabt haben und die anderen immer Unrecht? Daß wir zuhören können, daß wir gelegentlich auch einmal von Sendung auf Empfang gehen? Ich glaube, wenn wir diese Sensibilität zeigen, dann können wir, und ich habe das doch wie Sie im Wahlkampf erlebt, alle ost- und außen- und verteidigungspolitische Positionen vertreten, die notwendig sind und die sich von denen unterscheiden, die die Bundesregierung vertreten hat. Kurzum, ich glaube, der Stil der Vermittlung unserer Politik ist nicht nur eine Äußerlichkeit, sondern Stilfragen der Politik können in der Situation, in der wir sind, sehr leicht zu Inhaltsfragen der Politik werden.

Lorenz: Ich habe das hier so verstanden, daß wir natürlich nicht die wichtigen Fragen, die uns täglich auf den Nägeln brennen, jetzt wirklich in die Ecke stellen. Es ist doch völlig klar, daß uns die Ost-, die Europa- und die Deutschlandpolitik in den nächsten Monaten und den nächsten Jahren notwendigerweise beschäftigen werden. Wir brauchen uns doch bloß die internationale Lage anzugucken, dann wissen wir, was los ist. Sondern daß wir im wahlfreien Jahr zusätzlich den Versuch machen, bestimmte Felder anzusprechen, die man uns bisher nicht zugetraut hat und wo die junge Generation und die Frauen und die, die uns nicht gewählt haben, sehen sollen, daß wir da auch Kompetenzen haben. Das bedeutet doch nicht, daß wir deshalb nichts über Ostpolitik machen im Jahr 1981, das ist doch überhaupt gar nicht zu vermeiden! Und deshalb, meine ich, sollten wir uns darauf konzentrieren zu prüfen, mit welchen wenigen Fragen wir unser Erscheinungsbild nach außen deutlicher gerade denjenigen gegenüber machen müssen, die uns bisher noch nicht gewählt haben, die wir aber als Wähler gewinnen wollen, ohne irgendeine Position aufzugeben.

Und nun, lieber Freund Milde, darf ich auch noch mal ganz kurz Folgendes sagen: Kein Mensch denkt daran, vernünftige Positionen zu räumen. Nur, es gibt einen größeren Teil Menschen in unserem Volk, die den Eindruck haben, als ob wir unsere Ost- und Deutschlandpolitik häufig machen, um entweder recht zu behalten oder die SPD zu ärgern oder die DDR zu ärgern. Wir müssen klar und deutlich machen, daß das Ziel unserer Politik ist, die Zusammengehörigkeit der Menschen in Deutschland zu stärken, Freiheit und Freizügigkeit für die Menschen im geteilten Deutschland zu erreichen und außerdem das freie Berlin zu sichern, den Frieden zu sichern. Wenn wir das schaffen, dann brauchen wir gar keine Positionen zu räumen. Das ist eine Frage des Stils und der Praxis unserer Politik, dann haben wir sehr viel erreicht, meine ich, und auch übrigens im Verhältnis der demokratischen Parteien untereinander wahrscheinlich eine bessere Basis hergestellt, zu bestimmten Gemeinsamkeiten zu kommen, die uns sicher sehr gut anstehen werden.

Ritz: Ich möchte darauf hinweisen, welche Chancen wir haben, gerade als Partei, das Thema Europa und Dritte Welt zu verknüpfen, aber welche Arbeit wir auch noch zu leisten haben, etwa in der gestern besprochenen Kommission. Europa neben dem Thema Bürokratie ist ja vor allem deshalb so schwer draußen verkaufbar, weil uns das Problem Agrarmarkt, Agrarüberschüsse natürlich ungeheuer belastet. Selbst Fachleute sind ja kaum noch in der Lage, das verständlich den Bürgern klarzumachen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, dazu will ich jetzt mal etwas sagen, weil ich das ja auch spüre in der Partei, daß es immer schwieriger wird, auch unter uns darüber zu reden. Sicher ist, daß wir in den

letzten Jahren in Europa mit wachsender Tendenz Riesentonnagen an Futtermitteln nicht nur aus Industrieländern wie USA und Kanada, sondern auch aus Entwicklungsländern hierher importieren. Mit wachsender Tendenz! Daraus produzieren wir weitgehend die Überschüsse, die uns belasten. Dies angesichts der Tatsache, daß die Welthungerkrise und Weltenergiekrise sich weiter verschärfen. Die Instrumente, die die EG jetzt ansetzen will, um mit dem Agrarmarkt fertig zu werden, gehen aber an dieser eigentlichen Ursache völlig vorbei mit der Folge, daß, sagen wir mal, große landwirtschaftliche Unternehmungen dabei gut wegkommen und die kleinen uns dabei auf die Dauer, der normale Familienbetrieb, unter den Schlitten geraten. Wenn es aber stimmt, daß auf dem Hintergrund von Hunger- und Energiekrise wir mit Sicherheit in fünf bis sieben Jahren nicht mehr die gleichen Mengen kaufen und schon gar nicht zum gleichen Preis kaufen können, dann müssen wir doch heute überlegen, ob wir nicht eine Strategie entwickeln, die auf der einen Seite vernünftige leistungsfähige Agrarstrukturen bei uns erhält und das einbettet in eine entwicklungspolitische Komponente. Lassen Sie mich das an einem Beispiel klarmachen: Wir kaufen aus Thailand jedes Jahr zwischen vier und sechs Millionen Tonnen Tapioka zu einem ganz billigen Preis. Wenn die OPEC-Staaten ihren Rohölpreis um fünf Dollar pro Barrel erhöhen, bedeutet das, daß die gesamte Entwicklungshilfe der westlichen Welt an Thailand in dem Jahr auf null sich reduziert. Warum entwickeln wir hier nicht Strategien, die den Thailändern helfen, diese Riesenbiomasse teilweise umzusetzen auch in Energie und weniger an uns zu verkaufen, meinetwegen zu einem höheren Preis, wie wir das in AKP-Ländern⁷⁵ beim Zucker tun? Das wäre eine Strategie, die unsere Strukturen nicht konserviert, aber vernünftig bewahren und entwickeln will und gleichzeitig ein entscheidender Beitrag wäre, hier ein weltweites Gewicht zu legen auf die Lösung dieser vor uns stehenden Konflikte. Da kann dann eben auch hinein, daß es auch ein Stück moralischer Schuld ist, was wir an Energiepolitik nicht geleistet haben in den letzten Jahren.

Da, finde ich, müssen wir allerdings noch einige Arbeit leisten, das will ich mal sagen. Lieber Philipp von Bismarck, ich habe den Eindruck, diese Dimension hat in der Kommission bis heute noch keiner begriffen, bzw. ich habe noch nichts gehört. Wenn ich mit Leuten im Bundeslandwirtschaftsministerium diskutiere, sind denen das alles böhmische Dörfer; die sagen, das ist ja ganz interessant, aber ... Dabei haben deutsche Technologen, nämlich VW-Leute, die Technologie des Biosprits in einer Weise entwickelt, daß heute Brasilien sagen kann, 15 Prozent des gesamten Benzins produzieren wir aus regenerativen Quellen. (*Unruhe. Diskussion.*) Das heißt, die Entwicklungsländer im tropischen und subtropischen Gürtel, die eine hohe Biomassenproduktion haben, könnten auf diese Weise wichtige Erfahrungen machen. Ich kann nur darum bitten, daß zum Beispiel diese Kommission unter Hinzuziehung der Europäer an dieser Frage einmal arbeitet, weil ich überzeugt bin, daß sich daraus für uns als Union ganz große wichtige zukunftsweisende Strategien und Politik ergeben können. Ich wollte das nur mal an einem Beispiel klarmachen, was gemeint ist mit der Verbindung Europa/Dritte Welt, wo wir aber eben doch noch eine Menge Sacharbeit zu leisten haben.

Waffenschmidt: Bei der Formulierung unserer Politik müssen wir ja fragen, wo hat der Bürger die Hauptsorgen? Es ist neulich bei unserer Bundesausschußsitzung mit Recht

75 Internationale Organisation der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten.

gefragt worden, wie kommen wir zu stärkeren, besseren Mehrheiten dann, wenn der Bürger seine Sorgen bei uns identifiziert sieht? Da meine ich, was wir hier zur Außenpolitik alles gesagt haben, müssen wir unter einem Hauptanliegen der Bürger subsumieren. Das Hauptanliegen heißt Frieden. Wir müssen die Partei sein, die im Verfahren, in der Wortwahl diesen Begriff, diesen Wunsch wieder stärker besetzt. Manfred Wörner weiß, wir haben öfter darüber gesprochen, daß wir alles das, was wir zum Beispiel zur Verteidigung sagen, auch der Wortwahl dieser Zielvorstellung unterordnen. Und, Ernst Albrecht, was zur Dritten Welt mit Recht gesagt wurde, was wir bei den Kirchen verkaufen müssen, bei der Jugend, hat ja auch letztlich den Friedensaspekt in sich. Ich möchte also sehr gerne, daß wir das in den Vordergrund bringen, und das hat ja dann auch, wenn wir das sachkundig tun, etwas für sich, daß man uns die Friedensfähigkeit nicht glaubwürdig absprechen kann.

Ich will ein zweites noch ansprechen, weil wir ja in der Thematik dessen, was wir heute noch behandeln wollen, weiterkommen wollen. Ein Schlüsselthema für wirtschaftspolitische, sozialpolitische und andere Probleme ist, meine Damen und Herren, der Wohnungsbau. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, dazu ist ja im Papier nichts drin. (*Kohl: Ja, aber das ist ganz so dringend nicht bei der Außenpolitik.*) Nein, ich wollte das anmerken. (*Unruhe. Diskussion.*) Das Land, lieber Herr Vorsitzender, hat ein Schlüsselthema, wo eine Reihe der Probleme, die jetzt kommen, dran aufgereiht werden müssen. Zur Außenpolitik nur so viel: Stichwort Frieden, aber ich melde an, daß wir vorrangig bei der Innenpolitik den Wohnungsbau behandeln sollten.

Wörner: Herr Vorsitzender, selbst auf die Gefahr hin, die Zahl der Mißverständnisse um ein weiteres zu erhöhen, (*Unruhe. Diskussion. – Einwurf: Das geht nicht mehr!*) ich sehe das ähnlich wie Sie, ich habe es nur vorsichtiger formuliert, muß ich eine Einschränkung eben doch noch machen. Ich will nichts von dem wegnehmen, mindern, was hier gesagt wurde. Aber eines muß uns klar sein, wenn wir uns auf diese zwei Felder konzentrieren, und ich sage mit meinem Einverständnis, dann müssen wir wenigstens wissen, und hier blicke ich in Sonderheit auf die Junge Union und andere in dieser Partei, daß wahrscheinlich als eines der Grundprobleme in der geistigen Diskussion des kommenden Jahrzehnts die Auseinandersetzung mit einer wachsenden – gerade in jenen moralisch sensiblen Bereichen, von denen wir so gerne reden – pazifistischen Grundeinstellung sein wird. Und wenn wir den Anspruch auf geistige Führung erheben und uns nicht nur faszinieren lassen von der Frage, die sicher am wichtigsten ist, wie wir die Wahlen gewinnen, dann heißt das, daß wir neben diesen Aufgaben einer anderen nicht ausweichen dürfen, nicht ausweichen können, nämlich die geistige Auseinandersetzung mit diesen Kräften frühzeitig zu beginnen, in der gebotenen Form zu führen, ernsthaft zu führen, auch mit dem richtigen Vokabular.

Herr Vorsitzender, ich sage das deswegen, weil ich doch genau weiß, wie das draußen ankommt. Wir werden uns alle auf die Entwicklungshilfe stürzen, mit meiner Zustimmung, ich sage es noch einmal, und auf Europa, und werden damit einen sehr breiten Zugang finden genau zu den Kreisen. Aber dann werde ich erleben, wie auf der anderen Seite uns die Basis wegläuft, weil die Junge Union noch weniger als bisher beispielsweise – und das ist jetzt nicht der Fachidiot Wörner, der da spricht – sich mit jenen Kreisen auseinandersetzt, auch nicht, lieber Walther, ich weiß, was Du meinst, im Kontext der gesamten Auseinandersetzung. Das ist doch das, was die Junge Union bis zum heutigen Tag, von

wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, und ein großer Teil unserer Partei nicht versucht hat. Noch nicht einmal versucht hat. Deswegen sind doch wir Verteidigungspolitiker in die Lage versetzt worden, übermäßig davon zu reden, weil wir doch alle – bitte, jeder kann das selbst beurteilen – den Eindruck hatten, daß man sich der Diskussion dieser unangenehmen Probleme weitgehend entzogen und gesagt hat, dafür sind der Wörner und andere zuständig. Die können das ja machen. Und deswegen sage ich nur, die Konzentration auf diese zwei Aufgaben kann nicht bedeuten, daß wir uns dem entziehen. Sonst hätten wir den Anspruch auf geistige Führung schon deswegen verwirkt.

Kohl: Ja, lassen Sie mich jetzt doch dazu mal etwas sagen, weil ich fürchte, daß die Mißverständnisse hier zunehmen, damit Sie meine Position kennen. Wenn ich von geistiger Führung ausgehe, gehe ich natürlich nicht davon aus, daß wir den Finger naß machen, in den Wind hängen und sagen, wie geht der Zeitgeist, und je nach dem richten wir uns mit den Themen ein. Ich bin auch strikt dagegen, daß die Demoskopie, die ich für eines der wichtigsten Hilfselemente – ich sage immer Hilfselemente – der Politik halte, hier letzter Ratgeber sein kann. Denn eine überzeugende Politik kann nur eine Politik sein, die zunächst einmal richtig ist. Und dann muß sie glaubwürdig, sachlich richtig und glaubwürdig dargebracht werden. Ich glaube, daß die Chancen für einen geistigen Führungsanspruch der Union ausgesprochen gut sind, weil ich erstens glaube, daß wir jetzt – wir haben nicht immer Glück gehabt –, Fortune haben, was nicht Fortune bedeutet für die Völker, aber jetzt spreche ich speziell von unseren politischen Anliegen im Bereich der Außen-, der Sicherheits-, der Weltpolitik. Die Lage ist so, Walther Leisler Kiep hat es gesagt, daß wir nicht beweisen müssen, daß wir recht gehabt haben, sondern die Leute spüren es. Und wir haben um so überzeugender recht, um so weniger wir dauernd sagen, seht – und zwar noch mit Häme in der Stimme –, wir haben recht gehabt, unsere Positionen sind bestätigt. Unsere Sprache erreicht aber zu einem erheblichen Teil die Leute nicht. Manfred Wörner hat ein gutes Beispiel in seinem vorletzten Beitrag gebracht. Es ist doch ein ganz unmöglicher Zustand, daß der Wehrdienstverweigerer Friedensdienst leistet, und der Soldat der Bundeswehr leistet Kriegsdienst. Bei der Veränderung des politischen Großklimas der Bundesrepublik, das war vor 30 Jahren keineswegs so, bedeutet das heute aufgrund der Propaganda, Großwetterlage, der Kriegsdienstleistende ist der Kriegslüsterne, ist der Friedensfeind, und der, der Friedensdienst leistet, der ist eben für den Frieden. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß in dem Kommunikationszeitalter, in dem wir leben, Sprache viel bedeutsamer geworden ist als früher. Wir haben das jetzt gerade beim Wahlrecht erlebt, was für ein Schindluder mit dem Begriff Erst- und Zweitstimme gemacht wird, weil eben die Lebenserfahrung dafür steht, daß das erste das Wichtigere ist. Und bei der Stimme ist es nun für den Ausgang der Wahl genau umgekehrt. Ich könnte Ihnen dutzende von Beispielen bringen.

Deswegen, wir müssen die Partei des Friedens sein, das muß sich wie ein roter Faden durchziehen. Wir können uns kein Schild umhängen und sagen, wir sind die Partei des Friedens. Wenn wir die Aktion der Jungen Union vernünftigt aufnehmen mit den Behinderten, wenn wir in einer vernünftigen Weise unsere Politik darstellen zu dem Thema Hunger in der Welt, dann ist das Aktion für den Frieden, sprich für den Friedenswillen der Union und nicht der Anspruch im Verbalen.

Zweitens, ich finde, wir können keines der Themen behandeln, wenn nicht dabei deutlich wird, daß der geistige Führungsanspruch, den wir erheben, sozusagen auf einer

moralisch-sittlichen Norm abgesichert ist. Das kann ich natürlich nicht jedes Mal als Kontext hinschreiben. Aber dies muß natürlich so sein. Und aus dieser Basis heraus, Manfred Wörner, muß man natürlich auch das Thema der zunehmenden pazifistischen Gesinnung sehen; ob es schon so ist, weiß ich gar nicht, oder ob es nicht resignierte Gesinnung ist oder verfettete Gesinnung. Es ist eine ganze Beliebigekeitsmischung, die sich da zusammengebraut hat. Ich finde, Roman Herzog hat es heute früh oder gestern abend gesagt, wenn wir uns auf die Themen konzentrieren, wenn irgendwo eine Präambel notwendig ist, ist für uns, für unser Arbeitsprogramm, wieder notwendig, auf welchen Wertgrundlagen, welcher moralischen Basis wir die Politik aufbauen, daß das „C“ sich eben übersetzt von mir aus in die Tugenden, die gestern genannt wurden; aber es gibt natürlich mehr als die, die hier genannt wurden. Glauben Sie mir, es ist nicht wahr, daß junge Leute dafür nicht ansprechbar sind. Sie sind weit über das hinaus, was Pünktlichkeit bedeutet, was da gestern als ein Beispiel aus dem praktischen Alltag kam. Es ist am besten zu spüren in der Sache Bundeswehr oder nicht Bundeswehr. Bloß können wir nicht glauben, daß wir um der Wählerstimmen willen dem momentanen Zeitgeist nachlaufen, von dem ja niemand von uns wissen kann, wie lange er weht, in welcher Dimension er weht. Nein, wir müssen die richtige Politik durchtragen! Und deswegen glaube ich, geistige Führung ist der rote Faden, der die ganze Sache durchgehen muß, und deswegen meine Bitte, versuchen wir es doch bei den Themen. Wir können das bei Europa begründen, wir können das beim Nord-Süd-Konflikt und bei der Friedenspolitik begründen.

Von Bismarck: Ich bin dankbar für manches, was aufgenommen ist, und möchte noch drei Bemerkungen machen. Erstens bitte ich die Kollegen, noch einmal zur Seite 11 „Wachstumsorientierte Wirtschaft“ zu lesen, was wir den Wählern in der Präambel Absatz 3 unseres Parteiprogramms versprochen haben.⁷⁶ Wenn das Wort vor der Wahl das Wort nach der Wahl sein soll, dann ist es einfach unsere Pflicht, uns mit diesem Thema zu beschäftigen. Meine zweite Bemerkung ist, Herr Vorsitzender, ich würde bitten, daß wir eine Gelegenheit schaffen, bei der die Sachprobleme, die mit dem Thema Europa zusammenhängen, diskutiert werden können, wo Informationen gegeben werden können, die hier an dieser Stelle zu kurz kommen müssen, heute nicht diskutiert werden können; es muß ein Forum, eine Möglichkeit geschaffen werden, wo wir unter uns unsere europapolitischen Belange und unsere notwendigen Taten erörtern. Und dies wäre, glaube ich, das Wichtigste.

Und das dritte, ich möchte aufgreifen, was Wörner gesagt hat. Ich glaube, er hat recht, es gibt nicht nur eine Entwicklung zu einem Stil von Rede, der pazifistisch klingt und der sicherlich richtig gedeutet wird, wie das Helmut Kohl gemacht hat, es gibt auch eine Neigung zu Neutralität, zu Neutralismus, die wir sehen müssen, die alles, was wir an Sicherheit und Verteidigungspolitik machen wollen, in Frage stellen kann. Ich möchte daran erinnern, daß Konrad Adenauer die Westwendung verbunden hat mit der fernen Hoffnung auf Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Das heißt, wenn wir jetzt plötzlich so tun würden, als richte es sich danach, was die Presse schreibt, oder was die Leute gerne hören wollen, dann würden wir genau das verlassen, was wir hier in diesem Papier richtigerweise die Option von Konrad Adenauer genannt haben. Ich meine, es muß uns doch

⁷⁶ Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980 in UiD vom 28. Mai 1980 (CDU-Dokumentation 19).

klar sein, daß, wenn wir von Friedenssicherung sprechen, der Frieden zwischen den 260 Millionen Europäern die eigentliche historische Wandlung nach dem Zweiten Weltkrieg war und ist und daß wir sie in ganz anderer Weise als bisher als Ersatz für vieles, was wir früher tun mußten, zur Friedenposition ausbauen können. Das ist im Gang. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß auch die Polen nur deswegen widerstehen, weil sie eine europäische Hoffnung haben. Und wenn wir Europa vor die Hunde gehen lassen mit Bürokratie, dann stirbt die Hoffnung auch dort.

Stoltenberg: Ich will nochmal unterstreichen, daß wir ja ein Arbeitsprogramm unserer Partei erörtern. Es ist ja klargestellt, daß nach dieser Klausurtagung es zu einer Vorlage für den Parteitag umgewandelt werden soll. Daraus ergeben sich einige Punkte, die auch für das weitere Gespräch und dann die folgende Arbeit wichtig sind. Es geht ja einmal darum, aufgrund einer kurzen Problemanalyse die Hauptthemen zu benennen, a) ihre objektive Bedeutung für unser Volk und unsere Partei, b) mit dem Ziel, mit bestimmten Themen, die wir stärker herausstellen, unsere Vertrauensbasis, unsere Wählerbasis zu erweitern. Was ein bißchen das Unbehagen an dieser Vorlage schafft, ist, daß die Frage der Umsetzung in die Arbeit der Partei und der Zuordnung hier nicht beantwortet wird. Und da muß ich auch freundschaftlich kritisch sagen, wir waren in dem letzten Teil im Präsidium ein bißchen weiter. Das hätte nach meiner Auffassung in der Fortschreibung etwas mehr methodisch deutlich werden können. Ich will das mal jetzt ganz kurz darstellen; ich habe die Absicht, unter demselben Gesichtspunkt zu dem innenpolitischen Teil etwas gründlicher Stellung zu nehmen. Ich will das ganz kurz mal für unseren Stand der Diskussion, Außenpolitik, exemplifizieren, was ich meine

Wir haben jetzt in dem Gespräch gesagt, einvernehmlich, das Thema Dritte Welt, Verantwortung für die Dritte Welt ist das eine große Thema, das Thema Europa ist das andere. Ich würde auch sagen, wenn man ein drittes benennt, dann ist es das, was am Schluß angesprochen wurde: äußere Sicherheit. Es gibt ein elementares Sicherheitsbedürfnis der Menschen, aber äußere Sicherheit jetzt konkret umgesetzt – ich habe mir das vor dem letzten Beitrag von Manfred Wörner notiert –, d. h. Landesverteidigung und Bundeswehr und das heiße Eisen Wehrpflicht, natürlich mit der Beachtung der verfassungsmäßigen Rechte, Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Was jetzt geleistet werden muß bis zum 26. Januar, ist, nun vorzuschlagen, wie wir diese Themen aufnehmen. Ich halte ja für die breite Diskussion in der Partei, von der wir gestern schon gesprochen haben, einige innenpolitische Themen vor allem für geeignet. Aber ich könnte mir vorstellen, daß wir auch das Thema Dritte Welt hier hineinnehmen, als Thema eben für die durchgehende Diskussion in der Partei, in Verbindung auch mit bestimmten Aktionen, von denen gestern ja gesprochen wurde. Das kann man machen. Ich bin nicht der Meinung, lieber Philipp Bismarck, bei allem Einvernehmen über die Bedeutung, daß das Europa-Thema ein Thema ist, das wir in derselben Form als ein Hauptthema der durchgehenden Parteidiskussion bis zu den Kreisverbänden benennen, weil es zu schwierig ist über Grundsatzbekenntnisse hinaus. Aber ich bin der Meinung, daß in dem Vorschlag für das Arbeitsprogramm, der nach der heutigen Sitzung erarbeitet werden muß, in der Tat ein Vorschlag einer ständigen Kommission oder einer Arbeitsgruppe oder einer anderen Institution unserer Partei gehört, die verzahnt die Europaparlamentarier, man kann jetzt auch sagen, den neuen Kommissar in Brüssel, der sicher da mitwirken wird, die Fraktion und hervorragende Fachleute unserer Partei, die den Auftrag haben, nach 15 oder 18

Monaten für Bundesvorstand, für Bundesausschuß oder wen immer das Europa-Konzept fortzuschreiben und insofern uns die Grundlage zu bringen.

Das Thema Landesverteidigung, Bundeswehr, ist in der Tat eine Aufgabe, die wir in einer anderen Form angehen müssen, wo wir einen Verfahrensvorschlag entwickeln müssen, wie wir vor Ort diskussionsfähig werden. Das berührt nicht nur die Junge Union; denn ich muß sagen, mit Ausnahme einer aktiven Minderheit in den Landesverbänden ist, wenn man überhaupt eine kritische Anmerkung an die Junge Union machen will, die kritische Anmerkung genauso an die Partei zu richten, soweit es überhaupt berechtigt ist; ich wollte das jetzt nicht untersuchen. Ich würde es mal kurz sagen, es trifft uns alle. Hier bin ich auch der Meinung, daß das das dritte Thema ist, äußere Sicherheit in der Konsequenz für die Verteidigungsfähigkeit, den Behauptungswillen unseres Landes in den moralischen Kategorien von Bundeswehr und Wehrpflicht.

Das wären für mich die drei Themen aus dieser Debatte, weil wir die ja auch zusammenfassen müssen bei aller Komplexität der Dinge, die in ein Arbeitsprogramm hineingehören. Aber ich lege großen Wert darauf, daß in der nächsten Stufe der Arbeit jetzt dieser Vorschlag für die Zuordnung gemacht wird, denn wir haben nicht nur eine Diskussionsaufgabe, wir haben eine operative Aufgabe als Führungsgremium unserer Partei. Neben der Definition der Themen müssen wir im Arbeitsprogramm in der Vorlage zum 26. Januar diese Form der Erörterung und der weiteren Aufarbeitung und der Außenwirkung abgestuft vorlegen. Ich komme bei der Innenpolitik nochmal darauf zurück.

Wex⁷⁷: Darf ich einmal eine methodische Frage stellen? Nach alldem, was wir jetzt besprochen haben, ist es nicht dabei herausgekommen, ich weiß nicht, ob ich das jetzt ganz richtig gesehen habe. Müssen wir nicht methodisch so vorgehen, daß wir erst einmal aufarbeiten, was der politischen Sache nach richtig ist, und dann die Frage stellen, welche Kräfte wir in der Partei haben, das durchzusetzen? Das ist doch erst mal eine methodische Frage. Es gibt einige Fragen, die sind der Sache nach richtig, die sind in der Partei mehrheitsfähig, die können wir doch auf die eine Seite stellen. Und dann gibt es Fragen, die sind der politischen Sache nach richtig, die sind in der Partei noch nicht so weit durchdiskutiert, daß man sie mehrheitsfähig bringen kann. Und ich denke, wenn wir von geistiger Führung sprechen, ist das nicht eine Frage des guten Willens, sondern der Kapazität. Wie kann man das denn? Geistige Führung, das ist ja bei der Komplexität, von der ja auch Walther Leisler Kiep gesprochen hat, gar nicht eine Frage des guten Willens, sondern diese ganzen Interdependenzen sind ja auch schwierig zu aktivieren und überhaupt durchzustehen. Das ist ja nicht eine Frage des guten Willens, daß die Leute das nicht ansprechen wollen, sondern manche passen, weil sie das trotz guten Willens nicht können. Die Sprache ist zwar eine wichtige Sache, aber eine Sprache ist ja nur dann richtig, wenn die geistige Ordnung vorher hergestellt wird. Und deswegen denke ich, daß wir es jetzt leisten müßten. Ich frage nur, ob ich das richtig gesehen habe, daß man erst mal das aufzeigt, was haben wir, was ist mehrheitsfähig, welche Kräfte müssen wir aktivieren, um das, was wir noch nicht durchdiskutiert haben und was für die Zukunft kontrovers aussieht, aber vielleicht nicht zu bleiben hat, daß wir das nebeneinander stellen, damit einfach dieses Operative, Herr Stoltenberg, auch auf die Punkte kommt, wo wir

77 Transkript des Wortbeitrags in ACDP 07-001-1021.

jeder hier aus seinen Erfahrungen einen Beitrag leisten kann für das, was wir Gestaltung nennen.

Kohl: Ja, also, Frau Wex, ich sehe die Sache sehr viel einfacher. Ich sehe zwei Arbeitsjahre im wesentlichen, knapp zwei Jahre, vor uns und sehe, was wir machen können, rein von der Kapazität, und dann zum zweiten, was wir machen müssen. Und da bin ich der Meinung, wenn wir überzeugt sind, daß das Problem abgehandelt werden muß, ist es schnurzegal, ob das jetzt mehrheitsfähig ist oder nicht, dann muß es ausdiskutiert werden; das gehört auch zu dem großen Thema, ob wir diskussionsfähig sind. Wenn wir die intellektuelle Kapazität nicht dazu aufbringen, dann würde ich sagen, vertrinken wir den Rest der Zeit, dann brauchen wir überhaupt nicht mehr über den Führungsanspruch in der Bundesrepublik zu reden.

Das heißt also, ich bleibe jetzt zusammenfassend bei dem Kapitel, wir haben zwei Punkte, Nord-Süd-Konflikt, Friedenspolitik, Hunger in der Welt, im weitesten Sinne des Wortes, und europäischer Aufbruch zur politischen Einigung. Und wir haben sozusagen als Generalthema, das Wörner zum Schluß nochmal gebracht hat, das trifft aber nicht nur diesen Punkt, den moralischen Status der Bundesrepublik. Der moralische Status – Moral im weitesten Sinne des Wortes – ist heute so, daß die Leute zweifeln, ob es einen Sinn hat, sich persönlich für die Verteidigung zu engagieren. Aber diese gleichen Leute gehören auch zu denen, die, wenn sie Steuererklärungen abgeben, bis zum 18 Milliarden Steuerhinterziehung machen aus dem gleichen Mangel an Patriotismus, oder die, die keine Steuererklärung abgeben, sondern über die normale betriebliche steuerliche Mangel genommen werden, die gehen in Schwarzarbeit und machen das auf die Art. Die Frage ist, wo ist unsere Grundposition zu unserem Staat? Aber, Leute, das zieht sich durch jede Frage durch. Ich kann nicht erwarten von einem jungen Mann, der zu Hause gelernt hat, daß der Staat von morgens bis abends zu deutsch gesagt beschissen wird, daß er patriotische Gefühle hat und Ja sagt zur Bundeswehr. Das ist in sich gar nicht realisierbar. Und das kann man nahezu auf jedes andere Gebiet übertragen. Das heißt mit anderen Worten, wenn Sie also das Patriotische stört, mich stört es nicht, nehmen Sie ein anderes Wort, die Jungen sagen Engagement, es kommt auf das Gleiche raus, es muß quer durch unsere Politik durchgehen, daß wir die Partei sind, die von diesem moralischen Anspruch ausgeht. Wir kommen gleich zu dem Thema, daß wir weniger Geld haben und mehr Gerechtigkeit bei knappen Kassen. Das ist im Prinzip alles eine Grundlinie, ob man solidarfähig ist. Das wird man nur sein, wenn wir wieder von einer moralischen Grundkategorie ausgehen, so daß ich eben meine, das aufnehmend, was Wörner hier zu recht sagt für die Verteidigungspolitik, wir müssen, wenn wir bei den vier, fünf großen Themen bleiben, diesen Grundbefund wie einen roten Faden quer durchhaben, was ist das heute, Bundesrepublik, wie stehen wir innerlich dazu, weil das auch das Immaterielle anspricht. (*Wörner:* Ich würde sagen, wir arbeiten das Papier durch.) Ja, das will ich ja, das muß Punkt für Punkt sein. Aber, Manfred Wörner, es wäre ganz falsch, es nur auf die Verteidigungspolitik zu beziehen, so wichtig sie ist. Die Steuerehrlichkeit gehört genauso dazu, das ist die andere Seite der gleichen Medaille. – Ja, bitte schön, zur Geschäftsordnung?

Neumann: Herr Vorsitzender, ich möchte eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machen. Wir sind jetzt auf Seite 11, das Papier hat 24 Seiten. Ich meine, die Diskussion war sehr interessant, die hier geführt worden ist, nur hat sie uns, glaube ich, was das Papier betrifft, nicht sehr viel weitergeholfen, weil jeder erklärt, er spricht an sich nicht zur Sache,

sondern zum Arbeitskonzept, und die Beiträge waren im Prinzip alle zur Sache. Deswegen möchte ich den Vorschlag machen, Herr Vorsitzender, daß wir jetzt mal das Papier als solches weglassen und nur die Gliederung nehmen. Ich glaube, das Mißverständnis besteht auch darin, das liegt nicht so sehr an dem, der es vorgelegt hat, sondern an uns, daß wir nun uns festhalten an den Ausführungen des Papieres, die nicht mehr beinhalten, als deutlich zu machen, was gegebenenfalls als Problem vorliegt. Wenn wir von Anfang an anhand der Gliederung vorgegangen wären, wäre die Sache für meine Begriffe viel einfacher. Und wenn ich daran anschließen darf, da haben wir hier im Grunde sechs Vorschläge, Außenpolitik haben wir abgehandelt, als Nächstes ist das Thema vorgeschlagen, wachstumsorientierte Wirtschaft. Oder, das Oder lasse ich mal weg, weil die Begriffe strittig sind, aber es ist doch überhaupt nicht strittig, daß aufgrund des stagnierenden Wachstums und der zu knappen Kassen das ein wichtiges Thema ist. Insofern, meine ich, kann man es abhaken. Wenn wir jetzt wieder anfangen, das im einzelnen zu studieren, leisten wir eine Arbeit, die wir hier eigentlich gar nicht leisten sollten. Ich meine, in dem Papier sind genug Anhaltspunkte drin, warum dieses Thema wichtig ist.

Dann kommt das Thema Neue soziale Frage. Da sind auch zwei Momente herausgezogen wie die Ausländerproblematik, mit der wir uns befassen müssen, und das Thema berufstätige Frau/Familie. Ich von mir aus kann auch sagen, daß dies eine Sache ist, die durchaus behandelt werden mußte.

Thema fünf, Bildungspolitik. Wenn wir jetzt über die Inhalte diskutieren, sind wir morgen früh noch dabei, weil ich fast zu 80 Prozent andere Formulierungen wählen würde. Aber daß dieses Thema ein wichtiges Thema ist, aus den Gründen, die da auch angedeutet sind, wenn auch die Formulierungen nicht stimmen, ist auch unbestritten, so daß ich für mich sagen würde, ich könnte die Punkte eins bis fünf abhandeln, weil ich sagen würde, vom Thema im Ansatz richtig. Abhaken.

Das sechste Thema, ein neuer Ordnungsrahmen für die Medien. Hier würde ich vorsichtig sein in Hinblick auf die breite Diskussion in der Partei, Herr Schwarz-Schilling. Dieses Thema ist wichtig, wir müssen uns damit befassen, und wahrscheinlich kommen im Hinblick auf die Kompliziertheit der Materie Fachkongresse in Frage. Wenn Sie allein die Begriffe nehmen, die da auf den letzten Seiten angedeutet sind, angefangen mit den Kabelprojekten, dann meine ich, ist das nicht ein Thema, was allein wegen des Verstehens in der Partei durchgängig diskutiert werden kann. Ich habe sogar Bedenken, daß das auf dem Parteitag unvorbereitet diskutiert wird, weil unter Medienpolitik ein einfaches Parteimitglied versteht, daß wir sauer sind, daß die Sendungen im NDR nicht die richtige Richtung haben. (*Einwurf.*) Ja, da sind wir nicht sauer, da sind wir erfreut, das kommt seltener vor, zumindest im norddeutschen Bereich. Das ist ja auch nicht die Sache, um die es geht, bloß die können wir so nicht diskutieren. Wir reden dann über Kabelprojekte und anderes. Deswegen wäre mein Vorschlag, dieses Thema sechs in anderer Weise zu behandeln als die voranstehenden Themen.

Das ist das, was ich dazu sagen wollte und der geschäftsordnungsmäßige Beitrag ist so zu verstehen, daß wir das jetzt auch global behandeln, damit wir bis halb zwölf, viertel vor zwölf fertig sind.

Geißler: Ich halte dies im Prinzip für richtig. Es ist auch nie anders gedacht gewesen. Ich möchte nur etwas zum Operationalen sagen, Herr Stoltenberg. Dieser Gesichtspunkt ist schon berücksichtigt. Wir haben ja vorne gesagt, die Partei, die Instrumentarien, die

zur Verfügung stehen, sind Parteitag, Fachkongresse. Dann sind ja zusätzliche Anregungen gegeben worden bis hin zu den Fachausschüssen. Die Frage ist, wann wir die Entscheidungen treffen, welches Thema wie behandelt wird in der Partei. Ich bin davon ausgegangen, daß wir zunächst einmal erörtern, welche Themen vom Bundesvorstand als wichtig angesehen werden, wenn wir dem geistigen Führungsanspruch, der ja nun schon öfters zitiert worden ist, gerecht werden wollen. Wir müssen dann eine zweite Aufgabe leisten. Wir müssen dann selektieren; denn wenn ich jetzt allein das überblicke, was ich in der Außenpolitik gehört habe, haben wir da zwei große Themen, die man miteinander verknüpfen kann. Wir haben mit Sicherheit die Bildungspolitik zu leisten, das sind schon drei. Und dann haben wir mit Sicherheit das Thema wachstumsorientierte Wirtschaft bei niedrigen Wachstumsraten. Das ist das zentrale Thema. Ich will überhaupt nicht vorwegnehmen, wie wir darauf reagieren und welche Antwort wir haben. Aber daß dies ein zentrales Thema ist der nächsten zwei Jahre, das bestreitet niemand.

Wir haben versucht, den roten Faden darzustellen, indem wir da zwei Kapitel gemacht haben unter diesem Thema wachstumsorientierte Gesellschaft und alle Probleme, die ja im Präsidium aufgeführt worden sind, einbauen unter dem Stichwort Ökonomie/Ökologie. Die Arbeitsmarktf Frage, d. h. das Problem, wie wir fertig werden bei niedrigen Wachstumsraten mit dem Problem der Arbeitsplatzsicherung, ist eine zentrale Frage für die Landtagswahlen. Das hat einen ganz konkreten Bezug, das heißt, gelingt es uns, deutlich zu machen, daß für die Arbeitslosigkeit die Bundesregierung verantwortlich ist, oder gelingt es der Bundesregierung, den Ländern die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit in die Schuhe zu schieben? Das ist bei den geringen prozentualen Unterschieden, die wir da haben, ob wir an der Macht bleiben oder nicht, eine ganz zentrale politische Aufgabe.

Wir haben hier heute, ich muß es noch einmal wiederholen, eigentlich nur die Aufgabe zu leisten, jetzt die Probleme einmal herauszuarbeiten, die erkennbar sind. Und dann müssen wir selektieren, dann müssen wir sagen, was können wir überhaupt in den nächsten zwei Jahren bewältigen auch unter dem Gesichtspunkt zum Beispiel der Landtagswahlen und unter dem Gesichtspunkt der personellen Kapazität, aber ich füge hinzu, natürlich auch der finanziellen Kapazität der Bundespartei? Denn, wenn ich die Themen jetzt hier alle zusammennehme, dann kommen wir auf insgesamt sechs, sieben, acht wichtige Themen. Aber, Helmut, das muß ich sagen, wir können keine acht Themen behandeln. (*Kohl*: Nein, das machen wir auch nicht.) Wir müssen zunächst mal alle Themen erörtern, die möglicherweise wichtig sind. Und dann muß eine Entscheidung getroffen werden, welche Themen in den zwei Jahren unbedingt behandelt werden müssen. Und dann würde ich erst die operationale Antwort geben und sagen, das Thema eins auf einem Bundesparteitag und das Thema zwei, drei, was weiß ich, auf einem Fachkongreß. Das war eigentlich mein Gedanke, daß man so vorgeht. Ich glaube, das ist auch der Diskussionsstand im Parteipräsidium gewesen.

Albrecht: Also, wenn man zwei außenpolitische Themen nimmt, die wir gerade besprochen haben und dann nur die Titelüberschriften des innenpolitischen Teils, dann wären das zehn Themen. Das ist zu viel. Dabei brauchen wir uns gar nicht, glaube ich, länger aufzuhalten. Dann ist das Ziel der Arbeit, die wir hier leisten sollen, eigentlich verfehlt. Deshalb müssen wir uns schon die Mühe machen zu überlegen, was wir nun zu den wirklichen Schwerpunkten der breiten Parteiarbeit machen wollen und was wir in ande-

rer Form behandeln wollen. Das heißt ja nicht, daß das andere nicht behandelt wird, sondern es heißt, daß es in der Arbeit der Bundestags- und Landtagsfraktionen und der Kreistags- und Gemeinderatsfraktionen behandelt wird, daß es auf Fachkongressen behandelt wird oder wie immer. Das heißt ja nicht, daß es nicht behandelt würde. Im innenpolitischen Teil bin ich bereit, die Frage geringes Wachstum zu diskutieren; ich will da nicht lange darüber streiten.

Für mich ist fundamental die Arbeitsmarktfraße. Und ich sage das ganz ehrlich, ich behaupte, wir gewinnen in Niedersachsen oder verlieren die Wahl, je nachdem, ob wir dieses Thema in der richtigen Weise breit diskutieren oder nicht. Heiner Geißler hat es angedeutet, wir gehen nach meiner festen Überzeugung ganz schweren Zeiten entgegen. Es werden reihenweise Betriebe geschlossen werden. Und wenn es so ist, wie die Gewerkschaft das spielt, daß die dann um eine Landesbürgschaft zur Rettung des Betriebes nachsuchen, daß wir das ablehnen müssen und dann die schwarzen Fahnen vor der Tür haben, wenn ich das 1982 in meinem ganzen Land habe – und ich sehe es schon überall, wo das dann soweit sein wird –, dann können wir einpacken. Da können wir noch so gut sein im Rest, dann haben wir die Landtagswahl verloren. Deshalb muß frühzeitig hier die Verantwortung für das, was jetzt auf uns zukommt, an die Adresse gespielt werden, wo es hingehört. Das ist nämlich die Bundesregierung mit den Versäumnissen ihrer Politik. Und deshalb ist das ein Thema, was wir also nach meiner Überzeugung wirklich thematisieren müssen.

Dann ist die ganz wichtige Frage Familie und Beruf, auch das würde ich nach wie vor als eines der ganz wichtigen Themen ansehen. Danach mache ich schon eine Pause, der Rest ist mir gleich, wie es behandelt wird; es muß behandelt werden. Ich möchte nur eine Bemerkung machen: Ich verlange nicht, daß das zu einem der Hauptthemen gemacht wird, aber das medienpolitische Thema, lieber Herr Neumann, hat ebenfalls eine große Bedeutung auch für meine Landtagswahl. Die andere Seite ist fest entschlossen, dieses Thema zu einem Thema zu machen, um den Albrecht abzuwählen. Und ich kann die Diskussion nicht mehr allein führen in der Öffentlichkeit, sondern hier muß nun einmal die breite Basis mit 800.000 Unionsmitgliedern diese Diskussion mitführen. Auch wenn es richtig ist, daß unsere Leute überhaupt nicht mitdiskutieren, weil sie es nicht verstehen oder auch die Technik nicht beherrschen, ist hier ja doch ein Problem gegeben. Wir müssen endlich Wege finden, damit unsere 800.000 Mitglieder in einfachen Worten das, um was es wirklich geht bei dieser Diskussion, vertreten können am Stammtisch, am Biertisch, im Familienkreis, im Sportverein und wo immer es ist. Und wenn wir das tun, dann stoßen wir auch mit dieser Geschichte durch. Aber wir dürfen das nicht als ein Thema, dem sich in besonderer Weise der Lothar Späth und der Ernst Albrecht und der Gerhard Stoltenberg annehmen, behandeln. Da wären wir drei schlicht überfordert, da müssen wir schon ein bißchen Hilfe haben.

Stoltenberg: Ich will nochmal kurz das Stichwort Zahl der Themen aufnehmen. Ich glaube schon, daß wir selbst bei der Konzentration auf das Wesentliche sehr wohl auf acht oder zehn kommen werden. Ich glaube auch, daß, wenn wir das richtig zuordnen, wir uns nicht übernehmen. Es wird wichtige Themen geben in der Auswertung der jetzigen Beratungen, den Auswirkungen der jetzigen Debatte, von denen wir sagen, wir überfordern uns, übernehmen uns, wenn wir sie in die ganze Partei hineingeben, wir überfordern auch unserer Partei; das muß man sehen. Die Diskussionsfähigkeit ist nicht unbegrenzt. Unse-

re Kreis- und Landesparteien haben natürlich das Recht, auch zusätzlich eigene Themen zu definieren und zu bestimmen je nach den regionalen Schwerpunkten oder den eigenen Einschätzungen. Deswegen werden wir doch auf acht oder zehn Themen kommen, die für die ganze Partei wichtig sind, vielleicht sogar zwölf. Aber es wird eben mehrere geben, wenn wir nachher in der nächsten Stufe die operative Antwort finden, von denen wir sagen, hier ist ein Fachausschuß zuständig, hier bereitet eine Ad-hoc-Kommission einen Antrag für den Parteitag vor, dies delegieren wir an eine Arbeitsgruppe der Fraktion. Dann wird es weniger Themen geben natürlich, die wir für die breite Diskussion in der gesamten Partei mit der erhofften Ausstrahlung und Werbekraft für die CDU/CSU kriegen. Ich wollte das nur nochmal unterstreichen, was Ernst Albrecht hierzu gesagt hat, und etwas verdeutlichen.

Und nun möchte ich dem Vorschlag unserer Freundes Neumann folgen, daß wir jetzt nicht in eine Textkritik eintreten, obwohl das sehr naheliegt, in diesem Teil und anderen. Hier muß ich in aller Freundschaft sagen, hier sind die Widersprüche in zentralen Punkten im Text selbst. Die Überschrift heißt hier „Wachstumsorientierte Wirtschaft oder gleichgewichtsfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, und auf Seite 15 findet sich der richtige Kernsatz: „Die politische Antwort der CDU auf niedrigere Wachstumsraten wird einmal darin bestehen müssen, die Wachstumsgrundlagen unserer Gesellschaft voll zur Entfaltung zu bringen.“ Den Satz kann ich unterschreiben, der ist aber mit der falschen Alternative der Überschrift nicht vereinbar. Ich sage das nur, weil wir uns hier auch in der weiteren öffentlichen Darstellung jetzt vor den falschen Fragestellungen hüten müssen. Die Ausschöpfung des niedrigen Wachstumspotentials ist eine Voraussetzung für eine gleichgewichtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Das sind die Bedingungen der achtziger Jahre. Ich sage das nur als eine Anmerkung, weil man dann nämlich sehr viel noch zur Textkritik hinzufügen könnte unter dieser Kategorie. Ich bin doch kein Optimist für die Wachstumsbedingungen der achtziger Jahre.

Aber gerade deshalb sind natürlich Fragen da, die ich jetzt nicht weiter aufnehme, wie Innovationsfähigkeit, der Stellenwert der Forschung. Es ist doch bestürzend, was sich auf diesem Gebiet in Bonn tut, meine verehrten Parteifreunde – ich sage das doch nicht nur als früherer Forschungsminister –, mit welcher Hemmungslosigkeit und mit welchem Dilettantismus die FDP, weil sie mit uns diese ausufernde direkte Forschungsförderung eingrenzen will, natürlich ist das richtig, und die SPD unter Bruch aller Wahlversprechungen die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau bis hin zur Demontage und Demolierung der deutschen Grundlagenforschung angehen. Nehmen Sie mal das Schlaglicht jetzt mit dem Plasmainstitut in Garching⁷⁸, wo auf dem Gebiet der Energieforschung die zukunfts-trächtigste Entwicklung jetzt gekappt wird aus einer rein fiskalischen Entscheidung, deren Konsequenzen keiner bedacht hat. Ich glaube, das Thema Forschung, Innovation, Hochschule ist auch ein Thema. Ich bin jetzt nicht dafür, daß wir es in den Katalog der formalen Themen hineinnehmen, aber ich nehme es mal, weil für die politische Debatte, unabhängig davon, ob wir das in den Themenkatalog hineinnehmen, die Frage der Wiederherstellung der erschütterten Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft überhaupt die Schlüsselfrage ist mit Innovationsfähigkeit und der langfristigen Bedeutung von Forschung. Das führt dann über in andere Dinge, die Bewertung beruflicher Leistun-

78 Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching bei München.

gen. Denn die Mißbräuche, die Helmut Kohl hier zu Recht unter moralischen Kategorien geegelt hat, sind doch auch die Folgen einer vollkommen verfehlten Gesetzgebung. Die Gesetzgebung, die wir haben, drängt doch die Menschen in die Illegalität hinein, von der Schwarzarbeit bis zur Steuerhinterziehung.

Ich mache mal eine Zwischenbemerkung, wir müssen hier in der Art, wie wir auf spektakuläre Reden reagieren, es besser machen als in den letzten Tagen. Wenn Lambsdorff dieses Thema Mißbrauch der Arbeitslosenhilfe anspricht, kann es nicht so sein – das ist eine Bitte an den Vorsitzenden, das auch den Beteiligten zu sagen und daraus zu lernen –, daß einer unserer Freunde qua Wirtschaftsausschuß der Partei dies jubelnd begrüßt, oder vorbehaltlos begrüßt und der andere qua Geschäftsführer CDA dies scharf kritisiert.⁷⁹ Die Zustimmung war vielleicht zu groß, aber die Kritik in dieser Form war auch verfehlt. Denn Lambsdorff hat hier ein Thema angesprochen, das doch bis in den Bereich der Arbeitnehmer hineinwirkt. Das kann ich Ihnen nun auch sagen aus Kontakt mit Arbeitnehmern. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist nur mal eine Fußnote, denn die besten Grundsatzdebatten nützen nichts, wenn wir die laufende Kommentierung nicht in den Griff kriegen.

Aber jetzt zur Sache. Ich habe prinzipielle Bedenken, lieber Freund Geißler, das will ich doch mal ganz deutlich hier sagen, daß in diesem Papier die Vorstellung wieder anklingt unter der Überschrift „Quantitative oder qualitative Arbeitsmarktpolitik“, wenn auch in der Form einer Fragestellung, daß die generelle Möglichkeit zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit auch im Sinne der Wahlfreiheit eine Antwort auf die Beschäftigungsprobleme der achtziger Jahre ist. Dies muß, wenn es weiter diskutiert wird, sehr genau eingegrenzt werden. Da brauche ich über die finanzielle Lage der Sozialversicherung nichts zu sagen. Natürlich ist das Thema Teilzeitarbeit für Frauen ein großes Thema, auch Frauen in Familie und Beruf. Da wollen wir auch weitergehen; wir haben das gerade auch in unserem Kabinett behandelt. Aber die generelle Öffnung der Möglichkeit zur Verkürzung des Arbeitslebens für alle kann nach meiner Auffassung nicht die Antwort sein. Das ist wirtschaftspolitisch verhängnisvoll. Es entspricht nicht dem, was wir lernen aus der Diskussion über die japanische Herausforderung und die Wettbewerbsfähigkeit. Ich sage jetzt nur ja zu den Themen Ökonomie und Ökologie, weil ich das nicht vertiefen will; ich habe das auch selbst unterstützt in der letzten Beratung. Nur müssen wir das etwas exakter noch formulieren. „Wirtschaftliches Wachstum und unsere Verantwortung für eine intakte oder gesunde Umwelt“ wäre eine mögliche Formulierung. Wir müssen das Stichwort umweltfreundliches Wachstum konkretisieren. Wir müssen das noch als Fragestellung genauer definieren. Das ist ein wichtiges Thema.

Aber da gleich kommt dann das, was Ernst Albrecht gesagt hat, auch wegen der politischen Debatten der nächsten Jahre, Voraussetzungen für Vollbeschäftigungspolitik. Das ist das Thema der Arbeitnehmer, das ist das Thema der jungen Menschen. Da werden Dinge wie Innovationsfähigkeit und Stellenwert von Forschung und Zukunftsbezogen-

79 Das Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestags, Pieroth, hatte das „offene Wort“ Lambsdorffs, der Vorbehalte gegen angeblich Arbeitsunwillige in der „sozialen Hängematte“ geäußert hatte (Frankfurter Rundschau“ vom 11. Dezember 1980: „Mut des Grafen“), begrüßt, der Hauptgeschäftsführer der CDA, Scharrenbroich, hingegen heftige Kritik geübt („General-Anzeiger“ vom 12. Dezember 1980: „Disput um Arbeitslosenstatistik“, „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Dezember 1980: „Lambsdorff vergiftet das Klima“).

heit eine große Rolle spielen. Das dritte ist Familie und Beruf. Ich plädiere nach wie vor dafür, daß wir, wenn wir auf einem Parteitag über Schulpolitik sprechen wollen, das ist ja ein dringender Wunsch unseres Vorsitzenden, (*Unruhe. Diskussion.*) ja, ich respektiere das, ich bin ja, wie Du weißt, auch lernfähig und vor allem, wenn der Vorsitzende gute Vorschläge macht, besonders, ich empfehle also nur, daß wir das nicht als eine Fachdiskussion der Professionellen angehen, denn da kommen wir in ganz große Schwierigkeiten. (*Unruhe. Diskussion.*) Wir müssen dann das Thema erweitern, nämlich auf die Fragestellung Sorgen und Chancen der Jugend oder Chancen und Sorgen der Jugend, und von dort her den Einstieg in Grundfragen der Schule, der Erziehung, der beruflichen Bildung finden. Wenn wir einen rein schulpolitischen Parteitag machen, sage ich Ihnen voraus, daß wir Ende des Jahres große Differenzen haben, weil unsere Partei sich in den Oppositionsländern – Nordrhein-Westfalen, lieber Herr Biedenkopf, ich lese die Reden unseres Freundes Worms⁸⁰ und anderer, ein bißchen auch in den Koalitionsländern – anders bewegt als in den Ländern, wo wir in der Regierung sind. Da gibt es auch noch gewisse Differenzierungen. Wenn wir also das schulpolitische Thema aufnehmen, dann in einer erweiterten Fragestellung, die es verhindert, daß wir uns über die Vor- und Nachteile der Gesamtschule oder auch nur der – wie heißt das? – Orientierungsstufe in integrierter und nichtintegrierter Form auseinanderreden und damit nicht das Ziel erreichen.

Wulff⁸¹: Ich bin etwas enttäuscht über die Diskussion – vielleicht sollte ich mir das nicht anmaßen –, weil ich meine, daß die Grundlinie, das, was dann auch von der Bevölkerung verstanden wird hinterher, hier nicht ganz durchkommt, sondern man sich im Grunde genommen in Einzelheiten und – das ist allerdings jetzt sehr weitgehend – vielleicht manches Mal auch in Widersprüche verstrickt. Ich würde mir vorstellen, damals bei dem Europa-Wahlkampf ist es ja gelungen, in drei Kernaussagen, drei Kernbegriffen, eine Fiktion von Alternative darzustellen, eine Fiktion in der Innenpolitik. Wir alle haben ja fast nur über Außenpolitik im Bundestagswahlkampf gesprochen, wie z. B. in der Fernsehdiskussion der Parteivorsitzende, und weniger über andere Bereiche, was dann als Konsequenz aus der Bundestagswahl als Nachteil gesehen wurde. Deswegen meine ich, sollte man jetzt bei der Innenpolitik versuchen, darüber nachzudenken, eine wirkliche Alternativposition zu den vergangenen zehn Jahren der SPD/FDP, aber auch für die Zukunft zu entwickeln. Und dazu möchte ich drei Bemerkungen machen.

Erstens, ich glaube, bei der jungen Generation wird sehr wohl verstanden das Thema des einzelnen Bürgers im Verhältnis zum Staat, also daß wir dazu gekommen sind, daß der einzelne immer mehr staatlich versorgt, total entmündigt und im Grunde der eigenen Verantwortung beraubt wird. Stattdessen vertritt die Union das Konzept, die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen zu stärken, das einzelne Individuum aufzurufen, mitzuar-

80 Bernhard Worms (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1970–1990 MdL Nordrhein-Westfalen (1983–1990 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1980–1985 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland, 1990–2002 Bundesvorsitzender der Senioren-Union, 1990/91 MdB, 1991–1995 Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit, 2001–2013 Präsident der Europäischen Senioren-Union. – Zu Worms' Äußerungen vgl. z. B. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 24. November 1980: „Worms setzt auf Kompromiß in der Gesamtschulfrage“; „Neue Ruhr-Zeitung“ vom 6. Dezember 1980: „Rau und Worms einig: kein neuer Schulkampf“.

81 Christian Wulff (geb. 1959), Jurist; 1978–1980 Bundesvorsitzender der Schülerunion, 1983–1985 Landesvorsitzender der JU Niedersachsen, 1994–2008 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, 1994–2010 MdL Niedersachsen, 2003–2010 Ministerpräsident, 2010–2012 Bundespräsident.

beiten und sozusagen Einsatzbereitschaft, Opferbereitschaft, den persönlichen Einsatz wieder verstärkt in den Vordergrund zu stellen. Das gilt dann sowohl für den Bereich der Wirtschaftspolitik, wo ich überhaupt nicht kompetent bin, als auch für die Bereiche wie zum Beispiel Bildungssystem und andere.

Zweitens muß ich das dann auch in der konkreten Politik wiederfinden, und hier kann man natürlich grundsätzliche Diskussionen führen. Die Union leidet nach meiner Meinung darunter, daß sozusagen einzelne Fachimperialisten ihren Bereich sehen und dann darüber hinaus schauend im Grund genommen nicht mehr die Widersprüche erkennen, die dadurch entstehen. Wenn man wirklich versucht, das auch wiederfinden zu lassen, dann muß das generell gelten. Zum Beispiel Eigenverantwortlichkeit des einzelnen mitgestalten in kleinen und überschaubaren Einheiten, es steht ja im Papier drin. Das gilt dann sowohl im Wohnungsbau, als auch im Krankenhausbau, als auch in der Schulpolitik. Und in der Schulpolitik – gestatten Sie mir den Satz noch – kursiert hier ja gerade zu dem Formulierungstitel unter II.5 „Eine andere Bildungspolitik“ das Gerücht, Trennung von Schule und Unterricht. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich glaube schon, daß wir als Union hier die Chance haben, Vorreiter zu sein, genau wie der Parteivorsitzende es ja seit Jahren versucht, für eine Schule, in der die Beteiligten, die Eltern, die Schüler, die Lehrer wieder stärker Freiräume auch pädagogischer Natur haben. Nur, die Union ist doch in der Vergangenheit überhaupt nicht bereit gewesen, mal zu Ende zu diskutieren. Wenn man dafür ist, daß die einzelne Schule mehr Eigenverantwortung hat, dann muß man auch einkalkulieren, daß mehr Blödsinn betrieben wird. Wenn man eine Schule hat, wo eben die Mehrheitsverhältnisse der Union nicht freundlich gesonnen sind, dann werden da Dinge ablaufen, die wir so dann in toleranter oder liberaler Natur mitverantworten, mittragen müssen. Ich persönlich wäre dafür, man müßte das bis zu Ende diskutieren.

Mein dritter und letzter Punkt. Ich glaube, es fehlt der Union nicht an Mut zur Auseinandersetzung, sozusagen jetzt möglichst kräftig und fundiert zu sagen, also wir haben immer recht gehabt. Sondern es fehlt, glaube ich, an der nötigen Schärfe in der Auseinandersetzung zum Beispiel zum Thema Bundeswehr. Herr Wörner, es ist nicht so einfach, wie Sie das eben versucht haben, hier einzuwerfen bezüglich der Jungen Union. Die Jungsozialisten haben wenige Wochen vor der Bundestagswahl, ich selber bekam das einen Tag nach der Fernsehdiskussion von Egon Bahr in die Hand, gesagt, das ist alles nicht wahr, die SPD stünde zur NATO, zur EG und zur Bundeswehr. Am nächsten Tag wurde in einer Auflage von 100.000 Exemplaren eine Zeitung der Jungsozialisten verteilt, bezahlt von der SPD und gedruckt im Erich-Ollenhauer-Haus⁸², in der stand: „40.000 Wehrdienstverweigerer im vergangenen Jahr sind ein Schimmer am Horizont, sie haben sich für den Frieden entschieden.“ Was nichts anderes heißt, daß all die, die zur Bundeswehr gehen, sich für den Krieg entscheiden. Diese Auseinandersetzung wird tagtäglich geführt, nur daß die Junge Union mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr die Letzten sind, die überhaupt noch in Jugendzentren, in den Schulen, im Unterricht überhaupt die Position einnehmen, daß die Bundeswehr friedenserhaltend ist. Von daher ist das wiederum ein Punkt, wo die konkrete Auseinandersetzung in der nötigen Schärfe geführt werden muß.

Ich selbst, das ist wohl meine letzte Äußerung hier, möchte mich bei Ihnen allen für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren bedanken. Ich studiere inzwi-

82 SPD-Parteizentrale in Bonn. – Erich Ollenhauer (1901–1963), Kaufmann; 1949–1963 MdB, 1952–1963 SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag.

schen, habe einen Nachfolger, der dann in der nächsten Sitzung die Sache übernehmen wird, und bedanke mich sehr herzlich für die freundliche Aufnahme. Es ist sicher nicht immer ganz einfach, einem Jüngeren da zu lauschen, der also noch keinerlei Lebenserfahrung hat. (Beifall.)

Kohl: Wir haben uns bei Ihnen zu bedanken für die ganz offene, ganz selbstverständliche, in diesem Kreis bei manchen Gelegenheiten ungewöhnlich sichere und direkte Art, mit der Sie hier Meinungen vertreten haben. Das Beste, was ich Ihnen sagen kann, außer daß wir Ihnen für die Zukunft alles Gute wünschen, ist, Sie vielleicht in diesem Kreis in einer anderen Funktion wiederzusehen; ich wünsche mir einen ebenso guten Nachfolger. (Beifall.)

Wir haben jetzt noch sechs Wortmeldungen. Nach der sechsten will ich versuchen, die Themen zusammenzufassen.

Schwarz-Schilling: Lassen Sie mich zunächst mit dem Medienthema beginnen. Ich glaube, die Position der Union ist nicht nur in der Auseinandersetzung mit der anderen Seite erschwert worden, sondern sie ist vor allen Dingen auch sehr stark erschwert worden durch eine fehlende Abstimmung – entschuldigen Sie bitte, wenn ich diese Kritik hier einmal äußere –, unserer Ministerpräsidenten untereinander über das, was ein Gesamtkonzept der Union in der Medienpolitik ist. Ich habe als Vorsitzender des Koordinierungsausschusses immer die Auffassung vertreten, daß wir die Medienpolitik den Ländern zuzuordnen haben, wie es der Verfassung entspricht. Wir haben das, was auf der Bundesebene sich abspielte und was an Blockierungen für diese landespolitische Medienpolitik durch Bundespost und Ähnliches mehr seitens der Bundesregierung ins Feld geführt wurde, immer nur in der Abwehr der autonomen Länderpolitik bekämpft, niemals einen eigenen Anspruch auf bundespolitische Medienpolitik formuliert oder jemals irgendwo in der CDU vorgebracht. Das hätte natürlich bei einer etwas konstruktiveren Gemeinsamkeit zu einer guten Konzeption führen können, wenn sich die Länder darüber im klaren gewesen wären, daß unterschiedliche Wege in dieser Medienpolitik durchaus mit dem Konzept der Union vereinbar sind und daß es überhaupt nicht darum geht, daß das eine Land sagt, nur mein Weg ist richtig und der Weg des anderen ist falsch, sondern daß man sehr wohl in der Lage gewesen wäre, sowohl das, was Rheinland-Pfalz tut, was Baden-Württemberg tut, insbesondere auch der Drei-Phasen-Plan, das, was im norddeutschen Raum geschieht, in eine einheitliche Medienpolitik der Union in ihrer Vielgestaltigkeit einzufangen. Da gab es aber sehr viele Erklärungen und Pressedinge, die dann auch noch aufgeheizt worden sind. Und dann gab es auch einige – nicht von denen hier am Tisch Sitzenden – relativ törichte Bemerkungen auch aus unseren eigenen Reihen, die im Grunde genommen immer laufend jetzt von den Gegnern zitiert werden und uns selber verunsichern.

Ich bin der Auffassung, wenn ich jetzt konkret zur die Frage des nächsten Parteitages hier Stellung beziehen soll, daß es unter keinen Umständen darum gehen kann, jetzt in den Einzelheiten eine medienpolitische Debatte zu führen. Aber was wichtig wäre, ist, daß bei diesem Parteitag durch ein relativ kurzes, verständliches Statement die Vielgestaltigkeit der Medienpolitik der Union wieder als ein einheitliches Konzept erscheint. Vielgestaltigkeit in den Ländern, aber nicht gegeneinander ausgespielt, sondern vernünftig miteinander koordiniert als ein eben der Union auch in dieser Weise pluralistisch und der Autonomie der Länder gerecht werdendes Konzept. Das halte ich, wenn man das

vernünftig formuliert, für machbar, wobei ich der Auffassung bin, daß die Einzelheiten über Medientechnologie, über Frage privater oder anderer Organisationsformen, Lizenzbedingungen oder Ähnliches mehr, mit Sicherheit besser in einem Fachkongreß am Ende des Jahres aufgehoben ist, weil dazu die Delegierten eines Parteitages wirklich überfordert wären. Ich muß allerdings sagen – nach der Mahnung von Ministerpräsident Albrecht –, daß wir in der Lage sein müssen, auf breiter Basis zu diskutieren, und dies überhaupt nur möglich ist, wenn diesem Gebiet auch eine entsprechende Bedeutung beigemessen wird und die organisatorischen Voraussetzungen gegeben werden, daß tatsächlich auch unsere Parteimitglieder mit diesen Dingen so ausgestattet werden durch Diskussionsanleitungen und Ähnliches mehr, daß so etwas auch vonstattengeht. Das kann man sehr gut machen; es gab eine Argumentationskarte im Wahlkampf, die praktisch ein Ansatzpunkt gewesen ist, aber auch die führenden Leute der Union sind meistens über diese Fragen sehr wenig orientiert. Das muß ich leider dazu sagen.

Ich bin also, um diesen Punkt abzuschließen, der Auffassung, es ist dringend erforderlich, daß der entstehende Eindruck, daß die Unionspolitik in der Frage Medienpolitik auseinanderläuft, durch ein klares und kurzes und nicht zu vielfältig in die Einzelheiten gehendes Antragsstatement des Bundesvorstands wieder eingefangen wird und dabei also weder Beschimpfungen der Medien noch Sonstiges Inhalt ist, sondern eine konstruktive, in die Zukunft weisende Gemeinsamkeit aller Unionsländer, wobei all die Punkte, die in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein, in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz laufen, ihren entsprechenden Stellenwert haben müssen, indem sie sich nämlich auch alle wirklich in ein sehr gutes Konzept vereinheitlichen lassen. Ich verstehe manchmal gar nicht, daß man nicht besser immer den anderen mit lobt, über seine Tätigkeit, als daß man nur sagt, das, was in meinem Lande geschieht, ist das einzig Wahre, und alles andere ist schon überholt. Das stimmt einfach nicht. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich glaube, man muß sich immer wieder auf den Standpunkt stellen, daß gute Dinge trotzdem in dieser Partei möglich sind.

Zweiter Punkt: Dann müßte eine Vorbereitung für einen Fachkongreß stattfinden, der wahrscheinlich am Ende des Jahres traditionell am besten als ein gemeinsamer Kongreß zwischen beiden Unionsparteien gehalten wird. Ich halte das dann für die bessere Methode, die Dinge neu in die Öffentlichkeit zu bringen und gerade auch mit Fachleuten, den Journalisten und Ähnliches mehr zu diskutieren. Aber dazu gehört eine ganze Menge Vorarbeit. Ich möchte Ihnen sagen, daß es heute Gemeinsamkeiten gibt, von denen die Union ja überhaupt keine Kenntnis nimmt. Die Verkabelung der Bundesrepublik ist eine Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Kein Mensch von unseren Mitgliedern ist sich darüber im klaren, noch wird es politisch mit der entsprechenden Deutlichkeit ausgesagt. Die stufenweise Möglichkeit der Medienpolitik über Verkabelung wird heute vom Deutschen Journalistenverband getragen. Auch das wird nirgendwo bei uns als Argumentation mitbenutzt. Wir sind in der Lage, bereits sehr viele gesellschaftliche Gruppen in ein einheitliches Konzept gegen die Bundesregierung ins Feld zu führen. Das zur Medienseite.

Bezüglich der Wirtschaft möchte ich nicht mehr viel mehr sagen als das, was Ministerpräsident Stoltenberg gesagt hat. Ich glaube, da waren eigentlich die wichtigsten Punkte genannt. Ich möchte nur ganz allgemein eines sagen: Ich glaube, wir gehen zu schnell, sowohl bei den Medien wie bei der Wirtschaft, auf einen relativ pessimistischen Kurs. Wir

sprechen davon, daß wir im Grunde genommen die Konsequenzen ziehen müssen, daß es kein Wachstum mehr gibt, so wie es ja hier in dem Papier ist. Ich glaube, das ist praktisch die Ermüdungserscheinung eines Kontinents, wenn wir so fortfahren, ein später Nachklang vom Untergang des Abendlandes⁸³. Es gibt in unserer Zeit Länder, die rohstoffmäßig noch viel schlechter versorgt sind, die alle Chancen des Wachstums tatsächlich auch nutzen, wie zum Beispiel Japan, die überhaupt nicht auf einem solchen Standard zu sehen sind, und die werden die Zukunft bestimmen, so wie wir in den 20 Jahren von 1950 bis 1970 die Zukunft bestimmt haben. Ich möchte sagen, daß der Punkt, den der Wirtschaftsminister gerade bei der letzten Ausschusssitzung im Bundesausschuß für Wirtschaft wirklich heruntergespielt hat, der aber entscheidend ist, nämlich die Beseitigung der Investitionshemmnisse und damit der möglichen Wachstumsspielräume in der Bundesrepublik Deutschland, die zentrale Frage wird. Währenddessen stellt die Bundesregierung natürlich immer die Verwerfungen der Weltpolitik, die Situation aus dem Öl und Ähnliches mehr als die entscheidende Frage dar. Aber die Wirklichkeit ist diese Beseitigung.

Da gibt es die drei Gebiete. Das erste Gebiet, die Frage der Kraftwerke und damit der niedrigeren Kosten für die Energieversorgung ist die entscheidende Frage, wenn nicht die Gewerkschaften damit einverstanden sein sollen, daß wir kein Hochlohnland mehr sein wollen. Wir können nicht beides sein, höchstes Lohnland und höchstes Energieland, dann können die Unternehmen nur noch auswandern. Das müssen die Gewerkschaften mit aller Klarheit sehen. Wenn wir in diesem Punkt nicht mit einer ganz anderen Vehemenz nicht nur von der Restgröße der Energie reden, sondern von den Kosten der Energie, dann ist uns in diesem Punkt nicht mehr zu helfen. Der Bundeswirtschaftsminister hat auf die Frage, was er eigentlich unter Restgröße versteht, eine sehr interessante Interpretation gesagt, indem er sagt, das muß man natürlich im Gesamtspektrum der verschiedenen Grundlasten der Energie sehen, so daß dann natürlich der Kostengesichtspunkt mit hineinkommt. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist dann, ich möchte sagen, so die intellektuelle Auseinandersetzung in einem Ausschuß; die Wirklichkeit wird ja dann ganz anders gewürdigt.

Zweiter Punkt war Wohnungsbau. Wohnungsbau, wissen wir alle, ist der zentrale Punkt. Und zwar der zentrale Punkt Wohnungsmietbau, Schaffung von Mietwohnungen. Und der dritte Punkt war die Telekommunikation, die ja weit über die Frage Fernsehprogramme hinausgeht. Meine Damen und Herren, ich darf doch nochmal eines hier sagen, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn das einmal hier begriffen würde, daß die Frage der Telekommunikation nicht die Frage des 38. Fernsehprogramms ist, sondern daß das die Frage ist, ob wir auf dem Gebiet der Mikroelektronik und der Fernmeldetechnik überhaupt in den nächsten 20 Jahren weltwirtschaftlich noch etwas zu melden haben werden, weil uns die Vereinigten Staaten in einem Faktor von eins zu 20 bereits davongelaufen sind, während Europa der zweitgrößte Verbraucher auf diesem Gebiet ist. Dies ist einer der wesentlichen Punkte, wo eine hochindustrielle Nation Innovationspotential und damit Wachstumsspielräume gewinnen kann. Das müßte meines Erachtens in den Vordergrund in der Frage der Beseitigung der Investitionshemmnisse gestellt werden. Das spricht auch dafür, daß wir in der Frage dieser neuen Entwicklung immer mehr wegkommen von den Größeneinheiten, weil die Telekommunikation uns auch für mittlere und kleinere Betriebe

83 Hauptwerk des Kulturphilosophen Oswald Spengler (1880–1936): *Der Untergang des Abendlandes* – Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. 2 Bde. Wien 1918, München 1922.

be, für dezentrale Organisationen einen entscheidenden Primat geben kann und damit dem Mittelstand alter und neuer Provenienz zurückgegeben werden können. Das müßte meines Erachtens auch jetzt in den Zusammenhang mit dem wirtschaftspolitischen Konzept oder durch den Ansatzpunkt, der hier in dem Programm ist, gegeben werden.

Ich darf nun zum Abschluß noch sagen, zur Frage optimistische oder pessimistische Sicht halte ich auch gerade bei der Jugend für erforderlich, daß wir hier eine optimistischere Sicht haben. Wir können nicht davon sprechen, daß wir uns darauf einrichten, keine Wachstumsspielräume zu haben, d. h. Ende der Entfaltungsspielräume oder überhaupt des Entfaltungsspielraums der jungen Generation. Das müssen wir der jungen Generation klarmachen, daß die Voraussetzungen der Selbstverwirklichung durch gewisse ganz klare Voraussetzungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik unmittelbar zusammenhängen und daß wir daher an einem Strick ziehen, der gemeinsam mit der jungen Generation diesen Entfaltungsspielraum wieder aufbricht, damit sich eine Zukunftschance überhaupt noch in diesem Land ergibt.

Kohl: Christian Schwarz-Schilling, ich nehme das noch auf, was vorhin Horst Waffenschmidt gesagt hat; darüber brauchen wir, glaube ich, dann nicht mehr zu reden. Ich bitte dringend darum, das Thema Wohnungsbau in dieser Aufzählung ausgesprochen nicht zu bringen. Denn das ist kein Thema für eine breite Parteidiskussion; da muß etwas gemacht werden. Strauß und ich haben ein Gespräch gehabt. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich glaube nicht, daß die SPD damit fertig ist, es ist die Frage, mit was sie fertig ist. Wir wollen im Januar die CDU/CSU-geführten Bundesländer, die Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktion zusammenbringen, um ganz schnell hier auf dem Gebiet etwas zu erarbeiten. Ich halte nichts davon, da in eine breite Parteidiskussion zu kommen; da kommt überhaupt nichts heraus. Wir müssen etwas machen in der Sache und zwar unverzüglich. Ich habe das alles in die Wege geleitet, es liegt im Augenblick nicht an mir, sondern an unserem Partner. Aber ich werde die Woche nochmal nachfassen, daß wir möglichst rasch im Januar dann anfangen, Lothar Späth, wir haben ja über diese Sache schon mal gesprochen, daß das entsprechend untereinander abgesprochen ist. Also in der Sache ja, aber ich kann es nicht zu den Themen hier nehmen, weil es kein Thema ist für die breite Partearbeit; wir müssen ja ohnehin Themen kürzen.

Waffenschmidt: Da möchte ich eine Frage stellen. Gerhard Stoltenberg hat eben für meine Begriffe mit Recht gesagt, wir haben Kernthemen, die wir in der Breite diskutieren, andere Themen, die vielleicht bei einem Kongreß oder anderen Arbeitsgruppen gestellt werden. Wenn wir aber etwa die Zahl zehn aufnehmen, wenn wir mal bei fünf oder sechs bleiben, (*Unruhe. Diskussion.*) dann müßte es dabei sein.

Kohl: Nein, wir sind gerade dabei, ich komme auf sieben Themen, aber das ist eine Frage, wie man es formuliert; das sind auch sechs, die gehen ja ineinander über.

Blüm: Jetzt zunächst einmal zu dem ein paar Bemerkungen, was Gerhard Stoltenberg zu dem Thema Dissonanzen gesagt hat. Also, erstens, es gibt keinen Zweifel oder keinen Streit unter uns, daß es Drückeberger gibt, daß es Mißtrauen gibt und daß es Faulenzer gibt – nicht nur bei den Arbeitslosen, sondern auch anderswo, aber auch bei den Arbeitslosen – und Mißbrauch nicht nur in der Sozialversicherung, sondern auch an anderer Stelle. Wir werden den Mißbrauch überall erkennen, kein Zweifel, und es wird nicht tabuisiert das Thema Drückeberger. Nur warne ich uns gemeinsam, das Thema Arbeitslosigkeit sozusagen zu moralisieren und zu privatisieren. Dann ist nämlich der Helmut

Schmidt aus dem Schneider. Dann ist das nur noch das Problem der Drückeberger. Daß es kein so privates Thema sein kann, kann man mit zwei Zahlen relativ leicht belegen. In Saarbrücken, wenn ich das richtig im Kopf habe, gibt es 6,7 Prozent Arbeitslose. In Stuttgart gibt es, wenn ich das auch recht in Erinnerung habe, 1,7 Prozent Arbeitslose. Das Gefälle zwischen Saarbrücken und Stuttgart kann doch kein Drückeberger-Gefälle sein! Das muß doch objektive Gründe haben, sonst würde man doch sagen, in Saarbrücken wären mehr Faulenzer, mehr Drückeberger. (*Unruhe. Diskussion.*) Es wäre gut, wenn wir uns darauf verständigen könnten, daß wir das Mißbrauchsthema offensiv angehen, nicht nur in der Sozialpolitik. Es geht dem deutschen Staat eine Menge Geld auch an anderer Stelle verloren, ich nenne das Stichwort Wirtschaftskriminalität. Da geht mehr verloren, als alle Arbeitslosen mißbrauchen können. Aber wir gehen es überall an. Es gibt da keine Tabus mehr. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gut, jetzt zum Thema Arbeit. Da bin ich mit Herrn Albrecht einer Meinung, das wird das große Thema der Zukunft. Ich glaube, die ganze Sozialpolitik ist am Ende ihres Lateins, wenn wir dieses Thema nicht klären können. Ich will Ihnen meine Befürchtung sagen, die Befürchtung, die ich habe, daß wir uns in eine sehr harte, unbarmherzige Gesellschaft wandeln. Die Jungen, Gesunden, Tüchtigen, Ausgebildeten werden immer Arbeit bekommen, und die etwas Älteren, Kranken, etwas salopp ausgedrückt, die mit einer kleinen Macke, die werden vor der Tür stehen. Und die Gesellschaft wird ihr schlechtes Gewissen damit beruhigen, daß sie sagt, es verhungert ja niemand. Es ist durchaus möglich, eine solche Gesellschaft bei relativ hohem Lebensstandard durchzubringen. Nur unsere kann das nicht sein. Deswegen finde ich auch, daß wir uns gemeinsam anstrengen müssen, das Thema Arbeit anzugehen. Ich habe dafür kein Patentrezept, und ich fürchte, es wird auch keines geben. Es werden nur 1.000 Schritte sein. Dazu zähle ich die Bildungspolitik, die ich für eine ganz wichtige Aufgabe im Zusammenhang mit Arbeitsmärkten halte, und zwar eine Bildungspolitik, die sich nicht auf die Erstausstattung beschränkt, sondern die Umschulung und Fortbildung zu den richtigen Berufen hin ermöglicht. Ich meine, das ist ein breites Thema; ich will es nur in Stichworten sagen.

Zweitens, dazu zähle ich auch die Ordnungspolitik, denn ich glaube, daß am Ende dieser Krise wir zur Vernichtung des Mittelstandes gekommen sein könnten. Das halte ich für möglich, daß wir so die Krise überwinden mit Riesenapparaten. Aber der Mittelstand ist verschwunden und im übrigen die Soziale Marktwirtschaft dann auch. Dazu zähle ich allerdings auch das, was in diesem Papier aus meiner Sicht gut gelöst ist, eine neue Politik der Arbeitszeitordnung. Meine Damen und Herren, wenn ich das richtig sehe, das, was gestern beschrieben wurde mit Arbeitsunzufriedenheit, das hat etwas mit starren Arbeitszeitregelungen zu tun. Gerade bei der nachwachsenden Generation wird dieses starre Zeitkonzept sehr viel härter empfunden, als es bei unseren Großvätern empfunden wurde. Ich entdecke im übrigen, daß die FDP dabei ist, ein Programm variabler, flexibler Arbeitszeiten zu entwickeln. Ich finde, daß diese Auflockerung der Arbeitszeitordnung, die so hart und so starr, wie sie jetzt ist, ja bestenfalls 150 Jahre alt ist. Das sind sozusagen die Bedingungen der Industrialisierung gewesen, daß die Arbeiter in großen Kolonnen organisiert wurden. Nur, wir haben heute technische Entwicklungen, wo wir das auflockern können, wo wir sehr viel mehr Freiheit, Wahlmöglichkeiten, Zeitsouveränitäten einbauen könnten. Der alte Bauer hat sich über Jahrtausende Schritt für Schritt aus seiner Lebensaufgabe herausgezogen. Erst das Industriezeitalter hat die

Pensionierung mit jenem Schock organisiert, wie er heute organisiert ist. Warum soll es nicht arbeitspezifische Arbeitszeitverkürzung geben, die sozusagen den Übergang von der Erwerbsphase in die Pensionsphase erleichtert? Das Problem entsteht doch auch deshalb, weil heute die dritte Lebensphase eine eigenständige Lebensphase ist, auf die viele gar nicht vorbereitet sind. Wo steht denn geschrieben, daß alle Bildungszeiten ins erste Drittel des Lebens gezwängt werden müssen? Da gibt es Leute, die studieren bis 30, werden halbwegs verrückt dabei. Würden die fünf Jahre weniger studieren und vielleicht später nochmal, (*Unruhe. Diskussion.*) dann wäre vielleicht der ältere Arbeitnehmer auch wegen der Konkurrenz der nachwachsenden Generation besser; denn der ältere Arbeitnehmer ist heute nicht mehr der Arbeitnehmer mit dem meisten Wissen. Das ist das älteste Wissen, das er hat, das ist doch nicht das Wettbewerbsproblem. Ich will es nur an ein paar Punkten verdeutlichen, warum. Bloß sollten wir den Leuten nicht Raum geben, die sagen, wir teilen uns einen Arbeitsplatz, organisieren das selber? Solche Möglichkeiten gibt es. Ist das nicht ein Stück Freiheit? Ich bin sicher, daß die Sozialisten dies nicht können. Die können die Individualisierung von Bedürfnissen nicht organisieren, auch nicht von Arbeitszeitbedürfnissen. Ich bin bereit, eine Wette einzugehen, daß die FDP sich dieses Themas annimmt mit großer Zustimmung in der Bevölkerung. Im übrigen gibt es auch objektive Notwendigkeiten. Wir brauchen eine andere Zeitordnung auch aus raumordnerischen Gründen. Das halten doch die Städte gar nicht aus, daß morgens zur gleichen Zeit alle in die Stadt wandern und abends alle raus. Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Wo steht denn geschrieben, daß Arbeitszeit und Betriebszeit identisch sein müssen? Da liegt doch auch Kapital frei!

Also, ich wüßte eine Menge Sachen, wo man mit viel Phantasie das Ding angehen kann, und ich glaube, daß Wachstumsschwierigkeiten eine Herausforderung unserer Phantasie sind und die Kollektivisten zur phantasievollen Lösung dieses Problems nicht in der Lage sind. (*Unruhe.*)

Ich bin noch nicht fertig, Herr Vorsitzender. Es würde mich sehr reizen, das noch zu vertiefen. (*Unruhe. Diskussion.*) Kontrollieren Sie doch mal unsere Reaktionen, oder wie wir ankommen, oder wie wir verstanden werden, es dreht sich nicht um Anpassung. Wir erwecken heute den Eindruck, daß wir auf alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit einem Stichwort antworten: Wachstum. Das halte ich für Ausdruck von Einfallslosigkeit. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich meine, wir müssen die Alternative zwischen Nullwachstum und Nurwachstum durchbrechen. Da gibt es ja auch eine merkwürdige Grundverschiebung. Da gibt es Leute, die wollen in der Wirtschaft Nullwachstum, in der Sozialpolitik Vollwachstum, dann gibt es die Umgekehrten, die wollen in der Wirtschaft Vollwachstum und in der Sozialpolitik Nullwachstum. Ich finde, wir müssen da rauskommen, denn ich bin sicher, ich will das auch gerne noch begründen, die alten Wachstumsraten wird es nicht mehr geben. Wer darauf seine Hoffnungen setzt, baut auf Illusionen. (*Unruhe. Diskussion.*) Dann müssen wir andere Sachen uns einfallen lassen. Ich finde, das ist eine wichtige Voraussetzung für eine Sozialpolitik, die nicht nur in der Alternative arbeitet, ausgeben oder einsammeln.

Ich mache es ganz kurz. Das große Stichwort scheint für uns zu sein eine am Prinzip der solidarischen Selbsthilfe orientierte Sozialpolitik. Es ist vorhin nach dem Operationalen gefragt worden, d. h. Entstaatlichung des Sozialsystems, d. h. die Abkoppelung vom Gesetzgeber. Das heißt nicht Privatisierung, das heißt Selbstverwaltung, Selbstregulie-

rungskreise zu organisieren. Das hört sich sehr theoretisch an, hat aber sehr praktische Folgen. Beispielsweise für die Rentenpolitik, für die Krankenversicherungspolitik.

Zweitens, ich meine, wir würden einem Bedürfnis sehr nahekommen, das in diesem Papier aus meiner Sicht hervorragend dargestellt wurde, nämlich mit einer Politik, die die kleinen Lebenskreise stärkt, die sich mit überschaubaren Lebensverhältnissen beschäftigen. Da besteht eine große Sehnsucht. Übrigens entlastet uns das auch von zentralen Konflikten. In den Zusammenhang gehört dann auch die Familienpolitik. Die gehört aus meiner Sicht in eine Politik, die uns vor der totalen Verstaatlichung und Manipulation unseres Lebens schützt. Dazu gehört, glaube ich, daß auch eine Alternative entsteht, wieder neu, auf die wir nicht vorbereitet sind, zwischen Partnerschaft und Klassenkampf. Denn wenn die Verteilungsspielräume abnehmen, werden die Auseinandersetzungen härter. Nur werden wir dies nicht nur so philosophisch darstellen können. Ich glaube beispielsweise, daß die Bewährungsprobe für Partnerschaft auch eine Eigentumspolitik ist, die wir energischer betreiben müssen und nicht nur im steuerpolitischen Teil versickern lassen; die kapiert kein Mensch. Also für die Politik der kleinen Lebenskreise empfehle ich sozusagen als Beweismaterial Familienpolitik. Für die Politik Partnerschaft empfehle ich als Beweismaterial Eigentumspolitik. Für die Politik Entstaatlichung empfehle ich Selbstverwaltung, Stärkung der Selbstverwaltung. Versicherung geht vor Fürsorge. Das sind drei handfeste Beispiele, denn das haben wir ja auch in der Diskussion gemerkt, ein neues Grundsatzprogramm brauchen wir nicht, wir brauchen ein paar konkrete Punkte, an denen wir Perspektiven deutlich machen, sozusagen als Beweismaterial, daß wir Perspektiven haben.

Einen Punkt will ich jetzt noch nennen, den können wir einmal vertiefen. Es wird so viel von Mut gesprochen zu sparen, auch in der Sozialpolitik. Ich empfehle uns als Test, wie viel Mut wir haben, bevor wir an das alte Mütterchen rangehen, uns mal dem Thema Öffentlicher Dienst zu stellen. Der ist nämlich tabu in unserer Gesellschaft. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich bin dafür, daß wir uns mit diesem Thema rechtzeitig befassen; das finde ich die Mutprobe der Sozialpolitik, ob wir die heilige Kuh Öffentlicher Dienst als heilige Kuh anbeten oder tatsächlich diskutieren.

Späth: Ich möchte doch nochmal an dem Punkt weitermachen, wo Norbert Blüm seinen Hauptpunkt gesetzt hat. Und zwar einfach deshalb, weil wir uns, glaube ich, mal ein bißchen Zeit nehmen müßten – wahrscheinlich können wir das nicht auf dem Parteitag –, diesen Gedanken zu Ende zu denken. Ich bin wirklich überzeugt, daß wir mit dem Ansatz, den wir auch in dem Papier haben, im Grunde die Schlachten von gestern schlagen. Die große Fragestellung ungezügelter Wachstum zu Lasten der Umwelt und der Gemeinschaft ist nicht mehr das Thema. Das ist das Schwein, das gestern durch die Landschaft ging. Das Thema heute heißt doch, wie begegnen wir dieser neuen Herausforderung? Ich kann nur sagen, was der Jungblut⁸⁴ zu dem Thema „Keine Angst vor den Japanern“ schreibt, da beginnt das. Daß wir dem nicht mehr antworten können mit dem Thema, bringt uns wieder zu unserem alten Wachstum, notfalls zu Lasten der Umwelt oder sonst was, das ist das Thema. Das weiß doch jeder, daß das Unsinn ist; kein Mensch

84 Michael Jungblut (geb. 1937), Diplom-Ökonom, Journalist; 1965–1986 Wirtschaftsredaktion „Die Zeit“, 1986–2002 Leiter und Moderator der ZDF-Sendung WISO. – Artikel in „Die Zeit“ vom 12. Dezember 1980: „Keine Angst vor den Japanern. Die Herausforderung aus Fernost kommt zur rechten Zeit“.

von uns diskutiert dieses Thema. Nur, warum nehmen wir dann dauernd die uns aufgedrängten Argumente der anderen? Das, was uns hier aufgedrängt wird, ist doch wieder eine Schlacht zu schlagen nach dem Prinzip, die Soziale Marktwirtschaft bedarf einer neuen schwächenden Komponente, nämlich die kreativen Kräfte müssen jetzt gedämmt werden im Hinblick auf das Gesamtinteresse Ökologie. Und was Ökologie ist, das weiß keiner so richtig. Das sind 1.000 Elemente, und jeder, der irgendeinem ökologischen Ding nachjagt, sagt, das Wichtigste ist, daß wir endlich mit der Wachstumsideologie aufhören. Beides ist keine Antwort, sondern die Antwort besteht in dem Thema, wo sind unsere Zukunftschancen, wie sieht die Herausforderung aus.

Da bin ich zum Beispiel, was Arbeit angeht, der Meinung, daß Blüm genau richtigliegt. Ich kann nur sagen, wer alles mal zusammenfaßt über die Zukunftschancen etwa im Arbeitsprozeß, des Zurückkehrens in die Familie mit der Arbeit; die moderne Kabeltechnologie ist die erste Chance, daß man wieder zu Hause arbeiten kann, daß ganze Bevölkerungsgruppen gar nicht mehr zur Arbeit fahren müssen. Das gibt eine ungeheure Chance, zum Beispiel in der Abwechslung der Arbeit zwischen Mann und Frau in der Familie. (*Unruhe. Diskussion.*) Das gibt eine ungeheure neue Möglichkeit, die wir nicht nutzen. Die Pünktlichkeit ist Unsinn, nicht weil ich ein großer Gegner von Pünktlichkeit bin, weil ich ja so langweilig bin und weil meine Selbstdisziplin sich nicht nur an der Pünktlichkeit orientiert, aber zum Beispiel ist die Pünktlichkeit das typische Ergebnis einer Massenproduktion, die die Pünktlichkeit braucht, weil die Maschine nur angeworfen werden kann, wenn alle an ihrem Platz stehen. Inzwischen haben wir völlig neue Technologien und können zum Beispiel das Thema Arbeitszeit und Arbeitseinteilung völlig neu erfassen. Da haben wir eine ungeheure kreative Chance. Und dort können wir sensible Gruppen ansprechen. Die Stahlindustrie wird immer die Pünktlichkeit im Mittelpunkt haben, das ist aber die untergehende Industrie, der Handwerksbetrieb mit großen Einschränkungen; zum Beispiel beim Jugendschutz führt er seinen Lehrling schon eine halbe Stunde später zum Arbeiten auf die Baustelle. Ich will ja nicht sagen, daß die normalen Arbeitszeiten aufgelöst werden, aber die Antwort auf das, was mit der Flexibilität beginnt, heißt doch nicht diese Einfallslosigkeit von Alltagsbeschäftigung. Das ist doch eine einfallslose Antwort, die im Grunde nur einen Kompromiß anbietet zwischen dem Thema, gar nicht zu arbeiten und halbtags zu arbeiten. Aber darin sind eine Menge von Problemstellungen, die heute utopisch klingen, die in wenigen Jahren in weiten Bereichen Realität sein werden.

Aber jetzt kommt die andere Frage. Lieber Norbert Blüm, darauf kannst Du natürlich dann nicht die Antwort geben, auf die kollektive Sozialversicherung, die angelegt ist auf dieses Wachstum, auf diesem ganzen kollektiven System, die bleibt. Die paßt genauso nicht mehr in die Landschaft – wir reden jetzt mal nur über den Raum –, sondern dann gehört eben zu diesem Kleinräumigen, zu dieser Selbständigkeit, zu dieser Selbstverantwortung die Vermögensbildung, unser altes Anliegen, in völlig neuer Form. Wir leben doch nicht mehr 1955, wo es um die Sicherung der sozialen Not ging, sondern wir brauchen eine kollektive Grundabsicherung für alle, und dann brauchen wir ein individualistisches Prinzip. Der, der die Arbeit neu einteilt und auf etwas verzichten will, der muß natürlich dann auch auf einen gewissen Sozialversicherungsanspruch verzichten, wenn er denn nicht mitarbeiten will. (*Unruhe. Diskussion.*) Der Generationsvertrag kann dann nicht so gelten, wie er jetzt installiert ist. Wenn wir den Mut hätten, – ich habe zwar meine

Zweifel, ob wir den in dieser Partei je mal aufbringen –, müßten wir uns mit dem befassen, was hier alles zusammenkracht in der nächsten Zeit. Da krachen nämlich nicht nur Arbeitsplätze und Strukturen zusammen, und wenn wir noch eine Weile so weiter subventionieren mit europäisch und national, dann brechen die Strukturen zwar später auf, aber um so massiver. Die entscheidende Frage ist also, wie gehen wir denn dieses Thema an?

Meiner Meinung nach müßten wir das unter dem Thema Zukunftschancen der jungen Generation angehen. Dazu gehört natürlich auch das Thema Bildungspolitik in Phasen. Wir wissen dabei für Baden-Württemberg, daß wir in fünf Jahren unsere Berufsschulzentren halb leer stehen haben. Wir beschäftigen uns jetzt zusammen mit der Industrie nicht mit dem vordergründigen Thema Bildung im Sinne der Gewerkschaftsfunktionäre, sondern mit der Frage, wie können wir denn partnerschaftlich etwa ein neues Bildungssystem entwickeln, das die zweite, dritte und vierte Weiterbildungsstufe des Lebens einbaut und wo der ältere Arbeitnehmer seine Chance findet. Nur, über all dieses haben wir im Grunde noch nicht sehr viel nachgedacht, um das mal offen zu sagen. Da geben wir auch sehr Widersprüchliches von uns. Da sagen wir in der Sozialversicherung, die große Erfindung von uns ist die Beibehaltung der bruttolohnbezogenen Rente; das stimmt auch bei Wachstum zwei Prozent und Inflationsrate ein Prozent. Wenn ich aber weiterhin pro Jahr fünf Prozent Inflationsrate und Wachstum null habe, dann muß die Großmutter die Geschenke für die Enkel bezahlen, weil es die Eltern nicht mehr bezahlen können, und der Arbeiter geht aus dem Ruder. Und wenn wir dann die Schlacht der zweiten Ausländergeneration schlagen, statt eine Ausländerpolitik zu betreiben, die auch berücksichtigt, daß die ganzen Arbeitsstrukturen in dieser Bundesrepublik sich gewaltig verändern und daß das eben für die türkische Partnerschaft nicht paßt, dann müssen wir zum Beispiel auch überlegen, wie wir diese Entwicklungen in den Griff bekommen. Wir werden eine Ausländerfeindlichkeit in zwei Jahren in dieser Republik haben, daß es kracht, da werden die euch eure pädagogischen Programme rausschmeißen, weil die Arbeiter am Bau den Türken verhaßen, weil die sagen: „Uns reicht die Arbeit nicht, was machst denn du hier, geh wieder in deine Türkei!“ Wir müssen doch auch mal überlegen, was passiert, wenn wir sieben und acht Prozent Arbeitslosigkeit bekommen. Ich bin nicht mehr sicher, ob wir uns davor bewahren können. Ich bin an diesem Thema mit fast allen Ansätzen einig, aber strategisch, konzeptionell sind wir doch in dieser Frage überhaupt nicht kreativ, sondern jetzt heulen wir wieder rum mit Ökologie und Ökonomie und schlagen da die Schlachten, die der Erhard Eppler⁸⁵ in seinen Büchern vor acht Jahren mit qualitativem Wachstum und Staatseinfluß geschlagen hat, statt daß wir sagen, die kreativen Kräfte dieser Gesellschaft müssen freigesetzt werden. Auch die soziale Leistung muß wieder zum Leistungsbegriff gehören, und wer noch seine Angehörigen betreut, statt zu arbeiten, der muß eben davon auch etwas haben, weil der der Gesellschaft die Heilkosten spart, die wir in den kollektiven Systemen unterbringen.

Ich meine, wenn wir an solch ein Thema gehen, ich will jetzt da schon aufhören, finde ich es ein bißchen beunruhigend, daß wir im Grunde nicht die Zeit und die Kraft finden, um mal so ein Spektrum auszuleuchten. Wir können junge Leute dann für uns gewinnen, wenn wir uns mal zwei Tage Zeit nehmen, in der Öffentlichkeit laut über diese Struktur-

85 Erhard Eppler (geb. 1926), Gymnasiallehrer; 1961–1976 MdB (SPD), 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1973–1981 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, 1976–1982 MdL Baden-Württemberg.

fragen nachzudenken. Da kommen junge Leute, weil sie das wahnsinnig spannend finden, aber nicht, wenn wir nur unsere perfekten Dinge wieder mit globalen Titeln behandeln, über die wir uns nachher nicht einigen können. Denn wenn wir das erste Mal auf dem Parteitag Ökonomie und Ökologie diskutieren, dann haben wir ein paar Ökologen und vor allem Ökonomen und das Ergebnis, daß die jungen Leute sagen, dieses Fachchinesisch kann kein Mensch mehr hören. Auch zum Beispiel die Frage, wie es den Kindern der Ausländer, der Mutter geht, wie diese Strukturen aussehen, welche Chancen diese Gesellschaft bietet, etwa im sozial-partnerschaftlichen Bereich der Gemeinde, der offenen Sozialhilfe, der Vereine, der Partnerschaft, dies sind alles Themen, mit denen können wir junge Leute meiner Meinung nach sensibilisieren.

Ich will jetzt den Punkt abschließen, nur noch zwei Bemerkungen zu anderen Themen machen. Ich will das Thema Familie jetzt gerade ansprechen, das gehört nämlich genau dort rein. Die Familie kriegt eine ganz neue Chance. Die Frau und Mutter von Kindern mit der dritten Weiterbildungsmöglichkeit, um in ihrem Beruf zu bleiben, kriegt eine ganz neue Chance. Wenn sie gleichzeitig den Altenverein leitet und den Behindertenverein leitet, während sie ihre Kinder versorgt, hat sie ein anderes Emanzipations- und Selbstbewußtsein, wie wenn sie das Heimchen am Herd spielt und nur Hausfrau ist. Damit trägt sie aber zur Sozialversicherung so viel bei, daß man sie auch beteiligen muß an der sozialen Sicherung. Nur, wir können die soziale Sicherung der Frau und der Partnerin nicht nachschieben in das jetzige Sozialversicherungssystem, weil wir das jetzige schon nicht mehr bezahlen können. Deshalb muß an dieses System gegangen werden, weil es im Grunde Gerechtigkeit nicht mehr ermöglicht, weil es von der falschen Gruppe überbeansprucht wird. Das führt doch auch zu diesem Prozeß, daß zum Beispiel so und so viel Frauen aus der Vollarbeit gar nicht ausscheiden können, weil die sozialen Gewichte sich dann völlig verschieben.

Zur Medienpolitik nur ein kurzer Satz. Ich warne nur vor einer Entwicklung, ich habe nichts dagegen, wo immer ihr die Medienpolitik hinschiebt, aber ich sage euch, wenn wir diese Medienpolitik nicht offensiv von unserer Seite her geschlossen angehen, dann brechen wir an dieser Medienpolitik nicht nur auseinander, sondern wir geben wieder in einem wichtigen Bereich die gesamte Führung ab. Und zwar nicht, weil die anderen mehr wollen in der Medienpolitik, sondern weil der falsche Teil dieser Medienpolitik weder die Innovation, noch die technischen Möglichkeiten, noch das berücksichtigt, was an Arbeitsplätzen zu den neuen Chancen im Vordergrund steht. Im Vordergrund steht dann allein das sogenannte medienpädagogische Element, mit dem uns die SPD emotional zusammenhaut. Manfred Rommel⁸⁶ hat den größten Beifall in Baden-Württemberg gekriegt mit seiner Äußerung „Ich will dieses Scheiß-Fernsehen nicht!“ Punkt! (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, aber ich kann nur sagen, das war in meinem Landtag. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, ich sage nur die Äußerung dazu: Der FDP-Vertreter hat im Landtag dazu die richtige Äußerung gemacht und hat gesagt, wenn dies liberal ist, was der Manfred Rommel sagt, wenn dies so einfach ist, sei die FDP im Landtag von Baden-Württemberg inzwischen die Mehrheit. Ich sage nur, wir müssen verdammt aufpassen, während wir nämlich die praktische Schlacht schlagen gegen die Widerstände, bauen die anderen – ich zitiere Regierungserklärung Helmut Schmidt⁸⁷ – die „emotionale Hürde“ so hoch, und

86 Manfred Rommel (1928–2013), Jurist; 1974–1996 Oberbürgermeister von Stuttgart (CDU).

87 Vgl. Anm. 40.

ich sage Ihnen, ich stehe in meiner Fraktion schon beinahe meine Position nicht mehr durch. Aber selbst wenn ich sie durchstehe, dann ich sage nur, wenn das ein Wahlkampfthema in Niedersachsen gibt, ist für mich noch nicht ausgehandelt, wie der Ernst Albrecht dieses übersteht, wenn wir nicht im Vorfeld diese ganze Breite der Möglichkeiten und der Chancen dieser neuen Technologien erarbeiten und uns nicht darauf beschränken, wir wollen das vierte Programm nicht und damit ist das Thema gestorben. Ich kann nur warnen, da verlieren wir in einem wichtigen Sachthema den Anschluß.

Letztes Thema, Wohnungsbau. Ich habe nichts dagegen, wenn ihr da eine große Konferenz mit allen Fraktionsvorsitzenden macht. Ich möchte nur gerne wissen, wie es ausgeht. Ich darf hier auf etwas hinweisen. (*Kohl*: Du bist ja dabei, wie Du weißt. Insofern kannst Du es beeinflussen.) Ja, ich sage nur, das wird sehr schwierig sein, und zwar deshalb, weil uns der Zeitablauf Schwierigkeiten bringt. Ich will hier auf zwei konkrete Dinge hinweisen. Bei dem Gespräch mit dem Bundeskanzler⁸⁸ hat dieses Thema eine Rolle gespielt, und zwar von ihm aus angesprochen. Auf die Erklärung von Gerhard Stoltenberg, wir werden da ja einige Zeit brauchen, um da zu vernünftigen Lösungen zu kommen, hat der Kanzler gesagt, die Zeit haben wir nicht, ich brauche im Januar/Februar Ergebnisse. Ich darf nur sagen, inzwischen haben alle Ministerpräsidenten das Schreiben vom Holger Börner⁸⁹ mit der Aufforderung, entweder am Montag verneinen oder die von ihm bereits vorgeschlagenen Fachleute aus den Ministerien aller Länder durch ihn federführend einberufen zu lassen. Und die würden dann für alle Ministerpräsidenten Konzepte erarbeiten. (*Kohl*: Gut, aber das ist doch nun wirklich kein Problem, dann schreibst Du auch ein Fernschreiben, wo das nicht Richtige drinsteht. Wir können uns doch da von den Sozis nicht die Schau stehlen lassen, das ist doch kein Problem!) Damit bin ich einverstanden, nur, wenn wir uns von denen die Schau stehlen lassen dürfen, dann kann das nicht in meinem negativen Fernschreiben stehen. (*Unruhe. Diskussion.*) Seid ruhig ein bißchen fröhlich bei dem Thema. Ich sage euch, das ist ein Thema, bei dem sich die Gewerkschaften gegen den linken Flügel bis zur Steuerentlastung durchsetzen werden, und dann werden wir uns wieder die Schau stehlen lassen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich habe hier nur gesagt, ihr habt Zeit bis Ende Februar, mit einem fertigen Konzept, das einigungsfähig ist unter uns, zu kommen, oder das Ding läuft ab. Ich weiß, wie viel Konferenzen der Helmut Schmidt persönlich leitet zur Zeit zu dem Thema Wohnungsbau. Der schiebt alles weg und sagt, das brennt den Leuten auf den Nägeln, und hier wird jetzt etwas gemacht. Deshalb will ich hier nochmal darauf hinweisen, dieses Thema beschäftigt die Leute draußen in einer Weise wie noch kaum ein Thema in den Städten und zunehmend auch im ländlichen Raum. Die Leute bedrückt das, und wenn uns da nicht sehr viel und sehr rasch etwas einfällt, dann glaube ich nicht, daß wir noch rechtzeitig zu Stuhl kommen mit einer Konzeption. Dies wäre ein typischer Bereich, wo die Union der SPD, weil sie im Grunde handlungsunfähig ist von ihrer geistigen Einstellung zum Eigentum, zum Wohnungsbau, den Schneid abkaufen könnte. Aber ich glaube, wir haben nicht mehr viel Zeit.

88 Treffen Schmidts mit den Ministerpräsidenten (ohne Strauß) am 9. Dezember 1980 (vgl. FAZ vom 10. Dezember 1980: „Den Klagen der Länder baute Matthöfer vor“).

89 Holger Börner (1931–2006), Betonfacharbeiter; 1957–1976 MdB (SPD), 1967–1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, 1972–1976 Bundesgeschäftsführer der SPD, 1976–1987 Ministerpräsident von Hessen, 1977–1987 Landesvorsitzender der SPD Hessen, 1978–1987 MdL Hessen. – Schreiben nicht ermittelt.

Kohl: Also, Lothar, den Defätismus in Deinen letzten Sätzen kann ich überhaupt nicht verstehen. Zunächst einmal bestreite ich entschieden, daß die Sozialdemokraten so kurzfristig handlungsfähig sind, aber das ist gar nicht mein Bier. Nachdem die CDU/CSU-Ministerpräsidenten in Homburg zusammen waren, habe ich unmittelbar danach, das war unser erstes Gespräch überhaupt nach der Wahl zu dem Punkt, die notwendigen Schritte eingeleitet. Und warum sollen wir denn bis Februar nicht handlungsfähig sein? Ich sehe es überhaupt nicht ein, denn die Vorschläge liegen ja auf dem Tisch. Das Problem ist, sich über die Vorschläge zu einigen. Aber ich sehe keinen Grund, warum wir uns hier von den anderen unter Zeitdruck setzen lassen. Wir wollen doch immer noch in Erinnerung rufen, daß ja nicht wir diese Situation herbeigeführt haben, sondern schließlich die deutschen Sozialdemokraten und diese Bundesregierung. Das ist doch einfach die Ausgangsposition. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, nun gut, aber wir haben doch nun wirklich die Fäden in der Hand. Wenn alle Bundesländer von uns da jetzt so mitmachen werden, was ich hoffe, und die Vorschläge sind so nicht weit auseinander, als daß man sich nicht einigen kann, steht nirgendwo geschrieben, daß wir über Bundestagsfraktion, über Bundesrat oder exemplarisch, was ich genauso begrüße, in Abschnitten verfahren über die einzelnen Landtage, dort, wo wir die Mehrheit haben – wo wir Opposition sind, kann man das Gleiche machen, bloß halt mangels Erfolg –, und im nächsten Frühjahr, das jetzt vor der Tür steht, anfangen. Ich sehe darin gar kein Problem. Wir haben die Wohnungswirtschaft weitgehend auf unserer Seite, bis hin zur Neuen Heimat⁹⁰. Also da sehe ich keinen Grund zum Defätismus. Laßt uns doch jetzt mal das probieren, also gar nicht lang darüber reden. Deswegen will ich es ja nicht im Programm, sondern ich will es jetzt unmittelbar in Aktion umsetzen.

Wissmann: Es würde jeden wahrscheinlich jucken, jetzt sehr viel noch zu Inhalten zu sagen. Ich möchte mich aber einfach darauf beschränken, ein paar Vorschläge zu machen, wie wir die inhaltlichen Überlegungen und vor allem die Themenschwerpunkte, die ich im wesentlichen richtig gewählt sehe hier in dem Papier, operationalisieren; denn das ist das einzige, finde ich, was wir hier wirklich als Bundesvorstand jetzt noch leisten können. Da glaube ich erstens, daß man eine Reihe von Themen wegen ihres engen Zusammenhangs aus diesem Papier zusammenfassen kann. Das Thema Ökonomie/Ökologie, das Thema, das unter der Überschrift steht „Gegenwart und Zukunft“, wo es im Grund genommen um die zukünftige Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft geht, so wie hier im Papier ausgewiesen, und das Thema Arbeitsmarktpolitik ist meiner Ansicht nach sehr wohl in einem Zusammenhang lösbar, zumal man dann von der Versuchung wekommt, eine hehre ökonomische Theorie aufzustellen, ohne im Grunde genommen noch zu sagen, was darunter an praktischen Konsequenzen dann erfolgt. Mein Vorschlag wäre, diesen Gesamtzusammenhang, Herr Generalsekretär, der Zukunftsarbeitsgruppe, die wir gestern eingerichtet haben, zuzuordnen, weil ich glaube, daß dann dabei auch etwas an Konkretem erreichbar wäre. Ich möchte noch hinzufügen, daß ich das Thema deswegen schon für so wichtig halte, weil wir im nächsten Frühjahr eine Arbeitslosendiskussion bekommen werden bei 1,3 bis 1,5 Millionen Arbeitslosen, die von der SPD beantwortet wird mit der stereotypen Forderung nach neuen Konjunkturprogrammen. Das haben wir im Ausschuß ja schon erlebt. Wenn wir da nicht eine eigene andere Perspektive zu bieten haben, kommen wir in der Diskussion hoffnungslos in den Nachteil.

90 Wohnungsunternehmen mit Hauptsitz in Hamburg, bis 1986 im Besitz des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

Zweiter Punkt, dann bleibt meiner Ansicht nach das Thema Gerechtigkeit bei knappen Kassen und Neue soziale Frage. Sehr wohl zusammenfassend, denn schon bei der Mannheimer Erklärung war die Neue soziale Frage ja keineswegs nur als eine verengt sozialpolitische Konzeption verstanden, sondern als eine sehr viel breitere, die beispielsweise auch die ganzen Subventionstatbestände mit umfaßt. Da wäre überlegenswert, entweder, ob wir es einem Bundesfachausschuß zuweisen, oder ob wir dafür eine eigene sonstige Schwerpunktbildung vornehmen. Das Thema Frau und Männer in Familie und Beruf, meine ich, sollten wir im Rahmen der normalen Gremien weiterführen; dazu sind ja auch bisher schon die Grundlagen erarbeitet.

Dann kommt das Thema Bildungspolitik. Da, meine ich, sollten wir uns nicht auf Schulpolitik im engeren Sinne begrenzen, so wichtig die ist, sondern das Ganze ein bißchen in den Zusammenhang stellen, Chancen der Jugend. Und dann kommen wir eben auch in die Bereiche der Beruflichen Bildung hinein, wovon Lothar Späth gerade gesprochen hat; da können wir die Schulpolitik und einige ausgesuchte Aspekte auch der Hochschulpolitik behandeln. Dann sind wir nämlich nicht gezwungen, sozusagen von A bis Z alles durchzubuchstabieren, was es in dem Bereich unter den Profis an Diskussionen gibt.

Mein Vorschlag für den Parteitag im Herbst, darüber wurde ja auch im Papier gesprochen, wäre, dieses Thema Chancen der Jugend/Bildungspolitik als ein Thema zu nehmen und als zweites Thema dieses jetzt im größeren Zusammenhang von mir in drei Punkten zusammengefaßte Thema Ökonomie/Ökologie, aber eben in diesem, auch pragmatisch bezogen, auch die Arbeitsmarktpolitik als zweites großes Thema zu nehmen. Das eine könnten die zuständigen Kommissionen, Bundesfachausschuß der Partei vorbereiten, das andere – immer im Blick auf den Bundesvorstand natürlich – könnte diese Zukunftsarbeitsgruppe vorbereiten. Dann hätten wir nämlich zwei große Themenfelder, die erstens die Bevölkerung wirklich berühren, denn wer wird nicht in den nächsten Jahren beispielsweise über die Arbeitslosenproblematik und über alles, was in der wirtschaftspolitischen Situation sich im Hinblick auf den Mittelstand entwickelt, sprechen und Ergebnisse sehen wollen? Und wir hätten zum anderen auch einen lebendigen Parteitag, meine ich schon, in der Sache.

Abschließend will ich noch kurz etwas sagen zu den anderen Themen, die ebenfalls angesprochen sind, wo ich auch meine, daß wir uns überlegen sollten, wie wir die operationalisieren. Zum Thema Medienpolitik hielte ich nichts davon, was früher schon mal diskutiert war, das auf einem Parteitag zu tun, aber ich glaube, der Parteitagsansatz ist ohnehin gestorben. Ich will es nur nochmal festhalten. Auf dem Parteitag so ein Thema zu diskutieren, halte ich für weniger sinnvoll, als beispielsweise möglichst früh im kommenden Jahr, vorbereitet durch die entsprechende koordinierende Arbeitsgruppe, einen Medientag zu machen, aber dann dieses Thema auch wirklich so offensiv zu fahren, wie es von verschiedenen Seiten gesagt wurde. Ich weiß nicht, ob ein eigener Parteitag dazu das richtige Instrument ist.

Darf ich jetzt als Appendix zu diesem Punkt nur eines noch hinzufügen, was mich im Blick auf die Diskussion von Frau Noelle-Neumann und ihre Beiträge gestern im Blick auf Jugendliche interessiert. Unser großes Problem im Medienbereich ist ja neben den inhaltlichen Fragen die Tatsache, daß wir beispielsweise bei den gesamten Jugendsendungen von Rundfunk und Fernsehen im Grunde genommen eine Umweltbeeinflussung von Jugendlichen erfahren, die alles das überwiegt, was mit „Tagesschau“, „Tagesthemen“,

„Panorama“, „Monitor“ und wem immer sonst erfolgt. Dort werden Jugendliche über Musik gelockt und politisch letztlich indoktriniert in der „Radiothek“⁹¹, im „Point“⁹², im „Popkarton“⁹³, in „Rumms“⁹⁴ und wie die Sendungen alle heißen quer durch Deutschland. Meine Frage wäre, ob man nicht hier ein, zwei, meinetwegen auch qualifizierte hauptamtliche Leute, die man eben anderswo abziehen müßte, darauf ansetzt, dieses ganze Feld mal zu erarbeiten. Das könnte beispielsweise auch dadurch geschehen, daß man die Einrichtungen nutzt, dazu gibt es ja auch etwa media control, die solche Sendungen über mehrere Monate hinweg kritisch untersuchen und dann eine Strategie entwickeln, wie wir dort selber in Jugendsendungen als Union stärker zur Wirkung kommen können. Wir machen es in der Jungen Union, aber sind natürlich mit den bescheidenen Möglichkeiten einer Jugendorganisation da teilweise überfordert. (*Unruhe. Diskussion.*)

Letzter Punkt, den ich noch ansprechen wollte, Wohnungsbau. Warum machen wir, Lothar Späth, nicht eine Gruppe hier aus dem Präsidium und Vorstand, warum werden nicht ein, zwei Leute beauftragt, bis zu dem und dem Zeitpunkt einmal eine Vorlage zu machen? (*Kohl: Weil die doch schon da sind, Matthias Wissmann!*) Ja, bloß dann geht alles Wesentliche an der Partei vorbei. Ich freue mich ja, wenn die Ministerpräsidenten da sehr organisiert arbeiten, aber ich wünschte mir mal gelegentlich, daß die Partei stärker als bisher ihre eigene Führungsaufgabe dadurch wahrnehmen würde, daß Koordinierungsvorgänge sich gelegentlich auch bei ihr selbst abspielen. Und da würde ich den Vorschlag machen, daß wir vielleicht ein, zwei Leute bitten, auch in der Partei da eine Koordinierungsfunktion zu übernehmen.

Kohl: Also, verehrter Herr Matthias Wissmann, wenn der Parteivorsitzende der CDU und der Parteivorsitzende der CSU, die beide noch Mitglieder ihrer Parteien sind, Mitglieder aus diesen beiden Parteien beauftragen, etwas zu tun, dann habe ich eine bessere Kontrolle, als wenn hier im Bundesvorstand der allgemeine Trompetenstoß erfolgt, die Partei müsse endlich etwas tun, aber am Tag nach der Bundesvorstandssitzung sitze ich wieder da und suche die, die etwas tun! Matthias Wissmann, das muß mal jetzt gesagt werden! Ich sehe ja mit Engelsgeduld Punkt für Punkt hier an. Aber es ist eine Sache zu sagen, es muß etwas geschehen, und es ist eine andere Sache zu sagen, jetzt geschieht etwas. Und deswegen haben wir sehr konkret sachverständige Mitglieder der CDU/CSU, einige sitzen hier, gebeten, bis zum Februar die Sache voranzubringen. Und da das eine Sache ist, sonst wird es nichts, zwischen CDU und CSU, kann ich da nicht warten, bis wir, die CDU, in unseren Gremien zu einem Beschluß kommen, sondern dies ist der Job, wo die Hauptverantwortlichen das machen. Die Anregung ging ja zu der Sache von Lothar Späth aus, und es ist keine Sache der Ministerpräsidenten, sondern der CDU-Mitglieder, die auch Ministerpräsidenten sind. Die sind mir herzlich willkommen, wenn wir die Zahl beliebig erweitern können in den nächsten Jahren; in diesem Gremium ist das wünschenswert. Das richtet sich also nicht gegen die Partei. Wenn wir die Themen, die wir der Partei übertragen, in der Partei bearbeiten und die Ministerpräsidenten und die Kollegen aus den Landtagen und dem Bundestag den Wohnungsbau, dann bin ich ein sehr glücklicher

91 1973–1980 musikjournalistische und politische Jugendsendung des Westdeutschen Rundfunks.

92 Point (Pop - Orientierung – Information – Notizen – Tipps), 1975–1998 Pop- und Jugendradio des Süddeutschen Rundfunks (SDR 3).

93 Jugendsendung von Radio Bremen.

94 Jugendsendung des Hessischen Rundfunks (HR 3).

Parteivorsitzender Mitte des Jahres. Im Augenblick bin ich ein erwartungsvoller Parteivorsitzender.

Bernhard Vogel: Ich hatte mich gemeldet nach dem Beitrag von Gerhard Stoltenberg, den ich, auch wenn er eine Zeit lang her ist, noch für sehr wichtig halte. (*Heiterkeit.*) Ich meine den Beitrag, die Themen, die genannt worden sind. Ich glaube, daß man die Themen, wie sie jetzt aufgereiht sind, wenn man sie verschieden aufbereitet behandelt, so wird bewältigen können. Aber ich bin in einer Sache noch nicht ganz zufrieden. Wir haben im Wahlkampf Erfolge gefunden mit der Thematisierung. Wir nehmen das jetzt auf und wollen wieder Schwerpunktthemen setzen. Aber wir sind immer besser zu sagen, was bei den Themen die anderen falsch machen, als zu sagen, was wir richtig machen wollen. Wie wir überhaupt die Neigung haben, besser zu sein, wenn wir fragen müssen, wogegen wir sind, als wofür wir sind. Und ich möchte das in aller Kürze, das ist eine ganz kurze Einlassung, bei drei Themen sagen.

Ich bin sehr bereit, mit zu verteidigen, daß die Energiepolitik der anderen falsch ist, und daß wir für Kernenergie sind. Aber ich vermisse ein bißchen die Unterstützung der Partei bei der Ausführung dieses Satzes „Wir sind für Kernenergie“. Wir werden beispielsweise, ob das beim Kollegen Albrecht in Gorleben oder ob das bei mir in der Wiederaufarbeitungssache ist, ganz erhebliche Auseinandersetzungen bekommen, und es wäre natürlich ganz hilfreich, wenn bei der Behandlung Energiefragen Unterstützung für die tatsächliche Durchführung des Satzes „Wir sind für Kernenergie“ gegeben würde.

Bei der Bildungspolitik ist es genauso. Ich höre und lese überall „Wir brauchen eine neue Bildungspolitik“. Ich bin sehr gerne bereit, wenn das jemand will, mich da auch mit zu bemühen. (*Unruhe. Diskussion.*) Es muß erst etwas klarer sein, was die wesentlichen Kriterien dieser neuen oder vernünftigen oder besseren oder zukünftigen Bildungspolitik sein sollen. Und da wären wir schon bei den Medien. Ich bin ein bißchen enttäuscht, daß das, was Noelle-Neumann gestern gesagt hat, sich überhaupt nicht wiederfindet hier in diesem Papier. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, das hat man ja auch schon vorher zur Kenntnis nehmen können. Man darf ja nicht den eigentlichen Gesichtspunkt der neuen Medien hinter die allgemeinen Probleme der Medien anhängen, sondern die Schwierigkeiten, etwa der Medienpädagogik, stellen sich doch genauso bei den alten wie bei den neuen Medien. Die entscheidende Sache ist doch nicht, daß wir mehr Kanäle haben, sondern die entscheidende Sache ist, daß wir endlich in der Lage sind, Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit zu verwirklichen und daß wir in der Lage sind, den Öffentlich-Rechtlichen eine Konkurrenz entgegenzustellen. Und ich finde, wir sollten das mit den Medien nicht ganz sterben lassen für den Bundesparteitag. Wir sollten dort nur nicht über die Zahl der Kanäle und die Zahl der Pilotprojekte diskutieren, sondern einmal klar in der Öffentlichkeit sagen, wir sind für Öffentlich-Rechtliche, aber wir sind dafür, daß die Öffentlich-Rechtlichen sich einer Konkurrenz aussetzen müssen. Und wir sind dafür, weil Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit das gebieten.

Ein ganz anderes Kapitel ist, wie wir den Schwierigkeiten in der Medienpädagogik begegnen, aber das braucht man nicht an die neuen Medien zu hängen, sondern das ist eine Sache, die mit Fernsehen und mit Rundfunk überhaupt gegeben sind. Außerdem muß eine Aussage gemacht werden zu der technischen Seite. Die Frage, ob wir die Bundesrepublik verkabeln, ist ja nicht allein eine Frage der Medienpädagogik, sondern eine Frage der Sicherung von 30.000 oder mehr Arbeitsplätzen in der Zukunft. Ich würde

also schon meinen, Herr Vorsitzender, daß wir zwar einen Fachkongreß während des Bundesparteitages vermeiden, aber ein paar entscheidende Aussagen, warum wir für die neuen Medien sind, schon machen. Sonst ist die ganze Geschichte nur eine Verteidigung gegen Angriffe der anderen, denen es doch nicht um die Familie, sondern um die Verteidigung ihres Meinungsmonopols geht. Und das wäre schon eine Sache, die der ganze Parteitag auch zur Unterstützung derer, die sich dieses Themas angenommen haben, in Besonderheit, weil es natürlich die erste Wahl ist bei Albrecht, aber das ist ja in der Sache überall so, bestellen sollten. Wenn wir nur in die Verteidigung gehen, dann ist dies kein Thema, das uns hilft, sondern ein Thema, das uns schadet, und dazu besteht überhaupt kein Grund.

Dingerkus: Ganz kurz, erstens, die Schwerpunkte sind, finde ich, gut gewählt und vor allem, das ist das wichtigste, die Akzente sind richtig gesetzt. Es muß sicherlich bei der Umsetzung noch konzeptionell nachgedacht werden und beim Timing. Aber das nur vorweg. Die Bildungspolitik ist gerade mehrfach angesprochen worden. Ich halte es auch für richtig, daß das hier schwerpunktmäßig auftaucht, bloß, wenn man dazu einen Parteitag machen will, dann muß man ganz bewußt sich im klaren sein, daß dann nicht über die Notwendigkeit von Lateinquoten diskutiert wird im dritten oder fünften oder siebten Schuljahr, sondern daß wir herausstellen, und nur dann kann das Erfolg haben, daß Bildungspolitik eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe ist. Nur wenn die in Form dieses Parteitages und in der Vorbereitung des Parteitages zum Ausdruck kommt, kann die neue, bessere, gute Bildungspolitik auch durchdringen und uns an der Basis in der politischen Arbeit weiterhelfen.

Ich komme jetzt ja nicht mehr dazu, die Wahlergebnisse zu erläutern in der Hochschulpolitik, das ist auch nicht weiter tragisch, denn es liegt ja schriftlich vor.⁹⁵ Bloß, eines noch in diesem Zusammenhang gesagt, Bildungspolitik als gesellschaftspolitisch relevante und bedeutsame Aufgabe kann dazu beitragen, daß das Meinungsklima, worüber gestern so viel geredet wurde, gerade im Bereich der Hochschulen, sicherlich aber auch im Bereich der Schulen und im Bereich der Berufsschulen, in entscheidendem Maße für uns umgewandelt werden kann. Zu gut Deutsch: Das Meinungsklima wechselt sich von heute auf morgen, wenn wir an dem Punkt nun Erfolge unserer politischen Arbeit vorweisen können im bildungspolitischen Bereich. Und wenn wir das tatsächlich erreichen können, dann ist auch in südlichen Bundesländern, wo im letzten Sommersemester gewählt wurde und wo sicherlich etwas problematische Ergebnisse herausgekommen sind, auch in Zukunft eine Verbesserung durchaus möglich. Gerade Baden-Württemberg hat in bestimmten Bereichen hervorragende Akzente gesetzt in der Bildungspolitik im vergangenen Semester. Bloß die Klappe fällt in anderen Bereichen der Bildungspolitik, und deswegen kommen wir in der Diskussion auch nicht wesentlich voran. Da mauern die Linken, bauen dieses Meinungsklima mit Meinungsterror auf. Wenn wir also grundsätzlich Bildungspolitik als gesellschaftspolitische Aufgabe aufgreifen, das, was die SPD/FDP-Koalition mittlerweile für beendet erklärt hat, aufgreifen, gerade für die Zukunft mit geburtenstarken Jahrgängen in den Abschlußklassen und in den Hochschulen, wenn wir das als zentrale Aufgabe in der Form zum Ausdruck bringen können, haben wir in dem Bereich auch gute Chancen, innerhalb des Jungwählerbereiches unsere Position vernünftiger positiv

95 Tischvorlage „Wahlen zu den Studentenparlamenten im Sommersemester 1980“ in ACDP 07-001-1335.

darzustellen und den Rücken derjenigen Organisationen zu stärken, die mit christlich-demokratischen Wertvorstellungen in dem Bereich arbeiten.

*Kohl*⁹⁶: Danke schön. Jetzt will ich versuchen, in ein paar Sätzen zusammenzufassen, was wir gemeinsam diskutiert haben, was wir tun wollen. Wir haben eingangs heute beschlossen, um noch einmal das Technische zu sagen, daß das jedem gegenwärtig ist, daß unter dem Vorsitz des Generalsekretärs die vorhin von mir genannten Kollegen und Freunde sich in den nächsten Wochen aufgrund einer Vorlage, die das Adenauer-Haus erstellt, zusammenfinden, um eine Arbeitsgrundlage, die wir dann beschließen, entweder in der nächsten oder in der übernächsten Bundesvorstandssitzung für den Parteitag zu erarbeiten. Ich will noch einmal als Anmerkung hinzufügen, ich lege Wert darauf, daß bei diesen notwendigen Sitzungen der gleiche Kreis wie heute, einschließlich der Fraktionsvorsitzenden etc., ich will das nicht noch einmal aufzählen, eingeladen wird, daß das hier von der Geschäftsführung mit aufgenommen wird.

Zweitens, wir haben formell auch zu beschließen, ich will das alles zusammenpacken, daß wir in die Partei hinausgeben diese Anregung der Jungen Union, das Jahr 1981 – Jahr der Behinderten – zu nutzen mit dem Thema Behinderte. Wir werden eine Arbeitshilfe erarbeiten, das muß bald geschehen, bei der ich mir vor allem vorstelle, daß auf der kommunalen Ebene die KPV, Frauenvereinigung, Junge Union, Schülerunion und natürlich auch die Kreisparteien, ich meine, das ist sowieso miteingeschlossen, in einem breiten Angebot von Ideen das heraussuchen, was für sie richtig ist. Ich glaube, das ist ganz richtig, ich will diese Sache auch noch einmal in einer Kreisvorsitzenden-Konferenz, die ich in den ersten Monaten machen will, den Kreisparteivorsitzenden und den Kreisgeschäftsführern – das hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt, das einmal im Jahr zu machen – doch mit auf die Seele binden, daß das entsprechend gemacht wird.

Ich würde sozusagen – ich glaube, Lothar Späth und Ernst Albrecht haben das im Verlauf der Debatte gebracht – vormerken für eine Debatte, die wir später noch einmal führen, diese Patenschaftsprojekte, aber ich möchte raten, das heute nicht damit zu verbinden. Ich sage Ihnen voraus, wenn wir zwei Sachen anbieten, wird gar nichts gemacht. Ich bin nicht gegen das andere, sondern ich bin für einen Phasenverzug, daß wir mal eine Erfolgskontrolle in dem einen Fall haben.⁹⁷ In dem einen Fall sind wir einfach ab Januar im Thema drin. Das ist unser Problem mit dem Jahr der Behinderten.

Drittens, in der Vorlage steht das drin, ich will es heute nicht abschließend behandeln. Aber ich würde Sie bitten, bis zur nächsten Sitzung mit zu überlegen, ob es nicht eine Summe von Gründen gibt, den 1982er Parteitag, der kein Wahlparteitag ist – das machen andere Parteien, die Sozialdemokraten gelegentlich auch – Ende des Jahres durchzuführen – wir müssen das auch dann finanziell so disponieren, aber das ist ja gleich, ob ich jetzt oder dann die Ausgaben habe –, weil, wenn wir, ich komme gleich auf den Inhalt dieses Parteitages, das Thema so wählen, wie ich es vorschlage, ich ehrlich gesagt nicht in die Nähe der Landtagswahlen kommen möchte, sondern dieses wahlfreie Jahr und den Winter des wahlfreien Jahres 1981/82 noch ausnutzen will. Darüber will ich heute keinen Beschluß herbeiführen. Ich bitte Sie, das aber zu überlegen. Warum soll man das nicht tun? Dann hätten wir im nächsten Jahr halt vier Landtagswahlen, was ja auch eine Menge

⁹⁶ Transkript der folgenden Seiten in ACDP 07-001-1021.

⁹⁷ Vgl. UiD vom 26. Februar 1981 "Öffentlichkeitsarbeit: Erfahrungsaustausch der CDU-Verbände über die Arbeit für und mit behinderten Mitbürgern" sowie vom 26. März 1981 CDU-Dokumentation 10.

Holz ist, aber wir hätten keinen Bundesparteitag. Ich muß sagen, so unglücklich bin ich über diese Sache überhaupt nicht. Ich füge noch hinzu, daß ich glaube, daß aus dem allgemeinen politischen Klima, ich will das nicht mehr vertiefen, der Termin Ende 1981 – die FDP hat ja immerhin am 1. Dezember-Wochenende dieses Jahr ihren Parteitag gemacht⁹⁸, wir haben das bisher noch nie gemacht – so falsch gar nicht zu werden verspricht. Es kann sehr gut sein, daß es hier nützlich ist, einen Parteitag ungefähr zu dieser Zeit zu haben, ohne das jetzt im Detail noch einmal zu interpretieren.

Viertens, wir waren uns einig, ich selbst war ja der Erfinder der Sache und gehe jetzt also von meinem ursprünglichen Vorschlag ab, daß wir angesichts der Schwierigkeit der Problematik, die Medienpolitik – und ich folge hier dem Vorschlag von Christian Schwarz-Schilling – in einem Fachkongreß behandeln, aber ich versuche auch zu erreichen, daß es ein gemeinsamer Fachkongreß von CDU/CSU ist. Das hat viele Vorteile, denn die Entscheidungen werden auf der Ebene der Länder getroffen usw. Nur, Christian Schwarz-Schilling, vielleicht habe ich Sie falsch verstanden, wenn das Ganze Sinn haben soll, muß das in der ersten Jahreshälfte sein und nicht in der zweiten, ungeachtet des Parteitags. Also, ich glaube nicht, daß wir das in die zweite Jahreshälfte schieben sollten. Daß auf dem Parteitag jetzt schon ein Wort gesagt wird, damit bin ich sehr einverstanden, aber es steht nirgends geschrieben, daß wir uns nicht verständigen, daß ich in meiner Eingangsrede dazu ein paar vorher unter uns abgesprochene Sätze bringe, die sozusagen thesenartig das feststellen und daß ein, zwei in der Generaldiskussionen dazu, das können wir ja auch vorher entsprechend absprechen, noch einmal das unterstreichen, so daß sozusagen da im Vorfeld zu dem Kongreß unsere Meinungen angesichts der wogenden Stimmungslagen noch einmal fixiert werden.

Fünftens, die Themen. Ich will gleich hinzufügen, es gibt ein paar Punkte, wir haben es nur sprachlich unterschiedlich formuliert. Ich habe einen Punkt genannt die moralische Grundlage der Politik. Man kann es auch anders formulieren. Ich gehe davon aus, daß das sozusagen Basis und Grundlage, roter Faden ist, der durch die Behandlung unserer Themen durchführt, und zwar aus dem Selbstverständnis heraus, daß wir uns hier originär und unverwechselbar von den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten unterscheiden. Daß wir zwar gucken, wie die Demoskopie aussieht, aber wir können nicht unsere Politik verändern, weil die Demoskopie so ist. Ich habe das dieser Tage in einem Interview gesagt, auf das ich sofort einen Haufen Zuspruch aus wichtigen Kreisen bekam, als ich sagte, ich kann meine Position zum § 218 auch dann nicht verändern, wenn die Demoskopie mehrheitlich signalisiert, daß diese Position eben nicht von breiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird.⁹⁹ Im übrigen wissen wir ja, wie sich Meinungen verändern. Das ist das Paradebeispiel der Wiederbewaffnungsdebatte gewesen, Demoskopie und Wirklichkeit und wie dann die Meinungen nachfolgten. Das heißt also, wir haben bei allen Themen, die ich jetzt gleich zusammenfassend hier sage für das Arbeitsprogramm, sozusagen eine Grundbasis, die unverwechselbare Handschrift der Union, der CDU, aus der Idee der Union heraus.

Ich komme dann mit den Arbeitstiteln – da sind natürlich immer die Unterabteilungen drin – auf sechs Themen. Medienpolitik lasse ich jetzt weg, eben bereits abgehandelt. Ich sage es sehr knapp formuliert:

98 31. Bundesparteitag am 5./6. Dezember 1980 in München.

99 Interview mit diesem Inhalt nicht ermittelt.

Das erste ist das Thema Europa mit der ganzen Notwendigkeit, daß die politische Einigung hier vorangetrieben wird, mit den Konsequenzen für die Europäische Volkspartei; darüber haben wir überhaupt nicht geredet. Ich bin gänzlich unzufrieden mit dem Stand nach eineinhalb Jahren der Europäischen Volkspartei. Wir werden hier mehr tun müssen gemeinsam mit unseren Freunden; ich habe mit Piccoli¹⁰⁰ und anderen in den letzten vier Wochen darüber gesprochen. Aber ich kann nicht in Deutschland über Europa reden, und in Europa gerät die Volkspartei inzwischen in ein kryptohaftes Dasein.

Zweitens, jetzt ganz allgemein wieder formuliert, der Nord-Süd-Konflikt, die Friedenspolitik, Hunger in der Welt, auch exemplarisch, die Offenheit, die wir haben, um aus unserem Verständnis, hier kann man es besonders deutlich machen, von christlich-demokratischer Politik für andere da zu sein. Das sind, wenn Sie so wollen, die exemplarischen Felder der Außenpolitik, obwohl das ineinander übergeht.

Drittens, der Titel ist nicht schön, aber ich lasse es einfach mal als Arbeitstitel stehen, weil wir es auch so diskutiert hatten, Ökonomie und Ökologie, umweltfreundliches Wachstum, da steckt natürlich das Gesamtproblem mit drin.

Viertens, ich würde das so formulieren, auch den Vorschlag von Gerhard Stoltenberg gerne aufnehmen, eine Politik für Vollbeschäftigung in den achtziger Jahren. Da ist Ihnen klar, da stecken die Probleme drin, die Blüm angesprochen hat, aber darin steckt auch das Problem, das wir gegenwärtig hier noch nicht erörtert haben, das Ausländerproblem. Sind wir ein Einwandererland, wie werden wir uns da verhalten? Wir werden gar nicht umhinkommen, im Laufe des Jahres 1980 da eine Grundposition zu beziehen, die wahrscheinlich flexibel sein muß, aber bestimmte Aussagen enthält. Da steckt aber auch die Arbeitszeitfrage drin und so etwas. Nur, Norbert Blüm, einen einzigen Ausflug noch als Replik, damit es wenigstens nicht stehenbleibt, daß jeder meine Position kennt zu dem Punkt Arbeitszeitverkürzung: Ich halte den Programmpunkt der Sozialdemokraten zur Bundestagswahl schlicht und einfach für ein Verbrechen gegenüber unserem Volk, wenn man den Leuten sagt, wir wollen kürzere Wochenarbeitszeit, wir wollen kürzere Lebensarbeitszeit und wir wollen gleichzeitig eine Verbesserung unserer Lebensverhältnisse. Das ist eine Lüge, das ist ein Verbrechen. Die Rechnung, besser leben und weniger leisten, geht mit Sicherheit nicht auf. Das ist nicht Ihre Position, nur, man muß es – da muß man aufpassen – so formulieren, das ist mein Einwand bei dieser Äußerung von Scharrenbroich gewesen, daß wir uns da deutlich unterscheiden, daß wir sagen, es gibt ja nun Leute, die ganz anderen Lebenshorizont haben, die dann aber auch weniger kriegen. Aber der letzte Satz kommt eben nicht durch. Das muß man aus Gründen der Ehrlichkeit tun. Ich bin aber abgeschweift und bitte um Entschuldigung.

Fünfter Punkt, Männer und Frauen, Familie und Beruf als Arbeitstitel. Wir hatten eine lange Präsidiumsdiskussion zu dem Punkt, wo es ja sehr unterschiedliche Diskussionsvoraussetzungen bei uns gibt. Wir können ja praktisch die alte These verkünden, die Progressiven in der Sozialpolitik sind in der Familienpolitik nicht unbedingt die Progressiven, sondern sind zum Teil die Patriarchalischen. Ich habe jetzt Sie nicht angeguckt, aber wenn Sie einen Zwischenruf machen, bin ich bereit, das so zu sehen.

100 Flaminio Piccoli (1915–2000), italienischer Politiker (DC); 1958–1994 Mitglied der Deputiertenkammer (Camera dei deputati), 1972–1978 Fraktionsvorsitzender der DC, 1979–1984 MdEP, 1980–1982 Parteisekretär der DC.

Dann, jetzt kommt gleich der Parteitag, Matthias Wissmann, Zukunft oder Chance der jungen Generation. Da, meine ich, muß alles drinstecken. Ich finde auch, genau das ist, wenn wir zu dem Herbstparteitag kommen, das Thema. Das halte ich für die große Frage – egal was ich aus berufenem Munde, die das täglich machen, zur Schulpolitik höre –, weil ich sehe, daß uns gegenwärtig in diesem Feld die Eltern, die Schüler und die Lehrer davonlaufen. Und es ist eine faszinierende Arbeitsvoraussetzung für eine Wahl, wenn man die Gruppen von vornweg einmal gegen sich hat. Ich weiß, daß dies Probleme aufwirft in der Union. Ich weiß auch, daß es Umdenkungsprozesse braucht. Aber ich höre von allen Seiten die großen Proklamationen, wir sind fähig zu einer offenen Diskussion. Dann laßt uns doch mal an dem Punkt schlicht und einfach fähig sein. Dazu gehört natürlich nicht nur das Gymnasium und nicht nur die Universitäten. Aber die Zahlen, die Dingerkus vorgelegt hat, müssen wir auch dem Handwerker, der nur an die Handwerksausbildung normalerweise denkt, sagen, wenn die Führungsschicht der Republik sich jetzt als Studenten so verhält, wie werden die sich denn dann eigentlich verhalten in zehn Jahren, wenn sie anfangen, in die mittleren und in 15 Jahren in die höhere Führungsschicht zu kommen? Wir können doch die Republik zumachen, wenn das der Normalbefund wird, daß viele von der Wahl weggeblieben sind. Denn ob dies dann diejenigen – die jetzt nicht einmal als Studenten zur Wahl gehen – sein werden, die sich in kritischen Zeiten hinstellen, das wage ich gründlich zu bezweifeln. Also, ich glaube, daß der Parteitag im Herbst so laufen sollte. Wenn das Thema Ökologie/Ökonomie bis dorthin wächst und sich entwickelt, sehe ich gar keinen Gegensatz darin, das damit zu verbinden; bloß, ich glaube, das wären dann die Themen, die wir haben.

Das wären also außerhalb von Medienpolitik, was aber nicht außerhalb der Arbeit steht, sechs Themen. Ich glaube, das läßt sich sehr gut bewältigen. Weil es sechs Themen sind, zumindest vier oder fünf, wenn ich es genau sehe, die wir durch Fachkongresse finanzieren können außerhalb des Parteietats – das Thema Ökonomie/Ökologie ist überhaupt kein Problem –, halte ich es sogar für möglich, daß wir das im Adenauer-Haus gemeinsam mit der Adenauer-Stiftung als Trägerschaft aus der Finanzierungssituation heraus machen. Ich halte das Gleiche für den Nord-Süd-Konflikt für absolut machbar. Ich sehe hier eine reelle Chance, das zu finanzieren, ich sehe eine reelle Chance, die Arbeiten zu leisten, und sehe auch von den Themen her eine reelle Chance, daß wir das draußen in der Partei umsetzen.

Das wäre es zusammengefaßt, einschließlich der Beschlußvorschläge, die ich hier gemacht habe. Die Zukunftskommission habe ich ja vorgetragen, ich will jetzt praktisch mal das Ganze hier zum Beschluß stellen, es geht ja ineinander über. Gibt es dazu Einverständnis, daß wir so in diese Richtung arbeiten? Geißler wird mit den Kollegen, wie ich hoffe, heute noch reden wegen des Termins zur Vorbereitung des Bundesvorstands. Das wäre dann der Punkt. Und jetzt zur Vorbereitung des Mannheimer Parteitags, da müssen wir doch heute schon den Zeitablauf finden. *(Unruhe. Diskussion.)*

Stoltenberg: Ich will nicht, daß wir in eine erneute Debatte eintreten. Wir haben ja am 26. Januar Gelegenheit, wenn wir als Basis den nächsten Text haben, noch ein paar Anmerkungen zu machen. Ich will nur eines zur Planung im Adenauer-Haus sagen, weil wir das aus Zeitgründen heute noch tun sollten: Was zur Akzentuierung der Themen zu sagen ist, sollten wir am 26. Januar wirklich fortsetzen. Ich möchte darum bitten, wenn wir einige dieser Themen, und das werden wir am 26. Januar unter dem Vorzeichen operatio-

nelle Umsetzung debattieren, wirklich dann besonders für die Öffnung der Diskussion in der Partei auf allen Ebenen bestimmen, ist es ganz wichtig, daß unsere Kreisverbände und diejenigen, die das aufnehmen sollen, Hilfen bekommen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich wäre nur dankbar, wenn man anfängt, darüber nachzudenken, daß geeignete Texte und Materialien, die die Positionen verdeutlichen, sozusagen ausgewählt werden – sie brauchen wahrscheinlich gar nicht in allen Fällen neu ausgearbeitet werden –, die wir unseren Freunden als Diskussionshilfen geben können. Das will ich nochmal als einen wichtigen Punkt zum Verfahren hier hervorheben.

Kohl: Gut, vielen Dank, Gerhard. Ich will noch einmal sagen, weil die einzelnen jetzt weggehen, geben Sie bitte die Unterlagen zurück. Das zweite, was ich für selbstverständlich halte, ist, daß wir keine Berichte über diese Sitzung, über den Ablauf an die Öffentlichkeit geben. Ich will das noch einmal sagen, ich gehe davon aus, daß es aus dieser Sitzung heute, was wir da besprochen haben, weder Interviews noch sonst irgendetwas gibt. Sonst gibt das keinen Sinn.

Jetzt noch als Allerletztes zum Ablauf des Mannheimer Parteitags. Es gibt eine Fülle von Gründen, nicht zuletzt die finanziellen Gründe, die es geraten erscheinen lassen, den Parteitag so abzuhalten, daß wir am Sonntagmittag die Gremien haben, Parteipräsidium, Bundesvorstand, daß wir am Sonntagabend das Zusammentreffen der Vereinigungen und der Landesverbände haben, daß am Montag mit dem ökumenischen Gottesdienst begonnen wird und daß der Ablauf ist wie üblich, Bericht des Parteivorsitzenden, Diskussion etc. und Wahlen. Das ist also schon eine breite Diskussionsgrundlage. Für das Arbeitsprogramm und für die Diskussion ist dann im wesentlichen der Dienstag vorgesehen. Ich möchte am Dienstag am späten Nachmittag, gegen 17 Uhr, versuchen, den Parteitag zu Ende zu bringen. Also nicht am Mittwoch, das macht in unserer Kostenrechnung einen ungeheuren Posten aus, dieser halbe Tag. Heiner, ich finde, das genügt doch jetzt für die Einladung. Die Details, wann was gemacht wird, kann man doch in die endgültige Einladung schreiben. Für die Satzung genügt jetzt, wenn wir heute beschließen, der Parteitag findet so statt, am zweiten Tag Generaldiskussion über Arbeitsprogramm mit Ende lieber gegen 18 Uhr. Wie ist das, mit 18 Uhr kommen ja alle noch mehr oder minder nach Hause, ja? Sehr gut. Damit einverstanden, daß wir das so machen?

Dann bedanke ich mich und schließe die Sitzung in dieser grandiosen Umgebung, bedanke mich vor allem auch für die sehr freundschaftlichen Ratschläge und die sehr freundschaftlichen Diskussionsbeiträge.¹⁰¹

101 Ende des Transkripts.

Bonn, Montag 26. Januar 1981

Sprecher: Albrecht, Barzel, Blüm, von Bismarck, Diepgen, Dingerkus, Dregger, Geißler, Hupka, Kohl, Laurien, Neumann, Schwarz-Schilling, Späth, Stoltenberg, Bernhard Vogel, von Weizsäcker, Waffenschmidt, Wex, Wissmann, Wörner, Worms.

Verschiedenes. Politische Lage. Vorbereitung 29. Bundesparteitag. Neukonstituierung der Bundesfachausschüsse. Reorganisation der Konrad-Adenauer-Haus GmbH & Co KG.

Beginn: 11.30 Uhr

Ende: 14.30 Uhr

Kohl: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne unsere Bundesvorstandssitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich. Es ist die erste Sitzung im Jahr 1981. Der Monat Januar ist schon sehr weit fortgeschritten, aber dennoch sage ich es noch einmal, für gute Wünsche kann es nie zu spät sein: Ihnen und Ihren Familien, vor allem auch uns allen ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1981.

Das Jahr hat ja sehr stürmisch begonnen, und das wird auch heute seinen Niederschlag finden müssen in unserer Beratung. Ich darf zum ersten Mal in unserem Kreis begrüßen den neugewählten Vorsitzenden der Schülerunion, Herrn Peter Pott¹. (*Beifall.*) Herr Pott, herzlich willkommen und auf eine gute Zusammenarbeit, wie das ja auch mit ihren Vorgängern hier in diesem Kreis immer ganz selbstverständlich war. Wir haben jetzt kurz nach 11.30 Uhr, ich bitte sehr darum, daß wir heute bei der Bedeutung der Tagesordnung möglichst konzentriert arbeiten, damit wir gegen 15 Uhr hier abschließen können. Sie wissen, daß heute zwangsweise die Gremien der Fraktion tagen müssen, nicht wie sonst üblich dienstags, weil ab morgen früh 9 Uhr bis Freitag 12 Uhr die erste Lesung des Bundeshaushalts im Bundestag vonstatten geht.²

Zur Tagesordnung habe ich noch zwei Ergänzungen und bitte dabei um Ihre Zustimmung. Das erste ist, daß wir den Etat der Bundesgeschäftsstelle, des Adenauer-Hauses, und der Bundespartei 1981 nach dem Bundesparteitag in Mannheim³ beraten. Sie wissen, daß die Bundestagswahl und das Ergebnis der Bundestagswahl im Oktober 1980 natürlich auch enorme Auswirkungen auf den Etat hat. Die Tatsache, daß wir Stimmen und Mandate verloren haben, hat zur Folge, daß wir über vier Millionen DM aus der Wahlkampf-kostenerstattung weniger erhalten. Es gibt da noch eine Reihe sonstiger Überlegungen, die uns jetzt anraten lassen, sehr sorgfältig diesen Haushalt zu beraten. Wir haben vermutlich im Monat Juni noch einen zusätzlichen Kostenfaktor auf die Bundespartei zu kommen, den ich allerdings gerne ertrage, das ist die Wahl in Berlin. Bei der besonderen Lage in Berlin ist es überhaupt nicht anders zu machen, als daß wir wie bei der letzten

1 Peter Pott (geb. 1960), Versicherungskaufmann; Dezember 1980 bis Dezember 1981 Vorsitzender der Schülerunion.

2 Sten. Ber. 9. WP 16.–19. Sitzung vom 27.–30. Januar 1981 S. 515–860.

3 Am 9./10. März 1981.

Wahl auch bei dieser Wahl in Berlin seitens der Bundespartei dort tatkräftig mithelfen. Das „tatkräftig“ bezieht sich auch auf finanzielle Überlegungen, so daß einfach mein Wunsch ist, daß Sie dem zustimmen, daß wir dann in aller Ruhe den Etat beraten können. Bis dorthin werden wir so verfahren, wie das ja bei öffentlichen Haushalten oft geschieht, daß die unabdingbaren Ausgaben gezwöltelt und so für den Rest des Jahres gefahren werden.

Zweitens, ich will das jetzt ankündigen, haben wir dann noch im Lauf der Debatte – beim Entwurf des Parteitagsablaufs, bei den Sachthemen – die Notwendigkeit, wegen der Beendigung der Antragsfristen schon sehr kurzfristig vor dem Parteitag eine Art Ausnahmegenehmigung für das Parteipräsidium vom Vorstand zu erbitten. Ich komme noch einmal darauf zurück. Sind Sie ansonsten mit der Tagesordnung einverstanden? – Das ist der Fall.

VERSCHIEDENES

Wären Sie auch damit einverstanden, daß wir, wenn dazu kein Wort gewünscht wird, zum Punkt Etatberatung gleich beschließen, bevor ich den Punkt 1 aufrufe? Das gilt für die gewählten Vorstandsmitglieder. Wer ist dafür, daß wir in diesem Sinne verfahren? Ich bitte um die Gegenprobe, Enthaltungen. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

POLITISCHE LAGE

Ich darf dann gleich aufrufen den Punkt „Politische Lage“. Ich habe Richard von Weizsäcker gebeten, in diesem Zusammenhang einen Kurzbericht über die Lage in Berlin, und zwar nach dem neuesten Stand der Entwicklung bis in diese Stunden hinein, zu geben. Wir haben jetzt rund 14 Wochen nach der Wahl, liebe Freunde, und es ist unübersehbar, daß nicht nur das politische Klima, sondern die politische Gesamtsituation sich ganz enorm verändert hat. Das ist nicht nur in Berlin, sondern das ist ganz deutlich hier in Bonn spürbar, es ist deutlich spürbar an den demoskopischen Daten, wo wir bei den seriösen Instituten – halt um ein Vierteljahr zu spät – zum ersten Mal wieder in der Nähe der fünfziger Grenze und die Sozialdemokraten zum ersten Mal wieder in der Nähe der vierziger Grenze auftauchen. Das bedeutet, wie jeder von uns weiß, nicht mehr als eine Momentaufnahme, aber das bedeutet vor allem für uns, daß ein Erwartungshorizont an die Union signalisiert wird, der unübersehbar ist. Die Koalition befindet sich auf Talfahrt, das gilt in Sonderheit für den Regierungschef. Es ist unübersehbar, daß die personellen Entwicklungen der SPD natürlich sehr viel zu dieser Entwicklung beitragen. Ich will nachher ein paar Sätze noch mehr dazu sagen, aber vorweg zu einigen außenpolitischen Punkten wenigstens ein knapper Hinweis.

Erstens, ich glaube wir haben allen Grund, das, was wir öffentlich gesagt haben, jetzt in der Praxis durchzusetzen, so schnell wie möglich einen möglichst intensiven Kontakt zur neuen Administration Reagan in Amerika zu knüpfen. Die ersten Kontakte fanden bereits statt. Wie zu erwarten war, gilt hier die Feststellung, daß es einen Erwartungshorizont von Seiten der neuen amerikanischen Administration und der Mehrheit im Senat und auch der starken Position der Republikaner im Abgeordnetenhaus gegenüber uns, der CDU/CSU, gibt. Wir werden erleben, daß in den nächsten Wochen die Bundesregie-

rung alles tun wird, um ihre Chance, mit dem Amtsbonus zu arbeiten, zu nutzen. Die Regierung hat in einer, wie jeder weiß, lobenswerten Art im Zusammenhang mit der Geiselfreilassungsaktion der letzten zwölf Monate gearbeitet.⁴ Das ist an sich eine Selbstverständlichkeit. Das muß eine deutsche Bundesregierung tun, wer immer sie trägt. Aber es ist natürlich ebenso klar, daß das jetzt ein Bonus ist in Amerika, der dort spürbar ist; auch das sollten wir in unsere Erwartungen mit einbeziehen. Dennoch glaube ich, daß das, was sich abzeichnet an amerikanischer Außen- und Europapolitik, doch sehr die aktuelle Diskussion in der Bundesrepublik, zum Teil ganz aggressiv, beleben wird. Der erste ganz wichtige Punkt für uns, und ich finde, das kann man gar nicht oft genug wiederholen, ist eben der, daß zumindest, was die auswärtige Politik der Administration Reagan betrifft, wir davon ausgehen können, daß die, die die tägliche Arbeit machen, vom Außenminister⁵ angefangen, erstklassige Sachkenner der deutschen und der europäischen Probleme sind. Man muß weit zurückgehen in der amerikanischen Politik, bis man eine Administration findet, die so hautnah die deutschen und die europäischen Probleme kennt. Ob das nun der Außenminister ist, aus seiner früheren Funktion heraus, ob das der langjährige Botschafter in Bonn, Herr Stoessel⁶, ist, der jetzt als Unterstaatssekretär dorthin geht, ob es der Sicherheitsberater Allen⁷ ist, der im White House sitzt und von dem man ja nun mit Fug und Recht sagen kann aufgrund seiner Doktorarbeiten an der Münchener Universität, daß er die Zusammenhänge zwischen Bundesrat und Bundestag und Vermittlungsausschuß besser kennt als die riesige Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestags und vermutlich auch des Bundesrats. Also eine sehr ungewöhnliche Situation, und das wird sich natürlich bemerkbar machen. Das heißt also, wir müssen alles tun, um die vor allem in den letzten zwei Jahren geknüpften Kontakte sehr intensiv voranzutreiben. Wobei ich gleich hier in dieser relativ vertraulichen Runde sagen will, daß ich nicht zuletzt mit unseren Repräsentanten in der Adenauer-Stiftung⁸ gesprochen habe, daß wir selbstverständlich die Kontakte zum demokratischen Lager weiter betreiben. Das gehört ja zu den dümmsten Dingen, die man in der Politik tun kann, daß man den jeweiligen Wahlverlierer möglichst schlecht behandelt, weil der in solcher Situation besonders sensibel ist und sich später, mit einem guten Gedächtnis ausgestattet, darstellt. Deswegen finde ich, ist es gerade jetzt auch wichtig, mit dem demokratischen Lager zu sprechen, wo eine größere Bereitschaft, wie ich schon festgestellt hatte, besteht, jetzt mit uns zu reden, wo man nicht mehr in der entscheidenden Position ist.

4 Die Bemühungen um die Freilassung der in Iran gefangen gehaltenen 52 US-Diplomaten führten am 20. Januar 1981 zum Erfolg (vgl. dazu AdG 1981 S. 24215–24226; zur Rolle der Bundesregierung S. 24225f.; AAPD 1981 Dok. 16).

5 Alexander Haig (1924–2010), amerikanischer General; 1973/74 Stabschef des Weißen Hauses; 1974–1979 NATO-Oberbefehlshaber in Europa, 1981–1982 Außenminister.

6 Walter John Stoessel (1920–1986), amerikanischer Diplomat; 1968–1972 Botschafter in Polen, 1974–1976 in der UdSSR, 1976–1981 in Bonn, 1981/82 Staatssekretär im Außenministerium, 1982 stv. Außenminister.

7 Richard V. Allen (geb. 1936), Politikwissenschaftler (Republikaner); 1981/82 Nationaler Sicherheitsberater.

8 Manfred von Nordheim war der erste Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington (1976–1981).

Zweitens. Ich finde, wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß in unserem Nachbarland in wenigen Wochen, in Frankreich, die Wahl des Präsidenten der Republik ist⁹ und daß sich dort erhebliche Veränderungen des Gesamtklimas beobachten lassen und nahezu alles, was französische Politik beinhaltet, in den Bann dieser Entscheidung geraten ist. Wir haben keinen Grund, uns in diesem Wahlkampf in irgendeiner Form hervorzutun, wir haben aber allen Grund, unsere traditionellen guten Beziehungen zu vielen einzelnen Persönlichkeiten Frankreichs, auch über diese Wahlkampfzeit hinaus, zu pflegen. Wir müssen davon ausgehen, daß nach diesen Wahlen eine Reihe von Entwicklungen in Frankreich – vor allem dann, wenn die Wiederwahl des jetzigen Amtsinhabers Giscard d'Estaing erfolgt, das ist meine persönliche Prognose – sich dann eine Entwicklung zu einer Veränderung des politischen Spektrums deutlicher zeigt als vor dieser Wahl. Denn es wird mit Sicherheit die letzte Wahlzeit für den Fall seiner Wiederwahl, und wir müssen dann damit rechnen, daß das parteipolitische Gesamtspektrum der französischen Republik noch mehr in Bewegung gerät, als es jetzt bereits unter der Decke in Bewegung geraten ist.

Dritter Punkt. Die Ereignisse der letzten Tage geben der englischen konservativen Partei und Margaret Thatcher¹⁰, unseren Freunden, natürlich eine große Chance, trotz der erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihren Weg parlamentarisch sicherer fortsetzen zu können, als das bisher zu erwarten war. Ich glaube, daß die Entwicklung der Labour Party für den europäischen Sozialismus eine ganz entscheidende Bedeutung haben wird und daß auch nach dem Prinzip kommunizierender Röhren Auswirkungen auf die deutsche Sozialdemokratie hier vonstatten gehen.¹¹ Nicht heute und morgen, aber auf die mittlere und längere Frist. Wir sollten das sehr sorgfältig beobachten.

Vierter Punkt. Es ist offenkundig, daß sich die Lage in Polen nicht beruhigt hat, sondern daß sich die Dinge eher weiter zuspitzen und im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Parteitag der KPdSU¹² in wenigen Tagen auch hier möglicherweise Konsequenzen in Mittel- und Osteuropa in der mittleren und langen Frist sich abzeichnen, die natürlich ganz unmittelbar, insbesondere auf das deutsch-deutsche Verhältnis, Konsequenzen haben. Ich empfehle uns allen auch hier, das im Auge zu behalten. Wir haben natürlich das Problem, daß wir über eine allgemeine Bekundung der Sympathie mit den Gewerkschaften dort und den sie tragenden Gruppierungen hinaus aus unserer Sicht, wenn wir dort nicht direkt schaden wollen, wenig tun können. Aber ich will doch darauf hinweisen, daß es auch Möglichkeiten gibt, außerhalb der Öffentlichkeit hier über das eben Gesagte hinaus zu gehen, und wir das nicht gänzlich außer Betracht lassen. Bei der Gelegenheit, ich sehe ihn gerade kommen, darf ich ihn auch zum ersten Mal in unserer Runde, unseren Freund Worms, den neuen Landesvorsitzenden der CDU Rheinland begrüßen. (*Beifall.*)

9 Am 26. April und 10. Mai 1981. Im zweiten Wahlgang siegte François Mitterrand (51,75 Prozent) gegen Valéry Giscard d'Estaing (48,25 Prozent).

10 Margaret Thatcher, Baroness Thatcher of Kesteven (1925–2013), britische Politikerin; ab 1959 Abgeordnete im Unterhaus (Konservative), 1961–1964 Staatssekretärin im Renten- und Versicherungsministerium, 1970–1974 Ministerin für Erziehung und Wissenschaft, 1975–1990 Vorsitzende der Konservativen, 1979–1990 Premierministerin von Großbritannien. – Thatcher hatte am 5. Januar 1981 ihr Kabinett umgebildet (vgl. AdG 1981 S. 24164).

11 Zur Entwicklung der Labour Party vgl. ebd. S. 24317–24319.

12 XXVI. Parteitag vom 23. Februar bis 3. März 1981 (AdG 1981 S. 24321–24331).

Das heißt, so neu ist er ja wieder nicht, das ist schon wieder drei Monate her seit seiner Wahl.

Zur Lage der Koalition ein paar Bemerkungen. Ich habe bereits die Talfahrt angesprochen, ich habe angesprochen den deutlichen Abbau an Autorität des Regierungschefs. Das ist ja deutlich geworden, als am Tag seiner Regierungserklärung nach seiner Wahl zum Kanzler die Nachfolgediskussion bereits ganz offen, zunächst nur von Eppler, heute von nahezu jedermann in Bonn betrieben wird. Ich würde allerdings diejenigen warnen, die da glauben, daß das jetzt ein Thema ist, das morgen oder übermorgen aktuell wird. Eines ist deutlich, innerhalb der SPD spielen Personalfragen eine ganz entscheidende Rolle einfach durch den Ablauf der Zeit. Nach all dem, was wir und ich, in dem Fall glaube ich sogar verbindlich, wissen, gehen wir ja wohl davon aus, daß Herbert Wehner mit dem Ablauf seiner Amtszeit nach dem ersten Wahljahr den festen Entschluß hat, im Oktober nach seinem 75. Geburtstag auszuscheiden, daß also diese Personalentscheidung ansteht.¹³ Das hat eine Reihe von Konsequenzen.

Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit, Inflation. In kurzer Zeit werden wir in jeden Sparten die 6-Prozent-Marke überschreiten. Das tut ein übriges dazu, um das Gesamtklima in diese Richtung zu beeinflussen. Wir haben, wie Sie alle zur Kenntnis genommen haben, einen Antrag am vergangenen Donnerstag innerhalb der SPD erlebt, in dem 25 Kollegen aus der SPD die Kürzung der Verteidigungslasten in diesem Augenblick verlangt haben.¹⁴ Alle Informationen deuten darauf hin, daß zwar 25 ihren Namen gegeben haben, daß aber die Gruppe derer, die mit diesen 25 sympathisiert, nicht weit von den eingetragenen Mitgliedern der sogenannten parlamentarischen Linken entfernt ist. In diesem Kontext ist auch darauf hinzuweisen, daß aufgrund der Vorgänge, die Sie alle kennen, die Stellung des jetzigen Bundesverteidigungsministers mehr als angeschlagen ist, und das alles dazu führen wird, daß das Personaltableau der SPD sich entsprechend weiter drehen wird und die Diskussion uns auf Monate begleitet. Aus leidvoller eigenen Erfahrung der Union wissen wir, daß solche Diskussionen keiner Partei nützen, und das gilt halt in diesem Fall jetzt auch für die Sozialdemokraten.

Wir werden im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte in den nächsten vier Tagen das Notwendige zu tun haben und auch versuchen darzustellen die wirkliche Lage des Landes und die wirkliche Lage auch der jetzigen Koalition.¹⁵ Nur bitte ich Sie alle wirklich sehr herzlich, lassen Sie sich von diesen Tartarennachrichten, die ja jetzt zum Teil nicht zuletzt über die linke Presse inspiriert werden, nicht täuschen. Der „Spiegel“ lebt ja im Augenblick nur noch – nur noch ist übertrieben – aber vor allem davon, die jetzige Regierung und den jetzigen Regierungschef möglichst negativ darzustellen. Lassen Sie uns nicht von unserer Linie abbringen, daß dies alles noch nicht bedeutet, daß diese Regierung im Sturz ist und daß da morgen die Union drankommt. Bleiben wir bei dem hier eingehend Diskutierten, auch im Kreis des Bundesvorstands, daß wir die Rolle der Opposition glaubwürdig übernehmen und die notwendigen Alternativen, darüber wird ja heute beim Parteitagsprogramm zu reden sein, unterbreiten.

13 Wehner blieb bis März 1983 Fraktionsvorsitzender.

14 Zu den SPD-internen Diskussionen vgl. Sten. Ber. 9. WP 17. Sitzung vom 28. Januar 1981 S. 607–710; Link, Bundesrepublik S. 336.

15 Vgl. Anm. 2.

Die jetzige Debatte im Bundestag wird einen wesentlichen Beitrag dazu leisten können, unsere eigenen Vorstellungen in der Auseinandersetzung, gerade in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage, deutlich zu machen. daß die Mittel der Sozialen Marktwirtschaft die einzig richtigen Mittel sind. Das alles hat sehr viel mit der Glaubwürdigkeit und dem Realitätssinn unserer Politik zu tun. Das ist auch der Grund, warum wir ja in der Fraktion beschlossen haben, abgesehen vom Verteidigungshaushalt, keinerlei haushaltswirksame Anträge zu stellen. Wir werden nachher bei der Vorbereitung des Parteitagsprogramms über den Vorschlag des Parteipräsidiums zu reden haben, angesichts der dramatischen Entwicklung im Lande schon auf diesem Parteitag das Thema Sozialer Wohnungsbau ganz nach vorne zu schieben. Hier muß das auch finanzielle Konsequenzen haben, aber ich füge gleich hinzu, das muß dann auch die Konsequenz haben, daß wir hier den Mut zu Umschichtungen oder den Mut dazu haben, daß wir zu weiteren Steuererleichterungen keine Anträge in absehbarer Zeit stellen, wenn wir das Thema Eigentumsbildung, Sozialer Wohnungsbau in den Mittelpunkt stellen wollen. Mit einem Wort, wir brauchen eine nüchterne Linie, und das gilt auch für die jetzige Lage in Berlin.

Ich möchte allen Berliner Freunden, allen voran Richard von Weizsäcker, danken dafür, daß es gelungen ist, in diesen kritischen Tagen ein ganz klares und einmütiges Bild zu zeichnen. (*Beifall.*) Und ich möchte Sie auffordern, jetzt auch nicht in den Gedanken der Verdrießlichkeit zu verweilen, weil da bei dieser geheimen Abstimmung eben zwei anders abgestimmt haben. Motive von solchen Abstimmungen sind schwer zu ergründen. Ich schließe auch bei diesen beiden, wenigstens bei einem, nicht aus, daß es bares Unvermögen war, richtig abzustimmen. Ich denke auch nicht daran, voller Erhabenheit auf die Kollegen in Berlin zu blicken, nachdem gerade einen Tag vorher der Deutsche Bundestag bei der Abstimmung der Wahlmänner in einem seltenen Beispiel, was repräsentative Demokratie auch an Intelligenzquotienten bedeutet, mit 14 Stimmen falsch abgestimmt hat.¹⁶ Für uns ist es ein gewisser Trost, daß es von uns nur drei waren, die alle Wahlzettel ausgefüllt haben und von den anderen, SPD und FDP, elf. Aber es bleibt bei der Tatsache, daß es schon ein beachtliches Schauspiel ist, daß 14 Abgeordnete des Parlaments nicht einmal den Richterwahlausschuß stimmgültig wählen können. Das waren mit Sicherheit nicht Leute, die alle ihre Stimmzettel ungültig machen wollten. Auch das ist ganz klar. Also der Ärger in dieser Sache ist natürlich beträchtlich, das darf man nicht vergessen, er ist vor allem beträchtlich immer in der eigenen Partei. Es ist vor allem beträchtlich bei jenen, die bei beißender Kälte und schlechtem Wetter in Berlin auf den Straßen herumlaufen und Unterschriften sammeln und die natürlich dann sich so ihren Teil denken.¹⁷

16 Wahl der Wahlmänner gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (Drs. 9/45) – Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses gemäß § 5 des Richterwahlgesetzes (Drs. 9/46) in Sten. Ber. 9. WP 14. Sitzung vom 22. Januar 1981 S. 487f.

17 Der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) war am 15. Januar 1981 zurückgetreten, nachdem eine von ihm vorgeschlagene Senatsumbildung im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit fand und vier der fünf vorgeschlagenen Senatoren trotz sozialliberaler Mehrheit durchfielen. Sein Nachfolger wurde am 23. Januar 1981 der bisherige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel, der nach seiner Wahl ankündigte, sich baldmöglichst Neuwahlen stellen zu wollen. Hintergrund für die Krise war die Affäre um den Bauunternehmer Dietrich Garski, der eine Landesbürgerschaft von über 100 Millionen DM für Immobilienprojekte in Saudi-Arabien wegen Zahlungsunfähigkeit Ende 1980 nicht zurückzahlen konnte und untertauchte. – Die CDU und die Alternative Liste leiteten aufgrund dieser Affäre und der Senatskrise ein Volksbegehren zur Auflösung des Abgeordnetenhauses ein.

Dennoch, laßt uns das Thema ablegen und der Rubrik des Menschlichen, Allzumenschlichen, aber sehr Ärgerlichen, einordnen. Das viel Wichtigere ist, daß jetzt, Peter Lorenz sagte gerade fast 200.000, aber jedenfalls bis gestern 170.000 gezählte Stimmen abgegeben wurden. Wenn Sie sich überlegen, daß man ja im Blick auf die Auflösung des Parlamentes auch die Gruppe der anderen 80.000 dazunehmen muß, ist das von 1,5 Millionen Wahlberechtigten rund eine viertel Million. Das gab es jedenfalls in dieser Form im Nachkriegsdeutschland zur Zeit der Bundesrepublik überhaupt noch nicht, und das gibt auch einen Einblick in die psychologische Situation des Wählers in Berlin.

Ich will hier zu Berlin jetzt nur das eine sagen, daß ich davon ausgehe, daß die CDU Deutschlands und ein jeder von uns der Berliner Union und Richard von Weizsäcker und unseren Freunden dort jede nur denkbare Unterstützung gewährt. Daß ein solch allgemeiner Appell hier ungeheuren Anklang findet, ist ganz klar. Es wird in den nächsten Tagen die Notwendigkeit bestehen, mit dem einen oder anderen zu reden, wenn es darum geht, nicht nur ganz allgemein zu sagen, wir helfen Berlin, sondern ganz konkret zu dem einen oder anderen zu sagen, du mußt in dieser Situation, was immer sonst deine Pläne sind, Mitverantwortung in Berlin übernehmen. Deswegen sage ich, klare Unterstützung bedeutet auch, daß wir da unter Umständen persönliche Opfer verlangen müssen. Es ist keine Frage, daß, wenn es uns gelingt, in Berlin irgendwann in den Sonntagen des Juni, so wie es jetzt aussieht, zur Wahl zu kommen, eine gute Chance dafür gibt, in Berlin die Wahl zu gewinnen. Dann ist das nicht wichtig unter Bundesratsmaßstäben, dann ist es wichtig unter der nationalen Dimension der Politik in Deutschland und der Politik auch im Blick auf die Bonner Verhältnisse innerhalb der jetzigen Koalition.

Soviel zur Berlinsache. Ich schlage vor, daß jetzt gleich Richard von Weizsäcker seinen Kurzbericht gibt und wir dann kurz die Lage diskutieren.

Von Weizsäcker: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, kurz in fünf Punkten, was wir von Berlin aus hier zu berichten haben. Erstens, die Entwicklung in Berlin hat zwei langfristige Ursachen: Erstens, das Programm und die daraus notwendig folgende Haltung der SPD in einer 30-jährigen Herrschaft. Nicht ihre bösen Absichten, aber die notwendige Folge ihrer Vorstellung von Beglückung des Menschen durch die Gesellschaft hat zu den Mißständen geführt, die wir unter den Stichworten „Ämterpatronage“, „Staat zur Beute machen“ usw. vor uns haben. Neue Leute, aus Bonn nach Berlin importiert¹⁸, mögen ehrenwert und in ihren Sachbereichen erfahren sein, sie sind Mitglieder einer Partei, deren Programm notwendigerweise zu diesen Folgen geführt hat und sind daher nicht durch Personenwechsel ihrerseits in der Lage, zu beseitigen, was die SPD geschaffen hat.

Der andere Punkt ist, und das gilt für die SPD stärker, aber es gilt für alle Parteien, daß nämlich beim Wähler in wachsendem Maße die Vorstellung entstanden ist, diese Parteien lassen sich einmal für vier Jahre einen Auftrag geben und dann kümmern sie sich einen feuchten Schmutz um ihre Wähler. Die verfassungspolitische Komponente in bezug auf die Entwicklung, die man so zu charakterisieren hat, ist, daß unsere Demokratie ohne Parteien als die führenden Instrumente gar nicht leben kann, daß aber die Parteien, wenn sie so weitermachen, sich als die überhaupt einzige sich selbst beauftragende Instanz verstehen, so daß dann diese Demokratie auf die Dauer mit ihren Problemen

18 Gemeint sind neben Hans-Jochen Vogel die sieben von zwölf neuen Senatoren Guido Brunner, Gerhard Konow, Anke Brunn, Konrad Porzner, Reinhard Überhorst, Frank Dahrendorf, Günter Gaus.

nicht fertig wird. Diese verfassungspolitische Komponente ist es, die uns neben der allgemeinen Berliner Einsicht über die von der SPD hervorgerufenen Mißstände den Erfolg gebracht hat, den wir nicht zu Ende geführt haben, aber den wir doch initiieren konnten. Wir haben jetzt dieses Volksbegehren, und dieses Volksbegehren hat natürlich seine große Zustimmung nicht allein aus der Hoffnung auf die herrliche Berliner CDU und uns drei Leute hier begründet, sondern es geht quer durch die Parteien durch, daß die Wähler, bevor es zu spät ist, die Rückbindung der Parteien an den Auftrag der Wähler wieder demonstrieren wollen.

Zweitens. Wir haben bei dem, was die SPD nun zur Rettung der Lage von ihrem Standpunkt aus getan hat, den von Helmut Kohl genannten Vorfall erlebt mit den zwei Stimmen für den neuen Kandidaten von der SPD.¹⁹ Ich möchte dazu nur zwei Sachen sagen: Man kann Motive ziemlich klar herauskristallisieren, die bei einzelnen dazu geführt haben, aber das führt zu nichts. Es ist natürlich gänzlich unerträglich, daß nun wirklich die Partei in ihrer ganzen Basis und mit Familienangehörigen und sonst wem bei scheußlichem Wetter überall in allen Bezirken auf die Straße geht und die Unterschriften einsammelt, und, während sie draußen steht, über den Rundfunk die Nachricht kommt, daß die Repräsentanten dieser Fronttruppe inzwischen im Abgeordnetenhaus an ihre eigenen Pensionen oder sonst etwas, an alte Rechnungen, gedacht haben. Das ist unerträglich! Auf der anderen Seite ist das quasi staatsanwaltliche Herausarbeiten von Motiven und damit die Indizieneinkreisung auf ganz bestimmte Leute natürlich absolut töricht! (*Kohl: Genau so!*) Denn das führt ja nur dazu, daß dann allmählich bis in die Öffentlichkeit hinein Vorwürfe, Verteidigungen, Gegenvorwürfe und anderes erhoben werden, und nichts können wir weniger gebrauchen als das. (*Beifall.*)

Nächster Punkt. Wir haben aber nun zum Glück nicht nur mit solchen allzu menschlichen Ereignissen zu tun, sondern wir sind ja mitten im Volksbegehren. Es waren noch keine 24 Stunden vergangen, da waren wir auf über 150.000. Die Sonntagszeitungen, die in Berlin im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet existieren, haben alle aufgemacht mit der großen Schlagzeile „Schon über 150.000“. Wir sind heute auf über 200.000, heute früh sind wieder fünfeinhalbtausend Briefe mit Listen mit durchschnittlich acht Unterschriften eingegangen. Die Alternativen haben auch eine Liste, da sind natürlich manche Doppelintragungen, es kommt ja auch nicht auf die letzte Zahl hinterm Komma an. Kein Zweifel ist, daß das Volksbegehren quer durch alle Parteien hindurch eine ganz breite und tiefe Resonanz gefunden hat. Wir sind über den Wahltermin noch nicht einig, aber wir sind natürlich in der Lage, der SPD gegenüber, die nach wie vor die Sache hinauszuzögern versucht, zu sagen, bitte, wenn ihr eben nicht zur Kenntnis nehmen wollt bisher, was das Volk wirklich will, dann machen wir einfach weiter. Eines Tages werdet ihr es schon begreifen. Man muß fast sagen, daß ein weiterer Widerstand der SPD gegen eine freiwillige Selbstauflösung des Parlaments und damit die Notwendigkeit für uns, die drei verschiedenen Phasen dieses plebiszitären Vorgangs fortzusetzen, sozusagen die selbstläuferischste Form des Wahlkampfes wäre, die man sich überhaupt vorstellen kann. Ich will nicht sagen, daß wir dem Wahlkampf aus dem Weg gehen wollen, ich will nur sagen,

19 Hans-Jochen Vogel war mit mindestens zwei Stimmen von CDU-Abgeordneten gewählt worden. Vermutet wurde, daß es sich um Abgeordnete handelte, die bei den Wahlen im März 1975 ins Parlament gekommen waren und erst im Herbst 1981 Pensionsansprüche erwerben würden (vgl. „Die Zeit“ vom 30. Januar 1981: „Als Hochleistungssportler an die Spree“).

in dieser Sache sind wir wirklich mit der inneren Logik der Vorgänge so verknüpft, daß wir von daher auch ein gutes Stück unserer Zuversicht gewinnen.

Viertens. Die Berliner SPD und die Koalition haben natürlich sehr schnell erkannt, was auf dem Spiel steht. Wir haben in Berlin einen einzigartigen Vorgang von acht bis 14 Tagen erlebt, wo also ein Bundesparteivorsitzender nach dem anderen in Berlin erschien, um dort, wie es ja auch immer ganz öffentlich hieß, seine Leute zu bekneten. In einer Fernsehsendung, an der ich selber teilgenommen habe, hat der designierte Bundesgeschäftsführer der SPD ja auch das zauberhafte Wort ausgesprochen: „Wenn Berlin fällt, dann ist die Brücke für uns die Justiz.“ Berlin fällt also wie in einem Krieg in Feindeshand. „Wenn Berlin fällt.“ Demgemäß hat man gehandelt. Es ist nicht der geringste Zweifel, daß die Angst um die Machterhaltung in Bonn der eigentliche Motor für die Maßnahmen gewesen ist, die die SPD in Berlin getroffen hat. Es ist auch wahr, daß natürlich der Berliner Wähler ansprechbar ist auf zwei Dinge, darauf, wieso sind wir dazu da, denen ihre Bonner Sorgen abzunehmen, wir wollen hier in Berlin anständig regiert werden, und Bonn mag sich dann daraus von selbst ergeben. Die Berliner haben natürlich darüber hinaus sich auch gesagt, ist eigentlich Berlin überhaupt nicht mehr aus eigener Kraft in der Lage, etwas zur Lösung der Frage zu tun? Sind wir soweit, daß die seit 30 Jahren führende Regierungspartei in Berlin praktisch entmündigt werden muß? Ein einziger Berliner noch in der ganzen SPD-Riege im Senat? Das darf uns auf der anderen Seite natürlich nicht darüber täuschen, daß dennoch die Nominierung des Bundesjustizministers und seiner Mannschaft in Berlin auch einen gewissen Eindruck gemacht hat. Die Motive mögen sein wie immer, es zählt, was wirklich daraus für Folgerungen gezogen worden sind. Nicht, ob es einem schwergefallen ist, sondern ob er es gemacht hat, ist das Entscheidende.

Die Lage der FDP ist in dem Zusammenhang sicher immer die schwierigste gewesen. Die hat zwar in diesem Garski-Skandal²⁰ schneller erkannt, was sie tun muß, als die SPD. Ihr Landesvorsitzender²¹, ihr Noch-Landesvorsitzender, hat gezwungenermaßen, aber immerhin, wenigstens sein Senatoramt zur Verfügung gestellt. Es bleibt für die FDP eine schwierige Lage, denn ihre Parteitag- und Parteiausschußdelegiertenmehrheit ist ganz überwiegend irgendwo in der Mitte zwischen der SPD und den Alternativen. Wir haben sie im letzten Wahlkampf immer die Salonalternativen genannt. Auf der anderen Seite ist die Stimmung, mit der SPD auf die Dauer nicht mehr weiterregieren zu können, im Wachsen. Was daraus für sie für die nächste Wahlaussage folgt, wissen wir nicht. Sie kämpfen ganz zweifellos ums Überleben, während sie noch bei der letzten Berliner Wahl prozentual gesprochen noch am meisten dazubekommen haben.

Aber es ist nicht so, daß nur in den letzten 14 Tagen Berlin so ein bißchen der Nabel der Nachrichtenwelt war, sondern es bleibt bis zur Entscheidung am Wahltag so, daß die eigentlichen Richtungsanzeigen über die Kraft der Koalition auch in Bonn durch den Ausgang in Berlin primär bestimmt werden, so entscheidend es ist, wie hoch die Qualität unserer Bundespolitik ist, oder was in anderen Ländern geschieht, oder welche bestimm-

20 Dietrich Garski (geb. 1931), Bauunternehmer und Architekt.– Zur Affäre vgl. Anm. 17. Nach seinem Untertauchen Ende 1980 wurde er 1983 verhaftet und 1985 wegen Kreditbetrugs zu drei Jahren und elf Monaten Haft verurteilt.

21 Wolfgang Lüder (1937–2013), Rechtsanwalt; 1971–1981 Vorsitzender der Berliner FDP, 1975–1981 Wirtschaftssenator, 1987–1994 MdB.

ten Entschlüsse wir auf ganz lebenswichtigen Gebieten, von denen vorhin schon einige genannt sind, getroffen worden sind. Die Koalition hat begriffen, daß eine Destabilisierung in Berlin eine Auflösung in Bonn bedeutet. Auch wir müssen wissen, daß eine Stabilisierung der Koalition in Berlin zu einer Stabilisierung in Bonn, zwar nicht bis zum jüngsten Tage, aber jedenfalls für die zunächst erst einmal mittelfristig auf uns zukommende Periode ist. Das müssen wir sehen! Wir müssen als Berliner natürlich den Wahlkampf ganz primär unsererseits führen, aber wir müssen unsere Chance als Bundespartei in Berlin wahrnehmen. Sie können aufschlagen, welche Zeitung Sie wollen in Berlin, und Sie können reden, mit wem Sie wollen in Berlin, die Berliner CDU hat einen guten Eindruck gemacht mit ihrer Reaktion auf die Skandale der SPD. Sie hat mit dem Volksbegehren einen wirklichen Nerv der Berliner Stimmung getroffen. Und jetzt kommt der dritte Punkt: ihre nicht nur sachliche, sondern vor allem personelle Alternative, das ist die Aufgabe der nächsten Tage und ganz wenigen Wochen. Wenn wir uns in dieser Sache bewähren, dann bewähren wir uns nicht nur in dem Punkt, zu dem wir uns immer alle bekannt haben, daß nämlich Berlin eine Schlüsselfunktion in der deutschen Geschichte und Zukunft hat und haben wird, sondern wir bewähren uns auch in der Funktion, die wir bundespolitisch alle miteinander tragen. (*Beifall.*)

Kohl: Vielen Dank, ich möchte jetzt die Debatte eröffnen. Abgetrennt von dem eben hier Gesagten habe ich den Kollegen Wörner gebeten, in einem zweiten Teil der Debatte über das Thema Waffenexporte kurz zu berichten. Ich möchte es aber eigentlich jetzt ein bißchen von dem Berlin-Thema abgesetzt diskutieren, aber noch in der Generalaussprache. Einverstanden, daß wir so verfahren?

Jeder spürt, wie es Walter Scheel²² letzte Woche einmal formuliert hat, in Bonn gehen die Dinge auf ein anderes Ufer. Ob das so sein wird und wann das so sein wird, weiß man nicht, aber es ist eine bemerkenswerte Entwicklung. Und alles, was Richard Weizsäcker gesagt hat über den Zusammenhang von dort nach hier und umgekehrt, ist sicher ganz richtig. Wobei ich im übrigen doch auch nochmal sagen will, ich finde, das müssen wir mehr sagen als die Berliner, weil es eine gute Gelegenheit ist, auch innerhalb der Bevölkerung von der Bundesrepublik wieder im Blick auf Berlin die Stimmung zu verbessern. Darüber gibt es keinen Zweifel: Es gibt eine Menge Leute, die die miserablen Verhältnisse in Berlin zum Anlaß nehmen, ihre an sich vorhandene miserable eigene Stimmung, ihren Stimmungspazifismus sozusagen, jetzt moralisch zu verbrämen. Ich würde mir schon wünschen, wenn wieder bei der guten Gelegenheit auch deutlich würde, daß wir, die CDU/CSU – und das ist ja auch ein uraltes Thema der CSU, das muß man deutlich noch einmal sagen –, wieder herausstellen, daß wir die Partei sind, für die Berlin nicht irgendeine Stadt ist, sondern die sehr wohl weiß, um was es hier im Geschichtlichen und auch im Hinblick auf die Zukunft geht. Das ist ganz wichtig, wenn wir die Gelegenheit wahrnehmen, wenn wir etwas reaktivieren von der Kraft, die auch davon ausgehen kann.

Wörner: Ich kann nur bestätigen, was Richard von Weizsäcker gesagt hat. Ich war übers Wochenende privat in Berlin und habe unter anderem erlebt, wie ein dezidiierter SPD-Anhänger eine Unterschriftenliste, die ihm von einem CDU-Mann übersandt worden war, aktiv werbend, nicht nur für das Volksbegehren, sondern für eine Stimmabgabe für

22 Walter Scheel (1919–2016), Bankkaufmann; 1950–1954 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1953–1974 MdB, 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1969–1974 des Auswärtigen, 1974–1979 Bundespräsident.

die CDU herungereicht hat. Das einzige, was ich nicht so ganz verstehe, und das ist mehr eine Frage an Richard von Weizsäcker, woher kommt der Termin 17. Juni? (*Kohl*: Von der FDP, nicht?) Ich persönlich muß sagen, ich habe mehr als Zweifel, ob dieser Wahltag realisiert werden kann. Grundsätzlich würde ich sagen, je früher, desto besser für uns.

Von Weizsäcker: Daß unsere innere Beziehung zum 17. Juni in der Öffentlichkeit, insbesondere auch in der Berliner Öffentlichkeit eine eindeutige ist im Gegensatz zu der von den anderen Parteien, ist in Berlin hinreichend und hinlänglich bekannt. Der Vorschlag, den 17. Juni zum Wahltag zu nehmen, kommt aus der Berliner FDP. Sie haben heute wohl in der Zeitung gelesen, daß die beiden Bundesvorsitzenden der beiden Koalitionsparteien sich gegensätzlich zu dieser Frage geäußert haben. Genscher hat ihn unterstützt, und Brandt hat ihn als Geschmacklosigkeit oder irgendetwas Ähnliches bezeichnet. Unsere Meinung ist die folgende: Also, erstens, wir machen mit dem Volksbegehren so lange weiter, bis eine verbindliche Zusage für die Selbstauflösung vorliegt. (*Beifall*.) Zweitens, wir haben ein Interesse daran, sobald wie möglich zu wählen, denn nach der Wahl muß ja noch vor den Sommerferien, die am zweiten Juli beginnen, eine Regierungsmannschaft gebildet, eine Regierungserklärung abgegeben, diskutiert werden usw., der ganze Verein auf eine Schiene gelegt werden, wo sie dann auch, während die Berliner in Ferien sind, regieren können. Das ist ja in 14 Tagen nicht zu machen, das ist doch Blödsinn! (*Kohl*: Das geht auch wegen der Verfassungsfristen gar nicht, normalerweise.)

Also, wir haben infolgedessen ein Interesse daran, daß am 31. Mai gewählt wird. Was den 17. Juni anbetrifft, so ist der nächstliegende Termin der 14. Juni, das ist ein Sonntag, eine Woche nach Pfingsten. Auch nicht besonders günstig, so von der allgemeinen Wunschfolge der Erlebnisse der Menschen. Aber immerhin, der 14. Juni kommt also noch einigermaßen in Frage. Wir müssen halt zweierlei miteinander verbinden, auf der einen Seite den Hebeldruck mit Hilfe dessen, was die Bevölkerung will, aber auf der anderen Seite dürfen wir natürlich dann, wenn es wirklich nur noch um zehn Tage Streit geht, dann nicht mehr vor der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, also auf jeden Fall wollen wir einen Wahltermin nur erzwingen, aber nicht vereinbaren. Ich nehme also an, das etwas Wahrscheinlichere wird der 14. Juni sein, aber das von uns Angestrebte ist der 31. Mai.²³ Was im übrigen den 17. Juni anbetrifft, so haben wir natürlich überhaupt nicht die geringste Veranlassung zu sagen, nein, der 17. Juni soll also weiterhin Tag der Arbeit, Freiheit oder sonst etwas sein, sondern der 17. Juni soll der 17. Juni sein. Das ist ja nicht dasselbe, wie das, was man an einem Wahltag entscheidet. Aber das ist noch offen.

Kohl: Ja, weitere Fragen? Das ist nicht der Fall, dann können wir den Punkt von Manfred Wörner noch aufrufen.

Wörner: Ich darf zunächst vielleicht die sachlichen Entscheidungsgrundlagen kurz ins Gedächtnis rufen. Zu Fragen des Rüstungsexports sind maßgebend zwei Gesetze, einmal das Kriegswaffenkontrollgesetz²⁴ und einmal das Außenwirtschaftsgesetz von 1961²⁵. Beide Rechtsgrundlagen sind unbestritten, im übrigen auch mit hinreichender Elastizität auslegbar, um den Bedürfnissen der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden. Darüber hinaus gibt es die politischen Grundsätze, die sich die Bundesregierung für den

²³ Gewählt wurde am 10. Mai 1981.

²⁴ Vom 20. April 1961 – BGBl I S. 444.

²⁵ Vom 28. April 1961 – BGBl I S. 495.

Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern durch eine Entscheidung des Bundessicherheitsrates im Mai 1971²⁶ gegeben hat, die, jetzt einmal sehr grob gesprochen, drei Fälle unterscheidet: Einmal den Export von Kriegswaffen innerhalb der NATO, wobei einige Staaten, etwa Japan, der NATO gleichgestellt sind. Dort ist kein Verbot, sondern die grundsätzliche Lieferung von Kriegswaffen erlaubt. Zweiter Fall, der Export darüber hinaus nur in Ausnahmefällen und mit Genehmigung der Bundesregierung, spricht im konkreten Fall des Bundeswirtschaftsministeriums, das dafür zuständig ist, ist im Regelfall mit dem Außenministerium abzustimmen. Der dritte Fall, der Fall, der am meisten Probleme aufwirft, der Export von Kriegswaffen in sogenannte Spannungsgebiete ist grundsätzlich untersagt, also ausnahmslos untersagt nach den Grundsätzen, die sich die Regierung selbst gegeben hat, die sie infolgedessen auch grundsätzlich selbst ändert.

Nun stellen wir fest, daß die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung immer widersprüchlicher wird. Sie hält sich an ihre eigenen Grundsätze immer weniger. Der Begriff „Spannungsgebiet“ wird mehr oder minder willkürlich ausgelegt, Sie können das an den Interpretationskunststücken im Fall Saudi-Arabien leicht verfolgen. Ich will jetzt darauf verzichten, einzelne widersprüchliche Entscheidungen hervorzuheben, wo mit skurrilen Argumenten gearbeitet wird. Ich will das nicht ausführen. Das heißt, man muß feststellen, daß die Bundesregierung die von ihr selbst aufgestellten Beschränkungen derzeit willkürlich handhabt und nach Gutdünken selbst ändert. Das heißt aber für uns, daß wir interessiert daran sein müssen einmal an einer parlamentarischen Erörterung, zweitens an der Wiederherstellung glaubhafter Ordnungen und überzeugender Grundsätze der Rüstungsexportpolitik.

Eine zweite Bemerkung: Die politischen Grundsätze, die die Bundesregierung aufgestellt hat, entsprechen nach meiner Meinung, und ich glaube, hier stehe ich nicht allein, nicht mehr der politischen, der weltpolitischen Lage. Insbesondere der Begriff „Spannungsgebiete“ taugt nicht mehr angesichts einer Lage, in der im Grunde genommen wegen der Interdependenz des Geschehens, wegen der globalen sowjetischen Expansion kaum eine Region der Welt nicht in politische Spannungen mit einbezogen ist. Nun die Frage, die ich zunächst untersuchen will, was könnte die CDU/CSU als ihren Standpunkt in der politischen Auseinandersetzung beziehen, denn es ist für mich außer Frage, daß wir hier gefragt sind, daß wir Antworten nicht ausweichen können. Ich will dann kurz noch Stellung nehmen zu der Frage, wann wir damit nach außen treten sollen und in welcher Form wir dies tun.

Zunächst einmal zu unserem Standpunkt in der Sache. Ich empfehle Ihnen dringend, gerade von CDU/CSU-Seite hier völlig deutlich zu machen erstens, daß auch wir Rüstungsexportpolitik unter dem Gesichtspunkt der Friedenssicherung, also auch und gerade unter moralischen Gesichtspunkten beurteilen. Und ich will an die Spitze aller Rüstungsexportpolitikgrundsätze der CDU/CSU stellen, daß wir leidenschaftlich eintreten für eine weltweite, das heißt auch die Staaten des Sowjetblocks einschließende Beschränkung des Rüstungsexportes, daß wir infolgedessen bereit sind, uns jeder international kontrollierten Vereinbarung dieser Art zu unterwerfen. Wobei dann – in Parenthese gesagt – allerdings die Erinnerung daran gelegentlich ganz nützlich ist, daß nicht Waffen- und

26 Vermutlich am 18. Mai 1971 (Kabinettsprotokolle 1971, 69. Kabinettsitzung vom 13. Mai 1971 – http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1/k/k1971k/kap1_1/kap2_18/para3_6.html).

Rüstungsexporte als solche den Frieden gefährden, sondern daß Waffen- und Rüstungsexporte eher der Ausdruck von Spannungen und politischen Konflikten als ihre Ursache sind. Und das zweite, was ich in jedem Falle raten würde und auch sagen würde, und ich habe mich bei meinen Äußerungen bis jetzt so verhalten, bin dabei auf durchaus positive Resonanzen, wie ich festgestellt habe, auch in der Partei gestoßen: Auch wir von der CDU/CSU treten nach wie vor und entschieden für eine restriktive Handhabung des Rüstungsexports ein. Es kann also nicht darum gehen, daß etwa die CDU/CSU eine schrankenlose Ausweitung des Rüstungsexports befürwortet.

Dritter Punkt. Man muß allerdings eines und in den Argumentationen auch vorweg ganz klar sehen, daß ein deutscher Alleingang in der Einschränkung des Rüstungsexports den weltweiten Waffenexport insgesamt und die damit verbundenen Gefahren für die Menschheit nicht mindert. Das heißt, solange politische Konfliktregelungen für weltweit verbindliche Rüstungsbeschränkungen nicht zu erreichen sind, bleibt uns im Grunde genommen nichts anderes übrig, als Ausmaß und Handhabung unseres Rüstungsexports an den legitimen nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren und auszurichten. Wobei zu diesen legitimen nationalen Interessen natürlich unsere grundsätzliche politische Zielsetzung gehört, ich rufe noch einmal in Erinnerung, Friedenssicherung, Abbau von Spannungen, Sicherung unserer Freiheit und unserer Verteidigungsfähigkeit und unserer wirtschaftlichen Lebensordnung.

Ich möchte dann viertens meinen, daß wir gut beraten wären, deutlich zu machen, daß auch wir uns die politische Kontrolle über den Rüstungsexport im Wege einer Einzelfallentscheidung der Regierung vorbehalten. Auch eine CDU/CSU-Regierung müßte in der Lage sein, den Waffenexport zu kontrollieren. Ich sage immer wieder in Formulierungen, ich möchte nicht erleben, daß der Bundesaußenminister wie in manchen unserer Nachbarstaaten – das sage ich nicht, aber das denke ich – faktisch in die Rolle des Waffenhändlers gerät. Und Unvorsichtige in unseren Reihen möchte ich einmal daran erinnern, wie mißlich eine Lage wäre, die wir ja jetzt schon andeutungsweise erleben, wo eine in ihren Kapazitäten dramatisch ausgeweitete Rüstungsindustrie uns mit dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatzsicherung in die größten Schwierigkeiten bringen könnte. Seien wir doch froh, daß wir dieses Problem noch nicht, in wesentlichem Umfang jedenfalls, am Hals haben, und schaffen wir uns dieses Problem nicht künstlich an den Hals. Ich glaube, ich bin hier unverdächtig, gegen die Interessen der Verteidigung oder des Rüstungsexports zu sprechen.

Nun aber ein fünfter Punkt, den ich für ganz wichtig halte, der sich immer deutlicher herauskristallisiert: Der Begriff „Spannungsgebiete“, wie ihn die Regierung verwendet, ist völlig untauglich. Ich hatte einige Gründe dafür genannt. Was die Regierung tut, ist ja, daß sie im Grunde genommen eine Abwägung nach nationalen Interessen vollzieht. Sie sagt es aber nicht offen, sondern geht dann her und sagt, in den Fällen, in denen sie die Waffen aus irgendwelchen Gesichtspunkten heraus liefern will, das ist kein Spannungsgebiet, und dort wo sie sie nicht liefern will, das ist ein Spannungsgebiet. Es hat sich die Auseinandersetzung über die politische Zweckmäßigkeit und nationales Interesse verlagert in Interpretationskunststücke um den Begriff „Spannungsgebiet“. Deswegen empfehle ich für die CDU/CSU, diesen Begriff aufzugeben und ihn dadurch zu ersetzen, daß man klar und deutlich sagt, wie man sich im einzelnen Fall an außen-, sicherheitspoliti-

schen und gegebenenfalls auch wirtschaftspolitischen Interessen der Bundesrepublik auszurichten hat.

Ein Gesichtspunkt, der sehr wesentlich ist, ist natürlich der, das läßt sich nicht bestreiten, wobei man für die Diskussion nach außen sehr zurückhaltend operieren sollte, aber logisch gesehen, glaube ich, gibt es hier keine Auseinandersetzung: Es kann sehr wohl angezeigt sein, aus sicherheits- und außenpolitischen Interessen des Westens insgesamt und der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise in ein Spannungsgebiet hinein Waffen zu liefern. Etwa zur Stabilisierung eines Verbündeten. Das könnte einer der Gesichtspunkte sein, über Saudi-Arabien spreche ich gleich noch. Die Saudis wollen das, wenn man sie hört, ohne daß es einen offiziellen Standpunkt bis jetzt nach außen gibt. Ich habe in einem privaten Kreis, und zwar ohne daß das arrangiert war in irgendeiner Form, den saudi-arabischen Botschafter getroffen, der in einer nicht sehr differenzierten Weise durch die Gegend rennt und beispielsweise unverantwortlich daher redet. Aber gut, die sagen, wir brauchen es gegen die Bedrohung, die sich aus dem Jemen heraus aufbaut, hinter der ja zweifelsohne sowjetische Interessen stehen.

Nächste, vorletzte Bemerkung. Man muß die Zahlen kennen, um die Dimensionen beurteilen zu können. Die Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland betragen gegenwärtig etwa 0,6 Prozent unserer Gesamtwirtschaft. Wir sind am Gesamtwarenexport der Welt mit nicht ganz zwei Prozent beteiligt. Die Rüstungsindustrie insgesamt, jetzt mal vom Export ganz abgesehen, produziert nur zwei Prozent unseres Bruttosozialprodukts. Das heißt, wir haben eine in ihrem Zuschnitt sehr bescheidene Rüstungsindustrie und einen in seinem Zuschnitt – bis heute jedenfalls – noch sehr bescheidenen Rüstungsexport. Mein Vorschlag und meine Sprachregelung lautet, so soll es bleiben. Wobei ich dann hinzusetze, sinnvoll ist eine Auslastung der gegebenen Kapazitäten, nicht aber eine Ausweitung.

Ich möchte die letzte Bemerkung allerdings machen zu dieser Rüstungsindustrie. Wenn Sie nun wie ich kraft Amtes in den letzten vier Jahren und auch weiterhin kraft meiner Zuständigkeit mit der Rüstungsindustrie auch und insbesondere mit den Betriebsräten dort zu tun haben, dann stellen Sie ein Zweifaches fest: Einmal, daß man sich dort in höchsten Maße moralisch diskriminiert fühlt und recht deutlich sich dagegen zur Wehr setzt und bemängelt, daß es in der politischen Landschaft keine einzige politische Kraft gibt, die in der Lage ist zu sagen, ja, wir brauchen eine Verteidigung, darum brauchen wir auch eine eigene Rüstungsindustrie bescheidenen Zuschnitts. Ich finde, dies kann und muß man allerdings tun und sagen in der gebotenen Zurückhaltung, aber auch Unmißverständlichkeit: So lange ich eine Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland brauche, brauche ich auch eine Rüstungsindustrie aus vielen, vielen Gründen. Man darf die darin Beschäftigten moralisch nicht diskriminieren. Und zweitens kommt dann der Gesichtspunkt der Arbeitsplatzsicherung, am dringendsten aus dem Bereich der Betriebsräte. Die waren schon bei mir und nicht nur bei mir. Mit guten Argumenten! Und natürlich schwankt der Etat der Bundeswehr, Kapazitätsauslastung ist das vorrangige Problem. Und natürlich stehen hier nicht nur Interessen der Arbeitsplatzsicherung, sondern auch andere Interessen im Vordergrund. Ich persönlich sage, dies muß man anerkennen, ohne es zum dominierenden Gesichtspunkt etwa unserer Rüstungsexportpolitik zu machen. Auch und gerade die CDU/CSU hat keinen Anlaß, Rüstungsexportpolitik unter beschäf-

tigungspolitischen Gesichtspunkten primär zu handhaben. Das ist allenfalls ein zusätzlicher Gesichtspunkt. Das wäre es zu den Grundsätzen.

Nun zu den zwei umstrittenen Waffengeschäften, einmal Chile und einmal Saudi-Arabien.²⁷ In beiden Fällen empfehle ich folgende Sprachregelung: Erstens, bis heute kenne ich, als einer, der sich bemüht hat, einigermaßen die Hintergründe zu erfassen, nichts Präzises. Ich weiß nicht, was die Konditionen sind, ich weiß nicht, wie konkret die Anfrage der Saudis ist. Ich habe mir im Auswärtigen Amt sagen lassen, der Kanzler sei angesprochen worden, andere seien angesprochen worden, das sei aber eine Voranfrage usw. Aber keiner kann mir sagen, wie viele Panzer wirklich angefragt sind, ob überhaupt, auf wann sie sich beschränken, in welchem Kontext dieses Geschäft abgewickelt werden soll. Ich kann nur sagen, was in aller Welt zwingt einen Politiker der CDU/CSU angesichts einer solchen Lage, im Augenblick zu diesen Geschäften konkret Stellung zu nehmen? Ich habe immer im Fernsehen und anderswo mit diesem Argument gesagt, solange ich keine konkreten Informationen haben, werde ich den Teufel tun, das zu beantworten, ja oder nein dazu zu sagen. Ich kann nur jedem dringend abraten, sich zu einer Stellungnahme hinreißen zu lassen, das ist völlig überflüssig, schon gar zu einer Spekulation, ob wir jetzt die Leopard 2 oder den Leopard 1 oder vielleicht 20 Gewehre oder 40 Maschinengewehre liefern. Das ist doch Unfug! Warum setzen wir uns in die Position der Regierung, noch ehe die Regierung selbst votiert hat? Wenn man heute der „Welt“²⁸ glauben schenken darf, wird der Saudi-Deal schon deswegen nicht zustande kommen, weil die Saudis selbst nicht konkret werden. Und das Gleiche ist in Chile. Die Information, die der Auswärtige Ausschuß gekriegt hat – Herr Barzel²⁹, in der Sitzung, in der Sie präsidiert haben –, war so karg und dürftig, daß die Lektüre diese Informationen mehr als ersetzt hat. (*Unruhe. Diskussion.*) Das heißt also, daß ich persönlich nach wie vor auf dem Standpunkt bleibe, keine konkrete Stellungnahme zu diesen Geschäften, dafür aber zwei Dinge empfehle, zwei konkrete Äußerungen im Zusammenhang insbesondere mit Saudi-Arabien, einmal, daß ein solches Vorhaben vorige Abstimmung im Bündnis, insbesondere mit den USA, erfordert, allein schon deswegen, weil die USA als einzige Macht der Welt in der Lage sind, jedenfalls der westlichen Welt, die westlichen Interessen wirksam zu balancieren. Also, erstens muß konsultiert, abgestimmt werden mit den Amerikanern. Und zweitens würde ich empfehlen, mit Blick auf das Geschäft mit Saudi-Arabien, wenn man schon etwas sagt, dazu zu sagen, daß die Sicherheitsinteressen Israels angemessen berücksichtigt werden. Das wären meine konkreten Vorstellungen.

Barzel: Ich bin sehr froh, daß das behandelt worden ist. Ich stimme auch mit Manfred Wörner ganz überwiegend überein und freue mich über das Wort „restriktiv“. Das ist eine traditionelle Politik der Union seit vielen, vielen Jahren, und es ist in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entstanden, als seien wir automatisch für das Bewilligen aller solcher Geschäfte und für die Ausweitung. Das kann sicherlich nicht der Fall sein. Ich würde gerne der Argumentation nur noch einen Gesichtspunkt hinzufügen, Herr Wörner, nämlich den, daß der Steigerung durch den Waffenexport ja sehr oft in dem Land, das sich dadurch beschwert fühlt, ein Zurückgehen des privaten Exports desselben Landes Hand in Hand damit geht, und das sollte man eigentlich auch hier einrechnen.

27 Vgl. „Der Spiegel“ vom 26. Januar 1981: „Rüstungsexport. Wie eine Epidemie“.

28 „Die Welt“ vom 26. Januar 1981: „Saudis haben kein Interesse mehr am Leopard-Panzer“.

29 Barzel war seit dem 11. Dezember 1980 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Ich würde zu Chile gerne noch ein Wort sagen. Nach dem, was ich gehört habe, gibt es da eine Genehmigung, nicht nur eine Anfrage.³⁰ (*Unruhe. Diskussion.*) Es ist eine Genehmigung der Bundesregierung für den Bau dieser beiden Schiffe. Ob wir nun diese Genehmigung erteilt hätten oder nicht, sind wir nicht mehr gefragt. Aber wir sind gefragt, was das gegebene deutsche Wort in der Welt morgen wert sein soll, denn die Tatsache der Genehmigung dieser beiden U-Boote ist weltweit bekannt. Und wenn jetzt der Kanzler vor seiner Fraktion sagt, er wolle sich da wieder rausbewegen, dann ist das ein ungeheurer Vorgang, der weit über Chile und zwei U-Boote hinausgeht. Das würde ich doch in der Argumentation gerne nach vorne schicken. Und was die Saudis betrifft, geht das sicherlich nur im Zusammenhang mit dem Westen insgesamt. Ich bin sehr froh über diese Erklärung, die ja doch ein Bild korrigieren könnte, was fälschlich in der Öffentlichkeit stand.

Dregger: Ich habe, es war, glaube ich, vor vier Jahren, in Kairo ein Gespräch mit Präsident Sadat geführt, das mich sehr beeindruckt hat.³¹ Ich glaube, er ist nicht nur ein Politiker hohen politischen Formats, sondern auch hoher politischer Moral. Er hat mir damals gesagt: Ich möchte mich auch militärisch unabhängig von der Sowjetunion machen. Aber das setzt voraus, daß ich westliche Waffen bekomme. Denn eine technische Armee ist in wenigen Wochen nicht mehr einsatzfähig, wenn keine Ersatzteile kommen. Man sieht also, daß das große politische Wirkung hat, wer liefert. Wenn diese Staaten schon abhängig sind, bin ich dafür, daß sie vom Westen abhängig sind und nicht von der Sowjetunion. Es hat auch im wohlverstandenen israelischen Interesse gelegen, daß die Amerikaner mit Sadat eine neue Position Ägyptens ermöglicht haben und heute die ägyptische Armee mit amerikanischen Waffen ausgestattet ist. Wir müssen uns doch klar darüber sein, der Lieferverzicht des Westens und der Bundesrepublik Deutschland bedeutet nicht, daß keine Waffen geliefert werden. Entweder liefern dann westliche Verbündete wie Frankreich, dann betrifft das nur unsere Arbeitsplätze, oder es liefert die Sowjetunion oder ihre Satelliten, dann haben wir zu dem ökonomischen Schaden auch noch den politischen Schaden.

Eine zweite Überlegung: Auch Staaten, die keine eigene Rüstungsindustrie haben, haben legitime Sicherheitsinteressen. Wir können ja auch nicht daran interessiert sein weltweit, daß nun alle Staaten gezwungen sind, ihre eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, was sie allerdings in der Regel auch gar nicht können. Im übrigen stimme ich mit den Vorschlägen von Manfred Wörner überein. Man sollte die nüchternen Tatsachen nüchtern beurteilen. Man kann als Gesinnungsethiker an die Sache herangehen und sagen, ich bin gegen Waffen, gegen Krieg und deswegen gegen Waffenexport. Aber ich glaube, wir Politiker müssen als Verantwortliche an die Sache herangehen und die Folgen bedenken, wenn wir so oder anders entscheiden.

Stoltenberg: Ich kann es kurz machen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn auf der Grundlage der Überlegungen, die wir gehört haben, CDU und CSU gemeinsam erreichten im Rahmen der Fraktion und der Parteien, (*Kohl:* Das ist schon schwieriger.) ja, das ist genau der Punkt für die weitere öffentliche Debatte, eine Position zu beziehen, die

30 Verkaufsbeschluß des Sicherheitsrats vom 12. Juni 1980 („Die Zeit“ vom 26. Dezember 1980: „Geschäfte mit doppelter Moral“).

31 Vgl. Protokolle 8 1977 S. 63f. – Anwar-as-Sadat (1918–1981, ermordet), ägyptischer Politiker; 1970–1981 Staatspräsident, 1973/74 und 1980/81 zugleich Ministerpräsident, 1978 Friedensnobelpreis.

sicher ausgehen kann von dem, was Manfred Wörner hier vorgetragen hat. Ich möchte den anderen Punkt unterstreichen, den Rainer Barzel gesagt hat, es ist nun zweifelsfrei notwendig, wenn die Bundesregierung, wie im Falle des U-Boot-Baus für Chile eine Entscheidung getroffen hat, daß diese Entscheidung aufgrund der Vertragstreue bestehen bleibt. Wenn man im vergangenen Jahr zu einer anderen Entscheidung in diesem konkreten Fall gekommen wäre, hätten wir, die wir am stärksten betroffen sind unter dem Gesichtspunkt Arbeitsplätze und Not der Werften, uns nur sehr zurückhaltend dazu geäußert. Ich hätte also auch eine andere Entscheidung verstehen können, aber sie ist getroffen, und nun geht es um eine ganz andere Kategorie, nämlich die Vertragstreue und Vertragsfähigkeit. Von der Position aus haben wir auch die Kritik an dem, was sich in der SPD vollzieht, geübt und werden sie auch weiter üben auf der Grundlage einer im Bundesverteidigungsrat unter Mitwirkung des Bundeskanzlers getroffenen Entscheidung. Es ist natürlich regional gesehen ein ganz interessanter Vorgang, wenn in einem großen Betrieb, der mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verbunden ist wie wenige, bis heute sozialdemokratisch geprägt ist, aufgrund der Intervention der SPD-Bundestagsabgeordneten, auch des Kieler Abgeordneten, die hier betroffenen 1.000 Arbeiter mit Rückhalt des Betriebsrates in einen Warnstreik treten. Das ist ein ganz interessanter Vorgang, und der hat auch für uns ganz positive Aspekte. Aber ich empfehle auch, daß wir hier uns ausschließlich bei Chile auf die Vertragstreue beziehen und den Versuch machen, das, was hier diskutiert wurde, zu einer gemeinsamen Linie der beiden Unionsparteien, vor allem in der gemeinsamen Fraktion zu machen.

Kohl: Nur zur Information, die Fraktion wird diese Stellungnahme, die Manfred Wörner auf meine Bitte ausgearbeitet hat, in der allernächsten Zeit diskutieren und beschließen. Herr Wörner, ich habe nur noch eine Lernfrage: Die Chile-Sache, ist die irgendwann einmal in einer parlamentarischen Körperschaft gewesen? (*Stoltenberg:* Nein, die ist geheimgeblieben bis zur Bundestagswahl.) Ja, nein, ich frage jetzt mal trotzdem. (*Wörner:* Bitte?) Die Chile-Sache, sind wir da qua Parlament in irgendeinem Ausschuß mal befragt worden?

Wörner: Die erste Information war im Auswärtigen Ausschuß. (*Kohl:* Also nach der Wahl?) Nach der Wahl. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das muß man also noch einmal unter die Leute bringen, das ist sehr wichtig, weil das Argument ja dann eine bestimmte Dimension hat. Bei der Saudi-Sache gehe ich nach einem Besuch, den der Botschafter bei mir gemacht hat, nicht davon aus, daß die zurückziehen, Manfred Wörner. Und ich gehe auch nicht davon aus, daß die sich auf Panzer beschränken, sondern wenn ich den recht verstanden habe, sind die an nahezu allem interessiert, was wir tun können. Und deren Interesse ist, das, was sie tun, aus ihrer Sicht glauben tun zu müssen, sozusagen am liebsten mit den Deutschen tun, weil die am unverdächtigsten sind in jeder Weise, wobei bei denen ganz klar ist, daß sie kein Problem haben, wenn die Deutschen sozusagen als Äquivalent, ich gebe es nur wieder, mit den Israelis zu Überlegungen kommen. Das ist ganz deutlich.

Späth: Ich möchte einen Einwand doch nochmal vortragen. Ich stimme mit allem, was Manfred Wörner gesagt hat und was in der Diskussion gesagt wurde, überein, nur etwas fällt mir auf bei der Argumentation, das ist die Frage der Arbeitsplätze. Wenn man nämlich sagt, dies ist höchstens ein Hilfsgesichtspunkt, das mal zu erwähnen, da fällt mir etwas auf: Da bekommen wir nämlich eine Debatte, die durchaus moralisch ist, ob wir

Arbeitsplätze durch Rüstungsindustrie stabilisieren sollten oder nicht. Ich kann durchaus akzeptieren, daß wir sagen, wer eine Bundeswehr hat, braucht eine Waffenindustrie, wobei der Begriff Rüstungsindustrie auch einmal überlegt werden muß. Da gibt es ein paar Begriffe, die uns der Gegner aufdrängt, und dann schlucken wir das und sagen, jetzt vertreten wir Rüstungsindustrie. Wer das Wort Rüstungsindustrie wählt, vertritt damit eine moralische Kategorie. Wer eine Bundeswehr hat, muß die notwendigen Waffen produzieren. Das kann man auch moralisch vertreten. Aber daß er Waffen liefern muß, um seine nationalen Verteidigungsinteressen zu wahren, das ist nicht logisch. Die Sache bekommt dann ein Problem, wenn man sagt, daß wir Fabriken auslasten müssen, wegen dem Auf und Ab der Auftragslage der Bundeswehr zum Beispiel, oder daß wir im Arbeitskrisenbereich eben dann doch ein bißchen mehr Rüstungsexport betreiben. Das ist eine Kategorie, bei der ich zum Beispiel die Sorge habe, daß wir die an die junge Generation überhaupt nicht vermitteln können. Ich sage es mal bewußt auf unsere neue Diskussion, die wir mit der jungen Generation führen müssen, auch zum moralischen Überbau, da ist ein Stück Wirtschaftspolitik drin, auch bei zwei Prozent Anteil am Gesamtexport oder bei so geringen Zahlen am nationalen Sozialprodukt – eigentlich eine Argumentation, die wir in der Kerntechnik, Energiepolitik wollen. Wir wollen die neuen Entwicklungen in der Technologie zur Sicherung unserer Arbeitsplätze. Und wir wollen, daß ihr endlich aufhört, uns dort an der Sicherung unserer Zukunft zu bremsen. Aus moralischen Gründen können wir uns auch damit einverstanden erklären, daß dies keine Kategorie für die Frage Auslastung von Produktions- und Arbeitsplätze durch Waffenproduktion sein kann.

Das ist meiner Meinung nach eine Sache, die wir uns nochmal gründlich überlegen sollten. Wir drängen das Problem schon an die Grenze. Manfred Wörner hat das ganz interessant formuliert. Er hat gesagt, dies ist kein Punkt, es ist ein Hilfspunkt. Aber man muß auch den Hilfspunkt noch abstreichen aus grundsätzlichen Auseinandersetzungsgründen. Das hat nichts damit zu tun, daß, wenn ein Wort gegeben ist, es gehalten wird, wenn man es begründet mit der moralischen Diskussion um die Frage Verteidigung und Konzentration unserer Überlegungen in diesem Bereich allein auf die Frage Allianz, Verteidigungspakt und Sicherung des Friedens. Das Argument, wenn wir nicht liefern, liefern andere, ist das gefährlichste Argument. Dann müssen wir sagen, dann sollen die Franzosen die moralische Verantwortung übernehmen, oder die Amerikaner oder sonst wer. Wir übernehmen es nur unter dem Aspekt der Sicherung des Friedens durch die Bundesrepublik Deutschland. Ich würde diesen Teil absprechen, ich glaube, das können wir riskieren, und wir machen uns in dieser Diskussion glaubwürdig. Wir sollten uns das genau überlegen, wir haben in diesem Punkt eine Angriffsfläche, die meiner Meinung nach nicht nötig ist. Wir sollten das mal absprechen. Wir tun uns mit anderen Themen, etwa in der Kernenergie, sehr viel leichter, wenn wir sagen, wir können auf diesen Anteil unserer Wirtschaftskraft verzichten, wenn wir in den anderen Zukunftstechnologien rechtzeitig unseren Platz einnehmen, dort sind wir aus moralischen Gründen bereit, einen Abstrich zu machen. Ich glaube, es käme uns in der Diskussion, wenn wir es vernünftig machen, durchaus auch zugute gegenüber den kritischen jungen Leuten.

Albrecht: Also, zunächst finde ich es gut, daß wir das hier diskutieren können. Ich bin voll einverstanden mit dem, was Herr Wörner zu den Grundsätzen gesagt hat. Ich würde es auch für wichtig halten, daß das mal bekannt wird in der Öffentlichkeit, denn das gehört

so zu den Vorurteilen, man vermutet, daß wir im Zweifelsfall fürs Geschäft sind. (*Kohl: Im Zweifelsfall, nicht zweifelsfrei. – Heiterkeit.*) Zu der Nuance, die hier Lothar Späth reingebracht hat: Ich würde auch überhaupt nicht das Argument der Sicherung der Arbeitsplätze berücksichtigen. Ich weiß, was ich sage, ich habe selbst eine große Werft, die erheblich vom U-Boot-Bau abhängt. Das eigentlich schwierigere Problem ist, wenn ich das recht sehe, Herr Wörner, daß, wenn man nationale Verteidigung haben will, man eine gewisse Stückzahl der Produktion braucht, sonst kann man das einstellen. Aber das kann uns nicht dazu führen, das unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplätze zu sehen, sondern dann allenfalls mit Hinweis darauf, daß wir im Interesse unserer Verteidigungsfähigkeit auch eine gewisse nationale Waffenindustrie brauchen.

Die Änderung, die Herr Wörner uns vorschlägt im Verhältnis zu dem, was bisher offizielle deutsche Linie ist, wenigstens der jetzigen Bundesregierung, ist, daß man den Begriff des „Spannungsgebietes“ durch den Begriff der „nationalen Sicherheitsinteressen“ ersetzt. Ich halte das für möglich, es ist ehrlicher. Es wird eine Diskussion darüber geben; ich glaube, daß man diese Diskussion bestehen kann. Das heißt natürlich nicht, daß die Entscheidung im Einzelfall leichter wird, ganz gleich, ob das nun „Spannungsgebiet“ ist oder „nationales Interesse“. Das Beispiel Israel und Saudi-Arabien zeigt, wie schwer das ist. Ich möchte sehr unterstützen hier, daß wir uns nicht nach vorne drängen in dieser Diskussion. Warum eigentlich? Dies ist nun typisch eine Entscheidung, die derjenigen Instanz zunächst zukommt, die über die Totalität der Informationen verfügt, während wir ja noch nicht mal die Hälfte der notwendigen Informationen dafür haben. Aber wenn man schon unter uns darüber spekuliert, dann würde ich auch sagen, der Aspekt Israel wiegt sehr schwer. Wir können eigentlich nur eine Linie dort fahren, die sowohl unseren Sicherheitsinteressen in Saudi-Arabien, aber auch unseren besonderen Verpflichtungen Israel gegenüber gerecht wird. Das Drama liegt im Grunde in der Situation. Moslemische Revolution als Spannungsfaktor plus sowjetisches Vordringen plus nicht ausgeräumter Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern macht diese Situation eigentlich fast unlösbar, und dann kommt man zu solchen Konstruktionen, daß man Waffen an zwei der möglichen Konfliktpartner gleichzeitig liefern muß, um wenigstens den Aspekt Sowjetunion berücksichtigen zu können.

Letztes Wort: Chile. Hier würde ich sehr empfehlen, daß wir da nicht einen Zungenschlag reinkriegen, daß wir für die Waffenexporte nach Chile sind, sondern allenfalls sagen, warum hat die Regierung dies nicht vorher offengelegt, warum ist das nicht diskutiert worden und wieso kommen wir jetzt in die Situation hinein, daß wir international vertragsbrüchig werden müßten. Aber das ist ja eine Nuance, wie man das begründet. Ich würde es wirklich so begründen und nicht den Eindruck erwecken, als wäre die Union nun für Waffenlieferungen nach Chile, Argentinien und was sonst da noch für problematische Fragen sind. (*Unruhe. Diskussion.*) Und allerletzte Bemerkung, und das ist jawohl der Sinn dieser Vorstellung, das hat alles keinen Zweck, wenn die Bundestagsfraktion das nicht zu ihrer gemeinsamen Linie erklärt, und damit ist ja wohl verstanden, was damit gemeint ist, wenn ich sage die Bundestagsfraktion.

Waffenschmidt: Ich möchte das, was Manfred Wörner hier sagte, nachdrücklich unterstützen. Vor allen Dingen, daß er hier ausgesprochen hat, wir müssen voranstellen unseren Einsatz für eine verantwortliche Friedenssicherung. Ich glaube, es ist wichtig, unseren Standpunkt gerade bei jungen Leuten deutlich zu machen. Ich habe in dem Zusammen-

hang eine Frage. Ich habe in den letzten Tagen ein Interview gesehen, wo der Bundesaußenminister sich zu dieser Frage äußerte und interessanterweise folgende Argumentation auftauchte: Wir sind für Friedenssicherung, und deshalb werden wir unsere Entscheidungen danach orientieren, ob in dem jeweiligen Gebiet, wohin wir Waffen liefern, durch unsere Waffenlieferung das Gleichgewicht der Kräfte besser hergestellt werden kann. Insofern würden wir dann durch unser Aktivwerden Elemente der Friedenssicherung hier einbauen. Frage an Manfred Wörner, der diese Einlassung sicherlich kennt, ist diese Argumentation, die der Außenminister dort aufbaut mit unserer eben dargelegten Argumentation, daß eben unsere nationalen Interessen zur Sicherheit und Friedenssicherung hier maßgeblich sein müssen, hier auf eine Linie zu bringen, und können wir hier etwa eine gemeinsame Argumentation mit dem Bundesaußenminister aufbauen?

Von Bismarck: Ich möchte noch eine Bemerkung machen zu den Sorgen von Lothar Späth, die natürlich sehr berechtigt sind. Wir dürfen nicht vergessen – nicht daß ich meinte, wir sollten das irgendwo draußen herumerzählen –, daß in einem technischen Betrieb die Frage, ob man auf dem Stand des Wissens ist und bleibt, davon abhängig ist, ob die Männer, die dort arbeiten, bis zu den Ingenieuren das Gefühl haben, hier habe ich auf die Dauer eine interessante Tätigkeit. Wir würden die Qualität der Waffen unserer Bundeswehr ganz erheblich verschlechtern, wenn dort nicht eine Kontinuität möglich ist. Ich wiederhole, das ist nicht für die Zeitung, aber das müssen wir wissen. Es wäre unredlich und unehrlich, wenn wir uns das nicht sagen würden.

Zweiter Punkt, ich möchte darum bitten, daß erwogen wird zwischen den sachkundigen Verantwortlichen, ob wir nicht doch mit unserer europäischen Partei noch einmal über dieses Thema sprechen. Die Franzosen haben seit einem Jahr ständig neue Avancen gemacht, mit uns über diese Dinge zu reden, Lecanuet³² letztes Mal in Köln. Ich würde also doch empfehlen, wenn ich mir das erlauben darf, dieses Gespräch demnächst einmal zu führen. Nicht über die konkreten Dinge, das ist etwas ganz anderes, aber über das Prinzip.

Dingerkus: Die Grundsätze sind im wesentlichen schon richtig formuliert, nur sollte man bei dem gerade angesprochenen Grundsatz der Friedenssicherung vielleicht mal überlegen, ob dort nicht das, was wir für unsere eigene Innenpolitik und Verteidigungspolitik zum Grundsatz gemacht haben, nämlich Friedenssicherung der Freiheit wegen, auch übertragen auf diesen Bereich Friedenssicherung in der Welt. Daß also Rüstungsexporte, Waffenexporte der Bundesregierung nicht nur der Friedenssicherung allein, sondern gleichzeitig auch der Sicherung der Freiheit von Menschen, von Bürgern, von Bevölkerungsgruppen und damit auch der Menschenrechte gilt. Insofern ist es zwar skandalös, daß die Bundesregierung eine Entscheidung bezüglich Chile ohne parlamentarische Diskussion herbeiführt. Wahrscheinlich war das nicht der Grund, sondern die Angst vor der innerparteilichen Diskussion, aber ich glaube, wir täten das Schlechteste, wenn wir jetzt als Union hier die Karten aus der Hand geben und sagen, jetzt ist es keine Frage der grundsätzlichen Entscheidung, sondern jetzt müssen wir hier Verträge einhalten.

32 Jean Lecanuet (1920–1993), französischer Philosophieprofessor, Politiker; 1963–1965 Vorsitzender des Mouvement Républicain Populaire (MRP), 1974–1976 Justizminister, 1976/77 Staatsminister, 1978 Mitgründer und bis 1988 Vorsitzender der Union pour la démocratie française (UDF), 1979–1988 MdEP. – Gespräch vermutlich auf dem 3. Kongreß der EVP in Köln am 2. September 1980.

Herr Stoltenberg, ich verstehe bestimmt Ihre Lage als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident. Aber ich glaube, es ist nicht Aufgabe einer christlich demokratischen Partei und schon gar nicht einer Oppositionspartei, sich jetzt auf diese Argumentationsbasis zu begeben. Das haben wir einfach nicht nötig. Ich glaube vielmehr, daß wir die zusätzliche Komponente der Waffenexporte, wie Herr Späth sie angesprochen hat, nämlich der moralischen Komponente, der grundsatzpolitischen Komponente in den Mittelpunkt unserer Entscheidungskriterien stellen und uns somit, Herr Ministerpräsident Albrecht, an die Spitze der Bewegung in die Diskussion um Rüstungsexporte stellen mit dieser moralischen Komponente, die Herr Späth eben sehr deutlich formuliert hat. Ich glaube, dann wird auch die Diskussion geführt werden können, daß Arbeitsplätze zweifellos wertvoll sind, gehalten zu werden, aber daß es für die Menschen wichtigere Dinge gibt, als die Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Ich bin mir sicher, daß ein U-Boot an Chile nicht gegen Demonstranten in Santiago eingesetzt werden kann. Das bestimmt nicht. Aber U-Boote an Chile bedeuten für die Pinochet-Regierung³³ zweierlei: Erstens, sie kann außenpolitisch den Frieden in Unfreiheit in Chile sicherer machen für die Bevölkerung und zweitens würde dieser Export nach Chile, der nach Argentinien hat es übrigens getan, unsere politischen Freunde in Chile, die Christdemokraten und andere demokratische Gruppen, in der politischen Auseinandersetzung entscheidend schwächen. Die Pinochet-Regierung hätte etwas in der Hand für ihre Propaganda, aufzuzeigen, wie die Zusammenarbeit mit den Ländern, mit den Parteien in der Welt funktioniert, die doch immer von der chilenischen christdemokratischen Partei zitiert werden, daß sie in ihrem Kampf für die Menschenrechte die Unterstützung aus dem Ausland hätten. Hier würden U-Boote an Chile und an Argentinien die Argumentationsmöglichkeiten und die Arbeit unserer eigenen politischen Freunde für unsere gemeinsamen politischen Vorstellungen in Chile schwächen. Deswegen glaube ich, unter dem Kriterium, was Herr Ministerpräsident Späth genannt hat, und unter Heranziehen unserer eigenen Prämissen in der Menschenrechtspolitik sollte die Union sich entschieden in der Diskussion über die U-Boote nach Chile einsetzen und herausstreichen, daß einmal es ein Affront ist, diese Entscheidung herbeizuführen und daß sie zweitens eine falsche Entscheidung ist.

Bezüglich Saudi-Arabien ist es sicherlich schwieriger zu überlegen, ob diese Kriterien nun zu einer positiven oder einer negativen Entscheidung führen. Das muß man meines Erachtens noch abwägen.

Wissmann: Ich wollte zunächst zwei Fragen stellen, dann eine kurze Bemerkung machen. Die Frage Nummer eins, Herr Wörner, was ist denn da dann richtig, ich habe es jetzt gerade in der letzten Woche nochmal von Leuten gehört, die behaupten, davon etwas zu verstehen, daß es im Grunde genommen gar nicht sinnvoll sei, den Saudis Leo 1 oder Leo 2 zu liefern, ohne ihnen gleichzeitig qualifiziertes Personal an die Seite zu stellen, da beide Geräte im Grunde genommen von den Saudis selbst ja eigentlich autonom gar nicht genutzt werden könnten. Und Frage Nummer zwei, es schwirrt ja ein bißchen auch in Andeutungen durch den Raum, inwieweit sind denn Ihnen Überlegungen bekannt, auch aus dem Bereich der Bundesregierung, daß im Grunde genommen ein Geschäft mit Saudi-Arabien gleichzeitig unter dem Gesichtspunkt Sicherheitsinteressen Israels eine adäquate

33 Augusto Pinochet (1915–2006), chilenischer General und Diktator; 1973–1990 Präsident.

Lieferung an Israel bedeutet? Denn ich meine, daß die israelischen Interessen schwer wiegen, ist klar, daß aber ein Liefern nach beiden Seiten uns zunehmend in Konflikte auch hineinziehen kann, ist sicher auch eine Dimension, die überlegt werden muß.

Ich will nur eine ganz kurze Überlegung zum Thema Chile noch äußern. So gut ich die Grundsätze finde, Herr Wörner, die Sie formuliert haben, und ich wünschte, sie würden der Öffentlichkeit mehr noch bekannt, als das bisher der Fall ist, wir machen natürlich diese ganzen restriktiven Grundsätze in der öffentlichen Diskussion nicht mehr so glaubwürdig, wenn wir bei dem ersten akut eintretenden Fall im Zusammenhang mit der Diskussion über diese Grundsätze, nämlich beim Thema Chile, wie immer wir argumentieren, aber dann doch möglicherweise zu einem positiven Ergebnis kommen. Da frage ich mich, müssen wir, die wir eine Vereinbarung nicht geschlossen haben, beziehungsweise eine Genehmigung nicht erteilt haben, von dieser erst jetzt unterrichtet werden, den Schirm aufspannen, unter dem dann diejenigen durchgehen können, die ohne unser Wissen und ohne unsere Beteiligung dieses unternommen haben. Da würde ich meinen, den Schirm müssen wir nicht halten. Weil ja dann die ganzen anderen politischen Gesichtspunkte hinzukommen. Das Thema Chile ist psychologisch weit mehr noch belastet als jedes andere Thema. Ich behaupte, wie gut unsere Grundsätze immer sein mögen, wenn wir bei dem Thema Chile so verfahren, daß wir sagen, aus Vertragstreue ja, dann wird alles, was wir sagen, nicht mehr ernsthaft zur Kenntnis genommen, weil es eben dann doch zu einer demonstrativen Aufwertung des Regimes in Santiago führt, und ich glaube, das kann man nicht wollen. Insofern würde ich auch meinen, eine restriktive Handhabung, aber nach Möglichkeit auch im Einzelfall.

Wörner: Ganz kurz, die Argumentation von Genscher läßt sich durchaus mit sicherheitspolitischen Interessen, nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch des Westens vereinbaren. Genscher ist, das als interne Information, ganz eindeutig für dieses Geschäft. (*Kohl:* Herr Wörner, Sie sprechen jetzt von der Saudi-Frage, damit das hier klar ist?) Saudis, ja!

Zweitens, Herr von Bismarck, ich bin gerne bereit, wenn wir solche Grundsätze erarbeitet haben, sie selbstverständlich wiederum mit europäischen Freunden zu besprechen. Allerdings gestatten Sie mir mit Blick auf die Franzosen erhebliche Zweifel, ob es dabei zu irgendeiner konkreten Vereinbarung kommen kann durch die Dimensionen der französischen Rüstungsindustrie und deren Eigeninteressen. Bei Besuchen, die ich mit zweijährigem Abstand im Verteidigungsausschuß in Frankreich gemacht habe, konnte ich das sehen. Wenn man das weiß, stößt man sehr schnell an Grenzen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dritter Punkt, was Wissmann eben angesprochen hat. Ganz zweifelsohne sind die Saudis nicht in der Lage, Leopard 2 zu nützen. Und die deutsche Bundeswehr wird mit Leopard 2 erhebliche Probleme bekommen, Wehrpflichtige sind nicht mehr in der Lage, die ganzen Möglichkeiten dieses Waffensystems anzuwenden. Wenn man den Saudis intern einen guten Rat geben müßte, dann wäre es der, erst einmal eine vernünftige Armee auf die Beine zu stellen und erst dann ein Waffengerät dieser Art anzuschaffen. Nur, die ganze Argumentation dieser Art zeigt nur, auf welche Abwege man gerät, wenn man sich jetzt als Opposition in die Einzelheiten einer typischen Regierungsentscheidung hineinbegibt. Deswegen habe ich es als unangenehm empfunden, daß einige Politiker der CDU/CSU-Fraktion sich öffentlich in Spekulationen dieser Art eingemischt haben. Natürlich kann man das, ich frage nur, cui bono? Wem nützt es? Ich will auch das bloß der Vollstän-

digkeit halber anfügen, Teile der Regierung sagen, wenn ihr die Panzer nach Saudi-Arabien liefert und eine Stationierungstruppe bereit macht, unten an der Grenze zum Jemen, dann, und dafür spricht einiges, können diese Panzer nach sechs Monaten ohnehin nicht mehr bewegt werden. Zweitens, in einem Krieg mit Israel müßten diese Panzer über 2.000 Kilometer durch die Wüste fahren, und es ist zu erwarten, daß nicht ein einziger davon, schon gar nicht rechtzeitig, dort einträfe, wo es für die Israelis brenzlich wird. Ich sage da nur so ein bißchen vor dem Hintergrund. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich sage das aber zusätzlich auch, um Ihnen deutlich zu machen, daß wir uns auf diese Einzelheiten in der öffentlichen Diskussion schlicht und einfach nicht einlassen, das ist nicht unser Geschäft.

Kohl: Wir werden in der Fraktion das beraten, die Interessenlage ist natürlich auch ein bißchen unterschiedlich, denn im Freistaat Bayern sind die Interessen in diesem Bereich etwas stärker ausgeprägt als in anderen Teilen der Bundesrepublik. Ich sage das jetzt einfach als eine nüchterne Tatsachenfeststellung. Und Philipp von Bismarck, um das Wort von Manfred Wörner aufzunehmen, wir werden mit unseren französischen Freunden das Gespräch führen, wir haben ja auch schon solche Gespräche geführt. Nur das Problem ist, für Lecanuet ist gut, was französische Position bedeutet. Und französische Position ist für ihn leider nicht automatisch die Position, wie wir sie vielleicht sehen in der französischen Republik, sondern die des Elysée. Und über die Position des jetzigen Elysée im Blick auf Waffenexporte kann man also sehr geteilter Meinung sein, ob das immer zweckdienlich ist. Die Lage in Frankreich ist ganz anders. Am gesamten Export von Waffen in alle möglichen Bereiche der Welt ist die französische Republik und die französische Wirtschaft mit zwölf Prozent beteiligt. Wenn Sie sehen, daß die Amerikaner mit 38 Prozent beteiligt sind, was für die NATO-Dimension eine ganz andere Dimension ist, bei der weltweiten Implikation amerikanischer Politik, denken Sie an Korea, denken Sie an die Dinge, die in Japan gegenwärtig ablaufen, dann hat man schon eine Vorstellung, daß die Franzosen hier in einer großen Dimension ihre Waffenindustrie betrieben haben. Und ich sehe ehrlich gesagt bei aller Notwendigkeit und beim Ja zu solchen Gesprächen überhaupt keine Chance, mit denen je zu einer Übereinkunft zu kommen. Was moralisch ist, ist nach dem gegenwärtigen französischen Verständnis das, was dem Interesse des französischen Staates, wie er jetzt dort definiert wird, dient, und das ist eine Position, die nicht automatisch die Deutschen selbstverständlich teilen können.

VORBEREITUNG 29. BUNDESPARTEITAG

Jetzt zurück zu unserem Hauptpunkt: Parteitag! Ablaufplanung, dazu wird gleich der Generalsekretär vortragen, dann Entwurf des Leitantrags.³⁴ Ich schlage vor, daß ich den Punkt Antragskommission vorziehe und gleich abstimmen lasse. Ich gehe davon aus, daß Sie die Vorlage alle studiert haben. Gibt es dazu Wünsche? Antragskommission, das können wir möglichst rasch verabschieden. Das ist, soweit ich sehe, auch abgestimmt mit den Landesverbänden. Einverstanden? Wer für die Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Enthaltungen? Dann ist das so beschlossen. Jetzt Vortrag zum Ablauf des Parteitags.

34 Tischvorlagen in ACDP 07-001-1336 und -1022. – Parteitag am 8.–10. März 1981 in Mannheim.

Geißler³⁵: Ich darf nochmal in Erinnerung rufen, daß der Parteitag am 8. März beginnt, also am Sonntag, wie üblich. Der Ablauf am Sonntag unterscheidet sich nicht von den Abläufen früherer Parteitage, d. h., wir haben am Nachmittag eine Sitzung des Parteipräsidiums, daran schließt sich eine Sitzung des Bundesvorstandes an. Und dann am Abend Treffen der Vereinigungen und der Landesverbände, und es wird am Abend auch der traditionelle Presseempfang stattfinden.

Am Montag wird der Parteitag eingeleitet mit einem ökumenischen Gottesdienst, und er beginnt dann um 10 Uhr am Vormittag. Die Programmplanung ist von der Zeit her auf ungefähr 12 Uhr, 12.15 Uhr vorgesehen. Der Vormittag wird neben den Regularien vor allem im Mittelpunkt haben den Bericht des Parteivorsitzenden. Dann nach der Mittagspause der Bericht des Generalsekretärs und des Schatzmeisters. Daran schließt sich die Diskussion an. Die Diskussion wird 2 Stunden, 2 1/2 Stunden in Anspruch nehmen können. Das hängt ganz davon ab, wie wir uns den weiteren Ablauf des Parteitages vorstellen unter folgender Problematik: Wir haben beschlossen in Boppard, daß der Parteitag zweitägig stattfindet, und wir haben am Abend die Einladung des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg zu einem baden-württembergischen Abend. Den kann man nicht später als 20 Uhr, 20.30 Uhr beginnen lassen, wenn die Sache einen Sinn haben soll. Infolgedessen kommen wir möglicherweise in Zeitnot. Wie ich gehört habe, soll es ein sehr schöner Abend werden. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, wenn wir diesen Abend haben, dann müssen wir in der Zeitplanung berücksichtigen den Zeitraum, den die Wahlen beanspruchen. Wir gehen davon aus, daß wir um 14.15 Uhr oder 14.30 Uhr mit dem Bericht des Bundesschatzmeisters am Ende sind und dann mit der Aussprache beginnen und dafür dann ungefähr zwei oder drei Stunden ansetzen. Es ist wichtig, daß auf diesem Parteitag am Montagnachmittag ausreichend diskutiert werden kann, dann würden wir so gegen 18 Uhr, möglicherweise auch ein bißchen früher, je nachdem, wie die Diskussion abläuft, beginnen können mit den Wahlen. Wenn man auf den Parteitagen mit den Wahlen beginnt gegen 17 Uhr, 17.30 oder um 18 Uhr, und man wählt den gesamten Bundesvorstand, dann wird man – die Stichwahl, die möglicherweise stattfinden kann, mit einbezogen – mit der Auszählung des ersten Wahlganges zum Bundesvorstand, die Wahlen zum Parteivorsitzenden, Generalsekretär, Präsidium, nicht vor 21 Uhr, 21.30 Uhr fertig werden. Infolgedessen müssen wir uns im Ablauf des Parteitages darauf einrichten, daß am Montagnachmittag die Wahlen stattfinden können auf jeden Fall: Parteivorsitz, Generalsekretär, Bundesschatzmeister und Präsidium und daß wir möglicherweise dann noch in der Lage sind, den ersten Wahlgang zum Bundesvorstand vorzunehmen, aber dann die Auszählung nicht abwarten und eine mögliche Stichwahl auf den Dienstagvormittag verlegen. Das ist möglicherweise drin. Möglicherweise – je nachdem, wie der Parteitag abläuft, was die Diskussion anbelangt – muß man sich auch darauf einstellen, daß die Wahl zum Bundesvorstand, jetzt abgesehen zum Parteipräsidium, auch erst am Dienstagvormittag stattfindet, aber ich glaube, das ist auch die Auffassung des Präsidiums, daß man bei einer zügigen Abwicklung, vor allem auch des Diskussionspunktes am Montagnachmittag, doch dazu kommen kann, den gesamten Bundesvorstand zumindest im ersten Wahlgang am Montagnachmittag wählen zu können, so daß dann ausreichend Zeit wäre am Dienstag zur Diskussion der Sachfragen.

35 Transkript der folgenden Wortbeiträge (bis zum Beitrag Vogel) in ACDP 07-001-1022.

Wir haben uns im Präsidium nun überlegt, wie der Dienstag gestaltet werden könnte. Wir haben einen Tagesordnungspunkt, der vom Bundesvorstand ja bereits festgelegt worden ist, nämlich die Vorlage eines Antrages des Bundesvorstands für ein Arbeitsprogramm. Dafür ist vom Bundesvorstand eine Kommission eingesetzt worden. Das Ergebnis der Arbeit dieser Kommission ist Ihnen vor drei Tagen zugegangen. Ich muß, um den weiteren Ablauf des Dienstags richtig werten zu können, noch einmal darauf hinweisen, wovon wir ausgegangen sind bei der Erarbeitung dieses Arbeitsprogramms. Wir waren uns darüber einig, daß auf diesem Parteitag, was das Arbeitsprogramm anbelangt, keine Entscheidungen zur Sache getroffen werden sollen, auch nicht getroffen werden können, sondern daß der Parteitag in einer offenen Diskussion darüber entscheiden sollte, welche Themen schwerpunktmäßig innerhalb der nächsten anderthalb, zwei Jahre von der Partei behandelt werden sollten, u. a. auch auf dem Parteitag, der im Herbst stattfinden soll³⁶. Das heißt, der Antrag, den wir nachher zu beraten haben, konzentriert sich nicht auf Inhalte, die der Bundesvorstand beantragt, sondern gibt sozusagen eine Strukturierung der Diskussion auf dem Parteitag vor hinsichtlich der Themen, die die Bundespartei für richtig hält. Die Frage war bei der Behandlung des Dienstags nun zu entscheiden, ob es ausreicht. Diese Frage ist im Präsidium erörtert worden, sie ist auch außerhalb des Präsidiums in dem einen oder anderen Landesverband erörtert worden. Wir haben uns darüber auch Gedanken gemacht.

Die Frage ist, ob der Parteitag am Dienstag es dabei belassen kann, ein Arbeitsprogramm zu diskutieren, eine Diskussion, die sehr interessant werden kann, eine offene Diskussion, wo ja überhaupt diskutiert werden kann, ob die Punkte, die der Bundesvorstand für richtig hält, möglicherweise nicht vom Parteitag in dem einen oder anderen Fall ersetzt werden können. Oder, ob es nicht richtig ist, auf dem Parteitag auch ein Sachthema zu behandeln, bei dem wir dann auch zu einem Ergebnis in der Sache kommen. Die Vorgespräche, die geführt worden sind, und auch die Diskussion im Parteipräsidium haben nun zum Ergebnis, und das ist der Vorschlag, den das Parteipräsidium macht, daß wir Ihnen vorschlagen, auch ein Sachthema zur Diskussion zu stellen. Und zwar muß es sich um ein Sachthema handeln, das in der Vorbereitung schon so weit ist, daß man zu verabschiedungsreifen Thesen, (*Kohl*: Zu Beschlüssen!) auch unter Einhaltung formaler Antragsfristen, auf dem Parteitag kommen kann. Ein zentrales Thema ist ganz zweifelsfrei hier die Wohnungsbaupolitik³⁷. Das Präsidium ist der Auffassung, daß wir zu dem Arbeitsprogramm auch das Thema Wohnungsbaupolitik behandeln sollten. Dies bietet sich auch deswegen an, weil ja unter dem Vorsitzenden Lothar Späth seit einigen Wochen eine Arbeitskommission tagt, die dieses Thema aufarbeitet.

Im Parteipräsidium sind wir zu der Auffassung gekommen, daß es möglich sein muß, zu diesem Thema auch in der Sache am Dienstag zu einem Ergebnis zu kommen, also bei dem Bundesparteitag, so daß der Dienstag dann um 9 Uhr beginnen könnte, möglicherweise mit den Bundesvorstandswahlen oder möglicherweise mit einer Stichwahl, wenn der erste Durchgang am Montag schon abgeschlossen ist, und daß wir dann am Dienstag die Möglichkeit hätten, in einer ausreichenden Zeit sowohl das Arbeitsprogramm zu diskutieren als auch eine Sachentscheidung zu treffen hinsichtlich des Themas Wohnungsbaupolitik. Ich glaube, das ist im Moment der Sachstand.

³⁶ Am 2.–5. November 1981 in Hamburg.

³⁷ „Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungs- und Städtebaupolitik“ in ACDP 07-001-1336.

Kohl: Ich darf Sie bitten, damit wir alle vom Gleichen ausgehen, noch einmal den Zeitplan gemeinsam durchzugehen. Ich sehe am Montag, also von 10 Uhr bis zur Mittagspause einschließlich, kein Zeitproblem; ich glaube, das ist ganz realistisch. Wir werden dann am Nachmittag, das ist die erste Klippe, das muß hier klar ausgesprochen werden, uns darauf verständigen müssen, wenn dieser Zeitplan läuft, daß zwischen 17 und 18 Uhr am Dienstag Schluß ist. Und das ist spätestens der Termin, sonst sitzen nur Restbestände des Parteitags noch zum Absingen der Nationalhymne im Saal. Das muß man ganz klar aussprechen, das ist die Erfahrung, daß wir nur einen ausländischen Gast reden lassen und den kurz. Das heißt also, da liegt ein Problem, das heißt von vornherein, wir müssen unseren ausländischen Freunden bedeuten, daß die Darstellung der Grußworte auf ein Mindestmaß beschränkt ist.

Wir haben zum zweiten dann an diesem Nachmittag Gelegenheit, das ist ja das Ziel des Parteitags, viel Zeit zur Diskussion zu haben über die Berichte, also die Generalaussprache. Aber ich finde schon, daß wir den Dienstag auch als eine Art Diskussion und Generalaussprache sehen, denn in diesem Antrag über das Arbeitsprogramm sind ja nun alle wichtigen Themen auch enthalten. Das heißt, es ist praktisch auch mehr oder minder ein Tag für die Diskussion, so daß ich doch sehr darum bitte, weil ich das gelegentlich anders lese im Blick zurück auf andere Parteitage, daß man die Gesamtdiskussionszeit nimmt und nicht nur die etwa drei Stunden am Montagmittag. Ich bin vorbeugend, Wissmann, weil Sie mich so angucken.

Dann haben wir die Wahlen, ich mache aus meiner Meinung gar keinen Hehl. Für mich wäre das Optimale, auch wegen des Beginns am Dienstagfrüh, wir würden alles so hinkriegen, daß wir den Hauptwahltag zum Vorstand am Montagabend machen, dann in die Nacht hinein, während die Baden-Württemberg-Einladung läuft, die ich für das Klima der Partei für ganz wichtig halte – da will ich auf gar keinen Fall Abstriche gemacht haben –, daß dann ausgezählt wird und sozusagen die notwendige Stichwahl dann der erste Punkt der Tagesordnung am Dienstag um 9 Uhr ist. Das ist die beste Möglichkeit, um eine hohe Präsenz im Parteitag zu erzielen, und die Parteiführung ist gehalten, auch pädagogisch sich einwandfrei zu verhalten.

Wir haben dann, und das muß auch angesprochen werden, das Grußwort unserer Freundes Franz Josef Strauß. Das ist bisher überhaupt noch nicht erwähnt worden. Ich lege größten Wert darauf, daß Franz Josef Strauß auf diesem Parteitag spricht; nach den Ereignissen des Jahres 1980 brauche ich das nicht hier zu interpretieren. Wer ihn kennt, und wir alle kennen ihn, weiß, daß ich natürlich alle Bemühungen daransetzen werde, daß das Grußwort in einer Dimension von etwa 45 Minuten abläuft, aber man muß das alles in Rechnung setzen auch mit den Erfahrungen. D. h. also, wir haben vorhin im Präsidium darüber gesprochen, daß durchaus auch denkbar ist, daß wir während der Auszählung zum Parteipräsidium, das dauert ja auch alles seine Zeit, am Montagabend ihn um sein Wort bitten; ich werde mit ihm darüber reden. Ich fände auch, es wäre sehr gut, wenn er an dem gemütlichen Beisammensein teilnimmt, auch unter dem Gesichtspunkt, weil ja über so etwas am meisten berichtet wird. Sie wissen das ja von den Parteitagen, was solch einem Abend Farbe geben kann. Ich nehme an, nach den Ankündigungen von Lothar Späth wird das auch so sein, daß also auch sozusagen das Menschliche nicht zu kurz kommt. Da Du ja einen Job wahrnimmst, wo Du nur eine geringe Arbeitsbelastung hast, kann man Dir das wirklich übertragen. (*Heiterkeit.*) Da Du als eine der aufstrebenden

Kräfte der Partei giltst, kann man Dir das alles gut übertragen. Du kannst Dir ja den Betrag von Gerhard Stoltenberg vom Länderfinanzausgleich wegnehmen. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Das würde dann bedeuten, wenn das so gelingt, was ich hoffe, daß wir am Montag mit dieser Stichwahl, die mit großer Wahrscheinlichkeit notwendig ist, beginnen können und daß wir dann, wenn man so will, zwei große Fragebereiche haben: einen Gesamtfragenbereich, Politik von heute und morgen, und natürlich hier speziell auch das Thema Wohnungsbau. Ich habe diesen Gedanken seit 14 Tagen betrieben, weil ich glaube, daß das Thema uns, wenn wir es nicht gestalten, einholt. Ich gehe davon aus, daß die Sozialdemokraten, vielleicht die Bundesregierung, vielleicht die sozialdemokratische Fraktion, ich weiß das noch nicht, vielleicht die Partei, nach dem Stand der Vorbereitungen bei denen intern irgendwann im März/April spätestens mit diesem Thema kommt. Ich gehe weiter davon aus, daß die FDP das gleiche beabsichtigt. Wir haben nun in Hessen Kommunalwahl.³⁸ Das Thema Wohnungsbau beschäftigt heute jeden, und es kann keine Stadt, wie etwa Frankfurt, vorbeigehen an diesem Thema. Und wenn Sie das Frankfurter Kommunalwahlprogramm betrachten, ist das ein Kernstück. Ich war dieser Tage mit einigen Kollegen bei einer Veranstaltung des RCDS in Münster, dort konnte man auch feststellen, was das für einen enormen Stellenwert etwa für diesen Teil der jungen Generation hat. Und wenn Sie 250.000 Einwohner in Münster mit 50.000 Studenten sehen, brauchen Sie kein Spezialist zu sein, um zu erkennen, daß das ein ungeheure Malaise ist und daß wir mit diesem Thema auch gerade junge Leute ansprechen.

Deswegen ist mein Vorschlag gewesen im Parteipräsidium, Heiner Geißler hat das auch schon vorgetragen, daß wir hier nicht nur allgemein reden, sondern zu konkreten Beschlüssen kommen. Das spricht sich wunderbar hier aus, denn wir sind da sofort an der Kernfrage der finanziellen Situation der Bundesrepublik. Ich werde vielleicht nachher Lothar Späth bitten, in ein paar Sätzen die Problemlage anzureißen. Wir haben jetzt eigens verabredet, weil das ja auch entscheidend die Frage berührt, bringen wir irgendwann nochmal einen Steuererleichterungsantrag, weil das finanzwirksame Fragen berührt, weil es entscheidend die Länderfinanzen berührt, daß das Parteipräsidium sich in seiner nächsten Sitzung – die ist ja bald – möglicherweise ganz ausschließlich mit diesem Thema beschäftigt. Das ist der Grund, den ich eingangs erwähnte, wo wir möglicherweise mit den Fristen für den Antrag in Probleme geraten, aber wir müssen das eben so handhaben, daß es politisch vernünftig ist, wenn auch die entsprechenden Parteitagsfristen sich so abzeichnen. Wir haben den Antrag nachher ja zu besprechen, den die Kommission vorgelegt hat „Arbeitsprogramm Aufgaben der achtziger Jahre“. Ich würde großen Wert auf dem Parteitag auf eine getrennte Diskussion der beiden Komplexe legen, also die Frage des Wohnungsbaus und die andere Frage, obwohl es beim Geld natürlich wieder zusammenläuft, darüber muß man sich im klaren sein. Gerhard Stoltenberg hat mit Recht darauf vorhin im Präsidium hingewiesen. Die Kommission schreibt da in dem Entwurf einiges zu Recht über Forschungsförderung und Versagen auf diesem Gebiet hinein. Das geht natürlich elementar in die finanziellen Bereiche hinein, auch das muß man sehen.

Mein herzlicher Wunsch ist, daß Sie vielleicht, und damit will ich die Diskussion nicht begrenzen, bei den Vorgesprächen in den Vereinigungen und bei den Landesverbänden

38 Am 22. März 1981.

darauf hinweisen, daß Diskussionszeit, die ja nun ganz dringend gefordert wird aus der Partei für diesen Parteitag, am Montag und am Dienstag zur Verfügung steht, und daß diejenigen, die am Dienstag präzise diskutieren wollen, auch daran denken, daß, wenn wir das Programm so abhandeln, wir den ersten Wahlgang Bundesvorstand wegen einer entsprechend begrenzten Zeit, die ich nicht beschließen lassen will, sondern per Einsicht erreichen will, am Montag durchsetzen, daß das uns am Dienstag zugute kommt. Wenn wir am Dienstag bis um 11 Uhr wählen, geht uns diese Zeit natürlich verloren. Ich finde, es wäre sehr viel besser, auch wegen der Auszählung, daß wir die Chance nützen, am Abend noch zu dem Wahlgang zu kommen. Das nur noch einmal zur Unterstreichung des eben von Heiner Geißler Vorgetragenen.

Stoltenberg: Ich wollte nur eine Bemerkung zur Geschäftslage machen. Herr Vorsitzender, meine Kollegen, es wäre sehr schön, wenn wir nach der Darlegung des Vorsitzenden und des Generalsekretärs ohne lange Debatte uns auf diesen Rahmen der Zeitabfolge einigen könnten. Und dann würde ich zum zweiten vorschlagen, daß wir dann jetzt doch beginnen mit dem Antrag der Kommission – das knüpft an unsere Arbeit in Boppard an – und dann den Wohnungsbau nehmen, weil einzelne, darunter ich, nachher kurz nach 2 Uhr wegen anderer Verpflichtungen gehen müssen. Ich muß zum Staatsoberhaupt zu einem Termin, und andere haben auch sicher vielleicht noch bedeutendere Termine. *(Unruhe. Heiterkeit. – Kohl: Einverstanden.)* Ich habe also die Bitte, wenn wir den Zeitrahmen so zugrunde legen könnten, daß wir doch jetzt eine halbe oder eine Dreiviertelstunde Zeit haben, über diesen Antrag, der ja zunächst mal im Sinne der bisherigen Diskussion Nummer 1 ist, inhaltlich ein bißchen reden könnten, vor allem, weil das Wohnungsbaugespräch dann nochmal aufgenommen werden soll. Das findet doch ein großes Echo, wie ich finde.

Kohl: Zum Verfahren jetzt Wortmeldungen? Dann lassen wir jetzt das Verfahren beschließen. Also, wir streben eine zeitliche Abfolge auf dem Parteitag so an, wie eben hier vorgetragen. Noch einmal, wir sind uns einig, daß wir den eben genannten Zeitrahmen, dazu gehören ja auch noch Gespräche, ich habe das charakterisiert, so anstreben? Gut! Dann darf ich jetzt den anderen Punkt aufrufen, dazu muß Heiner Geißler noch ein paar Sätze sagen.

Geißler: Also, ganz kurz zur Begründung dieses Antrages, weil dieser Antrag so, wie er jetzt von der Kommission vorgelegt worden ist, zumindest im Formalen, nicht im Inhaltlichen – das möchte ich ausdrücklich sagen – abweicht von dem, was wir in Boppard beschlossen haben. Wir waren in der Kommission der Auffassung, daß wir diesen Antrag, der, ich muß es noch einmal wiederholen, ein Antrag ist für die Entscheidung, welche Punkte in den kommenden anderthalb Jahren wie auch immer in einer offenen Diskussion in der Partei – entweder durch Fachkongresse oder Bundesparteitage – behandelt werden sollen, welche Themen die Partei für richtig hält. Wir waren aber der Meinung, dem Parteitag jetzt nicht einfach die nackte Liste der Themen vorschlagen zu sollen, sondern wir wollten Ihnen vorschlagen, zwei Gesichtspunkte auf jeden Fall bei der Formulierung des Antrags zu berücksichtigen. Und dazu gehört erstens, daß der Antrag etwas optimistischer formuliert wird und zwar in dem Sinne, daß wir zwar in der Analyse sagen, die achtziger Jahre sind schwer und schwierig, aber die CDU geht nicht voraussetzungslos und ohne Prinzipien zu haben an diese Aufgaben heran. Wir waren infolgedessen der Auffassung, daß wir noch einmal rekurrieren sollten, das war auch Ergebnis der Diskus-

sion, einmal auf die Grundwerte als einer wichtigen Voraussetzung für die Aktualisierung unserer politischen Arbeit.

Wir waren zweitens der Meinung, daß die drei wichtigen Themen, die wir in Boppard genannt haben und die einen wirtschafts-, sozial-, gesellschaftspolitischen Charakter haben, zusammenfassen sollten unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen“. Daß dies das zentrale Thema sei, das uns aufgegeben ist und daß innerhalb dieses zentralen Themas dann die drei Punkte, die in Boppard explicit genannt worden waren, noch einmal hervorgehoben werden sollten, nämlich Vollbeschäftigung, und hier im Verbund mit Stärkung der Wirtschaftskraft, Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, als das eine wichtige zentrale Thema, das die Menschen heute beschäftigt, vor allem auch z. B. in Nordrhein-Westfalen sehr stark. Dann zweitens das, was in Boppard genannt worden ist, Verbesserung der Wahlfreiheit von Frauen und Männern in Familie und Beruf, so ist es damals formuliert worden. Ich glaube, über den Punkt muß man hier noch einmal sprechen. Und drittens das Thema Ökonomie und Ökologie, wobei wir Ihnen vorschlagen, hier eine Formulierung zu finden, wie sie hier genannt ist, „Ver- einbarkeit von wirtschaftlichem Wachstum und technischer Entwicklung mit dem Schutz unserer natürlichen und sozialen Umwelt“.

Es war ein wichtiger Gegenstand der Diskussion in der Kommission, noch einmal darauf hinzuweisen, auch für die Erörterung auf dem Bundesparteitag, daß es darauf ankomme, in den achtziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft, also unsere bewährte wirtschafts- und sozialpolitische Ordnung ausdrücklich zu erwähnen und zu sagen, daß es darauf ankomme, die Soziale Marktwirtschaft sozusagen wieder in Kraft zu setzen. Dabei ist der Gedanke sehr hervorgehoben worden, der ja auch in Boppard bei vielen eine Rolle gespielt hat, insoweit schon einen Hinweis auf die Lösungsmöglichkeiten zusätzlich zu geben, daß im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ganz besonderer Wert gelegt werden müsse auf die Erkenntnis, daß das Subsidiaritätsprinzip in der Zukunft eine wesentlich stärkere Rolle wieder spielen müsse, als dies in den vergangenen zehn Jahren der Fall war. Dies ist unter dem Gesichtspunkt dann zum Ausdruck gekommen, der auf der Seite 3 oben niedergelegt worden ist, daß alles, was der Bürger allein in der Familie, im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann wie der Staat und die größeren Einheiten, ihm vorbehalten bleiben muß. D. h., wenn Sie so wollen, ist in dem Antrag, der ja eigentlich ein Arbeitsprogramm beinhalten sollte, von der Kommission vorgeschlagen worden, daß einmal durch die Erwähnung der Grundwerte, zweitens durch die Besinnung auf die Soziale Marktwirtschaft und das Subsidiaritätsprinzip sozusagen im Groben schon die Richtung angegeben wird, wie inhaltlich dann das Arbeitsprogramm realisiert werden soll. Das also zu der Ziffer 2, das heißt, die drei wichtigen Themen sind unter dieser Überschrift „Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen“ aufgeführt.

Dann war ja ein weiterer wichtiger Punkt in Boppard gewesen die Nennung des Nord-Süd-Konflikts. Wir sind in der Kommission zu der Auffassung gelangt, daß dieser Begriff Nord-Süd-Konflikt nicht exakt die Problematik trifft, und schlagen deshalb vor, dieses Kapitel anzusprechen unter der Überschrift „Verantwortung für die Völker anderer Kontinente“. Dann ist in Boppard gewünscht worden, daß die Europa-Politik in das Arbeitsprogramm aufgenommen wird. Der Themenkomplex Bildungspolitik, Jugend ist dann in der Ziffer 4 behandelt, wobei hier schon davon ausgegangen wird, daß die Bil-

dungspolitik, allerdings unter der etwas übergreifenden Überschrift „Zukunftschancen der Jugend“, auf jeden Fall auf dem Bundesparteitag im Herbst behandelt werden soll.

Ich möchte abschließend noch eine Bemerkung machen. Wir haben ja viele Rückrufe bekommen, und es hat viele Diskussionen gegeben am Telefon und auch in Gesprächen hin und her, auch in der Fraktion, hinsichtlich dieses Arbeitsprogramms. Ganz sicher entspricht es der Bewußtseinslage der Partei und auch der Interessenlage, auf dem Parteitag im März auch zu bestimmten Sachfragen eine Aussage machen zu wollen. Dies wird ja, wenn der Bundesvorstand dies akzeptiert, im Zusammenhang mit der Wohnungsbaupolitik geschehen. Daß wir in den anderen zentralen Themen auf dem Bundesparteitag nicht zu einer abschließenden Sachaussage kommen wollen, hängt m. E. damit zusammen, daß wir es einfach nicht können. Wir waren uns in Boppard einig darüber, daß dieser Parteitag auch den Eindruck vermitteln sollte, daß die Christlich Demokratische Union angesichts schwieriger Probleme nun nicht schon wieder innerhalb kurzer Zeit, sozusagen aus der Hüfte schießend, den Eindruck erweckt, als wüßten wir auf alle wichtigen Probleme bereits eine Patentantwort, ein Patentrezept, sondern daß es gerade der Partei gut tut, auf dem Parteitag eine offene Diskussion zu führen und zu den einzelnen Themen unterschiedliche Vorstellungen auf dem Parteitag auch zu Wort kommen zu lassen. Das heißt, daß es gar kein Fehler ist, wenn zu den einzelnen Punkten auf dem Parteitag auch in der Gewichtung der Themen unterschiedliche Auffassungen geäußert werden. Ich glaube, daß dies angesichts der Lage, in der wir uns befinden, einen Wert für sich darstellt, daß wir auf diesem Parteitag eine offene Diskussion durchführen.

Wobei, das möchte ich doch noch anfügen, wir vielleicht heute mittag auch noch einmal über das Thema sprechen müssen, ob wir in der Tat in der Lage sind, arbeitsmäßig in den kommenden zwei Jahren, denn der Antrag muß sich ja konzentrieren auf die sogenannte Legislaturperiode, für die der Bundesvorstand gewählt wird, in der Tat sechs Themen zu behandeln und zwar profunde zu behandeln. So daß ich darum bitte, vielleicht in den Diskussionsbeiträgen auch nochmal dazu Stellung zu nehmen, ob nicht vielleicht eine Reihenfolge auch erkennbar werden kann, welche Themen nun als ganz besonders wichtig angesehen werden und welche Themen möglicherweise etwas zurückgestellt werden können in der Bearbeitung der Partei in den kommenden Jahren, auch wenn sie als solche nun als ganz besonders wichtig angesehen werden. Also das war es im wesentlichen zur Begründung dieses Antrages; das waren die Gesichtspunkte, die die Kommission dazu gebracht haben, Ihnen diesen Antrag vorzulegen.

Stoltenberg: Wir sollten, glaube ich, nicht den Versuch machen, jetzt so eine Art Redaktionskonferenz zu werden, sondern es kann sich ja nur darum handeln, ausgehend von diesem Text, der ja an unsere Bopparder Diskussion anknüpft, ein paar Bemerkungen für eine Schlußredaktion, die wir nicht hier selbst vornehmen, zu geben. Ich würde, Helmut Kohl hat es gesagt, Rainer Barzel hat es im Präsidium gesagt, empfehlen, den Text nochmal daraufhin anzuschauen, daß wir natürlich die kritische Ausgangslage, hier mit den Kategorien Gegenwart und Zukunft, schon beschreiben, aber den Eindruck vermeiden, daß auch nur ein Element von Fatalismus in die eigene politische Aussage dann hineinkommt in den Konsequenzen. Man könnte Teil II, Satz 1 – es ist nicht so gemeint, aber es muß noch einmal genau Satz für Satz geprüft werden – so verstehen, als ob wir Nullwachstum oder fast kein Wachstum sozusagen als Grundlage nehmen und von dorthier unter dieser Bedingung uns um die Ausgleichsprobleme nur kümmern wollen.

Also für mich gehört in eine Schlußformulierung hinein, daß wir eine Politik fordern, die auch unter schwierigeren Bedingungen, natürlich auch unter Aspekten der Ökologie, wieder stetiges Wachstum ermöglicht, jedenfalls alle Voraussetzungen dafür schafft. Das ist also ein Akzent, auf den ich persönlich großen Wert lege, weil wir uns sonst etwas in die Richtung begeben derer, die nur noch die Konsequenzen der Krise möglichst „gerecht“ – was gar nicht geht, nebenbei bemerkt – verwalten wollen. Dann würde ich einfach sagen, die CDU besitzt dazu das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das ist nicht ein Parteibesitz, sondern „wir gehen davon aus“, das ist rein sprachlich zu korrigieren.

Nun will ich noch etwas kurz sagen zu Seite 3, Stärkung der Wirtschaftskraft, Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, so weit so gut. Dies ist auch auf dem Hintergrund der Bopparder Diskussion nicht nur eine Frage von Wahlfreiheit, sondern es geht im Grunde doch um die Verantwortung und um die Chancen. Der Begriff der Wahlfreiheit trifft ja nicht das, was wir meinen, wenn wir vom neuen Selbstverständnis Partnerschaft zwischen Frauen und Männern in Familie und Beruf sprechen. Dann würde ich von der Mitverantwortung für die Völker anderer Kontinente sprechen, weil dies ohnehin ein großer Nachteil dieser Diskussion ist in Deutschland, daß wir unsere Möglichkeiten auch ständig überschätzen. Aber das kann man vielleicht noch mit einer kleinen terminologischen Klarstellung verdeutlichen.

Und dann komme ich auf den einen Punkt zurück, den Heiner Geißler angesprochen hat, wir sollten uns nicht übernehmen. Also in meinem Grundverständnis sind die Themen, vorbehaltlich der Ausprägung Soziale Marktwirtschaft mit den drei Sonderpunkten, vielleicht auch das Thema Entwicklungspolitik, Mitverantwortung, Themen, die wir in der gesamten Partei wirklich zur Diskussion öffnen. Ich bin beim Europa-Thema unverändert der Meinung, daß es dazugehört, aber in der zunehmenden Komplizierung und fachlichen Spezialisierung stärker im Bereich der politischen Führungsgremien, vielleicht auch bestimmter Sonderkommissionen, die wir einsetzen dafür, bleiben sollte. Ich habe die Sorge, wenn wir also neben den drei Themen unter Ziffer 1 und dem Thema Ziffer 2 auch noch das Europa-Thema für eine Gesamtdiskussion in der Partei ohne Strukturierung der Meinungsbildung öffnen, daß wir uns in große Schwierigkeiten bringen. Die Europäer wissen am besten selbst, was in Europa heute ansteht und welche unerhörte Spezialisierung in Kommissionen stattfindet.

Zu Ziffer 4, Bildungskongreß, also Bildungspolitik, wird sicher noch etwas gesagt. Das will ich im Augenblick weglassen, um nicht zu lange zu reden. Ich bin aber mir immer noch nicht klar, um das als Letztes zu erwähnen, was der letzte Satz unter III konkret bedeutet. Also Kommission von Wissenschaftlern, Politikern ist gut, aber mit der Generalklausel, wichtige Probleme der Zukunft zu analysieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, wird im Grunde eine Kommission überfordert. Ich finde schon, daß wir noch eine deutlichere Eingrenzung dieses Themas brauchen, an welchen Punkten eine Weiterentwicklung unseres Grundsatzprogramms³⁹ hier notwendig erscheint.

Vogel: Ich will auch nur vier Punkte nennen und auf eine weitere Diskussion verzichten. Erstens, ich halte es nicht für richtig, daß die ganze Sache mit einer negativen Aussage beginnt. Das ist so ein bißchen unsere Art, daß wir schon seit sehr langer Zeit immer zunächst sagen, es ist alles ganz schrecklich. Ich meine, man müßte überlegen, ob der erste

39 Grundsatzprogramm „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ vom 26. Bundesparteitag, 23.–25. Oktober 1978, Ludwigshafen in Die CDU-Parteiprogramme S. 123–167.

Absatz auf Seite 2, über dessen Formulierung man noch einmal sprechen muß, sich nicht besser eignet wie der erste Absatz auf Seite 1.

Zweite Bemerkung, ich schließe mich Gerhard Stoltenberg an, wir wollen, daß weiteres Wachstum möglich wird, wir wollen aber andererseits nicht den wachsenden Wohlstand als das Ziel unserer Politik bezeichnen. Ich habe da etwas Schwierigkeiten auf Seite 2 im letzten Absatz, wo das Wachstum des Wohlstands meines Erachtens noch einmal überdacht werden muß.

Drittens, auf der Seite 3 im letzten Absatz ist von den Grundwerten und den Menschenrechten als Orientierung der politischen Ordnung bei uns die Rede. Das ist gut, aber dann kommt, daß wir für unsere Werte in der Welt uns einsetzen wollen. Das kann auch sehr mißverstanden werden. Im Grunde wollen wir uns einsetzen, daß die Menschenrechte überall in der Welt gelten, mit „unseren Werten“ kann man unter Umständen auch sehr Mißverständliches verbinden.

Vierte Bemerkung, auf Seite 4 unter Punkt 4 muß, glaube ich, noch etwas deutlicher werden, was da wohl gemeint ist, ein Bundesparteitag zum Thema Zukunftschancen der jungen Generation, wozu natürlich das Thema Bildungspolitik als ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Aspekt gehört. Zu den Gedanken der wissenschaftlichen Kommission schließe ich mich der Bemerkung von Gerhard Stoltenberg an; ich bin für die Kommission, würde ihr aber nicht die Zuständigkeit des Präsidiums der Bundespartei übertragen, sondern einen begrenzteren Auftrag hier formulieren.

Wissmann: Herr Vorsitzender, als ich das Papier bekommen habe mit der bedeutsamen Nummer⁴⁰, war ich durchaus auf Bedeutsames eingestellt und habe mich dann bemüht, in dem Papier wenigstens eine Grundrichtung zu erkennen, was ja in dem Bopparder Papier durchaus an einigen wesentlichen Stellen deutlich sichtbar war. Ich muß sagen, in dem Papier kann ich eigentlich, außer einer Themenaufzählung, ich sage das hier so deutlich, wirklich keinen Satz, nicht mal zwischen den Zeilen, entdecken, der in irgendeiner Weise politische Aussage oder Kursbestimmung wäre. Natürlich weiß ich, das kann kein Aktionsprogramm sein, kann kein detailliertes Programm sein, aber ich frage mich, ob es zwischen einem detaillierten Programm einerseits und einer praktisch nichts ausagenden Themenaufzählung nicht einen Weg gibt, wo man wenigstens die Koordinaten bestimmt, die um die Themen herum für uns entscheidend sind, z. B. beim Thema Soziale Marktwirtschaft, wo man eben auch etwas sagen kann, was Soziale Marktwirtschaft in der jetzigen Wirtschaftssituation für uns als Schwerpunkt bedeutet, zum Thema Sozialpolitik, wo in Boppard ja etwas gesagt wurde, was bei knappen Ressourcen die Verlagerung der Sozialpolitik bewirken muß. Also, meine Bitte wäre, mit all den Ankündigungen, die gemacht worden sind, daß wir versuchen, das Papier insgesamt inhaltlich auszufüllen, und wenn es gewünscht ist, daß dann auch die Vereinigungen und Gruppen der Partei dazu etwas erarbeiten, um das Papier inhaltlich anzureichern; denn bisher kann ich über Inhalte hier kaum streiten, weil ich Inhalte in dem Papier kaum feststelle.

Also leider kann ich nichts anderes sagen als das, deswegen bin ich gottfroh, daß der Vorschlag Wohnungsbau gemacht wurde, denn dann ist wenigstens ein Inhalt auf dem Tisch. (*Unruhe. Diskussion.*)

40 Die verschickten Exemplare des Arbeitsprogramms „Aufgaben der 80er Jahre“ waren einzeln nummeriert.

Barzel: Herr Vorsitzender, verehrte Kollegen, ich will drei Punkte sagen. Den ersten kann ich ganz kurz machen, nachdem der Generalsekretär das zum Teil aufgenommen hat, Herr Stoltenberg auch etwas dazu gesagt hat. Ich finde den ersten Absatz bei II.1 einfach unerträglich. Erstens machen wir nur realistische Analysen und nie andere, und daß sich die Welt morgen verändert, wissen auch alle. Es setzt sich ja bei uns so ein bißchen der Eindruck fest, als sei es ganz leicht gewesen in den vierziger, fünfziger, sechziger, siebziger Jahren, und schwer wird es nur jetzt. Hier sind wir ein bißchen schon der Beeinflussung durch die Regierung ausgeliefert. Ich würde sehr herzlich aus politischen Gründen bitten, z. B. mindestens die Worte niedrigere Wachstumsrate zu streichen. Denn wie komme ich eigentlich dazu, dem Pessimismus der Regierung noch Vorschub zu leisten? Wir trauen uns doch eine bessere Möglichkeit zu! Wir trauen uns, glaube ich, bei unserer Politik auch wieder ein Wachstum zu. Zum Beispiel, wenn wir Wohnungsbau machen, wenn wir Kernkraft ausbauen und all die anderen Dinge tun. Also das hätte ich ganz gerne ein bißchen optimistischer.

Ein Zweites, was ich gern sagen möchte. Ich konnte leider aus anderen Gründen, die Sie hoffentlich akzeptieren, nicht in Boppard sein. Ich würde gerne einen Satz sagen über den jüngsten Erstwähler von 1984, an den wir uns doch wenden hier, denke ich? Der ist geboren nach dem Ausscheiden Ludwig Erhards aus dem Amt des Bundeskanzlers. Und der findet dieses Haus vor, wie wir ein Haus vorfinden, das über 30 Jahre alt ist, in das wir neu einziehen. Dann fragen wir auch nicht mehr nach den Architekten und nach den Hausherrn, sondern nach den Gegebenheiten. Ich finde, dieser Blick nach vorne sollte noch sehr viel deutlicher an der einen oder anderen Stelle, nicht nur bei der Bildungspolitik, Frau Laurien, werden.

Und das Dritte, was ich gerne loswerden möchte, das betrifft nicht den Parteitag, das gehört für mich in den Zusammenhang. Ich kann all diese Sätze, die hier stehen, über Völker, andere Kontinente, Europa usw., voll unterschreiben, nur würde ich gerne, Herr Vorsitzender, irgendwann, irgendwo einen Ort haben, der nicht so öffentlich sein kann, wo wir wirklich mal die Köpfe zusammenstecken, um über die Weltlage zu sprechen. Denn die internationale Lage ist nicht mehr die, in die Konrad Adenauer hinein seine Politik formuliert hat. Sie ist auch nicht mehr die, in die Willy Brandt seine Politik formuliert hat. Was ist jetzt entscheidend anders? Es ist ja nicht nur ein Problem etwa hier von Entwicklungshilfe, sondern wir erleben doch, wie Geist sich bahnbreicht, wie die Grenze äußerer Gewalt sichtbar wird, nicht nur für die Sowjetunion in Polen, auch für die USA in Persien; das sind doch Elemente, die uns veranlassen müssen, auch unsere Außenpolitik mindestens in den Instrumenten hier und da neu durchzudenken. Dies würde ich doch gerne, wie gesagt, nicht auf dem Parteitag und nicht in dem Papier, Herr Geißler, aber doch einmal hierlassen, weil, wenn wir immer nur von den Konsequenzen sprechen, aber niemals die Lage unter uns herauslassen, wir vielleicht einen Fehler machen.

Neumann: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, was die Einschätzung des Papieres betrifft, das ist kein Vorwurf an die Verfasser, bin ich derselben Auffassung wie Herr von Bismarck. Wenn wir dies so auf die Tagesordnung bringen, Arbeitsprogramm des Bundesvorstandes und dann noch sagen, daß wir anderthalb Tage zur Vorbereitung dieses Papieres benötigt haben, dann glaube ich, erwecken wir eine Erwartungshaltung, die in keiner Weise durch dieses Paket gerechtfertigt ist. Ich habe große Bedenken, ein solches Papier in dieser Form dem Bundesparteitag vorzulegen. In diesem Zusammen-

hang finde ich es auch als hilfreich, daß wir ein konkretes Thema, nämlich das Wohnungsbau Thema mit wahrscheinlich einem konkreten Papier haben. Ich hielte es in Anbetracht der Zeitnot für viel sinnvoller, wenn der Vorsitzende oder der Generalsekretär innerhalb seiner Rede unsere Zielsetzung, daß wir diese zwei, drei Themen in den Mittelpunkt der Arbeit der nächsten zwei Jahre stellen, und für viel richtiger, als mehr oder weniger eine Themensammlung in dieser Form dem Parteitag vorzulegen. Denn es gibt ja zwei Möglichkeiten, die dieses Papier erfüllen könnte. Zum einen könnte es ein Antrag zur Sachdiskussion sein, dazu reicht es bei weitem nicht aus. Oder es könnte ganz konkret sein ein formaler Terminplan verbunden mit ganz konkreten Themen, welche in einem ganz bestimmten Bereich abgehandelt werden. Auch dies steht hier nicht drin. Deswegen finde ich es bei dem jetzigen Diskussionsstand zweckmäßiger, dies sozusagen dem Parteitag als das Arbeitsvorhaben des Bundesvorstandes zu unterbreiten, auch schon thematisch so, wie wir das in Boppard andiskutiert haben, einzubringen, in die Generaldiskussion einzubeziehen und als einziges konkretes Papier das Thema Wohnungsbau vorzulegen. Meine Damen und Herren, selbst wenn das Nullpapier wohl schon in der „Welt“ stand, ich glaube Nummer 29, (*Kohl*: Es steht alles in der „Welt“.) ich meine, das reicht nicht aus, (*Unruhe. Diskussion.*) das haben wir vorbereitet, anderthalb Tage in Boppard mit der ganzen Prominenz des Bundesvorstandes, mit diesem Thema, glaube ich, lösen wir Zweifel aus. Und deshalb mein Vorschlag, dies einzubeziehen in Ihre Rede als unser Programm, dem wird auch im wesentlichen keiner widersprechen, wir können uns festlegen auf den Bildungsparteitag im Herbst und haben zur Beschlußfassung ein ganz konkretes Papier zum Wohnungsbau mit ganz konkreten Aussagen.

Geißler: Ich möchte Ihnen, Herr Neumann, und auch Matthias Wissmann hier widersprechen und zwar aus einem ganz einfachen und, wie ich meine, auch einsichtigen Grund. Was wir hier machen, ist überhaupt nichts Neues, sondern ist die Wiederholung dessen, was vor vier Jahren nach der letzten Bundestagswahl, und so meine ich, mit großem Erfolg von der Bundespartei und vom Bundesparteitag gemacht worden ist. Wir haben im Jahr 1977 auf dem Düsseldorfer Parteitag einen Arbeitsplan 1977 verabschiedet. Und zwar war das ein Antrag des Bundesvorstandes, und dieser Antrag beinhaltete nichts anderes, als den Auftrag des Bundesparteitags an den Bundesvorstand, aufbauend auf der bisherigen Programmatik usw., zu folgenden vier Themenbereichen weiterführende Aussagen zu erarbeiten, so wie es hier ja auch in den Antrag vorformuliert ist. Und da stand Maßnahmen zur Sicherung des Wirtschaftswachstums usw., Arbeitsplatzsicherung, Altersversorgung, Krankenversicherung, Familien, dann Energieversorgung – ich kürze jetzt hier etwas ab –, dann auch hier das Nord-Süd-Gefälle und dann noch Deutschlandpolitik. Dieser Arbeitsplan ist der bindende Auftrag des Bundesparteitags für die Arbeit in den darauffolgenden vier Jahren geworden und hat sich in ganz bestimmten Entscheidungen der Bundespartei niedergeschlagen.

Das erste Thema Arbeitsplatzsicherung, Ausbildungsplatzsicherung. Wir haben ein Vollbeschäftigungsprogramm erarbeitet, das ist nicht voll bis in die Fraktion hin zur Verabschiedung gekommen. Aber wir haben in Erfüllung dieses Auftrages ein wirtschaftspolitisches Programm beschlossen, das im Bundesparteiausschuß verabschiedet worden ist. Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik hat Vorschläge erarbeitet für die Arbeitsförderung. Ich will das jetzt im einzelnen nicht weiter aufzählen. Wir haben einen Kongreß zu Zukunftschancen der Jugend gemacht als Erfüllung dieses Auftrages, haben entspre-

chende Leitsätze verabschiedet, Bundesausschuß am 12. Juni 1978. Altersversorgung. Ich glaube, wir haben auf dem Gebiet Rentenversicherung, Zusammenarbeit Partei und Fraktion, ebenfalls in Erfüllung dieses Auftrages unsere klare, alternative Position zur Rentenpolitik der Bundesregierung erarbeitet. Das kann überhaupt nicht bestritten werden. In der Krankenversicherung haben wir das gesundheitspolitische Programm der CDU verabschiedet, beschlossen am 4. September 1978. Beim vierten Auftrag von 1977, Familienpolitik – darüber brauche ich kein Wort mehr zu verlieren –, sind wir wirklich in die Offensive gegangen und haben eine Fülle von Entscheidungen der Bundespartei getroffen in Erfüllung dieses Auftrages. Energie und Umwelt, wir haben in Hannover ein energiepolitisches Konzept verabschiedet, vorbereitet durch einen Fachkongreß, hier im Bundesparteiausschuß verabschiedet, ein Konzept, das sowohl von der Substanz bis in die Einzelheiten hinein eine klare Alternative geworden ist zu dem, was die Sozialdemokraten gemacht haben. Es gibt einen Punkt, wo wir im wesentlichen nicht weiter vorangekommen sind, das ist die Nord-Süd-Geschichte. Ich will jetzt nicht fragen, wer hier im Schlafwagen gegessen hat, was dieses Thema anbetrifft. Das ist etwas, was wir vielleicht in den vergangenen vier Jahren auch auf der Fachausschußebene usw. etwas intensiver hätten behandeln können. Deswegen steht es ja jetzt wieder auf der Tagesordnung. So, das sind im wesentlichen die Punkte, die in diesem Arbeitsplan enthalten gewesen sind.

Wir haben uns in der Kommission verpflichtet, uns an das zu halten, was wir in Boppard beschlossen haben. Wir haben in Boppard eine offene Diskussion geführt, anhand eines offenen Papiers. Wir waren der Meinung, daß auf dem Bundesparteitag Folgendes geschehen sollte: Daß wir, wenn wir seriös bleiben wollen, die neuen Herausforderungen der achtziger Jahre wirklich ernst nehmen. Und dabei sind wir allerdings in der Analyse auch in Boppard schon davon ausgegangen, daß die Rahmenbedingungen heute andere sind als in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren. Ich glaube nicht, daß wir etwas anderes zur Voraussetzung unserer Diskussion machen können; wir können nicht mehr mit realen Wachstumsraten vernünftigerweise rechnen, in Höhe von real fünf, sechs oder gar sieben Prozent, wie das mal in früheren Jahrzehnten der Fall gewesen ist, sondern wir laufen in eine Zeit hinein, wo wir real, was weiß ich, mit ein, zwei, drei Prozent Steigerung Bruttosozialprodukt rechnen können, und müssen uns, so meine ich, realistischerweise auch in unserer Politik darauf einstellen. Es war übrigens in Boppard allgemeine Auffassung, daß wir alles tun werden, wenn wir an der Regierung sind, um aus zwei Prozent real vielleicht vier Prozent zu machen, das ist ja ganz selbstverständlich. Ich gebe auch zu, hier muß noch etwas anders formuliert werden, vor allem muß man die Verantwortung der Bundesregierung hier zum Ausdruck bringen.

Aber ich halte es für unmöglich, daß wir in der Lage sind angesichts der Herausforderungen, die nun für jeden erkennbar sind und die jeder Bürger spürt. Man muß ja nur mit den Leuten reden, in jeder Versammlung, die man heute durchführt, sagen einem doch die Leute, welche Sorgen sie haben. Es ist ja nicht so, daß die Leute mit Zukunftserwartungen und Hoffnung und Freude in die Zukunft blicken, sondern sie sind von tiefer Sorge erfüllt. Dies ist die Realität der Bundesrepublik Deutschland. Und wir müssen doch, wenn wir jetzt über die Zukunft unseres Landes sprechen, auf dem Bundesparteitag zum Ausdruck bringen, daß wir diese Sorge teilen. Das heißt also, daß wir jetzt die Lage nicht beschönigen, sondern daß wir die Situation so darstellen wie sie ist, nämlich außerordentlich problematisch. Und sie ist problematisch einmal dadurch, daß nach unserer Auffas-

sung in den vergangenen Jahren eine gegenwartsbezogene Politik gemacht worden ist und daß die Zukunft außer Acht gelassen worden ist. Dies wird genau in diesem Papier angesprochen.

Und zweitens müssen wir zum Ausdruck bringen, das ist das Ergebnis der Diskussion, die wir in der Kommission gehabt haben, daß wir diesen Herausforderungen nicht voraussetzungslos gegenüberstehen, sondern daß wir im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten ein festes Fundament haben. Das heißt zunächst einmal das Grundsatzprogramm, die Grundwerte, wir gehen nicht voraussetzungslos an die Probleme heran. Und zweitens, was die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik anbelangt, geht es uns darum, die ordnungspolitischen Vorstellungen der Sozialen Marktwirtschaft wieder zum Leben zu erwecken, so wie wir sie im Grundsatzprogramm definiert hatten. Dies hat sich in diesem Antrag niedergeschlagen.

Zusätzlich haben wir noch einen Hinweis gegeben, daß wir der Auffassung sind, was Richard von Weizsäcker auch als Alternative von Berlin, meines Erachtens völlig richtig gegenüber Verfilzung und Identifizierung von Partei und Staat als Alternative der CDU dargelegt hat, nämlich mehr zu bauen auf die Eigenkräfte des Menschen, der Selbsthilfe, der Subsidiarität. Lothar Späth hat in der Diskussion in Boppard auf diesen Punkt ausdrücklich noch einmal hingewiesen. Ich glaube, es hat keinen gegeben, der nicht der Auffassung war, daß gerade die Stärkung der Selbsthilfekräfte in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber einer überwuchernden Staatsmacht das ist, was wir schon als Ziel, als Richtlinie auf diesem Parteitag diskutieren wollen. (*Wissmann*: So steht das nicht drin.) Es steht drin; wir können uns darüber unterhalten, ob wir es nicht noch besser formulieren, das ist ganz selbstverständlich. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß dieses Papier in jedem Satz nun nicht verbessert werden könnte, ganz im Gegenteil.

Nur, ich wollte noch einmal sagen, daß wir uns jetzt hier nicht etwas aufbürden, was wir nicht leisten können. Ich würde es für nicht seriös halten, wenn wir auf diesem Parteitag den Eindruck erweckten, als ob wir nach drei Monaten, vier Monaten, nachdem die Bundestagswahl vorbei ist und wir in eine schwierige wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation hineingehen, im März schon fertige Patentrezepte vorlegen könnten. Dies ist vom Parteipräsidium und dem Bundesvorstand auch als eine ganz wichtige Aussage der Partei angesehen worden, endlich auch mal wieder den Eindruck zu erwecken – auch bei der rheinischen Landesgruppe im übrigen hat dies eine große Rolle gespielt, bei der ich in der letzten Woche gewesen bin –, daß die CDU einmal in der Lage ist, nicht nur über Antworten zu sprechen, sondern schlicht und ergreifend einen Vormittag lang auch nur Fragen zu stellen, deutlich zu machen, daß die Partei auch mal eine ergebnisoffene Diskussion führen kann über zentrale Fragen, die unser Volk betreffen.

Auf diesem Hintergrund, glaube ich, daß – über das Papier kann man in den Einzelheiten reden – dieses Papier eine Diskussionsgrundlage bedeutet, eine Hilfe für die Strukturierung der Diskussion, die auf dem Parteitag stattfinden muß. Und infolgedessen glaube ich sehr wohl, also jetzt nur im Gegensatz zu dem, was hier vorhin gesagt worden ist, daß wir gar nichts anderes machen können und auch nichts anderes machen dürfen, als dem Parteitag, soweit es diesen Themenkomplex anbelangt, ein Arbeitsprogramm vorzulegen. Ein Arbeitsprogramm, das dem Bundesparteitag aber auch die Möglichkeit geben muß zu sagen, Bundesvorstand, ihr habt das Papier gemacht, das sind eure Themen. Aber wir sind zum Beispiel der Auffassung, daß das eine oder andere Thema noch

wichtiger ist als das, was ihr für richtig angesehen habt. Und darüber muß der Bundesparteitag dann letztendlich auch eine Entscheidung treffen. Deswegen begrüße ich außerordentlich – das, glaube ich, tun wir alle miteinander –, wenn zum Beispiel Landesverbände oder Vereinigungen jetzt hergehen im Vorfeld des Bundesparteitages, sich diesen Antrag des Bundesvorstandes vornehmen und sagen, wir sind der Auffassung, daß zum Beispiel statt der Ziffer III ein anderes Thema in den Vordergrund gerückt werden soll. Darüber müssen wir uns auf dem Parteitag unterhalten. Aber dies ist doch gerade gewollt gewesen in Boppard, daß wir mal über offene Fragen diskutieren und nicht gleich schon wieder bei fünf oder sechs Punkten mit einer fertigen Antwort daherkommen, die wir, wenn wir seriös bleiben wollen, einfach bis zum März nicht zu leisten in der Lage sind.

Von Bismarck: Ich habe das Papier so verstanden als Entwurf zu einem Auftrag des Parteitages an den Bundesvorstand. So haben wir in Boppard diskutiert. Ich glaube, wir verplempern unsere Zeit, wenn wir den Auftrag jetzt ändern wollen. In einem Auftrag kann nicht mehr drinstehen als die Richtung, mit der wir uns beschäftigen sollten. Herr Geißler hat doch Recht, daß wir auf diese Fragen noch keine perfekten Antworten haben und die auch sicherlich nicht bis zum Parteitag produzieren können. Unter diesem Gesichtspunkt drei Vorschläge: Erstens, ich glaube, wenn wir über den Wohnungsbau diskutieren, konkret, was ich sehr begrüßen würde, dann sollte er hier auf Seite 3 ein vierter Punkt zu den a), b), c) werden und nicht außerhalb der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert werden. Das ist, glaube ich, unsere gemeinsame Überzeugung. (*Kohl:* Ja, ich will ja nicht diskutieren, ich will beschließen! Wir wollen eine Vorlage machen mit Beschluß. – *Unruhe. Diskussion.*)

Zweiter Punkt, dieses Papier geht ja dann in die Partei. Aus diesem Grunde bitte ich, erstens, auf Seite 4, Ziffer 3, „Europa“ auf Seite 3 anstelle von Ziffer 2 zu bringen. Die Verantwortung für die Völker anderer Kontinente ist ganz gewiß nicht eine haupteuropäische Aufgabe. Es ist unlogisch, wenn wir Europa hinter die Verantwortung für die Völker anderer Kontinente setzen. Das muß in der Reihenfolge nach meiner Überzeugung geändert werden.

Der zweite Punkt ist, in der Ziffer „Europa“ auf Seite 4 ist der zweite Satz hinter den Tatbeständen, die wir schon haben, zurückgeblieben. Ich habe eine Formulierung vorgeschlagen, die einfacher und kürzer ist. Dieser Satz jedenfalls würde uns in den Geruch bringen, wir hätten gar nicht gemerkt, daß wir längst einen Staatenbund haben. Wir sind bereits in dem Staatenbund auf dem Wege zu anderen Souveränitätsverhältnissen, also wir würden uns in der Öffentlichkeit einen schlechten Kurs einhandeln mit dieser Formulierung. Das sind meine Vorschläge.

Dingerkus: Zunächst zur Wohnungspolitik. Ich glaube, es kann überhaupt nicht angehen, daß wir das Thema Wohnungspolitik in dieses Papier aufnehmen, weil das Papier eine Perspektive in die Zukunft sein soll und die Wohnungspolitik aktuell entscheiden werden sollte. (*Kohl:* Ist bereits entschieden hier.) Von daher ist das, glaube ich, auch keine Diskussion wert. Auch auf die Gefahr hin, daß ich mich ein wenig unbeliebt mache, möchte ich doch zu ein paar Punkten, die genannt wurden, etwas sagen. Die Kritik an der Einleitung ist sicher sehr berechtigt, zumal, soweit ich das vergleichen kann, das, was aus der Diskussion herausgekommen war und das, was jetzt vorliegt, kaum identisch ist. Zu dem, was Herr Vogel anregt, die Struktur der Einleitung, kann ich nur sagen, da würde ich, Herr Dr. Geißler, dafür plädieren, exakt den ersten Entwurf zu nehmen gegenüber

dem zweiten, wo zum einen die positive Aussage vorne steht und zum zweiten die Wertorientierung von der Politik und nicht nur das Aufführen der Grundwerte aufgeführt ist, und drittens sehr viel deutlicher als jetzt aufgeführt ist, daß sich sämtliche unserer politischen Bereiche auf eine Orientierung in die Zukunft und damit auch eine Orientierung für Chancen der jungen Generation beziehen, so daß auch eine Fortsetzung der Diskussion auf dem Berliner Parteitag gewährleistet ist, wo wir uns mit den Wertfragen junger Menschen und Vorstellungen junger Menschen beschäftigen.

Des weiteren war es ja Aufgabe, politische Bereiche zu finden, die a) für die gesamte Gesellschaft von beträchtlicher Bedeutung sind und b) der Union als christlich-demokratischer Partei die Möglichkeit geben, ihre grundsatzpolitischen Vorstellungen der jungen Generation näherzubringen. Insofern sind die Prioritäten in diesem Papier auch gewählt worden, unter Einbeziehung der tatsächlich aktuellen Probleme im wirtschaftspolitischen Bereich, die nun auch dann in Punkt II.1 auftauchen. Was die Einwendung von Matthias Wissmann angeht: Natürlich soll so ein Arbeitsprogrammmentwurf auch in irgendeiner Form eine Intention enthalten, sonst ist es eine Diskussion, die wir auf dem Parteitag führen, um Prioritäten und nicht um Inhalte, die wenig sinnvoll ist. Insofern vermissem ich im Punkt Wirtschaft die Intention der Diskussion, daß es nicht darum geht, inwieweit Umweltschutz mit Wirtschaftswachstum vereinbart werden kann, sondern inwieweit, lassen Sie es mich gerade sagen, die Erhaltung der Umwelt umgekehrt vereinbart werden kann mit dem wirtschaftlichen Wachstum, also eine Prioritätenverschiebung zugunsten der Umwelt, weil das das zentrale Problem in den nächsten Jahren ist. Wenn wir heute auf Kosten der Zukunft leben, so ist es in der Einleitung angerissen, aber wohl unter einer etwas abwegigen Intention als zentraler Punkt zur Ansprache junger Menschen unter I. Zu II: Da fehlt meines Erachtens genau dieselbe Ausrichtung, es geht uns nicht um Kulturimperialismus, daß unsere Werte auch woanders Gültigkeit haben sollen, es geht uns um internationale Solidarität als gelebter und erarbeiteter Grundwert, und es geht uns darum, die Sicherung von Menschenrechten zu erreichen. Das müßte man, meines Erachtens, hier noch stärker zum Ausdruck bringen, so wie es in dem ersten Papier zum Ausdruck gebracht war, wo das explizit drinstand.

Zu Punkt II.3 möchte ich jetzt nichts sagen, zu Punkt 4 auch nur nochmal das aufgreifen, was Herr Vogel gesagt hat. Der Parteitag sollte nach der Diskussion wohl unter dem Punkt Zukunftschancen der jungen Generation gesehen werden, wo dann unter anderem die Bildungspolitik ein zentraler Bereich ist, aber auch andere Bereiche, wie zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit oder die Interdependenz der verschiedenen bildungspolitischen Einrichtungen. Alles, was damit zusammenhängt. Ich glaube, wenn man das noch einmal überdenkt, haben wir auch die Möglichkeit, auf dem Parteitag tatsächlich die Diskussion zu führen, die hier erwartet wird und auch von den Kritikern angesprochen wurde.

Laurien: Das Papier kann ja zweifellos keine Inhaltsaussagen vorwegnehmen, sondern muß offene Punkte ansprechen. Insofern will ich mich auf vier sehr kurze Bemerkungen mit dieser Intention beschränken. Erste Bemerkung: Hier ist vor allem der Duktus erkennbar, daß man Politik in einer veränderten Lage macht. Die Bemerkung von Gerhard Stoltenberg am Anfang hat aber, meine ich, doch auch die Zielsetzung gemeint, daß wir sagen, wie wir durch Politik die Lage verändern können. Und dieser zweite Akzent fehlt

hier an verschiedenen Stellen etwas, so daß eine kleine Anreicherung dieser Tendenz sinnvoll sein könnte.

Zweite Bemerkung: Auf Seite 3 unter II.1.b steht „Verbesserung der Wahlfreiheit von Frauen und Männern bei Familie und Beruf“. Wenn ich der Linie treu bleibe, daß wir keine Inhaltsentscheidungen vorwegnehmen wollen und können, dann ist Wahlfreiheit nur ein Gesichtspunkt in diesem gesamten schwierigen Themenverhältnis; denn vielleicht, ich will das jetzt bewußt der Kürze wegen so zugespitzt sagen, ist auch einmal ein Verzicht auf Wahlfreiheit nötig, wenn man Zukunft sichern will. Aber genau darüber werden wir sprechen müssen; denn wenn Männer und Frauen, verzeihen Sie, jetzt spotte ich natürlich mit ernstem Hintergrund, nur noch ständig wählen, wer in Familie und Beruf ist, sind die Kinder die verfügbare Masse, die untergehen; das kann nicht gemeint sein. Hier wird also entgegen der sonstigen Intention bereits eine Inhaltsentscheidung gesetzt. Deshalb muß man etwa, ich kann das jetzt nicht gleich druckreif formulieren, aber in Gedanken, sagen, daß es um das Spannungsverhältnis zwischen Familie und Beruf für Männer und Frauen geht. Und daß beide an diesem Spannungsverhältnis tragen und das natürlich nur im Miteinander geht. Aber Wahlfreiheit ist in der Tat nur ein und nicht der einzige Gesichtspunkt. Da könnte man genauso sagen, Verbesserung der Erziehungskraft von Männern und Frauen in diesem Bereich. Da gäbe es dann ganz viele Punkte.

Dritte Bemerkung: Bei der Entwicklungspolitik, bei den Völkern anderer Kontinente ist schon auf unsere Werte hingewiesen worden. Aber da kommt der Satz in II.2: „Entwicklungspolitik leistet zugleich einen Beitrag zur Sicherung unserer Existenz.“ Das ist so sicher nicht, sondern wir müssen doch wohl fragen, wie es gelingen kann, daß Entwicklungspolitik einen solchen Beitrag leistet. Sie erlauben mir hier einmal auf die Rede von Louise Weiss⁴¹, der alten europäischen Parlamentarierin hinzuweisen, die immer wieder uns beschwört zu fragen, was wir denn mit Entwicklungspolitik bewirken. Es geht mir also mit den beiden Bemerkungen in Sachen Frauen, Männer, Familie und Beruf, in dieser Bewertung der Entwicklungspolitik darum, hier nicht Inhaltsentscheidungen etwa festzuschreiben, sondern Punkte zu problematisieren, über die dann in der Partei weiter geredet werden muß.

Vierte und letzte Bemerkung zu Punkt II.4: Auch hier keine Vorwegnahme der Inhaltsdebatte. Das Ja zu einem solchen Parteitag bedeutet, daß man auch die Gefahren sieht. Und lassen Sie mich zu den Gefahren einen einzigen Satz sagen: Wenn wir dort, statt unsere Handlungskraft zu zeigen, interne Parteiprobleme öffentlich aufbereiten, dann ist wohl nicht das erreicht, was wir wollen. Deshalb möchte ich fragen, ob dieser Kreis nicht beschließen könnte, daß unter Vorsitz des Generalsekretärs eine kleine Kommission eingesetzt wird, die diesen Zukunftschancen-Parteitag vorbereitet und damit auch in die Parteidiskussion schon etwas in das Papier nehmen könnte, damit sich die internen Klärungen im Vorfeld des Parteitages so vollziehen, daß der Parteitag nicht nur in den internen Bewältigungen besteht. Und da kann ich natürlich jetzt eine boshafte Bemerkung nicht unterdrücken, die Leute, die am blühendsten gegen die Erhöhung der Abiturientenzahlen sind, die also sagen, nur der Begabte darf ins Gymnasium, die denken dabei immer mit, nur die Begabten sind meine Kinder. Und das versachlicht die Diskussion ganz außerordentlich. (*Unruhe. Diskussion. – Kohl: Was ja immerhin noch eine na-*

41 Louise Weiss (1893–1983), französische Lehrerin, Schriftstellerin, Journalistin, Frauenrechtlerin, Politikerin; 1979–1983 MdEP (EVP).

türliche Verhaltensweise einschließen würde, was ja in der Bildungspolitik nicht automatisch gegeben ist; aber ich finde es gut so.) Ja, was uns dann zu der Grundsatzdebatte führt und uns da in sehr schwierige Positionen bringt, deshalb also die Frage, ob der Generalsekretär nicht solch eine Vorbereitungskommission in seine Regie nehmen könnte. Ich hielte es für falsch –, ich gucke Herrn Scherer an, wir haben darüber kein Wort gesprochen –, wenn man diesen Kongreß etwa in die Vorbereitung eines Fachausschusses gäbe. Das würde ebenfalls nur zum Formulieren interessengebundener Standpunkte führen. Es sollte dann in den Ausschüssen der Vorentwurf diskutiert werden, das ganz sicher. Aber ich fände es doch hilfreich, wenn hier ein ausschlußübergreifendes Gremium eingesetzt würde.

Kohl: Bevor ich das Wort weitergebe, der Hauptinitiator dieses letzten Punktes spricht ja im Augenblick, das ist ja allgemein bekannt. Deswegen, Frau Laurien, dürfen Sie davon ausgehen, daß ich im Falle meiner Wiederwahl als Parteivorsitzender mich um diesen Parteitag ganz speziell zu kümmern beabsichtige. Und dazu gehört auch, daß wir, wenn der Parteitag rum ist, wie sich das gehört, in diesem Bundesvorstand darüber reden, das heißt, schon in der Sitzung nach dem Parteitag, wie wir diesen Parteitag im Herbst vorbereiten. Das halte ich alles für ganz selbstverständlich. Aber ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß dieser Parteitag ausschließlich vom kulturpolitischen Ausschuß der Partei vorbereitet wird. Ich bin deswegen immer für den Parteitag eingetreten, daß er kein Fachkongreß Kulturpolitik wird, sondern daß die CDU Deutschlands, vertreten durch ihre Delegierten, dieses Thema diskutiert, d. h., es sind dann auch nicht nur Kulturpolitiker anwesend, sondern die Partei in ihrer ganzen Breite. Also, Sie können völlig unterstellen, daß wir das so sachgerecht vorbereiten und daß auch der Ausschuß, aber nicht nur der Ausschuß in dieser Sache mitreden wird. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich glaube, vieles ist bei uns sehr viel spruchreifer; warum soll der Parteitag denn nicht Ende November sein? Wir stehen ja nirgendwo hier auf einem Dogma. Ich habe das Gefühl, das ist weit mehr spruchreif in der Partei in dieser Sache, als Bildungspolitiker gemeinhin annehmen. Das ist auch ein Experiment, wir haben ein wahlfreies Jahr, laßt uns doch einmal das Experiment machen. Bloß, ich werde mit äußerster Hartnäckigkeit die Grundidee vertreten, die hier zugrunde liegt, daß wir hier einmal unsere Bilanz machen.

Wex: Herr Vorsitzender, wir werden auf diesem Parteitag das erste Mal zusammenkommen, nachdem die Wahl vorbei ist. Der Bundesvorstand hat eine Bilanz abzugeben, was er getan hat aus den Aufträgen, die Herr Geißler hier vorgetragen hat. Deswegen halte ich es für sehr hilfreich, Herr Geißler, daß Sie einen Vorspann machen vor diese Sache, was aus dem Auftrag von 1977, wie Sie vorgetragen haben, hier geworden ist, was die Partei gemacht hat, was unter der Ägide des Bundesvorstands der vorigen Legislaturperiode geschehen ist. Dann ergibt sich nämlich konsequent die Frage, bei all den großartigen Sachen, die wir gemacht haben, wie kommt es eigentlich, daß wir bei der Jugend und bei den Frauen usw. in manchen Dingen verloren haben? Daraus ergibt sich die zweite Konsequenz, daß man dann dieses Papier aufbereiten muß mit den Erkenntnissen des großen Angebots und dem Nichtakzeptieren unseres Angebots. Dann heißt es in dem Auftrag an den Bundesvorstand, auch zu erklären, daß Stärkung der Wirtschaftskraft, Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ein Ziel ist. Dann muß aber für die offene Diskussion, und für die habe ich ja gesprochen im Bundesausschuß, gelten, daß Dialogfähigkeit nicht heißen kann, daß man in einem Dialog, den man anbietet, nicht etwa sofort

immer wieder dasselbe rauskriegt, was man reinsteckt, sondern daß man fasziniert sein muß, daß dabei auch andere Dinge herauskommen. Und diese Ausstrahlung muß es ja gerade geben. Das heißt also nach meiner Vorstellung, daß aus den Ergebnissen unserer vorangegangenen Arbeit ein Problem ausgefüllt werden muß. Was heißt denn Wiederherstellung der Vollbeschäftigung? Wenigstens für die Vorgabe der Diskussion in dem Parteitag zwei, drei Probleme da ansprechen, welche Schulen, welche Vorstellungen gibt es?

Und der zweite Punkt ist der: Wir haben viele Dinge angeboten, auch problematisiert, haben in einigen Sachen Schiffbruch erlitten, aber ich möchte Frau Laurien ganz genau widersprechen. Ein Begriff der Wahlfreiheit ist genau etwas, was die Offensive in unseren Fragen der Frauenpolitik nach vorne gebracht hat. Was hat uns denn in der Frauendiskussion, Familiendiskussion so gehindert, daß die Partei im ganzen nicht diese Wahlfreiheit auch so verstanden hat? Daß die Wahlfreiheit nicht immer bedeutet, daß die Frauen etwa verzichten müssen, sondern daß diese Wahlfreiheit ein Inhalt ist. Dieses haben wir nun schon durchgehalten, und das sollten wir nun nicht neu problematisieren, denn die Diskussion frant ja schon auch in unserer Partei nach allen Seiten aus. Wenn es in der Familie schiefeht, sind als erstes die Frauen dran. Und die Tatsache, um einfach mal zu sagen, mit welchem Wissensstand ja auch die Delegierten auf diesem Parteitag kommen, ist nicht zu verkennen, daß 1968 27 Prozent der befragten Frauen sagten, Frauen sollen neben der Familie einen Beruf ergreifen, oder wollen es. 1975 waren es schon 75 Prozent. Wir haben natürlich die Sache, daß es eine neue Chance der Familie gibt, aber wir können die neue Chance der Familie nicht mit alten Rezepten nach vorne tragen. Dann kommt der große Verweigerungseffekt, und ich habe es hier schon ein paar Mal gesagt. Jetzt hat sich bei den Ergebnissen gezeigt, daß der größte Teil der Enthaltungen unter den jungen Menschen bei den jungen Frauen war. Der Enthaltungen! Von der Abgabe der Stimmen jetzt mal ganz abgesehen.

Deswegen bin ich der Meinung, ich weiß, daß das schwierig ist, Herr Geißler: Ich möchte hier auch einmal sagen, eine Kommission kann nicht mehr herausholen, als was in der Partei drin ist. Und das haben Sie hier aufgeführt – ja, das will ich hier mal ganz klar sagen, denn es ist immer leicht, eine Kommission zu kritisieren; wenn selber etwas vorgelegt werden muß, ist die Sache schon sehr viel schwieriger. Deswegen möchte ich das hier auch sagen, Herr Geißler: Dieser Vorspann, glaube ich, das wäre eine Idee, weil die meisten überhaupt nicht wissen, was der Bundesvorstand getan hat in den Jahren des Auftrags. Auch die Delegierten müssen das wissen. Das zweite: Ich halte den Punkten a), b), c) eine Ausweitung auch der Problematisierung für notwendig, einfach die Richtung zu bestimmen. Und drittens haben wir dann immer gesagt, und das halte ich für sehr gut, die Frage Zukunftsorientierung einer Partei ist natürlich auch die Frage der Zukunftschancen einer jungen Generation. Aber es handelt sich nicht nur um die junge Generation, sondern es handelt sich einfach um die Qualität dieser Partei, ob sie Zukunftsperspektiven sensibel behandeln kann. Dazu gehört, und das will ich unterstreichen, eine offene Diskussion, und deswegen möchte ich zu Seite 2 gerade das sagen. Wir wollten nicht selbstgerecht sein, und ich finde, da müßte zum Beispiel eine Formulierung Grundwerte, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit hinein, wie sie im Grundsatzprogramm der CDU stehen; sie geben der CDU die Kraft. Herr Geißler, wie weit wir Kraft haben, das werden wir ja sehen, aber ich bin der Meinung, da müßten wir sagen, wir

zeigen die Kräfte, aus denen die CDU die Herausforderung unserer Zeit bestehen will. Wir können nicht einfach etwas reklamieren, was wir ja auch zur Diskussion in der offenen Auseinandersetzung stellen wollen.

Ich möchte dies also nur als Grundlage für die offene Diskussion ergänzen und bitte noch einmal dringend, den Begriff der Wahlfreiheit soweit zu halten, wie wir sie in allen Wahlprogrammen und in allen Aktionsprogrammen drin gehabt haben.

Kohl: Der Nächste ist jetzt Herr Blüm, ich habe noch sieben Wortmeldungen. Da ich ja meine Erfahrungen habe, auch mit dem Bundesvorstand, in vielen Jahren, einfach zwischendrin die Frage, denn ich muß darauf bestehen, daß das heute beschlossen wird: Sind Sie damit einverstanden – das sind zwei Punkte, die, glaube ich, keinerlei Diskussion erbringen –, daß wir heute auch ordnungsgemäß bei richtiger Präsenz die beiden Tagesordnungspunkte beschließen, 3 und 4? Das ist die Bundesfachausschußvorlage und ist der Hausverein.⁴² Der Hausverein ist schon einmal hier durchgekaut worden, ist dann zurückgestellt worden. Da sind, soweit ich erkennen kann, keine Probleme drin. Dann möchte ich es nämlich ordnungsgemäß hier beschließen lassen, bevor sich Teile des Bundesvorstands abgesetzt haben. Sind Sie damit einverstanden, daß ich das dazwischen reinnehme, ja? Das ist nicht sehr vornehm, aber es ist praktisch.

NEUKONSTITUIERUNG DER BUNDESFACHAUSSCHÜSSE. REORGANISATION DER KONRAD-ADENAUER-HAUS GMBH & CO KG

Also, Bundesfachausschuß, wer für diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe. Enthaltungen. So beschlossen. Hausverein, Vorlage liegt Ihnen auch vor. Dazu Wortmeldungen? Nicht der Fall, wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. So beschlossen. Dann darf ich in der Tagesordnung fortfahren, das Wort hat Norbert Blüm.

FORTSETZUNG VORBEREITUNG 29. BUNDESPARTEITAG

Blüm: Ja, ich wollte auch als Mitglied der Kommission etwas zur Verteidigung dieses Papiers sagen, (*Kohl:* Das finde ich gut. Ein für CDU-Verhältnisse höchst ungewohnter Zustand. Da ist immer ein Haupt- und Marktesel, der vorangetrieben wird, und die anderen kritisieren.) indem ich Sie daran erinnere, was wir denn eigentlich in Boppard beschlossen hatten. Wir waren uns relativ schnell einig, daß wir keine großen Programmdiskussionen nach der verlorenen Wahl machen, daß unser Grundsatzprogramm nicht zur Disposition steht und unser Parteiprogramm nicht. Also keine Programmdiskussion, war ein Ergebnis. Ja, was kann man dann machen? Dann gibt es nur die Alternative, wir stellen mal so einen Fragenkatalog, so einen Fahrplan aller möglichen Diskussionen zusammen. Auch darüber waren wir uns einig, daß dies zu wenig sei, auch wissend um mögliche Diskussionspunkte. Da blieb denn zwischen neuer Programmdiskussion und Fragenkatalog eigentlich nichts anderes übrig, als einen Weg zu probieren zwischen Grundsatzprogramm und Fragenkatalog. Der ist sicherlich verbesserungsfähig. Aber es ging uns doch darum, ein paar ausgewählte Fragen auszusuchen, an denen wir Perspektiven deutlich machen.

42 Vorlagen in ACDP 07-001-1336.

Da will ich nochmal zwei Dinge nennen, wo ich in der Tat glaube, daß hier Perspektiven klar werden, innerhalb derer unsere Lösungen stehen werden. Erstens, Frau Wex, zum Thema Wahlfreiheit. Ich fürchte, ich bin inhaltlich sehr viel näher bei dem, was Frau Laurien gesagt hat. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich bin, wie Sie wissen, ja kein Anhänger, daß wir den Versuch unternehmen, selbst die Wahlfreiheit über biologische Voraussetzungen hinaus auszudehnen. Das wissen Sie. (*Wex: Ich lese Ihnen mal Ihre Sätze vor, Herr Blüm, dann würden Sie ... – Kohl: Also, Frau Wex, jetzt lassen wir mal den Norbert Blüm, der hat das Wort.*) Ich bin da in der Tat inhaltlich möglicherweise näher bei Frau Laurien. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich will ja gerade das zu Ende führen – immer die Aufregung. (*Kohl: Das ist Ihr Problem, Blüm, wo Sie auftreten gibt es Aufregung!*) Offensichtlich! Dennoch bin ich der Meinung, Frau Wex, daß dies ein zentrales Thema ist und daß wir deshalb nicht darum herumfahren sollten. Die Familienpolitik ist sicherlich ein größeres Thema als nur Wahlfreiheit. Aber das ist einer der Punkte. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich meine, daß Familienpolitik nicht reduziert werden darf auf Wahlfreiheit und daß in diesem Bereich möglicherweise bei uns die größten Kontroversen liegen. Und wenn wir Kontroversen diskutieren wollen, ist das ein Punkt, den wir auf den Fahrplan setzen.

Wachstum. Herr Stoltenberg, ich bin wie Sie der Meinung, daß Nullwachstum nicht die Grundlage für unsere Wirtschaftspolitik sein kann. Nur, wir sollten den Nullwachstumsphantasien nicht ein Programm des Nurwachstums entgegensetzen. Ich bin auch sicher, daß wir einer Meinung sind. Wenn das so ist, und wenn ich sage, es geht nicht alles nur mit Wachstum, dann vertrete ich das noch nicht einmal als Mangelverteidigung. Und noch nicht mal pessimistisch. Da sind auch neue Chancen der Variabilität drin, der Flexibilität, Freiheitschancen, so daß wir ein kombiniertes Programm haben, sowohl Wachstum als auch noch anderes. Und ich finde, daß es ganz hilfreich ist, auch die Illusion aus der Politik zu ziehen, wir könnten auf alle Probleme mit Wachstum antworten. Es gehört zur Realität der Zukunft, daß dies erstens nicht möglich und zweitens nicht erwünscht ist. Ich sage sogar, nicht erwünscht, ohne deshalb eine rein defensive Politik betreiben zu wollen. Die finde ich auch wie Sie nicht faszinierend. (*Unruhe. Diskussion.*) Deshalb ließe sich das etwas offensiver formulieren, ohne damit den Stachel aus der Diskussion rauszunehmen, daß uns mehr einfallen muß als Wachstum.

Ich habe noch einen dritten Punkt. Ich habe ja selber gesagt, das Papier, obwohl ich es verteidige, ist nicht tabu. Beispielsweise hatten wir in der Vorbereitung im Bereich der Entwicklungspolitik mal den schönen Satz, von dem ich weiß, daß er bei der Mehrheit, hoffentlich nicht bei Ihnen, zunächst mal Lachen auslöst: „Die Armen sind unsere Freunde.“ Daß wir den Satz aus dem Verkehr ziehen, bedaure ich. Ich will auch sagen warum: Wenn ich mir den Spott genau anhöre über diesen Satz, dann ist es der Spott der Politprofis, für die diese Sprache völlig ungewöhnlich ist. Sie wird verdächtigt als rein sentimental. Vielleicht ist es aber die Sprache gerade der jungen Generation. Und vielleicht ist es auch eine Sprache, die von einer christlichen Fundierung der Entwicklungspolitik neue Signale aussendet. So unpolitisch, wie das sich anhört, ist es nämlich gar nicht. Das ist beispielsweise ein Satz, mit dem wir deutlich machen, daß Entwicklungspolitik für uns nicht einfach nur die Funktion der Außenpolitik ist. Mit weitgehenden Konsequenzen. Deswegen würde ich dafür plädieren, den Satz wieder reinzunehmen.

Hupka: Ich will nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist, Zwei Bemerkungen, eine Bemerkung zur Sache, eine Bemerkung zum Stil. Zur Sache, auf Seite 4 ist ein Satz,

der so nicht stehenbleiben kann, gleich der erste Satz: „Unsere Europapolitik ist getragen von der Überzeugung, daß die Existenzsicherung der europäischen Völker, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland in Freiheit und Wohlstand nur in einem freien und geeinten Europa möglich ist“. Das würde dann bedeuten, daß wir ein Volk sind, die Bundesrepublik Deutschland, es muß heißen, „die europäischen Nationen“, besser wäre, „die europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes“. Es kann also nicht auf derselben Ebene erscheinen „europäische Völker“ und „die Bundesrepublik Deutschland“. Das ist also undenkbar. (*Geißler*: Nation?) Ich würde sagen, „der europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes“. (*Geißler*: Gut. Ja.)

Und gleich beim zweiten Satz, da geht es um Europa. Ich habe gar nichts dagegen, auch zur Rangfolge, die schon Herr von Bismarck gesagt hat, warum soll nicht ein Wort als Erinnerungsposten über die Einheit Deutschlands in Freiheit gesagt werden? „Trotz aller Schwierigkeiten treten wir dafür ein, unsere gemeinsamen Interessen auch gemeinsam zu vertreten, die Einheit Deutschlands in Freiheit anzustreben, einen europäischen Staatenbund zu schaffen und ihn zu einem europäischen Bundesstaat auszubauen.“ Denn wenn das für anderthalb Jahre angelegt ist, muß ja auch gerade über diese Problematik angesichts des Weges nach Europa etwas gesagt werden. Die Teilung Europas ist immer auch die Teilung Deutschlands. Das zur Sache.

Und nun zum Stil, seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich Sie bitte, die ersten beiden Sätze in I wegzulassen. Entweder gleich anzufangen mit „Die Ansprüche der Gegenwart beherrschen die politische Szene. Künftige Gestaltungsmöglichkeiten der Jugend“, nicht „der heutigen“. Da heißt es nämlich, der Zukunftsbedarf unserer Gesellschaft werde „eingegrenzt“. Also das ist eine Formulierung, die direkt zu einer Glossierung und zu einer Verspottung herausfordert. Der Bedarf an Zukunft unserer Gesellschaft – was heißt das? Was ist darunter zu verstehen? Also, wenn man diesen Satz weglassen könnte, würden wir, glaube ich, manche Kritik abschütteln können. Ich weiß, was gemeint ist, da kommen ja nachher auch nochmal die Zukunftsinteressen, das ist sehr hübsch formuliert, wenn wir gleich damit anfangen könnten: „Die Ansprüche der Gegenwart beherrschen die politische Szene, künftige Entfaltungsmöglichkeiten der jungen und der nachfolgenden Generation werden“ usw. Daß das nochmal abkommt zwischen zukunfts- und gegenwartsbezogener Politik.

Schwarz-Schilling: Ich möchte eigentlich auch etwas als Mitglied der Kommission dazu sagen. Das Ergebnis von Kommissionsarbeit hängt eigentlich immer von zwei Dingen ab. Erstens von der Qualität der Mitglieder, darüber möchte ich natürlich als Mitglied gar nichts sagen, (*Unruhe. Diskussion.*) zum zweiten an der Präzision des Auftrages, welchen eine Kommission bekommt. Und ich muß natürlich, entschuldigen Sie, wenn ich das hier sage, zunächst einmal feststellen, daß der Auftrag nach der Diskussion von Boppard so eindeutig und klar präzise nicht gewesen ist gegenüber dem, was jetzt an Diskussionsbeiträgen gegenüber diesem Kommissionspapier gemacht wird. Das muß man dann meines Erachtens schon vorher tun, dann kann man präzise zu solchen Dingen Stellung nehmen. Wir waren uns eigentlich nur in einer gewissen Negativabgrenzung klar, erstens, es sollte keine Neuauflage eines Grundsatzprogramms sein. Ich glaube, das ist es nicht. Es sollte kein Aktionsprogramm sein, das ist es auch nicht. Es sollte keine inhaltlichen Aussagen bringen, das ist es, soweit wie möglich, auch nicht. Man muß ja nun irgendetwas sagen, insofern bemühten wir uns, trotz dem entsprechenden Zeitaufwand zu so etwas Nützli-

chem zu kommen, daß ein solches Ergebnis möglich ist. Ich möchte das auch nochmal sagen, daß es wirklich besser ist, präzise Vorstellungen vor Einsetzung einer Kommission als Auftrag zu sagen, als nachher in der Diskussion nur kritische Punkte anzumerken. Obwohl ich die kritischen Punkte, die hier genannt worden sind, durchaus in vielem teile. Das ist nicht der Punkt. Nur, es wäre besser, das am Anfang zu machen.

Jetzt nochmal zu dem Inhalt, also zu dem Papier selbst. Ich glaube, daß die Frage, ob man den zweiten Absatz von Ziffer II.1, der hier oben auf Seite 3 steht, an den Anfang stellen soll und den ersten Absatz dahinter stellen soll, ist eigentlich eine reine Frage, was will man mit dem Papier tun. Dieser letzte Absatz ist eine reine Wiederholung dessen, was wir im Grundsatzprogramm gesagt haben. Ich möchte sagen, von dem Aufriß einer Diskussion und auch von der öffentlichen Wirksamkeit her zu beginnen mit einer reinen Wiederholung, halte ich nicht für so attraktiv. Ich möchte das nur sagen, weil Herr Vogel auch ein Argument gehabt hat. Ich würde hier nach der zumindest möglichen knappen Gegenwartsanalyse und was aus dieser Gegenwartsanalyse für uns folgt, daß man dies an den Anfang stellt, für aktualitätsbezogener halten, als wenn wir mit den allgemeinen moralischen und ethischen Grundlagen unserer Partei beginnen, die man alle schon in dem Grundsatzprogramm nachlesen kann. Das ist aber eine reine Aktualitätsfrage, nicht eine Rangfolge der Wertung, sondern es ist eine Frage, wie man eine solche Sache auflistet.

Der nächste Punkt, Soziale Marktwirtschaft. Ich möchte jetzt dazu im einzelnen nicht Stellung nehmen, ich möchte aber sagen, daß der Auftrag an den Bundesvorstand, auf welche Ziele man sich konzentriert, genau doch die Ziele sind, von denen hier gesprochen worden ist. Nämlich Stärkung der Wirtschaftskraft, das war nämlich das, was auch schon damals von Gerhard Stoltenberg sehr stark betont wurde, daß man hier keinen defensiven oder fast deprimierenden Einschlag hineinbringen sollte bezüglich unserer Marktwirtschaft, was ich voll unterstütze. Aber das steht da mit „Stärkung unserer Wirtschaftskraft“ drin, und wir wissen, daß wir heute einer Schrumpfung des Sozialproduktes im Jahre 1981 entgegensetzen und dann also nur durch Stärkung der Wirtschaftskraft überhaupt in ein Wachstum wieder hineinkommen. Ich möchte ein Zweites dazu sagen, natürlich leben wir in einer ganz anderen Umwelt als in den fünfziger und sechziger Jahren, es wäre doch nun wirklich vermessen, das zu leugnen. Ich würde auch sagen, daß die Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft heute tatsächlich schwieriger ist, weil wir ja so viele etablierte Klientele mit Prioritäten oder vielleicht mit Privilegien haben, die auch unser Wählerklientel ist, was wir in den fünfziger Jahren nicht gehabt haben. Nun bauen Sie doch bitte einmal bei diesem Wählerklientel die Privilegien ab, um eine Soziale Marktwirtschaft wieder dynamisch in Gang zu bringen. Das sind doch ganz andere Umstände gegenüber den fünfziger Jahren, das muß man doch einmal deutlich sehen.

Verbesserung der Wahlfreiheit von Frauen. Ich möchte mich in diese Diskussion nicht einmischen. Ich möchte nur sagen, daß ich diese Formulierung immer sehr schwer verstehe „Verbesserung der Wahlfreiheit von Frauen und Männern“. Ich kann das also nur so begreifen, daß der Wechsel der partnerschaftlichen Freiheit ist, das eine oder andere zu wählen, was eigentlich eine Familienfrage ist und zwar mit allen Imponderabilien der Konsequenzen für die Familie, ob auch diese Wahl jeweils unter völlig gleichen Gesichtspunkten gemacht werden soll und darf. Aber das als ein Parteiprogramm? Ich möchte das nicht beurteilen, ich kann da nur meinen eigenen Erfahrungshorizont einbeziehen,

den möchte ich aber eben gerade aus diesem Grunde nicht verallgemeinern. Deswegen sage ich dazu nichts.

II.1 c „Vereinbarkeit von wirtschaftlichem Wachstum und technischer Entwicklung“. Da muß ich Herrn Wissmann sagen, ich bin der Auffassung, da ist genau das angemerkt, was wir in einer inhaltlichen Aussage anmerken würden. Nämlich die Vereinbarkeit von diesen beiden, von wirtschaftlichem Wachstum und technischer Entwicklung und dem Schutz unserer natürlichen und sozialen Umwelt. Jetzt schon eine andere Prioritätensetzung zu geben, wird eine inhaltliche Vorgabe sein. Und genau das sollte auch nach Boppard nicht sein. Wir sollten keine inhaltlichen Vorgaben machen, sondern wir sollten die Spannungsgeladenheit dieses Themas irgendwie formulieren und aufreißen. Ich glaube, das ist in dieser Sache getan. Ganz abgesehen davon, daß ich natürlich da eine etwas andere Auffassung habe, weil in dem Moment, wo wir die Frage Umwelt nicht auf lange Sicht dann auch mit der Frage Arbeitsplatz verbinden, die wirkliche Entscheidungswahl den Menschen heute einfach nicht klar wird. Man muß eben wissen, was die Prioritäten, wenn ich sie heute so setze, in zehn Jahren für das Gesamtumfeld der Lebensumstände bedeutet. Man darf das nicht kurzfristig nur für heute machen und sagen, das ist doch alles wunderbar, warum wollen wir eigentlich diese Straße bauen, oder dieses Kernkraftwerk bauen oder Ähnliches mehr.

Und jetzt nochmal zum Schluß zu dem Thema Dritte Welt. Da muß ich sagen, Herr Blüm, der Satz hieß ja nicht so, wie Sie ihn gesagt haben. Sie haben ihn verändert, haben dann gesagt, ich wäre dafür, daß er wieder so hineinkommt. Er hieß: „Jeder Arme ist unser Freund.“ (*Geißler*: Also, damit alle wissen, wovon wir reden: Das war ein Entwurf, wie er in der Kommissionsvorlage enthalten war. – *Unruhe. Diskussion.*) Darf ich dazu nur einmal sagen, also abgesehen von dieser Formulierung: Ich möchte nicht gerade den Umkehrschluß jetzt auch noch als Formulierung der CDU sehen. Ich meine, dann sind wir eigentlich wieder im 19. Jahrhundert. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich möchte aber dazu doch eines sagen, gerade weil Norbert Blüm hier die Frage auch auf eine andere ethische und religiöse Ebene gehoben hat; ich bin damit vollständig einverstanden. Ich bin nur der Meinung, daß eine Partei nicht die moralischen Entscheidungen des einzelnen in dieser Weise mit einer solchen Generalformulierung verallgemeinern kann. Es mag sein, daß das gerne heute in der Jugend gesehen wird, daß fehlende Religiosität und fehlendes persönliches Engagement jetzt plötzlich im politischen Bereich ersetzt wird. Ich bin aber sehr im Zweifel, ob man dieser Frage nun, weil man damit attraktiv werden kann in einem emotionalen Feld, als politischer Partei nachgehen kann. Denn im Letztendlichen kann das kein parteipolitischer, sondern das kann nur ein persönlicher Entschluß sein, wie weit jeder dieses zu seiner eigenen Grundsätzlichkeit macht, so viel zu helfen, wie nur irgend möglich, wenn es um Arme geht. Aber dieses als politisches Prinzip? Dazu kann ich nur sagen, wir haben Armut zu bekämpfen, aber das ist eine Frage von Personen und nicht von Parteien. Ich möchte ganz klar sagen, daß ich hier bei aller Anerkennung und Schätzung der moralischen Argumente eine parteipolitische Aussage auf dieser Ebene einfach für überhöht halte und sie irgendwo an der Wahrheit dessen, was Politik tun kann, vorbeigeht.

Späth: Über dieses Papier ist viel geredet worden. Ich möchte zunächst etwas zur Einleitung sagen. Wer den Leuten Zukunftshoffnungen geben will und die Leute gewinnen will, der sollte grundsätzlich, auch in einer schwierigen Zeit, Optimismus ausstrahlen

und damit Handlungsfähigkeit. Ich würde die Herausforderung annehmen. Ich würde auch gerne fragen, warum gehen wir eigentlich so ganz abstrakt jetzt an die Probleme ran? (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn ich als Delegierter dieses Papier lesen würde, würde ich mich furchtbar schwertun, mir überhaupt vorzustellen, was dieses Papier konkret soll, außer einem Diskussionsauftrag. Oder einem Arbeitsauftrag. Nur, wenn wir dem Parteitag sagen, jetzt beschließt doch mal diesen Arbeitsauftrag, dann müßte man in einigen Bereichen konkret werden, und wenn ich mich an Boppard erinnere, hat Gerhard Stoltenberg dort vier oder fünf Themen genannt. Und eigentlich sind wir in Boppard so vorgegangen, daß wir gesagt haben, dieses Papier von Boppard wollen wir eigentlich nicht so weiterverfolgen, wir wollen vier oder fünf Schwerpunktthemen konkretisieren.

Und die zweite Frage ist, ob wir keinen Anstoß geben. Ich habe am Sonntag ganz gegen meine sonstige Zeit mir mal unsere Parteiprogramme und Erklärungen durchgelesen und zum Beispiel festgestellt, daß, wenn man aus der Mannheimer Erklärung⁴³ – ich habe mir die durchgelesen – beispielsweise anfangen würde mit der Überlegung, wir haben doch die Positionen der Union, hier kommt dies zu sehr zum Ausdruck, wir stellen jetzt die großen Fragen an uns selbst, wir haben gerade die Wahl verloren, jetzt fangen wir an, uns zu fragen, wie wir die nächste Wahl gewinnen. Ich will das mal vereinfachen. Warum bauen wir nicht auf der Mannheimer Position beispielsweise in vier oder fünf Richtungen durchaus Thesen, wo wir uns auch selber hinterfragen? Bei der Sozialen Marktwirtschaft beschäftigt mich eine Frage immer mehr, ob etwa die internationale Rohstoffproduktion nicht von der Sozialen Marktwirtschaft mal beschrieben werden soll. Und zwar nicht in dem Sinne, daß die Entwicklung davon abhängt, wie gerade die Rohstoffspekulation in London erfolgt. Dazu kann ich also mit meinem Begriff von Sozialer Marktwirtschaft gar nichts sagen. Das ist zwar internationale Marktwirtschaft, hat aber mit den modernen Herausforderungen des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft, etwa im Sinne von Sozialpartnerschaft zwischen Arm und Reich, nichts mehr zu tun.

Also meine Frage, sollte man nicht sagen, ich will es mal ganz einfach sagen, hier haben wir eine Position, das ist die Position der Union. Die ist so beschlossen. Wir sind der Meinung, diese und diese Themen müssen jetzt aus dieser Position weiterentwickelt, vom Parteitag mal andiskutiert und dann als Arbeitsauftrag, den wir hier gemeinsam zu leisten haben, weiterentwickelt werden. Das hätte einen Vorteil. Ich sage mir, nur wenn die CDU eine Wahlforderung hat, macht sie eine neue Grundsatzdiskussion. Und dann findet sich ein neues Grundsatzgremium ein. Und zwar ganz einfach nach dem Prinzip, mit den letzten Grundsätzen haben wir die Wahl nicht gewonnen, so müssen wir neue Grundsätze finden. So würde ich es beschreiben als Außenstehender. Während wir doch eigentlich sagen, wir haben die richtigen Grundsätze gehabt, und jetzt wollen wir diese Grundsätze so umstellen, daß sie eine Annahme der Herausforderung der Umweltbedingungen der achtziger Jahre sind. (*Geißler: Steht ja da.*) Ich meine nur, das sticht da aus dem Ganzen ein bißchen zu wenig als Linienführung heraus. Zu wenig ein Ansatz für diesen Bereich Zukunftssicherung, Bildung, Arbeitsplätze, Familie. Und da haben wir ja schon Positionen. Im Grunde denke ich hier immer wieder, beauftragt das mal neu, die Grundsätze der Unionspolitik zu überdenken. Das ist eigentlich meine kritische Anmerkung zu dem Thema, und dann möchte ich es optimistischer. Denn während die Sozen die Gegenwart

43 „Unsere Politik für Deutschland – Mannheimer Erklärung“ vom 23. Bundesparteitag, 23.–25. Juni 1975 in Mannheim in Die CDU-Parteiprogramme S. 89–120.

verwalten, gestalten wir jetzt die Zukunft. Das muß ein bißchen präziser werden. Deren Kurzatmigkeit müssen wir jetzt eine Strategie entgegensetzen.

Geißler: Ich meine, ich muß jetzt – der Bundesvorstand hat ja nun die Verantwortung auf der Grundlage von Boppard – für den Parteitag eine Tagesordnung zu erarbeiten, die dann auch Grundlage der dortigen Diskussion sein kann. Und ich habe unsere Diskussion in Boppard so aufgefaßt, daß, was im Prinzip alle anderen hier auch schon gesagt haben, wir für den Bundesparteitag ein Arbeitsprogramm vorlegen wollten, in dem wir entsprechend dem Arbeitsplan von 1977, oder analog dazu, fragen, welche Themen schwerpunktmäßig diskutiert werden sollen. Der Arbeitsplan 1977, Herr Späth, ist viel nackter und ist im Grunde genommen ohne jede Analyse und ohne jede analytische Aufbereitung zusätzlicher Problematik, sondern stellt schlicht und ergreifend fest, der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, eine weiterführende Diskussion mit entsprechenden Ergebnissen einzuleiten zu Punkt a), b), c), d), e), f), g). Schluß, aus! Das ist ein Arbeitsplan. Und dann steht es dem Bundesvorstand frei zu sagen, das Thema eins behandeln wir auf dem nächsten Bundesparteitag, das Thema zwei machen wir mit einem Fachkongreß und das dritte landet beim Bundesparteiausschuß. So ist im Prinzip auch dieses Papier konzipiert. (*Unruhe. Diskussion.*) Lieber Herr Wissmann, ich bitte Sie doch einmal dringend, zu unterscheiden zwischen dem, was in dem Arbeitsprogramm gemacht werden kann, und dem, was auf dem Parteitag zeitlich zusätzlich noch geleistet werden kann an inhaltlicher Aussage. Die Sache wäre eine ganz andere, wenn wir einen dreitägigen Parteitag hätten. Nun haben wir uns aber entscheiden, einen zweitägigen zu machen und gleichzeitig in diesem Jahr noch einmal einen Sachparteitag zu machen, aus wohlwollenden Gründen, weil wir es ja für richtiger gehalten haben, nach ausreichender Vorbereitung wichtige Punkte profund abhandeln und beantworten zu können, als jetzt in einem Schnellschußverfahren im März zu zentralen Themen der Nation und der Welt irgendwelche Aussagen hinzulegen, die ja nachher nur allgemeiner Art sein können, wonach aber die Unzufriedenheit in der Partei um so größer ist, je allgemeiner und unverbindlicher nachher die Antworten sind.

Infolgedessen waren wir doch in Boppard so verblieben, daß wir uns unterhalten wollen über die Themen, die jetzt im Vordergrund stehen sollen. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, Nordrhein-Westfalen wird möglicherweise noch den einen oder anderen Akzent setzen wollen, möglicherweise die Sozialausschüsse oder die Frauenvereinigung oder die Junge Union. Und darüber soll ja dann auf dem Parteitag eine lebendige Diskussion geführt werden, über die Frage Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen, ist das Thema Wahlfreiheit nun ein richtiges Thema, oder muß stattdessen, was weiß ich, Sicherung des Generationenvertrages diskutiert werden? Es kann ja alles Mögliche bei dieser Diskussion herauskommen. Ich nenne es ja nur beispielhaft.

Ich kann das auch so machen, Herr Späth – das ist richtig, was ich mir eigentlich auch wünschen würde –, ich könnte eine Problemanalyse erstellen. Wobei nicht nur die Mannheimer Erklärung da herangezogen werden kann, sondern wir haben ja auch weiterführende Ergebnisse in den vergangenen Jahren gehabt. Die Mannheimer Erklärung liegt jetzt sechs Jahre zurück, und die Welt steht ja nicht still und ist nie stillgestanden, sondern wir haben in der Energiepolitik und in vielen Fragen weiterführende Ergebnisse gehabt. Nur, Herr Späth, das eine garantiere ich Ihnen, als Antrag des Bundesvorstandes ist die Arbeit nicht zu leisten, und zwar ganz einfach deswegen, weil es da natürlich

zusätzliche Bemerkungen und zusätzliche Analysen gibt, die dann möglicherweise in das Papier auch hineinmüssen, so daß das in Form eines Antrags eigentlich nicht gemacht werden kann. Was man aber machen kann, was wir in der Kommission auch erörtert haben, ist, daß wir anhand eines solchen Arbeitspapiers dem Bundesparteitag zum Beispiel Materialien an die Hand geben. Ein solches Material könnte ja zum Beispiel auch das Papier sein, das wir in Boppard und im Präsidium diskutiert haben. Die Mannheimer Erklärung, Auszüge, sonstige Beschlüsse, die wir zu bestimmten Themen gefaßt haben, könnte man als Material dem Bundesparteitag zur Hand geben. Das ist eine Möglichkeit. Dann brauchen wir uns im Bundesvorstand nicht über die Richtigkeit und die Vollständigkeit der Materialien zu unterhalten, wozu wir ja wahrscheinlich gar nicht kommen würden, weil ich eine solche Materialsammlung natürlich, wenn ich es vollständig machen will, nicht innerhalb der kurzgesetzten Frist erfüllen kann.

So daß eigentlich heute, wenn ich jetzt mal diese Zwischenbemerkung mir erlauben darf, es darauf ankommt, reduzieren wir dieses Papier noch mehr auf die nackte Aufgabe oder das nackte Arbeitsprogramm so wie 1977? Und streichen also alle Begründungen und Analysen heraus? Das kann man natürlich auch machen. Oder bringen wir, so wie es hier gemacht worden ist, eine kurzgefaßte Darstellung der Hauptprobleme, also Gegenwart und Zukunft, möglicherweise veränderte Bedingungen in den achtziger Jahren gegenüber der Situation, die wir in den vergangenen Jahrzehnten gehabt haben, machen gleichzeitig aufmerksam auf Grundsatzprogramm, Soziale Marktwirtschaft, und auf dieser Basis, wir wiederholen uns jetzt, wollen wir an die Lösung dieser Probleme herangehen. So ist eigentlich dieses Papier konzipiert.

Ich würde eigentlich die Empfehlung geben, wenn in dem Papier, wo wie es jetzt konzipiert ist, nichts wesentlich Falsches drinsteht in der Analyse und in der Grundsatzbeschreibung, es so zu machen. Vieles, was zum Beispiel angesprochen worden ist, ist Bestandteil wortwörtlich des Grundsatzprogramms, das einfach nochmal aufgeführt worden ist. Das war auch der Wunsch, um den Parteitagsdelegierten den Eindruck zu vermitteln, das, was man früher diskutiert und beschlossen hat, ist nicht vergebens gewesen, sondern das findet sich weiterführend auch in den späteren Beschlüssen wieder. Wir haben unsere Arbeit nicht umsonst gemacht, sondern das hat Hand und Fuß, was wir früher beschlossen haben, und das ist auch das, was Sie mit der Mannheimer Erklärung gemeint haben. Damit kann man weiter arbeiten zur Beantwortung der neuen Probleme, wenn also jetzt keine wirklich grundlegenden Einwände gegen die Analyse und die Grundsatzbeschreibungen vorgebracht werden. Ein Einwand war, es muß ein bißchen optimistischer gefaßt werden; das haben Sie auch gesagt. Das, glaube ich, ist in der Formulierung ohne weiteres zu leisten. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, daß man etwas optimistischer die Zustandsbeschreibung gestaltet, was unsere Möglichkeiten anbelangt. Und wenn wir zweitens der Auffassung sind, daß die Themen richtig genannt sind, die jetzt in den kommenden Jahren im Vordergrund zu stehen haben, dann würde ich fast meinen, weil wir ja zu einem Ergebnis kommen müssen, daß man es dann dabei belassen sollte, und alle, auch die Landesverbände, haben ja nun die Möglichkeit, zum Bundesparteitag alles, was notwendig ist, zu diesem Papier Ergänzendes und Kritisches und Weiterführendes zu sagen.

Es muß sich ja niemand letztlich, wenn er dem Papier zustimmt, mit Haut und Haar und Leib und Seele mit jedem Satz identifizieren als Mitglied des Bundesvorstandes,

sondern er identifiziert sich mit dem Arbeitsauftrag. D. h. Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen – und dabei stehen halt im Vordergrund Arbeitslosigkeit –, dann das Thema Mann und Frau – Wahlfreiheit – und drittens Ökonomie und Ökologie als die zentralen Gebiete der kommenden zwei Jahre. Und Bildungspolitik selbstverständlich, dann in der Außenpolitik der Nord-Süd-Konflikt. Damit würden wir uns eigentlich identifizieren, d. h., das würde der Bundesvorstand dann insgesamt für die Themen ansehen, die wir in den kommenden anderthalb Jahren zu bewältigen haben, so daß ich jetzt einmal die Frage stellen muß bei diesem Stadium der Diskussion, wie wir weiter verfahren sollen. Die Gefechtslage ist die, wir müssen ja eine Vorlage für den Parteitag machen. Die Antragsfrist läuft ab am 9. Februar. Das ist so tragisch nicht; wir können uns ja verständigen, daß auch nach der Antragsfrist Anträge zu dem Papier erarbeitet und eingebracht werden können. Das ist ein Problem, das man ohne weiteres lösen kann. An Verfahrensvorschriften braucht man die Sache nicht scheitern zu lassen. Aber wir sollten, glaube ich, schon dafür Sorge tragen, daß wir innerhalb der nächsten 14 Tage das Papier verschicken können, damit die Parteitagsdelegierten und die Kreisverbände und die Landesverbände und die Vereinigungen ausreichend Zeit haben, etwas zu sagen.

Wir sollten uns jetzt vielleicht doch nochmal darauf konzentrieren auf die Frage, werden jetzt grundlegende Einwendungen erhoben? Wenn ja, dann muß das jetzt gesagt werden. Und wenn das der Fall ist, daß man dann einer Kommission noch einmal den Auftrag gibt, in diesem Sinne die Sache zu verbessern, daß aber dann das Papier als Arbeitsplan, als Arbeitsprogramm des Bundesvorstandes an die Parteitagsdelegierten verschickt werden kann. Sonst bleibt nur die Alternative übrig, daß wir in der Bundesvorstandssitzung Ende Februar, das wären dann drei Wochen vor dem Parteitag, uns mit dem Papier noch einmal beschäftigen, was man auch kann. Wir müßten dann allerdings in Kauf nehmen, daß wir auf dem Parteitag etwas Diskussion bekommen, denn dann läuft das Papier raus, und dann kriegen es die Delegierten und die Kreisverbände 14 Tage vor dem Parteitag. Das würde ich nicht für sehr gut halten, weil dann die Vereinigungen und die Kreisverbände dazu nicht mehr richtig Stellung nehmen können, so daß ich eigentlich jetzt nochmal die Frage stellen möchte, verfahrensmäßig, sind wirklich prinzipielle Einwendungen vorhanden? Wenn nicht, daß wir das, was redaktionell und inhaltlich angemerkt worden ist, dann in einer Kommission aufarbeiten und daß Sie sozusagen die Kommission dann beauftragen, das Papier fertigzustellen und daß wir es dann an die Delegierten verschicken können. Darauf möchte ich es eigentlich jetzt konzentrieren, weil wir ja zu einem Ergebnis kommen müssen.

*Diepgen*⁴⁴: Ich möchte hier mal gleich anschließen. Ich glaube, materiell besteht ja weitgehend Einigkeit über die Mißstände, die hier bestehen. Worüber diskutiert wird, ist das Mißverständnis, das durch das Papier einfach erweckt wird, hier handele es sich um eine Fortschreibung von Grundsatzprogrammen, eine Interpretation von Grundsatzprogrammen oder Grundsatzbeschlüssen der Partei. Ich finde, genau dies ist das Verkehrte, denn in einem solchen Papier kann weder die Fortschreibung unserer Grundsatzdiskussion betrieben werden, noch eine vernünftige Analyse der gegenwärtigen Situation. Insofern bin ich der Auffassung, das, was 1977 gemacht worden ist, d. h. ein nackter Auftrag

44 Eberhard Diepgen (geb. 1941), Rechtsanwalt; 1971–2001 MdA Berlin (1980–1984 und 1989–1991 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1983–2002 Landesvorsitzender der Berliner CDU, 1984–1989 und 1991–2001 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1999–2001 auch Senator für Justiz.

in Hinblick auf die wichtigsten Themen, das ist das Richtige. Ein nackter Auftrag, der einmal sagt, wir sind auf der Grundlage unserer Beschlüsse, unserer wertbezogenen Programme in der Lage, Probleme der heutigen Zeit zu lösen, den Anforderungen und Ängsten zu entsprechen. Dies ist alles aufzulösen. Und hierzu müssen einige Themen weiter von uns vorbereitet werden, und hierzu erhält der Bundesvorstand den Auftrag, insbesondere erstens, zweitens, drittens, viertens zu behandeln. Zwei Seiten maximal, meinetwegen anderthalb Seiten. Das reicht völlig aus, um diese ganze Diskussion zu beenden, die wir geführt haben, die nämlich wirklich in die Irre führt. Ich muß Ihnen gestehen, ich habe diesen Eindruck; es war für mich ein großer Vorteil, in Boppard nicht dabei gewesen zu sein. So bin ich nämlich in der Lage, hier vielleicht das auf den Kernpunkt zu reduzieren und nicht immer Diskussionen aufzuarbeiten, die in Boppard waren und die offensichtlich zu Mißverständnissen geführt haben. Aber das kann der Parteitag ja auch nicht. Deswegen ist der nackte Beschluß sicherlich das Richtige. Ich warne auch davor, nur eine Kommission zu beauftragen, redaktionell zu verändern. Die Mißverständnisse, die hier heute zu dieser langen Diskussion geführt haben, Verstoß gegen Gebot 7a hat Herr Luhmann⁴⁵ es genannt, du sollst nicht stehlen deines nächsten Zeit, würden genau auf den nächsten Parteitag wieder auftauchen.

Worms: Ich kann mich dem auch anschließen, wenn wir einen kleinen Vorspann machen. Im übrigen würden wir die Themen in der Reihenfolge, wie sie hier genannt werden, aus der Sicht des Rheinlandes voll übernehmen können. Es bleibt uns überlassen, dann zu dem einzelnen Thema – das habe ich Ihnen geschrieben, das werden wir auch tun, nochmal die Diskussion verbreitert zu führen, so daß nachher das Ergebnis zusammengefaßt werden kann in einen Handlungsauftrag, über den dann der Bundesvorstand noch diskutieren muß, wohin das führt. Unsere Bitte ist nur, daß II.4, das würden wir sonst beantragen, erhalten bleibt, sprich, der im Herbst vorgesehene vorgesehene Parteitag, wo wir dann unter den Zukunftschancen der Jungen Union uns auch mit Bildungspolitik auseinandersetzen.

Wex: Ich wollte jetzt nur fragen und zusammenfassen, können wir uns denn so verständigen, daß wir Themen herausgreifen, die für die Wahrung unser politischen Chancen nötig sind, und im Arbeitsprogramm nicht alles aufführen, was wir schon haben, sondern nur Punkte, an denen wir unsere Perspektive entwickeln können. So ist es doch gedacht, die Eingrenzung vorzunehmen, Herr Geißler, auch auf Grundlage dieses Papiers.

Koch: Ich möchte hierzu Folgendes sagen. Einige Mißverständnisse könnten ausgeräumt werden. Im Grundsatz sollten wir aber dazu stehen, worüber wir in Boppard lang und breit geredet haben. Wir können als Bundesvorstand auch nicht alles perfektionistisch darlegen. Frau Dr. Wex hat heute gesagt, daß ein Rechenschaftsbericht abgegeben werden muß vom Vorstand, da wird chronologisch sicherlich aufgezeigt, wie das im einzelnen war in der Legislaturperiode. Das höchste Gremium der Partei ist der Parteitag, wo die Delegierten noch etwas sagen können und in der Diskussion auch in den einzelnen Sparten aufzeigen können, wie man was ändert. Wenn wir alles perfektionistisch darlegen – das kenne ich von anderen Institutionen auf Bundeskongressen –, käme der Vorstand in die Lage, daß er perfektionistisch die Weisheit nur für sich gepachtet habe und die anderen zu schlucken haben, was da oben vorgetragen wird. Dieser Meinung bin ich nicht. Ich bin

45 Niklas Luhmann (1927–1998), Jurist, Soziologe; 1968–1993 Professor für Soziologie in Bielefeld.

also der Meinung, bei einigen Änderungen, die hier dargelegt wurden, sollte man das hier so machen; dieses Papier ist lediglich, wie Sie gesagt haben, Herr Dr. Geißler, eine Vorlage.

Ich hätte aber noch etwas – das mag vielleicht eine Nebensache sein – und zwar hat mir auf dem Parteitag in Kiel und ebenfalls in Berlin die Sitzordnung mißfallen. Ich kenne von allen Institutionen, daß oben das Präsidium und auch der Vorstand sitzt, und ich bitte darum, daß diesmal auf dem Parteitag in Mannheim das genau so gemacht wird. Das dokumentiert auch die Einheit der Union. Ich halte es nicht für gut, wenn das eine oder andere Vorstandsmitglied irgendwo im Saal sitzt, womöglich hinten als Delegierter; wenn er dann aufgefordert wird, auch aus seinem eigenen Bezirk, kann er noch nicht mal Stellung nehmen. Wenn ich auf Gewerkschaftskongressen oder anderen Kongressen bin, dann sitzt oben der Vorstand, und da kann man sich schnell absprechen, ob der eine oder der andere zu den Fragen Stellung nimmt. Deshalb halte ich es für richtig – ich bitte also dringend darum –, daß die Organisation es so macht, daß der Vorstand und auch das Präsidium oben sitzt.

Geißler: Darf ich jetzt einen Vorschlag machen, wir müssen ja zu einem Ergebnis kommen. Wir können ein nacktes Arbeitspapier machen. Das ist natürlich nicht so ganz schön, weil da steht, der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, zu dem Thema weiterführende Diskussionen und Entscheidungen herbeizuführen, Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen, dabei konzentriert sich die Aufgabe besonders a) Vollbeschäftigung b) Frau und Mann und c) Ökonomie und Ökologie. Römisch II Nord-Süd-Konflikt, drittens die Bildungsgeschichte, fünftens Europa oder wie auch immer. Das ist natürlich ein bißchen mager, das muß ich schon sagen. Wenn der Bundesvorstand der Auffassung ist, daß man es so machen sollte, in Ordnung. Ich würde versuchen, einmal einen Mittelweg zu finden, der darin bestehen könnte, daß man das, was Sie, Herr Diepgen, gesagt haben, in dem Papier nochmal zum Ausdruck bringt und wir Analyse und Grundsatzposition von dem eigentlichen Auftrag noch etwas absetzen, was ja eigentlich schon der Fall ist, was man aber etwas deutlicher formulieren kann. In dem Vorspann und in der Analyse steht überhaupt nichts drin, was nicht eigentlich unbestritten wäre, sondern es hat seinen Sinn nur darin gehabt, daß es hier reingeschrieben worden ist, um deutlich zu machen, daß wir in die schwierige Lage nochmals hineingehen auf der Basis eines breit diskutierten und schon erarbeiteten grundsätzlichen Konzepts, nämlich des Grundsatzprogramms, und unserer Aussagen zur Sozialen Marktwirtschaft. Es ist hier gesagt, damit heute sozusagen der optimistische Aspekt nochmal zum Ausdruck gebracht wird. Können wir so verbleiben, daß wir im Prinzip dieses Papier akzeptieren, und daß wir – wir haben am 9. Februar eine Präsidiumssitzung – unter Berücksichtigung der Diskussion, die hier geführt worden ist, das Präsidium bevollmächtigen, den endgültigen Antrag zu erarbeiten, so daß wir dann am 9. Februar das Papier wegschicken können? Dann ist es Mitte der Woche bei den einzelnen Kreisverbänden, und dann können die Vereinigungen und die Kreisverbände, wenn sie das wollen, zu diesem Papier noch bis zum Bundesparteitag Stellung nehmen; das sind dann noch dreieinhalb Wochen Zeit. Wir würden die Kreisverbände und die Vereinigungen darauf aufmerksam machen, daß dann in dieser Woche eine Vorlage kommt, und sie ihre Sitzungen tunlichst dann auf das darauffolgende Wochenende legen, um zu diesem Papier noch Stellung nehmen zu können.

Das ist jetzt, glaube ich, ein Vorschlag, der vernünftig ist; eine Kommission ist immer ein bißchen schwieriger. Wer soll jetzt da in die Kommission rein? Wir haben eine Sitzung des Parteipräsidiums am 9. Februar, wir würden das dann noch einmal überarbeiten und dann dieses Papier als Vorlage des Bundesvorstandes – Sie müßten das Präsidium dazu bevollmächtigen, daß das Präsidium diese Aufgabe übernimmt – dem Bundesparteitag zusenden. Können wir so verbleiben, dann würde ich diesen Antrag jetzt zur Abstimmung bringen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. Dankeschön, Gegenprobe, Stimmenthaltung, dann ist das jetzt so beschlossen. Die Beschlußfähigkeit hat niemand angezweifelt.

Meine Damen und Herren, jetzt darf ich noch kurz um Geduld und Aufmerksamkeit bitten. Wir haben die Fachausschüsse, das haben wir beschlossen. Ich glaube, die offizielle Tagesordnung des Bundesparteitages kann man als genehmigt unterstellen, da ergab sich ja kein Widerspruch, dann können wir das auch abhaken. Ich glaube, sonst sind alle entscheidungsreifen Punkte erledigt. *(Kohl betritt wieder den Raum.)*

Wir sind jetzt im Sinne des Papiers so verblieben – wir haben ja am 9. Februar eine Präsidiumssitzung –, daß jetzt im Lichte dieser Diskussion, wie sie im Bundesvorstand geführt worden ist, dieses Papier noch einmal redaktionell und in dem einen Punkt auch inhaltlich überarbeitet wird, und daß das Präsidium bevollmächtigt wird, im Namen des Bundesvorstandes dann den endgültigen Antrag zu verabschieden, so daß wir vier Wochen vor dem Bundesparteitag diesen Antrag den Parteitagsdelegierten zusenden können. Wir informieren von der Parteizentrale aus heute oder morgen die Kreisverbände und die Vereinigungen, daß in der Woche vom 9. bis zum 16. Februar der Antrag den Vereinigungen und den Kreisverbänden zugesandt wird, so daß sie meinetwegen an dem darauffolgenden Wochenende ihre Sitzungen abhalten können, um zu dem Antrag Stellung zu nehmen, wobei wir davon ausgehen, daß das alles stillschweigend in der Vereinbarung geschieht, daß die Nichteinhaltung der Antragsfristen, die damit verbunden ist, nicht beanstandet wird.

Kohl: Und das gilt dann auch für den Wohnungsbauteil? Das ist wichtig, weil wir da in einer ähnlichen Lage sind. Ich habe speziell die Berliner Dinge dabei immer im Auge, zumal ich vermute, daß wir vor dem Parteitag, was Berlin betrifft, noch in der Fraktion reden.⁴⁶ Das war's. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

⁴⁶ Am 17. Februar 1981 (Protokoll in ACDP 08-001-1063/1).

Bonn, Montag 16. Februar 1981

Sprecher: Biedenkopf, Blüm, von Bismarck, Dingerkus, Echternach, Gaddum, Geißler, Jahn, Kiep, Kohl, Lorenz, Neumann, Orgaß, Späth, Stoltenberg, von Weizsäcker, Waffenschmidt, Wex, Wissmann, Wörner.

Politische Lage. Vorbereitung 29. Bundesparteitag. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.15 Uhr

Kohl: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf unsere Bundesvorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich bitte sehr um Ihr Verständnis, daß wir versuchen sollten, um 13.45 Uhr – ich nehme an, das stößt auf allseitige Zustimmung – die Sitzung abzuschließen. Aus diesem Grunde glaube ich auch, daß es heute richtig ist, wenn wir den Tagesordnungspunkt 1 nicht sehr breit ausdehnen, zumal wir uns ja, wenn ich mich umschaue, in den diversen Gremien in den letzten Tagen nahezu alle schon mehrfach gesehen und die aktuelle politische Lage erörtert haben. Darf ich vorher noch fragen, gibt es Wünsche zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall, dann lassen wir die Tagesordnung so bestehen.

POLITISCHE LAGE

Ich will dann zu Punkt 1 ein paar kurze Bemerkungen machen. Erstens, zur Lage in der SPD: Ich gehe davon aus nach allen Informationen, nach dem, was Sie auch selbst lesen, aber auch nach dem, was man sozusagen hinter den Kulissen hört, daß die Beruhigungsaktion des Bundesparteiorgans der SPD keinen wesentlichen Erfolg hatte.¹ Die Debatte geht eigentlich jetzt von der Basis her unvermindert weiter, eine ganze Reihe von Bundestagskollegen haben mir in diesen letzten drei Tagen berichtet für ihren jeweiligen Wahlkreis, was ja viel interessanter ist, inwieweit dort die Kreisverbände Position beziehen. Und hier kann man sagen, von Nord bis Süd ist es ziemlich eindeutig, daß die Linken zunehmend innerhalb der Partei, selbst in Regionen, wo man es kaum für möglich hält, Zuwachs bekommen, Mehrheiten besitzen und sie auch entsprechend deutlich machen. Man kann nicht glauben, daß das ein Problem der Jusos ist. Es ist kein Zufall, daß etwa Herr Meinecke² jetzt in München aufgetreten ist beim bayerischen Verband der Jusos; auch in der bayerischen SPD gibt es durchaus solche Tendenzen. Das heißt, wir haben jetzt dafür zu sorgen, daß diese Nahtstellen der Partei wie auch der Koalition offenbar werden. Wir haben in der letzten Sitzung vor acht Tagen im Parteipräsidium einen

1 Der SPD-Parteivorstand war wegen der parteiinternen Querelen am 11. Februar 1981 zu einer Sondersitzung zusammengetreten (vgl. dazu „Der Spiegel“ vom 16. Februar 1981: „SPD: Der Friede ist brüchig“).

2 Rolf Meinecke (1917–1984), Arzt; 1957–1965 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1965–1980 MdB.

eingehenden Bericht von Gerhard Stoltenberg über die zu erwartenden Auseinandersetzungen in Brokdorf am Samstag in acht Tagen gehört.³ Gerhard, vielleicht kannst Du im Anschluß an meine Ausführungen einige Informationen hier noch weitergeben auch in diesem Kreis.

Ich will heute in meiner Erklärung, die ich nach der Sitzung veröffentliche, das Wort aufnehmen, das der Bundeskanzler in einem Interview⁴, das am Freitag ausgestrahlt wurde, gesprochen hat, nämlich, daß er auch zu dem Mittel, die Vertrauensfrage zu stellen, greifen wird in konkreten Fragen der Politik. Ich möchte ihn also auch von unserer heutigen Bundesvorstandssitzung aus auffordern, daß er seine Energiepolitik nun im Deutschen Bundestag klarstellt und daß er da dann eine Abstimmung herbeiführt, damit jedermann sieht, wie diese Energiepolitik abgesichert ist. Ich will diesen Weg der öffentlichen Aufforderung auch beschreiten, weil leider die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags der Natur ist, daß wir etwas, was jeder Landtag in der Bundesrepublik leicht erreichen kann, nämlich ein Sachthema auf die Tagesordnung zu setzen und zur Abstimmung zu kommen, bei uns nahezu nicht möglich ist. Wir haben immer die Situation, daß dann das von der Mehrheit in den Ausschüssen versenkt wird und dann zu einem Zeitpunkt aus dem Ausschuß wieder aufkommt, wo kein Mensch an dem Thema interessiert ist. Meine Vorstellung ist, daß wir gerade auch wegen der Demonstration in Brokdorf den Versuch unternehmen, im Laufe des März, spätestens im April, je nachdem, wie es sich aus der Geschäftslage des Hauses macht, zu einer breiten Energiedebatte im Bundestag kommen und daß wir dort eben trommeln, daß darüber dann auch abgestimmt wird. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Der zweite Punkt, den ich heute hier ansprechen möchte, ist die große Offensive, die draußen im Lande zu dem Thema „Frieden“ läuft, „Frieden ohne Waffen“ und all das, was in diesem Zusammenhang anzusprechen ist. Wir hatten gemeinsam mit dem Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises am vergangenen Montag ein, wie ich fand sehr gelungenes und geglücktes Gespräch mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland.⁵ Bei dieser Gelegenheit ist das Thema auch sehr intensiv erörtert worden. Es ist gar keine Frage, daß die Aufforderung der Synode der Evangelischen Kirche in Osnabrück im November⁶ inzwischen in den Gliedkirchen der EKD Wirkung gezeigt hat mit diesen Gemeindefestwochen, die in einzelnen Kirchengemeinden abgehalten werden zum Thema „Frieden“. Zum Thema selbst zeigt sich, darüber muß man sich im klaren sein, eine erhebliche Unterwanderung in beiden Kirchen aus dem linken Lager. Es ist beileibe nicht nur so, daß dies ein Thema ist der Evangelischen Kirche. Wenn Sie die einzelnen Gemeinschaften der katholischen Jugend in Deutschland betrachten und zwar der verschiedensten Arten, ob das ND-Gruppen sind, ob das Pfadfindergruppen sind, ob das ganz einfach Gemeindejugend ist, in all diesem Zusammenhang stellt sich das Problem, daß eben Friede ohne Waffen mit einem beinahe radikalen Pazifismus in die Bürgerschaft hinein-

3 Trotz Demonstrationsverbots beteiligten sich ca. 100.000 Teilnehmer an der Protestkundgebung am 28. Februar 1981 gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf; es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei mit zahlreichen Verletzten.

4 In der ARD-Sendung „Bericht aus Bonn“ vom 13. Februar 1981 (BPA-Nachrichtenabt. Ref. II R 3). Vgl. auch „Hamburger Abendblatt“ vom 16. Februar 1981: „Manchmal habe ich die Nase voll“.

5 Am 9. Februar 1981 (ACDP 01-007-1561).

6 Am 17. November 1980 (EPD Dokumentation 50/80).

getragen wird. Wir werden uns dieses Themas, ich will es auch in meiner Rede auf dem Parteitag ansprechen, besonders annehmen müssen. Denn wir dürfen nicht zulassen, daß jetzt eine Verfälschung im Land erfolgt, die, die für die Bundeswehr sind, das ist dann am Ende noch die CDU/CSU und ein Teil der FDP, sind für den Krieg und die, die gegen die Bundeswehr laufen und gegen die allgemeine Wehrpflicht und für eine Gewissensfreiheit, die Abstinenz von der Bundeswehr bedeutet, sind für den Frieden. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eine solche Fragestellung auf die Dauer nicht nur im Psychologischen, sondern auch im Tatsächlichen von Wahlentscheidungen gegen uns läuft.

In diesem Zusammenhang ist natürlich noch zu erwähnen, daß die Bundeswehr gegenwärtig alles andere als werbewirksam auf junge Leute wirkt. Da ist zunächst einmal die überfällige Klage vieler junger Leute über den Gammeldienst, der sich dort von Jahr zu Jahr verstärkt abspielt. Ich sage das nur hier in diesem Kreis, manchmal hat man fast den Eindruck, daß die, die solche Dienstanordnungen rausgeben, eigentlich gegen die Bundeswehr arbeiten, entweder aus Dummheit oder aus Perfidie. Denn gerade junge Leute, die bereit sind, ihren Dienst zu tun, werden mit der Zeit ihrer Dienstzeit zu engagierten Gegnern der Bundeswehr umfunktioniert und zwar aufgrund der tatsächlichen Erfahrungen, die sie dort gemacht haben. Wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß es natürlich ausgerechnet in diese Debatte hinein, das hat zwar an sich gar nichts miteinander zu tun, enorm negativ für die Bundeswehr wiegt, obwohl die Bundeswehr gar nichts dazu kann, daß sich jetzt ein solch heilloses Durcheinander auf der Hardthöhe⁷ im Blick auf das Projekt Tornado abspielt. Wir werden morgen in der Fraktion die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, sprich die Übernahme der Rechte des Untersuchungsausschusses durch den ständigen Verteidigungsausschuß beschließen. Das, was in diesen Tagen jetzt noch zusätzlich, einige wußten das ja schon vorher, über das Verhalten von Herrn Apel⁸ im Blick auf die Finanzierung dieses Waffensystems bekannt geworden ist, flößt natürlich der Bürgerschaft kein Vertrauen im Blick auf die Bundeswehrführung ein und verleiht der ganzen Sache einen weiteren Autoritätsverlust.

Wie ich überhaupt glaube, daß wir jetzt in eine Phase kommen angesichts der sich mehrenden Hausbesetzungen und anderer Übergriffe ohne jede Folge für die, die diese Übergriffe veranstalten, daß die Tendenz, daß diese Republik nicht mehr fähig ist, rechtsfreie Räume zu beseitigen, draußen Wirkung zeigen wird, daß, wie auch manche Berichte deutlich zeigen, der zwar geringfügige – aber immerhin – Zulauf im rechtsradikalen Lager gemessen an früheren Jahren, ich will das ausdrücklich unterstreichen, ein bißchen etwas damit zu tun hat, daß sich dieser Staat nicht mehr als ein Staat mit selbstverständlich demokratisch legitimierter Autorität darstellt. Das alles ergibt eine Stimmungslage, die außerordentlich ernste Bezüge hat, und ich glaube, wir sollten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, was das für unsere praktische Arbeit in der

7 Sitz des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn. – Die Finanzierungslücke des Mehrzweckkampfflugzeugs „Tornado“ deckte erhebliche Defizite in der Planungsfähigkeit des Bundesverteidigungsministeriums auf. Der als Parlamentarischer Untersuchungsausschuß sich konstituierende Verteidigungsausschuß legte am 12. März 1982 seinen Bericht vor (BT Drs. 9/1465).

8 Hans Apel (1932–2011), Kaufmann, Nationalökonom; 1965–1990 MdB (SPD), 1972–1974 Parlamentarischer Staatssekretär beim Auswärtigen Amt, 1974–1978 Bundesminister der Finanzen, 1978–1982 der Verteidigung. – Zur Tornado-Affäre vgl. „Die Zeit“ vom 27. Februar 1981: „Planen – eine Kunst“.

Partei auch draußen und hier für die Ländergruppe der CDU/CSU im Bundesrat und für die Bundestagsfraktion bedeutet.

Ein Letztes, was ich sagen will, ich will dazu morgen eine Erklärung abgeben, weil ich fürchte, heute geht es unter, aber es muß wenigstens hier jedermann als Merkposten in Erinnerung gerufen werden: Ton und Formulierungen des Herrn Honecker in diesen Tagen vor einer großen Funktionärskonferenz in Ost-Berlin sind mehr als bemerkenswert zu dem Thema „Deutsche Wiedervereinigung“.⁹ Herr Honecker hat mit Klartext, ich sage es mit meinen Worten, dort gesagt, diejenigen – das ist die übliche Diffamierung für die, die in der Bundesrepublik für Wiedervereinigung eintreten – seien vor allem sozusagen Rechtsradikale, die aber weniger an die Einheit der Nation als an die eigene Brieftasche denken würden. Und er hat dann mit einer unübersehbaren Drohgebärde gesagt, daß ja der Tag, ich sage es mit meinen Worten, näher rückt, an dem die Arbeiterschaft und der Sozialismus in der Bundesrepublik die Republik übernimmt, und dann würde sich die Frage der Einheit der Nation neu stellen und über das Votum der DDR könne dann in einem solchen Fall kein Zweifel sein. Ich finde, diese Diskussion muß von uns aufgenommen werden und zwar ganz offensiv, weil, soweit ich sehen kann, außer der Union überhaupt niemand in der Lage ist, diese Diskussion zu führen. Und weil es ja auch ein hohes Maß an Zynismus beinhaltet, daß in einem Augenblick, in dem der polnische Gewerkschaftsführer¹⁰ mit klagendem Unterton die Massen in Polen aufruft, jetzt sich einigermaßen friedlich zu verhalten, weil sonst die sowjetische Intervention erfolgt, zu einem Augenblick, wo der Bankrott des Regimes in Polen offenbar ist, wo wir wissen, daß sowohl in der Sowjetunion als auch anderswo Reaktionen ähnlich wie in Polen stattfinden, nicht nur unter Studenten, daß in einem solchen Augenblick Herr Honecker in diese Tonart verfällt. Und das wiederum zum gleichen Zeitpunkt, indem ja hier aus dem sozialdemokratischen Lager signalisiert wird, man müsse nun die Verhandlungen wieder neu aufnehmen und müsse also die Tendenz der Normalisierung weiter vorantreiben.

Das sind die drei Bemerkungen, die ich in diesem Zusammenhang hier gerne machen möchte, weil ich glaube, daß das von uns zum jetzigen Zeitpunkt nach draußen deutlich gemacht wird. Im Bundestag werden wir am Donnerstag und am Freitag den Jahreswirtschaftsbericht¹¹ diskutieren. Im Rahmen dieses Berichtes wird also sehr intensiv und sehr stark auch das Thema der Arbeitslosigkeit und des Verfalls der wirtschaftlichen Substanz, insbesondere der Leistungssubstanz, deutlich werden. Damit hier keine falschen Zungenschläge ansonsten aufkommen: Wir werden vermutlich Ende März, ich glaube am 20., wenn ich das richtig in Erinnerung habe, den ersten Durchgang der Mitbestimmungsgesetze der Bundesregierung im Bundestag haben. Und der Bundesrat wird ein paar Tage vorher zunächst beraten. Es wird heute der Fraktionsvorstand eine Kommission vorschlagen, wie wir sie vereinbart hatten seinerzeit, in der, und das dürfen Sie mir so abnehmen, wirklich alle Gruppen dabei sind, und wir werden dann über diese Kommission, die unter der Leitung von Walther Leisler Kiep und Norbert Blüm, den beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, stehen soll, mit dem Bundesverband der Arbeitgeberverbände,

9 XIV. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED-Berlin, vom 14.–15. Februar 1981 (Neues Deutschland vom 16. Februar 1981; „Der Spiegel“ vom 23. Februar 1981: „Honeckers Schwenk“).

10 Lech Wałęsa (geb. 1943), Elektriker; 1980–1990 Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarność, 1990–1995 Staatspräsident Polens, 1983 Friedensnobelpreis.

11 Jahreswirtschaftsbericht 1981 der Bundesregierung (BT Drs. 9/125 vom 29. Januar 1981).

dem BDI, wie auch mit den Gewerkschaften sprechen. Die Grundfrage, die ich heute hier nicht zur Debatte stelle, wir werden auch im Bundesvorstand darüber noch reden können, ist lediglich, ob die Union einen eigenen Vorschlag einbringt oder nicht. Es ist nicht fraglich, daß wir die Vorlage ablehnen, die vorliegt, es ist nicht fraglich, daß wir zu dieser Vorlage uns auch nicht der Stimme enthalten, wir werden auf alle Fälle die Vorlage ablehnen. Es ist einfach die Frage, lehnen wir die Vorlage ab mit einer Begründung oder lehnen wir die Vorlage ab mit einem eigenen Gegenvorschlag?¹² Hier gehen die Meinungen noch hin und her, und ich finde, das muß dann in aller Ruhe untereinander besprochen werden und zwar in einer Weise, daß, das füge ich ganz klar hinzu, ein einmütiges Votum herauskommt. Ich bin sonst nicht einer, der der Auffassung ist, die Fraktion muß in allem und jedem völlig geschlossen abstimmen. Aber ich halte überhaupt nichts von einer Politik in dieser Frage, an deren Ende womöglich dann steht, daß Teile der CDU und Teile der SPD zusammen stimmen, wobei es ziemlich gleich ist für mich, ob das in der CDU eine Minderheitenmehrheit ist oder eine starke Minderheit dann sein wird oder eine schwache Mehrheit oder umgekehrt. In beiden Fällen bieten wir ein miserables Bild. Die Lage ist innerhalb der Koalition bis zum Zerreißen angespannt, so daß ich glaube, daß es einfach ein Akt exemplarischer Torheit wäre, die Chancen, die der Union sich hier bieten, nicht wahrzunehmen. Die Chance sehe ich darin, daß die Union ein geschlossenes Bild in der Sache gibt, und ich sehe nicht die Chance darin, daß wir ein möglichst zerrissenes Bild darbieten. Die Diskussionsfähigkeit der Partei und auch der Fraktion zeigt sich in vielen Punkten sehr deutlich; dieser Punkt ist ganz gewiß in der jetzigen Situation kein besonders günstiger Gegenstand.

Diese Passage zum Thema „Mitbestimmung“ will ich hier also mehr aus Gründen der Information Ihnen hier übermitteln, damit Sie sehen, in welcher Weise der Gegenstand in der Bundestagsfraktion behandelt wird. So viel von mir aus zur Einführung.

Lorenz: Ich will ein paar Worte sagen zu der Tatsache, daß Herr Honecker in der letzten Zeit mehrfach, man kann eigentlich sagen, jede Woche einmal, sich zu Wort meldet und dabei so eine Art Doppelstrategie praktiziert. Einmal erklärt er unentwegt, er sei der Meinung, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland notwendig wäre und daß man bald wieder dahin kommen müsse, wieder über solche Dinge zu sprechen. Und auf der anderen Seite erklärt er zu den bestehenden Abgrenzungspraktiken, daß die eigentlich aufrechterhalten oder sogar verstärkt werden müßten. Er sagt also beispielsweise, die Sache mit dem Zwangsumtausch sei doch angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung völlig gerechtfertigt, im Gegenteil, man müsse eigentlich noch einen viel höheren Zwangsumtausch nehmen. Ich finde, daß die Bundesregierung und wir insgesamt darauf viel zu wenig reagieren. Ich bin der Meinung, wir sollten erstens ganz deutlich machen, das also auch der Weltöffentlichkeit sagen, daß menschliche Begegnungen neben der Sicherung des freien Berlins im Grunde das eigentliche wirklich große Interesse ist, was wir haben bei unseren Beziehungen zur DDR. Und selbst wenn man von einem Interessenausgleich spricht, den ja auch der Herr Honecker angeblich herbeiführen will, daß dann unser Interesse eklatant und existentiell

12 Vgl. Stellungnahme des BDI vom 31. März 1981 zum Regierungsentwurf in Protokoll Nr. 10 des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung und die Stellungnahme des Bundesrats in BT Drs. 9/235, Antrag der Fraktion der CDU/CSU (Drs. 9/241), Montan-Mitbestimmungsänderungsgesetz vom 21. Mai 1981 (BGBl I S. 441).

nicht mehr gewahrt ist, wenn es keine menschliche Begegnung mehr gibt. Das heißt, alles, was wir in der DDR zu leisten bereit sind, ihr entgegenzukommen bereit sind usw., wird für uns uninteressant, wo unser Interesse nicht mehr im Spiel ist. Und das, finde ich, sollte man eben deutlich sagen.

Das zweite ist die Sache, die Helmut Kohl hier aufgeworfen hat, das ist außerordentlich interessant. Wir wissen zwar schon seit langem, daß Erich Honecker sagt, es gibt eine sozialistische deutsche Nation und eine kapitalistische deutsche Nation, und von der einen deutschen Nation kann man nicht mehr reden. Aber, wenn er also jetzt deutlich für möglich hält, daß der Sozialismus eines Tages auch uns hier erobert, dann zeigt er eben, daß er doch von der Existenz eines deutschen Volkes ausgeht. Und daran sollte man ihn aufhängen, würde ich sagen. Man sollte also versuchen, in der Öffentlichkeit mit ihm zu diskutieren. Wir haben jetzt eine Klausurtagung in unserer Arbeitsgruppe, und da gibt es ein Papier, in dem unter anderem ein Vorschlag gemacht wird, der da diskutiert werden soll, ob wir nicht von uns aus wieder so etwas wie ein Diskussionsforum mit der anderen Seite vorschlagen sollten, das über die Medien ablaufen kann. Das müßte natürlich eine Vereinbarung voraussetzen. Nun mache ich mir keine Illusionen, daß Herr Honecker das zur Zeit sicher nicht herbeiführen will. Aber auf der anderen Seite finde ich, daß wir offensiv auch unserem eigenen Volk gegenüber solche Vorschläge vertreten und weiter in geeigneter Weise in Deutschland publizieren und besprechen sollten, damit wir also nicht dem Honecker dauernd überlassen, jetzt, nachdem er schon ohnehin die deutsche Geschichte für sich in Anspruch nimmt und das viel konsequenter betreibt, als wir das hier machen, dann nun auch noch vielen Menschen in unserem Land hier, im freien Teil Deutschlands, die Vorstellung nahezubringen, als ob tatsächlich der Honecker der einzige sei, der also auf dem Hintergrund der Geschichte, die auf den Sozialismus hin sich entwickelt hat, nun auch noch im Grunde eine Situation herbeiführt, in der die deutsche Nation unter dem Sozialismus wiedervereinigt werden könnte. Ich finde, das müssen wir wirklich tun und, Helmut, ich wäre sehr dankbar, wenn Du die Möglichkeit wahrnimmst, morgen da schon so ein bißchen in diese Richtung offensiv tätig zu werden.

Stoltenberg: Diese heftige öffentliche Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Brokdorf hat ja drei Ebenen. Das eine ist die energiepolitische und energiewirtschaftliche Auseinandersetzung, das zweite ist der tiefe Riß in der sozialdemokratischen Partei mit gewissen Problemen auch für die FDP. Und das dritte ist ein Problem der Inneren Sicherheit, die Frage, ob durch Massendemonstrationen mit tendenziell gewalttätigem Charakter gesetzmäßige Entscheidungen der Verfassungsorgane in der Bundesrepublik Deutschland außer Kraft gesetzt werden können. Das sind die drei Ebenen dieses Problems.

Energiewirtschaftlich, energiepolitisch ist es zweifellos so, daß die Dringlichkeit, den Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung zu vergrößern im Laufe der Jahre, und vor allem der letzten ein, zwei Jahre, in drastischer Weise unterstrichen ist. Wenn wir die Niedergeschlagenheit und die Ratlosigkeit in der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Debatte dieser Monate verfolgen, dann hat das ja auch seinen Grund unter anderem darin, daß uns die weiter ansteigende Ölrechnung im Grunde in eine Sackgasse geführt hat. Das Thema Leistungsbilanzdefizit mit einem entscheidenden Faktor der letzten 18 Monate, noch einmal der ständig steigenden Ölrechnungen, überschattet im Augenblick ja alles, was mit der Bundesbank oder der Bundesregierung und anderen erörtert wird. Ich bin in dem Punkt sehr besorgt, daß wir in den wirtschaftlichen Abläufen, in den

Arbeitsmarktproblemen der vor uns liegenden Zeit außerordentlich schlechte Trends und außerordentlich bedrohliche Resultate verzeichnen müssen. Um es kurz zu sagen, die verfehlte Finanzpolitik der letzten Jahre nimmt dem Staat heute die Möglichkeit, was an sich geboten wäre, die Fiskalpolitik, die Steuerpolitik einzusetzen. Die schlimmen Versäumnisse in der Energiepolitik seit 1973 haben die Größe dieses Leistungsbilanzdefizits maßgeblich bewirkt, und von daher ist die Bundesbank und auch die Bundesregierung mit dem anderen klassischen Instrument der Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik, nämlich der Kredit- und Geldpolitik, praktisch handlungsunfähig geworden. Das sind die beiden zentralen Ausgangsdaten in einem politischen Befund, wenn man über wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt und alles, was damit verbunden ist, spricht. Und die jüngste Entwicklung beim Ölpreis, die Tatsache, daß aber auch die anderen Energieträger sich anschließen, wir haben vom Herbst vergangenen Jahres, vom Herbst 1980 bis zum Februar 1981 auf dem Gebiet der Importkohle, verschärft durch die Schwierigkeiten in Polen, eine Kostensteigerung um 50 Prozent in vier Monaten, was überhaupt noch nicht bekannt ist und in der öffentlichen Diskussion ja kaum behandelt wird, das alles unterstreicht natürlich, daß in dem Element der Energiepolitik, Ausbau der Kernenergie, schreckliche Versäumnisse da sind durch den Dauerstreit seit 1975 und wir nun über diesen toten Punkt herauskommen müssen. Das ist ja auch die Einschätzung gewesen, die uns veranlaßt hat, nach den jahrelangen Gerichtsstreitigkeiten und den unmöglichen Gerichtsurteilen und ihrer schrittweisen Bereinigung durch weitere Gerichtsurteile, vor zehn Tagen zu sagen, daß jetzt die Voraussetzungen für eine zweite Teilerrichtungsgenehmigung da sind und daß Energieversorgungsunternehmen, nordwestdeutsche Kraftwerke deshalb auch die ausstehenden Arbeiten der ersten Teilerrichtungsgenehmigung wieder aufgenommen haben. Und diese Grundposition, die wir als Landesregierung bezogen haben, jetzt im Einvernehmen mit der Bundesregierung, ist ein Eckpunkt. Wir hatten ja auch unangenehme Zeiten Anfang 1979 vor unserer Landtagswahl, wo die Bundesregierung nicht bereit war, diese Position so klar zu beziehen, wie das jetzt geschehen ist, vor allem durch den Grafen Lambsdorff, aber nach vielem Drängen auch von Herrn Schmidt, vor allem in der Debatte des Bundestages.

Wir haben uns jetzt in den letzten Tagen in der Debatte ein bißchen verhalten geäußert, etwas zurückgehalten, weil es mit dem Hamburger Senat, auf seinen merkwürdigen und unverständlichen, verschlungenen Wegen, die ja Ausdruck eines tiefen Risses in der sozialdemokratischen Partei Hamburgs sind, zum Gespräch kommt, das wir morgen Nachmittag führen. Wir werden das Gespräch mal abwarten. In dem Beschluß des Hamburger Senats spielen auch andere Fragen eine Rolle, Fernwärmeversorgung und Erdgasleitungen, die also grenzüberschreitend für unsere Region wichtig sind. Wir wollen also bis morgen nachmittag nicht viel sagen, aber dann werden wir die Position unter Einbeziehung dieses Gesprächs morgen in Kiel öffentlich noch einmal verdeutlichen, ausgehend von der energiepolitischen Einschätzung, die ich eben formuliert habe.

Das zweite ist nun der schon erstaunliche Vorgang, daß dieser Streit um ein Kernkraftwerk zunächst einmal zur Spaltung der sozialdemokratischen Partei führt, neben dem Streit um die äußere Sicherheit, also Nachrüstungsbeschluß, Hansen¹³ und das, wofür Hansen ja in der SPD steht. Es ist nun die Kernenergie hier am Beispiel

13 Karl-Heinz Hansen (1927–2014), Gymnasiallehrer; 1969–1983 MdB (SPD, 1981 Parteiausschluß wegen seiner Kritik an der Regierungspolitik).

Brokdorf, in dem sich dieser tiefe Riß in der sozialdemokratischen Partei am krassesten manifestiert. Dies ist natürlich ein vollkommen irrationaler Vorgang. Die Frage, ob das Kernkraftwerk Brokdorf, nachdem die Gerichtsentscheidungen korrigiert sind durch die höheren Gerichte, weitergebaut oder nicht wird, wird zu einer nationalen Schicksalsfrage stilisiert. Ein Vorgang, den wir als verantwortliche Landesregierung, verantwortlich für das Genehmigungsverfahren und für die Innere Sicherheit im Land, natürlich mit äußerst gemischten Gefühlen betrachten, wie das in der SPD geschieht, wie es in den Medien geschieht. Zur selben Zeit werden Genehmigungsverfahren für andere Kernkraftwerke weitergeführt mit gewissen Verzögerungen in Hessen, bei Biblis, Bayern und Baden-Württemberg, in Niedersachsen, in Lingen.

Ich will mal die Aufmerksamkeit darauf richten – der SPD-Vorsitzende Brandt hat das übrigens vor zwei, drei Tagen auch im Fernsehen gesagt –, daß mit voller Zustimmung der niedersächsischen SPD, da hat es eine Abstimmung in der SPD-Landtagsfraktion gegeben – zwei Drittel dafür, ein Drittel dagegen –, also ein Beschluß der SPD-Fraktion in Niedersachsen, in Lingen, wo ja seit Mitte der sechziger Jahre ein Demonstrationskraftwerk besteht, jetzt das Genehmigungsverfahren für ein Kernkraftwerk läuft in der Größenordnung von Brokdorf oder anderen, ohne jedes Spektakel. Mit Mehrheitsbeschlüssen der regionalen SPD und mit einem Beschluß auch der kommunalen SPD, die fast einmütig dafür ist. Dies ist ein total irrationaler Vorgang! Wir haben auf der anderen Seite der Elbe – ich brauche gar nicht bis Niedersachsen zu gehen, 30 Kilometer östlich von Hamburg, bis Lingen sind es sicherlich an die 200 Kilometer; aber wir können in Schleswig-Holstein bleiben – in Geesthacht, wo es seit 20 Jahren einen Forschungsreaktor und ein Forschungszentrum gibt, damals begrüßt von der gesamten Bevölkerung als Zeichen des wissenschaftlichen Fortschritts in einem örtlichen Klima, in einer sozialdemokratisch regierten Stadt, Geesthacht, das der Wissenschaft und Kernenergie freundlich ist, ein großes Kernkraftwerk im Bau, mit gewissen Verzögerungen, aber es geht voran, in derselben Größe wie Brokdorf, NKW und HEW als Betreiber, das in zwei, drei Jahren fertiggestellt werden soll. Da gibt es nicht einmal einen Bauzaun, meine lieben Freunde! Da gibt es überhaupt keine Probleme, obwohl man von Hamburg da genauso schnell, wesentlich schneller hinfahren kann als in die Wilstermarsch. Es ist ein total irrationaler Vorgang. Im Krümmel wird gebaut, in Lingen wird geplant in der norddeutschen Region, und Brokdorf ist zum Symbol des Ausstieges aus der Kernenergie und, wie das dann in diesen schlüpfrigen Formulierungen heißt, des Widerstandes geworden.

Diese ganze Parole von der fast geschlossenen Haltung der norddeutschen SPD für den Ausstieg am Beispiel Brokdorf ist durch die Entwicklung in Krümmel, aber vor allem jetzt auch durch das laufende Genehmigungsverfahren etwa in Lingen mit dem landespolitischen, kommunalpolitischen Umfeld nichts weiter als ein großer Schwindel. Der Unterschied liegt halt darin, daß im Gegensatz zur kommunalen Situation am Beispiel Geesthacht, im Kreisherzogtum Lauenburg, oder auch Lingen, damit ich in Norddeutschland bleibe, sich in Brokdorf zwar die Gemeindevertretung von Anfang an dafür ausgesprochen hat mit großer Mehrheit, bis jetzt auch unverändert, auch der Kreistag mit Mehrheit, daß wir auch die Kommunalwahlen unter dem Vorzeichen des Streits über die Kernenergie dort gewonnen haben, wenn auch mit leichten Einbußen, aber sich dort von Anfang an örtlich eine relativ kleine Gruppe der Kontrahenten gebildet hat. Vor allem in einer Nachbargemeinde, in der der Neid und der Ärger über die Unruhe eine Rolle

spielt, in der Nachbargemeinde Wevelsfleth, die nun auch eine Fremdenverkehrsgemeinde ist mit einem schönen Yachthafen und Stätte für Zweitwohnungsbesitzer aus Berlin und Hamburg und Bremen, wohlhabende Kaufleute, die den Frieden da genießen wollen und wütend waren, daß drei Kilometer weg ein Kernkraftwerk gebaut werden sollte. Und da sitzt auch ein Mann wie Günter Grass¹⁴ die Hälfte des Jahres in seinem Haus. Diese Leute haben die Kampagne – das muß man alles wissen – mit einigen irregeleiteten Leuten begonnen und haben dann, was das Schlimme ist, sich mit – ich sage das hier mal – den Politkriminellen aus Hamburg und Bremen zusammengetan, mit den Gruppen, die also von vornherein die Gewaltanwendung propagierten. Das hat zu diesen Ausgangspunkten geführt und den schweren Ausschreitungen, die wir 1976 erlebt haben. Wir haben heute im Grunde etwa dieselbe Konstellation, nur mit dem Unterschied, daß dieses Mal sich die Bundesregierung aus der wirklich tiefen Unruhe über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Leistungsbilanzdefizit, Abhängigkeit vom Öl, vor allem der Bundeswirtschaftsminister, aber er nicht allein, sondern in einem etwas peinlichen Vorgang gewisser Schwankungen auch der Herr Schmidt, in diese Front der Befürworter hineinbegeben haben.

Also rein parteipolitisch gesehen kann ich natürlich einer Entwicklung auch einiges abgewinnen, die zu einem geradezu spektakulären Verfall des Erscheinungsbildes der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, in Schleswig-Holstein mit bundesweiten Konflikten führt. Wenn ich die Frage der parteipolitischen Konstellation sehe, in dieser zunehmenden Zerrissenheit und Groteskheit des Erscheinungsbildes unserer politischen Gegner, dann kann man also sagen, das Atom am Beispiel Brokdorf spaltet die SPD und bringt auch die Freien Demokraten in gewisse Schwierigkeiten. Nehmen wir einmal den Herrn Klose¹⁵, der während der ersten Konfrontation 1976 mein großer Verbündeter war; die ganzen öffentlichen Erklärungen liegen ja vor von Klose und dem Hamburger Senat aus dem Jahr 1976/77. Er hat sich dann von einem eindeutigen Ja zu einem eindeutigen Nein bewegt, nach meiner Überzeugung nicht aus sachlichen Bewertungen, sondern weil es in der Hamburger SPD einen permanenten Machtkampf seit zwei Jahren gibt, wo die eine Gruppe ihn ablösen will und die andere Gruppe ihn halten will als Bürgermeister und er jetzt die Leute festhalten will oder die Leute mobilisieren will, die für ihn noch für die Rolle als Bürgermeister oder Spitzenkandidat eine Stütze sein sollen. Der letzte Senatsbeschluß bedeutet dann nach dem Ja und dem Nein ein Vielleicht. In drei Jahren. Über diese dritte Position werden wir dann morgen miteinander zu reden haben.

Aber das Thema der Inneren Sicherheit wird natürlich in den nächsten Wochen neben den Ausgangsüberlegungen zur Energiepolitik und den Betrachtungen der Krise unseres parteipolitischen Gegners das eigentlich dramatische Thema, denn die wochenlange öffentliche kontroverse Erörterung dieser Frage im Deutschen Bundestag, im Hamburger Senat, auf Sonderparteitagen der SPD und FDP in Schleswig-Holstein und Hamburg, die letzten Senatsbeschlüsse mit einer so massiven Publizität fast jeden Tag, im Rundfunk, im Fernsehen, in den einschlägigen Illustrierten und Magazinen bis zum heutigen Vormittag hin, hat natürlich die ganz große Schattenseite, daß die Virulenz und die Propa-

14 Günter Grass (1927–2015), Schriftsteller (SPD), 1999 Literatur-Nobelpreis.

15 Hans-Ulrich Klose (geb. 1937), Jurist; 1970–1973 und 1981–1983 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1973/74 Innensenator, 1974–1981 Erster Bürgermeister, 1983–2013 MdB (1991–1994 Vorsitzender der SPD-Fraktion).

ganda derjenigen militanten Gruppen, die jetzt mit dem Datum wohl des 28. Februar die nächsten Großdemonstrationen bundesweit vorbereiten, für uns in puncto Innere Sicherheit zu einer außerordentlich schweren Belastung werden. Wir müssen natürlich – die Vorbereitungen sind in vollem Gange – die bundesweiten polizeilichen Vorkehrungen treffen, wir müssen eine optimale Präsenz der Polizei erreichen, weil eine Situation unerträglich wäre, die für die Polizei, der wir im Grunde ja im Augenblick auch in Berlin, in Frankfurt und anderswo Dinge zumuten, an die Grenze der Zumutbarkeit geht. (*Beifall.*) Wir können das gegenüber den Beamten nur vertreten, wenn sie auch eine Chance haben, durch ein ungewöhnlich starkes und gut organisiertes und gut geführtes Aufgebot die Situation unter Kontrolle zu halten und wir das Risiko für die Beamten und die Bevölkerung soweit wie möglich eingrenzen. Die schweren Hamburger Ausschreitungen bei dem Sonderparteitag der SPD in Hamburg¹⁶ haben sicher zu einer Ernüchterung und einer Distanzierung bei bestimmten Gruppen der Mitläufer geführt.

Ich werde den harten Kern der gewalttätigen, der kriminellen Gruppen anhand der Unterlagen auch öffentlich zunehmend als Verbrecher ansprechen, als Politverbrecher; es hat gar keinen Sinn mehr, hier in der Sprache sich zurückzuhalten. Aber das wird die Diskussion der nächsten 14 Tage sein. Die Unterlagen, die wir haben, sprechen eine klare Sprache. Dieser harte Kern von vielleicht wenigen tausend hat natürlich nur eine Operationsbasis, wenn es ihnen gelingt, einige zehntausend, nach deren Vorstellung viele zehntausend, Mitläufer zu mobilisieren, aus deren Kulisse heraus sie operieren können. Und das, was wir heute morgen in den Zeitungen lesen von dieser sogenannten Vorbereitungskonferenz in Hannover, wo man den Eindruck erweckt, man wolle es friedlich machen, ist natürlich von den Drahtziehern die Sorge, daß mit einer anderen Überschrift die potentiellen Mitläufer, die natürlich in sehr großer Zahl bereit sind, da hinzugehen bundesweit – vielleicht in größeren Zahlen, als wir in der Vergangenheit bei solchen Demonstrationen, anderen Städten und Stellen hatten –, nicht mehr kommen, wenn man von vornherein das, was man will, nämlich die massive militante Gewaltanwendung, unverhüllt sagt. Auf diesem Hintergrund sind die heutigen Presseberichte, etwa der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – eines Redakteurs, der da dabei war –, und anderer zu bewerten.

Unser Ziel muß natürlich sein, soweit wir darauf einwirken können, zu einer gewissen Trennung zu kommen, zu einer Situation, in der diese Mitläufergruppe, soweit es möglich ist, weggeht. Wir haben es immerhin erreicht vor etwa zehn Tagen, daß auch die Landesvorsitzenden der SPD und FDP – und das ist bei dem Herrn Jansen¹⁷, der ja eine aufreizende Sprache in diesen Dingen führt, schon immerhin ein wichtiger Sachverhalt – mit mir zusammen eine Abmahnung ausgesprochen haben an alle, die erwägen, da hinzugehen. Also bis zu diesem Punkt sind wir gekommen, wir werden das auch noch einmal versuchen. Eine Abmahnung von mir hat natürlich auf diese Gruppen eine weniger große

16 Zum Sonderparteitag der Hamburger SPD am 2. Februar 1981 und den gewalttätigen Auseinandersetzungen vgl. „Der Spiegel“ vom 16. Februar 1981: „Wichtigste Entscheidung seit 20 Jahren“.

17 Günther Jansen (geb. 1936), Verwaltungsbeamter; 1975–1987 Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, 1980–1988 MdB, 1988–1993 Minister für Soziales, Gesundheit und Energie (ab 1992 auch für Arbeit) in Schleswig-Holstein.

Bedeutung, als wenn sie von den Herren Jansen, Matthiesen¹⁸ oder anderen kommt. Und wir haben natürlich auch das Gespräch mit den Gewerkschaften und der Evangelischen Kirche und allen bei uns aufgenommen, die in der Lage sind, stärker als das die schleswig-holsteinische Landesregierung kann, mit solchen Argumenten auf diese Gruppen einzuwirken. Dieser Versuch einer psychologischen Beeinflussung und einer ernsthaften Abmahnung wird neben einigen anderen Dingen in den kommenden 14 Tagen im Vordergrund stehen müssen.

Natürlich ist das für eine Landesregierung, die die Verantwortung trägt, sowohl für das Genehmigungsverfahren wie auch für die Innere Sicherheit im Lande eine außerordentlich schwere Belastung; wir müssen hier Festigkeit und Deutlichkeit auch mit einem Stück Klugheit verbinden. Ich habe so ein paar kritische Zwischentöne gehört oder jedenfalls besorgte Fragen bis zu Bundesministern hin, warum wir denn überhaupt mit Herrn Klose noch reden. Natürlich reden wir mit ihm, auch aus solchen Erwägungen. Also, allein mit dem Draufschlagen in der öffentlichen Diskussion ist dies nicht zu meistern. Wir müssen auch ein Stück Psychologie in diese ganze schwierige Lage einfließen lassen. Aber das kann natürlich nicht bedeuten, daß wir unsere zentralen Überzeugungen über die Notwendigkeit einer bestimmten energiepolitischen Entwicklung aufgeben, und es kann auch nicht bedeuten, daß wir die Notwendigkeit der Durchsetzung des geltenden Rechtes in einem rechtsstaatlichen Verfahren auf dem Feld der Inneren Sicherheit irgendwie preisgeben. Ich bedanke mich bei allen, bei unserem Bundesvorsitzenden, bei unserem Freund Ernst Albrecht, bei unseren Freunden in der Hamburger CDU, Jürgen Echter nach¹⁹, ich nenne Sie nur beispielhaft, die uns in dieser Diskussion unterstützt haben und, wie ich hoffe, weiterhin unterstützen werden. (*Beifall.*)

Kohl: Daß wir die Freunde in Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang in einer ganz besonderen Weise unterstützen, versteht sich von selbst. Ich bitte Sie alle, die Informationen, die Sie hier gewonnen haben, auch möglichst nach draußen zu tragen, denn das ist ja ein Stück des Verleumdungsfeldzuges, daß die Zusammenhänge nicht bekannt sind, beispielsweise über den Bau von Kraftwerken, die völlig unbehelligt vonstatten gehen in allernächster Nähe. Das weiß nahezu niemand, und es ist sehr wichtig, daß man das unter die Leute bringt.

Späth: Eine Bemerkung würde ich gern machen. Ich möchte auf eine Sache hinweisen, die mich in den letzten Wochen, seit ich mir die Zahlen des Stromverbrauchs des letzten Jahres angeschaut haben, sehr beschäftigt. Zu meiner großen Überraschung ist der Einspareffekt der Industrie beim Stromverbrauch enorm hoch. Das Jahr 1981 wird ein Rekordjahr. Wir müssen uns auf unsere Argumentation beim Energiezuwachs einigen. Nun kann man das auf zwei Wegen tun, man kann natürlich das Ganze in Diskussionen propagieren. Dies ist aber wesentlich schwieriger, als die Diskussion bei uns, daß die Stromversorgungsgarantie in der Zukunft liegt. Ich sage das aus einem ganz bestimmten

18 Klaus Matthiesen (1941–1998), Sozialarbeiter; 1971–1983 MdL Schleswig-Holstein (1973–1983 Vorsitzender der SPD-Fraktion), 1983–1985 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1985–1995 für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, 1985–1998 MdL Nordrhein-Westfalen, (1995–1998 Vorsitzender der SPD-Fraktion).

19 Jürgen Echter nach (1937–2006), Jurist; 1966–1981 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (1970–1981 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1969–1973 Bundesvorsitzender der JU, 1974–1992 Landesvorsitzender der CDU Hamburg, 1980–1994 MdB, 1987–1993 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1993/94 beim Bundesminister der Finanzen.

Grund, ich habe zunehmend den Eindruck, daß auch bei der SPD an den Zahlen gearbeitet wird mit dem Ziel, das Hinausschieben von Entscheidungen damit zu begründen, daß die Entscheidung in dem Maße gar nicht erforderlich sei, weil es eine Überproduktion an Strom gibt, insbesondere wenn das Projekt Kernenergie weiter verfolgt wird. Das wird auch ein Problem sein, ich sage nur, man wird aufpassen müssen, ich sage das nur zum Nacharbeiten, verdammt aufpassen, daß uns nicht mitten in diese Diskussion neue Zahlen hereinplatzen, die selbst von der Elektrizitätsindustrie nicht mehr bestritten werden. Meine Elektrizitätsunternehmen, die in den letzten zwei Jahren mit der Bedarfsfrage argumentiert haben, argumentieren jetzt nur noch mit der Kostenfrage. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich sage das nur mal dazu, weil ich den Verdacht zunehmend bekomme, daß bei den uns gutwilligen Leuten eine Diskussion in der Richtung geht. Dies bringt uns in eine Argumentationslinie, die nicht ganz leicht ist. Ich will das einfach mal hier anmerken, weil die Verschiebung schon ein bißchen in die Richtung zu gehen scheint. Und dann gibt es eine Argumentation aus Hamburg, daß bis 1994 nach genauen Berechnungen der Strombedarf gedeckt werden könnte. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich will das nur mal in dem Kreis anmerken und ein bißchen davor warnen, daß wir da mit Zahlen arbeiten, die möglicherweise durch die Bedingungen der letzten Zeit überholt werden.

Stoltenberg: Also, ich will es ganz kurz machen. Ich stimme Lothar Späth darin zu, daß die Energieversorgungsunternehmen, und das hat auch seinen Niederschlag gefunden in den ersten und zweiten Energieprogrammen der Bundesregierung, erstes Programm mit Fortschreibung natürlich, mit hohen Zuwachsraten gearbeitet haben. Das hat zwei Gründe, daß dies korrigiert werden muß. Ein Grund ist natürlich sehr unerfreulich, daß wir in den Annahmen über Wachstum und Beschäftigung nach unten gehen. Und lieber Lothar Späth, wenn wir in diesem Jahr 1981, wo wir ein Minuswachstum, das ist ein schlechter Ausdruck, eine Schrumpfung des Sozialproduktes von ein bis zwei Prozent wohl haben werden, manche meinen mehr, dann bei null Stromverbrauch oder minus eins abkommen, ist das ja überhaupt nicht überraschend. Nur kann ich weder die 1,8 Prozent Wachstum des letzten Jahres mit fallender Tendenz, noch die Minuszahl für 1981 eigentlich in einer ernsthaften Prognose für die achtziger Jahre bei einer besseren Wirtschaftspolitik, einer erreichbaren und wünschenswerten Entwicklung unserer Wirtschaftskraft, unserer Beschäftigungslage, zugrunde legen. Das ist das Gegenargument, das ich nun nochmal in vollem Einvernehmen natürlich mit Lothar Späth hier sage. Ich wollte es nur nachtragen. Aber wir müssen in den achtziger Jahren auch die Energieversorgungsunternehmen drängen, von einem niedrigeren Zuwachs auszugehen als Mitte der siebziger Jahre. Nur, wir sind natürlich in den Ausbauzielen des Jahres 1975, die erreichbar sind, auch schon praktisch auf den halben Werten.

Ich hatte mich eigentlich gemeldet, um zu sagen, es gibt ja eine zweite Ebene der Debatte: Wir haben in der norddeutschen Region weiterhin zehn Prozent Anteil von Stromerzeugung auf der Basis von Öl und Erdgas. Das ist unerträglich, daß wir weiter Öl- und Erdgaskraftwerke haben. Wir haben bei uns auch in der norddeutschen Region, vor allem in Hamburg und anderswo eine Reihe von alten Kohlekraftwerken, die aus Umweltgründen nicht mehr vertretbar sind, die über die festgelegte Zeit hinaus gefahren werden. Ich habe nur gelesen, Jürgen Echternach, daß der Hamburger Bausenator gesagt hat, Hamburg hat heute eine Umweltbelastung jedes Jahr von 200.000 Tonnen Schwefeldioxid aus Kohlekraftwerken. Das ist für mich eine Zahl, die halte ich für unerträglich!

Nun will der Senat da auf breiter Front im Stadtgebiet also neue Kohlekraftwerke bauen. Viel Glück, kann ich nur sagen!

Wir werden diese Diskussion etwas behutsam führen im Hinblick auf die Situation in Nordrhein-Westfalen und im Saarland; das kann nicht eine Absage an Kohlkraftwerke sein. Nur, man muß dies auch in ernsthafter Weise sehen. Und wenn ich das Thema weg vom Öl und Erdgas bei der Stromerzeugung mit hineinnehme und die Tatsache – ich rede jetzt nur von den alten Kraftwerken, um nicht das Problem zu verschärfen hier in Hinblick auf die Kohleländer –, daß wir diese alten, umweltbelastenden Kraftwerke in einer Weise nach wie vor in der Nutzung haben, die nicht mehr vertretbar ist, dann kann man auch diese Argumente mit einbeziehen in eine bestimmte politische Linie.

Kohl: Ja, also ich will jetzt nur zur Geschäftslage sagen, um 13.45 Uhr muß heute hier Schluß sein. Und wir müssen uns natürlich dem Parteitagsgeschäft noch zuwenden. Die Debatte müssen wir führen. Aber die braucht nicht heute geführt zu werden, mir ging es ja heute um einen einführenden Bericht über die Problematik, die mit Brokdorf zusammenhängt. Wenn Sie damit einverstanden sind, setzen wir den Tagesordnungspunkt auf die nächste Vorstandssitzung und dann beraten wir es richtig. Ich möchte jetzt eigentlich die Debatte hier nicht ausweiten. Einverstanden?

Von Weizsäcker: Herr Vorsitzender, zur Lage in Berlin drei Punkte. Erstens, bei den Sozialdemokraten hat sich natürlich die Tendenz, das Bemühen durchgesetzt, den Wahlkampf so zu führen, daß Herr Vogel²⁰ sagt, ich regiere, was geht mich die SPD an. Herr Vogel hat eine Regierungserklärung abgegeben, von der man sagen kann, am Philosophenhimmel; womit sich die erste Hälfte befaßt, ist sie unbestreitbar, und auf dem Boden der Tatsachen ist sie vage. Da schwebt sie über demselben. Er vermittelt den Eindruck eines sehr arbeitsamen, sehr korrekten, zu Entscheidungen befähigten und entschlossenen Regierungschefs. Das Argument der SPD im Wahlkampf ist einfach Vogel! Weiter nichts!

Die SPD selber befindet sich in einem Zustand, der gerade heute morgen wieder besonders deutlich wurde. Ich kenne keine einzige Landespartei, welcher Partei auch immer in den elf Bundesländern, die es bisher nicht fertiggebracht hätte, für die Wahl des Landesvorsitzenden einen eigenen Kandidaten zu präsentieren. Ich kenne keine einzige Landtagswahl, bei der eine Partei an die Wähler mit dem Ansinnen herantritt, sie mögen eine Partei wählen, die erst nach der Wahl in der Lage sein würde, ihren Landesvorsitzenden zu nominieren. Bitte, es ist ja noch nicht sicher, ob die SPD nun wirklich für drei Monate sich als Wochenende-Landesvorsitzenden den Bonner Kommissar Glotz verordnet. Aber jedenfalls bis gestern abend war das die parteiamtliche Ankündigung. Wir werden sehen, wie es darum steht. Die SPD macht jedenfalls jede Anstrengung zu sagen, daß sie aus dem Wort Vogel und sonst aus gar nichts besteht. Und wir machen hier natürlich die gegenteilige Anstrengung, ich brauche das nicht näher auszuführen.

Zweitens, die FDP: Die ist zwar objektiv in keiner geringeren Schwierigkeit, sich einen Landesvorsitzenden zu verordnen, aber sie betreibt dieses Geschäft wenigstens ehrlich bis zum, wie ich finde, ziemlich bitteren Ende vor der Berliner Öffentlichkeit. Die Maß-

20 Hans-Jochen Vogel (geb.1926), Jurist; 1950 SPD, 1960–1972 Oberbürgermeister von München, 1972–1981 und 1983–1994 MdB (1983–1991 Vorsitzender der SPD-Fraktion), 1972–1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1974–1981 Bundesminister der Justiz, 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1987–1991 Bundesvorsitzender der SPD.

nahmen, die von Bonn aus vorgeschlagen wurden, hat diese Berliner FDP durchweg abgelehnt. Sie hat dann mit ihrem eigenen linken Flügel, der allerdings die Mehrheit des Landesverbandes umfaßt, vor den ständig weit geöffneten Augen der Öffentlichkeit Rivalitätskämpfe vorgeführt. Jetzt wird sie wahrscheinlich einen Mann namens Kunze²¹ zum Landesvorsitzenden wählen. Ich nehme an, sie wird sich für die Wahl von vier Maximilianen leiten lassen, von denen sie die ersten drei auch veröffentlichen wird, die vierte dagegen nicht.

Die erste wird lauten, wir machen eine Zusage zugunsten der sozialliberalen Koalition nach der Wahl. Zweitens, wir sind gegen absolute Mehrheiten der großen Parteien. Drittens, wir sind gegen eine große Koalition der beiden anderen Parteien. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Also, ganz so einfach sieht die FDP ihre eigene Lage in Berlin nicht, sondern gerade mit dem vierten Punkt sucht sie ihr eigenes Bauchweh, irgendwie, ohne es an die Öffentlichkeit zu bringen, doch sich selbst bewußt zu machen. Sie will nämlich danach handeln, durch das Wählervotum selber außerordentlich sensibilisiert zu sein und zu bleiben. Das soll konkret Folgendes heißen: Sie fühle sich als kleinste Partei im Abgeordnetenhaus nicht stark genug und auch nicht legitimiert, um einen Wechsel ihrerseits anzukündigen und durch eine entsprechende Koalitionsaussage herbeizuführen. Sie fühle sich aber auf der anderen Seite sehr wohl dazu verpflichtet, auch relativ kleine seismographische Ausschläge im Wählerverhalten in FDP-Politik umzusetzen. Das soll wohl ungefähr heißen, wenn die Koalition aus der derzeitigen Mehrheit von elf Stimmen, die sie zur Zeit im Abgeordnetenhaus hat, reduziert würde auf eine Mehrheit von ungefähr fünf oder allenfalls vier, dann würde es bei der Aussage der sozialliberalen Koalition und ihrer Fortsetzung bleiben. Würde dagegen das Mehrheitsverhältnis noch darunter schrumpfen, dann würde sie sagen, naja, also angesichts dessen, was die Wähler nun hier sagen, müssen wir uns das alles nochmal neu überlegen.

Die FDP sieht schon, daß sie mit der mehr oder weniger unqualifizierten Aussage zugunsten der sozialliberalen Koalition für sich das größte unter allen denkbaren Risiken wählt. Aber auf der anderen Seite ist es eine wahrheitsgemäße Aussage, daß die Mehrheit der Berliner FDP vielleicht eine Opposition links von einer Großen Koalition noch vorziehen würde. Aber wenn das nicht winkt, dann wenigstens eine sozialliberale Koalition. Trotzdem wird das stärkste Gesetz, nämlich sich selbst am Leben zu erhalten und sich als verantwortlich zu zeigen, sie zu dieser vierten Komponente auch noch einladen, die sie freilich nicht öffentlich kundgeben will. Ich sage es nur, weil wir ja die Lage sehen müssen, wie sie ist. Die Bonner FDP, die auf vielfältigen Kanälen mit uns und wir mit ihr darüber gesprochen hat, gibt immer wieder unumwunden zu, den Berliner Landesverband habe sie schlechthin aufgegeben. Ich bin sehr gespannt über das, was das auf die Dauer etwa für die Person des FDP-Bundesvorsitzenden selbst bedeutet, wenn der, ich will nicht sagen wahrscheinliche, aber doch nicht ausgeschlossene Fall Wirklichkeit werden sollte, daß wir in Berlin nach der Wahl wieder drei Parteien haben, aber die dritte Partei ausgetauscht, nämlich FDP gegen Alternative Liste, und wenn sich dann zeigt, daß zwar die Bundes-FDP, als es um den Ersatz von Stobbe²² und seinem Senat ging, jede nur denk-

21 Jürgen Kunze (geb. 1945), Volkswirt; 1976-1985 MdA, 1981 Landesvorsitzender der FDP Berlin.

22 Dietrich Stobbe (1938-2011), Diplom-Politologe; 1967-1981 MdA (SPD), 1973-1977 Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, 1977-1981 Regierender Bürgermeister von Berlin.

bare physische und psychische Knetanstrengung unternommen hat, um ihre Truppe in Berlin bei der Stange zu halten für den neuen Vogel-Senat, daß sie aber die Berliner FDP wie eine heiße Kartoffel sofort fallen gelassen hat, als sie sah, daß Genscher mit seinem Modell in Berlin große Schwierigkeiten haben wird. Der ständige Versuch von Genscher, sich zwar auf eine Zeit nach einer sozialliberalen Koalition vorzubereiten, wo immer sich eine solche Vorbereitung anzeigt, aber nur ja nicht selber erwischt zu werden als der daran Schuldige, kann dann, wenn in Berlin die Folge davon ist, a), daß die FDP aus dem Abgeordnetenhaus verschwindet und b), daß eine Koalition in Berlin mit den Alternativen, nur um den Preis einer Großen Koalition vermieden werden könnte, meiner Meinung nach Genscher persönlich angekreidet werden. Ich sage noch einmal, ich behaupte nicht, daß das das wahrscheinliche Wahlergebnis ist, aber es ist unter den denkbaren Risiken meiner Meinung nach das größte und vielleicht das wahrscheinlichste.

Letzter Punkt. Wir von der Berliner CDU werden Mitte nächster Woche natürlich nicht den heißen Wahlkampf, aber doch jedenfalls die öffentliche Wahlaussage eröffnen durch einen Eröffnungskongreß mit unserer Mannschaft. Wir brauchen ohne Zweifel eine ganz außerordentliche Anstrengung, um die günstige Ausgangssituation, die wir im Laufe des Winters bekommen haben, nun auch umzusetzen. Das Volksbegehren, das ja der Haupterfolg bisher war, ich habe das schon das letzte Mal vorgetragen, war ja nicht primär ein Pro-CDU-Ausdruck, sondern ein Anti-Parteien-Ausdruck oder jedenfalls ein Anti-Parteien-Machtausübungsausdruck. Wir haben unter den Problemen, die es in Berlin gibt, das lesen Sie ja immer in der Zeitung, zur Zeit vor allem das Hausbesetzer- und Wohnungsproblem. Ich habe gerade hier mit Herrn Herzog darüber auch etwas gesprochen und korrespondiert, weil wir ja in einer Sitzung nicht so viel sprechen dürfen. Da zeigt sich eben sehr deutlich, daß in Berlin manches wiederum zugespitzt ist gegenüber der Lage, wie sie sich auch in Frankfurt oder in anderen Städten der westlichen Welt zeigt. Wir können ja nicht die niedersächsische Polizei um Amtshilfe in Berlin bitten. Wir haben in Berlin eine Polizeisituation, die über die Schwierigkeiten hinaus, die hier schon geschildert worden sind, auch einfach in ihrer zahlenmäßigen und kräftemäßigen Beschränkung liegt. Darüber hinaus haben wir einen solchen Wohnungsbau-Saustall durch Jahre und Jahrzehnte hindurch, wie er völlig unvergleichbar ist mit allen anderen Teilen der Bundesrepublik. Und es ist für uns eben dadurch schwieriger. Wir dürfen natürlich die Ursachenforschung für die Krawalle nicht so weit treiben, daß dadurch der rechtsfreie Raum schließlich zum beherrschenden Raum wird. Auf der anderen Seite dürfen wir nun auch wiederum nicht den Rechtsstaat um den Preis eines Bürgerkrieges durchsetzen. Unser Einstehen dafür, Hausfriedensbruch nicht zu einem Kavaliersdelikt herabstufen zu lassen, wie das der Justizsenator²³ gestern getan hat, unser Bestreben in dieser Richtung, langsam, aber sicher mit der Durchsetzung des Rechtsstaates voranzugehen, bedarf dringend des Fundaments eines wirklich überzeugenden Sanierungskonzeptes. Das ist unter allen einzelnen Problemen das wichtigste. Im ganzen geht die CDU in einen Wahlkampf, der, wie das in Berlin immer der Fall war, nicht primär ein Parteiversammlungswahlkampf sein kann. Große Städte, jedenfalls Städte wie Berlin, sind nicht in erster Linie versammlungslüstern, sondern da müssen wir auf vielerlei andere Weise wirken. Wir gehen also diesem Wahlkampf insgesamt mit einer Zuversicht, und ich möchte doch auch sagen, mit

23 Gerhard Moritz Meyer (1937–2016), Rechtsanwalt; 1974–1978 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (FDP), 1977/78 Senator für Justiz in Hamburg, 1978–1981 in Berlin.

einer Chance entgegen, wie die Berliner CDU sie in diesem Maß bisher nicht gehabt hat, einer Chance in einer Stadt, von der man natürlich nach wie vor wissen muß, daß ihre Grundbefindlichkeit, von den Übeltaten der herrschenden Parteien einmal abgerechnet, nicht identisch mit CDU-Denken ist. Also, wir haben es da nach wie vor mit einem sehr spröden Wahlkörper zu tun, demgegenüber nun aber nun das, was vorliegt und was wir vorweisen, uns diese große Chance einräumt, die wir mit Ihrer aller Unterstützung hoffentlich auch realisieren können. *(Beifall.)*

Wörner: Es fällt einigermaßen schwer, nun wieder zurück zu Ihrem Bericht zu kommen. Sie haben die zwei gefährlichsten Grundströmungen, Herr Kohl, angesprochen – ich bin dankbar dafür –, mit denen wir es im Augenblick zu tun haben im außen- und sicherheitspolitischen Bereich. Das ist einmal diese wachsende Strömung des wirklichkeitsblinden Pazifismus und zum anderen die wachsende Stimmung des Antiamerikanismus, die in mancher Weise auch verknüpft werden und von manchen auch ganz bewußt hineingebracht werden. Obwohl es reizvoll wäre, dazu einiges mehr zu sagen, will ich mir das versagen. Ich möchte daran einige konkrete Vorschläge knüpfen.

Vielleicht eine Vorbemerkung: Wir wissen inzwischen, daß es im Kreis der Kommunisten Überraschung gegeben hat darüber, daß die Mobilisierung von Teilen der Gesellschaft gegen den Nachrüstungsbeschluß einen Erfolg gebracht hat, der zum ersten Mal seit langer Zeit wieder die Chance zu einem echten Volksfrontbündnis hat. Es ist ganz offensichtlich die Direktive von drüben ausgegeben worden, dies mit jeder denkbaren Initiative zu unterstützen und das nach Möglichkeit zu verbreitern. Das Gefährliche daran, Herr Stoltenberg, ist dies, es gibt inzwischen ganz konkrete Pläne schon, Aktionen, ich will nicht sagen ähnlichen Stiles und ähnlichen Umfangs wie gegen Brokdorf, aber doch ansatzweise, Aktionen vorzubereiten und auch durchzuführen gegen die voraussichtlichen Stationierungspunkte dieser neuen Waffen. Und hier steht uns und den Landespolizeien einiges ins Haus. Dies gilt insbesondere für Rheinland-Pfalz, um das gleich hier anzumerken.

Wir haben als CDU eine ungeheuer große Aufgabe, und darauf beziehen sich meine konkreten Vorschläge. Wir sind die einzige geschlossene politische Kraft, die diese Auseinandersetzung überhaupt noch führen kann. Aber unsere Mitglieder sind schlecht vorbereitet. Es zeigt sich hier, wenn ich mir das selbstkritisch erlauben darf anzumerken, daß wir in den letzten Jahren das außen- und sicherheitspolitische Denken unserer Mitglieder nicht hinreichend argumentativ untermauert haben. Deswegen, das ist mein konkreter Vorschlag, wäre ich sehr dankbar, wenn wir auf zwei Ebenen jetzt die Auseinandersetzung vorbereiten und aufnehmen würden. Einmal durch eine groß angelegte Aufklärungskampagne unseren eigenen Mitgliedern gegenüber. Ich bitte sehr dringend darum, daß uns die Bundespartei, die Bundesgeschäftsstelle es ermöglicht, eine kurzgefaßte, aber dennoch sorgfältige Argumentationshilfe zu diesem gesamten Themenkreis Pazifismus, Nachrüstung und Ähnliches zu erstellen. Und dies mit einem gewissen Vorrang. Nur, und deswegen spreche ich es hier so offen an, Herr Kohl, leider ist die Lage der Bundesgeschäftsstelle so – und ich mache das niemandem zum Vorwurf, damit wir uns da recht verstehen, ich weiß genau, mit was das zusammenhängt –, daß wir hier nur einen einzigen Mann für diesen gesamten Bereich haben. Und der ist hoffnungslos überfordert. Das hängt nicht mit dessen mangelnder Begabung oder Eignung oder Neigung zusammen; das ist ein umtriebiger Mann, aber der kann das nicht alleine. Nun weiß

ich genau um die finanziellen Erwägungen usw., es gibt ja Stellen, die sind nur nicht besetzt. Nur mit diesem einzigen Mann schaffen Sie das nicht. Und wenn wir es zulassen, daß wir unsere Mitglieder nicht vorbereiten, daß wir den Kampf nicht rechtzeitig aufnehmen, bleibt uns der Boden unter den Füßen weg. Ich werde versuchen, Ihnen einige Schreiben von katholischen Jugendverbänden, evangelischen Jugendverbänden einmal vorzulegen, die mich dauernd erreichen, Sie vielleicht in ähnlichem Umfang, wo Sie sehen, wie weit hinein in diese Kreise einfach ein solcher Realitätsverlust, ein solcher Informationsmangel herrscht, wo Sie sich sagen, das kann doch nicht wahr sein. Gut, ich will darüber nicht jammern.

Die zweite Ebene: Ich hatte angeregt und möchte diese Anregung hier wiederholen, daß wir im Herbst des Jahres durch die Konrad-Adenauer-Stiftung einen sehr hochrangig besetzten Kongreß durchführen lassen, ähnlich dem Terrorismuskongreß, um den Pazifismus in seinen guten wie bösen Spielarten einmal geistig aufzubereiten, so eine Art Auseinandersetzung zu versuchen.²⁴ Das kann nicht vor dem Herbst stattfinden, denn eine solche Sache muß sehr sorgfältig vorbereitet sein, und auch die Referenten müssen entsprechend ausgewählt werden. Das wird wahrscheinlich in erster Linie die Aufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung sein, aber natürlich können wir das nicht ohne aktive Mithilfe der Bundesgeschäftsstelle erreichen.

Zweiter Punkt, letzter Punkt. Gleichzeitig bietet die politische Lage, in der wir uns befinden, eine nahezu einmalige Chance für die Union. Und zwar auf ost- und entspannungspolitischem Gebiet. Mir ist in den letzten Tagen und Wochen so richtig klar geworden, die Bundesregierung ist total verunsichert. Der Kanzler und der Genscher sind nicht nur deswegen auf Tauchstation, weil sie Schwierigkeiten in den eigenen Parteien haben, sondern weil sie konzeptionell unter Druck geraten. Und sie wiederholen ihre alten Formeln, wissend, daß diese alten Formeln ins Leere laufen. Sie haben sich noch nicht eingestellt – weder politisch noch geistig – auf die neue Administration. Sie sind mit der Abgrenzungspolitik der anderen Seite nicht fertig geworden, geistig und politisch. Das heißt, hier gibt es eine enorme Lücke. Das ist eine Chance für die Union, die Initiative im ost- und entspannungspolitischen Sektor zurückzugewinnen, wenn wir das richtig anfangen, wenn wir das gemeinsam tun und es ganz konzentriert auf einer vereinbarten Linie tun. Und zwar jetzt mit einem Stichwort gesagt, indem wir ein Konzept, eine Strategie, ich nenne sie einmal der aktiven Friedenssicherung, das ist ein extemporierter Begriff, vorschlagen, die jenseits der puren Entspannung und jenseits des Zurücks zum Kalten Krieg angewendet werden kann.

Ich habe versucht, übers Wochenende auf unserem Landesparteitag erste Linien eines solchen Konzepts sichtbar zu machen. Ich sage das jetzt nicht aus Eitelkeit und Arroganz. Ich glaube, nach vielen Gesprächen im Vorfeld, daß das eine Möglichkeit ist konzeptioneller Art, die Initiative für die Union zurückzugewinnen, wenn wir diese Zeit der Unsicherheit der Regierung und der außen- und ostpolitischen Abmeldung der Regierung nützen; und dazu hätte ich Sie herzlich aufgefordert. Wir dürfen diesen Zeitpunkt, der vielleicht so schnell nicht wiederkommen wird, nicht verpassen. Das bedeutet, daß wir in

24 Ein Pazifismuskongreß läßt sich nicht nachweisen. Vgl. aber: UiD vom 14. Januar 1982: „Pazifismus 1981“ CDU-Dokumentation 1. – Terrorismuskongreß am 29. und 30. November 1977 in Bonn „Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen“ (UiD vom 22. Dezember 1977 CDU-Dokumentation 44/45).

unseren Gliederungen, auch bei der Jungen Union, auch beim RCDS, uns gerade diesen Themen schwerpunktmäßig nun auch zuwenden müssen. Das wäre eben meine herzliche Bitte, daß wir versuchen, einerseits das konzeptionelle Gerüst zu liefern, andererseits aber nun unsere Partei anhand dieser Initiative zu mobilisieren auf einem Feld, wo wir uns nun jahrelang nicht gerade durch besondere Aktivität ausgezeichnet haben. (*Beifall.*)

Waffenschmidt: Meine lieben Freunde, nur ganz kurz zu den zwei Vorschlägen, die Manfred Wörner gerade vorgetragen hat. Zu diesem außerordentlich wichtigen Thema möchte ich eine dritte Empfehlung anfügen. Helmut Kohl hat berichtet von der Begegnung im Rat der EKD mit dem Präsidium der CDU und dem Evangelischen Arbeitskreis. Ich möchte hier aus vielerlei Erfahrung vorschlagen, daß wir alles daransetzen, auf Landesebene und in unseren einzelnen Regionalbereichen diese Gespräche in den kommenden Monaten zu führen. Ich habe vor wenigen Tagen bei einem Pfarrkonvent gesprochen und muß sagen, der Informationsstand dieser Menschen, die sich ja mit diesem Thema jetzt jeden Tag befassen, auch aufgrund von Diskussionen mit der Jugend, ist ja katastrophal, um das gelinde auszudrücken. Wir brauchen einfach, daß unsere Leute, unsere Abgeordneten und wer es auch sonst kann, hier Gespräche führen. Der Eindruck der evangelischen und katholischen Kirchenpresse ist ja der, daß wir hier eine Welle haben, man kann sich gar nicht des Eindrucks erwehren, daß da irgendwo auch sehr zentral dieses Thema aufbereitet wird. (*Kohl:* Das ist kein Eindruck, das ist eine Tatsache.) Ja, ich wollte es sehr vorsichtig ausdrücken. Ich bin der Meinung, daß hier eine neue große Welle kommt, „Lieber rot als tot!“, und daß wir, ähnlich wie wir dies jetzt mit der Kernenergie haben, alles, was Gerhard Stoltenberg geschildert hat mit den traurigen Folgen, in dem Bereich in diesem Jahr so verstärkt erleben, daß wir uns hier rüsten müssen. Meine konkrete Bitte, wir werden da nicht große Briefe des Vorsitzenden schreiben können, wir müssen das über die Landes- und Kreisverbände, über die Fraktionen arrangieren, daß wir in den nächsten Monaten Gespräche hier führen, damit die Leute wenigstens nachdenklicher werden. Sonst haben wir nachher in der Publizistik, in den Kirchenbereichen, in den Jugendbereichen, in vielen anderen Bereichen eine Wellenbewegung, die zum Beispiel versuchen wird, den Nachrüstungsbeschluß völlig zu unterlaufen und vieles andere mehr. Also meine konkrete Bitte in diesem Bereich, nicht nur auf der Ebene unserer Bundestätigkeiten, sondern auch breiten Landestätigkeiten aktiv zu werden.

Kohl: Zwei Bemerkungen, Manfred Wörner, erstens einmal zum Fachkongreß. Es ist ja in der letzten Vorstandssitzung der Adenauer-Stiftung beschlossen worden, daß der im Herbst stattfindet, und ich finde, das muß mindestens auf einer ähnlichen Ebene stattfinden wie der Fachkongreß zum Thema Terrorismus. Und wenn das zwei Tage sind, finde ich das absolut in Ordnung. Das Niveau dieser Veranstaltung auch in internationaler Besetzung kann gar nicht gut genug sein. Unsere Position ist so schlecht gar nicht. Ich habe gestern abend eine Debatte mir angeguckt über weite Teile im dritten Programm des Südwestfunks genau über dieses Thema mit einer zum Teil ganz erstklassigen internationalen Besetzung. Da haben diese Leute, die von den Gruppen kamen, am Ende ganz schlecht ausgesehen. Also da kann man eine ganze Menge beibringen, wenn man es sorgfältig macht.

Zweitens, ich will in meiner Parteitagsrede auf das Thema eingehen, nicht zuletzt wegen einer Summe von Erfahrungen, die ich genauso mache. Ich bin der Meinung, daß wir nach

dem Parteitag – dazu reichen die Mittel auf alle Fälle aus, und zwar die Mittel der Stiftung, der Fraktion, wie der Partei, das muß man zusammenfassen – praktisch jedem Mitglied, auch wenn das etwas kostet, einen Informationskatalog oder einen Argumentationskatalog an die Hand geben²⁵, wobei ich dabei vor allem auch daran denke, daß da eine Abteilung in einem solchen Katalog sein muß speziell für die Diskussion mit jungen Leuten, ob das nun Schüler sind, ob das Studenten sind, ob das generell Junge Union ist. Wir müssen also auch den RCDS, die Schülerunion und die Junge Union an diesem Argumentationskatalog beteiligen. Es ist nämlich eine Sache, ob man im Betrieb in der BASF in Ludwigshafen argumentiert, etwa Vertreter von uns aus den Sozialausschüssen, oder ob man in Universitätsdiskussionen oder in einer Diskussion in einer Oberstufe darüber redet. Die Voreingenommenheiten sind zum Teil völlig andere; übrigens auch der Informationsstand ist zum Teil ein völlig anderer. Wenn ich es recht sehe, gewinnt diese Aktion „Frieden ohne Waffen“ ihre eigentliche Kraft gegenwärtig in der Pfarrerschaft, in Teilen der konfessionellen Jugendverbände und in einem beachtlichen Teil der Lehrer für Gemeinschaftskunde an den Schulen, hier speziell wieder an den Gymnasien. Darüber kann es gar keinen Zweifel geben. Schauen Sie sich mal für sich selbst einen Test an, nehmen Sie sich mal zwei Gymnasien vor, betrachten Sie unter diesem Gesichtspunkt dort einmal den Unterricht, da werden Sie zu ganz erstaunlichen Ergebnissen kommen. Die Ergebnisse sind übrigens völlig identisch, ob Sie in CDU- oder CSU- oder SPD-geführte Länder gehen. Das ist die tatsächliche Situation, von der wir ausgehen müssen. Also, ich bin dafür, daß wir die beiden Hinweise jetzt nicht nur so verbal bereden, sondern sehr konkret aufnehmen.

Ich wiederhole das, was ich in meiner Schlußbemerkung bei der Evangelischen Kirche gesagt habe. Nach meinem Informationsstand glaube ich erstens an eine zentrale Steuerung, wobei viele, die dabei aktiv sind, ganz gutwillig sind und letztendlich die Rolle des nützlichen Idioten übernommen haben. Es ist ganz sinnlos, nun jeden Pfarrer zu diffamieren, das sind ganz andere Motivationen, die zum Teil da um sich greifen, aber es sind zwei Großaktionen, um die Republik zu verändern, die wir in diesem und im nächsten Jahr in voller Breite erfahren. Das ist das Thema Kernkraft, und das ist das Thema eines radikalen Pazifismus. Das letztere Thema ist deswegen sehr viel schwieriger, weil es im Gegensatz zu dem ersten Thema keine national angelegte Aktion darstellt – in Frankreich läuft diesbezüglich gar nichts –, sondern eine absolut internationale Entwicklung ist. Denn für einen Pfarrer einer evangelischen Kirchengemeinde der Bundesrepublik ist natürlich schon eine Tatsache, wenn eine der drei großen Kirchen in Holland, die dortige calvinistische Kirche, den Beschluß faßt, der also radikal – die Kirche, die Synode, nicht einzelne Pfarrer –, mit großer Mehrheit praktisch auf einen total waffenlosen Staat hinausläuft. Das sind also Belegstellen für den internen Diskussionsgebrauch, der ein ganz anderes Gewicht hat als irgendeine Gruppe, die in der Bundesrepublik irgendetwas beschließt oder unterschreibt. Ich persönlich bin auch ganz sicher, daß der Weltkirchenrat auf dem Weg in diese Entwicklung erhebliche Probleme bekommen wird, und das hat wiederum Reflexionen in die nationalen Kirchen, bei uns in die Gliedkirchen der evangelischen Kirchen. Und innerhalb der Katholischen Kirche, um das auch noch einmal zu sagen, zeigt sich hier eine weite Kluft zwischen der Amtskirche und Teilen der

25 „Argumente zur aktuellen Friedensdiskussion – Eine Diskussionshilfe“ (Mai 1981) in ACDP 07-001-1336. – Vgl. auch Anm. 23.

Basis. Wenn ich jetzt Amtskirche meine, meine ich beispielsweise Generalvikare und bischöfliche Jugendämter. Aber da ein Großteil der bischöflichen Jugendämter, ich habe das früher ja schon gesagt, inzwischen ihren gesamten Personalbedarf aus Ersparnisgründen von den Ersatzdienstleistenden bezieht, darf man sich auch hier über die Konsequenzen in einem Großteil deutscher Diözesen nicht wundern.

So, wir kommen jetzt zum zweiten Thema. Wir brauchen, zur Zeitlage nur gesagt, ungefähr noch einmal 20 bis 25 Minuten für den Tagesordnungspunkt „Anträge“. Zum Punkt „Verschiedenes“ habe ich von mir aus heute keine Anmerkungen zu machen. Also, ich schlage vor, Lothar Späth, daß Du jetzt sehr konkret zur Sache kommst und Deine Vorlagen hier vorträgst. Sie haben die Vorlage alle erhalten?²⁶

VORBEREITUNG 29. BUNDESPARTEITAG

Späth: Um es kurz zu machen, vielleicht kann ich am Anfang nochmal eine Diskussion vorstellen, wozu wir uns hier einigen müssen, (*Unruhe*) zur Diskussion mit der CSU um die Fehlbelegungsabgabe, keine endgültige Klärung nach allen Seiten. In der Diskussion, die nicht nur die CDU betrifft, darauf haben wir uns geeinigt, daß wir generell bereit sind, das Thema anzugehen. Was die Sache selbst angeht, bin ich der Meinung, daß in der Fehlbelegungsabgabe eine Wunde sei. Die Fehlbelegungsabgabe ist die bürokratische Antwort auf die Notlage, und wie man jetzt beim Wohngeld sagt, was richtig ist, müssen die Mieten so gestaltet werden, daß Investitionen in den Wohnungsbau interessant sind und dort, wo sie sozial nicht tragbar sind, müssen entweder die Kosten gedeckt werden durch steuerliche Maßnahmen oder mit der zusätzlichen Hilfe des Wohngelds diese Dinge in Ordnung gebracht werden. Das ist eine gültige Aussage.

Die Aussage der SPD zur Fehlbelegungsabgabe heißt, in den Wohnungen sitzen die falschen Leute – was wir nicht bestreiten –, und deshalb führen wir eine neue große Bürokratie ein, indem wir jeden Bürger in sozialen Mietwohnungen überprüfen und dem dann mit einer höheren Miete erst einmal eine Abgabe zumuten. Was das für eine Abgabe ist, weiß die Bundesregierung selber nicht mehr genau, ursprünglich war es eine Abgabe ähnlich der Berufsbildungsabgabe. Praktisch muß man jetzt sagen, eine Art Beitrag. Ob das juristisch hält, ist sehr offen. Es gibt Fachleute, die sagen, die Sache hält verfassungsrechtlichen Gründen nicht stand. Aber unser Hauptargument dagegen müßte sein, daß hier vier Millionen Familien überprüft werden auf die Einkommenslage. Wenn man sich das mal praktisch vorstellt, wie das läuft: Beim Wohngeld stellt der, der Wohngeld kriegt, einen Antrag, bei der Fehlbelegungsabgabe muß die örtliche Behörde jeden einzelnen sozialen Wohnungsfall prüfen. Es gibt Papiere wie beim BAföG. Wenn in der Familie ein Kind geboren wird, muß der Antrag auf Änderungen kommen, weil das andere Grundsätze sind. Wenn die Frau wieder arbeitet oder halbtags arbeitet, gibt es einen Änderungsgrund; wenn der Mann arbeitslos wird, gibt es einen Änderungsgrund, wenn er wieder arbeitet, gibt es einen Änderungsgrund. Die ganze Bürokratie, das müssen wir mal in der Öffentlichkeit, vor allem, wenn es ernst wird, beschreiben, ist im Grunde die totale Installation nicht einer Lockerung des Wohnungsmarktes, um ihn wieder auf die Füße zu stellen, sondern im Grunde ein Festschreiben, gewissermaßen der Staat als

²⁶ Vorlagen in ACDP 07-001-1336.

Treuhänder der Wohnungen. Und alle, die dort tätig sind, sind im Grunde vom Staat geliehene Institutionen, und der große Bruder Staat sagt, wer zu billig zur Miete wohnt, was er zusätzlich zur Miete noch bezahlt und was der kriegt, dem die Miete zu teuer ist. Die Entscheidung wird am Anfang stehen. Ich bin der Meinung, unabhängig von der Position der CSU, die jetzt nochmal vorgetragen wurde in einem Fernschreiben an den Freund Jahn²⁷, man müsse es offenlassen. Ich bin der Meinung, wenn man das offenläßt, oder wenn wir dann noch sagen, in den Großstädten kommt dann auf die Mieterhöhung noch eine Fehlbelegungsabgabe, dann gibt es eine Geschichte, die nicht in Einklang zu bringen ist. Deshalb bin ich der Meinung, die Frage muß zuerst entschieden werden, denn an der baut nämlich das Papier auf, daß wir gesagt haben, die Fehlbelegungsabgabe lehnen wir als untaugliches Mittel ab. Das muß zuerst stehen, weil sonst unsere ganze übrige Argumentation im Grunde ins Wanken gerät. (*Kohl*: Ja, aber es steht ja bei uns, Lothar.) Ja, ich würde vorschlagen, daß wir das hier zuerst zur Abstimmung bringen.

Kohl: Ich gehe davon aus, um das nochmal zu sagen zwischendurch, daß nach der langen Diskussion es überhaupt keine Anhänger dieser These gibt, und wenn ich es recht sehe, gibt es eigentlich auch nur ganz wenige in der CSU. Wir machen jetzt unser Papier für unseren Parteitag. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Dann komme ich zu dem Papier selbst. Dieses Papier ist so eng wie möglich gestrafft, wir hatten ja im Präsidium die Möglichkeit, nochmal Alternativen zu überlegen, auch zu geeigneten Maßnahmen, Alternativen wie Sozialpfandbriefe auf der einen Seite und Steuererleichterungen für Investoren. Das, was das Papier jetzt noch enthält, ist im Grund bereits eine Entscheidung zu verschiedenen Alternativen in einigen Bereichen. Die Präambel soll nochmal deutlich machen, wo das Problem liegt.

Ich möchte gerne eine Ergänzung noch aufnehmen, die der Kollege Jahn mir heute morgen noch vorgeschlagen hat, und zwar, daß viele junge Leute das besondere Problem haben, daß jetzt die geburtenstarken Jahrgänge ins vertragsfähige Alter kommen und man vielleicht darauf einen Hinweis machen sollte. Ich würde deshalb nur sagen, daß man die beiden Absätze sich daraufhin anguckt. Dort, wo der zweite Absatz endet mit dem Begriff „ältere Menschen“, bei der Aufzählung von Problemgruppen, könnte man hinzufügen nach dem Komma, „sowie die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt Familien gründen wollen und Wohnungen benötigen“. Es wäre vielleicht gut, wenn man auch auf diesen Kreis noch eingeht. (*Kohl*: Einverstanden, ja.) Sonst hätte ich zur Präambel keine Anmerkungen.

Kohl: Gibt es zur Präambel Wortmeldungen? Zur Präambel?

Dingerkus: Das, was aktuell derzeit diskutiert wird, gerade auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung in Berlin, ist doch die Frage, inwieweit ist das Problem auf der einen Seite geregelt. Ich würde auf der anderen Seite aber sehen, daß einige Landesregierungen und auch einige kommunale Vertretungen diese Probleme erst dann angehen, wenn Gewalt angewendet wird, um politische Auseinandersetzung zu betreiben. Ich glaube, hier müßte man meines Erachtens in der Präambel nochmal einen Hinweis einführen, daß das, was zum Beispiel der Berliner Senat jetzt gemacht hat, nämlich genau

27 Friedrich A. Jahn (1935–2016), Jurist; 1972–1994 MdB (CDU), 1980–1982 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der CDU/CSU-Fraktion, 1982–1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1987–1991 beim Bundesminister der Justiz.

den Hausbesetzern vorrangig Wohnungen zur Verfügung zu stellen, letztlich eine staatliche Nötigung an Wohnungssuchende ist, Gewalt anzuwenden, um ihr Wohnungsproblem zu lösen. Das ist sicher nicht der geeignetste Weg, um langfristig in dieser entscheidenden Frage eine Verbesserung zu erreichen. Und da meine ich, sollte man in der Richtung noch einen kleinen Absatz vielleicht als vierten Absatz auf der ersten Seite einfügen. Ich habe den allerdings jetzt nicht wörtlich parat, wie man den formulieren könnte, aber eine grundsätzliche Aussage in der Richtung, meine ich, sollte schon enthalten sein.

Kohl: Ja, ich kann also nicht verstehen, wie die aussieht, machen wir es doch mal so, Sie formulieren mal, wir kommen nochmal drauf zurück. Ja? (*Unruhe. Diskussion.*) Nein, das gehört in die Begründung, Lothar. Du bringst ja die Sache ein. (*Unruhe. Diskussion.* – *Späth:* Ich meine, bei der Begründung muß das Thema genauso angegangen werden, daß nämlich die Rechtslage in Ordnung ist. Nur, im Papier selbst ist es nicht ungefährlich, diese Querverbindung herzustellen.) Ich glaube, da kann man sich einigen.

Geißler: Also dieses Wohngeldpapier wird, auch wenn es auf dem Bundesparteitag verabschiedet worden ist, in der Bewertung durch die Bürger vor allem davon abhängen, wie wir jetzt in den kommenden Wochen bis zum Parteitag die Schlagzeilen hinsichtlich dieses Papiers bestimmen. Und ein noch so gutes Papier – und das ist ein sehr gutes Papier – kann eben möglicherweise in die falschen Schlagzeilen kommen, wenn man nicht selber die richtige Schlagzeile formuliert. Ich glaube, wir müssen bei diesem Punkt eine Gefahr vermeiden, daß wir die Überschrift kriegen „CDU für höhere Mieten“. Steht alles nicht drin, aber die Gefahr besteht natürlich. Wir sind für die höheren Mieten, das ist klar, das ergibt sich aus diesem Papier, aber ich finde, man sollte gleichzeitig den sozialen Kontrapunkt von uns aus schon so setzen, daß er unmißverständlich ist. Es steht hier drin, zum Beispiel im 4. Absatz „mehr Hilfe zur Selbsthilfe, mehr soziale Treffsicherheit“. Das ist ja durchaus damit gemeint. Ich würde nur empfehlen, sowohl in der Präambel als auch weiter hinten, dies noch etwas unmißverständlicher zu erläutern. Und zwar zum Beispiel, daß man hinter „mehr soziale Treffsicherheit“, ich habe es jetzt gerade mal so formuliert, hinschreibt: „mehr soziale Treffsicherheit, die es einkommensschwächeren Bürgern ermöglicht, die ihnen angemessene Wohnung zu bekommen“. Oder irgendwie so. Und dies würde dann, ich greife jetzt schon einmal vor, zum Beispiel auch beinhalten auf der Seite 3 zur Ziffer 3, im ersten Absatz wird da das Wohngeld angesprochen, ein politisches Projekt, das ja von der CDU stammt. Das war ja eine der großen sozialen Leistungen der fünfziger und der sechziger Jahre. Das Wohngeld wird hier aber meines Erachtens etwas zu kurz angesprochen. Das heißt, es wird gesagt, „das Wohngeld als treffsichere subjektive Hilfe allein garantiert nicht“, ich würde sagen, man sollte anders formulieren, dasselbe aussagen: „Das Wohngeld als treffsichere subjektive Hilfe hat sich bewährt. Es allein garantiert aber nicht ...“. (*Späth:* Um das mal ganz generell zu sagen, ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn wir unabhängig so einen Beschluß fassen und solche Dinge nachher reinnehmen, die rein semantischen Charakter haben.)

Kohl: Ja, klar, aber der Heiner hat ja eine Anregung jetzt gemacht zur Formulierung zum Absatz 3. Sollten wir übernehmen. Keine weiteren Wortmeldungen zur Präambel? (*Unruhe. Diskussion.*) Dann gehen wir einfach nach den arabischen Zahlen dann vor, nicht? Und zwar bei B. Thesen 1.

Biedenkopf: Eine Anregung, eine Frage. Anregung beim Einleitungssatz, die Thesen auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Mit dem ersten Satzesatz kann ich

wenig anfangen. Wir hatten, wenn ich mich richtig erinnere, im Präsidium gesagt, wir wollten uns auf ein wesentliches Element der Verbesserung der steuerlichen Fragen beziehen oder beschränken, und dann steht auf der Seite 3 oben das mit der Erhöhung der Abschreibung von 3,5 auf fünf Prozent. Wenn man von „familiengerechter“ spricht, hier das ist für 80 Prozent der Delegierten mit Sicherheit nicht verständlich. Entweder müssen wir sagen, was es ist oder man muß es weglassen. Sonst gibt es sofort eine Sachverständigendiskussion, aber keine politische Debatte.

Späth: Ja, ich möchte zunächst ein paar Bemerkungen machen. Erstens, es gibt Alternativen zum Formulierungsvorschlag von Freund Gaddum²⁸, der den zweiten Satz weglassen will und dann „die CDU tritt ein“. Es geht ja um Folgendes, wir müssen zwei Dinge entscheiden: Das erste ist, ob wir den Vorrang der Eigentumspolitik betonen oder nicht. Die entscheidenden Veränderungsforderungen bringen wir beim Mietwohnungsbau, sozialer Brennpunkt. Bei der Eigentumspolitik meinten wir aber trotzdem, wir sollten das Ding nochmal angehen mit dem Thema der Eigentumspolitik und dann auch mit dem Thema Familienfreundlichkeit. Dann haben wir da eine Reihenfolge. Da gibt es eine Linie, zu der der Freund Jahn und ich uns bekennen, nämlich die, daß wir im Grunde gerne eine Lösung hätten, die nicht die Konzentration der beiden Förderungsmengen auf ein Objekt zuläßt, das heißt, nicht mehr 150.000 für das Einfamilienhaus, sondern bis zu 300.000, weil beide ihren Vorteil einbringen können; ich wäre ja auch für andere Sätze, ganz einfach weil ich der Meinung bin, daß das eine Sauerei ist, wenn einer ein Eigenheim baut und die Baupreise von 1965 auspreisen kann und die Steuern aus 1980 zahlen muß. Nur, da können wir uns nicht einigen. (*Unruhe. Diskussion.*) Meine Vorstellungen sind gescheitert am Widerstand unseres Freundes Gaddum, der die reine Lehre bis zur letzten Konsequenz vertritt. (*Unruhe. Diskussion.*) Das, was wir jetzt hier reingeschrieben haben, diese familienpolitische Komponente, will er nicht drin haben. Ich persönlich würde es für ein starkes Element halten, aber man muß sich natürlich dann einigen, was man will. (*Kohl:* Ja, wir müssen es vor allem auch im Papier sagen!) Richtig, Helmut, diese Formulierung ist so, daß sie auf einen Weg rausläuft. (*Unruhe. Heiterkeit. Diskussion.*)

Wenn ich eine Einigung brauche und sie nicht finde, dann muß ich Kompromisse finden. Das ist kein SPD-Prinzip, sondern das ist auch bei der CDU nicht auszuschließen. (*Kohl:* Das hat etwas mit der Sache zu tun.) Wir haben in der Sache folgende Situation: Wir haben gesagt im Präsidium, Schwerpunkt, wir gehen nicht auf dieses und jenes, wir gehen auf die fünf Prozent Abschreibung Mietwohnung. Damit ist alles abgeglichen, was nicht das Eigenheim anbetrifft. Beim Eigenheim haben wir jetzt folgenden Zusatz: Die Leute können auch fünf Prozent abschreiben, also vergleichbar Mietwohnungen; von der Seite her können wir theoretisch sagen, egal ob Eigentum oder nicht. Aber nur so kann es nicht gehen. Jetzt haben wir den Nachteil, daß beim Eigentum des IMB²⁹ die Höchstgrenzen 150 Einfamilienhaus, 250 Zweifamilienhaus sind. Jetzt haben wir gesagt, dem weichen wir dadurch aus, ohne allzu viel Ärger miteinander zu kriegen, daß wir sagen, das kann formuliert werden auf ein Objekt. Das heißt, eine Familie kann zweimal ab-

28 Johann Wilhelm Gaddum (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1963–1983 MdL Rheinland-Pfalz (CDU), 1971–1981 Finanzminister, 1981–1985 Minister für Bundesangelegenheiten, 1985–1998 Direktorium Deutsche Bundesbank (1993–1998 Vizepräsident).

29 Immobilienunternehmen Immobilien, Marketing, Beratung.

schreiben, wenn sie erwachsene Kinder hat sogar dreimal. Familie konzentriert auf ein Objekt, also Familiennachlaß. (*Unruhe. Diskussion.*) Darüber könnte man sich verständigen. (*Unruhe. Diskussion.*) Da muß eine Klarheit rein.

Die zweite Frage ist die, soll man zwei Dinge zusätzlich machen, soll man ganz einfach die Höchstbeträge ausweiten auf aktuelle Baukosten? Das wird mit den 300.000 erreicht, nur nicht für das Zweifamilienhaus. Insoweit wäre diese Lösung schlüssig. Sie hat einen entscheidenden Nachteil, und das ist, daß wir keine Komponente für die wachsende Familie haben, (*Unruhe. Diskussion.*) daß wir offenlassen wollen, ob sie den allgemeinen Freibetrag als solches Instrument sehen oder den wohnungsbaubezogenen. Wenn wir die wohnungsbaubezogene familienpolitische Komponente haben wollen, dann müssen wir etwas sagen zu dem Begriff der wachsenden Familie, daß die Berücksichtigung finden muß, sowohl was die Wohnflächen angeht, wie was den Steuersatz angeht. Das kann man sehr allgemein formulieren, ausgeformt heißt aber, wir brauchen entweder eine Verlängerung der Abschreibung, (*Unruhe. Diskussion.*) oder wir brauchen eine Erhöhung der Prozentabschreibung bei wachsender Familie. Und wir müssen Rücksicht nehmen auf die Frage der Wohnflächen bei der Berücksichtigung. Aber das müssen wir natürlich sachlich entscheiden. Unser Kompromiß ist jetzt so, Konzentration auf ein Objekt und die familienpolitische Komponente offenlassen in Richtung wohnungsbaubezogen oder allgemeinen Steuerfreibetrag.

Orgaß³⁰: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich hatte mich rechtzeitig gemeldet, einmal noch zur Generallinie, weil dazu etwas gesagt werden muß, denn wenn wir ins Detail gehen und dann verallgemeinern, kommen wir mit Sicherheit nicht zur entsprechenden Treffsicherheit. Um ein freundliches Argument vorwegzunehmen, zum Thema Fehlbelegung werden die Sozialausschüsse ebenfalls eine klare Absage formulieren, aber eine entsprechende Alternative aufbringen. Ich kann dieses Argument zugleich aufbringen aus meiner beruflichen Situation, denn ich habe vor kurzem bei einem Hearing im Bundesbauministerium als Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung diese Ablehnung mitformuliert, die allgemein von der gesamten Fachwelt auch getragen wird, weil durch die Fehlbelegung weder die räumliche Komponente noch die soziale Komponente getroffen werden.

Um nun aber zu diesem Papier zu kommen, müssen wir leider, und das sage ich, obwohl ich einer der Mitglieder in dieser Kommission war, die dieses Papier beraten haben, erklären, daß wir, ich persönlich, aber auch die Sozialausschüsse, diesen Antrag nicht so teilen werden, weil er die Generallinie überhaupt nicht im Auge hat, weil aus diesem Antrag nicht das Problem gelöst wird, was das Drängende ist, nämlich die Not in den Ballungsgebieten und für die sozial schwächeren Schichten eine entsprechende angemessene Versorgung. Im Gegenteil, das, was man der Regierung vorzuwerfen hat, was in der Präambel auch zum Ausdruck kommt, würde durch diesen Antrag in der Tendenz verstärkt. Es ist sicherlich ein sehr hohes Ziel, wenn wir die Eigentumsförderung weiter fördern. Wir können sie aber nicht zu einem Vorrecht machen, weil wir in der Vergangenheit schon erkennen mußten, daß die gesamte Förderung weitgehend in die falschen Räume geht, nämlich in die ländlichen Bereiche, wo die Probleme der Wohnversorgung bei weitem nicht so gravierend sind oder überhaupt nicht mehr gegeben sind, während

30 Gerhard Orgaß (1927–2012), Betonbauer, Volkswirt; 1953–1965 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (CDU), 1965–1976 MdB.

in den Ballungsräumen sich dieses Problem verstärkt. Wir müssen auch erkennen, daß aufgrund der Kostensituation die sozial schwächeren Schichten, also die untere Hälfte der Gesellschaft, kaum mehr in der Lage ist, und in den Städten überhaupt nicht in der Lage ist. Eine Zahl, die Dr. Göb³¹ vor dem Deutschen Städtetag für das Jahr 1977 genannt hat, sagt aus, daß zwei Drittel aller Neubauproduktionen im Jahr 1977 in Gemeinden unter 30.000 Personen erfolgt ist. Das heißt, daß also immer weniger Mittel in die Neubauproduktion gehen. (*Unruhe. Diskussion.*) Andererseits muß man erkennen, daß auch im Jahr 1979 genauso viel privates Kapital in den Wohnungsbau gekommen ist wie während des höchsten Baubooms 1973. Nur die Umstrukturierung hat ganz Anderes ergeben. Dadurch, daß die Anreizfunktion in den Altbaubestand seit 1977 eine viel höhere Rendite abwirft als eine Neubauproduktion, ist also die Umschichtung in den Altbaubestand gekommen mit dem weiteren Ergebnis, daß dort preisgünstiger Wohnraum für schwächere Schichten der Bevölkerung immer weniger zur Verfügung steht, daß hier also soziale Verdrängung entsteht. Das sind auch die Ursachen, die letztlich zu den Ärgernissen führen, daß Wohnraum leer steht. Das sind Dinge, die letztlich auch zu den Hausbesetzungen führen.

Da es leider nicht möglich ist, diesen Antrag durch Änderungsanträge in eine aus unserer Sicht vernünftige Richtung zu bringen, werden wir einen alternativen Antrag auf dem Parteitag bringen, der eine andere Zielsetzung gibt, der nämlich davon ausgeht, wo die Probleme sind in den Ballungsräumen und für die Schichten, die die Versorgung brauchen, daß dort geholfen wird. Das ist bei diesem Papier nicht zu sehen, auch wenn hier auch in der Präambel zutreffend gesagt wird, soziale Treffsicherheit muß größer werden und für die Probleme, die es gibt. Wenn wir diese Probleme rein quantitativ aussitzen, sind das 30 Prozent unserer Gesellschaft. Deswegen müssen wir einen grundsätzlich anderen Weg gehen. Ich will mich im Moment hierauf beschränken. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich möchte jetzt bloß gern mal wissen, was denn der Punkt ist, was grundsätzlich anders sein soll. Wo ist die bessere Idee? Und zwar nicht pauschal, sondern konkret, mit welchen Elementen soll diese andere Idee verwirklicht werden?

Kohl: Also, zunächst einmal zur Geschäftslage. Ich habe mir das natürlich etwas anders vorgestellt, und das will ich auch hier deutlich sagen. Es ist ja pausenlos zu dem Punkt getagt worden. Und wir haben jetzt hier einen Bericht der Kommission. Daß mit diesem Bericht nicht jeder einverstanden ist, damit habe ich selbstverständlich gerechnet. Ich habe auch selbstverständlich damit gerechnet, daß auf dem Bundesparteitag dazu geredet wird und möglicherweise andere Anträge kommen. Wir sollen doch gerade an dem Beispiel demonstrieren, einer Sachfrage, daß wir mit Sachverstand auf einem Parteitag auch eine schwierige Frage diskutieren können. Aber das mache ich auf keinen Fall hier, damit kein Zweifel aufkommt, daß wir die gleiche Debatte vom letzten Montag über viereinhalb Stunden jetzt wieder führen. Wenn ich das gewußt hätte, daß das beabsichtigt ist, hätte man mir das sagen müssen, dann hätte ich einen völlig anderen Zeitplan hier angesetzt. Aber der Zeitplan gibt das jedenfalls nicht her. Ich gehe jetzt von einer Vorlage aus, ich nehme zur Kenntnis, daß der Kollege Orgaß angekündigt hat, daß er mit dieser Sache nicht einverstanden ist und daß es dazu Anträge gibt. Ich finde das ganz normal.

31 Rüdiger Göb (1928–2015), Jurist; 1970/71 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1975–1987 Beigeordneter für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln.

Es wird auch zu anderen Punkten Anträge geben. Aber ich dränge hier nicht auf einen Konsens um jeden Preis, hier wird es halt Abstimmungen dann geben, das ist auch ganz normal.

Blüm: Zur Geschäftsordnung, ich will das nur klarstellen für die Position der Sozialausschüsse: Natürlich werden wir zu diesem Papier auf dem Bundesparteitag Abänderungsanträge stellen. (*Kohl:* Völlig in Ordnung!) Daher fände ich es der Fairneß halber gut, dies im Bundesvorstand vorzutragen, damit uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, wir hätten hier im Vorstand Einverständnis signalisiert, und auf dem Parteitag würden wir etwas anderes machen. Dennoch bin auch ich der Meinung, wir brauchen die Parteitagsdiskussion nicht nochmal zu führen.

Kohl: Ja. Das führt uns nämlich nicht weiter.

Gaddum: Ich will das Generelle jetzt nicht nochmal aufgreifen, sondern an das anknüpfen, was wir am Anfang hier hatten. Wir sind davon ausgegangen, daß wir jetzt uns auf den Parteitag konzentrieren. Deshalb notwendigerweise Konzentration auf einige wenige Thesen, die natürlich ausgeführt werden können, auch in unterschiedlicher Richtung. Wenn hier unter dem Spielstrich eins zum Beispiel steht „Abschreibungen müssen sozialer gestaltet werden“, da ist alles drin. Ich kann nicht nach meinem Dafürhalten einen Parteitag fragen, ob ich jetzt den Prozentsatz erhöhe oder den Quadratmeter anhebe oder ob ich Personen zusammenfasse, die Wege sind doch sehr vielseitig. Und dann gibt es einige Punkte, da gibt es Einwände, andere kann man machen. Ich meine, eine solche Formulierung, die hier ist, ist etwas, was politisch notwendig ist, und deshalb ganz bewußt die Beschränkung hier auf diese Aussage. Daß man noch vieles andere Nützliche sagen kann, ist völlig unumstritten, nur ich meine, das gehört nicht hierhin.

Kohl: Einverstanden. (*Unruhe. Diskussion.*)

Biedenkopf: Ich will nur, daß man statt „Hilfe des Staates“ „Förderung des Staates“ sagt. Ich finde den Begriff „Hilfe“ falsch. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Gut. Zu B 2.

Späth: Hier sind von mir aus keine Anmerkungen zu machen mit einer Ausnahme. Da gibt es im Grunde zwei Themen, einmal die fünf Prozent und der Verzicht auf Antrag auf den Sozialpfandbrief, was ich für richtig halte. Zweitens, es gibt hier noch eine Frage, das sind die Zeitmietverträge. Wir haben jetzt das Mietrecht im Grunde unter starkem Schutz gelassen mit einer Ausnahme, nämlich dort, wo die berühmten Zweitwohnungen bestehen. (*Unruhe. Diskussion.*) Und jetzt kommt noch ein Ergebnisvorschlag, den ich gerne rausnehmen würde, weil dies nämlich auch für Sanierungsgebiete gilt, weil dort ein ähnliches Problem liegt, daß nicht mehr vermietet wird, weil der Abbruch ansteht. Nun könnte man ja mit Zeitverträgen in der Zwischenzeit vermieten. Die Münchener wollen die Zeitverträge generell, dies halte ich für unerträglich. Denn der Zeitvertrag generell bedingt, daß nur noch einjährige Mietverträge abgeschlossen werden. Da ist dann direkt der Kündigungsschutz unterlaufen. Aber daß man neben dem familieneigenen Bedarf noch die Frage Sanierungsgebiete mit reinnimmt, finde ich erwähnenswert, weil nämlich in diesen Sanierungsgebieten die Hausbesetzungen nur deshalb entstehen, weil der Vermieter mit Zeitvertrag nicht vermieten darf, und mit einem langfristigen Mietvertrag ist die Sanierung behindert, und daraus entsteht ein Teil dieser Probleme. Ich würde sagen, Zeitmietverträge in Sanierungsgebieten könnte ein Weg sein.

Geißler: Ich glaube, es gibt hier gar keinen Widerspruch. Wo soll das jetzt hin? (*Unruhe. Diskussion.*) Gut, hat da jemand etwas dagegen zu sagen? Das ist nicht der Fall.

Biedenkopf: Ich habe noch eine Anregung, das ist keine inhaltliche. Im ersten Spiegelsatz steht, was passiert, wenn der Staffelsatz erhöht wird, aber nicht ausdrücklich, daß wir dafür sind. Ich bin der Meinung, da es sich hier um einen Parteitagsbeschluß handelt, muß hier stehen, daß wir das auf fünf Prozent erhöhen wollen und daß dann das eintritt, oder um dies zu erreichen. Rein sprachlich. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: So, ich muß einfach der Form halber fragen, ob es dagegen Einwände gibt. (*Unruhe. Diskussion.*) Gut, ist aufgenommen. Dann rufe ich auf die Ziffer 3 1. Absatz. Ich wiederhole, ich würde vorschlagen, daß wir das Wohngeld nochmal ausdrücklich positiv erwähnen. „Das Wohngeld als treffsichere subjektive Hilfe hat sich bewährt“, würde ich sagen. Und dann „aber es allein garantiert nicht“. Ja? (*Unruhe. Diskussion.*)

Biedenkopf: Ich habe eine Frage zur Behandlung nachher auf dem Parteitag. Rechnen die Autoren damit, daß es eine Diskussion über den Begriff „zumutbare Bedingungen“ gibt? Denn daran hängt im Grunde genommen alles. Da hängt das Wohngeld dran, da hängt die Miethöhe dran, da hängt die Frage dran, Zugang zum sozialen Wohnungsbau etc. Da möchte ich nur wissen, daß man das irgendwie hier im Bundesvorstand so vorbereitet, daß es ein, zwei Leute gibt, die nachher auch in der Debatte sagen können, was wir darunter verstehen. Ich bin mit dem Begriff einverstanden. (*Geißler:* Also keine Abänderung?) Nein, nein. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ja, vielen Dank. Dann ist die Ziffer 3 verabschiedet, ist das richtig?

Wissmann: Ein Punkt, ich sage es nur hier, weil es schwierig ist, das überhaupt an einer sinnvollen Stelle einzubringen. Ich wollte nur ankündigen, daß wir zum Thema Studentenwohnproblem versuchen wollen, einige Spielstriche als Zusatzantrag zu formulieren. Ob das nun hier oder anderswo eingebracht wird, ist zweitrangig. Aber, ich meine, jeder kennt die Absicht der Bundesregierung, die Mittel zu kürzen. In der Zeit ist es wieder notwendig, eine eigene Position zu haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich wollte es nur ankündigen, es muß jetzt nicht integriert werden.

Geißler: Also, da bietet sich ja in der Präambel der zweite Absatz an, zum Beispiel. (*Unruhe. Diskussion.*) Gut. Darf ich darum bitten, daß wir uns einfach konzentrieren jetzt auf Abänderungsanträge. Dann kommen wir zu Ziffer 4 unten.

Späth: Ich würde jetzt mal vorschlagen, daß wir uns jetzt vielleicht einfach konzentriert die Textseiten nehmen. (*Kohl:* Ja!) Auf der Seite 4, 2. Absatz, der beginnt mit den Worten „Da tritt die CDU dafür ein“, und wenn Sie dann weitergehen, ab Zeile 4, da heißt es „niedrigen Mieten“ und dann heißt es „Bei diesen ältesten Wohnungen würde selbst ein Übergang auf die Vergleichsmiete keinen großen Mietsprung mit sich bringen“. Das wollen wir ändern in folgenden Satz: „Hier ist ein Übergang auf die Vergleichsmiete möglich“. Das ist klarer. Man sollte nicht hinweisen „würde“, das ist alles ein bißchen kompliziert für den Außenstehenden. Man sagt: „Hier ist ein Übergang auf die Vergleichsmiete möglich.“ (*Geißler:* Moment! Also das heißt dann statt „Bei diesen ältesten Wohnungen?“ Oder bleibt das stehen? Sondern einfach „Hier“?) „Hier ist ein Übergang auf die Vergleichsmiete möglich.“ Und dann nach dem Strichpunkt das streichen und dann gleich der Satz: „Entsprechende Härten fängt das Wohngeld auf.“

Geißler: Darf ich nochmal fragen, gibt es dagegen Einwände?

Orgaß: Ja, ich habe diese Einwände auch schon vorhin gebracht. Das wäre nämlich die Alternative, daß wir das Fehlbelegungsproblem und die Entfernung dadurch lösen, daß wir die beiden Elemente, die in der Sozialbindung drinliegen, voneinander trennen, daß wir die Kostenbindung auflösen und in Richtung Marktniveau uns bewegen, daß wir andererseits aber die Belegungsbindungen dieser Wohnungen beibehalten, weil der Staat günstigen Wohnraum auch für die Zukunft dringend braucht. (*Unruhe. Diskussion.*) Dieses ist zwar mit dem letzten Satz angesprochen, ist aber ein Widerspruch, denn die Vergleichsmiete kann also keine Bindung mitbringen, weil das eine nicht soziales Wohnrecht, sondern frei finanziertes Wohnrecht ist. Das sind also Widersprüche in sich. Und damit ist dies mit dem Begriff „automatisch“ also reine Augenauswischerei.

Geißler: Kann man dieses kurz weiter behandeln, Herr Echternach, oder wollen Sie dazu gerade was sagen? (*Unruhe. Diskussion.*) Dann würde ich vorschlagen, daß ich jetzt erst dem Herrn Gaddum das Wort gebe, der jetzt zu diesem Einwand von Orgaß etwas sagen will.

Gaddum: Wie müssen ja sowieso hier bei der Verwirklichung eines solchen Papiers das Gesetz ändern. An verschiedenen Stellen. Ich sehe durchaus im Sinne dessen, wie Herr Orgaß, die Notwendigkeit, daß wir nicht eben zu dem Wegfall der Belegungsbindung in allen Fällen kommen, denn es ist ausdrücklich so, daß es keinen Widerspruch zur Veränderung der Kostenberechnung gibt, wir wollen ganz bewußt von der Kostenlinie weg Richtung mehr auf eine Marktklinie, deshalb dieser Begriff „Vergleichsmiete“, aber ohne daß wir automatisch gleichzeitig alle Bindungen aufheben. Genau das wollen wir nicht. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Der übernächste Satz heißt, wenn ich das mal vortragen darf, damit das klar ist: „Die Lösung von der Kostenlinie darf nicht zu einem automatischen Wegfall der Belegungsbindungen führen.“ Und das ist das Anliegen, daß das Thema Element Belegungsbindung von dem Element Miete getrennt ist. Das ist ja genau das, was Orgaß will.

Orgaß: Ein Zweites ist dort dringend notwendig: Es ist nur dann sinnvoll, wenn diese Mittel auch zweckgebunden wieder in den neuen sozialen Wohnungsbau kommen. Dazu ist hier überhaupt kein Wort gesagt. Das würde automatisch bedeuten, daß dies nur eine Einkommensverschiebung zugunsten der Vermieter des sozialen Wohnungsbaus ist. Ich habe schon im Präsidium erklärt, daß dies aus zwei Gründen überhaupt nicht gerechtfertigt ist. Erstens ist damit überhaupt nicht gesagt, daß diese Mittel wieder neu eingesteckt und nicht verfrühstückt werden. Zweitens ist das auch eine ungeheure Ungerechtigkeit der Vermieter des sozialen Wohnungsbaus, wie das des frei finanzierten Wohnungsbaus. Weil im frei finanzierten Wohnungsbau seit aller Zeit die Kosten nicht zu Beginn aufgenommen werden müssen, sondern die ersten Jahre immer Verluste eingefahren wurden, ist dem Vermieter einer sozialgebundenen Wohnung die Kostenmiete von Anbeginn garantiert. Er würde in einem Zeitpunkt jetzt, wo sein früherer Vorteil umschlägt in einen späteren Nachteil, das ist so gewollt, das ist so richtig, dann eine ganz erhöhte Rendite haben, er wäre dann frei aus allen Kostenentwicklungen, und er könnte dann sogar auch noch verkaufen zu Marktpreisen und könnte enorme Gewinne machen.

Ich möchte noch hinzufügen, wenn wir uns die Strukturen dieser Wohnungen im sozialen Wohnungsbau ab den fünfziger, den sechziger Jahren ansehen, um die dreht es sich im wesentlichen, dann stellen wir fest, daß in vielen dieser sozialen Wohnungen überhaupt kein echter Eigengeldanteil des Vermieters war, weil die seinerzeit abgelöst wurden durch

Lastenausgleichsdarlehen, durch Familienzusatzdarlehen und ähnliche Dinge, die vom Mieter aufgebracht wurden, die aber in der Bilanz sofort praktisch Eigengeld des Vermieters waren. Wenn jetzt also, ohne daß überhaupt Eigengeld vorhanden ist, dann später die aus der Bindung noch rauskommen könnten, dann ist das durch nichts zu vertreten.

Geißler: Darf ich mal einfach die Frage stellen, diese Differenzen sind ja nicht sehr erheblich? (*Orgaß:* Doch, sehr gravierend!) Ja, wie soll der Satz dann heißen? Ich meine, ich muß ja weiterkommen. (*Unruhe. Diskussion.*) Überlegen Sie doch mal, wie es heißen soll, jetzt zum grundsätzlichen Problem.

Echternach: Ich habe gegen die hier vorgeschlagene Lösung doch die allergrößten Bedenken. Nicht nur, weil sie ungerecht ist, wie Herr Orgaß dargelegt hat, sondern weil ich glaube, daß die Wohnungsexperten uns hier in ein politisches Himmelfahrtskommando hineinführen. Ich meine, wir müssen die bundespolitische Dimension sehen dessen, was wir hier beschließen: Dr. Geißler hat vorhin mit Recht gesagt, die Diskussion in Mannheim darf nicht unter dem Motto geführt werden, die CDU ist für höhere Mieten. Und dies kommt da heraus, gerade in Ballungszentren, wo die Probleme sich besonders zuspitzen. In Hamburg zum Beispiel leben mehr als 40 Prozent in Sozialmietwohnungen. Wenn wir jetzt die Forderung erheben, und darauf läuft das alles hinaus, nur deswegen, weil wir gegen die Fehlbelegungsabgabe sind, müßten nun alle Mieten angehoben werden im sozialen Mietwohnungsbau, dann schenken wir der SPD in ihrer verzweifelten Lage ein politisches Thema, wie sie es schöner gar nicht haben kann. Sie kommt aus ihrer Defensive heraus und kann hier, gerade bei den bevorstehenden Wahlen in vielen Kommunen, in Hamburg – ich erinnere an das, was Herr Amrehn³² in der Bundestagsfraktion gesagt hat –, in Berlin und wo immer dieses Thema sich stellt, wunderbar uns in die Defensive bringen. Im Grunde haben wir uns selbst die Fesseln gelegt oder die Schlinge gelegt, aus der heraus wir dieses Thema hier jetzt plötzlich behandeln, indem wir uns so massiv gegen die Fehlbelegungsabgabe gestemmt haben, obwohl wir sie selbst seit vielen Jahren gefordert haben. Jetzt plötzlich der Schritt weg, wir haben sie gefordert, weit im Bundesgebiet, wir haben sie in vielen Ländern gefordert. Nun plötzlich über Nacht der Salto mortale, gegen die Fehlbelegungsabgabe und, um eine sogenannte marktwirtschaftliche Alternative zu finden, die zunächst mit der akuten Wohnungsnot ja gar nichts zu tun hat, die Forderung, alle Mieten hoch. Mit dem Wohngeld wollen wir das angeblich mildern, obwohl wir uns doch darüber klar sein müssen, von der Lage der öffentlichen Haushalte, daß das Wohngeld effektiv kaum etwas leisten kann in diesem Bereich und daß tatsächlich die höheren Mieten im wesentlichen von den Mietern aufgefangen werden, obwohl die Vermieter zunächst gar keine soziale Rechtfertigung vorlegen können, worauf Herr Orgaß mit Recht hingewiesen hat, weil dort die effektiv den Mietern entstehenden Kosten aus der Vergangenheit voll reingekommen sind, und zum anderen, daß einige Probleme gar nicht gelöst werden. In dem Fall stärken wir den Neubau in den Ballungszentren, damit hat dieser Vorschlag, jedenfalls direkt, überhaupt nichts zu tun.

Ich frage mich auch für die Länder, in denen das Problem der Mietwohnungen so stark ist, wie Sie es rechtfertigen wollen, zwar die Zinssubventionen für die Mietwohnungen

32 Franz Amrehn (1912–1981), Jurist; 1950–1969 MdA (CDU), 1961–1969 Vorsitzender der CDU Berlin, 1969–1981 MdB. – Vgl. Protokoll der Fraktionssitzungen der CDU/CSU vom 26. Januar und 10. Februar 1981 (ACDP 08-001-1062/1).

abzubauen, nicht aber offensichtlich im Eigenheimsektor. (*Unruhe. Diskussion.*) Im übrigen frage ich mich, warum wir hier auch eine bundeseinheitliche Lösung in diesen Ländern anstreben, obwohl schon jetzt die Gesetzgebung stärker nach Ländern sich orientiert. Deshalb wäre es eine Lösung, mit der wir in den Ländern leben könnten, daß die Frage des Abbaus des sozialen Mietwohnungsbaus von den Ländern selbst entschieden werden kann, je nach der Lage des regionalen Wohnungsmarkts. Wenn Sie dieses hineinbauen, daß die Länder je nach gegebener Wohnungssituation die Zinsen anheben können über die vier Prozent hinaus, die jetzt möglich sind, dann könnten wir in Hamburg eher damit leben, und dann würden die Länder, die das wollen, den Weg beschreiten. Der Bund ist ja ohnehin nur mit ganz wenigen Prozent hier beteiligt. (*Unruhe. Diskussion.*) Infolgedessen meine ich, wenn wir hier nach Ländern differenzieren, daß es dann für die Ballungszentren generell im Vordergrund steht, Mietwohnungen zu schaffen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Wenn ich es in einem Satz sagen darf: Das große Problem besteht darin, daß man die verschiedenen Diskussionen an diesem Punkt nicht zusammenbringen kann. Das sind zwei ganz verschiedene Themen. Erstens, die Fehlbelegungsabgabe sagt Folgendes: Die Miete, wie die entstanden ist, spielt überhaupt keine Rolle. Ich sage, daß der, der eine Wohnung besitzt, nur treuhänderisch mitbestimmt letztlich die Abgaben an die Miete. Und das ist Bürokratie. Wer dies von der CDU aus vertreten will, muß unsere gesellschaftspolitische Konzeption an der Garderobe abgeben. Das ist mit der CDU überhaupt nicht im Einklang. Weder die bürokratische Seite noch das Ergebnis. (*Unruhe. Diskussion.*)

Jetzt kommt die Frage, was gibt es denn für Alternativen? Der Vorwurf heißt, Fehlbelegung von alten Wohnungen mit Leuten, die längst eine höhere Miete bezahlen könnten, aber nicht rausgehen. Und jetzt sagen wir, die „ältesten Wohnungen“. Davon geht eine interessante Argumentation aus, wir sprechen hier von den Wohnungen bis 1956. Die Wohnungen bis 1956 haben zur Zeit eine Höchstmiete von 3,50 Mark. Aber natürlich! Entschuldigung, das ist doch wieder ein anderes Feld! Können wir uns nicht mal auf das konzentrieren, was sachlich richtig ist? Die Wohnungen bis 1956 sind Kostenwohnungen, das kann man alles feststellen, man braucht nur Statistiken und Materialien nachzulesen. 1956 hatten wir die 0,5-Prozent-Förderung. In allen Ländern gleich. Und da fließen die Höchstbeträge, die jetzt angehoben werden, für die Förderungsdarlehen in den Großstädten bis zu 35.000 Mark pro Monat ein. Und wenn ich jetzt 35.000 Mark pro Monat auf sieben Prozent anhebe, dann gibt das eine Mehrkostenmiete von 150 Mark pro Monat, dann steigt die auf fünf Mark. Und das ist unsere Vergleichsmiete. Und wenn die modernisiert werden, kommen Sie auf eine ganz andere Vergleichsmiete, eine ganz andere Mietenkategorie. Entscheidend ist, daß wir gerade nicht dem Vermieter das Geld geben, was Orgaß vorwirft, sondern durch die Zinserhebung fließt das Geld zurück in die öffentliche Kasse. Und was wird dort damit gemacht? Damit wird denen, die es nicht bezahlen können über das Wohngeld, die Subvention gegeben, mit dem individuellen Situationsbedarf. Das ist doch die Idee! Das ist doch die geistige Position, aus der die Union Soziale Marktwirtschaft betreibt, daß der, der zahlen kann, die Kosten tragen soll, und der, der es nicht zahlen kann, kriegt von der öffentlichen Hand so lange den Unterschied zur Belastbarkeit, bis er rauswächst. Das ist die erste Idee.

Jetzt kommt die zweite Konsequenz: Was bedeutet das für die späteren Wohnungen? Alle Argumente, die Sie jetzt bringen, gelten nicht mehr für die Wohnungen nach 1956. Dort sagen wir nur, diese Wohnungen können in der Kostenmiete in geringen Stufen an die Kostenentwicklung angepaßt werden unter Ausklammerung derer, die die Miete nicht bezahlen können. Ja, das ist doch das Ergebnis der Fehlbelegungsabgabe. Nur mit dem Unterschied, daß bei der Fehlbelegungsabgabe eine falsche Miete für alle Zeiten festgeschrieben wird und dann eine bürokratische Mietfestsetzung im Einzelfall erfolgt. Und bei uns wächst die Miete in die normale Kostenentwicklung hinein unter sozialer Absicherung derer, die sie nicht bezahlen können. Und da lassen wir denen doch nicht das Geld! Das Geld verende ich revolvierend für den notwendigen Wohnungsbau der öffentlichen Hand. Da können wir auch gerne den Satz noch reinschreiben, ich muß ja auch das Wohngeld erhöhen. Machen wir jetzt statt neun Prozent zwölf Prozent ins Wohngeld rein. Aber 25 Prozent aller Wohnungen marschieren in eure Fehlbelegungsabgabe mit dem Verwaltungsaufwand, der sich daraus ergibt.

Und nun die ähnliche Diskussion um die Mieten. Jetzt sage ich hier auch mal ein offenes Wort. Ich kann doch nicht sagen, es ist normal, daß, wenn die Ölpreise steigen, das Benzin steigt, aber es ist normal, daß jedes Jahr die Baukosten um zehn Prozent steigen und die Mieten festgeschrieben bleiben. Das führt doch zu einem Anspruch! In der Geschichte in Deutschland oder in Europa gibt es kein Land, das pro Einwohner so viel Quadratmeter Wohnfläche bereitstellt wie die Bundesrepublik bei wachsender Wohnungsnot. Warum? Weil die Tante, die als Enkelin der Familie, die mal acht Kinder hatte, heute noch in einer Wohnung sitzt mit 84 Quadratmetern, die gefördert wurde aus Kinderreichendarlehen auf 80 Jahre Laufzeit mit 0,5 Prozent Zinsen. Wenn wir das nämlich alles vertreten wollen und nicht sagen wollen, die muß eine angemessene Miete bezahlen oder muß in eine Zweizimmerwohnung umziehen, damit die Dreikinderfamilie eine Vierzimmeraltbauwohnung bekommt, ja, wenn wir das alles nicht einleiten wollen, dann bin ich dafür, daß wir sagen, jetzt machen wir die Politik der Sozialdemokraten, das Gut Wohnen ist ein öffentliches Treuhandgut, das zufällig gemeinnützigen und privaten Besitzern gehört. Ich meine, das will ich mal ganz ehrlich sagen, wenn wir Politik nur noch als Reaktion auf Zustände mit bürokratischer Festschreibung begreifen, dann haut dieses Konzept hin. Wenn wir aber noch Unionspolitik machen wollen, mit dem Ziel, etwas in unsere politische, geistige Richtung zu bewegen und nicht den Zufälligkeiten der Zeit, in der jemand in eine Wohnung gezogen ist, die Wohnung zu überlassen, dann ist dieses Konzept eine klare Antwort, nämlich dort, wo herangeführt werden kann, und deshalb kommt für die Wohnungen bis 1956 das Vergleichsmietenprinzip. Und für die Wohnungen von 1956 bis 1966 kommt das Kostenprinzip. Und für die Wohnungen ab 1966 brauchen Sie in Hamburg gar nichts mehr machen, weil die Sozialwohnungen so teuer sind und weil der Stadtstaat Hamburg nämlich die brutalste marktwirtschaftliche Form genommen hat. Der hat nämlich auf die Inflation der Einkommen spekuliert, bis zehn Prozent pro Jahr, und hat Mietsprünge eingeführt mit elf Prozent. Und die kann man im Moment gar nicht mehr durchsetzen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, und warum habt ihr nachsubventioniert? Weil die Spekulation nicht aufging! Aber das ist doch ein ganz deutliches Zeichen, was für Bürokratie in der Wohnungspolitik entsteht. Aber die Grundstimmung, die sich aus der Mietpolitik ergibt, ist keine Ausweglösung, sondern die einzige Lösung Sozialer

Marktwirtschaft, denn wer es bezahlen kann, soll bezahlen, was es kostet, und wer es nicht bezahlen kann, bedarf der öffentlichen Unterstützung.

Orgaß: Sie bringen also zwei Elemente ständig durcheinander, das eine Mal die möglichen Fehlbelegerprozente, dann die Frage der Zinssubvention. Das sind aber zwei ganz verschiedene Paar Stiefel, und das ist hier überhaupt gar nicht gesagt. Hier wird gesagt, wenn also der Abbau von Zinssubventionen und der Übergang zu den Vergleichsmieten kommt, ist das drin. Der Abbau der Zinssubvention bringt, wie Herr Echternach schon sagte, ganz große rechtliche Schwierigkeiten mit sich, weil in vielen Bundesländern Höchstgrenzen für diese Zinsen vertraglich festgelegt worden sind. Und diese Höchstgrenzen sind weitgehend erreicht. Das ist also dann reine Schaumschlägerei.

Ich möchte gerne sagen, in welche Richtung wir diesen Antrag ändern sollten, sofern die Sozialausschüsse ihn bringen. Bei der Lösung des Fehlbelegungsproblems im sozialen Wohnungsbau können gleichzeitig die derzeitige Verzerrung der Mieten abgebaut, kostengünstiger Wohnraum für einkommensschwächere Haushalte erhalten und der Einsatz zusätzlicher Mittel für den Wohnungsbau sichergestellt werden. Denn hier ist überhaupt nirgendwo im Papier drin, was mit diesen Mitteln geschehen soll. Wenn sie nur abgeschöpft werden für den Vermieter, ist das eine gigantische Eigentumsverlagerung. (*Unruhe. Diskussion.*) Dabei ist eine Orientierung an Mietspiegeln, die es überall in den Ballungsgebieten gibt, anzustreben. Weiterhin muß gewährleistet sein, daß der Differenzbetrag zwischen den bisher getragenen Sozialmieten und den neuen angehobenen Mieten zweckgebunden für den Neubau von Sozialwohnungen bzw. die Verbesserung des Wohngelds mit eingesetzt werden.

Ich möchte hier nur auf eines hinweisen, was Herr Späth so in einem Nebensatz auch gesagt hat, das Problem der Unterbelegung anzugehen, dort, wo also eine alte Witwe allein in einer zu großen Wohnung lebt. Wenn man dieses über den Preis macht, indem man die Mieten dort so hoch setzt, daß dieses Mütterchen die nicht mehr zahlen kann, dann frage ich, wie wollen Sie dann mit einer so angehobenen Miete eine Familie entsprechend unterbringen? Das würde also bedeuten, daß die Kosten auch des Altbaus, die unter ganz anderen, viel billigeren Kostenstrukturen entstanden sind, insgesamt so hoch kommen, daß wir durch Wohngeld stark ausgleichen müssen und die Einkommenszuwächse dann damit nicht Schritt halten können. Das bedeutet, daß also Wohngeld künftig nicht mehr für die Problemfälle allein sein wird, sondern daß es für die Arbeitnehmerschaft schlecht hinkommen wird. Das aber bedeutet im Grunde genommen, daß die Leistungsgesellschaft und die Soziale Marktwirtschaft vom Kern her ausgehebelt werden, weil ja jeder Einkommenszuwachs, den der einzelne aufgrund seiner Leistung bekommt, selbst dann, wenn es nicht einmal ein realer Zuwachs ist, sondern nur nominal, daß das durch das Wohngeld dann wieder abgeschafft werden wird. Und damit ist auch ein weiteres Element unserer freiheitlichen Gesellschaft in Frage gestellt, nämlich die Tarifautonomie der Sozialpartner, weil dann nicht mehr entscheidend ist, was die im Verteilungskampf am Ende einer Vertragsperiode aushandeln, sondern entscheidend wird sein, in welcher Höhe die Bürokraten das Wohngeld festsetzen.

Und dann ein Letztes. Was das an Bürokratie bedeutet, das wird viel, viel mehr sein, als das jetzt der Fall ist. Denn dann kommt all das wieder zum Tragen, aber in weitaus größerem Maße, als das, was der Kollege Späth bei der Fehlbelegungsabgabe, die ich auch

nicht für richtig halte, hier prophezeit hat. Das muß man sehen, wenn man einen solchen Weg geht.

Jahn: Ich möchte nochmal auf Herrn Echternach eingehen. Sie sagen, wie kommt das draußen an? Herr Echternach, wir sind doch alle für Gerechtigkeit. Zwei Dritteln derer, die einen Anspruch im sozialen Wohnungsbau auf eine Sozialwohnung haben, muten wir den Weg heute schon zu, den wir hier mit unserem Programm an dieser Stelle gehen wollen. Und diese zwei Drittel sind die, die einkommensschwächer sind als die, die in den Wohnungen sind. Das heißt, Ihr Plädoyer eben war ein Plädoyer für den Besitzstand, nämlich für das besitzhabende Drittel, das eine Sozialwohnung hat. Und deshalb, meine ich, kommen wir sehr gut weg, daß dieses Modell, was marktwirtschaftlich ist, gleichzeitig auch von der Gerechtigkeit her, den Weg geht, den wir gehen müssen, wenn wir nicht zwei Dritteln die Wohltat vorenthalten wollen. Hier wird jeder Bürger gleichbehandelt, und das Regulativ ist das Wohngeld, was dann notfalls sogar erhöht werden muß. Das scheint mir aber der richtige Weg zu sein.

Gaddum: Ergänzend zu dem noch einmal. Man muß doch sehen, das ist einer der Ansatzpunkte, wenn wir heute neue Wohnungen bauen, ist die Kostenmiete bei 20, 22 DM, die Miete im sozialen Wohnungsbau liegt länderunterschiedlich bei 5,50, 6,50 DM. Diese Differenz führt für alle Wohnungen in einem Monat bei einer mittleren Familie zu einer Subvention von 1.200 DM, steuerfrei. Wir sprengen alle Dimensionen, und es trifft zufällig. Das heißt also, wir haben den krassesten Fall sozial ungesicherter Subventionen in diesem Bereich. Unser ganzes Bestreben ist mit dem Papier, die öffentlichen Mittel eben sozial gezielter wieder einzusetzen. Und dies kann ich nur erreichen, indem ich praktisch eben nicht mehr alle alten Mütterchen schütze, sondern auch, und das kommt ja hinten im Papier, letztlich dann nachher zur Unternehmenskalkulation übergehe, weil ich (*Unruhe. Diskussion.*) dazu übergehe, daß der Inhaber einer Wohnung, die er meinetwegen vor 15 oder 20 Jahren bezogen hat, gegenüber der Familie mit vier Kindern, der jungen Familie, die heute eine Wohnung sucht, unendlich bevorzugt ist, weil er heute eben praktisch entweder keine bekommt oder eine sehr viel teure. Das größte Problem bei der Fehlbelegung ist ja nicht das, daß die Leute, die drinnen sind, die Einkommensgrenzen überschritten haben, sondern die Voraussetzungen, unter denen sie diese Wohnungen bezogen haben, nicht mehr stimmen, und das bedeutet, daß vor allem im sozialen Wohnungsbau selbst wir eine ganz massive Fehlbelegung haben. Und da kommen wir mit der ganzen Fehlbelegungsabgabe nicht heran. Der Regierungsentwurf geht an diesem Problem völlig vorbei. Das ist das eigentliche Problem in den großen Städten, daß wir innerhalb des sozialen Wohnungsbaubestandes eine massive ungerechte Belegung haben, und da kommen wir nur ran, wenn wir innerhalb des sozialen Wohnungsbaus die Mieten aneinander anpassen.

Geißler: Also ich glaube, es gibt eine Voraussetzung, die zu dieser negativen Bewertung auch bei Echternach geführt hat, und die besteht ja wohl darin, daß, wenn das Wohngeld beim jetzigen Status bliebe, möglicherweise erhebliche soziale Härten eintreten würden. Ich glaube, man muß sich jetzt darüber im klaren sein, daß dieses Konzept nur funktioniert, wenn wir gleichzeitig auch – und damit ist die Ausgabenseite angesprochen, gerade eben auch bei den Ländern – Ja sagen zu einer Steigerung des Wohngeldes. Sonst funktioniert dies wahrscheinlich nicht. (*Unruhe. Diskussion.*) Das muß man hier mal deutlich aussprechen, weil sonst das System nicht funktioniert. Unter diesem Aspekt, Lothar Späth, würde

ich aber fast meinen, daß die alte Formulierung besser ist, weil sie das Problem doch viel direkter anspricht und gleichzeitig auch die Lösung umschreibt. Entsprechende Härten fängt dann das Wohngeld auf, d. h., bei diesen ältesten Wohnungen würde selbst ein Übergang auf die Vergleichsmiete keinen großen Mietsprung mit sich bringen. Damit sagen wir, wir erkennen das Problem. Das Problem ist klar. Entsprechende Härten fängt das Wohngeld auf, dann ist der andere Kontrapunkt gegeben. Der Satz, „Hier ist ein Übergang auf die Vergleichsmiete möglich“, ist aber schon viel sibyllinischer. Und da läßt sich natürlich dann mehr hineingeheimnissen als bei dem ursprünglichen Satz. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Lothar, wir kriegen ja mit dem Kompromiß keinen Kompromiß in Wahrheit. Hier stehen zwei Grundpositionen gegenüber. Dann bin ich dafür, das Papier klar zu lassen, dann kommen Gegenanträge, darüber wird debattiert. Ja? Einverstanden? (*Unruhe. Diskussion.*) Machen wir es so, ja? Ihr stellt ja den Antrag, Orgaß, nicht?

Geißler: Moment, also, darf ich nochmal einen Einwand erheben? Würde dann das mit dem Wohngeld wegfallen? (*Unruhe. Diskussion.*) Dann würde ich vorschlagen: „muß das Wohngeld auffangen“. Das ist besser. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Jetzt ist das klar? (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Das hat keinen Sinn. Also, gibt es dagegen Widerspruch? (*Orgaß:* Ja sicher. Grundsätzlicher Art!) Also, der Punkt muß eben dann ausgetragen werden.

Kohl: Ja, dann muß er ausgetragen werden, das sage ich ja die ganze Zeit. Das ist ja kein Beinbruch. (*Unruhe. Diskussion.*) Also nehmen wir den Vorschlag auf, ziehen den Satz runter. Die grundsätzliche Opposition gegen die Aussage bleibt bei Ihnen, ja? Gut. – 5! (*Unruhe. Diskussion.*) Keine Wortmeldungen? 6! (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ja, es muß jetzt noch die Frage erörtert werden, Berlin..

Späth: Ich würde jetzt vorschlagen, daß wir unter Punkt 7 eine Berlin-Klausel einfügen, wie die Berliner das beantragt haben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Herr Späth, ist das jetzt der Text, „Wohnungssituation in der Stadt Berlin“? (*Von Weizsäcker:* „In Berlin“, nicht in der Stadt Berlin!) In Berlin. „In Berlin besteht eine besondere rechtliche und tatsächliche Situation“ und hört unten auf nach drei Absätzen mit „saniert werden“. (*Unruhe. Diskussion.*) Und die Berliner sind damit einverstanden?

Von Weizsäcker: Faute de mieux kann ich nur sagen, ich habe das letzte Mal das Präsidium hier so verstanden, daß keine Berlin-Klausel kommen soll. Ich habe die Diskussion im Laufe der Woche nicht verfolgt und heute hier eine Situation vorgefunden, wonach einerseits die Gesichtspunkte von Berlin im allgemeinen Text nicht drin waren und andererseits eine von Berlin her gesehen unzureichende Berlin-Klausel vorgesehen war. Und darauf hin hat Peter Lorenz hier schnell diesen Text hier zustande gebracht. Das ist also eine kaum noch als zweitbeste Lösung zu kennzeichnende Situation.

Späth: Also, darf ich dem jetzt mal energisch widersprechen! Peter Lorenz war bei den Beratungen dabei. Wir sind Punkt für Punkt durchgegangen und waren uns einig, wir brauchen keine fertige Klausel. Inzwischen habe ich ein Fernschreiben gekriegt, nach der Sitzung, wir sollen eine Berlin-Klausel vorbereiten. Dann haben wir eine Berlin-Klausel vorbereitet und hilfsweise hier mitgebracht. Dann habe ich sie Peter Lorenz gegeben, da hat er gesagt, er will lieber die Berlin-Klausel, in der Sitzung hätten wir keine. Also, mir ist es gleich wie, nur nicht am Schluß noch der Vorwurf, wir hätten das Thema nicht be-

handelt. Wir haben fast bei jedem Absatz gefragt, müssen wir noch etwas Besonderes machen?

Von Weizsäcker: Schön, also, Peter Lorenz selber, über den wir jetzt hier reden, ist im Moment nicht da; er hat mir die Lage anders geschildert. Aber daß jedenfalls das politische Wohnungsproblem ohne diese Berlin-Klausel in dem Text im übrigen vom Standpunkt Berlins her, zumal vor dem Wahlkampf, unannehmbar ist, darüber dürfte es ja wohl keinen Zweifel geben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich möchte nochmal dazu sagen, daß während der letzten Sitzung der Herr Kunz³³ gekommen ist mit einem anderthalb Seiten Papier zum Wohnungsbau in Berlin und gebeten hat, daß diese Kommission diesem Textvorschlag zustimmt. Und zwar während der Sitzung. Und dann haben wir die Sitzung unterbrochen, die Berlin-Geschichte beraten und gesagt, dann müssen wir die Debatte entsprechend dem Ansinnen als Berlin-Klausel aufnehmen, wenn das vorweg verabschiedet wird. (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Wir haben hier das letzte Mal gesagt, es soll keine Berlin-Klausel kommen. (*Kohl:* Ja, aber es war doch der Wunsch!) Damit ist dieser Text vorgelegt. Ich habe jetzt die ganze Zeit geschwiegen, weil ich entnommen habe, ich selber war ja bei der Sitzung nicht dabei, daß es offenbar nicht möglich gewesen ist, die Berliner Vorstellung so in den Text einzuarbeiten, daß eine Sonderregelung für Berlin überflüssig geworden wäre. (*Unruhe. Diskussion.*) Das weiß ich nicht, ich war da nicht dabei. Ich kann nur unterstützen, was mir Peter Lorenz gesagt hat. Das können wir ja auch alles gar nicht mehr ändern, sondern jetzt müssen wir uns auch dieser Berlin-Klausel zuwenden. (*Kohl:* Das würde ich allerdings auch sagen.)

Späth: Einverstanden. Nur, die Frage Berlin, und das ist hier formuliert, hängt doch damit zusammen, daß in Berlin durch die Sonderregelungen sowohl das Mietrecht wie die Finanzierung der Wohnungsbauten in Berlin eine so eklatante Sondersituation ist in diesem Bereich, im Liegenschaftsbereich, im Nutzungsbereich, (*Kohl:* Ja, kann man doch machen!) daß man jetzt praktisch, und das wollen wir hier formulieren, sagt, wir brauchen überhaupt zehn Jahre, um die Voraussetzungen zu schaffen. Und entsprechend heißt die Klausel: „In Berlin besteht eine besondere rechtliche und tatsächliche Situation auf dem Wohnungsmarkt. Eine über Jahrzehnte hinweg geführte falsche Baupolitik und verfehlte Wohnungswirtschaft der SPD/FDP-Koalition hat zu einem Fehlbedarf an preisgünstigem, modernem Wohnraum und zum Substanzverfall in Berliner Altwohnungen geführt.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, das hat ja einen Sinn. Ich sehe eigentlich keinen Grund, warum wir es in der Situation nicht machen sollen. Die Idee war bloß, ob man es in den Text reinbringt, das ist offensichtlich unmöglich gewesen, dann macht man jetzt eine eigene Erklärung. Ich meine, also wenn man das als Sündenfall bezeichnet, haben wir den ja schon in der Fraktion letzte Woche begangen, das ist also gar keine Frage.

Echternach: Wohnungspolitische Ungleichgewichte, diese Situation haben wir nicht nur in Berlin, sondern haben wir auch in anderen Ballungszentren, insbesondere in Hamburg. Deswegen möchte ich sehr darum bitten, daß diese Berlin-Klausel, für die ich sehr bin, dann auch für die anderen Ballungszentren, insbesondere auch für Hamburg,

33 Gerhard Kunz (geb. 1942), Jurist; 1971–1981 MdB (CDU), 1977–1981 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, 1981–1985 MdA Berlin und Senator für Finanzen.

gilt, damit uns nicht zugemutet wird, das politisch durchzustehen, was die Berliner mit Recht von sich abwehren. (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Bismarck: Darf ich in dem Zusammenhang darauf hinweisen – die Berlin-Klausel ist aus welchen Gründen auch immer nicht aufgenommen –, daß die Wohnungslage in Berlin ein ganz schweres Hindernis für die Sanierung der Wirtschaftslage darstellt; das ist uns seit Jahren, ein Jahrzehnt bekannt. Vielleicht könnte man hier einen Halbsatz aufnehmen, weil das das Schicksal der Berliner viel essentieller betrifft als zum Beispiel die Hamburger, die nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen ziehen, wenn sie keine Wohnung haben. Das kann man in Berlin nicht, und dieser Gesichtspunkt sollte vielleicht in die Berlin-Klausel mit aufgenommen werden.

Neumann: Ich wollte nur sagen, daß das, was für Berlin zutrifft, ja nicht nur für Hamburg, sondern auch für Bremen in gleichem Umfang zutrifft. Mit dem Unterschied, daß Sie jetzt in Berlin vor Wahlen stehen. Das politische Problem, Lothar Späth, ist doch Folgendes: Das was hier gesagt ist, ist in der Tendenz völlig richtig. Das kann ich hier unterschreiben. Kollege Orgaß, ich sehe das nun aus meiner Sicht, ich halte es in der Zielsetzung politisch für völlig richtig, nur muß es immer projiziert werden auf die jeweilige Lage, in der man sich befindet. Wenn ich nun, und da mag das doch etwas verschärft sein, in einem Stadtstaat wie Bremen, wo die mit dem sozialen Wohnungsbau nahezu rangeklotzt haben, in einem ganz anderen Umfang als woanders, mit solchen Forderungen komme, so einfach abrupt auch ohne zeitliche Abfolge, ist es natürlich ein politisches Ungemach, so sehr ich dann auch Soziale Marktwirtschaft der CDU verkaufen kann. In Berlin ist es noch präziser, weil der Umfang, die Dimensionen größer sind und sie Wahlkampf haben. Nur so ist doch diese Präambel zu erklären. Ich halte es nicht für gut, daß wir nun einerseits eine Berlin-Klausel machen und sozusagen die anderen dann außen vor lassen. Entweder wird dieses Papier beschlossen, oder es wird nicht beschlossen, aber es geht ja schlecht, daß wir nun sozusagen für bestimmte Bereiche dieses Papier erst einmal für nicht gültig erklären. Das halte ich für schlecht.

Geißler: Ja, aber es gibt doch für Berlin, wenn ich das jetzt alles richtig begriffen habe, doch insofern eine besonders schwierige Situation, weil die Leute in Berlin ja nicht ausweichen können. (*Unruhe. Diskussion.*) Ein bißchen schwieriger ist die Sache in Berlin natürlich schon.

Kohl: Mit absoluter Sicherheit ist das in Berlin anders! (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich schlage vor, daß wir die Berlin-Klausel jetzt aufnehmen und daß die Kollegen aus den Stadtstaaten mal Überlegungen anstellen. Das ist das Wesen eines Parteitags, daß wir darüber debattieren und mal überlegen, ob man da von Ihrer Seite einen Antrag bringt. Bloß, ich halte es für ausgeschlossen, daß wir jetzt eine Stadtstaatenregelung machen von uns aus. Sie, die Hamburger und die Bremer, überlegen das auf dem Parteitag noch einmal. Ich sehe auch trotzdem noch einen elementaren Unterschied, ich brauche das jetzt nicht in der Debatte zu sagen, zur Berliner Situation. Ich möchte nicht untersuchen, wie viele Leute in Berlin eine Zweitwohnung irgendwo im Westen haben, um bloß ein Beispiel zu nehmen. Das gibt es in Hamburg und in Bremen überhaupt nicht. Ja?

Späth: Kann man denn Folgendes jetzt vielleicht sagen, denn das, was in dieser Klausel steht, ist natürlich eine Wahlkampfklärung, hinter der aber natürlich kein Konzept steht, denn die sagt überhaupt nichts aus außer, jetzt geht es darum, das festzuschreiben. Ich kann im Grunde nur alle Stadtstaaten warnen, die Frage der neuen Wohnungen zu lösen.

In allen Flächenstaaten spielt das Problem eine völlig unbedeutende Rolle. Die entscheidende Frage ist, daß die Stadtstaaten überhaupt nichts mehr bewegen, wenn wir jetzt die Fehlbelegungsabgabe einführen. Und zwar deshalb, weil alle jungen Leute draußen bleiben und die alten lustig die Fehlbelegungsabgabe bezahlen und drin bleiben. Insoweit ist es völlig falsch zu glauben, die Stadtstaaten würden hier eine Sondersituation haben; das kann bei mir genauso gehen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Was Berlin anbetrifft, meine ich, wenn wir eine Klausel reinnehmen, dann so, daß wir jetzt diese zwei Sonderpunkte reinnehmen, erstens, Berlin hat keine Ausweichmöglichkeiten, zweitens, die Überalterung der Bausubstanz ist in Berlin besonders groß. Und die besondere Situation Berlins rechtfertigt zu überlegen, wie in einer Übergangszeit mit der Beibehaltung aller Bindungen die Voraussetzungen zur Vergrößerung dieses Programms geschaffen werden können. Ich würde das gerne nochmal so formulieren und dann mit Herrn von Weizsäcker und Peter Lorenz nochmal abgleichen. Aber ich glaube nicht, daß wir über das hinaus eine Klausel machen sollten.

Kohl: Ja, aber das enthält ja eigentlich das, was die Berliner wollen.

Von Weizsäcker: Ich bin nicht dagegen, daß unter Einbeziehung der Tatsache oder der Erwähnung, daß es kein Umland gibt und daß die gesamte Sicherung der Arbeitsplätze in Berlin, hier das Bismarcksche Argument, an keiner Frage mehr hängt als an der schlechten Wohnungspolitik, die hier gemacht wird. Ich stimme ganz mit dem überein, was Herr Späth gesagt hat. In den letzten 15 Jahren nicht den Mut zu anderen Lösungen gehabt zu haben, ist unter allen Ursachen die wichtigste für den Verfall der Wohnungssubstanz in Berlin. Nur hilft uns das nichts in der jetzigen Situation. Wir selber haben den Vorschlag gemacht, Ausnützung der nächsten acht oder neun Jahre, Verlängerung der Ausnahmesituation bis zum Jahr 1990. Das hat der Senat jetzt übernommen, und das müssen wir hier auch drin haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Das können wir dann noch unter uns formulieren. Völlig einverstanden.

Kohl: Können wir uns darauf verständigen? Gut!

Echternach: Ich habe den Eindruck, daß die Verfasser immer noch davon ausgehen, daß, wenn dieses Papier so beschlossen wird, dann die Wohnungsbaupolitik in Deutschland so praktiziert wird. Aber davon kann doch gar keine Rede sein. Sondern es gibt keine Mehrheit dafür im Bundestag, darüber sind wir uns einig. Also geht es doch für uns alle, in Berlin genauso wie im ganzen Bundesgebiet darum, daß wir uns mit dem Vorwurf auseinandersetzen müssen, daß die CDU bei Wahlen die Mieten erhöhen will, (*Unruhe. Diskussion.*) daß also nur mit Zustimmung der Länderregierungen dies verwirklicht wird und die Ergänzung der Grundkonzeption und des Abbaus der Zinsen für die Sozialwohnungen zugrunde liegen. Das würde es uns ermöglichen, dann auch regional differenziert uns zu diesem Thema einzulassen, je nachdem, wie im Umkreis die Situation ist.

Späth: Ich sage nur eines, ich will nicht, daß die jungen Leute vor den Türen stehen, damit die Fehlbeleger mit hohem Einkommen weiter geruhsam in der Vierzimmersozialwohnung ihren gemütlichen Lebensabend auf Kosten der jungen Generation gestalten können. Und wer dieses vertritt und das dann mit einer Scheinbelegungsfehlabgabe ausgleicht, der macht keine Politik für die, die jetzt Wohnungen brauchen. Und die jungen Leute sind dafür zu gewinnen. Nur, wenn wir selber hingehen und sagen, warum machen wir denn nicht noch mehr Bürokratie, warum bewegt sich denn dort nichts, dann weiß ich natürlich auch, daß die anderen sagen, ihr wollt die Mieten erhöhen. Was heißt denn, die

Mieten erhöhen? Die Bauarbeiter sollen endlich auf den halben Lohn verzichten, die Zementwerke auf den Produktionspreis, und dann sollen alle glücklich sein, daß sie billige Wohnungen bauen dürfen, dann stimmt der Laden wieder? Aber sagt doch mal der IG Bau, ich habe bei einer Diskussion der IG Bau dazu aufgefordert, rauszugehen und zu sagen, sie machen einen Lohnstopp für zehn Jahre, damit ich meinen Mietstopp durchsetzen kann. Pustekuchen. Ich kann nur sagen, wir dürfen da nicht auch unsere ganze Kraft der Argumente aufgeben, und sagen, der Sozialismus ist richtig, wir haben aber ein marktwirtschaftliches Konzept von Sozialismus. Irgendwo müssen wir selber angreifen, wenn wir für dieses Land noch Politik machen wollen. Jedenfalls meine ich, wir müssen raus aus der Verteidigungsecke. Vorschlag, wir machen die Berlin-Klausel, wenn Ihr wollt, können wir reinschreiben, daß die Zuständigkeit der Länder begründet werden soll; aber bringen müssen wir das.

Kohl: Der Fall ist doch politisch unklug. Was wir hier machen, Herr Echternach, ist doch natürlich aus der Opposition. Aber ich denke schon die ganze Zeit, zu Erhards Zeiten, zwischen 1948 und 1953 wären wir natürlich mit der Diskussion zu gar nichts gekommen, das muß man ganz klar aussprechen. Da ist ein Wagnis drin, da ist auch ein Diffarmierungskapital drin, auch das ist mir klar. Ich gehe natürlich schon politisch davon aus, wenn wir das so machen. Aber ich finde, das Papier ist uns ganz gelungen bei dem Diskussionsstand, und wenn wir auf dem Parteitag eine durchaus offene und heftige Diskussion haben, auch mit Mehrheiten, finde ich das alles sehr gut. Das finde ich ganz normal. Ich hoffe, daß dann alle, die immer an einer lebendigen Diskussion interessiert sind, sich sehr sachkundig beteiligen und wenigstens, wenn sie das nicht machen, körperlich im Saal anwesend sind bei einer interessanten Sachdiskussion. Das wäre auch schon ein Stück innerparteiliche Demokratieentwicklung. Aber das hat natürlich ein strategisches Kalkül hier in die Koalition rein. Darüber gibt es doch nun gar keinen Zweifel; das war doch einer der Grundgedanken, über die ich nie viel geredet habe. Aber dann wollen wir doch mal die Herren auf den Prüfstand bringen. Wir haben jetzt beispielsweise nichts drin, wann wir das Ding in Betrieb setzen. Das haben wir bisher vermieden, wie Sie ja bemerkt haben. Aber ich denke schon, daß das ein Punkt ist, wo wir mal eine Debatte führen. Die FDP hat uns eine bestimmte Klientel schon abgenommen, die will ich wiederhaben. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Ich sehe das Diffarmierungskapital, ich sehe das sehr wohl. Ich komme aus einem Wahlkreis, in dem 28 Prozent der vorhandenen Wohnungen meiner Heimatstadt direkt der SPD gehören; das kann man praktisch sagen. Da kriege ich nicht mal für meinen Fahrer eine Wohnung, weil der zufällig bei mir ist. So sind die Verhältnisse. Und über die Fehlbelegung, das weiß dort jedermann in der Stadt, gibt es auch gar keinen Zweifel. Nur, irgendwo müssen wir mal den Mut haben, ein Thema, das überfällig ist, anzunehmen. Da kann sicherlich das eine oder andere in der Debatte noch verändert werden; das ist das Diskussionspapier, mit dem fangen wir an. Ich bin auch dafür, daß wir in der Debatte das Problem der Stadtstaaten reinbringen, aber das Prinzip ist doch nicht deswegen falsch, Herr Neumann, weil es dort fortdauernd mit Füßen getreten wird. Vielleicht wird auch umgekehrt ein Schuh draus, wenn ich die Wählerschaft in Bremen und in Hamburg betrachte. Deswegen plädiere ich dafür, daß wir jetzt die Berlin-Regelung so machen und daß wir jetzt abschließen und den Punkt C aufrufen. – Wortmeldungen zu C? Keine Wortmeldungen?

Dann legen wir das Papier mit den hier beschlossenen Änderungen vor. Die Frage ist jetzt nur, müssen wir einen Moment darüber verweilen, können wir das Thema so unter der Decke halten bis zum Parteitag? (*Unruhe.*) Ja, natürlich, in der Zeitung steht alles, weil die einzelnen Agenturen ihre festen Agenten in allen Bereichen der Partei haben, das ist in der Fraktion so, das ist im Parteivorstand so, allen voran Parteipräsidium. Das Parteipräsidium hat nur dann keine Indiskretionen, wenn es keine interessanten Tagesordnungen veröffentlicht. Wobei auch das, was in uninteressanten Tagesordnungen dort beredet wird, natürlich unter die Leute kommt. Bloß, die Zeitungen, die die Indiskretionen aufnehmen, finden es manchmal nicht so wichtig. Wenn wir einig sind, steht nichts aus dem Parteipräsidium in der Zeitung, weil das dann eine Einigkeitsform ist, die ja wieder uninteressant ist. Ich finde schon, wir müssen es vor dem Parteitag vorstellen. (*Geißler:* Sie müssen es jetzt noch abändern.) Ja, ich meine, wenn der Text fertig ist. Der geht ja dann, bis morgen, schätze ich, auf die Post.

Geißler: Also, wir wollten das Papier, so habe ich das allen Delegierten geschrieben, heute nachmittag noch wegschicken.

Kohl: Na gut, also wenn Du die Delegierten nie mehr hintergehst als mit der Tatsache, daß Du es erst morgen abschickst, kannst Du damit leben. Ich bin ja mit allem einverstanden, ich frage ja nur einmal vom Geschäftsablauf. Ich gehe also jetzt vorsorglich davon aus, es geht morgen ab. Macht ja auch gar nichts, dann muß man es bloß in der zweiten Wochenhälfte noch einmal erläutern. Das finde ich notwendig. Und es ist notwendig, daß die Kommission dabei präsent ist, also daß der Kommissionsvorsitzende auch, egal was er sonst macht, er hat ja sonst nicht viel Beschäftigung in Baden-Württemberg, hierbei zur Verfügung steht. Ich schlage vor, Lothar Späth und der Generalsekretär machen das gleich nochmal aus, aber wir sind uns einig, daß wir es veröffentlichen, also vorstellen, sobald es fertig ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Morgen früh. Heute wird es ja sowieso nichts mehr, es ist zwei Uhr. Ja, das könnt Ihr machen.

So, letzter Punkt: Präsidium Bundesparteitag, Tagungspräsidium. Gibt es dazu weitere Vorschläge? Ist so beschlossen. Dann schlage ich vor, daß jetzt der Generalsekretär die Antragslage kurz erläutert.

Kiep: Ich wollte nur zum Bundesparteitag sagen, daß die beiden Rechnungsprüfer, die Herren Horten³⁴ und Blumenfeld³⁵ in der vergangenen Woche bei mir waren und ihre Bereitschaft erklärt haben, nach Ablauf ihrer Periode beim nächsten Parteitag für weitere zwei Jahre kandidieren zu wollen.

Kohl: Sehr gut, ja, dann zum Schluß die Anträge. Ich bitte um Nachsicht, ich muß mit zwei Kollegen jetzt noch diese andere Sitzung gleich wahrnehmen.

Geißler: Also, wir haben, in Ihren Antragsunterlagen ist das ja vorhanden, eine Reihe von Anträgen. Darf ich mal ganz kurz um Geduld bitten, weil es ein wichtiger Punkt ist. Wir haben zu dem Tagesordnungspunkt 17 „Sonstige Anträge“ die normale Antragsfrist, die ist bereits am 9. Februar abgelaufen. Und die Anträge müssen wir heute behandeln, weil dazu keine neuen Anträge mehr kommen. Zum Arbeitsprogramm „Aufgaben der

34 Alphons Horten (1907–2003), Geschäftsführer; 1963 Mitgründer des Wirtschaftsrats der CDU e. V. (bis 1968 geschäftsführender Vorsitzender), 1965–1972 MdB.

35 Erik Blumenfeld (1915–1997), Kaufmann; 1946–1955, 1966–1970 und 1978/79 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (CDU), 1958–1968 Vorsitzender der CDU Hamburg, 1961–1980 MdB, 1973–1989 MdEP.

achtziger Jahre“ läuft die Frist bis zum 23. Februar. Das ist allen Delegierten, Landesvorständen usw. mitgeteilt worden. Zu dem jetzt behandelten Tagesordnungspunkt „Wohnungsbau“ läuft die Frist bis 3. März. Natürlich sind die beiden letzten Fristen alle geschäftsordnungswidrig, darauf mache ich ausdrücklich aufmerksam. Wir müssen infolgedessen auf dem Parteitag einen Beschluß herbeiführen, daß diese nachgeschobenen Fristen im nachhinein geheilt werden, also diese Verletzungen der Fristen. Ich nehme an, daß der Parteitag in seiner überwiegenden Mehrheit dem Petitum hier des Bundesvorstandes folgt, weil wir sonst nicht hätten arbeiten können. Aber ich muß jetzt davon ausgehen, daß wir so verfahren. Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse darf ich vorschlagen, daß wir uns kurz zuwenden, wenn Sie das Antragspapier nehmen, der Seite 10. Das heißt, daß wir uns beschäftigen mit den Anträgen zum Tagesordnungspunkt 17. Die anderen Anträge müssen in der Antragskommission vor dem Bundesvorstand behandelt werden, weil ja zu diesen Anträgen, Arbeitsprogramm, noch weitere Anträge einlaufen können bis zum 23. Februar, so daß ich Ihnen überhaupt kein vollständiges Bild vermitteln kann über das, was aus der Partei zu diesem Antrag gesagt wird. Infolgedessen hat es wenig Sinn, daß wir uns jetzt schon partiell mit diesen Dingen beschäftigen.

Ich werde dann bei der Bundesvorstandssitzung vor dem Bundesparteitag einen kurzen Bericht geben über das, was bis dahin sowohl zum Wohnungsbau wie zum Arbeitsprogramm an Anträgen eingegangen ist. Die Antragskommission tagt erst in Mannheim, so daß hier gar nicht präjudiziert wird. Ich muß jetzt aber, da wir ein bißchen Zeit sparen wollen, wenigstens die Tendenz wissen, wie die Antragskommission verfahren soll. Es gibt eine Reihe von Anträgen, die können wir relativ rasch abhandeln, aber es gibt ein paar Punkte, wo wir zumindest eine Meinungsbildung des Bundesvorstandes hören müssen. Und dazu gehört der Antrag Nummer 17.1 bis 17.9. Diese Anträge, darunter ein Antrag eines Landesverbandes, befassen sich mit dem uralten, aber dennoch bedeutsamen und immer wichtiger werdenden Thema der Bildung einer gemeinsamen Kommission oder eines gemeinsamen Delegiertentages, kurzum, eines gemeinsamen Gremiums zwischen CDU und CSU bzw. eines gemeinsamen Verfahrens, um den Kanzlerkandidaten zu nominieren, Wahlkampfprogramm zu verabschieden usw. Ich glaube, wir sollten in der Tendenz von Seiten der Antragskommission aus empfehlen, daß der Bundesparteitag beschließt, den Bundesvorstand zu beauftragen, mit der CSU zu reden mit dem Ziel soundso. Ich glaube, das ist das Richtige. Denn man muß hier möglichst flexibel sein, darf sich nicht auf bestimmte Methoden, bestimmte Wahlkörper festlegen, sondern das Ziel muß klar sein. Der Bundesvorstand wird dann eine Kommission benennen, den Parteivorsitzenden bitten, diese Gespräche mit der CSU zu führen. Ich glaube, wir könnten bei der Antragskommission so votieren, wenn Sie damit einverstanden sind, oder gibt es dagegen Bedenken? Das ist nicht der Fall, dann darf ich Sie informieren auf der Seite 13 über den Antrag 17.10. Darf ich doch um Ruhe bitten, sonst kommen wir nicht zurande. 17.10 ist ein Antrag, der empfiehlt, daß die Beiträge der Parteimitglieder unter 20 Jahren nicht an die Bundespartei abgeführt werden. Die Finanzkommission empfiehlt Ablehnung dieses Antrages. Das sind immerhin zehn Prozent der Mitglieder und würde überschlägig berechnet für die Bundespartei zu einem Einnahmeausfall von fast einer Million führen.

Wissmann: Wenn man das verbinden würde mit einer Werbekampagne, könnte man sehr wohl erreichen, daß beispielsweise über 60 Prozent der Junge-Union-Mitglieder, die

nicht Mitglied der CDU sind, in einem höheren Maße als bisher dazu bereit wären, weil die Beitragsfrage natürlich eine entscheidende Frage ist. Also, ich kann diesem Vorschlag nicht zustimmen.

Geißler: Welchem Vorschlag? (*Wissmann:* Ihrem!) Der Ablehnung? Also, Sie sind dafür? (*Unruhe. Diskussion.*) Gut, die Antragskommission kann aber in diesem Punkt, um die Debatte jetzt abzukürzen, gar nicht anders votieren als die Finanzkommission. Es sei denn, der Bundesvorstand faßt in dieser wichtigen Frage eine völlig andere Entscheidung.

Ich glaube, wir können zum nächsten Punkt übergehen. Das muß dann eben auf dem Parteitag ausgetragen werden. Dasselbe gilt für 17.11, das ist auch ein Uraltthema. Auf dem Parteitag in Berlin³⁶ ist das damals abgelehnt worden. Im Grunde genommen handelt es sich darum, daß die Beschränkungen auf den Mindestbeitrag von drei DM beseitigt werden sollen; dies steckt dahinter. Das ist aus dem Antrag selber nicht ersichtlich. Das ist damals auf dem Parteitag in Berlin abgelehnt worden, entgegen einem Beschluß des Bundesvorstands, der in Berlin keine Mehrheit gefunden hat. Ich gehe davon aus, daß der Bundesvorstand in dieser Auffassung nach wie vor dieselbe Auffassung hat wie der Kreisverband Trier und daß ich infolgedessen der Antragskommission empfehlen kann, den Antrag des Kreisverbandes Trier-Stadt zu befürworten, auch wenn die Junge Union bisher in diesem Punkt anderer Auffassung gewesen ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Darf ich darum bitten, daß wir nicht in der Sache diskutieren, oder? (*Dingerkus:* Ich wollte nur den Hinweis geben, daß in dem Zusammenhang eigentlich auch 17.10 nachher erst behandelt werden sollte, weil die Zustimmungsbereitschaft sicherlich größer ist, auch in diesem Kreis, wenn 17.11 mal durchgesetzt ist.) 17.11, ja, wir können hier nichts durchsetzen. Ich muß ja hören, was der Bundesvorstand für eine Meinung hat. Denn die Antragskommission ist ja selbständig. Die Antragskommission ist nicht von den Voten des Bundesvorstandes abhängig. Das ist klar.

Wex: Ich wollte nur fragen, war der damalige Beschluß Berlin auch im Einvernehmen mit den Kreisverbänden oder war das ein allgemeines Ablehnen? (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also es ist unsere Position gewesen. Ich muß aber ein bißchen geschäftsleitende Einführung machen bei der Antragskommission und die Leute informieren über den Sachstand. Und wenn sich jetzt herausstellen würde, es wird alles anders gedacht als vor einem Jahr, dann müßte ich das wissen.

So, jetzt kommt 17.12, Jugendkampagne, darüber brauchen wir nicht zu reden, ist im Prinzip ja richtig. Dann die 17.13, repräsentative Umfrage, kann man auch annehmen, ist bereits in der Durchführung. Zum Jugendforum sollte die Antragskommission auch, würde ich sagen, zustimmen. (*Unruhe. Diskussion.*) Briefwahlrecht, da würde ich eher dafür plädieren, nur den letzten Absatz zu nehmen, weil der erste Absatz ein bißchen kompliziert ist. Also, Sie müssen mir jetzt ein bißchen zugestehen, daß ich das, was wichtig ist und weniger wichtig ist, unterscheide. 17.16 gehört zum Arbeitsprogramm, 17.18 Überweisung an die Bundestagsfraktion, da geht es also um die Kilometerpauschale. Dann, dem 17.19 kann man zustimmen, Pauschalierung Kinderbetreuungsbetrag. 17.20 kann man ebenfalls zustimmen. 17.21 kann man auch zustimmen, das ist ein Prüfungsauftrag. So, jetzt kommt der Antrag 17.22, Jugendberatung in Drogenfragen. Ich halte – das

36 Am 19./20. Mai 1980.

ist ein Antrag des Bundesvorstandes der Jungen Union – das Thema für außerordentlich wichtig. Ich habe zwar schon eine Meinung, was man damit machen könnte, aber es ist natürlich ein sehr umfänglicher Antrag, in dem fast nur Richtiges drinsteht nach meiner Meinung, allerdings auch ein paar Sachen, über die natürlich länger debattiert werden müßte, nämlich eine zehnprozentige Zweckbindung bei der Alkohol- und Tabaksteuer für die Bekämpfung der Suchtkrankenhilfe, ein Antrag, dem ich uneingeschränkte Sympathie entgegenbringe, aber der natürlich eine große Diskussion auslösen wird. Das wollen wir ja. Darf ich mal folgenden Vorschlag machen: So ganz antragsfähig ist diese Vorlage auch nicht, wir kommen nachher noch zu einem der Jungen Union, weil sich Zustandsbeschreibung und Analyse sehr stark vermengt mit antragsfähigen politischen Forderungen. Deswegen würde ich den Versuch unternehmen, das ein bißchen auseinanderzunehmen. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, hier würde die Antragskommission, sagen wir mal, Formulierungshilfe bieten können, daß wir die Sache etwas unterteilen in antragsfähige und entscheidungsfähige Forderungen und das andere mehr als Begründung beigeben. Ich will den Versuch machen, die Junge Union kann ja dann immer noch dagegen votieren oder Ergänzungen vorschlagen. Gut, das ist ein sehr umfängliches Papier.

Dann Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibung (17.23) finde ich gut, nur der Adressat sollte die Bundestagsfraktion sein oder der Bundesrat und nicht der Bundesvorstand, denn wir können schlecht eine Sammlung veranstalten für so etwas, sondern es muß dann schon aus öffentlichen Mitteln gemacht werden. 17.24, Regelung der Manöverschäden.

Von Bismarck: Herr Geißler, darf ich etwas anmerken? Ich würde gut finden, wenn der Vorstand sich ganz hinter die Sache stellen würde, weil das wirklich wichtig ist, und jeder muß es verstehen, gerade nach den jetzigen drei Fällen³⁷ muß es jeder verstehen.

Geißler: Also, es muß sich der Bundesparteitag hinter die Sache stellen. Wir beschließen hier ja nicht, sondern ich informiere nur und höre mal, was so im Bundesvorstand zu den einzelnen Themen gesagt wird. Gut, aber Überweisung ans Parlament. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich widerspreche Ihnen ganz ungern, das wissen Sie, aber ich glaube, im Moment hat es wenig Sinn, über den Ort zu reden. (*Unruhe. Diskussion.*) Nein, Herr Gradl, das ist hier ein Antrag des Kreisverbandes Mainz-Kinzig (17.24), und ich will ja nur hören vom Bundesvorstand, was ich möglicherweise der Antragskommission, die selbständig Empfehlungen ausarbeitet aus dem Bundesvorstand, sagen soll. Und alles andere muß auf dem Bundesparteitag gesagt werden.

Jetzt kommen wir zu 17.25. Das ist also die Stellungnahme zu den Krawallen um die Rekrutengelöbnisse. Auch Antrag Bundesvorstand der Jungen Union. Auch hier vermischen sich Forderung und Analyse in dem Programm. Darf ich denselben Vorschlag machen, daß wir versuchen, die Sache so zu strukturieren, daß inhaltlich nichts fehlt, aber dennoch die einzelnen politischen Forderungen klar erkennbar sind? Ich glaube, sonst verfällt eine so wertvolle Anregung möglicherweise im allgemeinen grammatikalischen, oder wie der Lothar Späth sagt, semantischen Tohuwabohu der Ablehnung. (*Unruhe. Diskussion.*) Natürlich, weil der Begriff Semantik einen ganz neuen Inhalt bekommt durch solche Äußerungen. So, und dann kommt also der letzte Antrag mit Bolivien (17.26). Dazu ist weiter nichts mehr zu sagen.

37 Vgl. General-Anzeiger vom 6. November 1980: „Uncle Sam hat kein Geld für deutsche Bauern“.

Wissmann: Darf ich noch etwas zu dem Antrag sagen, weil sich manche vielleicht wundern, warum wir gerade das ausgewählt haben, aus folgendem Grund, weil in Hamburg ja an einem besonderen Beispiel der Besetzung des Generalkonsulats durch den bisherigen Generalkonsul³⁸, wo die CDU erfreulicherweise in Solidarität mit vielen anderen Gruppen dort auf der Seite der demokratischen Kräfte gegen die dortige Militärregierung steht, an einem Beispiel sichtbar gemacht werden kann, daß wir eben keineswegs blind sind in der Auseinandersetzung. Zumal wir ja hier alle Bezug genommen haben, auch in unserem sonstigen Kampf mit Linksdiktaturen. Und an dem Beispiel kann man mal paradigmatisch zeigen, wie entschieden wir auch in Hinblick auf Diktaturen sind.

Geißler: Einverstanden? Es gibt eine ganze Menge andere Diktaturen auf der Welt, nur liegen mir zu diesen Diktaturen keine Anträge vor. Infolgedessen kann ich also darüber jetzt gar nicht reden. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich habe jetzt den Antrag der Jungen Union zu Bolivien, aber zu keinem anderen Land, in dem sicher auch antragswürdige Zustände vorhanden sind. (*Unruhe. Diskussion.*) – Gut, damit sind wir am Ende der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt, was haben wir noch?

VERSCHIEDENES

Folgende Bitte noch: Ich würde vorschlagen, wir müssen die Antragskommission erweitern, um wenigstens zwei sachverständige Wohnungsbaumenschen darin zu haben. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Da müssen zwei Leute dabei sein; man sieht ja, was da los ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Nein, ich dachte wegen der Logik. Ja, aber vielleicht Gaddum und Orgaß. Oder Jahn? (*Unruhe. Diskussion.*) Ich meine, in dem wohnungsbaupolitischen Konzept gibt es ja nun offenbar unterschiedliche Positionen, und dann ist es immerhin nicht schlecht, wenn die Antragskommission in der Beratung die unterschiedlichen Positionen kennenlernt. (*Unruhe. Diskussion.*) Machen wir Jahn und Orgaß, nicht? Ich habe nichts dagegen, wenn wir von den Stadtstaaten auch noch jemand nehmen; aber ich glaube, die sind ja vertreten in der Antragskommission. Von den Stadtstaaten sind Leute in der Antragskommission drin, das ist ganz eindeutig; die müßten dann eben von Bremen und Hamburg noch ein bißchen sachverständig gemacht werden. Sollen wir so verfahren? Orgaß und Jahn? Einverstanden? Ich bedanke mich, damit ist die Sitzung geschlossen.

38 Der bolivianische Generalkonsul, Juan Emilio Sanchez, hatte sich dem Militärputsch in Bolivien (am 17. Juni 1980) widersetzt („Die Zeit“ vom 31. Dezember 1982: „Karriere eines Undiplomaten“),

6

Mannheim, Sonntag 8. März 1981

Sprecher: Barzel, Biedenkopf, Blüm, Echternach, Geißler, Gradl, Jahn, Koch, Kohl, Lorenz, Neumann, Späth, Stoltenberg, Waffenschmidt, Wissmann.

Vorbereitung 29. Bundesparteitag.

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Kohl: Wir kommen gleich zur Tagesordnung. Ich bitte um Ihr persönliches Verständnis, daß ich mich im Laufe dieser jetzigen Vorstandssitzung davonstelle und noch einmal ins Bett verziehe, denn gestern mittag um diese Zeit war meine Temperatur nach diesem Grippeanfall durchaus noch so, daß ich jede Hoffnung aufgegeben hatte, überhaupt heute hier sein zu können. Aber das Wichtige ist, daß ich morgen früh meine Rede halten kann. Ich bitte also um Ihr Verständnis, daß ich das so tue, zumal ich fest davon ausgehe, daß es eine klassische Familiengrippe ist, nachdem mein Jüngster sie in die Familie eingeschleppt hat und sie sich nun so fortsetzt, für mich allerdings zum ungünstigsten Zeitpunkt. Wir gehen jetzt schnell die Tagesordnung durch.

Geißler: Zum Ablauf. Der Parteitag wird eröffnet durch den ökumenischen Gottesdienst und beginnt dann um 10 Uhr vormittags. Lothar Späth wird nach der Eröffnung durch Helmut Kohl das Präsidium übernehmen. Gleich bei diesem Punkt, (*Kohl:* Es gibt bei der Eröffnung wie üblich die Totenehrung.) ja, bei diesem Punkt bitte ich Sie, auf Folgendes zu achten und dies auch heute abend bei den Landesverbänden und bei den Vereinigungen noch einmal vorzutragen: Wir haben ja eine Abänderung der Antragsfristen vorgenommen. Wir haben sozusagen drei Fristen gehabt, eine normale Frist für die normalen Anträge und dann eine abgekürzte Frist für das Arbeitsprogramm und dann eine nochmals abgekürzte Frist für das Wohnungsbauprogramm. Dies muß vom Bundesparteitag sozusagen noch sanktioniert werden, und deswegen wird unter dem Tagesordnungspunkt 3 der Präsident des Parteitages beantragen, daß alle Anträge als rechtzeitig gestellt angesehen werden im Sinne der Geschäftsordnung. Der Parteitag muß dies beschließen; ich mache nur vorsorglich darauf aufmerksam, daß dies auch rechtlich einwandfrei ist. Wir haben im § 4 der Geschäftsordnung eine Bestimmung, daß in dringenden Fällen sogar die Einberufungsfrist des Parteitags verkürzt werden kann auf acht Tage. Im Schluß a maiore ad minus muß dies selbstverständlich in dringenden Fällen dann auch für diese verkürzten Antragsfristen gelten. Ich sage dies nur vorsorglich, weil – es gibt ja eine ganze Reihe von Experten der Satzung und der Geschäftsordnung –, falls solche Einwände kommen, das dies dann auch entsprechend vorgetragen werden kann. Ich bitte Sie also herzlich, daß Sie auf diesen Punkt heute abend bei den Sitzungen der Landesverbände und der Gliederungen aufmerksam machen.

Wir haben dann vorgesehen, daß die Wahlvorschläge für die Wahl des Bundesvorstandes eingereicht werden können bis morgen nachmittag um 15 Uhr. Die Wahlvorschläge liegen – ich hoffe, daß das bei Ihnen der Fall ist – in Ihren Mappen. Das heißt, es sind keine Wahlvorschläge, sondern dieser Zettel ist nichts anderes als eine Information über die Kandidaturen, die bis heute mittag um 15 Uhr hier bekannt geworden sind. Eingegangen sind beim Bundesvorstand insgesamt 25 Vorschläge, 20 können gewählt werden, wobei gestern noch die Kandidatur von Elmar Pieroth dazu gekommen ist. Die steht auch drauf. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist eine Tischvorlage, also das muß jeder vorliegen haben. (*Kohl: Endet mit Zeitel¹.*) Endet mit Zeitel. Wird zu dieser Liste noch das Wort gewünscht?

Neumann: Ja, Herr Generalsekretär. Wird das so gehandhabt wie das letzte Mal, daß hinter den Nennungen Verbände stehen?

Geißler: Ja, das steht auf dem Zettel hinten drauf. Auf dem Stimmzettel dann wird beim Namen des Kandidaten auch der Landesverband bzw. die Vereinigung ausgedruckt. Also, das, was Sie in Ihren Briefen mir geschrieben haben, wird gemacht; wir haben das ja das letzte Mal genauso gemacht.

Kohl: Ja, nun ist ja jeder frei, es kann jeder vorgeschlagen werden bis zu der Frist, wo Einreichungsfrist ist. Dennoch wäre es natürlich hier von großem Interesse, einmal zu erfahren, gibt es jetzt noch weitere Vorschläge? Denn das große Strippenziehen beginnt ja – also, es wäre utopisch zu glauben, es beginnt erst jetzt – mit dem Schluß dieser Sitzung. Leute wie Wissmann haben das längst gemacht, weil er mich gerade so freundlich betrachtet mit dieser dreinschauenden Art, die die Union dynamisch in die Zukunft blicken läßt. Ich frage jetzt dennoch noch einmal, gibt es noch weitere Vorschläge, oder ist das im wesentlichen das, was zu erwarten ist? (*Unruhe. Heiterkeit.*) Ich finde, das ist gar kein Beinbruch. Daß da so eine Weltuntergangsstimmung ist, ist das Normalste von der Welt. Wir brauchen uns überhaupt nicht einreden zu lassen, daß jetzt wieder, was in der Presse in diesen Tagen zu lesen ist, die Partei als total zerstritten gilt. Das wäre nicht gut; aber jetzt haben wir es umgekehrt. Ich will die Zahl noch einmal bekannt geben, zu diesem Wochenende veröffentlicht Allensbach die Zahlen², die uns zehn Punkte vor den Sozialdemokraten sehen. Das ist vor allem auch sehr erfreulich für unsere Freunde in Hessen aufgrund der dortigen Kommunalwahl und auch für die Berliner Freunde natürlich, aber wichtiger als die Sonntagsfrage ist in dieser Allensbacher Untersuchung, daß diese Grundfrage, graphisch ausgearbeitet, aus den letzten zwei Jahren, wer ist zerstritten und wer ist nicht zerstritten, die Union den Höchstwert hat: nicht zerstritten mit 63 Punkten. Seit vielen Jahren zum ersten Mal! Das sehen Sie im umgekehrten Schluß auch dann natürlich bei der Sonntagszahl. Sie sehen umgekehrt, daß die Sozialdemokraten justament auch ihren Höchstwert erreicht haben, zerstritten, auch mit 63 Punkten. Die Bilder haben sich genau umgedreht. Das heißt also, eine Sachdiskussion schadet uns überhaupt nicht – das werden Sie ja auf dem Parteitag sehen –, weil jetzt klar ist, es geht um die Sache und

1 Gerhard Zeitel (1927–1991), Volkswirt; 1962 Professor für Volkswirtschaftslehre Mannheim, 1970–1981 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Nordbaden, 1972–1980 MdB, 1977–1987 Bundesvorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung, 1980–1984 Minister der Finanzen, 1984/85 für Kultus, Bildung und Sport im Saarland.

2 Zur Umfrage aus der zweiten Februarhälfte 1981 vgl. FAZ vom 9. März 1981: „Sympathie-Verluste für Schmidt“. Die CDU/CSU lag bei 48,4, SPD bei 38,4 Prozent.

es geht nicht um Personen. Es schadet uns auch überhaupt keine einzige Kampfabstimmung.

Es ist die natürlichste Sache von der Welt, daß zu einem Vorstand Kollegen kandidieren. Ich will mich auch in die Abstimmung nicht einmischen, ich will nur in meinem Amt als Parteivorsitzender sehr nachdrücklich eine Bemerkung machen zur Wahl des Bundesvorstands. Und zwar geht es darum, liebe Freunde, daß wir keine Bestimmung in der Satzung haben, daß prinzipiell jeder Landesverband im Bundesparteivorstand vertreten ist. Die Weisheit der Delegierten hat in meiner Erinnerung nur einmal dazu geführt im letzten Jahrzehnt, daß alle Landesverbände von sich aus delegiert waren qua Amt des Parteitags. Ansonsten gab es da immer so ein gewisses Wechselspiel. Ich spreche es mal drastisch an, einmal zu Lasten der Bremer und einmal zugunsten der Hamburger und einmal zugunsten der Bremer und zu Lasten der Hamburger. Ich kann nur sagen, ich halte das – ich respektiere natürlich eine demokratische Entscheidung – für keine kluge Entscheidung. Wir stehen beispielsweise in Hamburg jetzt wieder am Vorabend von Wahlen. Dieses Mal ist es umgekehrt, das letzte Mal bei den bremischen Freunden. Meine herzliche Bitte ist an Sie, sagen Sie heute bei den Vorbesprechungen in den Vereinigungen, bei den Vorbesprechungen in den Landesverbänden, daß es ein Akt der Klugheit ist, der Vernunft und der Selbstbesinnung auf die Gesamtkraft der Union und die Delegierten darauf achten mögen, daß das kein Zwang ist, nicht einmal ein Appell, sondern einfach ein Hinweis auf die Vernunft, daß möglichst so gewählt wird, daß jeder Landesverband sich im Bundesvorstand wiederfindet. Es ist meine herzliche Bitte an die Delegierten in den Vereinigungen und Landesverbänden, die dabei sind. So viel zum Thema Kandidaturen.

Geißler: Dann kommt ein weiterer Punkt, wir brauchen eine Frist für die Einreichung der Anträge und schlagen vor, daß wir hier 18 Uhr nehmen. Ich habe gehört, daß eine Reihe von Kreisverbänden noch Initiativanträge stellen will. Also Montag 18 Uhr Antragsfrist für die Anträge Tagesordnungspunkte 15, 16 und 17, Initiativanträge, die 30 Unterschriften benötigen.

Zum Ablauf ist Folgendes zu sagen, vormittags Bericht des Parteivorsitzenden, es gibt das Grußwort des Oberbürgermeisters von Mannheim³ und des Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, unserem Freund Lothar Späth.

Kohl: Lothar, Du hast mit dem gesprochen, daß er ein Drittel der Redezeit seines Vorgängers vor fünf Jahren kriegt?

Geißler: Gut, wir machen Mittagspause, wir müssen versuchen, pünktlich zu beginnen. Das hängt etwas davon ab, wann die Vormittagssitzung endet. Die Nachmittagssitzung beginnt mit dem Bericht des Generalsekretärs. Daran schließt sich an der Bericht des Schatzmeisters und daran die Aussprache zu den Berichten. Franz Josef Strauß wird im Laufe des frühen Nachmittags eintreffen. Wir müssen dann sehen im Tagesablauf, daß Franz Josef Strauß im Rahmen der Zeit der Aussprache seine Rede hält. Wir müssen natürlich rechtzeitig mit den Wahlen beginnen. Wir haben im Parteipräsidium über die Geschäftslage morgen nachmittag gesprochen. Wir waren der Auffassung, daß die Generalaussprache morgen nachmittag durchgeführt werden soll, aber haben die dringende Bitte, daß Sie auch darauf hinwirken, daß Übereinstimmung darin besteht, daß ein Teil

3 Wilhelm Varnholt (1925–1983), Verwaltungsbeamter; 1980–1983 Oberbürgermeister von Mannheim (SPD).

der Generalaussprache auch vorgenommen werden kann beim Tagesordnungspunkt 15 am nächsten Tag. Arbeitsprogramm für die achtziger Jahre ist ein Thema, das ebenfalls sich mit der Parteitagsarbeit befaßt. Ich glaube deshalb, daß wir ausreichend Zeit haben für die Diskussion morgen nachmittag. Lothar Späth hat erklärt, daß wir bis halb neun tagen könnten, ohne daß der baden-württembergische Abend ernsthaft gefährdet wird. Ich glaube, daß wir deshalb auch die Vorstandswahlen durchführen können. Wenn es zu einer Stichwahl kommen sollte, haben wir ja vorgesehen – das haben wir im Bundesvorstand beredet –, daß wir sie dann am Dienstagmorgen durchführen.

Kohl: Auf alle Fälle! Also, daß da keine Zweifel aufkommen, die Stichwahl ist auf alle Fälle am Dienstag. Ich halte das im übrigen auch aus pädagogischen Gründen für sehr nützlich, daß wir mit der Stichwahl beginnen. Das ist die sicherste Garantie, daß der Saal voll ist.

Ich will hier noch eine Bemerkung machen zum Ablauf vor der Vorstandssitzung, da bitte ich sehr um Ihre Unterstützung. Ich will es jetzt so allgemein formulieren, damit Sie verstehen, daß der Appell am Platz ist, aber daß ich das nicht zu vertiefen brauche: Ich will ausscheidende Mitglieder aus dem Bundesvorstand würdigen und insbesondere auch eine Bemerkung zu Hans Filbinger machen bei der Gelegenheit. Eine sehr würdige Bemerkung auch zu der Kampagne, die da gelaufen ist und wie sich die Dinge heute auch im Licht der neuen Dokumente darstellen. Ich bitte sehr dabei auch um Ihre psychologische Unterstützung am Ende dieser Erklärung. Ich glaube, mehr brauche ich dazu jetzt nicht zu sagen, aber es ist sehr wichtig, weil es auch etwas darüber aussagt, in welchem Stil die Parteien miteinander und untereinander umgehen. Das ist nur meine Bitte zu diesem Punkt.

Geißler: Ja, ich muß noch einen weiteren Punkt hier behandeln. Alle Vorstandswahlen sind selbstverständlich geheim. Wir führen die Vorstandswahlen in Kabinen durch, also wie in Kiel und früher auch. Es ist so, wir machen es nicht mehr nach Landesverbänden, sondern ich bitte, dies auch heute abend bekannt zu geben, der Saal ist durch einen Mittelgang geteilt, und vom Gang aus gesehen begeben sich die Delegierten, die in der linken Hälfte sitzen, in das Foyer auf der linken Seite. Im Foyer sind jeweils an den Eingängen mehrere Wahlkabinen aufgestellt, in diesen kann gewählt werden. Dann gehen die Delegierten durch die Nebeneingänge rein, und am Nebeneingang ist eine Wahlurne, da kann gewählt werden unter Vorzeigen des Ausweises. Die rechte Hälfte geht dann in das rechte Foyer. Ich darf Sie bitten, daß Sie dies heute abend den Delegierten auch noch einmal sagen. Das wäre der Ablauf.

Vielleicht sollte man noch nachtragen, daß wir offengelassen haben, je nach Debatte am Nachmittag, daß möglicherweise das Parteitagspräsidium vorschlagen wird, am Dienstagvormittag die Tagesordnungspunkte doch umzudrehen, d. h. möglicherweise mit dem Arbeitsprogramm zu beginnen und den Wohnungsbau dann als nächsten Punkt zu nehmen, falls nämlich die Diskussionslage so sein sollte, daß am Montagnachmittag ein sehr großes Bedürfnis vorhanden ist, zur Lage der Partei etwas zu sagen, daß dann sozusagen nahtlos am anderen Morgen diese Diskussion fortgesetzt werden kann bei der Diskussion über das Arbeitsprogramm 1980, so daß die allgemeine Diskussion nicht auseinandergerissen wird. Aber ich finde, wir sollten dies nun wirklich abwarten, je nachdem, wie sich morgen nachmittag die Debatte entwickelt, und dann entscheiden.

Kohl: Ja, ich will das nachdrücklich unterstützen, was Heiner Geißler gesagt hat. Die Idee, die hier zugrunde liegt, ist ganz einfach folgende: Wenn wir, nehmen wir mal an, zu einem Zeitpunkt, wo wir frühestens mit den Wahlen beginnen müssen, Parteivorsitzender etc., noch 20 Wortmeldungen vorliegen haben und eine Befragung des Parteitagepräsidenten ergibt, daß die Wortmeldungen zur allgemeinen Politik und nicht unmittelbar zum Rechenschaftsbericht sind, dann bin ich dafür, daß der Parteitagepräsident dann an dem Punkt etwas Ruhe eintreten läßt und bittet, daß man diese Wortmeldungen auf die Generaldebatte zum Sachprogramm der Partei auf den nächsten Tag noch überträgt und man dann die Wahlen beginnt, daß wir nicht warten, bis die Debatte völlig abgelaufen ist. Haben wir viele solcher Wortmeldungen, dann empfiehlt es sich in dieser Situation, die Frage zu stellen, ob man dann am Dienstagfrüh nicht fortfährt; haben wir wenige, es kann durchaus beides sein, dann sollte man das andere Verfahren beibehalten. Ich schlage aber vor, das sollten wir dem Parteitagepräsidium überlassen und so elastisch wie möglich gestalten. Einverstanden? Gut. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Wir wünschen gute Besserung. Wir müssen die Antragskommission ergänzen. Es haben abgesagt Herr Mertes⁴, Herr Remmers, Herr Westphal⁵ und Frau Wilms⁶. Ich schlage Ihnen vor, in Abstimmung mit dem Parteipräsidium, daß die Antragskommission ergänzt wird durch Herrn Weidenfeld⁷, durch Otto Bernhardt⁸, Parlamentarischer Staatssekretär bei Herrn Stoltenberg in Schleswig-Holstein, Frau Benedix, Herrn Spary⁹, den Geschäftsführer der Mittelstandsvereinigung, und Landrat Möller¹⁰, der für den Wohnungsbau ausgewiesen ist. Dies deswegen, weil die Antragslage beim Wohnungsbauprogramm es als nützlich erscheinen läßt. (*Unruhe. Diskussion.*) Sind Sie mit dieser Ergänzung der Antragskommission einverstanden?

Echternach: Wenn keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, würde ich es begrüßen, wenn auch die Stadtstaaten vertreten wären.

Geißler: Also, ich glaube, angesichts der wohnungsbaupolitischen Gefechtslage kann

-
- 4 Alois Mertes (1921–1985), Jurist, Diplomat; 1972 Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund (Staatssekretär), 1972–1985 MdB (CDU), 1982–1985 Staatsminister im Auswärtigen Amt.
 - 5 Jürgen Westphal (geb. 1927), Jurist; 1966–1973 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU), 1975–1985 MdL Schleswig-Holstein, 1973–1985 Minister für Wirtschaft und Verkehr.
 - 6 Dorothee Wilms (geb. 1929), Diplom-Volkswirtin; 1955–1973 Tätigkeit im Deutschen Industrieinstitut Köln, 1961 CDU, 1968–1973 Mitglied des Rates der Stadt Grevenbroich, 1974–1975 Leiterin der Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle und 1974–1976 stv. Bundesgeschäftsführerin der CDU, 1976–1994 MdB (1980–1982 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), 1982–1987 Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, 1987–1991 für innerdeutsche Beziehungen.
 - 7 Werner Weidenfeld (geb. 1947), Politikwissenschaftler; 1975–1995 Professor in Mainz, 1995–2013 in München, 1987–1999 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.
 - 8 Otto Bernhardt (geb. 1942), Diplom-Handelslehrer; 1971–1984 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1979–1984 Parlamentarischer Staatssekretär im Kultusministerium, 1998–2009 MdB.
 - 9 Peter Spary (geb. 1940), Diplom-Volkswirt; 1967–1990 Geschäftsführer des Diskussionskreises Mittelstand und ab 1975 auch Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, 1990–2001 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels.
 - 10 Franz Möller (1930–2018), Jurist; 1974–1999 Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, 1976–1994 MdB (1982–1991 Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau).

man diesem Wunsch nicht widersprechen. Nehmen wir Herrn Erl¹¹ da noch dazu, sind Sie damit einverstanden? Gut, danke schön.

Darf ich Sie herzlich bitten, daß Sie jetzt einmal kurz die Anträge sich vornehmen, die Sie in der Vorlage haben. Ich gebe zunächst einen Bericht über den Tagesordnungspunkt 15, d. h. „Arbeitsprogramm der achtziger Jahre“. Hier ergibt sich folgende Frage, die wir entscheiden müssen: Es gibt bei den Anträgen zwei große Tendenzen zu diesem Arbeitsprogramm. Es gibt Anträge, die entsprechend dem Sinn der Bundesvorstandsvorlage ergebnisoffen sind. Der Bundesvorstand hat ja ausdrücklich in diesem Arbeitsprogramm keine Entscheidungen zur Sache vorgeschlagen, sondern dieser Antrag des Bundesvorstandes konzentriert sich auf die Frage, welches sind die fünf wichtigsten Punkte, die nach Auffassung der CDU in den nächsten Monaten, in den nächsten zwei Jahren behandelt werden sollen. Es gibt also Anträge, die in dieser Linie liegen, die ergebnisoffen sind. Und es gibt Anträge, die Entscheidungen zur Sache herbeiführen wollen.

Ich habe vor, in der Antragskommission folgende Empfehlungen abzugeben, und möchte Sie darüber unterrichten, daß wir die Anträge, die ergebnisoffen sind, die also in der Linie des Bundesvorstands bleiben, soweit wie möglich integrierend einbauen in das Arbeitsprogramm, daß wir die Anträge, die sich nicht zur Sache äußern, selbstverständlich nicht auf diesem Parteitag zur Entscheidung bringen können, sondern in einer geeigneten Form für die Gremien zur Verfügung stellen müssen, die nun jeweils auf den nächsten Parteitag oder für den Bundesparteiausschuß die Entscheidung in diesen Sachfragen vorbereiten. Das ist zunächst einmal zu diesen Tendenzen der Anträge zu sagen. Ich glaube, wir können nicht anders verfahren. Das Arbeitsprogramm, ich muß es noch einmal wiederholen, enthält keine Aussagen zur Sache, sondern ist ein Schwerpunktprogramm der Themen, die wir behandeln müssen. Ich glaube, daß wir dementsprechend auch die Anträge behandeln müssen. Darf ich die Glocke haben? Sonst bin ich nämlich morgen auch heiser.

Dann müssen wir einen weiteren Punkt entscheiden, dann können wir den nämlich mitbehandeln. Der hängt damit eng zusammen. Der Parteivorstand hat sich konzentriert auf fünf Punkte: Es gibt eine Reihe von Anträgen, die zusätzliche Sachpunkte im Arbeitsprogramm haben wollen. Dazu gehört zum Beispiel ein Antrag des Landesverbandes Saar. Die Junge Union hat solche Anträge gestellt, der Kreisverband Münster zur Außenpolitik. Es können noch weitere Punkte kommen durch Initiativanträge der Kreisverbände. Es ist durchaus möglich, daß wir zu den fünf Punkten des Bundesvorstands noch weitere vier oder fünf oder sechs Schwerpunktthemen genannt bekommen. Das ist ja durchaus gewollt. Wir müssen uns aber entscheiden hinsichtlich der Frage, soll es bei fünf Punkten bleiben, oder wollen wir alles hineinnehmen, was zusätzlich an Schwerpunkten vorgeschlagen wird?¹²

Das Parteipräsidium war der Auffassung, und das möchte ich natürlich nachdrücklich unterstreichen, so nicht zu verfahren. Schon allein wegen der Arbeitslage, aber auch aus politischen Gründen. Arbeitslage: Es gibt eine ganze Reihe von Landesverbänden, die eigene Programme erarbeiten wollen wegen der Landtagswahlen, die vor ihnen stehen. Wir können die parteiprogrammatisch nicht überlasten. Der zweite Punkt ist die Bun-

11 Nicht ermittelt.

12 Zu Ablauf und Einzelheiten vgl. das Parteitagsprotokoll (http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1981-03-09-10_Protokoll_29.BundesparteitagMannheim.pdf).

despartei. Ich kann unmöglich innerhalb der nächsten Monate, der nächsten zwei Jahren, zehn oder zwölf Schwerpunktprogramme erarbeiten; das ist völlig ausgeschlossen. Wenn aus der Sache etwas werden soll, müssen wir uns auf einige wenige Schwerpunkte konzentrieren, so daß wir vorschlagen, daß wir am Dienstag zu Entscheidungen kommen müssen, welche Punkte nun Priorität haben. Der Parteitag muß dann entscheiden, ob er die fünf Punkte des Bundesvorstandes für richtig hält, oder ob er unter Umständen statt des Punktes x den Punkt y haben will. Die Frage müssen wir jetzt erörtern. Dies ist deswegen wichtig, weil wir ja dann darüber am Dienstag einen Beschluß fassen müssen. Wenn wir dies nicht tun, sehe ich die Gefahr, daß wir am Dienstag aus dem Parteitag herausgehen und eine Addition von Themen haben, die natürlich bei der Breite der Volkspartei CDU gar nicht groß genug sein wird. Wir müssen uns infolgedessen konzentrieren auf die Schwerpunkte, die wir tatsächlich für wichtig halten.

Es gibt dabei noch eine Unterfrage, die hängt damit zusammen, daß wir in Ziffer I des Arbeitsprogramms, die wir beschrieben haben mit dem Thema Soziale Marktwirtschaft, Fragestellungen haben, inwieweit technischer Fortschritt usw., wirtschaftliches Wachstum vereinbart werden kann mit der Erhaltung unserer natürlichen und sozialen und kulturellen Umwelt. Es gibt einige Anträge, die diese Fragestellungen erweitern. Ich würde auch hier tendenziell, ohne das so ganz hart sagen zu wollen, dafür plädieren, keine Ausweitung vorzunehmen, sondern eher zu versuchen, Fragestellungen, die ähnlichen Charakter haben, in die vorhandenen Fragestellungen einzubauen, was ohne weiteres geht, zum Beispiel bei der zusätzlichen Fragestellung des Landesverbandes Saar zur Frage der Finanzpolitik. Das läßt sich ohne weiteres unter der ersten Fragestellung einordnen. Die Fragestellung der Jungen Union, Humanisierung der Lebensbedingungen, läßt sich auch einordnen, wenn man das Thema weit faßt und unter das Thema stellt, wie kann in den kommenden Jahren ein ausgewogenes Verhältnis zwischen technischem Fortschritt, Sozialer Marktwirtschaft und wirtschaftlichem Wachstum unter Erhaltung unserer sozialen, kulturellen und natürlichen Umwelt gefunden werden. So würde ich gerne plädieren wollen heute abend in der Antragskommission.

Wir müssen jetzt debattieren über die erste Frage, die ich schon angesprochen habe. Das Arbeitsprogramm muß ein Arbeitsprogramm bleiben und darf nicht am Dienstag umgeändert werden in eine Sachentscheidung. Erster wichtiger Punkt. Zweite Frage, bleibt es bei fünf Punkten oder machen wir eine Addition? Ich würde wirklich nicht empfehlen zu sagen, wir machen vielleicht sechs oder sieben, weil sonst der Damm gebrochen ist und wir vor der Frage stehen zu entscheiden, ob es nicht auch ein neununter sein kann. – Das sind die beiden Punkte, ich darf darüber die Aussprache eröffnen.

Wissmann: Ich sehe völlig ein, daß wir nicht aus dem Arbeitsprogramm, das einen allgemeinen Rahmen stecken soll, nun ein Aktionsprogramm machen können und daß wir insofern die Dinge, die detaillieren Charakter haben oder aktionsprogrammatischen, nur werden schwer aufnehmen können. Ich glaube, das ist ganz klar.

Anders sieht es allerdings dort aus, wo das Arbeitsprogramm selbst doch in eine gewisse inhaltliche Richtung weist, was beispielsweise in der Präambel der Fall ist und was auch sozusagen bei den Leitsätzen in den einzelnen Kapiteln der Fall ist. Wenn dort Ergänzungen vorgeschlagen werden, wie sie aus verschiedenen Verbänden kommen, die nicht aktionsprogrammatischen Charakter haben, dann, glaube ich, sollte man da durchaus ergebnisoffen sein und nicht von vornherein sagen, das wird abgeschnürt. Also,

ich glaube, die Unterscheidung kann man sehr wohl vornehmen zu sagen, keine Aktionsprogrammatik, aber sehr wohl Ergänzungen dort, wo es beispielsweise um diese Leitsätze geht, die in der Präambel bereits angesprochen wurden.

Der zweite Punkt. Ich bin auch nicht der Meinung, daß man die Schwerpunkte auf acht oder zehn ausweiten sollte. Aber wenn ich die Anträge richtig gelesen habe, dann konzentrieren sich fast alle auf diese fünf Punkte, und nur ganz wenige legen sozusagen ein eigenes Programm daneben, so daß ich darin gar kein so großes Problem sehe. Wenn man den ersten Punkt offen genug läßt und den Rahmen nicht zu eng schnürt, dann bitte in der Weise, wie ich es gerade versucht habe zu beschreiben.

Geißler: Ich darf vielleicht noch ergänzen, daß ich es für durchaus möglich ansehe nach dem Studium der Anträge, daß wir gewisse Teile, besonders gut formulierte Abschnitte einzelner Anträge ergänzend in das Arbeitsprogramm einbauen, aber eben nur insoweit die keine Entscheidungen zur Sache beinhalten, sondern rein methodischen Charakter haben oder vielleicht eine bessere Begründung geben. Ich glaube, daß dies möglich und denkbar ist. Das gilt zum Beispiel für einen Teil des Antrags der Jungen Union. Es bietet sich zum Beispiel an, weil wir das Jahr der Behinderten haben, ich darf das mal sagen, daß wir den Teil des Antrags der Sozialausschüsse über die Behinderten zu einem eigenen Antrag vorschlagen. Das bietet sich völlig außerhalb der Arbeitsprogramms sozusagen als Antrag bei dem Tagesordnungspunkt 17 an. Das alles ist durchaus denkbar, nur, der Charakter des Arbeitsprogramms hinsichtlich der Schwerpunkte muß natürlich erhalten bleiben.

Stoltenberg: Ich möchte den Generalsekretär unterstützen. Wir haben ja Gelegenheit gehabt, uns mehr oder minder jetzt mit den vorliegenden Anträgen zu diesem Punkt, es kommen ja die anderen Punkte Wohnungsbau usw. hinzu, und auch mit weitergehenden Anträge zu befassen. Die Drucksache hier umfaßt 55 Seiten; der Antrag des Bundesvorstandes, der nun das Ergebnis sehr langer Debatten in Boppard und vieler Gespräche ist, umfaßt zweieinhalb Seiten. Und die Anträge der Vereinigungen zum Arbeitsprogramm, im engeren Sinne, wenn ich mal den Text der Frauenvereinigung und der Jungen Union nehme (*Unruhe. Diskussion.*) 32 Seiten, obwohl ich sagen möchte, daß natürlich einiges von den allgemeinen Anträgen etwas überlappt; aber ich akzeptiere das. Da sind dann weitere Anträge und da gibt es natürlich eine Reihe von Berührungspunkten, aber Ihr Versuch ist richtig.

Dennoch ändert das nichts daran, daß ein Teil der Anträge zum Arbeitsprogramm allein im Umfang etwa das doppelte Volumen hat, darunter von drei bedeutenden Vereinigungen unserer Partei, von Kreisverbänden und Landesverbänden. Und wir müssen, wenn wir den vorgegebenen, leider etwas engen zeitlichen Rahmen betrachten, die Notwendigkeit, über Wohnungsbau zu reden und vor allem die Notwendigkeit in der Wirkung des Parteitages, daß wir im Plenum nachher nicht über redaktionelle Fragen und Einlassungen zu sehr reden, sondern eine politisch orientierte Debatte führen. Ich glaube, das ist das, was viele unserer Freunde und viele der journalistischen Beobachter auch zu Recht erwarten. Wir müssen hier an alle Antragsteller appellieren, ich will das nochmal unterstreichen, was Heiner Geißler gesagt hat, auch heute abend in den Vorgesprächen, daß es für niemanden eine Prestigefrage wird, ob die weiterführenden inhaltlichen Überlegungen nun in der Schlußfassung des Antrages zum Arbeitsprogramm ihren inhaltlichen Niederschlag finden oder nicht, oder ob eben der andere Weg gegangen wird,

doch die weiterführenden inhaltlichen Überlegungen im wesentlichen zu verweisen. Wobei natürlich klar ist, daß der neugewählte Bundesvorstand, der Bundesausschuß, sich auch verpflichten muß, sich mit den überwiesenen Unterlagen dann ernsthaft auseinanderzusetzen. Das wollte ich nochmal sehr unterstreichen.

Das schließt nicht aus, daß in der Antragskommission das eine oder andere aus den umfassenden Anträgen nicht noch in die Fassung aufgenommen wird. Nur muß man darauf achten, daß dabei auch ein thematisches Gleichgewicht gewahrt wird. Das ist natürlich immer das Problem. Auch inhaltlich absolut einwandfrei ergänzende Passagen können einfach durch die Gewichtung im Text nachher die Proportionen stören, und dies ist ja ein Antrag, der über den Parteitag hinaus seine Wirkung haben soll. Wir gehen mit dem Antrag ja nicht nur Verpflichtungen für den neuen Bundesvorstand und das Adenauer-Haus ein, sondern Verpflichtungen für die Kreis- und Landesverbände unserer Partei, die hier ja auch durch den Beschluß in die Pflicht genommen werden. Ich sage das nur nochmal zur Vertiefung und zur Unterstreichung dessen, was der Generalsekretär gesagt hat, weil heute abend ja doch in den Vorgesprächen sehr weitgehend die Meinung gebildet wird. Wir müssen uns etwas Spielraum in der ohnehin knappen Zeit für eine wirklich politische Diskussion am Dienstag bewahren, sowohl über den Antrag des Bundesvorstandes, die ergänzenden Überlegungen, wie natürlich auch bei dem Thema Wohnungsbaupolitik.

Geißler: Also, ich habe vor, Folgendes vorzuschlagen heute abend bei der Antragskommission. Wir haben von den drei wichtigen Vereinigungen gesprochen, die längere Anträge gestellt haben. Es ist immer schlecht, wenn so große Anträge pauschal überwiesen werden. Mir scheint es nach meiner Beurteilung der Antragslage ohne weiteres möglich, daß wir zum Beispiel einen Teil, sehr gut formuliert, der Jungen Union übernehmen können, der sich vor allem auf die Präambel bezieht. Bei den Sozialausschüssen gibt es einen in sich geschlossenen Block. Bei der Mittelstandsvereinigung gibt es einen Antrag, der sich bezieht auf die Umschreibung der Tatsache, daß die vier konjunkturpolitischen Ziele gleichzeitig verfehlt sind zur Zeit, und da werden bestimmte Aussagen gemacht; das kann ein eigenständiger Antrag werden.

Frauenvereinigung, da sehe ich die Möglichkeit, daß wir sehr gute Formulierungen zum Beispiel beim Punkt 3, Gleichberechtigung, mit aufnehmen. Also, dies scheint mir alles möglich zu sein, ohne daß wir das Arbeitsprogramm in seinem Charakter verändern. Ich möchte eigentlich dafür plädieren, daß Sie dieses Vorgehen unterstützen. Wir können ja nicht alle vier Großprogramme nun integrieren, das ist völlig unmöglich, aber wir können gute Gedanken aus den Vereinigungen heraus entweder als eigenständige Anträge für sich verselbständigt auf dem Parteitag zur Verabschiedung bringen, oder wie bei der Frauenvereinigung und der Jungen Union in das Arbeitsprogramm integrieren. Also, das auch nochmal zum Thema Ausgewogenheit.

Blüm: Nochmal zum Profil des Parteitags. Ein Tag ist die notwendige Rechenschaftslegung und Wahlen, und der andere Tag, der wird nicht ein ganzer Tag sein, damit sich da niemand Illusionen macht, der wird am späten Nachmittag schon nicht mehr für den Parteitag zur Verfügung stehen. Da würde ich mir wünschen, daß wir für Inhaltsfragen wie Wohnungsbau ausreichend Zeit haben – das ist nämlich die Stelle, bei der wir uns festlegen –, daß dies nicht sozusagen an den Rand gedrängt wird. Das ist der eigentliche Inhaltspunkt dieses Parteitags, bei dem wir uns festlegen.

Der zweite Schwerpunkt, Arbeitsprogramm. Das sind, wie der Generalsekretär schon sagt, mehr Fragestellungen. Da gebe ich zu, daß es da zum Teil Anträge, einschließlich der der Sozialausschüsse gibt, die schon einen Schritt weitergehen und Antworten geben. Ich gebe zu, daß das nicht auf der gleichen Ebene liegt und deshalb nicht miteinander abgewogen werden kann. Dennoch glaube ich, daß auch in diesen Anträgen etwas von Perspektiven enthalten ist, in den Grundsätzen. Beispielsweise im Sozialausschußantrag eine, wie ich glaube, ganz wichtige Perspektive: Solidarität unter dem Gesichtspunkt Subsidiarität, Solidarität leben. Das ist ja keine Antwort. Das sagt nur etwas über die Perspektive, in der wir die Antwort angehen. Das ist noch nicht die Vorwegnahme der Antwort. Das ist nur die Einkreisung des Spielfeldes, innerhalb der die Antworten gesucht werden. (*Biedenkopf*: Das steht ja im Grundsatzprogramm.) Ja, aber ich meine, wir können durchaus versuchen, das in die Präambel dann noch reinzunehmen, ohne die Antwort vorwegzunehmen.

Späth: Ist es nicht so, daß man im Grunde zwei Dinge unterscheiden kann? Das eine bewegt sich in dem Bereich von Ergänzungen. Da muß es ja für die Antragskommission möglich sein, solche Gesichtspunkte als Zusätze oder in die Präambel einzubauen, und das dann vorzuschlagen. Alles andere ist ja eigentlich im Grunde gewünschtes Material für die Durcharbeitung dieses Programms. Ich würde sehr dazu neigen, die Diskussion über diese Dinge zuzulassen. Aber wenn wir anfangen, geschlossen anderthalb Seiten Mittelstand, anderthalb Seiten Sozialausschüsse, möglicherweise widersprechend, dann pauschal anzunehmen, dann kriegen wir einen fürchterlichen Salat zusammen, der zwar einigungsfähig ist, aber vor allem deshalb, weil wir nicht abwägen. Da werden wir dann ein Paket beieinander haben, wo auf der Seite 4 das Gegenteil wie auf der Seite 2 steht, und wir haben beides einstimmig angenommen. Das ist nicht ganz ungefährlich. Ich habe ein paar Dinge gesehen, die in ihrer Tendenz doch sehr verschieden sind. Jetzt sage ich, es ist naheliegender, diese Geschichten zu diskutieren, ihren Punkt zu bestimmen und dann zu sagen, dies ist zu überweisen an den Vorstand mit Berücksichtigung im Rahmen der Arbeitsdiskussion. Denn anders kann es ja praktisch auch gar nicht gehen; dann kämen wir nämlich aus dem Schneider.

Geißler: Darf ich Folgendes sagen. Das ist ja wirklich die Verantwortung der Antragskommission, jetzt zu sehen, ob Ergänzungen sinnvoll oder nicht sinnvoll sind. Mir geht es ja nur darum: Der Bundesvorstand, glaube ich, sollte informiert werden über die Richtung, die ich heute abend der Antragskommission empfehlen würde, damit morgen und übermorgen keine großen Überraschungen entstehen. Ich glaube nach meiner Kenntnis der Anträge, daß man den einen oder anderen Punkt ohne Not in das Arbeitsprogramm einbauen kann, was sogar eine Verbesserung bedeuten würde. Alles andere, glaube ich, kann man so behandeln, wie Sie das auch sehen. Es gibt ein paar interessante Punkte bei der Mittelstandsvereinigung und bei den Sozialausschüssen, die sich eignen nach meiner Auffassung, ohne daß es eine große Debatte gibt, als ein selbständiger Block völlig außerhalb des Arbeitsprogramms vom Parteitag verabschiedet zu werden, weil ein besonderer Anlaß dafür vorhanden ist, also das Jahr der Behinderten oder die kulturpolitische Lage; da gibt es einen sehr guten Antrag der Mittelstandsvereinigung. Das kann man in der Antragskommission, glaube ich, bereden.

Späth: Ich möchte nur noch eine kurze Bemerkung machen. Eines muß klar sein: Die Antragskommission hat die Aufgabe, die Grundstruktur der Leitansträge des Bundesvor-

standes durchzuhalten. Es darf aber nicht so werden, daß die Antragskommission den Vorstand ersetzt heute abend. (*Unruhe. Diskussion.*) Das Ziel der Antragskommission muß notfalls sein, dem Parteitag die Alternativen von Anträgen aufzuzeigen und im Parteitag zur Abstimmung zu bringen. Der Parteitag kann den Vorstand wählen, aber es darf nicht so sein, daß zum Schluß die Empfehlung der Antragskommission im Schnellverfahren möglicherweise ein völlig anderes Konzept entwickelt und dann der Bundesvorstand nichts zu sagen hat. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich will nur sagen, die Macht der Antragskommission geht nicht über das hinweg, was Bundesvorstandsbeschluß ist. Das wäre sonst ein Punkt, wo ich auch den Parteitag mahnen würde.

Geißler: Sehr gut. Die Aufgaben der Antragskommission stehen in der Satzung ausreichend beschrieben.

Späth: Ich bin übrigens der Meinung des Generalsekretärs, ich glaube, das ist ganz interessant von der Mittelstandsvereinigung, das ist ganz interessant von den Sozialausschüssen. Aber es kann nicht plötzlich auf halbem Wege so durch den Parteitag gezogen werden und wir dann ein Papier in der Hand haben, das wir möglicherweise nur schwer erklären können. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich glaube, die Sorge ist unbegründet. Wir haben nun eine gewisse Tradition auch der Antragskommission bei Bundesparteitagen, und es hat noch nie Beanstandungen gegeben wegen der Arbeit der Antragskommission. Es ist nur so, gerade weil wir zeitlich beschränkt sind, daß man nicht unnötige Diskussionen auf dem Parteitag haben muß, vor allem, wenn Vereinigungen da sind, die sich Mühe gemacht haben zu einem bestimmten Thema und die sich vielleicht im Ergebnis des Parteitags in der einen oder anderen Form wiederfinden wollen. Das gehört durchaus auch zur Antragskommission, dies zu beurteilen und einen solchen Vorschlag dem Bundesparteitag zu machen, wobei ich Folgendes gleich gesagt haben will, daß hier keine inhaltlichen Veränderungen der Absichten des Bundesvorstands vorgenommen werden. Ist zu dem Thema noch irgendetwas zu bemerken? Jetzt, was den Charakter der Anträge anbelangt? Wir sind ja bei dem Punkt, daß es zwei unterschiedliche Tendenzen der Anträge gibt.

Dann müßten wir uns jetzt dem Thema zuwenden, fünf Schwerpunkte. Das muß jetzt entschieden werden. Bleiben wir bei den fünf Schwerpunkten? Ich würde nachdrücklich dafür plädieren, das ist auch Auffassung des Parteipräsidiums. (*Unruhe. Diskussion.*) Wir haben ja eine Reihe von Anträgen, die sagen, die Außenpolitik muß hinzukommen oder die Finanzpolitik; ich nehme jetzt mal diese zwei Themen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, wie wir sie behandeln. Die kann man zweifach behandeln, man kann sagen, der Parteitag sagt, die Finanzpolitik kommt als sechster Punkt dazu und die Außenpolitik mit einem bestimmten Inhalt als siebter Punkt, und möglicherweise sagt jemand, aber die Waffenexportpolitik ist zur Zeit ganz aktuell, das ist dann der achte Punkt. Ich will es einen Moment mal erläutern, welche Möglichkeiten da bestehen. Das ist die eine Möglichkeit. Dann gibt es andere Möglichkeit, die muß dann geschäftsleitend eben so realisiert werden, wenn das der Weg ist, daß es bei fünf Punkten bleibt und daß dann der Antrag gestellt werden muß, statt des einen Punktes muß der andere rein. Das ist der schwerere Weg. Ich würde dennoch dafür plädieren, wenn wir gesagt haben, es gibt jetzt fünf Schwerpunkte, das ist auch arbeitsökonomisch begründet gewesen, daß wir es bei fünf Punkten belassen und der Parteitag dann eben entscheiden muß, welcher Punkt fliegt raus und welcher Punkt kommt noch hier rein.

Koch: Ich möchte einen Vorschlag machen: Wir bleiben bei den fünf Punkten. Sollte sich bei dem Parteitag ergeben, daß, wenn Sachprobleme hier zusätzlich kommen, die dann als Material an den Vorstand, den neugewählten Vorstand, überwiesen werden, damit die nicht runterfallen, und der Vorstand sich damit befassen muß.

Lorenz: Also, ich würde dringend darauf hinweisen, daß wir, glaube ich, alle daran interessiert sein müssen, daß die Punktezahl sich nicht vermehrt. Denn in dem Moment, hier sind ja schöne Beispiele genannt worden, wo solche Punkte wie Finanzpolitik dazu kommen würden, würde natürlich eine Unzahl anderer, gleichgewichtig angesehener Punkte neu in die Diskussion kommen. Ich könnte zum Beispiel einfach drei oder vier solcher Punkte noch zusätzlich benennen wie die Deutschlandpolitik und so. Also, das ist ganz klar, daß wir da ins Schwimmen kommen. Ich finde, der Bundesvorstand hat sich ja etwas dabei gedacht, daß er sich auf fünf Themen beschränkt hat, und er sollte dafür kämpfen, daß es nicht mehr als fünf werden und daß sie auch nicht beliebig ausgetauscht werden.

Späth: Ich bin zunächst auch der Meinung, ich habe das schon vorher gesagt, wenn der Bundesvorstand nach der Klausurtagung mit den Themen zum Parteitag kommt, dann kann der Parteitag zwar sagen, die fünf Themen sind mir zu wenig, oder ich will andere Themen. Aber von uns aus heißt doch die Linie, daß wir dafür kämpfen, daß diese fünf Themen vom Parteitag bestätigt werden und daß die übrigen Themen an den Bundesvorstand überwiesen werden mit dem Auftrag zu prüfen, wie wird die weitere Parteiarbeit entsprechend dem Wunsch beantragt, wenn wir uns beim Parteitag nicht einigen können. (*Unruhe. Diskussion.*) Der Bundesvorstand und die Antragskommission können doch nicht dem Parteitag die Frage der Wahl zur Disposition stellen und auch nicht die Frage der Austauschbarkeit. (*Unruhe. Diskussion.*) Meiner Meinung nach kann der Parteitag als das höchste Organ den Vorstand zwingen, ein anderes Thema auszutauschen oder zu erweitern. (*Unruhe. Diskussion.*) Wo ist die Grenze nach den fünf in der Abwägung bei neuen Themen? Deshalb bin ich der Meinung, die Antragskommission sollte nicht die Freiheit bekommen, gewissermaßen über die fünf hinauszugehen oder einen der fünf rauszuwerfen.

Geißler: Gut, darf ich nochmal das Thema scharf umreißen, um das es geht. Es geht dieses Mal ausnahmsweise nicht um die Antragskommission, sondern es geht um das Verfahren am Dienstag. Das möchte ich schon sagen, das ist für den Tagungspräsidenten von großer Bedeutung. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Und zwar geht es um Folgendes: Es kann ja sein, ich sehe das bei der jetzigen Antragslage noch nicht so stark, wo es einen Antrag eines Kreisverbandes gibt, aber es kann ja sein in der Tat, daß umgekehrt zwei Kreisverbände oder mehr Anträge entwickeln und sagen, wir wollen zusätzlich zu den fünf Punkten x, y, z. Dann steht die Tagungsleitung vor der Frage, eine Entscheidung des Bundesparteitages herbeizuführen, ob dies zusätzlich sein soll, d. h., ob aus den fünf sieben gemacht werden oder ob es bei fünf bleibt, und dann die Antragssteller sagen sollen, anstatt des Punktes drei des Bundesvorstandes soll der andere Punkt genannt werden. Darüber müssen wir uns einigen, sonst kommt die Tagungsleitung in Schwierigkeiten. Wir brauchen uns nicht hier zu einigen, verstehen Sie, ich möchte hier nur haben, daß wir im Bundesvorstand über diese mögliche Gefechtslage uns klar sind und daß wir nach Möglichkeit darüber uns auch einigen, weil wir dann es am Dienstag leichter über die Bühne kriegen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich bin der Meinung für das Tagungspräsidium, daß das Tagespräsidium sagt, wer einen zusätzlichen Punkt in die Größenordnung der fünf reinschieben will, der muß einen rausnehmen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gradl: Ich habe jetzt bei dieser Diskussion versucht, mich in die Lage der Delegierten zu versetzen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß beim Aufsetzen der Tagesordnung Überlegungen dargestellt wurden, die dazu geführt haben, daß man fünf Punkte aufzählt. Denn natürlich wird gefragt, warum die? Warum nicht dieser noch und jener noch, der ja auch wichtig ist. Sie werden, Herr Geißler, je nachdem, wer das macht, deutlich machen müssen, daß es sich hier um etwas anderes handelt als um Themen, die sozusagen permanent Frontthemen sind, die ihre Priorität aus sich heraus ständig haben: Finanzpolitik, Deutschland-Politik, Außenpolitik usw. Sondern hier handelt es sich um die Festigung eines Arbeitsprogramms mit bestimmten sachlichen Schwerpunkten. Dies war der Sinn der Sache. Und dies müssen Sie sehr deutlich klarmachen, denn sonst kriegen wir diese Diskussion, die dem Parteitag schlecht anstehen würde.

Barzel: Herr Generalsekretär, ich möchte nur einen Satz sagen: Eine politische Führung, die nach Überlegungen mit fünf Punkten auf einen Parteitag geht, die kann weder mit sechs noch mit sieben rauskommen, sondern mit fünf, wie sie es vorgeschlagen hat!

Geißler: Ich darf noch auf Folgendes hinweisen, ich werde ja am Dienstagmorgen dazu einführen und werde, Herr Gradl, das, was Sie auch gesagt haben noch einmal klarmachen und auch begründen, warum wir uns auf fünf Punkte konzentriert haben. Das ist mehr arbeitsökonomisch gewesen, ich werde das noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. – Gut, dann herrscht Einigkeit über dieses Thema. Dann darf ich den Tagesordnungspunkt 15 abschließen. Oder bestehen hier noch Fragen? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 17. Den haben wir bei der letzten Bundesvorstandssitzung abgehandelt. Es gibt zu den Anträgen 17.1 bis 17.9 noch eine zusätzliche Information. Hier handelt es sich um die Frage gemeinsame Delegiertenkonferenz von CDU und CSU. Wir haben eine Formulierung vorgenommen, die die verschiedenen Anträge sozusagen auf einen Nenner bringt und diese Formulierung auch mit der CSU abgesprochen, das heißt mit Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber¹³. Die Antragskommission, darüber will ich Sie informieren, wird, wenn sie der Empfehlung folgt, folgenden Vorschlag dem Parteitag machen, ein Vorschlag, der dann sinngemäß oder sogar im Wortlaut auch vom Landesparteitag der CSU übernommen werden könnte, falls dort ebenfalls entsprechende Anträge vorgelegt werden: „Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, nach den positiven Erfahrungen mit der gemeinsamen Delegiertenkonferenz der Unionsparteien in Mannheim 1980 gemeinsam mit dem Landesvorstand der CSU ein Verfahren für die Nominierung des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien und für die Beschlußfassung über das gemeinsame Wahlprogramm zu erarbeiten.“ Das wäre dieser gemeinsame Nenner, der hier gefunden wird. Ich glaube, daß dies eine ausreichende, sogar eine gute Formulierung ist. Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird?

Neumann: Ich finde das gut, ich würde Ihnen nur vorschlagen, von der Psychologie her nicht von vornherein deutlich zu machen, daß das bereits abgestimmt ist. Ich halte es für taktisch geschickter, wenn Sie sagen, daß das sozusagen der vom Bundesvorstand

13 Edmund Stoiber (geb. 1941), Jurist; 1974–2008 MdL Bayern, 1978–1983 CSU-Generalsekretär, 1982–1988 Leiter der bayerischen Staatskanzlei, 1988–1993 Innenminister, 1993–2007 Ministerpräsident, 1999–2007 Vorsitzender der CSU.

erarbeitete Leitantrag ist, der den Interessen aller Anträge entspricht. Die Informationen, die Sie uns jetzt gegeben haben, halte ich für gut. Aber die Mehrzahl der Delegierten möchte ja gerne mehr. Verstehen Sie? Die würden am liebsten beschließen ganz konkret, wie das dann läuft, mit vier zu eins, was man auch in den Zeitungen hat lesen können. Diese Diskussion können wir, zumindest was das Ergebnis betrifft, mit Rücksicht auf die CSU ja nun wohl nicht führen. Schon allein deshalb nicht, weil wir später an unseren Ergebnissen gemessen werden. (*Heiterkeit.*) Aus diesem Grund würde ich sagen, die Information für uns war gut, daß der Kontakt da ist, aber ich würde nicht von vornherein sagen, im übrigen ist das alles abgestimmt und jetzt beschließen wir das. Das hielte ich für taktisch nicht gut, war wahrscheinlich auch nicht so zu verstehen, sondern diente nur unserer Information. Ich weiß nicht, ob die Kollegen das anders sehen, aber ich würde das nicht sagen, sondern ich würde vorschlagen, das als einen vom Bundesvorstand erarbeiteten Antrag zu sehen, der im Grunde die Zielrichtung aller Anträge zusammenfaßt.

Geißler: Also es gibt ja zunächst einmal Informationen des Bundesvorstands, aber ich glaube, es kann kein Fehler sein, angesichts der nun doch vorhandenen Bedeutung dieser Entwicklung, das ist ja ein historischer Vorgang in der Parteigeschichte, wenn das Verfahren und die Zielrichtung, die wir nun anstreben, mit der Schwesterpartei abgestimmt sind. Das kann nie ein Fehler sein. Denn es wäre ja sehr schlecht, wenn wir hier eine Entscheidung auf dem Parteitag fällen würden, die vom Verfahren und auch vom Inhalt her dann möglicherweise auf den Widerspruch, sogar auf den öffentlichen Widerspruch der CSU stoßen würde. Deswegen glaube ich, das war schon eine notwendige Vorabstimmung, will ich einmal sagen, mit der CSU hinsichtlich der Zielrichtung eines solchen Antrages. Und er kann ja eigentlich nur so lauten, daß der Bundesvorstand beauftragt wird, ein Verfahren zu erarbeiten, ich sagte nicht zu erörtern, sondern zu erarbeiten, und wenn hinsichtlich dieser Zielrichtung die CSU-Führung damit einverstanden ist, dann glaube ich, sind wir hier hinsichtlich dieser Frage einen großen Schritt weiter, denn ich meine, es ist sich ja jeder über die Bedeutung im klaren. Wir haben seit 30 Jahren darunter gelitten, daß wir zwar als eine einheitliche politische Bewegung gegolten haben, aber eben im Grunde genommen nie ein gemeinsames Gremium gehabt haben, in dem wir gemeinsame Dinge besprechen konnten. Daß sich dies jetzt verändert, ist ein gutes Zeichen und die Delegiertenkonferenz in Mannheim im August des vergangenen Jahres war insoweit ja auch wirklich ein Ereignis, das man begrüßen kann. Dies wird von der CSU genauso gesehen.

Dies ist etwas, was die Antragskommission formulieren muß. Darüber wollte ich Sie unterrichten, daß ich also empfehlen werde der Antragskommission, daß diese Empfehlung dem Parteitag morgen vorgelegt wird.

Späth: Ich wollte nur sagen, man sollte vielleicht bei der Begründung des Leitantrages auf dieses Problem hinweisen, daß dieses Einigungsfeld möglich ist und der Parteitag nicht gut beraten wäre, wenn er unter sich in einem gewissen Wettbewerb jetzt da einginge auf die Frage, wer kann da noch einen Vorschlag machen.

Geißler: Dies ist klar. Ich bedanke mich. Zu dem Thema, zu diesem Punkt noch eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir brauchen zu Punkt 17 sonst weiter nichts mehr zu sagen; das haben wir bei der letzten Vorstandssitzung ja beredet.

Dann kämen wir zum Tagesordnungspunkt 16, Wohnungsbau. Zu diesem Themenkomplex darf ich einleitend Folgendes sagen: Es gibt einen Vertagungsantrag des Kreisverbandes Unna. Das ist ein erster Punkt, der dann kritisch werden könnte, wenn die Dis-

kussion sich sehr in Einzelheiten verheddert und unübersichtlich werden würde, daß dann im Lauf des Parteitages eine Stimmung aufkäme, also die Sache ist noch nicht ausgereift, deshalb vertagen wir sie. Darauf mache ich aufmerksam, daß es also einen solchen Antrag gibt und daß es – er ist nur von einer Minderheit – doch eine gewisse Stimmung gibt, so zu verfahren. Ich sage das nur, damit wir das im Auge haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Der kommt relativ früh dran. Das ist gleich der zweite Antrag. Darf ich mal ganz kurz eine Übersicht geben über die Problemlage? Wir können ja gleich darauf zu sprechen kommen.

Es gibt dann zwei große Komplexe, die möglicherweise zu einer Diskussion führen werden. Allerdings wird sie, wenn ich dies sagen darf aus meiner Beurteilung, nicht das Ausmaß annehmen aufgrund des Inhaltes der Abänderungsanträge, wie das in den vergangenen 14 Tagen, drei Wochen in Zeitungen zum Ausdruck gekommen ist. Also die Auseinandersetzungspunkte sind nicht von konkurrierender Art, daß man davon ausgehen müßte, es könnte also dann zu einer großen dramatischen Auseinandersetzung kommen. Aber die Fehlbelegungsabgabe ist ein Punkt, der strittig ist; dann gibt es einen Antrag, der sozusagen die Lex Berlin, also die Sonderformulierung für Berlin ausdehnen will auf analoge Fälle, und dann haben wir noch einen Antrag, der sich befaßt mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Es gibt noch zwei, drei andere Anträge, die sich damit befassen. Das sind nach meiner Sicht im Moment mögliche Diskussionspunkte in diesem ganzen Komplex. Die Frage ist jetzt, wie wir vorgehen. Das würde ich ganz gerne mit unseren Wohnungsbaufachleuten hier im Bundesvorstand kurz absprechen. Sollen wir hier im Bundesvorstand die einzelnen Punkte nochmal durchgehen? Oder genügt es, wenn Lothar Späth und Herr Jahn, den ich in unserer Mitte herzlich begrüße, ich habe ihn zu diesem Punkt eingeladen, uns nochmal ganz kurz einen Überblick geben über die Antragslage aus der Sicht der Kommission und wir darüber in eine Diskussion eintreten? Ich glaube, das wäre der beste Weg. Oder gibt es andere Vorschläge? Das ist nicht der Fall, dann darf ich Herrn Späth das Wort erteilen.

Späth: In den letzten Tagen haben Herr Jahn und ich uns noch einmal die Mühe gemacht zu sehen, wie wir diesen Bereich einarbeiten. Dabei zeigt sich, daß das ganze Problem zu den grundsätzlichen Auseinandersetzungen halb so schlimm ist, wie das überall beschrieben ist. Ich würde sagen, die Hälfte der geplanten Anträge der Sozialausschüsse sind einbaubar ohne Schwierigkeiten, ebenso die Anträge der Jungen Union und der Frauenvereinigung, und einige Punkte, die besonders wild empfunden werden, sind schon drin im Papier. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich werde einfach schnell versuchen zu sagen, wo wir das Papier ergänzen müssen, und würde bitten, daß Herr Jahn mich ergänzt. Da gibt es bei der Präambel eigentlich nur noch die große Aufzählung aller Bevölkerungsminderheiten. (*Unruhe. Diskussion.*) Da müssen wir irgendwo nochmal ein gutes Wort finden. Da ist einem Teil der Anträge schon Rechnung getragen. Dann bei den Familien. Da würde eine Ergänzung notwendig in Richtung der rechtlichen Förderung der privaten Eigentumbildung, schwerpunktmäßig bei kinderreichen und jungen Familien. Das kommt in ein paar Anträgen; das halte ich für wichtig. Das könnte man sogar mit dem Satz dann abschließen: „Es darf nicht zu den Alternativen kommen, Wohneigentum oder Familie.“ Also, das ist eine Ergänzung bei dem Thema.

Dann haben wir eine ganze Reihe von Ergänzungen. Wir hatten ursprünglich die Frage der Privatisierung wieder rausgenommen. Jetzt kommt sie wieder. Ich habe nichts dage-

gen, daß das in der vorliegenden Form formuliert ist. Da gibt es Befürworter und Gegner. Man kann soweit gehen, daß man sagt, möglichst viele Mieter sollen in die Lage versetzt werden, ihre Wohnung, in der sie wohnen, zu kaufen. Dann wäre dem Rechnung getragen, weil dadurch ja kein Wohnungsbestand verloren geht. Weitergehend würde ich aber das nicht formulieren, weil es sonst dem widerspricht, was das Soziale ist, nämlich den großen Bestand an sozialem Wohnraum als Mietwohnraum zu erhalten. Aber ich erkenne darin keinen Widerspruch, wenn man es privatisiert.

Dann gibt es auch die Möglichkeit der Ergänzung, daß Eigentumsbesitzer mit sehr niedrigem Einkommen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden. Also Wohnungs-, Eigentums-genossenschaften, Erbbaurechte. Das heißt also, das soll ergänzend noch rein, Eigentumsbereich neben der steuerlichen Erleichterung. Ich habe nichts dagegen, wobei ich eine Anmerkung machen möchte zu der Forderung, daß dann auch die Förderberechtigung bei verbessertem Einkommen wieder schrittweise zurückgenommen werden muß. Ich habe nichts dagegen, wenn man sagt, darauf ist zu achten. Ich halte gar nichts von solchen Undingen, denn wer bei einer einmaligen Eigentumsmaßnahme anschließend alle fünf Jahre überprüfen will, wieviel von der früheren Förderung wieder zurückzunehmen ist, kommt zu so einer Bürokratie wie bei der Fehlbelegungsabgabe. In dem Zusammenhang kommt dann nicht viel mehr raus als eine Grundposition.

Dann beim frei finanzierten Wohnungsbau, Kündigungsfristen. Da kommt gewissermaßen als Neuerung die Frage auf eines Kündigungsrechts bei Fehlbelegung. Ich würde an dem Punkt warnen, das in das Papier aufzunehmen. Ein formelles Schnellverfahren zur Kündigungsfrist bei Fehlbelegung ist eine gefährliche Sache. Der Grundgedanke, bei einer Fehlbelegung zu sagen, die müssen in fünf Jahren raus, ist durchaus ein positiver Gedanke, der eines Tages wahrscheinlich noch viel stärker kommt, wenn wir die Fehlbelegung angehen müssen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich würde diesen Antrag gerne, wenigstens als Material, in den Vorstand überweisen und nicht in dem Papier berücksichtigen. Denn wie das nachher praktisch abläuft, ist, die Wohnungen lassen sich nicht kündigen, die besten Mieter sind für die die Fehlbeleger, weil sie da am wenigsten Mietausfälle haben. Also müßte ich gleichzeitig noch ein Pfand gegenüber dem Vermieter bringen, dem Mieter zu kündigen wegen Fehlbelegung. Ich kann nur sagen, bei der Struktur der Fehlbelegung kann ich nur warnen, das mit einem großen Mut anzugehen. Das gibt sehr wahrscheinlich in der Praxis eine Pleite. Ich sage das dazu, weil der Grundgedanke natürlich richtig ist. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dann kommt der Wunsch, ein großer Teil der Sozialwohnungen soll erhalten bleiben. Da gibt es zunächst einmal von den Sozialausschüssen den Wunsch, überhaupt den Wohnungsbestand zu erhalten. Denn was die Belegungsbindungen anbelangt, da kann ich nur sagen, da streiten wir mächtig. Ich will, daß die Belegungsbindung nicht gleichzeitig wegfällt mit Anpassung der Miete. Langfristig haben wir überhaupt keine Wirkung in der Belegungsbindung, d. h. wir zementieren den gesamten Altwohnungsbestand in seinem Zustand und erreichen genau das Gegenteil von dem, was wir wollen, daß nämlich repariert wird, daß wieder belegt wird. Das gibt die Gettobildung, das gibt die totale Gettobildung, betrifft die Ausländer verstärkt, betrifft die armen Leute in bestimmten Stadtvierteln. Also alles, was Belegung bringt mit Privatisierung, in der Aufhebung der Belegungsbindung, ist dann überhaupt nicht mehr möglich. Ich empfehle dringend, das in den Sozialausschüssen zu besprechen. Also ich würde wirklich darum bitten, daß wir

das nicht zulassen. Wir können sagen, ein großer Bestand soll erhalten bleiben. Dann ist dem Rechnung getragen. Aber daß wir überhaupt die Frage der langfristigen Lockerung der Belegungsbindung angehen, ist eine wichtige Frage in der Organisation des Wohnungsmarktes überhaupt.

Dann die Frage der Bindung der Mittel, die durch die Mieterhöhungen kommen. Stärkung des Wohngeldes, einverstanden, und im übrigen für den sozialen Wohnungsbau. Denn klar ist, daß natürlich die Verbesserung des Wohngeldes zuerst bezahlt werden muß aus den erhöhten Mieteinnahmen und dann der Rest gebunden wird für den sozialen Wohnungsbau. Da kann man sich wiederfinden bei der Lösung, das ist kein Problem. Ein Problem kommt allerdings, die Sozialausschüsse wollen mit ihren Anträgen eine strukturelle Umschichtung des Wohngeldes. Davor kann ich nur warnen. Der entscheidende Fehler besteht darin, daß sich die Deutschen daran gewöhnt haben, daß sie für das Auto viel Geld ausgeben, aber für die Wohnung nur einen minimalen Teil des Einkommens. (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn wir aber angeben, daß wir jetzt strukturell das Wohngeld noch verbessern, erreichen wir genau das Gegenteil. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Darf ich den Vorschlag machen, daß wir zunächst den Bericht von Lothar Späth uns noch anhören, und dann wird das ja zur Diskussion gestellt, wobei ich davon ausgehe, daß die eigentliche Sachdiskussion dann auf dem Parteitag stattfindet. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich wollte bloß andeuten, wo die Probleme sind und wo sie wahrscheinlich ausgedehnt werden. Dies wird so ein Problem sein, das man ausdiskutieren muß. Dann die Frage, die noch kommt, der Vorgang der Modernisierung oder des Neubaus. Da kommt auch bei den Sozialausschüssen der Vorwurf, die Modernisierung sei zu gut bedacht und der Neubau zu schlecht. Ich kann nur sagen, das hat gleiche Wichtigkeit. Aber daß wir jetzt sagen, es muß ein Vorrang des Neubaus vor der Altsanierung entstehen, kann ich politisch sinnvoll nicht vertreten. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich will erreichen, daß wir sagen, wir brauchen beides. Wir wollen den Neubau nicht benachteiligen, aber wir können nicht politisch festlegen, daß es eine Rangfolge gibt zwischen Sanierung und Neubau.

Wir können die Punkte alle als Anregungen vernünftig durch die Antragskommission einbauen. Der Hauptpunkt, der nochmal aufbrechen wird, ist die Frage Fehlbelegungsabgabe. Es gibt Anträge, mindestens – über die Berliner Situation hinaus – in Großstädten die Fehlbelegungsabgabe als Alternative zuzulassen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich kann von der Sache her nur sagen, das beste Mittel, um Gettos zu erzeugen und in einen schlechten Zustand zu gelangen, ist, die Mieten festzulegen und damit dem Eigentümer keine Chance zu geben. Das ist keine Glaubensfrage, aber ich kann nur alle warnen, das Ergebnis ist genau das Umgekehrte von dem, was wir eigentlich haben wollen. (*Unruhe. Diskussion.*) Über alle Details kann man reden, ich sehe im Grunde nicht einen Antrag, der dieser Struktur des Antrags des Bundesvorstands widerspricht. (*Unruhe. Diskussion.*) Alles andere halte ich für weitgehend einbaubar in den Vorstandsantrag.

Jahn: In aller Kürze. Punkt eins, der Antrag, keine materiellen Beschlüsse zu fassen, wird bereits virulent bei der Genehmigung der Frist. Deshalb könnte man diesen Antrag gleich abtreten im Vorfeld, und ich würde sehr raten, das zu tun, damit diese Diskussion von der Sachdiskussion getrennt wird. (*Unruhe. Diskussion.*)

Punkt zwei, das Papier verliert seine Konturen, wenn zur Fehlbelegungsabgabe ja

gesagt wird. Das Papier verliert seine Konturen aber auch dann, wenn zur Fehlbelegungsabgabe beschränkt auf Ballungsgebiete ja gesagt wird.

Dritter Punkt, das Papier verliert auch dann seine Konturen, wenn die Staffelmieten nur, wie die Sozialausschüsse es wollen, für neue Abschlüsse zugelassen werden und nicht auch für den Bestand. Das Papier geht davon aus, Staffelmiete bei jedem Neuabschluß von Mietverträgen, und das haben, zumindest in der Bundestagsfraktion auch alle Kollegen der Sozialausschüsse mitgetragen.

Punkt vier, wir müssen eine Antwort geben auf den leer stehenden Wohnraum. Denn das ist die Diskussion draußen. Das Papier gibt die Antwort durch den befristeten Mietvertrag, in dem Anreize zur Vermietung gegeben werden für befristete Mietverträge, d. h., viele vermieten heute deshalb nicht, weil sie den Wohnraum nach einem ganz bestimmten Zeitraum wieder benötigen, weil Sohn oder Tochter aus dem Studium wiederkommen. Hier schaffen wir eine Möglichkeit der Zulassung von befristeten Verträgen. Das ist ein wesentlicher Punkt in der Diskussion.

Fünfter Punkt, die Modernisierung. Ich sage es noch einmal, wir müssen dem Mieter auch die Modernisierung zulassen. Aber wenn das geschieht, darf das nicht gegen den Willen des Eigentümers geschehen. Die Bundesregierung überlegt zur Zeit sogar, eine Duldungspflicht für den Vermieter zuzulassen und einen materiellen Anspruch des Mieters auf Modernisierung zu geben. Das ist die Untergrabung des Eigentumsgedankens. Vielleicht ist da wirklich das Eigentum auf den bloßen Besitz zurückzuführen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Letzter Punkt, Sozialplan, ist in diesem Papier nicht angesprochen. Die Sache wird kontrovers diskutiert, auch bei uns. Wir schlagen hier vor, diesen Fall zu überweisen und noch nicht zur Abstimmung zu stellen. Und was die Lex Berlin angeht, möchte ich die Bitte äußern, daß möglichst keine andere Stadt sich da anlehnt. Wir haben hier ordnungspolitisch gesündigt, das wollen wir doch auch zugeben. Auch das möchte ich erwähnen aus ganz bestimmten, auch erwägenswerten Gründen, und ich wäre dankbar, wenn keine anderen Stadtstaaten sich auf dies berufen würden. (*Unruhe. Diskussion.*)

Blüm: Dann möchte ich auch in dem Rahmen die Diskussion des Parteitags nicht vorwegnehmen; es geht nur um Struktur. Also, erstens bin ich damit einverstanden, daß wir gemeinsam den Vertagungsantrag zurückweisen. Ich finde das deshalb wichtig: Der Wohnungsbau ist der Punkt, auf den der Parteitag sich festlegt. Wenn wir den jetzt auch noch ergebnisoffen lassen, dann werden wir mit Hohn und Spott bedacht. (*Unruhe. Diskussion.*) Das hat mit dem Charakter des Parteitags zu tun.

Zweiter Punkt, zum Verfahren. Ich würde es der Übersicht halber für gut halten, wir würden jeden Tagesordnungspunkt mit einer kurzen Generaldebatte beginnen, denn wenn wir sofort ins Detail gehen, das durchschauen nur noch die Fachleute. Aber die Wohnungsbausaachen müssen ja auch plausibel sein nicht nur für die Delegierten, sondern auch für die Öffentlichkeit. Deshalb, eine kurze Generaldebatte hilft sicherlich für die Überschaubarkeit.

Drittens, auch ich sehe, daß wir uns aufeinander zubewegen, daß von den vielen Punkten zwei, drei übrigbleiben, für die wir uns dann Zeit nehmen sollten. Alles andere kann dann relativ schnell behandelt werden. Das ist die Staffelmietfrage, obwohl auch da eine Abrede stattgefunden hat. Aber ich denke, daß wir die zwei, drei Fragen einhalten können und darauf uns dann konzentrieren. Sonst wird das eine sehr fachspezifische

Diskussion, die außer den Fachleuten niemand mehr versteht, und dann hat sie ihren Effekt verloren. Ich meine bei der Generaldebatte, aus meiner Sicht dürfen wir nicht die Schlacht eröffnen Soziale Marktwirtschaft gegen Zwangswirtschaft. Das ist nämlich nicht die Lage. Und wenn wir so beginnen, verstellen wir uns den Blick auf die eigenen Ergebnisse. Das könnte bereits bei der Generaldebatte so sein. Je weniger hier auf den Weg gebracht wird, um so größer ist nachher die Kontroverse im konkreten Detail.

Geißler: Darf ich kurz eine technische Zwischenbemerkung machen? Wegen der zusätzlichen Mitglieder der Antragskommission haben wir jetzt inzwischen versucht, das mit der Organisationsabteilung zu klären. Das ist sehr schwer möglich, weil über das Verkehrsamt die Hotels zugewiesen sind und das Verkehrsamt am Sonntagnachmittag nicht besetzt ist, so daß es in dem einen oder anderen Fall schwer ist, die Leute jetzt zu finden. Frage, ob jemand der anwesenden Landesvorsitzenden oder Vereinigungsvorsitzenden in der Lage ist, die Leute zu benachrichtigen, um 18 Uhr treffen sich ja die Vereinigungen, und dort, wo diese Leute dann mit dabei sind, ihnen zu sagen, daß die Antragskommission ab 18.30 Uhr tagt, und zwar hier in diesem Raum. Das ist die Frau Benedix, der Herr Spary, Geschäftsführer der Mittelstandsvereinigung, der Herr Weidenfeld. (*Unruhe. Diskussion.*) Im Hotel Ramada in Ludwigshafen müßte jemand bitte anrufen, ich sage das schnell. Otto Bernhardt? Das wird schwierig sein, der ist in Bad Dürkheim, aber wir müssen es halt versuchen in dem Hotel in Bad Dürkheim, in dem unsere Leute wohnen. Dann habe ich den Herrn Möller, wer weiß, wo der ist? (*Unruhe. Diskussion.*) Dann der Herr Perschau¹⁴. Ist da? Gut, dann können wir mit der Debatte weitermachen.

Neumann: Ich wollte noch eine Bemerkung zu den Einführungen von Lothar Späth machen. Lieber Lothar Späth, ich stimme dem, was Norbert Blüm gesagt hat, voll zu, daß insbesondere Du bei der Einleitung darauf abzielen mußt, das nicht zur Alternative werden zu lassen, die einen, die für das eine antreten sind im Grunde für den Sozialismus und wir anderen sind für die freie Marktwirtschaft. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich weise deshalb darauf hin, weil dies auch genauso auf die Fehlbelegerabgabe zutrifft, und erinnere daran, daß im November die Fraktionsvorsitzendenkonferenz einstimmig sich für die Fehlbelegerabgabe als eine Möglichkeit ausgesprochen hat. Ich erinnere daran, daß bis zu einem gewissen Stadium (*Unruhe. Diskussion.*) vor nicht allzu langer Zeit sich sämtliche Fachminister, auch der CDU/CSU, vor allen Dingen der CSU, diese Regelungen gegeben haben. Insofern ist es wichtig, daß dies der Punkt ist, wo der Bundesvorstand eine klare Entscheidung fassen muß. Und dabei bleiben muß! So zu sagen, dies sei der Punkt, wo nun sozusagen die Ideologie einsetzt, wird mit Sicherheit ein Bumerang in der Debatte, weil dann sozusagen eine ganze Konferenz sich unterstellen lassen müßte, sie sei dem Sozialismus anheimgefallen. Ich möchte das nur nochmal zum Klima hier sagen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Waffenschmidt: Ich möchte den Verfahrensvorschlag von Lothar Späth unterstützen und auch die Überlegung, die Dinge sehr pragmatisch anzugehen. Neben den ordnungspolitischen Bedenken, die wir ja breit diskutiert haben, muß man sehen, daß, wenn wir

14 Hartmut Perschau (geb. 1942), Offizier; 1974–1989 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1975–1980 Landesgeschäftsführer des CDU-Landesverbands Hamburg, 1989–1991 MdEP, 1991–1993 Innenminister Sachsen-Anhalt, 1995–1997 Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten des Landes Bremen, 1997–2003 für Finanzen, 2003/04 für Wirtschaft und Häfen, 2004–2009 MdBB Bremen.

die Bürokratie in die Städte und Gemeinden verlagern würden im Hinblick auf die Ausführung und damit die Verhandlungsbereiche, die wir dann zu vertreten hätten, die Bundesregierung sich im Hintergrund die Hände reiben würde. Das auch zu der pragmatischen Überlegung. Lothar Späth, vielleicht da eine Überlegung, auch hier zu sagen, noch einmal unter dem Gesichtspunkt diskutieren, daß neben dem Bürokratieaufwand auch diese taktischen Überlegungen berücksichtigt werden müssen.

Späth: Ich wollte nur den Gedanken von Norbert Blüm nochmal aufnehmen mit der Generaldebatte. Das geht, wenn die Disziplin groß ist. Also die Sozialpolitik ist auf meinem Orga-Zettel, aber in der Kommission muß natürlich sichergestellt sein, daß das dann nicht runterfällt und zwar, ich sage das ganz bewußt, weil das so einer Generaldebatte die Chance bringt, die eine Debatte dann auch hat. Es ist halt nur so, daß praktisch nach einem einleitenden Text – da kann man auch verzichten, eine große Alternativdebatte zu führen – nun wirklich gesagt wird, was ist denn nun das Typische für die Soziale Marktwirtschaft? (*Unruhe. Diskussion.*) Das läßt sich ja alles vorbereiten. Nur, wenn wir eine Generaldebatte machen, dann bedeutet das, daß wir uns einigen müssen, daß in einer Generaldebatte eine Stunde lang, allerhöchstens sechsmal zehn Minuten, Statements laufen. Dann müssen wir aber auch zum Ende kommen. Dann haben wir noch eine gute Stunde für die Restberatung. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich sage nur, wir müssen ja auch ein Sachgespräch führen. (*Unruhe. Diskussion.*) Das müssen wir jetzt hier entscheiden.

Biedenkopf: Ich wollte das nur ergänzen. Kann man das nicht, ohne das anspruchsvolle Wort Generaldebatte zu nehmen, als Aussprache zur Präambel bezeichnen? Dann hat auch die Diskussionsleitung die Möglichkeit, dies wie jeden anderen Punkt zu behandeln und nach einer gewissen Zeit zu Ende zu bringen. Einfach unter dem Gesichtspunkt der Gewichtung, sonst ist das, was Lothar Späth sagt, vollkommen richtig; das läuft sonst aus dem Ruder. (*Unruhe. Diskussion.*) Der Begriff Generaldebatte ist eine Einladung zu allem und bei „Aussprache zur Präambel“ muß das tatsächlich im Rahmen bleiben.

Geißler: Also, es liegen jetzt zu dem Punkt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir müssen selbstverständlich am Anfang eine Generaldebatte führen mit einer gewissen Begrenzungszeit, die machen wir selbstverständlich, aber der Parteitag muß eben zur Wohnungspolitik erst einmal ganz allgemein sich äußern. Ich hoffe, daß auch die SPD mal angegriffen wird in dem Zusammenhang. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Tagesordnungspunkt. Dann schließe ich damit die Diskussion und die Beratungen zu diesem Punkt, was die Vorbereitung des Bundesparteitags betrifft. Wir müssen noch einen Beschluß fassen. Stimmzählkommission, ist die Vorlage verteilt? Die Vorlage ist verteilt, sind Sie mit den in der Vorlage aufgeführten Parteifreunden einverstanden für die Stimmzählkommission? Ich sehe keinen Widerspruch.

Unter Punkt Verschiedenes noch irgendeine Frage zum Parteitag? Das ist nicht der Fall, dann darf ich die Bundesvorstandssitzung schließen und darf mich herzlich bedanken.

Berlin, Sonntag 5. April 1981

Sprecher: Klepsch, Kohl, Späth, Wallmann, von Weizsäcker.

Berufung von neugewählten Mitgliedern des Präsidiums zu Mitgliedern des Hausvereins der CDU e. V. Politische Lage. Wahlkampf Berlin. Anträge des 29. Bundesparteitages. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf unsere heutige Bundesvorstandssitzung, die erste Bundesvorstandssitzung nach dem Mannheimer Parteitag und der Neuwahl des Bundesvorstands, eröffnen und Sie all sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße vor allem auch die neu gewählten Kollegen hier im Bundesvorstand, von denen ja einige nach einer Erholungspause dem Bundesvorstand wieder angehören. Aber das ist der Lauf der Welt, der Politik.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Zu Punkt 1 will ich einen kurzen Eingangsbericht machen, dann werden wir uns intensiv über den Wahlkampf unterhalten und dann die Anträge des Bundesparteitags besprechen. Ich werde in meinem Bericht auf das Thema schon in einer indirekten Weise, auch was den nächsten Parteitag betrifft, eingehen. Zum Zeitplan ist jetzt die Frage, wie wir uns verhalten wollen, ob wir konsequent, was ich für durchaus möglich halte, arbeiten wollen bis etwa halb zwei und dann essen statt während der Sitzung, was dort stört. Es gibt hier ein wahrscheinlich sehr gutes kaltes, warmes Buffet. Aber man hat natürlich mehr davon, wenn man dann noch ein bißchen in gelöster Stimmung hier sitzen kann. Also mein Rat ist das. Aber da ich ja im Ruf der Essensschikane bei den Kollegen stehe, und wir heute bei dem Berliner Landesvorsitzenden Richard von Weizsäcker sind, der, wenn es ans Essen geht, immer besonders die Dinge dringlich macht – sein Zwischenruf eben hat das ja schon deutlich gemacht –, will ich Sie vorher höflicherweise fragen. Also ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

Gut, zur Tagesordnung mache ich noch den Vorschlag, daß wir gleich den Punkt 3 beschließen. Ich hoffe, die Tischvorlage haben Sie. Es geht einfach darum, daß die Herren Blüm und Späth dem sogenannten Hausverein¹ laut Satzung beitreten. Es ist auch so, das sind beides Herren, die über ein gewaltiges Privatvermögen verfügen, die also auch im Regreßfall besser hier in Anspruch genommen werden können. Das ist vor allem die Absicht von Walther Leisler Kiep, dessen Intention in dieser Richtung ja allseits bekannt ist.

1 „Der Verwaltung aller Liegenschaften dient ein Hausverein und dem Betrieb von wirtschaftlichen Unternehmungen eine GmbH. Die näheren Bestimmungen trifft die Finanz- und Beitragsordnung“ (Statut der CDU vom 1. Juli 1980 § 47 Abs.1).

Jetzt zur Tagesordnung. Wir sind beschlußfähig, das ist das erste, was ich feststellen will. Sie wissen, Heiner Geißler ist erkrankt; ich darf in Ihrem Namen ihm unsere Genesungswünsche überbringen. Eine ganze Reihe von anderen Kollegen ist aus zwingenden Gründen heute entschuldigt. Meine Bitte ist aber, daß wir, wie gesagt, zusammenbleiben bis zum Ende der Sitzung, um unsere Probleme erledigen zu können. Vor Eintritt in die Tagesordnung bitte ich Sie, Ihren Terminkalender in die Hand zu nehmen, denn es sind ja Kollegen neu gewählt, und man sollte wenigstens die Termine von jetzt an abstimmen bis zur Sommerpause. Also, wir werden die nächste Sitzung des Parteipräsidiums haben am Montag, dem 4. Mai, zur üblichen Zeit; das ist also die Woche vor der Berliner Wahl. Und wir wollen dann den Bundesvorstand halten am Montag, dem 11. Mai, das ist von hier an gerechnet die nächste Sitzung, um 10 Uhr. Ich wollte jetzt wieder die Sommerzeit einführen; Sie wissen ja, im Winter machen wir die Sitzungen um 11.00 Uhr. Sind Sie damit einverstanden, daß wir jetzt auf 10 Uhr gehen? Das bringt dann doch eine günstige Zeiteinteilung, denn normalerweise müßten wir dann gegen 14 Uhr abschließen können. Das ist die nächste Bundesvorstandssitzung. Wir haben dann die nächste Sitzung des Parteipräsidiums am 1. Juni um 9.30 Uhr. Wir haben ein Problem mit diesen elend langen Ferienzeiten, die auf uns zukommen; wir sind ja praktisch heutzutage in der Lage, daß wir über vier Monate nicht tagen können, weil irgendwo immer Ferien sind, was ja auch ein interessanter Hinweis auf den Zustand der deutschen Gesellschaft ist. Ich muß also irgendeine Zumutung einbauen und spreche das auch ganz offen aus. Ich brauche unbedingt wegen des Herbstparteitags und aus anderen Gründen nach dem 1. Juni, wo wir Präsidium haben, in der Woche nach Pfingsten eine Bundesvorstandssitzung. Der Bundesausschuß ist am 15. Juni. Der Bundesausschuß muß in Berlin sein. Wir haben den Rhythmus ja umgedreht und sind wegen der schlechten Wetterlage im Januar, wo wir immer Probleme haben, jetzt in den Sommer gegangen. Im Bundesausschuß ist es natürlich auch eine Demonstration unserer Präsenz in Berlin. Ich kann aber den Bundesausschuß und den Bundesvorstand nicht miteinander verbinden, weil ich eine wenigstens fünfstündige Bundesvorstandssitzung brauche zur Vorbereitung des Parteitags, das ergibt sich aus der Natur der Sache. Durch diesen frühen Ferienbeginn komme ich gar nicht umhin, praktisch in diese Woche zu gehen. Meine konkrete Frage ist, ob wir am Freitag, dem 12. Juni, den Bundesvorstand halten können? Ich habe gedacht, daß wir das um die Mittagszeit bis zum Abend machen. (*Diskussion.*) Wie ist es dann am 11. Juni, donnerstags? Also ist das gebongt? Das Problem ist immer, wenn man einen Termin abfragt, kann immer ein Teil nicht. (*Laurien:* Da ist KMK.) Frau Laurien, ich muß Ihnen schlicht und einfach sagen, das ist die einzige Terminwoche, die ich rauskriege, und für mich als Parteivorsitzender ist der Parteivorstand interessanter als die Kultusminister-Konferenz, das muß man auch mal aussprechen. Wenn wir unsere Aufgaben machen wollen, müssen wir unsere Termine reinpressen. Die Kultusminister gehören mit Ausnahme von Ihnen nicht dem Bundesvorstand an. Hier geht es um den Bundesvorstand. Also Mittwoch, der 10. Juni mittags bis abends. Ich würde sagen, wir fangen um 13.00 Uhr an und sehen bis 19.00 Uhr vor. Der Bundesausschuß bleibt.

So, dann kommen wir zur Tagesordnung. Ich darf dann aufrufen den Punkt 3, damit der schnell erledigt ist.

BERUFUNG VON NEUGEWÄHLTEN MITGLIEDERN DES PRÄSIDIUMS ZU MITGLIEDERN DES
HAUSVEREINS DER CDU E. V.

Ich will, weil das mit rechtlichen Konsequenzen verbunden ist, formell abstimmen lassen und bitte um das Handzeichen. Gegenprobe, Enthaltungen, einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Betroffenen, nehme ich an.

Dann kommen wir zum Punkt 1, dazu darf ich ein paar Eingangsbemerkungen machen.

POLITISCHE LAGE.

Ich habe schon gesagt, das ist die konstituierende Sitzung des Bundesvorstands, die erste Sitzung nach dem Parteitag in Mannheim. Ich bin der Auffassung, daß man mit gutem Recht sagen kann, und dafür bedanke ich mich bei all denen, die mitgewirkt haben mit der Diskussion und der vorbereitenden Organisation, daß wir mit einer gewissen Zufriedenheit auf den Mannheimer Parteitag zurückblicken können. Er hat uns auch im öffentlichen Ansehen gut vorangebracht. Die Partei ist als eine diskutierende Partei dort in Erscheinung getreten, und daß es dort Kampfabstimmungen gab, hat uns ebenfalls ausgesprochen gutgetan. Zur Information will ich sagen, daß wir im Parteipräsidium letzte Woche überein gekommen sind und das in der Zwischenzeit auch mit den Kollegen der CSU besprochen haben, daß, Lothar Späth, wenn alles so läuft wie besprochen, wir in den ersten zehn Tagen im Mai auf den beiden Ebenen unsere Vorlagen zu diesem ganzen Wohnungsbaukomplex einbringen.² Wie wir das dann im einzelnen tun, welche Vorlage im Bundesrat und welche im Bundestag, müssen wir sehen. Wir werden sie möglicherweise wegen der unterschiedlichen Antragsfristen zeitlich etwas vorgezogen bei der Einbringung, Bundesrat und Bundestag, behandeln, wir werden aber dann gemeinsam das vor der Bundespressekonferenz rechtzeitig vorstellen, so daß das Thema von uns besetzt ist, zumal ich davon ausgehe, daß Ende Mai auch die Bundesregierung zu diesem Thema einen entsprechenden Vorstoß machen wird.

Späth: Kann ich nur schnell eine Information geben, die vielleicht ganz interessant ist? Ich habe ein Streitgespräch mit Herrn Haack³ gehabt, das aufgezeichnet wurde. Haack hat in dieser fast eindreiviertel Stunde die Fehlbelegungsabgabe so gut wie zurückgenommen, wobei er gesagt hat, er hätte sie nur gebracht, weil er annahm, die Union möchte sie haben. Das heißt also, die wackeln wirklich mit dem Thema. Als ich dann gesagt habe, wir kämen Anfang Mai, hat er gesagt, er könne der Opposition nicht das Recht bestreiten, schneller zu sein wie die Regierung, und er könne für die Regierung reden, aber er könne noch nicht für die Partei reden. Mit anderen Worten, ich halte es für ganz wichtig, daß wir dieses Thema durchgängig von uns durchziehen, weil das ein Thema ist, wo die jetzt schlicht hinter uns hängen. Das sollten wir eigentlich durchhalten.

2 Vgl. UiD vom 21. Mai 1981: „Wohnungsbau – Doppelinitiative der Union im Bundestag und Bundesrat“, ebd. CDU-Dokumentation 17: „Wohnungsbau: Die CDU handelt“.

3 Dieter Haack (geb. 1934), Jurist; 1961 SPD, 1963–1969 Tätigkeit im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (zuletzt Regierungsdirektor und Leiter des Ministerbüros von Herbert Wehner), 1969–1990 MdB, 1972–1978 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1978–1982 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1988–1992 Präsident des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

Kohl: Wir werden es, das muß ich gleich sagen, damit jeder hier von den gleichen Voraussetzungen ausgeht, wegen der Termingestaltung parlamentarisch nicht schon im Mai behandeln können, fürchte ich, wegen des Bundesratsvorlaufs auf beiden Ebenen. Aber ich glaube, das ist gar nicht so entscheidend. Wenn es uns gelingt, in den ersten Maitagen die Sache innerhalb der Bundespressekonferenz intensiv und breit der Öffentlichkeit vorzustellen, ist das eine, wie ich finde, sehr gute Sache.

Ich will ausdrücklich hier erwähnen, daß wir noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt über diesen Sachverhalt, den ich jetzt anspreche, reden müssen. Die Wahl zum Bundesvorstand ist natürlich von souveränen Delegierten erfolgt, aber sie hat eine ganz negative Auswirkung in zwei Fällen: Die beiden Landesverbände in den Hansestädten sind jetzt eben überhaupt nicht mehr im Bundesvorstand. Ich sage Ihnen ganz offen, ich bin noch nicht abschließend für mich selbst mit meiner Meinung gediehen, ob wir nicht eine Überlegung anstellen müssen – ähnlich wie die SPD eine Satzungsbestimmung hat, noch stärker die FDP –, daß wir eine Form finden, daß alle Landesverbände vom Prinzip her im Vorstand vertreten sind. Ich sage jetzt nicht mit dem Vorsitzenden, das ist eine ganz andere Frage. Es ist natürlich eine ganz ungute Sache, machen wir uns da gar nichts vor, daß etwa jetzt Hamburg, bleiben wir bei diesem Beispiel, im Bundesvorstand nicht vertreten ist; unmittelbar nach der Niedersachsenwahl im nächsten Frühjahr ist die Hamburger Bürgerschaftswahl. Es ist ein bißchen in der Gesamtpartei schon die Stimmung, na ja Bremen, das ist ja nicht mehr als ein großer Kreisverband. Das ist unter föderalen Gesichtspunkten ein unsinniges Denken, denn beispielsweise unter föderalen Gesichtspunkten verfügt das Bundesland Bremen über drei Sitze im Bundesrat, und wenn wir jetzt die drei Sitze hätten, wäre das eine Zwei-Drittel-Mehrheit, um das nur einmal als ein Beispiel zu sagen.

Ich bitte Sie ganz einfach, mit darüber nachzudenken – ich bin für jeden Vorschlag offen –, was wir für die Zukunft tun können, um in diese Richtung zu operieren. Wir machen ohnedies, das wissen Sie, und ich glaube auch, das hat sich bewährt – nicht für jede Sitzung, aber ich will das so weiter beibehalten bei besonders wichtigen Sitzungen über politische Grundentscheidungen, die über den Tag hinausgehen – die Sitzung gemeinsam mit den Vorsitzenden der Landesverbände und der Vereinigungen, soweit sie nicht Mitglieder des Bundesparteivorstands sind, wobei ich ausdrücklich bei den Vereinigungen auch unseren Ältestenrat hervorheben will. Ich glaube, auch diese Einrichtung, wenn ich das hier einmal bei der Gelegenheit sagen darf, hat sich ganz gut bewährt, und wir werden im Laufe des Sommers und Herbst die Frage zu überlegen haben – es sind jetzt die ersten Erfahrungsberichte da, die ich in diesen Tagen studiert habe –, inwieweit diese Seniorenvereinigungen auf der Ebene der Kreise und Bezirksverbände sich bewährt haben, dort wo das versuchsweise gemacht wurde. Im großen und ganzen sehe ich hier ausgesprochen positive Entwicklungen; nur, und das füge ich auch ebenso klar hinzu, ich kann nicht umhin, auch darauf hinzuweisen, daß ich nicht alle Erwartungshorizonte, die da im Ältestenrat wachsen, akzeptieren kann, denn natürlich ist es sehr viel leichter, etwa hohe Präsenzen bei Seniorenvereinigungen zu erreichen zu einer günstigen Zeit als in der übrigen Partei. Und wir müssen natürlich unter Vereinigungsgesichtspunkten dann bedenken, daß da sich nicht die innere Statik der Partei völlig verschiebt. Denn wenn

etwa der erweiterte Krone-Kreis, aus dem ja der Ältestenrat hervorgegangen ist⁴, in Bonn tagt – ich habe das jetzt wieder erlebt –, dann sind ohne weiteres 80, 90, 100 Leute da, für die das nämlich in ihrem Pensionärsdasein ein großes Ereignis ist zwei-, dreimal im Jahr. Insofern ist deren Präsenz notwendigerweise eine völlig andere. Und wenn man das aufs Delegationsprinzip überträgt, hat das Folgen, die wir natürlich auch nicht haben wollen. Man muß also das hier in einer vernünftigen Mitte sehen.

Zweitens hier zur Sitzung in Berlin. Ich weiß, es ist eine Zumutung, daß wir diese Sitzung am Sonntag halten müssen, das widerspricht allen unseren Prinzipien, aber es war die einzige Möglichkeit, den Bundesvorstand wegen der Osterpause hierher nach Berlin zu bekommen und damit auch einen publizistischen Anlaß zu setzen. Ich glaube, wir brauchen hier nicht viel über die Wahl von uns aus zu sagen, das wird nachher eingehend Richard von Weizsäcker tun, wir können auch da das Notwendige diskutieren. Wir haben am vergangenen Donnerstag hier den Wahlkampf eröffnet in einer sehr gelungenen Veranstaltung.⁵ Ich persönlich bin der Überzeugung, daß wir eine gute Chance haben bei dieser Wahl, daß aber die Wahl natürlich noch lange nicht gewonnen ist, und daß wir es, im Gegensatz zu umlaufenden Gerüchten, hier mit einem Gegner zu tun haben, an der Spitze mit dem jetzigen Bürgermeister Jochen Vogel, der an Verschlagenheit und Charakterlosigkeit von nichts oder kaum von etwas in der Bundesrepublik überbietbar ist. Der Mann wird ja chronisch falsch eingeschätzt. Ich sage das deswegen – Richard von Weizsäcker wird gleich dazu berichten –, weil er ja mit einem Gedanken ganz öffentlich umgeht, den bisher noch kein Bürgermeister von Berlin gedacht hat, nämlich daß zwar rechtlich, juristisch einwandfrei es wahr ist, daß nirgends geschrieben steht in der Berliner Landesverfassung, daß er mit der Wahl zu gehen hat. Das heißt also, es ist das alte Prinzip, von dem auch jahrelang ja unser Freund Helmut Lemke⁶ laut zu reden pflegte, daß der Ministerpräsident – an der Saar war es auch so⁷, an der Saar ist es abgeschafft, aber hier ist die Möglichkeit – im Amt bleibt, und er redet bereits offen von einer Minderheitenregierung, was natürlich auch bedeutet ein Tolerieren durch die Alternativen. Denn die Konsequenz ist ja, wenn ich von vornherein die große Koalition völlig ausschließe, wie er es hier tut, dann muß er irgendwo die Stimmen herkriegern, denn er kann ja eigentlich nicht annehmen, wenn er uns ans Bein tritt, daß wir ihn dann gleich tolerieren. Das sind also eine Reihe von interessanten Entwicklungen, von denen ich glaube, daß wir sie sehen müssen.

4 Zum Krone/Ellwanger Kreis vgl. Günter Buchstab: Der Ellwanger Freundeskreis. In: Ellwanger Jahrbuch 1995–1996 Bd. XXXVI. 1997. S. 174–184; ders.: Der Ellwanger Kreis. In: Historisches Lexikon Bayern http://www.histlexbay.de/artikel/artikel_45999. – Heinrich Krone (1895–1989), Philologe; 1925–1933 MdR (Zentrum), 1949–1969 MdB (1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben.

5 Am 2. April (vgl. Uid vom 2. April 1981: „Bundespartei unterstützt Berliner CDU“).

6 Helmut Lemke (1907–1990), Rechtsanwalt und Notar; 1954/55 Kultusminister, 1955–1963 Innenminister, 1963–1971 Ministerpräsident, 1955–1983 MdL Schleswig-Holstein, 1964–1971 Landesvorsitzender der CDU, 1971–1983 Präsident des Landtags.

7 Im Saarland bestand seit der Landtagswahl am 5. Mai 1975 eine Pattsituation zwischen CDU einerseits (25 Mandate) und SPD und FDP andererseits (22 bzw. drei Mandate), was Ministerpräsident Franz Josef Röder ein Weiterregieren erlaubte.

Zur internationalen Lage will ich noch ein paar Bemerkungen machen. Zunächst einmal zu der Reise des Bundesaußenministers.⁸ Es ist zutreffend, daß das, was wir im Bundestag letzte Woche diskutiert und gesagt haben, von Seiten des Bundesaußenministers, soweit man das bis jetzt erkennen kann und den Nachinformationen, die wir besitzen, korrekt vertreten wurde. Es wäre im höchsten Maße wünschenswert, wenn das, was Genscher dort vertreten hat, auch tatsächlich die Meinung – breit getragen von der Koalition – des Deutschen Bundestages wäre. Wir erleben ganz gewiß über das hinaus, was jüngst der allerletzte Vorschlag Breschnews⁹ war, weitere Entwicklungen in diesem Sinne, um zu einer Auflösung im Sinne der Sowjetunion zu kommen, wobei ich nicht weiß, was Herrn Haig zu diesem dramatischen Appell¹⁰ veranlaßt hat, ob das innere Gründe waren in den USA oder tatsächliche Gründe. Die deutschen Dienststellen geben ja in diese Richtung Laut, daß es nicht so dramatisch sei. Ich kann es von mir aus natürlich nicht beurteilen, aber die Entwicklung in Polen, um das deutlich zu sagen, ist natürlich keineswegs und überhaupt nicht abgeschlossen. Wobei ich es als ganz besonders bemerkenswert empfinde, will das auch hier als Hinweis sagen, daß in diesen besonders dramatischen letzten vierzehn Tagen offensichtlich die Katholische Kirche in einer Weise engagiert war, innerhalb und außerhalb Polens, wie das nach dem Zweiten Weltkrieg noch nirgendwo der Fall war, was ein interessantes Faktum ist auch aus anderen Gründen im Blick auf die Zukunft. Ich persönlich gehe eigentlich davon aus, daß ohne diese klare Position und Einflußnahme im innerpolnischen Dialog die Entwicklung bis zum heutigen Tag so nicht gelaufen wäre. Das alles ist in höchstem Maße bemerkenswert, weil es ja eine politische Position des Vatikans¹¹ verrät, als das so in langen Zeiten vorher der Fall war.

Ich muß noch darauf hinweisen, weil das ein bißchen bei uns untergeht, was ich für ganz falsch halte, daß natürlich in unserem Nachbarland Frankreich und in unserem Nachbarland in den Niederlanden zwei bedeutsame Ereignisse uns ins Haus stehen, nämlich die Wahlen.¹² Ich brauche hier nicht zu betonen, wie sehr auch die französischen Wahlen für unser Schicksal von Interesse sind. Was immer man gelegentlich an Ärger empfinden mag über den Elysée und seinen jetzigen Hausherrn, es ist natürlich außer Frage, daß jede andere Entscheidung in Frankreich für uns katastrophale Folgen hätte und das Schicksal Europas und auch das Schicksal der Bundesrepublik ganz entscheidend davon abhängt, daß sich eine moderate und auch für uns noch verständliche und erträgliche Politik in Frankreich entwickelt.

8 Genscher war am 9./10. März 1981 in Washington, vom 2.–4. April in Moskau (vgl. AdG 1981 S. 24401–24403, 24429–24432; AAPD 1981 Dok. 61–66, 93, 95–97, 99).

9 Leonid Iljitsch Breschnew (1906–1982), sowjetischer Politiker; 1960–1964 und 1977–1982 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet (Staatsoberhaupt), 1964–1982 Erster Sekretär der KPdSU (ab 1966 Generalsekretär). – Breschnew hatte auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU (23. Februar bis 3. März 1981) ein Moratorium über die Stationierung neuer nuklearer Kampfmittel mittlerer Reichweite in Europa vorgeschlagen (AdG 1981 S. 24321–24331, hier 24325; AAPD 1981 Dok. 51, vgl. zu den Gesprächen Genschers Anm. 8).

10 Vgl. Interviews von Haig in „Bild“ vom 12. März 1981: „Haig: Schluß mit Terror! Moskau darf nicht weiterwühlen!“ bzw. in der amerikanischen Fernsehsendung „MacNeil/Lehrer Report“: „Haig warnt Sowjets vor ‚ernsten Konsequenzen‘ bei Intervention in Polen“ (Amerika-Dienst Dokumentation. International Communication Agency. Embassy of the United States of America).

11 Johannes Paul II. hatte sich am 29. März 1981 zur Lage in Polen geäußert (vgl. AAPD 1981 Dok. 98).

12 Präsidentschaftswahlen in Frankreich am 24. April und 10. Mai 1981, Parlamentswahlen in den Niederlanden am 26. Mai 1981.

Besonders kritisch stellen sich die Dinge in den Niederlanden, wenn die Regierung van Agt¹³ stürzt nach der Wahl, was ich zur Stunde persönlich nicht glaube, oder aber in eine Entwicklung gezwungen wird, vielleicht dann ohne van Agt, mit einem anderen, vielleicht auch aus der CDA mit den holländischen Sozialisten, dann ist im Blick auf den Nachrüstungsbeschluß höchste Alarmstufe geboten. Wenn die Holländer aus dem Nachrüstungsbeschluß aussteigen, wobei ich jetzt Aussteigen gar nicht mal in einem dramatischen Beschluß am soundsovielten meine, sondern in einer Politik eines Moratoriums so unter der Decke, die das Ganze ad calendae graecas handhabt, dann müssen Sie davon ausgehen, daß bei der labilen Situation in Brüssel, in Belgien, die Belgier dieser Position nachfolgen würden. Die Belgier sind gegenwärtig weit mehr von den Niederländern gestützt in dieser Frage als umgekehrt, zumal nach dem Sturz der Regierung Martens¹⁴ und nach dem Beginn, nach Versuch mit dem Formateur, der ja wahrscheinlich zu einer Regierungsbildung, so wie es aussieht, kommen wird, Eyskens¹⁵, wir auch noch nicht wissen, was für eine nationalökonomische Position diese belgische Regierung vertritt. Also was bisher Eyskens vertreten hat – zwar Mitglied unserer flämischen Schwesterpartei –, entspricht in keinem einzigen Punkt dem, was wir in der Bundesrepublik in der ökonomischen Misere vertreten. Also wenn er das, was er bisher gesagt und geschrieben hat, jetzt zum Regierungsprogramm macht – ich lasse jetzt einmal außen vor, ob er damit erfolgreich sein wird –, können natürlich die Sozis bei uns also eine Summe dieser Zitate in unsere Diskussion einführen. Auch das muß man in diesem Zusammenhang sehen.

Zur Innenpolitik ein paar Bemerkungen. Das mit weitem Abstand erfreulichste Ereignis der letzten Wochen war das ausgezeichnete Abschneiden unserer Freunde im Landesverband Hessen.¹⁶ Ich will dazu noch einmal auch hier, wie ich es schon bei anderer Gelegenheit getan habe, Alfred Dregger und Walter Wallmann, Frankfurt, sehr herzlich gratulieren. Alfred Dregger hat in seinem Bericht vor der Fraktion – ich habe es ja auch schon bei anderer Gelegenheit erwähnt –, vor allem auch auf das Augenmaß der hessischen Wähler hingewiesen. Ich will es hier noch einmal unterstreichen, weil es, finde ich, eine gute Motivation für die Parteiarbeit ist. Wir haben in Hessen jetzt bei zwei Landtagswahlen und zwei Kommunalwahlen die Position der dominierenden stärksten Partei erreicht, so daß das Geschwätz von einem Zufallsergebnis endgültig erledigt ist. Aber wir haben in Hessen, und das meine ich mit Augenmaß, auch erlebt, gerade in der kommunalen Politik, wie der Wähler sehr genau hinschaut, ob die Leute was geschafft haben, ob sie wirklich bürgernah sind und nicht nur etwas proklamiert haben, und ob sie auch der Aufgabe gewachsen sind mit der entsprechenden Selbstbescheidung. Frankfurt

13 Andreas Antonius Maria (Dries) van Agt (geb. 1931), Jurist, niederländischer Politiker (Katholische Volkspartei); 1971–1977 Justizminister, 1977–1982 Ministerpräsident.

14 Wilfried Martens (1936–2013), belgischer Politiker (CVP); 1974–1991 Abgeordneter im belgischen Parlament, 1979–1992 (mit achtmonatiger Unterbrechung 1981) Premierminister, 1991–1994 Senator, seit 1990 Präsident der EVP, 1993–1996 der EUCD, 1994–1999 MdEP und Vorsitzender der EVP-Fraktion, 2000/01 Präsident der Christlichen Internationale.

15 Mark Eyskens (geb. 1933), Nationalökonom, belgischer Politiker (CVP); 1976–1992 verschiedentlich Minister, April bis Dezember 1981 Premierminister. – Als Formateur wird in Belgien derjenige bezeichnet, der nach einer Wahl zur Belgischen Abgeordnetenversammlung vom König beauftragt wird, ein Kabinett zu bilden.

16 Kommunalwahl am 22. März 1981: CDU 47,4 (1977 47,6), SPD 39,4 (42,9), FDP 6,0 (5,4) Grüne 4,3 Prozent. Zu Einzelergebnissen UiD vom 26. März 1981 S. 10.

ist ein klassisches Beispiel dafür, und ich finde, Frankfurt ist auch eine ungeheure Ermunterung im Innenverhältnis hier für Berlin. Denn so wenig, wie man vor zehn Jahren für überhaupt denkbar gehalten hätte, daß die CDU–Frankfurt erringt und wieder bestätigt bekommt, so wenig war das ja im Blick auch auf Berlin bisher eine Position, die bei uns vertreten wurde. Es ist richtig, daß die politische Großwetterlage dabei geholfen hat; das eine gehört zum anderen.

Die politische Großwetterlage hat sich jetzt doch bemerkenswert entwickelt. Die drei großen Institute haben nun für den März ihre Zahlen vorgelegt, wobei alle Institute ungefähr abschließen am 20., 22., 24., die Monatsumfragen sind ja meistens Mitte des Monats im Feld.¹⁷ Ich sage das diesmal so präzise, weil beispielsweise diese Auseinandersetzungen an den Tankstellen¹⁸ jetzt in den Umfragen nicht enthalten sind, und die Institute sehen uns jetzt zwischen 49 und 50 Prozent durchgängig, und die Sozialdemokraten durchgängig zwischen 36 und 38 und die FDP zwischen 9 und 11 Prozent, und das ist ganz bemerkenswert, die Sonstigen wieder stärker, weil die Grünen wieder sehr häufig in dieser Wellenform, vielleicht auch aus einer ganzen Summe von konkreten Ereignissen der jüngsten Zeit wieder bei drei Prozent liegen, und wenn Sie dann noch die Neonazis und die Kommunisten und alles zusammen nehmen, sind das ungefähr fünf Prozent.

Bemerkenswerter als diese Zahl ist die Zahl von Emnid¹⁹, also der monatlichen Umfrage, die seit den Zeiten Konrad Adenauers von Emnid gleichermaßen im Wortlaut gestellt wird, nämlich die Zufriedenheit mit der Regierung oder die Unzufriedenheit. Dort hat die Regierung Schmidt den absoluten Tiefwert erreicht und liegt jetzt unter der letzten Zahl von Willy Brandt, vier Wochen vor seinem Rücktritt. Mit 58 Prozent unzufrieden, zu 43 Prozent zufrieden. Brandt hatte 45 Prozent vor seinem Rücktritt Zufriedenheit und 55 Prozent Unzufriedenheit. Ich halte diese Zahl für wesentlich interessanter, vor allem weil hier ein ganz ungewöhnlicher Trend drinsteckt, und es wird für Schmidts Überlebenschance entscheidend sein, diesen Trend zu stoppen. Seit dem Dezember nimmt diese Zahl zwischen zwei und vier Punkten monatlich ab. Das heißt, es ist eine eindeutige abschüssige Ebene, die sich da entwickelt hat.

Die SPD tut sich natürlich angesichts dieser Entwicklung außerordentlich schwer. Das sieht man übrigens auch hier im Berliner Wahlkampf, wo sie wahrscheinlich beim Reinfahren auch gesehen haben, wie sie sich halt ganz radikal in ihrer Strategie verhalten. Es ist ja schon eine ungewöhnliche Zumutung an den Bürger, aber auch an die alten sozialdemokratischen Mitglieder, wenn Sie das Plakat mit den Bürgermeistern hier sehen. Da kommt die Louise Schröder²⁰, dann kommt der Ernst Reuter²¹, dann kommt der Willy Brandt und dann kommt als letzter der Herr Vogel; der Otto Suhr²² hat nie existiert,

17 Zu den Umfragen vgl. z. B. „Politbarometer März 1981“ der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim.

18 Die Mineralölsteuer wurde zum 1. April 1981 erheblich erhöht (BGBl I vom 20. März 1981 S. 301).

19 Vgl. UiD vom 9. April 1981: „Umfrage: Ansehen der Regierung auf dem Tiefpunkt“.

20 Louise Schröder (1887–1957), Versicherungsangestellte; 1919–1933 MdR (SPD), 1945–1952 MdA, 1947/48 Oberbürgermeisterin von Berlin, 1949–1957 MdB.

21 Ernst Reuter (1889–1953), Philologe, Politiker (KPD, SPD); 1931–1933 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1932/1933 MdR, 1948–1953 Oberbürgermeister bzw. Regierender Bürgermeister von Berlin.

22 Otto Suhr (1894–1957), Journalist, Politikwissenschaftler; 1948/49 MdPR (SPD), 1949–1952 MdB, 1951–1954 Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, 1955–1957 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Albertz²³ hat nie existiert, Klaus Schütz²⁴ hat nie existiert und Stobbe. Sie haben also praktisch 18 Jahre, wenn Sie es Regierungsjahre nennen, Parteigeschichte einfach gestrichen. Das ist schon eine gigantische Sache. Sie müssen sich einmal einen Augenblick überlegen, was wohl passieren würde in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, wenn die CDU solches irgendwo wagen würde, wie die publizistische öffentliche Reaktion wäre! Wir müssen hier an dem Punkt, glaube ich, noch einmal ganz entschieden zuschlagen.

Die wirtschaftliche Lage tut hier ein Weiteres. Der weitere Verfall der Leistungsbilanz, Inflationsrate und Arbeitsmarkt, wobei, das muß man sehen – vielleicht kannst Du nachher mal unter Deinem Part da ein paar Sätze dazu sagen, Walther –, aus dem wirtschaftlichen Bereich ja ganz Ambivalentes gemeldet wird, beispielsweise daß die Hannover-Messe²⁵ ganz interessante Indikatoren nach verschiedenen Seiten gegeben hat, daß bei der letzten Sitzung der Spitzenverbände letzte Woche beim Bundeswirtschaftsminister wiederum ganz Unterschiedliches war. Die einen haben also reine Tatarennachrichten überbracht und Katastrophenstimmung beschworen, und die anderen haben also besonders erfolgreiche Zeiten prophezeit. Es ist ein sehr hin- und herlaufendes Bild. Dennoch bleibt natürlich dieser Punkt, darüber gibt es gar keinen Zweifel, und Sie merken ja, wie sich jetzt Otto Graf Lambsdorff voll auf unsere Linie begibt. Er hat ja da auf diesem Parteitag der bayerischen FDP eine Rede gehalten, die hätte kein einziger aus der CDU intensiver und härter halten können.²⁶ Er nimmt jetzt bis in die grammatikalischen Detailformulierungen wörtliche Passagen aus unseren Reden – das mit den Tugenden und über die Verhältnisse leben –, und das Ganze kommt jetzt wieder. Das ist natürlich ein bißchen jetzt die große Zeit der FDP, Genscher als der heimliche Kanzler, Otto Graf Lambsdorff als der Mann, der die Vernunft in der Wirtschaftspolitik predigt. Hier werden wir die Probleme der nächsten Zeit zu sehen haben in der Auseinandersetzung.

Zum Thema Mineralölsteuer will ich noch sagen, wir haben ja, wie Sie wissen, aus guten Gründen in den Parteigremien wie auch in der Bundestagsfraktion den sehr grundsätzlichen Beschluß gefaßt, keine Ausgabenmehrzahlungen in Anträgen und Beschlüssen zu stellen. Das ist ja nun offenbar, daß die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten in Sachen Mineralölsteuer tätig werden, und ich will hier deutlich machen, daß ich, so sehr ich diesen Beschluß der Vernunft zur Sanierung der Verhältnisse hier unterstreiche, natürlich nicht die Absicht habe, mit der Fraktion etwa in eine Entwicklung hineinzugehen, daß die anderen dann sozusagen die Regierung und die Opposition zugleich machen, sondern wir müssen einen verantwortbaren entsprechenden Vorschlag in diesem Zusammenhang auch machen. Hochinteressant ist die Entwicklung und das Thema Mitbestim-

23 Heinrich Albertz (1915–1993), evangelischer Pfarrer; 1947–1955 MdL Niedersachsen (SPD), 1948–1951 Minister für Flüchtlingsangelegenheiten, 1951–1955 für Soziales, 1955–1959 Direktor beim Senator für Volksbildung in Berlin, 1959–1961 Senatsdirektor und Chef der Staatskanzlei, 1961–1963 Senator für Inneres, 1963–1966 Bürgermeister und Senator für Polizei, Sicherheit und Ordnung, 1966/67 Regierender Bürgermeister von Berlin.

24 Klaus Schütz (1926–2012), Politikwissenschaftler; 1957–1962 MdB (SPD), 1962–1966 Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, 1966/67 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1977–1981 Botschafter in Israel.

25 Hannover-Messe vom 1.–8. April 1981.

26 Parteitag der bayerischen FDP am 4. April 1981 in Nürnberg. Zur Rede Lambsdorffs vgl. dpa vom 4. April 1981: „Lambsdorff: ‚Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt‘“.

mung, wo am kommenden Mittwoch die Schlußabstimmung sein wird.²⁷ Norbert Blüm wird nachher die Debatte in ein paar Sätzen einmal erläutern, was sich hier in den letzten Tagen Ungewöhnliches im Deutschen Gewerkschaftsbund ereignet hat. Das, was hier jetzt signalisiert wird, etwa aus der IG Metall – mehr Sympathie für unsere Vorschläge –, ist natürlich für uns ein Mittel, um innerhalb der Gewerkschaften auch in unsere Richtung zu arbeiten. Nur, damit da kein Zweifel aufkommt, diese Schwalbe macht natürlich noch keinen Frühling, und wenn es wirklich und entscheidend ans Eingemachte geht, stehen die Gewerkschaften natürlich eindeutig auf der Seite der Sozialdemokraten. Weite Teile der Gewerkschaftsführung, muß ich korrekter sagen, bleiben an der Seite der SPD. Aber ich bin dafür, jedes Mittel zu nutzen, um hier unsere Position dort besser hineinragen zu können.

Norbert Blüm hat einmal vor einiger Zeit das so formuliert, ich nehme diese Formulierung gerne auf, daß die eigentliche Koalition, die jetzt eigentlich die Koalition mitträgt, Schmidt und DGB ist und keineswegs mehr die Koalition der beiden Parteien SPD und FDP, und wenn wir an dieser Koalition etwas tun können, um sie zu beeinträchtigen, ist das, glaube ich, ganz wichtig.

Damit bin ich beim letzten Punkt, der zugleich der Punkt ist zu dem Parteitagsthema. Es ist offenkundig, und ich möchte diese These hier noch einmal vertreten, daß wir nach 32 Jahren Grundgesetz, respektive Gründung der Bundesrepublik Deutschland, in die wohl kritischste Phase in der jungen Geschichte der Bundesrepublik eingetreten sind, daß die geistige Herausforderung unübersehbar ist und daß, wie zwei Grundwellen, hier die Strömung aufbrandet, wobei sich diese Strömungen zusammensetzen aus ganz wohlmeinenden, braven Mitbürgern, die von Lebensangst und Sorge um die Zukunft geplagt sind, die zum Teil aus zutiefst christlichen Motiven – der christliche Pazifismus ist ja kein Ereignis unserer Zeit, es ist eine ganz alte, sehr tiefe Motivation – geprägt ist, aber auch von ganz klaren subversiven Vorstellungen. Wer gestern im Fernsehen die Bilder gesehen hat von der Demonstration in Bonn²⁸, wie der DKP-Führer²⁹ da vorausgelaufen ist und die Umweltschützer ihm nachliefen, hat ein sehr deutliches Beispiel, wie die einen die Rolle des nützlichen Idioten für den anderen spielen.

Es sind die zwei Wellen, die sich zeigen rund um den Themenkomplex Kernkraft, mit all dem, was dazu gehört. Darin steckt die Frage Ökonomie, Ökologie, da steckt die Frage der generellen Verteufelung der modernen Wirtschaftsgesellschaft, darin stecken richtige Ansätze im Blick auf eine Wegwerfgesellschaft, ob sie, wie sie sich in manchen Details entwickelt, wirklich überhaupt moralisch vertretbar ist. Darin steckt auch der Ansatz, daß wir natürlich lange über unsere Verhältnisse gemessen am Naturhaushalt gelebt haben. All das ist wahr. Das zweite, was ich für sehr viel gewichtiger sehe, ist das Thema Friede ohne Waffen, ein Thema, das natürlich eine ungeheure Anziehungskraft hat, weil es zugleich auch für viele ein bequemes Thema ist, das muß man sagen. Man kann in die Träume, in paradiesische Gefilde abwandern, und man kann im weitesten Sinne des Wortes aus der moralischen Haftung für das eigene Volk aussteigen. Diese Aktivität wird

27 Sten. Ber. 9. WP 30. Sitzung vom 8. April 1981 S. 1509–1533 (Änderung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes).

28 Friedenskundgebung am 4. April 1981 in Bonn anläßlich der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe auf dem Bonner Münsterplatz.

29 Herbert Mies (1929–2017), Schriftsetzer; 1973–1990 Vorsitzender der DKP.

ja massiv unterstützt auf allen möglichen Kanälen, auch aus dem Bereich der Warschauer-Pakt-Staaten.

Ein sowjetischer Sachverständiger meinte, wir werden dieses Jahr eine Besucherwelle haben, immer unter der Voraussetzung, daß es in Polen nicht zur Intervention kommt – das würde das Großklima verändern –, aber wir werden eine Besucherwelle von erstklassigen Leuten aus der Sowjetunion vor uns haben wie nie zuvor. Man muß sich immer mal vorstellen, was es bedeutet, in welchem Land es möglich wäre, daß ein wichtiger Berater des wichtigsten Mannes der Sowjetunion nach Bonn kommt und sich nicht zu schade ist, aus seiner Perspektive vor der evangelischen Studentengemeinde der Universität Bonn einen Vortrag zu halten.³⁰ Das ist also ein Vorgang, der eigentlich symptomatisch ist für die Entwicklung, die bei uns da ist, und auch für die Labilität; und die Labilität greift natürlich weit außerhalb der eigentlichen politischen Kernschicht. Denken Sie an das Verhältnis mit den Kirchen. Wir haben dieser Tage, in der kommenden Woche, Besprechungen im Blick auf die katholische Jugend und Besprechungen mit unseren Freunden aus dem Evangelischen Arbeitskreis wegen der Vorbereitung von unserer Seite, in aller Diskretion aber mit aller Entschiedenheit, des Kirchentags. Der Evangelische Kirchentag³¹ wird ein Datum werden in dieser Frage, darüber muß man sich im klaren sein. Das ist nicht irgendein Kirchentag, der wird stattfinden in einem Augenblick, in dem Frieden ohne Waffen zum großen Thema gemacht wird, und wenn Sie die Situation betrachten, kann man nicht sagen, in Teilen der Evangelischen oder nur in der Evangelischen Kirche gibt es diese Bewegung. Wenn Sie den Offenen Brief von über 110 Professoren und Studenten der Jesuitenhochschule in Sankt Georgen an mich betrachten³², dann haben Sie eine Klientel von Leuten, die wir nicht so einfach zu Seite schieben und sagen, das sind ein paar Verrückte. Das sind ganz wichtige Kreise, die wir direkt ansprechen müssen; hier müssen wir Notwendiges tun.

Insofern finde ich auch, daß unser Beschluß vom Bopparder Bundesvorstand sich jetzt als richtig erweist, daß wir im Herbst den Parteitag machen. Ich bitte heute um Ihr Einverständnis, ich will das gleich hier einblenden, daß wir diesen Parteitag zwischen dem 3. und 5. November in Hamburg machen, ohne jetzt bereits auf die Details einzugehen, mit dem Thema Zukunftschancen der jungen Generation.

Die Vorarbeit möchte ich dazu so unorthodox und so effektiv wie möglich halten. Dazu ja auch die vorhin erwähnte Sitzung des Bundesvorstandes. Ich will jetzt einfach mal laut denken, was ich mir vorstelle in diesem Zusammenhang, wobei ich gleich hinzufüge, daß ich mich aus einer Reihe von Gründen sehr persönlich bei diesem Parteitag in der Vorbereitung engagiere und hierzu auch ausdrücklich um Ihr Verständnis bitte. Ich halte diesen Parteitag für einen der wichtigsten Parteitage im Ablauf unseres Parteigeschehens im Vor und im Zurück, im Blick auf die Öffentlichkeit und auf das Bild der CDU, inwieweit die CDU fähig ist zur politischen und zur geistig moralischen Führerschaft. Das ist für mich ein ganz wichtiger Grund, die Vorbereitung sehr persönlich in die Hand zu nehmen. Ziel muß sein, uns als eine dialogfähige, aber entschiedene Partei darzustellen, fähig zum Gespräch und zum Angebot in der Sache, aber als eine Partei, die nicht aus

30 Möglicherweise Georgij Arbatow (vgl. „Der Spiegel“ vom 6. April 1981: „Rote Gefahr“) oder Wadim Sagladin, der Anfang Juni 1981 in Bonn war (ebd. vom 8. Juni 1981: „Wadim Sagladin“).

31 In Hamburg vom 17.–21. Juni 1981 (Motto: „Fürchte Dich nicht“).

32 Nicht ermittelt.

Zeitgeistüberlegungen jungen Leuten nachläuft, sondern die auch jungen Leuten etwas abfordert.

Wir werden im Laufe des Mai und des Juni hier im Gremium die Dinge immer wieder zu besprechen haben, wobei ich auch hinzufügen, daß wir natürlich mit diesem Parteitag vom Termin- und Kalenderablauf aufgrund der blödsinnigen Ferienordnung der Bundesrepublik Probleme haben. Wir müssen prinzipiell darüber reden. Unsere Satzungsfristen stimmen mit der Wirklichkeit des Lebens nicht mehr überein, da wir praktisch, wenn wir nach den Sommerferien einen Parteitag haben, rechnen müssen, daß die Partei praktisch fast ein Vierteljahr keine Gremien einberufen kann, weil wir ja fast zwölf Wochen Ferienzeit haben – in irgendeinem Bundesland. Ich will im Herbst bei den zur Diskussion anstehenden Satzungsänderungen auf diesen Punkt noch einmal zurückkommen.

Wenn wir im Herbst, im November, dieses Thema bereden, ist Ihnen klar, daß das zugleich ein Einstieg in das Thema für die Landtagswahlen 1982, 1983 und natürlich schon für die nächste Bundestagswahl ist. Es ist auch klar, daß der Parteitag im November mit größter Wahrscheinlichkeit zu einem Zeitpunkt stattfindet, wo die Krisensituation in der jetzigen Koalition und jetzigen Bundesregierung nicht ab-, sondern weiter zunimmt, vielleicht sogar dramatisch zugenommen hat, wo es sehr darauf ankommt, daß die Ausstrahlung unserer Partei deutlich wird.

Der Parteitag muß vorbereitet werden – auch das werden wir Ihnen dann vorschlagen – in einer ganzen Reihe von Arbeitskommissionen, und ich will sehr die Arbeit der Fraktion damit synchronisieren. Wir hatten letzte Woche eine Klausurtagung der Arbeitsgruppenvorsitzenden der Fraktion, in der – von mir zunächst gar nicht beabsichtigt, aber, wie ich fand, in einer ungewöhnlich erfreulichen Weise – nach einer Stunde die Debatte von allen Seiten genau auf dieses Thema zulief. Wir wollen im Rahmen des Bundestages eigene Hearings veranstalten, wir wollen mit der CDU/CSU, das muß noch abgesprochen werden, aber dann eben auch aus Kostengründen von der Fraktion getragen, eine Art Kongreß veranstalten, der vor diesem Parteitag läuft, wo wir möglichst viel Sachverstand zusammenbringen und zusammentragen.

Zukunftschancen der jungen Generation umfaßt natürlich dann das Gesamte, was junge Leute beschäftigt. Das umfaßt die Schule, Frage nach dem Zustand der Hauptschule, nach der Beruflichen Bildung wie nach dem Zustand der Oberstufenreform bis hin zu so ketzerischen Fragen, warum wir neben einem weiteren Land in der Welt die einzigen sind, die halt neun Jahre die Gymnasiasten in die Schule schicken. Und ich werde von mir aus die Freiheit haben, dieses Thema aufzunehmen. Mir kann niemand klar machen, warum eigentlich junge Leute in Rosenheim neun Jahre ins Gymnasium gehen und in Salzburg eben acht Jahre. Dafür wird aber unser Abitur weniger anerkannt als das Salzburger Abitur. Das alles ist etwas schwierig.

Wir müssen sehen, damit das klar ist, daß wir auf diesem Parteitag fähig sind, Tabus anzugehen, aber daß es nicht zu einem Verteidigungsort gerät, in dem jeder begründet, warum er seinerzeit dafür war. Ich muß beispielsweise sagen, ich würde das Hamburger Schulabkommen³³ nicht noch einmal unterstützen, wenn ich noch einmal Ministerpräsident wäre. Da ich davon ausgehe, daß alle im Amt befindlichen Ministerpräsidenten nach

33 Vereinbarung der Ministerpräsidenten der einzelnen Bundesländer vom 28. Oktober 1964 mit dem Ziel, das allgemeinbildende Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland zu vereinheitlichen. Kohl meint wohl die Fassung vom 14. Oktober 1971 (KMK Erg.-Lfg. Nr. 18 vom 9. Februar 1973).

dieser Zeit ins Amt kamen, haben sie es ja auch sehr viel leichter, über die Vergangenheit zu reden. Und von den Kulturpolitikern erwarte ich die politische Kultur, über ihren eigenen Schatten zu springen, wie ich auch. Aber ich füge gleich hinzu, ich denke nicht an einen Schulparteitag, sondern die Lage muß natürlich auch die berufliche Perspektive enthalten aufgrund der Tatsache, daß wir ja Jugendarbeitslosigkeit haben. Aber, und das wird sehr viel schwerer sein, obwohl es das Wichtigere ist, es geht ja um die geistige Situation der jungen Generation. Ich denke einfach laut vor mich hin im Augenblick, wie Sie merken, aber das ist ja der Sinn der Sache, ohne bereits abschließend hier einen Vorschlag zu machen. Für mich wäre es optimal, wenn am Ende dieses Parteitags so etwa ein Aufruf der CDU Deutschlands als eine Art Manifest für und an die junge Generation herauskäme, in der in einer verständlichen Sprache Praktisches, etwa in bezug auf Schulpolitik und Ausbildungspolitik und Arbeitsmarkt, aber auch mit sehr Grundsätzlichem vermischt ist, wo wir in einer gemäßen, jungen Leuten verständlichen Sprache diese geistige Herausforderung ergehen lassen.

Dies zur Einführung. Weil wir über den Parteitag ja gleich noch einmal reden, habe ich die beiden Punkte miteinander verbunden. Wenn Sie damit einverstanden sind, gibt jetzt Richard von Weizsäcker den Bericht, und dann diskutieren wir.

WAHLKAMPF BERLIN

Von Weizsäcker: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, darf ich zunächst mal, was den Bundesparteitag anbetrifft, sagen, wir werden uns, wenn der vom 3. bis 5. November stattfindet, gleichzeitig versammeln wie die Synode der EKD, die sich mit ähnlichen Themen befaßt. Ich will hier das nicht als Bitte um Verlegung des Termins sagen, sondern wir befinden uns da im direkten thematischen Wettbewerb.

Kohl: Wir sind ja abhängig von der Halle. Der Termin ist ein reiner Termin der Halle.

Von Weizsäcker: Zunächst möchte ich im Rahmen des Berliner Landesverbands Ihnen allen herzlich danken, daß Sie diese große Belastung auf sich nehmen, an einem Sonntag hier zum Bundesvorstand zusammenzukommen. Die Nachricht, daß Sie das tun und die Auswirkung unserer Beratung, Ihres Interesses, Ihrer Anteilnahme, Ihrer Mitwirkungen in unserem Wahlkampf ist für uns in Berlin eine große Ermutigung, die wir gut gebrauchen und, wie ich hoffe, auch gut verwerten können.

Auch ich möchte von Berlin aus noch einmal den hessischen Freunden ganz besonders danken. Was von dort aus an Ausstrahlung zu uns kommt, ist natürlich für uns ein ungewöhnlich hoher Verpflichtungsgrad, aber zunächst ist da mal eine Ermutigung, die für uns gar nicht hätte schöner ausfallen können. Ich muß zweitens hinzufügen, und alle, die häufig in Berlin sind, werden das ja auch selber empfinden, daß leider in der Nachkriegszeit und, ich möchte sagen, erst recht seit dem Vier-Mächte-Abkommen³⁴ seit dem Anfang der 70er Jahre eine gewisse Abschottung im Bewußtseinszustand in Berlin zugenommen und nicht abgenommen hat.

Wenn von Bundestrends die Rede ist in bezug auf Parteipräferenzen und ähnlichem mehr, wenn von Ereignissen da drüben – wir sagen ja nicht Bundesrepublik, sondern Westdeutschland hier, egal ob man aus Passau oder Flensburg kommt – die Rede ist, dann

34 Am 3. September 1971 unterzeichnetes, am 3. Juni 1972 in Kraft getretenes Abkommen zwischen Frankreich, Großbritannien, der UdSSR und den USA zur Regelung von Fragen in bezug auf Berlin.

ist hier so eine etwas ferne und wie durch eine Gaze etwas verdünnte Einwirkung zu spüren. Parteien, denen es im Bundesgebiet besonders gutgeht, sollten daraus nicht ableiten, daß das ohne weiteres in Berlin auch so aufgenommen wird, das Umgekehrte aber auch.

Vor zwei Jahren, als wir hier Wahl hatten, stand es mit der Bundespartei, mit unserer Bundespartei nicht zum besten. Ausgewirkt hat sich das auf unsere Freunde in Rheinland-Pfalz ein bißchen mehr als auf uns in Berlin. Daß es der SPD zur Zeit schlechter geht als seit langem, bedeutet noch nicht, daß das für die SPD in Berlin automatisch einen Minuspunkt darstellt. Wir haben seit dieser Vorstellung, die Krisensituation von außen sei nunmehr bereinigt bis auf weiteres, und man müsse sich jetzt der Stadtpolitik zuwenden, das war ja immer die Vokabel, wir haben seit der Zeit zweifellos bis zu einem gewissen Grad in der hiesigen öffentlichen Meinung so etwas wie eine Verprovinzialisierung festzustellen. Aber wir können natürlich nicht in einem Wahlkampf plötzlich erklären, ihr habt alle das falsche Bewußtsein. Um dem entgegen zu wirken, gehört zu unseren Aufgaben, im Wahlkampf an dem Bewußtsein anzuknüpfen, das vorhanden ist. Das nur als Vorbemerkung.

Zweitens. Hier ist die verlässliche Festlegung, Ermittlung dessen, was die Wähler in Berlin wirklich denken, außerordentlich schwierig. Die Labilität in der Treue zu Parteien, denen man sich bisher zugeordnet hat, hat zugenommen, und die Alternative Liste, die für uns ja der Hauptunsicherheitsfaktor ist, ist zwar auch schon, wenn ich das richtig sehe, in Hessen von Ort zu Ort ganz unterschiedlich motiviert und auch erfolgreich gewesen, aber ihre politische Kernsubstanz ist wiederum nun auch in Berlin schon ein bißchen anders als das, was man gemeinhin durchschnittlich so als Grüne drüben erlebt. Es ist nun einmal so, daß der einzige Magnetismus zugunsten von Berlin, der in den letzten Jahren wirklich funktioniert hat, der alternative gewesen ist. Da kommen also lauter Leute zusammen, die aus den verschiedensten Gründen aussteigen, neu einsteigen, sich selber alternativ betätigen wollen, und das geht von den radikalsten politischen Kadervorstellungen bis zur radikalsten unpolitischen Einstellung.

Was mit den Alternativen wird, ist nun auch der Hauptgrund für die schwere Berechenbarkeit des Wahlausganges. Die letzte Umfrage, vom „Spiegel“ veröffentlicht³⁵, ist Ihnen, wie ich annehme, bekannt. Sie bestimmt, wie das immer so ist, wenn so eine Umfrage plötzlich überall publiziert wird, vorübergehend bis zur Publikation der nächsten Umfrage das Bild aller Beteiligten, die darüber öffentlich diskutieren, nur all zu sehr. Von daher ist auch zu verstehen, daß neuerdings plötzlich hier in die Öffentlichkeit eine Diskussion darüber gedungen ist, wie das denn mit möglichen Minderheitssituationen und Minderheitssenaten eigentlich anzusehen sei, eine Situation, die wir davor nach der Emnid-Umfrage³⁶ und ihrer Publikation auch schon für möglich gehalten, aber natürlich unsererseits niemals diskutiert haben. Für die Union steht eindeutig als Wahlziel der alleinige Kampf, und das heißt der Kampf um die Mehrheit, im Vordergrund. Für die Koalition sieht das, mindestens zur Zeit, anders aus. Die Koalition spricht heute offen über die Lage, die dann entstehen könnte, wenn sie zusammen in der Minderheit wäre, egal, ob sie in der Minderheit über oder unter der CDU landen würde.

35 „Der Spiegel“ vom 30. März 1981: „Für den 10. Mai droht ein Patt“.

36 Ebd.

Die SPD führt ihren Wahlkampf im wesentlichen in zwei Richtungen: Erstens sie führt als Partei mit ihren positiven Aussagen den Wahlkampf mit dem Argument, „wir haben einen neuen Mann“. Herr Vogel, von Helmut Kohl vorhin schon charakterisiert, monopolisiert den Wahlkampf, aber über das hinaus auch die Senatstätigkeit vollkommen auf seine Person. Es hat in der ganzen Geschichte des Senats, nach allem, was alte Hasen sagen, eine derartige Konzentration auf einen Mann und eine Ausschaltung der Senatoren – obwohl die keineswegs einer Richtlinienkompetenz des Regierenden Bürgermeisters unterliegen ganz im Gegensatz zur Bundesverfassung –, bisher nicht gegeben. Das heißt nicht, daß er regiert, sondern das heißt nur, daß er die abwartende Politik des Nichtstuns bis zum 10. Mai monopolisiert bei sich. Es ist bei ihm ein bedeutendes Ansehen in der Öffentlichkeit zu registrieren. Es wäre völlig falsch, das zu verkennen. Daß das mit einer Verbindung von zwei Sachen zusammenhängt, nämlich erstens seinem ständigen Aufbegehren dagegen, daß die Politiker selbstgerecht sein sollten, und zweitens eine eigene Selbstgerechtigkeit, die in der Tat schwer zu überbieten ist, je näher man ihn dabei beobachten kann, ist eine Beobachtung am Rande. Nur, auch hier möchte ich sagen, ein Wahlkampf muß geführt werden mit dem Ausgangspunkt des vorhandenen öffentlichen Bewußtseins und nicht des sogenannten „richtigen“ öffentlichen Bewußtseins. Und sich in die Öffentlichkeit zu stellen und zu sagen, Herr Vogel ist verlogen oder Herr Vogel ist selbstgerecht oder so etwas, trifft zunächst erst einmal nicht auf ein vorhandenes Bewußtsein.

Das zweite, was die SPD tut, und das ist die Glotz-Komponente, ist auch erst in den letzten ein bis zwei Wochen klar hervorgetreten. Das ist, daß sie inhaltlich, soweit sie überhaupt inhaltlich etwas sagt, sich völlig eindeutig auf den Kampf um die alternativen Stimmen einstellt. Sie geht nicht zu Unrecht davon aus, daß ein Zuwachs zu den Alternativen immer zum größten Prozentsatz zu Lasten der SPD gehen würde, und infolgedessen sind die Mehrzahl der Plakate, die Sie auf den Straßen sehen können, das Bemühen, Themen zu artikulieren, mit denen man bei alternativen Wählern Eindruck machen kann. Und das nächste, und das ist nun das derzeitige Zentralthema der hiesigen Politik, ist alles, was auf dem Gebiet des Rechts geschieht, Hausbesetzer, Verfolgung von Straftaten in und aus besetzten Häusern über den Hausfriedensbruch hinaus, und Behandlung des Themas Hausbesetzung als solches. Das alles wird eindeutig beurteilt, abgewogen und entschieden unter dem Aspekt, welche Wirkung wird damit in der alternativen Szene erzielt. Wir haben in der letzten Woche hier etwas ganz Ungewöhnliches erlebt, nämlich daß in einer schwer nachprüfbaren und greifbaren Form aus der alternativen Besetzer-szene so eine Art von Bündel von Angebot und Drohung an den Senat veröffentlicht wurde: Bis zum 10. Mai kein Polizeieinsatz mehr, dann sind wir bereit, euer Senatskonzept von Legalisierung von Hausbesetzungen über irgendwelche Zwischenstufen, Treuhand-gesellschaften oder sonst etwas, wohlwollend zu prüfen und mitzumachen. Und dann hat die Staatsanwaltschaft mit einem amtsrichterlichen Durchsuchungsbefehl sich an ihren Justizsenator³⁷ gewandt, sie müsse nunmehr diese Durchsuchung vornehmen in einem bestimmten Haus, also in einem Haus, was nicht so einfach nur so von sogenannten friedlichen Besetzern besetzt war, sondern wo Leute drin sind oder mindestens waren in der letzten Woche, die sich mit der Vorbereitung und Durchführung von Gewalttaten auf

37 Gerhard Moritz Meyer.

den Straßen befassen. Und dann hat, ungefähr 24 Stunden, das läßt sich schwer feststellen, vor dem durch die Staatsanwaltschaft vorbereiteten und beantragten und der Polizei gegenüber durchgehaltenen Durchsuchungsbefehl der Senat diese Sache angehalten.³⁸

Wenn die SPD mit solchen Sachen angegriffen wird, dann schickt sie immer schnell ihren FDP-Senator Meyer vor, der sowieso längst zum Abschluß freigegeben ist, weil er, wie viele von Ihnen ja wahrscheinlich auch wissen, für den Landesvorstand der hiesigen FDP einen Hausbesetzer-Judo vorgeschlagen hatte, und gleichzeitig läßt sie dann ihren Generalstaatsanwalt³⁹, der der SPD angehört, im hiesigen Fernsehen sich also zu Recht und Gesetz bekennen. Aber das hat die Berliner Öffentlichkeit gewiß durchschaut, jedenfalls weitgehend. Wir haben ja auch auf unserer Eröffnungskundgebung über diese Sache deutlichste Worte gesprochen. Die Anwendung des Rechts vollzieht sich unter Vogel nach der Maxime, was kann davon im alternativen Lager für eine Wirkung in Richtung auf den 10. Mai erwartet werden.

Die FDP ist etwas anders als vor zwei Jahren. Vor zwei Jahren haben wir die FDP hier immer die Salonalternativen genannt, das waren also die, die eine offene Opposition in den letzten Wochen und Monaten gegen die SPD gemacht haben, aber mehr so gegen die Arbeitnehmer-SPD, und sie selber wandte sich an diejenigen potentiellen Alternativen, die meinten, man müsse nicht gleich zur außerparlamentarischen, man könne auch zur parlamentarischen Form der Alternativen, nämlich zur FDP sich noch bekennen. Das tritt sehr viel mehr zurück jetzt. Die FDP setzt im wesentlichen auf Wähler, die es mit der derzeitigen Koalition lieber fortgesetzt sehen als mit der CDU, oder die aus anderen Gründen die CDU lieber nicht wählen wollen. Im übrigen gibt es bei der FDP meiner Meinung nach vielleicht noch am meisten bundespolitische Auswirkungen, jedenfalls die Genscherlinie ist als solche für die hiesige FDP zweifellos ein nicht unerhebliches Gewicht. Es ist völlig paradox. Der Zustand des Vorstands und auch der Landesparteitags-delegierten der FDP läßt sich gar nicht so grotesk schildern, wie er wirklich ist.

Sie haben beobachtet, welche Verrenkungen die FDP gemacht hatte, um noch vor wenigen Wochen einen neuen Landesvorsitzenden zu wählen, und die von Genscher ausdrücklich, zusammen mit Verheugen⁴⁰ und anderen den Berlinern nahe gelegte Wahl von Hoppe haben sie dann eben nicht gemacht. Jetzt haben sie einen Mann gewählt⁴¹, der erst, seitdem er gewählt worden ist, einem etwas größeren Kreis von Berlinern bekannt geworden ist. Aber man sollte dennoch sich daraus nicht zu der Vorstellung verleiten lassen, daß die FDP sehr ernsthaft damit rechnen müsse herauszufliegen. Ich halte es für sehr viel wahrscheinlicher, daß sie drin bleibt, weil sie trotz ihrer Aktivitäten, trotz ihrer Senatoren und trotz ihres Landesvorstands auf ein Reservoir nach wie vor stößt, das nicht einfach nur mit einer liberalen CDU-Haltung oder überhaupt von der CDU her direkt aufzunehmen ist. Die FDP-Führung weiß natürlich ganz genau, was für Aufgaben im Falle eines entsprechenden Wahlausgangs auf sie zukommt. Die Kontakte, die zu uns gesucht

38 Vgl. „Der Spiegel“ vom 9. März 1981: „Mafia auf der Bank“.

39 Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin war Dietrich Schultz (SPD).

40 Günter Verheugen (geb. 1944), Journalist und Politiker (FDP, SPD); 1977 FDP-Bundesgeschäftsführer, 1978 FDP-Generalsekretär, 1982 Übertritt zur SPD, 1983–1999 MdB (1994–1997 stv. Fraktionsvorsitzender), 1993–1995 SPD-Bundesgeschäftsführer, 1998/99 Parlamentarischer Staatssekretär beim Außenminister, 1999–2004 Europäischer Kommissar (für EU-Erweiterung), 2004–2009 (für Unternehmen und Industrie).

41 Jürgen Kunze.

werden auf dem Gebiet, sind ziemlich lebhaft, aber ihre Darstellung nach außen ist so schillernd und so unpräzise, wie das meinem Vortrag insoweit vorsätzlich als Absicht zugrunde lag.

Wir selbst haben zweifellos weniger als vor zwei Jahren nach unserer eigenen Absicht einen ausschließlichen Spitzenkandidatenwahlkampf. Vor zwei Jahren war es bei uns so, wir haben einen neuen Mann, das war im Grunde unser einziges Argument. Wir hatten zwar noch mehr Argumente gehabt, aber das war jedenfalls das, mit dem in erster Linie gearbeitet wurde. Wir haben diesmal im Gegensatz zu der Lage vor zwei Jahren eine breiter angelegte Mannschaft. Wir hatten damals vorzügliche Unterstützung aus Westdeutschland. Wir haben diesmal aber mit unseren Freunden sowohl aus Berlin wie aus Westdeutschland eine stärkere publizistische Tätigkeit, und auch eine stärkere publizistischen Annahme. Dabei kommt es gelegentlich zu Kontroversen, die in meinen Augen uns nur gut tun. Hier gibt es mit Recht heftige Kontroversen über die Fragen der Kindererziehung innerhalb und außerhalb der Familie, an der sich Norbert Blüm führend beteiligt, Diskussionen über die Form der Berlinförderung, wo Elmar Pieroth gelegentlich angegriffen wird von der SPD, was ihm zur Ehre gereicht, ich komme auf das Thema gleich noch zurück. Und Hanna-Renate Laurien hat es etwas schwerer, Kontroversen auszulösen in der hiesigen Öffentlichkeit, weil sie zwar oft mit den beiden Kontrahenten der beiden anderen Parteien über Bildungs- und Kulturfragen diskutiert, in den Zeitungen dann aber nicht festzustellen ist, was eigentlich die zwei anderen gesagt haben.

Was unsere inhaltliche Wahlkampfsituation anbetrifft, negativ formuliert, d. h. der Angriff gegen die anderen, besteht im wesentlichen aus drei Punkten:

Erstens: Vogel und seine Leute, die die SPD hier ja als Senatsmannschaft praktisch depossedieren sollten, haben das Filzerbe angetreten. Sie haben es nicht selber verschuldet, aber sie haben null unternommen, um eine neue Richtung reinzubringen. Die Ankündigung, daß Vogel reinen Tisch gemacht habe oder reinen Tisch mache, findet zweifellos in Berlin wenig Echo. Er hat buchstäblich zur Säuberung aller zur Parteibuchwirtschaft führenden Maßnahmen nichts, außer einem Vorschlag, gemacht, und das ist mehr ein Gewaltenteilungsvorschlag. Er hat nämlich gesagt, daß Senatoren in Zukunft nicht mehr in den Aufsichtsräten der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen sein dürfen, sondern durch ihre Senatsbeamten zu ersetzen seien, was also in meinen Augen nur dazu führt, daß die Gewaltenteilung weiterhin aufgehoben bleibt, daß aber in Zukunft niemand mehr verantwortlich ist. Denn die Senatoren sagen, wir sind ja nicht drin, und die Beamten sagen, wir sind ja weisungsabhängig. Aber der Punkt ist natürlich von untergeordneter Bedeutung. Herr Vogel hat auf dem Gebiet, sich des Filzes zu bemächtigen, um ihn zu beseitigen, nichts unternommen.

Zweitens: Was er nicht geerbt, sondern selber erzeugt hat, ist der katastrophale Ruf von Berlin, daß hier die Rechtsunsicherheit ständig zunimmt; die Behandlung des Rechts – ich habe das vorhin schon erwähnt – wird vor allem unter dem Begriff der Verhältnismäßigkeit in Wirklichkeit zu einem politischen Instrument. Das ist in der Auseinandersetzung zwischen Justiz, also Richtern und Staatsanwälten einerseits, und politischer Führung andererseits klar zu erkennen. Die Polizeiführung, sprich Polizeipräsident⁴²,

42 Klaus Hübner (geb. 1924), 1965 und 1966–1969 MdB (SPD), 1969–1987 Polizeipräsident von West-Berlin.

sekundiert dabei Herrn Vogel sowie dem Innen-⁴³ und Justizsenator eifrig. Herr Vogel meint also deswegen, wir würden die Polizei angreifen, wenn wir uns gegen die Handhabung des Rechts hier wenden. Wir wenden uns natürlich gegen Herrn Vogel als denjenigen, der das veranlaßt hat und politisch verantwortlich ist.

Das dritte ist, daß Herr Vogel, der auf die stadtpolitisch verengte Konzeption seines Vorgängers Stobbe nicht nur nichts an langfristiger Perspektive hinzugefügt hat, sondern mit seiner Mitteilung in der Regierungserklärung, die Berliner Probleme wären dieselben Probleme wie in anderen Metropolen auch, nur hinzugefügt hat seine Unwilligkeit oder Unfähigkeit, zu einer solchen Perspektive zu kommen.

Wir unsererseits haben, was die Themen anbetrifft, in erster Linie das Thema, die alte SPD mit ihrer Parteibuchwirtschaft und ihrem Filz, in zweiter Linie das Thema, das Recht als Grundlage des Schutzes der Schwachen und der Fähigkeit zu friedlichem Wandel, der Fähigkeit zur Überwindung der Schäden, die wir hier haben. Und ich möchte, was das Recht anbetrifft, in Anknüpfung an die Ausführungen von Helmut Kohl zum Bundesparteitag, hinzufügen: Ich halte in der Diskussion mit der jungen Generation, jedenfalls in Berlin, zur Zeit für das entscheidende Thema gar nicht die Frage, ob sie Zukunftsperspektiven durch Ausbildung und Arbeitsplatzsicherung usw. hat, obwohl sie das auch beschäftigt, sondern für das Hauptthema halte ich die wirklich vorhandene Unfähigkeit einzusehen, wofür das Recht überhaupt da ist.

Junge Leute, auch solche, die überhaupt keine Sorgen in bezug auf die Zukunft ihrer eigenen Person haben, auch solche, die gar nicht unbedingt alternativ wählen wollen, empfinden im Zweifelsfall das Recht als das Instrument der Herrschenden gegen die zu Beherrschenden. Daß aber das Recht etwas ist, was gerade zum Beispiel der braucht, der gerne friedlich demonstrieren möchte, oder der braucht, der in der langen Schlange steht, um eine Wohnung zu kriegen und lauter solche Sachen, ist ihnen weitgehend unbekannt. Deswegen genügt es nicht, einfach nur zu sagen, die SPD tritt das Recht mit Füßen, sondern wir müssen unsererseits eine außerordentliche Anstrengung machen, um zu erklären, warum gerade in unserem Sinne das Recht die Grundlage für Freiheit ist, und das heißt auch für die Freiheit zu anderen Wegen als den herkömmlichen.

Das vierte ist, und das werden wir in der vor uns liegenden Wahlkampfzeit stark in den Vordergrund stellen, wir wollen in Berlin nicht nur immerfort reden über alle die Dinge, die Berlin in Verruf bringen: diese gräßlichen Häuserfassaden mit ihren Transparenten davor, die zerschlagenen Fensterscheiben und lauter so Sachen, unter denen die Berliner zwar furchtbar leiden und die die Berliner dazu veranlassen können, die Fäuste zu ballen gegen die, die daran schuld sein mögen. Aber in Wirklichkeit steckt doch natürlich in den Berlinern noch tiefer das Bedürfnis, auch einmal wieder frei atmen zu können und gesprochen zu bekommen und gewiesen zu bekommen einen Weg, der daraus herausführt, und das kann man nicht nur, indem man das über die verfallenen Fassaden, die verrotteten Wohnungen und das sich zurückziehende Rechtsbewußtsein tut. Da meine ich, ist das Thema der Arbeitsplatzsicherung und der wirtschaftlichen Zukunft und der Qualität von Berlin als Standort, der Attraktivität von Berlin als Standort die wesentliche positive Komponente, die wir unserem notwendigen harten Kampf gegen die Fehler der Vergangenheit und für die Zukunft an die Seite setzen müssen und werden.

43 Frank Dahrendorf (1934–2013), Jurist; 1981 Innensenator von Berlin (SPD).

Da hat die Attraktivität des Standortes Berlin zugleich natürlich ganz zentral mit der berlin- und deutschlandpolitischen Position zu tun. Ich möchte hier nur ganz kurz zu diesem Thema zweierlei sagen:

Die sowjetische Zielsetzung ist ja im Grunde genommen nicht erst seit dem Berlinabkommen, sondern, bis zu einem gewissen Grade vorlaufend schon zurück bis zum Mauerbau eigentlich dadurch gekennzeichnet, das kann man ja aus ungezählten Gesprächen mit Russen herauslesen, nicht nur wenn sie einem irgendeine Sprachregelungen vermitteln wollen, sondern letzten Endes, auch wenn sie einem ihre eigenen Meinungen vermitteln: Der Bau der Mauer war für den Osten außerordentlich kostspielig, aber er hat bis zu einem gewissen Grade auch ein Stück von ihren Problemen gelöst. Und nun sagen sie, ihr im Westen bleibt bei eurem Vorposten, Berlin-West, ihr müßt in diesen Vorposten Berlin-West immer mehr investieren, das wird für euch immer teurer, und eure wirtschaftliche und soziale Lage in Berlin-West hat im Zweifelsfall eher die Tendenz, schwieriger zu werden als leichter. Mit anderen Worten, die Sowjetunion wird natürlich immer, wenn sie es kann und wenn es ihren Kram paßt, Berlin als Hebel benutzen; aber die Hebelwirkung, die Hebelabsicht, ist eine etwas andere. Denn die Absicht, das Berlinabkommen mit den Westmächten zu schließen, bei aller Härte der sowjetischen Verhandlungsführung, insbesondere bei einer Härte der Verhandlungsführung auf dem Gebiet, sich auch formal hier eine Statusaufwertung in bezug auf Berlin-West zu verschaffen, hat ja zum Hintergrund auch eine Politik, die uns in den letzten Jahren, vor allem in den letzten anderthalb Jahren, im innerwestlichen Verhältnis nur allzu deutlich entgegengetreten ist, nämlich die: Wir werden euch durch das Berlinabkommen, abgesehen von den Vorteilen, die wir uns dabei sichern, auch einige Vorteile geben, ihr werdet diese Vorteile schön finden, und ihr werdet, je länger desto mehr, von der Fortdauer dieser Vorteile euch auch abhängig fühlen. Und immer wenn im Westen Auseinandersetzungen darüber entstehen, wie man auf neue sowjetischen Untaten reagieren soll, Afghanistan, massive Aufrüstung vorher schon, und, was hoffentlich nie eintreten möge, etwa eine Invasion in Polen, immer setzen die Russen dann darauf, den Deutschen zu sagen, na ja, aber ihr werdet doch nicht auf eure Vorteile verzichten wollen, die ihr euch ja verschafft habt. Und das konveniert mit der Erwartung, daß langfristig Berlin mehr an innerer Auszehrung leidet, und hindert die Sowjets daran, ihrerseits, wenn nicht sowieso alles ganz egal geworden ist, Berlinkrisen von außen auszulösen, weil von außen ausgelöste Berlinkrisen ein Stück Motivierung sowohl innerhalb der Stadt wie innerhalb des westlichen Bündnisses wieder nachliefern können, was in der ganzen Debatte über die Art und Weise, wie wir auf Afghanistan reagieren sollen, ja nur allzu deutlich als brüchig in Erscheinung getreten ist.

Wer immer heute nach Amerika fährt, der wird überhaupt kein einziges Gespräch erleben – und nicht nur bei neuen Reagan-Leuten, sondern bei Leuten, die in den letzten zehn Jahren in Amt und Würden gewesen sind –, bei dem nicht die Frage auftaucht, ja nun habt ihr uns, ihr deutsche Regierung usw. in den letzten 18 Monaten ständig gepredigt, ihr hättet eure eigenen Interessen in Berlin und im geteilten Deutschland und gegenüber den Deutschen in der DDR – das wird ja wohl auch stimmen –, aber unsere, der Amerikaner Frage ist, seid ihr überhaupt noch frei? Das ist doch genau die Gesprächslage, auf die diese sowjetische Politik setzt. Und ich erkläre das nicht, weil das nun alles in großer Breite im Berliner Wahlkampf drankäme, sondern weil ich sagen möchte, die Anstrengung

in Bezug auf die Qualität des Standortes Berlin, die natürlich in erster Linie dem Wohl der hier lebenden Menschen dient, ist zugleich auch ein wesentlicher Bestandteil der Antwort auf die sowjetische Strategie gegenüber Berlin-West. Und deswegen hat das so große Bedeutung. Übrigens wollte Herr Vogel noch während des Wahlkampfes auch nach Amerika fahren. Er hat, wie ich das von drüben ja von den Beamten in aller Breite gehört habe, mehrfach immer wieder angerufen und anrufen lassen, es ist aber zu keinem Präsidententermin gekommen. Deswegen hat er es unterlassen. Ich bitte nur, daß alle Mitglieder dieses Vorstandes auch wissen, was hier in bezug auf die Amerikaner gelaufen ist.

Ungefähr am selben Tag, an dem Genscher mit Haig in Amerika ein schriftlich vorbereitetes Kommuniqué gemeinsam unterschrieben hat⁴⁴, wo drin steht, das Moratorium von Breschnew sei selbstverständlich abzulehnen, weil es das Ungleichgewicht zementieren würde, hat der SPD-Landesparteitag von Berlin in Anwesenheit und Mitwirkung von Herrn Vogel einen Beschluß gefaßt, das Moratorium von Herrn Breschnew sei zu begrüßen.⁴⁵ (*Zwischenruf*: Kann man den Text nachher mitnehmen?) Ich habe ihn nicht hier, aber ich kann ihn Ihnen selbstverständlich zugänglich machen.

Es gibt da noch eine andere Einzelheit, ich will darauf nicht näher eingehen. Ich habe diese Sache im Bundestag und hier in der Presse natürlich mehrfach und eindeutig zur Sprache gebracht, heute steht sie auch in dem Leitartikel vom „Spiegel“⁴⁶, in der „Berliner Morgenpost“ wieder drin, das ist ein Symptom für die Lage, in der wir uns hier befinden.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchte ich jetzt, was diese Geschichte Minderheitsregierung und möglicher Wahlausgang usw. anbetrifft, noch ein paar Bemerkungen machen.

Gesetzt den Fall, das Berliner Abgeordnetenhaus wird demnächst vier Fraktionen haben, und gesetzt weiter den Fall, diese vier Fraktionen setzen sich so zusammen, daß weder die Union allein, noch die Koalition allein die Mehrheit der Sitze hat, gesetzt diesen Fall, ist bei der derzeitigen SPD-Führung, von der FDP kann ich das nicht mit derselben Bestimmtheit behaupten, der Plan vorhanden, zunächst erst einmal den Versuch zu machen, von der Berliner Verfassungsmöglichkeit Gebrauch zu machen, einfach weiter zu regieren. Nach der Berliner Verfassung, wenn auch durch die Kommentare nicht völlig unbestritten, muß ein Senat nach einer Neuwahl nicht zurücktreten. In der Berliner Nachkriegsgeschichte ist jedes Mal nach einer Wahl der Senat zurückgetreten. Aber gezwungen dazu ist er nach den Buchstaben unserer Verfassung nicht. Zweitens, wir haben eine besondere Art des konstruktiven Mißtrauensvotums, die darin besteht, daß ein Mißtrauensvotum mit der Mehrheit der Stimmen angenommen werden muß und dann innerhalb von 21 Tagen ein neuer Senat gewählt werden muß, und wenn das mißlingt, dann ist der vorher mit Mehrheit angenommene Mißtrauensantrag hinfällig, und dann wird weiter regiert durch die Alten.

Nun haben also Glotz und Vogel, beide nach gewissem Zögern öffentlich erklärt, die Alternativen kommen als Koalitionspartner nicht in Frage. Der Pressesprecher der SPD hat zwischen diesen beiden, dem Glotz- und dem Vogel-Statement, erklärt, vielleicht kommen sie doch in Frage. Vogel hat das dann seinerseits bestritten, aber hinter allen

44 Am 9. März 1981 (vgl. dazu AdG 1981 S.24402, Bulletin 1981 S. 207f.).

45 Der SPD-Landesparteitag fand am 27. Februar 1981 statt.

46 „Der Spiegel“ vom 6. April 1981: „Irgendwas Irres muß laufen“ (Titelgeschichte).

diesen dreien hat Glotz jetzt vor einer Woche erklärt, als Koalitionspartner kämen sie zwar nicht in Frage, wohl aber für Arrangements. Ja, was das denn sei? Und da hat er geantwortet, ja zur Stützung einer Minderheitenkoalition SPD-FDP. Glotz hat hinzugefügt, natürlich nicht von jedem Alternativen sich stützen zu lassen, zum Beispiel nicht von Herrn Kunzelmann⁴⁷, aber von Herrn Schily⁴⁸ und Herrn Ossip Flechthelm⁴⁹, Professor der Friedenstheologie. Schily ist jener Anwalt.

Darauf sind wir natürlich massiv eingestiegen, sowohl auf die Absicht, gegebenenfalls nicht zurückzutreten, als auch auf die Absicht, sich in einem solchen Fall von den Alternativen stützen zu lassen. Liebe Freunde, ich möchte von mir aus dazu Folgendes sagen. Wir sollten nun nicht glauben, daß, weil diese Verfassungslage so ist, wie sie ist, oder weil unter einer etwaigen alternativen Fraktion alle möglichen und infolgedessen auch solche Leute zu finden sein könnten, mit denen Herr Glotz solche Geschäfte machen könnte, daraus folgt, daß infolgedessen eine reale politische Chance besteht, ein solches Konzept in Berlin auch durchzuhalten. Ich bin davon überzeugt, daß in der Öffentlichkeit, zunächst in Berlin, aber weit über Berlin hinaus, ein so großer Druck entstehen würde, nun also den Wähler nicht nachträglich dadurch zu betrügen, daß man ihm sagt, deine Wahl hat uns überhaupt nicht interessiert, oder zu sagen, wir haben zwar uns gegen die Alternativen gewandt, wir haben natürlich gegen die Alternativen gekämpft, die in ihrem Programm gesagt haben, „imperatives Mandat“, „Rückzug der Kandidaten nach zwei Jahren aus dem Abgeordnetenhaus“, „Ersatz durch die nächsten“, „Neutralisierung als Berlinpolitik“, „Verabschiedung der Schutzmächte“, lauter solche Sachen. Mit anderen Worten, ich glaube, daß das Bedürfnis, sich nach formalen Möglichkeiten umzusehen, trotz einer verlorenen Wahl als Minderheitenkoalition in der Regierung zu bleiben, stärker ist als die Kraft der Phantasie bei diesen Leuten, sich wirklich vorzustellen, wie die öffentliche Meinung und politische Landschaft in einem solchen Falle sein würde.

Aber das ist das, was also zur Zeit hier vor allem diskutiert wird. Wir kämpfen allein, wir kämpfen um die Mehrheit, und wir machen auf Fragen, ob wir für den Fall der Notwendigkeit lieber mit der SPD oder der FDP koalieren würden, keinerlei Aussagen. Ich möchte hier nur, ganz unter uns, eines hinzufügen, für den sehr unwahrscheinlichen Fall, daß die FDP herausfiele und die Alternativen reinkämen und keiner von den beiden anderen mehr die absolute Mehrheit hat, für einen solchen Fall halte ich die große Koalition für völlig ausgeschlossen, denn dann überließe man die Oppositionsrolle den Alternativen allein. Und die Alternativen erklären Urbi et Orbi, daß sie außerparlamentarische und parlamentarische Opposition als zwei Seiten ein und derselben Sache ansehen. Sie erklären ausdrücklich, daß sie unser parlamentarisches System für blödsinnig halten. Und einer solchen Partei oder Fraktion, die demokratisch entscheidend wichtige Oppositionsrolle allein zu überlassen, wäre meiner Meinung nach in keinem denkbaren Falle möglich.

In diesem Sinne behandeln wir es. Wir haben, was die Mobilisierung und die Dynamik des Wahlkampfes anbetrifft, noch wichtige Vorhaben in petto und in den nächsten fünf

47 Dieter Kunzelmann (1939–2018), linksradikaler Protestaktivist; 1983–1985 MdA (AL).

48 Otto Schily (geb. 1932), Jurist; 1980 Mitgründer der Bundespartei Die Grünen, 1983–1986 und 1987–1989 MdB (Die Grünen), 1989 SPD, 1990–2009 MdB, 1998–2005 Bundesminister des Innern.

49 Ossip K. Flechthelm (1909–1998), Politikwissenschaftler; 1952–1959 Professor an der Deutschen Hochschule für Politik, 1959–1974 am Otto-Suhr-Institut Berlin, bis 1962 SPD, ab 1981 Die Grünen.

Wochen auszufüllen. Wir haben jetzt eine volle Wahlkampfwoche vor uns, eine dann etwas durchbrochene Karwoche, und danach die drei Abschlußwochen, die wir mit einer Versammlung mit Walter Wallmann eröffnen werden, und in denen wir insbesondere in den ersten Maitagen die Unterstützung praktisch der ganzen Bundestagsfraktion erbeten haben; daneben aber hoffen wir auf die Mitwirkung von vielen der hier anwesenden Freunde.⁵⁰

Späth: Mir kommt in der Wahlkampfkonzeption noch zu wenig der Gedanke der Sympathiewerbung vor. Ich halte es zwar für enorm wichtig, sich mit den Wählern in Berlin und der SEW und all den Gruppen herumzustreiten, aber zu holen ist von denen nicht viel, außer viel Streit. Und der Durchschnittsbürger sagt, um Gottes willen, was streiten die alle, jetzt soll ich auch noch entscheiden zwischen denen, und im Grunde ist es alles dasselbe. Meiner Meinung nach kommt das Thema Sympathie zu kurz. Ich habe Dr. Dregger heute morgen gesagt, warum machen wir eigentlich nicht noch kurzfristig eine Aktion und gehen zwei Wochen lang jeden Tag mit einem Landesverband nach Berlin, aber nicht zum Wahlkampf mit Versammlungen, sondern beispielsweise ein Tag Sympathie der CDU Baden-Württemberg für Berlin, und machen dort Schwarzwaldstände auf mit Schwarzwaldmädchen und gehen auf die Straße und werben um Sympathie für die CDU in Berlin. Und wenn das am nächsten Tag die Hessen und am übernächsten Tag die Niedersachsen usw. machen, dann haben wir 14 Tage lang eine Sympathiewerbung für Berlin. Und dann würde ich die streiten lassen mit Hausbesetzern usw. und sagen, daß sind die Streiter und wir, die CDU, sehen zu, daß Berlin wieder auf die Beine kommt, und da helfen alle mit. Wenn wir das als Straßenwahlkampf noch hinbekommen in der kurzen Zeit, erreichen wir mehr, als wenn wir den Leuten die ganze Problematik der Rechtslage und des Rechtsverständnisses auseinandersetzen, weil die Berliner, die sich darum streiten, weitgehend festgelegt sind. Und die vielen Leute, die wir eigentlich noch gewinnen können, sind die, die rumlaufen und sagen, ich weiß auch nicht, was mit der Stadt los ist. Die werden sich möglicherweise dort anschließen, wo man sagt, in der Stadt ist einiges schlecht, aber das bringen wir alles wieder in Ordnung, und deshalb wollen wir unsere Sympathie für Berlin bekunden.

Kohl: Das ist eine ausgesprochen gute Idee. Das ist im übrigen gar nicht sehr kostenträchtig und ist m. E. auch kurzfristig zu arrangieren für die Zeit nach Ostern. Ich schlage vor, daß Herr Schumacher⁵¹ für die Bundesgeschäftsstelle und Herr Kierey⁵² für Berlin von heute an bis Ende der kommenden Woche die Zeitpläne für diese Aktion, Arbeitstitel „Sympathie für Berlin“, vorbereiten und daß die Anwesenden hier verantwortlich mitwirken und nicht ferne Amtsträger. Ich habe mit Lothar Späth bereits darüber gesprochen, er ist sehr damit einverstanden, mit dem Landesverband Baden-Württemberg zu beginnen. Der Kollege Dregger hat das ebenfalls erklärt. Auch Herr Hasselmann hat sich

50 An dieser Stelle bricht die Tonbandüberlieferung ab. Die folgenden Wortmeldungen sind als Transkript in ACDP 07-001-1025 vorhanden und von dort übernommen worden.

51 Karl Schumacher (1926–2006), Zollbeamter; 1972 CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1978–1993 Leiter der Abteilung bzw. Hauptabteilung Organisation.

52 Karl-Joachim Kierey (geb. 1941), Diplom-Politologe; 1977–1979 Landesgeschäftsführer der CDU Berlin, anschließend CDU-Bundesgeschäftsstelle (1982–1985 Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit), 1985–1989 Senatsdirektor Berlin, dann wieder CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1991–1993 Landesgeschäftsstelle bzw. Generalsekretär der CDU Berlin, 1993 Geschäftsführer der Ausstellungs-Messe-Kongress GmbH.

bereit erklärt. Herr Pieroth, ich schlage vor, daß Sie sich morgen oder übermorgen mit Bernhard Vogel in Verbindung setzen und das besprechen. Der Kollege Zeyer ist da. Ich werde auch mit den Freunden aus der CSU darüber reden. Ich halte es für ganz wichtig, daß sie sich ebenfalls an dieser Aktion beteiligt. Das Beste wäre die CSU sozusagen als Schlußbild. Das würde die Sache noch einmal in einer ganz besonderen Weise deutlich machen. Dann bleibt übrig Nordrhein-Westfalen. Herr Windelen⁵³ und Herr Waffenschmidt sollen das in die Hand nehmen. Und wer übernimmt es, mit den Schleswig-Holsteinern zu reden? Gerhard Stoltenberg ist noch mindestens 14 Tage in China; so lange können wir nicht warten. Herr Schumacher, Sie übernehmen es, am Montag mit dem Landesverband Schleswig-Holstein in meinem Auftrag zu reden und geben mir bis Mittwoch Bescheid über die Entwicklung der Angelegenheit, damit ich evtl. noch selbst mit dem einen oder anderen sprechen kann. Ich bin auch sehr dafür, die Hansestädte mit einzubeziehen. Ich habe das mal notiert. Vielleicht kann man die Bremer und Hamburger zusammen veranlassen, sich daran zu beteiligen. Aber mit denen müssen wir erst einmal darüber reden. Wir veröffentlichen diese Aktion erst dann, wenn die Sache steht. – Sind Sie mit den Vorschlägen einverstanden. (*Zustimmung.*)

Wallmann: Ich möchte mich jetzt erstens bei allen bedanken, die zu uns nach Frankfurt gekommen sind und uns geholfen haben. Wir haben sechs große Veranstaltungen durchgeführt und im übrigen überhaupt keine klassischen Wahlveranstaltungen gemacht. Das ist sicherlich von Fall zu Fall verschieden. Es mag hier anders sein als bei uns. Erfahrung von mir ist, dieses scheinbar Unpolitische ist das Politischste. (*Kohl:* Wenn man im Amt ist.) Richtig, das gebe ich zu.

Zweitens, ich will etwas erzählen außerhalb von Frankfurt. Übrigens, was ich über Frankfurt sage, bitte ich richtig zu verstehen. Das geschieht alles ohne Selbstgefälligkeit; ich will es nur schildern. Zunächst einmal, was Richard von Weizsäcker geschildert hat, welche Gefahr hier besteht, also zwar keine förmliche Koalition, aber eine Absprache mit den Grünen, das finden Sie bereits in Ansätzen in einer Reihe von hessischen Städten. Beispiel Darmstadt, zwar die gleiche Anzahl von Mandaten, aber die CDU ist stärkste Partei geblieben. In Darmstadt wird gewählt der Herr Metzger⁵⁴, den meisten von uns bekannt aus seiner Bundestagsabgeordnetenzeit, mit Hilfe einer Wählergemeinschaft, die ganz eindeutig starke grüne Züge hat. Sie bezeichnen sich nicht als Grüne, aber dies ist das Thema. Sie haben vor vier Jahren damit bereits den Einzug geschafft ins Parlament. Was noch schlimmer ist, sie haben, wenn ich richtig informiert bin, eine Absprache mit der SPD nicht auf die volle Legislaturperiode, sondern jeweils für ein Jahr. In jedem Jahr wird ein Magistratsmitglied neu gewählt bzw. nicht gewählt. Sie wissen, überlappende Amtszeiten der Magistratsmitglieder bei uns in Hessen nach der hessischen Gemeindeordnung, d. h. in jedem Jahr muß sich die SPD neu mit diesen Leuten arrangieren. (*Kohl:* Für den Umgang mit den Sozialdemokraten ist das ein Hinweis.) Ja!

53 Heinrich Windelen (1921–2015), Kaufmann; 1957–1990 MdB (CDU), 1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1983–1987 für innerdeutsche Beziehungen, 1970–1977 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Westfalen-Lippe.

54 Günther Metzger (1933–2013), Jurist; 1969–1976 MdB (SPD), 1981–1993 Oberbürgermeister von Darmstadt.

Das dritte, sie haben den Stadtverordnetenvorsteher Pfeffermann⁵⁵, immerhin Abgeordneter des Deutschen Bundestages, der das vier Jahre lang, ohne daß das irgendwann beanstandet worden ist, daß er etwa seine Amtspflichten nicht erfüllt hätte, nicht wiedergewählt, d. h. sie haben ihn praktisch abgewählt und einen Sozialdemokraten gewählt. D. h., sie sind also völlig durchmarschiert. Ich möchte sagen, meine Freunde, das müssen wir zum Ausdruck bringen, wenn sich die Gelegenheit ergibt, so wie es sich in vielen Städten bei absoluter Mehrheit der SPD im Frühjahr 1972 ergeben hat, z. B. in Frankfurt, Offenbach usw. Daß sie uns nicht einmal einen Ortsvorsteher zugebilligt haben, geschweige denn einen Ausschußvorsitzenden im Parlament – also eine unglaubliche Situation –, wiederholen sie sofort, wenn sie eine Möglichkeit haben. Sie gehen also kalt über die Union weg, die im Falle von Darmstadt immerhin über 40 Prozent der Stimmen bekommen hat. (*Zwischenfrage*: Ist das mit FDP oder ohne?) Das ist mit FDP in Darmstadt, wobei man dazu sagen muß, die CDU und die FDP zusammen haben keine Mehrheit.

Wir haben also bereits diese Situation, von der Sie gesprochen haben: vier Parteien. Wir haben die gleiche Lage in Marburg. In Marburg ist es ein Fünf-Fraktionen-Parlament, da sitzen die Kommunisten noch drin. Wir haben immerhin fast 42 Prozent noch dort. Die SPD hat mit dem Oberbürgermeister 0,2 Prozent zugelegt und hat jetzt 37,2 Prozent. An der Spitze der Grünen sitzt ein Mann namens Höhne⁵⁶, früher Abendroth-Anhänger⁵⁷, der wegen des sogenannten SDS-Inkompatibilitätsbeschlusses aus der SPD rausgeflogen ist. Der Drechsler⁵⁸, heute ist er OB dort, hat heute bereits erklärt, er stelle sich wieder zur Wahl. Frage, woher kriegt er die Stimmen? Das kann man sich also ohne weiteres ausrechnen. So gibt es also mehrere Städte, ich wollte das nur angesagt haben.

Zweitens, wir haben zu Recht, nicht nur was Berlin angeht, sondern, wie ich behaupte, bundesweit von dem verhängnisvollen Einfluß vor allem der Evangelischen Kirche innerhalb dieser ganzen grünen Bewegung gesprochen. In Frankfurt, wo wir ja die Grünen drinhaben mit 6,4 Prozent, haben 14 Pfarrer offiziell unterschrieben für die Grünen. (*Kohl*: Also ordinierte Pfarrer?) Ordinierte Pfarrer haben für die Grünen unterschrieben. Ich will nicht den Fehler machen, den man so oft macht, indem man alles vorträgt, was zu Hause wichtig ist. Ich will nur eines sagen: Wir haben über hundert Bürgerinitiativen in Frankfurt. Und es gibt so ungefähr nichts, was nicht bestritten ist. Zwei wichtige Punkte hat Alfred Dregger genannt. Aber es sind nur zwei Punkte, die über die Stadt hinaus ins Bewußtsein gekommen sind. Es gibt eine Bürgerinitiative „Moloch Autobahn“. Moloch bekannt, nicht wahr, wo es in der Bibel vorkommt. Von der Gemeindekanzlei herunter gepredigt gegen uns und auch gegen mich ganz persönlich von der Kanzel herunter. Es sind Flugblätter verteilt worden, unterschrieben: „Der Gemeindepfarrer – Der Kirchenvorstand“. Wir haben in Frankfurt jetzt auf dem Flughafen ein sogenanntes Hüttendorf,

55 Gerhard O. Pfeffermann (geb. 1936), Ingenieur; 1967–2001 Stadtverordneter in Darmstadt (CDU, 1977–1981 Stadtverordnetenvorsteher), 1972–1993 MdB, 1993–1997 Staatssekretär im Bundesministerium für Post und Telekommunikation.

56 Dieter Höhne (1921–2003), bis 1961 Unterbezirkssekretär der SPD Marburg (Ausschluß aus der SPD), danach Gründer verschiedener linkssozialistischer Vereinigungen, stv. Landesvorsitzender der DFU, Gründungsmitglied der Grünen, 1981–1983 Fraktionsvorsitzender.

57 Wolfgang Abendroth (1906–1985), Jurist, Politologe; 1950–1972 Professor für wissenschaftliche Politik in Marburg.

58 Hanno Drechsler (1931–2003), Politologe; 1970–1992 Oberbürgermeister von Marburg.

also das, was in Gorleben gewesen ist. Darunter eine Kirche! In dieser Kirche wird getauft und werden Ehen geschlossen. Und nun ist es zu einer Auseinandersetzung gekommen.

Was dort auf uns zukommt, ist ja absehbar. Irgendwann im Laufe des Jahres werden also die Bäume gefällt. Die Landesregierung hat bereits angeordnet, da kommen acht Hundertschaften hin. Man muß sich das mal vorstellen: 800 Polizisten! Polizisten sitzen da also nur auf dem Flughafen, Monat um Monat. Und jetzt werden die also angeschmiedet sein, in Ketten gelegt sein an die Bäume, so haben sie es bei einer anderen Gelegenheit schon gemacht. Da werden also Hunderte von Menschen sich selbst gefesselt haben, sitzen an den Bäumen, und jetzt laufen also die Polizisten durch und müssen die Mann für Mann dort wegholen. (*Kohl*: Frau für Frau.) Sehr richtig, Kinder usw. Und ich sehe die Kameras schon laufen. Es kommt dann ja abends alles ins Fernsehen, über den Bildschirm. Und nun hat der Gries⁵⁹ gesagt, was ich ihm offengestanden zunächst gar nicht so zugetraut hätte: „Wir machen auch nicht halt vor der Kirche. Das wird geräumt. Ich halte es für unerträglich, daß die Kirche ordinierte Pfarrer dort im Kirchendienst auftreten läßt.“

Und jetzt hat die Synode stattgefunden, und der Kirchenpräsident Hild hat eine Predigt oder Eröffnungsrede gehalten, wo er sich sehr kritisch, das muß man sagen, mit diesen ganzen ökologischen Pfarrern auseinandersetzt. Wir haben ja auch den Ökologiebeauftragten Pfarrer Oeser⁶⁰ bei uns wohnen, von dem nie mitgeteilt wird, daß er SPD-Kreistagsabgeordneter usw. ist, und den hat er mittelbar und alles, was um ihn herum ist, gerügt. Gleichzeitig hat er sich aber hart auseinandergesetzt mit dem Gries, also dem Innenminister, und hat ihm schwere Vorwürfe gemacht, daß er sich in Angelegenheiten der Kirche einmischt. Ich habe diese Predigt oder diese Eröffnungsrede sehr sorgfältig gelesen. Ich werde dem Kirchenpräsidenten einen ausführlichen Brief schreiben, und ich werde ihn bitten, mir Gelegenheit zu geben, vor der Synode die Position, die ich vertrete, darzulegen.

Der nächste Punkt, den möchte ich mit großem Nachdruck sagen, es hat keinen Zweck, auf die Grünen in der Sache zuzugehen. Es hat keinen Zweck. Dieser Streit muß ausgeglichen werden, nicht, indem man mit dem Holzhammer herumläuft, versteht sich, aber in der Sache unbittlich. Ich sehe eine Konfliktsituation auf die SPD zukommen, und diese Konfliktsituation ist durch faule Kompromisse nicht mehr zu bereinigen. Auf der einen Seite klassische Arbeitnehmerpartei, die bei allem, was nun inzwischen so selbstverständlich geworden ist, abhängt von den industriellen Großanlagen, und auf der anderen Seite genau die Gegenposition, die ja im Grunde genommen zurück zur Natur will.

Was diese Grünen angeht, muß man sehr vorsichtig jetzt sein. Man darf sie nicht über einen Kamm scheren. Sie müssen sich selbst ins Unrecht setzen. Wir haben z. B. in Offenbach eine grüne Fraktion von vier Leuten. Das ist ein Diplommeteorologe und, was weiß ich, ein Oberstudienrat, und wir haben in Frankfurt eine grüne Fraktion, die sich wahrscheinlich aus drei verschiedenen Gruppen zusammensetzt. Wir müssen jetzt sehr sorgfältig darauf achten, wie wir sie behandeln. Wir haben sie an keiner Stelle rausgeschmissen, an keiner Stelle begünstigt, Geschäftsordnung belassen. Ich halte das für wichtig. Wenn ich mal versuchen soll, Herr Vorsitzender, die Bewußtseinsituation der Frankfurter

59 Ekkehard Gries (1936–2001), Jurist; 1976–1982 hessischer Innenminister (FDP), 1987–1994 MdB.

60 Kurt Oeser (1928–2007), evangelischer Pfarrer; 1968–2001 Stadtverordneter in Mörfelden, 1973–1992 Umweltbeauftragter der EKD.

Bürger zu rekapitulieren, dann muß ich also zunächst mal sagen, ich bin überhaupt nicht sicher gewesen, daß die Politik, die ich vertreten habe auch im Wahlkampf, vom Bürger akzeptiert wird. Ich habe durchaus mit der Möglichkeit gerechnet, bis auf 45, 44 Prozent zurückzufallen. Das müssen Sie mir so abnehmen, wie ich es Ihnen sage.

Denn die Auseinandersetzung um Autobahn, Startbahn, Bebauungspläne und was weiß ich, ist nicht nur leidenschaftlich gewesen bei den Betroffenen, sondern diese Positionen sind eigentlich an jedem Tag in der „Frankfurter Rundschau“ wie in einem SPD-Kampfblatt der breitesten Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Wir haben auf der anderen Seite ganz klar gesagt, was wir wollen. Also keiner kann sagen, die Wähler haben nicht gewußt, was die vorhaben. Wir haben ganz klar unsere Position dargelegt, und ich hatte mir sehr wohl überlegt, was ich tun würde, wenn wir die Mehrheit verlieren und keine parlamentarische Mehrheit mehr haben. Ich wäre zurückgetreten, mit Sicherheit wäre ich zurückgetreten. Die Situation, die sich dort für mich als wichtig ergeben hat, war ein unglaubliches Harmoniebedürfnis der Menschen, gleichzeitig eine unglaubliche Verdrängung von Fragen, die man durchaus in der Problematik sieht, aber die man immer wieder nicht zur Kenntnis nimmt, als wenn das so wellenartig hochkommt. Da weiß man's wieder, und dann wird es, weil unangenehm, beiseite geschoben. Und ich habe das Gefühl, daß die Menschen auf der einen Seite eine ruhige, besonnene, aber klare Führung wollen. Sie wollen sich anlehnen können. Aber sie wollen nicht ein Aufputschen der Gefühle. Und sie wollen nicht, daß man den anderen jeden guten Willen abspricht und was weiß ich. Wenn ich das noch einmal ohne Selbstgefälligkeit, lieber Helmut, hier sagen darf; ich bitte, mir das so abzunehmen: Ich habe die Namen meiner Gegner und die Namen von SPD und FDP nicht ein einziges Mal in den Mund genommen. Ich habe nur davon gesprochen, was wir wollen. Es hat das Thema gegeben z. B. der Prestigeobjekte usw. Ich habe immer dagegengesetzt: Jawohl, wir wollen Prestige, nämlich Ansehen der Stadt. Wir wollen, daß die Menschen wieder stolz sein können auf die Stadt. Das ist ganz offenbar durchgeschlagen. Nun bin ich nicht so arrogant oder so dumm anzunehmen, daß ich jetzt anderen sagen könnte, wie man es immer machen müßte. Ich weiß natürlich genauso wenig oder genauso viel wie andere auch. Es bleibt, Herr von Weizsäcker, die große Frage, was kann man dem Bürger sozusagen an Belastungen, an Ärgernissen, an Schwierigkeiten zumuten. Und das ist ein ganz schmaler Weg, und da sitzen Sie natürlich strukturell in einer schwierigeren Situation als wir, denn wir konnten das in Frankfurt hinbekommen, wir konnten Bürgergespräche machen, die Vereine sind gekommen und was weiß ich, und wir konnten es erklären. Ich meine nur, eines sagen zu dürfen, man kann den Bürgern erheblich mehr zumuten, als wir uns das vielleicht in den vergangenen Jahren vorgestellt haben. Man muß es nur nüchtern und ruhig tun. (*Kohl*: Und in einer gemäßen Sprache.) Jawohl.

Und ich würde noch abschließend eine Bemerkung hinzufügen, was wir, glaube ich, deutlich machen müssen. Die Politik der Formelkompromisse, des Appeasements, wie man das alles bezeichnen mag, kehrt sich für die SPD inzwischen gegen sie selbst. Ob das die Außenpolitik ist, ob das die Bildungspolitik ist, die Sozialpolitik ist, soziale Demonstage. Von uns brauchte doch nur irgendeiner mal halblaut darüber nachgedacht zu haben, sofort wären wir in Schwierigkeiten gekommen. Ich brauche das ja gerade Richard von Weizsäcker nicht zu sagen, der hat es ja unmittelbar erlebt damals nach seiner Rede im

Bundestag.⁶¹ Ich glaube, das müssen wir herausstellen, welche Konsequenzen entstehen, wenn sich diese Politik fortsetzt. Ganz ruhig, ganz nüchtern, aber in der Sache unerbittlich hart. Dieses gekoppelt mit dem, was man denen zumuten kann, und ein bißchen zurückhaltend formuliert und auch so gemeint. Dann meine ich, unsere Chancen stünden nicht schlecht in den nächsten Jahren. Ich glaube, die große Auseinandersetzung steht auch im Bewußtsein der Leute jetzt nicht wegen der Parteien, sondern wegen der ungewissen Zukunft vor ihnen. Und derjenige, der am ehesten dieses Bild vermittelt, von dem ich vorhin gesprochen habe – aber ganz, ganz fest in der Sache –, der wird den Zuschlag bekommen. (*Ende des Transkripts.*)

*Aus dem Ergebnisprotokoll*⁶²:

ANTRÄGE DES 29. BUNDESPARTEITAGES

Dem Bundesvorstand wird die Zusendung einer synoptischen Zusammenstellung der Beschlüsse und Überweisungen des 29. Bundesparteitages angekündigt.⁶³

VERSCHIEDENES

Dr. Klepsch gibt einen Überblick über die politische Situation in den europäischen Nachbarstaaten.

61 Bei der zweiten Beratung des Bundeshaushaltsgesetzes – Sten. Ber. 7. WP 158. Sitzung vom 19. März 1975 S. 10997–11005. Vgl. SPD-Anzeige in „Bild“ vom 9. April 1975; „Sozial, sozialer, Sozialdemokraten ... von Weizsäcker (CDU) deutet an, soziale Besitzstände bedürften der Überprüfung“.

62 ACDP 07-001-1025.

63 In ACDP 07-001-1336 (in Materialien zur Sitzung vom 5. April 1981).

Bonn, Montag 11. Mai 1981

Sprecher: Albrecht, Barzel, Biedenkopf, Blüm, von Bismarck, Dregger, Geißler, Gerstenmaier, Herzog, Kohl, Laurien, Pieroth, Scherer, Schwarz-Schilling, Späth, Stoltenberg, Bernhard Vogel, von Weizsäcker, Waffenschmidt, Wex, Wissmann.

Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Politische Lage. Vorbereitung der Bundesausschußsitzung am 15. Juni 1981. Vorbereitung des Bundesparteitags in Hamburg. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 13.00 Uhr

Kohl: Sehr verehrte Damen und Herren. Ich darf unsere heutige Bundesvorstandssitzung eröffnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich des Kollegen Heinz-Herbert Karry¹ gedenken, der heute in den frühen Morgenstunden einer feigen Mordtat in Frankfurt zum Opfer fiel. Ich nehme an, es wird Ihnen allen wie mir gegangen sein, als Sie diese Nachricht empfangen haben, daß Erschütterung und die Frage nach der Sinnlosigkeit solchen Mordens aufkam. Heinz-Herbert Karry war Mitglied der Freien Demokratischen Partei, vielen von uns durch viele Gespräche über die Parteigrenze hinaus verbunden. Er hat im Lauf seines Lebens sich immer wieder als aufrechter Mann, als aufrechter Demokrat, als mutiger Politiker erwiesen. Ich habe gerade eben noch seiner Frau unsere Anteilnahme übermittelt, unsere Sympathie und das Wenige, was man in Worten in einem solchen Augenblick begleiten kann. Wir wollen seiner gedenken.

Ich danke Ihnen. Ich habe gerade mit Walter Wallmann telefoniert, der ja in diesem Augenblick von einem Besuch bei der Familie Karry zurückkam, und der mir auch eine kurze Schilderung des Sachverhalts, soweit er bekannt ist, übermittelte. Es ist offensichtlich so, daß dieser Mord von langer Hand intensiv vorbereitet war. Die Familie Karry wurde seit vielen Tagen und auch in der vergangenen Nacht von anonymen Anrufen heimgesucht. Auch in der vergangenen Nacht um drei Uhr wieder. Der oder die Anrufenden legten dann, wenn sie sich gemeldet haben, jeweils den Hörer auf, ohne sich weiter zu melden, und insofern war dies nichts Besonderes. Tatsache ist, daß seit Wochen in Frankfurt in den verschiedensten Pamphleten gegen Karry und Wallmann, immer beide zusammen, eine Art Pogromhetze läuft wegen der Stadtautobahnentscheidung und wegen anderen Dingen. Der Mord scheint nach dem jetzigen Sachverhalt so vonstatten gegangen zu sein, daß der oder wahrscheinlich die Täter über den Garten das Grundstück betreten haben – das Schlafzimmer des Ehepaars liegt etwa zwei Meter über dem Erdboden –, so daß die Täter eine Leiter mitbrachten, auch das setzt voraus, daß sie sehr genau die Lage vorher beobachtet hatten, daß sie dann in das offene Schlafzimmer hineinleuchteten mit

1 Heinz-Herbert Karry (1920–1981), Kaufmann; 1949 FDP, 1960–1978 MdL Hessen, 1968–1970 Fraktionsvorsitzender, ab 1970 Wirtschaftsminister in Hessen, 1974–1981 Bundesschatzmeister der FDP.

einem Schweinwerfer, um eben Karry zu entdecken, und dann zwischen fünf und sechs Schüsse abgaben, wobei ein Teil der Schüsse ihn offensichtlich traf, als er dann aus dem Bett sprang. Er ist unmittelbar danach noch im Zimmer gestorben. Bis zur Stunde liegt keinerlei Ergebnis der Fahndung vor. Sie haben ja inzwischen gehört, daß das Bundeskriminalamt und alle Stellen eingeschaltet wurden. Der ganze Vorgang wirft natürlich eine Reihe von Fragen auf, aus welcher Szene diese Mordbuben gekommen sind, ob das zu tun hat mit den lokalen Frankfurter Angelegenheiten oder mit einer bestimmten Diskussion, die seit einigen Tagen läuft. Das ist eine Frage, die man sehr wohl stellen muß. Man soll sich jetzt hüten, voreilige Schlüsse zu ziehen, aber man muß sich darüber im klaren sein, daß dieser Mord erhebliche Implikationen haben kann. Es ist, das muß man auch sagen nach der Serie der Mordtaten, die endeten mit der Ermordung von Hanns-Martin Schleyer, der nächste wesentliche Mordfall. Er zeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland, ähnlich wie andere Länder, noch geschüttelt werden von brutaler Gewalt und kein Ende abzusehen ist. Ich glaube, das ist das, was man in diesem Augenblick zu diesem Geschehnis sagen kann.

WAHL ZUM BERLINER ABGEORDNETENHAUS

Ich darf nun das schreckliche Thema verlassen und zu dem höchst erfreulichen übergehen und sehr herzlich in unsere Mitte Richard von Weizsäcker begrüßen und die Mitglieder der Berliner Mannschaft und ihnen zu dem ganz großartigen Ergebnis² gratulieren, was es in der Tat ist. (*Beifall.*) Da ja bereits in diesen Stunden die Verfälschung der Kommentierung einsetzt, will ich gleich vorweg sagen, was ich schon gestern Abend im Fernsehen betont habe. Daß Berlin keine CDU-Hochburg ist, weiß jeder hier. Was es bedeutet, daß wir dort 48 Prozent der Stimmen erreicht haben, kann nur der ermessen, der die Berliner Stadtgeschichte und die soziologische Struktur der Stadt und auch den letzten Wahlkampf dort erlebt hat. Wenn man ehrlich ist, muß man zugeben, daß noch vor wenigen Monaten die allerwenigsten mit dieser Chance gerechnet haben. Der eine oder andere, der ja völlig hyperthrophe Erwartungen in den letzten Tagen unter die Leute brachte, hat es ja zum Teil nicht nur aus Freundschaft zur CDU getan, sondern nach der alten Masche, wenn eine Latte sehr hoch gelegt wird und sie nicht übersprungen wird, dann zu sagen, so eigentlich gut ist das Wahlergebnis eben nicht. Man muß sich klar machen, was es bedeutet, wenn von jetzt an in Berlin von zwölf Bezirksbürgermeistern die CDU zehn der Bürgermeister stellt und die anderen nur noch in Wedding und in Spandau einen Bürgermeister stellen. Von zwölf haben wir jetzt zehn Bezirksbürgermeister, auch in Kreuzberg! (*Beifall.*) Nur noch in Wedding und Spandau werden die Sozialdemokraten den Bürgermeister stellen. Man muß sich klar machen, was das bedeutet, daß die bisherige Koalition jetzt noch 44,3 Prozent hat gegenüber bisher über 52 Prozent. Das alles zeigt, daß hier ein hervorragendes Ergebnis gelungen ist. Und ich will noch einmal darauf hinweisen, daß es jetzt nur noch eine sogenannte sozialliberale Koalition in Hessen gibt. Das ist eine Veränderung der politischen Landschaft, die man gar nicht hoch genug bewerten kann. Ich will aber jetzt um Thema Berlin von mir aus zunächst nichts sagen, sondern dem Hauptakteur, Richard von Weizsäcker, das Wort geben.

2 Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin am 10. Mai 1981: CDU 48,0 (1979 44,4), SPD 38,3 (42,7), FDP 5,6 (11), Alternative Liste 7,2 (3,7) Prozent.

Von Weizsäcker: Herr Vorsitzender, liebe Freunde, meine Damen und Herren. Zunächst möchte ich Ihnen allen im Namen aller Berliner Freunde aufrichtig danken für den Anteil, die Ermutigung und Unterstützung, die Sie uns im Wahlkampf gegeben haben. Wir haben einen ganz ungewöhnlich langen Wahlkampf geführt für einen Stadtstaat. Vier Monate sind ja völlig exorbitant. Einen Wahlkampf, der außerdem gekennzeichnet war durch alle möglichen Schwankungen in der Stimmung, begonnen mit einer für uns günstigen, aber von manchen in bezug auf ihre Auswertbarkeit verschätzten Situation. Damit meine ich, daß manche Leute meinten, wir hätten damals bei der Vertrauenskrise gleich mit Hilfe der in sich gespaltenen und ja auch schwer diskreditierten FDP den Versuch zu einem parlamentarischen Kunststück machen sollen. Das wäre nach meiner festen Einschätzung nichts wirklich für eine Grundlage eines eigenen Regierungshandelns Brauchbares geworden, schloß aber dafür die Notwendigkeit ein, in einem mehrmonatigen Wahlkampf dennoch sich den Regierungsauftrag zu verschaffen. Es war im Lauf der ersten, sagen wir mal, sechs bis acht Wochen in diesem Wahlkampf zweifellos so, daß es für uns immer schwieriger und nicht immer leichter wurde. Von Mitte März an zeigte sich dann aber, daß die Anfangserfolge des neuen Senats stagnierten und wir in einem dem Berliner Temperament und seiner Tradition angemessenen stetigen, begründeten und nicht in großen Sprüngen sich vollziehenden Tempo Fortschritte erzielt haben, um jetzt auf die Zahlen zu kommen, die Sie, wie ich annehme, alle kennen.

Bei der Wahl haben die CDU und die Alternative Liste je dreieinhalb Prozent hinzugewonnen. Die Sitzverteilung ist so, daß wegen der ganz ungewöhnlich großen Zahl von direkt gewonnenen CDU-Mandaten wir nun plötzlich nicht mehr ein Abgeordnetenhaus von 125, sondern von 133 haben. Die Überhangmandate mußten also in jeder Menge dazu geliefert werden. Ich bitte, in dem Zusammenhang sich auch den kleinen Berliner Lokalfreunden mit einem kleinen Seitenblick zuzuwenden. Helmut Kohl hat schon davon gesprochen. Zehn von zwölf Bezirksbürgermeistern in der Hand der CDU, das hätte jeden in den Bereich des Wahnsinns verfrachtet, der das im Dezember vorhergesagt hätte. Aber selbst in Wedding haben wir in der Bezirksverordnetenversammlung jetzt zwischen SPD und CDU gleich viele Abgeordnete; das muß man sich einmal vorstellen. In Reinickendorf, ein sehr viel gemischterer, aber großer Bezirk, haben wir die absolute Mehrheit. In Neukölln, wo es elf Mandate für das Abgeordnetenhaus gibt, haben wir das letzte Mal einen direkt gewonnen, dieses Mal haben wir acht direkt gewonnen. In Neukölln! Gut, ich gebe ja zu, daß das nicht nur eine Leistung der CDU, sondern auch ein Abstrich bei der SPD durch die Alternative Liste ist. Aber die Alternative Liste ist in Neukölln gar nicht so furchtbar toll; sie ist in Kreuzberg sehr stark, aber in Neukölln nicht. Und wenn ich das mal so nebenher sagen darf: Daß ich zum ersten Mal in meinem Leben auch mal einen Wahlkreis direkt gewonnen habe, freut mich natürlich auch. (*Große Heiterkeit und Beifall.*) Kleine Freuden sind auch erlaubt im Wahlkampf.

Nun zur Situation: 133 Mandate im Abgeordnetenhaus, die Mehrheit sind 67, die CDU hat 65. Die FDP sieben. Es ist klar, und das kam auch gestern in einer ziemlich länglichen Sendung im Dritten Programm vom SFB im Fernsehen aus den Fragen aus der Bevölkerung deutlich zum Vorschein, die Bevölkerung hat das Volksbegehren zur Neuwahl durchgesetzt, sie hat einen sehr langen, politisch sehr viel interessanteren Wahlkampf erlebt als vor zwei Jahren. Aber sie hat natürlich die ja schließlich nicht unbegründete Vorstellung, daß, wenn eine Bevölkerung zur Wahl schreitet und das Parlament neu ge-

wählt wird, nun nicht das Parlament nach einigen Wochen wieder an die Bevölkerung treten und sagen kann, liebe Leute, ihr habt uns zwar mit 133 Leuten hier reingeschickt – davon sind immerhin 124 in der Hand der bisherigen demokratischen Parteien, die alle drei sich darauf verpflichtet haben, nicht mit der Alternativen Liste zu koalieren –, aber leider macht uns das Spiel des Patts untereinander so viel mehr Freude als die Verpflichtung, dem Gemeinwesen eine Regierung zu geben, so daß wir leider mit eurer Wahl nichts anfangen können, ihr müßt wieder wählen. Eine derartige Zumutung an den Wähler wäre in allererster Linie eine Niederlage des Systems der parlamentarischen Demokratie überhaupt. (*Beifall.*) Man muß wissen, daß in einem solchen Fall – jetzt einmal abgesehen von den Vorteilen oder Nachteilen, die die CDU gegenüber der FDP und auch der SPD erringen würde –, ein solches Verhalten, wenn wir mit 93 Prozent der Mandate im Abgeordnetenhaus unter den drei Parteien nicht in der Lage sein sollen, eine handlungsfähige Regierung zustande zu bringen, natürlich den Zulauf zur Alternativen Liste in ganz anderen Bevölkerungskreisen öffnen würde als in denen, die zur Zeit dieser Alternativen Liste einen zwar gefährlich großen, aber immerhin noch eingrenzbaeren Erfolg verschafft haben. Ich sage das jetzt nicht, um uns hier stimmungsmäßig aufzupumpen, sondern ich glaube, jeder, der in Berlin auch nur einigermaßen ernsthaft hinhört auf das, was er in der Straße und am Telefon und in Telegrammen usw. vermittelt bekommt, von Stimme zu Stimme deutlicher spürt, daß diese Berliner in bezug auf das souveräne Recht des Wählers nicht jeden Schindluder mit sich treiben lassen werden in bezug auf das, was die Parteien aus einem solchen Auftrag machen.

Was nun die beiden anderen anbetrifft, SPD und FDP, so ist mein Eindruck der folgende: Die SPD hat ihre Wahlniederlage natürlich dem Verschleißprozeß um Garski und der Parteibuchwirtschaft und was weiß ich alles zuzuschreiben. Aber jeder von Ihnen, der in Berlin gewesen ist, hat ja doch wohl auch verspürt, daß die Thematik und auch die ihr zugrundeliegende Gefühlslage in diesen letzten sechs bis acht Wochen ja durchaus nicht durch Garski und Öffentlichen Dienst usw. gekennzeichnet war, sondern durch das, was der Senat selbst, der neue Senat, gemacht hat und welche Linie die SPD eingeschlagen hat. Die tiefsten Einbrüche, die wir erzielt haben, liegen in der traditionellen Wählerschaft der SPD. Damit haben wir zwar einen Trend der letzten Jahre fortgesetzt, daß die CDU sich mehr und mehr Respekt und Glaubwürdigkeit auch bei dieser Arbeitnehmerschaft verschafft hat. Andere Landes- und Kommunal- und Bundeswahlen zeigen das bei einzelnen Analysen.

Wir haben darüberhinaus in Berlin davon profitiert, daß die SPD unter der konzeptionellen Regie des Bundesgeschäftsführers und zugleich Landesvorsitzenden Glotz – unter einer mehr oder weniger duldenden Rolle von Herrn Vogel gegenüber dieser Linie von Herrn Glotz – nun eben dazu übergegangen ist zu sagen, unser Thema ist das Monopol der Gesprächsbereitschaft in der Hand der SPD, Gesprächsbereitschaft mit jedermann, mit jeder Randgruppe, mit allem, was von der APO bis zur AL uns je vor die Flinte kommt, um den Preis der eigenen Position. Vom ersten Werbeplakat an bis hin zu jeder Senatsmaßnahme konnte man in diesen letzten drei bis vier Monaten beobachten, daß immer der Gedanke dahinterstand, wie wirkt das, was wir machen bei der Alternativen Liste? Wie können wir mit diesen Maßnahmen einen zu starken Einbruch der AL-Mentalität in unsere, die SPD-Wählerschaft verhindern? Was auf diesem Weg vielleicht, das ist sehr schwer zu sagen, verhindert worden sein mag in Richtung auf die Alternative

Liste, ist dafür verloren worden in der Grundsubstanz des traditionellen und in Berlin ja durch eine doch bemerkenswerte historisch gewichtige Tradition gekennzeichnete SPD-Wählerschaft. Die Leute haben wirklich das Gefühl gehabt, in dieser Partei nicht mehr ausreichend beheimatet zu sein. Wir haben daher eben auch in Wedding und in Neukölln und in Reinickendorf, bis zu einem gewissen Grade auch in Tiergarten, obwohl es dort schwerer war, hauptsächlich Fortschritte erzielt, während es in Wilmersdorf und in Charlottenburg eher etwas schwerer war, aber auch Zuwächse gegeben hat.

Vogel war ja seit langem darauf eingestellt, daß er die Wahl wohl nicht werde gewinnen können. Er hat sich gestern abend im Grunde in einer bemerkenswerten Offenheit zu der Linie bekannt, die wir ja auch von ihm zu erwarten hatten, nämlich zu sagen, die Verantwortung dafür, daß dieses Schiff wieder flott kommt, hat nunmehr die CDU. Uns geht das alles nichts an, ich mache Opposition, mein Stichwort ist Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit heißt, nach der Wahl dasselbe zu sagen wie vor der Wahl, und dies allein ist das Kriterium, an dem wir uns zu messen haben. Dahinter steht natürlich auch der Hintergedanke, auf diese Weise die FDP dazu einzuladen, die Dinge ähnlich zu sehen und nun vielleicht noch den Funken einer Hoffnung zu nähren, daß es eben doch zu Neuwahlen käme und daß die Monate, die bis zu einer solchen Neuwahl verrinnen müßten, dem dann zwar zurückgetretenen, aber durch den Parlamentspräsidenten³ zum Weiteramtieren aufgeforderten Senat noch einmal eine Chance geben. Ich behaupte nicht, daß die Führung der Sozialdemokraten im Ernst glaubt, daß dieses Konzept aufgeht, denn – wie gesagt – die SPD würde nicht minder als die FDP die Reaktion der Wähler zu spüren bekommen, wenn sie einfach sagen würde, wir können nicht; aber das ist jedenfalls die Linie, die sie zur Zeit vertritt.

Bei der FDP ist die Lage, wie wir alle wissen, höchst kompliziert. Sie hat sieben Abgeordnete. Bei dieser inoffiziellen politischen Seelenerforschung, die man bei diesen künftigen und bisher ja auch schon bekannten Kollegen überall angestellt hat, ist davon auszugehen, daß zwei von diesen sieben dezidiert gegen jede Art von Duldung oder gar Zusammenarbeit mit der CDU sind. Bei den anderen fünf gibt es gewisse Abstriche, der eine wird es vor allem dann gerne machen, wenn er sein Senatorenamt behält und der andere wird wieder eine andere und vielleicht moralisch ganz anders motivierte Grundstimmung haben. Für uns ist es jetzt nicht an der Zeit, über die schwierige Lage der FDP moralisch zu Gericht zu sitzen und ihr öffentlich Zensuren zu verpassen. Das würde zu gar nichts führen. Die FDP ist objektiv in einer schwierigen Lage, und wer immer daran schuld sein mag, ist etwas, was uns jetzt überhaupt gar nichts angeht. Sie ist in einer schwierigen Lage. Sie macht heute ihr Präsidium hier in Bonn und ihren Landesvorstand in Berlin; morgen abend hat sie ihren Landesausschuß. Nach bisheriger Berechnung würde sich dieser Landesausschuß in seiner Inklination mit einiger Sicherheit nicht für eine Koalition mit der CDU aussprechen können. Wahrscheinlich oder vielleicht wollen sie einen Sonderparteitag noch Ende dieser Woche einberufen. Alles dieses weiß man nicht. Man weiß auch nicht, inwieweit relativ definitive Entscheidungen solcher Parteigremien sich nun auf die Abgeordneten selber auswirken würden. Es sind ja auch äußerst unklare Führungsverhältnisse in dieser Berliner FDP. Aber ich will auf die Einzelheiten jetzt hier nicht eingehen. Was ich nur sagen möchte, ist dies: Ich bin davon überzeugt – und ich

3 Heinrich Lummer (geb. 1932), Elektromechaniker, Diplom-Politologe; 1967–1986 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (CDU, 1980/81 Präsident), 1981–1986 Senator des Inneren, 1987–1998 MdB.

weiß, daß das eine relativ weitgehende Äußerung im jetzigen Stadium ist –, daß die FDP das ihr Mögliche tun wird, um zu erreichen, daß ein CDU-Senat auch gewählt wird. Ich bin nicht davon überzeugt, daß die FDP, in eine Koalition zum Zweck der Herbeiführung dieser Wahl jetzt einzutreten, sich in der Lage sehen wird.

Wenn diese meine Überzeugung zutrifft, dann wird es im Laufe der nächsten schätzungsweise sechs Wochen – das Abgeordnetenhaus wird wahrscheinlich am 11. Juni zusammentreten –, einen Senat geben, den wir stellen. Daß das eine schwierige Lage angesichts schwieriger Probleme ist, weiß jeder. Aber es ist eine Lage, die ja diejenigen nicht aus der Pflicht entläßt, welche das Zustandekommen einer solchen Wahl mitverantworten. Das wird dann mit Sicherheit nicht das letzte Wort über die Zusammensetzung einer Regierung in Berlin sein. Ich halte jedenfalls die Grundlinie der Vernunft und einfach des gesunden Empfindens der Wähler letzten Endes für so ausschlaggebend, daß die FDP hier nicht anders können wird, als der CDU die Verantwortung zuzumuten und dasjenige Stück Mitverantwortung an dieser Verantwortung in Berlin zu übernehmen, was dann Leitlinie für die Gestaltung der Verhältnisse in Berlin sein wird.

Sehr viel mehr läßt sich von mir her gesehen im Moment nicht sagen. Ich möchte noch einmal sagen, einerseits hat die Berliner CDU selber so etwas an Wahlkampf noch nicht erlebt. Bitte, wir sind ja verwöhnt Ihnen gegenüber: Wir machen alles an einem Tag, wir wählen an einem Tag die Kommunalparlamente, das Landesparlament, unsere Bundestagsabgeordneten und unsere Europaabgeordneten. Das machen wir alles in einem Aufwasch. Und dann haben wir wieder vier Jahre Pause. Das ist ja nicht so genüßreich wie in anderen Ländern. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Nur, es war ein viermonatiger Wahlkampf ziemlich ununterbrochen auf der Straße. Ich habe noch nie in meinem Leben so viele kalte Hände geschüttelt wie in diesen vier Monaten bei unseren eigenen Wahlhelfern. Die sind nun alle nicht hier, aber um so stärker möchte ich doch auch hier sagen, wie großartig ich diese Leistung finde, wie viele Leute hier wirklich unaufhörlich draußen gestanden sind. (*Beifall.*)

Das zweite ist: Wir haben nicht nur, wie das so von uns allen praktiziert wird und bekannt ist, Wahlversammlungen durch Bundesredner und gute Freunde aus anderen Landesverbänden und Kreisverbänden gehabt, sondern wir haben darüber hinaus auch noch Arten von Veranstaltungen gehabt, wie wir sie in dieser Form nicht erlebt haben, also mit Bernhard Vogel zum Beispiel; das waren zwei ganz besonders gelungene Sachen.⁴ Dann haben wir diese Oberbürgermeisterveranstaltung mit Wallmann und Rommel gehabt. Das lief so ab, wie man sich das mit diesen beiden guten Freunden von uns auch im einzelnen genau vorstellen kann; es wich davon überhaupt nicht ab, was Sie sich darunter vorstellen können. (*Heiterkeit.*) Unser Bundesvorsitzender hat in der verschiedensten Form uns geholfen und vor allem diese zwei großen Sachen: das Wochenende, oder vorgezogene Wochenende mit den Landesverbänden, einschließlich der CSU, was eine sehr gut gelungene Mischung von freudigen Ereignissen von den Funkenmariechen über die Trompeter bis hin zu ernsten politischen Gesprächen brachte und was eine wirkliche Aufmerksamkeit in Berlin brachte an einem Punkt, an dem die Berliner ja nun mal empfindlich sind, nämlich wie man eigentlich über sie denkt. Und das zweite war das Bundestagsfraktionswochenende am 2. und 3. Mai. Diese beiden Formen der in diesem

4 Vgl. UiD vom 2. April 1981: „Bundespartei unterstützt Berliner CDU“.

ja relativ kleinen Stadtstaat ja nun auch wahrnehmbaren großen Beteiligung der Bundesunion als Ganzem ist etwas, was ich in der Form noch nicht erlebt habe. Das haben alle Berliner mit großer Dankbarkeit registriert. Ihnen allen, jedem einzelnen von Ihnen, dafür den Dank auszusprechen, ist, glaube ich, etwas, was ich wirklich im Namen der gesamten Berliner CDU gerne tun möchte. Ich bin sicher, daß dieses Ergebnis dazu führt, daß wir die Verantwortung in Berlin in kurzer Zeit übernehmen und daß wir von daher etwas beitragen können, nicht nur für die nächsten Landtagswahlen, was wichtig und, wie ich hoffe, auch ermutigend ist, sondern von daher auch zu einer Revitalisierung des Gefühls von der Bedeutung Berlins für die deutsche Politik im ganzen tun können. *(Beifall.)*

Es geht ja nicht darum, daß wir nun plötzlich als CDU-Senat in Berlin einen neuen und zeitlich befristeten Wiedervereinigungsplan hätten, aber es geht eben doch um die Erkenntnis, daß das Schicksal von Europa und Deutschland im Gesamtbereich der Ost-West-Beziehungen nun einmal gekennzeichnet ist durch die Teilung von Stadt, Land und Kontinent. Es ist nicht so, daß wir eine Exklave in Berlin sind und es also die Probleme gibt, wie man da die Lebensfähigkeit aufrechterhalten kann – das gehört alles dazu –, aber Berlin ist mehr als ein Gradmesser für alles, was uns an deutscher und europäischer Politik kennzeichnet. Ich finde, es ist doch auch ein bemerkenswertes Zeichen, wo man in der Berliner Öffentlichkeit gelegentlich nach dem Abschluß des Viermächteabkommens⁵ so die Vorstellung verbreitet, deutschlandpolitische Probleme gebe es nun für die nächsten Generationen nicht mehr, daß in einer solchen Atmosphäre Leute aller Parteien sich mit Aufmerksamkeit die Zielsetzung anhören, die von uns ausgeht, wenn wir sagen, es ist unser Ziel, daß unsere Kinder wieder in ganz Europa, in ganz Deutschland und in der ganzen Stadt Berlin werden zu Hause sein können. Dazu wollen wir etwas beitragen, und dazu haben Sie uns alle geholfen. *(Beifall.)*

Kohl: Vielen Dank, Richard von Weizsäcker, für diesen Bericht. Ich gehe eigentlich auch nach dem gestrigen Abend hier in Bonn davon aus, daß vor allem bei der FDP-Bundesparteführung das Nachdenken eingesetzt hat. Die Parteführung hier ist in einer ungewöhnlich schwierigen Lage, weil es der Mentalität der Parteführung ja nicht entspricht, zu klaren Entscheidungen zu kommen. Insofern ist die Situation in Berlin über das Lokale hinaus von allergrößter Bedeutung, und ich bitte dringend darum, daß jeder von uns zu dem Thema, wie wird es weitergehen, die Linie fortsetzt, die wir beide gestern abend, Richard von Weizsäcker und ich, abgesprochen haben und ja auch in den öffentlichen Kundgebungen vertreten haben, die er jetzt eben wieder deutlich gemacht hat. Wir haben hier keine Ratschläge zu geben, sondern Feststellungen zu treffen. Ich finde, die allerwichtigste Feststellung muß einfach sein, daß, wenn über 90 Prozent der Berliner den demokratischen Parteien ihre Stimme gegeben haben, es eine Bankrotterklärung der Demokratie ist, wenn dann keine demokratisch gewählte Regierung zustande kommt. Und daß, ohne daß wir das laut sagen, das Ziel natürlich sein muß, erstens einmal den Senat mit Richard von Weizsäcker ins Amt zu bringen, aber ihn auch in einer nahen Zukunft auf eine Mehrheitsbasis zu stellen, damit die ja zum Teil übergroßen Erwartungen, das will ich hier auch einmal sagen, die in Berlin an den Neuanfang geknüpft werden, tatsächlich dann auch realisiert werden können.

5 Am 3. September 1971 unterzeichnet und am 3. Juni 1972 in Kraft getreten.

Für die FDP, das steht außer Zweifel, ist das eine ungewöhnlich schwierige Entscheidung. Für Genscher wird die Entscheidung nicht erleichtert, daß er Ende dieses Monats seinen Bundesparteitag in Köln hat. Wenn er keinen Bundesparteitag hätte, wäre seine Lage ungleich günstiger. Insofern ist es gut, daß das Abgeordnetenhaus erst im Juni zusammentritt durch die Verfassungsfrist von vier Wochen und daß dieser Parteitag vorweg geht. Es ist dabei die Rolle der verfaßten öffentlichen Meinung wichtig, die ihr Gewicht hat. Und da kann nahezu jeder von uns hier seinen Beitrag in Gesprächen leisten. Wenn der Satz stimmen soll, „Bonn ist nicht Weimar“⁶ – ob der Satz stimmt, muß man sich schon fragen, wenn man gestern den Herrn Schily⁷ beispielsweise im deutschen Fernsehen gesehen hat, das ist eine Frage, die sich ja aufdrängt –, dann müssen die demokratischen Parteien jetzt hier ihrer Verantwortung gerecht werden. Deswegen wollen wir gar keine Anrede an die FDP machen, sondern wir wollen reden von den Demokraten, die hier in einer besonderen Verantwortung stehen und dieser Verantwortung gerecht werden müssen. – Gibt es Fragen zum Bericht von Richard von Weizsäcker?

Dregger: Wie definitiv hat sich Genscher vor der Wahl zu einer Koalition mit der CDU nach der Wahl geäußert? Die Presseberichte waren etwas unübersichtlich.

Kohl: Das ist ganz eindeutig, er hat sich geäußert, wie sich Hans-Dietrich Genscher zu äußern pflegt. Er hat den Beschluß der Berliner Partei unterstützt, hat aber wörtlich gesagt, nicht nur in Gesprächen, sondern auch in der Öffentlichkeit in Berlin – er hat mir selbst den einen Text zugeschickt noch vor der Wahl –, daß jede demokratische Partei ihrer staatspolitischen Verantwortung nach der Wahl gerecht werden und sie sich prüfen muß, ob sie dieser staatspolitischen Verantwortung gerecht wird. Und das ist ja auch eigentlich für seine Verhältnisse ziemlich deutlich gestern Abend geworden.

Späth: Außerhalb des Abgeordnetenhauses, gibt es da Ansätze zu einem Stillhalteabkommen mit der SPD, möglicherweise sich zu einigen? Das wird ja katastrophal, wenn ich mir da die Ergebnisse ansehe, das ist immer ein Patt zwischen zwei Seiten, und die Alternativen können letztlich die Entscheidung herbeiführen.

Von Weizsäcker: Das ist vollkommen richtig. Die SPD ist in Berlin in den verschiedenen Bezirken natürlich sehr unterschiedlich strukturiert. Also, wir haben zum Beispiel jetzt am 8. Mai einen Friedensmarsch in Berlin erlebt, zu dem die SPD-Landesführung die Beteiligung nicht empfohlen, sondern abgelehnt hatte, weil dieser Marsch zwar von Landesjugendring und kirchlichen Kreisen usw. zunächst erst initiiert worden war, aber dann von der SEW oder KPD usw. mit unterschrieben war. Und dann haben drei Kreisverbände der SPD dort ausdrücklich sich angeschlossen. In solchen Kreisverbänden ist es durchaus nicht auszuschließen, daß es zusammen mit Alternativen in der Bezirksverordnetenversammlung zu einer Mehrheitsentscheidung kommt gegenüber einem von der CDU gestellten Bürgermeister. Ich meine, daß wir den Bezirksbürgermeister stellen, heißt ja immer noch nicht, daß wir da die Mehrheit haben, das heißt ja nur, daß in diesem sehr seltsamen Berliner System aufgrund eines Gesetzes die Große Koalition legaliter vorgeschrieben ist. (*Kohl:* Superkoalition.) Na ja, gut, also die Superkoalition, meistens

6 Buchtitel des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann (1910–1996) Köln 1956.

7 Bei einer Wahlrunde der Parteienvertreter hatte Eberhard Diepgen von den drei demokratischen Rathausparteien im Abgeordnetenhaus Berlin gesprochen, worauf Otto Schily ihm erklärte, er solle sich diesen Sprachgebrauch abgewöhnen, denn damit beleidige er die Wähler der Alternativen Liste (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 11. Mai 1981: „CDU verfehlt knapp absolute Mehrheit“).

kommen die Kleinen nicht mit rein, weil sie nicht genügend Sitze haben, um auch noch Anspruch auf einen Posten im Bezirksamt zu haben. Teilweise werden jetzt aber die Alternativen dazu kommen. Da hat also die Tatsache, daß man den Bezirksbürgermeister stellt, ja noch nichts darüber zu sagen, wie es mit den tatsächlichen Entscheidungsmächten in der kommunalpolitisch parlamentarischen Körperschaft ist.

Ich will nur sagen, Herr Späth, einerseits wird es in zwei oder drei Kreisbezirken durchaus dazu kommen können, daß hier SPD und Alternative – nicht in jedem Fall, aber immer mal wieder – zusammengehen und Mehrheitsbeschlüsse zustande bringen. Die SPD im ganzen wird ja durch ihren Kurs der Offenheit in Richtung auf die Alternative Liste nur immer tiefer in das Dilemma hineinkommen, in dem sie zur Zeit auch schon ist. Wenn sie mit denen kooperiert, dann wird sie halt auf der anderen Seite immer wieder mehr Abbröckeln hinnehmen müssen. Sie macht auf der einen Seite die Alternativen, wenn man so will, hoffähig. Die reden ja immer von ihrem Spielbein und Standbein und haben nun mal in ihrem Programm mitgeteilt, daß für sie parlamentarische Sitze dazu da sind, um den außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren und zu stärken. Das imperative Mandat ist die uns geläufige Form dieser Sache. Aber daß das Ziel eine Tätigkeit sei, den außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren und zu stärken, das ist eine Formel, die ich früher nie angetroffen habe und von der ich eben auch immer wieder sage, ich halte sie für verfassungswidrig. Ich meine, nicht im Sinne von verfassungsfeindlich, so wie man die KPD verbietet oder so etwas, sondern ich halte sie für nicht im Einklang mit unserem parlamentarischen Verfassungsrecht.

Aber gut. Es wird einige solche Zusammenarbeiten geben, und in anderen Fällen wird sich – ich nehme an, daß das zunimmt – das Bedenken gegen die langfristigen Folgen einer solchen Linie einstellen. Im übrigen glaube ich überhaupt, daß ja auch die Bundes-SPD doch nicht darum herumkommt, nach diesem Ergebnis nun darüber nachzudenken, ob man eigentlich zwei Sachen ernsthaft auf die Dauer miteinander verbinden will, nämlich eine Parteilinie à la Glotz, Gesprächsbereitschaft um jeden Preis, und eine führende Rolle in einer Bundesregierung nach der Richtung von Schmidt. Das eine und das andere schließt sich gegenseitig aus.

Pieroth: Ich möchte im Zusammenhang mit der Frage von Herrn Späth nicht eine Antwort auf diese Frage geben, aber ein erstes Ergebnis des Vergleichs der verschiedenen Zuwächse in den zwölf Bezirken vornehmen. Was mir zu denken gibt, ist eine Frage, die ich auch als Berliner noch nicht beantworten kann. Die CDU hat da am stärksten hinzugewonnen, wo die Alternativen am wenigsten gewonnen haben. Aber was mir mehr Sorgen macht, die CDU hat da am wenigsten gewonnen, wo die Alternativen besonders hoch gewonnen haben. Jetzt kann es da sicherlich nicht direkte Zusammenhänge geben, aber eines fällt auf: Die CDU hat in allen Innenstadtbezirken, in sämtlichen sieben Innenstadtbezirken am wenigsten dazugewonnen, und in den allermeisten Innenstadtbezirken haben die Alternativen bis zu 15 Prozent dazubekommen. Die CDU hat in den Innenstadtbezirken am wenigsten dazugewonnen, unabhängig davon, ob das 30 Prozent Innenstadtbezirk oder 40 Prozent oder 50 Prozent CDU-Innenstadtbezirk waren.

Die Innenstadtbezirke haben gegenüber den Außenbezirken, wo wir die großen Gewinne bis sechs Prozent hatten, ein Spezifikum. Das ist der Altwohnungsbestand. Ich weiß nicht, ob Sie die Kampagne mitbekommen haben in den letzten acht, neun Tagen „Die CDU will Euch betrügen!“ Und die CDU-Anhänger zumindest kamen scharenweise auf

den Straßen mit der Frage, sagt uns doch mal, stimmt das denn, werden denn bei euch ab 1983 die Mieten um so viel angehoben werden? Diese Kampagne der SPD scheint gelungen zu sein. Es kamen natürlich nur die CDU-Nahestehenden und haben gefragt, die anderen kamen erst gar nicht. Jedenfalls spricht der Vergleich Innenstadtbezirke, Althausbestand, Außenbezirke, wenig Altwohnungsbestand, dafür, daß die Mietenkampagne angekommen ist, weil wir eben in den Innenstadtbezirken weniger dazugewonnen haben.

Ich bringe das nicht, um aufzuzeigen, wo wir vielleicht ein Prozent hätten noch mehr gewinnen können. Allerdings habe ich gelernt, wenn man schon etwas sündigt, dann sollte man voll sündigen und sich da nicht noch ein Hintertürchen offenlassen. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Nein, ich bringe es, weil ich auch zum Ausdruck bringen will, mit einem sehr wichtigen anderen Gedanken verbunden, daß wir an der Front des Wohnungsbaus und der leerstehenden Häuser sehr rasch sichtbare Erfolge haben können. So wie Vogel unverständlicherweise darunter zu leiden hatte, daß da ständig Meldungen in den Zeitungen waren „wieder drei Häuser besetzt“. Da können wir ja dann bald Meldungen in die Zeitungen bringen, und da machen die Berliner Zeitungen mit, „wieder drei Häuser instandgesetzt“. Das muß positiv werden, diese Grundströmung.

Ich habe das aus einem anderen Grund mit angeschnitten. Es ist in Berlin leider sehr böse aufgefallen, daß von außen Ratschläge gegeben wurden, was in Berlin eine Straße des Schreckens geworden ist. Das mußte ich auch in Berlin lernen, von außen hört man sehr ungern Ratschläge, wenn man da zurückgesagt bekommen kann, derjenige, der den Ratschlag gibt, der kennt ja Berlin kaum. Das hat uns ein bißchen mit geschadet. Umgekehrt braucht Berlin nichts so sehr wie Mut. Wenn der Bundesvorsitzende davor gewarnt hat, nicht die Hoffnungsträume in den Himmel wachsen zu lassen, Mut können wir den Berlinern schon vermitteln, auch den Sympathisanten der Alternativen, die müssen ja abzutrennen sein. Ich würde meinen, die suchen Selbständigkeit, Selbstverantwortlichkeit. Da können wir was bieten, das Mietenbeispiel wollte ich gesagt haben und ungebetene Ratschläge außen vor lassen.

Barzel: Herr Vorsitzender, verehrte Kolleginnen und Kollegen, heute freuen wir uns alle und sind guter Dinge und wollen auch unsere Freunde unterstützen. Ich würde aber gerne haben, daß wir uns fest vornehmen, das geht heute auf gar keinen Fall, uns mit dieser Zahl von AL zu befassen; das ist eine Frage, die uns alle angeht. Denn das ist ja nicht nur eine Frage von Ökologie oder von Kommunisten, das ist eine Frage auch an uns selber. Und die würde ich doch gerne in diesem Vorstand mal erörtert sehen, zumal wir ja aus guten Gründen nach der Bundestagswahl diese Debatte nicht so geführt haben.

Ich würde gerne ein zweites hinzufügen. (*Zwischenruf:* Können Sie ein bißchen lauter sprechen?) Ich spreche so laut ich kann, ich kann auch schreien. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich finde das prima, was hier vorgetragen worden ist mit dem Blick auf die FDP. Ich würde nur gerne uns allen klar machen und spreche es eben auch aus, daß die FDP auf jeden Fall über einen Schatten springen muß. Und sie hat zwei Sprungmöglichkeiten, andere würde ich nicht ausschließen. Ich bitte immer, daran zu denken, daß wir es in dieser Situation jetzt auch mit Willy Brandt zu tun haben. Und seit heute nacht wissen wir alle, daß es selbstverständlich ist, daß man in Europa ein Staatspräsident mit Kommunisten sein kann, ob die nun in der Regierung sind oder nicht, sie sind im Boot. Sie sind da! Sie sind akzeptiert, sie sind nicht außen vor gelassen worden. Das spielt natürlich nun Tag für Tag, lieber Richard von Weizsäcker, auch in Berlin eine Rolle. Und damit werden wir es

zu tun bekommen. Ich will das hier gar nicht lange ausführen, ich wollte nur sagen, diese beiden Argumente sollten uns eigentlich Anlaß sein, uns doch fest vorzunehmen, bald auch eine Debatte über solche Fragen vielleicht im Parteipräsidium zu führen. Dies wollte ich sagen. Noch einmal, wie schön, daß wir es in Berlin geschafft haben! Ich hatte es auch nicht gehofft, Sie kennen meine etwas pessimistische Prognose. Für Sie und auch Sie, Herr von Weizsäcker, meinen ganz persönlichen Glückwunsch und meine Freude. Aber die Gefahr des zweiten Punktes müssen wir jetzt einfach sehen.

Wex: Ich möchte nochmal auf den ersten Punkt zurückkommen, Herr von Weizsäcker. Sie haben gesagt, daß die Frage der Alternativen hauptsächlich auch die ist, daß sie außerparlamentarische Kräfte in das Parlament einführen wollen, in der Art, wie sie sich verhalten. Haben wir hier eigentlich eine Chance, das mal aufzunehmen, was im Berliner Wahlkampf, ich glaube, sogar Sie gesagt haben, ich kann es nicht genau sagen, daß ja gerade das Materialistische, Fortschrittsgläubige der wirklichen sozialistischen Partei eigentlich dem widersprechen müßte, daß die auf demselben Feld grasen? Unsere anderen Punkte sind ja für die Alternativen ganz andere. Ich habe den Eindruck, daß sie inhaltlich für das, was sie wollen, auch von uns ansprechbar sind für das, was wir in der Politik vertreten.

Albrecht: Ich wollte eigentlich nur in aller Kürze sagen, daß ich es goldrichtig finde, wie Richard von Weizsäcker und auch unser Vorsitzender die Linie definiert haben. Vielleicht lohnt es sich zu erinnern an das, was vor fünf Jahren in Niedersachsen war. Als ich gewählt wurde, fuhr Herr Genscher postwendend nach Hannover, um seine Leute für die Koalition zu gewinnen und kam nicht durch. Die Betroffenen sagten zunächst mal nein, ausgeschlossen! Das war im Januar. Im Mai haben sie noch einen Landesparteitag gehabt, wo sie mit großer Mehrheit beschlossen haben, wir gehen nicht in die Koalition hinein. Im Herbst haben sie dann die Koalition mit uns gemacht. Das, was diesen Wandel veranlaßt hat, war in der Tat, daß von unserer Seite aus – und das habe ich gestern abend schon mit Freude in den Worten von Richard von Weizsäcker gehört – eines im Vordergrund stand, das Wohl des Landes, in diesem Fall das Wohl der Stadt Berlin. Berlin braucht eine handlungsfähige Regierung, und alle demokratischen Parteien müssen sich daran messen lassen, wieweit sie diesem Anspruch der Stadt gerecht werden. Ich bin überzeugt, auf Dauer kann die FDP diesem Druck nicht standhalten. Sie wird vielleicht Übergänge suchen, daß sie zunächst mal toleriert und sich etwa bei der Abstimmung des Regierenden Bürgermeisters und des Senats der Stimme enthält, (*Unruhe. Diskussion.*) daß sie Wege findet, um sicherzustellen, wie wir überhaupt eine Regierung bekommen, ohne daß sie selber daran teilnehmen muß. Dies ist im Grunde ein innerparteiliches Problem für sie, wenn die Zerreißprobe zu groß wird.

Auf eines kann man auch bauen, das muß man ja auch sehen: Die Vorstellung, daß man zu einer neuen Wahl jetzt nochmal käme und dann nochmal wieder dieses Abgeordnetenhaus sich auflöst, ist, glaube ich, keine sehr realistische Frage bei einer so verfaßten Partei, wie die FDP es ist. Also, ich meine schlußendlich, hier gibt es Perspektiven, die in mancher Hinsicht ähnlich sind. Ich bin überzeugt, wenn unsere Leute mit Richard von Weizsäcker an der Spitze diese Linie durchhalten, daß dann als Endergebnis ein handlungsfähiger Senat stehen wird und im Endergebnis auch eine Koalition. Um so wichtiger ist, daß wir draußen im Lande, in der Bundesrepublik, dem Rechnung tragen mit großer Behutsamkeit, daß wir nicht zu klare Forderungen stellen, nicht auf die FDP einschlagen.

Da muß man sagen, das Wohl dieser Stadt mehr als irgendeine andere Stadt in Deutschland verlangt jetzt eine handlungsfähige Regierung.

Im übrigen möchte ich noch eine letzte Bemerkung machen, falls es so kommen sollte, daß Richard von Weizsäcker zunächst mal einen Minderheitensenat bilden sollte: Lieber Richard, man kann auch in einer Regierungserklärung deutlich sagen, was CDU-Politik ist und zunächst einmal damit auch eine politische Bewegung in Gang bringen, die so große Zustimmung kriegt, daß es noch schwieriger wird für die FDP, sich diesem zu entziehen.

Späth: Nach den Ausführungen von Ernst Albrecht muß ich doch kurz, einfach damit es auch im Raum steht, noch eine andere Überlegung anstellen. Ich habe ein bißchen die Sorge, mit einer Minderheitenregierung anzufangen, als Oppositionspartei in Bezirksversammlungen in dem Zustand, den wir vorhin beschrieben haben, und dann harte Politik zu machen. Und harte Politik heißt eben, nicht nur beschreiben, sondern anschließend an die Hausbesetzerszene heranzugehen. Wenn da erst mal die Fetzen fliegen und die Auseinandersetzungen folgen, muß man ununterbrochen sehen, wie man Abstimmungsquoten, einschließlich Beschließungsanträge mit knapper Mehrheit kriegt, dann bin ich noch nicht so überzeugt, ob dieses Rezept so ganz optimal ist. Ich halte es möglicherweise für unvermeidlich. Wir sollten bloß dahin streben, daß wir die optimale Ausgangslage einfach für alle finden. Ich glaube, daß es mit diesen Mehrheiten schlecht zu beurteilen ist. Wahrscheinlich bleibt es bei zu knappen Mehrheiten, um etwas zu bewegen. Insoweit würde ich der FDP gegenüber sicher nicht in Berlin, aber außerhalb – ich weiß nicht, ob das so schlecht wäre –, darauf hinweisen, daß die FDP jetzt vor einer eigentlich ganz wichtigen Entscheidung selber steht. Ich würde alles daran setzen, die FDP ins Boot zu bringen und das nicht, möglicherweise ist das unvermeidlich, nur mit dem Gedanken schon abtun, daß die FDP sagt, na ja, wir tolerieren, wir wählen nicht, sagen aber, wir bleiben in der Opposition. Man darf nicht unterschätzen, daß diese taktischen Schachzüge zu Beginn möglicherweise einen Zustand mit verursachen, der ein bißchen schwerer zu bereinigen ist in Berlin als in einem Flächenland wie Niedersachsen oder auch wie Baden-Württemberg. Ich bin nicht ganz so sicher, ob nicht diese ganze Struktur der Berliner FDP – ich kenne das zu wenig, aber das, was ich im Konkreten sehe – besonders geeignet ist für so eine Systematik, erst tolerieren wir eine Minderheitsregierung und nach einer Tarnfrist kommen wir dann; ob das so ganz klar in Berlin ist, das vermag ich nicht zu sagen. Aber ich meine, die FDP wird am meisten Angst haben vor einer Entwicklung, die möglicherweise wiederum keine Stabilität bringt. Denn bei Neuwahlen wäre eines der FDP sicher, daß sie, wenn sie diejenige ist, die eine vernünftige Mehrheitsbildung verweigert, dann wirklich draußen ist.

Also, ich würde bitten, jetzt zu Anfang schon zu sagen, Neuwahlen nutzen überhaupt nichts mehr, nur noch die Frage, wie wir eine Minderheitenregierung bilden können. Da würde ich sagen, das kann das Ergebnis sein. Aber in der jetzigen Phase, bei dem Bild der FDP, glaube ich, wird mindestens außerhalb Berlins, also in Bonn und in den Ländern, durchaus versucht werden, auf die FDP Druck auszuüben in der Frage, wo ist eigentlich das Selbstverständnis?

Griesinger: Herr von Weizsäcker, ist die Vermutung richtig, daß Ihnen der Vorsitzende der FDP gestern abend deutlich gemacht hat, daß sie auf gar keinen Fall mit den Alternativen zusammengehen, daß es bei den beiden Ängste gäbe, die sie haben müssen, das

Gesicht zu verlieren, mit der CDU zusammenzugehen oder Gesicht bzw. Stimmen zu verlieren, wenn sie mit den Alternativen in der Opposition zusammengehen, daß vielleicht eine Chance darin zu sehen wäre, daß sie sich besser distanzieren kann über die größere Zahl der Alternativen jetzt im Senat, die ja teilweise in den Bezirksämtern mit drin sind? Daß sie bereit sind, aus staatsmännischer Überlegung das kleinere Übel zu wählen und mit der CDU zusammenzugehen, um Berlin zu retten, um das mal unter einem gewissen Motto vielleicht zu sehen? Mich hat etwas bestärkt die Aussage von Genscher gestern abend, wir sind ja nicht die, die die Welt auf den Schultern tragen, wir haben ja gerade noch Glück gehabt, daß wir reinkamen, wir sind auch nicht die ersten, die jetzt Gespräche führen werden, so ungefähr, wir sind aber bereit, wenn Berlin gerettet werden muß, hier uns nicht zu versagen, was durch viele Blumen hindurch vielleicht herauszuhören war.

Von Weizsäcker: Also, ich möchte mich für alle Beiträge bedanken, die sind für uns in unseren weiteren Überlegungen natürlich sehr wichtig. Zweierlei möchte ich sagen: Erstens, natürlich ist nicht unser Ziel, einen Minderheitenssenat zu bilden. Auf der anderen Seite würde ich es für einen schweren Fehler halten, wenn wir der Berliner FDP gegenüber oder auch der Bundes-FDP gegenüber jetzt damit auftreten zu sagen, also entweder du koalierst oder du fliegst raus bei der Neuwahl. Ich halte nichts davon, daß wir der FDP gegenüber gewissermaßen nun unsererseits mit Neuwahlen drohen, und da kommt das alternative Thema, was ja praktisch in allen Beiträgen eine Rolle gespielt hat, in den Vordergrund. Dieses alternative Thema ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Alternative Liste mobilisiert neben vielem anderen, was mehr zu Randthemen gehört, an einem zentralen Punkt die wachsenden Zweifel vieler Bürger, ob diese parlamentarische Demokratie überhaupt noch überlegens- oder überlebensfähig ist zur Lösung der Probleme. Also die Zweifel daran, daß wir unsere Parteistreitigkeiten und Taktiken immer ernster nehmen als langfristige Angriffe auf die Probleme, das ist der Kern der Frage und nicht so sehr die, ob man diese oder jene Randgebiete, die die Alternative Liste da immer vertritt. Vor dieser Frage dürfen wir nun auch nicht unsererseits wieder in die Ebene der Taktik ausweichen, daß wir der FDP gegenüber sagen, alter Freund, wenn du nicht koalierst mit uns, dann kommen wir mit dem nächsten Volksbegehren, mit Neuwahlen. Das würden auch wir zu bezahlen haben.

Daß wir dennoch natürlich das uns Mögliche zu mobilisieren haben, um zu einer Koalition zu kommen, und sei es auch nur über kurz oder lang, ist ganz klar. Ich meine, daß in der jetzigen, nicht sehr lang anhaltenden Phase für uns Politiker die Aufgabe besteht, die Gespräche sowohl intern, bilateral, wie auch in größeren Gesprächskreisen ernsthaft zu führen. Die Mahnung in Richtung auf die Folgen ist in diesen Tagen mehr eine Sache der dafür geeigneten Medien als von uns. Ich habe auch gestern mit allen mir erreichbaren Vertretern außerhalb vom Fernsehen in Berlin in erster Linie darüber gesprochen. Natürlich gibt es bei den Medien auch manche kontraproduktive Hilfe, die man da bekommt. Aber das ist jedenfalls die Linie, die ich zur Zeit anstrebe, selbstverständlich, Herr Späth, in dem Bewußtsein, wie ungeheuer schwierig die Probleme in Berlin sind. Das haben Sie ja sehr plastisch geschildert, daß wir uns rasch in einer Lage vorfinden können, wo wir da und dort mal wirklich hart zugreifen müssen und dadurch den Prozeß in Richtung auf eine Öffnung zu uns zunächst erst einmal ja nicht erleichtern. Das ist mir vollkommen bewußt. Aber ich glaube, es bleibt wirklich kein anderer Weg. Wir dürfen nicht unsererseits mit Neuwahlen drohen, sondern wir müssen uns einreihen in die, die

wissen, daß man mit dem Gedanken der Neuwahlen nicht spielen darf, wenn man die demokratische Verantwortung ernst nimmt und daß man sich nicht als CDU ausrechnen darf, daß im Falle von Neuwahlen die ganze Strafe nur bei der FDP und SPD abgeladen würde. Nein, wir müßten auch in einem solchen Fall dafür bezahlen.

Das Letzte, Herr Vorsitzender. Darf ich nur noch sagen, was Helga Wex angesprochen hat? Natürlich sind bei den alternativen Gedanken viele, die, wenn man sie nur hinreichend tief auf ihre Wurzeln verfolgt, mit unserem Grundsatzprogramm sozusagen nahtlos übereinstimmen. Das ist vielleicht ein bißchen übertrieben. Aber das Bedürfnis wegzukommen von dieser verwalteten Staatsgesellschaft und immer nur gelebt zu werden anstatt selber leben zu können und nicht selber gestalten zu dürfen, ist ja nur eine andere Ausdrucksform dessen, was wir letzten Endes mit Subsidiarität meinen, was wir mit mehr Selbst- und Mitverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe usw. meinen. Nur dürfen wir natürlich nicht meinen, wir brauchten da bloß reinzumarschieren bei den Alternativen und können unsere Grundsätze vorlesen und uns zwar noch vorhalten lassen, daß wir sie noch nicht genügend praktizieren, uns aber doch gleich verbrüdern in Richtung auf die gemeinsame Philosophie. Soweit sind wir noch nicht. Aber wichtig ist der Ansatzpunkt! Wir haben hier weit mehr als die Sozialdemokraten eine Möglichkeit, wenn wir unsere Grundsätze selber ernst nehmen, in dieser Richtung auch ernsthafte Gespräche zu führen.

Kohl: Damit sind wir am Ende der Debatte. Ich will noch ein paar Bemerkungen hinzufügen, bevor ich dann zum allgemeinen Lagebericht komme. Herr Barzel, wir müssen sehr sorgfältig das Wahlergebnis in Berlin, das gesamte Wahlergebnis, aber vor allem das der Alternativen untersuchen.

Die Untersuchung von Frau Noelle-Neumann, die im „Stern“ veröffentlicht wurde⁸, hat ja schon signalisiert, daß zu befürchten ist, daß bei den Jungwählern – das ist die Gruppe unter 25, wenn ich mich richtig erinnere, also nicht bei den Erstwählern – die Gefahr groß ist, daß der Prozentsatz der alternativen Wähler weit überproportional ist. Noelle-Neumann meinte vor ein paar Tagen in einem Gespräch, sie würde sich nicht wundern, wenn die in Teilbereichen auf über 25 Prozent kommen würden. Nun kann man nicht davon ausgehen, daß dies 25 Prozent sind, die die Republik umstürzen wollen, sondern das sind, wenn das so ist, 25 Prozent oder 20 Prozent – das kommt auf das Prozent gar nicht an, jedes Prozent ist zu viel –, die einfach an die bestehenden etablierten Parteien, ich verwende jetzt mal diesen Sprachgebrauch, die Frage stellen, Richard von Weizsäcker hat das anders eben formuliert, ob das, was wir als Politik anbieten, ausreichend ist, ob es verständlich ist, ob es glaubwürdig ist. Und das heißt, wir sollten den Leuten nicht nachlaufen, aber nachspüren, ob in einzelnen Entscheidungen der Politik wir die richtige Sprache sprechen, ob wir genügend gekämpft haben, unsere Überzeugung plausibel vorzutragen, ob wir überhaupt in dieser Szene im weitesten Sinn des Wortes präsent sind.

Nun ist ja auch wahr, es gibt ja „die“ Alternativen nicht, wie es auch „die“ Grünen nicht gibt. Das ist ja ein Konglomerat. Die Grünen ändern sich ja von Ort zu Ort in ihrer Struktur. Wenn beispielsweise jetzt über Berlin gesprochen wird, wollen wir nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten gerade in Darmstadt eine Koalition mit den Grünen ab-

8 „Der Stern“ vom 30. April 1981: „Umfrage. Es reicht für keinen“.

geschlossen haben⁹, um dann auf eine Jahresrate die jeweilige Stadtregierung zu stellen, weil die Grünen sich außerstande sahen, über ein Jahr hinaus ein Abkommen zu schließen aufgrund ihres Verständnisses vom imperativen Mandat. Also, das ist ein Vorgang, der nicht nur in Berlin spielt, sondern der auch anderswo spielt. Ich kann nur jetzt schon jeden darauf hinweisen, daß wir im Frühsommer, Ende des Frühjahrs 1982 in Hamburg mit Sicherheit die nächste Probe als Exempel für diese Art Politik ins Haus geliefert bekommen. Das heißt, wir müssen das sehr sorgfältig eruieren und versuchen, daraus Schlüsse zu ziehen, wobei ich von vornherein annehme, daß es eine Reihe von Feldern gibt, wo wir unsere Politik auch nach einem solchen Wahlergebnis bei einem Teil der jungen Generation nicht ändern können wegen der prinzipiellen Haltung.

Ich habe in einem anderen Zusammenhang kürzlich darauf hingewiesen, wie etwa der § 218 in diesem Bereich betrachtet wird. Das ist ein ganz typisches Beispiel, und darum rankt sich sehr vieles. Wenn Sie beispielsweise die Aussage der Berliner FDP und der Berliner Alternativen zum Thema völliger Freigabe beim Strafrecht der Homosexualität betrachten, ist das ein Punkt, dem wir, nach meiner Überzeugung, auf gar keinen Fall nachfolgen können. Das ist ein solches Beispiel, aber es gibt natürlich auch noch andere Beispiele.

Richard von Weizsäcker hat recht, die Leute erheben in einer Reihe von Punkten zutiefst konservative Forderungen, im besten Sinne des Wortes. Darin liegt auch wieder eine Chance, wenn wir das entsprechend tun. Aber wenn Sie die personelle Substanz der Alternativen betrachten, wenn Sie den Herrn Schily in seiner Persönlichkeitsstruktur und seinem Herkommen in seinem gestrigen Auftreten einmal betrachten, da führt halt gar keine Brücke hin. Der will natürlich eine andere Republik, und es sind völlig andere Vorstellungen von Politik, die hier hineingehen. Ja, ich möchte eigentlich jetzt den Punkt verlassen.

Biedenkopf: Ich habe nur einen Zuruf, Herr Vorsitzender. Ich glaube, wir müssen sehr aufpassen, daß wir uns den Begriff „etablierte Parteien“ nicht zu eigen machen. Gestern Abend hat Richard von Weizsäcker ihn sehr ironisch benutzt, aber er hat ihn eben auch verwendet, und deshalb melde ich mich. *(Von Weizsäcker: Ich habe ihn nicht benutzt.)* Vor ein paar Jahren, es ist jetzt zehn Jahre her, war der Begriff „Basis“ noch ein KP-Begriff. Wir haben ihn dann übernommen ohne Not. Wenn die Alternativen es fertigbringen, daß die demokratischen Parteien als etablierte Parteien *(Kohl: Ist auch meine Meinung.)* bezeichnet werden, dann wird ein wesentlicher zusätzlicher strategischer Vorteil auf dieser Seite sein. Deswegen meine ich, sollten wir es auch nicht in Anführungszeichen verwenden, denn die Zeichen verschwinden sehr schnell.

Von Weizsäcker: Ich möchte nur dem Gerücht entgegentreten, als hätte ich ihn benutzt, Herr Vogel hat ihn benutzt. Er hat gesagt, er möchte mal den Begriff benutzen. Ich habe immer nur von den drei Parteien gesprochen, die bisher im Abgeordnetenhaus sitzen und die darin übereinstimmen, daß sie nicht bereit sind, mit der AL zu koalieren.

Kohl: Ja, ich denke auch nicht daran, diesen Begriff zu benutzen. Ich habe ja eben gesagt, daß die Alternativen uns als Etablierte bezeichnen, und ich glaube nicht, daß das ein Begriff ist, der in unseren Sprachschatz übergehen soll. Richard, wann mußt du weg?

9 In Darmstadt wurde der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Günther Metzger mit den Stimmen einer alternativen Gruppierung, von Umwelt- und Bürgerinitiativen getragen, zum Oberbürgermeister gewählt (vgl. „Der Spiegel“ vom 8. Juni 1981: „Sozialdemokraten. Das schafft“).

(Von Weizsäcker: In einer Viertelstunde.). Also ich darf dich vorweg dann schon herzlich verabschieden und eine gute Hand für die nächsten Stunden und Tage wünschen. (*Beifall.*)

Meine Damen und Herren, wir hatten natürlich gestern noch eine Reihe von anderen Ereignissen, aber bevor ich jetzt zur eigentlichen Tagesordnung komme, will ich verabschieden unseren Freund Stefan Dingerkus, den bisherigen Vorsitzenden des RCDS, der in dieser Zeit, seiner Amtszeit als Bundesvorsitzender seit 1980, in einer sehr guten Weise mit uns zusammengearbeitet hat; ich darf ihm sehr herzlich dafür danken (*Beifall.*) und darf den neuen Bundesvorsitzenden, Johannes Weberling¹⁰, der seit März jetzt RCDS-Vorsitzender ist, in unserem Kreis begrüßen und auch ihm das Angebot guter Zusammenarbeit übermitteln. (*Beifall.*)

POLITISCHE LAGE

Meine Damen und Herren, der gestrige Tag hat auch noch andere Ereignisse gebracht, vor allem die Wahl in Frankreich.¹¹ Ich finde, wir sollten uns gegenüber der Öffentlichkeit hüten, hier jetzt einen Soupçon in diese öffentliche Betrachtung einzubringen. Ich selbst habe natürlich bei all dem, was ich kritisch am bisherigen Präsidenten anzumerken habe, wahrhaft keine Freude an diesem Wahlergebnis. Aber es ist ein Wahlergebnis, und wir haben das Wahlergebnis zu respektieren. Es signalisiert, daß Frankreich jetzt in eine Periode der Instabilität geht. Mitterrand¹² hat angekündigt, und das ist für Europa von großer Bedeutung, daß er die Nationalversammlung auflöst, und daß er irgendwann zwischen Juni und September Neuwahlen ausschreibt. Wir haben ja bislang ein großes Problem gehabt, das wird uns vorerst noch begleiten, daß wir keine direkte Schwesterpartei im alten Sinn mehr in Frankreich haben. Das CDS, das die Restbestände des einstmaligen großen MRP aufgenommen hat, ist eine sehr kleine Partei geworden und war bisher Teil der präsidentiellen Mehrheit. Inwieweit diese präsidentielle Mehrheit noch einmal funktioniert nach Wahlbündnis, was nach dem französischen Wahlrecht ja zwingend ist – Sie haben ja das alte bismarcksche Reichstagswahlrecht mit der Erstwahl, und dann die zwei stärksten in der Stichwahl je Wahlkreis –, das wird natürlich Folgen haben, denn unsere Freunde vom CDS werden ohne Wahlbündnisse kaum eine Chance haben, ein Mandat in der Nationalversammlung zu erreichen.

Wir haben im Rahmen der Möglichkeiten – ich sage das so, weil das nicht ganz einfach war – dennoch ganz gute Beziehungen zu den Gaullisten entwickelt, wobei jeder von uns weiß, daß gute Beziehungen zu Herrn Chirac¹³ bedeuten, daß man hier auch manche Slalomfahrt vor sich sieht und man am Tagesbeginn nicht unbedingt weiß, wo am Tagesende dort die Reise hingeht. Chirac hat ein riskantes Spiel bei dieser Wahl gespielt, und aus

10 Johannes Weberling (geb. 1958). Jurist und Historiker; 1981–1983 Bundesvorsitzender des RCDS.

11 Präsidentschaftswahl (Stichwahl) vom 10. Mai 1981: François Mitterrand 51,76, Valéry Giscard d'Estaing 48,24 Prozent.

12 François Mitterrand (1916–1996), französischer Politiker; 1946–1958 und 1962–1995 Abgeordneter in der Nationalversammlung, 1954–1955 Innenminister, 1956–1957 Justizminister, 1959–1962 Senator, 1981–1995 Staatspräsident.

13 Jacques Chirac (geb. 1932), Politikwissenschaftler, französischer Politiker; 1967–1995 Mitglied der Assemblée Nationale, 1967–1974 Staatssekretär bzw. Minister in verschiedenen Ressorts, 1974–1976 und 1986–1988 Premierminister, 1976 Gründer und Vorsitzender des Rassemblement pour la République, 1977–1995 Bürgermeister von Paris, 1995–2007 Staatspräsident.

dem Kreis seiner nächsten Mitarbeiter ist ja uns auf Anfrage in den letzten Tagen und Wochen vor der Wahl, vor allem zwischen der ersten Wahl und der Stichwahl übermittelt worden, man rechne aufgrund dieses Kurses mit einem überzeugenden Wahlsieg bei der Wahl zur Nationalversammlung für den Fall einer Wahl Mitterrands. Ob das eintritt, weiß zur Stunde niemand. Es wird auch die Frage sein, welchen Kurs Mitterrand etwa in der Außenpolitik, und das ist hier vor allem auch die Europapolitik, einschlagen wird. Er hat ja nun heute schon in den frühen Morgenstunden verlautbaren lassen, daß er den außen- und den sicherheitspolitischen Kurs des bisherigen Präsidenten fortsetzen will. Ob er das tun kann, ist offen.

Sie haben ebenfalls ja zur Kenntnis genommen, daß der französische Kommunistenführer¹⁴ schon in der vergangenen Nacht den Wahlsieg entscheidend auch für sich mit reklamiert hat und sozusagen jetzt seine Forderungen aufgestellt hat, in irgendeiner Form an der Machtausübung beteiligt zu werden. Also ich glaube, niemand von uns kann nun wirklich abschließend sagen, ich glaube auch niemand in Frankreich zu dieser Stunde, was sich dort entwickeln wird. Aber wir sollten auf dem Grundsatz bestehen bleiben, daß die deutsch-französische Freundschaft begründet wurde aus den bitteren Erfahrungen dieses Jahrhunderts als eine Freundschaft der beiden Völker. Das deutsch-französische Jugendwerk hat nur dann einen Sinn, wenn es auf dieser Basis gebaut ist und nicht vom Wohlwollen einer Regierung abhängt. Wir werden in diesem Sinne auch versuchen, mit der neuen französischen Administration Kontakte zu haben. Es ist sehr bemerkenswert, daß es vom Lager Mitterrands vor der Wahl Hinweise gab, im Falle des Falles auch mit uns Gesprächskontakte aufzunehmen, und die werden wir natürlich im gebotenen Maß aufnehmen.

Die amtliche deutsche Politik hat hier natürlich enorme Probleme, das muß man sehen, denn dieses Splitting der Zuneigung vor der Wahl Giscard-Schmidt, Brandt-Mitterrand, hat natürlich Auswirkungen. Mitbürger, die Mitterrand seit vielen Jahren kennen und die auch seinen sehr interessanten und facettenreichen politischen Weg kennen, haben uns aus Paris signalisiert, schon in der letzten Woche, im Falle seiner Wahl soll man sich nicht wundern, wenn er das Gegenteil der Erwartung tut und versucht, in die politische Mitte sich auszudehnen. Unsere Freunde, die ich in Brüssel am Freitag sprechen konnte, haben durchaus eine solche Möglichkeit nicht in Abrede gestellt, sondern auch gesagt, dies ist alles nicht auszuschließen. Das Feld ist also sehr offen und es ist ganz wichtig, daß wir jetzt nicht in die öffentliche Kommentierung irgendwie einen Zungenschlag hineinbringen, der in dieser sehr schwierigen Lage denkbare Gespräche unmöglich macht.

Ich will aber auch darauf hinweisen, das, was mir eigentlich an diesem Wahlergebnis mit am meisten bedrückend erscheint, ist die mögliche Auswirkung auf die wichtige Wahl in den Niederlanden in 14 Tagen. Ich weiß nicht, inwieweit das Wahlergebnis dort Auswirkungen hat. Freunde aus den Niederlanden meinten am Freitag, daß ein Wahlsieg Giscard, ich gebe hier nur referierend wieder, eine ungute Entwicklung möglicherweise in den Niederlanden beeinflussen würde. Wenn die Regierung Dries van Agt keine Mehrheit in der Koalition mit den Liberalen mehr bekommt, und wenn womöglich das, was jetzt sehr stark dort diskutiert wird, Realität wird, daß die Sozialisten mit dieser letztmals neu ins Parlament gekommenen Gruppe die Mehrheit erringt, und das ist nach

14 Georges Marchais (1920–1997), französischer Politiker und Gewerkschafter; 1972–1994 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Frankreichs.

dem Stand der Demoskopie nicht auszuschließen, hat das natürlich enorme Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik in Europa. Denn diese beiden Gruppierungen, die Sozialisten exemplarisch und die anderen indirekt, (*Zwischenruf.*) Demokraten '66 sind gemeint, haben ja erkennen lassen, daß sie den für den Herbst signalisierten erneuten, endgültigen Beschluß zur Nachrüstung und zur Dislozierung von Mittelstreckenwaffen auf keinen Fall zu fassen bereit sind. Wenn das käme, hätte das katastrophale Folgen auf den Benelux-Bereich, weil man leider davon ausgehen muß, daß, was immer die Holländer tun, die Belgier nachvollziehen werden, und das hätte dann zur Folge, daß am Ende womöglich die Italiener und wir hier uns in einem Boot, immer unter der Voraussetzung, daß die deutsche Politik handlungsfähig ist an diesem Punkt, was auch noch bezweifelt werden muß, wiederfinden könnten.

Die italienischen Freunde, Piccoli an der Spitze, waren im übrigen auch der Meinung, daß ein Wahlsieg Mitterrands die italienische Koalition erheblich belasten würde, daß die allfällige Forderung des Sozialistenführers Craxi¹⁵, dann die Ministerpräsidentenschaft für die Sozialisten einzufordern, um die bisherige Kombination beizubehalten, mit neuer Entschiedenheit, mit neuer Verve vorgetragen wird. Also auch da kann das durchaus eine Reihe von Auswirkungen haben; das muß man sehen.

Im NATO-Bereich ist noch zu bemerken, daß natürlich dieses Ergebnis in Frankreich auch den Bemühungen des portugiesischen Staatspräsidenten Eanes¹⁶ entgegenkommt, die Sozialisten in die Regierung zu bringen, unsere Freunde aus der Regierung herauszudrängen, mit den Sozialdemokraten dort eine Koalition Sozialdemokraten-Sozialisten, oder Sozialisten-Sozialdemokraten zu versuchen, und dann einen in seinem, Eanes, Verständnis gearteten Neutralitätskurs zu versuchen. Auch diese Gefahr ist nicht auszuschließen und ist potenziert worden durch die Wahl in Frankreich.

Die innenpolitische Lage ist natürlich hier in der Bundesrepublik durch das Ereignis in Berlin entschieden verändert worden, nicht im Rechtlichen – Sie wissen, was das für den Bundesrat außerhalb der Geschäftsordnungsdebatten bedeutet –, aber doch im Tatsächlich-Psychologischen. Die Vorstellung, daß die Berliner Sozialdemokraten ausgeschaltet sind von der Machtausübung in Berlin, ist natürlich für einen veritablen deutschen Sozialdemokraten ein ganz unfaßbarer Vorgang. Wir werden mit Sicherheit in Berlin als erstes erleben, daß nach dem Schock, übrigens ähnlich wie vor ein paar Wochen in Frankfurt, die lokale SPD die Frage nach der Schuld aufwirft. Es ist überhaupt nicht damit zu rechnen, daß die Berliner Sozialdemokraten, die ja an den Bonner Tropf, wie es dort intern hieß, gehängt wurden, nun sagen, wir stecken all die Prügel ein. Sie haben ja gestern gemerkt, daß Willi Brandt, der sich ja nun völlig seit Aalen¹⁷ ganz offen auf die Seite der sogenannten Parteibasis geschlagen hat, hier schon sehr vorsichtig operiert hat. Ich gehe eigentlich davon aus, daß also in Berlin, jetzt einmal für die Berliner SPD-Szene, natürlich jetzt die Diskussion beginnt. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang in einer jeden demo-

15 Bettino Craxi (1934–2000), italienischer Politiker; 1976–1983 Generalsekretär der Sozialistischen Partei (PSI), 1979–1983 und 1989–1992 MdEP, 1983–1987 Ministerpräsident.

16 António dos Santos Ramalho Eanes (geb. 1935), portugiesischer General; 1976–1986 Präsident von Portugal.

17 Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg „Als stärkste Friedensbewegung bewähren“. – Rede zur Rüstungsproblematik auf dem SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg am 3. Mai 1981 in Aalen in „Vorwärts“ Nr. 20, 7. Mai 1981, S. 6. – Vgl. UiD vom 14. Mai 1981 CDU-Dokumentation 16/1981 S. 6f.

kratischen Partei nach einer solchen Schocksituation, wie sie für die Berliner SPD seit der vergangenen Nacht gegeben ist.

Inwieweit nun die Koalition hier in ihrer schon sehr geringen Verhandlungs- und Handlungsfähigkeit noch weiter eingeschränkt wird, ist eine offene Frage, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Es war ja schon ein ziemlich makabres Bild, ich bin nicht sicher, ob das im Fernsehen so herausgekommen ist, daß bei dieser zwangsweisen, im Streit erfolgten Aufteilung der Regierungserklärung am Donnerstag¹⁸, das war ja ursprünglich von Schmidt anders vorgesehen, der Bundesaußenminister für die Prinzipien der Politik, die er dort namens der Bundesregierung vorgetragen hat, kaum Zustimmung bei den Sozialdemokraten im Haus gefunden hat. Und es ist offenkundig, daß die Diskussion in der SPD nach Aalen, denken Sie an die Erklärung aus wichtigen Parteibezirken in Nordrhein-Westfalen, denken Sie an die Vorgänge bei der SPD jetzt in Hessen am letzten Wochenende, sicherlich in eine völlig andere Richtung läuft. Ich bin nicht sicher, ob die Nagelprobe jetzt schon sein wird beim Verteidigungshaushalt. Es mag sein, daß dieser Schock noch einmal zur Stabilisierung beiträgt. Es gibt beide psychologische Entlastungsmöglichkeiten, aber wir werden jedenfalls erleben, daß hier der Ruck der SPD nach links eine neue Dimension gewinnt.

Es ist ganz bemerkenswert, welche Distanz, auch übrigens im Privatgespräch, Willi Brandt zur Bundesregierung bereits jetzt einnimmt. Und wenn Sie einmal sehr sorgfältig sich noch einmal vergegenwärtigen, was er gestern abend gesagt hat, dann war das eigentlich nicht einmal mehr die Mindestausstattung an Loyalität gegenüber der von seiner Partei mitgetragenen Bundesregierung. Hinzu kommen die Personalprobleme. Ich persönlich glaube, daß das laute Festhalten an Apel in Wahrheit bereits der Abschied von Apel ist, wobei es eine Frage ist, wann dies in nächster Zeit sein wird. Sie werden ihn mit Sicherheit nicht fallen lassen durch einen Angriff von uns. Aber sie werden möglicherweise in der Folgezeit dann einen Weg suchen. Es ist dann die Frage der Nachfolge oder Wiederwahl von Herbert Wehner, die nach der Sommerpause ansteht. Ich kann nicht beurteilen, ob Wehner wieder kandidiert. Er sagt im Augenblick zu jedem etwas anderes, auch in seiner eigenen Fraktion. Seine nächsten Mitarbeiter sind im Zustand der äußersten Verwirrung, was er nun eigentlich selbst will. Brandt scheint entschlossen zu sein, die Nachfolgefrage zu lösen, ob er dafür einen Kandidaten, der mehrheitsfähig ist, zur Verfügung hat, ist zur Stunde völlig offen. Mir scheint aber, daß wir das schon zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Sozialdemokraten – und ich schließe hier ein die dezidierte Meinung führender Sozialdemokraten, die sie praktisch bald jedermann inzwischen verkünden – für den Fall eines Fortdauerns der Koalition auf keinen Fall 1984 mit dem jetzigen Spitzenkandidaten im Regierungsamt in die Wahl gehen wollen, daß auch damit diese Personalfrage mit eröffnet ist. Schmidt gibt ja im Gespräch also jede nur denkbare Unterstützung diesen Vermutungen, weil er sich ja auch reichlich nebulös äußert.

Damit ist die Frage nach der Rolle der FDP aufgeworfen. Berlin ist die erste kritische Probe. Es gibt dann andere kritische Proben, etwa in Rheinland-Pfalz noch in diesem Jahr; auch diese Diskussion ist ja noch keineswegs ausgestanden. Das, was jetzt auf dem Landesparteitag der FDP passiert ist, ist ein Überwintern zum Bundesparteitag¹⁹. Was der Bundesparteitag der FDP bringt, weiß niemand, denn für Genscher nicht gerade

18 Sten. Ber. 9. WP 34. Sitzung vom 7. Mai 1981 S. 1709–1745.

19 FDP Bundesparteitag vom 29.–31. Mai 1981 in Köln.

glücklich hat ja dieser Parteitag den Schwerpunkt in den Umweltschutzproblemen, und das war bisher ein Feld, in dem sich ja die Linken ziemlich frei und ungehemmt tummeln konnten. Es liegen über 1.000 Anträge zu diesen Sachverhalten vor, und Sie können sich vorstellen, was das allein vom Aufarbeiten des Materials für den Parteitag an Belastung bedeutet, so daß ich schon glaube, daß die Rolle der FDP erst besser abschätzbar ist in den nächsten Wochen, wenn sie diesen Bundesparteitag hinter sich gebracht hat. Ich vermute, Richard, daß Hans-Dietrich Genscher versucht, auch die Berlinfrage auf den Zeitpunkt nach dem Bundesparteitag zu vertagen. Innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion ist also die kritische Stimmung, was das Koalitionsklima betrifft, erheblich gewachsen.

Ich hoffe, daß es uns mit den vier konkreten Vorhaben, die jetzt bis Mitte Juli für den Ausgang der Parlamentszeit vor der Sommerpause anstehen, gelingt, in diese Situation hineinzudringen. Wir werden morgen in der Fraktion die Vorlage zum Wohnungsbau besprechen und verabschieden, und die Kollegen der Fraktion werden gemeinsam mit Lothar Späth dann dieses Paket diese Woche der Öffentlichkeit vorstellen. Wir werden gemeinsam über Bundesrat und Bundestag diesen Sachverhalt dann in die Gesetzgebung bringen.²⁰ Die Vorschläge, die hier entwickelt sind, sind natürlich Vorschläge, die von weiten Teilen der Sozialdemokratie nicht akzeptiert werden können, die aber sehr wohl und sehr viel intensiver den Vorstellungen, wenigstens in den wichtigsten Teilbereichen, der FDP entsprechen.

Wir werden eine namentliche Abstimmung zur Nachrüstungsfrage herbeiführen, der Antrag ist eingebracht. Herr Wischniewski hat ja angekündigt am Donnerstag in der Debatte, daß wir uns keine Hoffnungen machen sollten, daß die Partei und Fraktion hier geschlossen abstimmt.²¹ Das mag sein, aber das Thema muß sozusagen weiter gehämmert werden, und wir müssen an diesem Punkt die notwendigen Entscheidungen immer wieder erzwingen.

Wir haben dann die große Haushaltsdebatte, und hier sind wichtige Abstimmungen wiederum beim Verteidigungsetat.²² Die mangelnde Solidität des Vorgelegten ist inzwischen offenbar. Ich sehe noch nicht, wo nach den markanten Äußerungen des Finanzministers Matthöfer die SPD, die Koalition, aber vor allem die SPD, die notwendigen Summen zum Ausgleich hernehmen will, und ich gehe nicht davon aus, daß bei der ebenfalls bereits inspirierten Abstimmung zur Energiepolitik, die vor der Sommerpause im Parlament stattfindet, die Koalition so ohne weiteres eine Politik der Vernunft unterstützen kann. Mit einem Wort, unser Ziel muß sein, daß wir jetzt in diesen Wochen im Angriff bleiben, auch nach dem Berliner Wahlergebnis, daß die Handlungsfähigkeit der

-
- 20 Gesetzentwurf zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus und zum Abbau nicht mehr gerechtfertigter Subventionen vom 18. Mai 1981 (BR Drs. 208/81) sowie der CDU/CSU-Fraktion vom 22. Mai 1981 (BT Drs. 9/468); Gesetzentwurf über steuerliche Vergünstigungen zur Förderung des Wohnungsbaus vom 18. Mai 1981 (BR Drs. 209/81) sowie der CDU/CSU-Fraktion vom 22. Mai 1981 (BT Drs. 9/467). – Vgl. UiD vom 21. Mai 1981 CDU-Dokumentation 17 „Wohnungsbau: Die CDU handelt“.
- 21 Sten. Ber. 9. WP 38. Sitzung vom 26. Mai 1981 S. 1967–2010. Zur Abstimmung standen ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP (Drs. 9/505) und einer der CDU/CSU-Fraktion (Drs. 9/506). Der Antrag von SPD und FDP wurde in namentlicher Abstimmung angenommen, wobei der Teil, der sich mit dem NATO-Doppelbeschluß befaßte, von fünf SPD-Abgeordneten abgelehnt wurde und sechs sich der Stimme enthielten. Die CDU/CSU zog daraufhin ihren Antrag zurück.
- 22 Sten. Ber. 9. WP 40.–43. Sitzung vom 2.–5. Juni 1981; vgl. auch 52. Sitzung vom 17. September 1981 (Auszüge der Debattenbeiträge von Kohl und Strauß in UiD vom 26. September 1981 S. 2–7).

Opposition und die Handlungsunfähigkeit der Sozialdemokraten und Freien Demokraten offenbar wird.

Dazu gehört auch, daß wir in der gebotenen Weise zu den leider sich fortsetzenden Angriffen Begins Stellung beziehen.²³ Es ist leider so, das muß man sagen, und das ist auch die Meinung führender Repräsentanten der deutschen Juden, die ja vor allem die Hauptbetroffenen jetzt sind, daß das, was Begin hier betreibt, den Antisemitismus in der Bundesrepublik befördert. Das muß man klar aussprechen. Die Intransigenz und die Bösartigkeit seiner Formulierungen, die ihm möglicherweise in Israel den Wahlsieg einbringt, auch das muß man leider hinzufügen, wird bei uns verheerende Wirkungen haben, wie ich beobachte, nicht zuletzt bei der jungen Generation, bei jenen, die nun wirklich in Sachen Israel weit überwiegend von allen Altersgruppen am meisten Sympathie pflegen, die aber nicht zu Unrecht sagen, warum belastet er jetzt eben uns und das ganze deutsche Volk mit diesem Versuch einer Konstruktion einer Kollektivschuld. Ich rate uns dringend, trotz dieser sehr belastenden Situation, und ich empfinde das in dem Wust der Briefe, die ich nach meiner Rede am Donnerstag bekommen habe, doch sehr, daß neben freundlichen, zusprechenden, ermunternden Schreiben, auch die Zahl derer, die den nackten Antisemitismus deutlich machen, eine beachtliche Quote der Briefschreiber ausmacht. Also hier ist, wenn man so will, im Tiefenpsychologischen ein Punkt angerissen worden, von dem Begin, der ja die innere Situation unseres Landes nicht kennt, offensichtlich keine Ahnung hat. Und deswegen glaube ich, ist es ganz wichtig, daß wir hier auch den richtigen Ton treffen.

In diesem Zusammenhang auch ein kurzes Wort in diesem Kreis zu dem Thema Waffenexport. Hier ist noch einmal zu wiederholen, was ich wiederholt öffentlich gesagt habe. Wir haben in der Fraktion nach sorgfältiger Beratung eine Art von vorläufigen Richtlinien aufgestellt²⁴, die von der Gesamtpartei ohne weiteres geteilt werden: Erstens, daß wir nicht den Wunsch haben, daß die deutsche Rüstungsindustrie weiter ausgebaut wird über das bisherige Maß. Wir wollen nicht den Ehrgeiz haben, wieder ein großes rüstungsproduzierendes Land zu werden. Daß aber zu einer schlagkräftigen Bundeswehr eine Mindest- und Grundausrüstung gehört mit eigener Rüstungsindustrie, daran müssen wir, wie ich finde, genau so festhalten. Zweitens, daß wir die Bundesregierung immer wieder ermuntern sollten, das, was Schmidt angekündigt hat, auch tatsächlich zu realisieren, nämlich die Richtlinien über den Rüstungsexport entsprechend auszubauen, auf den neuesten Stand zu bringen, und daß wir dann, wenn diese Vorlage da ist, und nicht vorher, uns an der Diskussion darüber beteiligen.

Weiter muß gesagt werden, obwohl das für die Opposition immer natürlich eine verfängliche Versuchung ist, daß wir um des Staates und der Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates willen entschieden darauf bestehen müssen, daß die Entscheidung über Rüstungsexporte in der Verantwortung der jeweiligen frei gewählten Regierung bleibt. Wenn also Herr Schmidt in einem etwas dubiosen Satz, der kann so und so verstanden werden, in seiner Regierungserklärung von parlamentarischen Entscheidungen gespro-

23 Menachem Begin (1913–1992), israelischer Politiker (Likud); 1977–1983 Ministerpräsident, 1978 Friedensnobelpreis. – Zu den Angriffen Begins auf Helmut Schmidt vgl. „Der Spiegel“ vom 11. Mai 1981: „Deutsche und Juden: Kniefall wiederholen?“

24 Vgl. Protokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 10. Februar 1981 in ACDP 08-001-1062/1; UiD vom 12. Februar 1981: „Fraktion – Grundsätze zum Rüstungsexport“.

chen hat, dann kann ich nur Neugierige warnen, über den jeweiligen Rüstungsexport zum jeweiligen Land – das ist ja nicht nur eine Frage Saudi-Arabien, in der vollen Emotionalisierung, die dann eben besteht –, eine parlamentarische Entscheidung herbeiführen zu wollen. Ich warne uns, gerade in der Rolle der Opposition, zumal ja jetzt leicht bei der gegebenen Lage die Versuchung bestehen könnte zu sagen, jetzt führen wir die Sozialdemokraten und Freien Demokraten vor. Wir dürfen in dieser Sache keine andere Position jetzt einnehmen, als wir sie im Falle einer Regierungsübernahme einnehmen würden. Das wäre ein verhängnisvoller Schritt zu einer Pseudoparlamentarisierung wichtiger staatspolitischer Entscheidungen.

Der weitere Punkt, der gelten muß, ist, daß alle Entscheidungen dieser Art in der Gemeinsamkeit mit den Hauptverantwortlichen getroffen werden. Ich halte es für völlig unmöglich, in der Frage Rüstungsexport mit Saudi-Arabien eine Entscheidung zu treffen, ohne mit den Vereinigten Staaten, der einzigen Macht der Welt, die in unserem Sinne in dieser Region Garantiemacht sein kann, zu sprechen. Das gilt aber auch für die notwendigen Gespräche mit Israel, und die sind im Wahlkampf nicht zu führen, das gilt für Gespräche mit Ägypten; denn die Substanz der jetzigen ägyptischen Regierung wird von der zukünftigen Entwicklung auch dieser Frage in dieser Region genau so berührt, wie etwa die Frage in Jordanien und in anderen Bereichen.

Wir müssen dabei die Entwicklung der internationalen Lage, insbesondere im Iran bedenken und natürlich die innere Entwicklung und unsere geschichtliche Erfahrung in der Bundesrepublik Deutschland. Aber blanke Emotion genügt weder in diese noch in jene Richtung. Es gibt dabei ein Problem, daß in der CDU/CSU das Präsidium der CSU nicht erst jetzt, sondern vor geraumer Zeit aus zum Teil sehr konkreten, ich will das einmal so formulieren, landespolitischen Gründen in Bayern bestimmte Entscheidungen getroffen hat. Ich habe den Kollegen in der CSU gesagt, ich habe es auch öffentlich gesagt, was die Fraktion betrifft, kann niemand die CDU/CSU-Fraktion binden, weil wir keine Entscheidung getroffen haben. Es ist auch niemand legitimiert, eine Entscheidung für die CDU zu treffen, bevor wir in den zuständigen Gremien, das ist vor allem auch dieser Bundesvorstand, über diese Frage abschließend miteinander gesprochen haben. Ich warne allerdings davor zu glauben, daß wir als erste hier unser Wort machen müssen. Das Thema ist jetzt unter dem Eindruck der schlimmen Angriffe Begins zunächst etwas abgeklungen, aber das Thema wird bleiben, und wir werden uns damit zu beschäftigen haben, obwohl ich persönlich glaube, wenn überhaupt in absehbarer Zeit eine Entscheidung in der Bundesregierung getroffen wird, dann kann diese Entscheidung mit Sicherheit nicht vor dem Spätherbst oder der Jahreswende getroffen werden. Ich sage noch einmal, wenn überhaupt.

Die paar Bemerkungen wollte ich doch vorweg hier gemacht haben, bevor wir uns dann den anderen Themen zuwenden. Wünscht jemand das Wort?

Der folgende Wortbeitrag von Bernhard Vogel ist aufgrund der schlechten Tonbandqualität nicht verständlich.

Stoltenberg: Wir haben, glaube ich, nach der Erörterung der Berliner Wahlen jetzt die Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zu den Problemen der Finanzkrise zu diskutieren. Ich würde vorschlagen, daß wir die Debatte, ich will mich auch daran beteiligen, ein bißchen jetzt zuspitzen auf das, was wir vor uns haben. Wir haben noch die Bundesausschußsitzung, aber wir haben auch, nach einer Vorerörterung im Präsidium am

Montag, glaube ich, die Notwendigkeit (*Kohl: Parteitag!*), doch noch mal über den Parteitag im Herbst zu reden und die Vorbereitung. Ich möchte das nochmal für unsere Arbeitssituation unterstreichen.

Ich widerstehe der Versuchung, viele Stichworte aufzunehmen. Ich will nur eines sagen, wenn wir die Krise und den Verfall vor allem der sozialdemokratischen Partei mit allen möglichen Zeichen neben dem Richtungsstreit in der Sicherheitspolitik sehen, dann soll die Frage Sicherheitspolitik, Auseinandersetzung mit dem Pazifismus ja ein wichtiges Thema unserer Bundesausschußsitzung sein. Daneben ist das andere natürlich schon der Ruin der staatlichen Finanzen oder die Beschädigung der staatlichen Finanzen, die eine wirkliche Last in dieser Koalition ist. Das wird eine schwerwiegende Wunde, mit der sie nicht fertig werden. Der Handlungsbedarf hier besteht nicht in der Entwicklung von allen möglichen Konjunkturprogrammen der verschiedensten Art, sondern der Handlungsbedarf besteht in einer weitergehenden Konsolidierung und Sanierung der Ausgabe Seite. Ich will nur sagen, daß ich es begrüße, daß die Fraktion, was sehr schwer ist für eine Oppositionsfraktion, sich entschlossen hat, das Subventionsabbaugesetz²⁵ mit der Stimmenthaltung passieren zu lassen. Ich halte es langfristig für richtig. Ich weiß, daß das mühsam war. Da gibt es auch im Bundesrat den Spielraum, jetzt mit einer sehr kritischen Stellungnahme das passieren zu lassen.

Aber die offene Frage bleibt – ich habe mir nochmal diese verschwommenen Beschlüsse der Bundesregierung vor einem Monat, vom 10. April, den Text, durchgesehen –, ob sie überhaupt noch die Kraft hat, den zweiten Schritt zu tun, d. h. an weitere Gesetze, vor allem auch an die Leistungsgesetze mit den Ausgaben, heranzugehen. Ich formuliere das als eine Frage, weil man sehen muß, daß der Umfang der Verschuldung, die, wie sich jetzt abzeichnet, zwischen 35 und 40 Milliarden lag, alle Chancen auf Zinssenkung, alle Chancen auf Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Konjunktur und den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft zerstört. Leistungsbilanz: Über neun Milliarden in drei Monaten jetzt, im ersten Vierteljahr dieses Jahres. Das sind die entscheidenden Daten.

Ich komme jetzt gleich mal auf den Punkt, den wir nachher aufnehmen wollen. Wir müssen nach meiner Auffassung jetzt darüber sprechen, wenn der Bundesausschuß beim Thema Sicherheitspolitik Stellung nimmt. Die sittlichen Grundlagen unserer Position geben einen starken Trend. Im Bereich der Kirchen, vor allem der Evangelischen Kirche und der Jugend, werden große Teile von der SPD markiert. Dann müssen wir auch darüber reden, wie wir auf unserem Bundesparteitag über die notwendige inhaltliche Erörterung von Grundfragen unseres Bildungs- und Schulsystems, Hochschulen, deutlich machen, daß das Thema berufliche Chancen und Sorgen, besonders für die junge Generation, über den schulpolitischen Bereich hinaus noch einen anderen Aspekt hat, der mit dem Stichwort „Arbeitsmarkt“, auch bestimmten ordnungspolitischen Fragen unserer Politik, wirtschaftspolitischen Fragen, zu kennzeichnen ist. Dazu gehört auch die Diskussion über Ökonomie und Ökologie, die mir auch in der Analyse der Berliner Wahl erneut von großer Bedeutung zu sein scheint. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß wir auch auf der Grundlage der Debatten vor Mannheim, bei aller Belastung durch die tagespolitischen Fragen, diese großen Themen im Auge behalten müssen und daß wir uns in der Organi-

25 Der Bundestag hatte am 7. Mai 1981 das Gesetz zum Abbau von Subventionen und sonstigen Vergünstigungen, zur Erhöhung der Postablieferung sowie zur Klarstellung von Wohngeldregelungen verabschiedet, der Bundesrat stimmte am 5. Juni 1981 zu (BGBl I S. 537).

sation unserer Arbeit – die Führungsgremien, aber natürlich auch das Adenauer-Haus, die Landesverbände – von diesen großen Fragestellungen, die wir formuliert haben, nicht durch die Fülle der täglichen Arbeit abbringen lassen, sondern daß wir uns um das bemühen, was wir mit dem Begriff „geistige Führung“ im letzten Jahr oft formuliert haben.

Wir werden jetzt eine Diskussion bekommen in einem Teil der Medien, das ist schon erkennbar, die Regierung sei nicht gut, aber wir hätten nichts zu bieten. Das ist so etwa die Parole, die in bestimmten publizistischen Kreisen verbreitet wird. Wichtig ist, daß das, was wir uns vorgenommen haben in den ausgewählten Feldern und Themen, auch einigermaßen fristgerecht kommt. Ich habe die Hoffnung, daß in dieser Woche unsere Anträge zur Wohnungsbaupolitik öffentlich breit dargestellt werden. Es passiert, heute in der „Frankfurter Allgemeinen“, daß eben doch dann einzelne Zeitungen vorweg das bringen durch Indiskretion, das kann man nicht verhindern. Aber das macht die Präsentation, das, was wir besprochen haben, auch nach den Erörterungen in den Landeskabinetten, jetzt ganz dringend, damit es seine volle Wirkung dann im zentralen Bereich hat.

Wir müssen auch über ein paar andere Punkte sprechen in den kommenden Wochen, ich nenne mal das Stichwort Medienpolitik. Da wurde von Ernst Albrecht eine kleine Debatte im Kreise der Regierungschefs am Freitag²⁶ geführt, da gab es, glaube ich, die neuen Ankündigungen von ZDF und ARD mit der Programmweiterung, die wir nicht für richtig halten. Da sollten wir zu einer Abstimmung kommen bei nächster Gelegenheit, denn da muß nicht nur die Sicht der Länder, sondern auch der CDU/CSU-Hintergrund dieser Position deutlich werden. Ich möchte das zu den genannten Fragen noch hinzufügen und glaube, daß wir neben dem großen Thema der Sicherheitspolitik und allem, was damit verbunden ist, auch in dem Feld der wirtschaftlichen Zukunft, der dynamischen Arbeitsmarktpolitik uns deutlich äußern müssen und vor allem unseren Parteitag möglichst wirksam vorzubereiten haben. Dazu will ich mich nachher nochmal kurz melden.

Von Bismarck: Ich möchte nur die Bemerkung des Herrn Vorsitzenden vom Anfang noch einmal aufnehmen, daß diese Wahl in Frankreich selbstverständlich nicht heißen kann, daß wir, die Christlich Demokratische Union, jetzt sagen, damit ist alles aus. Denn ein demokratischer Wechsel eines europäischen Staates wird ja genauso möglich sein wie bei uns. Aber, was hier vorhin anklang, ist sicher richtig, daß da ein Moment der Hoffnung für Europa liegt, und das wird auch einen Bezug haben auf die Alternativen. Ein Weniger an Zielsetzung, ein Weniger an großer Hoffnung wird die Konsequenz sein, Sozialismus und alles, was dazu gehört. Es scheint mir sehr wichtig, daß unsere wichtigsten Persönlichkeiten bei allem, was darüber gesagt wird, die unveränderte Linie des europäischen politischen Zusammenschlusses zu wollen und auch weiter zu betreiben, wirklich deutlich aussprechen und dabei auf unsere Rolle im Parlament hinweisen.

Der zweite Punkt ist: In meiner Eigenschaft als Wirtschafts- und Währungsobmann habe ich gar keinen Zweifel, daß die wirklichen Nöte Europas, die mangelnde Durchsetzung eines europäischen Marktes, jetzt weniger leicht angreifbar sind. Das wird schwierig, weil natürlich eine Menge Persönlichkeiten in Frankreich vertreten sind, die nicht daran glauben, daß soziale Solidarität ohne Marktwirtschaft nicht möglich ist. Die Strukturen in Frankreich, wenn man näher hinschaut, sind sehr viel schwieriger als zu Zeiten Erhards. Es braucht einen so viel größeren Strom als damals, den Stall auszumisten von Dirigismus

26 Konferenz der Ministerpräsidenten der CDU und CSU am 8. Mai 1981 in Bonn (vgl. dpa vom 8. Mai 1981: „Medien: Unionsländer gegen Satelliten-Programme von ARD und ZDF“).

und Protektionismus, daß das jetzt unter diesem neuen Präsidenten natürlich ganz anders wird. Ich glaube, man wird also auch hier größere Schwierigkeiten haben, das, was wir wollen, durchzusetzen. Wir sollten das sehen.

Herr Chirac, drittens, der Vorsitzende sagte es schon, versteht von Wirtschaft sehr wenig und von Wirtschaftsordnung nichts. Wir müssen sehr aufpassen, wenn wir uns mit ihm auf irgendeine Weise verbinden, unterhalten oder sonst zusammentun, daß wir diese prinzipiellen Unterschiede in der Auffassung der Wirtschaftsordnung im Kopf behalten, weil wir sonst in eine ganz falsche Richtung mit Frankreich kommen.

Kohl: Danke schön. Ich möchte jetzt zu dem Punkt Bundesausschuß kommen und im Anschluß daran auch zum Thema Bundesparteitag und zu den geplanten Kongressen. Wir haben ja auch noch eine europäische Initiative, Philipp von Bismarck, vor, gemeinsam mit der EVP-Fraktion hier in Bonn.²⁷

VORBEREITUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES AM 15. JUNI 1981

Neben einer in Berlin ja überfälligen, kurzen Diskussion zur politischen Lage soll das wichtigste Thema sein, daß wir in Berlin in dem Bereich, ich sage das jetzt einmal so, wie es diskutiert wird, Frieden ohne Waffen, diskutieren. Der Termin ist besonders glücklich, wie ich finde, weil er drei Tage vor dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg²⁸ liegt. Ich habe an viele von Ihnen appelliert, ich bin eigentlich heute sehr zufrieden über die Reaktion. Wenn ich es recht sehe, sind wir in Hamburg in einer Weise vertreten, Roman Herzog, wie wir noch auf keinem Kirchentag waren. Was wir bewegen können ist eine ganz andere Frage. Aber wir sind zumindest da und zeigen unsere Flagge; das ist, glaube ich, sehr wichtig. Es liegt ein Entwurf vor, ich habe Roman Herzog in einem langen Gespräch Anfang letzter Woche gebeten, diesen Entwurf, eine Art Manifest – ob wir das dann so nennen, kann ich jetzt noch nicht sagen –, noch einmal gründlich zu überarbeiten. Mein Vorschlag ist, sobald der Entwurf fertig ist, schicken wir ihn – der endgültige Entwurf, der Zwischenentwurf ist an die Präsidiumsmitglieder gegangen – hier auch dem Bundesvorstand zu mit der Bitte um sofortige Rückäußerung.²⁹ Das muß einfach jetzt möglich sein, daß der einzelne noch einmal seine Anmerkungen macht. Ich schlage vor, daß wir auf dieser Bundesausschußsitzung zum Thema selbst ein Eingangsreferat von Professor Herzog hören. Ich habe ihn gebeten, dieses Referat schriftlich zu formulieren, damit es zugleich Material ist und für die praktische Arbeit verwandt wird, daß wir dort dann dieses Thema diskutieren und zur Verabschiedung bringen. Das ist das, was dort vorgeesehen ist.

Der Hintergrund ist für mich, wenn ich noch ein paar Bemerkungen sagen darf, über den Tag hinaus das Thema des Verhältnisses der CDU zu den beiden Kirchen. Ich will hier auch sagen, wie ich es in der Fraktion und im Parteipräsidium schon gesagt habe: Im

27 Am 22./23. Oktober 1981 (UiD vom 29. Oktober 1981: „Europapolitik – Stärkere Kontakte zwischen Christdemokraten in der EG“).

28 Vom 17.–21. Juni 1981 (Motto: „Fürchte dich nicht“).

29 „Frieden und Freiheit. Resolution zur aktuellen Friedensdiskussion“, verabschiedet vom Bundesausschuß der CDU am 15. Juni 1981 (UiD vom 19. Juni 1981 CDU-Dokumentation 20). Vgl. auch CDU-Bundesgeschäftsstelle: Argumente zur aktuellen Friedensdiskussion – Eine Diskussionshilfe – vom Mai 1981 in ACDP 07-001-1336.

Zusammenhang mit diesen Vorarbeiten ist mir noch stärker der Eindruck vermittelt worden, daß wir hier einen gewaltigen Nachholbedarf haben, daß die Kontakte zu den Amtskirchen zwar gut sind, aber weniger zu den kirchlichen Bereichen, die heutzutage unterhalb und neben den Amtskirchen eine entscheidende Rolle spielen, etwa im katholischen Bereich zur katholischen Jugend im weitesten Sinne des Wortes in ihren Gliederungen, zur KAB, zur Kolping-Familie, zum Familienbund und was weiß ich, was hier zu nennen ist, genauso wie zu den evangelischen Bibelkreisen und zur Pfarrerschaft und all dem, was dazu gehört. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, es hat keinen Sinn, hier darum herum zu reden im Vorstand, daß natürlich die Welle der Säkularisierung und damit auch des Rückgangs des lebendigen Kontakts zu den Kirchen bei uns ihre Spuren hinterlassen hat, daß es keineswegs mehr selbstverständlich ist, wie das in der Frühzeit der Union selbstverständlich war, daß die Mitglieder etwa der Bundestags- und Landtagsfraktionen, aber auch die Kommunalpolitiker etwa zu Hause in ihrem Wahlkreis mit der Pfarrerschaft, auch wenn das noch so mühsam ist, und zwar nicht nur im Wahljahr, acht Wochen vor der Wahl, sondern regelmäßig und unter der Zeit den Diskussionskontakt halten.

Wir sind gerade dabei, wir haben jetzt 25 Zusagen und Adressen, ein Angebot zu erarbeiten. Ich werde noch darüber hinaus an den einen oder anderen von Ihnen herantreten. Das ist weniger eine Frage seiner Funktion in der Partei als seiner Fähigkeit, so ein Gespräch zu führen, daß wir jetzt im wahlfreien Jahr, das gilt insbesondere dann ab dem Herbstsemester mit den Theologischen Fakultäten in einen Diskussionskontakt kommen. Wie man das macht, muß man individuell gestalten. Einmal kann man es mit dem RCDS machen, ein anderes Mal muß man es mit anderen Gruppen machen, oder vielleicht auf Einladung eines Professors initiieren. Das ist ein Kärnnerg Geschäft. Da werden wir nicht Massenversammlungen haben, und wir werden selbstverständlich vor allem nicht brausende Zustimmung finden, sondern da kann es sein, daß da einer mit acht, neun Leuten sitzt. Aber die Tatsache, daß wir uns darum kümmern, daß wir kommen, daß Leute sich die Mühe machen, daß sie ringen in dieser Diskussion, das hat auch etwas zu tun mit dem, was vorhin gesagt wurde zur Alternativen Liste, daß wir in einen Bereich hinein ein Gespräch führen, das ganz nützlich ist. Wobei ich darüber hinaus denke – das muß ich, die Freunde vom RCDS werden in ein paar Tagen bei mir sein, mit ihnen noch einmal besprechen –, daß wir gerade bei der Gesamtsituation auch im Speziellen mit dem RCDS etwas an Aktivitäten überlegen müssen für das wahlfreie Jahr und zwar, ich sage das auch an meine eigene Adresse, halt nicht nur vor Studentenwahlen, wo wir das traditionell tun, sondern vielleicht gerade, wenn keine Wahlen sind und sozusagen eine etwas entspanntere Situation besteht.

In diesem Zusammenhang will ich auch darauf hinweisen, obwohl das enorme Kosten ausmacht, daß ich hoffe, die Finanzierung sicherzustellen, um etwas aufzunehmen, was ich schon einmal, leider nur für ein halbes Jahr, initiiert hatte mit den Pfarrerbrieffen an alle katholischen und evangelischen Pfarrer, die dann nicht mit einem Parteiaabsender, sondern mit einem soliden journalistischen Absender eben in die Pfarrhäuser hinein Informationen geben und zwar nicht Informationen im Sinne von Kommentierung, sondern einfach von Nachrichten. Die Vorbesprechungen laufen Gott sei Dank sehr gut, so daß ich glaube, daß das eine gute Entwicklung ist. – So viel zum Bundesausschuß. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Die folgende Wortmeldung von Späth ist aufgrund der schlechten Tonbandqualität weitestgehend unverständlich. Er mache sich als evangelischer Christ Sorgen um seine Kirche, die von Kräften um Erhard Eppler im Zusammenhang mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluß zunehmend politisiert werde und sei deshalb dafür, daß die Union die „konservativen Kräfte in der Evangelischen Kirche“ unterstütze, um „ein Gegenforum in die Kirche hineinzubringen“.

Waffenschmidt: Ich möchte nachdrücklich die Gefahren hier auch ansprechen, die Lothar Späth gerade hier artikuliert hat. Ich will eines hinzunehmen. Weite Teile der SPD werden diese Diskussion begrüßen, weil sie da ein Feld gewinnen, das in der Öffentlichkeit ablenkt von den vielen anderen Mißständen, die sie durch ihre Politik hervorgerufen haben.

Was können wir tun? Es ist gut, Herr Vorsitzender, daß wir uns in Berlin mit dieser Sache befassen und daß das so vorbereitet wird. Ich möchte zusätzlich anregen, daß, wenn wir den Bundesausschußmitgliedern Material an die Hand geben, wir ihnen, viel ist es ja nicht, aber wenigstens eines der letzten Interviews von Landesbischof Lohse geben, was er gut und ausgewogen als Stellungnahme abgegeben hat, auch zur aktiven Friedenssicherung unserer Soldaten, und zumindest auch den Beschluß der Katholischen Bischofskonferenz, der ja sehr stark auch den Dienst der Nächstenliebe im Einsatz für den anderen in der Verteidigung hervorhebt.³⁰ Diese beiden Beschlüsse bzw. Hintergründe der Inhalte sollten wir doch den Bundesausschußmitgliedern vorlegen.

Das zweite, was ich für wichtig halte: Es wird diese Bewegung geben nach dem Kirchentag. Wir dürfen uns natürlich nicht der Illusion hingeben, wenn wir einen Bundesausschuß gemacht hätten, dann hätten wir jetzt schon viel getan; das wird sicher in diesem Kreis auch keiner glauben. Ich sehe es als notwendig an, daß wir auf der Ebene der Landesverbände mit Ausstrahlung in die einzelnen Regionen, die hier besonders anzusprechen sind, diesen Dialog mit der Kirche weiterführen. Ich habe die Sorge, daß unsere Sympathisanten in der Kirche wieder einmal eine schweigende Mehrheit sind, die dann sagen, ja, wer tut denn was; das sind nun auch nicht die Leute, die auf die Straße gehen. Aber die wollen auch Flaggen und Signale sehen. Wir müssen einfach mit unseren Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführern darüber reden, was wir hier tun bis in die Kreisverbände hinein. Das Gespräch mit der Kirche muß gesucht werden. Es muß mit viel Fingerspitzengefühl angefangen werden. Ich kann das nur sagen, nachdem wir zum Beispiel in der Kirchenleitung Rheinland eine lange Diskussion hatten über die Äußerungen von Karl Carstens und Helmut Schmidt zu dem ganzen Thema Staat und Kirche.³¹ Hier ist sicherlich, das wollen wir offen sagen, nicht jeder unserer Mitarbeiter vorbereitet, diesen Dialog so zu führen, daß er auch Ergebnisse bringt. Aber ich möchte gerne hier, daß wir uns darauf verständigen, daß wir über die Landesverbände und auch in die einzelnen Bereiche unserer Union hinein das Gespräch verstärken, daß wir vor allem Bei-

30 Interviews von Bischof Eduard Lohse in „Quick“ vom 7. Mai 1981: „So wehrt sich die Kirche gegen Bonner Kritik“ (vgl. dazu „Die Welt“ vom 5. Mai 1981: „Bischof Lohse lobt den NATO-Doppelbeschluß“) und in „Der Stern“ vom 7. Mai 1981: „Ein Talar schützt nicht vor Irrtum“; Joseph Kardinal Höffner in seinem Bericht über die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am 13. März 1981 (FAZ vom 14. März 1981: „Bischöfe zu Frieden und Gerechtigkeit“).

31 „Politik und Geist. Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt“ (Interview) in „Evangelische Kommentare“ Jg. 14 H. 4 (1981) S. 209–216, Carstens am 19. April 1981 in Bremen (vgl. dazu Szatkowski S. 348). – Vgl. dazu auch „Der Spiegel“ vom 27. April 1981: „Friedensbewegung. Sanfter Kreuzzug“.

träge unter dem Gesichtspunkt der aktiven Friedenssicherung und auch des Mutmachens und des Hoffnungsbringens darstellen. Das muß seinen Auftakt nehmen dann beim Bundesausschuß.

Ich will ein Letztes hier anregen. Herr Vorsitzender, Sie hatten ja einmal die Idee vorgetragen, daß wir neben dem, was – Schwerpunkt Bildung – auf dem Parteitag kommt, im Ablauf der nächsten Monate einmal eine Fachtagung oder eine Bundestagung machen, wo wir vielleicht auch den einen oder anderen auf Bundesebene aus dem Bereich der Kirche unsererseits einladen, mit uns zu sprechen. Ich halte dies für ganz wichtig. Vielleicht kann man das sogar mit der Adenauer-Stiftung machen. Nur, was in Berlin begonnen wird, was dann beim Kirchentag diskutiert wird, auch durch uns im EAK weitergeführt wird, wo wir aber eine andere Schlagseite wahrscheinlich kriegen werden in Hamburg, das muß fortgeführt werden, indem wir Akzente setzen, indem wir Mut machen auch für unsere treuen Christen, Sympathisanten zu bleiben.

Kohl: Lothar Späth, also ich beurteile natürlich die Art und Weise, wie Herr Eppler mit dem Bischof Lohse umgegangen ist³², für ausgesprochen glücklich in unserem Sinne, um das mal deutlich zu sagen. Ich habe in der Zwischenzeit mehrere Gespräche mit ihm gehabt und werde das in ein paar Tagen fortsetzen, genauer über die Entwicklung auf dem Kirchentag. Bischof Lohse ist natürlich ein Mann, der schon für die riesige Mehrheit der Evangelischen Kirche in Deutschland steht. Die schweigende Mehrheit, das gilt übrigens für alle Organisationen, nicht nur für die Evangelische Kirche, läßt sich eben nur mobilisieren, wenn sie das Gefühl hat, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir nicht länger schweigen können. Wenn die auf leisen Sohlen kommen, dann wird diese Mobilisierung nicht möglich sein. Die Art und Weise, wie das jetzt läuft, fordert natürlich auch, das ist deutlich spürbar, die Gegenkräfte heraus. Beispielsweise war die Absicht jetzt, die ich schon vor Wochen äußerte, mit der evangelischen Kirchenleitung in Deutschland zu einem Gespräch zu kommen, sehr viel holpriger bisher zu beurteilen, weil Termine nicht da waren, als jetzt nach all diesen Ereignissen. Ich glaube also, daß wir eine gute Chance haben, Mobilisierung vorzunehmen, aber ich füge gleich hinzu, was Waffenschmidt schon sagte, das ist nur ein Teil der Sache der Bundespartei. Jeder Kreisverband kann natürlich zu Hause das Notwendige tun. Im Beschluß von Berlin, vom Bundesparteiausschuß, muß neben dem Text auch enthalten sein die massive Aufforderung an die Partei, auf allen Ebenen dieses Gespräch und diese Diskussion zu führen. Es nützt nur bedingt etwas, wenn wir mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammenkommen und das Gespräch auf der Ebene der Landesverbände mit den Landeskirchen oder mit den Kreissynoden oder mit den Kreisdekanaten, das gilt übrigens alles auch für die Katholische Kirche, dabei zurückbleibt. Also, wir können nur einen Teil leisten, der Hauptteil muß draußen gemacht werden.

Herzog: Ich würde zu der ganzen Sache ein paar Bemerkungen noch machen wollen. Erstens, es gibt nicht nur die große Erklärung, die ja an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig ließ, sondern es gibt eine von der deutschen Presse weitgehend verschwiegene Erklärung von 186 Theologen, die Anfang dieses Jahres herausgekommen ist³³, aus der

32 Vgl. dazu UiD vom 19. Juni 1981 CDU-Dokumentation 20 S. 2f.

33 Gemeint ist wohl die Aktion von Eberhard Stammler, Chefredakteur der „Evangelischen Kommentare“, der bis April 1981 500 Unterschriften sammelte.

wir uns als CDU und als Evangelischer Arbeitskreis bewußt herausgehalten haben und die in diesem Zusammenhang auch mal erwähnt werden muß.

Der Kirchentag besteht zum Teil aus Arbeitskreisen und großen Zirkeln, von denen wir glauben müssen – ich habe das Programm noch nicht endgültig gesehen –, daß das absolut nach links geht. Viel schlimmer als früher. Aber die 100.000, die da hinkommen, sind natürlich nicht 100.000 Pazifisten. Und deswegen ist die Präsenz so wichtig. Die Leute kommen einfach hilfesuchend und wollen mal was anderes hören. (*Kohl*: Ja, das kriegen sie ja.) Wir dürfen hier nicht davon ausgehen, daß der Evangelische Arbeitskreis das alleine leisten kann. Der Evangelische Arbeitskreis ist ein Gremium, in dem maximal 60, 80 Leute im Augenblick wirklich arbeitsfähig sind. Wir können auf Bundesebene und Landesebene Texte liefern, aber wir können nicht das ersetzen, was hier gefordert wird, daß man nämlich mindestens auf der Dekanatsebene in die Kirchen hineingeht. Das kann nur die Partei machen. (*Kohl*: Das ist heute unser Problem in Wahrheit.) Und alles, was wir hier tun können, ist, daß wir erstens Material bieten und zweitens, daß wir etwas in Argumentation schulen. Auch dazu wären wir bereit.

Geißler: Also, das Problem bei dem Thema Frieden ohne Waffen – mit Fragezeichen – ist natürlich auch ein Problem unserer Freunde draußen in den Orts- und den Kreisverbänden, die ja beim jetzigen Stand der Diskussion, vor allem auf dem Hintergrund der Tatsache, daß zum Beispiel bestimmte Teile der Kirchen, vor allem auch der Evangelischen Kirche, die argumentativ hier weit vorangeschritten sind, sehr oft in eine fast hilflose Lage geraten. Dieses ganze Thema ist philosophisch, theologisch, ethisch, moral-theologisch natürlich eine außerordentlich schwierige Frage und ist in der Bedeutung sicher gleichzustellen der Diskussion, die wir in den fünfziger Jahren geführt haben, Eugen Gerstenmaier, als es darum ging, das „C“ im Namen der Christlich Demokratischen Union zu begründen. Das hängt natürlich auch unmittelbar mit diesem Themenkomplex zusammen.

Eppler und andere nehmen ja nur die Argumentation von Heinemann³⁴ von damals wieder auf. Jeder von uns, der in der Jungen Union damals die Diskussion mitgetragen hat, weiß ja, daß Heinemann die ganze Frage der Atombewaffnung, überhaupt der Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die NATO, in das Bündnis, vor allem mit theologischen und unmittelbar abgeleiteten Argumenten aus der Bibel begründet hat. Diese Tatsache hat uns ja damals dazu geführt, uns mit der Bedeutung des „C“ erst eigentlich richtig auseinanderzusetzen. Und von dieser Bedeutung ist die jetzige Diskussion wieder, denn Eppler und andere argumentieren ja genau gegenteilig von dem, wie wir das „C“ in unserem Namen begründen, indem sie unmittelbar aus dem Evangelium Leitsätze ableiten für das politische Handeln, während wir ja darüber in einer sehr umfangreichen Diskussion beim Grundsatzprogramm zu einer anderen Auffassung gekommen sind, indem wir gesagt haben, das Evangelium gibt keine bestimmte Handlungsanleitung her, sondern wir gehen von einem Menschenbild aus, das christlich geprägt ist, und daraus, aus diesem christlich verantwortlichen Menschenbild, erarbeiten wir unsere politischen Entscheidungen.

Aus diesem Grund, glaube ich, muß das, was wir hier jetzt zu tun haben, in allererster Linie ein Papier sein, eine Darstellung unserer Positionen, die unsere Leute, die auf der

34 Gustav Heinemann (1899–1976), Jurist; 1946–1949 Oberbürgermeister von Essen, 1949–1950 Bundesminister des Innern (Rücktritt), 1966–1969 der Justiz, 1969–1974 Bundespräsident (CDU, GVP, SPD).

Kreisverbandsebene, auf der Ortsverbandsebene in Diskussionen verwickelt werden, in die Lage versetzt, eine solche Diskussion auch zu führen. Deswegen muß ganz sicher dazu das Papier für den 15. Juni sorgfältig vorbereitet werden. Das Parteipräsidium hat ja auf der letzten Sitzung über diesen Punkt gesprochen; ein erster Entwurf liegt vor und ist den Präsidiumsmitgliedern zugegangen. Die Stellungnahmen der Präsidiumsmitglieder werden in den nächsten Tagen sicher eingehen, soweit sie dazu Stellung nehmen wollen. Ich würde dann vorschlagen, wenn diese Stellungnahmen der Präsidiumsmitglieder da sind, daß Professor Herzog sich mit mir in Verbindung setzt und daß dann unter Einbeziehung der Argumente ein Papier erarbeitet wird, das am 1. Juni im Parteipräsidium noch einmal beraten werden kann. Ich habe auch Manfred Wörner angeschrieben, denn ich glaube, das muß auch unter den konkreten Gesichtspunkten der jetzigen Verteidigungspolitik erarbeitet werden. Wir kommen, glaube ich, antragsmäßig ohne weiteres hin. Wenn das Parteipräsidium dieses Papier berät, dann kann der Bundesvorstand dieses Papier sofort anschließend bekommen.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren, wir haben es ganz sicher wieder mit einer steigenden Welle, noch immer steigenden Welle der Politisierung, jedenfalls der Evangelischen Kirche in Deutschland, zu tun. Für die Älteren von uns ist das nichts Neues, zu Recht ist an die Heinemann-Auseinandersetzung erinnert worden. Ich mache nur auf einen großen Unterschied aufmerksam, der die Diskussion für uns als CDU heute schwieriger macht als damals bei Heinemann. Heinemann war gegen die sogenannte Wiederaufrüstung bzw. gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag mit dem Hauptargument, daß damit die Wiedervereinigung Deutschlands definitiv verhindert werde. Das Argument ist vollständig aus der Diskussion verschwunden, tritt überhaupt nicht mehr in Erscheinung. Stattdessen tritt an diese Stelle von der Wiedervereinigung das Argument der überhaupt nicht, unter gar keinen Umständen und unter keinem Aspekt zu verantwortenden Atomwaffen. Die Ächtung der Atomwaffen ist heute das eigentliche und – ich muß es auch noch dazu sagen – wahrscheinlich aussichtsreichste Argument, das unsere Gegner auf dem Boden der Evangelischen Kirche ins Feld führen können. Bei allem Respekt vor meinem alten Freund Eberhard Müller³⁵ – wir sind der gleiche Jahrgang, und der Eberhard Müller war in der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland immer ein zuverlässiger Kumpan –, ihm haben wir auch jetzt eigentlich die einzige Initiative, die Gegenbewegung, zu verdanken gegen diese Leute, die ohne Rüstung leben wollen. Ich bedauere einerseits, daß diesem Versuch von Eberhard Müller und seinen wohlwollenden Anhängern, von unserer Seite eigentlich wenig Sukkurs gegeben wurde. Ich denke dabei nicht an Sie, lieber Herr Herzog, mit dem Evangelischen Arbeitskreis. Ich bin der Meinung, der Evangelische Arbeitskreis sollte sich in dieser Sache eher zurückhalten, denn was sich der Evangelische Arbeitskreis unter gar keinen Umständen sagen lassen darf, ist, daß er die Kirche verfremdet, politisch verfremdet. Und auch die CDU muß sich in Acht nehmen. Es wäre übel, wenn uns in dieser neuen Auseinandersetzung, deren Höhepunkt für uns ganz sicher noch nicht erreicht ist, der Vorwurf gemacht würde, daß wir zur Verfremdung der Kirche beitragen würden, indem wir sie intern politisieren wollen. Das wollen wir nicht!

35 Eberhard Müller (1906–1989), evangelischer Theologe; 1945–1971 Direktor der von ihm gegründeten Evangelischen Akademie Bad Boll.

Auf der anderen Seite fehlt es natürlich am sprachgewandten und argumentationsfähigen Artikulieren der schweigenden Mehrheit. Das Wort von der schweigenden Mehrheit ist nämlich keine Karikatur, sondern es ist buchstäblich Wirklichkeit. Aber das Wort führen – deshalb sehe ich dem Evangelischen Kirchentag mit größten Bedenken entgegen – noch immer die Herren Albertz und Gollwitzer³⁶. Dagegen kommen noch nicht einmal die jetzt sich politisch mehr und mehr engagierenden Evangelikalen an. Ich habe gerade gestern mit Vergnügen einen Artikel meines alten Freundes Evertz³⁷ von der Notgemeinschaft der Evangelischen Kirche gelesen in der „Welt am Sonntag“. Das sind zum ersten Mal Versuche, daß diese Leute das Wort nehmen in der Öffentlichkeit. Ich fürchte aber, daß wir auf dem Kirchentag einer Situation gegenüberstehen, in der die Heerscharen der Gegenseite organisiert und manipuliert zum Einsatz kommen, während die schweigende Mehrheit unmanipuliert, unorganisiert dastehen wird und allenfalls um Ausdruck ringt. Ich sehe nicht, was wir jetzt noch bei der Lage der Dinge noch dazu tun können, vielleicht noch am ehesten, daß man in Kreisen Versuche macht mit den Delegationen, die auf evangelischer Seite zu diesem Kirchentag gehen. Aber daß dieser Kirchentag eine ganz große Schwierigkeit für uns wird, entnehme ich nun aus den horrenden Anmeldeziffern. Hinter dieser großen Anmeldezahl stehen natürlich grobenteils politische Motive, einerseits die Neugier, andererseits politische Motive. Ich sage Ihnen, die Truppen von Ämtern und Genossen werden da geordnet erscheinen, und ich sehe nicht, daß wir etwas Gleichwertiges oder Gleichgeartetes in Argumentationen und im Ausdruck dem entgegenstellen können. Wenn das noch möglich ist, dann auf der Ebene, das möchte ich unterstreichen, der Kreise und der Kreisführungen, vielleicht auch noch der Länder. Aber schon da ist es schwierig, weil ja die Länderorganisation, die Landesleitungen sehr viel weniger Einflußmöglichkeiten auf die Delegierten auf dem Kirchentag haben; das ist vielleicht noch am ehesten in solchen Kreisen zu finden.

Im übrigen lassen Sie uns nicht in die fatale Lage kommen, daß wir bei der Verfechtung, auch bei der notwendigen Verfechtung unserer Gegenargumente gegen Eppler und Genossen uns den Vorwurf zuziehen, an der Politisierung der Kirche teilzunehmen. Auf der anderen Seite vermissem ich aber innerhalb der CDU, daß zum Beispiel theologische Argumente von Gewicht nicht stärker aufgegriffen werden wie zum Beispiel von dem Münchner Systematiker, der neulich Carstens und Schmidt zu Recht in Schutz genommen hat.³⁸ Denn Carstens und Schmidt lagen natürlich in ihren Intentionen vollständig richtig, jedenfalls wenn man vom Boden des Luthertums ausgeht. Sie haben argumentiert auf mit der Zwei-Reiche-Lehre Luthers, die natürlich bis zum heutigen Tage als verbindlich auch von den Evangelischen Kirchen Deutschlands verfochten wird und verfochten werden muß.

36 Helmut Gollwitzer (1908–1993), evangelischer Theologe, Sozialist; 1957–1975 Professor an der Freien Universität Berlin.

37 Alexander Evertz (1906–2001), evangelischer Pfarrer; Mitgründer und Vorsitzender der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland („Welt am Sonntag“ vom 10. Mai 1981: „Sind Pazifisten Muster-Christen?“).

38 Vgl. Anm. 31. Nach Helmut Schmidt hatte sich auch Karl Carstens (am Ostersonntag, 19. April 1981, bei der Wiedereröffnung des Bremer Doms) zur Rolle der Evangelischen Kirchen in der Friedensdiskussion geäußert (Bulletin vom 23. April 1981; „Weser-Kurier“ vom 29. April 1981: „Kirche reagiert mit Kritik auf Bremer Carstens-Rede“). Wahrscheinlich handelt es sich um den evangelischen Theologen Wolfhart Pannenberg (Äußerung nicht ermittelt).

Kohl: Eugen, vielen Dank. Ich will natürlich nur eines jetzt sagen, weil das sich ein bißchen jetzt bei uns einschleicht. Lassen Sie mich das ganz offen als meine Empfindung sagen. Ich sehe diesen Kirchentag in seiner ganzen Problematik. Und daß ich die Entwicklung in den Kirchen sehe, das sehen Sie ja daran, daß ich seit Monaten immer wieder in die Partei hineinnehme, was da kommt. Die Resonanz war sehr unterschiedlich, das muß ich auch sagen. Nur, was die Lehre der Vergangenheit sagt, entnehme ich den köstlich zu lesenden Memoiren von Eugen Gerstenmaier³⁹, wie das damals in der Alternative, in der Herausforderung zu Gustav Heinemann war, wie die Befürchtungen der CDU waren und wie dann endlich die Sache ausgegangen ist. Wir sind eine Partei, es hat gar keinen Sinn, das zu beschönigen, die leider erst dann zur Hochform aufläuft, wenn sie das Gefühl hat, wir stehen mit dem Rücken an der Wand. Viele von uns in der Parteiführung, ich nehme hier gar niemanden aus, hatten zu lange der Meinung gehuldigt, das sei eigentlich ein Thema, das uns nicht mehr besonders angeht. Ich erinnere mich noch an viele staunende Gesichter und auch manche Ansprache, auch aus diesem Kreis, wenn ich seit Jahr und Tag ja auf diese Entwicklung hinweise. Ich behaupte dennoch, wie haben eine gute Chance, die schweigende Mehrheit zu mobilisieren, wenn die schweigende Mehrheit, was Lothar Späth gesagt hat, merkt, es geht jetzt ums Eingemachte, um es mal salopp auszudrücken, es geht ums Ganze. Es gibt in der Kirche ja unübersehbar, selbst in jenen Landeskirchen, wo das bisher kaum möglich war – denken wir mal an die Rheinische Kirche –, Ansätze, wo die sagen, jetzt geht diese Art Politisierung eben doch zu weit. Es geht über die Evangelikalen hinaus. Manche Beobachtung kann man erstaunlicherweise jetzt – ich habe gerade mit Wallmann für den Frankfurter Bereich darüber gesprochen – in der für uns ja nicht gerade einfachen hessischen Landeskirche machen. Wir haben eine Chance, aber wir werden erst voll die Partei entfalten können, darüber gibt es gar keinen Zweifel, wenn die Partei das Gefühl hat, jetzt müssen wir marschieren, sonst sind wir auf Gedeih und Verderb verloren. Und das habe ich aus Deinen Memoiren entnommen, aus der damaligen Erfahrung, daß ja damals auch die Partei und die Stimmen, die sich hätten melden können, relativ lang geschwiegen haben. Du warst ja auch ein Rufer in der Wüste, das wollen wir ja im Rückblick nicht gänzlich unterschlagen.

Sie haben Verständnis, ich muß um halb zwei heute natürlich vor die Presse gehen, daß wir trotz dieser Sachverhalte, die sich ergeben, allen Grund haben, heute trotz des traurigen Vorgangs in Frankfurt unsere Freude darzustellen. Wie ich ja überhaupt sehr bitten möchte, daß wir hier rausgehen jetzt als Leute, die eine Wahl gewonnen haben. Nicht mit Hybris, aber mit dem selbstverständlichen Gefühl, wir haben etwas geschafft! Wir sollten uns nicht einreden lassen, wir hätten doch eigentlich 55 Prozent gewinnen müssen, wie die Schlauberger uns bis in die letzten Minuten hinein vor der Wahl einreden wollten.

Zu den Aktivitäten der Bundespartei ist zunächst einmal zu sagen, was ja in diesem Kreis meistens höflich überhört wird, daß wir mitten in der Etatberatung sind und die Etatberatung also phänomenale Probleme enthält. Wir haben ernste Probleme nach der verlorenen Bundestagswahl, nach der Großoffensive deutscher Staatsanwälte, wo ich mich sehr frage, wo die zusammenfassende Stelle ist. Ich habe so meine eigene Meinung, da jetzt eine solche Großoffensive gegen Spender läuft. Es sind weit über 100 Verfahren,

39 Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/Berlin/Wien 1981.

die quer durch die Bundesrepublik, zum Teil bis in die fünfziger Jahre betrieben werden. Das Ganze soll natürlich zu einer breiten Verunsicherung führen. Im Augenblick ist es so, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen, und das hat auch sicher einen Grund, der mit der allgemeinen politischen Lage zusammenhängt, in erhebliche Probleme gerät, wenn ich das mal bei dieser Gelegenheit sagen darf.

Das heißt also, bei allem, was wir tun, bitte vergessen Sie nicht, wir müssen das alles auch finanzieren können. Deswegen habe ich eine Reihe von Vorschlägen zu unterbreiten, wo ich natürlich versucht habe, die Finanzierung auf andere Weise zu sichern. Wir haben zu Jahresbeginn – ich habe es auf dem Mannheimer Parteitag gesagt – unsere feste Absicht geäußert, daß wir das Europa-Thema nicht *ad calendae graecas* vertagen, sondern daß wir auch hier, gerade weil wir noch die einzigen sind, massiv offensiv werden müssen. Ich bin mit unserer EVP-Fraktion übereingekommen, die ja dererlei Veranstaltungen auch schon in anderen Ländern entscheidend mitfinanziert hat, daß wir gemeinsam, CDU Deutschlands und EVP-Fraktion einen solchen europäischen Fachkongreß – über den Inhalt brauchen wir heute noch nicht zu sprechen – am 30. September und am 1. Oktober hier im Adenauer-Haus durchführen. Hier ist die Finanzierung zu sichern, und das, glaube ich, ist eine wichtige Sache.

Gerhard Stoltenberg hat das Thema Medienpolitik angesprochen. Der Koordinierungsausschuß hat eine Reihe von vorzüglichen Ausarbeitungen gemacht. Davon sind einige Papiere veröffentlichungsreif, andere müssen hier über Parteipräsidium und Parteivorstand beraten werden. Aber wir müssen dann auch unser Wort einlösen, zu diesem Punkt einen Fachkongreß zu machen.⁴⁰ Aber ich sage Ihnen ganz offen, ich sehe gar keine Chance, dies vor Januar zu tun. Ich finde es auch keinen Beinbruch, wenn wir hier die Vorbereitung sorgfältig unter uns vor allem in den strittigen Fragen betreiben. Es gehört nicht gerade zu den Offenbarungen, wenn man liest, wofür die eine CDU-geführte Landesregierung und dann wieder die andere CDU-geführte Landesregierung steht. Hier gibt es einfach Probleme. Wenn man genau hinschaut, betrifft das sehr viel mehr, die einen sind nur vielleicht dabei, das sehr viel höflicher untereinander auszutragen als die anderen. Aber es gibt da Probleme, es hat gar keinen Sinn, die zu leugnen, die müssen wir unter uns austragen. Aber ich finde, daß am Ende ein sorgfältig erarbeiteter Fachkongreß stehen muß, bei dem auch die Partei wirklich teilnehmen kann, der dann eine Beschlußfassung beinhaltet. Mein Ziel ist, das für Januar 1982 anzustreben, da angesichts des Parteitags und der eben genannten Termine ein weiterer Termin seriöserweise keinen Platz hat. Ich glaube auch, das reicht aus.

VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS IN HAMBURG

Ich gehe nun aus vom Parteitag zwischen dem 3. und 5. November. Ich halte es für nicht möglich, daß wir heute bereits über ein Parteitagsprogramm im Detail reden, weil wir ja dort die politische Lage bedenken müssen. Es kann durchaus sein, daß wir einen Teil der Zeit gar nicht für das Thema Zukunftschancen der jungen Generation gebrauchen, sondern einen halben Tag brauchen für die aktuelle politische Lage, die sich dann

40 Vgl. UiD vom 25. Juni 1981: „Medienpolitik – Den Begriff Rundfunk neu definieren“ sowie vom 10. September 1981 CDU-Dokumentation 25: „Fortschritt und Reform. Die Union fordert eine neue medienpolitische Rahmenverordnung“. Ein Kongreß fand nicht statt.

möglicherweise entwickelt. Wir können keinen Parteitag machen – das ist ja kein Fachkongreß –, der sozusagen im luftleeren Raum schwebt.

Was soll dieser Parteitag? Das Thema ist die Frage der Zukunftschancen der jungen Generation. Gerhard Stoltenberg hat zu Recht das Wort aufgenommen, es ist auch die Frage nach der geistigen Führung. Das beinhaltet beispielsweise, daß wir Erfahrungen mit der Alternativen Liste in Berlin genauso mit einbringen müssen wie den politischen Alltag der Bundesrepublik in anderen Bereichen, beispielsweise, daß jetzt eine Enquete-Kommission, die unter der Leitung von Matthias Wissmann steht, im Bundestag eingesetzt wird⁴¹ und sich vieles auf diesem Feld natürlich entwickelt.

Ich stelle mir vor, daß wir zwei Ebenen erreichen müssen auf dem Parteitag. Das eine ist, die geistige Führung, d. h. die geistig-moralische Herausforderungen für die junge Generation, darzustellen. Das ist weniger eine Frage des materiellen Inhalts der Politik als vielmehr, was unser geistiger Anspruch ist und was wir der jungen Generation als Herausforderung anbieten, sie aber auch auffordern zu leisten. Ich glaube, das ist ganz wichtig; das ist in der Vorbereitung ungleich schwieriger. Ich stelle mir vor, daß es möglich sein muß, auf diesem Parteitag auch den einen oder anderen Referenten zu gewinnen, der nicht direkt zum Establishment der Partei gehört, der aber sozusagen auch solche Fragen und damit die Offenheit der Partei demonstriert. Wir haben damit in der Vergangenheit, wie ich glaube, gute Erfahrungen gemacht.

Das andere ist, wenn Sie so wollen, der praktische Bezug, was die jungen Generationen vor allem beschäftigt und angeht. Das ist also von der Schule, der Universität über die Ausbildungsfragen bis hin zum Arbeitsmarkt eigentlich alles, was junge Leute betrifft, ihre Lebenschancen, Zukunftschancen. Ich sage ganz klar, wir müssen dabei den Mut haben, manches, was wir in der Vergangenheit für richtig gehalten haben, nach sorgfältiger Betrachtung als nicht mehr richtig zu betrachten, wenn es sich nicht als richtig und tragfähig erweist. Das gilt auch für Parteitagsbeschlüsse der Vergangenheit, das gilt auch für Entscheidungen, die wir in der politischen Verantwortung etwa auf Bundesländerebene getroffen haben. Wir haben sehr sorgfältig in den letzten zehn Tagen mit vielen darüber gesprochen, wie man das angeht. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß wir eine Kommission berufen, die dann zu Unterkommissionen kommen muß, weil das Ganze unter einem ungeheuren Zeitdruck steht, um möglichst rasch in die Partei Arbeitsergebnisse oder Anfragen – es braucht nicht immer schon ein fertiges Ergebnis zu sein – hineinzugeben.

Wenn der Parteitag am 3. November eröffnet wird, ist nach dem, was wir durchgerechnet haben, Montag, der 21. September sozusagen der X-Punkt, an dem wir die Beschlußanträge des Bundesvorstandes in die Partei und in die Kreisparteien, also sozusagen die letzte Fassung, hineinzugeben haben, wie das üblich ist. Wenn wir an dem einen oder anderen Punkt zu dem Ergebnis kommen sollten, wir brauchen für einen Punkt noch ein paar Tage länger, ist das kein Problem, dem Parteitag klarzumachen, daß diese Sache noch nachgeliefert wird. Aber die Grundfragen und Grundprobleme, die Hauptpapiere müssen bis zu diesem Parteitag fertig sein. Von diesem Termin ausgehend, ich fange bewußt von rückwärts jetzt an: Wir brauchen eine Art Anhörungskongreß, um Fachverbände zu hören.

41 Der Bundestag beschloß am 26. Mai 1981 aufgrund der Empfehlung des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit (Drs. 9/411) die Einsetzung der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ (Vorsitz: Matthias Wissmann), Bericht vom 17. Januar 1983 (Drs.9/2390).

Es gibt bereits, glaube ich, zwölf Briefe bei mir, vom Philologenverband über alle möglichen Verbände, die sagen, wir wollen mitarbeiten. Das auf dem Parteitag auszutragen, hat keinen Sinn, aber es wäre genauso falsch, nicht die Offenheit zu dokumentieren, unsere Ideen mit den Fachverbänden zu besprechen. Ich gehe davon aus, daß es möglich ist, gemeinsam mit den Landtagsfraktionen, Bundespartei, Bundestagsfraktion, die Adresse ist wichtig aus den eben genannten Gründen, zu einer Art Fachkongreß und Anhörung mit allen Verbänden für die besprochenen Fragen zu kommen. Ich habe dafür vorgesehen den Freitag, den 11. September und Samstag, den 12. September. Ich habe versucht, es in die Gesamtplanung einzubetten. Ich hoffe, daß es möglich ist, mit eineinhalb Tagen dabei auszukommen.⁴²

Wir wollen dann, darüber muß auch noch gesprochen werden, um jetzt schon die notwendigen Unterstützungen zu finden, am 7. und 8. Juli über die Fraktionsvorsitzendenkonferenz, also die Landtags- und die Bundestagsfraktionen – das eben Gesagte 11. und 12. September ist natürlich öffentlich –, zu einer nicht öffentlichen Veranstaltung hier nach Bonn ins Bundeshaus die Fachleute der Fraktionen zusammenholen am 7. und 8. Juli.⁴³ Das ist in den Parlamentsferien, ich weiß das, aber wenn ich auf die Parlaments- und die Schulferien Rücksicht nehme, kann ich jede Übung einstellen. Die Bundesrepublik ist zu einer Ferienrepublik geworden, ein Vierteljahr im Sommer, drei Wochen im Januar, drei Wochen an Ostern, 14 Tage an Pfingsten ist die Bundesrepublik einschließlich der Bundeswehr zur Immobilität verurteilt. Von den Wochenenden reden wir schon gar nicht. Wir haben ja das politikfreie Wochenende, ich merke zwar nichts davon, aber es hört sich immer prima an in der Öffentlichkeit. Ich muß Ihnen ganz offen sagen, entweder wir machen einen Herbstparteitag, oder wir machen ihn nicht. Ich werde übrigens auf dieses Problem auf dem Parteitag zurückkommen, wir müssen zu dem Punkt die Geschäftsordnung ändern. Es ist ganz unmöglich, bei dieser Ferienordnung eine Geschäftsordnung zu haben, die mit der alten Ferienordnung zusammenhängt, aber nicht mit der neuen, die außerhalb der Vernunft ist.

Dann haben wir vorgenommen ja schon in Berlin, am Mittwoch, dem 10. Juni, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, den Bundesvorstand zu haben. Das sind sozusagen die Termine, die jetzt hier jedermann berühren. Das Ganze kann nur unter ungeheurer Arbeitsbelastung der Betroffenen funktionieren, wenn wir diese Kommission so schnell wie möglich ins Leben bringen. Deswegen ist es eine wahnsinnige Zumutung, aber ich habe mit vielen, die betroffen sind, gesprochen und habe erstaunlicherweise ein ungewöhnliches Verständnis gefunden, auch das will ich jetzt mal hier dankbar erwähnen, daß wir schon am kommenden Freitag um 14 Uhr diese Kommission, die ich jetzt vorschlagen will, zusammenrufen, damit sie unverzüglich mit der Arbeit beginnt.

Ich will vorweg sagen, was ich schon in Berlin sagte, der Parteitag ist nicht ohne Probleme, und manche begleiten ja diese Probleme offenkundig mit einem gewissen Behagen. Um jenen, die Behagen empfinden, das Behagen zu nehmen, habe ich mir fest vorgenommen, einen Großteil meiner Zeit der Vorbereitung dieses Parteitags sehr persönlich zu widmen, mich also sehr direkt darum zu kümmern. Aus dem Präsidium schlage ich für

42 Zum Hearing „Zukunftschancen der jungen Generation“ am 11. September 1981 UiD vom 17. September 1981: „Mit der Jugend – Unser Land braucht einen neuen Anfang“.

43 Dazu UiD vom 23. Juli 1981: „Junge Generation – Wieder Perspektiven für eine menschliche Zukunft eröffnen“.

die Kommission vor, daß neben dem Generalsekretär Frau Laurien der Kommission angehört, aus der Bundestagsfraktion die Kollegen Pfeifer⁴⁴, Rühle⁴⁵ und Waldburg-Zeil⁴⁶. Letzterer auch in seiner Eigenschaft als der Bundesvorsitzende des Bundeselternrates. Dann die Herren Kultusminister Remmers, Mayer-Vorfelder⁴⁷ und Bendixen⁴⁸. Die Frau Laurien sitzt ja noch sozusagen auf einem ganzen Mandat, und die auf einem dreiviertel Mandat Sitzenden habe ich ja schon genannt.

Dann brauche ich heute noch, ich habe die Herren nicht erreicht, für die Junge Union, Matthias Wissmann, einen Vertreter, der aber wirklich zur Verfügung steht. Es geht mir also nicht darum, immer den höchsten Mann im Protokoll zu kriegen, sondern den, der wirklich körperlich präsent ist. (*Einwurf Wissmann.*) Das weiß ich, deswegen habe ich es ja auch bei Ihnen gesagt, weil bei Ihnen die Gefahr nicht besteht. Einen Vertreter vom RCDS und von der Schülerunion, und ich habe gebeten, daß die CDA mir aus dem Bereich der CDA jemanden, der in der Ausbildung drinsteht, ebenfalls benennt. Dann aus dem Reigen der Landesvorsitzenden den Kollegen Worms sowie Herrn Vogt⁴⁹, der ja diese Arbeit bei den Sozialausschüssen mitbegleitet. Aus den Oppositionsländern vor allem den Herrn Sälzer⁵⁰ von Hessen und dann drei Professoren. Es hat zugesagt, und das finde ich sehr beachtlich, sofort und spontan unter Ausräumung aller seiner Termine, der Vorsitzende der Rektorenkonferenz, Professor Turner⁵¹, der auch versprochen hat, daß er nicht nur zusagt, sondern voll dabei ist. Und dann habe ich ja schon im Präsidium erwähnt die beiden Professoren Herr Hassenstein⁵² und Herr Aurin⁵³. Den einen habe ich erreicht, er hat die Zusage für 12 Uhr signalisiert; ich war jetzt nicht in meinem Büro, den anderen habe ich noch nicht erreicht. Dann den Präsidenten der Handwerkskammer in Frankfurt, Herrn Abt⁵⁴. Das ist ein Mann, der in der Beruflichen Bildung sehr engagiert

44 Anton Pfeifer (geb. 1937), Jurist; 1969–2002 MdB (CDU), 1982–1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1987–1991 beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1991–1998 Staatsminister beim Bundeskanzler.

45 Volker Rühle (geb. 1942), Gymnasiallehrer; 1970–1976 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1976–2005 MdB, 1989–1992 Generalsekretär der CDU, 1992–1998 Bundesminister der Verteidigung.

46 Alois Graf von Waldburg-Zeil und Trauchburg (1933–2014), Volkswirt, Politikwissenschaftler; 1980–1998 MdB, 1990–1994 Bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

47 Gerhard Mayer-Vorfelder (1933–2015), Jurist; 1976–1978 Staatssekretär im Finanzministerium von Baden-Württemberg, 1980–2001 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1980–1991 Minister für Kultus und Sport, 1991–1998 der Finanzen.

48 Peter Bendixen (1943–2007), Gymnasiallehrer; 1975–1996 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1979–1988 Kultusminister.

49 Wolfgang Vogt (1929–2006), Diplom-Volkswirt; 1969–1998 MdB, 1972–1983 Bürgermeister von Düren, 1982–1991 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

50 Bernhard Sälzer (1940–1993), Diplom-Ingenieur; 1970–1976 MdL Hessen (CDU), 1976–1979 Bürgermeister in Marburg, 1979–1993 MdEP.

51 George Turner (geb. 1935), Jurist, Professor; 1970–1976 Präsident der Universität Hohenheim, 1979–1983 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, 1986–1989 Senator für Wissenschaft und Forschung Berlin (parteilos).

52 Bernhard Hassenstein (1922–2016), Verhaltensbiologe, Physiker; 1960–1984 Professor in Freiburg, 1974–1981 Vorsitzender der Kommission „Anwalt des Kindes“ beim Kultusministerium von Baden-Württemberg.

53 Kurt Aurin (1923–2017), Erziehungswissenschaftler; 1969–1975 Professor an der TU Hannover, 1975–1991 in Freiburg.

54 Horst Abt (1927–2015), Schreiner, Unternehmer; 1971–1979 Präsident der Handwerkskammer Frankfurt/Main, 1994 Ehrenpräsident.

ist und der, was ganz nützlich ist, eine besonders engagierte Geschäftsführung hat in der Handwerkskammer Frankfurt. Wir brauchen ja auch die Apparate.

Dann aus der praktischen Wirtschaft den Chef der Lehrlingsausbildung der Farbwerke Hoechst, Herrn Dr. Amthauer⁵⁵. Ich habe mich jetzt hier nicht an Landesverbände halten können, sondern versucht, Leute zu kriegen, die ein besonderes Renommee haben und bereit sind. Mit den beiden bin ich noch in Verhandlung. Ich habe bei der Bundestagsfraktion noch vergessen Frau Wilms, die aus ihrer früheren Tätigkeit dieser Arbeit sehr verbunden ist. Dann eine sehr aktive Dame der praktischen Politik, Ratsmitglied der Stadt Bonn, Mutter von vier schulpflichtigen Kindern, Frau Editha Limbach⁵⁶, die ja vielen bekannt ist als eine durchaus auch streitbare Dame, wenn es um die Interessenlage geht. Dann einen der Jugendminister, Georg Gölder⁵⁷, und den Kollegen Westphal. Ich glaube, das ist ganz wichtig wiederum, weil die Länder sehr involviert sind aus der Sicht der beruflichen Ausbildung, und einer der Kollegen auch dabei sein sollte.

Jetzt war noch ein Vorschlag von Herrn Blüm, den ich gerne aufnehme. Das ist ein Mitglied von uns, das ist der Herr Kempf⁵⁸, der beim DGB Ausbildungsprobleme bearbeitet. Da wir Handwerk, Industrie haben, ist es, glaube ich, auch wichtig, noch einmal offiziell die Gewerkschaften dabei zu haben. Ich bin mir darüber im klaren, daß diese Kommission als erstes sich zum Teil aufliedern muß in Detailgruppen, die sich sehr rasch wegen der Kürze der Zeit an die Arbeit machen und Papiere erstellen. Das Ganze geht nur unter einem erheblichen Zeitdruck, aber ich finde, der Zeitdruck ist zwar ärgerlich, aber er mag auch nützlich sein. Die ersten Landesverbände waren ja schon bei mir und haben gesagt, ob wir nicht den Parteitag besser verschieben, damit wir mehr Zeit haben. Die Probleme liegen auf dem Tisch, wir müssen durch das Nadelöhr durch. Wenn wir Zeitdruck haben, sind wir in der Lage, das vielleicht besser bewältigen zu können.

Stoltenberg: Ich habe den Personalvorschlägen für diese Kommission nichts hinzuzufügen. Sie ist gut überlegt, sie ist breit angelegt. Das Problem wird sein, daß nicht alle immer können, aber das ist auch nicht der entscheidende Punkt. Ich bin insoweit voll einverstanden. (*Kohl:* Das sagen Sie so, ich habe das überlegt.) Ich würde auch nicht vorschlagen, daß wir die Kommission noch sehr vergrößern, sie ist eher etwas zu groß. (*Kohl:* Wenn Du sie aufteilst, nicht.) Ich will das nur für die weitere Debatte als Vorsichtsmaßnahme sagen.

Helmut, es gibt nur noch, bei voller Unterstützung dieses Vorschlages, ein Grundproblem, das die Struktur und die Zielrichtung des Parteitags betrifft. Diese Kommission wird in der Lage sein, das unterstelle ich von der Qualität der Parteifreunde, den ganzen Bereich Bildung einschließlich Beruflicher Bildung gut vorzubereiten. Nur, wir haben darüber im Vorstand früher geredet und im Präsidium, meine Vorstellung ist unverändert, daß neben einer sehr guten, sorgfältigen, auf die Hauptpunkte orientierten Vorbereitung des Bereichs Schule, Hochschule, Berufliche Bildung in diesem Parteitag, wenn es heißt

55 Rudolf Amthauer (1920–1989), Psychologe; Leiter des Bildungswesens der Firma Hoechst.

56 Editha Limbach (geb. 1933), Historikerin, Journalistin; 1975–1990 Mitglied des Rats der Stadt Bonn, 1987–1998 MdB (CDU).

57 Georg Gölder (geb. 1938), Gymnasiallehrer; 1965–1971 Landesvorsitzender der JU Rheinland-Pfalz, 1969–1977 MdB (CDU), 1979–2006 MdL Rheinland-Pfalz, 1977–1981 Minister für Soziales, Gesundheit und Sport, 1981–1991 Kultusminister.

58 Felix Kempf (1924–2016), 1964–1975 Mitglied des Gemeinderats Erkrath-Hohenfeld (CDU), 1965–1988 Leiter der Abteilung Berufliche Bildung beim DGB.

„Chancen und Probleme der Jungen Generation“ wir auch das immer brennender werdende Thema nach den beruflichen Chancen behandeln müssen. Das ist nicht von der Schule und der Hochschule und der Ausbildung her zu beantworten, jedenfalls nicht allein, es muß in der Struktur des Parteitages vielleicht auch durch die Aufgliederung in Arbeitskreise, die ich nochmal empfehlen möchte für die konkrete Programmgestaltung, auch ein Bezug da sein zu unserer Einschätzung der wirtschaftlichen Tendenzen der achtziger Jahre, d. h. der Wirtschaftsverfassung. Ich würde mehr auf die Ordnungspolitik als die Prozeßpolitik abstellen, die wir für notwendig halten, um gut ausgebildeten, qualifizierten, optimal durch Schule und Hochschule vorbereiteten jungen Menschen die Chance für die berufliche Existenz zu geben. Und dieser Bezug zur Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik, wobei da natürlich auch sicher das Thema Wachstum und der Aspekt der ökologischen Diskussion mit hineinkommen muß, scheint mir auch in der jetzt durch einige hervorragende Persönlichkeiten erweiterten Kommission noch nicht voll gesichert zu sein.

Nicht um die Kommission zu vergrößern, aber, um dann auch den Gedanken der Gliederung und der Unterkommissionen und der besonderen Aufträge aufzunehmen, würde ich für diesen Bereich dann den einen oder anderen Kollegen vorschlagen, wie den Kollegen Westphal, der sicher sehr gut mitarbeiten kann, daß wir aus diesem Bereich doch noch drei, vier, fünf Namen suchen. Wir haben ja aus dem Bereich der wissenschaftlichen Institute, auch der Wirtschaftsorganisationen, auch der Gewerkschaften, den einen oder anderen. Ich nenne etwa einen Mann wie den führenden Mann im Industrieinstitut, unseren Parteifreund Vogel⁵⁹, der den ganzen Bereich der wissenschaftlichen Diskussion, über Wirtschaftsverfassung und Probleme der achtziger Jahre, kennt. Wir haben einen Mann beim Industrie- und Handelstag, den Geschäftsführer.⁶⁰ Wir müßten mal sehen, ob bei Josef Stingl⁶¹ einer unserer Freunde sitzt, ich kenne die Personalsituation nicht, aber ich würde unterstellen, daß Josef Stingl uns jemanden nennen kann, der voll in der Diskussion der Arbeitsverwaltung drin ist, mit weiterführenden Bezügen. Wir würden eben sicher jemanden auch dafür brauchen aus dem Bereich der Arbeitnehmerschaft, der den Problemstand kennt und die Diskussion darüber. Und ich finde schon, obwohl er sehr viel jetzt an neuen Aufgaben hat, daß auch unser Freund Matthias Wissmann speziell in dieser Frage, nachdem er sich dankenswerterweise vier Jahre im Wirtschaftsausschuß des Bundestages engagiert hat, auch etwas beitragen könnte. Also, das ist jetzt nicht ein Wunsch, die Kommission zu erweitern, sondern sie in der Gesamtanlage so zu strukturieren, daß sich sechs oder sieben sofort hinsetzen können – das Arbeiten in kleineren Gruppen wird notwendig sein – und zu diesem entscheidenden Thema in der Lage sind, für den Leitantrag oder den Entwurf des Bundesvorstandes ein eigenes Konzept zu entwickeln.

Scherer: Es sind nur zwei Anmerkungen. Die eine bezieht sich auf das, was Herr Stoltenberg sagte. Wir haben den Eindruck, daß die Sorge um Ausbildungsplätze auch in

59 Otto Vogel, Leiter der Hauptabteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im Institut der deutschen Wirtschaft in Köln.

60 Franz Schoser (geb. 1933), Diplom-Kaufmann, Wirtschaftswissenschaftler; 1980–2001 DIHT-Hauptgeschäftsführer.

61 Josef Stingl (1919–2004), Politikwissenschaftler; 1953–1968 MdB (CDU), 1964–1969 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oder-Neiße, 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

einem so problematischen Raum wie dem Saarland deutlich im Abklingen ist, auf der anderen Seite aber die Sorge um Arbeitsplätze auf Dauer gewachsen ist und wir – zumindest ist das mein Eindruck – geneigt sind, die marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Aspekte herauszustellen, aber es für die Jugend selbst ungeheuer schwer ist, den Bezug zu ihrer eigenen Situation herzustellen. Deshalb sage ich, dürften wir uns auch nicht im Bereich der Theorie allein bewegen, sondern, wenn die ordnungspolitischen Fragen, und die sollten nach meinem Dafürhalten in der Tat aufgegriffen werden, Gegenstand des Parteitags sind, daß wir verdeutlichen müssen, wie die Chancen der jungen Generation sich in einem solchen ordnungspolitischen Rahmen im Verhältnis zu anderen darstellt. Ich glaube, daß uns nur diese Konkretisierung helfen kann, die junge Generation auf dieses Problem deutlich hinzuweisen.

Zum Zweiten, Herr Vorsitzender, habe ich eine Frage zur Zusammensetzung der Kommission. Sie haben die Kultusminister mit aufgeführt, ist da das Saarland vergessen? (*Kohl*: Nein, darüber wollte ich heute mit Ihnen und Werner Zeyer am Ende der Sitzung reden. Die parteipolitische Lage wollte ich noch einmal eruieren, wie das gesehen wird.⁶² Das ist schlicht und einfach der Grund.) Daß er Mitglied der Partei ist, ist ja klar.

Kohl: Das war mir nicht klar, das höre ich eben zum ersten Mal. Also mir haben andere etwas anderes gesagt, deswegen habe ich es hier nicht vorgetragen. (*Unruhe. Diskussion.*) Verstehen Sie, das war genau der Grund, ich wollte das Thema nochmal ansprechen.

Biedenkopf: Ich bin wie Herr Stoltenberg der Meinung, daß wir die Kommission nicht vergrößern sollten, Herr Vorsitzender. Ich meine trotzdem, daß die nordrhein-westfälische Landtagsfraktion in irgendeiner Weise da mitarbeiten muß. Ich habe nichts gegen die Streitbaren aus Frankfurt, aber das ist eine, würde ich doch sagen, etwas starke Verengung. (*Kohl*: Der Herr Worms ist dabei. Mach' einen Vorschlag!) Ich hatte das im Präsidium schon gemacht. Wir hatten im Präsidium noch zwei weitere Namen eingebracht, die Gräfin Westphalen⁶³, (*Kohl*: Ist die im Landtag?) nein, die ist nicht im Landtag, aber in der Partei, und der Herr Brüggemann⁶⁴. Wir hatten die beiden im Präsidium besprochen. (*Kohl*: Das tut mir leid, Brüggemann habe ich dann überhört. Das ist kein Problem.) Ja, Brüggemann hat es bei uns auch übernommen, unsere Vorbereitung für den Parteitag zu machen.

Wissmann: Herr Stoltenberg, mit dem, was Sie gesagt haben, bin ich zufrieden. Ich halte das, was Sie beschrieben haben, für zutreffend, aber vielleicht nicht ganz für ausreichend. Meine Frage ist – ich bin mir darüber im klaren, daß man das auf dem Parteitag nicht umfassend abhandeln kann –, ob es nicht notwendig ist, in den Auftrag für diese Kommission sozusagen ein Oberkapitel einzuschalten, in dem eben auch ein bißchen was von der Befindlichkeit eines Teils der Jugend, die Probleme hat und die protestiert, mit Ausdruck findet. Ich fände es falsch, wenn das der Schwerpunkt wäre, aber ich glaube,

62 Gemeint ist Wolfgang Knies (geb. 1934), Jurist; 1971–2003 Professor an der Universität Saarland, 1977–1980 Richter am Verfassungsgerichtshof des Saarlands, 1980–1984 Minister für Kultus, Bildung und Sport, 1984–1985 für Rechtspflege und Bundesangelegenheiten, 1987/88 niedersächsischer Kultusminister (CDU).

63 Johanna Gräfin von Westphalen zu Fürstenberg (1936–2016), 1978–1992 Mitglied des Landesvorstands der CDU in NRW, 1985–2002 Gründungsvorsitzende der Christdemokraten für das Leben.

64 Wolfgang Brüggemann (1926–2014), Gymnasiallehrer; 1965 Professor für Politische Bildung und Didaktik an der PH Ruhr, 1970 Dortmund, 1966–1985 MdL NRW.

daß man daran, wenn man jetzt zum Thema junge Generation Stellung nimmt, nicht vorbeigehen kann. Insofern glaube ich, daß ich mit Ihnen übereinstimme, wenn ich sage, bildungs-, arbeitsmarktpolitische, wirtschaftliche, soziale Probleme unter der Überschrift „persönliche Zukunftschancen“ allein wäre zu eng, wenn man nicht auch ein bißchen etwas zu den Ursachen und Problemen sagen würde, die beispielsweise zu Manifesten führen.

Kohl: Ja, Herr Wissmann, da sind wir in totaler Übereinstimmung. Bloß, vielleicht habe ich mich nicht klar genug ausgedrückt, ich halte es für ausgeschlossen, ich habe ja gesagt, zwei Ebenen. Die erste Ebene soll nicht primär die Arbeit dieser Kommission sein. Das, was Sie ansprechen, das geht ja an die geistige Herausforderung. Da haben wir im Präsidium ein erstes Gespräch gehabt, da fühle ich mich auch nicht so unmittelbar unter Zeitdruck. Ich glaube, das geht gar nicht anders, als daß wir noch einmal Gespräche führen, daß wir einzelne Persönlichkeiten auffordern, uns sozusagen mal Entwürfe zu liefern und uns dann zusammensetzen. Ich glaube, das ist letztlich ein Geschäft, das am Bundesvorstand nicht vorübergeht, wobei man dann ein paar hier aus dem Kreis beauftragen kann, das zusammenzufassen.

Zum Thema geistige Herausforderung glaube ich nicht, daß man da eine Kommission braucht. Sie wollen ja praktisch das, was ich auch will, denn am Ende soll ja eine Art Papiermanifest herauskommen, in dem wir auch eine Zustandsbeschreibung machen. Wenn man das also unter so und so viel Leuten macht, fürchte ich, ist das ein nicht endenwollender Arbeitsauftrag. Ich stelle mir eigentlich vor, daß wir uns in nächster Zeit einmal überlegen, wen könnte man einladen – das kann ja ruhig ein Auftrag sein mit Honorar, ich sage es mal ganz direkt so –, um einmal etwas zu liefern, dann aber zwei, drei aus dem Bundesvorstand bitten, das zusammenzufassen und einen Grundentwurf zu machen. Ich glaube nicht, daß das in der Kommission, in der gleichzeitig über das neunte Gymnasialjahr geredet wird, um ein Beispiel zu sagen aus dem Arbeitsprogramm, machbar ist. Aber das muß sein! Darin sind wir uns einig, das ist die andere Hälfte, die genauso wichtig ist wie das, was hier in der Kommission geleistet wird.

Wissmann: Mir kommt es nur darauf an, daß das beim Parteitag in irgendeiner Form geschieht. Das kann sein in Form eines Abendgespräches unter Leuten, die dazu etwas zu sagen haben, ein Wissenschaftler, denn da muß man ja geschickt genug sein. (*Kohl:* Oder in einem Vortrag oder Referat.) Oder ein Referat. Denn sonst kommt der Vorwurf, zu den materiellen Problemen, jetzt im weitesten Sinne, formulieren wir Antworten, aber zu den eigentlichen Problemen zu wenig. Das wäre meine Bitte.

Kohl: Da sind wir einer Meinung. Der Parteitag würde sein Ziel verfehlen, wenn er nur im Materiellen, wo wichtig das ist – so schwierig das bei uns ist –, eine Antwort anbietet und sozusagen in diesem geistigen Sinne keine Antwort gibt. Wobei es schwer ist, das müssen wir nochmal sehr sorgfältig bereden. Ich habe eine Reihe Ideen, habe mit einer Reihe von Leuten gesprochen, die mehr von der Sache verstehen, wie man das anpackt. Aber das muß sein. Aber am Ende sehe ich klar voraus, muß hier aus dem Vorstand eine kleine Crew dann eine Schlußredaktion macht von Texten, die wir uns erbitten.

Wissmann: Darf ich noch eine Frage stellen im Anschluß an das, was ich gesagt habe, die Frage nämlich, wie ordnen Sie jetzt dieses Konzept der Vorbereitung des Parteitags und auch die weitere Arbeit in die vom Parteitag beschlossene Zukunftskommission ein?

Wir müssen uns ja auch überlegen, welche Aufgaben wir ihr geben, wenn sie genau so bleiben soll, und welchen Arbeitsplan wollen Sie vorgeben? Denn ich glaube, wir müssen natürlich jetzt langsam darangehen, diesen Beschluß zu verifizieren, denn sonst wird aus der Sache nichts werden.

Kohl: Der Parteitag hat ja das gedacht als eine die Parteiarbeit begleitende Kommission, und wir müssen darüber jetzt bei der Berufung – das ist ein ziemliches Problem – die richtigen Leute finden, die nicht nur Blabla reden, sondern wirklich etwas beibringen. Ich würde das nicht verbinden damit. Wenn es wirklich gute Leute sind, sagen die als erstes, unter Terminnot lasse ich mich nicht setzen. Das ist das erste Problem, ich sehe das sehr realistisch. Also, ich meine, Herr Wissmann, wir müssen das tun, aber wir können nicht unsere Hoffnungen für das eben Besprochene darauf setzen, daß es daher kommt. Wenn wir von daher auch etwas bekommen, bin ich sehr damit einverstanden. Aber ich möchte mich nicht darauf verlassen.

Laurien: Bei den beiden Ebenen, meine ich, sei es wichtig, daß wir den Zusammenhang zwischen den praktischen Fragen und den geistigen Fragen setzen, denn wenn Gerhard Stoltenberg auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, daß hier die Wirtschaftsfragen und die Arbeitsplätze angesprochen werden, dann muß dies auch verbunden sein mit einer vernünftigen Darstellung unseres Systems, weil in der Tat zur Zeit gerade bei den Wirtschaftsfragen ein Stück Verlassenheit erkennbar wird. Deshalb möchte ich sehr begrüßen, wenn Herr Westphal uns noch zwei, drei Leute mehr nennt. Ich meine aber auch, wir müssen, auch gerade wenn wir von Schule und Hochschule sprechen, auch das, was wir vorhin im Zusammenhang mit den Kirchen erörtert haben, nicht auslassen, daß hier eine Identitätssuche junger Menschen besteht. Ich möchte mir deshalb einen Vorschlag erlauben, obwohl ich weiß, Sie schmunzeln sicher: Könnten wir nicht noch den Bruder Martin⁶⁵, den Landtagspräsidenten Martin, auch für die Kommission gewinnen, weil er die Brücke auch zur Evangelischen Kirche hin und zu diesen Nachdenklichkeitsfragen der jungen Leute hat, damit wir nicht zwei Teile im Parteitag haben, der eine ist geistig und der andere ist praktisch, und dazwischen gibt es dann keine Verbindung.

Kohl: Frau Laurien, genau mit Albrecht Martin habe ich darüber gesprochen, aber das ist der zweite Teil. Ich muß Ihnen schlicht und einfach sagen, die Kommission ist jetzt in einer fast abenteuerlichen Größenordnung. Also abenteuerlich finde ich sie gar nicht, die wird ja unterteilt. Aber die Interessen von Albrecht Martin gehen ja in jenen Teil, den Wissmann und ich eben besprochen haben. Das ist beispielsweise einer, mit dem ich bereits gesprochen habe, von dem ich annehme, daß er einen Entwurf in der anderen Seite liefert. Der wird sehr konservativ sein, aber da muß ja auch diese Facette reinkommen. Aber es gibt auch noch andere.

Laurien: Aber ich meine doch, daß wir das auch personell verzahnen müssen. Ich werde ihn dann fragen, daß er unsere Entwürfe mit querliest. (*Kohl:* Ja.) Ich habe noch zwei Fragen. Die eine: Muß nicht dieser Parteitag, außer daß er all das zeigt, was Sie hier erwähnt haben, auch das Bild der Jugend in der Öffentlichkeit ändern? Ich sage es jetzt mal der Kürze wegen so zugespitzt. Jugend erscheint doch in den Medien sehr oft, als ob sie nur mit Steinen schmeiße und faul sei und kein Staatsbewußtsein habe. Sie ist aber in der

65 Albrecht Martin (1927–2014), Gymnasiallehrer; 1967–1991 MdL Rheinland-Pfalz (CDU, 1974–1985 Landtagspräsident), 1985–1989 Minister für Bundesangelegenheiten, 1984–1990 Bundesvorsitzender des EAK.

Realität anders. Ich möchte dankbar begrüßen, daß die Bundestagsfraktion neulich ihre Äußerungen zum Technikverständnis der Jugend nicht unter die Überschrift gesetzt hat „Die Jugend hat kein Technikverständnis“, sondern es methodisch unter eine andere Überschrift gesetzt hat.⁶⁶ Nicht, Herr Wissmann? Ich glaube, daß das ein beachtenswerter Ansatz war, was nämlich positiv drin ist und wie man das weiterentwickeln kann, so daß wir als Ziel, meine ich, auch setzen müssen, welches Bild die Jugend in der Öffentlichkeit gibt, daß sie sich nicht ständig nur dann normal fühlt, wenn sie sozusagen Randgruppe ist, sondern daß wir, ich sage es jetzt mal sehr schlicht, den normalen Jugendlichen als die Spitze des Fortschritts darstellen. Deshalb meine Frage, ob es nicht auch noch in die Überlegungen einfließen könnte, eine Form zu finden, in der der Parteitag mit Jugendlichen spricht, die nicht unseren Gliederungen angehören und auch nicht anderen, mit unorganisierten Jugendlichen ein Gesprächsforum zu besetzen und zu zeigen, daß wir nicht nur über sie reden, sondern mit ihnen. Ich glaube, das lohnte, dies auch noch im organisatorischen Vorbereiten unterzubringen.

Wex: Genau das ist ja wohl Ihre Absicht, Herr Vorsitzender, daß es nicht ein Gespräch über die Jugend, sondern mit der Jugend ist. Und wenn ich das richtig mitgeschrieben habe, haben Sie auch wieder eine Aufforderung an die Jugendlichen zur Beteiligung gemacht, so daß ich das, was Frau Laurien gesagt hat, unterstützen wollte; ich hätte es auch gesagt.

Eine Lernfrage hätte ich: Sie haben gesagt, die Kommission wird berufen mit Unterkommissionen. Heißt das, daß die Kommission sich selbst teilt in Unterkommissionen, oder wird die Kommission zur Besetzung von Unterkommissionen zum Beispiel noch Leute dazuziehen? (Kohl: Ja, genau das.) Ich möchte nämlich hier sagen, die anderen Gremien sind alle eingebunden worden, auch mit Namen, RCDS, Junge Union und Sozialausschüsse. Ich werde ganz sicher gefragt, was die Frauenvereinigung vorgeschlagen hat; gerade nach Göttingen⁶⁷ werden Sie ja wissen, Herr Kohl, was da alles drin ist. Ich sehe, daß Frau Laurien und Frau Limbach drin sind. Wenn Unterkommissionen noch nötig sind, würde ich dann mir erlauben, zu dieser Sache noch Vorschläge zu machen.

Die dritte Frage ist: Wie sollen zusammengebracht werden der Anhörungskongreß, der ist ja am 11. und 12. September, und der Parteitag am 3.–5. November. Diese Anhörung müßte ja dann wahrscheinlich nach Ihrer Intention auch quasi eine Mitvorbereitung sein. Ich möchte gerne wissen, wo wird dies koordiniert? Wie wird das in der Zusammensetzung, wie Sie gesagt haben, Bundestagsfraktion, Bundespartei, Landtagsfraktionen? Wer macht dann mit in der Verzahnung dieser Vorbereitungskommission „Parteitag“ mit der Vorbereitung „Fachkongreß“? Das muß ja in irgendeiner Weise aufeinander abgestimmt sein, daß dieser Fachkongreß auch einen Input gibt für den Bundesparteitag. Das denke ich doch so. Ich habe ja diese Koordinierung gemacht in der Fraktion. Ich möchte nur wissen, wie das gedacht ist, ich konnte es hieraus jedenfalls noch nicht erkennen.

Kohl: Ich muß Ihnen sagen, Frau Wex, das habe ich mir noch nicht überlegt. Ich habe bisher mal zunächst überlegt, wie ich das finanziere, schlicht und einfach. Ich bin ein sehr praktischer Mensch und habe jetzt mal in Auftrag gegeben, die Liste zusammenzustellen. Da bin ich schon fast umgefallen, wer da alles in Frage kommt. Darüber müssen wir

66 Am 17. März 1981 „Zukunftschancen der jungen Generation“ (Protokoll in ACDP 08-001-1063/1).

67 Bundesdelegiertentag der Frauenvereinigung am 1./2. Mai 1981 (UiD vom 7. Mai 1981: „Eine menschliche Zukunft in Partnerschaft ist keine Illusion“).

nochmal reden, da habe ich noch keinerlei endgültige Vorstellung, da haben wir ja noch genug Zeit zur Einladung. Bloß, ich möchte die Fachverbände sozusagen wirklich ins Angebot mit aufnehmen, daß sie sagen können, egal, was wir dann am Ende tun, wir haben die Chance gehabt, ohne Zeitnot mit denen zu reden.

Schwarz-Schilling: Ich möchte an das anschließen, was Frau Laurien gesagt hat zu der Technik. Ich glaube, wir sollten die Frage gerade auf einem solchen Kongreß nicht nur auf der zweiten Ebene behandeln, sondern ich glaube, es wäre ganz wichtig, daß die Rolle von Naturwissenschaft und Technik auch in der Frage der Geisteswissenschaften zu verankern ist und wieder stärker in unser gesamtes moralisches Spektrum einbezogen wird. Das heißt, daß Naturwissenschaft und Technik nicht nur eine Funktion hat, die andere Leute ausnutzen, die hier die Gesellschaft kaputt machen, weil sie die Zielsetzungen verkennen, sondern daß man diese unselige Perversion in Deutschland des Kampfes zwischen Geistes- und Naturwissenschaften auflöst und wieder zurückkehrt in die Zeit davor, wo in der Bedeutung der Denker und Dichter auch entsprechende Forscher gewesen sind. Ich würde also dafür plädieren, daß in dieser Kommission, jetzt nicht nur in der zweiten, sondern bereits schon in der ersten, ein wirklich bedeutender Naturwissenschaftler ist mit einem gewissen philosophischen Einschlag, der den Beitrag des Menschen, der sich hier den Dingen widmet für die Gesamtgesellschaft, auch in entsprechender Weise darstellt, und es nicht nur von der Frage der Arbeitsmarktsituation, der Arbeitsplätze, sondern auch vom individuellen Ansatz der naturwissenschaftlichen Forschung und ihrer Bedeutung für die eigene persönliche Entfaltung und der Aufgaben, die damit verbunden sind, in einen entsprechenden Kontext bringt. Sonst würde man nämlich die ganze Frage der Technik wieder in das Materialistische verweisen und gar nicht aufgehoben werden in dem Bereich, in den das auch gehört. Ich würde sagen, beide Bereiche. *(Unruhe.)*

Blüm: Ich will keinen Vorschlag machen, die Kommission zu erweitern, weil ich meine, da nehmen wir uns die Arbeitsfähigkeit. Ich denke schon, daß es wichtig ist, daß das Profil dieses Parteitags Bildung ist, daß das nicht verwischt wird, aufgelöst wird in allgemeine Probleme. Bei dieser Bildungsfrage, meine ich, sollten wir in der Vorbereitung, auch bei den Vorbereitungskongressen auch die Amateure der Erziehung zu Wort kommen lassen, ich meine nämlich die Mutter und den Vater. Denn ich finde es ganz gefährlich, daß wir alle Fragen Experten übergeben. Das ist ein sublimier Angriff auf die Selbständigkeit der Menschen. Ich finde, das ist so eine Produktion von Minderwertigkeitskomplexen beim Normalbürger. Und deswegen, nicht in die Kommission, aber bei der Vorbereitung nochmal sehr stark auch die, ich nenne sie die nichtprofessionellen Erzieher, einbeziehen.

Ich will aber, Herr Kohl, ohne jetzt die Arbeit der Kommission aus den Angeln zu heben, den Vorschlag aufgreifen, den Herr Stoltenberg gemacht hat, daß wir die Arbeitsplatzsituation als Folie der Bildung schon betrachten müssen, denn Bildung zielt ja nicht ins Leere. Die Verkoppelung mit den Chancen, die man durch individuelle Bildungsanstrengungen sich eröffnet, geschieht ja durch das Angebot von Arbeitsplätzen. Deshalb Frage der Wirtschaftsordnung nicht durch neue Leute, aber als ein Thema, dem der Kongreß sich stellen muß unter Einbeziehung auch der Frage Technik. Denn davon geht sicherlich eine Menge Lebensangst auch aus.

Kohl: Norbert Blüm, ich versuche seit Tagen, den Josef Stigl zu erreichen genau aus dem Grund. Das Problem ist ja nicht, daß ich hier jemand nenne und dann sagt der mir ab, sondern die, die ich genannt habe, mit wenigen Ausnahmen, habe ich bereits selbst befragt. Das war ja auch ein gewisses Stück Arbeit, wie Sie sich leicht vorstellen können. Aber ich kann nicht dem Herrn Turner einen Brief schreiben, ohne mit dem vorher geredet zu haben, das ist einfach der Punkt. Wir haben ja keine Meriten zu vergeben, sondern Arbeit, da ist das also so einfach nicht. Ich habe das aber notiert, und neben dem Stigl steht auch auf meiner Liste, was er für eine Vorstellung hat. Es wäre uns vielleicht ja schon gedient, wenn wir eine gute Unterlage von ihm bekommen würden.

Christian Schwarz-Schilling, das, was Sie sagen, ist richtig, aber ich habe den Mann nicht. Das muß man ganz klar aussprechen. Ein Mann, wie Sie ihn beschrieben haben, arbeitet nicht in einer Parteikommission mit. Das ist die Lebenserfahrung. Ich bin schon heilfroh, wenn es mir nachher nach meinem Gespräch mit der Vorstandsebene gelingt, einen der besten Ausbilder im wissenschaftlich, naturwissenschaftlichen Bereich, den von Hoechst, sozusagen da freizukaufen – das ist das falsche Wort –, freizuschaukeln. Das ist ein Mann, der natürlich weit mehr versteht als viele Leute, die ein Ordinariat haben, weil der die Praxis und die wissenschaftliche profunde Kenntnis miteinander verbindet. Ich möchte Sie also bitten, überlegen Sie mal einen Namen, das ist das Problem.

Natürlich läßt sich über dies alles unendlich viel noch sagen. Aber ich kann nur sagen, das ist ein ungeheuer schwieriges Geschäft. Ich bin auf sehr viel Gutmütigkeit angewiesen und bedanke mich sehr, daß Sie in diesem Sinne diesen Entwurf und den Beginn mit Ihrer Zustimmung begleiten. Ich bin mir darüber im klaren, daß wir noch häufiger darüber reden müssen.

Zum Punkt „Verschiedenes“ habe ich nichts mehr. Gibt es noch Wortmeldungen?

VERSCHIEDENES

Wissmann: Ich wollte nur darum bitten, die Bitte, die ich früher schon mal geäußert hatte, nämlich nach Aufnahme dieses Gesprächs mit der Adenauer-Stiftung, die Probleme der Zukunft auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Wir waren uns schon mal einig darüber, daß wir das versuchen sollten, und ich glaube, es gibt genügend Anlaß, einfach mal über diese Zukunftsstrategie zusammen mit dem Vorsitzenden der Adenauer-Stiftung hier ein Gespräch zu führen.

Kohl: Ja, das ist in der Mangel, Matthias Wissmann. Wir hatten jetzt ein, ich selber drei Gespräche. Ich habe ja, wie Sie annehmen können, auch noch ein paar andere Sachen, um mal beim Etatgeschehen eine notwendige Umschichtung zu erreichen. Wir sind jetzt, Gott sei Dank, wie ich glaube, ein entscheidendes Stück vorangekommen. Also, ich komme auf die Sache gerne zurück, wobei ich sagen muß, im Moment hat Vorrang der Parteitag, damit das also hier unter uns klar ist; das ist das Allerwichtigste. Aber sobald wir das zeitlich hinkriegen, das steht auf der Vormerkliste, es ist nicht vergessen.

Das war es, ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

Bonn, Mittwoch 10. Juni 1981

Sprecher: Biedenkopf, Dregger, Geißler, Gerstenmaier, Griesinger, Hasselmann, Herzog, Kiep, Koch, Kohl, Neumann, Ritz, Schwarz-Schilling, Späth, Friedrich Vogel, Waffenschmidt, Wallmann, Wex.

Verabschiedung der Entschließung „Frieden ohne Waffen?“. Etat 1981 der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit allgemeiner Aussprache. Vorbereitung 30. Bundesparteitag.

Beginn: 13.00 Uhr

Ende: 17.40 Uhr

Kohl: Ich habe nicht die Absicht, diejenigen zu bestrafen, die pünktlich da sind, oder überhaupt da sind, und will bei der Gelegenheit sagen, das ist natürlich ein Punkt, wo ich eigentlich die Absicht habe, mal auf einem Parteitag darüber zu meditieren. Wenn Funktionen zu verteilen sind, ist die Anfrage immer sehr groß, wenn Arbeit zu verteilen ist, oder schwierige Themen wie etwa der Etat auf der Tagesordnung steht, ist das natürlich weit weniger der Fall. Aber lassen wir uns nicht verdrießen, wir machen heute unseren Job, wie es unsere Pflicht ist. Die geringere Anzahl hat vielleicht auch zur Folge, daß wir früher fertig sind und wir insofern ein Stück Lebensqualität mehr gewinnen. Ich darf begrüßen unseren Freund Toni Pfeifer, der zu dem einen Punkt nachher bei der Vorbereitung des Parteitags hier Rede und Antwort stehen kann. Ich habe ihn gebeten, zu Beginn da zu sein, weil ich über den Ablauf selbst noch nichts aussagen konnte.

Heiner Geißler macht mich mit Recht darauf aufmerksam, da wir ohnedies mit dem Text für den Montag in Berlin¹ in einer gewissen Zeitnot sind, daß wir jetzt vielleicht das Thema Resolution „Friede ohne Waffen“ vorziehen, damit es jetzt durchdiskutiert wird und dann sofort in die Produktion gehen kann. Dann kann es heute noch irgendwann auf die Post; die müßte nach menschlichen Voraussetzungen morgen oder Freitag jeweils bei den Delegierten ankommen. Einverstanden? Und dann reden wir sehr ausgiebig über den Etat und dann über die Vorbereitung des Parteitags. Wenn wir früher fertig sind, ist das auch kein Schaden.

Sie kennen den Gedankengang, der hier zugrunde liegt, daß wir prinzipiell angesichts des Themas „Friede ohne Waffen“ unsere Diskussion führen müssen in einer breiten Öffentlichkeit. Sie wissen auch, daß dieses Thema heute in acht Tagen auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg eine große Rolle spielen wird. Das ist nicht nur ein Problem hier bei uns, sondern das ist auch ein Problem in unserem Umfeld in den anderen Ländern.

Ich habe übrigens gestern, das gehört in diesen Kontext, mit den Kollegen aus den Niederlanden anläßlich des Parteiführertreffens der EVP in Brüssel über die dortige

¹ Bundesausschuß am 15. Juni 1981.

Diskussion nach der Wahl² auch zu diesem Thema geredet. Das war ganz interessant, daß die mir mitteilten, daß die Reaktion in der Wählerschaft in den Niederlanden angesichts der massiven Propaganda der Sozialisten keineswegs so erfolgversprechend war mit dieser totalen These „Friede ohne Waffen“. Also es gibt überhaupt keinen Grund aus den Erfahrungen dort, jetzt bei uns in Resignation zu verfallen, weil eine ganze Menge Leute hier die Gegend voll schreien. Ich glaube, auch bei uns muß man davon ausgehen, daß halt doch immer wieder sich die gleiche Frage stellt, daß die Öffentlichkeit, vor allem die verfaßte öffentliche Meinung, fasziniert auf Gruppen schaut, die lautstark sind, und die sogenannte schweigende Mehrheit sich nicht zu Wort meldet, aber man sich sehr hüten muß, diese lautstarken Gruppen bereits für die Mehrheit zu halten.

Ich nehme an, daß wir nun Gelegenheit haben werden, in acht Tagen auf dem Kirchentag eine reiche Diskussionsernte einzubringen. Eine ungewöhnlich freundliche Regie hat ja dazu geführt, daß an einem Nachmittag, am Freitag, ich nach den Jusos das große Zelt benutzen darf, und nach mir, Herr Herzog, ist, glaube ich, eine ähnliche Gruppe da, so daß ich annehme, daß die im Zelt sitzenbleiben und andere gar nicht hereinkommen werden; das war eine aus ungewöhnlich christlichem Geist geleitete Regie, die zu dieser Sache führte. Dann haben wir ja dieses Jugendfestival am Samstag in Nürnberg.³ Ich vermute, daß dort, auf dem Nürnberger Marktplatz, sich Ähnliches abspielen wird.

Jetzt zum Thema. Das, was Ihnen vorliegt, ist in vielen Besprechungen sehr intensiv diskutiert worden. Es gibt eine Menge Anmerkungen, es gibt auch eine Menge Anmerkungen, die aufgenommen wurden. Es gibt auch Anmerkungen, ich sage das vor allem zu meinem alten Freund Eugen Gerstenmaier, der sich in mehreren Durchgängen viel Mühe gemacht hat. Die Mühe war allerdings so, daß ich kapitulierte, weil ich einen Teil seiner schriftlichen Äußerungen handschriftlich nicht lesen konnte, was mich aber tröstete, weil der gleiche Vorwurf immer gegen mich erhoben wird. (*Gerstenmaier*: Ich bin ein Schönschreiber im Vergleich zu Dir.) Bist du ein Schönschreiber? (*Gerstenmaier*: Im Vergleich zu Dir!) Daß Du kein Schönredner bist, das wußte ich, aber auf den Gedanken, daß Du ein Schönschreiber bist, bin ich auch noch nicht gekommen. Also ich schlage vor, daß wir jetzt gleich zur Sache kommen, Heiner. Zur Begründung brauchen wir, glaube ich, nichts mehr zu sagen. Ich schlage vor, wir machen es hier wie im Präsidium, wir rufen Punkt um Punkt auf.

VERABSCHIEDUNG DER ENTSCHLIESSUNG „FRIEDEN OHNE WAFFEN?“

Kohl: Habt Ihr noch ein Exemplar für Eugen Gerstenmaier da?⁴ Besorgt noch mal gerade eines. (*Geißler*: Ich kann Ihnen Ihres wiedergeben?) Nein, das machst Du gerade nicht, da hat er alles reingeschrieben, dann liest der das alles vor. (*Heiterkeit*.)

Geißler: Der Aufbau dieses Entwurfs der Resolution nach den Gesprächen, die geführt worden sind, ist so vorgenommen worden, daß wir am Anfang in die Offensive gehen wollen und zwar insofern, als wir für uns reklamieren, daß die CDU die Partei des Friedens

2 Parlamentswahl am 26. Mai 1981: CDA 30,8 Prozent (48 Sitze), PvdA 28,3 (44), VVD 17,3 (26), D'66 11,1 (17). Die restlichen Sitze verteilten sich auf Parteien, die 2,1 Prozent und weniger erhielten.

3 Nicht ermittelt.

4 Tischvorlage vom 2. Juni 1981 „Entwurf einer Resolution des Bundesausschusses der CDU – verabschiedet am 15. Juni 1981 in Berlin“ (ACDP 07-001-1336).

ist und daß wir uns von den Pazifisten – da gab es den Begriff „aufrichtige Pazifisten“, den wir überhaupt nicht in die Resolution mit einbezogen haben, aber ich darf das sinngemäß jetzt sagen –, nicht im Ziel unterscheiden, sondern daß wir uns um den richtigen Weg streiten. Wichtig ist, daß man hier im Kopf hat, daß diese ganze Friedensfront ja keine einheitliche Front ist, sondern aus mehreren Gruppierungen besteht. Wir wollen mit dieser Resolution auch erreichen diejenigen, die außerhalb des kommunistischen Bereichs ernsthaft, auch aus theologischen Gründen, um den Frieden ringen. Das sind eigentlich unsere Adressaten, nicht diejenigen, die Schumacher⁵ einmal vor 30 Jahren umschrieben hat mit denjenigen, die einem Zweckpazifismus huldigen, der der Kriegsvorbereitung dient. Damit ist die kommunistische Seite zutreffend umschrieben worden.

Wir hielten es zweitens für richtig, daß ganz am Anfang klar gemacht wird, daß der Friede in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa das Ergebnis unserer Politik war. Auf dem Hintergrund der Tatsache, die ja auch in diesem Papier zum Thema „Argumente der CDU zur aktuellen Friedensdiskussion“⁶ aufgeführt worden ist, daß wir seit 1945 in allen Kontinenten der Welt über 400 Kriege gehabt haben, dagegen in Europa keinen einzigen, wenn man 1946 einmal von Griechenland⁷ absieht. Also wir sind die Partei des Friedens, und unsere Politik hat die längste Zeit friedliche Geschichte in unserem Volk, zumindest der jüngsten Geschichte, ermöglicht.

Dann erst kommt die Analyse, die Beschreibung der konkreten sowjetischen Gefahr. Ferner haben wir uns dann nach der analytischen Beschreibung dem Begriff des Friedens zugewandt und der Parole „Lieber rot als tot“ in der Ziffer 4. Hier wird vor allem auch auf das Argument eingegangen, daß gewaltfreier Widerstand den Frieden erzwingen könne, ein Argument, das ja in der momentanen Diskussion, vor allem im kirchlichen Bereich, eine große Rolle spielt.

Dann nehmen wir Stellung zur Bergpredigt in der Ziffer 5 und haben als Grundlage auch noch einmal die Definition unseres christlichen Verständnisses unserer Politik aus dem Grundsatzprogramm einbezogen, im 1. Absatz der Ziffer 5. Dann in der Ziffer 6 ein sehr wichtiger Gedanke, der in der Diskussion vor allem auch von Herrn Mertes vorgebracht worden ist, daß wir noch einmal klar die verfassungsrechtliche Absage an jeden Angriffskrieg in diese Resolution mit einbeziehen. In Ziffer 7 eine Aussage zur Wehrdienstverweigerung und zum Dienst am Frieden in der Bundeswehr. Und Ziffer 8, unsere Position in diesem Zusammenhang zur Frage der Länder in den anderen Kontinenten, so wie wir es im Arbeitsprogramm genannt haben, wobei wir glauben, daß gerade dieser Gesichtspunkt besonders wichtig ist für die Glaubwürdigkeit unserer moralischen Position in der Verteidigungspolitik insgesamt. Und in der Ziffer 9 schließt die Resolution mit einem Aufruf, gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen dafür einzutreten, daß der Friede auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gesichert bleibt.

So, ich würde vorschlagen, daß wir jetzt Punkt um Punkt vorgehen, es sei denn, es wird die Disposition in Frage gestellt.

Kohl: Also, arabisch 1. Kein Kommentar. Arabisch 2? Na, ich muß ja wenigstens fragen, Eugen. Die Autoren sind natürlich voller Stolz, das ist ja richtig. 3. (*Herzog:* Die Autoren

5 Kurt Schumacher (1895–1952), Redakteur; 1918 SPD, 1930–1933 MdR, 1933–1943 Inhaftierung, 1946–1952 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 MdB.

6 Druck in UiD vom 27. Mai 1981 CDU-Dokumentation 18/1981.

7 Bürgerkrieg von 1946–1949.

sind nur irritiert, wenn es keinen Widerspruch gibt.) Jetzt fordern Sie das nicht auch noch heraus! Wir sind jetzt nicht im Stuttgarter Kabinett, sondern wir sind im Bundesvorstand.

Koch: Kann ich nochmal zurückgehen auf arabisch 2? „Ergebnis neutralistischer Politik“ und zur Frage des Friedens in Europa ist soweit in Ordnung. Ich habe eben im Autoradio gehört, daß Herr Möllemann⁸ sprach vom Frieden des freien Westens, und zu den Waffenlieferungen an Saudi-Arabien hat Herr Möllemann eben im Radio mitgeteilt in den 12-Uhr-Nachrichten, daß er eindeutig sich dafür ausspricht, Waffen auch nach Saudi-Arabien zu liefern. Es könnte also Folgendes sein, daß in manchen Gremien, ob das jetzt Evangelischer Kirchentag und was da alles ist, die CDU danach gefragt wird, ob wir mit Waffen und freies Europa und freier Westen die NATO meinen. Zählt dann auch Arabien dazu? (*Kohl:* Ich verstehe das überhaupt nicht.) Nein, das steht da nicht. (*Kohl:* Ach so. – *Waffenschmidt:* Er meint in Ziffer 2 den Begriff „freier Westen“.) Wir werden konfrontiert mit Dingen, können wir Waffen liefern nach Saudi-Arabien? (*Kohl:* Das hat doch mit unserer Sache nichts zu tun.)

Geißler: Er meint, ob der Begriff freier Westen möglicherweise von einigen ausgedehnt werden könne bis nach Arabien, aber das ist hier nicht der Fall.

Kohl: Aber unter „freier Westen“ verstehen wir die Völker der Welt, die die gleiche Vorstellung von Verfassungsfreiheiten, von Grundrechten haben. Saudi-Arabien ist ja nun ein autoritäres Regime, das weder Menschenrechte in unserem Sinne noch Verfassungsrechte in unserem Sinne kennt. Das kann kein Mensch sagen. (*Koch:* In der Definition, wenn einer sagt, die NATO-Staaten.) Nein, bei den NATO-Staaten ist die Türkei dabei, die Türkei hat im Augenblick auch die Menschenrechte weitgehend suspendiert. Spanien ist nicht dabei, also die Definition ist die beste, die es gibt.

Geißler: Also, ich finde auch, der Begriff freier Westen ist nämlich ein bißchen vergessen worden.

Kohl: Hier geht es ja nicht um ein Strafrechtsseminar, sondern es geht um eine politische Aussage. Und das ist ja auch die korrekteste. 3? (*Herzog:* Also, wir kommen um das Problem nicht herum, aber ich würde einfach sagen, „freier Westen“ ist nicht Nahe Osten.) 3, keine Wortmeldungen. 4? Bei 4 war keine Wortmeldung.

Neumann: 4, der 2. Absatz. „Die Parole ‚Lieber rot als tot‘ ist verantwortungslos“ ist richtig. Wer das sagt, setzt ja voraus, daß der Gegner angreift. In Wirklichkeit könnte man auch sagen, „Lieber rot als freiheitlich demokratisch“. Und nicht „tot“ sagen, denn das ist ja das, was damit zum Ausdruck kommt. Wer die Parole „Lieber rot als tot“ sagt, geht davon aus, daß die anderen angreifen, wir uns nicht verteidigen, weil wir leben wollen. Dann eben lieber rot. Oder man geht noch ein bißchen deutlicher darauf, was das eigentlich für ein Verständnis ist, wenn man diese Parole macht. (*Kohl:* Das steht ja drin. „Sie setzt elementare Menschen- und Freiheitsrechte aufs Spiel.“) Ja, daß der Satz das ausgleicht, den nächsten: „Diese Parole provoziert die Aggression der unfriedlichen und die Kapitulation der friedlichen Staaten.“ Das ist klar. Da ist es drin. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Wir müssen uns mit der Parole etwas auseinandersetzen, die läuft ja.

Kohl: Finde ich gut. Weitere Wortmeldungen zu 4?

8 Jürgen Möllemann (1945–2003), Lehrer; 1972–2000 und 2002/2003 MdB (FDP), 1982–1987 Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1987–1991 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1991–1993 für Wirtschaft.

Wex: Ich darf in diesem Zusammenhang mit 4 nochmal auf 3 zurückkommen, „Der Friede ist heute mehr denn je in Gefahr durch die expansive und aggressive Politik der Sowjetunion“, da der zweite Spiegelstrich: „durch unverantwortliche Überrüstung in vielen Teilen der Welt“. Wir sollen das ja auch an vielen Stellen vorstellen und darüber diskutieren. Wo ist diese unverantwortliche Überrüstung in vielen Teilen da zu beantworten?

Kohl: Beispielsweise in weiten Teilen der Entwicklungshilfestaaten, die wahnsinnig überrüsten, die das Geld nur für das Allernötigste haben. Die ganze Entwicklung Schwarzafrikas ist ja eine Katastrophe. Statt daß sie sich um die Daseinsvorsorge kümmern, machen sie gewaltige militärische Anstrengungen. Übrigens der Irak auch, um nur einmal unter diesem Gesichtspunkt die neuesten Ereignisse zu sehen.⁹

Waffenschmidt: Übrigens ist das eine Erfahrung, die junge Leute noch gar nicht haben, daß viele Entwicklungsländer für die Rüstung pro Kopf der Bevölkerung weit mehr ausgeben als wir in den industrialisierten Staaten. Es ist manchmal ganz hilfreich, das zu verdeutlichen.

Friedrich Vogel¹⁰: Was mir hier fehlt, ist die Aufnahme der Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ und der Parole „Ohne Rüstung leben“, die ja beide nebeneinander laufen. Wir haben „Lieber rot als tot“ aufgegriffen. Ich meine, es wäre gut, wenn wir einfach die Parolen, die umlaufen, hier auch aufnehmen. (*Kohl:* In Ziffer 5 steht doch „Der Friede ohne Waffen wäre kein Traum“.) Ja, aber die Parole, die sozusagen als Agitationsparole läuft, (*Kohl:* Man müßte es umdrehen.) Ja, es sind zwei Parolen. Die eine heißt „Frieden schaffen ohne Waffen“ und die andere heißt „Ohne Rüstung leben“. Sie besagen beide das Gleiche, und unter beiden Parolen wird diese Agitation geführt. Und ich meine, es wäre gut, die aufzuspießen.

Waffenschmidt: Ich möchte gerne Zusätzliches hier noch kurz zur Diskussion stellen, wir haben in dem 3. Absatz bei Ziffer 5 den Satz „Wir leben aber nicht in einer solchen Welt“. Ich habe die Frage, muß nicht ein Gedankengang etwa folgenden Inhalts dahinter kommen: „Sie ist uns nach der Bibel auch nicht verheißen.“ Denn der Kernpunkt der Auseinandersetzung ist ja der, daß die Leute sagen, ihr Christen habt ja den Auftrag, diese Welt zu schaffen. Denken wir nur mal an den Absolutheitsanspruch, den der Herr Eppler verkündet hat, der Friede muß eben geschaffen werden. Das ist ja eine Utopie, die gar nicht gedeckt wird von der christlichen Botschaft. Auf diesen Gedankengang sind wir nicht eingegangen, denn die Kontroverse wird ja laufend sein, wir leben aber nicht in einer solchen Welt, damit gebt ihr euch zufrieden. Ihr müßt die schaffen. Da müssen wir sagen, es ist unrealistisch, die wird es nach der christlichen Botschaft nie geben können, weil es immer eine Welt der Vorläufigkeit ist. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das ist ein Einwand, den man bedenken sollte.

Herzog: Wenn wir zugrunde legen, daß wir mit dem Papier in beide Kirchen hineinsprechen, ist das richtig. Es ist nur die Frage, Herr Waffenschmidt, ob wir das jetzt im

9 Gemeint ist wohl der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, der vom 22. September 1980 bis zum 20. August 1988 dauerte.

10 Friedrich Vogel (1929–2005), Jurist; 1965/66 und 1969–1994 MdB (CDU, 1971–1977 Vorsitzender des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion), 1982–1987 Staatsminister im Bundeskanzleramt.

Augenblick gleich formulieren müssen, oder ob vielleicht Herr Geißler und ich uns nochmal zusammensetzen. (*Waffenschmidt*: Einverstanden!)

Kohl: Ja, es muß bloß gedruckt werden. Herr Herzog, setzen Sie sich doch mal jetzt hin und machen Sie das während der Debatte, Ihr könnt doch weitermachen! (*Unruhe. Diskussion.*) Formuliert es doch mal gerade. Eugen, zu 4 hast Du noch eine Frage gehabt.

Gerstenmaier: Nein, ich wollte nur fragen, ob Herr Vogel der Meinung ist, daß bei 4 zum Beispiel zum Schluß des ersten Absatzes die Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ ausdrücklich aufgenommen werden soll. Habe ich Sie da recht verstanden?

Friedrich Vogel: Teil 4 ist, wie ich meine, ein anderes Thema. „Lieber rot als tot“ ist nicht das gleiche Thema wie „Frieden schaffen ohne Waffen“. (*Unruhe. Diskussion.*) „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist ja im Grunde genommen jetzt die Zusammenfassung dieser Utopie. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, machen Sie doch mal einen Vorschlag, die Sache ist von Interesse.

Geißler: Darf ich mal einen Vorschlag machen? Friedrich, wir können doch Folgendes machen. Mir geht es jetzt etwas darum, daß wir das in der Formulierung auch in dem Duktus lassen. Also beim 2. Absatz, Ziffer 5 haben wir ja den Begriff „Frieden ohne Waffen“, nur das Wort „schaffen“ fehlt, aber auf das könnte man ja vielleicht verzichten. Gut, also: „Der Friede ohne Waffen wäre kein Traum, sondern Wirklichkeit und wir könnten ohne Rüstung leben.“ Wenn man das noch anfügt: „und wir könnten ohne Rüstung leben.“ (*Unruhe. Diskussion.*) Es ist ja jetzt eben der Wunsch geäußert worden, mir schien es jetzt im Gesamtduktus, wenn wir nicht alles umschmeißen wollen, an der Stelle am ehesten möglich, den Begriff auch mit reinzunehmen.

Kohl: Es sei denn, man schreibt, „Die Parole, Frieden ohne Waffen schaffen“ wäre kein Traum“, wenn Du das als Parole deklarierst. (*Unruhe. Diskussion.*)

Herzog: Wir haben jetzt im Augenblick diesen Zwischensatz (*Kohl*: Moment, das ist jetzt wieder was anderes, bleibt doch mal dabei.) – nein, das ist bei der Sache: „Wir leben aber nicht in einer solchen heilen Welt, sie ist uns nach der Bibel auch nicht verheißen.“ Wenn man jetzt sagen würde: „Das übersehen Parolen wie“. (*Kohl*: Ja, dann ist es gut. – *Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, wie würde dann der ganze Satz heißen, Herr Herzog?

Herzog: „Wir leben aber nicht in einer solchen heilen Welt.“ (*Kohl*: Ja, macht doch mal weiter, von wo ab? – *Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: „Wir leben aber nicht in einer solchen“ (*Waffenschmidt*: „Heilen Welt“. – *Gerstenmaier*: Heil? Kein gutes Wort in der Politik. – *Unruhe. Diskussion.*) Ich würde vorschlagen, die Welt, diese Traumwelt ist ja vorne ausreichend beschrieben.

Kohl: „Wir leben aber nicht in einer solchen Welt.“ Weiter!

Herzog: „Sie ist uns nach der Bibel auch nicht verheißen.“ (*Unruhe. Diskussion.*) „Das übersehen Parolen wie ‚Frieden schaffen ohne Waffen‘ oder ‚ohne Rüstung leben‘.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich habe nur einen journalistischen Einwand. Es ist ja ein Duktus. „Wir leben aber nicht in einer solchen heilen Welt, sie ist uns nach der Bibel auch nicht verheißen.“ Und jetzt geht es weiter: „In der Welt, in der wir leben“. Das, was Sie sagen, paßt an sich genauso gut hinter „Sowjetunion“.

Kohl: Das finde ich aber nicht gut. Das ist mir zu diesseitig angehängt. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich würde das nicht machen, Heiner. Natürlich ist das alles richtig. Aber

das wird dann natürlich als die perfideste Fortsetzung des Kalten Kriegs interpretiert. (*Unruhe. Diskussion.*) Gemeint ist das, aber ich würde das nicht so machen. (*Unruhe. Diskussion.*) Moment, jetzt müssen wir mal das fertigmachen.

Griesinger: Darf ich mal die Theologen fragen, „ist nach der Bibel nicht verheißen“, das soll jetzt da rein; das ist ja in bezug auf die Bergpredigt auch richtig in der Konsequenz, hier darauf zu antworten. Aber wenn wir sagen, „ist nach der Bibel nicht verheißen“, muß mindestens ein Gedanke rein, daß die Aufgabe natürlich in der Bibel auch nicht gerade so ist, daß man auf friedensschaffende Dinge verzichten darf. Also das stimmt ja auch nicht. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, das soll jetzt rein: „ist auch nicht verheißen. Dies übersehen Parolen ...“.

Herzog: Ja, im Grunde ist der Kernpunkt der Auseinandersetzung die Frage, wie wir theologisch reden sollten. Aber das ist der Kernpunkt, daß wir nach unserem Verständnis in einer Welt leben, wo die Menschen sich gegenseitig nicht mehr aufessen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, bleiben wir dabei? Gut! Weiter! Eugen, noch zu 5?

Gerstenmaier: Woran ich hängenbleibe, ist die theologisch problematische Aussage: „Die Bergpredigt ist eine Mahnung an jeden Christen zu letzter Vollkommenheit.“ Also, wenn wir solche wohlgemeinten Parolen weglassen könnten, vor allem in einem vorwiegend politisch bestimmten Dokument, wäre mir das lieber. Der Streit um die Herkunft und um die Exegese der Bergpredigt ist, ich glaube, 1.500 Jahre alt. Ich habe mich neulich mit dem Neutestamentler von Tübingen¹¹ nochmal darüber unterhalten. Er hält die Bergpredigt einfach für eine Katechese eines im wesentlichen antipharisäisch gestimmten Evangelisten. Das meinte auch zum Beispiel der alte Schlatter¹², der eine große Koryphäe ist. Und dieser Satz „zu letzter Vollkommenheit“, also nein. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Laßt doch die letzte Vollkommenheit weg und laßt aber die Bergpredigt drin. Eugen, der Text wird ja nicht vom Schlatter gelesen, und ob ihn Dein Exegese-Mensch aus Tübingen liest, bin ich wieder voller Zweifel. Im Deutschen Bundestag schleudern sie uns nachts um halb zwölf die Bergpredigt entgegen, die wir nicht achten. Und auf dem Kirchentag ist das ein politischer Text. Ich bin sehr damit einverstanden; da habe ich auch gestockt, „zu letzten Vollkommenheit“. Denn wenn ich die CDU in ihrer Oberschicht, mich eingeschlossen, betrachte, dann bin ich voller Zweifel geplagt von der letzten Vollkommenheit. Laßt uns die Vollkommenheit verlassen und laßt uns einfach hinten „jeden Christen“ einen Punkt setzen. Damit kannst Du leben? (*Gerstenmaier:* Ja. – *Waffenschmidt:* Aber die Bergpredigt muß vorkommen. – *Unruhe. Diskussion.*)

Gerstenmaier: Eben. Die Bergpredigt kann bleiben. Der erste Satz im 2. Absatz ist das, bei dem ich anheimege, ihn zu streichen. Und einfach zu lesen „auch nicht für die Verteidigungspolitik“ und dann weiterzugehen „in einer Welt, in der Mensch und Staaten sich im Geiste der Bergpredigt verhielten“. Das ist ganz ohne jeden Zweifel, gibt auch der Polemik keinen Ansatz. Und Sie haben dann eine Art Verweis auf die normative Kraft. (*Kohl:* Also, das heißt, Du willst die Absätze zusammenziehen?) Das kann man zusammenziehen, aber man sollte vor allem den ersten Satz vom 2. Abschnitt streichen.

11 Möglicherweise Peter Stuhlmacher (geb. 1932), evangelischer Theologe; 1968–1972 Professor für Neues Testament in Erlangen-Nürnberg, 1972–2000 in Tübingen.

12 Adolf Schlatter (1852–1938), Schweizer evangelischer Theologe; Professor für Neues Testament und Systematik in Greifswald (1888), Berlin (1893) und Tübingen (1908–1922, Lehrtätigkeit bis 1930).

Das ist keine notwendige Aussage, die wir machen müssen. Den Bezug auf die Bergpredigt haben wir doch mit dem zweiten Satz. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, also Eugen, jetzt muß ich Dir mal sagen, leider hat sich die Zeit und auch die Partei geändert. Ja natürlich, ich glaube schon, daß es kein Schaden ist, wenn die Partei von der Bergpredigt redet. (*Gerstenmaier:* Soll sie ja. Also, Helmut, unter uns, „die letzte Vollkommenheit“ ...) Die haben wir doch gestrichen! (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Der Satz ist: „Die Bergpredigt ist eine Mahnung an jeden Christen.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: So weit sind wir jetzt runtergekommen, daß wir Jungen den Oberkonsistorialrat an die Bergpredigt erinnern müssen. So weit ist es mit uns gekommen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Waffenschmidt: Ich möchte noch gerne eine weitere grundsätzliche Frage hier anstellen bei der Ziffer 5. Wir haben ja dankenswerterweise in dem Papier der Bundesgeschäftsstelle auf Seite 17 und 18 die grundsätzlichen Äußerungen der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD bekommen.¹³ Da habe ich die Frage, sollten wir nicht jeweils einen tragenden Satz aus den Stellungnahmen hier zitieren? Ich habe dabei folgenden Gedankengang: Ich hielte es für die innerkirchliche Diskussion, aber auch für unsere Zusammenarbeit mit den Kirchen für eine gute Sache, wenn wir jeweils einen tragenden Satz dieser grundsätzlichen Äußerungen aufnehmen würden als C-Partei und es nicht den anderen überlassen, sich dauernd auf kirchliche Stellungnahmen zu berufen. Wir haben hier gute Sachen, wir könnten das schnell formulieren, von den Bischöfen, vom Rat der EKD jeweils einen klaren Satz sagen, wir begrüßen diese Stellungnahme. Das hielte ich für gut, das schafft einen Identifikationscharakter zwischen den Aussagen von uns und denen.

Kohl: Ist das wirklich so? Also, ich habe ehrlich gesagt, Hemmungen. Ich brauche mich nicht zu identifizieren, ich gehöre dazu, aber ich bin voller Zweifel, Horst. Das soll ja ein Papier aus Eigenem sein. Und wenn wir jetzt uns auf die beiden Kirchen berufen, das ist so ein bißchen verstecken. (*Unruhe. Diskussion.* – *Waffenschmidt:* Ja, ich wollte es nur diskutieren.) Also, daß das unsere Leute zitieren, was ja als Material vorliegt, das ist etwas ganz anderes, als wenn wir das in einen Beschlußtext reinschreiben. Also, ich habe da Hemmungen, ehrlich gesagt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gerstenmaier: Also, ich erinnere an ein Papier, das einer unserer bekannten Fraktionschefs mal ausgefertigt hat zum Dortmunder Parteitag 1962.¹⁴ Ein dickes Papier. Dieses Papier war im Grund falsch angelegt, warum? Weil es die Identifikation der CDU-Moral von Normen, Normenideen mit den beiden Kirchen vertreten hat vor allem aus Ratserklärungen. Das ging unter in Dortmund, übrigens mit Recht. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Gut, 6! (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, darf ich vielleicht, damit das nun alles klar ist fürs Protokoll, nochmal schnell das vorlesen, was jetzt beschlossen worden ist in Ziffer 5. Da wird gestrichen beim Absatz 2, „zu letzter Vollkommenheit“. (*Unruhe. Diskussion.*) Dann heißt der dritte Absatz: „Wir leben aber nicht in einer solchen Welt. Sie ist uns nach der Bibel auch nicht

¹³ In „Argumente zur aktuellen Friedensdiskussion. Eine Diskussionshilfe“ (ACDP 07-001-1336).

¹⁴ Rainer Barzel: Das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU (zur Diskussion im Bundesvorstand vgl. Protokolle 4 S. 239–258).

verheißen. Dies übersehen Parolen wie ‚Frieden schaffen ohne Waffen‘ und ‚Ohne Rüstung leben‘. Und dann geht es weiter: „In der Welt, in der wir leben“.

Kohl: Gut, S. 6! Keine Wortmeldungen. 7? (*Unruhe. Diskussion.*)

Gerstenmaier: Also, im zweiten Absatz, Kriegsdienstverweigerung und Friedensdienste der Bundeswehr parallelisieren. (*Unruhe. Diskussion.*)

Friedrich Vogel: Das ist genau auch mein Punkt. Wir dürfen ja nicht übersehen, daß bei uns in der Jungen Union, wie ich mit Erstaunen festgestellt habe, auf breiter Front eine Stimmung läuft, Wahlrecht zwischen Wehrdienst und Friedensdienst oder Ersatzdienst. Das dürfen wir nicht übersehen. Und hier das so zu formulieren, daß das wie parallelisiert wirkt, halte ich für gefährlich.

Geißler: Ich glaube, hier kommt etwas auch der pädagogische Charakter dieser Resolution zum Ausdruck. Wir haben es leichter mit unserer Argumentation, wenn wir gleichzeitig klarmachen – im Grunde steht das auch im Grundsatzprogramm –, daß wir die Partei der Gewissensfreiheit sind, und ich finde, wir dürfen ja nicht nur jetzt bei der Betrachtung dieser Argumente und auch der Gruppierungen an bestimmte militante Pazifisten denken, sondern es gibt den Zeugen Jehovas und den ernsten Bibelforscher. Ich meine, das sind Pazifisten. Und diesen Pazifismus hat die CDU nur respektiert. Das war am Anfang, in der ersten Fassung vor dem Präsidium, ja umgekehrt. Da fingen wir an, „So wie wir den Pazifismus respektieren, fordern wir auch Respekt und Achtung“, und dann haben wir im Präsidium gesagt, wir müssen auf jeden Fall Respekt und Achtung vor der Bundeswehr an den Anfang stellen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ich sage das jetzt einfach mal laut, das ist noch nicht abgeglichen. „Wir fordern Respekt und Achtung für jene, die ihren Dienst am Frieden in der Bundeswehr leisten.“ Das ist, glaube ich, schon mal sehr wichtig. Dann finde ich, daß man da noch einmal einen unterstreichenden Satz über die Notwendigkeit des Dienstes in der Bundeswehr unterbringen sollte. Und dann der weitere Satz, daß wir den „Pazifismus aus christlicher Überzeugung respektieren“, ist auch mißverständlich. So wie es hier steht, heißt es, wir akzeptieren nur den Pazifismus aus christlicher Überzeugung. So liest sich das ja. Gemeint ist, daß wir aus unserer christlichen Überzeugung auch Pazifismus respektieren. Das steht hier anders da, das muß allein schon aus dem Grund weg. Also, ich meine, wir sollten mal den Punkt machen, „in der Bundeswehr leisten“ und dann noch einen unterstreichenden Satz zugunsten der Bundeswehr bringen und dann das umformulieren, der Respekt vor dem Pazifismus. Das würde ich aber in einem Absatz zusammenziehen, „wir warnen nachdrücklich davor, der Wehrdienstverweigerung einen höheren ethischen Wert zuzumessen als dem Friedensdienst in der Bundeswehr“.

Griesinger: Können wir das nicht so machen, daß wir das positiv äußern dahingehend, nur dort, wo die Mehrheit der jungen Generation bereit ist, diesen Friedensdienst zu leisten, bleibt es möglich, den Dienst auch trotz des Pazifismus auch weiterhin zu gewährleisten? Es muß deutlich werden, wirklich, Herr Kohl, daß das ganze Pazifistengeschrei nur dadurch möglich bleibt, weil es uns nicht gefährlich werden kann, weil die Mehrheit der Bevölkerung Gott sei Dank noch vernünftig genug ist, Freiheit als ein kostbares Gut anzusehen.

Kohl: Das kann ich nur alles unterstreichen, das mache ich jeden Tag in fast jeder Schülerdiskussion, eben gerade wieder. (*Unruhe. Diskussion.*)

Friedrich Vogel: Wir haben diesen Punkt ja auch auf die Tagesordnung des Bundesausschusses wegen des Evangelischen Kirchentages. Da begegnen wir der Parole „Friedensdienst mit und ohne Waffe“. Die beruft sich auf die Heidelberger Thesen¹⁵, Herr Gerstenmaier, und dies ist eine verfälschende Interpretation der Heidelberger Thesen, das muß also deutlich sein.

Kohl: Ja, ich glaube, wir sind in der Sache längst einig, daß wir es ändern wollen. Bitte macht Vorschläge.

Gerstenmaier: Ich muß vor allem dem hochgeschätzten Herrn Generalsekretär widersprechen. Und zwar tue ich das als ein Büsser. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Ich habe seinerzeit die Rede für die CDU/CSU gehalten im Plenum des Bundestages, als es sich um die Grundgesetzergänzung handelte, und habe vertreten, daß wir respektieren die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.¹⁶ Ich kann nur sagen, ich habe in den letzten 20 Jahren oft daran gedacht und mir gewünscht, hätte ich doch bloß diese blöde Rede nicht gehalten. Aber damals war die ganze Fraktion folgerichtig dafür, daß wir zur Begründung und zur Dokumentation unserer Großzügigkeit, unserer Gewissensgroßzügigkeit, das sagen sollten. Es ist grauenhaft mißbraucht worden, und im Schatten dieser unserer hehren Erklärungen hat sich ein Pazifismus breitgemacht, der heute ebenso muckenfroh ist, wie er damals eigentlich bescheiden und noch manierlich war. Der ist uns beinahe aus dem Kopf gewachsen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, ich finde, hinter dem Satz „die ihren Dienst am Frieden in der Bundeswehr leisten“ könnte man einen Gedanken bringen, der, jetzt mal im Groben formuliert, so aussehen könnte. Das ist ja ein Kapitel über die Wehrdienstverweigerung, hier die Ziffer 7. Wir wollen hier zur Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen etwas sagen. (*Kohl:* Ja, zum Wehrdienst und zur Wehrdienstverweigerung. – *Unruhe. Diskussion.*) Aber das ist ja ein Grundrecht, Artikel 4, 3; das ist ein Grundrecht, das haben wir im Grundsatzprogramm lang genug diskutiert, es sollen ja nicht die geringsten Zweifel aufkommen, daß die CDU die Gewissensfreiheit nicht genauso respektiert wie andere. Der Artikel 4, 3 ist ja nur ein Teilgebiet der allgemeinen Gewissensfreiheit. Ich will das jetzt nicht verfassungsrechtlich vertiefen, aber man muß sehen, es steht im Artikel 4, in dem die Glaubens-, die Gewissensfreiheit behandelt ist. Es bietet sich aber ein Gedanke in dem Zusammenhang an, daß wir sagen – wir sind der einzige Staat, bei dem die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen Verfassungsrang hat –, daß ein solcher Staat erst eigentlich verteidigungswert ist. (*Kohl:* Verteidigungsfähig ist, meint er.) Ja, und verteidigungswert ist. Also, ein Staat, der die Gewissensfreiheit so hoch einschätzt (*Kohl:* Das geht mir zu weit. Du kannst also den Amerikanern und den Schweizern nicht absprechen, daß ihr Staat verteidigungswert ist. So weit es „verteidigungsfähig“ heißt, ist es korrekt. – *Unruhe. Diskussion.*) Oder „besonders verteidigungswert“.

Kohl: Ja, das ist wieder etwas anderes, aber die Schweizer sind verteidigungswert, obwohl sie diese Form des Verfassungs-rangs der Wehrdienstverweigerung nicht haben. Die Franzosen auch, die werden sich entschieden wehren. Würde ich so nicht, aber der

15 Die „Heidelberger Thesen“ von 1959, an denen der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker maßgeblich mitwirkte, beschreiben die friedensethische Position der Evangelischen Kirche Westdeutschlands in der Zeit der atomaren Aufrüstung.

16 Sten. Ber. 2. WP 17. Sitzung vom 26. Februar 1954 S. 556–558. – Vorschriften für Kriegsdienstverweigerer in Abschnitt III des Wehrpflichtgesetzes vom 21. Juli 1956 (BGBl I S. 651).

Grundgedanke ist ja richtig. Ohne die Wehrpflichtigen gäbe es ja gar keine Chance der Wehrdienstverweigerung. Das ist doch eigentlich die Idee. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gerstenmaier: Also, ein Punkt hinter dem „leisten“. „Wir respektieren die grundgesetzlich garantierte Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen“, unterstreichen, „fordern aber ihren Schutz gegen Mißbrauch.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, aber da bist Du in einer anderen Debatte, wenn Du die Debatte führst. Die gehört nicht an den Punkt. Die würde ich jetzt auch nicht zu dem Punkt aufnehmen.

Geißler: Darf ich nochmal einen Vorschlag machen? Der erste Satz soll ja als eine verstärkte Aussage zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht dienen. Da kann man doch einfach den Satz aus dem Grundsatzprogramm nehmen, da heißt es: „Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwesens einzutreten.“ (*Zustimmung.*) Noch einmal vorlesen? „Wir fordern Respekt und Achtung für jene, die ihren Dienst am Frieden in der Bundeswehr leisten. Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwesens einzutreten.“ (*Kohl:* Ist gut, ja, kann man machen.) Und jetzt kann der zweite Absatz kommen: „Aus christlicher Überzeugung respektieren wir den Pazifismus.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, das, was der Heiner jetzt vorgetragen hat, ist gebongt, das nehmen wir jetzt so. Und dann machen wir die Ergänzung, Du hast es doch eben gehabt.

Geißler: „Aus christlicher Überzeugung respektieren wir die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.“ (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl:* Ja, „aus Gewissensgründen“, da ist ja dann eine Einschränkung drin. Ist doch gut, das kann man doch so lassen.)

Hasselmann: Ich bin im Prinzip einverstanden. Die Bundeszentrale, Herr Geißler, hat da so ein wunderbares Papier herausgegeben als Argumentationshilfe.¹⁷ Ich würde dies in die Diskussion hineinnehmen, ich weiß nicht, wer das erstellt hat, das ist ganz fabelhaft. Ihr habt das hier gemacht? Also, ich habe das nochmal nachbestellen müssen, weil einfach das gefordert wird. Da steht allerdings drin, daß wir niemals, ich sage es mal sinngemäß, den Pazifismus verfolgt haben, aber wir haben gesagt für den einzelnen, er kann das nicht aufkrotzieren wollen dem ganzen Volk, solche Passagen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ja, darüber haben wir lange debattiert. Da stand zum Beispiel der Satz drin, „Pazifismus ist für uns kein Schimpfwort“, und das ist auch richtig, aber es darf nicht in eine kontradiktorische Auseinandersetzung geraten.

Kohl: Okay, also Heiner, lies nochmal den Satz jetzt vor.

Geißler: „Wir fordern Respekt und Achtung für jene, die ihren Dienst am Frieden in der Bundeswehr leisten, Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwesens einzutreten. Aus christlicher Überzeugung respektieren wir die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Wir warnen nachdrücklich davor...“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Herzog: Das geht einfach systematisch nicht, den Pazifismus haben wir vorher abgehandelt. Und jetzt fangen wir bei den Kriegsdienstverweigerern an.

Kohl: Also bleiben wir bei der Formulierung, einverstanden? So. Zu 7 keine Wortmel-

17 Informationen zur politischen Bildung 189 und 190: Frieden und Sicherheit. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Wiesbaden 1981.

dung mehr? 8? Eugen, was sagst Du? Jeder soll unser Nächster sein? (*Unruhe. Diskussion. Große Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Na ja, also, wenn man nur solche christlichen Kraftsprüche weglassen würde aus politischen Programmen! Wie heißt das? „Jeder Arme soll unser Nächster sein“?

Kohl: Wir sind schon weit hinter Pieroth zurückgeblieben, der Pieroth hat verkündet: „Jeder Arme ist mein Nächster.“ Oder „mein Freund“ hat er gesagt. (*Unruhe. Diskussion. Große Heiterkeit.*)

Friedrich Vogel: Also, ich möchte nachdrücklich für diesen Satz plädieren, lieber Herr Gerstenmaier, und zwar einfach deshalb, weil uns diese Formulierung von Pieroth, das dürfen wir nicht übersehen, in vielen Bereichen, wo wir es schwer haben, Luft geschafft hat. Da ist die Diskussion leichter geworden. Und ich meine, man muß auch mal einen etwas gefühlsbeladenen Satz in so ein politisches Papier hinnehmen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ja, das kann man auch vertreten. „Jeder Arme ist unser Nächster“, das war eigentlich so die mehr abstrakte theologische Aussage, einfach in den Raum gestellt. Und wir sollten uns eigentlich alle an dieser abstrakten Aussage messen lassen. Im Präsidium ist die Auffassung vertreten worden, man soll lieber sagen: „Jeder soll unser Nächster sein.“ Es klingt glaubhafter, wenn wir sagen „soll“, einfach als Aufforderung an jeden, der betroffen ist.

Kohl: Also, ich darf sagen, ich teile mit Eugen Gerstenmaier das Bedenken, daß weder das eine noch das andere glaubhaft klingt. Ich sage das ganz offen.

Gerstenmaier: Ein Parteiprogramm muß klar sein in jedem Satz und muß auch realisierbar sein. Das ist überhaupt nicht realisierbar. (*Unruhe. Diskussion.*)

Herzog: Gegenüber dem Satz „Jeder Arme ist unser Nächster“ habe ich die größten Bedenken. Entweder ist er theologisch verstanden, dann bin ich der Meinung von Herrn Präsidenten Gerstenmaier, dann gehört er da nicht rein, oder er ist praktisch verstanden, dann sehe ich uns so richtig mit unseren Nächsten, also mit den ganzen Armen in der Dritten und Vierten Welt, das stimmt doch alles nicht. Das ist vollmundig. Aber ich sehe ein, was Herr Vogel sagt, das hat auch sein Gewicht. Deswegen könnte ich dem „soll unser Nächster sein“ gerade noch trotz gewisser Bedenken zustimmen. Aber mehr auf keinen Fall. (*Unruhe. Diskussion.*) Noch lieber würde ich darauf verzichten.

Geißler: Also, darf ich mal Folgendes überlegen: Herr Herzog, wir haben ja in der Ziffer 3 eine Definition des Friedens aufgenommen, in der wir sagen, „bilden Frieden und Freiheit eine unlösbare Einheit“. Und wir gehen bei dieser Umschreibung des Friedens davon aus, daß Friede nicht definiert werden kann als ein Zustand, in dem einfach die Waffen schweigen, sondern daß Friede mehr ist, daß Friede auch Rechtsfrieden bedeutet. Deswegen kommen wir ja in der Resolution völlig richtig auf die Menschenrechte, daß eigentlich Friede nur vorhanden ist, wenn die Menschenrechte eingehalten werden. Genauso sagen wir aber, Friede ist eigentlich nur vorhanden, wenn auch der soziale Friede da ist. Dort, wo soziale Gerechtigkeit ständig gefährdet und prinzipiell nicht gesichert ist, kann eigentlich auch nicht Friede in unserem Sinne vorhanden sein. Deswegen kommt dem internationalen sozialen Frieden eine so große Bedeutung zu hinsichtlich des Friedensbegriffs in der Ziffer 4. Ich glaube, man muß diese Einheit sehen, die inhaltliche Ausfüllung des Friedensbegriffes. Und das wird ja in der Ziffer 7 jetzt gemacht, daß

wir sagen in der Ziffer 8 „Die Ethik des Friedens“ – also in dem Sinne, daß der Friede inhaltlich wesentlich mehr ist als das Schweigen der Waffen – „erfordert von uns den aktiven Einsatz zur Herstellung des sozialen Friedens auf der ganzen Welt.“ Und der Satz „Jeder Arme soll unser Nächster sein“ ist ja nun wirklich eine Aussage, ein Anspruch an jeden Christen. Der Arme ist unser Nächster, das ist eine Botschaft, wie sie im Evangelium enthalten ist. Ob wir diesem Anspruch letztendlich gerecht werden, das müssen wir bestreiten, das ist richtig, aber genauso, wie wir vorhin gesagt haben, zur höchsten Vollkommenheit, aber in einer unvollkommenen Weise, müssen wir natürlich auch dieser Anforderung gerecht werden. Und deswegen ist das auch richtig. Also, ich halte den Satz auch von der christlichen Überzeugung her für völlig in Ordnung, der stimmt. Das ist eine Aufforderung an jeden Christen, sich klar zu sein, daß der Arme unser Nächster ist und zwar in erster Linie derjenige, der ärmer ist. Da brauche ich jetzt nicht auf die christliche Tradition zu rekurrieren, deswegen heißt es so, das ist also eine Aufforderung an uns. Es wird, da gebe ich Ihnen recht, nicht ein absoluter Zustand von uns politisch gefordert, aber daß wir zumindest dem nahekommen, was in diesem Satz ausgesagt wird. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, ich schlage vor, wir lassen das jetzt drin, das gibt eine wilde Diskussion im Bundesausschuß über den Punkt, und es ist ja kein schlechtes Zeichen, wenn die Partei sich an dem Punkt reibt. Man kann in der Tat beide Positionen vertreten. Für mich ist die Frage, inwieweit das sehr glaubwürdig ist, was wir da schreiben. Und das ist mein inneres Bedenken. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gerstenmaier: Ich wende mich gegen die Argumentation und Interpretation des Herrn Generalsekretärs, weil ich sie für schlicht falsch und jedenfalls christlich nicht für belegbar halte. Die Aussagen der Bibel zur Armut sind nicht von der Art, daß die Abwesenheit von Reichtum schon einen Menschen in die Nähe des Reiches Gottes befördert. Und der Fehler, der einfach logische Fehler des Generalsekretärs, den Sie soeben in seiner Darlegung gehört haben, besteht darin, daß er aus einem Konkretum ein Abstraktum macht. Denken Sie doch an die biblische Geschichte mit dem Evangelisten, dem unter die Mörder Gefallenen, die Geschichte vom Samariter. Da ist der der Nächste, der am Wegrand liegt, aber in dieser Geschichte wird nirgendwo eine Generalparole daraus gemacht, jeder Arme soll Dein Nächster sein, sondern der, der hier am Wegrand liegt. Der Konkrete. Das Konkretum ist etwas anderes, etwas auch logisch Anderes als das Abstrakte, mit dem Sie, mein lieber Freund, jetzt argumentiert haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Also ich plädiere dafür, aus wohlwogenen Gründen den Satz überhaupt zu streichen, ersatzlos zu streichen. Soll dann diese Partei in Anspruch genommen werden aufgrund dieses Satzes für Beschlüsse, die einfach erstens unrealistisch waren und zweitens eine Überforderung darstellen und deshalb unrealisierbar sind, weil sie eine Überforderung an das deutsche Volk und überhaupt sind? (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, jetzt haben wir ihn im Antrag stehen, das wird wiederkommen in der Debatte, warum nicht, das ist doch ein ganz entscheidender Punkt. Ich muß sagen, ich genieße das sehr, daß wir heute mal eine solche Debatte führen. Wenn ich sehe, über was für einen Krampf wir uns häufig unterhalten, ist das eine sehr angenehme Sache, und ich bin Eugen Gerstenmaier ausgesprochen dankbar, daß er in einer Weise, die unserem „C“-Verständnis sehr zugute kommt, mal so argumentiert. Also, ein Antrag ist gestellt, ja? Streichung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind vier, fünf, sechs,

sieben. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich hoffe, daß Du Deine Kasse besser in Ordnung hältst wie die Abzählung der Stimmen hier im Vorstand. Das war jetzt die Mehrheit. Also, gestrichen. Jetzt kann wieder ein anderer einen Antrag stellen, in Berlin muß es wieder rein. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich kenne das doch. Ich bin kein Pessimist, sondern ein Realist. Also, 9. (*Unruhe. Diskussion.*)

Koch: Nein 8, Absatz 3, letzter Kurzsatz: „Wir müssen anders leben, damit andere überleben.“ Da möchte ich gerne auch noch eine Erläuterung oder Interpretation, wenn wir das draußen diskutieren, wie wollen wir denn anders leben? (*Unruhe. Diskussion.*)

Griesinger: „Wir müssen anders leben, damit andere überleben.“ Das klingt zwar sehr schön, aber wir hätten gerne eine Interpretation. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Wir hängen an den gleichen Punkten wie im Präsidium, kann man sagen. Das ist praktisch der Versuch einer Conclusio des vorhergehenden Satzes. (*Geißler:* Also, was damit gemeint ist, ist doch klar.) Das steht ja schon vorher in jedem Satz. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Wir machen ja eine solche Sache jetzt nicht für ein Seminar, sondern es ist eine Resolution, mit der wir ja auf dem Kirchentag und anderswo arbeiten wollen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das bedeutet eben, daß wir nicht die Natur ausbooten können, daß wir nicht in der Welt tun können, als gebe es nur uns, die Bundesrepublik, und die anderen nicht. Das kann man doch gut interpretieren. Gut. 9! (*Unruhe. Diskussion.*) Das war es? Keine weiteren Wortmeldungen, dann ist das so beschlossen. Wir geben es dann heute noch raus. Die Einführung dann in Berlin, der Vortrag ist ausgearbeitet, damit er in Berlin also entsprechend diskutiert werden kann.

ETAT 1981 DER CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MIT ALLGEMEINER AUSSPRACHE

Dann kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung und das ist das Thema Etat.¹⁸ Bei dem Etat möchte ich, daß wir heute nicht wie sonst uns verhalten, sondern mal das tun, was ein normales Unternehmen tut, das bei seiner Bilanz und seinem Etat auch über Geschäftspolitik redet. Das scheint mir aus vielerlei Gründen mehr als angebracht zu sein, daß das mal geschieht. Deswegen schlage ich vor, man macht die Einführung zunächst zu den finanziellen Grundlagen, wie sie sich aus der Vorlage vom 1. Juni ergeben. Die hat jedermann, hat die jedermann? Walther, machst Du die Vorlage, wir hatten das abgesprochen.

Kiep: Ja, ich kann eine Vorlage machen zur Finanzplanung, zur gesamten Situation und dann vielleicht Herr Geißler zu den Einzelheiten. Ja? (*Geißler:* Einen Satz.)

Ich gehe davon aus, daß Sie den Haushalt mit Erläuterungen alle vorliegen haben. Dieser Etatentwurf, der Ihnen hier vorliegt, ist im Bundesfinanzausschuß beraten worden, ist Gegenstand von Gesprächen des Parteivorsitzenden, Generalsekretärs und Schatzmeisters gewesen und vom Schatzmeister her war diese Etatberatung versehen mit einer Zielvorgabe, auf 30 Millionen Ausgaben für das Jahr 1981 zu kommen. Wie Sie aus den Zahlen, die Ihnen vorliegen, ersehen können, beläuft sich das tatsächliche Volumen zur Zeit auf 30,7 Millionen, wobei dies unter Berücksichtigung, unter Einbeziehung aller

18 Vorlagen und Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge in ACDP 07-001-1027.

denkbaren Einsparungen erreicht wurde. Wir sind also dem Ziel von den 30 Millionen noch nicht voll nachgekommen. In dem letzten Gespräch, das wir hatten, hat der Parteivorsitzende seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß dieser Etat, so wie er jetzt vorliegt und heute hier behandelt werden soll, mit seiner Empfehlung versehen wird, hier eine zehnprozentige Einsparung im Etatvollzug vorzusehen. Das heißt also finanztechnisch eine globale Minderausgabe, die dann zu erwirtschaften ist im Lauf des Vollzugs dieses Etats.

Dieser Betrag von 30 Millionen, der hier zum Ansatz kommt, sollte vielleicht in den Gesamtzusammenhang unserer Finanzsituation kurz gerückt werden. Ich habe über diese Finanzsituation ja auf dem Bundesparteitag berichtet. Ich hatte den Eindruck, daß einige Damen und Herren, die dort zugehört haben, etwas mehr den positiven Teil gehört haben, also den negativen Nachsatz verdrängt haben. Ich möchte deshalb nochmal in aller Deutlichkeit hier schildern, wie die Lage wirklich aussieht. Wir haben zwar am Jahresende Kredite in Höhe von 9,8 Millionen gehabt und liegen damit unter den Kreditansätzen, die sonst nach Bundestagswahlen anfallen. Aber diese Zahl darf man nicht isoliert sehen, sondern man muß sie sehen im Kontext dessen, was dann in den Folgejahren auf uns zukommt. Und da möchte ich hier doch noch einmal ganz deutlich machen, daß wir bei einem Schuldenstand von 9,8 Millionen per 31. Dezember 1980 und einem Etatvolumen von 30 Millionen für das Jahr 1981 davon ausgehen müssen, daß wir einen Fehlbetrag in diesem laufenden Jahr zusätzlich bekommen von rund 10,2 Millionen, so daß die 10,2 Millionen Verschuldung des Jahres 1981 plus Kreditvortrag 9,8 Millionen vom 31. Dezember 1980 zusammen per Ende dieses laufenden Jahres eine Gesamtverschuldung von 20 Millionen D-Mark ergeben. Ich darf Sie alle an die lebhafteste Diskussion über die Hochzinspolitik der Bundesbank erinnern und Sie darauf hinweisen, daß wir natürlich hier auch Hauptleidtragende dieser Hochzinspolitik sind und deshalb 20 Millionen Schulden bei derartig hohen Zinsen eine Belastung sind, die beängstigend groß ist.

1982 – ein Jahr also, in das wir mit einer Schuldenbelastung von 20 Millionen eintreten, wenn meine Prognose stimmt – wird uns bei einem angenommenen Etatvolumen von 31 Millionen, einer Spendenerwartung von sieben Millionen und einer Kredittilgung von vier Millionen etwa einen Ausgleich ermöglichen, weil wir 1982 zusätzliche öffentliche Mittel bekommen aus der zwanzigprozentigen Abschlagszahlung aus der Europawahlkampfkostenerstattung. Also, wir würden praktisch 1982 den Schuldenstand von 20 Millionen mehr oder weniger halten können. 1983 würden wir dann bei einem Etat von 32 Millionen und einer Spendenerwartung von 8,5 Millionen in eine Situation kommen, wo wir per Ende des Jahres auf 13 Millionen Schulden kommen könnten, weil wir aufgrund der Einnahmen des Jahres 1983 die Chance hätten, unseren Schuldensaldo wieder etwas zu senken. Das heißt also per Ende 1983 immer noch 13 Millionen Schulden. Und erst für das Jahr 1984 besteht die Chance und Hoffnung, überhaupt wieder zu einer ausgeglichenen Rechnung zu kommen. Das bedeutet also, daß die Situation schwierig und problematisch ist, zumal die Spendenerwartungen, die ich unterstellt habe, sehr mutig sind, wenn wir uns daran erinnern, daß die Spendenlandschaft schwierig ist, daß wir uns nicht nur aufgrund unseres neuen Weges der Spendenbeschaffung, d. h. Spenden aus versteuertem Einkommen, und auch vor allen Dingen der Tatsache, daß die wirtschaftliche Konjunktur rückläufig ist, diese Spendenerwartungen eher auf der optimistischen Seite liegen, so daß das Gesamtbild also keinen besonderen Anlaß zu großem Optimismus gibt.

Das jetzt zur mittelfristigen Situation, in der wir uns befinden. Ich würde vorschlagen, daß Sie vielleicht jetzt, Herr Generalsekretär, zu Einzelheiten des vorliegenden Plans Stellung nehmen.

Geißler: Also, ich würde vorschlagen, daß Sie in der Vorlage, die überschrieben ist mit „Entwurf, Stand 21. Mai 1981, Ordentlicher und Sonder Etat der Bundesgeschäftsstelle der CDU-Deutschlands für das Rechnungsjahr 1981 (Ausgaben)“ dann hier zunächst einmal die Seite 8 aufschlagen. Auf der Seite 8 haben Sie den zusammenfassenden Überblick, zu dem ich kurz etwas sagen möchte. Wir haben als ersten Teil den laufenden Etat der Bundesgeschäftsstelle in Höhe von 25 Millionen Mark, dem ist gegenüber gestellt der Etat 1980. Dieser Etat bedeutet eine Steigerung gegenüber 1980 um rund 3,5 Millionen Mark. Also, der Etat der Bundesgeschäftsstelle. Diese Erhöhung ist daraus zunächst zu erklären, daß der Etat 1980 insoweit ein unechter Etat war, als eine ganze Reihe von Teilen des Etats im Wahlkampfetat enthalten war und infolgedessen im normalen Etat gar nicht erschien, also zum Beispiel der Parteitag ist über den Wahlkampfetat finanziert worden. Das gilt im übrigen auch für 1979, der Europaparteitag ist über den Wahlkampfetat des Europawahlkampfes damals etatisiert worden. Genauso verhält es sich mit den Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit im letzten Jahr, die weitgehend über den Wahlkampfetat etatisiert worden sind.

Weil das ja alles nicht mehr möglich ist in diesem Jahr, liegen wir notwendigerweise über dem Etatansatz des Jahres 1980. Das ist ganz selbstverständlich. Es sind 3,5 Millionen Mark mehr als im Etat 1980, der stark entlastet war in Höhe von mehreren Millionen Mark durch den Wahlkampfetat. Diese 3,5 Millionen Mark Erhöhung werden allein rechnerisch verursacht und auch tatsächlich verursacht durch die Tatsache, daß wir zwei Parteitage haben, die insgesamt 3,45 Millionen Mark kosten. Dies bedeutet, wenn wir jetzt mal zwei Parteitage abziehen, die ja im letzten Etat voll über den Wahlkampfetat gelaufen sind, daß wir in allen anderen Bereichen praktisch keine Steigerungen haben, sondern ganz im Gegenteil zu erheblichen Einsparungen zusätzlich gekommen sind. Ich darf in dem Zusammenhang einmal darauf hinweisen, daß dieser Etat 1981 in Wirklichkeit in der sparsamsten Weise im ersten halben Jahr gefahren worden ist. Ich habe einmal die Personalbewegungen in der Bundesgeschäftsstelle mir angesehen seit sechs, sieben Jahren. Wir haben jetzt 213 Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle, die bezahlt werden, die also auf der Gehaltsliste stehen. Wir haben damit den Stand des Jahres 1974 erreicht. Wir haben im Jahr 1974 genauso viele Mitarbeiter gehabt wie heute. Diese Zahl ist kontinuierlich angestiegen und ist für das Etatjahr 1980 wieder auf diesen Stand heruntergeschraubt worden. Wir kommen nachher bei den Einzelheiten sicher noch auf Punkte zu sprechen, die ich Ihnen auch vortragen muß. Dies führt natürlich auch zu erheblichen, zumindest zu einigen Einschränkungen hinsichtlich des Services, den die Partei in anderen Jahren, vor allem in Wahlkampffahren, gewohnt ist.

Also, der Etat der Bundesgeschäftsstelle schließt ab jetzt in der Vorlage unter Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten mit 25,2 Millionen Mark. Dann kommt zum Etat der Bundesgeschäftsstelle der Vereinigungsetat¹⁹ hinzu, er beläuft sich auf 3,9 Millionen Mark. Dann haben wir die Zinsen und unsere Leistungen an das Stiftungsversorgungswerk; dies macht insgesamt 34 Millionen Mark aus. Ich darf darum bitten, das als verant-

19 Gemeint sind die Etats für die Vereinigungen der CDU.

wortliche Aussage so zu akzeptieren, die der Bundesschatzmeister und ich so machen können im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden. Das Ziel ist, daß wir die Möglichkeit haben, Deckungsmöglichkeiten zu besorgen in der Größenordnung von 3,4 Millionen, wobei eine besondere Form der Deckung noch erst ausgearbeitet werden muß. Da sind die Dinge also für dieses Jahr nicht ganz so sicher wie bei der anderen Deckungsmöglichkeit, die sich in einer Größenordnung von 2,4, 2,5 Millionen Mark befindet.

Das ist also zunächst einmal der zusammenfassende Überblick. Wenn Sie jetzt die Seite 1 aufschlagen, dann sehen Sie die einzelnen Punkte. Personalkosten: Hier haben wir ein Soll von 11,26 Millionen Mark im Jahr 1980, und im Entwurf 1981 sind 11.235.000 Mark enthalten. In diesen 11.235.000 Mark sind die Gehaltssteigerungen enthalten, die insgesamt eine Größenordnung von, glaube ich, 600.000 oder 700.000 Mark ausmachen. Daraus, daß die Gesamtsumme des Personaletats gleich groß geblieben ist, können Sie ja sehen, daß wir diese 600.000 Mark, die durch die Gehaltssteigerungen bedingt sind, anderweitig durch Einsparungen wieder hereingeholt haben. Ich mache jetzt zusätzlich auf dieses Momentum aufmerksam.

Dann haben wir die Sachkosten, das ist klar, das ergibt sich aus den notwendigen Ersatzbeschaffungen. Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs, die Erhöhung erklärt sich aus der Anhebung der Mietpreise von 17,10 Mark auf 19 Mark pro Quadratmeter. (*Griesinger*: Wahnsinn, daß das so stark ansteigt.) Ja, das ist aber so. Dann haben wir die Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs. Hier sind einfach die Preissteigerungen mit drin für Büromaterial etc. Weiterhin Reisekosten, da haben wir in einem geringeren Umfang ebenfalls Preissteigerungen einbezogen. Dann haben wir Sitzungs- und Ausschlußkosten. Die sind gestiegen um 145.000 Mark gegenüber 1980. Das hängt damit zusammen, daß in diesem Jahr wieder die Fachausschüsse arbeiten, die ja im Wahljahr praktisch nicht arbeiten und infolgedessen eben auch keine Reisekosten verursachen.

Dann kommt die Ziffer 7, Öffentlichkeitsarbeit. Hier ist der Sprung von fast einer Million daraus zu erklären, daß die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit 1980 nicht über den ordentlichen Etat gefahren worden sind, sondern über den Wahlkampfetat. Die müssen ja jetzt wieder in den ordentlichen Etat eingestellt werden. Dann haben wir in der Ziffer 8 Informationen und Dokumentationen. Die Erhöhung ist zurückzuführen auf die Anmietung von zwei zusätzlichen Agenturen. Unter der Ziffer 9 haben wir eine Reduzierung der Kosten. Dies ist durch Umschichtungen im Verlagsbereich möglich gewesen. Dann haben wir, Ziffer 10, zentrale Mitgliederkartei. Hier ist ebenfalls eine Reduzierung der Kosten vorgenommen worden. Pressekonferenzen sind gleichgeblieben. Dann haben wir die Veranstaltungen, hier schlagen die beiden Parteitage zu Buche. Die Gründe dafür habe ich schon ausgeführt. Schließlich unter der Ziffer 13, internationale Beiträge, eine Reduzierung, die ebenfalls durch Umschichtungen möglich geworden ist. Dann Ziffer 14, die deutschlandpolitische Arbeit wird wie bisher weitergeführt. Ziffer 15, hier brauchen wir die Modellversuche in den Dienstleistungszentren nicht mehr weiter zu finanzieren, weil die Dienstleistungszentren inzwischen soweit sind, daß sie ohne Modellversuche gut laufen. Und Ziffer 16 hat mit den Betriebsratswahlen zu tun. Für Umfragen haben wir nichts eingestellt, weil die jetzt in diesem Jahr möglichen Umfragen von anderen Instituten übernommen werden können und nicht nur durch die Bundesgeschäftsstelle finanziert werden sollen.

So, dann haben wir den Vereinigungsetat der Bundesgeschäftsstelle, den brauche ich ja jetzt hier Ihnen nicht noch einmal zur Kenntnis geben. Exil-CDU, Junge Union, KPV usw., sie haben sich das ja sicher angeguckt. Insgesamt mit einer Größenordnung von 3,9 Millionen Mark. Hier ist eine Steigerung vorgenommen worden um rund 450.000 Mark. Das also der Etat der Bundesgeschäftsstelle. Ich glaube, das genügt zur Einführung.

Kohl: Ja, also ich will es noch einmal sagen, wir wollen heute nicht nur den Etat beraten, sondern einmal die Geschäftspolitik des Hauses betrachten, weil hier nicht nur Zahlen zu betrachten sind, sondern, was kann die Bundesgeschäftsstelle leisten, was kann sie nicht leisten, was soll sie leisten, was soll sie nicht leisten.

Zunächst zum Geld. Also ich will hier ganz formell beantragen – ich fange damit an –, daß mit der Verabschiedung des Etats beschlossen wird, daß wir linear 10 Prozent einsparen sollen und daß ich beauftragt werde, bis zum November über den Fortgang des Unternehmens dem Bundesvorstand Bericht zu erstatten. Ich sage „soll“, weil ich versuche, realistisch zu sein. Denn anders kann es gar nicht gehen. Wir müssen uns das Ganze nochmal angucken, und damit sind wir gleich beim Thema. Ich halte unsere Finanzlage für kritisch. Ich halte unsere Finanzlage keineswegs für kritischer als die der anderen Bundesparteien innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Nur muß ich Ihnen sagen, ich war eigentlich immer an dem Punkt sehr ehrgeizig. Als Kreisvorsitzender habe ich eine miserable Finanzlage übernommen und habe als Bezirks- und als Landesvorsitzender ein geordnetes System übergeben. Und als Kurt Biedenkopf und ich damals gewählt wurden 1973, hatten wir auch eine problematische Situation nach dem miserablen Bundestagswahlergebnis 1972 vorgefunden, die wir dann gemeinsam mit Walther Leisler Kiep, der sie nun seinerzeit schon eine Stufe vorher übernommen hatte, bewältigt haben.

Im Rückblick darauf muß man sagen, das war ein Ritt über ungewöhnlich dünnes Eis. Nun haben wir natürlich auch das Problem bei der Wahl 1980. Es ist ja so, das ist ein absoluter Verdrängungskomplex in der deutschen Öffentlichkeit, der gilt natürlich auch bei uns, die Wahl im Oktober hat gar nicht mehr stattgefunden für viele Leute. Wir haben nicht nur minus 4,5 Millionen weniger Wahlkampfkostenerstattung zurück, sondern auch nach vorne. Zugegeben, Heiner Geißler hat das gesagt, heute vor zwei Jahre, ich will es erwähnen, weil es sonst noch völlig in Vergessenheit gerät, haben wir ein phänomenales Wahlergebnis bei der Europawahl gehabt. Es ist genau heute auf den Tag vor zwei Jahren. Das hat uns auch finanziell natürlich gutgetan. Wir kriegen ein Problem, ich sage das jetzt im Blick auf 1984, weil kein Mensch davon redet, daß wir ja im Ablauf von vielleicht vier Monaten wiederum Europawahl und Bundestagswahl haben werden. Es soll niemand glauben, daß bei der Finanzlage, die in der Bundesrepublik besteht, wir erwarten können, daß wir nun zweimal volle Wahlkampfkostenerstattung 1984 bei nationalen Wahlen haben. Das wird so nicht laufen, sondern wir werden in drei Jahren, und so weit geht ja der Finanzierungszeitraum, den Heiner Geißler und Walther Leisler Kiep erwähnt haben, uns auch nach der Decke strecken müssen. Also der Reibach 1984 wird für uns nicht so groß sein, wie jetzt vor gerade zwei Jahren. Darüber muß man sich im klaren sein, zwei nationale Wahlen werden mit Sicherheit nicht zweimal volle Wahlkampfkostenerstattung bringen. Also dieses Thema wird sich anders darstellen.

Zweitens, die Umstellung der Spenden. Ich kann nur sagen, das, was wir da gemacht haben, war schwierig, aber war richtig. Daß wir jetzt Spenden nach Steuern haben, bedeutet, daß wir jedenfalls für die Phase aus jener unglückseligen Situation herauskommen,

daß fortdauernd an irgendeinem Punkt der Bundesrepublik irgendein Staatsanwalt in irgendeinem Betrieb, oder irgendein Betriebsprüfer, ermittelt und irgendwann eine Partei und auch die CDU involviert ist. Ich weiß nicht, Walther, wie viele werden es sein? Ich schätze, daß gegenwärtig über 100 Verfahren, alles zusammengerechnet, in der Bundesrepublik da sind. Wenn Sie etwa die Diskussion mit Blick auf den Grafen Lambsdorff betrachten, dann ist das natürlich alles ein ganz unguter Zustand.²⁰ Nur das jetzige System bringt uns in Wahrheit, also nach Steuern, aus dieser Situation heraus. Ich finde, die Erfolge sind besser, als man erwarten konnte. Nur muß man sagen, das Ganze braucht seine Gewöhnung, daß viele Betriebe jetzt sagen, was sie geben, fällt ihnen schwer, und zwar vor allem, weil sie jetzt auch ehrlich uns gegenüber sein müssen; denn, machen wir uns nichts vor, ein Großteil der Spender hat natürlich auch schon bisher anderen Parteien gegeben. Bloß, jetzt kommt es auf die Art raus. Es war ja bei einem Großteil der Unternehmungen nicht so, daß nur wir bekommen haben, sondern die großen Unternehmungen haben die ganze Zeit schon gespendet, vielleicht mit unterschiedlicher Quote, aber nicht wenige deutsche Großunternehmen haben sogar mit einer völligen gleichen Quote SPD und CDU bedacht, und einer geringeren Quote plus einem Interessenszuschlag die FDP, was dann an barem Geld am Ende sogar auf eine Drittelung rausgekommen ist.

Wir haben nun lange, ungewöhnlich schwierige, heute gar sehr streitige Gespräche gehabt, was kann man machen? Und da haben wir ja etatmäßig dieses Dreigestirn hier in Bonn, das Adenauerhaus, also die Bundesgeschäftsstelle, die Bundestagsfraktion und die Adenauer-Stiftung. Die Stiftungen sind jetzt voll im öffentlichen Interesse, auch im Blick auf Auswirkungen, was dort unter steuerlichen und anderen Gesichtspunkten gemacht werden kann. Die Bundestagsfraktion unterliegt seit 1. Januar 1981 der Prüfung des Präsidenten des Rechnungshofs, dies bedeutet, da es niemand von uns erwarten kann, daß es so zugeht wie zu einer längst vergangenen Zeit, wo ein Parlamentarischer Geschäftsführer, wie die Fama berichtet, mehr oder minder quer über den Tisch entschieden hat, wie der Haushalt aussah. Das sind alles heute ganz unvorstellbare Vorgänge. Ich mache gar keinen Hehl daraus, ich finde das eine erfreuliche Entwicklung, wenn es ja auch in der Praxis des Alltags natürlich die Geschäfte nicht erleichtert.

Das heißt also konkret – Heiner Geißler hat das sehr nebulös eben durch „Umschichtungen“ umschrieben –, wir haben überlegt, was kann und was muß der Vorstand wissen, denn er ist zuständig dafür, was zur Entlastung getan werden kann unter völliger Anerkennung der gesetzlichen Pflichten. Wir haben eine Reihe von Dienstleistungen, die die Fraktion unter anderem auch in Anspruch nimmt, die das Adenauerhaus leistet. Wir haben hier, nach Rücksprache mit den zuständigen Gremien, etwa beim Rechnungshof, die Regelung gefunden, daß die Fraktion hier stärker ins Obligo geht in einem Bereich, der vertretbar ist, der also vom Rechnungshof anerkannt wird, und dadurch eine Entlastung gegeben wird, ohne daß es zur Parteifinanzierung, das ist wieder das andere Problem, denaturiert. Sie können davon ausgehen, daß wir die äußerste Grenze dessen, was nach Rücksprache mit zuständigen Stellen möglich ist, erreicht haben.

Genau hier sind wir bei der Adenauer-Stiftung, insofern muß man diesen Etat korrigieren um den Betrag von 1,6 Millionen. Hier geht es gegenwärtig darum, daß die Ade-

20 Im Mai 1981 war bekannt geworden, daß die Bonner Staatsanwaltschaft gegen Lambsdorff wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung ermittelte (vgl. dazu Jäger S. 227–231).

nauer-Stiftung das Archiv des Adenauer-Hauses als Präsenz-Archiv, daß es auch für die Zukunft zugänglich ist für das Adenauerhaus und für die Fraktion, übernimmt. Das ist ein gewaltiger Betrag, auch übrigens nach der Zahl der Mitarbeiter, und da liegt ein Problem, das ist also noch in gar keiner Weise abgeschlossen. Ich hoffe, daß es noch darüber hinaus gelingt, in diesem Sinne eine vernünftige Zusammenarbeit zu intensivieren in der Form, daß wir hier unter den gesetzlichen Regeln, die gelten, und auch den steuerrechtlichen Regeln für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit, ohne daß es umschlägt wiederum in Parteifinanzierung, eine entsprechende Unterstützung erfahren. Ich kann es aber drehen und wenden, wie ich will, wir müssen den jetzt hier vorliegenden Etat um wenigstens 10 Prozent kürzen, wobei die 1,6 Millionen hier gar nicht etatisiert sind, obwohl sie hier im Hause anfallen und immer noch zu Buche schlagen.

Ich weiß, das ist ungeheuer schwierig, aber ich muß Ihnen sagen, wenn man jetzt gegenüber der Bundesregierung und gegenüber der Öffentlichkeit sagt, wir müssen sparen, müssen wir es halt in Gottes Namen auch hier im Haus tun, und müssen uns die Frage nach der Effektivität stellen und auch nach den Dienstleistungen. Denn darüber kann es gar keinen Zweifel geben, daß inzwischen die Zentralisierung vieler Dienstleistungen auch dazu geführt hat, daß nach den Kosten gar nicht mehr gefragt wird. Auch wir müssen parteiintern kostenempfindlicher werden. Das scheint mir eine zwingende Notwendigkeit zu sein, wenn man die Dinge in Ordnung bringen soll.

Das ist das, was ich zum Finanziellen habe. Nun zu dem, was – sagen wir mal – die Politik des Hauses betrifft. Ich finde, das sollte man heute hier aussprechen, weil ich nicht mag, daß ich dauernd in Zeitungen dieses oder jenes dazu lese, was uns nur schaden kann. Denn der einzig richtige Ort dazu ist der Bundesvorstand. Und auch das will ich bei der Gelegenheit einmal sagen, weil es gelegentlich aus der Erinnerung schwindet: Nach unserem Statut hat die CDU Deutschlands drei Organe. Das ist der Bundesparteitag, das ist der Bundesparteiausschuß und ist der Bundesvorstand. Das Präsidium der Partei, ich zitiere einmal „führt die Beschlüsse des Bundesvorstandes aus, es erledigt die laufenden und die dringlichen Geschäfte. Das Beschlußorgan der Partei für die laufenden Geschäfte ist der Bundesvorstand.“ Aus gutem Grunde wird also auch hier der Etat entsprechend zu verabschieden sein und ist die laufende Politik zu bestimmen. In dem Zusammenhang will ich auch einmal ein Wort sagen, weil auch das jetzt in der Partei diskutiert wird, nicht zuletzt durch manche Äußerung auch hier aus dem Haus über die Rolle der Parteiführung, was das eigentlich ist. Die Parteiführung gibt es natürlich nach unserer Satzung nicht. Es gibt klare Organe und es gibt einzelne in der Parteiführung. Ich glaube, aus dem allgemeinen Verständnis der deutschen Sprache kann man unterstellen, daß zur Parteiführung allemal der Parteivorsitzende gehört. Wer anderer Meinung ist, müßte das also zum Ausdruck bringen. Ich will es hier nur noch einmal festgestellt haben, damit es in Erinnerung ist. Das heißt also sehr konkret, wenn etwa hier im Adenauer-Haus eine Studie veröffentlicht wird, über deren Inhalt ich gar nichts sagen will, aber von der ich konkret nichts weiß, dann weiß die Parteiführung davon nichts, um das klar und deutlich auszusprechen. Die Parteiführung bedeutet, daß die, die die Prügel für die Parteiarbeit bekommen, wenigstens vorher den Fehler gemacht haben dürfen. Das ist ein Umkehrschluß, der sich für mich aus der Logik des Ganzen ergibt. Das heißt aber auch, um das gleich weiter hinzuzufügen, daß wir uns dann über die Arbeit, die die Partei und ihre Gliederungen umfaßt, miteinander im klaren sein müssen.

Wir haben jetzt eine Diskussion, in der Partei werde zu wenig diskutiert. Ich bin dafür, daß wir das offen miteinander besprechen und uns nicht über irgendwelche Veröffentlichungen oder gar über regionale Diskussionen zu diesem Thema äußern. Ich gehe davon aus, und jetzt überblicke ich meine eigene Amtszeit als Parteivorsitzender, daß ich eigentlich bemüht war, in meiner ganzen Amtszeit seit 1973, Diskussionen nicht nur zu ermöglichen, sondern sicherzustellen und herbeizuführen. Ich habe mir bei der Vorbereitung auf die Sitzung so die einzelnen Markierungen überlegt:

Wir haben in 1973 einen Parteitag vorgefunden, damals Kurt Biedenkopf als Generalsekretär und ich nach der Wahl, den wir beide nicht inauguriert hatten. Der vorhergehende Parteitag hatte uns den hinterlassen, mehr als Kuckucksei, wie ich es empfunden habe, denn als ein von uns gemeinsam also mit Freude erzeugter. Es war der Mitbestimmungsparteitag in Hamburg. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, mit welcher Verfassung wir nach Hamburg gegangen sind, wie Heinrich Windelen mich anrief und berichtete, wie die Westfalen plötzlich ganz anders gestimmt haben, als es je einer von den Westfalen vermutet hatte; von den Rheinländern will ich in dem Zusammenhang gar nicht reden, was die auch beschlossen haben. (*Zwischenruf*: Aber in 24 Stunden wurde es wieder geändert. – *Große Heiterkeit*.) Das ist wahr, bloß, der Franz Josef Strauß hat damals gesagt, es gebe da deutsche Eichen mit Klappscharnier, und das ist ein durchaus zutreffendes Wort über den Vorgang in jener Zeit.

Nur, das muß man jetzt mal sagen, ich habe es gerade dem Deutschlandrat der Jungen Union gesagt. Wir haben diese Sache intensiv diskutiert und wir haben Beschlüsse gefaßt. Und diese Beschlüsse haben dann Eingang gefunden in einer aus gutem Grund vagen Formulierung des Grundsatzprogramms. Ich kann nur sagen, ich halte es für hirnrissig, wenn die CDU Deutschlands jetzt ohne Not die Mitbestimmungsfrage erneut auf die Tagesordnung stellt, wobei ich mir drüber im klaren bin, daß wir aufgrund dieser unseligen Entwicklung rund um Mannesmann²¹ das Thema wieder bekommen werden. Aber mein Rat ist dringend, laßt es uns doch diskutieren, wenn wir das Thema wieder bekommen, und laßt uns nicht ohne Not eine Diskussion führen, von der ich jetzt schon voraussetze – ich mag mich aufs Komma täuschen –, daß die Frage pro oder gegen paritätische Mitbestimmung wiederum mit einer Dreiviertelmehrheit zu einer Einviertelmehrheit, vielleicht sogar im Verhältnis acht zu zwei entschieden wird. Bloß, es ist in diesem Staat gegenwärtig nichts zu entscheiden zu dem Punkt. Also, wenn ich jetzt dieses Thema neu aufnehme, wird es überhaupt nicht besser. Es ist zumindest für den Augenblick entschieden.

Wir haben dann in Hannover einen Parteitag gemacht über die Frage Kernkraft und Energiepolitik. Herr Ehmke²² hat die Tage wieder im Bundestag gesagt, wir würden darüber nicht diskutieren. Ich kann nur noch einmal sagen, Herr Gruhl²³ hat als einzelner aus der Fraktion, und Sie erinnern sich, wie ich dafür kritisiert wurde, ausreichend Rede-

21 Vgl. dazu Protokolle 8 Nr. 49.

22 Horst Ehmke (1927–2017), Jurist; 1947 SPD, 1961–1967 außerordentlicher bzw. ordentlicher Professor an der Universität Freiburg, 1969–1994 MdB, 1969 Bundesminister der Justiz, 1969–1972 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, 1972–1974 Bundesminister für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen.

23 Herbert Gruhl (1921–1993), Philologe, Publizist; 1954–1978 CDU, 1969–1980 MdB. 1978 Gründer der „Grünen Aktion Zukunft“; 1980 Mitgründer der Grünen, 1982 der ÖDP, 1982–1989 Vorsitzender der ÖDP.

zeit gehabt, zu einer geordneten Zeit im Plenum des Deutschen Bundestags seine nicht der Mehrheitsmeinung entsprechende Meinung zu vertreten. Wenn die Sozialdemokraten mit ihren Abweichlern etwas Ähnliches gemacht hätten! Ich bin da jetzt in dem Fall völlig auf der Seite der Linken: Wenn ein Plenum neun Stunden diskutiert, dann kann man einer Fraktion zumuten, wenn sie dann, was weiß ich, vier Stunden hat, daß sie den Leuten wenigstens 25 Minuten Redezeit gibt, um ihre Meinung zu vertreten; wie die sie aufteilen, ist dann deren Sache.

Ich frage hier sehr konkret: Wer der Meinung ist, daß unser Energieprogramm, das wir fortgeschrieben haben, ich spreche jetzt nicht von Veränderungen über Kohleverflüssigungen oder so etwas, sondern in den Grundfragen der Kernkraft, nicht mehr haltbar ist, der soll es sagen. Wenn ich beispielsweise höre die Debatte bei der jungen Arbeitnehmerschaft vor ein paar Tagen – ich habe mit Norbert Blüm lange darüber geredet –, dann muß ich halt dazu sagen, ich fürchte, daß ein Teil der Freunde aus der jungen Arbeitnehmerschaft, die da diskutiert haben, unser eigenes Programm nie in der Hand hatten, sich nicht die Mühe gemacht und jetzt eine Debatte über einen Punkt verlangt haben, wo ich bereit bin zu sagen, wir machen die Debatte auf, aber es müssen dann Leute aufstehen und auch neue Argumente beibringen. Aber nicht, daß wir wieder mit bohrender Intensität über die gleichen Fragen erneut reden.

Wir haben in der Mannheimer Erklärung 1975, auf dem Parteitag in Düsseldorf 1977 im März die Frage Deutschland und Nation diskutiert. Wenn Sie die Beschlüsse dieses Parteitags einmal nachlesen, werden Sie feststellen, daß wir damit heute ungewöhnlich gut leben können, weil wir in einer sehr präzisen Weise unsere deutschlandpolitische Position damals fortgeschrieben haben, so daß sie heute noch tragfähig ist. Wir haben dann nach jahrelanger Diskussion das Grundsatzprogramm verabschiedet, nach vielen Jahren. Ich kann keinen Grund darin erkennen, daß wir jetzt sofort wieder eine Diskussion erneut über ein Programm eröffnen, es sei denn, es sind neue Tatbestände da.

Es ist eine völlig andere Frage, ob wir diese Programme, diese Unterlagen, diese Entscheidungen in der praktischen Parteiarbeit genügend genutzt haben, ob beispielsweise mit dem Grundsatzprogramm genügend gearbeitet wird. Ich kann nur sagen, ich bin da voller Zweifel, ob das so ist, ob wir das genügend nach draußen getragen haben. Ich bejahe nachdrücklich eine ganz offene Diskussion. Und zwar über alle Fragen. Aber die Diskussion muß zu einem Punkt ein Ende haben und am Ende müssen Beschlüsse stehen, und die Beschlüsse müssen wir gemeinsam vertreten. Und, liebe Freunde, hier kann es keine Arbeitsteilung geben nach dem Motto, daß die einen die Beschlüsse herbeiführen und die anderen die Beschlüsse vertreten müssen. Das ist eine Arbeitsteilung, wo jeder dabei kopfheister geht. Das muß man ganz klar sagen. Es gibt auch nicht in der Partei die einen, die denken, und die anderen die nur nachdenken, sondern in unserer Partei ist jeder aufgerufen, seinen eigenen Beitrag zu leisten. Auch zur Sensibilität für neue Fragen, zur Offenheit gegenüber der jungen Generation. Aber ich bitte doch darum, daß wir das Ganze tun mit mehr Selbstbewußtsein. Es kann beispielsweise keine Arbeitsteilung geben in der Form, daß wir sagen, das gilt übrigens nicht nur für den Bund, das gilt gleichermaßen für die Gemeinden und für die Landtage, daß die Fraktionen sich der Tagespolitik ergeben ohne jede Perspektive auf die Grundsätze, und in der Partei machen einige Grundsatzarbeit. Eine solche Fraktionsarbeit muß scheitern. Ich mache gar keinen Hehl daraus, daß hier ein großes Problem der Bundestagsfraktion besteht, die zudem ja

noch eine gemeinsame Fraktion ist von zwei Schwesterparteien, der CDU und der CSU. Aber wenn ich es recht sehe, und ich habe, glaube ich, einen guten Überblick auch der Landtagsfraktionen, ist das genau die Gefahr, daß vor lauter tagespolitischen Entscheidungshorizonten der prinzipielle Hintergrund, das prinzipielle Herkommen unserer Politik zum Teil gar nicht mehr erkannt und gesehen wird.

Ich will es deutlich machen an dem Beispiel des Jungwählers. Wir haben unter anderem 1980 eindeutig bei den Jungwählern die Wahl verloren. Aber es ist gar keine Frage, daß die Entscheidung 1980 keine Grundsatzentscheidung der Jungwähler gegen die CDU Deutschlands war. Wer das sagt, sagt etwas Falsches. Es gibt jetzt keine Demoskopie, sondern einen überzeugenden Beweis. Ich habe mir jetzt gerade übers Wochenende die Sachen von Frankfurt beschafft. In Frankfurt stehen wir ja vor der faszinierenden Tatsache, daß die gleichen Wähler – wie lange lagen die Wahlen auseinander, Walter, sechs Monate? (*Wallmann*: Fünf.) – innerhalb von fünf Monaten gewählt haben. Und sehen Sie, es ist doch sehr bemerkenswert, ich brauche die Wahl zum Bundestag in Frankfurt hier nicht vorzulesen, es war typisch für das Bundesgebiet, da lag es ja nicht anders, aber am 22. März haben von den jungen Erstwählern, die Frankfurter von 18 bis 25, 40,8 Prozent CDU, 29 SPD, 3 FDP und jetzt kommt es, 24,7 Grüne und 1,5 Sonstige gewählt. Das heißt also, Personalfragen, Politikerangebot haben natürlich für Erst- und Jungwählerverhalten eine elementare Bedeutung. Das heißt, wir werden im übrigen auch in Berlin, da habe ich die Zahlen noch nicht, unter sehr viel ungünstigeren Verhältnissen ähnliches feststellen. Walter Wallmann ist jetzt sozusagen Regierender, der ist mit seinem Kopf als Oberbürgermeister und mit seiner Reputation in die Wahl gegangen. Aus der Opposition, wo man die Reputation im Amt noch nicht gewinnen kann, ist es ganz sicher auch so. Oder wenn ich die Landesuntersuchungen betrachte in der Demoskopie in Niedersachsen! Da habe ich sie jetzt gerade gesehen, und da kann ich die Personalalternative nicht gut trennen, da muß ich eine Mischung machen zwischen der Parteienfrage und dem Personalangebot der Spitzenkandidaten. Ich habe Ähnliches in Baden-Württemberg gesehen. Ich habe jetzt die Zahlen nicht endgültig, sonst hätte ich sie hier vorgelesen. Es zeigt sich für mich nur in beiden Ländern, aber ich kann auch andere Länder und andere Tendenzen herbeibringen, daß wir unsere Chance haben. Unser Problem bleibt natürlich bei Jung- und Erstwählern.

Wir waren am vergangenen Mittwoch mit der Bundesleitung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Altenberg zusammen. Das waren die wichtigsten Leute, die Referenten und das, was dazugehört. Da zeigt sich natürlich eine Distanz in einer Reihe von Fragen, die aber nicht nur eine Distanz zu uns ist, sondern die Bundesführung der Deutschen Katholischen Jugend hat natürlich auch mit ihrer Amtskirche eine Reihe von Problemen, und manchmal werden die Probleme mit der Amtskirche auf uns abgeladen, obwohl wir mit der Sache ja an sich überhaupt nichts zu tun haben.

Wir haben bei Jungwählern den Wind im Gesicht in einer Reihe von Fragen. Man muß klar aussprechen, daß es Fragen gibt, in denen wir deren Anfrage nicht positiv beantworten können. Wenn fast 80 Prozent in der Frage der Abtreibung unsere Haltung für nicht akzeptabel empfinden bei Jung- und Erstwählern, dann können wir nicht deswegen unsere Haltung verändern, sondern müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir hier sozusagen durch den Zeitgeist durchmüssen, unsere Haltung behalten. Wir kriegen, ich sage Ihnen das voraus, weil das ganz typischerweise selbst in Altenberg im Gespräch mit der Katho-

lischen Jugend fast eine Stunde Diskussion gebracht hat, die Frage der Straffreiheitssetzung der Homosexualität. Ein Thema, das bei jungen Leuten eine enorme Aufmerksamkeit findet, nicht weil die jetzt homosexuell werden wollen, genauso wie es erst Quatsch ist zu sagen, die wollen abtreiben! Nein, der Hauptpunkt ist, sie wollen, daß der Staat sich aus diesem Feld herauszieht.

Die FDP macht hier das Angebot der totalen Freigabe. Ich kann nur sagen, laßt uns rechtzeitig darüber diskutieren, aber ich kann nicht erkennen, daß ich beispielsweise meine Position zu dem Punkt verändern kann, auch wenn die Demoskopie im Augenblick so steht, wie sie stehen mag. Das heißt also mit einem Wort gesagt, wir sollten, finde ich, unter uns und auch gegenüber der Öffentlichkeit, wenn wir diese Themen diskutieren, das doch ganz selbstbewußt tun.

Die CDU Deutschlands hat Grund und Nachholbedarf in einer Reihe von Fragen. Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir sagen, wir haben unser Umweltschutzprogramm, unser Ökologieprogramm, nicht genügend umgesetzt, sondern wir haben auch rein sprachlich, in der Art, wie wir das diskutiert haben, zu wenig sensibel mit jungen Leuten diskutiert. Wenn das so ist – ich glaube, es ist so –, sage ich dazu, einverstanden. Aber wir dürfen nicht in die Lage kommen, daß wir uns selbst einreden oder einreden lassen, und das hat sehr viel mit diesem Etat und der praktischen Politik der Bundesführung der CDU zu tun, daß wir nicht die Fähigkeit und das Selbstbewußtsein haben, die Dinge zu lösen. Selbstkritik ist etwas anderes, dies ist ein selbstquälerischer Zug der Politik. Was wir brauchen, ist die Fähigkeit zur Selbstkritik, auch zum Eingestehen von Fehlern. Und das heißt natürlich auch, daß die offene Diskussion uns nützt. Aber wenn die offene Diskussion für den Beschauer aussieht als Querele, nützt sie uns gar nichts.

Ich bin doch wahrlich kein Einigkeitsapostel, bloß muß ich doch darauf hinweisen, daß wir die schlechtesten Ergebnis hatten, als wir total zerstritten aussahen, und daß wir die besten Ergebnisse hatten, wenn wir nicht zerstritten aussahen. Was wir also wieder brauchen, ist eine selbstverständliche Diskussion über die Sachfragen, aber was wir auch brauchen, ist das Selbstbewußtsein zu sagen, daß das, was wir einmal diskutiert, beschlossen haben, was von niemandem bestritten wird, nicht jeden Tag neu diskutiert werden kann.

Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich habe darüber jetzt mehrere Stunden mit dem Deutschlandrat der Jungen Union diskutiert. Denn das Problem bei einem Teil unserer jungen Freunde ist, daß sie herangewachsen sind, daß sie inzwischen Junge Union sind oder Schülerunion oder RCDS, aber zu der Zeit, als wir die Beschlüsse faßten, waren sie noch gar nicht dabei. Wer in Ludwigshafen 1978 das Programm erlebt hat, das ist drei Jahre zurück, der war damals noch nicht beim RCDS, der ist jetzt beim RCDS und kommt mit der Frage, warum habt ihr das so geregelt und nicht anders?

Wir können nicht jeden Tag versuchen, die Welt neu zu schaffen, aber wir brauchen die Fähigkeit auch gegenüber Jungen, das dann offen zu diskutieren. Und da muß ich Ihnen sagen, das habe ich den Kollegen und Freunden der Jungen Union sehr deutlich gesagt, da muß dann auch halt gesagt werden, nicht nur der Anspruch zählt, sondern was man selbst beibringt.

Ich will beispielsweise einen Punkt sagen, der mich in der Diskussion bald umgeworfen hat. Von den 60 Mitgliedern des Deutschlandrats waren sage und schreibe 56 da. In diesem sechzigköpfigen Deutschlandrat, das entspricht unserem Bundesparteiausschuß,

gibt es gegenwärtig eine einzige Frau. Das Hauptproblem der Union ist gegenwärtig bei jungen Frauen. Wenn die Junge Union Deutschlands, ich habe das Wissmann und anderen gesagt, der etablierten Partei sagt, sie muß da mehr tun, und sie selber bringen es nicht fertig, in ihrem eigenen Deutschlandrat wenigstens 20 Prozent junge Frauen zu haben, dann kann ich nicht sagen, daß ich bereit bin, diesen Vorwurf mir einzustecken und zu akzeptieren, sondern da muß man natürlich über diesen Punkt reden.

Das kann ich natürlich beliebig auch in anderen Feldern fortsetzen. Wir werden von dieser ganzen Diskussion, wir haben ja gerade eben das Papier „Friede ohne Waffen?“ beschlossen, nicht verschont bleiben, wollen auch gar nicht verschont bleiben, bloß meine Bitte ist, lassen Sie uns das, was hier jetzt notwendig ist in einer sehr kritisch sich zuspitzenden Zeit, in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren eben mehr miteinander diskutieren. Unsere Mitbürger in der Bundesrepublik erwarten von uns Antworten.

Wir haben im Parteipräsidium, wenn ich das noch nachtragen darf, in der letzten Sitzung besprochen, wir werden es dann auch im Herbst hier vortragen, daß wir eine Kommission Alterssicherung einsetzen wollen. Unter diesem Thema verbirgt sich natürlich das zentrale Thema Rentensicherung; wir wollen das aber anders benennen. Das ist beispielsweise ein Punkt, von dem ich glaube, daß er zwangsläufig auf die Tagesordnung der nächsten Jahre als Dauerbrenner gehört und kontrovers bei uns diskutiert wird. Darüber braucht man gar nicht zu reden, das wird bei uns kontrovers diskutiert. Aber das ist doch ein Thema, das dann auf die Tagesordnung kommt, wenn wir es miteinander zu besprechen haben.

Soviel dazu. Ich wollte aus meinem Herzen keine Mördergrube machen und das eine oder andere hier aussprechen, von dem ich eben glaube, daß es jetzt ausgesprochen werden sollte, damit es unter uns auch klargestellt ist.

Insgesamt bedanke ich mich bei allen Mitarbeitern auch bei der Gelegenheit einmal im Haus. (*Beifall.*) Wenn man eine Wahl nicht gewonnen hat und wenn man jetzt enorm sparen muß, dann gibt es natürlich leicht Bilder der Ungerechtigkeit. Wir haben auch ein Ungleichgewicht in den Landesverbänden in der Finanzausstattung. Wir haben ausgesprochen reiche Landesverbände und wir haben ärmere Landesverbände. Und nach der alten Lebenserfahrung sind die, die am lautesten schreien, im übrigen auch meistens die Reichen. Die Bundespartei ist nun in einer Lage, daß sie wirklich die Taschen ausgekehrt hat. Wir sind im internationalen Unterstützungsbereich engagiert wie noch nie zuvor, wenn ich Ihnen sage, ich war ja gerade gestern beim Parteiführertreffen in Brüssel, daß unsere Beiträge EUCD, also die Europäischen Christlichen Demokraten, die Europäische Volkspartei, die Weltunion der Christlichen Demokraten und die Europäische Demokratische Union, also die Arbeitsgemeinschaft mit den konservativen Parteien, jetzt den Jahresbetrag von einer Million erheblich überschreiten, wenn ich Ihnen sage, daß unsere Unterstützung, die wir geben an befreundete Gruppen, die ohne uns gar nicht hätten existieren können, die es gar nicht geben würde als Partei, denken Sie an die Freunde in Portugal. Heiner Geißler hat darauf hingewiesen, daß wir die Auslandsverpflichtungen auf andere Weise abdecken, ich will es mal bei der Formulierung belassen.

Am vergangenen Freitag war unser Freund Adami²⁴, der Vorsitzende der Malta-Partei, da. Natürlich können wir uns auf den Standpunkt stellen und sagen, das geht uns

24 Edward Fenech Adami (geb. 1934), Jurist; 1977–2004 Vorsitzender der konservativen Partit Nazzjonalista, 1987–1996 und 1998–2004 Premierminister, 2004–2009 Präsident von Malta.

alles überhaupt nichts an. Aber denen hilft außer uns kein Mensch. Wir sind jetzt in einem Wahlkampf im Rahmen unserer Möglichkeiten beteiligt in Griechenland. Es gibt außerhalb Europas noch eine ganze Reihe solcher Unterstützungen. Alle Welt schreit, die Sozialistische Internationale tut etwas; ich muß zu meinem Bedauern sagen, das ist sehr schwierig in Europa, diesen Solidaritätsgedanken durchzubringen.

Als wir jetzt etwa in San Salvador und anderswo über die Mittel sprachen, ich will das nur einmal als ein Beispiel des Trauerspiels nennen, war es doch so, daß wir bei der Parteiführerbesprechung, wo wir einen erheblichen Betrag, der hunderttausende von Mark umfaßt, übernommen hatten, es nicht fertigbrachten, daß unsere wohlgenährten Freunde aus der Schweiz und aus den Benelux-Ländern den Betrag von jeweils zehntausend Dollar in der Lage waren, im Jahr 1981 zu zeichnen. Wenn Sie das also, die Schweizer Volkspartei, ich nenne die aber nur, ohne sie jetzt anzuklagen, auch im Blick auf andere Parteien, betrachten, dann können wir uns mit der internationalen Solidarität, übrigens im Sinne auch der vorhin genannten Diskussion, ob der Arme der Nächste sein soll oder nicht, sehr wohl sehen lassen. Bloß, das ist alles kein Thema, das man öffentlich verwerten kann; aber hier will ich es doch einmal gesagt haben. Das sind alles stolze europäische, nicht-europäische Parteien, und die Hilfe, die sie brauchen, soll gewährt werden, aber sie soll auch menschlich in einer Form gewährt werden, daß der nötige Takt und die Diskretion gewahrt ist. Aber die Sozialistische Internationale hat hier eine ältere und eine größere Tradition und hat auch mehr Verwertungsstellen, um es einmal so auszudrücken. Die internationalen Bankverbindungen, die diese Gruppierung hat, sind völlig andere wie die unseren. Wir haben keine Quasi-Hausbank, wir haben keine internationale Kooperations-Bewegung. Wir haben viele Sachen nicht, die andere, in ihrem Sinne natürlich, nutzen oder in irgendeiner Form beanspruchen können.

Ich will nur sagen, dies alles muß ja auch erbracht werden und ist eine Leistung der nationalen Partei der CDU Deutschlands. Übrigens, das nur nebenbei in diesem Zusammenhang und Kontext, das ist das letzte, was ich sagen will, wir sind in unserer brüderlichen Gesinnung so weit entwickelt, daß wir eine ganze Reihe Dinge mitmachen gemeinsam für unsere Freunde aus der CSU; also dies nur ganz nebenbei. Wenn Sie mal eine Rückkopplungsabrechnung dort versucht haben, dann haben Sie eine Vorstellung, wie das dann unterm Strich aussieht. Auch das gehört, wenn wir über den Etat reden, in das Bild dessen, was wir leisten.

Also hier wird schon das Menschenmögliche getan, aber, und da bitte ich um Nachsicht, wenn wir bei der ein oder anderen Dienstleistung jetzt noch einmal 10 Prozent kürzen, kürzertreten, dann bitte ich, nicht sofort zu schimpfen, sondern zu überlegen, wie man das finanzieren kann. Denn eines können wir nicht machen, wir können in der jetzigen Situation, ich sage das Neugierigen in der Bundestagsfraktion vorweg, nicht an den Gedanken gehen, die Frage der weiteren Alimentation durch den Staat zu erhöhen. Ich halte das für völlig ausgeschlossen, daß wir die Wahlkampfkostenerstattungsgeschichte unter den gegenwärtigen Verhältnissen, und das werden in absehbarer Zeit die Verhältnisse sein, verändern. Im Gegenteil, ich füge hinzu, rechnen Sie für 1984 mit weniger, wenn wir die zwei nationalen Wahlen in der Europäischen Gemeinschaft, Europaparlament und Bundestag haben. Soviel zu dem Thema, ich darf nun das Zahlenspiel noch einmal aufrufen.

Geißler: Ich will in Ergänzung zu dem, was der Parteivorsitzende gesagt hat, noch etwas sagen zu der Diskussion, die in den vergangenen Tagen und Wochen sich auch draußen im Land abgespielt hat. Zunächst einmal zur Bundesgeschäftsstelle. Die Bundesgeschäftsstelle ist eine Einrichtung besonderer Art. Ich glaube, das darf ich zunächst einmal sagen. Ich habe zehn Jahre lang ein Ministerium geleitet, ich habe keine Ahnung, das gebe ich zu, von der Leitung eines Unternehmens, aber ich kann einigermaßen begreifen, daß die Bundesgeschäftsstelle so gerade dazwischen liegt und eine ganz besonders schwierige Situation dadurch entsteht, daß natürlich die Bundesgeschäftsstelle ein Dienstleistungsbetrieb ist gegenüber vielen, gegenüber den Vereinigungen, gegenüber den Fachausschüssen, und gleichzeitig eine Dienstleistungseinrichtung, die noch Bundestagswahlkämpfe organisiert und nach Möglichkeit auch so organisieren soll, daß wir sie gewinnen.

Wenn ich jetzt einmal die Bundesgeschäftsstelle parallel betrachte zu den entsprechenden Einrichtungen in anderen Parteien, also der SPD oder der FDP, glaube ich, dann kann man ohne weiteres feststellen, daß die Bundesgeschäftsstelle im Vergleich zur SPD-Baracke, aber auch zum Thomas-Dehler-Haus²⁵ sowohl 1976 bei dem damaligen Bundestagswahlkampf als auch beim Europawahlkampf wie auch beim Wahlkampf 1980 eine effiziente Arbeit geleistet hat. Dies ist auch vom politischen Gegner anerkannt worden. Die Bundesgeschäftsstelle kann Fehler nicht vermeiden, das ist klar, das wäre ja auch nochmal schöner, aber wir sind vom Organisatorischen, vom Werblichen und ich glaube auch vom Inhaltlichen her, in allen drei Wahnkämpfen in der Initiative und auch in der Offensive gewesen. Dies alles ist natürlich nur möglich, wenn der Mitarbeiterstab in der Bundesgeschäftsstelle qualifiziert ist. Und deswegen haben Sie bitte Nachsicht, wenn ich jetzt zu dem Thema etwas sage. Die Bundesgeschäftsstelle ist – das weiß ich als langjähriger Kreisvorsitzender, und ich kenne die Partei auch hinsichtlich dessen, was geredet wird, wenn mal etwas schief läuft – leicht der Blitzableiter für alles, was irgendwo nicht funktioniert. Und es kommen ja dann die Echos zurück. Nur, ich habe die herzliche und dringende Bitte, bei aller Kritik, auch wenn sie im einzelnen mal berechtigt ist, mit dafür Sorge zu tragen und in der Verantwortung zu haben, daß es schwerer ist für die Bundesgeschäftsstelle, also für die hauptamtliche Mitarbeit in einer Partei, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, als dies meinestwegen für ein Ministerium oder auch für die Fraktion der Fall ist. Das hängt ganz einfach damit zusammen, daß die hauptamtliche Arbeit in einer Partei noch nicht den Stellenwert überall bekommen hat, wie das eigentlich von uns aus und auch von der verfassungspolitischen Situation her gewünscht wäre.

Ich meine, daß wir deswegen besonders vorsichtig sein sollten in der kritischen, skeptischen oder negativen Bewertung einzelner Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle oder der Bundesgeschäftsstelle insgesamt. Ich bemühe mich ja immer, die positiven Seiten besonders herauszustellen, weil die Kritik nach innen im Einzelfall ja ohnehin gegeben sein muß. Das, glaube ich, muß man zunächst einmal sagen. Ich glaube, daß hier das Menschenmögliche getan wird. Es gibt überall Leerlauf, das ist auch klar, aber die Bundesgeschäftsstelle ist eine Parteizentrale, die auch ihre Tradition hat. Und nicht alles, was von außen als Leerlauf so gesehen wird, ist in der Tat Leerlauf, es müssen einfach ganz routinemäßige und einfache Dinge auch gemacht werden. (*Kohl:* Es gibt auch

25 Sitz der Bundes-FDP, benannt nach Thomas Dehler (1897–1967), Jurist und Politiker (DDP und FDP); 1946–1949 MdL Bayern, 1948–1949 MdPR, 1949–1967 MdB (1953–1957 Vorsitzender der FDP-Fraktion), 1949–1953 Bundesminister der Justiz, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP.

routinemäßigen Leerlauf.) Es gibt auch routinemäßigen Leerlauf, gut, aber den gibt es überall. Den gibt es beim Staat, den gibt es auch in Unternehmen, und je größer das Unternehmen, desto routinemäßiger ist der Leerlauf. Also, das vielleicht als Vorbemerkung.

Nun eine zweite Bemerkung in Ergänzung zu dem, was Helmut Kohl gesagt hat. Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 hat ja eine Situation geschaffen für die Partei, wie wir sie seit 1949, zumindest vom Wahlergebnis her, noch nicht gehabt haben. Wir haben das schlechteste Wahlergebnis gehabt in der ganzen Parteigeschichte, und wir waren uns unmittelbar nach der Bundestagswahl auch darüber im klaren, daß es erheblicher Anstrengungen bedarf, um das Defizit, das sich bei der Bundestagswahl herausgestellt hat, langsam aber sicher wieder wettzumachen. Es gab nach der Bundestagswahl sowohl in den Sitzungen des Parteipräsidiums wie in der Klausurtagung in Boppard eigentlich nur ein zentrales Thema, würde ich sagen, die Entwicklung der Jungwähler. Das stand im Vordergrund der Diskussion. Frau Noelle-Neumann hat darüber länger berichtet, und wir haben ja damals auch festgehalten, daß im Mittelpunkt der Diskussion stand das Wahlverhalten der jungen Generation, der jungen berufstätigen Frauen – das ist ausdrücklich nochmal besonders gesagt worden, weil sich das Wählerverhalten besonders der jungen Frauen verändert hat – und der sogenannten Aufsteigerschichten und dann noch die konfessionelle Struktur der Wählerschaft.

Das war eigentlich das, was in der Bopparder Klausurtagung in der Analyse als besonderes Problem von uns gesehen worden war. Ich bin der Auffassung, daß aufgrund der Daten, der Unterlagen, die vorhanden sind, wir diese Probleme, wie sie sich nach der Bundestagswahl uns gezeigt haben, noch nicht gelöst haben. (*Kohl*: Da sind wir einer Meinung.) Diese Probleme sind nach wie vor vorhanden. Ich habe, und da mag es in der Beurteilung unterschiedliche Nuancen geben, eine große Sorge, daß in der Partei sich jetzt, in diesen Monaten, eine Euphorie verbreitet, die aber nur deswegen eine Euphorie genannt werden kann auf dem Hintergrund der miserablen Situation der Regierung der Koalitionsparteien. Das heißt, die Koalitionsparteien sind auf einem sehr niedrigen Level, sie haben die schlechteste Demoskopie, seit diese Regierung besteht, eine schlechtere Demoskopie als Willy Brandt sie damals während der Guillaume-Affäre²⁶ gehabt hat.

Ich möchte jetzt die etwas provokante These aufstellen, daß die CDU ihre Probleme, die aus dem Wahlergebnis und der Zeit davor auch resultieren, nicht schon deswegen gelöst hat, weil die anderen miserabel sind, sondern diese Probleme sind nach wie vor vorhanden. Sie können meines Erachtens nur langsam abgebaut werden, und wir haben ja im Bundesvorstand über dieses Thema geredet. Das heißt, wir waren uns einig, das ist von Helmut Kohl und mir in der damaligen Pressekonferenz als Ergebnis der Bundesvorstandssitzung so zusammenfassend dargestellt worden, daß es jetzt besonders darauf ankomme, das wahlfreie Jahr bis zum Sommer 1982 für eine intensive Diskussion wichtiger politischer Themen zu nutzen. Und es ist weiter wortwörtlich gesagt worden, die Union muß sich als eine offene und sensible Partei für die Probleme der Bürger erweisen,

26 Günter Guillaume (1927–1995), 1969 Angestellter im Bundeskanzleramt, 1972–1974 Persönlicher Referent von Bundeskanzler Willy Brandt. Der „Offizier im besonderen Einsatz“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wurde am 24. April 1974 verhaftet. – Brandt nahm die Affäre zum Anlaß, von seinem Amt zurückzutreten. Die CDU/CSU-Fraktion beantragte am 19. Februar 1975 einen Untersuchungsausschuß (BT-Drs. 7/3246).

die mit allen Schichten unseres Volkes dialog- und diskussionsfähig bleibt. Wir haben damals gleichzeitig gesagt, das war eine Diskussion an dem Nachmittag und an dem Abend, daß, um dies zu erreichen, wir zu einer gewissen Arbeitsteilung kommen, wobei wir Bundesrat angesprochen haben, Bundestagsfraktion und Partei. Wir haben dies auch als eine wichtige strategische Frage gesehen, wie diese drei verschiedenen Ebenen, die für uns ein besonders großes Problem darstellen, sozusagen auf einen Nenner gebracht werden können.

Wir waren uns eigentlich einig, daß es eine gewisse Arbeitsteilung geben sollte. Eine Arbeitsteilung auf der Basis des gemeinsamen Wahlkampfprogramms von CDU und CSU mit den wichtigsten politischen und parlamentarischen Fragen, während die Partei selber eine regierungsfähige Mehrheit gewinnen wollte durch eine wertorientierte, langfristig angelegte Politik. Diese Themen sollten auf allen Ebenen in einer offenen Diskussion aufbereitet werden. Wir haben uns zu diesem Zweck nun ein Arbeitsprogramm gegeben auf dem letzten Parteitag. Die Wohnungsbauentscheidung war ja eine dringend notwendige, aus der aktuellen Situation heraus gebotene, die der Parteitag gefällt hat. Das war eine gute Entscheidung, die hat uns sehr weitergeholfen.

Ich bin nun dennoch der Meinung, daß die Aufgabe noch vor uns steht, was im Arbeitsprogramm von uns nun als Aufgabe uns selber übertragen worden ist, auch die Diskussion der Probleme, die dem Arbeitsprogramm zugrunde liegen. Es ist mit Recht von Helmut Kohl darauf hingewiesen worden auf diese verschiedenen Parteitage. Alles richtig. Ich nehme jetzt einmal das erste Thema, nämlich Wiederinkraftsetzen der Sozialen Marktwirtschaft im Zusammenhang mit der Vollbeschäftigung. Ich bin der Auffassung, daß zumindest wir die damit verbundenen Fragen, die sich aufgrund der veränderten ökonomischen Situation ergeben haben, noch nicht einmal alle gestellt haben. Ich will noch gar nicht von der Beantwortung sprechen. Dies ist auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht worden. Das heißt, wie entwickelt sich zum Beispiel das Thema Vollbeschäftigung angesichts verminderten wirtschaftlichen Wachstums, oder, wie wir es in diesem Jahr haben, sogar bei einem Minus an realem Sozialprodukt? Soll sich diese Gesellschaft auf Dauer mit einer Zahl über eine Million oder zwei Millionen Arbeitslosen abfinden und als einzige Antwort meinetwegen sagen, wirtschaftliches Wachstum in Höhe von soundso viel Prozent, von dem wir wissen, daß es möglicherweise nicht erreichbar ist? Oder brauchen wir neue Überlegungen für die Arbeitsmarktpolitik? Es ist damals in Boppard davon geredet worden, ist der Begriff Vollbeschäftigung, so wie er früher gebraucht worden ist, der richtige Begriff noch in dieser Zeit? Kann man Vollbeschäftigung definieren als die Forderung, daß jeder sein Leben lang jeden Tag acht Stunden arbeiten soll?

Ich will ja gar keine Antwort vorwegnehmen, aber daß diese Fragen inzwischen intensiv diskutiert werden, kann auch nicht bestritten werden. Die Frage ebenfalls mit der Ökologie, unserem energiepolitischen Programm und der Ökonomie. Wir haben auf dem Bundesparteitag einen weiteren wichtigen Punkt, nämlich die Frage, wie kann technischer Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum vereinbart werden mit der Erhaltung unserer kulturellen, sozialen und natürlichen Umwelt? Selbstverständlich haben wir ein energiepolitisches Programm und ein Umweltschutzprogramm. Aber der Grund dafür, warum wir dieses Thema ins Arbeitsprogramm hineingenommen haben, war ja das Gefühl, daß wir an einigen Punkten die Dinge noch nicht ausdiskutiert haben bzw. es uns noch nicht gelungen ist, diese zwei Programme miteinander zu kitten. Das ist ja ein Problem, das

geleistet werden muß. Kernenergie ist, glaube ich, nicht so sehr das Problem. Wir kriegen möglicherweise Probleme mit der Kohle, mit Kohlekraftwerken. Das alles war für das Ruhrgebiet von einer besonderen Bedeutung. Unsere Leute lesen jetzt, daß 30 Prozent des Fichtenbestandes gefährdet sind, wodurch? Durch eine Übersäuerung des Bodens seit vier oder fünf Jahrzehnten, durch die Emission von Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid. Ich will ja nur darauf aufmerksam machen, daß diese Polarität – das regt die Leute auf, das ist eine Frage, die in der Diskussion ist – noch vertieft diskutiert werden muß.

Die Frage Gleichberechtigung von Mann und Frau in Familie und Beruf war ein weiterer, dritter wichtiger Punkt, den wir uns in dem Arbeitsprogramm gegeben haben. Es kommen neue Erwartungen in dem Zusammenhang, was Familie ist, Arbeitsteilung in der Familie und im Beruf, bis hin zu der Frage der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen für Männer und Frauen, oder ich muß es umgekehrt sagen, für Frauen und Männer, weil das Letztere ja viel weniger der Fall ist. Und damit natürlich im Zusammenhang die Frage, wie kann angesichts der '84-Kommission²⁷ die Rentenversicherung in der Zukunft gesichert werden? Dann Nord-Süd-Konflikt.

Das heißt, wenn ich jetzt einmal überlege, daß wir noch Zeit haben bis Frühjahr nächsten Jahres, (*Kohl*: Wieso bis Frühjahr? Was hat das denn damit zu tun?) wegen der Landtagswahl, wir haben ja gesagt, ein wahlfreies Jahr. Das war ja die Überlegung. (*Kohl*: Ja, aber wir haben doch zu keinem Zeitpunkt gesagt, daß wir dieses Riesenkompendium alles im Jahre 1981 erledigen können.) Aber die Frage ist, wann mit einer gesteuerten oder auch von uns selber initiierten Diskussion, in welcher Form diese Fragen nun diskutiert werden. Wir haben uns ja damals Überlegungen gemacht, wie das geschehen soll: Parteitage, Kongresse usw. usf. Das heißt, wir müßten uns ein Arbeitsprogramm einmal geben, wie wir diese Themen, über den Zeitraum kann man sich ja verständigen, behandeln wollen.

Und dann kommt ja Folgendes hinzu: Das ist, glaube ich, eine etwas in der Partei noch nicht ganz durchdiskutierte Frage, wie wir dann diese Fragen behandeln wollen. Wir haben ausdrücklich gesagt, eine offene Diskussion. Wir waren uns auch einig, und das scheint mir nun das Wichtigste zu sein, daß eine offene Sachdiskussion nur geführt werden kann, wenn diese offene Diskussion in der Sache nicht umgefälscht wird in eine Personaldiskussion. Das ist ja das, worunter wir in den vergangenen vier Jahren etwas gelitten haben, wenn einer von uns etwas gesagt hat, meinetwegen auch etwas, was nicht gerade häufig gesagt worden ist, sondern etwas Unterschiedliches gesagt worden ist, daß er dann Gefahr lief, persönlich angegriffen zu werden, das heißt, daß eine Sachdiskussion, die notwendig ist, umgefälscht wurde in eine Diskussion um und zur Person. Dies muß natürlich vermieden werden, wenn eine solche Diskussion geführt wird.

Wir waren uns, glaube ich, auch darüber einig – das soll der letzte Hinweis sein – über das, worüber wir uns einfach klar werden müssen, daß eine offene Diskussion auch eine gewisse Attraktivität besitzt, vor allem für diejenigen, die noch nicht bei uns stehen, vor allem für junge Wähler. Hier, glaube ich, ist der Punkt vor allem zu sehen – gar nicht so sehr bei der Parteiführung, wir sind untereinander in der Lage, eine solche Diskussion zu führen, davon bin ich auch überzeugt, bei einiger Anstrengung, ohne daß es zu Personendiskussionen umgefälscht wird – bei jungen Leuten zum Beispiel, die wir gewinnen

27 Gemeint ist die Wehner-Kommission „Rentenreform 1984“ (vgl. dazu UiD vom 28. Februar 1980 CDU-Dokumentation 8/1980: „SPD und Einheitsrente“).

wollen, Jungwählern, jungen Frauen. Die begegnen der CDU auf der Orts- und Kreisebene. Eine geistig offene Haltung auf der Orts- und Kreisebene ist meines Erachtens eine wichtige Voraussetzung, um die Partei insgesamt wieder attraktiver zu machen. Wir erleben das ja immer wieder, daß viele Leute, gerade wenn sie eine etwas abweichende Meinung haben, eben bei der Parteiorganisation, beim Orts- oder Kreisverband auf Schwierigkeiten stoßen. Unsere Überlegung war ja, darüber waren wir uns doch einig, daß wir die Partei öffnen sollten in einer geistigen Offenheit, sie attraktiv machen auch auf der Orts- und Kreisverbandsebene, vor allem für solche Wähler, die bisher eben SPD oder FDP gewählt haben, oder Jungwähler, die erst noch zu uns kommen müssen.

Bei den Jungwählern besteht ja das große Problem darin, daß die Schere zwischen allgemeinem Wahlverhalten und Jungwählerverhalten sich bei der CDU immer mehr geöffnet hat, auch die Zahlen, die wir jetzt haben, wenn ich also Frankfurt nehme oder Wiesbaden oder auch die Berliner Zahlen. Die beweisen zwar, daß wir am Jungwähleranteil wieder größere Prozente haben, zumindest im Trend ist dies drin. (*Kohl*: Wir sind doch da die Stärksten! Das ist ganz eindeutig!) Gut, ja, wir sind die Stärksten aber vor allem deswegen, weil die Alternativen natürlich einen Zulauf bekommen haben in Höhe von 29, 30 Prozent. Nur, wenn die Leute, wenn sie aus Opposition gegen die Regierung sind, nicht zu uns kommen, sondern zu einer anderen Partei, dann mache ich mir Gedanken und Sorgen.

Kohl: Aber Heiner, das stimmt ja nicht! Entschuldigung, wenn in Frankfurt 41 Prozent bei der letzten Wahl im März CDU gewählt haben, dann ist das ein Prozentsatz, der für Frankfurter Großstadtverhältnisse exemplarisch gut ist. (*Geißler*: Kommunalwahl? Das waren 54 Prozent, 53 Prozent.) Was? (*Geißler*: Frankfurt.) Ich habe es doch gerade vorgelesen, die Jungen 41 Prozent. (*Geißler*: Also, ich habe 38 Prozent.) Entschuldigung, ich habe das amtliche Ergebnis der Stadt Frankfurt eben vorgelesen. Und 41 Prozent in einer Großstadt, Leute, wann haben wir das denn je gehabt in der Vergangenheit? Das ist doch nicht schlechter als früher! Wahr ist, daß die SPD nur noch 31 hat und die Grünen 29. Insofern haben wir bei Jungwählern gegenwärtig die vierte Partei, das ist schon wahr.

Geißler: Also, jetzt laß mich doch den Satz zu Ende führen. Es geht ja nur darum, daß insgesamt die Diskrepanz zwischen allgemeinem Wählerverhalten und dem Jungwählerverhalten früher ganz gering war, 1966, 1969. Ab 1969 hat sich die Schere geöffnet, hat sich 1976 wieder etwas geschlossen und ist 1980 besonders weit auseinandergegangen. Das muß gesehen werden. Die demoskopischen Zahlen, die jetzt vorliegen, beweisen noch nicht, daß diese Diskrepanz sich verringert hat. Ich halte es auch absolut nicht für notwendig, daß wir jetzt versuchen, uns selber glauben zu machen, daß sich innerhalb von wenigen Monaten das verändert hat, sondern das kann nur langsam verändert werden. Ich sehe dafür einen positiven Trend. (*Kohl*: Ja, darum geht es doch!) Ich sehe nur eine große psychologische Gefahr für die eigene Partei, wenn wir jetzt den Eindruck erwecken würden, als ob bei den Jungwählern alles in Ordnung sei. (*Kohl*: Das macht aber doch gar niemand.) Ja, ich warne davor, weil es ja eine Tendenz gibt, auch in der Partei selber, die sagt, die kommen ja von selber wieder. Das ist ein Pendel, das eben mal da rüber geschwungen ist, und dann pendelt das Ding wieder zurück. Die kommen ganz von selber wieder. Man kann dieser Auffassung sein, nur ich habe Sorge, ob diese Auffassung richtig ist, weil wir ja auch wissen, warum und aus welchen Gründen viele Jungwähler uns nicht wählen. Und deswegen mißtraue ich etwas diesem Trend, der hier beschworen wird.

Also, ich glaube, das ist auf dem Hintergrund dessen gar nicht im Widerspruch zu dem, was jetzt hier von Dir gesagt worden ist. Aber auf dem Hintergrund dessen, was wir nach der Bundestagswahl im Bundesvorstand und im Parteipräsidium und schließlich zum Ausdruck gebracht, auch auf dem Bundesparteitag gesagt haben, ist das ein Punkt, über den wir, glaube ich, Meinungsverschiedenheiten haben sollten – das wäre ja noch einmal schöner, wenn man über diesen Punkt nicht diskutieren könnte –, aber wo wir, glaube ich, in der Realisierung des Arbeitsprogramms uns eben für die Zukunft noch einige Entscheidungen auferlegen müssen.

Biedenkopf: Herr Vorsitzender, ich glaube, es ist gut, daß Du, Helmut, mal den Haushalt zum Anlaß genommen hast – so machen wir das ja in anderen Gremien auch, in denen Haushalte beraten werden –, um einige der Dinge anzusprechen, die sich hinter dem Haushalt grundsätzlich an politischen Fragen verbergen. Ich möchte zunächst sagen, daß ich dem Vorschlag sehr zustimme, den Versuch zu machen, mit dieser Zehn-Prozent-Vorgabe den Haushalt zu fahren. Es macht uns, das auch an den Generalsekretär gewendet, das Geschäft in den Landesverbänden leichter. Wir stehen im Augenblick vor einer schlechten Situation. Ich muß zum Beispiel in Westfalen voraussichtlich Leute entlassen, weil einfach die Situation sich geändert hat. Wenn man dann sagen kann, die Bundespartei macht ähnliche Anstrengungen, dann hat man von vornherein die Irritationen weg, die sonst auftreten einfach über die Frage, was kommt da auf uns zu, wenn in diesem Umfang Schulden gemacht werden? Müssen wir dann eines Tages möglicherweise antreten und müssen einen Teil der Schulden ausgleichen? Was man ja nie voraussehen kann.

Ich finde das gut, ich finde das auch einen positiven Einstieg. Ich meine auch, wir sollten die Schwierigkeiten, die wir mit den Haushalten haben, auch als eine Herausforderung für die Partei betrachten. Ich vertrete jedenfalls für meinen Landesverband und vor allen Dingen auch in meinem Landesverband bei dieser sehr unangenehmen Aufgabe die Meinung, daß wir früher an den Wurzeln der CDU bei viel gewaltigeren Problemen eine viel größere Fähigkeit zur Improvisation gehabt haben als heute und daß der Verlust dieser Fähigkeit zur Improvisation keineswegs immer ein Vorteil für die Lebendigkeit, für das Leben der Partei ist. Vor allen Dingen auch in Hinblick auf ihre Unterorganisationen.

Was nun die politischen Fragen, die hier angesprochen worden sind, selbst anbetrifft, möchte ich mich auf einige wenige Punkte aus der Fülle dessen, was Ihr, Helmut und Heiner, angesprochen habt, konzentrieren. Zunächst glaube ich, daß die Diskussion über das Verhalten der Jugend im Verhältnis zur CDU, so wie sie sich jetzt hier in den beiden Voten entfaltet hat, zum Teil eine semantische Diskussion ist. Zum Teil sagen die beiden dasselbe. Es ist gar kein so großer Widerspruch da. Auf der einen Seite ist es für die CDU ermutigend zu sehen, daß sie von allen Parteien den größten Anteil der Jungwähler hat. Siehe Frankfurt. Auf der anderen Seite ist es für die CDU eine Herausforderung, daß 29 Prozent die Grünen gewählt haben. (*Kohl:* Darf ich mal gerade unterbrechen, wir verteilen jetzt schon den Endtext der Resolution, nur damit das jeder weiß.) Das ist beides zu sehen und ich meine, man sollte es auch im Zusammenhang sehen.

Es ist für uns eine große Ermutigung, daß diejenigen, die sich innerhalb des Parteiensystems, der Parteienlandschaft, so, wie sie im Bundestag vertreten ist, entscheiden, mehrheitlich für die CDU entscheiden in solchen Situationen, oder daß die gegenwärtige Demoskopie das signalisiert. Es ist eine Herausforderung und langfristig für die Partei

auch eine gefährliche Herausforderung, daß sich ein nicht unwesentlicher Teil der Jungwähler in Richtung anderer Gruppierungen orientiert, es ist auch für uns als Volkspartei ein Problem, weil es signalisiert, daß wir in wichtigen Bereichen unsere Integrationsfunktion, die eine Volkspartei hat, offenbar nicht ausreichend entfalten. Denn das Ausbrechen der Wähler aus dem Spektrum der Volksparteien bedeutet, daß die Volksparteien diese Integrationsfunktion nicht leisten. Und da muß in der Tat nachgegraben werden. Ich kann das jetzt hier nicht im einzelnen tun. Nach meiner Überzeugung ist eine der großen Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert sind, darin zu suchen, daß die Erfahrungswelt der jungen Menschen, die wir jetzt politisch ansprechen, eine völlig andere ist als unsere eigene und zwar aufgrund unserer Politik, daß wir durch die Erfolge unserer Politik bei den jungen Menschen eine Erfahrungswelt geschaffen haben, die es jetzt immer schwerer macht, sich mit ihnen zu verständigen. Ich möchte das an einem Beispiel demonstrieren.

Für uns, für die klassische CDU-Politik im sozialen Bereich, waren und sind die großen Einrichtungen der sozialen Sicherheit Ausdruck der Solidarität, der Solidarität zwischen den Generationen, der Solidarität der arbeitenden Menschen in der Arbeitslosenversicherung, der Solidarität der Bürger in der Krankenversicherung. Dieser Ausdruck der Solidarität hat sich aber den nachwachsenden Generationen als staatliche Leistungssysteme dargestellt, die sie nicht begriffen haben als solidarische Verbindungen, sondern als kollektive Einrichtungen, die leisten, so daß die jungen Menschen ihr Solidaritätsbedürfnis in diesen kollektiven Organisationen nicht festmachen können. Die suchen nach anderen Möglichkeiten, Solidarität zu entfalten, und finden sie in den klassischen Vorgaben für solidarische Politik, wie wir sie institutionell entwickelt haben, nicht. Es hat nun gar keinen Zweck, den jungen Leuten vorzuwerfen, sie seien unsolidarisch, weil sie diese Einrichtungen nicht als Ausdruck für Solidarität akzeptieren. Wir haben zu einem wesentlichen Teil die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das so ist. Ich meine, daß die Partei diesen Dingen auf den Grund gehen muß und zwar als eine offensive Herausforderung begreifen muß, was hat sich in der Bewußtseinshaltung der jungen Menschen geändert und wie kann man diese neuen Bewußtseinshaltungen für freiheitliche Politik nutzbar machen?

Und ein letzter Punkt: Ich glaube, wir sollten uns auch, was die Art und Weise der Diskussion anbetrifft, nicht in die Gefahr eines semantischen Streits begeben. Ich habe den Eindruck, daß eines der Probleme, das hier in den Voten, oder der möglichen Differenzen, zum Ausdruck gekommen ist, darin liegt, daß wir über Programme auf der einen Seite sprechen, die wir haben, und daß wir aber auf der anderen Seite konfrontiert sind mit neuen Entwicklungen, auf die wir Antworten finden müssen und zwar auf der Grundlage der Programme. Und wenn man nach neuen Antworten sucht für neue Entwicklungen, heißt das nicht nur, über neue Programme zu diskutieren, sondern gewissermaßen um die Implementation von Grundsätzen.

Ich habe in den Programmen der CDU jetzt nochmal geprüft, auch in Vorbereitung für diese Sitzung heute, was wir zu der Wachstumsfrage sagen. Der gegenwärtige Stand der CDU in der Wachstumsfrage ist nach wie vor einschließlich jüngster programmatischer Verlautbarungen: Wachstum ist die zwingende Voraussetzung für die Einlösung der sozialen oder sonstigen Bedingungen unserer Gesellschaft. Das ist die Position der CDU. Und diese Position wird von vielen wichtigen Teilen in der jüngeren Generation nicht

mehr akzeptiert, sondern da wird eine andere Priorität gesehen. Daß eine andere Priorität gesehen wird, ist zunächst einmal ein politischer Sachverhalt. Es hat keinen Zweck zu sagen, das ist falsch. Das ist so. Und dann, wenn man erkannt hat, daß es so ist, muß man mit den jungen Leuten arbeiten über die Frage, was ist denn die Antwort von euch aus gesehen und was ist von uns aus gesehen die Antwort, und dann haben wir die Diskussion. Das ist keine Grundsatzdebatte, sondern das ist eine Debatte im Grundsätzlichen, aber nicht über ein Grundsatzprogramm.

Und ich meine, wir sollten zwei, drei Themen dieser Art aufnehmen und sie von uns aus, auch jetzt in Hinblick auf den Hamburger Parteitag, durch Leitanträge problematisieren, zum Beispiel die Frage, ist Marktwirtschaft ohne Wachstum denkbar? Die Antwort muß Ja lauten. Die Antwort muß dann begründet werden. Und die Antwort führt uns dann zur Arbeitsmarktpolitik, führt uns zur Wettbewerbspolitik, zur Subventionspolitik, zur Ausbildung usw. in Anwendung unserer Grundsätze auf eine konkrete Lage. Wenn wir so diskutieren, dann haben wir nach meiner Auffassung sachbezogene Diskussionen.

Was wir jetzt haben, das möchte ich zum Schluß sagen, ist eine dauernde Diskussion über die Frage, daß wir diskutieren müssen. Und das halte ich nicht für gut. (*Kohl: Mit der jungen Generation den Dialog führen?*) Ja, und ich bin sehr froh, daß Du mal etwas ausführlicher über das Gespräch mit dem Deutschland-Rat gesprochen hast – Matthias Wissmann ist im Augenblick nicht da. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich meine, daß die Junge Union da dann auch mal ein bißchen sich selbst befragen sollte und ein bißchen weniger die Partei. Ich finde das sehr schön mit „Omas CDU“ und allem. Ich kann eines sagen, genau dieselben Leute, die zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen den Mund nicht voll genug nehmen können, verdanken ihre politischen Karrieren ausschließlich der hervorragenden Bedienung genau der Instrumente, deren Existenz sie als „Omas CDU“ verurteilen, nachdem sie drin sind. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Es ist so, daß wir gerade aus diesem Grund auch mit jungen Leuten unsere Probleme haben, außerhalb der Partei, weil viele junge Leute sagen, was wollt ihr denn, bei euch wird die Jugend in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Karriere gesehen. Ich wäre dankbar, wenn der Parteivorsitzende da auch mal ein Wort in der Öffentlichkeit sagt, denn viele unserer Leute, die hart vor Ort arbeiten, empfinden das als eine Belastung, daß sie mit ihrer harten Arbeit die Schlagzeilen nicht erreichen, daß aber jemand sofort die Schlagzeilen erreicht, wenn er der CDU ans Schienbein tritt. Ich meine, daß da ab und zu auch mal eine Entladung stattfinden muß und Farbe rein muß; dagegen habe ich überhaupt nichts einzuwenden. Das finde ich sogar wichtig. Das bringt auch ein gewisses Kolorit in die Debatte. Aber das darf nicht zur Masche werden.

Späth: Zum Haushalt möchte ich vorweg zwei Anmerkungen machen, und dann möchte ich auch etwas zu der angesprochenen Grundsatzfrage sagen. Was den Haushalt anbetrifft, finde ich es gut, wenn wir ernsthaft versuchen, bei den Ausgaben nochmal ein Stück runterzukommen. Ich glaube, wir sollten uns nicht davon befreien, was nun insgesamt notwendig ist. Und manche Dienstleistung, glaube ich, kann man durchaus, wenn man das ernst nimmt, unter Sparmaßnahmen ein Stück weit entbehren. Wir gewöhnen uns alle langsam an diese perfekte Dienstleistung, und die Gewohnheit daran mindert zum Teil auch ihren Wert, wenn ich die Gesamtberieselung sehe, die wir uns selber bereiten. Das ist überhaupt kein Vorwurf, sondern wir machen das ja auf allen Ebenen, und die Technologie der Informationsvermittlung führt ja dazu, daß alles nur noch intensiver

wird, Presseschau und dieses alles. Wenn man das dann mal ein bißchen mit Abstand ansieht, kann man sich eigentlich vorstellen, daß das eine oder andere entbehrlich wäre, was nicht heißt, daß es nicht, wenn man es sich leisten kann, eine gute Sache ist. Wenn man es sich aber nicht leisten kann, muß man ein Stück runterfahren.

Das zweite wäre die Einnahmeseite. Da möchte ich hier nochmal im Vorstand ein ganz offenes Wort sagen. Ich bin mit allem einverstanden, nur nicht mit der Art und Weise, wie draußen gesammelt wird, ich muß das hier mal ganz offen sagen. Wir gehören zu den ärmeren Landesverbänden. (*Kohl*: Da kommen mir gleich die Tränen, wenn ich Dich da betrachte.) Du brauchst nicht zu weinen, und ich habe ein Taschentuch dabei. Wir sind aber dabei, dieses zu ordnen. Wir haben strukturell unsere Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Wir werden es aber tun und bauen das systematisch auf. Ich bin sogar der Meinung, daß wir diese Art des Sammelns so organisieren müssen, daß wir immer weniger abhängig werden vom Goodwill von einigen wenigen. (*Kohl*: Da sind wir uns völlig einig. Möglichst viele.) Diese Dinge trage ich alle voll mit.

Nur, wir müssen Formeln finden der Kombination der einzelnen Verbandswege. Es ist vielleicht eine typische Situation in Baden-Württemberg, daß die Bezirksverbände an bestimmten Sammelergebnissen beteiligt sind mit dem Ergebnis, daß die natürlich das als einen Besitzstand betrachten, mit dem man ziemlich günstig umgehen kann. Aber das Ergebnis daraus bedeutet, daß echte Anstrengungen der Gesamtpartei dadurch kaputt gemacht werden, weil da irgendjemand dem schon was verkauft hat, immer unter Bezug auf die Partei, und sich das alles häuft und überschneidet. Wir müssen ein System der dezentralisierten Gesamtsystematik auf der Finanzseite finden. Das heißt, wir müssen in allen Landesverbänden Wege suchen, wie wir das Kontaktermodell²⁸, wie wir Münzverkauf und alle möglichen Dinge machen. Aber das muß so sein, daß das in einer vollen Abstimmung läuft, weil es besser ist, es wird landeseinheitlich organisiert und dann etwas abgegeben an die Bundespartei, als wenn es gewissermaßen ein Wettbewerb ist, bei dem am Schluß bei irgendeinem fünf auftauchen und der sich damit rausredet, daß er allen fünf sagt, ich habe gerade dem Letzten etwas gegeben. (*Kohl*: Und keinem was gegeben hat.) Ja, keinem was gegeben hat. Aber er findet es prima, daß er jedem sagt, nun bin ich doch gerade so opferbereit. (*Kohl*: Das kannst Du nochmal erweitern und gerade der CSU geben.) So ist es. Das ist in Baden-Württemberg auch ein Spezifikum, das dort besonders ausgefeilt ist. Aber das ordnen wir zur Zeit. Meine Bitte ist nur, ich will das gar nicht vertiefen, daß wir da systematisch von Bund, Ländern rangehen, eine Systematik entwickeln, die allen Ebenen dient und uns eine langfristige Gesamtfinanzlage sichert. Wir haben das meiner Meinung nach noch nicht optimiert, und es wird draußen noch von Profis ein bißchen ein Durcheinander angerichtet. Wir haben ja schon darüber gesprochen, ich will das jetzt nicht vertiefen, meine Bitte ist nur, daß wir diese Geschichte genauso systematisch vielleicht intern im kleinen Kreis mal insgesamt besprechen, wie wir da ein System entwickeln, das dann allen Ebenen gerecht wird. Sonst haben wir nämlich einen Wettbewerb unter Kollegen.

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu dem angesprochenen Thema machen. Ich bin froh, daß wir heute in diesem Kreis so unbefangen und offen darüber diskutieren, denn mir wird es langsam unangenehm, wenn ich verfolge, daß da eine systematische

28 Mitgliederwerbung durch Hausbesuche von „Kontaktern“, die als Unkostenerstattung die Beiträge der ersten drei Monate der neugeworbenen Mitglieder erhielten (Schönbohm S. 162–165).

Diskussion um uns entsteht. Die ist noch nicht sehr tief, aber die fängt an. Die wird auch in die Partei hineingetragen, und das gibt Unsicherheiten, die müssen wir beseitigen, das ist auch eine Führungsaufgabe dieses Vorstands. Ich will meine ganz offene Meinung zu dieser Position sagen, insbesondere zu der Jugenddiskussion. Ich habe das Gefühl, wir müssen aufpassen, daß wir nicht seminarmäßig arbeiten.

Lassen Sie mich mal den Unternehmensbegriff nehmen. Ich bin der Meinung, wir haben eine hervorragende Bundesgeschäftsstelle. Es muß nur klar sein, in diesem Unternehmen gibt es organisatorische Einheiten, die haben administrative Aufgaben abzuliefern und zwar optimal. Und dann gibt es Stäbe. Und die Stäbe leiden immer darunter, in jedem Unternehmen, daß sie Hervorragendes vordenken, das entweder vom Vorstand angenommen oder verworfen wird. Das Wichtigste ist immer, daß sie nicht frustriert werden, wenn man hervorragende Ergebnisse wegwirft. Das hängt nicht mit der Intelligenz oder mangelnden Intelligenz eines Vorstands zusammen, sondern mit seinem höheren Gehalt. Es gibt in Unternehmen häufig die Entwicklung, daß Leute aus den Stäben der Meinung sind, daß die anderen zwar mehr verdienen, aber dümmer sind. Das ändert nichts an der Struktur, daß die Stäbe nie die Vorstände ersetzen. Aber kaum sitzt einer vom Stab im Vorstand, kommt er zur selben Entdeckung, daß zwischen Stabsarbeit und Vorstandsentscheidungen gewaltige Unterschiede bestehen. Ich glaube, da liegt ein bißchen das Problem. Ich will es einfach hier mal ganz offen ansprechen. Ich habe manchmal das Gefühl, da sitzen Leute, die die große Sorge haben, daß dieser Vorstand oder gar das Präsidium das alles durcheinanderbringt. Erstens zerreden sie es, das ist eine der größten Schwächen von Vorständen, zweitens machen sie es nicht glasklar, drittens bringen sie Momente ein, die völlig unlogisch sind im Hinblick auf das erarbeitete Konzept. Und um das alles zu vermeiden, passiert dann so etwas, daß man sagt, jetzt gehen wir an die Öffentlichkeit und kommentieren auch gleich abschließend, bevor die sich dranmachen und das alles durcheinanderbringen. Sonst haben wir nämlich mit Zitronen gehandelt, weil dann in der Zeitung genau das Falsche steht.

Es ist sicher bei uns noch nicht passiert. (*Heiterkeit.*) Ich will es mal ganz abstrakt beleuchten, aber das Ergebnis, was daraus entstehen kann, hat eine einzige Schwierigkeit. Bei Heiner Geißler ist das ein bißchen durchgeklungen in der Härte, mit der er formuliert, aus seiner Sicht zu Recht. Wir haben nämlich in Boppard beschlossen. Also wenn ich mir Boppard überlege, dann war das für mich ein gemischtes Durcheinander. Ich darf das hier mal sagen. Von erfolgreicher Grundsatzdebatte war in Boppard nur eine mäßige Spur, im wesentlichen haben wir uns da um ein Papier herumgedreht, dann haben wir das Papier rumgedreht und dann hat das Papier uns umgedreht und am Schluß haben wir gesagt, haben wir kein anderes Papier? Dann haben wir beschlossen, wir machen gar kein Papier, dann haben wir ein neues Papier gemacht mit dem Auftrag der Partei an uns. Nun ist das ja auch in Ordnung, wenn wir die Partei beauftragen, uns zu beauftragen, dies zu tun. Das ist ja alles in Ordnung, das gehört ja nun auch alles zu dem Spiel der Partei, zu dem Spektrum, was da nun Parteiarbeit ist. Völlig unbestritten. Nur, wiederum mit einer Schwäche, daß am Schluß sich das Ganze selber erhöht.

Und da ist eigentlich meine Hauptbitte: Wir dürfen nicht etwas, was wir aus einem bestimmten Punkt heraus analysieren, gewissermaßen unter Beachtung der Weltlage und aller Entwicklungen zu Ende führen, weil das die große Gefahr mit sich bringt, daß plötzlich wir recht haben, aber nicht recht bekommen. Und das ist ja etwas vom

Schwierigen in der Politik, wenn man im Prinzip recht hat und trotzdem nicht recht bekommt. Wir haben ja viele Themen, von denen wir ganz genau wissen, daß wir recht haben und wir trotzdem von der Bevölkerung nicht recht bekommen. Das kann nur damit zusammenhängen, daß diese Bevölkerung der Logik unserer Seminartechnik nicht folgt. Und das hängt wiederum damit zusammen, daß die Menschen sehr emotional veranlagt sind und etwas, was sie heute als dringendes Problem empfinden, etwa die Versauerung der Birken oder Tannen, morgen bei der Frage der Arbeitslosigkeit total vergessen. Der Nachteil der Menschen liegt darin, daß sie nicht abwägen zwischen dem Prozentsatz der versauerten Birken und dem Prozentsatz der Arbeitslosigkeit. Wenn sie arbeitslos sind, interessieren sie die Birken momentan überhaupt nicht mehr, wenn sie aber beim Staat angestellt und gut situiert sind, sind sie weiterhin bereit, unter Verzicht auf das Problem der Arbeitslosigkeit des Nachbarn weiterhin über den Zustand der Birken in einer langfristigen Perspektive zu sinnieren.

Ich sage das deshalb, weil wir eine Volkspartei sind, und das ist die nächste große Gefahr, wer dauernd in einer Volkspartei klagt, sie sei nicht integrationsfähig, ich mache das im Anschluß an die Bemerkung von Kurt Biedenkopf, dem ich im übrigen weitgehend zustimme, da sehe ich eine zweite Gefahr. Wer alles integrieren will, der muß im Grunde einen Pudding an die Wand nageln. Denn, was heißt das? Wer links aussteigt, kann nicht rechts integriert werden. Und wenn ich Politik richtig verstehe, dann besteht Politik zunächst einmal aus einer Reihe von ethischen Grundsätzen, für die man in die Politik gegangen ist. Und zwar mit der Konsequenz, daß, wenn diese Grundsätze nicht mehrheitsfähig sind, wir lieber Minderheit sind, als die Grundsätze zu verkaufen. Also, wenn ich zum Beispiel eine Mehrheit in der Bevölkerung nur gewinnen kann um den Preis, daß ich die NATO-Aufrüstung aufgebe, die Fristenlösung einführe, die Homosexualität zum ethischen Ideal erhebe, um den Preis bin ich nicht bereit, eine Mehrheit anzunehmen, weil das keine Mehrheit für meine Konzeption ethischer Gesinnung wäre. (*Biedenkopf*: Du kriegst auch so keine Mehrheit, das Problem löst sich ganz praktisch. – *Unruhe. Heiterkeit.* – *Kohl*: Also auf dem Weg der Homosexualität löst es sich praktisch, da hat er völlig recht.) Wenn ich das Problem akzeptiere, wird es ja nicht zur Pflicht.

Laßt mich mal an dem Punkt weitermachen. Ich bin einfach der Meinung, ich will ganz klar sagen, daß ich große Bedenken habe gegen die, die glauben – etwa zum Thema junge Generation –, wir würden diese junge Generation gewinnen mit einem großen Prozeß der Selbstkritik und des Selbstläuterns. Über alle Professoren, die mit dieser jungen Generation der Revolution gelitten haben, ist diese junge Generation hinweggegangen, während diejenigen, die sich nicht diesem Leidensprozeß hingegeben haben, sondern Standpunkte verteidigt haben, in der Regel besser abgeschnitten haben. Und wenn ich Frankfurt nehme, dann haben wir Frankfurt ganz bestimmt nicht gewonnen, weil der Walter Wallmann ähnlich wie der Herr Klose, die ihn gefragt haben, ob sie da auch mal bei ihm nackt auftreten wollen, denen auf die Schnauze geklopft und gesagt hat, Kinder, Politik besteht darin, daß wir eine klare Ordnung haben, wer die einhält, ist ein willkommener Freund, und wer die nicht einhält, wird von uns zur Ordnung angehalten. Ergebnis: Natürlich sind ein Haufen zu den Grünen links raus, aber es zeigt sich eben, daß ein Stabilisierungseffekt bei der großen Menge von jungen Menschen eintritt, die im Grunde auch genau wissen wollen, wie wir es halten, wenn sie mal ausprobieren wollen, wie weit wir aus Toleranz auch im Grunde des Aufgebens von Grundsätzen gehen.

Wenn man diese Art von emotionaler Reaktion zugrunde legt, dann ist für mich das Ergebnis im Grunde eine Absage an kollektivistische Vorstellungen – das ist der Unterschied zur 68er-Generation – und im Grunde eine ganze Menge konservativer Fragen dieser jungen Menschen, die sie bei uns noch nicht befriedigt finden, aber die möglicherweise darauf ausgehen, wenn wir ihnen einige Freiräume bei klaren ordnungspolitischen Vorstellungen einräumen, daß sie damit mehr Antworten auf ihre eigenen Fragen bekommen als mit kollektiven Konzepten.

Mit anderen Worten, ich würde endlich aufzuhören so zu tun, als ob wir eine Jugendpolitik abstrakt betreiben müssen. Die Frage, die die Leute beschäftigt, ist für mich wieder die tiefemotionale Frage nach dem Vertrauen. Wenn es uns gelingt, daß in vielen Fragen die Menschen ganz einfach zu unserer Politik insgesamt mehr Vertrauen haben, überträgt sich das auch auf die junge Generation. Es ist ein ganz gewaltiger Irrtum zu glauben, die junge Generation sei etwas ganz Abstraktes, ein Teilstück der Gesellschaft, das einer besonderen Behandlung bedürfe, nämlich einer jugendpolitischen Behandlung. Die junge Generation ist ein Teil dieser Gesamtgesellschaft. Wenn die von der Regierung die Nase voll haben und uns noch nicht wählen, hängt das damit zusammen, daß sie noch nicht das Gesamtvertrauen haben, daß wir in der Lage sind, die Probleme zu lösen und zwar einerseits ordnungsgemäß zu lösen, andererseits idealistisch emotional zu lösen. Meiner Meinung nach bringen wir es am besten zusammen, wenn wir den Mut haben, in schwierigen Sachthemen angenehme und unangenehme Konzeptionen darzustellen, aber nicht mit der selbstquälerischen Situation, daß wir sagen, die Linken sind an dieser Art der Auseinandersetzung zerbrochen. Die diskutieren, bis sie handlungsunfähig sind. Und jetzt sind sie überhaupt nur noch diskussionsfähig, handlungsfähig sind sie längst nicht mehr.

Dagegen ein Konzept zu setzen, daß wir das auch können, ist meiner Meinung nach keine ausreichende Alternative, sondern was wir tun müssen, ist die Handlungsfähigkeit beweisen, um Vertrauen werben, auch natürlich tolerant werben bei der jungen Generation, aber im Grunde keinen Zweifel daran lassen, daß wir für diese Gesellschaft Lösungen haben, freiheitliche Lösungen, Lösungen, mit denen sich junge Menschen auch idealistisch identifizieren können. Dazu gehört das Thema Dritte Welt, dazu gehört das Thema Angebot neuer Solidarität, Möglichkeiten etwa in der Sozialpolitik, in der internationalen Politik. Dazu gehört bestimmt eine ganze Menge offener Diskussionen, Heiner Geißler. Darüber können wir uns einigen. Aber dazu muß eines weg, nämlich gewissermaßen das seminarmäßige Behandeln der Gesamtgesellschaft. Also nicht die Gesellschaft zu einem CDU-Seminar zur abschließenden Lösung ihrer Probleme einladen. Die Leute werden total unglücklich weggehen, weil sie im Grunde ihre Probleme ein Stück weit mit sich selber haben und auch mit sich selber ausmachen wollen. Ich glaube, diese Kombination von Vertrauenswerbung und von klarer Ordnungspolitik ist der einzige Weg, mit dem wir langfristig in allen Altersgruppen Vertrauen gewinnen und dann auch bei der jungen Generation. Es gibt keine spezifische Jugendpolitik, davor wollte ich nochmal ausdrücklich warnen.

Kohl: Also, ich bin sehr dafür, daß wir die Debatte sehr intensiv führen. Ich finde, daß wir auch heute in einer nicht so gestreßten Situation mal nachdenklich reden, das bringt uns mehr als viele andere Sachen. Ich habe ein technisches Problem, das sich aus der Terminlage von Walther Leisler Kiep, dem Schatzmeister, ergibt, was den eigentlichen

Geldanteil der Debatte jetzt betrifft; er muß weg. Also zunächst Etat. Sind Sie damit einverstanden, daß ich dann in der Reihenfolge weitermache, der Nächste ist unser Kollege Koch, daß Kiep die Frage beantwortet, was den Etat betrifft, und ich dann den formellen Etatbeschluß fassen lasse, auch mit den zehn Prozent und dem Auftrag, bis November hier den Bericht durch mich zu erstatten, damit er gehen kann? Dann machen wir genau in der Debatte weiter. Wenn noch Auskünfte über den Etat erwartet werden, die kann auch Heiner Geißler und Herr Lütjhe²⁹ hier geben, bloß mir geht es darum, ich möchte in seinem Beisein den formellen Beschluß fassen. Einverstanden? Zum Etat?

Herzog: Ich habe nur eine Frage, soll sich die zehnprozentige Einsparung auch auf die Personalkosten beziehen?

Kohl: Auf alles. Es soll versucht werden, den Gesamtetat um zehn Prozent herunterzufahren. Ich bin also nicht dafür, ich weiß nicht, ob das geht, deswegen habe ich ja formuliert „soll“, aber daß wir eine Generalklausel machen. Einverstanden?

Schwarz-Schilling: Hier steht unter Publikation 9.8 Fernsehdienst „Telecontrol“³⁰. Ich würde doch darum bitten, daß man nur Fernsehdienst da reinschreibt, weil an sich eine Vereinbarung darüber bestanden hat, daß es anders aufgeteilt werden sollte, nicht in dem Maße nur Telecontrol zur Verfügung steht. Das hat jetzt nichts mit der Summe zu tun, das hat nur etwas mit den Fragen der Aufteilung zu tun. Wenn das jetzt aber hier so drinsteht, dann ist damit eine Festlegung gegeben.

Kohl: Ich weiß nicht, was das bedeutet, ehrlich gesagt.

Kiep: Ich weiß es nicht, ich kann es nicht sagen.

Geißler: Wo steht denn das? (*Unruhe. Diskussion.*) Wir können „Telecontrol“ streichen.

Kohl: Einverstanden. – Jetzt zur Frage von Lothar Späth.

Kiep: Ich muß zunächst noch sagen, ich habe nicht die Absicht, jetzt einen Sommermittagsspaziergang im Wald zu machen, sondern ich muß nach Münster. Wir sind ja im Gespräch, und die Problematik liegt natürlich speziell auch gerade in Baden-Württemberg an der Struktur, Landesverband, Bezirksverbände, Kreisverbände. Ich glaube, wir kriegen das hin. Ich sehe die Notwendigkeit ein, daß wir darüber sprechen müssen. Wir machen das bereits, und ich verspreche mir von diesem K-Modell für die Zukunft wirklich sehr viel. (*Kohl:* Sagst Du bitte den geneigten Kollegen noch, was ein K-Modell ist.) Das K-Modell besteht darin, daß wir durch die steuerlich abzugsfähige Spendenmöglichkeit, die also mit Parteiengesetz jetzt 3.600 Mark sind, in einer breit angelegten Kampagne Ansprechpartner einwerben und damit eine dauerhafte Finanzierung der Partei auch außerhalb von Wahlkampfbahnen schaffen, die auf allen Ebenen der Partei ein finanzielles Fundament bringen kann. Wir nehmen zur Zeit mit diesem sogenannten K-Modell, was immer noch im experimentellen Stadium ist, über 100.000 Mark in der Woche ein. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ein Großteil der Kreisvorsitzenden schreit gegen das Modell, aber selber gehen sie nicht zu den praktischen Ärzten ins Haus. Das erlebe ich gerade in meinem Heimatkreisverband, wo ein großes Getöse ist gegen das Modell, aber seit zwei Jahren sage ich,

29 Uwe Lütjhe (1932–2003), Volkswirt; 1971–1992 Generalbevollmächtigter des CDU-Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep.

30 Unternehmen von Elmar Stubbe (geb. 1934), Journalist, zur Beobachtung von Linkstendenzen in Fernsehsendungen („Der Spiegel“ vom 20. Februar 1978: „Immer die gleichen“).

jetzt bereitet doch die Sache vor, es gibt die 3.600 Mark, aber sie machen es nicht. Die kriegen immer noch mehr nach dem Modell, als sie vorher hatten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kann ich jetzt zur Abstimmung kommen? Also, der Etat in der vorliegenden Form plus den von mir gestellten Antrag. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Enthaltungen? So beschlossen. Dann machen wir weiter.

Koch: Wir haben gerade eben diesen Etat beschlossen. Ich stelle hier Folgendes fest, Erweiterung zum Haushaltsentwurf, ich will darauf nicht nochmal im einzelnen eingehen, da steht auf Seite 5 Ziffer 7 der Erläuterungen: „Bei den Gesprächen mit der CDA konnten erhebliche Kürzungen vereinbart werden.“ Ich bin damit einverstanden, auch hier mit den Zehn-Prozent-Einsparungen. Ich möchte aber Folgendes sagen, daß bei den letzten Wahlkämpfen, jedenfalls soweit ich das mitbeobachten konnte in Nordrhein-Westfalen, die CDA und die Mittelstandsvereinigungen Erhebliches dazu beigetragen haben, daß der Wahlkampf einigermaßen so gelaufen ist, wie er ist. Ich muß hier sagen, ich vermisse das bei der Jungen Union. (*Wex:* Bei den Frauen aber nicht?) Bei der Jungen Union, ich stelle die raus, bei der CDA sind auch Frauen.

Wir haben an den Toren gestanden, es haben Mittelständler an den Werkstoren gestanden, wir haben alles erdenklich Mögliche gemacht, ohne große Kosten zu verursachen. Und das vermisse ich, Herr Vorsitzender, bei Ihnen, Sie haben also manche Leute, Personengruppen, angesprochen, ich mag das Wort „homosexuell“ nicht, sonst sagen wir noch hinterher, wir wollen uns mit den „Warmen“ irgendwie vereinigen. Ich mache jetzt auch mal einen Scherz und Witz. Das ist also hier mehrfach angesprochen worden. Was nicht angesprochen worden ist oder wenig, das hat Kurt Biedenkopf eben hier gesagt, das sind die Arbeitnehmer. Ich möchte hier Folgendes mal sagen: Im Unternehmen, in dem ich beschäftigt bin, ist in der Nähe eine Hochschule mit 8.000 oder 10.000 Studenten. Wir haben fast täglich mit diesen Studenten zu tun. Diese Studenten wollen in der Überzahl mit den Arbeitnehmern reden, was in Zukunft auf die Jugend zukommt, daß sie Sorge haben um ihre Arbeitsplätze. In Zukunft werden wir sehen, daß wir Vollakademiker in den Betrieben haben als gewerbliche Arbeitnehmer. Ich wüßte mal gerne, wo die ganzen Akademiker sonst unterkommen wollen. Es ist keine Schande für einen Akademiker, wenn er hinterher auch qualifizierter Fachmann im Betrieb ist. Das würde sicherlich dem Unternehmen auch sehr dienen.

Ein Weiteres möchte ich sagen, worüber wir uns auch unterhalten müssen, ich werde jetzt hier mal etwas unkonventionell rangehen. Die Realeinkommen der Arbeitnehmerschaft sind in diesem Jahr nicht gesichert. Die Realeinkommen werden am Ende des Jahres niedriger sein als 1980. Die Tarifabschlüsse werden normal, acht Prozent mit Steuern, mit allem Drum und Dran, haben müssen, die Abschlüsse kennen wir. Die Steuerreform, worüber diskutiert wird draußen im Lande, hat den Arbeitnehmern nichts gebracht. 1,50 Mark, 2,50 Mark im Monat. Andererseits sind die Sozialversicherungsbeiträge, Arbeitslosenversicherung, ein Vielfaches von dem. Unterm Strich hat Kumpel Anton im Betrieb weniger. Gestern war ich in der Nachbarschaft bei der iranischen Botschaft. Wir müssen den Botschafter des Iran ansprechen, wenn das so weitergeht. In dem Konzern, wo ich herkomme, Krupp, haben wir im Aufsichtsrat die Sperrminorität. Im Augenblick läuft eine Aufsichtsratssitzung, daß da 5.000 Leute bei Krupp entlassen werden sollen, 8.000 bei Hoesch. Das Problem kennt sicherlich Kurt Biedenkopf am besten. Ich habe alles erdenklich Mögliche gemacht, auch unseren CDU-Leuten, Abge-

ordneten, Landtagsabgeordneten hier und da einiges zugeschickt, damit die wenigstens informiert sind und Rede und Antwort stehen können, was sich draußen da tut. Textilindustrie, ein Chaos, auch eben für den Mittelstand.

Weil die Entfaltungsmöglichkeit nicht mehr gewährleistet ist, bin ich dafür, was Heiner Geißler gesagt hat, daß wir offen darüber diskutieren, wir können das nicht totschweigen. Wir werden jeden Tag aufs Neue konfrontiert; ich habe augenblicklich eine 80-Stunden-Woche. Ich war heute morgen wieder in einer Sitzung, gestern kurzfristig hier, Iran-Botschaft. Ich habe gesagt, da wird korruptiert bei uns als Betriebsrat. (*Kohl*: Da mußt Du aber Muslim werden. – *Heiterkeit*.) Ich möchte ja nur Folgendes sagen, wie gefährlich das ist, daß im eigenen Land und bei den eigenen Topmanagern wir das nicht mehr erreichen in einem Dialog zwischen Vorständen und Arbeitnehmervertretern, sondern dann externe Stellen da einschalten müssen, damit das einigermaßen über die Bühne läuft. Wenn wir nichts tun, dann schätze ich, dann wird es nicht eine Million, dann wird es über zwei Millionen Arbeitslose geben mit der ganzen Technokratie, Mikroprozessoren, alles das, was weiß ich; der Mensch ist langsam zum Objekt der Materie geworden.

Arbeitszeitverkürzung will ich nur ganz kurz ansprechen. Wir beabsichtigen bei uns im Unternehmen, daß wir geplante Pausen nicht mehr durchführen, um das Unternehmen wieder auf gesunde Beine zu stellen. Wo jetzt geplante viertelstündige Pausen sind, sind wir gezwungen, die Anlagen durchlaufen zu lassen. Ich habe gesagt, ich mache das mit, wir machen das mit, daß rund um die Uhr die Anlagen laufen mit Millionen Werten. Nur, der Mensch muß ja im Betrieb dann entsprechende Pausen haben. Man braucht nicht unbedingt die 35-Stunden-Woche, man kann das auch anders gestalten, wie in Holland, aber auch die CDU muß sich mit diesen Fragen verstärkt beschäftigen. Das sind die Fragen, die die Arbeitnehmerschaft draußen laufend anspricht, daß die Arbeitnehmerschaft nicht hintangestellt wird. Demnächst sind wieder Landtagswahlen in Niedersachsen und in anderen Bereichen. Da müssen wir versuchen, daß die Arbeitnehmerschaft eine klare Aussage macht, die CDU ist besser wie die SPD. Die SPD ist keine Arbeitermerpartei! Dafür kann man viele Beispiele nehmen, ob das die Arbeitslosigkeit ist, ob das die Steuerreform ist. Sie haben uns eingebrockt die Verschuldung, dann die Hochzinspolitik, von der doch nur das Großkapital profitiert. Die breite Masse der Bevölkerung muß hinterher das bezahlen, der Haushalt muß ja irgendwie wieder ausgeglichen werden. Die breite Masse muß bezahlen. Wir brauchen eine Großindustrie, wir brauchen einen gesunden Mittelstand, aber wir haben auch nicht zuletzt die Arbeitnehmerschaft. Ich war jetzt eine Woche in Washington auf dem internationalen Metallarbeiterkongreß³¹, wo Edward Kennedy³² sehr stark gegen die Regierung Reagan opponiert hat in einer langen Rede, mit tosendem Beifall bedacht. Der stellt also die Politik in den USA ganz anders vor als beispielsweise Reagan. (*Unruhe. Diskussion.*) Man muß das alles sehen. Ich bin der Meinung, wenn man die Berlin-Wahlergebnisse und das Mehr an Stimmenzuwachs sieht, wo Norbert Blüm kandidiert hat, dann sollte man auch sehen – das ist auch in Frankfurt, auch was da alles gemacht wurde –, daß wir eine Aussage für die Arbeitnehmerschaft machen müssen zu den ganzen Problemen.

31 25. IMF-Weltkongreß vom 24.-29. Mai 1981: Tätigkeitsbericht des Sekretariats. Hg.: International Metalworkers' Federation. Congress. 1981. Washington, D.C. 1981.

32 Edward Kennedy (1932–2009), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1962–2009 Senator von Massachusetts.

Ich möchte noch eines sagen, ich weiß nicht, ob das hier bekannt ist: Mitterrand in Frankreich, Abkommen mit der Gewerkschaft. Das hat der Vorgänger auch gemacht in der Energiepolitik, daß die Gewerkschaften, selbst die CGT, die kommunistisch gelenkte Gewerkschaft in Frankreich, ein Prozent des Umsatzes von der Energie aus Kernenergie bekommt. Deshalb wird der Mitterrand auch keine Schwierigkeiten haben, da weiter Kernenergie zu installieren. Diese Dinge sollte auch die CDU beobachten und draußen auch im Lande erklären, wenn ich sehe, daß bei uns im Unternehmen, wo ich beschäftigt bin, monatlich zwölf Millionen Mark mehr an Stromkosten bezahlt werden müssen. 144 Millionen im Etat, die im Unternehmen dann mehr anfallen, allein an Stromkosten! Die Franzosen bezahlen drei Pfennig für das Kilowatt, wir bezahlen zehn Pfennig. Wo soll das hinführen? (*Unruhe. Diskussion.*) Wir machen auch als CDA eine ganz klare Aussage hier, wir können ohne Kernenergie nicht auskommen. Und wenn wir in den Räten sitzen, ich sitze auch im Aufsichtsrat der Obergesellschaft Krupp, dann muß man ganz klar sagen, ob einem Kollegen das manchmal paßt oder nicht, dann macht uns einen Alternativvorschlag, wie das werden soll. Wir sagen, sonst ist 1983 die Bude dicht für 8.000 Beschäftigte. (*Kohl: Das müßt ihr vor allem der jungen Arbeitnehmerschaft sagen, dort ist es ja kritisch.*) Ja gut, wir kommen ja mit den Leuten laufend zusammen, dann sage ich, dann macht doch mal Alternativvorschläge. Was ich nicht einsehe, das muß ich hier sagen, ist, daß 40 Prozent unserer Bevölkerung, das habe ich schon mal gesagt, unsere Produkte herstellen und 60 Prozent daran partizipieren. Und das wird immer geringer. 1990 haben wir höchstens noch 30 Prozent, die die Produkte herstellen draußen in den Betrieben. Und die werden ausgebeutet. Das nehme ich manchem Unternehmer nicht übel, weil der ja kostendeckend rechnen muß. Heute morgen in der Sitzung wurde wieder gesagt, wir müssen alle einen halben Mann einsparen, wir machen Zeitstudien, wir machen das, das kann man alles rationeller gestalten. Ich sehe das ein, aber das bricht zusammen, auch beim Mittelstand.

Und dann diese Zentralisierung. Dazu möchte ich sagen, auch hier an unseren Freund Biedenkopf, daß dort, wo das Wählerpotential in Dortmund oder im Ruhrgebiet ist, die, die an der Peripherie liegen, das Nachsehen haben. Auch dort müssen Entfaltungsmöglichkeiten sein, daß man also nicht zentralisiert und dann hier unseren ganzen Mittelstand vor die Hunde bringt. Ich als Betriebsratsvorsitzender muß verschiedene Unternehmen anrufen und sagen, bemühen Sie sich über die Industrie- und Handelskammer, damit die Unternehmungen an den Standorten bleiben. Ich habe das damals unserem Freund Pieroth gesagt, einen Weinberg kann ich nicht an die Nordseeküste verlagern, weil dort kein Wein wächst. (*Kohl: Das kann der Pieroth auch noch, das ist also keine Frage. – Unruhe. Heiterkeit.*) Wir wollen dort die Arbeitsplätze, wir möchten dort die Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen, wir möchten dort den Ingenieuren die Möglichkeiten geben, daß sie sich selbständig machen, daß sie Betriebe gründen, daß sie neue Arbeitsplätze schaffen und nicht hier durch diese Bürokratie, die da besteht, und diese enormen Schwierigkeiten, daß die Leute langsam den Mut verlieren. Das diskutieren die jungen Leute, auch die Studenten bei uns, was können wir tun und könnt ihr als Arbeitnehmerschaft nicht uns helfen dabei? Das ist das, was ich hier kurz mal sagen wollte.

Wallmann: Meine Freunde, ich habe ein bißchen Hemmungen, weil ich in einer halben Stunde wegfahren muß, da wir jüdische Mitbürger zu Gast haben. (*Kohl: Da brauchst Du ja keine Hemmungen haben, Du kannst ja jetzt Dein Wort machen, das ist doch logisch.*)

Ja, ich wollte es nur eben sagen. Ich habe mich also nur deswegen gemeldet, weil hier einige Frankfurter Zahlen genannt worden sind. Ich möchte etwas dazu sagen und will vorweg bemerken, daß wir in Frankfurt natürlich nicht der törichten Meinung sind, das sei nun wesentlich und ausschließlich unser Verdienst. Ich habe vom ersten Augenblick des Bekanntwerdens dieses Wahlergebnisses an zum Ausdruck gebracht, daß die entscheidende Voraussetzung für dieses gute Wahlergebnis die politische Großwetterlage gewesen ist. Ich habe namentlich die Geschlossenheit der Union bei verschiedenen Gelegenheiten genannt. Das habe ich natürlich deswegen getan, meine Freunde – wir hatten ja unseren Erfolg –, um jetzt weiter zu gewinnen. Berlin stand ja kurze Zeit später an. Ich hätte auch nicht die Wahl haben mögen ein halbes Jahr vorher schon, Frühjahr 1980, wir leben ja nicht auf einem anderen Stern, wir wußten ja auch, welche günstigen Umstände uns begleitet haben. Ich erwähne dieses nur deswegen, weil ich vielleicht den etwas skeptischen Eindruck habe, daß es zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär eine etwas unterschiedliche Meinung darüber geben könnte, welchen Wert Geschlossenheit für die Attraktivität der Partei und welchen Wert sozusagen die offene Diskussion für die Attraktivität der Partei haben könnte. Vielleicht. Deswegen sage ich es.

Zunächst einmal, was die Daten angeht, meine verehrten Freunde, ist es so, daß man die Daten vom 22. März dieses Jahres, glaube ich, nur richtig würdigt, Helmut Kohl, wenn man gleichzeitig die Daten vom 4. Oktober³³ mit zu Rate zieht und die Daten für die SPD bei den Jungwählern, den 18- bis 25jährigen. Für die SPD waren 53 Prozent. (*Kohl*: Im Oktober meinen Sie?) Im Oktober, ja. Wir hatten 22 Prozent. Und wenn man dazu noch die Grünen nimmt und noch meinetwegen einen Teil der FDP-Wähler, dann lagen damals die Jungwähler fast bei 80 Prozent, die sich uns verweigert haben. Dieses hat sich geändert. (*Kohl*: Es gab aber auch eine unterschiedliche Wahlbeteiligung, das muß man korrekterweise auch sagen. Das war acht Prozent Unterschied.) Nein, es war eine zwölf Prozent schlechtere Wahlbeteiligung, aber man muß dann die absoluten Zahlen hinzunehmen. Die absoluten Zahlen für uns sind höher gewesen, und zwar deutlich höher bei abgenommener Bevölkerung gegenüber der Bundestagswahl und gegenüber der Kommunalwahl 1977. Wir haben in absoluten Zahlen gewonnen, obwohl wir 15.000 Stimmberechtigte verloren haben in dieser Zeit.

Ich sage noch einmal, hier ist nichts zu berühren. Ich will nur deutlich machen, dieses Gesamtpotential derjenigen, die sich uns verweigert haben, ist drastisch und zwar angesichts der Prozentzahlen, die sich angesichts der absoluten Zahlen deutlich verändern. Darin drückt sich etwas aus, nach meiner Überzeugung, gegenüber der Bundestagswahl wie auch gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl und der vorangegangenen Kommunalwahl 1977, nämlich, daß in dem Maße, wie die Union ein geschlossenes Bild abgibt, die Attraktivität der Partei größer wird. Ich möchte das Wort von Lothar Späth gerne aufnehmen, wenn er gesagt hat, wir dürfen auch nicht so den Eindruck erwecken, wir würden das Gesamtableau der gesellschaftlichen Fragen seminarmäßig abklopfen und dabei vergessen, wie denn die wirkliche Erwartungshaltung unserer potentiellen Wählerschaft ist.

Ich bin der festen Überzeugung – zunächst einmal machen wir den großen Fehler immer wieder, alle miteinander, das liegt gar nicht hier an jemand persönlich –, daß wir

33 Bundestagswahl 1980.

zu viele Themen tabuisieren. Ich melde mich ja nun gewiß nicht zu häufig hier zu Wort, habe es deswegen auch vorhin unterlassen, mich bei dem Friedens-Papier zu Wort zu melden, jetzt will ich es aber sagen: Wir erwecken den Eindruck, meine Freunde, daß wir Wehrpflicht und Wehrdienstverweigerung in den gleichen Rang bringen. Und das ist in diesem Zusammenhang natürlich eine derartige Antinomie, wenn wir auf der einen Seite sagen, nur durch den Wehrdienst, nur durch die Bereitschaft, verteidigungsfähig und bereit zu sein, sichern wir den Frieden, und im nächsten Kapitel – jedenfalls sieht es von der Optik her so aus – das zumindest ein wenig relativieren. Das ist im Grunde genommen die Diskussion zwischen der Gesinnung und der Verantwortung; das geht zurück bis auf Max Weber³⁴. Die Pazifisten haben so lange eine hervorragende Chance, ihrem Gewissen folgen zu können, wie genügend Leute da sind, die aus der Verantwortungsethik ihrer Wehrdienstpflicht genügen. (*Unruhe. Diskussion.*) Es hat ja bei den Verfassungsvätern eine leidenschaftliche Diskussion darüber gegeben, und das weiß unser Freund Herzog als Wissenschaftler viel besser als ich, daß nämlich Theodor Heuss³⁵ sich entschieden dagegen gewehrt hat, die Wehrdienstverweigerung, noch mehr die Kriegsdienstverweigerung, in einen Verfassungsrang zu erheben, zu einem Grundrecht des einzelnen zu machen. Natürlich wollte er es gesetzlich geregelt haben, natürlich wollte er irgendwelche Glaubensgemeinschaften, die aus ihrer Situation heraus meinen, Kriegsdienst oder Wehrdienst sich gegenwärtig nicht leisten zu können, davon befreien. Aber nur durch ein normales Gesetz. Und nicht durch Verfassungsrang und nicht durch ein Grundrecht, das ja gar nicht veränderbar ist.

Diese Tabuisierung, glaube ich – ich habe nur ein Beispiel genannt, das gerade aktuell war für mich –, ist nach meiner Überzeugung häufig ein großes Hindernis für die Union, attraktiv zu sein. Und wenn ich einmal hinzunehme, lieber Helmut, die Daten der 26- bis 29jährigen und dann der 30- bis 60jährigen, das sind doch diejenigen zum großen Teil, die als sogenannte unruhige Jugend nach unserer Überzeugung von uns nie mehr erreicht werden konnten. Die sitzen aber inzwischen mit absoluter Mehrheit bei manchen Wahlen bei uns. (*Unruhe. Diskussion.*) Dies führt natürlich zu Mißverständnissen, wenn man das so holzschnittartig sagt. Ich wollte nur sagen, Offenheit der Partei jawohl, aber das darf nicht dazu führen, daß wir in einem derartigen Maße in unserer Optik, was sozusagen Grundsatzpositionen, ich sage nicht gerne Wertevorstellungen, diffus zur Folge hat, daß für die jungen Menschen sozusagen das permanente Hinterfragen, um dieses moderne evangelische Wort zu benutzen, zur Substanz der Partei wird. Die Partei muß in wesentlichen Grundsatzpositionen klarmachen, wo sie steht.

Und wenn ich über ein Ergebnis etwas berichten darf, nur nochmal, weil Kurt Biedenkopf von den semantischen Unterschieden gesprochen hat, ich will es noch einmal deutlich machen. Wenn ich mich über eines freue, was die Frankfurter Wahl angeht – und bitte nehmen Sie mir ab, ich berühme mich und unsere Partei überhaupt nicht in diesem Zusammenhang, ich habe geradezu gespannt wie ein Danebenstehender auf das Ergebnis gewartet –, dann ist es dieses: Wir haben über 100 Bürgerinitiativen gehabt, und alle

34 Max Weber (1864–1920) Soziologe, Nationalökonom; 1894 Professor in Freiburg, 1896–1903 in Heidelberg, 1917/18 in Wien, 1904 Redakteur des Archivs für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, 1909 Mitgründer der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

35 Theodor Heuss (1884–1963), Journalist; 1924–1928 und 1930–1933 MdR (DDP, DStP), 1948 FDP, 1948/49 MdPR, 1949–1959 Bundespräsident.

sogenannten sensiblen Fragen haben hier eine Rolle gespielt, und wir haben einen Stadtschülerrat, der völlig unterwandert ist von Kommunisten. Über schweigende Mehrheiten macht man sich seine eigenen Gedanken auch in diesem Bereich. Wir haben Bürgerinitiativen gehabt mit tausenden von Unterschriften. Wir haben in allen Fragen ohne Wenn und Aber gesagt, was wir wollen. Nicht laut, nicht prahlerisch, sondern durchaus auch nachdenklich, aber ganz entschlossen. Und das Ergebnis ist gewesen, daß es keinen einzigen Stadtbezirk gibt, nicht einen Stimmbezirk, wo wir nicht die absolute Mehrheit bekommen haben. Wir wählen die sogenannten Stadtbezirksvorsteher, man darf es gar nicht laut sagen, 64 sind es, 60 sind an die CDU gegangen. Und die SPD ist auf 34 Prozent zurückgedrückt worden, das ist für mich noch viel dramatischer als das Ergebnis, das wir insgesamt bekommen haben für uns.

Geißler: Aber, Herr Wallmann, in den vier Jahren bis zur Wahl haben Sie eine sehr tolerante, offene Politik gemacht. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, und dann war klar, was Sie wollten.

Wallmann: Lieber Herr Geißler, darf ich nochmal sagen, wir berühren uns gar keiner Sache. Ich sage das lediglich, weil ich versuche, eine praktische Nutzenanwendung zu ziehen. Und die Nutzenanwendung, die ich ziehe daraus – und ich werde nachher noch eine Frage stellen, die ganz konkret uns dann, nach meiner Überzeugung jedenfalls, bewegen sollte, jedenfalls als Fragestellung –, ist, man muß vorher klar sagen und zwar in einem Stil, der unserer Zeit angemessen ist, warum man was will. Das zweite ist, die Geschlossenheit der Union bei unserer potentiellen Wählerschicht ist durch nichts ersetzbar, ich sage es mal ganz überspitzt. Also ich verzichte gerne auf manche kontroverse Diskussion, die von der Sache her durchaus geführt werden müßte vielleicht, wenn dadurch in der Optik – Demokratie ist das, was die Menschen glauben, und nicht das, was tatsächlich ist, so ist das nun mal – auch nur der Eindruck dadurch hervorgerufen wird, wir seien nicht geschlossen.

Das dritte ist, wir müssen begreifen, daß die SPD strategisch uns wesentlich an dem Punkt überlegen gewesen ist, wo sie imstande war, das Prinzip Hoffnung zu formulieren. Die Menschen wollen sich anlehnen können, sie wollen sich festhalten können, sie wollen vertrauen können und zwar einer politischen Partei, die, und jetzt kommt das nächste Stichwort, nicht ständig ihre Ausführungen zu wichtigen Fragen in der Apokalypse enden läßt. Die Menschen wollen die Zuversicht haben, mit denen geht es nach vorne. Das ist kein Widerspruch, und das ist jetzt die Frage, die ich stellen will, zu „dem Nächsten“: Ob wir nicht in der Politik, die jetzt vor uns steht, viel weniger sozusagen auf einem hohem intellektuellen Level, sondern sehr pragmatisch, ob wir hier nicht konkreter sagen müssen, wo wir in Zukunft reduzieren müssen, Abstriche machen müssen und zwar nicht im Wege einer Blut-und-Tränen-Ideologie, sondern im Wege dessen, was jedem zumutbar ist. Ich sage jedem, allen Gruppen, keiner wird ausgespart, weil ich der festen Überzeugung bin, wenn demnächst unsere Spitzenleute vor dem Fernsehen wieder sitzen und die Frage dann kommt, wo sind denn eure Alternativen? Da langen zwei Dinge nicht, nämlich erstens zu sagen, wir sind nicht die Regierung, die Regierung muß das tun. Das genügt nicht! Zweitens: Konrad Adenauer ist für meinen Sohn bereits Geschichte. Der Hinweis, 1949 bis 1969 beweist, daß wir es können, reicht nicht aus.

Ich glaube, um unsere Glaubwürdigkeit sozusagen manifest zu machen, machbar zu machen, erfahrbar zu machen, müssen wir uns schon der Mühe unterziehen, die verschiedenen Bereiche abzufragen unter uns hier, und den Mut zu haben, dem Bürger vorher zu

erklären, womit er zu rechnen hat, wenn wir in die Verantwortung kommen. Ich weiß, lieber Helmut Kohl, das mag dem Prinzip Klugheit in der Politik widerstreben. Das ist eine unerhört schwierige Frage, die entschieden werden muß. Ich rate nur, diese Frage jedenfalls unter uns einmal ganz offen zu diskutieren. Meine persönliche Meinung ist, daß wir ohne diese Fähigkeit, uns so konkret zu äußern, in unseren Möglichkeiten, bei einer Wahl die absolute Mehrheit zu erreichen, uns verschlechtern, wenn wir uns so nicht verhalten. (*Beifall.*)

Hasselmann: Ich wollte ein paar Bemerkungen machen aus der Beobachtung der niedersächsischen Union. Ich glaube, daß wir auf verschiedenen Ebenen diskutieren müssen, ohne daß man das sichtbar werden läßt. Wir diskutieren, glaube ich, zu viel im Kreis der Eliten, von oben in der Landesebene bis auf Kreisebene herunter. Die Partei ist viel einfacher und viel pragmatischer, sie ist viel mehr zugewandt den Dingen, die sie täglich betrifft und mit denen sie sich täglich auseinandersetzen muß.

Wir haben ja versucht, mit Videorekordern die Themen des Monats zu spielen und ein bißchen mit Brachialgewalt die Partei zu drängen, auf die der Führung eingefallenen Themen in der vorformulierten Reihenfolge einzugehen. Ich will dem nicht weiter nachgehen, aber die Partei sagt natürlich draußen – und das ist nicht die Elite, sondern das sind die ganz Einfachen –, das ist nicht unser Thema, das mag euer Thema sein, aber unser Thema ist etwas anderes. Eine mitgliederstärkerwerdende Partei braucht Arbeit, Diskussionen, Angebote, die aber auch unterschiedlich sind. Die Ostfriesen haben uns gesagt, – und wer von ihnen wird da widersprechen wollen –, Videorekorder? Technisch zu schwer! (*Heiterkeit. Diskussion.*) Wir haben sie dann nochmal eingeladen. Dabei kann man feststellen, daß das ja keine Absage an die Überlegungen einer Führung ist. (*Kohl:* Nein, überhaupt nicht.) Absolut nicht, sondern im Gegenteil; endlich haben sie mal was, wo sie sagen können, kommt von oben – wollen wir nicht! (*Heiterkeit.*) Das ist eine lehrreiche Angelegenheit, heißt aber auch, in einer Partei zu sein, wo man sieht, wie so einem Ortsvorsitzenden der Sinn ist, wie ein Tonband – für Eliten geschaffen und hervorragend formuliert – überhaupt zu behandeln ist, daß eine Diskussion in Gang kommt.

Zweite Bemerkung, was wir in der letzten Zeit erlebt haben, ist ein Unterschied zwischen einer begeisterungsfähigen Schülerunion mit ganz anderem Drängen, (*Kohl:* Mit einem ganz anderen Alter. Das ist der Punkt) mit einem ganz anderen Alter, und der Jungen Union, so daß in den Diskussionen mit meiner Jungen Union so etwas wie eine Zwangsjacke entstanden ist, die befindet sich zwischen den von ihnen mehr verstandenen Jüngeren, die ganz anderes wollen, und den Älteren, die das noch nicht wollen oder beides nicht. Das ist eben eine nicht ganz einfache Situation. (*Unruhe.*)

Aufgrund unseres für manche etwas zu langen Grundsatzprogramms der CDU gibt es auch auf dieser Basis eine solche Vielschichtigkeit von Themen, die angestoßen, aber doch angenommen werden, natürlich nicht einheitlich. Das liegt an der Mentalität des Ort- oder Kreisvorsitzenden und seines Vorstandes genauso wie an der regionalen Besonderheit, die man vorfindet. Ich sage das nur, ich finde das raffiniert, wie geschickt die Jungen für ihre örtlichen Situationen die Themen aufgreifen. Wir sollten das beobachten, registrieren und sammeln und dann eine Fülle von Themen gestalten, die draußen sind.

Nach der Kommunalwahl für uns kommt ja die Landtagswahl in Riesenschritten auf uns zu, wahrscheinlich im Mai, spätestens im Juni. Wir glauben, daß diese Vielschichtigkeit uns auch die Geschlossenheit schenken wird, von der Sie, Herr Dr. Wallmann, gesprochen

haben. Helmut, ich glaube, das war doch recht gut. Die Offenheit der Diskussion, auch coram publicum, muß ja nicht gleichzeitig bedeuten, daß wir nicht geschlossen sind. (Kohl: Das ist richtig. Da sind wir einer Meinung. – *Unruhe. Diskussion.*) Die Gegner versuchen ja ständig, bei einer unterschiedlichen Betrachtungsweise eines gegebenen oder vorgegebenen Themas den Spaltpilz in uns hineinzuschieben und personifizieren ihn natürlich auch sofort. Leider fallen wir auch leicht darauf herein, weil wir uns auch ein bißchen verletzt fühlen. Wir sind ja auch ein bißchen eitel, ich auch, das will ich ja durchaus zugeben. Ich sage aber, verdammt nochmal, warum muß der das machen? Ich habe zum Beispiel zu Ernst Albrecht gesagt, Du schickst mich grundsätzlich hin, wenn Du eine Vertretung brauchst, zum Papst fährst Du selbst. (*Unruhe. Heiterkeit.* – *Friedrich Vogel:* Wo Ihr beide evangelisch seid!) Eben.

Nein, also es gibt ja keinen Streitpunkt. Nur, die unterschiedliche Betrachtung führt uns auch weiter, indem man die Zügel lang und trotzdem anhält. Die Geschlossenheit wird damit genau praktiziert. Helmut, ich glaube, das, was Du hier im Grundsätzlichen gesagt hast und das, was Heiner Geißler ergänzt hat, kann uns beruhigt nach Hause fahren lassen, nicht weil wir die Hände jetzt wieder in den Schoß legen können, sondern weil die Diskussion jetzt ja begonnen hat, aber nicht, weil wir nur diskutieren wollen. Wir diskutieren, weil wir diskutieren wollen oder ob wir diskutieren wollen, wie das hier Kurt Biedenkopf formuliert hat. Ich bin der Ansicht, daß wir uns in der gegenwärtigen Situation der Schülerunion stärker zuwenden müssen, über sie und mit ihr in den Oberstufen der Gymnasien.

Ich habe schlechte Erfahrungen gemacht, das muß ich Ihnen sagen, aber auch festgestellt, woran das liegt und wie einseitig manche Pädagogen, völlig falsch ausgewählt oder ausgebildet, diese Jugend beeinflussen an den Elternhäusern vorbei, die die Zeit nicht aufbringen, sich um die jungen Menschen und ihre Gedanken zu kümmern. In Garbsen, 27 Prozent CDU-Wähler bei der Landtagswahl, ein junger Stadtrat. In dieser Integrierten Gesamtschule, in diesem Gymnasium war das eine katastrophale Geschichte für mich, mit einer Klasse zu diskutieren, einer Arbeitsgemeinschaft. Die wußten viel, und sie haben Fragen gestellt, in euerm Programm Seite sowieso, Heiner Geißler, schlugen sie auf, steht drin, das Kind braucht die Bezugsperson Mutter in den ersten Jahren und deshalb dies und das an Mutterschaftsgeld, ich will es mal so nennen. Und sie sagten: Warum steht bei euch nicht, daß wir in unserem Alter, 16-, 17-, 18jährig, nicht nur die Mutter brauchen, sondern auch noch den Vater. Nämlich beide. Nur die beiden können unsere Fragen beantworten, aber sie haben für uns keine Zeit. Es ist doch ein bißchen auch was dran, daß das so gesagt wird. Wir haben dann versucht, auch den Elternversammlungen ganz offen zu sagen, ihr müßt auch die Zeit aufbringen, mit euern Freunden selbst zu sprechen, die glauben zum Schluß nämlich doch den Eltern mehr als dem Lehrer, der ihnen ganz etwas anderes, in diesem Fall Pazifismus, in den höchsten Tönen vorzupredigen weiß. Ich will damit nur sagen, daß wir gut daran tun, mit unserem Programm draußen zu operieren und der Partei so etwas an die Hand zu geben, um das dann selbst auszuformen. Die unterschiedliche Betrachtung können wir allemal vertragen, die Geschlossenheit braucht dabei durchaus nicht zu leiden. Wir sind dankbar, daß wir aus den anderen Landesverbänden so viel gelernt haben.

Und dann kommt noch ein letzter Gedanke. Wenn man so ein Ziel vor Augen hat, nicht nur die Wahl zu gewinnen, wir haben in Niedersachsen ein neues: Durch einen

reinen Zufall haben wir festgestellt, daß die SPD in Niedersachsen etwa 20.000 Mitglieder verloren hat. Echte Austritte. Die sind auf 113.000 Mitglieder gefallen, wir haben inzwischen 103.000 erreicht. Jetzt die Vorgabe: Wir können sie überrunden, wenn wir jetzt alle mitmachen, daß wir vielleicht sogar gleichschalten können zum Wahltermin. Das wäre für uns der größte Erfolg. Das Mutmachen ist wahrscheinlich gut für die Optik, denn man will beim Sieger sein, man will bei dem sein, der führt, man will bei dem sein, der die Themen nicht nur bestimmt, sondern sie auch durchsetzt oder umsetzt, selbst wenn hier und da Einverständnis nicht besteht. Dann hat man – so die Zeitvorgabe – eine Motivierung auch des einfachsten Mitgliedes im Ortsverband erreicht, und das ist eigentlich das Ziel, was wir uns im Augenblick gesetzt haben.

Die Parteizentrale hier mit Heiner Geißler hat dieses Papier gemacht „Argumentationshilfe für die Verteidigungsdiskussion mit jungen Leuten“, das ist eine hervorragende Sache! Da muß nicht jeder Punkt stimmen, aber man kann es vervielfältigen, man kann es abdrucken und sagen, Ortsverband, geh‘ mal rein in eine Schule, rede mal mit den Leuten, und schon ist was da. Das Papier ist gut. Ich kann nur sagen, unsere Partei ist ein stolzer Haufen. (*Beifall.*)

Wex: Es scheint also so, daß hier allgemeine Übereinstimmung darüber ist, daß der Gegensatz Offenheit und Geschlossenheit nicht besteht. Aber es bedeutet natürlich, daß Offenheit und Geschlossenheit auch einen Inhalt haben müssen. Einen Inhalt insofern, als Offenheit in bezug auf die Geschlossenheit der Programme auch zu konkreten Aussagen führen muß. Worin die Schwierigkeit der Offenheit ja oft besteht, ist, daß gar nicht ausgefaltet wird, was eigentlich einheitliche Meinung in der Gesamtpartei ist. Das reicht ja oft gar nicht aus, um auf aktuelle Fragen einzugehen. Und wenn wir jetzt von den Umfragen gehört haben und von der Schülerunion, so ist ja eine sehr alarmierende Tatsache, auch aus Allensbach festzustellen, daß wir zwischen 14 und 18 eine ganz große Mehrheit für die CDU haben, in dem Moment aber, wo sie aus dem Elternhaus herauskommen, ein großer Einfluß aus der Umgebung kommt, (*Kohl: Das war aber immer so.*) wobei das so selbstverständlich nicht mehr ist und auch die neue Allensbach-Umfrage³⁶ ja zeigt, was sie jetzt wählen würden. Das ist natürlich keine Garantie, was sie auf die Dauer tun werden. Und deswegen Offenheit und Geschlossenheit. Ich meine, daß die Geschlossenheit nur herauskommen kann, indem man in den einzelnen Fragen, die die Jugend betreffen, konkrete Antworten gibt.

Also, ich möchte eines unterstreichen, Herr Späth. Selbstkritik ist überhaupt nicht mehr gefragt. Selbstkritik bei vielen jungen Leuten ist nicht gefragt. Die sagen auch, alle eure Erfahrung, alles gut, aber wir wollen Orientierungsmaßstäbe haben. Wir wollen nicht hören, was ihr irgendwann mal erfahren habt, sondern wir wollen heute und jetzt Orientierungsmaßstäbe haben. Genauso wenig sind Patentrezepte gefragt, sondern Lösungskompetenz für die sie bewegenden Fragen. Das ist ja ein Unterschied zu den Unruhen der 60er Jahre. Es ist jetzt nicht mehr eine allgemeine Politisierung, auch bei den Alternativen, sondern sie stellen konkrete Fragen, auf die wir konkrete Antworten geben müssen: Arbeitslosigkeit, Frage des Friedens und Sicherung. Die beste Politik für die Jugend ist die Politik, die Qualität zur Lösung von Zukunftsfragen ausstrahlt und keine spezielle Nachlaufpolitik, wie hättet ihr es denn gern, sondern zu fragen: Was habt ihr für

36 Vgl. dpa vom 3. Juni 1981; „Allensbach: CDU/CSU erstmals bei jüngeren Wählern vor SPD“; „Die Welt“ vom 5. Juni 1981: „Junge Generation orientiert sich neu: Weg von der SPD, hin zur Union“.

Fragen? Und dann zu sagen, auf diese Fragen haben wir folgende Antworten. Dann kann man diese Offenheit in ganz anderer Form praktizieren, dann kann man auch das, was wir im Grundsatzprogramm im Grunde ja vertreten, in bezug auf die Identität von der Sachkompetenz und Sachfragen mit dem Grundsatzprogramm ausfüllen.

Es ist doch nicht zu verkennen, daß eine so große Volkspartei auch in ganz speziellen und schwierigen Fragen verschiedener Meinung sein muß und auch Meinungen haben kann. Auf diesem Gebiet des alternativen Diskutierens dann zu geschlossenen Aussagen zu kommen, glaube ich, ist am Konkretesten zu machen an konkreten Fragen. Wenn dieser Gegensatz Offenheit und Geschlossenheit so interpretiert werden könnte, dann kann man eben auch eines mal sagen: Was unserer Partei, glaube ich, noch nicht ganz klar ist, ist, daß die Tatsache und die Erscheinung der Alternativen uns genauso zu betreffen hat wie auch die anderen Parteien. Und diese Frage, die wir noch überhaupt nirgends ausdiskutiert haben, ist ja, daß der Ansatzpunkt der Alternativen einer Form von Askese und selbstbestimmtem Leben zu uns in der Idee eine viel größere Nähe hätte als zu einem materiell bestimmten Sozialismus. Dies ist eine Frage, die genau das trifft, was den jungen Menschen auch die Attraktivität einer diskutierenden Partei vermittelt. Sie wollen gar nicht überall gleiche Aussagen haben, aber sie wollen Sympathieausstrahlung für die wirklich komplizierten Fragen.

Was uns immer wieder begegnet, ist doch die Frage, daß sie sagen: Bei der Frage der Kernenergie gibt es doch Schwierigkeiten, habt ihr die eigentlich überhaupt nicht bei diesen Überlegungen? Habt ihr die bei der Frage der Weiterrüstung? Habt Ihr diese Probleme überhaupt? Wir haben zwar unser Ziel, aber ich denke, wir sollten über diese Fragen reden.

Von den Frauen hat Herr Kohl berichtet. Dazu kann ich nur sagen, ich bin fest überzeugt, und nach meinen Erfahrungen ist es so, daß man junge Menschen noch eher wieder zurückgewinnen kann als Frauen, die sich einmal festgelegt haben. Also diesen Punkt in der Gesamtpolitik noch weiter in den Mittelpunkt zu stellen, halte ich für einen der wichtigsten Punkte.

Und ich möchte zum Abschluß sagen, es gibt für meine Begriffe überhaupt keine spezielle Jugendpolitik, sondern es gibt nur eine Politik, die für die jugendrelevanten Themen Zukunft ausstrahlt, Zukunftscompetenz ausstrahlt. Insofern ist die ganze Politik, die wir machen, danach abzufragen, was hat sie an Zukunft und was hat sie damit als Antwort für die Jugend anzubieten? Dieses, meine ich, wäre etwas, eine Grundlage, was wir hier auch mal diskutieren sollten auch auf die Entwicklung auf den Bundesparteitag hin. Deswegen fand ich, daß es jetzt die Möglichkeit mal gab, sehr günstig, und es wäre sehr gut, wenn wir damit nach Hause gehen können, daß dieser Gegensatz Geschlossenheit und Offenheit kein grundsätzlicher Gegensatz, sondern nur eine Behandlungsfrage der Themen ist. Ich denke, daß die Geschlossenheit ein riesiges Gut ist. Aber so stromlinienförmig, daß keiner mehr an uns festhängen kann, indem wir nicht über vieles diskutieren, glaube ich, das wäre gerade in bezug auf das, was wir mit Zukunft meinen, nicht das Richtige.

Schwarz-Schilling: Ich glaube, daß die Frage der Offenheit viel mehr eine Stilfrage, denn eine Verhaltensfrage ist. Das heißt, man muß das Argument des anderen praktisch jeden Tag von neuem wieder ernst nehmen, und der andere muß den Eindruck haben, daß man auch darüber tatsächlich nachdenkt oder nachgedacht hat und insoweit auch

wieder ganz konkret darauf antwortet und nicht ein Tonband abspielen läßt, weil man sagt, man hat ja alles bereits geordnet und in die richtigen Kategorien eingeteilt. Ich halte es für einen ganz wichtigen Punkt, das Ernstnehmen des Anderen und die Würde des Anderen, auch wenn er in unseren Augen vielleicht falsche Fragen und falsche Antworten stellt. Wobei man diese Fragen ja dann immer wieder doch auch neu, und zwar sehr ernsthaft zu überprüfen hat. Nur muß ich sagen, die Qualität auch gerade derjenigen, mit denen man heute, mit jungen Menschen, über diese Fragen spricht, ist teilweise leider nicht so, daß man diese Frage sehr ernsthaft an die eigenen Argumente stellen muß, sondern man muß sie tatsächlich sehr stark auf die Fragen des Verfahrens und der Glaubwürdigkeit der Diskussion abstellen.

Zweiter Punkt: Gerade was Sie gesagt hatten bezüglich der Wirtschaftssituation, hat mich doch nochmal dazu gebracht, mich hier zu Wort zu melden. Ich glaube doch, daß wir hier, und ich möchte das auch auf die Union etwas beziehen, einen ganz großen Fehler machen, daß wir uns im Grunde genommen dadurch, daß es uns heute wirtschaftlich schlechter geht als vor einigen Jahren und Jahrzehnten, die Thematik der Wirtschaftsdiskussion langsam völlig vorschreiben lassen. Es war ja auch vor 20 Jahren so, daß die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan die drei großen Industrienationen waren, die höchste Zuwachsraten hatten, die Vereinigten Staaten damals nicht, weil sie schon auf einem höheren Niveau gewesen sind, die aber industriell die entwickeltsten Nationen sind und auch die Möglichkeiten in Technologie, Innovation und Ähnliches mehr hatten. Tatsache ist, daß die Bundesrepublik Deutschland heute allein eine andere Situation hat. Ich glaube, das machen wir uns überhaupt nicht deutlich.

Ich bin gerade in Amerika gewesen. Trotz des riesigen Einbruchs der Automobilindustrie, trotz des riesigen Einbruchs des Wohnungsbaus, den man sich ja vorstellen kann bei einer Zinsrate von 20 Prozent und Ähnlichem mehr, eine Produktivitätssteigerung im ersten Quartal von über vier Prozent. Das heißt, es gibt keine homogene Konjunkturpolitik mehr. Es gibt keine homogenen Trends mehr, sondern es kommt darauf an, daß die Umstrukturierungen mit einer solchen Geschwindigkeit in den fortschrittsorientierten Industrien vorgenommen werden, daß diese bereits eine Lokomotivfunktion gegenüber den anderen Bereichen haben. In den Vereinigten Staaten wird dies mit Hochdruck betrieben, wenn man sich die ganze Reagan-Administration ansieht. Das ist ja eine Verlagerung nach dem Süden und nach dem Westen Amerikas, wo auch die produktivitätsorientierten Industrien heute ihre riesigen Wachstumsraten haben. Von Kalifornien bis zum Süden hin. Und von dort her heute die politische Machtübernahme.

Wenn man sich das dort anschaut und dann in Japan sich anschaut, wie dort die Umstrukturierung in einer Weise vorgenommen wird, sage ich nur, wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir nicht tatsächlich ein neues Kapitel Soziale Marktwirtschaft in unserer Zeit zu schreiben haben, was wir noch nicht geschrieben haben. Was in Japan ist, Staatsdirigismus oder Ähnliches mehr, können wir nicht einfach so abtun. Die Dinge liegen dort ganz anders und sind leider erfolgreicher in der Praxis für die Menschen und für die Wirtschaft und die Nation dort. Das muß man sich mal ganz klar anschauen. Man kann also nicht einfach sagen, das ist eine Sache, die uns nichts angeht, sondern da muß man sich einmal sehr genau mit diesem Modell Japan heute auseinandersetzen. Ich muß sagen, nachdem ich dort gewesen bin, einiges, was Erhard mit der „formierten Gesell-

schaft“ in den sechziger Jahren gesagt hat³⁷, von positiven Solidaritäten, die sich nicht atomisieren dürfen im Individualismus, wird dort praktiziert und ist besser praktiziert worden als bei uns. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich möchte also sagen, daß ich, Herr Biedenkopf, etwas zweifelhaft bin, wenn wir uns ständig mit der Frage auseinandersetzen, brauchen wir denn Wachstum, oder brauchen wir es nicht? Sondern die wirkliche Frage ist, wie strukturieren wir unsere Industrien um, um eine Normalsituation unserer Wirtschaft auch in den 80er und 90er Jahren zu haben?

Jetzt komme ich nochmal auf das Thema Mitbestimmung, weil wir ja hier heute sehr offen sprechen. In dieser Diskussion mit den Japanern war auch ein Gewerkschaftsvertreter dabei. Wir waren also dort, ich hatte Gelegenheit, mit dem Rationalisierungskuratorium einigen Besuchen dort in Wirtschaftsunternehmen beizuwohnen. Nachdem die Japaner das hohe Lied auf die wirkliche Demokratie in den dortigen Unternehmen gesungen hatten, indem dort am Arbeitsplatz gemeinsam entschieden wird, indem dort Gruppen gebildet worden sind, wo die Ingenieure die Maschinen erst vorher mit den Arbeitern besprechen, die sie da hinstellen, indem es dort keinerlei Diskussion, diese sogenannte Jobkiller-Diskussion, daher mehr gibt, daß, im Gegenteil, die Arbeiter selbst die Verbesserungsvorschläge machen, wie noch mehr Leute eingespart werden können – eine völlig andere Situation als bei uns –, hat also ein Gewerkschaftsvertreter nun das hohe Lied unserer Mitbestimmungsform gesungen. Da fragte der Japaner nur, ja dann sagen Sie mir mal, wie haben Sie denn das Problem des Ruhrgebietes, wo doch nun dort die Montanmitbestimmung, die paritätische Mitbestimmung, ist, nun wirklich gelöst? Wir haben doch in den zehn Jahren Industriepolitik gemacht und haben umstrukturiert, dann müßte es doch bei Euch besser sein als bei uns. Und darauf war natürlich dort sehr schwer eine Antwort zu finden, weil wir nicht mehr problemorientiert, sondern nur noch in Gremien funktional orientiert denken, um Reste zu wahren.

Also mein zweiter Punkt war, daß wir die Frage der Wachstumspolitik nicht in einer Fragestellung aufgreifen, sondern die Fragestellung im Grunde genommen so legen müssen, wie kann man unter heutigen Bedingungen unter Wahrung der Menschenwürde Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland durch Umstrukturierung wieder herbeiführen? Denn sonst passiert etwas, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, was in der breiten Arbeitnehmerschicht und im Mittelstand alles überschatten wird, was wir heute mit der jungen Generation haben, wie es bei jungen Menschen sein wird, weil es dort sehr viel endgültiger laufen wird. Da ist ein Potential, was heute noch ruhig ist, was aber bereits anfängt, unruhig zu werden, von einer Größenordnung, ich glaube, das machen wir uns hier alle im Moment nicht klar, was sich hier in den nächsten Monaten und in den nächsten ein, zwei Jahren an Denkprozessen abspielen wird, wenn diese Situation so weiterläuft, wie sie im Moment bei uns läuft. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, ich meine jetzt an Orientierungsprozessen, ich meine jetzt nicht Denkprozesse, sondern an Meinungsprozessen, falschen Meinungen dann auch unter Umständen, die uns politisch ungeheuer nachher schaden werden.

Jetzt kommt der dritte Punkt. Auch da muß ich sagen, wir müssen lernen, daß wir als Deutsche in anderen Ländern auch wieder etwas lernen können. Ich habe das Gefühl, entschuldigen Sie, wenn ich das so sage, daß wir uns so gerne mit Entwicklungshilfepoli-

37 Gesellschaftspolitischer Ordnungsentwurf Ludwig Erhards zur Eindämmung der Übermacht von Sonderinteressen (vgl. Lexikon der Christlichen Demokratie).

tik, obwohl ich die für ungeheuer wichtig halte, beschäftigen, weil es uns immer noch die Möglichkeit gibt, etwas belehrender aufzutreten, als wenn wir in Japan oder Amerika sind. Deswegen ist man da nicht so sehr gerne und fährt eigentlich dorthin und erzählt den Japanern heute, müßt ihr denn so viele Tore schießen, reichen euch denn nicht fünf Tore? Und die Japaner sagen eigentlich völlig zu recht, was ist denn das eigentlich für eine Sportregel, daß in dem Moment, wo wir unsere Mannschaft imprägniert haben, die andere Mannschaft kommt und uns darum bittet, doch möglichst nicht 20, sondern nur noch fünf Tore zu schießen? Das ist aber die Situation. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich frage deswegen, ist unsere Verfahrensweise, hier zu problemorientierten Lösungen, das heißt zu Lösungen von Problemen zu kommen, heute fast nicht mehr möglich, weil wir alles ja juristifizieren? Wir reden nur noch in den einzelnen Gremien, der Personalrat sagt, nein, wir müssen unsere Sache wahren, das darf nicht passieren und bespricht das unter sich. Das Management bespricht es unter sich. Der Aufsichtsrat bespricht es unter sich. Da findet ja überhaupt kein problemorientiertes Nachdenken und gemeinsames Gespräch, wie man ein Problem löst, mehr statt. Aus dem Grunde geht ja bei uns überhaupt keine Umstrukturierung mehr voran. Weder in der Verwaltung noch in den Unternehmen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich frage deswegen nur ganz allgemein, ob die Möglichkeiten bestehen, zu einem Konsens zu kommen bei Problemen, wie uns heute die Japaner in ganz anderer Weise zeigen. Die Japaner haben ja mindestens so große Probleme wie wir, sie haben ja eine ganz andere Abhängigkeit vom Öl und allem. Aber sie praktizieren uns etwas vor, was in bestimmten Bereichen einfach besser funktioniert. Ich finde, da sollten wir etwas lernen. Und wenn wir da etwas lernen können, dann ist es dort eine andere Verfahrensweise, wie man von Anfang an den Sand im Getriebe wegbekommt und dadurch auch das Problem löst, was bei uns nämlich nicht mehr der Fall ist.

Deswegen bin ich also der Auffassung, daß wir hier, sowohl vom Sachlichen her, was die Wirtschaftspolitik angeht, uns ein neues Kapitel durchaus überlegen müssen, und zum zweiten im Verfahren, wie wir Konsens bei uns herbeiführen, um Prozesse überhaupt voranzubringen und nicht nur den Konsens im statischen Bereich, das alles so bleiben muß, suchen. Der ist ja leicht geblieben, immer dann unter der Gruppe, die sich sowieso identifiziert in irgendeinem Interesse. Man muß dieses Verfahren einmal anpacken, denn so kommen wir meines Erachtens nicht mehr weiter. Es ist deswegen kein Zufall, daß die Bundesrepublik mit den Problemen heute schlechter fertig wird als Amerika und Japan. Das ist auf Dauer natürlich eine ziemlich negative Entwicklung. Und das, finde ich, sollte man bei der Jugend ansprechen, also unter Verfahrensfragen, wie man zu einem besseren Umstrukturierungsprozeß kommt. Wir wollen ja die Themen der Jugend auch wieder auf den Punkt bringen und nicht umgekehrt den Themen nachlaufen, die uns meistens durch die Medien nachher aufgezwungen werden. Die Jungen glauben dann, das wären ihre Probleme.

Friedrich Vogel: Ich wollte auf einen Punkt zurückkommen, der von Kurt Biedenkopf angesprochen worden ist. Kurt Biedenkopf hat ja darauf hingewiesen, daß die junge Generation wegen ihrer anderen Erfahrungswelt nicht ohne weiteres auf die Antworten kommt, auf die wir, oder die Älteren, aus einer anderen Erfahrungswelt gekommen sind. Dies spricht ja nicht gegen die Richtigkeit der Antworten, die wir gefunden haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, und genau hier liegt mein Punkt, ich meine, daß also hier eine wichtige Aufgabe anfängt bei dem eigenen Nachwuchs in der Partei.

Ich darf nochmal zurückkommen auf das Thema Wehrdienstverweigerung. Das, was an Verteidigungsbereitschaft auch in unserer Jungen Union vorhanden ist, reicht mir nicht aus, um die Politik fortsetzen zu können, die wir begonnen haben. Hier fängt die Frage an. Ich möchte zum Beispiel nicht wissen, wie hoch der Anteil der unechten Wehrdienstverweigerer in der Jungen Union ist. Dies ist ein Punkt – ich mache ihnen das gar nicht zum Vorwurf. Das, worum es geht, ist, wie schaffen wir es, dieser jungen Generation im eigenen Parteinachwuchs die Antworten zu vermitteln, die nach unserer Überzeugung richtig sind, und wie versetzen wir dann diese junge Generation in die Lage, dies auch gegenüber der übrigen jungen Generation zu vertreten?

Wir haben in Westfalen neulich einen Kongreß gehabt, der sich mit diesem Thema befaßt hat. Ich muß ganz offen sagen, daß es für mich erschreckend war, wie breit durch die Junge Union die Tendenz geht, Wehrdienstverweigerung, Ersatzdienst, hier muß es ein echtes Wahlrecht geben. (*Unruhe. Diskussion.*) Und das, was sie an politischer Forderung daraus an Folgerungen ziehen, entspricht genau dem, was im Grunde genommen die SPD und die FDP auch an Antworten in dem Bereich geben. Ich glaube nicht, daß wir sagen können, alle Antworten, die wir gefunden haben, sind auch heute noch richtig. Aber in wichtigen Fragen sind die Antworten nach wie vor richtig. Und die Frage ist, wie schaffen wir es, daß unser eigener Nachwuchs, unsere eigene junge Generation in der Partei in die Lage versetzt wird, diese Antworten wieder aus eigener Überzeugung zu geben? Den Punkt wollte ich hier nur ansprechen.

Ritz: Ich möchte doch noch einmal den Gedanken von Walter Wallmann aufnehmen, wieweit es notwendig sein wird und werden könnte, in dieser Frage nach der Alternative einen Schritt weiterzukommen. Denn ich sehe natürlich auch kommen, daß zum Herbst hin mit der Diskussion um den Bundeshaushalt diese Fragen drängender werden. Nun bin ich nicht so lange aus der Fraktion heraus, daß ich nicht wüßte, daß es falsch wäre und auch gar nicht möglich wäre, bis zu letzten Milliarde hin zu sagen, das sind unsere Alternativen. Nur, was ich glaube, was wir erarbeiten könnten, ist auch unter der Fragestellung, ist dies wirklich alles noch sozial gerecht unter den heutigen Bedingungen, was wir in Zeiten hoher Wachstumssprünge geschaffen haben? Diese Fragen auszuformulieren, glaube ich, wird uns helfen. Denn ich glaube, daß die Empfindsamkeit der Bürger für diese Themen sehr viel weiter ist, als viele Politiker glauben, es ihnen zumuten zu können.

Wir werden nicht nochmal erleben wie 1975 kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, als bei der Verabschiedung des Bundeshaushaltes Herr von Weizsäcker in der dritten Lesung auch bereits Andeutungen machte, daß wir fragen müssen, ob alle sozialen Leistungen noch so weiter gewährt werden können und wo dann Heinz Kühn noch in der letzten Phase des Wahlkampfes das Ganze umgedreht hat und auf die Formel brachte, die CDU ist für soziale Demontage.³⁸ Ich erinnere mich daran noch sehr gut. Ich glaube, hier ist die Bevölkerung heute sehr viel sensibler.

Ich will nur mal ein paar Beispiele hier nennen. Ist es wirklich noch unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit gerecht, daß sich heute ein Pendler, der draußen im Land bei gestiegenen PKW-Kosten jeden Tag 20 Kilometer hin und 20 Kilometer zurück

38 „CDU-Politiker möchten den Abbau der sozialen Leistungen stoppen. Von Weizsäcker deutet an, soziale Besitzstände bedürften der Überprüfung („Die Zeit“ vom 14. März 1975)“ in der Anzeigenkampagne der SPD in „Bild“ vom 14. März bis 3. Mai 1975 („Wichtige Information für unsere Freunde“), hier Anzeige Nr.11 vom 9. April 1975.

fährt, eigentlich ausrechnen kann, daß er als Arbeitsloser besser steht, als wenn er diese Mühe des Pendelns weiter auf sich nimmt? Und wir müssen auch mal fragen, ist es wirklich noch richtig, auch unter familienpolitischen Gesichtspunkten, daß ein großer Teil der Schüler-BAföG-Beträge als Rechtsanspruch für Schüler nicht ausgegeben wird zur Stärkung der sozial schwachen Familien, sondern für einen fahrbaren Untersatz, letztlich mit der Konsequenz, daß die sozial schwache Familie darunter sogar eher zerbricht als gestärkt wird? Und wir müssen doch auch fragen dürfen, ob es richtig ist, wenn wir dem Arbeitnehmer zumuten in diesem Jahr, bei Abschlüssen zwischen vier und fünf Prozent, entsprechenden Zuschlägen bei der Steuer, Sozialabgaben, Real minus, daß die Sozialausgaben, etwa in der Sozialhilfe, jedes Jahr kontinuierlich um fünf Prozent weiter steigen?

Ich meine, mit diesen Fragestellungen, die ja auch schon Antworten beinhalten, sollten wir durchaus offensiv diese Diskussion, auch auf dem Hintergrund der Sanierung der Staatsfinanzen, aufnehmen. Ich fand es richtig, daß hier klar von der Fraktion gesagt wurde etwa, Hände weg vom Kindergeld, weil dies eine ganz andere Dimension ist. Aber es gibt doch einen ganz anderen Bereich, eine Fülle von Sozialleistungen, wo wir es so einfach uns nicht machen können. Hier, glaube ich, müßten wir auch in diesem Bundesvorstand, lieber Helmut Kohl, vielleicht noch einmal vor dem Herbst, wenn diese Debatte ganz heiß wird, noch diskutieren, wieweit wir hier zu besseren gemeinsamen Sprachregelungen, auch für unsere Diskussion draußen, kommen. Ich halte das für ganz wichtig, und ich halte das auch für machbar.

Dregger: Wir sind ja aus dem größten Überschußland zum größten Defizitland der Welt geworden, insbesondere, was die Leistungsbilanz angeht, und wir werden im Haushalt 1982 zu tiefgreifenden Einschnitten kommen müssen. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Ich glaube nicht unbedingt, daß wir als Opposition die Aufgabe haben, hier voranzugehen, schon deshalb, weil wir es nicht verwirklichen können. Was schmerzhaft ist, muß man ankündigen und hier bei uns später machen. Denn eingebildete Schmerzen sind noch größer als wirkliche. Aber da es zur Krise kommen könnte und wir ganz plötzlich vor der Entscheidung stehen könnten, Verantwortung zu tragen, müssen wir wenigstens in den Schubladen haben, was dann zu geschehen hat. Denn die Einschnitte, die dann notwendig sind, müssen ja in den ersten drei Monaten vorgenommen werden. Deswegen möchte ich die Frage stellen, wird das vorbereitet bei uns, so daß wir also eine Handlungsvorstellung haben? Wenn wir das erst überlegen, wenn wir dran sind, dann, fürchte ich, wird das nicht möglich sein. Ich möchte jedenfalls, wenn das nicht der Fall ist, anregen, daß das ganz systematisch vorbereitet wird. Die FDP hat ja eine Kommission eingesetzt, in einer Größenordnung von 20 bis 30 Milliarden Mark Weisungsvorschläge zu machen. Lambsdorff hat das in der Debatte mit zweistelligen Milliardenzahlen bezeichnet. Ich weiß nicht, ob von daher ein Entscheidungszwang auf uns zukommt, jedenfalls wird er kommen.

Kohl: Darf ich jetzt zum Schluß noch ein paar Antworten geben zu den Fragen. Zunächst zum Letzten. Ich muß wenigstens hier, und Sie verstehen, wenn ich mich jetzt eher allgemein formulierend verhalte, das hat seine Gründe, Sie darauf hinweisen, daß ich völlig überzeugt bin, Alfred Dregger, daß die Stunde der Wahrheit für alle kommt. Aber ich muß Ihnen sagen, es kann sein, daß die Sozialdemokraten für den 82er Haushalt wider Erwarten noch einmal eine Pause gewährt bekommen, weil bei der Bundesbank Gewinne auflaufen in einer Dimension – das sind echte Spekulationsgewinne, das hängt mit der

amerikanischen Entwicklung zusammen –, daß sich das noch einmal vertagt. Das ist nur ein temporäres Tun, wir kommen deswegen aus dem Schneider als Bundesrepublik natürlich nicht raus. Im Gegenteil. Das Fatale an der Sache, daß da möglicherweise Luft in 8, 9, 10 Milliarden kommt, mag sogar sein, daß die Bewußtseinsbildung, die in der Bevölkerung jetzt da ist, so eine Art Stopp erfährt – das haben wir ja schon im Prinzip bei der Bundestagswahl 1980 erlebt –, denn ich bleibe bei meiner These, die Mehrheit der Wähler von SPD und FDP hat im Prinzip, bewußt oder unbewußt, vielleicht im Unterbewußtsein schon 1980 geahnt, die Ära der 70er Jahre ist vorbei, aber wenn wir die nochmal wählen, dann verschieben wir das noch einmal um kurze Zeit, so nach dem sehr einfachen kindlichen Raster, unter dem ich auch als Schüler litt, ich wußte, ich mußte die Hausaufgaben machen an dem Mittag, aber ich habe eben versucht, erst bis fünf Uhr rumzutändeln, und dann habe ich halt um fünf Uhr, wenn ich klug gewesen wäre, angefangen. Ich war aber nicht klug. Hätte ich um zwei angefangen, dann wäre ich um fünf Uhr fertig gewesen. Das ist also eine Lebenserfahrung, die ja jeder von uns macht, und die muß man natürlich auch in der Bevölkerung sehen.

Dennoch glaube ich, daß sich die Bewußtseinslage enorm verändert hat. Ich behaupte das übrigens auch für Junge. Ich habe eine ungewöhnlich glückliche Konstellation, die habe ich gegenwärtig nicht in allen Fällen, weil ja die Kollegen aus dem Bundestag das Recht und die Möglichkeit haben, zwei, drei Mal im Jahr Schulklassen nach Bonn zu ziehen, und ich mache fast jede Woche eine solche Debatte, weil viele Kollegen froh sind, wenn ich Ihnen diesen Job abnehme. Ich habe also beispielsweise heute 60 Chemiewerker von zwei Berufsschulen da gehabt, teils aus meiner Heimatstadt, teils aus Mannheim, bevor ich hierher ging, anderthalb Stunden. Und da muß ich noch einmal sagen, wenn ich jetzt den Vergleich ziehe zu den Themen, was ich vorher sagte, zu der Debatte im Deutschlandrat am Samstag vor acht Tagen in Mainz in fünf Stunden und den Themen, die die hatten, 16, 17, 18 Jahre alt waren diese Chemiewerker, haben die Themen nahezu nichts miteinander zu tun. Das ist ein Riesenproblem, ein Riesenproblem. (*Biedenkopf*: So ist es, in der Tat.) Ich glaube, Du hast das mit der opahaften CDU gebracht. Das Problem dieser Gruppe ist, daß für die ein 32jähriger möglicherweise weiter entfernt ist, ich sage es jetzt mal auf mich bezogen, als ein 51jähriger. Ich bin schon wieder Großvatergeneration. Und die Großväter können ja bekanntlich mit den Enkeln besser, aus vielerlei Gründen, als die Erzeugergeneration direkt.

Die haben mir beispielsweise die Frage gestellt, was werdet ihr denn tun? Die lassen einen heute auch nicht mehr raus, wenn man sagt, wir werden sparen, sondern die sagen, was tut ihr denn konkret? Dann habe ich mit denen die Themen erörtert, die eigentlich ihnen nahe liegen, beispielsweise im Sozialetat und den für Sie unmittelbar vorhandenen Problemen, vom Wohnungsbau angefangen. Da sind natürlich schon junge Leute dabei, die sich überlegen, wenn ich heirate, die haben ein Mädchen usw. – Durchschnittsalter, Heiratsalter ist ja drastisch nach unten gegangen, was wir kaum zur Kenntnis nehmen –, was ist dann. Ich habe gesagt, daß ich nicht glaube, daß das BAföG zu halten ist, daß wir weggehen müssen von dem jetzigen System – ich sage es einmal sehr grob – in zwei Teilen: die alte Regelung wieder haben, wer etwas leistet, also Prüfungen beispielsweise macht, der kriegt ein Stipendium, und der, der es auf dem anderen Wege macht, muß es voll zurückzahlen. Das ist nun keine Kunst, mit Chemiewerkern das zu machen, daß die Akademiker zurückzahlen müssen, da sind sie sowieso natürlich sofort dafür. Aber es

bleibt ja für die gleichen jungen Leute, etwa für jenen Teil, wo der Vater zahlen muß bis zum 25. Lebensjahr und überhaupt gar keinen Einfluß mehr hat, bis hin zu der Tatsache, daß der eben daheim auszieht, und der Alte muß halt auch weiterzahlen, obwohl er ausgezogen ist und sogar ein Rechtsanspruch da ist.

Wir haben geredet über die Arbeitszeit. Das war zunächst gar kein gutes Thema. Die Frage ist nicht – jetzt gehe ich auf das Schwarz-Schillingsche Argument mit Japan ein – ich habe auch das gebracht, ein Moratorium kommt bei der 40-Stunden-Woche. Da waren die durchaus ansprechbar. In den ganzen Punkten mache ich die Erfahrung, daß Berufsschüler sowieso realistischer sind als ein Teil der Pennäler, weil die Pennäler ja von der Wirklichkeit sich wegentfernen, übrigens auch sehr stark unter dem Einfluß der Schule, die sich ja auch, das ist ein Stück unseres Parteitags im Herbst, von der Wirklichkeit wegentfernt hat.

Ich glaube also, wir werden spätestens im kommenden Winter – und hier ist mit Recht gesagt worden, wir werden ja eine Vorstandssitzung machen, so wie heute mittag in einer entspannten Atmosphäre, die ja viel mehr bringt als das sonstige Abziehen einer Tagesordnung – darüber zu reden haben, was ist unser Beitrag. Wir sind jetzt nochmal durchgekommen, wobei uns der Schmidt mit dem Ausspruch, wir brauchen euch nicht, geholfen hat. Bloß, machen wir uns nichts vor, unterm Strich kommt der Punkt, in Monaten, spätestens in einem Jahr von jetzt an gerechnet, wo wir psychologisch zur Kasse gebeten werden, aus einem anderen Grund auch, niemand von uns weiß, ob der Fall X eintritt.

Wenn wir klug sind, versuchen wir eine Politik zu machen, die das Jahr 1984 im Auge hat, aber wir müssen gleichzeitig in der Lage sein, für den Fall, ohne daß wir laut darüber reden, bereit zu sein. Wir sind gegenwärtig dabei, sozusagen schubladenreif, ich nehme Ihr Wort auf, zu sammeln, und wir werden zu einem bestimmten Zeitpunkt auch hier darüber reden. Das große Problem, das wir dabei haben, ist, daß wir mehr als die SPD, da wirken andere Kräfte und Traditionen mit, natürlich dauernd in der Gefahr stehen, daß alles, was wir nur denken und einmal zu Papier bringen, sofort an die Öffentlichkeit gezerzt wird und daß dann eine ungeheure Diffamierungskampagne ablaufen kann, um uns in diesem Zusammenhang in Zwang zu nehmen.

Wir kommen übrigens aus verfassungsrechtlichen Gründen in den Zwang, so schön das ist, wenn morgen mittag um 15.00 oder 18.00 Uhr Richard Weizsäcker eingeschworen wird. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam. Das bedeutet, daß ab morgen mittag wir die absolute Mehrheit im Vermittlungsausschuß haben. Denn Berlin ist das weitere Mandat im Vermittlungsausschuß. Wir sind damit in einer ganz anderen strategisch taktischen Situation für den Alltag. Wir haben die weitere Situation im Bundesrat, die noch dadurch erschwert wird, daß, wir reden jetzt dauernd nur vom Bund, in Wahrheit die Länder ja in einer keinen Deut besseren Lage sind, und die meisten Gemeinden ja auch nicht. Hier starrt jetzt alles auf den Bund, aber ich habe die Debatte bei euch im NRW-Landtag verfolgt und ich habe mir die Unterlagen in Rheinland-Pfalz angeguckt. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß die CDU/CSU-Mehrheit zugleich die Mehrheit der finanzschwachen Länder ist. Das muß man doch klar aussprechen, daß da halt auch noch die Probleme zusätzlich auf uns zukommen.

Ich glaube nicht, daß die Art von Lehrmittel- und Schulgeldfreiheit, die noch in meiner Amtszeit als Ministerpräsident – damals widerstrebend, weil wir das letzte Land waren – eingeführt wurde, haltbar ist. Ich glaube auch gar nicht, daß die von der Bevölkerung

für besonders wichtig gehalten wird. Die meisten von uns sind in Einkommensverhältnissen, daß sie natürlich ihre Schulbücher bezahlen können. Daß das gar kein Mensch mehr kapiert, sind nicht die entscheidenden Positionen, aber es sind psychologische Daten. Es sind psychologische Daten, die in diesem Zusammenhang gesetzt werden.

Wir haben da eine Debatte mit unseren Freunden in der CSU, da gibt es nicht zu übersehende Unterschiede. Wir haben am Freitag, Franz Josef Strauß und ich, lange darüber debattiert. Die Ministerpräsidentenkollegen haben am Donnerstag³⁹ sehr darüber diskutiert, aus einer etwas unterschiedlichen Schau. Ich glaube, daß wir uns einigen können. Aber für mich ist völlig klar, und das füge ich jetzt auch hinzu, Burkhard Ritz, ich halte es auch für falsch, daß wir jetzt schon ein Gebiet vorziehen und sagen das nicht. Ich sage das bewußt jetzt auf das Kindergeld bezogen. Ich könnte mir eine Lage vorstellen, daß wir beispielsweise beim Kindergeld den Schwerpunkt auf die Mehrkinderfamilien legen und nicht auf die Einkindfamilien. Und wenn ich also jetzt pauschal sage, Kindergeld nicht, errichten wir uns eine Sperre, die ich in dieser Form für falsch halte. Wir müssen schon jetzt den Mut haben, unter uns zu sagen, wieso eigentlich ist das so wichtig beim ersten Kind, bei dem Durchschnittseinkommen. Und wieso eigentlich ist das so jämmerlich bei der Mehrkinderfamilie, denn drei Kinder sind ja nicht nur drei Mal ein Kind, sondern die Probleme stellen sich ja völlig anders. Die Frau kann nicht arbeiten etc., etc. Der Haushalt stellt sich über Nacht völlig anders dar. Die Omahilfe fällt in diesem Fall schon aus, die Aushilfe durch andere Verwandte. Ich brauche Ihnen das nicht zu erläutern, Sie wissen das.

Mit einem Wort, ich bin der Auffassung, die Stunde der Wahrheit kommt auch für uns. Ich werde dem Kollegen, der sich zum Kindergeld geäußert hat, in diesen Tagen auch nochmal meine Meinung dazu sagen, daß das nicht sein kann, weil vielleicht der Tag X übermorgen kommt – wobei ich jetzt übermorgen jetzt nicht auf den Tag meine – und da werden wir das Gegenteil möglicherweise tun. Ich muß noch einmal sagen, ich sehe mich außerstande, jetzt schon zu sagen, ich garantiere also für die CDU das Erstkindergeld so in der Konzeption, sondern wir müssen die Frage stellen, was das bedeutet.

Kurt Biedenkopf hat noch einen wichtigen Punkt – den will ich nicht untergehen lassen – gebracht im Blick auf die Grünen, weil das ja auch zum großen Teil junge Leute sind. Das ist weniger, glaube ich, Kurt, ein Problem, das wir hier haben, als die Partei vor Ort. Wenn man mit dem RCDS redet, hat man sofort die Argumente auf der Hand.

Eine Volkspartei – da sind eigentlich nur die Sozialdemokraten und wir hier vergleichbar – muß die Fähigkeit haben, junge Leute, die entlaufen sind zu irgendwelchen Gruppen außerhalb der traditionellen Partei, die ich bewußt nicht etablierte Parteien nenne, zurückzuholen. Wenn die deutsche Demokratie, wenn diese Republik funktionieren soll, wäre es der wichtige Auftrag der Sozialdemokraten, wenn ich das mal vom Spektrum angucke, Leute, die nach links entlaufen sind, zurückzuholen, wenn die Partei funktionieren würde. Und es wäre im übrigen unser Job, Leute zurückzuholen, die nach rechts entlaufen. Die gibt es. Manches hat dazu geführt, daß die Zahl, nicht so wie bei den Linken, aber zunimmt. Der Begin hat mehr Unheil auf diesem Feld angerichtet, als man

39 Am Donnerstag, dem 4. Juni 1981, äußerte die Konferenz der Ministerpräsidenten ihre Skepsis gegenüber dem Wunsch der Rundfunk- und Fernsehanstalten nach Gebührenerhöhungen (dpa vom 4. Juni 1981); zur Sitzung am 5. Juni vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 6. Juni 1981: „Unionsgeführte Länder wollen Finanzierung des Hochschulbaus retten“.

gemeinhin annimmt. Im Gespräch mit Studenten und Schülerunionsleuten merkt man, daß das plötzlich ein Thema ist, was gar kein Thema war. Ich hoffe, das ist ein Thema, das wieder weggeht, aber das Thema ist da, das ist unser Job. Und das gilt natürlich auch für die Grünen.

Walter Wallmann hat recht. Hundert Wählerinitiativen bedeuten nicht, daß das hundert Mal soundsoviele Wähler sind. Nun muß man schon auch sagen, das ist wiederum eigentlich mehr eine Basisfrage an die Union als an uns hier, den Bundesvorstand: Ist wirklich alles, was wir im Bereich der Kommunalpolitik tun, was wir zum Teil gar nicht politisch tun, sondern was von Verwaltungen uns vorgegeben wird, wo einfach gesagt wird, die Straße muß so sein, die Umgehungsstraße oder die Brücke muß so sein, ist das wirklich auch unter dem Gesichtspunkt der Generation, die nachher das Ganze übernimmt, schlüssig? Ich frage mich bei manchem in meinem eigenen Lebensbereich, ob das für mich schon schlüssig ist? Wenn ich so sehe, was wir im Fernstraßenbau betreiben in der Bundesrepublik, ist doch sehr die Frage, ob eine Denkpause, erzwungen durch Geldknappheit, nicht sogar ökologisch eine Chance ist. Natürlich braucht Passau seine Autobahn. Aber wenn Sie von Bonn ins Ruhrgebiet und vom Ruhrgebiet nach Ludwigshafen mit dem Hubschrauber fliegen und das alles sehen, daß wir eine Verkehrsauslegung machen für die Rushhour, dann ist doch die Frage, ob das wirklich sinnvoll ist, ob das überhaupt haltbar ist bei einer abnehmenden Bevölkerungszahl gleichzeitig?

Walter Scheel hat hier eine gescheite Berechnung gehabt in einem seiner letzten Amtsmonate, bei der Eröffnung der Bonner Gartenschau. Da hat er mal vorgerechnet, das hat ihm jemand ausgerechnet, was die Stadt Bonn ausgegeben hat für Brücken, nicht Rheinbrücken, sondern Straßenbrücken und andere Anlagen, und was ein einziges Bauwerk dieser Art kostet und was die Bundesgartenschau gekostet hat an Investition, die Bäume und die neue Anlage, von der ja nach menschlichem Ermessen Generationen Nutzen haben werden. Diese Kosten-Nutzen-Betrachtung stellen wir praktisch kaum mehr an. Ich habe neulich versucht, mit unserem Freund Manfred Rommel darüber zu reden. Das ist ein verständiger und kluger Mann, aber an dem Punkt ist es sehr schwer, sozusagen mal zu dem Punkt durchzudringen, wo natürlich ein Teil der Grünen, die vernünftigeren Grünen, wenn ich das so sagen will, durchaus ihren Punkt haben. Ich könnte Ihnen aus dem Autobahnbereich vier, fünf Beispiele aus der Bundesrepublik nennen, wo ich nur sagen kann, wenn jetzt nicht gebaut wird, weil kein Geld da ist, ist das kein Nachteil. Vielleicht kommen wir in fünf Jahren auf eine andere Idee, die auch ökologisch vernünftiger ist.

Das zweite Problem, vor dem die Union steht, ist aber – und jetzt sind wir noch einmal beim Anfang, und damit will ich auch jetzt die Debatte abschließen – doch Folgendes, sehr vereinfacht vielleicht gesagt. Wir haben 1980 sozusagen unsere Stammwähler gehabt. Ich untersuche jetzt gar nicht, da brauche ich auch keine gescheite Untersuchung, ob wir einen Malus oder einen Bonus hatten, aber im wesentlichen haben wir zwischen 44 und 45 Prozent Stammwähler. Die Chance besteht doch für die Zukunft nur darin, wenn wir diese Stammwähler halten. Das ist die Hausaufgabe, die wir haben als Partei, plus vier Prozent Dazugewinn. Ich gehe jetzt einmal vorsichtig von der letzten Wahl aus. Bei den Reststimmen hätten schon 48 Komma gereicht. Aber ich warne Neugierige, die Sache so zu betrachten, daß wir die vier Prozent gewinnen mit einer politischen Aktivität oder Programmatik und gleichzeitig zwischen 32 und 36 Prozent bei den 45 verlieren. Das heißt

also, daß wir uns hier Zugewinne verschaffen und gleichzeitig Wähler verlieren. Das Kunststück ist, die Wähler zu behalten und Zugewinne zu haben.

Ich war am Samstag bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft.⁴⁰ Wer dabei war, schon allein bei der Begrüßung und bei dem psychologischen Ablauf des Späteren, konnte erkennen, was da für eine Hoffnung ist. Da sind Töne dabei, die werden nicht unsere Töne sein. Aber es sind genauso Töne dabei, die sind unsere Töne. Wenn wir diese Leute laufen lassen, ich sage das hier ganz bewußt, weil es ja nicht „in“ ist, diesen Kreis vom Zeitgeist her besonders freundlich zu behandeln, dann verlieren wir. Im Deutschen Fernsehen war an dem Tage darüber ein Standbild, über Hunderttausende, die in Frankfurt waren, und über ein winziges Jugendfestival, von den Linken inszeniert in Mainz⁴¹, war also ein längerer Film. Das ist die Gewichtung. Das eine waren viereinhalbtausend und das andere, mal rein nach der Zahl, ging in die Hunderttausende.

Wir dürfen, glaube ich, dieser Indoktrination der Linken nicht erliegen, indem wir die eine Seite vernachlässigen, was nicht bedeutet, daß wir nicht versuchen müssen, uns um linke Leute auch zu kümmern. Das ist das große Problem der Sozialausschüsse mit dem Nachwuchs, was das große Problem des DGB ist. Lieber Freund Koch, die Arbeitnehmerschaft, die junge, die jetzt getagt hat⁴², die ist doch deswegen mit ihren Forderungen so, weil sie jeden Tag im Betrieb, in der Betriebsjugendvertretung so infiltriert wird, und dann kommen sie zu uns. Und bei den Junge-Union-Leuten, um das hier aufzunehmen, was gesagt wurde, finde ich das natürlich auch. Ich habe übrigens den Eindruck, bei unseren Studenten ist das fast günstiger als in der Jungen Union bei der Wehrpflicht. Ich habe den Eindruck, die sind militanter, weil sie mehr Prügel beziehen. Also die sind sozusagen auf der Kontraposition im Betrieb. Die sind kämpferischer und die nehmen unsere harten Positionen härter auf als die, die schon zum Teil halb in der Chefetage sitzen und dabei sind, ihr Mandat vorzubereiten und auf diese Art vielleicht mehr vom Zeitgeist angegangen sind. Ich sage das ohne Vorwurf, denn der Zeitgeist macht natürlich auch vor der Partei nicht halt. Wir leben halt mitten in der Gesamtbevölkerung im Wesen der repräsentativen Demokratie und müssen daraus, glaube ich, auch die Gefährdungen sehen.

Noch einmal, Offenheit ja, aber eine klare Antwort, in der wir unsere Autorität nicht auf die Müllkippe werfen. Wir haben eine Autorität als Partei. Junge Leute schimpfen zwar über Abgeordnete und über Parteien und sagen, sie seien etabliert. Die gleichen jungen Leute aber erwarten Antworten von uns. Ich glaube, Frau Wex hat das eben gerade gesagt: Die erwarten eines nicht, daß wir zu allem und zu jedem Antworten haben, und damit bin ich bei dem Parteitagspunkt.

VORBEREITUNG 30. BUNDESPARTEITAG

Wer glaubt, daß der Parteitag den Auftrag hat, zu allen Fragen bündige Antworten zu geben, der soll lieber dafür plädieren, daß wir den Parteitag absagen. Wenn wir klug beraten sind, gehen wir in diesen Parteitag mit einem Konzept, in dem wir in einigen

40 Sudetendeutscher Tag am 6./7. Juni 1981 in Frankfurt („Sudetenpost“ vom 17. Juni 1981: „Die Identität der Sudetendeutschen soll erhalten bleiben“).

41 OPEN OHR vom 3.–6. Juni 1981 „Zeit zum Aufstehn!“

42 Am 29.–31. Mai 1981 in Königswinter.

Punkten ausdiskutierte Antworten anbieten. Ich glaube in einigen Punkten, die die Ausbildung betreffen, können wir das tun. Verkürzung etwa der Ausbildungsdauer, da kann man Markierungen setzen, Wegkommen von einer bloßen Diskussion über die Schulformen hin zu einer Diskussion über Schulinhalte. Es gehört auch dazu die Frage der Chancengerechtigkeit in der Schule, ob das, was wir in der Schule heranbilden, überhaupt noch im Leben Chancen bietet. Herr Koch sagt selbstverständlich, da hat er natürlich recht, was machen wir dann mit den Akademikern, die bei uns im Betrieb sind?

Ich finde, eine Partei hat die Pflicht, und das scheint mir auf dem Parteitag notwendig zu sein, mal in äußerster Härte gegen die Verakademisierung der Betriebs- und Berufswelt zu Felde zu ziehen. Und wenn einer das Risiko eingeht, daß er dennoch das Lehrerstudium betreibt, kann er nicht den Anspruch erheben, daß wir die Klassenmeßzahl noch weiter absenken, oder, wie es jetzt schon heißt in den ersten Eingaben gegen die Verkürzung von neun auf acht Jahren beim Gymnasium – die liegen mir schon vor –, wenn wir das machen, wird die Lehrerproblematik noch größer. Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir bald das Gymnasium und die Schule immer weiter ausdehnen. Da werden die 34, 35 Jahre alt am Ende, weil wir genug Lehrer gegenwärtig haben, bis sie die Schule verlassen.

Aber es ist auch wahr, und das muß der Parteitag auch erbringen, daß natürlich die Jungen in eine Larmoyanz hineingetrieben wurden und in sich selbst hineinragen, über die man offen reden muß. Da kann man schon die Vergangenheit in Anspruch nehmen. Mit einem Wort, ich glaube, der Parteitag muß im Politischen, im Materiellen und auch im Geistig-Moralischen die Herausforderung beschreiben, muß einige Lösungsvorschläge anbieten.

Das soll kein Bildungsparteitag oder Schulparteitag werden; ich werde nicht müde, das zu sagen. Manchmal habe ich den Eindruck, die, die den Parteitag kaputtmachen wollen, wollen genau dieses uns einreden. Aber man kann doch nicht über die Probleme junger Leute reden, wenn man in einigen wichtigen Kapiteln das völlig wegleugnet, was sie unmittelbar betrifft, nämlich ihren schulischen Alltag, wo die Dinge schlecht laufen. Ich bin dagegen, das Kulturpolitikern zu überlassen; die gewählten Delegierten eines Parteitags müssen hier zu einer vernünftigen Reaktion beitragen. Über einen Schulkongreß oder einen Bildungskongreß bringen wir das nicht.

Zweitens, ich glaube, der Parteitag muß auf einer allgemeinen Analyse aufbauen, in der die zukünftigen Probleme besprochen werden, aber er muß auch die Gefahren aufweisen, die darin bestehen, daß man für alles Mögliche Patentlösungen aufzeigt.

Wir haben jetzt die Kommission zusammengehabt in zwei Sitzungen. Das war eine Zumutung an die Betroffenen, darüber gibt es gar keinen Zweifel, denn sie sind praktisch gezwungen worden, in kürzester Zeit eine Reihe von Themen und Thesenkatalogen vorzulegen. Wir sind dabei nicht fertig geworden. Ich habe deswegen mich auch geweigert, heute den jetzigen Stand des Papiers vorzulegen, was ich dann hätte tun können, denn ich sage Ihnen ganz offen aufgrund meiner Erfahrung, wenn wir hier ein Papier vorlegen, steht es morgen in irgendeiner Zeitung, und da heißt es, das ist die Vorlage. Wir sind jetzt so weit gediehen, daß wir in der nächsten Woche, deswegen habe ich Toni Pfeifer dazu gebeten, den Themen- und Thesenkatalog so abschließen können, das ist jetzt ein wichtiger Punkt, daß wir ihn dann in die Partei geben, aber – ich habe den dringenden Wunsch – nicht mit der Autorität des Vorstands. Das haben wir übrigens früher auch so gemacht.

Denn wir können jetzt unmöglich zur jetzigen Situation eine solche Debatte führen, sondern die Kommission gibt die Anregungen in die Partei hinaus. Am 21. September müssen wir dann – ich finde das Wort nicht glücklich, aber ich verwende es jetzt, weil es eingeführt ist, wir müssen uns was Besseres überlegen – eine Art Leitantrag in die Partei hinausgeben, der dann zur Schlußformulierung dient. Es sind eine Menge schriftlicher Beiträge da, das Thesenpapier ist überarbeitet, aber ich muß noch einmal sagen, das ist für die zweite Runde noch nicht ausreichend.

Die Kollegen Westphal, der hier anwesende Herr Worms und Herr Vogt haben zu den allgemeinen Themen jetzt noch einmal Arbeiten übernommen, wie ich überhaupt, das will ich gerade dem Kollegen Worms sagen, sagen mußte, die Bereitschaft mitzuarbeiten, ist sehr unterschiedlich. Ich muß leider sagen, je höherrangig im staatlichen Bereich Ämter wahrgenommen werden, obwohl die Herren dann noch Apparate zur Verfügung haben, so zurückhaltend war da die Beteiligung, und diejenigen, die wir eingeladen haben mitzuarbeiten und die sich persönlich hinsetzen mußten, waren eigentlich am ehesten bereit, das Notwendige zu tun.

Die Herausforderung der 80er Jahre, angefangen von Friedenssicherung nach dem Scheitern der Entspannungssillusion, Nord-Süd-Verhältnis, Wachstumsproblematik, das, was wir alles schon besprochen haben, muß dort wiederkehren. Aber ich will noch einmal sagen, der Hamburger Parteitag hat weder die Aufgabe unter dem Aspekt „Zukunftschancen der jungen Generation“ alle neuen Sachdebatten zu eröffnen, das kann nicht seine Aufgabe sein, und schon gar nicht in allen Fällen neue Beschlüsse zu fassen. Wir müssen uns schon jetzt die Freiheit nehmen, die Beschlüsse zu halten, die unstreitig sind bei uns. Da gehe ich beispielsweise von der Kernkraft jetzt einmal aus. Das sind unsere Beschlüsse, und bis zum Beweis des Gegenteils, glaube ich, muß so verfahren werden.

Mit einem Wort, meine Bitte ist, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir dann, wenn die Kommission diese Arbeit fertig hat, sie als Kommissionsarbeit und Anregung für die Diskussion rausgeben, daß wir nicht sagen, der Bundesvorstand hat sich damit beschäftigt, was er gar nicht machen kann, aber daß wir die Debatte so sorgfältig vorbereiten, daß dann an dem eben genannten Termin Ende September der Bundesvorstand, wenn es sein muß nicht in einem Tag, sondern in zwei Tagen, die notwendigen Diskussionen führt.

Alles, was jetzt heute mittag hier gelaufen ist an Debatte, ist eigentlich eine glänzende Vorbereitung des Parteitags; denn es ist dabei offenkundig geworden, und ich kann hier dabei nur ein hohes Maß an Homogenität, bei aller Unterschiedlichkeit der Akzentuierung, erkennen, was eigentlich Inhalt sein muß. Wir werden im September nicht umhinkommen, zu Beschränkungen auf Schwerpunktthemen zu kommen. Wir können nicht glauben, auf einem Parteitag alles gleichzeitig regeln zu wollen. Aber ich wäre sehr glücklich, wenn wir am Ende des Parteitags der deutschen Öffentlichkeit, den interessierten jungen Leuten, die ansprechbar sind, in einer Reihe von wichtigen Sachfragen, gar nicht viel, schlüssige Antworten geben: Das will die CDU tun, und das setzen wir um. Und in einer anderen Frage Denkanstöße geben, nämlich Denkanstöße in die Richtung, daß darüber weiter nachgedacht und weiter diskutiert wird.

Und das letzte, was ich sagen will, ist, daß an diesem Parteitag die Lage in der Vorausschau nicht gerade erleichtert ist. Wie das politische Gesamtklima im November sein wird, läßt sich heute noch keineswegs so in seinem Befund statuieren, daß wir sagen können, wir machen das so oder so. Wenn das politische Gesamtklima so ist, was nicht auszuschlie-

Ben ist – ich rechne nicht damit, damit keiner jetzt glaubt, ich glaube schon wieder, am Montag sei es so weit –, daß das ganze Bonner Gefüge total ins Wanken gerät, dann ist es um so wichtiger, daß wir ein paar sehr präzise Sachangebote machen, wo diejenigen, die uns betrachten und zur Kenntnis nehmen, erkennen, aha, wenn die drankommen, werden sie in dem Feld das und das und das konkret tun. Aber glauben Sie mir, es ist kein Akt der Schwäche im Blick auf gerade junge Mitbürger, wenn wir in ein paar Feldern auch offen sagen, dazu haben wir jetzt zu dieser Stunde noch nicht ein endgültiges Urteil, noch keine endgültige Meinung.

Das wollte ich also zum Thema Vorbereitung zum Parteitag sagen. Sie bekommen die Vorlage dann, sobald sie fertig ist, aber es ist eine Vorlage der Kommission, und das will ich ausdrücklich hier erbitten, daß Sie dieses Verfahren billigen.

Koch: Ich möchte noch ganz kurz hier eines sagen. Ich möchte vor einem warnen, Herr Dr. Ritz, daß wir nicht draußen sagen, damit werden wir auch konfrontiert, die CDU will einen sozialen Abbau. Ich habe Sie richtig verstanden? Hier können wir alles diskutieren, aber draußen in der Öffentlichkeit sind manche Dinge gefährlich. Wir haben hervorragende Gesetze, und diese Gesetze werden hier und da unterlaufen. Ich möchte nur vielleicht eine Anregung geben: Wir haben Selbstverwaltungsorgane, ob man den Selbstverwaltungsorganen nicht etwas anderes zugesteht. Wenn ich erlebe, bei uns in Siegen, daß ein mittleres Unternehmen 20 Facharbeiter sucht, aber keinen kriegt, da könnte man doch manchmal das Kotzen kriegen, wenn ich jeden Monat 50 bis 60 Mark Arbeitslosengeld bezahlen muß, und die anderen sagen, morgens um sechs Uhr kann ich nicht anfangen, wenn schon, dann um acht, und mittags um vier Uhr muß Feierabend sein. Wenn ich zu bestimmen hätte, dann würde das am morgigen Tag geändert, entweder arbeitest Du, oder wir schicken Dich in ein Arbeitslager; ich übertreibe jetzt mal.

Kohl: Ja, bloß, Herr Koch, wir müssen halt für die Sache auch mal ein bißchen in der Gewerkschaft Stimmung machen. Denn der Vetter⁴³ hat hier im Haus das alles abgelehnt, als wir es ihm sagten.

Koch: Ich sage das genauso gut im Vorstand der IG Metall, das wird auch da bis auf einige Leute anerkannt, wie hier, nur daß manche Dinge da nicht so nach draußen kommen. Dafür habe ich auch hier und da Verständnis. Aber wir in den Betrieben kommen daher und sagen, wir wollen die Krankenziffern senken. Du brauchst die ersten drei Tage keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, das wollen einige gestrichen haben. Dann bin ich derjenige als Betriebsratvorsitzender, der ausgenutzt wird, und sage ihm, für dich gilt das nicht mehr, mein lieber Kollege, wenn Du glaubst, Du mußt das ausnutzen. Daß das einige ausnutzen, möchten wir nicht.

Unser Freund Schwarz-Schilling sagt, wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Die Arbeitnehmer machen da mit. Wir sind eine Industrienation, wir wollen also nicht eine Entwicklungsnation werden. Deshalb bitte ich darum, diese Aussagen auch zu machen, ebenfalls, daß der qualifizierte Facharbeiter, ob der Elektronik oder Hydraulik oder was weiß ich macht, nicht nur materiell, sondern auch in seinem Ansehen genauso dasteht wie jeder Akademiker. Das brauchen wir, Gleichrangigkeit und Chancengleichheit. Das ist, was ich manchmal so vermisste; denn ich sehe auch im Betrieb, daß der angestellte –

43 Heinz-Oskar Vetter (1917–1990), Maschinenschlosser; 1949 IG Bergbau und Energie, 1953 SPD, 1969–1982 Vorsitzender des DGB, 1974–1979 Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes, 1979–1989 MdEP.

Angestellte sind auch Menschen – Akademiker – im Schnitt bei uns über 1.000 Mark netto mehr hat als der gewerbliche Arbeitnehmer, der Millionen Anlagen fahren und warten muß. Diese Ungerechtigkeit ist auch ein gewerkschaftsrechtliches Problem. Ich bitte nur darum, daß auch auf diesem Parteitag diese Dinge angesprochen werden. Wenn wir Industrienation bleiben wollen, wenn wir auch nochmal einen Nobelpreisträger hervorbringen wollen, wenn wir nochmal einen Albert Einstein⁴⁴ haben, kriegen wir den nicht durch unser Schulsystem, alles was da ist. Die Leistung wird doch nicht mehr honoriert, die wird ja bestraft! Wenn ich meinen Kollegen sage, wir müssen mal schnell eine Zusatzschicht machen, da in Rotterdam im Hafen liegt ein Schiff, das fährt aus nach Indonesien, wir müssen das machen, dann fragen die, wofür mache ich das denn? Daß der Staat mir so viel wegnimmt? Da ist doch gar nichts mehr drin!

Ich bitte nur darum, daß auch die Leistung richtig honoriert wird, damit unsere Kollegen – Helga Wex, Sie werden es mir verzeihen – nicht den Leck-mich-am-Arsch-Standpunkt haben. Auch manche Leute im mittleren Management sagen dann, wir sorgen dafür, daß mit 58 Jahren der Sozialplan gültig ist, mir steht es bis hier, ich habe hier nichts mehr zu sagen, keine Entfaltungsmöglichkeiten wegen dieser verdammten Bürokratie. Ich wünschte, ich wäre mal einen Tag Bundeskanzler, da würden 80 Prozent der Papiere abgeschafft. Die Leute kommen doch nicht mehr zum Arbeiten. Auch unsere Ingenieure sagen, sie kommen gar nicht mehr zum Arbeiten vor lauter Papierkram. Was sind denn das für Zustände? Und dann die Aufsichtsbehörde! Wenn man einen Betrieb erweitern will, was muß man da alles machen! Ich bitte nur darum, daß diese Dinge auch angesprochen werden, daß wir als CDU bessere Konzepte haben als die SPD. Die SPD kann nur in der Opposition sein, die kann man nicht regieren lassen, insbesondere kann sie nicht mit Geld umgehen.

Kohl: Da sind wir uns ja ganz einig. Das Wichtigste ist jetzt, ihr braucht weniger zu den Sozialausschüssen über 50 Jahre zu gehen, ihr müßt zu den Sozialausschüssen unter 25 gehen. Dort ist unser Problem. (*Unruhe. Diskussion.*)

Wex: Ich habe jetzt nur noch eine Sache für die Vorbereitung Bundesparteitag. Wir haben ja in der Fraktion diese Sachverständigendiskussion gehabt. Ich habe das schon verschickt, hier auch an Herrn Geißler und an Frau Laurien, und bitte, daß das auch benutzt wird. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Gut, vielen Dank. Ich schließe diese, wie ich finde, ungewöhnlich interessante Bundesvorstandssitzung, und bedanke mich. (*Beifall.*)

44 Albert Einstein (1879–1955), Physiker; Begründer der Relativitätstheorie, 1922 Nobelpreis.

Bonn, Montag 7. September 1981

Sprecher: Barzel, von Bismarck, Geißler, Gradl, Kiep, Koch, Kohl, Neumann, Pieroth, Ritz, Schwarz-Schilling, Späth, Weberling, Wissmann, Wex, Wörner.

Politische Lage. Vorbereitung 30. Bundesparteitag.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 13.25 Uhr

Kohl: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf unsere heutige Bundesvorstandssitzung, die erste nach den Ferien, eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Eine ganze Reihe hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt; auch das gehört zum normalen Ablauf unserer Arbeit, wie Sie wissen.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, will ich ganz besonders herzlich begrüßen unseren Freund Eugen Gerstenmaier und ihm, um ein paar Tage verspätet, auch noch einmal hier in diesem Kreis zum Geburtstag gratulieren. (*Beifall.*) Eugen, Du winkst zwar ab, aber es tut einem doch gut, wenn man bei einer solchen Gelegenheit in einer vernünftigen Weise unter Freunden beachtet wird. Ich will jetzt hier keine Würdigung vornehmen, wir haben ja in diesen Tagen hier im Hause Gelegenheit, übermorgen. Ich hoffe, daß möglichst viele da sind. Auf alle Fälle freuen wir uns, daß Du wirklich bei bester Stimmung, was bei Eugen Gerstenmaier etwas heißen will, bei sehr guter körperlicher und geistiger Verfassung diesen Geburtstag gefeiert und ihn auch von Herzen genossen hast. Ich finde, das ist wohl verdient. Nochmals unseren herzlichen Glückwunsch!

Zum Ablauf der Tagesordnung habe ich eine Bitte um Verständnis. Wir haben zwar jetzt die Situation, daß wir auch im Staat wichtige Ämter mit Repräsentanten der Union besetzen, aber das bedeutet nicht, daß deswegen die Absprachen etwa bei Terminen und Ähnlichem besser klappen, sondern mit Parteifreunden kann man ja wesentlich rüder umgehen. Das führt beispielsweise dazu, daß ich in der letzten Woche auf meinem Schreibtisch eine Einladung zum Geburtstagsempfang des Bundestagspräsidenten Stücklen¹ heute um 11.00 Uhr bekommen habe, von der ich natürlich vorher überhaupt nichts wußte. Man hätte darüber vielleicht auch ein Wort reden können. Aber ich wundere mich über alle diese Dinge schon lange nicht mehr. Nun ist es so, wenn ich um 11.00 Uhr nicht dort bin, sieht das etwas eigenartig aus, und Sie verstehen also, daß wir versuchen, die Tagesordnung so zu machen, daß unmittelbar nach dem Bericht, den ich zu geben habe, ich den Schatzmeister bitten möchte, hier in diesem Kreis einen Bericht zu geben zu dem Thema Presseveröffentlichung², ich will es einmal so allgemein und neutral formulieren, denn auf das Thema werden ja viele angesprochen. Ich habe das gerade jetzt wieder in

1 Richard Stücklen (1916–2002), Elektroingenieur; 1949–1990 MdB (1966–1976 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe), 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, 1976–1979 und 1983–1990 Vizepräsident des Deutschen Bundestags, 1979–1983 Präsident.

2 Siehe dazu unten den Bericht von Walther Leisler Kiep.

Hannover bei der KPV sehr empfunden am vergangenen Samstag.³ Dann gibt der Generalsekretär gleich den Bericht zu Punkt 2, über das, was wir überlegt haben zum Bundesparteitag, und dann steigen wir in die Debatte ein. Ich will sehen, daß ich nach insgesamt 40 Minuten Abwesenheit wieder hier bin. Ich werde es auch unserem Freund Stücklen sagen, daß hier meine Abwesenheit nicht länger sein kann. Ich glaube, damit habe ich meinen Pflichten genügt. Aber wir müssen heute vernünftig miteinander reden.

Ich hoffe, daß es gelingt, so gegen 13.30 Uhr während der Sitzung, um das noch zum Technischen zu sagen, das Mittagessen hier einzunehmen, so daß der ganze Ablauf sich dementsprechend, glaube ich, vernünftig entwickelt. Sind Sie einverstanden, daß wir so verfahren? Es tut mir furchtbar leid, daß ich weg muß, aber Sie sehen die Zwangslage ein, die entstanden ist. Einverstanden? Gut.

Dann darf ich Ihnen zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung den neuen Bundesgeschäftsführer, unseren alten Freund Radunski⁴, vorstellen. (*Beifall.*) Ich möchte ihm ein herzliches Willkommen und ein Wort zur guten Zusammenarbeit zurufen und möchte gleich bei der Gelegenheit sagen, daß er Leiter der Hauptabteilung 3 wie bisher bleibt. Die Gründe werden Sie gleich bei meinem Bericht unschwer erkennen können. Wenn Sie einverstanden sind, treten wir dann in die Tagesordnung ein.

POLITISCHE LAGE

Ich will, bevor wir uns den Themen der sogenannten großen Politik zuwenden, gleich die Gelegenheit benutzen, zu aktuellen innerparteilichen Problemen etwas zu sagen. Denn für meinen Geschmack kommen ja diese Betrachtungen auch in unserem Bundesvorstand in der Regel etwas zu kurz. Da ist das erste, worauf ich Sie hinweisen muß, die Entwicklung der Finanzlage. Die Finanzlage der Partei hat sich – ich beziehe mich auf meinen Bericht zu diesem Thema in der Bundesvorstandssitzung am 10. Juni – keineswegs günstiger entwickelt, und das hat seine natürlichen Gründe in der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, die natürlich an uns nicht spurlos vorübergegangen ist. Wer heute Spenden akquiriert, das merken die Kreisverbände, das merken die Landesverbände, das merken die Bundesverbände, der muß wissen, was dies bedeutet.

Sie erinnern sich, daß wir damals davon ausgegangen sind, daß der Etat, den dieser Bundesvorstand am 10. Juni, also vor ein paar Monaten, verabschiedet hat, insgesamt Ausgaben in Höhe von etwas über 34 Millionen vorsah. Ich habe Ihnen ja damals den Kürzungsbeschluß vorgelegt, und Sie haben mich ausdrücklich beauftragt, über den Fortgang zu berichten, und das will ich heute auch in ein paar Sätzen tun. Wir sind seinerzeit davon ausgegangen, daß wir bei dem Etatvolumen rund zehn Prozent sparen wollen. Das würde bedeuten, daß wir auf 30,5 Millionen kommen. Unser Ziel war, die Ausgaben auf 30 Millionen zu begrenzen. Der wichtige Punkt, vor dem wir nun stehen, ist, daß wir von der Spendenerwartung in Höhe von über 6 Millionen ausgegangen sind,

3 Kommunalkongreß mit Bundesvertreterversammlung am 4./5. September 1981 (vgl. UiD vom 10. September 1981: „Bonner Sparpläne nicht auf Kosten der Gemeinden“).

4 Peter Radunski (geb. 1939), Diplom-Politologe; 1971–1973 Abteilungsleiter und 1973–1981 Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1981–1991 CDU-Bundesgeschäftsführer; 1991–1995 Senator für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Berlin, 1996–1999 Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

und wir bei der Gesamtlage natürlich damit rechnen müssen, daß wir dieses Spendenvolumen auf gar keinen Fall erreichen werden. Sowohl die Wirtschaftslage als die kürzliche Großoffensive einer Reihe von Staatsanwaltschaften, ich will das mal so nennen, hat dazu geführt, daß wir, wie alle anderen auch, nicht nur bei uns, hier eine deutliche Zurückhaltung auf diesem Felde erfahren haben. Es muß jetzt unsere Aufgabe sein, dieses Minus, das ich immerhin auf 4 Millionen in der Erwartung beziffern möchte, einzusparen. Deswegen will ich auch hier an die Mitarbeiter, die davon unmittelbar betroffen sind, aber auch an den Gesamtvorstand, und das gilt insbesondere für die Vereinigungen, appellieren, Verständnis zu haben. Es hat keinen Sinn zu glauben, daß die Bundespartei das einspart und daß etwa auf der Ebene der Landesverbände und auf der Ebene der Vereinigungen man so tut, als würde alles beim Alten bleiben.

Wir müssen aus dieser Durststrecke heraus, und das können wir nur durch eine Straffung unserer Ausgaben. Liebe Freunde, wir müssen vor allem eines machen, wir müssen sehen, daß wir im Blick auf die Wahl 1984 einigermaßen mobil bleiben. Bei den heutigen Zinssätzen brauche ich Ihnen nicht zu sagen, was wir an Unkosten zusätzlich aufwenden müssen, wenn wir jetzt zusätzliches Geld auf dem Wege der zusätzlichen Verschuldung aufnehmen. Das ist also einer der Gründe, warum ich strikt die Linie auch hier im Haus vertrete, daß es keinerlei Personalveränderungen im Blick auf Zuwachs geben kann. Aber ich gehe natürlich davon aus, daß das auch die Vereinigungen so sehen und die Vereinigungen sich darüber im klaren sind, daß, wenn die Bundespartei in dieser Lage ist, das natürlich durchschlägt auf die Vereinigungen.

Im übrigen halte ich dafür, daß das gar keine negative Entwicklung zu sein braucht, wenn wir für eine bestimmte Zeit ganz besonders gezwungen sind, sozusagen jede Mark noch einmal herumzudrehen. Ich sehe keine andere Lösung in diesem Feld, als daß wir durch Einsparungen und Strecken unserer Ausgaben und Konzentrieren auf das, was wir uns jetzt leisten können, und was wir uns nicht leisten können, die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Das zweite, wozu ich wenigstens ein paar Bemerkungen zu Ihrer Information machen möchte, ist die „Bürgeraktion Regierungswechsel '84“, die uns ziemlich zu schaffen macht. Sie wissen, oder ich will es in ein paar Sätzen noch einmal sagen für die, die es nicht wissen, daß da plötzlich ohne jede Absprache mit uns, übrigens auch ohne jede Absprache mit der lokalen Partei – das ist also keine Sache, die von irgendeiner innerparteilichen Gruppe gezinkt ist –, in Frankfurt plötzlich eine Bürgeraktion aufgetreten ist mit diesen großen Anzeigen, die Sie ja zum Teil auch gesehen haben in der FAZ etc. Der Initiator ist ein Rechtsanwalt und Notar, Reinhard Altrock⁵ aus Frankfurt, der eine Geschäftsstelle eröffnet hat mit anderen zusammen. Nach dem, was wir in Erfahrung bringen konnten, ist dieses Büro vorgesehen für zehn bis zwanzig Mitarbeiter, und man will also jetzt eine große Aktion machen, die vor allem auf den Mittelstand, der nicht parteipolitisch gebunden ist, abzielt.

Angeblich würden bereits 20 hauptamtliche Mitarbeiter laufen, Spenden zu akquirieren. Angestrebt werden rund 150 hauptamtliche Mitarbeiter, die draußen akquirieren. Das Ganze soll dem Ziel dienen, 1984 der CDU Geld zur Verfügung zu stellen – CDU/

5 „Der Spiegel“ vom 24. August 1981: „Wahlhelfer: Frühzeitig absahnen“. – Die Vereinszentrale befand sich im oberhessischen Florstadt-Staden. Der Vorsitzende der „Bürgeraktion“, Reinhard Altrock, verlor später wegen dubioser Warentermingeschäfte seine Zulassung als Rechtsanwalt und Notar.

CSU ist immer gemeint – über Werbung von Bürgerinitiativen, durch engstes inhaltliches Zusammenwirken, aber auch mit textlichen Vorschlägen, Layoutvorstellungen und Ähnlichem. Wir sind ja nicht auf der grünen Wiese, was Bürgerinitiativen betrifft, und wir wissen, daß, wer Geld gibt, natürlich auch Einflüsse ausübt. Die Gruppe, das ist offenkundig, denkt ein bißchen an die Erfahrung, die schon im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahl bei der Kampagne in der Republikanischen Partei zur Nomination Reagans dort vorgenommen wurde, von Gruppen außerhalb der eigentlichen republikanischen Parteiapparatur. Und man versucht also hier die Möglichkeiten, die es hier ja jetzt auch im Steuerlichen gibt mit den 3.600 Mark für Personen, für Ehepaare, die steuerliche Absetzung voll auszuschöpfen. Insofern ist das eine echte Konkurrenz zu unserem eigenen K-Modell, das ja inzwischen angelaufen ist. Das muß man ganz klar sehen, das grast auf der gleichen Wiese.

Ich mache gar keinen Hehl daraus, daß natürlich in der Sache auch drinsteckt, ohne daß man es jetzt vertieft, die Entwicklung, daß wer Geld gibt, auch Einfluß nimmt auf den Kurs, auf die Programme, auf Personen in den Parteien. Offensichtlich sind bereits eine ganze Reihe von Bundestagskollegen angesprochen worden von dieser Gruppe mit dem Ziel natürlich, dann auch örtliche Wahlkämpfe zu finanzieren. Also die Schwierigkeiten, um das hier deutlich zu sagen, das soll niemand glauben, seien beschränkt auf die Bundespartei, sondern die werden sehr unmittelbar kommen, etwa mit Voten, wer kommt auf die Liste usw. usf. Deswegen müssen wir uns darum kümmern. Ich gehe davon aus, das brauchen wir heute hier nicht intensiver zu diskutieren, daß es nichts nützt, nur eine öffentliche Erklärung abzugeben, das war der erste Schritt, sondern daß wir jetzt eben einen Schritt weiter gehen müssen und unmittelbaren Kontakt mal mit diesen Leuten aufnehmen, was da beeinflussbar ist und was nicht. Ich möchte die endgültige Position, die wir beziehen, dann beziehen, wenn wir mal wirklich ganz direkt Tacheles geredet haben, welche Verdachtsmomente sich bestätigen oder welche sich nicht bestätigen. Es fällt einem eine ganze Summe von Überlegungen ein. Wenn man das Ganze sieht, darüber muß man sich im klaren sein, ist das eine neue Form, auch in eine Partei hinein möglicherweise Einfluß auszuüben. Das nur zur Information. Der Schatzmeister und der Generalsekretär werden dann in einer der nächsten Sitzungen über die weiteren Entwicklungen berichten.

Noch eine kurze Vorbemerkung zum Thema Hamburger Parteitag. Der Generalsekretär wird Ihnen nachher im einzelnen unsere Überlegungen, die wir in vielen Gesprächen und auch in zwei Präsidiumssitzungen erörtert haben, vortragen. Als wir diesen Parteitag in Mannheim am 7. März auf meinen Vorschlag hin beschlossen haben, war dieser Parteitag konzipiert in die politische Landschaft, wie wir sie im März hatten. Es ist natürlich abwegig zu glauben, daß wir im November, wenn wir in Hamburg zusammentreffen, angesichts eines ungeheuren Erwartungshorizonts an die Union so tun können, als sei zwischen dem März und dem November nichts passiert.

Deswegen haben wir ein paar Dinge, wie ich finde, vernünftiger entwickelt. Ich bedanke mich auch hier in diesem Kreis ausdrücklich bei den Mitgliedern der Kommission, die über die eigentliche Arbeit an dem Text, der zunächst in die Partei ging, hinaus noch durch viele Ratschläge mitgearbeitet haben. Es hat sich dann schon bei den Gesprächen vor den Ferien abgezeichnet, was wir jetzt in diesem Zusammenhang Ihnen vortragen werden. Es sind viele Anregungen gekommen. Ich muß das hier unterstreichen, weil in der Öff-

fentlichkeit der Eindruck entstanden ist, es sei nur eine Anregung gekommen.⁶ Ich würde es etwas deutlicher sagen, wenn Kurt Biedenkopf da wäre, weil ich es für ganz und gar unerträglich finde, wenn wir zusammenarbeiten in einer Crew, daß dann der Beitrag eines einzelnen in der Öffentlichkeit so gespielt wird, als hätten alle anderen geschlafen und nicht ihre Pflichten getan. Ich gehe davon aus aufgrund meiner Erfahrung, daß vor allem die Mitglieder der Kommission, auch der Generalsekretär, wie es seines Amtes ist, und selbstverständlich auch der Parteivorsitzende nicht den Sommer und die politische Entwicklung verschlafen haben, und daß ich für jedes Memorandum dankbar bin. Aber ich bin noch dankbarer für jene Memoranden, die nicht erst in der Zeitung stehen, sondern für jene, die ganz vernünftig untereinander besprochen werden. Das gehört zum Stil der Auseinandersetzung. Es ist wichtig, das zu sagen, weil ich generell heute darauf hinweisen möchte, das gilt jetzt nicht nur für diesen Tagesordnungspunkt, sondern auch für andere, daß ich dringend jeden daran erinnern möchte, daß der Kalender fortgeschritten ist, daß wir nicht das Jahr 1979, sondern das Jahr 1981 schreiben, und ich bitte das auch im Kalender anzustreichen in bezug auf den Partei- und Fraktionsvorsitzenden, daß wir 1981 und nicht 1979 schreiben.⁷ Das ist wichtig, weil das die Verständigungsmöglichkeiten eröffnet und breiter macht für das, was in der Zukunft auf uns zukommt.

Jetzt zur allgemeinen politischen Lage. Wir haben heute die erste Sitzung des Parteivorstands nach den Ferien. Und wenigstens als ein Memento muß ich hier mal wieder einblenden, daß wir es nicht ganz vergessen, daß wir heute vor einem Jahr wie die Wilden durch die Bundesrepublik gelaufen sind und Bundestagswahlkampf geführt haben. Wenn man das jetzt sagt, gucken einen die Leute ganz verständnislos an. Das ist völlig verdrängt, selbst bei den eigenen Leuten. Es geht einem ja bald selbst so, daß man sich gar nicht erinnern kann, daß wir vor zwölf Monaten nicht einmal gewählt hatten, sondern noch vor der Wahl mit verschiedenen Gefühlen durch die Straßen, Plätze gingen. (*Barzel*: Da waren gerade die Bischöfe dran.⁸ – *Heiterkeit*.) Ja. Ich muß nun sagen, ich war die Tage zu einer christlichen Kaffeestunde bei Kardinal Höffner, der hat in der ihm eigenen feinsinnigen Art gesagt hat, ich könne eigentlich meinen Satz jetzt wiederholen, nachdem der Satz jetzt regierungsamtliches Programm in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist.

Ich finde nur, die Erinnerung an die Wahl ist deswegen wichtig, daß wir auch wieder die richtige Perspektive zu den Realitäten kriegen. Der Verfall der Koalition ist dramatisch, dies ist über alle Maßen deutlich geworden. Der Verfall auch der Autorität des Kanzlers ist gewaltig. Ich muß sagen, was mich in den letzten Tagen eigentlich am meisten aufgeregt hat, ist, daß der Bundesminister Engholm, also nicht irgendjemand, ein Kabi-

6 Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 2. September 1981: „Biedenkopf stellt sich in die Schußlinie der Parteifreunde“; FAZ vom 2. September 1981: „Die CDU will in Hamburg nicht nur über Bildung sprechen“.

7 Hinweis auf Auseinandersetzung um das „Biedenkopf-Memorandum“ vom 20. Dezember 1978 bzw. vom 4. Januar 1979 (Protokolle 8 Nr. 26 vom 11. Januar 1979).

8 Die deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 1980. Wort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 1980 vom 25. August 1980 und Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, zur Diskussion um das Wort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 1980 vom 18. September 1980. Hg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 1980. – Joseph Höffner (1906–1987), katholischer Theologe, Volkswirt; 1945 Professor für Pastoraltheologie und christliche Soziallehre in Trier, 1951 für Christliche Sozialwissenschaften in Münster, 1962 Bischof von Münster, 1969 Erzbischof von Köln (Kardinal), 1976–1987 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

nettsmitglied – Spitzenkandidat noch nicht, aber vermutlich in Schleswig-Holstein –, in der letzten Woche in einem großen Interview⁹, ich glaube, in der „Osnabrücker Zeitung“, dürr und einfach erklärt, für die Sicherheitspolitik hätte der Bundeskanzler Helmut Schmidt keine Mehrheit in der eigenen Partei, also in SPD, und daß man also dauernd auf diesen Punkt öffentlich hinredet und Schmidt und andere überhaupt keine Reaktion zeigen. Was sich hier darstellt, zeigt doch einen Verfall an Autorität. Das ist jetzt für uns gar keine parteipolitische Frage, sondern wie stehen wir eigentlich im Ausland da unter jenem Gesichtspunkt, wenn ein Mitglied der Bundesregierung so schlankweg einfach die entscheidende Geschäftsgrundlage seines Regierungschefs bestreitet? Nicht ein Juso, und nicht ein gerade ausgewachsener Juso, sondern einer, der es immerhin schon zu den Würden eines Bundesministers der Bundesrepublik Deutschland gebracht hat.

Die Folgen sind unübersehbar. Die Neutralismus-Debatte bordet über, wobei ich Sie alle herzlich bitten möchte, die Debatte vor Ort sorgfältiger zu beobachten als die in Bonn. In Bonn mag das mal in ein paar Wochen wieder abflachen, aber wenn Sie Lokalseiten quer durch die Bundesrepublik lesen und beobachten, was dort in den Unterbezirkskonferenzen der SPD, in Ortsvereinsversammlungen, in der Gewerkschaftsszenerie vonstatten geht, dann sehen Sie, was sich hier tatsächlich verändert. Wir sind dabei, über diesen Antiamerikanismus entscheidend die Bündnisfähigkeit zu verlieren und zwar nicht nur in Amerika, sondern die Anfragen an uns bei Begegnungen und Besprechungen mit Freunden aus England, mit Gesprächsteilnehmern, übrigens nicht zuletzt auch aus der neuen französischen Administration oder aus den Beneluxländern nehmen zu. Die Tatsache, daß deutsche Sozialdemokraten, und zwar junge wie alte, gegen den Besuch des wichtigsten Mannes der Garantiemacht in Berlin, gegen den Außenminister Haig, demonstrieren, zeigt ja auch für den Minister Haig eine sehr beachtliche Entwicklung.¹⁰ Ich werde es ihm auch nochmal selbst sagen. Es ist übrigens eine interessante pädagogische Nuance, weil er zu jenen auch in der neuen Administration gehört, die etwas dazu neigen, in der Position Schmidt die sicherste Position für die amerikanische Politik in Deutschland zu sehen.

Die Welle „Friede ohne Waffen“ rollt weiter, und auch hier ist, glaube ich, im Augenblick sehr viel wichtiger, was draußen im Lande geschieht, in Kirchengemeinden, auf Synodalveranstaltungen der Evangelischen Kirche, in bestimmten Zirkeln auch der katholischen Jugend, in Gewerkschaftskreisen auf örtlicher Basis, als in den großen Zusammenfassungen großer Kundgebungen. Ich habe jetzt, sonst kommt man an ein solches Dokument nicht ran, aus einem konkreten Anlaß die Gelegenheit gehabt, mir einmal die Rede des Herrn Mies, des Vorsitzenden der DKP, auf dem Parteitag in Hannover am 31. Mai nachzulesen.¹¹ Der Mies ist an sich mit seinen 45.000 Mitgliedern in der DKP für uns nicht unbedingt ein wichtiger Gesprächspartner, aber die Darstellung der Inszenierung zu dem Thema „Friede ohne Waffen“ ist schon ganz faszinierend. Was die DKP alles hier an Implikationen sieht und vorgibt und beabsichtigt zu tun, das alles wird nicht ohne Auswirkungen bleiben, und wir sehen das.

9 Interview in „Westfälische Rundschau“ vom 29. August 1981: „Besserverdienende zur Kasse bitten“.

10 Haig hielt sich am 13./14. September 1981 in Berlin, wo es zu heftigen Ausschreitungen kam, und in Bonn auf (vgl. AdG 1981 S. 24897–29400, AAPD 1981 Dok. 255 und 256).

11 Vgl. Alles für den Frieden! Die sozialen und demokratischen Rechte verteidigen! Bericht des Parteivorstands der DKP an den 6. Parteitag. Hg. v. Parteivorstand der DKP. Hannover 1981.

Wir stehen nicht gerade am Vorabend seines Besuchs, aber in ein paar Wochen wird Herr Breschnew¹² kommen. Wir werden im Zusammenhang mit dem Besuch von Breschnew noch einmal ein kräftiges Anziehen dieser Welle „Friede ohne Waffen“, dieser Gleichsetzung der sowjetischen Politik auch in ihrer moralischen Qualität mit der amerikanischen Politik erleben, alles Dinge, die ja jetzt inzwischen leider zum Alltag der Bundesrepublik gehören. Nur wir werden jetzt im Zusammenhang mit dem Erdgasgeschäft, mit dem Röhrengeschäft¹³ auch bei Breschnews Besuch noch einmal eine Proklamation einer Friedensoffensive, die noch bares Geld und Arbeitsplätze und Renditen verspricht, ebenfalls erleben. Nach meinen Gesprächen in den letzten 14 Tagen zum Thema Röhren- und Gasgeschäft muß ich sagen, daß Einsicht in politische Zusammenhänge, wenn es um die Bilanz des eigenen Unternehmens geht, sich eben umgekehrt verhält und daß hier nicht sehr viel Unterstützung für uns zu erwarten ist. Auf das klare Ziel, die NATO auszuhöhlen und zu zerstören mit allen Konsequenzen auch des steigenden Mißtrauens gegen die Position der Deutschen in Westeuropa, in Benelux und in Frankreich und in Amerika habe ich bereits hingewiesen.

Für uns ist ein sehr bemerkenswerter Vorgang, daß, was immer sie in anderen Feldern der Politik tut, die Regierung des Präsidenten Mitterrand alles tut, um dem amerikanischen Partner deutlich zu machen, daß sie im Sinne einer beinahe gaullistischen Strategie absolut verlässliche Partner sind. Ich habe dieser Tage ein langes Gespräch mit unserem alten Freund Dick Allen, der Sicherheitsberater des Präsidenten, der, bevor er hier nach Bonn kam¹⁴, mehrere Stunden sich im Élysée bei verschiedenen Besprechungen aufgehalten hat, gehabt, und das, was ich aus diesem Gespräch entnehmen konnte, zeigt, daß diese neue Administration im Élysée in Paris in Sachen Antiamerikanismus jedenfalls überhaupt nicht anfällig ist, sondern im Gegenteil, daß sie vielleicht sogar versucht, dieses alte Verhältnis, das da bestand oder vorgegeben wurde, also eine spezielle, besonders gute Beziehung zwischen Bonn und Washington, abzulösen durch eine besonders gute intensive Beziehung zwischen Paris und Washington. Es gibt eine Menge Hinweise in diese Richtung.

Ich glaube, wir brauchen hier nicht weiter auszubreiten, was das alles für uns bedeutet. Das bedeutet, daß die CDU/CSU wie in den fünfziger Jahren zu Beginn eine schicksalhafte Verantwortung für das gesamte Land hat im Blick auf die Notwendigkeit, den Standard der Bundesrepublik im Verteidigungs- und Sicherheitssystem der Welt in enger Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten und als Teil der NATO deutlich zu machen, daß wir mehr als andere berufen sind, hier mit großer Entschlossenheit und mit Mut, aber auch mit Geduld und Geschick die Position vertreten, daß wir überhaupt keinen Grund haben zu resignieren, denn wie alle Umfragen zeigen, sind die breiten Schichten unseres Volkes noch keineswegs von dieser Entwicklung überrannt. Das Problem ist, ob die, die sich als führende Kreise der Gesellschaft bezeichnen, nicht schon sehr viel weiter in ihrer depressiven Stimmung gediehen sind. Der Fisch fängt ja bekanntlich am Kopf zu stinken

12 Zum Arbeitsbesuch Breschnews am 22.–25. November 1981 AdG 1981 S. 25110–25117, AAPD 1981 Dok. 334–340.

13 Die deutsch-sowjetischen Röhren-Erdgas-Geschäfte hatten am 1. Februar 1970 mit der Unterzeichnung von Verträgen über die Lieferung von Großröhren durch bundesdeutsche Firmen, Erdgaslieferungen durch die Sowjetunion und Gewährung von Krediten durch deutsche Banken begonnen.

14 Allen war am 4. September 1981 in Bonn (AAPD 1981 Dok. 255 Anm. 59).

an. Und unter diesem Gesichtspunkt kann man auch in Sachen Neutralismus und anderen in diesen Wochen ziemlich deprimierende Beobachtungen machen. Dennoch glaube ich, daß wir alle Chancen haben, wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden und wenn wir mit äußerster Härte jetzt zurückschlagen auf diesem Verleumdungsfeld, hier Raketen und Kriegspartei und da Friedenspartei. Ich glaube, daß da für uns eine Chance steckt, weil es ebenso überzogen und so hypertroph ist, daß wir, wenn wir hier auf den Punkt zurückschlagen, eine gute Möglichkeit haben, uns zur Wehr zu setzen und auch unsere Politik durchzusetzen.

Zur inneren Entwicklung noch ein paar Bemerkungen. Das, was jetzt geschehen ist in den letzten Wochen, ist genau das, was im Interesse des Landes als das Schlimmste bezeichnet werden muß. Ich lasse mal die einzelnen Beschlüsse¹⁵ im Detail, so unsinnig sie sind, jetzt im Augenblick hier weg. Was man erwarten müßte um des Landes willen, daß aus einer depressiven Stimmung heraus mal wieder anstatt Hoffnungslosigkeit und Pessimismus ein Stück Optimismus und Hoffnung für die Zukunft vermittelt würde, ist gänzlich zerredet worden. Es ist schon wahr, selbst die positiven Ansätze, die es ja auch gibt, denken Sie nur an die paar Möglichkeiten, über Abschreibungen so etwas wirtschaftlich zu verbessern, sind so gründlich zerredet worden, am Boden zerstört worden, daß praktisch gar keine positive Aktivität hier überkam. Es bleibt die entscheidende und zentrale Frage der deutschen Innenpolitik, aber das hat auch entscheidend etwas mit der Außenpolitik zu tun, daß die Regierung offensichtlich außerstande ist, nicht nur im Ökonomischen das Richtige zu tun, sondern auch jenen geistig-moralischen Ansatz für einen neuen Anfang zu finden, ihn glaubwürdig zu repräsentieren und zu vertreten, auf den es jetzt eben ankommt. Die Wiederbelebung unserer Wirtschaft, die Investitionsbereitschaft, der Leistungswille, das ist alles das, was jetzt eigentlich notwendig ist.

Meine Bitte an Sie ist auch, ohne daß wir das, was in Amerika versucht wird, gering erachten – aber Amerika hat eine andere soziale Situation, vor allem auch ein anderes soziales Netz, das ist kein Land, sondern ein Kontinent, auch in seinen wirtschaftlichen Gegebenheiten und anderen Verhältnissen –, daß wir jetzt bei allem, was wir da hören – wir sollen ein Beispiel an den Amerikanern nehmen, dort wo das geht, sollen wir das ja auch tun –, nicht vergessen, daß die amerikanischen Wirtschaftsberater entscheidend geprägt sind von den Lehren von Müller-Armack¹⁶, von Ludwig Erhard, und daß wir bei der Gelegenheit auch ein Stück deutscher und CDU/CSU-Geschichte im besten Sinne positiv wieder bei unseren Mitbürgern, auch der jungen Generation, darstellen können.

Die Regierung hat sich im Blick auf den Haushalt als völlig immobil erwiesen. Ich brauche zu der verheerenden Kritik nichts zu sagen. Es ist einfach so, daß nichts mehr geht und daß das Ziel nicht erreicht wird. Die Sozialdemokraten werden immer handlungsunfähiger durch die verschiedenen Flügel, und Schmidt ist außerstande, das zu tun, was jetzt zu tun ist. Wenn sich die Nachrichten bestätigen – ich warte erst ab, bis ich es

15 Zu den Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung, den Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern und innerhalb der SPD vgl. Jäger S. 208–212; Geyer in Geschichte der Sozialpolitik Bd. 6 S. 95–98, 172–174; vgl. auch UiD vom 10. September 1981: „Die Wende ist fällig“.

16 Alfred Müller-Armack (1901–1978), Nationalökonom; 1938 Professor für Nationalökonomie und Kulturosoziologie in Münster, 1950 für Wirtschaftliche Staatswissenschaften in Köln, 1952–1958 Leiter der Abt. Wirtschaftspolitik sowie der Grundsatzabteilung und 1958–1963 Staatssekretär für europäische Angelegenheiten im Bundesministerium für Wirtschaft, 1963 Rückkehr an die Universität Köln, 1977 Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung.

offiziell höre und bin erst dann bereit, es zu glauben, nach all dem, was vorher gelaufen ist –, daß Herbert Wehner in der Tat ab Oktober nicht mehr die Fraktion führt, halte ich dies für die wichtigste Nachricht in den letzten Monaten, weil für mich aus meinen Beobachtungen und Erfahrung ganz klar ist, daß ohne Herbert Wehner diese Koalition längst zu Ende gewesen wäre. Man kann sogar sagen, es ist die Frage, ob vieles von dem, was heute die SPD ausmacht, überhaupt möglich gewesen wäre. Wenn er geht, es ist jeder prinzipiell ersetzbar, ist er aber jedenfalls nicht so ersetzbar, daß das, was jetzt an Problemen ansteht, etwa der Zusammenhalt der Fraktion, von einem anderen automatisch wahrgenommen werden kann. Ich weise Sie nochmals, wie schon bei meinem letzten Bericht, auf die Rolle Brandts hin, der in diesen Tagen ja von einer großen Emsigkeit ist und mit dem Motto Zuckerbrot und Peitsche Koalition und Fraktion und Partei behandelt und bearbeitet. Ich glaube, daß in den nächsten Monaten offenbar wird, daß Brandt nicht nur ganz unumstritten wieder Nummer 1 in der SPD ist, sondern daß er auch in der Frage, ob die Koalition bleibt oder nicht, eine Schlüsselfunktion wahrnehmen wird. Es ist sehr genau zu beobachten, was er tut. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Aktivität des Deutschen Gewerkschaftsbunds, wichtiger Führer des Deutschen Gewerkschaftsbunds, die ja ihre alte Idee der Revitalisierung des Gedankens einer großen Koalition nun ganz unumwunden durch das Land tragen. Es werden auch mancherlei Gespräche in die CDU hinein geführt, und ich würde mich auch nicht wundern, wenn nicht wieder der alte Köder mit dem Wahlrecht plötzlich hinter irgendeinem Busch vorgelegt wird. Ich kann nur sagen, meine Position dazu ist bekannt. Ich will nicht viel Weiteres dazu sagen. Ich möchte nur das hier erwähnt haben, damit allgemein auch klar ist, daß man sieht, wenn solche Tendenzen durchs Land transportiert werden.

In der SPD-Fraktion wird ja jetzt nun in einer beinahe tiefenpsychologischen Analyse die Sitzung vom morgigen Nachmittag vorbereitet. Da ein Haufen Erwartungen auch bei uns an die Fraktionssitzung der SPD geknüpft werden, warne ich Neugierige zu glauben, daß da außer einem gewaltigen Gefühlsstau nicht viel mehr passiert. Niemand weiß natürlich letztlich bei einer so hochgradig sensibilisierten Umwelt, was passiert. Aber ich gehe davon aus, daß sie gewaltigen Dampf ablassen, gewaltige Luftblasen in den Äther schleudern, aber dann die Hände heben und abstimmen. Denn in der Alternative, prinzipientreu zu sein oder an der Macht zu bleiben, werden sie sich einstweilen für die Stühle und für die Macht entscheiden. Dies ist meine Vorstellung von der Abwicklung dieser Tage. Wichtig ist, glaube ich, nur, daß die Führungsleute, ob das Brandt oder Wehner ist, ich komme gleich noch auf Genscher zu sprechen, in der Koalition sich jetzt mit einer neuen Art der Politik ihre Dokumente sichern für die Nachwelt. Diese öffentlichen Briefwechsel haben ja den Vorteil, daß im Gegensatz zu einer gesprochenen Rede man sozusagen ausfeilen kann bis in die Nuancen, was zwischen den Zeilen gelesen werden soll und was nicht. Ich muß Ihnen einfach sagen, für die Kollegen, die es noch nicht getan haben, über das Tagesaktuelle hinaus ist beispielsweise der Brief von Herbert Wehner¹⁷ ein wahres Meisterwerk, weil er für die Geschichtsschreibung später, wenn er noch dazukommt und seine Tagebücher oder seine Beschreibung der heutigen Zustände veröffentlichen kann, alles mit diesem Brief beweisen kann, sein wahres Meisterstück.

17 Vgl. „Der Spiegel“ vom 3. August 1981: „‘Diese Politik ist nicht friedensfähig’: Auszug aus Herbert Wehners Brief an die SPD-Abgeordneten“.

Sie sehen auch darin, was die SPD aufgibt, wenn dieser Mann diese Funktion nicht mehr wahrnimmt.

Was ist mit der FDP? Das ist die große Preisfrage. Auch in der CDU, auch in der CDU/CSU-Führung überstürzen sich ja die Beurteilungen. Ich befinde mich jetzt in der eigenartigen Lage, daß ich, der immer durch die Bundesrepublik dargeboten wurde als der große FDP-Nachläufer, was ich alles über mich gehört habe, ich war es zwar nie, aber so wurde es dargestellt, mich als der große Skeptiker wiederfinde. Ich möchte bei dieser skeptischen Beurteilung bleiben. Das Problem ist nämlich nicht, ob Hans-Dietrich Genscher springt, sondern das Problem ist, ob er auch aufkommt. Das ist das sehr konkrete Bild, vor dem wir hier stehen.

Für die FDP, liebe Freunde, ist es natürlich überhaupt nicht das Problem des Haushalts, was sie umtreibt, sondern die FDP hat bei nüchterner Erkenntnis jetzt zur Kenntnis genommen, daß die vierte Partei da ist. Das ist das einzige für die FDP bewegende Argument. Und wenn Sie den Otto Graf Lambsdorff sehen, wie er also gebeugt ist von der Last und der Verantwortung für das Vaterland, dann schieben Sie bitte noch eine Schublade vorne auf, und das ist das Thema vierte Partei. Die Grünen sind da.

Es ist eine offene Diskussion in der FDP, wie die Grünen sich auswirken werden, etwa in Hamburg, wo es ja leicht sein kann, daß das Ergebnis der Präsenz der Grünen jetzt nach den Umfragen nicht weit von zehn Prozent liegen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Es war eine Umfrage allerdings vor den Ferien im Mai, aber schon mit dem neuen Bürgermeister, nicht? Also noch mit dem alten, na ja gut, aber die Grünen werden an dem neuen Bürgermeister nicht so viel Erbauliches finden, als daß sie jetzt in Scharen überlaufen. Das heißt, daß die Frau Schuchardt¹⁸ mit einer Linksstrategie noch lange nicht in Hamburg wieder im Senat ist. Die FDP-Führung sieht mit großer Skepsis dem Wahltermin mit Alfred Dregger in Hessen entgegen, denn dort haben wir ja spiegelgleich die Berliner Wahlsituation vor der letzten Bürgerschaftswahl. Was die FDP/SPD auch macht beim Frankfurter Flughafenausbau, ist für sie schwierig. Geht sie jetzt völlig raus, was ich heute nicht mehr ausschließen kann, dann sieht das ja nicht gerade als eine politikentschlossene Autorität aus. Ich hätte es vor vier Wochen für unmöglich gehalten, muß ich ehrlich sagen, aber es sieht jetzt ganz anders aus. Macht sie aber dort entsprechende Aktivitäten, dann kommandiert da der SPD-Landes- und der FDP-Landesvorsitzende und kein CDU-Ministerpräsident wie in Gorleben oder in Brokdorf. Dies alles hat natürlich enormen Erfolg.

Man ist also in der FDP ganz unsicher. Diese Sachen mit diesen Mitgliedsumfragen können sie zu den Akten legen. Wenn man boshaft wäre, würde man die Mitgliedsumfragen bei der FDP vom Dezember 1969 veröffentlichen. Da waren es fast 80 Prozent der FDP-Mitglieder, die die Koalition mit der CDU wollten. Sie haben sich damals einen feuchten Kehricht an der Meinung gestoßen, und so ist es heute natürlich im Prinzip auch. Entscheidend ist schon, was Hans-Dietrich Genscher will. Mir wird ja unterstellt, daß ich das wisse. Ich sage Ihnen wirklich auf Ehre und Gewissen, ich weiß es nicht. Ich vermute, daß er es im Augenblick wirklich selbst nicht weiß. Wahrscheinlich sind es zwei Varianten in seiner Politik, daß er zum einen damit spielt, jetzt die Entscheidung – jetzt meine ich

18 Helga Schuchardt (geb. 1939); Ingenieurin; 1972–1983 MdB (FDP, 1982 Austritt). 1975–1982 Landesvorsitzende der FDP Hamburg, 1983–1987 Kultursenatorin von Hamburg, 1990–1998 niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur.

im Ablauf der Zeit –, zum Wechsel zu treffen. Aber auch die andere Entscheidung ist natürlich durchaus denkbar, daß er jetzt erreichen will, daß er die Profilierung der FDP so durchdrückt, daß die Regierung sozusagen FDP-Politik vertritt. Ich bezweifle, daß diese Möglichkeit geht, denn das ist ein riskantes Spiel mit den psychologischen Gegebenheiten der Sozialdemokraten. Sie merken ja, wenn die alten Eideshelfer wieder auftreten, wohin die Reise geht. Es lohnt sich wahrlich nicht, dieses montags erscheinende Druckerzeugnis, obwohl es ja auch, wie man immer wieder sieht, von unseren Leuten goutiert wird, aus Hamburg nachzulesen, aber wenn jetzt der „Spiegel“¹⁹ den großen Sieger in dem Koalitionsspiel FDP verkündet und gleichzeitig zur totalen Demontage von Helmut Schmidt aufruft, ist das natürlich das Nebenprodukt auch von mir, also das bedeutet ja nur, wenn die Jagd auf mich eröffnet wird, daß die Dinge sich wieder ein bißchen wieder verändert haben, dann zeigt es eben im Gesamtkontext, daß da innerhalb der FDP oder bei ihren Mithelfern draußen auch im publizistischen Bereich man versucht, die Geschäfte der Partei in der jetzigen Formation zu erledigen.

Herr Wehner hat ja gesagt, die große Wende des Herrn Genscher ginge mit der SPD nicht. Ich finde, das sollen wir uns alles angucken. Es ist ein riskantes Spiel, und wir sollten die FDP in den Prüfstand ihrer Glaubwürdigkeit bringen. Genscher hat in dem Brief an die Mitglieder²⁰ einen ganzen Katalog zur Wirtschafts- und Sozialpolitik veröffentlicht, den jeder von uns genauso hätte verfassen können. Das Schlimme an der Sache ist, daß viele Leute glauben, dies sei die FDP-Politik, obwohl sie eine völlig andere amtliche Politik machen. Das heißt, wie ich finde, für uns ganz konkret, daß wir sie jetzt in einigen wenigen Beispielen in der Abstimmung in die Lage bringen, genau das, was sie verlangen und fordern, auch der Öffentlichkeit vorzutragen, damit man sieht, ob sie wirklich den Mut haben, das Notwendige zu tun.

Bemerkenswert fand ich noch, das will ich als Letztes zu dem Punkt sagen, bei der Etatberatung, und das ist schon etwas ganz Neues in den elf Jahren, daß sie nach Art kriegsführender Mächte ihren Dissens anschließend feierlich zu Protokoll gegeben haben, damit man auf die Protokollnotiz bei der nächsten Runde zurückgreifen kann. Das alles, wie die Formulierungen im Umgang miteinander, zeigt halt schon ein Moment der Entfremdung, das beachtlich ist. Dennoch will ich wiederholen, was ich unseren Freunden bei der KPV am Samstag gesagt habe.²¹ Als ich noch mehr Zeit hatte, bin ich gerne bei uns in der Vorderpfalz zu den Ringerhochburgen gegangen, und ich erinnere mich an manchen Kampf in Schifferstadt, wo zwei Superschwergewichtler gegeneinander antraten. Beide so schwer, daß sie immobil wurden. Und wenn man da dabei ist, dann umschlingen sich diese Kolosse – kein sehr ästhetischer Anblick – und bewegen sich kaum. Und ab und zu bäumt sich dann der Schiedsrichter auf und verwarnet sie wegen Inaktivität. (*Heiterkeit.*) Aber es kann einem passieren, daß dann so ein Kampf wegen Inaktivität zu Ende geht, und sie stehen nach sechs Runden immer noch da. Es kommt darauf an, wie lange das eben ist, es kommt auch darauf an, was es für ein Stil ist, der dabei gerungen wird. Also ich könnte das jetzt ausbreiten. Ich warne wirklich davor zu glauben, das sei dann morgen oder übermorgen zu Ende; das weiß kein Mensch, wie das weitergeht. Unser

19 „Der Spiegel“ vom 7. September 1981: „In einem halben Jahr sind wir dran“.

20 Brief vom 20. August 1980 („Wendebrief“) in fdK – Pressedienst der FDP – vom 20. August 1980; Genscher: Erinnerungen S.447f.

21 Vgl. Anm. 3.

Job muß sein, die Regierung anzugreifen, die Schwächen offenzulegen und wenn ich sage Regierung, heißt das die beiden Fraktionen, wobei die Frage der Beweiskraftigkeit und der Glaubwürdigkeit sich natürlich und vor allem und in einem entscheidenden Umfang gegenüber der FDP deutlich zu machen hat. Ich glaube auch, es ist richtig, daß wir mit Gelassenheit und mit Entschiedenheit reagieren.

Wir haben ein Problem, das habe nicht zuletzt ich, das will ich auch hier offen ansprechen, zu Beginn der Herbstperiode. Das ist der ungeheure Erwartungshorizont in unserer Bevölkerung. Man kann sich auf der Straße kaum bewegen, ohne daß man von Leuten angesprochen wird. Es gibt ja auch keine SPD- und FDP-Wähler mehr vom Oktober, man findet nur noch Freunde der Union. Man kann sich kaum bewegen, ohne daß man gefragt wird, wann stürzt ihr die? Selbst Leute, Redakteure, Journalisten, die ihr Leben lang sich in Bonn umhergetrieben haben, haben nicht die einfachsten verfassungsrechtlichen Vorstellungen über den Ablauf im Bundestag. Die schreiben einfach, ihr stürzt die! Sie sagen aber nicht, wie man das in der Technik macht, wenn man die Mandate nicht hat. Und es gibt dann diesen Erwartungshorizont, der sucht natürlich auch seine Personalisierung. Und manch einer, auch im Lager der Union, sagt jetzt natürlich, jetzt müssen die es und jetzt muß der es schaffen. Es werden auch wieder die sein, die an der Klagemauer stehen und sagen, der hat es nicht geschafft. Wobei also ich sehr genau unterscheiden kann zwischen dem Wohlmeinenden, um die Partei voranzubringen und dem, was vielleicht ganz andere Gründe hat.

Es ist sicher, die nächste Krisenrunde steht ins Haus. Ich glaube nicht, daß die nächste Krisenrunde der SPD-Parteitag im April in München zur Nachrüstung sein wird, sondern daß die allgemeine wirtschaftliche Lage bestimmte Entwicklungen im Laufe des Winters vorantreiben wird. Dies ist vielleicht aber auch der Punkt, wo die FDP aus ihrer Sicht am leichtesten umsteigen kann. Ich meine jetzt nicht zu uns, sondern wieder enger zur SPD, weil man dann sagt – das Argument ist ja schon in der Runde –, wir müssen bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Richtige tun, aber mit dem DGB, wir brauchen die große Organisation, wir dürfen keine Streikgefahr haben, und daß man sich dann vielleicht auf Programme verständigt, die man jetzt noch ganz entschieden zurückgewiesen hat.

Was können wir tun? Zunächst einmal unser Kurs in dieser Sache. Ich lege darauf Wert, daß wir das mal wieder sagen, weil ja viele so tun, als gäbe es das gar nicht: Wir haben ein Wahlprogramm mit der CSU verabredet, jetzt vor einem Jahr, und das ist die Leitlinie für die Regierungsarbeit und natürlich in der fortgeschrittenen Entwicklung der Gesamtwirtschaft auch für die Opposition. Wir haben nach der Wahl gesagt, wir haben die Wahl nicht gewonnen, sondern verloren, wir nehmen auch innerlich die Rolle der Opposition an für die nächsten vier Jahre; in dieser Weise wollen wir unsere Pflicht tun. Aber liebe Freunde, wir sind selbstverständlich gerüstet auch dann, wenn wir eben zu einem früheren Zeitpunkt, ich sage das jetzt nicht morgen auf den Kalendertag, sondern eben im übertragenen Sinne, die Verantwortung übernehmen müssen.

Da gibt es ungewöhnlich dumme Ratschläge. Der dümmste von allen Ratschlägen heißt, seid doch froh, daß ihr jetzt nicht dran seid, denn was hättet ihr denn alles für Probleme! Natürlich hätten wir Riesenprobleme. Nur, wenn draußen in der Bevölkerung eine Partei in den Geruch kommt, die sich zutraut und erklärt, die Mehrheit der Wähler erringen zu können, wenn eine Partei in den Geruch kommt, bei schlechtem Wetter nicht

drankommen zu wollen, ist es so, als wenn man einen Jagdhund zur Jagd tragen muß. Er ist disqualifiziert, weil der Mangel an Biß auch zugleich ein Mangel an Glaubwürdigkeit ist. Und das zweite ist, daß es gut ist, wenn wir nicht drankämen, weil wir ja das mit den Gewerkschaften gar nicht schaffen würden. Auch dazu will ich lapidar sagen, wer glaubt, einen Regierungsantritt der CDU/CSU vom Votum der Mehrheit etwa des Deutschen Gewerkschaftsbunds abhängig zu machen, der kann sich gleich für die nächsten 100 Jahre vertagen. Wir werden nur Gnade bei denen finden als Partner in einer Koalition mit der SPD, aber nicht um irgendetwas Konstruktives zu tun, sondern um die Sache, die jetzigen Verhältnisse total immobil zu machen, einzubetonieren auf Zeit und Ewigkeit. Und jetzt das dritte, was wichtig ist. Wir müssen deutlich darauf hinwirken, daß dies keine Staatskrise ist, sondern eine Regierungskrise, und daß die natürlichste Sache von der Welt in einer funktionierenden Demokratie ist, daß in einer Regierungskrise die Gruppen, die die Krise verursacht haben und nicht lösen können, abtreten und der Alternative, der Opposition, entsprechend Platz machen und ihr die Chance einräumen.

Dazu ist natürlich in unserer Strategie auch die Frage unserer Glaubwürdigkeit im Umgang mit der Bevölkerung, mit den Forderungen, die wir erheben, wichtig. Da haben wir ein Problem, das muß man offen aussprechen, das vor allem im Bundeshaus zum Teil von den jetzt aus dem Urlaub zurückkehrenden Kollegen mit wilder Entschlossenheit vorgetragen wird. Das ist die Frage, wie werden wir uns verhalten in der unterschiedlichen Position zwischen Bundestag und Bundesrat? Das ist natürlich die gleiche Partei, aber die verfassungsmäßigen Gegebenheiten und die tatsächlichen Gegebenheiten sind unterschiedlich. Wir haben im Bundesrat die Mehrheit, das weckt viel Freude, aber erweckt auch eine besondere Verantwortung. Der Bundesrat nimmt in allen finanziellen Dingen zugleich die Rechte und Pflichten der Gemeinden wahr. Auch das muß man bei der Gelegenheit einmal sagen, weil es ja auch zu den Torheiten der jetzigen Diskussion gehört, daß dauernd geredet wird über die Finanzen in Bonn, aber nicht darüber geredet wird, daß die öffentlichen Finanzen insgesamt in der Bundesrepublik in einer miserablen Entwicklung und die Gemeinden und die Länder dabei genauso involviert sind.

Für uns kommt noch etwas hinzu, was ich auch immer wieder sagen muß, was leider vergessen wird, nämlich die Tatsache, daß durch irgendwelche Fügungen, die wir nicht so beeinflussen konnten in der Vergangenheit, die finanzschwachen Länder halt überwiegend die Länder sind, die die CDU/CSU-Regierungen haben, und daß es hier ganz besondere Implikationen aus dieser Sicht gibt. Das heißt, ich sage ganz klar, daß ich es für ausgeschlossen halte, daß wir zu einer lupenreinen Abstimmungsübereinstimmung zwischen Bundestag und Bundesrat kommen. Ich halte das im übrigen auch für ganz falsch. Ich bin dafür, daß wir im Bundestag eine Reihe von Dingen abstimmungsmäßig einfach anders machen müssen, wobei dann der Bundesrat oft in der Lage ist, etwas scheitern zu lassen, weil es auf seine Stimme auch in der Gewichtung ganz und gar und direkt ankommt. Die haben im übrigen auch im Bundestag eine Möglichkeit, die der Bundesrat nicht hat. Wenn wir an einem oder anderen Punkt die FDP in die Abstimmung bringen wollen, haben wir diese Chance im Bundesrat nicht, es gibt ja nur eine CDU-Regierung mit der FDP zusammen im Saarland. Und wir können vor allem nicht in einer namentlichen Abstimmung die Herren Genscher, Lambsdorff usw. direkt an der Urne sehen, was nun eine breite Beachtung in der Öffentlichkeit findet.

Wir haben mehrfach darüber gesprochen mit den Ministerpräsidenten, mit der Fraktion. Für meinen Geschmack ist viel zu viel darüber in der Öffentlichkeit geschrieben und gesagt worden. Auch das, das muß ich mal hier sagen, ist voller Probleme für mich. Wenn Sie sich als Parteivorsitzender auch in dem Amt des Fraktionsvorsitzenden daran halten und die Kollegen aus der Fraktion zurückhalten, jetzt zu jedem Punkt bis ins Detail bereits öffentliche Diskussionen zu führen, ist das natürlich voller Probleme, wenn auf der Ebene der Länder, ohne jetzt hier verfassungsmäßige Positionen antasten zu wollen, breite Kataloge der Öffentlichkeit unterbreitet werden, die in der Partei nach meinem Dafürhalten in einer ganzen Reihe von Punkten überhaupt nicht mehrheitsfähig sind. Das werden wir jetzt in den nächsten Tagen und Wochen sehr deutlich spüren.

Dennoch gehe ich davon aus, daß wir morgen in der Fraktion nicht nur darüber sprechen, sondern auch bestimmte Beschlüsse fassen. Beschlüsse über die Punkte, die ich eben im groben angeführt habe, die auf gar keinen Fall unsere Zustimmung finden können.²² Das Bedrückende ist ja, daß alle Ziele des Stabilitätsgesetzes von der Regierung nicht erreicht wurden, weder im Beschäftigungsstand noch in den Inflationsraten und alles was dazu gehört, daß wir also sehr genau uns das ganze Kompendium betrachten, was sie vorgelegt haben. Ich sagte schon, es gibt ein paar Punkte, die wir, wie ich finde, akzeptieren sollten, wo es vernünftigerweise wirtschaftsfördernd wirken kann. Wir müssen aber ebenso deutlich machen, was wir auf gar keinen Fall billigen. Ich gehe davon aus und werde es entschieden vertreten, daß wir keine Steuererhöhung, keine Abgabenerhöhung in irgendeinem Punkt billigen, weil es genau in diesem Augenblick das Falsche ist, und auch die beabsichtigten Programme überhaupt nichts bringen werden und daß unter diesem Gesichtspunkt die ganze Vorlage also sicherlich nicht ausreichend ist.

Aber ich gehe auch davon aus, gerade weil wir sowohl, was meine Empfehlung ist, die Senkung des Kindergelds ablehnen müssen, wie auch die Steuererhöhung und das, was ich bereits nannte, daß wir ein paar Punkte angeben, um eine Richtung deutlich zu machen. Ich warne vor einer Politik des totalen Neins, die so ausgeht, daß man sagt, die haben ja an allem schuld, was ja wahr ist. Auch das müssen wir natürlich sagen, aber an dem einen oder anderen Punkt deutlich machen, wohin wir die Entwicklung gehen sehen. Und wir haben da ja ein paar Punkte längst in der Öffentlichkeit auch im Bundestag gesagt. Stichwort BAföG. Das ist der Punkt, der ist überfällig, den sollte die Union aufnehmen auch in Form von konkreten Anträgen. Wir müssen die Gelegenheit der Finanzdiskussion wahrnehmen und endlich in der Asylantenfrage zu einer vernünftigen Gesetzgebung kommen. Das trifft wieder finanziell übrigens weit mehr die Länder und die Gemeinden als den Bund; aber es ist ein interessanter finanzieller Aufhänger.

Und meine Damen und Herren, das ist der Punkt, auf den ich klar hinaus will wegen der Abstimmung im Bundestag, in der Auseinandersetzung mit der FDP: Wir müssen nach meiner Überzeugung – das war auch die Meinung des geschäftsführenden Fraktionsvorstands in diesen Tagen, mit der Gruppe, die wir gebildet haben zur Vorbereitung der Debatte – das Thema Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe ineinander verschränkt angehen. Die Zahlen sind nicht haltbar, wir stehen ja jetzt vor der absurden Situation, daß etwa in der Sozialhilfe die Regelsätze in den zwölf Jahren von 1969 bis 1981 viel stärker gestiegen sind als die Renten, und daß wir jetzt den Widersinn

22 Protokoll vom 8. September 1981 in ACDP 08-001-1064/1; Stellungnahme zu den finanzpolitischen Beschlüssen der Regierung vom 3. September 1981 in UiD vom 10. September S. 2–4.

haben, daß die Leute ohne Arbeit in ihren verfügbaren Nettoeinnahmen bessergestellt sind. Wenn Sie also im Detail die Rechnungen vor sich sehen, ist das der blanke Unsinn, den man hier produziert. Ich hoffe, daß die Fraktion diesen Vorstellungen folgt und wir in diesen wenigen Punkten zu einer exemplarischen Abstimmung kommen. Unsere Freunde draußen im Lande, darüber gibt es für mich keinen Zweifel, sind also außerordentlich daran interessiert, daß sie neben der Kritik von der Union auch sehr konkret ein paar Vorschläge hören, die in die richtige Richtung gehen. Ich bin dann sehr gespannt ohne Erwartungen an die Sache selbst, wie die Damen und Herren von der FDP abstimmen werden. Sie wissen, daß die Vorschläge, die wir hier jetzt überlegen, ja auch aus dem Schoß der SPD schon diskutiert wurden und daß sie nur durch den Einspruch des DGB jetzt sozusagen von der Tagesordnung einstweilen abgesetzt werden. Ich bin sicher, daß im Laufe des kommenden Winters wir in dem Zusammenhang auf dieses Thema wieder zurückkommen. Soviel, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Ich schlage jetzt vor, Walther, daß wir, wie vorhin besprochen, in der Reihenfolge uns verhalten, daß Du kurz diese Steuerfahndungsdiskussion in der Öffentlichkeit hier darstellst mit ein paar Sätzen mehr, als wir bisher gesagt haben, weil ich doch hier verspüre, daß nicht in der Öffentlichkeit, aber in der parteiinternen Öffentlichkeit die Fragen, was ist da usw., sehr intensiv sind. Das wird ein ziemliches Problem. Wir müssen auch noch der Fraktion eine Sprachregelung geben über das, was wir in der Öffentlichkeit gesagt haben. Dann gibt der Generalsekretär seinen Einführungsbericht. Ich bedanke mich.

Kiep: Meine Kolleginnen und Kollegen, die Vorwürfe gegen den Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und gegen den früheren SPD-Schatzmeister Alfred Nau²³ haben dazu geführt, daß in diesem Zusammenhang – das ist unsere Vermutung – im Bereich der Staatsbürgerlichen Vereinigung in Köln Unterlagen gefunden worden sind, die die Staatsanwaltschaft veranlaßt haben, die Untersuchungen auch auf die CDU/CSU auf allen Ebenen auszudehnen.²⁴ Die Einzelheiten sind uns bis zur Stunde nicht bekannt. Die Staatsanwaltschaft hat sich auch nicht geäußert, was sie im einzelnen eigentlich nun vorhat. Nur die Tatsache als solche ist bekannt, und das Zentrum der Ermittlungen erstreckt sich auf den Bereich der Staatsbürgerlichen Vereinigung; dazu ist es nach unserer Vermutung durch Besuche und Beschlagnahmen bei einzelnen Firmen gekommen. Der Stand der Ermittlungen ist uns im einzelnen bis zur Stunde nicht bekannt.

Ich darf diejenigen im Bundesvorstand, die an den Diskussionen teilgenommen haben, daran erinnern, daß wir seit Jahren vor einer ganz bestimmten Praxis gewarnt haben, und ich darf daran erinnern, daß wir als Bundespartei zumindest einen Glaubwürdigkeitsvorsprung darin haben, daß wir zu einem sehr frühen Zeitpunkt, als weder eine politische Lösung einerseits, noch eine Klärung der Streitigkeiten zwischen Finanzverwaltung und Partei andererseits möglich schien, damals den Weg gegangen sind, eine höchststrichterliche Klärung des gesamten Komplexes herbeizuführen. (*Unruhe. Diskussion.*) Es gab das Normenkontrollverfahren in Karlsruhe, das dann ja auch diese Regierung herbeigeführt hat. Wir haben hier doch wenigstens den Glaubwürdigkeitsvorsprung, daß wir sagen

23 Alfred Nau (1906–1983), Versicherungskaufmann; 1946–1975 Bundesschatzmeister der SPD, 1956–1983 Mitglied des Parteivorstands bzw. -präsidiums (1958), Mitherausgeber des SPD-Parteiorgans „Vorwärts“.

24 Vgl. FAZ vom 31. August 1981: „Ermittlungsverfahren gegen CDU-Politiker?“

können, daß wir uns an diese dort niedergelegten Richtlinien voll und ganz gehalten haben.²⁵

Ich widerstehe der Versuchung zu diesem Zeitpunkt, öffentlich oder auch nur in diesem Kreis Gedanken und Überlegungen zu äußern zu der Frage, wie eigentlich der Persönlichkeitsschutz in einem Rechtsstaat aussieht, in dem man durch die Zeitung erfährt, daß die etwas wollen und man dann später einen lakonischen Brief bekommt²⁶, in dem auch wieder ohne Einzelheiten nun ein Tatbestand dargelegt wird, dies zu einem Zeitpunkt, in dem gerade die Persönlichkeitsrechte in dem und dem Bereich diskutiert werden, wenn ich da nur an den Bereich des Datenschutzes denke, wo der Eintrag eines Religionsbekenntnisses in eine Datenbank schon als schwerer Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte gilt. Ich widerstehe auch der Versuchung, die Frage zu stellen, ob es einen falschen Zusammenhang zwischen dem Beginn meiner Kandidatur in Hamburg und dieser Sache gibt. Mir scheint, das muß man alles mit großer Gelassenheit und ohne öffentliche Diskussion einfach nur einmal im Kreis wie diesem hier zum Nachdenken und zum Bedenken geben.

Ich darf bei dieser Gelegenheit mich bei allen Mitgliedern und Freunden im Bundesvorstand sehr herzlich bedanken für die zahlreichen besonders freundlichen Glückwünsche und Ermunterungsschreiben, die ich im Zusammenhang mit der Hamburger Kandidatur bekommen habe, und auch für die zahlreichen Angebote zur Unterstützung im Wahlkampf. Zur Sache darf ich vielleicht nur sagen, daß der erste Anlauf in Hamburg gut gelungen ist, das darf man mal ohne Übertreibung sagen, und daß wir eigentlich jetzt in einer guten Gesamtverfassung sind und mit einem für den Zeitpunkt neun Monate vor der Wahl unglaublichen Grad der Motivation der Menschen in Hamburg diese schwierige Unternehmung begonnen haben. Nochmal sehr herzlichen Dank an Sie alle für die Glückwünsche und die Worte der Ermunterung.

In bezug auf diese hier im Vordergrund stehende Angelegenheit können wir im Augenblick nichts anderes tun, als die weitere Entwicklung abzuwarten. Ich habe dazu eine öffentliche Erklärung abgegeben, die Sie alle kennen. Ich kann dem eigentlich nichts hinzufügen, und ich glaube, es ist wichtig, daß wir nach draußen auch nicht in eine öffentliche Spekulationsunternehmung eintreten über das, was wir so im einzelnen vorliegen haben. Wir sollten das mit Ruhe und Gelassenheit auf uns zukommen lassen. Ich darf Ihnen versichern, daß wir hier in der Bundesgeschäftsstelle, in den Büros des Schatzmeisters, die Dinge sorgfältig beobachten und selbstverständlich mit allen Freunden in der Union Kontakt halten, die hier betroffen sind. Es ist ja ein größerer Kreis, nur ein Teil ist ja, wenn wir das richtig verstanden haben, veröffentlicht worden; einen weiteren Teil von etwa 30 Namen soll es wohl noch im Hintergrund geben. Was da alles noch kommt, können wir nicht abschätzen. Das kann also noch sehr viel umfangreicher werden, als es heute schon ist. Aber ich glaube, es ist wichtig, daß wir vor allen Dingen eines beachten: Ich würde sagen, öffentliche Äußerungen sollten eigentlich grundsätzlich nur auf der Linie erfolgen, die wir hier auch als Bundespartei am vorigen Montag vorgegeben haben, und wir sollten weitergehende öffentliche Äußerungen wirklich nur vornehmen nachdem wir

25 2. Parteispendenurteil vom 24. Juli 1979 (BVerfGE 52, 63).

26 Zum Schreiben der Staatsanwaltschaft Bonn vom 31. August 1981 (Zustellung an das Büro des Bundestagspräsidenten) vgl. Stellungnahme Kieps in UiD vom 10. September 1981: „Kieps zum Schreiben der Staatsanwaltschaft“.

uns untereinander und miteinander darüber abgestimmt haben. Soviel, Herr Generalsekretär, zu dieser Sache.

Geißler: Ja, vielen Dank. Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt über diese Frage nicht diskutieren. Ich glaube, der Bericht des Bundesschatzmeisters – ich glaube, ich spreche mit Ihrem Einverständnis – ist informativ genug, um uns zu informieren über den Stand der Angelegenheit. Ich glaube nicht, daß eine Diskussion dieses Themas uns jetzt weiterführen könnte. Oder sind Sie anderer Meinung? Dann würde ich vorschlagen, daß wir uns jetzt dem Schwerpunkt unserer Arbeit heute vormittag zuwenden, nämlich dem Bundesparteitag.

VORBEREITUNG 30. BUNDESPARTEITAG

Ich möchte Ihnen einen Überblick geben über das, was an Vorbereitungen vorhanden ist und was aus dem Parteipräsidium und im Parteipräsidium an Vorschlägen erarbeitet worden ist. Der Bundesparteitag ist nicht zu konzipieren, ohne daß wir etwas aussagen über den Inhalt und über die Inhalte. Nach dem Inhalt des Bundesparteitages muß sich der Ablauf des Parteitages richten, und deswegen muß ich zum Thema des Inhalts eine Vorbemerkung machen. Dieser Parteitag findet statt, das haben wir hier im Bundesvorstand und anderswo, im Parlament, schon des öfteren gesagt, in einer krisenhaften Zeit, in der die Menschen weitgehend die Widersprüche in ihrem menschlichen, in ihrem persönlichen, aber auch in ihrem politischen Leben erfahren. Den Menschen geht es materiell noch relativ gut; dennoch nimmt die Angst vor der Zukunft zu. Wir haben zehn Jahre sogenannte Spannungs- und Friedenspolitik hinter uns, und dennoch wächst die Angst vor dem Krieg. Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt, und dennoch wird es immer schwieriger, die notwendigen Leistungen für unsere äußere Sicherheit, aber auch für die Innere Sicherheit zu erbringen. Die Staaten auf der ganzen Welt geben in Billionen-DM-Höhe Geld aus für die Rüstung, und gleichzeitig verhungern Millionen von Menschen Monat für Monat auf der Welt. Ich nenne hier nur einige Beispiele, die von den Menschen, von uns allen, als Widersprüche empfunden werden. Damit ist das, was an Widersprüchlichem auf der Welt vorhanden ist, nur unzulänglich umrissen. Das heißt, wenn wir diesen Parteitag jetzt im Herbst dieses Jahres durchführen, dann müssen wir auf diese veränderten psychischen, psychologischen, aber auch auf die veränderten politischen Bedingungen, zumindest auf die wichtigsten Fragen, eine Antwort zu geben versuchen.

Ich glaube, daß es, und das hat sich aus der Diskussion im Parteipräsidium ergeben, im wesentlichen um die Erneuerung der politischen Grundlagen, oder besser gesagt, um eine Erneuerung des Bewußtseins über die politischen Grundlagen in der Bundesrepublik Deutschland geht. Das betrifft in erster Linie die Sicherung unserer ökonomischen und sozialen Zukunft, d. h. die Frage der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Wir haben einmal diesen Begriff gewählt. Eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen, auch was die Wachstumsraten anbelangt, mit der Aufgabe, wie wir dies im Arbeitsprogramm auf dem Mannheimer Parteitag formuliert haben, den Staat handlungsfähig zu halten und gleichzeitig den sozialen Frieden zu sichern und dennoch ausreichend Geld zur Verfügung zu haben, um neue Aufgaben zu erfüllen. Es geht um die Erneuerung des Bewußtseins, um die politischen Grundlagen unserer Außenpolitik,

der Friedenspolitik. Und hier, glaube ich, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Verteidigungspolitik, oder genauer gesagt unsere Aussagen und unsere Ausgaben für die Bundeswehr, für die NATO, für Waffen, auf dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden muß, das ist der eigentliche Grund und die eigentliche Begründung unserer Verteidigungspolitik, daß wir sozusagen am Schnittpunkt zweier Welten stehen, zwischen deren Inhalten es keinen Kompromiß gibt. Auf der einen Seite die freiheitliche Demokratie und auf der anderen Seite die Diktatur in den sozialistischen Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs. Insoweit ist dieser geistig-politische Sachverhalt die eigentliche Begründung dafür, daß wir Verteidigung finanzieren, daß wir Waffen brauchen. Ich glaube, dies wieder in den Vordergrund zu rücken, wird ein wichtiger Punkt unserer Diskussion um den Frieden sein.

Wir stehen vor einer Aufgabe, wieder deutlich zu machen den Vorrang der Person vor dem Kollektiv, den Vorrang der Familie, der freien Gemeinschaften vor dem Staat oder staatlichen Organisationen, deutlich zu machen, daß öffentliche Aufgaben eben auch von Privaten und Freien, gut, ja oft sogar besser erfüllt werden können. Dies würde bedeuten eine Erneuerung des Subsidiaritätsprinzips. Dieser Begriff ist als Arbeitsbegriff natürlich auch von der Geschichte her nicht mehr als ein Arbeitsbegriff zu verstehen, aber wir bemühen uns, diesen Begriff Subsidiaritätsprinzip auch in ein verständliches Deutsch zu übertragen. In diesen Zusammenhang gehören alle Fragen, die mit dem Bildungswesen zusammenhängen. Das heißt, weniger Schwerpunkt auf organisatorische Fragen und mehr auf Inhalte.

Das sind gleichzeitig, wenn ich mal diese vier Schwerpunkte zusammenfasse, auch die Fragen, mit denen sich junge Menschen beschäftigen. Wir wollen ja bei der Diskussion mit jungen Menschen nicht sogenannte jugendpolitische Themen in den Vordergrund rücken, sondern die Themen, über die junge Leute reden. Und es ist nicht nur die Bildung oder die Schule, sondern das ist erstens der Friede, das ist die Frage der Zukunft, d. h. die Frage der Arbeitsplätze, der Studienplätze, es ist die Frage, wie kann wirtschaftliches Wachstum und technologischer Fortschritt auch in der Zukunft vereinbart werden mit der Erhaltung unserer natürlichen, unserer kulturellen, unserer sozialen Umwelt. Und es ist die Frage, die viele junge Leute stellen, ein selbstverständliches Ja zur Freiheit, aber eben nicht nur Freiheit, sondern sie wollen auch Geborgenheit, soziale Sicherheit haben. Damit ist der ganze Bereich der überschaubaren Lebensbereiche angesprochen, von der Familie über das Krankenhauswesen bis zur Schule, also das, was wir inhaltlich, organisatorisch in der politischen Ordnung durch die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips verwirklichen können.

Aufgrund dieser Diskussionslage, ich muß das alles sehr gerafft zusammenfassen, ist das Parteipräsidium zu der Auffassung gekommen, daß der Parteitag inhaltlich vier Schwerpunkte haben sollte. Zunächst einmal die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Ich will einmal so den Arbeitsbegriff nehmen, wobei hier natürlich der gesamte Bereich des Arbeitsmarktes hineingehört, die Fragen einer qualitativen Arbeitsmarktpolitik bis hin zu den Fragen einer Neukonzipierung des Generationenvertrages, statt Zweigenerationen- Dreigenerationenvertrag. Eine Frage, die in der CDU lebhaft diskutiert wird, die man aber in dem Zusammenhang „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ sicher nicht aussparen darf, ist der Bereich Bildung und Beruf. Dann wir haben das Thema Subsidiaritätsprinzip mit dem Arbeitstitel versehen „Bürger und Staat“. Ich

glaube, daß dies eine richtige Umschreibung ist; sie ist etwas farblos, aber sie ist inhaltlich zweifelsfrei richtig. Und schließlich das Thema Sicherung von Freiheit und Frieden, also das Friedensthema.

Ich möchte noch einmal sagen oder darauf hinweisen, daß im Verlauf der Diskussion um den Parteitag auch die Forderung aufgestellt worden ist, doch auf diesem Parteitag nicht nur über die Zukunftschancen der Jugend zu sprechen, sondern über die Zukunftsfragen unseres Volkes. Ich glaube, das eine ist richtig und das andere ist auch richtig, und zwar aus den Gründen, die ich vorhin schon genannt habe, weil nämlich die zentralen Themen unseres Volkes eben notwendigerweise fast gleichzeitig auch die zentralen Themen der jungen Menschen sind. Weil es sich um die Zukunft unseres Volkes handelt, sind junge Menschen natürlich von diesen Themen auch besonders berührt. Infolgedessen ist das Motto oder der Slogan des Parteitages, den der Parteivorsitzende und ich Ihnen vorschlagen, ein Slogan, der beide Ziele eigentlich umgreift: „Mit der Jugend – unser Land braucht einen neuen Anfang“. Es ist in der Presse, um dies zu sagen, der Eindruck entstanden, als ob dieser Slogan, das muß ich jetzt auch wegen der anwesenden Präsidiumsmitglieder hier mitteilen, auf der Sitzung des Parteipräsidiums beschlossen worden wäre. Dies ist nicht der Fall gewesen. Ich habe dies in der Pressekonferenz auch nicht gesagt, aber es gab am Mittwoch der vergangenen Woche Berichte in der Presse, daß das Motto des Parteitages geändert und daß also eine neue Konzeption in Gang gesetzt worden sei. Aus dem Grund war es notwendig, damit also kein Durcheinander entsteht in der Diskussion in der Partei, dazu etwas Klärendes zu sagen. Das Motto, das im Präsidium so nicht formuliert worden ist, ist dann vom Parteivorsitzenden und mir einmal formuliert worden, und ich glaube, daß es die Richtung dessen, was wir auf dem Parteitag diskutieren müssen, richtig umreißt.

Aus dieser inhaltlichen Vorbemerkung ergibt sich nun der Ablauf des Parteitags. Ich möchte Sie darüber unterrichten, daß wir vom Parteipräsidium Ihnen Folgendes vorschlagen – Herr Radunski, vielleicht sollten Sie gleich anschließend einmal die Übersicht verteilen, wie der Parteitag ablaufen soll²⁷: Der erste Tag ist diesmal ausnahmsweise ein Dienstag. Da ich selber die Tage immer wieder durcheinanderbringe, weil bisher unsere Parteitage montags angefangen haben, rede ich jetzt immer vom ersten, zweiten und dritten Tag des Parteitags. Aber der erste ist ein Dienstag, daraus ergibt sich, daß der zweite ein Mittwoch ist und der dritte ein Donnerstag.

Am ersten Tag soll der Parteitag begonnen werden mit der Rede des Parteivorsitzenden, wobei diese Rede sich auch beschäftigen muß mit der aktuellen politischen Situation, eine Generalabrechnung selbstverständlich mit der Koalition beinhaltet und unsere Positionen in dieser Auseinandersetzung deutlich macht, neben den inhaltlichen Aussagen, die von der Rede erwartet werden. Daran wird sich eine Generalaussprache anschließen. Darf ich um Ruhe bitten? Ich glaube, es ist notwendig, daß wir uns darüber klar werden, wie der Parteitag aussehen soll, denn der Bundesvorstand muß die Tagesordnung verabschieden und bestimmen nach der Satzung. Dann gibt es eine Generaldiskussion über die allgemeine politische Lage, am Nachmittag muß in den Leitantrag des Bundesvorstandes zu diesen vier Themen eingeführt werden, das darf ich jetzt hier nachtragen. Der Leitantrag sollte sich, muß sich eigentlich – ich hoffe, daß wir das hinkriegen –, mit

27 Druck in UfD vom 10. September 1981 S. 5f.

den vier Schwerpunkten inhaltlich befassen. Die Einführung in den Leitantrag wird von mir vorgenommen, und daran schließt sich eine erste Diskussion des Leitantrages an bis in den Abend hinein. Dann folgt der sogenannte Hamburger Abend.

Am anderen Tag, also am zweiten Tag, beginnt der Parteitag mit einer neuen Form des Parteitags, wie wir dies bisher so noch nicht gehabt haben. Wir wollen diese vier Punkte behandeln in vier Foren. Und zwar schlägt Ihnen das Parteipräsidium vor, am Vormittag von 9 bis 13 Uhr die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, Bildung und Beruf, Bürger und Staat zu behandeln und zwar in getrennten Foren, zu denen sich die Leute anmelden können. Und am Nachmittag findet dann ein Plenarforum statt, das sich beschäftigt mit dem Thema Frieden und Freiheit. Dieses Plenarforum kann gehen von 14 bis 18 Uhr oder bis 19 Uhr, ich glaube wir sollten uns darauf noch nicht festlegen, und im Anschluß daran wird die Diskussion um den Leitantrag im Plenum fortgesetzt. Am dritten Tag dann Fortsetzung der Diskussion um den Leitantrag und Verabschiedung und dann einige andere Anträge und Schlußrede des Parteivorsitzenden.

Nun komme ich zu einem zweiten besonderen Punkt des Parteitages. Wir schlagen vor, daß zu diesem Parteitag neben den normalen Delegierten und den Gastdelegierten eine bestimmte Anzahl von jungen Leuten eingeladen wird. Diese jungen Leute sollen in den Foren und auf den Foren Rederecht haben. Wir stellen uns dies so vor: Die Partei hat rund 750 ordentliche Parteitagsdelegierte. Die Hälfte davon können die Landesverbände zusätzlich als Gastdelegierte mitnehmen. Das wären 375. Wir haben mit den Landesgeschäftsführern nun folgende Möglichkeit einmal erörtert und sind mit den Landesverbänden aus dem Kontingent der Gastdelegierten 250 junge Leute als Gastdelegierte auf den Parteitag mitbringen und die restlichen 125 sozusagen normale Gastdelegierte sind. Aber 200, 250 Gastdelegierte als junge Leute. Die müßten die Landesverbände mitbringen bzw. die Kreisverbände mitbringen. Über die Einzelheiten muß im einzelnen noch geredet werden. Darüberhinaus schlagen wir Ihnen vor – wir können dies auch –, 200 zusätzliche junge Leute einzuladen über die Verbände. Wir stellen uns vor, daß 300 bis 400 junge Leute auf diesem Parteitag teilnehmen und auf diesem Parteitag in den Foren auch volles Rederecht haben. Dies ist nicht nur ein optischer Gesichtspunkt, weil nach unserer Parteitagsstatistik nur zehn Prozent, genauer gesagt, 10,9 Prozent der Parteitagsdelegierten unter 35 Jahren sind, und noch weniger, also unter neun Prozent, jünger sind als 30 Jahre.

Auf einem Parteitag, der eben auch das Thema Jugend nun schwerpunktmäßig behandelt, ist es gut, wenn wir vom Parteitag her deutlich machen, daß wir an diesem zweiten Tag mit einer großen Anzahl von jungen Leuten in die Diskussion kommen. Wie die zweite Gruppe, diese 200 jungen Leute über die Jugendverbände eingeladen werden, darüber werden auch noch im Moment Vorschläge erarbeitet. Wir sind davon ausgegangen, daß selbstverständlich auf diesem Parteitag kontrovers diskutiert werden muß. Zumindest muß die Möglichkeit dazu bestehen. Aber wir können natürlich nur solche Leute auf diesem Parteitag haben und einladen, die sich an die demokratischen Spielregeln in der Diskussion halten, die also diskussions- und dialogbereit sind. Das heißt, wir wollen keine inhaltliche Zensur ausüben, aber sozusagen eine verhaltene – Zensur ist ein falscher Ausdruck – aber ich meine, es hat ja keinen Sinn, daß wir Leute einladen, ich habe es auf der Pressekonferenz gesagt, die in das Mikrophon reinschreien, „Ihr Ärsche!“; (*Heiter-*

keit.) was also normalerweise die Präliminarien sind bei bestimmten Leuten, die öffentlich diskutieren, vor allem im Fernsehen.

Also insoweit jetzt ganz grob Inhalt und Ablauf des Parteitages. Wir schlagen Ihnen vor, daß in den Foren auch politische Inhalte und Schwerpunkte gesetzt werden aus dem Präsidium heraus, aus dem Bundesvorstand heraus. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, daß zu dem Thema Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft eine Einführung erfolgt durch den Ministerpräsidenten Stoltenberg, daß eine Berichterstattung im Plenum erfolgt durch Walther Leisler Kiep, daß Bildung und Beruf eingeleitet wird in einer Stellungnahme durch Frau Laurien und daß Ministerpräsident Ernst Albrecht die Berichterstattung übernimmt, daß Bürger und Staat eingeleitet wird durch Kurt Biedenkopf, und Norbert Blüm im Plenum die Berichterstattung übernimmt, und das Plenarforum Frieden eingeleitet wird durch Richard von Weizsäcker. Einen Berichtersteller braucht man nicht, weil es sich ja um ein Plenarforum handelt. Insoweit also jetzt der Ablauf des Parteitages.

Jetzt komme ich zu einem weiteren wichtigen Punkt, über den ich Sie informieren muß. Der Parteitag ist ja inhaltlich vorbereitet worden durch eine Kommission unter der Leitung von Frau Laurien und von Herrn Pfeifer. Zu diesem Kommissionsbericht gab es eine Fülle von Stellungnahmen. Wir haben ungefähr 30 oder 35 Stellungnahmen. In diesen Rahmen fällt selbstverständlich auch das, was Kurt Biedenkopf geschrieben hat. Es haben aber andere aus dem Präsidium, z. B. Alfred Dregger, Norbert Blüm, ich bitte jetzt zu verzeihen, wenn ich jetzt hier nicht alle aufführe, einen Beitrag geleistet, ebenfalls Stellungnahmen abgegeben, alle Vereinigungen haben dazu Stellung genommen. Insofern ist dies alles eine erfreuliche Sache, das will ich sagen. Es ist nicht so erfreulich gewesen, daß nun ein Beitrag besonders in der Presse erschienen ist, aber ich möchte insgesamt sagen, das, was Kurt Biedenkopf, Alfred Dregger, die Sozialausschüsse, die Vereinigungen geschrieben haben, sind nun wirklich gute Beiträge für die Weiterbehandlung des Leitantrages. Das möchte ich also ausdrücklich hier feststellen, und es sind wirklich wichtige Anregungen hier zusätzlich gegeben worden.

Nun sollte ja der Leitantrag für den Bundesparteitag von der Kommission erstellt werden. So war dies der Partei mitgeteilt worden Ende Juni, als der Kommissionsbericht verschickt worden ist. Es hat sich herausgestellt, daß dies nicht möglich ist. Und aus diesem Grund bin ich nun im Moment dabei, den Leitantrag zu formulieren, allerdings in einer etwas zeitlich begrenzten Möglichkeit, die halt so aussieht. Damit kommen wir auf eine entscheidende Frage vom Verfahren, daß dieser Leitantrag am 21. September, also heute in 14 Tagen, vom Bundesvorstand verabschiedet werden muß, wenn dies ein Leitantrag des Bundesvorstandes sein soll, und das muß er sein. Dies bedeutet, wenn ich jetzt zurückrechne, daß ich den Entwurf für den Beschluß des Bundesvorstandes spätestens heute in acht Tagen Ihnen zuleiten muß. Für die Stellungnahmen zum Kommissionsbericht war Fristablauf 1. September. Wir haben also maximal – hatten wir und habe ich – zweieinhalb, drei Wochen Zeit, um den Leitantrag nun in eine Fassung zu bringen, die nicht nur die Bildungspolitik beinhaltet als aussagekräftigen Antrag, sondern eben auch die anderen Punkte. Wobei der erste Teil im Kommissionsbericht eine wertvolle Grundlage war, für das, was im Leitantrag ausgeführt werden muß. Der Leitantrag sollte allerdings, und ich bitte darum, daß Sie dazu auch Ihre Meinung sagen, natürlich nicht eine Wiederholung von programmatischen Äußerungen sein, die die CDU schon mehrfach beschlossen hat, sondern wenn wir Zukunftshoffnung vermitteln wollen und wenn

wir sagen, wir brauchen einen neuen Anfang, dann müssen wir auch etwas konkreter sagen, wie wir uns die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft oder das Verhältnis Bürger und Staat, unsere Zielrichtung Sicherung des Friedens und der Freiheit und Bildung und Beruf vorstellen. Aus diesem Grunde wird heute im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung eine kleinere Kommission, die das Parteipräsidium eingesetzt hat, zusammentreten, um den ersten Rohentwurf, der erstellt worden ist in den vergangenen 14 Tagen, zu diskutieren. Wir haben dann noch in dieser Woche Zeit, um im Lichte der Erkenntnisse der Diskussion des Parteipräsidiums und hier des Bundesvorstandes unter Mitarbeit derjenigen, die sich bereit erklärt haben, in dieser Kommission mitzuwirken, den Leitantrag noch zu ergänzen und zu verbessern.

Das ist im Moment die Arbeitslage, in der wir uns befinden. Also in 14 Tagen sollte der Leitantrag vom Bundesvorstand verabschiedet werden. Ich würde aus diesem Grund bitten, daß Sie sich diesen Entwurf, wenn er Ihnen in acht Tagen zugeschickt wird, sorgfältig ansehen und nach Möglichkeit vielleicht schon auf einem kleinen Zettel, in einem Brief mir schreiben im Laufe der übernächsten Woche, was Sie geändert haben möchten, was zusätzlich hinein soll, damit dies dann bei der Bundesvorstandssitzung in die Diskussion hineingenommen werden kann und wir Zeit sparen. Die Problematik der Situation für die inhaltliche Erarbeitung des Leitantrages beschränkt sich aber jetzt nicht nur auf das Datum 21. September, wir können diese Aufgabe leisten, davon bin ich überzeugt, aber es bedarf wirklich der Anstrengung aller, die beteiligt sind und eben auch unserer Bereitschaft, dann in 14 Tagen den Antrag auch zu verabschieden. Dies setzt natürlich eine intensive, aber konzentrierte Diskussion voraus.

Nun ist es so, die Frist für den Parteitag für Anträge zum Parteitag, von denen die antragsberechtigt sind, läuft ab am 3. Oktober. Wenn wir also am 21. September den Antrag des Bundesvorstands in die Partei hinausgeben, stünden der Partei nur noch anderthalb Wochen praktisch zur Diskussion dieses Leitantrages zur Verfügung. Dies ist natürlich völlig ausgeschlossen! Infolgedessen müssen wir die Antragsfrist verkürzen. Wir haben aber dafür auch nicht allzu viel Zeit. Wir haben Erfahrungen in dieser Frage, aber wir haben nicht allzu viel Zeit, weil die Antragskommission ja zum Leitantrag des Bundesvorstands und zu den eingegangenen Anträgen Stellung nehmen muß und wir bis zum Parteitag, 3./4. November, ja eine Synopse des Leitantrages und der eingegangenen Anträge drucken und versenden müssen. Dazu brauchen wir, was weiß ich, eine Woche oder anderthalb Wochen Zeit, so daß die Fristverkürzung maximal um eine Woche 14 Tage, also diesen Zeitraum, umfassen kann, das heißt, man kann statt dem 3. Oktober dann den 15. nehmen oder den 18. Oktober, dann haben die Parteiorganisationen drei Wochen Zeit, um ihre Vorstandssitzungen abzuhalten und zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Dies ist zumutbar, schwierig, aber zumutbar. Ich will mich weiter zu dem ganzen Ablauf jetzt nicht äußern, aber die Zeit ist ausreichend dann, um die Synopse drucken zu können, und wir können dann rechtzeitig den Delegierten die Synopse zuschicken, so daß die Synopse mit dem Leitantrag und den ergänzenden Anträgen vor dem Parteitag in den Händen der Parteitagsdelegierten ist.

Soweit der Bericht über Inhalt, Ablauf und Vorbereitung des Bundesparteitages. Ich darf Sie herzlich bitten, daß wir nun über diese Konzeption diskutieren und Beschluß fassen.

Von Bismarck: Herr Vorsitzender, ich habe eine große Bitte, daß schon jetzt bei der Erwägung im Leitantrag alles das, was zum Beispiel auch in unserem Parteitagebschluß vom März zum Thema Europa steht, vorkommt, daß wir nicht erst in der Sitzung am 21. anfangen, hier eine Nachreparatur vorzunehmen. Alles, was über Soziale Marktwirtschaft gesagt wird, hat überhaupt keinen Sinn, wenn wir nicht von vornherein die Abhängigkeit von den weiteren europäischen Entwicklungen ins Auge fassen. Es hat alles gar keinen Sinn mehr, wir müssen das wissen. Die Zusammenhänge sind so eng geworden, daß, wenn wir das nicht ins Auge fassen, wir an den Realitäten vorbeireden. Darf ich den Herrn Vorsitzenden der Fraktion bitten, mir freundlichst zuzuhören, damit ich nachher nichts sage, was er mißbilligen sollte? Das zweite ist Wirtschaftspolitik. Ich bin ja in der Fraktion Obmann für dieses Thema und kann nur sagen, die mangelnde Kenntnis meiner Kollegen über diese Zusammenhänge läßt sich nicht mehr mit höflichen Worten beschreiben. Wenn wir also im Vorstand diesen Beschluß nicht fassen, dann müssen wir erheblichen Ärger in Kauf nehmen.

Zweitens, es ist in der Sache Frieden bei der damaligen Fassung durch unseren Kollegen Herzog nicht erreichbar gewesen, die Dimension Europa auch nur anzusprechen, trotz mehrerer Anträge. Dies ist für mich eine schreckliche Sache, denn woran liegt es denn im wesentlichen, daß wir an der Friedensfront keine Stimme haben? Es liegt doch daran, daß Europa vom Westen her gesehen als nicht ganz verläßlich und vom Osten her als nicht kalkulierbar angesehen werden muß. Mit wem soll Herr Reagan reden, wer ist sein Partner? Ich finde also, wenn wir nicht begreifen, daß Europa das Friedensthema ist, reden wir auch an den Realitäten vorbei. Mit der Jugend über die Zukunft Deutschlands zu sprechen, ohne über Europa zu reden, halte ich für absurd. Ich weiß aber, daß bisher über dieses Thema fast gar nicht geredet wurde. Deswegen trage ich es heute vor und bitte Sie, sehr ernst hier und einmal viel gründlicher als bisher nachzudenken. Meistens, wenn ich davon anfangen, reden die Kollegen über etwas anderes, wie mein Freund Friedrich Vogel jetzt. Das bin ich gewohnt. Sobald Europa kommt, hört das Interesse auf. Liebe Freunde, das ist eine katastrophale Situation! Ihr habt mich dahin geschickt, um mitzuspielen! Und ich sage Euch, was wir hier tun, ist ein schweres Versäumnis! Schade, daß so wenige Kollegen da sind, die Herren des Präsidiums, nur einige wenige ausgewählte Exemplare. Aber ich muß es jetzt sagen, damit nicht am 21. der Krach nochmal größer wird. Das wollte ich hier festgestellt haben und bitte auch den Parteitagebschluß zu lesen, den wir gefaßt haben. Bisher ist daraus nichts entstanden als Schweigen.

Geißler: Vielen Dank. Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich ein Versäumnis reparieren und in unserer Mitte ausdrücklich begrüßen den neuen stellvertretenden Pressesprecher der Christlich Demokratischen Union, Herr Brückmann²⁸. (*Beifall.*) Herzlich willkommen, nun auch Ihnen gute Arbeit!

Gradl: Wir hatten ja ursprünglich eine völlig andere Konzeption für diesen Parteitag, wenn ich das recht in Erinnerung habe. Er sollte wirklich nur bestimmt sein von dem, was wir die Sorgen, die Nöte, die Ängste, die Problematik der jungen Generation nennen. Dies ist aufgegeben worden. Ich verstehe völlig, warum das geschehen ist. Die neuen,

28 Walter Brückmann (1934–1993), Journalist; 1973–1976 Chefredakteur der „Berliner Morgenpost“, 1976–1981 Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der CDU Berlin, 1981–1985 stellvertretender Sprecher der CDU Deutschlands, 1985–1993 Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

völlig veränderten Bedingungen, die wir heute finden im Verhältnis zu vor einem halben Jahr, Dreivierteljahr, rechtfertigen das. Ich bejahe also die neue Konzeption. Was ich schwierig finde an den vier Schwerpunkten, will ich in aller Deutlichkeit sagen. Das Leitwort ist, finde ich, ein Durchbruch. „Unser Land braucht einen neuen Anfang“. Daß davor gesetzt ist „Mit der Jugend“ verstehe ich aus der Vorgeschichte unserer Konzeption. Wie man dies löst, das müssen Sie überlegen. Der Schwerpunkt wird nunmehr sein der neue Anfang! Was versteht Ihr unter neuem Anfang? Und in der Tat werden wir erstens von den Leuten, die uns anreden draußen, ja ständig gefragt, wann endlich, dieses ist vorhin vom Vorsitzenden dargestellt worden, aber zweitens, was werdet ihr denn nun tun? Wir haben einen sehr großen Vorsatz gefaßt mit dieser Formel „Unser Land braucht einen neuen Anfang“. Dies geht also nicht billig. Es wird sehr wichtig sein, daß wir bei den Aussagen, die wir dazu machen, deutlich machen, daß wir den Mut haben, auch Unpopuläres zu verlangen, denn nur dann werden wir glaubhaft. Wenn wir in einer Weise auftreten, als ob wir eine Schönwetterperiode in Erwartung stellen, wenn wir uns darauf beschränken würden, nur ein paar Floskeln einzubinden, wie das wird, natürlich alles schwer, wir werden uns hier anstrengen müssen, wir werden ein bißchen ..., dann genügt das nicht! Die Aufgabe also der Einleiter der Foren, in denen ja dann die Substanz herausgebracht werden soll für das, was wir unter neuem Anfang verstehen, wird nicht leicht sein. (*Geißler*: Ja, vielen Dank.)

Nächste Bemerkung, auch auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden. Ich bin im übrigen völlig Ihrer Ansicht, daß man über Europa reden muß, wenn man über Sicherheit redet zum Beispiel. Aber ob der Begriff Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft die richtige Formel ist? Ich weiß natürlich, was Sie meinen, und in der Sache stimme ich Ihnen zu. Ich stelle mir nur vor, was die Leute draußen damit anfangen. Denn glauben Sie bloß nicht, daß für die Masse der Leute der Begriff Soziale Marktwirtschaft etwas von vornherein Verständliches ausdrückt. Es ist ein etwas akademischer Begriff geblieben, trotz aller Bemühungen. Es wäre also gut, wenn man das, was man damit meint, doch in einer Weise ausdrückt, die für den Normalbürger erkennen läßt, was denn diese Partei, die sich anschickt, die Verantwortung zu übernehmen, sich darunter nun allgemein verständlich vorstellt. Drei-Generationen-Vertrag haben wir so in Klammern gewissermaßen zugefügt, das nur mal als ein Beispiel. So etwas deutlich zu machen in einer verständlichen Weise, aber nicht mit diesem akademischen Begriff Soziale Marktwirtschaft, würde ich also für gut halten.

Im übrigen darf ich sagen, wir hatten natürlich in meinem Kreis überlegt, wenn über Jugend gesprochen wird und das das Hauptthema wird, daß dann auch etwas gesagt werden müßte über die Jugend in der DDR. Die hat ihre eigenen Probleme, und wir dürfen nicht so tun, wenn wir von unserem Land und unserer Jugend sprechen, als ob das nur für die Jugend hier gilt. (*Geißler*: Ja!) Wenn also eine neue Entwicklung eintreten und insofern das alte Konzept wiederhergestellt werden sollte, dann möchte ich anmelden, daß wir dazu einen Beitrag dann leisten wollen, aber das brauche ich nicht zu präzisieren. Sie wissen, was ich meine.

Geißler: Ja, vielen Dank, Herr Gradl. Ich möchte eine Aussage etwas korrigieren. Das Grundthema des Parteitages ist nicht verändert worden. Der Parteitag war in der ursprünglichen Konzeption mal als reiner Bildungsparteitag in der Diskussion. Dies ist richtig. Aber spätestens seit dem Mannheimer Parteitag im Frühjahr und der sich daran

anschließenden Diskussion war klar, daß wir uns mit den zentralen Themen auseinander setzen wollen, über die junge Menschen diskutieren, aus der Erkenntnis heraus, die ja nicht falsch ist, daß nach wie vor Jungwähler für uns ein ganz besonders kritisches Wählerpotential bedeuten. Wir wollen den Leuten nicht nachlaufen, sondern zu den Themen, über die junge Leute, aber halt nicht nur junge Leute, diskutieren und zwar richtig diskutieren, klare Aussagen machen. Das ist ja ein Unterschied zum Nachlaufen. Insoweit, glaube ich, ist der Parteitag ergänzt und ausgeweitet worden auf die Themen, die nun im Vordergrund stehen, so wie ich dies dargestellt habe, wobei natürlich auch das nicht Anspruch auf Vollständigkeit hat. Aber daß wir schwerpunktmäßig diesen Parteitag dazu benutzen wollen, um mit jungen Leuten zu diskutieren, ergibt sich aus dem Vorschlag, den ich für den Ablauf und für die Gestaltung der Form gemacht habe.

Nur, wenn wir über die Zukunft des Landes und die Zukunft des Volkes reden, dann ergibt sich, ich muß es noch einmal sagen, eigentlich automatisch, daß dies eben auch ganz speziell und intensiv die Probleme der jungen Leuten sind. Selbst die Frage Drei-Generationen-Vertrag, Rentenversicherung, ist eine Frage, die zwar junge Leute im Moment nicht in den Mittelpunkt der Diskussion schieben, der aber für die Zukunft derjenigen, die jetzt 20 oder 25 Jahre alt sind, natürlich von entscheidender Bedeutung ist, wie wir die ganze Sozialversicherung in der Zukunft organisieren. Insoweit ist der Parteitag ergänzt worden im Laufe der Diskussion, aber der Schwerpunkt junge Generation, junge Leute, ist geblieben, und es ist durch den Ablauf des Parteitages dafür Sorge getragen, daß dies auch deutlich wird nach außen. Also das vielleicht zur Einschränkung dessen, was Sie gesagt haben. Im übrigen ist alles, was Sie gesagt haben, ich will nicht sagen, schon im einzelnen ausformuliert, gerade, was die Jugend in der DDR anbelangt; das ist ein ganz wichtiges Thema. Daß wir natürlich mit dem Satz „Unser Land braucht einen neuen Anfang“ relativ hohe Ansprüche an uns stellen, auch was den Inhalt des Leitantes anbelangt, das ist mir persönlich sehr bewußt.

Späth: Ich kann dort eigentlich weitermachen, wo Herr Gradl aufgehört hat. Für mich ist unser zentrales Problem, daß dieser Parteitag nicht so stromlinienförmig abläuft. Wer schon nervös wird, wenn eine innere Diskussion beginnt um Standpunkte, hat es wahrscheinlich sehr schwer drei Tage lang, deshalb brauchen wir Foren mit viel Berichterstattung, um stromlinienförmig möglichst den Leitantrag unverändert durchzubringen. Nur glaube ich, daß da das eigentliche Problem liegt. Für mich ist der Parteitag auf der einen Seite formal darauf angelegt, von der Beschlußfassung im Bundesvorstand das ganze Antragspaket von der Zeitabfolge so zu ordnen, daß der Parteitag als große Demonstration der Union abläuft, da wir ja auch den Anspruch erheben, dies sei ein völlig neuer Anfang. Dann heißt es natürlich zum Beispiel konkret, daß wir auch bereit sind, wirklich ein paar grundsätzliche Fragestellungen wie etwa neue Soziale Marktwirtschaft zu stellen, um nur mal ein Beispiel zu sagen. (*Unruhe. Diskussion.*) Dann wird wieder alles aufgeteilt in Foren. Drei Foren à 300 gibt zusammen 900. Dann kommen wir wieder zusammen, und dann erklären, dokumentieren und berichten die Altvorderen alle zusammen wieder, das wurde alles schön einheitlich beschlossen. Ich glaube, daß wir in den nächsten Wochen zwei oder drei Bemerkungen machen müssen auch zu dem, was unsere aktuellen Probleme sind. Wenn ich mit jungen Leuten diskutiere, sagen die, das kann doch überhaupt nicht sein, daß es in der ganzen CDU niemand gibt mit Fragestellungen, die völlig anders sind.

Eine Volkspartei muß doch verschiedene Fragestellungen auch mal ausdiskutieren können und mehrheitsfähig abstimmen und daraus eine Parteilinie ziehen.

Was wir dabei beachten müssen, ist, daß wir wirklich ein paar grundsätzliche Fragen angehen. (*Kohl*: Ja, hast Du denn den Eindruck, wir sind in allem einig? Ich habe den nicht.) Nein, ich habe den auch nicht. (*Kohl*: Warum hast Du dann die Befürchtung?) Ich habe die Befürchtung, daß wir uns gegenseitig dazu erziehen, so zu tun, als ob wir uns alle einig wären. Ich will das einfach in dem Kreis mal ein bißchen offener sagen, weil mich das langsam ein bißchen bedrückt. Etwa in der Frage, was wir jetzt tun in der Auseinandersetzung mit der Regierung. Ich bin persönlich der Meinung, daß wir die Situation haben mit dem Zirkus, den die Koalition jetzt macht, daß die nächste Runde für uns sehr viel schwieriger wird, weil wir im Grunde nicht in eine Generaloffensive gehen können, die nicht die Wirtschafts- und Finanzkategorien betrifft. Ich will das am Beispiel Kindergeld mal sagen. Ich kann doch nicht die neue Soziale Marktwirtschaft wollen mit geringeren Staatsanteilen und die Frage von 50 Mark Kindergeld für den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg vom sozialen Sicherheitsrat erstellen lassen. Ich werde beispielsweise, wenn mich nicht jemand ganz neu überzeugt, das ganze Bundesratspaket, mindestens von Baden-Württemberg aus, platzen lassen an der Kindergeldfrage von 20 bis 30 Mark. Da dies aber ein Gesetz ist und am Schluß die Sache zum Schwur geht, gehe ich nicht in den Vermittlungsausschuß mit buchhalterischen Erklärungen, wo wir eine Mark sparen können, um dann zum Schluß zu sagen, wir lassen diese Kindergeldfrage passieren. Aber ich lasse sie auch nicht platzen mit der Erklärung, ich weiß gar nicht, wo ich die Milliarden herbringe. Sondern ich bin bereit zu sagen, wenn die mit mehr als 6.000 Mark Einkommen kein Kindergeld mehr kriegen, daß dann sozial in diesem Staat überhaupt nichts passiert. (*Unruhe. Diskussion.*) Für mich ist das eine Grundfrage der sozialen Gerechtigkeit, weil sonst eben das ganze Sozialsystem deshalb kaputtgeht, wenn wir uns einreden ließen, daß die Transferleistungen die wahre Gerechtigkeit bringen. Dann bin ich auch bereit, über die neue Soziale Marktwirtschaft zu reden.

Ich nehme den zweiten Punkt, Renten. Mich kann überhaupt moralisch niemand mehr davon überzeugen, daß das Ehepaar, das arbeitet und sich die Kinder spart, am Schluß auch noch die beste unbesteuerte Rente kriegt, weil die schon zu der Zeit, wo sie gearbeitet haben, einen schlaun Lenz geschoben haben im Gegensatz zur Familie mit drei Kindern. Da kann ich der Mutter nicht die Jahre anrechnen, weil ich das Geld durch meine dynamische, nicht besteuerte Rente den Falschen gebe, weil es die Falschen verdienen. Das sind doch grundmoralische Fragen, das kann ich doch nicht alles passieren lassen im Bundesrat und im Bundestag und dann auf dem Parteitag in Hamburg die große Debatte um die neue Soziale Marktwirtschaft führen.

Ich meine deshalb, wir müssen dann schon von unserer praktischen Ausgangslage her auch diese Diskussion eröffnen um diese Frage. Und ich finde das gar nicht schlimm, wenn ich das nochmal sehr unvollkommen sagen darf, wenn da auch mal widersprüchliche Diskussionen in der Union erscheinen. Es kann doch gar nicht denkbar sein, daß wir dauernd fragen, also erstens, wo willst Du denn sparen? Denn die können gar nicht sparen, das ist ein ganz großes Geheimnis. Da kommen wir aber ganz groß raus. Jetzt kommt ein Riesenerwartungshorizont. Wenn wir rauskommen mit unserem Sparprogramm, dann fangen die Leute an, laut zu lachen und zwar deshalb, weil wir die großen Auseinandersetzungen um die Frage Moral von Arbeitslosigkeit, um die Moral von

Rentenzuständen, um die Moral von Kindergeldtransferleistungen, um die Moral von Sozialleistungen, nicht führen, weil wir im Grunde die in der praktischen Politik nicht so führen können. Wir kommen dann in Panik. Dann wird die halbe Partei schreien – das ist selbstverständlich –, daß es bei Schülern ganz schlimm wird, wenn die Berufsschüler kein BAföG mehr kriegen, während es die Studenten kriegen. Wenn wir aber das pauschal mal rausgreifen und wirklich mit ein paar ganz harten Zahlen kommen, dann wird sehr schnell klar, und ich glaube sogar, die Bevölkerung wird das annehmen, daß wir damit auch wirklich etwas bewegen würden.

Aber meine große Sorge ist, daß wir uns sehr geschickt möglicherweise und staatsmännisch um das Problem der Praxis beim Haushalt 1982 herumdrücken. Wenn aber das Ganze abgelaufen ist, und wir haben uns noch ein paarmal staatsmännisch gelobt, dann wird die Regierung das Thema Haushalt abhaken. Ich glaube aber, daß es wiederkommt. Deshalb bin ich der Meinung, wer jetzt die härtesten Sparvorschläge macht, wird in einem Jahr recht haben, weil die Wirtschaftslage uns dazu zwingen wird, noch ganz anders heranzugehen. Nur, wenn wir noch eine Weile warten und die ihren Haushalt hinter sich haben, dann wird das Thema die Friedensdiskussion sein.

Ich weiß auch noch nicht die Strategie, ich weiß nur eines, daß diese Offensive, die da kommt, vor allem bei der jungen Generation uns noch ganz ganz große Schwierigkeiten machen wird, weil ich mich mit meinen eigenen Kindern, wenn ich mit denen darüber reden will, schon sehr schwer damit tue, denen zu sagen, daß, wenn der eine viele Raketen hat, der andere auch viele Raketen haben muß, weil man nur mit vielen Raketen das Gleichgewicht erhalten kann. Dagegen steht die einfache Formel des Abrüstens, die übrigens primitiv und emotional zu behandeln ist, und zwar bei allen Gemütern, etwa bei jungen Frauen. Ich kann nur sagen, daß ich in allen Diskussionen, die ich nicht in Parteikreisen führe, nicht immer die Formel ausbebe, Amerika und Gleichgewicht, sondern einfach mal zuhöre. Im Freundeskreis habe ich aber ganz erhebliche Schwierigkeiten. *(Unruhe. Diskussion.)*

Für die FDP wird ohne Zweifel der Bereich Finanz- und Wirtschaftspolitik der eigentliche Kriegsschauplatz. Siehe Wohnungsbau. Vor acht Wochen haben wir ein Gesetz eingereicht, das wurde abgelehnt, und jetzt bringen sie die wesentlichen Teile unseres Wohnungsbaugesetzes selber. Und da hat die FDP die schwierigsten Hürden zu nehmen in ihrem eigenen Selbstverständnis. Am Schluß werden wir bei diesem Pakt, den wir da heute morgen überreicht gekriegt haben, wo wir nicht übers Kindergeld getrennt abstimmen können, da gibt es doch gar keinen Zweifel, im Vermittlungsausschuß Reparaturarbeit machen oder ihn als Opposition ablehnen müssen. Deshalb möchte ich, daß wir in Hamburg unsere Grundstrategie festlegen. *(Unruhe. Diskussion.)* Entweder muß das ganze Ding aus moralischen Grundsätzen platzen, oder wir müssen uns jetzt schon die Wege freimachen, durch die wir dann gehen. Aber ich lasse niemals moralisch einen Haushalt platzen, wenn wir die Einkommen über 6.000 Mark vom Kindergeld wegbringen. Ich kann doch nicht sagen, jetzt geht es um das Sparen in der Nation, jetzt wird der Gürtel enger geschnallt und was wir da für Sonntagsreden mehr haben. Dem Kleinen mute ich alle Risiken zu, dem Rentner will ich die obere Rente versteuern, dem Beamten aber höchstens ein Prozent und noch ein bißchen Beihilfe streichen. Aber die soziale Grundfrage der Union ist für mich das Kindergeld für die Reichen. Ich kann nur sagen, wenn wir diese moralischen Grundsätze in die Diskussion bringen wollen, dann gründlich.

Und deswegen ist meine Bitte, nochmal zu überlegen, ob wir einen Parteitag in Foren aufteilen, Bericht erstatten, oder ob wir nicht einfach diese Kernpunkte der moralischen Seite einer Politik diskutieren, bei der im Grunde der neue Anfang darin bestehen muß, daß der Materialismus der SPD am Ende ist, daß sie die Partei ist, die keine andere Moral hat als die des Geldes und des Materialismus, da ist die junge Generation anfällig, während bei uns die Einstellung zur Solidarität, zur Leistung des Menschen im Vordergrund steht. Das kann doch nur der Neuanfang sein! Wenn aber das der neue Anfang ist, dann muß drin sein eine praktische Aussage zu den realen Dingen der Zukunft mit der Bereitschaft, darüber zu reden, daß der nur materialistische Staat am Ende ist, nämlich der der Sozialdemokraten, daß aber der solidarische das Fundament unserer Werte ist. Da müssen wir aufpassen, daß wir nicht erst acht Wochen die Formalien spielen und dann auf dem Parteitag der große Aufbruch zur Hälfte besteht aus der Rede des Vorsitzenden, Rede des Generalsekretärs, Aufteilung der ganzen Mannschaft in Foren, Einführung in den Foren durch Präsidiumsmitglieder, Berichterstattung im Plenum durch Präsidiumsmitglieder aus den Foren, und dann dürfen die Jungen erst mal antreten. Ich bin der Meinung, laßt die doch erst mal kommen und uns Fragen stellen. Es ist doch so, daß die jungen Leute die SPD satt haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Deshalb würde ich den Parteitag nicht in die belehrende Form bringen. Mir ist die jetzige Form zu sehr wieder die Stromlinie, die reibungslose Form, wo wir uns alle produzieren, wie gut wir wären, wenn wir könnten. Laßt uns einfach mal hinsetzen und die 300 jungen Leute kritische Fragen stellen und mit denen diskutieren. Entschuldigung, ich wollte das einfach mal in dem Zusammenhang loswerden.

Kohl: Ja da brauchst du Dich nicht zu entschuldigen, Lothar, bloß muß ich sagen, ich weiß nicht, von welchem Parteitag Du eben gesprochen hast. Von dem Hamburger Parteitag, wie ich mir ihn vorstelle, mit Sicherheit nicht. Der wird weder stromlinienförmig, noch wird der belehrend, noch wird der onkelhaft. Ich bin sofort damit einverstanden, daß wir über die Redner anders reden, aber alles das, was Du zur Sache, zur Werthaftigkeit verlangst, ist nach meiner Vorstellung in diesem Parteitag drin. Wobei jetzt ein rein technischer Vorgang ist, daß man eben nicht alle Themen intensiv diskutieren kann, weil eine unterschiedliche Interessenlage da ist. Wir hatten ja früher auch auf unseren Parteitagen Arbeitskreise, heute sind das in der gehobenen Politiksprache Foren geworden, im Prinzip ist es aber völlig das Gleiche.

Aber ich will von vorne anfangen. Zunächst einmal bin ich der Auffassung, daß widersprüchliche Diskussionen der Partei überhaupt nicht schaden. Bloß habe ich halt Probleme, das muß man mal klar aussprechen, es entwickelt sich hier natürlich eine saumäßige Stimmung, die Damen mögen den Ausdruck entschuldigen, jetzt für die Fraktion. Ich habe die Fraktion eingeschworen, Leute haltet im großen und ganzen den Mund, bis die Sachen der Sozis auf dem Tisch liegen. Das Paket von den Sozis, das wirkliche Paket der Bundesregierung, ist am vergangenen Freitag um 12 Uhr bei mir auf den Tisch gekommen. Ich habe ja vorhin darauf hingewiesen, daß es eine ganz unterschiedliche Position verfassungsrechtlich und machtmäßig durch die Mehrheitsverhältnisse zwischen Bundestag und Bundesrat gibt und daß ich auch nicht dafür bin, daß man das sozusagen künstlich einebnet, zumal ich ja meine Erfahrungen habe. Ich habe nicht ohne Grund von 1979 gesprochen. Die Forderung, die müssen gemeinsam abstimmen, bedeutet ja, daß irgendeiner das Gemeinsame erzwingen muß. Und wenn er es dann zu 98 Prozent schafft, dann

wird nicht über die 98 Prozent geredet, sondern über die zwei Prozent. Eine Krankenkostendämpfungsaktion gibt es für mich nach den Erfahrungen von 1978 in diesem Leben nicht mehr. Damit das ganz klar ist. Man lernt dazu, und ich versuche auch schlauer zu werden. Das heißt also, daß wir da unterschiedlich diskutieren, finde ich gar nicht schlimm.

Nur, Lothar, es ist einfach unser Problem, das lassen Sie mich mal hier ganz direkt sagen bei den Landes- und Vereinigungsvorsitzenden, alles das, was Du vertrittst, von Mitgliedern der Landesgruppe aus Baden-Württemberg am härtesten attackiert wird. Und mein Punkt ist ja schon, daß zu einer funktionierenden Partei für mich gehört, daß Ihr Euch in drei Teufels Namen mal auch untereinander zusammensetzt und miteinander redet. Ich habe am Freitag- oder am Donnerstagfrüh eine Sitzung gehabt mit dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand und der ganzen Finanzarbeitsgruppe, da war ich in der Lage, daß ich versucht habe, genau diesen Freiheitsraum freizukämpfen. Ich versichere – auch wenn ich in den einzelnen Details nicht Deiner Meinung bin, aber warum sollen wir denn alle Deiner Meinung sein –, daß das kein Beinbruch ist. Aber da gibt es eine sehr pauschale Stimmung. Ich mache natürlich auch gar keinen Hehl daraus, bei einer solchen Sache äußern sich natürlich auch wenig sachgerechte Gründe insofern, als ganz andere Emotionen abgeladen werden. Da wird sozusagen eine Finanzfrage vorgeschoben oder vordiskutiert, und etwas ganz anderes wird in Wahrheit gemeint. Also, das muß man auch hier unter uns klar und offen ansprechen.

Ich habe dafür plädiert und ich bleibe dabei, daß ich es für ausgeschlossen halte, jener Schulmeinung, die es auch bei uns gibt, ein totales Nein zu allem das Wort zu reden. Ich halte das für nicht möglich. Ich glaube, wer das vertritt, redet nicht draußen mit Leuten wirklich, oder redet nur noch mit Ortsvorständen, die 190prozentig sind, die er auf die Art anheizt zu 210 Prozent, aber mit normalen Leuten redet er nicht. Wer jetzt nun im Kommunalwahlkampf in Niedersachsen auftritt, und ich hoffe, daß Sie alle viele Termine machen, der wird unschwer feststellen, daß unsere Kommunalleute, die ohnedies von ihrem kommunalen Alltag mehr geprägt sind auf Realitäten denn auf Ideologien, sagen, also ihr müßt da schon in ein paar Punkten ab- und zugeben und etwas sagen.

Nun muß ich noch einmal sagen, gibt es eine Reihe von Feldern, die typische Bundesratsfelder sind. Ich halte es für ausgeschlossen, daß die Fraktion diesen berechtigten Streit zwischen den Ländern und der Bundesregierung über den Betrug mit der einen Milliarde gepumptem Geld beim Kindergeld aufnimmt. Das ist nicht unser Geschäft. Wenn wir das machen, dann entsteht der Eindruck, daß wir sozusagen im fiskalischen und im Bundesländer-Verhältnis etwas hin- und herschieben; das ist nicht unser Geschäft. Ich stelle sehr in Frage, ob die detaillierten Vorschläge wirklich klug sind, bei den Beamten die detaillierten Vorschläge mit den vorigen Vorschriften an dem oder jenem Punkt, ob das wirklich unsere Sache ist aus der Opposition. Ich werde empfehlen, daß wir das nicht machen.

Aber um glaubwürdig zu sein, brauchen wir ein paar Punkte. Und da ist das BAföG dabei, das ist ja auch nichts Neues, das muß dabei sein nach meiner Überzeugung, auch weil das eine gute Einstiegsmöglichkeit ist, ich sage das noch einmal, endlich in der Gesetzgebung vernünftig weiterzukommen. Das Asylantenproblem steht immerhin mit 1,1 Milliarden D-Mark in den Haushalten, und dann gehe ich von den beiden anderen Punkten aus, dem Krankenversicherungsbeitrag, da stehen wir in einer guten Lage. Da stehen wir im Kontext von mindestens drei Grundentscheidungen der Fraktion seit 1969. Da stehen wir in der Entscheidung, daß ja die große Koalition im Jahr 1968 mit den

Stimmen Brandt und Schmidt dies beschlossen hat und es dann zurückgenommen hat. Und ich bleibe dabei, da gibt es eine Diskussion, Sie brauchen ja nur nachzulesen, was die Arbeitnehmergruppe am Spitzingsee gemacht hat, nämlich das Thema Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.²⁹ Das Letzte ist für mich ein wichtiger Punkt unter zwei Gesichtspunkten. Erstens einmal unter einem strategischen Gesichtspunkt im Verhältnis zur FDP. Wir brauchen eine Abstimmung namentlich im Deutschen Bundestag, wo wir sagen können, Lambsdorff, Genscher, wie stimmst du jetzt ganz konkret ab? Damit wir wegkommen von jenen Erwartungshorizonten des ganzen Mittelstands, die tränende Augen haben, wie sehr die Marktwirtschaft oder wie gut die Marktwirtschaft bei der FDP aufgehoben ist bei den Reden der FDP, denn die Taten folgen ja nicht nach!

Das wird Probleme bei uns geben, aber ich finde, das muß man durchstehen, das muß man hinkriegen, ich glaube auch, das kriegen wir hin. Ich bin nicht Deiner Meinung, Lothar, um das klar zu sagen, darüber haben wir schon mal im Präsidium geredet, nur damit der Meinungsunterschied offenkundig wird, daß die Dinge in der Kampagne „Friede ohne Waffen“ für uns so schlecht stehen, wenn wir kämpferisch unsere Position beziehen. Ich weiß nicht, mit was für Schülern Ihr redet. Ich würde gerne die mal bei mir haben. Ich mache jede Woche eine Schülerdiskussion, ich will also nicht fragen, wie die Schülerdiskussionen anderswo sind. Aber die Schülerdiskussion mit den Leuten quer aus der Bundesrepublik sind zu bestehen; die Leute sind verhetzt, aber was viel schlimmer ist, sie wissen überhaupt nichts, sie haben die einfachsten Sachvoraussetzungen nicht. Aber da kann man etwas machen, und ich glaube auch, daß wir diese Schlacht gewinnen können, wenn wir entschieden antreten.

Jetzt noch einmal zum Parteitag. Was will der Parteitag? Der Parteitag steht nicht unter einem Zwang, durch Abläufe Konkretes entscheiden zu müssen aus der Gesetzgebung, und hat insofern eine günstige psychologische Position nach innen. Der Parteitag steht nach außen unter dem Zwang eines gewaltigen Erwartungshorizonts an die gesamte Union, nicht an den Parteitag. Aber weil der Parteitag jetzt zufällig stattfindet, muß das also sich dabei herausstellen. Wir haben den Parteitag angekündigt mit dem Problem der jungen Generation, und das findet sich ja wieder und das muß auch bleiben. Wobei ich eben nicht der Meinung bin, daß das ein Parteitag ist, in dem die CDU öffentlich proklamiert: Hiermit rennen wir den Jungen nach! Oder was noch dümmer ist: Und hiermit eröffnen wir den Dialog mit der jungen Generation! Ich habe auch gar keine Angst vor diesem Dialog und vor dieser Diskussion, wobei ich bloß eine Menge Leute in der Partei sehe, die dauernd von Dialog reden, ihn selber aber überhaupt nicht praktizieren. Es ist ja eines unserer Probleme: Die, die am lautesten dauernd davon reden, das gilt übrigens auch für manchen in der Jungen Union, sind selber total unfähig, im eigenen Kreisverband mit ihren eigenen 18jährigen vernünftig umzugehen und vernünftig mit denen zu reden.

Wir haben nun Themen, die alle jungen Leute mehr oder minder betreffen. Wir waren der Meinung, daß wir das Forum der Gesamtpartei mit dem Thema Frieden und Freiheit ansprechen. Da sind wir auch nicht auseinander, das Thema liegt auf der Straße; das Thema nicht zu behandeln ist ganz abwegig. Ich bin auch dafür, daß es ein pädagogischer Auftrag ist auf dem Parteitag. Die Art, wie man mit so einem kritischen Thema mit unterschiedlichen Positionen, mit Wehrdienstverweigerern, die CDU-Mitglieder sind, und Wehr-

29 Stellungnahme der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion in UiD vom 10. September 1981: „Arbeitsmarkt: Bonn handelt zu spät“.

pflichtanhängern, die Mitglieder der CDU sind, umgeht, ist ein großes Problem in den Kreisparteien. Machen wir uns nichts vor, es gibt eine Menge Kreisparteien, wo wir junge Leute haben, die Ersatzdienst leisten. Aber die werden sozusagen moralisch in die Ecke gestellt, weil sie eben ein Verfassungsrecht in Anspruch nehmen. Da braucht die Partei durchaus noch eine Menge auch an eigener Erfahrung und eigener Erwartung. Und dann eben die moralischen Themen, die ja da drin sind. Ich finde, das kann vernünftig auch in der Diskussion vorbereitet mit einer ganzen Reihe von Details, eine phantastische Sache geben, auch speziell als Herausforderung im Blick auf die junge Generation.

Bloß, machst Du die vier Themen nur im Plenum, kriegst Du viel weniger Zeit natürlich, das ist ja auch ein Punkt. Und es gibt eine Reihe Leute, die werden nicht in dem Arbeitskreis sitzen, obwohl ich den für ganz wichtig halte, was aus der Schule sich entwickelt. Deswegen gehe ich auch dahin. Wir werden nicht dort sein, aber wir werden auch keine Studienratsplenardiskussion in der Form dann ausschließlich kriegen. Also wir haben wirklich hin und her plädiert und geredet. Ich finde, daß auf dem Parteitag alles, was wir gerne wollen, stattfinden kann, wobei ich sehr damit einverstanden bin, Lothar, das werde ich übrigens in meiner Rede schon sagen, speziell zur Bildungspolitik, daß wir auf dem Parteitag überhaupt nicht mit Steinen auf andere werfen, sondern davon reden, was wir selber für Blödsinn gebaut haben. Ich werde dort klipp und klar sagen, wenn ich, der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, noch einmal das zu tun hätte, würde ich bestimmte Entscheidungen, vom Hamburger Abkommen angefangen, nicht noch einmal treffen. (*Unruhe. Diskussion.*) Herr Wörner, Sie sind doch stellvertretender Landesvorsitzender oder einer der Landesvorsitzenden. (*Wörner:* Aber in Baden-Württemberg geschieht es.) Ihr habt zumindest proklamiert auf dem letzten Parteitag, daß bei Euch wieder Gedichte gelernt und Volkslieder gesungen werden. Und wenn Ihr das beides macht, werden die ja bei Euch irgendwann auch mal wieder die Nationalhymne singen. Bloß, damit da kein Zweifel ist, ich wohne in Ludwigshafen und gegenüber ist Baden-Württemberg, und gegenüber ist einer meiner Söhne in der Schule: Bis jetzt kann ich diesen Totalwandel von Gesinnung zu wenig erkennen, ich füge gleich hinzu, wie auch nicht auf der anderen Seite in Ludwigshafen. In beiden Fällen. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Ja, also Lothar, ich will jetzt nicht darüber reden, daß was bei Euch und anderswo auf dem Gebiet gelaufen ist. Tatsache ist, daß wir gar keinen Grund haben, auf andere mit Steinen zu werfen. Laßt uns doch mal anfangen! Und wenn wir das machen, ist auch die von Dir beschworene Glaubwürdigkeit gegeben.

Geißler: Also, darf ich zu dem, was Lothar Späth gesagt hat, noch eine Bemerkung machen? Das war ein ganz wichtiger Beitrag, was die Vorbereitung des Parteitages angeht, und zwar hängt die selbstverständlich auch vom Inhalt des Leitantrages ab. Johann Baptist Gradl hat vorhin einen Satz gesagt, den möchte ich nochmal wiederholen, denn den halte ich für wichtig. Wenn wir sagen, unser Land braucht einen neuen Anfang, dann können wir uns die Sache auch vom Inhalt her nicht billig machen. Das ist eine ganz wichtige Aussage. Das bedeutet aber, und deswegen greife ich jetzt hier die Diskussion noch einmal auf, daß wir vom Versenden des Leitantrages an oder der Verabschiedung des Leitantrages durch den Bundesvorstand innerhalb der Partei zu bestimmten Punkten eine sehr lebhaft Auseinandersetzung bekommen und Anträge kommen; es wird eine lebhaft Auseinandersetzung geben.

Dazu muß noch Folgendes gesagt werden: Das bedeutet, daß wir der Fraktion sagen müssen, daß wir im Verlauf der Diskussion zum Parteitag eine kontroverse Diskussion haben werden und alles, was jetzt an Kontroversen zu bestimmten Themen auch naturgemäß dann in der Öffentlichkeit entsteht – die Anträge kommen ja in die Parteigremien hinein, die werden bei Landesvorständen behandelt, bei Kreisvorständen behandelt, da gibt es dann unterschiedliche Meinungen –, dann auch von der Fraktion verstanden wird. Das muß man auch einmal jetzt zur Entlastung des Fraktionsvorsitzenden sagen, der ja nun mit Aussagen aus der Partei dann in der Fraktion konfrontiert wird. Ich glaube, man muß auch mal etwas an die Adresse der Fraktion sagen. (*Kohl*: Heiner, Du kannst das viel deutlicher sagen, Du mußt mal die Landesvorsitzenden daran erinnern, daß die Fraktionsmitglieder auch Mitglieder ihrer Landesverbände sind.) Also, die Fraktion muß einfach verstehen, daß die Partei einen Auftrag hat, wenn sie einen Parteitag vorbereitet und wenn da Dinge diskutiert werden, die vielleicht in der Fraktion erstens noch gar nicht anstehen und möglicherweise in der Fraktion sogar inhaltlich anders entschieden werden. (*Kohl*: Und die im übrigen zum Teil die Fraktion auch gar nichts angehen.) Ich möchte das gar nicht so unterstreichen, aber es muß klar sein, daß die Partei bei der Vorbereitung eines Parteitages und bei der Diskussion auch mittel- und langfristiger Themen zu Aussagen kommt, die möglicherweise in der Fraktion, in der Gesamtheit der Fraktion, nicht immer auf Zustimmung stoßen. Das muß nur mal klar sein, damit im Vorfeld eines solchen Parteitages wir nicht in eine Gemengelage kommen, die uns die Durchführung eines Parteitages in diesem Sinne unmöglich macht.

Weberling: Also verzeihen Sie mir, aber ich möchte doch unsere kritischen Stellungnahmen, die wir im RCDS zu diesem ganzen Thema haben, hier mal vorbringen. Und zwar muß ich zum einen sagen, daß wir sehr überrascht gewesen sind über diesen, ich sage es mal ganz hart, Eiertanz, der mit dem Parteitag getrieben worden ist. Wir sind sehr überrascht, daß in der Partei die Meinung vorherrscht, daß die Fragen der Jugend neuerdings die Fragen des ganzen Volkes sind. Es gibt da sicherlich Unterschiede. Man sollte so ehrlich sein, daß man das dann auch berücksichtigt und keinen Jugendparteitag mehr macht, d.h. das Motto vielleicht reduziert auf „Unser Land braucht einen neuen Anfang“. Denn so, wie der Parteitag jetzt geplant ist, sollte man es mit der Jugend weglassen. Ich möchte jetzt auch begründen, warum, und einige Punkte, die ich mir notiert habe, kurz sagen.

Zum Ablauf zunächst. Wenn ich mir den Zeitplan angucke, stelle ich fest, daß für den Leitantrag zum Beispiel als Diskussionsmöglichkeit nur sehr wenig Zeit ist. (*Kohl*: Das stimmt doch gar nicht! Sagen Sie es doch bitte, wo gibt es die Zeit nicht?) Es gibt am ersten Tag vielleicht zwei Stunden maximal Diskussion. (*Kohl*: Drei Stunden.) Ja gut. (*Kohl*: Das ist der Zeitplan. Drei Stunden.) Ja, hoffen wir, daß das so wird.

Geißler: Moment mal, dann haben wir am zweiten Tag open end im Anschluß an das Friedensforum, bis in die Nacht hinein!

Kohl: Ja, nochmal drei Stunden! Und dann fünf Stunden am dritten Tag. Das sind nach Adam Riese elf Stunden! Können Sie mir mal einen Parteitag nennen, auf dem für die Generaldiskussion und die Sachdiskussion elf Stunden Zeit war?

Weberling: Also ich hoffe, daß es so wird. Aber ich kenne von anderen Parteitagen, daß die Delegierten so allmählich abbröckeln. (*Unruhe*.) Dann will ich noch einige Dinge weiter sagen. Und zwar speziell zu der Garnierung mit Jugendlichen, die da gemacht wird.

Es werden 300 bis 400 Leute eingeladen. Ich frage ganz ehrlich, wie sind eigentlich die Auswahlkriterien dazu? Man sagt, die Landesgeschäftsführer wählen aus. Wenn ich die Partei richtig kenne, und bin ja seit acht Jahren drin, werden den Kreisvorsitzenden vielleicht ein, zwei angegeben, und dann bekommen dort vielleicht einige Jugendliche, die sich verdient gemacht haben um die Partei, ein paar Bonbons und dürfen zum Parteitag fahren. Kann man nicht der CDU kritisch gegenüber eingestellte Organisationen, die uns aber positiv kritisch gegenüber stehen, zum Beispiel die evangelische Jugend, vielleicht von der Bundespartei direkt einladen ohne ein Kontingent? Ich frage auch hier ganz offen: Es wurde vorhin gesagt, Herr Dr. Geißler, da werden nur Jugendliche eingeladen, die die demokratischen Spielregeln respektieren. Sicherlich, aber ich muß ganz ehrlich sagen, es gibt dazu noch andere; auch mit den anderen muß man den Dialog führen. Warum haben wir nicht auch mal den Mut zu ein bißchen Krach auf dem Parteitag? Ich sage das mal provozierend, warum muß alles stromlinienförmig ablaufen? Ich meine, wir sind in den Universitäten und bekommen das täglich mit. Wir halten das auch aus! Warum kann das die Partei nicht aushalten?

Und dann muß ich ganz ehrlich sagen. Es gibt einen Hamburger Abend am ersten Tag. Das ist ganz nett, auch so eine schöne Fete. Aber wäre es nicht sinnvoll, wenn die Partei wirklich mit Jugendlichen diskutieren, ins Gespräch kommen will, wenn man in die Stadt reingeht? In Jugendzentren, zu Foren, die man dort veranstaltet, daß Delegierte dann wirklich eine Gelegenheit haben, mal zu demonstrieren, was die Partei wirklich ist, das christdemokratische Ziel, daß wir tatsächlich die Jugend begeistern und auch entsprechend Jugendliche überzeugen können. Ich muß hier auch ganz hart mal eines sagen: Wir haben, und das ist mein Eindruck, Sie können mich korrigieren, wenn das falsch ist, in der Kommission etwas erarbeitet; es gab sehr viele Stellungnahmen dafür. Ich habe aber das Gefühl, daß ich an der Nase herumgeführt worden bin mit einer ganzen Reihe anderer, mit denen ich gesprochen habe, daß wir für den Papierkorb gearbeitet haben. Und da frage ich in dem Zusammenhang, was soll das Hearing eigentlich noch am Parteitag? Da ist ja gar nichts da. Soll das dann gestrichen werden, oder was soll da stattfinden?

Ich möchte noch etwas zu den Foren sagen. Wir haben einen Leitantrag.³⁰ Wäre es nicht vielleicht sinnvoll, daß wir auf diesen Foren auch vielleicht Teile des Leitantrags als Diskussionsgrundlage haben, daß die Jugendlichen die Möglichkeit haben, die dorthin kommen, (*Kohl*: Das ist doch so.) auf diese Beratung richtig einzuwirken?

Und ich habe einen Eindruck, damit möchte ich schließen, daß die Partei – und das ist nicht nur der Eindruck des RCDS, sondern auch vieler JÜler und CDÜler, die ich kenne – der Meinung ist, daß die Diskussion innerparteilich mit dem Hamburger Parteitag abgeschlossen ist. Vielleicht ist das hier nicht so. Ich weiß von einer ganzen Reihe von Ihnen, daß Sie da anderer Meinung sind. Aber in der Partei herrscht dieser Eindruck vor, und ich muß ganz ehrlich sagen, persönlich profitiert die CDU zur Zeit von der Schwäche der Regierung, nicht von ihrer eigenen Stärke. Das sieht dann so aus, daß kritische Stellungnahmen in den Kreisverbänden tot gemacht werden, daß zum Beispiel der RCDS,

30 Antrag A 1 und Beschluß der 4. a. o. Bundesversammlung des RCDS vom 4./5. Juli in Düsseldorf sowie Stellungnahmen des RCDS-Bundesvorstands vom 26. August und vom 30. September 1981 zum geplanten 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg vom 3.–5. November 1981 in: ACDP Dokumentation RCDS IX und 9/93/6-1-1.

der sich manchmal eine kritische Meinung erlaubt, vom „Mittelstandsmagazin“³¹ bis zur „Welt“ in den Rücken geschossen bekommt, weil er eben angeblich zu links ist. Ich muß sagen, daß man eben irgendwo mal den Mut haben muß zur kritischen Diskussion, zur kritischen Auseinandersetzung, was allerdings bedeutet, daß man in den Grundwerten wirklich einig ist. Wenn beim Ablauf des Parteitages, z. B. bei der Einladung der Jugendlichen, ganz wesentliche Korrekturen vorgenommen werden, wenn nicht zum Beispiel der Hamburger Abend gestrichen wird und man dort wirklich da in die Basis runtergeht, daß die Delegierten die Möglichkeit bekommen, mal was zu sehen, wie das wirklich aussieht bei der Jugend, dann muß ich sagen, wird der Parteitag zumindest unsere Erwartungen nicht erfüllen. Selbstverständlich, das möchte ich versichern, werden wir daran teilnehmen und konstruktiv mitarbeiten, aber wir haben an sich ganz andere Vorstellungen. Ich würde es begrüßen, wenn zumindest einige dieser Vorstellungen vielleicht berücksichtigt werden können.

Kohl: Also, Herr Weberling, ich bin ja nun wirklich der, der im Umgang mit dem RCDS viele Dinge selbstverständlich gelten läßt. Aber eines bitte ich mir aus, das muß ich jetzt schon sagen, daß Sie über einen Parteitag reden, wie wir ihn machen, und nicht, wie Sie glauben, daß wir ihn beabsichtigen. Wenn Sie also jetzt hierherkommen und lapidar sagen, in der Partei herrscht der Eindruck vor, mit dem Parteitag sei die Diskussion zu Jugendproblemen abgetan, Entschuldigung, dann ist das absoluter barer Unsinn! Die Partei gibt es überhaupt nicht, sondern es gibt nur in der Partei diverse Stimmen, und so gut wie Sie mit mir – und Sie waren immerhin in den letzten acht Wochen insgesamt sechs Stunden bei mir – haben wir auch mit anderen stundenlang über den Parteitag gesprochen. Sie wissen von mir, von Geißler und von anderen, wie wir den Parteitag verstehen, auch in der Folgeentwicklung, was wir öffentlich sagen, was wir schreiben. Wir reden doch dauernd zu diesem Thema! Da können Sie doch jetzt nicht hier sagen, in der Partei herrscht dieser Eindruck vor! Es gibt sicherlich auch in der Partei mit vielen 100.000 Mitgliedern Leute, die so denken, aber ich muß Ihnen sagen, das akzeptiere ich überhaupt nicht, daß wir untereinander so reden im Parteivorstand. Sie sitzen ja nicht irgendwo! Sie sitzen hier im Vorstand der CDU Deutschlands. Das Ganze ist doch absurd, daß hier einer ist, der etwa die idiotische Meinung vertreten würde, am Ende des Hamburger Parteitages sei das Thema weg! Der Parteitag ist ein Zwischenstück, und es gibt ganz wichtige Diskussionen wie die Kampagne „Friede ohne Waffen“, die sozusagen von dem Parteitag, wie ich hoffe, mit Kraft in die Kreisverbände hineingetragen werden, damit wir die Diskussion dort führen. Das ist das erste.

Und der zweite Punkt: Ich habe neulich gesagt, was mir bei so vielen Jungen nicht gefällt, ist der lamentierende Ton. Das gefällt mir jetzt auch bei Ihnen nicht! Wenn das „Mittelstandsmagazin“ Sie angreift, Sie greifen doch auch an! Wenn man selber austeiit, darf man nicht zimperlich sein. Aber das ist doch kein Argument hier unter uns, daß Sie jetzt noch hier im Vorstand sagen, die „Welt“ schießt Ihnen in die Knie; die „Welt“ schießt mir seit Jahren in den Rücken, ich lebe auch damit, ich lebe sogar ganz gut damit! Solange mich die Leute dort totsagen, lebe ich offensichtlich länger. Die „Welt“ ist doch nicht

31 Mittelstandsmagazin H. 7, Juli 1981: „Konkurrenz für den RCDS“; „Die Welt“ vom 19. August 1981: „Seidel-Stiftung: RCDS hat nur Angst um Pfründe“; vom 24. August 1981: „Post vom RCDS“ vom 27. August 1981: „Konservative Studenten oder zu nahe an der NPD?“ – Hintergrund war die Auseinandersetzung mit dem „Ring Freiheitlicher Studenten“.

das Parteiorgan der CDU! Das wollen wir doch mal festgestellt haben, wo kommen wir denn eigentlich hier bei unserer Debatte hin, wenn wir untereinander so argumentieren?

Dritter Punkt: Hamburger Abend. Man kann über den Hamburger Abend reden, aber Ihre Argumentation akzeptiere ich überhaupt nicht! Ich lehne es ab, eine Argumentation zu akzeptieren, die unter Umständen so aussieht, daß der Delegierte, der jetzt nach Hamburg kommt und der sich darauf freut – meinetwegen der Kreisvorsitzende, in diesem Fall der stellvertretende Kreisvorsitzende Ludwigshafen, das ist, mein Lieber, ein Basisarbeiter, den ich seit über 20 Jahren kenne – und sagt, er will einen Hamburger Abend haben. Man kann ja über die Sache an sich reden, aber dem zu sagen, er müsse in die Stadt gehen in irgendein Haus dort zu irgendeinem Treffen mit jungen Leuten, um Basiserfahrung zu haben, der springt Ihnen schlicht und einfach ins Gesicht! Der Mann braucht auch den Nachhilfeunterricht nicht! Daß es in der Partei Leute gibt, die in dieser Sache Nachhilfeunterricht brauchen, das stimmt. Bloß täuschen Sie sich nicht, die finden Sie nicht in Hamburg an dem Abend, sondern die sind noch ganz woanders in Hamburg nach der bisherigen Lebenserfahrung der Hamburger Partei, in der ich seit 1953 mitmache. Das heißt also, so weltfern sind wir nicht, wie Sie jetzt im Augenblick hier geredet haben. Ich rede jetzt auch mal Tacheles! Irgendwo ist das gut gegen den Infarkt, daß man mal aus seinem Herzen keine Mördergrube macht! Ich kann nur lapidar dazu sagen, der Hamburger Abend geht auf mich zurück, weil das eine wichtige Sache ist in dieser Zeit für die Parteimitglieder. Das sind nicht die Fraktionsleute, die sich alle Woche dreimal sehen, sondern die Leute, die irgendwo herkommen. Die freuen sich, die haben ein Parteiverständnis, in dem das Wir-Gefühl noch da ist, in dem ein Stück Wärme drin ist.

Man kann natürlich an dem Abend, weil man diskutiert, ein großes intellektuelles Glanzlicht aufsetzen. Nur, damit es ganz klar ist, im Augenblick kommt es darauf an, die Partei zusammenzuhalten. Niemand von uns weiß, ob wir nicht im nächsten Jahr oder im übernächsten Jahr ganz anders mit Wahlentscheidungen zu tun haben als jetzt. Die Partei ist innerlich alles in allem in einem ganz guten Entwicklungszustand. Wir nehmen an Mitgliedern zu und haben ein Riesenproblem, die neuen Leute zu integrieren. Das sind nicht Leute, lieber Freund, die gewohnt sind, Vorlesungen zu hören. Das sind überwiegend Leute, die im Berufsleben stehen, die am Montagfrüh um sechs in Norddeutschland und in NRW wegfahren nach Hamburg. Wenn die dann bis abends um 19 Uhr zugehört haben und dann noch beisammensitzen und einen Schoppen trinken, ist mir das lieber, als daß wir einen feierlichen Abend machen und die dann fortgehen. Verstehen Sie, Freiheit ist auch die Freiheit fortzugehen. Damit wir uns da nicht falsch verstehen, mein Lieber! Das ist ja beim RCDS nicht anders als bei der Partei. Wenn nichts mehr stattfindet, geht man auch fort. Damit das ganz klar ist. Ich besuche ja auch Eure Veranstaltungen. Es ist ja nicht so, daß Ihr super seid und die Partei schwach ist. Es ist eine echte Organisation der repräsentativen Demokratie. Wir repräsentieren die Fleißigen und die Dummen, die Schufte und die Anständigen. Alles findet sich bei uns wieder. Das gilt allerdings auch für den RCDS.

Letzter Punkt, das mit den jungen Leuten. Laßt Euch doch nicht so ein Ding da anziehen! Kein Mensch hat gesagt, daß die Landesgeschäftsführer – das ist ein Albtraum natürlich für einen RCDS-Menschen – Delegierte aussuchen. Das hat doch gar niemand gesagt. Das stimmt auch einfach gar nicht. Sie wissen das ganz genau, also Sie müssen ja nicht jedes Parteigerücht, das Ihnen irgendein Esel ins Ohr flößt, hier als bare Münze

wiedergeben. Wenn Sie also jetzt hier konkret hingucken, was Heiner Geißler gesagt hat, und er hat das gesagt, was wir lang besprochen haben – daran habe ich gar keinen Zweifel –, da muß ich Ihnen sagen, daß ich Belobigungen junger Leute, die in der Partei Arbeit machen, für eine gute Sache finde. Wieso sollen wir eigentlich jene nicht belobigen, die was schaffen? Ich war auf dem ersten Parteitag in Goslar. Der Kreisverband Ludwigs-hafen, da war ich 20 Jahre alt, hat mich damals hingeschickt als eine Belobigung, weil ich in der Partei viel gemacht habe. Ich habe trotzdem meinen Mund aufgemacht; man kann in der Partei arbeiten und trotzdem eine eigene Meinung haben. Wir wollen doch jetzt nicht zu einer Arbeitsteilung kommen, daß die einen, die Genies, nichts tun in der Partei. Die stauben vielleicht nur ab, um es mal ganz konkret und deutlich zu sagen. Und die anderen, die sind großartig in der Parteiarbeit. Diese Arbeitsteilung mache ich nicht mit, damit das ganz klar ist! Wenn da einer im Kreisverband ist und was schafft, beispielsweise die Junge-Unions-Vorsitzenden oder ein RCDS-Vorsitzender, dann laßt die doch auf den Parteitag gehen. Es ist ja möglich, daß sogar die Symbiose der beiden Organisationen sich soweit entwickelt, daß einer bei der Jungen Union und beim RCDS tätig ist, und daß es ihm in beiden Organisation nicht von Nachteil ist, wenn er in beiden Organisationen tätig ist.

Mit einem Wort, wir haben gesagt, bei den sogenannten Ersatzdelegierten sollen die Landesverbände überwiegend junge Leute schicken. Wir sind natürlich dabei davon ausgegangen, daß die also nicht nach den Betragensnoten die Leute schicken, sondern wir haben doch hier alle bedeutenden Fürsten der Union versammelt, und alle sind für Kritik und alle sind für Offenheit. Folglich gehe ich doch davon aus, daß die Baden-Württemberger oder die Niedersachsen, um mal zwei besonders kräftige Stämme heraus-zuheben, uns eine wahrhaft strotzende Kraft an Diskutanten schicken. Das Vertrauen muß ich doch als Parteivorsitzender haben dürfen. Ergo, dann kriegt der RCDS seinen Anteil. Ich nehme doch an, daß Ihr fähig seid, Leute zu schicken, die reden und schreiben und denken können und sich vernünftig darstellen. Die Junge Union, die Junge Arbeit-nehmerschaft. Und darüber hinaus sollen die 100, mit den 200, doch aus diesen Katego-rien sein.

Jetzt muß ich Ihnen nur eines sagen. Sie haben sich da offensichtlich an einem Ausdruck Geißlers gestoßen haben. (*Geißler*: Ich habe, damit Du das weißt, gesagt, es gibt keine inhaltliche Zensur; auf dem Parteitag können diejenigen reden, die etwas wollen, aber es müssen demokratische Spielregeln gelten.) Herr Weberling hat sich ja gestoßen an den demokratischen Spielregeln. Jetzt muß ich Ihnen sagen, lieber Herr Weberling, wenn ich auf dem Fußballfeld einlaufe, muß ich wenigstens akzeptieren, daß im großen und ganzen die FIFA-Regeln gelten. Und wenn ich auf das Fußballfeld gehe und habe die Regeln vom Hockeyverband, bin ich dort nicht zugelassen. Ich brauche doch nun nicht wirklich auf einem Parteitag alle möglichen linken Esel von Leuten, die eben nicht demokratische Spielregeln anerkennen. (*Geißler*: Ich habe gesagt, ja wir können keinen haben, der ins Mikrophon schreit: „Ihr Ärsche!“ Also das war mein Beispiel. – *Unruhe. Heiterkeit.*)

Also verstehen Sie, Herr Weberling, ich will damit abschließen. Ich bin ja völlig dafür, daß wir kritische Leute bringen. Aber zwischen kritischen Leuten und Leuten, die uns auf den Arm nehmen, wo keine ernsthafte Möglichkeit des Kontaktes überhaupt da ist, ist doch ein himmelweiter Unterschied. Darin ist doch der Unterschied zu einer Diskus-sion zwischen dem RCDS und solchen Leuten an der Universität. Das brauche ich Ihnen

nicht zu sagen, machen wir ja übrigens gemeinsam; damit habe ich ja keine Probleme. Nur, wir haben auf diesem Parteitag zwischen 800 und 900 Journalisten als Gäste. Wir haben rund um die Uhr alle Fernsehstationen. Muß ich Ihnen sagen, wie unser Zustand vor allem in elektronischen Medien hinsichtlich des Anteils der Freundlichkeit der dort die Geräte bedienenden Operateure und Journalisten etc. ist? Glauben Sie wirklich, daß es sinnvoll ist, daß wir das Mikrophon dort Leuten überantworten, die nicht Gegnerschaft im Sachinhalt, sondern totale Feinde unserer Einrichtung und Partei sind? Da müßten wir wirklich verrückt sein! Denn das läuft in Millionen Haushalten, und in Millionen Haushalten fragen die Leute ja nicht, ist der Weberling verrückt geworden, die fragen, ist der Kohl verrückt geworden? Und deswegen antworte ich sehr konkret, verstehen Sie? Die Leute haben damals exakt bei diesen kümmerlichen Busen³² nicht gesagt, ist der Radunski verrückt geworden, sondern die Leute haben gesagt, der Kohl ist verrückt geworden! (*Heiterkeit.*) Bei der Sache in Kiel haben sie ja noch gesagt, der Geißler ist mit schuld, aber das ist wurscht. Auf meinem Buckel geht es. Verstehen Sie, ich muß erst noch das Recht behalten, Fehler machen zu dürfen. Und deswegen bekenne ich mich nicht zu diesem Fehler. – Ich bin ein bißchen lebhafter geworden, aber das schadet ja der Diskussion nicht, finde ich.

Wörner: Ich wollte bloß eine bescheidene Bemerkung machen. Darf ich vielleicht vorausschicken, weil ich in einer umstrittenen Sache tätig bin und von einigen unserer Parteifreunde gewürdigt werde als Redner: Ich war in Krefeld, in anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland, und habe dort in Gegenwart von sehr vielen jungen Leuten, bemerkenswerten jungen Leuten, gestritten, und auch in Gegenwart von Linken, die sich zum Teil an die Form gehalten haben, versucht, unsere Parteilinie und meine Überzeugung zu vertreten. Ob ich das mit Erfolg getan habe oder nicht, sollen andere beurteilen. Ich möchte nur eines nicht, daß wir uns jetzt von den linken Medien verdammt nochmal einreden lassen, daß die Geschlossenheit einer Partei eine Untugend sei! Und soweit kommen wir langsam. In meiner Fraktion, solange ich ihr angehöre, hat bis jetzt noch jeder Kollege die Freiheit gehabt, seine abweichende Meinung zu sagen. In der Partei, in der ich tätig bin seit einigen Jahren auch, hat auf jedem Parteitag jeder Delegierte sagen dürfen, was er wollte. Und ich erinnere mich an lebhaftes und an weniger lebhaftes Parteitags. Ich habe nie den Eindruck gehabt, in einer sterilen Partei zu sein. Und ich lasse mir den Eindruck der Sterilität, bloß weil wir in drei, vier entscheidenden Punkten Gott sei Dank noch einer Meinung sind, nicht von einem Teil unserer Medien aufoktroyieren. Ich bin dankbar, daß es gelungen ist, die CDU-Fraktion in der Sommerpause zu einiger Disziplin zu veranlassen, und zwar in den entscheidenden Fragen. Nun weiß ich auch, daß junge Leute manchmal die Abwesenheit von äußeren Auseinandersetzungen als Sterilität begreifen. Deswegen muß das aber noch lange nicht Sterilität sein.

Und dann möchte ich Ihnen jetzt mal sagen, wenn ich draußen Kritik an meiner Partei höre und an der Opposition, ist das gar nicht so ausgeprägt, wie manche Medien es uns zu suggerieren versuchen. Da heißt es, wo ist eure Alternative, aber nicht, wo ist euer Streit? Deswegen, wenn dieser Parteitag Erfolg haben soll, muß die Alternative so konkret wie möglich auf den Feldern ausformuliert und so geschlossen wie möglich vertreten werden und mit soviel Mut und Optimismus, daß die Leute endlich mal dieses

32 Auftritt des französischen Balletts Olivier Briac des Pariser Lido beim Bundesparteitag in Kiel 1979.

Schlottern in den Hosen wieder vergessen. Die Krankheit unser Nation ist das Schlottern in den Hosen, wenn wir nicht Mut und Optimismus verbreiten und das so geschlossen wie möglich tun. Ich sage das nicht, um jetzt dem RCDS die Möglichkeit zu nehmen, etwas zu sagen. Dann soll das einer eben sagen, dann setze ich mich mit ihm auf dem Parteitag auseinander. Das hat er immer schon gekonnt, das soll er auch in Zukunft können, da freue ich mich auf diese Auseinandersetzung auf dem Parteitag. Ich möchte bloß nicht, daß wir jetzt von einem Extrem zum anderen kommen, und das muß man sagen.

Barzel: Herr Vorsitzender, wir diskutieren hier, wie ich es verstanden haben, den Parteitag und die aktuelle Lage. Dann würde ich doch gerne ein paar Sätze dazu sagen. Ich will zunächst sagen, daß ich, weil da immer wieder Gerüchte sind, mit dem Vorsitzenden voll übereinstimme, was eine große Koalition betrifft. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist krank, wer sich mit denen einläßt, wird selbst krank.

Das andere, was ich hier sagen möchte, ist dies. Ich höre nicht gern, wenn hier in diesem Parteivorstand der CDU, dessen Handlungsgremien ja eben auch das Parlament und der Bundesrat sind, von vornherein von verschiedenen Haltungen gesprochen wird. Das mag sich am Schluß bei Abstimmungssituationen im Bundestag oder im Bundesrat darstellen, aber ganz sicherlich nicht zu diesem Zeitpunkt, wo wir vor ökonomischen Fragen vor der ersten Lesung im Bundestag und vor dem ersten Durchgang im Bundesrat stehen. Da sollte die CDU schon imstande sein, glaube ich, eine einheitliche Position zur Sache anzunehmen. Ich meine, damit wir hier ganz klar sind, daß wir jetzt in diesen nächsten Wochen versuchen sollten, die Bundesregierung zu stürzen und zwar aus außenpolitischen Gründen, die ich hier nicht vortragen möchte. So ernst sehe ich die Sache an; wir können das sehr gerne diskutieren, wenn Sie wollen. Ich glaube auch, daß dies möglich ist. Und ich bin nicht bereit, weiter nur durch die Lande zu fahren und an jeder Tür, in die ich reinkomme, gefragt zu werden – ob es eine öffentliche Veranstaltung oder eine private ist –, wo willst du denn sparen? Wir sind in die Lage gekommen, daß wir auch auf diese Frage dann gleich antworten. Ich teile die Kritik des Vorsitzenden an namhaften Mitgliedern dieses Gremiums, die gegen alle Ratschläge in der Öffentlichkeit ihre Sparpläne auf den Tisch gelegt haben. Ich werde es auch da sagen, wo die selbst anwesend sind. Die Frage im Publikum, das doch Vertrauen zu uns, Zutrauen hat, heißt doch nicht nur, wo wollt ihr sparen, sondern heißt, wie kriegt ihr den Laden wieder flott? Deshalb ist die erste Frage nicht die nach dem Rotstift, sondern die erste Frage ist doch – römisch I in jedem Antrag und in jeder Rede –, wie sieht unsere Wirtschaftspolitik aus, daß wir wieder flott werden? Und da gibt es eben Wohnungsbau, da haben wir eine Vorlage, Gott sei Dank, es gibt Energiepolitik, und es gibt Streichen von Hemmnissen, die der Ökonomie entgegenstehen.

Und ich deshalb würde ich gerne – da ich hier nicht philosophieren möchte, und bestimmt nicht stören möchte, wie hier jeder weiß, sondern große Sorgen habe –, bitten zu erwägen, Herr Vorsitzender und die Ministerpräsidenten, ob nicht der Bundesrat und der Bundestag – Sie sprachen von einem Antrag – in dieser Sache nicht gleichlautend und dabei gleichgerichtet diese Ziffer I als die Voraussetzung jedweden Mitwirkens an irgendeiner Streichaktion klarmachen. Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis – kürzer geht es überhaupt nicht mehr, es ist immer gut, wenn man in solchen Fällen die Koalitionslage vor Augen hat und ein Papier zur Hand hat, was aus der Regierung selbst kommt –, für dieses Protokoll drei ganz kurze Sätze aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1981 der gegenwärtigen

Bundesregierung vorlesen.³³ Ich könnte mir vorstellen, daß das ein Antrag wird im Bundesrat wie Bundestag. Das sind die Worte der Regierung: „Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht 1981 vor allem darin, Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die es der privaten Wirtschaft ermöglichen, mit Investitionen zur Erneuerung des Produktionsapparates zur Erweiterung der Beschäftigung wieder einen nachhaltigen Wachstumsprozeß in Gang zu setzen“, „noch bestehende Hemmnisse für Investitionen und Innovationen soweit wie möglich abzubauen“, „eine wohnungspolitische Gesetzgebung“ usw.

Dann kann Lambsdorff gar nicht anders. Das sollte eben nicht nur uns taktisch helfen, aus dieser Ecke rauszukommen. Ich habe Herrn Späth gehört, ob wir am Schluß in einer Gesamtabstimmung wegen 20 Mark Streichung des Kindergelds, meinerwegen beim ersten Kind oder irgendwo, den ganzen Laden ablehnen sollen. Nein, das ist bestimmt keine Alternative, in die wir uns hier bringen dürfen, wohl aber eine politische Aussage zu machen, gleichgerichtet im Bundesrat und Bundestag zu sagen, zuerst müssen wir sehen, daß wir wieder flott werden, hier haben wir drei Punkte. Das sind die Punkte aus dem Jahreswirtschaftsbericht mit den Worten der Regierung. Dann brauchen sie über unsere kritischen Einlässe auch nicht mehr nachzudenken, denn dann haben sie alles das, was sie selbst vorgeschlagen haben und wissen, nicht in diesem Sommer und Herbst gemacht. Und dann haben Sie auch eine moralische Position, das macht auf junge Leute, wenn ich mit denen spreche, Eindruck. Und mit so einer Ziffer I haben Sie nicht die Gewerkschaftsführung auf ihrer Seite, weil die das natürlich auch betrachten werden, aber psychologisch ein Stück Arbeit schafft, zwar nicht als ein beschäftigungspolitisches Programm, wie der DGB das will, also mehr Staatsausgaben, aber sehr wohl Sehen des Problems, daß nicht durch Streichen, sondern durch wieder flottwerden, durch Vollbeschäftigung und Wachstum allein die Probleme zu lösen sind. Ich wollte dies, Herr Vorsitzender, so kurz wie möglich hier vortragen.

Ritz: Es ist vielleicht gut, daß ich direkt daran anschließen kann, weil ich meine, daß wir hier in dieser Runde, sagen wir mal, nicht jetzt eine endgültige Abstimmung, aber einen gewissen Konsens doch darüber herbeiführen. Wir müssen ja spätestens am 17. September (*Kohl:* Fraktion morgen.) Stellung nehmen. Deshalb will ich einfach auch mal versuchen, aus der Situation eines Landes und zwar auf dem Hintergrund der Beratung, die wir, die Finanzminister, mit Herr Stoltenberg am vergangenen Montag, hatten, einiges dazu zu sagen.

Herr Barzel, ich würde Ihnen zustimmen, wenn Sie sagen, an Ziffer I muß stehen wirtschaftlicher Rahmen. Aber es muß ja dann auch eine Ziffer II kommen. Ich glaube, da sind wir uns einig, es müssen konkret auch Anträge auf den Tisch kommen. (*Unruhe. – Kohl:* Ja, er ist ja dafür.) Ich will zunächst die Situation der Länder sehen. Denn eines ist, glaube ich, unstrittig. Die bisherigen Beschlüsse führen die von Herrn Lambsdorff immer wieder beschworene Strukturwende in der Ausgabenpolitik nicht herbei. Überhaupt kein Zweifel. Was aber für uns als Länder ganz wichtig ist, weil hier eigentlich alle Bundesländer die gleiche Position gegenüber Matthöfer und Lambsdorff eingenommen haben, ist, daß sie völlig unausgewogen sind in der Entlastungswirkung zwischen Bund einerseits und den Ländern andererseits. Einer Entlastungswirkung in einer Größenordnung von rund zwölf Milliarden stehen für die Länder und Gemeinden 2,5 Milliarden gegenüber.

33 BT Drs. 9/125 vom 29. Januar 1981.

Das heißt, für uns ist es existentiell wichtig, daß wir zum Beispiel für den Bereich Sozialhilfe konkrete Änderungsanträge auf den Tisch legen, weil sonst vieles von dem, was der Bund spart etwa beim Arbeitsförderungsgesetz, in Form höherer Ausgaben bei der Sozialhilfe bei Ländern und Gemeinden durchschlägt. Das kann also nicht sein. Das ist, was wir wollen aus dem Selbstverständnis der Länder, und ist deshalb so wichtig, weil alle Länder dieser Intention zustimmen.

Zweiter Punkt. Ich brauche jetzt nicht alle aufzuführen. Ich will nur einen Punkt sagen, den Herr Späth ja schon andeutete unter dem Gesichtspunkt einer grundsätzlichen Diskussion, was die soziale Gerechtigkeit angeht, sicher auch wenn es um das Kindergeld geht. Eines muß man natürlich jetzt mal sagen, Herr Späth hat es in einem Halbsatz gesagt: Wenn ich für Einkommensgrenzen bei Kindergeldkürzungen oder Streichungen bin, liegen natürlich Steuerfreibeträge wieder auf dem Tisch, und zwar von den Grundsätzen des Steuerrechts gar nicht auffindbar. Genau das hat die SPD gewußt. Denn wir können nicht nach dem Prinzip, daß Mindestaufwendungsversorgungen steuerlich absetzbar sind, in einem bestimmten Teil einfach hier Kindergeld streichen. Und ob wir die Diskussion zur Zeit wollen, nämlich Kappung von Kindergeld gegen Steuerfreibeträge, dazu müßten wir politisch dann entscheiden. Aber das ist nicht ganz so einfach, wie es, glaube ich, hier Lothar Späth gesagt hat. Ich will das einfach mal sagen. Und da ist die Position der Länder relativ einfach. Wir können das nicht verhindern, das ist nicht zustimmungspflichtig, aber wenn ihr das macht, ziehen wir die Milliarde zurück. Ich will das nur mal als die Grundlage unserer Überlegung hier doch einmal deutlich machen.

Das heißt, wir werden in wenigen Punkten versuchen, konkrete Änderungsanträge zu formulieren. Teil I, einverstanden Rainer Barzel, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Teil II konkrete Änderungsanträge und Teil III gewissermaßen Entschließung, indem wir die Bundesregierung auffordern, in Richtung Ausgabenstrukturverbesserung, weitergehende Maßnahmen, die nicht alle bis zum 1. Januar in Kraft treten können, in 1982 einzuleiten. Dazu gehört dann die Frage der Arbeitslosenversicherung, dazu gehört dann der Rentnerversicherungsbeitrag und ähnliches. Dies, glaube ich, ist dann konzeptionell eine runde Sache, und dabei schließt es sich dann gar nicht aus, daß etwa im Bundestag der konkrete Antrag in Richtung Arbeitslosengeld gehen könnte, ohne daß wir ihn gesetzgeberisch bereits im Bundesrat ausformulieren.

Ich wollte dies eigentlich nur mal sagen, weil ich glaube, was zur Zeit wichtig ist, ist, daß wir draußen klar sagen, diese Regierung hat versagt, das heißt, wir müssen uns die Freiheit bewahren, Kritik zu üben, egal was wir an alternativen Vorstellungen machen. Wir müssen die Freiheit haben, Kritik zu üben, und da setzen wir eben bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Fehlern an. Aber wir kommen nicht herum, auch bei unseren eigenen Parteimitgliedern eben doch in bestimmten Schwerpunktbereichen – das werden vier, fünf sein, sicher nicht mehr – Änderungsanträge zu stellen. Ich glaube, daß sowohl der Bericht des Vorsitzenden als auch die Einlassung insgesamt deutlich gemacht haben, daß hier eine gemeinsame Linie der CDU sich auftut, und ich hoffe, daß die uns dann auch draußen doch hilft. Denn, Herr Barzel, an der Frage nach der Alternative kommen wir nicht vorbei. Man kann das immer umdrehen, nur man muß am Ende deutlich sagen, dies ist jetzt im Augenblick notwendig, auch wenn wir andere Fragen, etwa unter dem Gesichtspunkt von Herrn Späth, diskutieren.

Wissmann: Ich muß jetzt kurz zum Parteitag noch etwas sagen. Ich glaube, jeder hat Verständnis, daß man bei dieser politischen Ausgangslage zuerst nochmal das Parteitagskonzept bemühen muß. Herr Vorsitzender, ich stelle bloß die Frage, ob wir nicht, da haben wir ja auch schon Erfahrungen gemacht auf Parteitag und auch auf kleineren Kongressen, mit dieser Fülle von Themen, die im Grunde genommen so wie jetzt die Überschriften formuliert sind, eigentlich über alles reden, nicht eher einer Verwässerung der Aussage als einer Profilierung der Aussage das Wort reden. Also mir geht es nicht nur um das Jugendthema nach dem Motto, (*Kohl:* Ja das ist ja drin!) ob das 80 oder 90 Prozent des Parteitages ausmacht oder nicht. Mir geht es um die Frage, wie profiliert kann die Aussage sein, wenn wir im Grunde genommen bei den vier Überschriften eigentlich doch den Anspruch erheben, wesentliche Teile der deutschen Politik zu formulieren.

Kohl: Wissmann, darf ich da mal kurz einen Zwischenruf, damit ich Sie verstehe, machen. Also wir sind uns einig, damit wir verstehen, von was wir reden; dann brauchen wir nicht hin und her reden. Ich will Sie auch nicht unterbrechen, Sie haben gleich wieder das Wort. Wie sichern wir Frieden und Freiheit, das muß ich ja nicht interpretieren, das ist ein zentrales Thema; das müssen wir machen. Gut, junge Leute. Abgehakt. (*Unruhe. Diskussion.*) Nun ja, aber unter dem Thema junger Leute bleibt es doch ein zentrales Thema. Dann haben wir drei Themen in den Foren. Bildung und Beruf muß nicht erläutert werden, das ist völlig eindeutig. Muß auch bleiben. Dann haben wir jetzt zwei Punkte. Bürger und Staat. Ob das optimal formuliert ist, wage ich selber zu bezweifeln, das habe ich im Präsidium schon gesagt. Gedacht war das Prinzip der Subsidiarität in der Gesellschaft, eine ganze Reihe Anregungen gerade vom RCDS und Jungen Union, das soll hier rein. Also hier soll beispielsweise nicht geredet werden über Polizeirechte und so etwas, sondern, wir haben lange über das Ding herumgeklügelt, wie können wir das, was wir mit der Subsidiarität meinen, rüberbringen, was Ihr mal in dem Poster hattet „Black is beautiful“³⁴. Verstehen Sie, in die Richtung soll das gehen. Das ist ein Thema junger Leute, das ist die steigende Kälte in der Gesellschaft vieler Leute, da steckt das Problem der Familie drin mit allem, was dazu gehört. Wenn Sie mir einen besseren Vorschlag machen zur Formulierung, im Inhalt sind wir überhaupt nicht auseinander. Es gibt keine Kraut- und-Rüben-Geschichten, sondern es geht um die Richtung. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist eine Uraltforderung, da steckt das Problem Ökonomie, Ökologie, Arbeitsplatz drin. Also das ist der einzige Punkt, mit dem ich in der Überschrift unzufrieden bin. Ich bin für jede Verbesserung dankbar, aber es ist uns ehrlich gesagt nichts Besseres bis zur Stunde eingefallen. Gewollt ist jetzt hier nicht das Problem Rechtsstaat, Rechtsmittelstaat, alles prima Probleme, also wichtige, prima sind sie nicht, wichtige Probleme, sondern gemeint ist das Thema Subsidiarität.

Wissmann: Darf ich einfach mal laut weiterdenken, wie man es vielleicht machen könnte, weil wir über die Aspekte des Themas, die Sie ansprachen, reden müssen, wie wir die einarbeiten. Könnten wir nicht diese Aspekte sozusagen im einleitenden Teil des eigentlich ja im engeren Sinne des Wortes Jugendpapiers sehen, wie es ja zum Teil auch schon angesprochen ist, um dann unmittelbar in die konkreteren Probleme von Bildung und Beruf und dann in das allgemeine und immerzu in allen möglichen Ausuferungen Anlaß gebende Thema Bürger und Staat überzuleiten, so wie wir uns das ansonsten auch

34 Plakat bei der Bundestagswahl 1976.

nicht sparen. Dann hätten wir wirklich die Chance einer Profilierung in drei Themenbereichen. Ich glaube, daß das Thema Soziale Marktwirtschaft gerade in der gegenwärtigen ökonomischen Situation von einer besonderen Bedeutung ist und darauf nicht verzichtet werden kann. Dann hätten wir zwei große Themengruppen, die ganz unmittelbar sind, und hätten bei dem Thema Marktwirtschaft auch eine Chance, eine Breitenwirkung auszuüben, hätten aber ein Thema, das sehr zu einem Laberthema zu degenerieren droht. Zumal wir das in einer sehr kurzen Zeit entwickeln müssen, eben übergeführt sozusagen in die Präambel der Teile, die sich mit Jugend allgemein oder mit Bildung und Beruf beschäftigen. Denn im Grunde genommen ist die Befindlichkeit der Jugend in der Gesellschaft ja entscheidend mitbestimmt von der Frage, wie stellt sich die Bürokratie dar. (Kohl: Selbstverständlich!) Zu welchen Einheiten entwickelt sich die Gesellschaft? Kommen wir immer mehr zu einer Wirtschaft mit großen Apparaten oder hat Menschlichkeit ein bißchen Platz? So daß wir dann, glaube ich, die Chance hätten, den Parteitag etwas konzentrierter zu fahren.

Im übrigen möchte ich nur sagen zu den ganzen Fragen der Auswahl, wenn das so läuft, wie Sie es gesagt haben, finde ich das sehr gut, wenn man bei den 200 auch ein großes Maß an Offenheit walten läßt. Es wird nur darauf gewartet, daß Sie das mal öffentlich klarmachen, wie man das macht, damit genau das, was der Kollege Weberling hier angesprochen hat, was ja in breiteren Kreisen diskutiert wird, sich nicht allgemein festsetzt, sondern damit klar wird, daß wir hier nicht sozusagen handverlesende Freundschaftsbedunkungen schon vorsortieren, sondern daß wir offen genug sind, eine demokratische Diskussion zu führen.

Kohl: Ja, eine demokratische Diskussion, Matthias Wissmann, die doch auf den CDU-Parteitag gehört. Also ich muß sagen, ich bin nicht bereit, auf dem CDU-Parteitag ein Forum zu eröffnen, Unterforum über die altertümliche Vorstellung der CDU zum § 218, um das mal ganz konkret zu sagen. Da gibt es Randzonen, wo ich gar keine Liberalität erkennen kann. Es gibt Sachen, da kann die CDU nicht die Position verändern, sonst ist sie nicht mehr die CDU. Wir sind nicht die FDP! Das ist ein ganz wichtiger Unterschied, an den man gelegentlich mal erinnern muß.

Geißler: Sie konnten am Anfang nicht da sein, ich habe ja nun den Inhalt ausführlich hier dargelegt und auch, wie die Sache ablaufen soll. An sich hatte ich gedacht, Herr Weberling, der Parteitag stößt zumindest auf eine wohlwollende Kritik, gerade was unsere eigenen Jugendorganisationen anbelangt, denn wir machen ja in der Tat etwas ganz Neues, was wir bisher auf einem Parteitag noch nie gemacht haben, indem wir nämlich auf einem Parteitag einen vollen Tag, 450 oder auch bloß 350, darüber kann man sich immer unterhalten, jungen Leuten die Möglichkeit geben, mit vollem Rederecht auf diesem Parteitag nun ihre Meinung zu sagen zu Themen, die nach allen Erfahrungen, die wir bisher haben, nach den Aussagen des RCDS – wir haben uns darüber unterhalten – und der Jungen Union, nun gerade zentrale Themen der jungen Leute sind. Ich habe das dicke Protokoll durchgelesen vom ersten Hearing³⁵, und wenn daraus überhaupt etwas

35 Sachverständigen-Diskussion in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Jugendunruhen – Ursachen und Auswirkungen“ am 25. Mai 1981 (Zusammenfassung vom 1. Juni 1981 in ACDP 07-001-1336), vgl. auch eine zweitägige Klausurtagung der Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Union (vgl. UiD vom 23. Juli 1981: „Junge Generation: Wieder Perspektiven für eine menschliche Zukunft eröffnen“).

Lesenswertes zu entnehmen ist, dann auf jeden Fall die Aussage von Ihnen und anderen, daß um Gottes Willen der Parteitag sich über Themen unterhalten soll, die im Mittelpunkt des Interesses der jungen Leuten stehen. Das ist eben nun nicht die Schule allein und für sich genommen, sondern zum Teil ist ja gesagt worden, über die Schule reden die jungen Leute überhaupt nicht. (*Kohl*: Ja, das ist wahr.) Das interessiert die weniger, die jungen Leute reden vor allem über den Frieden, Wehrdienstverweigerung, sie reden über Studienplätze, Arbeitsplätze, wie können die in der Zukunft gesichert werden? Angst vor der Zukunft – das ist alles richtig, das stimmt ja auch. Und sie reden darüber, wie in einer anonymisierten Gesellschaft Lebensraum, Geborgenheit usw. auch in der Zukunft erhalten bleiben kann, das alles im Zusammenhang mit einem Kardinalthema: Wirtschaftliches Wachstum, technologischer Fortschritt, wie kann das vereinbart werden mit der Erhaltung unserer natürlichen, sozialen, kulturellen Umwelt?

Nun haben wir speziell diesen Parteitag in der Themengruppierung, lieber Herr Wissmann, danach ausgerichtet. Gut, da gibt es vielleicht noch ein fünftes oder sechstes Problem, über das auch diskutiert wird. Aber wir können nicht über alles diskutieren, sondern es müssen schon ein paar Schwerpunktthemen sein. Und dann sind dies zugleich auch noch die Themen, die insgesamt das deutsche Volk halt auch beschäftigen. Ich finde, aus dem Grund ist es schon ein im Prinzip richtig angelegtes Motto und eine richtige Leitlinie, daß wir sagen: „Mit der Jugend – unser Land braucht einen neuen Anfang“. Denn wir wollen ja die Jugendprobleme aufgreifen. (*Kohl*: Die Alternative ist dann ohne die Jugend.) Ja, ich meine, also dann lassen wir halt die 450 Leute bei den Foren wieder raus. Aber das wäre nun wirklich schade, wenn wir dies täten. Über den Hamburger Abend kann man immer diskutieren. (*Kohl*: Mit mir nicht!) Das haben wir auch miteinander diskutiert. Der Parteivorsitzende hat da eine durchaus begründete Auffassung. Nur, nach den Foren nach Hamburg hineinzugehen, das muß ich nun auch sagen, das brauchen wir nun unseren Parteitagsdelegierten nicht zuzumuten.

Kohl: Wir können ja das exemplarisch machen, ich bin ja bereit, mit dem RCDS-Führer nach Hamburg reinzugehen, in der gewissen Hoffnung, daß von seinem Vorstand wenigstens ein Drittel uns über drei Querstraßen mitbegleitet, denn in Wahrheit verhält es sich so, es ist ja nicht anders wie in der Fraktion; in der Fraktion gibt es immer die Annahnung, es ist die Debatte und alle Mitglieder sollen im Plenum anwesend sein. Und wenn ich dann nach einer Stunde die Arbeitsgruppe für das Sachthema abfrage, dann sind von 14 Mitgliedern der Arbeitsgruppe noch drei da. Und so geht es auch dem RCDS-Vorsitzenden. Bloß, er leugnet diesen Tatbestand genauso wie jeder Arbeitsgruppenvorsitzende der Fraktion. Das ist wieder das Gemeinsame in der CDU.

Geißler: Herr Weberling, jetzt darf ich aber noch auf Folgendes hinweisen. Wir gehen ja davon aus, das ersehen Sie aus dem Ablauf des Parteitages, da soll überhaupt nichts stromlinienförmig sein und in eine bestimmte Richtung gehen, dann würden wir nämlich nicht die Foren machen. Dann würden wir in der Tat alles auf dem Parteitag ablaufen lassen. Wir gehen ja davon aus, wenn am zweiten Tag vormittags die Foren stattfinden, die drei ersten Foren, daß dann von den Parteitagsdelegierten, die an diesen Foren teilnehmen, und das sind ja dann bei 750 Mitgliedern pro Forum 200 bis 250 Leute, daß dann aus der Diskussion in den Foren heraus bis am Abend des zweiten Tages Anträge neu eingebracht werden können im Lichte dessen, was auf diesen Foren diskutiert worden ist zu dem Leitantrag. Dafür steht ja der ganze Nachmittag zur Verfügung, sowohl inhaltlich

wie technisch, was wir bis abends 18 Uhr oder 19 Uhr hinzukriegen hoffen. Und für das Nachmittagsforum, was den Frieden angeht, machen wir Antragsfrist für das Friedenthema am Donnerstagmorgen, am dritten Tag, weil wir die Diskussion dann so strukturieren können, daß wir am dritten Tag vormittags den Leitantrag diskutieren mit den Anträgen, die aus dem Nachmittagsforum heraus zu diesem Thema entwickelt worden sind. Das heißt, aus der Diskussion in den Foren, das ist der Sinn der Sache, sollen ja Anträge, neue Ideen und Anregungen in die Plenardiskussion hineingetragen werden.

Ich konnte nicht alles ausführlich darstellen, deswegen ist ja die Nachfrage auch völlig richtig. Nur, ich finde, das ist nun eine Möglichkeit, auf der einen Seite den Parteitagsscharakter zu erhalten, zu Entscheidungen zu kommen, die selbstverständlich auch ein offenes Ergebnis zum Teil haben können, vielleicht kommen wir in der einen oder anderen Frage in der Tat nicht zu einem Ergebnis, und dann geht die Diskussion weiter. (*Kohl*: Hoffentlich.) Die muß auch weitergehen! Aber daß wir hier eine Kombination finden, zum ersten Mal Leute von außen in den Parteitag hineinzunehmen, ihnen das Rederecht zu geben und ein offenes Forum zu veranstalten mit jungen Leuten, wie gesagt, nicht gesiebt nach Inhalten, das macht nicht jede Partei, aber in der Form, daß auf diesem Forum und auf diesem Parteitag Rede und Gegenrede möglich ist, daß niemand zusammengeschrien wird, daß auch niemand das Plenum zusammenschreit. (*Kohl*: Also ein CDU-Parteitag bleibt einer. Das ist doch nicht altmodisch, wenn wir einen Parteitag halten, der nur ein CDU-Parteitag ist.)

Ich möchte jetzt gerade darum werben, daß dies ein Parteitag ist, aus dem man etwas machen kann, so wie er angelegt ist. Selbstverständlich sind wir hier auf Sie angewiesen. Ich habe doch niemals gesagt, die Landesgeschäftsführer suchen die raus, sondern ich habe gesagt, wir haben mit den Landesgeschäftsführern geredet hinsichtlich der Ersatzdelegierten. Mit der Partei, mit den Landesverbänden muß auch eine Einigkeit vorhanden sein. (*Zwischenruf*: Gastdelegierte!) Oder Gastdelegierte. (*Kohl*: Es gibt ja eine innerparteiliche Demokratie, zu der gehören auch die Landesgeschäftsführer.) Sie müssen ja mitmachen, sie müssen bereit sein, auf ihre Gastdelegierten zu verzichten, die sie normalerweise mitbringen, und sagen, wir bringen dafür 200, 250 Leute mit. Wir gehen natürlich davon aus, daß da die Leute mitkommen von der Jungen Union der Kreisverbände, der Landesverbände, die auch bereit sind, ein kritisches Wort auf dem Parteitag zu sagen. Ich habe ausdrücklich gesagt, über die Einzelheiten müssen wir noch sprechen. Und das gilt auch für die Jugendverbände. Ich kann jetzt nicht ein Konzept vorlegen, wie es gemacht wird. Darüber müssen wir in den nächsten Wochen intensiv miteinander reden, das habe ich ausdrücklich gesagt. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob da Leute ausgesiebt kämen. Der Eindruck darf in der Tat nicht entstehen, aber es muß auf der anderen Seite ausgeschlossen sein, daß Leute auf diesem Parteitag der CDU das Rederecht haben, wie gesagt, die eben nur in dieser Fäkalprache reden. Das können wir auch nicht machen. Wir wollen eine kontroverse Diskussion, aber zur Sache, nicht in der Form.

Kohl: Also, wir sind ganz schön angekränkt von diesem ganzen linken Zeug in der deutschen Öffentlichkeit. Das merkt man auch in dieser Debatte hier im Parteivorstand. Wir wollen eine Diskussion, Heiner, und das ist implizit schon kontrovers. Daß wir jetzt noch einmal sagen, wir brauchen eine kontroverse Diskussion, zeigt, wie verblödet wir schon inzwischen bei uns in unserer eigenen Ausdrucksweise sind. Wir machen eine richtige Diskussion, da kommen Leute aus der Partei, und wir haben Gäste eingeladen.

Punkt! Ich unterstelle, daß die Gäste wissen, wie beispielsweise das einfache Benehmen ist. Nun gebe ich zu, da gibt es Unterschiede. Damit haben wir uns auch schon kritisch auseinandergesetzt. Ich gehöre noch zu denen, die Briefe unterschreiben, andere sind der Meinung man unterschreibt keine Briefe mehr, das ist so ein Punkt, wo ich halt altmodisch aus einer anderen Generation komme. Ich bleibe bei dem. Ich könnte vieles dazu sagen. Progressive Gesinnung hängt nicht mit Mangel an Krawatte zusammen, sondern es hat mit ganz anderen Sachen zu tun.

Mein Vorschlag ist konkret zu den drei Foren an die Kollegen und Freunde vom RCDS und der Jungen Union: Guckt Euch doch die Sache mit den dreien nochmal an, wegen der Formulierung. Wir machen ja in 14 Tagen Vorstand. Habt Ihr eine bessere Formulierung? Ich muß sagen, wir haben wirklich fast unsinnig viel Zeit investiert an dem Punkt, und wir sind immer wieder hängengeblieben. Ich bin für jeden Geistesblitz dankbar. Also das ist kein Dogma. Damit wir uns klar sind, was wir wollen, haben wir interpretiert. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Themen sind doch drin, die Sie wollen. Sind alle drin! (*Wissmann:* Ich hatte ja gerade einen anderen Vorschlag gemacht. Ich hatte gesagt, drei Themen, und innerhalb des Themas Bildung und Berufliches das Thema Bürger und Staat sozusagen mit einzubeziehen.) Ja, das sprengt natürlich genau das, was wir wollen. Schade, daß die Leute nicht mehr da sind; der Worms ist schon weg. Der wird natürlich senkrecht hochgehen an dem Punkt. (*Unruhe. Diskussion.*) Die haben sich eine Menge Arbeit gemacht, ich würde das denen gegenüber auch nicht fair finden. Aber überlegen Sie doch mal, ob man das nicht noch deutlicher machen kann.

Wex: Also, erstens finde ich das Motto gut: „Mit der Jugend – unser Land braucht einen neuen Anfang“. Ich glaube, daß der neue Anfang auch für uns gelten soll. Wenn ich Herrn Geißler richtig verstanden habe, ist dieses Angebot auch für uns ein neuer Anfang. Es ist oft so, wenn gesagt wird, wir brauchen einen neuen Anfang, daß sich das auf einen Regierungswechsel bezieht. Das ist gar nicht der Fall. Geschlossenheit nach der Diskussion ist das Problem, nicht Geschlossenheit vor der Diskussion. Was ich nicht verstanden habe, ist die Frage, wir reden jetzt die ganze Zeit über die Instrumente. Die Instrumente sind einmal die Einteilung in Foren. Herr Kohl hat hier Vorstellungen entwickelt, wozu wir uns in der nächsten Zeit konkret äußern werden. Wenn jetzt ein Auftrag für den Leitantrag käme, ist es dann so, und das würde ich doch für richtig finden, daß in dem Leitantrag ein Teil dieser vier Probleme auch mit eingearbeitet wird? (*Kohl:* Ja! – *Unruhe. Diskussion.*) Aber da möchte ich Folgendes sagen, daß das klar ist: Wenn wir jetzt hier diese Foren haben und den Leitantrag, in dem wir unsere Einstellung klargemacht haben, müssen wir in den Foren den Leitantrag als Grundlage der Diskussion haben. Deswegen ist meine Frage, ist der Leitantrag auch die Grundlage der Diskussion der Foren? (*Kohl:* Ja.) Oder machen die alleine was? (*Kohl:* Nein.) In Ordnung.

Dann möchte ich nämlich davon ausgehen, daß an konkreten Vorstellungen sich viel mehr klarmachen läßt, welches unsere Grundsatzposition ist. (*Kohl:* Ja.) Und dann wird das kommen, was wir noch nicht ausgearbeitet haben und was hier auch noch nicht besprochen worden ist, daß an den konkreten Entscheidungen klar werden muß, welche Grundsatzposition wir in der grundsätzlichen Art unserer Politik haben, daß wir aber auch an einigen Stellen oft keine Deckungsgleichheit für diese Grundsätze gehabt haben, so daß ich glaube, wenn wir diese Foren so strukturieren, daß jedes Forum eine Aufgabe kriegt, auch eine Grundsatzdiskussion zu führen an konkreten Entscheidungen, die wir

vor uns oder hinter uns haben, daß es eine ganz andere Diskussion geben wird. Dann kann sie konkret sein, kann kontrovers sein, hat aber eine bestimmte Prämisse. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben wir ja die ganze Zeit hier über die Instrumente gesprochen, wie kommen wir am besten durch? Und ich finde, wenn wir dann 400 junge Leute haben, die eine konkrete Entscheidung vor sich haben, an der sie auch mitarbeiten können, haben wir genau das Problem gelöst, das wir sonst in einer reinen Plenumsdiskussion nicht hätten.

Geißler: Frau Wex, darf ich dazu etwas sagen? Das hängt natürlich im wesentlichen vom Bundesvorstand ab, das will ich mal gleich sagen. An dem Leitantrag wird schon seit geraumer Zeit gearbeitet. Der Leitantrag kann nicht darin bestehen, daß wir Dinge wiederholen, die die Partei schon dreimal beschlossen hat. Wir brauchen kein neues Grundsatzprogramm. Ich habe ausdrücklich gesagt, wir müssen zu den einzelnen Punkten konkrete Vorstellungen entwickeln. (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl:* Das ist doch ganz klar!) Frau Wex, ich bin dann mal gespannt, es wird eine Vorlage kommen, die heute in acht Tagen verschickt wird. Dann muß der Bundesvorstand in 14 Tagen auch den Mut haben, in ganz bestimmten konkreten Punkten etwas auf den Weg zu geben, über das dann auf dem Parteitag kontrovers diskutiert werden kann. Wenn der Leitantrag des Bundesvorstandes sozusagen alles vorher applaniert, dann wird die Sache schwierig. Das, was Sie sagen, muß in 14 Tagen dann realisiert werden.

Kohl: Wir sind zwar in dem Punkt einig, aber wenn wir das nicht kontrovers diskutieren, sind wir nicht glaubwürdig. Das ist ja inzwischen der Punkt.

Von Bismarck: Hier ist anfangs von sehr respektabler Seite bezweifelt worden, ob die Soziale Marktwirtschaft in dieser Form ein Thema sein könnte. Lieber Herr Gradl, ich glaube, daß eine Sache hier vielleicht irreführt. Das ist die Formulierung des Themas, und ich möchte mal dem Herrn Vorsitzenden und dem Generalsekretär empfehlen, das Thema anders zu formulieren. In der jetzigen Fassung kann man den Eindruck bekommen, es handele sich darum, daß wir eine „neue“ Soziale Marktwirtschaft brauchten. In Wirklichkeit handelt es sich darum, die verschluderte Soziale Marktwirtschaft dieser Koalition wieder in ihre eigentliche Kraft und Funktion zu bringen. Da würde ich lieber sehen, wenn da formuliert würde: „Ein neuer Anfang mit der Sozialen Marktwirtschaft“. (*Kohl:* Aber, Philipp von Bismarck, Erneuerung sagt doch genau das.) Nein. (*Kohl:* Doch!) Also, verzeihen Sie, ich würde es sonst nicht sagen, wenn meine Vorstellung nicht auch anderen zugänglich wäre. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft kann genauso heißen, daß sie neu gemacht werden muß. Dieses Verständnis ist jedenfalls nicht auszuschließen. Und ich halte das nicht für gut. (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn man ein Haus erneuert, kann man das total umbauen. Es geht schon, aber man kann es total umbauen. (*Kohl:* Aber den Verdacht hat doch bei uns niemand!) Wir nicht, aber die anderen! Es wird doch dauernd gesagt – ich bin doch in der Sache kein Neuling! – die Soziale Marktwirtschaft war gut, früher mal. Jetzt aber haben wir ganz andere Zeiten. Ich warne uns davor, diesem Mißverständnis Vorschub zu leisten, und bitte zu erwägen, ob nicht eine Formulierung gefunden werden kann, die völlig unmißverständlich klarmacht, auch außerhalb dieses Kreises, daß es sich nicht darum handelt, daß wir die Prinzipien erneuern wollen, sondern daß wir sie wieder in Kraft setzen wollen. Denn wir haben sie ja hundertfach verraten. Daran würde mir sehr liegen.

Das zweite ist, ich glaube, daß bei diesem Thema klarer gemacht werden muß als bisher, daß Marktwirtschaft die Voraussetzung von Freiheit ist und sozial verpflichtete Marktwirtschaft die Voraussetzung von einem sozialen Konsens ist. Dies ist eine Sache, die wir erfunden haben, die aber heute keineswegs in dieser Form ständig und richtig vorgetragen wird. Das ist die Form der verantworteten Freiheit im Bereich von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Insofern bin ich sehr dankbar, daß dieses Thema kommt. (*Kohl*: Also, darauf habe ich jetzt die ganze Zeit gewartet. Ich habe eigentlich geglaubt, daß Sie zunächst zu einer Laudatio ausbrechen.) Die jungen Leute sind immer so ungeduldig. (*Kohl*: Ja.) Ich komme ja dazu. Ich halte das für sehr nützlich und bitte darum, daß wir die Sache lassen, wie sie ist, aber möglichst dynamisch diskutieren, damit die jungen Leute verstehen, was wir eigentlich meinen. Keine alte Formel für Ökonomie, sondern das, was die Erfinder ursprünglich gedacht haben, daß die Marktwirtschaft die Dienerin sozialpolitischer Ziele sein soll, und das nur sein kann, weil sie ungekürzt anwendbar ist.

Und ein Thema zur Technik, Herr Generalsekretär, Frau Wex hat eben dieses Thema schon angeschnitten, das wollte ich auch fragen. Also wenn der Leitantrag, wie Sie sagten, neue Dinge enthalten soll und die Herren Vortragenden die Foren einleiten mit einem Vortrag oder einem Einleitungskonzept, dann kann ich mir das nur so vorstellen, daß die dieses Thema, was der Leitantrag vorgibt, enthalten. (*Unruhe. Diskussion.* – *Geißler*: Kurz. Kurz!) Das heißt, wenn also jetzt jemand von uns Ratschläge geben möchte, zum Beispiel zum Inhalt des Vortrags von Stoltenberg, wird das doch wohl auch Ihr Wunsch sein, daß wir dann diesem Vortragenden, den wir hier genannt bekommen haben, unsere Vorschläge direkt machen? (*Kohl*: Ja.) Danke!

Kohl: Ja. Sehr einverstanden! (*Unruhe. Diskussion*) Einen Moment, der Reihe nach!

Gradl: Da ich direkt angesprochen war, möchte ich mit zwei Sätzen das klarstellen. Das Problem ist eine Aussage, die in die Zeit paßt und von jedermann draußen verstanden wird. Oder anders ausgedrückt, ich greife einen Satz von Barzel auf, die Wirtschaft wieder flott machen. Das ist doch das, worauf es ankommt. Das kapiert wahrscheinlich dann auch jeder. (*Unruhe. Diskussion.*)

Pieroth: Die Amerikaner nennen das, was Philipp von Bismarck doch schon als Problem genannt hat, Revitalisierung. Wenn man das ins Deutsche übersetzen könnte, wäre das ein Kunststück. (*Kohl*: Nein, das ist ja Erneuerung. Wiederbelebung, Erneuerung.) Ich verstehe den Philipp von Bismarck schon so, daß die Systemkritiker verstehen könnten, daß die Soziale Marktwirtschaft eine Schönwetterveranstaltung war und für die rauen Zeiten nicht genügt hat. So bitte ich jetzt mal den Philipp von Bismarck zu verstehen. In Wirklichkeit wollen wir doch zum Ausdruck bringen, daß sie nicht richtig angewendet worden ist, die Soziale Marktwirtschaft, oder nicht richtig angewendet werden konnte. Revitalisierung, ich empfehle mal darüber nachzudenken, Wiedererneuerung hat mir auch etwas Sorge gemacht, es wäre das System selbst erneuerungsbedürftig. Erneuerungsbedürftig sind die, die das System nicht richtig angewandt haben.

Ich wollte aber noch einen anderen Punkt anschneiden. Also, das wird kein neues Grundsatzproblem, das ist ganz klar. Deshalb frage ich, wie weit wollen wir in der Konkretisierungsdichte gehen? Vor einer Stunde hatte ich den Eindruck, daß die Diskussion ein bißchen ungeordnet läuft. Wir reden halt über den Parteitag und die aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik und der Finanzpolitik gleichzeitig, aber das war schon konsequent. Wenn der Parteitag läuft, sind ja die aktuellen Fragen von der Regierung zwar auf den

Weg gebracht, aber noch nicht schlußendlich entschieden. Der Haushalt ist ja da noch nicht in der dritten Lesung. Und da meine ich, daß es auf dem Parteitag schon hilfreich wäre, jetzt so von den Hemmnissen mal abgesehen, wenn zu den zwei Hauptproblemen, die die Wirtschaft belasten, zu den hohen Kapitalkosten und zu den hohen Arbeitskosten, einige wenige, wenn auch nur beispielhafte, gewagte Aussagen von uns kommen. Kapitalkosten senken, geht nur über Zurückdrängung der öffentlichen Nachfrage, darüber spricht die Spardebatte. Arbeitskosten senken, dazu spricht im wesentlichen Graf Lambsdorff. Wir müssen auch einiges bringen, das wird uns nicht erspart bleiben. Ich kann mir also gut vorstellen, nur die Vorgabe hätte ich gerne, um für heute in 14 Tagen oder heute in einer Woche, überlegen zu können, daß in ausgewählten Punkten eine bestimmte Konkretisierungsdichte gewünscht ist, die die Beratung im Bundestag und in der Fraktion ab November zusätzlich erleichtert.

Kohl: Herr Pieroth, der normale Schluß aus Ihrer Vorstellung ist, daß das überhaupt kein Thema des Leitantrages ist, sondern daß es auf dem Parteitag konkret eingebracht und konkret beschlossen wird. Auf dem Parteitag gibt es ja noch andere Anträge als den Leitantrag. Es kann über die verschiedensten Wege gehen. Es könnte der Wirtschaftsausschuß der Partei auch dem Parteivorstand etwas geben, was etwas ganz Normales wäre, und der Parteivorstand legt es dort vor. Ich möchte auf keinen Fall aber jetzt jedes spezielle Problem in den Leitantrag eingearbeitet haben, sondern das ergibt sich ganz logisch dann auf dem Parteitag. Es kriegt ja den gleichen Rang. Verstehen Sie, das ist doch gar kein Problem, das zu machen, die konkrete politische Situation so einzufangen, daß auf dem Parteitag dazu konkrete Anträge gestellt werden. Das haben wir auf jedem Parteitag gehabt, das ist ja überhaupt nichts Neues. Es ist ein ganz normaler alltäglicher Vorgang eines Parteitages. (*Unruhe. Diskussion.*) Das kann man ja dann sehen, wenn der Leitantrag vorliegt.

Neumann: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich hatte mich an sich nur gemeldet aufgrund der Diskussion, weil ich das Konzept für durchdacht und für richtig halte. Man muß sich jetzt am Ende überlegen, ob wir zum ersten Mal einen Parteitag machen, so hört sich das an! Ich wollte nur mal Folgendes feststellen, ob das die Meinung ist zum Inhalt. Erstens sollte es, der Vorsitzende hat es gesagt, ein CDU-Parteitag werden. Ich finde es gut, wenn auch ein bißchen gewagt, daß Sie gesagt haben, ich habe das ja auch der Zeitung entnommen, wir laden nun 300 junge Leute ein. Dafür, daß die nun gar nicht gesiebt werden, ich sage das mal so deutlich, bin ich nicht! (*Kohl:* Ja, natürlich.) Sie brauchen das woanders nicht so zu formulieren, ich sage das in diesem Kreis. Ich denke gar nicht daran, als Landesvorsitzender Ihnen Leute zu servieren, die uns den Parteitag stören! Ich will das mal so deutlich sagen. (*Kohl:* Dann waren wir liberal, Neumann, aber der Parteitag ist kaputt.) Ja, weil hier so diskutiert worden ist. Ihr könnt doch die Diskussion und den sogenannten Dialog, den wir führen müssen an der Basis, doch nicht auf dem Parteitag nun nachholen. Oder können den doch nicht vorprogrammieren! Insofern zu glauben, daß wir nun, nachdem wir nach dem Motto, wir laden möglichst viele aus der jungen Generation ein, die eine andere Position zu entscheidenden Fragen haben, dann ein solches Bild im Fernsehen bekommen und einen Leitantrag beschließen, der völlig der Diskussion widerspricht, das ist doch Wahnsinn! Ich sage das mal so deutlich. Deswegen gehe ich davon aus, daß da junge Leute eingeladen werden, die – mal abgesehen von denen, die Sie direkt einladen, vom Gewerkschaftsbund und Ähnlichem –, doch in

einem großen Umfang dem Spektrum der Union entsprechen. Ich darf das mal so sagen. Alles andere halte ich für falsch! (*Kohl*: Da haben Sie auch recht!)

Und deswegen meine ich, muß das ein Parteitag der CDU werden. Wir müssen von dem Ziel ausgehen und nicht von den Kontroversen, sondern unsere Programme, die wir haben, so optimal wie möglich durch eine gute Diskussion verkaufen! Das ist der Parteitag! Und was den Leitantrag betrifft, Herr Geißler, weil das auch so gekommen ist. Die einen meinen, wir müssen selbst einen neuen Antrag machen, so wurde das ja gesagt. Ich bin nicht der Auffassung. Ich habe schon die Schwierigkeit, das, was wir alles beschlossen haben und was gut ist, unter die Leute zu bringen. Das wissen die ja teilweise noch gar nicht. Daß wir jetzt nun nicht eine hehre Erwartung an diesen tollen Leitantrag stellen, wo dann alles drin sein soll – ich meine, das Wesentlichste steht in unserem Programm –, sondern Ihre Aufgabe ist, das aktuell formuliert, kurz und knapp allgemein, für viele verständlich, auf den Punkt zu bringen. Ich sage das nur deshalb, weil der Eindruck erweckt worden ist, als müßten wir einen völlig neuen Leitantrag haben und die ganzen Positionen müßten da nochmal überdacht werden. (*Wex*: Das liegt auch mit am Stil.) Gut, wenn es am Stil liegt, meine ich, wird die Redaktionskonferenz das schon richtig hinkriegen. (*Wex*: Nicht am Stil des Leitantrages, sondern am Stil des Parteitages.)

Zusammenfassend möchte ich sagen, das erste Ziel ist, uns durch diesen Parteitag nicht das Bild im Außenverhältnis zu erschweren, sondern die Gelegenheit zu nutzen, in einer für die Regierung schwierigen Situation das Bild der Union optimal unter Zuhilfenahme auch junger Leute darzustellen. Ich finde, das ist das normale strategische Ziel, und ich habe auch nichts dagegen, wenn nun im Spektrum des RCDS und der Jungen Union kritische Leute auftreten, aber den Konsens mit der Unionspartei sollten sie im Prinzip doch haben, denn sonst müssen wir den Parteitag umbenennen.

Schwarz-Schilling: Ich möchte im Nachgang zu Herrn Neumann dazu noch Folgendes sagen: Wir sind uns doch alle einig, daß das Grundsatzprogramm das beschlossene Grundsatzprogramm ist, an dem wir überhaupt gar keinen Neuanfang zu machen haben. (*Kohl*: Da sind wir uns einig, das ist gegebene Größe durch Parteitagsbeschluß. Gilt für jeden.) Es ist nur außerordentlich wichtig, das noch einmal präsent zu machen. Dazu gehört aber auch ein Zweites, wenn ich jetzt Erneuerung höre. Folgendes: Natürlich müssen wir in den konkreten politischen Entscheidungen neue Entscheidungen treffen, die anhand dieser Grundsätze der heutigen Lage entsprechen. Aus diesem Grunde ist auch Erneuerung ein dynamischer Begriff, der durchaus den Werthaltungen, die hier vorhanden sind, entsprechen kann. (*Kohl*: Ja. Und den Thesen von Müller-Armack bis zum Tode entspricht. Hat er immer gesagt.) Ich glaube, das müssen wir auch als Programm dieses Parteitages klarmachen.

Dritter Punkt, und hier trifft Inhaltliches mit Verhalten zusammen. Ich glaube, die Union Deutschlands kann es sich nicht leisten, eine Diskussion vorzuführen, die nicht dem Verhalten und den Werten entspricht, die hier bereits festgelegt sind. Denn Stil und Umgang mit Menschen hat etwas damit zu tun, wie die Grundhaltung und die Werthaltungen von Menschen sind. Wir würden geradezu eine Katastrophe erleben, indem wir bei fünf Prozent von Überprogressiven dafür belobigt werden, endlich hat die CDU mal ein offenes Gespräch geführt, und bei 95 Prozent der Bevölkerung, jetzt sind die auch noch verrückt geworden und sind nicht in der Lage, vernünftig, sachlich mit einem Umgang, den wir uns als Beispiel nehmen können, die wirklichen Fragen zu diskutieren.

Deswegen halte ich das, was der Generalsekretär bezüglich der Regularien gesagt hat, gerade wenn wir außerhalb der Delegierten Gäste haben, für eine der entscheidenden Voraussetzungen, daß ein solcher Parteitag gelingen kann. Das muß jedem klar sein. Ich glaube, das ist die Frage der Auswahl, nicht der anderen kritischen Positionen, sondern ist das ein Mensch, der auf dieser Grundhaltung sein Verhalten einrichtet? Wenn er das nicht ist, dann gehört er nicht in den Parteitag! (*Geißler*: Er muß Demokrat sein, ja.)

Kohl: Gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Tagesordnung. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich möchte jetzt formell beschließen lassen die Vorlage, die der Generalsekretär hier eingebracht hat unter der Voraussetzung der Interpretationsmöglichkeiten, Antragsfrist, also die ganzen Punkte, die sind ja vorgetragen worden. Wobei ich noch einmal sage für die Schlußabstimmung in 14 Tagen, ich bin völlig offen bei der Bezeichnung; es ist gar kein Dogma. Laßt das mal jetzt so laufen. Wenn uns etwas einfällt, was besser ist, machen wir das dann in der offiziellen Schlußeinladung nach dem Beschluß des Parteitags.

Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! Gegenprobe. Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen. Ich habe von mir aus zum Punkt „Verschiedenes“ keine Wünsche und Anregungen. Gibt es noch irgendeinen Punkt? (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Darf ich? Ich würde Folgendes sagen. Ich habe das etwas offengelassen und habe von einer Verkürzung der Frist von 8 Tagen bis 14 Tagen gesprochen. Ich will das mit meinen Leuten hier nochmal besprechen, das ist eine technische Frage. (*Unruhe. Diskussion.*) Das muß dann aber die Antragskommission schaffen. Aber ich finde jetzt wirklich, wir brauchen Verlängerung. Die Verkürzung der Antragsfrist, das können wir auch noch am 21. September beschließen.

Kohl: Ich habe nicht die Absicht, das nochmal hier auf die Tagesordnung zu bringen. Also ich habe zu den Mitarbeitern das Zutrauen, daß sie unterscheiden können zwischen dem 15. und dem 19., was nun das Richtige ist. Und das sollen sie nochmal durchchecken. Was vernünftig ist, wird genommen. Punkt! Einverstanden? Das ist der Fall, dann bedanke ich mich und schließe die Sitzung. (*Unruhe. Diskussion.*)

Also in der nächsten Vorstandssitzung ist Punkt 1 Parteitag. Der hat den absoluten Vorrang. Das wird eine Sitzung sein, wir werden das auch in der Einladung deutlich machen, die wenigstens bis 15, 16 Uhr geht, um das gleich vorweg zu sagen. Das muß sorgfältig erarbeitet werden. Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir unter dem Punkt Verschiedenes, wir drucken es aber nicht aus, diesen Punkt vom RCDS behandeln. Da bitte ich dann nur, wer notiert denn das mal, daß wir dann Dr. Heck dazu bitten?

Wissmann: Könnten wir in diesem Zusammenhang nicht gleich das schon seit langem beschlossene Thema Adenauer-Stiftung dazunehmen?

Kohl: Können wir gerne machen, bloß sage ich Ihnen voraus, da ich von Weisheit gesegnet bin in acht Jahren Parteivorstandschafft, das ist ein so wichtiges Thema, daß ich mehr Präsenz haben möchte, wie ich um die Zeit erwarte. An mir liegt das nicht. Ich will jetzt hier nicht untersuchen, wer alles nicht da ist. Ich bin ja da. Aber ich bin auch der, der die geringsten und wenigsten Termine hat, das ist allgemein bekannt.

Geißler: Die nächste Bundesvorstandssitzung brauchen wir voll für die Inhalte des Parteitages.

Kohl: Nein, aber dieses mit der Seidel-Stiftung ist dringlich, und dann machen wir das und dann können wir gleich das andere machen. Zum Punkt „Verschiedenes“?

Weberling: Zum Punkt „Verschiedenes“ soll das Thema mit RFS³⁶ hier angesprochen werden noch oder nicht?

Kohl: Das können wir mal bei Gelegenheit mitmachen, aber heute nicht. (*Weberling:* Gut, okay.) Denn es sind ja die entscheidenden Leute aus den Landesbereichen nicht da. Danke schön!

36 Der „Ring Freiheitlicher Studenten“ wurde 1972 auf der 10-Jahresfeier der Burschenschaftlichen Gemeinschaft an der Universität Mainz gegründet, ab 3. November 1979 formierte er sich auf Bundesebene. Politisch war er am rechten politischen Rand anzusiedeln (vgl. „Mittelstandsmagazin“ H. 7, Juli 1981: „Konkurrenz für den RCDS“).

11

Bonn, Montag 21. September 1981

Sprecher: Albrecht, Barzel, Biedenkopf, von Bismarck, Blüm, Dregger, Echternach, Geißler, Gerstenmaier, Griesinger, Hasselmann, Klepsch, Kohl, Neumann, Pieroth, Pott, Scherer, Schwarz-Schilling, Späth, Stoltenberg, Friedrich Vogel, von Weizsäcker, Waffenschmidt, Weberling, Windelen, Wissmann, Wex, Wörner, Zeitel.

Vorbereitung 30. Bundesparteitag.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Kohl: Meine Damen und Herren, ich darf unsere heutige Parteivorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Zunächst zum Ablauf und zur Tagesordnung. Das ist eine Sitzung, in deren Mittelpunkt vor allem ein Thema steht, die Vorbereitung des Parteitags und hier im Speziellen der Leitantrag. Ich gehe davon aus, daß Sie mir zustimmen, daß das heute auch unter der zeitlichen Disposition mit weitem Abstand das Wichtigste ist und wir uns also diesem Thema ganz vorrangig widmen. Nun habe ich auch hier meine Erfahrung. Ich weiß, wie das ist, wenn eine Sitzung über 15 Uhr, 16 Uhr hinaus dauert. Ich möchte natürlich schon den Leitantrag jetzt hier konzentriert bearbeiten; ich glaube, dann kommen wir ein ganzes Stück weiter. Also, ich bitte dringend darum, daß wir heute über andere Themen vorweg nicht reden, sondern nur über dieses Thema, obwohl ich eine ganze Menge, weil mein Herz wirklich voll wieder ist nach den Erfahrungen der letzten 14 Tage, hier zu sagen hätte. Vielleicht vertage ich das auf meinen Bericht vor dem Parteitag, der ist ja vielleicht auch mal ganz interessiert daran, aus dem Herzen des Parteivorsitzenden so direkte Kontakte zu haben.

Wir haben das letzte Mal besprochen, und es ist nicht vergessen wegen der Damen und Herren aus der Jungen Union, Schülerunion und RCDS diese Seidel-Stiftung-Sache.¹ Da habe ich folgendes Problem. Erstens einmal, der Ablauf heute. Und zweitens, was wir natürlich letztes Mal auch nicht übersehen haben, ich auch nicht, seit heute reist eine große Zahl unserer ausländischen Parteifreunde zu dieser Demonstration der Stiftungen an, die morgen stattfindet. Also alle möglichen lateinamerikanischen Parteivorsitzenden. Ich habe jetzt gerade mit Bruno Heck gesprochen, der kommt natürlich, wenn wir es sozusagen erzwingen, aber ich schlage vor, daß wir den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung vorne hin setzen und daß wir dann Herrn Heck auch dazu bitten, um jetzt nicht in die Lage zu kommen, daß ich um zwei Uhr nicht weiß, ob ich ihn um drei oder um vier abrufen und er nicht disponieren kann mit unseren lateinamerikanischen Parteivorsitzenden, Kollegen und Freunden. Einverstanden? Also es ist keineswegs vergessen.

1 Hintergrund war, in der Hanns-Seidel-Stiftung ab 1981 ein eigenes Begabtenförderungswerk einzurichten; bisher war die Begabtenförderung in Bayern von der Konrad-Adenauer-Stiftung wahrgenommen worden.

Dann wollte ich heute noch bei den Punkten, die jetzt zum Parteitag gehören, nach der Verabschiedung oder nach Feststellung des Leitantrags – praktisch als letzten Punkt, das steht nicht auf der Tagesordnung – das Problem der notwendigen Satzungsänderung besprechen im Blick auf den unguten Zustand, daß wir Mal für Mal bei allen Parteitagungen bängen müssen, ich jedenfalls – andere bängen beim öffentlichen Wählen, in geheimer Wahl ganz anders mit ihren Landesverbänden –, daß die kleinen Landesverbände zum Zug kommen. Wer dauernd von Solidarität redet und das in seine Satzung reinschreibt, der muß einfach erkennen, daß es auf die Dauer ein unguter Zustand ist, daß entweder einmal der Bremer, ein andermal der Hamburger rausfliegt oder auch einmal der Saarländer und wir nicht alle Landesverbänden im Sinne auch einer föderalen Ordnung bei uns dabei haben. Sie kennen meine alte Einlassung zu diesem Thema, das habe ich immer nachdrücklich vertreten. Ich finde, wir müssen zu dem Punkt eine Regelung finden, die garantiert, daß im Prinzip jeder Landesverband vertreten ist; es gibt ein paar Vorschläge, die werden dann heute vorgetragen. Wenn wir das machen wollen, müssen wir das jetzt, wo nicht gewählt wird, machen, denn auf einem Parteitag das zu machen, auf dem gewählt wird, sind die Interessenlagen so verschoben, daß es dann sehr schwierig ist, so etwas durchzusetzen. Also das wollte ich noch ankündigen.

Dann haben wir noch ein weiteres Problem, das habe ich in Mannheim auf dem Parteitag angekündigt in dem Zusammenhang. Das ist die Frage, wir haben jetzt ein Europäisches Parlament, wir haben europäische Institutionen, aber in unserer Satzung, in unserem Alltag, haben wir keine vernünftige, saubere Regelung, wie wir unsere Repräsentanten einbinden. Jetzt ist beispielsweise Egon Klepsch nominiert worden von unserer Fraktion als Präsident des Europäischen Parlaments. Wenn er Bundestagspräsident wäre, wäre er laut Satzung geborenes Mitglied des Parteipräsidiums. Wir müssen eine Lösung finden, damit der Europäer, den wir haben, dann auch integriert ist. Ich finde, das entspricht der Natur der Sache. Darüber muß man reden, wie man das sozusagen auch satzungslegal in einer vernünftigen Weise regelt. Das sind die zwei Punkte, die ich gerne noch extra besprochen haben würde.

VORBEREITUNG 30. BUNDESPARTEITAG

Wenn Sie damit einverstanden sind, möchte ich gerne die Punkte der drei Vorlagen – die Tischvorlagen, Heiner, sind die verteilt? ² (*Geißler*: Ja.) – gleich vorziehen, weil ich annehme, daß es dort keine lange Debatte gibt. Also die Sache Antragskommission, Tagungspräsidium, Mandatsprüfungskommission? Ist dazu noch etwas zu sagen?

Geißler: Also das Tagungspräsidium entspricht den Vorschlägen der Landesverbände. Und bei der Antragskommission haben wir das im wesentlichen so gehalten in der Zusammensetzung wie bei der Antragskommission zum Mannheimer Parteitag mit einigen Ergänzungen, die einfach vom Thema her sich ergeben, was die Bildungspolitik anbelangt.

Kohl: Gibt es dazu Wortmeldungen? Dann rufe ich einfach der Reihe nach auf. Erstmal Tischvorlage Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe, Enthaltungen? Tischvorlage Tagungspräsidium, gibt es dazu Vorschläge? Keine. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe, Enthaltungen? So

2 In ACDP 07-001-1336.

beschlossen. Tischvorlage Mandatsprüfungskommission. Gibt es hierzu Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe, Enthaltungen? Dann sind die drei Punkte bereits einstimmig erledigt!

Von Bismarck: Ich habe so schnell nicht lesen können, habe aber festgestellt, daß Egon Klepsch nirgendwo dabei ist. Das hat nicht er gesagt, das sage ich. Wäre es nicht ganz klug, daß man das, was Sie eben vorgeschlagen haben, gleich hier dokumentiert, indem man ihn in das Tagungspräsidium aufnimmt? (*Kohl:* Ja, ich bin damit sehr einverstanden.) Ich komme damit so spät, weil ich es nicht gelesen hatte; das schiene mir konsequent.

Kohl: Nein, ich habe überhaupt nichts dagegen, zumal er auf diese Art sozusagen eingelernt wird. Natürlich ist das Europäische Parlament nicht so ein renitentes Gremium wie ein Parteitag, insofern ist es eine gute Vorschule. (*Heiterkeit.*) Also sind Sie damit einverstanden? Ja, bitte schön. (*Zwischenruf:* Ich würde es für nützlich halten, den Geschäftsführer des Wirtschaftsrats, Herrn Zschaber³, hinzuzuziehen.) Damit bin ich also nicht einverstanden. Erstens bin ich nicht damit einverstanden, weil wir sonst auch keine Geschäftsführer drin haben, soweit ich das sehen kann. Oder ist einer drin? (*Unruhe. Diskussion.*) Und zweitens, damit es keinen Zweifel gibt, ich will aus meiner Seele hier keine Mördergrube machen. Ich würde es für nützlich halten, daß, bevor der ein weiteres Parteiamt übernimmt, er mal überlegt, was er parteidienlich in seinen Veröffentlichungen macht. Ich fand die nicht sehr nützlich in jüngster Zeit.

Gut, jetzt kommen wir dann zu dem Hauptpunkt. Da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, um was es auf dem Parteitag geht. Denn ich kann das zum Teil alles nicht begreifen, was da diskutiert wird. Ich bitte Sie doch wirklich, daß wir uns darüber endgültig verständigt haben. Ich rede jetzt nicht von denen, die irgendwas da in die Zeitung bringen aus ganz anderen Gründen, sondern von dem, was die Partei braucht. Wir waren uns einig auf dem Parteitag im März, ich rekapituliere noch einmal, daß wir mit dem Thema junge Generation in Hamburg einen Parteitag einberufen. Wir waren uns weiter einig dann im Verlauf der Entwicklungen, die seit der Zeit eingetreten sind, daß wir diesen Parteitag nicht loslösen können, sozusagen als luftleeren Raum, von der politischen Entwicklung seit März in der Bundesrepublik, von den Erwartungshorizonten. Das führte dann nach einer eingehenden Diskussion, die aber hinter uns liegt, die wir nicht heute neu beginnen, zu einer Art Umstrukturierung des Parteitags mit den vier Themen, die Sie alle kennen, die Sie alle auch mit beschlossen haben. Natürlich bleibt der Parteitag im Erwartungshorizont der politischen Erwartungen. Niemand weiß, was bis zum November sein wird in der allgemeinen Politik, und insofern gibt es da einfach Erwartungen. Aber man braucht kein Prophet zu sein, wir sitzen mit allen vier Themen im Prinzip richtig, und es ist jetzt eine Frage, wie wir die Themen natürlich im einzelnen deutlich machen.

Sinn dieses Parteitags ist nicht, daß da ein neues Grundsatzprogramm beschlossen wird. Sinn dieses Parteitags ist nicht, daß alle alten Parteidokumente noch einmal hervorgerufen werden, denn die Chance, daß sie deswegen besser gelesen werden, ist nicht groß, sondern daß wir sozusagen in die aktuelle Situation hinein unser Wort sagen, das natürlich abgesichert ist auf dem Wort, das wir bisher gesprochen haben. Beispielsweise in unserem ja rundum aktuellen und gültigen Parteiprogramm, dem Ludwigshafener Programm. Aber

3 Christian Zschaber (geb. 1942), Diplom-Volkswirt; 1978–1981 Energiereferent im Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein, 1981–1983 Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

wir haben beispielsweise zum Thema Frieden sehr Nachdenkenswertes in der Beschlußfassung des Bundesausschusses in Berlin gehabt, und wir müssen natürlich einiges zwangsläufig wiederholen. Aber nicht alles. Deswegen kann der Leitantrag nicht alle Spezialitäten der deutschen Politik und die Lösungsvorschläge der CDU enthalten, sondern muß in die konkrete Situation hinein gesprochen werden, immer mit dem Blick auch auf junge Leute.

Dann ist das natürlich ein Parteitag der Diskussion. Ich will das nochmal sagen, obwohl ich es allmählich auch müde bin, das immer zu wiederholen. Ich kenne überhaupt niemanden in der Partei, der nicht für die Diskussion ist. Ich weiß auch nicht, was für Menschen das sind, die einen sind für die Diskussion und die anderen nicht. Also, der Parteivorsitzende unterbricht die Diskussion, und die anderen machen eine lebendige Diskussion. Ich will nur nochmal zu Protokoll geben, daß der Erfinder dieses Parteitags im Herbst der Parteivorsitzende ist und daß es eher nur eine zögerliche Zustimmung zu diesem Experiment gab. Weil wir dann aber die Diskussion führen, heißt das konkret, daß wir auch Gegensätze austragen. Da bin ich auch gar nicht ängstlich. Da wird es unterschiedliche Meinungen geben. Aber wir stehen ja ein bißchen unter einem von uns selbst verbreiteten Druck in der Öffentlichkeit, eine diskussionsfreudige Partei zu sein, aber gleichzeitig einig sein zu müssen. Das ist ein Widerspruch in sich. Entweder man diskutiert, und dann kommt man am Ende der Diskussion zu einer Einigung, oder aber man streicht sich durch das Haupthaar und verkündet, man ist einig. Aber eines geht nicht, daß man beides gleichzeitig will nach dem Motto, wenn das Unmögliche eben dann auch nicht möglich gemacht wird, daß man dann jeweils die Schuldigen findet. Und so steigt dann der eine oder andere von einer Bewährungsprobe in die andere hinein. Ich muß Ihnen sagen, dies habe ich rundum leid. Und zwar gegenüber jedermann, damit es auch jeder hier versteht. Es geht nicht an, daß einer praktisch den Karren zieht und sozusagen in optischen Darstellungen, das, was die Gesamtpartei ausmacht, dann immer auf eine Schulter abgeladen wird, obwohl wir was ganz Vernünftiges machen. Ich kann gar nicht erkennen, daß wir es auch bei dem in der Vorbereitung Befindlichen hier im wesentlichen völlig anders hätten machen können. Wir haben uns vernünftig eingestellt auf die Entwicklung.

Daß CDU-Leute diskutieren können, haben sie immer wieder bewiesen. Aber Diskussion heißt für uns, daß wir am Ende der Diskussion zu klaren Handlungsanweisungen kommen. Deswegen muß das der Hamburger Parteitag erbringen. Ich füge gleich hinzu, es wäre eine Illusion zu glauben, daß der Hamburger Parteitag Themen abschließend beraten könnte. Er kann Zwischenabschnitte geben, allein wenn ich das Thema „Friede ohne Waffen“ bedenke, was da jetzt möglicherweise am 10. Oktober in Bonn auf uns zukommt mit dieser Kundgebungsgeschichte⁴, die ja angesichts der Redner eine sehr spezielle Art von Volksfront erwarten läßt, vom theologischen Lager hin bis über die Sozialdemokraten, Teile der FDP bis hin zu den kommunistischen Mitläufern und wahrscheinlich auch, was die bei paar 10.000 Leuten gar nicht verhindern können, bis hin zu den Chaoten. Also dieser Zustand wird sich natürlich auch in Bonn einstellen. Wir müssen sehen, daß die andere Seite ungeheuer nervös geworden ist, weil wir, glaube ich, jetzt an dem Punkt sind, wo Antiamerikanismus sich gegen die Aktion „Friede ohne

4 Demonstration im Bonner Hofgarten für Frieden, Abrüstung und Entspannung mit 250.000 Teilnehmern.

Waffen“ stellt und hier Dinge ineinander übergehen. Ich glaube also, das wird ein Punkt sein, wo anschließend die Partei aufarbeiten muß und wo wir weitermachen müssen. Das gilt auch für die Bildungspolitik und für die anderen Felder. Das wollte ich nur ganz kurz vorweg sagen.

Beim Studium des Leitantrages, ich habe am vergangenen Wochenende mir dieses Vergnügen bereitet, merken Sie natürlich, daß die Kapitel unterschiedlich stark sind. Ich will da nur meine Meinung vorweg sagen. Das erste und das dritte Kapitel sind für mich weit mehr ausgereift als das zweite und das vierte Kapitel. Und darüber werden wir halt jetzt auch im einzelnen reden.

Letzter Punkt ist, wir sollten das Ziel natürlich haben, heute fertig zu werden, weil das von der Zeit her raus muß. Wir sollten aber auch unter dem Ziel nicht einordnen, daß wir etwas machen, was halbherzig ist. Das Ziel muß sein, fertig zu werden, aber das noch wichtigere Ziel muß sein, daß es ein guter Text, ein gutes Papier wird.

Und das Allerletzte, was ich sagen will: Wir sind natürlich hier nicht in der Redaktionskommission. Wenn ich also den Zeitplan sehe, dann habe ich die herzliche Bitte, daß wir das jetzt technisch so einrichten, daß redaktionelle Verbesserungsvorschläge aufgenommen werden, aber wir jetzt nicht die ganzen 30 Seiten mit ungeheurem Aufwand redaktionell überprüfen. Da ist dieses Gremium überfordert. Natürlich nicht geistig, sondern es ist gerade wegen seiner Geistigkeit überfordert wegen der Fülle der Begabungen – Rainer Barzel sagt das ganz richtig – wegen der Summe und Fülle der Begabungen. Und wenn wir also die Fülle jetzt voll ausgießen, sitzen wir nämlich morgen mittag noch da. Deswegen mein konkreter Vorschlag, daß wir das also so aufnehmen. Wie habt Ihr das technisch gemacht, Heiner, mit dem Aufnehmen der Anregungen? (*Geißler*: Da nimmt jeweils ein Mitarbeiter den entsprechenden Absatz auf.) Ist das gesichert, ist das kein Problem? Also, das heißt, daß wir auch etwas zu Protokoll geben können und dann einfach sagen, das ist nicht nur zu Protokoll gegeben, sondern das ist eine Sache, die wir dann so machen wollen. Einverstanden? – Ja, also dann schlage ich vor, daß Heiner Geißler jetzt kurz eine Einführung gibt und wir dann gleich anfangen. Am besten seitenmäßig.

Geißler: Ich glaube, eine Einführung zum Inhalt brauche ich nicht mehr zu geben. Wir haben ja bei der letzten Bundesvorstandssitzung über die Kapitel gesprochen, und diese Kapitel entsprechen den Foren, die wir auf dem Bundesparteitag durchführen. Ich muß nur, weil es wahrscheinlich die Diskussion etwas erleichtert, doch noch auf Folgendes hinweisen. Es ist keine *captatio benevolentiae*, die ich jetzt hier versuche, sondern ich will einfach noch einmal den Sachstand schildern. Dieser Leitantrag sollte ja ursprünglich, so war das im Juni angekündigt worden, von der damals vom Bundesvorstand eingesetzten Kommission erarbeitet werden. Das hat sich, wie sich Ende August, Mitte August herausstellte, als ganz unmöglich erwiesen. Es war kein Satz formuliert, und aus diesem Grunde sind der Parteivorsitzende und ich zu der Auffassung gekommen, daß wir die Formulierung des Leitantrages nun in die Hand nehmen. Wir hatten aber dann für die Formulierung des Leitantrages praktisch vom 1. bis 14. September den zeitlichen Spielraum, und ich möchte mich bei denen, die hier mitgearbeitet haben in diesen 14 Tagen, herzlich bedanken, bitte aber den Bundesvorstand, daß er nun nicht jeden Nebensatz auf die Goldwaage legt, sondern wir müssen jetzt hier heute zur Sache entscheiden und redaktionelle Änderungen, wie gesagt, morgen im Laufe des Tages durchführen.

Ein zweiter Vorschlag, wir haben darüber noch nicht diskutiert, aber aus den Gesprächen, die ich geführt habe, und aus vielen Anregungen, die ich bekommen habe, geht etwas hervor. Dieses Papier soll ja kein abschließendes Dokument sein wie das Grundsatzprogramm. Wir nehmen endgültig und für immer zu bestimmten Punkten Stellung. Helmut Kohl hat ja gesagt, wir nehmen zu konkreten Fragen in den verschiedenen Kapiteln Stellung. Wir sollten vielleicht berücksichtigen jetzt bei der Diskussion, bei welchen Ziffern wir der Auffassung sind, daß der Parteitag Aufträge erteilt, weil ja die Dinge weitergehen sollen in der Partei. Es gibt einige Punkte, wo wir die Fachausschüsse oder auch den Bundesvorstand beauftragen lassen können, zum Beispiel ganz bestimmte Dinge zu konkretisieren. Das ergibt sich vor allem für das Kapitel 2 Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Das wären die zwei Vorbemerkungen. Ich würde nun vorschlagen, da wir die allgemeine Frage das letzte Mal schon erörtert haben, daß wir seitenweise vorgehen und der Reihe nach mit den einzelnen Kapiteln anfangen.

Kohl: Ja, sehr einverstanden. Nur, damit da kein Mißverständnis aufkommt, die Kommission konnte natürlich nicht alles vorlegen, die Kommission hat nur ihr Kapitel vorgelegt; das finde ich übrigens ein sehr gutes Kapitel. Aber die Kommission hat einen anderen Auftrag gehabt, und der Parteivorstand hat nach den Ferien die Sache umstrukturiert. Der Parteivorstand ist ja nach den Ferien richtigerweise nach gemeinsamer Debatte in Präsidium und Parteivorstand zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die anderen Punkte anschließen wollen. Das war ursprünglich nicht der Auftrag der Kommission. Das muß man nochmal sagen. Ich fand, die Kommission hat erfreulich gearbeitet, und die muß man hier nun mit reinnehmen. – Ich rufe die Präambel auf.

Von Bismarck: Ich möchte meinen Vorschlag von der letzten Sitzung erneuern, die zweite Zeile anders zu formulieren. Hier steht „die Soziale Marktwirtschaft erneuern“. Dies läßt jedenfalls den Irrtum zu, daß man die Soziale Marktwirtschaft verändern müsse. (*Unruhe. Diskussion.*) Man kann zwei Möglichkeiten überlegen. Das eine könnte heißen „Soziale Marktwirtschaft neu begreifen“, das andere könnte heißen „mit Sozialer Marktwirtschaft neu beginnen“. Aber so wie es jetzt ist, räumt es den Irrtum, die Möglichkeit ein zu sagen, man müsse das Prinzip ändern.

Kohl: Ja ich will, daß wir das gleich austragen, dann haben wir das Thema weg. (*Geißler:* Darüber haben wir das letzte Mal schon debattiert.) Ja, also die erste Formulierung, Philipp von Bismarck, finde ich schwächer, „begreifen“ finde ich schwächer.

Von Bismarck: Das drückt aus, was wirklich nötig ist, auch unter uns nötig ist. Aber das brauchen wir nicht zu sagen. Nur, „erneuern“ heißt ganz deutlich beim normalen Sprachverständnis, daß man die Marktwirtschaft in ihrem Prinzipiengehalt ändern müßte. Das ist Quatsch! (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Also, ich hasse es, meinem im besonderen Sinne protestantischen Mitbruder zu widersprechen. „Semper reformanda“ heißt auf Deutsch „erneuern“. Und wir müssen nach zehn bis zwölf Jahren sozialliberaler Koalition erneuern, und ich finde das Wort einfach stärker als die Vorschläge. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Du hast sicher recht, aber das ist alles bis jetzt noch nicht optimal.

Stoltenberg: Also, wir sollten es ganz kurz machen. (*Kohl:* Ja.) Entweder „erneuern“, ich halte „erneuern“ für möglich und auch für richtig. Wenn Mißverständnisse befürchtet werden, dann kann man sagen „verwirklichen“ oder „durchsetzen“. „Durchsetzen“, das ist die Alternative, aber nichts mit „begreifen“ und so.

Von Bismarck: Ich habe zwei Vorschläge gemacht, der zweite ist leider nicht gehört worden. Der heißt „mit Sozialer Marktwirtschaft neu beginnen“, das paßt ganz und gar zu dem Anfang.

Kohl: Ja aber das paßt mir natürlich genauso wenig. Das heißt natürlich, wir machen jetzt wieder neues Zeitalter. Wir sind ja nicht auf der grünen Wiese.

Geißler: Darf ich mal einfach einen Hinweis geben, werter Herr von Bismarck. Wir haben uns ja im Rahmen des Grundsatzprogramms ausführlich über die geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft unterhalten. Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß auch die Väter der Sozialen Marktwirtschaft – einschließlich Ludwig Erhard, Professor Müller-Armack, wer mal nachliest, was er geschrieben hat – die Soziale Marktwirtschaft nicht als etwas Statisches verstehen, sondern durchaus als etwas Dynamisches. Müller-Armack hat sogar von einer zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen. Insoweit, glaube ich, tun wir der Sozialen Marktwirtschaft keinen Tort an, wenn wir sagen, „unter veränderten Bedingungen die Soziale Marktwirtschaft erneuern“. Im übrigen ist es auch ein bißchen das Problem des Begriffes. „Erneuern“ ist einfach schöner; es ist ein schöneres Wort als alles. Wir haben auch „wiederbeleben“, alles Mögliche an Verben durchkonjugiert und sind letztendlich bei „erneuern“ hängengeblieben. Es ist von der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft her durchaus zu vertreten, da zu sagen „erneuern“. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, gibt es einen Gegenvorschlag? „Durchsetzen“ ja? Habe ich das richtig verstanden, war das der letzte Vorschlag, Philipp von Bismarck?

Von Bismarck: Ich habe den nicht gemacht, aber ich meine, damit würde ich mich schon abfinden. Nur „erneuern“ finde ich eben, weil es die vielen Mißverständnisse gibt, einfach falsch! Ich muß es gesagt haben, ob Sie es machen oder nicht.

Wex: Herr Kohl, ich möchte mal für die Verfahren etwas sagen. Es gehört ja auch zur Ökonomie einer Partei, wenn sie so viele Hearings durchgeführt hat, ein paar von den Ergebnissen dieser Hearings mit einzuarbeiten. Und ich meine, wir sollten doch Folgendes sagen, Herr Kohl. Sie haben am Anfang gesagt, dieses Papier soll auch einen Aufforderungscharakter an die Jugend haben. Einen Aufforderungscharakter. Jetzt hat es sich ergeben, in dem letzten Hearing⁵, besonders bei der Jugend, bei den Fragen der jungen Leute, Herr Geißler, Sie sind ja dabei gewesen, daß sie gefordert oder vorgeschlagen haben, daß in der Art der Aussage klar werden muß, daß die Fragen, die die Jugend stellt, denn Sie haben ja „mit der Jugend“ als Überschrift, auch verarbeitet sind. Und so müßte das Ganze auch durchformuliert werden – das kann ich jetzt nicht im einzelnen vorschlagen –, daß die Antworten, die wir geben, zeigen, daß die Fragen, die gestellt worden sind, aufgenommen sind. Da möchte ich zum Beispiel nicht, gerade bei dieser Diskussion Soziale Marktwirtschaft, daß es da eine Erklärung noch zusätzlich zum Grundsatzprogramm und zu den Ergebnissen, die die Soziale Marktwirtschaft gehabt hat, gibt. Ich möchte nur sagen, daß der Aufforderungscharakter durchgehalten werden könnte. Ich hätte dann an einzelnen Stellen einen Vorschlag zu machen. Ich meine, dieses Hearing, was übrigens ausgezeichnet war, hat ganz eindeutig gezeigt, daß die Fragen, die gestellt werden, sich zum Beispiel darauf beziehen, daß die Sprache nicht so abstrakt im Politcharakter gehalten sein kann, sondern eben diesen Aufforderungscharakter hervorhebt,

5 Am 11. September 1981 in Bonn „Zukunftschancen der jungen Generation“ (UiD vom 26. September 1981: „Mit der Jugend – Unser Land braucht einen neuen Anfang“).

den Sie meistens auch durchgehalten haben. (*Kohl*: Ja, was heißt das jetzt konkret? – *Unruhe. Diskussion.*) Bei der Sozialen Marktwirtschaft war ein ganz großes Problem bei diesem Punkt, daß man da zum Beispiel auch die Frage des Wohnungsbaus in den Mittelpunkt stellen muß. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, da plädieren Sie doch jetzt indirekt für das Wort „erneuern“, wenn ich noch denken kann. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich schlage vor, daß wir jetzt aber an dem Punkt weiterkommen. So können wir das Papier von 30 Seiten also nicht diskutieren. Aber das ist eine prinzipielle Position, das gebe ich gerne zu, deswegen habe ich auch die Debatte. Wer ist also für die Beibehaltung des Textes? Also mit dem „erneuern“? Gegenprobe. Enthaltungen. So beschlossen.

Geißler: Zur Präambel. Eugen Gerstenmaier hat einen Vorschlag zu „inneren und geistigen Verfassung“, also vielleicht sagen Sie das mal, was Sie eben sagen wollten.

Gerstenmaier: Also, meine Damen und Herren, (*Kohl*: Sprich bitte in das Mikrophon.) ich möchte etwas zum Verfahren sagen. Ich bezweifle, daß wir eine Art Redaktion jetzt hier besprechen können, weil wir dann mit diesem ganzen Papier heute sicher nicht fertig werden. Ich habe mir die Mühe gemacht, als ich das Papier bekam, es am Abend zu lesen und bin dann hängengeblieben und habe eine halbe Nacht lang das erste Kapitel redigiert. (*Kohl*: Sehr gut!) Aus mehreren Gründen. Nicht nur aus sachlichen, sondern vor allem auch aus stilistischen Gründen. Die Sprache ist sehr unterschiedlich in der Qualität und auch in der Prägnanz. Sehr unterschiedlich. Ich habe versucht, das erste Kapitel⁶ zu redigieren, weil ich mich dafür noch am ehesten für zuständig halte. Ich habe die drei anderen Kapitel überflogen. Ich habe eine Reihe von Änderungsvorschlägen gemacht, die teils stilistischer, teils aber auch politischer Art sind. Insgesamt finde ich, daß das Papier jedenfalls im ersten Kapitel manchmal eine Neigung aufweist, zu viel auszusagen. Ich warne vor allem vor Schablonen, die einigermaßen in die Predigtsprache passen und doch weiter nicht auffallen würden. (*Heiterkeit.*) In der Verbindung, in einem rational politischen Papier und Argument, finde ich zum Beispiel Aussagen, wie die am Ende der Präambel: „Es gibt keinen neuen Anfang ohne Hoffnung auf die Zukunft – und ohne den Glauben an Gott.“ Natürlich, meine lieben Freunde, können wir das sagen, aber wozu sagen wir das, was ein Glaubenskern ist, eine Glaubenswurzel? Wozu brauchen wir das in einem rationalen politischen Papier so auszusagen? (*Unruhe. Diskussion.*) Nur als eine Art als eine schmückende Floskel? Das erfüllt nun die Sache im Ernst nicht.

Dann einen anderen Punkt. Eine gewisse Neigung ist in diesem Papier, ganz gängig gewordene, anscheinend unschuldige Formulierungen aufzunehmen. Die kommen nun nicht aus der Predigtsprache, sondern die kommen aus der Zeitungssprache unserer Zeit. Wie kommen wir zum Beispiel dazu zu sagen, „wir leben in Frieden und doch haben viele Angst vor einem neuen Krieg“? Natürlich haben manche Leute Angst vor einem neuen Krieg, ich finde aber es geradezu unanständig, wie in diesem Volk neuerdings von der Angst gesprochen wird. Zu meiner Zeit war es so üblich, daß, wenn jemand Angst hatte, er versucht hat, das zu unterdrücken, jedenfalls nicht laut hinaus zu posaunen! Wir kommen dem entgegen, indem wir nur in einem deskriptiven Satz, in einem beschreibenden Satz, diese verdammte Untugend „Ich habe Angst!“ aufnehmen und sozusagen damit zeigen, wir haben ja Verständnis für eure – übrigens sehr mißratene – Seelenlage. Dafür

6 In Frieden und Freiheit leben.

hat man, habe ich jedenfalls, gar kein Verständnis. Jedenfalls mein Vorschlag, diesen Satz zum Beispiel ebenso zu streichen wie den letzten Satz im ersten Absatz.

Dann komme ich wieder zu rein stilistischen Fragen. Man kann nicht sagen „unserer inneren und geistigen Verfassung“. Ich schlage vor, daß man hier statt „innere“, „seelische“ sagt, dann alles so weiter. Aber, werter Herr Vorsitzender, ich fürchte, daß es zu weit führen würde, wenn ich nun drauflos im ersten Kapitel, das ich durch redigiert habe, Seite für Seite durchargumentiere; ich fürchte einfach unsere, die Geduld dieses Vorstandes ist damit überfordert.

Kohl: Also, ich meine, Eugen, das, was stilistisch angemerkt ist, das kann man ja wirklich schriftlich reinnehmen, das ist kein Problem. (*Geißler:* Haben wir. Ich habe das zum großen Teil schon berücksichtigt.) Aber Du hast natürlich zwei Punkte aufgerufen, die von prinzipieller Bedeutung sind für die Präambel. Und da ist einfach die Frage, das muß ich noch einmal in Erinnerung rufen, was Heiner Geißler aus gutem Grund im Anschreiben am 14. September geschrieben hat. Ich zitiere das nochmal: „Von großer Bedeutung ist dabei, daß der Leitantrag deutlich macht, daß wir die Probleme und Fragestellungen auch der jungen Generation ernst nehmen.“ Ich beziehe mich jetzt auf das, was Frau Wex sagt. Das heißt also, das ist nicht nur ein Papier, das sozusagen für die abgebrühten Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands, die politische Profis sind, von Interesse ist, sondern speziell sich richtet an einen ganz bestimmten Adressaten, der das schon ein bißchen anders formuliert, Eugen, wie Du das formuliert hast. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Das muß man sehen. Darüber muß man reden.

Barzel: Ich würde mich gerne auch beschränken, nur über Fakten zu reden. Zweite Zeile, das Klima sei umgeschlagen in zehn Jahren. Das ist ja nicht wahr. Zum Beispiel Leistungsbilanz, die Arbeitslosigkeit, der Wohnungsbau. Die Fakten sind auch umgeschlagen. Ich mache keinen Redaktionsvorschlag, aber das ist einfach nicht wahr. Und ich bin auch nicht bereit als Oppositioneller, im dritten Satz zu sagen: „Den Menschen geht es gut.“ Das bestreite ich. (*Kohl:* Wo steht das? *Unruhe. Diskussion*). Das mit dem Klima stimmt nicht, es ist doch nicht nur das Klima umgeschlagen, und „den Menschen geht es gut“, das ist mir zu global. Ich will nur Anregungen machen. (*Unruhe. Diskussion*.)

Stoltenberg: Ich möchte hier uns allen vorschlagen, daß wir uns auf die wesentlichen Punkte konzentrieren, aber ich muß hier gleich anschließen. Der Satz kann so auch nicht stehenbleiben: „Die Menschen haben zu viel vom Staat erwartet und zu wenig von sich.“ Das trifft nicht für alle zu. Ja gut, wie soll man das formulieren? (*Unruhe. Diskussion*.) Wir müssen jetzt von den Generalisierungen wegkommen, und wir dürfen nicht diese Sprache der anderen übernehmen. Herr Schmidt redet davon, daß die Menschen zu viele Ansprüche stellen und verwöhnt seien. Also ich empfehle eine genauere Neuformulierung. Wir sind kein Redaktionskomitee, aber das muß anders gefaßt werden.

Kohl: Also die Verallgemeinerung raus. Ich gehe mal so jetzt weiter.

Albrecht: Letzte Zeile des zweiten Absatzes: „Den sozialen Frieden bei voraussichtlich geringeren wirtschaftlichen Wachstumsraten...“ Man könnte über einen solchen Halbsatz hinweglesen, wenn eine solche Unsicherheit nicht so einen pessimistischen Unterton hätte, „voraussichtlich geringere wirtschaftlichen Wachstumsraten“. Das ist auch an anderen Stellen des Papiers. Da muß man sich fragen, ob man das weiß, daß wir voraussichtlich geringere Wirtschaftswachstumsraten haben. Das ist nicht sicher. (*Kohl:* Dann schreibt doch „möglicherweise“, dann ist es doch weg. Aber die Alternative muß doch

drin sein.) Allenfalls könnte man formulieren, „selbst bei vorübergehend geringeren Wirtschaftswachstumsraten“.

Geißler: Also, das „voraussichtlich“ ist ja sogar schon eine Modifikation. Denn beim Arbeitsprogramm in Mannheim sind wir davon ausgegangen, daß wir nicht mehr mit so hohen Wachstumsraten rechnen können, wie das früher der Fall gewesen ist. Das ist, glaube ich, nun unbestritten, daß wir uns in unserer Politik auf diese veränderten Bedingungen einstellen müssen. Das „voraussichtlich“ ist ja schon wieder eine Zurücknahme der Prognose, daß wir mit niedrigeren Wachstumsraten rechnen müssen. Insoweit glaube ich, können wir das so lassen, denn das ist also das mindeste, was wir zu dem Thema sagen sollten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Neumann: Vom Verfahren wäre es jetzt einfacher, daß, wenn jemand einen Vorschlag macht, der sofort akzeptiert wird, man nicht weiter darüber zu reden braucht. Deswegen kann ich es kurz machen. Ich bin mit Herr Barzel der Meinung, „Den Menschen geht es gut“, kann so nicht stehenbleiben. Das entspricht auch nicht unseren Reden, die wir halten. „Sie haben Angst vor der Zukunft“, bestreite ich auch in der Generalität. Es muß hier nur gesagt werden, daß es geändert wird. Den Satz, den Herr Dr. Stoltenberg angesprochen hat, sehe ich ähnlich; der kann auch so nicht stehenbleiben: „Die Menschen haben zu viel vom Staat erwartet“, aus den Gründen, die Sie gesagt haben, „und zu wenig von sich“. Was heißt denn das? „Zu wenig von sich erwartet“ oder wie? Das geht so auch nicht. Und ich möchte dringend davor warnen, den Satz „ohne den Glauben an Gott“ stehenzulassen. Es ist ganz gut, daß Herr Dr. Gerstenmaier das gesagt hat, sonst denkt man an die ungläubigen Hanseaten. (*Heiterkeit.*) Das gehört hier, finde ich, nicht hin. Also insofern schließe ich mich an. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn zwischendurch gefragt wird, ob das allgemein befürwortet wird, das geht dann schneller.

Kohl: Ja, ich versuche es mal gleich. Wenn ich das richtig sehe und verstanden habe, ist hier die Generalanmerkung das Pauschale, das darin liegt. Es muß einfach bei der Umformulierung die Einschränkung rein. Ja? Rainer Barzel hat „Den Menschen geht es gut“ gesagt und dann das „Klima“ kritisiert. Ich glaube, da gibt es gar kein Problem, das ist ja allgemeine Meinung; so wie das hier steht, ist es zu pauschal. Daß alles das enthalten ist in unserer Gesellschaft, was hier angesprochen ist, steht außer Frage. Aber ich glaube, der Einwand ist berechtigt, daß wir das so pauschal aussprechen. Darf ich noch einmal fragen, bevor ich jetzt zu dem „Glauben an Gott“ komme, zu dem anderen Punkt, daß wir das Pauschale rausnehmen, ist die allgemeine Meinung? (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Aber das Thetische, wie es an sich hier steht, ist auch eine Kraft. Und wenn wir das Thetische jetzt durch eine Superdifferenzierung ersetzen, dann sind wir wieder mitten im Seminar. Also natürlich kann man sagen „viele“ statt „die“. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Das ist im Grunde genommen nur ein rhetorisches Stilmittel, worüber wir uns hier im Moment streiten, denn kein Mensch geht davon aus, wenn man den Satz liest „Den Menschen geht es gut“, dies nun so zu nehmen, daß wir aussagen wollen allen 60 Millionen, sondern es wird eine Grundstimmung hier angesprochen, eine Grundbefindlichkeit. Sie können auch die Sache einschränken, dann wird es genauer und exakter, aber wie gesagt, das Thetische, ich will den Begriff mal übernehmen, ist natürlich plakativ.

Kohl: Aber es ist unrichtig. (*Unruhe. Diskussion.*) Es ist unrichtig, und das ist doch keine Einschränkung. Das überbewerten wir doch.

Griesinger: Das sehe ich auch so, lieber Herr Geißler, wohl nicht alle haben diese Angst vor der Zukunft.

Späth: Ich glaube, die Schwierigkeit der Diskussion, der wir jetzt laufend begegnen, liegt darin, daß so ein Gerippe vorgegeben ist. Ich habe das, was Herr Gerstenmaier gemacht hat in der Abteilung 1, versucht in der Abteilung 2 zu machen, (*Kohl:* Sehr gut.) und bin hoffnungslos unterlegen, wenn mal eine Geschichte so steht wie jetzt die Präambel. Ich will gerne nochmal den Ansatz sagen, man kann doch schreiben, „insgesamt ist der Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland einer der höchsten in der Welt“ – das ist eine ganz objektive Feststellung –, und trotzdem haben wir Probleme, die wir vor allem deshalb haben, weil die solidarische Gemeinschaftsleistung auf dem Staatswesen aufbaut, von den anderen umfunktioniert wurde in einen Gruppenegoismus ohnegleichen und der Staat leistet. Jetzt hat die junge Generation zu recht das Gefühl entwickelt, dies ist kein Staat, in dem die immateriellen Dinge noch im Vordergrund der Gemeinschaftsleistung stehen, und möchte den Staat herunterfahren. Ich glaube, dort ist der der Ansatz, wo man die Dinge weiterführen könnte, nämlich beim Abfall der solidarischen Gemeinschaftsleistung zugunsten des Staates. Wenn wir dann daraus Schlüsse ziehen wollen, das zeigt Ihnen das ganze Kapitel, dann ist in jeder Nummer ein Widerspruch zu der anderen Nummer. Zum Beispiel ist das Prinzip der Subsidiarität gedanklich überhaupt noch nicht durchgehalten. Nur, dann müssen wir, glaube ich, vom Ansatz her mit einer Feststellung „den Leuten geht es gut und trotzdem haben sie Angst“, und die Bürger haben große Leistungen vollbracht – in Ordnung –, und dann haben sie zu viel vom Staat erwartet, anders verfahren.

Ich glaube, daß die Aneinanderreihung von solchen fünf Sätzen nicht den Ansatz gibt, um den es geht, daß es uns relativ gut geht, daß auch die Leute zu empfinden haben, daß ihre Ansprüche nicht befriedigt werden; das ist die Frage der Anspruchsgesellschaft. (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl:* Das ist aber dann natürlich ein völlig anderer Text.) Ja. Ich sage nur, ich werde mich gar nicht mehr melden zu der Textveränderung, weil ich die Sorge habe oder einfach die Schwierigkeit – ich sehe da viel guten Willen auf allen Seiten –, aber ich kann unmöglich in einem solchen Gremium mich hinsetzen und Satz für Satz jetzt in der Präambel schon auseinandernehmen. Wenn wir die Zahl der Diskutanten nehmen, geht das nicht auf. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, ich muß noch einmal sagen, nach allem was ich jetzt hier sehe, mit Ausnahme vom letzten Beitrag, ist bei der ersten Seite – ich lasse das Thema Gott jetzt mal weg, darauf komme ich noch zurück –, daß diese allgemeine pauschale Ansprache differenziert werden soll. Das ist die allgemeine Meinung. Ich glaube, das ist auch richtig, weil es so unrichtig ist, weil man nicht sagen kann, „den Leuten geht es gut“. Ich will das als Beispiel nehmen. Wenn man das unter diesem Gesichtspunkt stilistisch durchhält, glaube ich, können wir das so lassen. – Und jetzt kommen wir dann zu dem Punkt, den der Eugen Gerstenmaier angeführt hat, der letzte Satz des ersten Abschnitts „Es gibt keinen neuen Anfang“ usw.

Waffenschmidt: Ich bin sehr nachdrücklich dafür, den Satz stehen zu lassen. Ich will das auch begründen. Das wichtigste politische Phänomen, was wir insbesondere bei der jungen Generation erleben, ist die nachdrückliche Suche nach neuer Religiosität, wenn

wir den Evangelischen Kirchentag⁷, die Vorbereitung zum Katholikentag⁸ und vieles andere sehen. Ich habe die große Sorge, daß wir allmählich die religiösen Beziehungen und das Berufen auf Gott, die Heilige Schrift und das, was uns als C-Partei wichtig sein sollte, mehr und mehr schamhaft verschweigen und es sich andere zu eigen machen, die Angst-Bewegung, die SPD und viele andere mehr. Ich bin also nachdrücklich dafür, daß wir bei einer solchen Überlegung, brauchen wir einen neuen Anfang, uns dazu bekennen, daß ein neuer Anfang auch nur möglich ist, in dem man die Verantwortung des Menschen vor Gott zum Ausdruck bringt.

Von Weizsäcker: Ich komme zu diesem Punkt sofort und möchte dazu nur zwei ganz kurze Vorbemerkungen machen. Erstens, daß Angst vor der Zukunft und Angst vor einem neuen Krieg existiert, ist eine Tatsache. Und wenn man sich an die junge Generation wenden will, dann muß man sie auch dort abholen, wo sie ist, und muß infolgedessen diese Sache nicht unterdrücken. Ich bin dafür, daß das drin bleibt. Die Umwandlung von „den“ zu „vielen“ usw. wurde ausreichend diskutiert. Zweitens, den Satz „Die Menschen haben zu viel vom Staat erwartet und zu wenig von sich“, kann man umdrehen in dem Sinne, daß man sagt, man hat vielen suggeriert, oder die Politik hat ihnen suggeriert, der Staat bringe ihnen alles und sie könnten alles erwarten usw. (*Kohl:* Ich glaube, da sind wir einig bei dem Punkt. Das können wir auch abhaken.)

Dritter Punkt. Da greife ich ein Stück von dem auf, wie ich es glaube verstanden zu haben, von Lothar Späth. „Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wiederhergestellt werden“, da würde ich eben sagen, „Das Selbstvertrauen und der Gemeinssinn“. Der Begriff des Gemeinssinns oder etwas Äquivalentes muß an diese Stelle. (*Kohl:* „Gemeinssinn“ ist schön. Moment mal, einverstanden?)

Vierter Punkt und das ist jetzt die Sache mit dem Glauben an Gott. Ich finde, daß man nicht sagen kann, „es gibt keinen neuen Anfang ohne Hoffnung auf die Zukunft – und ohne den Glauben an Gott“. Wenn man von Gott spricht, dann kann man sagen, mein Bekenntnis, mein Menschenbild gründet sich auf den Glauben an Gott. Aber man kann nicht sagen, du kriegst keinen neuen Anfang ohne Glauben an Gott. Das kann man nicht. (*Unruhe. Diskussion.*) Deswegen muß, wenn es drin bleibt, es so sein, wie wir es auch im Grundsatzprogramm haben, wo wir gesagt haben, „Unser Menschenbild stützt sich auf“, aber man kann nicht sagen, „es gibt keinen Glauben“ usw.

Geißler: Also, bei dieser Formulierung ist mir hinterher beim näheren Nachdenken natürlich auch Folgendes aufgefallen: Wir verlassen hier etwas die Beschreibung der Szenerie und kommen plötzlich zu einer sehr apodiktischen Feststellung. Ich glaube nicht, daß man apodiktisch von einer Partei feststellen kann, „Es gibt keine Zukunft ohne Glauben an Gott“, das nicht. Aber man kann einen Zustand beschreiben. Der besteht darin, daß die religiösen Bindungen in diesem Volk schwächer geworden sind und daß viele Menschen dies empfinden und sagen, wir sehen keine rechte Zukunft mehr, wenn nicht der Glaube an Gott erneuert wird. Das kann man beschreiben, und ich glaube, das ist auch ein politischer Tatbestand, den man ansprechen kann.

Ich habe aus dem Grunde eine Alternative formuliert, darf ich die mal vorlesen? Es würde heißen „und doch scheinen viele angesichts der Herausforderungen der Zukunft zu resignieren“. Jetzt würde eingefügt werden: „Die religiösen Bindungen der Menschen

7 Am 17.–21. Juni 1981 in Hamburg.

8 Am 1.–5. September 1982 in Düsseldorf.

sind schwächer geworden.“ Jetzt käme die Passage mit dem Staat „zu viel vom Staat erwartet“, das sollte ja umgeändert werden, „die Erwartungen an den Staat wurden enttäuscht“, so, „Immer mehr Menschen wollen wieder auf die eigene Kraft und auf den Gemeinsinn“, das müßte jetzt eingefügt werden, „vertrauen können. Immer mehr Menschen wollen sich mit der Zukunftsangst und dem Pessimismus unserer Tage nicht abfinden. Sie sehen aber zu recht keinen neuen Anfang ohne Hoffnung auf die Zukunft und ohne den Glauben an Gott.“ Dann beschreiben wir das Empfinden, die Gefühle, die Stimmung vieler Menschen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Albrecht: Ich glaube, daß das schon besser ist. Es gibt auch eine andere Möglichkeit vielleicht. Ich will das mal eher von der Sache her sagen, denn damit muß man sich schon ernsthaft befassen. Die Angst wird immer aufgehängt an konkreten Gegenständen. Angst vor dem Krieg. Angst vor der Zerstörung der Umwelt usf. Theologisch weiß man, daß, wenn man alle diese Dinge, alle diese Probleme löst, die Angst trotzdem bleibt, weil sie letztlich die Angst vor dem Nichts ist, und hier ist vielleicht schon ein Satz einzufügen, ich würde das so ganz im Vorbeigehen machen, daß man wissen muß, daß Angst letztlich nur von der religiösen Frage her beantwortet werden kann und nicht, indem man konkrete politische Gegenstände der Furcht ausräumt.

Gerstenmaier: Also, meine Damen und Herren ich konstatiere Herrn Geißler, daß sein zweiter Vorschlag ernstlich diskutabel ist im Gegensatz zu der jetzigen Formulierung. Aber trotz des Einwands von Herrn Waffenschmidt warne ich davor, etwas zu machen, was wir im Kreisauer Kreis vor vierzig Jahren völlig vergeblich und verkehrt gemacht haben. Wir haben damals erklärt im Kreisauer Grundsatzprogramm, daß die Rückkehr des Staates zum Christentum die Grundlage der Erneuerung Deutschlands sei. Das kann man einfach politisch nicht so langfristig fordern. Und auch hier geht zweierlei durcheinander, die Deskription eines Zustandes und das, was an Wunsch, oder Glauben an Gott von uns gemeint wird. Aber wie auch immer, ich bin bereit über die Formulierung von Geißler zu reden und sie auch aufzunehmen.

Kohl: Also Eugen, der Vergleich mit dem Kreisauer Programm, der stimmt meines Erachtens nicht, weil das der Anspruch an den Staat war, und das ist ein Anspruch an eine Partei. Und die Partei heißt Christlich Demokratische Union. (*Abrecht:* Aber wir treten doch vor die Öffentlichkeit.) Das ist schon ein Teil, wir vertreten unseren Teil. Und ich mache nun aus meiner Meinung da keinen Hehl, wenn das Kernstück der CDU – nicht alle 50 Prozent Wähler, die wir anstreben –, wenn sich die Achse der Union im Prinzip nicht mehr danach ausrichtet, dann sind wir natürlich eine größer gewordene FDP, um das mal lapidar zu sagen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gerstenmaier: Verzeihen Sie den Zwischenruf. Hier geht es doch um etwas anderes als um die Beschreibung unseres Verhältnisses zum Glauben. Hier geht es doch um eine Art Appell. Und da warne ich davor, religiöse Fundamente mit hinein zu nehmen, in politische Forderungen. Das geht einfach nicht, das sind zwei verschiedene Dimensionen.

Geißler: Ich muß aber hier jetzt mal einen Zwischenruf machen. Der erste Absatz ist eine Beschreibung. Eine sehr umfassende Beschreibung unserer jetzigen geistigen gesellschaftlichen Situation mit allen Punkten. (*Kohl:* Aber das ist doch jetzt kein Argument dagegen.) Nein. Meine zweite Formulierung ja nicht. Die zweite Formulierung beschreibt sozusagen eine Entwicklung, die wir miteinander bedauern. Ich darf in dem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß wir bei der Diskussion des Grundsatzprogramms

einen großen Aufmerksamkeitserfolg erzielt haben, der weit hineingereicht hat in die Diskussion, bis in die Universitäten, daß wir gesagt haben, wir haben den Mut, Gott im Parteiprogramm zu nennen. Das hat eine ganz große Bedeutung gehabt. Und ich finde, wenn wir vom neuen Anfang sprechen, wenn wir sagen unser Land braucht einen neuen Anfang, sollten wir in dem Bereich eine Aussage machen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Biedenkopf: Ich glaube, wenn man das, was Heiner Geißler eben gesagt hat, zugrunde legt, daß die beiden ersten Absätze die subjektive und objektive Befindlichkeit unserer heutigen Gesellschaft beschreiben, und dann schließt sich an, wie wir die Herausforderungen bestehen können, dann kann man das, was in dem letzten Satz des ersten Absatzes steht, eigentlich besser in Verbindung bringen mit den Bedingungen, unter denen man diese Herausforderungen bestehen kann. Darum geht es. Darüber müssen wir sowieso noch einmal reden, ob diese vier Punkte so glücklich als die Bedingungen beschrieben sind, mit denen man die Herausforderungen besteht, und ob man da ein, zwei Sätze mehr sagen soll. Aber da können wir als Partei sagen, daß für uns diese Achse besteht, so wie Helmut Kohl das eben formuliert hat. Oben in der allgemeinen Befindlichkeit, finde ich, paßt es nicht hin.

Gerstenmaier: Es muß unterschieden werden zwischen Appell und dem, was wir als Partei im religiösen Fundus wollen und meinen.

Schwarz-Schilling: Ich möchte an das anknüpfen, was Kurt Biedenkopf eben gesagt hat. Ich bin der Auffassung, daß die letzten beiden Sätze im ersten Absatz dort nicht mehr hingehören, sondern „Menschen haben zu viel vom Staat“ jetzt mit den Variationen von Weizsäcker, da ist dann Schluß. Und dann geht es weiter „Veränderungen unserer objektiven Herausforderungen“, dann kommt ein dritter Absatz hinzu. „Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wieder hergestellt werden, der Gemeinsinn“, das, was Herr von Weizsäcker gesagt hat, und dann kommt auch „Es gibt keinen neuen Anfang“, da kann man auch sagen „ohne Hoffnung und Zuversicht auf die eigene Zukunft“ oder so etwas. Wie jeder diesen Anfang herstellt, ob religiös oder so, das ist eine ganz andere Frage. Aber dieser Hoffnungsappell, der Zuversichtsappell, der gehört meines Erachtens da hinein, und dann kann man entsprechend fortsetzen, „so können wir die Herausforderungen bestehen, wenn wir“... In dieser Art.

Waffenschmidt: Ich möchte da konkret anschließen. Ich finde den Weg, den Schwarz-Schilling vorschlägt, sehr gut in der Systematik. Man könnte meines Erachtens auch anknüpfen an das, was Richard von Weizsäcker sagte, in dieser Einleitung des dann erweiterten dritten Abschnitts einfach die Worte unseres Grundsatzprogramms nochmal aufnehmen; dann wird das nämlich deutlich, was wir wollen, daß wir gar nicht damit jetzt alle Menschen unbedingt erfassen, daß sie morgen nach Parteiprogramm christlich werden sollen, aber das, was wir als Anspruch gegenüber uns selbst haben. Ich meine man sollte die Formulierung des Grundsatzprogrammes aufnehmen.

Ein Zweites, Heiner Geißler, ich würde in der Beschreibung des Tatbestandes den Satz weglassen, „die religiösen Bindungen nehmen ab“, denn das ist gar nicht zutreffend. Sie nehmen in gewissen Bereichen ab, in gewissen Bereichen nimmt die Suche nach neuer religiöser Bindung gewaltig zu.

Kohl: Mir scheint, daß das, was Christian Schwarz-Schilling jetzt sozusagen in der Umgruppierung gebracht hat, dem Einbetten weitgehend Rechnung trägt, daß wir das so also einarbeiten. Einverstanden? (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Bismarck: Das hat Kurt Biedenkopf schon gesagt, der Vorsatz, „diese Herausforderungen können wir dann bestehen, wenn wir“, steht meinem Gefühl nach in einem noch nicht wirklich sinnvollen Zusammenhang mit dem ersten „In Frieden und Freiheit leben“.

Kohl: Moment, da ist ja praktisch ein weiterer Absatz vorne dran gestellt. Nach dem Vorschlag von Christian Schwarz-Schilling.

Späth: Nur eine Anmerkung. Ich halte es für richtig, daß wir diese Trennung vornehmen, die Schwarz-Schilling vorschlägt. Nur aus dem, was er jetzt formuliert hat am Schluß, läßt sich, glaube ich, im Sinne von dem, was Herr von Weizsäcker gesagt hat, anschließen, nämlich der Dienst für die Gemeinschaft. Da kann man überleiten zur Verantwortung für den Nächsten und aus dem heraus dann sagen, „eine der letzten Verantwortungen des Christenmenschen ist“. Ich will das jetzt nicht ausformulieren, aber ich glaube, über den Dienst und die Gemeinschaft muß im Grunde das christliche entscheidende Element erwähnt werden; dies ist unsere Position, so wollen wir die Gesellschaft gestalten. Dort könnte man nämlich dann den politischen statt den reinen theologischen Ansatz finden. Das ist ja Ausdruck des theologischen.

Kohl: Einverstanden so? (*Zustimmung.*) Gut, dann nehmen wir die nächste Seite. „In Frieden und Freiheit leben.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Dregger: Ich schlage vor „Frieden und Freiheit sichern“ statt „In Frieden und Freiheit leben“ Das ist doch die Herausforderung. Diese Herausforderung können wir dann bestehen, wenn wir Frieden und Freiheit sichern. Das ist nicht journalistisch.

Kohl: Das ist logisch, die Herausforderung besteht nicht im Leben. Gut. „Frieden und die Freiheit sichern“ heißt es jetzt.

Barzel: Die dritte Zeile ist, glaube ich, nicht korrekt. Ich zum Beispiel rüste nicht für einen atomaren Krieg, sondern ich rüste, um einen atomaren Krieg zu verhindern durch Abschreckung.

Biedenkopf: Ich möchte da gleich anschließen. Ich glaube, daß der erste Absatz eine ganz große Gefahr enthält. Wir treten in unserer Argumentation hier ein in das Problem, indem wir die Argumente der – ich nenne es jetzt mal so – Friedensbewegung annehmen und sagen, daß wir das Udenkbare nicht denken können, daß nämlich der Krieg, für den wir rüsten, alles vernichtet, was wir verteidigen wollen. Wenn diese Aussage so richtig ist, ohne daß die Partei eine Antwort gibt auf dieses Dilemma, dann ist das lebensgefährlich. Dann kommt man da nicht mehr raus. In dem ganzen Text, der jetzt folgt, wird aber auch unsere Antwort auf dieses Dilemma gar nicht gegeben. Wir sagen nicht, daß das eigentlich ganz anders ist, wir widerlegen also diese Feststellung nicht, und wir sagen auch nicht, wie wir aus diesem Dilemma rausführen wollen. Da sehe ich ein ganz großes Problem. Auf der einen Seite habe ich volles Verständnis dafür, daß diese Sorge der Jugendlichen, daß der Krieg alles zerstören könnte, was uns lebenswichtig ist, aufgenommen wird. Aber wir müssen die Sorge dann widerlegen. Wir müssen dann sagen, daß das nicht so ist und daß das ganz anders ist. Wenn wir das nicht sagen, dann hängen wir da in der Luft. Dann kommen wir nicht weiter.

Wörner: Ich möchte da anschließen und ausdrücklich sagen, daß ich es gut finde, daß in diesem Papier die Fragen artikuliert werden. Jedenfalls ansatzweise. Weil man damit den Eindruck widerlegt, man würde im Grunde genommen von seiner Position aus sozusagen die Fragen schon gar nicht mehr sehen, die viele, bis hinein in unsere jugendliche Anhängerschaft, stellen. Ich glaube das zweite, was Kurt Biedenkopf gesagt hat, ist ge-

nauso richtig. Nämlich, daß die Antwort beispielsweise zum Thema gerechter Krieg, was ja als Diskussion eine lange, auch theologische Wurzel hat, hier überhaupt nicht gegeben wird. Das können wir natürlich nicht machen. Daß wir zwar die richtigen Fragen stellen, daß wir aber im Grunde genommen die Antwort darauf jedenfalls teilweise verweigern. Hier gilt es vor allem bei diesem Punkt gerechter Krieg, wo zwar die Frage gestellt wird, aber eine Diskussion über dieses Thema auch nicht ansatzweise zu einem Ergebnis führt, die Frage zu stellen und dann auch wenigstens ansatzweise zu antworten.

Neumann: Ich möchte an das anschließen, was Herr Biedenkopf gesagt hat. Beim Thema ist doch entscheidend, daß wir den jugendlichen Menschen deutlich machen, daß Bewaffnung eben Frieden sichert. Dieser Komplex ist in der Begründung nicht genügend herausgearbeitet. Da steht beispielsweise irgendwo so ein Satz „Wehrlosigkeit gefährdet den Frieden“. Das ist richtig. Nun dürfen wir aber nicht unsere Gedankenwelt voraussetzen, sondern da müßte zumindest auch unter Hinweis auf die Geschichte, das ist ja möglich, ein Satz stehen, daß also Nichtbewaffnung oder nicht ausreichende Bewaffnung potentielle Aggressoren animiert, Kriege anzuzetteln. Dieser Gesichtspunkt, wie auch auf dieser ersten Seite – da steht etwas mit dem militärischen Gleichgewicht –, ist für meine Begriffe nicht ausreichend formuliert.

Gerstenmaier: Also, meine Damen und Herren, mir geht immer noch der Einwand von Herrn von Weizsäcker im Kopf herum, daß dieses, doch hauptsächlich an die Jugend gerichtet, die Jugend dort treffen muß, wo sie sich befindet. Das ist ein bestechender Einwand. Aber wo führt der hin? Ich habe in meiner Redaktion diesen Absatz stehen lassen. Ich habe ein einziges Wort gestrichen, nämlich die „Millionen“. Aber sonst habe ich ihn stehen lassen und zwar nicht nur aus Konzilianz an die Verfasser der Vorlage. Die sind wir ihnen schuldig, aber das Unbehagen bleibt, daß wir so viel aufnehmen müssen, was möglicherweise überhaupt nicht stimmt. Das ist meine Frage an Herrn von Weizsäcker. Herr von Weizsäcker, ist denn die hier angesprochene Position die Position etwa der deutschen Jugend? Ich stelle das zumindestens in Frage. Und ich sträube mich dagegen, daß wir hier eine zwar in Massenmedien vielfach zur Allgemeingültigkeit oder zur Norm erhobene Position eines Teils der deutschen Jugend übernehmen, etwa die, die vor allem in Massenmedien in den Berichten über den Kirchentag sehr vordergründig und massiv zum Ausdruck kam. Ich frage mich aber, ist denn das überhaupt durchgängig die Position der deutschen Jugend? Oder sind wir letztlich in Gefahr Thesen zu übernehmen, deren Wahrheitsgehalt mindestens problematisch ist? Zurückhaltend gesagt. Das zeigt sich jetzt hier in der Formulierung und in dem von Herrn Biedenkopf angesprochenen Einwand. Also, ich frage mich, holen wir denn, treffen wir denn die Jugend wirklich dort, wenn wir diese Thesen, die zweifellos nur für einen Teil der Jugend gelten, gewissermaßen stillschweigend zu Generalthesen machen und in Erscheinung bringen?

Geißler: Ich möchte jetzt gern noch etwas zur Verteidigung dieses Absatzes sagen. Und zwar muß ich mich jetzt nochmal auf die Eingangsbemerkung beziehen. Dieses Papier soll ja auch Unterlage bei der Diskussion in den verschiedenen Foren sein und soll auch rausgehen. Wir wollen mit jungen Leuten ja diskutieren, das ist nun das Ziel des Parteitages. Wir müssen das jetzt nun mal voraussetzen, daß es ein Parteitag auch des Dialoges mit jungen Menschen werden soll, und da muß ich den Eingang zu den verschiedenen Kapiteln so formulieren, daß die Leute das überhaupt mal in die Hand nehmen und lesen. Wenn ich in dem Papier gleich anfangs und schreibe das da hin, was in der Verteidigungs-

politik die CDU seit je her richtig formuliert und überhaupt nicht bestritten ist, dann baue ich psychologische Barrieren auf für die Leute, sich mit diesem Papier überhaupt zu beschäftigen. Das ist der erste Punkt.

Ich muß deswegen noch einmal darauf hinweisen, wir verabschieden hier nicht ein Grundsatzprogramm, sondern es ist ein Leitantrag, der gleichzeitig in diesen vier Kapiteln Einstieg finden will in die Gedankenwelt von Leuten, die halt nun nicht auf unserer Linie sind. Wir wollen ja auch mal offensiv an Leute herangehen, die quasi gegen uns Vorbehalte haben. Und ist denn jemand der Auffassung, daß es Leute gibt, oder daß es niemand gibt in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem junge Leute, die keine Vorbehalte gegen uns haben? Vor allen Dingen wegen der Diktion. Das ganze Problem besteht doch darin, daß wir hier deutlich machen wollen, daß wir die Fragestellung von vielen Leuten ernst nehmen. Da muß doch die CDU hier zum Ausdruck bringen, daß wir die Fragestellung wenigstens ernst nehmen. Bei den Friedens-Leuten handelt es sich ja nicht nur um Kommunisten, sondern da handelt es sich um sehr ernsthafte Leute. Das sind auch ernsthafte Leute aus dem kirchlichen Bereich. Wenn wir schon gar keine Fragen mehr stellen und nicht bereit sind, Fragen auch mal offen stehenzulassen, und bereit sind, mal auf Antworten sogar zu verzichten und mal eine Frage offenlassen, glaube ich nicht, daß wir dann in den Dialog mit diesen Leuten kommen. So ist also das Papier angelegt. Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir aber die Präambeln alle streichen. Dann fangen wir gleich mit den Ziffern an. Das kann man machen. Die Präambeln sollen den Versuch unternehmen. (*Kohl*: Das ist doch ganz unstrittig. Wir müssen doch jetzt nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.) Ich kippe nicht das Kind mit dem Bade aus. Es muß jetzt nur klar sein, wie wir die Sache aufbauen.

Zweitens, die Fragen, die Formulierungen, auch was den „gerechten Krieg“ anbelangt, sind ein zentrales Thema. Denn die atomare Bewaffnung bringt ja einen qualitativ anderen Charakter in die Verteidigungspolitik hinein. Das muß man doch ganz klar sehen. Und infolgedessen muß man dies ansprechen. Was die Antwort anbelangt, muß ich ja nun schon sagen, wir geben die Antwort zunächst einmal sehr knapp, weil es ja im wesentlichen ethische Fragen sind, die hier angesprochen sind. Wir stellen hier in der Präambel keine militärtechnischen Fragen, sondern es sind im wesentlichen ethische Fragen. Und auf diese ethischen Fragen geben wir im dritten Absatz eine Antwort. „Deshalb ist das Ziel unserer Außenpolitik“ usw., „um so den Ausbruch eines Krieges und damit den Verlust von Frieden und Freiheit zu verhindern. Dieses Ziel gibt unserer Außenpolitik die ethische Grundlage.“ Das ist die Antwort. Eine andere gibt es nicht. Auch bei tieferem, längerem Nachdenken gibt es keine andere Antwort, als daß wir durch das Gleichgewicht auch der atomaren militärischen Kräfte eben den Ausbruch eines Krieges, der in sich wahrscheinlich gar nicht mehr sittlich ist im Sinne des bellum iustum, verhindern. Ich will jetzt nicht auf diese alte Streitfrage eingehen. Jedenfalls ist das eine hochbrisante theologische, moraltheologische, philosophische Diskussion, die hier geführt wird, und wir müssen durch die Fragen wenigstens darauf eingehen. Im übrigen ist natürlich das gesamte Kapitel eine Antwort auf die Fragen, die wir hier aufwerfen, wie wir Friedenspolitik machen wollen, denn es geht ja nachher los nach der Zustandsbeschreibung: „Die CDU, Partei des Friedens“ und dann sagen wir im einzelnen, wie wir das machen wollen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Scherer: Der methodische Ansatz mag unter diesen Gesichtspunkten sinnvoll erscheinen. Ich neige sehr dazu, Fragestellungen ernst zu nehmen und sogar, wenn es sein muß, auch provozierend zu fragen. Nur vermute ich, daß diejenigen, die diesen Leitantrag lesen, natürlich daraus auch auf ein gewisses Denkmuster innerhalb der Partei schließen. Wenn wir gleich am Anfang die Diskussion auf die Frage konzentrieren, ob für einen atomaren Krieg gerüstet wird, bzw. ob es einen gerechten Krieg gibt, dann wird genau die Äußerung derjenigen gestützt, die der CDU diese Intention ihrer Politik unterstellen. Von daher wäre es wichtiger, sinngemäß den zweiten Satz des dritten Absatzes inhaltlich nach vorne zu schieben, wo es darum geht, daß es auch nicht sittlich erlaubt ist, das Volk in einer Diktatur der Unfreiheit zu unterwerfen, dann die Aufrüstung in den Zusammenhang mit der Vermeidung eines Krieges zu stellen und dann kann man immer noch die Frage aufgreifen, ob es einen gerechten Krieg gibt, ja oder nein. Nur die Reihenfolge, die hier gewählt ist, die, fürchte ich, wird das uns unterstellte Denkmuster festigen und der Diskussion einen völlig falschen Akzent geben.

Kohl: Das befürchte ich nun gerade nicht bei dem Punkt. Es ist ganz ungewöhnlich, daß die CDU in so einem Papier die Frage aufwirft. Die Angst habe ich nicht. Ich sehe eher die Besorgnisse in der Partei von der anderen Richtung kommen als von der Richtung, die Sie meinen.

Von Weizsäcker: Herr Gerstenmaier, es geht ja nicht darum objektiv festzustellen, wer was denkt und wie groß die Prozentsätze sind. Aber es geht in der Tat darum, anzuknüpfen an die öffentliche Diskussion, wie sie nun mal läuft. Und von daher gesehen finde ich prinzipiell die Ansätze sowohl in der Präambel – wie wir sie verändern wollen, haben wir ja besprochen – als auch in der Ziffer 1 richtig.

Zweitens, ich finde natürlich völlig richtig den Einwand oder die Mahnung von Kurt Biedenkopf, man soll nur Fragen aufwerfen, die man auch beantwortet, und im Prinzip geschieht das. Aber ich finde allerdings an einer Stelle, daß wir uns ein ziemliches Atlasgebirge auf unsere Schulter laden. Das ist das Stichwort des „gerechten Krieges“. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Es ist nun mal doch so, Herr Geißler, zum Stichwort „gerechter Krieg“ im atomaren Zeitalter würden nicht nur Herr Gollwitzer und andere, sondern auch Roman Herzog und auch Leute, die nun wirklich ernsthafte theologisch sozialetische, systematische Überlegungen anstellen, sich schlicht anheischig machen, statt das Stichwort, ob es im atomaren Zeitalter einen gerechten Krieg gibt, sozusagen mit einem Satz hinterher oder mit einem ganzen Absatz zu antworten. Die Frage ist völlig berechtigt und die Frage wird natürlich auch theologisch beantwortet, aber ich finde, wir können Ihrem mit Recht formulierten Anspruch, Herr Geißler, von der Diskussion ausgehend, wie sie ist, gerecht werden und brauchen dennoch nicht das Stichwort des „gerechten Krieges“ zu nennen.

Drittens, ich finde natürlich sehr wichtig jetzt zur Konkretisierung den Einwand von Rainer Barzel; jetzt ist er nicht da. Der Satz ist meines Erachtens nach einfach falsch gedacht, der zweite Satz: „Viele weigern sich, das Udenkbare zu denken und sich für einen atomaren Krieg zu rüsten, der das vernichten würde, was er verteidigen sollte.“ Nein, viele weigern sich, den Sinn von Rüstung überhaupt anzuerkennen im atomaren Zeitalter. Es ist doch nicht so, daß wir das Udenkbare denken und für den atomaren Krieg rüsten. (*Unruhe. Diskussion.*) Und die Antwort, Herr Biedenkopf, das würde ich nun wiederum akzeptieren, wird zunächst pauschal im dritten Absatz gegeben und dann substantiiert in dem, was dann später folgt. In der pauschalen Antwort im dritten Absatz, möchte ich nur

noch vorschlagen, zwei Sachen hineinzunehmen, also ungefähr in der Mitte, wo es da heißt „das Gebot der Nächstenliebe verlangt von uns nicht, wehrlos zu dulden“, daß das und das passiert, sondern „unsere Nächsten vor unrechter Gewalt zu schützen“. Der einzelne darf auch den Weg der Quäker gehen. Das brauchst Du nicht reinzuschreiben. Ich will nur sagen, es ist ein Unterschied zwischen der ethischen Entscheidung des einzelnen und der Pflicht der politischen Führung. Der Staat, die ganze Ethik des Staates zur Verteidigung muß wenigstens mit einem Stichwort angedeutet werden. Und man kann hinzufügen, daß, wer sich der Politik des militärischen Gleichgewichts und der internationalen Zusammenarbeit verweigert, damit zu Ungleichgewicht und zu einem Vakuum und damit zu einer Erhöhung der Kriegsgefahr und nicht etwa zu einer Erhöhung der Friedensaussicht führt. Die zwei Sachen würde ich hinzufügen.

Biedenkopf: Ich kann nach dem, was Richard von Weizsäcker gesagt hat, mich hier auf wenige Sätze beschränken. Ich finde das sehr gut, wenn man diesen zweiten Satz so nicht stehen läßt, weil er nämlich, wenn man ihn so stehen läßt, es zu einer objektiv richtigen Aussage macht, daß der atomare Krieg alles zerstört, was er verteidigen soll, und damit ist man am Ende, sondern es geht hier um die Angst vor der Rüstung als solcher.

Zweitens, wir müssen bei allem Respekt – und da teile ich alles, was Heiner Geißler gesagt hat – vor den ethischen, moralischen und geistigen Ansprüchen, die wir hier stellen, auch die kategoriale Ebene, die wir hier einnehmen, uns eines klarmachen: Wenn man sich verteidigen will, und man will sich nicht verteidigen unter Einschluß des Risikos, sein Leben zu verlieren, kann man sich nicht verteidigen. Das ist eine harte Sache, aber das ist so, und daran kann man nicht vorbei. Wir sind inzwischen in Deutschland immerhin soweit, daß auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes den Satz „Lieber rot als tot!“ verworfen und gesagt hat, das sei eine unglaubliche Sache, dem könne man nicht folgen. Ich will das gar nicht hier reingeschrieben haben, aber ich finde deshalb, wenn der dritte Absatz, Heiner, nur Außenpolitik auf Würde, Freiheit, Recht usw. aufbaut, daß das zu wenig ist. Hier muß auch von dem nationalen Interesse unseres Volkes an einer Sicherung seiner Existenz in Freiheit durch Verteidigung die Rede sein. Das ist eine zentrale Grundlage unserer Außenpolitik, und daran knüpft ja alles andere an.

Und dann ein letzter Vorschlag, ich schlage vor, im dritten Absatz, der „gerechte Krieg“ ist ja weg, den zweiten Satz nicht so negativ anzufangen, indem man erst sagt, was nicht richtig ist und dann sagt, was richtig ist. Das ist auch ein didaktisches Problem. (*Kohl:* Also das Gleiche, bloß positiv? – *Unruhe. Diskussion.*) Wenn man den „gerechten Krieg“ jetzt so nicht aufnimmt als Thema, das würde ich wirklich nicht tun, jedenfalls nicht hier in dem Papier, dann kann man es positiv formulieren. Es ist die Pflicht des Christen zu kämpfen, daß seine Gesellschaft frei bleibt.

Kohl: Es ist natürlich so, dieser Satz hat etwas mit der Geißlerschen Doktorarbeit⁹ zu tun, das müssen wir uns in Erinnerung rufen. Ich muß noch einmal sagen, ich fürchte, die Theologen, die nicht aktuell sind, sondern die schon vor ein paar Jahren über das Thema längere Zeit geredet haben, werden hier gegen uns sein.

Also, ich glaube insgesamt ist das jetzt mit einer Menge guter Verbesserungen angereichert, und wir sind uns klar, im dritten Absatz der erste Satz weg, ja? Der erste Satz weg, ist das allgemeine Meinung, ja? Gut.

9 1960 wurde Geißler mit der juristischen Dissertation „Das Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen nach Art. 4 III des GG“ in Tübingen promoviert.

Wex: Ich möchte nur daraufhin sagen zum zweiten Absatz „diese Fragen und Sorgen fordern uns heraus“. Das ist eine große Diskussion in der Jugend, die Verteidigungswürdigkeit dieses freien Rechtsstaates. Ein ganz wichtiges Moment, was wir vielleicht positiv noch nutzen können. (*Kohl:* Das kommt aber doch noch später.)

Von Bismarck: Ich wollte hier noch eine prinzipielle Bemerkung machen im Sinne dessen, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Im ganzen Papier sind die Fragen, von denen Heiner Geißler mit Recht spricht und wo Richard sagt, wir sollen die Jugend abholen, merkwürdigerweise für mich plötzlich mit Thesen unterbrochen. Dies ist ein sehr typischer Fall, hier gibt es einen Zwischenabsatz, der unterbricht. Da heißt es „viele können sich nicht“, „viele fragen...“ im sogenannten dritten Absatz geht es weiter mit „viele fragen“. Und dazwischen kommt plötzlich eine These.

Geißler: Ja, das wird gestrichen, das hatte ich vergessen. Also ich wollte vorschlagen, den zweiten Absatz zu streichen. Das habe ich vergessen zu sagen, weil dieselbe Aussage später weiter hinten kommt, auf der Seite drei, letzter Absatz.

Von Bismarck: Ja, mein Anliegen ist hier auch nur klarzumachen, es gibt an vielen Stellen das System, daß der erste Teil des Absatzes eine Frage ist, dann kommen Thesen. Das ist nicht durchgehalten. Ihre Anliegen, Richards und Ihre, die Jungen da abzuholen, wo sie sind, würden besser zum Ausdruck kommen, wenn dies im ganzen etwas klarer gegliedert würde. Sonst wird man immer zwischendurch durch Behauptungen plötzlich aufgeschreckt, die dann an der Stelle nicht völlig begründet werden, wie Biedenkopf eben schon gesagt hat.

Kohl: Zu arabisch 1 noch?

Albrecht: Ich hatte mich dazu nochmal gemeldet. Ich wollte doch nur den Vorschlag machen, ob man nicht zu allen Punkten am Anfang klare Fragestellungen machen kann. Dann kann man auch etwas mehr, sagen wir mal, Sachen sagen, die nicht gleich zu Beschlußfragen der CDU werden, sondern die Fragestellungen sind, die man ja auch ergänzen kann. Dann kommt dieser Thesencharakter raus.

Kohl: Ja, das nehmen wir mal auf, den Vorschlag. Gut, das war es. Jetzt Punkt I.

Windelen: Die Vorlage übernimmt in der drittletzten Zeile der Seite 2 und an anderer Stelle undifferenziert den Begriff der „Entspannungspolitik“ zu einem Zeitpunkt, wo selbst die Apologeten dieser Politik wachsende Zweifel dafür haben. Ich frage mich, ob wir uns damit einen Gefallen tun, indem wir so verfahren. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Es ist vielleicht gut, wenn ich am Anfang eine Erläuterung gebe zu einem so zentralen Thema. Die Frage der Entspannungspolitik und Verteidigungsfähigkeit drückt ein Spannungsverhältnis aus, das uns seit langer Zeit beschäftigt. Da gibt es auch unterschiedliche Aussagen: In diesem Harmel-Bericht¹⁰ hat der belgische Außenminister 1967 in völliger Übereinstimmung mit uns, damals war Gerhard Schröder¹¹ Verteidigungsminister, die Politik der NATO definiert insoweit, als er sagte, Entspannungspolitik und Verteidigungsfähigkeit, Verteidigungskraft, sind – jetzt meine Worte, aber vom Sinn ist

10 Bericht über die zukünftigen Aufgaben der NATO (verabschiedet am 14. Dezember 1967), in dem sich Pierre Harmel (1911–2009), belgischer Politiker (Christelijke Volkspartij/Parti Social Chrétien); 1965–1966 Premierminister, 1966–1972 Außenminister, für eine militärische Verteidigung wie für politische Entspannung aussprach. Deutscher Wortlaut in Europa- Archiv 1968 D75–77.

11 Gerhard Schröder (1910–1989), Jurist; 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Bundesminister des Innern, 1961–1966 des Auswärtigen und 1966–1969 der Verteidigung, 1955–1978 Bundesvorsitzender des EAK.

das so gesagt worden – gleichwertige Instrumente, Elemente, sogar der Politik der NATO. Das ist hier aufgenommen worden. Ich glaube, Sie haben das in Ihrer Rede zum 13. August¹² auch dargestellt und auch noch einmal betont. Ich glaube insoweit, wenn man das immer in den Kontext zur Verteidigungsfähigkeit bringt, sollte es schon als Element dessen, was wir hier sagen, berücksichtigt werden.

Kohl: Heiner, der Einwand von Windelen ist berechtigt, bloß finde ich es jetzt in der Phase nicht berechtigt. Später im Text kommen wir noch einmal darauf zurück. Ich glaube, jetzt kann man es nicht anders formulieren, finde ich. In Anführungszeichen das zu formulieren, ist nicht gut, wenn man im Text Anführungszeichen benutzt.

Friedrich Vogel: Ich habe nur eine Frage. Hier wird von neuen Spannungen gesprochen. Ich frage mich, ob das ein bißchen unreflektiert hier aufgenommen ist. Nach meinem Verständnis sind die Spannungen die alten Spannungen. Sie sind nur wieder zu Tage getreten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gerstenmaier: Ich frage mich jetzt doch, ob man diese Geschichte mit dem gerechten Krieg nicht stehen läßt. Und zwar vergegenwärtige ich mir die Diskussion und die Chance zur sogenannten Friedensbewegung vor allem im evangelischen Klerus. Im evangelischen Klerus spielt die Frage vom gerechten Krieg eine traditionell große Rolle. Wir sollten nicht daran vorbeigehen. Auch diese Leute, die der Friedensbewegung nicht zuneigen, werden an dem Punkt an der Frage, ob denn heute noch mit dem gerechten Krieg argumentiert werden könne, stutzig. Sie haben nicht mehr den Mut, die traditionelle Lehre vom gerechten Krieg einfach aufzunehmen. Ich mache deshalb statt langer Argumentation einen Vorschlag: „Manche“, ich würde nicht sagen „viele“, aber „Manche fragen, und diese Frage ist verständlich, ob es im atomaren Zeitalter noch einen gerechten Krieg geben könne, ob nicht der Verzicht auf Verteidigung mit der Waffe oder höchstens der gewaltlose Widerstand geboten sei.“ Das ist nämlich akkurat der Kern der Frage, der aus dem evangelischen Klerus fast in jeder, jedenfalls in jeder Fernseh- und Rundfunkpredigt kommt. Ob wir das nicht präzise ansprechen sollen, also „ob nicht der Verzicht auf Verteidigung mit der Waffe oder höchstens der gewaltlose Widerstand geboten sei“. Dann würde ich ruhig weiterfahren „aber es ist auch in unserer Zeit sittlich nicht erlaubt“, und dann würde ich einfügen „sich selber oder das eigene Volk der Diktatur und der Unfreiheit zu unterwerfen“. Das „sich selber“ gehört nämlich dazu. Auch das ist sittlich nicht erlaubt.

„Das christliche Gebot“ würde ich alles stehenlassen, bis „Politik des militärischen Gleichgewichts und der internationalen Zusammenarbeit zu schützen“ und dann das andere streichen „und damit den Verlust von Frieden und von Freiheit zu verhindern“. Dann würde ich ruhig sagen, „es ist kein idealer Zustand“ oder „die politische Erpressung läßt sich nur durch die glaubhafte Androhung der Selbstvernichtung des Angreifers verhindern, aber er ist auch immer der einzig illusionslose Zustand“ Illusionen sind unmoralisch. Also, da argumentiere ich vor allem in der Situation auf die Diskussion dann innerhalb der evangelischen Kirche.

Biedenkopf: Wenn man das aufnehmen will, kann man wahrscheinlich eine rein theologische Diskussion auf dem Parteitag vermeiden, wenn man nicht den Begriff „der gerechte Krieg“ nimmt, sondern wenn man so formuliert, „Manche fragen sich, ob ange-

12 Rede von Weizsäckers bei der Feierstunde des Berliner Senats aus Anlaß des 13. August 1961 in ACDP Dokumentation von Weizsäcker Juli 1981 bis September 1982.

sichts des atomaren Zeitalters die Bereitschaft zur kriegerischen Verteidigung der Freiheit noch gerechtfertigt werden kann“ oder „der militärischen Verteidigung noch gerechtfertigt werden kann“. (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Nun gut. Darauf kann man sich verständigen, denn, Herr Gerstenmaier, es ist eben nicht dasselbe, ob man sagt, es ist noch möglich, die Waffe zu benutzen, oder ob man den Begriff des „gerechten Krieges“ als solchen verwendet, das ist nicht dasselbe. So verständlich das Bedürfnis von Herrn Geißler ist, die Wunden direkt zu sehen und anzusprechen, so finde ich also Ihren Zusatz ohne den gerechten Krieg gut. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dregger: Wenn wir den Teil aufnehmen, dann müßte die Antwort lauten, daß das die falsche Fragestellung sei. Es geht heute gar nicht mehr darum zu untersuchen, welcher Krieg jetzt gerecht wäre. Es geht darum, den Krieg zu verhindern. Jeden Krieg! Wir wollen nicht einmal einen gerechten Krieg. Wir wollen überhaupt keinen Krieg. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Alfred Dregger, ich finde, wenn wir jetzt das, was Eugen Gerstenmaier vorgeschlagen hat unter Wegnahme des Begriffs des gerechten Krieges im Sinne der Interpretation von Kurt Biedenkopf, machen, dann, glaube ich, ist das, was drin ist, da, aber wir haben den Begriff „gerechter Krieg“ eben nicht, dann brauchen wir auch nicht die Interpretation sozusagen dagegen zu machen. (*Unruhe. Diskussion.*) – Der Begriff ist weg. So, weitere Wortmeldungen dazu? Seite 3.

Albrecht: Nur eine Frage an die Fachleute, ob der erste Absatz, daß die Bemühungen um Abrüstung und die Rüstungskontrolle bisher ohne konkretes Ergebnis geblieben sind, nicht etwas überzogen ist? (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Heiner Geißler, das muß man ändern. Man kann nicht sagen „bisher ohne konkretes Ergebnis geblieben“, sondern man muß sagen, entweder „bisher völlig unzureichend“ oder „haben das gesteckte Ziel bisher verfehlt“. (*Unruhe. Diskussion.*)

Windelen: Zweiter Absatz „nach zwölf Jahren SPD-Politik“, ich fürchte wir treiben hier die Courtoisie gegenüber der FDP zu weit. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Auch einverstanden, das ist richtig. Ich habe keinen Nachholbedarf hier an Courtoisie. Ich bin ja da inzwischen in der einmaligen Lage, daß das, was mir nachgesagt wird, von anderen praktiziert wird.

Geißler: Also „SPD/FDP-Politik“? Gut.

Scherer: Mir fällt gerade auf, es gilt nochmal zu erwägen, ob man anstelle des an anderer Stelle wiederkehrenden Appells „auch Sowjetunion als dritte Weltmacht ihr Entwicklungshilfe leisten und korrigieren“ nicht eine Gegenüberstellung der Leistungen der freien Welt und der anderen macht. (*Kohl:* Das kommt aber noch.) Es kommt nachher nur ein Appell an die Sowjetunion, sehr pauschal.

Geißler: Beim zweiten Spiegelstrich hat Eugen Gerstenmaier meines Erachtens zwei richtige Vorschläge gemacht. Die liegen mir schriftlich vor, deswegen darf ich die gleich einbringen. „Die Fähigkeit einzelner westeuropäischer Regierungen, vordringliche außen- und sicherheitspolitische Notwendigkeiten gegen innenpolitische Ansprüche durchzusetzen, ist geschwächt.“ Das war seine Formulierung.

Schwarz-Schilling: Ich möchte diesen Vorschlag aufgreifen. Ohne daß man Zahlen nennt, sollte man einfach am Schluß des letzten Spiegelstriches sagen „zu ihrer Schlichtung beizutragen und einen entsprechenden Beitrag zur Entwicklung dieser Länder zu

leisten“, so in diesem Stil. Dann hat man diesen Punkt noch mit eingebracht. Auch einen Beitrag der Entwicklungshilfe und einen angemessenen Beitrag für diese dritten Länder.

Biedenkopf: Ich möchte vorschlagen, den zweiten Spiegelsatz aufzuteilen, weil er zwei völlig verschiedene Themen behandelt. Das eine Thema ist die Frage, was hat sich bei uns in der SPD/FDP-Koalition vollzogen. Das andere ist eine Veränderung der objektiven Bedingungen im Bündnis. Es gibt eine Reihe von kleineren Bündnisländern, die nicht mehr wie früher in der Weise verteidigungsbereit sind, wie es eigentlich nötig ist. Auf dieses zweite Problem müssen wir eine politische Antwort geben. Denn in der ganzen Friedensdiskussion, in Anführungszeichen, werden wir ja gerade auf diese Entwicklungen in diesen anderen Ländern hingewiesen. Es wird uns gesagt, wir seien die letzten Kalten Krieger. Wir müssen also diese Probleme voneinander trennen. Wir können das hier nicht in einem Spiegelsatz verarbeiten. Das sind wirklich zwei völlig verschiedene Punkte.

Kohl: Das würde also de facto heißen: Den ersten Satz lassen, einschließlich „FDP“, und den ersten Satz zum zweiten Spiegelstrich, den dritten Spiegelsatz erweitern und das, was Du ansprichst, dann praktisch als dritten Spiegelsatz zu machen.

Biedenkopf: Das ist ein ganz spezielles, aber außerordentlich schwieriges NATO-Problem. Darauf müssen wir eine politische Antwort geben.

Kohl: Ja, nun könnten wir dabei natürlich schon sagen, Kurt, wenn man das so umdreht – das ist, glaube ich, unstreitig, das gehört ja auch zusammen –, dann finde ich, warum sollen wir hier nicht mal klar und deutlich zum Ausdruck bringen „die europäischen Länder“ und im dritten Satz noch einen Satz anhängen, was die Europäische Volkspartei dazu sagt.

Von Weizsäcker: Also ich finde, Du hast vollkommen recht, der dritte Spiegelsatz gehört zusammen mit dem ersten Satz in den zweiten Spiegelsatz. Der zweite Teil des zweiten Spiegelsatzes ist eine allgemeine Schwäche der freiheitlichen Demokratie überhaupt, und da wir müssen uns gar nichts vormachen, es ist natürlich eine Schwäche, der auch wir, der auch die Europäische Volkspartei irgendwo immer wieder aufsitzt. Immer wieder haben wir innenpolitische Prioritäten, und immer wieder lösen wir sie zu Lasten außenpolitischer Notwendigkeiten, weil uns das Hemd der innenpolitischen Wählerzustimmung näher ist als der Rock der außenpolitischen langfristigen Sicherheit. Das ist ein Punkt, den man nicht speziell der SPD anlasten sollte. Den nicht nur zu einem eigenen Spiegelsatz zu machen, sondern dann im zweiten Satz noch ein bißchen zu verdeutlichen.

Kohl: Das war doch gerade mein Vorschlag. (*Unruhe. Diskussion.*) Moment, wir bleiben jetzt erstmal bei dem Punkt. Ich finde, das kann man vielleicht sogar mit einer selbstkritischen Nuance machen, denn wir haben ja ein Problem mit der holländischen CDA, mit unseren eigenen Leuten. Ehrlicherweise sind es ja nicht nur die Roten. Bei uns hat man das Problem, glaube ich, noch am wenigsten bei den europäischen Parteien, wenn ich es recht sehe. Da muß praktisch noch ein Zusatzsatz dazu. (*Geißler:* Ja.) Also, wenn man das so umtauscht, wie ich das vorgeschlagen habe. Nehmt das mal auf.

Waffenschmidt: Auf der Seite 3 beschreiben wir Mißstände. Dazu gehört, da möchte ich den Einwurf von Alfred Dregger noch einmal aufnehmen, daß wir konkret sagen, wie viel mehr die westliche Welt für die Entwicklungshilfe tut als die östliche. (*Dregger:* Aber nachher.)

Geißler: Ja, das kann man machen. Da kann man in einem Satz sagen, daß die Sowjetunion, ich glaube, nur ein Fünftel an Entwicklungshilfe leistet.

Kohl: Seite 3 keine Wortmeldungen mehr? Zu 4.

Stoltenberg: Wir müssen mit dem ersten Satz in der Überschrift beginnen. Das ist ein verständlicher Versuch, die ganze Verleumdungskampagne der anderen mit der mangelnden Friedensfähigkeit offensiv zu beantworten. Das halte ich für richtig. Nur müssen wir uns überlegen, ob der lapidare Satz „Die CDU ist die Partei des Friedens“ stimmt. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist natürlich zu überlegen. (*Unruhe. Diskussion.* – Von Weizsäcker: „Ist Partei des Friedens“, aber nicht „die.“) So geht es. Ich kann mich mit der Formulierung von Herrn von Weizsäcker sofort einverstanden erklären. Ich hätte eine etwas längere gewählt, aber ich bin einverstanden. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Als das „die“ weg.

Weberling: Ich möchte zum ersten Punkt auf der Seite 4 auch noch etwas sagen. Ich halte es nicht für gut, daß hier nur auf den Zeitraum der CDU/CSU-Regierung hingewiesen wird. Ich bin der Meinung, daß die CDU auch konstruktiv mitgearbeitet hat bei der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in den letzten vergangenen Jahren und das meines Wissens nach zur Zeit auch tun wollte. Deswegen hat die CDU sicherlich den Frieden auch in den letzten zwölf Jahren gesichert und sichert ihn zur Zeit und wird ihn auch in der Zukunft sichern. Ich weiß nicht, ob es bei den Jugendlichen sehr ankommt, wenn man nur in die Vergangenheit schaut. Man sollte mehr in die Zukunft schauen. Das wollte ich an dieser Stelle kurz anmerken.

Geißler: Es wird ein Beweis angetreten sozusagen im ersten Satz.

Kohl: Ja nun, aber die Grundlagen sind schon in der Zeit gelegt worden.

Bidenkopf: Ja, ich meine, wir können auch auf das Wort „als Regierungspartei“ verzichten. Ich finde CDU und CSU haben eine Politik durchgesetzt, durch die sie den Frieden in Europa in den letzten 30 Jahren gesichert haben.

Kohl: Das geht ja in die Geschichte der Republik. Warum muß man das unterstreichen? (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, ich muß Einspruch anmelden gegen den Vorschlag von Kurt Bidenkopf. Einfach wegen des historischen Hinweises. Viele wissen das gar nicht mehr. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Es ist mit dem Einwand von Kurt Bidenkopf nur weg sozusagen der Selbstweihrauch. Er bleibt noch, aber ist nicht mehr ganz so penetrant.

Bidenkopf: Nein, die Beschränkung auf die ersten 20 Jahre ist weg. Ich finde, wir haben in den letzten zehn Jahren immer wieder angemahnt, daß man bei der Entspannungspolitik die Verteidigung nicht vergessen darf. Das war ein Stück Friedenspolitik.

Kohl: Das können wir wegstreichen. Dann ist der Einwand da. Einverstanden?

Bidenkopf: Ich muß ganz offen sagen, daß ich nicht genau verstehe, was in dem Absatz 2 gesagt werden soll. Ich bin nicht ganz sicher, was hier die politische Aussage ist. Das hätte ich gerne noch einmal erläutert. „Die glaubhafte Fähigkeit des freien Menschen, sich zu verteidigen, dient der übergeordneten Aufgabe ...“ Ich meine, ich weiß ungefähr, worauf wir hinauswollen, aber kann man das nicht deutlicher und klarer sagen? Es geht doch wohl um das, was wir vorhin schon mal diskutiert haben. Wer nicht bereit ist, im Kampf um die Freiheit auch das Risiko des Todes in Kauf zu nehmen, der kann nicht dem Frieden dienen. Irgendwie so. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich will das gerne erläutern. Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West, bei der nicht nur zur Grundlage, was weiß ich, divergierende, gegensätzliche wirtschaft-

liche nationale Interessen stehen, hat im wesentlichen ihre Ursache in den völlig konträren Gesellschaftsordnungen. Wobei die eine ihre Gesellschaftsordnung aufgrund der zugrunde liegenden Ideologie expansiv den anderen Ländern aufoktroyieren will. Es ist letztendlich der Konflikt zwischen Freiheit und Diktatur. Der Ost-West-Konflikt wäre ohne diese geistig-politische Auseinandersetzung, in der wir uns befinden, doch überhaupt nicht denkbar. Gleichzeitig müssen wir noch darauf hinweisen, daß dieser geistige Konflikt die geistige und politische Auseinandersetzung im geteilten Deutschland und auch in Europa bestimmt. Daß Deutschland geteilt ist, hat ja seine Ursache nicht nur in Machtfragen der Sowjetunion, sondern hängt doch auch damit zusammen, daß im anderen Teil Deutschlands eine völlig andere Gesellschaftsordnung auf einer völlig veränderten geistig-politischen Grundlage aufgebaut wurde. Und das darf ich jetzt noch hinzufügen: Gleichzeitig verläuft die Trennungslinie, die Front der Auseinandersetzung, heutzutage nicht einmal mehr am Eisernen Vorhang entlang, sondern geht bereits mitten durch die Bundesrepublik Deutschland und durch Europa, geht mitten durch die SPD, geht in Frankreich mitten in die Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien und den kommunistischen Parteien. Das soll hier gesagt werden, wenn wir über Frieden reden und die geistigen Ursachen klarmachen, warum wir überhaupt in militärische Konflikte möglicherweise eintreten.

Biedenkopf: Heiner, mit den ersten zwei Sätzen habe ich kein Problem. Es geht mir um den letzten Teil. Damit komme ich nicht zurecht. (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Herr Biedenkopf, ich finde, man sollte es ein bißchen verdeutlichen in dem Sinne, was Herr Geißler gesagt hat. Für mich besteht die Schwierigkeit der Ziffer 2 darin, daß die Sache auf diese sogenannte eigentliche Ursache der Spannung allein reduziert wird. Ich meine, man kann auch sagen, das 20. Jahrhundert ist eine Geschichte von zwei Weltkriegen, an deren Anfang die europäischen Mächte die bestimmenden waren und an deren Ende die beiden Supermächte die bestimmenden sind. Ob man das nun Expansion nennt oder bei den Russen deren expansives Sicherheitsbedürfnis oder deren Interessenpolitik, das ist auch kein so wahnsinniger Unterschied, ob es das Zarenreich oder eine andere Herrschaftsform ist. Also die eigentliche weltpolitische Machtverschiebung, an der wir ja ursächlich beteiligt sind wie alle anderen auch, die fehlt. Aber ich schlage nicht vor, das hier alles einzubringen, sondern die letzten zwei Sätze zu verdeutlichen.

Blüm: Aus meiner Sicht sind es zwei verschiedene Gedanken. Deshalb will ich die auch trennen. Den ersten Gedanken würde ich so stehenlassen und aus dem zweiten eine neue Ziffer machen. Warum ist der erste Gedanke wichtig? Selbst wenn wir alle Waffen hinlegen würden, wären wir für die Sowjetunion eine Bedrohung. Selbst dann wären wir noch aggressiv. Deshalb muß man den Leuten, die wollen, daß wir die Waffen hinlegen, den Satz entgegen, daß die Freiheit gegenüber der Diktatur immer eine Bedrohung ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Diesen Satz finde ich ganz wichtig. Der ist in der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung ganz wichtig. Das Thema Verteidigungsfähigkeit ist dann ein neuer Gedanke.

Gerstenmaier: Also, meine Damen und Herren, mir ist auch etwas unbehaglich bei der Formulierung dieses Satzes zwei, aber ich glaube, daß man ihn verkürzen kann. Erstens schlage ich vor, daß man an den ersten Satz der Ziffer 1 anhängt nach „gesichert“ „und uns die Freiheit erhalten hat“, daß man dann bei Ziffer 2 fortfährt: „Die CDU weiß, daß

der Gegensatz von Freiheit und Diktatur nach wie vor die Ursache der geistigen und politischen Auseinandersetzung in der heutigen Welt ist.“ Das andere würde ich streichen.

Stoltenberg: Ich hatte eine ähnliche Überlegung, die beiden ersten Sätze so stehenzulassen, vielleicht sprachlich etwas verbessert. Denn wenn wir den dritten Satz, der in der Tat etwas mehrdeutig ist, präzisieren wollen, müssen wir etwas länger diskutieren. Der dritte Satz bringt etwas undeutlich verschiedene Gedanken hier zum Ausdruck, die aber nicht präzise ausformuliert sind. Man könnte es so machen, daß man die beiden ersten Sätze stehen läßt. Das ist ein notwendiger ergänzender Hinweis, daß es eben nicht nur um Sicherheits- und Militärpolitik geht, sondern daß es eine fundamentale Spannung gibt, die weitergeht, aber nicht nur in der westlichen Welt, wie Heiner Geißler gesagt hat. Was hier gemeint ist, ist natürlich, daß der Selbstbehauptungswille und die Sicherheitspolitik des Westens zugleich eine Voraussetzung dafür sind, daß sich friedliche Revolutionen in anderen Teilen Europas vollziehen können. Das ist der Gedanke, den ich im letzten Satz angedeutet sehe. (*Unruhe. Diskussion.*) Nur, den muß man natürlich, wenn man ihn ausformuliert, sehr sorgfältig in jedem Wort formulieren, damit wir hier keine Mißdeutungen erleben. Deswegen wäre es die zurückhaltendste Form im Augenblick, sich auf die ersten beiden Sätze zu beschränken.

Kohl: Ja. Allgemeine Meinung?

Biedenkopf: Ja, mit einem Zusatz. Ich möchte vorschlagen, daß wir die Formulierung von Norbert Blüm einbauen, daß die Freiheit immer eine Bedrohung für die Diktatur ist, daß es überhaupt keine Frage von Waffen ist, sondern daß die Existenz von Freiheit als solche eine Bedrohung, eine Herausforderung, ist. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, einen Augenblick. Es ist offensichtlich jetzt allgemeine Meinung, die ersten beiden Sätze zu nehmen und den Satz von Blüm anzufügen und die anderen zu streichen. Ist das hier die Meinung? Gut. Dann Ziffer 3.

Von Bismarck: Herr Vorsitzender, ich schlage vor, daß wir nach der Ziffer 2 eine eigene Ziffer für die Rolle Europas für den Frieden einsetzen. Vielleicht können wir das jetzt mal verteilen. Und ich schlage vor, daß Sie das dann wieder aufrufen, wenn alle das gelesen haben. Ich habe das aufgeschrieben, wie auch drei andere Vorschläge. Es muß aber erst gelesen sein, eh wir darüber reden können.

Kohl: Ich komme darauf nochmal zurück. Jetzt Ziffer 4.

Scherer: Hier wird geschrieben, daß die Bundesrepublik Deutschland sich nicht aus der Gemeinschaft der freien westlichen Demokratien herausnehmen wollen würde. Da könnte sich die Frage erheben, ob es auch unfreie westliche Demokratien, ob es freie östliche Demokratien oder unfreie östliche Demokratien gibt. Ich meine, man sollte das „westliche“ streichen.

Stoltenberg: Also, ich möchte mal etwas Grundlegendes sagen. Mir scheint der ganze Satz hier sprachlich und gedanklich, er hat ja immerhin acht Zeilen, nicht ganz geglückt zu sein. Ich habe jetzt keine optimale eigene Formulierung, ich würde daraus aber zwei Sätze machen und würde auch nicht „Die CDU fordert die für den Frieden engagierten deutschen Jugendlichen auf“ sagen, das finde ich auch nicht so gut, sondern ich würde sagen, daß wir an alle, die sich für den Frieden engagieren, appellieren, oder daß wir sie darauf hinweisen, daß man bei Friedenspolitik, Politik für den Frieden, die machtpolitischen Realitäten als Ausgangspunkt sehen muß, so, wie wir sie beschrieben haben und definiert sehen. Dann kann man eben sagen, daß die Voraussetzung für Frieden und

Freiheit ist, daß wir uns nicht aus der Gemeinschaft der westlichen Demokratien lösen sollen, sondern daß wir sie zu festigen haben. Zwei Sätze dieser Art würde ich für richtiger halten als diesen langen, etwas verschlungenen Satz.

Biedenkopf: Ich möchte das nachhaltig unterstreichen, daß wir hier auch darauf verzichten, nur die Jugendlichen zu erwähnen. Ich bin sehr dafür, mit der Jugend zu reden. Aber das ist ein Problem, das nun wirklich das ganze Volk betrifft. Es gibt ja auch sehr viele Erwachsene, die das ganz genau so sehen. Die müssen da mit angesprochen werden. Zweitens, wenn man kürzt, der Grundduktus muß heißen, Frieden kann nur der sichern, der auf Illusionen verzichtet, daß die Realität von den Realitäten ausgeht. Das wird ja auch hier angesprochen.

Kohl: Also, Ziffer 4 in dem Sinne, ja? Gut. Daraus machen wir zwei Sätze. Ich komme jetzt zurück auf Ziffer 3.

Von Bismarck: Ich wollte zu 3 gerne fragen, was sich die Verfasser in der drittletzten Zeile dieses Absatzes unter einem „ständigen Organ“ zur Koordinierung vorstellen? Mir ist nicht klar, zwischen wem das geschaffen werden soll und was es für Funktionen haben soll. Ich warne davor, in diesem Stadium in Diskussionen über die fortschreitenden Institutionen hier einen unklaren Begriff zu finden, auf den wir nachher angesprochen werden und auf den wir nach meiner Meinung keine wirkliche, bündige Antwort haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Was zum Beispiel? Hier sind NATO und EG zusammengespannt; eine Organisation zwischen NATO und EG dieser Art gibt es ja heute gar nicht, die institutionalisiert ist und funktioniert. Wenn wir das ansprechen, müssen wir auch eine Antwort haben. Ich rate uns das zu streichen.

Kohl: Also Ihr habt ja jetzt den Text vorliegen von Philipp Bismarck. Der sollte da anstelle der 3 kommen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Stoltenberg: Das Ziel ist im vorletzten Satz formuliert. Wir gehen sehr technisch in Details hinein mit dem letzten Satz, ziehen uns die Debatte zu, auf die wir nicht genau vorbereitet sind, wie auch der Gedankenaustausch hier zeigt. Ich will hier nur, damit ich mich nicht wieder zu Wort melde, zu dem Vorschlag von Philipp von Bismarck sagen – da ist ja Seite 4, neue Ziffer 2a, daß wir die beiden letzten Sätze übernehmen. Das andere ist zwar sehr gut, aber paßt jetzt in der knappen Gliederung nicht in den Duktus unseres vorgegebenen Textes. Die beiden letzten Sätze, vielleicht sprachlich noch etwas verfeinert, geben das wieder, was hier gemeint ist. (*Kohl:* Also beginnend mit „Die Union“ meinst Du jetzt?) Ja. Die beiden letzten Sätze. Das andere würde einfach auch in der Länge den ganzen Rahmen sprengen. Aber der Hinweis ist wichtig auf die politischen Institutionen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Biedenkopf: Ich habe nur die Anregung – ich habe das auch schon in der Kommission mal gesagt –, daß wir, wenn es irgend geht, nicht als Union fordern oder aufrufen, sondern sagen, was wir politisch machen wollen. Ich finde das nicht so gut, wenn die Union die Bundesregierung auffordert. An sich halten wir diese Regierung für ungeeignet und wollen sie ablösen.

Kohl: Da ist dann ja nicht die Regierung aufgefordert.

Biedenkopf: Ja, dann würde ich sagen: „Wir rufen unsere Partner in der NATO und der EG zu einer umfassenden Friedensinitiative auf.“ Wir reden dann aber für unser Land.

Klepsch: Ich bin mit dem Vorschlag von Herrn Stoltenberg einverstanden, nur die

beiden letzten Sätze zu nehmen, würde aber vorschlagen, den Satz davor ohne das Wort „daher“ als dritten an die beiden Sätze anzufügen.

Stoltenberg: Aber es ist im Grunde eine Wiederholung, wenn wir sagen, wir sind für eine baldige Vollendung einer Europäischen Gemeinschaft in eine Europäische Union. Ich will jetzt auch redaktionell nichts verbessern.

Klepsch: Ich will nur die drei Sätze erhalten sehen. Wenn wir den, den ich vorgeschlagen habe, zwischen die beiden letzten schieben, dann gibt es keine Wiederholung.

Kohl: Also so machen wir das. Ab „Die Union“ mit dem Einschub, ja? Ohne Wiederholung. Keine Wortmeldung mehr zu 4?

Albrecht: Darf ich mal ein Wort zum Verfahren sagen? Ich muß mich entschuldigen, weil ich jetzt nicht länger hierbleiben kann. Darf ich zwei Bemerkungen machen? Die eine ist wirklich wichtig. Die kann, glaube ich, auch schneller akzeptiert werden, daß man auf Seite 6 den Rückzug der Truppen aus Afghanistan nicht vergißt und daß man vielleicht auch einen Satz hat, daß die Sowjetunion bitte Abstand davon nehmen soll, Polen permanent unter Druck zu setzen. Afghanistan muß meines Erachtens unbedingt da rein.

Und das zweite ist auf Seite 21. Da ist die Ablehnung der Orientierungsstufe drin. Das ist ja nun ein Thema, was wir in der Union endlos diskutiert haben. Wir haben sie schließlich eingeführt. Andere wollen sie nicht in der Form einführen, das ist auch in Ordnung. Ich fürchte ein bißchen, wenn wir nun den Parteitag auf diese alte Frage der Organisation wieder lenken, daß das dann schließlich die Schlagzeilen bestimmt, „Union gespalten in der Frage der Orientierungsstufe“, während das, was uns viel wichtiger ist, etwas untergehen könnte. Das gebe ich hier so zu bedenken.

Ich will noch ein Wort dazu sagen warum ich jetzt weggehen muß, weil das für uns alle eine gewisse politische Bedeutung kriegen könnte. Die Cap Anamur¹³ hat 700 Flüchtlinge an Bord, und die Presse und das Fernsehen werden voll davon sein dieser Tage, denn die können nicht mehr richtig versorgt werden, und sie darf nicht landen. Die deutschen Bundesländer haben sich bisher nicht bereit erklärt, der Bundesregierung grünes Licht für eine neue Aufnahmegarantie zu geben. Bei uns geht das querbeet. Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sagen, wir nehmen keine Flüchtlinge mehr auf. Schleswig-Holstein, Saarland, die SPD-Länder sagen, wir nehmen auf, wenn alle aufnehmen, wobei es einige gibt, die hoffen, daß Bayern schon konsequent nein sagen wird, so daß sie da nicht aufzunehmen brauchen. Niedersachsen hat gesagt, wir nehmen unsere Quote, notfalls kann man sich auch an uns wenden unabhängig davon, ob die anderen Länder alle aufnehmen oder nicht. Und natürlich ist jetzt die Anfrage der Bundesregierung da, seid ihr bereit, die 700 zu nehmen? Ich könnte eigentlich nur an meine Kollegen appellieren, daß sie sagen, wir helfen hier, aber ich sehe, daß der Lothar Späth den Kopf schüttelt. Lieber Lothar Späth, ich gebe es nur zu bedenken, denn wir werden nicht sagen, daß man die Leute da auf dem Meer lassen sollte, sondern wir müssen die von dem Meer runterholen. Die sind ja schließlich jetzt auf einem deutschen Schiff. Das wird eine politische Frage von Bedeutung möglicherweise werden.

Späth: Also, ich muß dazu eine Bemerkung machen. Ich war zusammen mit anderen Ländern derjenige, der die höchsten Vietnam-Quoten übernommen hat, weil ich wirklich der Meinung war, dies ist eine Geschichte, die nicht abgewogen werden kann. Ich habe

13 Hospitalschiff des Hilfskomitees „Ein Schiff für Vietnam“ (ab 1982 „Cap Anamur/Deutsche Not-Ärzte e.V.“), das von 1979 bis 1987 in Betrieb war.

das gemacht in der Zeit, als die höchsten Quoten anstanden. Nur, wir haben dreimal an das Bundeskanzleramt zwei Forderungen gestellt: Erstens haben wir gesagt, ein anderes Asylrecht, und zweitens, sagt der Cap Anamur, daß sie nicht mehr aufnehmen darf, und das gilt dann auch. Ich sage das auch aus einer Reihe von Informationen, die ich aus dem Gebiet gekriegt habe in den letzten Monaten und Wochen. In Singapur sitzt ein Botschafter, der Herr Dufner¹⁴, CDU-Mitglied aus Konstanz, der hat mir in einem Vier-Augen-Gespräch mal rigoros alles zu Cap Anamur gesagt, was Sie nie mit einem Satz öffentlich sagen dürfen. Und es gibt da eine Reihe von anderen Botschaftern in der Umgebung dieser Länder, die auch so argumentieren. Der schreibt mir aber nicht einen Brief unter Parteifreunden, sondern der schreibt mir in der „Bild-Zeitung“ einen offenen Brief. Lieber Ernst Albrecht, was natürlich das Problem ist, ist also die Front, die dann sagt, da ist einer, der ist human, das ist der Niedersachse, und jetzt haben die anderen auch human zu sein, sonst sind sie keine Christen. Mit der Tour stehen wir das alle nicht durch. Ich sage nur, ich wäre selbst bereit, und ich sage das deshalb so hart, auch über einen Abschluß des Themas mit mir reden zu lassen, weil ich doch nicht den Herrn Neudeck¹⁵ bestimmen lassen kann, wie lange er und wohin er mit dem Schiff fährt. Denn das nimmt doch kein Ende. Wir kriegen möglicherweise einen Polen-Strom und in Afrika, wenn die Namibia- und Angola-Sache weitergeht, neue Ströme. Ich kann doch jetzt nicht hier in der Ausländerfrage die ganzen Probleme, die ich in meinem Land habe, mit Sammellagern und allem ganz hart durchfahren und dann in einer Frage überhaupt nicht das Ende bestimmen.

Ich sage nur nochmal, ich warne davor, daß wir uns in dieser Frage auseinanderdividieren lassen. Wenn wir uns geeinigt hätten, was wir letztes Mal getan haben, da waren der Bundeskanzler, alle hart in der Linie, die, die draußen sind, nehmen wir nochmal, dann muß die Bundesregierung sicherstellen, daß die Cap Anamur nicht weiterfährt in der bisherigen Form. Pustekuchen. Wir haben aufgenommen, jetzt kommt die Familienzusammenführung. Ich habe 10.000 Anträge auf Familienzusammenführung. Was da alles kommt unter dem Thema Familienzusammenführung! (Albrecht: Da kommt doch keiner raus.) Aber natürlich kommt da einer raus. Aber natürlich! Ich war doch in Hongkong im Vietnam-Lager. Da sitzen 20.000 Leute. In Hongkong sitzen unsere eigenen Betreuer in unserer Mission und sagen, ihr müßt an die Hongkong-Leute auch mal denken, die müssen da auch mal raus. Ich kann nur sagen, wir können das Thema nicht bis zu Ende spielen, ohne daß wir mal die Grenzen abstecken, unter denen das läuft.

Albrecht: Zur Sache selbst muß man, glaube ich, etwas sagen. Lothar Späth, ich habe versucht herauszufinden, ob an diesen Bemerkungen, die Cap Anamur würde die Flüchtlingsströme heranlocken, irgendetwas ist. Ich habe nichts dergleichen gefunden. Es ist das einzige Schiff, das da kreuzt. Es ist nicht vorher bekannt, wo das Schiff kreuzt. Es ist eine Tatsache, die einem auch die Vereinten Nationen und der Flüchtlingskommissar immer wieder bestätigen, daß von zwei Flüchtlingen, die auf See gehen, einer ertrinkt in dem Meer. Das heißt, das Risiko ist gewaltig, nach wie vor. Und in dieser Situation sehe ich nicht, wie man sagen kann, weil ich das Asylantenproblem habe auf der anderen Seite und die Bundesregierung hier nicht genug tut, lasse ich die Leute da auf See ertrinken.

14 Wolfram Dufner (geb. 1926), Diplomat und Schriftsteller; deutscher Botschafter in Lusaka (1977–80), Singapur (1980–84), Kuala Lumpur und dem Sultanat Brunei (1984–87) sowie in Bern (1989–91).

15 Rupert Neudeck (1939–2016), Journalist; 1979 Gründer des Komitees „Ein Schiff für Vietnam“, das über 10.000 vietnamesische Flüchtlinge („boat people“) rettete.

Ich für meinen Teil glaube nicht, daß wir diese Position einnehmen können. Deshalb muß hier schon jeder für sich die Entscheidung treffen. Nur, wenn wir es quer durch unsere Länder durchgeht, glaube ich, daß das noch unangenehme politische Diskussion werden könnten.

Ich will dazu noch eines sagen. Wenn man schon sagt, die Cap Anamur soll nicht mehr fahren, dann muß man zumindest Vorsorge treffen, daß alle öffentlichen Mittel eingesetzt werden, um den Leuten in Vietnam zu sagen, ihr habt nicht mehr die Chance einer Chance, auf See aufgenommen zu werden. Das ist der sichere Tod, wenn ihr euch auf See begeben. Wenn man nicht mal das tut, glaube ich, kann man das Ganze nicht verantworten. Ich will nur sagen, was Niedersachsen, zumindest werde ich das vorschlagen morgen, tun wird, wir werden jeden Monat 100 nehmen und nicht mehr, und dann muß die Bundesregierung sehen, in welchem Rahmen sie bereit ist, dann noch Garantieerklärungen abzugeben oder nicht.

Blüm: Ich würde gerne das Thema trennen von der Neuformulierung des Asylrechts, daß wir das nicht miteinander verwechseln. Zweitens, Vietnam ist nicht Namibia. Das hat eine Vergangenheit, in der die CDU auch ganz klare Positionen eingenommen hat. Drittens, ich bitte jeden mal, seine Phantasie anzustrengen, was denn passiert, wenn wir Bilder sehen in Zeitungen, auf denen die Cap Anamur an Schiffbrüchigen vorbeifährt und sie nicht aufnimmt. Dieses Bild in deutschen Zeitungen mit der entsprechenden CDU-Überschrift, da können wir alle unsere Jugendpapiere einstampfen. Dann können wir alle Jugendkongresse einstampfen. Und ein viertes, wer sich mal, was ich getan habe, mit Leuten von der Cap Anamur unterhält, nicht nur mit Leuten, die etwas von der Cap Anamur gehört haben, sondern die darauf Dienst getan haben, und sich von denen mal schildern läßt, welche Boote da auf dem Meer kreuzen unter der Wahrscheinlichkeit, daß sie untergehen, der kann das Gerede nicht mehr hören, das zum Teil auch von der SPD forciert wird, das wären halt so Leute, die sich irgendwo ein trockenes Plätzchen verschaffen wollen, oder, das habe ich auch schon gehört, das wären die reichen Leute, die das Geld hätten aus Vietnam rauszukommen. In Kenntnis der Boote, die da fahren und in Kenntnis der Leute, die da untergegangen sind, halte ich das für einen grenzenlosen Zynismus. Es geht niemand unter diesen Bedingungen aufs Wasser, der nicht in seiner Existenz tief betroffen ist. Daß das diplomatische Spiel der Außenpolitik nicht paßt, ist mir auch klar. Daß die deutschen Botschafter andere Berichte geben als die, die auf der Cap Anamur tätig waren, das liegt fast auf der Hand. Ich kann nur sagen, für mich ist das ein hochsensibles Thema unseres Gespräches mit der jungen Generation. Und wenn wir da sagen, wir lassen die Leute absaufen, (*Späth:* Das sagt doch keiner.) ja, ob wir das sagen oder nicht sagen, Cap Anamur zurückpfeifen heißt, laßt die Leute absaufen, uns geht es nichts an, dann können wir unser Gespräch mit der jungen Generation abbrechen.

Wissmann: Ich habe mich nur deswegen gemeldet, weil ich im Rahmen des von Elmar Pieroth und mir geführten Vietnam-und-Kambodscha-Büros¹⁶ gerade vor 14 Tagen aus dieser Gegend zurückgekommen bin und tagelang unter anderem diese Frage in Thailand wie in Hongkong mit sozusagen allen Betroffenen, auch den Generalkonsulaten, Botschaften, Flüchtlingsorganisationen, thailändischen Flüchtlingsbeauftragten und anderen besprochen habe. Eines war ganz klar, die sehen vielleicht die Cap Anamur nicht gerne,

16 Wissmann hatte zusammen mit Elmar Pieroth 1979 das „Vietnam-Büro e. V.“ als private Hilfsorganisation gegründet.

aber der Vorwurf, die Cap Anamur würde als solche sozusagen den Flüchtlingsstrom erst entstehen lassen, und der zweite Vorwurf, sie würde mit Flüchtlingsorganisationen oder Regierungsorganisationen im Land dort zusammenarbeiten, diese beiden Vorwürfe lassen sich durch überhaupt nichts bestätigen, was jedenfalls ich dort gesehen habe. Lothar Späth spricht es ja als jemand an, der als einer der ersten Regierungschefs da auch etwas gemacht hat. Also insofern kann er, glaube ich, die Frage auch mit einer gewissen Glaubwürdigkeit stellen, obwohl ich seine Antwort nicht teile.

Aber die Frage, die man stellen müßte, wäre, ob man im Rahmen dessen, was jetzt dringend getan werden muß – der Meinung bin ich auch –, nicht gleichzeitig die weitere Frage stellt, ob man die Regierung, die ja durch Hamm-Brücher¹⁷ Erklärungen abgegeben hat, die mir nicht gefallen haben, nicht mal eine Initiative veranlaßt, wenn beispielsweise in Hongkong gesagt wird, daß dort humanitäre Organisationen inzwischen auf eigene Initiative die Frage prüfen, ob man nicht einen Teil der Flüchtlinge später auch in Ländern Lateinamerikas und in Australien unterbringen kann. Die Regierung nimmt nämlich die Haltung ein, selber machen wir nichts und gleichzeitig tun wir auch nichts, um die Lage international zu lösen. Wenn wir also sagen würden, wir tun weiter etwas, erstens und zweitens, wir bitten dringend die Regierung, auch diplomatisch aktiv zu werden, daß in anderen Ländern, beispielsweise Lateinamerikas, mit unserer Entwicklungshilfe vielleicht unterstützt, eine größere Bereitschaft entsteht, dann hätten wir, glaube ich, auch eher ein Licht am Ende des Tunnels. Aber zu sagen, jetzt machen wir gar nichts mehr, bedeutet in der Tat, nach allem was man weiß, den sicheren Tod. Ich habe auch mit dem Kollegen Althammer¹⁸ gesprochen, der für uns in Vietnam war und der ja weiß Gott mit einer noch kritischeren Meßlatte an die Sache herangeht als viele von uns. Der war der Meinung, er hält es für völlig unmöglich, daß es sozusagen Flüchtlingsorganisationsverbindungen mit der Cap Anamur gibt, weil es schon völlig unmöglich ist, die Cap Anamur irgendwo auf dem Meer zu orten, und keiner nimmt an, daß eine solche Verbindung, die ja suggeriert wird im öffentlichen Eindruck, wirklich bestehe.

Also zusammenfassend, ich bin der Meinung, man sollte versuchen, in dem angesprochenen Sinne weiterhin aufnahmebereit zu sein, zweitens aber diese Aufnahmebereitschaft nicht schon sozusagen für das nächste Jahr zu signalisieren, sondern immer nur dann, wenn Not am Mann ist, wirklich zu helfen. Und drittens die Bundesregierung zu veranlassen, nicht nur schöne Reden zu halten durch die Frau Hamm-Brücher, sondern wirklich mal initiativ zu werden, um die Frage zu prüfen, inwieweit andere Länder mit unserer finanziellen Unterstützung einen weiteren Teil übernehmen können. Nur dann kommen wir, glaube ich, auf eine vernünftige Lösung.

Dregger: Ich möchte das unterstützen. Ich habe am Freitag in der Debatte im Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, eine Initiative in der UNO zu ergreifen, daß in allen Kulturkreisen und in allen Kontinenten Aufnahmemöglichkeiten geschaffen werden

17 Hildegard Hamm-Brücher (1921–2016), Chemikerin; 1950–1966 und 1970–1976 Mitglied des Bayerischen Landtags (FDP), 1967–1969 Staatssekretärin im Kultusministerium von Hessen, 1969–1972 im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, 1976–1990 MdB, 1976–1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt. – Äußerungen nicht ermittelt.

18 Walter Althammer (geb. 1928), Jurist; 1961–1985 MdB (CSU, 1976–1980 und 1982–1984 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion).

für politische Flüchtlinge.¹⁹ Ich war in den Ländern Südostasiens vor zwei oder drei Jahren. Warum nehmen die keine vietnamesischen Flüchtlinge auf? Weil das von der Nationalität her überwiegend Chinesen sind. Und man will den chinesischen Bevölkerungsanteil beispielsweise in Indonesien usw. nicht erhöhen. Die Chinesen sind besonders tüchtig und sind daher als tüchtige Leute unbeliebt. Sie wären ja sicherlich in ihrem Kulturkreis sehr viel besser untergebracht als in Deutschland, und wenn nun die Indonesier meinen, damit der chinesische Bevölkerungsanteil nicht steigt, nehmen wir keine auf, es ist ja noch Deutschland da, die sie aufnehmen können, dann ist das eine sehr inhumane Position. Ich meine in der Tat, es stünde der Bundesregierung sehr gut an, einen solchen Antrag in die UNO einzubringen. Wenn das geschieht, dann meine ich allerdings auch, wenn jetzt 700 Leute auf einem deutschen Schiff sind, die aufgefischt worden sind, dann müssen wir sie hier aufnehmen, wenn wir sie nicht anderswo unterbringen können. Aber, ich meine, das muß beides gleichzeitig geschehen. Daß sie überhaupt in solche Konflikte geraten, liegt allerdings – und da hat Späth recht – an der Untätigkeit der Bundesregierung in der Asylantenfrage. Wir haben inzwischen so viele Scheinasylanten aufgenommen, daß den wirklich Hilfsbedürftigen allmählich nicht mehr geholfen wird. Und diesem Vorwurf an die Adresse der Bundesregierung gebe ich recht.

Pieroth: Ich möchte nochmal darauf hinweisen, daß wir nicht nur erkunden sollten, ob da angelockt wird oder nicht. Ein Volk, das Juden in der Vergangenheit verjagt hat und das die DDR gegenüber hat, braucht diese Frage nicht zu stellen. Wenn in der Nordsee ein Schiff kreuzt, flüchtet man nicht unter Inanspruchnahme oder Inkaufnahme des Lebensrisikos auf dieses Schiff. Wenn in der Ostsee ein Schiff kreuzen würde, würde man flüchten. Es ist doch unser eigenes Schicksal, das sich in Vietnam widerspiegelt, und deshalb ärgere ich mich eigentlich über diese manchmal gelingenden Desorientierungsversuche. Da gibt es Diplomaten, da gibt es Journalisten, die das Geschäft der SPD besorgen, daß das Thema verschwiegen werden soll. Es gibt andere Journalisten, die sich über den Ehrgeiz des Journalisten und über den Erfolg des Journalisten Neudeck ärgern. Menschlich verständlich, aber nicht Grundlage unserer Politik. Das Wort „Grenzen abstecken“ würde jetzt heißen, daß man die 700 Menschen auch dem Tod im Wasser überläßt. Jetzt müssen wir über die UNO möglicherweise etwas machen, weil die Menschen in Seenot sind. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich erinnere noch abschließend daran, auch hier ist die Frage unseres Bündnisses zu den Vereinigten Staaten zu stellen. Wir waren verärgert, als in den sechziger Jahren nur die Linken auf die Straße gegangen sind gegen Vietnam. Die Vereinigten Staaten haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl sechsmal so viele Vietnam-Flüchtlinge aufgenommen wie wir. 220.000 bis jetzt. Aber sie haben doch nicht allein, sie haben uns doch damals auch geholfen, also müssen wir es auch jetzt tun.

Griesinger: Ich meine, jetzt in diesem ganz besonderen Fall ist die Situation sicherlich so, daß man irgendetwas tun muß, um zu helfen, und daß wir alles daransetzen, daß der Strom nicht so weit immer größer wird, zu uns hereinzufließen, weil wir letztlich dann immer wieder diejenigen sind, die aufnehmen. (*Unruhe. Diskussion.*)

95 Prozent der Flüchtlinge kommen aus kommunistischen Ländern. Es wäre gut, wenn wir in unserem Papier hier einmal deutlich sagen würden, wo denn die Flüchtlinge alle

19 Sten. Ber. 9. WP 53. Sitzung vom 18. September 1981 S. 3060–3066, hier 3066.

herkommen in dieser Welt. Und das zweite ist, daß wir gerade wegen unserer jungen Generation, die jetzt uns alle auffordert, das Leid der Welt zu lösen und human zu lösen und daß wir jetzt alle aufnehmen sollen, nicht alles aufnehmen können in unseren Ländern, weil wir das gar nicht verkraften. Wir haben im Augenblick, das haben Sie in Ihren Ländern genauso wie wir, alles daran zu setzen, daß nicht eine pauschalierte Ausländerfeindlichkeit entsteht, die wir überhaupt nicht mehr rational und human irgendwie aufarbeiten können. Ich möchte es hier wirklich einmal ganz deutlich sagen, daß wir hier sicher eine Verpflichtung haben, Herr Albrecht, da stimmen wir Ihnen zu, aber insgesamt dieses Problem gleich noch energischer aufgreifen müssen, daß diese Bundesregierung etwas tut, weil es sonst nicht mehr verkraftbar sein wird der jungen Generation wegen. Wir werden es nicht mehr schaffen, wenn wir nicht hier endlich mal wieder etwas klarere Verhältnisse bekommen, um überhaupt weiterhin human bleiben zu können. Wir verkraften es nicht. Ich habe scherzhaft schon gesagt, in einigen Eurer Bundesländer wahrscheinlich nie, aber in unserem, in Nordrhein-Westfalen, vielleicht auch in Berlin, in Kreuzberg, da wünscht sich mancher Bürgermeister heute schon einen kleinen Prinzen Eugen²⁰, der vielleicht mithelfen kann, daß die Türken wieder jenseits von Wien eine Existenzmöglichkeit haben und nicht nur bei uns. (*Unruhe. Diskussion.*) Dort wo die Probleme wirklich unter die Haut gehen, weil man es einfach nicht mehr verkraften kann auf Dauer, dort ist auch der SPD-Oberbürgermeister und der SPD-Ministerpräsident einig darin, daß wir nicht so großzügig kommunales Wahlrecht usw. diskutieren können. Aber wenn es eines Tages nicht mehr verkraftbar ist, dann schaffen wir das nicht mehr. Gucken Sie doch dorthin, überall wo es aussieht, als ob wir es nicht mehr bewältigen können.

Stoltenberg: Also, wir können in dieser aktuellen und improvisierten Debatte sicher nicht alle Aspekte der Ausländerpolitik ausleuchten. Ich werde auch nur ganz wenige Sätze sagen. Es gibt hier zwei Fragen, die man nach einer mehrjährigen Vorgeschichte nicht vollkommen trennen kann. Wir erleben es im Abstand von drei bis fünf Monaten, daß nach Absprachen und Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, auch im Kreis der Regierungschefs, die Fernschreiben kommen, die neuen Fakten kommen, ohne daß die Voraussetzungen des letzten Beschlusses über die neue Aufnahme von Flüchtlingen aus Vietnam, etwa Cap Anamur, erfüllt sind. Das Ansinnen kommt im Hinblick auf die Notlage, die wir ja alle sehen, aber auch auf das Thema Familienzusammenführung, die vereinbarten Kontingente wieder aufzustocken.

Natürlich sind wir uns alle im klaren, daß es ein Sachverhalt ist, der hier geschildert ist, über den man nicht hinweggehen kann, mit dem man sich wieder auseinandersetzen muß, daß hier Menschen vor dem Tod durch Ertrinken gerettet worden sind und daß man sie nicht auf dem Schiff lassen kann. Dem werden wir ja auch irgendwie in unserer Beschlußfassung in den einzelnen Ländern Rechnung tragen.

Nur bitte ich, das nicht in den Folgeproblemen zu leicht zu sehen. Wir können in der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung auf den Zusammenhang mit der anstehenden Gesetzgebung zum Asylantenproblem nicht verzichten. Denn es ist so, daß in einigen Städten und Ländern, ich könnte Ihnen die Hamburger Berichte der

20 Eugen Franz, Prinz von Savoyen-Carignan (1663–1736), Feldherr des Habsburgerreichs. – Prinz Eugen war als Obrist-Leutnant an der Schlacht am Kahlenberg 1683 beteiligt, die die Belagerung Wiens durch die Türken beendete; 1697–1699 war er Oberbefehlshaber im „Großen Türkenkrieg“, in dem die Türken aus Ungarn verdrängt wurden.

letzten drei Wochen hier mal anhand der Presse vortragen, das gilt zunehmend auch für unser Land, eine Lage entsteht, die nicht mehr tragbar ist, die nicht mehr zu bewältigen ist. Deswegen habe ich mich gemeldet. Wir reden alle von Integration, lieber Norbert Blüm, wir müssen diesen Zusammenhang in der öffentlichen Diskussion halten.

Was wir immer nun morgen in den Kabinetten beschließen, und wie wir uns auch immer koordinieren müssen, für mich bedeutet das, daß wir die jetzt aus der Seenot geretteten Leute auch anteilig aufnehmen müssen. Es bedeutet zugleich eine härtere Linie in der Familienzusammenführung, auch für die Vietnamesen. Wir können das nicht mehr in der Form Familienzusammenführung machen, wenn immer neue kommen, die wir nehmen müssen in letzter Konsequenz. Das können wir nicht, und es bedeutet in der öffentlichen Diskussion, daß wir die Angriffe gegen den Bundesinnenminister Baum und diese famosen Rechtspolitiker der SPD und FDP, von deren Diskussionen ich immer in der Zeitung lese, erheblich verschärfen müssen. Ob das noch ein halbes Jahr ist oder zwei Jahre, wir sind in einer absehbaren Zeit am Ende.

Wir bekommen über die finanziellen Probleme, die jetzt auch bei der Bonner Diskussion über Sparbeschlüsse in unserem Papier eine Rolle spielen – das ist für mich gar nicht das Entscheidende, es ist zwar unerträglich –, eine Lage, wo wir feststellen müssen, daß die elementaren Formen der Unterbringung und der Integration oder auch nur der Betreuung nicht mehr zu gewährleisten sind. Dieses Thema muß eine ganz andere Dramatisierung bekommen. Deswegen eine angemessene Entscheidung jetzt zu den 700. Für mich hat das dann Konsequenzen in der Familienzusammenführung, das sage ich Ihnen ganz deutlich; wir können das nicht in dem bisherigen Stil weitermachen, wenn wir noch einmal aufnehmen müssen. Und es bedeutet, daß wir die Diskussion über die Asylantenfrage verschärfen müssen.

Späth: Ich kann mich auch kurz fassen, weil es tatsächlich so ist. Man müßte über diese Dinge mal ein bißchen grundsätzlicher diskutieren, auch über diese Entwicklungsdinge. Das ist doch für uns nicht neu, das Spiel wiederholt sich zum vierten Mal. Und zwar immer durch Schleichen der Bundesregierung aus ihrer Verantwortung und die Weitergabe an die Länder mit der Erklärung, die Bundesregierung hat kein Territorium. Wenn die bösen Länder sich weigern, rufen die SPD-Länder die CDU-Länder an und sagen, gebt ja nicht nach! Wir spielen dann die Geschichte runter und übernehmen die nächste Fuhre. Was passiert dann, wenn wir die übernommen haben? Damit es mal klar ist: Natürlich müssen wir sie am Schluß übernehmen. Es glaubt doch niemand, daß wir so inhuman sind, daß wir die auf dem Schiff lassen. Das ist doch völlig klar, daß wir diese übernehmen müssen. Aber sobald die runter sind, fährt die Cap Anamur erneut hinaus und in sechs Wochen ist die wieder voll.

Da dieses System feststeht, müßte man doch ehrlicherwise sagen, schickt fünf Cap Anamurs hin, die Bundesrepublik ist das einzige humane Land, weil alle anderen Länder keine solchen Schiffe mehr zulassen. (*Pieroth:* Die amerikanische Flotte kreuzt und nimmt auf.) Entschuldigung, die amerikanische Flotte nimmt gar nichts auf; laß' Dir mal die Zahlen geben, die sie aufgenommen haben. Ich kann nur sagen, wir können nicht jede vier Monate das Spiel haben, daß erst die Gelder eingesammelt werden für die Cap Anamur, auch Spenden, dann die Leute auf die Cap Anamur kommen, und jeder weiß, daß sie nirgends anlanden kann, bevor die Aufnahmegarantie da ist. Und alle drei, vier Monate läuft das Spiel der inhumanen Ministerpräsidenten, die man erstmal wieder zur

Humanität lenken muß. Dies geht doch nicht auf, das ist doch nicht abgeschlossen, sondern mit der Erklärung, wir nehmen auf, kommt dann die Erklärung zur Familienzusammenführung bei den Vietnamesen. Bei den nächsten 3.000 müßte Baden-Württemberg gar nicht beteiligt sein. Nur, ich bin trotzdem bereit, bei Anrechnung der vorhergegangenen Familienzusammenführung diesen Anteil zu übernehmen. Aber ich warne, das Thema ist damit nicht zu Ende, sondern genau der Anreiz, das Spiel mit uns monatelang fortzusetzen zu Lasten der Einstellung der Bevölkerung, bei denen zwei Dinge jetzt gleichzeitig passieren in meinem Land. Die einen gehen auf mich los, die Kirchen, die stark aktiviert sind durch die Veröffentlichungen der „Bild am Sonntag“, die werfen mir vor, ich sei inhuman, und der große Teil der Bevölkerung sagt, die Regierung ist langsam geisteskrank.

In jeder Kaserne, die früher mal eine Kaserne war, sitzt jetzt eine neue Ausländergruppe. Ich kann nur sagen, wenn Sie das mal erleben, wenn da in einer Stadt wie Horb mit 7.000 Einwohnern 1.500 Eritreer und was da alles zusammengepfercht ist, ins städtische Schwimmbad gehen! Ich kann Euch nur sagen, ich lade Euch mal ein, Euch das anzugucken. Das ist noch nicht ausgekocht. Auch die neuen Probleme der Nationalitäten sind noch nicht ausgekocht. Das sind Menschen, die haben einen anderen Kulturkreis. Da könnt Ihr Euch nicht hinsetzen und sagen, wer anständig ist, nimmt auf, und wer unanständig ist, lehnt ab. Ich kann nur sagen, das Ding geht auf die lange Sicht in eine ganz gefährliche Entwicklung, und zwar führt das zu einer pauschalen Ausländerfeindlichkeit. Wir haben in Stuttgart jetzt 23 Prozent Ausländeranteil. Da kommen jetzt unsere eigenen Leute und sagen, ich kann meine Tochter nicht mehr Straßenbahn fahren lassen, wenn wir mal so weit sind. Ich kann nur warnen, das Thema ist noch nicht zu Ende. Deshalb würde ich dringend darum bitten, uns nicht als inhuman darzustellen, weil wir beim vierten Mal sagen, so geht es nicht weiter. Das sind doch dieselben Leute, die gegen die SPD die ersten Aufnahmequoten beschlossen haben und durchgesetzt haben, daß wir jetzt inzwischen 25.000 aufgenommen haben.

Ich warne nur davor, daß wir auf die vordergründige Situation eingehen und dann mit der ganzen Integrationsproblematik nicht mehr fertigwerden. Bei mir ziehen die Leute in Mannheim jetzt in die Außenbezirke, damit sie in der innerstädtischen Schule ihre Kinder nicht in die Schule schicken müssen, weil wir dort inzwischen 70 Prozent Türken in der Grundschule haben. Wenn einer glaubt, daß wir dieses Problem integrationsmäßig schaffen, bin ich da skeptisch und habe da keine Hoffnung.

Hasselmann: Ich wollte nur kurz sagen, ich glaube, daß solche Bemerkungen, wie sie Lothar Späth gemacht hat von Botschaftern, vom Auswärtigen Amt aber nun mal wirklich auf den Tisch müssen. Hier steht ja ständig immer Aussage gegen Aussage. Die einen sagen, das Schiff ist gut, die anderen sagen, das Schiff ist nicht gut. Dann muß das mal auf den Tisch, damit wir das wissen. Ich kann nur sagen, die Vietnamesen unterzubringen, Lothar, ist nicht das Problem gewesen. Die ersten, die wir geholt haben, leben ohne steuerliche Unterstützung des Staates, ohne Sozialhilfe und verdienen ihr Geld selber. Das ist viel besser gelaufen, auch was ihre Sprachkenntnisse angeht, als mancher vielleicht glaubt. Da können wir auch Positives berichten. Ob das immer so bleibt, ist eine ganz andere Frage. Aber das, was Du sagst, die Kombination mit dem Asylrecht, das ist zwingend. Das geht nicht mehr gut. Wir haben beide überlegt gestern, wir werden keine Asylbewerber mehr aus Ländern aufnehmen, das sind SPD-Länder in der Hauptsache, die selber keine Sammellager eingerichtet haben. Die zahlen ihnen die volle Sozialhilfe,

dann kommen sie zu uns, gemäß Absprache, wir nehmen sie in die Gemeinschaftsunterkünfte, und dann verlangen sie, so wie gehabt in Hamburg, ihr volles Geld. Und wir geben ihnen Taschengeld, Essen, Trinken und Unterkunft. Die stürmen die dann Supermärkte, und wir müssen unsere Polizisten auch noch für die bereithalten. Das macht doch keine Freude mehr. Also hier muß dann auch mal was geschehen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Blüm: Ich glaube, es gab ein Mißverständnis. Ich bin für eine Verschärfung des Asylrechts, und zwar im Interesse der ausländischen Arbeitnehmer, die hier sind, weil ich mit dem Lothar Späth glaube, wenn wir das Faß nicht zumachen, explodiert es. Ich sage das aus nächster Bekanntschaft in Kreuzberg. Ich weiß auch, da will ich mich auch selbst korrigieren, daß wir mit einer reinen Integrationslyrik da nicht weiterkommen, weil es große Bevölkerungsgruppen gibt, die gar nicht integriert werden wollen. Das wäre eine Art von Kulturimperialismus, da gibt es kein Vertun. (*Unruhe. Diskussion.*) Erster Punkt ist klar.

Zweiter Punkt, Lothar Späth, ich glaube, das härteste Asylverfahren, das es überhaupt gibt, ist es, sich auf eine solche Reise zu begeben, in der Unwissenheit, ob man aufgefangen wird. Also das macht niemand aus Jux und Dollerei. Das sind keine Wirtschaftsasylanten. Zu jener SPD-Behauptung, das Schiff würde Flüchtlinge anziehen, kann ich nur sagen, das kann nur jemand sagen, der völlig weltfremd ist. Aus meiner Sicht hat die Cap Anamur hohe, auch symbolische Bedeutung, und deswegen müßte das Schiff aus meiner Sicht unterstützt werden. Ich sage das in Übereinstimmung mit der Kommission, die auch von unseren Leuten besetzt war und jetzt aus Vietnam zurückgekommen ist; der Name Althammer ist schon gefallen.

Kohl: Wenn ich die Debatte jetzt richtig verstanden habe, dann ist es doch hier ganz unstrittig, daß hier in diesem konkreten Fall überhaupt niemand sich der Hilfe verweigert. Aber es ist ebenfalls ganz klar, es ist ein bißchen salopp im Zusammenhang mit Menschenleben gesagt worden, daß das Faß eben zugemacht werden muß, soweit man das überhaupt zumachen kann. Jetzt sage ich ganz konkret, gerade wenn wir jetzt in diesem konkreten Fall qua Länder helfen, dann macht nochmal einen exemplarischen Schritt, setzt Euch zusammen und geht zum Kanzler hin und sagt, dies ist jetzt der Punkt, und das wird also jetzt zugebunden. Das ist doch zu machen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja nun, Entschuldigung Lothar, dann laßt uns doch mal die Sache in aller Breite in den Bundestag bringen, und Ihr sitzt alle auf der Bundesratsbank und geht der Reihe nach hin, wir wollen das hier jetzt vereinbaren, wir machen das in ganz kurzer Zeit vor dem Forum der deutschen Öffentlichkeit. Das kann man so machen, dann verlangen wir auch, daß dazu auch die Sozialdemokraten reden, die Länder-Sozialdemokraten. Das können wir doch erzwingen, laßt uns darüber doch mal eine Debatte machen. Denn die machen eine Kommission, wo sie jetzt über das Wahlrecht und alles Mögliche reden; das ist eine völlig weltfremde Geschichte. Das muß man mal austragen. Dann muß man es auch mal in jeden Flügel der SPD reintragen! Da hast Du völlig recht, die werden nämlich genau hingucken, was die Gewerkschafter sagen. Das ist ein feiner Unterscheid, die Abteilung Humanität und die Abteilung, wenn es um die Arbeitsplätze geht und um deren Unterstützung.

Können wir dann für heute jetzt nicht so verfahren, Lothar? Das ist schon richtig, das brauche ich Dir nicht zu sagen. In dem konkreten Fall, mit dem, was jetzt auf dem Schiff ist, glaube ich, kann man gar nicht anders handeln, als es hier gesagt wurde. Aber laßt uns jetzt einen spektakulären Schritt machen. Ich notiere mir das und werde es so in Auftrag

geben mit Euch zusammen. Da bitte ich mir nur aus, daß Ihr dann alle auf der Bundesratsbank sitzt und wir dann mal eine richtige Debatte machen, wo wir das alles breit diskutieren.²¹ Ja? Können wir so verfahren? (*Unruhe. Diskussion.*)

Darf ich mal fragen, meinen Leuten muß ich ja Bescheid geben – wir wollen das hier abstimmen, damit diese Aktivität im Bundestag etwas Vernünftiges wird –, habt ihr denn in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft, wo Ihr alle in Bonn seid?

Albrecht: Nein, das brauchen wir ja nicht. Wir brauchen jemanden, der es bei Euch in der Fraktion machen soll, und ich würde vorschlagen, Lothar Späth benennt jemanden, und ich benenne jemanden. Die drei machen dann erstmal einen Text, und den zeigen wir dann unseren Kollegen. (*Unruhe. Diskussion.*) Wir machen ja nicht eine Große Anfrage zu Vietnam-Flüchtlingsen, sondern wir machen eine Große Anfrage zum Problem des Asylrechts. (*Unruhe. Diskussion.*) Nur damit wir klar sind, die 700 sind da. Bis morgen mittag muß geantwortet werden. Denn wir haben morgen, glaube ich, alle noch unsere Kabinette.

Kohl: Ihr könnt Euch doch auf dem kurzen Weg verständigen. Wir sind doch nicht auf dem Mond. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gut! Weiter, Seite 5. (*Gerstenmaier:* Nein, 4.) Noch mal zu 4, Eugen? Geht bitte ans Mikrophon, das muß aufs Band.

Gerstenmaier: Ich schlage vor daß man in Ziffer 4 den zweiten Satz folgendermaßen liest. „Sie dürfen sich nicht durch Kräfte“, „politische“ muß gestrichen werden, Herr Geißler, „mißbrauchen lassen, offene oder geheime, die die Bundesrepublik aus der Gemeinschaft der freien westlichen Demokratien lösen wollen“. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ist schon aufgenommen, Eugen. (*Unruhe. Diskussion.*) 5!

Dregger: Dazu habe ich einen Vorschlag. Ich habe gewagt, einige formulierte Vorschläge auf den Tisch zu legen, um meinen Diskussionsbeitrag abzukürzen: Ziffer 5 betrifft Wehrdienstverweigerung. Ich bin dabei von der Überlegung ausgegangen, daß unsere Wehrdienstleistenden nicht nur Zeit, im Ernstfall das Leben, sondern jetzt auch das Gewissen verlieren. Deswegen, meine ich, sollten wir in einer Weise formulieren, der Zuspruch für sie bedeutet. Ich lese das mal vor. (*Kohl:* Wir haben das ja vorliegen.) Na gut, dann brauche ich das ja nicht zu erläutern.

Kohl: Ja, das finde ich auch. Sie haben alle den Text von Alfred Dregger, „Ziffer 5 sollte lauten“? (*Dregger:* Ja.)

Biedenkopf: Sollen wir nicht dazu übergehen, nicht mehr Kriegsdienstverweigerung zu sagen, wie die Verfassung, sondern Wehrdienstverweigerung? (*Zustimmung.*)

Kohl: Ja. Warum sollen wir denn den Verfassungstext nehmen? (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, wir müssen uns nur darüber im klaren sein. Mir ist das sympathischer so. Gut. Einverstanden mit dem Vorschlag von Alfred Dregger?

Geißler: In diesem Zusammenhang nur eine Bemerkung. Ich glaube, daß wir uns bei irgendeiner Gelegenheit, da müssen wir auch mit Manfred Wörner nochmal reden, uns über die konkrete Ausgestaltung des Wehrdienstes selber einmal auseinandersetzen müssen. Ich habe gestern schon wieder eine Riesendiskussion gehabt, wenn die ihren Grundwehrdienst abgeleistet haben und dann die restlichen Monate bei der Bundeswehr sind, gammeln die da rum. Da kommen Wehrpflichtige selber zu der Auffassung, daß es

21 Eine derartige Debatte im Bundestag läßt sich für 1981 nicht nachweisen. Vgl. aber Gesetz über das Asylverfahren vom 16. Juli 1982 (BGBl I S. 946).

für sie sinnvoller wäre, im Altersheim etwas für die alten Leute zu tun. Was sich da in den letzten Jahren eingeschlichen hat, was da eingerissen ist in der Ausgestaltung des Wehrdienstes selber, ist mit ein Hauptgrund dafür, daß wir eine solche sinnlose Diskussion zwischen Zivildienst und zwischen Wehrdienst haben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Aber das brauchen wir hier nicht zu vertiefen. Das ist unsere Meinung. Ich schlage vor, Matthias Wissmann, daß wir ein oder zwei Leute, die das selbst hinter sich gebracht haben, so präparieren, daß sie das Thema dort auf dem Parteitag mal ansprechen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich kann das nur unterstreichen, was hier gesagt wird von Heiner Geißler. Ich gehe da sehr viel weiter. Was ich jetzt sage, ist sehr gewagt. Ich habe manches Mal den Eindruck, daß ein Teil der Leute, die diese Pläne machen, entweder zu dumm sind oder zu infantil, so etwas zu machen, oder, was viel schlimmer ist, daß ich mich manchmal frage, ob das nicht sogar ein Stück Absicht ist. Denn wenn man wirklich mit jungen Leuten redet, kommen die Gutwilligen zurück in einem Zustand der Böswilligkeit gegenüber der Bundeswehr, daß man die Frage zumindest mal stellen muß, ob da nicht ganz andere Absichten drin sind.

Und da ich inzwischen von einem tiefen Mißtrauen bin gegen die goldene Farbe, weil ja häufig jetzt auch üblich ist, daß die rote Farbe des Parteibuchs die Voraussetzung für die goldene Einfärbung bei den Rangabzeichen ist, bin ich also voller Zweifel. Ich muß das hier ganz offen sagen. Ich habe das unseren Kollegen von der Arbeitsgruppe im Bund, in der Fraktion schon mehrmals gesagt. Es ist eine Frage, die berechtigt ist und die, finde ich, mal auf dem Parteitag aufgerollt gehört. Ich würde es nicht auf Papier bringen, aber da sollen Leute, die das selber hinter sich gebracht haben, aus ihrer Erfahrung sich mal hinstellen und sagen, was sie erlebt haben. Das wird ein gewaltiger Auftritt werden.

Weberling: Wäre es trotzdem nicht sinnvoll – das würde das Ganze vielleicht etwas mehr konkretisieren –, daß man irgendeine Formulierung unter Ziffer 5 einfügt. Meiner Ansicht nach ist die CDU dann glaubwürdig, wenn sie sowohl die Wehrdienstverweigerung respektiert als auch, wenn sie eben den Leuten, die sich entschlossen haben Wehrdienst zu leisten, den Rücken stärkt, indem zum Beispiel die Innere Führung der Bundeswehr grundsätzlich überdacht wird. Denn das sind nicht die Leute, die das Gold auf den Schulterklappen haben, die die Innere Führung machen, sondern es sind im Prinzip die Unterführer und die Hauptleute, die Kompanien führen. Die machen das Klima aus und nicht die Generäle, denn die sieht man normalerweise gar nicht.

Kohl: Da bin ich voller Zweifel, ob man das so sagen kann.

Stoltenberg: Ich würde vorschlagen, daß wir einige Stichworte hier einfach für die Diskussion sammeln. Ich würde jetzt auch, nachdem wir die notwendige aktuelle Debatte gehabt haben, darum bitten, daß wir ein bißchen vorankommen, denn wir müssen noch etwas zu den innenpolitischen Dingen sagen.

Kohl: Gut. Weitere Wortmeldungen zur Seite 5?

Dregger: Ja, zu Ziffer 8 hätte ich noch einen Vorschlag. Wir wollen ja nicht den Frieden auf niedrigem Niveau, sondern das Gleichgewicht der Rüstung optimieren.

Kohl: Ja, der Einwand ist berechtigt.

Biedenkopf: Ich meine, wir könnten in der Ziffer 6 den ersten Satz, das ist „die Dinge wieder in einen breiten nationalen Konsens stellen“, so nicht stehenlassen. Wir haben jetzt

gerade Umfragen von Allensbach²² bekommen, daß dieser breite Konsens an sich besteht. Das Problem ist nicht, daß es am breiten Konsens fehlt, sondern daß er bei der SPD fehlt. (Kohl: Gemeint ist unter den Parteien.) Das muß aber zum Ausdruck gebracht werden, und zwar gerade auch in Hinblick Ausklammerung der FDP, denn da ist ja nun weiß Gott der Konsens vorhanden. Also das, was – wenigstens bei Genscher – formuliert wird, ist ja nun doch sehr stark in unsere Richtung.

Und der zweite Punkt im gleichen Absatz 6, in dem letzten Satz würde ich es begrüßen, wenn man von der „Bereitschaft zur Verteidigung“ sprechen könnte. Die „Voraussetzung für die Verteidigungsfähigkeit“, die besteht in der Bundesrepublik Deutschland. Es geht nicht um die Fähigkeit, sondern es geht um die Bereitschaft zur Verteidigung. Es sei denn, hier ist die subjektive Fähigkeit gemeint. Aber daß wir ökonomisch und aus anderen Gründen in der Lage sind, uns zu verteidigen, steht außer Frage.

Kohl: Ja, also anstatt „Voraussetzung“ „Bereitschaft“. Gut. Keine weiteren Meldungen. Dann zu Seite 6.

Gerstenmaier: Herr Vorsitzender, warum verzichten wir trotz der hier laut gewordenen Kritik offenbar an der Ausbildung in der Bundeswehr im ganzen Papier darauf, die Bundeswehr ausdrücklich in Schutz zu nehmen? Ich würde hier anfügen „die Bundeswehr muß gegen die Verächtlichmachung entschieden in Schutz genommen werden“. Denken Sie doch an die Sauereien in Bremen²³ und anderswo; das wiederholt sich doch immerfort. Also, eine ausdrückliche Inschutznahme der Bundeswehr vermissem ich in diesem Papier. (Kohl: Aber es steht doch drin, „ist Sache des ganzen Volkes“ usw.) Die Bundeswehr muß gegen die Verächtlichmachung entschieden in Schutz genommen werden. Von uns jedenfalls.

Biedenkopf: Ich habe noch eine Lernfrage. Wie ist das mit dem Doppelbeschluß? Kann man den in beiden Teilen konsequent verwirklichen, oder sind das nicht Alternativen? Also ich weiß es nicht. Ich wollte es nur mal wissen.

Dregger: Nur bei der Nulloption wäre es eine Alternative. Aber die Nulloption ist so unrealistisch, daß sie sicherlich nicht kommt, und insofern muß es parallel laufen.

Kohl: Also, jetzt nochmal zurück. Eugen, ich rate ab, das so zu machen. Ich finde das Bekenntnis zur Bundeswehr ist ganz klar, was hier drin steht. Seite 6.

Biedenkopf: Haben wir bei Ziffer 8 das übernommen, was Herr Dregger gesagt hat?

Kohl: Ja. Haben wir schon. Seite 7 Ziffer 10.

Dregger: Wir fordern da eine neue Priorität in der Finanz- und Haushaltspolitik im Hinblick auf die Entwicklungshilfe. Wir müssen uns das sehr gut überlegen. Die Frage ist, in welcher Weise wollen wir das eigentlich realisieren, wenn wir Regierungsverantwortung übernehmen sollten, beim Zustand unserer Finanzen in Deutschland. Ich bin also dafür, das so stehenzulassen: „Sozialer Frieden ist auf die Dauer unerreichbar bei extremen Unterschieden der Lebensbedingungen. Auch unsere nationale Sicherheit hängt wesentlich davon ab, daß durch internationale soziale Gerechtigkeit internationa-

22 Vgl. dazu „Capital“ H. 8 vom 8. August 1981: „NATO-Nachrüstung – Breite Mehrheit“.

23 Bei gewalttätigen Ausschreitungen bei einer feierlichen Rekrutenvereidigung wurden am 6. Mai 1980 am Weserstadion in Bremen 260 Personen verletzt, viele Dienstfahrzeuge gingen in Flammen auf. Die Sachschäden wurden mit 1.000.000 DM beziffert („Der Spiegel“ vom 12. Mai 1980: „Signale überhört“). Vgl. Bericht des Verteidigungsausschusses als 2. Untersuchungsausschuß nach Art. 45a Abs. 2 Grundgesetz vom 8. September 1980 (BT-Drs. 8/4472).

le Stabilität ermöglicht wird. Dies erfordert eine maßvolle Beschränkung unserer Ansprüche.“ Mit der Formulierung neuer Prioritäten in der Finanz- und Haushaltspolitik sollten wir etwas zurückhaltender sein.

Wissmann: Da bin ich offen gestanden anderer Meinung. Um nur ein Beispiel aus der letzten Zeit zu nehmen: Ich finde es unverantwortlich, daß die Regierung beispielsweise bei der Unterstützung der privaten Entwicklungshilfe, Stichwort „Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz“²⁴, nun ausgerechnet in diesem Sparhaushalt zurückdreht, obwohl im Grunde genommen die Philosophie gerade auch bei uns doch die sein müßte zu sagen, gerade dort muß eine Priorität erhalten, ja sogar verstärkt werden, auch bei der öffentlichen Entwicklungshilfe, solange es um vernünftige Projekte geht. Also insofern hätte ich große Bedenken, die Diskussion nicht auch mit einem klaren Akzent aufzunehmen.

Das leitet aber auch über zu dem, was ich noch sagen wollte. Ich finde die Berichtigung, die hier angesprochen wurde, richtig, finde allerdings das Gewicht, das man dem Thema im ganzen beimißt, nicht angemessen. Oder vereinfacht ausgedrückt, ich glaube, wir gehen in der Schwerpunkt-gewichtssetzung ein bißchen auf den Leim dessen, was sich so in den letzten zwölf Monaten in der allgemeinen Friedensdiskussion abgespielt hat, nämlich die ausschließliche Konzentration auf das Rüstungsthema und die völlige Unterbelichtung des doch moralisch mindestens genauso wichtigen und langfristig für die Friedenssicherung genauso bedeutenden Themas der Dritten und Vierten Welt.

Also meine Bitte wäre, daß wir dieses Thema auch dann ausbauen, wenn es nicht zufällig beim letzten Kirchentag, meiner Ansicht nach in für einen Kirchentag unverantwortlicher Weise, so stark unterbelichtet war, daß wir dort reinbringen den Akzent, daß wir daran interessiert sind, daß möglichst viele Jugendliche die Chance haben, in der Dritten und Vierten Welt etwas zu tun und das zu unterstützen. Daß wir reinbringen den Akzent, daß es uns vor allem auch darum geht, im Rahmen internationaler Sozialer Marktwirtschaft Märkte zu öffnen, das ist ja noch viel wichtiger als öffentliche Entwicklungshilfe, und daß wir drittens reinnehmen unsere Philosophie der Entwicklungspolitik, die sich in verschiedenen Papieren wiederfindet, nicht die großen Prestigeprojekte, sondern kleine, überschaubare. Wir sind gerne bereit, da einen Vorschlag zu machen.

Klepsch: Ich teile die Bedenken von Herrn Dregger und würde, nur jetzt fürs Band gesprochen, vorschlagen, daran zu denken, daß die Europäische Gemeinschaft ja eigentlich der Träger gemeinsamer entwicklungspolitischer Maßnahmen ist, finanziell auch, daß wir das auf dieser Ebene verankern sollten. Herr von Bismarck wird nachher einige Vorschläge machen. Aber ich meine nur, daß wir hier die neuen Prioritäten in der Finanz- und Haushaltspolitik wirklich rauslassen sollten. Denn es ist etwas, das wir nicht erfüllen können. Ich meine alles, was Herr von Bismarck gesagt hat.

Biedenkopf: Ich muß noch einmal, ich bedaure das, aber es ist unvermeidlich, auf diese Ziffer 9 zurückkommen, weil sie im engsten Zusammenhang mit der Ziffer 14 steht. Einer der zentralen Vorwürfe, der in der Diskussion draußen gegen uns gebracht wird, ist, daß wir mit der Sowjetunion nicht reden könnten, daß wir keine Fähigkeit entwickelt haben, politische Interessen der Sowjetunion angemessen zu berücksichtigen. Wir haben in der Ziffer 9 eine ganze Reihe von Forderungen an die Sowjetunion gerichtet. Gegen die Forderungen ist im einzelnen überhaupt nichts einzuwenden. Aber jetzt kommt ja die

24 Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern vom 13. Februar 1975 (BGBl I S. 494).

Frage, wie berücksichtigt ihr eigentlich die nationalen Interessen der Sowjetunion? Und da gibt es nur einen Satz, und das ist der Satz unten in der Ziffer 14, daß wir nämlich Verständnis dafür haben, daß die Völker der Sowjetunion, die so schreckliche Opfer gebracht haben, in Frieden und Sicherheit leben wollen. Damit knüpfen wir dann an, wir haben ja auch Gewaltverzicht erklärt, und damit ist die Sache zu Ende. Eine weitergehende, wie immer geartete Strategie zu der Frage kommt nur noch an einem Punkt, daß wir nämlich möglicherweise gemeinsame europäische Interessen haben. Das ist dann in einem nächsten Punkt. Aber doch mehr versteckt als offen entfaltet.

Ich meine – und das ist wirklich ein zentrales Problem –, wenn wir es heute nicht können, müssen wir es uns offenhalten, wir müssen uns hier mal die Frage vorlegen, wie antworten wir auf die Anforderung, wie werdet ihr, wenn ihr in der Regierung seid, mit der Sowjetunion umgehen? Was werdet ihr an Interessen respektieren, die die Sowjetunion politisch hat? Wie werdet ihr eure eigenen Interessen formulieren? Dafür ist mir dieser Forderungskatalog an die Sowjetunion nicht genug. Also das ist für mich ein Punkt, wo wir in der außenpolitischen Seite ein echtes Defizit noch immer haben, und ich frage mich, wie man das überwinden kann.

Gerstenmaier: Ich habe hier einen anderen Vorschlag, dem ich allerdings kaum eine Chance gebe, in Anbetracht der Konzeption des ganzen Papiers, das meiner Meinung nach eher zu lang als zu kurz ist. Unabhängig davon, ob man die eine oder die andere Position erweitert im Dienste einer notwendigen Verdeutlichung, erscheint mir das ganze Papier als solches einfach zu lang. Ich habe mich gefragt, wo könnte man kürzen, und komme zu folgendem Ergebnis, daß die Ziffern 10 bis zum ersten Satz von 14 zum großen Teil der Konkretisierung ermangeln. Ich würde also vorschlagen, daß man ab dem ersten Satz in Ziffer 10 den Rotstift nimmt und streicht, den letzten Satz stehen läßt: „Dies erfordert auch neue Prioritäten in der Finanz- und Haushaltspolitik sowie eine maßvolle Beschränkung unserer Ansprüche.“ Ein Satz wie, „Wir müssen anders leben, damit andere überleben“, ist gar nicht schlecht formuliert. Ich warne aber davor, solche eleganten Predigtsätze, die ich aus Kirchenverlautbarungen kenne, in solche nationalpolitischen Erklärungen zu übernehmen.

Dann würde ich streichen die Ziffern 11, 12, 13 und 14 und erst wieder bei 15 weiterfahren. Ich komme dazu, ohne dazu jetzt im einzelnen lang und breit zu argumentieren. Die Ziffer 13 ist zum Beispiel ein Detail, das hier fehlen kann. Die Ziffer 12 ist mir einfach zu vage formuliert und 11 ist viel zu allgemein und, wie ich glaube, moralistisch überfrachtet. Die Dritte Welt wird sinnlos dabei idealisiert, ohne daß es dabei ausgesprochen wird. Aber wer sich mit der Geschichte befaßt hat, etwa mit der Geschichte Afrikas seit 1967, der weiß doch, daß ein solcher Satz unmöglich stehenbleiben kann und daß er nur dazu dient, von der Dritten Welt aufgenommen zu werden und hilft, in solch problematischen Gremien wie der UNO-Vollversammlung uns dauernd als Forderung um die Ohren geschlagen zu werden. Wir sollten dieser Tendenz keinen Vorschub leisten.

Kohl: Also, Kurt, noch einmal zu Deinem Punkt. Ich glaube, wir haben ja nun bei 14 ein paar Ausführungen gemacht, die eine erste Tendenz deutlich werden lassen. (*Unruhe. Diskussion. – Biedenkopf:* Und 15 noch mehr, da ist der entscheidende Satz.) Also das, finde ich, sollten wir mal so lassen. Ich würde darüber hinaus zum jetzigen Zeitpunkt auch im Hinblick auf unsere Klientel nichts tun.

Eugen, ich glaube nicht, daß wir das streichen können. (*Unruhe. Diskussion.*) Denn ich muß wieder auf die Eingangsdiskussion zurückgehen. Wir wollen ja aktuelle Diskussionen unter jungen Leuten aufnehmen. Und glaube mir, dies sind alles Themen, die aktuell diskutiert werden. Das ist der Punkt. Natürlich bin ich immer für Kürzungen, aber ich sehe nicht ein, wie wir das ändern können. Und dann würde ich sagen, Ihr macht einen Vorschlag auf dem Parteitag, das braucht doch gar nicht jetzt und hier zu sein, das wäre doch viel vernünftiger.

Waffenschmidt: Wir hatten ja eben verschoben, noch etwas zu sagen zu diesem Mißverhältnis der kommunistischen Länder zur Entwicklungshilfe. Das dürfte doch jetzt bei der Ziffer 11 angefügt werden. Ich halte das für außerordentlich plastisch, was Alfred Dregger sagt. Da kann der Satz noch rein, daß hier zu wenig getan wird und die westliche Welt das Entscheidende tut.

Kohl: Das kann man machen. Ja, das nehmen wir auf.

Zeitel: Zu 13 und 14. Bei 13 taucht wieder die Aufforderung an die Bundesregierung auf. Ich gehe davon aus, daß wir das generell eliminieren. Bei 14 heißt es, die CDU wisse, daß die Völker der Sowjetunion Opfer gebracht haben, ich bin der Meinung, nicht nur die Völker der Sowjetunion, sondern auch Polens, die waren proportional viel höher betroffen, auch andere Völkern Osteuropas. Wir sollten also ergänzen „und Osteuropas“. Ich meine, wir sollten an dieser Stelle auch einfügen einen Hinweis auf die Mitverantwortung Stalins beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Die junge Generation weiß das nicht nur nicht mehr, sie glaubt das auch nicht einmal, daß es einen Hitler-Stalin-Pakt²⁵ gegeben hat, und ich würde es begrüßen, wenn wir bei dem Verzicht auf Gewaltanwendung darauf hinweisen würden, daß es gerade die durch den Krieg am meisten Betroffenen, nämlich die Vertriebenen, waren, auf den Balkanländern und den Randgebieten der selbigen. (*Unruhe. Diskussion.*) Natürlich steht da, daß die Bürger der Bundesrepublik auf Gewaltanwendung verzichtet haben, (*Unruhe. Diskussion.*) ich würde es etwas konkreter formulieren.

Von Bismarck: Ich habe noch etwas zu Ziffer 12. Ich habe zu Ziffer 12 einen Vorschlag, den sie auf dem Tisch haben, gemacht, in dem korrigiert wird, daß es sich bei der ganzen Frage der Dritten Welt eben nicht mehr um eine nationale, sondern um eine europäische Verantwortung handelt. Ich würde sagen, da muß nicht stehen „einen originären deutschen Beitrag“, sondern „einen koordinierten europäischen Beitrag“. Wir sind sonst völlig außerhalb der Realität. Das zweite ist die europäische Sicherung am Ende.

Kohl: Können wir mal erst das mit dem „europäischen“ behandeln?

Dregger: Ich bin auch der Ansicht, daß es nicht ein deutscher Beitrag sein kann und habe sogar Zweifel, ob es ein isoliert europäischer Beitrag sein kann. Die Konferenz in Venedig²⁶, die beschlossen hat zu Camp David²⁷ und zu dem Verhältnis zu den Amerikanern, ist sehr unglücklich. Die Europäer reden zwar, aber sie haben keine Macht, mit

25 Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffspakt (Hitler-Stalin-Pakt) vom 23. August 1939. – Adolf Hitler (1889–1945), 1921 Vorsitzender der NSDAP, 1933–1945 diktatorischer Reichskanzler und Führer.

26 Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig (vgl. AdG 1980 S. 23653–23657, AAPD 1980 Dok. 184 und 185).

27 Gipfeltreffen in Camp David vom 5.–17. September 1978 mit Unterzeichnung von zwei Rahmenabkommen für eine Friedensregelung im Nahen Osten (vgl. AdG 1978 S. 22072–22086, insbes. S. 22076–22081; AAPD 1978 Dok. 271 Anm. 3).

der sie ihre Ideen unterstützen können. Deswegen, wenn wir von Europa reden, dann „in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten von Amerika“.

Von Bismarck: Sehr einverstanden. Eine weitere Schwäche der Sache.

Kohl: Einen Moment. Ist da Einverständnis? Diese Formulierung Bismarck/Dregger? Ja? Gut.

Biedenkopf: Ich wollte jetzt nochmal meinen Vorschlag, den ich auch in der Kommission gemacht habe, wiederholen, daß wir auf den Begriff „internationale soziale Gerechtigkeit“ verzichten. Das ist auf der Seite 7. Das ist undurchführbar. Wir bringen hier einen Begriff ein, den wir in der Innenpolitik nicht sinnvoll verwenden können. Es ist völlig unmöglich, das auf die Entwicklungsländer anzuwenden. Die Konsequenzen, die damit verbunden sind, sind unübersehbar.

Schwarz-Schilling: Ich habe mir das auch angemerkt und habe den Vorschlag, daß man den Satz so sagt: „Auch unsere nationale Sicherheit hängt langfristig von internationaler Stabilität ab.“ (*Unruhe. Diskussion. – Kohl:* Einverstanden mit dem Vorschlag?) Und ich darf in der gleichen Ziffer noch eines sagen: Ich bin zwar auch nicht für die neuen Prioritäten, aber ich finde schon, wenn es hier auch um die Ansprache gegenüber der Jugend geht, daß man es zumindest so sagen soll, „dies erfordert entsprechende Berücksichtigung der Finanz- und Haushaltspolitik“. Nicht neue Prioritäten, aber eine entsprechende Berücksichtigung, das sollte man schon sagen, zumal ich auch der Meinung bin, daß es ganz falsch ist, daß wir diese Frage am Sozialprodukt gemessen immer für die staatliche Förderung nehmen. Wie sähe es eigentlich aus, wenn man die privaten Investitionen entsprechend durch Steuervergünstigungen fördert, die müßten nämlich dazu. Dieser Beitrag müßte viel größer sein, und dann würden wir auf eine ganz andere Situation treffen.

Späth: Also, ich würde dem zustimmen, ich würde sogar irgend so einen Zusatz einbauen, daß das menschliche Engagement gestärkt wird. Sonst brauchen wir es gar nicht erst zu besprechen. Ich mache ja zum Beispiel mit meinen Kreisverbänden diese „Aktion Dritte Welt“, die wirkt unwahrscheinlich, die wirkt mehr als jedes Programm, daß nämlich jeder CDU-Kreisverband auf der Straße sammelt für die Dritte Welt. Ich meine nur, wir sollten da ein bißchen mehr ins Engagement gehen. Was die privaten Investitionen anbetrifft, voll einverstanden. Ich darf sagen, daß bisher vorgesehen ist, daß wir der Abschaffung dieser steuerlichen Förderung privater Investitionen zustimmen werden im Bundesrat, nach jetzigem Stand. Wir müssen da ein bißchen aufpassen, das wird nachher ein bißchen schlimmer bei der Frage der Sozialen Marktwirtschaft, wir machen natürlich zur Zeit rein praktisch fast das Gegenteil von dem, was wir dann beschließen. Wir werden im Bundesrat das Gegenteil von dem beschließen, was wir in Hamburg beraten. Das könnte auffällig werden.

Biedenkopf: Zustimmung zu dem, was eben gesagt worden ist, zu Ziffer 11 letzter Satz. Wir haben in der Mannheimer Erklärung deutlich unterschieden zwischen der Hilfe durch Handel und Investition und der Hilfe zur Bekämpfung des Hungers. Hier ist nur noch von der Hilfe durch Bekämpfung des Hungers die Rede. Nach meiner Auffassung ist eine solche Politik nicht durchzuhalten, sondern wir müssen klarmachen, daß die Entwicklungsländer eine eigene Verantwortung tragen, daß sie diese eigene Verantwortung realisieren müssen und daß wir bereit sind, hier bei der Realisierung dieser eigenen Verantwortung zu helfen. Was wir uns hier aufladen, ist völlig undurchführbar. Das kann man bei den Ärmsten der Armen vorübergehend machen, aber sonst wird sich nie was ändern,

denn wir können mit unserem Bruttosozialprodukt niemals allein acht Milliarden Menschen ernähren. Wir müssen diese Hilfe zur Selbsthilfe stärker betonen. Das muß die Grundlage der Entwicklungspolitik sein.

Kohl: Gut, das nehmen wir auf.

Geißler: Also, das ist natürlich völlig richtig, es ist eine etwas verkürzte Darstellung. Ich muß nochmal zur Ziffer 10 kommen. Es ist richtig mit der „internationalen sozialen Gerechtigkeit“; das ist ein Begriff, über den man diskutieren muß. Aber, daß die reicheren Industrieländer eine politische und auch eine moralische Verpflichtung haben, ihren Beitrag da zu leisten, daß mehr soziale Gerechtigkeit weltweit realisiert wird, das kann man, glaube ich, nicht bestreiten. Deswegen würde ich „internationale soziale Gerechtigkeit“ durch „mehr soziale Gerechtigkeit“ ersetzen. Dazu müssen wir unseren Beitrag leisten. Denn das Gefälle zwischen Reich und Arm ist in der Tat ein Gefälle, das möglicherweise verheerende politische Auswirkungen hat. Soziale revolutionäre Bewegungen, die sich auf Grund solcher Situationen entwickeln, machen letzten Endes eben vor Europa dann nicht halt.

Kohl: Können wir uns dann nicht einigen auf „mehr soziale Gerechtigkeit“? Das ist ja nun wirklich nicht falsch. Oder habt Ihr da Bedenken? Das ist dann ja eine erhebliche Einschränkung.

Biedenkopf: Wenn man sagen würde, „mehr Chancengerechtigkeit“ oder so was, der Begriff „sozial“ ist ein innenpolitischer Begriff. Wir kommen in Teufels Küche. Sonst entleeren wir den Begriff „sozial“ so sehr, daß er überhaupt nirgends mehr brauchbar ist.

Kohl: Wir sind in der Sache ja auch nicht weit auseinander, das ist eine reine Frage der Formulierung.

Späth: Ich würde den Begriff „die Chance erhöhen und dafür Mitverantwortung tragen“, etwa als den Kern sehen. Denn ich finde, Kurt Biedenkopf, es gibt nichts Gefährlicheres wie eines Tages den Vergleich der sozialen Gerechtigkeit zwischen Somalia und der Bundesrepublik.

Dregger: Also, ich finde, wir müssen da ein bißchen vorsichtig sein mit unseren Ankündigungen und Forderungen. Wenn man sich die Wirklichkeit in Afrika ansieht, in Eritrea, Somalia, und unseren Standard, wenn wir da soziale Gerechtigkeit herstellen wollen, dann müssen wir den unsrigen mindestens um die Hälfte vermindern.

Kohl: Ich glaube, das ist hier jetzt ausdiskutiert, und die Tendenz ist ganz klar, daß der Begriff, so wie er da steht, „soziale Gerechtigkeit“, nicht haltbar ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Jetzt 14 auf Seite 8.

Dregger: Also Ziffer 14 auf Seite 8, ganz oben. „Wir betonen gegenüber der Sowjetunion, daß diejenigen“ (*Kohl:* Also, damit das klar ist, da machen wir ja „Völker Osteuropas“. Wegen der Frage mit den Polen.) „die auf deutscher Seite unschuldige Opfer des Krieges geworden sind, in allen Teilen Deutschlands“ – wer sind denn nun diejenigen? Ich glaube, es sind ja nun alle unschuldige Opfer des Krieges geworden mit Ausnahme derer, die ihn angezettelt haben, und das waren ja nicht die Deutschen, sondern das war eine bestimmte Hitler-Führung. Deswegen ist dieser Satz etwas dunkel und eigenartig. Diese Formulierung behagt mir nicht ganz.

Kohl: Ja, das muß man mal im Klartext sagen. Mir ging es bei dem Einschub darum, daß diese Aufrechnerei ein Ende hat und daß man also das Sowohl-als-Auch deutlich macht. (*Unruhe. Diskussion.*) Daß die Deutschen den Völkern Mittel- und Osteuropas

usw. – aber in der Retourkutsche genauso unschuldigen Leuten auf deutscher Seite das Gleiche. Darum geht es.

Stoltenberg: Also der Satz ist zu kompliziert. Man kann ihn natürlich sehr vereinfachen nach dem Eingangssatz, wenn man sagt, daß wir aufgrund der bitteren Lehren der eigenen Geschichte und der Opfer und der Leiden vieler Menschen unseres Volkes und anderer Völker eindeutig auf Gewaltanwendung verzichtet haben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Nehmen Sie sich bitte das Mikrophon, das muß hinten auch auf Band sein.

Wex: Ich schlage vor, daß wir die beiden Sätze umstellen. „Wir betonen gegenüber der Sowjetunion“, dann, daß unser Verzicht auf Gewaltanwendung vorne hinkommt, daß nicht diese Sache mit den Opfern als erstes kommt, sondern daß wir den Gewaltverzicht anbieten. Das ist eine Sache, die wir als Vorgabe bieten. So stellen wir nur den ersten und zweiten Satz um. (*Kohl:* Ja, was gewinnen wir denn dadurch, Frau Wex?) Das wäre eine andere Qualität als die Beschreibung dessen, was der Krieg gebracht hat.

Geißler: Also, darf ich mal zum Sinn der Sache etwas sagen. Ich meine, die außenpolitische und verteidigungspolitische Diskussion steht ja auch unter dem Stichwort, wir sollten auch anerkennen, daß Sicherheit im Interesse der Sowjetunion legitim ist. Solche Forderungen stehen ja im Mittelpunkt der Diskussion. Wir haben nun bei der Formulierung eine solche Aussage vermieden und haben, weil man schlecht sagen kann, daß die sowjetische Führung, was weiß ich, ein legitimes Interesse hat; die wissen ganz genau, daß die NATO nicht angreift. Aber, das hat Auswirkungen auf die sowjetische Führung, auf das russische Volk, (*Kohl:* Das steht ja so drin.) Und ich finde, wir sollten qua CDU einen solchen Satz sagen, daß wir dies verstehen, daß wir das akzeptieren, daß die sowjetischen Völker, überhaupt die Völker Osteuropas aufgrund der Erfahrungen des vergangenen Weltkrieges, aufgrund der Opfer, die dort gebracht worden sind, ein legitimes Interesse daran haben, in Frieden zu leben. Ich glaube, so ein Satz durch die CDU ausgesprochen, trägt dazu bei, zum Beispiel, wenn wir in Ziffer 15 sagen, „Die CDU ist zu kontinuierlichem Gedanken- und Informationsaustausch bereit“. Das bringt uns atmosphärisch, psychologisch in eine bessere Situation. (*Kohl:* Das steht ja da.) Ja, deswegen plädiere ich dafür, daß wir den ersten Satz belassen und nicht umdrehen auf der Seite 7, Ziffer 14.

Kohl: Ja, die Reihenfolge wird belassen, aber mit den Änderungen, die wir eben bereits haben.

Wissmann: Es ist noch ein Ding zu beachten, wo sprachlich ein bißchen ein Problem besteht. „Unschuldige Opfer des Krieges.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das ist ja weg. Da ist ja ein anderer Vorschlag.

Biedenkopf: Ja, zu dem zweiten Absatz dieser Ziffer 14. Ich glaube, das kann man nicht so stehenlassen. Wir fordern hier die Sowjetunion auf, unser Sicherheitsinteresse gegenüber ihrer expansiven Politik als legitim anzuerkennen. Damit fordern wir sie ja auf, ihre Politik als expansive Politik anzuerkennen. Ich meine, das kann man natürlich machen, aber das ist vollkommen unrealistisch. Wenn man da einen Punkt macht nach „anerkennen“, dann läuft das. Das ist besser.

Kohl: Also, den ersten Satz nicht? Da ist vorher die Zusage, daß wir Verständnis für die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion haben, so eine Retourkutsche muß man auch reinschreiben. Gut, weiter. 15.

Scherer: Bei 15 habe ich nur eine Verständnisfrage. Ist der erste Satz dahin zu verstehen,

daß demnächst der Parteivorsitzende der CDU oder andere führende Repräsentanten nach Moskau fahren?

Kohl: Ja, warum denn nicht?

Weberling: Ich muß zu Punkt 15 schon noch etwas sagen, und zwar halte ich das Ganze für irgendwo inkonsequent. Meiner Ansicht nach machen wir uns was vor, wenn wir der Meinung sind, durch Gedankenaustausch mit der sowjetischen Führung deren Beweggründe verstehen zu lernen. Da reicht meiner Ansicht nach, vielleicht ist das jetzt überzogen, das Studium von Marxismus und Leninismus aus. Denn die Taktik war schon immer ein großes Moment bei den sowjetischen oder Ostblock-Führungen gewesen. Ich halte es für viel besser – und das sollte man vielleicht sagen und das Ganze dann abändern, wenn man bereit dazu ist –, „einen Gedanken- und Informationsaustausch mit der Sowjetunion, d. h. auch mit dem Volk der Sowjetunion“ zu machen, denn damit könnte man dann auch die eigenen Ideale und Vorstellungen viel stärker einbringen und eben die Freiheitsideen auch dort entsprechend einbringen. (*Kohl:* Aber das ist doch selbstverständlich.)

Geißler: Also, ich meine, hier das ist eine Sache, die Mertes immer wieder sagt, es gehört zur Außenpolitik dazu, daß man die Motive, die Ziele auch des politischen Partners sozusagen versteht, ohne daß man damit einverstanden sein muß.

Kohl: Also, lassen wir 15 so.

Dregger: Es steht hier nur von „einem Gedanken- und Informationsaustausch“. Und zwei Sätze später steht, daß wir „die Motive unserer Gesprächs- und Verhandlungspartner im Ostblock verstehen“.

Kohl: Ja, das muß ausgeweitet werden. 16.

Geißler: Manfred Wörner, der nicht mehr da sein kann, hat mir ein paar schriftliche Anmerkungen gegeben. Er meint hier, wir sollten nicht die Bundesregierung auffordern, sondern wir sollten uns selber auffordern. Also, da unterscheide ich mich ein bißchen, wir sollten schon Forderungen stellen an andere. (*Kohl:* Das heißt aber, die CDU tritt dafür ein.) Er meint nur, gerade bei dieser Passage sollten wir nicht die Bundesregierung auffordern, sondern selbst dafür eintreten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Wir mahnen es ja nicht an. Wir haben vor der letzten Wahl und vor der 1976er Wahl klar und deutlich erklärt, daß eine CDU/CSU-geführte Regierung Verträge einhält und mit Leben erfüllt. (*Unruhe. Diskussion.*) Wir treten dafür ein. Ja, das finde ich nun schon, daß das wichtig ist, das ist doch ein Teil des Vorwurfs, daß wir in Wahrheit etwas ganz anderes machen. Wir sind nicht friedensfähig, weil wir die Verträge nicht halten, das ist doch der permanente Vorwurf.

Biedenkopf: Ich nehme das gerne auf, was Du, Helmut, vorhin gesagt hast. Mehr wollen wir der Klientel, hast Du formuliert, in 15 nicht zumuten. Aber ich habe die dringende Bitte, daß bei der Einbringung des Antrags nachher über diesen Satz, „Es ist auch deshalb notwendig“ usw. und das „Bewußtsein für gemeinsame europäische Aufgaben wachsen zu lassen“, in der mündlichen Begründung ausführlicher gesprochen wird. Das ist der zentrale Ansatz hier in der ganzen außenpolitischen Erklärung. Das ist das wirklich Neue. Zumal wir jetzt diesen Ausschuß da gestrichen haben. Hier wird gesagt, es gibt Dinge, die wir mit der Sowjetunion gemeinsam haben. Das haben wir noch nie gesagt. Für uns ist die Sowjetunion bisher ein schwarzes Loch, und das wollen wir ändern. Hier wollen wir dann vertrauensbildende Maßnahmen, gemeinsame europäische Inter-

essen usw. Das muß näher begründet werden. Darum wird sich die ganze Akzeptanz unserer Außenpolitik drehen, wenn wir das fertigbringen.

Kohl: Ja. 17.

Dregger: Ich habe gewisse Zweifel. Hier heißt es: „Die Reformen und Veränderungen in den Staaten Osteuropas tragen zum Abbau der ideologischen Differenzen und zum Pluralismus in Europa bei.“ Ich glaube, dabei ist an Polen gedacht. Ich wüßte nicht, wo das sonst hinpassen sollte. Ob es diese Wirkungen hat, ist ja mehr als zweifelhaft. Ich weiß nicht, ob die Polen es sehr gerne sehen, wenn wir jetzt uns als Partei dazu äußern in ihrer schwierigen Lage. Das weiß ich auch nicht. Also, Ziffer 17 würde ich streichen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ich bin einverstanden. Das ist eine Frage der Klugheit. Streichen wir 17, ja? 18.

Von Bismarck: Da würde ich vorschlagen, daß wir oben die Überschrift um eine Kleinigkeit erweitern, daß wir nicht so undifferenziert von europäischer und atlantischer Partnerschaft sprechen, sondern sagen: „Die Europäische Gemeinschaft und atlantische Partnerschaft“. Dies ist ein konkreter Begriff. (*Zustimmung.*)

Kohl: War es das?

Windelen: 18, in Zeile drei ist undifferenziert von „dem Bündnis“ die Rede.

Von Weizsäcker: Ich weiß nicht, ob man „atlantische“ sagt, oder ob man sagen muß „dieses Bündnis“, nämlich der Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien oder NATO-Bündnis? (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, das ist praktisch nur eine Definition. 19.

Biedenkopf: Wollen wir sagen mit 19, daß diese gemeinsamen Wertvorstellungen und Zielvorstellungen im atlantischen Bündnis zur Zeit nicht ausreichend vorhanden sind? (*Unruhe. Diskussion.*)

Stoltenberg: Also, ich würde auch eine neue Formulierung hier erwägen. Wenn wir alle Allianzpartner auffordern, sich dazu zu bekennen, unterstellen wir, daß sie das jetzt nicht tun. Ich würde das mehr abstellen auf die Vitalisierung, das ist nicht der richtige Ausdruck, aber die Vitalisierung und die überzeugendere Umsetzung der Grundsätze in die Politik.

Kohl: Es geht um die Glaubwürdigkeit. Also, es geht praktisch, um Klartext zu sagen, daß wir dauernd die Prinzipien haben und dann noch die ganze Welt nach Moskau zur Olympiade²⁸ fährt. Das ist der Umkehrschluß dazu. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich meine, das ist schon ein ernstes Problem, wenn ich Holland mir ansehe und Norwegen, also die bisherige Regierung. Ich meine, der Text ist ja noch gemacht worden vor den Wahlen in Norwegen²⁹, ich finde, das Bündnis steht und fällt analog oder hängt einfach von der Frage ab, ob letztendlich die Staaten ... (*Kohl:* Nein, die Grundidee steht nicht zur Debatte, bloß die Formulierung. Die erste Formulierung ist, daß wir die Bundesregierung auffordern. Das ist der Punkt, der natürlich gestellt wurde, ob wir das nicht für uns sagen statt für die Bundesregierung.) Ich meine, wir hängen ja dann mit unserer Sicherheit auch davon ab, wie sich die anderen Staaten verhalten.

28 Aufgrund der sowjetischen Invasion in Afghanistan boykottierten 42 Staaten die Olympischen Spiele vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau.

29 Die Wahl am 13. und 14. September 1981 endete mit einer Niederlage der regierenden Arbeiterpartei und der Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Ergebnis: Arbeiterpartei 37,4, Konservative (Høyre) 31,6, Christliche Volkspartei 9,2, Zentrum 6,7, Sozialistische Linkspartei 4,9, Fortschrittspartei 4,5, Liberale (Venstre) 3,9 Prozent (vgl. AdG 1981 S. 24900).

Kohl: Daß wir der Adressat sind sozusagen und nicht die Bundesregierung. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, dann können wir die Passage streichen, das würde ich auch sagen. Entweder sagen wir deutlich, was wir wollen oder gar nichts.

Kohl: Gut. Zu 20.

Von Bismarck: Zu 20 habe ich einen formulierten Vorschlag, den Sie auf dem Tisch haben. Der Grund ist folgender: Wir sprechen hier im zweiten Satz vor allem davon, das ist ja ein sehr wichtiger Satz, was geschehen muß und daß es geschehen muß, daß wir ein gleichberechtigter Partner werden. Aber so, wie es formuliert ist, kommt es nach meiner Meinung nicht klar zu Ausdruck, was wir eigentlich wirklich wollen. Das mit der europäischen Einheit haben wir an anderer Stelle jetzt gesagt, das können wir weglassen. Dann wird gesagt, mein Satz hier, worauf es eigentlich ankommt, ist, die Entscheidungsfähigkeit zu fördern und unseren Willen zu Leistung so hoch zu halten, daß man sich als gleichberechtigt anerkennen kann. Das ist der Sinn dieser Umformulierung. (*Kohl:* Das ist natürlich noch komplizierter.) Etwas ausführlicher, aber in sich ganz geschlossen, während der Satz, der jetzt da steht, eigentlich nicht ganz verständlich ist. Nicht für mich, jedenfalls. Das mit der Mitverantwortung hängt ja auch davon ab, ob man uns abnimmt, daß wir sie wirklich auch leisten können. Dann werde ich auch gleichberechtigt sein. Wir haben weder die Entscheidungsfähigkeit im Augenblick, noch haben wir den Willen.

Kohl: Also, Philipp von Bismarck, der Text ist ebenso richtig wie wahnsinnig kompliziert. (*Von Bismarck:* Man kann es sicherlich einfacher ausdrücken, ich bitte um Vergebung, wir hatten ja sehr wenig Zeit.) Ja, überprüft doch mal, inwieweit man den Grundgedanken da mit übernehmen kann.

Bidenkopf: Ich halte das für ganz entscheidend. Wer an der deutsch-amerikanischen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung³⁰ teilgenommen hat, der weiß, daß das ein Grundtenor der Aussagen von Dick Allen angefangen bis runter zu den Chefideologen der Republikanischen Partei war. Entweder ihr löst euer Mitspracherecht durch entsprechende Mitverantwortung ein, oder wir machen es allein. Und dies muß hier wirklich kommen. Ziemlich knallhart gesagt.

Kohl: Okay, das wird so eingearbeitet. 21?

Bidenkopf: Ich würde den letzten Satz mit den alternativen Energien und den Kommunikationswegen weglassen.

Kohl: Ja, das kommt dann weg, das hängt zusammen mit dem Satz von Philipp von Bismarck. (*Unruhe. Diskussion.* – *Von Bismarck:* Nein, ich habe 20.) Ach so, ja.

Geißler: Ich bin immer froh gewesen, wenn man irgendwo noch etwas Konkretes sagen konnte. (*Heiterkeit.* – *Bidenkopf:* Kommt ja nachher.)

Kohl: Also, meine Freude an der gemeinsamen europäischen Kommunikationstechnik ist also begrenzt, in Erwartung dessen, was auf uns zukommt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Gerstenmaier: Ich möchte zu 22 etwas sagen. Gegen 21 habe ich nichts. Bitte nehmen Sie mir die raue schwäbische Sprache nicht übel, aber daß hier die Deutschland-Frage wie das Schwänzle zur Sau irgendwo ganz hinten versteckt ist und dann auch noch in

30 Deutsch-amerikanische Konferenz des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung am 3.–6. September 1981 in Bonn (vgl. Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz [mit Beiträgen von Richard V. Allen u. a.], Melle 1982).

einer ganz konventionellen Diktion, das geht nicht. Deshalb meine Frage, kann man es nicht etwas vorziehen, etwas weiter vorne einreihen? (*Unruhe. Diskussion.*)

Biedenkopf: Also, das kommt dann jetzt praktisch am Anfang? (*Geißler:* Ja, irgendwo.)

Gerstenmaier: Herr Vorsitzender, ich möchte ausdrücklich auch in diesem Kreis darauf aufmerksam machen, daß natürlich hier eine knallharte Härte drin ist. Denn bis hinein in unsere Partei wird ja der Deutschland-Vertrag als stillschweigend erledigt betrachtet. Wenn wir das hier ausdrücklich sagen, begrüße ich das.

Kohl: Moment, damit das also klar ist, um halb zwei Uhr wird während der Sitzung weitergegessen und zugehört.

Stoltenberg: Das begrüße ich wie alle Anwesenden, ich befinde mich auch in der Lage, daß ich in fünf Minuten leider mich verabschieden muß wegen anderer Termine. Darf ich ein paar ganz kurze Anmerkungen, es dauert nicht länger als vier Minuten, machen?

Ich will also auch zu dem ganzen Teil Innenpolitik eine Reihe von redaktionellen Hinweisen, die sicher noch kommen, außer Acht lassen. Ich finde schon, daß man den ersten Absatz nochmal im Licht unserer Eingangsdiskussion überprüfen muß: „Den Menschen geht es gut“ usw., „sind nicht zufriedener geworden“. Wir sind uns einig, daß solche Sätze differenziert werden müssen. Die nächsten zwei Sätze will ich nicht in Frage stellen, obwohl natürlich bei vielen jungen Menschen auch die Existenzsorgen sind. Die fragen eben nicht nur nach dem Sinn des Wachstums, die fragen auch nach ihren Berufschancen jetzt. Ich bitte das nur zu beachten, bei der Ausformulierung. Aber sonst ist der Gedanke im Ansatz sehr begründet. Ich habe da nur ein paar ganz kurze Anmerkungen. Ich will nur die Frage aufwerfen, weil ich nicht beteiligt war an den Vorgesprächen. Ist das eindeutig, daß wir eine Weiterentwicklung des Wettbewerbsrechts wollen, nach der letzten Novelle³¹? (*Unruhe. Diskussion.*) Wir haben natürlich einen ganzen Schritt in der Gesetzgebung getan, und wenn das klar ist, will ich mich auf diese Frage beschränken. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, das ist nur eine Frage, die ich zu prüfen bitte in meiner Abwesenheit. (*Kohl:* Ja, wir kommen darauf.) Ich mache nur Anmerkungen.

Ich würde das Thema Eigenkapitalbildung und Vermögensbildung sprachlich deutlicher herausstellen. Wir müssen eine neue Offensive für die Vermögensbildung ergreifen; mir genügt das nicht ganz mit dem Hinweis auf Volksaktien.

Dann bei dem Thema auf Seite 13, lieber Heiner Geißler, da ist natürlich die wichtige Sache mit der Beschleunigung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Da empfehle ich den Begriff der „Rechtssicherheit“ einzuführen. Es geht nicht um irgendwelche Beschleunigungen, es geht darum, daß wir endlich Rechtssicherheit brauchen für die großen Energieinvestitionen. Bis zu den Verwaltungsgerichtsurteilen der letzten Wochen wird das deutlich.

Dann habe ich noch, ich mache das genauso schnell wie bisher, einen entscheidenden Punkt auf Seite 15. Da sind ja Themen der Arbeitszeit angesprochen, die sicher noch zu einer Debatte hier führen, vielleicht bis zum Parteitag. Ich will das im Ansatz nicht in Frage stellen, weil es ja auch sorgfältig gegliedert ist hier in den verschiedenen Positionen. Nur eines will ich hier klar sagen, Verkürzung der Arbeitszeit muß – und das müssen wir deutlicher sagen als hier, soweit wir sie in der nächsten Phase für geboten halten –

31 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 26. April 1980 (BGBl I S. 458) sowie Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 24. September 1980 (BGBl I S. 1761).

Konsequenzen für die Renten und die Pensionen haben. Das sollten wir auch klar sagen. Wer seine Lebensarbeitszeit verkürzen will, muß einen Abschlag bei den Renten hinnehmen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, es ist hier sehr vorsichtig angedeutet. Also ich bin dafür, daß wir das dann auch ganz klar sagen. Das ist ein Feld, wo wir auch mit der interessierten Öffentlichkeit in eine Debatte hineinlaufen.

Dann habe ich eigentlich nur noch Anmerkungen im bildungspolitischen Teil. Daran kann ich nun als Ministerpräsident nicht ganz vorbeigehen. Da will ich nur mal neben der Bemerkung Orientierungsstufe usw. natürlich nochmal die Frage aufwerfen, ich weiß ja, daß einige hier das gerne möchten, wollen wir das Thema der gymnasialen Verkürzung auf zwölf Jahre zu einem Hauptstreitthema des Parteitages machen? (*Unruhe. Diskussion.*) Einige wollen das, ich bitte das nur nochmal zu bedenken. Ich kenne die professionelle Distanz und Kritik mancher unserer Freunde gegenüber den Kultusministern und Bildungspolitikern, aber man sollte natürlich auch ihre Meinung bedenken. Es ist im Augenblick kein aktiver Kultusminister hier, aber Werner Scherer kann ja viel dazu beitragen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir bis weit in den Bereich der Eltern, Schüler, Lehrerverbände, auch der uns befreundeten Lehrerverbände und auch interessierter Politiker, die nicht Kultusminister sind, zu denen rechne ich mich, hier eine erhebliche kontroverse Diskussion bekommen werden. Ich kann auch nicht erkennen, ohne jetzt unsere Fachausschüsse zu unterschätzen, daß das wirklich unter uns genügend diskutiert ist. Ich rate nur, die Formulierungen nochmal zu überprüfen, denn genauso wenig, wie wir das ganze Thema berufliche Chancen der Jugend, Schule, nachher unter dem Vorzeichen Orientierungsstufe in den Schlagzeilen haben wollten, rate ich, daß wir dies tun. (*Kohl: Ist notiert. Ich freue mich auf die Debatte.*)

Dann möchte ich nur nochmal sagen, die Formulierungen auf Seite 25 unten und 26 sind verbesserungsbedürftig. „Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist der CDU ein besonderes Anliegen.“ Das muß man verbessern oder streichen. Eins von beiden. Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen.

Kohl: So, jetzt gehen wir nach der Seite wieder vor.

Dregger: Der erste Satz, meine Freunde, gefällt mir nicht, wo behauptet wird, die Bundesrepublik sei ein reiches Land. Wir sind weder reich an Bodenschätzen noch reich an Eigenkapital in unseren Unternehmen. Deswegen habe ich mir eine andere Formulierung überlegt, die Sie lesen können in meinem Papier auf der ersten Seite unten. „Der Fleiß und die Tüchtigkeit unseres Volkes und das richtige politische und gesellschaftliche System haben der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg einen respektablen Wohlstand ermöglicht.“ Wenn wir es nämlich anders formulieren, dann erwecken wir Erwartungen in der anderen Welt, der Dritten Welt und wir bestätigen die Faulenzer bei uns, die nicht mehr arbeiten wollen. Unser Reichtum ist unser Fleiß und unsere Tüchtigkeit. Aber nicht das Land, in dem wir leben.

Späth: Ich muß jetzt bei meinem Beitrag ein paar Bemerkungen machen, weil das durch das ganze Kapitel geht. Meiner Meinung nach ist dieses Kapitel in seinen konkreten Forderungen ungeheuer widersprüchlich. Ich bin der Meinung, wenn wir zu dem Thema Soziale Marktwirtschaft eine Neuerung geben, dann müssen wir das aus dem fundamentalen Verständnis heraus formulieren. Im zweiten Absatz klagen wir fürchterlich an und begründen Wirtschaftswachstum und all die Dinge, ohne konkret zu sagen, wie wir das im ersten Teil gemacht haben. Wir müssen das Problem der Subsidiarität

erläutern. Darauf baut unser Wirtschafts- und Gesellschaftsverständnis auf. Das heißt aber natürlich, daß dann als Methode, die Staatsquote herunterzubringen, richtig ist. Auch bei dem Thema Solidarität müssen wir begründen, was in der Sozialen Marktwirtschaft Solidarität ist, nämlich nicht Solidarität der Gruppen, sondern Solidarität mit den Schwachen, weil das zusammen mit der Hilfe zur Selbsthilfe allein zur Absenkung der Staatsquote führt. Dann kommt aber die Logik. Der Staat kann nur denen helfen, die auf den Staat angewiesen sind und nicht allen, sonst haben wir eine Staatsquote, die zu einer Umverteilung der Struktur führt, die wir mit unserer Philosophie nicht vereinbaren können.

Dann kommt der entscheidende Satz, Zukunftssicherung. Da muß das Thema Vermögensbildung als die Kernalternative zu dieser jetzigen Struktur rein. Und wenn wir das tun, dann müssen wir gleichzeitig nochmal eine weitere ethische Frage aufwerfen, nämlich, daß keine Generation berechtigt ist, zugunsten ihres gegenwärtigen Lebensstandards und Konsums die Zukunft anzupumpen und ihre Kinder in Schulden zu stürzen. Wenn wir aber von diesen Überlegungen ausgehen, dann stimmt zwar der Einstieg, daß wir in den letzten Jahren das alles gefährdet haben, und dann stimmt zwar die Privatisierungsforderung, das ist alles Hamburger Parteitag im übrigen, und dann stimmt das Thema der Vermögensbildung, das aber nur am Rande abgehandelt ist. Und dann machen wir eine Riesengeschichte bis zu den Fragen, welche Kernkraftreaktoren? Das ist einfach keine Gewichtung. Wir lassen das Fundamentale schnell fallen und begeben uns dann in ein Querbeet. Das hilft uns nicht. Ich will bloß mal einen Zusammenhang darstellen, weil ich ewig versucht habe, mir eine Alternativformulierung zu überlegen.

Ich will mal zwei typische Dinge nennen. In dem Abschnitt eins auf Seite 14 reden wir noch von Grundsätzen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich muß einfach mal vom Gesamtzusammenhang her ein paar Bemerkungen machen, dann bin ich gerne dafür, daß wir der Reihe nach vorgehen. Also, erster Grundsatz zur Gesamtkritik dieses Abschnitts ist, daß wir den Einstieg ethisch suchen sollten und nicht praktisch. Ausgehend von der Frage, was ist Subsidiarität? Was ist Solidarität, was ist Freiheit und Selbstverantwortung? Wenn wir den Einstieg haben, dann kommt, an dem Beispiel will ich es zeigen, auf Seite 17, bitte ich mal aufzuschlagen, da heißt es in Ziffer 10: „Die sozialen Leistungen müssen auf diejenigen konzentriert werden, die sich selber nicht mehr helfen können.“ Dann heißt es, das Versicherungsprinzip dürfe nicht durch die Ausdehnung des Versorgungsstaats auf die Sozialversicherung beseitigt werden. Auf Seite 18 behaupten wir aber exakt das Gegenteil: „Deshalb muß neben der Beitragsleistung auch die Erziehungsleistung als ebenbürtige Leistung zur Sicherung des Generationenvertrags anerkannt werden.“ Die Erziehungsleistung ist keine Beitragsleistung. (*Unruhe. Diskussion.*) Entweder ist unser Rentensystem auf dem Drei-Generationen-Vertrag aufgebaut, dann kann es nicht allein auf dem Versicherungsprinzip aufgebaut sein, oder wir erklären, es ist einzig das Versicherungsprinzip, dann können wir die sozialen Gerechtigkeitsmomente, die unserer Vorstellung von Sicherung der Familie entsprechen, so nicht einfordern.

Wir können zum Beispiel bei der Ziffer 11 auf Seite 17 nicht sagen: „Wir wollen die soziale Wirksamkeit der sozialpolitischen Mittel erhöhen.“ Und dann bringen wir alles, was für die reichen Bürger nicht mehr notwendig ist. Ich weise nur darauf hin, daß wir im Augenblick in der praktischen Politik exakt all dem widersprechen. Das fängt an bei der Frage, die wir zum Steuerfreibetrag einnehmen, zur Transferleistung Kindergeld, wir

streichen mit der Koalition alle vermögenswirksamen Steuererleichterungen. Das heißt, alles was wir aufgebaut haben zu unserem Prinzip der Subsidiarität, lösen wir im Moment mit der Koalition auf. Ja, das ist nicht gut, aber das muß man wissen. Ich halte es auch für ganz schlimm, ich muß das mal sagen: In der aktuellen Diskussion habe ich ja alles verkauft, was ich damals an Grundsätzen einbringen wollte in die Diskussion. Aber in der langfristigen Grundsatzdiskussion warne ich vor diesem totalen Bruch, nämlich mit Flickarbeit der Koalition einen Weg zu bereiten, der alles verkauft, was früher mal geheiligte Prinzipien der Union waren. Die Subsidiarität, die Hilfe gilt für die Schwachen, die Freiheit des einzelnen, das wird alles aufgegeben zugunsten dieses staatlichen Sozialmischmasches. Da stimmt nichts mehr.

Wenn wir in Hamburg ehrlich diskutieren wollen, dann können wir eines nicht mehr zudecken, nämlich die Tatsache, daß es eine prinzipiell unterschiedliche Auffassungsposition gibt von der Rolle des Staates in der Gesellschaft und seiner sozialen Funktion, von der Solidarität einer menschlichen Bereitschaft auch außerhalb des Staates, von der Frage der Nächstenliebe und des Dienstes am Nächsten außerhalb des Staates, nämlich der offenen Sozialhilfe, oder das Prinzip der Staat als Allheil- und Verteilungsmittel. Im Augenblick haben wir diese fundamentale Position gegenüber der Koalition überhaupt nicht herausgearbeitet. Wenn wir das in Hamburg auch nicht tun, haben wir uns innenpolitisch einen ganz wichtigen langfristigen Weg verbaut. Wir können entschuldigen, wenn wir in der Praxis nochmal feinarbeiten, das können wir notfalls mit der Begründung, was interessiert uns das, was wir damals gemacht haben. Die langfristige politische Diskussion um die geistige Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft kann nicht in Einklang gebracht werden mit dem, wenn wir alles, was Selbsthilfe, Karenztage, Selbstisiko, Eigenverantwortung ist, wegwischen und im Grunde das große Wort reden der staatlichen Generalversicherung. Das geht nicht auf, weder in der Familienpolitik noch in der Frage des Schutzes der Schwachen. Und da kann ich nur sagen, wer die Vermögensbildung der Arbeitnehmer angeht, der bringt das zusammen mit der Forderung nach Investitionskapital. Mehr Investition, das fordern wir hier. Das gibt doch aber die Ungerechtigkeit durch Unternehmereinkommen. Wenn wir mehr Investitionskapital ohne Vermögensbildung machen, gibt es eine Vermögenskonzentration. Ja, und was machen wir jetzt? Wenn wir den Konsum fördern und alles, was investiv im Steuerrecht wirkt, streichen an Steuererleichterungen, dann besorgen wir noch das Geschäft der Sozialisten. Ich möchte nur, daß wir uns darüber mal klar sind, bevor wir solchen Dingen zustimmen, daß wir in Ziffer 10 sagen links, in Ziffer 11 rechts, in Ziffer 12 so rum, und das Ganze nennen wir dann ausgewogene Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Das mußte ich einfach mal loswerden. Und jetzt bin ich wieder ruhig.

Geißler: Also, ein erheblicher Teil der Kritik bezieht sich ja gar nicht auf das Papier, das ist in sich ja durchaus schlüssig, da kann man an dem einen oder anderen Punkt mit den Erziehungsjahren und dem Versicherungsprinzip durchaus in eine grundsätzliche Diskussion eintreten. Aber ich stimme Ihnen völlig zu, daß eine ganze Reihe von Beschlüssen, die wir zur Zeit konkret im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt gefaßt haben, zumindest den Eindruck erwecken, als ob sie mit dem einen oder anderen Prinzip nicht zu vereinbaren sein. Das ist richtig. Ich wollte nur diese Differenzierung anbringen.

Dieses Papier muß man unter folgender Überschrift sehen: All das, was gesagt worden ist hinsichtlich der geistigen Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft, ist sozusagen nur

noch nachrichtlich wiederholt worden, weil die CDU über die Soziale Marktwirtschaft, ihre Elemente, ihre geistigen Grundlagen, ja wirklich Gültiges auch in einer guten Formulierung niedergeschrieben und ausgesagt hat im Grundsatzprogramm. Das ist bei der Debatte um die Formulierung dieses Papiers auch alles hochgekommen, was Sie gesagt haben. Nur, wir waren wirklich der Auffassung, jetzt in dem Papier nicht mehr alles wiederholen zu müssen, was die CDU schon dreimal beschlossen hat und was im Grundsatzprogramm steht und was viel besser als im Grundsatzprogramm auch drei Jahre später, zwei Jahre später gar nicht formuliert werden kann.

Deswegen hat man sich darauf konzentriert, die geistigen Elemente noch einmal zu nennen. Die stehen ja auf der Seite 12, oben im ersten Absatz, also: „Leistung und Wettbewerb, Partnerschaft“ usw. usf. So, und jetzt muß sich der Vorstand klar werden, was mit dem Kapitel, vor allem auch in Hinblick auf ganz konkrete Fragen, die junge Leute an uns stellen, gemacht werden soll. Die Überlegung bestand darin, soweit wie möglich konkret zu werden in der Konkretisierung dessen, was wir grundlegend zur Sozialen Marktwirtschaft ja anderswo schon gesagt haben, und auch den Versuch zu unternehmen, etwas konkreter schon das zu sagen, was wir uns auf dem Mannheimer Parteitag sozusagen als Arbeitsprogramm mit auf den Weg gegeben haben. Aus dem Grund sind relativ unverschnörkelt in den Ziffern 1ff. einige ganz konkrete Dinge angesprochen, die die CDU in Gang bringen wird, wenn sie die Regierungsverantwortung hat. Denn die Leute wollen von uns nicht nochmal die Beschreibung der Grundelemente der Sozialen Marktwirtschaft haben – das haben wir alles schon sauber formuliert –, sondern die wollen doch jetzt konkret im Herbst dieses Jahres angesichts der Jugendarbeitslosigkeit von uns etwas hören, was tun wir, um für sie in der Zukunft Studienplätze und Arbeitsplätze zu sichern.

Und deswegen hat das, was nun wirklich Aussage aller Wirtschaftsfachleute der wirtschaftswissenschaftlichen Institute usw. gewesen ist, Vorrang. (*Unruhe. Diskussion.*) Da sind wir uns doch einig. Das heißt, wir sagen zunächst einmal ganz konkret im Herbst 1981, junge Leute, wenn wir dran sind, das ist eine schwierige Sache, aber wir machen Vorrang Investitionsbereitschaft, Investitionsfähigkeit. So. Wir wollen den Wettbewerb sichern, darüber kann man jetzt debattieren, ob das richtig ist. Dann habe ich aus allen Diskussionen gehört, daß es heute vorrangig darauf ankommt, Eigenkapitalbildung zu fördern und die Priorisierung des Fremdkapitals zu beseitigen. Dazu sagen wir etwas. Jetzt, das wäre zu weit mit dem Kapitel, wo ich sagen würde, der Bundesparteitag gibt da mal einen Auftrag, wie das ganz konkret aussehen soll. Ich kann ja nicht alles jetzt in einen solchen Leitantrag reinschreiben.

Dann haben wir im Präsidium gesagt, Vermögensbildung, Privatisierung muß als wichtiges Element drinstehen. Ist in der Ziffer 3 ebenfalls reingebracht worden. Dann haben wir konkrete Aussagen gemacht zu den modernen Technologien, weil das etwas mit der Zukunft und der Hoffnung auf die Zukunft zu tun hat. Eine abgewogene Aussage, der Mensch muß Herr der Technik bleiben, aber trotzdem offensive Informationen über die Vorteile, die die Technik für junge Leute hat.

Ich wollte nur etwas zum Aufbau des Papiers sagen. Wenn wir natürlich jetzt nochmal grundlegende Aussagen machen über die Soziale Marktwirtschaft, dann wird das Papier erstens drei Seiten länger, zweitens wiederholen wir uns. Nach meiner Auffassung ist es

jetzt wichtig, daß wir anhand ganz konkreter Punkte sagen, was für uns im Vordergrund steht im Herbst 1981.

Kohl: Also, Heiner, das, was Lothar Späth hier deutlich gemacht hat, kennst Du ja aus teilweise ähnlichen Einlassungen aus unseren Vorgesprächen. Ich halte den Anfang der Seite 11 für mit das Schwächste des ganzen Papiers. Und ich sehe keinen Grund, warum wir nicht wiederholen. Wir haben ja anderes auch wiederholt, wir haben eben im Feld der Außenpolitik eine ganze Reihe von Positionen wiederholt. Es gehört halt zur Politik, daß man bestimmte Sachen wiederholen muß. Ich finde, und da kannst doch Du Dich auch mal jetzt dransetzen, Lothar, daß man die Seiten 11, 12, ich komme da noch zu den Einzelforderungen, strafft und ganz anders anfängt. Also mit dem reichen Land und Wohlstand für alle, das finde ich Schnee von gestern, das würde ich heute nicht wiederholen, wir haben doch gute Formulierungen im Grundsatzprogramm. Ich verstehe eine in der Partei umgehende Tendenz nicht, daß wir uns selber nicht wiederholen dürfen, wenn das richtig war. Im Gegenteil, die Propaganda sagt penetrieren, penetrieren und nochmal penetrieren. Und was macht denn der Lambsdorff im Augenblick? Der wiederholt von morgens bis abends rein verbal.

Laßt uns doch mal 11 und 12, also die Einführung, 12 oben finde ich ja gut, angehen. Also sozusagen die Begriffe nochmal darstellen, ja? Das kann man jetzt aber nicht hier machen, da können ja bis morgen mittag mal ein paar sich dransetzen und an dem Punkt was machen. Anders geht es ja nicht.

Und jetzt die Einzelsachen. Punkt 1 ist völlig in Ordnung. Jetzt gehen wir mal Punkt um Punkt durch. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich muß einen kleinen Einwand machen. Also darüber kann man immer debattieren, und vor allem kann man das Grundsatzprogramm reinbringen. Wenn man den zweiten Absatz auf der Seite 11 nimmt: Hier ist ja ausgesagt, und ich glaube, das muß drinbleiben – über die Formulierung kann man reden –, daß wir etwas zum Thema sagen wirtschaftliches Wachstum, ob das wirtschaftliche Wachstum Selbstzweck ist oder eine dienende Funktion hat. Ich muß jetzt immer wieder auf die Eingangsbemerkung kommen, daß wir am Anfang einige Aussagen machen, die das artikulieren, was bei jungen Leuten, aber weit darüber hinaus auch bei anderen diskutiert wird. (*Kohl:* Das kann man doch einarbeiten.) Das steht hier ja, der Ausgangspunkt ist bloß schwach. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich will da gar keinen Widerspruch erzeugen. Nur, wenn wir diese Einlassung Wirtschaftswachstum haben, machen wir den Fehler, daß unsere Sozialleute die soziale Komponente betonen und die Wirtschaftsleute von der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und vom Investitions- und Wachstumsgedanken reden. In der Ziffer 1 wiederholen wir eine ganze Menge Altbekanntes mit der internationalen Situation für Frieden und Freiheit. Und jetzt müssen wir zum Beispiel sagen, die junge Generation erwartet, daß die, die heute gut dran sind in der Wirtschaft, nicht ihre Besitzstände verteidigen und die Jungen vor der Tür lassen zum Beispiel. Und es geht nicht, daß die einen auf ihren Besitzständen rumhacken und unter sozialer Gerechtigkeit die Verteilung unter sich verstecken, während die anderen gar nicht drankommen. Das ist zum Beispiel etwas zum Thema Existenznot, was die jungen Leute beschäftigt.

Zweitens, wir müssen sagen, wer der Dritten Welt helfen will, wird Arbeitsplätze abgeben an die Dritte Welt und wird neue schaffen müssen. Wer aber neue mit neuen Technologien schaffen will, der muß ein hohes Investitionskapital haben. Und das bedeu-

tet, daß Wirtschaftswachstum und Konzentration auf die Investitionen Zukunftssicherung bedeutet, gerade für die junge Generation. Und wer dieses wiederum will, der muß mit dem Prinzip der Vermögensbildung die Voraussetzungen schaffen, daß ein abnehmender Konsum mit einem starken Wachstum und einer hohen Sicherheit der Arbeitnehmer durch Vermögensbeteiligung erreicht wird. Das ist doch im Grunde die Konzeption. Die Logik fehlt mir im Eingang, und daraus müssen dann die konkreten Vorschläge kommen.

Blüm: Also, ich bin mit Heiner Geißler der Meinung, daß wir nicht drei Seiten Soziale-Marktwirtschaft-Philosophie schreiben, sondern konkret das, was den jungen Leuten auf den Nägeln brennt. Wie ist es mit Arbeitsplätzen, wie ist es mit dem Wachstum, daß das aufgenommen wird. Zweitens bin ich auch dafür, daß wir sozusagen die Grundlagen benennen, (*Kohl:* Das ist doch genau mein Punkt!) ohne das Gesamtgebäude zu zerstören. Ich stimme mit Lothar Späth in sehr vielen Grundsätzen in allen Richtungen überein. Der schlachtentscheidende Grundsatz für die Zukunft ist Subsidiarität. Da glaube ich, daß das die Weichenstellung ist. Das heißt nicht, daß die anderen Grundsätze passé sind, aber die bestrittenen, die müssen möglicherweise noch etwas werden. Aber ich sehe das Papier in dem Aufbau durch einen solchen Beitrag nicht gefährdet. (*Kohl:* Ja, das war doch genau eben mein Vorschlag.) Dann kann das so konkret laufen, wie Heiner Geißler das gemacht hat, denn ich fürchte auch, eine allgemeine Philosophie der Sozialen Marktwirtschaft geht über die Köpfe der jungen Leute hinweg.

Von Bismarck: Darf ich nur mal dazu einen konkreten Vorschlag machen? Erstens einmal hat Heiner Geißler natürlich recht, wenn er darauf hinweist, daß wir in unserem Grundsatzprogramm eine Menge Formulierungen drin haben, die aus dem alten Parteiprogramm zum Teil übernommen sind, wir aber einen sehr wesentlichen, Ziffer 65, neuen Fundamentalsatz dazu geschrieben haben. Und ich meine, dieser Fundamentalsatz ist keineswegs bekannt bei der Jugend, den wir beide damals eingebracht haben, daß als geistiges Fundament eben zum Christen gehört die Menschenbildung. Ich finde, das sollten wir wiederholen, das ist ein so fundamentaler Satz, der darf nicht fehlen. Ich habe in meinem Vorschlag, den Sie vorliegen haben, das versucht. Wenn man die ersten beiden Sätze läßt und bei „sichern wollen“ endet, würde genau das geschehen, was Norbert Blüm vorschlägt. Vor den Absatz auf Seite 12 gesetzt, ist der dann auch genau in sich schlüssig, dann heißt es nämlich: „Die geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft sind ...“. Mir fehlt nur noch die soziale Solidarität, die ist hier rausgelassen, die gehört aber hier rein, wenn das vollständig sein soll. Was hier steht, ist fast nur ökonomisch; die Frage der sozialen Solidarität ist da nicht wirklich aufgeführt. Dann kann man alles andere hinterher bringen. Aber ich warne davor zu meinen, daß die jungen Leute nicht auch nach der moralischen Begründung suchen. Deswegen sollten wir das, was wir hier im Grundsatzprogramm geschrieben haben, vielleicht in der Form, die ich vorschlage, oder einer anderen, in diesem Fundamentalsatz erhalten.

Wissmann: Ein Argument noch, ich würde darum bitten, daß wir im Anschluß an den letzten Satz auf Seite 11 noch ein bißchen mehr sagen zu dem Thema, das ja unter Jugendlichen nicht zuletzt diskutiert wird, nämlich zu dem Thema Ökologie. Ich glaube beispielsweise, daß wir eben auch unsere Sensibilität, wie wir sie im Umweltprogramm³² unter Beweis gestellt haben, zeigen müssen gegenüber dem ja nach wie vor vorhandenen

32 „Das Umweltpolitische Programm der Union“ in UiD vom 20. Dezember 1979 – CDU-Dokumentation 44/45.

Raubbau an der Natur. Deutlich machen müssen wir, daß die Soziale Marktwirtschaft nach unserer Vorstellung die Ordnung ist, die am ehesten auch solche Probleme lösen kann. Denn sonst wird die Behauptung immer mehr ins Bewußtsein eindringen, mit dieser Wirtschaftsordnung nicht. Ich wäre gerne bereit, ich habe sie hier vorliegen, leider haben wir das erst gestern erarbeitet, eine Reihe von Vorschlägen zur Ergänzung dieses Teils zu machen, denn da sollten wir es nicht bei einem noch so guten Satz belassen.

Späth: Ich will es gerade an dem Beispiel nochmal sagen, daß wir nicht eine große Philosophie der Sozialen Marktwirtschaft erarbeiten, sondern ein paar logische Positionen schlüssig formulieren. Die erste heißt Subsidiarität. Das ist unser Staatsverständnis. Dann unser Solidaritätsverständnis mit wenigen Sätzen gerade im Blick auf die junge Generation erläutern. Zur Solidarität gehört zum Beispiel die Opferbereitschaft für die Dritte Welt. Das wirkt auf die Arbeitsplatzfrage. Dann die Leistungsfähigkeit. Nur eine leistungsfähige Wirtschaft kann solidarisch die Probleme der Schwachen lösen. Und dann kann man die Ökologiefragen ansprechen. Mit was wird denn die Umwelt gerettet? Mit Investitionen.

Kohl: Also, Lothar, ich bleibe bei meinem Vorschlag, Ihr könnt das so zu zweit, zu dritt tun, daß Ihr Euch – da kann Wissmann ja mitmachen und Blüm – nachher hinsetzt und diese Seite 11 in diesem Sinne formuliert, der Gedanke ist ja ganz unstrittig. Aber das kann man nicht hier am Tisch machen. Jetzt gehe ich aber trotzdem weiter. Ja?

Neumann: Ich will das nicht aufhalten. Ich weiß jetzt nicht bei den vielen Beiträgen, was in dem Sinne ist, aber ich gehe davon aus, daß es der richtige Sinn ist. Wobei ich sagen muß, daß ich das Papier immer so verstanden habe, daß nun nicht alles, was wir überall schon mal gesagt haben, abgehandelt werden soll. Wenn dies die These wäre, hättest Du, Lothar, und alle anderen recht. Natürlich könnte vieles noch rein, das aber immer unter dem Gesichtspunkt, was diskutieren zu diesem Thema junge Leute im Herbst 1981. Und dieser Punkt ist als Einstieg richtig angesprochen, indem die sich fragen, wie ist das mit dem Wachstum. Ich möchte bitten, wenn Sie schon formulieren, daß Sie einen Gesichtspunkt nicht vergessen. Der steht hier nämlich gar nicht drin. Wenn Sie schon mit den jungen Leuten über Soziale Marktwirtschaft diskutieren wollen, muß wenigstens einmal das Wort Jugendarbeitslosigkeit rein. Dann muß einmal das Wort Berufschancen fallen. (*Unruhe. Diskussion.*) Allein der Begriff Jugendarbeitslosigkeit fehlt, weil das eben die Abhängigkeit von allgemeiner Arbeitslosigkeit zur Jugendarbeitslosigkeit darstellt. Der Begriff muß drin sein. Das interessiert die Leute wirklich am meisten.

Geißler: Wir müssen ja wissen, wie wir weiter vorgehen. So viel Zeit haben wir auch nicht. Ich würde vorschlagen, daß wir am Anfang auch bei diesem Kapitel, das kann man noch redaktionell verändern, ein paar Fragen stellen, so wie wir das beim Friedenskapitel gemacht haben. Also, was die jungen Leute fragen, nach dem Wachstum usw. usf. Die Fragen müssen aufgeworfen werden, damit die das Paper auch lesen. Das soll ja in das Forum reingebracht werden. Und daß wir dann ausgehend von dem obersten Absatz, wo die geistigen Grundlagen auf der Seite 12 angesprochen werden, das dann, das halte ich für sehr gut, konkretisieren durch einige konkretere Sätze, was dies nun bedeutet. Mit Leistung honorieren und mit der Dritten Welt, Voraussetzungen. Aber wir müssen am Anfang, wenn wir im Duktus bleiben wollen, die Fragen, die junge Leute an die Wirtschaftsordnung haben, hinschreiben und sagen, das sind die Probleme, über die die Leute

heute diskutieren. Können wir so verfahren? Dann würde ich vorschlagen, daß wir uns nachher, wenn die Sitzung zu Ende ist, nochmal daransetzen.

Kohl: Also, ich will noch einmal sagen, ich finde, daß das, was eben in der Diskussion Späth und Blüm als Eingangsthese gebracht haben, an den Anfang kommen soll. Ich halte das für schwach, „in einem der reichsten Länder der Welt“, „Wohlstand für alle“ usw., das würde ich streichen und anders anfangen. Ich würde so anfangen, wie Ihr es gesagt habt. Dann kann man das ja alles mit einhandeln und dann kann auch der oberste Absatz in Seite 12 mit eingebaut werden. Der ist doch gar nicht schwach, der ist doch durchaus in Ordnung. Den können wir doch so mit reinnehmen. (*Unruhe. Diskussion.*) Aber 11 muß neu formuliert werden, wobei die letzte Hälfte sich wiederfinden muß mit den Gedanken, die Späth und Blüm vorgetragen haben, sozusagen voran. Und dann könnte ich weiterfahren mit den einzelnen Punkten. Die gehen wir jetzt durch.

Da ist also Ziffer 1 unstrittig, aber halt nichts Neues. Aber es muß rein. Ziffer 2 würde ich rauswerfen. (*Zustimmung. Diskussion.*)

Geißler: Also, nochmal, wie soll es heißen?

Späth: „In der Wirtschaftspolitik muß die Förderung der Leistungsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der Unternehmen und breiter Schichten der Bevölkerung sein.“ Oder „der Unternehmen und Arbeitnehmer“. (*Diskussion.*) „Leistungsbereitschaft und Investitionsfähigkeit breiter Schichten der Bevölkerung“. Ich weiß im Moment nichts Besseres, aber wir meinen dasselbe.

Kohl: Gut. Ziffer 2 raus. Der Punkt 1 ist von elementarer Bedeutung. Dann kommen wir in Ziffer 3 mit der Vermögensbildung. (*Wissmann:* Was ist nun mit der Fusionskontrolle?) Steht hier auf Platz 2, als sei das eine elementare Entwicklung der deutschen Gesellschaft. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, aber glauben Sie denn, daß die Konzentrationsentwicklung sich arg ändert, wenn wir das dahin schreiben? Das ist doch ein Phantom.

Späth: Das ist sicher ein Anliegen, aber wir dürfen uns nicht selber belügen. (*Kohl:* Ja sicher, wir belügen uns doch.) Das große Problem der europäischen Entwicklung ist, daß die Fusionsgrößenordnungen nicht mehr stimmen. Wir werden bei AEG die Arbeitsplätze nicht retten können ohne Fusionen, die dem Kartellamt mit Sicherheit nicht passen. Aber die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze in der europäischen Industrie und der daraus resultierenden Größenordnungen kann nicht durch die dauernden Fusionskontrolldiskussionen erbracht werden. Wir kriegen in nächster Zeit nur noch Entscheidungen des Wirtschaftsministeriums über die Kartellbehörde hinweg, weil wir nicht tausende von Arbeitsplätzen gefährden können mit dem Thema, Hauptsache es gibt keine Marktherrschaft. Die Marktherrschaft in der Bundesrepublik widerspricht der weltweiten Umsatzfähigkeit. Das ist das Problem.

Kohl: Wir machen doch gerade bei der Stahlindustrie Konzepte, die im himmelschreienden Gegensatz zu dem Satz stehen. Jetzt werde ich mal sehen, wer also dann gegen die Konzepte auftritt.

Von Bismarck: Ich würde in der Tat raten, dies hier nicht anzusprechen auf dem Parteitag. Das ist ein so kompliziertes Thema, und wir haben im Augenblick noch keine Konzepte, von denen wir wirklich sagen können, sie werden ziehen. Und jeder, der daran teilgenommen hat, weiß das. Ich glaube nicht, daß es klug ist. Wir hatten so viele Detailprobleme.

Weberling: Mir fehlen sicherlich die Argumente, aber das ist zum Beispiel ein Thema, was die Jugend wahrscheinlich interessiert. Und deswegen muß man irgendwie das reinbringen und diskutieren. Ich sehe ein, daß das kompliziert ist und daß das eine schwierige Frage ist, aber man soll den Mut auch haben, es rein zu tun.

Kohl: Ja gut, aber ich kann nur sagen, was machen jetzt die Jugendlichen an der Universität Bochum im Zusammenhang mit der Stahlsache? Da sind ja natürlich alle, die aus Dortmund sind, gegen eine weitere Fusion. Aber wenn die Sache dort nun beschlossen wird, sagen sie alle, was machen wir mit den Arbeitsplätzen? Ich halte das für eine Lebenslüge, die da gegenwärtig aufgetischt wird. Das sage ich ganz offen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, ich will jetzt nur parteigeschichtlich noch einen Hinweis geben. Die Kartellgesetzgebung, Bundeskartellamt, ist keine Erfindung der Sozialisten, sondern das ist eine Erfindung von Ludwig Erhard, der Zeit seines Lebens seinen Hauptkampf nicht hat führen müssen gegen die Gewerkschaften, sondern fechten müssen gegen übermäßige Konzentrationstendenzen in der deutschen Wirtschaft. Die Parteigeschichte ist uns ja wohl bekannt. (*Unruhe. Diskussion.*) Warum die Soziale Marktwirtschaft nicht mehr funktioniert, hängt zu einem großen Teil auch damit zusammen, daß der Wettbewerb nicht mehr funktioniert. Wir haben jetzt im August die Zahl, daß 6.000 Betriebe in Konkurs gegangen sind. Da ist aber kein Großunternehmen dabei. Das sind lauter kleine, mittlere Unternehmen. Ich meine, wir können das alles streichen, was kritisch ist. Ich denke nur, wir wollen ja in dem Papier ein paar Dinge ansprechen, die natürlich zu Diskussionen Anlaß geben, die auch in der Fraktion zu Diskussionen Anlaß geben, aber über die wir doch nicht einfach weggehen dürfen.

Kohl: Also, das ist kein Problem der Fraktion, das wollen wir mal feststellen, das ist ein Problem der Ehrlichkeit. Wenn wir hier in Ziffer 2 haben, daß wir auch das Kartellamt verstärken, das glaubt doch kein Hund. Machen wir uns doch nichts vor! Man muß doch wenigstens noch in der Nähe der Realität bleiben. Ich habe doch überhaupt nichts dagegen, wenn wir im weiteren Text das Thema Wettbewerbsfähigkeit einbauen, ich bin da gar nicht dagegen, es muß bloß in einer glaubwürdigen Dimension sein und nicht so ex cathedra. Kein Hund schert sich danach. Ich bin doch mal sehr gespannt, wie all die Leute reagieren, die für mehr Wettbewerb sind im konkreten Einzelfall. Die Stahlgeschichte steht doch vor der Haustür! Da wollen wir dann mal sehen, wie die ganzen Kämpfer dafür eintreten. Von der Maxhütte in Bayern angefangen über das Saarland bis nach Dortmund. Das muß man doch mal klar aussprechen. Laßt uns darauf nochmal zurückkommen, aber nicht in der apodiktischen Weise. Gut, bei 3 waren wir uns klar, das brauchen wir nicht zu erörtern, hier muß wesentlich verstärkt werden die Vermögensbildung.

Späth: Ich würde an dem Punkt gerade wegen der ethischen Begründung verstärkt sagen, wenn wir mehr Investitionskapital brauchen, darf dies nicht zu einer Vermögenskonzentration führen – dort ist nämlich der moralische Ansatz –, sondern die breite Streuung von Eigentum und Produktivvermögen muß die Unabhängigkeit und Freiheitsrechte der arbeitenden Bevölkerung stärken. Das ist etwas, was junge Leute beschäftigt und wo man auch wekommt von den Schlagworten. Das würde ich hier reinnehmen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Herr Späth, im letzten Satz ist das ja angesprochen.

Kohl: Ja, aber das kann man ja verstärken.

Schwarz-Schilling: Darf ich zu 3 noch etwas sagen? Das ist die wörtliche Übernahme aus dem Grundsatzprogramm, was hier steht, soziale Notwendigkeit. Aber das ist doch viel weitergehend als nur eine soziale Notwendigkeit. Wenn wir nämlich die Frage von der sozialen Seite her sehen, das muß man mal ganz deutlich sagen, dann werden die Arbeitnehmer, die sich stark am Investitionskapital beteiligen, sehr viel schlechter fahren als in der Zeit, wo sie sich beim Sparguthaben hohe Zinsen sichern konnten. Deswegen würde ich wirklich sagen, beides hat eine zwingende Notwendigkeit.

Von Bismarck: Ich habe noch die Bitte, daß in der letzten Zeile das Wort „erneuert“ gestrichen wird. Das ist eine wichtige Forderung der Sozialen Marktwirtschaft. Haben wir immer gefordert. Keineswegs etwas Neues.

Kohl: Bei Ziffer 5 war der Einwand von Gerhard Stoltenberg das Thema Rechtssicherheit. Das muß noch rein.

Neumann: In 5 heißt der letzte Satz: „Das jetzige Entsorgungskonzept der Bundesrepublik Deutschland trägt dem Schutz künftiger Generationen in besonders hohem Maße Rechnung, bedarf jedoch politischer Entscheidungen.“ Ich habe da große Bedenken. Ich glaube, daß sich nicht nur junge Leute, sondern auch andere mit Recht über die Entsorgung, sprich Müll, Atommüll, Gedanken machen. Da ist doch noch nichts gelöst. (*Kohl:* Das Gescheiteste ist, wir streichen es.) Ich würde sagen, wenn überhaupt, streichen wir es, oder wir geben unserer Sorge Ausdruck, aber nicht umgekehrt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, aber da hat der Heiner Geißler schon recht, daß wir auch etwas Konkretes sagen. Das ist ja ein konkretes Thema, und das ist auch ein bißchen ein eckiges Thema. Aber das sollten wir schon machen, das trifft es schon. Gehen Sie mal ins Rheinland und hören Sie mal die Diskussionen in Kalkar usw. Dagegen habe ich eigentlich nichts. Können wir uns einigen, daß wir den letzten Satz mit dem Entsorgungskonzept streichen?

Wissmann: Ich bestehe nicht auf dem letzten Satz, Herr Dr. Kohl, aber ich meine, das darf auch keine zu naßforsche Antwort auf die Frage nach der Kernkraft werden. Daß wir hier alle am Tisch für die friedliche Nutzung der Kernkraft sind, darüber besteht kein Zweifel. Aber wir haben alle anderen Themen mit einem gewissen Maß an Sensibilität angegangen, und wenn wir da nur zwei Sätze in die Gegend knallen nach dem Motto, wir sind für die friedliche Nutzung der Kernkraft, ist das im Umgang gerade mit Jugendlichen ein bißchen wenig. Im Ergebnis sind wir uns sicher einig, aber ich würde den Weg zum Ergebnis ein bißchen differenzierter und sensibler formulieren, als es hier der Fall ist.

Späth: Also, das konzentriert sich zunehmend auf die Entsorgungsfrage. Ich würde, ich kann es nur ins Unreine sagen, da einfügen, „selbstverständlich muß die große politische Verantwortung aller im Hinblick auf die Entsorgungsprobleme gesehen werden“, und schließlich, „das Entsorgungskonzept muß von den Verantwortlichen vorgelegt und gemeinsam getragen werden“. Denn es gibt sowieso in den nächsten Monaten entscheidende Diskussionen über die Entsorgungsfrage. (*Unruhe. Diskussion.*)

Schwarz-Schilling: Darf ich dazu noch einen redaktionellen Hinweis geben. Ich finde es schlecht, wenn wir immer von Technologie sprechen. Wir sollten möglichst viel von „moderner Technik“, „Einführung neuer Techniken“ sprechen. Das ist für junge Leute viel faßbarer.

Kohl: Ziffer 6!

Geißler: Darf ich hier noch eine Bemerkung machen? Dieses Entbürokratisierungsprogramm³³, das wir beschlossen haben, sollten wir eigentlich in Hamburg auf die Ebene des Bundesparteitages erheben. Das ist ein gutes Programm, das ist nur etwas in der Versenkung verschwunden. (*Zustimmung.*)

Kohl: Ziffer 7.

Dregger: Da habe ich Zweifel, ob wir realistisch fordern können, die Steuern- und Abgabenbelastung abzubauen und die Staatsverschuldung zu vermindern. Ich habe mir eine Formulierung erlaubt auf der Seite 1 meines Vorschlags: „Wir fordern eine Begrenzung der Steuern- und Abgabenbelastung, ein Abwenden des Schuldenzuwachses und eine Rückführung der Staatsquote.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Zeitel: Der Absatz 2 ist meines Erachtens nicht zu halten. Also, wer in der gegenwärtigen Situation ein Prozent unter dem Wachstum bleiben will, das muß ein Künstler sein. Das Bruttosozialprodukt sinkt zur Zeit. (*Unruhe. Diskussion.*) Genauso wie die fünf Prozent, die haben wir jetzt schon dreimal gefordert, und bei der ersten Rückfrage, ob wir die kürzen wollen, kommen wir immer ins Schwimmen.

Kohl: Also, Herr Zeitel, den ersten Einwand akzeptiere ich für meine Person, den zweiten Einwand nicht. Denn darüber kann es doch gar keinen Zweifel geben, daß die Linie läuft. Es heißt ja „mindestens“, das ist ja keineswegs eine spezialisierte Forderung. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich kann nur sagen, konkretisiert das nicht! Bei allem, was wir konkretisieren, werden wir geprüft auf unsere Ehrlichkeit. Ich kann nur sagen, was wir da anstellen mit dem Konzept, steht alles diametral zu dem, was in Punkt 7 steht. Wir kriegen doch die Staatsquote nicht runter, wir haben doch alle dynamischen Dinge im Haushalt weiterlaufen. (*Dregger:* Wir hoffen auf die Kabinettsitzung morgen, Herr Späth.) Ich kann doch nichts mehr machen, ich habe mich doch brav Eurer Solidarität verpflichtet und sage jetzt in Baden-Württemberg, es sei alles falsch gewesen, was ich gesagt hätte und hole mir brav die Schlagzeilen. Aber Tatsache ist, daß Ihr das Kindergeld für die Reichen verteilt, hingegen das Taschengeld der Armen kürzt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Entschuldigung, wir haben das nicht beschlossen. Den Schuh ziehe ich mir nicht an. (*Geißler:* Ja, das muß ich also auch sagen.) Das Gegenteil haben wir gesagt zu dem Punkt. (*Unruhe. Diskussion.*) Verehrter Lothar Späth, die Rede hältst Du hier im falschen Saal. Das ist ja das Problem der Ministerpräsidenten, die seit dem Frieden von Münster in Westfalen 1648 achtpännig fahren, aber zu wenig miteinander reden. Wir haben ausgerechnet dieses Beispiel in der Fraktion in einer intensiven Diskussion abgelehnt. Das muß ich also doch mal sagen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dregger: Wir hatten ja die Ministerpräsidenten konsultiert und sind nachher von ihnen kritisiert worden als Fraktion. Aber wir sind weder als Parteipräsidium konsultiert worden, noch ist die Fraktion konsultiert worden. Wenn da solche Beschlüsse gefaßt werden, dann sehe ich natürlich schwarz für unsere Wahlkämpfe, die wir führen und gewinnen wollen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich will das doch nochmal sagen, bevor das Ding abgedruckt ist. Wir kommen im Bundesrat in eine ganz gefährliche Lage aus ganz verschiedenen Gründen. Die nächste Runde, die jetzt kommt, ist, daß Nordrhein-Westfalen, wohl mit Baum, den

33 „Für eine menschliche Gesellschaft freier Bürger. Das Programm der CDU zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft“ in UiD vom 6. Dezember 1979 – CDU-Dokumentation 42.

Wegfall des Kinderbetreuungsbedarfs eingebracht hat. Ich kann nur sagen, damit nehmen wir uns den Fuß aus der Tür. Wir haben gesagt, Kindergeld ist unantastbar. Wir haben aber nicht gesagt, der Kinderbetreuungsbetrag ist unantastbar. Ich sage Euch, das Ergebnis im Bundesrat wird sein, daß wir in der dritten Nachtsitzung möglicherweise den Fuß bei dem Kinderbetreuungsbetrag raustun. Wenn uns das passiert, dann haben wir den Vermögensentwicklungsabbau akzeptiert, die Streichung der Entwicklungshilfeinvestition akzeptiert. Dann haben wir die gesamte sozialistische Politik mitgemacht nur um den Preis einer Formalentscheidung in der Kindergeldfrage, die undifferenziert zwischen Reichen und Armen läuft. Diese 19 Milliarden Kindergeld werden dynamisiert, mit denen könnt Ihr niemals die Staatslastquote senken, weil wir dann Gerechtigkeit machen wollen für die Armen, dann müßt Ihr für die Reichen die Steigerung mitmachen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Blüm: Daß wir dagegen sind bei der Einkommensquelle, das ist nun wirklich christlich demokratisches Gedankengut seit eh und je. Für uns war die Familienpolitik nie die Arme-Leute-Politik. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Entweder ist die Einkommensgrenze so hoch, daß sie nichts bringt außer viel Bürokratie. Über 200 Millionen kostet allein die neue Bürokratie. Oder sie ist so niedrig, was wir auch machen können, daß sie bereits in das Einkommensgefüge der Facharbeiter eingreift. Nur kann ich Euch dann sagen, Wohngeld, Sparförderung, BAföG, wenn einer immer unter den Begünstigungsgrenzen liegt, dann kann ihm nichts Schlimmeres passieren als eine Lohnerhöhung. Und wenn wir diese Politik fortsetzen wollen, dann brauchen wir noch ein paar Einkommen. Deswegen bin ich dagegen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Eines muß mal klar sein, wer das Prinzip Subsidiarität ernst nimmt, der muß zwei Gerechtigkeitsprinzipien miteinander in Einklang bringen. Das erste Gerechtigkeitsprinzip ist, diejenigen, die ihren Lebensunterhalt auch für mehrere Kinder nicht ordentlich finanzieren können, weil ihr Einkommen nicht reicht, kriegen Kindergeld vom Staat, und dafür müssen die Besserverdienenden Steuern bezahlen. Das ist das erste Gerechtigkeitsprinzip. Das zweite Gerechtigkeitsprinzip ist, daß die, die höhere Einkommen haben, im Grunde aus diesen höheren Einkommen die Pflicht haben, ihre Kinder zu unterhalten. Und zwar mit ihrem eigenen Einkommen. Und da kommt das zweite Prinzip. Der Unterschied der Gerechtigkeit besteht darin, daß der eine von denen keine Kinder hat und dann beide sich auf einem hohen Lebensstandard halten können. (*Unruhe. Diskussion.*) Deshalb ist die Kombination Steuerausgleich bei den oberen Einkommen, was gleichzeitig die Staatsquote mindert und Finanzausgleich bei den unteren, richtig.

Jetzt kommt das Dritte, und da geht es in die Renten rein. Wenn du das mit der Familie durchführen willst, mit den Erziehungsjahren, dann darfst du die Rentenversicherung nicht plündern lassen, sondern müßt sagen, der, der ohne Kinder mit zwei Einkommen am besten lebt, der hat dann auch noch die höchste Rente, weil er nämlich trotzdem noch die höchsten Beiträge ansammeln konnte. Und der kriegt eine steuerfreie Rente, während wir nachher 1984 nicht das Geld haben, um der Mutter die drei Kinder auf die Erziehungsjahre anzurechnen. Das ist doch alles so unlogisch, was wir da vertreten und hat mit dem geistigen Prinzip der Subsidiarität und des Abbaus der Staatsquote nicht zu tun.

Kohl: Also, ich muß nochmal zu dem Thema jetzt zurück, was wir hier zu behandeln haben. Da war bei Punkt 7 Absatz 1 unstreitig, daß wir Abbau sagen, „Stopp“, oder wie hatten Sie es formuliert, Herr Dregger?

Dregger: „Eine Begrenzung der Steuer- und Abgabenleistung, ein Abgrenzen des Schuldenzuwachses und eine Rückführung der Staatsquote.“

Kohl: Gut. Lassen wir das. Dann, meine ich, sollten wir in Absatz 2 den Satz streichen von „Sanierung des Haushalts, Zuwächse bis Bruttosozialprodukt“. Den nächsten würde ich lassen. „Wir werden dafür eintreten“, das gibt eine Richtung an. Frage ist, müssen wir den Absatz 3 da drin lassen, Steuern und Schulden erhöht die SPD, das bringt doch nichts.

Geißler: Also, das ist eine Umschreibung unserer Grundkonzeption, um nochmal deutlich zu machen, wofür wir eigentlich antreten. Das ist ja nun gerade das, was wir vorhin gesagt haben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, okay. Abschnitt II mit der „Technologie“. (*Unruhe. Diskussion.*) Weiter, Seite 15.

Wissmann: Ich bin dafür im Sinne dessen, was Dr. Stoltenberg vorhin angesprochen hat im Sinne kontrollierter und klarer Aussagen, beim Thema Lebensarbeitszeit zweierlei deutlich zu sagen: Erstens, daß wir den Gedanken der Herunterziehung der flexiblen Altersgrenze auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten für sinnvoll halten, zweitens aber nur finanzierbar, wenn er mit einem vollen, sozusagen die Rentenversicherung sichernden, versicherungsmathematischen Abschlag versehen ist. Damit also beides klar ist. Das wäre eine klare Aussage. (*Kohl:* Das muß rein.) Nur, hier ist es alles noch ein bißchen vage gehalten. Da bin ich für eine profilierte und klare Aussage.

Kohl: Es muß im Klartext rein, daß der, der früher geht, weniger Rente hat. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, wir sind doch einig.

Von Bismarck: Ich bitte nochmal um Vergebung. Der zweite Absatz beginnt mit dem Satz, auf Seite 15: „In der Vergangenheit haben sich die klassischen Methoden der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik bewährt.“ Das steht ganz undifferenziert da, bei wem? Was meinen wir damit? Haben sich die Methoden seit 1969 bewährt? Antwort: Nein. Was sind die klassischen Methoden? Den Satz würde ich gerne entweder erläutert sehen oder streichen. Das stimmt einfach nicht. Alle Methoden, die wir angewandt haben, haben sich nicht bewährt.

Geißler: Herr von Bismarck, wahrscheinlich kommt es darauf an, daß wir das Richtige darunter verstehen. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Es ist im Grunde genommen nur eine Erläuterung. Wir haben ja bisher Beschäftigungspolitik gemacht, indem wir auf Wachstum gesetzt haben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Streichen wir den ganzen Absatz, der ist doch entbehrlich. (*Unruhe. Diskussion.*)

Scherer: Ganz entscheidend ist der letzte Satz. Gemeint ist in der Sache, wir haben bisher Nachfrageprogramme gemacht, wenn die Konjunktur nachließ. Und dadurch haben wir die Konjunktur belebt. Das war so bis zum Ende der sechziger Jahre. Herr von Bismarck hat das natürlich richtig gesehen. (*Unruhe. Diskussion.*) „Die klassischen Beschäftigungsmethoden“, das ist ja wahrscheinlich schwer verständlich. Auch das Nächste, da muß nur im Grunde genommen der Grundgedanke rein, daß wir neue Instrumente brauchen, um mit den Problemen fertig zu werden.

Späth: Statt jetzt rumzudiskutieren würde ich etwa Folgendes formulieren: „Wir können uns aus Solidarität mit der jungen Generation mit Arbeitslosen, mit Dauerar-

beitslosigkeit nicht abfinden. Die Entwicklung der modernen Weltwirtschaft wird dazu führen, daß nur durch hohe Produktivität Arbeitsplätze gesichert werden können. Gleichzeitig werden damit neue Probleme im Hinblick auf die Arbeitszeit entstehen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie in einer Gesellschaft dieser Struktur die Arbeit gerecht verteilt und gleichzeitig die soziale Leistung verbunden auch mit Freizeit gestaltet werden kann.“ Und dann würde ich noch eine Verbindung setzen, das geht dann rein in die offene Sozialhilfe und in das Freizeitverhalten und all diese Dinge; das scheint mir ein Bereich zu sein, über den junge Menschen kräftig diskutieren. Und dann können wir die Arbeitsgesellschaft in Frage stellen, also nicht beim Staat die Leute einstellen, sondern Arbeit muß nicht mehr Lebensarbeit sein oder volle Wochenarbeitszeit sein, das würde ich nur nicht so konkret formulieren, sondern darüber diskutieren, daß diese Kombination von Arbeit, Freizeit und sozialer Gesellschaft ein Konzept sein kann, das unseren geistigen Grundlagen entspricht. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich finde, daß man diese Gedanken aufgreifen kann. Der zweite Absatz, der im Moment gerade zu Mißverständnissen geführt hat, sollte ja nichts anderes sein als sozusagen der historische Hinweis, wie sich die Beschäftigungspolitik bisher entwickelt hat, und sollte hinführen auf den Gedanken, daß wir neue Instrumente brauchen. Falsch ist es auf gar keinen Fall. Das kann man aber auch streichen. Man kann Folgendes tun, wenn wir jetzt den Gedanken aufgreifen, wir müssen ja irgendwie weiterkommen – Solidarität mit der jungen Generation ist im obersten Absatz auf der Seite 15 da –, auf die ersten beiden Sätze im nächsten Absatz verzichten, oder auf den ersten Satz: „Auch in Zukunft wird das wirtschaftliche Wachstum seine Bedeutung behalten, aber in Zeiten rückläufiger Wachstumsraten“ usw., dann weitermachen und dann kommen wir auf die Strukturen im Arbeitsmarkt. Also das Arbeitsleben flexibler, differenzierter und weniger zentralistisch gestalten. Dann sagen wir etwas gegen die 35-Stunden-Woche, und dann kommt das doch voll: „Größerer Entscheidungsspielraum, auch für die Freizeit, kommt dem Trend vieler Menschen entgegen, auf Einkommen zu verzichten.“ Das ist der Grundgedanke bei der ganzen Sache, bis einschließlich Lebensarbeitszeitverkürzung, „auf mehr Einkommen zu verzichten, dafür mehr Freizeit zu haben und arbeitsmarktpolitisch hier eine Auflockerung herbeizuführen“. Es ist ja insoweit richtig aufgebaut. Die Lebensarbeitszeit bringen wir bei der Ziffer 8 im zweiten Absatz noch rein. Ganz konkret. (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Bismarck: Herr Vorsitzender, darf ich noch einen Hinweis geben? Ich finde es sehr wichtig, daß derjenige, der das Eingangsreferat hält, ein paar Sätze darüber sagt, daß wir meinen, daß Wachstum auch wieder geschaffen werden kann. Diese defätistische Haltung zum Wachstum ist falsch. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, dann lassen wir doch im zweiten Absatz auf der Seite 15 den zweiten Satz stehen und streichen nur den ersten Satz. (*Von Bismarck:* Ja.)

Kohl: Ziffer 8 Seite 16.

Geißler: Ich muß jetzt nochmal auf die bisherige Beschäftigungspolitik zurückkommen. Wir hatten bis zum Jahre 1969 das alte AFG. Das beschränkte sich im wesentlichen auf Arbeitslosensicherung und dann einige Beschäftigungsprogramme, Waldarbeiten im Winter und was weiß ich alles. Das war eine rein quantitativ orientierte Beschäftigungspolitik. Und durch uns, durch die CDU, darauf muß ich immer wieder hinweisen, Hans

Katzer³⁴ damals, ist da ein neues qualitatives Element in die Arbeitsmarktpolitik hineingekommen, nämlich der ganze Bereich Fortbildung, Ausbildung, Umschulung mit der Absicht, bei rechtzeitiger Analyse des Arbeitsmarktes dafür zu sorgen, daß Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen kann. Der ganze Komplex ist mißbraucht worden. Man muß auch darauf hinweisen, daß die Sozialdemokraten hier viel kaputt gemacht haben. Aber der Gedanke ist natürlich nach wie vor richtig. Das war qualitative Arbeitsmarktpolitik.

Jetzt sagen wir, es geht weiter. Jetzt kommen die neuen Überlegungen. Flexible Altersgrenze, Jobsharing und was sonst alles von uns in die Diskussion hineingebracht worden ist, das steht alles unter dem Begriff „qualitative Arbeitsmarktpolitik“, und ich plädiere jetzt sehr dafür, daß wir einen solchen Begriff bei uns behalten.

Kohl: Dagegen sagt ja auch keiner etwas. Es ist nur so, wenn die Frage hier schon kommt, kommt sie draußen auch, ob man nicht einen erläuternden Satz, was gemeint ist, macht?

Blüm: Ich würde das sehr unterstützen, was Heiner Geißler sagt. Für die Erläuterung schlage ich vor zu sagen, wir bevorzugen eine Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslosigkeit verhindert, vor einer Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslosigkeit lediglich verwaltet. (*Unruhe. Diskussion.*)

Schwarz-Schilling: Ich glaube, daß wir hier tatsächlich auch etwas umdenken müssen. Der Staat, der ja diese Dinge betreibt, wird diese Dinge nie zukunftsorientiert betreiben können, wenn wir hier nicht eine andere Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat kriegen. Es ist nicht möglich, die Zukunft in den Strukturen im Arbeitsamt zu sehen, sondern die muß man in den Unternehmen sehen. Da muß man ganz anders mit offenen Fragen hingehen. Ich finde überhaupt, ich möchte das hier vielleicht mal bei dieser Gelegenheit sagen, auch gerade weil wir von Wettbewerb reden: Wenn wir unsere Soziale Marktwirtschaft in bestimmten Bereichen nicht dazu entwickeln, daß wir eine andere Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft als etwas Selbstverständliches ansehen, und nicht nur als ein Gegeneinander und ein Kontrollieren, dann werden wir mit diesen Strukturänderungen in Deutschland nicht klarkommen. Ich will jetzt nur dieses Stichwort sagen, nicht etwa japanisches Modell, aber daß dort Strukturänderungen durch einen größeren Input von der Wirtschaft in die staatlichen Überlegungen überhaupt möglich werden, das sind Überlegungen, die wir ebenfalls anstellen müssen. Das Problem mit den ganzen neuen Technologien, jetzt sage ich das Wort auch einmal, hängt damit zusammen, daß der Staat Gesetze schafft, aber von diesen Strukturänderungen keine Ahnung hat, die draußen strukturell sich wirklich abspielen. Das ist eine Frage des Staates, sich zu ändern, und nicht der Wirtschaft. Die Wirtschaft muß hier anders gefragt und mit einbezogen werden. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Seite 17, da haben wir natürlich diese Ziffer 11.

Blüm: Ich wollte zu 10 noch etwas sagen, Herr Vorsitzender. Da steht: „Soziale Leistungen müssen auf diejenigen konzentriert werden, die sich selber nicht mehr helfen können.“ Exakt ist das eigentlich Fürsorge. Es gibt soziale Leistungen, daran müssen alle beteiligt sein. Wir müssen, glaube ich, auseinander halten soziale Fürsorge und das Versicherungsprinzip. Beim Versicherungsprinzip wollen wir doch nicht die Rentenversiche-

34 Hans Katzer (1919–1996), Textilkaufmann; 1950–1963 Hauptgeschäftsführer und 1963–1977 Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse (CDA), 1957–1980 MdB, 1965–1969 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1979–1984 MdB.

rung auf zehn Prozent beschränken. (*Geißler*: Nein, Norbert, der Satz hat ja zwei Teile. – *Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Da kommt natürlich jetzt das ganze Dilemma voll hoch mit der Ziffer 10. Wir können im Grunde aus unserer Auffassung vom Subsidiaritätsprinzip zwei Leistungen akzeptieren. Das eine ist die Leistung einer Solidargemeinschaft, nämlich Einzahlen gegen Leistung, Versicherungsprinzip. Und das zweite, das ist übrigens auch etwas, worüber wir nochmal langfristig nachdenken müssen, wenn wir diese Freizeit- und Sozialgesellschaft, von der wir gerade geredet haben, entwickeln, dann sind eine ganze Menge unserer Prinzipien nicht mehr lupenrein durchhaltbar, die Versicherungsprinzipien zum Beispiel. Aber mal davon unabhängig, wir können zwei Prinzipien akzeptieren, einmal das Prinzip der Solidargemeinschaft der Versicherten gegen eine gemeinschaftliche Notlage oder eine Notlage, die jedem passieren kann. Und das zweite ist aktive Fürsorge im positiven Sinn. Was wir nicht akzeptieren können, das ist das dritte, das sagen wir eigentlich in der Ziffer, das ist, den Staat zuständig für Verteilungsgerechtigkeit zu erklären. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, es ist praktisch aus dem Grundsatzprogramm entnommen, aber es ist völlig richtig. Wir wollten damals sagen, auch im Sinne der Verbindung von Sozialem und Ökonomie, nicht alles, was früher mal sozial war, ist auch heute noch sozial, sondern um die soziale Wirksamkeit zu erhöhen, müssen die sozialen Mittel wirklich konzentriert werden. Erstens, jetzt kommt der ganze Bereich Sozialeinkommen, dort, wo wirklich vom Staat auf dem Wege der sekundären Einkommensverteilung geholfen werden muß, weil mit der primären Einkommensverteilung diese Probleme nicht gelöst werden können. Zweitens aber, und das ist ja ganz entscheidend, können wir ja niemals zustimmen, daß soziale Leistungen abgebaut werden gegenüber solchen, die aufgrund eigener Leistung einen Rechtsanspruch erworben haben. Also zum Beispiel die Leute, die ihr Leben lang einen Beitrag zur Rentenversicherung bezahlt haben. Ein typisches Beispiel. Oder, das hat der jetzige Bundespräsident Carstens³⁵ – ich kann mich noch genau erinnern – im Parteipräsidium in die Diskussion hineingebracht, bei der Diskussion dieses Kapitels, wir können natürlich auch nicht ausnehmen zum Beispiel die Kriegsoffer, d. h. die, die im Wege der Aufopferung sich einen Rechtsanspruch erworben haben. So, diese drei Prinzipien haben wir in diesem Satz zusammengeschrieben, so steht es auch im Grundsatzprogramm drin. Wenn da ein Mißverständnis möglicherweise noch drin ist, dann machen wir hinter den „sozialen Leistungen“ einen Punkt und fangen dann mit den „Rechtsansprüchen“ neu an. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, darauf kommen wir nochmal zurück. Ziffer 11.

Geißler: Lieber Späth, also wir haben uns ja auch schon über den Tisch hin und her darüber unterhalten. Wenn ich jetzt mal meine Meinung sagen darf, ich halte die Einführung von Einkommensgrenzen beim Kindergeld für keine Kürzung des Kindergeldes. Da befinde ich mich im Gegensatz zu Norbert Blüm. (*Unruhe. Diskussion.*) Nur, wir haben jetzt hier beim Kindergeld, ich glaube auch zu Recht, die Einkommensgrenzen in der aktuellen Spardiskussion, Lothar Späth, auch hier rausgelassen, weil man die Geschichte des Kindergeldes sehen muß. Wir haben die Kinderfreibeträge beseitigt, und in dem

35 Karl Carstens (1914–1992), Jurist; 1960–1966 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1966/67 im Verteidigungsministerium, 1968/69 im Bundeskanzleramt, 1972–1979 MdB, 1973–1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1976–1979 Bundestagspräsident, 1979–1984 Bundespräsident.

Moment, wo wir Einkommensgrenzen fürs Kindergeld einführen, kriegen wir sofort notwendigerweise verfassungsrechtlich die Diskussion mit den Kinderfreibeträgen. Also, aus dem Grund habe ich jetzt etc. hingeschrieben und habe das insofern offen gelassen mit dem Kindergeld. Nur, damit wir es nicht überdramatisieren, ich bin nochmal sehr sorgfältig alle sozialen Leistungen durchgegangen. Alle! Und zwar noch nicht mal im engeren Sinne, sondern auch weitere. Vielleicht kann mir jemand helfen, also eine elegante soziale Leistung aus dem Kindergeld, bei der es keine Einkommensgrenze gibt, ist mir nicht eingefallen. (*Unruhe. Diskussion.*) Bei Bundesgesetzen haben wir überall Einkommensgrenzen. Insofern ist das Prinzip der Einkommensgrenze etwas, Norbert, was wir eigentlich in unserem Sozialsystem schon immer gehabt haben. (*Blüm: Kindergeld, würde ich nach wie vor sagen, hat nichts mit Fürsorge zu tun.*)

Kohl: Also, ich muß wirklich sagen, jetzt hört mal mit dem Glaubenskrieg auf, machen wir das so oder machen wir es nicht? Ich muß weiterkommen. Wir wollen jetzt nicht diskutieren, ich muß fertig werden mit dem Punkt. 12? Keine Wortmeldungen. 13.

Blüm: Herr Vorsitzender, ich bin der Meinung, daß Rentenversicherung Drei-Generationen-Vertrag ist und daß wir das auch in dieser Rentenformel einbringen müssen. Nur, wie wir das machen, haben wir nicht ausdiskutiert. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist die Einfallstür für Maschinensteuern und alles Mögliche. Ich würde auch mal fragen, wie wollen wir das technisch machen, Kinderzuschlag heißt das dann, der Arbeitgeber zahlt ... (*Kohl:* Das heißt auf gut Deutsch, Norbert Blüm, daß wir den oberen Absatz und „darüber hinaus“ streichen.)

Geißler: Ich wollte auch den Vorschlag machen, daß wir den letzten Satz auf der Seite 18, den zweiten Absatz, streichen, weil der zu technisch ist. Die verschiedenen Möglichkeiten, wie wir in der Rentenversicherung den Drei-Generationen-Vertrag realisieren können, müßte noch etwas sorgfältiger in den Alternativen untersucht werden, bevor wir uns jetzt hier auf ein bestimmtes Modell festlegen.

Kohl: Also, gestrichen. 19.

Dregger: Darf ich dazu eine Vorbemerkung machen, ich hatte mehrere Vorschläge gemacht. Als wir zum ersten Mal überlegten, die Bildungspolitik in den Mittelpunkt eines Parteitages zu stellen, sind wir von der Tatsache ausgegangen, daß dies Länderzuständigkeit ist und daß das aber auch dazu geführt hat, daß die Politik der Union sich in den Ländern recht unterschiedlich entwickelt hat. Wir waren der Meinung, es muß auch ein Unions-Konzept zur Bildungspolitik geben, das sicherlich Besonderheiten der Länder zuläßt; aber das darf nicht zu diametral einander gegenüberstehen. Wenn dieser Zweck erfüllt werden soll, dann müssen wir präzise sein in den Aussagen und nicht so allgemein über die Dinge hinweggehen. Das ist der erste Aspekt.

Und der zweite: Es gibt schlimme Fehlentwicklungen im Bildungswesen in Deutschland. Wir können nicht sehr stolz darauf sein auf den jetzigen Zustand, an dem wir mitgewirkt haben. Zum Teil zumindest, weil wir es nicht rechtzeitig begriffen haben. Zum Teil auch deshalb, weil die Sozialisten den Speer immer sehr weit in ihre, d. h. meistens in die falsche Richtung geschleudert haben. Und dann sind sie an unsere Kultusminister herangetreten und haben gesagt, so, jetzt müssen wir die Einheit des Bildungswesens erhalten. Dann zog sich wieder die eine Hälfte zurück und die andere warf immer noch in die falsche Richtung. Ich würde es nun sehr bedauern, wenn unsere Kultusminister meinten, sie müßten sich nun sehr verteidigen und wir wollten sie angreifen. Davon kann

keine Rede sein. Aber wenn der ganze Parteitag einen Sinn haben soll, meine ich, müssen wir klare, präzise Aussagen machen. Und dazu gehört auch das Thema Orientierungsstufe, vor der unser Freund Albrecht gewarnt hat. Wenn man in Niedersachsen der Meinung gewesen ist, man müsse ein System, das schon zu 80 Prozent da sei, vielleicht auch aus Koalitionsrücksichten, aufnehmen, gut. Dann ist das aber keine Unionsposition, sondern eine niedersächsische. Und deswegen brauchen nicht alle anderen zu folgen.

Das Gleiche gilt auch für das Thema, wovon Gerhard Stoltenberg gewarnt hat, nämlich die zwölf Jahre statt der 13 Jahre. Ich finde, alle diese Dinge sollten wir ansprechen im Papier und sollten die gegebenenfalls streitig diskutieren.

Kohl: Ja, Alfred Dregger, das sind natürlich eine Menge Vorschläge, jetzt einfach von den Details her. Warum wollen Sie denn nicht vom hessischen Landesverband einfach einen Antrag auch noch dort einbringen?

Dregger: Herr Vorsitzender, ich bin gerne dazu bereit, aber ich war der Meinung, daß es meine Pflicht ist, das zunächst hier zur Diskussion zu stellen und Sie nicht zu überraschen.

Kohl: Wir kommen ja auf die Punkte zurück. Wir gehen einfach mal die Sache jetzt durch.

Späth: Ich wollte dasselbe sagen für Baden-Württemberg. Ich bin nun wirklich der Meinung, wir laden uns eine Menge auf in der Diskussion, wir können nicht über eine ganze Legislaturperiode sagen, wir machen die Änderung wieder. Wir werden das jetzt machen, die Landeslehrpläne nach der Regelung der Oberstufenreform. Nur, ich halte es für gefährlich, wenn wir überhaupt nichts ausdiskutieren, sondern wenn man das so hinnimmt. Ein Stück weit laufen wir Gefahr. Deshalb meine ich auch, wir müssen diese Grundsatzdiskussion jetzt beginnen im Jahr 1981 und nicht erst im Jahr 1983. Wir müssen ein paar Dinge streitig austragen und auch mal Mehrheiten in der Partei finden; das ist bei der Bildungspolitik, glaube ich, noch weniger problematisch als in ein paar anderen Dingen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das ist ja nun das, was ich bei der Vorbereitung des ganzen Parteitags verfolge. Ich erlebe ja immer wieder, daß alle für den großen Anfang sind, aber wenn man irgendeinen Punkt ansetzt, und wenn das nur diese absurde Frage ist in diesem Zusammenhang, warum die Deutschen halt 13 Jahre in die Schule laufen, dann stürzt die Welt ein. Ich haben darüber zweieinhalb Stunden mit dem Deutschen Philologenverband diskutiert. Das, was da vorgetragen wurde, hat mich am Ende überhaupt nicht überzeugt. Da kommen also Fragen rein wie das Lehrerangebot usw. Wir machen das ja nicht über Nacht. Das finde ich ein bißchen komisch, daß wir in einem Moment, wo die meisten, die jetzt gerade studieren oder fertig werden, über die Grundschuljahre hinausgegangen sind, daß das jetzt also alles auf den Kopf gestellt wird. Das erinnert mich ein bißchen an die Forderungen der Volksschullehrer seinerzeit, die eine lange Ausbildung gemacht haben, und die, die die Forderung durchgedrückt haben, das waren jene Volksschullehrer, die in Kurzausbildung nach dem Krieg Lehrer geworden sind, die jetzt überall auf Kurzausbildungsfüßen längst Rektor geworden sind. Das ist ja alles irgendwie skurril.

Ich finde, wenn es überhaupt ein Thema gibt, wo mal auf einem Parteitag nach Herzenslust diskutiert und hart abgestimmt werden kann, dann ist es eben der Punkt. Entweder wir sind eine Partei, die sich das zutraut, dann muß man mal über so ein paar Punkte reden. Ich habe jetzt von allen Kultusministern schon Briefe gekriegt, die mich

ermahnen, da die Einheit zu wahren. Ich sehe schon gar keine Einheit mehr, die auf dem Spiel steht. Es geht auf die Dauer nicht, daß die Baden-Württemberger sagen, bei uns werden Gedichte gelernt und Volkslieder gesungen und die anderen sagen, ja, sehr gutes Ziel. Ich habe doch einen Sohn in Mannheim auf der Schule. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich weiß doch, wie das aussieht. Es geht nicht um große Proklamationen. Die Eltern fragen uns, wie sieht es da in der Wirklichkeit aus. Ich gehe nicht ohne Grund in dieses Forum, weil ich mich sehr auf diese streitigen Diskussionen freue. Und dann muß man einfach über die einzelnen Sachen reden. Ich finde, wir können das Gebiet jetzt relativ rasch durchpflügen. Dann werden wir Punkte haben, wo wir uns nicht einigen. Das muß ausgetragen werden, aber das gehört doch zu einer Partei. Laßt uns doch diese Zwölf-Jahre-Sache mal austragen. Der Philologenverband ist dagegen, die Ministerien sind doch dagegen zum überwiegenden Teil, die Kultusministerien haben ja ihre Personalplanung ganz anders, das muß man alles untereinander mal bereden.

Wissmann: Ich muß jetzt noch kurz anbringen, was ich zu dem Kapitel insgesamt sagen wollte, weil es nicht mehr zu den Ziffern paßt. Ich finde, drei Punkte vor allem, auch übrigens nach dem eintägigen Hearing, fehlen in diesem Papier und sollten meiner Ansicht nach in irgendeiner Weise, entweder jetzt oder in den nächsten zwei Tagen oder durch Anträge auf dem Parteitag, alles ist möglich, ergänzt werden.

Punkt Nummer eins, wir gehen insgesamt, meiner Ansicht nach, so sehr ich es gut finde, wenn wir eine heile Welt propagieren, in diesem Papier zu sehr von der heilen Welt der Jugend aus. Im Grunde genommen finden Jugendunruhen, Jugendkonflikte in diesem Papier praktisch nicht statt. Ich glaube nicht, daß wir uns das in dieser Zeit leisten könnten. Ich glaube, daß ein Teil des Ansatzes, der ja in guten Reden, ich denke an Ihre Parteitage, schon angesprochen wurde, hier Eingang finden müßte. Dasselbe gilt zweitens für Drogenproblematik, Alkoholproblematik, Ausstiegssorgen von Jugendlichen. Das muß angesprochen werden, und entsprechende Lösungsversuche müßten untergebracht werden. Anträge der Jungen Union sind Ihnen dazu zugegangen. Und das dritte ist, der gesamte Bereich der Jugendarbeit, der außerschulischen, fehlt ebenfalls. Wir haben nun, Gott sei Dank, viele Jugendbetreuer angehört, auch aus der Jugendarbeit, die uns ausdrücklich gesagt haben, daß wir hier etwas tun müssen. Wir können nicht so tun, als sei das spurlos an uns vorbeigegangen.

Das heißt, diese drei Bereiche, meine ich, müßten dringend ergänzt werden. Wir haben dazu Anträge vorgelegt, wir sind auch gerne bereit, es in neuer Form nochmal zu tun, weil ich glaube, sonst wären wir ein bißchen schmalspurig in dem Bereich.

Kohl: Ja, das ist doch ganz gut, wenn Ihr die Anträge stellt.

Späth: Ich würde gerne einen Verfahrensvorschlag machen: Wir kommen ja jetzt in die zunehmende Problematik, daß immer weniger da sind. Deshalb die Frage, ob wir Folgendes machen können, wir können nicht auch Arbeitsgruppen bilden, weil die Gewichte fehlen. Ich würde zu dem Teil II diesen Eingang formulieren heute noch und Heiner Geißler bis morgen geben. (*Wissmann:* Ich habe meine Vorschläge schon eingereicht.) Ja, was Ihr für sinnvoll haltet, macht Ihr noch rein. Und dann macht es doch nichts, wenn wir noch Landesanträge haben. Wir wollen doch auch ein Papier haben, das eben nicht stromlinienförmig ohne Diskussion durchgeht. Aber dann können wir doch das Verfahren jetzt vereinfachen. Das, was wir bis morgen geben, bringt Ihr rein oder nicht rein. Das

nehmen wir so hin, wie Ihr entscheidet. Und dann ist das Papier fertig, und wir bringen Landesanträge, soweit wir das ergänzen wollen.

Kohl: Gegen das Gesamtkapitel „Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen“ gibt es also den Einwand bei Seite 21, Orientierungsstufe. Das ist streitig. Ich bin dafür, das stehenzulassen und streitig auszutragen. Das war mein Vorschlag. Die Debatte kommt so oder so, das ist gehopst wie gesprungen, ob wir jetzt die Debatte eröffnen oder nicht. Dann hat Matthias Wissmann ein paar Vorschläge, da kann man ja mal überlegen, inwieweit man die mit reinbringt.

Wex: Genau in diese Richtung werden die Landesverbände und Vereinigungen noch etwas einbringen können. Was hier uns aufgefallen ist, ist, daß viel Organisatorisches hier drin ist. Bei dem Hearing hat sich gezeigt, daß die Erziehungsinhalte zu koordinieren, völlig offengeblieben ist. Wir haben im Rheinland mal versucht, über die Erziehungsinhalte zu sprechen. Und wenn es offenbleibt, wollen wir solche Anträge stellen.

Scherer: Ich glaube, auf zwei, drei Dinge muß ich doch hinweisen, damit uns da keine Fehler unterlaufen. Beispielsweise Seite 24, da ist darauf hingewiesen: „Insbesondere bei der Lehrerbildung müssen die Studieninhalte so angelegt werden, daß sie neben der Schule auch andere Berufsfelder erschließen.“ Das ist eine durchaus populäre Formulierung. Nur in der Praxis hat es sich bisher nie umsetzen lassen, weil wir nämlich an anderer Stelle gleichzeitig fordern, daß die pädagogische Ausbildung der Lehrer stärker werden muß. Wenn Sie die pädagogische Ausbildung verstärken wollen, dann heißt das, daß zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Entscheidung zugunsten der Lehrerstudiums fallen muß. Wenn Sie aber die Ausbildung auch auf andere Berufsfelder hin entwickeln wollen, dann heißt das, daß im Prinzip die pädagogische Ausbildung relativ spät einsetzt. (**Kohl:** Wo steht das denn, Herr Scherer?) Das ergibt sich aus der Logik. Man kann nicht drei Dinge miteinander verknüpfen, erstens verkürzte Studienzeit, zweitens ein erweitertes Studium auf andere Berufsfelder und drittens eine stärkere pädagogische Ausbildung. Die drei Dinge lassen sich nicht miteinander unter einen Hut bringen.

Zweiter Hinweis, der betrifft die Hauptschule. Ein Thema, dessen ich mich immer gerne angenommen habe. Das sind Deklarationen.

Kohl: Ja, bleiben wir doch mal gerade bei der Lehrersache. Wir können doch das mal gleich abhaken. (*Unruhe. Diskussion.*)

Neumann: Ich meine, wir können jetzt dieses Kapitel im Verhältnis zu den anderen als unwichtig erklären. Ich meine, hier sind genauso viele unsaubere Formulierungen drin wie in den vorangegangenen. Ich weiß nicht, warum wir das machen, sicherlich nur aus Zeitgründen.

Kohl: Nein, wir sprechen doch darüber, wir haben jetzt bloß eine allgemeine Debatte vorweg gehabt, ob nun jeder Landesantrag eingearbeitet wird, oder ob Landesanträge kommen. Das ist ja sonst nirgendwo so angekündigt worden wie hier. Ich rufe dann auf Seite 19. Herr Scherer, ich komme noch darauf.

Pott: Herr Vorsitzender, zu Seite 19 einen Punkt und zwar unter 1. Da werden sehr richtige Aussagen gemacht zum Erziehungsauftrag der Schule. Ich meine, daß der Erziehungsauftrag der Schule nicht nur dadurch definiert werden kann, wie es hier in dem Papier geschehen ist, daß man Schüler auf dem theoretischen Weg, das heißt, auf dem Weg der Unterrichtsbildung zu mündigen Staatsbürgern führen will, sondern ich meine, daß es auch gerade nötig sein muß, und erhoffe mir da auch ein klares Bekenntnis der

Union, daß es auch auf praktischem Wege, durch Mitbestimmung der Schüler in den Schulen, durch Mitbestimmung der Schüler in den zuständigen Fachausschüssen, Konferenzen und durch eine aktive Mitbestimmungsmöglichkeit auf demokratischer Basis in den Schülervertretungen geschehen kann und würde mich sehr freuen, wenn ein solcher Aspekt hier in diesem Punkt noch Eingang finden würde.

Kohl: Ich meine, das hätte ich doch gelesen. (*Geißler:* Haben wir das nicht irgendwo drin, die Schülermitbestimmung? – *Unruhe. Diskussion.*) Also, wir notieren das. – Gut, weiter. Seite 19? Seite 20?

Dregger: Da habe ich einmal einen präzisen Vorschlag zur Gesamtschule, den will ich aber jetzt nicht erörtern, weil ich das dann als Landesantrag stelle, das war ja angeregt worden. Aber ich habe einen weiteren Vorschlag zu Ziffer 4. Da ist dreimal von Elite die Rede. Ich habe ja nun gar nichts gegen Elite, insbesondere, wenn es auch Wirklichkeit ist. Aber man kann das auch allgemeinverständlich übersetzen. Ich schlage vor, daß wir wie folgt formulieren von der Mitte der Ziffer 4 an: „Die CDU setzt sich für die Förderung von Hochbegabten ein. Unser Land braucht Spitzenköpfe in allen Bereichen kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit, den Nobelpreisträger“ – statt „Forscher“, weil das mit den Forschern ja nicht mehr so doll ist – „ebenso wie den qualifizierten Facharbeiter. Die Heranbildung von Menschen mit Spitzenleistungen muß als Aufgabe des gesamten Bildungssystems begriffen werden.“ Das ist nur der Versuch, das Wort „Elite“ zu ersetzen.

Kohl: Lassen wir es doch einmal drin. Also dreimal, das finde ich auch ein bißchen viel, aber warum wollen wir das Wort völlig aus unserem Vokabular streichen? (*Unruhe. Diskussion*) Ich muß Ihnen sagen, „Spitzenköpfe“ ist etwas anderes als eine „Elite“, das ist schon ein gewisser Unterschied. Also beispielsweise beim ersten Punkt, da haben Sie sicherlich recht mit der Formulierung. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich bin ganz und gar der Meinung, daß unsere dauernde Verbeugung im Verbalen vor dem Zeitgeist total falsch ist. Ich glaube, daß die Wirklichkeit draußen mit dem Begriff „Elite“ viel weiter ist als ein Großteil der Partei. Die CDU hat die Angewohnheit, daß sie in ihren Denkkategorien dem Zeitgeist nachhängt und dem Zeitgeist noch zubetet, wenn der Zeitgeist schon am anderen Ufer ist.

Wex: Herr Vorsitzender, ich würde sehr dafür sein, den Begriff „Elite“ zu behalten. (*Kohl:* Nicht dreimal, aber man kann es doch so formulieren, daß er einmal da ist.) Aber das ist nicht nur eine Frage der Ausbildung oder der Spitzen von Forschung, sondern vom Verhalten der Gemeinschaft gegenüber, das ist ja gerade die Diskussion. (*Unruhe. Diskussion.*)

Neumann: Ich möchte auf der Seite das unterstützen, was Herr Dregger gesagt hat, obwohl ich auch für Eliten bin. Die Reihenfolge hier ist falsch, Herr Geißler. Bei Punkt 4 setzen wir voran, wir sind also für die Eliten. Bei Punkt 5 kommen dann die anderen mit dem lapidaren Satz, der letzte Satz bei 5: „Auch weniger oder einseitig Begabte haben Anspruch auf Förderung.“ Hier wird das völlig verdreht. So geht es nicht. Deswegen schlage ich erstens vor, die 5, die generell von Leistung spricht, vorzuziehen. Und dann im letzten Satz nicht „auch“, sondern: „Weniger oder einseitig Begabte haben genauso Anspruch auf Förderung wie Hochbegabte.“ Den Satz so zu verändern. (*Geißler:* Also „haben genauso Anspruch auf Förderung wie Hochbegabte“?) Ja, nicht daß wir sagen, auch die, denn die Mehrzahl, die Eliten, sind ja weniger. So sehr ich für „Eliten“ bin, bin ich dafür, weil wir da ungewollt in eine falsche Ecke nach der dreimaligen Nennung

kommen, wie Herr Dregger, den anderen Begriff zu nehmen, so wie er es formuliert hat. Das haben wir gar nicht nötig, Hochbegabte sind die, die gefördert werden müssen.

Dritter Punkt, Herr Dregger, ich weiß nicht, ob Sie das sagen wollten, zum Thema Gesamtschule. Wer die Auseinandersetzungen kennt um den Bildungsgesamtplan³⁶, weiß, welches tiefgehende Schiff in dem Punkt 2 liegt. Deswegen möchte ich hier gerne anregen, daß wir einen Satz sagen, daß die Gesamtschule keine Regelschule für uns ist, sondern nur eine Angebotsschule. Der Satz fehlt. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, aber die Vernünftigen in der Bildungspolitik sind inzwischen der Auffassung, daß die Gesamtschule als Regelschule für uns nicht in Frage kommt. Und ich finde, weil Sie ja gerade sagen, es muß mal Schluß sein, die Kultusminister sind ja immer noch am Wackeln, es müßte ein Satz rein: „Die Gesamtschule ist für uns keine Regelschule, sondern eine Angebotsschule.“ Oder so ähnlich. (*Unruhe. Diskussion.*) Das wäre mal eine klare Aussage.

Weberling: Nur ganz kurz zwei Sachen, zum einen zu Punkt 2 und auch zum Punkt 4 und zu „Elite“. Da werden wir zwei Änderungsanträge einbringen, ich möchte das nicht ausdiskutieren, weil wir etwas andere Positionen haben dazu. Ich habe nur in diesem Zusammenhang eine Frage: Wenn wir es morgen abend erst zuschicken an die Kommission, ist das auch okay? (*Kohl: Ja, kein Problem.*)

Geißler: Ja, wir müssen uns natürlich über das Organisatorische einigen. Es ist im Interesse der Parteitage delegierten und der antragsberechtigten Organisationen nicht zumutbar, daß wir das Versenden dieses Antrags über Gebühr weiter hinausschieben. Das heißt, wir sollten heute im Bundesvorstand zu einem Abschluß kommen, aber Ihr könnt doch ohne weiteres, was doch viel interessanter ist, als daß ich jetzt das versuchen muß, noch im Nachhinein alle möglichen Vereinigungsanträge mir bis morgen zuschicken, daß ich das noch überarbeite. Wir verabschieden jetzt den Antrag, wir nehmen in den einzelnen Kapiteln das auf, was wir hier beschlossen haben. Ich kriege von Lothar Späth die Seite 1 zur Sozialen Marktwirtschaft zugeschickt, und im übrigen verabschieden wir den Leit Antrag. Jeder, der noch zusätzliche Bemerkungen hat oder ganz grundlegende Änderungen, das ist der Sinn der Sache, kann das auf dem Bundesparteitag einbringen. Dann gibt es noch die Antragskommission, die natürlich auch noch die Möglichkeit hat, Dinge in die Beschlußfassung mit einzubringen.

Kohl: Also, Herr Neumann, da steht ja schon eine klare Definition drin, was die Gesamtschule betrifft, was das Ergebnis der ganzen Diskussion war. Aber wer hindert denn den Landesverband Bremen und andere Landesverbände, ihre Formulierungen nochmal einzubringen? (*Neumann: Ja, bloß, wenn der Bundesvorstand jetzt schon der Auffassung ist, hilft das ja der Diskussion. Ich meine, wir können das alles dann bringen.*) Ja, das ist aber nicht natürlich, das muß man nun sagen. Das ist eine der Kernfragen des Krachs. Und die Kollegen, die jetzt fortgegangen sind aus guten Gründen, die sind natürlich auch fortgegangen in der Erwartung, daß das in dem Duktus bleibt. Ich habe doch gar nichts dagegen, wenn man das austrägt. Ich bin sehr dafür. Ich bin sehr gespannt, wie die ganzen Ministerinnen und Minister da miteinander zu Felde ziehen, das ist mal ein gewisses Erlebnis, daß über eine Sachfrage so diskutiert wird. Ich finde das gut!

Geißler: Also das Bildungskapitel ist nun wirklich durch drei Hearings durchgegangen, und es sind wirklich viele Gedanken durchdiskutiert worden. Ich finde, wir sollten es jetzt

36 Zur Diskussion um den Bildungsgesamtplan vgl. Protokolle 7 S. XIXf.

nach Möglichkeit im Bundesvorstand so lassen, wie wir es hier formuliert haben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, einverstanden. Weitere Fragen dazu? Nicht der Fall. Seite 22, 23.

Griesinger: Seite 23, erster Absatz, letzter Satz: Da nennen wir nur die Handwerksmeister bei den berufsnahen Arbeitsgemeinschaften. Ich würde vorschlagen, daß wir folgendermaßen formulieren: „Unter Mitwirkung von Praktikern, namhaften Handwerksmeistern und Ausbildern.“ Denn es sind ja nicht nur die Handwerker, sondern Handel und Gewerbe. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, das ist schon berechtigt. An sich ist es ja gemeint damit.

Scherer: Ich glaube, daß die Diskussion um die Hauptschule unter Umständen sogar einen relativ breiten Raum einnehmen wird. Ich greife das Thema jetzt nur auf im Zusammenhang mit der Beruflichen Bildung. An anderer Stelle vorher haben wir gesagt, das gleiche gilt für die Berufliche Bildung. Ich will ein zynisches Wort bringen, die allgemeine Erfahrung ist, es heißt, für das Gymnasium sind die Begabten geeignet und meine Kinder. Das ist die Erfahrung, die man im allgemeinen gewinnt. Und nun ist es einfach eine Deklaration zu sagen, Berufliche Bildung ist gleichwertig, wenn wir nicht auch auf diejenigen abheben, die dazu etwas tun wollen. Und das ist der Staat selbst durch seine Laufbahnordnung. Dieses Kapitel ist mir zu sehr ausschließlich aus der Sicht der Bildungspolitik geschrieben. Wenn wir die Jugend ansprechen, müßten wir wissen, daß die Hauptschule heute als Restschule verstanden wird, weil nicht nur die Wirtschaft zunehmend auf den mittleren Bildungsabschluß abhebt, sondern in Bereichen der Laufbahnordnung Hauptschulabsolventen so gut wie keine Chance mehr haben, und von daher die Eltern zunehmend reklamieren, daß es sich hier um eine Restschule handelt.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, um mal meine Sorge zu verdeutlichen. Wir haben es seinerzeit in der Kultusministerkonferenz nicht vermocht, eine Entscheidung zu ändern, die natürlich auch von den Innenministern uns mit aufgetragen worden ist. Wenn Sie die Lehrer für fachpraktische Unterweisung in den Berufsschulen nehmen, die also in der Werkstatt stehen, die müssen als Schulabschluß haben Meisterprüfung und fünf Jahre praktische Erfahrung im Beruf. Aber sie müssen die Mittlere Reife haben, sonst dürfen sie die pädagogische Ausbildung nicht beginnen. Da hört es auf, wenn wir auf der einen Seite solche Deklarationen beschließen und auf der anderen Seite dem Laufbahnrecht diese Gleichwertigkeit aber auch nicht im entferntesten einräumen. Von daher, meine ich, wäre ein Wort in diese Richtung notwendig. (*Kohl:* Herr Scherer, machen Sie doch einen Vorschlag. – *Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Darf ich auf Folgendes aufmerksam machen, Herr Scherer, das reicht nach Ihrer Auffassung nicht. Wir haben das ja berücksichtigt. In der Ziffer 1 heißt es: „Die CDU wird deshalb dafür sorgen, daß die Hauptschule wieder eigene Vorzüge erhält wie günstige Regelung der Zusatzvoraussetzungen zu bestimmten Berufen“, zum Beispiel. Dann haben wir im letzten Absatz, Ziffer 4, Seite 24, letzter Satz: „Das Berechtigungssystem im Bildungswesen muß vom staatlichen Besoldungssystem abgekoppelt werden.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Einverstanden? Seite 24.

Griesinger: Vor dem letzten Satz bei Punkt 4 würde ich bitten, daß man, vielleicht in Klammern, ganz konkret reinnimmt „zum Beispiel Berufsakademien“; das ist eine Alternative zu der Hochschulausbildung. Und dann aber der wichtige Satz ohne Klammer:

„Die berufsqualifizierenden Abschlüsse müssen allgemein anerkannt werden“. Das ist nämlich ein großes Problem, das gelöst werden muß, und das sollten wir dringend hier mit einbeziehen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Berufsakademien würde ich nicht in Klammern setzen. Ja, einverstanden.

Scherer: Ich wollte nur jetzt die Frage stellen, die ich eben schon mal gestellt habe, ob man bei der Lehrerbildung (*Kohl:* Darauf komme ich zurück, ich habe es mir notiert.) – das ist hier doch jetzt bei der Ziffer 4 – diesen Satz nicht unter Umständen streichen soll, weil ich ihn im Widerspruch sehe zu den beiden anderen Forderungen, auf der einen Seite eine frühere pädagogische Ausbildung und insgesamt eine Straffung der Studienzeit.

Kohl: Ich vermute ja, daß da etwas anderes gemeint ist, als was da steht. Da war doch die Diskussion um das Schweizer Beispiel³⁷, wenn ich mich nicht täusche. Ist das nicht diese Geschichte, was hier steht? Da war ursprünglich etwas anderes gemeint.

Scherer: Also diskutiert worden ist die Frage nur unter dem Gesichtspunkt, wie kann man die Zahl der arbeitslosen Lehrer reduzieren, wie gibt man ihnen die Möglichkeit der Eingliederung in ein anderes Erwerbsleben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: An sich hat er natürlich recht, das ist ein Widerspruch. Streichen wir doch den Satz. (*Unruhe. Diskussion.*) Herr Scherer, es ist schon gebongt, wir streichen den Satz.

Pott: Herr Vorsitzender, es tut mir leid, daß ich den schnellen Absprung auf die Seite 24 nicht so ganz mitbekommen habe. Auf der Seite 22 Ziffer 5 ist noch ein Punkt, auf den ich ganz kurz hinweisen möchte. Und zwar halte ich doch das berechnete Anliegen der Förderung der Kinder ausländischer Mitbürger für etwas unglücklich formuliert. Denn wenn wir im ersten Satz schreiben, was wir zur Verbesserung der Kinder ausländischer Mitbürger tun wollen, aber dann im zweiten Satz als Hauptteil dieses Passus nur von den deutschen Kindern reden und davon reden, wie wir die Bildungschancen der deutschen Kinder verbessern, da könnte man sicher die Formulierung etwas glücklicher gestalten.

Kohl: Ja, das ist völlig richtig, muß umgestellt werden. – Seite 25.

Dregger: Da haben wir zwei Ziffern zur Hochschule. Also entweder müssen wir die Sache sehr ernsthaft und sehr intensiv machen, oder man macht es gar nicht. Zum Beispiel auf der Seite 26 heißt es: „Die Förderung der Grundlagenforschung muß wieder deutlich verstärkt werden“ und „die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist der CDU ein besonderes Anliegen“, dann ist das ein bißchen zu dürftig.

Weberling: Ich wollte dazu einen Vorschlag machen. Wir haben ja vom RCDS in Düsseldorf³⁸ einen Leitantrag, der, glaube ich, gar nicht schlecht geworden ist, verabschiedet. Wäre es nicht möglich, wenn ich den kurz zusammenfasse und reingebe, daß man das dann so macht? Denn das ist also wirklich gar nichts. Tut mir leid, daß ich das so hart sagen muß.

Kohl: Sie brauchen sich nicht zu entschuldigen, Sie haben es gesagt. Wir sind ja im Umgang ganz anderes von Euch gewohnt. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, aber umgekehrt können wir auch nicht so ein Kapitel machen und nichts zur Hochschule sagen. Da bin ich also für Verbesserung.

Weberling: Ich schlage vor, daß ich mich heute abend hinsetze und zusammenfasse und das morgen reingebe; mehr kann ich auch nicht machen.

37 Zur Situation in der Schweiz vgl. die einschlägigen Artikel (Berufsbildung, Lehrerseminar usw.) in: Historisches Lexikon der Schweiz (<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes>).

38 Vgl. Protokoll Nr. 10 Anm. 30.

Kohl: Das kann doch kein Problem sein, wenn Sie das liefern; es gibt doch so viele Aussagen von der CDU zur Hochschulpolitik. Das kann man doch gut formulieren. Es gibt doch einen Haufen Beschlüsse von uns zu dem Punkt. Aber so kann es nicht bleiben. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, machen wir es so.

Neumann: Seite 25, Punkt 3 Da ist die Intention klar, aber so ist das natürlich rechtlich unhaltbar. „Lehrer sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Schule in erster Linie gegenüber den Eltern ihrer Schüler verantwortlich.“ Das ist natürlich rechtlich unhaltbar. Da muß dann stehen: „sind insbesondere auch“ – natürlich sind die verantwortlich dem Schulträger, das ist völlig klar. (*Kohl:* Ja, gemeint ist moralisch sozusagen.) Ja, dann würde ich sagen „insbesondere auch den Eltern“. Die Intention ist richtig, insbesondere auch den Eltern, aber sie sind natürlich rechtlich nicht in erster Linie den Eltern, sondern den Dienstherren verantwortlich. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, rechtlich, unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten, Artikel 6 GG, kann man eine ausführliche Debatte darüber führen in der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Kohl: Das ist doch eine rein akademische Debatte! Das ist doch sinnlos, Du kannst doch keinen Lehrer haftbar machen, wenn er den Kindern ein schlechtes Geschichtsbild beibringt. Das geht nur über den Dienstherren. Die Idee ist schon richtig, was hier drinsteht, bloß es muß besser formuliert werden.

Geißler: Dann lassen wir überhaupt jede qualifizierende Bezeichnung und schreiben: „Lehrer sind bei der Erfüllung ihrer Aufgabe in der Schule den Eltern ihrer Schüler verantwortlich.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Den Bezug würde ich schon herstellen. Einverstanden? Also 25 wird umgeschrieben. – Seite 27.

Wissmann: Herr Kohl, wie machen wir das denn jetzt, ich wollte es nur wissen, damit Klarheit herrscht, mit den Anregungen, die dieses Jugend- und Bildungskapitel immerhin doch wesentlich erweitern sollen, die ich vorhin am Eingang geäußert habe? (*Kohl:* Ja, die geben Sie rein.) Ja, gut, als Anträge der Jungen Union?

Kohl: Also, ich würde sagen, Ihr macht das Ganze wie normale Menschen in einer Partei, die auf Kameradschaft gegründet ist. Ihr stellt die Anträge, ohne daß Ihr von vornherein sagt, das Papier ist alles Dreck. Ich möchte nämlich sagen, die Häupter der Jungen Union haben daran mitgewirkt. Wenn Ihr also einen Antrag stellt, habe ich nichts dagegen. (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn der Antrag aber damit begründet wird, die Junge Union müsse diesen Antrag stellen, weil damit eine säkulare Verbesserung erreicht wird und die vorhandenen Vorstandsmitglieder in ihrer Intelligenz nicht ausreichend waren, das zu begreifen, dann würde ich dem wesentlich widersprechen. Wenn das ein ganz normaler Antrag wird, habe ich nichts dagegen. Finde ich ausgesprochen gut. Ja, ich bin damit einverstanden. Ich habe ja nur meine Anmerkungen zu machen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich bin dafür, daß Ihr einen Antrag stellt und sagt, das gehört zu einer Partei. Aber nicht, indem Ihr das Papier schmäht, nachdem Ihr hier Stunde um Stunde dabeigesessen habt. Darum geht es. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich würde nur den Vorschlag machen, wenn ich das hier sagen darf, wenn Sie die allgemeine Jugendproblematik ansprechen, also Unruhen usw., daß Sie dann einen Antrag zur Präambel stellen. Denn das nun zu spezialisieren auf die Schule, halte ich für nicht gut, sondern das ist ein allgemeines Problem.

Kohl: Das kann man doch machen.

Scherer: Seite 25, Ziffer 4. Was ist mit der Formulierung: „Die CDU setzt sich dafür ein, daß Lehrer mit dieser Qualifikation den notwendigen pädagogischen Freiraum haben.“ Welche Differenzierung wird da zugrunde gelegt? (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Kann man streichen.

Neumann: Ich bin mit dem ganzen Passus einverstanden, weil ich auch für eine Wiederbelebung menschlicher, sozialer und bürgerlicher Tugenden bin. (*Geißler:* Wo sind Sie denn?) Bei Seite 27. (*Kohl:* Denn haben wir doch noch gar nicht aufgerufen.) Das ist alles gut, was da steht. Nur den einen Satz im zweiten Absatz, „Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, bedarf es einer neuen gesellschaftlichen Ordnung“, würde ich bitten zu streichen. Sie wissen, was ich meine? Das ist wieder so etwas wie vorhin. Allen geht es gut, auf der anderen Seite brauchen wir eine neue gesellschaftliche Ordnung. Die brauchen wir nicht.

Geißler: Also zu diesem Kapitel muß ich eine kleine Vorbemerkung machen. In der Diskussion im Parteipräsidium hat sich wie ein roter Faden das Thema Subsidiarität durchgezogen. Und nach langem Hin und Her sind wir zu der Auffassung gekommen, der subsidiäre Gedanke muß sich durch das ganze Papier hindurchziehen. Das ist ja auch berücksichtigt worden, wenn man das Papier genau liest. Sowohl im Bildungskapitel haben wir wesentliche subsidiäre Elemente drin wie auch bei der Sozialen Marktwirtschaft. Bei der Außenpolitik ist das ein bißchen schwieriger, das gebe ich gerne zu. Aber das reicht nicht aus. Und deswegen waren wir der Auffassung, daß wir in einem eigenen Kapitel dieses Thema Subsidiarität ansprechen sollen und sozusagen die Bereiche behandeln, die in den anderen Kapiteln noch nicht enthalten sind. Das war damals unter dem Arbeitstitel vorgesehen „Bürger und Staat“, was ja eigentlich auch eine richtige Formulierung ist, weil das Thema Subsidiarität das Verhältnis des Bürgers zum Staat betrifft. Aber es ist halt nicht nur das Verhältnis des Bürgers zum Staat, sondern Subsidiarität ist im Grunde genommen eine Frage der Zuständigkeit, wer macht was in einer Gesellschaft am besten, aus dem Personalverständnis heraus, aus dem Menschenbild heraus. Deswegen sind wir jetzt in der Überschrift von „Bürger und Staat“ abgewichen. Dies zu sagen bin ich dem Parteipräsidium gegenüber verantwortlich, weil wir ja das Thema Bürger und Staat haben und den Vorschlag gemacht haben: „Unserer Gesellschaft wieder eine menschliche und überschaubare Ordnung geben.“ Ich glaube, daß das ein guter und richtiger Satz ist.

Das ist der erste Punkt. Es fehlt sozusagen das Schlagwort, das wir bräuchten, um diesen Gedanken plakativ umzusetzen. In den Diskussionen hin und her ist uns eigentlich nichts plakativ Richtiges eingefallen. Was hier nun umschrieben wird, ist eigentlich der Entwurf einer subsidiären Gesellschaft. So könnte man das nennen, eine subsidiäre Gesellschaft. Aber das ist kein gutes Wort. Das ist ein Fremdwort, und es ist dazu noch ein häßliches Fremdwort; also es kommt nicht an, das ist ganz klar. Deswegen kann man nicht von einer subsidiären Gesellschaft sprechen, sondern von einer humanen und überschaubaren Gesellschaft. (*Unruhe. Diskussion.*) Deswegen haben wir auf diesen Begriff „subsidiäre Gesellschaft“ verzichtet und lassen es jetzt mal bei dieser „menschlichen und überschaubaren Ordnung“.

Natürlich, wenn man einen solchen Entwurf macht, kann man von uns nicht verlangen, das halte ich jetzt schon für wichtig für dieses Kapitel, daß wir nun schon nicht in den Einzelheiten bis in das Letzte wissen, wie eine solche Gesellschaft aussehen soll. Aber wir bringen das jetzt auf den Weg und umschreiben einige wichtige Kriterien und Ele-

mente, wie eine solche Gesellschaft aussehen soll. Die im Konkreten zu verwirklichen, ist in der Tat eine Aufgabe, die vor uns steht. So würde ich dieses Kapitel sehen. Es ist beim jetzigen Stand der Diskussion unter diesem Thema in einem Leitantrag für die CDU wesentlich nicht mehr zu sagen. Das muß man klar sehen. Aber wir werden das Thema besetzen, was auch die Berliner machen, und wir sollten dieses Thema auf dem Parteitag als ein ganz zentrales Thema ansehen und vor allem auf dem Parteitag dann den Auftrag geben, dieses Thema, subsidiäre Gesellschaft, ich sage es mal verkürzt, zu konkretisieren. Da müssen dann Aufträge vergeben werden, wie sieht das in der Kommunalpolitik aus? Wie sieht es im Sozialwesen und im Bildungswesen aus? (*Unruhe. Diskussion.*) Es ist natürlich weniger konkret als die anderen Kapitel. Das kann man aber, wenn man eine solche Aufgabe einer Partei stellt, im ersten Anlauf auch gar nicht anders erwarten.

Kohl: Also, zunächst einmal, finde ich, ist es überhaupt nicht notwendig, daß wir jetzt den Text verteidigen, dafür sitzen wir zusammen, um vernünftig darüber zu reden. Als ich die Sache gestern früh noch einmal zur Vorbereitung der Sitzung studiert und meine Notizen gemacht habe, ich denke jetzt einfach mal laut, kam ich zu dem Gedanken, ob das sinnvoll ist, was wir nun mit dieser Ziffer 4 überhaupt machen. Das andere ist zum Teil, etwa gerade das Kapitel, was wir eben hatten, sehr ausgereift, sehr detailliert. Wir haben ja nicht, weder bei den Parteitagsdelegierten, noch in der Partei, noch in der mehr oder minder geneigten Öffentlichkeit den Informationsstand und die Gesprächsmöglichkeiten wie hier am Tisch untereinander. Sondern das Ding kommt irgendwann jetzt an die Öffentlichkeit und dann wird das gewichtet. Und dann heißt es also, bei drei Kapiteln haben sie sehr detailliert, auch zum großen Teil sprachlich sehr gelungen, die Sache formuliert, und dann kommen noch einmal dreieinhalb Seiten hintendrauf aus den Gründen, die ich durchaus akzeptiere – da gibt es keinen Gegensatz zu dem, was eben Heiner Geißler gesagt hat –, es sei ziemlich apodiktisch. Die Idee ist völlig richtig, daß wir das machen. Die Frage ist nur, ich denke jetzt einfach mal laut, ich bin noch keineswegs abgeschlossen in meiner Meinungsbildung, ob es klug ist, das so hintendran zu hängen, wo es notwendigerweise dürftig ist, ob nicht die Frage mal erörtert werden muß, wir können das auch wieder verwerfen, ob wir sozusagen zu dem Punkt ein paar Leitsätze mehr für die Diskussion bringen, als daß wir das so in Form eines Leitantrags bringen, was es in Wirklichkeit nicht ist. Wir haben hier das Problem, daß das natürlich nicht zum Leitantrag paßt. Das sind ein paar vernünftige, brauchbare Aphorismen, aber mehr können es auch nicht sein. Und die Idee ist ja eigentlich, daß man über diesen Punkt über die Diskussion beim Parteitag zu einer Diskussion in der Partei im Speziellen, Geißler sagte eben, eine Anregung in diese Richtung gibt.

Die paar Punkte, die wir da jetzt haben, wenn man sie nicht mit äußerster Freundlichkeit betrachtet, werden ja ganz dürftig dargestellt. Jetzt geht es wiederum um die Außenwirkung und nicht um die Wirkung hier. Die ersten drei Kapitel sind notwendigerweise sehr viel umfassender, sehr viel differenzierter und bieten halt auch einfach mehr Stoff, als wir hier anbieten. Als wir das im Parteipräsidium besprochen haben, waren wir uns über die Krux dieser Sache schon einig. Bei „Bürger und Staat“, das ist ja der Grund, warum wir das umformuliert haben im Laufe des Gesprächs, war so viel anzusprechen, was unmöglich in einem Forum von ein paar Stunden eingebracht werden kann. Denken Sie an Rechtspolitik usw. usw. Und dann kamen wir auf den Gedanken mit der Subsidia-

rität, was nun ganz richtig ist, wo wir aufpassen müssen. Es sind ja alle möglichen Leute unterwegs jetzt, die diesen unseren alten Begriff, der jahrelang verspottet und als altmodisch deklariert wurde, uns wegstellen. Also dafür, daß wir den besetzen, bin ich schon. Ich bin nicht ganz glücklich über die drei Seiten, aber ich sehe keine Möglichkeit jetzt, über die drei Seiten hinaus etwas anzubieten. Das ist mein Punkt. Es fällt so ab, und das hat eigentlich das Thema nicht verdient.

Späth: Also, im ersten Teil steht drin, daß wir das für den Grundgedanken halten. Das halte ich eigentlich für wichtig, daß man es unter die Leute bringt. Zwei Überlegungen dazu: Ob man nicht nach der Präambel oder innerhalb der Präambel, vielleicht noch ein bißchen gestrafft, das Ganze als Denkleitlinie bringt, oder ob man den Teil I nicht in den Teil II in einer Art Wiederbelebung mit reinbringt. Gewissermaßen als Schlußformulierung, als Gegenstück zur Präambel. Daß man also praktisch sagt, eine allgemeine Einleitung, dann drei spezifische Bereiche und dann eine Art Schlußwort, nämlich der Geist, in dem dieses zu geschehen hat. (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl:* Ja, das gibt einen Sinn.) Wo man auch nochmal aufnimmt den Gedanken, Politik ist nicht nur eine Faktenbildung, sondern Politik muß die Menschen da ansprechen, wo die vom Gefühl her den Umgang suchen.

Kohl: Lothar, in der Sache, glaube ich, sind wir völlig klar. Der einzige Punkt ist eben, daß es ein etwas kümmerliches Kapitel ist, sozusagen als Gegenstück zu Präambel ist das wenig. Das wäre sofort ein Vorschlag, auf den ich eingehen könnte.

Dregger: Ich möchte das unterstützen, ohne Gründe anzuführen. Wir müssen aber dann trotzdem einige Formulierungen ändern, die wirklich zum Teil nicht gehen.

Kohl: Ja, darauf komme ich nochmal, jetzt bloß mal erst die prinzipielle Position.

Weberling: Ich möchte da prinzipiell widersprechen und zwar aus folgenden Gründen: Sie waren ja, wie wir auch, auf dem Kirchentag. Auf dem Kirchentag haben wir festgestellt, von der Jungen Union, RCDS und Schülerunion, daß dort ein sehr großes Bedürfnis nach diesem Thema besteht. Ich weiß nicht, wir haben vorhin uns darüber unterhalten, daß die Partei eben diskutiert und auch dann verändern kann. Warum soll man nicht das nochmal redaktionell überarbeiten mit den Themen, die jetzt kurz angesprochen werden, und dann auch dem Parteitag die Möglichkeit geben, qualifizierte Änderungsanträge reinzubringen? Ich weiß, daß die Junge Union sehr gute Dinge hat. Dieses Thema sollte man auf alle Fälle weiter vorziehen, weil es die Grundbedürfnisse der Jugend trifft. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das ist doch kein Gegensatz. Sie stellen doch Anträge auch zur Präambel. Es ist ja nur eine technische Sache, damit wir den Vorwurf abfangen, da bringt Ihr drei Seiten Subsidiarität und zehn, zwölf Seiten andere Themen.

Von Bismarck: Ich würde das nicht nur unter dem Stichwort Subsidiarität sehen, sondern ganz genau im Sinne von Lothar Späth. Mir scheint, Herr Kohl, daß wir es sehr gut machen, wenn wir am Schluß sozusagen sagen, es ist unser existentielles Ziel, und dann würde man schon gut tun, wie Sie richtig gesagt haben, eine Überschrift zu finden, oder Herr Geißler sagte das, die das ausdrückt. Also, daß wir die Kräfte der Persönlichkeit mobilisieren wollen, daß es das Hauptanliegen ist, dessen fähig zu werden. Mir scheint, das darf unter keinen Umständen wegbleiben, das muß das eigentliche Essential sein, und dann ist alles aufgefangen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich zögere etwas, nun von dem Schema abzuweichen, weil wir ja vorne auch in der Einleitung die vier Punkte haben. Und wir haben ja ein Forum. Ich würde also ungern auf das Forum verzichten, ganz im Gegenteil, (*Kohl:* Ja, das ist ja unstreitig.) das Forum muß natürlich eine Diskussionsgrundlage haben. Gut, dann ist die Frage, warum soll das Forum nicht eben dieses Kapitel als Diskussionsgrundlage haben? Man kann ja bei der Einleitung darauf hinweisen, daß es sich hier um den Entwurf einer neuen Ordnung handelt und daß diese auch ausgefüllt werden muß. (*Unruhe. Diskussion.*) Das kann man ja machen. Eine „Postambel“ sozusagen hintendran hängen, also ich weiß auch nicht, wie das aussieht, es ist ja nachher doch eine Abteilung und wird auf dem Forum richtig behandelt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das ist ja nicht der Punkt, Heiner. Ich sehr da auch keinen Widerspruch. Wir sind schon ein Stück weiter. (*Unruhe. Diskussion.*) Der Grund hängt an der Bildungspolitik, wenn man da sozusagen einen passenden Übergang macht, daß das ein Stück der Zusammenfassung ist, auch im Blick auf junge Generation. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist doch das Gefühl, das jeder von uns haben muß. Das haben wir doch eben hier deutlich gemerkt.

Geißler: Ich würde sagen, daß wir die Überschrift lassen.

Dregger: Da hätte ich gerne einen Klammerzusatz angefügt: „mehr Subsidiarität, mehr Solidarität“, das kann man in der Klammer sagen, dann wird es nämlich verständlicher, was gemeint ist. Manchmal sind ja Fremdworte verständlicher als die eigenen.

Geißler: Wir lassen es aber vorne, ich muß jetzt das wissen, weil ich den Antrag ja machen und zusammenschreiben muß. Wir haben ja auf der Seite 1 der Präambel, „Diese Herausforderungen können wir dann bestehen“, und dann haben wir ja Ziffer 4. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, wir machen die Zahlen weg. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ich gehe wieder der Seite nach vor, 27. Zu 4.

Von Bismarck: Ich würde vorschlagen, daß wir das ein klein wenig anders formulieren, da steht ja „Sozialstaat war die Voraussetzung für die individuelle Freiheit des Menschen“. In Wirklichkeit ist gemeint, daß durch die Schutzfunktionen, durch die Absicherung der Grundrisiken ein wesentlicher Bereich der Freiheit hinzugekommen ist. Und das zweite ist, da stellt sich das andere auch richtiger dar, heute greift der Staat immer mehr in alle Lebensbereiche ein und schränkt die persönliche Freiheit ein. Ich habe mir erlaubt, eine kleine Formulierung zu machen, damit die beiden Dinge im richtigen Verhältnis stehen. Das ist nur nicht gut formuliert. Dann würde ich nicht von der „neuen gesellschaftlichen Ordnung“ sprechen, das ist, glaube ich, nicht gemeint, sondern diese Fehlentwicklung muß gestoppt werden, damit unsere Demokratie überhaupt ihre freiheitliche Ordnung behält. Ich habe das formuliert. Wenn ich soll, lese ich es vor.

Friedrich Vogel: Ich habe eine sehr große Achtung vor dem Sozialstaat. Nur, daß der Sozialstaat die Voraussetzung für individuelle Freiheit ist, halte ich allerdings für falsch. Es ist eine Voraussetzung, vielleicht kann man auch sagen „Der Rechts- und Sozialstaat“.

Kohl: Ja, ich glaube, das ist ganz wichtig. „Der Rechts- und Sozialstaat“.

Wex: Ansonsten ist, rein methodisch auch vom Staat nur im negativen Sinne die Rede hier, über den Einfluß des Staates. Ich halte diese Trennung oder Zusammenführung für ganz wichtig, denn hier steht nur „der Staat“. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ich meine, es ist ja klar, was mit dieser Präambel gesagt werden soll, es ist die Begründung dafür, daß wir wieder mehr subsidiär die Dinge delegieren, eben auf den

einzelnen, auf die Familie, auf die gesellschaftlichen Kräfte; es ist sozusagen auch eine Aussage, der Staat hat ja auch seine Funktion gehabt. Und zwar seine positive Funktion. Und zwar durch die sozialstaatliche und die rechtstaatliche Ordnung, die geschaffen worden ist.

Kohl: Bei mir fängt das Bedenken im ersten Satz an, ist es wirklich „die große politische Aufgabe des vergangenen Jahrhunderts“? (*Unruhe. Diskussion.*) Da habe ich Zweifel. Die Durchsetzung des Rechtsstaats, die Grundrechte halte ich für wichtiger als das. (*Unruhe. Diskussion.*) Nein, das ist schon wichtig. Das eine ist die Voraussetzung von anderen.

Griesinger: Herr Vorsitzender, was mir immer wieder fehlt in all den Dingen, auch bei den Kindern, bei der Familie auf Seite 28, wo das Erziehungsrecht der Eltern drinsteht, warum haben wir nicht den Mut, auch mal von den Pflichten zu reden? Immer wieder machen wir den gleichen Fehler. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Aber das können wir doch reinschreiben. Das kommt noch. Also, noch einmal. Das ist ja eine sehr prinzipielle Frage auch unseres Geschichtsverständnisses, das ist ein total verkürztes Geschichtsverständnis. Denn die Reihenfolge muß ich entschieden ablehnen, das, was hier steht. Das entspricht weder der Geschichte noch unserem Verfassungsverständnis. Die Einführung des Rechtsstaats, der freien, geheimen und direkten Wahlen, war die Voraussetzung für das andere und nicht umgekehrt. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja sicher, Grundrechte. (*Geißler:* Das ging parallel.) Nein, Entschuldigung, Bismarck hat doch in der Sozialpolitik eine Unmenge Dinge gemacht und trotzdem in Preußen das Wahlrecht einbehalten. Das wollen wir doch mal festgestellt haben. Theoretisch kannst Du doch eine Diktatur machen mit einem ungeheuren Maße an sozialen Möglichkeiten, denk nur mal an die Emirate und so, aber gleichzeitig gibst Du keine bürgerlichen Freiheiten.

Geißler: Ja, gut, aber umgekehrt ist es natürlich genauso. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das steht nicht da. Das muß gelöst werden. Ich halte das für den falschen Ansatz, wenn das so verkümmert da steht.

Späth: Vielleicht kommt durch diesen Begriff der „Ausbeutung“ des Industriearbeiters ein Touch rein, der im Grunde ein psychologisches Gewicht gegen die eigentliche Fragestellung bringt. Deshalb würde ich auch sagen, zunächst einmal ist der Rechtsstaat geschaffen worden, nämlich die Grundrechte des Menschen, die Sicherung dieser Grundrechte. Das würde ich genauso beschreiben. Dann kam die Frage der sozialstaatlichen Sicherung, d. h. dadurch, daß Grundrechte des Menschen durch die sozialen Leistungen abgesichert wurden, konnte sich der Mensch entfalten unter dem Schutz des Rechtsstaates und dann unter der Absicherung des Sozialstaates. Und jetzt kommt die Gefahr, das ist das, was der zweite Absatz beschreibt, mehr und mehr entwickelt sich die Gefahr, daß der perfekte Staat wieder das freiheitliche Moment des Menschen immer mehr durch Zugriff einengt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, geschichtlich ist es parallel gelaufen. (*Kohl:* Es ist nicht parallel gelaufen, Entschuldigung! – *Unruhe. Diskussion.*) Das eine hängt vom anderen ab. Die Kinderarbeit ist beseitigt worden, die Frauenarbeit ist beseitigt worden. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, damit das klar ist. Das bleibt in der Sache nicht dahingestellt. Dieser Text ist so für mich nicht akzeptabel! Damit das ganz klar ist. Er ist historisch falsch, er ist auch von unserer Staatsphilosophie her falsch. Wir machen doch nicht eine Sache, die unter

völlig anderen Perspektiven steht, da müssen wir noch in eine Marxismus-Diskussion reingehen, da kommen wir gleich der Sache näher. Aber das ist nicht unsere Vorstellung, das ist weder unser Geschichtsbild noch unsere Geschichtsphilosophie.

Also, wir stellen das in einer vernünftigen Weise um, wie wir das gesagt haben; das ist also sozusagen der Punkt, der sich daraus ergibt. Aber die Freiheitsrechte, die Verfassungsrechte, der erste Punkt muß vorausgestellt werden. Und dann zu dem letzten Punkt, zum zweiten Abschnitt, da hat Lothar Späth praktisch noch einmal jetzt den Zusammenhang gemacht. Und jetzt stellt sich wirklich die Frage, wenn wir das auf die Jetztzeit bringen, wo man den Satz von Frau Griesinger über die Rechte und die Pflichten am besten einarbeitet. Ob das nicht sogar da mit hineingehört?

Geißler: Darf ich mal folgenden Vorschlag machen, gerade weil es so wichtig ist, muß der Satz ja sitzen. Wenn man sagt, lassen wir doch die Sache mit dem Industriearbeiter und der privaten Willkür weg und sagen: „Es war die große politische Aufgabe des vergangenen Jahrhunderts, durch eine neue rechts- und sozialstaatliche Ordnung dem einzelnen Grundrechte, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit“ usw., dann ist das Problem weg.

Neumann: Herr Geißler, ich habe Bedenken. Mit der Aufgabe wird ja der Eindruck erweckt, als wäre dies alles erreicht. Es soll doch Folgendes gesagt werden, sagen wir mal, bis 1969 haben wir alles erreicht. (*Unruhe. Diskussion*) Ja, es steht hier: „Es war die große Aufgabe des vergangenen Jahrhunderts“, und dann kommt das alles. Das ist ja in dem vergangenen Jahrhundert im Prinzip alles nicht gelaufen, sondern vollzogen worden ist es im wesentlichen im 20. Jahrhundert. Sie meinen doch in diesem Absatz, daß es bisher erreicht worden ist, Zug und Zug, bis zum heutigen Tag. Und dies wird gefährdet. Das ist die Gegenüberstellung. Und die Quellen liegen zwar im vergangenen Jahrhundert, aber die meisten Dinge sind nicht da vollzogen worden, sondern zum Teil erst nach 1947. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, das kann man doch so formulieren, daß das mit einbezogen ist. Ich meine, man kann natürlich auf die ganze Einleitung verzichten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Aber das ist ein zeitlicher Hinweis, der berechtigt ist.

Griesinger: Das muß man jetzt ja nicht ausformulieren, aber Rechte und Pflichten sollten mit rein. Dann noch eine Bitte: Wir haben doch in den 20 Jahren Adenauer/Erhard immer deswegen ein Stück weit mehr Erfolg gehabt als die Sozialisten, weil wir Wirtschaft und Finanzen als eine Einheit gesehen haben und nicht unabhängig voneinander.

Kohl: Frau Griesinger, das steht vorne im Text drin. – Also, jetzt zu I, da war eine Wortmeldung vorher, die habe ich zurückgestellt.

Dregger: Ja, ich habe ja einen Vorschlag zu Ziffer I.1 gemacht. Es heißt da im ersten Satz, „in der die Person mehr gilt als das Kollektiv“, was ist damit gemeint? Die Gemeinde? Der Staat? Das Volk? Da kann man nicht sagen, daß der einzelne mehr wäre. Und dann heißt es: „Die Gemeinschaft freier Menschen muß stets Vorrang haben vor der staatlichen Organisation.“ Nun, unser Staat ist eine Gemeinschaft freier Menschen, die natürlich organisiert ist. Das waren also meine Bedenken, und deswegen verweise ich auf mein Papier Seite 4 oben: „Wir wollen in einer Welt leben, in der die Person nicht untergeht im Kollektiv. Die Initiative freier Menschen muß Vorrang haben vor bürokratischer Gängelung.“

Schwarz-Schilling: Na ja, so gesehen ist es immer so, daß die Dinge nachher unterschieden werden in der Unantastbarkeit der Würde des einzelnen und nachher ist das letzte Kriterium, daß die Menschenrechte und einzelne Personen ihr Recht wahrnehmen. Wenn wir das jetzt gleichstellen mit Gemeinschaft, dann können doch sehr komplizierte Zusammenhänge entstehen. (*Dregger:* Herr Schwarz-Schilling, Sie müssen ja bereit sein, Ihr Leben zu geben im Krieg für Ihr Vaterland.) Ja, aber für Rechte, die dem einzelnen zustehen. (*Dregger:* Sie müssen sich selbst opfern als Individuum für die Gemeinschaft.) Das hat damit nichts zu tun. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dregger: Also, die Person gilt nicht mehr als die Gemeinschaft. Person und Gemeinschaft haben ihren Eigenwert und sind in Beziehung zueinander zu sehen. Aber man kann nicht den einen gegenüber dem anderen verabsolutieren.

Kohl: Herr Dregger, ich muß nochmal fragen. In dem Text hier steht: „Wir wollen in einer Welt leben, in der die Person mehr gilt als das Kollektiv.“ Und Sie schreiben: „Wir wollen in einer Welt leben, in der die Person nicht untergeht im Kollektiv.“ Was ist der Unterschied? (*Dregger:* Ja, jetzt kommt ja der nächste Satz.) Ja, da schreiben Sie: „Die Initiative freier Menschen muß Vorrang haben vor bürokratischer Gängelung.“ (*Unruhe. Diskussion.*) Also, der zweite Satz ist eine Verbesserung, aber der erste Satz ist doch nahezu gleich.

Dregger: Mich hat gestört der erste und zweite Satz im Zusammenhang. Da ist der Begriff „Kollektiv“ dann konkretisiert worden in „staatliche Organisation“. Und dann erhielte ja der erste Satz einen Sinn, den wir jedenfalls nicht wünschen können.

Geißler: Nur zur Erläuterung. Ich finde schon, daß der erste Satz richtig ist, auch von unserem Verständnis her. „Wir wollen in einer Welt leben, in der die Person mehr gilt als das Kollektiv.“ Die Gemeinschaftsbezogenheit steht dem ja nicht entgegen. Der Mensch hat eine Sozialnatur. Das ist richtig, d. h. er hat Pflichten gegenüber den anderen, er hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft. Aber selbstverständlich ist er in seiner Würde unantastbar, und auch die Gemeinschaft kann ihn in seiner Würde nicht verletzen. Er hat Grundrechte und Pflichten. Das ist die Sozialnatur, die sich äußert in Pflichten gegenüber den anderen und gegenüber der Gemeinschaft. Der zweite Satz und der dritte gehören eigentlich zusammen. Der zweite Satz kann nicht richtig verstanden werden ohne den dritten. Es ist ja im Grunde genommen die Definition des Subsidiaritätsprinzips. Was der einzelne, die Familie oder private Initiativen leisten, darf der Staat nicht an sich ziehen. Das steht da.

Kohl: Nein, das steht nicht da. Da steht: „Die Gemeinschaft freier Menschen“. (*Geißler:* Der letzte, der dritte Satz.) Ich rede aber vom zweiten. Alfred Dreggers Vorstoß geht vor allem gegen den zweiten Satz, und der ist völlig berechtigt, denn der zweite Satz, der hier steht, ist nicht haltbar. Auch nicht aus unserem Staatsverständnis. Da heißt es: „Die Gemeinschaft freier Menschen muß stets Vorrang haben vor der staatlichen Organisation.“ Liebe Leute, das heißt nämlich nicht mehr im Schulsystem die Gleichwertigkeit der freien Schule, sondern Vorrang der freien Schule. Das können wir doch nun wirklich nicht als Politik der CDU statuieren! Ich bin also wirklich dafür, daß die Schulen in freier Trägerschaft ihre gute Chance haben, aber das heißt doch praktisch die uralte Diskussion der letzten zehn Jahre in anderem Gewande – das ist für mich nicht neu, wenn ich mir die Autoren vorstelle –, daß die Gesellschaft den Vorrang hat vor dem Staat. Das ist effektiv falsch! Das ist ein kümmerlicher Staat. Das ist ein Nachtwächterstaat, den wir

hier proklamieren. Das ist nicht der Staat des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Der dritte Satz wird dann in Ordnung, wenn man den Dreggerschen zweiten Satz nimmt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Darf ich mal einen Vorschlag machen? (*Kohl:* Wir haben ja einen Vorschlag, Lothar.) Das ist zu wenig, der ganze Bezug. Ich würde beginnen mit dem Satz: „Wir wollen in einer Welt leben, in der sich der Mensch“ – oder – „die Person selbstverwirklichen kann in ihrer Individualität und in ihren sozialen Bezügen.“

Kohl: Das ist wieder etwas anderes, mein Lieber. (*Griesinger:* Hören Sie doch mal auf mit der Scheißselbstverwirklichung! Das ist der größte Scheiß! – *Unruhe. Diskussion.*) Ich bin der Meinung von Frau Griesinger, und daß sie das hier so sagt, finde ich gut, dann können wir auch wieder deftiger reden. (*Heiterkeit.*) Lothar, das ist doch ein schöner klarer Satz: „Wir wollen in einer Welt leben, in der die Person mehr gilt als das Kollektiv.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Bismarck: Einen Moment mal, es haben ja immer die Herzöge das Wort vor den kleinen Leuten, aber heute will ich mal durchsetzen, daß ich wirklich drankomme, wenn ich drankommen soll. Herr Vorsitzender, Herr Dregger hat recht. Was Herr Dregger sagt, ist richtig. So einfach können wir die Verhältnisse zwischen der Person und dem Kollektiv nicht formulieren, daß das eine mehr gilt als das andere. Ich habe jetzt keine perfekte Formulierung, aber das muß man ausräumen. Das gibt immer ein schiefes Bild. Es ist Geben und Nehmen. Die Kollektive sind dazu da, dem einzelnen Schutz zu geben oder seine Möglichkeiten zu stärken. Sie sind aber kein Selbstzweck. Alle diese komplizierten Beziehungen können wir in einem solchen Satz, da hat Herr Dregger recht, so nicht ausdrücken. Ich warne uns vor diesem Satz, der ist nicht zu Ende gedacht.

Friedrich Vogel: Man sollte mal versuchen, den ersten Satz zu formulieren: „Wir wollen in einer Welt leben, in der die Person mehr gilt als die Gemeinschaft.“ Und dann sehen wir genau, wie falsch das ist. Wenn wir jetzt sagen würden, „in der die Person mehr gilt als die Gemeinschaft“, auf Deutsch übersetzt, dann stellen wir fest, daß das so nicht mehr geht. Ich habe die Sorge, daß wir hier eine Diskussion um das Staatsverständnis führen müssen. Ich glaube, das muß also nochmal sehr sorgfältig überdacht werden. (*Unruhe. Diskussion.*) Was gemeint ist, teilen wir ja wahrscheinlich alle. Nur, wir müssen es so formulieren, daß unser Staatsverständnis dabei auch noch in Ordnung ist.

Kohl: Ich finde nach all dem, ist der Vorschlag vom Alfred Dregger der beste bis jetzt. „Wir wollen in einer Welt leben, in der die Person nicht untergeht im Kollektiv. Die Initiative freier Menschen muß Vorrang haben vor bürokratischer Gängelung.“ Das ist nämlich etwas anderes. Also, Vorschlag Dregger übernehmen plus den letzten Satz in der Vorlage. Einverstanden? (*Zustimmung.*)

Geißler: Dann würde ich aber doch eher vorschlagen, weil das nun dem Gesamtkapitel angepaßt ist und angemessen ist, daß wir ganz einfach die Ziffer 17 des Grundsatzprogramms übernehmen. Ich darf mal vorlesen: „Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität. Deshalb muß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben.“

Kohl: Man kann ja ruhig sein eigenes Programm zitieren. Hätten wir das gleich hingeschrieben, hätten wir uns die ganze Debatte gespart. Einverstanden? (*Zustimmung.*)

Weiter noch zu 27? Keine Fragen. Seite 28.

Griesinger: Bei 28, Ziffer 4 würde ich mich fragen, ob das wirklich im vollen Bewußtsein von uns allen mitgetragen wird, daß die CDU Bürgerantrag und Bürgerbegehren fordert. Wollen wir denn die Verantwortung der Gemeinderäte so aushöhlen, daß wir jetzt Bürgerbegehren so stark offiziell verankern und hineinheben?

Friedrich Vogel: Ich wollte auch meinerseits den Punkt 4 ansprechen. Das, was hier gewollt ist, eine überschaubare Gemeinde zu bekommen, ist sicher richtig, und wir müssen uns dabei bewußt sein, daß wir durch die kommunale Gebietsreform allerorten die überschaubare Gemeinde zerstört haben. Die Frage ist, wie wir das, was wir an Verlust an bürgerschaftlichem Selbstverwaltungsengagement haben, wiederkriegen. Und das kriegen wir mit Sicherheit nicht wieder über Bürgerversammlung und Bürgerantrag und Bürgerbegehren, da werden wir im Gegenteil eher einen Verlust an Bereitschaft haben, sich in Gemeinderäten zu engagieren. Ich könnte mir vorstellen, etwa das Problem anzusprechen der weiter ausgestalteten Bezirksverfassungen in Großstädten. Beispielsweise. Da besteht die Möglichkeit, wieder zu mehr Engagement der bürgerlichen Selbstverwaltung zu kommen.

Kohl: Ja, aber das ist doch kein Punkt für dieses Programm. (*Friedrich Vogel:* Ja, ich sage ja nur, wenn man es ansprechen will. – *Unruhe. Diskussion.*) Können wir wirklich streichen, ist entbehrlich. Will dazu noch jemand etwas sagen?

Weberling: Nur ganz kurz, mit dem ersten Satz bin ich vollkommen einverstanden. Damit wir ein bißchen Sprengstoff in die Diskussion bekommen, wäre es doch ganz sinnvoll, daß die CDU die Auflösung von bürgerfernen Großgemeinden fordert. Das ist eine alte Forderung, die auch von mehreren Kreisen vertreten wird. Da sollten wir den Mut haben zu sagen, das haben wir falsch gemacht, und aufzulösen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also den Schuh ziehe ich mir natürlich nicht an, wenn ich jetzt pauschal die Auflösung von Großgemeinden wieder verlange. Es gibt Großgemeinden, die sich absolut bewährt haben. (*Weberling:* „Bürgerferne Großgemeinden“) Ja, aber wie definiere ich denn „bürgerfern“, aus welcher Sicht?

Weberling: Manche Großgemeinden sind zusammengewachsen, da paßt das, die sind nicht bürgerfern. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dregger: Also, ich habe die Großgemeinden schon bekämpft, als sie eingeführt wurden. Jetzt sind sie da. Ich glaube, es ist nicht gut für die Verwaltung von Bürgern, wenn wir sie einem ständigen Veränderungsstreß unterwerfen. Jetzt wollen wir erstmal abwarten und nicht gleich wieder auflösen. Stellen Sie sich mal vor, was das kostet und welche Konsequenzen das hat.

Kohl: Okay, also, ich schlage vor, daß wir das „bis Trägerschaft“ so lassen und dann „die CDU fordert“ streichen. Ja? (*Zustimmung.*) Weitere Wortmeldungen? Da ist beispielsweise drin für Baden-Württemberg, Lothar, daß der Föderalismus nicht hängen bleibt zwischen Bonn und Stuttgart, sondern weitergegeben wird nach Heidelberg. (*Späth:* Das machen wir! – *Heiterkeit.*) Seite 29!

Dregger: Zu Ziffer 7 habe ich einen Vorschlag gemacht. Dabei ist mir ein Punkt wichtig, der über die Formulierung hinausgeht. Ich glaube, man kann nicht sagen, daß die Beamten die Gesetze des Staates nicht gegen die Bürger, sondern für die Bürger anzu-

wenden und auszulegen haben. Wir haben ja solche Auslegungsmethoden bei den Sozialisten. Gesetze sind ihrem Sinn und Zweck nach zu interpretieren und auszulegen, und man kann nicht sagen, weil es jetzt im Interesse ist; nach meiner Auffassung ist es ein Mißverständnis.

Kohl: Was gemeint ist, ist klar, aber es ist mißverständlich. (*Unruhe. Diskussion.*) Laßt uns doch nicht behaupten, das sei eine Sache der Sozialisten, das ist eine Sache der Bürokraten. Wenn sie mal eine Straßenbauverwaltung sehen, wie die sich Gelände verschafft, um Straßen zu bauen, da kümmert sie der Rechtsstaat überhaupt nicht. Da gehen sie erst rein und dann bauen sie und dann prozessieren sie mit dem Mann, der nicht viel Geld hat, vor jedem Gericht elf Jahre, bis der dann sein Geld kriegt für den Autobahnbau. Das ist damit gemeint. Aber es steht so nicht da. Also, das ist eine Sache der Bürokratie, ob die schwarz oder rot ist. (*Unruhe. Diskussion und Heiterkeit.*) – Weitere Wortmeldungen zu 29?

Zeitel: Im vorletzten Absatz finde ich diese Gegenüberstellung logisch bis auf die letzte Formulierung, „unternehmerische Initiative und soziale Verantwortung für den Schwächeren“. Da steht der Unternehmer gegenüber den sozial Schwächeren. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist nicht sehr glücklich.

Kohl: Da hat er recht. „Unternehmerische Initiative“ gehört getrennt.

Späth: Laßt uns doch mal sehen, wenn der Heiner Geißler es durchguckt, soll er doch das Thema der Partnerschaft nochmal aufgreifen.

Kohl: „Partnerschaft“ rein und dann Komma und dann das. Seite 30? – So, jetzt haben wir eine gewaltige Diskussion. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, es haben ein paar übernommen, jetzt noch sofort ein paar Vorschläge zu formulieren, vor allem dieses Kapitel Soziale Marktwirtschaft.

Geißler: Wir kriegen zwei Papiere, vom RCDS zur Hochschule und von Lothar Späth zu Seite 1.

Kohl: Sehr gut. Damit das klar ist, mir kommt es jetzt nicht auf den einen Tag mehr an, sondern daß das sorgfältig noch einmal überschlafen und der Text mit Ruhe gelesen wird. Für den Parteitag ist jetzt der eine Tag mehr oder weniger, wenn das bis zum Wochenende rausgeht, überhaupt nicht von Belang. Also das ist meine dringende Bitte, laßt Euch die Zeit, das sorgfältig zu lesen. Das ist viel wichtiger, als daß es einen Tag früher ankommt. Die gewaltige Lesearbeit der Parteitagsdelegierten findet immer noch statt.

Ich gehe jetzt davon aus daß das, was wir jetzt gemeinsam in einer freundlichen Atmosphäre, teilweise mit lustigem Zwischenspiel, aber mit sehr ernsthaften Überzeugungen erarbeitet haben, jetzt von uns aus als der Vorschlag des Bundesvorstands rausgeht. Freibleibend ist natürlich, daß jedermann, der dazu antragsberechtigt ist, seine Anträge stellt. Aber, ich bitte mir noch einmal aus, ich habe das vorhin ja freundlich gesagt, daß die Anträge natürlich in einer Weise gestellt werden, daß nicht das Vorhandene geschmäht wird. Sonst kann man nicht miteinander arbeiten. Sonst muß ich darauf bestehen, daß wir dann jeweils öffentlich kundtun, wer alles wo mitgestimmt hat. Das habe ich irgendwo satt, daß wir immer Besprechungen machen, und anschließend bietet dann die Partei und ihr Vorsitzender für jedermanns öffentliche Selbstdarstellung den Reibebaum dar. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich sage das unentwegt, man kann das nicht oft genug sagen. Das gilt auch für den Parteivorstand. Also, meine Bitte ist eben, das zu überlegen.

Zweiter Punkt ist, daß man bei den Vorschlägen, die noch auf dem Parteitag kommen, jetzt versucht, sich auf das Wesentliche zu beschränken. Es hat wenig Sinn, jetzt jede stilistische Problematik auf dem Parteitag zu bringen. Ich wäre froh, wir hätten so ein paar Schwerpunkte. Schulpolitik, da haben wir so ein paar Punkte gehabt. Würden wir eine gute hochkarätige Diskussion bekommen, das bringt uns sehr viel mehr, als wenn wir dann nochmal eine Redaktionskommission qua Parteitag machen. Also, das ist meine Bitte, das muß dann auch der Auftrag der Kommission sein. – So, jetzt müssen wir noch über den Termin beschließen.

Geißler: Wir müssen die Antragsfrist verkürzen für den Parteitag, damit muß der Bundesvorstand sich einverstanden erklären, und dann muß sozusagen auf dem Parteitag selber, wie wir das jetzt schon zweimal gemacht haben, der Parteitag diese Verletzung der Geschäftsordnung heilen, indem er nachträglich dieser Verkürzung der Antragsfrist zustimmt.

Die Geschäftslage sieht dann so aus: Wenn wir die Antragsfrist verkürzen, von uns aus gesehen verlängern, auf den 19. Oktober, dann wären wir mit der Sache fertig. Die Antragskommission tagt am 26. Oktober ganztägig, und wir könnten dann am Dienstagabend, dem 27., die Synopse an die Delegierten verschicken. Die haben sie dann am Mittwoch oder am Donnerstag. Da soll es jetzt aufs Geld nicht ankommen, das kann man auch mit Eilboten machen, und dann haben die Delegierten spätestens am Donnerstag die Synopse und können sich das dann über das Wochenende angucken; der Parteitag beginnt ja am 3. November, also am Dienstag. So wäre der Zeitplan. Ich glaube, mehr kann man nicht machen, die Zeit brauchen wir. Bis zum 19. sollten die Leute fertig sein.

Kohl: Gut, darf ich davon ausgehen, daß das Ihre Zustimmung findet? Gut, weiter. – Jetzt haben wir noch die Satzungsänderung. Das Problem habe ich ja eingangs erläutert, daß wir den unguten Zustand haben, daß immer – immer ist falsch –, in der Regel entweder der Hamburger Vertreter oder der Bremer Vertreter gewählt wird, aber einer dann jeweils rausfliegt. Sie wissen, die anderen Parteien haben eine Regelung, daß das prinzipiell gewährleistet wird. Ich plädiere nachdrücklich dafür, das zu tun. Ich will es jetzt tun, weil wir keine Wahl haben. Wenn eine Wahl ist, brauchen wir nicht darüber zu reden, dann kommen ja die ganzen Interessenlagen rein. Es gibt ein paar Vorschläge. Wollen Sie selber dazu mal etwas sagen, einer von Ihnen beiden? Zu den Vorschlägen?

Echternach: Ja, ich kann dazu sagen, daß wir im Kreis der norddeutschen Landesverbände das besprochen haben und daß der Vorschlag, der relativ am wenigsten verändern würde, der wäre, wenn man die 20 Beisitzer in zwei Wahlgängen wählen würde, d. h. in einem ersten Wahlgang die Organisationen in den einzelnen Bundesländern auffordern würde, je einen Vorschlag zu machen – das entspricht dem FDP-Modell, das die FDP so verankert hat –, und dann in einem zweiten Wahlgang die restlichen Beisitzer frei gewählt würden wie bisher. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Der Vorschlag ist gesetzt. Der Vorschlag ist de facto so: Jeder Landesverband schlägt einen vor. Wenn der Parteitag dem X 50 Prozent der Stimmen gibt, das passiert natürlich für jeden Landesverband, das ist kein Bremer oder Hamburger Problem, gut. Wenn der Gesetzte nicht gewählt wird, ist er natürlich nicht gewählt. (*Späth:* Aber gut, ich glaube, das wäre das geringere Risiko.) Ja, das finde ich auch.

Späth: Also, das würde ja mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, daß in der Regel

jeder durchkommt oder daß das schlechte Gewissen ausreicht, um ihn im zweiten Wahlgang zu wählen.

Echternach: Das würde die FDP-Regelung in etwa übernehmen. Es gibt eine Besonderheit, die wir haben, oder zwei Besonderheiten. Nämlich, daß wir in NRW und in Niedersachsen mehr Landesverbände als Bundesländer haben. Und deswegen müßte auch die CDU in den Bundesländern aufstellen, was entweder die Landesverbände oder dort, wo in einem Bundesland mehrere Landesverbände zusammen sind, dann gemeinsam machen.

Späth: Also, wir tragen das mit. Auf Landesverbände aufzuschlüsseln, geht nicht. *(Unruhe. Diskussion.)*

Kohl: Nein, das geht gar nicht. Ja, gut, wenn Sie auf Landesverbände abstellen, dann müssen wir nur die Zahl erhöhen. Ja, Moment, wenn wir auf Landesverbände erhöhen, dann würde das natürlich bedeuten, daß die Zahl nicht stimmt. Dann muß man die Zahl der Landesverbände betrachten, und da habe ich ein Problem. Das Problem ist überhaupt nicht in NRW, sondern das Problem ist in Niedersachsen. Niedersachsen hat keine drei Landesverbände, das ist eine rein nominelle Geschichte, das ist der Punkt. Ist das klar? *(Unruhe. Diskussion.)* Also, daß in NRW das Rheinland und Westfalen Landesverbände sind, bestreitet ja kein Mensch. Aber, daß Oldenburg, Braunschweig, Hannover drei Landesverbände sind, das können wir nicht machen. Das geht nicht. *(Unruhe. Diskussion.)*

Echternach: Die Alternative wäre dann, daß man sagt, 22 Beisitzer, wenn man NRW getrennt machen will, und dann sagt man, elf Landesverbände bzw. die CDU in Niedersachsen müßten dann ausdrücklich in der Satzung genannt werden, zehn Landesverbände plus CDU in Niedersachsen.

Geißler: Also, ich glaube, man muß auf die Ratio der Sache zurückkommen, und dann löst es sich eigentlich relativ einfach. Das Problem besteht doch darin, daß wir im Bundesvorstand das Interesse haben, daß die CDU eines jeden Bundeslandes vertreten ist. Es ist nicht gut, wenn ein Bundesland im Bundesvorstand nicht vertreten ist. Deswegen kann man es durchaus rechtfertigen, daß man, das tut Nordrhein-Westfalen gar keinen Abbruch, glaube ich, einfach zunächst mal die Vertreter der elf Bundesländer in den Bundesvorstand wählt. *(Kohl:* Das geht nicht gut. Das kann man auch wirklich nicht vertreten. Das finde ich psychologisch nicht gut. – *Unruhe. Diskussion.)* Aber das ist der Sinn der Sache. Und dann kommen die anderen.

Kohl: Nein, das Problem muß eher gelöst werden bei Niedersachsen als bei Nordrhein-Westfalen. Das sind ja nun wirklich Landesverbände. Das ist unser Problem. *(Unruhe. Diskussion.)* Die Partei hat ja da gar keine Probleme bei der ganzen Sache.

Späth: Ich meine nur, wenn alle Landesverbände bereit sind, das mitzutragen, daß quasi in der ersten Wahlrunde gesetzt wird für jedes Land einen, dann geht es doch, dann lassen wir den Vorschlag. *(Unruhe. Diskussion.)*

Schwarz-Schilling: Wenn Sie jetzt zehn beziehungsweise elf haben, die Sie jetzt zunächst einmal nominieren, dann fallen ja jetzt zwei raus. Wenn Sie jetzt so vorgehen, daß zum Beispiel die Landesverbände Persönlichkeiten nominieren auf der einen Seite und dann auf der anderen Seite die verbleibenden, sagen wir mal die ganz großen Politiker der Spitzenklasse dann dazukommen, dann haben diejenigen, die jetzt nicht als Landesvorsitzende oder Ähnliches gesetzt sind und die anderen, die jetzt nicht, sagen wir mal Ministerpräsident oder Bundesminister sind, dann überhaupt keine Chance mehr. Das muß

man doch mal ganz deutlich sagen. So lange zumindest, wie Sie nicht um diese zwei erhöhen nach der heutigen Situation. Ich spreche jetzt pro domo. (*Unruhe. Diskussion.*) Der Kollege Vogel und ich, wir fallen jeweils raus, wenn in Hamburg und Bremen gewählt wird. Immer. Weil dann die Solidarität zu den beiden vollkommen berechtigt ist, die beiden müssen gewählt werden. (*Kohl: Da ist etwas Wahres dran.*) Ja, und dann, wenn die keine Wahl haben, dann sind wir wieder drin. (*Unruhe. Diskussion.*) Das würde also jetzt praktisch dazu führen, daß wir beide eben rausfallen, es sei denn, wir würden für die Partei nominiert werden, und das wird sicherlich nicht der Fall sein.

Kohl: Wir haben noch Alternative drei, das wäre die Änderung des Statuts Paragraph 29, Absatz 2, folgende Ziffer 6 ergänzt: „Soweit die CDU in einem Bundesland nicht bereits durch eines ihrer Mitglieder im Bundesvorstand vertreten ist, den Vorsitzenden der betreffenden Landesverbände.“ (*Unruhe. Diskussion.*) Ja nun, es ist ja so, das heißt sehr konkret, damit da kein Zweifel aufkommt, jetzt lassen wir mal Personen weg, wenn aus Hamburg einer im Bundesvorstand ist, dann ist der Landesvorsitzende nach der Bestimmung nicht drin. Von Hamburg ist dann einer drin. Wenn von Hamburg keiner drin ist, ist er im Bundesvorstand drin. Damit das ganz klar ist, das bedeutet nicht zwei. Damit da kein Irrtum aufkommt. (*Unruhe. Diskussion.*) An irgendeiner Ecke hängen wir fest. (*Unruhe. Diskussion.*) Das Beispiel ist ja kein Problem von der Person, aber Christian Schwarz-Schilling hat schon recht. Wenn ich die ganzen Parteitage überdenke, gibt es jedes Mal so ein Problem bei den Kleinen, und, machen wir uns doch nichts vor, wir hatten auch schon mal die Situation an der Saar, Herr Scherer, Sie erinnern sich, man kann das nicht bloß auf die zwei Länder beziehen, und in Berlin waren wir auch schon mal in einer ganz anderen Lage. Wir können uns nicht darauf verlassen, das wird jetzt unter Bremen und Hamburg behandelt, aber das ist eigentlich nicht wahr. Wir können uns bei den gewaltigen Unterschieden der Mitgliederstruktur der Delegierten nicht darauf verlassen, daß das läuft. Und ich neige eigentlich dazu, daß wir einen Vorschlag ausarbeiten nach der Lösung drei, die ich eben vorgetragen habe.

Von Bismarck: Ich möchte noch eine Bemerkung machen, damit die Kollegen das alle verstehen. Das ist ja ein prinzipieller Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und uns. Bei uns machen die beiden stehengebliebenen Landesverbände Braunschweig und Oldenburg ungefähr das Verhältnis wie zwei zu sechs von den anderen aus. Das ist natürlich ein völlig anderes Verhältnis als in Nordrhein-Westfalen.

Kohl: Das kann man gar nicht vergleichen! Die zwei Landesverbände bei Euch sind anderswo kleine Bezirksverbände. (*Unruhe. Diskussion.*) Das hängt mit der Geschichte und mit jener geforderten Führungskraft, die alle Welt in der Partei vom Bundesvorsitzenden verlangt, zusammen. Damit das im Klartext ausgesprochen ist! Damit hängt es zusammen! Als ich Landesvorsitzender wurde, hatte ich ähnliche Verhältnisse angetroffen.

Neumann: Herr von Bismarck, wenn Sie das in Zahlen aufrechnen, ist es richtig. Aber wenn Sie die beiden Länder, gerade die CDU war ja immer eine Partei, die sich zu dem föderativen System bekannt hat, die Stimmen im Bundesrat zusammennehmen, Hamburg und Bremen, (*Unruhe. Diskussion.*) ja, ich weiß, wie die Oldenburger denken jetzt im Verhältnis zum Beispiel zu den Bremern, dann müßten wir auch einen haben. Ich wollte nur auf die Problematik der letzten Lösung, die wir diskutieren, hinweisen.

Kohl: Aber lieber Freund Neumann, wenn wir nach der Relation ausgehen, müßten die Saarländer, die relativ gesehen nach der Wählerzahl die mitgliedsstärkste Partei in der Bundesrepublik sind, dann das Doppelte haben. *(Unruhe. Diskussion.)*

Neumann: Ich wollte nur hinweisen auf die Problematik der letzten Regelung, die wir besprochen haben. Das heißt also, diejenigen, die nicht vertreten sind, kommen dann rein aus dem Landesverband. Und wenn der Landesvorsitzende unter diesen Bedingungen in Anbetracht der Delegiertenzahlen, die wir haben, die Aussicht hat, nicht gewählt zu werden, es ist ja schwer, ihm deutlich zu machen, daß er zwar in Bremen Nummer 1 ist, daß aber im 30-köpfigen Bundesvorstand kein Platz für ihn ist. Das führt natürlich dazu, daß er im Zweifelsfall nicht kandidiert. Ich will das nur mal sagen. Ja, so ist das doch! *(Unruhe. Diskussion.)* Das kann aber auch bedeuten, daß sich die Zahl beträchtlich erhöht, d. h. die Saarländer können auch sagen, das ist uns zu riskant, als Letzter durchzursutschen. Ich weise nur darauf hin. *(Unruhe. Diskussion.)*

Kohl: Na ja, im extremen Fall wären das drei Leute mehr. *(Unruhe. Diskussion.)* Neumann, wir wollen doch in der Sache helfen. Ich kann nur sagen, unter allen denkbaren Vorschlägen – das ist auch nicht der optimale – ist der Vorschlag drei doch immer noch besser.

Also, ich gehe davon aus, daß wir in diese Richtung den Vorschlag erarbeiten. Mein Vorschlag ist aber, daß wir das nicht verschicken, sondern daß wir das fertigmachen und auf dem Parteitag in Hamburg den Text vorlegen und vorher in Hamburg im Bundesvorstand besprechen. *(Unruhe. Diskussion. – Zwischenruf:* Das geht nicht wegen der Schutzfristen.) Wir können das doch auf dem Parteitag beschließen! Wenn ich zu Beginn als Parteivorsitzender den Parteitag bitte, das aufzunehmen, warum soll das nicht gehen? *(Unruhe. Diskussion.)* Moment, den anderen Punkt kann ich heute noch nicht ausformulieren. Ich habe mir etwas dabei gedacht, und ich sehe das auch überhaupt nicht ein, das steht auch nicht in der Satzung. Ich bitte mir das mal zu zeigen, wo das in der Satzung steht, daß ich das nicht auf dem Parteitag vorlegen kann. Der Parteitag ist doch Herr seiner Entschlüsse, der kann doch die ganze Satzung mit Mehrheit ändern. Steht nirgends drin, stimmt gar nicht!

Der zweite Punkt, zu dem ich auch natürlich nicht ruhe, ist meine Ankündigung von Mannheim, daß ich im Vorstand ein paar mehr noch dabeihaben möchte, wenn wir jetzt die Entwicklung so haben mit der europäischen Integration, daß wir die jetzige Lösung so fassen, daß einer der Europäer gesetzt ist. Wenn der Präsident des Europäischen Parlaments bei uns ist, lassen wir mal den Namen weg, dann halte ich es für einen unmöglichen Zustand, daß der Bundestagspräsident bei uns gesetztes Mitglied im Parteipräsidium ist und der Europäer nicht. Ich halte das für falsch. Und zwar geht es um den einen. Da geht es nicht um eine Ausweitung. Das muß bloß auch ordentlich formuliert werden. *(Unruhe. Diskussion.)*

Späth: Ich glaube, daß das nicht sensibel ist. Ich sehe da kein großes Problem. Also kooptiert.

Kohl: Eben nicht kooptiert, sondern geborenes Mitglied. Also, wir haben folgende Regelung: Wir haben im Präsidium die Regelung, daß gesetzt ist – das gilt für den Bundesvorstand und vom Bundesvorstand geht das dann auf das Präsidium über – der Ehrenvorsitzende, so wir einen haben, oder die Ehrenvorsitzenden – das ist gegenwärtig Kurt Georg Kiesinger –, der Bundeskanzler, so wir einen haben, haben wir nicht, der

Bundestagspräsident oder, wenn wir keinen Präsidenten haben, der Vizepräsident, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, soweit er der CDU angehört. Die sind gesetzte Mitglieder des Bundesvorstands, und das ist nochmal nummeriert von 1 bis 4 dann im Präsidium.

Mit der Geschichte, daß es der Bundesvorstand ist, Heiner, ist auch offenbar, daß wir nicht gegen das Parteiengesetz verstoßen, weil die Quote, was ich die ganze Zeit schon vertreten habe, angerechnet wird auf den Bundesvorstand. Wir dürfen einen Prozentsatz von gesetzten Mitgliedern haben. Das gilt für den Bundesvorstand; aber das erreichen wir nicht.

Mein Vorschlag ist, daß wir sagen – ich sage das jetzt mal noch nicht endgültig formuliert –, soweit er der CDU angehört, der Präsident des Europäischen Parlaments, oder der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin.

Von Bismarck: Es ist nicht ganz aufrichtig zu sagen, weil es ja eigentlich selten vorkommt, der Präsident und der Fraktionsvorsitzende der EVP-Fraktion, wenn er CDU-Mitglied ist.

Kohl: Das kommt überhaupt nie vor. Das kommt nie vor in der Praxis, der Präsident des Parlaments und der Fraktionsvorsitzende. (*Späth:* Entweder oder.) Nein, nein, ich bin ja nicht dagegen. Es gibt keinen CDU-Mann, der Präsident ist und gleichzeitig Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion ist. Wir sind völlig unter Zahl mit dieser Sache. (*Geißler:* Aber wir erreichen sie jetzt.) Entschuldigung, wir erreichen sie nicht. Wir erreichen sie auch nicht in der Theorie, denn die Theorie sagt ja, die Ehrenvorsitzenden, und wir haben nur einen, die Theorie sagt der Bundeskanzler, haben wir nicht.

Geißler: Einen Ehrenvorsitzenden, einen Bundeskanzler, einen Parlamentspräsidenten, einen Fraktionsvorsitzenden. Dann haben wir den Europäer. Der Bundesvorstand hat 30 Mitglieder. Das wäre nach dem Parteiengesetz ein Fünftel. Und dann haben wir mindestens noch den Bremer oder den Hamburger. Es wird ja nicht gewählt. Dann haben wir sechs.

Kohl: Das bezweifle ich ganz entschieden, daß dies parteirechtlich so ist. Die Bremer Lösung geht aus einer Wahl hervor. Bin ich ganz anderer Meinung. Im Sinne des Parteiengesetzes gehen der Bremer oder Hamburger, also wenn ich die beiden nehme, aus Urwahlen der Partei hervor. Eine Rechtsauslegung, die ich für falsch halte.

Geißler: Na gut, das können wir alles rechtlich prüfen, das brauchen wir nicht in dieser einen Minute machen.

Kohl: Ja bloß die Kollegen sollen doch wissen, wo das Problem steckt. Damit es ganz klar ist, das ist ja unstrittig, daß die jetzige Zahl stimmt. Geißler meint, die Rechtsauffassung sei falsch, daß die zwei, die sozusagen nachwachsen als Landesvorsitzende, nicht auf einem Parteitag gewählt werden sollten. Die kommen doch aus einer Wahl.

Also wir werden die beiden Anträge bringen, und ich gehe davon aus, das ist eine

richtige, vollgültige Mitgliedschaft in allem, was wir jetzt eben besprochen haben.³⁹ Ich gehe davon aus, daß sie auch dann in Ihrer Landespartei in diesem Sinne wirken.

VERSCHIEDENES

Zum Punkt „Verschiedenes“ habe ich nichts. Bitteschön.

Weberling: Die Sache mit dem RFS. Ich würde einsehen, wenn Sie das heute aus Zeitgründen nicht behandeln wollen, möchte aber dann doch darauf dringen, daß das genauso wie die Begabtenförderung bei der nächsten Bundesvorstandssitzung behandelt wird.

Kohl: Das habe ich ja gesagt. Was nützt Ihnen das denn, wenn wir es jetzt besprochen haben? Die Weisheit des Parteivorsitzenden hat den Zustand des Vorstands vorhergesehen. Ich setze es an den Anfang der Tagesordnung.

Von Bismarck: Die angekündigte Tagung der EVP-Fraktion sollte noch behandelt werden.

Kohl: Aufgrund des Einspruchs der Fraktion. Der neue Termin ist nicht auf meinem Mist gewachsen.⁴⁰ Das war in Aussicht genommen zu einem Zeitpunkt, wo irgendeine große Messe in Köln stattfindet und in der ganzen Region überhaupt kein Hotelzimmer zu bekommen ist. Und da ja in allen Ebenen, das gilt auch für die Europafraktion, die Zahl der Mitarbeiter gewaltig gestiegen ist, geht natürlich unglücklicherweise proportional die Zahl derer zurück, die mal in einen Kalender reingucken oder dankenswerterweise bei Karl Schumacher anrufen. Dann hätte man nämlich im Veranstaltungskalender unschwer erkennen können, daß zu diesem Zeitpunkt in Köln kein Zimmer zu kriegen ist; aber das ist das allgemeine Problem. Beispielsweise habe ich nie verstehen können, daß unsere Freunde aus der konservativen Fraktion des Europäischen Parlaments, statt nach Bonn zu gehen – wir hätten ihnen hier den Raum zur Verfügung gestellt und das Haus – sich in Köln in ein Hotel setzen. Wenn jetzt einer zu denen will aus Bonn, muß er jetzt ohne jeden Sinn und Verstand eine halbe Stunde Hinfahrt und eine halbe Stunde Rückfahrt in Kauf nehmen. Eine Stunde, die man viel besser in einer Sitzungswoche hier investiert hätte, aber kein Mensch ist gefragt worden. Aber das gehört halt zum Werden von Europa dazu.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

39 Auszug aus dem Ergebnisprotokoll: „Der Bundesvorstand ist damit einverstanden, dem Hamburger Parteitag Satzungsänderungsvorschläge vorzulegen, die sicherstellen, daß 1. prinzipiell alle Landesverbände durch ihren Vorsitzenden im Bundesvorstand vertreten sind, 2. die höchsten CDU-Repräsentanten des Europäischen Parlaments kraft Amtes dem Präsidium und dem Bundesvorstand angehören, um die nationalen und europäischen Aufgaben zu koordinieren. Der Wortlaut der Anträge soll auf der Bundesvorstandssitzung am 2. November 1981 in Hamburg beschlossen werden.“

40 Konferenz der Vorsitzenden der christlich-demokratischen Fraktionen nationaler Parlamente der EG-Mitgliedstaaten mit dem Vorstand der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments und dem Vorsitzenden der CD-Fraktion im Europarat am 22./23. Oktober 1981 in Köln (UiD vom 29. Oktober 1981: „Stärkere Kontakte zwischen Christdemokraten in der EG“).

Hamburg, Montag 2. November 1981

Ergebnisprotokoll¹

Vorbereitung 30. Bundesparteitag.

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Unter dem Vorsitz von Dr. Helmut Kohl bespricht der Bundesvorstand die letzten Vorbereitungen für den 30. Bundesparteitag.

Generalsekretär Dr. Geißler informiert den Bundesvorstand noch einmal über den vorgesehenen Tagungsablauf, insbesondere über die Abwicklung der Diskussionsforen mit den teilnehmenden Jugendlichen und die damit verbundenen Modalitäten.

Der Bundesvorstand beschließt einstimmig, dem Bundesparteitag Satzungsänderungsanträge zu § 29 und § 33 des Statuts der CDU, betreffend die Zusammensetzung von Präsidium und Bundesvorstand, vorzulegen (s. Anlage).

Der Bundesvorstand beschließt ferner einstimmig, dem Bundesparteitag für die Nachwahl eines Stellvertretenden Mitglieds des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit bis 6. November 1984 Herrn Karlheinz Keller² (Freiburg/Brsg.), Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe, vorzuschlagen.

Vor dem Hintergrund verschiedener Interview-Äußerungen und Zeitungsartikel einiger Unionspolitiker erklärt der Parteivorsitzende, daß er nicht zulassen werde, daß Grundfragen der CDU-Politik in Frage gestellt werden. Dr. Kohl fordert diejenigen, die eine Veränderung in den Grundlagen der CDU-Politik herbeiführen wollen, auf, ihre Meinung auf dem Parteitag zu Diskussion zu stellen und darüber abstimmen zu lassen. In dem Augenblick, wo die Regierungsfähigkeit der Union gefragt wird, müsse die Bevölkerung wissen, wo der Standort der CDU ist. In der Frage der Außen- und Verteidigungspolitik besteht der Parteivorsitzende darauf, daß am Ende des Parteitages eine klare Meinungsbildung vorliegt.

Dr. Kohl bittet darum, daß in der Öffentlichkeit nicht der falsche Eindruck erweckt wird, als gebe es in der Union diskussionsfreudige Politiker und andere, die Diskussionen unterbinden wollen.

In der anschließenden Diskussion wird insbesondere der „Zeit“-Artikel vom 30. Oktober 1981 „Friedenspolitik – Rückzug aus der Grenzsituation“ von Prof. Biedenkopf angesprochen.³ Mehrere Mitglieder des Bundesvorstandes geben ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß dieser Artikel wegen seiner nuklearstrategischen Überlegungen mit niemandem in der CDU-Führung vorher abgestimmt worden ist. Prof. Biedenkopf

1 Ein Tonbandmitschnitt der Sitzung liegt nicht vor.

2 Karlheinz Keller (1921–2012), Jurist; 1975–1986 Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe; 1979 stv. und 1983–1988 Präsident des Staatsgerichtshof Baden-Württemberg,

3 „Die Zeit“ vom 30. Oktober 1981: „Rückzug aus der Grenzsituation. Die nukleare Strategie ist auf die Dauer nicht konsensfähig.“

betont, daß sein Vorstoß in der Frage der nuklearen Abschreckungsstrategie nicht kurz-, sondern längerfristig gedacht sei und er nicht beabsichtige, den NATO-Doppelbeschluß oder die Notwendigkeit der Verteidigung in Frage zu stellen. Im Hinblick auf die Bedeutung des Themas wird beantragt, im Kreise des Bundesvorstandes intensiv über alle Fragen der Sicherheitspolitik zu diskutieren, da auf dem Parteitag für eine derart fundamentale Diskussion nicht genügend Zeit vorhanden ist. Der Parteivorsitzende schlägt vor, in einer der kommenden Bundesvorstandssitzungen die Fragen der Sicherheitspolitik als Hauptgegenstand zu behandeln. Der Bundesvorstand ist mit dem Vorschlag des Parteivorsitzenden einverstanden.

Ferner schlägt Dr. Kohl vor, die ursprünglich für den 14. Dezember 1981 vorgesehene Bundesausschuß-Sitzung zu streichen, da diese Sitzung kurz nach dem Bundesparteitag wenig sinnvoll erscheint.

Bundesschatzmeister Kiep informiert den Bundesvorstand über die Eindrücke, die er in seinen politischen Gesprächen in Moskau gewonnen hat.⁴

Anlage

Zu TOP 14 des 30. Bundesparteitages Hamburg 1981:

Der Bundesvorstand beschließt, dem 30. Bundesparteitag folgenden Antrag auf Änderung des Statuts der CDU vorzulegen:

In § 29 Absatz 2 des Statuts der CDU erhält der letzte Unterabsatz folgende neue Fassung:

„Die unter Ziffern 1 bis 4 genannten Mitglieder des Bundesvorstandes und die Ehrenvorsitzenden sowie der Bundeskanzler, der Präsident oder der Vizepräsident des Deutschen Bundestages und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie der Präsident des Europäischen Parlamentes und der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören, bilden das Präsidium.“

§ 33 Absatz 1 Ziffer 2 des Statuts der CDU erhält folgende neue Fassung:

„Dem Bundeskanzler, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes und dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören.“

§ 33 Absatz 1 des Statuts der CDU erhält folgende neue Ziffer 3:

„3. den Vorsitzenden der Landesverbände, soweit nicht dem Bundesvorstand bereits Mitglieder aus dem jeweiligen Bundesland nach Ziffern 1 oder 2 angehören.“

⁴ Kiep hielt sich vom 28.–30. Oktober 1981 in Moskau auf (vgl. TB Kiep Bd. 35; FAZ vom 31. Oktober 1981: „Kiep hat in Moskau viele Zuhörer“).

13

Bonn, Montag 23. November 1981

Sprecher: Albrecht, Barzel, Biedenkopf, Dallmeyer, Filbinger, Geißler, Gerstenmaier, Gradl, Herzog, Klepsch, Koch, Kohl, Mertes, Neumann, Radunski, Stoltenberg, Waffenschmidt, Wörner.

Politische Lage. Fragen der Sicherheitspolitik. Beschlüsse des 30. Bundesparteitages. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 15.00 Uhr

Kohl: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf unsere heutige Bundesvorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Ich will dazu gleich eine Bemerkung machen. Sie erinnern sich: Auf unserer Bundesvorstandssitzung zu Beginn des Parteitags vor vier Wochen in Hamburg haben wir die Frage einer notwendigen, intensiven und auch seriösen Diskussion des Themas Sicherheitspolitik, Westorientierung, Standort der Bundesrepublik, Neutralisierungstendenzen, alles was mit diesem Thema zusammenhängt, kurz angesprochen. Ich habe damals vorgeschlagen, daß es nützlich wäre, das im Bundesvorstand ohne Zeitdruck fortzusetzen, und die ursprüngliche Absicht war, dieses am Montag, dem 14. Dezember, zu tun. Ich war dann in der etwas schwierigen Lage, in der ich im Prinzip heute noch bin, daß unsere Terminplanung im Bundestag unter dem allgemeinen Zustand der Koalition natürlich leidet, und als ich die Einladung herausgehen ließ zur heutigen Sitzung, mußte ich noch davon ausgehen, daß wir am 14. die letzte Lesung des Haushalts haben werden, und da konnte ich natürlich hier keine Bundesvorstandssitzung durchführen. Dies ist der Grund, und ich bitte also um Nachsicht, daß wir heute über dieses Thema sprechen, wobei ich gleich hinzufügen möchte, das soll auch heute das Hauptthema sein. Ich möchte nur ganz wenige Bemerkungen zur Lage machen und bitte sehr um Ihre Unterstützung, daß auch Sie nur wenige Bemerkungen zur Lage machen, so daß wir dann gleich zu diesem Thema kommen, damit es heute intensiv hier diskutiert werden kann.

Wir haben dann noch auf der Tagesordnung stehen „Ergebnisse des 30. Bundesparteitags“. Dabei geht es nur um einen ganz kurzen Bericht des Generalsekretärs, weil dem Parteivorstand auf dem Parteitag eine Menge Hausaufgaben aufgegeben wurden und wir eigentlich erst im Januar eine konkrete Möglichkeit haben, Ihnen auch Personalvorschläge für einzelne Kommissionen zu unterbreiten. In der Kürze der Zeit war es nicht möglich, mit den einzelnen zu reden, weil es bei dieser Gruppe Personalentscheidungen und Wechsel gibt. In der Januarsitzung wollen wir dann auch einen Wunsch des RCDS besprechen im Zusammenhang mit einer konkurrierenden Gruppe. Es wäre nicht sehr klug, das heute zu tun. Ich möchte bei der konkurrierenden Gruppe den Monat Dezember aus

bestimmten Gründen noch abwarten. Möglicherweise erübrigt sich dann eine Reihe der Probleme durch Zeitablauf, und das ist immerhin, wenn es um solche Dinge geht, meistens dann die günstigste Lösung. Also mit einem Wort, es geht heute vor allem um das Thema Sicherheitspolitik. Manfred Wörner wird dazu einleitend referieren. Ich habe die beiden Vorsitzenden des außenpolitischen und des verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fachausschusses der Partei gebeten, hierher zu kommen. Ich darf beide Kollegen und Freunde sehr herzlich begrüßen, daß sie sich auch dann für ihren Arbeitsbereich, Herr Dallmeyer¹ und Herr Mertes, an der Debatte nachher beteiligen.

Sind Sie mit dem Ablauf so einverstanden? Es müßte, glaube ich, so hingehen, daß wir zwischen 14.30 und 15.00 Uhr abschließen können. Das heißt also, wir unterbrechen nicht für die Mittagspause, sondern es gibt irgendwann zwischendrin etwas zu essen. Einverstanden? Das ist der Fall.

POLITISCHE LAGE

Das erste, was ich dann zu Punkt 1 sagen möchte, ist, daß ich meine Befriedigung zum Ausdruck bringen möchte über die, wie ich glaube, gelungene Großveranstaltung, die Demonstration am gestrigen Tag hier in Bonn.² Die Arbeit der Jungen Union, die Arbeit der Partei, die Arbeit des RCDS – aller Gruppen – hat sich hier ausgezahlt. Man sieht, daß man auch für eine Sache im guten Sinne des Wortes demonstrieren kann, und ich finde es sehr wichtig, daß wir bei dieser Gelegenheit einmal in dieser Art und Weise auch in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten sind.

Das zweite ist das Thema Besuch von Herrn Breschnew.³ Inwieweit dieser Besuch wirkliche Aufschlüsse über die zukünftige Entwicklung geben wird, ist für mich nicht ganz klar ersichtlich. Ich weiß auch nicht, in welchem Gesundheitszustand sich Herr Breschnew befindet, und ob das wirkliche Gespräche sein werden. Das, was ich also vom gestrigen Abend höre, ist ein Hinweis darauf, daß das alles sehr zähflüssig verläuft. Aber auch die optischen Eindrücke vermitteln einem ja das Bild, daß das nicht so ganz einfach sein wird. Heute abend werden bei diesem Essen wahrscheinlich die interessantesten Novitäten ausgetauscht, was dann öffentlich verkündet wird. Bei den Gesprächen mit den Parteivorsitzenden morgen ist das eine sehr knappe Zeit; das ist jeweils eine halbe Stunde, wenn Sie die Übersetzungszeit noch abrechnen. Ich werde unsere Themen ansprechen aus dem innerdeutschen und dem deutschen Bereich, vor allem das Thema der Familienzusammenführung, um einmal die menschliche, humanitäre Frage zuerst zu nennen, dann die Frage der Beziehung zwischen beiden Teilen Deutschlands, und auch hier der menschlichen Beziehungen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Er wird dann sofort wie üblich erklären, daß das ein souveränes Land ist und daß er damit nichts zu tun hat. Aber ich finde, auch das muß dort gesagt werden, und dann noch einmal unsere prinzipielle

1 Harm Dallmeyer (1942–1983), Zimmermann, Offizier; 1976–1980 Generalsekretär der CDU Schleswig-Holstein, 1979–1980 MdL, 1980–1983 MdB, Vorsitzender des verteidigungs- und sicherheitspolitischen CDU-Bundesfachausschusses.

2 Demonstration zum Breschnew-Besuch am 22. November 1981 mit 40.000 Teilnehmern (vgl. UiD vom 26. November 1981: „Erfolg für unsere gemeinsame Sache“).

3 Breschnew und Gromyko hielten sich vom 22.–25. November in der Bundesrepublik auf (AAPD 1981 Dok. 334–340, UiD vom 26. November 1981: „Moskau an den Taten messen“).

Position zu der Abrüstungsproblematik. Wenn Schmidt das durchhält, was er öffentlich angekündigt hat, daß er den NATO-Beschluß in beiden Teilen dort mit äußerster Entschiedenheit vertreten wird, ergibt sich ja hier wieder die Position, daß wir mit der Bundesregierung an dem Punkt einig sind und weite Teile seiner eigenen Partei eben damit nicht einig sein werden. Wir haben am Donnerstag in acht Tagen dann eine Debatte über das Ergebnis des EG-Gipfels⁴; ich füge gleich hinzu, daß ich dem EG-Gipfel mit ziemlicher Skepsis entgegentreffe. Die einzige Hoffnung, daß es etwas moderater abläuft, besteht darin, daß Margaret Thatcher den Vorsitz führt und eigentlich daran interessiert sein muß, daß es keinen großen Eklat gibt, sondern daß man die Tonart auf gemäßigt umstellt. Ob das eine berechtigte Hoffnung ist, muß man abwarten. Ich bin in der Sache selbst also ziemlich skeptisch. Wir gehen hier in eine ausgesprochene Krisenentwicklung in den nächsten Jahren hinein.

Im Innenpolitischen möchte ich hier den Hinweis noch geben, daß wir Anfang Dezember – auf gegenseitigen Wunsch zustande gekommen, ist dann ausgedehnt worden von der DGB-Führung auf die drei Bundestagsfraktionen – den Wunsch entgegengenommen haben, daß die DGB-Führung mit den Führungen der drei Bundestagsfraktionen zusammentritt. In der Zwischenzeit ist offenkundig, daß der SPD-harte Kern der DGB-Führung jetzt Maßstäbe bereits setzt auch für diese Gespräche, indem Herr Loderer ja hinsichtlich der parteipolitischen Nuancierung unübersehbar Position bezogen hat. Wir werden in diesem Gespräch die ganzen Themen, die jetzt anstehen, und unsere Vorstellungen entwickeln. Wir haben gerade eben im Parteipräsidium darüber gesprochen, daß in diesem Zusammenhang natürlich ein besonders wichtiges Thema die Reaktivierung der Bauwirtschaft ist, und was man hier auf diesem Felde tun kann.

In der Koalition selbst geht die Diskussion weiter. Die Diskussion wird sich noch verschärfen, wenn sich die jetzt vorliegenden demoskopischen Zahlen weiter fortsetzen. Die Zahlen von Emnid und von Allensbach, die uns ja jetzt bei erheblich über 50, zwischen 52 und 53 Prozent sehen, die Sozialdemokraten zwischen 32 und 33, markieren natürlich Zahlen, die vor allem bei den Erstwählern von großem Interesse sind. Da es in diesem Jahr ja auch schon andere Äußerungen gab, will ich doch noch einmal darauf hinweisen, daß der Pessimismus, der da verbreitet wurde, in der Tat natürlich völlig unangebracht war. Was sich jetzt zeigt, ist, daß wir am Jahresende auch bei den einzelnen Gruppierungen der Erstwähler vor den Sozialdemokraten liegen.

Interessant an dieser Demoskopie ist natürlich, daß zum ersten Mal die FDP aus ihrer starken Bundestagsposition etwas herauskommt. Wenn es uns gelingen würde in den nächsten Wochen, in die Märzahlen mit dieser Ausgangsposition zu gehen, ist erkennbar, daß dann der März ein besonders dramatischer Monat wird.

Wir haben im Bundestag neben dieser großen Debatte über die Außen- und die Sicherheitspolitik noch einen bemerkenswerten Vorgang, vermutlich in dieser Woche. Das ist die Diskussion im Zusammenhang mit der Frankfurter Startbahn West und mit der inneren Ordnung der Bundesrepublik. Ich finde es hier aus vielerlei Gründen sehr gut, wenn die Bundesregierung Position bezieht, weil sie dadurch innerhalb ihrer eigenen Partei in eine Problematik gerät, die auch unübersehbar ist. Natürlich ist, wie alles, das eine Sache, bei der die Medaille zwei Seiten hat; denn wenn die Bundesregierung Ja zur

4 Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London (AAPD 1981 Dok. 348 und 349, Sten. Ber. 9. WP 70. Sitzung vom 3. Dezember 1981 S. 4051–4092, 4111–4131).

Startbahn sagt, unterstützt das die Position Börners gegenüber der Wählerschaft in Hessen. Umgekehrt muß man dann aber auch sehen, daß jede Häme von uns etwa gegenüber Börner im Kontext zu der Entwicklung nicht sehr glaubwürdig ist, denn unsere Position muß eben die Position des freiheitlichen Rechtsstaates sein.

Ich will als Vorletztes dann noch darauf hinweisen, daß wir jetzt im Blick auf die vorhandenen Gesetze – die Bundestagsberatung war vor 14 Tagen⁵ – im Blick auf die Haushaltssanierung in eine schwierige Vermittlungsausschußphase gehen. Die werden wir in den nächsten Tagen, Bundesratsgruppe und Bundestagsgruppe der CDU/CSU sehr sorgfältig untereinander vorzubereiten haben.

Und ein allerletztes – Sie verstehen, daß ich das hier in diesem Kreis nicht konkreter ankündige –: Wir haben ja immer wieder über unsere Parteifinanzierungsorgen gesprochen und über die Probleme, die sich jetzt überall in der Bundesrepublik aus bestimmten staatsanwaltschaftlichen Aktionen ergeben. Es sieht so aus, ich bin ganz vorsichtig, daß wir in diesen Tagen einen entscheidenden Schritt vorankommen in einer Übereinkunft zwischen den drei Bundestagsparteien und den Bundesratsgruppen. Wenn dies so wäre und sich das als realistisch erweist, hoffe ich, daß im Bereich der Gesetzgebung, das sage ich im Blick auf die anwesenden Landesvorsitzenden und Vereinigungsvorsitzenden, im Dezember ein erster gesetzgeberischer Schritt, nicht ein abschließender, ein Einbringungsschritt sich abzeichnet, was möglicherweise für die Vorgänge aus der Vergangenheit und die Behörden, die diese Vorgänge zu bewältigen haben, eine gewisse Signalwirkung haben könnte. Ich hoffe jedenfalls. Mehr will ich zu dem Punkt nicht sagen. Ich nehme an, das ist so allgemein verstanden worden.

So viel zur Einführung von meiner Seite, wird noch das Wort gewünscht? Ja, bitte schön.

Klepsch: Ich will nur ein kurzes Wort zu dem Gipfel sagen. Ich teile Ihre Beurteilung. Die Kommission hat elf Papiere vorgelegt zur Agrarpolitik und anderen Feldern, wobei mir bekannt ist, daß bis zum heutigen Tage im Ministerrat über keinen einzigen konkreten Punkt Einigung erzielt worden ist, so daß man damit rechnen muß, daß der Londoner Gipfel, was diese Fragen angeht, sich rein auf registrierende Positionen beschränken wird. Wahrscheinlich wird man aber auf dem Londoner Gipfel über die sogenannte Europäische Akte, die Genscher-Colombo-Initiative, ausführlicher sprechen.⁶ Doch nach meinem Erfahrungsstand ist auch der Gipfel nicht imstande, diese Akte zu verabschieden, weil die dänische Regierung erst die dänischen Wahlen⁷ hinter sich haben will, bevor sie eine bindende Verpflichtung eingehen wird. Deshalb wird man das der Außenministerkonfe-

5 Sten. Ber. 9. WP vom 12. November 1981 (Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines zweiten Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur – 2. Haushaltsstrukturgesetz).

6 Am 3. Oktober 1981 hatten sich die Außenminister der Bundesrepublik und Italiens, Genscher und Colombo, in Rom darauf geeinigt, dem nächsten EG-Gipfel den Entwurf einer Europäischen Akte vorzulegen, mit der die politische Union Europas gefestigt und ausgeweitet werden sollte (AdG 1981 S. 25123–25125, AAPD 1981 Dok. 332). – Emilio Colombo (1920–2013), italienischer Jurist, Politiker (DC); 1963–1970 und 1974–1976 Schatzminister, 1970–1974 Ministerpräsident, 1976–1980 und 1983–1992 MdEP (1977–1979 Präsident des Europäischen Parlaments), 1980–1983 und 1992/93 Außenminister, 1993–1995 Präsident der Christlich-Demokratischen Internationale.

7 Die Parlamentswahlen fanden am 8. Dezember 1981 statt; sie endeten mit einer Niederlage der Sozialdemokraten. Ministerpräsident Anker Jørgensen bildete eine Minderheitsregierung (zum Wahlergebnis AdG 1981 S. 25161f.).

renz überweisen, soweit ich es sehe. Das mag aber durchaus sein, daß das die publizistische Besonderheit ist für den Londoner Gipfel.

Ich möchte für uns nur sagen, weil es für die heutige Diskussion vielleicht interessant ist. Vier Punkte bewerten wir positiv innerhalb der sogenannten Genscher-Colombo-Initiative, das ist einmal das Bemühen, das Entscheidungsverfahren des Rates in Richtung auf den ursprünglichen Luxemburger Kompromiß hin zu verbessern, also stufenweise Rückkehr zur Mehrheitsentscheidung. Zweitens ist drin die Einbeziehung der Sicherheitspolitik in die außenpolitische Zusammenarbeit, was sehr bedeutsam sein könnte. Und zum dritten ist drin die Verbesserung des Konzertierungsverfahrens, unserem Vermittlungsausschußverfahren nachempfunden, was die gesamte Gesetzgebung, nicht nur für den Haushaltsbereich, in die Beziehung Parlament-Rat einbeziehen wird. Und das letzte ist, daß noch einige andere Felder, die publizistisch wirkungsvoll sind wie die europäische Kulturdimension, in den Rat einbezogen werden. Aber ich möchte Ihnen freimütig sagen, an und für sich ist nicht sehr viel in dieser Akte drin, und wir beurteilen sie eigentlich in Wirklichkeit sehr negativ, weil sie für das Wenige ein Einfrieren auf fünf Jahre vorschlägt, was natürlich für uns inakzeptabel ist. Ich wollte es an dieser Stelle nur sagen. Offiziell sind wir dafür, daß die Initiative Colombo-Genscher, so wie wir sie nennen, eingehend erörtert wird, weil sie positive Ansätze enthält. Ich möchte also Ihre Meinung, Herr Vorsitzender, noch einmal unterstreichen; von dem Londoner Gipfel sollten wir in Wirklichkeit nichts erwarten.

Kohl: Was ja wohl eine trostlose Sache ist, trostlos, wie seitens der einzelnen Regierungen das Kapital in Europa verschleudert wird, und es ist auch eine ganz trostlose Sache, daß natürlich auch die christlich demokratische Regierung Belgiens sich bei dieser sehr wenig überzeugenden Aktivität durch Nicht-Aktivität auszeichnet. Das muß man offen aussprechen.

Klepsch: Man muß eine Bemerkung dazu machen, Herr Vorsitzender. Unser Problem ist natürlich, daß wir in Wirklichkeit keine belgische Regierung haben. Die italienische Regierung macht alles mit, davon kann man ausgehen, von unserer Regierung. Auch die irische ist eigentlich bereit, alles, was geeignet wäre, mitzumachen, aber sie sind natürlich nicht die stärksten in diesem Verbund. Und ich muß freimütig einräumen, wenn Initiativen in der Zukunft kommen, werden sie von der französischen sozialistischen Regierung ausgehen. Die britische Regierung will ganz gern kosmetisch etwas tun, aber eben nur kosmetisch. Frau Thatcher wird vor dem Parlament sprechen. Es ist das erstemal, daß der Regierungschef, der dem Rat vorsitzt, vor dem Parlament spricht. Aber das ist ja nur eine Geste, ohne daß sie wirkliche konkrete Beschlüsse vorzutragen hat. Ich habe mich mit den verschiedenen Außenministern, mit denen wir zusammen waren, ausführlich unterhalten. Mein Eindruck ist leider, daß Lord Carrington⁸ ganz genau diese Weisung der Premierministerin hat, also kosmetisch den Eindruck erwecken, daß man mit der europäischen Einigung etwas im Sinn hat, aber praktische, konkrete Entscheidungen werden nicht erfolgen.

Die folgende Wortmeldung Rainer Barzels ist aufgrund der Tonbandqualität unverständlich.

8 Peter Alexander Rupert Carrington, 6. Baron Carrington (1919–2018), Offizier, britischer Politiker (Konservative Partei); 1979–1982 britischer Außenminister, 1984–1988 Generalsekretär der NATO.

Kohl: Ich muß es noch einmal sagen, Herr Barzel, wir werden bei dem Kongreß⁹, wenn der EG-Gipfel herum ist, auch unsere befreundeten Regierungen von Kritik nicht ausnehmen. Es hat keinen Sinn, daß wir, weil Leute aus der CDA in Holland oder den Niederlanden oder weil Leute aus unserer Schwesterpartei in Belgien dabei sind und es läuft nichts, dann sagen, es ist gut, daß nichts läuft. Wir müssen hier unsere eigene Struktur als CDU/CSU bewahren.

Die folgende Wortmeldung Gottfried Kochs ist weitestgehend unverständlich. Er geht ein auf das am 2. Dezember 1981 vorgesehene Gespräch zwischen der CDU/CSU-Fraktion und der DGB-Führung.

Kohl: Herr Koch, gehen Sie nicht mit großer Erwartung an das DGB-Gespräch. Wir machen das dauernd; es ist ja nicht so, daß das, was jetzt so spektakulär läuft, das einzige Gespräch ist. Wir haben regelmäßigen Kontakt mit Herrn Vetter und auch mit anderen. Nur, das bleiben primär in der Reihenfolge Sozialdemokraten und dann DGB-Führer. Es ist eine zweifelhafte Betrachtungsweise bei uns, daß nicht wenige es umdrehen und meinen, es seien in erster Linie Repräsentanten des DGB. Wenn es wirklich zum Schlagen kommt, empfinden die sich als Sozialdemokraten und haben es ja auch immer so gehalten. Loderer ist ein ganz klassisches Beispiel dafür.

FRAGEN DER SICHERHEITSPOLITIK

Wörner: Ich darf zunächst einmal mich bedanken für die Möglichkeit, einige Probleme der Sicherheitspolitik hier darzustellen. Sicherheitspolitik hat ja nur bedingt etwas mit Militärpolitik zu tun. Sie erschöpft sich jedenfalls nicht in der Militärpolitik. Das im Grunde genommen wichtigste sicherheitspolitische Problem, vor dem die Bundesrepublik, der Westen insgesamt, Europa steht, ist die Stabilisierung der sogenannten Krisenzone im Nahen Osten, weil hier ein Industriestaat wie der unsere stärker über die Abschneidung seiner Rohstoffversorgung und seiner Energieversorgung bedroht werden kann als rein militärisch gesehen. Ich kann mich heute im Rahmen dieser kurzen Darstellung mit all diesen interessanten und faszinierenden Problemen nicht beschäftigen, auch nicht mit der Frage des Neutralismus, des Pazifismus und Ähnlichem, weil ich davon ausgehe, daß wir hier in unseren Reihen Einigkeit haben. Ich möchte mich in den einleitenden Bemerkungen daher konzentrieren auf einige besonders aktuelle und umstrittene Fragen, also im Grunde genommen auf Dissensprobleme, und mit der Frage befassen, gibt es zur gegenwärtigen Strategie der NATO einen Ersatz oder eine Alternative, mit der Frage, bedeutet die Strategie der „flexible response“ eine Strategie begrenzter nuklearer Kriegführung, mit dem Problem, das die SS-20 für uns darstellt, also die strategische Funktion, die politische Funktion der SS-20 aus sowjetischer Sicht, deren besondere Gefahr für Europa. Dann will ich mich kurz beschäftigen mit den Thesen des Kollegen

⁹ Wissenschaftliche Fachtagung der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und der CDU/CSU-Fraktion am 7./8. Dezember 1981 „Für ein handlungsfähiges Europa“ in Bonn (vgl. UiD vom 10. Dezember 1981 CDU-Dokumentation 35 „Halbzeit in Europa“).

Biedenkopf¹⁰, und schließlich möchte ich noch auf die Initiative Reagans zur Rüstungskontrollpolitik¹¹ eingehen.

Kurz drei Vorbemerkungen. Erstens, ich befasse mich bewußt nur mit den fachspezifischen Aspekten der Probleme. Ich lasse die Fragen der Darstellung, den Verkauf der politischen Taktik, also die Fragen, wie sage ich es meinem Kinde nach draußen, in diesem Kreis einmal ganz bewußt außer Acht. Ich weiß natürlich um die Bedeutung, und ich weiß, daß man manches, das man hier klar und eindeutig ansprechen kann, nach außen in anderer Form präsentieren müßte.

Zweitens, unsere strategischen Überlegungen im Westen konzentrieren sich auf Kriegsverhinderung, Abschreckung der direkten oder indirekten Anwendung militärischer Macht. Abschreckung in den Köpfen des potentiellen Gegners ist etwas, was sich viel zu wenig Leute vor Augen halten, das heißt, Abschreckung ist die Beeinflussung des Risikokalküls im wesentlichen der sowjetischen politischen und militärischen Machteliten.

Drittens, militärische Macht und militärische Kräfteverhältnisse spielen nicht nur eine Rolle, am allerwenigsten eine Rolle im Krieg, sie sind entscheidender für die Frage nach der Gestaltung des Friedens, das heißt, militärische Überlegenheit und konkrete militärische Optionen brauchen nicht zum Krieg zu führen. Wichtiger sind die politischen Konsequenzen, die sie nach sich ziehen.

Ich will das an einem konkreten Beispiel einleitend deutlich machen. Mit der SS-20 und ähnlichen Waffen erwirbt die Sowjetunion eine militärische Option, die sie zuvor noch nicht hatte, nämlich eine nukleare Erstschlagfähigkeit auf Europa, ohne eine einzige Interkontinentalwaffe antasten zu müssen. Wenn wir das sehen und sagen, dann heißt das nicht, daß wir glauben, daß die Sowjetunion davon Gebrauch machen würde. Nur, wenn sie eine solche Möglichkeit hat und der Westen dieser Möglichkeit nicht begegnen kann, dann wird das auf die Dauer die Wahrnehmung der Machtverhältnisse in Ost und West entscheidend beeinflussen. Man braucht sich nur noch eine Krisensituation vorzustellen, in der auf beiden Seiten das Wissen vorhanden ist, was geschehen könnte, um sich deutlich zu machen, daß in einer solchen Krisensituation der Westen seiner Handlungsfähigkeit entscheidend beschnitten wäre. Das heißt also, wenn ich hier von militärischen Optionen rede und reden muß, bedeutet das nicht, daß ich mir vorstelle, daß ein entsprechender Krieg so geführt werden wird oder werden müßte. Es müßte nur nicht jedes Mal deutlich gemacht werden müssen, daß dahinter natürlich im Grunde genommen die psychologisch politische Ausdeutung steht, die uns Sorgen macht.

Und nun zur Darstellung in der Sache. Die Strategie der flexiblen Reaktion oder der stufenweisen Abschreckung als die gültige NATO-Strategie ist der Verbund konventioneller, taktisch-nuklearer und strategisch-nuklearer Waffen mit der sogenannten Triade, wobei die taktisch-nuklearen Waffen wiederum zerfallen in Gefechtsfeldwaffen, Kurzstreckensysteme unter 1.000 Kilometer Reichweite und Mittelstreckenwaffen über 1.000 Kilometer Reichweite. Der Grundgedanke dieser Strategie, und den muß man eben kennen, wenn man sich mit ihr beschäftigt, ist ein dreifacher:

10 Tischvorlage „Vermerk zur Vorbereitung des Gesprächs über Fragen der Sicherheitspolitik im Bundesvorstand“ vom 17. November 1981 in ACDP 07-001-1336.

11 Reagan hatte am 18. November 1981 ein Abrüstungsprogramm vorgelegt (vgl. AdG 1981 S. 25095–25101).

Erstens. Dem Angreifer jeweils auf der Ebene entgegenzutreten und ihm auf der Ebene den Erfolg zu verwehren, die er selbst wählt. Die sogenannte Direktverteidigung.

Zweitens. Sollten die Mittel in der anderen Ebene nicht ausreichen, wird in die nächste Stufe eskaliert, das ist die sogenannte „vorgedachte Eskalation“. Das wissen wenige und haben sich wenige verdeutlicht, das hat sich aus den ganzen allergischen Reaktionen auf Reagans insgesamt allerdings nicht geschickte Äußerungen ergeben. Um das jetzt deutlich zu machen: Für den Fall, daß die Sowjets konventionell und nur konventionell angreifen und der Westen nicht in der Lage wäre, einem solchen konventionellen Angriff konventionell zu widerstehen, was er zunächst versuchen würde, müßte die NATO als erste zu taktisch-nuklearen Waffen greifen. Ich will hier in diesem Kreis zwar nicht die ganz exakte Zahl sagen, obwohl sie die Sowjetunion exakt kennt, aber Sie können davon ausgehen, daß bei einem mit voller Wucht geführten konventionellen Angriff der sowjetischen und der Warschauer-Pakt-Truppen die NATO kaum in der Lage wäre, länger als acht Tage sich mit Aussicht auf Erfolg konventionell zur Wehr zu setzen. So sind die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse. Die exakte Zahl ist etwas anders, aber nicht sehr viel.

Das heißt, man versucht diese Strategie, die Eskalation dosiert und kontrolliert vorstattengehen zu lassen in der Hoffnung, der Sowjetunion das weitere Risiko einer Fortsetzung des Angriffes zu verdeutlichen, eine Denkpause vorzuschalten, eine Verhandlungspause zu erzwingen. Dahinter steckt natürlich der Versuch der Begrenzung, der Kontrolle und der Beendigung eines Krieges auf einem niedrigeren Niveau, wenn er schon ausgebrochen wäre. Ob sich das so abspielen würde, ist eine völlig andere Frage. Keiner kann dessen sicher sein. Es gibt erhebliche Argumente, daran zu zweifeln. Nur, die Strategie der „flexible response“ sieht natürlich in der ersten nuklearen Stufe den Versuch einer Begrenzung vor. Und zwar auf Wunsch der Europäer. Und er sieht notfalls den Ersteinsatz nuklearer Waffen durch den Westen vor. Darüber muß man sich – ich sage, leider Gottes – im klaren sein. Bestandteil dieser Strategie war das immer und wird es voraussichtlich noch auf einige Zeit bleiben. Läßt der Angreifer dann immer noch nicht ab, dann kommt die dritte Stufe, die allgemeine nukleare strategische Reaktion.

Der dritte Grundgedanke dieser Strategie: Der Angreifer wird mit einem für ihn unkalkulierbaren Risiko konfrontiert. Der ganzen Strategie als einer Kriegsverhinderungsstrategie liegt der Gedanke zugrunde, das Risiko eines Krieges dadurch zu minimieren, daß man das Risiko für den potentiellen Aggressor maximiert. Er sieht sich mit einem für ihn nicht kalkulierbaren Risiko belastet, kann nicht mit Erfolg rechnen, ja, er läuft bei einem Angriff auf Europa das Risiko einer Eskalation bis hin zur letzten Stufe.

Nach meiner festen Überzeugung ist es dieses Risiko, das die Sowjetunion bis zum heutigen Tag auch nur vom Gedanken an eine militärische Aggression in Europa abgeschreckt hat, wobei es überhaupt nicht entscheidend ist, ob die Russen mit Gewißheit davon ausgehen, daß die Amerikaner zur letzten Stufe greifen würden. Wir haben einigen Anlaß anzunehmen, daß sie das tun, daß sie das Risiko für so hoch halten – unter uns gesagt für höher als wir selbst die Wahrscheinlichkeit halten –, daß der amerikanische Präsident das tun wird. Aber es genügt in der Theorie wie in der Praxis, daß der russische General, daß der russische Planer, in dessen Kopf sich das abspielt, mit einer Wahrscheinlichkeit von 10 bis 20 Prozent mit einer solchen Möglichkeit rechnet. Und dieses Risiko ist für ihn zu hoch, jedenfalls unter den gegebenen Umständen.

Das Risikokalkül ist das Entscheidende. Was Sie vielleicht nicht wissen, ist, daß die Amerikaner und die Russen ja einen weitgehend strategischen Austausch betreiben. Ich kenne Amerikaner, die regelmäßig an der sowjetischen Akademie für strategische Wissenschaften Vorlesungen halten, und umgekehrt kenne ich Russen, die das gleiche in Amerika tun. Man läßt sich in diese Küche sehr weitgehend hineinschauen, ohne militärische Geheimnisse preiszugeben, weil eben am Funktionieren dieser Abschreckung, jedenfalls bis zum heutigen Tag, beide Seiten ein hohes Interesse haben.

Diese Strategie des Westens, die Strategie der „flexible response“, ist die Antwort auf zwei Gegebenheiten. Einmal, wenn Sie so wollen, eine vom Westen unverschuldete Entwicklung der 1960er und 1970er Jahre, die Entwicklung hin zur nuklearstrategischen Parität. Im Grunde genommen die historische Entwicklung, die die Lage dieser Welt am umwälzendsten verändert hat. Und die zweite, selbstverschuldete Tatsache, die zu dieser Strategie gezwungen hat, ist die Unzulänglichkeit der konventionellen Verteidigung der NATO in Europa.

Mit der Entwicklung zur Parität der Nuklearstrategie Mitte der 1960er Jahre war die Drohung mit Massen von nuklearer Vergeltung als Antwort auf begrenzte Konflikte unglaublich gewachsen. Die Amerikaner haben ja mit diesem Hammer der nuklearstrategischen Vergeltung zur Abschreckung auch kleinerer, lokaler Konflikte in Europa so lange glaubwürdig drohen können, als niemand anderes die Nuklearwaffe hatte oder mindestens nicht plazieren konnte. In dem Augenblick, in dem nuklearstrategisches Gleichgewicht war, mußte eine solche Drohung unglaublich werden. Jetzt ähnelt die Welt eher einem Bild zweier Skorpione in einer Flasche; wer als erster beißt, gewinnt.

De Gaulle hat übrigens daraus damals schon die Konsequenz gezogen, was ich für übertrieben und nicht berechtigt halte, daß man davon ausgehen müsse, daß im Grunde genommen Nuklearwaffen nur noch eingesetzt würden zum Schutz des Atomwaffenbesitzers selbst, daß damit der Einsatz von Atomwaffen zugunsten Dritter ein für alle Mal aus der Welt sei. Und er hat konsequenter Weise den Aufbau der französischen Nuklearmacht begonnen.

Andererseits waren die Europäer nicht bereit und auch nicht in der Lage, konventionell so weit aufzurüsten, daß sie die Sowjets rein konventionell hätten abschrecken können. Dazu bräuchte es zwar nicht ein vollständiges Gleichgewicht, Mann gegen Mann, Waffe gegen Waffe, aber jedenfalls weit mehr Truppen, weit mehr Waffen, als der Westen im Augenblick konventionell in Europa lagern hat.

Aus dieser Lage, und das heißt natürlich viel zu wenige, hat der Westen dann den Ausweg gesucht eben durch Einführung taktisch nuklearer Waffen und durch die Strategie der „flexible response“. Mit diesen taktisch nuklearen Waffen hat man zweierlei erreicht, einmal die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Abschreckung, also der Einführung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit. Der amerikanische Präsident ist aus der Alternative raus, Selbstvernichtung oder Kapitulation vom ersten Moment an. Und zum zweiten, und das ist das noch wichtigere für uns, auch für die aktuelle Diskussion, man hat damit das zurückgewonnen, was anders verloren gegangen wäre, nämlich die strategische Anbindung der Amerikaner an die Verteidigung Europas. Das heißt, man hat, wenn Sie so wollen, mit Hilfe eines Tricks, das sage ich jetzt unter allem Vorbehalt, die strategisch-nuklearen Waffen trotz der nuklearen Parität für die Abschreckung in Europa zurückgewonnen mit Hilfe dieses Bindeglieds.

Es gibt für die UdSSR damit keine Umstände, unter denen sie die konventionellen Streitkräfte der NATO besiegen könnte, ohne das Risiko nuklearer Eskalation einzugehen. Oder, um es noch deutlicher zu sagen und im Blick auf die aktuelle Diskussion, der Aufbau taktisch-nuklearer Waffen in Europa diene also gerade nicht dem Zweck, begrenzte Kriege in Europa möglich zu machen und die Abschreckungsrolle der amerikanischen-strategischen Waffen zu ersetzen, sondern ihren Einsatz in einem größeren Konflikt glaubwürdiger erscheinen zu lassen und damit diesen Konflikt unmöglich zu machen.

Jetzt kommt der Punkt, der im Grunde genommen die Antwort auf die Frage ist, warum haben die Sowjets, die hier ein Übergewicht hatten die ganzen Nachkriegsjahre, es unternommen, in dieser konsequenten Weise ausgerechnet die SS-20, -21 und -22 aufzubauen, sich mit dem „Backfire-Bomber“ sich einen strategischen Bomber zuzulegen, der auch gegenüber Europa bestimmte Missionen hat. Die Antwort darauf ist ganz einfach. Die beiden Waffen sollen exakt diese Strategie des Westens an ihrer schwächsten Stelle aus den Angeln heben. Es sind drei treibende Punkte, mit denen die Sowjets versuchen, unsere Strategie zu konterkarieren und damit die Abschreckung funktionsunfähig zu machen. Einmal, indem sie ihr konventionelles Übergewicht erhöhen, zweitens, indem sie versuchen, den Ersteinsatz nuklearer Waffen zu ächten, damit wäre unsere Strategie unmöglich geworden, und drittens, indem sie ein überlegenes taktisch nukleares Potential insbesondere bei den Mittelstreckenwaffen aufbauen, das ihnen die Möglichkeit eines nuklearen Entwaffnungsschlages gegenüber Europa gibt, also unsere taktisch nuklearen Waffen paralyisiert, wobei sie zum einen die USA mit ihren Interkontinentalwaffen in Schach halten können, und zum zweiten damit ihr eigenes Land zum Sanktuarium machen. Damit zerschneiden sie die Eskalationskette der NATO-Strategie an ihrer schwächsten und empfindlichsten Stelle. Die Verbindung zwischen Europa und der strategischen Abschreckung der USA wird unterbrochen, Europa isoliert und von einem Sanktuarium aus bedroht, ohne daß die Sowjetunion von Europa aus mit gleichem Risiko konfrontiert werden könnte. Sie hält damit Europa als nukleare Geisel.

Das ist der Grund für den Aufbau des SS-20-Potentials in den Augen der sowjetischen Planer und sowjetischen Politiker, das heißt, die Regionalisierung des Konfliktes wird erzwungen. Wenn Sie so wollen, ist das das militärische Instrument zur politischen Neutralisierung Europas. Und wenn Sie sich vor diesem Hintergrund einmal die andere, die psychologisch-politische Kampagne überlegen, dann wird Ihnen manches noch deutlicher. Aber das ist heute nicht mein Thema.

Damit komme ich zum Sinn der Nachrüstung, also jener westlichen Waffensysteme, der Cruise Missile und der Pershing II, die beweglich und daher weniger verwundbar sind, die die UdSSR erreichen können. Das ist das Entscheidende. Die Pershing II reicht allerdings nicht bis Moskau. Das war ein Argument, das die Sowjets immer verwenden; das stimmt aber nicht. Keine der Pershing II kommt bis Moskau, sie erreichen zwar die westlichen Gebiete der Sowjetunion, aber Moskau selbst erreichen sie nicht. Die Pershing II ist nur eine nukleare Erstschlagswaffe. Die Cruise Missile kann mit einer Flugzeit von annähernd drei Stunden mitten in der Sowjetunion landen und sie damit treffen; aber 464 von den 572 sind reine Zweitschlagswaffen, das muß man auch wissen. Wenn also immer wieder argumentiert wird, die Sowjets würden mit Hilfe dieser Nachrüstung den Schutz ihrer Warnzeit auf sechs Minuten verkürzt haben, dann trifft das nur für einige westliche Bezirke der Sowjetunion zu, mit insgesamt 108 Waffen, nämlich der Pershing II. Das heißt,

ein nuklearer Erstschatz würde militärisch überhaupt keinen Sinn machen. Sie würden noch nicht einmal ein Zehntel des sowjetischen Nuklearpotentials erreichen. Sie würden die gesamten entscheidenden Führungszentren der Sowjetunion damit nicht erreichen, und sie hätten 9/10 des sowjetischen Potentials anschließend zu vernichten. Das heißt, wer damit argumentiert, die Russen müßten sich mit einem Erstschatz mit kurzer Warnzeit konfrontiert fühlen, der geht an den militärischen Realitäten vorbei.

Aber der Sinn der Nachrüstung ist es, die alte Lage wiederherzustellen, der Sowjetunion zu demonstrieren, daß sie Europa nicht von einem Sanktuarium aus verwüsten könnte, sondern daß ein europäischer Krieg zu unakzeptablen Schäden auch auf ihrem eigenen Territorium führen müßte. Das heißt, die Nachrüstung ist der Versuch, nicht einen begrenzten Krieg zu führen, sondern eben jene Möglichkeiten, die sich die Sowjetunion zugelegt hat, ihn regionalisieren zu können, zu beschneiden, das heißt, einen begrenzten Krieg unmöglich zu machen.

Jetzt die Frage, gibt es Alternativen? Die erste Alternative wäre die Rückkehr zur massiven Vergeltung, ein Vorschlag, den Gaus¹² gemacht hat. Ein hirnrissiger Vorschlag. Denn die Drohung mit der strategisch-nuklearen Vergeltung als einziger Antwort auf mögliche kleinere, auch konventionelle Konflikte ist völlig unglaublich, paßt überhaupt nicht zur nuklearen Paritätsrechnung. Man stelle sich einmal vor, es käme zu einer Verwicklung, zu einer kritischen Lage um Berlin, und wir wüßten, in einer solchen Lage käme es zu militärischen Zwischenfällen, dann wäre die einzige Reaktionsmöglichkeit des amerikanischen Präsidenten der Einsatz des großen „atomaren Hammers“ und damit der Vernichtung von New York, Oklahoma, San Francisco und was weiß ich. Können Sie sich vorstellen, wie eine solche Krisenlage sich entwickeln würde? Es würde zwar nicht zum Krieg kommen, mit Sicherheit nicht, aber jeder vernünftige Staatsmann des Westens würde sofort einlenken. Ich empfehle ohnehin bei Diskussionen in der Öffentlichkeit, sich auf diese Kriegsszenarien nicht einzulassen, sondern nur mit Krisenlagen zu operieren, um den Leuten einmal deutlich zu machen, wie die Psyche der Völker dann aussähe, wenn die einzige Möglichkeit, die der Westen hätte, in der Tat die Drohung mit der nuklearen Eigenvernichtung durch den amerikanischen Präsidenten wäre. Das heißt, das wäre die nackte Wehrlosigkeit, psychisch-politisch. Das also ist keine Alternative.

Rückkehr zur konventionellen Verteidigung. Das war ja der Vorschlag Biedenkopfs. Sicher ist wünschenswert, daß die nukleare Schwelle angehoben, d. h. die konventionelle Verteidigung verstärkt wird, und ich bin der Letzte, der gegen einen Ausbau des Zivilschutzes wäre. Nur, mit Verlaub gesagt, das ist alles andere als eine Alternative zur gegenwärtigen Strategie. Einmal, es würde eine Verdoppelung unserer Anstrengungen personell und materiell bedeuten und eine Verdreifachung von unseren finanziellen Anstrengungen. Ich empfehle Leuten, die darüber nachdenken, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir im Augenblick nicht wissen, wie wir die Bundeswehr in ihrer gegenwärtigen Stunde bis zu Ende der achtziger Jahre noch auffüllen könnten. Wer angesichts einer solchen Lage die Verdoppelung unserer Personalien vorschlägt, oder wer ernsthaft glaubt, er könne den Verteidigungsetat verdreifachen, den frage ich, wie er das realisieren und vor allem, wie er dafür Konsens in unserer Bevölkerung gewinnen will. Aber nehmen wir

12 Gaus hatte auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 7. November 1981 die Rückkehr zum Prinzip der massiven Nuklearvergeltung gefordert (vgl. „Der Spiegel“ vom 16. November 1981: „Deutschland-Politik. Am Krebsstod“).

einmal an, das gelänge. Es würde uns überhaupt nichts bringen, denn die UdSSR bleibt ja im Besitz inzwischen auch taktisch nuklearer Waffen. Die Umstellung auf eine rein konventionelle Verteidigung im Westen würde uns überhaupt nichts nützen, weil sie die Sowjetunion als atomwaffenbesitzenden Agrarstaat in eine Lage bringen würde, bloß mit der Drohung mit dem Einsatz dieser Nuklearwaffen, die wir ja dann nicht hätten, uns in die Knie zu zwingen. Dann genügte ein demonstrativer Einsatz an drei Punkten, Stuttgart, Frankfurt und Hamburg, und die Sache wäre zu Ende, bevor sie noch begonnen hätte. Das heißt, die Rückkehr zur rein konventionellen Verteidigung ist, das mag man bedauern oder begrüßen, keine rationale Alternative zur gegenwärtigen Strategie.

Über die „soziale Verteidigung“ brauche ich hier in diesem Kreis nicht zu reden, denn das setzt ein Volk von Helden voraus. Ich selber weiß noch nicht einmal, ob ich so einer wäre. Und solange ich da nicht sicher bin, bin ich bei anderen auch nicht sicher. Es ist auch einmal versucht worden mit sehr viel Mut in der Tschechoslowakei und auch einmal in Ungarn, und beide Male ist es binnen kurzem zusammengebrochen. Auch Gandhi¹³ ist alles andere als ein hervorragendes Beispiel, denn Gandhi hatte es mit einem demokratischen Staat zu tun, der im Grunde genommen reif war, seine Kolonien abzugeben. Aber der Umgang mit einer Diktatur setzt hier ganz andere Dinge frei. Mit anderen Worten, ich vermag im Augenblick – ich bin so arrogant, das zu sagen – die von Herrn Biedenkopf angesprochenen zahlreichen verteidigungspolitischen Alternativen und Optionen außerhalb nuklearer Abschreckung nicht zu sehen. Keine einzige, die auch nur halbwegs plausibel wäre.

Damit bin ich bei den philosophischen Überlegungen vom Kollegen Biedenkopf. Ich will das hier mit allem Freimut sagen, daß ich sie nicht teile, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens weil sie eine Infragestellung der geltenden Strategie bedeuten, ohne eine Alternative zu nennen. Zweitens, weil sie die bestehenden Ängste in der Bevölkerung schüren, ohne plausible Antworten parat zu halten. Und drittens, weil es im befreundeten Ausland zu Zweifeln führen muß, ob nun auch noch die CDU/CSU in den Sog des sogenannten Pazifismus geraten sei. Nun glaube ich zwar, daß man das alles in Kauf nehmen müßte, wenn die Zweifel von Biedenkopf begründet wären. Aber sie sehen, daß manches, was er in seinem Aufsatz¹⁴ geschrieben hat und worauf ich aus Gründen der Zeit hier nicht eingehen kann, sicher auch meine Billigung findet. Aber es sind drei Kernpunkte. Diese drei Kernpunkte sind erstens, die nukleare Grundsituation ist auf Grundlage einer dauerhaften Friedensordnung ungeeignet, zweitens die Aufhebung der Existenz der Gattung Mensch oder die Aufhebung der Natur als Ganzes sind Grenzen, deren auch nur mögliche Überschreitung nicht konsensfähig ist, und drittens, will man der Wahrscheinlichkeit Rechnung tragen, daß folgende nukleare Strategien auf Dauer konsensfähig sind, dann ist der Aufbau der konventionellen Verteidigung und eines glaubhaften Zivilschutzes unverzichtbar.

Das sind die verteidigungspolitisch relevanten drei Grundthesen Biedenkopfs. Meine Gegenthesen: Erstens die nukleare Grundsituation ist unaufhebbar. Natürlich hat die Erfindung der Nuklearwaffe die Strategie in eine völlig neue Dimension gehoben. Ob diese Dimension allerdings nur verheerend ist – man denke daran, daß ohne diese Nu-

13 Mahatma Gandhi (1869–1948), Rechtsanwalt, pazifistischer Freiheitskämpfer für Indiens Unabhängigkeit.

14 Kurt Biedenkopf in „Die Zeit“ vom 30. Oktober 1981: „Rückzug aus der Grenzsituation“.

kleinwaffen Europa mit großer Wahrscheinlichkeit seine Freiheit verloren hätte –, das lasse ich mal dahingestellt. Ich lasse auch dahingestellt, ob die Nuklearstrategie als eine Strategie der Friedenssicherung ein Paradoxon ist. Das macht es aber so schwer, sie zu erläutern, und noch schwerer, sie auszuhalten. Aber ich wiederhole meine Behauptung, die nukleare Grenzsituation ist unaufhebbar, und zwar deswegen, weil die Kenntnis von der Produktion der Atomwaffen voraussichtlich bis ans Ende der Menschheit unaufhebbar geworden ist.

Die Amerikaner haben zwei Versuche durchgeführt. Sie haben einen Studenten, der nie etwas mit Physik und Mathematik zu tun hatte, in eine öffentlich zugängliche Bibliothek in Washington gesetzt, und es dauerte neuneinhalb Monate, dann hatte er Konstruktionszeichnungen der A-Bombe in der Hand, die, hätte man sie umgesetzt, binnen eines Monats eine Nuklearbombe funktionsfähig gemacht hätten. Sie haben dann einen Studenten der Physik genommen, der hatte das Ganze nach drei Monaten. Das heißt, selbst wenn es gelänge, die Menschheit zur Vernichtung aller Atomwaffen zu bewegen – ich überlasse es Ihnen, darüber nachzudenken, wie realistisch eine solche Überlegung für die Zeit unseres Lebens ist –, dann wäre damit sehr wenig gewonnen. Erstens wären Kriege wieder wahrscheinlicher geworden, zumal in Regionen, die so entscheidend sind wie Europa. Zweitens können Sie davon ausgehen, daß in dem Augenblick, in dem ein Krieg bevorsteht, man nicht einmal damit begonnen hat, oder in dem Augenblick, in dem eine Krise sich zuspitzt, daß jeder der Staatshäupter der beteiligten Länder, soweit er dazu technisch in der Lage ist, selbstverständlich den Auftrag zur Produktion der Bombe gibt, schon deswegen, weil er annehmen muß, daß auch der andere den gleichen Befehl gibt, und derjenige, der sie als erster hat, der wirft sie. Ich würde also so weit gehen zu sagen, die Vision einer völlig atomwaffenfreien Welt macht einen Atomkrieg wahrscheinlicher, als er gegenwärtig wäre. Aber das ist eine These, die ich sehr zugespitzt gesagt habe. Nur ich halte fest, die nukleare Grenzsituation ist unaufhebbar.

Zweitens ist die Strategie des Westens konsensfähig, und nicht, wie Biedenkopf sagt, nicht konsensfähig. Ich will jetzt nicht mit der letzten Meinungsumfrage vom Juli 1981¹⁵ operieren, in dem sich 53 Prozent für die Abschreckungsstrategie der NATO ausgesprochen haben. Es ist klar, daß die Mehrheit der Bevölkerung dafür zu gewinnen ist, wenn man flüssig nachzuweisen versteht, das ist eine Strategie der Kriegsverhinderung. Selbst wenn das nicht der Fall wäre, würde ich mich nicht bereit erklären, auf eine solche Strategie zu verzichten, zumal ich sie für richtig und für alternativlos halte. Die erste Frage ist nicht die der Konsensfähigkeit, sondern der Richtigkeit. Ich muß Ihnen offen sagen, daß das mich ungeheuer gestört hat an dem Artikel von Biedenkopf, daß nicht mit einem Wort die Sowjetunion, die Diktatur, die Machtstrategie der Sowjetunion und der Besitz der Nuklearwaffen durch die Sowjetunion angesprochen worden ist. Wenn also das richtig wäre, was er sagt, daß diese Strategie nicht konsensfähig ist, dann bedeutet das wohl, daß, wenn dafür die Frage des Konsenses nicht auftaucht, diese Strategie praktiziert bleiben wird.

Drittens, was ich zur konventionellen Alternative gesagt habe, gilt auch für das, was ich zur dritten Kernthese von Biedenkopf sagen wollte. Heißt das, und damit komme ich

15 Nach der Umfrage des IfD vom Juli 1981 bejahten 80 Prozent die NATO-Mitgliedschaft, 53 Prozent stimmten dem NATO-Doppelbeschuß „alles in allem“ zu („Die Welt“ vom 31. Juli 1981: „Allensbach: Fest an Amerikas Seite“).

zum Schluß, daß wir mit dem gegenwärtigen Zustand uns zufriedengeben müssen? Nein, aber es heißt, daß wir nach realistischen Auswegen suchen müssen. Ich sehe dazu zwei Wege: Erstens, es gibt keinen Ersatz für die Suche nach gegenseitiger kontrollierter Abrüstung, den Versuch also, das Gleichgewicht auch im nuklearen Sektor auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen, und zweitens, militärische Mittel haben ausschließlich instrumentalen Charakter zur Kriegsverhinderung. Die Lösung dieser Probleme kann letztlich nicht aus dem militärischen Bereich kommen. Sie kann nur aus dem politischen Bereich kommen. Das heißt, die Lösung besteht dort, wo es uns gelingt, eine Weltordnung schrittweise zu verwirklichen, die auf Zurückhaltung, auf Mäßigung und auf politischer Konfliktlösung aufgebaut ist.

Und letzter Komplex, das sind die Vorschläge von Reagan. Ich warne davor, diese Vorschläge jetzt im Augenblick auch in der politischen Kommentierung ausschließlich als taktische Manöver zu sehen, mit denen man den Europäern einen Gefallen tut und dem Drängen verschiedener europäischer Regierungen nachgibt. Die Vorschläge von Reagan und seiner Administration sind anfangs leider eher unvollständig zum Ausdruck gebracht worden, wie ich hier in unserem Kreis auch ganz offen bedauernd sagen darf. Es war von Anfang an klar, einmal die militärische Stärke der Amerikaner wiederherzustellen, aber zum zweiten auch die Philosophie einer Abrüstung, der sogenannten „deep cuts“, also der „tiefen Einschnitte“ zu verfolgen. Einen solchen Versuch hat Carter, wenn Sie sich erinnern, im Jahr nach seiner Amtsübernahme gemacht, hat seinen Außenminister nach Moskau geschickt mit Vorstellungen zu SALT II, die die wirkliche Reduzierung des Potentials bedeuteten.¹⁶ Er ist dort in Moskau abgeblitzt. Wenn Sie die Reaganschen Abrüstungsvorstellungen studieren, stellen Sie fest, daß dahinter die gleiche Philosophie steckt, d. h. die Russen zum ersten Mal nicht nur mit bloßer Rüstungskontrolle zu konfrontieren, sondern mit Reduzierung. Das ist seine Linie, das wird seine Linie auch bei den SALT-Gesprächen sein. Wie das im einzelnen bei den SALT-Gesprächen laufen wird, ist im Augenblick noch nicht klar, auch nicht der amerikanischen Administration. Aber Sie können ganz sicher sein, daß diese Administration die Sowjets mit sämtlichen Abrüstungsschritten konfrontiert, allerdings, daß Reagan nicht aufhören wird, was ich im übrigen für richtig halte, die militärische Macht der Vereinigten Staaten wieder aufzubauen und das Gleichgewicht wieder herzustellen, weil er beides als unverzichtbare Beiträge zum gleichen Ziel ansieht, wie ich glaube, völlig zu recht. Damit müssen wir uns auf langwierige Verhandlungen einstellen. Es gibt bis jetzt, was die Mittelstrecken und was das Konzept der Verhandlungen beinhaltet, in jedem denkbaren Punkt Meinungsverschiedenheiten, bei der Frage, sollte man zunächst nur über Raketen oder gleich auch über Flugzeuge und andere Waffenträger sprechen, bei der Frage der Einbeziehung des sogenannten SDS¹⁷, wobei es eine Besonderheit jener Systeme ist, daß sie von Europa aus die Sowjetunion erreichen können, aber keine Mittelstreckenwaffen sind, wobei ich auf eine interessante Note aufmerksam mache, die in der Diskussion immer wieder auftaucht. Die Sowjets sagen, ja, das sind strategische Waffen, weil sie uns erreichen, aber wir können mit unseren Mittelstreckenwaffen euch nicht erreichen. Da wird die Rechnung

16 Vance hielt sich vom 27.–30. März 1977 in Moskau auf, blitzte aber mit den radikalen Abrüstungsvorschlägen Carters ab. – Cyrus Vance (1917–2002), Jurist, amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1977–1980 Außenminister.

17 Space Defense System.

völlig ohne die Europäer gemacht. Sie sagen in der Diskussion, das interessiert sie überhaupt nicht, daß die Sowjets mit ihren Mittelstreckenwaffen Europa bedrohen. Darum muß es den Europäern gestattet sein, aus Europa heraus diese Drohung verfügbar zu halten. Die ganze sowjetische Vorgehensweise, die ganze Argumentation zu SDS zeigt, daß sie Westeuropa wie übrigens auch Osteuropa im Grunde genommen nicht im Rang souveräner Staaten, sondern allenfalls als Satelliten wahrnehmen. Wir müssen unser eigenes Interesse so denken dürfen, wie die Sowjets selbst.

Ich sehe eine große Gefahr, und damit will ich abschließen, was in diesen Verhandlungen psychologisch unterlassen wird. Es baut sich jetzt schon ein so großer Erfolgs- und Erwartungsdruck auf – und bedauerlicherweise tun Schmidt, Brandt und andere alles, um diesen Erwartungsdruck noch zu verstärken –, daß ich nicht sehe, wie die Amerikaner nicht gezwungen sein könnten, dann nach einiger Zeit, und sei es nur aus kosmetischen Gründen, Konzessionen zu machen. Und das Schlimmste, was sich hier tut, ist die von Brandt betriebene Verschiebung des Parteitags der SPD auf 1983. Ich sage Ihnen, wenn der SPD-Parteitag auf 1983 verschoben wird, ist die Nachrüstung tot. Denn es soll doch niemand hier in diesem Saal glauben, daß angesichts eines bevorstehenden Bundestagswahlkampfes, angesichts des Drucks, der sich dann in den kommenden zwei Jahren aufbauen wird, angesichts immer neuer Demonstrationen, angesichts der Unzufriedenheit über nicht erreichte Ergebnisse in Genf, die SPD in zwei Jahren in der Verfassung sein sollte, in der sie im Augenblick, und vermutlich nach Meinung der meisten, schon nicht mehr ist. Und jetzt überlegen Sie, wie Sie darauf als sowjetischer Politiker reagieren würden. Daraus ziehe ich die Konsequenz, daß wir allen politischen Druck, den wir als Opposition aufbauen können, einsetzen müssen, um es Schmidt so schwer wie möglich zu machen, der Verschiebung seines Parteitags zuzustimmen. Jetzt kann er, wenn er seinen Rücktritt noch einmal ins Spiel bringt, nach meiner Meinung eine Entscheidung für sich noch mit knapper Mehrheit erzwingen. 1983 mit Sicherheit nicht mehr.

Für uns aber kommt alles darauf an aufzuklären, Linie zu halten und jener Angstpsychose entgegenzutreten, von der ich glaube, daß sie für Verteidigung und damit für den Frieden und die Sicherheit weit gefährlicher ist als alles, was sich rein militärtechnisch anbahnt.

Albrecht: Meine erste Nachfrage bezieht sich auf SDS. Heißt das, was Sie gesagt haben, daß wir einverstanden sein könnten, daß in einer Abrüstungsverhandlung über Mittelstreckenwaffen das SDS einbezogen wird? Die zweite Frage ist, wenn die Nachrüstung den russischen Versuch der Regionalisierung des Konflikts durchkreuzen soll, wie kann das erreicht werden, wenn die Pershing II praktisch nur die Randgebiete der Sowjetunion erreichen. Das ist mir noch nicht deutlich.

Kohl: Bevor Sie, Herr Wörner, das Wort haben, will ich gleich eine Nachfrage zur politischen Seite, die ich ehrlich gesagt nicht verstanden habe, stellen. Mit Ihren Ausführungen bin ich sehr einverstanden, nur nicht mit Ihrer Conclusio, was den SPD-Parteitag betrifft, weil ich sie für eine gefährliche These halte.

Zunächst einmal gehe ich davon aus, daß das gelaufen ist, daß Brandt, was immer wir auch tun, aus der inneren Situation der Sozialdemokraten sich überhaupt nicht anders verhalten kann und verhalten wird, als daß er den Parteitag mit den Themen beschäftigt, die auf dem Tisch liegen; der Parteitag findet genau auf den Tag vier Wochen nach den Wahlen in Niedersachsen statt. Da muß man mal sehen, wie das mit der inneren Wirkung

ist. Brandt wird sagen, Genossen, die Lage ist so schwierig, wir machen einen Sonderparteitag. So wird das sein. Er wird nicht sagen, wir machen 1983 einen Parteitag, sondern wir werden einen Sonderparteitag machen, wenn das soweit ist. Und damit ist das Thema vom Tisch.

Ich wende mich gegen die Formulierung zu dem Teil, Herr Wörner, weil natürlich das auch uns, die CDU/CSU, in eine psychologische Lage bringt, die ich nicht akzeptieren kann. Wir werden die Durststrecke, die jetzt entstanden ist und noch weiter entsteht mit dieser Friedensbewegung und allem dazu, nur durchhalten können, wenn die Union sich völlig im klaren ist, daß sie bei stärkstem Gegenwind passieren muß. Wenn wir an diesem Punkt nachgeben, können wir alle den Rest der Republik vergessen. Das ist meine feste Überzeugung. Deswegen ist es ungeheuer wichtig, daß wir bei unseren eigenen Einlassungen sagen, wir gehen unseren Weg, egal was die Sozialdemokraten tun. Wir müssen uns und die Partei auf diesen Punkt einrichten, denn wenn die Sozialdemokraten 1983 nicht mehr an der Regierung sein könnten, das ist zumindest eine der Möglichkeiten, die mit 50 Prozent bei dem jetzigen Sachstand in der Bundesrepublik in Erwägung gezogen werden muß, dann gehe ich davon aus, daß die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten, die Basis der Sozialdemokraten, eine konträre Position bezieht, völlig egal, was Schmidt heute oder gestern gedacht hat. Die werden sagen, das ist Schnee von gestern, was geht uns das Gerede von damals an. Und ich gehe davon aus, aus gutem Grund, gestern vor acht Tagen, hatte ich Besuch bei mir zuhause. Wir haben über die Entwicklung bei den italienischen Sozialisten und – der wußte auch sonst eine Menge – über die Entwicklung der sozialistischen Internationale gesprochen. Das sind dort Zustände, wie das ja für deutsche Verhältnisse unvorstellbar ist, die nahezu laut- und klaglos in beiden italienischen Kammern über die Bühne gegangen sind, daß sie schon die Standorte ausgesucht haben. Er kam gerade aus einer großen Kundgebung von diesem Standort zurück, den er in Sizilien besucht hat¹⁸, wo er in einer öffentlichen Kundgebung auf dem Marktplatz in dieser Stadt gesprochen hat, und er ging eigentlich davon aus, nach seinen Berichten, die Craxi ihm weitergeleitet hat, daß man in der Sozialistischen Internationale völlig überzeugt ist, daß die deutschen Sozialdemokraten den Nachrüstungsbeschluß nicht mehr politisch in ihrer eigenen Partei darstellen können. Aber wir müssen damit rechnen, egal, ob sie dran sind oder nicht, daß sie ablehnen. Und dann bleibt es plötzlich bei uns und bei Teilbereichen der SPD, so Gott will. Wir müssen deswegen unser Publikum, unsere Anhänger, unsere Wähler, unsere Mitglieder bei den bevorstehenden Landtagswahlen darauf einstellen, daß wir hier durchmarschieren müssen. Ich bin überdies der Auffassung, daß wir eine viel stärkere Position haben als nur 53 Prozent. Ich gehe davon aus, wenn es zur Entscheidung kommt, daß diese Prozentzahl wesentlich höher sein wird, wenn wir mal auch psychologisch in die Offensive gehen und die Dinge darstellen. Ganz unten stellt sich dann bei den Leuten raus, das ist keine Frage von Pershing und Raketen, sondern wir vertrauen entweder den Amerikanern oder der Sowjetunion. Und das ist auch der Punkt, wo es aus allgemein politischen Gründen hinkommen muß.

Letzter Punkt. Ich hoffe – wir haben alles getan, um das zu empfehlen –, daß der amerikanische Präsident in der ersten Jahreshälfte des nächsten Jahres hierherkommt. Wenn er dann in einer eindrucksvollen Weise – und er kann ungewöhnlich eindrucksvoll

18 Flaminio Piccoli (freundliche Auskunft von Dr. Maike Kohl-Richter). – Ende Oktober 1981 fand in Comiso, wo 112 Pershing II stationiert werden sollten, eine Kundgebung mit 30.000 Teilnehmern statt.

sein, auch im Umgang mit den Massenmedien, das kann hier jedermann ja bestätigen – eine vergleichbare Rede hält, wie er sie jetzt gehalten hat und die Amerikaner auch psychologisch endlich das tun, was sie die ganze Zeit alles nicht getan haben, sondern es eigentlich nur belastet haben – ich kann es ja offen sagen, das, was aus Washington kam, war ja meistens für die Freunde der Amerikaner nur eine Belastung und keine Unterstützung –, dann bin ich meiner Sache ganz sicher. Ich wollte das doch noch einmal gesagt haben, weil es, glaube ich, dazu gehört.

Wörner: Zunächst zu den Nachfragen. Wir sollten alles vermeiden, was bei den Russen die Hoffnung wecken könnte, sie in die erste Verhandlungsphase mit einbeziehen zu können. Allerdings sage ich in diesem Kreis ebenso offen, man wird dem Druck der Sowjets auf Einbeziehung dieser Systeme in der zweiten Phase nicht ausweichen können, auch nicht ausweichen dürfen. Nur, das führt denn dazu, Herr Kollege Albrecht, daß eben nicht nur die Systeme des Westens einbezogen werden müssen, sondern all jene Systeme der Sowjetunion, die sie beispielsweise jetzt völlig ausklammern. Also, um ein Beispiel zu bringen, dann eben nicht nur die SS-20, sondern die SS-22, die im Raum Königsberg stationiert ist und die Benelux-Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und große Teile von Italien erreichen kann. Oder die U-Boote in der Ostsee und ähnliches mehr. Oder die unzähligen Flugzeuge, die sie hat, die sowjetischen Kampfbomber, „backfire“ und wie sie alle heißen. Das heißt, in dem Augenblick, in dem sie SDS mit einbeziehen, kommen natürlich sofort alle anderen Systeme der Sowjets auch auf den Tisch. Und dann, das sage ich Ihnen voraus, wird allerdings die Verhandlung sehr unübersehbar, daß Sie mit langen, langen Verhandlungszeiten rechnen müssen. Zweiter Punkt, die Pershing II erreicht zwar nicht Moskau, aber sie erreicht wichtigste Industrieregionen der Sowjetunion, das heißt, sie bedeutet ein erhebliches Risiko für die Sowjetunion.

Und drittens, Herr Kohl, wir sind in dem einen Punkt zusammen, was wir durchstehen müssen, egal, was die SPD tut. Ich meine nur, wenn es eine Chance gibt für Schmidt, noch einmal seine Partei hinter sich zu bringen in diesem Punkt, dann gibt es sie jetzt, aber nicht mehr in zwei Jahren. Und eine Regierungsübernahme in einer Situation, in der eine ablehnende Entscheidung ergangen ist, ist für mich auch vorstellbar. Selbstverständlich wäre es sehr viel besser, wenn es gelungen wäre, die SPD noch einmal auf diesen Kurs einzuschwören. Gut, warum sollen wir uns darüber streiten. Der Sinn meiner Bemerkung war nicht, daß die CDU sich nun aus der Verantwortung stehlen möchte. Ich sage noch einmal, daß wir alles tun müssen, unsere Leute auf eine schwierige Situation einzustellen, nur, es würde auch unsere Situation erleichtern, wenn das noch einmal möglich wäre.

Barzel: Die Großwetterlage beurteile ich wie der Vorsitzende. Ich gehe von folgender Annahme aus, in Genf haben sie in zwei Jahren noch kein Ergebnis, ob wir regieren oder die. Das ist erst in zwei Jahren, und 1984 ist auch für uns ein Wahljahr. Und da stelle ich folgende Frage, Herr Wörner, wir brauchen praeter propter 500 Standorte, zum Teil alte, zum Teil neue. Ich kann die 500 Standorte geheim aussuchen, geheim bestimmen, der Öffentlichkeit vorenthalten, oder sind das Standorte, die zum größeren Teil oder zum kleineren Teil bekannt werden? Ich frage deshalb ganz konkret, Herr Kollege Wörner, das gehört ja dazu, wenn man so redet, wie hier geredet worden ist: Besteht die Gefahr, daß wir politisch das durchsetzen, und dann vor Ort 500 Frankfurter Flughäfen kriegen? Und das im Jahr 1984! Das ist eine politische Frage, die ich sehr gern an den Experten stellen würde. (*Wörner:* Wieso 500?) Lassen wir das doch mal offen, wenn es nur 100 oder

nur 50 sind. Selbst bei 12 haben wir 12 Frankfurter Flughäfen. Meinen Sie, die werden einfach abgeräumt bei Nacht und Nebel? Manche müssen vielleicht neu installiert werden.

Filbinger: Wir sind bei 53 Prozent zu der Frage der Einstellung der Bevölkerung. Aber wenn sich das etwas nähert mit dieser Dislozierung, fürchte ich, daß sich das ändert. Ich muß sagen, ich bin ziemlich überrascht, ich habe eine Umfrage zu dem Thema gestellt im konservativen Baden-Württemberg und muß sagen, die Zahlen haben mich umgehauen. Und zwar im negativen Sinn. Interessant ist, daß die Fragestellung im Raum Freiburg, dort wo Wyhl geplant ist, genauso ausläuft wie beim AKW. Wir müssen uns strategisch darauf einstellen, daß die Geschichte eine andere Dimension bekommt bei der Dislozierung. Ich meine, das müßte man bei der Fragestellung mit einbeziehen.

Wörner: Mir ist die Detailplanung noch nicht voll bekannt. Ich weiß nur, daß die Vorarbeiten weit gediehen sind auf der Hardthöhe. Eines steht fest, die gesamten Pershings kommen in alte Stellungen, die schon vorhanden sind. Die Cruise Missiles werden zusammengefaßt, also nicht etwa für jede der 464 ein eigener Standort. Es gibt ja transportable Systeme, die an wenigen Standorten zusammengefaßt werden, und die Überlegungen der Amerikaner und auch der Bundesregierung gehen darauf hin, so viel wie möglich schon vorhandene Standorte dafür zu nutzen. Allerdings werden wir – das ist nur eine Annahme von mir, für die wir noch keinen konkreten Beleg haben – damit rechnen müssen, daß 10 bis 15 neue Standorte bestimmt werden müssen, mindestens für Nuklearwaffen neue Standorte. Ich rechne nicht damit, daß es gelingen wird, das geheim zu halten. Ich glaube noch nicht einmal, daß es sehr ratsam wäre, das zu tun. Ich würde das zwar nicht überall auf dem Marktplatz ausposaunen, aber ich würde es auch ungern dem „Stern“ oder dem „Spiegel“ überlassen, eine Liste mit solchen Standorten zu veröffentlichen. Es bräuchte nicht sehr lange, und dann hätte jeder eine solche Liste. Ich glaube allerdings, und da teile ich die Meinung von Herrn Kohl, daß wir zwar dann im einen oder anderen Punkt mit Aktionen zu rechnen hätten, aber ich glaube nicht, daß die Kraft der Linken ausreicht, um aus jedem dieser Standorte ein Frankfurt zu machen. Und wenn, dann müßten wir versuchen, an jedem einzelnen Platz dem entgegenzutreten; andere Möglichkeiten sehe ich nicht.

Geißler: Manfred Wörner hat sich ja auf die fachliche Seite konzentriert und beschränkt. Ich möchte dennoch auf die politische Seite die Aufmerksamkeit lenken und vor allem auch auf die Frage der Darstellung unserer Verteidigungspolitik, und zwar aus einem ganz einfachen Grund, die Frage, ob wir angesichts der gegenwärtigen Situation die Schlacht um die öffentliche Meinung gewinnen. Die Stimmung hängt natürlich auch davon ab, wer in Europa die Auseinandersetzung gewinnt. Die Frage des Konsenses ist ja schon angesprochen worden. Ich bin nicht der Auffassung, daß unsere verteidigungspolitische Konzeption konsensfähig ist. Wir stehen ständig vor der Aufgabe, um diesen Konsens zu kämpfen, d. h. um Mehrheiten zu kämpfen für die verteidigungspolitische Konzeption, die wir haben. Dies ist auch aus einem ganz anderen Gesichtspunkt heraus von Bedeutung. Wenn die Dinge so in der SPD weitergehen, wie dies geschildert worden ist, dann kann man auf jeden Fall damit rechnen, daß die Sozialdemokraten die nächste Bundestagswahl, gleichgültig, wann die kommt, ob die 1983 oder erst 1984 kommt, zu einer Volksabstimmung über den Doppelbeschluß der NATO und über die Stationierung der Atomwaffen machen werden. Auf diese Auseinandersetzung, d. h. auf diesen Kampf um die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik, aber darüber hinaus in ganz Europa,

müssen wir natürlich vorbereitet sein. Wir haben in den letzten Wochen ja erlebt, daß die Diskussion um dieses Thema nicht auf Deutschland beschränkt ist. Es gab ja mal Zeiten, wo wir gemeint haben, wir könnten es im wesentlichen auf Deutschland beschränken, aber inzwischen greift die Sache auf Amerika über. Wir haben in Holland in den letzten Tagen eine riesige Demonstration gehabt, in England und in Frankreich ist es ähnlich. Infolgedessen scheint es mir schon wichtig zu sein, daß wir uns hier im Bundesvorstand auch unterhalten über die Art und Weise, wie wir unsere Politik vertreten. Und das ist das Thema der Darstellung nach der Argumentation der Verteidigungspolitik heute, und auch eine Frage an die Vergangenheit, wie wir diese Politik vertreten haben bzw. wie die Bundesregierung diese Politik vertreten hat.

Mir scheinen hier drei Punkte wichtig zu sein. Erstens, man kann die Richtigkeit einer politischen Position nur dann glaubhaft vertreten, auch als Person glaubwürdig vertreten, wenn man eine politische Konzeption in ihrer Ganzheit vertritt, d. h., wenn man nicht nur partiell argumentiert, sondern wenn man alle Aspekte glaubhaft vertritt. Und hier spielt, glaube ich, für den Konsens und die Konsensfähigkeit nicht nur das eine große Rolle, was Manfred Wörner völlig zu Recht hier dargelegt hat, sondern zum Beispiel auch die moralische Konzeption, die moralische Begründung, die inhaltliche Begründung. Dazu gehört meines Erachtens zunächst einmal, daß wir die moralische Problematik ernst nehmen. Ich wiederhole dies noch einmal. Wir haben ja auf dem Parteitag ausführlich dargelegt – es ist eine ganz wichtige Frage –, daß wir in der Gesamtdarstellung unserer Politik bis in die Kreisverbände hinein die moralische Problematik klarmachen. Dazu gehört vor allem, daß wir anerkennen, daß es sich auch um ein moralisches Problem handelt, um ein qualitativ anders gelagertes Problem, als dies meinetwegen vor 200 oder 300 Jahren oder vor 100 Jahren der Fall gewesen ist. Die Aufregung, die bei allen Bürgern, vor allem bei den jungen Menschen zu bemerken ist, ist ja wohl auch darin begründet, daß im Gegensatz zu früher klar ist, wenn diese Waffen angewendet werden würden, daß dies einen qualitativen Unterschied bedeuten würde hinsichtlich der Existenz der menschlichen Gesellschaft gegenüber der Situation der früheren Jahrhunderte. Also das scheint mir schon wichtig zu sein, daß man die moralische Problematik ernst nimmt und daß wir als Christliche Demokratische Union dieses auch klarmachen. Auch im Verhältnis zu denen, die in der Bewertung der Militärtechnik zu ganz anderen politischen Konzeptionen kommen, als wir dies für richtig halten.

Zweitens, was die Argumentation anbelangt, gibt es, glaube ich, einige Informationsdefizite, die wir aufzufüllen haben. Dazu gehört meines Erachtens der ganze Komplex der Overkill-Diskussion. Wenn es richtig ist, daß allein die amerikanische nukleare Kapazität ausreicht, um eine acht- bis zehnfache Vernichtung der Weltbevölkerung zu ermöglichen, dann ist die Frage, warum die Kapazität eigentlich, wenn eine zweifache oder dreifache genügen würde im westlichen Bereich mit den notwendigen Mitteln, die zur Verfügung gestellt worden sind, überhaupt ausgebaut worden ist. Das hat auch etwas zu tun mit unserer moralischen Glaubwürdigkeit im Westen gegenüber den Entwicklungsländern, weil die Mittel, die wir unnötigerweise in diese Overkill-Kapazität hineinstecken, uns dann fehlen irgendwo anders. Ich sage, das ist nicht ausreichend begründet, auch von der westlichen Seite her, warum wir eigentlich mehr Waffen produziert und finanziert haben, als wir für die nukleare Abschreckung, für unser Abschreckungskonzept eigentlich brauchen. Auf jeden Fall ist hier ein Informationsdefizit ganz sicher vorhanden,

auch dann, die Leute hören das ja, wenn das stimmt, daß ein Poseidon U-Boot heute so viel Vernichtungskapazität hat, oder fast so viel, wie im gesamten 2. Weltkrieg an Vernichtungskapazität aus allen Kanonen und Geschützen und Bomben abgefeuert worden ist. Das ist nur ein Beispiel für Argumentationsdefizite, die einfach abgebaut werden müssen, wenn wir die Schlacht um die öffentliche Meinung gewinnen wollen. Das ist ja mein Thema. Darüber will ich etwas sagen.

Es kommt ein dritter Punkt hinzu, das ist die Sprache, mit welcher Sprache wir unsere verteidigungspolitische Konzeption vertreten. Gerade hier muß man selbstkritisch mit allen Äußerungen, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, nicht gerade zu Gericht gehen, aber man muß überlegen, ob hier immer der Totalität dessen, was hier notwendig ist zu sagen, auch immer entsprochen worden ist, oder ob eben nicht zu sehr partiell argumentiert wurde. Daß wir auch eine Partei der Abrüstung sind, das ist ja glücklicherweise durch die Dokumentation noch einmal dokumentarisch belegt worden.¹⁹ Aber Verantwortung für die Sprache bedeutet ja nicht nur, daß man diesen wichtigen Teil genau so betont wie für andere Dinge, sondern es ist auch eine Frage der Reaktion und der Argumentation auf ganz bestimmte verteidigungspolitische Ereignisse. Ich will ein Beispiel nehmen. Obwohl es vielleicht umgekehrt gesehen werden mag, halte ich es für nicht günstig zur Konsensfähigkeit unserer Politik und um die Schlacht um die öffentliche Meinung zu gewinnen, wenn der amerikanische Präsident erklärt, daß er für den amerikanischen Bereich der Auffassung ist, daß die Neutronenwaffe gebaut werden wird – von der Stationierung war von amerikanischer Seite überhaupt noch nicht die Rede – und daß sozusagen am zweiten oder auch ersten Tag von der CDU aus die Erklärung abgegeben wird, wir begrüßen die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, die Neutronenwaffe zu bauen, und wir zweitens auch noch gleichzeitig sagen, wir sind dafür, daß die Neutronenwaffe in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland stationiert wird. Das geht für den Normalbürger dann einfach zu schnell. Und die Union macht dann den Eindruck, als ob wir nicht aus dem Fundus einer wohlüberlegten Argumentation unter Abwägung des Für und Wider und der Berücksichtigung aller möglichen Argumente und Interessen eine Entscheidung fällen würden, sondern sozusagen aus der Hüfte schießen und in einer derart zentralen Frage an die Öffentlichkeit gehen. Das ist sehr wichtig für unsere Glaubwürdigkeit und dafür, wie wir die Schlacht um die öffentliche Meinung in Europa gewinnen können.

Ich habe Ihnen ein Beispiel gebracht. Die Beispiele ließen sich auch vermehren. Das, was Helmut Kohl uns von den Amerikanern gesagt hat, spielt hier ebenfalls eine Rolle. Das hat mit dazu beigetragen, diese Auseinandersetzung um die öffentliche Meinung zu verbessern. Man hat ja sehen können, als der amerikanische Präsident am Buß- und Betttag mit diesem Vier-Punkte-Programm kam, wie das Aufatmen durch unsere Reihen gegangen ist und alle, die treu und fest zu dem Bündnis stehen, sich gefreut haben, daß nun endlich einmal eine Gesamtkonzeption in eine Richtung geäußert worden ist, die natürlich ganz entscheidend notwendig ist auch zur Vorbereitung der Auseinandersetzung, die wir haben.

Ein dritter Gesichtspunkt oder ein abschließender Gedanke, warum ist das so wichtig? Ich glaube nicht, daß wir die Masse der Bevölkerung überzeugen können, Manfred

19 Tischvorlage „Beschlüsse der CDU zur Sicherheitspolitik (1953–1981)“ in ACDP 07-001-1336.

Wörner, mit der sehr schwierigen Argumentation, wie die „flexible response“ funktioniert und welche Kriterien dazu beitragen. Das ist etwas nahezu Unmögliches. Die Verteidigungspolitik gehört ganz sicher zu den kompliziertesten politischen Feldern, die wir im politischen Bereich haben. Und infolgedessen ist der Bürger darauf angewiesen, daß er glauben können muß. Was heißt glauben im religiösen Bereich? Im religiösen Bereich heißt glauben Wissen, aufgrund der Aussage einer Autorität wissen. Das heißt Glauben. Wissen aufgrund der Aussage einer Autorität. (*Unruhe. Diskussion.* – Kohl: Also den Satz streichen wir jetzt.) Dann lasse ich das mal dahingestellt, jedenfalls ist das ein sehr wichtiges Thema zu wissen, überzeugt zu sein aufgrund der Aussage einer Autorität. Daß wir heute in der Bundesrepublik Deutschland eine Auseinandersetzung und auch sehr divergierende Meinungen haben, hängt auch damit zusammen, daß wir einen Autoritätsverlust haben, d. h. daß wir zu wenige Autoritäten haben, denen die Menschen glauben können. Diese Tatsache sollte man verwenden als Argument gegen die Bundesregierung, die ja zum großen Teil dazu beigetragen hat, daß die Menschen die Orientierung verloren haben. Ich weiß schon, warum ich das gesagt habe. Die geistige Abrüstung, die in den vergangenen Jahren stattgefunden hat und die mangelnde Begründung der Verteidigungspolitik hat ja im Zweifel mit dazu beigetragen, daß wir jetzt diese ganzen Bewegungen haben. Nur, die Autorität zu bewahren und weiter auszubauen, erfordert natürlich von uns ebenfalls die Berücksichtigung dessen, was ich hier genannt habe, das heißt Respekt und Rücksichtnahme auf die moralischen Positionen, auch die Ausfüllung von Informationen mit dem verantwortlichen Gebrauch der Sprache. – Diese drei Punkte wollte ich für die kommende Auseinandersetzung hier mit einführen.

Waffenschmidt: Es ist meines Erachtens entscheidend, daß es uns gelingt, bei der zuletzt angesprochenen geistig, politisch, psychologischen Auseinandersetzung in einer angemessenen Sprache unsere Politik für den Frieden und die Sicherung der Freiheit zu verkaufen. Ich bin der Auffassung, man verführt uns geradezu immer wieder zum Raketen zählen und zum Waffenzählen. Das tun alle die, die uns übelwollen. Wir müssen davon wegkommen. Für die Masse der Bevölkerung sind solche Fragen, wie Helmut Kohl es angesprochen hat, wem kann ich letztlich mehr trauen, den Amerikanern oder den Russen? Ich glaube, daß sich Menschen begeistern lassen für die Sache des Friedens und der Freiheit. Wenn man gestern einmal die Reaktionen sah bei den vielen tausend jungen Leuten hier auf dem Marktplatz in Bonn, dann ist da ein Potential vorhanden, wenn wir die richtig ansprechen. Was den Menschen ja zum Hals herauskommt, ist das, was wir als Politiker sicherlich alle abwägen müssen. Ich bin Manfred Wörner außerordentlich dankbar, daß er uns heute das nochmal so klar hier deutlich gemacht hat. Nur muß ich sagen, ich stelle bei Diskussionen in zunehmendem Maße fest, je tiefer wir in alle diese Einzelbereiche hineinkommen, schalten die Leute ab. Die wollen das in diesen vielen Verästelungen gar nicht mehr hören. Ich meine, dahinter steht eine bewußte Strategie, weil das Raketen zählen übertrieben worden ist. Ich glaube, daß wir von Konrad Adenauer erneut lernen können. Der hat uns ja immer wieder gesagt, ihr müßt sagen, für Frieden und Freiheit. Ich weiß das noch gut aus einzelnen Begegnungen im Wahlkampf von 1957. Meines Erachtens ist die Frage, ob wir die Schlacht um die Meinungsbildung in unserem Volk gewinnen, am besten dadurch zu beantworten, daß wir das Informationsdefizit überwinden und unsere Politik auch wirklich verstärkt als Bundespolitik darstellen. Was für mich immer wieder erschütternd ist, wenn ich in Diskussionen bin, zum Beispiel auch

im kirchlichen Raum, wie wenig die Leute von unseren Friedens- und Abrüstungsinitiativen wissen. (*Unruhe. Diskussion.*) Das Informationsdefizit ist natürlich in vielen Bereichen genauso zu sehen, aber das ist hier natürlich gerade unsere Aufgabe. Ich meine schon, daß wir zur Verbesserung des Informationsstands beitragen können, immer unter der Devise politisch-psychologisch. Ich fand das gut, daß wir mal für den Parteitag die Zusammenstellung all der Abrüstungsinitiativen hatten und welche friedenspolitischen Initiativen von CDU-Bundesregierungen ausgingen. Das ist ja alles in Vergessenheit geraten.

Ich möchte in dem Zusammenhang gerne sagen, daß ich es für wichtig halte, daß wir auf die Sprache entscheidenden Wert legen. Ich habe vor zwei Jahren einmal in einer Diskussion der Bundestagsfraktion in Berlin gesagt, und wir haben dann ja darüber noch kurz diskutiert, Manfred Wörner und ich, wir müssen, vielleicht kommt uns das manchmal selbst überflüssig vor, alles, was wir im Verteidigungssektor tun, als Friedenspolitik verkaufen. Die anderen haben, obwohl sie den Frieden unsicherer machen, das Feld in einigen Bereichen versucht, erfolgreich zu besetzen.

Lassen Sie mich ein Drittes und Letztes hier sagen. Ich sehe es für ganz wichtig an, auch für diese Diskussionen, die jetzt vor uns liegen, daß wir das aufnehmen, was Manfred Wörner im letzten Abschnitt sagte, daß wir sagen, alle unsere militärischen Anstrengungen sollen dafür dienen, daß wir für politische Initiativen auch die notwendigen Voraussetzungen und den Hintergrund haben. Das halte ich für ganz wichtig. Wenn jetzt im Januar zum Beispiel die Landessynode der größten evangelischen Landeskirche im Rheinland stattfindet, die sich sechs Tage allein mit diesem Thema befassen muß, dann kann ich die Synodalen nur dann gewinnen, unsere Überlegungen zur Friedenspolitik zu unterstützen, wenn ich Ihnen sage, von da aus wollen wir ja auch politische Initiativen zur Konfliktbewältigung angehen. Deshalb finde ich, daß wir den Menschen sagen, daran müssen wir außenpolitisch orientiert sein, und das müssen wir innenpolitisch tun. Denn Konfliktlösung hat ja auch etwas mit der Innenpolitik zu tun. Die Menschen sehnen sich ja auch nach dem innenpolitischen Frieden, wenn sie insbesondere solch furchtbare Bilder von Gewaltanwendung wie von Frankfurt und von woanders sehen müssen.

Also Fazit, das ist, was ich nach einer wirklich großen Serie von Diskussionen gerade im kirchlichen Raum beisteuern möchte ist: Wir sollten alles daransetzen, unsere Politik, die doch wirklich Politik der Friedenssicherung ist, auch als solche darzustellen. Man muß ja erschüttert sein, daß als Friedenspolitik in unserem Lande eine Politik ausgegeben werden kann, die in Wirklichkeit nur Kriegsgefahr heraufbeschwört. Mir ist das unter die Haut gegangen, was eine junge Schülerin in Hamburg bei dem Friedensforum gesagt hat, lernen denn die deutschen Bürger eigentlich gar nichts aus der Geschichte? Es genügt ja nicht, daß wir die Aufstellung haben, sondern wir müssen es eben mit einer erneuten Offensive mit den richtigen Worten unter die Leute bringen. Ich habe die absolute Bitte, daß wir nicht so sehr das Militärische immer wieder in den Vokabeln im Vordergrund haben, sondern die friedenssichernden Aufgaben, die wir allerdings nur damit erfüllen können. Und daß wir dann auch im Sinne der Stellungnahme, die das Zentralkomitee der deutschen Katholiken veröffentlicht hat²⁰, sagen, dies alles ist ja für uns nicht das Letzte, weil wir letztlich auch als Christen sagen müssen, wir tun unsere Pflicht in der Verteidi-

20 Stellungnahme der Vollversammlung des Zentralkomitees Deutscher Katholiken von 14. November 1981.

gung, aber das ist nur das Vorletzte für uns. Das Letzte ist die ständige, auch politische Bemühung um Friedenslösungen. Wir wissen, wie schwierig das ist angesichts einer Weltmacht, die ja Weltherrschaftsanspruch hat. Das ist ja das Schlimme, daß diese politische Dimension des Weltherrschaftsanspruchs des Kommunismus ganz verloren geht. Wir müssen hier also deutlich machen, wir machen ja die ganzen militärischen Anstrengungen nur, um den Frieden im Rahmen einer Konfliktbewältigung und Friedensordnung sicherer zu machen. Das halte ich für entscheidend, wenn wir die politisch-psychologische Diskussion, die ganz gewaltig auf uns zukommen wird in den kommenden Monaten, bewältigen wollen.

Stoltenberg: Ich habe als erstes Stichwort aufgeschrieben Prägung der öffentlichen Meinung, kann also durchaus an das anknüpfen, was hier im Verlauf der Diskussion gesagt wurde. Da teile ich das Urteil, daß die Diskussion in den vergangenen Jahren vielleicht teilweise zu expertenhaft geführt ist, nur dürfen wir nicht in das andere Extrem verfallen. Ein bestimmtes Maß an verständlicher, ein bestimmtes Maß an fachlicher Information und stärker einbezogen in die gesamtpolitische und werteorientierte Diskussion ist natürlich unvermeidbar, vor allem, weil die Leute, die vor Ort uns begegnen oder uns unsere Freunde besuchen, selbst mit Elementen von Sachargumenten und irgendwelchen Gutachten irgendwelcher Institute und Friedensforscher arbeiten. Jeder, der die Diskussion führt, muß sich mit bestimmten elementaren Fakten vertraut machen. Nur die Verengung auf das rein Expertenhafte genügt nicht.

Ich will dann mal den Begriff Konsens aufnehmen, weil er ja bei Kurt Biedenkopf eine Rolle spielt; er wird gleich seine Position erläutern. Ich möchte also auch die Frage der Konsensfähigkeit hier als zweites Stichwort aufnehmen. Wir müssen uns einmal darüber verständigen, was Konsens bedeutet. Die Zusammenhänge mit den Kontroversen um den Frankfurter Flughafen oder Kernenergie von Brokdorf über Gorleben bis Wyhl, also innenpolitisch andere Fragestellungen, sind ja offenkundig, weil es dieselben Gruppen sind, jedenfalls weitgehend, die vorher die Kampagne geführt haben über die friedliche Nutzung der Kernenergie und jetzt eine neue Kampagne diesmal unter den Vorzeichen der Sicherheitspolitik führen. Da gibt es ja auch einen Bezugspunkt, eine emotionale Verbindungslinie: Atomenergie im einen Bereich als Gefahr, Atomenergie im Bereich der Rüstungsdiskussion, atomare Waffen als die noch viel größere Gefahr. Für mich ist der Zusammenhang hier zumindest ein anderer.

Wenn Sie von Konsens reden, müssen wir das in einer bestimmten Stufenfolge sehen. Die größte Gefahr für die geistige Entwicklung und politische Entwicklung in unserem Lande besteht ja darin, daß bestimmte Gruppen starke Wirkungen erzeugen, daß Minderheiten durch Aktionismus bis hin zu Großdemonstrationen mit gewalttätigem Anschlag die parlamentarisch demokratisch zustande gekommenen Entscheidungen der Verfassungsorgane auch dann bezweifeln, wenn sogar die Gerichte sie bestätigt haben. Es ist die Frage, wie überhaupt Entscheidungsfindung sich in unserer Demokratie vollzieht, Mehrheit und Minderheit, Möglichkeiten und Grenzen des Protests. Das ist für mich die erste Frage, wenn Sie über Konsens diskutieren. Hier müssen wir in die Offensive gehen. Aus den Erfahrungen, die wir hier im Februar in Brokdorf gemacht haben – die letzte große nationale Kampagne und Auseinandersetzung dort liegt ja nicht einmal ein Jahr zurück – bis zu den jüngsten Vorgängen um die Frankfurter Startbahn West, gibt es gewisse Erkenntnisse, die man als ermutigend ansehen kann, daß wir eine Chance der

Prägung der öffentlichen Meinung haben, obwohl sehr viel noch zu tun bleibt. Aber das wird das erste, wo für mich der Begriff Konsens beginnt.

Das zweite ist, daß wir den Versuch wagen müssen, uns in der Sache ganz klar, aber in der Analyse, in der Diskussion differenziert mit diesem diffusen Begriff Friedensbewegung einmal auseinandersetzen, daß wir versuchen, ein größeres Maß an Konsens wiederherzustellen in der öffentlichen Meinung mit dem, was Sicherheitspolitik für Frieden und Freiheit heißt. Daß wir den Begriff der Freiheit hier als einen entscheidenden Begriff mit in die Überschrift hineinnehmen, darauf haben wir uns vor dem Bundesausschuß in Berlin verständigt, als wir unsere Aussage formuliert haben. Das muß weitergehen, daß wir wieder eine Atmosphäre schaffen, ein Klima schaffen, in dem Diskussion möglicher wird. Mein Eindruck ist, daß in bestimmten Gruppen auch der jungen Generation die Bereitschaft zur sachlichen Diskussion wieder größer von der Tendenz her ist. Das müssen wir nutzen, und da müssen wir die frühe Vorstellung in den Konsens hineinnehmen. Das werden wir mit der großen Mehrzahl ihrer und unserer Diskussion erreichen.

Das dritte und schwierigste ist Konsens in der Sache. Konsens in den Konsequenzen wird nicht voll herstellbar sein. Das ist die Situation der kommenden Jahre. Nur darf das nicht bedeuten, daß wir auf eine als richtig erkannte Politik verzichten; darin würde ich also Manfred Wörner sehr stark unterstützen.

Ein paar Anmerkungen zur politischen Lage. Ich teile voll, was hier gesagt wurde. Entscheidend ist, daß die amerikanische Administration ihre Vorstellungen überzeugender darstellt. Hier hat es Rückschläge gegeben, und hier war die letzte Rede des Präsidenten eine große Ermutigung. Wir müssen darauf einwirken, daß dies weiter so geschieht, mit allen Möglichkeiten, die wir haben.

Die Betrachtungen über die SPD stehen ja unter einer unbekannten Perspektive. Wir wissen nicht, ob die SPD nach 1983, Anfang 1984 noch Regierungspartei ist oder nicht. Wenn sie in der Regierung bleibt, bleibt sie in der Zerreißprobe bis zur nächsten Bundestagswahl. Das können wir einfach analysieren, das hat gewisse parteipolitische Vorteile für uns. Sollte sie in die Opposition kommen oder gehen in voraussagbarer Zeit, dann ist meine Prognose, dann werden die Leute des Antinachrüstungskurses, wie das hier beschrieben ist, sich durchsetzen. Und die Leute, die beim NATO-Doppelbeschluß an der bisherigen Politik festhalten, kommen in der SPD hoffnungslos in die Minderheit. Aber das ist die Unbekannte. Ich gehe davon aus, daß die FDP in der Mehrheit auf dieser Linie bleibt, obwohl der Kölner Parteitag natürlich auch die gesamten Probleme am Sonntag offenkundig gemacht hat. Aber ich tendiere dazu, daß die FDP mehrheitlich auf einer Linie bleibt und damit ein Gegengewicht in der Koalition jedenfalls für die Dauer der Koalition darstellt.

Der wirklich kritische Punkt ist, das hat Horst Waffenschmidt gesagt, die Sowjetunion. Das ist der Punkt, der oft nicht ausdiskutiert wird, aber die unterschiedliche Einschätzung der Sowjetunion ist der Ausgangspunkt vieler Kontroversen, die wir haben im Bereich der Kirchen und der öffentlichen Meinung. Nur würde ich in Ergänzung des Berichts von Manfred Wörner sagen, da ist natürlich auch noch vieles offen, wie die sowjetische Politik sich entwickelt. Was jetzt an der schwedischen Küste passiert ist²¹, ist nur mal ein Schlaglicht. Das kann sich in ähnlicher Form an jedem kritischen Punkt in Europa und

21 Am 24. Oktober 1981 war ein sowjetisches U-Boot in schwedische Territorialgewässer eingedrungen und am 27. Oktober auf Grund gelaufen (AdG 1981 S. 25184).

der Welt wiederholen. Afghanistan bleibt eine offene Wunde für sie, und was in Polen geschieht, weiß keiner. Aber ich meine, das muß man nur als eine Perspektive möglicher Veränderungen auch der Meinungen in der Bundesrepublik sehen, ohne daß man darauf bauen kann. Und nun erkenne ich die Konfrontation und die Schwierigkeiten nicht, wir haben ja auch bei uns Anhaltspunkte dafür, obwohl wir nicht so stark betroffen sind wie andere Regionen. Ein Land wie Rheinland-Pfalz ist viel stärker betroffen mit den amerikanischen Basen. Natürlich gibt es eine Gruppierung von den Grünen bis zu diesen Dachverbänden der Bürgerinitiativen in Karlsruhe bis zu den Kommunisten, die Aktionen an Standorten und möglichen Standorten vorbereiten; wir haben auch gewisse Anhaltspunkte dafür. Das kann schon im nächsten Jahr beginnen, und da kommen wir in Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten. Aber dies ist eine Auseinandersetzung, die wir aufnehmen müssen und der wir nicht entrinnen können.

Und ich will als Letztes jetzt nur noch ein paar Sätze sagen, weil das sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang, zu der Situation in den Kirchen, und ich beschränke mich auf die Evangelische Kirche, weil ich das genauer übersehe. Die große Schwierigkeit in der Evangelischen Kirche ist, daß es starke Organisationsstrukturen gibt, die politisch in die konträre Richtung wirken. Das ist in Süddeutschland, aber mittlerweile nicht auf Süddeutschland beschränkt. Diese Organisation oder diese Bewegung „Ohne Rüstung leben“, die wohl in Baden-Württemberg ihren Ausgangspunkt hat, aber jetzt bundesweit tätig wird, ist die Aktion Sühnezeichen, die ja in der Veränderung ihrer Aufgabe sich voll in den Dienst dieser Aktionen gestellt hat. Das sind natürlich die Verbände der evangelischen Jugend, praktisch ohne Gegenwirkung, vielleicht mit Ausnahme des CVJM und einiger weniger, die mit ganz erheblichen Mitteln, auch mit erheblichen kirchlichen Mitteln arbeiten. Ich werde das zu einem Gespräch mit den Bischöfen bei uns machen und werde jedem, der mit den Bischöfen redet, jedenfalls im evangelischen Bereich, raten, das zunächst mal intern zu tun. Ich habe mir das einmal sagen lassen, im Laufe eines Jahres wird ein Millionenbetrag dort ausgegeben von denen, die in diese andere Richtung wirken, und unser Problem – ich bin sicher, daß Sie noch ein paar Sätze dazu sagen werden, Roman Herzog – ist, daß es im Rahmen der Kirche selbst vergleichbare andere Strukturen praktisch nicht gibt, die dem entgegenwirken, also in Richtung politischer Überzeugung, wie wir sie vertreten. Ich habe vor kurzem mit Eberhard Müller gesprochen, der einen sehr bemerkenswerten kleinen Arbeitskreis gegründet hat mit sehr guten Leuten, interessanterweise bis zu Leuten wie Baudissin²², was uns recht sein kann. Aber das ist praktisch ein ehrenamtliches Unternehmen mit einigen zehntausend Mark Spenden. Lothar Späth ist nicht mehr da, aber ich möchte es Ihnen sagen, Roman Herzog und Manfred Wörner, weil es in Baden-Württemberg den Ausgangspunkt hat, wir müssen diesen Leuten helfen. Wir sind in der unangenehmen Lage, daß wir als Partei im Augenblick auch keine Ressourcen haben für andere, aber es ist eigentlich bedrückend. Wir müssen denen helfen. Ich versuche das auch bei uns, auch überregional mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Wir müssen die wenigen Strukturen, die wenigen Ansätze, die überhaupt da sind von Arbeitsgruppen, Informationsdiensten, Vermittlung von Rednern

22 Wolf Stefan Traugott Graf von Baudissin (1907–1993), Offizier, zuletzt Generalleutnant (1967 Ruhestand); 1968 SPD, 1971–1984 Gründungsdirektor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Baudissin war einer der konsequentesten Verfechter des NATO-Doppelbeschlusses.

aus dem kirchlichen Bereich selbst unterstützen. Wir müssen den Leuten, den alten Weggefährten helfen, auch regional, denn von außen allein, von der Partei und vom Evangelischen Arbeitskreis schaffen wir es nicht bei aller Bedeutung, die unsere Aktivitäten hier haben.

Als Letztes, natürlich müssen wir hier auch die kritische Debatte mit den elektronischen Medien fortsetzen. Es gibt – die „Welt am Sonntag“ hat das gestern nachgedruckt – einen Aufsatz des ja wirklich mehr linksliberalen Korrespondenten der New York Times²³, der das aus der Sicht eines amerikanischen Journalisten hier beschreibt, was Rundfunk und Fernsehen vor allem in der ARD hier machen. Wir haben ja eine neue Debatte als CDU im Land und auch als Landesregierung mit dem Norddeutschen Rundfunk, jetzt Abteilung Tagesschau und Tagesthemen, aufgenommen, auch mit gewissen Wirkungen. Nur, wir müssen unsere ganzen Bemühungen konzentrieren darauf, daß diese vollkommen einseitige Kampagne, emotional gegen die USA gerichtet und indirekt natürlich auch gegen unsere Politik, nun unter Kontrolle gebracht wird. Auf „Stern“ und so haben wir keinen Einfluß, wohl aber bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Ich sage das nur mal als einen Punkt für ein weiteres vertieftes Gespräch, wenn es uns nicht gelingt, in den elektronischen Medien eine andere Form der pluralistischen Berichterstattung zu erreichen, dann werden wir diese Schlacht nicht gewinnen.

Biedenkopf: Ich möchte aus der Fülle dessen, was in der Diskussion jetzt schon vorgetragen worden ist, nur auf wenige Punkte eingehen und jetzt keine konsequente Auseinandersetzung auch mit einigen der Bewertungen vornehmen, die Manfred Wörner über den Aufsatz vorgetragen hat, denn wir werden ja mit Sicherheit das Gespräch heute hier so nicht beenden können. Ich möchte aber zuvor mich auch bei dem Vorsitzenden dafür bedanken, daß das Gespräch in Gang gekommen ist, weil ich es wirklich für eine zentrale Aufgabe halte, die dieser Bundesvorstand hat, daß wir uns in dieser Frage in allen Bereichen, die hier angesprochen worden sind, und ich möchte nur die Punktation von Gerhard Stoltenberg mal anführen, darüber klarwerden, wie wollen wir das weitermachen.

Ich glaube, daß man, wenn man das Gespräch und die politische Diskussion im Land führen will mit dem Ziel, unsere Strategie deutlich zu machen, von einer Reihe von Tatbeständen ausgehen muß, die wir zunächst als gegebene Tatbestände akzeptieren müssen. Die Aussagen von Manfred Wörner sind mir dazu nicht genug. Ich bin nicht so sicher bei der Feststellung, wir werden das schon durchstehen können, wenn ich von unserem gegenwärtigen Diskussionsstand und der gegenwärtigen Kräfteverteilung in der Bundesrepublik Deutschland ausgehe. Ich bin nur sicher, wenn es uns wieder gelingt, und Heiner Geißler hat dazu ja auch eine Reihe selbstkritischer Anmerkungen gemacht, wenn es uns wieder gelingt, dieses Vertrauen – ich will mich jetzt nicht in die Diskussion über die Frage, was Glauben ist, begeben, sondern ich möchte es einfach mit Vertrauen bezeichnen – wiederzugewinnen, das die Leute in die Lage versetzt, gewissermaßen ihre Existenz und ihr Leben einer Reihe von Menschen anzuvertrauen, die etwas tun, was sie zum allergrößten Teil nicht nachvollziehen können, und in die Richtigkeit dessen, was die tun, hier deshalb ein fast unbegrenztes Vertrauen haben müssen. Und wenn ich nach der Wahrscheinlichkeit der langfristigen Konsensfähigkeit dieser Strategie frage, Manfred Wörner,

23 „Welt am Sonntag“ vom 22. November 1981; „Das deutsche Leiden“ von John Vinocur (geb. 1940), Deutschlandkorrespondent der New York Times von 1977–1982.

dann will ich nicht die Ängste der Leute erhöhen. Ängste kann man nach meiner Überzeugung, wenn sie sich in so großem Umfang gebildet haben, nur in den Griff bekommen, wenn man sie ausspricht, um sie dadurch unter Kontrolle zu bringen. Man kann sie nicht in den Griff bekommen, wenn man sie ignoriert.

Wenn wir diese Diskussion nicht angefangen hätten, dann hätte sie spätestens mit dem Papier der Evangelischen Kirche angefangen.²⁴ Da steht der Satz drin, daß dieses schwer erträgliche Provisorium überhaupt nur akzeptiert werden kann, wenn man sich versichern kann, daß im Sinne einer Fortentwicklung diese Situation überwunden werden soll, d. h. wenn der politische Wille deutlich wird, dies nicht als eine dauerhafte, endgültige Lage zu akzeptieren. Darum geht es mir. Ich habe, um da nur einfach weitere Fehlinterpretationen zu verhindern, nicht mich auf die rein konventionelle Rüstung zurückgezogen, ich habe dazu nur eine Reihe von Fragen gestellt und habe in diesem Zusammenhang gesagt, daß, wenn man so etwas überhaupt im Sinne der Fortentwicklung oder der Alternative diskutieren will, dann mit Sicherheit größere Aufwendungen in diesem Bereich notwendig seien.

Und da will ich gleich auf ein moralisches Problem hinweisen, was mir jetzt in den Diskussionen, die wir ja alle führen, immer wieder vorgetragen worden ist, und bei dem ich an einen Satz anknüpfen will, Manfred Wörner, den Sie vorhin gesagt haben im Zusammenhang mit der sozialen Verteidigung, von der ich auch nichts halte; ich halte das für undurchführbar. Aber Sie haben in dem Zusammenhang gesagt, selbst ich würde, wenn ich vor die Alternative gestellt würde zu sterben oder zu verhandeln, wahrscheinlich lieber verhandeln. Da muß ich mich fragen, was heißt das denn im Verhältnis – ich will die Frage nicht beantworten, ich will sie nur stellen – zu unserer allgemeinen Annahme, daß die Freiheit ein so hohes Gut ist, daß man dafür auch sterben muß. Das ist ja der Anspruch, den wir stellen. Wir stellen den Anspruch mit einer großen Radikalität, und ich möchte es auch gerne tun. Wir möchten, daß dieser Anspruch mehrheitsfähig bleibt, das heißt, daß wir 1984 die Bundestagswahl mit diesem Anspruch gewinnen. Dafür müssen wir nach meiner Auffassung eine ungeheure Anstrengung machen. Diese Anstrengung muß gerichtet sein auf Glaubwürdigkeit. Glaubwürdig ist nach meiner Auffassung die Union aber nur, wenn sie sich den inhärenten Problemen dieses Paradoxons stellt, wenn sie es ausspricht, so wie das Richard von Weizsäcker in Hamburg getan hat²⁵, und wenn sie deutlich macht, wir wollen diese unvorstellbare Situation, wie es Richard von Weizsäcker formuliert hat, irgendwie überwinden. Da ist für mich wichtig, wollen wir diese Überwindung, auf welchem Wege ist mir vollkommen egal, zu unserem primären Ziel machen, dann sieht das mit der Aufrechterhaltung unserer bisherigen Strategie ganz anders aus, als wenn wir sagen, zu dieser Strategie wird es nie eine Alternative geben. Wenn wir sagen, zu dieser Strategie wird es nie eine Alternative geben, dann treten die Probleme auf, Herr Wörner, über die ich gesprochen habe.

Wenn man sagt, wir haben den Glauben, daß es dazu eine Alternative bzw. eine Fortentwicklung geben kann, die uns ein Stück aus dieser Situation herausführt, dann

24 Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD: Frieden wahren, fördern und erneuern. Gütersloh 1981.

25 Wie sichern wir Frieden und Freiheit? Einführungsreferat vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, beim Forum im Plenum des 30. Bundesparteitags der CDU vom 2.–5. November 1981 in Hamburg in UiD vom 6. November 1981 S.70–77.

wird es ein ganz anderes Konsensproblem, und dann sind wir auch im Verhältnis zu den Sozialdemokraten in einer anderen Lage. Ich möchte noch einmal zu dem Beispiel von Rainer Barzel zurückkommen, weil Fritz Zimmermann auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Berlin einige Erkenntnisse ausgebreitet hat, die man über zukünftige Aktivitäten gegen Stützpunkte, gegen Stützpunkteinrichtungen und so was in der Bundesrepublik Deutschland hat. Wenn solche Aktivitäten auftreten, und der Staat muß sie unterbinden, dann brauchen wir dafür glaubwürdige und leistungsfähige Institutionen. Die Leistungsfähigkeit, die dann erbracht werden muß, wird um ein Vielfaches größer sein als die Leistungsfähigkeit, die wir jetzt brauchen, um besetzte Wohnungen zu räumen. Das bewegt sich auf einer vollkommen anderen kategorialen Ebene.

Wenn wir aber jetzt mal betrachten, welche Schwierigkeiten bereits unsere demokratischen Institutionen haben, dieses Problem zu lösen, und zwar auch nur in Berlin – ich respektiere diese Schwierigkeiten voll –, dann müssen wir uns doch fragen, haben wir uns auf eine solche Konfliktlage, die ja die Tragfähigkeit der demokratischen Institutionen gewissermaßen unter Grenzsituationen testet, ausreichend vorbereitet? Wir müssen jetzt kurzfristig Mittel einsetzen gegen Sabotage zum Beispiel durch solche Besetzungen. Das ist für mich ein entscheidendes Problem. Ich bin voll mit dem NATO-Doppelbeschluß einverstanden, wir haben ihn in Hamburg einstimmig beschlossen, und meine Stimme ist dafür abgegeben worden. Das ist gar nicht das Problem, das wir diskutieren, sondern das Problem ist, wie transportieren wir unsere Glaubwürdigkeit in bezug auf die langfristige Strategie, die wir haben so, daß wir die kurzfristige politische Auseinandersetzung, die uns in diesem Land ins Haus steht, ob wir wollen oder nicht – und zwar noch viel härter, wenn wir an die Regierung kommen –, überstehen können, ohne in die Knie gehen zu müssen, wie wir jetzt schon im Zusammenhang mit Hausbesetzungen ein Stückchen haben in die Knie gehen müssen. Dies ist etwas, was mich umtreibt. Und dazu meine ich, ist es entscheidend, daß man das, was die Evangelische Kirche hervorragend formuliert hat, annimmt, daß das im übrigen dann auch in sehr viel zurückhaltenderer Form im Zusammenhang mit dem katholischen Papier angesprochen wird, wo von der ethischen Berechtigung der gegenwärtigen Abschreckungspolitik die Rede ist und die unter die Voraussetzung gesetzt wird, daß man große Anstrengungen macht, um etwas anderes zu erreichen. Ich finde, wir müssen dazu eine Reihe von Fragen beantworten.

Herr Vorsitzender, dies ist meine abschließende Bemerkung. Ich war ursprünglich davon ausgegangen, Sie haben ja die Notwendigkeit der Terminänderung erläutert, daß wir erst im Dezember diskutieren, und deshalb ist das, was ich hier für unsere Diskussion ausgearbeitet habe an Fragestellungen, zu kurz, zu spät eingetroffen. Ich bitte da einfach um Verständnis. Die Bundesgeschäftsstelle konnte nicht verteilen, was sie nicht hatte, und ich habe, als ich die Einladung mit dem Zusatz bekam, daß jetzt heute schon darüber gesprochen werden soll, mich mal hingesezt und eine Reihe von Fragen formuliert, auf die ich ständig stoße und die wir in irgendeiner Form beantworten müssen. Das ist weder erschöpfend, noch mögen diese Fragen alle richtig sein. Sie werden mir nur vorgetragen, und ich wollte sie weitergeben. Es sind auch Fragen, die mir selber Schwierigkeiten bereiten. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir die Diskussion hier so weiterführen können, vielleicht in einem kleineren Kreis vorbereiten dann wieder für diesen Kreis, daß wir für eine Reihe dieser Fragen Antworten finden. Das sind Fragen, mit denen sich unsere Mandatsträger in den nächsten Monaten draußen werden herumschlagen müssen und

auf die sie irgendeine Antwort haben müssen, wenn dieses Vertrauenskapital wieder aufgebaut werden soll.

Kohl: Bevor ich jetzt das Wort weitergebe erst zur Prozedur, und dann will ich auch ein paar Bemerkungen machen, denn Sie haben ja ein Anrecht auf die Meinung des Vorsitzenden in diesem Zusammenhang.

Erstens zur Prozedur. Ich schlage vor, daß das, was Kurt Biedenkopf als Fragen eingebracht hat, von den beiden Fachausschüssen der Partei noch komplettiert mit anderen Fragen wird. Herr Dallmeyer und Herr Mertes, wie Sie das machen, da können Sie sich zusammenschließen, es braucht ja nicht eine große Sitzung von allen zu sein. Vielleicht setzen Sie zwischen beiden eine Kommission ein, daß man einfach den Biedenkopfschen Text, das heißt die Fragen, respektive Fragen, die es noch dazu gibt, also einmal zusammenstellt, und auch für draußen so aufbereitet, daß unsere Freunde, die draußen im Land jetzt ja erst am Anfang dieser Auseinandersetzung stehen, auch etwas haben. Wenn der Text dann da ist, wenn Sie so weit sind im neuen Jahr, setze ich das hier noch einmal auf die Tagesordnung. Nur damit jetzt kein Zweifel aufkommt, das ist die Vorbemerkung.

Was die Politik selbst betrifft, von den Inhalten her, müssen wir noch einmal klar feststellen, es gibt eine völlig klare Position der CDU Deutschlands, festgelegt in Parteitagsbeschlüssen, jetzt erst wieder ein Leitantrag in Hamburg, und es kann keinen Zweifel darüber geben, daß diese Position auch in der Öffentlichkeit nicht hinterfragt werden kann. Ich sage das noch einmal klipp und klar, damit das jeder weiß, weil ich die Absicht habe, auch das klar zu machen in der Öffentlichkeit, wenn das notwendig ist. Denn eines muß man natürlich schon sehen. Einen Großteil des Problems, das wir gegenwärtig haben – jeder hat in irgendeiner Form davon gesprochen –, hat Heiner Geißler mit dem Verlust der Autorität ganz richtig bezeichnet. Nur muß man natürlich sagen, der Verlust an Autorität findet eben nicht nur dort oder dort statt, sondern er hat sich schleichend fortentwickelt in allen Bereichen der Gesellschaft. Wenn Sie heute in den Bereich der Betriebe hineingucken, wenn Sie heute hineingucken in eine Handwerkskammer, was ja scheinbar ganz stabil nach draußen da steht, wenn Sie beobachten, was in wichtigen Einrichtungen, die nach öffentlichem Recht statuiert sind, passiert, Gerhard Stoltenberg hat die Dinge angesprochen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystem, es gibt keinen Bereich, von dem ich behaupte, daß nicht wichtige Rechtsnormen und Kriterien schon längst außer Kraft gesetzt wurden. Wenn einer in der BASF eine Putzfrau vergewaltigen würde, würde er mindestens bis zum Abschluß des Verfahrens beurlaubt. Im Deutschen Fernsehen ist es möglich, daß ein Mann in einer wichtigen Funktion – der Mann ist mitentscheidend, was abends in der Tagesschau läuft, Vorsitzender der SPD-Betriebsgruppe bei einem der großen deutschen Sender –, in der zweiten Instanz verurteilt ist, und jetzt ist das beim Bundesgericht anhängig, das ist völlig normal vom Recht her gesehen, daß der weiter seinen Job tut, ohne daß sich irgendetwas rührt. Ein völlig undenkbarer Vorgang in jeder kleinen Gemeindeverwaltung. Hier sind rechtsfreie Räume geschaffen worden. Das ist viel schlimmer, ich sage das jetzt mal ganz hart, als bei den Hausbesetzern. Da gib es auch Punkte, die einen ärgern. Aber wenn ich zwanzigjährige Halbgare betrachte und die Gefahr betrachte, die von denen für die Republik ausgeht, und betrachte diese Schreibtischtäter, um es mal so auszudrücken, ist natürlich das Gewicht ein ganz anderes.

Es ist hier über die Sprache gesprochen worden. Das wichtigste ist, daß wir das, was wir als richtig erkannt haben, richtig draußen vortragen, so daß es aufhört mit dem Unsinn,

daß wir uns aufs Auge drücken lassen, die einen seien die Friedensbewegung, wir nicht. Wieso eigentlich? Wir haben, seit politisch wir denken können, Friedenspolitik gemacht. Ich bin überhaupt nicht bereit, das an irgendeinem Punkt mir von irgendjemand streitig machen zu lassen. Das ist der erste ganz wichtige Punkt. Auch bei uns, bis in diesen Kreis sind die aufgeredeten selbstquälerischen Zweifel verbreitet, machen wir uns da gar nichts vor, ob nicht vielleicht doch wir die Kriegstreiber, ich sage es mal drastisch, und die kalten Krieger seien, und die anderen das seien die in Wahrheit friedliebenden Menschen. Das hängt mit dem Totalverlust an Geschichtserkenntnissen und Kenntnissen zusammen; das ist kein Steckenpferd von mir, sondern das ist wirklich die Voraussetzung für alles. Wenn ich jetzt in den Kirchen beispielsweise diese Hinweise höre, was alles in der niederländischen Kirche möglich ist, da kann ich nur sagen, die Enkel machen die gleichen kapitalen Fehler in Den Haag, die schon ihre Großväter 1936 gemacht haben. Und einer, der sich ein bißchen auskennt in der Geschichte oder der Militärgeschichte, weiß, daß bei der Planung des damaligen Generalmajors und Generalleutnant Manstein²⁶ für die Westoffensive 1940 es eine entscheidende Rolle spielte, ob man wie im Ersten Weltkrieg die Route durch Belgien wählte und die Neutralität der Niederlande respektiert hat oder nicht, daß die Niederlande 1936 bis 1938 eine totale Demobilisierung durchgeführt haben. Es waren die gleichen religiösen Gründe, die damals vorgetragen wurden. Geschichte wiederholt sich nie ganz vollständig, das ist ganz klar, aber das ist eine der Wahrheiten. Man kann die Liste fortsetzen, wie z. B. das Franco²⁷-Regime zur Macht kam und die noch demokratische Republik im Stich gelassen wurde durch die Regierung Lerroix²⁸. Piccoli erzählte mir von neuen Akten, die jetzt italienische Historiker zu der Münchener-Konferenz publiziert haben, leider für mich jetzt noch nicht zugänglich, in denen der katastrophale Zynismus der zwei Italiener nach der Rückkehr Chamberlains²⁹ zum Ausdruck kommt. Ich finde, das ist ein wichtiger Punkt, und es ist auch ein Punkt, wo wir die Pfarrer direkt angehen müssen.

Ich finde, die CDU muß ihre Zimmerlichkeit gegenüber Pfarrern sein lassen. Wir sind großgezogen in einer Geisteshaltung, was uns der Herr Pfarrer gesagt hat, wird schon in irgendeiner Form recht sein, wobei, lassen Sie mich das ganz aus meinem Herzen heraus sagen, bei der großen Mehrheit der katholischen Freunde in der CDU sogar in Wahrheit der Respekt vor dem evangelischen Pfarrer ungleich größer ist als vor dem eigenen. Der wirklich bedeutende Gewinn für uns, wie wir groß geworden sind – ich bin ein typisches Beispiel altersmäßig –, ist der Zugewinn an Gemeinsamkeit in der Union mit den beiden Konfessionen, der als ein ungeheurer Fortschritt, als ein ungeheures Glück angesehen worden ist. Hier sitzt ja ein Paradebeispiel. Wenn Eugen Gerstenmaier in irgendeiner Bevölkerungsgruppe mit riesigem Abstand populär war, dann war es in den katholischen

26 Erich von Manstein (1887–1973), Offizier, ab 1942 Generalfeldmarschall. – Seine Strategie für den Frankreichfeldzug sah die Umfassung des Feindes von Norden und einen Panzerdurchbruch durch die Ardennen vor („Sichelschnitt“).

27 Francisco Franco (1892–1975), spanischer General; 1936–1975 Diktator Spaniens.

28 Alejandro Lerroix García (1864–1949), spanischer Politiker (Partido Republicano Radical); 1933–1935 Ministerpräsident.

29 Neville Chamberlain (1869–1940), britischer Politiker (Konservative Partei); Unterzeichner des Münchener Abkommens von 1938 mit dem französischen Ministerpräsidenten Édouard Daladier, Benito Mussolini, der von seinem Außenminister Graf Galeazzo Ciano begleitet wurde, und Adolf Hitler.

Pfarrhäusern, weil sie eben hier einen standfesten, prinzipientreuen Mann erkannt hatten, der ihre Sprache sprach, obwohl er nicht katholisch war. Das ist heute noch sehr bemerkbar, wie ich aus sehr konkreten Anlässen weiß. Aber dies hindert uns heute, mit der entsprechenden Offenheit häufig genug klar zu sagen, wenn evangelische Pfarrer, das ist doch die Wahrheit, solche kommunistischen Umtriebe betreiben, ohne Rücksicht auf das, was die Kreissynode oder die Bezirkssynode sagen könnten, die häufig genug zu diesen Dingen einfach schweigen. Ich kann nur sagen, wir werden nicht eine einzige Stimme in diesem Lager gewinnen, indem wir zurückweichen, sondern wir werden nur gewinnen, indem wir sie in der Sache stellen. Ich werde sie, die den Anspruch erheben, akademisch gebildet zu sein, leidlich theologisch ausgebildet zu sein, aus ihren theologischen Sachpositionen heraus und aus der Sachrationalität überhaupt ihre Position und eben nicht nur aus der Emotion vorzutragen, dazu zwingen.

Dann ist darin natürlich ein anderer Punkt, der auch ausgetragen werden muß. Das, was sich gegenwärtig vollzieht, ist natürlich ein Kampf gegen die repräsentative Demokratie. Wir, die C-Parteien, sind ja in vielen Ländern voll in diesem Konflikt drin. Ich sage das aus gegebenem Anlaß. Sie kennen die Situation in Wien. Unsere Wiener ÖVP-Freunde machen ein um das andere Volksbegehren in der Stadt.³⁰ Sie haben dort eine Wahlbeteiligung bei dem Volksbegehren erreicht von 15 Prozent, und dann feiern sie den Sieg, daß sie die Mehrheit gehabt haben bei 15 Prozent Beteiligung. Wenn sie das also zusammenrechnen, sind das Splittergruppen, die dann letztlich über so etwas entscheiden. Ich kann nur warnen, wenn wir aus dem Ruf „Mehr Demokratie wagen“ jetzt die repräsentative Demokratie so einschränken, daß eben das Gesetz der Straße letztlich regiert, zumal selbst die Straßenproportionen ja nicht stimmen. Denn was sind schon 250.000 Leute in Bonn gemessen an den riesigen Zahlen, die sonst existent sind. Und ich füge hinzu, das wird man ja sagen dürfen in diesem Kreis, mit dem Gesetz der großen Zahl bei Demonstrationen haben wir in der jüngsten Geschichte nicht allzu viel Glück gehabt. Beim Parteitag des Friedens 1939 in Nürnberg waren an einem Tag 300.000 Vierzehn- bis Achtzehnjährige gekommen, die genauso den Frieden wollten³¹; auch das muß man noch einmal in Erinnerung rufen aus der jüngsten Geschichte. Ich glaube aber, die Sache wird sich in der Endauseinandersetzung – wir stehen vor dieser Auseinandersetzung in den nächsten zwei Jahren, und verstehen Sie das bitte nicht als Zynismus – auf den Punkt zuspitzen, wovor unsere Mitbürger mehr Angst haben; denn wer das Geschäft mit der Angst in die Öffentlichkeit einführt, hat damit ein Thema gepflanzt, das entscheidend sein wird.

Wenn wir nicht von allen Geistern verlassen sind und ein bißchen geschickte Unterstützung erfahren durch unsere westlichen Freunde, ist diese Partie glatt zu gewinnen, weil in der Grundentscheidung, wem die Leute mehr trauen, die Amerikaner mit absoluter Sicherheit vor den Sowjets durchs Ziel gehen, vor allem dann, wenn wir selber die Tatsachen in Erinnerung rufen. Beispielsweise ist es ganz wichtig, daß durch diese De-

30 Abstimmung über das Konferenzzentrum bei der UNO-City und zur Stadterneuerung am 15.–17. November 1981. Stimmberechtigt waren 1.155.179, abgestimmt hatten ca. 183.000 Bürger; den beiden Fragen stimmten 169.666 bzw. 164.190 zu.

31 Der Reichsparteitag der NSDAP war für den 2.–11. September 1939 vorgesehen, wurde aber kurzfristig ohne Angabe von Gründen abgesagt. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen.

monstration und durch den Breschnew-Besuch das Thema Afghanistan überhaupt wieder da ist. Es ist immerhin den Leuten in den Medien, und das sind über 70 Prozent, wie Elisabeth Noelle-Neumann nachgewiesen hat, die in der verfaßten öffentlichen Meinung etwas ganz anderes wollen, ein erheblicher Prozentsatz sogar eine ganz andere Republik, gelungen, das Thema aus den Zeitungen rauszubringen. Es ist ein unschlagbares Thema in jeder Jugendsdiskussion. Und wir haben das Geschenk gehabt, daß die Sowjets aufgefallen sind mit diesem U-Boot. Und wenn ich Ihnen sage, was es noch an anderen Konsequenzen mit diesem U-Boot geben kann, wenn sich das, was man bei der NATO munkelt, realisiert, daß das U-Boot zwar weg ist, aber unter Hinterlassung von Gerätschaften, die eine ganz andere Dimension der Marinetechnik einleiten, dann kann ich nur sagen, dann müssen wir halt etwas daraus machen und das unseren Leuten sagen, und zwar ganz offensiv. Ich habe da gar keine Bedenken.

Bei der Frage, die Rainer Barzel gestellt hat, kann man das durchziehen. Sicher, man kann nicht alles zur gleichen Zeit vergleichen, nur, ich muß Ihnen ganz offen sagen, ein bißchen verwundert mich das schon, wie wir jetzt mit diesen Fragen umgehen. Mir hat niemand geholfen als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, als ich Standorte durchgehen mußte für die ganze Bundesrepublik mit blanken Nuklearwaffen. Wir haben Bürgerversammlungen darüber gemacht. Die Leute leben im Landstuhler Becken und im Kaiserslauterer Raum in einer Landschaft, die so voll gefüllt ist mit solchen Anlagen, um es mal so auszudrücken, daß alles das, was jetzt dazu kommt, gar kein Vergleich ist. Wir sind damals hingegangen – in Bonn hat mir kein Mensch geholfen in jener Zeit – und haben mit den Leuten darüber diskutiert, was dies bedeutet für uns alle und was notwendig ist und was nicht. Wenn wir von vornherein schon ins Kalkül einbeziehen, daß dies nicht zu machen ist, dann brauchen wir die Partie gar nicht zu eröffnen. Das ist zu machen, dies behaupte ich als einer, der es hinter sich gebracht hat; die in Bonn wohnen, haben es alle nicht gemacht. Ich habe in diesen Versammlungen gestanden und weiß, was möglich war. Ich gebe zu, heute ist die Position insofern etwas schlechter geworden, weil die Mobilität jener berufsmäßigen Protestierer größer geworden ist, aber ich finde, mit Einfallsreichtum der öffentlichen Verwaltung, sprich der Innenverwaltung, ließe sich auch da das eine oder andere mehr tun, als das gemeinhin getan wird.

Mit einem Wort, so neu ist auch das nicht. Wenn Sie noch einmal die Diskussion, es sind ja eine Reihe hier, die dabei waren, 1951ff. nachvollziehen, als es prinzipiell um die Wiederbewaffnung ging, da war es doch damals auch so, daß weder Mehrheitspositionen noch sonst etwas gegeben waren, und wir haben es durchgesetzt, weil wir davon überzeugt waren, das ist die richtige Politik. Wir haben, glaube ich, auch damals die richtigen Ansätze der Sprache gefunden. Ich halte das für ganz wichtig. Bei jungen Leuten, das ist ganz entschieden meine Beobachtung, ist die Gegenreaktion auf diese linke Indoktrination zu spüren. Da ist ja auch ein Erwartungshorizont da, was wir jetzt selbst anzubieten haben, in unseren Formulierungen und dem, was möglich ist. Ich habe acht Tage mit den Amerikanern das gepredigt. Was Herr Weinberger³² vorgelegt hat als Äußerung des State Departments, diese Kunstdruckmappe über die moralischen und sonstigen Grundsätze, ist natürlich letztlich auf eine reine Raketenzählerei hinausgegangen. Wir müssen alles tun, um die Amerikaner und unsere westlichen Freunde zu veranlassen, sozusagen auch

32 Caspar Weinberger (1917–2006), Jurist, amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1981–1987 Verteidigungsminister.

psychologisch werbend für diese Politik und unsere gemeinsamen Ideale hier bei uns einzutreten. Und wir müssen es tun mit der Gelassenheit und in der Offenheit und der Klugheit des Zuhörenkönnens. Aber es darf keine Minute ein Zweifel darüber für uns bestehen, daß wir eine Position haben. Und das, was Heiner Geißler gesagt hat von Autoritäten, ist ja genau das. Was ist das für eine Autorität? Autorität gewinnt man, indem man aus den menschlichen Qualifikationen und aus der sachlichen Erfahrung und Qualifikation heraus eben Beispiel geben kann, auch in einer Diskussion Halt geben kann. Dadurch wird man glaubwürdig, nicht durch die Zählerei der Raketen und die Aufrechnung der Zahl der Panzer.

Horst Waffenschmidt hat gesagt, das wollen die Leute gar nicht wissen, das haben sie nie wissen wollen. Die Leute wollen, das ist doch das Wesen auch von einem Stück wichtigem, demokratischen Gesinnungsprozeß, jemanden wählen, dem sie vertrauen können, in einer Zeit, wo sie doch beileibe nicht alles kapieren, was in ihrem Alltag passiert. Wenn Sie uns als eine Partei erkennen, der man auch hier trauen kann – keine ausgemachten kalten Krieger, keine Militaristen, ich nehme jetzt mal eine Extremform, aber auch keine Leute, die nur der Emotion nachhängen –, dann haben wir ganz klar die Zukunft. Ich warne leidenschaftlich vor einem defätistischen Grundton, der durchs Land geht, und der natürlich auch in die eigene Partei hineinwirkt. Der Defätismus hat gar keine Zukunft, auch nicht wahltaktisch.

Es ist vorhin gesagt worden, die Wahl 1984 wird über dieses Thema geschlagen. Dann kann ich nur sagen, liebe Leute, ich bin völlig anderer Meinung. Die Frage ist, wie sie geschlagen wird. Wenn wir eine klare Position haben, dann haben wir die absolute Mehrheit, das ist meine felsenfeste Überzeugung, wenn wir sie kämpferisch und überzeugend vertreten. Wenn wir allerdings mit einem entschlossenen Jein am Wegesrand stehen und für jeden etwas anbieten, werden wir vor allem die Jungen überhaupt nicht gewinnen, von den Älteren und der alten Generation will ich schon gar nicht reden. Mit einem Wort, das Gespräch führen ja, alle Einflüsse wahrnehmen, die wir wahrnehmen können, aber um Gottes willen nicht zurückweichen. Erstens weil es sachlich falsch ist, und zweitens, davon bin ich überzeugt, weil es psychologisch-politisch falsch ist. Wir werden diese Runde gewinnen, egal, was die Sozialdemokraten tun, wenn wir es selbst wollen, wenn wir selbst auch davon überzeugt sind, daß wir es gewinnen können. Das scheint mir im Augenblick unser Hauptproblem, nicht die Sachkenntnis, sondern den Mut zu sich selbst zu haben und sich durchzusetzen.

Herzog: Ich will mich nach den bisherigen Beiträgen relativ kurzfassen. Ich will zunächst einmal auf die Frage von Herrn Barzel eingehen. Ich möchte nur, Herr Wörner, bei der Frage, ob man neue Standorte oder die bisherigen Standorte gutheißen kann, hier auf zwei Faktoren hinweisen, über deren Bedeutung auch die Zeit entscheidet. Zunächst glaube ich, daß solche Dinge, wie der Bundesvorsitzende gesagt hat, von uns durchge-
standen werden müssen. Aber es ist natürlich eine ganz wesentliche Frage, ob und wann dann was gebaut oder umgebaut wird. Sie kann nicht von irgendeinem Amtsrat oder Ministerialdirigenten in irgendeinem Ministerium entschieden werden, sondern nur unter Einbeziehung der Innenminister. Dann: In Baden-Württemberg haben wir ja Erfahrung mit diesen Wanderdemokraten, die ja nicht nur bei Atomwaffen auftreten, sondern bei Kernkraftwerken und Straßenbesetzungen. Das, was ich hier meine, habe ich immer als die Hase- und Igel-Taktik bezeichnet. Wenn die hinkommen, muß die Polizei entweder

schon da sein oder kurz danach erscheinen, und zwar in einer angemessenen Stärke. Das hängt aber damit zusammen, daß das bei wirklich großen Auseinandersetzungen nicht mehr ohne weiteres möglich ist, und deswegen müssen wir die großen Auseinandersetzungen zeitlich richtig ordnen. Wieder anders ausgedrückt, es war nach drei relativ harten und zum Teil wochenlangen Polizeieinsätzen Ruhe. Sicher zum Teil, das ist uns bekannt, weil sie sagen, es nützt ja ohnehin nichts, die sind jedes Mal da und verhauen uns. Das ist protokollmäßig feststellbar. Aber zum zweiten Teil natürlich auch deswegen, weil die Leute, die da als Angreifer in Frage kämen, augenblicklich wegen anderer Aktionen unterwegs sind, mal am Sonntag zu Friedensdemonstrationen, mal am Frankfurter Flughafen und dergleichen. Und das muß man halt dann mit einbeziehen. Was glauben Sie, wenn die alle gleichzeitig etwas gemacht hätten? Sicher ein weiteres Problem, das ohne weiteres hier nachvollzogen werden kann. Es spielt auch eine Rolle, ob man so etwas im Januar anfängt in den Schulferien, oder ob man das in einer besseren Zeit macht. Das heißt, ich kann nur sagen, das gilt nicht für Kernkraftwerke, sondern für sonstige Großvorhaben, aber auch für diese Fragen, überlassen wir die Festsetzung des Anfangs nicht irgendwelchen Bürokraten. Das ist wirklich eine Sache, wo die Polizei mitsprechen muß.

Zur Frage der Konsensbildung bin ich genau wie der Bundesvorsitzende der Meinung, das ist zu schaffen. Abgesehen davon, selbst wenn es nicht zu schaffen ist, sollten wir alles tun, um es zu versuchen. *(Die weiteren Ausführungen sind unverständlich.)*

Mertes: Ich möchte auf die mir sehr legitim erscheinende Fragestellung von Herrn Geißler eingehen und auch auf Herrn Biedenkopf. Bei der ganzen Diskussion ist etwas vollkommen bei uns verlorengegangen, das ist eine Folge der amerikanischen Politikverhältnisse, seit 20 Jahren der Entspannungspolitik, nämlich das Wissen und das Bewußtsein von der politischen Natur der sowjetischen Bedrohung. Es ist doch nicht der einzelne russische Soldat bedroht, es ist doch nicht die einzelne Rakete, auch nicht in ihrer Masierung, die als solche uns bedrohen, sondern das unter dieser militärischen Potenz stehende sowjetische Politikverständnis ist die Bedrohung. Und hier, Herr Biedenkopf, ist aus meiner Sicht das entscheidende Manko in Ihren Darlegungen, dieser politische Aspekt, der vollkommen evident ist, nämlich die expansive Natur der sowjetischen Politik, auf die wir im Mannheimer Parteitag uns ja auch festgelegt haben. Dieser politischen Bedrohung ist das sowjetische Militärpotential untergeordnet. Wir müssen einen Weg finden, das halte ich für eine ganz dringende Aufgabe der CDU und der CSU, weil die SPD und die FDP es nicht tun werden, ohne antisowjetischem Schaum vor dem Mund die offen zutage liegende Strategie der Sowjetunion noch einmal der Bevölkerung zu erläutern. Die Sowjetunion sagt von sich aus, daß sie die Vollstreckerin eines geschichtlichen Prozesses ist, und sie sagt auch in ihren Lehrbüchern, daß dafür militärische Übermacht auch eingesetzt werden darf. Und zweitens, die Sowjets haben einen unstillbaren Sicherheitsbegriff, den haben sie traditionell, aber durch diese Zone Polen, ČSSR, DDR, fühlen sie sich jetzt auch in diesem Bereich instabil, und sie projizieren ihre Instabilität durch eine Politik der Beeinflussung des politischen Willens in der Bundesrepublik Deutschland.

Diese zwei offen zutage liegenden politischen Zielvorstellungen der Sowjetunion unterbauen sie nun mit militärischer Macht. Also mein erster Punkt ist: Die Motivation und die Zielvorstellung der Sowjetunion sind kein Geheimnis. Die Kremlmotivationen sind auch kein schwarzes Loch, sondern sie liegen offen und transparent zutage. Jeder,

der sich damit befaßt, kann sie sehen, auch die Amerikaner. Wir haben uns hier entwöhnt, darüber zu sprechen. In der NATO wurde bis 1967 immer diskutiert über die Fähigkeiten, die Absichten und drittens über die Ziele der Sowjetunion. Darüber ist in der ganzen Entspannungszeit nicht mehr diskutiert worden, und deshalb ist das Wissen und das Bewußtsein von der Natur der sowjetischen Bedrohung weg. Das kombiniert sich natürlich noch mit anderen Rückgängen im geschichtlichen Wissen usw. Ich habe Schmidt einmal im Auswärtigen Ausschuß gefragt, ob er bereit sei, auf diese Ursache des Rüstungswettlaufs einzugehen. Es gibt ja überhaupt keinen Rüstungswettlauf in sich selbst, sondern er ist das Symptom eines politischen Wettlaufes, den die Sowjetunion erklärmaßen so dreist gewinnen will. Der militärische Rüstungswettlauf ist nur ein Symptom davon. Da sagte Schmidt mir, das wäre reine antisowjetische Propaganda. Wir müssen einen Weg finden, Herr Geißler – Ihre Fragestellung halte ich für absolut legitim –, in einer verantwortlichen, ruhigen Sprache auf diese Kausalität der politischen Expansion der Sowjetunion und des Rüstungswettlaufes hinzuweisen.

Das zweite, und damit komme ich nochmal zu dem, was ich auch mit meinen „Zeit“-Artikel³³ Herrn Biedenkopf gesagt habe, es gibt zwei Risiken, die auf uns warten. Das eine ist das der militärischen Selbstvernichtung, das muß man sehen, und man muß auch den jungen Menschen zeigen, daß man dafür Sensibilität hat. Aber das andere Risiko ist das der schrittweisen politischen Selbstfesselung. Das Kuriose und das Schwierige in unserer Situation ist, daß dieses Risiko der atomaren Selbstvernichtung, weil das fast nicht existiert, aber immerhin noch existiert, jetzt makroskopisch groß gesehen und vollkommen in den Vordergrund gestellt wird, während das Risiko der schrittweisen politischen Selbstfesselung selbst innerhalb des Bündnisses vollkommen aus dem Bewußtsein geraten ist. Die sprechen auch nicht darüber. Herr Biedenkopf, und wenn ich es moralisch überlege, muß ich ja eine Wahrscheinlichkeit dazu aufmachen. Welches dieser beiden Risiken ist eigentlich das Bedrohlichere und das Realere? Da muß ich sagen, das Reale ist das der schrittweisen Selbstfesselung. Denn dadurch, daß wir das Risiko der atomaren Selbstvernichtung akzeptieren, mindern wir die sowjetische Bereitschaft, darauf einzugehen, und da kommt das zum Tragen, das ist die Rationalität der Sowjetunion. Übrigens gibt es ein Beispiel, das auch Hitler aus Selbstüberlebensgründen eine Rationalität praktiziert hat, nämlich mit den chemischen Waffen. Er hat die chemischen Waffen innerhalb des Zweiten Weltkrieges nicht eingesetzt, weil es die völlige Selbstvernichtung auch der Kriegsführung des Deutschen Reiches gewesen wäre.

Mir scheint, daß wir noch einmal deutlich machen müssen, daß das wahre Szenario nicht das eines wahrscheinlich stattfindenden Krieges ist, sondern das kann am 5. August 1985 die Wiederholung des Chruschtschowschen Ultimatums³⁴ sein, und dann will der Generalsekretär der Sowjetunion von seinem Militärfachmann, denn er versteht die ganzen Eskalationstheorien auch nicht, wissen, welche Optionen haben wir, Druck auszuüben. Dann wird der Marschall ihm sagen, Herr Generalsekretär, unsere Optionen sind

33 „Die Zeit“ vom 6. November 1981: „Union und Friedenspolitik. Leben mit der Grenzsituation. Ein antinuklearer Isolationismus wäre für uns selbstmörderisch“.

34 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1953–1964 Parteichef der KPdSU, 1958–1964 Ministerpräsident der UdSSR. – Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958: Forderung des Abzugs der alliierten Truppen aus Berlin, Umwandlung West-Berlins in eine „freie und entmilitarisierte“ Stadt, Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland.

so gewaltig gestiegen, die Militärfachleute der Amerikaner und der westlichen Mächte müssen ihren politischen Vorgesetzten sagen, wir haben nicht mehr genügend Optionen, um dagegen zu wirken, wir müssen nachgeben, oder er wird sagen, Genosse Generalsekretär, teure Genossen vom Politbüro, die andere Seite hat leider die Gegenoptionen ausgebaut, und wir können Ihnen nur raten, genau so vorsichtig zu sein wie der Genosse Chruschtschow 1958. Zwei Sachen dürfen nicht passieren, der Gesichtverlust und der Nuklearkrieg. Aber innerhalb dieser Breite muß der Marschall seinem politischen Vorgesetzten sagen können, hören Sie, die andere Seite hat militärisch plausibel soundso viele militärische Optionen aufgebaut, daß ich Ihnen nur anraten kann, das nicht zu tun, und dann wird er es auch nicht tun. Abschreckung ist nicht nur eine Strategie der Verhinderung des Krieges, sondern sie auch eine Strategie zur Verhinderung der Erpressung, das ist sogar die allerwichtigste Aufgabe der Abschreckung aus meiner Sicht.

Dritter Punkt, man kann über diese ganzen Fragen der Strategie nicht angemessen diskutieren, wenn man nicht den kapitalen Unterschied zwischen zwei Worten, dem „möglich“ und „wahrscheinlich“ kennt. Die sowjetische Seite hat ein Interesse daran, daß wir in der Öffentlichkeit über militärisch mögliche Szenarien ständig diskutieren, als ob sie eine Wahrscheinlichkeit wären. Ich bin deshalb, genau wie Herr Wörner, auch unglücklich darüber, daß solche abstrakten Szenarien sozusagen wie eine Gehirnoperation der Öffentlichkeit präsentiert werden. Das sind Vorgänge, die kann man nicht popularisieren, und hier gibt es ein Element, das ich auch mit Herrn Geißler nennen müßte, das Element des Vertrauens. Wenn mir 14 Regierungen des westlichen Bündnisses und 14 Generalstäbe nach zweijähriger Beratung sagen, wir haben alle Szenarien durchgespielt, und sagen, ich habe keine dieser Raketen gesehen, ich kann nicht einmal dieses komplizierte Konzept der strategischen Szenarien nachvollziehen, dann haben diese Leute mein Vertrauen. Wir können nicht diese ganz komplizierte nukleare Problematik im Sinne der Szenarien in der Öffentlichkeit diskutieren. Und hier ist die Frage eben der Einseitigkeit, die Sie meines Erachtens zu Recht aufgegriffen haben, und die Frage der Einsichtigkeit vertreten. Nur, wir müssen ihr entgegentreten mit der politischen Argumentation.

Letzter Punkt die Nachrüstung und der Doppelbeschluß, weil man hier sehr verdeutlichen kann, wie sich dies auswirkt. 1974, als sich Ford und Breschnew in Wladiwostok trafen³⁵ und die interkontinentale Parität feststellten, gingen die Amerikaner davon aus, daß die Sowjets die vitale Bedeutung Westeuropas für die amerikanischen Interessen anerkennen würden, und das heißt konkret, daß sie ihre vorhandenen SS-4 und SS-5, die nur auf Westeuropa gerichtet waren, auslaufen lassen werden. Dann aber kam die große Entdeckung des Bündnisses und der Amerikaner: Die Sowjets modernisierten ihre SS-4 und SS-5 und stellten die SS-20 auf und gaben damit dem westlichen Bündnis zu erkennen, daß sie Westeuropa als einen strategischen Freiraum sehen wollten, den sie auf die Dauer erpressen können. Danach ist alles, was damit zusammenhängt, einfach ein Konterkarieren, ein Durchkreuzen dieser Strategie der Sowjetunion, ein Sonderbewußtsein der Europäer zu schaffen, das sich von Amerika abkoppelt und sich in ein Verhältnis präventiven Wohlverhaltens gegenüber der Sowjetunion begibt. Das ist die eigentliche Philosophie des Nachrüstungsbeschlusses und auch des damit verbundenen Angebotes.

35 US-Präsident Gerald Ford und der sowjetische Generalsekretär Leonid Breschnew unterzeichneten am 24. November 1974 in Wladiwostok die Vereinbarung, die Zahl strategischer Start- und MIRV-Systeme auf 2400 bzw. 1320 zu begrenzen.

Hier über SDS zu diskutieren, wenn ich das auf die Frage von Ministerpräsident Albrecht noch kurz sagen darf, halte ich für wenig sinnvoll. Das können und das müssen wir massiv verteidigen, daß hier eine Nulllösung auf beiden Seiten für eine ganze Waffenkategorie gefordert wird. Das ermöglicht auch eine zügige Verhandlung. Wenn Sie diese komplizierte Materie der forward resistance einführen, kriegen wir eine hoffnungslose Datendiskussion, und das dauert 20 Jahre und nicht drei Jahre, bis wir da durchkommen. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir diese Reagan-Vorschläge mit großer Intensität unterstützen sollten. Übrigens hat das Auswärtige Amt gesagt, noch niemals habe eine amerikanische Regierung um eine normale Verhandlungsposition gegenüber der Sowjetunion so intensiv die europäischen Verbündeten konsultiert und ihre Positionen im einzelnen thematisiert. Zwei Vorschläge des Präsidenten sind natürlich im Grunde genommen alte Vorschläge, das sind die Vorschläge für einen Truppenabbau in Mitteleuropa, aber das ganze ist, finde ich, so verantwortlich angelegt und läßt, wenn man sich da hinein fühlt, eine so positive Behandlung unserer Abrüstungspolitik im Westen darstellen, daß wir das machen sollten.

Konsensfähigkeit, Herr Biedenkopf, ist wirklich auch für mich ein Problem. Das ist eine Frage auf Leben und Tod, letzten Endes alles in die Hand des amerikanischen Präsidenten zu legen. Aber so ist die Wirklichkeit. Mit dem Atomwaffensperrvertrag³⁶ haben wir das absolut und endgültig getan, wir haben uns nur gewisse Mitsprachen sichern können in der nuklearen Planungsgruppe. Wir haben sie jetzt auch in dem Abrüstungsausschuß des Bündnisses. Ich bin also dafür, daß man das alles plastisch darstellt.

Kohl: Herr Mertes, man könnte sich ja vorstellen, daß es besser wäre, wenn wir selber darüber verfügen. Da würde ich wesentlich schlechter schlafen als bei der jetzigen Situation, um das mal klar zu sagen. Man muß mal das Ding auf den Kopf stellen.

Mertes: Wenn wir eine Demokratisierung der nuklearen Strategie machen, dann ist es aus mit unserer Sicherheit. Aber wir müssen diese politische Argumentation führen. Ich bin wirklich der Auffassung, lassen Sie mich dieses Optimistische noch zum Schluß sagen, daß die Sowjets im Gegensatz zu den Nazis eben keine Abenteurer sind, sondern sehr kühle Kalkulatoren und unter dem Druck ihrer politisch-ökonomischen Zwänge auf die Dauer zu Absprachen bereit sein werden. Nur wir ermutigen sie nicht, diese Rationalität zu entwickeln, wenn wir im Westen von einem zwangsläufigen Rückgang der Konsensfähigkeit sprechen, und wenn wir selbst hier einseitige Rüstungsverzichte aussprechen. Mein Optimismus gründet sich auf das sowjetische Verhalten zuvor, also in der Polenfrage. Die Sowjets stehen vor zwei furchtbaren Möglichkeiten. Entweder sie marschieren ein, und dann verlieren sie alles, was sie in der sogenannten Entspannungspolitik gewonnen haben, müssen die Polen ernähren, müssen möglicherweise gegen sie kämpfen, das wollen sie nicht. Wenn sie das nicht tun, müssen sie den Bazillus der Freiheit weiterwirken lassen. Offensichtlich akzeptieren sie das letztere Risiko eher, jedenfalls bis jetzt. Ich bin jedenfalls der Auffassung, daß wir unsere Abrüstungs- und Sicherheitspolitik sehr gut verkauft

36 Der am 1. Juli 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnete Nichtverbreitungsvertrag, auch Atomwaffensperrvertrag (NVV) genannt, hat das Verbot der Verbreitung und die Verpflichtung zur Abrüstung von Kernwaffen sowie das Recht auf die „friedliche Nutzung“ der Kernenergie zum Gegenstand. Er trat am 5. März 1970 in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete den Atomwaffensperrvertrag am 28. November 1969.

fen können, wenn wir in dieser Form die Unterordnung des Militärischen unter das Politische stärker vertreten.

Kohl: Das zu erreichen ist demokratisches Grundprinzip. Ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen und ich wäre dankbar, wenn wir das konzentrieren könnten.

Gradt: Herr Kollege Mertes, zu dem, was Sie eben gesagt haben über das sowjetische Verhalten gegenüber Polen. Manchmal habe ich den Eindruck, die Sowjets könnten auch darauf spekulieren, daß sich in Polen die Freiheit selber umbringt. Wenn Sie die Lage genau beobachten, dann stellen Sie fest, daß enorme Schwierigkeiten für die Gewerkschaft bestehen, ihre auseinanderstrebenden widerborstigen Kräfte zusammenzubekommen, um dem Ernst der Situation dieses Landes wirklich Herr zu werden. Also die Russen können sagen, wir werden einfach noch eine Weile zusehen. Ich würde aus ihrem Verhalten oder aus ihrer gegenwärtigen Abstinenz noch keine Hoffnungen auf die Zukunft sehen. Aber dieses ist nicht unser Thema.

Herr Vorsitzender, ich will nur darauf hinweisen, daß nach meiner Überzeugung diese Auseinandersetzung, in der wir jetzt im Zusammenhang mit dem nuklearen Waffenpotential, mit diesen Waffen, sind, zwar vorübergehend wohl abgefangen werden kann, weil nun die Verhandlungen anlaufen und, solange die Verhandlungen laufen, diese Demonstrationen etwas an Antriebskraft verlieren. Die SPD selber sagt, wir warten jetzt noch zwei, drei Jahre, auf dem Hintergrund, den Sie selber dargestellt haben. Ich glaube nicht, daß das das große Problem ist. Das Problem ist für mich, das können wir jetzt feststellen bei diesen großen Aktionen, die quer durch die Bundesrepublik gehen, daß das wahre Ziel der Supermänner dieser Staat an sich ist. Die Moral unserer Bundesrepublik Deutschland soll zerbrochen werden. Der Ansatz dazu sind jetzt die nuklearen Waffen, und Sie finden natürlich vieles andere auch. Sie werden sehen, sie haben angedroht, daß sie große Aktionen gegen 15 NATO-Manöver machen wollen. Diese Gefahren, die da heraufziehen und die wir da sehen, werden nicht versickern, wir werden weiter damit zu tun haben, und wir werden uns darauf einstellen müssen. Das Schlimme ist in dieser Situation, daß wir eine Regierung haben, die nicht in der Lage ist, den Apparat, der ihr zur Verfügung steht, für eine vollständige Aufklärung über die wirkliche Problematik einzusetzen. Als wir die Macht hatten, als es um die Wiederbewaffnung ging, war selbstverständlich das Bundespresse- und Informationsamt dazu da, in breitem Stil für unseren Standpunkt, den Regierungsstandpunkt, zu werben.

Ich sehe nicht diese Aktivität. Ich sehe keine Aktivität in den Redaktionen der Fernseh- und Rundfunkanstalten. Alles dies, wenn es wäre, wäre es nicht so verheerend wie das, was wir gelegentlich doch immer wieder aus diesen Medien hören, die sich weigern, die wahre Meinung und Haltung der Regierung oder auch der Opposition oder der Deutschen überhaupt zu formulieren. Hier ist das eigentliche Problem, und damit werden wir uns auseinanderzusetzen haben, wie wir der Generation, die wir alle kennen, wie sie heute ist, klar zu machen haben, wie wir sie für diesen Staat gewinnen. Neulich gab es eine Befragung im Fernsehen, und damit will ich schließen, da sagte ein junger Mann, der an sich einen durchaus interessanten Eindruck machte, als ihm entgegengehalten wurde, ja aber es geht doch um die Freiheit, da sagte der, und der meinte das ernst und nicht boshaft, da sagte der, ja Freiheit, aber was habe ich davon, könnt ihr mir mal sagen, was habe ich davon? (*Kohl:* Das hat ihm ja auch niemand gesagt.) Diese Generation weiß nicht mehr, was sie einmal hatte, und wenn wir uns also nun dieser Situation

stellen müssen, und wir müssen das natürlich, dann bin ich der Meinung, sollten wir uns auch anstrengen und unsere Mitarbeiter sollten dazu mithelfen, daß wir dieser Entfremdung der jungen Generation von dem, was Freiheit bedeutet, entgegenwirken.

Kohl: Herr Kollege Gradl, nur, das will ich noch einmal sagen, dieser junge Mann, den Sie da zitiert haben im Fernsehen, ist natürlich insofern typisch für die junge Generation, weil er zu denen gehört, die nie etwas gehört haben darüber. Damit mache ich zuhause gerade eine phantastische Erfahrung. Unser ältester Sohn ist in einer Schule, die jetzt zur Aussiedlerschule erklärt wurde. Das heißt, in einem Umkreis von 40 Kilometern kommen nun die Kinder von Polen, von Rußlanddeutschen, Rumäniendeutschen, weil sie Russisch als erste Fremdsprache im Abitur haben. Die Lehrer sind geblieben, aber die Schule ist völlig verändert. Ich will nicht sagen, daß die rechts ist, obwohl ich manchmal sogar den Eindruck habe, die wäre jetzt sogar rechts. Aber in der Oberstufe dieser Schule können Sie mit ihren Ideologien alle nichts anfangen, weil in jeder Gruppe 17-, 18jährige sitzen, die ganz spezielle Lebenserfahrungen haben. Wenn da einer berichtet, daß sein Vater, der Betriebsführer in Rumänien war, als er den Ausreiseantrag stellte, schlagartig zum Hilfsarbeiter degradiert wurde im gleichen Betrieb, und wenn der gleiche Bub dann erzählt, daß seine Großmutter aus Sibirien wiedergekommen ist, dann sitzt sein Nachbar dabei mit großen Augen; das ist die Realität. Ich muß sagen, was mich am meisten überzeugt an diesem gar nicht gewollten Experiment, das phantastisch verläuft, ist, wie völlig hilflos diese linken Studienräte bei diesen 16-, 17-jährigen Aussiedlerdeutschen sind, die durch die härteste Lebensschule gegangen sind, und wie sie völlig jede Autorität vor ihren anderen Schülern verloren haben. Ich habe noch dieser Tage zu meiner Frau gesagt, wir müßten solche Schüler in jeder Schule, in jeder Oberstufe haben, das würde wahre Wunder bewirken, weil sie eben etwas darstellen, was glaubwürdig ist. Daher bin ich ganz optimistisch.

Gradl: Nur ein Satz. Vergleichbar argumentiere ich bei diesen Diskussionen, wenn also nach Freiheit gefragt wird, mit der Frage, wärt ihr bereit oder wollt ihr gerne hinter Mauern und hinter dieser Stacheldrahtgrenze leben, so, wie das da drüben ist? Dann werden sie hellhörig, wenn sie nur in dieser relativ schlichten, einfachen Weise konfrontiert werden.

Neumann: So sehr ich auf den Optimismus hoffe und immer erfreut bin von den besseren Zahlen, und so sehr ich mit Ihnen, Herr Gradl, der Meinung bin, daß auch bei der Diskussion dieses Themas in der Öffentlichkeit Wirkung zu erreichen ist, ist nicht zu verkennen, daß dieses Thema tiefer geht als alle anderen Themen. Von daher halte ich es für angemessen, daß wir es in dieser Breite debattieren. Ich möchte mich dem voll anschließen, was Manfred Wörner vorgetragen hat. Ich glaube, daß das richtig ist, und ich meine auch, daß das wie bisher unsere Position ist und sein muß. Wenn dies so ist, Herr Vorsitzender, bin ich der Auffassung, daß wir die von Herrn Biedenkopf gestellten Fragen nicht an irgendeine Kommission verlagert werden sollten, ich habe das so verstanden, und zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden. Diese Fragen sind teilweise durch den Vortrag von Manfred Wörner beantwortet worden, einige sind offen, zwei von denen möchte ich vorstellen.

Dies sind ja nicht Fragen, die Sie gestellt haben, Herr Biedenkopf, die nun das zahlenmäßige Verhältnis von Waffen bedingen, sondern sie betreffen die grundsätzliche Problematik. Wenn auf die heute nicht eingegangen wird und das Thema hier heute nicht been-

det ist im Grundsätzlichen, dann halte ich nichts davon, daß wir dies offensiv nach außen tragen.

Kohl: Einen Moment, Herr Neumann, das ist aber jetzt ein gewaltiges Mißverständnis, so habe ich das nicht verstanden. Kurt Biedenkopf hat Fragen aufgeworfen, andere haben Fragen aufgeworfen. Ich bin der Meinung, dafür haben wir die Fachausschüsse, daß die aus den Fragen so eine Art Fragen-Antwort-Katalog an die Parteiebenen erarbeiten und wir nochmals darüber reden.

Neumann: Gut, dann höre ich vielleicht nicht genau zu. Ich habe dem Beitrag von Herrn Biedenkopf mehrfach die Formulierung entnommen, wenn es denn keine Alternative gibt, was die atomare Abschreckung angeht, keine Fortentwicklungen, dann muß doch mindestens erläutert werden, es könnte eine geben. Das ist doch eine grundsätzliche Frage. Nicht daß wir auseinandergehen und sagen, wir haben ein Verfahren, das jetzt alles beantwortet. Bei Punkt 6 in Ihren Fragen, ich habe sie mir aufmerksam durchgelesen, heißt es, „von einer Alternative zur nuklearen Abschreckung kann nur gesprochen werden, wenn sie präsentiert wird. Eine Alternative ist jedoch bisher nicht vorgetragen worden. Deshalb gibt es sie nicht.“ Auf was beziehen Sie die bisherige Argumentation? Und dann setzen Sie die Frage an und sagen, also bevor wir nun diese Alternative absolut setzen, muß jetzt mal darüber diskutiert werden, und die Frage beenden Sie mit dem Satz: „Kann man ohne einen solchen Schritt den Wettbewerb der Ideen und Anstrengungen in Gang setzen, ohne den die Alternative nicht gefunden werden kann?“ Wenn ich dies jetzt ernst nehme, bedeutet dies für die Zukunft – für die Zukunft heißt jetzt nicht für das Jahr 2000, sondern für die nächsten Monate – einen Ideenwettbewerb darüber einzusetzen, ob es doch noch eine andere Alternative gibt. Auf der anderen Seite ist vom Vorsitzenden gesagt worden, seine Ausführungen sind Grundlage und waren Grundlage unserer Politik. Herr Wörner hat vorhin gesagt, es gibt keine Alternative zur atomaren Abschreckung, oder ich habe ihn mißverstanden. (*Zwischenruf.*) Ja, das müßte aber mal klar gesagt werden. Deswegen habe ich die Frage beantwortet. Herr Wörner hat gesagt, man kann darüber reden, ob wir das Niveau der atomaren Waffen senken, dafür sind wir alle, schon damit wir andere Möglichkeiten haben. Aber das betrifft doch nicht den Grundsatz, so habe ich Sie verstanden, daß es zur atomaren Abschreckung eine Alternative gibt bzw. nicht gibt. Insofern meine ich, ist eine zentrale Frage dieses Papiers beantwortet. Wenn das so ist, habe ich keine Lust, permanent erneut darüber zu diskutieren. Ich will das mal sagen, vielleicht habe ich das aber auch völlig falsch verstanden.

Ich meine auch, Herr Professor Biedenkopf, viele andere Fragen, die Sie gestellt haben, sind beantwortet, beispielsweise die Frage unter Punkt 4, von der ich meine, daß sie mißverständlich formuliert ist. Die Frage nämlich: „Lieber rot als tot“. Sie verweisen auf den Aufsatz von Herrn Mertes. Ich glaube, hier muß man sehr unterscheiden. Herr Mertes setzt an im politischen Bereich. Im politischen Bereich ist es falsch, diese Alternative zu stellen. Geht es einmal in den militärischen Sektor, dann allerdings kann diese Alternative Wahrheit werden. Aber damit es nicht zu dieser Alternative im militärischen Bereich kommt, so habe ich Sie verstanden, müssen wir auf dem politischen Sektor handeln. Auch so, meine ich, ist eine wichtige Frage dieses Papiers beantwortet. (*Zwischenruf.*) Ja, meine Damen und Herren, wenn diese Dinge alle nicht beantwortet sind, und wir damit nach draußen gehen, wie soll ich denn dann bei den anderen für Klarheit sorgen? Also für mich ist das klar und insofern beantwortet.

Zwei Fragen möchte ich Herrn Wörner bitten, noch zu beantworten. Das ist die Frage III 1. Da sagt Herr Professor Biedenkopf: „Ist es sinnvoll, ein dauerhaftes strategisches Konzept auf die Annahme zu stützen, daß alle beteiligten Entscheidungsträger ohne Ausnahme rational handeln? Ist es erlaubt, dabei von der gleichen Rationalität bei allen Beteiligten ausgehen, ungeachtet unterschiedlicher historischer, kultureller und politischer Voraussetzungen und Bedingungen?“ Auf die Sowjetunion zur Zeit und die NATO trifft es zu. Aber diese Fragen werden an einen gestellt, wenn das richtig ist, Herr Wörner, was Sie gesagt haben, daß der Student nach drei Monaten in der Bibliothek in der Lage ist, eine Atombombe zu bauen, wie ist das mit Gaddafi³⁷, zum Beispiel. Die Frage ist ja legitim. Was sagen wir darauf? Und die zweite Frage, die er ebenfalls stellt unter 1 ist die, ich darf sie auch noch einmal wiederholen, weil das nämlich wichtig ist: „Ist die Annahme gerechtfertigt, daß das System der globalen atomaren Abschreckung menschliche Fehleinschätzungen ausschließt und damit Fehlentscheidungen der ausführenden Organe zuverlässig verhindern kann?“ Damit ist ja gemeint, was ist denn mit jenen, die am Hebel sitzen? Herr Professor Biedenkopf führt dabei die Sicherheit der Kernkraftwerke an. Ist gewährleistet, daß diese Sicherheit auch für alle Zeit, bezogen auf die Kernwaffen, gegeben ist? Das sind für mich zwei Fragen, die wichtig sind, die hier noch nicht beantwortet worden sind. Letzte Bemerkung, und hier möchte ich mich dem anschließen, was Heiner Geißler gesagt hat. Herr Wörner, so sehr ich jeden Punkt Ihrer Ausführungen teile, ich glaube, daß Ihr Vortrag dem allgemeinen Publikum schwer vermittelbar ist.

Ich glaube, daß es doch schon für uns, was, glaube ich, Herr Mertes gesagt hat, wenn keine Frage des Glaubens, doch mindestens eine Frage der Amtsbefugnis von Leuten ist, die uns das sagen. Ich bin überhaupt nicht in der Lage zu sagen, wie viele Pershing II wir brauchen. Ich kann das auch gar nicht begründen. Ich kann das nicht. Im Grunde kann man nur sagen, das sind diejenigen, die Verantwortung tragen für die Verteidigungspolitik mit all ihren Stäben, die tragen uns das vor, und da wir ein gewisses Vertrauen oder Nicht-Vertrauen haben – da kommt die Problematik – ist das unsere Position. Das ist es, was Herr Geißler gesagt hat. Ich habe diese Diskussion ja jetzt erlebt, da kommen dann Leute mit irgendwelchen Plänen, die sie aus der Tasche holen und bringen eine ganze Diskussion durcheinander. Sie als Militärexperte halten vielleicht noch dagegen. Wir selbst als diejenigen, die dauernd Diskussionen bestreiten, werden das dabei auch noch machen. Aber im Prinzip ist das, bezogen auf unsere Parteimitglieder, kaum möglich. Und deshalb, finde ich, ist das außerordentlich wichtig, was Herr Geißler gesagt hat, daß wir sozusagen durch das Vokabular, welches wir benutzen, wie auch durch die Art und Weise, wie wir reagieren, wie wir auch die amerikanischen Äußerungen differenziert behandeln, dieses Vertrauen erhalten. Das hat nichts mit dem Vertrauen zu Amerika zu tun. Nur wenn Herr Reagan hustet, bin ich noch nicht verpflichtet, ja zu sagen, ich sage das auch mal. Und da würde ich einfach die Schablone benutzen, die nun mal da ist, und da gebe ich Herrn Kohl recht, nach unseren ganz vereinfachten Diskussionen kommt heraus, daß wir auf der einen Seite die Russen haben, die uns bedrohen, nachweisbar die Situation DDR und woanders, und auf der anderen Seite die Amerikaner, die unsere Sicherheit in den letzten Jahren gewährleistet haben. Und wenn ich auf dieser Schiene argumentiere und auch emotional argumentiere, das vernünftige Vokabular hilft nun mal nichts bei

37 Muammar al-Gaddafi (1942–2011), libyscher Politiker; 1969–1979 Staatsoberhaupt, 1979–2011 diktatorischer Revolutionsführer.

diesem Thema, dann meine ich, überzeuge ich die Leute viel mehr, als wenn ich mit SDS und Raketen und anderen Dingen argumentiere, so wichtig das für uns ist, dies zu wissen. Das wollte ich noch hinzufügen.

Kohl: Herr Neumann, bei dem letzten ist noch zu bemerken, daß wir zwar hier mit der riesigen Mehrheit unserer Bevölkerung übereinstimmen, das ist ja positiv, aber der entscheidende Knackpunkt liegt bei den Sozialdemokraten, die genau umgekehrt denken. Einer der namhaftesten Führer der deutschen Sozialdemokratie sagte kürzlich einem amerikanischen Gesprächspartner in Washington, wir haben mehr Angst vor dem amerikanischen Militarismus als vor dem sowjetischen. Das ist der eigentliche Punkt, und das ist nicht der Punkt der deutschen Bevölkerung. Lassen Sie uns nicht aufreden, daß die Komplexe der Sozialdemokraten die Komplexe der deutschen Bevölkerung in dem Punkt sind.

So jetzt noch einmal, das Mißverständnis muß weg, Herr Neumann. Erstens einmal, wir haben heute debattiert hier auf der Grundlage des Vortrags von Herrn Wörner. Der Kollege Biedenkopf hat zu dieser Sitzung ein Papier vorgelegt, das war nicht Gegenstand der Beratung. Darauf lege ich noch einmal Wert. Ich habe vorhin gesagt, er hat es auch nicht zum Gegenstand der Beratung gemacht, so daß wir das an die beiden dafür vorhandenen Arbeitsgruppen respektive die Fachausschüsse der Partei geben. Dafür haben wir sie ja, das ist ein ganz typisches Beispiel. Wie die das dann technisch regeln, ist eine zweite Sache, und ich möchte dies erweitert haben. Damit mache ich mir nicht das Papier zu eigen, damit da kein Zweifel aufkommt. Sie haben zu den ganzen Fragen hier auch selbst welche beigesteuert, und die sollen dann sozusagen nach Frage und Antwort unseren Leuten etwas an die Hand geben. Das will ich hier noch einmal besprochen haben. Das ist also nicht mehr und nicht weniger. Da kann danach kein Zweifel aufkommen.

Dallmeyer: Herr Vorsitzender, ich möchte mich zunächst einmal sehr herzlich bedanken für diese ausführliche Diskussion. Dabei glaube ich, daß auch in unserer eigenen Partei eine große Zahl von Mißverständnissen vorhanden sind und die Diskussion sicher nicht hier enden wird, sondern hineingetragen wird in die Partei. Selbstverständlich haben wir ohnehin auf der Tagesordnung unseres Bundesfachausschusses viele Themen stehen. Ich bin auch darüber dankbar, daß Sie jetzt aus dieser Diskussion heraus weitere Anregungen bekommen, um dann Vorschläge an den Bundesvorstand zu machen. Ich möchte mich weitgehend dem anschließen, was Herr Kollege Wörner und Kollege Mertes und auch der Generalsekretär gesagt haben, deshalb kann ich mich jetzt kurzfassen.

Ich möchte aber auf einen Punkt aufmerksam machen, damit wende ich mich besonders an den Generalsekretär. Es gibt natürlich eine Ebene der öffentlichen Meinungsbildung, die auf der anderen Seite, nämlich in der Sowjetunion Teil der politischen und militärischen Strategie ist. Das muß man im Auge behalten. Wir können hier Fehler nicht so leicht verkraften wie in anderen Bereichen der Politik. Deshalb ist das ganz wichtig. Ich darf mal das Beispiel Neutronenwaffe nehmen, weil es ganz anschaulich ist. Ein großer Erfolg der Kremlpolitik ist es natürlich gewesen zu erreichen, daß auch in den Reihen der Union gelegentlich das Wort Neutronenwaffe als unaussprechlich bezeichnet wird. Damit spreche ich nicht für die Einführung, sondern ich spreche dafür, daß dieses System als politisches Verhandlungselement praktisch nicht mehr zur Verfügung steht. Das gleiche Ziel hat man sich sicher gesetzt, als die Diskussion begonnen wurde mit unseren, in Anführungsstrichen, Friedensbewegungen, um den Nachrüstungsbeschluß zu

Fall zu bringen. Worauf ich aufmerksam machen will, ist, daß ein Teil dieser sowjetischen Westpolitik auch schon insofern außenpolitisch erfolgreich war, als die skandinavischen Länder und die Benelux-Länder auf dem besten Wege waren, diese Skandilux-Bewegung, eine atomwaffenfreie Zone für sie, zu akzeptieren. Dann kam erfreulicherweise Whiskey on the rocks³⁸, wie es so schön inzwischen heißt, und hat das gottlob verhindert. Aber mir kam es darauf an, weil Sie das Beispiel Kampf um die öffentliche Meinung benutzt haben, daß hier ein Element in der öffentlichen Diskussion beachtet werden muß, nämlich das, und insoweit teile ich eben auch die Kritik an den öffentlichen Äußerungen von Herrn Professor Biedenkopf, daß das genutzt wird, um diese Strategie gegen uns fortzusetzen und damit natürlich auch ein Stück erfolgreicher zu machen. Ich erlebe das jetzt auch persönlich sehr stark, etwa in Podiumsdiskussionen, die ich in den letzten Tagen mit Egon Bahr hatte, daß er zur Untermauerung seiner eigenen Ansichten gerade diese Thesen benutzt und sagt, die sind ja selber im Grunde unschlüssig, welchen Weg sie beschreiten wollen. Ich bitte auch für die vielen Kollegen, nicht so sehr für mich selbst, die im Sicherheitsbereich jetzt praktisch jeden Abend unterwegs sind, zu bedenken, daß sie diese Diskussion dann aushalten sollen, was manchem unserer Kollegen, der nicht Experte ist, besonders schwerfällt.

Ich darf dann eine Bemerkung machen, wie wir die öffentliche Diskussion führen sollten, und einen Vorschlag machen. Ich finde, wir müssen die Frage für die jungen Menschen beantworten, was unter dem Dargestellten für Zukunftsaussichten bestehen. Die jungen Leute fragen am meisten überhaupt danach, wenn ich das einmal Revue passieren lasse, wir akzeptieren, was ihr sagt, aber wie sind unsere Aussichten für die Zukunft. Diese Fragen müssen wir beantworten, und auch hinreichend schlüssig. Wie kann aus der Gleichgewichtstheorie heraus Abrüstung stattfinden? Geschichtliche Beispiele anbieten, und auch unseren Parteifreunden, die in der Diskussion sind, deutlich machen, daß es Aussichten gibt und das Ungleichgewicht eher dazu führt, daß es keine Aussichten in der Zukunft gibt.

Der zweite Punkt ist, wir sollten einmal sagen, was der Preis war für 36 Jahre Frieden und welchen Preis wir dafür in Zukunft erbringen müssen. Das ist heute noch gar nicht gesagt worden. Auch hier historische Beispiele nennen, was aus Bündnissen geworden ist, die sich aufgelöst haben. Einmal mitzuteilen, was ist, wenn man dieses Bündnis in seine Einzelteile zerlegt.

Und das dritte ist, und hier bitte ich um eine Unterstützung durch unsere außenpolitisch erfahrenen Kollegen. Zwölf Jahre Entspannungspolitik werden nach meiner Einschätzung auch in den eigenen Reihen schon in der Analyse unterschiedlich beurteilt. Das macht es uns etwas schwierig. In der Analyse hört man, daß die Entspannungspolitik letztlich der Sowjetunion geschadet hat, ich will jetzt die Bandbreite aufzeigen, und man hört auf der anderen Seite, daß sie uns in hohem Maße geschadet hat. Ich finde, daß es für die weitere Diskussion, auch für die Sicherheitspolitiker, natürlich ganz wichtig ist zu erfahren und zu beschreiben, was ist denn jetzt eigentlich nach 12 Jahren. Es hat objektiv mehr Rüstung gegeben in dieser Zeit. Von uns hat es ja eine große Zahl von Vorleistungen gegeben, auf östlicher Seite mehr Rüstung. Ist also eines der objektiv festzuhaltenden Ergebnisse der Entspannungspolitik mehr Rüstung? Dann fällt uns sofort die Diskussion

38 „Whiskey“ war der NATO-Codename für das U-Boot (S-363) der sowjetischen Ostseeflotte, das zehn Kilometer vor einer schwedischen Militärbasis gegen einen Felsen stieß.

in der Öffentlichkeit leichter, wenn das so ist. Und deshalb bitte ich sehr herzlich darum, daß wir uns dieser Frage, das hat ja der Arbeitskreis der Fraktion und auch die große Arbeitsgruppe schon getan, aber auch von der Partei her ganz besonders annehmen.

Gerstenmaier: Herr Vorsitzender, ich will hier diese zu Ende gehende Debatte nicht verlängern, aber ich muß mich zunächst einer Bitte entledigen, die der Ältestenrat der Senioren mir aufgegeben hat, hier vorzutragen. Wir haben bei der Vorbereitung des Hamburger Parteitages erhebliche Einwände und Bedenken zur Zuziehung von Jugendlichen geäußert, insbesondere von Herrn Dr. Geißler vertreten. Herr Dr. Geißler, Sie werden sich an unsere Gespräche erinnern. Ich bin beauftragt, Ihnen zu sagen, daß wir Ihnen zu diesem Erfolg, zum Erfolg dieses Experimentes gratulieren und ihm Anerkennung zollen.

Der zweite Auftrag, der nun nicht ganz so leicht wird, ihn hier vorzutragen, ist, daß wir einhellig unter diesen Senioren den Beschluß bedauern, auf die Gewissensprüfung in Zukunft zu verzichten. Wir haben das mit lebhaftem Bedauern gelesen, halten den Verzicht für falsch, auch auf die Gefahr hin, daß der Herr Parteivorsitzende uns leicht für „gaga“ hält. Unser Selbstbewußtsein in geschichtlicher Erinnerung, auf die er ja sonst großen Wert legt, ist sicher nicht geringer, als der sehr viel lautstärkere zum Beispiel der Junioren. Ich möchte das also hier nur sagen. Wir haben das sehr genau gewußt. Ich möchte also lieber darauf verzichten, dem Seniorenkreis diese Bemerkung des Herrn Parteivorsitzenden wiederzugeben. (*Kohl:* Ich hätte das denen gerne selbst gesagt, denn ich bin ganz sicher, daß wir die Diskussion dann nicht so hätten.) Aber wir haben den Beschluß gelesen. Uns ist die Problematik der Gewissensprüfung bewußt. Ich habe aber nicht gesprochen, um meinerseits zu argumentieren zu diesem Punkt, sondern ich habe mich eines Auftrags entledigt, und ich möchte dabei bleiben und vertrete ihn in dem Bewußtsein, daß wir die Vergleichsetzung, bei allen rhetorischen Einschränkungen zwischen Wehrdienstbereitschaft und Gewissensprüfung, mit Bedauern gelesen haben, und vor allem den konkreten Beschluß dazu, auf diese Gewissensprüfung zu verzichten. Aber, meine Damen und Herren, insoweit entledge ich mich nur eines Auftrags, persönlich erlaube ich mir zu der Diskussion von heute einige ganz kurz Bemerkungen zu machen.

Die erste. Ich habe nicht mit reinem Vergnügen die ziemlich sauren Reaktionen auf den Artikel von Herrn Biedenkopf gelesen. Er ist ein Intellektueller, ich bin selber ein Intellektueller, und ich habe an jeder systematisierten Reflektion zu einem aktuellen politischen Problem in unserer Partei eine gewisse Freude, daß vor allem politisch-taktische und berechnete politisch-taktische Bemerkungen gemacht worden sind. Daß das so ist, das hat sich auch im Seniorenkreis niedergeschlagen. Wir haben dafür Verständnis, dennoch, lieber Herr Biedenkopf, erlauben Sie mir wenigstens zwei kurze Bemerkungen. Am Ende dieser Debatte hat es ja keinen Sinn, in eine Sachdebatte einzutreten. Ich habe während dieser Debatte von heute Vormittag Ihr neues Papier gelesen. Ich bedaure, daß ich es nicht früher gesehen habe. Infolgedessen kann ich mich und möchte mich auch jetzt nicht dazu im einzelnen äußern, sondern nur zu einem Punkt.

Zunächst jedoch eine Bemerkung zu Ihrer Begrifflichkeit. Ich glaube, Sie sollten noch einmal überlegen, ob Sie wirklich an dem Begriff der Konsensfähigkeit als einem Leitbegriff in der Argumentation festhalten wollen. Sie wissen ja, ich bin ein geplagter Mensch insoweit, als ich von Hause aus Erkenntniskritiker und Theologe bin. Der Begriff der Konsensfähigkeit, ich habe oft darüber jetzt nachgedacht, erscheint mir für die Diskussi-

on, die wir zu führen genötigt sein werden, einfach zu subjektiv. Was ist für wen konsensfähig? Ich rede jetzt nicht von dem „was“, sondern ich rede von dem „wie“. Ich bringe ein praktisches Beispiel. Ich nehme an, daß für die frühere griechische Regierung, die jetzt soeben von Herrn Papandreou³⁹ abgelöst worden ist, vieles konsensfähig ist von dem, was in der internationalen Debatte, auch vom Osten her gesagt wird, was für die vorhergehende Regierung überhaupt nicht konsensfähig ist. Beim linken Flügel der SPD ist vieles konsensfähig von dem, was in der Einzeldiskussion vom Osten her gesagt wird, während es für uns überhaupt nicht diskutabel ist. Also der Begriff der Konsensfähigkeit enthält mir ein so hohes Maß von Subjektivität, daß ich anheime, lieber Herr Biedenkopf, ob Sie den Begriff nicht lieber fallen lassen wollen im Interesse eines mehr objektiven oder objektivierenden Begriffs, etwa der Realitätsangemessenheit, der Realitätsgemäßheit. Das, was im Begriff der Konsensfähigkeit durchaus subjektiv ausgenutzt oder mißdeutet werden kann, möchte ich auf ein höheres Maß von Objektivität hinaufbringen, vielleicht finden Sie einen adäquateren Begriff. Also das nur zur Begrifflichkeit.

Dann aber zum Stand der Diskussion von heute morgen, wirklich eine ganz erhebliche Einsicht für mich persönlich, vielleicht wissen Sie das alles, ich finde in den Darlegungen von Herrn Wörner, die für mich außerordentlich aufschlußreich sind – deren Kern bei Ihnen, meiner Meinung nach, noch nicht reflektiert ist –, den Gedanken, verzeihen Sie, Herr Wörner, wenn ich das jetzt mit meinen Vokabeln wiedergebe, daß das atomare Zeitalter, in das wir eingezogen sind, und das nicht umkehrbar ist, das ist die Unumkehrbarkeit der Geschichte, sich im militärischen Bereich dergestalt niederschlägt, daß es, um es jetzt mit einer gängigen Parole zu sagen, unsere Kriegsbereitschaft verändert und der künftigen Generation auferlegt, mit der Bombe zu leben. Das ist simpel formuliert, aber dafür hat es den Vorteil, daß alle verstehen, worauf es ankommt, und daß dagegen auch die besten Kontrollsysteme deshalb nichts nützen. Hier die Geschichte von dem jungen Mann, der in die Bibliothek eingesperrt wurde, weil offenbar so viel Allgemeinwissen verfügbar ist, daß die Bombe jederzeit reproduziert werden kann. Verehrter Herr Biedenkopf, folge ich Ihrer Argumentation von dem Rückzug auf die konventionelle Verteidigungsbereitschaft, ob die militärisch möglich ist oder nicht, dazu äußere ich mich gar nicht, da ist Herr Wörner der viel Kompetentere, aber wenn also dieser Rückzug, der gegenseitige Rückzug auf die Reproduzierbarkeit der Atombombe trotz aller Kontrollsysteme und Übereinkünfte und Konsensfeststellungen nicht absolut ausgeschlossen werden kann, ist es dann nicht in politisch praktischer Hinsicht eigentlich naheliegend, weg von der Atombombe und dafür eine gewisse Gleichwertigkeit im konventionellen Bereich?

Schließlich eine dritte Bemerkung, Herr Vorsitzender, ich will damit auch nicht hier eine Debatte eröffnen. Ich finde die kirchlichen Verlautbarungen zu der Situation, in der wir uns befinden, zwar in vieler Hinsicht annehmbar. Am ehesten gefällt mir noch die von Herrn Biedenkopf am Schluß zitierte Einlassung des Zentralkomitees Deutscher Katholiken. Ich sage, mir gefällt sie besser als die sehr diffusen kirchlichen Einlassungen, die auf evangelischer Seite, übrigens ganz charakteristisch, unter dem Vorbehalt stehen, sich den Vorwurf des Antikommunismus nicht zuzuziehen. Das ist eine ganz starke impertinente Verhaltensweise, Impertinenz, denn die Leute haben vor Augen, was im

39 Andreas Georgiou Papandreou (1919–1996), griechischer Politiker (PASOK, Allgriechische Sozialistische Bewegung); 1981–1989 und 1993–1996 Ministerpräsident.

Kommunismus und im kommunistischen Bereich geschieht. Es ist eine impertinente Negation dessen, wenn im evangelischen Bereich der Begriff des Antikommunismus mehr und mehr zu einem Schmähibegriff wird und als Kampfbegriff ernst genommen und natürlich aufgenommen wird. Es wird zu unseren Aufgaben gehören, hier keine Konzession an die evangelische Sprachregelung zu machen.

Nun, von diesen kirchlichen Verlautbarungen ist natürlich meiner Meinung nach auch die Realität bekannt. Praktisch ist es so, daß im evangelischen Bereich die Aktionisten, die mit den Formulierungen am schnellsten zur Hand sind und sich auch mit den oppositionellen Verlautbarungen am leichtesten tun, das wirkliche Ziel verstecken und behaupten, für die Mehrheit zu sprechen. Die Mehrheit, das sind natürlich nicht nur die 17-, 18jährigen und nicht nur Aktion Sühnezeichen und sind nicht nur die Studentengemeinden, sondern die Mehrheit der die Evangelischen Kirche heute noch Tragenden sind die mittleren, und vor allem die älteren Leute. Es ist brutal, über diese nicht formulierten von der Lebenserfahrung getragenen Verhaltensweisen der mittleren und älteren Generation in der Weise wegzugehen, wie es durchgängig allmählich, außer in den moderaten Kirchenerklärungen, geschieht, und ich bitte herzlich und dringend, daß wir uns nicht stillschweigend unser Bild von der evangelischen Kirche davon bestimmen lassen. Ich verzichte darauf, ich könnte Ihnen zwei handfeste Beispiele liefern, was ich erlebt habe, draußen auf dem Dorf, nicht in der Stadt; ich verzichte darauf, das ist zu langweilig.

Koch: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz mal ansprechen das Problem, wie es sich draußen im Land darstellt. Dort sieht die gesamte Problematik, die wir erörtern, etwas anders aus. Ich komme mit vielen Leuten zusammen, absolute Realität Nummer eins ist die Beschäftigungssituation. Also einige Millionen sind nicht beteiligt an der Nachrüstungsdiskussion.

Ein Zweites möchte ich sagen. Wenn am 10. Oktober in Bonn fast 300.000 Menschen waren, so waren auch 70.000 in Stuttgart, die demonstriert haben für ihre Beschäftigungssituation. Ich möchte Ihnen mal Folgendes sagen. Was der Professor Biedenkopf hier niedergeschrieben hat, wird draußen im Land gar nicht so schlecht ankommen. Diese Dinge, die Herr Biedenkopf angesprochen hat, sind kritisch hier und da von Funktionären aufgenommen worden, nicht von der breiten Masse. Da muß man auch unterscheiden zwischen denen, die bis 25 alt sind, und denen, die zwischen 25 und 50 Jahre alt sind. Aber man muß wissen, daß die CDU diese ganze Problematik nicht so ernst nimmt. Wohlwollend ist aufgenommen worden vom Hamburger Parteitag, was der Generalsekretär gesagt hat, auch was Professor Biedenkopf gesagt hat, daß wir uns das nicht leichtmachen, daß die Funktionäre der CDU, wenn ich das so mal betiteln darf, sagen, wir müssen aber am Schluß der Diskussion zu einer einheitlichen Aussage kommen. Diese ganze Diskussion steht und fällt mit einigen wenigen Leuten. Wenn einige wenige Leute das unterschiedlich diskutieren, ob das der Kreisvorsitzende, ob das der Gemeindeunionsvorsitzende ist, dann sollten wir hinterher nach der Diskussion eine Marschrichtung haben. Unser Ziel ist, das ist unsere Marschrichtung, wir wollen den Frieden halten.

Die Argumente, die Herr Wörner gegeben hat, finde ich sehr gut. Vor allen Dingen bin ich der Auffassung, was wir nicht machen dürfen, auch bis zu Wahl, das Wort Krieg überhaupt nicht in den Mund nehmen. Das ist das Argument der Sozialdemokraten, daß sie sagen, wir sind die Friedenspartei, die CDU ist Kriegspartei. Krieg muß aus unserem

Wortschatz heraus, und ich bin der Meinung, daß Frieden und Freiheit für uns Vorrang haben.

Ich möchte noch eines sagen. Ich habe da so erlebt, wir haben da jede Woche bei uns im Betrieb Personalplanung, daß wir jede Woche Leute entlassen müssen. Ich unterstütze diejenigen, die jeden Tag ihrer Pflicht nachkommen. Ich habe kein Interesse, mich für Faulenzer einzusetzen. Das sind diejenigen, die auch in Bonn demonstriert haben. Das haben Sie sehr treffend mehrfach im Fernsehen gesagt, Herr Vorsitzender, dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, daß das endlich mal auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kam. Da sind ein Teil Chaoten. Und mit den Chaoten haben wir alle nichts gemein. Und damit haben auch die Sozialdemokraten nichts gemein, das möchte ich auch mal hier sagen, und erst recht nicht die Christdemokraten. Diejenigen, die nichts taugen im Betrieb, sind diejenigen, die dauernd demonstrieren; das sind Berufsdemonstranten.

Ich möchte auch sagen, daß wir hier nicht reden, als wenn wir vor Kommilitonen reden, daß wir die Sprache sprechen, die Kumpel Anton und Kumpel Emil draußen vor Ort verstehen, und nicht hoch geschwollene Reden halten. Im Land versteht das dann mancher Kollege nicht. Es kommt darauf an, daß man hart und deutlich diese Dinge sagt. Insofern habe ich auch Verständnis hierfür, daß wir gerade in Nordrhein-Westfalen solche Beiträge bekommen, wie unser Freund Biedenkopf das gemacht hat, und wir darüber diskutieren. Nur, wenn das zu Ende ist und hinterher die Fachkommissionen sich damit befaßt haben, daß wir in eine Richtung marschieren und sagen, das ist unsere Auffassung, können wir Ordnung in dieser Republik schaffen. Die ist ja total in Unordnung, das ist ja eine Katastrophe. Wir werden jeden Tag damit konfrontiert, ich will auf die Einzelheiten gar nicht eingehen. Wir sind ja permanent am Diskutieren über alle möglichen Dinge, auch hierüber. Wie wird das aussehen, welche Alternativen hat die CDU, daß wir wieder da hinkommen, was wir 20 Jahre erlebt haben? Da herrschte Ordnung, da herrschte Frieden. 35 Jahre haben wir es geschafft, und dann bringen wir auch weitere fertig, wenn die CDU drankommt.

Biedenkopf: Herr Vorsitzender, damit wir hier mit der richtigen Sprachregelung rauskommen und nicht nach dieser Diskussion hier im Bundesvorstand wieder einen falschen Schlag in die Diskussion bekommen. Ich wollte hier noch einmal feststellen, daß ich das richtig verstanden habe, daß wir jetzt mit diesen Themen in die Fachkommissionen gehen und wir über die Fragen – es sind ja auch eine Reihe von Fragen zur Auslegung der Beschlüsse in Hamburg gestellt worden – in den Fachausschüssen sprechen und dazu die Ergebnisse und Antworten erarbeiten und formulieren. Mir liegt sehr viel daran, damit nicht der Eindruck entsteht in der Öffentlichkeit, daß wir diese Themen jetzt gewissermaßen wieder ad acta legen. Denn wir können und dürfen uns aus der Diskussion, die draußen stattfindet, nicht ausklinken. Und diese Diskussion geht weiter. Wir haben 1980 in NRW die Wahl verloren über das Thema Krieg oder Frieden. Das darf uns in Nordrhein-Westfalen nicht noch einmal passieren. Wir sind damals von einer Welle überrollt worden, die bei aller Konsistenz und Gültigkeit unserer Beschlüsse durch diese nicht aufgehalten worden ist. Wir haben damit zu rechnen, daß 1983/84, der Vorsitzende hat darauf hingewiesen, diese Diskussion wieder losgeht, und daß wir sie nicht zu Ende bekommen haben. Wir müssen dann wirklich auf diese Diskussion gewappnet sein. Sonst werden wir sowohl 1984 im Herbst wie im Mai 1985 eine ganz andere Neuauflage dieser Debatte wiederbekommen. Deshalb darf unter keinen Umständen, das wollte ich nur als Gewissheit mit-

nehmen, der Eindruck entstehen, daß wir jetzt gewissermaßen den Deckel draufgemacht haben, sondern wir müssen über die langfristigen Fragen weiter reden und weiter arbeiten. Unsere Beschlüsse, die wir in Hamburg gefaßt haben, sind die Beschlüsse, auf denen wir unsere Politik machen. Die stehen überhaupt nicht zur Debatte. Sie, Herr Dallmeyer, haben vorhin eine sehr interessante Frage gestellt. Was ist denn Gleichgewichtspolitik im Zusammenhang mit unserem höchsten außenpolitischen Ziel, nämlich Abrüstung? Wie heißt das, wie stellt ihr Euch das vor, wie setzt ihr das um? Da müssen wir Sprachregelungen haben, wie wir uns das vorstellen, wie wir uns dazu stellen. Diese Sprachregelungen müssen noch erarbeitet werden. Und es ist meine Bitte, daß wir dies möglichst schnell und offensiv anpacken, damit wir sie draußen haben.

Kohl: Also, ich will es noch einmal zusammenfassen, damit es keinen Zweifel gibt, was unsere Position ist. Die Position zu den Grundfragen der Sicherheits-, der Außen- und der Verteidigungspolitik hat im Grundsätzlichen das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands im Ludwigshafener Programm niedergelegt für das ganz Prinzipielle. Folgend aus diesem Grundsatzprogramm haben wir einen Antrag auf dem jetzigen Hamburger Parteitag gebracht, der sozusagen aus der aktuellen Lage heraus noch einmal formuliert ist. Dieser Beschluß ist mit wenigen Gegenstimmen in Hamburg vom Parteitag, dem obersten Gremium der CDU Deutschlands beschlossen worden. Dies ist unsere Politik. Punkt. Daran kann es keinen Zweifel geben, und ich habe auch nicht die Absicht zuzulassen, daß es daran Zweifel gibt. Aber was wissen wir, was im Januar oder im Februar, wenn die Wellen hochschlagen über die amerikanisch-sowjetischen Gespräche, an dieser und jener Frage auftaucht? In Hamburg wußten wir noch nichts von dem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, das ist ein ganz konkretes Beispiel. Insofern ist es völlig vernünftig, daß die beiden Fachausschüsse – dafür haben wir sie – Fragen, das ist nicht Infragestellung, sondern Fragen, die sich aus der aktuellen Situation ergeben, aufnehmen. Nun kommt der Wunsch von Neumann, den ich nur nochmal unterstreichen kann, und Biedenkopf hat es ja auch unterstrichen, daß unsere Leute sozusagen fortdauernd Informationen haben müssen, wie man das einfach pädagogisch vernünftig macht, mit Frage und Antwort. Beispielsweise: Warum hat Reagan jetzt die landgestützten und die seegestützten Raketen nicht dabei? Sie erinnern sich an die Debatte auf dem FDP-Parteitag. Solche Dinge muß man halt darstellen, und das ist in einer verständlichen Sprache notwendig und auch möglich, nicht mehr und nicht weniger, damit das noch einmal ganz klar ist. Unsere Politik liegt fest, und die kann niemand hier anders interpretieren, als wir es in unseren Beschlüssen vom Hamburger Parteitag geklärt haben.

Wörner: Auch auf die Gefahr hin, daß ich als begriffsstutzig dastehe, möchte ich doch die Frage an den Parteivorsitzenden stellen, ob das, was er jetzt erklärt hat verbindlich ist, und ich bitte Kurt Biedenkopf, jetzt dazubleiben, denn das ist die entscheidende Frage. Ich habe, nach dem, was er gesagt hat, den Eindruck, daß er mit dieser Diskussion auch in der Öffentlichkeit fortfahren will, während ich persönlich die Entscheidung, die der Hamburger Parteitag getroffen hat, als eine Entscheidung für das Atlantische Bündnis, auch als eine Entscheidung interpretiere, die die Nuklearstrategie des Bündnisses akzeptiert. Ich habe nichts dagegen, daß wir hier solange auch immer diskutieren in diesem Führungsgremium, aber ich habe alles dagegen, daß ich in der Öffentlichkeit gefragt werde, wieder und wieder, wie denn nun die CDU/CSU zur Nuklearstrategie des Bündnisses wirklich stehe, und ich darauf nur sagen kann, das sei meine Meinung, und der Herr

Biedenkopf habe eine andere. Ich möchte nur einmal deswegen die ganz klare Frage stellen und vom Parteivorsitzenden hören, damit das in der Öffentlichkeit ebenso klar beantwortet werden kann, daß das bedeutet, daß auch in der Nuklearstrategie die Partei geschlossen diese Auffassung vertritt. (*Biedenkopf*: Wir haben im letzten Absatz beschlossen, darauf hinzuarbeiten, daß wir zu einer Abrüstung kommen auf einem möglichst niedrigen Gleichgewicht.) Herr Vorsitzender, das ist jetzt sehr gut, wenn Sie mir gestatten, das im Zwiegespräch mit Herrn Biedenkopf weiterzumachen, denn hier sind wir da, um Klarheit zu schaffen, und deswegen sage ich, mit den beiden Feststellungen von Ihnen eben bin ich nicht nur einverstanden, die habe ich in meinem Referat auch versucht darzulegen. Nur, Herr Biedenkopf, ich habe das Papier, das Sie hier vorgelegt haben, nur überfliegen können, etwa 50 Prozent der Fragen, die Sie hier gestellt haben, laufen in die Richtung Ihres „Zeit“-Artikels. Das heißt, Sie stellen die Nuklearstrategie als eine Strategie in Frage.

Biedenkopf: Die Frage muß doch gestellt werden, die darf man doch nicht einfach ignorieren.

Wörner: Gut, in Ordnung, ich darf insofern den Konsens festhalten, ich sage das bloß für den Fall, daß es in der Öffentlichkeit erneut zu Diskussionen kommt.

Kohl: Es ist ein ganz klarer Konsens hier, ich habe das dreimal jetzt festgestellt.

Wörner: In Ordnung, dann bin ich sehr dankbar für diesen Konsens, kann mir alles, was ich sonst zu Herrn Biedenkopf sagen würde, denken, und nur noch auf die Fragen von Heiner Geißler eingehen, die Frage nach der Sprache, wie machen wir das verständlich? Wie überzeugen wir in der Partei? Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß in der Vergangenheit sicher das eine oder andere in der Darstellung der CDU/CSU, gerade auch in der Verteidigungspolitik, nicht so gelaufen ist, während wir uns im übrigen am wenigsten schuldig gemacht haben. Allerdings Heiner, bevor ich auf die Punkte eingehe, sage ich das mit der klaren Bitte auch für die Zukunft: Ein Teil dieser von uns prononciert betriebenen Darstellung unserer verteidigungspolitischen Notwendigkeit resultierte daraus, was die Partei an Aufgabenverteilung vorgenommen hat, daß der eine Teil der Partei zuständig war für die Mitteilung des Angenehmen und der andere, die sogenannten Fachidioten für die Mitteilung dessen, was nun unumgänglich gesagt werden mußte, wenn man Verständnis für Bedrohung und Ähnliches wecken wollte. Das heißt, wenn wir uns hier einigen und einen großen Schritt in der Einigung haben, dann bedeutet das natürlich, daß so, wie die Partei an uns, sagen wir mal die Sicherheits- und Außenpolitiker, die Forderung erhebt, uns einer Sprache zu befleißigen, die nicht den Verdacht der Kriegstreiberei oder der Raketenzählerei erweckt, wir umgekehrt natürlich von der Partei auch erwarten müssen, daß sie in den Kernfragen, die der Gegenstand der Auseinandersetzung sind, nun eben auch die Darstellung der politischen Bedrohung übernimmt und nicht nur vom Frieden redet, sondern auch von Dingen, die den Frieden bedrohen. (*Zwischenruf Geißler*.)

Das ist kein Problem in Deinen Augen. Das ist aber ein Problem für den, der das ja immer wieder durchstehen muß und das in der Fraktion und anderswo zu spüren bekommt; deshalb sage ich, ist das sehr wohl ein Problem. Das sage ich nicht, um uns auseinanderzuidividieren, das sage ich, um uns zusammenzuführen. So wie ich denke, daß wir uns in der Sprache verständigen können, so wie wir uns verständigen können, es über Ganzheit darzustellen, Heiner, so meine ich allerdings, daß wir uns auch verständigen

müßten, daß die Gesamtpartei nun auch die Aspekte darzustellen hat, die wir darstellen müssen, wenn wir das Informationsdefizit beseitigen wollen. Mertes hat das mit Recht gesagt, vor allen Dingen, was die sowjetische Bedrohung angeht, nicht nur die politische, auch die militärische. Die Regierung hat über ein Jahrzehnt diese Aufgabe nicht mehr wahrgenommen; deswegen wird der Herr Schmidt jetzt im Augenblick von den Geistern, die er selber beschworen hat, hinweggeschwemmt. Nur, wir müssen das Informationsdefizit beseitigen, auch dann, wenn es bei bester Sprache nicht sehr angenehm und nicht sehr populär ist. Ich sage dazu jetzt nichts mehr, ich bringe jetzt die zwei noch offengebliebenen Fragen.

Informationsdefizit overkill, das sage ich deswegen, Herr Kohl, weil es immer wieder gefragt wird. Also jetzt hat die Menschheit schon zehn- bis zwölfmal mehr als sie zur Eigenvernichtung braucht, warum eigentlich immer noch. Ich sage hier etwas, was Sie sofort wieder vergessen müssen. Es gibt diesen „overkill“ nicht. Nur würde ich das niemals in der Öffentlichkeit sagen. Auf Vietnam sind mehr Bomben abgeworfen worden als die Sprengkraft aller im 2. Weltkrieg abgeworfenen Bomben war, und in Vietnam hat die Bevölkerung überlebt. Ich sage das, weil Sie es sofort wieder vergessen können, ich komme zu dem Argument dann, das wir bringen müssen.

Es gibt Computerberechnungen beider Seiten, der Sowjetunion wie der Amerikaner, was im Falle eines strategisch nuklearen Krieges übrigbleiben würde, die schwanken zwischen einem Drittel und der worst-case-Berechnung einem Viertel der Menschheit. Das müssen Sie sofort wieder vergessen, denn damit können Sie überhaupt nicht argumentieren. Die entscheidende Frage ist nicht die Masse an Sprengstoff. Die Frage des Gleichgewichts oder des Nicht-Gleichgewichts ist heute nicht mehr die Frage, wie viel Vernichtungspotential ich im Keller habe, sondern die Frage ist, wo ist zu welcher Zeit wieviel von diesem Sprengstoff hinter mir, um was vom Gegner auszuschalten. Das heißt, der Rüstungswettlauf vollzieht sich schon längst nicht mehr in der Vernichtungskraft des Sprengstoffes, sondern er vollzieht sich in der Zielgenauigkeit der Raketen, in der Abwehrfähigkeit, in der Ausschaltung welcher Ziele.

Die Frage, die immer wieder gestellt wird, was nützt es uns, wenn wir zehnmal die Menschheit vernichten können, ob wir es dann auch noch vierzehnmal können. Man kann den Leuten dann in der Diskussion sagen, wenn man in diese Einzelheiten gezwungen wird, daß beispielsweise die Amerikaner, und das ist völlig untergegangen, über 1.000 Nuklearsprengköpfe in den letzten vier Jahren aus Europa abgezogen haben, auch ein Beweis dafür, wie kläglich unser Informations- und Propagandaapparat funktioniert, daß wir das, was wir getan haben, im Bewußtsein der Leute überhaupt nicht haben verankern können. Wenn ich „wir“ sage, meine ich nicht nur die CDU/CSU.

Und nun zu Neumann und den zwei Fragen, die von Biedenkopf hier gestellt werden. Zur Frage, ob es sinnvoll ist, ein dauerhaftes strategisches Konzept auf die Annahme zu stützen, daß alle beteiligten Entscheidungsträger ohne Ausnahme rational handeln. Also mit Verlaub gesagt, wenn ein strategisches Konzept überhaupt zu etwas nützen kann, dann nur auf die rationale Annahme. Wenn ich ein strategisches Konzept auf die irrationale Handlungsweise meines Gegners abstelle, dann kann ich keine Strategie mehr betreiben. Dann gibt es auch keine strategische Alternative, denn zum Wahnsinn eine strategische Alternative zu finden, ist unmöglich.

Das gleiche gilt für die nächste Frage, die er sehr intellektuell formuliert hat, ob man menschliche Fehler ausschließen kann. Also mit Verlaub gesagt, ich bin doch nicht so töricht zu sagen, menschliche Fehleinschätzungen könnten ausgeschlossen werden. Nur die Wahrscheinlichkeit dieser menschlichen Fehler in einem strategischen Konzept interessiert. Und die Frage ist, ob in einem konventionellen Konzept nicht im Hintergrund nuklearer Möglichkeit die Fehleinschätzung etwa geringer einzuschätzen ist. In meinen Augen führen diese Fragen am eigentlichen Kern der Diskussion vorbei. Es tut mir leid, daß er jetzt draußen ist, ich persönlich bin der Auffassung, daß die Fachausschüsse das im einzelnen darzustellen haben, daß wir aber nach dieser Zusammenfassung oder nach dieser Ausarbeitung durch die Fachausschüsse noch einmal einen Durchgang hier im Bundesvorstand machen sollten, in dem nun dann wirklich auch diese Fragen verbindlich diskutiert und in einer gewissen Weise auch abgeschlossen werden. Wir brauchen uns deswegen nicht aus der Diskussion auszuklinken. Wir können unsere Betroffenheit zeigen, wir müssen sie zeigen, weil wir sie ja auch haben, aber das heißt nicht, daß wir in der Antwort auf die Fragen unsicher bleiben.

Kohl: Es gibt einen ganz klaren Beschluß in der Sache, ich habe das sehr herausgehoben in Hamburg, ich habe das hier jetzt dreimal gesagt, ich wiederhole das kein viertes Mal mehr. Ich bin gerne bereit zur Diskussion hier bei uns über alle anfälligen Probleme, aber wenn es eine Diskussion ist, die das Grundprinzip in Frage stellt, findet die mit mir nicht statt. Daran kann es gar keinen Zweifel geben. (*Zwischenruf.*) Man kann über alles diskutieren, ich bin ja dafür, daß die Experten sich zusammensetzen, daß sie mal Termine finden, daß sie nicht übereinander reden, sondern miteinander, das ist ja das Hauptproblem. Das Hauptproblem einer bürgerlichen Partei ist, daß jetzt dauernd übereinander, über Tatsächliches, Vermeintliches oder Wirkliches geredet wird, statt sich zusammen zu hocken und miteinander zu reden. Jetzt zum Parteitag.

BESCHLÜSSE DES 30. BUNDESPARTEITAGS

Geißler: Ich möchte noch eine Bemerkung zu Herrn Wörner machen. Ich kenne, um das genau jetzt zu replizieren, eine solche Arbeitsteilung nicht, die hier ausgeführt worden ist, daß die Partei sozusagen die Abteilung Angenehmes verwaltet und der eine oder andere in der Fraktion die Abteilung Unangenehmes. Ich kenne diese Arbeitsteilung nicht. Aber es ist richtig, daß hier im vergangenen halben Jahr angesichts der Gesamtdiskussion, die wir in unserer Bevölkerung gehabt haben, die Elemente auch betont wurden, die zu unserer Außenpolitik gehören. Und dazu gehört die Verteidigungsfähigkeit, ganz klar, dazu gehört der Wille, Spannungen abzubauen. Diese zwei Punkte sind klar herausgearbeitet worden. Im übrigen, die Partei hat dieses Neun-Punkte-Programm am 15. Juni beschlossen.⁴⁰ Und zwar in einer sehr klaren Sprache zur moralischen Seite, aber auch zur militärstrategischen Seite mit dem kompletten Anhang aller Argumentationen, die wir aus der sehr konkreten Auseinandersetzung mit denen führen müssen, die ins Detail gehen wollen. Also wirklich, die Arbeitsteilung die existiert nicht. Wir müssen hier beides sagen und beides hier richtig artikulieren, aber das ist auch hier deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

⁴⁰ Resolution verabschiedet vom Bundesausschuß der CDU in Berlin am 15. Juni 1981 in UiD vom 19. Juni 1981 – CDU-Dokumentation 20/1981.

Zweitens zum Parteitag selber. Zunächst einmal die Diskussion, die wir auf dem Parteitag geführt haben mit den jungen Leuten, hat ja ein gewaltiges Echo gehabt. Es sind große Erwartungen da, und zwar Erwartungen in weiten Kreisen junger Leute, die die Diskussion sehr aufmerksam und sorgfältig verfolgt haben, was jetzt weitergeführt wird in den Orts- und Kreisverbänden. Wir haben zu diesem Zweck Ihnen Arbeitsmaterialien zusammengestellt. Ich weiß nicht, Herr Radunski, ist das schon verschickt worden? (Radunski: Ja.)

Das Material ist schon verschickt worden. Wir haben hier zunächst mal einen Zeitplan, dann haben wir eine Arbeitsanleitung oder Arbeitsempfehlung, wie man nun diese Diskussion weiterführt. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir nicht davon ausgegangen sind, daß in den Kreis- und Ortsverbänden sklavisch das repetiert wird, was wir in Hamburg gemacht haben. Das kann man natürlich nicht in der Form wiederholen, sondern es muß umgekehrt so sein, daß wir dorthin gehen, wo die jungen Leute sind. Also zum Jugendzentrum, zu den Kirchen- und Jugendverbänden, oder daß wir Jugendverbände anregen, selber Veranstaltungen durchzuführen mit politischen Themen, und dazu CDU-Leute einladen.

Wir haben ja eine ganze Reihe von Empfehlungen gemacht, wie das jetzt in einer breiten Welle durchgeführt werden kann. Sie haben alle mit diesen Materialien den Leitantrag zur Verfügung gestellt bekommen, die wichtigsten Reden, Sie bekommen die Parteitagsbroschüre, dann haben wir eine Aktionszeitung „Unser Land braucht einen neuen Anfang“ mit den wichtigsten Argumenten, die auf dem Parteitag nun gefaßt worden sind.⁴¹ Also das zunächst einmal zu dem Thema, was insbesondere die Jugend anbelangt. Einen ersten Auftrag des Parteitags haben wir gestern erfüllt, nämlich mit der Demonstration. Dazu darf ich nur Folgendes sagen, diese Demonstration war erfreulich unter mehreren Gesichtspunkten.

Erstens. Ich glaube, außerhalb Berlins ist es die größte Demonstration gewesen, die die CDU seit ihrer Existenz auf die Beine gebracht hat. Die Bereitschaft, hier mitzumachen, ist außerordentlich groß gewesen. Wir sind von 20.000 Teilnehmern ausgegangen in der ersten Prognose, die Sache hat sich verdoppelt, und wenn ein ähnliches Thema noch einmal kommt und wir noch mehr Zeit zur Vorbereitung haben, sind wir glatt in der Lage, auch die doppelte Anzahl auf die Beine zu bringen. Also davon bin ich fest überzeugt. Das hat sich gestern gezeigt. Zweitens. Die CDU ist also in der Lage, auch eine solche Demonstration, das ist sehr wichtig, argumentativ mit Plakaten und Transparenten zu gestalten. Es sind ein paar Transparente dabei gewesen, die haben mir nicht gefallen. Das ist richtig, aber das gehört zur Demonstrationsfreiheit. Es haben sich einige Rechtsradikale versucht anzuhängen. Das ist aber abgebogen worden. Die sind von der Begleitung an das Ende des Demonstrationzuges gebracht worden und wurden dann von den eigenen Leuten aus dem Protestzug entfernt. Also die haben keine große Rolle gespielt.

Jetzt zum Parteitag selber. Es sind eine ganze Reihe von Arbeitsaufträgen an den Bundesvorstand, an die Bundestagsfraktion ergangen. Helmut Kohl hat ja am Anfang schon gesagt, über die Mehrzahl all dieser Anträge wollen wir Mitte Januar bei der nächsten Bundesvorstandssitzung dann beschließen, was wir damit machen. Jetzt steht aktuell im Vordergrund, der Parteitag hat einen Beschluß gefaßt, ein jugendpolitisches

41 Vgl. UiD vom 19. November 1981 – Öffentlichkeitsarbeit 35/1981: „Das Gespräch mit der Jugend führen“.

Programm auszuarbeiten und außerdem die Kommission zu bilden, die schon der Mannheimer Parteitag beschlossen hatte, daß diese Zukunftskommission mit der Arbeit beginnt. Wir sind der Auffassung, daß diese Zukunftskommission jetzt zunächst einmal praktisch beauftragt werden sollte, dieses jugendpolitische Programm auszuarbeiten, und wir bis zum Januar einmal Vorschläge auszuarbeiten werden, wer in dieser Kommission mitarbeiten soll. Man muß ja vorher mit den Leuten reden, ob sie bereit sind, mitzumachen. Der Bundesvorstand wird auf jeden Fall dann über die Zusammensetzung der Kommission informiert, bevor die eigentliche Arbeit beginnt.

Gleiches wollen wir machen mit dieser Kommission zur Weiterführung unserer Diskussion zur Alterssicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung. Ich will es mal so definieren, damit die Sache offenbleibt und kein präjudizierendes Urteil mit dem Namen schon verbunden ist. Das ist jedenfalls ein wichtiger Punkt. Wir wollen jetzt auch in den nächsten Wochen die wichtigsten Leute ansprechen, die dafür in Frage kommen, um Ihnen dann im Januar einen Personalvorschlag machen zu können, der sowohl in der politischen Zusammensetzung wie auch in der wissenschaftlichen Zusammensetzung Hand und Fuß hat. Jedenfalls hat der Bundesvorstand darüber das letzte Wort.

Das sind die zwei wichtigsten Punkte. Wir sollten also die Vollmacht haben, jetzt die Zusammensetzung dieser Kommission vorzubereiten.

Drittens. Es gibt eine ganze Reihe von Aufträgen, die in die Tat umgesetzt werden müssen. Zulassung zum Hochschulstudium, hier wird ganz sicher der Bundesfachausschuß zunächst einmal beraten müssen. Aber, wie gesagt, die endgültige Entscheidung wird im Januar gefällt werden. Die Frage Terminierung Bundesparteitag, die Einladung der Kreisvorsitzenden außerhalb der Sitzung des Bundesparteiausschusses muß erörtert werden, Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung, dann Bericht über die europäische Zusammenarbeit der CDU, familienpolitischer Fachkongreß, wie der aussehen soll, darüber müssen wir ebenfalls im Januar reden, Jugendaustausch mit den USA, dann ein Kongreß über Probleme der Ausländerkinder; möglicherweise kann man dies zusammen machen mit dem familienpolitischen Kongreß. Dann gibt es noch eine ganze Reihe von anderen Vorschlägen. Wir werden Sie vor der nächsten Bundesvorstandssitzung in Kenntnis setzen über die Vorschläge, über die der Bundesvorstand zu entscheiden hat. Das brauchen wir jetzt im einzelnen nicht erörtern.

Das ist, glaube ich, das Wichtigste, was jetzt im Zusammenhang mit dem Bundesparteitag gesagt werden muß. Also konkret, die Welle der Treffen mit den jungen Leuten, und wir werden die Zusammensetzung der beiden Kommissionen, von denen ich gesprochen habe, so vorbereiten, daß wir sie im Januar verabschieden können.

Kohl: Wir sind damit am Ende. Um das noch einmal zu sagen, weil das immer aufkommt, ich kann es bald nicht mehr hören, unterschiedliche Betrachtung die Partei, die Fraktion. Erstens halte ich es für Quatsch, weil die Fraktionsmitglieder Mitglieder der Partei sind; sie sind ganz normale Mitglieder. Ich ziehe mir den Hut auch nicht an. Die Partei muß mehr in die Fraktion hineinwirken, das ist ganz richtig, hier hat sie eine unterschiedliche Aufgabenstellung, keine Fragestellung, sondern eine Aufgabenstellung. Die Fraktion bildet notwendigerweise die Speerspitze. Wenn alle Mitglieder der Fraktion voll integriert wären, wenn beispielsweise ein paar mehr gewählt würden als Delegierte auf dem Parteitag, dann würde es weniger Frustration auf dem Parteitag geben, das muß man ganz klar aussprechen, und umgekehrt wiederum natürlich auch in der Partei weniger Frustra-

tion, weil bei der Kandidatenaufstellung Kreisparteien oder Landtagsfraktionen ihre Personalprobleme nicht oder nicht immer auf dem Rücken der Bundestagsfraktion lösen können. Darüber könnte ich abendlang berichten, wie solche Probleme hin- und hergeschoben werden. Ich habe mich längst an eine einfache Regel gewöhnt. Wenn es gut geht, waren es alle, wenn es schlecht geht, war ich es, und solange ich Vorsitzender bin, muß ich mich mit diesem Gedanken befassen, und ich ertrage das auch mit großer Gelassenheit. Nur diese Art, unterschiedlich zu reden oder unterschiedliche Aufgabenstellungen zuzuschieben, was gar nicht als Aufgabenstellung, sondern als politische Grundsatzposition betrachtet wird, das muß ein Ende haben. Wir treten gegenüber der Öffentlichkeit in drei Feldern in Erscheinung hier in Bonn, das ist die Bundestagsfraktion, das ist die Hauptstadt der Partei, hier ist das Adenauer-Haus, und wenn es richtig gemacht wird, auch die Adenauer-Stiftung, die ja eine Funktion hat, aber etwas anderes ist als die Partei. Wenn das auch so verstanden wird, dann haben wir eigentlich gar keine Probleme, außer den ganz normalen menschlichen Problemen, wo Eitelkeit, Präpotenz und noch so etwas ihre Rolle spielen. Aber damit müssen wir fertig werden, das wird sich auch für die Zukunft nicht ändern. Mit diesen beinahe dem Wort-zum-Sonntag ähnlichen Ausführungen will unsere Sitzung beschließen und bedanke mich sehr.

Bonn, Montag 18. Januar 1982

Sprecher: Albrecht, Barzel, Blüm, Dregger, Geißler, Gradl, Kiep, Kohl, Pieroth, Stoltenberg, Waffenschmidt, Weberling, Wissmann, Wex, Wörner, Zeitel.

Politische Lage. Arbeitsaufträge des 30. Bundesparteitages.

Beginn: 11.30 Uhr

Ende: 15.00 Uhr

Kohl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf unsere heutige erste Sitzung des Parteivorstandes im Jahr 1982 eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Es sind zwar schon ein paar Tage nach Jahresbeginn, aber noch einmal von Herzen Ihnen allen, Ihren Angehörigen, Ihren Familien und natürlich uns allen ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1982.

Ich möchte jetzt gleich in die Tagesordnung eintreten. Das kann ich aber nur machen, wenn hier allgemeine Aufmerksamkeit einkehrt. Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Ich bitte darum, daß Sie damit einverstanden sind, daß nach meinem Eingangsbericht der Kollege Kiep als Bundesschatzmeister noch kurz redet zum Stand des Themas Spenden etc. und der Kollege Blüm, der gerade aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist – das ist, glaube ich, in der aktuellen Lage von besonderer Wichtigkeit – uns einen kurzen Bericht über seine Reiseeindrücke aus der letzten Woche gibt.

Ich will die Liste der Entschuldigungen, die beachtlich ist, hier nicht im einzelnen vorlesen. Das liegt natürlich auch ein bißchen an den allgemeinen Witterungsumständen. Vorweg möchte ich aber um eines bitten – ich werde in meinem Bericht noch darauf zurückkommen –, daß wir zwei Erklärungen jetzt schon zu Beginn der Sitzung abgeben. Erstens einmal eine Art Aufruf des Bundesvorstands der CDU, in dem wir allen unseren Mitbürgern danken, die in der vergangenen Woche zugunsten der polnischen Bevölkerung Hilfe geleistet haben, und in dem wir sie bitten, auch in dieser Solidarität fortzufahren, und daß wir zweitens in dieser gleichen Erklärung unsere Unterstützung deutlich werden lassen für die Entscheidung des Bundes Internationaler Freier Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den 30. Januar zum Tag der Solidarität mit den inhaftierten polnischen Gewerkschaftlern zu erklären. Kann ich davon ausgehen, daß Sie mit dieser Erklärung so einverstanden sind?¹

Und das zweite ist, daß wir eine Erklärung abgeben angesichts der Tatsache, daß inzwischen ein Kind gestorben ist, das bei diesem verbrecherischen Anschlag auf das israel-

1 Druck in UiD vom 21. Januar 1982 S. 3: „CDU unterstützt ‚Tag der Solidarität‘ mit inhaftierten polnischen Gewerkschaftern“.

lische Restaurant in Berlin schwer verletzt wurde.² Ich glaube, es ist auch richtig und gut, wenn wir bei dieser Gelegenheit angesichts dieses Tatbestandes ebenfalls unser Mitgefühl als Bundespartei Vorstand öffentlich zum Ausdruck bringen. Sind Sie damit einverstanden, daß wir beides tun? Dann schlage ich vor, daß wir so verfahren. (*Unruhe.*) Was habe ich gesagt? (*Einwurf:* Israelisches Restaurant?) Ja, ich weiß nicht, wie heißt das Restaurant? Das müßten doch die Berliner wissen. (*Unruhe. Diskussion.– Einwurf:* Kann man nicht den Regierenden Bürgermeister fragen?) Ja, ich muß wirklich sagen, es ist ja nicht sein Geschäft, daß der Regierende Bürgermeister alle Berliner Restaurants kennt. Der Herr Brückmann ist Berliner, wenn der es mir sagt? So, weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall, dann darf ich die Tagesordnung aufrufen. Mir scheint, daß der Berliner Senat Schwierigkeiten hat, seine Termine abzustimmen. Ich warte ja gerne, Richard, aber irgendwann möchte ich jetzt, daß wir die Sitzung wirklich beginnen.

POLITISCHE LAGE

Meine Damen und Herren, ich sagte schon zur Begrüßung, daß das kommende Jahr natürlich von einer beinahe schicksalhaften Bedeutung ist und wir davon ausgehen müssen, daß im kommenden Jahr wesentliche Entscheidungen der deutschen Außen- und der deutschen Innenpolitik auf der Tagesordnung stehen. Das Jahr 1982 bringt nicht nur die Halbzeit der Legislaturperiode, sondern das Jahr 1982 bringt auch mit den vier Landtagswahlen und der Kommunalwahl – da ist die erste am 7. März in der Reihenfolge der Wahlen in Schleswig-Holstein – Entscheidungshorizonte für unsere Mitbürgerschaft. Die Wahlen in Niedersachsen, in Hamburg, in Hessen und in Bayern – drei dieser vier Wahlen haben wir im CDU-Gebiet zu treffen und zu verantworten – erfordern, wie ich finde, von einem jeden von uns den höchsten Einsatz. Ich gehe selbstverständlich davon aus, daß ein jeder von uns im Bundespartei Vorstand das Menschenmögliche tut, um eine große Zahl von Terminen zur Verfügung zu stellen, um auch durch das Beispiel, das wir selbst geben, in diesen Wahlkämpfen dazu beizutragen, daß diese Wahlen gewonnen werden. Es wäre tödlich für den Ablauf des Wahlgeschehens, wenn sich eine Stimmung, die ich gelegentlich schon beobachte, aus der demoskopischen Gesamtlage fortsetzt, daß wir sozusagen jetzt die Wahlen gewonnen haben, daß uns eigentlich der Wahlerfolg gar nicht mehr genommen werden könnte. Ich will also noch einmal darauf hinweisen, diese Wahlen können nur im gemeinsamen Angriff auf die Koalition gewonnen werden. Wie sich das Klima innerhalb der Bundesrepublik zwischen jetzt und dem Oktobertermin in Bayern entwickeln wird, kann niemand von uns abschließend voraussehen.

Ich sagte, wir stehen vor kritischen Entwicklungen im Bereich der Innen- und Außenpolitik. Im Bereich der Außenpolitik sind es vor allem drei Krisenherde hier in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, in Polen, dann die Entwicklung im Nahen Osten im Zu-

2 Am 15. Januar 1982 fand im Berliner Bezirk Wilmersdorf ein Sprengstoffanschlag auf das israelische Restaurant „Mifgash Israel“ statt, bei dem 25 Personen zum Teil schwer verletzt wurden und ein Kleinkind getötet wurde. – Druck der Erklärung in UiD vom 21. Januar 1982 S. 3: „Betroffenheit über Anschlag in Berlin“.

sammenhang mit dem Staat Israel³, und – ich will das noch einmal in Erinnerung rufen, weil das für meinen Geschmack zu wenig gesehen wird – eine sehr kritische Zuspitzung der Lage in Mittelamerika, wo eine amerikanische Aktivität uns ins Haus steht, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, daß die Administration des jetzigen Präsidenten aus ihrer Sicht auf gar keinen Fall ein weiteres Vordringen der subversiven Kräfte Kubas duldet, und weil dort in dieser Region die Amerikaner sich frei fühlen, auch von Einsprüchen, die etwa aus Europa kommen könnten.⁴

Zur Entwicklung in Polen nur ein paar wenige Bemerkungen. Erstens glaube ich, daß es wichtig ist festzustellen, daß das, was wir bereits beim Ausbruch der Krise gesagt haben, sich zunehmend als richtig erweist, daß das Militärregime entweder aus Unfähigkeit, die Probleme wirklich zu hantieren, oder aber aus Mangel an Willen, bis zur Stunde jedenfalls, sich außerstande sieht, die Zusagen einzuhalten, die es gegeben hat, nämlich den Reformprozeß fortzusetzen, die Inhaftierten freizulassen und vernünftige Entwicklungen einzuleiten. Es deutet alles, vor allem auch die Nachrichten aus kirchlichen Kreisen, darauf hin, daß das Regime Jaruzelski⁵ dabei ist, eine Entwicklung mit sowjetischer Unterstützung einzuführen, die am Ende einer Entwicklung in Prag ähnelt nach dem Prager Frühling⁶ und was man heute als die Friedhofsruhe von Prag bezeichnet. Nun ist Polen nicht irgendein Land, ist auch nicht mit seiner öffentlichen Reputation in der Welt mit der ČSSR zu vergleichen. Wer die amerikanische Politik beobachtet, muß davon ausgehen, daß fast zwölf Millionen amerikanische Wähler polenstämmig sind, daß sie im Gegensatz zu anderen Nationalitäten in den Vereinigten Staaten nie so eingeschmolzen wurden, daß sie Polen, Katholiken und Amerikaner in einem sind, und das hat natürlich enorme Auswirkungen.

Als vor ein paar Tagen unser alter Freund Sam Nunn⁷ letzte Woche hier bei uns war, haben wir mit ihm über die Reden unter den Kollegen im Senat gesprochen, und er sagte, daß viele natürlich sehr genau darauf schauen, wie ihr Senatssitz oder der Kongreßsitz abhängig ist von genau diesen Stimmen. Das ist neben der jüdischen und neben der irischen Lobby, um es mal so auszudrücken, eine der wichtigsten und kräftigsten Lobbys innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika.

Es ist ein Zweites hier zu erwähnen, nämlich die Tatsache, daß natürlich die Weltöffentlichkeit auf die Ereignisse in Polen wesentlich intensiver, aggressiver reagiert, nicht zuletzt in der romanischen Welt. Der Bismarck-Satz, daß der Weg nach Paris über Warschau führt, zeigt hier einmal sehr klar seine Bedeutsamkeit, wenn Sie die aktuellen

3 Am 14. Dezember 1981 hatte die Knesset eine Gesetzesvorlage über die Ausdehnung der israelischen Gerichtsbarkeit und Verwaltung auf die von Israel seit 1967 besetzten Golan-Höhen gebilligt, was zu Spannungen in der Region und mit den USA führte (AdG 1982 S. 25222–25227).

4 Zu den Auseinandersetzungen um Mittelamerika und die Karibik vgl. AdG 1982 S. 25356–25364.

5 Wojciech Witold Jaruzelski (1923–2014), polnischer General und Politiker; 1981–1989 Parteichef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, 1981–1985 Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, 1985–1990 Staatsratsvorsitzender bzw. Staatspräsident. – Jaruzelski hatte am 13. Dezember das Kriegsrecht verhängt, um den Einfluß der Gewerkschaft Solidarność zu brechen und innenpolitische Stabilität herzustellen (zu Einzelheiten AdG 1982 S. 25191–25216).

6 1968 Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR und Niederschlagung der Demokratiebewegung.

7 Samuel Augustus Nunn (geb. 1938), Jurist, amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1972–1997 Senator des amerikanischen Bundesstaats Georgia. – Nunn hielt sich vom 10.–13. Januar 1982 in der Bundesrepublik auf (AAPD 1982 S. 111 Anm. 38).

Äußerungen aus der französischen Politik und der französischen Presse sehen. Ich glaube, daß wir uns darüber im klaren sein müssen, daß notwendigerweise aus diesem gesamten Bild heraus auch die Reaktion der deutschen Politik im Ausland gesehen wird. Sie werden aus dem Bericht von Norbert Blüm aus den USA, und das ist nun der letzte von uns, der in diesen Tagen von dort gekommen ist, entnehmen können, wie der Verfall der öffentlichen Meinung in diesem wichtigen Land gegenüber der Politik der Bundesregierung vorangeht. Aber das gilt auch für Rom oder für Paris, das gilt für Den Haag, das gilt natürlich auch für London.

Die Regierung Schmidt hat es verstanden, innerhalb von wenigen Monaten, das muß man klar sagen, einen Großteil der Reputation, die mühsam genug angesammelt wurde in den letzten Jahrzehnten, zu verspielen, was uns gar keine Freude bereiten kann, denn im Bodensatz der internationalen Pressestimmen zeigt sich zum Teil ein aggressiver antideutscher Ton, der nun gar nichts mehr mit der Regierung Schmidt zu tun hat, sondern weit darüber hinausgeht. Was sich in Frankreich zum Teil hier öffentlich äußert, ist nichts als purer französischer Chauvinismus ältester Provenienz, und man muß sehen, was hier für Reaktionen geweckt wurden. Die Wahrheit ist aber, daß eben Schmidt, vor allem auch als Person, wesentlich zu dieser psychologischen Entwicklung beigetragen hat, und die Wahrheit ist, daß nicht zuletzt durch die Nichtbeiträge der Deutschen in den letzten Wochen das Bild des Westens jämmerlich genug ist.

Schmidt ist offenkundig aus einer Reihe von Gründen, die man teils verstehen, teils nicht verstehen kann, auf den generellen opportunistischen Grundkurs Willy Brandts eingeschwenkt. Man muß sich darüber im klaren sein – wir haben eben gerade im Präsidium darüber gesprochen –, ein Teil der Presse hat das ja die letzte Woche veröffentlicht, daß beim ersten Durchgang über die Resolution des Deutschen Bundestags vom 18. Dezember beim Gespräch in der SPD-Fraktion in der letzten Woche – die einen sagen 40, die anderen sagen 50, die genaue Zahl weiß ich nicht, aber beide Zahlen sind gleich schlimm – über 50 SPD-Abgeordnete überhaupt nicht bereit waren, eine Entschließung zu unterstützen, die wenigstens in etwa die NATO-Erklärung abdeckt, obwohl ja die NATO-Erklärung an dem entscheidenden Punkt noch weich genug ist, weil sie ja auf die nationalen Gegebenheiten und die nationalen Bestimmungen ausdrücklich Bezug nimmt.⁸ Ich glaube, daß man davon ausgehen muß, daß diese Entwicklung weiter vorangehen wird.

Ich persönlich bin der festen Überzeugung, daß wir einem katastrophalen Verfall unserer Politik im Ausland nur dadurch begegnen können, daß wenigstens der andere Teil der Bundesrepublik, nämlich die Union, die CDU/CSU, mit Entschiedenheit diesen Versuchungen des Opportunismus widersteht. Wenn ich sage „mit Entschiedenheit“, dann heißt das natürlich, daß wir das auch sprachlich in einer vernünftigen Form machen. Hier geht es nicht darum, etwa in ein Verbalschlagertum zurückzufallen oder das aufzunehmen; hier geht es auch nicht um die Sprache des Kalten Krieges, wobei wir sagen müssen, daß

8 Gemeinsame Entschließung des Bundestags vom 18. Dezember 1981 zur Entwicklung in Polen BT-Drs. 9/1220, Sten. Ber. 9. WP 74. Sitzung S. 4309 (Annahme bei einer Enthaltung). Wortlaut der Initiative der CDU/CSU-Fraktion in UiD vom 14. Januar 1982 S. 8. Der Unionsantrag (Drs. 9/1262) wurde von den Koalitionsfraktionen am 14. Januar 1982 abgelehnt (Sten. Ber. 9. WP 74. Sitzung S. 4445). – Zur Ratssitzung der NATO-Außenminister am 11. Januar 1982 vgl. AAPD 1982 Dok. 17 und 18, Wortlaut der Erklärung in Europa-Archiv 1982 D 167–170.

die Bundesrepublik natürlich auch unter der Führung der Regierung psychologisch so weit heruntergekommen ist, daß eine einfache Erklärung der Solidarität mit den Polen bei Herrn Verheugen von der FDP bereits ausreicht, das als Kalten Krieg zu bezeichnen. Man muß sich darüber im klaren sein, wie sich auch semantisch, schon rein verbal, die Begriffe in den letzten Jahren und Monaten verschoben haben. Für mich persönlich ist ganz klar, und ich will es hier aussprechen, daß wir jetzt gedrängt durch die Entwicklung in Polen in einem Prozeß die Dinge sozusagen intensiver und schneller erleben, die sich schon abzeichneten, nämlich eine generelle Weichenstellung der Deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Es hat keinen Sinn, darum herum zu reden. Wir sprechen mit den entscheidenden Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokratie – und die FDP übernimmt immer mehr hier eine Mitläuferrolle – nicht mehr die gleiche Sprache.

Ich kann uns nur allen raten, daß wir nicht auf einen Anpassungskurs gehen, sondern daß wir eine klare und entschiedene Linie beibehalten, als die Partei der Menschenrechte, als die Partei, die ihre Stimme erhebt, auch wenn es gegenüber einer Weltmacht manchen nicht opportun erscheinen mag. Wir wissen aus allen Informationen, daß die einzige Möglichkeit, die uns gegeben ist gegenüber der Sowjetunion, gegenüber den Machthabern in Polen, die Möglichkeiten sind, die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren, und, wenn es dazu kommt, auch im Blick auf die wirtschaftlichen Sanktionen uns in die Solidarität des Westens einzureihen. Ich spreche dies aus auch noch einmal mit einer ganz klaren Bitte versehen, die aus dem Kreis der Katholischen Kirche Polens bis in die letzten Stunden hinein mich erreicht hat. Die Reaktionen aus Polen auf die Debatte am vergangenen Donnerstag im Deutschen Bundestag – jedenfalls aus den Kreisen, die die Möglichkeit hatten, diese Informationen zu erhalten, die noch am Donnerstag sich zum Teil um die Redetexte bemüht haben –, sind völlig eindeutig. Das ist zum einen eine Reaktion, die gar nichts mehr zu tun hat mit jener selbstbewußten Stimmung, die zum Teil vor einigen Monaten von dort kam: Wir sind Polen und uns wird das nicht passieren. Das ist eine teilweise ganz verzweifelte Stimmung, die hier zu registrieren ist, die zum zweiten aber auch, das muß man hinzufügen, jetzt fest auf den Westen setzt und sagt, nur eine feste Haltung, ein Mobilisieren der Weltöffentlichkeit und, wenn es sein muß, auch Sanktionen bringen uns wenigstens ein Stückchen dessen wieder, was wir bisher gehabt haben. Daß man damit rechnet, daß der status quo ante wiederkommt, davon kann ich aus meinen Nachrichten nichts entnehmen, ich will das hier in allem Ernst sagen. Also eine Vorstellung, daß die Bundesrepublik mit dem Tagesordnungspunkt business as usual sozusagen die Probleme behandelt, ist aus polnischer Sicht völlig undenkbar.

Die Solidarität mit Polen – und ich will das noch einmal sagen, nach all dem, was war, was Deutsche an Polen, aber auch Polen an Deutschen getan haben, beides gehört zusammen, ich habe es nicht ohne Grund im Bundestag am Donnerstag angesprochen – ist auch eine Chance von geschichtlichem Rang. Daß Herr Brzeziński⁹, immerhin ein Mann, der auch als Amerikaner aus Polen stammt, praktisch gleiche Formulierungen jetzt am Wochenende gebrauchte, wie mir sie mitgeteilt wurden, daß das böse Wort umgeht, daß bei der Besprechung mit Breschnew und bei der Besprechung mit Honecker die neue

9 Zbigniew Brzeziński (1928–2017), Politikwissenschaftler; 1976–1981 Sicherheitsberater von Jimmy Carter.

Teilung Polens¹⁰ abgesegnet worden sei, ist natürlich einbarer Unsinn. Darüber kann es gar keinen Zweifel geben. Aber daß so etwas diskutiert und natürlich von einfachen Gemütern auch geglaubt wird, das alles zeigt, wohin die Dinge treiben.

Deswegen bin ich ja dafür gewesen – und ich bin dankbar, daß Sie dem entsprochen haben –, daß wir heute noch einmal diesen Spendenaufruf erlassen haben, und ich bitte Sie auch sehr darum, in der praktischen Arbeit draußen unter die Leute zu bringen, welche großartige Leistung hier die beiden Kirchen vollbracht haben. Wenn man davon ausgeht nach den ersten überschlägigen Zahlen, daß wahrscheinlich für die große Hilfsaktion für Lateinamerika „Adveniat“ die Katholische Kirche in den letzten Wochen wiederum 125 Millionen gesammelt hat, und gleichzeitig nach dem Ergebnis des gestrigen Tages 30 bis 35 Millionen für Polen, das sind ja die gleichen Leute, die gespendet haben, und daß die Evangelische Kirche für die Aktion „Brot für die Welt“ eine ähnliche, etwas geringere Zahl hat, aber wahrscheinlich auf 110 Millionen kommen wird, und gleichzeitig ebenfalls für Polen auf eine Summe am Ende kommen wird von 10 Millionen, sie hat natürlicherweise andere Bezugspunkte, dann kann man jetzt die ganze Frechheit von Herrn Schmidt erfassen, der bei seinem Spendenaufruf am vergangenen Donnerstag im Bundestag, daß er in der Reihenfolge derer, denen zu danken ist, zuerst die Arbeiterwohlfahrt genannt hat und alle möglichen Organisationen und dann ganz am Ende die beiden Kirchen. Sagen Sie das bitte auch einmal im Gespräch mit den Kirchen, wenn Sie privat mit ihnen reden, vor allem die Kollegen, die dazu Gelegenheit haben. Ich mache der Arbeiterwohlfahrt ja keinen Vorwurf, aber sie hat ja schon gar keinen Bezugspunkt dort. Es ist eine ausgemachte Infamie und Frechheit, wie hier wirklich eine bedeutende Leistung gemessen wird. Daß es eine bedeutende Leistung ist, erkennt man ja daran, und das sollten wir auch im Gespräch mit unseren westlichen Freunden deutlicher machen, daß die Deutschen jedenfalls in den Wochen weit mehr getan haben, als das übrige westliche Europa zusammen an privaten Leistungen in diesem Felde geleistet hat. Das ist eine ganz großartige Leistung.

Und dann bitte ich Sie auch, draußen entsprechend zu verwenden, daß es wieder unser Antrag war, daß die Regierung nichts getan hat, um die notwendigen Entscheidungen der Bundespost in dieser Sache Paketsendungen herbeizuführen.¹¹ Es ist, wie ich finde, eine bedrückende Sache, daß wir jeweils zu diesen Dingen den Anstoß geben mußten und die andere Seite überhaupt nicht dazu bereit war, daß der Bundespostminister unseren Kollegen im zuständigen Ausschuß des Bundestags noch vor neun Tagen erklärt hat, das sei wegen der Abmachung des Weltpostvereins ganz unmöglich. Als dann am nächsten Tag der Herr Kreisky¹² morgens bei einer Pressekonferenz einfach erklärt hat, Österreich werde das tun, am Nachmittag haben die Schweden erklärt, sie werden das tun, ist es plötzlich vielleicht doch möglich. Die Art und Weise, wie das gehandhabt wird, zeigt sozusagen die Tendenz zur Lustlosigkeit, um an diesem Punkt das Notwendige auch

10 Assoziation zu den polnischen Teilungen in den Jahren 1772, 1793 und 1795 durch die Nachbarmächte Rußland, Preußen und Habsburg-Österreich.

11 Der Antrag der CDU/CSU (BT-Drs. 9/1265 neu) in Bezug auf die Postsendungen nach Polen wurde an den Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen überwiesen (Sten. Ber. 9. WP 76. Sitzung vom 14. Januar 1982 S. 4445).

12 Bruno Kreisky (1911–1990), Jurist, österreichischer Politiker (SPÖ); 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1956–1983 Mitglied im Nationalrat, 1959–1966 Außenminister, 1970–1983 Bundeskanzler.

an Solidarität zu tun. Ich will auch darauf hinweisen, daß ich sehr begrüße, daß die Gewerkschaften jetzt diesen Solidaritätstag machen. Das ist eine Anregung der Amerikaner. Es muß hier festgestellt werden, daß es mehr als bemerkenswert ist, daß es Anregungen dieser Art vom Deutschen Gewerkschaftsbund jedenfalls in diesen kritischen Wochen überhaupt nicht gab. Die gleichen Leute, die bei jeder anderen Gelegenheit laut gerufen haben, haben hier gar nichts getan.

Es geht um Polen, aber meine lieben Freunde, es geht vor allem auch um den Grundkurs der Bundesrepublik Deutschland, um die Grundentscheidung Allianz oder Neutralismus. Wir hatten ja eine heftige Diskussion in der Partei, und wenn ich es richtig sehe, Sie nehmen mir das nicht übel, wenn ich das aus meinem Herzen hier so laut sage, gab es auch in den letzten Monaten mancherlei Ängstlichkeit, ob wir angesichts der Demonstration in Bonn und angesichts der Diskussion um die Friedensbewegung hier die richtige Antwort finden, ob wir die nötige Kraft aufbringen. Ich finde, man muß jetzt klar erkennen, daß diese Sache Polen auch eine andere Seite hat und daß eben die große Chance besteht, daß wir in der Allianz als Partei, die die Sicherheit und die Freiheit garantiert, einer Partei wie der SPD gegenüberstehen, die die Tendenz zur Neutralisierung hat, und daß diese Kampagne durchaus sehr erfolgreich für uns sein kann.

Zweites Feld Innenpolitik. Dazu nur wenige Bemerkungen. Wir haben eben im Parteipräsidium noch einmal über die Notwendigkeit gesprochen, etwa in den nächsten drei Wochen, so ungefähr wird wohl der Zeitplan sein, zum Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unsere eigenen Vorschläge zu plazieren, und zwar Vorschläge, die gemeinsam von der Bundestagsfraktion, von den Bundesländern und der Partei erarbeitet und getragen werden müssen.¹³ Das heißt also, wir sind uns auch einig über die Wege, daß etwa ein Arbeitsmarktbeschaffungsprogramm, wie es DGB und SPD-Teile, zumindest die Mehrheit der SPD, verlangen, wie es offensichtlich jetzt auch Teile der FDP bereit sind zu akzeptieren, unsere Zustimmung nicht finden kann. Aber wir sind uns ebenfalls klar, daß natürlich neben der Frage der inneren und äußeren Sicherheit die Frage der Sicherheit der Arbeitsplätze die Frage des Wieder-in-Gang-Bringens der Wirtschaft, der wirtschaftlichen Entwicklung für die Zukunft die entscheidende Frage des Jahres 1982 sein wird, und daß wir alles tun müssen, um auch diese Frage ganz offensiv, nicht zuletzt im Blick auf die vier Landtagswahlen, zu gestalten.

Das heißt auch hier, daß es bei uns keine Schadenfreude über diese Entwicklung gibt, aber daß wir mit aller Härte die Verantwortlichkeit für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung deutlich machen müssen, daß wir bei unseren grundsätzlichen Positionen bleiben, was wir nicht zuletzt auf dem Parteitag im Leitantrag in Hamburg beschlossen haben¹⁴, daß wir ein Arbeitsmarktprogramm, wie es SPD und DGB fordern, auf gar keinen Fall bereit sind mitzutragen, daß dies nicht in unsere Mitverantwortung fällt. Dementsprechend finde ich, und ich appelliere an jeden in allen Bereichen der Partei, bei Interviews oder bei Diskussionen, auch bei Gesprächen übereinander – viele führen ja mehr Gespräche übereinander als Gespräche miteinander –, daß alles geschieht, damit

13 Vgl. UiD vom 11. Februar 1982 S. 1–7: „Sieben-Punkte-Offensive. Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft“ (CDU/CSU-Fraktion vom 9. Februar 1982 ACDP 08-001-1066/1). Vgl. auch UiD vom 18. Februar 1982: „Koalition. Taschenspielertricks von SPD und FDP“.

14 UiD vom 6. November 1981 CDU-Dokumentation 33/34: „Mit der Jugend. Unser Land braucht einen neuen Anfang“.

hier keine unterschiedlichen Positionen in die Öffentlichkeit dringen. Wir haben gar keinen Grund, hier vor der Zukunft Besorgnis zu haben, denn unsere Position ist sauber und überzeugend darzustellen.

Wer die Dinge bedenkt, die hier anstehen, das innenpolitische Klima, der muß wissen, daß es natürlich in diesem Zusammenhang schon ganz wichtig ist, einen Blick auf die Demoskopie zu werfen. Ich will vier interessante Bereiche hier nur kurz ansprechen. Zunächst einmal zeigt die gesamtdeмосkopische Lage eine recht günstige Ausgangsposition für die Landtagswahlen. Wir haben in den letzten Monaten, je nach der Einschätzung der Institute – Sie wissen, da gibt es immer gewisse kleine Nuancen – bundesweit die Tendenz zwischen 50, 51 Prozent für die Union, zwischen 34, 35 für die Sozialdemokraten, acht bis neun für die FDP, und die Grünen liegen zwischen fünf und sechs Prozent, einige Institute haben sie etwas stärker als sechs.¹⁵ Die Summe der regionalen Umfragen zeigt eine Bestätigung dieser allgemeinen Tendenz. Das heißt also, wir treten mit einem Fundus in das neue Jahr ein, den ich für durchaus bemerkenswert finde, und der auch eine gute Grundlage ist, um dies bei den Landtagswahlen weiter ausbauen zu können.

In diesem Zusammenhang ist ganz wichtig, wie die Stimmungslage ist, was das allgemeine Klima betrifft. Ich will ähnlich wie in der Fraktion wenigstens mit ein paar Sätzen noch einmal auf die Jahresumfrage von Allensbach eingehen, die zum 33. Mal jetzt gestellt wurde, nämlich die berühmte Frage am Jahresende: „Sehen Sie dem neuen Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“ Hoffnungen und Befürchtungen halten sich Weihnachten 1981 exakt mit jeweils 32 Punkten die Waage. Wenn Sie das nun vergleichen im Blick auf die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, dann werden Sie feststellen, daß nur 1950, 1973 und 1980 und 1981 vergleichbar schlechte Zahlen sind. 1950 war das die Koreakrise, und bereits im Jahr darauf sprangen die Zahlen sehr positiv an. 1973 war das der erste große Ölpreisschock, und auch das Ablösungsjahr, Sie erinnern sich, Schmidt folgte dann für den Bundeskanzler Willy Brandt. Wir haben nun, das ist ein echtes Phänomen, im zweiten Jahr nacheinander schlechte Zahlen. Im letzten Jahr war das Thema mit Hoffnung 34, jetzt sind es 32, mit Befürchtungen beim letzten Jahr 27, jetzt sind es auch 32.¹⁶

Das heißt also, die Besorgtheit ist dauerhafter geworden, und das heißt auch, daß wir wissen – es gibt inzwischen sehr umfassendes und wissenschaftliches Material darüber –, daß, obgleich bei der Neujaρsumfrage nicht ausdrücklich nach wirtschaftlichen Erwartungen gefragt wird, die Analyse der letzten 24 Jahre einen Zusammenhang zeigt, daß nämlich die Frage, ob die Bevölkerung hoffnungsvoll gestimmt ist oder nicht, eine wesentliche Beeinflussungsmarge ist für die wirtschaftliche Entwicklung des darauffolgenden Jahres. Wenn diese These richtig ist, ich gebe sie nur wieder, ohne sie mir selbst zu eigen machen zu können, bedeutet das ganz entschieden, daß wir im nächsten Jahr bei dem Problem mit den Preisen bleiben werden, und daß ich nicht sehe, wie die Bundesregierung die Vertrauensgrundlage gewinnt, um aus dieser Malaise herauszukommen.

Interessant sind – das hat nicht direkt damit zu tun, aber ich finde, die zwei Zahlen sollte ich Ihnen noch, weil sie gerade auf den Schreibtisch kamen, mit auf den Weg geben

15 Allensbach ermittelte im November 1981: CDU/CSU 51,4, SPD 32,6, FDP 8,5, Grüne 6,1 Prozent; im Dezember 1981 CDU/CSU 50,1, SPD 34,1, FDP 9,4, Grüne 5,7 Prozent (dpa vom 20. Januar 1982).

16 1950: mit Hoffnungen 27, mit Befürchtungen 43, 1973: 30 bzw. 34 Prozent (Allensbacher Berichte 1981 Nr. 27: „Besorgte Neujaρsstimmung“).

– im Blick auf die Gesamtdemoskopie in der Bundesrepublik, weil wir auch hier über das Thema „Friede ohne Waffen“, über den Einbruch in den Kirchen gesprochen haben, die allerneuesten Umfragen im Blick auf die parteipolitischen Präferenzen unter dem speziellen Auswahlkriterium Kirchgänger, praktizierende Katholiken, praktizierende Evangelische, und nicht praktizierende.¹⁷ Wir haben – ich nehme immer nur die 1981er Zahl, das ist übrigens in der Geschichte der letzten Jahre seit 1965 jeweils die höchste Zahl für die CDU – katholische Kirchgänger, das sind also Leute, die unter dem Gesichtspunkt aussortiert werden, daß sie regelmäßig, also nicht nur nach dem Sonntagsgebot, sondern regelmäßig die Kirche besuchen, 1981 jetzt also, die allerjüngste Umfrage, 80 Prozent Votum für die CDU, 17 für die SPD, drei für die FDP; den Rest können Sie vergessen, das ist ganz wenig. Nicht praktizierende Katholiken, also Leute, die nicht regelmäßig zum Kirchgang gehen, das ist ein vages Kriterium, aber immerhin ein Kriterium, wiederum 1981, 46 Prozent CDU, 41 SPD, acht FDP, und sonstige fünf. Der protestantische Kirchgänger 1981: 54 CDU/CSU, 36 SPD, acht FDP, sonstige zwei Prozent. Ich lege auch hier Wert auf die Feststellung, daß am Jahresende bei den praktizierenden evangelischen Christen die CDU die bisher höchste Zahl seit 1965 hatte. Trotz heftigen Bemühens vieler evangelischer Geistlicher, auch etwas Gegenteiliges zu erreichen, ist diese Zahl doch bemerkenswert. Nicht praktizierende evangelische Mitbürger: CDU/CSU 38, SPD 46, FDP 12, sonstige vier Prozent. Die Zahlen sind immerhin, finde ich, ganz bemerkenswert, und Sie sollten sie auch verwenden. (*Unruhe.*) Ja, Lothar, da Du als Ministerpräsident eines Bundeslandes mit sehr vielen evangelischen Mitbürgern per Gesetz das erreichen kannst, bitte ich, die Sache einmal zu machen, damit wir hier weiterkommen. Wenn Du den Pfarrer Zink¹⁸ aus seiner Gemeinde in Stuttgart rausbringst, und die Gemeindemitglieder rein, werden wir ein entscheidendes Stück weiterkommen. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Dann einen letzten Punkt, das nur beiläufig, weil wir so oft in diesem Raum darüber geredet haben, weil ich es nicht unterdrücken möchte, ich habe da einen gewissen Lustgewinn verspürt: In der Umfrage über die junge Generation, ebenfalls zum Jahresende¹⁹, ergibt sich interessanterweise auf die Frage, welche Partei bemüht sich am meisten um die Jugend, und dann werden die Parteien aufgeführt, im Oktober vor dem CDU-Parteitag für die CDU 17, für die SPD 15, für die FDP drei, für die Grünen 17, keine dieser Parteien 18, weiß nicht 30 Prozent. Im November nach dem Parteitag für die CDU 24 Prozent – ich erinnere, vorher waren es 17 –, für die SPD 15, für die FDP zwei, für die Grünen 16, keine davon 19, weiß nicht 24. Aus diesen Zahlen ergibt sich – deswegen habe ich sie vor allen Dingen vorgetragen –, daß eine Nacharbeit zum Parteitag sich für die Kreis- und Landesverbände lohnt, daß das für die Gesamtpartei eine ganz wichtige bedeutsame Sache ist, und das will ich.

17 Umfrage nicht ermittelt. – Vgl. dazu Karl Schmitt: Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1989 S. 215 (Abb. 49), S. 313 (A 13a), S. 329 (A 27).

18 Jörg Zink (1922–2016), evangelischer Theologe; Fernsehbeauftragter der Württembergischen Landeskirche im Süddeutschen Rundfunk.

19 Vgl. CDU/CSU-Bundestagsfraktion – Stichworte – Ausgabe 14/22/81 vom 11. Dezember 1981: „Jungwähler – Union holt mächtig auf“.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zu der Entwicklung in den Parteien. Wer etwa im Zusammenhang mit der Spendenaffäre²⁰ und mit anderen Sachfragen in den letzten Wochen intensiv mit den Parteiführungen unserer beiden konkurrierenden Parteien, also mit SPD und FDP zu tun hatte, der konnte unschwer feststellen, auch an diesem Beispiel, daß der Einfluß und die Bedeutung von Herrn Schmidt innerhalb der SPD praktisch von Tag zu Tag abgenommen hat. Ich riskiere hier die Behauptung, was ich bitte nicht kalendarisch wörtlich zu nehmen, daß in Wahrheit die Ära Schmidt vorüber ist. Das kann nicht bedeuten, daß er morgen zurücktritt, das kann noch Monate, das kann noch Jahre dauern, aber wenn Sie seinen tatsächlichen Einfluß in wichtigen Entscheidungen betrachten, dann ist es sehr bemerkenswert, wie zurückhaltend selbst in solchen Gesprächen im kleinsten Kreis dieser Einfluß von den Kollegen der SPD beispielsweise beim Durchsetzen bestimmter Sachverhalte beurteilt wird.

Wenn die Landtagswahlergebnisse einigermaßen so ausfallen, wie wir das erhoffen, und wenn vor allem der Monat März mit der Wahl in Schleswig-Holstein, das ist eine Kommunalwahl, die aber ihre Bedeutung durch den Termin nicht zuletzt auch gewinnt, und mit der Landtagswahl in Niedersachsen eine Fortsetzung findet, wird Herr Schmidt große Probleme haben, auf dem SPD-Bundesparteitag in München²¹ so über die Runden zu kommen, wie er dies wünscht. Von einer Wiedergewinnung seiner Autorität in der eigenen Partei kann gar keine Rede sein. Ich bemerke mit großem Interesse, daß ohne viel öffentlichen Aufwand jedenfalls Herr Brandt ganz entschieden versucht, seine Linie auf allen Ebenen voran zu treiben. Und die Tatsache, daß am Tag der NATO-Erklärung am letzten Mittwoch Herr Brandt drei Stunden später eine Pressekonferenz hier gehalten hat, in der er die Beschlüsse der von ihm selbst mitgetragenen Bundesregierung total in Frage stellt²², daß darüber überhaupt gar keine Diskussion in der Koalition entstand, zeigt die wahre Entwicklung, die in diesem Zusammenhang zu sehen ist. Man muß im Kontext zu der Entwicklung der SPD selbstverständlich die Entwicklung im DGB sehen. Die Vorgänge um die Solidaritätserklärung mit Polen zeigen sehr deutlich, wie hier die wahre Entwicklung auch innerhalb des DGB ist.

Für uns ist natürlich von sehr viel größerem Interesse die Entwicklung in der FDP. Ich sage Ihnen hier ganz offen, daß ich hier eine deutliche Zäsur seit dem Beginn des Monats Dezember beobachte. Die FDP von heute und die FDP vom September, Oktober, August letzten Jahres ist auch im Anspruch nicht mehr die gleiche FDP. Ich gehörte zu denen, die damals warnten, kurzfristig eine Veränderung der FDP in der Koalition zu sehen. Aber es waren damals bestimmte Entwicklungen in Gang gekommen, die jetzt in einem Akt der Vollbremsung aus der politischen Linienführung herausgenommen wurden. Beim Nachdenken, warum diese Entwicklung so ist, und das spreche ich ganz offen aus, stelle ich fest, daß das Datum dessen, was ich beobachte, und das Datum der öffentlichen Diskussion um die sogenannte Spendenaffäre deckungsgleich ist. Ich sehe hier eine

20 In der „Parteispenden-Affäre“ des Jahres 1981 ging es zunächst um den Verdacht, die politischen Stiftungen wären an der Umwegfinanzierung der Parteien beteiligt gewesen. Sie erreichte einen neuen Höhepunkt im Dezember 1981 durch die sog. Flick-Affäre (vgl. dazu Jäger S. 227–232).

21 Am 19.–23. April 1982.

22 Zur NATO-Erklärung vgl. Anm. 8. Zur Pressekonferenz Brandts vgl. dpa vom 12. Januar 1982: „Brandt lehnt deutsche Sanktionen ab“, „Bonner Rundschau“ vom 13. Januar 1982: „Die SPD ist nicht schuld am harten Wintereinbruch“.

Entwicklung, die ich für unvergleichlich halte mit jedem bisherigen Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik. Ich bin der Überzeugung, daß man so etwas natürlich ungestraft nicht tun kann, und daß die menschliche Demütigung, die hier für bestimmte Freie Demokraten von der anderen Seite praktiziert wird, ihre Früchte tragen wird im Negativen. Aber auf die kurze Frist, vielleicht sogar auf die mittlere Frist muß man sich darüber im klaren sein, daß eine Veränderung der Position der FDP nur über Wählerentscheidungen, auch über Wählerentscheidungen in der Summe der Landtagswahlen, möglich ist. Deswegen ist meine ebenso dringende wie herzliche Bitte, daß nicht aus unseren Kreisen in öffentlichen Erklärungen der FDP sozusagen Podeste hingestellt werden, und die dann mit Spott und Hohn antworten können. Es bringt uns überhaupt nichts, der FDP in der jetzigen Situation solche Angebote zu machen. Die Bundestagskollegen können es ja bestätigen. Wer am vergangenen Donnerstag im Plenum saß und erlebt hat, wie rein verbal Herr Schmidt Zuspruch erhalten hat, dann war das die linke Crew, die nicht die Mehrheit hat in der FDP-Fraktion hat, die aber lautstark ihm zu Hilfe kam zu einem Zeitpunkt, als die Sozialdemokraten sich weitgehend in Schweigsamkeit gehüllt hatten.

Die Art und Weise, wie man Herrn Lambsdorff wirklich im Regen stehen läßt, zeigt auch, zu welcher Nichtsolidarität in Wahrheit die FDP fähig ist. Es ist ein sehr bemerkenswerter Vorgang für die Beurteilung der inneren Struktur der Freien Demokraten. Nach meiner Überzeugung sind dabei wichtige Teile und Repräsentanten der SPD mit Hilfe bestimmter Medien, denken Sie an die Veröffentlichungen im „Spiegel“ und im „Stern“ und anderswo, denken Sie an die Aktenveröffentlichungen, die möglicherweise nach allem, was wir hören, aus Düsseldorf aus der Landesregierung kommen und mit Sicherheit nach allem, was wir wissen, nicht von der Bonner Staatsanwaltschaft und nicht von der Generalstaatsanwaltschaft in Köln, die die beiden zuständigen Stellen sind. Das alles, die sehr dubiose Rolle des Herrn Verheugen in dieser ganzen Sache, über die in Bonn unter den Staatsanwälten offen diskutiert wird, gibt also mir Grund zu dem Hinweis, daß wir sehen müssen, daß hier eine Entwicklung im Gange ist, die ich, das sage ich ganz offen, vor drei, vier Jahren in der Bundesrepublik für unmöglich gehalten hätte. Ich sage dies mit aller Betroffenheit, wie ich das auch dem Kollegen der FDP selbst gesagt habe.

Wir werden gleich über das Thema Spenden noch einmal reden im Zusammenhang mit dem Bericht, den Walther Leisler Kiep zu diesem Thema geben wird. Ich will vorweg nur noch einmal sagen, daß in dieser Sache alle Parteien betroffen sind, und daß ich dringend warne, etwa daß der eine oder andere in unserer Partei seine moralische Qualität jetzt über alle Wipfel und Wolken erhebt und sagt, ich habe mit diesen Niederungen des Lebens nichts zu tun. Man muß sehr vorsichtig sein mit solchen vorschnellen Urteilen.

Zur Sache selbst: Was möglicherweise jetzt in Sachen Spenden noch möglich ist, dazu will ich dann im Anschluß an Deinen Bericht, Walther, vielleicht noch ein paar ergänzende Bemerkungen machen. Seitens der Bundespartei – Sie haben mich beauftragt, hier fortdauernd zu berichten – will ich darauf hinweisen, daß wir im Rechnungsjahr 1981, wie zu erwarten war, mit einer wesentlich geringeren Spendensumme abgeschlossen haben, mit einer Summe von 1,6 Millionen statt der ursprünglich angenommenen über sechs Millionen. Ich will aber auch dankbar darauf hinweisen, daß wir das Ziel im Rahmen dessen, was möglich ist, durch eine wesentliche Einschränkung der Mittel hier im Haus, durch eine sehr konsequente Sparsamkeit erreicht haben. In dem Zusammenhang we-

nigstens noch die Bemerkung, daß natürlich bei der ganzen öffentlichen Diskussion jetzt über die Parteispenden eines völlig aus dem Gedächtnis geraten ist, nämlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, daß die Bundesregierung ihre Mittel nicht in diesem Sinne zur Parteipropaganda einzusetzen hat.²³ Sie stört sich keinen Deut daran, und wir stehen halt der unerträglichen Tatsache gegenüber, daß etwa im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wir als Bundespartei im Jahr knapp 800.000 Mark einsetzen, und, ich rede jetzt nicht von den Mitteln von SPD und FDP allein, bei einer ganz wohlwollenden Betrachtung, wo ich viele Mittel schon ausgeschieden habe, die Bundesregierung ihrerseits zum Verkauf ihrer Politik knapp über 40 Millionen DM ausgibt. Das ist ein Punkt, womit wir im Zusammenhang mit der Spendenaffäre bei nächster Gelegenheit dann nochmal die Öffentlichkeit beschäftigen müssen.

Letzte Bemerkung zu dem Thema dann: Lage der Union. Es ergibt sich aus der Natur der Sache, da wir wenig Sachprobleme in der eigenen Partei haben, weite Übereinstimmung bei all dem, was bei einer Volkspartei unterschiedlich nuanciert wird, in unserer Aussage zur Sozialpolitik, zur Arbeitsmarktpolitik, zur Wirtschaftspolitik, zur Innenpolitik, wenn Sie jetzt beispielsweise die Diskussion der Fraktion um das Ausländerproblem betrachten²⁴, mühsam genug, aber immerhin jetzt zu einem guten Ende gebracht in Abstimmung auch mit den Bundesländern. Wenn ich all die Themen betrachte, zeigt sich, daß wir in der ungewöhnlich glücklichen Lage stehen, für eine große Volkspartei und eine Parteiengemeinschaft von zwei Schwesterparteien ein ganz ungewöhnlich hohes Maß an Übereinstimmung zu haben. Ich habe das bestimmte Gefühl, daß wir noch nicht fähig genug sind, diese Übereinstimmung auch vernünftig nach draußen deutlich zu machen. Das gilt übrigens – alles, was ich hier sage – auch für die Situation in der Bundestagsfraktion. Ich bin in dieser Sache am Ende des Jahres 1981 ganz ungewöhnlich zufrieden. Das Erbübel, das wir als Union haben, besteht nicht zuletzt darin, daß – angesichts des massiven Drucks der verfaßten öffentlichen Meinung neben den fortdauernden Hiobsbotschaften aus dem Lager der Koalition – hier nicht jeder gleichermaßen bereit ist, die Richtigkeit des Satzes zu erkennen, daß alles, was für die Sache zweckdienlich ist, auch für sein persönliches Fortkommen zweckdienlich ist, und daß das Umgekehrte so nicht gilt und daß natürlich angesichts einer weit über 100köpfigen Journalistenschar in Bonn, die ja Nachrichten beschaffen muß, von morgens bis nachts irgendjemandem irgendeine Tüte vor den Mund gehalten wird, um irgendeine Äußerung zu erreichen. Wir unterliegen, ich habe das auch eben im Präsidium gesagt, einer fortdauernden Verzerrung, das typische Beispiel ist die Diskussion jetzt über die Arbeitsmarktproblematik. Beispielsweise hat die Deutsche Presseagentur hier kaum Redakteure. Von den 15, 16 Redakteuren sind es kaum zwei oder drei, die man in etwa als in unsere Richtung tendierend bezeichnen kann. Wir haben inzwischen ja eine Tendenz zu einer öffentlichen Vorzensur per dpa, über die wird ja auch nicht in der Bundesrepublik geredet. Sie können eine noch so geschickte Erklärung machen, was der dpa-Redakteur daraus macht, kommt bei der Bevölkerung

23 Urteil vom 2. Februar 1977 über den Antrag der CDU festzustellen, daß die Bundesregierung durch geldwerte Leistungen an die Regierungsparteien SPD und F.D.P. sowie durch die Serien ihrer Propagandaanzeigen, -beilagen, -faltblätter u. ä. gegen Art. 21 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 2 des Grundgesetzes verstoßen hat (BVerfGE 44, 125 – Az. 2 BVE 1/76).

24 Vgl. UiD vom 21. Januar 1982: „Ausländerpolitik. Union legt Konzept für eine langfristige Regelung vor“ (vgl. CDU/CSU-Fraktion vom 18. Januar 1982 in ACDP 08-001-1066/1).

an, und nicht das, was Sie gemacht haben. Ist er wohlwollend und qualifiziert – das ist ja häufig auch keine Frage des Wohlwollens oder des Böswollens, sondern einfach eine Frage der Fähigkeit –, ist er schlicht und einfach unfähig, dann kommen aus solchen Statements und Erklärungen ganz unmögliche Dinge heraus, und das gibt dann also ein Bild, als seien wir an dem oder an jenem Punkte zerstritten.

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich zu Beginn des Jahres 1982 kein Sachthema sehe, bei dem wir nicht bei vernünftiger Vorbereitung zu ganz glatt übereinstimmenden Beschlüssen kommen können, die natürlich auch in dem oder jenem, das werden wir jetzt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erleben, die Fähigkeit zum Kompromiß bei uns beinhalten. Das, was uns schadet, Schaden wird und Schaden muß – aber das ist auch nicht schädlich, und in der Sicht der Bevölkerung gilt das auch nicht als zerstritten –, ist, wenn Differenzen dieser Art sozusagen als personale Differenzen betrachtet werden. Deswegen, weil ich auch Grund dazu habe, will ich daran erinnern, daß wir vor Jahresfrist nach der Bundestagswahl im Blick auf die Personalien in diesem Bundesvorstand klare Beschlüsse gefaßt haben, daß die beiden Bundesparteitage diese Beschlüsse ausgesprochenmaßen ratifiziert haben, der Parteitag in Mannheim wie auch der Parteitag in Hamburg. Wir waren uns darüber im klaren, daß entsprechend der Satzung und der gemeinsamen Parteivereinbarung mit der CSU die Frage der Nominierung eines Kanzlerkandidaten während der Legislaturperiode ein Entscheidungshorizont der Bundestagsfraktion ist. Wir waren uns darüber im klaren, daß es wenig nützlich ist, zu einem Zeitpunkt, wo gar kein Kanzlerkandidat zur Abstimmung im Deutschen Bundestag zu nominieren ist, einen solchen Kanzlerkandidaten zu nominieren. Und wir waren uns auch darüber einig, daß entsprechend der Formulierung, wie wir sie in Mannheim auf dem Parteitag gewählt haben, wir dann in einem entsprechenden Gremium, das von beiden Parteien zu beschicken ist, den gemeinsamen Kanzlerkandidaten für das Jahr 1984, wenn die Koalition bis dort dauern sollte, benennen sollten.

Ich habe ausdrücklich meine nachdrückliche Unterstützung für dieses Verfahren kundgetan, und ich muß sagen, ich finde das Verfahren heute genauso nützlich. Bloß füge ich ebenso klar heute dazu, damit gar kein Zweifel entstehen kann, wenn jetzt, aus welchem Grund auch immer und von wem auch immer eine andere Position eingenommen wird, dann erwarte ich, daß dies heute und hier gesagt wird. Hier in diesem Raum, im Bundesvorstand muß dann gesagt werden: Wir wollen es anders machen. Dann muß man darüber reden. Aber was völlig indiskutabel ist, ist jetzt eine Diskussion, die dann noch entsprechend von wenig Wohlwollenden draußen aufgeblasen wird, daß das Jahr 1982 ein Jahr der Personaldiskussion in der CDU wird. Ich weiß nicht, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, was die großen Fernsehanstalten bei der Jahresvorausschau an Neujahr prophezeit haben, was im nächsten Jahr das Problem sein wird. Da waren die Sachprobleme, und dann hat der Mann vom Bonner Büro der ARD, Herr Nowotny²⁵, der CDU/CSU ins Stammbuch geschrieben, daß es ein heißes Jahr der Personaldiskussion gibt. Wir brauchen über Landtagswahlen und ihre Ergebnisse nicht zu reden, wenn dies so ist. Deswegen – ich appelliere gar nicht – stelle ich nur fest, daß für mich der Beschluß gilt, daß ich in Hamburg erklärt habe, daß ich auch öffentlich reagieren werde in diesem Sinne, und daß ich heute schlicht und einfach sage, wer etwas anderes will, muß es jetzt sagen.

25 Friedrich Nowotny (geb. 1929), Journalist; 1973 Leiter des Fernsehstudios Bonn des WDR, bis 1985 Moderator der Sendung „Bericht aus Bonn“, 1985–1995 Intendant des WDR.

Dann kann man darüber reden. Wenn der Wunsch da ist und der Vorstand dies will, muß man jetzt die Nomination machen. Ich strebe dies nicht an. Ich halte dies nicht für nützlich. Aber ich stehe einer solchen Entwicklung nicht im Wege, um das auch klipp und klar zu sagen, wenn dies gewünscht wird.

Nur eines ist völlig unerträglich. Sie können mein Amt als Fraktionsvorsitzender noch als Vorsitzender der Partei mit der vollen moralischen Autorität in einem schwierigen Alltagsgeschäft – ich beklage mich darüber nicht, denn es hat mich niemand gezwungen, Partei- und Fraktionsvorsitzender zu werden –, nicht wahrnehmen, wenn etwa bei jeder nur denkbaren Gelegenheit im Bundestag und außerhalb des Bundestags, wenn wir die Sozialdemokraten angreifen, wenn ich die Sozialdemokraten angreife, dann nicht die Replik in der Sache kommt, sondern die Replik kommt nach dem Motto: Sie haben ja gar nichts zu sagen, ihr seid ja rettungslos zerstritten. Das hat nichts mit Diskussionsbereitschaft zu tun. Ich sage noch einmal, ich mache hier einen Unterschied zu den Sachproblemen. Wenn die deutschen Sozialdemokraten an der Jahreswende, ich habe die Zahl genannt, bei 34 Prozent angelangt sind, der niedrigsten Zahl seit 1957, dann verdanken sie das der anderen Aussage, daß auf die Frage „Zerstritten oder einig?“ bei der Jahreswende noch 17 Prozent der befragten Deutschen sagten, die Sozialdemokraten seien einig. Das heißt also, die Negativzahl liegt über 70 Prozent. Bei der CDU/CSU ist es genau umgekehrt.

Ich bin kein Einheitsfetischist, der glaubt, Einheit um jeden Preis, sondern ich mache einen Unterschied zwischen den Sachfragen und den Personalfragen. Für mich ist das Wichtigste, daß wir jetzt das Jahr, das vor uns liegt, aus dem Angriff heraus gestalten, daß wir deutlich machen, es sind drei Themenbereiche, und das wird neben vielen anderen wichtigen Aufgaben die Hauptaufgabe des Adenauer-Hauses und der Bundespartei sein: Das erste Thema ist, daß wir nicht glauben dürfen, daß die Kampagne „Friede ohne Waffen“ vorbei sei, sondern sie wird eine Neuauflage erleben in einem anderen Gewand, daß wir jetzt durch die Entwicklung in Polen die Chance in die Hand bekommen haben, sozusagen unsere Antwort zu geben für Frieden, für Freiheit, für Sicherheit, und daß die Deutschen nach der Debatte am Donnerstag ja nun wissen – die „Bild“-Zeitung hat das am Freitagfrüh, glaube ich, ganz plakativ, ich bin sonst keiner, der die „Bild“-Zeitung zitiert, gebracht, aber man soll lernen von anderen –, wer in der Alternative für Neutralisierung und wer, das ist sehr verkürzt ausgedrückt, für die Sicherung der Stabilität der Allianz eintritt.²⁶

Gehen Sie bitte davon aus, daß die Sozialdemokraten, was immer der einzelne hier noch glaubt über Fairneß der anderen Seite, alles einsetzen werden, um an der Macht zu bleiben. Und wenn ich sage alles, meine ich alles. Die Gemeinheit, die jetzt gegen den Kollegen Walther Leisler Kiep und andere betrieben wird, die für mich vertraute Weggenossen sind durch die ganzen Jahre hindurch, weil ich selber all dies erlebt habe, ist ein Beispiel dafür, zu was die fähig sind. Ich habe übers Wochenende mit Dutzenden Mitbürgern – braven Leute – gesprochen, die mich gefragt haben, die nicht begreifen können, mit wie viel Perfidie das ganze Geschäft vonstatten geht, wie können Sie sich denn erklären, das kann doch sicherlich nur aus der Emotion geschehen sein, daß der Schmidt im Zusammenhang mit der Polendiskussion die Frage alte Nazis und CDU aufgeworfen hat?

26 „Bild“ vom 15. Januar 1982: „Der Wähler kann wählen“.

(Unruhe. – Zwischenruf.) Meine Antwort, Herr Barzel, war, ihr täuscht euch. Im vorbereiteten Manuskript des Herrn Schmidt, das ich während der Rede bekam, stand diese Perfidie drin.

Ich sage das hier noch einmal, weil Sie sehen, zu was dieser Mann fähig ist. Mitten in einer Sache, wo wirklich die Einheit der Republik eigentlich am Platze wäre, hat er genau in dieser Weise operiert. Und deswegen, gerade weil diese vier Wahlen für ihn so ungewöhnlich kritisch sind, machen Sie sich keine Illusionen, werden sie ein Schlammbad in der Bundesrepublik veranstalten, und sie werden mit allem drohen. Wenn der Herr Brandt seinerzeit mit der Straße gedroht hat, werden wir auch das erleben. Und die, die jeweils von uns herausgestellt werden, werden in jedem Bundesland jeden nur denkbaren Angriff ertragen müssen. Aber das kann man sehr wohl ertragen, auch das kann ich aus Erfahrung sagen. Aber man erträgt es auch im Inneren sehr viel besser, wenn man weiß, um einen herum stehen Freunde und Weggenossen, die zu einem stehen in guten wie in schlechten Tagen. Das erwarte ich jetzt schon gleich beim Spitzenkandidaten in Hamburg, daß dies die Gesamtpartei und auch dieser Vorstand tut, um das gleich im Klartext auszusprechen.

Das zweite wichtige Thema, ich sprach schon davon, ist die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, und hier vor allem das Thema Sicherheit der Arbeitsplätze. Es wird eine gewaltige Propaganda auf uns heruntergehen, nicht zuletzt über den DGB, der ja in Wahrheit, wie das Gespräch erweist, ganz hilflos ist mit dem, was er will. Alle DGB-Gespräche, die wir in den letzten Monaten geführt haben, zeigen eine DGB-Führung im Zustand der äußersten Hilflosigkeit. Nur, sie werden aus psychologischen Gründen alles Mögliche optisch bewegen, was in der Sache gar nichts bewegt, um Aktivitäten und Hilfsbereitschaft gegenüber den Leuten, die in Not mit ihrem Arbeitsplatz geraten sind, vorzuführen. Deswegen ist es auch wichtig, wie wir uns hier verbal einlassen, nicht nur sachlich richtig, sondern auch verbal einlassen.

Und das dritte ist, auch wenn der eine oder andere glaubt, das sei jetzt ein bißchen aus dem Betracht herausgekommen durch diese schönen demoskopischen Zahlen, die wir nach Hamburg errungen haben – das sind natürlich keine Zahlen von Dauer, sondern da muß weitergearbeitet werden –, das Thema Zukunftschancen der jungen Generation, was übrigens unlösbar verbunden ist mit dem zweiten Thema, nämlich Arbeitsplatz; das eine kann man nicht vom anderen abtrennen. Diese drei Themenfelder müssen wir gestalten.

Liebe Freunde, mein Eindruck ist, ohne Zweckoptimist zu sein, daß wir ein ebenso wichtiges wie möglicherweise gutes Jahr vor uns haben. Ich gehöre nicht zu denen, die da sagen, am Ende des Jahres ist die Regierung kaputt. Diese Fähigkeit zur Weitsicht ermangelt mir. Aber ich bin ein nüchterner Zeitgenosse, betrachte das, was sich in Bonn entwickelt, betrachte das auch sehr nüchtern im Blick, ich habe das sehr deutlich hier angesprochen, für jeden verständlich, auf die FDP, und die Wahlentscheidung, die uns ins Haus steht, kann uns beim einen oder anderen doch sehr gründlich unterstützend helfen. Wie Konrad Adenauer bei Wahlen zu sagen pflegte, heißt das Wort „Wahlkampf“, das heißt, man muß sich kämpferisch auseinandersetzen, nicht an die Macht schleichen und nicht durch den Dienstboteneingang, sondern durch den Haupteingang. Das muß unser Bestreben sein, und deswegen müssen unsere Bürger wissen, woran sie sind. Dazu gehört, das ist das letzte, was ich sagen will, daß wir klare Fronten beziehen, daß wir nicht uns anpassen, daß wir keine opportunistische Politik führen, sondern eben die Politik, von der wir glauben, daß sie richtig ist. Dazu möchte ich uns alle sehr herzlich einladen und

Sie bitten mitzuhelfen. Wir kommen dann zur Diskussion. – Entschuldigung, die Spendensache müssen wir noch kurz davor machen. Ich bitte um Nachsicht. Das hatte ich ja vorher angekündigt. Das Thema möchte ich nämlich mitdiskutiert haben.

Kiep: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen zum Stand der Spendenaffäre beziehungsweise der Ermittlungen, die gegen die Union und gegen mich in diesem Zusammenhang laufen, amtlich nichts Neues mitteilen. Denn mein Erkenntnisstand aufgrund amtlicher Unterrichtungen und Informationen ist der gleiche, wie er im August war. Wir sind bis zur Stunde nicht über neue Tatbestände oder überhaupt über zusätzliche Tatbestände unterrichtet worden im Zusammenhang mit den Vorwürfen, die uns gemacht werden. Alles, was wir inzwischen erfahren haben, haben wir aus unautorisierten Veröffentlichungen von Medien erfahren können, so daß ich davon ausgehen muß, daß der Stand der Ermittlungen und die Vorwürfe im einzelnen noch zu einem späteren Zeitpunkt uns vorgelegt werden. Meine inoffiziellen Informationen gehen dahin, daß dies alles noch sehr, sehr lange dauern kann.

Es ist mir angedeutet worden, daß es sehr gut möglich sei, daß das ganze Verfahren das gesamte Jahr 1982 in Anspruch nehmen könnte, so daß wir also in diesem außerordentlich unangenehmen Zustand weiterleben müssen. In einem Zustand, der dadurch gekennzeichnet ist, daß auf der einen Seite ein Ermittlungsverfahren läuft, auf der anderen Seite bestimmte Organe in der veröffentlichten Meinung laufend in Raten gewissermaßen Veröffentlichungen machen und wir, und ich ganz besonders persönlich, im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verhaltens mich aufgefordert fühle, nicht meinerseits in dieses Verfahren einzugreifen, indem ich große Erklärungen zur Sache in den Medien abgebe. Ein höchst unangenehmer Zustand. Ich darf nochmal in Ihre Erinnerung zurückrufen: Meine Hamburger Kandidatur am 24. August in Hamburg veröffentlicht, in der gleichen Woche am Freitag Meldung der „NRZ“, Ermittlungsverfahren gegen mich.²⁷ Eine Woche später Bestätigung dieses Tatbestandes durch die Staatsanwaltschaft in einem mehr oder weniger formalen lakonischen Brief. Das ist bis zur Stunde alles, was offiziell an uns herangetragen worden ist. Der „Spiegel“ und der „Stern“ haben dann das Verfahren gewissermaßen übernommen und veröffentlichen nun mehr in Raten Einzelheiten, die sich insbesondere mit FDP und SPD, aber auch gelegentlich mit uns befassen. Und Sie haben sicherlich diese ganzen Veröffentlichungen zur Kenntnis genommen.

Lassen Sie mich noch einmal rekapitulieren: CDU-Bundespartei, der Vorsitzende, der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister haben sich in den Jahren von 1975, 1976, 1977 darum bemüht, eine Neuregelung der Parteifinanzierung herbeizuführen, durch Beseitigung von rechtlichen Unklarheiten, durch Beseitigung von Grauzonen. Wir haben eine Fülle von Vorschlägen gemacht. Sie erinnern sich an meinen Vorschlag, viel diskutiert und sehr kontrovers, zur Schaffung eines Spendenfonds, der unter Berücksichtigung der Gleichheit der Chancen aller Parteien das Spendenwesen verändern sollte. Sie erinnern sich, daß FDP und SPD nicht bereit waren, auf diese Versuche einzugehen, so daß dann schließlich im Jahr 1979 mit Hilfe von Ernst Albrecht das Normenkontrollverfahren zustande kam in dem Versuch, eine Verbesserung der Finanzierung zu erreichen und, wenn

27 „Neue Rhein-Zeitung“ vom 29. August 1981: „Spendenaffäre; Ermittlung gegen CDU-Prominenz. Vorwürfe auch gegen Kiep“.

dies nicht möglich sein sollte, zumindest eine Klarstellung in den Zweifelsfragen, die bis zu diesem Urteil bei allen Parteien und auch bei uns bestanden.²⁸

Dieses Verfahren ist durchgeführt worden. Das Ergebnis kennen Sie. Es hat uns finanziell an der Verbesserung unserer Finanzierungsmöglichkeiten nichts gebracht. Es hat eine Reihe von Klarstellungen gebracht. Vom Tage dieses Urteils an haben wir in der Bundespartei uns an dieses Urteil gehalten und uns in unserer Werbung um Spenden entsprechend verhalten mit der Folge, daß wir in den Jahren 1979, 1980 und 1981 natürlich in unserem Spendenaufkommen gegenüber anderen Parteien, die dieses Verfahren von vorher fortgesetzt haben, im Nachteil waren, so daß wir heute sagen könnten, wenn ich öffentlich Stellung nehmen müßte, daß wir im Bundestagswahljahr 1980, wo wir insgesamt elf Millionen Spenden als CDU bekommen haben, alle Bestimmungen und alle Aussagen des Bundesverfassungsgerichts voll beachtet haben und, was Spenden von Unternehmen anbetrifft, nur Spenden von versteuerten Einkommen angenommen haben. Ich glaube nicht, daß das andere Parteien in der Bundesrepublik Deutschland von sich sagen können, was den Bundestagswahlkampf 1980 anbetrifft.

Das hat sicherlich auch Schwierigkeiten gemacht, weil das Spendenaufkommen insgesamt für uns dadurch rückläufig war und wir finanzielle Einbußen erlitten haben. Wir sind also in diesem Punkt meiner Ansicht nach in einem Glaubwürdigkeitsvorsprung vor allen anderen Betroffenen. Die jüngsten Veröffentlichungen über das Bundestagswahljahr 1980, auch unter Einbeziehung des Bundeskanzlers in einer besonderen Spendenaktion, machen ja deutlich, was da alles noch auf uns im einzelnen zukommt.

Sie werden sicherlich alle fragen, was es mit der Aussage meines Generalbevollmächtigten Uwe Lüthje auf sich hat, die er am Sonntag vor acht Tagen abgegeben hat.²⁹ Ich respektiere, daß er dies aus eigenem Antrieb und aus dem Gefühl heraus getan hat, daß dies notwendig sei. Aber in diesem kleinen Kreis, glaube ich, Helmut, muß man auch sagen, daß das eine Entscheidung von Uwe Lüthje war, die er für sich selber getroffen hat. Sie bedeutet die Veröffentlichung einer Tatsache, die bereits am 2. September geschehen ist. Einen Tag, nachdem das Ermittlungsverfahren eröffnet wurde gegen mich im Zusammenhang mit Spenden hier in Bonn, hat Herr Lüthje eine Selbstanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, und er hat diese Tatsache dann vor acht Tagen in einem Gespräch mit „Bild am Sonntag“ bekannt gegeben. Der äußere Anlaß für den Zeitpunkt dieser Veröffentlichung war, daß ein Schreiben im „Stern“ veröffentlicht wurde, von dem Herr Lüthje annehmen mußte, daß es Gegenstand des Verfahrens sein könnte, und er hielt es für richtig, zu diesem Zeitpunkt diese Erklärung abzugeben.

Wir werden auch weiterhin die Position einnehmen, daß wir in einem schwebenden Verfahren zur Sache nicht sehr viel sagen können. Ich werde allerdings überall in der Öffentlichkeit darauf hinweisen, was wir bisher in dieser Angelegenheit, Bereinigung der Probleme der Parteienfinanzierung, selber getan haben. Ich kann nur persönlich hoffen, daß die Klärung dieser ganzen Vorwürfe so schnell wie irgend möglich erfolgt, aber wie gesagt, die Zweifel darüber sind bei mir auf Grund dessen, was ich weiß, doch relativ groß. Daß „Spiegel“ und „Stern“ sich dieser Sache angenommen haben und nach der Beleuchtung der Haltung der Union in der Spendenbeschaffungsfrage nun auch in den persönlichen Bereich vorgestoßen sind, überrascht mich nicht. Ich weiß seit einiger Zeit, daß an

28 2. Parteispendenurteil vom 24. Juli 1979 (BVerfGE 52/63 – Az. 2 BvF 1/78).

29 „Bild am Sonntag“ vom 10. Januar 1982: „Kiep wußte nichts von den Spenden“.

allen Enden, auch bei mir befreundeten und bekannten Personen, recherchiert wird. Ich habe am Samstag erfahren, daß ein mit diesen Recherchen besonders befaßter „Spiegel“-Redakteur einem Bekannten von mir eine Wette in der Gestalt von einer Kiste Champagner angeboten hat, daß es ihm gelingen würde, mich innerhalb der nächsten zwei Monate aus der CDU und aus allen Ämtern herauszubringen. Ich wollte damit nur deutlich machen, daß hier eine konzentrierte Aktion im Gange ist, die weit über das Spendenthema hinaus sich sicherlich im Hinblick auf die Hamburger Wahl gegen uns und gegen mich richtet. Ich darf aber auch zu meiner persönlichen Situation sagen, daß ich diese ganze Angelegenheit nach sehr sorgfältiger Überlegung mit großer Ruhe und mit großer Gelassenheit betrachte, daß ich keinerlei Absichten habe, in irgendeiner Weise im Zusammenhang mit dieser Frage etwa irgendwelche Abstriche an meinen politischen Positionen oder gar Ämtern vorzunehmen, sondern daß ich mich darum bemühen werde, überall, wo ich die Gelegenheit dazu habe, in der Öffentlichkeit unsere Position darzustellen. Ich bitte Sie sehr herzlich dabei auch um Ihre intensive Unterstützung, so wie das Helmut Kohl ebenso schon zum Ausdruck gebracht hat.

Es bleibt mir zu sagen, daß unsere finanzielle Situation durch diese ganze Entwicklung sich ungeheuer erschwert. Der Spendeneingang, Helmut Kohl wies darauf hin, ist rückläufig. Und die Regelung der Parteienfinanzierung in der Zukunft bleibt eine bisher ungelöste Aufgabe. Ich meine, wir müssen daraus die Konsequenz ziehen, daß wir in den kommenden Jahren beginnen, mit dem Haushalt 1982 große Anstrengungen zu unternehmen, um unsere Ausgaben kritisch zu überprüfen und sie der veränderten und verschlechterten Situation anzupassen. Ich hoffe, daß wir in der Diskussion um den Haushalt 1982, die wir dann hier gemeinsam führen müssen, auch auf das Verständnis aller in der Union rechnen dürfen, wenn wir in dieser schwierigen finanziellen Lage auch gewisse finanzielle Konsequenzen in unserer Ausgabenpolitik ziehen. (*Beifall.*)

Kohl: Jetzt Kurzbericht Norbert Blüm, und dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Blüm: Herr Vorsitzender, ich soll es ganz kurz machen. Ich war zu einem Kurzbesuch in den Vereinigten Staaten³⁰, habe dort eine aufgewühlte, emotional erregte Öffentlichkeit vorgefunden, deren Aufregung tiefer geht, als es uns wahrscheinlich bewußt ist, eine Aufregung, bei der wir uns auch nicht darauf einstellen dürfen, daß sie nur vorübergehend wäre und nicht mit weitreichenden Folgen versehen ist, eine Aufregung, die sich auch dem offiziellen Washington mitteilt. Kenner, die die Veränderung besser beurteilen können als ich nach einem Kurzbesuch, sagen, daß das in der Tat eine Zäsur für das Bewußtsein der Vereinigten Staaten ist. Eine Nation, die sehr gedemütigt worden sei, die von Selbstzweifel angegagt sei, wofür die Stichworte Vietnam, Watergate, Iran³¹ stehen, besinnt sich auf ihre besten moralischen Ziele. Die hebt den Kopf und fühlt sich plötzlich allein gelassen. Insofern glaube ich, ist das nicht nur mit dem Stichwort Polen zu behandeln, sondern mit einer Veränderung der Bewußtseinslage in den Vereinigten Staaten.

30 Blüm hielt sich vom 12.–15. Januar in den USA auf (CDU-Pressemittteilung vom 11. Januar 1982).

31 Vietnamkrieg unter Beteiligung der USA (1964–1975). – Einbruch in den Gebäudekomplex Watergate (Hauptquartier der Demokratischen Partei) am 17. Juni 1972 löste die sog. Watergate-Affäre aus, die den amerikanischen Präsidenten Richard Nixon (Republikaner) am 9. August 1974 zum Rücktritt zwang. – Gescheitertes amerikanisches Kommandounternehmen vom 24./25. April 1980 zur Befreiung der seit dem 4. November 1979 in Teheran als Geiseln festgehaltenen Botschaftsangehörigen.

Die am meisten gestellte Frage, die ich gehört habe in vielen höchst unterschiedlichen Gesprächen, war, wo sind denn eigentlich die jungen Leute, die mit Arroganz und Selbstgerechtigkeit ihre Friedensbewegung gegen uns gerichtet haben, so sehr, daß wir selbst schon Zweifel bekamen, wo sind die eigentlich jetzt, nachdem die Exempel der sowjetischen „Friedensoffensive“ mit Händen greifbar sind? Es ist nicht nur die Enttäuschung über das ausgebliebene Echo, sondern das ausgesprochene Gefühl, von Europa, speziell von der Bundesregierung, im Stich gelassen worden zu sein. Dafür stehen dann solche Stichworte wie Jalta³², die in allen Deklarationen in der Presse der Vereinigten Staaten wiederzufinden waren. Da steht auch der Hinweis auf die Türkei, wie er von Eppler und anderen vorgetragen wurde.³³ Da steht das, was der Regierungssprecher gemacht hat, indem er die Sowjetunion von dem Vorwurf, der Anstifter zu sein, entlastet. Und da besteht auch, wenn Schmidt Honecker treffe, wie überhaupt ich an der Stelle hinzufügen möchte – wahrscheinlich ist das Wort Mißtrauen zu viel formuliert – eine skeptische Aufmerksamkeit, was in der Deutschlandpolitik passiert; das läßt sich sicherlich in den Vereinigten Staaten feststellen. Ebenso der noch vage vorhandene Verdacht, daß möglicherweise ein Teil unserer Hemmung zur Solidarität auch nach den Gesprächen Breschnew und Honecker oder mit diesen Gesprächen festzumachen sei, wobei dieses bekannte Zitat des Herrn Schmidt in jedermanns Kopf ist, in mehr Köpfen als hier in unserem Land, nämlich an der Seite von Herr Honecker zu sagen, daß sowohl der Herr Generalsekretär wie er bestürzt gewesen seien über das, was in Polen notwendig sei.³⁴ Ich muß jetzt nicht in allen Facetten vorführen, welche Argumente dabei eine Rolle spielen. Für Jalta ist mir wiederholt gesagt worden, wenn Jalta das Stichwort der Entspannungspolitik war, dann war es nun wirklich falsch. Helsinki ist das Stichwort. Wenn Entspannungspolitik mit der Verabschiedung von Menschenrechten zu tun hat, dann war das nicht die Entspannungspolitik, die auch in Amerika Anhänger hat.

Ich sollte vielleicht von zwei, drei Gesprächen ausführlich berichten. Einmal im State Department, da ist mir einerseits gesagt worden, daß die NATO-Erklärung vom vergangenen Montag nun in der Tat zur Beruhigung beigetragen hat. Nur, man möge sich bitte nicht darauf einrichten, das sei das letzte Wort. Wir sollten uns auf die Frage vorbereiten, was geschieht, wenn die drei Forderungen der Brüsseler Konferenz³⁵, also Aufhebung des Kriegsrechts, Entlassung der Inhaftierten und die Aufnahme des Dialogs mit der Gewerkschaft, nicht aus Polen beantwortet positiv würden. Niemand solle sich dem Gedanken hingeben, irgendwann müßte man dann antworten, sondern innerhalb der

32 Konferenz in Jalta (Krim) vom 4.–11. Februar 1945 zwischen den Alliierten USA, Großbritannien und Sowjetunion über die Behandlung des Deutschen Reichs und Osteuropas nach Kriegsende sowie die angestrebte Gründung der UNO. – Schmidt hatte während seines USA-Aufenthalts vom 4.–6. Januar 1982 und in einem Interview mit der „New York Times“ („Excerpts From Schmidt Interview on Key Issues“ vom 3. Januar 1982) auf die Teilung Europas als Folge der Konferenz hingewiesen (vgl. AAPD Dok. 4 S. 18, Dok. 6 Anm. 26, Dok. 15 S. 65, Dok. 20 Anm. 18).

33 Vgl. FAZ vom 31. Dezember 1981: „Eppler und Polen“. Eppler hatte darin zur Nichteinmischung gemahnt, wenn „er über die mögliche Reaktion der NATO nachdenkt, wenn sich die Sowjetunion über das Militärregiment in der Türkei beschwerte“.

34 Zum Treffen Schmidt – Honecker vom 11.–13. Dezember 1981 in der DDR vgl. AdG 1981 S. 25177–25183; AAPD 1981 Dok. 363, 364; Debatte darüber im Bundestag am 18. Dezember 1981 (Sten. Ber. 9. WP 74. Sitzung S. 4289–4309).

35 Erklärung der Außenminister der EG-Staaten nach einer informellen Sitzung des Ministerrats in Brüssel am 4. Januar 1982 (AdG 1982 S. 25231f.)

nächsten 14 Tage würde diese Frage erneut auf das Bündnis zukommen. Denn in den Vereinigten Staaten wird die Entwicklung in Polen beurteilt als eine Entwicklung, die auf Zermürbung setzt und alles, was auch bei uns an Hoffnung vorhanden war, sich als haltlos erweist, auch etwas, das möglicherweise doch positive Zeichen gibt und von Kennern durch Informationen bestätigt wird, und wir deshalb sehr bald die Frage nach den Sanktionen neu gestellt bekommen. Denn daß Amerika Sanktionen will und auch das, was der Präsident jetzt vorgelegt hat, nicht das letzte Wort ist, ist mir ganz klar. Dabei werden die Sanktionen nicht so fachspezifisch diskutiert, ob sie jetzt effektiv seien oder dauern können oder nicht. Diese Diskussion findet nicht statt, sondern die Sanktionen werden gefordert aus einem Gefühl, daß die Rhetorik ohnmächtig ist, weil wir die Zeichen sehen. Das amerikanische Volk will Taten sehen.

Das kann ich dann auch bestätigen von einem Gespräch mit dem Vorsitzenden Kirkland³⁶ von AFL-CIO, in dem er erstens noch einmal darauf hingewiesen hat, daß die Gewerkschaften mehr und energischere Antworten erwarten. Die amerikanischen Gewerkschaften fordern öffentlich offiziell das Getreide-Embargo, und wir sollten es uns nicht so leichtmachen, indem wir sagen, naja, das betrifft die Farmer. Immerhin ist ja durch neue gesetzliche Regelungen der Staat verpflichtet, den Farmern Schadensersatz zu leisten. Es wird geschätzt, daß ein solches Embargo bis zu 20 Milliarden DM Schadensersatz kosten könnte. Das sind die 20 Milliarden, die die amerikanischen Gewerkschaften ganz gerne hätten für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es ist also nicht so, daß man sagen könnte, das sei eine Sanktion, die die Gewerkschaften von den Bauern verlangen würden, sondern das ist eine Sanktion im vollem Wissen, daß die amerikanischen Gewerkschaften selber damit Opfern bringen müssen, einschneidende Opfer. Kirkland hat sehr nachdrücklich nochmal geschildert, was er an politischen Sanktionen erwartet. Er weist darauf hin, daß die Sowjets mit Polen mehrfache Verträge und Abmachungen gebrochen haben, sowohl Helsinki wie die UN-Menschenrechtskommission, wie die ILO-Konvention Nr. 87 – das ist das freie Koalitionsrecht, wie Post- und Fernmeldevereinbarungen³⁷ –, und er fragt, und zwar nicht nur im Gespräch, sondern öffentlich, wie kann man mit einem Vertragspartner in Genf verhandeln, der gerade alte Abmachungen zerrissen hat. Diese Frage ist bei uns ja nicht mit der Dringlichkeit gestellt worden. Ich sehe sie nur in Amerika sehr energisch vertreten.

Der Vorsitzende hat auf Brzeziński hingewiesen. Kissinger³⁸ stellt die Frage nach der Vertragsfähigkeit der Sowjetunion angesichts der Ereignisse in Polen; das ist also nicht die Frage, die unter vielen anderen kommt. Ich habe mit dem Generalsekretär der Katholischen Kirche der Vereinigten Staaten, Herrn Erzbischof Kelly³⁹, gesprochen. Auch dort findet sich die gleiche Grundstimmung, wobei er hinzufügt, daß die amerikanischen Kirchen, also nicht nur die katholische, ein sehr eindrucksvolles Hilfsprogramm aufgelegt

36 Joseph Lane Kirkland (1922–1999), amerikanischer Gewerkschaftsfunktionär; 1979–1995 Präsident der American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO).

37 Convention concerning Freedom of Association and Protection of the Right to Organise, am 9. Juli 1948 in San Francisco verabschiedet.

38 Henry Kissinger (geb. 1923), Politikwissenschaftler, Politiker (Republikaner); 1938 aus Deutschland emigriert, 1969–1973 Sicherheitsberater von Präsident Nixon, 1973–1977 Außenminister der USA, 1973 Friedensnobelpreis.

39 Thomas Cajetan Kelly (1931–2011), katholischer Theologe (Dominikaner); 1977 Bischof, 1981 Erzbischof von Louisville.

haben. Ich habe auf unsere Aktivitäten hingewiesen. Und er fügt dem hinzu, daß diese privaten Initiativen auch im Gefolge haben müßten ein politisches Echo; denn die Bürger, die Päckchen nach Polen schicken, die Opfer bringen, werden nach vier Wochen fragen, wie ist es denn eigentlich mit den Regierungen? Insofern halte ich es auch für bemerkenswert, daß manche nicht glauben können, wir könnten das Thema Polen mit privater Hilfsbedürftigkeit weltweit abdecken. Nein, diese private Hilfsbedürftigkeit wird sehr bald die Frage nach den politischen Konsequenzen stellen. Wie ich überhaupt den Eindruck hatte, daß auch die Kirche der Vereinigten Staaten sehr gut informiert ist über das, was in Polen vorgeht und die Einschätzung der amerikanischen Regierung völlig teilt, eine Einschätzung, von der wir alle hoffen, daß sie nicht richtig ist, nämlich, daß es nicht zur Erleichterung kommt, sondern, daß der Zermürbungsprozeß bis zum bitteren Ende durchgeführt wird, daß es bestenfalls im Bereich der Dialoge Versuche gibt, sich einen eigenen Dialogpartner zu schaffen, aber nicht einen Dialog mit den authentischen Vertretern der „Solidarität“. Also eine pessimistische Einschätzung, die verlangt, daß bald mit handfesten politischen Reaktionen gearbeitet wird.

Ich habe darauf hingewiesen, daß in Meinungsbefragungen die öffentliche Meinung entgegen dem, was manchmal über die Presse mitgeteilt wird, noch immer unverbrüchlich zu den Vereinigten Staaten steht. Ich will dennoch nicht verheimlichen, daß der Zweifel an unserer Bündnistreue auch durch Meinungsbefragungen nicht befriedigt wird und möglicherweise verdrängte Ressentiments gegen uns ihre Gelegenheit nutzen, mit unverminderter Emotionalität die öffentliche Meinung Amerikas zu beeinflussen, weit über das hinausgehend, was aus Anlaß von Polen diskutiert wird, bis in die Berlin-Frage hinein. Andererseits, das war eine Antwort meinerseits, ist dies auch eine Gelegenheit für die NATO, ein Image abzustreifen, als sei sie nur eine Waffenbrüderschaft, als sei sie nur ein Militärbündnis, sie wieder festzumachen an einer Idee, nämlich der Verteidigung der Freiheit, einzutreten solidarisch für Freiheit.

Ich habe jedenfalls, damit will ich schließen, Herr Vorsitzender, einen großen Aufbruch des moralischen Selbstverständnisses Amerikas festgestellt, das Abschütteln von Selbstzweifeln und die Hoffnung, daß Amerika seiner eigentlichen Berufung gerecht werden könnte, verbunden mit der Enttäuschung über diejenigen, die Amerika immer wieder Vorwürfe gemacht haben. (*Beifall.*)

Dregger: Ich möchte den drei interessanten Berichten, die wir gerade gehört haben, gerne einen kurzen Bericht über Hessen mit einigen Überlegungen für unsere bundespolitische Argumentation anfügen. Vergangenen Samstag hat auf dem Landesparteitag der SPD in Kassel Herr Brandt erklärt, die Hessen-Wahl sei die wichtigste der vier Landtagswahlen, weil es das letzte sozialliberale Bündnis auf Landesebene sei und es vor allem um die Zweidrittelmehrheit im Bundesrat gehe. Herr Börner hat sich dieser Linie voll eingefügt. Er hat kein landespolitisches Thema von Bedeutung berührt, weder Startbahn West noch sonst etwas. Er hat auf dem Parteitag Ende des vergangenen Jahres in Alsfeld⁴⁰ erklärt, die CDU wolle Arbeitslosigkeit, um auf diese Weise die Gewerkschaften zu disziplinieren und die Löhne zu senken. Ich habe damals mit einem offenen Brief geantwortet und ihn zu einer Fernsehdiskussion aufgefordert. Dem ist er natürlich nicht nachgekommen. Nach diesem Mal in Kassel hat er einmal mehr angedeutet, auch

40 Vgl. dpa vom 16. Januar 1982: „SPD Hessen. Börner wieder Spitzenkandidat für Landtagswahl“, Interview Brandts im Hessischer Rundfunk vom 16. Januar 1982 (BPA-Nachrichtenabt. Ref. II R3).

den Kultusminister und andere erklären lassen, die Zweidrittelmehrheit der Union müsse vermieden werden, weil nur so die Friedenspolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn fortgesetzt werden könne. Krollmann⁴¹ hat erklärt, Herr Dregger sei ja auch ein Gegner der Friedenspolitik. Man setzt also ganz auf Bonn, auf eine Veränderung in Bonn, und gar nicht mehr auf die Behauptung einer Position landespolitisch in Hessen. Nun kann man sagen, das ist so dämlich und so den Tatsachen widersprechend, daß das nicht gefährlich ist. Da viele Menschen sich nicht intensiv mit Politik beschäftigen, halte ich es trotzdem für gefährlich, jedenfalls wenn wir nicht klug, auch semantisch klug, diesen Dingen begegnen.

Nun habe ich zunächst folgendes Anliegen: Es hat auch bei uns strategische Überlegungen gegeben. Wenn die CDU die Zweidrittelmehrheit im Bundesrat hat, dann geht dort nichts mehr. Dann wird dort blockiert und auf diese Weise die Bundesregierung zum Rücktritt gezwungen. Erstmal haben wir eine Zweidrittelmehrheit nur, wenn wir auch in Hamburg die absolute Mehrheit bekommen, ich will hier das Saarland nicht mitrechnen. Im übrigen halte ich den Gedanken für abenteuerlich, daß man durch eine Blockadepolitik der Gesetzgebung im Bundesrat eine Regierung zum Rücktritt zwingen könnte. Ich bin fest davon überzeugt, daß das eine Sache wäre, die gegen uns ginge, aber nicht gegen die amtierende Regierung. Und wir verleugnen damit eigentlich die konstruktive Politik, die wir immer im Bundesrat gemacht haben. Wenn überhaupt etwas im Wohnungsbau geschieht im kommenden Jahr, dann doch nur deshalb, weil wir unsere Mehrheit dort genutzt haben, um über den Vermittlungsausschuß in einem Verfahren, das im normalen Gesetzgebungsverfahren für die SPD nicht erreichbar gewesen wäre, diese Dinge durchzusetzen, die dazu führen, daß dieser Wohnungsbau etwas betrieben werden kann.⁴² Ich finde, das sollten wir rühmen, und wir sollten nicht das Gegenteil von uns behaupten, daß wir nämlich durch eine Blockadepolitik, durch eine Zweidrittelmehrheit die Bundesregierung zum Rücktritt zwingen könnten.

Soweit es die Sachfragen angeht, meine ich, müssen wir, zumal wir Opposition sind, jedes wichtige Problem doppelt durchdenken. Erstens, was ist richtig? Und zweitens, was ist richtig zu sagen im Hinblick auf den Bewußtseinsstand der Bevölkerung? Das ist nicht dasselbe. Und dabei müssen wir uns auch, lieber Norbert Blüm, überlegen – Sie geben keinen Anlaß dazu, aber ich schließe an den Bericht von Amerika an –, geben wir dem innenpolitischen Aspekt der Bewußtseinslage unserer Bevölkerung den Vorrang vor dem außenpolitischen? Natürlich ist es schlimm, was jetzt geschieht, mit der Zerstörung der deutsch-amerikanischen Freundschaft, die wir ja brauchen, wenn wir in Bonn regieren müssen. Aber auf der anderen Seite wird die Wahl natürlich nicht in den USA entschieden, sondern hier zuhause. Wir können ohnehin, glaube ich, nicht als Opposition das wieder gut machen, was die Regierung außenpolitisch an Porzellan zerschlägt. Es ist viel wichtiger, daß wir durch gutes Verhalten zuhause bald die Bundesregierung stellen und dann eine bessere Politik machen können.

41 Hans Krollmann (1929–2016), Jurist; 1973/74 hessischer Staatsminister für Landwirtschaft und Umwelt (SPD), 1974–1984 Kultusminister, 1984–1987 Finanzminister.

42 Das Zweite Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur wurde nach dem Vermittlungsverfahren am 10. Dezember 1981 erneut beraten (Sten. Ber. 9. WP 73. Sitzung S. 4257–4273), Gesetz vom 22. Dezember 1981 (BGBl I S. 1523).

Die Polen-Sanktionen: Es gibt Leute bei uns, die auch aufgrund ihrer Aufgabenstellung dazu verpflichtet sind, sich Gedanken zu machen, welche Sanktionen wir nun machen können. Da hat es ein Interview gegeben eines unserer Freunde im Hessischen Rundfunk und er hat da breit ausgeführt, die letzte Stufe sei dann das Stoppen des Gasröhrengeschäfts. Dann müßte aber auch Amerika mit dem Weizen stoppen. Gleichzeitig erschien in der Presse ein Bericht aus Amerika, Reagan hat einem Interviewer erklärt, das habe gar keinen Sinn mit dem Weizen-Embargo. Denn die Praxis habe gezeigt, daß es immer umgangen werde. Es ist auch umgangen worden. Argentinien, Kanada, Chile usw. Die haben ja ihren Weizen auf anderem Wege bekommen. (*Einwurf: Mehl! – Unruhe.*) Ja. Ich finde, dieses Bild, diese Gegenüberstellung, die rein zufällig war, wirkt auf die Leser nicht sehr überzeugend. Genauso, wie es nicht gut ist, wenn wir in der Sicherheitspolitik die Raketenfrage in den Vordergrund stellen. Genauso wenig ist es gut, wenn wir in dieser Polen-Frage die Einzelheiten der Sanktionen in den Vordergrund stellen. Wir sollten Solidarität mit Polen fordern und Solidarität mit dem westlichen Bündnis, aber das doch mit einer gewissen Zurückhaltung, sobald es um die Details geht. Es darf nicht der Eindruck entstehen, die SPD ist besonnen, sie erhält uns den Frieden, und die Scharfmacher der CDU gehen in die andere Richtung.

Das zweite Thema⁴³, das allerwichtigste, ist das Thema Vollbeschäftigung. Ich werde in meiner Rede auf dem Parteitag sagen, Arbeitslosigkeit ist jetzt die größte Gefahr und Vollbeschäftigung unser vornehmliches Ziel. Und da ist nun mal ein Stichwort da, „Beschäftigungsvorhaben“, das schön klingt. Erstens geht es um Beschäftigung und zweitens um Programm, also um Aktion. Ich halte es semantisch für falsch. Wir haben in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer gesagt, wir sind gegen ein Beschäftigungsprogramm. Ich habe schon im Gespräch mit dem DGB gesagt, ich bin nicht prinzipiell dagegen, für mich ist die Frage da nur, wie kann es finanziert werden und welche Wirkungen wird es haben? Also ich glaube, wir dürfen den anderen nicht Gelegenheit geben – jetzt können sie es noch nicht –, in Zukunft zu sagen, die Arbeitslosigkeit ist deshalb erhalten geblieben, weil die CDU gegen ein Beschäftigungsprogramm war. Ich glaube, auch hier müssen wir differenzierter diskutieren und immer an die Schlagwörter denken, an die großen Überschriften; die Details werden von den Wählern ohnehin nicht verstanden.

Übrigens ist heute im „Spiegel“ – ich weiß nicht, ob es alle gelesen haben – eine Nachricht⁴⁴, Lamsdorff habe zugestimmt, daß für Investitionen der Industrie, also private Investitionen, eine Zulage gewährt werde und zwar nur für solche Investitionen, die höher seien als im Durchschnitt der letzten drei Jahre. Und diese Zulagen sollten gezahlt werden in Form eines Abschlags von der Steuerschuld 1983. Das solle finanziert werden dadurch, daß die Mehrwertsteuer ein halbes Jahr früher erhöht würde, am 1. Juli 1983. Das erbringe vier Milliarden D-Mark. Damit sei das möglich. Ich habe mir dazu noch keine Meinung gebildet; wenn einer der Kollegen das schon getan hat, wäre ich dafür dankbar. Wir haben ja heute morgen im Präsidium erörtert, und der Vorsitzende hat schon am Ende des Jahres in Gang gebracht, daß wir auch von der Fraktion aus eine Initiative für Vollbeschäftigung ergreifen, mit der wir dann in einigen Wochen auf die Bahn kommen. Aber auch in der aktuellen Diskussion müssen wir, glaube ich, geschickt argumentieren können; deswegen hätte ich gerne diesen Punkt hier zur Erörterung gestellt.

43 Transkript bis zum Ende des Wortbeitrags in ACDP 07-001-1032.

44 „Der Spiegel“ vom 18. Januar 1982; „Koalition: Zeit der Artigkeiten“.

Insgesamt sind unsere Chancen gut, aber die führen nicht automatisch zum Erfolg, deswegen bitte ich um Verständnis, daß ich aus meinem gequälten Herzen heraus hier einige Anregungen gegeben habe.

Stoltenberg: Herr Vorsitzender, meine lieben Freunde. Ich möchte auch im wesentlichen etwas zu dem eben angesprochenen Thema Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sagen. Ich will, weil wir uns alle ein bißchen konzentrieren müssen in unseren Beiträgen, das andere Hauptthema Außen- und Sicherheitspolitik nicht weiter aufnehmen. Ich kann allem zustimmen, was gesagt wurde, vom Vorsitzenden, von Norbert Blüm, auch der Art, wie dazu die Diskussion in der letzten Woche geführt worden ist. Ich will dazu aber einen Satz einmal für unsere weiterführenden Überlegungen und Aufgaben anfügen. Wir müssen die Diskussion um die Tragödie in Polen und die Konsequenzen für die Einschätzung der sowjetischen Politik und den Zusammenhalt im Bündnis sehr stark unter einem Gesichtspunkt anlegen, daß die Auseinandersetzung mit der Kampagne für einseitige Abrüstung, also dem, was Friedensbewegung genannt wird, langfristig weitergeht. Die Umsetzung der Erfahrungen und Erkenntnisse aus dieser polnischen Tragödie für die Meinungsbildung auch zu dem anderen Thema, NATO und Nachrüstungsbeschluß, vorzubereiten und uns hier diskussionsfähiger und überzeugungsfähiger zu machen, ist für mich, für die CDU/CSU eigentlich der wichtigste Punkt, wichtiger – ich gebe Alfred Dregger recht –, als sich jetzt über Details möglicher Sanktionen und ähnliche Einzelprobleme in der Öffentlichkeit zu äußern.

Zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.⁴⁵ Wir haben im Grunde unsere Eckdaten für die politische Bewertung dessen, was ja sehr widerspruchsvoll und ungeklärt in den Äußerungen der Koalition ist, und ich würde jede Stellungnahme, auch zu dem, was heute im „Spiegel“ steht, mit einem Fragezeichen versehen. Denn das, was heute im „Spiegel“ steht, stand in einer verkürzten Fassung Freitag in der „Bild-Zeitung“, Mehrwertsteuererhöhung. Graf Lambsdorff hat das Freitagabend in einer so heftigen Form dementiert⁴⁶, wie ich den Spätnachrichten entnommen habe, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß er nun acht Tage später oder vier Wochen später auf diese Mehrwertsteuererhöhung geht. Aber es ist offen, es ist kontrovers, und wir werden wahrscheinlich in Verbindung mit dem Jahreswirtschaftsbericht erste Erkenntnisse gewinnen, was die Koalition will, kann oder nicht will. Entscheidend ist, daß wir unsere Eckdaten aus der Diskussion des vergangenen Jahres halten und daß wir unsere Position noch ein Stück vor allem anhand von Ausarbeitungen, auf die der Vorsitzende hingewiesen hat, die auch wichtig und notwendig sind, zu den wichtigsten Punkten präzisieren. Nicht so sehr mit dem Anspruch, ein neues Programm vorzulegen, sondern anhand von Texten eine Argumentationsgrundlage zu gewinnen für alle in der CDU, wenn es geht in CDU/CSU, die sich öffentlich dazu äußern. Die beginnenden Wahlkämpfe bringen viele von uns in die Lage, daß wir uns ständig äußern müssen, zum Teil jeden Abend auf regionalen Pressekonferenzen, aber natürlich, was noch wichtiger ist, auch im Bundestag, im Bundesrat und gegenüber den Medien auf nationaler Ebene.

45 Transkript bis zum Ende des Wortbeitrags in ACDP 07-001-1032.

46 Es wurde verlautbart, Lambsdorff habe einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei auf 15 Prozent ab 1983 zugestimmt, um das staatliche Beschäftigungsprogramm zu finanzieren, was Lambsdorff sofort als „reine Erfindung“ bezeichnete (vgl. dpa vom 15. Januar 1982: „Lambsdorff: Meldung über höhere Mehrwertsteuer ‚reine Erfindung‘“).

Zu unseren Eckdaten aus den vergangenen Jahren gehört, daß wir gegen eine Politik sind, die Steuern und Abgaben erhöhen will, auch in Verbindung mit den beschäftigungspolitischen Initiativen. Da können sich, je nachdem wie die Koalition vorgeht, auch noch schwierige Fragen für uns ergeben. Ich will das nur mit einem Satz sagen. Ich würde gerne auch dies als ein Eckdatum ansehen, aber es bedarf der Präzisierung und der Durcharbeitung, auch auf mögliche Varianten hin.

Der zweite Punkt, den wir ja bis zu den großen Debatten über die Finanzvorlagen, Vermittlungsverfahren, im Dezember im Bundestag und Bundesrat noch einmal markiert haben, ist, daß zu einer Gesundung der Staatsfinanzen, zu einer Wiedergewinnung des Spielraums für eine aktive Beschäftigungswirtschaft und Beschäftigungspolitik – wir sollten beides als parallele Begriffe festhalten –, weitere Kürzungen bei Leistungsgesetzen gehören, daß das sozusagen die *Conditio sine qua non* ist als Forderung an die Bundesregierung, die das zu leisten hat. Wir haben nicht die Notwendigkeit, wir können auf gewisse Erklärungen dazu im Herbst zwar mal rekurrieren, Erklärung der Bundestagsfraktion, Stellungnahme des Bundesrates, und haben nicht die Verpflichtung, bis zum letzten auszuarbeiten und zu verdeutlichen, was das bedeutet.

Drittens, daß wir diese weiteren Kürzungen bei Leistungsgesetzen fordern, nicht aus Freude am Kürzen, sondern weil nur so eine Begrenzung der Schuldenaufnahme, also eine mittelfristige Gesundung auch des Kapitalmarkts erfolgen kann, mit dem Thema Spielraum für Zinssenkungen. Und dann müssen wir die wohnungsbaupolitische Debatte weiterführen – nach dem Erfolg, den wir im Dezember gehabt haben – im Hinblick auf die anstehenden Debatten, Wiederbelebung Wohnungsbau, Rechtssicherheit für Energieinvestitionen, neue Medientechniken und Vermögensbildung. Das scheinen mir einmal die Eckdaten zu sein für diese Diskussion, weil es vollkommen richtig ist, wenn gesagt wurde, es genügt nicht zu sagen, wir sind gegen ein Beschäftigungsprogramm, wir müssen in einer für die Menschen verständlichen, aber zugleich auch anspruchsvollen Sprache einen Weg weisen, der auch von uns programmatisch erwartet wird.

Nun liegt, wenn ich mal das Pressebild der letzten 14 Tage seit Jahresbeginn mir vergegenwärtige, unser Problem nicht darin, daß wir in diesen Fragen Gegensätze haben, obwohl wir, und dazu sind die erwähnten Ausarbeitungen und Argumentationshilfen und ihre Beratung wichtig, auch noch einiges aufarbeiten müssen. Wir bekommen mit Sicherheit im nächsten Monat wieder eine Diskussion über das Thema Arbeitszeitverkürzung. Ich sage Ihnen voraus, daß wir ohne eine solche Abstimmung unter uns unterschiedliche Voten in der Öffentlichkeit bekommen aus dem weiten Bereich der CDU/CSU, etwa zum Stichwort Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Wir müssen hier noch ein Stück aufarbeiten in einzelnen Punkten.

Das Hauptproblem liegt aber in dem Thema der Vermittlung, der Art, wie Stellungnahmen, Äußerungen, Interviews und freie Reden über unseren Medienapparat, vor allem die Nachrichtenagenturen verkürzt, zusammengefaßt, mit den berühmten Leitsätzen verbreitet werden und dann jeweils von den politischen Freunden, die sich selbst äußern, aufgenommen werden. Wir haben in der letzten Woche den Vorgang, daß laut Pressemeldungen es eine kritische Debatte hier in Bonn gegeben hat über ein Interview von mir, über eine Äußerung vom Kollegen Albrecht⁴⁷, und ich sehe in der Freitagspresse und in

47 Stoltenberg-Interview zur Diskussion über ein staatliches Beschäftigungsprogramm im Deutschlandfunk vom 12. Januar 1982 (BPA-Nachrichtenabt. Ref. II R3).

den Fernsehnachrichten, daß auch dem Franz Josef Strauß von einer Agentur nun in den Mund gelegt wird, er sei nicht mehr gegen ein Beschäftigungsprogramm. Laut „Süddeutscher Zeitung“⁴⁸ soll er gesagt haben, auch die bayerische Staatsregierung würde ein solches Programm nicht ablehnen, sondern passieren lassen. Ich kenne nicht die Originaltexte, nur müssen wir das machen, was wir in den guten Perioden der CDU/CSU – und wir sind, nach meiner Überzeugung, in einer guten Periode – in der CDU immer gemacht haben, daß wir, wenn eine Agenturmeldung oder eine Rundfunkmeldung über den Äther geht, die jemand irritiert, miteinander reden – dafür gibt es Telefone – und nicht anfangen, übereinander zu reden mit Ergebnissen, wie ich sie Freitag in der „Frankfurter Allgemeinen“ gesehen habe. Ein Vorgang, den ich hier nur ganz kurz nochmal bedauern will, wir haben im Präsidium darüber gesprochen. Wir können darüber zur Tagesordnung übergehen. Das ist ein entscheidender Punkt für uns.

Die Intensität dieses Themas nicht nur in den nächsten vier Wochen, sondern im ganzen Jahr, wird ständig dazu führen, daß sich viele von uns dazu äußern müssen. Die alte Vorstellung, man könne eine solche öffentliche Diskussion auf einzelne Personen per Geschäftsverteilung beschränken, ist nicht realistisch. Aber wir sollten die beiden Wege gehen, die hier schon vorher angesprochen wurden, die ich noch einmal unterschreiben möchte, daß wir die genauere Argumentation zu den genannten Stichworten und anderen anhand eines von unserer Partei natürlich in Verbindung mit den zuständigen Kollegen der Fraktion zu erstellenden und zu diskutierenden Argumentationspapiers noch einmal vorbereiten und vertiefen und daß wir den Kontakt miteinander halten, wenn es darum geht, Stellungnahmen zu bewerten oder darauf aufzubauen.

Ich will nur noch zwei Sätze sagen, weil das in dem Bericht von Helmut Kohl auch eine Rolle spielte. Ich kann hier an Alfred Dregger anknüpfen. Wir müssen noch einmal, heute kann es nur im Ansatz geschehen, eine weitere Diskussion führen über die langfristige Strategie in Hinblick auf die Wahlen. Die Landtagswahlen enden nicht in diesem Jahr. In dieser Serie der Landtagswahlen gibt es Anfang des nächsten Jahres die beiden Wahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, die man in diese Betrachtung einbeziehen muß. Natürlich wird es eine Diskussion der anderen und der Medien geben, wie in Hessen gesagt wird, die Zweidrittelmehrheit zu verhindern, den Sturz der Bundesregierung zu verhindern. Aber diese Diskussion wird weitergehen bis Anfang nächsten Jahres. Vielleicht dann mit einer anderen Argumentation, wenn wir, was ich hoffe, eine Zweidrittelmehrheit der CDU/CSU-geführten Bundesregierung erreichen, durch Hamburg oder Hessen oder durch beides. Dies bedarf auch einer Klärung, einer grundsätzlichen Klärung, ich melde das nur für ein späteres Gespräch an, wie nicht nur der Bundesrat selbst, sondern auch die Partei und die Fraktion die Rolle des Bundesrats einschätzen. Ich erinnere aus einer Diskussion im letzten Herbst in einem Freundeskreis hier in Bonn an die Meinung einzelner Freunde aus der Fraktion, es sei die Aufgabe des Bundesrats, auch in Verbindung mit den Finanzvorlagen, die Regierung zu stürzen. Ich habe einer solchen Auffassung immer widersprochen mit vielen anderen. Nicht nur aus einem Verfassungsverständnis, sondern auch aus einer bestimmten Interpretation unserer parteipolitischen Interessenlage im Hinblick auf die Serie der Landtagswahlen bis zum März.

48 „Süddeutsche Zeitung“ vom 16. Januar 1982: „Strauß nicht grundsätzlich gegen Beschäftigungsprogramm“.

Ich spüre die Nachwehen dieser Diskussion auch Anfang dieses Jahres in Zeitungsmeldungen – ich will hier niemanden zitieren, der nicht anwesend ist – in der Bewertung einzelner Ministerpräsidenten, und da tauchen dann ja auch die Namen von Ernst Albrecht und mir auf, wir hätten, das wird heute auch nochmal im „Spiegel“ nachzitiert, für einige Silberlinge die Regierung gefestigt.⁴⁹ Das ist eine Interpretation unserer gemeinsamen Anstrengungen, Fraktion und Ministerpräsidenten, zum Thema Finanzvorlage. Ich brauche auf die Entscheidung vom November/Dezember⁵⁰ nicht mehr einzugehen, über die ich nur den Kopf schütteln kann. Aber ich erwähne das nur deshalb, weil natürlich in solchen Bewertungen die Annahme drin ist, daß die Finanzvorlagen im Dezember oder auch weitere Vorlagen in diesem Jahr von uns, den CDU/CSU-geführten Ländern gemeinsam mit der Bundestagsfraktion, aber im wesentlichen von uns, der Hebel seien zum Sturz der Bundesregierung. Ich möchte wie Alfred Dregger, auch im Interesse unserer Landtagswahlen, und das gilt für alle, für Hessen besonders, vor einer solchen Einschätzung warnen.

Natürlich hat, wie Helmut Kohl zu Recht gesagt, die Koalition im Ablauf dieses Jahres einige Klippen vor sich, an denen sie scheitern kann. Wir müssen politisch-programmatisch darauf vorbereitet sein, und diese politisch-programmatische Diskussion ist in der Tat das, was notwendig ist, nicht eine Personaldebatte. Darüber gibt es ja keinen Zweifel. Nur dem Aufbau von Erwartungshorizonten möchte ich weiterhin auch ausdrücklich widersprechen nach den Zwischentönen, die ich gehört und gelesen habe in den letzten Wochen, daß wir den Schlüssel über Bundesrat, über andere Dinge hätten. Gelegentlich, Herr Vorsitzender, richten sich auch Erwartungen an den Fraktionsvorsitzenden, er sei derjenige, der dieses Wundermittel finden müßte, wir müßten zu einem bestimmten Zeitpunkt oder einem bestimmten Zeitraum sozusagen von uns aus diesen Sturz der Koalition herbeiführen. Die Konsequenz wäre nämlich, daß eines Tages eine Schulddebatte beginnt, wenn es nicht erreicht werden sollte. Das ist für das Miteinander in der CDU und der CSU sehr wichtig und ist überhaupt kein Argument dagegen, daß wir jede Chance, die sich bietet, voll nutzen auch in dieser Perspektive. Aber es ist ein Argument dagegen, daß Erfolg oder Mißerfolg unserer Politik Ende dieses Jahres in den dann fälligen Jahresbetrachtungen und Klausurtagungen und anderen Begegnungen oder auch in Verbindung mit den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein daran gemessen wird. Das würde ich für einen Fehler halten, sogar für einen schwerwiegenden Fehler, weil dieses Jahr uns ohne Zweifel die Chance eröffnet, unsere Position auch in Verbindung vor allem mit den Landtagswahlen – Kommunalwahlen sind auch wichtig – ein Stück auszubauen.

Ich will als letztes sagen, wenn es uns gelingen sollte in Hamburg, in Hessen, in einem oder in beiden Ländern, Regierungsverantwortung zu übernehmen, hätten wir eine Position in der Landes- und Kommunalpolitik wie niemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Sollten die anderen überleben – das entscheiden in letzter Konsequenz nicht wir, ob sie überleben, sondern es ist eine Willensentscheidung der verantwortlichen SPD- und FDP-Politiker in Bonn –, dann können wir eine psychologische Situation auf dieser Grundlage für die nächste Bundestagswahl schaffen oder verstärken,

49 „Der Spiegel“ vom 18. Januar 1982: „CDU/CSU – Kreuz statt Herz“.

50 Vgl. dazu Bundesrat PlPr 507. Sitzung vom 18. Dezember 1981 (Albrecht S. 446–450, Stoltenberg S. 460f.; Beschlüsse S. 461f.)

daß dann auf diesem Hintergrund unserer Position in der Landes- und Kommunalpolitik eine Stimmung Platz greift, wo gesagt wird, jetzt geht es nicht mehr ohne die Union, jetzt muß das, was in Ländern und Städten vollzogen ist, in der Logik dieses Prozesses auch in Bonn sich vollziehen. Ich halte das eigentlich für die Perspektive, über die wir weiter miteinander reden müssen und von der ich mir auch einen Erfolg in der grundlegenden Veränderung der öffentlichen Meinung zu unseren Gunsten verspreche.

Pieroth: Es gibt zum Beschäftigungsprogramm, zu den inhaltlichen und den eben genannten sprachlichen Problemen konkret auch ein praktisches, nämlich unser Verhältnis zur FDP. Ich bin sehr froh darüber, daß man jeden Einwurf dagegen hat in den Diskussionsbeiträgen. Wir dürfen ja nicht vorweg die Sollbruchstellen beseitigen, die es zwischen SPD und FDP in der Frage gibt, das Dilemma, das darin besteht, daß durch die hohe Staatsverschuldung die Zinsen hoch bleiben und die Investitionen nicht anspringen. Die Zinsen müssen aber sinken, die Staatsverschuldung muß zurückgeführt werden. Diese zwei Bedingungen sind bisher nicht erfüllt, sie sind aber unverzichtbare Voraussetzungen für etwas, was man Beschäftigungspakt nennen könnte. Ohne besondere stabilitätspolitische Tarifabschlüsse geht ein solcher Pakt nicht. Zunächst müssen die Tarifabschlüsse herbeigeführt sein, erst dann kann man eine Prämie für kostenneutrales Verhalten geben. Hilfen für die Investitionskontur können nur haushaltsneutral bedingt werden, d. h., man muß vom konsumtiven zum investiven Bereich kommen. Wenn beide Bedingungen zutreffen, die kostenneutralen Tarifvereinbarungen und die gesetzlichen Sparbeschlüsse für 1983/84 im konsumtiven Bereich, wie es der Sachverständigenrat fordert, also diese Umschichtung von Konsum zu Investition, dann könnte ein solcher Beschäftigungspakt als anpassungsförderndes Konsolidierungsprogramm gesehen werden. Förderung der privaten Investition: Hier dürfen wir nicht über die Investitionszulage reden, sonst ist da Aktionismus möglich. Die Förderung der Eigenkapitalbildung in Verbindung mit Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist ja interessant bei der Entwicklung bei der Deutschen Angestelltengewerkschaft zu beobachten.

Wir betreiben in Berlin eine Selbstständigkeitsinitiative und eine Innovationsoffensive als weitere Merkmale, wie sie auch im Sachverständigenrat zuhause sind. Dann könnte man, dafür habe ich mich gemeldet, in aller Kürze, ein öffentliches Investitionsbeschleunigungsprogramm starten. Es ist unbestritten bei uns, daß dazu der Abbau von Investitionshemmnissen gehört. Wir haben in Berlin gesagt, das geht nur an konkreten Objekten und mit konkreten Maßnahmen. Unter den genannten Bedingungen, daß die Tarifpartner stabilitätskonform abschließen und die Sparbeschlüsse zunächst zuvorgekommen sind, könnte man auch öffentliche Investitionen aus den Jahren 1983 und 1984 in das Jahr 1982 vorziehen, da sie dann ja solide finanziert werden. Es ist in der Tat abenteuerlich, daß wir bei minus zwölf Prozentpunkten bei den öffentlichen Investitionen liegen. Die Tarifpartner müssen in den nächsten drei Monaten zurechtgekommen sein. Gehen wir so vor, das schließt eigentlich den Kreis, dann entlassen wir die FDP nicht aus ihrer Verantwortung, sprechen wir vom Stabilitätspakt, dann haben wir auch ein sprachlich vernünftiges Wort und sind inhaltlich durch den Sachverständigenrat gedeckt.

*Geißler:*⁵¹ Ich möchte am Anfang dieses Jahres noch auf einen Sachverhalt aufmerksam machen, der uns ja allen bekannt ist, aber der sowohl für die Landtagswahlen wie

51 Transkript des Wortbeitrags in ACDP 07-001-1032.

für die Bundestagswahl natürlich von Bedeutung ist. Bundestagswahlen, das ist eine allgemeine Erkenntnis, werden entschieden sowohl durch personalpolitische Entscheidungen wie auch durch sachpolitische Entscheidungen. Die These, daß das eine das Übergewicht habe gegenüber dem anderen Bereich, den sachpolitischen Aussagen, wird man nicht in Prozentsätzen ausdrücken können, aber ich glaube, es hat noch keine Bundestagswahl gegeben, die nicht auch durch Sachfragen entschieden worden ist. Das kann man von Konrad Adenauer bis heute, glaube ich, eindeutig nachweisen. Wenn dies richtig ist, dann muß man sich überlegen – und dafür spielt dieses Jahr 1982 eine entscheidende Rolle –, welche sachpolitischen Probleme bei der Bundestagswahl, wann sie auch kommen mag, auch wenn sie erst 1984 kommt, eine entscheidende Rolle spielen werden. Ich mache hier jetzt nur auf etwas aufmerksam, was vom Parteivorsitzenden und von Gerhard Stoltenberg schon umrissen worden ist, was ich aber ganz kurz vertiefen möchte, nämlich das Problem der Arbeitslosigkeit. Wir haben jetzt 1,7 Millionen Arbeitslose. Es ist aber mit Sicherheit damit zu rechnen, daß es bei diesen 1,7 Millionen Arbeitslosen nicht bleiben wird, (*Kohl*: Das ist ja jetzt schon nicht.) es sind jetzt schon mehr, und zwar aus folgenden Überlegungen: Nach allen Aussagen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute müssen wir mit einer Steigerung des Erwerbspersonenpotentials von 1983 bis 1985 von rund 600.000 Personen zusätzlich rechnen. Das hängt zusammen mit der Aufrechnung derjenigen, die aus Altersgründen ausscheiden, berechnet gegenüber denjenigen, die in das Arbeitsleben eintreten. Das heißt, durch die geburtenstarken Jahrgänge kriegen wir bis 1985 ohnehin schon einen zusätzlichen Schub von 500.000 bis 600.000 zusätzlichen Erwerbspersonen, die im arbeitsfähigen Alter stehen. Das ist der erste Punkt.

Zweitens muß man sich das Verhältnis vor Augen halten zwischen der Produktivitätssteigerung und dem wirtschaftlichen Wachstum. Wenn man davon ausgeht, daß wir eine Produktivitätssteigerung haben werden von drei Prozent, also eine Steigerung der Produktivität pro Arbeitsplatz, aber gleichzeitig maximal eine Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums jetzt in diesem Jahr von 0,5 Prozent – die Bundesregierung rechnet mit zwei Prozent, was schon eine optimistische Berechnung darstellt –, dann muß man ja noch einmal mit zusätzlichen Erwerbspersonen, mit einem Ausfall von Arbeitsplätzen in der Größenordnung von 500.000 und 600.000 rechnen, die zusätzlich bewältigt werden müssen zu den 1,7 Millionen. Das heißt, man muß davon ausgehen, daß bis zur Bundestagswahl wir neben den 1,7 Millionen Arbeitslosen, die es jetzt zu bewältigen gilt, noch einmal über eine Million an zusätzlichen Arbeitsplätzen als Aufgabe vor uns steht. Ich sage dies deswegen, weil man aus diesen Zahlen unschwer ableiten kann, daß das Problem der Arbeitslosigkeit das zentrale Thema nicht nur jetzt der Landtagswahlen, sondern auch der nächsten Bundestagswahl sein wird, weil aus diesem Grund – nicht nur deswegen, das haben wir schon in den vergangenen Sitzungen erörtert – z. B. der Ausgang der Landtagswahlen davon abhängen wird, wem die Arbeitslosigkeit letztendlich zugerechnet wird, der Bundesregierung oder den jeweils zur Debatte stehenden Landesregierungen. Da stehen wir in der Demoskopie im Moment gut da. Die CDU hat als solche, das hat der Parteivorsitzende gesagt, einen klaren Sachkompetenzvorsprung auf dem Gebiet in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Aber angesichts der Dimension, die sich hier abzeichnet – Niedersachsen hat negative Entwicklungen der Arbeitsmarktzahlen, in anderen

Bereichen genauso –, kann das natürlich auch wieder rückläufig sein, was die Kompetenz anbelangt, wenn von uns nicht die richtigen Maßnahmen ergriffen werden.

Deswegen möchte noch einmal nachdrücklich unterstreichen, daß wir nicht den Fehler begehen dürfen in unseren arbeitsmarktpolitischen Aussagen und unseren Aussagen zur Vollbeschäftigung, daß wir uns hier nicht darauf beschränken dürfen zu sagen, wir lehnen ein Beschäftigungsprogramm, wie es die Sozialdemokraten oder der DGB vorschlägt, ab. Das kann man begründen. Das Beschäftigungsprogramm, so wie es dort verstanden wird, möglicherweise eine Wiederauflage der alten Investitionsprogramme mit einer falschen Finanzierung, das ist ausführlich genug dargelegt worden, kann nicht unser Konzept sein. Aber wir müssen auf der anderen Seite uns doch daran erinnern, daß wir zur Überwindung der Arbeitslosigkeit eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt haben in drei wichtigen Bereichen: im Bereich der Investitionsförderung, der privaten und der öffentlichen Investition, im Leitantrag auf dem Bundesparteitag. In dem zweiten wichtigen Bereich der Tarifpolitik waren wir diejenigen und nicht die Freien Demokraten, die gesagt haben, das Thema Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand muß Gegenstand auch der tarifpolitischen Auseinandersetzungen werden. Und wir haben den dritten wichtigen Bereich der Arbeitsmarktpolitik. „Qualitative Arbeitsmarktpolitik“ war das Stichwort des Leitantrages in Hamburg. Deswegen glaube ich schon, daß es wichtig ist, daß wir jetzt in den nächsten Wochen, das möchte ich noch einmal unterstreichen, positiv eine Zusammenfassung und eine Vertiefung dessen auf den Markt bringen, was wir zur Überwindung dieser schwerwiegenden Krise zu sagen haben. Das will ich jetzt im Detail gar nicht darstellen. Gerhard Stoltenberg hat ja schon einiges dazu gesagt.

Wir haben im Parteipräsidium miteinander darüber geredet, und ich werde – die Bundesgeschäftsstelle arbeitet daran schon seit einiger Zeit – noch einmal alles zusammenfassen, was wir zu diesem Thema in der letzten Zeit beschlossen haben. Das muß dann vertieft werden und kann dann als Argumentationskonzept von uns verwendet werden, wobei wir uns in der Tat noch einmal überlegen sollten, ob es ausreicht zu sagen, das ist ein Argumentationskonzept oder ein Argumentationsmaterial, oder ob wir der Sache nicht etwas höhere Weihen geben müssen wegen der psychologischen Bedeutung dieser ganz wichtigen Angelegenheit. In der Tat sagen wir, wir haben ein Programm oder ein Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Man muß sich hier auch verbal absetzen gegenüber dem, was die anderen jetzt in den vergangenen Wochen in die Diskussion gebracht haben. Jedenfalls muß eine solche zusammenfassende Darstellung unserer Konzeption zumindest in diesen drei Teilen auf den Markt.

Und jetzt würde ich sagen als letzte Bemerkung, die Freien Demokraten spielen hier natürlich schon eine Rolle. (*Kohl: Die fallen aber um!*) Aber ich finde, jetzt unter einem anderen Gesichtspunkt spielen sie eine Rolle, vielleicht von einer grundsätzlicheren Bedeutung. Also wenn der Satz stimmt, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung überhaupt nur möglich ist, wenn sich auch die psychologische Situation verändert, und der Satz stimmt sicher, wirtschaftliches Wachstum ist zu 50 Prozent Psychologie – das hat nicht nur Ludwig Erhard gesagt, das ist die Auffassung von Karl Schiller⁵² gewesen, ist die allgemeine Meinung – dann kommt eine Veränderung, eine positive Veränderung des

52 Karl Schiller (1911–1994), Diplom-Volkswirt, Hochschullehrer; 1946–1957 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1947 Professor für Wirtschaftstheorie an der Universität Hamburg, 1965–1972 MdB, 1966–1972 Bundesminister für Wirtschaft, 1971/72 zugleich für Finanzen.

Investitionsklimas nur bei einer neuen Regierung zustande. Das kann man nicht messen in den Prozentsätzen, aber das wird von niemandem ernsthaft bestritten. Erst dann, wenn diese grundsätzliche psychologische Veränderung vorhanden ist, wenn klar ist, daß die Leute wieder Vertrauen haben können in die Zukunft, Vertrauen haben können in die Politik, werden die anderen Maßnahmen greifen.

Wenn dies richtig ist, dann glaube ich, darf man die Freien Demokraten aus dieser Verantwortung nicht herauslassen. Denn die Freien Demokraten könnten eine Veränderung der Politik herbeiführen. Die Freien Demokraten haben bis zur nächsten Bundestagswahl den Schlüssel in der Hand für eine neue Politik. Und wenn sie es verhindern, daß diese neue Politik zustande kommt, indem sie an der alten Regierung festhalten, dann muß man ihnen auch die Verantwortung aufbürden für jeden Arbeitslosen, der zusätzlich in der Bundesrepublik Deutschland dadurch entsteht, daß die Freien Demokraten eine neue Politik verhindern. Das muß schon deutlich gemacht werden, zumal ja feststeht, daß wir in der Wirtschafts- und in der Arbeitsmarktpolitik in wesentlichen Punkten mit den Freien Demokraten wesentlich mehr Gemeinsamkeiten haben als mit anderen politischen Gruppierungen. Es gibt von der Investitionsseite her über die Tarifpolitik bis hin zur konkreten Arbeitsmarktpolitik eine ganze Reihe von Übereinstimmungen mit der FDP, so daß die Tatsache, daß die Freien Demokraten diese neue Politik nicht wollen, nicht von den Sachnotwendigkeiten erklärt werden kann oder aus dem Interesse des deutschen Volkes, sondern nur erklärt werden kann aus parteipolitischen Gründen des Überlebens. Ich finde, die CDU kann in der Argumentation die Freien Demokraten aus dieser Verantwortung nicht entlassen, zumindest also in der kommenden Argumentation. Das, glaube ich, liegt auch in der politischen Logik. Darauf wollte ich aufmerksam machen. Ich glaube, das kann man ja hier sagen.

Wir werden jetzt möglichst rasch diese zusammenfassende Darstellung unserer wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Initiativen erstellen, und wir werden ja bei der nächsten Sitzung des Parteipräsidiums dann über diesen ersten Abriß eine ausführliche Diskussion haben.

Barzel: Herr Vorsitzender, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte an sich nur die Absicht, zu außenpolitischen Fragen ein paar Worte zu sagen, aber Herr Stoltenberg hat mich doch veranlaßt und hat mich ja auch direkt und indirekt angesprochen. Ich will jetzt die Debatte nicht aufnehmen vom Sommer, die Protokolle liegen da. Ich habe auch nicht die Absicht, hier eine Schulddebatte zu führen. Ich habe damals gesagt, den Regierungssturz muß man nicht herbeiwarten, sondern herbeiführen, und habe mir erlaubt, dazu konkrete Vorschläge zu machen. Niemand hindert uns heute, aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1981 die goldenen Worte des Grafen Lambsdorff, denen wir alle zustimmen können, er weiß genau, was geschehen müßte – das schließt an das an, was Geißler eben gesagt hat –, in Anträgen im Bundestag und Bundesrat hervorzuheben. Ich habe das damals auch vorgeschlagen, damit wir nicht im Bundestag und Bundesrat zu anderen Verhaltensmustern kommen. Dies ist passiert. Ich warne jetzt nur davor, die Worte „Programm“ und „Beschäftigung“ zu übernehmen, das ist nicht marktwirtschaftlich, sondern was wir brauchen, ist ein neuer Anfang. So haben wir gerade einen Parteitag gehabt mit der jungen Generation. Was wir brauchen, ist neue Wirtschaftspolitik, zum Beispiel die, die der Graf Lambsdorff im Jahreswirtschaftsbericht 1981 niedergelegt hat,

die aber nicht stattfindet. Das ist dann gemeinwohlwidrig, da bin ich wieder bei Herrn Geißler.

Was unsere Länder betrifft, so steht mir natürlich nicht zu, auch nur einen Rat zu wagen. Aber wenn Sie in Landtagswahlen sind, würde ich doch empfehlen, daß Sie sich an diesem Beschäftigungsprogramm, was die Bundesregierung macht, nicht beteiligen, sie auch nicht behindern, sondern sagen, ihr kommt sowieso zu spät, das ist ein Ausschnitt von Politik, aber bitte schön, versucht es mal. Wie sonst soll Albrecht durchkommen, wie sonst soll Kiep durchkommen? Ich glaube, daß die Bundestagsfraktion, ich kann für sie nicht sprechen, dafür Verständnis haben würde. Aber bitte sich nicht daran beteiligen! Mal die Hände zumachen und sagen, wir wünschen euch Glück.

Und nun zu der außenpolitischen Seite. Die Debatte wird nochmal zu führen sein, auch nachträglich, Herr Stoltenberg, zur Außenpolitik. Der Vorsitzende hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es ein hohes Gut war, daß wir am 18. Dezember eine gemeinsame Entschließung im Bundestag hatten. Das war unser Text und unsere Idee. Daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses⁵³ das einbringen würde, war nicht unsere Idee, sondern kam von den beiden anderen Fraktionen, was deren Unterlegenheit offenbart. Wenn diese Gemeinsamkeit nun zerbrochen ist, dann nicht, wie man versucht, denen einzureden wegen einiger Heißsporne, die aus Freude nach Bonn und Berlin reisen, sondern weil wir gesagt haben am 18. Dezember, wir wollen die Frage von Wirtschaft und humanitären Hilfeleistungen des Staates, nicht der privaten, offenhalten, um den Polen eine Chance zu geben. Es war ja auch möglich, daß Jaruzelski das wollte, was er erklärte, und wir dann alle gesagt haben, jetzt braucht der Mann Hilfe. Das war unser Argument. Nachdem aber nach vier Wochen klar war, daß das Gegenteil richtig war, haben wir gesagt: aussetzen. Nicht die private Hilfe, auch nicht die Lebensmittelhilfe, das ist ganz klar.

Dies haben wir dann im Auswärtigen Ausschuß klargemacht, da hat Herr Genscher gemerkt, was die angerichtet haben, und hat am Wochenende versucht, über mich diese Gemeinsamkeit wiederherzustellen, was nicht möglich war. Ich habe den Ball aufgefangen und zurückgespielt. Sie haben das gelesen, ich will das nicht im einzelnen vortragen. Ich bitte Sie nur, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Bundesaußenminister einer Koalition, die außenpolitisch begründet ist und zusammenhalten will, die Hilfe des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses öffentlich in Anspruch genommen hat. Er sie natürlich nicht bekommen hat. So töricht sind wir auch nicht.

Jetzt zu den Sanktionen. Die Fraktionen sind also einig in den Zielen in Polen, sie sind jetzt einig, daß die Sowjetunion die Schuld hat. Der Kanzler brauchte bis Washington, um das zu erkennen. Wir sind uns nicht einig in dem, was jetzt geschehen könnte. Und da ist eben ein Formelkompromiß schlicht überflüssig. Nun braucht mir keiner zu erzählen, welche Erfahrungen wir in 30 Jahren mit Sanktionen gemacht haben. Wir haben Afghanistan alle im Ohr, musterhaft unsere Freunde in London. Die schönsten Worte! Als es ans Eingemachte ging, hatte die City natürlich damit nichts zu tun. Zu Ihren Fragen auf Ehre und Gewissen aller meiner Kenntnisse, die ich zu dieser Stunde habe, was ich aus Frankreich an konkreten Sanktionen erwarte, ist meine Antwort auf Gewissen: zero. Ich müßte Ihnen sogar mitteilen, daß noch in der letzten Woche das sie betreffende Gasröhrengeschäft, das ist ein viel größerer Anteil als bei uns, diskutiert wurde. Es heißt dann

53 Vorsitzender von 1980–1982 war Rainer Barzel.

immer, „die Deutschen“, das ist ja gar nicht wahr! Der Reibach liegt ganz woanders. Sie machen das eben geschickter als unsere Regierung, und das ist der Punkt.

Und ich möchte deshalb bei allen schlechten Erfahrungen, skeptischen Vorbehalten einer erfahrenen Welt uns gleichwohl einreihen in die, die für Sanktionen sind. Denn wir dürfen nie vergessen, jetzt gucke ich Gradl an, daß in der Eventualplanung für Berlin dies ein fundamentaler Punkt ist, daß aus Bonn niemals auch nur ein Fragezeichen gegen Sanktionen als ein Mittel von Politik kommen darf. Da würden wir uns selbst, glaube ich, eines Mittels entledigen.

Ich würde gerne eine andere Sache noch eben auf den Tisch legen beim Röhrengasgeschäft, wo wir ja eine weise Haltung eingenommen haben, wozu ich uns nur beglückwünschen kann. Jetzt haben wir zwei Wahrheiten von der Regierung. Das sage ich an die Adresse derer von uns, die jeden Tag mit dem Abbruch da drohen, und sei es nur als Strafe. Strafen nützen gar nichts großflächig. Alles andere ist zu sehen, wie es hier vorge tragen worden ist. Nur, wir haben zwei Wahrheiten, und darauf müssen wir die Regierung festnageln. Die eine heißt, was abgeschlossen ist, muß laufen. Alte Adenauer-Politik. Die andere Wahrheit heißt, Graf Lambsdorff hat im Herbst vor dem Abschluß in Moskau erklärt, das geht nur, wenn die Großwetterlage stimmt, und hat dann auf Afghanistan und Polen hingewiesen; die Zitate finden Sie im Bundestagsprotokoll vom 3. Dezember⁵⁴. Wir wollen die Regierung bedrängen mit den beiden Wahrheiten. Denn wenn sie den Vorbehalt der Politik erklärt hat, kann sie jetzt nicht sagen, was abgeschlossen ist, gilt. Für uns eine ausreichende Position! Wir brauchen hier nicht mehr zu machen. Unter uns kann ich doch mal sagen, ich hatte zu Beginn einmal öffentlich gesagt, dazu, was der Präsident der USA Sanktionen nennt, möchte ich mich nicht bei uns drängen lassen, wenn vielleicht unsere Freunde in Washington mehr sagen. Das muß alles, glaube ich, sehr deutlich gesehen werden.

Ich würde gerne, Herr Vorsitzender, noch ein Wort mehr sagen, weil natürlich die Reaktion draußen fundamental ist für uns. Das geht ja nicht mehr nur gegen Schmidt und diese Regierung, das geht gegen die Deutschen. Das hat dieser Kanzler nun geschafft. Ich habe, wie es meine Pflicht ist, mich erkundigt, was nun eigentlich wirklich los ist, und kann Ihnen sagen, es ist überhaupt nicht die Reaktion auf Polen. Denn was wir hier privat machen, macht einen ungeheuren Eindruck in der westlichen Welt. Das ist die Summation der Vorgänge, bis hin Breschnew, Honecker, Jalta und solche Sachen. Und ich möchte uns hier erinnern, auch mit dem Blick vielleicht, Herr Vorsitzender, auf die Debatte morgen, und weil hier Kollegen am Tisch sitzen, die das gar nicht erlebt haben – was ich prima finde, daß sie da sind, ich würde viel lieber gar nicht mehr hier sein –: Wir dürfen nie vergessen, daß die gegenwärtig amtierende Koalition hervorging aus dem Jahr 1969 und daß vor der Bundestagswahl 1969 Delegationen der FDP und SPD nach Moskau eingeladen wurden und wir bewußt nicht. Im Westen hat man die Salbung, nicht nur in Washington, sondern in Moskau nicht vergessen.

Ich möchte Sie erinnern an den zentralen Leitantrag des SPD-Vorstandes zu ihrem Parteitag im Oktober 1979⁵⁵. Da ist die Rede von der Zentralbedeutung des Verhältnisses zur Sowjetunion; die zentrale Bedeutung zu Großbritannien, Frankreich oder USA wird dort nicht betont. Ich möchte nicht erinnern an die Bismarck-Debatte, die ich mit

⁵⁴ Sten. Ber. 9. WP 70. Sitzung S. 4118–4124.

⁵⁵ Am 3.–7. Dezember 1979 in West-Berlin.

Schmidt mal im Bundestag hatte; lassen Sie das mal weg, das kann man alles nachlesen.⁵⁶ Auf dem Höhepunkt seines Ansehens, nämlich nach dem Sieg in Nordrhein-Westfalen hat Schmidt doch erklärt, es sei die deutsche Aufgabe, ausgleichend zwischen Ost und West zu wirken. Jemand, der sich zum Dolmetscher macht, ist nicht mehr Partei! Der Dolmetscher nimmt den neutralen Zwischenplatz ein. Das ist das, was die Leute aufregt. Und unsere westlichen angelsächsischen Freunde, die Unterschriftspartner von Jalta sind, sagen natürlich: Der hält uns wohl für lose Unterschriftengeber! Wir haben in Jalta unterschrieben, alle europäischen Länder, die befreit sind, sollen jetzt freie demokratische Regierungen haben. Wir können doch nicht in Jalta die Teilung Europas unterschrieben haben und im Deutschlandvertrag⁵⁷ auch zugesichert haben die Wiedervereinigung. Da wären wir doch ganz unaufrichtige Gesellen. Das trifft die hart, und das trifft gerade bei denen hart, die da die Papiere machen für die obersten Chefs. Also das alles, was wir jetzt erleben, ist nicht dem Bundeskanzler passiert und das ist auch nicht Brandt-Kurs, sondern das ist sozialdemokratischer Kurs. Das ist nicht passiert, sondern das ist die Politik, die dort gewollt wird. Das, glaube ich, sollte man dann auch so erkennen und vielleicht dann auch mal aussprechen.

Ich würde gerne, Herr Vorsitzender, noch zwei ganz kurze Bemerkungen machen. Die eine: Irgendwann sollten wir mal unsere weisen Köpfe zusammenstecken, weil ja solche Sachen immer wieder kommen. Afghanistan und Polen, das kommt ja alles wieder. Ost/West wird ja noch eine Weile bleiben, das werden Sie auch noch eine Weile erleben. Wir müßten aber unter uns überlegen, was eigentlich die richtige Politik gegenüber diesen Systemen ist, die wir ja doch nicht wollen, sondern ihre möglichst schnelle Beendigung doch mit herbeiführen wollen. Ist die richtige Politik das Embargo, oder ist die richtige Politik, sie an die Brust zu drücken und zur Verflechtung beizutragen? Das ist doch eine Frage, die wir mal erörtern müssen, weil wir nur dann, glaube ich, kurzfristig auch Antworten werden finden können.

Das Letzte, was Herr Blüm gesagt hat, ist sicher sehr wichtig. Ich will das noch zuspitzen. Wissen Sie, die öffentliche Meinung in den USA ist für uns wichtiger als kalte Vision. Stellen Sie sich vor, der Präsident der USA müßte jetzt etwas zu Berlin in der öffentlichen Meinung sagen, (*Kohl*: Der hat dieses Jahr Wahl.) dann können Sie sich ungefähr vorstellen, was das für eine Katastrophe ist, die diese Regierung angerichtet hat. Deshalb bitte ich meine Unruhe in der Frage des Regierungssturzes, Herr Kollege Stoltenberg, zu verstehen. Ich kenne alle innenpolitischen Gründe, alle wirtschaftspolitischen Gründe, ich ahne viele, die manch einen von uns zu längerem Atem veranlassen. Ich kenne keinen außenpolitischen Grund, der mir etwas anderes sagt als: Morgen müssen die Jungs weg! Und das wollte ich auch mal loswerden. Vielen Dank!

Albrecht: Vielleicht mal zunächst noch zu der Frage Polen. Ich werde nicht auf das zurückkommen, was alles gesagt worden ist. Das, was mich am meisten stört im Augenblick, und ich glaube, da ist die Schwierigkeit, ist nicht die Diskussion über Sanktionen, sondern das, was mich am meisten stört, ist, daß man nicht mal eine klare Parteinahme, moralische Parteinahme in dieser Frage hat. (*Kohl*: Das stört auch am meisten die

⁵⁶ Nicht ermittelt.

⁵⁷ Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten Frankreich, Großbritannien und USA vom 26. Mai 1952, am 23. Oktober 1954 in leicht veränderter Form in Paris unterzeichnet.

Amerikaner.) Das stört auch am meisten die Amerikaner. Die hätten Verständnis, wenn wir in Sanktionen nicht voranschreiten. Das ist der große Vorteil der Franzosen, daß es da überhaupt keinen Zweifel gibt von rechts bis links, wo sie Partei nehmen und für wen. (Kohl: Und die Italiener mit den Kommunisten.) Dies hat mich persönlich veranlaßt, also die Spitze der Demonstration bei uns in Hannover zu nehmen, und ich hätte doch gerne gewußt, ob die CDU nun am 30. Januar mitdemonstriert.⁵⁸ Dann würde ich sagen, gut vorbereitet, mit vielen Menschen und mit den entsprechenden öffentlichen Bekanntmachungen auch. Das wäre eigentlich ein Punkt, über den wir uns noch verständigen sollten.

Punkt Nummer 2, das nimmt nichts davon weg, daß jeder von uns wissen muß, auch unter erstaunlich vielen CDU-Wählern besteht inzwischen ein Maß an Ängstlichkeit der Sowjetunion gegenüber, daß unsere eigenen Wähler diese Klarheit in Teilen nicht mehr mögen. Das heißt, dies ist nichts, wo man Popularität gewinnen kann, sondern hier muß man Flagge zeigen, obwohl die Popularität eher auf der anderen Seite ist. Der Bundeskanzler hat ja das ganze Register dieser Stimmungslage in seiner üblen Rede im Bundestag da gezogen. Ich würde, was die Sanktionen angeht, uns empfehlen, wie Alfred Dregger es getan hat, zu sagen, wir müssen in solchen Situationen die wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten des Westens einsetzen. Die Sowjetunion und der Ostblock sind Gott sei Dank auf unsere Hilfe angewiesen. Aber ich würde Zurückhaltung empfehlen, was einzelne Sanktionen angeht. Die Erfahrung zeigt, daß man da sonst leicht in Schwierigkeiten kommt. Letzte Bemerkung zu dem Thema: Gerade wenn wir hier klar Flagge zeigen wollen und auch bereit sind, Sanktionen zu ergreifen, ist eine gemäßigte Sprache für die Union in Anbetracht der psychologischen Gesamtlage besonders wichtig, und da ist ja doch an dieses Prinzip nicht immer in den letzten Wochen gedacht worden.

Ich will gerne zu dem Arbeitsmarktprogramm Folgendes sagen: Ich bin eigentlich einverstanden auch hier mit dem, was Herr Stoltenberg, Herr Dregger, Herr Barzel gesagt haben. Wenn jetzt eine Investitionszulage in der Diskussion ist, so ist das die unmittelbare Folge dieser sehr interessanten Ifo-Studie⁵⁹, die ja zeigt, daß, wenn man zehn Milliarden in Form einer Investitionszulage ausgibt, dies mit Sicherheit etwa 240.000 bis 250.000 Arbeitsplätze schaffen würde und möglicherweise, wenn die Industrie das nicht nur vereinnahmt, sondern ihrerseits noch dasselbe drauflegt, 440.000 Arbeitsplätze. Ich kann mir also sehr wohl erklären, warum gerade diese Idee jetzt in der Diskussion ist, und wir müssen uns sehr sorgfältig unter Berücksichtigung dieser Ifo-Studie darauf vorbereiten. Dabei ist auch klar gesagt worden, wenn das über Verschuldung finanziert wird mit höheren Zinssätzen, verliert man einen guten Teil dieser Wirkungen. Ich meine, daß wir mit Sicherheit sagen können, jede Finanzierung eines solchen Programms durch zusätzliche Neuverschuldung oder durch zusätzliche steuerliche oder sonstige Belastungen der Wirtschaft vernichtet die möglichen Wirkungen eines solchen Programms. In Schwierigkeiten kommen wir – und da empfehle ich uns heute nur Zurückhaltung, nicht mehr, denn das müssen wir sorgfältig besprechen –, wenn es finanziert wird durch Steuern, die nicht die Wirtschaft, sondern die privaten Personen treffen. Das müssen wir, wobei ich noch

58 Der 30. Januar 1982 war vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und dem DGB zum Tag der Solidarität mit den inhaftierten polnischen Gewerkschaftern erklärt worden (vgl. dazu UiD vom 28. Januar 1982: „Aufruf an die Partei“).

59 Vgl. dazu „Handelsblatt“ vom 3. Februar 1982: „Ifo-Institut. Für Investitionszulage ohne Mitnahmeeffekte“.

nicht einmal sage Mehrwertsteuer, weil meine Vermutung ist, daß in dieser Konjunkturlage es der Wirtschaft nicht gelingen wird, die Mehrwertsteuer größtenteils zu überwälzen auf die Verbraucher. Das ist ja eine Überwälzungsproblematik. Aber das ist ein Punkt, wo ich also etwas Vorsicht uns empfehle, Gerhard Stoltenberg hat es ja auch angedeutet, bei unserer sonst festen Position, daß wir gegen Steuererhöhungen sind.

Ich muß zu Niedersachsen hier noch einmal sagen, was ich im Präsidium eben gesagt habe. Wir haben 9,3 Prozent Arbeitslosigkeit, wir sind das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Wir werden bei der Landtagswahl zwischen zehn und elf Prozent Arbeitslosigkeit haben. Wir haben in Teilen des Landes Niedersachsen 33 Prozent Arbeitslosigkeit. Die Frage Arbeitslosigkeit und wie die Parteien sich dazu einlassen, wird schlechthin entscheidend, mitentscheidend auf jeden Fall, ausschlaggebend entscheidend für unsere Wahl sein, und deshalb meine Bitte: Wir müssen nicht nur negativ sagen, wogegen wir sind, sondern wir müssen positiv sagen, wofür wir sind! Ich nehme wieder das auf, ich habe es ja auch schon öffentlich gesagt, was Herr Barzel eben gesagt hat: Kritisieren die Unwirksamkeit oder die Fehler eines Regierungsprogramms, ja, aber nichts verhindern; denn ich glaube, daß für meine Wahl es sehr wichtig sein wird, daß wir positiv dastehen können. Ich glaube, daß für die hessische Wahl, die schleswig-holsteinische Wahl es schon etwas anders wieder ist, wenn im Februar jetzt ein Programm kommt und wir es kritisiert, aber nicht verhindert haben. Dann wird das Scheitern dieses Programms im Herbst schon wieder deutlich sein und im März in Schleswig-Holstein schon wieder deutlich sein, so daß wir dann, glaube ich, eine Chance haben, wirklich diese Wahlen auch zu gewinnen.

Das wollte ich eigentlich hierzu gerne sagen. Im übrigen widerstehe ich der Versuchung, jetzt etwas zu sagen über die Möglichkeiten, über den Bundesrat die Regierung zu stürzen oder nicht zu stürzen. Das ist ein reizvolles Thema, aber das sollten wir dann nochmal aufnehmen, wenn wir mehr Zeit dazu haben. (*Heiterkeit.*)

Waffenschmidt: Ich möchte nur ein paar kurze Bemerkungen machen zu den beiden Themen Friedenssicherung und Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit. Zum ersten: Ich will hier ganz kurz nur einmal wiedergeben einen Eindruck von einer einwöchigen Kircherversammlung, nämlich der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland⁶⁰, die erste Synode nach dem Kirchentag, und auch von dieser Demonstration hier in Bonn. Sie haben das sicherlich zum Teil in der Presse gelesen. Das Überraschende war, daß mit ganz großen Mehrheiten jeweils bei den Abstimmungen (*Kohl:* Das war in der letzten Woche, nicht?) – in der letzten Woche – alle die Positionen unterstützt wurden, die für eine Politik der Mitte und des Ausgleichs sind. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Es wurde in der Synode zu den Fragen der Friedenssicherung und Politik mit Massenvernichtungsmitteln und Politik der Abschreckung als Politik mit Mächten der Dämonie beantragt und als für Christen unmöglich festgestellt. Das war eine zentrale Diskussion, die theologisch und auch mit Argumenten der dort anwesenden Politiker bestritten worden ist. Ich habe mich selbst auch dazu geäußert und etwa darauf hingewiesen, daß die Politik des Gleichgewichts und der Abschreckung 37 Jahre Frieden bisher gebracht hat. Ergebnis war, daß mit ganz überwältigender Mehrheit dieser Antrag abgelehnt wurde und die Synode nicht in der Lage sei, ein solches Gesamturteil zu sprechen über die Initiativen, die hier zum Gleichgewicht geführt haben. Es war wichtig, daß alle die theolo-

60 30. Ordentliche Rheinische Landessynode vom 10.–16. Januar 1982.

gische Unterstützung bekommen haben. Ich will das auch kurz in einem Satz sagen, wir dürfen als Christen nicht politische Sachfragen immer vorschnell mit christlichen Bekenntnissen verantworten, sonst ist dies eine unzulässige Vermischung von Politik und Religion. Ich werde Helmut Kohl und dem Generalsekretär einmal die sehr interessanten theologischen Unterlagen zuleiten, auch von Roman Herzog. Es ist, glaube ich, wichtig für die nachfolgende Friedensdiskussion, daß auf der bedeutenden Synode, die eine Woche lang, nicht nur mal ein paar Stunden, sondern eine Woche lang, dieses Thema bearbeitet hat, diese Positionen herausgekommen sind. Das ist, glaube ich, für unsere weitere Debatte hilfreich. Aber ich will auch eine Erfahrung dabei sagen, die, glaube ich, auch für andere Themen wichtig ist. Die schweigende Mehrheit braucht Sprecher! Die kleinen Gruppen haben immer viele Leute, die sich melden und damit auch Image gestalten. Aber wenn die schweigende Mehrheit Sprecher hat, mit denen sie sich identifizieren kann, dann kommt sie auch zu entsprechendem Boden.

Ich möchte gerne zu den Fragen Überwindung der Arbeitslosigkeit, Beschäftigungslage nur noch zwei Dinge dem Gesagten anfügen. Ich meine, es ist uns noch nicht genügend gelungen, das positive Ergebnis in Sachen Wohnungsbau aus dem Vermittlungsverfahren genügend als eine positive Möglichkeit nach außen darzustellen. Heute hat Herr Haack in einem großen Interview mit der „Bild“ verkauft im Grunde unsere Initiativen als die große Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen⁶¹, wobei jeder Insider weiß, daß Herr Haack doch im Grunde mit allem gescheitert war, wodurch die Union möglich wurde. Wir sollten aber, wenn wir dann auf diese Weise für viele Tausende neue Arbeitsplätze schaffen, eben auch in der Lage sein, das ist eine Bitte, nochmal hier im Haus zu überlegen, das zu verkaufen.

Das zweite ist, ich muß hier nochmal deutlich sagen, auch das in aller Kürze, was ich ja mehrfach in der Öffentlichkeit, auch in Anwesenheit unseres Bundesvorsitzenden vor vielen Kommunalpolitikern gesagt habe. Es ist ja eine abenteuerliche Diskussion der Bundesregierung, daß sie dauernd sagt, wir müssen für ein paar Milliarden jetzt öffentliche Aufträge vergeben, und die gleiche Bundesregierung die Investitionskraft des Hauptinvestitionsträgers der öffentlichen Hand, nämlich der Gemeinden, systematisch aushöhlt. Übereinstimmend haben ja Anfang des Jahres alle kommunalen Spitzenverbände festgestellt, daß diese Politik dazu führt, daß die Gemeinden dieses Jahr fünf Milliarden weniger investieren als im vergangenen Jahr. Die sind schon mal weg, und wenn man also Programme macht, dann müssen die mal erst aufgeholt werden. Was heißt das gerade für uns als führende Kommunalpartei? Wir müssen weiterhin, was Stoltenberg ja auch sagte, die Leistungsgesetze weiter überprüfen, die Position vom Bundesrat aufrechterhalten und insofern auch helfen, daß vor Ort deutlich wird, daß wir diese Politik nicht unterstützen können, die hier auch private Investitionen gefährdet. Um ein Beispiel zu sagen: Wenn Militäranlagen nicht mehr gebaut werden können, dann können auch manche Häuser nicht gebaut werden. Also, ich wollte gerne sagen, daß wir zwei Positionen haben, wo wir durchaus etwas positiv darstellen können, ich würde sagen Wohnungsbau und Investitionskraft der Gemeinden sichern, was uns ja auch mit etlichen Kompromissen im Vermittlungsausschuß sehr gelungen ist. Wir haben das ja auch nach außen dargestellt.

61 „Bild“ vom 18. Januar 1982: „Minister Haack: Es geht wieder aufwärts!“.

Ich will hier nur noch ein Beispiel zum Abschluß sagen: Wie abenteuerlich die Argumentationslage der Bundesregierung ist, mögen Sie an Folgendem sehen, vielleicht hat es der eine oder andere gelesen. Das Bundesfinanzministerium verkauft als einen Riesenerfolg für die deutschen Städte und Gemeinden das Vermittlungsergebnis und sagt, hier zeige sich doch, was die Bundesregierung alles erreicht habe in der Investitionskraft der Städte und Gemeinden, und man habe die Vorschläge bewußt zurückgehalten. Also man muß mal sagen, der Bundeskanzler als Chef dieser Regierung beschimpft den Bundesrat noch an dem Tag, wo er dafür sorgt, daß nichts in Gang kommt. Und nachdem etwas erreicht ist, steht dieselbe Bundesregierung hier und sagt, wir sind großartig, denn wir haben dies erreicht. Man muß auch wieder deutlich machen, wie wir sowohl beim Wohnungsbau wie auch bei den anderen nicht nur mit hängender Zunge hinter neuen Initiativen hinterherlaufen, sondern das Erreichte als unsere Leistung verkaufen.

Wissmann: Ich wollte nur den Gedanken aufgreifen von Herrn Albrecht. Ich würde hier etwas tun, um unser Polen-Engagement in einer noch deutlicheren Weise auch auf die Straße zu tragen. Ich bin natürlich noch ein bißchen geprägt von der Erfahrung unserer damals sehr geglückten Afghanistan-Demonstration und frage mich, ob wir nicht für Februar/März, denn so etwas braucht natürlich eine entsprechende Vorbereitung – ich denke jetzt einfach nur mal frei und bitte, sich nicht an der Ausführung festzuhalten, sondern am Grundgedanken – beispielsweise in der Dortmunder Westfalenhalle oder wo immer eine große Kundgebung der Solidarität mit Polen selbst organisieren oder zusammen mit anderen organisieren, wohin wir einige Tausend, wenn nicht zehntausend Leute zusammenbringen. Da könnte man ja durchaus Exilredner der Solidarność gewinnen – da könnte man auch anderes machen – und in einer besonders überzeugenden Weise in das Scheinwerferlicht treten lassen. Denn ich glaube, was uns bisher fehlt, ist, abgesehen von einzelnen regionalen Kundgebungen, eine breite Manifestation entweder auf der Straße oder bei einer ganz großen Kundgebung, die sichtbar macht, auch publizistisch in das westliche Ausland hinein, daß hier in Deutschland nicht nur einige wenige Politiker von Solidarität reden, sondern daß es hier sehr wohl eine breitere Stimmung gibt.

Es scheint mir auch deswegen notwendig, weil es doch wahrscheinlich so ist wie vorhin angesprochen, nämlich daß viele in der Bevölkerung sehr ängstlich sind und im Grunde genommen gar nicht wagen, einer klaren Sprache das Wort zu reden, so daß es darauf ankommt, daß wir die Ängstlichen und Unsicheren in irgendeiner Weise auch massenwirksam, massenpsychologisch gekonnt beeinflussen. Ich könnte mir gut vorstellen, wenn man in den Zentralvorständen der Katholiken und anderen, wer immer das nun offiziell trägt, darauf kommt es ja gar nicht an, etwas abspricht, dann könnte man wie damals 50.000 bei der Veranstaltung der Jungen Union, wenn man das auf die Straße bringt, sogar noch weit mehr haben. Da ist nicht die Frage, ob das Ende Februar oder Anfang März ist, Hauptsache, daß es uns gelingt, daß es so ein ganz großes Ereignis gibt. Ich würde jedenfalls meinen, wir sollten uns überlegen, inwieweit wir die CDU-Geschäftsstelle, den Generalsekretär bitten können, Vorbereitungen für eine solche Manifestation zu treffen, wo die immer stattfindet, wie sie immer aussieht. Ich glaube, als solches wäre das ein Ereignis mit massenpsychologischer Wirkung, auch mit publizistisch breiter Wirkung ins westliche Ausland hinein.

Ich will eine ganz kurze Bemerkung aus einer Erfahrung von heute morgen noch anknüpfen, wo ich mit Johannes Weberling zusammen war mit dem ehemaligen kambo-

dschanischen Ministerpräsidenten Son Sann⁶², der ja der politische Führer der einzigen relevanten nichtkommunistischen Widerstandskräfte ist, die in dem Land operieren; er ist sicher nicht nur eine Vaterfigur, aber keiner, der in irgendeiner Weise Kräfte repräsentieren würde, die sich dort organisieren. Hier macht man dieselbe Erfahrung wie ja auch mit dem Thema Polen, daß im Grunde genommen Leute, die so etwas mit viel Mut organisieren, ganz wenig reale Unterstützung bekommen, und sobald die Scheinwerfer gelöscht, im Grunde genommen mit überhaupt nichts mehr rechnen können, (*Kohl*: Ja!) weder politisch noch moralisch, geschweige denn finanziell oder gar wirtschaftlich. Da kann man auch in Vietnam, Kambodscha oder anderswo ein bißchen was tun mit unseren bescheidenen Mitteln; wir werden natürlich nicht das tun können, was größere Organisationen tun können. Also meine Bitte wäre, daß wir im Grunde genommen die durch die Polen- und Afghanistan-Ereignisse erwachende Sensibilität für Unterdrückung durch Kommunisten in der Bevölkerung, auch in der jugendlichen Bevölkerung, auf eine sinnvolle Weise gemeinsam nutzen auch in massenwirksamen Aktionen, denn ich glaube, es ist schon eine Chance dafür einen Themawechsel in dieser Frage. Ich hatte den Eindruck bei Veranstaltungen verschiedenster Art, daß junge Leute in der Regel, übrigens auch aus dem evangelischen Bereich und auch solche, die bei der großen Kundgebung auf der Hofgartenwiese waren, für eine klare Sprache zu Polen eher gewinnbar sind, wenn sie gleichzeitig spüren, es ist nicht nur ein politisch-taktisches Event, sondern es ist eine Sache, die aus tiefster Überzeugung kommt aus der mittleren, älteren Generation. Insofern meine Bitte: Können wir nicht – wir sind als Junge Union zu jeder Art von Hilfe natürlich bereit und zu jeder Art auch von engagierter Mitarbeit – etwas organisieren, was in die Richtung geht und was uns dient, neben dem, was sowieso geplant ist, und das auf die Straße bringen?

Gradl: Herr Vorsitzender, Herr Barzel hat eben gesagt, wir sollten mal die weisen Köpfe zusammenstecken und uns über einige Frage unterhalten. Er hat das Thema etwas drastisch formuliert: Embargo oder an die Brust drücken! Ich möchte das hier unterstützen. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, daß wir uns über die Politik in unserer prekären Situation, zwischen Ost und West gelegen mit Frontlinie durch unser Land, mit 17 Millionen deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand, unterhalten, wie wir uns da am klügsten verhalten. Ich meine, wir sollen uns nicht verblüffen lassen und auch nicht in die Irre führen lassen durch das, was wir gegenwärtig in der verfaßten öffentlichen Meinung des Westens zur Kenntnis nehmen müssen. Daß unser Ruf nicht gerade sehr gut geworden ist, darüber brauche ich nichts zu sagen und auch nicht über die Gründe. Da sind wir wohl im wesentlichen einig. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß an dieser westlichen Stimmungslage auch sehr viel Heuchelei dabei ist. Wir haben in der Vergangenheit Situationen erlebt, in denen ganz deutlich wurde, wie die wirklichen Gedanken sind. Ich erinnere mich an den Streit, den wir in unseren Reihen hatten, Atlantiker und Gaullisten. Damals war es so, das wurde auch ausgesprochen schließlich von denen, die nicht Gaullisten waren, die französische Haltung ist nicht zuletzt bestimmt von der Tatsache, daß es ihr angenehm ist oder zumindest erscheint, wenn die Deutschen die Schützengräben besetzen, die zwischen ihnen und dem Osten gezogen werden müssen und besetzt sein müssen. Und wenn ich an das denke, was Herr Brzeziński von sich gegeben hat – ich habe

62 Son Sann (1911–2000), Volkswirt, Politiker; 1967/68 Premierminister von Kambodscha.

den Mann in den Tagungen der deutsch-atlantischen Gesellschaft einige Male erlebt, da war er noch nicht der Sicherheitsberater des Präsidenten –, da kann ich nur sagen, Verständnis für die spezifische deutsche Situation hatte er nie! Der ist im Grunde immer ein amerikanischer Pole geblieben. Und so ließe sich manches sagen, was ein bißchen andere Lichter zur Beleuchtung der öffentlichen Stimmungslage im Westen wirft. Aber darüber müßte man eben einmal reden.

Gemeldet habe ich mich, um mal etwas zu sagen zu einem Thema, was mir nun bestimmt hier keiner in diesem Kreis zutraut. Ich nehme an, ich gelte als ein bißchen einseitig entwickelt. Ich bitte also zu entschuldigen, wenn ich vorweg sage: Ein bißchen verstehe ich von Beschäftigungsprogrammen, Überwindung von Arbeitslosigkeit und Derartigem. Ich habe dieses nicht nur studiert, sondern in einer sehr prekären Zeit publizistisch als Redakteur der „Germania“ in den zwanziger Jahren und dann als Mitglied der Geschäftsführung eines deutschen Verbandes, des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, original mitexerziert in den Jahren, in denen wir Arbeitslosigkeit hatten bis schließlich sieben Millionen. Und ich gestehe Ihnen freimütig, ich habe damals, wie ich im Nachhinein sagen muß, in gewisser Weise auf der falschen Seite gestanden. Ich habe damals alle unterstützt und alles unterstützt, was sich gegen große öffentliche Beschäftigungsprogramme in den Jahren 1930, 1931, 1932 ausgesprochen hat. Dafür gibt es eine Entschuldigung. Die Entschuldigung, daß wir wenige Jahre zuvor, sechs, sieben Jahre zuvor, eine Inflation hinter uns gebracht hatten, die den Menschen noch tief in den Gliedern saß. Heute, nach den Erkenntnissen und den Einblicken, die man mittlerweile gewinnen konnte, bedauere ich es, daß wir damals nicht den Mut hatten, ein Beschäftigungsprogramm durchzusetzen, das den Leuten auf der Straße, diesen Millionen, Hoffnung gab. Ich sage jetzt nicht für heute, daß ich für ein großes Beschäftigungsprogramm mich ausspreche, aber ich möchte Ihnen nur dringend nahelegen, alle die ernst zu nehmen, auch die hier in dem Kreis jetzt, die sich geäußert haben und davon gesprochen haben, daß man an die psychologische Situation in unserem Lande denken muß. Eine Situation, die unter sehr vielen Gesichtspunkten, die ich jetzt nicht vorbringe, mir bedenklich erscheint.

Aber gerade in diesem Punkt ist es so, daß in der Öffentlichkeit doch weithin auch das Gefühl besteht, es muß etwas geschehen, die berühmte einfache Formel des Verlangens an die Politiker. Aber wir stehen nicht in dem Ruf, daß wir etwas vertreten oder verlangen, was man unterstellen könnte als „es geschieht etwas“. Nehmen Sie mir das nicht übel, das liegt zum Teil an der Sprache, die wir wählen. Wenn ich höre, Innovation und Investition und Derartiges, ja wer denn in der Masse versteht eigentlich, was das ist und warum das eine Fremdwort gut ist und das andere Fremdwort schlecht ist? Das verstehen die Leute doch nicht! Wir müssen also, und dies ist meine Empfehlung, nochmal sehr gründlich überlegen, ob wir unseren Standpunkt nicht in eine Sprache bringen, die a) von den Leuten verstanden wird und die b) deutlich macht, daß wir gar nicht so sind, wie wir erscheinen, daß wir nämlich durchaus etwas wollen. Pieroth hat vorhin von dem Investitionsbeschleunigungsprogramm gesprochen; das ist auch nicht gerade ein ganz einfacher Begriff, aber wir wissen, was damit gemeint ist. Wir müssen sehen, daß wir nicht auf die Seite derer gestellt werden in den Gedanken der Leute, die im Grunde nicht wollen, die nur immer kritisch sind, aber selber nicht eine überzeugende Antwort haben. Wir können damit nicht warten, denn wenn das so weitergeht mit der Arbeitslosenentwicklung, dann

wird das sicher eine sehr schwierige Situation. Und eines will ich Ihnen sagen! Wenn wir glauben, daß wir von dem Schicksal Weimars ja Gott sei Dank noch sehr, sehr weit entfernt sind, wenn wir mal Zeit haben, die weisen Köpfe zusammenzustecken, dann bitte auch mal darüber, wo wir eigentlich in dieser Republik heute stehen. Und dann könnte ich allein Ihnen an einer ganz langen Reihe von Schwerpunkten zeigen, daß zwar die Erscheinungsformen sich in dieser kritischen Entwicklung geändert haben, aber im Grunde sind wir durchaus auf dem Wege.

Weberling: Herr Dr. Kohl hat das ganz richtig angesprochen vorhin, daß in diesem Jahr eine riesen Schmutzschlacht passieren wird, weil die SPD um ihre Regierung kämpfen wird bis zum letzten. Und sicherlich wird Brandt mit der Straße drohen. Aus diesem Grund halte ich es persönlich für am sinnvollsten, wenn man im Angriff die beste Verteidigung sieht. Ich kann feststellen, daß an den Hochschulen eine große Unruhe entstanden ist. In der Studentenschaft waren viele bei den 300.000 am 10. Oktober letztes Jahr dabei, bei der großen Friedensdemonstration, die jetzt vollkommen verunsichert sind. Wir können die ansprechen, indem wir jetzt aktiv auf die Straße gehen und eben dort was für Polen tun. Und ich möchte Sie dringend auffordern, daß Sie bei unserer Demonstration mit dabei sind, die der RCDS zu diesem Thema machen wird gemeinsam mit den Gewerkschaften; Katholische Arbeitnehmerbewegung und Deutscher Beamtenbund haben bereits zugesagt. Und wenn wir das morgen dann bekannt geben, daß Sie zum 7. Februar mitaufrufen, werden es eben nicht nur 5.000 werden, sondern dann erheblich mehr. Ich möchte noch etwas dazu sagen, daß es nicht nur eine Demonstration für Polen sein soll. Die Kommunisten haben uns eines voraus, sie haben einen längeren Atem. Und diesen längeren Atem sollten wir mittlerweile auch allmählich bekommen. Wir sollten bei dieser Demonstration zum Beispiel Afghanistan und Kambodscha nicht vergessen. Deswegen wird diese Demonstration ebenfalls eine Demonstration für Menschenrechte und Frieden überall sein.

Ich möchte noch vier kurze Bemerkungen machen, zwei erfreuliche und zwei dringende Bitten. Eine ganz kurze Randbemerkung, der RCDS hat weiter im Sprecherrat gewonnen. Die zweite Randbemerkung, das ist vielleicht ein historisches Datum, der RCDS hat in Bremen zum ersten Mal die linke Mehrheit an der Hochschule gekippt. Und da jetzt gleich zwei Bitten hinterhergeschoben, damit das so weitergeht: Wir haben hier in Münster und Bonn in den nächsten zwei Wochen noch zwei Schlachten vor uns. Der 52-Mann-starke RCDS steht ganz gut, es fehlen nur Stimmen nach dem letzten Ergebnis. Wir haben Rednertermine von Bundesrednern vorgesehen, die aus verständlichen Gründen geplatzt sind. Nur Herr Stoltenberg hat sich freundlicherweise bereit erklärt, am Freitag jetzt hier in Bonn zu sprechen, und wenn irgendjemand von Ihnen Zeit hat, im Laufe der nächsten beiden Wochen für eine Stunde nach Münster zu gehen, dann wird das dort einen Mobilisierungseffekt haben, der uns Beachtung bringen kann. Und noch eine weitere Bitte in diesem Zusammenhang. Gerade in Münster und Bonn gibt es noch zwei Gruppen des RFS, diese Gruppen haben uns letztes Mal einiges kaputtgemacht. Ich möchte Sie dringend bitten, ich möchte dies in den Wahlkämpfen ausschlagen können, weil eben dieser Verband sich regelmäßig, gerade in Münster, an die CDU wieder dranhängen will, weil er damit wirbt, daß er praktisch der anerkannte Verband der CDU ist, daß hier ein formeller Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt wird. Dazu muß ich noch etwas sagen. Heute nacht ist mir per Eilboten die Urteilsbegründung vom Amtsgericht Münster

zugestellt worden. Der RFS ist aufgrund des vorliegenden Materials zum ersten Mal als rechtsextremistisch eingestuft worden. Wenn dies linken Medien in die Hand kommt, jetzt öffentlich, und die CDU sich nicht abgegrenzt hat, kann das als Nebenkriegsschauplatz auf seiten der Koalition ausgenutzt werden. Deswegen möchte ich Sie dringend bitten, ich kann Ihnen hier einen Vorschlag vorlesen, daß dieses hier formell beschlossen wird, daß die CDU sich genauso glaubwürdig nach links wie nach rechts abgrenzt und der SPD eben mit ihrer Hochschulgruppe weiterhin der Vorwurf gemacht werden kann.

Kohl: Wir sind damit am Ende der Debatte. Ich will jetzt hier voranmachen, damit wir nicht am Ende mit noch weniger Mitgliedern des Bundesvorstands – auch das gehört ja zum Arbeitsstil, wenn ich das mal beklagend sagen darf – dann hier beisammensitzen.

Zum letzten, Herr Weberling, wir haben eine völlig klare Abgrenzung gemacht als Partei. Soweit ich vom Kollegen Worms erfahren habe, hat sich ja das Problem in Köln, was ja das kritischste Problem war, jetzt erledigt im Sinne seiner Bemühungen. Ich schlage vor, daß Sie gleich nach der Sitzung jetzt noch einmal mit Geißler und Worms reden wegen der anderen Beispiele. Was an uns liegt, wird geschehen. Ich will Ihnen bloß das sagen, was auch an der CSU liegt, wird geschehen, um das klipp und klar zu sagen. Der Generalsekretär der CSU hat bei der Jahresversammlung des RCDS eine völlig eindeutige Position in meinem Beisein öffentlich eingenommen, das können Sie jederzeit zitieren. Also das ist ein Punkt, wo wir völlig einig sind.

Was nun die Demonstration betrifft, muß ich Ihnen sagen, beklage ich nachdrücklich, daß Sie vorher überhaupt nicht mit uns geredet haben. Ich halte den Termin am 7. Februar für ganz unglücklich. Wir überlegen seit Wochen, wie wir eine solche Demonstration auf die Beine stellen. Ich habe schon vor Weihnachten mit dem Generalsekretär darüber geredet, daß bei einer guten Gelegenheit es aus vielen Gründen ganz wichtig ist, daß wir mal als Union eine Riesensache auf der Straße machen. Man kann so etwas in der Westfalenhalle machen; aber Matthias Wissmann, das ist kein Ersatz für die Straße. (*Wissmann:* Natürlich!) Klar, wir sind ja nicht auseinander. Ich halte es für ausgeschlossen, daß bei dem kurzen Anlauf am 7. Februar, vom heutigen Termin und bei der Wetterlage, das etwas wird. Es ist völlig sinnlos, das zu erwarten, wir können eine Riesenkundgebung nur zusammenbringen, indem wir viele Tausende per Omnibus herbeitransportieren. Und jetzt machen Sie sich doch gar keine Illusionen, schauen Sie sich doch den Bundesvorstand von heute an, wie die Witterungsverhältnisse jetzt Einfluß haben auf die Leute, die ganz aktiv sind. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Also, wenn ich jetzt die niedersächsischen Delegierten im Bundesparteivorstand betrachte, würde ich sagen, gilt das nur für einige. (*Heiterkeit.*) Ja, das ist ja auch mein Schicksal, ich vertrete mich ja auch unentwegt selbst. Das ist schon ein Problem. Ich kann nur sagen, ich halte den Termin einfach für falsch. Ihr verschleudert eine Sache, das wird nichts! Darüber muß man sich im klaren sein. Wenn diese Woche das Wetter sich so fortentwickelt und wenn wir Glatteis haben, dann stehen Sie mit ein paar hundert Mann da. Aber gegenüber der Öffentlichkeit tritt da nicht das Bild in Erscheinung, es war miserables Wetter, sondern das Bild bleibt, als für Polen demonstriert wurde, waren es sehr wenige. Ich bin nachdrücklich dafür, daß wir das machen, und zwar in einem ganz großen Maßstab, aber ich bin ebenso nachdrücklich dafür, daß wir es machen mit einer Vorbereitungszeit, die der Sache Realität verleiht, und dann müssen wir halt die allgemeinen Verhältnisse etwas berücksichtigen. Gegenwärtig bringt kein Mensch eine Demonstration auf die Beine, die einigermaßen von Belang ist. Ich finde, es

ist nicht schlimmer, wenn die Demonstration nicht stattfindet, als daß uns passieren kann, daß nur 600, 700 Leute in Bonn irgendwo stehen und es dann etwa in Paris heißt, dort waren es 250.000 und hier waren es dann 800. So steht es in den Zeitungen. Deswegen bin ich also entschieden dagegen, daß Sie das machen. Damit es ganz klar ausgesprochen ist!

Ich bin noch mehr dafür, daß die Geniestreiche, die über den jeweiligen Bundesvorstand des RCDS kommen auch in wirtschaftlich-finanzieller Beziehung – das lassen Sie mich mal ganz klar aussprechen –, so über Sie kommen, daß der Heilige Geist rundum präsent ist, auch in der Form, daß Sie mit uns sprechen. Zur Solidarität untereinander gehört auch, daß die, die zahlen müssen, vorher davon erfahren müssen, daß sie zahlen müssen. Zu geordneten Verhältnissen gehört auch das. Ich bin der letzte, der Sie dabei bremsst. Ich bin sehr entschieden dafür, daß wir das machen, aber ich schlage vor, daß Sie heute nach der Sitzung nochmal mit dem Generalsekretär reden, was wir tun können, um wirklich eine Sache auf die Beine zu stellen, die den Namen verdient. Da kommt es jetzt gar nicht auf acht Tage an, machen Sie sich keine Illusionen. Das Schicksal Polens wird uns noch eine ganze Zeit begleiten, und die Dinge werden eher noch schlechter werden, als dies heute der Fall ist.

Im übrigen, Ernst, ich bin nicht Deiner Meinung, oder ich habe Dich falsch verstanden, daß das Thema Solidarität mit Polen bei uns nicht zu popularisieren ist. Erstens zeigen die Umfragen eine andere Tendenz. (*Albrecht*: Solidarität ja. Die Schwierigkeit kommt dann, wenn man gegen die Sowjetunion mit Sanktionen etwas macht.) Ich glaube dies nicht. Ich glaube, daß nicht nur in der jungen Generation, aber das hat Wissmann zu Recht gesagt, sondern über die jungen Generation hinaus die Frage nach einer moralisch begründeten Politik heute auch bei der älteren Generation, bei der mittleren Generation, eine wichtige Frage geworden ist. Daß diese sogenannte Friedensbewegung Affinität erzeugt, war ja nicht nur Angst. Das war es auch, ich leugne das überhaupt nicht. Aber wer auf dem Kirchentag dabei war, wer etwa in die Friedenswochen der Kirchen hineingeguckt hat, der muß also feststellen, das ist auch für viele eine durchaus moralisch begründete Frage. Und die SPD hat ja einen Teil ihres Zulaufs in der Vergangenheit, denken Sie an den Wahlkampf 1972 mit Brandt, mit einer ausgesprochen moralischen Begründung versehen. Die ist ihnen jetzt abhandengekommen. Ich konnte denen im Bundestag am Donnerstag vorwerfen, daß sie nur noch Machtzynismus pflegen. Das ist kein Punkt, bei dem mir heute draußen widersprochen wird. Ich habe ja die demokratische Aktion innerhalb der SPD zitiert, den Peter von Oertzen⁶³ und diese Leute, die werfen ja der SPD-Führung von heute, der Bundesregierung, genau diese letztlich moralisch nicht mehr begründete Politik vor. Und wenn einer der namhaften deutschen Schriftsteller, der nicht unbedingt unser Freund ist, in einer Härte die Amoralie die Politik der Bundesregierung in dieser Frage kritisiert hat⁶⁴, dann ist das für mich ein Hinweis darauf, daß wir eine gute Chance haben, ohne vordergründig uns ein moralisches Mäntelchen, das wäre ganz falsch, mit der Behauptung, wir sind moralisch besser als die anderen, umzuhängen, sondern daß wir hier mit einer ganz klaren und entschiedenen Haltung Position gewinnen können.

63 Peter von Oertzen (1924–2008), 1955–1959 und 1967–1982 MdL Niedersachsen, 1970–1983 Bezirksvorsitzender der SPD Hannover, 1970–1974 Kultusminister Niedersachsen.

64 Heinrich Böll kritisierte am 22. Dezember 1981 in einer Pressekonferenz die zurückhaltende Position der Bundesregierung und sprach vom „moralischen Selbstmord“ Europas.

Was ich nicht draußen sage, aber hier mal sagen möchte, ich habe das schon mal im November hier gesagt: Die Sache mit Polen hat natürlich gegenüber der Angst vor Raketen eine massive Gegenangst vor sowjetischen Aktivitäten gebracht. Das muß man ebenfalls sagen, daß hier Angst und Angst einander gegenüberstehen. Die Zahlen haben sich notwendigerweise in den Umfragen verändert, wer gefährlicher ist. Bloß, das Problem bei uns ist, daß durch eine bewußte semantische Verfälschung des Sprachgebrauchs, man merkt es ja im Bundestag, ein Großteil der Redner der Koalition schon ganz selbstverständlich moralisch die Amerikaner und die Sowjetunion auf eine Ebene stellen. Das merkt man dann bis hinein in die kirchliche Jugendarbeit, das merkt man auf nahezu allen Ebenen. Ich glaube, darin steckt für uns schon eine Chance.

Und zum letzten, was die Rolle des Bundesrats betrifft, darüber haben wir ja oft genug geredet. Ich glaube, wir brauchen uns da gar keine Illusionen zu machen. Alfred Dregger, mit dem ich lange am vorletzten Wochenende darüber sprach in der Sache Vorbereitung hessische Wahl, ist sich auch darüber im klaren. Ob wir das Thema Zweidrittelmehrheit in die Debatte bringen oder nicht, das wird das Thema der Koalition bei den Wahlenentscheidungen sein. Sowohl in Hamburg als auch in Hessen werden die FDP und die SPD ihre ganze Wahlkampftrummelei auf das Thema richten, wir müssen die Bundesregierung stützen. Es wird dann darauf ankommen, in welcher Lage sich die Bundesregierung befindet, ob dieses Thema zieht oder nicht. Und nur hier am Tisch gesagt, für mich ist ziemlich klar, wenn die Hessen-Wahl das für uns erwünschte Ergebnis erbringt, ist natürlich die Frage der Dauer der Legislaturperiode dieses jetzt amtierenden Deutschen Bundestages schon auf der Tagesordnung. Darüber muß man sich im klaren sein. Denn auch nach meiner Einsicht sind die Dinge, ist der Kalender hinsichtlich der Möglichkeiten der FDP immer weiter abgelaufen, und wenn das, was wir an Nachrichten haben, stimmt, daß die jetzigen Ermittlungen, ich schließe bewußt hier diesen Kreis mit ein, möglicherweise bis zum Spätherbst dauern, die Ermittlungen in der anderen Sache, von der ich eingangs berichtet habe, dann ist möglicherweise just zu diesem Zeitpunkt ein völlig anderer Problemkreis auch auf der Tagesordnung, der bis hin zu erpresserischen Maßnahmen – ich spreche es so aus, wie ich es empfinde – gehen kann. Das heißt also, der kommende Herbst wird eine Menge von Imponderabilien enthalten, die wir, glaube ich, jetzt noch nicht übersehen können.

Für uns ist wichtig, zusammenfassend will ich das noch einmal sagen – ich stelle das mit großer Freude fest –, erstens, daß hier der Bundesparteivorstand der CDU völlig übereinstimmend die Entwicklung in Polen beurteilt und auch das, was wir zu tun haben und in einer völlig gradlinigen, völlig einsichtigen, völlig logischen, aber auch klaren Sprache und Politik das Notwendige deutlich zu machen. Wir haben immer erlebt, wenn wir gegen den scheinbaren Zeitgeist standen, daß das für uns positiv ausging. Und zweitens, daß wir nun alle Kraft zusammenbringen, um im Ablauf der nächsten Wochen die Bundesratskollegen, also die Länder, die Bundestagsfraktion und die Partei, bei der Partei denke ich ausdrücklich auch an die CSU, aber das ist ja hier kein Problem, zusammenzubringen in dem Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wobei man auch hier, das muß man noch einmal sagen, das semantische Problem beobachten muß, die gewaltige Diffamierungskapazität, die allein schon die Gewerkschaftspresse beherrscht, die an jeden Arbeitsplatz der Bundesrepublik ihre Druckerzeugnisse liefern kann mit all dem, was dagegen läuft, daß wir aber auch hier einen ganz klaren Kurs halten.

Wir werden, Rainer Barzel sprach davon, natürlich versuchen, mit der FDP genau das zu tun, was zu tun ist. Nur, ich warne vor der Erwartung, daß hier zu viel herauskommt. Wir sind mit ziemlichen Erwartungen an die Haltung der FDP in das Vermittlungsverfahren gegangen, Sie erinnern sich noch. Und wenn Sie also mal die Rolle der Kollegen der FDP betrachten, da war der Abgeordnete Kleinert⁶⁵ eine nicht existierende Person, obwohl der persönlich völlig in allen Punkten mit uns übereinstimmt. Wenn der zu entscheiden gehabt hätte, hätten wir allemal die Mehrheit gehabt. Und der einzige FDP-Mann, der klare Position bezogen hat, war unser Kollege Klumpp⁶⁶ aus dem Saarland, der nun mindestens so gut wie jeder CDU-Mann in unserem Sinne gewirkt hat. Das war eine respektable persönliche Haltung, aber das war eine besondere Situation zur Person und zum Amt aus dem Saarland. Wir müssen das versuchen. Was mich ein bißchen optimistisch stimmt, Herr Barzel, ein kleines bißchen, ist, daß ja auch die Linken in der FDP in der Sache Beschaffungsprogramm eigentlich mehr in unsere Richtung öffentlich votiert haben. Das ist nicht mangelnder Respekt vor einem Bundesminister, aber ich traue im Augenblick der Kollegin aus Nordrhein-Westfalen, der Vorsitzenden des Finanzausschusses⁶⁷ mehr Stehvermögen in der Sache zu als den Mitgliedern der Bundesregierung, die die FDP stellt. Die hat sich nun wiederum ganz massiv festgelegt. Ich glaube also, auf dem Wege kann man das eine oder andere nochmal versuchen. Bloß, ich warne Neugierige davor zu erwarten, daß da jetzt also die große Wende kommt. Wenn man beobachtet, mit welcher Erbärmlichkeit die FDP die Demütigungen hingenommen hat, um in der Parteifinanzierungsgeschichte im Dezember weiterzukommen – jeden Tag habe ich die Nachricht erhalten, man sei sich einig, und es werde etwas geschehen, und dann ist Weihnachten gekommen, und es ist heute schlimmer als vor sechs Wochen, wenn man nochmal den Stand der öffentlichen Meinung betrachtet –, dann verstehen Sie meine Skepsis. Ich gehöre ja nicht zu denen, die öffentlich erklärt haben oder denken, die FDP muß hinauskatapultiert werden. Das war nie meine Politik. Mir ist jahrelang das Gegenteil vorgeworfen worden in der Union. Aber ich bin ein Realist, und gerade weil ich besonders gute Beziehungen und Kontakte dorthin habe, muß ich pflichtgemäß den Bundesvorstand darauf aufmerksam machen, daß eine skeptische Betrachtung am Platze ist. Wenn wir positiv überrascht werden, dann habe ich überhaupt keinen Einwand dagegen, aber wir müssen das Spiel natürlich machen.

ARBEITSAUFTRÄGE DES 30. BUNDESPARTEITAGS

Wir kommen dann zu dem nächsten Punkt, von dem ich hoffe, daß wir ihn schnell erledigen können.⁶⁸ Auf den beiden Parteitag, das ist das Wichtigste, was heute geschehen muß, auf dem Mannheimer wie auf dem Hamburger Parteitag, haben wir im Blick auf die sogenannte Zukunftskommission bestimmte Überlegungen angestellt. Der Ge-

65 Detlef Kleinert (1932–2016), Jurist; 1969–1998 MdB (FDP).

66 Werner Klumpp (geb. 1928), Jurist; 1970–1984 und 1998–2000 Landesvorsitzender der FDP Saar, 1975–1982 MdL, 1977–1982 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft.

67 Ingrid Matthäus (-Maier), (geb. 1945), Juristin; 1972 Vorsitzende der Jungdemokraten, 1976–1982 (FDP) und 1983–1999 MdB (SPD) 1979–1982 Vorsitzende des Finanzausschusses, 1999 Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

68 Tischvorlage in ACDP 07-001-1337.

neralsekretär und ich und heute früh auch das Parteipräsidium haben sich eingehend noch einmal über diese Frage unterhalten. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es das Richtige ist, zwei Arbeitskommissionen einzusetzen. Eine mit dem Thema Junge Generation und die andere mit dem Arbeitstitel „Soziale Sicherung der Zukunft“; da steckt also die Rentenproblematik und alles, was dazugehört, mit drin. Ich gehe davon aus, daß es am klügsten ist, weil wir ja mit denen, die wir berufen wollen, reden müssen und ich keine Zusagen vorlegen kann, daß wir heute vereinbaren, daß wir sofort, wenn Sie jetzt die Liste billigen, mit den einzelnen Persönlichkeiten sprechen, daß ich dann diese Kommissionen berufe. Die beiden Kommissionen sollen unter dem Vorsitz des Generalsekretärs stehen, weil ja auch hier die Geschäftsführung im Haus liegt. Wir werden jetzt Namen vortragen von Politikern und Experten in gleichem Maße. Ich gehe davon aus, daß wir dann im Laufe des Sommers einen Zwischenbericht bekommen über den Entwicklungsgang der Arbeit und daß wir dann im Herbst, respektive im frühen Winter, also am Jahresende, darüber beschließen hier im Bundesvorstand, wenn die Ergebnisse vorliegen, wenn abzusehen ist, wann das sein wird – vor allem in diesem sehr schwierigen Rentenbereich braucht man eine Menge Zeit –, daß wir dann endgültig darüber beschließen, wem wir die erarbeiteten Papiere schlußendlich zur Entscheidung vorlegen. Dem Bundesparteitag oder dem Bundesausschuß, es ist durchaus beides denkbar. Ich würde es aber für ganz falsch halten, daß wir heute uns schon festbinden, wer die Beschlußfassung vornehmen wird, sondern daß wir uns diese Entscheidung einfach offenhalten. Ich schlage jetzt vor, daß Heiner Geißler gleich mal zu den beiden Kommissionen die Vorschläge macht, daß er zu beiden jetzt einmal die Namen vorträgt und wir dann darüber sprechen. Meine Bitte ist nur, daß wir möglichst konzentriert arbeiten und dann zum Ende kommen.

Geißler: Ja, eine kleine Vorbemerkung. Diese beiden Kommissionen sollen gleichzeitig auch eine Konkretisierung der Zukunftskommission darstellen. Wir haben auf dem Mannheimer Parteitag eine Zukunftskommission beschlossen. Zusätzlich zu diesen beiden Kommissionen noch eine gesonderte Zukunftskommission zu bilden, scheint nicht durchführbar zu sein nach unseren Überlegungen, sondern wir schlagen vor, daß wir diese beiden Kommissionen als Konkretisierung mit einem ganz bestimmten Arbeitsauftrag dieser Zukunftskommission ausweisen.

Jetzt zunächst einmal zur Jugendkommission. Beide Kommissionen haben zwei Bereiche, nämlich Politiker und Wissenschaftler und Experten.⁶⁹ Ich lese zunächst einmal die Vorschläge vor für den politischen Bereich. Zur Jugend jetzt, die Politiker, die für die Jugendkommission vorgesehen sind: Wissmann, Bernhard Vogel, Laurien, Worms, Erwin Teufel, Remmers, Frau Hellwig⁷⁰, Toni Pfeifer, Kroll-Schlüter⁷¹, Frau Karwatzki⁷², Wulff,

69 Tischvorlage in ACDP 07-001-1032

70 Renate Hellwig (geb. 1940), Juristin; 1972–1975 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1975–1980 Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt Rheinland-Pfalz, 1980–1998 MdB.

71 Hermann Kroll-Schlüter (geb. 1939), Landwirt; 1972–1990 MdB, 1991–1998 Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Forsten des Freistaates Sachsen.

72 Irmgard Karwatzki (1940–2007), Sozialarbeiterin; 1976–2005 MdB, 1982–1987 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, 1987–1989 beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1994–1998 beim Bundesminister der Finanzen.

Weberling, Pflüger⁷³, Langguth⁷⁴ und noch ein Kommunalpolitiker, weil der Hamburger Parteitag ja beschlossen hat, daß dieses Jugendprogramm vor allem auch kommunalpolitische Elemente haben soll, also sehr konkrete Aussagen für die Jugendpolitik machen soll auch im Sinne dieses Kommissionsberichts der Eidgenössischen Jugendkommission. Dann Wissenschaftler und Experten: Prof. Roland Eckert⁷⁵ aus Trier, Prof. Schmidtchen⁷⁶, Zürich, Prof. Oberndörfer, Freiburg, Prof. Rosenmayr⁷⁷, Wien, Prof. Neidhardt⁷⁸, Köln, dann Ludger Kühnhardt⁷⁹, Herr Tacke⁸⁰ vom EMNID-Institut, Frau Höhler⁸¹ und Herr Dannenmann⁸² vom Christlichen Jugenddorfwerk. Es sind insgesamt 24 Mitglieder.

Dann kommen wir zur Kommission „Sicherstellung der sozialen Sicherung, Generationenvertrag“. Der Arbeitsbegriff muß noch ein bißchen präzisiert werden. Die Politiker zunächst: Biedenkopf, Blüm, Benno Erhard⁸³, Fink⁸⁴, Heinrich Franke⁸⁵, Häfele⁸⁶, Zeitel,

-
- 73 Friedbert Pflüger (geb. 1955), Politiker; 1977/78 Vorsitzender des RCDS; 1990–2006 MdB, 2005/6 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Verteidigung, 2006–2011 MdA Berlin.
- 74 Gerd Langguth (1946–2013), Politikwissenschaftler; 1970–1974 Bundesvorsitzender des RCDS, 1976–1980 MdB, 1986/87 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, 1993–1997 Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.
- 75 Roland Eckert (geb. 1937), Soziologe; 1973–2002 Professor für Soziologie an der Universität Trier.
- 76 Gerhard Schmidtchen (geb. 1925), Soziologe; 1970–1990 Professor für Sozialpsychologie und Soziologie an der Universität Zürich.
- 77 Leopold Rosenmayr (1925–2016), Soziologe; 1961 Professor für Soziologie und Sozialphilosophie Universität Wien.
- 78 Friedhelm Neidhardt (geb. 1934), Soziologe; 1968 Professor in Hamburg, 1971 Tübingen, 1975 Köln, 1988–1999 Freie Universität Berlin.
- 79 Ludger Kühnhardt (geb. 1958), Journalist, Politikwissenschaftler; 1991 Professor in Freiburg, seit 1997 Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung und Professor in Bonn.
- 80 Walter Tacke (1926–2017), Diplom-Kaufmann; Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts Emnid.
- 81 Gertrud Höhler (geb. 1941), Literaturwissenschaftlerin, Publizistin und Unternehmensberaterin; 1972–1993 Professorin für Germanistik in Paderborn.
- 82 Christopher Dannenmann (geb. 1941), Pädagoge und evangelischer Theologe; 1978 Mitgründer der deutschen „Gesellschaft zur Förderung hochbegabter Kinder e. V.“; 1985 Präsident des Christlichen Jugenddorfs Deutschlands. Sohn von Arnold Dannenmann (1907–1993), evangelischer Theologe; 1947 Gründer und bis 1985 Präsident des Christlichen Jugenddorfs Deutschlands.
- 83 Benno Erhard (1923–2011), Jurist; 1954–1965 MdL Hessen (CDU), 1965–1987 MdB, 1983–1987 Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesminister für Justiz.
- 84 Ulf Fink (geb. 1942), Volkswirt; 1970–1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der CDU/CSU-Fraktion, 1977–1979 Hauptabteilungsleiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1979–1981 CDU-Bundesgeschäftsführer, 1981–1989 Senator für Gesundheit und Soziales in Berlin, 1987–1993 Bundesvorsitzender der CDA, 1991–1993 Landesvorsitzender der CDU Brandenburg, 1994–2002 MdB.
- 85 Heinrich Franke (1928–2004), Ingenieur; 1955–1965 MdL Niedersachsen (CDU), 1965–1984 MdB, 1982–1984 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1984–1993 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.
- 86 Hansjörg Häfele (geb. 1932), Jurist; 1965–1990 MdB (CDU), 1976–1980 Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt, Steuern, Geld und Kredit, 1982–1989 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

Haimo George⁸⁷, Norbert Lammert⁸⁸, Adolf Müller⁸⁹, Burkhard Ritz, Wolfgang Vogt, Roswitha Verhülsdonk⁹⁰, Jürgen Westphal, Frau Wex und Frau Wilms. Dann die Wissenschaftler und Experten: Staatssekretär Chory⁹¹ aus Niedersachsen, Dr. Ecker⁹², Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht, Prof. Heubeck⁹³, Prof. Herder-Dorneich⁹⁴, Prof. Kevenhörster⁹⁵, Prof. Mackscheidt⁹⁶, Köln, Prof. Schmähl⁹⁷ – die beiden letzteren sind Mitglieder des Sozialbeirats –, Frau Prof. Süßmuth⁹⁸, Kommission Familienbericht, Prof. Max Wingen⁹⁹, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Josef Stingl, Thomas Ruf¹⁰⁰, Rudi Nickels¹⁰¹ für die Knappschaft und Herr Kolb¹⁰² für den Verband der Rentenversicherungsträger. Insgesamt 29 Mitglieder, wobei dazu zu bemerken ist, es wird uns möglicherweise nicht gelingen, nun jeden Experten, den ich vorgelesen habe, zu gewinnen;

-
- 87 Haimo George (1933–1985), Jurist; 1970–1976 Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrats der CDU e. V., 1976–1985 MdB (1982–1985 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion).
- 88 Norbert Lammert (geb. 1948), Diplom-Sozialwissenschaftler; 1980–2017 MdB, 1989–1994 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1994–1997 beim Bundesminister für Wirtschaft, 1997–1998 beim Bundesminister für Verkehr, 2005–2017 Bundestagspräsident.
- 89 Adolf Müller (1916–2005), Facharbeiter; 1961–1987 MdB (1972–1981 Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion, 1981–1987 stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion).
- 90 Roswitha Verhülsdonk (geb. 1927), Bildungsreferentin; 1964 CDU, 1966–1970 Kreisvorsitzende der Frauenvereinigung Koblenz, 1969–1991 Mitglied im Rat der Stadt Koblenz, 1969–1991 Landesvorsitzende der Frauen-Union Rheinland-Pfalz, 1977–1992 stv. Bundesvorsitzende der Frauen-Union, 1972–1994 MdB (1986–1991 stv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), 1990–1994 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Familie und Senioren.
- 91 Werner Chory (1932–1991), Jurist; 1978–1982 Staatssekretär im Niedersächsischen Sozialministerium, 1982–1991 im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.
- 92 Walther Ecker (1961–2001), Jurist; 1961–1982 Richter am Bundessozialgericht (ab 1979 Senatsvorsitzender).
- 93 Georg Heubeck (1911–1989), Versicherungsmathematiker; 1973–1983 Lehrbeauftragter für Versicherungsmathematik an der Universität Köln.
- 94 Philipp Herder-Dorneich (geb. 1928), Nationalökonom; 1968 Professor für Sozialpolitik in Innsbruck, 1970 in Bochum, 1973–1993 in Köln.
- 95 Paul Kevenhörster (geb. 1941), Diplom-Kaufmann, Politikwissenschaftler; 1974–2006 Professor für Politikwissenschaft in Münster.
- 96 Klaus Mackscheidt (geb. 1935), Wirtschaftswissenschaftler; 1971 Professor in Hamburg, 1973–2001 in Köln (Schwerpunkt Finanzwissenschaft).
- 97 Winfried Schmähl (geb. 1942), Wirtschaftswissenschaftler; 1976 Professor an der FU Berlin, 1989–2007 in Bremen. 1986–2000 Vorsitzender des Sozialbeirats für die gesetzliche Renten- und Unfallversicherung der Bundesregierung.
- 98 Rita Süßmuth (geb. 1937), Erziehungswissenschaftlerin, Politikerin; 1971 Professorin PH Ruhr, 1973 Dortmund, 1985–1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit (ab 1986 für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit), 1986 Vorsitzende der Frauen-Union der CDU, 1987–2002 MdB, 1988–1998 Bundestagspräsidentin.
- 99 Max Wingen (1930–2005), Volkswirt, Soziologe; 1959–1979 und 1992–1995 Beamter im Bundesministerium für Familie (zuletzt Ministerialdirektor), 1979–1992 Leiter des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg.
- 100 Thomas Ruf (1911–1996), Diplom-Volkswirt, Politiker; 1953–1972 MdB.
- 101 Rudi Nickels (1926–2005), Schmied; 1950 Gewerkschaftssekretar bei der IG Bergbau und Energie, 1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands, 1966–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU).
- 102 Rudolf Kolb (geb. 1927), Diplom-Volkswirt; bis 1992 Direktor und Geschäftsführer des Verbands Deutscher Versicherungsträger.

da müssen noch ein paar Gespräche geführt werden, so daß sich die Zahl möglicherweise um drei oder vier verringert.¹⁰³

Wissmann: Ich wollte, Herr Vorsitzender, etwas sagen zu der Konzeption und zu den Namen. Ich finde es richtig, daß man diese zwei Themen unter anderem bearbeitet. Ich frage mich allerdings, ob der gewählte Weg, im Grunde genommen zwei Ad-hoc-Arbeitsgruppen zu wählen, die dann zu dem Thema ein Papier ausarbeiten sollen in dem Zeitrahmen, den Sie, Herr Dr. Kohl angesprochen haben, nicht optimierbar ist, ob es nicht einen besseren Weg geben würde, und frage, ob es nicht besser wäre, ich sage das auch nach einer ganzen Reihe von Vordiskussionen, daß man so verfahren würde, daß man einen kleinen Kern einer Arbeitsgruppe bildet, der aus Bundesvorstandsmitgliedern bestehen könnte oder aus Präsidiumsmitgliedern – es kommt jetzt nicht auf den Namen, sondern auf den Gedanken an, mir liegt nichts an dem Wort „Zukunftskommission“, mir liegt etwas an dem Gedanken –, und dann Untergruppen dieser Koordinierungsgruppe zu bilden, die sich als reine Arbeitsgruppen zu diesem Koordinierungsgremium verstehen? Das hätte meiner Ansicht nach verschiedene Vorteile. Den Vorteil, wir könnten jederzeit aktuell beispielsweise auch neue Aufgaben, die entstehen könnten, an diese Arbeitsgruppe herantragen. Wir haben ja in unserem Parteitagebeschuß auch eine ganze Reihe von anderen Aufgaben noch genannt. Ich denke beispielsweise nur an die Frage: Wie können wirtschaftliches Wachstum und technische Entwicklung mit dem Schutz unserer natürlichen und sozialen Umwelt vereinbart werden? Um nur eine von mehreren zu nennen, die dort beschlossen wurden. Und darüber hinaus hätten wir dann den Vorteil, das Ganze würde gebündelt und koordiniert, bevor es in den Bundesvorstand käme, und wir hätten dann im Bundesvorstand nur die Ergebnisse von Arbeitsgruppen, die sonst in komplizierten Verfahren aufbereitet werden müßten.

Also meine Frage und Bitte wäre, Herr Vorsitzender, zu überlegen, ob wir nicht doch eine integrierte Arbeitsgruppe bilden sollten mit den zwei Themen, die ich für wichtig halte, aber möglicherweise noch mit dem einen von mir eben genannten Thema hinzu, und dann in dieser Koordinierungsarbeitsgruppe Untergruppen mit dann natürlich sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten zu bilden, weil der, der von der Knappschaft kommt, mit Sicherheit jetzt nicht die Absicht hat, zum Thema Jugendprotest eine Ausarbeitung vorzulegen. Das hätte auch den Vorteil, daß die Last der Koordination nicht ausschließlich beim Generalsekretär hängenbliebe und damit natürlich auch die politische Last eines Ergebnisses, das dabei herauskommt, auf eine breitere Ebene gebracht werden könnte. Wir haben schon einmal darüber gesprochen, ich sagte das; das ist nicht ganz ohne Vordiskussion, und ich bitte zu überlegen, ob wir nicht eine solche Alternative wählen können.

Kohl: Herr Wissmann, wir haben diesen Vorschlag, Sie hatten den ja mit Heiner Geißler schon mehrmals erörtert, natürlich auch erörtert. Also, ich muß Ihnen jetzt sagen nach meiner Erfahrung, nach fast 20 Jahren Mitgliedschaft im Parteivorstand und nach 15 Jahren Mitgliedschaft des Parteipräsidiums und nach acht, fast neun Jahren Amtszeit als Parteivorsitzender, ich halte dies für eine Illusion. Die politische Verantwortung bleibt bei all diesen Sachen beim Parteivorsitzenden und beim Generalsekretär. Auch das, was wir als Gremien auf dem Parteitag wählen, entspricht ja überhaupt nicht einer Kabinettsvorstellung. Das muß man mal klar aussprechen. Wir wählen ja nicht ein Parteipräsidium

103 Aktualisierte Listen der Kommissionsmitglieder in ACDP 07-001-1032.

unter dem Gesichtspunkt, daß ein Höchstmaß an Harmonie gegeben wird, sondern unter regionalen und sonstigen Gesichtspunkten, um die wichtigsten Leute zusammenzubringen. Und deswegen ist ja die Ressortzuteilung in Wahrheit total gescheitert. Es ist sinnlos, die Wirklichkeit des Lebens nicht zu erkennen. Ich habe auch eine Zeit gebraucht, bis ich das begriffen habe, das gebe ich ganz offen zu. Ich bin Parteivorsitzender und war Regierungschef und habe ein Kabinett gebildet. Das heißt, bei einer Kabinettsbildung können Sie ganz bestimmte Überlegungen mit einer ganz anderen Autorität wahrnehmen. Wir haben es ja heute beinahe mit Händen wieder greifen können, wir haben den Unterschied etwa zwischen denen, die in der Opposition im Bundestag sind und denen, die durch die Gegend fahren, weil sie eben in Verantwortung sind. Wir sehr sich da menschliche und sachliche Bezüge verändern, erleben wir fortdauernd beim Wechsel von dort nach dort oder von dort nach dorthin. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob ich über eine Apparatur verfüge, oder ob ich am Montag, das brauche ich ja Ihnen nicht zu erläutern, mit gescheiterten Ideen im Bundeshaus ankomme, am Freitag ist es Makulatur, weil die anderen mehr Hände haben, nicht weil sie besser sind, sondern der Frustrationsprozeß kommt eben daher, daß man in Wahrheit dazu verurteilt ist, das, was vernünftig ist, was gut ist, ganz selten durchsetzen zu können. Und die Frustration wird noch größer, wenn man sieht, daß man etwas Vernünftiges durchsetzt – Waffenschmidt bringt gerade das Beispiel Wohnungsbau –, und dann die anderen ein Plakat drucken und sagen, das war ihre Leistung, obwohl sie bis zuletzt dagegen waren.

Wir haben gerade erlebt, daß wir am 18. Dezember eine Resolution zu Polen im Bundestag einbrachten, wo ich also auf meinen Eid nehmen kann, daß kein Mitglied der Bundesregierung, kein Mitglied der SPD/FDP-Fraktion nur ein Komma dazu beigetragen hat. Aber sie laufen draußen herum und sagen, es sei ihre Resolution. Und wir können nicht einmal etwas dagegen sagen in dem Fall, denn in dem Fall haben sie sogar mitgestimmt, aber in der Genese der Resolution, in der Geschichte, erscheint es nicht als unser Beitrag. Ich fürchte, wenn wir Ihrem Vorschlag folgen würden, stehen wir in wenigen Monaten oder Wochen, wie Sie es nehmen wollen, da, und es läuft wiederum nichts. Es läuft eben dann nur ein allgemeines Gerede, aber ganz konkret ist niemand festzuhalten. Es sei denn der Parteivorsitzende und der Generalsekretär. Und deswegen bin ich schon dafür, daß man auch dann diese Vorstufe nicht vorschaltet, die uns das nicht bringt, was wir brauchen. Die zwei konkreten Beispiele, die wirklich Zukunft beherrschen, sind generelle Fragen junge Generation, das ist die Fortsetzung vom Hamburger Parteitag, und im weitesten Sinne des Wortes soziale Sicherung; das wird das große Thema für die nächsten Jahre werden. Bei der Geburtenentwicklung, bei der Arbeitsmarktentwicklung ist das die Frage schlechthin. Deswegen ist mein dringender Rat, das so zu machen.

Herr Wissmann, wenn das so läuft, wie ich hoffe, bin ich sofort bereit, Ihren Gedanken nochmal aufzunehmen. Aber ich möchte, daß wir in beiden Fragen das Jahr 1982 nicht vorübergehen lassen, ohne im Winter 1982/83 soweit zu sein, daß wir wirklich auch integrationsfähige Aussagen, sachlich begründete Aussagen dazu machen. Deswegen haben wir uns, wie Sie feststellen können, ziemliche Mühe gegeben, das auf einer möglichst breiten Grundlage möglichst gut zusammenzufassen. Und ich finde, das ist nun der Job, den Vorsitzender und Generalsekretär machen müssen, dafür sind wir gewählt, und den auch das Adenauer-Haus machen muß; ich glaube, das sind ganz wichtige Dienstleistun-

gen für die Partei. Deswegen meine Bitte, es bei dem Verfahren, wir haben über den Vorschlag ja heute im Präsidium geredet, zu belassen.

Wissmann: Darf ich noch eine Nachfrage nachschieben? Also, ich bin nicht überzeugt, ich sehe die Argumente, ich will nicht sagen, daß es eine hundertprozentige Lösung gibt. Ich glaube nach wie vor, daß eine ganze Fülle von Argumenten für eine andere Lösung spricht. Ich habe aber noch eine Klärungsfrage. Sie sagte gerade „soziale Sicherung“. Hier steht in dem Papier „Generationenvertrag/Renten“. Frage: Wird das jetzt der weitere Begriff sein (*Kohl:* Ja.) oder wird es eine Rentenkommission geben?

Kohl: Nein. Der weitere Begriff. Ganz eindeutig.

Wissmann: Das heißt, der Beschluß wird an diesem Punkt anders aussehen, als jetzt hier? (*Kohl:* Wo hier? Was verstehen Sie unter „hier“?) Ich nehme nur die Tischvorlage. (*Kohl:* Nein, es gilt hier, was vorgetragen wurde.) Ja, die den Generationenvertrag, die konkrete Lösung erarbeiten, die dem Generationenvertrag als Zweigenrationsvertrag gerecht werden. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, aber ich meine, es ist schon ein Unterschied, ob man zur Rentenfrage eine Vorlage ausarbeiten soll oder umfassender zum Thema soziale Sicherung.

Kohl: Ja, aber, Herr Wissmann, das muß der umfassende Begriff sein, weil wir beispielsweise im Zusammenhang mit der Rentenfrage die Frage der Stellung der Frau im sozialen Sicherungssystem haben, das kann ich doch nicht trennen! Verstehen Sie?

Geißler: Also, ich darf vielleicht mal sagen, ich meine, jetzt Kommission zur sozialen Sicherung in dem Sinne, daß jetzt gleichwertig Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung behandelt wird, das ist ja nicht gemeint, sondern der Parteitagsauftrag ist schon Sicherung des Generationenvertrages unter schwerpunktmäßiger Betonung der Alterssicherung. Aber man kann selbstverständlich dieses Problem nicht behandeln, ohne die anderen Bereiche der sozialen Sicherung miteinzubeziehen, einschließlich Familienpolitik. Natürlich ist der Auftrag des Parteitages, schwerpunktmäßig Aussagen zu erarbeiten für die Alterssicherung unter Berücksichtigung des Generationenvertrages.

Wir waren uns auch noch nicht so ganz einig, wie das letztendlich heißen soll, wir waren uns nur einig vom Thematischen her, daß jetzt nicht eine verengte Erarbeitung erfolgen soll, also jetzt nur Rentenversicherung, sondern daß es schon eine umfassendere Darstellung der Sozialversicherung sein soll unter der Betonung des Gesichtspunktes Sicherung des Generationenvertrages. Das ist der Auftrag des Parteitages.

Kohl: Aber wir sind ja gar nicht auseinander.

Wissmann: Also, Herr Vorsitzender, ich dachte schon daran, ich will es ganz konkret sagen, daß wir unter Einschuß des Generationenvertrags und dem, was dazu ja schon zum Teil diskutiert wurde – die Namen finde ich auch sehr überzeugend, die da genannt worden sind –, die größere Frage, die soziale Frage diskutieren, also das Ganze aus dem Blickwinkel des Konzeptes, ich halte mich auch nicht am Wort fest, aber wir wissen, was damit gemeint ist; das steht ja in der Mannheimer Erklärung anders. Und dann kommen wir natürlich sofort zu einer ganzen Reihe von anderen Fragen. (*Kohl:* Ja natürlich!) Aber das ist schon ein bißchen etwas anderes, als das Ganze nur aus dem Blickwinkel der Rentenversicherung zu diskutieren.

Kohl: Also ich sehe das, ehrlich gesagt, für einen rein akademischen Streit an. Wenn das wirklich etwas werden soll, könnten Sie es gar nicht anders machen, als wenn Sie, ich

sage jetzt mal arbeitsmäßig, die große Lösung nehmen, weil Sie zwangsläufig auf die Probleme stoßen. (*Wissmann*: Dann schreiben wir es aber auch so rein.) Ja, das ist ja auch ein Arbeitsbegriff. Wir waren uns heute früh auch schon im Parteipräsidium darüber im klaren; das hat also nichts mit der Tischvorlage zu tun. Die bitte ich zu vergessen in dem Zusammenhang. Wir müssen eine Formulierung finden, wir haben heute früh daran herumgedoktert, und es war nicht sehr erfolgreich; das ist ein Arbeitstitel. Aber das ist noch nicht der endgültige.

Wissmann: Also, wenn wir uns über den größeren Zusammenhang im klaren sind, dann will ich nicht an Buchstaben rumfuchsen. Aber dann würde ich auch bitten, das dann so in das Redeprotokoll zu nehmen. (*Geißler*: Ja.)

Kohl: Sie können ganz sicher sein, daß das ganz entschieden, Herr Wissmann, meine Meinung ist. Daran führt gar kein Weg vorbei. Lassen Sie bitte das, was hier auf der Tischvorlage ist, in dem Zusammenhang weg.

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich gleich bei der Tischvorlage zu dem Thema Kongresse darauf hinweisen, das sind die drei Punkte, da haben wir inzwischen mit der Adenauer-Stiftung gesprochen, das wird also in dem Sinne da vorbereitet.¹⁰⁴ Weitere Wortmeldungen? Bitte schön.

Weberling: Ich würde darum bitten, daß einige Diskussionspunkte mal angerissen werden zum Antrag G4¹⁰⁵, der ja einstimmig verabschiedet worden ist, wo der Bundesvorstand sich Maßnahmen überlegen soll, die Trennung der Begabtenförderung wieder rückgängig zu machen, und zwar vollständig rückgängig zu machen.

Kohl: Ja, da sind wir mitten im Gespräch mit der CSU, und die Gespräche sind alles andere als erfolgverheißend. Das kann ich also in einem einzigen Satz beantworten. In einer einseitigen Entscheidung der CSU ist in der Sache gar nichts zu tun, sondern das ist ein Problem, das sich ungeheuer verschärft hat.

Geißler: Also, darf ich noch ergänzend etwas sagen, weil es in das Thema hineingehört. Sie haben jetzt unter den Großbuchstaben A und B die Beschlüsse des Bundesparteitags vorliegen, die hinsichtlich ihrer Realisierung den Bundesvorstand betreffen. Es gibt natürlich eine ganze Reihe von Beschlüssen des Bundesparteitags, zu deren Durchführung nicht der Bundesvorstand aufgerufen ist, sondern der Vorsitzende, der Generalsekretär, die Bundesgeschäftsstelle oder die Bundestagsfraktion. Zu diesem Punkten, also C meinetwegen, gehört das, was Sie, Herr Weberling, gesagt haben. Dazu gehört auch zum Beispiel eine Aufforderung an den Bundestag usw. zur finanziellen Entlastung der kommunalen Haushalte – der Herr Waffenschmidt ist weg – oder Einrichtung eines Hilfsfonds internationaler Solidarität und eine ganze Reihe von anderen Punkten, die vom Bundesparteitag beschlossen worden sind.

Herr Wissmann, was Sie gesagt haben, bezieht sich auf zwei Beschlüsse. Der Parteitag in Hamburg hat beschlossen, den Generationenvertrag neu zu erarbeiten unter dem Gesichtspunkt des Dreigenerationenvertrags. Und Neue soziale Frage ist etwas, was übriggeblieben ist als Auftrag vom Mannheimer Parteitag. (*Unruhe*.) Aber das ist ja Mannheimer Parteitag, wir müssen beides miteinander verbinden. Vielleicht helfen Sie mit, daß uns ein richtiger Begriff für diese Kommission einfällt.

¹⁰⁴ Tischvorlage in ACDP 07-001-1032.

¹⁰⁵ Fortsetzung der gemeinsamen Begabtenförderung der Konrad-Adenauer- und der Hanns-Seidel-Stiftung.

Kohl: Gut. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall? Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

Bonn, Montag 8. März 1982

Sprecher: Biedenkopf, von Bismarck, Dregger, Geißler, Griesinger, Koch, Kohl, Neumann, Pfeifer, Ritz, Scherer, Späth, Stoltenberg, Friedrich Vogel, von Weizsäcker, Waffenschmidt, Windelen, Wex, Wörner, Worms, Zeitel.

Politische Lage. Rahmenkonzept Personalwesen. Verschiedenes. Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz über die Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf die heutige Bundesvorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Bevor wir zur Tagesordnung kommen, will ich gleich ein herzliches Wort des Glückwunsches an unsere Freunde in Schleswig-Holstein, an Gerhard Stoltenberg sagen. (*Beifall.*) Ich habe ihn gebeten, nachher im Anschluß an meinen Bericht die Details des Wahlergebnisses¹ noch herauszustellen, denn wie alle solche lokalen Ergebnisse braucht man doch etwas Lokalkenntnis, um die richtige Akzentuierung vorzunehmen.

Bei der Tagesordnung hat Bernhard Vogel mich darauf hingewiesen, daß er etwas früher hier weg muß, d. h. wir werden versuchen, seinen Kurzbericht dann einfach in die allgemeine Diskussion mit einzubringen, dann kann man das ja möglicherweise mitdiskutieren. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren? Das ist der Fall. Dann beginnen wir gleich.

Ich darf zunächst vortragen zwei Sachverhalte, die ich hier auch formell im Bundesvorstand heute zur Abstimmung stellen möchte. Der erste ist, Sie erinnern sich, daß ich auf dem Bundesparteitag in Hamburg im Herbst eine Satzungsänderung bezüglich der Teilnahme eines Repräsentanten aus dem europäischen parlamentarischen Bereich beantragt habe; der Parteitag hat auch diesem Wunsch entsprochen. Es ging also dabei um die Teilnahme des Präsidenten des Europäischen Parlaments am Bundesvorstand und Präsidium, so er der CDU angehört, oder des Fraktionsvorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, so er der CDU angehört. Wir haben im Vorgriff auf diese geplante Satzungsänderung beim Mannheimer Parteitag eine Zustimmung des Parteitags erhalten, obwohl damals die Satzungsänderung nicht vorgenommen wurde, sozusagen vorweg die Lösung so zu treffen, um die enge Verbindung zur Führung des Europäischen Parlaments und der Fraktion sicherzustellen, daß der damalige Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Hans Katzer², – wir haben ja kein Kooptationsrecht, und ich will

1 Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 7. März 1982: CDU 50,1 (+0,9 zu 1978), SPD 34,6 (–5,9), FDP 6,8 (–0,5), SSW 1,8 (+0,1) Die Grünen 3,1 (+3,1), Grüne Liste Schleswig-Holstein 0,9 (+0,2) DKP 0,3 (–0,2), Wahlbeteiligung 73,9 (–4,4) Prozent (AdG 1982 S. 25393).

2 Hans Katzer war vom 18. Juli 1979 bis zum 18. Januar 1982 Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

auch deutlich sagen, ich strebe dies auch nicht an, aber die Praxis hat es als nützlich erscheinen lassen – als Teilnehmer an den Sitzungen eingeladen wird.

Wie Sie wissen, ist nach einem wenig erfreulichen Hin und Her im Straßburger Parlament die Entscheidung insofern gefallen, daß von deutscher Seite jetzt lediglich noch der Kollege Klepsch eine vergleichbare Funktion als Vizepräsident des Parlaments innehat, und mein Vorschlag ist, daß wir ihn zu unseren Sitzungen hinzuziehen. Ich würde dann selbstverständlich auch in Ihrem Auftrag mich bei dem Kollegen Hans Katzer, der ja nach seiner Nicht-Wiederwahl ausgeschieden ist, bedanken. Das ist das erste, was ich sagen möchte.

Das zweite ist, worüber wir heute formell beschließen müssen.³ Ich schlage vor, daß wir am Samstag, dem 5. Juni, 13.00 bis 15.00 Uhr, in Bonn eine Großdemonstration der CDU Deutschlands durchführen. Der Termin ergibt sich aus dem Zusammentritt der NATO-Konferenz am 10. Juni. Sie wissen, daß von linker Seite eine ganze Reihe Demonstrationen geplant sind, insbesondere am 10. selbst, das ist der Fronleichnamstag.

Nach langem Diskutieren mit vielen Details, und das ist ja eine wichtige Sache, bin ich zu dem Ergebnis gekommen, das Präsidium folgt dieser Meinung – ich darf das also auch hier im Namen des Präsidiums sagen –, daß wir Samstag, den 5. Juni, wählen sollten, auch unter dem Gesichtspunkt, daß das der Tag vor der Hamburg-Wahl ist und sich bei dieser Gelegenheit daraus eine besondere Perspektive auch für die Hamburg-Wahl noch ergibt.

Ich gehe bei dem Treffen davon aus, daß es uns möglich sein wird bei sorgfältiger Vorbereitung, über 100.000 Mitglieder und Freunde der Union in Bonn zu versammeln. Wir waren und sind der Meinung, daß ein solches Treffen einen ausgesprochen freundlichen Charakter tragen sollte. Ich will deswegen die Mitglieder auffordern, mit ihren Familien hierher zu kommen und in einer fröhlichen und familiär gelösten Weise mitzumachen, also keine martialische Aufführung, sondern sozusagen den anderen Teil der Bundesrepublik zu zeigen. Wir sind von der wirtschaftlichen Situation her ganz gewiß augenblicklich nicht besonders gut beisammen in der Partei, aber es ist vorgesehen, bei einer solchen Gelegenheit einmal etwas Derartiges auf die Beine zu stellen. Ich will jetzt gleich sagen, wir haben noch keinen abschließenden Slogan gefunden oder so etwas. Das muß sehr sorgfältig untereinander noch diskutiert werden. Ich hoffe sehr, daß es uns gelingt, etwas zu finden, was man aus diesem Tag heraus für die gesamte Parteiarbeit auch auf dem Wege von Buttons etc. darstellen kann. Wenn uns dies gelingt, und ich zweifle nicht daran, wird dies ein ungeheures Ereignis für die Bundesrepublik; das versteht sich von selbst. Es ist bisher noch keiner einzigen Partei gelungen, im Nachkriegsdeutschland eine derartige Sache auf die Beine zu stellen, denn das, was die Grünen gemacht haben, war ja eine Summe von vielen, vielen Organisationen und nicht in der Weise.⁴

Wir wollen das auch nicht streng parteipolitisch aufziehen, sondern es soll sozusagen für den Frieden, für die Freiheit, für unsere Vorstellung von Bundesrepublik demonstriert werden, wobei wir in dieser Demonstration – ich hoffe bei der Begrüßung eines namhaften amerikanischen Gastes, etwa aus der Gründerzeit der Republik – unseren Dank abstatten können und auch ganz klar unsere Begrüßungsadresse an den amerikanischen

3 Die folgenden Ausführungen bis zum Beitrag von Gottfried Koch liegen auszugsweise als Transkript in ACDP 07-001-1033 vor.

4 Gemeint ist wohl die Demonstration im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981 unter dem Motto „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen“ mit etwa 250.000 Teilnehmern.

Präsidenten zur NATO-Konferenz und die Betonung der Freundschaft zu den Vereinigten Staaten deutlich werden kann.

Die ursprüngliche Idee war natürlich, daß wir dieses Treffen gemeinsam mit den Freunden aus der CSU machen. Hier ergibt sich nun ein nicht lösbares Problem. Die CSU ist, wie Sie wissen, aufgrund ihrer Mitgliederzahl und der noch nicht veränderten Satzung in der Lage, daß sie mit weit über 1.000 Delegierten praktisch in ganz Bayern nur noch in einem einzigen Saal in München tagen kann. Das ist ein Saal, der in der Regel über 20 Monate im voraus besetzt ist. Und die CSU hat nun seit langer Zeit für diesen Tag ihren Parteitag in München anberaumt. Sie kann den Parteitag nicht verlegen, das habe ich inzwischen eingesehen, weil sie keine Räumlichkeit dafür gewinnt, und natürlich vor der Landtagswahl im Oktober noch einmal einen Parteitag machen muß, so daß wir zu dem Ergebnis gekommen sind, daß die CSU nun ihrerseits zur gleichen Stunde an diesem Samstag um 13 Uhr in München eine Abschlußkundgebung macht und Teile der gegenüber Bonn besonders günstig gelegenen Räume Bayerns – ich denke hier besonders an Unterfranken – sich mit Sonderzügen an dem Bonner Ereignis beteiligen. Eine gemeinsame Sache wäre sicherlich besser; aber was nicht geht, geht nicht, und wie alles im Leben hat auch diese Sache natürlich zwei Seiten, wenn das als die Leistung der CDU in einer Großkundgebung sich so deutlich darstellt.

Es wird sicherlich den einen oder anderen geben, der die Frage stellt, werden wir das schaffen? Ich persönlich bin völlig überzeugt, sonst hätte ich diesen Vorschlag nicht gemacht, daß wir das schaffen können. Ich werde mich auch ganz persönlich in dieser Sache engagieren. Bitte gehen Sie davon aus, daß ich darauf dringe, wenn Sie meinem Beschluß folgen, daß es an diesem Tag für niemanden, der Rang und Namen für sich beansprucht in der CDU Deutschlands, einen anderen Termin gibt, der wichtiger ist. Ich habe natürlich auch die Absicht, sozusagen alles nach Bonn einzuladen, was einzuladen ist. Wenn ich mir vorstelle, was wir an Zahl von Landräten, an Zahl von Oberbürgermeistern bei dieser Gelegenheit jetzt nicht im einzelnen, aber in der Summe begrüßen können, Landtagspräsidenten, Ministerpräsidenten, viele Bereiche der Gesellschaft, finde ich das ausgesprochen repräsentativ für die Bundesrepublik.

Ich möchte darüber hinaus noch eine Zahl von bekannten Mitbürgern aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft einladen, um ihnen die Chance zu geben, mit uns für unsere Bundesrepublik zu demonstrieren, aber auch uns die Chance zu geben, bei der Absage einmal die Gründe zu studieren, warum einer an einem solchen Tag möglicherweise nicht teilnimmt. Auch das ist ja im Blick auf das Prinzip Zivilcourage nicht ohne Belang.

Mit einem Wort, ich brauche das nicht näher zu interpretieren und zu begründen, ich gehe davon aus, wenn uns dieses gelingt, haben wir für dieses Jahr eines der wichtigsten politischen Daten gesetzt; man braucht das im einzelnen, glaube ich, nicht weiter zu begründen. Ich würde jetzt vorschlagen, daß wir schnell die beiden Punkte – ich hoffe, daß das schnell geht – vorweg abschließen, weil ich auch bei ganz voller Besetzung das gerne beschlossen haben möchte, und daß wir uns dann der politischen Lage zuwenden. Sind Sie damit einverstanden? Darf ich zuerst zu dem einen Vorschlag, daß wir den Kollegen Klepsch als Vertreter der Europäer hier zu unseren Beratungen beiziehen, um Wortmeldungen bitten?

Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Enthaltungen? Damit ist das einstimmig so beschlossen. Und jetzt zu dem Punkt 2. Ich habe natürlich noch keine Details hier vorzutragen, nur Meinungsbildungen.

Stoltenberg: Ich halte den Gedanken eine solchen zentralen Kundgebung oder Demonstration für gut, ich habe ihn heute morgen zum ersten Mal gehört, aber ich will das spontan sagen. Es kommt sehr auf die Überschrift an, Helmut. (*Kohl:* Da sind wir uns einig.) Also, es muß ja verschiedene Aspekte haben, es sollte natürlich alles bringen, die deutsch-amerikanische Freundschaft, das Ja zur NATO, auch in ihrer geistigen und moralischen Begründung, aber es sollte nicht nachher von den linken Medien als NATO-Kundgebung verkauft werden, aus Gründen, die wir alle kennen. Es kommt also sehr darauf an – ich weiß nicht, ob die Überlegungen schon dahin gediehen sind –, daß man sozusagen eine Überschrift hat und auch eine Begründung in einem Aufruf, in dem die politische Absicht in einer guten Formulierung noch einmal sichtbar gemacht wird. Und da ich vermute, daß das heute doch nach der Erörterung des Bundesvorstands bekannt wird, würde ich bitten, daß wir darüber noch ein paar Sätze sagen, denn die erste Meldung darüber ist sehr wichtig.

Es soll doch eigentlich eine Kundgebung werden für Frieden und Freiheit. (*Dregger:* Und Demokratie!) Ja, kleinen Moment, ich würde schon den Begriff Frieden hineinnehmen. Kundgebung für Frieden und Freiheit, dann gibt es noch einen dritten Begriff, das wäre also meine spontane Reaktion. Man kann das variieren, aber wir sollten auf die beiden zentralen Begriffe Frieden und Freiheit nicht verzichten zur Markierung unserer Grundposition, auch in ihrer moralischen Begründung, warum wir für die Solidarität in der NATO, für die deutsch-amerikanische Freundschaft sind. Aber es muß eine etwas erweiterte Formel sein, die das Ganze nicht nur auf die Raketendiskussion bringt.

Späth: Ich will, nachdem wir vorhin kurz darüber gesprochen haben, nochmal sagen, ich halte das für wichtig, ich halte es für gut. Es muß aber eine sehr vereinfachte Struktur bekommen, weil wir bei einer solchen Großkundgebung berücksichtigen müssen, daß wir eine allzu differenzierte Form in der Darbietung bei der Größenordnung, die wir anstreben, nicht schaffen. Wenn die vergleichbar ist mit Bisherigem, dann würden wir einfach bewertet, so viel haben die Grünen auf die Füße gebracht, so viel die. Wir müssen uns darauf einstellen, daß die Medien dann sofort einen Bezug machen, wieviel Gewicht hat das, wieviel jenes. Wenn wir das tun, dann bin ich auch für diese einfache Überschrift „Frieden und Freiheit“. Und dann kommt aber das zweite, deshalb halte ich von der Organisation dieser ganzen Geschichte sehr viel. Die Sache wird nicht entschieden an Postern oder sonst was, sie wird entschieden an dem optischen Bild der Veranstaltung. Und wenn dieses optische Bild nicht alles erschlägt, was am Rande der Demonstration mit antiamerikanischen Parolen usw. erscheint, ist es eine nicht ungefährliche Sache.

Deshalb bin ich der Meinung, man sollte neben der Frage, wie die Ankündigung erfolgt oder wie der Ablauf sein könnte, sich ganz zielgerichtet mit dem plakativen Bild der Demonstration in der Öffentlichkeit befassen. Und das ist in vielen Bereichen eine Organisationsfrage. Was die letzte Demonstration der Gegner stark gemacht hat, war nicht unbedingt die Zahl, sondern war die Art, wie bestimmte Kräfte diese Geschichte mit allen Details organisiert haben. Es gibt aus einer vertraulichen Quelle ein interessantes Detail: Da gab es nämlich eine Gruppe innerhalb dieser Demonstration, die sich vor allem gegen

die Russen konzentrierte, und nun gibt es ein Bild darüber, das zeigt, wie bestimmte Organisationen diese Gruppe eingekreist, abgedeckt und weggedrückt haben, als sie ins Fernsehen rückte, und damit sichergestellt haben, daß dieses Bild nicht in die Öffentlichkeit kam. Ich sage, wir müssen uns organisatorisch darauf einstellen, daß solche Versuche unternommen werden und daß wir es dort mit Profis zu tun haben. Deshalb halte ich in dieser Frage neben der Themenwahl und der Art der Veranstaltung es für das wichtigste, daß wir organisatorisch diese Veranstaltung so durchziehen können, daß die Sache am Schluß nicht in einer Massenauseinandersetzung mit Störern endet, denn dann wäre es natürlich ein Rohrkrepierer. Deshalb halte ich es für wichtig, daß wir uns sehr früh und sehr intensiv auch mit der Struktur und der Organisation auseinandersetzen.

Biedenkopf: Was Lothar Späth zur Frage der Organisation und des äußeren Erscheinungsbildes gesagt hat, ist richtig. Ich halte das auch aufgrund der Erfahrungen mit der Afghanistan-Demonstration⁵ für ganz entscheidend. Das fängt an bei den Spruchbändern, die getragen werden, bei den Fahnen, alles, was da ist, damit auch ein optisch gutes Bild da ist.

Zum Thematischen: Es ist ganz entscheidend, gerade wenn es, so wie Helmut Kohl vorgeschlagen hat, zu einer gelösten Kundgebung kommt, die ein Wir-Gefühl, ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt, daß das Thema auch ein starkes emotionales Engagement gestattet. Deshalb halte ich die Thematisierung der Friedensfrage in einem solchen Zusammenhang für ganz unverzichtbar. Der Friede, was wir als unsere Vorstellung der Friedenspolitik, der Friedenspflicht, der Friedensordnung ansehen, daß das mit Freiheit verbunden ist, daß es im westlichen Bündnis, in der Gemeinschaft der westlichen Völker stattfindet, muß ganz im Mittelpunkt stehen.

Wir haben vorhin im Präsidium kurz über die Entwicklung der Demoskopie, auch in bezug auf die Altersgruppen, gesprochen. Helmut Kohl hat gesagt, daß bei den jungen Leuten und zunehmend auch bei alten leichte Abwanderungstendenzen in Richtung der Grünen sichtbar seien. Das hat natürlich elementar etwas mit diesem Thema zu tun. Die Grünen sind ja gar nicht mehr eine ökologische Partei allein, sondern sie sind zunehmend auch Leute, die das Thema Frieden thematisieren. Ich will nur auf einen Artikel aufmerksam machen, der am Mittwoch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ aus der Feder des Kardinals König⁶ erschienen ist über den Atomkrieg. Es ist ja nicht ganz uninteressant, daß die „Frankfurter Allgemeine“ den Kardinal König zu einem solchen Thema in dieser Weise zu schreiben auffordert oder schreiben läßt. Davon daß die dieses Thema usw. beschäftigen wird, bin ich überzeugt, und wir müssen zeigen, daß die größte Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland dieses Thema aufgenommen hat, schon immer aufgenommen hat, weiterträgt und in der Atlantischen Gemeinschaft eine vernünftige Antwort auf diese Frage sucht und sieht. Das ist nach meiner Auffassung ganz entscheidend für die Thematisierung.

Von Bismarck: Es wurde vorhin, wie ich meine, mit Recht darauf hingewiesen, daß nicht durch unsere Schuld, sondern durch Ereignisse, die wir nicht in der Hand hatten,

5 Am 22. November 1981 mit über 30.000 Teilnehmern auf dem Bonner Rathausplatz anläßlich des Breschnew-Besuchs in Bonn, organisiert von der Jungen Union und dem FDP-Abgeordneten Jürgen Möllemann (AdG 1981 S. 25110, UiD vom 26. November 1981: „Erfolg für unsere gemeinsame Sache“).

6 Franz König (1905–2004), katholischer Theologe; 1956–1985 Erzbischof von Wien, 1958 Kardinal. – FAZ vom 3. März 1982: „Es gibt keinen Atomkrieg“.

die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft einen leicht militärischen Geruch bekommen hat. Und ich bitte doch zu erwägen, ob wir, die Union, wenn wir vom Westen sprechen, nicht sehr viel mehr als bisher von Europa sprechen sollten und unsere Zukunft in die europäische Zukunft einzuordnen haben. Ob das in der Überschrift möglich ist, muß man erwägen. Ich kann keine sofortige Lösung anbieten, aber ich glaube, es wäre eine gute Sache, wenn wir diese Bedenken, die mit Recht erhoben werden, zerstreuen könnten durch eine mehr europäische Färbung der ganzen Sache und uns ganz deutlich auch zu der kommenden Europäischen Union bekennen. Weniger Tage später ist der Gipfel, es wäre eine gute Gelegenheit, uns dazu auch zu äußern.

Waffenschmidt: Ich möchte sehr nachdrücklich dafür plädieren, daß die beiden symbolträchtigen Begriffe Frieden und Freiheit zum Ausdruck gebracht werden. Damit knüpfen wir auch an eine Formel bewährter CDU-Politik an. Ich erinnere daran, daß Konrad Adenauer diese Begriffe doch immer sehr betont hat. Ich meine, gerade im Vorfeld dieser NATO-Tagung müssen wir – wir haben ja darüber hier in diesem Gremium schon öfter gesprochen – als die wahre Friedenspartei in Erscheinung treten. Denn die anderen machen ja im Grunde den Frieden unsicherer, auch wenn sie das Wort Frieden benutzen.

Ich möchte noch ein Zweites hier unterstreichen: Wir müßten zusehen, daß wir Menschen aus den verschiedenen Gesellschaftsschichten als Gäste gewinnen, denn das, was wir als Anliegen für unser Volk artikulieren, muß über den Rahmen der Parteifreunde noch etwas hinausgehen. Dabei müßten wir uns sicherlich rechtzeitig viel Mühe geben, da müßten aus den verschiedenen Gruppen Leute da sein, auch über die Kommunalpolitiker hinaus, Leute der Kirchen, damit sie sich mit diesen Zielen identifizieren. Ich würde sehr darum bitten, daß wir kurz und einprägsam Frieden und Freiheit in den Mittelpunkt stellen.

Dregger: Ich hatte eben den Zwischenruf gemacht als Thema: Für Freiheit und Demokratie. Ich will das als Nächstes begründen. Die Kundgebung machen wir doch wohl vor allem, weil der amerikanische Präsident hier in Bonn sein wird und weil in Amerika der Eindruck entsteht, die Deutschen gehen ab, sie sind nicht mehr zuverlässig. Und das Thema, was uns von den Sowjets unterscheidet, ist Freiheit und Demokratie. Das Friedensthema ist uns allen gemeinsam. Ich glaube, auch die Russen wollen den Frieden. Deswegen ist die Frage, ob man nicht etwas profilierter das Thema wählt. Das darf nicht bedeuten, daß das Friedensthema deswegen nicht da wäre, sondern die Art unseres Auftretens muß das deutlich machen, und die Redner müssen darauf eingehen. Aber ich will einfach eine etwas kämpferische Thematik, für Freiheit und Demokratie, die uns von der Gegenseite unterscheidet. Im übrigen halte ich aber, unabhängig davon, ob man das so oder so wählt, den Gedanken für ausgezeichnet, außenpolitisch wie innenpolitisch wie wahlpolitisch. Und wenn wir es fertigbringen, mit Unterstützung aller Landesverbände daraus eine wirkliche Massenbewegung zu machen, dann sollte es der große Auftrieb auch vor den Wahlen sein.

Von Weizsäcker: Es ist die erste Kundgebung, die wir nach vielen Monate oder Jahren vom Überlassen der Kampfform der öffentlichen Demonstrationen im wirklich ganz großen Stil selber in die Hand nehmen. Ich glaube, daß deswegen mehrere Gefühle und nicht nur Argumente der eigenen Partei wie aber auch der deutschen Öffentlichkeit dabei zusammenkommen, und die müssen wir natürlich in einer einfachen Überschrift bündeln.

Um drei Themen, glaube ich, geht es, einerseits um die atlantische Beziehung, zweitens um Europa und drittens um die Erneuerung zuhause. Im Kern ist es meine Überzeugung, daß das wichtigste die Erneuerung zuhause ist. Im Kern ist das wichtigste, das ist ja wohl auch das, was Sie meinen, Herr Dregger, die Erneuerung der Demokratie durch die Erneuerung des Bewußtseins dessen, was sie uns bringt und was wir dafür unsererseits zu bringen haben. Aber ich halte in der Tat auch die Thematisierung des Friedens für ganz entscheidend in der Überschrift, und ich finde, wir sind mal wieder an dem Punkt, über den wir ja schon manchmal miteinander diskutiert haben. Ich plädiere dafür, aus zwei Worten in der Überschrift eine Überschrift zu machen und nicht aus zwei Worten in der Überschrift zwei Überschriften zu machen. Frieden und Freiheit sind zwei Überschriften, Frieden in Freiheit ist eine Überschrift. Frieden in Freiheit bringt alles zusammen, das Atlantische Bündnis. Natürlich gibt es im Atlantischen Bündnis immer mal wieder Streit und unterschiedliche Aspekte. Aber das, was uns im tiefsten Grund verbindet im Atlantischen Bündnis, ist eben mehr als nur die Bewaffnung, ist die Grundlegung, also das, was ich ja immer wieder zitiere, und was Haig in Berlin bei seiner großen Rede unter Zitierung von Voltaire gesagt hat.⁷ Und das ist im Kern, politisch gesagt, Frieden in Freiheit.

Zweitens Europa. Philipp, ich finde es ganz entscheidend auch für das Zutrauen der Amerikaner, daß diese Europäer etwas taugen. Aber da auf der anderen Seite die Art, wie Europäer das Wort Europa thematisieren, zur Zeit von Amerika her gesehen nur allzu oft erscheint als etwas, was sich im Gegensatz zu Amerika oder mindestens in Absetzung von Amerika zusammenfindet, würde ich das Wort Europa nicht in die Überschrift setzen. Daß es in der Behandlung eine Rolle spielt, liegt gerade auch im Interesse des Atlantischen Bündnisses.

Und drittens, die Erneuerung zuhause, also das Stichwort Demokratie, die werden wir unter der Überschrift Frieden in Freiheit finden, denn Frieden in Freiheit ist überhaupt nicht möglich ohne die Erneuerung zuhause. Also, ich glaube, wir kriegen unsere drei Themen unter, und ich schlage als Überschrift vor: Frieden in Freiheit.

Wörner: Zunächst einmal möchte ich einfach sagen, daß ich diese Idee einer machtvollen Kundgebung für großartig und auch für sehr wohl durchführbar halte, auch in dem Umfang, der uns vorschwebt. Zweitens, ich bin sehr einverstanden, daß man auch bei dieser Gelegenheit Frieden in Freiheit thematisiert, wie Richard von Weizsäcker das eben vorgeschlagen hat. Ganz sicher ist das keine Demonstration für eine bestimmte Verteidigungspolitik. Ich möchte dafür plädieren, diese Thematik um zwei Dinge anzureichern, wobei ich beim zweiten einfach selbst noch nicht sicher bin, das möchte ich eher zur Überlegung geben. Das eine allerdings, glaube ich, müßte mit thematisiert werden. Diese zwei Elemente sind einmal das Element der Gemeinsamkeit und das andere das Element der Sicherheit. Ich glaube, daß die Gemeinsamkeit, da das ja eine Demonstration aus einem konkreten Anlaß ist, sehr einfach zum Ausdruck gebracht werden könnte, etwa in der Überschrift „Zusammen für Frieden in Freiheit“ oder „Gemeinsam mit den Amerikanern“ oder „Mit den USA für Frieden in Freiheit“. Ich glaube, daß dieses Element angesichts einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit gegenüber den Amerikanern sicher einerseits Widerspruch hervorrufen, andererseits aber unsere Position markieren wird.

7 Rede vor der Berliner Pressekonferenz am 13. September 1981 (Druck in: Departement of State Bulletin Bd. 81 (1981) Heft 2056 S. 44–47, Europa-Archiv 1981 D 505–510). – Voltaire, eigentlich François-Marie Arouet (1694–1778), französischer Philosoph und Schriftsteller.

Zum Element der Sicherheit. Ich überlege mir schon die ganze Zeit, und bin da sicher nicht der einzige, wie etwa unsere Strategie für einen Bundestagswahlkampf 1984 aussehen müßte angesichts der Tatsache, daß der Bundeskanzler und andere in der SPD den Versuch machen werden, die alte Krieg-/Frieden-Thematik wieder gegen uns anzuwenden. Diese Strategie kann man konterkarieren, muß man konterkarieren einerseits, indem wir uns sehr stark mit dem Thema Frieden identifizieren, andererseits aber, indem wir nun einen Begriff aufgreifen, bei dem wir eindeutig Vorrang haben, der emotional positiv beladen ist, nicht negativ, und der auch mit Kritik gegenüber der Regierung verbunden werden kann. Und ich bin bei diesem allen immer wieder auf den Begriff der Sicherheit gestoßen, so daß ich glaube, daß wir langfristig sehr viel mehr wieder über Sicherheit argumentieren müßten. Das ist jedenfalls mein persönliches Empfinden. Und deswegen bitte ich zu überlegen, ob und wie sich dieser Begriff noch einbauen läßt. Ich betone allerdings noch einmal, daß ich sehe, je komplizierter oder je mehr Begriffe wir einführen, je komplizierter also diese Überschrift wird, desto schlechter wird der Werbeeffect sein.

Eine letzte Bemerkung im Blick auf das, was Kurt Biedenkopf gesagt hat. Das hat jetzt nichts mit dieser Demonstration zu tun, ich möchte es nur der Vollständigkeit halber sagen. Ich glaube, was wir unter keinen Umständen mitmachen dürfen, das ist jener antinukleare Effekt. Was wir auch unter keinen Umständen untermauern und auch nur dahingehen lassen dürfen, das ist jener antinukleare Effekt, jener Angsteffect, der sich mehr und mehr ausbreitet. Das heißt nicht, daß wir stur für Nuklearbomben argumentieren müßten, aber das heißt, daß wir uns nicht jenen anschließen dürfen in der deutschen Öffentlichkeit, direkt oder indirekt, die heute eine antinukleare Hysterie züchten, weil uns das den Boden für unsere Sicherheit unter den Füßen nimmt. Ich sage das im Blick auf das, was wir sicher in Anlehnung an die Fragen Kurt Biedenkopfs hier noch einmal diskutieren müssen in diesem Bundesvorstand, auch noch einmal diskutieren werden. Und ich wäre sehr unglücklich, wenn es Stimmen aus der CDU gäbe, die sich in der gleichen Richtung äußern würden, nachdem der Boden der beiden anderen Parteien langsam aber sicher unter den Füßen wegbleibt. Wir dürfen nicht in dieses sicher modische, aber nicht tragfähige Fahrwasser kommen.

Koch: Ich bin mit den Ausführungen von Herrn Dr. Wörner nicht so ganz einverstanden. Ich bin der Auffassung, es muß hier unterschieden werden zwischen dem, was das Parlament tut in der Gesetzgebung, und was die Demonstration anbetrifft. Das sind nach meiner Meinung zweierlei Dinge. Wir wollen ja durch die Kundgebung ausstrahlen, und wir haben ja auch einige Erfahrung darin, will ich jedenfalls sagen, von Gewerkschaftsseite, wie man Demonstrationen durchführt. Deshalb ist es an der Zeit, daß wir heute den Beschluß wirklich fassen, daß damit die Truppen mobilisiert werden. Da sehe ich insbesondere Nordrhein-Westfalen, weil das hier liegt, daß wir da einiges tun müssen und die Kreis- und Ortsverbände usw. mobilisieren, damit das auch läuft.

Und dann wollte ich aber ein Zweites sagen zum Ablauf. Ich bin der Auffassung, daß wir qualifizierte Leute genug haben, die dieses Thema Frieden usw. darstellen können und daß die breite Öffentlichkeit auch wissen will, was die CDU dazu zu sagen hat bei dem Durcheinander, das manchmal da ist. Ich bin aber noch dazu der Auffassung, wenn man so eine Demonstration macht, das ist meine Erfahrung, daß mehrere Redner auftreten müßten – ich nehme an, das ist auch vorgesehen –, daß Sie, Herr Vorsitzender, das machen als Parteivorsitzender und die Grundsätze darlegen für Frieden und Freiheit.

Andererseits sollte man aber auch ansprechen die Misere-Situation in den Ländern, Kommunen – ich könnte mir vorstellen, daß Horst Waffenschmidt als Redner auftritt – oder beispielsweise die Beschäftigungssituation, Jugend thematisiert wird. (*Unruhe.*) Ja, ich sage das deshalb, was die Leute bewegt, wir erleben das ja jeden Tag, was draußen im Lande alles angesprochen wird. Ob man diese mißliche Situation nicht auch wenigstens in ein paar Sätzen da reinbringt? Das gehört mit zur Freiheit.

Kohl: Also ich halte es jetzt für wenig sinnvoll, daß wir hier jetzt eine Diskussionsrunde machen über den Ablauf, denn hier geht es mal überhaupt um den Grundsatzbeschuß. Und diesen Grundsatzbeschuß, um das klar zu sagen, hätte ich auch heute noch gar nicht herbeigeführt – ich habe das alles ja bisher auf meine Kappe gemacht –, wenn ich nicht gegenüber der Bonner Polizei letzte Woche eine Erklärung hätte abgeben müssen, weil nämlich alle fraglichen Termine inzwischen von den Grünen und anderen Organisationen okkupiert werden. Und dann geht das womöglich am Ende in ein Verwaltungsverfahren, wer war zuerst da? Ich brauche Ihnen das alles nicht zu erläutern. So ist also der heutige Termin zusammengekommen.

Wir werden über den Ablauf wirklich noch sehr im Detail zu reden haben. Nur eines, Herr Koch, werden wir ganz gewiß nicht machen: Wenn das etwas werden soll, dann muß das eine Sache werden, die eine Werbung ist für unsere Bundesrepublik, wie es Richard von Weizsäcker als erstes gesagt hat, in Frieden in Freiheit. Wir machen keine Wahlkundgebung aus der Sache. Das ist meine Vorstellung überhaupt nicht, sondern meine Vorstellung ist, daß wir sehr prinzipiell – dazu gehört allerdings auch die Arbeitslosigkeit – zeigen, wir sind das andere Deutschland. Herr Brandt hat einmal gesagt, er vertrete das anständige Deutschland, so war die Formulierung. Das werden wir so nicht sagen. Nur, damit das ganz klar ist, wir wollen deutlich machen, für was wir stehen und nicht primär, gegen wen wir stehen. Ich gehe davon aus, daß wir keine militante Großveranstaltung, sondern eine Großveranstaltung haben, bei der die Familien, die Frauen und die Kinder dabei sind, wo wir mal die fröhliche Seite, die entschiedene, aber die fröhliche Seite Deutschlands zeigen, nämlich das mal leger und ganz selbstverständlich darzustellen. Es ist ein ganz großer Fehler, daß wir dieses Feld den Grünen an dem Punkt überlassen haben. Und da bin ich ganz sicher, daß wir da einen breiten Zuspruch haben werden.

Noch einmal, es geht nicht um eine Wahlkundgebung, sondern es geht darum, daß deutlich wird, für was wir stehen. Da habe ich gar kein Problem, Manfred Wörner, beispielsweise eine Grußadresse an den amerikanischen Präsidenten bei der Gelegenheit zu plazieren. Da die anderen ja dagegen stehen, ist das so eindeutig, ohne daß wir jetzt das Sternenbanner aufziehen müssen; es ist jedermann klar, für was wir stehen. Daß wir ein klares Wort sagen zu unserer Bundeswehr, kann sehr einfach gesagt werden. Aber ich sage Ihnen, wenn über 100.000 CDU-Leute da stehen, ist es doch überhaupt kein Problem. Die Partei ist in einem exzellenten Zustand an diesem geistig-moralischen Punkt. Das sage ich Ihnen voraus. Bonn ist Gott sei Dank nicht die Bundesrepublik an diesem Punkt. Die Bundesrepublik ist hier weit normaler und weit mehr in Ordnung als das, was sich alltäglich hier in Bonn als deutsche Politik oder als die Repräsentanz der Republik darstellt.

Ich finde auch, es muß rauskommen, daß wir für die Folge der Generationen stehen. Deswegen bin ich ja dafür, daß Frauen und Kinder teilnehmen. Lothar Späth hat zu Recht die Bilder angesprochen. Es gibt nämlich ein ganz anderes Bild, wenn Kinder dabei sind.

Das hat doch die Grünen-Veranstaltung im Herbst optisch so rübergebracht, nicht die Zahl der Leute, sondern, daß es relativ leger auf die Leute gewirkt hat, mit Blumen und allem, was die gemacht haben. (*Unruhe.*) Also, es sind dem Einfallsreichtum keine Grenzen gesetzt. Wenn beispielsweise die Führung des Wirtschaftsrates geschlossen mit Blumensträußen eng umarmt mit den Sozialausschüssen einmarschieren würde, wäre das ein ungeheures Erlebnis für die Gesamtpartei. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Also, das nur nebenbei.

Mein Vorschlag ist, daß wir es jetzt abschließen und nicht eine Art Redaktionskommission machen und daß jeder mal für sich überlegt, nicht was er für Ratschläge gibt, sondern was er selber tut. Beispielsweise bin ich für jeden Hinweis dankbar, wen wir einladen können. Ich finde, das ist sehr gut für die CDU, viele Leute persönlich einzuladen und mal das Wir-Gefühl zu ermöglichen. All jene, die uns sagen, jetzt müssen wir dran, können sich da auf die Straße stellen, um zu demonstrieren, daß wir dran müssen. Also, da gibt es sehr gute Möglichkeiten.

Biedenkopf: Drei Worte, erstens, ich finde das vollkommen richtig, und wir haben ja vorhin schon mal überlegt, das andere Deutschland kann man schlecht sagen, aber worum es geht, ist das wirkliche Deutschland, das, was wirklich in der Bundesrepublik Deutschland die Mehrheit ausmacht. Ich finde, das muß zum Ausdruck kommen.

Zweitens, ich finde es sehr wichtig, daß es keine Wahlkampfveranstaltung wird, und gebe zu bedenken, wir haben darüber vorhin auch schon kurz gesprochen, daß wir das zwar tragen und diese Demonstration natürlich auch mit Rednern bestücken, aber gleichzeitig sagen, daß wir, die Volkspartei CDU, dem wirklichen Deutschland, der bisher schweigenden Mehrheit eine Gelegenheit geben wollen, sich zu Wort zu melden und daß wir die Straße nicht denen überlassen wollen, die das bisher gemacht haben. Ganz einfach ausgedrückt. Da muß auch ein Stück Wettbewerb rein. Da muß ein Stück Wettbewerb in dem Sinne rein, daß die Leute in den Kreisverbänden und Ortsverbänden sagen, denen wollen wir es jetzt mal zeigen. Diese Motivation halte ich für sehr wichtig.

Und dritter Punkt, Manfred Wörner, wir wollen jetzt die inhaltliche Diskussion nicht weiterführen, das ist heute nicht der Ort. Ich wollte nur sagen, daß ich in wichtigen Punkten zu dem, was Sie gesagt haben, anderer Meinung bin.

Worms: Das, was wir jetzt beschließen, ist Ausdruck der Basis. In drei Veranstaltungen der vergangenen Woche fand ich bereits vorbereitete Resolutionen an den Bundesvorstand, einen solchen Schritt im Juni zu veranlassen. Weil dem so ist, glaube ich, daß wir hier auf eine große Resonanz stoßen. Für den Landesverband Rheinland, Herr Dr. Kohl, würde ich mich bemühen, mit meinen Freunden die Hälfte der Zahl zu bringen, die Sie hier und heute genannt haben.

Kohl: Na ja, gut, wenn Ihr das bringt, dann haben wir 150.000. Das wäre mal übrigens ein völlig neues Wettbewerbsgefühl in der Partei, mehr Leute beizubringen und mehr Anteil an Arbeit. (*Unruhe. Diskussion.*)

Griesinger: Ich möchte nochmal bekräftigen, was Herr von Bismarck gesagt hat, daß wir den europäischen Aspekt unbedingt einbeziehen müssen. Ich würde empfehlen, daß wir doch auch unsere europäischen Freunde, die sowohl in der EVP wie auch im Rahmen unserer NATO-Arbeit stark zusammenarbeiten, hier auch zu Wort kommen lassen könnten.

Zweitens, dieses Wort Demokratie ist in der Tat ein sehr wichtiger Begriff geworden. Meines Erachtens könnte man durchaus überdenken, ich rede ins Unreine, zu sagen „Frieden und Freiheit in einem demokratischen Europa“. Denn das unterscheidet uns ja von diesem Diktatorischen des Ostens, das zwar Volksregierung ankündigt, aber eben keine Demokratie zuläßt.

Drittens, ich meine, bei den Kirchen sollten wir ganz besonders darauf achten, daß wir beide Kirchen dabei haben. Die Denkschrift der Katholischen Kirche ist vielleicht etwas mehr in unserem Sinne als die der Evangelischen Kirche⁸, aber wir sollten die Evangelische Kirche nicht außen vorlassen. Ich sage es deshalb, weil gerade gestern in unserer Kirche ein sehr mutiger Mann unserer Couleur die Predigt gehalten hat und einigen Kirchengemeinderäte auf ihn zustürzten mit großem Dank, daß endlich mal wieder einer in unserer Kirche den Mut hat, überhaupt die Dinge beim Namen zu nennen. Und hier möchte ich wiederholen, was Herr Späth vorhin gesagt hat. Wir müssen es natürlich in Worten sagen, die die Leute wirklich begreifen können. Es darf nicht zu kompliziert werden, und es darf auch nicht überfrachtet werden mit Themen, mit denen sie dann gar nicht so viel in diesem Augenblick anfangen können.

Und ein Letztes: Vergessen wir doch nicht, auch einen Blick auf die Dritte Welt zu tun. Von Hassel hat bei uns jetzt gerade bei einer großen Tagung in Stuttgart⁹ ein Referat gehalten, in welch erschreckender Weise der Osten und speziell die Sowjetunion im Augenblick im Begriff ist, überall die Macht an sich zu ziehen mit Hilfe von Waffen. Das scheint mir doch ein wichtiger Punkt zu sein, der nicht außer acht gelassen werden darf, weil gerade das Stichwort Dritte Welt bei der jungen Generation sehr sensibel aufgegriffen wird.

Wex: Um nochmal auf den Anfangspunkt zurückzugehen: Ich meine, daß es sehr gut ist, was Sie gesagt haben, Herr Vorsitzender, über eine emotionalisierende Ausstrahlung und, was hier klar geworden ist, daß das nicht allein für uns, für die Bundesrepublik gilt. Deswegen würde ich zu überlegen geben, ob man nicht sagt „Frieden und Freiheit in Gemeinschaft freier Völker“.

Kohl: Wir kommen dann zur Beschlußfassung. Mein Antrag war, daß wir diese Großdemonstration, wir nennen das bewußt nicht Kundgebung, durchführen. Es steht ja nirgendwo geschrieben, was in den letzten Jahren bei uns eingerissen ist, daß man immer nur gegen etwas demonstrieren kann. Früher gab es selbstverständlich Demonstrationen für etwas, und das machen wir jetzt wieder an diesem Tag. Und, was ganz wichtig ist, das möchte ich formell beantragen und beschließen lassen, daß an diesem Tag keinerlei Veranstaltungen der CDU stattfinden, daß diese Veranstaltung die absolute Priorität hat. Beide Dinge sind von großer Wichtigkeit, es darf niemand die Ausrede haben, daß er diesen oder jenen anderen Termin hat.

8 Gerechtigkeit und Frieden. Erklärung der Vollversammlung 1981 der Deutschen Bischofskonferenz. Hg. vom Sekretariat der DBK. Bonn 1981; Denkschrift der EKD: Frieden wahren, fördern und erneuern. Gütersloh 1981.

9 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), Kaufmann; 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1954–1963 Ministerpräsident, 1953/54 und 1965–1980 MdB, 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1969–1972 Präsident des Deutschen Bundestages, 1973–1980 Präsident der Europa-Union der Christlichen Demokraten, 1979–1984 MdEP. – Rede nicht ermittelt.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung, wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Enthaltungen? Dann ist das einstimmig so beschlossen, ich bedanke mich sehr. Ich bin sicher, wir haben eben einen Beschluß gefaßt, an dem wir Freude haben werden.

Späth: Ich hätte die Bitte, daß wir möglichst rasch in den nächsten 14 Tagen festlegen würden, wie viel jeder Landesverband mit welchen Strukturen beibringen kann. Das ist jetzt das Allerwichtigste. Über die Inhaltsfrage, über die formellen Abläufe zu reden, haben wir noch Zeit.

Kohl: Wir haben in diesen Tagen Landesgeschäftsführerkonferenz, wo das im Detail besprochen wird, und wir werden dafür sorgen, daß die Leute vom Adenauer-Haus es einmal noch direkt, und zwar nicht nur mit den Landesgeschäftsführern, sondern mit den Landesvorsitzenden vor Ort bereden und mit den Kreisen. Also, wir werden das zu dem Punkt 1 der Arbeit hier im Hause für die nächsten Wochen haben. Es kann natürlich auch sein, daß ich selbst den einen oder anderen, wenn ich das Gefühl habe, es klemmt, anrufe und sage, bitte kümmere dich selber noch einmal darum, daß an dem und jenem Punkt das Notwendige geschieht. Das gilt natürlich genauso gut für die Vereinigungen, das muß klar sein, das ist also für jeden Bereich. – So, dann darf ich noch ein paar Bemerkungen zur politischen Lage machen. Wir werden dann den Bericht von Gerhard Stoltenberg zur Wahl haben vor der Aussprache.

POLITISCHE LAGE

Ich will nur eine kurze Bemerkung machen zu der Entwicklung in Polen, weil im Blick auf das eben vielleicht in der Debatte schon Durchschimmernde natürlich auch bei uns feststellbar ist, daß ganz bewußt das öffentliche Interesse an Polen runtergeführt wird, d. h. also, daß das Afghanistan-Syndrom möglichst auch, was Polen betrifft, in absehbarer Zeit eintrifft.

Nach meinen Informationen, und ich hatte durch eine günstige Gelegenheit die Chance, vor ein paar Tagen mit einem wichtigen Repräsentanten der Kirchenführung zu sprechen, müssen wir davon ausgehen, daß mit dem aufgehenden Frühjahrswetter die Dinge sich dort noch wesentlich verschlechtern werden. Es wird sich verschlechtern die Versorgungslage, wobei sich dann voll und ganz durchsetzen die inflationsartigen Preiserhöhungen, die ja auf dem legalen Markt sind, aber die natürlich auch entsprechend auf dem grauen oder schwarzen Markt wirken, wo ja immer noch eine Menge Leute sich das eine oder andere besorgen. Für viele Leute aus den kleinen, den mittleren Einkommen, das ist die riesige Mehrheit, sind die Ersparnisse in diesen Monaten dahingegangen, und die eigentliche Notsituation findet jetzt statt.

Das zweite: Innerhalb der jungen Generation, innerhalb der Studentenschaft, innerhalb der jüngeren Solidarność-Gruppierung geht der Slogan um, der Winter gehört den Kommunisten, der Frühling gehört uns. Das klingt natürlich wunderbar, bloß muß man sich darüber im klaren sein, angesichts eines waffenstarrenden Landes können hier Konsequenzen auftreten, die überhaupt nicht absehbar sind. Also auch unter diesem Gesichtspunkt, wo passiver Widerstand in eine aktive Resistance umschlägt, sind die Dinge mit großer Skepsis zu betrachten. Ich persönlich bin der Meinung, daß wir im Blick auf Polen, wenn wir diese Großdemonstration haben werden, allen Grund haben, auch

dazu ein Wort zu sagen, denn die Lage in Polen wird sich dann so entwickelt haben, daß das Thema nicht von der Tagesordnung kommen darf.

Der dritte Faktor, die Entwicklung in der Kirche: Hier ist es offensichtlich so, daß es auch, wie es gar nicht anders sein kann, in der Kirchenführung, unter den katholischen Bischöfen vor allem, natürlich Diskussionen über den Kurs gibt. Der neue Primas¹⁰ hat natürlicherweise nicht jene selbstverständliche Autorität, die sein Vorgänger in Jahrzehnten erworben hatte. Ich persönlich glaube, daß das, was Jaruzelski in Moskau versprechen mußte, ihn notwendigerweise zu einer härteren konfrontativen Haltung – vielleicht nicht, weil er es will, sondern weil es ihm abverlangt wird – zur Kirche zwingt, und das wird wiederum auch die Einheitsfront in diesem Bereich verstärken. Mit einem Wort, das Thema ist überhaupt nicht von der Tagesordnung, und die Probleme werden zunehmen mit dem Fortgang des Jahres.

Zweiter wichtiger knapper Punkt zum Thema Außenpolitik sind die Beziehungen zu den USA. Man kann hier praktisch sagen, daß sich die Entwicklung der europäisch-amerikanischen, aber in Sonderheit der deutsch-amerikanischen Beziehungen von Monat zu Monat nach dem Ablauf des Kalenders verschlechtert hat. Das Gefährliche an der ganzen Sache ist jetzt, daß diese Debatte zum Teil bereits weitgehend irrational geführt wird mit Antistimmungen und mit Antigefühlen. Wir haben hier natürlich eine kleine Chance, als Opposition gegenzusteuern. Da ist ja auch eine Kontaktpflege mit den USA, mit den befreundeten Parteien dort, wie wir sie noch nie hatten. Nur, und das bleibt festzustellen, die Möglichkeiten der Opposition sind hier nicht so, wie sie notwendigerweise bei der Regierung gegeben sind.

Wir haben in unserer zweiten internationalen Formation, in der Europäischen Demokratischen Union, d. h. also jenem Zusammenschluß christlich-demokratischer Parteien in Europa mit den konservativen Gruppierungen, die nicht Mitglieder der EVP sind, einen entscheidenden Schritt in den letzten vier Wochen getan. Ich selbst war in der Sache sehr engagiert. Wir haben, und das ist ein großes Verdienst auch unseres Freundes Mock¹¹, des ÖVP-Bundesparteihauptmanns und Vorsitzenden der EDU, jetzt den Schritt dahin getan, daß wir zu einer Übereinkunft gekommen sind mit den beiden amerikanischen Parteien, mit den Demokraten und mit den Republikanern, für eine engere auch organisatorische Zusammenarbeit mit der EDU. Ich füge hinzu, ich habe von vornherein Wert darauf gelegt, daß wir mit den beiden Parteien den Kontakt haben, denn eine Parteinahme etwa im europäischen Sinne ist mit den amerikanischen Parteien so einfach gar nicht möglich, weil sie ja keine Parteien genuin im europäischen Verständnis sind.

Das war eine ganz interessante Entwicklung. Die Republikaner, nicht zuletzt unter Anfeuerung des Präsidenten, waren zu einem sehr frühen Zeitpunkt zu diesem Schritt bereit. Mein Herbstbesuch diente unter anderem auch diesem Ziel. Bei den Demokraten war es zunächst eine sehr zurückhaltende Position, aber die Demokraten sind dann in der letzten Phase dieser Besprechungen sehr aus sich herausgegangen, und ich finde, was

10 Józef Glemp (1929–2013), katholischer Theologe; 1981 Erzbischof von Gnesen und Warschau, 1981–2009 Primas von Polen als Nachfolger von Stefan Wyszyński, 1983 Kardinal.

11 Alois Mock (1934–2017), österreichischer Jurist, Politiker (ÖVP); 1969–1970 Bundesminister für Unterricht, Wissenschaft, Forschung, Kunst, Kultur und Sport, 1987–1995 für Auswärtige Angelegenheiten, 1978–1987 Klubobmann der ÖVP im Nationalrat, 1979–1989 ÖVP-Bundesobmann, 1979–1998 Präsident der EDU.

wir erreicht haben, muß jetzt systematisch ohne größeren öffentlichen Aplomb ausgebaut werden.

Die Sozialistische Internationale hat gewaltige Anstrengungen gemacht, ihre Kontakte ausschließlich auf die demokratische Partei in Amerika zu richten. Es gibt, wie Sie wissen, auch in der demokratischen Partei weite Flügelbewegungen. Die alte Tradition des Kennedy-Flügels ist mehr darauf ausgerichtet, in den sozialistischen Bereich zu gehen. Innerhalb der demokratischen Partei, wie immer später das Rennen um den Präsidentschaftskandidaten ausgeht, ist man inzwischen aber zu der Überzeugung gekommen – und ich glaube, es sind die Mehrheitskräfte im Spektrum der Parteien –, daß eine Linksbewegung für amerikanische Begriffe der Partei nichts bringt, daß sie im Mittelfeld, auch bei den Mittelschichten der Wähler ihren Standard suchen müssen und daß sie natürlich die Diskussionen auch bekommen oder schon haben, die wir haben, zum Teil mit unterschiedlichen Vorzeichen. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist im Blick auf die sogenannte Friedensbewegung ein wichtiger Punkt die Katholische Bischofskonferenz, die eine von der deutschen Katholischen Bischofskonferenz sehr unterschiedliche Position bezieht. Und das macht natürlich unmittelbar dort tiefen Eindruck auf die Politik.

Wir werden rund um die NATO-Konferenz hier eine Menge Probleme im Gespräch mit unseren amerikanischen Freunden bekommen, das ist für mich gar keine Frage. Ein erfolgreicher 5. Juni schlägt in den Vereinigten Staaten alle Argumente tot, die im Blick auf die Union vorgetragen werden. Wenn die Amerikaner, dafür kann man Sorge tragen, Bilder in ihrem Fernsehen von einer Demonstration, die pro ist, sehen, können Sie davon ausgehen, daß das weit mehr ausmacht als 100 Presse-Statements, die wir dort abgeben und die die Leute gar nicht erreichen. So viel zu diesem Thema.

Zur innenpolitischen Entwicklung. Da haben sich die Dinge dramatisch entwickelt. Wenn ich sage dramatisch, heißt das nicht, daß ich jetzt prognostiziere, daß morgen die Regierung stürzt. Die Regierung ist im Zustand der wirklichen Handlungsunfähigkeit. Wer den Ablauf dieses Arbeitsmarktprogramms¹² im rein Technischen erlebt hat und noch erlebt, weiß, daß sie in der Tat handlungsunfähig sind. Herr Schmidt hat bis zur Stunde dieses Paket, was die Regierung beschlossen hat, nicht komplett durch die Fraktion gebracht. Er hat einen ganzen Teil, der die Bauwirtschaft und das Mietwesen betrifft, außen vorgelassen, und sie arbeiten gegenwärtig im Ausschuß des Deutschen Bundestags, ich will das hier einmal sagen, weil das in der Öffentlichkeit völlig untergegangen ist, mit der erstaunlichen Maxime, daß sie jetzt als Regierung angeboten haben, Formulierungsvorschläge zum CDU/CSU-Antrag¹³ zu machen, der seit Mai letzten Jahres im Ausschuß liegt. Aber gleichzeitig haben die sozialdemokratischen Kollegen dort schon unseren Leuten gegenüber erklärt, sie denken überhaupt nicht daran, trotz der Regierungsformu-

12 Am 3. Februar 1982 hatte das Bundeskabinett ein Beschäftigungsprogramm beschlossen (AdG 1982 S. 25329f.), das am 4. März im Bundestag zusammen mit dem Jahreswirtschaftsbericht in 1. Lesung debattiert wurde (Sten. Ber. 9. WP 88. Sitzung vom 4. März S. 5237–5348). In der Union wurde vermutet, daß die Bundesregierung und insbesondere die SPD das Programm scheitern lassen wollten (UiD vom 25. März 1982: „Will die SPD überhaupt noch ihr ‚Beschäftigungsprogramm‘?“).

13 Vermutlich der Gesetzentwurf zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus und zum Abbau nicht mehr gerechtfertigter Subventionen (Wohnungsbauänderungsgesetz 1981) vom 22. Mai 1981 (BT-Drs. 9/468).

lierungshilfe die Formulierung der Regierung zu übernehmen. Sie würden ihre grundsätzlich ablehnende Position nicht aufgeben.

An diesem Detail, was ja nun unter Arbeitsmarktsgesichtspunkten ein besonders wichtiges Detail ist, können Sie das ganze Durcheinander erkennen. Man kann sagen, die Überschrift heißt: Nichts geht mehr. Die Atmosphäre und das Klima im Umgang der beiden Koalitionspartner sind inzwischen in vielen Bereichen in einem völligen Vereinszustand angelangt. Das war schon gespenstisch, letzte Woche bei der Debatte im Bundestag zu sehen, daß sich am Ende der Rede des Wirtschaftsministers zum Jahreswirtschaftsbericht in der Tat keine Hand rührte bei der SPD, sondern daß die Sozialdemokraten sich in dieser Weise schneidend verhalten haben.

Und es war auch ganz bemerkenswert, daß dann der Abgeordnete Roth¹⁴ offensichtlich auf Aufforderung seines Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner eine ganz breite Ehrenerklärung für den Grafen Lambsdorff abgegeben hat und daß, als er geendet hat, noch im Plenarsaal, auf den Gängen, im Ältestenrat, eine wilde Debatte unter den Sozialdemokraten ausgebrochen ist, wie eigentlich Herr Roth dazu käme, für den Grafen Lambsdorff eine solche Erklärung abzugeben, die in der Fraktion nie beschlossen worden sei und auch in der Fraktion nie eine Mehrheit finden würde.

Da sich das alles in breiter Öffentlichkeit dargestellt und ausgetobt hat, haben Sie schon bei einer solchen Gelegenheit ein bißchen einen Einblick, wie das abläuft. Hinzu kommt, was mein Geschäft nicht gerade erleichtert, daß jetzt die Kollegen aus der SPD in der FDP in den jeweiligen Ausschüssen, sich beinahe – ich formuliere das mal so – hetzerisch gegen den jeweiligen Koalitionspartner verhalten, indem sie unsere Leute aufstacheln, dort jeweils etwas vorzubringen, was dem jeweiligen Partner sehr unangenehm ist. Das ist also inzwischen auch im Menschlichen ein ziemlich unguter Zustand, der sich in diesem Zusammenhang entwickelt hat.

Die Gründe liegen auf der Hand. Das demoskopische Bild, das die Koalition bietet, ist natürlich mehr als bedrückend. Es ist inzwischen so, daß es nicht ein einziges ernsthaftes Institut gibt, das in den Umfragen im Februar die Union nicht über 50 Prozent hat. Die Sozialdemokraten liegen je nach Institut zwischen 34 und 36 Punkten. Die Freien Demokraten liegen in allen Instituten wieder bei einer einstelligen Zahl, nachdem sie jetzt viele Monate hindurch auf über 10 Punkten notiert wurden, und alle Institute haben die Grünen zwischen 5,5 und 6,5. Das heißt, bei einer Stichprobe heute geht eigentlich jedes demoskopische Institut davon aus, daß die Grünen im Parlament sind.

Das heißt für uns, meine lieben Freunde, und das will ich noch einmal sagen, für die gestrige und die bevorstehenden Wahlen, daß wir vor Ort mit Rückenwind kämpfen, und wer draußen im Wahlkampf ist, und ich hoffe, Sie alle sind fest im Wahlkampf, wird es ja auch unschwer selbst am eigenen Leib verspüren. Wir müssen alles tun, um diesen Rückenwind über das Jahr hindurch halten zu können. Bei diesen Zahlen will ich aber doch hier noch einmal auf etwas hinweisen, weil wir ja sehr leicht anfällig sind für defätistischen Meinungen; das gilt auch ganz konkret für das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein: Es gibt natürlich jetzt sicherlich sofort Leute, die in Schleswig-Holstein nachrechnen, aber 1974 hattet ihr 53 Prozent, und jetzt habt ihr eben nur 50 oder 50,1 Prozent.

14 Wolfgang Roth (geb. 1941); Volkswirt; 1972–1974 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten 1976–1993 MdB, 1993–2006 Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank. – Vgl. Sten. Ber. 9. WP 88. Sitzung vom 4. März 1982 S. 5271–5275.

Diese Lesart kennen wir ja aus der Vergangenheit, und der eine oder andere hat es ja schon erlebt, daß er sich für ein super Wahlergebnis anschließend noch entschuldigen muß. Bitte sagen Sie das auch in der Partei, daß das schleswig-holsteinische Wahlergebnis symptomatisch ist für die Veränderung der Wählerlandschaft, nämlich daß inzwischen eine neue Partei aufgetreten ist, die über fünf Prozent erreicht hat – wir haben jetzt die berühmte vierte Partei –, und daß, ob es uns gefällt oder nicht, im Ablauf der letzten zwei Jahre auch aus unserem Wählerpotential Stimmen wegen der Umschichtung an diese Gruppierung abgegangen sind. Kurt Biedenkopf hat in seinem Beitrag mich gerade schon darauf angesprochen. Es ist unübersehbar, wenn man die Grünen eben nicht mehr rein eng ökologisch sieht, sondern ganz weit sieht, mit Friedensbewegung, mit Friedenssehnsucht, mit Sehnsucht nach einem sauberen und anständigen Leben, mit Abreaktion gegen Neue Heimat¹⁵, das gehört alles ja jetzt in den Kontext mit hinein, auch gegen Partei-spendenaffären. Wir wollen das hier also gar nicht ausschließen. Also alles, was hier als Protest gegen die da oben geäußert wird, gehört in dieses Umfeld, und das zeigt sich natürlich auch bei unserer Klientel.

Ich habe heute im Präsidium darauf hingewiesen, daß es eine der bemerkenswertesten Entwicklungen ist, daß wir von der klassischen alten Position, daß wir immer einen Überhang an Frauenstimmen haben, weggekommen sind, daß die Männerposition heute innerhalb des demoskopischen Bildes stärker ist als die der Frauen, daß wir bei der Gruppe, die früher besonders schwach war, enorm aufgeholt haben, das ist die Gruppe der 30- bis über 50jährigen, d. h. jener Gruppe, die im Alltag im Erwerbsleben steht, die im Lebenskampf, um es mal etwas drastischer auszudrücken, steht, und daß wir bei den alten Leuten, und nicht zuletzt bei den sehr alten Leuten, im Blick auf solche Dinge wie Frieden, eine saubere Umwelt, eine ähnliche psychologische Entwicklung haben wie bei den Enkeln dieser alten Leute. Das geht sogar in einen Bereich hinein, den ich im besten Sinne des Wortes als kirchlich verpflichteten Bereich sehen möchte. Es gibt unter älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen, die praktizierende evangelische oder katholische Christen sind, genau dieses Bild, und wir müssen das in der Sprache und im Inhalt unserer Politik schon sehr zur Kenntnis nehmen. Trotzdem haben wir überhaupt keinen Grund, uns in der Sache jetzt ins Bockshorn jagen zu lassen. 50,1 Prozent in Schleswig-Holstein ist ein großartiges Ergebnis. (*Beifall.*)

Das Ergebnis ist vergleichbar mit dem Ergebnis von 1974, denn da war eben eine Partei weniger, ich will es noch einmal sagen. Wir hatten 1974 in Schleswig-Holstein Sonstige 0,9 und die Südschleswigsche Wählervereinigung 1,6 – die hat, glaube ich, jetzt 1,8 Prozent –, d. h. also, aus dem Korpus der Gesamtwählerschaft ist hier eine komplette Partei, die parlamentsfähig ist, über fünf Prozent herausgeschnitten worden, und die CDU hat dennoch die absolute Mehrheit. Dazu kann ich nur noch einmal sehr herzlich gratulieren. Das ist ein ganz ausgezeichnetes Ergebnis, und wir sollten jetzt alle darauf achten, daß das nicht an dem eben genannten Punkt im Vergleich zu früher zerredet wird.

Entwicklung der FDP. Bei der FDP zeigt sich sehr deutlich, nicht zuletzt bei dem Judo-Kongreß gestern¹⁶, daß die uralten Linien der Auseinandersetzung im liberalen Lager in Deutschland wieder aufgebrochen sind. Das, was man im Bismarckschen Reichstag noch

15 Vgl. zur Affäre um die gewerkschaftseigene Wohnungsbaugesellschaft „Der Spiegel“ vom 8. Februar 1982: „Neue Heimat. Die dunklen Geschäfte von Vietor und Genossen“.

16 Am 7. März 1982 in Duisburg.

später den Freisinn und die Nationalliberalen nannte, dokumentiert sich jetzt in den Begriffen Sozialliberale und Wirtschaftsliberale, aber im Prinzip sind das natürlich schon im Großklima die gleichen Lager. Wobei ich bei den Judos nur die Anmerkung machen möchte: Es ist schon erstaunlich, daß eine Organisation, die nahezu überhaupt keinen Anhang in der Bevölkerung besitzt, die also wenige 1.000 Mitglieder bundesweit hat, eine ungeheure optische Darstellungsmöglichkeit bekommt und in den deutschen Fernsehstationen drei, vier Minuten ihre Dinge ablassen kann. Auch das sage ich hier in dem Kreis ganz offen, für mich stellt sich die Frage nach den öffentlichen Äußerungen der FDP hinsichtlich der Summe, die die Jungdemokraten bekommen, wie kann sich eigentlich eine solche Organisation finanzieren bei dem Aufwand, den die treiben und bei dem, was dazugehört, wenn das stimmt, was die FDP sagt, was sie von der FDP bekommt? Das ist eine Frage, der man unter den Ergebnisperspektiven, die aus solchen Kongressen herauskommen, durchaus einmal Beachtung schenken kann.

Der Kölner Kongreß¹⁷, Judos und alles, was hier so läuft an Diskussionen, zeigt eben, daß die Dinge in der FDP auf einen Punkt zutreiben. Wann dieser Punkt sein wird, weiß niemand. Ich bin sicher, Hans-Dietrich Genscher weiß es zur Stunde auch nicht. Seine Hinweise an viele unserer Kollegen bei diesem oder jenem Zusammentreffen gehen darauf hinaus, daß die Stunde bald kommt. Ich schlage vor, wir bleiben bei unserer Linie, da wir auf eine baldige Regierungsübernahme eingerichtet sind, aber auch den langen Atem besitzen, eine Regierungsübernahme vorzubereiten zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt, etwa am Ende dieser Legislaturperiode.

In der Genscherschen Strategie ist eines wichtig, und das ist in der Tat ein Datum, daß Genscher in aller Öffentlichkeit am vergangenen Wochenende die Hauptformulierung, die zwar nie dort beschlossen wurde, aber damals in Freiburg¹⁸ begierig aufgenommen wurde, nämlich die Formulierung aus der Rede Maihofers vom historischen Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten, ausdrücklich aufgekündigt hat, daß er ausdrücklich betont hat, daß aus der politischen Mitte, die er für die FDP beansprucht, ein solches historisches Bündnis gar nicht möglich sei.

Ich bin der Auffassung, wir sollten fortfahren, die FDP in den Sachfragen auf den Prüfstand zu bringen. Es hat keinen Sinn, immer zu wiederholen und was ich dauernd wiederhole, daß wir öffentlich der FDP keine Angebote machen. Wenn es niemand aus der CDU macht, macht es jemand aus der CSU. Das gehört zum Alltag, mit dem man eben leben muß. Bloß kann ich Ihnen sagen, wir ernten draußen bei der Bevölkerung dafür weder Zuspruch noch Ernsthaftigkeit, sondern die Leute sagen ganz zu Recht, was ja auch richtig ist: Die FDP wird sich allein dann entscheiden, die Koalition zu verlassen, wenn sie zu der Überzeugung gekommen ist, daß sie an der Seite der SPD in den Abgrund gerät, und der beste Gradmesser für diese Entwicklung sind die Wahlen. Das ist das

17 Zum Kongreß des linken Flügels der FDP („Noch eine Chance für die Liberalen“) am 27./28. Februar 1982 in Köln vgl. UiD vom 4. März 1982: „Linke der FDP fordert Anti-Nato-Parteitag“.

18 Am 25.–27. Oktober 1971. – Im Zusammenhang mit dem inneren Zwist in der FDP und dem Aufstand des linken Flügels (Treffen in Köln Ende Februar 1982) äußerte Genscher: „Wir haben uns nicht aus der Umklammerung mit der Union befreit, um die FDP in eine sklavische Abhängigkeit von der SPD zu führen“ (zit. nach „Die Welt“ vom 5. März 1982: „Genscher greift Parteilinke an“, vgl. auch „Der Spiegel“ vom 8. März 1982: „Wir müssen aus dieser Koalition heraus“).

einzig, was wirklich zählt, und nicht öffentliche Angebote, und aber auch nicht öffentliche Beschimpfungen.

Wir werden das tun in den Sachfragen. Das Allernächste, was im Bundestag ansteht, sind drei Fragenbereiche. Die FDP hat ja groß getönt, in Sachen Vermögensbildung wolle sie einen Schritt tun. Ich habe Herrn Genscher dazu ein Angebot gemacht. Er ist in der ihm eigenen Weise ausgewichen, daß er jetzt das Angebot erweitert hat, daß wir auch den Kollegen Brandt mit in diese Diskussion einbeziehen. (*Heiterkeit.*) Wir werden natürlich in der Sache fortfahren. Bloß sehen Sie an dem Beispiel, da steckt nicht viel drin, aber es muß eben weitergespielt werden. Das zweite, was ich für sehr viel ernsthafter halte, weil es hier in der FDP-Fraktion kaum Probleme mit den Linken gibt, ist ein Punkt, wo sie weitgehend übereinstimmen. Das ist die Frage Mietrecht, und das ist die Frage Wohnungsbau. Da möchte ich in den allernächsten Tagen die Diskussion fortsetzen in den Ausschüssen im Bundestag mit dem Ziel, das Entsprechende dort zu erreichen. Und das dritte ist dann eben die laufende Gesetzgebungsarbeit; darauf kommen wir gleich zu sprechen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer.

Ein kurzes Wort zur Lage in der SPD. Man kann sich leicht ausrechnen, in welcher Stimmungslage die Fraktion heute zusammentritt drüben im Bundestag. Es sind da Kräfte am Werk, die offensichtlich alles tun, um jeden Versuch, zu einer harmonischeren Entwicklung zu kommen, zu zerstören. Wer diese Kräfte sind, kann man teilweise nur vermuten. Ausgerechnet in dieser gesamtpolitischen Situation wird dieses Buch von Baring¹⁹ plaziert, in dem die Frühgeschichte der sozialliberalen Koalition sehr penibel dargestellt wird, wer was getan oder nicht getan hat bei der Ablösung von Willy Brandt. Wer so etwas jetzt plaziert – und ich glaube da nicht an Zufälle –, der muß genau wissen, daß so etwas nicht zum inneren Frieden einer Partei beitragen kann, wenn die drei wichtigsten Führungsfiguren wie hier in dieser Form operieren und miteinander umgehen. Daß diese Veröffentlichung unter dem Patronat von Walter Scheel steht, gibt dem ganzen natürlich noch, ich will es freundlich ausdrücken, einen besonderen Geschmack. Ich hätte beinahe etwas anders gesagt. Man muß schon sehen, was das in diesem Zusammenhang bedeutet. In der Sachpolitik wird es für die SPD immer schwieriger, mit den Freien Demokraten in eine Übereinstimmung zu kommen. Ich habe das Beispiel des Mietrechts erwähnt.

Für die Beurteilung der Entwicklung der nächsten Monate sind ein paar fixe Termine wichtig. Das ist zunächst einmal die nächste Landtagswahl in Niedersachsen am 21. März, und hier wird natürlich sich das volle Interesse der deutschen Öffentlichkeit von der Union abwenden, wenn wir unsere Position halten, d. h. also, wenn wir die absolute Mehrheit beibehalten, und dem Abschneiden der SPD zuwenden. Kommt die SPD heraus wie in Schleswig-Holstein – sie hatte bei der letzten Wahl 42 Prozent, und ihre Zahl liegt jetzt in der Nähe von 33, 34 Prozent –, hat das natürlich schon einen erdrutschartigen Charakter, darüber kann es keinen Zweifel geben, und das wird die Diskussion entscheidend beeinflussen innerhalb der SPD. Denn mit diesem Ergebnis gehen sie dann drei Wochen später auf den Bundesparteitag nach München, und vom Bundesparteitag nach München gehen natürlich auch Perspektiven auf den DGB-Kongreß aus, der am 17. Mai beginnt.

19 Arnulf Baring (geb. 1932), Jurist, Politikwissenschaftler, Zeithistoriker; 1969–1998 Professor an der FU Berlin. – Autor: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart 1982.

Alles zusammen wird sich dieser Parteitag natürlich als eine Nagelprobe für die zukünftige Politik der SPD im weitesten Sinne des Wortes erweisen. Ich rechne damit, daß, wenn Brandt kämpft, und auf ihn wird es entscheidend in der Sache ankommen, sie ein ähnliches Ergebnis bekommen wie in der Antragskommission des Parteivorstandes, was immerhin ein schlechtes Ergebnis ist – 10 zu 15 –, also daß der Vorstand die Vorstandsvorlage, die ja schon mies genug ist, noch mit fünf Stimmen Mehrheit dominiert. Wir müssen uns natürlich dann von uns aus auch darauf einrichten. Das würde ja ungefähr ein Abstimmungsverhalten 60 zu 40 bedeuten. Wenn der amtierende Bundeskanzler in einer der zentralsten Fragen der deutschen Politik auf seinem eigenen Parteitag etwa 40 Prozent Gegenstimmen hat, ist das in der Tat natürlich ein Pyrrhussieg; er ist nicht mehr sehr weit entfernt vom Reichkanzler Müller²⁰ im Zusammenhang mit dem Panzerkreuzer A. Die Verhältnisse sind ja sehr aufeinander sich zubewegend.

Das zweite, was dann dort vermutlich stattfindet, ist ein Aufbegehren der Partei in allen Fragen, die die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik betreffen. Ich rechne damit, daß ein Großteil der Beschlüsse der AfA-Konferenz, der Konferenz für Arbeitnehmerfragen, in der SPD sich wiederfinden wird. Und das hat natürlich enorm viel mit dem weiteren Fortgehen der Koalitionsauseinandersetzung zu tun, zumal dann am 30. April im Bundesrat in zweiter und abschließender Lesung das Beschäftigungsprogramm mit dem Kernstück der Mehrwertsteuer ansteht.

Ich gehe davon aus, ich brauche das nicht zu vertiefen, daß die unionsgeführten Länder mit allen Stimmen ablehnen und daß die Bundesregierung dann den Vermittlungsausschuß anruft. Ich gehe davon aus, daß dieses Begehren dann so, wie es die Regierung verlangt, nicht zustande kommt. Und dann wird sich eben die Frage stellen, was tut die andere Seite? Es gibt Stimmen, die da sagen, die lassen das Programm völlig versanden, und es ist ihnen recht als ein Stück Diffamierungskapital gegen die Union. Ich halte es für möglich, daß Herr Schmidt so denkt. Ich halte für ausgeschlossen, daß er das in der SPD durchsetzt, denn der Druck der Gewerkschaften wird gewaltig bleiben, schon gar unter dem Eindruck des nahenden DGB-Bundeskongresses. Schmidt selbst wird zu diesem Thema auf dem Bundeskongreß reden müssen, und ich halte es für ausgeschlossen, daß er dort eine Rede halten kann auf einem Kongreß, der schon aus ganz anderen Gründen ungewöhnlich wenig berechenbar ist, und er gänzlich von dem Thema Abstand nimmt.

Ich vermute, wenn dann die Vorschläge gegenüberstehen, Einsparungen oder Mineralölsteuer, daß der letztere Punkt dann möglicherweise kommt. Sie wissen, das ist allein eine Frage, die den Bund betrifft. Hinzu kommt, wenn man über dieses Thema spricht, daß im Blick auf die Finanzen die Steuerschätzungen eine Entwicklung genommen haben, die all das bestätigen, was wir vermutet haben. Ich gehe auch davon aus, daß trotz der Sommerzeit die entscheidenden Probleme in der Arbeitslosigkeit bleiben, daß vor allem im mittelständischen Bereich offenbar wird, daß dieses Beschäftigungsprogramm in Wahrheit überhaupt nichts bringt, so daß es hier ganz wichtig ist, daß die Union einen

20 Hermann Müller (1876–1931), Kaufmann; 1916–1918 und 1920–1931 MdR, 1919–1928 einer der Vorsitzenden der SPD, 1919/20 Außenminister, 1920 und 1928–1930 Reichskanzler. – Dem Bau des Panzerkreuzers A hatte das Kabinett Müller zugestimmt, Müller mußte diesen Beschluß dann aber am 15. November 1928 im Reichstag aufgrund des Fraktionszwangs seiner Partei ablehnen.

ganz klaren Kurs steuert. Ein Wanken in dieser Frage wäre für uns lebensgefährlich für den Ablauf der nächsten Monate und die Glaubwürdigkeit unserer Politik.

Es wird sich dann zeigen, ob die FDP ihre Position beibehält, daß etwas Anderes nicht geht, oder ob die Sozialdemokraten nachgeben. Beides ist durchaus denkbar. Ich würde beides nicht ausschließen, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es auch denkbar ist, daß es über diese Sache die entscheidende Auseinandersetzung gibt. Es ist ja seltsam, daß solche Auseinandersetzungen in der parlamentarischen Geschichte immer um Größenordnungen von Summen gehen, die sich gemessen an den Hauptproblemen ungewöhnlich bescheiden ausnehmen. Die, die dabei waren und sich an den Nürnberger Parteitag der FDP²¹ und an die Tabaksteuer im Jahr 1966 erinnern, werden sich erinnern, daß die Summe dort auch gemessen an den Gesamtproblemen der Republik ungewöhnlich niedrig war, und dennoch hat sich hier die Emotion dann voll ergossen. Wir würden uns schwere Vorwürfe machen müssen und mit Recht Vorwürfe gemacht bekommen, wenn wir jetzt in diesen kritischen Wochen nicht jede Chance voll wahrnehmen würden, unsere Politik zu präsentieren und die anderen, ich sage es noch einmal, auf den Prüfstand zu bringen.

Zur Irrationalität der gegenwärtigen politischen Atmosphäre und Lage in Bonn tragen natürlich auch die laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bei. Das hat schon etwas mit dem Terminplan zu tun, den ich eben genannt habe. Ich halte es für ausgeschlossen, Sie verstehen, wenn ich das nicht anders formuliere, daß etwa diese Art von Anschuldigungen und Ermittlungsverfahren über eine längere Zeit, ohne daß die Öffentlichkeit so oder so etwas Näheres erfährt, ausgedehnt werden kann. Wenn ich einen Zeitrahmen nenne, meine ich halt auch den Zeitrahmen bis Ende April, vielleicht sogar vorher. Sie haben unsere Einlassung, vor allem auch meine Einlassung gehört, ich habe immer davor gewarnt, daraus jetzt ein parteipolitisches Geschäft machen zu wollen. Ich glaube, wir müssen zwei prinzipielle Positionen miteinander verbinden und einigen. Erstens, daß wir niemanden zu schonen, niemanden abzudecken haben, daß da keine Dinge unter den Teppich gekehrt werden dürfen, und zweitens, gleichberechtigt daneben, daß wir die Rechtsstaatsprinzipien vertreten, und daß es ein unerträglicher Zustand ist, daß jemand, der im öffentlichen Leben steht, weniger Rechte hat als einer, der nicht im öffentlichen Leben steht. Wir wollen weder mehr noch weniger Rechte haben, sondern wir wollen so behandelt werden, wie sich das nach der Verfassung und nach den geltenden Gesetzen gehört.

Dabei bleibt die Notwendigkeit, daß diese Verfahren in einer Weise vorangehen, daß bald Klarheit geschaffen wird. Das ist für den Staat, und wir sind ein Teil dieses Staates, ein unmöglicher Zustand, daß wichtigste Repräsentanten in Ämtern sich befinden und schwerwiegendste Vorwürfe gegen sie erhoben werden, daß sie bisher kaum oder keine Gelegenheit hatten, sich dazu zu äußern. Es bleiben dabei natürlich Fragen offen, beispielsweise der für mich unglaubliche Skandal der gezielten Indiskretionen, die viele Wochen vorher schon erfolgt sind. Ich finde, wir tun gut daran, wenn wir das jetzt nicht so nach dem Motto, den letzten beißen die Hunde, auf der Ebene der Staatsanwälte abladen. Wir haben keinen Grund nach meiner Information, diese Behörden zu verdächtigen, hier Indiskretionen begangen zu haben. Wenn Indiskretionen begangen wurden,

21 Am 6./7. Juni 1966. Die FDP weigerte sich, einer Erhöhung der Tabaksteuer zuzustimmen, was u. a. zum Bruch der Koalition mit der CDU/CSU führte.

jedenfalls ist das mein Informationsstand, ist das auf der Ebene von Behörden geschehen, die im politischen Bereich angesiedelt sind, und es kommt auch eine Menge von Fragen auf. Als einer, der lange genug Ministerpräsident war, halte ich es für ausgeschlossen, daß eine so brisante Sache von der Staatsanwaltschaft verarbeitet und bearbeitet wird und daß der Generalstaatsanwalt mit diesem Sachstand sich nicht auf dem Wege der Berichtspflicht auf den Weg zum Justizminister macht. In Unkenntnis der Persönlichkeit der Justizministerin von Nordrhein-Westfalen²² halte ich es für ausgeschlossen, daß diese Ministerin ihrem Ministerpräsidenten nicht das Notwendige gesagt hat. Ich gehe sogar davon aus, daß dort vielleicht nicht offiziell das Kabinett, aber die Runde derer, die im Kabinett sitzen, mit diesem Thema befaßt werden.

Und wenn ich mir vorstelle, ein solcher Vorgang wäre bei uns, dann würde ich es für ein indiskutables Verhalten halten, wenn der Parteivorsitzende und der Bundeskanzler dieser Partei, der unmittelbar betroffen ist, mit seinen allernächsten Mitarbeitern in dieser Sache keinen Informationsstand gehabt hätte. Es ist ja schon eine eigenartige Sache, daß zu einem Zeitpunkt, wo wir davon ausgehen müssen, daß diese Information, von der ich eben sprach, stattfand und plötzlich aus dem Kanzleramt Gerüchte über eine Umbildung der Bundesregierung an die Öffentlichkeit drangen, die just im wesentlichen Personen betrafen, die von diesen Ermittlungen ganz unmittelbar betroffen sind. Wer hier wo falsch spielt, weiß ich nicht. Ich weiß nur das eine, daß das alles dem Ganzen ganz außerordentlich schadet, und es drängen sich schon Fragen auf, wenn der Vorstandsvorsitzende der Neuen Heimat²³ nicht unbedingt nach den Prinzipien menschlicher Kargheit und menschlicher Tugenden seine Geschäfte versieht, sondern daß ein Stück Renaissancefürst dort auch im Geschäftsablauf zu beobachten war; das ist eine Sache, die seit vielen Jahren bekannt ist.

Ich erinnere mich an die Berliner Wahl jetzt vor einem Jahr, als im Berliner Wahlkampf diese Themen über Berliner Vorgänge schon eine Rolle spielten, beim Steglitzer Kreisel und bei anderen Gelegenheiten. Es ist nie aufgegriffen worden. Daß es jetzt und in der Form aufgegriffen wurde, bringt zumindest, und ich habe hier keine Verteidigungsrede für die Neue Heimat zu halten, die Frage wirklich auf, ob hier nicht Kräfte am Werk sind, die bei der Gelegenheit die gesamte Oberschicht der Bundesrepublik sozusagen in einen Topf werfen.

Hinzu kommt das Thema der Parteispenden. Wir sind ja hier noch nicht am Ende dieser Entwicklungen angelangt, sondern da wird ja noch das eine oder andere nachgeliefert werden. Ich verweise darauf, ich weiß nicht, wie die Sache ausgeht, daß unter dem Einsatz äußerster Machtmittel des Generalbundesanwalts²⁴ in diesen Tagen bei einer großen deutschen Illustrierten, wenn ich richtig informiert wurde, eine Artikelserie gestoppt wurde, die praktisch Vorgänge beinhaltet, die unter „streng geheim“, d. h. also unter der höchsten Geheimhaltungsstufe, die die Bundesrepublik überhaupt kennt, dargestellt wurden, beispielsweise Standorte von bestimmten militärischen Anlagen von alleräußerster Wichtigkeit, Zusammenhänge in der Zusammenarbeit zwischen dem BND und aus-

22 Inge Donnepp (1918–2002), Juristin; 1975–1985 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1975–1978 Ministerin für Bundesangelegenheiten, 1978–1983 Justizministerin.

23 Albert Vietor (1922–1984), Lebensmittelkaufmann; 1963–1982 Vorsitzender des gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmens Neue Heimat (SPD-Mitglied).

24 Kurt Rebmann (1924–2005), Jurist; 1977–1990 Generalbundesanwalt.

ländischen Nachrichtendiensten. Ich will nur ein paar Andeutungen machen. Diese Dinge sind zwar jetzt gestoppt, aber da sie in Redaktionen sind, sind sie in irgendeiner Form natürlich doch auf dem Markt. In jedem anderen Land würde das natürlich zu ganz anderen Reaktionen führen.

Ich verweise auf ein anderes Hamburger Druckerzeugnis, das jetzt beginnt, mit Hilfe von was weiß ich für Leuten sehr wenig durchsichtiger Art, aus der Vergangenheit der Republik – und das bleibt nicht bei der Vergangenheit stehen, das geht in die Gegenwart weiter – eine neue Schmutzkampagne vor allem gegen die Union zu richten. Denken Sie an diese Sachen, die da jetzt aus München angedeutet wurden über Interna der CSU, das geht natürlich dann alsbald weiter.²⁵ Wenn Sie noch einmal die ganzen Vorgänge um Kreuth aufblättern wollen, können Sie sich vorstellen, was wir für Freude an all diesen Sachen haben werden. Das geht dann bis in die persönlichsten Gemeinheiten. Warum sage ich das? Ich sage es nur deswegen, um Sie darauf hinzuweisen, daß ich davon ausgehe, daß das alles kein Zufall ist, wenn das just zu diesem Zeitpunkt stattfindet, und daß hier ein Stück Versuch unternommen wird, die Republik in ihrer Achse zu treffen, denn der DGB-Bundeskongreß tritt jetzt unter völlig anderen psychologischen Gegebenheiten zusammen als vor diesen Ereignissen. Dies muß man also klar aussprechen und sehen, was hier auf uns zukommt.

Letzter Punkt noch in drei, vier Sätzen. Zum Thema Parteifinanzierung ergibt sich für mich – das kann nur ein Bild von heute sein, weil ich nichts Abschließendes dazu sagen kann – folgende Situation: Es ist mit beachtlicher Mühe gelungen, und ich bin hier besonders auch dem Staatsoberhaupt dankbar, diese Kommission zusammenzubringen.²⁶ Das war in der Tat keine einfache Geschichte, die verschiedensten Enden des Unternehmens zusammenzufassen, zumal wir nur bedingt einen Gesprächspartner bei den sozialdemokratischen Kollegen haben. Dort sind immer drei, die ihren Senf zu dieser Sache geben. Aber das ist ein sehr unterschiedlich eingefärbter Senf, der dazu gegeben wird. Ich hoffe, daß es gelingt – das jedenfalls ist unser entschiedenes Ziel –, diese Kommission, die aus Persönlichkeiten besteht, die unseren vollen Respekt und unsere volle Zuversicht verdienen, dazu zu bringen, daß sie jetzt nicht ad infinitum arbeitet, sondern irgendwann im Mai mit ihren Entscheidungen niederkommt, d. h. ein paar Vorschläge macht, was in der konkreten Situation geschehen könnte. Wir haben alles getan, um der Kommission zu vermitteln, daß sie dabei völlig frei ist, daß sie alles praktisch denken und formulieren kann, daß sie auf nichts festgelegt ist, sondern daß wir möglichst die Chance bekommen, etwas Vernünftiges herauszubekommen und dann zur Gesetzesarbeit kommen. Ich weiß nur eines, und das ist der einzige Punkt, wo ich mit Brandt und Wehner völlig übereinstimme, was nicht vor der Sommerpause auf den Weg gebracht wird im Parlament, wird nicht mehr auf den Weg gebracht werden. Es ist die ganz entscheidende Frage, daß wir unmittelbar und rasch aus diesen Vorlagen dann Konsequenzen ziehen.

Es sind eine Reihe von Lösungen denkbar. Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, daß ohne eine saubere verfassungsrechtliche Lösung die Wahlkampfkostenerstattung durch Staatsgelder auf die Dauer nicht gesichert wird. Wir sind auch der Meinung

25 Vgl. „Der Spiegel“ vom 8. März 1982: „CDU/CSU. Tote Hose“, „Parteispenden. In der Grauzone“.

26 1982 von Bundespräsident Carstens eingesetzte Sachverständigenkommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung (Bericht zur Neuordnung der Parteienfinanzierung, Bundesanzeiger Beilage 25/83, 1983).

gewesen, daß das mit dem Einkommensteuergesetz dann am besten abgesichert ist. Hier gibt es bei der SPD wütende Gegenargumentationen; die Riege der amtierenden und früheren Justizminister steht hier eng beisammen. Herr Schmude²⁷, Jochen Vogel, und andere plädieren hier in einer Weise dagegen, daß ich mir fast die Frage stelle, wollen sie nicht überhaupt das ganze System zum Einsturz bringen und auf eine völlig andere Lösung ausgehen?

Aber auch das, was sonst noch gedacht wird, etwa in der Baracke²⁸, gehört für mich in den Bereich des Irrealen. Man denkt hier bei dem einen oder anderen an eine Erhöhung der Wahlkampfkostenerstattung von 3,50 Mark auf 5 Mark für jede nationale Wahl. Das würde also nach Adam Riese²⁹ für 1984 bedeuten: zwei Wahlen, Bundestagswahl, Europa-Wahl, gleich 10 Mark. Das auszusprechen, heißt Ihnen zu sagen, daß es völlig absurd ist zu glauben, daß die Union 190 Mio. Mark im Jahr 1984 sozusagen, natürlich auf die nächste Legislaturperiode erstreckt, bekommen könnte. Bei der Finanzlage und bei der öffentlichen Diskussion brauche ich Ihnen nicht zu sagen, wer das vorschlägt, will das ganze System zum Einsturz bringen.

Das heißt also, ich bin optimistisch hinsichtlich der Arbeit der Kommission, ich bin weniger optimistisch, wesentlich zurückhaltender in der Frage, ob es anschließend gelingt, mit den drei Fraktionen zu übereinstimmenden Gesetzgebungen zu kommen. Ich glaube, daß diese Frage entscheidend abhängig sein wird vom gesamtpolitischen Klima. Wenn die Koalition, und vor allem, wenn die SPD in sich noch weiter zerklüftet sein wird zu diesem Zeitpunkt, dann wird die Chance, zu einer Regelung zu kommen, noch geringer sein. Denn ich sehe in der SPD vor allem noch niemanden, der bereit ist, mit äußerster Entschiedenheit die Sache durchzukämpfen. Mit SPD meine ich in diesem Fall die Bundestagsfraktion. Eigentlich kann es heute überhaupt nur noch funktionieren, wenn die Herren Wehner, Schmidt und Brandt sich gemeinsam vor die Fraktion hinstellen und ein klares Votum abgeben. Aber ein solches Ereignis ist schon ziemlich unwahrscheinlich geworden, nicht nur in dieser, sondern auch in anderen Fragen.

So viel zu den einzelnen Punkten, die uns aktuell berühren. Ich schlage vor, daß jetzt Gerhard Stoltenberg gleich seinen Bericht zur politischen Lage gibt.

Stoltenberg: Ich möchte mich zunächst für die Glückwünsche und die positive Würdigung dieses Wahlergebnisses durch Helmut Kohl und durch Sie alle, Sie haben das durch Ihren Beifall getan, bedanken, und ich will sagen, dies ist ein gutes Ergebnis. Das ist nicht nur eine Erklärung für die Öffentlichkeit, die wir gestern abgegeben haben, sondern das bestätigt auch eine sorgfältige Analyse. Die Zahlen sind bekannt, wir haben nochmal knapp ein Prozent hinzugewonnen, die magische Grenze von 50 überschritten. Die SPD hat ziemlich genau sechs Prozent verloren, mit 5,96 oder so ähnlich, und liegt unter 35 Prozent. Die FDP, was sehr wichtig ist, hat ein knappes halbes Prozent verloren, hat eine Sechs statt einer Sieben vor dem Komma. Und wir haben verschiedene grüne Gruppierungen, die man nicht immer ganz von Wählervereinigungen abtrennen kann. Aber wenn ich mal so das Grüne unter verschiedenen Vorzeichen bis alternativ in einer Stadt zusammennehme, kommen die etwa auf fünfeinhalb Prozent, und das andere verteilt sich auf

27 Jürgen Schmude (geb. 1936), Jurist; 1969–1994 MdB (SPD), 1978–1981 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1981/82 der Justiz, 1982 des Innern.

28 SPD-Zentrale in Bonn.

29 Adam Ries, auch Riese (1492–1559), Mathematiker.

die dänische Minderheit und örtliche Gruppen bei den Kreistagswahlen, die nicht spezifisch grün sind.

Wahlbeteiligung knapp 74 Prozent gegenüber 78,5 Prozent. Da ist ein Problem für unsere Wahlkampfführung sichtbar gewesen. Wir haben eine große Anstrengung unternehmen müssen und haben das seit Mitte Januar auch getan, um überhaupt ein gewisses Wahlklima für eine gute Wahlbeteiligung zu schaffen. Die Analyse zeigt, daß wir da erfolgreicher waren als die anderen; in den sozialdemokratischen Hochburgen liegt die Wahlbeteiligung unter 70 Prozent, sie liegt auch in allen Großstädten unter 70 Prozent, in den stark CDU-geprägten Landkreisen liegt sie in Richtung 80 Prozent. Das ist nicht nur zu sehen unter der hier schon angedeuteten Überschrift Unbehagen über alle Parteien, Spendendiskussion und einer gewissen Malaise, das gibt es auch. Ich komme darauf noch zu sprechen. Man muß auch klar erkennen, und das gilt nun auch für die Landtagswahlen bis zum März des nächsten Jahres, daß die wirtschaftliche Misere, die Existenzkrise im Mittelstand – und die ist in Schleswig-Holstein, wenn Sie die Entwicklung in Bauwirtschaft, Landwirtschaft und anderen Bereichen sehen, noch ausgeprägter als im Bundesdurchschnitt –, unsere eigenen Leute trifft. Das typische Bild der CDU-Kandidaten in Landgemeinden und kleinen Städten ist natürlich stark von diesen mittelständischen Gruppen und unserer Wählerstruktur geprägt. Aber es trifft natürlich auch Arbeitnehmer, soweit sie nicht im Öffentlichen Dienst sind. Auch Arbeitnehmer, die bei uns tätig sind. Wer Existenzsorgen hat in der eigenen Familie, im eigenen beruflichen Umfeld, der ist etwas schwerer in Gang zu bringen. Ich sage das nur, weil wir das beachten müssen für das Grundklima, auch in den nächsten zwölf Monaten.

Die SPD hat das schlechteste Ergebnis seit den sechziger Jahren bei allen Wahlen, ich habe mir noch nicht 1962 und 1966 angesehen, und dabei spielen bundes- und landespolitische Entwicklungen gleichermaßen eine Rolle. Die SPD bei uns vertritt nicht die Politik der Bundesregierung, sie macht ja auch für den Münchener Parteitag wieder die Speerspitze der Konfrontation, was ihre Lage gegenüber der Wählerschaft natürlich noch verschlechtert. Auch bei dem immer noch in unserer Demoskopie vorhandenen starken Schmidt-Bonus ist das ein strategischer Fehler, den sie macht. Es kann uns recht sein. Wir haben dieses Problem der Legitimation oder des Rückhalts für alle Parteien auch darin sichtbar, daß es nicht so sehr bei den Kreistagswahlen und kreisfreien Städten, aber bei Wahlen in kleineren Städten, mittleren Städten mehr Wählervereinigungen gibt. Ich spreche jetzt nicht von Grünen, sondern anderen, die mit einem gewissen Anti-Parteien-Effekt arbeiten und die auch in einer Reihe von Fällen Erfolge haben. Das muß man auch sehen, das gehört zum Bild der Einzelergebnisse und verdient natürlich deswegen auch Beachtung.

Für uns ist Folgendes wichtig: Wir haben eine um 15 Prozent niedrigere Wahlbeteiligung als bei der Bundestagswahl und haben trotzdem 42.000 Stimmen gegenüber der Bundestagswahl gewonnen. Das heißt, im Vergleich zu der letzten großen Wahl vor 18 Monaten, bei der wir ja ein besonders bitteres Ergebnis hatten, 40,2 Prozent Erststimmen, 38,9 Prozent Zweitstimmen, gibt es einen echten Wählergewinn, Wechselwähler der anderen trotz des Rückgangs der Wahlbeteiligung um 15 Prozent. Wir liegen aber um über 40.000 Stimmen unter der Landtagswahl. Das gehört auch zum Ergebnis. Da war die Wahlbeteiligung knapp zehn Prozent höher. Die SPD hat 315.000 gegenüber der Bundestagswahl verloren und 165.000 gegenüber der Landtagswahl, die FDP hat 120.000 Stimmen gegen-

über der Bundestagswahl verloren, das heißt, weit über die Hälfte ihrer Wähler bei der Bundestagswahl. (*Kohl*: Was hat sie denn jetzt?) Sie hat 96.000 Stimmen mit 6,8, und sie hatte bei der Bundestagswahl so knapp 220.000, 216.000, glaube ich. Das ist natürlich eine Dezimierung.

Die größten Erfolge haben wir, und das ist nun für Hamburg sehr wichtig und Niedersachsen auch, im südholsteinischen Raum, in den Nachbargemeinden, Nachbarstädten zu Hamburg mit zum Teil ganz starken Zugewinnen, und hier auch, was wichtig ist, über Schleswig-Holstein hinaus, in typischen Arbeiterbezirken. Allerdings mit niedriger Wahlbeteiligung. Da gibt es Arbeitergemeinden, zum Teil auch geprägt von der Neuen Heimat, wie die 15.000 Einwohner zählende Gemeinde Glinde; da haben wir einen Sprung von acht Prozent. Typische Arbeitermergemeinde, acht Prozent plus, sieben Prozent minus SPD. Norderstedt, eine der größeren Städte des Landes, direkt in der Siedlung mit Hamburg verbunden, ein Plus von vier Prozent, 51 Prozent der Stimmen. Wer das kennt, der muß sagen, das kann man schon als einen Erdrutsch bezeichnen. Aber wir haben in ländlichen Gebieten, also unseren Hochburgen, zum Teil auch leichte Einbußen. Das ist so die allgemeine Formel von der leichten Einebnung der Hochburgen; die Beobachtung gibt es. Aber wir können vor allem in den ländlichen Gebieten auch feststellen, daß wir Wähler an die Grünen abgegeben haben, ich würde mal grob schätzen – es muß genau untersucht werden –, vielleicht anderthalb Prozent in Saldo, die natürlich überwiegend sich bei der SPD rekrutiert haben.

Ein wesentliches Thema ist das Thema Ausländerpolitik gewesen. Ich sage das deshalb, weil sich in Kiel eine Liste für Ausländerbegrenzung gebildet hat, die sicher mehr im weiten rechten Spektrum, ein bißchen rechtsradikal anzusiedeln ist. Die hat immerhin vier Prozent bekommen, obwohl das Amateure waren. Und sie hat ihre größten Gewinne in den Hochburgen der SPD und den Arbeiterbezirken mit dem hohen Anteil an Türken bekommen, bis zu sieben, acht Prozent in Wahlbezirken. Man muß das vollkommen klar sehen, auch in der Konsequenz dessen, was wir letzte Woche noch miteinander besprochen haben, daß auch hier ein Protestpotential ganz anderer Art sich aufbaut, das uns natürlich, wenn sich das verlängert und erweitert, auch treffen kann. In Kiel hat es die SPD getroffen, minus neun Prozent, wir plus 1,3 Prozent. Und nachdem die FDP noch hauchdünn hineingekommen ist mit 5,06, können wir von einer arbeitsfähigen Einstimmenmehrheit der CDU/FDP in Kiel ausgehen. Da haben wir FDP-Leute, die mit uns arbeiten werden, gegenüber SPD und zwei Grünen in Kiel, die faktisch Kommunisten sind und aus der sogenannten kommunistischen Hausbesetzerszene kommen. Wir kriegen den Stadtpräsidenten, wir haben die Mehrheit mit der FDP zusammen. Wir haben da ein Objekt, das die Stadt Kiel in ein Kommunikationszentrum umwandeln will, so die ganzen Besonderheiten linker Politik, die ihnen natürlich schwer schaden.

Wir haben einen friedlichen Wahlkampf gehabt, aber es gibt Anzeichen dafür, daß bei einem Anhalten der wirtschaftlichen Misere bestimmte besonders betroffene Bevölkerungsgruppen auch unruhiger werden. Freitag vor der Wahl, also vor drei Tagen jetzt, hat Willy Brandt seine traditionelle Schlußkundgebung in Lübeck gemacht. Die haben sich schon in richtiger Einschätzung ihrer Lage nicht mehr auf den Marktplatz gewagt, sondern sind in einen Saal gegangen, 400 bis 500 Genossen und 250 protestierende Bauern. Die Bauern haben dort so protestiert, daß diese Versammlung beinahe gesprengt war; also die haben sich nicht auf die üblichen Zwischenrufe beschränkt, sondern sie sind an den

Rand einer Sprengung dieser Versammlung gegangen. Ich habe am Sonnabendvormittag auf dem Marktplatz geredet vor gut 2.000 Leuten, da waren sie auch da mit denselben Transparenten, aber sie waren bei mir friedlich. Nur, wir müssen darauf achten, auch gegenüber diesen in Existenznot kommenden mittelständischen Gruppen, daß die friedlich bleiben; – Landwirtschaft ist hier nur ein Stichwort, auch mal für die Diskussion in unserer Fraktion, ein Feld, das wir vielleicht manchmal nicht mehr in seiner Bedeutung sehen –, weil es weniger geworden sind. Aber es sind natürlich genauso die in Existenznot befindlichen, serienweise in Konkurs gehenden mittelständischen Baubetriebe, es sind die Arbeiter dort, es sind andere Gruppen. Ich sage das nochmal, daß darauf sehr zu achten ist, daß wir durch die Art, wie wir uns politisch artikulieren, sie ansprechen, sie weiter einbinden und wir sie nicht in die Resignation oder in die Aggression, auch eventuell neu kommender Gruppen bei weiteren Landtags- und Kommunalwahlen, treiben.

Ich glaube, daß das Ziel erreicht ist, auch eine positive Signalwirkung für Niedersachsen und Hamburg zu erzielen. Darin liegt ja eigentlich die Bedeutung dieser Wahl, daß sie in dieser Zeit einer Bonner Krise, Helmut Kohl hat das Bild hier noch einmal entwickelt, vor allem zunächst für die beiden Nachbarländer, die jetzt in Kürze wählen, diese Signalwirkung geben sollte. Das ist erreicht und das gibt uns natürlich auch Mut für die kommenden Wahlen, und dann kommt Hessen hinterher, und dann kommen wir in einem Jahr wieder dran. Ich sage das nochmal in Übereinstimmung mit Bernhard Vogel mit der Bitte, in jeder Diskussion, ob in der Bundestagsfraktion oder in anderen Gremien, davon auszugehen, daß die Serie der Landtagswahlen zunächst einmal im März nächsten Jahres endet. Dann kommt Bremen, dann kommt Baden-Württemberg. Aber zu der jetzigen Serie gehören auch die März-Termine. Es geht also nicht mit Bayern zu Ende. Wir müssen natürlich sagen, daß wir nach dem schweren Einbruch bei der Bundestagswahl unsere Position entscheidend gefestigt haben und auch in dieser Perspektive den Anspruch, um die Mehrheit zu kämpfen, mit gutem Grund erheben können, aber daß das natürlich auch sehr knapp ist, was niemand überraschen kann. Die offene Frage ist, ob die verschiedenen grünen Gruppierungen sich zu einer Partei zusammenfinden zu den Landtagswahlen, das ist bei uns absolut offen, weil sie ziemlich zerstritten sind. Es gibt also auch Widerstand gegen die linkssozialistische militante Organisation der Bundespartei, es gibt diesen Versuch von Gruhl und Springmann³⁰, dem ich allerdings keine große Chance zubillige. Für uns wäre es natürlich am besten, die hätten auch bei der Landtagswahl zwei Listen.

Bei der FDP ist eine tiefe Nachdenklichkeit ausgebrochen gestern abend. Die war vorher schon erkennbar. Die sind sehr enttäuscht, weil sie bei der Landtagswahl in der Regel zwei Prozent schlechter abschneiden als bei Kommunalwahlen. Das ist fast ein Gesetz der Serie. Sie liegen bei unseren bundesweiten Demoskopien in Schleswig-Holstein bei zehn Prozent; die regionalen Demoskopien kennen Sie auch. Wir liegen unter 50, um das zu sagen, nicht sehr weit, aber ein Stück. Die FDP liegt drei bis vier Prozent besser als dieses Ergebnis. Und sie müssen befürchten, daß sie bei einer Koalitionsaussage für die SPD eben doch anderthalb bis zwei Prozent allein dadurch verlieren; das spielte bei der Kommunalwahl keine Rolle. Das wird die weiteren Überlegungen für Koalitionsaussagen auch beeinflussen. Wenn die Koalition in Bonn hält, werden sie eine

30 Baldur Springmann (1912–2003), Landwirt, Politiker; 1978 Mitgründer der Grünen Liste Schleswig-Holstein und 1980 Der Grünen.

Tendenzaussage für die SPD machen, aber sie werden vorsichtiger sein und sich die Möglichkeiten, obwohl einigen das sehr schwerfällt, für ein Zusammengehen mit der CDU in Schleswig-Holstein wohl eröffnen. Jedenfalls nach Auffassung der Parteiführung und der Fraktion, für den Fall, daß wir mit fünf Parteien im nächsten Landtag sitzen. Wir sind ja schon vier durch die Besonderheiten der dänischen Vertretung. Wenn wir mit fünf Parteien im Landtag sitzen, dann werden sie sich wohl, nach meiner Einschätzung, diese Möglichkeit eröffnen. Wir haben auch keinen Grund, etwas zu verbauen, auch nach diesem Ergebnis. Wir haben ja hier eine ähnliche Situation wie in Niedersachsen und auch in Hessen. Wir setzen auf die Mehrheit, sagen das auch ganz klar, aber wir brauchen auch eine Reserveposition, genau wie einige andere Länder. Was immer das bedeutet.

Ich glaube also, daß die kritische Debatte in der FDP, aber natürlich auch in der Sozialdemokratischen Partei durch dieses Wahlergebnis verschärft wird, mit Wirkung auf die Bundespolitik. Insofern will ich noch einmal sagen, daß wir wirklich sehr zufrieden sein können. Zu den früheren Ergebnissen, die Helmut Kohl kurz angeführt und richtig interpretiert hat, muß man feststellen, wir haben in den Kommunalwahlen der sechziger Jahre bis 1970 immer einen Wert um 45 Prozent gehabt, plus, minus etwas. Wir haben dieses exzeptionelle Ergebnis 1954 gehabt, aber 1974 mit einem besseren SPD-Wert als dieses Mal. Die SPD hat gegenüber 1974 noch ein Prozent verloren, wenn man das vorletzte Ergebnis nimmt, die FDP anderthalb. Und da kommt das Auftreten der Grünen. Insofern sind die hier angesprochenen Feststellungen zu unterstreichen, daß das ein Ergebnis ist, das uns auch eine erfolgreiche Kommunalpolitik sichert; wir haben in allen Kreistagen die Mehrheit behauptet. Wir haben in zwei kreisfreien Städten, Lübeck und Neumünster, die absolute Mehrheit, in den drei anderen größten Städten die relative Mehrheit. Also auch für die Kommunalpolitik gute Voraussetzungen, das zu festigen und auszubauen.

Ich will schließen mit einem Wort des Dankes an Helmut Kohl und diejenigen, die uns im Wahlkampf geholfen haben. Wir haben bewußt davon abgesehen, im Hinblick auf die anderen Landtagswahlen jetzt viele Freunde einzuladen, ich habe aber doch mit Dankbarkeit festzustellen, daß der eine oder andere gekommen ist. Es ist auch für unsere eigenen Mitglieder und Anhänger immer sehr wichtig zu sehen, daß auch bei einer Kommunalwahl die überregionale Zusammenarbeit der CDU ihre Bedeutung hat. Wir wollen jetzt schon in den nächsten Tagen nach Niedersachsen gehen, auch einige von uns, auch ich, damit in 14 Tagen dort auch die gesetzten Ziele voll erreicht werden. (*Beifall.*)

Kohl: Vielen Dank für diesen Bericht. Meine Bitte ist nur, tragen Sie es offensiv weiter. Stellen Sie sich mal vor, die Sozialdemokraten hätten solche Pfunde, mit denen sie wuchern könnten. Wortmeldungen? Bitte schön.

Ritz: Noch ein paar Worte zum Wahlkampf in Niedersachsen. Ich möchte zunächst Ernst Albrecht und Wilfried Hasselmann entschuldigen, die wegen des Wahlkampfes heute nicht hier sein können. Ich will ganz offen einräumen, daß wir vor 14 Tagen eine schwierige Situation hatten, weil offensichtlich bis in unsere eigenen Mitglieder hinein eine gewisse Verunsicherung aus der Kampagne der SPD resultierte, daß nun die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in Niedersachsen ausschließlich dem Versagen von Ernst Albrecht zuzurechnen wäre. Wir sind darüber wieder weit weg, mit unserer Wahlkampföffnung am Samstag vor acht Tagen haben wir ganz offensichtlich wieder Oberwasser bekommen, nicht zuletzt auch, weil es uns gelungen ist, die haushaltsrecht-

lichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir im investiven Bereich einiges mehr tun können. Damit ist der SPD der Wind aus den Segeln genommen. Wir gehen eigentlich unverändert davon aus, daß wir es schaffen können, allein weiter zu regieren, d. h. mit der absoluten Mehrheit, und sind auch überzeugt, daß gerade das Wahlergebnis von gestern uns nochmal einen deutlichen Aufwind geben und unsere eigenen Mitglieder nochmal positiv motivieren wird.

Es ist schwer für uns heute einzuschätzen, ob nun die Grünen ins Parlament kommen oder nicht. In den Umfragen vor vier Wochen waren sie noch deutlich drin. Ich habe den Eindruck, daß sie durch das Schwerpunktthema Arbeitsmarkt ein wenig aus der öffentlichen Diskussion verschwinden, aber das kann täuschen. Die FDP steht sicher nicht gut da. Es gibt einen Unsicherheitsfaktor, den können wir noch nicht ganz einschätzen, ich sage es auch im Hinblick auf die Bundesredner, die noch in Niedersachsen sind. Wir haben in Niedersachsen eine Arbeitsgemeinschaft zur Korrektur der Gemeindereform, und die FDP war schamlos genug, sich diesen Leuten anzudienen und ihnen zu versprechen, wenn in diesen Gemeinden ein deutliches Plus für die FDP herauskäme, würden sie dies zu einer Bedingung machen bei Koalitionsverhandlungen. Es läßt sich aber nicht abschätzen, welche Gesamtwirkung das für das Land hat.

Die SPD ist zweifelsohne in einer schwierigen Lage. Es ist etwas anders als in Schleswig-Holstein, Herr Stoltenberg, da natürlich in Niedersachsen die SPD ganz auf Kurs der Bundespartei marschiert und insofern, sagen wir mal, dieses offensichtliche Auseinanderklaffen zwischen Landes- und Bundespartei dort nicht spürbar wird. Trotzdem gehen wir unverändert davon aus, daß wir unser Ziel erreichen. Ich möchte schon jetzt Helmut Kohl und allen anderen Bundesrednern sehr herzlich danken für ihre Einsätze und noch darum bitten, daß wir die restlichen 13 Tage intensiv nutzen. Ich bin sicher, daß es sich lohnen wird.

Kohl: Vielen Dank, Burkhard Ritz, ich kann das letzte nur unterstreichen. Ich gehe davon aus, daß möglichst viele nach Niedersachsen gehen und vor allem von diesem Gerede sich nicht beeindrucken lassen, daß die Art der Versammlung tot ist. Eine Versammlung, auch eine Versammlung mit nicht allzu vielen Zuhörern, hat immer noch, gerade in einem Flächenstaat, in dem eine Versammlung ein Ereignis ist, eine ganz enorme Wirkung.

Wenn ich von mir aus noch einen Gedanken beisteuern kann nach den Erfahrungen der letzten Wochen, der letzten Tage in Niedersachsen, Burkhard Ritz, in Bamberg, wo ich zur Oberbürgermeisterwahl gesprochen habe, die ist am nächsten Sonntag, und in Schleswig-Holstein, also in drei verschiedenen Bereichen der Bundesrepublik. Ich kann der Union nur raten und jedem, der draußen kämpft, die Frage der grundsätzlichen Wende der deutschen Politik auch von der geistig-moralischen Seite zu betrachten und nicht zu glauben, eine kleinliche Abrechnung mit jedem Detail der Regierungspolitik bringt uns großen Vorteil. Es ist nicht wahr, daß die Leute für so etwas nicht aufgeschlossen sind; das genaue Gegenteil ist der Fall. Und wenn wir uns nur darstellen im Wahlkampf als eine Partei, die an allen Punkten ein paar Prozente verändern will zur Koalition, so oder so, ist das nicht die Alternative der Politik. Deswegen täuschen Sie sich nicht, die Bevölkerung ist für eine Menge Fragen viel aufgeschlossener als viele, die in Bonn, sei es in der Politik, sei es im kommentierenden Bereich der Publizistik, den Ton angeben.

Für mich ist immer wieder bestürzend und erstaunlich zugleich, wenn ich Bonner Journalisten dabei habe, gutwillige Leute, die aber eben nur in Bonn sind – ich sage bewußt, nur in Bonn sind –, mit welcher einem Erstaunen sie die wahre Situation draußen im Land, wenn sie klug und aufgeschlossen sind, in kurzer Zeit feststellen und auch feststellen, daß das, was in Bonn als amtlich gilt, mit der Wirklichkeit des Landes kaum etwas oder nur bedingt etwas zu tun hat. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Fehleinschätzungen und die Desorientierungen, die hier in Bonn betrieben werden, setzen sich nicht automatisch in Wählerverhalten um, und deswegen ist es wichtig, daß wir jetzt, bestärkt wieder mit diesem Wahlergebnis, ganz ruhig unseren Kurs fahren.

Friedrich Vogel: Ich wollte noch etwas fragen, Gerhard Stoltenberg, über das Wahlverhalten im Hamburger Umland.

Stoltenberg: Ich habe es kurz erwähnt. Ich weiß nicht, ob Herr Echternach noch da ist, ich glaube, er ist mittlerweile gegangen. Da stehen ja die Alternativen-Grünen in der Demoskopie, nachdem, was ich höre, bei gut zehn bis knapp zehn Prozent, in dieser Bandbreite. Diese massive, mit Berlin vergleichbare alternative Tendenz in Hamburg strahlt natürlich auf die Nachbarschaftsgebiete aus. Die Grünen haben dort als Grüne kandidiert, sind in den Hamburger Nachbarkreisen relativ stark geworden, mit sechs bis sieben Prozent. Trotzdem haben wir unsere Position auf Kreisebene voll behauptet, in einem Kreis, in Segeberg, am besten noch um über drei Prozent verbessert. Mandatsmäßig überall verbessert. (*Einwurf:* Und in Brokdorf?) In Brokdorf haben wir im Verhältnis sieben CDU, zwei SPD und zwei Wählervereinigung, das mag fünf Prozent weniger sein für uns in der kleinen Gemeinde, weil wir da eine neue Wählervereinigung hatten, die wohl auch ein bißchen die Kritiker da umfaßt, aber das ist eine solide Mehrheit. (*Einwurf:* Und im Kreistag?) Im Kreistag haben wir dreieinhalb Prozent gewonnen, in Steinburg und Segeberg haben wir die größten Erfolge in Kreistagen mit dieser Zunahme. Das ist ein bißchen weg schon von Hamburg, aber aus anderen Gründen wichtig.

Aber interessant sind eben einzelne Gemeindeergebnisse oder Stadtergebnisse. Ich sagte schon, Norderstedt ist die Stadt, knapp 70.000 Einwohner, am engsten mit Hamburg verflochten, über 51 Prozent. Und das ist eine Arbeitnehmerstadt. (*Kohl:* Ja, sag' mal gerade noch etwas zu Norderstedt, das ist doch die Stadt, die direkt an Hamburg ist.) Ochsenzoll, ja, wenn man da diese überlastete Bundesstraße fährt vom Norden zum Flughafen rein, da ist also im Süden der Straße Hamburg, und im Norden der Straße ist Norderstedt. (*Kohl:* Das heißt praktisch, für einen Fremden ist das Hamburg, nicht?) Ja, sicher, das läuft schon unter Hamburg-Norderstedt. Das sind Arbeitnehmer, zum Teil neue Mittelschichten, zum Teil auch klassische Arbeitnehmer. Und wir hatten dort, was ein gutes Ergebnis war, 47 Prozent und haben jetzt 51. Das ist gewaltig, nicht? Und das gilt für einige andere Stadtrandgemeinden ähnlich, mit kleineren örtlichen Ausschlägen natürlich, je nach der Konstellation. Aber im Gesamttrend haben wir da nicht 0,9, sondern drei, dreieinhalb Prozent gewonnen in den unmittelbaren Hamburger Stadtrandgemeinden, von guten Ausgangsergebnissen aus.

Windelen: Ich wollte Burkhard Ritz fragen, ob es ein Argumentationspapier zum Thema Arbeitslosigkeit in Niedersachsen gibt? (*Ritz:* Das gibt es, ja.) Kann man das haben? Das wäre nützlich.

Kohl: Das können Sie kriegen, Herr Windelen, wenn die Wahl rum ist, von der Landespartei.

Zeitel: Herr Vorsitzender, ich möchte noch eine Bemerkung zu der Beschäftigungsproblematik machen, die ja in den nächsten Wochen und Monaten nicht besser werden wird. Bei der Verhandlung des Pakets scheint mir, ist es der Regierung nicht gelungen, die Mehrwertsteuerfrage ganz nach vorne zu bringen und die eigentliche Kernfrage, was denn dieses Programm für die Beschäftigung bringt, ein bißchen anzuhalten. Ich wäre eigentlich dankbar, wenn von unserer Seite dazu beigetragen werden könnte, daß die völlige Unzulänglichkeit dieses Programms gerade von der Leistungsseite deutlicher gemacht werden könnte.

Kohl: Herr Zeitel, das ist absolut berechtigt. Das war ja die Intention, die wir hatten, und die Kollegen in der Debatte haben ja am Donnerstag breit auf diesen Punkt abgehoben. Nur muß ich sagen, zum ersten Teil dessen, auf was Sie mit Recht hingewiesen haben, dieser Hinweis auf das zentrale Kernstück der Mehrwertsteuer hat ja der Regierung insofern nichts genutzt, weil ja erstens das Programm keine Mehrheit hat. Zwei völlig verschiedene Institute kommen zu völlig übereinstimmenden Quoten, daß in einer solchen Stimmung bei 60 Prozent der Erwartungshorizont negativ ist an dieses Programm, und die Zahl potenziert sich dann nochmal um weitere zehn Punkte, wenn es um die Finanzierung durch die Mehrwertsteuer geht. Also, wenn ich die Regierung zu beraten hätte, würde ich die Mehrwertsteuer nicht zu einem solchen Juxfall machen gegenüber der Öffentlichkeit. Wenn wir in der Sache nicht wanken, werden wir auch optisch gut rauskommen, wenn es argumentativ aufbereitet wird.

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann Tagesordnung „Rahmenkonzept Personalwesen“. ³¹ Die Anlage liegt Ihnen vor, das ist sehr sorgfältig bearbeitet, diskutiert worden. Die Landesgeschäftsführer, alle Betroffenen, gute Leute haben das beraten. Gibt es dazu eine Frage, dann würde ich das lieber vorziehen und verabschieden. (*Unruhe. Diskussion.*)

RAHMENKONZEPT PERSONALWESEN

Stoltenberg: Ich habe mir das durchgelesen. Also ich möchte da doch einen Vorbehalt anmelden gegen Punktsysteme nach allen möglichen Kriterien, die da drinstehen, als Grundlage für die Verträge. Ich halte, um das sehr kurz zu sagen, Herr Vorsitzender, auch bei Kenntnis der Tatsache, daß meine eigene Landesgeschäftsführung und der Generalsekretär mitgewirkt haben, das nicht für den richtigen Ansatz. Ich vermute, daß die meisten es hier gelesen haben. Den Versuch, die Vertragsbedingungen – also die Bezahlung der Kreisgeschäftsführer ist das ja im wesentlichen – hier an ein Punktsystem zu binden mit allen möglichen Maßstäben, die ja im wesentlichen nichts über die Qualifikation der Persönlichkeit, Lebensalter, beruflicher Werdegang, Familiendinge aussagen – da liegt ja doch eine gewisse Bandbreite für die Ausgestaltung der Verträge –, halte ich in diesem Punkt für problematisch. Ich weiß nicht, ob ich der einzige bin in diesem Kreis.

Kohl: Vielleicht können mal die Herren vom Adenauer-Haus etwas dazu sagen?

Geißler: Ja, wir haben ja seit geraumer Zeit den Wunsch aus der Partei heraus, die Besoldung und die vertragsmäßige Ausstattung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter auf ein vergleichbares Level zu stellen. Die verschiedenen Wünsche, die geäußert worden

31 Tischvorlage in ACDP 07-001-1033 und -1337.

sind – es gibt ja im übrigen auch entsprechende Beschlüsse des Bundesparteitags –, sind nun in dieser Kommission, die wir eingerichtet haben, beredet worden. Was hier erarbeitet worden ist, ist eine Empfehlung, die allerdings für die Landesverbände, hier ist die Konzeption unterschiedlich, natürlich schon eine Hilfe sein kann, eine Besoldung zu bekommen, die eine latent vorhandene Unruhe auch bei den hauptamtlichen Mitarbeitern auszuschalten in der Lage ist. Man muß ja Folgendes sehen, daß die hauptamtlichen Mitarbeiter in der Partei kein abgeschlossenes und geschlossenes Berufsbild haben, sondern da meldet sich mal dieser, dann meldet sich jener, und wir sind zum Teil froh, wenn jemand bereit ist, diese Aufgabe zu erfüllen, so daß wir für die Parteiarbeit eigentlich jetzt nach 30 Jahren schon zu einer Konzeption kommen sollten, die unseren Mitarbeitern einigermaßen annähernd eine Vertrags- und Besoldungsstruktur bietet, auf die sich die Leute verlassen können und die es uns auch ermöglicht, die hauptamtlichen Mitarbeiter auszutauschen, ihnen einen Status zu geben, der sie in die Lage versetzt, weiterzukommen und auch einen Status zu geben, der es ihnen gestattet, wenn sie sich irgendwo anders bewerben, sich auf das zu berufen, was sie in der CDU gemacht haben und welche, in Anführungsstrichen, Laufbahnvoraussetzungen sie erfüllt haben. Das ist nun in diesem Papier ausführlich dargestellt, auch eine Stellenplatzbeschreibung, wenn man so will, was ein hauptamtlicher Mitarbeiter, ein Kreisgeschäftsführer alles machen muß. Das ist auf der Seite 3 im wesentlichen aufgeführt.

Und nun ist es ja so bei der Struktur unserer Partei, daß die einzelnen Kreisgeschäftsführer höchst unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen haben. Da gibt es Kreisgeschäftsführer, die haben drei öffentliche Kreisverwaltungen zu betreuen, da gibt es Kreisgeschäftsführer, die sind nur für einen Kreis zuständig. Da gibt es Kreisgeschäftsführer, die leiten sozusagen eine Dienstleistungszentrale der Partei, übernehmen also noch Aufgaben auch für andere Kreisverbände. (*Kohl*: Da gibt es Kreisgeschäftsführer, die sind de facto Kreisvorsitzende.) Die sind de facto Kreisvorsitzende. Es gibt also eine höchst unterschiedliche Struktur, und trotzdem werden die in den meisten Landesverbänden sozusagen über einen Leisten geschlagen. Das heißt, wir haben keine Besoldungsstruktur, die nun besondere Anreize bietet, was Qualifikation, was Leistung, was Übernahme von Verantwortung und Aufgaben anbelangt. Jetzt ist dieses Papier erarbeitet worden, um den Landesparteien etwas an die Hand zu geben, die so etwas wollen, um eine differenzierte und auch nach der Leistung orientierte Struktur zu erarbeiten. Das ist eigentlich der Sinn der Sache.

Das ist in einer ausführlichen Diskussion durch diese Kommission erörtert worden. Wer bei dieser Kommission mitbeteiligt war, das ist, glaube ich, auch irgendwo aufgeführt. Also, der Landesgeschäftsführer von Schleswig-Holstein war mit dabei. (*Stoltenberg*: Ja, ja, ist in Ordnung.) Ich glaube, daß das Ergebnis nun doch so ist, daß die Landesgeschäftsführer, die sich über diese Sache sehr ausführlich unterhalten haben, nun alle zu der Auffassung gekommen sind, es sei einfach an der Zeit, daß diese Empfehlung sozusagen mit dem Segen des Bundesvorstandes jetzt an die Landesparteien weitergegeben werden soll. Es ist nicht gedacht, daß jetzt der Bundesvorstand einen Beschluß faßt und die Landesverbände nun diese Besoldungsstruktur übernehmen müssen. Aber es soll doch mit einer nachhaltigen Empfehlung des Bundesvorstands an die Landesverbände weitergegeben werden, damit auf dieser Basis – die Landesgeschäftsführer haben einstimmig die Sache gutgeheißen – nun mit den Mitarbeitern die Verträge abgeschlossen werden

können. Das, was Gerhard Stoltenberg gesagt hat, daß nämlich das Dienstalter keine Rolle mehr spiele, ist nicht richtig. Das steht in der Vergütungsordnung hinten. Auf der allerletzten Seite haben Sie die Vergütungstabelle, da wird sogar vorgeschlagen, daß also nach Dienstjahren die Dinge ausgerichtet werden. (*Späth*: Aber Körpergewicht ist nicht enthalten?) Körpergewicht ist nicht enthalten, da käme Ihr Landesgeschäftsführer³² besonders gut weg, Herr Späth, deswegen haben wir das extra ausgespart. (*Heiterkeit*.) Aber man muß ja auf der anderen Seite sehen, es ist uns ja auch daran gelegen, jüngere Leute zu gewinnen, die aktiv sind, die sich einsetzen wollen, und wenn die in eine Besoldungsstruktur hineinkommen, die eigentlich sich nur nach dem Dienstalter richtet, haben wir einfach Probleme. Wir brauchen auch junge Leute, die nun mit vollem Einsatz in die Arbeit einsteigen, und dann ist eine Besoldungsstruktur nützlich, die sich auch daran ausrichtet, was der eigentlich für einen Aufgabenbereich hat und wie viel Mitglieder in dem Kreisverband zu betreuen sind, wie ist das Beitragsaufkommen? Das heißt, den Kreisgeschäftsführer etwas am Erfolg zu orientieren. Das ist ja auch ein Prinzip, das der Christlich Demokratischen Union durchaus entspricht. Also, die Grundbesoldung der Kreisgeschäftsführer soll natürlich so bleiben im Prinzip, wie sie ist, aber wenn zusätzliche Elemente reinkommen, die die Leistung anspornen und die leistungsorientiert sind, dann machen wir im Grunde nichts anderes, als was ein modernes Unternehmen heute auch macht. Deswegen würde ich also schon empfehlen, wir sollten vom Bundesvorstand diese Empfehlung den Landesverbänden gegenüber aussprechen.

Kohl: Ja, ich mache noch einen zusätzlichen Vorschlag.³³ Ich möchte eigentlich nicht, daß die Landesvorstände, die ja Hauptbetroffene sind, in der Sache sozusagen leer ausgehen mit ihrer Verantwortung. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir heute so beschließen würden, daß wir diese Empfehlung an die Landesvorstände der Partei geben, damit die Landesvorstände der Partei auch ihren Segen dazu geben. Es ist nämlich eine Sache, daß man im Bundesvorstand über eine Sache befindet, und es ist eine andere Sache, daß man im Landesvorstand ganz anders darüber befindet. Um die völlige Überzeugungskraft des Bundesvorstands auch hier zu stärken, würde ich es für sehr nützlich halten, wenn wir dann von den Landesverbänden in einer festen Frist, von mir aus vier Monate, bis zur Sommerpause, einen Rücklauf verlangen. Denn ich möchte, daß die, die im Landesverband täglich sich mit den Sachen auseinandersetzen, in der Tat Ja und Amen dazu sagen und nicht Bedenken über drei Ecken dann hierher kommen und man den Bundesvorstand und das Adenauer-Haus dann so schön kritisieren kann, weil die ja nicht am Tisch sitzen bei dieser Beratung, sondern weil man das sehr viel einfacher machen kann, wenn man dann davon redet, in unserem Bezirksverband gilt das nicht, weil wir ja ganz schlau sind aufgrund der alten Erfahrung. Also, ich finde, das wäre aus dem Inneren der Partei heraus eine nützliche Sache. Wenn das nämlich so wäre, könnte man die Debatte heute darüber sehr kurz halten und dann den Rücklauf abwarten. Ich möchte schon, daß die Schatzmeister der Landesverbände und die Landesgeschäftsführer mit ihren Vorsitzenden wenigstens einmal über das Thema geredet haben.

Windelen: Ich bin mit dem Vorschlag sehr einverstanden. Im Grunde ist der konkludent in der Vorlage ohnehin enthalten, als er ja einen Vorschlag darstellt und die Bewertung

32 Walter Penther (1932–2016), Offizier; 1976–1988 Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg.

33 Transkript dieses Wortbeitrags in ACDP 07-001-1033.

der Punkte im übrigen den Landesverbänden überläßt. Das heißt dann, sie selbst können wählen, wie weit die erfolgs- und belastungsabhängigen Teile bewertet werden, valutiert werden und inwieweit nicht. Aus der Sicht eines Kreisvorsitzenden und eines ehemaligen Landesvorsitzenden kann ich sagen, wir haben ein solches Bewertungssystem. Ich glaube, es ist richtig und vernünftig. Erstens, es gibt gewisse Grundlagen überhaupt für die Vergleichbarkeit, und zweitens, es gibt gewisse Anhalte für die Belastung eines Geschäftsführers je nach Größe seines Sprengels und den Schwierigkeiten, und es bietet gewisse Erfolgsanreize. Beitragsaufkommen und Mitgliedszahlen sind ja auch vom Geschäftsführer zu beeinflussen. Wenn er daran interessiert ist, wird er sich mehr Mühe geben, dies zu beeinflussen, als wenn er nichts davon hat. Ich bin mit Ihrem Vorschlag im übrigen einverstanden. Ich glaube, dieser Vorschlag enthält nichts, was nicht akzeptabel wäre.

Späth: Ich bin vor allem mit dem Ergebnis der Diskussion einverstanden. Was allerdings die Landesvorstände anbelangt, Herr Vorsitzender, würde ich noch eine Sekunde überlegen, ob es eine große Parteileistung gibt, wenn man die jetzt abzweigt von dem Thema. (*Kohl:* Ich möchte schon, daß die Schatzmeister der Landesverbände und die Landesgeschäftsführer mit ihrem Vorsitzenden wenigstens einmal über das Thema geredet haben.) Gut, wenn das die Bedingung ist, kann man das machen. (*Kohl:* Ich weiß ja, von was ich rede.) Ich meine, ein bißchen ist doch die Praxis so, daß man sagt, jetzt brauchen wir einen Kreisgeschäftsführer dort, wo habt ihr einen? Haben wir den, dann versuchen wir, mit dem freihändig eine Einigung zu erzielen. Und wenn ich dann noch jetzt alles mit dem durchlesen und gucken muß, ob der allen Dingen entspricht – deshalb habe ich nach dem Körpergewicht rein beispielhaft gefragt –, dann komme ich in die Schwierigkeit zu sagen, der paßt aber nicht ins System, was mache ich denn? Ist der Junge gut, stelle ich ihn trotzdem ein. (*Kohl:* Ja, kannst Du ja machen.) Ist der Junge schlecht, begründe ich die Ablehnung mit den Grundsätzen. Und anschließend tobt die halbe Partei über die Grundsätze. Ich würde nur ein bißchen davor warnen, in der Zeit der Entbürokratisierung so ein Paket von Leitlinien mit einer erhöhten Verbindlichkeit zu versetzen.

Koch: Zum Prozedere nur kurz. Kann man davon ausgehen, daß hier auch in den einzelnen Landesverbänden oder hier im Konrad-Adenauer-Haus ein Betriebsrat besteht? Ich sage das, weil ich auch gern nach draußen möchte, daß das mit den Betroffenen abgesprochen wird nach Betriebsverfassungsgesetz. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich weiß, die CDU ist ein Tendenzbetrieb. (*Unruhe. Diskussion.*) Was ich vermeiden möchte, ist, daß ein Dirigismus ausgeübt wird von seiten des Vorstandes auf die einzelnen Landesvorstände, sondern daß auch die Betroffenen dann ein bißchen mitwirken (*Kohl:* Genau das will ich.) und auch dann der Betriebsrat.

Kohl: Genau das will ich. Ich schlage vor, daß wir das so machen, wir geben das dann mit dem entsprechenden Anschreiben raus an die Landesverbände. (*Unruhe. Diskussion.*) Auf die Art wirst Du, Lothar, überhaupt problembewußt. Ich meine, bist Du denn überhaupt nach Eurer Satzung befugt, mit den Bezirksvorsitzenden über Kreisgeschäftsführer zu sprechen? (*Diskussion. Heiterkeit.*)

Späth: Nach meiner Satzung darf ich bei diesem Thema überhaupt nichts, weder denken noch reden. Aber Widerspruch anmelden, das wird gemacht!

Geißler: Ich darf darauf hinweisen, daß das dicke Paket, Herr Späth, sich auf zweieinhalb Seiten reduziert bei näherem Zusehen, was die Empfehlungen anbelangt.

Kohl: Ja, aber jetzt sind wir zu dem Punkt klar. Also, wir werden das dann mit der entsprechenden Frist rausgeben.

Späth: Ich schlage dann aber vor, daß der Generalsekretär nochmal nach Baden-Württemberg kommt und den Bezirksvorsitzenden das wenigstens erläutert.

Geißler: Also, wenn das unbedingt sein muß. Da ich ja den schwäbischen Dialekt beherrsche, wird mir das besonders leichtfallen. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Kohl: Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst, ich halte es für wichtig, daß wir hier darüber reden, denn was da passiert, ist absolut indiskutabel für mich. Aber der Kollege Bernhard Vogel ist jetzt nicht da; er ist so wichtig, daß ich das auf die nächste Sitzung setze. Wir haben ja schon in 14 Tagen wieder Sitzung, so daß es nur für heute aufgeschoben ist.

Zum Punkt Verschiedenes habe ich nichts. Bitte schön?

VERSCHIEDENES

Griesinger: Unter dem Punkt Verschiedenes hätte ich doch gerne etwas nochmal ganz kurz angesprochen, nachdem unser Herr Generalsekretär nicht ganz unbeteiligt daran war. Das ist das Problem der Pflegesätze in den Heimen, des Taschengeldes in den Heimen. Ich möchte es deswegen ansprechen, weil die SPD im Augenblick in einer unerhörten Weise also wirklich mit auf der Hand liegenden Lügen hinein in die Altersheime gegangen ist und hier Unruhe erzeugt und den Eindruck erweckt, als ob sie diejenigen waren, die a) dieses erhöhte Taschengeld überhaupt ins Leben gerufen hatten, b) alles getan haben, um zu verhindern, daß die CDU dies wieder kürzen würde und uns zu den Hauptschuldigen macht, die das nun reduziert hätten. Ich habe nun große Sorge, Herr Vorsitzender, daß in der Bundestagsfraktion durch vielleicht etwas zu hektische Überlegungen, ob man nicht doch daran wieder etwas ändern und es wieder erhöhen sollte, der Eindruck noch vertieft wird, daß wir uns eigentlich als die Schuldigen fühlen, die vielleicht zu wenig die sozialen Aspekte gegenüber der älteren Generation bedacht haben bei unseren Beschlüssen.³⁴

Ich würde davor sehr warnen und möchte eigentlich genau das andere erbitten, daß sowohl vom Bundestag wie auch vor allem von der Partei aus eine knappe, klare Information hineingegeben wird in die Verbände, in die Heime, damit klar bleibt, wer das Taschengeld einst erstritten hat gegen großen Widerstand der SPD, und Herr Glombig³⁵ es gewesen ist, der sehr gerne dieses Taschengeld überhaupt hat völlig streichen wollen, weil er sagte, das ist eine Bevorzugung eigentlich derer, die Rente haben gegenüber den anderen, die eben keine haben.

34 Der bis Ende 1981 bestehende Rechtszustand nach § 21 des Bundessozialhilfegesetzes war im Rahmen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes im Vermittlungsausschuß geändert worden: Das Zusatztaschengeld wurde gekürzt, nach dem Willen der SPD sollte es völlig entfallen (UiD vom 10. Dezember 1981: „CDU/CSU beweist gesamtstaatliche Verantwortung“, ebd. vom 25. März 1982: „Verbitterung ist verständlich“, ebd. vom 6. Mai 1982: „CDU/CSU-Initiative: Taschengeldkürzung rückgängig machen“). Der Antrag der Union zur Korrektur dieser Entscheidung (BT-Drs. 9/1602 vom 28. April 1982) wurde von der Koalition abgelehnt (Sten. Ber. 9. WP 109. Sitzung vom 25. Juni 1982 S. 6674f., UiD vom 1. Juli 1982: „Antrag der Union zum ‚Taschengeld‘ für Heimbewohner abgelehnt“).

35 Eugen Glombig (1924–2004), Referent für Sozialrecht; 1957–1962 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1957–1987 MdB.

Kohl: Also, Frau Kollegin, das letzte ist ja schon geschehen, was das Adenauer-Haus betrifft, Aufklärung über die Tätigkeit des Herrn Glombig. In der Bundestagsfraktion bestand und besteht die Gefahr, die Sie vermuten, nicht. In der Bundestagsfraktion sind die Kollegen zurückhaltend gewesen, bis drei deutsche Ministerpräsidenten von CDU-geführten Bundesländern in der Öffentlichkeit Änderungen verlangt haben. Also, wir müssen auch mal den Ablauf jetzt korrekt sagen. Die Kollegen in der Fraktion waren absolut konsensbereit und hatten in der Sache nichts unternommen. Und als das Thema in der letzten Fraktionssitzung aufgekommen ist, habe ich auch sofort erklärt, das werden wir sorgfältig prüfen, aber es passiert nichts ohne Abstimmung mit den Ländern. Wenn die drei Kollegen mit ihren Äußerungen sich genauso mit der Fraktion abgestimmt hätten, hätten wir das Problem überhaupt nicht in der Öffentlichkeit gehabt; das muß man noch einmal sagen. Hinzu kommt noch, und jetzt will ich die Kollegen in der Fraktion, die sich dazu geäußert haben, verteidigen, das waren just jene Länderchefs, die bei der Einführung ganz unmittelbar mitgewirkt haben. Und das heißt also für den, der etwa im Vermittlungsausschuß war und jetzt Mitglied der Fraktion ist – für den ist noch sehr erinnerlich –, daß es da zwei Gruppen gab. Die einen, die leidenschaftlich dieser sehr detaillierten Regelung widersprochen haben, und das waren einige aus den Ländern, Lothar Späth ist einer davon, und es waren meiner Erinnerung nach alle Kollegen aus der Bundestagsfraktion. Also die Intention für die Kürzung dieses Taschengeldes ist nicht auf dem Mistbeet der Fraktion gewachsen, sondern das ist aus diesem Beamtenpaket erwachsen. (*Griesinger:* Ja, das weiß ich!) Ja, und jetzt müssen Sie bloß die Lage unter den Kollegen sehen. Die Kollegen haben also knurrend das alles eingesteckt, alles mitgemacht, und jetzt lesen sie in der Zeitung, daß der Ministerpräsident A, B und C verlangt, in einem Fall sogar das Landeskabinett, daß die Sache jetzt verbessert wird. Dann können Sie nicht erwarten, daß die mittags in der Fraktion ruhig dasitzen und sagen, wir schweigen nun. Aber die Fraktion wird das nur gemeinsam mit den Ländern machen. Bloß, die Länder haben ja jetzt gerade getagt, es gab eine mächtige Diskussion. Ich würde es sehr begrüßen, Lothar, wenn wir heute den Punkt nicht hier, sondern noch einmal jetzt auf der eben genannten Ebene weiter erörtern, weil hier Meinung gegen Meinung steht. Es bringt uns jetzt nichts, im großen Kreis das weiter fortzusetzen. Ich will ja etwas in der Sache erreichen. Was die propagandistische Geschichte betrifft, läuft das.

Geißler: Nur einen Zwischensatz: Wir kriegen ab 1. April eine weitere Saudiskussion – auf Schwäbisch – wegen des Mehrbedarfszuschlags bei den Behinderten. Ich mache jetzt schon darauf aufmerksam. Da geht es um Einkommenseinbußen, die 200, 300, 400 Mark betreffen. Wir haben über Mehrbedarf geredet bei den über 65jährigen; darüber kann man immer sprechen. Aber daß im Vermittlungsausschuß der Mehrbedarf bei den Behinderten in der Form umgeändert worden ist, das ist also heftig; die Diskussion kriegen wir auch noch.

VEREINBARUNG DER KULTUSMINISTERKONFERENZ ÜBER DIE ANERKENNUNG VON GESAMTSCHULABSCHLÜSSEN

Pfeifer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich will versuchen, den Bericht kurz zu geben. Das geht natürlich dann auf Kosten von manchen Details, die an sich auch wichtig wären. Zunächst, die Kultusministerkonferenz hat das derzeit geltende Abkom-

men für die Anerkennung der in den Gesamtschulen erworbenen Abschlüsse im vergangenen Jahr nochmal bis Mitte dieses Jahres verlängert, muß jetzt aber eine neue Regelung treffen und zwar deswegen, weil das geltende Abkommen noch auf einer Position fußt, in der die Gesamtschulen Schulversuche gewesen sind. Inzwischen sind eine Reihe von Ländern teils durch Gesetz, teils de facto dazu übergegangen, die Gesamtschulen nicht mehr als Versuchsschulen, sondern als eine Regelschule laufen zu lassen, und deswegen muß jetzt auch grundsätzlich entschieden werden, wie es künftig mit der Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen in den einzelnen Bundesländern bundesweit sein soll.³⁶

Wir haben in Hamburg einen Beschluß gefaßt, wonach Gesamtschulen in ihrem fachlichen Angebot, in ihren Leistungsanforderungen und in der Vermittlung qualifizierter Abschlüsse dem gegliederten Schulwesen gleichwertig sein sollen. Es besteht Einigkeit unter den Kultusministern darüber, daß dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn die einzelne Gesamtschule im Innern auf mehrere Leistungsniveaus differenziert wird. Dabei tauchen drei Grundfragen auf, nämlich erstens, in welchen Fächern soll die Gesamtschule differenziert werden? Zweitens, von welchem Jahrgang ab soll die Gesamtschule differenziert werden in den einzelnen Fächern? Die Details hierzu möchte ich hier nicht vortragen, weil mein Eindruck der ist, daß hierüber eine Einigung in der Kultusministerkonferenz möglich ist. Die dritte Grundfrage ist, soll die Differenzierung auf drei Leistungsniveaus, also Hauptschule, Realschule und Gymnasium, erfolgen? Oder soll die Differenzierung nur auf zwei Leistungsniveaus erfolgen? Das würde also bedeuten, daß eines der drei Niveaus, in der Regel das gymnasiale Niveau, fehlt. Hier hat die Fraktionsvorsitzendenkonferenz unserer Landtagsfraktionen, auch der Bundeskulturausschuß der CDU den Beschluß gefaßt, daß wir grundsätzlich eine Differenzierung der Gesamtschule auf drei Leistungsniveaus verlangen sollten, weil dies der Gleichwertigkeit Hauptschule, Realschule, Gymnasium, das sind drei Niveaus, am ehesten entspricht.

Nun ist zu Recht vorgetragen worden, daß es auch einzelne Gesamtschulen in SPD-regierten Ländern, zum Teil auch in Schulversuchen in CDU-regierten Ländern gibt, die nicht auf drei Leistungsniveaus, sondern nur auf zwei Leistungsniveaus differenzieren, weil sie von vornherein nur den Hauptschul- oder den Realschulabschluß anstreben. Hier ist nun die Frage die, soll man auch für diese Gesamtschulen eine Dreierdifferenzierung verlangen, was ja identisch wäre damit, daß man hier die Einrichtung eines zusätzlichen Niveaus verlangen würde. Und da ist nun die wohl überwiegende, oder vielleicht inzwischen auch einheitliche Meinung innerhalb der Union die, daß man in einem solchen Fall (*Kohl*: Von welcher Union sprechen Sie jetzt, von der Kultusministerunion?) – von der Kultusministerunion und vom Bundeskulturausschuß, auch wohl von den Fraktionsvorsitzenden, aber das kann Herr Scherer ja noch im einzelnen vortragen –, nun hier die Anerkennung dieser nur auf zwei Leistungsniveaus differenzierten Gesamtschulabschlüsse aussprechen sollte hinsichtlich des Hauptschulabschlusses und hinsichtlich des Realschulabschlusses. Dann taucht die Frage auf, was machen Schüler mit einem mittleren Abschluß aus einer solchen Gesamtschule, die in einem anderen Bundesland in die Oberstufe des Gymnasiums eintreten sollen? Das ist nun, glaube ich, der Punkt, zu dem man sich hier eine Meinung bilden sollte. In meinen Augen sollte man diese Schüler behandeln wie Realschüler. Das würde bedeuten, daß es keine einheitliche Abmachung

36 Vgl. dazu den Vermerk Pfeifers an Kohl vom 5. Februar 1982 in ACDP 07-001-1337 (Vereinbarung der Kultusministerkonferenz über die Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse).

der Kultusministerkonferenz über die Berechtigung des Realschulabschlusses zum Eintritt in die Oberstufe des Gymnasiums gibt, daß ein solcher Schüler eben sich so bewerten lassen muß, wie das in den einzelnen Bundesländern mit den Realschülern geschieht.

Da sind in Bayern die Anforderungen wesentlich höher als beispielsweise in Hessen, und die mittlere Anforderung unter den CDU-Ländern ist ungefähr die, daß hier ein Notendurchschnitt in den wichtigsten Leistungsfächern von 3,0 verlangt wird. De facto würde das allerdings bedeuten, darüber muß man sich im klaren sein, daß der Erwerb einer Berechtigung in einer nur auf zwei Leistungsniveaus differenzierten Gesamtschule nicht automatisch zum Übertritt in die Oberstufe des Gymnasiums führt; also diese Berechtigung wäre damit nicht automatisch verbunden. Aber ich meine, das ist deswegen erträglich, weil das vor allem den Ländern, in denen wir in der Opposition sind, ich meine jetzt konkret Hessen und Nordrhein-Westfalen, die Möglichkeit geben würde, dort zu argumentieren, wir wollen die Gesamtschulen da, wo sie bestehen und wo sie die Eltern erhalten wissen wollen, im Inneren so differenzieren, daß auch die Gesamtschüler in Hessen, in Nordrhein-Westfalen und in anderen SPD-regierten Ländern im Falle der Regierungsübernahme durch die CDU in die Oberstufe der Gymnasien, auch in den CDU-regierten Ländern eintreten können. Das wäre in meinen Augen ein auch in der Landespolitik sehr starkes und wichtiges Argument, so daß der Beschluß, den die Fraktionsvorsitzendenkonferenz in einer Sondersitzung Mitte Februar getroffen hat³⁷, auch hier vom Bundesvorstand mit Zustimmung zur Kenntnis genommen werden sollte, der heißt, grundsätzlich Dreierdifferenzierung, in Ausnahmefällen Zweierdifferenzierung. Aber wer in einer nur auf zwei Leistungsniveaus differenzierten Gesamtschule einen Abschluß erworben hat, der kann nicht automatisch damit rechnen, daß er überall in die Oberstufe des Gymnasiums übernommen werden kann.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Es sind in der letzten Zeit einige, wie ich glaube, auch etwas irritierende Äußerungen sichtbar geworden dadurch, daß ein Kultusminister gemeint hat, wenn es hier nicht zu einem Abschluß in der Kultusministerkonferenz kommen werde, dann müsse man sich überlegen, ob nicht einzelne Kultusminister der CDU separate Abkommen mit den SPD-regierten Ländern treffen sollten.³⁸ Ich möchte hier sagen, das geht unter gar keinen Umständen. Das wäre erstens einmal, glaube ich, ein Stoß in den Rücken der Länder, in denen die CDU in der Opposition ist und dort gegen die Politik der SPD kämpft. Und zum zweiten muß man hier ganz nüchtern sagen, dies würde natürlich eine öffentliche Diskussion auslösen, die wir als Union wahrscheinlich auch unter der Überschrift des Kulturföderalismus gar nicht durchstehen könnten, so daß die Sondersitzung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in diesem Falle gesagt hat, also solche separaten Abkommen wollen wir unter keinen Umständen anstreben. Die dort anwesenden Kultusminister von Rheinland-Pfalz und von Berlin, also Frau Laurien und Herr Gölter, haben auch ausdrücklich erklärt, daß sie nicht die Absicht haben, ein solches Abkommen anzustreben. Für die Kultusminister von Bayern und Baden-Württemberg und auch des Saarlandes und Schleswig-Holsteins ist dies meines Erachtens ohnehin kein erstrebenswertes Ziel. (*Kohl*: Ja, habt ihr mal mit dem Niedersachsen, war der da, darüber gesprochen?) Also, es hat bisher eine Gelegen-

37 Sondersitzung am 19. Februar 1982 in Mainz (Protokoll in ACDP 07-001-1726).

38 Werner Remmers. – Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 20. Februar 1982: „Remmers: Abschluß der Gesamtschulen wird jetzt anerkannt“.

heit dazu nicht gegeben. Es ist auch so, daß der Herr Remmers natürlich im Augenblick im Wahlkampf ist. (*Kohl*: Nein, ich meine jetzt den Fraktionsvorsitzenden.) Der niedersächsische Fraktionsvorsitzende³⁹ war leider nicht da in dieser Sonderkonferenz.

Also, dieses, Herr Vorsitzender, ist der Sachverhalt. Ich würde deswegen empfehlen, hier zu beschließen, daß an der Linie, die in Hamburg vom Parteitag beschlossen worden ist, festgehalten wird, aber daß in den von mir bezeichneten Ausnahmefällen auch eine Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen in zweierdifferenzierten Gesamtschulen möglich ist, dies allerdings nicht zum Übertritt in die Oberstufe des Gymnasiums automatisch berechtigen kann. Die Kultusminister sollten auf dieser Linie, meine ich, versuchen, einen Abschluß in der Kultusministerkonferenz jetzt im April und Mai zustande zu bringen. Alle!

Kohl: Ja, findet das Zustimmung hier?

Neumann: Dem kann man sicherlich zustimmen. Die Frage ist nur, wie sich unsere Kultusminister verhalten, wenn es zu keiner Einigung in der Kultusministerkonferenz kommt. Eines ist ja klar, daß diese Forderung von uns, grundsätzlich bei Zweierdifferenzierung nicht einen Einstieg in die Oberstufe zu gewährleisten, in das Mark der Gesamtschulbefürworter geht, weil in den SPD-regierten Ländern in der Regel eben nicht eine Dreierdifferenzierung vorgenommen wird, sondern eine andere. Aber dennoch berechtigt unter bestimmten Kriterien mindestens in diesen Ländern der Abschluß in der Sekundarstufe I zum Eintritt in die Oberstufe. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die Sozialdemokraten dort, wo sie noch regieren, so ohne weiteres darauf einlassen, im Grunde ihre Gesamtschulidee in bestimmten Dingen ad acta zu legen. Dann tritt der Fall ein, was geschieht dann? Das ist ja die an sich zu erwartende Situation. Das, was wir jetzt machen, ist Theorie. Und da habe ich von den Kultusministern, oder von einigen gehört, daß sie sagen, das Schlimmste wäre, wenn wir uns gar nicht einigen. Und um dieses Schlimmste zu verhüten, verlängern wir eben noch das Abkommen. Und dies würde wiederum bedeuten, daß wir unseren Parteitagsbeschluß natürlich nicht vollzogen haben. Dazu würde ich gerne mal eine Meinung herbeiführen. Das andere, was Herr Pfeifer vorgetragen hat, können wir uneingeschränkt unterstützen; bloß, das läuft nicht so ab.

Scherer: Jetzt mal ganz unabhängig davon, ob wir uns mit den SPD-Ländern darüber verständigen können oder nicht, halte ich es jedenfalls für unabdingbar, daß wir bei einer Zweierdifferenzierung darauf bestehen, daß ein bestimmter Notendurchschnitt in den zentralen Fächern erreicht werden muß, wenn der Wechsel zum Gymnasium sich vollziehen soll. Soweit ich mich erinnere, gibt es kein CDU-geführtes Land, in dem automatisch mit dem Abschluß der Realschule auch die Qualifikation zum Überwechseln zum Gymnasium verbunden wird, sondern es ist immer gebunden an bestimmte Kriterien, und dazu gehört ein Mindestdurchschnitt in den tragenden Fächern. Bei uns ist es an der Saar, glaube ich, 2,5. Ich könnte mir äußerstenfalls vorstellen, das haben wir ja auch in der Sonderkonferenz angedeutet, daß man sich auf einen Durchschnitt von 3 verständigen könnte, wenn das das äußerst mögliche Kompromißangebot bliebe. Das wäre aber schon ein Entgegenkommen, das nach meinem Dafürhalten die äußerste Grenze des Entgegenkommens markiert.

39 Bruno Brandes.

Wenn die SPD-Länder dazu nicht bereit sind, sich auf dieser Ebene mit den CDU-Ländern zu treffen, dann meine ich in der Tat, müßte das Abkommen daran scheitern. Denn ansonsten würde das ja auch ganz erhebliche Rückwirkungen in die Struktur der Qualifikation und der Berechtigungen in unseren eigenen Ländern haben. Und warum wir das auf uns nehmen sollen, würde mir nicht ganz einleuchten. In einem solchen Fall könnte man, was Herr Neumann angesprochen hat, vielleicht daran denken, noch eine Bedenkzeit von einem Jahr zu geben, wenn man das Ganze nochmal verlängert. Nur würde ich das in diesem Zeitpunkt nicht diskutieren, weil es für meine Begriffe nützlich ist, die SPD unter dem Erwartungshorizont stehen zu lassen, daß unter Umständen daran die Vereinbarung scheitert. Denn das würde in der Tat eine Minderung der Qualifikationsanfordernisse generell bedeuten.

Dregger: Die Mehrheit der Bundesländer ist unionsregiert. Außerdem sind unsere Vorschläge richtig. Das ist doch inzwischen wohl zur allgemeinen Überzeugung gediehen. Deswegen haben wir vor allem die Verantwortung dafür, daß in Deutschland vernünftige Bildungspolitik betrieben wird. Ich möchte ausdrücklich dem zustimmen, was Herr Pfeifer vorgetragen hat. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat das ebenfalls gebilligt. Es kommt nur darauf an, daß wir unsere eigene Unionsposition nicht dadurch schwächen, daß da jemand laut nachdenkt und sagt, dann machen wir es gegebenenfalls allein.

Wir alle stehen in der Solidarität der Union. Jeder wird irgendwann einmal an einen Punkt stoßen, wo er nicht mit der Mehrheitsmeinung übereinstimmt. Aber es gehört zu den Loyalitätspflichten eines Spitzenpolitikers der Union, sich dann auf der Unionslinie zu bewegen. Wir sind ja alle keine Duodezfürsten. Deswegen möchte ich doch bitten, daß der Bundesvorstand ausdrücklich das bestätigt, was Herr Pfeifer vorgetragen hat, und daß wir unseren Vorsitzenden bitten, noch einmal mit den Kultusministern und auch mit seinen Ministerpräsidenten darüber ein ernstes Wort zu sprechen.

Kohl: Ja, also ich kann das nur von mir aus unterstützen, daß wir das heute so beschließen, zumal ich ja eine Konferenz bereits einberufen habe mit den Ministerpräsidenten, den Kultusministern und dem Parteipräsidium, wo wir dieses unter anderem besprechen.⁴⁰ Es gibt eine Summe von Punkten, wo gegenwärtig die Kulturpolitik, die Schulpolitik total auseinanderläuft. Ich halte unsere Grundeinstellung zu dieser Sache für wenig überzeugend. Gehen Sie bitte davon aus, daß bei der nächsten Bundestagswahl die FDP die Frage des Kulturföderalismus zu einer zentralen Frage machen wird. Und wir werden nicht sehr gut aussehen, wenn wir an einer Reihe von Punkten nicht zu übereinstimmenden Beurteilungen kommen.

Ich nenne ein Beispiel für viele. Die CDU vertritt leidenschaftlich die Subsidiarität, das ist sehr gut. Aus der Subsidiarität folgen beispielsweise gegenüber Schulen freier gemeinnütziger Träger ganz bestimmte Konsequenzen. Wir sind da immer, machen wir uns da gar nichts vor, sehr viel stärker, wenn es über die bischöflichen Schulen geht, aber zum Wesen der Freiheit gehört, daß auch außer den Bischöfen andere freie gemeinnützige Träger Schulen ins Leben rufen können. Und da gibt es also, angefangen vom Freistaat Bayern, wo das Subsidiaritätsprinzip im Maximilianeum in die Grundmauern eingebettet ist, bis hin zu anderen CDU/CSU-geführten Ländern sehr eigenartige Dinge, also mit kleinen Gruppen. Wir sagen ja immer, die Neue soziale Frage bedingt, daß wir

40 Am 30. April 1982 (ein Protokoll ist nicht vorhanden).

mächtigen Gruppen den Zugriff zu Kasse abwehren, und die, die gerechterweise die Solidarität beanspruchen müssen, das kriegen. Das gibt es übrigens auch im Schulsystem. Wenn die Kirche kommt, sind wir sehr viel eher bereit, etwas zuzugeben, als wenn es etwa um eine bürgerschaftliche Gruppe, um einen Elternverein oder so etwas geht. Es gibt da hochinteressante Beispiele.

Wir haben vorhin mal von den Grünen geredet. Die Grünen machen sich an dieses Thema jetzt heran, weil sie sozusagen additiv Themen suchen, die auf der Straße liegen, wo eben Leute den Eindruck haben, sie werden von der Bürokratie über einen Kamm geschoren. Dabei soll es unser Interesse sein, daß wir ein vielschichtiges, leistungsfähiges Schulwesen bekommen. Und ich habe immer die Erfahrung gemacht, in meiner Amtszeit jedenfalls, in jenen Städten, wo dem staatlichen Gymnasium private Gymnasien gegenüberstanden, die voll leistungsfähig waren, ist automatisch die Leistungsfähigkeit staatlicher Gymnasien auch höher gewesen, als wenn da von vornherein der Kuchen unter sich aufgeteilt war. Konkurrenz, genauso ist es, Alfred Dregger, belebt das Geschäft.

Also, ich will die ganzen Fragen jetzt da mal ansprechen, zumal ich ja dauernd Ankündigungen höre von dem einen, dem etwas durch das Hirn schießt, und dann streicht er sich über das Haupthaar und verkündet für seinen Landstrich eine neue Kulturpolitik. Und dann von dem anderen. Die Kinder sind die Notleidenden, und am Ende sieht es immer erbärmlicher aus. Nach über zehn Jahren Kulturreform, Schulreform dieser Art trifft man jetzt auf Abiturienten, ich erlebe das gerade in der eigenen Familie, die einem stolz verkünden, sie haben das internationale Abitur, so wird das jetzt getauft. Dabei ist das in Wirklichkeit unser altes Abitur mit zwei Sprachen, das halt nur international anerkannt wird. Soweit haben wir es immerhin auf diesem Feld gebracht. Ich habe das vorhin einem Kultusminister gesagt, ich will, daß wir darüber reden. Die Partei verliert jegliche Glaubwürdigkeit, wenn sie nicht einmal für die Kinder im Land einigermaßen vernünftige Bedingungen, trotz Kulturföderalismus, besorgen kann. Denn wenn das das Ergebnis ist, daß es von Jahr zu Jahr immer dissonanter wird, dann soll man den ganzen Kram wirklich einpacken. Ich bin leidenschaftlicher Föderalist, aber das ist unerträglich.

Vorschlag also, daß wir den Vortrag Pfeifer mit Antrag aus der Fraktionsvorsitzendenkonferenz übernehmen und dann noch einmal bei der Besprechung, zu der ich eingeladen habe, Entsprechendes verfechten. Einverständnis dazu? Lothar, es betrifft natürlich Dich auch, aber Du guckst bloß matt in die Gegend und denkst, die können lange beschließen, was sie wollen, wir machen einen Parteitag und sagen, bei uns werden wieder Gedichte gelehrt. (*Heiterkeit.*)

Späth: Ich kann nicht erkennen, daß es irgendjemanden in der CDU gegen Gedichte gibt. (*Heiterkeit.*) Insofern sehe ich keine Gefahr für unsere Bildungspolitik. Und gesungen werden muß nicht, das ist fakultativ.

Kohl: Keine Wortmeldungen? Also, wer dem Vorschlag Pfeifer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Enthaltungen? So beschlossen. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

Bonn, Montag 22. März 1982

Sprecher: Albrecht, Biedenkopf, Blüm, Dregger, Geißler, Gerstenmaier, Herzog, Kiep, Kohl, Späth, Bernhard Vogel, Waffenschmidt, Zeyer.

Politische Lage nach der Landtagswahl in Niedersachsen. Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 13.30 Uhr

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf unsere heutige Vorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Bei konzentrierter Arbeitsweise müßte es möglich sein, daß wir gegen 14 Uhr spätestens abschließen.

POLITISCHE LAGE NACH DER LANDTAGSWAHL IN NIEDERSACHSEN

Zunächst und vor allem begrüße ich unsere Freunde aus Niedersachsen und gratuliere ihnen sehr herzlich zu diesem großartigen Wahlergebnis.¹ (*Beifall.*) Das Wahlergebnis des gestrigen Tages ist das beste Wahlergebnis, das die CDU in Niedersachsen je erreicht hat. Es ist das beste Wahlergebnis, das überhaupt eine Partei in der Geschichte des Bundeslands Niedersachsen je erreichen konnte. Es ist die absolute Mehrheit der Stimmen und der Mandate, so daß auch dieses Gerede, daß durch die Zufälligkeiten der Wahlentscheidung für andere Parteien eine absolute Mehrheit herbeigeführt würde, damit ein Ende hat. Es ist eine Bestätigung und ein großartiger Erfolg für die Landespolitik unseres Freundes Ernst Albrecht und ist eine Bestätigung der Arbeit unserer vielen, vielen 10.000 Mitglieder im Land Niedersachsen unter Führung unseres Freundes Wilfried Hasselmann. Ich darf Euch beide, Ernst und Wilfried, bitten, auch heute mittag den Gremien der Partei in Niedersachsen unseren herzlichen Glückwunsch und unsere herzlichen Wünsche zu übermitteln.

Das Wahlergebnis wird jetzt natürlich von vielen, wie das so zu gehen pflegt, je nach Lust und Laune, kritisch behandelt. Wir sollten uns die Freude nicht verderben lassen. Denn das Allerwichtigste an diesem Ergebnis, das kann man nicht oft genug unterstreichen, ist, daß die CDU die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten gewonnen hat, obwohl es eine vierte Partei gibt, die komplett über die Fünf-Prozent-Hürde gesprungen ist, und die sich sozusagen mitten im Parteienspektrum etabliert hat. Es ist deswegen so wichtig, daß wir das herausstellen, weil es einfach wahr ist, daß wir im Lauf der letzten Jahre auch an die Grünen, ich habe das vor ein paar Wochen hier ausdrücklich dargelegt, Stimmen abgegeben haben.

¹ Ergebnis der Landtagswahl vom 21. März 1982: CDU 50,7 (1978: 48,7), SPD 36,5 (42,2), FDP 5,9 (4,2), Grüne 6,5 (3,9 GLU), Wahlbeteiligung 77,7 (78,5) Prozent.

Es sind noch zwei Zahlen, die wichtig sind: Die CDU hat gemessen an der Bundestagswahl und bezogen auf die Bundestagswahl 10,9 Prozent zugewonnen bei einer beachtlichen Wahlbeteiligung. Auch das ist so ein Gerede, das sofort aufkommt, eine Wahlbeteiligung von 78 Prozent ist eine absolut gute Wahlbeteiligung für eine Landtagswahl. Die ist gut im Durchschnitt der Bundesrepublik und schon gar nicht zu reden von Wahlergebnissen in anderen westlichen Demokratien, die eine alte Tradition haben. Das heißt also, wenn man sich einmal vorstellt, wir hätten Bundestagswahl und es gelänge der Union, in etwa das Ergebnis zu wiederholen, bedeutet das in Wahrheit auf das Bundesgebiet bezogen eine Zahl von 54,55 Prozent. Diese Zahl liegt ja auch durchaus genau auf dem Trend der demoskopischen Umfragen der allerjüngsten Zeit für das Bundesgebiet. Die Sozialdemokraten, um das deutlich zu sagen, haben 10,4 Prozent verloren, bezogen auf die Bundestagswahl, während wir 10,9 Prozent, bezogen auf die Bundestagswahl, gewonnen haben. Das sind zwei ganz wichtige Daten. Die Sozialdemokraten haben Wähler in der Arbeitnehmerschaft in starkem Umfang verloren, sie haben im Bremer und im Hamburger Umland verloren. Ernst Albrecht wird gleich dazu im Detail sehr viel mehr sagen können. Ich finde, es ist wichtig für uns, daß wir ganz deutlich machen, daß der Hauptverlierer dieser Wahl die SPD in Bonn und an ihrer Spitze Helmut Schmidt ist, daß die zwiespältige Haltung der Partei in den verschiedensten Fragen ihr traditionelle Wähler gekostet hat.

Zur FDP eine ganz kurze Bemerkung. Die FDP ist in den Landtag zurückgekehrt. Sie ist auf dem Platz vier gelandet, und das ist sehr bemerkenswert. Ich bitte sehr, daß Sie das auch nach draußen tragen. Ich bin nicht nur überzeugt, sondern ich bin sicher, und wir müssen diese Gewißheit dann nach draußen vermitteln, die FDP ist überhaupt nur in den Landtag zurückgekehrt mit ihrer Aussage, daß sie mit der CDU koalitiert. Das ist eine ganz wichtige grundsätzliche Feststellung. Wir müssen jetzt auch in der Öffentlichkeit penetrieren, daß die FDP im Falle einer Wahlaussage zugunsten der SPD mit Sicherheit nicht in den Landtag zurückgekehrt wäre. Eine Meinung, die übrigens auch in der FDP-Führung absolut geteilt wird, die ich hier für uns vertrete. Der letzte Punkt, der bei der FDP interessant ist für die zukünftige Entwicklung, ist, die FDP hat nun für jedermann erkennbar ihre Rolle als Mehrheitsbeschaffer verloren. Sie ist eine unter vier Parteien, und sie ist nicht einmal die drittstärkste, sondern die viertstärkste Partei. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt.

Letzter Punkt, den ich sagen möchte, bevor Ernst Albrecht seinen Bericht gibt: Ich will nach dem Bericht zur Wahl – unsere Freunde aus Niedersachsen müssen gegen 11.45 Uhr hier abfahren, deswegen möchte ich das Thema vorziehen – noch ein paar andere Themen ansprechen, aber ich will vorweg darauf hinweisen, daß die Grünen die Veränderung der politischen Landschaft herbeigeführt haben, die wir uns wünschen. Das ist die vierte Partei, die wir gebraucht haben angesichts der Blockbildung von SPD und FDP. Dazu meine ich allerdings, daß es klug ist, von unserer Seite die Partei der Grünen nicht dauernd jetzt in öffentliche Betrachtung zu ziehen. Natürlich haben uns die Grünen auch Stimmen abgenommen, aber die Existenz der Grünen ist natürlich die Existenz einer Partei, die uns ermöglicht, überhaupt wieder an die Regierungsmacht in einer Reihe von Ländern und im Bund zu kommen. Jeder weiß, bei unserem Wahlsystem, bei drei Parteien und bei einem festen Verharren der FDP an der Seite der SPD ist es ungeheuer schwierig, die absolute Mehrheit der Mandate zu erringen. Wir haben in den ganzen

Jahren staatsbürgerliche Gesinnung geübt, und die anderen hatten den Vorteil. So haben wir frontal einen Wahlkampf 1969 gegen die NPD geführt, mit dem Ergebnis, daß die NPD statt 5,1 nur 4,9 Prozent hatte, und Herr Brandt konnte auf diese Art eine Koalition gegen uns schließen. Das war staatspolitisch wunderbar gedacht, bloß haben wir die Konsequenzen dieser staatspolitischen Gesinnung getragen und die anderen hatten den Vorteil. Das heißt also, ich warne jedermann in der Union dringend davor, jetzt in einen Kreuzzug gegen die Grünen auszubrechen. Wir sollten das, was die Grünen betreiben, sorgfältig betrachten und es durch unsere Sachpolitik aufnehmen, widerlegen und uns den Themen zuwenden. Aber es ist nicht unser Geschäft, jetzt die große Offensive gegen die Grünen einzuleiten. Das ist eine existente Gruppe, ob über oder unter fünf Prozent, die durch ihre Existenz das System der deutschen Parteienlandschaft von Grund auf verändert hat und natürlich vor allem das linke Spektrum beeinträchtigt. Wenn Sie die Ergebnisse betrachten, muß man noch hinzufügen, daß natürlich die Grünen in Niedersachsen wieder regional sehr unterschiedlich sind, und das wird sich auch bei den kommenden Wahlen in Hamburg oder bei den Leuten, die im Großraum Frankfurt operieren, sehr unterschiedlich demonstrieren.

Soviel zu dieser kurzen Einleitung. Ernst, bitte gib jetzt Deinen Bericht speziell aus der niedersächsischen Sicht, weil ja nicht jeder von uns die Unterlagen so gewichten kann, wie man das nur aus regionaler und örtlicher Kenntnis heraus sagen kann.

Albrecht: Liebe Freunde! Es ist ja selten im politischen Leben der Fall, daß man mal einen Traum verwirklichen kann. Dies ist für uns ein Traumergebnis, an das wir selber kaum in diesem Ausmaß geglaubt hätten. Wir haben gewußt, daß wir diesmal gegen drei Parteien antreten, und wir haben von Anfang an darauf gesetzt, daß wir die absolute Mehrheit der Mandate erreichen. Aber daß wir darüber hinaus auch die absolute Mehrheit der Stimmen mit so einem beachtlichen Zuwachs, nicht nur eben 50, sondern 50,7 Prozent erreichen, das ist für uns selber ein Traumergebnis.

Um das mal mit einer anderen Zahl zu sagen: Von 100 Wahlkreisen haben wir diesmal 87 Wahlkreise direkt gewonnen, und 13 hat die SPD noch direkt gewonnen. (*Kohl:* Das ist unglaublich, ja.) Und um das richtig ermessen zu können, was das für die Union insgesamt bedeutet, nicht nur in Niedersachsen, muß man sehen, was für ein Land das war und welchen Weg wir genommen haben. Wir haben ja einmal wie unsere Freunde in Hessen mit unter 20 Prozent, mit 19,1 Prozent 1947 angefangen. 30 Jahre lang hat Niedersachsen als ein sicheres sozialdemokratisches Land gegolten. Das Land, in dem Kurt Schumacher wieder angefangen hat, in dem die SPD nach dem Krieg neu gegründet worden ist, das immer, mit einer Ausnahme², nur sozialdemokratische Ministerpräsidenten hatte. 26 Jahre lang haben die Sozialdemokraten den Ministerpräsidenten gestellt. Und ich darf sagen, erst mit dem Parteivorsitz von Wilfried Hasselmann haben wir dann den gewaltigen Aufschwung genommen. Wir sind 1974 in der Landtagswahl zum ersten Mal stärkste Partei geworden, wir haben 1978 die absolute Mehrheit der Mandate geholt, 1982 die absolute Mehrheit der Stimmen. Und deshalb werdet Ihr verstehen, daß ich

2 Heinrich Hellwege (1908–1991), Exportkaufmann; 1946–1950, 1951/1952 und 1955–1963 MdL Niedersachsen (Deutsche Partei), 1949–1955 MdB, 1949–1955 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1955–1959 Ministerpräsident mit einer Koalition aus DP, CDU, FDP, GB/BHE, ab 1957 aus DP, CDU, SPD.

Wilfried von meiner Seite hier mal ein ganz herzliches großes Dankeschön aussprechen möchte! (*Beifall.*)

Und dann möchte ich mich bei allen Vorstandsmitgliedern bedanken, an der Spitze bei unserem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl. Aber es gilt für alle Mitglieder des Präsidiums, das gilt für die Mitglieder des Vorstandes, alle sind bei uns in Niedersachsen gewesen, haben uns gewaltig geholfen. Denn es war dieses Mal schon wichtig, daß unsere Partei in allen Gemeinden motiviert wurde, und das ist in vollem Ausmaß gelungen. Ich glaube, ich darf dies sagen, dieses Wahlergebnis in Niedersachsen ist eben unser gemeinsames Wahlergebnis, das ist durch die Politik hier in Bonn erzielt worden und durch die Politik im Lande, aber sicherlich auch durch die Tatsache, daß wir nicht mehr wie 1977 35.000 Mitglieder haben, in Niedersachsen haben wir inzwischen 110.000 Mitglieder. Das ist doch eine Verdreifachung der Zahl der Personen, die in jedem Gespräch, ob das am Stammtisch oder wo auch sonst ist, für unsere Politik eintreten.

Es gibt einige interessante Wahlkreisergebnisse. Das eine ist Gorleben, Lüchow-Dannenberg, wo die CDU 54 Prozent der Stimmen erzielt hat. Wenn wir die SPD hinzurechnen, die konsequent mit der CDU in Lüchow-Dannenberg für die atomare Entsorgungseinrichtung eintritt, dann macht das über 80 Prozent der Wähler von Lüchow-Dannenberg aus, die sich ganz klar für die Kernenergie ausgesprochen haben. Das zweite sind die Arbeiterstädte: Wolfsburg 53 Prozent, Salzgitter 47 Prozent, haben wir auch noch nie gehabt, Georgsmarienhütte, wo die große Klöcknerhütte ist, 60 Prozent für die CDU. Nun ist das katholische Gebiet, da ist es immer etwas leichter. Aber trotzdem, Georgsmarienhütte ist in Wahrheit eine Arbeiterstadt. Interessant auch Hannover-Stadt. Wenn wir in Hannover bei der Kommunalwahl so gewählt hätten wie bei der Landtagswahl, stellten wir heute auch dort in der letzten großen niedersächsischen Stadt den Oberbürgermeister. Wir haben 44 Prozent der Stimmen, die Sozialdemokraten nur 41 Prozent. Auch das Umland der großen Städte ist interessant. Ich nehme hier mal als Beispiel den Landkreis Hannover. Aber es gilt genauso für das Umland von Bremen und für das Umland von Hamburg. Vor der letzten Kommunalwahl hatten wir von 20 Städten und Gemeinden im Umland von Hannover in sechs den Oberbürgermeister gestellt, nach der letzten Kommunalwahl 18 Bürgermeister von 20. Und hier in dem Landtagswahlkampf haben wir jetzt sämtliche Wahlkreise im Landkreis Hannover direkt gewonnen.

Zu den Themen: Das Hauptthema war die Arbeitslosigkeit, das konnte gar nicht anders sein. Hier mußten wir zu Anfang erstmal die Offensive der SPD abwehren, denn sie hat das zu ihrem Wahlthema gemacht unter dem Eindruck der Propaganda, die das Beschäftigungsprogramm des Bundes begleitet hat und unter dem Eindruck der Tatsache, die wir leider nicht wegleugnen konnten, daß wir in diesen Wintermonaten in Niedersachsen 10,5 Prozent Arbeitslosigkeit hatten und damit an der Spitze in der Bundesrepublik Deutschland standen. Und deshalb der Versuch, uns die Schelle umzuhängen und die Arbeitslosigkeit der niedersächsischen Landesregierung anzulasten. Wir haben von Woche zu Woche diese Diskussion besser bestanden, und zwar einerseits durch landespolitische Maßnahmen, weil wir nachweisen konnten, daß wir mit unserem Investitionsprogramm doppelt so viel an investiven Ausgaben tätigen für Niedersachsen, als das ganze Beschäftigungsprogramm des Bundes bestenfalls bringen kann. Und auch, weil wir konsequent uns gegen die Mehrwertsteuererhöhung gewandt haben. Ich glaube, das kann man sagen nach diesem Wahlkampf: Die Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung wird

von zwei Dritteln mindestens unserer Bevölkerung gut verstanden. Wir haben überhaupt keinen Anlaß, hieran etwas zu ändern. Die SPD ist meines Erachtens schlecht beraten gewesen, als sie diesen Versuch gemacht hat, in dieser Weise das Thema hochzuspielen, denn es wird nun natürlich auch ein Urteil über die Beschäftigungspolitik der SPD auf Bundesebene gefällt, und da gibt es überhaupt keine Möglichkeit für sie, sich da heraus zu reden. Das muß hier auch in Bonn noch entsprechend ausgetragen werden.

Wir haben ein zweites Thema gehabt, vor den schulpolitischen Themen, die sonst immer die große Rolle spielen, das ist das Ausländerthema. Das ist doch auf Platz zwei gewesen. Überall, wo die Bevölkerung selber zu Wort gekommen ist, hat sie dieses Thema hochgebracht. Wir haben es als Landespartei nicht in Diskussion gebracht, aber in allen Versammlungen kam es sofort, auch in den Fragen der Bürger etwa zu den Fernsehdiskussionen oder bei den Telefoninterviews. Man muß das einfach wissen.

Wir haben ein drittes Thema gehabt, und das hat uns wirklich zu schaffen gemacht. Das ist diese unglückliche Geschichte mit dem Zusatztaschengeld. Ich glaube schon, daß uns das an die 20.000 Stimmen gekostet haben könnte. Hier muß man einfach sehen, daß wir sehr behutsam in der Zukunft mit solchen Themen umgehen müssen, und dies will ich nur mal für meine Person sagen, und ich sage das um so mehr, weil ich im letzten Herbst anders votiert habe. Die SPD hat ja unsere Kompromisse im Vermittlungsausschuß zum Sparpaket hemmungslos mißbraucht. Was hier gelaufen ist in den Altersheimen, wo nie zugegeben worden ist, daß die SPD das Zusatztaschengeld ganz streichen wollte, wo nur überall jeder gehört hat, daß die CDU den alten Leuten das Zusatztaschengeld gekürzt hat! Dazu kann ich nur sagen, ich habe das auch öffentlich erklärt, meine Hand kriegt niemand mehr, wenn es an das nächste Sparpaket geht. Das nächste Sparpaket verantwortet die SPD mit der FDP zusammen mutterseelenallein. Einer solch demagogischen Verfälschung werden wir uns nicht wieder aussetzen.

Schließlich nun zu den politischen Perspektiven. Das eine, das dominiert ja beinahe noch unseren Sieg, ist der totale Niedergang der SPD. Die SPD hatte gehofft, daß sie nach dem Kommunalwahlergebnis, wo sie knapp unter 37 Prozent lag, auf 40 Prozent zunehmen würde. Sie ist noch tiefer gelandet, nämlich bei 36,5. Es kann gar nicht ausbleiben, daß dies die ganze Partei mit einer tiefen Depression umfängt. Ich glaube, daß man die langfristige Bedeutung dieses Niedergangs der SPD gar nicht hoch genug einschätzen kann. Für mich ist eigentlich diese Wahl – wenn ich das mal vereinfache für den Normalbürger, und ich habe das auch in allen Versammlungen zum Schluß gesagt, auch in der Fernsehdiskussion – die Wahl gewesen zwischen der SPD, die offensichtlich regierungsunfähig geworden ist, weil sie in Lebensfragen der Nation nicht mehr den Konsens innerparteilich findet, ob das nun die Frage der Sicherheitspolitik ist und damit der Wahrung von Frieden und Freiheit dient, oder ob es die Frage der Energiepolitik ist und damit letztlich die gesamte Wirtschaftspolitik berührt, und auf der anderen Seite die Suche der Bürger nach der großen politischen Kraft, die einig ist, die klaren Kurs hat, die Antworten auf alle Lebensfragen der Nation zu geben weiß, nämlich die Union. Die Bürger haben dies begriffen. Für mich ist die Erklärung für die absolute Mehrheit auch, daß die Bürger sagen, in dieser Situation wollen wir da auch nicht Koalitionen und Verhandlungen und Kompromisse haben, sondern wir wollen wissen, wer in Krisenzeiten nun wirklich uns in die Zukunft führen kann. Und so haben sie sich entschieden.

Zur FDP kann nur wiederholt werden, was Helmut Kohl eben schon gesagt hat. Nach den Umfragen war sie rasant auf der Verliererstrecke, und die Gefahr war sehr groß, daß sie unter fünf Prozent kam. Hans-Dietrich Genscher hat hier ganz schön gezittert in den letzten Wochen und hat eine gewaltige persönliche Leistung auch erbracht. Er ist überall durchs Land getobt, manchmal nur vor zwölf Zuhörern; aber immerhin, er ist überall durchs Land getobt. Ich glaube schon, daß man sagen kann, daß das, was sie nur über die Runden gebracht hat, die Tatsache ist, daß sie in der Schlußphase begriffen hat, daß sie mit der Verweigerung der Koalitionsaussage nicht durchkam. Sie hat deshalb ja klar zu erkennen gegeben, daß sie mit uns zusammengehen wollte. Und dies hat sie dann über die fünf Prozent gehievt.

Ich glaube, daß wir hiermit auch eine gute Ausgangsposition für die Wahlen in Hamburg und in Hessen haben. In Hamburg wissen wir, daß es sehr schwer ist, weil die Grünen und Alternativen, die dort viel weiter links sind als bei uns, wahrscheinlich noch stärker sein werden als in Niedersachsen. Aber ich glaube, daß die CDU in Hamburg nun wirklich auch eine gute Ausgangsbasis hat. Und in Hessen, glaube ich, ist die Ausgangsbasis wirklich exzellent, weil, wenn die Grünen reinkommen, es überhaupt nicht mehr die Möglichkeit gibt, daß SPD und FDP ihre bisherige Koalition fortsetzen. Und wenn in der Öffentlichkeit jetzt sich schon diese Überzeugung festigt, daß das gar keine Alternative mehr ist, sondern daß nur noch die Frage ist, ob die CDU auch dort die absolute Mehrheit kriegt oder aber eine demokratische und solide CDU/FDP-Koalition, dann wissen wir aus der Erfahrung, daß eine solche Überzeugung dann auch Wählerstimmen bringt.

Ich würde gerne eine letzte Bemerkung machen; die ist mir ganz wichtig. Wir haben in unserem Wahlkampf nur positive Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit gegeben. Und das empfehle ich unserer Partei! Man gewinnt keine Mehrheit, wenn man nur die politischen Gegner angreift, (*Beifall.*) sondern das, was die Bevölkerung in Deutschland wirklich wünscht, ist, daß irgendwo ein Lichtblick ist, irgendwo eine politische Kraft, die sie positiv aus diesen ganzen Misereen herausführt. Mit anderen Worten: Auch hier in Bonn und in den Ländern, wo wir noch nicht die Mehrheit haben, sind wir nicht die Oppositionspartei von heute, sondern sind wir die Regierungspartei von morgen. Und wenn wir diesen Stil durchhalten, bin ich überzeugt, daß uns auch die weiteren Erfolge beschert werden. (*Beifall.*)

Kohl: Ich schlage vor, daß Werner Zeyer noch ein paar Sätze sagt zu den Teilkommunalwahlergebnissen an der Saar.³ Das ist eine völlig andere Perspektive, aber es ist ein interessanter Trend, der sich auch dort wiederfindet.

Zeyer: Ich will wenige Bemerkungen machen. Zwei Vorbemerkungen vorab: Die eine Vorbemerkung, es ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt. Es gingen insgesamt rund 30.000 Einwohner zur Wahl. Die Wahl war notwendig geworden, weil wir rückwirkend zum 1. Januar des Jahres eine Korrektur vorgenommen hatten an der Gebietsreform. Wir haben aus der im Jahr 1974 gebildeten Großgemeinde – und groß im eigentlichen Sinne des Wortes – Schwalbach drei Gemeinden gebildet. Eine Gemeinde Schwalbach, eine Gemeinde Ens Dorf und eine Gemeinde Bous. Die Korrektur einer Gebietsreform war notwendig geworden, weil es dort zu keiner Befriedung wegen der neuen Einheitsgemeinde gekommen war. Wir hatten es mit Bürgerinitiativen zu tun, die sehr massiv für

3 Ergebnis in Schwalbach CDU 61,9 (1979 56,7), SPD 31,2 (38,4), FDP 6,8 (5,2) Prozent (UiD vom 25. März 1982: „Auch an der Saar hohe Verluste der SPD“).

die Selbständigwerdung der früheren Ortsteile eingetreten sind. Das ist die eine Bemerkung, so daß also die Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht zu werten sind, weil sehr viele lokale Dinge hier eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben.

Die zweite Vormerkung, es handelt sich bei den drei Gemeinden um typische Arbeitergemeinden. Die Arbeiter sind beschäftigt dort bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Bous, bei den Saarbergwerken und der großen Kraftanlage in Ens Dorf und bei einem großen Steinkohlekraftwerk ebenfalls in Ens Dorf. Wir haben den direkten Vergleich zwischen CDU und SPD in der jetzigen Gemeinde Schwalbach. Hier darf ich die Zahlen nennen. Bei der vorausgegangenen Kommunalwahl hat die CDU 56,4 Prozent erreicht und jetzt 61,9 Prozent. Das heißt ein Zuwachs von 5,5 Prozent. Aber die SPD ist zurückgegangen von 38,4 auf 31,2, das heißt sie hat einen Verlust von minus 7,2 Prozent hinnehmen müssen. Die FDP hat sich in etwa gehalten.

In Ens Dorf hatten wir es erstmals mit einer Freien Liste zu tun, die gebildet worden war aus früheren CDU-Mitgliedern, die aus Verärgerung über die damalige Großgemeinde in den letzten Jahren aus der CDU ausgetreten waren und die Bürgerinitiative gegründet hatten. Wir konnten dort mandatsmäßig die absolute Mehrheit halten, haben prozentual etwas abgenommen von 50,2 auf 48,8, aber die SPD hat wiederum abgenommen von 43,7 auf 36,2. Das heißt minus 7,5 Prozent. Die Freie Liste bekam 7,5 Prozent. Letzte Gemeinde, Bous, eine sozialdemokratische Hochburg. Bei der letzten Wahl hatte die SPD dort 69,6. Sie ist zurückgegangen auf 51,9 Prozent, hat abgenommen 18,3 Prozent. Die CDU schwach, sie kommt von 27,7 auf 24,5, ein Minus von 3,2, aber der Bürgerblock, das sind auch wiederum verärgerte oder frühere CDU-Leute, die wegen der Gebietsreform ausgetreten waren, hat 23,4 Prozent. Ich sage dies, weil hier deutlich wird, daß der Trend genauso sich bei uns eingestellt und auf diese Gemeinden ausgewirkt hat wie bei der Wahl in Niedersachsen und wie bei der vorausgegangenen Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. (*Beifall.*)

Herzog: Ernst Albrecht, zunächst herzlichen Glückwunsch an unsere Freunde in Niedersachsen. Da möchte ich eigentlich aus der Geschichte unserer Partei vermuten, daß weithin ein dringendes Bedürfnis verspürt wird, jetzt unmittelbar in die Beratungen über die nächste Kanzlerkandidatur einzutreten. (*Heiterkeit.*) Ich möchte nur das heute zur Sprache bringen und sagen, ich glaube nicht, daß eine Partei, die so im Aufwind ist wie in Niedersachsen, ein „Nordlicht“ ist. Also ich sage für mich, ich gehöre nicht mehr zu denen, die, wenn so etwas jetzt passieren sollte, nichts dagegen sagen würden, nur damit nicht unklar ist, was mit der CDU geschieht. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ich nehme das Thema gerne auf und hoffe, daß ich jetzt einen Beitrag leisten kann und daß wir damit das Thema beenden. Für hier. Ich bin auch gerne bereit, heute dazu noch einmal das Nötige öffentlich oder in der Fraktion zu sagen. Ich habe hier im Parteivorstand bereits gesagt, daß ich es für rundum schädlich halte, daß wir ohne jede Logik in diese Diskussion eintreten. Daß die Diskussion an uns herangebracht wird, ist die natürlichste Sache von der Welt, wenn Hunderte von Bonner Journalisten Tag für Tag berichten müssen, was im Lager der Koalition vonstattengeht. Wenn wir weiter wissen, daß von diesen Leuten ungefähr 70 Prozent uns weniger freundlich als der Koalition und den beiden Parteien gegenüber stehen, liegt es in der Natur der Sache, daß die Frage aufkommt. Nur, wir brauchen die Frage nicht zu beantworten. Weder in der CDU noch in der CSU. Und ich werde auch mich darum in der nächsten Zeit bemühen, daß das auch

seitens der CSU so gesehen wird. Aber meine Rede in der CSU ist natürlich um so stärker, wenn niemand in der CDU dieses Thema aufgreift. Leider muß ich doch nochmal hier sagen, daß die Reihenfolge der öffentlichen Erörterung nicht von der CSU, sondern von der CDU aus zu sehen ist. Ich halte das Ganze für eine Riesendummheit, denn wir können überhaupt nichts dabei gewinnen, wir können nur uns eine Diskussion aufladen lassen. Man hat es doch gestern abend gesehen im Fernsehen. Wir sind ja inzwischen so weit, daß man nicht als erstes sagt, wir haben die Wahl gewonnen, sondern daß das schon sofort in der Sekunde konsumiert ist und völlig andere Fragen aufkommen. Das ist der Lauf der Welt. Sich darüber zu beschweren, ist völlig sinnlos. Man muß sich bloß entsprechend darauf einrichten. Deswegen kann ich Sie nur alle bitten, dieses Thema in diesem Sinne zu behandeln.

Und wenn ich alle sage, meine ich alle! Es ist nicht nur, wenn man sich das hier so einfach macht, unklug aus der CSU geredet worden, es ist auch ungewöhnlich unklug aus der CDU heraus geredet worden. Ich bitte Sie, in dem Sinne zu verfahren. Ich habe kürzlich gesagt, ich werde keinen Moment zögern, die Debatte so öffentlich zu behandeln, wie ich das für richtig halte. Ich war jetzt gebremst durch die Landtagswahl. Ich fühle mich auch weiterhin gebremst durch folgende Landtagswahlen. Nur, wenn die Sache jetzt kein Ende nimmt, hat es gar keinen Sinn. Dann muß man es abrupt beenden und zwar mit einer entsprechenden klaren öffentlichen Reaktion. Brauchen können wir das überhaupt nicht. Schon gar nicht beim nächsten Termin in Hamburg! Das muß man ja sehen, das ist schon von vornherein so ein Schauergemälde, das genau in die Hamburger Szenerie paßt. Aber wir können es genauso wenig brauchen in Hessen. Machen Sie sich da gar keine Illusionen. Wir können es überhaupt nicht brauchen, und es ist auch gar kein Thema. Wenn die Koalition purzelt, dann soll sie purzeln, und dann setzen wir uns in dem Moment zusammen. Aber daß wir jetzt wieder anfangen zu schielen, wann wir das tun oder wann wir es nicht tun, ist ganz töricht.

Wobei ich gleich, weil ich bei dem Thema bin, anschließen will: Meine Bitte ist auch, daß wir jetzt die Landtagswahlen führen und nicht in die große Meditation über unsere Möglichkeiten bei Neuwahlen eintreten. Es ist wahr, Neuwahlen, das klingt wahnsinnig demokratisch. Bloß habe ich die Genies alle noch nicht entdeckt, die mir sagen, wie ich Neuwahlen im Bundestag erreichen kann. Und solange diese Genies keine wirklichen Anträge haben, hat es nämlich folgende Erkenntnis. Ich lese in meiner Heimatzeitung, was mich besonders verdrossen hat, nicht zuletzt auch bestimmte Interviews, die dort erschienen sind und anderswo, jetzt im Kommentar, ich wolle gar keine Neuwahl, weil ich mich zu diesem Thema überhaupt nicht äußern würde. So nach dem Motto, wenn der Oppositionsführer Neuwahlen wirklich wollte, würde er sich durch das Haupthaar fahren und anschließend hätten wir Neuwahlen. Ich werde jetzt also auch an dem Punkt mich nicht äußern, wenn ich dauernd diese Anregungen höre, daß wir jetzt zu Neuwahlen kommen, wie wir dazu kommen können. Die demokratische Situation, die dann hier angeführt wird, soll auch betrachtet werden.

Liebe Freunde, wenn wir die Regierung übernehmen, und ich bin sicher, wir werden sie übernehmen, werden wir alsbald Zeiten haben, bei dem, was zu tun ist, wo nicht Hosianna in der Bundesrepublik gerufen wird. Und da erinnere ich alle Neugierigen daran, daß dann auch sofort nach Neuwahlen gerufen wird. Wem es wirklich ernst ist um den demokratischen Staat, der muß wissen, daß Neuwahlen das allerletzte Mittel sind.

Ich plädiere dafür, daß wir jetzt die Wahl in Hamburg möglichst gut bestehen. Wenn die Hamburger Sache gewonnen wird, sind wir eine entscheidende Runde weiter. Ich plädiere dafür, daß wir alles daransetzen, in Hessen zu gewinnen. Ich sage Ihnen voraus, daß die Hessen-Wahl, vielleicht sogar schon die Hamburg-Wahl wegen des Wohnorts von Helmut Schmidt, aber die Hessen-Wahl ganz gewiß, ob es uns paßt oder nicht, von der anderen Seite als eine Quasi-Mini-Bundestagswahl geführt wird. Wir müssen dann diese Herausforderung annehmen.

Ich stimme Alfred Dregger ausdrücklich zu, es ist nicht unsere Sache, dort einen Bundestagswahlkampf zu eröffnen. Wir haben auch prima landespolitische Argumente, die wir einbringen müssen. Wenn die andere Seite einen Bundestagswahlkampf daraus macht, dann werden wir nicht sagen, es geht uns nichts an, sondern wir werden hart kämpfen. Wir haben Absprachen getroffen, die uns dazu fähig machen, im Wahlkampf dann entsprechend zuzulegen, auch bundespolitisch. Wenn der Schmidt über die Straßen und Plätze zieht, was ich keineswegs ausschließe, sondern sogar vermute, dann ziehen wir auch über die Straßen und Plätze. Da gibt es kein Wenn und kein Aber! Aber die Schlacht muß von den anderen in diese Richtung eröffnet werden. Und wenn dann diese Wahl so ausgeht, wie ich erhoffe, ja ich bin fast sicher nach dem Rechenexempel, dann ergibt sich am Wahlabend nach Hessen, nach der Wahl in der Tat eine Lage, wo die Frage am Montagfrüh in der Bundesvorstandssitzung hier eine völlig neue Dimension gewinnt. Aber das ist dann auch glaubwürdig gegenüber dem Bürger, wenn die andere Seite eine Landtagswahl zum Test für die Bundestagswahl gemacht hat.

Dies ist noch einmal meine dringende und herzliche Bitte! Dazu gehört auch das Thema FDP. Ich weiß eigentlich nicht, warum wir uns so viel mit der FDP beschäftigen. Die FDP hat nicht zuletzt – und die Grünen und die SPD auch – in Niedersachsen nicht erfreulich abgeschnitten, weil die CDU souverän Wahlkampf geführt hat. Die CDU hat davon geredet, was sie kann, was sie will. Ich gebe zu, das ist aus dem Regierungslager einfacher mit dem Regierungsbonus als aus der Opposition. Dennoch, Ernst Albrecht hat es eben gesagt, man gewinnt Wahlkampf nicht mehr mit Schimpfen. Daß die Regierung in Bonn mies ist, wissen inzwischen schon die Leute. Und wenn unsere Redner 45 Minuten Redezeit haben und verwenden 40 Minuten darauf, wie schlecht die anderen sind, und fünf Minuten, wie gut wir sind, werden wir nicht die Massen an uns fesseln. Es hat sich draußen viel verändert. Ich kann nur rufen, Gott sei Dank! Das Draufklopfen ist von gestern. Mit Selbstironie, aber auch mit Ironie für die anderen, sozusagen mit dem Florett, statt mit dem schweren Bihänder, lassen sich heute Wähler, nicht zuletzt junge und ältere Mitbürger, bewegen. Und das heißt sehr konkret auf unseren Stil, auf unsere Einlassung bezogen, daß wir über die Sachfragen die FDP angehen müssen und nicht, indem wir am Morgen verkünden, wir zerren sie ins Bett und wenn sie sich bis 12 Uhr nicht notzüchtigen läßt, schmeißen wir sie um 14 Uhr dann wieder aus dem Deutschen Bundestag oder aus dem Parlament. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Aber, nur um das noch einmal zu sagen. Lassen wir auch die FDP jetzt da, wo sie ist, mitten in ihren Problemen, die durch diese Wahl nicht leichter geworden sind. Die FDP hat jetzt einen Parteitag⁴, der hochinteressant ist, der sicherlich ein Stück auch einen Mitte-rechts-Kurs in Nordrhein-Westfalen bedeutet. Die SPD hat die Neugründung der

4 Landesparteitag der FDP vom 21. März 1982 in Siegen (vgl. „Die Welt“ vom 22. März 1982: „NRW-FDP öffnet sich in Siegen zur Mitte“).

Partei Coppik⁵/Hansen vor sich. Die wird keine fünf Prozent erreichen. Aber wenn diese Gruppe in Hessen kandidiert, Herr Dregger, und im Großraum Offenbach und in dem ganzen Industriegebiet ein Prozent erreichen würde, gehen sie nicht bei uns ab. Und im Bundesgebiet sind die auch fähig zu 0,5 bis ein Prozent. Die gehen auch nicht bei uns ab. Das sind alles positive Dinge. Deswegen meine herzliche Bitte: Ja zur CDU sagen, ja zur Union sagen! Das ist das Richtige und eine großartige Chance, das am 5. Juni noch einmal zu tun bei der Großdemonstration.

Das letzte, was ich dazu sagen will, weil Sie es ja gelesen haben: Die Bonner CDU hat uns jetzt geraten, das nicht zu tun, weil das ein verkaufsoffener Samstag ist. Wir werden also in der Auseinandersetzung zwischen der Interessenlage des Einzelhandels und der Frage, wo steht die Bundesrepublik Deutschland in der Sicherheits- und Außenpolitik, glaube ich, die Gewichte richtig setzen. Daß das Ganze auch ein Schlaglicht auf die Partei wirft, füge ich ohne jeden Soupçon ganz offen hinzu, über den man nachdenken muß. Das ist auch bemerkenswert, auch das gehört natürlich zu dem Bild, daß nicht alles so glänzend ist, wie es vielleicht sein könnte.

Kiep: Nachdem Hamburg⁶ ja hier verschieden apostrophiert worden ist, wollte ich einige wenige Worte sagen zu der Ausgangsposition, die wir sehen. Die Ausgangsposition ist durch das Ereignis von Niedersachsen ohne jeden Zweifel verbessert worden, sowohl, was die Moral anbetrifft, die Stärkung und Kräftigung durch dieses gute Wahlergebnis, als auch, was die Wahlergebnisse in den Randgebieten Niedersachsens, in den drei Kreisen, die an Hamburg grenzen, angeht. Da hat sich eigentlich ein Trend fortgesetzt, den wir auch schon bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein erlebt haben. Ich glaube, daß wir von daher einen Rückenwind erfahren haben, den wir dringend brauchen.

Die Ausgangsfrage bei uns sieht eben ganz einfach so aus, daß es eine SPD gibt, die das letzte Mal die absolute Mehrheit hatte mit 51 Prozent, und eine CDU, die bei 37 Prozent lag. Wir brauchten ein Entgegenkommen von der SPD, im wörtlichen Sinne des Wortes, wenn wir uns an einem Platz begegnen wollen, der uns danach wieder in die Mehrheitsposition bringt. Die letzte Umfrage, die wir konkret kennen, weil wir sie selber haben und auch selber haben anstellen können, stammt aus dem Dezember und gibt uns eine Ausgangsposition, die Hoffnung zuläßt. Es gibt gar keinen Zweifel, daß die SPD erheblich verloren hat seit ihrer letzten Wahl, daß wir schon zugewonnen haben und SPD und CDU in der Nähe voneinander liegen und wir jetzt bemüht sein müssen, diesen Trend weiter fortzusetzen. Das wird durch die Person Dohnanyi⁷ nicht unbedingt erleichtert, weil es ihm bisher doch ein wenig gelungen ist, mit seiner eher bürgerlichen, gelegentlich sogar aristokratischen Fassade die nach wie vor bestehende Zerrissenheit der SPD zu überdecken. Unsere Aufgabe besteht darin, ohne daß wir jetzt in einen Wahlkampf gegen Herrn von Dohnanyi verfallen, dafür zu sorgen, daß aufgrund von konkreten Entscheidungen und Einlassungen sichtbar wird, daß Dohnanyi im Grunde genommen in allen

5 Manfred Coppik (1943–2016), Jurist; 1972–1983 MdB (SPD, 1982 Parteiaustritt). – Treibende Kraft zur offiziellen Gründung der „Demokratischen Sozialisten“ am 28. November 1982 in Münster waren Coppik und Hansen.

6 Wahl am 6. Juni 1982.

7 Klaus von Dohnanyi (geb. 1928), Jurist; 1968/69 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1969–1981 MdB (SPD), 1969–1972 Parlamentarischer Staatssekretär und 1972–1974 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1976–1981 Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1981–1988 Erster Bürgermeister in Hamburg.

wesentlichen Hamburger Fragen nicht imstande ist, die Entscheidungen durchzusetzen, die unmittelbar anstehen.

Dohnanyi hat die Absicht, diesen Wahlkampf zu einer Entscheidung für Bonn zu machen. Und Hamburg ist ja eine besondere Szene. Es ist die Heimatstadt von Helmut Schmidt, und viele unserer potentiellen Wähler sind Bundestagswähler von Helmut Schmidt. Viele unserer großen Hamburger Unternehmer sind Duzfreunde von Helmut Schmidt, und aus diesem Lager höre ich, Schmidt würde eine Niederlage in Hamburg als eine persönliche Niederlage empfinden, wenn seine Partei nicht mehr stärkste Partei ist. Er wird sich also noch engagieren, nicht so sehr für die Hamburger SPD, aber eben für sich als Hamburger Kanzler. Deshalb müssen wir schon mit einem erheblichen Schmidt-Einsatz rechnen.

Die FDP in Hamburg ist im Augenblick eigentlich kaum sichtbar. Sie hat sich für einen Spitzenkandidaten⁸ entschieden, der wenig Profil zeigt, und sie hat sich für die Zusage an die SPD als erste Wahl in eine sehr schwierige Lage begeben. Ich glaube, daß ihre Chancen im Augenblick nicht besonders gut stehen. Die Grünen, das hat Helmut Kohl schon gesagt, sind in Hamburg von anderer Qualität. Sie sind ein Mischmasch aus Resten des KB, also der Kommunistischen Bewegung, der Bunten, der Spontis, mit einem starken Kontingent auch gleichgeschlechtlicher Bewegungen, die in Hamburg eine erstaunliche Rolle spielen. (*Kohl*: Das sind feine Leute.) Wir haben das ja auch neulich beim großen Senatsdiner erlebt, ich kann da etwas ganz Lustiges erzählen: Herrn von Dohnanyi hat es für richtig gehalten, mich nicht einzuladen, weil er befürchtete, daß er mir da eine Plattform verschafft. Aber er hat auf Drängen des Kultursenators einladen müssen den Obermann der Grünen, der auch ein stadtbekannter Homosexueller ist, ein Herr Littmann⁹. Dieser Herr Littmann ist mit Begleiterin erschienen. (*Heiterkeit*.) Das Protokoll hat die Begleiterin neben dem Generalkonsul von Mali plaziert. (*Heiterkeit*.) Und der Generalkonsul von Mali hat beim Blick auf die Karte seiner Tischdame festgestellt, daß es ein Mann war. (*Große Heiterkeit. Unruhe.* – *Kohl*: Walther, wenn Du so weiterredest, habe ich Besorgnis um das Seelenheil meines Freundes Eugen Gerstenmaier. – *Heiterkeit.* – *Gerstenmaier*: Das war zu meiner Zeit nicht üblich. – *Heiterkeit*.) Die DKP ist sehr militant geworden. Im Gegensatz zu früher ist sie jetzt ausgesprochen aggressiv, obwohl sie ja gar keine Chancen hat, Stimmen zu kriegen. Sie beteiligt sich an allen Dingen, ist mit unendlichen Geldmitteln ausgestattet und macht sehr viel Propaganda.

Die Themen, um die es geht, sind die Arbeitsmarktfragen, die Ausländerfragen, die Friedenspolitik, und hier erlaube ich mir eine Bemerkung. Das Verhältnis zur USA spielt eine große Rolle in Hamburg. Ich bin ja über jeden Verdacht nun erhaben, etwa eine Neigung zum Antiamerikanismus zu haben. Aber ich warne davor, ich werde das nicht tun, daß wir eine Haltung einnehmen als CDU/CSU, als ob wir amerikanischer wären als die Amerikaner, als ob wir gewissermaßen Herrn Weinberger noch rechts überholen würden. Ich kann nur dringend davor warnen, denn wir müssen das Bündnis, den Nachrüstungsbeschluß und viele Dinge, die mit unserem Standort zusammenhängen, deutlich und offensiv verteidigen. Aber wir dürfen nicht einen Eindruck erwecken, wie er gerade auch in der letzten Zeit wieder durch einige Aussagen entstanden ist, als ob wir gewisser-

8 Klaus Brunnstein (1937–2015), Diplom-Physiker, Informatiker; 1973–2004 Professor für Anwendungen der Informatik Universität Hamburg, 1980–1983 Landesvorsitzender der FDP.

9 Corny Littmann (geb. 1952), Schauspieler, Regisseur; 1979 Grün-Alternative Liste Hamburg.

maßen die Amerikaner auch auffordern, mal noch mehr zu tun und ihnen vorweg die Zusage zu machen, daß wir jede, aber auch jede zusätzliche Rüstungsanstrengung im konventionellen Bereich spielend finanzieren könnten und mitmachen würden. Ich warne also etwas vor einer extremen Haltung in dieser Frage.

Unser Wahlkampf ist für uns und nicht gegen andere, genauso wie das Helmut Kohl gesagt hat. Wir bedanken uns schon jetzt sehr herzlich für die Unterstützung, die wir von Dir, Helmut, und von der Bundesgeschäftsstelle in der Vorbereitung des Wahlkampfes haben werden. Hier wurden bereits vorzügliche Vorarbeiten geleistet, und wir sind einigermaßen zuversichtlich, unser Ziel, stärkste Partei zu werden, zu erreichen und mit viel Glück vielleicht sogar noch ein kleines bißchen mehr. Die Einigkeit der Union ist in der Hamburger Situation für uns von allergrößter Bedeutung, weil wir hier gewissermaßen angesichts der Zerrissenheit in FDP und SPD als eine Art von Hoffnungsträger auftreten können. Deshalb möchte ich Roman Herzog auf jeden Fall unterstützen in der Sache der Diskussion, die möglicherweise aus unseren Reihen beginnen könnte. Das wäre für unsere Gegner eine neue Hoffnung.

Und zum Schluß: Wir betreiben einen Wahlkampf der Sachlichkeit in unserem Stil, der ein Stück Inhalt unserer Politik ist, aber auch mit Optimismus. Und Dohnanyi ist nun gerade da das Kontrastprogramm eines Mannes, der im Grunde genommen mit großer Resignation nur noch in einer besseren Verwaltung des Mangels die Möglichkeiten für eine Zukunftsgestaltung sieht. Hier treten wir ganz extrem in einer anderen Richtung an, indem wir die Schwierigkeiten nicht leugnen, aber die Tatkraft mobilisieren, die wir brauchen, indem wir unsere Aussagen mit Optimismus im Vertrauen auf unsere Kraft und auch auf die Möglichkeiten, die dieses Land und diese Stadt Hamburg nach wie vor haben, ausstatten. (*Beifall.*)

Dregger: Ich stimme Ernst Albrecht zu, die Ausgangslage ist in der Tat gut, zum Teil hervorragend. So war es in Schleswig-Holstein, so war es in Niedersachsen, so war es an der Saar. Diese Erfolge, insbesondere der Landtagswählerfolg in Niedersachsen, haben die Ausgangslage noch verbessert. Ich teile auch die Einschätzung von Helmut Kohl, daß in Hessen die Grünen auf jeden Fall reinkommen. Das hängt mit der Person Börner zusammen. Wenn sie Börner-Politik machen, sprengen sie die Grünen weg, wenn sie Eppler-Politik machen, sprengen sie die Arbeiter weg.

Es ist übrigens auch die Einschätzung der hessischen FDP-Führung, daß es keine Mehrheit geben wird mit SPD und FDP im Landtag. Aber was das nun eigentlich bedeuten soll, das ist sehr schwer zu sagen. Wobei man noch bedenken muß, daß es in Hessen ein fliegender Wechsel wäre, unmittelbar von der SPD zur CDU hin. Das hat es noch nie gegeben. Bisher war die FDP entweder ausgeschieden aus dem Parlament, oder sie war einige Zeit in der Opposition. Da gibt es also noch großes Nachdenken. Nun kommt es darauf an für uns, daß die Ausgangslage gut bleibt. Da habe ich nun zwei Bitten. Die erste ist, das ist gerade schon gesagt worden, aber ich möchte es unterstreichen, die Hessen-Wahl nicht von uns aus zur kleinen Bundestagswahl hochzustilisieren. Dabei muß man wissen, daß die großartigen Wählerfolge der letzten Jahrzehnte bei Kommunal- und Landtagswahlen ja noch bei keiner Bundestagswahl stärker waren als dieses Mal. Es ist immer umgekehrt gewesen. Deswegen ist die Strategie der Gegenseite genauso wie 1978, da lautete die Überschrift „Genscher in Hessen!“ Da ist der Gegenseite gelungen in der Tat, die Hessen-Wahl zu einer kleinen Bundestagswahl zu machen. Nach Wahlbeteiligung

und Wahlthematik. Das kann nicht unser Interesse sein. Die anderen werden es machen, aber wie Helmut Kohl mit Recht gesagt hat, wir fangen mit der Landespolitik an, und wenn die dann die Sache zur Bundespolitik machen, dann antworten wir natürlich darauf, was wir auch können.

Das zweite ist, es dürfen keine sozialpolitischen Unglücksfälle mehr passieren wie mit dem Zusatztaschengeld. Denn wenn Sozialbeamte da etwas hinten anstellen auf der Liste, dann stimmt das fiskalisch, aber die psychologisch-politischen Folgen können die nicht beurteilen, daß müssen wir tun. Dazu müssen wir aber Zeit haben, und ich frage mich, ob nicht einige Freunde von uns, die Sachverständige sind, da mal Listen erstellen, wie das aussehen könnte. (*Kohl*: Das steht dann in der Zeitung.) Es werden ja weitere Streichungen kommen, und dann muß man wissen, wo ist das psychologisch dann schwierig und schädlich. Das ist meine zweite Bitte. Und die dritte: Bloß keine Kanzlerkandidatenspiele. Das wäre also eine traumatische Sache für uns, das wollen die Leute wirklich nicht haben, in der Partei und anderswo, dazu besteht ja auch nicht der geringste Anlaß.

Ich habe alles wiederholt, glaube ich, was schon gesagt worden war. Wenn wir uns alle daran halten, dann könnte die Ausgangslage so gut bleiben, wie sie zur Zeit ist.

Geißler: Ich möchte auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der nicht nur wegen der Grünen, sondern insgesamt für die Parteienlandschaft doch von großer Bedeutung ist. Ich glaube, ein Charakteristikum dieser Landtagswahl in Niedersachsen besteht darin, daß die Sozialdemokraten sich nicht mehr als eine Arbeiterpartei bezeichnen können. Das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Sie sind in allen großen Arbeiterstädten in die Minderheit geraten. Und zweitens kann man feststellen, die SPD ist eigentlich, das beweist sich jetzt durch die zurückliegenden Wahlen, einschließlich der Bundestagswahl, im übrigen keine Volkspartei. Sie ist keine Volkspartei. Die SPD sackt in den 30-Prozent-Turm zurück in dem Moment, wo sie nicht über einen Kanzlerbonus verfügt. Der Kanzlerbonus hat sie bei der letzten Bundestagswahl noch über 40 Prozent getragen, aber es ist eine 30-Prozent-Partei oder etwas darüber. Aber es ist kein quantitativer Unterschied mehr oder kein akzidentieller Unterschied mehr, sondern es ist ein essentieller Unterschied zwischen uns und der SPD. Denn man kann sagen, daß die CDU die einzige Volkspartei ist, weil sie in allen wichtigen Gruppierungen und Regionen eine Mehrheit hat. Beim Mittelstand, bei den Arbeitnehmern, bei den katholischen und bei den evangelischen Bürgern, in den Großstädten, auf dem flachen Land.

Ich sage dies deswegen, weil die Union ja nach 1945 angetreten ist, die politische Spaltung Deutschlands in Regionen, in Konfessionen, in sozialen Gruppen zu überwinden. Das war sozusagen ein geschichtlicher Auftrag. Ich sollte das vielleicht doch nochmal sagen. Es ist ein geschichtlicher Auftrag gewesen, und dadurch, daß wir in den norddeutschen Ländern nun in den vergangenen Jahren über die 50 Prozent mehrheitsfähig geworden sind, hat sie eigentlich diesen geschichtlichen Auftrag letztendlich bestätigt und durchgesetzt. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige, auch historische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Denn in den ersten Jahrzehnten war ja Niedersachsen immer ein großes Loch, und dieser geschichtliche Auftrag konnte nicht richtig als ein Punkt angesehen werden, solange in Niedersachsen dieses Loch vorhanden war.

Und etwas ist auch klar geworden. Diese Wahlergebnisse in Norddeutschland bei der letzten Bundestagswahl sind eine Episode gewesen. Sie sind aus dem Rahmen gefallen. Es ist für die Union eine kontinuierliche Entwicklung festzustellen, auch in den nord-

deutschen Ländern, in Niedersachsen. In den Zusammenhang gehört auch, daß dieses Wahlergebnis deswegen besonders anerkannt werden muß. Es ist halt ein Unterschied, in Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein 50 Prozent zu kriegen als in den der CDU zugeordneten traditionellen Bereichen. Ich glaube, das ist eine ganz entscheidende Wende, die sich in den letzten acht Jahren in Niedersachsen auch für die Gesamt-CDU herausgestellt hat.

Jetzt möchte ich das eine Argument noch aufgreifen, das auch Alfred Dregger gebraucht hat und das Ernst Albrecht an dritter Stelle genannt hat. Nochmal die Frage Taschengeld. Dabei bleibt es ja nicht. Ich finde, wir müssen jetzt im Laufe der kommenden Monate, und das ist wichtig für Hessen, das ist auch wichtig für Hamburg, wenn es an die Einsparungen und unsere Stellungnahmen geht, das beachten, was wir in den letzten Monaten erlebt haben. Ich habe es auf dem Deutschlandrat der Jungen Union¹⁰ am Wochenende gesagt. Wir haben hier über die Neue soziale Frage geredet, sie sehr ausführlich erörtert und haben sie in das Grundsatzprogramm eingeschrieben. Also bilderbuchmäßiger hätte es nicht gehen können, wie das, was in den letzten sechs Monaten sich in der Bundesrepublik Deutschland abgespielt hat. Wir kriegen ja nicht nur die Taschengeld-Diskussion, sondern wir kriegen am 1. April die Diskussion mit den Behinderten, daß eine Familie, die ein behindertes Kind in einer Behinderteneinrichtung hat, pro Monat bis zu 500 Mark mehr zahlen muß.¹¹ Und wir waren nicht in der Lage, dem Öffentlichen Dienst, weil die ÖTV das sofort vom Tisch gefegt hat, einem Ministerialrat eine Einkommenseinbuße pro Monat vielleicht von 10-15 Mark zuzumuten. Wir können dies als Union, glaube ich, nicht mittragen. Das muß eine Konsequenz dessen sein, was in den letzten Monaten sich hier abgespielt hat, und ich finde auch, daß es gefährlich wird, wenn wir mit solchen Einzelschlüssen versuchen, unseren Beitrag zu leisten, den wir gar nicht leisten können, deswegen, weil diese Einzelschlüsse sich verselbständigen und insoweit sinnlos werden, weil wir ja gar nicht die politische Möglichkeit haben, als Opposition die politischen Rahmenbedingungen zu setzen, innerhalb derer Einzelschlüsse zum Einsparen überhaupt erst sinnvoll werden. Deswegen empfehle ich noch einmal, daß man bei der globalen Aussage bleibt, der Bereitschaft, Einsparungen vorzunehmen. Wir haben ja einen solchen globalen Vorschlag gemacht von einer fünfprozentigen Kürzung der Finanzhilfen und der Subventionen insgesamt. Ich glaube, das ist etwas, was von der Opposition her gesehen ausreicht.

Weil es einfach in der Partei diskutiert wird, auch als Ergebnis der niedersächsischen Diskussion, muß man, glaube ich, nochmal ein Wort zur FDP sagen. Wir sind ja alle der Auffassung in der Partei, aber auch bei den Bürgern, und insoweit ist das Thema Neuwahlen eben von einer besonderen Attraktivität, daß wir in Bonn einen neuen Anfang brauchen und daß nun wirklich radikal von vorne angefangen werden muß. Der Mehrheit der Bürger, aber auch unserer eigenen Mitglieder, ist schwer vermittelbar, daß ein neuer Anfang möglich sein soll mit einer Partei, die nun zwölf Jahre hauptverantwortlich an diesem Schlamassel beteiligt war. Man muß dieses Problem sehen. Dagegen muß man

10 Beschluß des Deutschlandrats der Jungen Union vom 20. März 1982: „Freiheit und Verantwortung. Wirtschafts- und finanzpolitisches Programm der Jungen Union Deutschlands“ (ACDP Dokumentation 9/91/0-0).

11 Vgl. Peter Trenk-Hinterberger: Sozialhilfe. In: Geschichte der Sozialpolitik Bd. 6 S. 625f., UiD vom 1. Juli 1982: „Antrag der Union zum ‚Taschengeld‘ für Heimbewohner abgelehnt“, hier S. 12f.

auch argumentativ etwas machen, um mit diesem psychologischen Handicap fertig zu werden. Das ist der psychologische Hintergrund der Neuwahlen. Es könnte natürlich auch eines Tages der Zeitpunkt kommen, wo die Freien Demokraten selber in Neuwahlen eine sinnvolle Lösung sehen würden. Es muß ja nicht sein, es ist nicht in den Büchern festgeschrieben, daß die Freien Demokraten, wenn sie mit der SPD in der Koalition bleiben, 1984 über die fünf Prozent kommen. Wie sie ihre Situation einschätzen, wenn sie mit uns eine Koalition machen, das steht auch auf einem anderen Blatt. Wenn ich ihre Seite mal ansehe, die haben bei der Bundestagswahl 11,3 Prozent gehabt und haben jetzt in Niedersachsen 5,9 Prozent. Das ist eine Halbierung der Stimmen. (*Kohl*: Das waren aber die Wähler.) Ja, es waren die Wähler, das ist richtig! (*Kohl*: Ja, aber das ist ja eine andere Adresse.) Natürlich. Nur, es ist hier eine Diskussion im Gange – wir müssen hier über so etwas einmal reden, wo soll man sonst die Dinge ansprechen –, auch in der Partei und in der Bevölkerung, die auf dieser Erkenntnis basiert. Ich glaube, darauf muß man sich in der Argumentation einstellen, daß es nicht leicht vermittelbar ist, nun wirklich einen neuen Anfang, Hoffnung zu vermitteln für eine Besserung der politischen Verhältnisse, wenn die herbeigeführt werden soll, wie gesagt, mit einer Partei, die hauptverantwortlich ist für das, was passiert ist. Die Realitäten sind oft andere, aber ich glaube, man muß sich darauf einstellen, daß man diesen Argumenten begegnen muß.

Dann einen letzten Gesichtspunkt: Die Wahlen in Niedersachsen haben nach meiner Auffassung auch bewiesen, daß es ganz entscheidend darauf ankommt, daß wir kommunalpolitische Kompetenz oder überhaupt landes- und kommunalpolitische Kompetenz haben. In dem Zusammenhang, wir haben neulich darüber geredet, Horst Waffenschmidt, stehen die Fragen Taschengeld und Bundessozialhilfegesetz für Behinderte. Das ist natürlich ein zentrales Thema für die Kommunen. Ich würde dringend darum bitten, wenn wir jetzt an diese Problematik herangehen, daß wir uns ernsthaft vornehmen, eine grundsätzliche Lösung zu finden. Wir müssen politisch aus der Schere herauskommen, daß wir auf der einen Seite Einsparungen vornehmen müssen, auch aus der Sicht der Kommunen. Aber diese Einsparungen, weil eine Gesamtkonzeption fehlt, isoliert Einzelfälle, die dann oft Bevölkerungskreise treffen, die nicht getroffen werden dürfen. Deswegen müssen wir das Thema Sozialhilfe von der grundsätzlichen Seite einmal angehen.

Wir kommen bei den Kommunen und bei den Ländern deswegen in die großen Schwierigkeiten, weil die Sozialhilfe zu zwei Dritteln Aufgaben zu finanzieren hat, die nicht ihre Aufgabe sind. Wir haben einen falschen Krankheitsbegriff in der Reichsversicherungsordnung, oder wir müssen eine eigenständige Pflegefallversicherung einführen, um die Kommunen zu entlasten. Mir ist auch klar, daß es eine entscheidende Kostenfrage ist; aber bezahlt wird es auf jeden Fall. Wenn wir diese grundsätzliche Änderung dieses nun sehr gravierenden Problems nicht angehen, dann werden die Leidtragenden in der Tat die Kommunen sein. Dann werden wir immer gezwungen sein, bei jeder Haushaltsberatung jedes Jahr Einzelvorschläge zu machen und einzelne Paragraphen des BSHG abzuändern und dann jeweils in dieselbe Schwierigkeit hineinkommen. Deswegen, wir sollten jetzt aus den letzten sechs Monaten die Konsequenz ziehen, eine grundsätzliche Reform dieses ganzen Bereichs anzustreben. Wir kommen sonst aus dieser Problematik nicht heraus. Wie gesagt, ich sehe auch aus meiner Erfahrung nur eine Alternative: Entweder wir verändern den Begriff der Krankheit in der Reichsversicherungsordnung und

ziehen die Pflegefälle hinein in die Krankenversicherung, dann sind die Länder und die Kommunen entlastet, oder wir machen eine eigene Pflegefallversicherung. Ich glaube, das ist eine Konsequenz, die wir aus den Erlebnissen der letzten Monate ziehen müssen.

Kohl: Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich die Freunde aus Niedersachsen verabschieden. (*Beifall.*) Also ich will gleich vorweg sagen, ich halte es für wenig sinnvoll, daß wir jetzt heute eine Debatte führen über die Punkte, die zum Schluß hier angesprochen wurden, die alle wichtig sind. Ich habe auch nicht die Absicht nachzukarten. Ich habe vorhin schon im Präsidium gesagt, wir werden Gelegenheit haben, im Bundesvorstand im Detail über Einsparungen, wenn das Problem im großen auf uns zukommt, sieben Milliarden Nachtragshaushalt und für den nächsten Haushalt, zu sprechen. Ich habe jetzt dieser Tage vor der Wahl angekündigt, daß wir eine Initiative machen, was das Taschengeld betrifft. Ich habe das Behindertenproblem mit Absicht nicht angesprochen, weil ich es vor der Wahl nicht als Problem aktivieren wollte. Ich sehe das genau wie Heiner Geißler, daß das auf uns zukommt. Ich habe mit den Kollegen aus den Ländern vereinbart, daß wir das eng miteinander abstimmen und gemeinsam handeln in der Sache. Im Nachhinein kann ich nur sagen, jetzt nützt überhaupt nicht eine Betrachtung, wie was kam, oder eine Schuldzumessung. Es sind Fehler gemacht worden.

Ich will nur noch einmal daran erinnern, weil ja die Welt furchtbar kurzlebig ist, es war ein Sparrausch, der über alle, auch die CDU-Leute, gekommen war. (*Unruhe.*) Das wollen wir nicht vergessen. Ich bin in der Fraktion beinahe untergegangen, weil ich nur für 15 Milliarden plädierte, während andere für 30 Milliarden plädierten. Da war gar kein Unterschied, da waren die Alten nicht anderes als die Jungen. Also wenn ich jetzt beispielsweise den Deutschlandrat dazu höre, da sehe ich heute mächtige Gestalten aus der Jungen Union Deutschlands in der Fraktion vor mir sitzen, die waren da kein Deut anders. Man war ja altmodisch. (*Unruhe.*) Beschlossen habt Ihr nicht, aber geredet habt Ihr! Und ich bin jetzt nur dafür, daß wir alle zum gleichen Punkt stehen. Ich bin nicht dafür, jetzt nachzukarten. Ich war in einer Sache, das bekenne ich hier ganz offen, zu vertrauensselig, weil wir bestimmte Absprachen getroffen hatten; ich habe mich darum nicht mehr gekümmert. Und andere haben die Absprachen nicht eingehalten. Mir passiert so ein Vermittlungsverfahren wie im Dezember des vergangenen Jahres nicht noch einmal. Damit das ganz klar ist! Wir haben also sehr konkrete Vorstellungen, und daß das auf diese beamtenmäßige Weise dann gelaufen ist, war nicht im Sinne des Erfinders. Wir werden in Zukunft dafür Sorge tragen, daß wir uns mehr Zeit nehmen und nicht unter einen künstlichen Zeitdruck setzen – das war ja das Hauptübel in diesen entscheidenden Tagen –, sondern daß wir in aller Ruhe dann miteinander reden.

Die Sozialdemokraten haben sich in der Sache unglaublich unfair verhalten, was auch dumm ist. Es war nicht nur unfair, es war dumm, weil sie wissen mußten, man sieht sich bei Philippi wieder. Und Philippi ist jetzt schon wiedergekommen. Da wird natürlich nichts mehr gehen. Deswegen schlage ich vor, daß wir das heute gar nicht weiter vertiefen. Nehmen Sie bitte mit, wir kümmern uns darum, wir machen auch nichts im Parforceritt, sondern stimmen das ab. Das ganze Ding muß jetzt gemeinsam gemacht werden und zwar in einer Form, daß wir den Karren aus dem Dreck fahren und möglichst wenig Porzellan dabei zerschlagen. Ich weiß, das ist ein Kunststück, aber es muß gemacht werden. Daß das, was Heiner Geißler hier gesagt hat, vom prinzipiellen Aufwand für die Zukunft steht, steht außer jeder Frage. Denn gerade der Genuß der großen Kommunalmehrheit muß

natürlich auch zu etwas mehr Verantwortlichkeit für diesen Bereich führen. Es ist nicht getan damit, daß wir in Bonn gewaltige Sprüche klopfen und die Kommunalpolitiker mit CDU-Mehrheiten es dann ausbaden müssen. So kann man keine Politik machen.

Aber jetzt noch einmal zurück zum FDP-Thema. Natürlich, wenn ich es frei entscheiden könnte, würde ich sagen, Leute, laßt uns am Sonntag Neuwahlen machen. Bloß, ich weiß, daß das nicht geht. Und weil das nicht geht, rate ich uns, klug zu sein. Es ist sicher richtig, was Heiner Geißler hier sagt, daß unsere Mitglieder in ihrer großen Mehrheit so denken. Aber leider sind die Mitglieder nicht identisch mit der Mehrheit der Bevölkerung, sondern da gibt es doch gewisse Unterschiede. Mich erreichen jeden Tag im Augenblick Briefe, Sie werden doch um Gottes willen mit der FDP keine Koalition machen! Und dann wird also vor allem ein bestimmter Mensch in der FDP erwähnt. Diesen Menschen, der wird als Verbrecher und alles charakterisiert – ich will den Namen jetzt gar nicht nennen –, könnten wir ja unmöglich in einem Kabinett dulden.

Ich finde das alles ganz hervorragende Überlegungen, bloß, es sind im Augenblick Überlegungen von Schlössern, die im Mond liegen. Die Realität der Bundesrepublik ist, daß wir mit denen leben, die da sind. Und da kann ich Heiner Geißler nur noch einmal bestätigen, daß eine Partei, die 10,6 bei der Bundestagswahl hatte und die gestern 5,9 Prozent hatte, doch wirklich Tinte gesoffen haben muß, wenn die jetzt sich zu Neuwahlen bereiterklärt. Jetzt frage ich Euch schon, man kann doch von anderen nicht erwarten, was man selbst nicht täte! Wir sind doch jetzt natürlich auch für die Neuwahlen mit der großen demokratischen Überzeugungskraft, weil wir jetzt gerade in Niedersachsen gewonnen haben, weil wir in Schleswig-Holstein gewonnen haben, weil wir den kleinen Saar-Test hinter uns gebracht haben, weil wir die OB-Wahl in Bamberg¹² gewonnen haben in einer Weise, daß jeder sieht, da gibt es einen Trend und weil halt alle Demoskopien uns über 50 Prozent sehen. Wie wäre denn hier die Stimmung, jetzt seien wir doch einmal ehrlich, im Umgang miteinander, wenn wir jetzt bei 44 Prozent liegen würden? Dann würden wir doch sagen, man kann nicht mitten in der Periode dauernd nach Neuwahlen schreien, sondern die demokratische Gesinnung ist für das volle Durchsetzen der Zeit der Wahlperiode in der repräsentativen Demokratie.

Also, was man anderen nicht zumuten will, was man sich selbst nicht zumuten will, soll man anderen natürlich mit Argumenten dann zumuten, wenn es glaubwürdig und überzeugend ist. Noch einmal, wir haben im Augenblick keine Chance, das durchzusetzen! Meine Beobachtung – und ich war nun wirklich in all diesen Wahlkämpfen, Sie können es ja nachgucken, ich habe mit Leuten geredet – und alles, was ich aus den demoskopischen Unterlagen sehe, ist, daß im Moment noch keine Stimmung für Neuwahlen in der Bundesrepublik vorhanden ist. Die CDU-Klientel, das Kernstück unserer Leute, ist nicht die Klientel der Bevölkerung! Daß alle unsere Ortsvorsitzenden hier versammelt dafür sind, das steht außer Frage.

Was wir brauchen, wenn wir dieses Thema entschieden vorantreiben wollen, ist ein Anlaß, wie ihn möglicherweise Hamburg und möglicherweise noch Hessen bieten kann! Wenn dies so ist, bin ich schon am Montag danach für diese Forderung. Aber im Augenblick bin ich aus einem anderen Grund dagegen, ich bin ja nun auch der, der jetzt dauernd bremst im Blick auf die FDP-Erwartungen. Es sind alles seltsame Verkehren der

12 Paul Röhrer (1927–2014), Jurist, Volkswirt; 1965–1982 MdB (CSU), 1975–1982 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, 1982–1994 Oberbürgermeister von Bamberg.

Fronten, wenn ich die letzten Jahre so richtig verfolge. Aber im Blick auf die innere Entwicklung der FDP halte ich das auch nicht für klug. Es ist doch objektiv wahr, daß die wichtige FDP in Nordrhein-Westfalen am vergangenen Wochenende eine Entwicklung genommen hat, die ich doch nicht einfach so abtun kann. Es ist doch einfach wahr, daß die Entwicklung an der Saar trotz der Schwierigkeiten dort durchaus in eine Weise geht, die nicht ganz falsch ist. Es ist ja auch wahr, Alfred Dregger hat es mit Recht gesagt, daß in Hessen Erwägungen jetzt da sind, die vor zwei Jahren völlig undenkbar gewesen wären. Schauen Sie doch mal die hessische FDP an vor der letzten Bundestagswahl. Sie können das gleiche in Baden-Württemberg sehen. Die würden doch heute mittag um ein Uhr in die Koalition reingehen, wenn sie eine Chance sehen würden, reinzukommen. Es hat sich etwas verändert. Das, was Infas, glaube ich, gestern abend veröffentlicht hat im Rahmen dieser Berichterstattung, daß 51 Prozent der niedersächsischen Leute jetzt für diese Koalition waren, ist doch eine Veränderung, die ganz erheblich ist. Ich erwarte überhaupt nicht einen Gangwechsel an Haupt und Gliedern. Ich erwarte nur eines, daß die CDU immer noch im Rücken hat dieses Wort vom Hinauskatapultieren. Ich kann nur sagen, wir brauchen wieder in Hessen eine Grundstimmung, daß es gegen die FDP geht. Das hat doch nichts mit Sympathie zu tun, sondern einfach mit Klugheit. Wenn ich so die Stimmungslage eines normalen CDU-Menschen der Bundesrepublik betrachte, würde ich sagen, der hat heute nacht gesagt, als endlich eine Fünf bei der FDP vorne dran war statt einer Sechs, das war ein ausgemachter Lustgewinn. Ich kenne auch kaum jemanden, der das anders empfunden hat. Nur die Lust und die Realität der Politik, das sind zwei verschiedene Dinge, und ich bitte sehr, die Realität in dem Punkt mit der Lust zur Deckung zu bringen. Wobei ich jetzt gar nicht sagen will, wie ungeheuer kräftig die Meinungen in der CDU/CSU-Fraktion sind, über ein Ende der Legislaturperiode abzustimmen und dann neu aufgestellt zu werden, wo wir nicht mal Halbzeit haben. Darüber will ich noch gar nicht reden. Darüber redet man vornehmerweise in diesem Gremium nicht. Das sind so Sachen, die man dann anderen überläßt. Aber auch das gehört wieder woanders hin.

Mit einem Wort: Laßt uns jetzt die FDP auf den Sachprüfstand der Politik bringen, ich glaube, da kommen wir am weitesten mit der FDP. Wobei die FDP ohnedies jetzt ihr Problem hat, wie sie dieses Wahlergebnis verkraftet, wie sie verkraftet, was in Hamburg mit den Roten geht. Vielleicht haben wir ein bißchen Fortune in Hamburg, und es geht genau jetzt umgekehrt wie dort, und dann kann sich ja wieder auch eine neue Situation ergeben. Gelassenheit und Zuversicht zugleich ist jetzt das Richtige.

Biedenkopf: Es ist schon darauf hingewiesen worden, das wollte ich eigentlich zur Analyse der FDP-Situation noch nachtragen, daß wir am Wochenende den Landesparteitag der FDP gehabt haben und daß sich bei diesem Landesparteitag auch in meinen Augen wichtige Veränderungen vollzogen haben. Nach meiner Überzeugung ist das sehr hohe Votum für Lambsdorff und das sehr eindeutige Votum für Möllemann eine Fortsetzung der sich in der Landespartei der FDP schon abzeichnenden Tendenz, sich langsam aus der Situation mit der SPD zu lösen. Es ist charakteristisch für die ganze Stimmung in der FDP in Nordrhein-Westfalen, dem stärksten Landesverband mit 26.000 Mitgliedern, daß die Hauptangriffe sich gegen die SPD gerichtet haben, daß von der Koalitionszeit in Nordrhein-Westfalen keine Rede mehr war und daß die Kandidatur von Möllemann ja

eine Kandidatur im Hinblick auf die Nachfolge Hirsch¹³ ist. Möllemann hat in der Personalbefragung gesagt, daß er für NRW zur Verfügung steht, daß seine Kandidatur praktisch schon eine Vorentscheidung sein sollte für die Weiterentwicklung der FDP in Nordrhein-Westfalen. Deshalb halte ich es für außerordentlich wichtig, daß man jetzt nichts tut, um diese sich anbahnende Entwicklung zu unterlaufen oder zu irritieren. Wir haben in Nordrhein-Westfalen große Anstrengungen gemacht auf der kommunalen Ebene, zur FDP in ein vernünftiges Verhältnis zu kommen. Wir haben eine ganze Reihe von CDU/FDP-Koalitionen im kommunalen Bereich, und diese aus dem kommunalen Bereich kommende Entwicklung haben die jetzt voll auf dem Landesparteitag umgesetzt. Das heißt, der linke Flügel, der in Köln noch versucht hat, die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zu beeinflussen, ist abgeschmettert worden. Es ist auch ganz wichtig für diese Beurteilung, daß Genscher Siegen benutzt hat, um zum ersten Mal in sehr massiver Form diese Kölner Veranstaltung auseinander zu bringen. Das heißt, das, was in dieser FDP-Bundestagsfraktion unmittelbar nach Köln so nicht gelungen ist, hat er jetzt in Siegen nachgeholt. Wir wissen, daß wir da noch eine lange Wegstrecke vor uns haben, aber wenn die nordrhein-westfälische FDP sich in diese Richtung weiterentwickelt, dann ist das ein Vorentscheid natürlich auch für uns, die wir 1985 ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl dann mit den ganzen Konsequenzen, die bis dahin aufgetreten sind, fertig werden müssen.

Wir werden deshalb jetzt weiterhin große Anstrengungen machen, diese Entwicklung zu fördern in hunderten von persönlichen Gesprächen, von den Gemeinde- und Kreisräten angefangen, ohne unseren Anspruch, die gestaltende Kraft in Nordrhein-Westfalen werden zu wollen, zu irritieren, aber trotzdem mit der ganz klaren Erkenntnis, daß es in Nordrhein-Westfalen aus der Opposition kaum oder wenigstens nur sehr viel schwerer möglich sein wird, ein Ergebnis zu erzielen wie das in Niedersachsen. Insofern ist die Lage in Nordrhein-Westfalen eben doch etwas anders. Es ist richtig, die FDP ist nicht mehr die dritte Partei, sondern die vierte Partei. Es ist richtig, daß die FDP immer mehr leidet unter den Problemen, die ihr durch die Bonner Koalition entstehen. Aber es ist auch richtig, daß man den liberalen Bereich der Wählerschaft nicht von vornherein abschreiben darf, sondern daß man ihm seine eigenständige Rolle, gerade im Bundesland mit der größten Bevölkerung, zugesteht. Das wird auch unsere Politik in Nordrhein-Westfalen sein. Wir werden auch morgen den Parteitag der FDP in Siegen genauso interpretieren.

Späth: Ich möchte noch ein paar ganz kurze Bemerkungen zu dieser Diskussion machen. Ich bin durchaus der Meinung, die hier auftaucht, daß in der FDP Bewegung ist. Allerdings in verschiedene Richtungen. Ich würde auch jetzt ein bißchen davor warnen, über das, was sich in Nordrhein-Westfalen abgespielt hat, zu sagen, dies ist jetzt die Bewegung innerhalb der FDP. Das ist ja sehr diffus, beispielsweise in der FDP Baden-Württemberg. Vorhin wurde gesagt, wenn die morgen vor einer Entscheidung stünden, würden sie ohne Bedingung mit uns in eine Koalition gehen, aber innerhalb der FDP gibt es genug, die sich enorm dagegen wehren, z. B. in Göppingen. Da sind in der Frage der Ost-West-Situation Positionen eingenommen worden, die für uns unerträglich sind. Ich sage nur, das hat die Leute ein bißchen irritiert. Wenn wir das also aufnehmen, wo ist denn

13 Burkhard Hirsch (geb. 1930), Jurist; 1972–1975 und 1980–1998 MdB (FDP), 1975–1980 Innenminister von Nordrhein-Westfalen, 1979–1983 Landesvorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen. – Möllemann wurde als Nachfolger von Liselotte Funcke zum neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden der FDP Nordrhein-Westfalen gewählt.

dann die konsequente Position der Union? Deshalb bin ich sehr dagegen, daß wir das Thema Neuwahlen jetzt bringen.

Nur, wenn ich gefragt werde, wie sieht das denn mit der FDP aus in Baden-Württemberg oder sonst wo, dann sage ich generell, die FDP trägt die Verantwortung mit für das, was in Bonn passiert. (*Kohl*: Ja! Das ist ja auch wahr!) Und wenn ich gefragt werde, sage ich immer, die Koalition hält nach meiner Auffassung bis 1984. Das ist gar nicht unser Problem, wir machen Politik, wir gucken nicht, wie die Koalition gerade im Spielfeld steht. Nur, wenn die Leute dann sagen, mit der FDP wollt ihr morgen eine Koalition machen, dann kann ich durchaus die Frage stellen, ob nicht Neuwahlen eine bessere Basis sind für eine Neuordnung, weil ich auch zweifle, ob mit der FDP Staat zu machen ist. Mit dieser Formulierung würde ich sagen, ist es eine ganz andere Frage, als ob wir das Thema Neuwahlen beackern. Ich sage nur, wir sollten nicht von einem Extrem ins andere fallen und das Thema Neuwahlen jetzt verbannen. Ich spreche überhaupt nicht von Neuwahlen. Die Bevölkerung geht von der FDP weg, weil sie sagt, diese FDP trägt doch im Ernstfall den ganzen Mist mit, dieser Lambsdorff macht doch jeweils eine Pirouette, wenn es darum geht, etwa beim Beschäftigungsprogramm die Grundidee der Nicht-Steuererhöhung aufzugeben. Deshalb sage ich, weil das auch wichtig ist für die Klientel von uns, daß diese FDP unzuverlässig ist. Und deshalb würde ich also, bei allem, was ich positiv sehe, wie es zum Beispiel da in Nordrhein-Westfalen läuft, auch sagen, es ist völlig richtig, wie wir das beurteilen. Die generelle Linie darf nicht sein, daß wir jetzt plötzlich sagen, wir wollen das alles so in Kauf nehmen, sondern ich meine, der Grundgedanke, daß die FDP in Haftung zu nehmen ist in der Diskussion, der muß so bleiben, ohne daß man dafür die FDP jetzt öffentlich prügeln muß. Ich habe persönlich zu denen ein gutes Verhältnis, ich habe im Parlament mit denen keine Schwierigkeiten, so oft sie in der Wirtschaftspolitik auf unserer Linie liegen. Nur, die Mithaftung darf nicht aufgegeben werden, denn das könnte die neue Chance der FDP sein, wenn sich die Wirtschaftslage verbessert, weil der Lambsdorff der Fahnenträger eines großen wirtschaftspolitischen Erfolgs sein will und ihm dann wieder völlig wurscht ist, wohin wir politisch gehen. Das möchte ich nur anmerken zum Thema FDP.

Ich glaube, daß das aber keine große abweichende Position ist zu dem, was hier festgestellt wurde. Ich würde also zum Thema Neuwahlen sagen, da es keine Neuwahlen gibt, ohne daß die Koalition sie herbeiführt, braucht das nicht unser Thema zu sein, weil wir damit einen Erwartungshorizont entwickeln, der eines Tages gegen uns läuft, denn wenn wir dauernd sagen, wir übernehmen jetzt demnächst die Regierung und demnächst machen wir Neuwahlen ohne die Koalition, ganz allein und dann geht alles klar in dem Staat, dann erwecken wir einen Erwartungshorizont, der für uns ins Umgekehrte schlagen kann, dann nämlich, wenn sich die Dinge etwas verändern, weil eines Tages die Leute sagen, ja, also, wann macht ihr denn jetzt die Regierung, ihr habt ja lange genug davon geredet. Also, wir sollten nicht diesen Erwartungshorizont schaffen. Die FDP regiert nach der gleichen Methode wie die SPD, das sollte man sagen. Man sollte vorsichtig sein, auch wenn man zweifelt an der Fähigkeit der FDP, die Wende zurückzuführen, von der sie dauernd reden wird.

Zweite Bemerkung: Wenn man einmal die Entwicklung der letzten Monate ansieht, laufen wir natürlich jetzt ein bißchen Gefahr, in die euphorische Stimmung zu kommen, alles ist jetzt ein Selbstläufer. Ich möchte noch einmal sehr kritisch anmerken, ich gehe

davon aus, daß die Wirtschaftslage in den nächsten Monaten etwas besser wird. Ich weiß, daß das nicht von vielen geteilt wird, aber wenn ich mir die praktische Entwicklung ansehe und nicht nur die Krisenbranchen, sondern die Konjunktur, die wieder etwas an Boden gewinnt, komme ich zu dem Ergebnis. Nicht der Konsumsektor ist das Problem, sondern der Investitionssektor, nicht weil wir weiter wollen, sondern um wettbewerbsfähig zu bleiben. Ich sehe eine Entwicklung, bei der diese Schieflage im Februar 1983 nicht mehr Grundlage ist, und wir sollten uns nicht darauf verlassen, daß dies alles so bleibt. Wahrscheinlich wird es sogar so sein, daß der beginnende positive Prozeß 1982 mit allen Vorbehalten sich ganz wenig, vielleicht auch ganz viel, 1983 fortsetzen könnte und wir möglicherweise im Frühjahr 1983 sehr viel schwieriger in die Wahlauseinandersetzungen gehen. Wenn ich nicht Recht habe, das ist ja gar nicht schlimm, dann siegen wir in Schleswig-Holstein mit 60 Prozent, das ist ja auch in Ordnung. Nur, es könnte ja auch sein, daß das ein bißchen mehr gegen uns läuft. Ich meine nur, wir müssen immer mit dem Schlechteren rechnen. Und deshalb sollten wir nach meiner Meinung das machen, was auch Roman Herzog gesagt hat und vor allem aufpassen, daß wir jetzt nicht leichtsinnig werden, sondern in den Sachbereichen schlüssige, für die Leute richtige Lösungen bringen. Und da gibt es Stichworte, Wohnungsbau und Ausländergesetz. Die SPD kurvt doch an uns im Asylantenbereich schon wieder vorbei, weil sie gemerkt hat, daß das doch ein wichtiges Thema wird.

Und jetzt komme ich zum Sozialbereich. Zwei Dinge können wir daraus lernen: Zum ersten, Beamte können keine Politik machen, auch wenn sie noch so qualifiziert sind. (*Kohl*: Sehr wahr!) Und wenn man Beamten den Auftrag gibt, ein Problem zu erledigen mit dem politischen Auftrag, da müssen drei Milliarden rauskommen, dann machen die drei Milliarden. Aber wenn die drei Milliarden entschieden sind, sagen die Beamten, das Thema ist erledigt, die Politiker gucken, was daraus geworden ist. (*Geißler*: Und Finanzminister haben eine dienende Funktion.) So ist es. Aber ich kann nur sagen, das haben wir uns selber eingebrockt. Und daraus müssen wir lernen, daß wir das in weiteren Aktionen nicht wiederholen.

Und das Zweite, was wir daraus lernen können, ist, das Ding nicht umzudrehen und zu sagen, die Spareuphorie ist jetzt vorbei, da haben wir uns gegenseitig übertroffen, jetzt übertreffen wir uns gegenseitig in der Frage der sozialen Sicherung. Da kann ich nur sagen, größte Warnung, denn ein Problem bleibt doch: Ohne den Abbau der Sozialleistungen und die Position einer sehr offenen Sozialhilfe gegen mehr Heilpolitik kommen wir nicht über die Runden. Deshalb sind die Diskussionen, wie die teuren Heimkosten finanziert werden, keine Alternative, sondern wir müssen wirklich grundsätzlich darüber reden, wie wir das Thema Solidarität in einer freien Gesellschaft umsetzen. Ich warne jetzt nur davor, mit der großen Kehrtwende uns jetzt wieder mit den Sozialverbänden gemein zu machen und zu erklären, wir sind zwar auch nicht zahlungsfähig, aber wir haben daraus gelernt, daß der, der spart, keinen Vorteil hat. Mir geht es darum, daß wir rechtzeitig mit Konzeptionen kommen, die wir alle tragen und nicht lange gegenseitige Konzeptionen öffentlich austragen, bis wir dann gezwungen sind. Das heißt, wir sollten nicht nur über die Asylantenfrage nicht reden, (*Unruhe*.) sondern uns in den Problemkreisen soziale Sicherung, Zusammenhalten der Gesellschaft und Solidarität einer freien Gesellschaft so komplett geeinigt haben, daß wir wissen, was wir wollen.

Kohl: Also im Blick auf die Zahlen sehe ich überhaupt niemanden mehr, der etwas verteilen kann. Die Chance besteht nicht mehr, die Realitäten werden härter sein als alles andere. – Ich schließe damit den Punkt.

TARIFVERHANDLUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Bernhard Vogel: Ich will einen kurzen Bericht über die Lage bei den Tarifverhandlungen geben. Inzwischen hat die Einigungsrunde rund um den Öffentlichen Dienst begonnen. Die Arbeitgeber haben zwei Prozent angeboten. Die ÖTV-Forderung für den gesamten Dienst liegt um ein Prozent unter der Forderung von IG Metall. Die nächste Runde ist am kommenden Freitag, und es ist sicher, daß der Abschluß bei Metall Wirkung haben wird. (*Unruhe.*) Die Frage ist, gelingt es den Arbeitgebern, merklich unter dem Abschluß von Metall¹⁴ zu bleiben? Bei der einprozentigen Kürzung, die im Haushaltsstrukturgesetz vorgesehen war, war von Anfang an deutlich, daß die ÖTV das nicht hinnehmen wollte. Herr Kluncker¹⁵ hat das in den Spitzengesprächen immer wieder betont, und die eingetretene Entwicklung hat sich seit November abgezeichnet, als in einem Koalitionsgespräch die Verschiebung des Termins vom 1. Januar auf den 1. März vereinbart worden ist. Das heißt, daß man in der Koalition den Termin für die Kürzung um ein Prozent auf den Termin zu Beginn dieser Tarifverhandlungen gelegt hat. Unser Vertreter, d. h. der Vertreter der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, hat vor dieser Verbindung nachdrücklich gewarnt, aber der Bund hat auf dieser Terminsetzung bestanden. Gleichzeitig hat dann der Herr Liedtke¹⁶ im Dezember erstmals öffentlich eine Verrechnung dieses einen Prozents mit dem Tarifplan vorgenommen, was dazu geführt hat, daß die VKA, also die kommunale Seite, erklärt hat, wegen des Vorschlags Liedtke sei sie nicht mehr bereit, eine Kürzung mitzutragen. Der Verhandlungsführer, der Ulmer Oberbürgermeister¹⁷, hat das zu Beginn des Jahres auch in Interviews öffentlich gesagt. Ende Januar ist dann konkret von der VKA endgültig festgelegt worden, daß man weiterverhandelt ohne die einprozentige Kürzung, und eine Woche später haben sich Bund und Kommunen dem angeschlossen, und als sichtbar wurde, daß auch Nordrhein-Westfalen und die beiden Stadtstaaten, also Hamburg und Bremen, sich anschließen würden, sich wie Kommunen verhalten würden, war daran nicht festzuhalten. Zwar haben die Arbeitgeber bisher zugesagt, daß man weiterzahle unter dem Vorbehalt der späteren Verhandlungen, aber es ist ganz klar, das ist der vorletzte Schritt bei diesem gesamten Rückzugsgefecht. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne die Kürzung von einem Prozent jetzt noch durchhalten. Die ganze Sache ist das traurige Ergebnis eines im Ansatz falsch geplanten Kürzungsversuchs.

Was für uns meines Erachtens wichtig ist, ist, daß die Tarifgemeinschaft der Länder immer auf einer Gleichbehandlung für den gesamten Öffentlichen Dienst bestanden hat

14 4,2 % mehr Lohn und Gehalt und eine Pauschale von 120 DM für Februar.

15 Heinz Kluncker (1925–2005), Industriekaufmann; 1964–1982 Vorsitzender der ÖTV.

16 Karl Liedtke (1925–2008), Volksschullehrer; 1965–1987 MdB (1976–1983 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion). – Vgl. „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 23. März 1982: „SPD: Beamten ist Gehaltsabzug zumutbar“.

17 Hans Lorenser (1916–1989), Volkswirt; 1964–1972 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1972–1984 Oberbürgermeister von Ulm.

und daß wir, glaube ich, dem Entwurf eines sogenannten Vorschußgesetzes, d. h. praktisch der Zurücknahme dieses Ein-Prozent-Beschlusses, den die Bundesregierung beschlossen hat, letztendlich zustimmen müssen, so, wie wir uns ja auch verhalten, indem wir Vorschußzahlungen leisten. Wir zahlen ja seit 1. März das Prozent weiter, wenn auch unter der Behauptung, das sei eine Vorschußzahlung. Wir müssen jetzt den Grundsatz der Gleichbehandlung gegenüber Angestellten, Arbeitern und Beamten durchhalten. (*Unruhe.*) Wichtig ist, wie die Tarifverhandlungen abschließen. Das scheint mir die Chance zu sein, deutlich unter Metall zu bleiben, oder ich will es vorsichtiger sagen, sichtbar unter Metall zu bleiben. Und drittens, ich plädiere in dieser ganzen Sache unbedingt für eine Gleichbehandlung von Beamten, Angestellten und Arbeitern. Wir würden eine Dummheit begehen, wenn wir hier anders verfahren. Das ist die kürzeste Fassung, in der ich es darstellen kann, Herr Vorsitzender.

Kohl: Vielen Dank für den Bericht, Bernd. Ist denn eigentlich – das war früher auch schon immer das Problem, ich kenne das ja aus vergangenen Zeiten – in der jetzigen Situation, wo nun zwei oder drei Partner dieses Unternehmens CDU sind, das muß man ja deutlich aussprechen, da wirklich eine hinreichende politische Kommunikation? Ist es nicht ein bißchen so, was Lothar Späth eben nach unserer Erfahrung mit Bundesrat, Vermittlungsausschuß, Taschengeld etc. angestimmt hat, daß das respektable Leute – gegen die ich natürlich gar nichts habe, auch in ihrer fachlichen Kompetenz – rein haushaltstechnisch, fachlich, beamtenmäßig, behandelt haben? Das ist ein bißchen mein Eindruck, oder täusche ich mich? (*Vogel:* Ja, also es ist sehr schwer.) Zweite Frage, ich war noch nicht fertig. Man hört gelegentlich, die Sache wäre meistens schon fertig, bevor überhaupt die Verhandlungen eröffnet würden, daß eben die Absprachen schon so sind, wie in den goldenen Zeiten der fetten Kassen in der Wirtschaft, wo ja viele Tarifrunden so gelaufen sind, daß man einen Tag lang oder zwei Tage lang verhandelt hat, aber in Wahrheit hat jeder schon vor Beginn der Verhandlung gewußt, zumindest die leitenden Figuren, daß eigentlich die Sache gelaufen ist und daß man jetzt für die Show, für das Publikum, noch einmal so etwas macht. Wir haben nun keine vollen Kassen mehr, aber die psychologische Gegebenheit könnte ja sonst auch so sein.

Vogel: Also, Frage zwei kann ich klar beantworten, Helmut. Was die VKA betrifft, ist die Koordination schwierig. Zugegeben liegt es auch an der schwierigen Situation, weil dort eben ein Streit durchgestanden werden muß, aber da ist es nicht ganz einfach. Was die Tarifgemeinschaft deutscher Länder betrifft, hat sich ja niemand nach der Vertretung gedrängt. Das muß man bitte hinzunehmen. Sie ist übernommen worden, nachdem sie wie Sauerbier angeboten war und schließlich von jemand wahrgenommen werden mußte. Man muß jetzt sehen, wer dort für uns hinsichtlich der Verhandlungsführung in der ganzen Sache, nicht nur pflichtgemäß, sondern auch überzeugend verhandelt. Und drittens muß ich sagen, man darf jetzt die Tarifverhandlungen und das Scheitern dieser einprozentigen Kürzung im Strukturpaket auch nicht wieder miteinander verbinden, denn für das Scheitern dieser Ein-Prozent-Geschichte ist ausschließlich und allein der Bundesinnenminister zuständig. Das hat in dem Haushaltsstrukturgesetz dringestanden, das ist ja zunächst halb und dann ganz zurückgenommen worden. Man darf jetzt fairerweise die Verhandlungen der Tarifgemeinschaft und die Geschichte mit dem einen Prozent nicht zu Lasten der Kommunen und zu Lasten der Länder, die in der Sache nie vorher gefragt worden sind, nicht zu eng miteinander verbinden. Aber in der Verhandlungsführung kann

man gerechterweise den Ulmer Oberbürgermeister nicht für ein von Anfang an falsch konzipiertes Gesetz verantwortlich machen. Das muß ich fairerweise sagen.

Kohl: Wobei ich jetzt eben doch auf die Idee komme, daß dieser Vorgang, wenn das Gesetz im Bundestag jetzt wieder vorliegt zum rückgängigmachen, noch einmal, wie ich finde, von unserer Seite, von der Ländersseite, durchaus mal so beleuchtet werden soll von denen, die Zugang zu den Akten haben. Denn der öffentliche Eindruck ist ein anderer, darüber brauchen wir nicht zu reden, und ich finde es auch nicht gut, wenn wir das über die Fraktion allein machen, weil wir die technischen Dinge nicht haben. Da muß man mal sehr überlegen, ob bei uns, Bernd, im Bundestag dann nicht einer der Finanzminister, etwa der rheinland-pfälzische, der ja der Dienstherr des Staatssekretärs und Verhandlungsführers¹⁸ ist, der Kenntnis über alle Details hat, das mal bei der Gelegenheit der Öffentlichkeit unterbreitet. Der hat ja schon etwas dazu gesagt, aber es ist ein Unterschied, ob man eine Presseerklärung in Mainz macht, oder ob man die Geschichte in Bonn, im Bundestag ausbreitet und den Baum direkt stellt. Ich glaube, das ist der Punkt! Wir müssen den Baum stellen bei dem Thema. Das ist ein ganz konkreter Punkt, nicht über die FDP zu reden, sondern den Baum konkret vorzuführen!

Waffenschmidt: Ich möchte drei Dinge sagen. Erstens Herr Vorsitzender, ich bin sehr mit dem Vorschlag einverstanden, in der Ein-Prozent-Sache den Herrn Baum zu stellen. Der öffentliche Eindruck ist der, der Herr Lorenser ist in erster Linie umgekippt, und dann wird noch gesagt, welcher Partei gehört der denn an, der ist ja doch CDU-Mann. Es war von Anfang an abzusehen, ich war selbst dabei, ich habe das bei mehreren Gelegenheiten gesagt, der Herr Baum macht hier Dinge, die in die Tarifhoheit eingreifen, das wird so nicht über die Bühne gehen. Das war absehbar.

Zweitens: Jetzt geht es aber um die anstehende Tarifrunde. Ich unterstreiche alles das, was Bernd Vogel gesagt hat. Für uns ist es wichtig, daß sich Herr Lorenser als CDU-Mann und Führer der kommunalen Arbeitgeber und Herr Schreiner aufs Intensivste verständigen! Ich habe mit Herrn Lorenser gesprochen, habe ihm geschrieben und habe eine Fülle von Kontakten aufgenommen, um ihm eines deutlich zu machen: Er muß sich mit den Ländern verständigen, weil das von der Sache her geboten ist, weil ich den kommunalen Spitzenverbänden gesagt habe, es geht nicht an, daß die Länder einerseits unsere Arbeitgeber vertreten müssen, wir andererseits uns mit den Ländern bei diesen Milliardenprojekten beackern, denn hier geht es ja in der Tat um Milliarden, die bei den Tarifverhandlungen festgelegt werden.

Nun möchte ich gerne ein Drittes sagen. Ich wäre dankbar, wenn wir uns ein bißchen Orientierung verschaffen. (*Unruhe.*) Das betrifft die kommunale Ebene, da droht Kluncker mit der Müllabfuhr, mit Krankenhäusern, mit kommunalen Sparkassen, was weiß ich alles. Herr Lorenser hat mir gesagt, meine Marschroute wird ja bestimmt im Verband der kommunalen Arbeitgeber, also der VKA. Man muß hier wissen, im VKA bestimmen die Großstädte die Richtung. Ich will hier nur mal zur Information sagen, ich hatte mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund gesprochen, um zu fragen, Länder und Gemeinden möchten versuchen, auf einer Linie zu bleiben. Die Großstädte haben einfach, wie es auch ein unserer Partei angehörender Oberbürgermeister gesagt hat, die Meinung vertreten, wer geht in die Wagen mit den Müllkutschern? Das tue ich, und das

18 Heinrich Schreiner (1927–2009), Volkswirt; 1969–1986 Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, 1987–1993 Präsident der Landeszentralbank Rheinland-Pfalz.

tun nicht die Bundestagsabgeordneten. Fazit: Ich sehe die Sorge auf uns zukommen, wir haben zum ersten Mal zwei der drei maßgeblichen Leute am Tisch, das ist uns im Bundestag auch schon gesagt worden, wir müssen alles tun; ich bin dazu bereit über meine Möglichkeiten in der KPV und den kommunalen Spitzenverbänden. Aber das reicht nicht aus. Denn wenn die Dinge aufs Biegen und Brechen gehen, dann wird Herr Lorensen der erste sein, der unter massiven Druck kommt, nicht so sehr persönlich, der wird schon manches aushalten, aber die Oberbürgermeister, auch unsere, werden sagen, Leute, wie sieht das aus, wenn der Streik auf uns zukommt. Ich würde hier sehr bitten, daß wir zwei Dinge uns vornehmen, daß wir erstens alles daransetzen, zwischen Schreiner, lieber Bernd Vogel, und Lorensen die Koordination so eng wie möglich zu halten. Das ist ja dann auch schon eine Fraktion gegenüber Baum. Und zweitens, daß wir auch, wo wir können, im kommunalen Bereich Einfluß nehmen und sagen, daß wir uns nicht vorschnell von Herrn Kluncker mit der Streikdrohung in eine bestimmte Ecke drängen lassen, sondern daß wir das etwas aushalten. Das wäre meine politische Überlegung dabei. Wir wissen alle, wie die Dinge 1973/74 gelaufen sind. Ich bin froh, daß man bisher bei dem Zwei-Prozent-Angebot geblieben ist. Das ist ja auch gemeinsam durchgestanden, es muß alles daran gesetzt werden, auch Herrn Lorensen und die VKA entsprechend einzubinden. (*Unruhe.*)

Späth: Ich will noch etwas zu unserem Freund Lorensen sagen. Wer den Hans Lorensen kennt, wer den wählt an so einen Platz, der hat aber auch gar nicht nachgedacht. Der geht zu Herrn Rommel und sagt anschließend, mit dem bin ich einig. (*Unruhe.*) Wir haben das Geld nicht als Länder, wenn ihr das als Kommunen habt, ist es ja in Ordnung. Das sollte man dann schon hart austragen. Ich habe mal dafür plädiert mit Bernd Vogel zusammen, den Herrn Schreiner zurückzuziehen; das hat überhaupt nichts mit dem Herrn Schreiner zu tun. (*Vogel:* Darf ich einen Zwischenruf machen? Ich habe gar nichts dagegen, daß man dieser Vorstellung folgt, dann aber nach Abschluß der jetzigen Runde, weil das jetzt eine Desavouierung eines Mannes wäre, die er wahrlich nicht verdient hat. – *Unruhe. Diskussion.*)

Ich sage nur, für die langfristige Überlegung ist es nicht gut, wenn ein Mann, der das nicht schafft, wie der Hans Lorensen, politisch für uns verkauft wird. An der Spitze der Länder kneifen wir gewissermaßen vor der harten Personifizierung der Auseinandersetzung. Da Herr Baum automatisch die Federführung in diesem Gespräch hat, obwohl die Hauptpersonalkosten bei den Ländern und Gemeinden liegen, sollten wir da politisch dranbleiben, weil das ein heißes Thema für die nächste Zeit wird. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dritte Bemerkung: Wir sollten im Bundestag nicht nur den Herrn Baum in der Frage stellen, sondern auch den Herrn Matthöfer. Denn das Herausnehmen dieses Prozesses aus dem Haushalt hat nicht seine Bedingung nur im Haushaltsansatz. Der Haushaltsansatz, der verabschiedete Bundeshaushalt, geht von der Ein-Prozent-Kürzung aus. Deshalb sollten wir vor allem fragen, wie der Bund seine geänderte Entscheidung haushaltsmäßig deckt. Das muß die erste Auseinandersetzung sein. Ich bin gerne dazu bereit, Material zu liefern; wir haben das mal analysiert. Der Bund ist noch nicht mal in der Lage, die zwei Prozent plus ein Prozent, oder die zwei Prozent abzuschließen ohne die Kürzung des Ein-Prozent-Satzes. In diese Auseinandersetzung sollten wir gehen, wie die Deckung dieser Abschläge erfolgt.

Die dritte Bemerkung, wer den Heinz Kluncker kennt, weiß, daß der nichts mehr fürchtet als einen Streik. (*Kohl:* Ja, natürlich! Und heute mit den türkischen Gastarbeitern,

die vom Ende ihrer Zeit bedroht sind.) Dann haben wir alles erreicht, was wir brauchen. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Auseinandersetzung gibt die schönste Grundlage für die nächsten Landtagswahlen. Die verdrängt alle Themen. Wenn wir in Hamburg zum Beispiel einen ÖTV-Streik hätten vor der Wahl, dann würde uns das nochmal ein paar Prozent bringen. Ich sage das mal ganz ungeschützt. Deshalb gibt es nur eine Möglichkeit: Erstens diese Sache kritisch und hart zu diskutieren, zweitens, für den Öffentlichen Dienst einzustehen und zu sagen, daß der Öffentliche Dienst an der Spitze der Lohnskala ist. Der Bergbau und der Bau und alles steht hinter dem Öffentlichen Dienst in der Entwicklung der letzten Jahre. Da kann man doch hingehen und sagen, wir wollen jetzt so viel Solidarität opfern, denn der Öffentliche Dienst zahlt auch nicht sehr viel Arbeitslosenbeiträge, wenigstens die Beamten nicht. Deshalb muß man auch aufpassen mit der Nicht-Trennung. Ich bin schon für die Nicht-Trennung. Aber dann sollte man dazu sagen, das geht nur, wenn der Öffentliche Dienst, den wir in guten Zeiten auch besonders gut behandelt haben – da gibt es Lehrer, die waren mal in A9 und sind jetzt alle in A13, das muß man mal hinterfragen – ein Solidaritätsoffer bringt in einem so schwierigen Jahr. (*Unruhe. Diskussion.*)

Und letzte Bemerkung: Wir sollten uns überlegen – ich kann das jetzt wirklich nur mal im Konzept sagen –, wie wir verhandeln wollen in der Haushaltsfrage. Ein Gespräch Bundeskanzler, Ministerpräsidenten zu der Frage zu fordern, kriegen wir natürlich jetzt nicht zustande. Aber der Bundesfinanzminister und die Länderfinanzminister brauchen doch nur zu sagen, wir können der Tarifgemeinschaft der Länder den Abschluß nicht freigeben vor der politischen Entscheidungsverantwortung für diesen Abschluß, um dann den Johannes Rau¹⁹ zu fragen, wie er sich denn das vorstellt. Denn die Ruhrgebietsstädte sind längst vor den anderen bankrott. Wenn die kommunale Seite zu Kreuze geht, werden wir sagen, wenn ihr anschließend über Finanzausgleich und über die Frage Ergänzungszuweisungen an das Ruhrgebiet redet, aber vorher in der Lage seid, einen solchen Abschluß zu tragen, dann haben wir die richtigen Vorreiter. Wir müssen die, die kein Geld haben, jetzt an die Front schieben und sagen, wer von ihnen aber locker ist, der kann nachher nicht das große Gejammer anstimmen. Wir haben eine wirklich kritische Lage, und in Nordrhein-Westfalen trägt Rau eben die Folgen. Diese Frohnatur läuft rum und belächelt Kinder. Und wir sollen dafür hinstehen, daß sein Haushalt saniert wird? (*Kohl: Völlig richtig.*) Deshalb meine ich, wir müssen jetzt durch politische Maßnahmen diese Frohnatur zwingen, Farbe zu bekennen. Denn wenn er darum wieder herumkommt, können wir unseren nordrhein-westfälischen Freunden viel weniger helfen, als wenn wir den Rau jetzt mal zwingen, Ministerpräsident zu sein und nicht Handlungsreisender in Sachen Frohsinn. Das muß an dem Punkt erreicht werden; deshalb sollten wir uns politisch wirklich überlegen, wie wir da antworten können.

Dregger: Hier war ja von Kritik an Herrn Baum die Rede. Mir ist nicht ganz klar geworden, welches die Hauptzielrichtung dieser Kritik sein soll. Was kritisieren wir? Das Ingangsetzen einer im Ansatz verfehlten Konzeption? (*Vogel:* Die er in Gang gesetzt hat, Herr Dregger.) Das ist nicht meine Frage, ich will meine Frage noch formulieren, oder die Zurücknahme dieses Ansatzes? (*Vogel:* Beides!) Ja, aber da muß man doch das be-

19 Johannes Rau (1931–2006), Verlagsbuchhändler; 1958–1999 MdL Nordrhein-Westfalen, 1970–1978 Minister für Wissenschaft und Forschung, 1977–1998 Vorsitzender der SPD Nordrhein-Westfalen, 1978–1998 Ministerpräsident, 1999–2004 Bundespräsident.

nennen. In der Tat war es ja im Ansatz verkehrt, denn es ging weder der ÖTV noch dem Beamtenbund nur ums Geld, sondern in beiden Fällen standen auch Prinzipien auf dem Spiel. (*Waffenschmidt*: So ist es!) Den Gewerkschaften ging es um die Tarifautonomie. Die haben es ja unmöglich gefunden, daß durch einen Trick, ohne daß mit ihnen geredet wird, das Einkommen geregelt wird, und den Beamten ging es mit Recht um die Gleichbehandlung.

Ich möchte jetzt gerne wissen, wie groß der Anteil des Herrn Baum an dieser im Ansatz verfehlten Konzeption war und wie groß der Anteil der anderen war. Ich würde gerne wissen, ob denn vorher mit den kommunalen Arbeitgeberverbänden, mit der Tarifgemeinschaft und dem Bundesinnenminister eine Abstimmung stattgefunden hat. (*Vogel*: Nein, nein! – *Unruhe*.) Ja, aber, da liegt doch der Punkt. Dann bleibt doch gar nichts anderes mehr übrig, als das nachher zurückzunehmen. Deswegen muß die Kritik auf den ersten Punkt gehen; hoffentlich können wir da den Baum vor allen Dingen verantwortlich machen.

Vogel: Also, lieber Alfred Dregger. Im Haushaltsstrukturgesetz, vorgelegt worden von der Bundesregierung, stand diese Sache mit dem einen Prozent drin, und es war klar, daß der Tarifpartner ÖTV auf diese Weise sich nicht ein Prozent kürzen lassen wird. Das hätte ich ihm schulbuchmäßig sagen können. Das war der erste Fehler. Der zweite Fehler war, daß man das in der Koalition in einem Koalitionsgespräch um drei Monate hinausgeschoben hat, also schon zur Hälfte zurückgegangen ist und die Durchsetzbarkeit dadurch, daß durch die drei Monate es auf den Termin der Tarifverhandlungen kam, die vorher schon nicht gegeben waren, nun vollends unmöglich war. Und die dritte Unmöglichkeit, das hat Lothar Späth gerade gesagt, und deswegen ist die SPD schon mittendrin, war, daß Herr Matthöfer das Geld nicht aus dem Haushalt genommen hat bzw. die Mehrkosten nicht eingesetzt hat, weil er sich beruhigt hat mit der Aussage, das sei nur eine Vorauszahlung, die später wieder abgezogen wird. Der Baum hat gesagt, das ist nicht zu halten. Die Tarifgemeinschaft, das möchte ich doch nochmal sagen, – sowohl Herr Lorenser, bei aller Schwäche, die er hat, wie schon gar Herr Schreiner – war bei dem ganzen Vorgang überhaupt nicht beteiligt. Wir sind nur beteiligt, indem wir allerdings sagen, wenn ihr so etwas Dummes macht, was bei der ÖTV nicht durchsetzbar ist, dann könnt ihr nicht verlangen – und das sind bei uns ein paar Wähler, weil einige Leute in der Fraktion das glauben, das könnt ihr nicht verlangen –, daß wir das bei den Beamten dann machen. Das geht nicht. Also im Haushaltsausschuß ist dann auch mit Stimmen von uns beschlossen worden, es bei den Beamten nicht zu machen. Das geht nun wirklich nicht. Aber mit den Tarifverhandlungen jetzt hat das nur zeitlich im Zusammenfall zu tun. Die Tarifpartner sind überhaupt nicht gefragt worden.

Kohl: Das gibt eine ziemliche Schlacht im Bundestag, und es ist eine gute Gelegenheit, den Baum in einer wichtigen Sache, wo er offenkundig versagt hat, vorzuführen. Man kann natürlich noch eine Frage bei der Gelegenheit stellen: Ist es eigentlich wahr, daß diese ganze Sache von vornherein vom Kanzler alimentiert war? Ich meine, Baum hat ja nicht im luftleeren Raum geturnt. (*Unruhe. Diskussion*.) Ja, aber die haben doch darüber geredet. Das war doch eine Sache, die von Anfang an ein totgeborenes Kind war. Bloß der öffentliche Eindruck, das muß man ganz klar sehen, ist heute nicht so. In der Öffentlichkeit geht die Reihenfolge der Schuldfrage von Lorenser über die Länder zu Baum. Das ist die Reihenfolge. Dagegen müssen wir etwas tun. Es hat gar keinen Sinn, das hier

zu beschwören, wie es ist. Es muß vor Ort ausgetragen werden, und zwar mit dem Baum! Das ist der Punkt. Vor dem Forum der Öffentlichkeit, mit Waffengleichheit bei der Redemöglichkeit mit dem Baum. Dafür gibt es ja den Bundestag. Das ist die einzige Möglichkeit, denn der wird ja nicht so blöd sein und in den Bundesrat gehen zu der Gelegenheit, da schickt er irgendeinen Menschen hin, aber im Bundestag muß er Rede und Antwort stehen; das können wir ja erzwingen.

Also, ich schlage vor, Herr Dregger, daß Sie das mit aufnehmen zu dem, was wir heute früh besprochen haben für die Fraktionsarbeit, und sich darum kümmern. Wenn es dann soweit ist, kann man es ja abstimmen. Mir ist natürlich wesentlich lieber, es kommt noch ein Ministerpräsident und bringt dann nochmal diese Perspektive der Besprechung zwischen Bund und Ländern. Was übrigens Lothar Späth sagt hinsichtlich der Streikdrohung, kann ich nur unterstützen. Das ist eine völlig andere Lage als in den siebziger Jahren. Wenn ich heute in meiner Heimatstadt Ludwigshafen durch den Stadtteil gehe, wo immerhin 5.000 Türken wohnen, kommen die Leute her und fragen, wie lange sie noch bleiben dürfen. Die Diskussion ist bei den Türken voll da. Und wenn in dieser Situation dann das Argument kommt, das ich noch gut im Ohr habe, daß in den siebziger Jahren 90 Prozent der Müllkutscher von Köln Türken seien, dann ist deren Lage inzwischen auch etwas anders geworden. Die wollen sich nicht in einer Sache zum Fenster rauslehnen. Und im übrigen steht bei einem Streit zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzsuchenden in einer Dimension von zwei Millionen der Herr Kluncker nicht so phantastisch da.

Ich habe in meinen Wahlversammlungen im Blick auf die Auseinandersetzung der Gruppen den Herrn Kluncker nie namentlich angesprochen, aber in jeder Versammlung gesprochen, wie das ist, wenn ein großer, mächtig aussehender Gewerkschaftskopf im Fernsehen erscheint und die Republik erpreßt. Da gab es jedes Mal einen ungeheuren Beifallsturm. Die Leute, mit Verlaub gesagt, kotzt diese Art an, daß da einer kommt und sagt, also, ihr pariert jetzt, oder ich drücke auf den Knopf. Die Leute haben mit Recht das Gefühl, da hat sich einer längst außerhalb der staatlichen Entwicklung gestellt. Ich mache auch keinen Hehl daraus, es gibt davon natürlich auch im DGB viele; denn daß jetzt der Pfeiffer²⁰ abgeschossen wird, zeigt doch, wer da die Fäden zieht, wobei auch ein paar nützliche Idioten, wie immer, von uns da mitlaufen und gegen den schimpfen. Wenn dann der neue DGB-Vorsitzende da ist, der nicht Pfeiffer heißt, werden wir uns daran erinnern, was wir uns jetzt eingebrockt haben bei der Geschichte. Das nur nebenbei. Der Kluncker will ja selber nicht DGB-Vorsitzender werden, der will aber einen DGB-Vorsitzenden machen. Das ist der Punkt. Also, ich finde, den Kampf könnten wir schon antreten, aber wir sollten nicht mitschuldig werden.

Blüm: Also, ich würde sehr energisch dafür plädieren, Beamte und Angestellte und Arbeiter nicht auseinanderzureißen. Denn wenn wir das tun, dann gibt man denjenigen recht, die sagen, auch die Beamten sollen Streikrecht haben. Die Quintessenz wird doch sein, daß die sagen, seht ihr, ihr schneidet schlechter ab, ganz einfach, weil ihr kein Streikrecht habt, also fordert das Streikrecht. Aus diesen strategischen Gründen plädiere

20 Alois Pfeiffer (1924–1987), Forstwirt, Gewerkschafter; 1969–1975 Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, 1982 als Nachfolger für Heinz Oskar Vetter für den Posten des DGB-Vorsitzenden nominiert, 1985–1987 Mitglied der Europäischen Kommission (zuständig für Wirtschaft und Währung).

ich für eine Parallelität der Einkommensentwicklung bei den Beamten und Arbeitern und Angestellten.

Zweiter Punkt, weil wir da so mannhaft reden: Im Bundesrat gibt es bereits einige initiative Gesetzesentwürfe, einer liegt vor von Nordrhein-Westfalen, ein anderer kommt von Hamburg, die sind sehr populär. Nordrhein-Westfalen geht auf Kürzung der höheren Besoldungsgruppen, und der Hamburger geht darauf hinaus, daß bei den politischen Beamten die Altersversorgung angerechnet wird. Also, ich meine, so ganz unschuldig können wir da nicht sitzen, da muß eine Gegenstrategie entwickelt werden. Denn ich gebe zu, daß das sehr populär und aus meiner Sicht auch berechtigt ist. Wenn über den Öffentlichen Dienst gesprochen wird, dürfen wir nämlich nicht nur an Ministerialdirektoren denken, sondern auch an den Briefträger, Schaffner, und dann ist das mit dem Reichtum und dem Wohlstand bei weitem nicht so, wie manche das in der allgemeinen Diskussion auch mit Durchschnittszahlen sagen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, Herr Vorsitzender, damit auf CDU/CSU-Seite uns rechtzeitig gegen diese Gesetzesentwürfe etwas einfällt. Denn ich könnte mir vorstellen, denen ist es ganz recht, wenn das im Bundesrat hängenbleibt. Die stellen sich dann einerseits als Retter der kleinen Leute dar und andererseits müssen sie nichts machen.

Kohl: Den Hinweis finde ich sehr gut. Die Länder haben ja die hervorragende Einrichtung seit Gründung der Republik, diese Bonner Bevollmächtigten. Das sind Senatoren und Staatsminister, die die Bundesländer vertreten und die die Bundesratsarbeit vorbereiten. (*Unruhe. Diskussion.*) Und, Norbert Blüm, solange es nicht um bestimmte sozialpolitische Probleme geht, bin ich immer sicher, daß Sie bei Ihrem Arbeitsbereich bleiben. Hier haben Sie jeden Segen von mir vorweg. Nicht mit der Sozialpolitik, aber mit der Politik des Senators Blüm im Arbeitsbereich habe ich überhaupt keine Probleme. Weil dem so ist, nehme ich also an, daß wir an das Thema rangehen.

Wobei ich nur warnen will, das ist ja ein Punkt, den gibt es bei uns auch in der Partei: Lassen Sie uns jetzt nicht auf diese Neidkomplexe einschwenken, jetzt zu sagen, also durch die Ministerialräte, die Ministerialdirigenten, was übrigens eine ungeheure Zahl ist, würde der Etat gewaltig entlastet, die müssen jetzt vorgeführt werden. Denn dann müßte man natürlich die Bürgermeister- und die Landratsbesoldung mit dem gleichen Grund mit reinnehmen, auch die Besoldung der Direktoren der Kreis- und Stadtparkassen, da werden die letzten Dinge schlimmer denn die ersten. Also das muß ich schon sagen. (*Unruhe. Diskussion.*) Es gibt eine solche Stimmung auch bei uns in der Fraktion, machen wir uns da gar nichts vor. Eine Fraktion, die acht Jahre keine Diätenerhöhung sieht, ist natürlich an dem Punkt auch sehr sensibel. Bloß, das bringt uns doch überhaupt nicht weiter.

Waffenschmidt: Also mir geht es jetzt um die anstehende Runde. Wir haben ja eine ganze Menge kluger Analysen zusammengetragen. In dem einen Punkt können wir sicher Herrn Baum nachweisen, daß er Fehler gemacht hat, aber ich möchte gerne, daß wir zum Abschluß hier nochmal überlegen, was können wir heute tun, damit wir nicht in drei Wochen hier bejammern, die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist ja doch in einer Art ausgegangen, wie sie politisch nicht hätte ausgehen sollen.

Mein konkreter Vorschlag wäre, daß wir im Sinne dessen, was ich eben sagte, nachdem wir von der Union die Federführung haben, jetzt Länder und Kommunen besser zusammenbringen müssen. Dann braucht eben der Herr Lorenser den Rückhalt, denn was

Lothar Späth gesagt hat, ist genau richtig, der geht zum Manfred Rommel, der Manfred Rommel erzählt ihm das aus der Situation des Deutschen Städtetages, das weiß Herr Kluncker auch. (*Kohl*: Und das ist zugleich die Situation der Stadt Stuttgart, das ist identisch.) Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir auf der Schiene fahren, Helmut, ich habe Dir das ja gegeben, was ich dem Herrn Lorensen gesagt und ihm auch geschrieben habe. Auch in den anderen kommunalen Fragen stehen ja ganz besonders Länder und Gemeinden in einem Boot; deshalb ist hier die Koordination dringend wichtig. Sonst wird der Herr Lorensen motiviert letztlich von den Personalchefs der Großstädte, und das weiß Herr Kluncker alles ganz genau, dann passiert der erste Einbruch wieder. Dazu gehört gar nicht viel Weisheit, das ist ja heute schon zu prognostizieren. Da müssen wir auf der politischen Seite sagen, Herr Lorensen, ich kann nicht im Bundestag die Bundesregierung angreifen und sagen, ihr habt ja viele Milliarden in die kommunalen Haushalte verschoben, ihr seid ganz schlimme Leute, wenn ihr dann Tarifabschlüsse macht, die die Gemeinden Milliarden kosten. (*Unruhe. Diskussion.*) Herr Lorensen ist zum Beispiel am Montag wieder bei mir, da werde ich das dem nochmal sagen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, können wir das so machen? Ich würde das für sehr wichtig halten. Ich bitte nochmal, sich darum zu kümmern. So schön das ist, daß wir auf allen Ebenen jetzt Mehrheitsverhältnisse haben, man kann nicht nur die Mehrheiten haben, man muß dann auch die Verantwortung akzeptieren. Das ist jetzt die Kehrseite der Sache, und das ist ein ganz konkreter Punkt.

Das war es von mir. Zum Punkt „Verschiedenes“ keine Wortmeldungen? Dann bedanke ich mich und schließe die Sitzung.

Bonn, Montag 7. Juni 1982

Sprecher: Biedenkopf, Dregger, Echternach, Geißler, Kiep, Klepsch, Koch, Kohl, Radunski, Waffenschmidt, Wörner.

Politische Lage nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg. Etat 1982 der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Bericht über die Europa-Wahl.

Beginn: 11.15 Uhr

Ende: 13.45 Uhr

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne unsere heutige Bundesvorstandssitzung und darf Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich glaube, wir haben heute allen Grund zur großen Freude, und ich begrüße mit ganz besonderer Herzlichkeit unseren Freund Walther Leisler Kiep und Herrn Echternach, der ja Mitglied des Vorstands ist. *(Beifall.)*

Ich habe die Freunde gebeten, nachher ein paar Informationen über die Details des Wahlergebnisses¹ hier bekannt zu geben, weil man als Nicht-Hamburger sich schwertut, die Details so zu verkraften, daß sie auch für die allgemeine politische Kommentierung nützlich sein können, etwa, wie die Arbeiterwählerschaft sich verhalten hat, was da in Bergedorf passiert ist², was wir schon angesprochen haben. Ich glaube, es ist für uns alle sehr wichtig.

Bevor ich selbst auf die Ereignisse eingehe, zur Tagesordnung: Wir wollen um 14 Uhr, Walther Leisler Kiep und ich, zur Presse gehen; das müssen wir an diesem Tag. Mein Vorschlag ist, daß wir uns jetzt sehr konzentriert über Hamburg und die Folgen unterhalten, daß wir uns dann gleich unterhalten über den Etat, weil ich das wirklich bei großer Besetzung des Vorstands haben möchte, und ihn verabschieden können, wie ich hoffe, wobei ich für jede Hilfe dankbar bin. Wenn auch der eine oder andere Landesverband erklärt, er stifte zu dem Defizit einige Millionen Zuschuß, ist das für die Beschlußfassung nur nützlich.³ Dann habe ich wegen der aktuellen Diskussion und weil es ein alter Wunsch ist, den Kollegen Mertes in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik, die Einladung ist Ihnen ja zugegangen zu diesem Punkt, gebeten, über die Lage des Themas Waffenexport zu reden.⁴ Und jetzt stocke ich schon. Ganz sicher ist,

1 Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 5. Juni 1982: CDU 43, 2 (1978 37,6), SPD 42,7 (51,5), FDP 4,9 (4,8), GAL 7,7 (4,5) Prozent; Wahlbeteiligung 77,8 (76,6) Prozent (vgl. UiD vom 9. Juni 1982 S. 4f.).

2 Bundestagswahlkreis von Helmut Schmidt, Ergebnis: CDU 44,4 (1978 39,0), SPD 43,8 (52,0), FDP 4,5 (4,5), GAL 6,1 (3,5) Prozent.

3 Tischvorlage „Ordentlicher und Sonder-Etat der Bundesgeschäftsstelle der CDU für das Rechnungsjahr 1982“ in ACDP 07-001-1337.

4 Mertes war von 1980–1982 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion. – Vgl. seine Vorlage „Diskussion über Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland“ (ebd.).

daß wir das Thema Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium heute absetzen müssen, da gab es auch aus Landesverbänden Vorstellungen; ich bitte das noch einmal zu überlesen.⁵ Nun ist Ihnen allen hoffentlich klar, daß das bald erledigt werden muß, es ist also keine Vertagung auf längere Zeit, das kann nur auf eine nächste Sitzung vertagt werden; denn es ist eines der brisantesten Themen, die es überhaupt gegenwärtig gibt. Und wenn man über die junge Generation redet, muß man sich natürlich auch um dieses Thema bemühen. Je nachdem, wie der Ablauf ist, Egon Klepsch, wollen wir dann noch den Kurzbericht haben zur Vorbereitung der Europa-Wahl, ein Punkt, der gemacht werden muß; aber wenn wir heute nicht dazu kommen, ist das auch kein Beinbruch. Nur eines möchte ich vermeiden, daß wir nachher wieder auseinanderlaufen und nur noch mit ein paar Leuten am Ende in der Diskussion beisammensitzen.

Bevor ich auf Hamburg zu sprechen komme, noch einmal ein Wort zur Demonstration am vergangenen Samstag.⁶ Ich will mich bei Ihnen allen, die Sie mitgeholfen haben, bedanken, daß diese Demonstration zu einem so großartigen Erfolg wurde. Mein Dank geht ganz besonders an alle Mitarbeiter draußen, nicht zuletzt und vor allem an die Mitarbeiter hier im Hause, die mit Recht in der Presse gerühmt wurden wegen dieser beispielhaften Möglichkeit, einmal Politik in friedlichster und fröhlichster Weise zu zeigen. *(Beifall.)*

Ich weiß, daß dennoch bei einer solchen Riesenveranstaltung, die ja bei uns auch in der Parteigeschichte ohne jedes Vorbild ist, das eine oder andere an kleiner Panne zu beobachten ist. Aber bitte sehen Sie es nach, die Leute, die hier gearbeitet haben, haben rund um die Uhr gearbeitet. Mit unserer Apparatur so etwas zu machen, wo andere eine Riesenapparatur aufbieten und jahrelang daran arbeiten, das ist schon eine Leistung an sich. Es war ein großartiger Erfolg, es sind über 100.000 Teilnehmer gekommen. Lassen Sie sich keine anderen Zahlen da einreden, da war viel Fälschung wieder unterwegs. Das war ja schon ganz signifikant für den Zustand der verfaßten öffentlichen Meinung, daß die erste dpa-Meldung von dieser Sache als ein Kommentar der Jusos lief, die dann die Zahlen geschätzt haben; so weit sind wir ja in der Bundesrepublik. Sie haben auch festgestellt, daß sich auch eine Menge Journalisten schwergetan haben, die CDU einmal bei einer solchen Gelegenheit wohlwollend zu begutachten. Das war ein fröhliches, das war ein friedliches Bild. Es sind viele mit ihren Frauen, mit ihren Kindern gekommen. Es war eine Darstellung der Bundesrepublik Deutschland, wie wir sie uns nur wünschen können, und ich bin sicher, daß sogar der Bonner Einzelhandel, der voller Skepsis war wegen des verkaufsoffenen Samstags, ein Riesengeschäft gemacht hat, denn ich bin ziemlich sicher, daß am gleichen Samstag ohne die Demonstranten die Stadt menschenleer gewesen wäre. Die haben das Geschäft ihres Lebens gemacht.

Mit einem Wort, es hat sich gezeigt, daß die Partei in Ordnung ist. Ich hoffe, daß sich jeder dessen immer ganz gewiß ist, was für ein Vertrauen uns trägt und wie viel Vertrauen in uns investiert wird. Es hat sich gezeigt, daß sich klare Positionen auszahlen, klare Positionen in der Verteidigungspolitik. Und mir jedenfalls ist es so gegangen, ich glaube, anderen auch: Da waren schon bewegende Begegnungen am Rande, vor allem danach,

5 Tischvorlage des Bundesfachausschusses Kulturpolitik der CDU „Neuordnung der Hochschulzulassung“ (ebd.).

6 Presseecho zu den Demonstrationen von CDU und CSU am 5. Juni 1982 in Bonn und München mit über 100.000 Teilnehmern in UiD vom 9. Juni 1982 S. 7f.

mit vielen unserer Freunde, die über viele, viele Stunden zum Teil bei dieser entsetzlichen Hitze unterwegs waren und die ganz glücklich waren, mal ihr Wir-Gefühl als CDU Deutschlands demonstrieren zu können. Das ist ein großartiger Erfolg, und den macht uns überhaupt kein anderer nach. Darauf sollten wir stolz sein. Weder der DGB noch eine der großen Parteien sind gegenwärtig in der Lage, 100.000 Menschen auf einem Platz in einer Stadt zu versammeln, wo nicht Millionen wohnen, sondern wo viele von weither kommen müssen.

POLITISCHE LAGE NACH DER BÜRGERSCHAFTSWAHL IN HAMBURG

Dann kam das Ergebnis in Hamburg. Nun, meine Damen und Herren, ich habe zwar gestern die erste Frage gekriegt, ob wir die Sieger der Hamburger Wahl sind, aber die kam von einem Mitglied unserer Partei; auch darüber läßt sich viel philosophieren und sagen. Es bleibt die Tatsache, daß wir der klare Sieger der Hamburger Bürgerschaftswahl sind, und ich möchte Walther Leisler Kiep und allen Freunden, die in Hamburg einen großartigen Kampf gekämpft haben, dazu sehr herzlich gratulieren. (*Beifall.*)

Meine Freunde, wer ehrlich ist und sich die Frage einmal stellt, ob er es für möglich gehalten hätte noch vor Jahresfrist, daß wir in Hamburg stärkste Partei werden, der soll ehrlicherweise sagen, wie viele er kennt, die solches für möglich gehalten haben. Gerade in diesem Raum, wo uns ja 1973 im Februar damals diese wilde Prognose gestellt wurde, wir würden nur noch in Kleinstädten erfolgreich sein und bis zu 30% der Wählerschaft erhalten⁷, ist es doch jetzt ein erhebendes Gefühl, den Regierenden Bürgermeister von Berlin und einen echten Bürgermeisterkandidaten mit der relativen Mehrheit in der Stadt Hamburg zu sehen und vieles andere mehr. Der Zugewinn von 5,6 Prozent zur letzten Wahl, der Zugewinn von 12% gegenüber der Bundestagswahl spricht eine klare Sprache. Die Sozialdemokraten haben das schlechteste Ergebnis seit 1949, und bitte verwenden Sie die Zahl, so oft es geht, weil ja in Hamburg auch eine Bundestagswahl daraus gemacht wurde durch das Auftreten von Herrn Schmidt. SPD und FDP haben gegenüber 1980 18 Prozent der Stimmen verloren bei einer beachtlich hohen Wahlbeteiligung gestern; das war nicht die Wahlbeteiligung der Bundestagswahl⁸, aber das ist hier eine ganz klare Aussage.

Nach der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, nach der Landtagswahl in Niedersachsen ist dies nun in Hamburg das schlechteste Ergebnis der SPD, und es ist auch bemerkenswert, und sagen Sie auch das bitte draußen, daß die SPD in Hamburg, in der Heimatstadt Helmut Schmidts und trotz seines Engagements in diesem Wahlkampf, noch schlechter abgeschnitten hat als noch vor ein paar Wochen in Niedersachsen. Herr Genscher und dann auch Herr Schmidt – es ist wichtig, die Reihenfolge zu nennen – haben Hamburg zu einer Art Testwahl über die Politik der Bundesregierung gemacht. Die Plakatierung, auch das muß man noch einmal in Erinnerung rufen, war eindeutig. Der Herr Brunnstein erschien nie allein für die FDP, sondern in der Silhouette war Hans-Dietrich Genscher auch in der Form wesentlich mehr im Vordergrund; und das Plakat

7 Vgl. die Diskussion über die Lage der Union nach der verlorenen Wahl vom 19. November 1972 in den Sitzungen vom 27. und 28. Januar und vom 19. Februar 1973 in Protokolle 7.

8 1980: 88, 6 Prozent.

„Laßt Helmut nicht im Stich“, der Wahlaufbruch Schmidt/Brandt, hat gezeigt, daß man dort einen Test gewagt hat.

Die FDP hat eine bittere Niederlage erlitten. Sie hat zwei Drittel ihrer Wähler im Verhältnis zur Bundestagswahl verloren und ist zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, nachdem sie herausgeflogen ist bei der vorhergehenden Wahl, auch bei der folgenden Wahl nicht ins Parlament zurückgekehrt. Das ist ein hochinteressanter Vorgang, der auch in der FDP sehr beachtet worden ist.

Ich glaube, wir haben einen eindeutigen Auftrag zur Führung der Stadt erhalten, aber dazu werden wir gleich mehr hören. Wir sollten von hier aus die Forderung unserer Hamburger Freunde nach dem Rücktritt von Herrn von Dohnanyi nachhaltig unterstützen. Unsere Freunde haben eine eindeutige Aufforderung des Wählers mit dem Zuwachs an Stimmen erhalten, und die Wahl hat auch deutlich gemacht, daß wir heute einmal mehr die stärkste politische Kraft sind, und ich bin sicher, die Wahlen in Hessen und in Bayern werden das bestätigen, auch wenn wir jetzt nicht schon gleich von den Brandtschen Vorstellungen für Bayern ausgehen können, der ja gleich 70 Prozent attestiert hat. (*Heiterkeit.*) Er hat immerhin vorgestern Abend als Wahlziel genannt, daß Bayern keine 70 Prozent CSU erzielen dürfe. Eine ganz ungewöhnliche Prognose war das. Und wir sollten auch sagen, daß eben in Hamburg Schmidt eine persönliche Niederlage erlitten hat, eine Niederlage, die unübersehbar ist.

Soviel von mir ganz kurz zur Einführung. Walther, noch einmal einen sehr herzlichen Glückwunsch. Ich will das jetzt nicht näher ausführen; ich werde es natürlich in der Öffentlichkeit sagen, nur damit Sie es wissen. Wir wollen jetzt auch nicht untergehen lassen, daß bei der Hamburger Wahl 1974 Helmut Schmidt die Gelegenheit genommen hat, das damalige schlechte Wahlergebnis dem damaligen Bundeskanzler anzulasten. Daß der Sturz von Brandt durch Schmidt betrieben wurde, wissen wir ja inzwischen aus der Offenlegung der Quellen; diese Quellen sind ja über die Adresse von Walter Scheel zur Verfügung gestellt worden.⁹ Das waren ja alles Dinge, die nicht wir unter die Leute gebracht haben. Wir sollen jetzt also nicht ganz vergessen, was damals war, zumal die Parallelen sich ja in vielfältiger Form aufdrängt.

Kiep: Vielen Dank! Meine lieben Freunde, wir haben einen Erfolg erzielen können, der uns selber in den gestrigen späten Abendstunden auch noch überrascht hat. Ich weiß nicht, ob jemand, der die Hamburger Szene nicht näher kennt, sich eigentlich vorstellen kann, was es für Hamburg bedeutet, daß in einer Bürgerschaftswahl die SPD nicht mehr die stärkste politische Kraft ist. Dies ist wirklich für Hamburg und für die Sozialdemokraten eine Zeitenwende und hat nachhaltige Folgen in allen Bereichen. Die Niederlage der SPD wird dadurch noch schwerer, wenn sich im einzelnen herausstellen wird, daß die Verluste im Arbeitnehmerbereich besonders stark sind, das heißt auf Deutsch gesagt, die Wahl ist nicht an der Elbchaussee gewonnen worden, sondern sie ist dort gewonnen worden, wo die große Masse der Hamburger Bevölkerung wohnt, und wir haben hier Anzeichen für unseren möglichen Erfolg gespürt bei meinen Gesprächen mit den Betriebsräten der großen und kleinen und mittleren Unternehmen.

Betriebsversammlungen waren uns versagt, hier hat die SPD das absolute Monopol, wir wurden nicht zugelassen. Aber Betriebsbesichtigungen und Betriebsratsgespräche

9 Arnulf Baring: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Stuttgart 1982.

haben in großer Zahl stattgefunden, und da hat sich bei mir der Eindruck verstärkt, daß die sozialdemokratisch gesinnte Arbeitnehmerschaft sich immer stärker die Frage vorlegt, ob nicht eigentlich die SPD in ihrem heutigen Zustand auch in Hamburg immer stärker zu einer Partei der Studienräte und immer weniger zu einer Partei der Arbeitnehmer wird. Sogar das mir ja nun in Hamburg massiv angeklebte Image eines wohlhabenden Mannes, um das vorsichtig auszudrücken, (*Kohl*: So sehr es auch der Wahrheit entspricht! – *Heiterkeit*.) hat gerade in den Kreisen der Arbeitnehmerschaft eigentlich zu folgendem merkwürdigem Phänomen geführt, daß sie zwar gesagt haben, zweifellos ist das so, aber offensichtlich verstehen doch Leute, die auch mal unternehmerisch tätig waren, zumindest etwas mehr von Wirtschaftspolitik, von Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und von Staatsfinanzen, als Leute, die ohne Arbeitsplatzrisiko aus dem Öffentlichen Dienst jeder Art kommen und versuchen, aus der Theorie heraus Politik zu machen.

Wir haben in den letzten acht, vierzehn Tagen, eine große Anstrengung erlebt, die Wende zu verhindern, die Medien haben sich gewaltig ins Zeug gelegt, der Norddeutsche Rundfunk hat noch eine Glanzleistung vollbracht in der letzten Woche. Die „Zeit“ hat sich in einer erstaunlichen Weise auf unsere Seite gestellt, „Stern“ und „Spiegel“ auf die andere Seite, und es war interessant zu beobachten, wie diese letzte Woche doch mit einem letzten Aufgebot noch von der Seite der Linken her bestritten wurde.

Helmut Schmidt hat ohne Not die Wahl zu einem Testwahlergebnis für sich gemacht, er hat das zusammen mit Genscher eingeleitet. Es gab in Hamburg ja schon eine ganze Reihe von Fragen, ob Genscher jetzt Bürgermeister werden wollte, weil er überall auf den Plakaten zu sehen war, und darunter stand „Liberale ins Rathaus“. Schmidt ist völlig aus der Rolle gefallen in der letzten Phase, er hat mich persönlich in schärfster Weise angegriffen. Dies ist glücklicherweise in der Presse erschienen, am Donnerstag war das wohl, glaube ich, eine der wichtigsten Wahlhilfen, die wir bekamen, war die „Bild“-Zeitung unter der Überschrift „Kanzler pöbelt: Kiep – Schmetterling, beschränkt etc.“.¹⁰ (*Heiterkeit*.) Das also hat uns doch sicherlich sehr geholfen. Wir haben ein Wahlergebnis erzielt, das optimal ist und uns auch den Anspruch sichert und die Legitimation gibt, nun mehr mit Nachdruck den Rücktritt des Senats Dohnanyi zu fordern. Der Hinweis auf die Hamburgerische Verfassung, der Senat sei ewig, kann in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen, kann kein Argument sein, denn selbstverständlich sieht die Hamburgische Verfassung vor, daß ein zurückgetretener Senat geschäftsführend im Amt bleibt, bis ein neuer gewählt wird, so daß also das von Dohnanyi behauptete Chaos in Hamburg nicht eintreten kann.

Ich möchte aber auch in aller Klarheit sagen, daß unser Wahlerfolg nach meiner persönlichen Einschätzung ein Ergebnis ist der Art und Weise, wie wir Wahlkampf geführt haben. Wenn es anders ausgegangen wäre, hätte ich selbstverständlich auch die volle Verantwortung übernehmen müssen für ein möglicherweise unbefriedigendes Ergebnis. Es gab auch in unseren Reihen viele, die der Meinung waren, ein so geführter Wahlkampf sei ganz einfach von der Tonlage, von den Mitteln, von der Argumentation her zu zurückhaltend, um eine so verkrustete Landschaft wie Hamburg aufzubrechen. Ich bleibe dabei, daß uns dieser Wahlkampfstil der Sachlichkeit zu dem Erfolg gebracht hat und daß ein grenzüberschreitender Wahlkampf, der den Wechselwählern die Hürde für ihren Wechsel

10 Vgl. TB Kiep vom 4. Juni 1982 Bd. 36.

möglichst niedrig setzt, das Rezept ist, das wir auch für 1984 für die Bundestagswahl im norddeutschen Raum dringend brauchen. Wir dürfen ganz einfach in Bereichen, in denen die CDU von der Natur der Sache her nicht Mehrheitspartei ist, einen solchen Wahlkampf für unsere Wechselwähler nicht zu einem Jagdspringen der Klasse Sa gestalten, bei denen die Wechselwähler beim Antraben auf das Hindernis hin bereits vor der Höhe des Hindernisses zurückschrecken. Dies heißt nicht, meine Freunde, daß wir auch nur einen Punkt des Abstriches von unserer Sache zu machen haben. Ich habe mich in dem ganzen Wahlkampf zu Brokdorf eindeutig geäußert. Unsere marktwirtschaftlichen Überzeugungen haben zu heftigsten Debatten und schärfsten Angriffen von Herrn von Dohnanyi gegen mich geführt. Wir haben uns zu der Frage Amerika, Bündnis, Friedenspolitik, Doppelbeschluß eindeutig erklärt. Das ist nicht das Problem, das Problem liegt darin, wie wir unsere Argumentation vorführen, wie wir mit dem Gegner umgehen und wie wir unsere eigenen Argumente mit Sachlichkeit vortragen. Ich glaube, es gehört zu diesem Erfolg, dies hier in aller Deutlichkeit zu erwähnen.

Viertens: Die FDP hat ihr Ziel natürlich nicht erreicht, wie wir alle wissen. Ich glaube, es liegt ganz einfach daran, daß die Freien Demokraten keine Argumente vorgetragen haben, die ihre Koalitionsaussage abdecken konnten. Ich kann nicht überzeugend in Hamburg erklären, daß ich gegen Filz, gegen Amtsmißbrauch, gegen Vetternwirtschaft und gegen Sozialismus bin, und im gleichen Atemzug sagen, meine erste Wahl für einen Koalitionspartner ist aber die gleiche SPD, die für diese Zustände verantwortlich ist. Genschers Versuch, in der letzten Woche noch die CDU mit ins Spiel zu bringen, indem er sagte, wir koalieren mit dem Sieger, hat sicherlich nicht zu weiteren Klärungen, sondern eher zu zusätzlicher Verwirrung und zu einem weiteren Abwenden von der FDP geführt. Das wird uns selbstverständlich nicht daran hindern, in den kommenden Tagen mit der FDP zu sprechen und vor allen Dingen auf der Bezirksebene und dort, wo es die Möglichkeit gibt, Koalition oder Zusammenarbeit zu begründen, dies zu tun. Denn dies kann für uns kein Anlaß sein, die FDP insgesamt etwa abzuschreiben, oder sie jetzt in ihrer Niederlage auch noch scharf anzugreifen. Der FDP-Vorstand, wie wir erfahren, wird heute kollektiv zurücktreten. (*Einwurf:* In Hamburg?) In Hamburg, ja. (*Große Heiterkeit.*) Ich glaube, es wird eine friedliche Auseinandersetzung zwischen dem linken und rechten Flügel geben, ebenso wie ich davon ausgehe, daß heute in der SPD die Auseinandersetzung darüber beginnt, wer nun für eine Annäherung an die Grünen ist und wer dieser Versuchung, sich durch Tolerierung an der Macht zu halten, widersteht. Ich glaube, daß die Tendenz in diese Richtung sehr stark werden wird, und ich glaube auch, daß Willy Brandt möglicherweise ermutigende Signale in diese Richtung abgeben wird, insbesondere vielleicht auch im Hinblick auf Hessen. Es ist bezüglich der FDP vielleicht auch noch wichtig, daran zu erinnern, daß wir ja in Hamburg am 24. August mit der Parole „Liberaler Erneuerung“ angefangen haben. Das ist mir von der FDP zunächst sehr übel genommen worden, weil sie ja diesen Monopolanspruch auf Liberalität in der Politik erhebt. Ich habe ihnen gleich gesagt, daß sie nicht damit rechnen können, daß wir etwa auf die Ansprache grenzüberschreitend verzichten können, insbesondere nicht, wenn sie eine Koalitionsaussage machen, wie sie es gemacht haben. Ich glaube, daß diese Tatsache auch nachhaltige Folgen auf das zukünftige Verhalten der FDP haben wird.

Ich möchte sehr, sehr herzlich mich bedanken bei der Bundespartei, bei Dir, Helmut, bei allen Freunden im Präsidium, allen Rednern, die zu uns gekommen sind, vor allen

Dingen aber auch der Organisation der Bundespartei, dem Generalsekretär, dem Bundesgeschäftsführer, Herrn Kierey, und anderen, die uns in phantastischer Weise geholfen haben, unsern flächendeckenden Wahlkampf zu führen, der übrigens nur deshalb amerikanisch war, weil wir in der Zeit vom 19. April bis zum 6. Juni sage und schreibe 130.000 Menschen auf der Straße erreicht haben. Diese 130.000 Menschen bestehen zu 90 Prozent aus Leuten, die niemals ihren Fuß in eine CDU-Versammlung gesetzt hätten. Deshalb sind wir zu ihnen gegangen, und das hat die Leute von der SPD und der FDP wahnsinnig geärgert. Sie haben dann diesen Wahlkampf amerikanisch genannt, wie überhaupt eine antiamerikanische Komponente bei allen Diskussionen mit Dohnanyi immer mitgeschwungen hat. Er hat sich auch scharf dagegen verwandt, daß diese 50 jungen Leute aus Hamburg sich als Team bezeichnet haben, er meinte, dafür gebe es doch auch gute deutsche Worte. Ich füge diesem Dank den Dank an die Hamburger Union hinzu, ich habe das gestern schon bei der Landesgeschäftsstelle getan, und auch an die Mitarbeiter der Fraktion. Hier haben wir, glaube ich, ganz vorzüglich zusammengearbeitet, und wir können sehr zufrieden mit dem Ergebnis sein.

Wie geht es nun weiter? Wir werden in den nächsten Tagen vermutlich Gespräche zu führen haben, einmal mit den FDP-Leuten, ich sprach schon davon, was auch immer sich da jetzt neu herausbildet, zweitens selbstverständlich mit Herr von Dohnanyi. Ich werde bei dieser Gelegenheit Herrn von Dohnanyi in aller Form auffordern, nun die Konsequenzen aus dieser Wahl zu ziehen. Ich kann nicht einen Erdrutsch von minus 8,6 Prozent einfach so wie einen kurzen Schauer über mich ergehen lassen und dann dem Wähler erklären, im übrigen bleibe ich im Amt. Hier ist eine politische Veränderung fundamentalen Art erfolgt, und die Voraussetzung für Gespräche zur Lösung der Probleme und zur Schaffung einer neuen Regierung in Hamburg müssen freigemacht werden durch eine entsprechende Entscheidung des Senats. Von Tolerierung und Ähnlichem durch uns kann überhaupt keine Rede sein, bis nicht zunächst einmal Herr von Dohnanyi die Konsequenzen aus diesem Wahlergebnis gezogen hat. Wir sind uns in dieser Frage, glaube ich, auch innerhalb der Hamburger Union völlig einig.

Eine große Koalition, meine Freunde, kommt auf Grund der Sachlage und des Zustandes der SPD und meiner Aussagen vor der Wahl und auch des Wahlergebnisses nicht in Frage. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß ein solcher Schritt in der gegenwärtigen Situation nicht nur in Hamburg, sondern auch bundesweit erhebliche Konsequenzen haben würde, und daß wir gewissermaßen auch im Hinblick auf Hessen der FDP eine Plattform liefern würden, auf der sie dann wahrscheinlich sogar eine große Chance hätte, ein neues Thema zu finden und ihre Probleme überspielen zu können.

Ebensowenig sind wir der Meinung, daß wir von uns aus jetzt das Thema Neuwahlen zur Diskussion stellen sollten, denn Neuwahlen wären natürlich zu diesem Zeitpunkt eine Kapitulationserklärung der Partei gegenüber 90 Prozent der Wähler, die ihre Stimme für CDU und SPD abgegeben haben. Wir würden eine solche Forderung oder eine solche Überlegung oder eine solche Empfehlung, wenn wir sie aussprechen würden, mit einer, wie ich persönlich glaube, großen Enttäuschung und einer großen Verärgerung der Wählerschaft zu bezahlen haben. Im übrigen glaube ich, daß wir eine solche Forderung nach Neuwahlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch in gar keiner Weise als eine Ermunterung verstehen könnten, etwa in Hinblick auf die bevorstehende Wahlauseinandersetzung in Hessen. Wir wollen auch dieses Wort von der Unregierbarkeit von unserer Seite

aus nicht zu unserem Thema machen, sondern wir wollen immer daran erinnern, daß hier 90 Prozent der Wähler, ich wiederhole es noch einmal, die ihre Stimme abgegeben haben, sich für die Parteien bekannt haben, die für das parlamentarisch-demokratische System stehen.

Was die Grünen anbetrifft, werden wir sie mit aller Ernsthaftigkeit zur Kenntnis nehmen als Faktor. 77 Prozent sind eben ein Prozentsatz, den es zur Kenntnis zu nehmen gilt. Wenn auch ein großer Teil der Gewählten möglicherweise eher in den Bereich des – wie soll ich das ausdrücken – Chaotischen einzurechnen sind, so gilt das mit Sicherheit nicht für alle Wähler, die diesen Leuten die Stimme gegeben haben. Auch darauf gilt es, glaube ich, Rücksicht zu nehmen und hier mit einer notwendigen Gelassenheit und Ernst, aber auch mit einem Respekt vor einer großen Gruppe von Wählern, die hier ihre Stimme so abgegeben haben, zu handeln. Also keine Überheblichkeit und keine globale Verurteilung und Verdammung, nicht nur der Gewählten, sondern auch der Wähler, die sie ins Parlament geschickt haben.

Wir werden uns heute nachmittag und in den kommenden Tagen unter uns innerhalb der Hamburger CDU über das weitere Vorgehen unterhalten und verständigen. Ich gehe persönlich davon aus, daß wir in der bewährten, seit 24. August 1981 auch in Kraft befindlichen Arbeitsteilung weiter vorankommen werden zwischen Jürgen Echternach, Hartmut Perschau und mir. Das ist auf jeden Fall mein Wunsch, und ich bin sicher, daß wir uns auch darauf gemeinsam verständigen werden. Ich betrachte mich in der jetzt beginnenden Phase als das Gegenüber, als die Alternative zu Herrn von Dohnanyi mit der Legitimation einer Wahl, mit der Legitimation, stärkste Partei zu sein und mit der Meinung, durch dieses Wahlergebnis und durch die sehr starke Personalisierung des ganzen Wahlkampfes auch in meiner Person selber eine ausreichende Legitimation für diesen hohen Anspruch mitbringen zu können, der es nicht notwendig macht, hier nun noch zusätzliche Attribute und zusätzliche Insignien oder Ausweise mir zuzulegen.

Ich glaube, daß wir einen wichtigen Beitrag leisten konnten in Hamburg zur politischen Wende in Deutschland. Ich bin der Meinung, daß wir für Norddeutschland den beiden guten Böden und Klängen aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen einen dritten aus Hamburg hinzugefügt haben, der es uns mit Sicherheit erleichtern wird in den kommenden Wochen und Monaten, insbesondere auch im Hinblick auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein¹¹, gemeinsam an diesen Strang weiter zu ziehen. Wir haben wieder einmal bewiesen, daß wir, die CDU, auf dem schwierigsten politischen Pflaster, was ich mir neben Bremen überhaupt vorstellen kann in Deutschland, nämlich in der Freien Hansestadt Hamburg, mit dieser verwurzelten Tradition der SPD, mit einem Hamburger Bundeskanzler, der mit allen Mitteln gekämpft hat, uns dennoch durchsetzen konnten, und ich freue mich, diesen Beitrag unserer Hamburger Union heute gegebenenmaßen in der Bundespartei hier melden zu können. Ich bin ganz sicher, daß meine Entscheidung am 19. April, in Hamburg zu bleiben, eine ganz wesentliche Voraussetzung für diesen Erfolg war, und ich bin ganz sicher, daß wir damit auch einen Beitrag geleistet haben zu allen Bemühungen von Dir, Helmut, als Parteivorsitzender und als Fraktionsvorsitzender. *(Beifall.)*

11 Am 13. März 1983.

Kohl: Vielen Dank! Ich will nochmal einen Punkt unterstreichen. Wir hatten bei anderen Bundesländern ja auch Gelegenheit dazu, das zu unterstreichen. Es rentiert sich im besten Sinne des Wortes, wenn einer sich hinstellt und für seine Sache einsteht ohne Wenn und Aber. Es gab ja manche Stimmen, die sagten, war das nun klug, so nach Hamburg zu gehen, war das klug, so daran zu gehen. Die, die so ganz klug waren, hätten nie eine Wahl gewonnen, sondern man muß klug sein, aber man muß das letzte Wegstück auch mit Mut und Entschiedenheit zurücklegen. Das war ein gutes Beispiel, das Du gegeben hast, und deswegen will ich mich nochmal ausdrücklich dafür bedanken. Bevor Sie, Herr Echternach, anfangen: Ich kriege für den Bundesvorstand noch einmal eine Analyse über das hinaus, was Sie jetzt sagen und was wir dann in der Parteiarbeit verwenden können, ja? Nur damit es jetzt schon klar ist.

Echternach: Ja. – Als gestern kurz vor Mitternacht, manche haben es vielleicht miterlebt, die Verkündung des endgültigen Wahlergebnisses im ehrwürdigen Saal der Hamburger Bürgerschaft mitgeteilt wurde, haben wir einen spontanen Freudenausbruch der anwesenden CDU-Wahlkämpfer und -Abgeordneten erlebt, wie wir ihn eigentlich in der Geschichte der Hamburger CDU noch nicht erlebt haben. Das war der Aufschrei einer Partei, die über 30 Jahre lang seit ihrer Gründung in Hamburg immer nur zweiter Sieger gewesen ist und zum ersten Mal nach über 30jähriger Oppositionszeit und einer schwierigen Phase, die wir in den letzten 20, 25 Jahren durchmachen mußten, nun plötzlich die Nummer 1 geworden ist, in einer Stadt, die Bebel¹² schon sozialistische Hochburg Deutschlands genannt hat und in der die Sozialdemokraten gleichsam Eigentumsrechte deklariert hatten. Dies hat natürlich Emotionen freigesetzt in der Partei, wie ich sie in den dreißig Jahren meiner eigenen Mitgliedschaft in Hamburg noch nicht erlebt habe.

Nun hat ein Kind immer viele Väter, aber ich glaube, daß der von Walther Leisler Kiep sehr persönlich geprägte sogenannte grenzüberschreitende Wahlkampf ganz sicher eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat. Wir haben noch fünf Wochen vor der Wahl eine Umfrage gesehen, aus der sich ergab, daß zwar die Chance bestand, stärkste Partei zu werden bei dieser Wahl, aber nur dadurch, daß eben auch Wähler bereit waren, uns diesmal die Stimme zu geben, die eigentlich die SPD als die sympathischste Partei benannt haben. Das war ein Potential von sechs bis sieben Prozent der Wähler. Ohne diese sechs bis sieben Prozent Wähler, die eigentlich auch heute noch sich als Anhänger der SPD verstehen, hätten wir dieses Ergebnis nicht erzielen können. Das war nur möglich, daß eben mit dem Florett gekämpft wurde, daß auch Anhängern der SPD und der FDP die Chance gegeben wurde, uns die Stimme zu geben. Deswegen war der Wahlkampf sehr stark abgestellt auf unseren Spitzenkandidaten Walther Leisler Kiep mit einer Argumentationslinie, in der sich auch die sozialdemokratischen Stammwähler wiederfinden konnten und durch die auch sie in der Lage sein konnten, diesmal jedenfalls uns die Chance des Wechsels zu geben.

Auf dieser Basis ist auch nur erklärlich, warum wir diese starken Eindrücke bei den rechten Stammwählern der SPD gefunden haben, die wir von vornherein als die entscheidende Wählergruppe angesehen haben, auf die wir den Wahlkampf angelegt haben. Das lief zunächst auch glänzend, solange wir mit der Hamburger Sozialdemokratie argumen-

12 August Bebel (1840–1913), Politiker und Publizist; 1869 Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), 1892–1913 Vorsitzender der SPD.

tieren konnten, solange wir die Skandalkette auflisten konnten. Es war natürlich etwas schwieriger für uns, als die Sozialdemokraten zum Schluß zum letzten Mittel griffen, den alten Bürgermeister Weichmann¹³, den wir selbst idolisiert hatten, um die Schädlichkeit seiner Nachfolger deutlich zu machen, nun mit einer massiven Anzeige noch in den Wahlkampf einführten, die man ihm untergeschoben hatte, bei der er vermutlich gar nicht mehr wußte, was er da von sich gegeben hatte, und vor allem, als die letzte Phase des Wahlkampfes ganz auf Helmut Schmidt abgestellt wurde.

Das war offensichtlich von langer Hand vorbereitet, denn Schmidt, der eigentlich im letzten Jahr nicht sehr viel in Hamburg gemacht hatte, hatte schon zu Beginn des Jahres systematisch ein neues Hamburg-Image aufgebaut. Er hat sich um Hamburger Lokalevents, Kulturereignisse gekümmert, ist in Hamburgern Randsphären aufgetaucht, Einkaufszentren, hat U-Bahn-Reisen dort gemacht, nicht nur die Staatsbesucher hingeholt, von denen die Rede war, sondern hat in einem Maße versucht, sich wieder als Hamburger zu verkaufen und darzustellen, was nur zu sehen ist vor dem Hintergrund, daß zum Schluß der entscheidende Slogan lautete „Hamburg ist Helmut Schmidt“. Das war sicher gezielt gerade auf die rechten Sozialdemokraten, hat aber, wie man am Ende sieht, Entscheidendes doch nicht bewirkt, denn nirgendwo sonst hat die SPD soviel verloren wie in ihren eigenen Hochburgen. Teilweise sind die Stimmen an uns gegangen, wir haben dort überdurchschnittlich gewonnen, dort ist aber auch im Gegensatz zum gesamten Hamburger Landesergebnis die Wahlbeteiligung zurückgegangen.

Mag auch sein, daß die Sozialdemokraten einen Fehler begangen haben, der bei den rechten SPD-Wählern, den Arbeiterwählern, eine große Rolle gespielt hat, das Ausländerthema.¹⁴ Die Ausländer-Liste, vor der wir soviel Angst hatten nach dem Kieler Ergebnis, hat sehr schlecht abgeschnitten, sie hat nur 0,7 Prozent der Stimmen gekriegt. (Kohl: Wo war sie am stärksten?) Sie war relativ am stärksten bis zu 1,2 Prozent in einzelnen Bezirken, aber auch da stärker in sozialdemokratischen Hochburgen. (Kohl: Also in Arbeiterbezirken.)

Auf der anderen Seite aber haben wir eine betonte Kampagne gemacht, die nur auf das Ausländerwahlrecht abzielte, mit der man uns also nicht Ausländerfeindlichkeit unterstellen kann. Das gibt es ja nirgendwo sonst. Aber wir haben dies sehr deutlich gemacht, und ich glaube, daß dies ein Eigentor der Sozialdemokraten gewesen ist, sich kurz vor der Wahl unter dem Druck für das Ausländerwahlrecht auszusprechen. Das haben wir isoliert als Punkt aufgegriffen, ansonsten haben wir uns differenziert zum Ausländerthema geäußert, aber sehr eindeutig in Sachen Ausländerwahlrecht, und das auch sehr stark nach vorne gestellt. Das hat sicher auch dazu geführt, daß die über diese Frage verunsicherten Arbeiterwähler dann zu uns gekommen sind.

Wir haben den Durchbruch erzielt, nicht nur auf der Landesebene stärkste Fraktion zu werden, wir sind auch in der Mehrzahl der Bezirke, in vier der sieben Bezirke stärkste

13 Herbert Weichmann (1896–1983), Jurist; 1957–1965 Finanzsenator, 1961–1974 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), 1965–1971 Erster Bürgermeister in Hamburg.

14 Aufgrund des Zuzugs von Ausländern von rund 650.000 auf 4,63 Millionen zwischen 1979 und 1982 war nicht zuletzt aus Überfremdungsangst und durch die Sorge um Kriminalität, Wohnungen und Arbeitsplätze die Ausländerproblematik zu einem politischen Thema geworden. Als von Dohnanyi im April 1982 einen Gesetzentwurf ankündigte, der Ausländern das kommunale Wahlrecht einräumen sollte, hatte sich eine "Hamburger Liste für Ausländerstopp" (HLA) gebildet (vgl. „Der Spiegel“ vom 3. Mai 1982: „Ausländer: 'Das Volk hat es satt'“).

Fraktion. Herr Kiep hat schon darauf hingewiesen, daß die FDP hier eine Schlüsselstellung spielen kann, weil wir mit Hilfe der FDP mindestens in zwei Bezirken auch eine Mehrheit hätten für die Wahl der Bezirksamtsleiter. Ansonsten sind die Alternativen jeweils das Zünglein an der Waage. Insofern versuchen wir dort, mit den Freien Demokraten zu einem Arrangement zu kommen. Die Zahl der Bezirksabgeordneten hat bei der SPD ebenfalls abgenommen, ist von 155 auf 121 zurückgegangen, bei uns gestiegen von 111 auf 123, so daß wir also auch mehr Bezirksabgeordnete stellen als die Sozialdemokraten, parallel mit dem entsprechenden Ergebnis in der Bürgerschaft.

Wir gehen jetzt davon aus, das zeigte sich gestern abend schon, daß es eine erhebliche Auseinandersetzung in der Hamburger SPD gibt mit ungewissem Ausgang. Gestern abend haben bereits die Linken der SPD im Rathaus sich demonstrativ mit den Vertretern der Alternativen zusammengesetzt und über Kooperationen gesprochen. Umgekehrt setzen die Rechten darauf, daß sie möglichst schnell zu Neuwahlen kommen. Rechte machten unter vier oder sechs Augen keinen Hehl daraus, daß sie mit einem schnellen Sturz der Bundesregierung rechnen und dann hoffen, daß die Großwetterlage sich insoweit dann für sie wieder verändert und sie mit Hilfe eines solchen Rückenwindes es dann schaffen könnten, die Verluste wieder wettzumachen, während die Linken offensichtlich einen wie auch immer gearteten Kooperationsverhältnis mit der Alternativen Liste ansteuern.

Die Mehrheitsverhältnisse in der neuen Fraktion sind unklar, manche Abgeordnete sagen, die Linken hätten bereits eine Mehrheit, manche rechnen sich noch eine knappe Mehrheit für die Rechten aus. Aber klar ist, daß die Linke deutlich stärker in der neuen Fraktion vertreten sein wird als in der bisherigen Fraktion. Im übrigen weiß man nicht, welche Auswirkungen das Wahlergebnis auf die innerparteiliche Situation hat, die ja auch ambivalent war. Solange Klose an der Macht war, hatten die Linken auf den Parteitag eine Mehrheit. In der Zwischenzeit hat, weil viele ja auch opportunistisch sich an den jeweils Regierenden orientieren, die gemäßigte Mitte, oder die gemäßigte Seite der SPD, wieder etwas Terrain gewonnen. Aber wer auf einem SPD-Parteitag heute, mit dem Schock dieses Wahlergebnisses, eine Mehrheit hätte, ist unklar. (*Geißler*: Darf ich mal eine Zwischenfrage stellen? Wie sind die Rechtsverhältnisse, also was sind die rechtlichen Voraussetzungen für eine Neuwahl in Hamburg? Einfache Mehrheit? – *Unruhe. Diskussion.*) Absolute Mehrheit, also mit Mehrheit, es ist aber auch eine schwierige Hürde. Der Senat kann unter bestimmten Umständen seinerseits die Bürgerschaft auflösen und zwar dann, wenn er eine Vertrauensabstimmung verloren hat und anschließend die Bürgerschaft ihm nicht wieder das Vertrauen ausspricht, aber auch keinen neuen Senat wählt. Insofern könnte es sein, daß die andere Seite auch Neuwahlen erzwingen könnte, jedenfalls dann, wenn wir ihnen das Vertrauen verweigern, (*Kohl*: Oder die Grünen!) oder die Grünen, so daß also zur Zeit die Situation unklar ist, ob oder wie es zu Neuwahlen kommt. Klar ist aber, wenn der Senat zurücktritt und nur geschäftsführend im Amt bleibt, begibt er sich auch dieses Rechts, die Bürgerschaft aufzulösen. Das ist, unter vier Augen, der entscheidende Grund, weswegen die Sozialdemokraten sagen, es macht ja machtpolitisch zunächst nichts aus, ob sie formell zurücktreten oder geschäftsführend im Amt bleiben, aber sie vergäben sich dann dieses verfassungsmäßigen Rechts. Aus diesem Grunde werden sie diesen Schritt nicht tun, jedenfalls so wie gestern abend die Situation sich darstellte. Was nun in der Nacht der langen Messer und in den nächsten Tagen passiert, werden wir sehen.

Die Freien Demokraten sind am Boden zerstört, der Herr Brunnstein wollte gestern schon zurücktreten. Nur weil die anderen Kollegen gesagt haben, sie wollten ebenfalls zurücktreten, wird der geordnete Rückzug nach der Besprechung gestern abend erst heute eingeleitet, wenn hier nicht noch von Bonn Gegenorder kommt, so daß unklar ist, welche Linie sich in Zukunft in der Hamburger FDP durchsetzt. Die Rechte ist auf dem Vormarsch, aber hat noch keine sichere Mehrheit, aber der linke Flügel hat schon durch die Veränderung an der Basis deutlich an Terrain verloren, da von Seiten der Linken nichts mehr nachkommt. Die nachkommende Generation geht nicht mehr zur FDP, sondern sie geht ganz woanders hin. Man kann wohl davon ausgehen, daß die Zeit insofern durch eine innere Veränderung der FDP für uns arbeitet.

Ansonsten ist bemerkenswert, daß die Alternative Liste sogar in einzelnen Bezirken bis auf über zwölf Prozent der Stimmen gekommen ist. (*Kohl*: Die haben die reichen Leute gewählt.) Nein, am stärksten hat sie im Universitätsbezirk Eimsbüttel abgeschnitten mit über zwölf Prozent.¹⁵ Also sie hat eigentlich nicht überdurchschnittlich in bürgerlichen Gebieten gewonnen – das kann man nicht sagen –, sondern es zieht sich ziemlich durch. Ihr Rekordergebnis hat sie in einem Bezirk im Hafen-Randgebiet bekommen mit 38,1 Prozent, vor allem da, wo demnächst geräumt werden soll. (*Kohl*: Ja, aber in Elbchaussee, in den vornehmen Vierteln, haben die Grün gewählt?) Nach den Ergebnissen, die hierzu im Detail vorliegen, wird man das nicht ohne weiteres sagen können. Sie ist zweistellig nur in Eimsbüttel und Nord geworden, das sind nicht automatisch unsere Hochburgen. Unsere Hochburgen sind Wandsbek und Altona, da ist sie eher durchschnittlich. Sie hat allerdings in reinen Arbeitergebieten offensichtlich ein wenig weniger gewonnen, aber im Universitätsbereich am stärksten; ansonsten zieht sich das ziemlich durch. Es sind eben die städtischen Substrukturen, die man überall findet, die man auch in Altbauvierteln findet, in denen eigentlich normalerweise der SPD-Wähleranteil ziemlich hoch ist, aber dann eben auch billige Buden für bestimmte Wählerschichten, Studenten etc., die auch das Rückgrat dieser Gruppen dargestellt haben. Es war ein buntes Gemisch der unterschiedlichsten Typen, es sind also nicht nur Bürgersöhne, sondern auch andere Wähler gewesen. (*Kohl*: Neue Heimat.) Ja, bei der Neuen Heimat haben wir überdurchschnittlich gewonnen. Mümmelmannsberg ist die klassische Neue-Heimat-Siedlung, dort haben die Sozialdemokraten über 15 Prozent verloren, also fast das Doppelte dessen, was sie im Schnitt verloren haben. Das hat dort natürlich eingeschlagen, und die zweite Verschärfung des Neue-Heimat-Skandals kam natürlich auch nochmal gerade richtig kurz vor der Hamburger Wahl.

Ich glaube, ganz entscheidend zum Hamburger Wahlergebnis hat aber auch beigetragen die großartige Unterstützung der Bundespartei. Wir haben sie eigentlich bei jedem Wahlkampf in der Vergangenheit gehabt, aber bei keinem Wahlkampf so intensiv wie gerade bei dieser Wahl: von unserem Bundesvorsitzenden, von den von Herrn Kiep schon genannten Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, aber auch von den Mitgliedern des Bundesvorstands. Diese Solidarität, die nochmal wieder besonders sichtbar wurde, am Tag der Solidarität am 15. Mai, als Sie alle dort in Hamburg auf den Straßen tätig waren und dort ein richtiges Volksfest mit Jubelstimmung aufkam, hat sich auf unsere Anhänger natürlich außerordentlich stimulierend ausgewirkt; denn so groß die Begeisterung war,

15 Zu den Einzelergebnissen vgl. UiD vom 9. Juni 1982 S. 4f.

für das Hamburger Rathaus zu kämpfen, die zusätzliche bundespolitische Bedeutung der Wahl, die damit noch einmal sichtbar wurde und unterstrichen wurde, hat natürlich zusätzliche Kräfte freigesetzt. Daß wir dabei großartig unterstützt wurden, war für uns eine ungeheure Unterstützung, und dafür möchte ich mich besonders herzlich bedanken. (*Beifall.*)

Kohl: Herr Perschau, noch dazu eine Ergänzung? Also wir bekommen das noch einmal im Detail, und ich bitte noch einmal sehr sorgfältig nach Stimmbezirken die Grünen zu sehen. Vielleicht dazu noch eine kurze Bemerkung von mir. Ich gehe davon aus, auch nach dem, was ich am Rande gestern abend mit dem Kollegen Brandt beim Rausgehen bereden konnte, daß er sich durch den Wahlausgang sehr bestärkt fühlt in seiner Tendenz, daß die Integration der Grünen ein vorrangiges Ziel der SPD sein muß. Ich finde, wir sollten die SPD gar nicht daran hindern und das auch gar nicht kritisieren, sondern die SPD laufen lassen. Und wir sollten dabei bedenken, daß sie, je mehr sie sich programmatisch dem Thema Grüne zuwendet, um so mehr bei den klassischen Arbeitnehmerwählern an Boden verliert. Die Demoskopie weist aus, daß das Thema, der Zusammenhang Arbeitsplatz, Energiesicherung und Kernkraft, langsam, aber stetig vorankommt. Unser klarer Kurs in dieser Frage hat sich ausgezahlt, obwohl viele das auch von uns bezweifelt haben. Ich glaube, der Punkt ist völlig eindeutig.

Zweitens: Wir müssen überhaupt nicht über die Grünen schimpfen. Ich habe mich noch einmal verlässlich bei Ernst Albrecht erkundigt gestern abend. Brandt hat ja plötzlich von Koalition geredet; aber wenn man da so sitzt, weiß man natürlich auch nicht alles. Mir ist zur Stunde in der ganzen Bundesrepublik nur eine einzige Koalition mit einer Stimme von Grünen bekannt, und das ist die Koalition, die der Bruno Brandes¹⁶ in Holzminden gebaut hat. (*Heiterkeit.*) Die Nennung des Namens erregt ja gleich fröhliche Zustimmung, das heißt, der Bruno Brandes baut jede Koalition, wenn das im Dienste der Union möglich ist. Und insofern glaube ich wirklich nicht, daß das ein Thema ist.

Auf der anderen Seite sage ich noch einmal, das ist die vierte Partei, die wir brauchen. Es ist ein normaler demokratischer Vorgang, daß von Zeit zu Zeit bei einer Fünf-Prozent-Klausel sich neue Gruppierungen etablieren. Ich bin sicher, die Grünen werden nicht das Jahr überleben, jedenfalls nicht in einer Position, daß sie über zwei, drei Prozent kommen, aber sie verändern die Landschaft total, oder haben sie bereits verändert. Wir haben gar keinen Grund, jetzt mit denen zu schimpfen, es gibt bei den Grünen eine Menge Leute, die eigentlich von Hause aus willige CDU-Wähler sind, Leute, die über dies oder jenes ganz wild sind. Das muß man sehen. Ich habe ein Paradebeispiel, schauen Sie sich mal im Umkreis um, was jetzt die Mitglieder des Kneippvereins wählen und was die früher gewählt haben. Da werden sie eine Menge Leute entdecken, die plötzlich sich umorientieren aus Gründen ihrer Lebensweise, und so unvernünftig ist ja manches, was da gesagt wird, nicht. Da steckt ja auch ein Stück wirklich konservative Überzeugung drin, die wir wieder zurückholen müssen. Aber nicht, indem wir auf die Grünen einprügeln, sondern lassen Sie sie einfach kommen, sie sind da, sie sind eine Realität in einigen Landtagen, wie in Stuttgart. Da haben sie sich ja schon zum Teil an der Arbeit beteiligt. In anderen, wie in Bremen, wenn ich das richtig sehe, Herr Neumann, ist das sehr viel negativer

16 Bruno Brandes (1910–1985), Jurist; 1956–1963 Bürgermeister von Holzminden, 1963–1985 MdL Niedersachsen (1965–1970 und 1976–1982 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1982–1985 Präsident des Landtags.

verlaufen. Wie dem auch sei, es gibt da solche und solche. Unser Thema ist jetzt nicht, auf die Grünen einzuprügeln, sondern wir sollten die Realität, die Politik sehen.

Auswirkungen für Bonn. Ich kann das natürlich jetzt, ein paar Stunden nach dem Ereignis, noch nicht absehen. Die FDP ist in den gestrigen Tag mit der klaren Erkenntnis gegangen, daß es ein sehr schlechtes Ergebnis gibt. Es gab da keine Beschönigungen. Ich weiß das nun von den ganz wesentlichen Leuten aus Gesprächen der letzten 48 Stunden. Sie waren ohne jede Illusion. Sie haben uns je nach Lust und Laune, knapp vorne oder knapp hinten dran, ihre Einschätzungen gegeben. Die Lageeinschätzung bei der FDP in Bonn war ziemlich realistisch. Ob nun die FDP daraus irgendwelche Konsequenzen zieht, ist einfach ganz ruhig zu betrachten. Dazu rate ich uns allen dringend. Wir sollten um Gottes Willen nicht sehr viele Erwartungen in diese Entwicklung investieren, da dann womöglich Enttäuschungsmomente bei uns auftreten.

Meine Prognose ist, daß Hamburg eine entscheidende Bresche geschlagen hat für Hessen, und zwar nach zwei Seiten hin: Daß der Mythos weg ist, daß Schmidt noch eine große Wahlentscheidung bewegen wird. Daß das zur Desorientierung der hessischen SPD-Wahlkämpfer beiträgt, ein ganz natürlicher Vorgang, das ginge uns umgekehrt genauso; solche Situationen haben wir ja auch schon hinter uns gebracht. Und zum dritten, was die hessische FDP betrifft, so war gestern ein ziemliches Ringen bei dieser Besprechung der beiden Präsidien von Landes-FDP und Bundes-FDP. Die hessischen Freien Demokraten haben von einem Teil ihrer Bonner Freunde jetzt den Rat bekommen, die Entscheidung des SPD-Landesparteitags über die Programminhalte der hessischen Landespolitik am nächsten Samstag abzuwarten.¹⁷ Das ist hier wieder ein bißchen so ein Strohalm, und dann wird ja die FDP am 17. Juni¹⁸ sich entscheiden müssen. Eines scheint mir völlig klar zu sein, und das ist ein wesentlicher Punkt: Ich glaube, es gibt überhaupt niemanden in der FDP-Führung, der sagt, offenhalten ist richtig; die Empfehlungen sind sehr unterschiedlich. Die einen sagen, ihr müßt mit den Sozialdemokraten gehen, die anderen sagen, ihr müßt mit der CDU gehen. Aber das Offenhalten, glaube ich, ist nach dem Sonntag wesentlich erschwert worden. Ich persönlich bin eigentlich, was die Basisentscheidungen der FDP in Hessen betrifft, optimistischer als bei den ganzen Bonner Dingen. In Bonn bleibt mein Gefühl, daß die Sozialdemokraten unter Aufbietung einer ungeheuren, auch physischen Leistung der Partei- und der Fraktionsführung es fertigbringen werden, die Fraktion und die Partei – aber jetzt ist die Fraktion wichtiger – sozusagen unter dem Joch durchzudrücken, um bei den Haushaltsfragen und bei den anderen Themen der FDP soweit entgegen zu kommen, wie das überhaupt nur denkbar ist, und der FDP die Möglichkeit zu nehmen zu sagen: Das ist der Punkt. Und wundern Sie sich nicht, die werden ungeheuer weit gehen. Ich kann nur Neugierige warnen, wenn Sie dann hören, der Minister Siewieso sagt das, und der Ehrenberg¹⁹ sagt das. Das wird, wenn es darauf ankommt, alles nicht entscheidend sein. Sie werden mit geballten Fäusten rumlaufen, aber

17 Am 10.–12. Juni 1982 fand in Lahnstein der Bundeskongreß der Jungsozialisten statt (UiD vom 24. Juni 1982 CDU-Dokumentation 21: „Die Jungsozialisten: Verirrt im ‚Labyrinth der reinen Lehre‘“).

18 Auf ihrem Landesparteitag in Darmstadt am 17. Juni 1982 sprach sich die FDP mit 169 zu 129 Stimmen für eine Koalition mit der CDU in Hessen aus (FAZ vom 18. Juni 1982: „Darmstadt und Bonn“).

19 Herbert Ehrenberg (1926–2017), Diplom-Volkswirt; 1971/72 Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1972–1990 MdB (SPD), 1976–1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

sie werden nach dem Motto arbeiten, Vogel friß oder stirb. Sterben wollen sie nicht, folglich werden sie das erste beherzigen. Dabei spekuliert die SPD eindeutig auf Zeit, das hat inzwischen auch die FDP begriffen. Sie wollen, daß das Jahr rumgeht, daß wir uns dann in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode befinden und ein Wechsel in Bonn vor dem Wechsel insgesamt nicht mehr möglich ist.

Ich bin auch sicher, daß die FDP, was sie denen – jetzt aus der Sicht mancher in der Sozialdemokratie – antut, bitter bezahlen muß. Aber das ist eine ziemlich überschaubare Strategie, die die SPD-Führung gegenwärtig betreibt. Ob die FDP darauf reagiert oder nicht, das können Sie an den Knöpfen abzählen, das ist eine reine Lotto-Frage. Ich kann die Frage nicht beantworten. Bei wirklich intensivster Bemühung und Information und nach dem Stand vieler Gespräche muß ich Ihnen sagen, ich weiß es nicht. Mein Rat an uns ist, daß wir das Ganze mit großer Gelassenheit betrachten, daß wir uns jetzt als nächstes auf Hessen konzentrieren, daß wir alles tun, damit die hessische Wahl erfolgreich wird. Das heißt beispielsweise konkret, die Hamburger Frage Neuwahlen, Frage große Koalition zu behandeln, wie wir es am Donnerstagabend bereits besprochen haben, als wir zu diesem Thema in Hamburg zusammensaßen, d. h. also, daß uns die hessische Ernte nicht verhasgelt wird durch diese Sachen.

Das gilt aber auch für die übrige Partei. Denn darüber gibt es gar keinen Zweifel: Es sind zwei Dinge, die uns aus dem Tal von 1980 herausgebracht haben, daß wir, CDU/CSU und die CDU an sich, uns in der Sachkompetenz enorm profilieren konnten, daß wir in den meisten Feldern der Politik sehr gut abschneiden. Und zum zweiten, daß wir einige waren – ich hoffe, ich brauche nicht zu sagen waren, sondern einige sind –, weil davon die Glaubwürdigkeit der Politik entscheidend abhängt. Da gibt es in der konkreten Situation, wir haben eben im Präsidium darüber gesprochen, eine ganze Reihe von Anmerkungen zu machen. Wir haben vereinbart, daß wir dieses Gespräch sehr bald fortsetzen und dann darüber berichten und nicht umgekehrt. Der Bundesvorstand hat natürlich einen Anspruch als das nach der Satzung zuständige Gremium, auch zu diesem Punkt etwas zu hören. Mein Vorschlag ist, das Gespräch nicht zu führen, bevor wir im Präsidium dieses Gespräch geführt haben, aber dann wird natürlich auch im Bundesvorstand zu berichten sein. Denn darüber kann es keine Zweifel geben, wir brauchen eindeutig klare Verhältnisse nach draußen. Die CDU muß geschlossen dastehen, was überhaupt nicht ausschließt, daß wir zu Sachfragen unterschiedlich diskutieren und uns dann nach der Abstimmung gemeinsam verhalten. Ich sehe ganz klar voraus, wenn jetzt diese Streichoper im Sommer kommt – da haben wir natürlich diese oder jene Frage – und die Regierung uns sagen wird, Lambsdorff hat heute gesagt, der Rasenmäher muß her, d. h. also die Subventionen, und es kommt der Vorschlag mit den Subventionen, dann ist das eine Sache, wenn man das im Oktober fordert, und eine andere Sache, wenn man im Juli oder September dazu die Hand hochhebt in irgendeinem Gremium, ob Bundestag oder Bundesrat oder im Finanzausschuß des Bundestags.

Das also ist das, was ich mit großer Entschiedenheit hier zum Schluß noch einmal zu dem Punkt Hamburg anfügen möchte. Ich glaube, wir sollten nachher erklären, neben dem, was sonst noch zu erklären ist, daß wir die Hamburger Forderungen, ich sage es noch einmal, unterstützen. Daß Herr von Dohnanyi dem Wahlsieger dort Platz macht, daß jetzt Verhandlungen in Gang kommen und daß wir aber auch, das sage ich nur hier, nicht den Grund haben, jetzt einen ungeheuren optischen Zeitdruck nach draußen zu entwickeln,

sondern wir sind zur Verfügung, wobei dann vielleicht noch die Frage ist, was sagen wir? Das können wir hier vielleicht nochmal allgemein beantworten als eine gemeinsame Sprachregelung, wenn Neuwahlen für uns ausscheiden und eine große Koalition ausscheidet. Da brauchen wir also noch eine Sprachregelung für die nächsten Tage. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kiep: Wir hatten zunächst einmal gestern abend ja gefordert, daß dieser Rücktritt gewissermaßen den Weg frei macht zu Gesprächen. Wir können natürlich die Erwartung von Herrn von Dohnanyi, die er auch schon vor der Wahl geäußert hatte, im Fall der Fälle, wir würden ihn aus einer allgemeinen demokratischen Verantwortung heraus tolerieren, wenn er an der Macht bleibt, so nicht akzeptieren. Eine solche Überlegung eines Gesprächs über die Lösung der Probleme ist nur denkbar, wenn er zunächst einmal mit seinem Verhalten die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zieht. Dann sind wir zu einem konstruktiven Gespräch bereit, Möglichkeiten zu suchen, wie wir aus dieser Situation, die der Wähler uns mit dem Wahlergebnis – immerhin haben 90 Prozent der Wähler so abgestimmt – so diktiert hat, und wie wir mit diesem Problem fertig werden. Dann werden sich im Laufe des Gesprächs natürlich Möglichkeit ergeben; über einige haben wir ja neulich diskutiert.

Waffenschmidt: Nachdem doch jetzt die Union die stärkste Partei ist, muß nicht damit verbunden werden zu sagen, wir stellen einen Minderheitenssenat unter Führung von Walther Leisler Kiep? (*Unruhe. Diskussion.* – *Geißler:* Kann man das sagen?)

Kohl: Ja, wobei man nur, damit wir immer vom Gleichen reden, die Verfassungslage dabei sehen muß. Ein Minderheitenssenat kann nur ins Amt kommen, indem der jetzige Senat zurücktritt und Kiep die Mehrheit der Stimmen kriegt. Es gilt also nicht die Bonner Regelung im dritten Wahlgang. Die gibt es nicht in der Verfassung, daß mit der relativen Mehrheit jemand drankommen kann, sondern es gibt nur die Regelung, wenn Dohnanyi weggeht und Kiep kommen soll, daß er die Mehrheit der Stimmen und zwar 50 Prozent plus eine braucht im Parlament. (*Unruhe. Diskussion.*) Es hat keinen Sinn, daß wir uns jetzt hier etwas vorlügen. Wenn Heiner Geißler zu dem Punkt ins Fernsehen geht, kann er da nicht sagen, wir brauchen hier nicht darüber zu reden, wir fragen ja weiter.

Dregger: Zu dem Punkt zunächst: Bei einem Besuch der konservativen Partei in Kanada habe ich erfahren, daß, als damals die Konservativen den großen Wahlsieg hatten und dieser Wahlsieg nicht zur absoluten Mehrheit der Mandate führte, dann durch eine Absprache der Parteien im Parlament einige Abgeordnete der liberalen Partei nicht mitgestimmt haben, um dem Wahlsieger zu ermöglichen, das Land zu regieren. Das ist eben Fairneß. Ich bin der Meinung, wenn das Wahlergebnis in Hamburg bedeutet, daß nur ein Minderheitenssenat möglich ist, weil die Grünen sich verweigern, dann hat der Wahlsieger, der außerdem die stärkste Fraktion stellt, den Anspruch darauf, daß er als Minderheitenssenat regiert und nicht der Verlierer Dohnanyi, der nur über die zweitstärkste Fraktion verfügt. Also ich glaube, das ist ein Argument, das durchaus überzeugend vorgetragen werden kann. Deshalb will ich sagen, ich bin sehr dankbar, daß Sie die große Koalition entschieden ablehnen und daß Sie Neuwahlen ebenfalls ablehnen. Beides wäre für unsere hessische Ausgangsposition außerordentlich schädlich.

Ich möchte sagen, daß das Hamburger Ergebnis natürlich ein wichtiger, ein guter Auftakt ist für die Hessen-Wahl. Deswegen gratulieren wir den Hamburgern und dem Spitzenkandidaten besonders herzlich, wie schon vorher den Niedersachsen, Ernst Al-

brecht, zu seiner Landtagswahl und Gerhard Stoltenberg, den Schleswig-Holsteinern zu ihrer vorzüglichen Kommunalwahl. Es ist ja nichts erfolgreicher als der Erfolg, und wir hoffen, daß wir das bei der Hessen-Wahl weitergeben können. Wissen Sie, Sie sprachen eben vom Glücksgefühl der Hamburger, zum ersten Mal stärkste Fraktion zu sein, dieses Glücksgefühl hatten wir in Hessen vor acht Jahren nach zwei großen Sprüngen von 26 auf 39 1970, von 39 auf 47 Prozent 1974. Beim dritten Anlauf 1978 konnten wir die Spitzenposition behaupten bei einer für uns sehr schlechten Großwetterlage, und wir hoffen jetzt bei einer veränderten Großwetterlage und einem veränderten Parteiensystem, wir haben ja jetzt ein Vierparteiensystem, nun über die Schwelle hinwegkommen zu können mit Ihrer aller Sympathiehilfe und Unterstützung.

Ich möchte nur drei Anmerkungen oder ein, zwei Anmerkungen noch machen. Erstens zum Wahlkampfstil, dem eigenen Wahlkampfstil. Ich stimme Kiep völlig zu, wir haben ein verändertes Lebensgefühl. Deswegen traf die Demo jetzt am Samstag genau in dieses Lebensgefühl hinein. Ich glaube, daß das für alle Wahlen, nicht nur für die Hamburg-Wahl, sondern auch für die Hessen-Wahl eine ganz wichtige moralische Unterstützung gewesen ist. Vor allem erwartet man von dem erwarteten Sieger, von dem Stärkeren, daß er eben die Gesichtspunkte der Gemeinsamkeit natürlich vor allem im eigenen Lager, aber auch darüber hinaus zu den anderen politischen Parteien und zu allen sozialen Kräften betont. Und das entspricht unserer Fraktion. Auf der anderen Seite kann die Gemeinsamkeit dem Gegner gegenüber nicht soweit gehen, daß wir alles tolerieren, was er macht. Ich habe im Präsidium schon auf einen Aufruf des Herrn Bundeskanzlers und des Parteivorsitzenden der SPD hingewiesen, also nicht ein Ausrutscher in einer Wahlrede, da heißt es: „Wir haben in den letzten Jahren um Frieden und Entspannung gekämpft, CDU und CSU haben sich dieser Politik“ – für Frieden und Entspannung also – „mit allen Mitteln entgegengestemmt. Das gilt auch für Herrn Kiep, der in extremen Situationen deutsche Soldaten im Südatlantik und im Mittelatlantik einsetzen will. Schon den Begriff Entspannung wollen die Konservativen tilgen.“²⁰

Ich bin ganz sicher, daß dieses Thema, das ist auch auf dem SPD-Parteitag in Hessen bereits angekündigt, auch bei uns ins Feld geführt wird. Wie sehr das ernst oder nicht ernst genommen wird, ist eine zweite Frage. Ich will auch gar nicht gesagt haben, daß ein Parteifunktionär allein das getan hätte. Aber wenn der Bundeskanzler dazu etwas sagt, wenn der Bundeskanzler vor der Welt den Eindruck erweckt, die Hälfte der Deutschen sei nicht friedensbereit oder nicht friedensfähig, dann verletzt er seinen Amtseid. Dann schadet er den Interessen unseres Volkes und gefährdet den inneren und äußeren Frieden. Deswegen plädiere ich dafür, daß irgendwie ein förmlicher Protest und nicht nur eine Presseerklärung an die Adresse des Bundeskanzlers geht. Nicht um dieses Thema dann dauernd zu spielen, es genügt, wenn das einmal geschehen ist. Es gibt dann eben auch einen Anknüpfungspunkt in der Wahlkampfauseinandersetzung, daß man immer wieder auf dieses Ding verweist. Gerade wenn wir Gemeinsamkeit darstellen, Besonnenheit, dann können wir eben von diesem Podest aus einen so unverantwortlich schwätzenden und unseriösen Bundeskanzler angreifen. Das halte ich für wichtig.

Ich möchte zu Hessen sagen, Hessen ist von der Tradition her ein ebenso sozialdemokratisches Land wie Hamburg. Für die Hessen ist es nicht ganz einfach, in einer Wahl

20 Vgl. „Hamburger Abendblatt“ vom 26. Mai 1982: „Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg: ‚In unruhigen Zeiten braucht das Schiff eine ruhige Hand‘“

Holger Börner zu stürzen und auch noch Helmut Schmidt zu stürzen. Man darf hier die Chance auch wirklich nicht zu hoch ansetzen. Wenn der Schmidt dort um seine Existenz kämpfen wird, das wird er sicherlich tun, dann ist es wichtig, daß wir diese Blöße, die er im Hamburger Wahlkampf gezeigt hat, nutzen, und das können wir jetzt nach der Wahlkampfatmosphäre in ruhigem Ton sehr gut machen.

FDP: Herr Genscher sprach ja von der Notwendigkeit einer starken FDP um der Regierbarkeit willen. In Hessen ist die Regierbarkeit des Landes kein Problem. In Hessen gibt es ja nicht zwei Kopf an Kopf rennende große Parteien, sondern eine, die eindeutig vorne liegt. Hessen wird regierbar sein, entweder mit FDP oder ohne FDP. Auf jeden Fall werden wir den Regierungswechsel durchsetzen. Wir sollten der FDP sagen, es kommt ja nicht nur auf die formale Regierungsmehrheit an, auf die Regierbarkeit an, es kommt ja auch auf die Inhalte der Politik an. Der demokratische Wechsel in Hessen und in Deutschland ist fällig! Und eine kleine Partei, die sich dem notwendigen Wechsel entgegenstemmt, statt ihn zu befördern, verliert ihre Funktion im Parteiensystem, und deswegen haben die Wähler in Hamburg ihr die Absage erteilt, weil die FDP ja ihren Sinn verloren hat. Sie ist ja nicht dafür da, daß sie selbst da ist, sondern sie soll ja eine gewisse Politik verändern. Deswegen ist es sehr schön, daß sie in Niedersachsen reingekommen ist, weil sie zum Schluß doch eine Tendenzaussage zugunsten der CDU gemacht hat. Für die FDP wird es sehr schwierig werden am 17. Juni, weil auf der einen Seite alles dafür spricht, daß SPD und FDP jedenfalls keine Mehrheit mehr haben werden, aber auf der anderen Seite, von ihrem jetzigen Wählerpotential, der größere Teil der FDP immer noch zu einer Koalition zur SPD hin tendiert.

Jetzt braucht die FDP einen Vorsitzenden, der das Herz über das Hindernis wirft und springt. Ob er diesen Mut hat, den Mut zur Zukunft, das wird über das Schicksal der FDP entscheiden, aber das ist ja nicht unsere Sorge. Wir warten diese Aussagen vom 17. Juni mit aller Gelassenheit ab. Wir haben Zusammenarbeit angeboten, das Ziel ist jetzt Vollbeschäftigung, das geht nicht mit sozialistischen Konzepten à la Börner, mit mehr Steuern und mehr Bürokratie und auch nicht mit faulen Kompromissen zwischen sozialistischen und marktwirtschaftlichen Konzepten, sondern nur mit einer Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn die FDP sich beteiligen will, ist sie willkommen, wenn sie sich nicht beteiligen will, muß sie sehen, wo sie bleibt. Dann machen wir das allein.

Geißler:²¹ Also ich glaube, man sollte in der Interpretation des Wahlergebnisses vielleicht doch noch einmal auf den Trend hinweisen, der sich vor allem in Niedersachsen gezeigt hat in den vergangenen Wahlen und der sich jetzt in Hamburg durchgesetzt hat. Es ist ja ein ganz beachtliches Ereignis, daß die CDU in Hamburg stärkste Partei geworden ist. Wenn man das mal umdreht, dann würde das der Tatsache entsprechen, daß die SPD im schwäbischen Oberland oder in Bayern stärkste Partei werden würde. Hier ist eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, gerade im norddeutschen Bereich, die nun den Charakter der Volkspartei CDU auch in diesen Regionen, die bisher für uns schwieriger waren, durchgesetzt hat. Und dies gilt natürlich gerade auch in der Arbeiterschaft. Ich finde, das muß jetzt etwas gepflegt werden, daß die CDU in weiten Regionen auch die Mehrheit der Arbeiter, die der Arbeitnehmerschaft hat sie ohnehin schon gehabt, aber jetzt auch bei den Arbeitern bekommen hat. Zweitens, ich glaube, ein sehr eindeutiges

21 Transkript des Wortbeitrags in ACDP 07-001-1035.

Ergebnis dieser Wahl ist, daß der Kanzler seine Kanzlermehrheit in der Stadt verloren hat, die eigentlich typisch war für die Koalition SPD/FDP, so daß man nun wirklich sagen kann, wenn es ihm nicht gelungen ist, in Hamburg diese Koalitionsmehrheit zu bekommen, dann hat er sie nirgendwo sonst mehr in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich möchte noch etwas zur FDP sagen. Also die FDP ist natürlich jetzt in einer schwierigen Situation. Ich glaube, daß man sie jetzt auch sozusagen an die Wand stellen und ihr deutlich machen muß, daß sie mit ihren bisherigen Koalitionsaussagen zugunsten der SPD eben schlecht fährt. Alfred Dregger ist jetzt weg, aber wir sind uns da einig, ich habe mit ihm auch schon darüber geredet. Auf der anderen Seite glaube ich, daß wir langfristig gesehen in diesen Ländern vor allen dann, wenn wir mal an der Regierung sind in Bonn, ganz sicher einen Koalitionspartner brauchen. Ich meine, wir haben in Rheinland-Pfalz langjährige Erfahrungen gehabt. Es gibt Zeiten, wo die CDU einfach nicht mit absoluter Mehrheit regieren kann, sondern einen Koalitionspartner braucht, und dies gilt ganz sicher auch für ein Land wie Hessen, so daß man die hessische CDU eigentlich nur darin bestärken kann, nun in den kommenden Monaten eine Politik gegenüber der FDP zu machen, die eine Koalition auch über die nächsten vier Jahre hinaus ermöglicht.

Bei der FDP selber, glaube ich, vollzieht sich eine grundsätzliche Änderung ihrer Koalitionspolitik, die ja seit 1969 fast ideologisch ausgerichtet war auf die Sozialdemokraten. Diese ideologische Ausrichtung zerbricht jetzt. Sie kehrt wieder zum klassischen Koalitionsverhalten der FDP der fünfziger und der sechziger Jahre zurück, in der sie gesagt hat, wir gehen mit der Partei eine Koalition ein, die die meisten Stimmen bekommen hat. Man muß auch darauf hinweisen, daß die Freien Demokraten mit dieser Koalitionspolitik in den fünfziger und sechziger Jahren immer reüssiert haben. Sie sind nie aus einer Landtagswahl unter die fünf Prozent gekommen, mit Ausnahme einmal in Bayern, wenn ich mich richtig erinnere.²² Das heißt, man muß auch deutlich machen, daß diese Veränderungen im Koalitionsverhalten letztendlich der SPD eben das Überleben ermöglicht, während das Festhalten am bisherigen Kurs das sichere Ende der FDP bedeutet.

Kohl: Da war ein Lapsus drin, die Argumentation war ja anschließend deutlich. Geißler hat natürlich nicht davon geredet, die FDP an die Wand zu stellen, sie umzubringen. (*Unruhe. Heiterkeit.*) Mit solchen Ausdrücken kann man gar nicht vorsichtig genug sein. (*Geißler:* Ja, das ist wirklich wahr.)

ETAT 1982 DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Kiep: Meine Damen und Herren, dieser Etat ist vom Generalsekretär und vom Bundeschatzmeister im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden gemeinsam festgestellt, vom Bundesfinanzausschuß am 23. März 1982 ausführlich beraten und dem Bundesvorstand zur Beschlußfassung weitergeleitet worden. Der Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 29,262 Millionen ab. Zum Etatausgleich sind Spenden in Höhe von 1,266 Millionen erforderlich. Einnahmen- und Ausgabenausgleich ist vor allen Dingen auch deshalb überhaupt möglich gewesen, weil wir 1982 mit der 20prozentigen Abschlagszahlung auf die Europawahlkampfkosten in Höhe von 11,7 Millionen in diesem Jahr überdurchschnittlich hohe Mittel für den laufenden Etat erhalten haben. Aber gemäß unserer

²² 1966 erreichte die FDP 5,1 Prozent der Stimmen, aber kein Mandat, weil sie in keinem der Bezirke zehn Prozent der gültigen Stimmen erreicht hatte, um in den Landtag einzuziehen.

Absprache mit den Landesverbänden und Kreisverbänden stehen von diesen 11,7 Millionen den Kreisverbänden, den Landesverbänden 20 Prozent zu. Wir haben uns im Bundesfinanzausschuß darauf verständigen können, daß diese Beteiligung der Landes- und Kreisverbände an der Europawahlkampfkostenerstattung erst 1984, nämlich dann, wenn die ausstehende 80-Prozent-Rate ausbezahlt wird, verrechnet wird.

Mit 29,262 Millionen ist der Etat wesentlich niedriger als der Etat für 1981 in der Größenordnung von 34,1 Millionen, den wir ja hier, wie Sie sich erinnern werden, vor einem Jahr verabschiedet haben. Wir haben ihn damals verabschiedet mit der Maßgabe, daß die Bundesgeschäftsstelle zehn Prozent einsparen sollte, die danach insgesamt genehmigte Etatsumme betrug also 30,7 Millionen. Der Haushaltsvollzug 1981 schließt mit einer noch günstigeren Zahl ab. Die Gesamtausgaben für 1981 beliefen sich auf 28,874 Millionen. Sie lagen also 15 Prozent oder 5,2 Millionen unter dem ursprünglichen Etatansatz von 34 Millionen, und hierfür verdient die Bundesgeschäftsstelle unseren ganz besonderen Dank.

Der niedrigere Etatansatz für 1982 ist aufgrund folgender Einsparungen möglich gewesen: erstens, Sparmaßnahmen in der Bundesgeschäftsstelle, zweitens, keine Kosten für einen Parteitag im Jahr 1982, drittens, Entlastungsmaßnahmen aufgrund einer mit großer Mühe, aber doch auch mit Erfolg herbeigeführten Verständigung zwischen Adenauer-Stiftung und Partei im Bereich Archivdokumentation. Und schließlich konnte die Union Betriebs-GmbH einen höheren Beitrag zur Entlastung bei den Kosten für die Publikationen beitragen. Dies hat allerdings hauptsächlich steuerliche Gründe, die dazu führen, daß wir Finanzierungsprobleme bei der Konrad-Adenauer-Haus KG haben, die zwar Teil meiner Probleme sind, aber den Haushalt der Bundesgeschäftsstelle unmittelbar nicht belasten.

Die Bundespartei war am 31. Dezember 1981 mit 23 Millionen DM verschuldet. Gemäß unserer im Frühjahr des vergangenen Jahres aufgestellten mittelfristigen Finanzplanung sollte die Verschuldung per 31. Dezember 1981 20 Millionen betragen haben. Wenn wir dieses Ziel nicht erreicht haben, dann deshalb, weil das Spendenaufkommen mit rund 1,5 Millionen 1981 erheblich hinter den erwarteten 6,2 Millionen zurückgeblieben ist. Sie kennen die kritischen Entwicklungen, die in diesem Bereich zu diesem drastischen und nicht vorhersehbaren Rückgang geführt haben. Wenn die zusätzliche Verschuldung nicht höher ausgefallen ist als drei Millionen, dann deshalb, weil im Haushaltsvollzug besonders sparsam gewirtschaftet worden ist. Für 1982 können wir eine Schuldentilgung leider nicht in Aussicht nehmen. Dies bedeutet, die Verschuldung wird auch am 31. Dezember 1982 wiederum 23 Millionen betragen und damit um sieben Millionen über den ursprünglich erwarteten 16 Millionen liegen. Sie wird in dem Maße niedriger sein, wie es uns gelingen wird, mehr Spenden als die von mir vorhin erwähnten 1,266 Millionen aufzubringen. Die Aussichten, daß wir diese Zahl, 1,2 Millionen, überschreiten, sind bei aller Vorsicht im Augenblick nicht so ungünstig, wie das noch vor einiger Zeit schien. Aber dennoch muß dieser Punkt weiter intensiv bearbeitet und verfolgt werden, wenn wir hier über die 1,2 hinauswollen. Daß die Schuldentilgung bei aller Arbeit, die wir hier betreiben, Vorrang hat, ist klar, denn wir sind natürlich mit dieser Verschuldung und den Belastungen, die sich aus den Schulden ergeben – Zinsen, Rückzahlungsverpflichtungen – außerordentlich stark engagiert. Einen Schuldentilgungsplan ihnen heute vorzulegen, was ja an sich die

normale Pflicht des Schatzmeisters wäre, kann ich deshalb nicht tun, weil wir zur Stunde noch nicht wissen, wie sich die Grundlagen der Parteienfinanzierung verändern werden.

Sie wissen, daß die Kommission beim Bundespräsidenten tagt. Wir werden selber, glaube ich, am 17. Juni da zu erscheinen haben. Was dabei heraus kommt, ist im Augenblick noch nicht klar zu sehen, und deshalb kann ich auch nicht sagen, wie sich unsere Chancen in diesem Bereich durch zusätzliche Möglichkeiten, die sich ergeben könnten, verbessern. Aber es ist klar, daß alles, was wir zusätzlich kriegen können, auch im Bereich in der Verbesserung der Parteienfinanzierung sozusagen vorgesehen ist und vorrangig zur Verfügung stehen muß für Schuldentilgung, und ich sage Ihnen auch, damit Sie da keine Sorgen mit nach Hause nehmen, eine Erhöhung des Anteils der Bundespartei an Mitgliedsbeiträgen ist nicht beabsichtigt. Der Bundesfinanzausschuß hat auf seiner Sitzung am 23. März diesen Etat beraten und seine Annahme empfohlen. Er hat gleichzeitig die Bundespartei und die Bundesgeschäftsstelle gebeten, Sorge dafür zu tragen, daß beim Vollzug dieses Haushaltes eine Einsparung, wenn irgend möglich, von einer Million erfolgt. Die Bundesgeschäftsstelle hat diesen Wunsch zur Kenntnis genommen und wird sich bemühen, ihn nach Maßgabe des Möglichen zu befolgen. Wir können uns dabei ja auch darauf beziehen, daß 1981 die Bundesgeschäftsstelle im Rahmen des Möglichen Einsparungen gemacht hat, und das wird sicherlich jetzt auch so sein. Ob es in der vollen Höhe gelingt, können wir nur hoffen. Ich möchte Ihnen, dem Bundesvorstand, als dem Beschlußgremium im Einvernehmen mit Generalsekretär und Parteivorsitzendem empfehlen, diesem Haushaltsentwurf für den Haushalt der Bundespartei 1982 zuzustimmen.

Kohl: Vielen Dank! Zunächst einmal will ich mich bei der Gelegenheit auch bedanken bei der Schatzmeisterei und vor allem auch bei Ihnen, Herr Lütjhe. Sie haben ein ungewöhnlich schwieriges Jahr hinter sich gebracht. Es gibt wenige in der CDU Deutschlands, die in einer so schwierigen Zeit einen so schwierigen Job wahrgenommen haben wie gerade auch Sie. Ich will dazu ein sehr persönliches Dankeswort sagen, denn es ist leicht, Siege zu feiern, aber es ist schwierig, wenn Staatsanwälte durch die Republik gehen und Diffamierungen in den Zeitungen stehen, wogegen man sich gar nicht wehren kann und wo auch nicht alle in der eigenen Partei einen dann gleich freundlich grüßen, sondern es könnte ja doch etwas dran sein, und für den Fall, daß etwas dran sein könnte, hat man sich dann rechtzeitig abgesetzt. Sie kennen ja alle diese Folgen der Erbsünde, die sich ja auch in einer politischen Gemeinschaft wie der CDU natürlich niederschlagen. Also, ich will Sie ausdrücklich bei dieser Gelegenheit mit einem Wort des Dankes ansprechen. Das gilt auch für alle, die sich in diesem Bereich besonders bemüht haben. *(Beifall.)*

Wir haben diese Sache, die ich eben indirekt ansprach, keineswegs schon hinter uns gebracht. Ich will das nur einmal sagen bei dieser Gelegenheit. Ich gehe davon aus, daß nach den Sommerferien in der Summe der Verfahren eine Reihe von Problemen auf alle Parteien zukommen können. Es wird jetzt entscheidend darauf ankommen, die vom Bundespräsident berufene Royal Commission, hoch respektable Mitbürger, auch dazu zu bewegen, daß dieses Gutachten nicht zu Beginn des neuen Jahres, ich meine jetzt des Jahres 1983 kommt, sondern möglichst rasch. Ich sage das ganz offen, damit hinterher keiner kommt und sagt, ich wußte es nicht. Wenn der Deutsche Bundestag nicht handlungsfähig ist, nach dem Gutachten auch entsprechende Entscheidungen im Bereich der Gesetzgebung zu treffen, was er jetzt schon könnte, wenn die anderen nur etwas Bereitschaft hätten, auch Solidarität zu sich selbst und ihren eigenen Leuten zu zeigen, hängt

das nicht an uns. Wenn der Bundestag nicht bis zum Frühherbst beginnt mit einem Verfahren, daß die zuständigen Behörden sehen, der Gesetzgeber meint es ernst – Verfahren wäre ja schon beispielsweise ein Antrag mit den Unterschriften der drei Fraktionsvorsitzenden, weil das sozusagen dann ja Mehrheitsverhältnisse signalisieren würde –, dann gibt es eine Menge Probleme. Das muß man ganz klar sehen. Deswegen schlage ich vor, daß wir ohne weitere Aussprache – ich will wahrlich nicht Ihre Redeflut hier beeinträchtigen – den Etat akzeptieren. Es ist in der jetzigen Situation über den Etat nicht mehr auszusagen, und das ist das, was unter vernünftiger Würdigung unserer Verantwortung zu tun ist.

Auch das sollten Sie wissen, ich werde selbst vor der Kommission erscheinen. Ich fürchte, es wird wieder so kommen, daß ich der einzige Parteivorsitzende bin, nachdem alle vorher erklärt haben, sie gehen auch hin. Wir werden dort also sehr offen unsere Verhältnisse darlegen. Wir haben das schon bei den damals von Niedersachsen angestrebten Entscheidungen in Karlsruhe getan.²³ Es nützt gar nichts, Fachleuten ein X für ein U vorzumachen, sondern was uns hier weiterhilft, ist schlicht und einfach Ehrlichkeit und auch die Besinnung darauf, daß man nicht einige Bürger – das ist ja ein Prozentsatz, der unter zehn Prozent ist in der Bundesrepublik – mit der Entwicklung des Gemeinwesens mehr belasten kann als andere Mitbürger. Daß wir nicht Pensionäre des Staates werden wollen, ist klar, ebenso aber, daß wir eine Möglichkeit haben müssen, uns hier vernünftig zu entscheiden. Das Ganze wird sicherlich auch noch vermischt werden in den nächsten Wochen mit den spektakulären Verfahren, die hier in der Öffentlichkeit genannt wurden, wozu es ja ruhiger geworden ist, aber wo es jetzt auch die Absicht der Vernehmung gibt, bis in unseren eigenen Kreis hinein, mit Dingen, die uns nicht direkt berühren, aber vor allem die Bundesregierung. Ich gucke nur nicht ganz durch, was da im einzelnen für Taktiken von Betroffenen wie auch von Staatsanwaltschaften praktiziert werden, aber darin steckt ein Problem. Ich will es nur gesagt haben, damit Sie Bescheid wissen. Ich gehe davon aus, daß wir den Beschluß wieder mit hineinnehmen, daß wir regelmäßig hier über den Fortgang des Geschehens berichten und daß wir, das sage ich Ihnen auch verbindlich zu als Parteivorsitzender, jede Notbremse ziehen, wenn sich die Dinge im Finanziellen verschlechtern sollten. Es hat keinen Sinn zu sagen, jetzt haben wir einen Etat, denn, wenn sich die Dinge verschlechtern, nützt auch der beste Etat nicht. Dann muß ich eben wieder vor Sie hintreten und sagen, wie sich die Sache entwickelt hat.

Vielleicht darf man das auch sagen, Herr Lühje, alles in allem ist durch das Klima, das sich in Hamburg gestern zeigte, bei der Wahl in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein, was sich in der Demoskopie zeigt, auch im bescheidenen Umfang bei unserem täglichen Alltagsgeschäft, Spenden zu akquirieren, zu beobachten, daß bei schlechterer Wirtschaftslage eine deutlich positivere Stimmung da ist. Auch das muß man immer sehen, wenn man darüber redet, wie die Partei in der Öffentlichkeit dasteht. Das ist das, was zum Etat zu sagen ist.

Geißler: Also, weil wir ja ständig in der Diskussion sind hinsichtlich der Finanzierungsfrage der Parteien und auch danach gefragt werden, was tun wir von der Bundespartei her, um zu sparen – die Frage wird ja vor allem bei den Journalisten immer wieder an einen gestellt –, will ich nochmal wiederholen, was Walther Leisler Kiep schon gesagt hat.

23 Urteil des Zweiten Senats vom 24. Juli 1979 auf die mündliche Verhandlung vom 9. Mai 1979 - 2 BvF 1/78 - BVerfGE 52, 63 - 2. Parteispenden-Urteil.

Wir haben einen Einsparungseffekt gegenüber dem Haushaltsjahr 1981 von 15,3 Prozent. Das ist eine beachtliche Summe, und ich mache noch darauf aufmerksam, der Personalstand in der Bundesgeschäftsstelle liegt jetzt unter dem Stand des Jahres 1973. Dies ist kein Wahljahr gewesen, wo wir relativ hohe Personalbestände haben, sondern das war ein Jahr nach der Bundestagswahl. In dem Jahr nach der Bundestagswahl wird ja erfahrungsgemäß immer stark abgebaut, wird sogar am stärksten abgebaut. Wir liegen heute unter diesem Stand des Jahres 1973. Das ist eine außerordentlich starke Reduzierung; insgesamt liegt der Ist-Stand Personal in der Bundesgeschäftsstelle jetzt bei 192. Sie können diese Zahl verwenden. Es ist nun wirklich ein Zeichen dafür, daß wir hier alles tun, was wir tun können. Ich muß hinzufügen, daß damit, wenn die Bundesgeschäftsstelle funktionieren soll, fast die Untergrenze erreicht ist. Ich sage fast, wir wollen ja versuchen, dem Wunsch der Schatzmeisterei nachzukommen. So, das vielleicht noch als Information, das ist doch ganz wichtig.

Biedenkopf: Ich hätte gerne ein paar Erläuterungen noch gehabt. Nach dem Stellenplan gibt es eine neue Abteilung IV. Ich wollte nur wissen, was die für eine Funktion hat?

Radunski: Die Hauptabteilung IV ist die Abteilung Organisation. Das ist praktisch die Abteilung Organisation von Herrn Schumacher, der jetzt als Hauptabteilungsleiter die IV wahrnimmt. Das heißt, wir haben die Organisation in den operativen Teil und in die Verwaltung getrennt.

Biedenkopf: Darf ich in dem Zusammenhang die Bitte äußern, Herr Radunski, daß man vielleicht mal ein fortgeschrittenes Organigramm kriegt, damit man die Leute zuordnen kann? Denn da hat sich doch einiges verändert, auch durch die Personalumstellung.

Radunski: Ich habe Ende März eines herausgegeben; ich werde es gerne nochmal verschicken.

Biedenkopf: Dann würde mich interessieren, was sich hinter der enormen Kürzung bei dem „Monatsblatt“ verbirgt? Geht da die Erscheinungsform zurück, oder gibt es ein höheres Anzeigenaufkommen, oder wie wird das gemacht?

Kiep: Das ist eine erhöhte Unterstützung aus dem Bereich der Union-Betriebsgesellschaft, die ich vorhin kurz erwähnte. Die möglich ist aufgrund von steuerlichen Dingen, die allerdings wiederum im Bereich der Konrad-Adenauer-Stiftung Schwierigkeiten bringt, aber uns als Bundespartei im Etat unmittelbar entlasten.

Biedenkopf: Sehr gut. Walther, dürfte ich Dich bitten, daß Du zum dritten nochmal einen Satz über die Erfolge mit den Nettospenden sagst? Das wird ja immer sehr stark diskutiert in der Partei.

Kiep: Mit Nettospenden meinst Du die Spenden nach Steuern? Ja, also ich kann nur sagen, daß wir eine zunehmende Tendenz feststellen und daß wir auch in der schwierigen Bundestagswahl 1980, bevor ja diese ganzen Spendengeschichten das Spendenklima insgesamt kaputt gemacht haben, als Bundespartei einen erstaunlichen Erfolg in diesem Bereich hatten. Wir hatten ja etwa acht Millionen Spenden aus diesem Bereich eingenommen. Diese Tendenz, nach Steuern zu spenden, hat sich in den letzten Monaten eigentlich weiterhin bewährt, allerdings auf einem stark reduzierten Niveau, was aber weniger mit der Bereitschaft, dies zu tun, als mit der Tatsache zusammenhängt, daß ganz generell die Bereitschaft auf Grund der Verfahren nachgelassen hat. Wir haben jetzt in Hamburg bei unseren Bemühungen zur Finanzierung unseres dortigen Wahlkampfs

feststellen können, daß die kategorische Aussage nur noch Spenden nach Steuern von den Spendern akzeptiert wurde, wobei sicherlich die Größenordnung pro Spende kleiner geworden ist, aber dennoch der Ertrag eigentlich ganz befriedigend war.

Biedenkopf: Letzte Frage: Wie groß ist der Personalabgang, der durch die Archivverlagerung erfolgt ist? (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ungefähr 20.

Wörner: Ich möchte eine Bemerkung machen, die für viele hier sicherlich neu ist. Wenn ich mir in der Hauptabteilung II anschau die stellenmäßige Dotierung der Abteilung Innenpolitik, der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik und auch der Sicherheitspolitik, fällt mir ein krasses Mißverhältnis zu Lasten der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik auf. Da wir ohne jeden Zweifel im kommenden Wahlkampf es sicher mit einem Schwerpunkt mindestens der anderen Seite zu tun haben, weil wir uns im Vorfeld, glaube ich, sehr viel intensiver mit diesen Feldern befassen müssen, ist meine Frage die, ob man nicht, da an der Stelle eine Erhöhung sicher nicht möglich ist, in der Zeit hier etwas mehr umgruppieren könnte.

Kohl: Herr Wörner, dazu muß man natürlich sagen, daß das alles nicht ausreichend ist, und wenn wir also einigermaßen gefestigt sind, muß diese Seite der Zukunftsplanung, wenn man es so nennen will, im weitesten Sinne des Wortes stärker ausgestattet werden. Nur muß ich sagen, es gibt natürlich auch keinen Bereich, der umgekehrt aus den Gesamtressourcen der Union so gut unterstützt werden kann wie der. Es gibt bei der Stiftung eine eigene Abteilung, deren tragende, intellektuelle Säulen sich im wesentlichen der Verteidigungspolitik zugewandt haben, und wenn ich die publizistischen und sonstigen Aktivitäten in diesem Bereich aus der Stiftung betrachte, gibt es keinen Bereich, wo so viel gemacht wird. Und daneben haben wir natürlich die vollen Ressourcen der Fraktion. In Sachen Außen- und Sicherheitspolitik hat die Fraktion wirklich einen Mitarbeiterstab, der sich zumindest nach der Zahl, ich glaube auch nach dem Inhalt sehen lassen kann. Ich meine, wenn wir einige haben, die nicht das bringen, was sie bringen sollen, dann müssen wir die Mitarbeiter wechseln; wir sind ja nicht der Caritasverband. Wir müssen klipp und klar aussprechen, nach der Zahl der Leute, die wir haben, sind wir nicht schlecht bestückt. Natürlich ist man immer schlecht bestückt, man will immer noch mehr haben. Aber wenn ich sehe, wo wir überall jetzt gekürzt haben, Herr Wörner, sehe ich keine Chance, da im Moment mehr zu tun.

Ich sage Ihnen voraus, Sie haben mein skeptisches Eingangswort gehört, ich kann noch nicht garantieren, ob wir schon am Ende dieser Kürzungen sind. Wenn alles so geht, wie ich es hoffe, wie wir alle hoffen, gehe ich davon aus, daß wir ab Herbst wieder grünes Licht haben für vielerlei Dinge. Wenn aber – und das hat etwas mit dem gesamtpolitischen Kontext zu tun – die anderen nicht mitmachen, und es kommt da drüben zu keiner Gesetzgebung, dann sage ich Ihnen hinsichtlich der Spendeneingänge schlechtere Zeiten voraus, d. h. also, wir müssen es drehen und wenden, wie wir es stricken können. Im Moment ist das nicht zu machen. Das befriedigt Sie nicht?

Wörner: Nein, vor allem deswegen nicht, weil die Argumente, die Sie gebracht haben, in einem Punkt sicher stichhaltig sind, was die Adenauer-Stiftung angeht, aber in den anderen Punkten ist die Fraktion, beispielsweise in den Feldern der Sozial- und Wirtschaftspolitik, um einen ebenfalls deutlich höheren Anteil besetzt. Rein zahlenmäßig natürlich, zur Qualität möchte ich mich nicht äußern. (*Unruhe. Diskussion.*) Und im

Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik haben Sie die Zuarbeit der Bundesländer, die uns in diesen Feldern nicht zur Verfügung steht. Ich möchte doch bitten, wenn schon die Stellen nicht angehoben werden, sich doch Gedanken zu machen, ob hier nicht umgeschichtet werden kann. Denn ich kriege von den Fachausschüssen immer wieder die Klagen, daß sie gerade in diesem Bereich nicht hinreichend mit Mitarbeitern ausgestattet sind. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also wir haben schon öfter darüber geredet. Es ist auch ganz sicher so, wenn wir wieder Luft haben, dann muß man sich in der Tat auf den Bereich zunächst einmal konzentrieren.

Kohl: Bloß, es ist eine Illusion zu glauben, daß wir in absehbarer Zeit Luft haben. Das muß man noch einmal sagen! Ich bin dafür, daß wir da ganz ehrlich miteinander umgehen. (*Geißler:* Also, das hat schon eine Priorität.)

Koch: Meine Damen und Herren, ich möchte hier zu Seite 2, Punkt 7, Sozialausschüsse etwas sagen. Wenn da eine Umverteilung erfolgen soll, dann hätte ich nichts dagegen. Das sind aber grundsätzliche Fragen. Ich möchte nur auf Folgendes hinweisen: In Schleswig-Holstein hat der SPD-Parteitag Beschlüsse gefaßt gegen Kernenergie usw. Draußen in den Betrieben reden die Betriebsräte etwas anders. Wir brauchen aber auch draußen in den Betrieben den Rückhalt für die Arbeitnehmerschaft. Die Arbeitnehmer opfern ihre Freizeit, aber es darf nicht so weit gehen, daß ein Arbeitnehmer nicht mehr Mitglied eines Kreisvorstands, Bezirksvorstands ist, weil er einfach materiell da nicht zurechtkommt. Wir müssen hier auch etwas ausgeben, um den Arbeitnehmer mit zu beteiligen an manchen Dingen. Heute morgen komme ich aus dem Betrieb, wo schon die Telefone heiß gelaufen sind, weil die SPD in Nordrhein-Westfalen, Rau und all die anderen Leute, jetzt verstärkt versucht, gerade Arbeitnehmerpolitik zu betreiben, beispielsweise mit Neueinstellen von Sozialsekretären usw. Dazu kommen die indirekten Hilfen von DGB-Gewerkschaften. Morgen findet in Sprockhövel²⁴ dazu ein Gespräch statt, ich will nur darauf hinweisen. Deshalb bitte ich dringend darum, nochmal zu prüfen, Norbert Blüm oder vielleicht auch Kurt Biedenkopf, ob man da nicht am falschen Ende spart. Wir müssen da also einiges vorbereiten. Was wir bisher erreicht haben, muß weiter forciert werden, auch in Hessen usw. Von Arbeitnehmern, die beispielsweise 1.500 oder 1.700 Mark netto haben und ein paar Kinder, kann man nicht noch zusätzlich Opfer verlangen. Wenn das möglich ist mit einer Umverteilung, nichts dagegen.

Kohl: Also Herr Koch, Sie sind da nicht ganz auf dem neuesten Stand, aber es gibt den guten Willen für die Tat, das haben sie schon im Vorfeld geregelt. Es wird positiv geregelt, wobei nicht alles, was von den Sozialausschüssen ist, sozial verpflichtend für uns ist. (*Unruhe. Heiterkeit.*) – Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Vorlage seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe. Enthaltung. Das ist so beschlossen.

So, jetzt laßt uns mal einen Moment die Geschäftslage angucken. Das gehört auch zum Bild einer Partei. Ich will also jetzt hier schon mal meinen Rochus deutlich machen. Wir sind hier gerade noch 16 von den 34 gewählten Mitgliedern des Bundesvorstandes der CDU. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, aber man muß es mal zu Protokoll geben, weil ich darauf noch einmal zurückkommen will. So kann man natürlich nicht arbeiten. Jetzt haben wir

24 Das IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel ist die größte gewerkschaftliche Bildungsstätte der Welt.

heute um 11 Uhr angefangen, also bis ein Uhr ist das eine wirklich zumutbare Sache. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir dieses wichtige Thema Waffenexport, wo es unterschiedliche Meinungen gibt, mit 16 Leuten hier ausdiskutieren. Halte ich für nicht möglich! Ich halte es von der Sache her für ganz und gar unerträglich! Bis 14 Uhr muß eine Vorstandssitzung wirklich dauern können, Gerhard Stoltenberg kommt von Kiel hierher, das lohnt ja gar nicht für die Anreise. Oder der Ernst Albrecht von Hannover. Oder andere, was weiß ich woher. Natürlich sage ich das, das gebe ich ja zu, der falschen Kirche jetzt. (*Biedenkopf*: Nein, nicht der falschen Kirche.) Also nicht der falschen Kirche, sondern dem falschen Publikum, einverstanden. (*Heiterkeit*.) Aber ich weigere mich jetzt, das Thema hier zu behandeln. Das ist eine ganz ungute Sache. Da brauchen wir wirklich den ganzen Bundesvorstand. Das ist eine Sache, die muß jetzt wirklich bei uns so diskutiert werden, daß es Hand und Fuß hat. Ich lasse mir doch nicht hinten raus, Frau Wex, den Einwand dann entgegenhalten, der Vorstand war nicht mal beschlußfähig! (*Unruhe. Diskussion.* – *Geißler*: Wann haben wir die nächste Sitzung?)

Ich mache den Vorschlag, wir stellen den Punkt jetzt zurück, das bringt uns jetzt nichts. Wir haben an sich ja keine Zeitnot. Es gibt gar keine Zeitnot. Es gibt gar keine Vorgänge in der Sache, die uns jetzt dazu bringen müssen. Ich schlage vor, daß wir jetzt den Punkt nicht machen, denn ich will wirklich einen formell einwandfreien Beschluß haben, der anschließend nicht von irgendeiner Seite angezweifelt wird, zumal ich ganz sicher bin, daß wir uns erst einig sein werden, wenn wir richtig diskutiert haben.

Ich mache den zweiten Vorschlag, daß jetzt der Kollege Klepsch noch vorträgt und daß wir damit abschließen. Denn das wird nichts. Oder sind Sie anderer Meinung? Ich will das nicht oktroyieren, bloß ich will in der Frage nicht den Einwand hinterher hören, wir haben eine Sache beschlossen. Ich will zur Rüstungsexportfrage einen formellen Beschluß haben vom Parteivorstand. Und wir sind nicht beschlußfähig, zumal ich ja nicht weiß, ob wir dann in einer halben Stunde noch weniger als 16 sind. (*Unruhe. Diskussion.*) Einverstanden? Schön ist das nicht.

Darf ich noch eine Sache ansprechen, ich habe etwas vergessen. Unsere Freunde im westfälischen und im rheinischen Landesverband haben aus gutem Grund überlegt mit Blick auf die zukünftige Entwicklung, was man tun kann, um das offenkundige Unionsdefizit im Ruhrgebiet zu verbessern. Da gab es immer wieder Ansätze in der Vergangenheit, jetzt soll erneut dort eine konzentrierte Aktion gemacht werden. Die ist in der Woche nach der Hessen-Wahl, zwischen dem 25. September und dem 2. Oktober. Da wird eine große Aktion, möglichst wirklich in den Schwerpunktgebieten durchgeführt. Meine Bitte ist, daß wir so verfahren. Ich schreibe Sie alle noch einmal an und bitte Sie dann sehr herzlich, daß jedes Bundesvorstandsmitglied einen Termin zur Verfügung stellt. Das muß sein. Ich selbst beginne am Samstag, dem 25. September, vermutlich in Recklinghausen. Ich mache schon mal heute abend in Bochum eine Großveranstaltung. Es ist zwar jetzt keine Wahl, aber dort bewegt sich etwas. Alles, was wir eben über Arbeitnehmer geredet haben, gilt natürlich in hohem Maße für diese Region in besonderer Weise. Jetzt müssen wir dort sein. Also meine Bitte ist, wenn ich Sie anschreibe, daß Ihnen nur eines einfällt, postwendend zu antworten und einen Termin zu nennen. Einverstanden? So, jetzt Egon Klepsch.

Klepsch: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Es wird eine Ausarbeitung von mir verteilt „Europa '82 – Bilanz und Perspektiven“. ²⁵ Dieses Papier bitte ich als Ergänzung dessen, was ich vortrage, anzusehen. Es bezieht sich auf eine Situationsschilderung und die Perspektiven, die sich daraus ergeben, bezieht sich aber nicht auf den engeren Gegenstand, den ich Ihnen jetzt vortrage, sondern ist gewissermaßen unentbehrlich als beizuziehendes Papier.

Es ist erforderlich, die zweite europäische Direktwahl im Juni 1984 ²⁶ rechtzeitig und ausreichend vorzubereiten. Dabei muß man eine Reihe von Problemen in Rechnung stellen. Erstens, die politischen Szenarien in Europa und die mutmaßlichen Entwicklungen bis 1984. Darauf wird hier eingegangen. Und natürlich müssen wir einbeziehen auch die Verknüpfung mit den innerstaatlichen Entwicklungen in den Ländern, auch die für 1984 vorgesehene Frage des Beitritts von Spanien und Portugal, die ja beide gemeinsam aufgenommen werden sollen. Diese drei Elemente muß man bei der Betrachtung sehen. Zweitens, man muß davon ausgehen, daß das Gros unserer Bürger nahezu nicht oder zu wenig oder – das möchte ich hinzufügen – sogar hauptsächlich Falsches über die Europäische Gemeinschaft weiß und daß auch bei den sogenannten Informierten ein großes Informationsdefizit besteht.

Nun wird wahrscheinlich die Europawahl 1984 in den Hauptländern der Gemeinschaft als Stimmungsbarometer eine besondere Rolle spielen, denn in Frankreich und Deutschland finden relativ kurze Zeit später nationale entscheidende Wahlen statt. In England und Italien werden diese voraussichtlich früher sein. Aber die Europawahl wird eine besondere Rolle in der Frage der Bestätigung des nationalen Wahlergebnisses spielen. Sollte der Beitritt Spaniens, wie ins Auge gefaßt, zum 1. Januar 1984 erfolgen, wird auch in diesem Falle die Europawahl eine große nationale Bedeutung haben. Das sage ich nur, um deutlich zu machen, daß man die skeptischen Betrachtungen über die nationale Bedeutung der Europawahl von diesen Gesichtspunkten her gesehen auch in mal in einer anderen Blickrichtung sehen muß. Nun ist es so, daß infolge anhaltend ungelöster Probleme sich die Gemeinschaft in einer schwierigen, krisenähnlichen Situation befindet. Die Entscheidung über die Frage des Mandats vom 30. Mai ist noch nicht getroffen. ²⁷ Für die notwendige institutionelle Weiterentwicklung der Gemeinschaft gibt es in der Entscheidungsfähigkeit des Ministerrats zwar einen hoffnungserweckenden Ansatz seit der diesjährigen Agrarpreis-Entscheidung auf der Grundlage eines Mehrheitsbeschlusses ²⁸, aber der Beitritt weiterer Mitglieder droht den Entscheidungsprozeß völlig lahmzulegen. Die Grundentscheidung, um die die ganze Zeit gerungen wird, ist, ob eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft erfolgt, oder ob man sie entsprechend den vor allem in Großbritannien vorhandenen Einstellungen einfriert und umgestaltet, was auf eine bloße Zollunion mit außenpolitischer Kooperation hinausliefe.

25 Tischvorlage in ACDP 07-001-1035.

26 Am 17. Juni 1984.

27 Vorschläge der EG-Kommission für eine Haushaltsstrukturreform mit den Kernpunkten Agrarmarkt und Beitragszahlungen der Mitgliedsstaaten aufgrund des Mandats vom 30. Mai 1980, auszuführen bis Ende Juni 1981 (Pressemitteilung über die EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980). Vgl. Europa-Archiv 1980 D 378.

28 Neuregelung der EG-Agrarpreise bei der EG-Ratstagung der Landwirtschaftsminister am 17./18. Mai 1982 gegen die Stimme Großbritanniens.

Wenn ich sage – das werden Sie auch in meinem Papier sehen, das jetzt verteilt worden ist –, daß ich trotzdem hoffnungsvolle Ansätze sehe, so gründen sie sich darauf, daß die Gemeinschaft in Zeiten, wo besondere zusätzliche Belastung auf sie zukommt, sich auch gezwungen sieht, die eigene Interessenlage zu überprüfen. Und man erinnere sich vielleicht daran, daß die Verträge von Rom²⁹ entstanden oder durchgekommen sind nach dem mißglückten Suez-Abenteuer von England und Frankreich³⁰ und daß – damals war das für Frankreich besonders bedeutsam – die Falkland-Krise³¹ die Engländer in besonderer Weise auf die europäischen Verbündeten hingewiesen hat und daß das innerhalb der britischen politischen Kräfte auch einen entsprechenden Umdenkungsprozeß eingeleitet hat. Natürlich, manches ist aus der Not geboren, was da jetzt an Konzessionen erfolgte, aber daß es überhaupt erfolgte, daß die Gemeinschaft in einem Prozeß ist, der eine Weiterentwicklung möglich machen könnte, ist wichtig.

Ich möchte aber für uns sagen, daß wir für die Europawahl 1984 zweierlei deutlich zu machen haben. Erstens, daß die Christdemokraten im Europäischen Parlament ein ideologisches Abdriften nach links in Europa verhindert und für klare politische Aussagen gesorgt haben. Die Aufgabe der CDU ist es, die Alternativen zu deklarieren. Ich will einige Beispiele nennen, die man beliebig ausdehnen kann. Natürlich brauchen wir dafür einen gut ausgearbeiteten Katalog. Zum Beispiel die Frage der Entscheidung des Europäischen Parlaments in der Frage der Mitbestimmung im europäischen Bereich, die gänzlich nach unseren Vorstellungen gestaltet werden konnte. In den verschiedensten Bereichen des Umweltschutzes haben wir uns durchsetzen können gegenüber ganz extremen Vorstellungen, die die Sozialisten aufbieten, aber man kann das auch bei Bereichen sehen wie Polen oder die Türkei³² oder Falkland, wo in all diesen Fällen die Mehrheit des Europäischen Parlaments einen gemeinschaftsbezogenen und zukunftsweisenden Standpunkt einnahm. Allerdings, das muß man freimütig sagen, weil unsere Fraktion das geschlossene Rückgrat dafür bildete. Das können Sie auch bei der Frage der Lösung der Agrarpreisprobleme und Fragen des Inangriffnehmens der Agrarstruktur, der Haushaltsfragen insgesamt nehmen. Der eine Teil, glaube ich, den wir deutlich zu machen haben, ist, daß wir dafür gesorgt haben, daß in Europa kein ideologisches Abdriften erfolgt ist, daß wir klare politische Aussagen in allen wichtigen Fragen zu machen haben.

Zweitens glaube ich, daß die CDU und natürlich auch die Europäische Volkspartei ihre Rolle als die Europapartei glaubwürdiger halten und sichtbarer machen muß. Das,

29 Die Römischen Verträge wurden am 25. März 1957 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet und traten am 1. Januar 1958 in Kraft.

30 Die Verstaatlichung der mehrheitlich britisch-französischen Suezkanal-Gesellschaft durch Ägypten führte im Oktober 1956 zu einem Luftlandeangriff einer Allianz aus Großbritannien und Frankreich auf Ägypten und zu einer Besetzung der Halbinsel Sinai und des Gazastreifens durch israelische Streitkräfte. Nach Intervention der USA und der UdSSR wurde die Krise im März 1957 beigelegt.

31 Krieg zwischen Argentinien und dem Vereinigten Königreich um die Falklandinseln von April bis Juni 1982. – Vgl. dazu Erklärung des Europäischen Parlaments vom April 1982 (ABl. der EG, C 125 vom 17. 5. 1982, S. 71).

32 Am 12. September 1980 hatte die türkische Armee geputscht und eine Militärdiktatur errichtet. In der Sitzungswoche vom 6.–10. April 1981 gab das Europäische Parlament eine Erklärung über die innenpolitische Entwicklung in der Türkei ab, verbunden mit der Androhung, das Assoziierungsabkommen mit der EG außer Kraft zu setzen, wenn nicht binnen zwei Monaten wieder demokratische Institutionen eingeführt werden (Jahrbuch der Europäischen Integration 1981 S. 532).

glaube ich, muß man sagen, daß es keinerlei realistische Alternative zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft gibt, wenn man Frieden und Freiheit bewahren will. Man kann auch hinzufügen, daß alle Mitgliedsländer, was immer sie reden, sich darüber klar sind, daß sie auf die Europäische Gemeinschaft nicht verzichten können, daß sie alle ihre Vorteile daraus ziehen und natürlich auch die Bundesrepublik Deutschland in erheblichem Maße.

Trotzdem möchte ich bei dieser Einstellung sagen, daß sich bei einer Reihe von Fragen das Problem stellt, daß je nachdem, ob wir Regierungspartei sind oder nicht im Jahre 1984, sich die Frage stellen wird, die Aussagen zu differenzieren, die wir treffen, wobei ich aber auch bei diesen beiden Hauptpunkten, glaube ich, keinerlei Einschränkungsfragen sehe. Aber ich möchte noch einmal sagen, wenn wir uns als Europapartei deklarieren, dann ist es klar, daß wir auch auf die Karte setzen müssen, Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Gegenwärtig muß davon ausgegangen werden, daß verantwortlich für die gegenwärtige Situation in Europa das Versagen der Regierung ist und dadurch mitbedingt die Schwäche der Kommission gesehen werden muß, die ihren Handlungsspielraum und ihre Möglichkeiten, die sie hat, nicht voll nutzen kann, weil der Ministerrat sich so schwerfällig und blockiert darstellt.

Nun aus dieser Situation heraus stellt sich die Frage, was wir mit der zur Verfügung stehenden Zeit anfangen. Ich glaube, daß wir zwei Phasen sehen müssen: eine erste Phase, die jetzt meines Erachtens am 1. August dieses Jahres beginnt und die bis Ende Juli nächsten Jahres zu sehen ist, die ich nennen würde eine Phase der Sensibilisierung. Da muß man sich auf die Sympathiewerbung konzentrieren und versuchen, Informationslücken zu schließen, und versuchen, eine Basis für eine zweite Phase zu schaffen. In dieser zweiten Phase, die dann also am 1. August des nächsten Jahres beginnen müßte, müßte die Aufstellung der Kandidaten erfolgen, verbunden mit einer profilierten Werbung für die Positionen unserer Partei.

Hier muß ich noch ein Wort zum Wahlrecht sagen. Das Europäische Parlament hat ja seinen Auftrag erfüllt und einen Wahlrechtsvorschlag gemacht³³, der den Erfordernissen, die wir gestellt haben, entspricht. Soweit mir bekannt ist, ist auch das Bundesinnenministerium durchaus bereit, auf der Grundlage der gefaßten Vorlage das deutsche Wahlrecht entsprechend anzupassen. Das würde allerdings keine wesentlichen Veränderungen erbringen. Das verabschiedete Wahlrecht geht ja von Großwahlkreisen mit drei bis 15 zu wählenden Abgeordneten aus, die miteinander im Verhältnisausgleich national verbunden sind. Das würde für uns bedeuten, daß wir an dem im letzten Wahlkampf geübten Verfahren festhalten können, allerdings, daß es ein Problem gibt. Die drei Länder, Hamburg, Bremen und Saarland müßten mit einem anderen Land zusammen einen Großwahlkreis bilden, und Nordrhein-Westfalen müßte einen nordrheinischen und einen westfälischen Wahlkreis haben. Ich halte das nicht für besonders schwierig, das für Deutschland anzuwenden. Da wir aber die Mindestzahl drei festlegen konnten, finde ich es sehr elegant gelöst.

33 Am 10. März 1982 hatte das Europaparlament einen Vorschlag für einen Akt zur Aufnahme verschiedener Bestimmungen eines einheitlichen Wahlverfahrens für die Wahl der Mitglieder des Europaparlaments vorgelegt (Abl. der EG 1982 C 87 S. 61 und 64), vgl. auch Beschlußvorlage und Alternativvorschlag der EVP-Fraktion zum Wahlrecht ACDP 09-001-144/2.

Das gilt für das Wahlrecht also. Natürlich müßte das bis dahin verabschiedet sein. Zwischen Bundestagsfraktion und unseren Kollegen im Europäischen Parlament sind darüber eingehende Gespräche bereits geführt, und es ist auch der Versuch gemacht, mit den Freunden aus den Ländern den entsprechenden Kontakt zu finden. Für beide Phasen gilt es meines Erachtens, unsere internationalen Beziehungen insbesondere zur Europäischen Volkspartei und unseren Schwesterparteien zu nutzen. Ich glaube, daß wir auch geeignete Mitwirkende aus diesem Bereich bei allen passenden Gelegenheiten einbeziehen sollten und auch können. Die Bereitschaft dazu ist überall vorhanden.

Außerdem sind meines Erachtens alle Maßnahmen zu ergreifen, die dazu dienen, den Bürger die Gemeinschaft erleben zu lassen und ihm ihre Fortschritte nahe zu bringen. Da gibt es kleine Sachen, wir werden jetzt bis Ende des Jahres den europäischen Paß und den europäischen Führerschein endlich bekommen, die Zahl der Grenzübergangskontingente, harmonisierende Maßnahmen in den Grenzregionen und Ähnliches. Meines Erachtens müßte für die Koordinierung der Maßnahmen, ihre Planung und Durchführung, ein Komitee beim Präsidium gebildet werden, das alle im wesentlichen Beteiligten mit einbezieht, und es müßte auch eine laufende Zusammenarbeit mit der CSU erfolgen, die meines Erachtens ohne Schwierigkeiten sicherzustellen ist. Aber natürlich ist das Wichtigste in beiden Phasen, die Mitwirkung der Medien zu gewinnen. Denn ohne diese ist es sehr schwer, sich vorzustellen, wie man das Ganze durchsetzen kann. Und so ist in der ersten Phase, glaube ich, eine der wichtigsten Aufgaben, auch eine bessere Information aller Gliederungen unserer Partei sicherzustellen. Nun gibt es natürlich dafür eine Fülle von zu treffenden Maßnahmen. Ich weiß nicht, ob ich die Vorstellung, wie man das alles verwirklichen kann, die ich natürlich hier aufgelistet habe, jetzt vortragen soll. Ich denke, das ist eine Extra-Vorlage, die zunächst dem Präsidium unterbreitet werden sollte.

Ich möchte nun nur noch ein Wort sagen zu dem Papier, das über das jetzt Gesagte hinaus Inhalte enthält, die ich nicht vorgetragen habe, von denen ich aber glaube, daß Sie die einmal durchsehen sollten. Ich möchte Ihnen drei Anmerkungen dazu sagen. Es ist richtig, daß der allgemeine Zustand der Europäischen Gemeinschaft also herzerreißend ist, aber es gibt eben auch Ansatzpunkte, die für uns einen Ausweg eröffnen können und, wie ich meine, auch einen Ausweg öffnen werden, weil alle Beteiligten ohne diese Europäische Gemeinschaft nicht auskommen können. Wir sind in der glücklichen Lage, daß sich an einer Grundtatsache nichts ändern wird, der Zerrissenheit der Sozialisten in der Europäischen Gemeinschaft. Es gibt keine Möglichkeit für sie, sich in den wirklich zentralen Fragen auf eine gemeinsame Linie zu verständigen. Deshalb, je konkreter man sich mit der wirklichen Politik der Europäischen Gemeinschaft auf welchem Felde auch immer, auseinandersetzt, um so leichter ist es für uns, die Auseinandersetzung mit den Sozialisten zu bestehen, weil die jeweils nur national geprägte Auffassungen anzubieten haben, die ganz extrem auseinander liegen. Wir sind auch in der etwas glücklicheren Lage, würde ich sagen, daß der Hauptmitbewerber unserer Partei, das sind die Liberalen, in der Schwierigkeit ist, die innere Auseinandersetzung zwischen den Rechten und den Linken auszuhalten, die sich weiterentwickelt hat. Das ist vielleicht nicht für jedermann so sichtbar geworden, aber in Frankreich sehen Sie das am besten am Versuch von Frau

Veil³⁴ und einer Gruppe gewählter Abgeordneter der Giscard-Liste aus der letzten Wahl, Anschluß an Mitterrand zu finden und also die alte radikal-sozialistische Partei wieder als Modell zu beleben. Hier würde ich besonders darauf hinweisen, daß es wichtig ist, und ich sage das in vollem Bewußtsein, daß wir eine Schwesterpartei in Frankreich und die Entwicklung des RPR in unsere Überlegungen miteinzubeziehen haben, denn unser Eindruck im Parlament ist, daß der RPR sich auf uns zu entwickelt und sich auch darum bemüht, sich in seinen europapolitischen Vorstellungen für uns als akzeptabler Partner darzustellen.

Ich möchte noch ein Letztes sagen. Selbstverständlich müßten viele Beispiele und viele Fragen angeführt werden, aber im ganzen, glaube ich, haben wir eine gute Chance, wenn wir uns an die Arbeit machen, in dieser Strukturierung der zwei Phasen die Europawahl 1984 so vorzubereiten, daß wir ein noch besseres Ergebnis als das letzte Mal insgesamt in Europa erreichen.

Ein Sonderwort zur Lage in Großbritannien. Da darf man natürlich nicht übersehen, daß die Frage der Europawahl 1984 in Großbritannien sich etwas anders darstellen wird als die gegenwärtige Großwetterlage. Wir müssen damit rechnen, daß die Partei, die unter der Führung von Herrn Jenkins³⁵ gebildet worden ist, die sich sozialdemokratisch nennt, eine gute, eine bessere Ausgangsposition möglicherweise für 1984 hat, als sie es jetzt bei Neuwahlen in Großbritannien im Rahmen des Falkland-Konfliktes hätte. Und trotzdem gehe ich davon aus, daß die Konservative Partei eine gute Chance hat, ein gutes Wahlergebnis 1984 zu erhalten, jedenfalls auf der Grundlage einer veränderten innenpolitischen Situation, wie sie sich jetzt in England darstellt und wie sie bei einigermaßen gelungenem Verknüpfen des Ausgangs der Falkland-Operation im Zusammenhang mit der Europäischen Gemeinschaft als Rückwirkung sonst zu verspüren sein wird.

Herr Vorsitzender, so viel zur Einführung. Ich möchte noch einmal sagen, das, was ich hier mündlich vorgetragen habe, steht nicht in dem Papier, das verteilt worden ist. (*Beifall.*)

Kohl: Vielen Dank, Egon Klepsch. Es gibt eine Reihe von Hausaufgaben, das ist hier heute praktisch eine Einführung in das Thema. Ich glaube, jeder von uns spürt, daß wir, wie immer sich die sonstige politische Lage entwickelt im Jahr 1984, ein Mordsproblem haben werden, die Wähler zur Wahlurne zu bringen, ein gutes Ergebnis zu erzielen und Europapolitik, die selbst die Fachleute kaum mehr verstehen, verständlich gegenüber jedermann zu machen. Ich halte jetzt auch gar nicht viel von PR-Tricks, sondern ich glaube, wir müssen jetzt erstmal im eigenen Haus anfangen. Die Europapolitik ist in Wahrheit in der Partei Konrad Adenauers heute nicht mehr populär; es hat gar keinen Sinn, darum herum zu reden. Es sind viele Leute bei uns, die das noch verstandesmäßig einsehen, aber wir haben die gleichen psychologischen Gegebenheiten, wie sie andere auch haben. Das heißt, wir haben da ganz einfach unsere Probleme, die damit zusammenhängen, daß halt das Gesamtklima nicht sehr europafreundlich ist. Das fängt in den Medien an, und das geht in den Alltag der Entscheidungen der Kommission über. Ich

34 Simone Veil (1927–2017), Juristin, französische Politikerin (UDF); 1974–1979 Ministerin für Gesundheit, ab 1977 zugleich für soziale Sicherheit, 1979–1993 MdEP (1979–1982 Präsidentin des Europäischen Parlaments) 1993–1995 Ministerin für Soziales, Gesundheit und Stadtwesen.

35 Roy Harris Jenkins (1920–2003), Politikwissenschaftler, britischer Politiker (Labour, ab 1981 Social Democratic Party); 1964/65 Luftfahrtminister, 1965–1967 Innenminister, 1967–1970 Schatzkanzler, 1977–1981 Präsident der Europäischen Kommission.

merke immer nur die Europapolitik, wenn irgendwas ins Haus steht, was Leuten zuwider ist, oder wo sie etwas dagegen haben. Jetzt habe ich einen breiten Briefeingang wegen des Reinheitsgrades des Bieres in Europa³⁶, das ist nun wirklich eine bewegende Sache. Der Brauereiverband ruft auf und mobilisiert jedenfalls mehr europäische Einsprüche als viele andere mit klugen Reden.

Es hat gar keinen Sinn, darum herum zu reden. Deswegen mache ich folgenden Vorschlag: Der Kollege Klepsch bringt jetzt mal die Dinge an Maßnahmen zu Papier, die wir zum Teil vorbesprochen haben, die er hier vorgetragen hat. Wir müssen danach die Sache sehr bald wegen der Kommission, die wir einsetzen müssen, im Präsidium vorberaten und dann hier nochmal eine richtige Beschlußvorlage in den Bundesvorstand bringen. Wir müssen meines Erachtens unmittelbar nach der Sommerpause, was sonst immer passiert, auf dieser Schiene Europawahl, Vorbereitung Europawahl, Europapolitik tatkräftig anfangen. Machen Sie sich keine Illusionen, wir werden da in der Öffentlichkeit wenig Zuspruch finden, aber die zwei Jahre sind im Nu vorbei, und der Wahltag steht vor der Tür. Und da wird alle Welt fragen, was habt ihr getan? Dabei ist natürlich auch wichtig das Einbinden der Mitglieder des Europäischen Parlaments in die Alltagsarbeit. Da können die Landesverbände mehr tun als bisher, d. h. also in entsprechenden Auftritten vor Kreisparteitagen und allen möglichen Dingen. Ich finde, da geschieht zu wenig. Es liegt nicht nur an den Kollegen, sogar am allerwenigsten an den Kollegen, sondern es liegt ein bißchen an der Grundstimmung, daß gesagt wird, das ist ein Thema, das keinen Hund interessiert, da brauchen wir gar nicht einzuladen. Das ist eine schwierige Position, aus der wir raus müssen, und deswegen bitte ich sehr dringend darum, daß wir das tun. Egon, nimm das in das Papier auf. Wir haben ohnedies fällige Gespräche mit Intendanten. Die Europa-Feindseligkeit oder Europa-nicht-Kenntnisnahme wird durch das Fernsehen, durch das Radio wesentlich mitgeprägt. Wenn wir von der Seite her keine Unterstützung erfahren, brauchen wir gar nicht anzufangen. Mit den geringen Mitteln der Partei, mit dem Etat, den Sie vorhin mit verabschiedet haben, können Sie da keine Wende herbeiführen.

Und dann der letzte Punkt, der inhaltliche Punkt. In dem Papier stehen natürlich vorzügliche Sachen drin. Bloß, die Fraktion soll halt auch mal dann das eine oder andere massiv vorantreiben. Ich muß sagen, wenn der Budgetkonflikt ausgetragen wird, das Europäische Parlament muß sich – das ist Geschichte parlamentarischer Entwicklungen in allen Ländern, die sich zu einem freien Parlament entwickelt haben – Rechte nehmen, muß kämpferisch auftreten, muß auch den Konflikt wagen. Ich finde, auch wenn das CDU/CSU-geführte Regierungen wären oder christlich-demokratische Regierungen anderswo, es ist ein immanenter Zwang einer jeden Regierung, daß sie Kompetenzen wahren will. Und hier verlangen wir ja beinahe wider die Natur, notwendige Kompetenzen aufzugeben. Ich gebe zu, Herr Schmidt ist besonders ungeeignet, weil er in Wahrheit gar kein

36 Vgl. „Der Spiegel“ vom 11. Januar 1982: „Bier. Strenge Bräuche. Den bundesdeutschen Bierbrauereien droht Verdruß: Der Europäische Gerichtshof könnte das heimische Monopol knacken.“ In Deutschland galt seit 1516 das „Reinheitsgebot“, demnach Bier nur Malz, Hopfen, Hefe und Wasser enthalten darf. Mit Schreiben vom 12. Februar 1982 eröffnete die EG-Kommission in Sachen „Anwendung des Reinheitsgebotes für importierte Biere“ ein sog. „Vertragsverletzungsverfahren“ gegen die Bundesrepublik Deutschland, gestützt auf Art. 30 des EWG-Vertrages, der eine „Behinderung des freien Warenverkehrs“ innerhalb der EU untersagt (Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 12. März 1987 – EuGH Rs. 178/84, Slg. 1987, 1227).

Mann ist, der an dieser Sache interessiert ist. Brandt ist da mehr interessiert, er will zwar ein anderes Europa, aber immerhin er will ein Europa. Schmidt will kein Europa. Schmidt steht mit dem, was er wirklich denkt, Margaret Thatcher sehr viel näher als vielen anderen, die in der europäischen Bewegung tätig sind.

Zusammenfassend also: Erstens, wir werden das Thema Konsequenzen beim Wahlrecht – das muß sehr klug bedacht werden – in diesem Jahr zu verabschieden haben in der Partei, damit es gar nicht im Geruch steht, es hätte etwas mit der Kandidatenaufstellung zu tun. Das ist ganz wichtig, das ist ein ganz wichtiges Ziel, daß wir das in diesem Jahr 1982 machen. Zweitens, wir werden über die Kommission zu reden haben und werden die dann vorschlagen und berufen. Zur Kommission gehört auch die enge Zusammenarbeit mit den Kollegen und Freunden aus der CSU, das ist hier ganz richtig bemerkt worden; aber da gibt es an sich keine Probleme. Wir müssen überlegen an Stellen im Bereich der Medienpolitik, was wir aufgrund unserer Position in den Medien hier tun können zur Popularisierung des Themas. Und wir sollten dann einen richtigen Plan machen, hier auch mit der Bundesgeschäftsstelle über Ablauf und Vorläufe für die Zeit, und das muß dann auf den Weg gebracht werden. Ich glaube, das ist möglich, und ich glaube sogar, daß es vielleicht eine gute Situation im kommenden Winter gibt, wo wir vielleicht ganz froh sind, wenn wir mal so ein Thema haben, das wir unter anderem, neben den allgemeinen Themen, hier reinnehmen können, zumal ja die großen Probleme der Bundesrepublik – denken Sie an die Arbeitslosigkeit – auch europäische Probleme sind. Das war mein Vorschlag zu dem, was hier vorgetragen wurde. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Wörner: Es wird wahrscheinlich jetzt nicht die Zeit sein, das zu diskutieren. Ich will es nur mal aufwerfen, weil ich auf diese Frage gestoßen bin bei der Vorbereitung der Debatte, die wir im Deutschen Bundestag ja noch vor der Sommerpause in der letzten Parlamentswoche haben werden. Ich bin mit dem, was Klepsch sagt, in allen Punkten einverstanden. Ich glaube auch nicht, daß wir Schwierigkeiten haben werden innerhalb der CDU/CSU mit der Weiterentwicklung der Gemeinschaft, aber es gibt zwei kritische Punkte, bei denen auch unsere eigene Position jedenfalls nicht klar genug feststeht.

Das ist einmal die Frage der Weiterentwicklung der Agrarsituation in der Europäischen Gemeinschaft, und das ist zweitens die Frage nach der Finanzierung und der Zukunft der Finanzen. Beides hängt natürlich aufs engste zusammen. Egon Klepsch hat sehr richtig gesagt, unser Standpunkt in diesen beiden Fragen hängt natürlich auch ein bißchen davon ab, ob wir an der Regierung oder in der Opposition sind. Gleichwohl müssen wir uns so schnell wie möglich politische Positionen innerhalb des Bundesvorstandes bei beiden Sachpositionen erarbeiten, denn anders sehe ich keine Möglichkeit, daß wir uns glaubwürdig in Sachproblemen in der Öffentlichkeit vor den Europawahlen darstellen. Dann hätte ich noch eine Verständnisfrage an Egon Klepsch: Erstens, wie beurteilt ihr diese Genscher-Initiative, die er zusammen mit dem Colombo auf den Weg gebracht hat³⁷, und zweitens, besteht da die Chance der Realisierung?

Klepsch: Also, was die beiden ersten Fragen angeht, sind wir in Verhandlungen, unsere Verbindungsleute mit denen der Bundestagsfraktion, um möglichst einen gemeinsamen Standpunkt zu haben. Natürlich ist klar, daß bei solch einer Frage, wie nach der zukünft-

37 Deutsch-italienische Initiative zum Entwurf einer Europäischen Akte vom 6. November 1981. Zu weiteren Diskussionen vgl. ACDP 09-001-349.

tigen Finanzverfassung und der Weiterentwicklung der Finanzfragen der Gemeinschaft, wirklich die Europäische Volkspartei mal einen Sinn hätte, den Versuch zu machen, alle zusammenzufassen. Die Fraktion im Europäischen Parlament hat mit unseren Bundestagsleuten gesprochen, sie hat mit den Holländern gesprochen, mit den Luxemburgern und mit den Iren und in einem gewissen Sinne mit den Italienern, obwohl denen alles recht ist, weil sie ja mehr kriegen werden, wenn mehr Geld verteilt wird. Aber das Problem ist natürlich bei diesen beiden Fragen, daß wir unsere jeweilige innenpolitische Position mit sehen müssen. Das gilt insbesondere für die Agrarfragen. Es gibt aber immer auch eine außenpolitische Komponente bei den Agrarfragen. Das ist das französische elementare Interesse an dieser Sache und das britische entgegengesetzte elementare Interesse an den Fragen der künftigen Agrarstruktur. Hier sehe ich noch Probleme, aber es ist wichtig, daß wir uns da eine gemeinsame Linie zu eigen machen müssen. Ich glaube aber, daß die Volkspartei sich da verständigen kann.

Jetzt ein Wort zur Genscher-Colombo-Initiative, dazu habe ich hier in dem Papier etwas gesagt, was ich verteilt habe. Meine persönliche Beurteilung ist die: Es ist schon ein relativ dünner Aufguß, was da vorgeschlagen wird. Aber es sind vier wirklich weiterführende Elemente in dieser Expertise. Der Ministerrat hat sich bis jetzt damit begnügt, das in verschiedenen Gruppen hin und her zu schieben. Ich gehe aber davon aus, daß alsbald etwas herauskommen wird. Nicht viel, es wird weiter verbessert sein als das, was da drinsteht. Aber ich denke, daß herauskommen wird zumindest, daß man Ansätze für gemeinsame Entwicklungen auf verschiedenen Gebieten, Nahost-Politik, Sicherheitspolitik und Kulturpolitik, sucht. Konkret von denen allen ist meines Erachtens eigentlich nur die Überlegung, ob man auf dem Gebiet der Rüstungspolitik einen gemeinsamen Ansatz findet. Was die Vorschläge aber zur Weiterentwicklung der politischen Institutionen angeht, die da drin enthalten sind, glaube ich, daß die meisten Initiativen, weil sie vorher abgesprochen sind, übernommen werden.

Ich möchte für die Debatte nur sagen, ich glaube, daß die Bundesregierung – obwohl ganz richtig ist, wie der Bundesvorsitzende über Helmut Schmidt gesprochen hat, der Erbstiefvater der Europäischen Gemeinschaft ist der Helmut Schmidt –, wenn sie Herrn Genscher in die Debatte schickt, sich bemühen wird, einige Erfolge vorzuweisen, die ich sehe, die man bis zu dem Zeitpunkt, wenn die Debatte wie vorgesehen stattfindet, vorweisen könnte. Möglicherweise wird man den europäischen Paß vorzeigen.³⁸ Also als Einigung. (*Kohl*: Na gut, das reißt die Leute natürlich von den Stühlen.) Naja, ich sage nur, was sie bringen könnte. Zweitens, sie werden irgendwas aus dem Genscher-Colombo-Papier herausdestilliert haben. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, ich weiß nicht, da ist vorher eine Ministerratstagung. Es hieß, als mir der Termin gesagt wurde, sie könnten aus dem Ministerrat eventuell vorher auch noch etwas rausbringen, das hängt natürlich von der Entwicklung des Falkland-Konflikts ab. (*Kohl*: Was könnten sie rausbringen?) Sie könnten herausbringen drei Sachen meines Erachtens, daß sie Ansätze auf dem Gebiet der Kultur-, der Außenpolitik, und in der besseren Zusammenarbeit und Koordinierung bringen. (*Kohl*: Daß die Europa-Universität in Florenz statt 50 Dozenten 60 hat?) So etwas wird es nicht sein, das können sie nicht bringen. Ich denke, sie könnten auch noch ein Drittes machen. Sie könnten, wenn sie sich verständigt haben über die Regelung der

38 Eingeführt wurde der Europäische Paß im Jahr 1996.

britischen Beitragsfrage, sagen, daß sie für die Jahre 1982, 1983 die Haushaltsstruktur der Gemeinschaft gelöst haben. Mehr aber erwarte ich nicht.³⁹

Kohl: Das kann uns dann auch nicht weiter stören. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich und schließe die Sitzung.

³⁹ Zum Sachstand Ende 1982 vgl. AAPD 1982 Dok. 349.

Berlin, Montag 6. September 1982

Sprecher: Albrecht, Geißler, Griesinger, Hasselmann, Koch, Kohl, Laurien, Pfeifer, Pieroth, Pott, Schwarz-Schilling, Bernhard Vogel, von Weizsäcker, Weberling, Wissmann, Wörner.

Politische Lage. Vorlage des Bundesfachausschusses Kulturpolitik betr. Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 15.15 Uhr

Kohl: Ich würde jetzt sehr gerne anfangen, wenn sich das Fernsehen langsam entfernen könnte. Wir wären ganz dankbar, wenn wir nicht nur aufgenommen werden, sondern gelegentlich einige Spurenelemente des Streifens auch dann in den Nachrichten wiederfinden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, ich darf Sie zur heutigen Bundesvorstandssitzung hier in Berlin alle sehr herzlich begrüßen, besonders Richard von Weizsäcker. (*Beifall.*) Wenn man gestern mittag hier angefliegen kommt und mit dem Taxi, wie sich das gehört, dann ins Hotel gefahren wird, man mit den Leuten redet, ist das halt doch schon ein ganz anderes CDU-Gefühl als in früheren Zeiten. Berlin ist für mich wirklich nicht irgendeine Stadt, unsere Freunde sind endlich dort an der Regierung, und es geht gut voran.

Zur Tagesordnung vorweg und zum Zeitablauf. Wenn Sie damit einverstanden sind, gibt es eine Kleinigkeit zu essen während der Sitzung, möglichst wenig störend, so daß wir durcharbeiten und zwischen 14 und 14.30 Uhr mit der Sitzung zu Ende kommen. Wir beginnen heute mittag mit den Sitzungen der Fraktionsgremien, das entspricht einer guten Tradition. Ich kann uns nur raten, an dieser Tradition eisern festzuhalten, daß wir die Sitzungsperiode der Partei wie der Fraktion im Januar und nach der Sommerpause prinzipiell hier in Berlin eröffnen. Das gibt eine Perspektive, die sehr gut ist. Wer diese dumpfe Gerüchte-Atmosphäre jetzt gerade in Bonn unter der Hoch- und dann wieder wechselnden Niederdruckatmosphäre des Rheintals, politisch wie auch klimatisch, hinter sich bringt, dem tut die Berliner Luft sehr gut; ich empfinde das jedenfalls sehr stark.

Meine Bitte ist, daß wir nach dem Bericht zur politischen Lage miteinander darüber sprechen. Bei den Sachpunkten haben wir heute die Vorlage des Bundesfachausschusses Kulturpolitik zum Zulassungsverfahren beim Hochschulstudium¹, eine sehr wichtige Sache, die mittel- und natürlich langfristig von allergrößter Bedeutung ist, wenn Sie einmal daran denken, was es heißt, wenn die Dinge sich nicht ändern, daß wir bis zum Jahr 1990 130.000 Pädagogen jeglicher Art am Bedarf vorbei ausbilden, um nur mal eine dieser Katastrophenzahlen zu nennen. Toni Pfeifer hat es, soweit ich informiert bin, übernommen, für den Fachausschuß hier den Bericht vorzutragen. Ich darf also den Punkt

1 Tischvorlage (zur Sitzung vom 7. Juni 1982) in ACDP 07-001-1337.

– ich bitte hier um Einverständnis – so aufnehmen. Gibt es Wünsche zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall, dann können wir nach der Tagesordnung verfahren.

Es gibt eine ganze Reihe von Entschuldigungen. Die sind alle, jede Entschuldigung für sich, verständlich. Für mich ist nicht verständlich, und ich sage das hier deutlich, und es ist auch ein Mißverhältnis, daß die Präsenz des Parteipräsidiums im Parteivorstand sichtbar nachgelassen hat. Ich werde in der nächsten Sitzung des Präsidiums darüber reden. Ich halte etwas davon, das dort zu sagen, wo es hingehört. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß das Beschlußgremium der CDU Deutschlands der Bundesvorstand ist und daß das Parteipräsidium den Bundesvorstand bei seinen Entscheidungen berät. Da ich ja ein gesetzestreuer Mensch bin, will ich bei dieser Satzungsbestimmung auch bleiben und Sie bitten, in dem einen oder anderen Gespräch darauf hinzuweisen, daß es schon wichtig ist, wie wir auch in der Präsenz miteinander umgehen. Wir haben nicht so viele Sitzungen im Bundesvorstand in diesem Jahr, so daß ich davon ausgehen könnte, daß dieses wichtigste laufende Arbeitsgremium möglichst in seiner Präsenz sehr gut vertreten ist. Ich will jetzt nicht Sie beschimpfen, Sie sind ja da, sondern ich will nur aus meinen Gefühlen keine Mördergrube machen. Sie wissen ja, es ist für die gesundheitliche Entwicklung sehr gut, wenn man dies nicht runterschluckt, sondern auch rausgibt. Und weil ich gerade noch beim Schlucken und Rausgeben bin, bitte ich auch, daß wir ein paar Wochen vor der Wahl in Hessen und in Bayern heute keinen Rekurs machen in den Sommer, wobei ich aber sehr dafür bin, daß man nach dem 10. Oktober, da sind wir ja noch mitten im Jahr, auch noch einmal über den Sommer reden muß. Bei den Gegebenheiten, die wir haben, daß nahezu alles, was in unserem Gremium geredet wird, sich am Tag danach in der Presse wiederfindet, dazu noch übertrieben und falsch, halte ich dafür, daß wir jetzt nach vorne blicken, um die Freunde in der Wahl zu unterstützen und nicht noch einmal eine Nachlese zu machen. Ich bin aber nicht dafür, die Nachlese zu unterlassen, sondern ich bin dafür, das zum gegebenen Zeitpunkt zu machen. Der ideale Zeitpunkt für all diese Dinge ist der Tag nach der bayrischen Landtagswahl. – Ich darf dann zum Punkt 1 kommen.

POLITISCHE LAGE

Ich nehme an, daß nachher Richard von Weizsäcker noch ein Wort sagt über die Gegebenheiten in der Stadt. Ich empfinde immer wieder hier in Berlin, daß die Probleme der Bundesrepublik sich hier wie im Brennspeigel besonders hart im Raume stellen. Neulich hast Du in irgendeiner Rede, wo ich dabei saß, gesagt, Richard, und ich glaube, das ist richtig, daß die Berliner eigentlich eine Menge Dinge sehen, die bei uns zunächst noch nicht gesehen werden, aber mit voller Härte auch auf uns zukommen. Das kann man hier feststellen seit Jahr und Tag beim Arbeitsmarkt, bei der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der Ausländerdiskussion, um einmal drei ganz wichtige Punkte zu nennen. Das heißt also, auch unter diesem Gesichtspunkt ist es natürlich ganz wichtig, daß wir alles tun, um Berlin zu stabilisieren. Wir werden bei den jetzt anlaufenden Beratungen des Haushalts – ich habe am Donnerstag die Kollegen aus der Fraktion im Haushaltsausschuß bei mir gehabt und habe das ausdrücklich gesagt – das Stichwort Berlin in den Vordergrund stellen bei allen Überlegungen, die haushaltsmäßig zu geschehen haben; denn das ist nicht irgendeine, sondern eine ganz zentrale Frage, die wir sehen müssen.

Das zweite, was hier natürlich in Berlin ganz automatisch anklingt, sind unsere Beziehungen zur DDR. Erfreulicherweise versucht nun die DDR, den Bruch vertraglicher Bestimmungen und gegebener Versprechungen im Blick auf die Aussperrung von Bernd Vogel und unseres Freundes Hoffmann² ungeschehen zu machen, indem anderen inzwischen die Einreise erlaubt wurde. Wir sollten diesen Vorgang nicht vergessen. Man muß ganz klar sehen, was hier an prinzipieller Position der Willkür wieder deutlich geworden ist. Umgekehrt kann ich nur unterstützen, was Bernd Vogel gleich nach diesem Ereignis gesagt hat, es darf uns nicht davon abhalten, wo immer möglich in die DDR zu gehen und mit den Menschen zu reden. Gerhard Stoltenberg hat sich ja für die heutige Sitzung entschuldigt, weil er rübergefahren ist. Richard von Weizsäcker und andere waren in den letzten vier Wochen oder fünf Wochen drüben. Ich habe am Rande des Katholikentags in Düsseldorf³ mit Gästen aus der Berliner Bischofskonferenz, also aus den Bistümern der DDR gesprochen, ob das nun der Bischof Schaffran⁴ oder andere waren; ich will die anderen nicht nennen. Da ist ganz deutlich geworden, daß dort größere Erwartungen bestehen als nur der Wunsch, privat Leute aus dem Westen zu sehen. Sie sehen im guten Sinne des Wortes, öffentlich würde ich das Wort nicht verwenden, vielmehr eine demonstrative Haltung darin. Je mehr von uns rübergehen, um so besser ist das. Einer dieser Gäste hat mir auch gesagt – das will ich hier einmal weitergeben, weil es ja wesentlich auch ein Erfolg von Ihnen allen mit ist, weil sie auf diesem Weg hier mitgegangen sind, mitgewirkt haben –, daß in der DDR, vor allem in kirchlichen Kreisen die Erkenntnis sehr gewachsen ist, daß sich gerade die Union um die DDR-Probleme besonders bemüht, weil besonders viele aus der Führungsschicht der Union, vor allem der CDU, rübergekommen sind. Im Blick auf die letzten eineinhalb Jahre sind es mit Sicherheit wesentlich mehr als etwa aus der SPD. Und gerade weil viele unserer Freunde dies so privat und nicht demonstrativ tun mit öffentlichen Ankündigungen, verfehlt es seinen Eindruck auf die, die sich besonders in dieser Frage engagiert fühlen, natürlich nicht. Deswegen noch einmal meine Aufforderung und meine Bitte, ungeachtet dieser jetzigen Erfahrung, wir wollen alles tun, um dafür Sorge zu tragen, daß die Einheit der deutschen Nation sich im Menschlichen selbstverständlich lebt und demonstriert. Dazu gehört eben, daß wir rübergehen und vielleicht noch mehr in der Partei anregen, daß auch andere rübergehen.

Ich will zu den außenpolitischen Dingen nur zwei kurze Bemerkungen machen. Das Zentralthema jeder deutschen Außenpolitik, die Erhaltung von Frieden und Freiheit – das brauche ich hier nicht zu betonen –, hängt natürlich zusammen mit unserer Partnerschaft und Freundschaft mit den Vereinigten Staaten. Alle, die von dort kommen, alle Kollegen und Freunde, die rüberfahren, auch Geschäftsleute, die das gar nicht auf der politischen Ebene tun, kommen mit dem mehr oder minder deprimierenden Eindruck zurück, daß wir uns einem Tiefpunkt der Entwicklung nähern. Sie kommen mit einem Grundeindruck zurück, daß die Franzosen, Herr Mitterrand, vielleicht sehr viel kessere

2 Heiko Hoffmann (geb. 1935), Jurist; 1973–1992 MdL Schleswig-Holstein (1979–1985 und 1988–1991 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1985–1988 Justizminister. – Vogel und Hoffmann war am 21. bzw. 22. Juli 1982 die Einreise in die DDR ohne Begründung verboten worden.

3 Vom 1.–5. September 1982 in Düsseldorf (Motto: „Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt“).

4 Gerhard Schaffran (1912–1996), katholischer Theologe; 1970–1987 Bischof von Meißen bzw. Dresden-Meißen, 1980–1982 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz.

Reden führen als Herr Schmidt, aber daß sie eben aus der alten Tradition, von Lafayette⁵ her, sich in Washington mehr erlauben können als die Deutschen. Wir müssen jetzt halt die Konsequenzen tragen. Der Schmidt-Besuch⁶, Ferien- und Politikbesuch im Sommer miteinander vermischt, war ein Fiasko. Ich glaube, daß es ganz wichtig ist, daß wir uns klar machen, bei allem, was jetzt in der Bundesrepublik geschieht, daß die Frage von Frieden und Sicherheit, nämlich die Frage der NATO, auf der Tagesordnung das Thema schlechthin ist. Alles andere, so wichtig es ist, vor allem menschlich bewegend es ist, wie Arbeitslosigkeit, Wiederbelebung der Wirtschaft, Zukunftschancen der jungen Generation, wäre umsonst, auch wenn wir Positives tun können, wenn wir in dieser Grundfrage nicht durchhalten. Ich will nachher noch etwas zum Katholikentag sagen; dort war das ja auch ein ganz zentraler Punkt.

Und dann bitte ich Sie auch zu berücksichtigen – ich finde, das wird zu wenig bei uns gesehen –, daß sich das Wirtschaftsklima in den Vereinigten Staaten erheblich verändert, daß, so wie es jetzt aussieht, niemand kann das genau vorhersagen, eine ganz gute Chance besteht, daß die jetzige Administration den Aufschwung hinbekommt, zumindest bis zum Wahltag 1984, und daß die jetzige Administration und ihr Präsident natürlich aus einer solchen Position der innenpolitischen Verstärkung ihrer Gesamtlage wieder kandidiert und nicht ein anderer kandidiert. Die Vereinigten Staaten werden jedenfalls auf ihrer Position beharren, daß Arbeitsteilung im Blick auf Verteidigung auch bedeutet, daß die Europäer, und die Europäer sind immer die Deutschen, das ihre tun müssen; und das ihre tun, heißt im Vergleich zu der jetzigen Situation eher mehr denn weniger. Ich finde, wir sollten den neuen Vorstoß des amerikanischen Präsidenten im Nahen Osten⁷ mit Sympathie begleiten und ihn unterstützen. Wir sind jetzt nicht berufen zu großen öffentlichen Erklärungen, aber es gibt eine ganze Summe von Kontakten mit den Leuten, die auf jeder Ebene aus Israel kommen, die auch bei uns auch zu Gast sind. Ich glaube, es ist ganz wichtig, daß die Freunde Israels – und dazu zählt ja die CDU Deutschlands in vorderster Linie – das Wesen von Freundschaft auch so begreifen, daß man dem Freund in einer schweren Situation sagt, was man denkt in einer konkreten Sache. Es wäre natürlich schon ein Gottesgeschenk, wenn wir ein Stück auf dem Weg beim Ausgleich Israels mit den arabischen Nachbarn vorankommen würden, so lange diese Nachbarn überhaupt noch unter gemäßigerer Gesprächsatmosphäre fähig sind, ein Stück voran zu gehen.

Letzter Punkt zu diesem Gesamtkontext Außenpolitik. Am Rande des Katholikentags war es auch möglich, mit den wichtigsten Leuten, die aus Polen kamen, intensive Gespräche zu führen. Ich habe am Freitagabend noch mit dem Bundeskanzler darüber gesprochen, der hat in seiner Weise die gleichen Gesprächspartner ja auch gehabt. Unsere Eindrücke sind völlig übereinstimmend sehr deprimierend, und zwar nicht, was die Glaubenskraft betrifft, damit ich nicht mißverstanden werde, sondern was die langfristige Perspektive betrifft, was mittel- und kurzfristig eben dort gesehen wird. Es ist ganz

5 Marie-Joseph-Paul-Yves-Roch-Gilbert du Motier, Marquis de La Fayette oder Lafayette (1757–1834), französischer General und Politiker (1777–1781 Generalmajor im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg).

6 Schmidt hatte sich vom 20.–30. Juli 1982 bei einer als privat bezeichneten zehntägigen Reise in den USA und in Kanada aufgehalten und Gespräche u.a. mit Gerald Ford, Alexander Haig, Henry Kissinger, dem neuen US-Außenminister George Shultz und dem kanadischen Premierminister Pierre Trudeau geführt (vgl. dazu „Die Zeit“ vom 6. August 1982: „Weit weg von den ‚kleinen Karos‘“).

7 Zu Reagans Nahostplan vom 1. September 1982 vgl. AdG 1982 S. 25927–25929.

eindeutig, daß das Regime von Jaruzelski es nur schaffen kann, wenn es wieder Schritte tut etwa im Blick auf die Gewerkschaft, die die Sowjetunion nicht billigen wird. Aber es wird das nicht schaffen. Das ist ein Teufelskreis.

Ich finde, gerade in dieser Lage, wo die Dinge ja beinahe irrational sich entwickelt haben, ist es um so wichtiger, daß wir die moralische Position, die dort vertreten ist, vertreten und daß wir nicht nur über Hilfe reden, sondern die Hilfe tatsächlich leisten. Es ist eines der geschichtlichen Geschenke des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts, nach all dem, was da war zwischen Deutschen und Polen, daß sich jetzt aus dieser Notsituation diese Möglichkeit ergibt. Das müssen wir im besten Sinn des Wortes, nicht vordergründig verstanden, nutzen, obwohl es viele unserer Anhänger nicht verstehen. Die menschliche Natur ist so, wie sie ist. Ich habe mich jetzt aus einem ganz konkreten Anlaß am Ende der Ferien mit den in den letzten Wochen publizierten Akten, also nicht irgendwelchen Erzählungen, und dann den darauf folgenden anderthalb Jahren des Zusammenbruchs in Oberschlesien und Schlesien beschäftigt. Ich bin kein Richter. Wenn ich mir vorstelle, ich wäre dort 15 Jahre alt gewesen, wie zu Hause in Ludwigshafen 1945, und ich hätte dies alles durchlaufen, ich weiß nicht, ob ich heute mit 52 Jahren fähig wäre zu sagen, das ist Vergangenheit, oder ob das nicht in einem weiterwirkt bis hin zum Haß, was ganz gewiß kein guter menschlicher Ratgeber ist. Aber mich erreichen fast täglich, weil ich in jeder Rede im Wahlkampf auch darauf eingehe, Briefe von überzeugten Anhängern der Union, die nicht vergessen können. Ich mache mir immer die Mühe und schreibe denen sehr persönlich, weil das ja die einzige Möglichkeit ist. Aber wir müssen da durch, wir müssen für die Generation unserer Kinder und denen, die danach kommen, da durch und müssen bei denen, die das erlebt haben, um Verständnis werben für eine menschliche und eine, wie ich auch finde, zutiefst christliche Haltung.

Und vielleicht ergibt sich da eine Chance – ich kann mir vorstellen, daß das auch ungeachtet aller religiös, konfessionell, glaubensmäßigen Gegensätze für einen evangelischen wie für einen katholischen Christen eine tröstliche Sache ist –, mit der Heiligsprechung von Maximilian Kolbe⁸, was jetzt angestrebt wird. Es geht ja nicht um die Frage der Heiligsprechung, sondern um das Deutlichwerden an diesem Leben, was zwischen den Völkern steht und was sich auch zum Guten wenden kann; das ist eine Gnade der Geschichte. Ich finde, daß das vielleicht eine Chance ist, und ich überlege, wie wir bei der Gelegenheit von unserer Seite eine Geste machen, wenn dieses Ereignis ist, ohne daß das penetrant ist – das ist keine parteipolitische Sache –, und mit Leuten, die Ämter haben, jetzt nicht durch Parteiämter, sondern durch ihre Köpfe und ihre Persönlichkeit in Erscheinung treten. Ich fand das schon ungewöhnlich eindrucksvoll, und viele haben das so empfunden und wahrscheinlich im Fernsehen auch, wie gerade am Leben dieses Maximilian Kolbe der Kardinal von Krakau⁹ und der Erzbischof von Paris¹⁰, dessen Familie ja zum größten Teil in Auschwitz umgebracht wurde und der selbst ja auch seiner Ab-

8 Maximilian Maria (Geburtsname Rajmund) Kolbe (1894–1941), polnischer Franziskaner-Minorit (OFMConv). Er wurde am 14. Februar 1941 von der Gestapo verhaftet, weil er Juden Zuflucht gewährt hatte, und ins Konzentrationslager Auschwitz verbracht, wo er sein Leben für einen anderen Häftling einsetzte und am 14. August 1941 ermordet wurde. Am 10. Oktober 1982 wurde er heiliggesprochen.

9 Franciszek Kardinal Macharski (1927–2016), katholischer Theologe; 1978–2005 Erzbischof von Krakau (1979 Kardinal).

10 Jean-Marie (Geburtsname Aron) Lustiger (1926–2007), katholischer Theologe; 1979 Bischof von Orléans, 1981–2005 Erzbischof von Paris (1983 Kardinal).

stammung nach Jude ist, wie Sie wissen, diesen Bogen spannten. Interessant war, sie haben ihn beide europäisch begründet. Das ist eine Dimension von Europa, die uns vor lauter Streit über Stahlkontingente völlig abhanden zu kommen droht. Das ist der Punkt Europa, wo ich glaube, daß Sie morgen, genau wie in meiner Zeit vor 20 Jahren, also 1950, junge Leute wieder begeistern können. Dies ist die Perspektive, die junge Leute bewegen kann.

Sie merken an den Punkten, daß ich damit angefangen habe und nicht mit der aktuellen Lage der Koalition, weil ich glaube, unser Thema ist das Grundsätzliche, sind die Wertmaßstäbe. Das, was ansteht, was möglicherweise von uns bewältigt werden muß, liebe Freunde, ist zunächst die Frage der geistig-moralischen Herausforderung. Und dann muß das Materielle folgen. Aber es wird erst ein Reim daraus, wenn diese Reihenfolge stimmt. Anders herum, nur in der Liste abzuhaken, was jetzt gemacht werden muß an Gesetzen, werden wir einen neuen Anfang, so ist meine Meinung, nicht schaffen. Und damit bin ich mitten in der Innenpolitik.

Ich kann das, was die Lage im Wirtschaftlichen betrifft, mit einem Satz machen: Das sind alles katastrophale Entwicklungen, wobei natürlich unsere Wählerklientel auch darunter leidet; lassen Sie mich das hier ganz offen sagen. Wir haben lange darüber gesprochen im Präsidium, daß von dieser schrecklichen Sache wie der AEG¹¹ viel geredet wird, aber von den vielen zehntausenden kleinen und mittleren Unternehmen, die in ihrer Region, in ihrer Kleinstadt, die völlig gleiche Bedeutung haben, kein Mensch redet. Wir haben hier in Rheinland-Pfalz jetzt in Kreuznach – Sie kennen ja alle Kreuznach, die Größenordnung dieser Stadt – den Fall der Optischen Werke Schneider¹². Das ist nicht irgendein Unternehmen gewesen, das war ein Weltunternehmen mit Ansehen des Produkts. Das war auch ein kultureller Faktor in dieser Stadt. Die sind weg! Das ist ein Betrieb, der seit weit über 100 Jahren in dieser Region wirklich eine Institution war. Das wiederholt jetzt sich hundertfach überall und wird wahrscheinlich im nächsten Winter noch sehr viel schärfer werden.

Wichtig für uns, wie wir all diese Probleme angehen, ist, glaube ich, die Tonart. In einer so schwierigen Zeit darf weder Häme noch Schadenfreude aufkommen nach dem Motto, wir haben es ja immer gesagt, die können es nicht. Das ist zwar alles wahr, aber es bringt uns nichts. Die Sorgen der Leute sind andere, und wir sollten diesen Sorgen Rechnung tragen. Wir stehen jetzt in der parlamentarischen Situation vor der an sich unglaublichen Lage, daß nächste Woche ein Haushalt eingebracht wird, von dem jetzt nicht nur wir, sondern eigentlich alle behaupten, daß die Zahlen falsch sind. Das ist eine völlig absurde Situation. Daß die Opposition das behauptet und die Regierung das bestreitet, ist der Normalvorgang. Aber daß es jetzt ernsthafterweise überhaupt niemanden mehr gibt, der dies bestreitet, das ist eben unmöglich. Wir haben den entsprechenden Antrag in der Fraktion¹³ gestellt, Sie haben das zur Kenntnis genommen. Ich werde auch heute und

11 Zur Abwicklung des Vergleichsverfahrens (Anmeldung am 9. August) hatte das Bundeskabinett am 1. September 1982 einer Bundesbürgschaft von 1,1 Milliarden DM für den Elektrokonzern AEG-Telefunken zugestimmt (vgl. AdG 1982 S. 25899f., zur weiteren Entwicklung S. 26103).

12 Das Unternehmen Jos. Schneider Optische Werke GmbH mit Sitz in Bad Kreuznach mußte 1982 Insolvenz anmelden. Neuer Mehrheitsaktionär, Investor und Unternehmensleiter wurde der Fotounternehmer Heinrich Manderman.

13 Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Vorlage neuer Haushaltsentwürfe vom 23. August 1982 – BT Drs. 9/1933 (vgl. UiD vom 2. September 1982: „Unverzüglich neuen Entwurf vorlegen“).

morgen noch in der Fraktion darüber zu diskutieren haben, wir werden entsprechende Beschlüsse zu fassen haben. Denn das, was wir im Präsidium gemacht haben, sind Empfehlungen an Fraktion und Länder, die ja in ihrem Verfassungsrahmen zuständig sind. Wir werden eines auf keinen Fall tun, wenn der Antrag abgelehnt wird, die Sache jetzt zurückzustellen, bis die neuen Zahlen da sind – es ist natürlich sicher, daß er abgelehnt wird, an dem Punkt funktioniert die Koalitionsmaschinerie noch –, dann werden wir natürlich keinen Boykott machen, sondern wir hatten zwischen den Kollegen vereinbart, in der nächsten Woche im Ausschuß mit den Beratungen zu beginnen, etwa auf dem Weg von Hearings, daß wir sagen, die Bundesanstalt für Arbeit und die Wirtschaftsinstitute sollen ihre Zahlen darlegen. Es mag sich noch etwas ändern, weil Graf Lambsdorff angekündigt hat, daß er heute der Öffentlichkeit seine eigenen Zahlen vorlegt. Das mag einen ganz anderen Drive geben. Die Dinge sind so, daß man in allen Sachen heutzutage kaum mehr eine Vorausschau machen kann. Nur, Sie sollen wissen, die Tendenz steht nicht auf Boykott, sondern auf ernsthafte Beratung, weil das damit zu tun hat, daß wir ernsthaft Politik machen wollen und jetzt nicht mit Schadenfreude operieren. Die Tendenz der Sozialdemokraten ist klar – sie haben ja selbst inzwischen die Fehlsumme von acht bis zehn Milliarden benannt –, sie wollen halt jetzt noch über die Wahlen in Hessen und in Bayern hinwegkommen. Ich bin voller Zweifel, ob das überhaupt geht.

Wir haben eine Linie abgesprochen, die, glaube ich, zwischen Bund und Ländern gut ist, nämlich eine Linie, daß wir, wenn das abgelehnt ist und die die Haushaltsberatung erzwingen, wir natürlich bei der Feststellung bleiben, es müssen ehrliche Zahlen auf den Tisch, aber daß wir die Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast weiterhin ablehnen, d. h. ganz klar bei dieser Position bleiben. Wir haben auch das vom Ende des Vermittlungsausschusses her bedacht und gesagt, wenn die Regierung an dem einen oder anderen Punkt, insbesondere aus der Sicht der Finanzverwaltung und der Länder, an einer Beschlußfassung mit Mehrheit interessiert ist, hat sie ja die Möglichkeit, das jetzt ohne dieses in Vorbereitung befindliche, mehr technische Dinge enthaltende Steuerreformgesetz¹⁴ vorzuziehen und diese Bestimmungen reinzunehmen. Da waren die Rückstellungen wegen Rechtsverletzung usw., Verlustausgleich bei ausländischen Einkünften, ich will das jetzt im einzelnen nicht näher interpretieren. Ich habe weiterhin gesagt, daß wir die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung ablehnen, daß wir dem Krankenversicherungsbeitrag dann zustimmen, wenn das nicht für die Sanierung des Bundeshaushalts, sondern zur Finanzierung der Rentenversicherung verwandt wird, daß wir der Absenkung einer Beitragsbemessung für Arbeitslose zustimmen, daß wir aber während der Beratungen noch einmal nach einem besseren Weg suchen, weil uns diese hohe Zahl von 70 Prozent zu willkürlich erscheint.

Dann gab und gibt es natürlich, erst recht heute und morgen, in der Fraktion eine Debatte. Meine Empfehlung ist ganz klar, wir sollten, auch wenn das nicht der Weisheit letzter Schluß ist, den ersten Versuch zur Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung, Rezeptgebühr, Bagatellarzneimittel etc., passieren lassen, nicht mit lautem Hosian-na-Geschrei, aber um deutlich zu machen, daß wir nicht boykottieren, denn das sind gar keine zustimmungspflichtigen Dinge. Deswegen könnten wir es uns relativ leichtmachen. Aber ich glaube, das ist um der Glaubwürdigkeit willen ein wichtiger Punkt, den man

14 Die Änderung des Einkommensteuergesetzes stand am 25. August 1982 auf der Tagesordnung des Bundeskabinetts.

nicht aus den Augen verlieren darf. Ich hoffe, daß die Fraktion den Empfehlungen des Präsidiums zustimmt. Ungeachtet der Details in den Ausschüssen ist das Ganze auch abgestimmt mit den Freunden aus der CSU. Insofern glaube ich, sind wir hier auf einer guten Linie. Wenn wir das durchhalten, haben wir den gleichen Erfolg wie beim Beschäftigungsförderungsgesetz¹⁵, den wir ja in diesem Jahr schon einmal hatten.

Das allgemeine innenpolitische Klima ist so, daß es im Moment keinen Spaß macht, sich in Bonn zu bewegen, weil von morgens bis abends irgendwelche Gerüchte durch die Küche getrieben, die gespenstischsten Sachen verzapft werden. Das hat natürlich seinen Grund, weil das noch rational Berechenbare jetzt in der Koalition in den Bereich des Irrationalen getreten ist. Ich meine, man muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet – wir sind ja schon so abgestumpft –, daß so etwas kaum jemandem auffällt, daß die beiden Partner sich nicht durch irgendeinen Sprecher, sondern durch amtliche Dokumente und Erklärungen des Präsidiums des SPD, Erklärung des Präsidiums der FDP gegenseitig beschuldigen, der andere würde dem deutschen Ansehen im Ausland abträglich sein. Das ist also so ungefähr die vorletzte Keule, die man schwingen kann. Wie gesagt, nicht ein Pressesprecher hat das erklärt oder ein Abgeordneter, der vorgeschickt wird, sondern das ist eine amtliche Erklärung qua Partei. Damit ist natürlich deutlich geworden, wohin das Klima geraten ist.

Ich finde, für uns ist wichtig, daß wir uns jetzt aus dieser ganzen umlaufenden, wilden Diskussion insofern raushalten und klar erkennen, daß es jetzt darauf ankommt, daß wir den Kompaß richtig sehen und dann einen klaren Kurs fahren. Ich will nur einfach mal der Reihe nach, jetzt nicht sehr geordnet, das sagen, was jetzt so alles läuft. Letzte Woche ging erst mal durch die Gegend, der Schmidt wollte die rausfeuern oder die gingen raus, und sie machen ein Minderheitenkabinett. Er hat dann innerhalb von zwölf Stunden bemerkt, daß das eine miserable Geschichte war und innerhalb der FDP zu einer Schließung der Fronten geführt hat. Dann hat er das Erstaunliche getan, daß er feierlich im Kabinett am Mittwoch erklärt hat, er werde keine Minderheitenregierung führen, sondern er verpflichte sich hiermit – es hat ihn ja gar niemand aufgefordert, eine Minderheitenregierung zu führen –, keine Minderheitenregierung zu führen. Am Montag ist ja Onkel Herbert¹⁶ in die Szenerie zurückgekehrt – natürlich physisch nicht mehr ganz so gut beisammen wie früher, aber im Kopf funktioniert das immer noch –, und mit seiner Rückkehr ist sofort die Sache losgegangen und zwar auf zwei Linien, daß in die Union hinein operiert wird. Und wir sind halt eine wirklich große Volkspartei, in der Charakter und Intelligenz vom lieben Gott in einem breiten Füllhorn so oder so ausgebreitet wurden. Man hat also zunächst einmal wieder diese Sache mit der großen Koalition unter die Leute gebracht, wobei einige, etwa bei der DGB-Führung gibt es solche, das ernsthaft meinen. Andere meinen das zur Disziplinierung der böartigen FDP-Menschen. Es ist natürlich auch wieder das Wahlrecht aufgetaucht, und es ist ganz erstaunlich, wer nach all den Erfahrungen, die wir gemacht haben, dennoch glaubt, daß das vielleicht eine Lösung wird, endlich diese mickrigen Leute damit los zu werden. Dabei stehen die anderen ja schon in der Haustür. Ich will es jetzt nicht vertiefen. Für mich ist erstaunlich, wie wenig der eine oder andere aus den Jahren 1966/69 dazu gelernt hat. Aber wahrscheinlich ist das konstant; das kann man nicht ändern. (*Unruhe.*) Ja, 1956, da würde ich doch sagen,

¹⁵ Beschäftigungsförderungsgesetz vom 3. Juni 1982 (BGBl I S. 641).

¹⁶ Herbert Wehner.

hat das keine direkten Folgen gehabt, die so schwerwiegend waren. Das ist halt schon lange her, aber es ist richtig. 1956 und Hugo Scharnberg¹⁷, den schon gar niemand mehr kennt, müßte man natürlich korrekterweise auch noch dazu nehmen. Ja, völlig klar, NRW ist damals schiefgegangen.

Wir haben dann als drittes jetzt diese Diskussion, der Kanzler wolle Neuwahlen erzwingen, weil ja ohnedies Neuwahlen ins Haus stünden, wenn eine neue Koalition kommt. Ich kann dazu nur sagen, ich sehe auch das nicht. Denn der Art. 68 GG¹⁸, die meisten dieser Diskussionen leiden ja daran, daß niemand, der darüber spricht oder das Grundgesetz unterm Arm mit sich herumträgt, das Grundgesetz kennt, obwohl es in diesen Zeiten sehr wichtig ist, das Grundgesetz dabei zu haben, oder jedenfalls die Kapitel, die dafür zuständig sind. Wir können es ja vielleicht mal bei uns verteilen, ausnahmsweise, das würde auch das eine oder andere Interview positiv beeinflussen. Ich sage das jetzt so ausgiebig, weil da schon wieder heute früh erzählt wird, am Donnerstag wolle der Kanzler die Frage mit der Frage der Nation verbinden, und wenn er dann also die Vertrauensabstimmung nicht gewinnen würde, dann zum Präsidenten gehen und die Frist von 21 Tagen einleiten. Der Präsident ist gehalten, natürlich nicht durch die geschriebene, sondern durch die gelebte Verfassungswirklichkeit, mit den Parteiführern zu sprechen. Und wenn einige Parteiführer ihm sagen, es gibt eine Mehrheit für eine neue Lösung, dann wird er sagen, ich setze euch jetzt eine Frist von 14 Tagen – ich denke jetzt einfach mal laut – und wenn ihr in diesen 14 Tagen den Mißstand behebt, ist meine verfassungsmäßige Zuständigkeit für mich so nicht mehr zu sehen. Daß dies natürlich möglich ist und daß es da keine Überraschungen gibt, das brauche ich hier nicht zu betonen. Das alles ist sozusagen im Wesen des normalen Spiels der Politik.

Als ich gestern hierher flog, lag im Flugzeug ein Zeitungsinterview aus, in dem die Diskussion aufgenommen wurde, man müsse dann auch zum Mittel des konstruktiven Mißtrauensvotums kommen. Ich habe ja immer gesagt, was ich heute hier wiederhole, wenn man eine Koalitionsabsprache hat und der Kanzler weicht nicht aus dem Amt, ist das die einzige verfassungsrechtliche Möglichkeit, ihn sozusagen abzuwählen per Neuwahl des neuen. Aber, nur damit hier kein Zweifel aufkommt, ich werde leidenschaftlich, aus den Erfahrungen von 1972 gewitzt, dagegen sein, daß wir so einen Ritt aus dem Busch machen in dieser Sache. Wir müssen dann auch schon die Frage stellen, wer das denn überhaupt machen will bei uns. Ich meine, jetzt nicht darüber reden und anderen das zu empfehlen, sondern mit einem eigenen Namen. Der meine ist es mit Sicherheit nicht, nur damit da kein Zweifel aufkommt. Ich kann uns allen nur raten, daß wir das nicht als praktisches Mittel der Politik betrachten, zumal da ja zuviel in dem Zusammenhang an Möglichkeiten hineingeheimnist werden kann. Mit einem Wort, was sagt Genscher?

17 Hugo Scharnberg (1893–1979), Kaufmann; 1946–1949 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (CDU), 1949–1961 MdB. – Als Vorsitzender des Wahlausschusses (1955–1957) setzte er sich für das sog. Grabenwahlsystem ein, wonach ein Teil der Abgeordneten über (absolute oder relative) Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen bestimmt wird und der andere über eine proportionale Zusatzliste, ohne daß zwischen den beiden Teilen eine Verrechnung stattfindet. Dies war einer der Gründe für den Bruch der CDU/FDP-Koalition 1956 in Nordrhein-Westfalen. Die ursprünglich von der Großen Koalition angestrebte Einführung des Mehrheitswahlrechts kam nicht zustande, was Innenminister Paul Lücke (CDU) 1968 zum Rücktritt veranlaßte.

18 Art. 68 GG regelt die Auflösung und Neuwahl des Bundestags, wenn dem Bundeskanzler das Vertrauen entzogen wird.

(Heiterkeit.) Ja, gut, ein längerer Satz. Er ist in der Sache ja jetzt ziemlich knapp. Und er sagt das ja auch jedermann, das ist alles gar keine Indiskretion. Insofern, wenn Sie also solche Publikationen wie den „Spiegel“¹⁹ betrachten, ist es heutzutage keine Kunst, solche Seiten zu füllen, weil Hans-Dietrich Genscher eine ungeheure Publizitätsaktivität in den letzten vier Wochen entwickelt hat. Und seine Mitarbeiter um ihn herum potenzieren das ja noch. Also, die Bonner Küchen, ich meine jetzt wirklich die gastronomischen Küchen, sind durch die FDP wesentlich belebter. So viele Leute, wie die einladen in den letzten vier Wochen, gab es früher überhaupt nicht. Das ist ein Tenor, und der ist eigentlich sehr klar.

Zusammenfassend: In der Tat, die FDP muß raus, egal wie die Wahlen in Hessen und Bayern ausgehen. Natürlich ist es viel leichter, wenn die Wahlen gut ausgehen. Aber sie müssen auch raus, wenn sie nicht gut ausgehen. Sie wollen dann in diesem Zustand, also nicht mehr als Teil des Kabinetts, auf den Parteitag nach Berlin²⁰ gehen, und der Berliner Parteitag soll dann sagen, ob er diese Haltung gutheißt. Das hat dann auch die Folge mit der Kandidatur und Wiederwahl des Parteivorsitzenden. Wer eine andere Politik will, sollte aufstehen und es sagen und auch mit seiner Person als Parteivorsitzender dafür eintreten. Das ist also auf einen knappen Nenner gebracht der Punkt. Die Sozialdemokraten wissen, daß dies die Strategie ist. Und deswegen kann es sehr wohl sein, daß die Dinge sich noch weiter verhärten und auch noch vor der Hessen-Wahl alle möglichen Überraschungen möglich sind.

Dann noch ein Wort zu den beiden Wahlen: Bitte helfen Sie auch mit, daß diese Sprache bei uns klar ist. Es geht um zwei Wahlen, nicht nur um die hessische Wahl. Für das politische Klima und die weitere politische Entwicklung ist die Bayern-Wahl genauso wichtig.²¹ Die Bayern-Wahl hat nur einen Akzent nicht, es wird dort keinen Regierungswechsel geben; also rein machtpolitisch auf den Tag bezogen ändert sich nichts. Nur, ob in Bayern die SPD wirklich unter 30 Prozent gerät, wie es jetzt einige Leute gibt, die ja prognostizieren, die kämen bei 26, 27 Prozent raus, das bedeutete natürlich im Ansehen – überlegen Sie mal, große Volkspartei SPD, große Volkspartei CDU – umgekehrte Zustände bei uns. Wenn eine Partei, die den Anspruch erhebt, eine der großen Säulen der Republik zu sein, im größten Flächenland einwohnermäßig auf ein Viertel der Wählerstimmen sich reduziert, ist das keine Sache, die unter dem Gesichtspunkt zu sehen ist, wer in München regiert, sondern das ist eine mittlere und langfristige Entwicklung, die katastrophale Bedeutung hat. Zum zweiten ist natürlich ganz interessant, wie die FDP in Bayern ankommt. Und der dritte Punkt, der ist für die nächste Bundestagswahl von großer Bedeutsamkeit, wie die Grünen ankommen. Denn bisher hatten wir ja in der norddeutschen Tiefebene Wahlen gehabt unter konfessionellen und auch zum Teil soziologisch etwas anderen Verhältnissen. Es ist die Frage, wie werden die Bayern mit dem Thema der Grünen abkommen? Ich glaube also, die Bayern-Wahl ist deswegen ebenfalls von ganz großer Bedeutung, genau wie die hessische auch.

Was die hessische Wahl betrifft, bitte ich Sie herzlich mitzuhelfen, daß der Quatsch aufhört, die Wahl sei schon gewonnen. Wenn Sie selbst sich dann im Wahlkampf tummeln, ist das ein ungeheures Ärgernis bei unseren eigenen Leuten, die draußen die Arbeit

19 Vgl. „Der Spiegel“ vom 23. August 1982: „Genscher: ‚Wir schaffen den Wechsel‘“.

20 FDP-Parteitag vom 5.–7. November 1982 in Berlin.

21 Landtagswahlen in Hessen am 26. September, in Bayern am 10. Oktober 1982.

schaffen. Weil sie natürlich sagen, dann ist es wahnsinnig schwer, die Wähler zu motivieren, wenn alle Welt, wie gestern wieder eine große Sonntagszeitung, bereits den Triumph genau wie, ich hätte beinah gesagt, im Wehrmachtsbericht deutlich macht. Wir brauchen jede Stimme, die Wahl ist erst gewonnen um 18 Uhr! Es sind eine ganze Menge noch in dieser Woche an Imponderabilien möglich, deswegen ist es wichtig, das in der Weise zu tun. Ich glaube, daß unsere Partei dort gut kämpft. Ich kann natürlich jetzt nur aus meinem auf mich bezogenen Erfahrungshorizont berichten, aber was ich von den Freunden und Kollegen höre, ist die Partei in einer guten Verfassung, und ich hoffe, daß auch möglichst viele, die außerhalb Hessens leben, ihre Zusagen wahr machen und jetzt im Wahlkampf mitmachen.

Für mich ist noch ein interessanter Seismograph, das sei auch mal bei der Gelegenheit gesagt: Die nordrhein-westfälische Partei hat ja eine gute Sache jetzt angefangen mit dieser Ruhrgebietskampagne. Zumal ich ja jetzt auch den Eindruck habe, daß nicht nur eine Ankündigung erfolgt, sondern daß tatsächlich etwas erfolgt. Das ist ja immer das Problem bei solchen Aktivitäten. Wenn die angekündigt werden und sich dann nicht realisieren, ist es besser, man hat sie nicht angekündigt. Ich selbst war jetzt in ein paar Wochen dreimal im Ruhrgebiet, und ich muß Ihnen sagen, das ist schon eine elementare Veränderung des Klimas, wenn Sie wirklich so am Tresen stehen und mit den Leuten reden, wie am letzten Mittwoch in Dortmund. Wir waren da um 17.30 Uhr, und das Ding war nicht einmal plakatiert als Bürgergespräch, sondern über Zeitungsanzeigen, und da standen 10.000 Leute auf dem Platz. Das an einem hellen Werktag außerhalb einer Wahlkampfsituation! Das zeigt doch, was die Menschen wirklich bewegt. Das hängt wieder zusammen mit dem anderen. Wir dürfen keine Häme und keine Schadenfreude zeigen. Man darf um Gottes willen jetzt die Zeit nicht vergeuden, um auf die Sozis zu schimpfen. Das können Sie abhaken, das wissen die Leute. Das ist vorbei.

Elisabeth Noelle-Neumann ist ja angegriffen worden, als sie schon im März prognostiziert hat, das kann nichts mehr werden. Der Vertrauensschwund in die SPD, hat sie damals gesagt, sei so elementar, wie es nach dem Krieg noch keiner Gruppe gegangen ist. Das merkt man im Gespräch auf der Straße. Das ist ja nicht die Oberschicht, das sind ganz normale Leute bis hin in den Bereich der jungen Generation. Das merkt natürlich in einer besonders starken Weise die DGB-Führung. Wir haben eine Menge Kontakte gehabt in den letzten Wochen und haben sie auch weiterhin. Ich bin dafür, daß wir diese Kontakte intensiv pflegen. Ich bin da teilweise mißverstanden worden, obwohl es eigentlich gar nicht mißverständlich war, wenn sie den Originaltext meines Interviews von Anfang August lesen.²² Ich will gute Kontakte zur DGB-Führung. Ich bin aber ohne jede Illusion. Wenn wir morgen die Regierung übernehmen, haben die wieder ein Feindbild, da dreschen die auf uns ein, daß die Fetzen fliegen. Das muß man ganz klar sehen. Nur, wir müssen mit dem DGB leben, das ist die größte Organisation. Und ich finde, wenn wir rein im Menschlichen, protokollarisch und aus Gründen eines vernünftigen Miteinanders, nicht auf die zugehen, ihnen Gespräche anbieten, auch wenn wir uns nicht einigen, sind sie in einer sehr viel schwierigeren Lage, als wenn sie sagen können, die reden gar nicht mit uns. Das hätten die ja sehr viel lieber bei dieser dann aufkommenden Härte. Ich bin der Meinung, wir müssen es umgekehrt machen. Wir müssen eher eine Aktivität der

22 Interview in „Bonner Rundschau“ vom 3. August 1982: „Brandts Drohung zieht nicht“ sowie Artikel (ebd.): „CDU-Chef Kohl gibt DGB Schützenhilfe“.

Liebenswürdigkeit machen, was nicht bedeutet, daß wir denen eins auswischen. Denn wir brauchen uns nichts gefallen zu lassen. Aber das ist parteipolitisch wichtig und, jetzt füge ich auch schon hinzu, staatspolitisch. Wir sind ja heute leider so runtergekommen in der Bundesrepublik, daß so ein nachdenklicher Gedanke sofort mißverstanden wird.

Für die Bundesrepublik ist es lebenswichtig, daß bis Mitte der 1980er Jahre die deutsche Gewerkschaftsbewegung insgesamt mit den Einzelgewerkschaften, ob DAG oder Beamtenbund oder Christliche Gewerkschaft, aber vor allem die größte Gewerkschaft, der DGB, wieder zu sich findet. Wir können keine Freude daran haben, daß diese Affäre Neue Heimat und alles, was damit zusammenhängt, die moralische Position der DGB-Führung schwer angeschlagen hat, nicht die Position der führenden Leute persönlich, die anderen sind ja weg, sondern für den Ablauf des Miteinanders von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Für die Entwicklung der Partnerschaft, was die Österreicher „Sozialpartnerschaft“ nennen, das ist ein ganz gutes Wort dafür, ist es ganz wichtig, daß die Gewerkschaften in Ordnung sind. Damit habe ich nicht das Parteipolitische gemeint, sondern daß sie Statur haben. Wir merken ja auch dort, wie eine nachrückende Generation in diesen Kaderschmieden produziert wird, die natürlich von unserer Republik ziemlich weit entfernt sind. Deswegen ist es wichtig, daß man auch zu der Altersstufe von Leuten wie Loderer, der ja nun wahrlich nicht unser Mann ist, gute Kontakte pflegt. Zu dem habe ich das Zutrauen, daß er im Prinzip die Republik will, die wir wollen, mit Modifikationen, aber im Prinzip ist der natürlich auf unserer generellen Linie der Bundesrepublik Deutschland. Diese Entwicklung muß man sehen. Auf der anderen Seite ist die Schwäche des DGB uns gegenüber, wenn es zum Krach kommt, auch evident. Wenn wir am Sonntag Bundestagswahl hätten, könnten wir davon ausgehen, daß 45 Prozent der DGB-Mitglieder die Union wählen. Das ist natürlich ein Punkt, der am DGB und seiner Führung nicht spurlos vorübergeht. Dennoch, ich sage es noch einmal, lassen Sie uns auf den örtlichen Ebenen der Landespolitik bis in die Kreisverbände soweit wie möglich den Kontakt halten. Denn wenn wir die Regierung übernehmen, haben wir beispielsweise das Problem der Ausländerpolitik. Das ist nur lösbar, wenn man auch den DGB mit einbindet. Ein Weg der Vernunft ist nur möglich, indem wir das abblocken, was da an Feindschaft im Land umgeht, und das geht natürlich mitten in den DGB rein. Da sind sehr viele DGB-Mitglieder wesentlich rechtsradikaler als irgendwelche NPD-Leute, die Ausländer sogar als Weghilfe für ihre ganz anderen Vorstellungen der Republik benutzen wollen. Nein, ich bin da ohne jede Illusion. Wir brauchen, glaube ich, darüber nicht zu sprechen, aber es ist klug, hier das Richtige zu machen.

Nun, was die FDP betrifft: Es wäre gut, wenn wir uns alle darin einig wären, daß Koalitionen eine Frage realistischer Betrachtung und nicht eine Frage von Liebesbeteuerungen sind. Ich bin ja jahrelang in den Verdacht gekommen, ich würde da förmlich Liebesgefühle empfinden. Dann hat man mir jahrelang nachgesagt, die seien so völlig erkaltet, daß ich die Zeichen der Zeit nicht mehr erkennen würde. Ich habe mich, glaube ich, nicht geändert an dem Punkt, sondern ich betrachte ganz nüchtern die Lage. Man sollte bei einer solchen Betrachtung von politischen Gegnern nicht erwarten, daß er etwas zu unseren Gunsten tut, wir tun ja auch nichts zu seinen Gunsten, sondern daß wir suchen, ob es eine Interessenidentität gibt. Ich finde, das gilt ja auch für das Leben einer Partei in einer Parteiführung. Die Parteiführung ist da am homogensten, wo ihre Interessenidentität möglichst groß ist. Wenn die Interessen auseinanderlaufen, ist auch die Homogenität

dahin. Das ist ein ganz normaler menschlicher Vorgang und hat nichts jetzt mit großen politischen Einsichten zu tun. Die FDP muß – wie das schreckliche Wort lautet – springen, wenn sie aus dem Dilemma raus will. Aber diejenigen, die bei uns jetzt sagen, das ist doch alles gar nicht notwendig, wir machen das allein, will ich noch einmal auf unser Wahlrecht verweisen. Daß einer das Wahlrecht ändert, ist ein frommer Traum. Das ist nicht drin. In unserer Lebenszeit wird das Wahlrecht nicht geändert. Es sei denn, die Wähler täten es über zwei Parteien. Das ist weit und breit nicht in Sicht. Da bleibt also unterm Strich nur übrig, mit dem Wahlrecht zu leben. Dann kann ich nur sagen, wenn Sie die jetzige Bundesdemoskopie in Mandate umrechnen, dann bedeutet das, wenn wir 51 Prozent der Stimmen haben, daß wir fünf Mandate mehr über die absolute Mehrheit haben, wenn FDP und Grüne im Bundestag drin sind. Und ich kann nur allen zurufen, bon voyage für eine Regierung mit fünf Mandaten, bei dem, was jetzt ansteht zur Sache. Da fangen wir mal an mit den 18 Monaten, Manfred Wörner, bei der Bundeswehr, die Notwendigkeit, im Nichtkombattantenstatus Frauen reinzunehmen. Dann müssen wir im konventionellen Bereich, wenn Genf – ich gehe mal vom Positiven jetzt aus – erfolgreich ist, mehr machen, was das Geld betrifft, und dann kann ich die Liste beliebig ausbauen. Ich sehe schon die von gewissen Skrupeln heimgesuchten Kollegen, die aus fernen Staaten ihre Protesttelegramme schicken und alle nicht teilnehmen, weil es eben nicht zumutbar ist. Wir haben dieser Tage eine Diskussion in der Haushaltsgruppe gehabt, das war ganz herrlich. Da waren wir uns vorher völlig einig über die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Das war ein einstimmiger Beschluß sozusagen. Und dann gingen die Standardfragen los, Berlin usw. Einigkeit dahin! Das war natürlich ein ganz normaler Vorgang. Ich sage das ohne jeden Soupçon, das ist die normalste Sache von der Welt. Das gilt natürlich auch hier.

Dann bitte ich, auch noch etwas zu bedenken, was man heutzutage braucht, was ein Erbübel der Union ist: Vier Jahre sind rasch rum, und dann geht man wieder zur Wahl. Deswegen muß man wissen, was man da tut. Die Zeit arbeitet auch nicht für uns, auch das ist ein Unsinn, der verzapft wird. Ich habe eingangs gesagt, ich kann es nur immer wiederholen, der erste Punkt ist der NATO-Doppelbeschluß. Der steht im nächsten Jahr an. Das mit fünf Stimmen Mehrheit zu machen, da kann ich nur glückliche Reise wünschen, wenn man wirklich die Welt sieht, wie sie tatsächlich ist. Ich erwarte nicht, daß wir jetzt Liebeserklärungen für die FDP abgeben. Ich hoffe auch nur, daß wir klug sind. Wenn ich mit einem Partner zusammenkommen will, ist es im privaten Leben eigentlich nicht die übliche Tour, daß ich dem zunächst zur Gesprächseröffnung auf den Kopf haue, in den Hintern oder ans Schienbein trete. Ich brauche ihn ja nicht gleich zu umarmen, ich brauche ihn nicht mit offenen Armen zu empfangen. Ich kann ganz ruhig dastehen und die Arme unten lassen und nur sagen, wir können unsere Interessen abstimmen, wir können vernünftig miteinander reden.

Vorletztes: Der Erwartungshorizont an uns ist natürlich ungeheuer groß. Ich finde, wenn wir zu einem Regierungswechsel kommen, sollten wir fähig sein, eine Eröffnungsbilanz zu machen, die die Dinge weder übertreibt im Negativen, noch sie beschönigt, sondern ganz nüchtern darstellt. Die Bevölkerung ist viel weiter als diejenigen, die sich im Umkreis von zwei Quadratkilometern vom Bundeshaus in Bonn bewegen. Die Leute sehen ziemlich klar, daß es ohne Opfer nicht geht. Sie wollen nur, daß die Opfer einigermaßen gerecht verteilt werden. Sie wollen, daß man eine Zukunftsperspektive sieht. Sie wollen an der Stelle von Pessimismus wieder Optimismus, und zwar einen begründeten

Optimismus sehen. Und wenn die Regierung nicht wechselt – das ist alles drin, es ist Unsinn zu glauben, das sei alles schon gelaufen –, und nach dem FDP-Parteitag sind die Chancen der FDP vorbei, dann muß die Union die Kraft haben, dann kommt für mich der Punkt, wo wir mehr sagen müssen und in der Opposition ein Konzept vorlegen, wie es weitergeht in der Sache. Jetzt erwartet das in Wahrheit niemand außer einigen Journalisten und einigen bei uns, die vielleicht gar keinen Regierungswechsel wollen und deswegen öffentlich so daherreden. Die Bevölkerung will dann schon im Winter sehen, Arbeitslose weit über zwei Millionen, was auch in der wirtschaftlichen Gegebenheit wird. Ich finde, das können wir leisten, das müssen wir auch schaffen.

In dem Zusammenhang komme ich auf meinen Ausgangspunkt zurück. Das ist die Frage nach der geistig-moralischen Herausforderung. Dazu auch eine kurze Bemerkung zum Katholikentag in Düsseldorf. Ich bin kein Fachmann, ich war eineinhalb Tage dort, andere waren länger dort, hatten sehr viel bessere Einsichten. Hierzu kann sicher auch der eine oder andere noch etwas sagen. Wir waren in Arbeitskreisen, Diskussionskreisen, glaube ich, ganz gut vertreten. Was mir, das sage ich auch offen, nicht gefällt, worüber man nochmal reden muß, es gibt ja dann Gelegenheiten, wo man demonstrieren muß, daß man nur da ist und dasteht bei der Schlußkundgebung. Da hätte unsere Repräsentanz besser sein können. Aber das ist jetzt nicht mein Punkt.

In der Auseinandersetzung um Frieden und Friedenspolitik wird die politische Reaktionsfähigkeit im Vorgelände der verfaßten parlamentarischen Politik die zentrale Frage sein. Hier sind die Kirchen von allergrößter Bedeutung. Weil es wieder, Gott sei Dank, um Wertfragen, um moralische Positionen geht, ist auch eine Stunde der Chance für die beiden Kirchen gekommen. Beide Kirchen haben dabei ihre Probleme. Beispielsweise das, was sich jetzt in der Evangelischen Kirche im Blick auf den reformierten Teil anbahnt, hat natürlich tiefgreifende Wirkung. Da soll jetzt niemand kommen und sagen, das sind ja nur soviel Prozent innerhalb der Gesamtkirche. Auf die Pastorenschaft hat das natürlich eine entsprechende Auswirkung, und wir müssen das Problem sehen und müssen uns dieser Sache stellen.

Der Katholikentag, das ist jetzt meine persönliche Meinung nach den Beobachtungen, die ich da gemacht habe in Düsseldorf, hat mit etwas gezeigt. Unterm Strich, ich sage gleich mein Ergebnis, bin ich ungeheuer ermutigt gestern mittag ins Flugzeug nach Berlin gestiegen. Und zwar einfach, weil ich viele Katholikentage mitgemacht habe, und da waren welche dabei, die kamen mir relativ belanglos vor, was die Inspiration betraf. In diesen drei Tagen in Düsseldorf habe ich mit einer Reihe von Kollegen geredet, mit dem Kollegen Müller²³ von der KAB beispielsweise, der ja nun viele Jahrzehnte das mitgemacht hat. Mit dem saß ich noch einen Moment gestern mittag zusammen, aber ich könnte auch andere nennen, Bischöfe, Pastoren, bekannte Leute aus der Laienbewegung. In Düsseldorf ist etwas passiert, was über die Katholische Kirche hinaus von großer Bedeutung ist. Franz Meyers²⁴ hat es zu Recht gesagt, rein von der Genealogie her war es der Kirchentag der Jungen und der Alten, und er hat warnend darauf hingewiesen in seiner Rede, daß man alles tun muß, um die Zwischengeneration zu gewinnen, die in der

23 Alfons Müller (1931–2003), Schlosser, Sozialsekretär; 1968–1984 Vizepräsident des ZdK, 1971–1991 Vorsitzender der KAB, 1980–1994 MdB (CDU).

24 Franz Meyers (1908–2002), Jurist; 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952–1956 Innenminister und 1958–1966 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Verantwortung steht, die zur Handlung berufen ist, die man eigentlich am meisten braucht aktuell für die Dinge des Tages. Es waren junge Leute und alte, die sich in einer ganz erstaunlichen Weise, ich konnte das ja beobachten, verstanden haben. Ich saß bei der einen Darbietung unter älteren Damen – ich bin ja auch nicht mehr der Jüngste, die waren noch wesentlich älter –, als da diese Spiele waren über Gewalt und über Einsamkeit. Da war helle Begeisterung; das war die Oma-Generation. Und da sagt eine dieser Damen, wissen Sie, diese Turnschuhgeneration – so hat sie das genannt, weil die alle ja in Turnschuhen herumlaufen, an sich ein ganz guter Begriff – ist halt doch viel ehrlicher, viel offener und sensibler, wie wir waren, als wir so alt waren. Das stimmt mich ganz optimistisch. Ich habe mir das Zitat gemerkt. Wenn man selbst Kinder in dem Alter hat, kommt man auch auf solche Überlegungen. Und das hat sich da, glaube ich, gezeigt.

Ich habe gehört, die Bilder waren zum Teil natürlich anders, weil sie ja gestellt waren, ich habe einen guten Fernsehbeobachter gehabt während meiner Rede am Freitagabend²⁵, wie ich ihn sonst nicht habe, es war ein gewisser Helmut Schmidt, und der hat mir anschließend berichtet, während meiner ganzen Rede wären von den sechs Kameras fünf auf die Protestschilder gerichtet gewesen und eine auf mich. Aber das war natürlich nicht die Veranstaltung, es gab nicht die Stimmung der 40.000 wieder. Die Transparente, das wissen wir ja, wie man so was macht, waren natürlich mitgebracht von Gruppen. Aber das war nicht diese Generation. Zwischen der Hauptkundgebung und der Vormittagsgeschichte bin ich allein über eine Stunde, vor der Einladung von Höffner gestern mittag, quer durchgelaufen und nur unter jungen Leuten gestanden und habe mit denen geredet, und zwar über meine Rede, die ich ihnen noch einmal jetzt zuschicke im Text. Ich habe ja, wie Sie gemerkt haben, nichts verniedlicht, sondern versucht, aus einer Glaubensposition heraus meine Position zu Frieden und Verteidigung und Freiheit zu begründen. Das geht, wenn die Sprache richtig ist; das geht sogar sehr gut. Es war interessant, daß diese Äußerungen auch gestern in der Schlußkundgebung in der bemerkenswerten Rede, die der Bernd Vogel gehalten hat, in dem, was der Franz Meyers in seiner Zusammenfassung gesagt hat, eine Rolle gespielt haben.²⁶ Was aber auch bei den Bischöfen, bei den Kardinälen, dem Erzbischof von Paris ankam, der ja gesagt hat, er habe eine junge Generation erlebt, wie er sie gegenwärtig in der französischen Kirche nicht erlebe. Das hat er öffentlich nicht gesagt, das hat er bei Tisch in einem Privatgespräch gesagt. Das ist eine sehr zum Optimismus anregende Sache. Bloß, wir müssen auf die zugehen, und zwar in einer Form, daß wir uns nichts gefallen lassen, um Gottes willen nicht nachlaufen, sondern sie ordentlich in den Senkel stellen, wenn wir glauben, das ist begründbar und notwendig.

Es war eine größere Spiritualität und eine Innerlichkeit und eine Gläubigkeit, die eigentlich für mich – Walter Wallmann kann es vielleicht noch besser beurteilen – auch im Kontext der Buchmesse²⁷, nehmen Sie mir bitte so den Vergleich ab, zu beobachten ist, wenn Sie da zu Tausenden die Schüler rumlaufen und auf zwei Felder losgehen sehen: auf Lyrik und auf Geschichte. Das alles paßt, so finde ich, in das Koordinatensystem, daß es eine geistige Herausforderung gibt. Ich glaube, wenn die Kirche das nutzt – da wird

25 Rede Kohls vom 3. September 1982 in ACDP 07-001-1337.

26 Reden in: Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt. Dokumentation. Großveranstaltungen, Foren, Forenreihen - 87. Deutscher Katholikentag Düsseldorf 1. bis 5. September '82. Hg. v. Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Paderborn 1982.

27 Am 14.–19. Oktober 1981, am 6.–11. Oktober 1982 in Frankfurt.

die Welt nicht besser nach einem Katholikentag, das weiß ich auch –, daß darin eine Chance für einen pastoralen Aufbruch liegt, vor allem mit dem Optimismus, der vom Glauben kommt.

Das zweite, was bemerkenswert ist, und da wir ja in Deutschland überhaupt nur über das Negative schwätzen, ist das wenigstens in dem Kreis hier angebracht. Es war ja eine gewaltige Repräsentanz aus der Weltkirche, etwa aus Lateinamerika, da, und wenn Sie hören, was ein brasilianischer Kardinal erzählt, was dort erzählt wird über die Hilfe der Deutschen, muß man das ja auch mal bei so einer Gelegenheit sagen. Denn wir machen da, finde ich, zu wenig her. Ich habe gestern dem Bruder unseres Bundestagskollegen Herkenrath²⁸, der jetzt die Stelle in Aachen leitet, gesagt, verkauf doch mal das aus der Weltkirche, was Du hier erfährst. Das ist für die Deutschen natürlich ein politisches Kapital. Wir sollten das nicht vordergründig jetzt politisch nutzen, aber wenn von den sechs brasilianischen Kardinälen – Brasilien ist kein Land, das ist ein Kontinent, das ist die kommende Weltmacht des Jahres 2000 – jetzt vier mit ihren Vorfahren aus der Diözese Trier stammen, alle noch ein moselländisches Deutsch sprechen, noch Beziehungen haben, sollten wir das nutzen. Und der brasilianische Kardinal erzählte, was es da noch für kulturelle Bindungen gibt; hinsichtlich der auswärtigen Kulturpolitik, Schulpolitik sind wir wieder bei einem Thema für einen neuen Anfang. Das, finde ich, ist alles sehr zum Optimismus hinweisend.

Dritter Punkt, was den Kirchentag betrifft: Ich glaube, diese Wertmaßstäbe, Friede und Freiheit und Gerechtigkeit, sind ja der CDU, wenn sie es recht versteht, auf den Leib geschrieben. Damit sehe ich eine große Operationsbasis auch gegenüber den Sensiblen und den geistig und geistlich Ansprechbaren in der jungen Generation. Wir brauchen da keine Angst zu haben. Die Sowjetunion und der Weltkommunismus geben uns jetzt für die deutsche Mentalität, mit dem Beispiel Afghanistan – das ist aber weiter weg, nicht so mit Händen zu greifen, so meine ich das – und mit dem Beispiel Polen eine große Chance. Wenn nur das Thema Polen anklang und der Redner weiterreden wollte, dann kam das Echo mit einem Beifallsorkan der jungen Leute aus dem Stadion zurück. Die Jungen haben die Alten mitgerissen, es war nicht umgekehrt; das ist auch ganz typisch gewesen. Das heißt also, in der Sache Polen können wir die Notwendigkeit Verteidigung von Frieden und Freiheit phantastisch vertreten, und wenn Sie mit den Repräsentanten sprechen, ich sage das sehr zurückhaltend, da finden Sie ungeheures Verständnis für unsere Position zum NATO-Doppelbeschluß. Aus deren Sicht ist natürlich klar, wenn das Gleichgewicht völlig verschwindet, haben sie nicht die geringste Chance, in einer absehbaren Zeit Positives für sich zu sehen. Die wollen natürlich keinen Krieg, die wollen natürlich keine kriegszerstörerische Auseinandersetzung, aber sie wollen eine Politik, wie wir sie auch wollen.

Ich bitte um Nachsicht, ich habe bewußt diese Punkte, die vielleicht heute gar nicht hier erwartet wurden, etwas breiter dargestellt, weil – und das sage ich Ihnen ganz offen – ich das Gefühl habe, daß der Geist der Provinzialisierung, der durch die Bundesrepublik geht, nicht nur insofern provinziell ist, weil wir uns mit den großen außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu wenig identifizieren und mehr über Arbeitslosigkeit – ganz

28 Adolf Herkenrath (1928–2009), Diplom-Landwirt; 1964–1989 Bürgermeister von Siegburg, 1980–1994 MdB (CDU). – Norbert Herkenrath (1929–1997), katholischer Theologe; 1982–1997 Hauptgeschäftsführer von Misereor.

gewiß eine ungeheuer wichtige Sache – reden. Ich habe auch ein bißchen das Gefühl, daß die CDU/CSU aus der Sicht von 13 Jahren Opposition und der sichtbaren Chance, bald dranzukommen, jetzt ganz richtigerweise sich mit den Sachthemen beschäftigt. Aber wenn die Ordnung nicht stimmt, die Reihenfolge für mich bei einer Beobachtung nicht stimmt, muß das geistige Konzept, das geistige Koordinatensystem davor erst stimmen, damit die materiellen Dinge in Ordnung kommen können. Deswegen wollte ich Ihnen das sagen, damit sie auch etwas sehen, wie ich die Dinge angehe. Denn niemand von uns weiß ja, wie die nächsten Wochen und Monate sich entwickeln. Deswegen ist es, glaube ich, wichtig, daß man untereinander weiß, was gedacht wird in den Grundlinien. Das ist sehr viel wichtiger als die Frage, ob wir die Karenztage einführen oder ob wir über den Vertrauensarzt den Problemen des Krankfeierns näherücken. Das ist eine wichtige Frage, aber die ist gemessen an dem, was eben von mir versucht wurde darzulegen, trotzdem, wie ich finde, zweitrangig.

Letzter Satz: Nur, weil ich gefragt wurde: Gehen Sie bitte davon aus, wenn in Bonn sich etwas bewegt in einer entscheidenden Phase, werde ich den Bundesparteivorstand der CDU, wenn es sein muß in Stunden, einberufen. Wir wollen deutlich machen, daß die Parteiführung hier das entscheidende Wort hat. So wichtig auch die parlamentarischen Gremien sind, aber da muß auch die Parteiführung natürlich da sein. Also bitte, Sie brauchen nicht die Besorgnis zu haben, daß nicht informiert wird und nicht miteinander gesprochen wird. Ich halte das für selbstverständlich, ich will es nur noch einmal betont haben. (*Beifall.*)

Von Weizsäcker: Herr Vorsitzender, liebe Freunde, zunächst möchte ich mich dafür bedanken, daß der Bundesvorstand vor der Bundestagsfraktion sich hier in Berlin trifft. Helmut, was Du über die Notwendigkeit des Festhaltens an den regelmäßigen Tagungen hier sagst, trifft natürlich nicht nur unsere lebhafte Zustimmung in Berlin, sondern ich glaube, gerade im Lichte der längeren Perspektive und der vom Tagesgeschäft und der Tagessorge abgehobenen Fundierung unserer Politik ist es letzten Endes auch für die, die nach Berlin kommen, von Wert, sich von hier aus ihre Maßstäbe erneut als Frage vorzulegen und als Richtschnur abzustimmen.

Berlin braucht, Berlin lohnt aber auch die Tage hier, beides. Darf ich wenige Bemerkungen dazu machen? Zunächst, um von der aktuellen Schwierigkeit auszugehen, wenn Sie die August-Zahlen der Arbeitslosenquote nehmen und die verschiedenen Bundesländer nebeneinanderstellen, so könnte man daraus zwar keine Beruhigung, aber auch keine spezifische Berlin-Beunruhigung ableiten. Elf Bundesländer gibt es. In fünf ist die Zahl höher als in Berlin und in fünf ist sie besser. (*Kohl:* Weißt Du die Zahl auswendig, wo es schlechter ist?) Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein.

Albrecht: Bremen ist Spitzenreiter, was ganz beachtlich ist, und zwar tendenziell schon etwa seit anderthalb Jahren. Dann kommt als zweites das Saarland mit der Strukturkrise derzeit, dann kommt immer noch Niedersachsen, wir waren vor sechs Jahren mal Spitzenreiter, wir sind jetzt drittletzter. Dann kommt Schleswig-Holstein, praktisch auf demselben Niveau, dann Nordrhein-Westfalen, in den letzten Jahren mit steigender Tendenz.

Von Weizsäcker: Und dann kommt Berlin und dann kommen die anderen. Nur, es ist gar kein Zweifel, daß diese Zahl über die wahre Lage hinsichtlich der Beschäftigung ein

absolut falsches Bild entwirft. Berlin hat als Kernstück seiner Beschäftigung das verarbeitende Gewerbe, also Industrien mit produzierendem Handwerk, gehabt. Berlin hat in diesem Kernstück seiner Beschäftigung in den letzten zehn Jahren 35 Prozent seiner Arbeitsplätze verloren. Es gibt keine auch nur von fern mit diesem Abstieg des Beschäftigungskernstücks vergleichbare Ziffer in Deutschland. Ausgeglichen wurde dieser unglaubliche Verlust nur durch ein völlig überproportionales Ansteigen der Beschäftigung im Öffentlichen Dienst. Ich sage ja nicht, daß ich mich darüber beklage, daß dieser Ausgleich geschaffen worden ist, ich sage nur, daß es in bezug auf die Grundsubstanz der Lebensfähigkeit dieser Stadt eine Kurve darstellt, die, sich allein überlassen, mit Sicherheit zur Erfüllung der Prognosen in bezug auf Berlin durch den Herrn Falin²⁹ und andere Leute führen wird. Ich will mit all diesen Dingen jetzt nicht hier im Bundesvorstand in längere Ausführungen gehen, da kommen die Leute, die sich Tag und Nacht darum kümmern, daß man dem auch entgegenwirken kann. Elmar Pieroth hat in den letzten vier Wochen hier nicht nur eine schwere Aufgabe gehabt, sondern sich ihr auch in einer Weise gestellt, die ja Grundlage für das Regieren auch im Bund für die Union sein wird, nämlich an Vertrauen bei der Arbeitnehmerschaft zuzunehmen und nicht abzunehmen. Das hat er wirklich persönlich geschafft.

Was zum Ausgleich der strukturellen Schäden in Berlin notwendig ist, hängt natürlich in erster Linie daran, daß nahezu alle Großunternehmen, private und öffentliche, im Laufe der letzten 25 oder 30 Jahre ihren Sitz von Berlin weg nach Westdeutschland verlegt haben, daß hier das übrigbleibt industriell, was immer die verlängerte Werkbank genannt wird, und daß in Zeiten nachhaltiger Rezession die Entscheidungen, die dann in den Unternehmenszentren getroffen werden, im Zweifelsfall immer eher und zuerst zu Lasten Berlins getroffen werden. Gerade die AEG Berlin ist mehr als in allen anderen Bundesländern in ihren Abteilungen auf das schärfste einer Zentralisierung zugunsten von Frankfurt zum Opfer gefallen. Hier können nicht die einfachsten selbständigen Entscheidungen durch die AEG in Berlin getroffen werden, obwohl hier nahezu 11.000 Leute von der AEG beschäftigt waren. Ich sage das nur, als typisches Beispiel einer verlängerten Werkbank, die bei nachhaltiger Rezession stärker leidet als manche anderen Gebiete und auch weniger Ansatzpunkte für eine Lösung außerhalb des Ganzen bietet, wie es da und dort immer noch besteht. Aber man kann und, Helmut, Du hast ja darauf auch hingewiesen, an den Entwicklungen in Berlin nicht nur Berlin-Spezifisches, was die ständige spezifische Zuwendung zu Berlin erfordert, hier erkennen, sondern man kann auch immer wieder Entwicklungstendenzen wahrnehmen, mitunter schärfer und früher als anderswärts, aus denen es im Ganzen zu lernen gilt.

Es ist gar kein Zweifel, daß ein Streit der politischen Parteien oder der Sozialpartner untereinander mit dem Versuch, Punkte zu machen zu Lasten des anderen, je länger desto weniger von den Arbeitnehmern oder denen, die jetzt keine Arbeit mehr haben in Berlin, verstanden wird. Denn aller natürlich immer vorhandenen Möglichkeiten zum Trotz, eine große öffentliche Versammlung zu emotionalisieren und zu demagogisieren, ist natürlich das Gefühl der Menschen doch ziemlich wach dafür, daß wir ja in Wirklichkeit alle miteinander zu Strukturschwächen beigetragen haben, die wir heute nun als Problem wiederfinden. Die Arbeitsplätze in Deutschland insgesamt sind nun einmal im Vergleich zu

29 Valentin Falin (1926–2018), sowjetischer Diplomat; 1971–1978 Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland, 1989–1991 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU.

anderen Ländern so teuer geworden, daß die Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Ländern abgenommen hat.

Der Produktivitätsfortschritt, den die Industrie anstreben muß, wenn sie rentabel und wettbewerbsfähig bleiben will, führt bei ausbleibendem Wachstum naturnotwendig dazu, daß das Angebot an Arbeitsplätzen gegenüber der Nachfrage ständig und strukturell zurückbleibt. Es ist notwendig, die Gesellschaft darauf zu testen und in dieser Richtung politisch führend voranzugehen, welche Veränderungen sie durchzuführen in der Lage ist, damit diesem Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage in bezug auf Arbeitsplätze Paroli geboten werden kann. Vorschläge, insbesondere in bezug auf eine bessere Verteilung der Arbeit, was die Lebensarbeitszeit anbetrifft, müssen ernst genommen werden, nur muß dabei natürlich auch gehört werden, was diejenigen Leute, die nun für die Investitionen, und damit für Arbeitsplatzschaffung oder -sicherung zuständig sind, da heraushören. Wenn wir eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit zum Zweck einer besseren Verteilung der Arbeit in einer Form propagieren würden, aus denen die für die Investitionen zuständigen Zentren nur zu schließen haben, es wird hier immer weniger lohnend und immer unsicherer, dann ist die Folge davon, daß sie die verschiedenen Möglichkeiten des Aussteigens auskundschaften, sei es, daß sie verkaufen, sei es, daß sie die Flinte ins Korn werfen oder, solange es noch möglich ist, ins Ausland gehen oder anderes. Bitte, ich sage das nicht, weil ich gegen unsere Pläne bin, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen, im Gegenteil, ich bin dafür, und in einer Regierungserklärung, die unser Senat übermorgen abgeben wird, werde ich mich dazu auch bekennen. Nur muß es unter Bedingungen geschehen, die bezahlbar bleiben, und es muß unter Bedingungen geschehen, die letzten Endes Investitionen ermutigen und nicht entmutigen. Daß natürlich zur Ermutigung von Investitionen in erster Linie die Berechenbarkeit in bezug auf eine sinnvolle Regierungspolitik gehört, brauche ich nicht weiter hinzuzufügen, oder, anders gesagt, daß dieses monatelange Hingequäle der Situation in Bonn, ganz unabhängig davon, auf welcher Parteiseite man steht, als solches reines Gift für den Arbeitsmarkt und für die Investitionsbereitschaft ist, ist uns ja allen klar.

Das Stichwort Ausländer. Es ist uns allen wohlbekannt, aber es ist eben immer noch nicht hinreichend zur Maxime des Handelns geworden: Wir müssen zwei Dinge miteinander verbinden. Das eine ist, wir müssen mit den Ausländern, die hier leben, zu einem humanen Zusammenleben kommen. Es ist absolut lebensgefährlich, ganz abgesehen davon, daß es unseren Grundlagen widersprechen würde, wenn wir hier einfach nur sagen, die Ausländer sind an der Arbeitslosigkeit schuld und Schlimmeres. Wir müssen mit ihnen menschlich zusammenleben und unseren Beitrag dazu leisten. Und wir müssen benutzen, was die Einsichtigen unter den hier lebenden Ausländern ja niemals bestreiten, daß dies dann nicht gelingen kann, wenn die Zahl der Ausländer immer weiter steigt. An dem Punkt, ich bekenne das freimütig, habe ich nach wie vor meine Schwierigkeiten sowohl mit der Katholischen wie mit der Evangelischen Kirche. Mit Recht mahnen sie uns prinzipiell, unsere Familienpolitik nicht nur gegenüber Deutschen, sondern auch gegenüber Ausländern zu praktizieren, aber ich kann es nicht als eine glaubwürdige Ausländer- und Familienpolitik akzeptieren, wenn eine Familie in den ersten 16 Lebensjahren eines Kindes sich des Familienzusammenhangs nicht bewußt ist, um von da ab dann sich auf diese Familienpolitik der CDU zu berufen und Leute hierher zu holen. (*Beifall.*) Und ich verstehe es nicht, warum die evangelischen und die katholischen Bischöfe und Diakonie-

präsidenten und Caritaspräsidenten nicht aufhören, uns an dieser Stelle sozusagen moralische Vorwürfe zu machen bis hin in den Katholikentag des vergangenen Wochenendes hinein.

Der nächste Punkt, das ist der Generationenkonflikt oder die Generationenchance. Das ist ja wirklich unser tägliches Brot, wenn Sie so wollen, hier in Berlin. Wir haben ja eine merkwürdige Entwicklung hier. Auf der einen Seite wurde immer zuerst von der langsamen Überalterung der Bevölkerung hier gesprochen. Das stimmte auch, und darüber haben wir alle gejammert. Inzwischen haben wir eine langsame Verjüngung der Bevölkerung hier in Berlin, und darüber jammern nun wieder teilweise genau dieselben Leute. Natürlich ist das eine wie das andere zunächst einmal im Ansatzpunkt verständlich, denn manches von den Motiven der jungen Leute hierherzukommen ist ja nun in der Tat durchaus, wie sagt man, hinterfragungsfähig oder -bedürftig. Trotzdem, es geht ja doch für uns nun nicht darum, primär von morgens bis abends darüber zu jammern, daß der Berlin-Status keinen Wehrdienst hier erlaubt, sondern es geht darum zu erkennen, wo man miteinander ins Gespräch kommen kann und wo die Konflikte ausgetragen werden müssen. Ich kann nur sagen, mit unseren Alternativen hier, mit denen, wovon ich fest überzeugt bin, nach wie vor von keiner Partei irgendetwas auch nur von fern einem Regierungsbündnis Ähnliches angestrebt oder erreicht werden sollte, haben wir natürlich trotzdem interessante Auseinandersetzungen. Es geht dabei immer weniger letzten Endes um die Führungen solcher Parteien, sondern um die Motive derer, die sie wählen.

Unser Stichwort der Subsidiarität wird bis in offizielle Publikationen in der „taz“, der Tageszeitung, die ja für uns hier in Berlin eine der großen Morgenzeitungen ist, die wir alle jeden Morgen lesen, durchaus positiv aufgenommen. Am Montag gibt es sonst nämlich keine anderen Zeitungen, die „taz“ erscheint aber am Montagfrüh, infolgedessen haben wir am Montagfrüh überhaupt nur die „taz“ und die „Berliner Zeitung“. Aber mit den anderen, Ihnen gewohnteren Zeitungen, geht es ja erst am Dienstag los. Aber dafür haben wir Sonntagszeitungen, ganz eigenartige. Ich meine mit Eigenart nur Zeitungen, die nur am Sonntag erscheinen. (*Heiterkeit.*) Konnte das jemand mißverstehen? Also, auf der einen Seite ist das Thema der Subsidiarität ein ganz ernstes und irgendwie konstruktives, positives Thema der Auseinandersetzung. Auf der anderen Seite verbindet es sich bei den Leuten mit einer Nulltarifsmentalität, die natürlich vollkommen unwahrhaftig ist in der Hand dessen, der zu regieren hat.

Jetzt darf ich mal ein anderes Thema nehmen, Helmut, über das Du ja mit Recht auch hier gesprochen hast. Die Friedensbewegung einerseits und die Frage, was aus der offenen deutschen Frage andererseits wird, läßt gar keinen Zweifel, daß von der Friedensbewegung her neue Belebung in die offene deutsche Frage hineingekommen ist. Das ist vorläufig noch keine Massenbewegung und keine große Geschichte, aber ich empfehle unter den vielerlei Drucksachen, die hier die Alternative Liste vorbringt und die teilweise des Lesens nicht bedürfen, eine Broschüre zu lesen, die neu herausgekommen ist.³⁰ Die befaßt sich mit der Frage, was ist eigentlich in Zentraleuropa los? Welche Folgen hat der Status von Deutschland als Ganzes oder von Berlin? Wie verhält sich die Frage der Friedens-

30 Vgl. Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik der Alternativen Liste Berlin: Paktfreiheit für beide deutsche Staaten oder bis daß der Tod uns eint. o.J. S. 9–12, wo es heißt, „nicht über zwei feindliche Militärblöcke, nicht über die Teilung Deutschlands“ führe der Weg zu einem friedlichen Europa und einer europäischen Friedensordnung.

sehnsucht und der Friedensbemühungen einerseits zur Orientierung der beiden deutschen Staaten zueinander andererseits? Ich kann nur sagen, als ich vor vier Jahren hierhergekommen bin, habe ich immer Konflikte mit meinem Vorgänger Stobbe gehabt, der hier also gesagt hat, Frieden ist unser wichtigstes Ziel. Zum Frieden brauchen wir Gleichgewicht. Die Folge des Gleichgewichts ist die Teilung. Also ist die Teilung der Preis für den Frieden. Heute wird unter der Führung der Alternativen dieselbe Diskussion nahezu umgekehrt geführt. Heute endet die Argumentation zu sagen, also ist der Preis für den Frieden, die Trennung zu bekämpfen, denn eines haben wir ja schon gemeinsam, nämlich daß die beiden deutschen Staaten gemeinsames atomares Schlachtfeld des nächsten Krieges sein werden. Dies für sich allein dürfen wir nicht bestehen lassen. Wir müssen dies vorziehen, und wir müssen von daher die Frage der Zusammengehörigkeit neu beleben.

Liebe Freunde, es bedarf ja wirklich in unserem Kreis keiner näheren Erläuterung in bezug auf die Punkte der vollkommenen Irrealität solcher Pläne, denn noch hat ja die Sowjetunion diesem Plan der Alternativen in Berlin nicht zugestimmt. Was ich aber nur sagen will, ist, hier kommen jeweils unter den Aspekten unserer drängenden Zeitfragen, Arbeitslosigkeit, Friedensfrage, Generationenkonflikt, Ausländer usw., plötzlich Bezugnahmen auf die Lage des geteilten Deutschlands, die uns nur immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen sollten, daß in der historischen Perspektive die Antworten, die das 20. Jahrhundert bisher auf die Frage nach der Identität und der Nation der Deutschen gegeben hat, möglicherweise nur eine Momentaufnahme bleiben und keineswegs eine Aussage von endgültiger Dauer bedeuten. Ich vertiefe das nicht, ich sage nur, das sind Themen, mit denen wir es hier in Berlin in einem Maß zu tun haben, von dem ich meine, daß es wahrlich nicht auf Berlin beschränkt ist. Und in dem Sinne, das haben wir ja auch verabredet, wollen wir uns ja auch als Berliner an der Debatte über die Lage der Nation beteiligen.

Darf ich nur noch zwei weitere Punkte schnell erwähnen, Helmut? Erstens, ich war diesmal leider, ich glaube zum ersten Mal seit vielen Jahren überhaupt, nicht auf dem Katholikentag. Ich finde die Resonanz in den Medien des Katholikentages hervorragend, und das ist ja, wenn man so will, der Stoff, mit dem die Mehrheit der Menschheit zu tun hat. Ein bißchen Erfahrung habe ich ja mit Medien und Kirchentagen. (*Kohl*: Also, wenn man abgebrüht genug ist und schon Abstriche macht, hast du recht. Für die normale Publizistik nicht.) Helmut, ich finde sie alles in allem hervorragend. Ich finde sie hervorragend, wenn Du es vergleichst mit dem Katholikentag 1980 in Berlin und den Schwierigkeiten, (*Kohl*: Einverstanden.) ganz zu schweigen von unseren evangelischen Kirchentagen.

Zweitens, ich finde, daß das auch damit zusammenhängt, daß offenbar alle unsere Freunde, aber nicht nur unsere, so ein Katholikentag oder ein evangelischer Kirchentag ist ja wirklich keine Parteiangelegenheit, sich nun eben auch in der richtigen Weise auf die wirklich vorhandenen Fragen in ihrer Tiefe eingelassen haben; anders geht es ja auch nicht. Du hast mit Recht auch auf diese Schwierigkeiten gerade bei dem Reformierten Bund in Deutschland und bei dem Reformierten Weltbund gesprochen, und ich möchte hier nur eine Einzelheit erwähnen, weil ich sie für ungeheuer typisch halte. Den Unterschied der Annehmlichkeiten und Probleme zwischen den katholischen und evangelischen Kirchenverständnissen und Kirchenstrukturen brauche ich hier ja nicht weiter zu

wiederholen. Aber jedenfalls eines unserer Hauptprobleme auf der evangelischen Seite ist, daß es ja nicht eine Instanz gibt, die sagt, so ist es, sondern bei uns wird gesagt, mein Gewissen schreibt mir das und das vor; dieses so zu machen, ist eine Bekenntnisfrage. Und wer sich hier von mir trennt, der trennt sich im Bekenntnis von mir, und damit ist eine Kirchenspaltung da. So, nun hat sich also einer der führenden oder der führende Theologe auf dem Gebiet für die Reformierten, nämlich Moltmann³¹, immerhin ein Mann, der mit seinem Buch über die Theologie der Hoffnung ja einen ganz wesentlichen Einfluß auf eine ganze Theologengeneration ausgeübt hat, hierzu geäußert und gesagt, das ist für uns eine Bekenntnisfrage im Reformierten Bund, daß die atomare Bewaffnung schlechthin ausgeschaltet werden soll, eine Frage, die zur Kirchenspaltung führt. Dann sagt er, werde es am Ende eine Nuklearkirche und eine Friedenskirche geben. Dieses ist nun in der Tat nicht eine Theologie der Hoffnung, sondern eine Theologie der Arroganz, darüber gibt es keinen Zweifel. Denn wir haben nach unseren kirchengeschichtlichen Erfahrungen natürlich die Kirchen, die sich Friedenskirchen nennen, die Quäker oder wie immer man sie nennen will, wo die einzelnen Mitglieder nicht andere beschimpfen, sondern sich verpflichten, unter jedem Regime die Friedenspflicht bis zum Gefängnis oder, wenn es sein muß, bis zum Tod auf sich zu nehmen. Und wenn die mit ihrer für sich persönlich geltenden Entscheidung sich Friedenskirche nennen, wer wollte ihnen anders als mit Respekt begegnen? Aber wenn ich mich Friedenskirche nenne zu dem Ziel, um die Andersgläubigen Nuklearkirche und damit Kriegskirche zu nennen, dann hört meiner Meinung mit einer solchen Bezeichnung Glauben und Bekenntnis auf. Also, ich will nur sagen, wir haben hier wirklich schwere Auseinandersetzungen zu bestehen, und das können wir aber nur dann, wenn wir natürlich die Motive, die den Bewegungen und auch der Friedensbewegung zugrunde liegen, in derjenigen Tiefe sehen und ernst nehmen, wo sie wirklich bestehen. Es weiß doch jeder von uns, daß mindestens in bezug auf die Frage, ob durch die weiter vorgenommenen Rüstungen, die zwar in der Sowjetunion größer waren als im Westen, aber auch im Westen nicht unterblieben sind, das Gefühl der Sicherheit vor Krieg gewachsen ist oder nicht, daß Zweifel in dieser Richtung nicht auf die Angehörigen bestimmter Parteien oder bestimmter Kirchen beschränkt sind, sondern daß es dies auch bei unseren Mitgliedern gibt und daß wir diese Fragen ernst nehmen müssen.

Und von daher finde ich den ganzen Ansatz, den Du hier für die Grundlegung einer Zeit gewählt hast, die ebenso verantwortungsvoll für die Union wie schwer in ihren Herausforderungen sein wird, in der entsprechenden tiefen Dimension richtig und notwendig. Aber, um die Sache nicht zu sehr zu überhöhen oder zu vertiefen, will ich als letztes nur noch sagen, ich bin ja wohl der einzige in dieser Runde, der auf dem bevorstehenden Bundesparteitag der FDP ein mindestens temporäres Rederecht, ja eine Redepflicht haben soll. (*Kohl*: Dann kannst ja Du die Anträge einbringen. – *Heiterkeit*.) Ich will hinzufügen, niemand in diesem Kreis, das sagen wir natürlich nicht öffentlich, sollte glauben, daß nun die Berliner CDU nichts sehnlicher herbeiwünscht als den Tag, an dem man nun endlich mit der FDP zusammen eine Koalition schließen soll. Wir sind uns sehr wohl darüber im klaren, was das alles für Plus und Minus mit sich bringt. Da ist ziemlich

31 Jürgen Moltmann (geb. 1926), evangelischer Theologe; 1957 Professor an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal, 1963 in Bonn, 1967–1994 in Tübingen. – Theologie der Hoffnung. Untersuchungen zur Begründung und zu den Konsequenzen einer christlichen Eschatologie. Gütersloh 1997.

viel mehr Nüchternheit am Werk als vorher. Handlungsfähig waren wir in diesem sogenannten Minderheitssenat möglicherweise besser, als wir es sein werden, wenn wir eine sogenannte Mehrheitskoalition haben werden. Also in dieser Richtung möge sich niemand falsche Vorstellungen machen. Trotzdem, ich glaube, es ist wahrlich nicht eine einseitige Einschränkung eines Berliner Blickfeldes, sondern ich glaube, es ist im Interesse unserer bundespolitischen Verantwortung, die auf uns zu kommt, und es ist doch letzten Endes natürlich auch im Interesse der derzeitigen akuten Wahlkämpfe, die wir führen, daß wir zwar natürlich nicht die Sache der FDP vertreten, aber daß wir uns in bezug auf die Beschuldigungen anderer nun der FDP gegenüber nicht besonders hervortun und insbesondere daraus auch nicht besondere Ratschläge gegenüber der FDP ableiten.

Meine persönliche Überzeugung ist, aber die braucht ja niemand für richtig zu halten, daß wir langfristig im Angesicht der Richtigkeit Deiner These, daß das Wahlrecht so ist und bleibt, wie es ist, immer wieder einen Raum für eine dritte kleinere Partei haben werden. Es kann nicht unser Interesse sein, ich erwarte es aber auch gar nicht, daß dieser Platz langfristig durch die Alternativen oder die Grünen oder sonst etwas eingenommen wird. Wir haben, von uns her gesehen, uns so wenig wie möglich zu ärgern und eben unsere Verantwortung zu vertreten. Das halte ich auch in der jetzigen, ganz zugespitzten und auf Veränderungen drängenden Lage nach wie vor für die notwendige Maxime unseres Handelns. (*Beifall.*)

Geißler: Ich möchte zunächst auch etwas zum Katholikentag sagen. Wir hatten ja immer die Besorgnis, die ist ja heute noch da, daß im Gegensatz zu den fünfziger und den sechziger Jahren auch der Nachwuchs, die Junge Union, die Führungsgruppierung innerhalb der Partei, eben nun nicht mehr aus den kirchlichen Jugendverbänden heraus gespeist wird, wie dies damals der Fall war. Ich glaube, daß dies für das Establishment des BdkJ ganz sicher in der kritischen Distanz zur Union auch jetzt immer noch zutrifft. Auf der anderen Seite habe ich also bei mir, bei dem Forum, das ich gemacht habe, auch einen anderen Eindruck gewinnen können. Da waren immerhin weit über tausend Teilnehmer dabei, und das waren ganz überwiegend junge Leute zu dem Thema, was ist das Christliche in der Politik? Und ich kann sagen, vom Grundsätzlichen her hat unsere Position einen außerordentlich großen Beifall gefunden. Allerdings, das muß man hinzufügen, der Beifall war genau so groß, wenn nicht noch stärker, bei der Aussage, die ich auch nicht verschwiegen habe, sondern die ich natürlich auch an uns selber, an die eigene Partei gerichtet habe, daß an eine Partei, die das „C“ im Namen führt, besonders hohe Anforderungen gestellt werden, gerade was vom Grundsätzlichen her, aber auch in der Realisierung, das Christliche in diesem Namen bedeutet. Das können wir ja nicht als Staffage verwenden, sondern es muß sich ja, nicht nur in den Grundsätzen, sondern in der praktischen Politik erkennbar auswirken. Das ist ganz sicher ein Petitum, das die Leute auch in diesem Forum, die ganz überwiegend uns ihre Zustimmung gegeben haben, an uns richten.

Insoweit glaube ich, ist es schon wichtig vom Inhaltlichen her, da haben wir in vielen Punkten gar nicht so große Schwierigkeiten, aber von der Artikulation, von der Sprache und der Begründung her dies immer wieder durchleuchten zu lassen, das zu wiederholen zum Beispiel jetzt in der ganzen wirtschaftlichen Diskussion, was im Grundsatzprogramm gesagt worden ist, daß wirtschaftliches Wachstum eben kein Zweck an sich ist, sondern

daß wir im Gegensatz zu anderen Weltanschauungen und Philosophien, die den Produktionsprozeß als das Entscheidende ansehen, ein anderes Menschenbild haben und das Wirtschaften selber Mittel zum Zweck ist und dem Menschen zu dienen hat. Und das immer wieder zu sagen, ist für die Begründung unserer Politik wichtig.

Und ein ganz wichtiger Gesichtspunkt: Es muß deutlich werden, auch bei unseren praktischen Entscheidungen, daß wir gerecht handeln. Also diese Anforderungen der Gerechtigkeit, das war bei diesem Forum ganz deutlich, wollen die Leute auch realisiert sehen, bis hin zur Wehrgerechtigkeit, ein Thema, über das wir ganz sicher noch einmal reden müssen. Was ich auf dem Katholikentag da von jungen Leuten gehört habe, was das Thema Wehrgerechtigkeit anbelangt, da können einem nur die Haare senkrecht zu Berge stehen, wer da Tauglichkeitsstufe fünf und vier kriegt und was weiß ich. Also das geht gar nicht so sehr um die Zivildienstleistenden, um die geht es überhaupt nicht – da sagen die Leute, die leisten ja ihren Dienst, wenn sie ihn leisten, das müssen wir mal voraussetzen, obwohl es da auch die Lücken gibt –, sondern es geht im wesentlichen um diejenigen, die gar keinen Dienst leisten und welche Praktiken bei der Musterung und hinterher in der Bundesrepublik Deutschland dabei vorhanden sind, welche Schlupflöcher es gibt. Da werden einem Beispiele vorgehalten von höchsten Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland, das will ich jetzt gar nicht personalisieren, da mag es im einzelnen immer Gründe geben, das ist ganz richtig, aber es beherrscht ja auch die Diskussion in den Kasernen. Das ist ganz klar.

Ich möchte noch einmal den Gesichtspunkt der Gerechtigkeit ansprechen, der einfach von uns verlangt wird, und wo die Leute sagen, wenn ihr an die Regierung kommt, dann möchten wir haben, daß wir davon überzeugt sein können, daß es in diesem Land gerecht zugeht, vor allem, wenn Opfer gebracht werden müssen. In dem Zusammenhang, glaube ich, ist auch noch ein Gesichtspunkt ganz wichtig: die Frage unserer Umschreibung der Außenpolitik. Ich unterstreiche voll, was hier gesagt worden ist, aber ich glaube, etwas muß beachtet werden, gerade wenn man in der Abfolge der Genfer Konferenz eine Verstärkung der konventionellen Rüstung ins Auge fassen sollte. Ich glaube nicht, daß auf die Dauer eine Position haltbar wäre, die so lauten könnte, wir geben mehr Geld aus für die konventionelle Rüstung, und gleichzeitig kürzen wir die Entwicklungshilfe. Das wird eine Position sein, die wird bei der Bedeutung, die insgesamt für den internationalen Frieden der soziale Frieden in den Ländern anderer Kontinente bedeutet, nicht aufrecht zu halten sein, was unsere Position als Christlich-Demokratische Union anbelangt. Jedenfalls wird das ein wichtiger Punkt der Diskussion sein.

Etwas weniger positiv beurteile ich diese Auseinandersetzung der Friedensdiskussion, die Frage, inwieweit die Nuklearstrategie innerhalb der Katholischen Kirche auf der Position bleibt, die Beurteilung der Nuklearstrategie, wie das bisher der Fall gewesen ist. Wir hören ja jetzt, daß die Fuldaer Bischofskonferenz sich mit dem Papier der amerika-

nischen Bischofskonferenz³² auseinandersetzen wird, und da ist natürlich noch eine Lücke vorhanden, die gar nicht so sehr in erster Linie von der CDU zu schließen ist, sondern von den Moraltheologen in der Katholischen, aber auch der Evangelischen Kirche. Das ist die Frage des gerechten und ungerechten Krieges. Die Position, daß die Waffe für sich genommen ja nicht schlecht ist, sondern daß der Haß und die Feindseligkeit im Herzen der Menschen die Waffe zu dem unmoralischen Instrument macht, wird in dem Moment, wo es sich um nukleare Waffen handelt, natürlich aufgegeben, weil moralisch, moraltheologisch argumentierend ja gesagt wird, daß eine Waffe und ihre Anwendung für sich moralisch fragwürdig ist, wenn ihre Anwendung das vernichtet, was mit der Waffe verteidigt werden soll. So ist ja die Argumentation. Auch in den 14 Thesen des Kardinals Höffner³³ ist ja auf diese Frage bis heute noch keine Antwort gegeben. (*Kohl*: Die er gar nicht zu geben hat.) Moment, ich sage ja, deswegen wird die Diskussion über dieses Thema weitergehen. Die ist mit dem Katholikentag mit Sicherheit nicht abgeschlossen, sondern sie wird sich verschärfen. Vielleicht muß man hier auch tatsächlich noch fundierter argumentieren und unsere Position auch moralisch noch besser abzusichern versuchen.

Eine Frage möchte ich jetzt unabhängig vom Katholikentag noch kurz ansprechen. In der Auseinandersetzung, wie es jetzt weitergehen soll, auch mit der Koalition und der ganzen Auseinandersetzung AEG, Arbeitslosigkeit, und wie wird der neue Anfang gemacht, spielt natürlich nach wie vor bei unseren eigenen Parteifreunden wie bei den Bürgern draußen eine Frage eine zentrale Rolle, was wollt ihr anders machen, wie sieht es bei euch aus und seid ihr denn in der Lage, tatsächlich den Karren herumzuwerfen? Ich möchte hier nur auf etwas aufmerksam machen, was meines Erachtens in der einen oder anderen Diskussion nicht ganz richtig gesehen wird, nach meiner Auffassung, oder was man argumentativ vielleicht hier besser machen könnte. Ich glaube, wir konzentrieren uns manchmal zu sehr auf eine entscheidende Frage, die aber nicht die alleinentscheidende Frage ist, nämlich auf die Sanierung des Haushaltes. Die Frage der Sanierung des Haushaltes ist ein wichtiger Punkt der Alternative, die wir aber nach meiner Meinung erst beantworten können, wenn wir an der Regierung sind, aus vielen Gründen; darüber haben wir schon diskutiert. Das heißt, bei der Frage der Alternative sollte man sich nicht einengen lassen auf die Frage, wo wollt ihr denn noch sparen? Meine Meinung dazu habe ich hier schon des öfteren gesagt. Wir können aus der Opposition heraus kein Alternativparkkonzept entwickeln. Einmal die Sanierung des Haushaltes vorausgesetzt, fängt doch die Alternativkonzeption der CDU in wichtigen Punkten erst an. Die Sanierung des Haushaltes ist eine wichtige Voraussetzung. Wir haben aber klare Alternativen vorgelegt.

32 Seit Juli 1981 arbeitete ein Komitee der Amerikanischen Bischofskonferenz an einem Entwurf für einen Hirtenbrief. Ein erster Entwurf wurde im Sommer 1982 vorgelegt und weiter diskutiert (vgl. dazu „Die Zeit“ vom 12. November 1982: „Ist atomare Abschreckung unmoralisch?“). Veröffentlicht wurde der Hirtenbrief unter dem Titel „Die Herausforderung des Friedens – Gottes Verheißung und unsere Antwort“ im Mai 1983. – Erklärungen der deutschen Kirchen: Gerechtigkeit und Frieden. Erklärung der Vollversammlung 1981 der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 1981; Zur aktuellen Friedensdiskussion. Stellungnahme des ZdK. Bonn (November) 1981; Frieden wahren, fördern und erneuern. Denkschrift der EKD. Gütersloh (November) 1981.

33 Das Friedensproblem im Lichte des christlichen Glaubens. Vortrag zur Eröffnung der Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am 21. September 1981. Bonn 1981, vgl. auch Dimensionen der Zukunft. Eröffnungsreferat bei der Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda am 20. September 1982. Bonn 1982.

Ich finde nach wie vor diese Sieben-Punkte-Offensive, die ja in ihrem ersten Punkt die Sanierung des Haushaltes voraussetzt, aber dann in sechs weiteren Punkten sehr konkrete und wichtige Alternativen entwickelt, sollte einfach stärker von uns bei der Darstellung der Alternative herausgestellt werden.³⁴

Also, wir werden ja deswegen jetzt im September noch in einer Art Zeitung diese Sieben-Punkte-Offensive noch einmal darstellen. Ich sage dies deswegen, weil wir uns in der Darstellung dieser Alternative nicht in die Haushaltsdiskussion hineinzwingen lassen sollten, sondern daß wir darstellen sollten, was wir positiv, gerade zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ja nun durchdiskutiert und beschlossen haben. Das sind sehr gute Punkte. Ich erinnere nur noch einmal an die Wohnungsbaupolitik, die wir immer wieder darstellen sollten, wo wir uns ja auch schon parlamentarisch durchgesetzt haben.

Und ein zweiter, letzter Punkt, da greife ich das auf, was Richard von Weizsäcker gesagt hat, gerade bei der Antwort auf die Fragen junger Leute und dem Problem, Opfer zu bringen. Die Leute sind bereit, Opfer zu bringen, wenn wir ihnen sagen, wie die Welt von morgen aussehen soll, wenn wir sie mitgestalten können. Aber das ist etwas, was man leisten können muß, und da stehen wir ja nicht ohne Argumente da. Ich erinnere an den Leitantrag des letzten Parteitags in Hamburg, wo wir ein ganzes Kapitel entworfen haben, eine offene Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht, wo wir den ganzen Bereich der Subsidiarität angesprochen haben. Das muß natürlich noch vertieft werden. Aber ich mache darauf aufmerksam, gerade die Wirtschaftspolitik zeigt, wenn wir zum Beispiel dagegen sind, daß wir eine Konzentration in der Wirtschaft bekommen vom Mittelstand her gegen die Vorherrschaft der Monopole oder der Oligopole – Ludwig Erhard war der Erfinder der Kartellgesetzgebung und des Kartellamts –, dann kann man nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung eines breiten Mittelstandes darstellen, sondern man sollte gleichzeitig die menschliche Auswirkung dieser Politik darstellen, auch für den Arbeitnehmer, die ja darin besteht, daß wir, wie Norbert Blüm einmal gesagt hat, ja keine sozialistische Campinggesellschaft wollen, daß die Leute, wenn sie in der Westpfalz keinen Arbeitsplatz finden, dazu verdonnert werden, im Hamburger Hafen zu arbeiten, sondern, daß wir eine gesellschaftliche Ordnung haben wollen, in der die Leute dort, wo sie wohnen, oder in der Nähe wenigstens, auch einen Arbeitsplatz finden, weil sie Heimat brauchen, Geborgenheit. Das ist natürlich eine ganz andere menschliche Ordnung als das, was der Sozialismus vorstellt. Ich finde, wir können gute überzeugende Alternativen darstellen, wenn wir nicht den Fehler machen, uns in der Diskussion einfach in die Haushaltsalternativen hineindrängen zu lassen, die wir aus der Opposition heraus meines Erachtens wirklich nur sehr unzulänglich beantworten können.

Wörner: Ich kann in einem Punkt wenigstens nahtlos an das anschließen, was Sie, was Richard von Weizsäcker und was jetzt Heiner Geißler gesagt haben. Es ist ja eine Binsenweisheit, daß nicht nur unser Schicksal bei den nächsten Wahlen, sondern langfristig die Frage, welche Resonanzen wir bei der jungen Generation finden, mit der Frage des Friedens verknüpft ist. Bei den zahllosen Diskussionen, die ich führe, wie Sie wahrscheinlich auch, sind mir zwei Dinge klar geworden, die wir jetzt versucht haben, aufzugreifen. Beide bieten, glaube ich, wenn man sie recht beantwortet, eine Chance für die Union.

34 Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 9. Februar 1982 für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik (ACDP 08-001-1066/1; vgl. Uid vom 11. Februar 1982: „Sieben-Punkte-Offensive. Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft“).

Einmal besteht bei den kritischen jungen Leuten in- und außerhalb der Friedensbewegung eine große Sensibilität für den Zusammenhang zwischen Frieden und Freiheit, wenn man ihn richtig darzustellen versteht. Daß die Friedensbewegung insgesamt den Fehler macht, diesen Zusammenhang zu unterschlagen oder zu bagatellisieren, ist etwas, was man nachdenklichen jungen Leuten begreiflich machen kann, und hier liegt dezidiert eine Chance für die Union, wenn sie das richtig darbietet.

Das Zweite, wir dürfen vor der Frage nicht ausweichen, gibt es einen Ausweg aus dem nuklearen Dilemma? Ich gebe da Heiner Geißler recht, vielleicht haben wir noch nicht sorgfältig genug argumentiert, vielleicht auch nicht intensiv genug. Ich glaube jedenfalls, daß wir eine Perspektive bieten müssen. Hier sehe ich im Grunde genommen die große Auseinandersetzung, die noch vor uns steht. Daß es einen Ausweg aus diesem nuklearen Dilemma geben muß, scheint mir klar zu sein. Nur, es gibt einen realistischen Weg aus diesem Dilemma, und es gibt einen illusionären Weg aus diesem Dilemma. Die Außenpolitik der Union seit 1972 war ja ein mühsamer Weg, um das positiv zu umschreiben. Wir haben in der Bundestagsfraktion jetzt den Versuch gemacht, mit all den Rückschlägen, die damit notwendigerweise verbunden sind, doch über diese Auseinandersetzungen der Vergangenheit hinwegzukommen und ein einigermaßen geschlossenes außen- und sicherheitspolitisches Konzept vorzulegen, das nicht aufbaut allein auf Verteidigung und Ähnlichem mehr, das diesen Fragen nicht aus dem Wege geht, das aber aufgebaut ist auf dieser Zielrichtung, und in dem versucht wird, gerade die Frage nach dem Ausweg aus dem nuklearen Dilemma anzugehen, im übrigen auch einzubetten unser Konzept des Umgangs mit der Sowjetunion, nicht mit aggressiver Wortwahl, sondern einigermaßen vernünftig formuliert. Es war hart genug, das in der Bundestagsfraktion einigermaßen über die Runde zu bringen. Dies ist uns gelungen, nach meiner Meinung sogar gar nicht schlecht.

Und jetzt schließe ich eine Bitte an. Ich habe dieses Konzept für die entsprechenden Arbeitskreise der Fraktion in der letzten Woche vorgestellt. Es ist sicher nicht das Gelbe vom Ei, wenn Sie die einzelnen Formulierungen nehmen, und ich sage noch einmal, sicher wird man da und dort auch noch etwas verbessern. Aber es versucht, gerade diese Fragen anzugehen und einen Kontext zu liefern, mit dem die Union glaubwürdig ist, auch und gerade in Fragen der Abrüstung. Deswegen habe ich die herzliche Bitte, d. h. eine zweifache Bitte: Erstens einmal, ich wäre dankbar, wenn Sie es wenigstens ausnahmsweise mal lesen könnten.³⁵ Und zweitens, ich wäre noch dankbarer, wenn Sie sich in Ihrer Argumentation vielleicht gelegentlich bis in die Wortwahl hinein sich dieser Dinge bedienen könnten.

Eben war völlig zu Recht die Rede von dem Sieben-Punkte-Konzept. Ich habe den Landesparteitag, Sie haben es gehört, Herr Kohl, genützt, um den Leuten die Leviten zu lesen und zu sagen, Himmel nochmal, wenn wir mal was Brauchbares liefern, dann lest ihr das ja noch nicht einmal, geschweige denn, daß ihr es mit einer Stimme vortragt, obwohl dies Konzept selbst von der kritischen Öffentlichkeit ohne Einschränkung positiv aufgenommen wurde und ja auch richtig ist. Und genau so ist es auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik. Wann endlich findet sich diese Partei einmal bereit, bis hinein in die Wortwahl, nach einem Konzept zu reden und die gleichen Worte dafür zu gebrauchen?

35 Vgl. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag – Pressedienst – vom 31. August 1982.

Deswegen möchte ich diese Bundesvorstandssitzung nutzen, um, Herr Kohl, Sie zu bitten, die Frage, Ausweg aus dem nuklearen Dilemma ist so wichtig, und wird mindestens von einem profilierten Mann der Union eben anders beurteilt, der leider jetzt nicht da ist, so daß diese Auseinandersetzung jetzt nicht geführt werden kann, daß wir hier im Bundesvorstand wirklich noch einmal seriös und intensiv über die Frage dieses Ausstiegs diskutieren. In den Zusammenhang gehört die Verstärkung der konventionellen Verteidigung, die für sich gesehen natürlich kein Ausweg ist, das ist völlig klar, die aber in diesen Rahmen eingepaßt einen gewissen Sinn macht, wobei auch das wiederum diskussionswürdig ist. Aber das will ich hier nicht diskutieren, weil es in die Einzelheiten führt, ich möchte nur meine Bitte erneuern, wir müssen diese Auseinandersetzung auch hier, vielleicht nicht abschließend, aber doch zu einem Stück weiterführen, damit wir auch sicherer werden im Auftreten nach außen. Denn sonst müssen wir uns dauernd, gerade in diesem entscheidend wichtigen Punkt, die Meinungsverschiedenheiten in unseren eigenen Reihen entgegenhalten lassen.

Ich habe noch zwei Bemerkungen zu anderen Themen. Ich will auch bitten, daß wir vielleicht den Begriff der „aktiven Friedenssicherung“, nach all dem, was ich von Kollegen höre, der im übrigen nicht auf meinem Mist gewachsen ist, sondern der draußen gut ankommt, als Wort und als Konzept übernehmen, daß das auch Eingang findet in das Vokabular unserer Vorträge.

Punkt zwei, Koalition. Ich kann nur wirklich energisch das unterstreichen, was Sie gesagt haben. Nur Idioten können glauben, ich sage das ganz bewußt brutal, daß die CDU/CSU auf die Dauer mit absoluter Mehrheit die Bundesrepublik Deutschland regieren kann, wenn Sie sich einmal vorstellen, was wir an Entscheidungen zu treffen haben in einer neuen Regierung. Es wird nicht nur Jubel geben, um es vorsichtig auszudrücken. Auch langfristig, jedenfalls über vier Jahre hinaus, werden wir so viel Unpopularität auf unsere Schultern laden, daß ich mir überhaupt nicht vorstellen kann, wie jemand zum Ergebnis kommen könnte, man könne das auf die Dauer mit absoluter Mehrheit schaffen. Wenn uns dann das als Geschenk in den Schoß fällt, okay. Daß die Grünen als Koalitionspartner für uns nicht tragbar sind, das ist, glaube ich, ohnehin eine Allgemeinweisheit, also bleibt doch nur diese FDP übrig. Und deswegen müssen wir sie entsprechend behandeln.

Und jetzt kommt meine Frage an Sie, ein Punkt, den Sie in Ihren Ausführungen nicht genannt haben, Herr Kohl, und da würde mich Ihre Meinung interessieren, in diesem Kreis zumal, auch deswegen, weil es hier in der Öffentlichkeit sehr unterschiedliche Äußerungen aus der CDU/CSU gegeben hat. Das ist die Frage Neuwahlen. Ich will kein Rezept wissen. Wir wissen alle, wie problematisch das im Ablauf der Dinge sein kann, aber mindestens für mich stellt sich das so dar, daß, wenn es gelingt, eine neue Regierung zu bilden, diese neue Regierung in angemessener Frist danach, aber jedenfalls nicht zwei Jahre danach, die Bestätigung durch Neuwahlen suchen sollte. Noch schöner wäre es natürlich, wenn Neuwahlen am Anfang stehen könnten. Ob das der Fall ist, weiß ich nicht. Am schönsten wäre es, wenn Neuwahlen am Anfang stehen könnten, mit einem von der CDU gestellten Kanzler. Nur dazu hätte ich gerne etwas mehr gewußt, wie Sie das sehen, und darüber müßten wir dann vielleicht doch in diesem Kreis auch mal reden, weil das natürlich in den Fragen, die an uns gestellt werden, aber auch in dem, was wir uns überlegen zu dem, was eine neue Regierung tun muß, eine gewisse Rolle spielt.

Kohl: Ich will in ganz wenigen Sätzen die Frage gleich beantworten. Jeder von uns weiß, daß es für uns optimal wäre, wenn am Sonntag Wahlen wären bei den jetzigen Gegebenheiten. Aber jede Vernünftige weiß auch, daß wir zu solchen Wahlen nicht kommen. Es gibt jetzt Bestrebungen aus der SPD, ob man mit uns zu einem Akkord kommen könnte, Neuwahlen zu machen, die Schmidt noch anführt, um auf alle Fälle zu Neuwahlen zu kommen. Ich kann Neugierige nur warnen, dann gehen die mit dem ganzen Millionenetat des Bundespresseamts und mit den Karossen in die Wahlen. Also das, was im Augenblick da gekocht wird, heißt, die FDP ist dann draußen, wir machen für ein paar Wochen die geschäftsführende Bundesregierung, haben dann die Kasse und die Ständer und machen die Wahl. Wir verlieren zwar die Wahl, aber wir verlieren nicht so schlecht, weil uns die Ressourcen etc. zur Verfügung stehen, als wenn wir gezwungen werden, durch eine neue Regierung die Wahlen zu machen. Das ist also der Punkt. Und dagegen sind dann Leute bei uns, die eben auch glauben, persönlich bei einem solchen Konzept besser zu reüssieren. Auch das muß man gleich hinzusagen. Damit das ganz klar ist, das ist eine Sache, die für mich indiskutabel ist. Wenn wir zu Neuwahlen kommen, ich will gleich etwas dazu sagen, muß unser Ziel sein, daß eine von uns geführte Regierung die Neuwahlen herbeiführt.

Wir haben hier insofern eine gute Position in der Sache. Der Gedanke, so zu verfahren, Herr Wörner, ist nicht von uns aufgebracht worden, sondern von den Linken in der FDP. Das hat vor Wochen schon in deren Bundesvorstand eine große Rolle gespielt, nämlich der Gedanke – ich argumentiere jetzt mal, wie dort argumentiert wurde in der FDP –, wenn wir diesen Schritt machen, eine neue Regierung, haben wir ungeheure Probleme als FDP. Die Sache ist ungeheuer risikoreich, ob die Bevölkerung uns das abnimmt. Wir haben ja jetzt nicht nur die Wahlen, wir haben dann auch die Wahlen am 13. März in Rheinland-Pfalz und dann am 13. März in Schleswig-Holstein, und wenn wir da nicht den Wechsel vernünftig begründen können, erwischt es uns dort ganz hart. Beides Länder, wo die FDP gerade über fünf Prozent kam. In Rheinland-Pfalz gab es das letzte Mal die Grünen noch nicht. Das heißt also, die FDP kriegt dort den Garaus gemacht, wenn sie nicht entsprechend reüssiert insgesamt, ergo, laßt uns das Risiko eingehen, so argumentieren eine ganze Menge, jetzt nicht nur Linke – die Linken haben das aus ganz anderen Gründen gedacht –, jetzt übernehmen es auch die Rechten in der FDP, laßt uns doch eine Regierung bilden, ein ehrliches Eröffnungsprogramm machen, und in einem Abstand, so kam ja dieses Datum, das ist ja keine Erfindung von uns, jetzt ungeachtet der verfassungsmäßigen Problematik, dann Landtagswahlen und Bundestagswahlen an einem Tag laufen lassen; das lassen wir aber mal jetzt weg. Aber so kam plötzlich der Gedanke auf, am 13. März in Schleswig-Holstein, in Hamburg, in Rheinland-Pfalz und im Bund zu wählen. Die Väter dieser Idee sitzen nicht bei uns. Das ist aus der FDP rausgekommen und bewußt in die Presse getragen worden.

Für mich ist es gar keine Frage, daß das eine optimale Regelung – jetzt lassen wir mal das Datum weg – wäre, in der Reihenfolge das zu machen. Eine Reihenfolge, da stimme ich Ihnen zu, in der die Neuwahlen nicht so weit weg liegen von dem Tag X, daß die Erinnerungen an die Geschehnisse, die zum Tag X geführt haben, schon verblaßt sind und auch nicht so lange, als daß man schon die Wunder erwarten darf, sondern daß man noch korrekt sagen kann, soundso sehen die Wege aus. Ob das erreichbar ist oder nicht, weiß ich nicht. Ich lasse das immer noch offen, damit wir also hier nicht auseinandergehen in

der Meinung, daß ich jetzt sage, jetzt stürzt die Regierung. Wenn die FDP den Schritt tut, sage ich voraus, daß die Stimmung in der FDP für so einen Schritt zunimmt, und zwar deswegen, weil es natürlich einer FDP-Tradition schon entspräche. Denn das Argument wäre dann weg, wir haben 1980 unser Wort gegeben, haben das Wort gebrochen, sondern sie würden dann argumentieren, es ging nicht mehr anders, und wir gehen ja wieder an den Wähler.

Dann gibt es noch eine Argumentation in der FDP, die sogar recht schlüssig ist. Eine Sozialdemokratie, die nicht mehr in der Regierung ist, sondern in der Opposition, und die innerhalb von einem halben Jahr ungefähr jetzt gerechnet, bei einem Regierungswechsel in die Wahl ginge, geht mit absoluter Sicherheit mit den Münchener Parteitagebschlüssen³⁶ als Wahlprogramm in die Wahl. Und damit bestätigt sie die FDP, unterstreicht das FDP-Argument, mit denen kann man die Probleme nicht lösen, weil sie sozialistische Politik machen. Das ist ein ganz wichtiger Gedankengang. Eine SPD, die im März, nehmen wir mal an, in die Wahl geht, geht in sie mit absoluter Sicherheit mit einem Wirtschafts- und Sozialprogramm, das vom Münchener Parteitag her ausgeht, eher noch verschärft München beinhaltet. Das gibt nun der FDP gegenüber ihrer Klientel die greifbare Argumentation, das war genau der Punkt, warum wir den Wechsel gemacht haben. Das ist eine Argumentation, die läuft. Staatspolitisch steckt hier übrigens was drin, was wir schon einmal sagen sollten.

Wenn es jetzt Neuwahlen gäbe, wie eben skizziert, müssen Sie davon ausgehen, daß die Verlustquote der SPD zwischen vier bis sieben Prozent, vielleicht sogar acht Prozent liegt. Das ist aber ziemlich wurscht, vier reicht schon. Bei einer Verlustquote von vier Prozent, wechseln ungefähr 50 Wahlkreise in der Bundesrepublik die Partei, gehen an uns, das ist jetzt eine Sache. Das ist erfreulich, das brauchen wir nicht zu vertiefen. Bei der SPD hat das die Folge, daß die Landesliste eine noch größere Bedeutung bekommt wie bisher, daß die SPD-Fraktion nach einer solchen Wahl weit mehr links steht, als wir bisher überhaupt ahnen können. Denn über die Landeslisten kommt natürlich eine Summe von Leuten auf die Liste, die sich jetzt im Wahlkreis noch nicht durchgesetzt haben, und eine Menge rechter Sozialdemokraten, um es mal so auszudrücken, die sich jetzt halten können, weil sie sich eingegraben haben zu Hause, weil sie sagen, mich schmeißt ja niemand raus; aber diese Leute werden dann abserviert. Ich bringe Ihnen das Beispiel, am Samstag war ich in Kassel, ich habe eine phantastische Sache gehabt dort mit so vielen Leute wie nie zuvor nach dem Krieg. Man merkt ja so lokale Sachen nicht.

Wir überlesen, ich jedenfalls, das Ergebnis der SPD-Abstimmung in Kassel; das war ein ganz rechter Verband. Börner ist, ich vergleiche den jetzt mal mit mir, 1947 zur gleichen Zeit in die SPD gekommen wie ich in die CDU. Er war ein bißchen älter als ich, aber ungefähr gleiche Jahreszahl. Er ist groß geworden in der Kasseler Partei wie ich in der Ludwigshafener Partei. Jetzt hat er die vier Personalentscheidungen erlebt, die die Unterbezirkskonferenz zu treffen hatte für die Landtagswahl. Er ist mit einer riesigen Mehrheit gewählt worden. Dann waren aber der Zweite und die zwei Stellvertreter zu wählen, und er hat mit seinen Vorschlägen die drei Abstimmungen in der Relation 120 zu 20 verloren. Das heißt, dieser Verband ist total nach links gegangen. Die haben am vergangenen Donnerstag den Stadt- und Landkreis Kassel zur atomwaffenfreien Zone

36 Parteitag vom 19.–23. April 1982.

erklärt, feierlich per Beschluß in der Stadtverordnetenversammlung. Wir lachen darüber, bloß, was geht in deren Kopf vor? Solche Leute werden die neue Liste bestimmen. Das heißt also, Herr Wörner, staatspolitisch hat eine Neuwahl eine Wirkung, an der wir nicht nur Freude haben, so sehr ich dafür bin, die 50 Mandate in der Direktwahl an uns zu holen. Die Republik verändert sich, bitte vergessen Sie das nicht. Ein Teil der SPD wird total abgemeiert mit dieser Geschichte. Wenn Sie die Landesdelegiertentagungen in Baden-Württemberg, Bayern sehen, da wird ein bestimmtes Spektrum kaputt gemacht. Also das ist auch ein Preis der Neuwahlen, den man hier mal erwähnen muß. – Sie müssen weg, Herr Pieroth?

Pieroth: Der Präsident Thorn wünscht ein Mittagessen. Es gibt auch andere Gründe, weshalb wir uns freuen, daß er nach Berlin kommt.

Kohl: Wir ziehen Sie gerne vor unter dem Versprechen, daß Sie es kurz machen.

Pieroth: Ich möchte zunächst auf die Bemerkung von Heiner Geißler noch einmal zurückkommen, daß wir eine höhere Beschäftigung nicht allein durch eine Haushaltssanierung erwarten dürfen. Das gilt übrigens für fast jede Frage, die wir zu lösen haben, daß die Konzentrierung auf ein Ressort spätestens dann eine Ressortlösung unmöglich macht, wenn man sich mit dem nächsten Ressort in Schwierigkeiten bringt. Wir brauchen eine Zusammenschau aller Probleme in bezug auf die Beschäftigung, und das ist nicht nur von der Wirtschaft zu leisten. Ich sage das deshalb, weil seit einem Dreivierteljahr uns nahestehende Wirtschaftsprofessoren sich zu einem Denktank zusammengefunden haben. Sie haben am Samstag hier getagt, unter Leitung von Wolfram Engels³⁷ läuft das ab, mit Gutowski³⁸ und anderen, und die arbeiten methodisch genau richtig, wenn sie zum Beispiel den Zusammenklang einer leistungsbewußten Ökonomie und leistungsbejahenden Schulen hier fundamental angehen. Ich empfehle die Arbeit dieser Gruppe unserer Aufmerksamkeit.

Ich habe mich aber gemeldet, um zur AEG ganz kurz noch etwas zu sagen. Nicht daß ich mich für einen Experten halte, aber ich habe die letzten vier Wochen mich so mit dem Komplex beschäftigen müssen, daß ich manchmal den Eindruck hatte, daß der AEG-Vorstand nicht viel weniger schlecht informiert war als ich. Das Problem ist, daß die AEG in den letzten zehn Jahren für sechs Milliarden weniger Rationalisierungsinvestitionen getätigt hat, als sie hätte investieren müssen, wenn sie im Gleichklang mit Siemens investiert hätte. Dadurch ist sie unwirtschaftlich geworden und kann nicht mehr kostendeckend arbeiten. Die AEG trennt sich jetzt von einem Drittel ihrer Mitarbeiter, und im Gutachten steht, daß man lediglich, wenn alles gutgeht, jetzt den Vergleich finanzieren kann, aber nicht mehr, daß die AEG danach weitere Jahre Betreuung haben muß, sprich weitere Hilfe des Staates. Das ist ja auch verständlich, denn die sechs Milliarden unterbliebene Rationalisierungsinvestition können nur in fünf bis zehn Jahren langsam nachgeholt werden; das geht nicht von heute auf morgen. Trotzdem sind wir dafür, daß die AEG gerettet wird, weil keiner übersehen kann, wohin wir kommen, wenn der Weg anders verläuft.

37 Wolfram Engels (1933–1995), Diplom-Kaufmann; 1968–1995 Professor für Betriebswirtschafts- und Bankbetriebslehre an der Universität Frankfurt am Main.

38 Armin Gutowski (1930–1987), Volkswirt; 1967–1970 Professor in Gießen, 1970–1978 in Frankfurt, 1978–1987 in Hamburg, 1970–1978 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Ich habe mich gemeldet, weil wir in Berlin noch achteinhalbtausend Arbeitsplätze behalten und die große Aufgabe jetzt haben, diese Arbeitsplätze in Berlin abzusichern durch Modernisierung. Wir haben hier, einfach ausgedrückt, die am meisten veralteten AEG-Arbeitsplätze. Wir brauchen Bundeshilfe. Denn wenn sich der Landeskonservator für die Berliner AEG-Betriebe aus den Gründerjahren um 1890 sehr interessiert, dann spricht das nicht für wirtschaftliche Produktionsverhältnisse in diesem Unternehmen. Hier müssen wir mit einer gemeinsamen Anstrengung Berlin/Bund der AEG in den nächsten zwei Jahren helfen. Ich habe das auch gebracht, weil wir eine nächste moderne AEG-Produktion nach Berlin haben müssen. Der Meinungsaustausch im Präsidium, der letzten Montag erfolgt ist, hat uns in der AEG-Spitze in Frankfurt schon etwas geholfen. Und ich sage das zum Schluß noch, weil die AEG letztlich nur den Schleier von den Berliner Beschäftigungsproblemen weggezogen hat.

Mein baden-württembergischer Kollege Eberle³⁹ sagte vorige Woche, was habt ihr denn all die vielen Jahre mir den vielen Milliarden gemacht, die wir euch gegeben haben? Wir haben in den letzten zehn Jahren jeden dritten Industriearbeitsplatz verloren, 90.000 Arbeitsplätze in der Industrie weniger. 33 Prozent in einem Zeitraum, in dem wir im Bundesgebiet nur 13 Prozent der Industriearbeitsplätze verloren haben. Das ging einige Jahre gut durch 45.000 zusätzliche Plätze im Öffentlichen Dienst, jetzt nicht mehr. Und ich weise darauf hin, neben der stiefmütterlichen Behandlung Berlins durch die Großunternehmen, was wir jetzt durch die Änderung der Berlinförderung partiell abfangen wollen, hat Berlin nach wie vor zwei Nachteile, die durch noch so viel Gerede über die angeblich ganz normale Stadt Berlin wirtschaftlich noch bestehen. Berlin hat die Mauer, die gibt es heute noch. Und durch die Mauer kann der Sohn des Schlossermeisters irgendwo im Dorf in Mecklenburg, den es vor Tatendrang in die Stadt treibt, nicht über die Mauer in die Stadt. Der unternehmerische Nachzug fehlt seit 35 Jahren. Und durch die Mauer kann der Berliner Unternehmer sich nicht so in die Fläche des Bundesgebietes hinein entwickeln und dahin expandieren, wie es der Frankfurter oder Düsseldorfer kann.

Für diese Struktur Nachteile, die in 30 Jahren zu den enormen Schäden geführt haben, haben wir ein Strukturprogramm, das ich, weil ich es ja kurz machen soll, hier nicht aufzählen kann. Ich will nur sagen, wir gehen jetzt an die Ursachen ran und warten nicht auf Bundeshilfe und auf Ansiedlung von Großunternehmen allein. Die Großunternehmen sind uns wichtig, insbesondere die bundeseigenen Unternehmen. Daß VW der einzige Automobilkonzern ist, der nicht in der Stadt arbeitet, alle anderen privaten sind hier, das muß angegangen werden. Aber Sie können sich darauf verlassen, und sagen Sie das jedem, wir bringen zuerst unsere eigenen Dinge in Ordnung. Nur wenn hier ansässige Berliner Unternehmen, auch kleine und mittlere, wieder Zutrauen zu sich selbst finden, und wenn sie selbst etwas leisten, dann können wir sagen, die bleiben auch in schwierigeren Zeiten in Berlin, weil sie als Berliner ja mehr verhaftet sind mit dieser Stadt. Nur dann bieten wir den Großunternehmen Westdeutschlands die Voraussetzung, sich in Berlin auch ansiedeln zu können. Denn der, der in die Stadt kommt als Großer von draußen, der braucht den Zulieferer, der braucht den Abnehmer, der braucht den Handwerker, der braucht die Experten, da trocknet Berlin zur Zeit aus. Die Bitte an Sie ist, solche Strukturprogramme Berlins positiv nach draußen weiterzugeben und zum

39 Rudolf Eberle (1926–1984), Volkswirt; 1964–1984 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1972–1984 Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr.

gegebenen Zeitpunkt von Bonn aus zu helfen und natürlich auch darauf einzuwirken, daß Großunternehmen ihre nationale Verpflichtung für Berlin wieder erkennen. Aber Sie können sagen, zuerst machen die Berliner das, was sie selbst machen können. Neben Subventionen verlassen sie sich nicht ausschließlich auf die Großansiedlung von außen. Das war zu lange zu befremdend für Berlin und hat allzu häufig dazu geführt, daß Maßnahmen von außen in Berlin gar nicht die Multiplikatorwirkungen hatten, die sie hätten haben können.

Laurien: Ich will noch einmal auf die Situation Jugend und Katholikentag eingehen. Meine Beurteilung bezieht sich auf die Teilnahme an vier großen Veranstaltungen, eine unter dem Thema „In Ketten gebunden, zur Freiheit berufen“, wo Sie sich vorstellen können, daß das Friedenthema eine große Rolle spielte. Feststellungen: Erstens, es ist nicht mehr so, daß eine moralisch unterschiedliche Wertung der beiden Positionen erfolgt. Derjenige, der junge Mann Ansgar Puff⁴⁰, der erklärte, daß er seine Steuer nicht mehr voll zahlen wird, weil er damit gegen die Rüstung votieren will, bekam schütterten Beifall. Meine Bemerkung, daß es großartig wäre, „Frieden schaffen ohne Waffen“ sagen zu können, wenn der Mensch nämlich nur der Lüge, aber nicht des Mordes fähig wäre, da er aber auch des Mordes fähig ist, müsse die Linie heißen, „Frieden schaffen trotz Waffen“, fand eine für mich und Herrn Rohrmoser⁴¹, der neben mir saß, überraschend große Zustimmung. Von daher möchte ich Wörners Bemerkung ganz nachdrücklich aufnehmen. Die fordern von uns alternative Überlegungen zum nuklearen Konzept, weil sie sagen, diese Anhäufung kann doch tödlich umschlagen, und hier muß mit Ernsthaftigkeit eben nicht Illusion, sondern realistisch diskutiert werden. Das kam in einem Forum, das bald 5.000 Leute hatte, das der Franz Alt⁴² leitete. (*Kohl:* Hat er auch etwas gelernt?) Franz Alt war so fair, das muß man sagen, daß er im Vorgespräch sagte, er würde gerne einbringen, daß doch einer aufhören und die Vernunft an einer Seite beginnen müßte. Als ich ihm gesagt habe, wenn er das macht, würde er mich also zu längeren Gegenreden provozieren; er hat es dann nicht öffentlich und in diesem Forum gemacht. Er war in der Leitung wirklich fair. Böckle⁴³ und ein paar Leute waren da, die wirklich standgehalten haben mit Argumenten.

Es kam dann immer wieder, und zwar nicht zu zwei, drei, sondern zu zehn und zwanzig die Frage, immer an mich gestellt, wo sind denn CDU-Politiker glaubwürdig, wo stehen die im Konzept zum „C“. Das ging um Familienpolitik, das ging um Verteidigungspolitik, und das kam auch in bezug auf Ausländer. Ich will dies hier sagen, das war zu bestehen, und es war großartig für uns, weil ich auch in die Vollen gegangen bin. Die Bischöfe hatten uns ja wörtlich als unchristlich bezeichnet. Und ich habe dann gesagt, was hier vorhin schon gesagt wurde von Herrn von Weizsäcker, daß ich die Christlichkeit nicht erkennen kann, wenn man die Familie bis zum 13., 14. Lebensjahr des Kindes getrennt läßt und sie dann entdeckt. Ich habe dann gesagt und will das auch hier gerne

40 Ansgar Puff (geb. 1956), Sozialarbeiter, katholischer Theologe; 1987 Priesterweihe, 2013 Titularbischof von Gordus und Weihbischof in Köln.

41 Günter Rohrmoser (1927–2008), Sozialphilosoph; 1961 Professor für Philosophie an der PH Münster, 1976 für Sozialphilosophie an der Universität Hohenheim.

42 Franz Alt (geb. 1938), Journalist; 1963 CDU (1988 Austritt), 1968–2003 Südwestfunk, Autor von „Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt“. München 1983.

43 Franz Böckle (1921–1991), katholischer Moraltheologe; 1952 Professor für Moraltheologie am Priesterseminar St. Luzi (heute: Theologische Hochschule Chur), 1963–1986 in Bonn.

wiederholen, daß, nachdem ich das Papier der Deutschen Bischofskonferenz „Mit Muslimen“⁴⁴ gelesen habe, ich nicht der Versuchung widerstehen kann zu sagen, wenn die erst mit 13 kommen, sind die keine Gefahr für den katholischen Kindergarten und keine Gefahr für die katholische Schule, und was der Staat dann mit den arbeitslosen Ausländern macht, ist seine Sache. Ich finde, dann muß man das auch sagen. Und ich habe gebeten, statt uns „unchristlich“ um die Ohren zu schmeißen, mal tief durchzuatmen und zur Sache zu kommen und nicht gleich mit diesen Vokabeln umzugehen. Auch dort eine hohe Zustimmung, so daß die Konsequenz ist, wir müssen zu Sachthemen deutlicher und verständlicher für junge Leute Äußerungen von uns geben, etwa das prima Riesenhuber-Papier⁴⁵, wenn ich es mal so abgekürzt nennen darf, zu Umweltschutz und Energiepolitik. Ich entdecke in unserer Partei immer Kenntnislöcher. Die fragen mich alle, ob es das gibt. Das lesen die offenbar nicht. Wir müssen in unserer Partei stärker verdeutlichen, daß Papiere nicht was für Oberkirchenräte sind, sondern für Ortsvorsitzende und für Leute, die mit der Jugend reden und unsere Stellungnahmen dann auch vertreten.

Zweite Konsequenz, nicht überraschend, aber doch hoch erfreulich. In einem der Foren, in dem ich also auch noch Referent war, das hieß „Barmherzigkeit in unserer aufgeklärten Gesellschaft“, ging die Linie, daß die vielen Dienste, von Telefonseelsorge bis Drogenberatung, eigentlich nicht Alibi sein dürfen, daß der einzelne nichts mehr tut. Und es gab eine enorme Diskussion pro Ehrenamt. Die haben nur immer gesagt, nennt das bitte anders, das klingt so veraltet, Ehrenamt. Nennt das, wie ihr wollt, laßt euch etwas einfallen. Diese Forderung kam mit unglaublichem Nachdruck, es sagten vor allem Damen, ich sage bewußt Damen, ich bin jetzt 45, meine Kinder sind größer, ich würde gerne was tun, aber wenn ich noch die Fahrtkosten selber bezahlen muß fürs Ehrenamt, da sagt mein Mann, ich bin dusselig. Ich will nicht daran verdienen, ich will aber wenigstens einen Kostenersatz, also eine gewisse Honorierung des Ehrenamtes ohne eine Vergütung. Ich meine, wenn wir dieses Thema auch wieder, meinetwegen unter der Überschrift „Die neue Nachbarschaft“ aufs Tapet nehmen, hätten wir hier auch etwas. Denn manche Frau, erlauben Sie mir, das jetzt in der Kürze zugespitzt zu sagen, manche Frau, also aus nicht ärmlichen sozialen Verhältnissen, drängt nach einer Berufstätigkeit, wenn sie so 45 ist, um des menschlichen Kontakts willen und um der Selbstbestätigung willen. Nur sitzen und auf ihn warten, erfüllt, glaube ich, niemanden, obwohl ich das nicht korrekt beurteilen kann. Wir haben da wirklich eine Chance.

Dritte Bemerkung. Mir ist in all den Diskussionen in Berlin mit jungen Leuten immer wieder deutlich geworden, was für eine Funktion die Arbeitslosigkeit für junge Leute hat. Lassen Sie es mich mal zugespitzt so sagen: Die erwarten statistisch zu 80 Prozent Weltuntergang, aber zu 98 Prozent ein eigenes Auto und zu 95 Prozent ein eigenes Haus. Das heißt, die persönliche Lebenserwartung ist positiv, die Ängste sind da irgendwo im Hintergrund. In dem Moment, wo die Arbeitslosigkeit zuschlägt, werden die persönlichen Ängste konkret. Und deshalb muß dieses Problem Vorrang haben. Und jetzt darf ich eine

44 Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Muslimen in Deutschland*. Arbeitshilfen 26 (Juni 1982).

45 Heinz Riesenhuber (geb. 1935), Diplom-Chemiker; 1976–2017 MdB, 1982–1993 Bundesminister für Forschung und Technologie. – Gemeint ist vermutlich das umweltpolitische Programm der CDU von 1979 (Druck: U+D vom 20. Dezember 1979 CDU-Dokumentation 44/45, als Faltprospekt hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle Best. Nr. 2077: *Das Umweltpolitische Programm der CDU*. Bonn 1980).

Berliner Beobachtung, für die ich einstehen kann, sagen, von der ich nicht weiß, ob sie bundesweit übertragbar ist. Von den 7.000 Jugendlichen, die wir zur Zeit ohne Beschäftigung und ohne Ausbildungsverhältnis haben, sind nur zehn Prozent fähig und bereit, in eine Ausbildung zu gehen. 90 Prozent der 7.000 sind nur an einer Hilfsarbeitertätigkeit interessiert und fähig. (*Kohl*: Wieviel sind diese 7.000, wieviel Prozent sind das von der Jahrgangsstruktur?) Von der Jahrgangsstruktur, von den Schulabgängern? (*Kohl*: Wie viele Schulabgänger gibt es?) Wir hatten das letzte Mal zehn bis zwölf Prozent der Schulabgänger. 70.000 hatten wir, die Zahlenangabe schwankt ein bißchen, der Jahrgang ist größer. (*Kohl*: Das wären dann also acht Prozent im Hilfsarbeiterniveau.) Jawohl. Aber vom Jahrgang sind nicht die mitgezählt, die noch in Schule und Hochschule sind. Da ist das Verhältnis kleiner. (*Kohl*: Ja, aber die acht Prozent wären ja auch die frühere Relation Hilfsarbeiter. Also so neu ist das ja nicht.) Ja eben. Und hier ist die Lage auf unserem Arbeitsmarkt so, daß dafür keine Arbeitsplätze da sind, daß im Angebot dort der Facharbeiter gesucht wird und nicht der Hilfsarbeiter. Die eine Strategie kann ich mit aller Vorsicht beantworten, daß wir uns bemühen, diejenigen von denen, die noch ausbildbar sind, dafür auch zu gewinnen und zu interessieren mit den verschiedensten Möglichkeiten. Die andere Strategie kann ich nicht beantworten, sondern nur fragen, was können unsere Wirtschaftspolitiker tun, um auf dem Arbeitsmarkt dort etwas mehr Hilfe zu geben? Denn in unserer Hausbesetzerszene habe ich im Kontakt mit dem Superintendenten Roth⁴⁶ zunehmend die Berichterstattung, daß einige großartige Leute in der alternativen Szene da sind – dazu will ich gleich noch eine Schlußbemerkung machen –, daß aber, wie er sagt, das Strandgut sich dort auch einfindet. Er, der nun wirklich Kreuzberg kennt, sagt mir, liebe Frau Laurien, ich brauchte eigentlich für jedes Haus einen Sozialarbeiter. Und wenn diese Leute arbeitslos sind, hier sehe ich also eine nicht ungefährliche Entwicklung, dann driften die uns dort ab, und wir züchten uns eine Problemgruppe, der dann sehr schwer Herr zu werden ist, weil sie dem Argument kaum zugänglich ist.

Nun noch eine letzte Bemerkung zu den Alternativen. Wir haben Kontakte, wie Sie wissen. Fink hat da früh ja etwas gemacht – und der Wahrheit die Ehre –, das findet natürlich die schärfste Kritik in den eigenen Reihen. Also die zu allem entschlossenen CDU-Mitglieder kritisieren natürlich unseren Kontakt zu gewissen Mitgliedern der alternativen Szene. Das muß man durchstehen, und das ist nicht ganz einfach. Ich habe mehrere dieser Stätten auch besucht, wie UFA-Gelände und Fabrikhaus Neue Straße. Ich kann nur sagen, für mich ist die Grenze da, wo sie gewaltfrei sind, da bin ich bereit, mitzumachen. Allerdings haben die zum Teil abenteuerliche Erwartungen an die Staatsknete, die sie andererseits wieder diffamieren; das geht nur vornehmer vor sich, das geht über die Jugendhilfebeiträge. Aber okay, wenn es uns gelingt, die Leute in eine Ausbildung zurückzuholen, lohnt es jede Anstrengung. Auch aus diesem Grund, meine ich, müssen wir bei unserer Ausbildungsordnung aufpassen, daß sie nicht nur vom Großbetrieb erfüllbar ist. Handwerker und eben auch diese Gruppe müssen die Ausbildungsordnungen noch erfüllen können. Meine dringende Bitte hier an die Parteifreunde ist, daß im DGB, aber bitte auch bei den Arbeitgebern nicht ständig Dr. Hans Sowieso, der nie einen Betrieb gesehen hat, ich denke etwa an die IG Metall, aber auch an die Arbeitgeberseite, kommt, die sich gegen-

46 Gustav Roth, Superintendent in Berlin-Kreuzberg.

seitig hochputschen, indem es immer intellektueller in den Ausbildungsordnungen wird, statt daß der Praxisbezug bleibt. Ich sage das nicht von ungefähr.

Die Ausbildungsordnung Hauswirtschaft, gerade verabschiedet vor einem Jahr, ist ein Beleg. Gut, das ist gelaufen. Aber was sich jetzt in der Ausbildungsordnung Einzelhandel abspielt, verzeihen Sie, daß ich die Gelegenheit benutze, um den einzelnen Fall zu nennen, die Arbeitgeber haben zugestimmt, daß es künftig, 1983 einsetzend, nur noch eine dreijährige Ausbildung gibt im Einzelhandel – die heißt dann anders – und daß man sich für die Zukunft vorbehält, eine zweijährige wieder zu entwickeln. Mich beschimpfen sie, daß die Union sie verraten hätte, wir sollten für die zweijährige kämpfen, denn die Verkäuferin von heute schafft nie die Ansprüche, die in der dreijährigen Einzelhandelsausbildung festgelegt sind. Das heißt auf Hochdeutsch, die Hauptschülerin wird in die Hilfsarbeiterrolle abgedrängt, weil die Ausbildungsordnung, die da ist, dann von ihr nicht geschafft werden kann. Die Lage ist so, die Arbeitgeber haben den Kompromiß geschlossen mit ihren Vertretern und verlangen jetzt von uns den Grabenkampf. Ich habe so etwas schon einmal in Rheinland-Pfalz erlebt, als es um die Konfessionsschulen ging, daß die Kirche uns auf die Barrikaden schicken wollte, als sie selbst schon runter war. Die Arbeitgeber machen das hier zum Teil ähnlich, und da meine ich, ist wirklich um der Jugend willen eine deutliche Sprache nötig. Das gilt auch für die Anrechnung jenes Berufsgrundschuljahrs. Das gibt es nicht in allen Ländern. Manche Länder haben das vernünftigerweise Berufsvorbereitungsjahr genannt. Aber da, wo es Berufsgrundschuljahr genannt wird, zum Beispiel in Berlin und in anderen Ländern, und die auffängt, die keinen Ausbildungsplatz und keine Arbeitsstätte haben, soll die Wirtschaft das anrechnen. Die halten uns für irre. Ich meine deshalb, es lohnt eine Initiative, diese Auffangjahre nicht Berufsgrundschuljahr zu nennen, und sie deshalb aus der Anrechnungspflicht herauszukriegen. Ich sage ganz ehrlich, ich brauche hier die Bundespartei als Initiator, damit ich das in Berlin aufgreifen kann, denn wenn ich es in Berlin anleihere, ist die Schlacht zu schwierig. Denn auch der DGB hat mir gesagt, Frau Laurien, Sie haben ja recht, aber vorläufig müssen wir noch dagegen sein. Das heißt, wir brauchen hier etwas von außen. Ich bitte um Pardon, daß ich in einem Einzelfall gelandet bin, aber ich halte es doch für wichtig, auch an Einzelfällen die Konkretisierung unserer Position zu zeigen.

Nun ein Rückblick nochmal auf diese Ehrenamtssache. Mich sprechen zur Zeit zunehmend Leute an, die etwa 55 alt sind, weil ich auch in dem Alter bin, und sagen zu mir, was soll denn aus meinem Leben werden, wenn ihr, Union, die Lebensarbeitszeit schon mit 58 oder mit 60 beendet. Was soll ich denn tun, wie sitze ich dann rum? Ich kann doch nicht nur in den Holiday Park gehen. Diese Angst vor dem Nicht-gebraucht-Werden könnten wir auch durch ein Ehrenamtskonzept günstiger Art ausweisen und außerdem noch ökonomisch Dinge zu geringeren Kosten zustande bringen, als wenn wir für alles Hauptamtliche haben.

Albrecht: Ich möchte gerne einige kurze Bemerkungen vorweg machen. Nur so nebenbei, zur AEG gesagt, die Großen kriegen das Geld, die Kleinen nicht. Ich würde doch empfehlen, was uns, insbesondere die unionsregierten Länder angeht, die These nicht unbesehen zu übernehmen. Sie ist ja auch in den Zeitungen überall zu finden. Ich lasse mal ganz beiseite die Hunderte von Millionen, die wir zum Beispiel als Land für Unterstützung mittelständischer Aktivitäten geben. Ich habe mir geben lassen, wie es denn bei den Landesbürgschaften selbst für konkursgefährdete Betriebe ist. Da haben wir in den

letzten fünf Jahren 590 Millionen Landesbürgschaften gegeben, davon 190 Millionen an große Betriebe und 400 Millionen an mittelständische Betriebe. Das heißt, mehr als zwei Drittel der Landesbürgschaften, die wir gegeben haben, sind an mittelständische Betriebe gegeben worden. Ich will Heiner Geißler einmal empfehlen, sich auch in den anderen Unionsländern diese Zahlen zu holen. Das gibt vielleicht mal eine ganz interessante Meldung, daß das dort, wo wir regieren, nicht so ist.

Zweite Bemerkung, Berlin. Ich finde es gut, daß Richard Weizsäcker ein bißchen die Situation der Stadt geschildert hat. Damit kann es eigentlich nicht sein Bewenden haben, und ich finde, wir sollten im geeigneten Rahmen noch einmal darauf zurückkommen, denn man kann sich ja wirklich gewaltige Sorgen um die Zukunft dieser Stadt machen. (Kohl: Beispielsweise ist das eine lächerliche Sache mit der Flugsubvention, wer das verfolgt.⁴⁷) Ja, aber auch Sorgen, Helmut, weil wir vor der Frage stehen, wie weit eigentlich nur mit Subventionierung von der Bundesrepublik her die Lebensfähigkeit und Gesundheit einer solchen Stadt auf Dauer erhalten werden kann. Ich will hier nur anmerken, daß die einzige Forderung, die die Unionsländer an die AEG gerichtet haben – nicht an den Bund, sondern an die AEG –, um die Rückerstattung für die 1,1 Milliarden zu geben, die Forderung war, daß in Berlin Sorge dafür getragen wird, daß nicht die 2.400 Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist eine etwas außerökonomische Forderung, mit der man sehr vorsichtig sein muß in solchen Situationen. Aber wir haben das aus den Gründen dann doch getan.

Die dritte kurze Bemerkung. Ich kann Dir nur voll zustimmen zu dem, was Du über Polen gesagt hast. Das ist geradezu eine seltene historische Chance, daß wir nach Auschwitz jetzt in wenig spektakulärer Weise dem polnischen Volk zeigen können, was sich geändert hat. Erklärungen nützen da ja überhaupt nichts. Da überzeugt nur das Tun. Ich weiß auch von hunderten Reaktionen aus Polen, welchen enormen Wandel die Ereignisse der letzten Monate hier im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland gebracht haben.

Dritte Bemerkung, Katholikentag. Ich finde gut, daß alle Redner sich dazu geäußert haben, denn als ich herfuhr, habe ich mich auch gefragt, man weiß eigentlich zu wenig, wenn man dort gewesen ist und vor einem Forum von 4.000 bis 5.000 Menschen, mit 70 Prozent jungen Leute, zweieinhalb Stunden mit anderen diskutiert hat. Man hat nur die Fernsehberichte gesehen. Man hat also kein zutreffendes, verlässliches Urteil. Mein Eindruck aus diesem Forum war, erstens, das ist wirklich eine gute Jugend. Man kann eigentlich nur hellauf glücklich sein, daß die Jugend so ist, wie sie ist. Sie war ganz wach, leidenschaftlich beteiligt, ohne daß man als Unionspolitiker dieses a priori ablehnende Vorurteil spürte, was wir ja oft genug bei Versammlungen, wo die junge Generation anwesend war, gespürt haben. Man kriegte schon als Unionspolitiker, wenn man aufs Podium stieg, einen sehr beachtlichen Beifall. Man spürte, wie der Beifall während der Diskussion verteilt war – Johannes Rau war ja mit mir auf dem Podium –, daß da nirgendwo ein Vorurteil vorhanden war, daß es wirklich nur um die Findung des richtigen Weges ging. Unser Forum, das „Zeichen der Hoffnung für die Welt“ als Gegenstand hatte, wurde überhaupt nicht zum Friedensforum umfunktioniert. Das hat in dem Forum keine Rolle

47 Pläne von Finanzminister Manfred Lahnstein, die Subventionen für den Berlin-Flugverkehr (knapp 100 Millionen DM) bis 1986 stufenweise zu streichen (vgl. „Der Spiegel“ vom 2. August 1982: „Berlin-Verkehr. Jeder kennt jeden“).

gespielt, was auch beachtlich war, was mit 4.000 bis 5.000 Leuten möglich ist. Das war mein Eindruck, als ich nach Hause fuhr. Ich habe heute den Pressebericht gehört und gestern auch, da waren nur die Leitartikel über die Friedensfrage. Mein Eindruck war, daß die Glaubensfrage noch zentraler war als die Friedensfrage, die auch eine wichtige Frage war, aber daß die Glaubensfrage doch zentraler gewesen ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn ich das richtig interpretiert habe, was auch die Kollegen zu mir gesagt haben, dann ist das so kein ganz falscher Eindruck.

So, nun schließlich als Letztes zur politischen Lage. Ich habe bis zur Sommerpause zu denen gehört, die nicht glaubten, daß die FDP noch die Kraft hat, sich zu bewegen. Ich revidiere mich. Vor allen Dingen stellt man ja fest, daß hier ein Prozeß der gegenseitigen Selbsterstörung in Gang gekommen ist, der sich derartig kumuliert, daß es kaum noch jemanden gibt, der das noch in den Griff kriegen könnte. Allein Wehner zu sehen mit der sogenannten Freien Demokratischen Partei. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist ja nur ein Blitzlicht, das zeigt, wie das dort geht. Das heißt, die sind jetzt voll damit beschäftigt, die Position für die Nach-Koalitionszeiten abzustecken. Wenn man erst mal so weit ist als Koalition und auch überhaupt kein Kredit dieser Koalition mehr in der Öffentlichkeit gegeben wird, dann ist das selbstwirkend.

Ich glaube also, daß wir uns darauf einrichten müssen, die Regierung zu übernehmen in den nächsten Monaten. Unter uns hier meine ich das. Eine hundertprozentige Sicherheit, lieber Bernhard Vogel, gibt es in der Politik ja nie. (*Vogel: Was auch wieder nicht ganz leicht ist, habe ich gesagt.*) Ach so, ich meine, daß wir es sehr schwer haben werden, erfolgreich zu sein. Ich glaube aber, daß wir erfolgreich sein werden. Nur, wir werden um so erfolgreicher sein, indem wir nicht glauben, es wäre leicht, erfolgreich zu sein. Die außenpolitische Situation ist schon nicht leicht. Wir werden 1983 den Beschluß über die Stationierung fällen müssen. Wir werden ihn natürlich mit einem FDP-Koalitionspartner fällen können. Aber was das an Demonstrationen in der ganzen Republik mit sich bringt, da bitte ich nur jeden von uns, das nicht zu unterschätzen. Die Kernenergie Diskussion ist geschafft. Das sind so Schlußerscheinungen, die wir jetzt wieder in Gorleben hatten⁴⁸; aber damit sind wir fertig. Die Friedensdiskussion ist noch nicht geschafft. Die müssen wir noch schaffen, und das wird nicht leicht sein.

Aber wir werden stehen und fallen mit der Frage, ob wir tatsächlich in einem angemessenen Zeitraum die wirtschaftlichen Probleme des Landes bewältigen. Jeder weiß, daß wir die nicht bewältigen können, wenn wir nicht auch das ganze soziale System, dort, wo es etwas auf schwachen Füßen steht und mißbräuchlich geworden ist, reformieren. Ich bin mal gespannt, was Lambsdorff heute sagen wird. Die Bundesregierung hat gesagt, drei Prozent reales Wachstum für das nächste Jahr. Die Institute sagen jetzt ein bis anderthalb Prozent. Ich vermute, daß Lambsdorff auf anderthalb Prozent runtergehen wird. Meine persönliche Meinung ist null Prozent, und ich sehe überhaupt nicht einen Hoffnungsschimmer irgendwo. Das, was bisher die deutsche Konjunktur noch einigermaßen getragen hat, waren die Auslandsaufträge; die sind seit fünf Monaten stark rückläufig.

48 Am 4. September folgten 10.000 Menschen dem Aufruf zum Musikfestival „Tanz auf dem Vulkan“ als Reaktion auf den Baubeginn der Zwischenlagerhallen in Gorleben. Nach der Kundgebung der Bürgerinitiative kam es zu teilweise militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Wasserwerfer und Schlagstöcke einsetzte (Gorleben-Archiv. Die Geschichte des wendländischen Widerstandes – <http://gorleben-archiv.de/wordpress/chronik/1982-2/> – abgerufen 22. November 2016).

Selbst wenn sich in den USA etwas ändern sollte, was ich auch noch nicht so deutlich sehe, dann wird das nicht sehr schnell sein, und die Auswirkungen auf Bonn werden begrenzt sein.

Dieser enorme Niedergang von tausenden und abertausenden von mittelständischen Existenzen jeweils mit der Freisetzung der Arbeitsplätze zieht ja negative Folgen für andere nach sich, wie ja auch der Niedergang der AEG. Wenn man mal sieht, was für Verheerungen der anrichtet bei den kleinen Betrieben, die hundertfünfzigtausend Mark Außenstände bei der AEG haben und jetzt 60 Prozent ihrer Forderungen verlieren allein durch den Vergleich – die beste der Hypothesen –, dann sehe ich nicht, wie das wieder aufwärts geht im nächsten Jahr. Ich glaube also, daß wir im Schnitt des Jahres über zwei Millionen Arbeitslose haben werden und in den Wintermonaten dann bis auf zweieinhalb Millionen aufgehen. Wir kriegen das überhaupt nur wieder in Ordnung, wenn – und das kann nur durch einen Regierungswechsel kommen – die Menschen wieder Hoffnung fassen, d. h. die Zuversicht größer wird, wenn aber auch gleichzeitig, und das ist ja ein Tenor, was unser Bundesvorsitzender zu Recht noch verhandelt, die Leistungsbereitschaft zunimmt, wenn die Leute begreifen, hier kommen sie nicht raus aus der Krise, ohne daß jeder mehr tut, als er bisher gewöhnt war zu tun, und wenn eine Regierung ein ganz klar durchdachtes und stimmiges Bündel von Maßnahmen schnell und in der richtigen Reihenfolge ergreift. Das heißt, wir müssen rechtzeitig fertig sein mit unserem Konzept. Nicht vor dem Ende dieser beiden Landtagswahlkämpfe, aber danach doch ziemlich bald, und dann muß es Schlag auf Schlag kommen.

Ich sehe eigentlich zwei Hauptprobleme darin, damit will ich schließen. Das eine ist, daß auch wir vor dem Problem der Zeitverschiebung stehen werden. Reagan ist ja daran gescheitert. Reagan ist an zwei Dingen gescheitert. Einmal hat er zu viel auf die Schippe genommen, nämlich mehr ausgeben für Rüstung, gleichzeitig das Budgetdefizit drastisch senken und gleichzeitig noch die Steuern drastisch senken in der Hoffnung, daß der enorme Wachstumszuwachs der Volkswirtschaft das alles überkompensieren würde. Das konnte schon nicht gut gehen. Aber er ist auch gescheitert an dem sogenannten Timelag, wie die Nationalökonomien sagen, nämlich, daß, wenn man erst mal die Bedingungen verbessert durch Abbau des Staatsdefizits und Steuersenkungen, über zwölf Monate vergehen und länger, bis die Wirtschaft langsam wieder in Gang kommt und Wachstum hat und deshalb auch mehr Steuereinnahmen. Wir werden das Problem auch haben, und wir müssen das Defizit abbauen, um die Zinsen auch runterbringen zu können. Das heißt aber, daß wir eben nicht öffentliche Investitionen im gewünschten Umfang aufrechterhalten werden können und daß wir auch Gefahr laufen, daß die privaten Investitionen auf Sicht, aber nicht sofort anspringen und diese Lücke dann kompensieren und überkompensieren werden.

Das zweite große Problem ist, natürlich auch im Hinblick auf einige innerparteiliche Diskussionen, das will ich hier mal deutlich sagen in dieser Gesamtsituation, wenn man sieht, was in der Friedensdiskussion auf uns zukommt, was von Gewerkschaftsseite auf uns zukommen wird, was von Seiten der Grünen und dann im Innern der in diesen Dingen wieder einigen sozialdemokratischen Opposition auf uns zukommen wird. Wenn wir dann den Ruf verlieren, eine Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, dann können wir einpacken. Es ist sehr schwer, so, wie die Verhältnisse liegen, diesem Erfordernis gerecht zu werden. Denn da nun einmal soziale Leistungen, die gekürzt werden müssen,

oder überhaupt Leistungen des Staates, die gekürzt werden müssen, ihrer Natur nach überwiegend soziale Leistungen sind, wir geben das Geld in den Leistungsgesetzen ja nicht den Bestverdienenden, sondern wir geben das Geld denen, die am wenigsten gut verdienen, liegt es schon an der Struktur einer Einsparungsanstrengung, die wir machen müssen, daß man bei Kürzung der Leistungsgesetze diejenigen zunächst mal trifft, die man zumindest nicht einseitig treffen will.

Dann kann man sagen, was kann man eigentlich dagegen tun? Subventionen auch kürzen. Nur leider ist es so, daß die Subventionen zunächst mal den Unternehmen gegeben werden. Die müssen wir kürzen. Nur, das kommt den Unternehmen zugute und der Zahnarzt und der Ministerpräsident und der Bundeskanzler und der Architekt und wer es immer ist, der ein gutes Einkommen hat, die werden davon überhaupt nicht betroffen, wenn wir Subventionen für Betriebe kürzen. Es bleibt uns eine dritte Möglichkeit. (*Kohl*: Ja, aber wenn Du beispielsweise das Kindergeld auf das Einkommen beziehst, dann trifft Du schon.) Ja, das ist richtig, das ist, wenn wir in die sozialen Leistungen noch Einkommensgrenzen einziehen würden, eine Möglichkeit, die wir haben. Nur, in der Regel sind ja schon, zum Beispiel beim BAföG und anderes, Einkommensgrenzen eingezogen, so daß also auch die Möglichkeit begrenzt ist. Es bleibt eine dritte Möglichkeit, und die möchte ich heute nicht ausgeschlossen wissen. Wo immer wir Steuerprivilegien und Mißbräuche, Abschreibungsgesellschaften und Ähnliches, abbauen können, müssen wir das tun. Aber dann ist es ganz wichtig, daß wir bei dem Steueränderungsgesetz da sorgfältig reinschauen und nicht sagen, nein, dies ist ja auch eine Form von Steuererhöhung, und deshalb ist der Abbau solcher Privilegien mit uns nicht zu machen.

Ich sage etwas, und das ist jetzt das letzte, und ich werde das nirgendwo anders sagen. Ich hoffe, daß ich das morgen nicht in der Zeitung lese (*Kohl*: Wenn Du jetzt nicht diese Vorbemerkung gesagt hättest, hättest Du es nicht gelesen. – *Unruhe. Heiterkeit.*) Wir müssen ja gewisse Dinge irgendwann mal besprechen. Ich sage nur, ich wäre etwas vorsichtig, das Dogma absolut festzuklopfen, daß keinerlei Steuererhöhungen für Besserverdienende möglich sind. (*Kohl*: Das haben wir auch nicht gesagt.) Ich spreche ja nicht nur mit Dir, sondern ich höre ja auch noch andere Stimmen aus der Union. Daß wir uns sehr, sehr schwer tun, zu Recht, Steuererhöhungen zu akzeptieren, und daß unsere These richtig ist, nachdem man uns so in die Schiete gefahren hat, nun also sich zu sanieren, indem man den Bürgern die Lasten auferlegt, das ist mit uns nicht zu machen; das ist völlig richtig. (*Unruhe. Diskussion.*) Aber wenn man sieht, wie das ist, daß wir gewaltig, viel mehr als die jetzigen, die Leistungsgesetze werden kürzen müssen, und daß wir irgendwo dafür Überzeugung, auch die Demonstration, brauchen, daß diejenigen, die über 5.000 und 6.000 Mark im Monat verdienen, auch herangezogen werden, dann ist das so, wie die Karten gemischt sind, sehr schwer zu machen, ohne unter Umständen auch von dem Steuerinstrument Gebrauch zu machen. Ich vergesse das sofort wieder, aber ich sage nur, Vorsicht mit Festlegungen, von denen wir später nicht wieder runterkommen.

Vogel: Herr Albrecht, unsere Formulierung muß sein, daß insgesamt die Belastung der Steuerzahler nicht zunehmen darf. Unsere Formulierung kann nicht sein, daß ich an keinem Steuergesetz etwas ändern dürfe. Die Formulierung ist, glaube ich, so dann verständlich.

Ich wollte eine Bemerkung machen zu dem Beitrag von Herrn von Weizsäcker hinsichtlich der Ausländer. Ich halte es für notwendig, und ich glaube, es ist ja auch vorgese-

hen, daß über diesen Punkt mit den beiden Kirchen, auch mit der Katholischen, unbedingt geredet wird. Hier wird eine Sache dogmatisiert, man müsse die familienpolitischen Leitsätze unter allen Umständen auch auf Ausländer anwenden, die im Endergebnis zur Perversion und nicht zur Hilfe führt. Ich habe den Eindruck, daß da manche Äußerungen aus kirchlichen Kreisen nicht böswillig, sondern einfach ohne Kenntnis abgegeben sind und daß man deswegen mit den beiden darüber sprechen muß.

Dann wollte ich nur der guten Ordnung halber, Du hast es schon angesprochen, noch einmal wiederholen, daß ich ausdrücklich jedermann auffordere, weiter in die DDR zu fahren und nicht aus einer falschen Solidarität, weil ich nicht fahren durfte, jetzt zu sagen, daß man das nicht tun soll. Auch ich selber werde zur angemessenen Zeit natürlich wieder einen Antrag stellen. Ich wäre nur ganz dankbar, wenn diese Aussage, daß man jetzt nicht von Reisen Abstand nehmen sollte, nicht andererseits dazu führt, daß das Thema, warum man Herrn Hoffmann und mir die Einreise verweigert hat, überhaupt nicht mehr debattiert wird. Ich glaube schon, daß da weiter darauf bestanden werden muß, daß das eine reine Willkürmaßnahme gewesen ist.

Dann wollte ich eine Bemerkung machen, weil Du vorhin Israel angesprochen hast. Der Ben Nathan⁴⁹ war da, der ja zehn Jahre hier Botschafter war. Es ist sicher richtig, daß die israelische Regierung im Augenblick ein Hoch an Popularität in Israel hat. Aber das trifft nicht zu, so war seine begründete Meinung; für den Kernpunkt der Reaktion auf den Reagan-Vorschlag. Es ist nach einer demoskopischen Umfrage nur etwa ein Drittel der Israelis der Meinung, daß die strittigen Gebiete annektiert werden sollten, und es sind zwei Drittel in der Summe im Grunde und tendenziell, ich kann es jetzt nicht im einzelnen aufführen, der Meinung des Reagan-Vorschlages. Die Schwierigkeit allerdings ist, daß man es im Augenblick mit einer wegen des Beirut-Erfolges⁵⁰ außerordentlich populären israelischen Regierung zu tun hat. Ganz abgesehen davon, daß in der Regierung natürlich auch sehr unterschiedliche Meinungen vorhanden sind.

Und jetzt eine letzte Bemerkung zum Katholikentag. Obwohl ich kaum mehr sehr viel sagen muß – ich stimme der Gesamtwürdigung durch Dich, Helmut, zu –, füge ich drei kleine Punkte an. Nicht nur die Glaubensfrage, sondern als Reaktion auf das Angstthema sind alle religiösen Themen von einer ganz erheblichen Bedeutung bei den jungen Leuten. Es werden hier ständig, ich meine in der Presse, nur die Berichte gegeben über die Foren und über die Diskussionen, aber man muß zu einer Gesamtwürdigung auch einbeziehen, was sich in den Kirchen und bei den Gottesdiensten abgespielt hat. Man muß auch so eine Veranstaltung wie die vom Bund der katholischen Jugend, übrigens sehr vernünftig, durchgeführte liturgische Nacht mit vielen tausend Teilnehmern einbeziehen. Wir müssen sehen, die Veränderung hat etwas zu tun mit den Folgen der Angstdiskussion und dem Suchen nach Antworten auf dieses Angstthema.

49 Asher Ben Nathan (1921–2014), israelischer Diplomat; 1965–1970 Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, 1970–1974 in Frankreich.

50 Am 6. Juni 1982 hatte Israel in den libanesischen Bürgerkrieg eingegriffen und den südlichen Libanon besetzt. Die PLO und syrische Truppen wurden zum Abzug aus Beirut gezwungen, der von Truppen Frankreichs, Italiens, der USA und Großbritanniens überwacht wurde (vgl. AdG 1982 S. 25879–25887, 25924–25453).

Die zweite Bemerkung. Ich möchte bestätigen, daß die Art der Diskussion sich seit dem Berliner und seit dem Freiburger Katholikentag⁵¹, nicht in der Sache, aber im Umgang, verändert hat. Es ist nicht so, daß die Leute jetzt plötzlich wieder unserer Meinung sind, aber es ist weniger – mit Ausnahmen natürlich etwa bei der Friedenskundgebung, aber in den Hallen – der, der anderer Meinung war, niedergeschrien worden, wie etwa auf dem evangelischen Kirchentag⁵² oder wie etwa auf dem Katholikentag hier in Berlin⁵³.

Und eine dritte, etwas kritische Bemerkung. Da war es beispielsweise gestern in dem Hauptgottesdienst, der ja wohl größten Veranstaltung insgesamt, natürlich schon ergreifend, wie das Thema Frieden für uns positiv aufgegriffen worden ist. Nur müssen wir wissen, dahinter steht ein Ausmaß an Friedenssehnsucht, daß die Gefährdung unserer Ordnung durch Leute, die das Friedensthema politisch mißbrauchen, um Angst vor dem Krieg zu schüren, nicht genug gesehen wird. Da ist ein Potential an Naivität bei den jungen Leuten – ich sage das sehr vorsichtig, die meinen das subjektiv so, wie sie es darstellen –, weil sie die Gefährdung etwa der Freiheit nicht sehen. Darum ist es so wichtig, daß man nicht über Frieden redet, ohne über Freiheit zu reden, und darum ist es so wichtig, daß die Zustimmung zum Freiheitsthema meines Erachtens wächst, weil man nur über die Bedrohung der Freiheit, über die Darstellung, daß die Freiheit bedroht sein kann, wieder einen Grund findet, daß Frieden sichern auch Freiheit verteidigen heißt. Das geht natürlich über das Polenthema beispielsweise sehr viel leichter wie über NATO-Konzepte. Ich sage das jetzt, Herr Wörner, als pädagogisches Mittel. (*Wörner*: Sie können es noch deutlicher machen, wenn sie es konkret an einzelnen Fällen, etwa den zwei oder drei Erschossenen jetzt in Polen festmachen.) Ja, ich mache also darauf aufmerksam, unterschätzen Sie bitte die Angst- und Glaubensfrage nicht, und übersehen Sie bei der Friedenszustimmung bitte nicht, daß dahinter auch ein Unterschätzen der Gefahr, der Bedrohung von Frieden und Freiheit nach wie vor vorhanden ist.

Kohl: So, ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen. Um halb drei müssen wir schließen. Damit das klar ist. Wir haben also die Entscheidung zu treffen, machen wir diese Vorlage noch, wofür ich nach dem Vorschlag bin, nur muß es auch sein, die Debatte braucht auch da ihren Platz. Deswegen bitte ich Sie also, das bei allem jetzt zu bedenken.

Koch: Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur eine ganze kurze Nachlese zum Katholikentag. Da muß ich Folgendes sagen, erst einmal war ich auch in Podiumsdiskussionen. Aber was gestern besonders gut angekommen ist, war die Rede von Bernhard Vogel. Ich bin gestern abend mehrfach angerufen worden und ich werde jetzt draußen im Land angesprochen, der Bernhard Vogel habe dieses und jenes gesagt, jetzt setzt das mal in die Tat um. Ich bin da also an sich sehr positiv, das war rührend.

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen, Sozietat. Was hier und dort in den Medien berichtet wird, auch von Ihnen, Herr Dr. Kohl, wenn ich das richtig verstanden habe, daß man linear oder pauschal Kürzungen von fünf Prozent oder etwas Ähnliches vornehmen will, halte ich für nicht richtig. (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl*: Nicht beim Sozietat, bei den Subventionen.) Dann muß das deutlich klargelegt werden. (*Kohl*: Also Verehrter, dann gucken Sie in das Sieben-Punkte-Programm. Ich sage nichts anderes,

51 Vom 13.–17. September 1978.

52 Vom 17.–21. Juni 1981 in Hamburg.

53 Vom 4.–8. Juni 1980.

genau das steht drin.) Wir müssen, wir wollen, und das ist auch eben richtig gesagt worden, jeder hat Opfer zu bringen, und man soll Mißstände beseitigen. Da gibt es eine Fülle von Mißständen, ohne daß ich jetzt auf Einzelheiten eingehe. Es wird immer wieder gefragt, welche Alternativen hat die CDU. Bernhard Vogel hat gestern abend in seiner Rede auf dem Katholikentag einige Dinge ganz konkret angesprochen. Ich weise nur auf das Stichwort Gerechtigkeit hin. Ich frage, ob es nicht sinnvoll wäre, einen Arbeitskreis zu bilden, vielleicht mit den Sozialausschüssen, oder Hearings stattfinden zu lassen zum Thema, wo eventuell eingespart werden kann. Wir könnten eine Fülle von Beispielen schildern, wo Mißbräuche sind, beispielsweise BAföG. Ich habe das auch auf dem Katholikentag gesagt. Ich sehe nicht ein, daß man beispielsweise in Niedersachsen, was damals gesagt wurde von dem Arbeitsminister, kaum Wohnungsnot hat, aber da, wo die Wohnungsnot besteht, beziehen beispielsweise junge Leute, achtzehn Jahre, volljährig, doppelt ihre Wohnungen und kriegen 1.400 Mark, während der Mann im Betrieb draußen 1.500, 1.600 Mark netto hat. Der hat Familie mit Kindern. Das darf doch auf Dauer wohl nicht richtig sein. Erst mal ist das unchristlich, die zusammenleben zu lassen, und zweitens halte ich das nicht für richtig. Da gibt es also eine Fülle von Dingen, wo man einsparen kann. Man könnte auch einsparen beim BAföG dadurch, daß die das hinterher direkt wieder zurückzahlen müssen.

Nächster Punkt, präsent sein, Herr Dr. Kohl, Sie haben gesagt zum Katholikentag, Sie hätten sich gefreut, wenn einige Leute mehr präsent gewesen wären. Ich möchte aber auch dringend darum bitten, das habe ich auch schon mal gesagt, auch präsent zu sein bei den Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es finden in Kürze wieder so viele Gewerkschaftskongresse statt, daß auch die entsprechenden Führungskräfte der CDU dort präsent sind.

Nächstes Thema, ganz kurz, Arbeitslosigkeit. Im IG-Metall-Vorstand werden Unterlagen erstellt, daß diese Gesellschaft es sich im Jahr leistet, hundert Milliarden auszugeben. Jeder Arbeitslose kostet 27.000 und soviel Mark. Der Wertverlust sind 50.000 Mark mal die Arbeitslosen, das sind 100 Milliarden im Jahr. Die Frage ist jetzt, was kann da getan werden? – Zur Ruhr-Kampagne, es geht nicht an, wenn jetzt unser Freund Worms und andere Leute da im Ruhrgebiet sind, dann müssen wir auch dort konkrete Aussagen machen. Und wir befürchten, daß das Ruhrgebiet und beispielsweise hier die Stadt Berlin demnächst das Armenhaus der Bundesrepublik werden. Dann die Machtzusammenballung. Ich sitze im Aufsichtsrat der Krupp GmbH und sehe, wieviel tausende von Arbeitsplätzen wieder verloren gehen. Ein USA-Institut hat errechnet, daß im Jahr 2000 nur noch fünf Prozent in der gewerblichen Wirtschaft tätig sind. Ich würde meinen, das ist nicht richtig. Aber nach den Berechnungen der IG-Metall-Wirtschaftsabteilung werden wir im Jahr 1990 nur noch 27 Prozent im warenproduzierenden Gewerbe tätig haben. Und etwa nur noch fünf Prozent in der Landwirtschaft und 60 Prozent vielleicht im Dienstleistungsgewerbe, und wir müssen rechnen mit drei bis vier Millionen Arbeitslosen. Nebenbei gesagt, auch die Wirtschaftsabteilung hat errechnet, null Wachstum, auch die IG Metall. Wenn man das jetzt so sieht, was da auf uns zukommt, müssen wir auch ganz konkret einige Dinge sagen, wie das im einzelnen ist. Ich bin der Auffassung, was wir auch in anderen Gewerkschaftskreisen diskutieren, daß nicht noch mehr Marktzusammenballung erfolgt mit der Folge von Arbeitslosigkeit, wenn demnächst bei Daimler-Benz 20.000 wieder entlassen werden müssen, das hat auch der Lothar Späth mal bestätigt, und die

IG Metall sieht das genau so, daß wir den Mittelstand stärken müssen. Ich wehre mich dagegen, und das tue ich auch in Gewerkschaftskreisen, daß man nicht nur hier von AEG und Präjudiz schaffen redet, sondern wir müssen auch sehen, daß 500.000 Menschen in den letzten zwei Jahren in den mittelständischen Betrieben ihren Arbeitsplatz verloren haben. Das ist das Dilemma, in dem wir stecken. Ich kann nur empfehlen, daß wir wieder zu Leistung kommen, Leistung auch honoriert wird, und daß man die Möglichkeiten schafft, jungen Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, sich selbständig zu machen. Jeder Handwerker, jeder Mittelständler, ob das nun ein Dachdecker ist, oder was auch immer er sein mag, wenn er sich selbständig macht, schafft auch wieder ein paar Arbeitsplätze. Das ist unser dauerndes Reden, auch in den Gewerkschaften, daß man nicht nur die Großkonzerne sieht, wenn man jetzt diese Woche und nächste Woche Montag dann wieder Krupp, Hoesch und solche Dinge da erleben muß, alles gut und schön – ich gehöre ja Krupp an –, sondern auch den Mittelstand, und daß unsere Leute dort arbeiten wollen, wo sie wohnen und nicht umgekehrt, daß sie dorthin ziehen müssen, wohin Industrie verlagert wird. Da sind manche Möglichkeiten, die wir auch als Christdemokraten in unserer Gewerkschaftsbewegung ansprechen.

Ich wollte dann am Schluß noch einen Satz sagen. Es wird auch draußen diskutiert, daß der Vorstand der CDU langsam sich einig werden muß, wer wird der neue Kanzler? (*Kohl*: Das ist gar nicht die Sache des Vorstands der CDU. Lassen Sie mich das mal offen sagen. Das können Sie doch nun wirklich beantworten.) Ich kann das beantworten. Aber da müßte auch hier eine Einigkeit erzielt werden und das nicht hinausgeschoben werden bis zum Frühjahr.

Kohl: Die CDU/CSU-Fraktion kann doch keinen Kandidaten wählen, wenn der noch gar nicht zur Wahl ansteht. Da machen wir uns doch lächerlich. Und vielleicht sagen Sie allen unseren Freunden und Ihren Kollegen draußen, wenn also klar ist, daß wir am nächsten Freitag zu wählen haben, versammeln wir uns noch in der gleichen Nacht um zwölf mit einer ungeheuren Präsenz und nominieren unseren Kandidaten. Das ist wirklich nicht unser Problem.

Griesinger: Ich darf da gleich anschließen. Ich glaube, daß es ganz wichtig ist, insofern stimme ich Herrn Koch zu, daß wir alle uns gemeinsam zu diesen Beschlüssen bekennen, die wir gefaßt haben und den Mann nicht im Regen stehen lassen, der bisher die Kohlen aus dem Feuer geholt hat. Und je stärker loyal wir uns um diesen Mann stellen, um so besser können wir all die schwierigen Probleme meistern, die vor uns liegen. Das möchte ich ganz kurz und knapp hier in diesem höchsten Gremium noch einmal zum Ausdruck bringen.

Zweitens, ich möchte hier, Herr Kohl, Ihnen zustimmen, daß die Zielsetzung der Union vom Grundsatz her sehr viel deutlicher gemacht werden muß, auch gerade von unserem moralischen Anspruch, jetzt die Verantwortung wieder übernehmen zu sollen und auch übernehmen zu wollen. Ich bin ein bißchen erschrocken, als in diesen kurzen Fragmenten Herr von Weizsäcker davon sprach, wie sehr natürlich jetzt das Gespräch mit den Alternativen aufgenommen worden ist, und ich möchte Herrn Vogel da sehr zustimmen. Frieden muß immer zusammen mit dem Wort Freiheit diskutiert werden. Und Freiheit möchte ich jetzt weiterbuchstabieren, weil das nämlich mit der Koalition mit der FDP sehr viel zu tun hat. Mich schüttelt es, wenn ich daran denken muß, diesen Baum als Koalitionspartner zu haben, den möchte ich am liebsten in den tiefsten Boden hinein-

rammen. Ich weiß, daß das nicht geht, aber da schüttelt es mich wirklich. (*Unruhe. Diskussion.*) Aber da schüttelt es mich wirklich, also Bäumlein schüttel Dich, Bäumlein rüttel Dich. Grausig! (*Kohl: Also ich würde mir das Schütteln aufbewahren, bis Grund zum Schütteln ist. Vielleicht haben Sie gar keinen Grund.*) Ja doch, beim Baum, der soll fortbleiben. Aber ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, wenn wir nicht stärker als bisher auch dieses Wort Freiheit mit Verantwortung verbinden, nämlich Freiheit in Verantwortung, nicht immer nur Freiheit von, sondern Freiheit wozu, dann werden wir in das Schlepptau dieser emanzipatorischen FDP getrieben und vor lauter Angst davor, daß die nicht zu uns kommen würden, wird man vielleicht dann manches auch fallenlassen an Grundsätzen, die wir ganz dringend brauchen, gerade weil der Katholikentag so deutlich macht, wie sehr die jungen Menschen nach Bindungskraft suchen und fragen und ja nicht nur nach Entbindungsmöglichkeiten suchen. Und das finde ich eine ausgesprochen gute und für uns alle herausfordernde Frage.

Ich bitte nur noch einmal um eines, vom Bundesvorstand aus vielleicht doch auch noch stärker in allen Diskussion neben unserer Verantwortung den Ländern der dritten Welt gegenüber auch den Europagedanken mit einzubinden, um ihn nicht immer isoliert zu diskutieren auf 1984 zu, Europawahlen. Da finde ich sehr positiv, was Herr von Weizsäcker sagte, daß sowohl auf dem Kirchentag beide Bischöfe Frankreichs und Polens den Weg über Europa wieder stärker zu der deutschen Zukunft finden können. Das stärker aufzugreifen, wäre, glaube ich, eine ganz wichtige Aufgabe der Union. Ich wäre nur dankbar, wenn man es etwas stärker noch mit Bildersprache versehen könnte, mit plastischen Beispielen, weil wir allzu sehr uns daran gewöhnt haben, große theoretische, gute Argumente zu finden mit vielen schönen Worten versehen, aber die Bildersprache fehlt mir manchmal noch etwas, auch immer wieder in unserer gesamten Unionsprache.

Und nun aber im einzelnen. Lieber Herr Kohl, Sie brauchen keine Sorge haben, ich werde auch gleich wieder aufhören. Aber ich bin also jetzt wieder kundig, lieber Herr Bundesvorsitzender, durch die Vermittlungsausschußtage. (*Kohl: Waren eine wahre Großtat! Nach 14 Monaten haben wir den gleichen Zustand wie vor 14 Monaten. – Unruhe. Diskussion.*) Mein lieber Freund, ich habe die Hücke vollgekriegt, ich habe es auf mich genommen, mein Buckel ist also breit genug, um es zu tragen. Herr Geißler, wir müssen uns ganz gründlich jetzt bereits in der Kleinarbeit bemühen, ein einigermaßen ausgewogenes Sparprogramm uns vorzunehmen und nicht nachher von irgendwelchen Forderungen überrascht zu sein, wo wir dann Boogie-Woogie im Vermittlungsausschuß mit den höchsten Fürsten unserer Länder tanzen und dann Beschlüsse haben, die wir Bundesratsminister mit großer Mühe dann wieder so revidieren müssen, daß sie noch einigermaßen wieder von der Union verkraftet werden können. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Weil dem so ist, was da beschlossen worden ist, so wirklich bis tief in die Nacht hinein, und wo wir große Mühe hatten, wenigstens noch ein klein wenig mildernd das verkraftbar zu machen, sollten wir uns wirklich bemühen, daß wir rechtzeitig uns hier zusammensetzen. Ich habe nur die große Bitte, daß, wenn die Bundestagsfraktion, die Bundesausschüsse der Partei und die Unionsländer, dort wo sie regieren und dort wo sie nicht regieren, die Fraktionsvorsitzenden und die Fachleute, stärker sich jetzt in dieser Vorarbeit zusammen tun, damit wir gerade bei den Sparprogrammen nicht Schiffbruch erleiden, die von uns erwartet werden von der Bevölkerung. Alles erwartet, daß wir in der Tat das Sparprogramm bringen, aber so ausgewogen – und da darf ich Lothar Späth zitieren, wenn es

alle trifft, dann ist das Rufen, das Geschrei so groß –, daß man das Schreien des anderen vielleicht nicht ganz so hört. Da hat er sicher sehr Recht. Aber es muß dann auch wirklich vorbereitet sein. Ich würde deswegen sehr herzlich darum bitten, daß das geschieht.

Und Herrn Koch folgend wollte ich noch eines sagen: Wir sollten nicht nur von den Karenztagen sprechen, sondern es muß deutlich werden, daß da dann Angestellte und Beamte genauso gefordert sind wie die Arbeiter, daß die Sparmaßnahmen von allen Gruppen getragen werden müssen und nicht jetzt plötzlich vielleicht von einer Gruppe nur. Weil wir sonst Positionen aufgeben, die wir ja einst einmal errungen haben. Und darum müssen wir deutlich machen, daß hier jeder gerecht dran glauben muß, auch wenn es um Behinderte geht und um Gesunde. Beim BAföG wirklich auch ernst zu machen, das ist eben einfach ein Erfordernis. Aber das kann nur gelingen, wenn wir wirklich konkrete Vorschläge haben. Ich würde deswegen sehr darum bitten, daß wir uns da nun wirklich vielleicht eiliger an die Arbeit machen, als wir glaubten, es tun zu müssen, weil vielleicht die Regierungsverantwortung etwas früher als gedacht doch auf uns zukommt. Und sie wird, wenn sie nicht mit Neuwahlen auf uns zukommt, noch kritischer gesehen werden. Um so wichtiger ist, daß wir dann sofort gut abkommen, denn weil wir eine viel kürzere Zeit haben, um etwas vorzuweisen, ist das Risiko höher, als wenn, wie uns allen sehr viel lieber wäre, wir mit Neuwahlen ein neues Votum für vier Jahre bekommen würden und die FDP das Risiko eingehen müßte, kommt sie wieder rein oder kommt sie nicht wieder rein.

Ich will die Dinge nicht vertiefen, aber das ist das große Problem, was überall eben doch rumort und Sorgen macht. Im übrigen, das werden Sie alle genauso sehen wie ich, überall werden Sie darauf angesprochen, um Gottes willen, so schnell wie möglich eine andere Regierung, so kann es auf gar keinen Fall mehr weitergehen. Nur habe ich allmählich immer noch die Sorge, daß viele jetzt bereit sind, der FDP Leihstimmen zu geben, daß sie in Hessen reinkommt, damit dann die Regierungsverantwortung in Bonn dann wirklich auch übernommen werden könnte. Auch das wird ein Problem sein, mit dem wir uns wohl noch in den nächsten 14 Tagen, drei Wochen befassen müssen.

Schwarz-Schilling: Zunächst möchte ich das, was der Vorsitzende bezüglich der Hessen-Wahl gesagt hat, nochmal ganz stark unterstreichen. Das spürt man gerade, wenn man, jetzt sagen wir mal, nicht die Massenkundgebungen verfolgt, sondern wenn man über die Dörfer zieht, wie unterschiedlich die Wahlversammlungen besucht werden, je nachdem, wie die CDU vor Ort die Lage richtig oder falsch einschätzt. Dort, wo sie sie einschätzt, es ist alles gelaufen, da kommen dann so ein paar und sagen, na wunderbar und jetzt schauen wir mal. Und dort, wo sie merken, jetzt sind es die letzten drei Wochen, jetzt kommt die entscheidende Schlacht, die vielleicht über Hessen hinaus eine der größten Bedeutungen hat, da sind die Säle voll, auch in den kleinsten Dörfern. Das heißt, es hängt unmittelbar von der Mobilisierung unserer eigenen Leute ab. Ich würde also wirklich sagen, daß wir alles tun müssen, um diese Mobilisierung noch zu erreichen. Wir sind auf einem sehr guten Weg, gerade in der letzten Woche, weil diese Stimmung, von der Sie warnend gesprochen haben, relativ weit verbreitet war, aber jetzt doch langsam, so hoffe ich jedenfalls, zunehmend eine realistischere Einschätzung Platz greift.

Zweiter Punkt, Herr Kollege Wörner hat über die Frage der Neuwahlen gesprochen und hat hier einen Zeitraum von zwei Jahren gesagt. Den hielt ich allerdings für verhängnisvoll. Das ist genau der Tiefpunkt nach einer Regierung, die nicht das erbringt, was

sie versprochen hat. Ich würde sagen, das Optimale, was man haben kann, wäre überhaupt nur das, daß nach einem gemeinsam gewählten Kanzler, nach Erarbeitung der Maßnahmen und des Regierungsprogramms drei Monate später die Neuwahlen mit dem Programm kommen, bitte, das haben wir euch anzubieten, entweder die SPD, oder das ist das Programm, um sich damit die Legitimation zu verschaffen, dann vier Jahre lang das durchzusetzen. Das würde ich für das Optimale halten, gerade auch in Hinblick darauf, daß man dann von selber den Bonus hat und zum zweiten auch die anderen Mittel des Presseamtes und Ähnliches nicht in die falsche Richtung laufen. Aber länger darf das unter keinen Umständen dauern, denn, wenn es sozusagen eine Art Erfolgsbilanz sein soll in kürzerer Zeit, ist das ein völlig aussichtsloses Unterfangen, das nur negativ ausgehen kann.

Dritter Punkt. Was Frau Laurien gesagt hat, würde ich sehr unterstützen, denn wir kennen das von den verschiedenen kleineren Betrieben und mittleren Betrieben, daß gerade die Schwierigkeit, die zwei und drei Jahre auch im Betrieb dann unterschiedlich behandeln zu müssen, zu großen Schwierigkeiten innerhalb der betrieblichen Abläufe für die Lehrlinge führt. Soweit ich aber weiß, sind das ja nicht die Arbeitgeber, sondern das sind die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern, nicht der Arbeitgeberverband, der das macht. Also, da muß man natürlich sehr genau unterscheiden, um jetzt nicht zu sagen, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, sondern die Kammern (*Kohl*: Kammern sind auch sehr verbürokratisiert.) kümmern sich um sehr viele Sachen, aber um entscheidende Fragen kümmern sie sich hier auch nicht. Insofern sollte man also diese Frage gerade auch bei Handwerkskammern sehr deutlich machen, wo dann nämlich die einzelne Berufssparte ganz für sich gesehen bestimmten Ausbildungsordnungen zustimmt, die aber im allgemeinen Kontext ganz schlecht liegen. Da haben wir gar keine Rückkopplung, was das politisch für Auswirkungen hat, für die Betriebe insgesamt.

Vierter Punkt. Hier wurde der Vorschlag gemacht, eine Kommission einzusetzen, wo wir sparen können. Also, davon würde ich jetzt in diesem Zustand dringend abraten. Das würde uns nur verhakeln. Ich würde nur eines sagen, man sollte sich vielleicht darüber Gedanken machen, was man heute tun kann, ohne ministerielle Voraussetzungen zu haben, gewisse Entwicklungen der achtziger Jahre in Einkommen, in Wachstum und ein paar Modellbeispiele machen, um zu wissen, was wir alles vor uns haben. Was und wie wir es dann umsetzen, ist dann die Frage der Regierung, aber welche Konstellationen heute herrschen, darüber kann man sich schon sehr genau Gedanken machen. Und man kann sich sehr genau Gedanken machen über Grundprinzipien. Nach welchen Prinzipien wollen wir Subventionen abbauen? Wollen wir Leistungsgesetze? Wo sind für uns Einkommensgrenzen? Wo sind für uns Fragen sozial Schwacher, die von dem und dem nicht betroffen wären? Ohne Zahlen. Ohne irgendetwas. Aber Grundprinzipien, das kann man aufstellen, dann geht es nachher nämlich leichter, wenn man weiß, so, das waren die Prinzipien, nach denen wir vorgehen und nach denen man dann auch das Detail lösen kann. Das wäre eine Sache, der man, ohne daß es Schwierigkeiten macht, sich widmen könnte.

Ich darf einen nächsten Punkt kurz sagen: Mittelstand. Ich meine, es mag sein, daß Bürgschaften auch im großen Stil an mittelständische Unternehmen gegeben werden, vielleicht auch in CDU-Regierungen mehr, das sollte man dann deutlich absetzen von

dem, was woanders passiert. Trotzdem ist es natürlich unabweislich, daß Mittelständler schon dadurch benachteiligt werden, daß sie zum Beispiel bei den Banken drei Prozent mehr Zinsen zu zahlen haben als die Großen. Ich habe noch nie von einer Bank gehört, die auf die Zinsen bei Mittelständlern schlankweg verzichtet, wie das bei der AEG der Fall ist. Also, ich meine, da gibt es einfach eine Fülle von Benachteiligungen, die überhaupt nicht ausgeglichen werden. Ich möchte ganz klar sagen, wir sollten auch vielleicht gar nicht so viel von Subventionen an dem Punkt reden, sondern wir müssen Steuergesetze schaffen, die von vornherein dieses Ungleichgewicht mittelständischer Unternehmen ausgleichen. Wieso eigentlich werden mittelständische Unternehmen mit einem Körperschaftssteuersatz bedacht? Wieso wird denn nicht wie in der Schweiz in gestaffelter Form, daß man also, wenn ein kleines Unternehmen 50.000, 60.000 Mark gerade mal erwirtschaftet, das nicht mit 56 Prozent, sondern mit einem Anfangssatz von 18 Prozent besteuert, und das dann gestaffelt bis zur entsprechenden Größe? Da bräuchte man nicht über Subventionen zu reden, sondern da würde jeder sagen, das ist gerecht, in der Einkommensteuer ist es auch so. Daß also ein großer Pulk nicht mit dem Begriff Subventionen versehen wird, aber die notwendige Eigenkapitalbildung, Reservebildung, die in diesem Unternehmen stattfindet, würde schon stattfinden, wenn man die ersten zehn Millionen gestaffelt machen würde in entsprechender Weise. Und wenn die Großen schimpfen, dann sollen sie die ersten zehn Millionen nach der gleichen Staffel versteuern. Aber dann würden Sie 95 Prozent der Unternehmen in eine gerechtere Besteuerung bekommen und Reservebildungen ermöglichen. Gerade für die mittleren und kleinen Unternehmen. Das halte ich also für dringend erforderlich.

Ich möchte auch eines hier sagen, es ist schade, daß der Kollege Pieroth nicht hier ist. Ich habe erhebliche Bedenken gegen das, was an Umstrukturierung der Berlin-Förderung hier auf den Tisch gelegt worden ist. Ich habe für mein Unternehmen ausgerechnet, daß wir hier einen Betrag von über einer halben Million weniger Wirtschaftsförderung erhalten werden nach der Neuorientierung als jetzt, weil verschiedene Positionen bei der additiven Methode einfach wegfallen, bei der Wertschöpfung. Das halte ich bei der heutigen Situation der Berliner Wirtschaft für ein außerordentlich fragwürdiges Beginnen. Also, ich möchte das nur hier sagen, möchte hier jetzt nicht in Einzelheiten gehen, ich werde das Herrn Pieroth auch noch einmal schriftlich mitteilen. Ich weiß, wie groß die Unruhe bei mittleren und kleineren Unternehmen über die Umstrukturierung ist, und da muß also recht bald ein abschließendes Wort kommen, aber so, daß die Unternehmen nicht nachher in dieser Weise schlechter dastehen als bisher, allein durch die Situation, daß der Abzug der Vorlieferanten aus Berlin völlig unsicher ist, nach welchem Prozentsatz der sich richtet. Der richtet sich danach, wie hoch die Wertschöpfung dieser ist. Das kann in jeder Betriebsprüfung geändert werden. Was für eine Fülle von Mitteilungen an seine Kunden dann zu ergehen hat, der dann seine ganzen Bilanzen zu ändern hat, weil er also den Vorsteuerabzug der Firma X mit dem falschen Prozentsatz drin hat, das halte ich für ein total unmögliches bürokratisches Unterfangen, was genau entgegengesetzt dem ist, was wir eigentlich beabsichtigen. Also, ich möchte hier meine erheblichen Bedenken anmelden gegenüber diesen Veränderungen.

Ein Letztes, ich möchte hier auch sagen, daß die FDP natürlich erkannt hat, daß, wenn ihnen die linken modernen Gesellschaftsveränderer bei dieser Veränderung zur CDU in Hessen nicht mehr folgen, sie sich jetzt bemühen, eine andere Klientel wieder zu bekom-

men. Das wird ganz deutlich sichtbar. Das ist in Hessen die Landwirtschaft, und das sind die kleinen Handwerksbetriebe. Die FDP geht ganz gezielt jetzt in den Dörfern hier vor. Wir wissen ja, daß wir vor einigen Jahren diese Klientel in Hessen erst gewonnen haben aufgrund der Situation der FDP. Hier sind für sie also durchaus noch alte Anknüpfungspunkte. Was uns im Moment hier noch hilft, ist, daß der Nachbarkandidat gegen die Koalitionsaussage ist und genau das Umgekehrte von dem sagt, was der andere im Wahlkreis sagt, daß diese totale Verunsicherung nicht gerade vertrauensnerkend ist. Aber hier sind durchaus Dinge im Gange, wo wir uns in Zukunft klarmachen müssen, wenn die CDU nicht eine ganz deutlich kontrollierte mittelständische Politik in diesen Punkten ergreift, dann wird hier eine große Klientel von einer FDP, die mit der CDU zusammengeht, wieder zurückerobert werden. Ich habe nichts dagegen, wenn sie jetzt die Fünf-Prozent-Klausel noch gerade schaffen. Denn wer weiß, was passiert, wenn sie sie nicht schaffen. Ob wir dann die absolute Mehrheit haben, dafür kann kein Mensch die Hand ins Feuer legen. Wir kämpfen darum, aber ich möchte sagen, es wäre ja eine Katastrophe, wenn das nachher eintritt und dann unsere Leute plötzlich erwachen und sagen, ja, dann war es ja doch nicht so, wie wir geglaubt haben in Hessen. Deswegen, wie gesagt, stehe ich hier in einer etwas zweischneidigen Situation. Wir kämpfen gegen die Sozialdemokraten, aber auf lange Sicht müssen wir uns im klaren sein, daß diese Klientel von uns besonders beachtet werden muß, wenn wir an absolute Mehrheiten herankommen wollen oder sie behalten wollen.

Hasselmann: Eine Frage: Ist eigentlich klar abgestimmt im Wahlkampf in Hessen, daß alle Kandidaten in der Frage der Behandlung der FDP auf einem Nenner stehen? (*Kohl:* Relativ.) Ja, das ist auch mein Eindruck. Relativ. Das ist schon beantwortet, aber ich glaube, das sollte man nochmal sehen. Wenn wir uns ein bißchen Mühe geben, glaube ich, laufen sie dieses Mal nicht weg. Woher erklärt sich heute, das wäre nun die ergänzende und eigentliche Frage dazu, daß in den Zeitungen zu lesen ist, die FDP hätte wieder eine gewisse Aufwärtsentwicklung? Vielleicht gehst Du darauf noch mal ein. Du hast vielleicht dazu Unterlagen vorliegen. (*Kohl:* Ja.)

Zweiter Punkt. Ich habe mit Grünen und jungen Leute, die es vielleicht werden wollen, diskutiert draußen. Da wird häufig bei den notwendigen Hinweisen auf Einsparungen für alle darauf hingewiesen, ob die Parlamentarier in der Lage sind, einen eigenen Beitrag vorbildlich und zuerst zu leisten. Unser Freund Lothar hat ja schon einen geleistet: Obwohl sie ihm zusteht, hat er in seiner Fraktion auf die Diätenerhöhung verzichtet. Ich dachte, er wollte dort einen Abstrich machen, wir können das hier und da auch machen, meine ich. Uns geht es gut, uns geht es sehr gut. Ein sehr unpopuläres Thema, ich weiß das. (*Unruhe. Diskussion.*) Es ist ja so, die Parteien haben kein Geld, die Fraktionen haben Geld, ich stelle das nur mal in den Raum. (*Unruhe. Diskussion.*)

Die letzte Frage: Hast Du irgendwelche Hinweise, daß der Kanzler in dieser Woche die Vertrauensfrage stellt? Wie steht das heute? Oder wie sind die auf uns zukommenden Tage aus Deiner Sicht zu beurteilen?

Kohl: Also, ich fange mit den Diäten an, das ist am einfachsten. Ich kann da nur ermuntern, das zu tun. An die Adresse der Bundestagsfraktion kann ich nichts sagen, weil die ja seit 1976 die Diät nicht verändert hat. Und wenn ich also das Thema nur so fragend in die Fraktion einbringe, jagen sie mich davon. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Das muß man jetzt doch sagen. Die Kollegen haben natürlich schon auch ihre Lebensumstän-

de darauf eingerichtet. Und wer 1976 in den Bundestag gegangen ist, ist von einer bestimmten Größenordnung seiner Einkünfte ausgegangen. Die Einkünfte haben sich nicht verändert, die Unkosten haben sich dramatisch verändert. Das sind jetzt sechs Jahre, die ganze Preissteigerung von sechs Jahren geht auch über den Abgeordneten hinweg, beim Benzin, wenn er sich ein Auto kauft, bei den Postgebühren, bei allem, und bei all dem, was zu machen ist.

Ich sehe im Moment da keine Lösung. Ich sehe nur Eines, das können wir heute diskutieren. Im Zusammenhang mit der Diätenfrage stellt sich für mich die Frage bei der Glaubwürdigkeit der Politik, ob wir uns so eine Art Parlament überhaupt erlauben können. Das gilt gleichermaßen für die Landtage, ich halte die Hinwendung zum Berufspolitiker für einen der verhängnisvollsten Beschlüsse, die je gefaßt wurden. Ich behauptete schlankweg hier am Tisch, wenn sich alle zusammensetzen würden, die noch einen Funken Verstand und guten Willen zugunsten der Republik haben, müßte es möglich sein, mit zehn Sitzungswochen in einem durchschnittlichen Landesparlament, wo dann von neun bis um 18 Uhr getagt wird, auszukommen. Und es müßte möglich sein, mit drei Blöcken à vier Wochen im Bundestag auszukommen. Dann kriegen wir wieder jene Berufsgruppen, die wir dringend brauchen und die jetzt völlig aussterben. Ich bin kein Rechtsanwaltsvertreter, aber wir haben kaum mehr richtige Rechtsanwälte im Deutschen Bundestag. Wir haben eine ganze Menge Leute, die sind Beamte und hängen ihr Schild hin, ohne daß sie wirklich eine Kanzlei haben und ihre Erfahrung reinkommt. Ich will mal ein Beispiel nennen, weil mir das sehr positiv aufgefallen ist. Ich habe selbst einen ganzen Schwung Briefe neulich gekriegt, da hat der Kollege Benno Erhard in einer Sendung debattiert über die Folgen des Eherechts. Der kommt natürlich aus einer normalen Rechtsanwaltspraxis. Der hat da einfach gegenüber diesem Narrenkopf von Schmude seine Praxis ausgebreitet. Das hat also hunderttausende von Leuten sofort berührt, weil sie sagen, der redet von einer Sache, die mich berührt. Und der Schmude hat von der Ideologie geredet. Das habe ich erlebt, oder mein Bruder oder meine Schwester hat es erlebt. Das ist genau der Punkt, der uns fehlt. Wir haben diesen Idiotenbeschluß gemacht, nicht wir, aber die anderen, daß die älteste Bindung, die es überhaupt gibt im Parlament – Wissenschaft, Lehrkanzel, Mandat – kaputtgemacht wird.

Ein ordentlicher Professor kann bei uns kein Abgeordneter mehr werden. Eine ganz dumme Regelung mit dem Ergebnis, daß das alles ausstirbt. Wir kriegen jetzt entweder Professoren, die nicht reüssieren, oder die in einem Lebensabschnitt sind, daß sie an der Lehrkanzel auch nicht mehr gerade die Welt umkehren. Ich könnte wieder das Thema mit den Ärzten erwähnen, ich erwarte da also nicht französische Verhältnisse, aber so wie ich jetzt die Kandidatenaufstellung beobachte, was sich abzeichnet, wenn wir nicht aufpassen, werden wir im nächsten Bundestag nicht einen einzigen Humanmediziner mehr haben, weder einen Zahnarzt, noch einen praktischen Arzt. Wir werden kaum mehr Naturwissenschaftler haben, in einer Welt, wo wir dauernd von Umweltschutz reden, oder einen Chemiker, der im Betrieb Erfahrung hat, wenn er über Umweltschutz redet, daß er auch eine praktische Lebenserfahrung hat. Das können Sie über Assistenten nicht reinbringen.

Zweiter Punkt, was den Kanzler betrifft. Was der die Woche tut, weiß niemand. Nach den Informationen von heute früh sind das Latrinengerüchte, denn wenn er den großen Befreiungsschlag macht, ist er Donnerstag mit dem Bericht zur Lage der Nation nicht

unbedingt der Richtige, denn da muß er ja ein Thema haben. Es ist in Bonn erzählt worden, er wolle nun die Ergänzungsabgabe zum Thema machen. Ob das nun gerade das Thema ist, die Vertrauensfrage zu stellen, um aus der Regierung auszusteigen, da habe ich erhebliche Zweifel, Wilfried. Ich glaube also, das ist Geschwätz.

Letzter Punkt, was die FDP betrifft, es gibt keine neuen Zahlen, jedenfalls nicht von seriösen Instituten. Was möglicherweise wahr sein kann, ist, daß in der von der FDP ansprechbaren Wählerklientel der Krach, so verrückt das klingt, nützlich ist, beim ansprechbaren Publikum, weil jetzt die Bereitschaft zum Wechsel in Bonn, was ja nur eigentlich die logische Begründung für den hessischen Schritt ist, da ist. Das Törichtste war ja die Aussage vom Mischnick⁵⁴, wir wechseln in Hessen die Koalition, um in Bonn die Koalition zu halten. Das verwirrt ja die Leute. Aber Wähler, die eventuell für die FDP zu gewinnen sind, weil sie zwar ganz interessiert sind, vielleicht wegen der Schule, daß in Wiesbaden das wechselt, sind vor allem interessiert, daß es in Bonn wechselt. Deswegen schließe ich nicht aus, daß im Gegensatz zu dem, was ich vorhin sagte, was in der FDP gedacht wird, die möglicherweise vor der Wahl optisch in Bonn noch einen Schritt mehr tun. Die FDP hat eine Klientel, die kann sehr kurzfristig etwas machen, Ihr habt es ja erlebt. Die sind in die Niedersachsen-Wahl gegangen und haben gesagt, wir gehen mit den Sozialdemokraten und im Laufe eines Wahlkampfes haben sie dann – am Donnerstag, glaube ich, war das, in der Debatte mit Dir – vor der Wahl erklärt, sie gehen mit der CDU. Also, sie haben die Kurve gekriegt. Ich bleibe bei der Meinung, ohne die Äußerungen wären sie in Niedersachsen unter fünf Prozent geraten. Das ist meine feste Überzeugung. Also, so etwas ist natürlich bei denen schon drin. Das schließe ich nicht aus.

VORLAGE DES BUNDESFACHAUSSCHUSSES KULTURPOLITIK BETR. REFORM DES ZULASSUNGS-
VERFAHRENS ZUM HOCHSCHULSTUDIUM

Pfeifer: Der Bundesfachausschuß für Kulturpolitik hat diese Vorlage „Neuordnung von Hochschulzulassungen“ erarbeitet und möchte die hier dem Vorstand vorlegen. Herr Minister Bendixen, der an sich der Vorsitzende des Ausschusses ist, kann heute leider nicht hier sein und hat mich gebeten, die Vorlage zu vertreten.

Die Vorlage nimmt zunächst einmal Bezug auf einen Beschluß des Bundesparteitags der CDU. Der Bundesparteitag hat, das ist hier auch erwähnt, sich für eine grundlegende Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium ausgesprochen, um einer Pervertierung der Leistungsmessung zu begegnen und die negativen Auswirkungen auf die Schulen abzubauen. Diese programmatische Aussage des Parteitags ist seit dem letzten November in Hamburg im Grunde genommen dadurch noch wesentlich aktueller geworden, als wir jetzt bei der Zulassung, die im Augenblick für das kommende Wintersemester bzw. für das nächste Studienjahr stattfindet, eine sehr ins Gewicht fallende, fast dramatische Verschärfung des Numerus clausus erleben. Beispielsweise war es so, daß im Fach Medizin in der Vergangenheit in der Regel sich mal 28.000 Studienbewerber, mal 30.000 Studienbewerber für 8.000 Studienplätze beworben haben. In diesem Jahr sind es 45.000 Bewerber für die 8.000 Studienplätze. Wir haben in anderen Bereichen eine

54 Wolfgang Mischnick (1921–2002), FDP-Politiker; 1954–1957 MdL Hessen, 1957–1994 MdB, 1961–1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

ähnliche Entwicklung, am dramatischsten vielleicht im Augenblick bei den Juristen, wo sich 4.000 mehr beworben haben, als Studienplätze selbst nach der Überlastquote zur Verfügung stehen. Ich glaube deswegen, daß uns das Problem der Hochschulzulassung in den nächsten Jahren noch beschäftigen wird, denn der Ausbau der Hochschulen in dem Umfang, wie er einmal von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsfragen vorgesehen worden ist, kommt ja, jedenfalls im Augenblick, nicht zustande und hat auch seine Probleme, schon wegen der Berufschancen der Hochschulabsolventen nach dem Studium. Übrigens auch ein Thema, das auf die Dauer gesehen die Mediziner beschäftigen wird.

Der Kern der Neuordnung des Zulassungsverfahrens, wie es hier vorgeschlagen wird, besteht darin, daß künftig vor das Studium ein Praktikum geschaltet werden soll, ein Praktikum entweder in einer Klinik oder in einem anderen medizinischen Arbeitsbereich, in einem medizinischen Hilfsdienst und partiell, wo das möglich ist, auch in Arztpraxen. Vor allem in Gemeinschaftspraxen von Ärzten. Die Vorlage greift damit einen Vorschlag des Deutschen Ärztetages und der Westdeutschen Rektorenkonferenz auf. Dafür sprechen zumindest zwei Gesichtspunkte, erstens bedeutet ein solches Praktikum vor dem Studium eine gewisse Selbstprüfung für denjenigen, der Mediziner werden will, ob das auch wirklich der angemessene oder von ihm erstrebte Beruf ist. Und zum zweiten würde das erlauben, daß zumindest mal für ein Jahr die Altbewerber eine zusätzliche Zulassungschance hätten, weil sich in diesem einen Jahr dann die Neubewerber im Praxisjahr befinden und wir damit für die Bewerber mit den übermäßig langen Wartezeiten und der übermäßig langen Warteschlange hier in einem Jahr eine wirkliche Entlastung schaffen können. Das Problem, das sich auftut, ist, ob es genügend Praktikumsplätze gibt. Hier sagen uns die Ärzteorganisationen, auch die Krankenhausorganisationen, das wäre zu machen, wenn man nicht nur auf Krankenhäuser rekurriert, sondern, wie ich bereits gesagt habe, beispielsweise auf größere Arztpraxen, Gemeinschaftspraxen oder auf andere ärztliche Dienste rekurriert.

Der zweite neue Vorschlag ist der, daß nach dem Praktikum alle einen Test machen sollen, und zwar einen Test, dessen Thema die Eignung für das Studium sein soll, wobei auch während dieses Tests auf Erfahrungen während des Praktikums zurückgegriffen werden soll. Solche Testentwicklungen gibt es inzwischen an vielerlei Stellen. Am tragbarsten hat sich der Test erwiesen, der im Augenblick in der Erprobung ist, den die Kultusministerkonferenz ja seit drei bzw. demnächst vier Jahren bereits praktiziert.

Dann soll ein bestimmter Anteil wie bisher in einer Vorabquote vergeben werden nach Härtegesichtspunkten, Studienplätze für Nachwuchs im öffentlichen Gesundheitsdienst und Ausländer. Die übrigen Studienplätze sollen so verteilt werden, daß zunächst einmal 60 Prozent der Plätze an diejenigen vergeben werden, die nach Abitur und Test die besten Gesamtnoten vorlegen. Die restlichen Studienplätze sollen vergeben werden auf der Grundlage eines Vorstellungsgesprächs an den Hochschulen, wobei neben den Leistungen in der Schule, neben Praktikum, neben dem Testergebnis besonders auch ins Gewicht fallen sollen Leistungen, die im Sozialbereich im weitesten Sinne erbracht worden sind, um auf diese Art und Weise eben nicht nur die reinen Kenntnisse, die jemand während der Schulzeit erworben hat, berücksichtigen zu können, sondern auch das, was häufig Bewerber über die Schulleistungen hinaus vorzuweisen haben.

Ich halte für den entscheidenden Punkt hier weniger die Kriterien, die noch zusätzlich berücksichtigt werden sollen, sondern der in meinen Augen entscheidende Punkt ist der,

daß damit jeder die Chance bekommen soll, wenigstens sich mal einer Auswahlkommission auch persönlich präsentieren zu können, weil es einfach auf die Dauer ein unbefriedigender Zustand ist, wenn jemand bestimmte Daten in den Computer eingibt und dann der Bescheid aus dem Computer rauskommt, ja oder nein, während in dem Fall er die Chance hat, sich einer Auswahlkommission zu präsentieren und dadurch auch seine Zulassungschancen zu verbessern. Das Verfahren ist hier im einzelnen beschrieben; es gibt zumindest dem Bewerber auch mal die Möglichkeit, sich selbst darzustellen, so daß auf diese Art und Weise man nicht nur angewiesen ist auf die schriftlichen Daten, die vorliegen.

Ich will noch eine letzte Bemerkung machen. Eine Zulassung durch das Losverfahren wird nach wie vor strikt abgelehnt. Das ist bisher immer die Position gewesen, ich könnte die auch nochmal begründen. Ich halte es einfach für einen Unsinn, wenn man alles in der Ausbildung, dieser Berufsphase, letztlich vergibt nach Leistungsgesichtspunkten, ohne Kriterien zu berücksichtigen, die eben etwas aussagen über die Person desjenigen, der sich bewirbt, und man ausgerechnet beim Hochschulzugang sich auf das Losverfahren zurückziehen will. (*Einwurf:* Aber es ist ein leistungsgesteuertes Losverfahren.) Ja, leistungsgesteuertes Losverfahren heißt, daß man dann zum Los greift, wenn Bewerber die gleiche Leistung erbringen und man dann nicht mehr unterscheiden kann. Aber das ist auch beim jetzigen Zulassungsverfahren die absolute Ausnahme. Ein Losverfahren, wie es zum Beispiel die SPD vorschlägt, daß eben jeder ein Los bekommt und mit besseren Abiturzeugnissen zwei, drei oder vier Lose in die Trommel werfen darf, wird jedenfalls nach wie vor stringent abgelehnt.

Herr Vorsitzender, das ist kurz zusammengefaßt der wesentliche Inhalt dieser Vorlage. Mir käme es jetzt darauf an, daß der Bundesvorstand darüber diskutiert und dann sagt, wie weiter verfahren werden sollte. Der Beschluß im Bundeskulturausschuß war einstimmig.

Geißler: Ich darf Anton Pfeifer herzlich danken, auch dem gesamten Fachausschuß. Wir haben damit einen weiteren Auftrag des Bundesparteitages, zumindest jetzt in der Vorlage des Bundesfachausschusses, erfüllt. Ich stelle nun die Vorlage zur Diskussion und darf um Wortmeldungen bitten.

Wissmann: Herr Vorsitzender, ich will nicht zu allen möglichen Einzelheiten etwas sagen, ich will nur sagen, daß ich die Grundlinie dieses Papiers unterstütze. Es geht ja auch auf die Anregungen zurück, die im Vorfeld des Bundesparteitages von Verschiedenen gemacht worden sind. Ich möchte auf einen konkreten Punkt eingehen, wo ich finde, daß wir zumindest eine Klärung noch hier herbeiführen sollten. Die Idee dieses Vorpraktikums ist eine Idee, die lange ja auch schon von der Jungen Union verfolgt und immer vorgeschlagen wurde. Insofern freut es uns natürlich besonders, daß sie auch hier drinsteht. Nur eine Frage in diesem Zusammenhang: Es ist ja auch der Gedanke geäußert worden, ob man dieses Vorpraktikum nicht in irgendeiner Weise benotet und die Benotung dieses Praktikums mit zu einem Kriterium macht, denn Selbstprüfung ist zwar eine schöne Sache, aber die Frage ist, was macht den Sinn dieses einen Jahres aus, wenn es nicht in irgendeiner Weise gewichtet werden kann mit Blick auf die Frage, wird jemand zugelassen oder nicht? Ich bin mir über die Problematik solcher Bewertungen sehr wohl im klaren, nur, die Problematik werden wir immer haben, auch bei diesem Einstellungsgespräch. Die Frage ist, ob da nicht beispielsweise der Chefarzt in einem Krankenhaus, der auch sonst

ausbildet, nicht einen sichereren Blick dafür hat, ob derjenige, der jetzt bei ihm ist, in einer außergewöhnlichen Weise für den Arztberuf geeignet ist, als nun der derjenige, den er nun später bei einem Einstellungsgespräch von einer oder zwei Stunden bewerten soll. Ich gebe das nur nochmal zur Anregung, ich bin da nicht dogmatisch festgelegt. Ich weiß nur, daß sowohl der Ärztetag wie auch die Rektorenkonferenz, wie zuvor auch schon die Junge Union genau diesen Punkt diskutiert haben. Ich hätte gerne gewußt, wie der Bundeskulturausschuß dazu steht. Ich will offen sagen, ich persönlich würde zu einer solchen Benotung neigen und sie in einem bestimmten Gewichtsverhältnis – das müßte man dann noch in der Größenordnung richtig einschätzen – mit zur Frage heranziehen, wer kann zum Studium zugelassen werden, wer nicht.

Geißler: Ich hoffe, wir werden über die Benotung noch eine Meinungsbildung herbeiführen.

Griesinger: Ich darf mich Herrn Wissmann anschließen im Dank dafür, daß hier eine klare Vorlage gegeben und eine einmütige Stellungnahme des Kulturausschusses erarbeitet worden ist. Aus meiner Erfahrung als Gesundheitsministerin, die die Aufgabe hatte, die zwei Prozent der Mediziner auszuwählen, die wir für den öffentlichen Gesundheitsdienst ja zuerkannt bekommen haben, wo wir ja genau die Kriterien mit einbezogen haben, soziales Engagement oder die Möglichkeiten, die wir, die Sie jetzt stärker einbeziehen wollen für die Gesamtzahl der Mediziner, möchte ich doch einige konkrete Fragen stellen und bitten, ehe man hier an die Öffentlichkeit geht, das intern noch etwas mehr abzuklären, weil der Teufel immer im Detail liegt und wir ja schon oft im Großen uns einig waren, was wir eigentlich wollten, gerade in der Vorbereitung des Mediziners, der auch die menschlichen Fähigkeiten haben soll, mit Patienten umzugehen und nicht nur das Einmaleins sehr gut mit hoher Mathematik dann noch ausrechnen kann. Das ist ja die Not, in der wir stecken, daß wir die Theoretiker heute in den Krankenhäusern haben, und die Forscher, die bestens geeignet sind, und die, die beste Landärzte werden würden, weil sie ungemein engagiert, auch bereit sind, Hausbesuche zu machen, müssen wir heute eigentlich im öffentlichen Gesundheitsdienst aufgrund unseres Prüfungsverfahrens in die nüchternen Amtsstuben unserer Gesundheitsämter stecken, weil wir sie ja dafür ausgesucht haben, aber noch eigentlich kein richtiges Berufsbild haben.

Nur, ganz kurz einige Fragen zu Seite 6, wo Sie ja vorgeschlagen haben, das Vorpraktikum verpflichtend einzuführen ab 1986, aber es nicht zu bewerten. Ich glaube, daß das nicht ganz logisch ist, denn entweder machen wir eine Verpflichtung, dann bewerten wir es auch, oder es ist nicht verpflichtend, dann müssen wir es auch nicht bewerten. Aber die Frage ist dann danach, BAföG-Anspruch besteht nicht, ein Entgelt kann vereinbart werden, mit wem, wer bezahlt etwas? Die jungen Leute sind auf irgendein Entgelt angewiesen. Ich möchte nur hinweisen, die Krankenkassen sind im Augenblick in einer rigiden Weise, weil sie ja immer mehr Mitbestimmungsrechte bekommen in den Krankenhäusern, darauf aus, daß sogar die jungen Mediziner, die ihr Praktisches Jahr machen werden während ihres Studiums, sehr sparsam eingesetzt werden; die Frage taucht immer wieder auf. Sie wissen, daß jetzt bei den Krankenpflegeschulen die Gewerkschaft einfach will, daß diese Lernprozesse nicht mehr über den Pflegesatz abgerechnet werden. Die Gewerkschaft hat ganz andere Gründe, die wollen gerade die Bildungsausschüsse dabei haben, das sind andere Gründe, aber auch die Krankenkassen sind sehr hinterher, die Kosten abzuschieben und einen naturreinen Pflegesatz zu haben. Es wird also sehr schwer

sein, ich bitte nur nochmal darum, sich mit den Praktikern zusammenzusetzen, daß wir da Antworten geben können. Die jungen Leute werden danach fragen.

Zweitens, neben dem Abitur soll der Test stehen. Ich frage, wo wird der Test gemacht? Durch wen wird der Test gemacht? Ist es die Arbeitsverwaltung, ist es die Schule, ist es die Universität? Und bei der Universität, welche? Bei der ich mich beworben habe, oder bei mehreren? Ist es die Wohnortuniversität oder aber irgendeine andere? Auch das wäre noch meines Erachtens dringend abzuklären, ehe man in die Öffentlichkeit geht.

Weiter, bei Seite 7, auch wieder die Frage, durch ein Vorstellungsgespräch, was ich begrüßen würde? Wir haben beste Erfahrungen mit Vorstellungsgesprächen in meinem Ministerium gemacht, weil wir die Leute, die in die engere Wahl kamen, einbestellt haben und einiges haben abklären können, was Wirklichkeit ist an echtem Engagement und was eben angelernt ist oder eben nur Taktik ist. Aber wer nimmt diese Vorstellungsgespräche wahr, und wer macht sie? Wo werden sie gemacht? Auch da wäre es, glaube ich, wichtig, eine Antwort zu haben.

Und das letzte, beim Sozialengagement, Herr Pfeifer, würde ich ganz herzlich darum bitten, Folgendes zu bedenken. Wir haben da manchmal Glück gehabt, aber haben darauf sehr aufgepaßt: Wenn Sie eine zentrale Stelle beauftragen, das soziale Engagement zu bewerten, kommt es sehr darauf an, wie diese zentrale Stelle zusammengesetzt ist. Ich hatte etwas Mühe in meinem nicht gerade schwarzen Ministerium, das ich übernommen hatte damals vor zehn Jahren, durchzusetzen, daß die jungen Männer, die jetzt Wehrdienst gemacht haben und vorher gar keine Chance hatten, groß einzusteigen, genauso zu beurteilen sind und herangezogen werden in das Vorgespräch wie die Zivildienstleistenden, die natürlich offiziell im sozialen Engagement gestanden und sich oft auch sehr gut bewährt haben. Nicht jeder Soldat, der Mediziner werden möchte, kann in eine Sanitätskompanie kommen, auch wenn er es möchte. Das darf also nicht zu kurz kommen. Genauso ist es auch bei den Mädchen. Auch da müssen wir aufpassen, daß wir die Mädchen insgesamt hier nicht benachteiligen,

Dann noch einmal die Frage der Testmöglichkeit, wo und wie es gemacht wird, und noch einmal die Bitte, sich klarzuwerden über die Entgelte. Man muß da mit den Ärztevereinigungen noch einmal sprechen. In der Tat sind niedergelassene Ärzte durchaus bereit, einen jungen werdenden Mediziner einmal einige Wochen ins Praktikum, aber bezahlt, zu nehmen. Sie müssen eine Chance haben, es irgendwie steuerlich absetzen zu können oder irgendeine Möglichkeit dazu zu bekommen. Auch das werden sie fragen, wenn sie bereit sind, so jemanden aufzunehmen.

Albrecht: Ich habe zu dem Vorschlag noch einige Fragen, auch zum Vorpraktikum. Da ist mir nicht klar, ob es angerechnet wird auf die Gesamtzeit. Ich will es anders ausdrücken, ich sehe mich kaum in der Lage, irgendetwas zuzustimmen in Zukunft, wo die Ausbildungszeit nochmal verlängert wird. Wenn wir ein Vorpraktikum davorschieben, dann muß hinterher ein Praktikum wegfallen, weil man nicht die Ausbildungszeit verlängern kann.

Zweite Bemerkung, ich kann das nicht beurteilen. Ich habe den Eindruck – ich habe ja auch eine Tochter, die Medizin studiert –, daß, wenn die ihre Praktika machen, das für die Klinik ganz günstig ist, weil sie doch schon medizinische Grundkenntnisse haben. Man kann sie dann also zum Beispiel in die Intensivstation setzen; die merken, wenn sie um Hilfe rufen müssen. Ob dieselbe Möglichkeit schon gegeben ist, wenn man noch überhaupt keine Grundausbildung gehabt hat? Ob das ein sinnvolles Praktikum ist?

Dann: Was das Einstellungsgespräch angeht, da auch nur die Frage, ob das praktikabel ist. Ich habe das mal überschlagen für uns, ich glaube, das wären in Niedersachsen über 1.000 Einstellungsgespräche, und wenn ich es richtig verstehe, muß aufgrund der Gleichheit, auch wenn es nur für 20 Prozent der Stellen ist, ja mit der Gesamtheit der noch nicht Berücksichtigten, heute morgen sind es wohl 5:1, ein Gespräch geführt werden, d. h. das sind über 1.000 Gespräche. Ist das praktikabel für eine medizinische Hochschule, die ja ziemlich beschäftigt ist?

Und dann als letztes noch eine Bemerkung, aber darüber sind wir uns alle klar. Mit diesen Dingen lösen wir nicht das Problem der Akademikerschwemme, sondern das muß viel breiter und tiefer angesetzt werden. Aber die Zeit ist vorangeschritten, deshalb lasse ich das jetzt. Das ist ein gewaltiges Problem, und wir haben auch nicht mehr viel Zeit, denn das rollt ja in einer ungeheuren Schnelligkeit auf uns zu.

Geißler: Ich will noch eine Frage nachschieben, das bezieht sich jetzt auf diese 20 Prozent, die durch die Hochschulen ausgewählt werden. Man sollte meines Erachtens ausschließen, daß wir einen umgekehrten Effekt kriegen wie bei der Wehrpflicht, daß also hier nochmal für 20 Prozent ein Loch aufgemacht wird für solche Leute, die halt unter regulären Bedingungen zu diesem Medizinstudium nicht dazukämen. Also konkret gesprochen, es müßte der Gefahr begegnet werden, daß durch irgendeinen Protektionismus oder einen Nepotismus des Ordinarius für Innere Medizin gegenüber dem Sohn eines Internisten in derselben Stadt ein solches Loch da aufgemacht wird, wenn also die Hochschulen darüber entscheiden können, wer von den 20 Prozent nun außerhalb der regulären Konditionen einen Studienplatz bekommt. Ist klar, was ich meine? Wir dürfen nicht einen umgekehrten Effekt kriegen, Ausnahmeprivilegien, wie wir das umgekehrt ja nun sehr mißliebig und nachteilig bei der Wehrpflicht immer mehr erleben.

Schwarz-Schilling: Ich würde es grundsätzlich begrüßen, daß hier eine Neuordnung vorgeschlagen wird, die ja von gewissen bisher ganz heilig gehaltenen Kühen Abstand nimmt, zum Beispiel, daß in eine Bewertung eben auch Tests in dieser Weise einbezogen werden, daß persönliche Vorstellungsgespräche einbezogen werden. Da war nun ein ganz langer Widerstand unserer eigenen Kultusminister immer da gewesen. Ich möchte sagen, daß ich 1973 ähnliche Vorschläge gemacht habe, doch bitte amerikanische Testverfahren in entsprechender Weise zu prüfen und uns vielleicht helfen zu lassen, damit wir nicht wieder 20 Jahre brauchen, um solche zu entwickeln. Sie waren ja damals auch dazu sogar bereit, eine entsprechende Kommission zu übernehmen. Daß das zumindest jetzt, zehn Jahre später, zu einem solchen Vorschlag hier führt, finde ich hervorragend. Ich finde, das ist der richtige Weg. Was mich hier unbefriedigt läßt, ist einmal, daß es doch relativ vage gegenüber den anderen Fächern formuliert wird, daß hier nur so gesagt wird, man müßte vielleicht dann auch das Losverfahren einführen. Ich bin der Meinung, entweder wir bekennen uns zu einer Gesellschaft, wo wir nach rationalen Kriterien plus menschlichem Eindruck der Person und der Persönlichkeit, die vor uns steht, handeln, oder wir machen Roulette. Ich bin der Auffassung, hier muß man eigentlich mal ein klares Bekenntnis ablegen. Die einen sagen Ellenbogengesellschaft, aber ich finde, die Losgesellschaft ist auch keine gute Bezeichnung.

Zweiter Punkt, die Tests. Die kann man natürlich mindestens landesweit abhalten, und sie sollten tunlichst aus der subjektiven Sphäre irgendwelcher Institutionen möglichst als eine eigene Institution herausgenommen werden, wie das in Amerika üblich ist. Ich denke

an das ETS-Verfahren⁵⁵, wo die Leute zehn Mark zu bezahlen haben, woraus man ganze Institutionen finanziert. Aber da ist eine Objektivierung gegeben. Jeder kann seinen Test machen, das wird in einer Zentrale nachher gespeichert, keiner hat Zugriff, aber der einzelne kann dann 20 Jahre später sagen, bitte zu meinen Bewerbungsunterlagen legen, an den kann es verschickt werden. Also, da ist eine Durchlässigkeit entstanden, die wir uns nochmal anschauen sollten. In jedem Fall sollte es landesweit, wenn nicht überhaupt bundesweit gemacht werden, aber wahrscheinlich ginge das nur landesweit, weil ja auch die Mischung von Abiturzeugnis und Test in jedem Land etwas unterschiedlich sein wird. In manchen Ländern ist das Abitur schwieriger, die Benotung also schwieriger. Also wird das Testverfahren dort auch anders nachher zu werten sein als umgekehrt. Da sich aber alle dort bewerben können, kommt hier also ein Mix zustande, der dabei beachtet werden muß. Deswegen würde ich sagen, wird das wohl nur landesweit sein.

Was aber jetzt die Auswahlverfahren angeht, da würde ich nun dezidiert der Auffassung sein, daß die an der Universität zu erfolgen haben, um auch bei unseren Hochschullehrern wieder das Gefühl persönlicher Verantwortung für Personen, die vor ihnen sind, etwas wacher zu machen. Das sind nicht nur Nummern statistischer Art, sondern hier haben sie es mit Personen und Verantwortung zu tun, sowohl wenn sie ablehnen, als auch wenn sie Zusagen machen. Und das kann man nur durch eine lange Tradition machen, wie es in amerikanischen Universitäten selbstverständlich ist, wo jeder ein oder zwei Semester vollamtlich in Auswahlgremien sitzt, dieses von morgens bis abends macht und dann nicht große Lamentos anstimmt, sondern das als Selbstverständlichkeit ansieht, um auch mal zu sehen, wie ist die Lage der Studenten, die sich bewerben? Auf was muß man achten? Was für Dinge müssen wir beachten oder bei den Schulen sagen, daß es verändert werden sollte? Das heißt, sie bringen dort eine ganz andere Erfahrungsmöglichkeit wieder mit ein. Also, dieser Punkt sollte in jedem Falle am Ort, wo sich derjenige bewirbt, gemacht werden, um durch Auswahlverfahren die persönliche Beziehung zwischen Universität und Ausgewähltem herbeizuführen.

Ich möchte also sagen, daß das, was hier für Medizin vorgenommen wird, meines Erachtens so sehr gut ist, würde aber sagen, daß die Grundsatzfrage hier noch nicht richtig behandelt wurde, indem man hier bei den anderen Fächern eigentlich nur so etwas merkwürdige Formulierungen findet. Das finde ich nicht klar genug für ein Programm der CDU, was hier einen Neuanfang bringen muß.

Weberling: Zunächst einmal möchte ich sagen, daß der RCDS ausdrücklich diese Vorlage begrüßt und zwar komplett umfassend. Ich finde es sehr gut, daß hier gegen das Losverfahren eindeutig Stellung genommen worden ist, und ich finde es auf jeden Fall sehr gut, daß hier ausdrücklich für ein persönliches Auswahlverfahren in irgendeiner Form gewonnen wird. Ich möchte hier, weil ich auch im Bundesfachausschuß sitze, eines auf jeden Fall sagen: Ich bin ebenfalls dafür, daß dieses Vorbereitungsjahr nicht benotet wird; ich möchte auch begründen, warum. Gerade in der heutigen Zeit ist überall das Medizinstudium eine Art Privilegium. Weil es modern ist, macht halt jeder Medizin, und man kommt auf die idiotischsten Ideen, um seinen Medizinstudienplatz, eben weil das „in“ ist, zu kriegen. Wenn das benotet wird, dann wird man sich garantiert mit demjenigen, wo man ist, gutzustellen versuchen und versuchen, eine gute Note zu bekommen. Ich halte

55 Exploratory Teaching Space.

es für wesentlich besser, wenn nach diesem Praktikum von einem Jahr ein objektiv ausgewähltes Kollegium von Hochschullehrern ein Einstellungsgespräch führt. Da kann wesentlich besser und objektiver auf die persönliche Situation des einzelnen eingegangen werden.

Ich bin dagegen, daß ihnen Geld gezahlt wird. Da muß man auch gerecht sein. Man sagt heute, daß die Leute im Praktikum kein Entgelt bekommen sollen. Sie bekommen selbstverständlich Versicherungsschutz, das war ja auch bei uns in der Diskussion vorgesehen. Aber ein Entgelt, etwas verdienen für das, wofür man sich erst interessieren muß, wo man sehen muß, ob man dafür geeignet ist, finde ich nicht richtig. Bei den Leuten, die im Praktischen Jahr stehen, fragt keiner. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, die Leute im Praktischen Jahr bekommen auf alle Fälle kein Entgelt, die bekommen bestenfalls Versicherungsschutz und können ein Darlehen aufnehmen. Also, wenn man das Ganze gerecht behandeln will, dann muß man sagen, Praktisches Jahr ist genauso viel wie dieses Praktikum, das kann man entweder beides bezahlen oder gar nicht. Ich bin der Meinung, daß es in diesem Falle sinnvoll ist, gerade weil das Engagement für das Medizinstudium irgendwo ein bißchen rauskommen muß, so daß man da durchaus sagen kann, man läßt das mit dem Entgelt. Man kann da irgendwie eine Form finden, deswegen ist eine Kann-Vorschrift drin.

Ich möchte aber noch darüber hinaus, erlauben Sie mir, das zu sagen, noch einen weiteren Gedanken in das Papier reinbringen, etwas, das über die Bundesfachausschlußvorlage hinausgeht. Und zwar deshalb, weil es in der letzten Woche bei uns im RCDS sehr stark aufgestoßen ist, das betrifft jetzt nicht die CDU, sondern wir halten es für sehr gut, daß das bei dem Papier im Zusammenhang auch angesprochen wird. Wir stehen gegenwärtig vor der Situation, daß die CDU die einzige Partei ist, die ansatzweise das Problem des Abiturientenberges, der in die Hochschulen kommt, diskutiert, daß hier in dieser Vorlage einige Vorschläge gemacht werden. Ich möchte deswegen auf der Seite 2, wenn man die Überprüfung der derzeitigen gesellschaftspolitischen und kulturpolitischen Rahmenbedingungen fordert, einen weiteren Gedanken möglichst miteingefügt haben. Ich möchte vorschlagen, daß man vielleicht einen weiteren Spiegelstrich macht und die Bundesländer auffordert, einen Hochschulgesamtplan zu erstellen. Ich möchte auch sagen, warum. Man kann das Numerus-clausus-Problem und das Problem der Zugangsquoten zu den Hochschulen nur dann lösen, wenn man sich bundesweit darüber einig ist, wie das mit den Hochschulen überhaupt aussehen soll. Ich will auch aktuell sagen, wieso ich das jetzt sage.

Gegenwärtig sieht es so aus, daß der Wissenschaftsminister Schwier⁵⁶ in Nordrhein-Westfalen sich versucht zu sanieren auf Kosten der anderen Bundesländer. Das ist eine Sache, die nicht gehen kann. Man muß das entweder gemeinsam machen oder gar nicht. Ich bin dafür, daß es gemeinsam gemacht wird. Deswegen sollte die CDU sich und auch den Studenten diesen Dienst erweisen und das wenigstens in einem Satz reinschreiben. Ich möchte das, wenn es möglich ist, zum Antrag erheben. (*Geißler: Moment, was wollen Sie zum Antrag erheben?*) Ich möchte, daß wir bei Seite 2 einen Spiegelstrich drin haben unter den anderen Spiegelstrichen „Aufstellung eines Hochschulgesamtplans in den einzelnen Bundesländern“. (*Geißler: Hier rein?*) Hier rein. Wenn das geht. Ich weiß nicht,

56 Hans Schwier (1926–1996), Volksschullehrer; 1970–1995 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1980–1983 Minister für Wissenschaft und Forschung, 1983–1995 Kultusminister.

ob das möglich ist. (*Griesinger*: Für jedes Bundesland? Also nicht bundeseinheitlich?) Nein, für jedes Bundesland selber, damit der Bundesrat sich zusammensetzen und über diese Frage diskutieren kann.

Geißler: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Jetzt darf ich direkt Anton Pfeifer bitten, die einzelnen Fragen zu beantworten, und dann müssen wir uns über das Verfahren einigen.

Pfeifer: Also, ich will versuchen, in der gebotenen Kürze zu den einzelnen Fragen bzw. zu den einzelnen Punkten, die hier aufgeworfen sind, etwas zu sagen. Zunächst einmal ist vollkommen richtig, das Papier löst das Problem der akademischen Schwemme überhaupt nicht. Das ist auch nicht die Aufgabe des Papiers, sondern die Aufgabe dieses Papiers oder dieser Vorlage besteht darin, den Beschluß des Bundesparteitags zu erfüllen, in dem es heißt, daß man eine grundlegende Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium für notwendig hält, um der Pervertierung der Leistungsmessung, wie sie im jetzigen Zugangsverfahren ohne jeden Zweifel vorhanden ist, zu begegnen. Das ist der Grund für diese Vorlage gewesen. Daß diese nicht das Problem der Akademikerschwemme löst, ist selbstverständlich. Im übrigen hätte ich nichts dagegen, wenn man einen Zusatz, das müßte man noch im einzelnen formulieren, wie es Herr Weberling vorgeschlagen hat, hier aufnehmen würde. Nur, das Problem ist natürlich, das ist jetzt nicht mehr nur die Aufgabe der Hochschulplanung der Länder, sondern es ist in Wahrheit das Faktum da, daß es keine gemeinsame Hochschulplanung des Bundes und der Länder mehr gibt, die wahrheitsgemäß wäre.

Ich möchte noch eine Bemerkung dazu machen. Ich glaube auch nicht, daß, das ist jetzt meine persönliche Meinung, wenn dieses Verfahren angewandt wird, wir dann sozusagen noch alle Probleme der Gerechtigkeit zu lösen haben. Es gibt kein Hochschulzugangsverfahren, was absolute Gerechtigkeit verwirklicht. Das ist jedenfalls meine Erkenntnis aus der Diskussion der letzten zehn Jahre, sondern man kann sich immer nur darum bemühen, daß man Pervertierungen, die durch ein bestimmtes Verfahren in Gang getreten sind, wie beispielsweise die Pervertierung des Leistungsbegriffs in der Oberstufe der Gymnasien, entgegenwirkt.

Heiner, deswegen will ich auch gleich etwas sagen zu dem Thema Nepotismus. Wenn man einer Kommission sozusagen das Interview vorstrukturiert, kann sie nicht einfach nur sagen, der hat eine schlechte Nase, der hat eine gute Nase, deswegen nehmen wir den, sondern da müssen natürlich schon bestimmte Kriterien berücksichtigt werden. Aber wir wissen alle, die wir in Auswahlkommissionen sitzen, daß man natürlich von einem bestimmten Punkt an auch einmal so oder so für den einen noch etwas in die Waageschale werfen kann. Nur darüber müssen wir uns im klaren sein, wir haben entweder die Möglichkeit, den Weg zu gehen über die Computer, mit allen Nachteilen, die das jetzt in den letzten 15 Jahren gehabt hat. Das andere Extrem wäre, daß man es überhaupt nur Kommissionen überträgt – das ist die Situation, die wir 1948 an den deutschen Hochschulen gehabt haben und die dann eben zu solchem Nepotismus geführt hat –, oder aber daß man den Versuch macht, zunächst einmal bestimmte Kriterien zu formulieren, auch eine gewisse Vorauswahl zu treffen, aber in dem dann noch verbleibenden Spielraum der Kommission die Möglichkeit zu geben, schlußendlich zu entscheiden. Im übrigen muß man halt sehen, daß hier die Kommissionen so besetzt sind, daß möglichst dem Nepotis-

mus entgegengewirkt wird. Also, das ist halt immer mit Kommissionen der Fall, das ist nicht vollkommen ausschließbar.

Im übrigen, die Vorstellung ist in der Tat so, wie Schwarz-Schilling es gesagt hat, nämlich, daß die Einrichtungen an den Universitäten sein sollen unter Zuhilfenahme von Hochschullehrern, wobei wir das Problem sehen, das Herr Albrecht genannt hat, nämlich daß dann möglicherweise an einer Hochschule bis zu 800 Vorstellungsgespräche notwendig werden. Das wäre wohl zu viel, das wäre ordnungsgemäß nicht mehr zu bewältigen. Und da war dann eine Vorstellung die, daß, wenn es so große Zahlen werden sollten, was man jetzt nicht mehr ausschließen kann bei 45.000 Bewerbern, man das dann so macht, daß man vielleicht auch für dieses Vorstellungsgespräch insofern noch eine gewisse Vorauswahl trifft, als man diejenigen, die aufgrund von Abitur und Testergebnis von vornherein nicht mehr in Betracht kommen, dann auch nicht mehr zum Vorstellungsgespräch einlädt, so daß man also sozusagen einen an der unteren Qualifikation sich befindenden Schwanz dann auch vom Vorstellungsgespräch ausschalten könnte, damit man nicht auf Größenordnungen kommt, die, sagen wir mal, über 400 oder 500 pro Universität hinausgehen. Aber das müßte schon bewältigt werden. Und wenn es an einer Universität mehrere Kommissionen gibt, halte ich das mit einigem Arbeitsaufwand auch für bewältigbar.

Dann ist noch gefragt worden, wie ist das mit dem Test? Ich darf auch da im wesentlichen mich auf das beziehen, was Herr Schwarz-Schilling gesagt hat. Die Vorstellung ist in der Tat ein Einheitstest, der dann von den Ländern durchgeführt wird, und zwar ganz genau so, wie das im Augenblick der Fall ist. Die Länder haben das ja weitgehend so geregelt, daß der Test vorgegeben ist und an bestimmten Tagen in wechselnden Einrichtungen abgelegt wird. Also, hier sind Veränderungen nicht vorgesehen. Was bisher im Test durchgeführt wird, hat sich, jedenfalls nach der Meinung unserer Fachleute, bewährt. Ich muß mich hier auch ein bißchen auf das Urteil dieser Fachleute in den Ministerien abstützen dürfen.

Zwei Punkte, zu denen ich noch etwas sagen wollte. (*Geißler*: Die Benotung.) Ja, die Verlängerung der Ausbildungszeit und die Benotung. Also, eine Verlängerung der Ausbildungszeit ist damit natürlich schon verbunden, wenn man ein Praktisches Jahr vorschiebt, daß man ein Jahr später fertig wird mit dem Studium. Nur, das ist ja heute im Medizinerbereich gar nicht anders. Und zwar deswegen nicht anders, weil wir heute durch diese langen Wartezeiten ja zum Teil ein Examensalter haben von 33, 34, 35 Jahren und älter. Wenn das Verfahren dazu beitragen würde, daß beispielsweise als Folge des Praktikums einige, sagen wir zehn oder 15 Prozent, gar nicht mit dem Studium beginnen würden, würde das natürlich insgesamt bedeuten, daß sich die Studienzeit de facto, mit dem, was wir heute haben, nicht verlängern, sondern wieder reduzieren würde. Allerdings nur de facto. Wenn natürlich einer mit einer exzellenten Abiturnote und einem exzellenten Testergebnis kommt, der sofort zugelassen wird, verlängert sich für denjenigen die Sache in der Tat um diese Praktikumszeit. Nur muß ich auch da nochmal auf Folgendes hinweisen: Es hat sich eben gezeigt, daß gerade die mit den exzellenten Abiturzeugnissen sich hinterher im Studium außerordentlich schwergetan haben, möglicherweise gar nicht dafür geeignet gewesen sind, zum Teil aber das Studium ergriffen haben. Solche Fälle kennen wir auch, weil sie gesagt haben, mit einem so guten Abitur wäre ich ja dumm, wenn ich nicht Medizin studieren würde. Dann kommen auch noch die Einkommens-

chancen, die damit verbunden sind. Dies sind natürlich auch Belastungen, die schlußendlich auf das ganze Studium insgesamt, zum Teil auch auf die Situationen in Hochschulen drücken, und ich finde, daß es deswegen auch denen guttäte, zunächst einmal eben ein Jahr lang so eine Art Selbstprüfung zu machen.

Der Vertrag müßte in der Tat abgeschlossen werden mit dem Krankenhausträger, wobei wir hier nicht das Entgelt vorschreiben wollen. Aber das soll ja nicht ausschließen, daß man hier zu Regelungen kommt. Ich kann nur sagen, daß wir zum Beispiel im Fachhochschulbereich in Baden-Württemberg das Praktikum von einem Jahr während des Studiums eingeführt haben, auch ohne BAföG, auch ohne Entgelt. Das funktioniert, jedenfalls im Augenblick, ganz gut; die Firmen haben sich untereinander verständigt, was sie den einzelnen Studierenden geben. Ich finde, man sollte da nicht von vornherein schon wieder mit perfekten Regelungen kommen. Denn man muß ja mal Folgendes sehen: Es kann durchaus Krankenhäuser geben, die dann Regelungen treffen, die also beispielsweise bedeuten, Verpflegung frei, Unterkunft frei und dergleichen und dann eben nur Taschengeld oder so etwas dazu. Aber es kann auch andere geben, die das gerne anders geregelt haben. Ich bin der Meinung, daß man dies zunächst einmal wirklich den Gesprächen mit Krankenhausträgern, Landessozialverwaltungen und Krankenhausverwaltungen überlassen sollte.

Letzter Punkt: Die Benotung des Praktikums. Also, bei der Benotung des Praktikums gibt es ein ganz großes Problem: Wenn das so wäre, Matthias⁵⁷, daß der Chefarzt benotet, dann hätte das ja noch etwas für sich. Nur, die Praktiker sagen mir, so läuft das nicht ab, schon gar nicht in den großen Krankenhäusern, sondern das läuft dann eher so ab, daß die Stationsschwester letztlich bewertet und die Note gibt. (*Unruhe.*) Also, ich muß mich wirklich auf das verlassen, was mir die Leute sagen, und ich habe mit vielen Leuten gesprochen. Ich weiß nicht, ob das jetzt das Richtige ist, daß diese jungen Leute, die da vom Abitur ins Krankenhaus kommen und ganz genau wissen, mein weiteres Schicksal hängt jetzt von der Stationsschwester oder dem Stationsarzt ab, von denen benotet werden. Dann kriegt er möglicherweise in der einen Station ein ordentliches Zeugnis und in der anderen Station oder in einem anderen Krankenhaus wird er es gar nicht kriegen. Da entsteht natürlich auch wieder eine Fülle von zusätzlichen Problemen, die dazu geführt haben, daß uns alle Praktiker gesagt haben, laßt das mit der Benotung weg. (*Geißler*: Der Betreffende muß eben dann mal ein Jahr lang sonntags in die Kirche gehen.) Dann kriegt er eine gute Note, je nachdem, in welchem Krankenhaus er ist, das ist völlig richtig. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, laßt das weg. Was wir uns nur überlegen – das ist hier drin, aber das ist noch nicht in der Praxis da –, ist Folgendes: Ob man nicht den Test von der Konstruktion her ein Stück weit auch so konstruieren kann, daß sozusagen auf dieses Praktische Jahr abgehoben wird. Das ist einer der Punkte, die jetzt im Augenblick noch überlegt werden; das steht ja auch hier drin. Also ich möchte deswegen, sozusagen von den Praktikern belehrt, sagen, Hände weg von der Benotung des Praktikums. (*Geißler*: Nur eine Zwischenfrage. Zwischen Benotung und Bewertung gibt es einen Unterschied, nicht? Wir haben ja auch die Referendarzeugnisse. Bei den Stationszeugnissen kann man ja eine Bewertung machen, man muß ja nicht sagen, der kriegt die Note „ausreichend“ oder „befriedigend“.) Ich glaube, das kann man machen, daß man sagt, er hat von dann

57 Matthias Wissmann.

und dann bis dann und dann das Praktikum abgelegt, und daß dann auch etwas vielleicht zur Person gesagt wird. (*Wissmann*: Das könnte beim Einstellungsgespräch herangezogen werden.) Ja, aber das bedeutet dann nicht, daß man sagt, der hat einen Zweier, und da müssen wir einen Zweier einbeziehen, sondern das kann man dann bei diesen Einstellungsgesprächen berücksichtigen.

Letzter Punkt: Schwarz-Schilling hat gefragt, wie ist das mit den anderen Fächern? Das ist auch im Bundeskulturausschuß so empfunden worden. Es ist auch die Kommission, die das erarbeitet hat, beauftragt worden, die Sache für andere Fächer sich ebenfalls zu überlegen. Wir haben inzwischen bereits wieder acht Fächer mit absolutem Numerus clausus an den deutschen Hochschulen, und bei den Fachhochschulen nimmt es inzwischen auch zu. Nur der brennendste Punkt ist im Augenblick die Zulassung im Medizinstudium, weil in den nächsten Wochen die Kultusminister mit Verhandlungen beginnen über die Neuordnung der Hochschulzulassung. Wir haben uns wirklich bemüht, in dieser Sache den weitestmöglichen Konsens mit den Kultusministern und Wissenschaftsministern herzustellen. Der Vorsitzende der Kommission, die das erarbeitet hat, war Herr Piazzolo⁵⁸. Herr Piazzolo ist der Amtschef im Wissenschaftsministerium in Stuttgart und ist außerdem der Vorsitzende dieses entscheidenden Gremiums in Dortmund⁵⁹ – ich weiß nicht, wie sich das nennt –, also auch ein Mann, der sehr viel Zugang zu den praktischen Problemen hat. Ich glaube deswegen, daß hier nichts an unverantwortlichen Vorgaben für Verhandlungen beschlossen oder veröffentlicht wird, wenn wir das rausgeben.

Pott: Ich möchte nur zwei kurze Anmerkungen zu der Vorlage machen. Ich glaube, es ist sicherlich erfreulich, daß die CDU in der momentan so düsteren Situation – Herr Pfeifer hat vorhin die Zahlen genannt – auf diesem Gebiet hingeht und Vorschläge zur Neuordnung des Hochschulzugangs unterbreitet. Ich glaube auch, daß dies unter vielen Schülern, unter vielen Studenten der CDU einen gewissen Zuspruch in dieser Frage eintragen wird. Ich meine aber auch, bei mir persönlich Unbefriedigung festgestellt zu haben bei der Lektüre des Papieres, wo hier Forderungen erhoben sind, die durchaus berechtigt sind, die durchaus in der aktuellen bildungspolitischen Situation wichtig sind wie, daß in der Oberstufe die Gewichtung der Leistungskurse, die Gewichtung der Fächer mehr auf das Studium bezogen werden muß, daß überhaupt das Abitur als Eingangsvoraussetzung der Hochschule erhalten bleiben muß, und vor allem eine nicht zu unterschätzende Forderung, daß in den Bundesländern die Leistungsanforderungen objektiviert und auch einem gewissen allgemeinverbindlichen Niveau angepaßt werden müssen. Diese Forderungen können hier, glaube ich, nur von jedem unterstrichen werden, allen voran von uns Schülern, die wir nun mit der Bildungspolitik zu leben haben. Nur ich meine auch, daß natürlich bei der Lektüre dieses Papieres die Frage auftaucht, wie will die CDU dieses erreichen? Und dies ist leider in diesem Papier doch in manchen Passagen, wenn ich jetzt mal das Medizinstudium ausnehme, für andere Studienfächer und für diese bildungspolitischen Forderungen recht unbefriedigend ausgefallen. Vielleicht könnte da noch durch verstärkten Einsatz der Unionskultusminister einiges auf dem Gebiet ge-

58 Paul Harro Piazzolo (1926–2000), Pädagoge; Verwaltungsbeamter in Baden-Württemberg, zuletzt Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft und Kunst, 1982–1987 Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

59 Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS).

macht werden, um zu zeigen, wir schaffen es auch praktisch, was wir uns bildungspolitisch vornehmen, die Beschlüsse zur Bildungspolitik vom Hamburger Parteitag umzusetzen.

Und das zweite ist dies: Ich glaube, daß in den Bereichen der Studienberatung sicherlich Probleme da auftreten, wo in den Schulen die Berufsberatung versagt. Ich darf nur mal ganz kurz aus meiner letztjährigen Erfahrung in der Schule ein Beispiel nennen. Wenn in die Schule die Berufsberatung kommt, dann gibt es meistens zwei Zustände. Der erste Zustand ist, daß die Berufsberater des Arbeitsamts angesichts der Wirtschaftslage, angesichts der Arbeitsmarktlage so frustriert sind, daß sie im Grunde genommen jedem Hoffnungsschimmer, jedem Berufswunsch der Schüler nur abraten können. Das andere Extrem ist, daß in der Berufsberatung dann in Blick auf Modeberufe im Grunde genommen jedem versprochen und sozusagen suggeriert wird, was er hier hören will. Ich glaube, daß die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Berufsberatung und der Wirklichkeit in der Schule auch mal von seiten der CDU aufgeworfen werden sollte. Wir werden uns als Schülerunion eingehend mit dieser Frage befassen und auch dem Bundesfachausschuß der CDU Vorschläge unterbreiten, denn ich glaube, daß gerade in der Frage Berufsberatung in den Schulen viel mehr getan und weitaus mehr reformiert werden muß, als man dann später über Studieneingangsvoraussetzungen korrigieren kann.

Geißler: Ist das jetzt kein konkreter Antrag? (*Pott:* Nein, das war eine Anregung.) Eine Anregung, die also zusätzlich dem Fachausschuß noch zukommt.

Zur Frage des Verfahrens. Soweit ich sehe, kann man hier zu einer prinzipiellen inhaltlichen Einigung wohl kommen. Ich fasse mal die Anregungen zusammen. Zur Benotung. Ich glaube, daß eine Benotung im Sinne, daß also Ziffern vergeben werden, möglicherweise auf keine Mehrheit hier stoßen wird, aber daß man nicht ausschließen sollte, eine Bewertung vorzunehmen von dem betreffenden Krankenhaus, und daß dann diese Bewertung in dem Einstellungsgespräch mit verwertet wird, nicht in Form einer addierbaren und dann dividierbaren Note, aber einfach zur Urteilsfindung. Ich finde schon sinnvoll, wenn sich einer ein Jahr als totaler Versager erwiesen hat, daß das betreffende Krankenhaus die Möglichkeit haben muß, das auch mitzuteilen; sonst hat das ja keinen Sinn. (*Unruhe. Diskussion.*) Können wir diese Frage inhaltlich so entscheiden? Oder gibt es da Widerspruch? Gut, dann kann man das, glaube ich, abhaken.

Dann die Frage Vorstellungsgespräche, wo und von wem, die Frage, die Frau Griesinger aufgeworfen hat. Das glaube ich, müssen wir jetzt hier nicht in diesem Grundsatzpapier entscheiden. (*Unruhe. Diskussion. – Griesinger:* Ihr müßt wissen, wenn Ihr nachher das Papier rausgebt, wie Ihr Euch das ungefähr vorstellt.)

Pfeifer: Ich darf dazu noch einmal sagen, so, wie es der Herr Schwarz-Schilling gesagt hat. Das muß von den Hochschulen gemacht werden, und wenn das Problem kommt mit den zu großen Zahlen, dann muß man die Zahlen so beschränken, daß man die an der unteren Ebene der Qualifikation nicht mehr zum Vorstellungsgespräch zulassen wird.

Griesinger: Herr Pfeifer, es ist eben nur die Frage, welche Universität hat welche Jugendlichen zum Vorstellungsgespräch? Bisher ist es so, daß die Zentralstelle verteilt. Ich würde an und für sich ganz gerne in Tübingen studieren, aber da ist alles zu. Dann kriege ich die Mitteilung, ich bin Gott sei Dank zugelassen in Erlangen oder sonst wo. Welche Universität hat dann eine gewisse Verpflichtung, welche Jugendlichen zum Vorstellungsgespräch zu laden?

Geißler: Das ist offenbar ein Mißverständnis.

Pfeifer: Das ist in meinen Augen ein technisches Problem. Im wesentlichen ist es doch so, daß, wenn man sich an der Stelle, die das macht, darauf verständigt hat, so und so viele haben wir für das Vorstellungsgespräch, für so und so viel Studienplätze an den einzelnen Hochschulen, dann müssen in einem bestimmten Verhältnis, sagen wir mal von 6:1, 7:1 oder 8:1, je nachdem, wie groß die Chance derjenigen ist, die an den einzelnen Hochschulen zugelassen werden, die Bewerber für das Vorstellungsgespräch zugewiesen werden, wie wir das heute mit der Studienplatzzuweisung haben. Und in eine Kommission kommen dann zehn oder 20 rein, von denen dann die Kommission zehn Prozent zulassen kann. Das machen wir übrigens in der Adenauer-Stiftung bei der Zulassung von Bewerbern für die Stipendien genauso. (*Geißler:* Da war noch das Argument, daß die Hochschulen und die Kommissionen möglicherweise zu stark belastet würden.) Also, dieses Argument ist zweifellos richtig, das war ja auch einer der Gründe, warum wir bisher solche Vorstellungsgespräche abgelehnt haben, beispielsweise auch beim Hochschulrahmengesetz. Vorsichtige Berechnungen haben ergeben, daß hier die Hochschulen schon damit rechnen müssen, daß pro Jahr, nicht pro Semester, bis zu 300 solcher Vorstellungsgespräche abzuwickeln sind. Nicht von einer Kommission, das muß auf mehrere Kommissionen verteilt werden. Aber das bedeutet schon, daß mindestens ein Teil der Hochschullehrer, der in einer solchen Kommission tätig ist, das zu bewältigen hat. Aber auch hier bin ich eigentlich der Meinung, daß das, was Schwarz-Schilling gesagt hat, gar nicht falsch ist. Die Hochschullehrer haben mit Recht zum Teil so massiv Kritik geübt am jetzigen Zulassungsverfahren, daß es in meinen Augen nicht ungerechtfertigt ist, wenn man die Hochschullehrer auch einmal auf diese Art und Weise sozusagen in die Nähe der Probleme bringt.

Im übrigen, Herr Albrecht, Herr Pestel⁶⁰ hat ja in der Zeit, in der er noch Hochschullehrer war, also Ausgang der vierziger Jahre, auch solche Vorstellungsgespräche gemacht; oftmals hat man ja nur so zugelassen. Auch er hat sich eigentlich sehr massiv für eine solche Entwicklung ausgesprochen, nicht nur im Interesse der Bewerber, sondern auch im Interesse der Hochschullehrer, die durch ein solches Vorstellungsgespräch für ihre eigene Einstellung zu Abiturentenjahrgängen einiges dazugewinnen können.

Albrecht: Ich glaube, es kann keine Kritik an dem Grundsatz hier geben. Ich halte es für eine große Schwäche dieser automatisierten, gerichtsfesten Verfahren, daß viele menschliche Qualitäten überhaupt nicht zum Tragen kommen. Nur, es muß praktikabel sein, deshalb würde ich hier also irgendeinen Satz hinzufügen, daß die Modalitäten, um das Ganze praktikabel zu gestalten, im einzelnen noch zu beraten wären. Dann können all die Fragen, wie man das macht, daß der Kreis nicht zu groß ist, und wie man das Problem von Frau Griesinger mit der Mehrfachbewerbung bei den Universitäten usw. löst, noch diskutieren. Aber im Grundsatz, glaube ich, stimmen wir überein.

Geißler: Herzlichen Dank! Dann hätten wir noch als letzten Punkt, vom Prinzip her, Aufstellung eines Hochschulgesamtplans pro Länder. (*Unruhe. Diskussion.*) Paßt das hier rein?

Pfeifer: Also, es gibt Länder, die einen Hochschulgesamtplan haben, es gibt Länder, die einen Hochschulgesamtplan nicht haben. Es wird natürlich jetzt, ob das reinpaßt oder nicht, in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich beurteilt. Ich habe halt die Frage,

60 Eduard Pestel (1914–1988), Ingenieur, Ökonom; 1957–1977 Professor an der TH Hannover, 1977–1981 Minister für Wissenschaft und Kunst Niedersachsen.

ob es in der Tat sehr viel bringt. Denn das Grundproblem ist im Augenblick die Bund-Länder-Planung. Bei der Bund-Länder-Planung sieht es so aus, das sage ich jetzt einmal ganz prononciert, daß der Öffnungsbeschluß aus dem Jahr 1977⁶¹ in Wahrheit nicht mehr praktiziert wird und wahrscheinlich auch nicht mehr praktiziert werden kann aus finanziellen Gründen, und im übrigen auch nicht mehr in der Form, wie er beschlossen worden ist, praktiziert werden sollte, schon wegen der Berufschancen der Hochschulabsolventen nicht, sondern daß man hier wirklich Korrekturen und Modifikationen braucht. Und das ist eigentlich der Punkt, um den es in meinen Augen sehr viel stärker geht als um den formalen Punkt Hochschulplan in den einzelnen Ländern.

Geißler: Darf ich den Vorschlag machen, daß wir uns wirklich jetzt auf die Punkte konzentrieren, die in diese Vorlage hineinmüssen, denn die Reihen lichten sich. Zum Schluß sind noch mehr Mitglieder des Präsidiums anwesend als des Bundesvorstands. Das ist nicht gut.

Weberling: Ich will nur eines ganz kurz sagen. Warum ich das drin haben will, ist einfach, daß man einen Aufhänger hat für das, was Sie gerade gesagt haben, daß man damit anfängt und dann weitergeht. Es ist für unsere Argumentation wichtig, daß man Ansätze hat, daß man sagen kann, die CDU fängt damit schon an, und jetzt können wir da weitermachen. Darum geht es. Bis jetzt ist ja Derartiges nicht in der Form vorhanden.

Albrecht: Ich würde doch dringend bitten, daß wir die Geschichte mit dem Hochschulgesamtplan jetzt nicht so aus dem Stehgreif da reinwerfen. Ich bin schon dafür, daß wir dies einmal ausführlicher diskutieren, denn dies sind ja Randerscheinungen, die wir heute hier vorliegen haben. Das ist ein gewaltiges Problem, was sich dort abspielt. Ich bin auch der Meinung, ein Hochschulgesamtplan hilft überhaupt nichts bei der Lösung des Problems, deshalb würde ich vorschlagen, diskutieren wir die Dinge in einem anderen Zusammenhang, wenn wir Zeit dafür haben, in einer gut vorbereiteten Diskussion und beschränken wir uns auf das, was hier im Augenblick ist, das ist ja faktisch nur das Zulassungsverfahren.

Geißler: Das ist ja keine Ablehnung. (*Unruhe. Diskussion.*) Das wird ein großes Problem, aber das sollten wir jetzt nicht unbedingt in Verbindung bringen mit dieser Frage.

Jetzt bleibt noch offen und übrig die Frage von Ernst Albrecht, soll das Vorpraktikum angerechnet werden auf die gesamte Ausbildungszeit? Da hatte eigentlich Toni Pfeifer die Auffassung vertreten, bei denjenigen, die sofort dazukommen, bedeutet das eine Verlängerung. Bei den langen Wartezeiten, die normalerweise in der Regel bei den meisten vorhanden sind, führt es eher zu einer Verkürzung, so war die Rede. (*Unruhe. Diskussion.*) Habe ich das richtig wiedergegeben?

Albrecht: Da bitte ich um Verständnis, daß ich insistiere. Wir haben ja einen Beschluß gefaßt auf dem letzten Bundesparteitag: Wir wollen nicht mehr Maßnahmen ergreifen, die ständig die Ausbildungszeit verlängern, im Gegenteil, wir wollen sie zurückfahren. Daß es da kein Mißverständnis gibt, nicht daß die Leute gezwungen werden, kürzere Zeit zu studieren, sondern die Möglichkeit haben, kürzere Zeit zu studieren. Hier nochmal eine Verlängerung durch ein Praktikum, das ist nicht richtig. Ich sehe auch gar nicht ein,

61 Durch den sogenannten „Öffnungsbeschluß“ von 1977 vereinbarten Bund und Länder, die Hochschulen angesichts demographisch bedingter Zuwächse trotz unzureichender räumlicher und personeller Kapazitäten prinzipiell offen zu halten und dafür zeitweise Überlastbedingungen in Kauf zu nehmen.

warum. (*Geißler*: Wo soll das denn weggenommen werden?) Da sind ja, wenn ich das richtig sehe, bei der Medizin Praktika vorgesehen schon während der Studienzeit.

Geißler: Ja, dann müßte man die Approbationsordnung ändern.

Pfeifer: Also, das, was wir zur Zeit im Studium haben, ist das sogenannte Praktische Jahr, das zu einem späteren Zeitpunkt Teil des Studiums ist. Dieses ist an sich jetzt wieder ein Thema für sich. Nach meiner persönlichen Meinung – das ist nicht diskutiert worden im Bundeskulturausschuß – hat sich das nicht bewährt. Man sollte an sich wieder zu dem alten Zustand zurückkehren, nämlich nach dem Studium eine Teilapprobation und dann eine Medizinalassistentenzeit, die man vielleicht anders bezeichnen kann. Das würde aber bedeuten, daß man dann das Studium anders gestalten müßte. Dann käme man in der Tat zu einem vier- oder viereinhalbjährigen Medizinstudium, und damit würde man, wenn man hier das Praktikumsjahr dazu nimmt, wieder in der gleichen Zeit sein, in der man im Augenblick ist. Aber jetzt mit diesem Papier gleich zu verbinden die Aussage, also weg mit dem Praktischen Jahr, dazu kann ich nur sagen, das traue ich mich schon deswegen nicht, weil ich dann ganz genau weiß, wer sich alles zu Wort meldet, angefangen von unseren Gesundheitspolitikern bis in die Bereiche der Leute, die die Studienpläne usw. gemacht haben. Ich kann also hier nur meine persönliche Meinung dazu sagen und würde es nicht für richtig halten, das zum jetzigen Zeitpunkt bereits in das Papier reinzuschreiben. In der Sache haben Sie, nach meiner Meinung, Recht.

Albrecht: Ich muß jetzt ehrlich sagen, wenn da nicht ein Satz reinkommt, dieses ohne Verlängerung der Ausbildungszeit, dann muß ich dagegen stimmen. Das kann ich nicht mitmachen.

Geißler: Vielleicht Folgendes: Daß wir aus vielen Gründen die Approbationsordnung überprüfen müssen, ist ja inzwischen unbestritten. Das betrifft ja auch dieses Praktische Jahr, so daß man sagen könnte, der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß im Zusammenhang mit diesem Vorpraktikum die Approbationsordnung auch unter diesem Aspekt der praktischen Ausbildung überprüft werden muß. Das ist ja eigentlich nicht so sehr umstritten. Das „Bedside Teaching“ und was weiß ich, funktioniert ja alles gar nicht so, wie man sich das damals vorgestellt hat. Deswegen kommt die Approbationsordnung ohnehin in die Diskussion. (*Pfeifer*: Dies könnte man machen.) Man kann doch Bezug nehmen, auch zeitlich, auf dieses Vorpraktikum und sagen, daß in Hinsicht auf die Ausbildungszeit, was die praktische Ausbildung anbelangt, die Approbationsordnung dann noch einmal überprüft werden sollte.

Albrecht: Ja, ich weiß nicht, ob die Approbationsordnung der einzige Adressat ist. Ich würde das ohne Bezug auf eine bestimmte Ordnung sagen und nur einen Satz einfügen, daß diese Zeit dann anderswo eingespart werden sollte.

Pfeifer: Also, daß dieses Vorpraktikum auch Auswirkungen haben muß auf die inhaltliche Ausgestaltung des nachfolgenden Studiums. (*Albrecht*: Wobei fehlt, daß die Ausbildungszeit nicht verlängert wird.) Ehrlich gesagt hat es keinen Sinn, um die Sache herumzureden. Ich glaube nicht, daß das für diejenigen, die mit 1,0 aus Abitur und Test kommen, realistisch ist. Für die wird es sich, selbst wenn man das Studium verändert, nochmal verlängern.

Albrecht: Ich sage es nochmal, ich will das hier nicht unnötig verlängern, dieses Elend, was wir den jungen Leuten dadurch antun, daß wir sie immer länger auf der Schulbank halten, daß sie nie ins wirkliche Leben hineinkommen und daß sie nie das Gefühl haben,

auf eigenen Füßen zu stehen, daß sie keine Mitverantwortung in dieser Gesellschaft tragen, ist ein Unrecht, das man ihnen wirklich antut. Und dazu möchte ich nicht, weil hier vielleicht der eine oder andere Aspekt für die Auswahl positiver ist, beitragen. Das wird wirklich eines unserer großen Probleme. Wir haben mit der studentischen Generation nach meiner Einschätzung zwei große Probleme: Das eine ist die Massenuniversität, und das andere ist die ständige Verlängerung der Ausbildungszeit.

Geißler: Herr Albrecht, darf ich einen Einwand machen insoweit, als dieses Vorpraktikum ja einen anderen Inhalt hat als das, was zum Beispiel im Praktischen Jahr oder in der Medizinalassistentenzeit von dem angehenden Arzt verlangt wird. (*Albrecht:* Das ist es ja.) Das Problem bei der medizinischen Ausbildung besteht natürlich schon darin, daß die nicht zu wenig theoretisches Wissen haben. Die haben zu wenig praktische Ausbildung. Es ist erschreckend, da kann man Angst kriegen, wie wenig die Leute praktisch Operationen durchgeführt haben. Auch als Ärzte müssen sie zunächst ja die Klammern halten, dann dürfen sie mal eine Blutung stillen und was weiß ich, aber richtig operieren, dazu kommen ja die wenigsten, bevor sie überhaupt praktizierende Chirurgen sind. Deswegen die praktische Ausbildung der Mediziner zu verkürzen, wird wahrscheinlich auf große Bedenken stoßen. Die Frage ist, ob das Praktische Jahr richtig ist. Das ist ein ganz anderer Punkt. Nun war ja die Medizinalassistentenzeit nicht unbedingt früher Bestandteil des Studiums. (*Unruhe. Diskussion.*) Das war so eine Art Referendariatszeit. Wenn man so etwas wieder einführen würde, wäre das ja nicht weiter tragisch. Nur das Studium zu verkürzen oder überhaupt die praktische Ausbildung als Mediziner, ich glaube, das wird Widerstand geben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Albrecht: Nein, das ist wirklich schon schlimm genug, man ist 19, wenn man aus der Schule kommt, man ist fast 21, wenn man aus dem Wehrdienst kommt, bis man sein Praktikum hinter sich hat, dann muß man fünf bis sechs Jahre studieren, bis man überhaupt nur das normale Medizinstudium hinter sich hat, dann kommt erst die eigentliche praktische Ausbildung, das ist nicht zu machen.

Weberling: Herr Ministerpräsident, es tut mir leid, aber aus meiner Sicht als Student muß ich sagen, das stimmt effektiv nicht. Als Mediziner, wenn Sie ein Abitur mit 1,0 haben, werden Sie mit 18 direkt zugelassen und können Ihren Wehrdienst hinterher machen. Das ist schon mal ein Faktum. Das zweite Faktum, was Herr Pfeifer gesagt hat, ist doch, daß effektiv das Studium de facto verkürzt wird. Nur eine ganz geringe Zahl von Leuten muß ein Jahr länger machen. Die meisten Leute müssen noch vier bis sechs Jahre warten und jobben eben links und rechts rum, sitzen in irgendeiner Ausbildung drin. In Wirklichkeit sind die mit 32, 34 fertig. In diesem Modell aber sind sie tatsächlich effektiv eben wesentlich kürzer fertig, weil sie in Wirklichkeit sehr schnell wissen, ich kann Medizin studieren, oder ich kann nicht Medizin studieren. Die Wartezeit von vier bis sechs Jahren gegenwärtig verkürzt sich auf maximal ein Jahr und das ist in meinen Augen eine Verkürzung der Ausbildung. Mit Sicherheit.

Albrecht: Also, das ist mir zwar nicht einsehbar, warum die dann verkürzt ist auf ein Jahr. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Zulassungen, der Überhang wird ja nicht geringer durch dieses Verfahren. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, zu diesem Thema jetzt nochmal Anton Pfeifer.

Pfeifer: Also, ich möchte zunächst nochmal Folgendes sagen: In der Sache, im Grundanliegen, denke ich ja wie Sie, das ist in der Tat ein unmöglicher Zustand, den wir

in Deutschland haben. Und im speziellen Fall gibt es solche tatsächlichen Fälle, wie Sie sie geschildert haben, wenn man mal die Sache mit dem Wehrdienst abstreicht. Aber der Regelfall ist heute eben so: 18 Abitur, dann eine lange Wartezeit, die ist unterschiedlich lang, und dann Studium mit diesem Praktischen Jahr und dann werden die Leute in der Tat 32, 33, 35 Jahre und älter. Dieses Zugangsverfahren versucht ja, diese langen Wartezeiten wegzubekommen. Und zwar dadurch wegzubekommen, daß wenigstens durch die Einführung dieses Praktischen Jahres praktisch nur „Altwarter“ zugelassen werden und damit diese Warteschlange ganz entscheidend sich reduziert. Sie reduziert sich zum zweiten bei denen, die dazu kommen durch die Selbstprüfung in diesem Praktischen Jahr. Die Zahlen, die man hier bekommt, sind unterschiedlich. Zehn bis 15 Prozent werden von vornherein abspringen, so daß man auch dadurch eine deutliche Reduzierung der Bewerberzahlen bekommt. Wenn man das nun über die Einstellungsgespräche so macht, daß das vielleicht einmal wiederholt werden kann, bedeutet dies natürlich, daß die Medizinstudenten generell viel früher mit dem Studium beginnen werden, als es im Augenblick der Fall ist. Dann werden wir deutlich reduzierte Durchschnittsstudienzeiten bei den Medizinstudenten bekommen. Ich finde trotzdem, den Hinweis sollte man aufnehmen, daß man dem Bundeskulturausschuß den Auftrag gibt, sich zu überlegen, hier nicht Schluß zu machen, sondern jetzt auch das Thema Mediziner Ausbildung generell nochmal aufzugreifen und zu sagen, welche Konsequenzen sich jetzt auch für das Studium aus einer solchen Neuerung bei der Zulassung ergeben. Dazu kann man ja dann sagen, daß generell eine Verlängerung der Ausbildungszeit nicht erwünscht ist. Wenn man sich auf eine solche Aussage hier verständigen würde, ginge das an den Bundeskulturausschuß in der Form zurück. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Ja, der Bundesvorstand beauftragt den Fachausschuß für Kulturpolitik, das gesamte Medizinstudium noch einmal zu überprüfen, auch unter dem Gesichtspunkt der Dauer. (*Unruhe. Diskussion.*) Gut, sollen wir das so machen?

Albrecht: Ich glaube, das kann man so machen. Aber ich lege Wert darauf, daß im Sitzungsbericht dann steht, daß ich diesem Praktikum nur zustimme, wenn es zu einer Nichtverlängerung führt.

Geißler: Gut, ich möchte, da wir alle strittigen Punkte jetzt abgehandelt haben, folgenden Verfahrensvorschlag machen: Erstens, das wird in das Protokoll so aufgenommen. Zweitens machen wir am Ende den Auftrag des Bundesvorstands zu einem eigenen Punkt an den Ausschuß, die gesamte medizinische Ausbildung zu überprüfen mit dem Ziel, im Hinblick auf dieses Praktische Jahr nicht zu einer Verlängerung des Medizinstudiums zu kommen. Das ist, glaube ich, unbestritten. Dann haben wir die Sache mit der Benotung und der Bewertung abgehandelt, alle anderen Punkte auch. Die müssen jetzt noch in das Papier eingebaut werden, und dann schlage ich vor, daß wir das dem Bundeskulturausschuß wieder zurückgeben. Ich kann ja dann sehen, ob nach dem Protokoll der Ausschuß das berücksichtigt hat, wie das der Bundesvorstand beschlossen hat. Nach einer Überprüfung durch mich kann die Sache dann rausgegeben werden.

Weberling: Darf ich nochmal eines sagen? Wäre es möglich, daß bei der übernächsten Bundesvorstandssitzung, ich sage extra übernächste, die Frage des Hochschulgesamtplans diskutiert wird, weil zu dieser Zeit gerade dieses Thema an den Hochschulen besonders präsent und diskutiert werden wird.

Geißler: Ich kann jetzt beim besten Willen nicht übersehen, was bei der übernächsten Bundesvorstandssitzung möglicherweise passiert. (*Unruhe. Diskussion.*) Wir haben die nächste Bundesvorstandssitzung nach der Hessen-Wahl, und dann haben wir noch einmal eine direkt nach der Bayern-Wahl, das hat das Parteipräsidium extra beschlossen. Das war zwar noch ein bißchen umstritten, aber wir können das einmal vorsehen. Ich kann Ihnen aber nicht die Garantie geben, daß wir den Tagesordnungspunkt dann gerade bei der Bundesvorstandssitzung haben.

Sie sind mit dem Verfahren so einverstanden, wie ich es gerade geschildert habe? Darf ich die Sitzung schließen, im Prinzip sind wir mit der Vorlage einverstanden? Ich sehe keinen Widerspruch, bedanke mich bei Toni Pfeifer, bei den Kultusministern, Herrn Bendixen als dem Vorsitzenden und allen Mitgliedern, (*Beifall.*) bedanke mich bei Ihnen, daß Sie bis jetzt ausgehalten haben und schließe die Sitzung.

Bonn, Montag 20. September 1982

Sprecher: Albrecht, Barzel, Biedenkopf, von Bismarck, Blüm, Dregger, Geißler, Gerstenmaier, Gradl, Hasselmann, Kiep, Kiesinger, Koch, Kohl, Pieroth, Radunski, Schwarz-Schilling, Späth, Stoltenberg, Waffenschmidt, Wex, Wissmann, Wörner, Worms, Zeitel, Zeyer.

Politische Lage.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 13.15 Uhr

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde, ich darf unsere heutige Bundesvorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich brauche nicht zu betonen, daß dies eine wichtige Sitzung ist. Ich vermeide gern solche Begriffe, die leicht pathetisch erscheinen, aber nach 13 Jahren Opposition ist das in der Tat ein historisches Datum, an dem wir uns heute zusammenfinden. Jeder von uns spürt doch wohl bei einigem Nachdenken oder sofort, daß es jetzt darauf ankommt, daß wir die richtigen Schritte mit Klugheit und mit Entschiedenheit gehen und daß wir diese Schritte auch gemeinsam gehen. Ich freue mich ganz besonders, daß heute unser Ehrenvorsitzender, Kurt Georg Kiesinger hier bei uns ist. (*Beifall.*) Es paßt sehr wohl zur Dimension der Stunde, daß durch sein Hiersein auch ein Stück der großen Tradition und Kontinuität unserer politischen Arbeit für die Bundesrepublik Deutschland deutlich wird.

Ich will eine zweite Bemerkung machen. Diese Sitzung hat im Zusammenhang mit den Ereignissen in Bonn auf der nationalen Ebene ihre besondere Bedeutung. Aber es soll in dem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß wir mitten in Wahlkämpfen stehen und die Wahl in Hessen natürlich entschieden ist am kommenden Sonntag um 18 Uhr und keine Minute zuvor und daß alles das, was da jetzt schon als fest gebucht wird, von uns nicht so ohne weiteres akzeptiert werden kann. Wir müssen alles tun, um diese Wahl zu gewinnen. Dazu gehört auch, daß natürlich bei der Belastung durch die Termine dieser Woche eine ganze Reihe von uns dort Termine hat absagen müssen. Aber ich bitte dringend und herzlich, daß die, die es irgend können und wo es vereinbar ist mit den sonstigen Obliegenheiten, die jetzt anstehen, ihre Termine natürlich wahrnehmen. Die Vorgänge in Bonn brauchen jetzt nicht dazu zu führen, daß wir den Wahlkampf in Hessen einstellen, wir haben keine Trauerwoche vor uns, sondern eine Woche hoffentlich des Erfolgs, und das muß auch gegenüber unseren Mitbürgern nach draußen, und vor allem in Hessen, deutlich werden. (*Unruhe. Diskussion.*)

Meine Bitte für die jetzige Besprechung ist, daß Sie Verständnis haben, daß ich um 13.15 Uhr wegen der Gesamtterminlage des heutigen Tages die Bundesvorstandssitzung dann abschließen muß. Wir werden im Laufe der Sitzung eine Kleinigkeit essen können. Das heißt aber, daß ich vor allem bitte, daß wir kurze Beiträge zu den Themen machen. Ich selbst will auch nur ganz kurz hier einführen. Der Zeitplan heute ist folgendermaßen geplant: Wir wollen uns um 17 Uhr treffen mit den Kollegen Strauß und Zimmermann, von unserer Seite Gerhard Stoltenberg und ich, um ein vorbereitendes Gespräch zu

führen für das erste Treffen, das wir dann zu viert von unserer Seite mit den zwei Kollegen der FDP durchführen wollen, das sind Mischnick und Genscher. Bei diesem heutigen Abendtermin geht es vor allem einmal auch um das Abklären der Terminprobleme, auf die ich gleich näher eingehen will.

Damit bin ich beim Thema zur Lage in der FDP. Die FDP tagt in diesem Augenblick in ihrem Parteipräsidium. In Wahrheit tagen die Kollegen der FDP nun permanent in den verschiedensten Kreisen, in den satzungsmäßig berufenen wie in den weniger berufenen, aber um so wirksameren Kreisen und Zirkeln. Die Position von Genscher ist ohne Zweifel in den letzten 48 Stunden stärker geworden in den einzelnen Landesverbänden. Es liegen klare Beschlüsse für Nordrhein-Westfalen vor, es liegen Beschlüsse vor aus Niedersachsen, aus Rheinland-Pfalz und aus Bayern, ich glaube, es gibt noch den einen oder anderen Landesverband. Die Saar hat nicht in einem Gremium beschlossen, aber bei anderen Zusammenkünften. Also, es ist ganz eindeutig, daß eine klare Mehrheitsermutigung an die FDP-Führung gegangen ist, jetzt auf diesem Weg voranzuschreiten.

Die Sache selbst ist in der FDP natürlich noch keineswegs akzeptiert, vor allem nicht vom linken Spektrum der Partei. Hier kann man wieder unterscheiden in zwei Gruppen. Wenn ich das so generalisierend sagen darf, ist eine sehr kleine Gruppe, die mit einer beinah militanten Härte nein sagt. Es ist absurd zu glauben, daß man dieses militante Nein dieser kleinen Gruppe in Tagen oder in Wochen auflösen kann. Da sind Leute dabei, die zum Teil auch aus ganz anderen Gründen argumentieren; ich finde, man soll das nicht abwertend bezeichnen. In jeder Partei gibt es Abgeordnete für das Parlament, und es ist ganz natürlich, daß ein Abgeordneter sich auf vier Jahre auch in seiner persönlichen Lebensführung eingerichtet hat und, wenn er vorgezogene Neuwahlen vor sich sieht, sich die Frage stellt, kommt er wieder rein, und dann in einem solchen Fall zu dem Ergebnis kommt aufgrund der innerparteilichen Situation und des demoskopischen Bildes, ich komme nicht mehr rein, daß das auch seine persönliche Entscheidung beeinflußt. Ich bin dagegen, so etwas in der Betrachtung auf eine einzelne Partei zu beschränken. Ich habe in diesen Tagen auch in unserem Lager entschiedene Anhänger des sofortigen Neuwahltermins bei uns gesehen, aber auch andere, die aus ihren Gründen ganz verständlich anders operieren. Die haben bei der letzten Kandidatenaufstellung vor zwei Jahren gesagt, das ist das letzte Mal. Sie haben natürlich mit vier Jahren gerechnet. Wenn jetzt sofort gewählt wird, dann können sie argumentieren und sagen, so nicht. Und es gibt andere, die haben schon den Gegenkandidaten daheim auf der Kreisgeschäftsstelle sitzen, das gibt es ja auch bei uns. Und wenn jetzt sofort gewählt wird, gibt es keine Anlaufstrecke, um hier etwas lokal zu verändern. Das sind also ganz normale Argumentationen, man soll die nicht so einfach abwehren. Das gehört zur Realität.

Genscher geht davon aus, daß es ihm gelingt, bis zu 40 Stimmen zu versammeln, was die Fraktion betrifft, wobei er natürlich auch an jene Mittelgruppe denkt, die bei der

letzten Abstimmung sich verweigert hat.¹ Aber diese letzte Abstimmung letzte Woche fand ja auch praktisch unter den schockartigen Verhältnissen statt, die unmittelbar in Folge der Ereignisse zu beobachten waren. Ich persönlich glaube, daß wir in diesem Zusammenhang klar erkennen können, daß eine Mehrheit in der FDP da ist und zwar eine ausreichende Mehrheit. Nur mit einer ausreichenden Mehrheit bin ich bereit, irgendeinen Schritt zu tun. Selbstverständlich muß vorher klar sein, daß wir uns nicht auf Experimente einlassen. Es muß nach meiner Überzeugung das wohlverstandene Interesse der FDP wie auch das Interesse der Union sein – so kurz die Daten sind, die Probleme sehe ich auch, die darin stecken –, möglichst in dieser Woche handlungsfähig zu sein, d. h. zur Entscheidung im Bundestag zu kommen. Praktisch bietet sich da überhaupt nur, damit das auch klar ist, der Freitag an, weil die entsprechenden Anträge 48 Stunden vorher beim Präsidium des Hauses eingehen müssen. Das heißt also, man muß bis Mittwoch elf Uhr, wenn man das am Freitag um elf Uhr machen will, die entsprechenden Anträge einreichen, alle anderen Termine sind illusorisch. Ob das gelingt mit dem denkbaren Partner FDP, auch den Freitag zu fixieren, ist zur Stunde noch offen. Es ist unübersehbar, daß die beiden Hauptverhandler, die ich vorhin schon genannt habe, genau in die Richtung gehen und zwar wegen der hessischen Wahl. Ob sie es intern jetzt schaffen, kann ich zur Stunde nicht sagen. Was wir tun können, um ihnen diese Entscheidung zu erleichtern, sollte unter allen Umständen geschehen. Es ist natürlich klar, daß der eine oder andere Ton, den sie da in den letzten 48 Stunden gehört haben, nicht nur ermutigend ist auf diesem Weg. Auch das muß man klar aussprechen.

Ich habe gestern im deutschen Fernsehen gesagt und will das hier wiederholen: Ich begründe eine solche Partnerschaft, was immer andere in der CDU/CSU – wer es auch sein mag – denken mögen zu diesem Punkt, nur auf einer fairen Partnerschaft. Ich habe nicht die Absicht, meinen Namen für eine Operation herzugeben, bei der der Partner das Gefühl haben muß oder im Laufe der Zeit bekommt, daß das keine ehrliche Partnerschaft ist. Ich kenne Demoskopien mindestens so gut wie jeder andere in der Union, weiß aber natürlich auch, was von Demoskopien zu halten ist. Demoskopien sind Blitzlichtaufnahmen. Sie geben die Wirklichkeit einer politischen Meinung sehr seriös, wenn sie seriös gemacht sind, wieder für einen Moment, für eine Blitzlichtsituation. In der Minute danach ändert sich bekanntlich schon eine solche Situation. Wer jetzt bei uns im Lager der Union von draußen erkennt, daß wir nicht mit Fairneß, mit vernünftigen Umgangsformen und mit einer ganz klaren Linie glaubwürdige Politik verfolgen, wird sofort erleben, daß auch unsere Demoskopie sich weniger günstig darstellt. Damit will ich noch einmal sagen, unser Ziel muß sein, möglichst bald diese Entscheidung herbeizuführen.

Das hat den Vorteil, daß klare Verhältnisse geschaffen sind, das hat den Nachteil, daß natürlich bis zum Freitag im Bereich von Sachfragen nicht alles bis zum letzten Ende ausdiskutiert werden kann. Ich glaube aber, wenn ich das ganze Spektrum der Politik

1 Gemeint sind wohl die Abstimmungen des FDP-Vorstands am 19. September 1982, bei der eine knappe Mehrheit von 18 gegen 15 Stimmen Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU befürwortete, sowie der FDP-Fraktion, die mit 33 gegen 18 Abgeordnete ebenfalls dafür votierte. Vorausgegangen war eine Erklärung Schmidts im Bundestag, in der er das Ende der sozial-liberalen Koalition verkündete, der FDP „Verrat“ vorwarf, den Rücktritt der vier FDP-Minister bekanntgab und Neuwahlen vorschlug (Sten. Ber. 9. WP 115. Sitzung vom 17. September 1982 S. 7072–7077; vgl. dazu Jäger S. 251–253, Genscher: Erinnerungspunkte S. 453–461, Kohl Bd. 1 S. 627–633).

betrachte, braucht das für die Union kein Nachteil zu sein, wenn sie in der Regierung sitzend Detailverhandlungen weiter fortführen muß und fortführen kann. Zumal ja ein nicht unerheblicher Teil der Probleme, die anstehen, ohnedies nicht nur auf der Ebene Bonn, sondern auf der Ebene Bund/Länder diskutiert werden muß. Für mich muß eine Regierungserklärung ein ganz klares Wort zu dem Thema „Ja zum Bau von Kernkraftwerken“ enthalten. Das setzt automatisch auch bestimmte Probleme mit in Gang, die zwischen Bund und Ländern bestehen, ich brauche nur Zwischenlager, Nachsorge und so etwas hier in die Debatte einzubeziehen. Wenn wir sagen, wir wollen den Haushalt in Ordnung bringen, sind automatisch Bund/Länder involviert, ich brauche nur das Stichwort BAföG hier zu nennen, um ein weiteres Beispiel anzugeben. Das heißt also, man muß hier selbstverständlich Kooperation üben, und das braucht auch eine notwendige Abstimmung.

Der nächste ganz wichtige Punkt, der jetzt eine Rolle spielt, ist die Frage unter dem Stichwort Neuwahlen. Wir haben völlig übereinstimmend bis zum Tag des Rücktritts der FDP-Kollegen aus dem Kabinett, also bis sozusagen das Ende der jetzigen Koalition notariell von beiden Seiten im Bundestag zu Protokoll gegeben wurde, eine ganz klare Position gehabt. Für mich hat sich die nicht geändert, um das gleich deutlich zu sagen. Wir haben gesagt, wir wollen so früh wie möglich angesichts der drängenden Probleme im Land die Regierung ablösen. Wir wollen eine handlungsfähige Regierung auf die Beine stellen und vorstellen. Wir wollen dann die wichtigsten unabdingbaren Dinge in Angriff nehmen und auch deutlich machen in der Regierungserklärung, wobei man da sozusagen zweistufig arbeiten muß, daß man erklärt, was sofort gemacht werden muß und bestimmte Absichtserklärungen abgibt für das, was man in Monaten eben nicht vorantreiben kann, was man aber schon, wie ich finde, um der Glaubwürdigkeit wegen in Angriff nehmen muß.

Meine herzliche Bitte an Sie alle ist, daß Sie sich einen bestimmten Sprachgebrauch, der jetzt auch von unseren Leuten dauernd gebraucht wird im Zusammenhang mit dem Zeitplan, heftigst bekämpfen, wenn dort gesagt wird, man braucht etwas Zeit, um die notwendigen Grausamkeiten hinter sich zu bringen. Ich kann nur sagen, ich sehe überhaupt keine Grausamkeit, die hier verrichtet werden muß. Das Wort ist ganz töricht. Wenn man Dinge in Ordnung bringt und normalisiert, ist das gar keine Grausamkeit. Es ist ja auch in Wahrheit, wenn Sie genau hinschauen, in keinem einzigen Fall irgendetwas Grausames.

Man kann praktisch die Sache, was jetzt geschehen muß, auf drei Halbsätze bringen: Wir müssen das Menschenmögliche tun, die Wirtschaft in Gang zu bringen. Und da ist jeder Tag von Bedeutsamkeit, weil in den meisten Unternehmungen jetzt Investitionsplanungen überlegt oder nicht überlegt werden oder liegenbleiben für das nächste Jahr. Der Zeitpunkt ist ohnedies sehr spät. Wer wie ich, der in den letzten 48 Stunden förmlich überschwemmt worden ist mit Hinweisen aus der Wirtschaft, wie viele warten und wie viele bereit sind, den ganz schlimmen Attentismus zu überwinden, der weiß, daß das für den zweiten Punkt zentrale Bedeutung hat, nämlich, daß wir alles tun, was mit dem Thema Arbeitsmarkt zusammenhängt, um Arbeitslosigkeit zu stoppen und abzubauen.

Und das dritte, was sozusagen in diese Trilogie gehört, ist, daß das, was geschieht, mit sozialer Gerechtigkeit geschieht. Ich sage das auch mit Blick auf das sogenannte

Lambsdorff-Papier², von dem wir übrigens weiter jetzt gar nicht reden sollten. Das Papier hat eine bestimmte Funktion. Wir waren uns darüber im klaren, daß in dem Papier Vernünftiges und absolut Unvernünftiges und Unrealisierbares miteinander verbacken ist. Lambsdorff selbst weiß so gut wie ich und jeder hier am Tisch, daß kein Mensch in der Republik beim Arbeitslosengeld von 68 auf 50 Prozent kommen kann. Das ist nur ein Beispiel, was einfach zeigt, daß hier etwas ganz anderes eigentlich geplant war und ja auch in irgendeiner Form erreicht wurde.

Dann ist da das Thema Neuwahlen. Es ist klar, wenn Sie heute den Durchschnittsbürger der Bundesrepublik fragen – und das CDU-Mitglied ist hier völlig wie der Durchschnittsbürger in seinem Verhalten, ich lasse jetzt mal diese Umfragen weg, die da im Moment laufen, die übers Haar gestrichen sind –, ist es sicherlich eine gute Zweidrittelmehrheit, die sagt, die sauberste Lösung ist, es gibt demokratische, sofortige Neuwahlen. Das entspricht natürlich einer Grundstimmung bei uns, wobei aber nicht wenige sagen, auch bei uns und nicht nur bei den Sozialdemokraten – viele CDU-Leute sind in ihrer inneren Einstellung ja gar nicht so unterschiedlich zu den Sozialdemokraten –, es ist jetzt hohe Zeit, die FDP zu bestrafen. Das ist eine emotionale Welle, die da ist. Ich kann nur sagen, das ist das Gegenteil von klug. Denn wenn ich die Zahlen zugrunde lege – wir müssen ja dann von einem Wahlkampf ausgehen –, dann haben wir eine reelle Chance, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Nur, liebe Freunde, machen Sie sich nichts vor, absolute Mehrheit bedeutet unter den heutigen Verhältnissen, daß mit größter Wahrscheinlichkeit nach einem Wahlkampf vier Fraktionen im Bundestag sein werden. Das ist die CDU/CSU, die SPD, das sind die Grünen/Alternativen und ganz knapp vermutlich die FDP. Aber selbst wenn die FDP bestraft wird, wie einige meinen, sie haben dann 4,6 statt 5,1, ändert sich an dem Bild nichts, es wird eher noch schlechter für die strategische Disposition. Wenn wir dann 51 Prozent der Wählerstimmen haben, geht das nach unserem Verhältniswahlrecht mit ganz wenigen Reststimmen – und wir werden ganz wenige Reststimmen und eine riesige Wahlbeteiligung haben –, dann geht das eben so aus, daß wir zwischen fünf und sieben Mandate über der absoluten Mehrheit liegen. Ich verwende jetzt zum letzten Mal das Wort Grausamkeit. Ich muß mich jetzt selbst strafen, daß ich es nochmal verwende. Bei dem aber, was als Grausamkeit von einigen angesehen wird, kann ich nur sagen, ist das eine schöne Reise, die uns bevorsteht mit einer Mehrheitssituation von fünf, sechs Stimmen.

Es gibt noch ein zweites Argument. Die, die ganz im Saft sitzen, denken natürlich weniger dran als die, die nicht dran sind. Ich sage Ihnen voraus, wenn wir jetzt zu einer Absprache kommen, müssen in dieser Absprache natürlich enthalten sein die Regionen, wo wir uns nicht so günstig darstellen. Da ist die bevölkerungsreichste Region der Bundesrepublik, das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Nur bei extrem günstigen Verhältnissen ist in Nordrhein-Westfalen eine absolute Mehrheit für uns erreichbar. Und die Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben wir nicht zu beeinflussen hinsichtlich des Datums, weil die anderen die absolute Mehrheit haben. Die Wahlen werden also nach menschlichem Ermessen im Frühsommer oder im Frühjahr 1985 sein. Wird die SPD in Bonn aus

2 Auf Veranlassung des Bundeskanzlers verfaßtes und am 9. September 1982 übergebenes Papier „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ (http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/lambsdorff_papier_1982.pdf, abgerufen 19. November 2016).

der Macht vertrieben, ist völlig klar, daß sie sich, aus ihrer Sicht verständlich, festkrallt an Nordrhein-Westfalen mit ihrer ganzen Potenz, die ja die Kraft einer großen traditionsreichen Partei ist, die zwar jetzt geschlagen ist, aber doch nicht am Ende. Das wäre ein absoluter Irrtum. Im Gegenteil, im Elend haben die Sozialdemokraten immer mehr Kraft bewiesen, vielleicht sogar auch die CDU, als wenn sie also voll in der Kraft standen. Das heißt, hinzutritt der Gedanke, was werden die Gewerkschaften tun? Nordrhein-Westfalen wird ein ganz entscheidender Schauplatz des politischen Geschehens in der Bundesrepublik werden, und es galt ja lange Zeit nicht ganz zu Unrecht der Satz, wer Nordrhein-Westfalen hat, hat auch die Bundesrepublik. Das kann man zeitlich mit Phasenverschiebung ein paar Jahre durchhalten, aber unser Ziel muß sein, Nordrhein-Westfalen zu kriegen. Und Nordrhein-Westfalen kriegen wir am leichtesten und am ehesten und am seriösesten, wenn wir auf eine Koalition dort zugehen.

Ich finde auch, daß es unsere Pflicht ist, an die Freunde in Berlin zu denken. Das muß auch mal klar ausgesprochen werden. Wenn beispielsweise jetzt bei der Personalkonzeption, die sich entwickelt – es ist ganz sicher, daß aus dem Berliner Senat Leute ausscheiden und nach Bonn überwechseln –, dann bedeutet das im Klartext, daß Richard von Weizsäcker für den nachzuwählenden Senator im Berliner Abgeordnetenhaus eine Mehrheit braucht. Und die Mehrheit kann ja nur kommen aus der FDP. Das ist ein weiterer Punkt. Natürlich hätten die in Berlin, wenn jetzt alles so gelaufen wäre wie bisher, wahrscheinlich recht komfortabel weiterleben können. Der Senat ist im Ansehen gestiegen, aber die Zeiten haben sich geändert. Wir sind in Berlin dann in der Pflicht, und deswegen ist auch da Klugheit angebracht. Ich finde, es ist auch unsere verdammt Pflicht, an die Hamburger zu denken. Es ist keine gottgewollte Ordnung, daß die Hamburger CDU immer in der Opposition ist. Da es nach meiner Überzeugung in Hamburg zu Neuwahlen kommt, muß man auch Hamburg in die Überlegungen einbeziehen, nicht nur in Gedanken, auch in Gesprächen. Das ist in Hamburg vielleicht noch schwieriger als anderswo, weil die Situation der Hamburger FDP noch nicht soweit ist, wie wir es uns wünschen. Sie sind ja auch noch gar nicht im Parlament, aber wenn es Neuwahlen gibt, mag es ja sein, daß sich auch dort das eine oder andere ändert.

Und jetzt zu dem Thema Neuwahlen insgesamt. Ich finde, die politische Klugheit gebietet, daß wir bei dem bleiben, was wir vor diesem Freitag und am Freitag noch durch mich in Übereinstimmung der beiden Schwesterparteien im Bundestag verkünden ließen.³ Wir haben damals klipp und klar gesagt – das ist erst ein paar Stunden her und ich bin dafür, daß man wenigstens noch nach Stunden sich an das erinnert, was man gesagt hat –, daß wir drei Dinge erreichen wollen. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage und der Arbeitsmarktsituation stellen wir eine handlungsfähige Regierung, auch aus außenpolitischen Gründen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt ins Feld. Zweitens tun wir die allernotwendigsten Dinge dann in den darauffolgenden Wochen. Und drittens, wir stellen das, was dann vorgestellt wird, möglichst bald den Wählern vor. Und dieses „bald“ interpretiert sich ja, wenn man weniger reden würde öffentlich und mehr mal in Verfassungstexte und Gesetzestexte hineinschauen würde, eigentlich für jeden logischerweise. Es gibt eine Lösung, das ist die radikale. Ich will vorweg etwas sagen zu den Fristen. Wir können es rauf- und runterrechnen, wie immer wir wollen, wir können den Artikel

3 Sten. Ber. 9.WP 115. Sitzung vom 17. September 1982 S. 7077f.

39 GG⁴, der die Sache regelt, zugrunde legen. Wir müssen zugrunde legen die notwendige gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Parteiengesetz. Zusammenfassend kann ich es rechnen, wie ich will, wenn alles in der Bundesrepublik in Stunden über die Landschaft rennt, ist das in 55 Tagen zu machen. In 60 Tagen bedeutet das die äußerste Anstrengung überhaupt. Das heißt, wer also jetzt davon redet, daß wir vor Weihnachten das machen, der muß Folgendes wissen, daß das bedeuten würde, daß wir in den nächsten acht oder zehn Tagen von heute an gerechnet, oder in dieser Woche – aber jetzt kommt es in diesem Zusammenhang nicht auf einen Tag an –, eine Regierung ins Amt bringen und daß wir nach dem komplizierten Modus zu Neuwahlen kommen, dann wiederum gegenüber der staunenden Bevölkerung nach acht bis zehn Tagen die gleiche Regierung stürzen und daß wir dann mit diesem Bild vor den Wähler treten. Dann können wir also Neuwahlen erreichen. Daß wir für dieses Unternehmen keinen Partner bekommen, will ich nur beiläufig sagen. Viele haben ja übersehen, daß wir dazu auch einen Partner bekommen müssen. Ich halte es für ausgeschlossen, selbst, wenn wir das wollten, daß wir dafür einen Partner bekommen. Ich kann es auch ehrlicherweise, wenn ich fair sein will, wirklich niemandem zumuten.

Wenn ich nun das Vorhergegangene noch in Ihre Erinnerung rufen darf, was jetzt eben an allerwichtigsten Dingen zu geschehen hat, dann heißt das im Klartext, daß wir auf die Formulierung gehen sollten, das erste Quartal des Jahres 1983, wobei beim ersten Quartal ich jetzt wirklich darum bitte, daß wir jetzt nicht sagen am 13. März, der von der FDP, nicht von uns, vor ein paar Tagen ungefähr ins Gerede gekommen ist. Das hing zusammen mit dem angesetzten Wahltermin in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, das hing zusammen mit der Diskussion, die aus Hamburg kam, daß man dort zu Neuwahlen kommen müsse und daß das dann ein probater Termin wäre. Das hing auch mit anderen Dingen zusammen, wir haben unsere Stärke auch draußen auf dem flachen Land. Lothar Späth hat mit Recht vorhin darauf hingewiesen: Ich kann Neugierige nur warnen, im Januar Wahlkampf zu führen und im Januar die Wähler an die Urne zu bringen. Das kann auch im März sehr schwierig sein, niemand weiß das, aber die Wahrscheinlichkeit und die Erfahrung spricht eigentlich mehr für diesen Termin. Ich will deutlich sagen, es gab bis vergangenen Freitag an dieser Disposition keinen Unterschied in der Betrachtung zwischen den Freunden der CSU und uns. Nach dem vollzogenen Ereignis, als sozusagen notariell die Koalition beglaubigt zu Ende gegangen war, gab es hier einen gewissen Stimmungswandel. Franz Josef Strauß hat nun gestern abend in einem Interview vom Anfang des neuen Jahres gesprochen. Der CSU-Landesvorstand tagt zur Stunde, ich weiß nicht, was sie dort beschließen werden. Ich muß nur noch einmal sagen, ich bleibe bei dem, und erbitte hier klar Ihre Zustimmung, Ihr Votum, was wir vor dem Ereignis gesagt haben und was ja auch ein Stück Geschäftsgrundlage dessen war, was unser denkbarer Partner gemacht hat. Ich will noch einmal sagen, Fairneß heißt, daß man vor dem Essen nicht anders redet als nach dem Essen. Es ist sehr dumm, sich in dem Zusammenhang darauf zu besinnen, daß man vielleicht jetzt kräftiger ist als der andere und es dem zeigen kann. Es ist eine uralte Lebenserfahrung im privaten Leben, daß man im Leben sich mindestens zweimal trifft und daß man bei der ersten Begegnung darauf achtet, wie man

4 Art. 39 GG regelt Dauer der Wahlperiode, im Fall einer Auflösung des Bundestags die Neuwahl, seinen Zusammentritt und die Einberufung.

dann beim zweiten Mal in der Erinnerung steht. Ich rate mir selbstverständlich, mich an diese Regel zu halten.

Das heißt also zusammenfassend, zum frühestmöglichen Termin die Kanzlerwahl. Was an uns liegt, soll getan werden, diese Woche das zu machen, aber wir brauchen dazu die Zustimmung des Partners. Die führenden Leute dort sehen das genauso, auch wegen der Hessen-Wahl, daß wir vorher diese Entscheidung treffen. Ob sie sich durchsetzen, weiß ich nicht. Ich muß jetzt hier einfach beim Referieren an diesem Punkt abbrechen, alles andere ist Prognose, die ich jetzt nicht abgeben will. Zweitens, daß wir dann die notwendigsten Dinge machen, sehr schnell auch Sachthemen untereinander erörtern. Ich habe mit Genscher vereinbart, wenn es zur Erörterung der Sachthemen kommt, daß das nicht nur auf eine kleine Gruppe beschränkt ist, sondern daß Sachgruppe zu Sachgruppe zusammengebunden wird, damit das ein vernünftiges Gesicht bekommt und zwar möglichst bald. Und daß wir zum dritten das Thema Neuwahlen ebenso behandeln, wie ich es gesagt habe.

Noch eines nur nachrichtlich, dann brauchen wir das auch nicht mehr zu diskutieren. Vor ein paar Wochen habe ich selbst etwas Falsches gesagt; man fällt ja dann solchem Gerede anheim, weil man es nicht nachprüft. Das ist in Bonn unter die Leute gebracht worden, ich habe es auch ungeprüft übernommen, und jetzt stellt sich bei Nachprüfung heraus, daß es nicht stimmt. Ich will das Thema jetzt nicht vertiefen – nur als Nachricht, weil ich hier anderes berichtet habe – und würde sagen, man macht das mit den Landtagswahlen an einem Tag; da gibt es keine verfassungsrechtlichen Hemmnisse. Also es ist theoretisch sehr wohl möglich, die Bundestagswahl- und Landtagswahltermine konkret auf einen Tag zu fixieren, es ist also kein Grund, der sich ausschließt. Dennoch sollten wir jetzt bitte gar keinen Termin nennen, auch den 13. März aus der Debatte herausnehmen, sondern sagen, im ersten Quartal und dann uns politisch vernünftig entscheiden. Das würde bedeuten, daß wir, wenn wir den Termin fixieren, spätestens unmittelbar nach der Weihnachtspause wissen müssen, wie das Ding läuft und wie die Termine sich abstimmen. Ich glaube, das ist auch kein großes Problem, was in dem Zusammenhang sich stellt.

So viel zu der kurzen Einführung. Jetzt bitte ich um kurze Äußerungen. Wir können heute unmöglich bereits Positionen zu den Sachthemen im einzelnen erörtern. Das muß halt in den nächsten Tagen geschehen. Ich werde Ihnen auch zumuten müssen, daß wir, einzelne wie Arbeitsgruppen, uns zu ganz unmöglichen Zeiten, vielleicht auch das Ganze, hier zusammenfinden. Wir haben jetzt 13 Jahre gewartet, und ich hoffe, jeder erkennt, daß jetzt die Stunde ist, seine Pflicht zu tun, seinen Dienst zu tun. Das erwarten die Leute von uns und nicht irgendwelche Vorteilsregeln für dieses oder jenes in der Wahrnehmung persönlicher Interessen. Die persönlichen Interessen sind von jedem von uns eingebunden in das Gesamtinteresse. Wenn die Sache nicht funktioniert, sehen wir ganz schlecht aus für die Zukunft.

Stoltenberg: Meine lieben Freunde, ich möchte an die Schlußbemerkung von Helmut Kohl anknüpfen. Jeder von uns – Bernhard Vogel hat es im Präsidium auch schon angesprochen – sieht natürlich die Entscheidungen, vor denen wir jetzt stehen, auch in einem zeitlichen und politischen Gesamtzusammenhang. Es hat ja eine gewisse symbolische Bedeutung, wenn Helmut Kohl und Kurt Georg Kiesinger dort zusammen im Präsidium sitzen, und im Rückblick der Bogen für unsere Partei zurück auf die Zeit von 1949 bis 1969 geht. Wir wollen alle nicht viele Worte darauf verlieren, aber es ist doch ganz klar,

daß wir bei der Größe, auch der Schwere der Aufgabe, aber auch den Hoffnungen, die sich damit verbinden, darauf angewiesen sind, nicht nur in allgemeinen Solidaritätsappellen, die verstehen sich von selbst für uns, sondern auch in einer persönlichen Inpflichtnahme aller, die Verantwortung in der CDU und in der CSU tragen, uns dieser Aufgabe wirklich stellen müssen, vor allem auch in der vorbehaltlosen Unterstützung und Partnerschaft mit unserem Vorsitzenden, der das wichtigste, aber auch das schwerste Amt zu übernehmen hat. (*Beifall.*) Jeder, der in den letzten Jahren und in den letzten Monaten und wir alle nochmal seit Freitagmittag darüber nachgedacht hat, wie groß die Aufgabe ist, wie gewaltig die Problemfülle, der ist sich darüber im klaren, daß dies natürlich auch die größte Herausforderung für die CDU/CSU ist seit 1949.

Ich will das nur einmal ganz kurz sagen, ich finde es auch wichtig, daß wir dies heute in einer Mitteilung nach außen deutlich machen, neben allen wichtigen Erörterungen der Einzelprobleme, vor denen wir jetzt stehen, beginnend mit den Terminen. Ich kann hier zu den Überlegungen, wann das konstruktive Mißtrauensvotum eingebracht werden sollte, was der richtige Zeitpunkt ist, und auch den ersten Überlegungen für Neuwahlen im ersten Quartal nächsten Jahres nur das unterstützen, was Helmut Kohl gesagt hat, weil das auch in einer Diskussion im Präsidium, in der Erörterung gewisser Varianten der beiden Termine, vor denen wir jetzt stehen, des Termins in den nächsten Tagen und des Termins dann in einigen Monaten, doch unsere einvernehmliche Auffassung war. Darauf kommt es mir vor allem an. Ich will auch jetzt nicht den Versuch machen, in die Sachthemen einzusteigen. Wir würden uns heute damit in dieser kurzen Debatte wahrscheinlich übernehmen. Ich will nochmal eines unterstreichen, was Helmut Kohl gesagt hat. Es geht jetzt in der Priorität um zwei Dinge: Wir müssen den Begriff des Vertrauens, den wir so oft verwandt haben, als entscheidende Voraussetzung für einen Neubeginn in einigen Punkten konkretisieren. Und zwar sehr bald, auch wenn eine neue Bundesregierung oder eine neue Bundestagsmehrheit dann nicht sehr viele Wochen Zeit hat, im Hinblick auf den Termin im kommenden Frühjahr. In diesen Wochen müssen Zeichen gesetzt werden und auch ganz konkrete Zeichen. In bestimmten Bereichen, Helmut Kohl hat einige genannt, sind wir aktionsfähig, in anderen Bereichen haben wir aufzuarbeiten. Wir sind sicher aktionsfähig im Bereich Wohnungsbau, um etwas zu sagen, ein Schlüsselgebiet für die Wiederbelebung der Wirtschaft, einfach durch die Beschlußlage und die Antragslage in Bundestag und Bundesrat.

Wir werden gewisse Probleme haben mit der FDP bei dem Thema Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und der Rechtssicherheit auf dem Energiesektor. Die müssen gelöst werden. Was im Bereich Kommunikationstechnik möglich ist, will ich im Augenblick jetzt hier nicht näher untersuchen. Der Ordnungsrahmen bleibt bei den Ländern, aber Entscheidungen des Bundes im Bereich der Post, die abgestimmt sind mit den Überlegungen der Länder, können vielleicht doch kurzfristig auch etwas bewirken. Ganz zweifellos gehört das Thema Vermögensbildung vielleicht noch nicht in die Beschlüsse der kommenden acht Wochen, aber in die konkreten, sehr zu konkretisierenden Absichtserklärungen zu Beginn einer neuen Wahlperiode. Ich bin auch der Meinung, Helmut, das will ich auch hier nochmal im Vorstand nachtragen, weil im Präsidium nicht Zeit war, das zu sagen, wir müssen auch, ob bis Freitag oder in den acht Tagen danach, das lasse ich jetzt offen in dieser Stunde, und das sage ich nun auch als Ministerpräsident eines Bundeslandes im Einvernehmen mit allen Kollegen, die FDP festlegen auf konkre-

te Entscheidungen zum Thema Ausländerpolitik und weitergehender Reformen des Asylrechts. Das gehört für mich zu den Essentials. Auch in einer Perspektive für die Arbeitsmarktp Probleme der achtziger Jahre. Ich würde das in die Liste der ersten Punkte mit hineinnehmen, und wir sollten uns darauf beschränken, einfach in der Debatte einige dieser Punkte zu nennen. Man kann heute nicht sagen, was bis Freitag konkret geschehen kann und was dann bis zur Regierungserklärung geschehen muß, aber einige dieser Punkte zu sammeln, ohne in Einzelerörterungen einzutreten, ist sicher auch der Sinn einer heutigen Debatte des Bundesvorstands.

Ich glaube schon, daß wir hier sehr schnell Zeichen setzen müssen, auch Zeichen der Hoffnung; wie weit Beschlüsse bis in den November oder Dezember, bis zur Auflösung des Bundestages, wie weit konkrete Pläne und Absichtserklärungen für die neue Wahlperiode reichen, kann ich nicht sagen. Denn, meine lieben Freunde, der andere Teil wird einer neuen Bundesregierung natürlich auch nicht erspart bleiben, auch in der Konkretisierung. Jeder hier kennt die Ausgangsdaten für die Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden für 1982. 1982 können wir überhaupt nicht mehr beeinflussen. Das wird auch Überlegungen auslösen für die Behandlung des Nachtragsetats. Aber jeder kennt auch die Ausgangsdaten in der drastisch verschlechterten Form für 1983. Ich sage nur ganz allgemein, ohne eine Einzeldebatte zu wünschen, natürlich gehört zu den Aufgaben der nächsten zwei Monate in der Umformung der jetzt eingebrachten Begleitgesetze zum Haushalt das, was wir bisher allgemein gesagt haben, Abstriche bei Leistungsgesetzen und Subventionen nicht nur zur Verringerung der Kreditaufnahme, sondern auch zur Umschichtung auf bestimmte wachstumsfördernde Investitionen. Ich bin mit Helmut Kohl der Meinung, daß wir den Ausdruck Grausamkeiten vermeiden, aber es werden schwierige und harte Entscheidungen sein, und hier werden wir alle miteinander gefordert werden, daß wir das nur sehen und uns darauf vorbereiten. Auch in den Größenordnungen, die dort anstehen. Aber wenn wir das tun, auch in der Art, wie wir es machen, in der Darstellung gegenüber der Öffentlichkeit, im Umgang mit uns, untereinander in CDU und CSU, und dies spielt fast eine ebenso große Rolle wie die Schwere der Sachentscheidungen, dann in der Begründung einer vernünftigen Partnerschaft mit der FDP – ich unterstreiche hier alles, was Helmut Kohl gesagt hat –, dann haben wir auch eine Chance.

Keiner hat Grund zur Euphorie, aber wir haben alle Grund zu Mut und zur Entschlossenheit und zur Zuversicht, gerade in dieser Perspektive der 13 Jahre Zeit der Opposition, und wir haben die Fähigkeit, Belastungen zu ertragen. Das ist eigentlich das, was die Leitlinien unseres Handelns sein müssen. Ich hoffe, daß wir das alle miteinander, auch mit den vielen, die hier nicht am Tisch sitzen, schaffen werden.

Worms: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, seit 16 Jahren lebe ich an der Nahtstelle CDU/FDP im Land Nordrhein-Westfalen, und ich habe mich bemüht, diese Nahtstelle durch dick und dünn auch zu ertragen. Ich will aus zwei Begegnungen gestern mit führenden Leuten der FDP sagen, die mich von sich aus aufgefordert hatten, mal mit ihnen kurz zu reden: Je härter wir den Kurs, den der Vorsitzende jetzt auch zur Sache der Terminierung vorgetragen hat, einheitlich tragen, um so mehr stärken wir die Position von Herrn Genscher. An diese kommunizierende Röhre sollten wir bitte denken.

Das zweite ist, wenn es uns ernst ist, daß wir für ein gutes Jahrzehnt die entscheidende Führungsfunktion haben und behalten wollen, dann sage ich hier, ohne daß die Freunde aus Hamburg und Berlin das bitte falsch verstehen, daß wir ein elementares Interesse

auch daran haben müssen, daß 1985 eine Koalition zwischen der CDU und der FDP denkbar ist. Sie ist undenkbar zur Stabilisierung einer absoluten Mehrheit der CDU in Bonn. Das ist mir klipp und klar gesagt worden, und von dorthier auch noch einmal die herzliche Bitte, daß wir den Kurs, ich brauche das jetzt inhaltlich gar nicht aufzugreifen, den der Vorsitzende vorgetragen hat, als Bundesvorstand so absegnen. Sie würden uns die Arbeit im Lande Nordrhein-Westfalen wesentlich erleichtern. (*Beifall.*)

Kiep: Ich kann mich an das, was Bernhard Worms gesagt hat, anschließen. Auch wir sehen natürlich die Dinge nicht nur aus der Bonner, sondern auch aus unserer regionalen oder Landessicht. Aber ich glaube, wir müssen als überwältigendes Ereignis zur Kenntnis nehmen, daß wir per heute oder per 17. September auf Gedeih und Verderb hier in einem Boot sitzen. Und daß es uns jetzt, gerade in dieser ersten Woche, gelingen muß, den Grundstein zu legen für ein länger währendes und uns gemeinsam, Länder und Bund, tragendes Bündnis. Deshalb verbieten sich, glaube ich, Überlegungen, die aus einer kurzfristigen Euphorie heraus entstehen können. Ich schließe mich also der Meinung von Helmut Kohl hier völlig an.

Vielleicht nur noch ein Wort auch zu dem Tag selber, der ja doch irgendwo für unsere Verhältnisse relativ nüchtern und sachlich vor sich geht, obwohl er schon ein historischer Tag ist. Ich habe vorhin im Präsidium gesagt, ich glaube, alle diejenigen, die diesen Weg mitgemacht haben, werden im Rückblick mindestens der Prognose nicht zustimmen können, daß wir im Schlafwagen an dieses Ziel des 17. Septembers gelangt sind. Ich muß zur Sache selber noch einen Punkt erwähnen, der, glaube ich, ganz besondere Bedeutung hat. Gerhard Stoltenberg hat gesagt, wir müssen jetzt in diesen Wochen, die uns zur Verfügung stehen vor der Auflösung, Hoffnung schaffen durch Daten und durch Richtungsangaben. Das ist völlig richtig, das muß ein Signal sein, insbesondere für die Wirtschaft. Aber ebenso wichtig erscheint mir, daß wir auch die Hoffnung auf Gerechtigkeit ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Das heißt, daß die Ausgewogenheit dessen, was wir vorschlagen, für jedermann sichtbar ist und damit die Behauptungen ad absurdum geführt werden, die ja jetzt von der SPD massiv draußen ins Land getragen werden. Wenn ich das auf eine Kurzformel bringen darf, weil wir ja hier keine Programmdiskussion führen, dann meine ich, müßte diese Kurzformel heißen: mit Sicherheit keine neuen Belastungen für unsere Unternehmen, keine weiteren Verteuerungen der Kosten der Unternehmen, aber gleichzeitig auch die Bereitschaft, die Besserverdienenden in diesem Lande in einer geeigneten Weise unter einer geeigneten Überschrift mit an diesen Lasten teilnehmen zu lassen, die jetzt bewältigt werden müssen.

Wörner: Sie haben uns geraten, nicht von Grausamkeiten zu reden, das ist sicher besser nach außen. Nach innen sieht das Panorama aber schon so aus, daß man von Grausamkeiten reden kann. Wenn ich mir das Panorama vorstelle, das sich uns so darstellen wird in kurzer Zeit, dann kann ich nur denen sagen, die glauben, man könne jetzt die FDP vernichten, daß sie noch nicht einmal an morgen, geschweige denn an übermorgen denken. Deswegen unterstreiche ich alles, was Sie zur Behandlung der FDP gesagt haben. Es mag ja sein, daß uns eine Wahl, wenn wir sie sofort durchführten, die absolute Mehrheit bescherte, selbst da bin ich noch nicht ganz sicher, ob wir das in der Tasche haben. Aber es sollte sich jeder mal fragen, auch wenn uns der Herrgott, was wir hoffen, einige günstige Ereignisse schenkt, wie nach alldem, was wir tun müssen, eine CDU/CSU-Regierung nach vier Jahren noch einmal die absolute Mehrheit erhält. Selbst wenn man

die Hoffnung hat, eine Gewißheit dafür gibt es nicht. Das heißt, wenn man an übermorgen denkt, dann gibt es nur ein Prinzip: Wir müssen mit der FDP so kooperieren, daß diese FDP das Gefühl hat, die CDU/CSU will jenseits ihrer eigenen Interessen, daß wir weiter existieren. Deswegen sage ich, wer jetzt sofortige Neuwahlen fordert, obwohl das einer breiten Stimmung in unseren eigenen Reihen entspricht, der muß wissen, was er damit anrichtet. Deswegen unterstreiche ich das und bin bereit, mit Ihnen zu gehen auf dem Weg, den wir einvernehmlich festgelegt haben.

Nur möchte ich drei Punkte mit der FDP festgeklopft wissen. Das erste ist der Punkt Neuwahlen. Die Verabredung darf nicht so lose sein, daß es der FDP möglich sein wird, da raus zu schwimmen. (*Kohl*: Also, Herr Wörner, die Verabredung im ersten Quartal ist unterschrittsreif.) Gut. Punkt zwei: Das, was zu Ausländerfragen gesagt wurde, was heute angesprochen ist, gilt ebenfalls und ist obendrein der eigentliche Kernpunkt. Ich rate davon ab, darüber allgemein mit der FDP zu reden. Das wird der Knackpunkt sein, wo deren Wählerklientel möglicherweise nicht identisch ist mit unserer Wählerklientel. Das heißt, wer in Verhandlungen mit der FDP heute eintritt, der muß schon einigermaßen konkret wissen, was er machen will, sonst entsteht dort mit Sicherheit der erste große Knatsch. Das trifft eine FDP, die innerlich ja nicht gefestigt ist, sondern die innerlich augenblicklich in einer Zerreißprobe steht und das auch nach einer Regierungsbildung noch sein wird. Das heißt, ich rate dringend, diesen Sachpunkt vorab in unseren Reihen in geeigneter Weise zu besprechen, zunächst Einigkeit bei uns zu erzielen und dann aber auch diesen Punkt sofort mit der FDP zur Diskussion zu stellen.

Kohl: Völlig richtig.

Kiesinger: Meine Freunde, Sie können sich denken, daß für mich dieser Tag von einer besonderen Bedeutung ist. Wenn ich zurückdenke an 1969, wo wir um lumpige 0,9 Prozent die absolute Mehrheit verfehlt haben, dann ist das natürlich für mich eine große Freude, diese Zeit, diesen Tag zu erleben. Ich darf, wenn immer wieder gesagt wird, wir haben 13 Jahre gewartet, man kann auch sagen gekämpft um die Rückkehr, doch auch sagen, es liegt auch eine Chance darin. Wenn wir uns vorstellen, daß das 1969 nicht passiert wäre und wir, die CDU, seitdem hier im Lande regiert hätten, dann wäre daraus natürlich eine sehr gefährliche Situation entstanden. Man muß auch das sehen. Es ist also eine Chance für uns, daß inzwischen die SPD ihre Chance hatte und sie nun vor dem Scherbenhaufen steht. Und diese Chance muß die CDU jetzt ergreifen. Und zwar in jeder Weise.

Erstens, sofort führend handeln. Das heißt, wenn nicht Schwierigkeiten von seiten der FDP – natürlich muß sie geschont werden – entgegenstehen, dann schon in dieser Woche das konstruktive Mißtrauensvotum und die Kanzlerwahl. Nicht noch einmal eine Woche verschieben. Jede Verzögerung wirkt sich, das ist meine feste Überzeugung, in irgendeiner Weise gegen uns aus. Ich glaube auch, daß der Blick auf Hessen, wir haben schon darüber gesprochen im Präsidium, uns nicht veranlassen könnte und sollte, die Kanzlerwahl erst auf nächste Woche zu verschieben.

Was die FDP anlangt, bin ich ganz der Meinung, das ist ja wohl jetzt auch die allgemeine Auffassung hier, daß die FDP natürlich in jeder Hinsicht gut behandelt werden muß. Mir geht ja nun immer noch dieses Wort vom Hinauskatapultieren nach, Sie erinnern sich. Fontane hat einmal gesagt, „Fremdwörter haben fast immer was Gesteigertes“.⁵

5 Theodor Fontane (1819–1898), deutscher Schriftsteller, in: *Meine Kinderjahre. Autobiographischer Roman*. Erstausgabe Berlin 1893, hier: 22. Kapitel Vierzig Jahre später – Ein Intermezzo S. 194.

Hätte ich damals gesagt, wir werden sie hinauswählen aus den Landtagen, dann wäre es anders gewesen, genauso ist es mit dem Wort „Phänomen“ mit der DDR gewesen. Brandt und die anderen haben Gebilde gesagt, das ist einfach die Übersetzung. Ich habe dieses Wort ja nicht bei der Bundestagswahl, weder vorher noch am Tag der Bundestagswahl, sondern erhebliche Zeit danach benutzt, und es hat ja nur bedeutet, ihr habt uns den Fehdehandschuh hingeworfen, wir nehmen ihn auf und ihr müßt die Konsequenzen tragen. Ich habe zum Beispiel 1964 in Baden-Württemberg gegen meine ganze Fraktion eben auch so gehandelt, wie wir jetzt handeln sollten, d. h. wir haben einen großen Sieg gehabt, die FDP hat Federn lassen müssen.⁶ Meine ganze Fraktion wollte ihr von nun ab nur noch zwei Minister geben statt drei. „Wahltag ist Zahltag“ hieß es damals etwas plump. Ich habe darauf bestanden, daß sie wieder ihre alte Ministerzahl bekommt, das hat sich 1966 ausgezahlt insofern, als die baden-württembergischen Sozialdemokraten versucht haben, eine Koalition mit der FDP zustande zu bringen, was dann schiefgegangen ist. Auch ich bin der Meinung, wir müssen eben auf weite Sicht denken. Diese Möglichkeit, jetzt die absolute Mehrheit zu erreichen, ist ja ganz schön, aber wir müssen in ein paar Jahren an der Regierung bleiben, und da müssen wir uns sorgfältig natürlich des möglichen Koalitionspartners vergewissern.

Zu Sachfragen will ich jetzt nicht im einzelnen Stellung nehmen, nur möchte ich es so sagen bei all den einzelnen Punkten, die jetzt aufgezählt worden sind: Wir sollten uns nicht verleiten, der Öffentlichkeit gegenüber nur so eine Palette zu zeigen. Es muß uns im Stil des Antritts, des zweiten Antritts der CDU in diesem Land – und das ist der bedeutendste Zeitpunkt seit 1949, den wir jetzt vor uns haben – zum Ausdruck kommen, daß da eine ganz neue geistige politische Kraft antritt und nicht eine, die nur in dem Punkt so und in dem Punkt anders als die bisherige operiert. Und was die SPD anbelangt, so bitte ich, doch nicht immer nur SPD zu sagen, sondern eben darauf hinzuweisen, was ich jahrelang getan habe, daß das ja gar keine Partei mehr ist, sondern ein Gebilde, ich will nicht wieder Phänomen sagen, ein Gebilde, das noch ein gemeinsames Firmenschild hat, aber daß in Wahrheit hinter diesem Firmenschild zwei Parteien dastehen. Das ist, glaube ich, für die öffentliche Auseinandersetzung nicht unwichtig. (*Beifall.*)

Hasselmann: Ich wollte gerne ein paar Bemerkungen machen, die anknüpfen an die Ausführungen von Dr. Kiesinger, die in den nächsten Tagen, und wir haben wirklich Grund zur Freude, nicht aus den Augen zu verlieren sind. Es ist zwar richtig, daß die SPD aus zwei Parteien besteht, aber das wird ganz schnell in der neuen Lage wieder eine Partei sein. Die werden sich auf einem niedrigen Niveau finden, sie werden versuchen, alles das, was am Rande unzufrieden ist, wieder zu sammeln, und wir müssen eines, glaube ich, doch mal deutlich herausstellen, Helmut, daß nicht die FDP die Koalition zerschlagen hat, sondern, daß es mit Hansen und Coppik, mit dem Streit auf dem Parteitag in München⁷ um die Energiefragen, um den Nachrüstungsbeschluß und Ähnliches mehr ging. Ich habe fast den Eindruck, daß wir uns schon wieder zu weit mit uns selbst und mit der FDP beschäftigen, die wirklich gut zu behandeln ist. Ich kann nur warnen, daß wir eines Tages vor den Problemen, die jetzt zu lösen sind, mit ganz schwachen Mehrheiten alleinstehen. Das trägt sich auf mehreren Schultern ganz gewiß besser. Ich habe mich deshalb gefreut, daß Du NRW angesprochen hast, denn das, was wir jetzt tun, darf die Entwicklung in

6 Landtagswahl 1964: CDU 46,3 (1960 39,5), SPD 37,3 (35,3) FDP 13,1 (15,8) Prozent.

7 SPD-Parteitag am 19.–23. April 1982.

NRW nicht stören. Das muß in eine vernünftige Wegbahn gelenkt und geleitet werden. Deshalb müssen wir hier und da auch über den Schatten springen, selbst wenn uns dies nicht gefallen mag. Wir haben ja in Niedersachsen unsere eigenen Erfahrungen gemacht; schlecht sind wir dabei, wie Sie wissen, nicht gefahren. (*Kohl*: Ihr habt aber die Hilfe des Himmels gehabt. Es war eine besondere Hilfe des Himmels.) Ich wollte nur gerne darauf aufmerksam machen.

Dir, Helmut, wünsche ich und denjenigen, die jetzt in unmittelbarer Nachbarschaft bei Dir stehen, bei den Verhandlungen eine glückliche Hand im Umgang mit München. (*Beifall*.) Das waren zum Teil böse Jungs, die da ihre Bemerkungen machten, ich gehe gar nicht auf Franz Josef ein. Gott sei Dank ist das gestern abend von der Perspektive her ein bißchen wieder gerade gezogen wurde. Aber das ist gefährlich für unsere eigene Truppe. Die SPD wird sich jetzt mit Flugblättern, mit Zeitungen an ihre Leute, Sympathisanten wenden. Wir müssen überlegen, was wir in dieser Beziehung tun, damit unsere Freunde genau wissen, was wir wollen. Sonst kommt die Freude sehr schnell wieder zum Erliegen, und wir fahren uns fest durch den Streit in den eigenen Reihen, in diesem Fall nicht innerhalb der CDU. Ich wollte gerne darauf aufmerksam gemacht haben.

Späth: Ich glaube, wir sollten uns zunächst einmal überlegen, von welchem Punkt wir ausgehen, nämlich von dem Punkt aus, daß wir ein Riesenvertrauenspotential bei uns haben und daß wir dieses umsetzen. Alles, was dieses Vertrauenspotential stört, dürfen wir nicht tun. Das fängt an mit der Frage, daß die Leute jetzt wissen wollen, was machen die jetzt? Die Leute sagen, es ist Zeit, daß die weggehen, aber sie wollen jetzt wissen, was machen sie denn jetzt bei der CDU? Kein Mensch erwartet von uns, daß wir uns hinstellen und sagen, das geht jetzt eins, zwei, so läuft das, sondern die Leute wollen Konturen. Ganz klar ist, daß der neue Kanzler gewählt wird und eine neue Regierung gestaltet wird, so daß sie auch sichtbar eine erste Handlung sehen. Ich glaube, darum ist ein relativ logisches Konzept sehr wichtig. Nämlich erstens, jeder Tag, der vergeudet wird bei der Neuinstallation der Regierung, schafft Unsicherheit. Was die Leute wollen, ist Handlungsfähigkeit, von der wir immer geredet haben. Wir haben immer gesagt, wir brauchen da viel Kraft, um das in Ordnung zu bringen, aber wir handeln. Und wir handeln klar und sichtbar. Das heißt für die Terminfragen Rücksicht auf die FDP, das brauchen wir nicht mehr vertieft zu diskutieren, aber so rasch wie möglich die Entscheidung über einen neuen Kanzler. Sonst ist das nämlich nicht logisch. Und wenn der Freitag vorbei ist, dann sieht das nächste Woche schon sehr viel vorsichtiger aus.

Zweitens, ein Kanzler kann nicht gewählt werden, sich ins Fernsehen stellen und den Tag mitteilen, an dem er zurücktritt, um Neuwahlen einzuleiten. Das ist zwar für alle Strategen und Taktiker nachvollziehbar, aber der Mann auf der Straße guckt sich den Kanzler an und sagt, wieso tritt denn der jetzt zurück, jetzt haben sie ihn gerade mühsam gewählt? Das heißt, es gibt zwei Dinge, die klar sein müssen: Erstens sagen die Leute, wir brauchen doch jetzt Klarheit, was mit den Finanzen und der Wirtschaft geschieht. Ich sage Ihnen, im November, Dezember haben wir Wirtschaftsdaten, da ist die Schlechtschätzung noch optimistisch. So, und in dieser Zeit sagen wir dann, wir haben da jetzt mal ein paar Perspektiven und dann gehen wir in die Wahl. Das paßt überhaupt nicht zusammen, sondern wir müssen einen Haushalt 1983 machen und wir müssen im Wirtschaftsbereich ein paar Zeichen setzen, etwa im Bereich des Wohnungsbaus, was wir schon seit Jahren ankündigen, wo die Leute sehen, da geht was. Wenn wir das ein bißchen zügig machen,

das Bargeld der Leute wartet auf Anlage, dann werden die Leute psychologisch mal durchrechnen und ein paar Baugenehmigungsanträge gehen hoch: dann haben wir ein erstes Zeichen gesetzt. Ich würde mir da gar nichts Kompliziertes aufs Kreuz laden. Aber so ein paar Dinge. Oder wir können sagen, in der Ausländerpolitik muß sich jetzt endlich etwas tun. Das, was wir seit Jahren gefordert haben, wo die Leute mit uns einig sind, da muß jetzt der Durchbruch erzielt werden. Und dann müssen wir natürlich auch ein paar Dinge wie die BAföG-Geschichte so machen, daß sichtbar wird, daß sich da etwas tut. Das sind nur drei, vier Punkte. Wenn die laufen und unkompliziert angegangen werden und die Leute sagen, die haben den Haushalt 1983 richtig angelegt, die haben eine Konzeption für eine mittelfristige Linie, dann ist genau dieses Vertrauen erfüllt, das die Leute erwarten. Dann kann man sagen, so und jetzt machen wir Neuwahlen.

Dazu kommt eine zweite Überlegung: Es ist eine alte Erfahrung, daß jeder, der nach langer Regierungszeit in die Opposition kommt, vier bis sechs Wochen anrennt wie verrückt gegen die Regierung. Da gibt es ja einschlägige Erfahrungen in Bundes- und Landesparlamenten. Sie schaffen es, acht Wochen eine Partei, die überhaupt nicht mehr zusammengehört, zusammenzuhalten. Wenn der erste Sturm aber vor Weihnachten vorbei ist, beginnen die Philosophen. Nach acht Wochen ist der Sturm vorbei und die Auseinandersetzungen beginnen. Und wenn die beim Aufstellen im Frühjahr sind, dann wissen sie schon nicht mehr, mit welchem Flügel sie angreifen wollen. Und dann beginnt in den Ortsverbänden die Diskussion um die Kandidaten. Doch nicht bloß bei uns, sondern meiner Meinung nach ist unsere Chance, die SPD in Abwehrhaltung zu haben, wesentlich größer, wenn wir den Zeitplan fahren und jetzt nicht die große Vernichtungstaktik erleben. Vernichtungsstrategie erzeugt immer Mitleid, erzeugt immer falsches Mitleid bei der Bevölkerung.

Darin liegt für mich im Grunde das Konzept: So schnell wie möglich die neue Regierung bilden, konzeptionell zwei, drei Monate klar arbeiten, auch Unangenehmes entscheiden. Die Leute sind viel verständiger, als wir glauben. Das einzige, was wir wollen, ist, daß wir uns diese Wirkung gegenseitig liefern. Jetzt sage ich noch etwas zu den Ländern. Wir können ja im Verhältnis Bund/Länder auch ein paar ganz vernünftige Dinge einleiten, die im Grunde alle klar sind und die wir relativ schnell abschließen können. Dies gibt dann auch in den Ländern sofort Vertrauen. Jetzt haben sie über die Umsatzsteuer Monate gestritten, haben sie über den Finanzausgleich gestritten, jetzt kommt eine neue Regierung. Ich glaube schon, das kann ich hier sagen, wir wären in der Lage, in vier Tagen, mehr oder weniger, das natürlich komplett abzuschließen. (*Kohl*: Das glaube ich auch.) So, das gibt Vertrauen. Und das müssen wir durchsetzen.

Und dann ein Letztes zu den Ländern: Wir haben bisher in der Opposition einen Vorteil und einen Nachteil gehabt. Der Vorteil war, daß wir schwierige Entscheidungen taktisch treffen konnten nach dem Prinzip, sie werden sowieso nicht Wirklichkeit. Das hat jeder im Hinterkopf gehabt. Ich warne davor, weil viele Entscheidungen jetzt anders werden, das wird viel unangenehmer. Ich sage das wegen der Solidarität. Jetzt fängt nämlich bei der Opposition, der neuen, die Geschichte an. Deshalb würde ich sagen, entscheidend ist, wir konnten auch bis jetzt auf die Länder Rücksicht nehmen und immer sagen, also Kameraden, in Bonn ist das alles richtig, aber jetzt ist es ja wichtig, daß wir das Land gewinnen und das dann machen. Aber wir haben auch 13 Jahre erbittert gekämpft mit der Linie, wir müssen die quälen und können es nicht machen wegen Bonn.

Jetzt sage ich aber, wer Bonn stabilisieren will, langfristig die Union an der Macht halten will, der muß jetzt alle Länderinteressen zurückstellen. Ich sage das vielleicht ein bißchen leichter als andere Kollegen, wir müssen jetzt sagen: Zuerst kommt Bonn und diese Republik und dann kommen die einzelnen Partikularinteressen, sowohl sektoral wie regional, weil wir sonst die Sache nicht hinkriegen. Ich kann nur sagen, den Kampf, den die durchstehen müssen, die jetzt die Verantwortung übernehmen, den können die nur durchstehen, wenn sie auch eine lückenlose Solidarität von uns allen erwarten können.

Kohl: Vielen Dank. Ich hoffe, das findet wirklich allgemeine Zustimmung und zwar auf der Ebene Bund, Länder und Gemeinden. Ich nehme auch die dritte Ebene mit hinein, weil sie auch dazu gehört. Nur noch vielleicht ein Wort, das habe ich vorhin vergessen. Nach meinen Informationen gibt es seit dem vergangenen Donnerstag in der SPD-Führung – also noch vor dem protokollarischen Ende der Koalition – erhebliche Auseinandersetzungen für die Überlegung, was geschieht am Tag danach. Es gibt eine Gruppe, die sagt, vor allem, wenn in diesem Jahr die Wahlen sind – insofern ist das alles von einer gewissen Bedeutsamkeit –, daß Helmut Schmidt a) die Fraktionsführung und b) dann die Spitzenkandidatur übernimmt. Es gibt eine massive Anstrengung der Gruppe Brandt, von der ich annehme, daß sie bereits die Mehrheitsgruppe ist, die darauf hinwirkt – Wehner geht auf alle Fälle –, daß für eine Übergangszeit, möglicherweise bis zu den Wahlen, Willy Brandt selbst die Fraktionsführung übernimmt. Sie beziehen sich bei den internen Diskussionen auf die Lage der Union, was da eben durch diese Koppelung der beiden Ämter auch möglich war. Und zum dritten, ich gehe davon aus, daß der Versuch unternommen wird – und Eppler⁸ hat sich unüberhörbar geäußert dazu, aber nicht nur er –, das, was Brandt signalisiert hat – komischerweise ist das kaum beachtet worden in der Öffentlichkeit, die Brandt-Rede verdient sehr das Nachlesen, die Rede da während dieser entscheidenden Stunden⁹ –, daß er durch das Tal durchgeht und sozusagen auf eine neue Mehrheit aus ist, Grüne, Alternative, junge Leute; das Wort von der Arbeiterschaft ist nicht gefallen. Dieser Tage hat Norbert Blüm einmal von der historischen Stunde gesprochen, für die CDU in der Mitte neue Schichten der Arbeitnehmerschaft zu gewinnen, ich will das durchaus hier hineinnehmen. Und es wird jetzt als Kandidat genannt für den Fall, daß eben die Brandt-Richtung sich durchsetzt, der Berliner Oppositionsführer Jochen Vogel. Das bedeutet aber – wir unterhalten uns über die Sachfragen mit gutem Grund heute nicht, können es in der Kürze der Zeit nicht –, im Blick auf NATO-Doppelbeschluß ist das natürlich ein Kandidat. Denken Sie an seine Haltung in Berlin beim Haig-Besuch, beim Reagan-Besuch.¹⁰ Der Mann wird natürlich in der ersten Reihe von De-

8 Vgl. Eppler-Interview in „Bild“ vom 9. September 1982: „Eppler: Nicht überrascht, daß es zu Ende geht“, „Stuttgarter Nachrichten“ vom 14. September 1982: „Mit Brandt in eine neue Epoche“.

9 Im Bundestag am 9. und 11. September 1982 sprach Brandt die „neue Mehrheit“ nicht an, sondern verwendete die Formulierung „neue Konstellationen“ (Sten. Ber. 9. WP 111. Sitzung S. 6773–6781, 115. Sitzung vom 17. September S. 7078–7080), wohl aber in einer Wahlkampfrede in Kelsterbach (Kreis Groß-Gerau) am 17. September 1982 (vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 20. September 1982: „Kämpferisch in die Höhle des hessischen Löwen“).

10 Besuche von Haig am 13. September 1981 und Reagan am 11. Juni 1982, bei denen es zu gewalttätigen Demonstrationen kam. – Vogel hatte in seinem Grußwort an Reagan auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit verwiesen und betont, deutsch-amerikanische Freundschaft bedeute nicht, daß man „in allen Fragen und zu jeder Zeit einer Meinung sein muß“. Meinungsverschiedenheiten könnten in friedlicher Form geäußert werden. („Die Welt“ vom 10. Juni 1982).

monstrationen mitlaufen, was der Schmidt nie tun wird. Schmidt mag sein wie er will, aber das wird er auch wegen seiner Bildes vor der Geschichte, bei all seinem Opportunismus nicht tun. Das heißt also, in der Sicherheitspolitik werden die engen Schulterschuß mit den Grünen Alternativen und mit bestimmten evangelischen und anderen Gruppen machen. Da steht uns der Ärger scheffelweise ins Haus.

Blüm: Wir sind uns darüber im klaren, ich muß es nicht weiter vertiefen, daß gespart werden muß. Ich plädiere nur dafür, diese Notwendigkeit mit einer Perspektive nach vorne zu versehen und nicht nur zu sparen. Meine Perspektive heißt Arbeit schaffen. Ganz einfach. Sonst wird das Sparen nicht plausibel. Es geht also nicht nur ums Zurückdrehen. Zweitens, ich glaube, daß bei den Bürgern auch das Bedürfnis gewachsen ist nach Beständigkeit. Also nicht alle vier Wochen ein neues Gesetz. Deshalb lieber weniger als mehr, aber beständig, und immer andere.

Der zweite Punkt. Ich finde, Herr Vorsitzender, daß wir die Vielzahl der Maßnahmen, die wir treffen müssen, unter eine Perspektive bringen müssen. Es muß nämlich nicht nur unseren Anhängern plausibel sein. Auch der jungen Generation. Das Geheimnis der Arbeitsbeschaffung scheinen mir Investitionen zu sein. Und das müssen wir ganz einfach in einer Weggabelung klarmachen. Die SPD probiert das über ein staatliches Beschäftigungsprogramm, das bezahlen die Arbeitnehmer und Steuerzahler, und wir wollen das durch Eigentumsbildung und Arbeitnehmer machen. Das bezahlen sie zwar auch durch eine vernünftige Lohnpolitik, aber sie haben eine Gegenleistung. In beiden Fällen bezahlen sie es. Aber nur in einem Fall haben sie eine Gegenleistung. Und ich will als drittes hinzufügen, auch im Anschluß an das, was Walther Leisler Kiep gesagt hat. Mir ist auch klar, das entspricht den Gesetzen der Mathematik, daß die Misere nur durch die Massen kommt. Jedoch bin ich dafür, nicht nur auf der mathematischen Ebene zu bleiben. Die Zumutbarkeit für die Massen wird nur plausibel werden, wenn alle daran beteiligt sind, auch die höheren Einkommen. Das hört sich für manche Ohren überraschend an; ich bin auch nicht auf den Begriff Ergänzungsabgabe fixiert. Wenn die höheren Einkommen auch ihre Opfer bringen müssen, würde ich es verbinden mit sinnvollen Investitionen. Es geht um die Quadratur des Kreises. Es geht darum, Opfer zu bringen, aber auch die der höheren Einkommen. Diese Opfer dürfen nicht leistungsfeindlich sein, jedenfalls in ihrer Verwendung. Ich sage das deshalb, weil ich auch glaube, daß es sehr auf die nächsten Monate ankommt, ob es möglicherweise einen Austausch im Wählerpotential gibt. Ich halte es für nicht ausgeschlossen, daß sich die klassische Arbeitnehmerschaft von einer SPD, die sich den Aussteigern zuwendet, abwendet. Da wird es auf sehr viel Klugheit ankommen, wenn wir denen Heimat bieten sollen.

Und meine letzte Empfehlung: Ich verstehe ja manches CDU-Gefühl gegenüber der FDP, was nun 13 Jahre Schmerzen ertragen hat. Ich meine, unter strategischen Gesichtspunkten muß nicht nur dieses Gefühl unterdrückt werden, ich würde auch vor einer Kompensation warnen, diese Gefühle jetzt allein gegen den linken Flügel der FDP zu richten. Es kann gar nicht unser Interesse sein, daß diese Partei auseinanderfliegt. Aus meiner Sicht kann das nicht unser Interesse sein. Deshalb warne ich auch davor, Gute und Schlechte in der FDP auseinanderzuhalten. Das macht sich nie gut, wenn das eine andere Partei macht. In der Notsituation bleibt so etwas lange im Gedächtnis haften.

Zeyer: Meine Damen und Herren, ich will mich auf die Frage der Wahlen beschränken und zwar aus Zeitgründen. Zunächst einige Bemerkungen zur Frage der vorgezogenen

Bundestagsneuwahl. Wir haben erlebt am vergangenen Freitag, daß auch diejenigen, die Helmut Schmidt bis zur letzten Stunde bis aufs Messer bekämpft hatten, ihm stehend applaudierten. Das waren nicht nur die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, das galt auch für die Mitglieder der SPD im Land. Es ist der SPD in dieser Situation gelungen, den inneren Konflikt zu überdecken, zu übertünchen. Man muß sich im klaren darüber sein, je länger die Diskussion geht, je länger die Zeit währt, um so deutlicher werden diese Meinungsunterschiede wieder zutage treten. Und es ist interessant, daß der Parteirat der SPD, nachdem Wehner erklärt hat, daß er nicht mehr kandidieren wolle, erklärt hat, für den Fall, daß 1982 Neuwahlen stattfinden, wird Helmut Schmidt Kandidat sein. Die Frage, wer bei der SPD im Jahre 1983 bei Bundestagswahlen Kandidat sein wird, ist völlig offen. Für mich steht außer Frage, daß, wenn es einige Wochen hingehet, auch in der Öffentlichkeit wieder deutlich wird, daß Schmidt im Grunde genommen an seiner eigenen Partei gescheitert ist. Es sind hier einige wichtige Fragen angesprochen worden, ich kann es nur stichwortartig wiedergeben, Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik, der letzte Bundesparteitag der SPD war eine eindeutige Absage an die Marktwirtschaft, Energiepolitik, Verhalten gegenüber den Grünen und Alternativen. Und die SPD wird sich, je länger die Zeit hingehet, mit diesen Fragen auch intern wieder stärker auseinandersetzen müssen. Von daher meine ich, daß wir darauf drängen sollten, auch gegenüber unseren Freunden in der CSU, daß es dabei bleibt, daß ein Wahltermin gesucht wird im ersten Quartal 1983.

Was die Frage der Wahl des Kanzlers betrifft, kann ich nur sagen, aus meiner Sicht kann sie nicht schnell genug vollzogen werden. Ich meine, es müßte eigentlich auch das Interesse der FDP sein. Ich bin mir klar darüber, daß man natürlich auf die FDP in dieser Frage Rücksicht nehmen und man der FDP mit Behutsamkeit gegenüberzutreten muß, um ihr die Möglichkeit zu geben, sich zu stabilisieren. Ich glaube aber, daß dies um so schneller auch für die FDP sich vollziehen würde, je schneller der Wechsel in der Spitze käme, je schneller es zu einem anderen Bundeskanzler käme. Hier wird auch deutlich, daß die Medien immer noch mitspielen und von dem Versuch des Kanzlersturzes in dieser Woche reden. So wird es ja dargestellt und nicht als ein ganz legales Mittel, das das Grundgesetz vorsieht. Ich glaube auch, die Darstellung in den Medien wird erst dann anders werden, wenn dieser Akt der Neuwahl vollzogen ist. Ich meine daher, wenn mit der FDP noch in den nächsten Tagen Einvernehmen erzielt werden kann, dann sollte es dabei verbleiben, am Freitag zu wählen.

Und nun einige Bemerkungen zum Verhalten allgemein gegenüber der FDP. Ich glaube, man kann aus der Diskussion festhalten, daß alle der FDP eine faire Partnerschaft anbieten und zwar über einen engeren Zeitraum hinaus. Lassen Sie mich aus der Erfahrung einer Landeskoalition vielleicht Folgendes hinzufügen: Ich bin davon überzeugt, daß das Funktionieren einer CDU/CSU/FDP-Koalition auf Bundesebene weitgehend davon abhängt, in welchem Ton man heute und in den nächsten Tagen miteinander umgeht. Hier kommt es ganz entscheidend auf die Parteifreunde an, die die höchsten Ämter tragen und die auch die Verhandlungen zu führen haben. Ich habe es in der Vergangenheit erlebt und Kiep hat darauf hingewiesen, daß das, was am 17. September eingetreten ist, lieber Heiner Geißler, ja auch das Ergebnis einer gewissen Strategie war, die wir über einen langen Zeitraum durchgehalten haben. Ich habe es ja erlebt, daß wir diese Strategie der Unionsländer trotz der Koalitionsregierung mitgetragen haben, aber auch nur deshalb, weil wir ein gutes Verhältnis im Kabinett zueinander hatten und weil das Klima ganz

entscheidend dafür bestimmend war, daß solche Entscheidungen dann im Bundesrat von uns mitgetragen werden konnten. Deshalb kann ich nur noch einmal sagen, man muß sehr behutsam in diesen Tagen mit der FDP umgehen und alles vermeiden, was also schon wieder den Keim eines Streites für die Zukunft in sich bergen könnte. (*Beifall.*)

Zeitel: Ich möchte nur in Hinblick auf die Vertrauensgewinnung und -erhaltung einen Gesichtspunkt nennen, der zwar noch nicht auf Details der Sachlösung, aber auf eine generelle Prioritätenentscheidung aufmerksam macht. Es wird jetzt durch den Gang der Ereignisse die Haushaltssanierung 1983 in den Vordergrund gerückt. Wenn ich die Daten richtig einschätze, werden sie nicht nur durch das Mitte Oktober zu erwartende Gutachten noch einmal nach unten gedrückt, so daß die bekannten Lücken von zehn bis zwölf Milliarden zusätzlich auftreten, sondern ich befürchte auch, daß andere Annahmen, etwa die über die Bundesbankgewinne, die ja mit zehn Milliarden eingesetzt sind, nicht aufgehen werden. Das heißt, wir stehen in wenigen Wochen vor einer noch drastisch verschärften Finanz- und Haushaltssituation. Deshalb ist die Gefahr natürlich naheliegend zu versuchen, jetzt im strategischen Ansatz von der Seite, die uns nur bleibt, der Ersparnisseite, anzusetzen. Wenn wir dieses tun, wird unausweichlich, und zwar in einem viel höheren Maße, als bisher diskutiert worden ist, die Frage, wo nehmen wir die Mittel her auf der Ausgabenseite?

Jetzt scheint mir vorrangig zu sein, daß die Union sich darüber im klaren ist, ob sie den Prozeß primär unter dem Gesichtspunkt der fiskalischen Haushaltssanierung angehen will, oder aber, was sich längerfristig, wenn wir die Wahl hätten, eindeutig präferieren läßt, die 45 Milliarden auf der Ausgabenseite zusammenzubringen. Ich will ganz offen sagen, ich glaube nicht daran, daß wir die Kraft dazu haben. (*Stoltenberg:* Nein, Sie meinen auf der Schuldenseite?) Wie bitte? (*Stoltenberg:* Die 45 Milliarden, auf der Defizitseite.) Wir haben ein strukturelles Defizit, Herr Stoltenberg, von 45 Milliarden, ich lasse die anderen 35 aus Konjunkturellem weg, die sind ja nicht das Problem, denn da muß man es drin lassen, aber die 45 Milliarden sind anzunehmen. Ich habe immer gesagt, die Sanierung der öffentlichen Haushalte durch das Rotstiftverfahren allein wird nicht ziehen. Das schafft kein Mensch, ich folge Blüm in dem positiven Ansatz, wir können das nur über eine andere Dynamik des Prozesses, oder verkürzt formuliert über einen anderen Wachstumsansatz machen, von dem wir allerdings bis März nächsten Jahres relativ wenig deutlich machen können. Aber zu wissen, welchen Teil wir eigentlich mit einem längerfristigen Konzept auf dem Wege vermehrten Wachstums reinholen wollen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, welche Teile den Grundstücken (*sic!*) zugeordnet werden, dies ist die oberste Entscheidung, bevor wir einen sicher nicht ganz vermeidbaren Streit über die soziale Gerechtigkeit beginnen. Aber wie das konkret dann aussieht, das wird ziemlich schwer sein. Und deswegen wünsche ich mir, daß wir an den Anfang etwa eine Groborientierung stellen, was wir denn strategisch hereinholen über die Wachstumsseite und was wir allein mit den Grundstücken reinholen können.

Schwarz-Schilling: Daran anschließend ist es natürlich erforderlich, daß, sowie die Regierung gebildet ist, klargemacht wird, wieviel schlimmer die Situation ist, als wir sie bisher gekannt haben. Und von daher gesehen kann man überhaupt nur die psychologische Wende herbeiführen, wobei – ich möchte jetzt ja nicht auf Sachfragen eingehen – die Frage der Belastung von Einkommen natürlich nur so gelöst werden kann, daß das durchgängig sein muß und nur dort ausgenommen wird, wo es sich um betriebsbezogene

Vermögen handelt und Rücklagen für Investitionen laufen; das könnte man generell in dieser Situation rausnehmen. Das halte ich für die einzige Möglichkeit, denn wir können den amerikanischen Weg von Steuersenkungen unter keinen Umständen gehen. Das nur zu diesem Punkt.

Ich möchte zum zweiten daran anschließen, was Ministerpräsident Späth gesagt hat. Ich glaube, wir müssen als erstes sofort die Handlungsfähigkeit der CDU/CSU in den Vordergrund stellen und das heißt, in dieser Woche handeln. Ich bin nicht der Meinung, daß in der breiten Öffentlichkeit und bei der Bevölkerung das Thema Neuwahlen so unpopulär ist. Wir müssen dieses Thema, Neuwahlen jetzt, durch Handlungsfähigkeit in den Hintergrund bringen, weil die Leute die Verfassungsfragen ja so genau nicht kennen und meinen, es ist doch ganz klar, jetzt werden eben Neuwahlen gemacht, wenn die jetzt versagt haben. Deswegen bin ich der Auffassung, wir müssen handeln, damit das Thema wieder auf uns und unsere Handlungsfähigkeit kommt und nicht auf diese Spielereien.

Dritter Punkt, die FDP braucht natürlich im Grunde genommen die Wahl in dieser Woche, denn was soll denn Genscher machen, wenn nächsten Sonntag die FDP in Hessen nicht hineinkommt? Er hat die Brücken zur SPD abgebrochen, und er hat einen verstärkten linken Flügel vor sich, der nun sich bemühen würde, ihm klarzumachen, das ist die Konsequenz, also um Gottes willen nicht in Bonn. Das heißt, es muß im Interesse der FDP liegen, diese Sache noch an diesem Freitag über die Bühne zu ziehen, damit Genscher in jedem Fall, was immer in Hessen passiert, den Weg in der nächsten Woche weitergehen kann. Denn dann kann er auch nicht mehr zurück. Ich glaube, daß, was unsere Wähler angeht, es nicht nur eine Sache der FDP ist, sondern auch für unsere eigenen Wähler, jetzt Klarheit und Entschlossenheit in Bonn zu zeigen. Ich bin überzeugt, daß es für uns von existentieller Bedeutung für den Fall sein wird, daß die FDP nicht hineinkommt, daß wir die absolute Mehrheit gegenüber SPD und Grünen in Hessen erreichen. Ich halte es nur noch für möglich, wenn wir tatsächlich den Schritt hier am Freitag gehen und die Entschlossenheit der CDU/CSU in Bonn deutlich demonstriert wird. Denn ich möchte eines sagen, wir haben psychologisch in Hessen eine Umkehrung der Situation. Die fühlen sich schon halb in der Opposition. Und die Mobilisierung der SPD-Wähler, die im Grunde genommen dieser Regierung kein Vertrauen mehr schenken, kann jetzt wieder gelingen, weil sie sich schon als in der Opposition befindlich atmosphärisch angesprochen fühlen. Das heißt, wir müssen von unserer Warte her alles daransetzen, daß am Freitag das deutliche Zeichen hier in Bonn gesetzt wird. Ich hielte es für einen kapitalen Fehler, wenn dies am Freitag nicht geschieht. Und ich glaube, daß man der FDP auch klarmachen muß, daß dann die Frage Neuwahlen unter Umständen ganz anders gelöst werden müßte oder würde, wenn es nicht in dieser Woche über die Bühne geht. Ich bin also voll der Meinung, das, was hier vorgetragen wurde, mit ganz großer Schnelligkeit durchzuziehen.

Von Bismarck: Herr Vorsitzender, Sie haben recht, erstens wirtschaftlicher Punkt, zweiter Punkt soziale Gerechtigkeit, daß wir den marktwirtschaftlichen Prozeß wieder wirksam machen wollen, daß wir die Eigenverantwortung stärken wollen und was uns sonst noch Gutes einfällt. Da scheint es mir wichtig, wie wir das verkaufen. Ich möchte mir eine Anmerkung erlauben, wenn wir, was ich für gut halte, von einer Regierung der Sozialen Marktwirtschaft sprechen, sofort hinzuzusetzen, daß wir damit meinen, eine sozial verpflichtete Marktwirtschaft. Die jungen Leute wissen nicht, was das ist, aber sozial verpflichtet verstehen sie. Wenn wir das nicht tun, fürchte ich, daß wir ganz große

Schwierigkeiten haben, unsere Vorstellung von Gerechtigkeit früh genug allen zu signalisieren. Ich rate uns also, darüber nachzudenken, ob wir nicht das sofort dazu setzen, überall im Ausland wird das sofort verstanden. Aber auch hier müssen wir lehren, was wir eigentlich meinen mit sozial verpflichteter Marktwirtschaft.

Wissmann: Herr Vorsitzender, jeder, der von uns am Wochenende kleinere Versammlungen hatte und mit Parteifreunden zusammen war, weiß, daß die Stimmung dort, wenn man mit mehreren Kollegen spricht, sehr stark, sehr emotional auf sofortige Neuwahlen geht. Trotzdem glaube ich, daß man dieses Konzept aus den genannten Gründen nicht akzeptieren kann, sondern daß man dann diese Woche Fakten setzen muß, um die Aufmerksamkeit auf ein neues Thema, auf eine neue Regierung und auf ein neues Programm zu lenken. Nur, ich glaube, man darf sich über diese Stimmung nicht täuschen, auf der einige von uns auch inzwischen zu reiten versuchen; trotzdem, wir müssen gegen diese Stimmung halten, ich möchte nachdrücklich unterstreichen, was hier gesagt wurde.

Zweitens möchte ich nur eine kurze Anmerkung machen zu dem Thema Jugend und junge Generation. Wir werden allen Gruppen, auch jungen Gruppen, siehe BAföG, in einer neuen Regierung auch auf den Fuß treten müssen. Um so wichtiger ist es, daß wir an Punkten, wo wir Dinge positiv ansprechen können und vielleicht sogar lösen können, auch in der ersten Regierungserklärung offensiv werden. Schmidt hat in seiner letzten Regierungserklärung¹¹ 26 Seiten zum Thema junge Generation gehabt. Wenn wir in einer Regierungserklärung beispielsweise Themen drin hätten wie in Ihrer letzten Rede, Wehrgerechtigkeit, Themen drin hätten wie die Lösung des Zivildienstthemas – Bundesparteitagsbeschluß –, Themen drin hätten wie Ausbildungsplatzmangel, Jugendarbeitslosigkeit, also Themen, die gerade auf junge Leute anspielen und Perspektiven versprechen, dann meine ich, wäre das eine Chance, nun nicht den Gegenangriff voll zu bekommen, der sich nur auf die Belastungsfelder konzentriert, sondern eine eigene Perspektive sichtbar zu machen. Meine herzliche Bitte wäre nur, bei allen Haushaltsoperationen, die jetzt notwendig sind, solche Themen mit ihren konkreten Lösungsansätzen nicht in den ersten Monaten zu vergessen, sondern auch mit der FDP bereits jetzt in den kommenden Tagen über solche Themenfelder, beispielsweise Wehrgerechtigkeit, beispielsweise Zivildienstthema zu verhandeln, um es dann bereits in das Paket, das am Abschluß dieser Koalitionsverhandlungen steht, einzubinden.

Barzel: Da wir uns ja im Wahlkampf befinden, nicht nur in Hessen, sondern da der Bundestagswahlkampf praktisch schon begonnen hat bis zu den vorgezogenen Neuwahlen, habe ich die Bitte um eine handfeste Dokumentation der Bundesgeschäftsstelle zu der Frage, wo immer die Sozialdemokratische Partei abweichende Beschlüsse von der Bundesregierung getroffen hat. Denn wir müssen jetzt den Kampf mit den Leuten aufnehmen und die Chance nutzen, die für 15 Jahre zu zerstören, wie Herbert Wehner uns ja gesagt hat¹². Das ist, glaube ich, fundamental, ich erinnere zum Beispiel an die Nachrüstung, Sie wissen, daß Herr Genscher und andere sich dem Druck ja nicht nur beim Haushalt beugen, wo man aus einer Zusage eine Option gemacht hat. Ich bitte dringend

11 Vermutlich ist hier der Bericht zur Lage der Nation vom 9. September 1982 gemeint (Sten. Ber. 9. WP 111. Sitzung S. 6745–6761).

12 „Wenn Sie nicht erschrecken, sage ich Ihnen, es kann 15 Jahre dauern“ – so Wehner am 18. September 1982 in einem Interview „zum Ende der sozial-liberalen Koalition“ mit dem Saarländischen Rundfunk (BPA Nachrichtenabt. Ref. II R3).

aufzunehmen den Brief von einigen sozialdemokratischen Abgeordneten an Herrn Reagan. Den hat man dann aufgefangen durch einen gemeinsamen Brief der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Ich habe damals an meine Interpretation vornedran gesetzt, die Unterschiede festzustellen, das war nicht möglich. Dann die ganzen Interviews jetzt gegen die Haushaltsbeschlüsse der Koalition, wir müssen die als zerrissene, unzuverlässige, regierungsunfähige Leute jetzt darstellen. Ich hätte gerne diese Handreichung, je früher, Herr Radunski, desto besser. (*Geißler*: Ist schon abgeschlossen. Das muß noch redigiert werden.¹³) Dann ist ja gut, da hätten Sie mich ja gleich unterbrechen können, dann brauche ich nicht so lange zu reden.

Albrecht: Ich will nur kurz etwas sagen zu dem, was – ich habe das auch im Präsidium schon gesagt – mich hierbei am meisten bewegt. Wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung nicht wieder in Gang kriegen, d. h. ein reales Wachstum von drei Prozent, dann sind wir gescheitert. Wenn wir die in Gang kriegen, aber nicht unter Bedingungen der sozialen Gerechtigkeit, dann sind wir auch gescheitert. Und das beides miteinander in Einklang zu bringen, ist nicht leicht. Die Nagelprobe werden wir machen müssen beim Haushalt. Aber, Gerhard Stoltenberg und Helmut, ich halte es für ganz wichtig, würde davor warnen, daß wir in der Öffentlichkeit jetzt den Eindruck entstehen lassen, als wären die Haushaltskürzungen die eigentliche Leistung dieser Regierung, (*Kohl*: Sehr gut!) sondern es muß das Positive werden, die Wiedergewinnung von wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher Stabilität und auch die Absicherung unseres sozialen Netzes, daß es wieder solide finanziert wird, freigemacht wird von Mißbräuchen und deshalb fester geknüpft wird. Natürlich gibt es dann, wenn wir zu den Einzelheiten kommen, ganz heikle Punkte. Ich habe das ja auch schon mehrfach angedeutet. Ich glaube, daß man aus dem Konflikt, daß die Wirtschaft wirklich nicht mehr belastet werden darf und daß trotzdem alle, ich sage mal, die, die nicht mehr als 100.000, sondern 50.000 verdienen, oder 40.000 DM im Jahr verdienen, echt einen Betrag leisten müssen, nur herauskommt, wenn wir die Personenbesteuerung und die Unternehmensbesteuerung stärker differenzieren, als das früher der Fall gewesen ist. Darüber können wir ja im einzelnen noch sprechen, mir liegt nur dran, daß wir uns diesen Weg jetzt nicht verbauen.

Koch: Ich möchte im Hinblick auf die Hessen-Wahl einiges sagen. Wir werden in den nächsten Tagen, gerade in Hessen, sehen, daß da einige Millionen Flugblätter in die Betriebe kommen. Deshalb bitte ich darum, was eben gesagt wurde von unserem Freund Barzel, daß eine Dokumentation schnellstens erstellt werden muß, daß in den Betrieben wenigstens wir oder die CDA, die damit am stärksten konfrontiert wird, einige Fakten unseren Leuten klarmachen, wie die Misere erst entstanden ist. Die ist nicht aufgrund der CDU entstanden, die Koalition hat sich selbst dazu gebracht; ich muß das jetzt im einzelnen hier nicht aufzeigen. Hier fehlen einige Argumente, die wir herausstellen müssen, weil ich meine – ich möchte nur mal Niedersachsen erwähnen –, daß in Niedersachsen praktisch 20.000 Arbeitsplätze geschaffen worden sind durch Baumaßnahmen und einige andere Dinge. Da können wir von CDU-geführten Ländern einiges vorweisen, wie es anders geht, auch aus Baden-Württemberg, und wie es in den SPD-regierten Ländern läuft. Ich bin auch nicht gegen die Soziale Marktwirtschaft, aber wir müssen

13 Vgl. UiD vom 7. Oktober 1982 CDU-Dokumentation 30: „Ein trauriges Erbe“. Broschüre: „Die SPD als Regierungspartei – eine Schlußbilanz. Eine aktuelle Argumentationshilfe für die politische Auseinandersetzung mit der SPD“. Hg. CDU-Bundesgeschäftsstelle Bestell-Nr. 5352. Bonn 1982.

draußen in den Betrieben den Menschen erklären, daß das, was hier bisher an sozialen Leistungen gegeben wurde, von der SPD mehr abgeschafft wurde, als die CDU in 20 Jahren damals erstellt hat. Ich meine, da gibt es manche Dinge, die wir wissen, aber es wäre sicherlich sinnvoll, wenn man den Leuten einiges Papier zur Hand gibt, gerade in den nächsten Wochen und Tagen. Ich fahre jetzt hier anschließend auf eine Klausurtagung der IG Metall. Da haben wir gleich wieder dasselbe. Da wird nachgewiesen von der Wirtschaftsabteilung, daß wir nächstes Jahr mit null Wachstum rechnen müssen. Aber wir haben von der Regierung SPD einen Investitionsstau von 31 Milliarden, wo dann die Wirtschaft sagt, 50 Milliarden. Es gibt also viele Dinge, wo etwas getan werden muß. Wir müssen draußen im Lande auch unseren Parteivorsitzenden unterstützen. Wir haben in den nächsten Tagen alles Mögliche zu tun, daß Helmut Kohl unser Bundeskanzler ist und einmütiges Vertrauen hat. Das haben wir in den letzten Wochen mehrfach bewiesen. Wenn das funktioniert und wir die Hoffnung auch darauf setzen, daß der neue Kanzler diese wirtschaftliche Misere wieder in Ordnung bringt, auch wenn es etwas länger dauert, bringen wir es hin. Was in Niedersachsen, in Baden-Württemberg und anderen Ländern, auch in Rheinland-Pfalz, getan worden ist, das können wir herausstellen.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren, ich bin hierhergekommen, um die Möglichkeit der Neuwahlen zu erörtern. Ich gebe zu, daß ich unter dem Zeitkalkül und unter dem Sachproblem des Herrn Vorsitzenden es für möglich halte, in Gottes Namen damit einverstanden zu sein, daß Neuwahlen im nächsten Frühjahr stattfinden. Ich sage das allerdings nicht ohne meine eigenen Bedenken hier zu formulieren. Ich glaube, daß je weiter die Distanz von der Kanzlerwahl, die am Freitag stattfinden kann, zu Neuwahlen ist, das ein Risiko für uns, die CDU, enthält. Wir stehen in der Demoskopie jetzt auf einem demoskopischen Höhepunkt, auf einer Spitze. Diese Spitze wird abflachen, je länger wir von der Kanzlerwahl zur Neuwahl Zeit brauchen. Warum? Weil die einfachen Leute sagen, naja, also jetzt sind sie schon monatelang dran, aber so groß hat sich die Lage nun doch nicht verändert. Auch die kochen nur mit Wasser. Das wird auf jeden Fall richtig sein, aber – ich sehe das Risiko – es kann widerlegt werden durch eine imposante Regierungserklärung und durch ein entsprechend durchgeführtes Programm, das auch jetzt für diese Art Übergangsregierung bis zu den Neuwahlen wirkt. *(Stoltenberg: Übergangszeit!)* Übergangszeit, das ist sehr wichtig, aber das bedeutet, lieber Herr Stoltenberg, daß natürlich auch die Regierung in der historischen Perspektive später als eine Übergangsregierung gewertet wird. Ob das dann eine spätere Sorge sein wird, ist unerheblich, jedenfalls darf die Übergangszeit nicht zu unseren Lasten gehen. Da sehe ich nur ein Mittel im Augenblick, daß wir in der nächsten Woche, vielleicht auch in der übernächsten Woche ein möglichst überzeugendes Regierungsprogramm, eine Regierungserklärung vorlegen können. Diese Regierungserklärung muß dann stramm durchgehalten werden, sonst haben wir möglicherweise im nächsten Frühjahr eine demoskopisch etwas andere Landschaft, und das ist nicht ohne Risiko. Meine Damen und Herren, ich habe mir überlegt, ob ich das hier sagen soll. Ich möchte nicht Wasser kippen in den ohnehin bescheidenen Wein. Der Wein ist deshalb nicht gut, weil das Geld fehlt, darauf kommt es ja jetzt an. Aber ich möchte nicht Wasser in unseren Wein gießen, ich möchte nur auf das Risiko aufmerksam machen, daß nach wie vor die Neuwahl zum Bundestag so schnell als möglich kommen muß, um der neuen Regierung so bald als möglich eine neue, große, eindrucksvolle Majorität zu bringen, denn der Angriff auf uns wird gewaltig werden. Wenn

man sich die ersten Töne der SPD-Führung vergegenwärtigt, dann kann man sich schon einiges zusammenrechnen. Aber ich nehme an, daß in der nächsten Woche, noch vor der Sonderregierungserklärung, ein Sturm gegen uns anläuft, dem muß standgehalten werden.

Kohl: Nur eines, Eugen, was Du jetzt nicht wieder berücksichtigt hast, wer jetzt Neuwahlen haben will, der braucht einen Partner dazu. Und diesen Partner haben wir nicht. Es sei denn die SPD.

Gerstenmaier: Ja, ich wollte lediglich sagen, daß diese Überlegungen hier an diesem Tisch ja ganz schön und auch nützlich sind, aber entscheidend ist selbstverständlich, daß es auf das Geld heute und morgen ankommt. Wenn Herr Genscher heute und morgen nicht zu Neuwahlen in diesem Jahr zu bringen ist, rate ich, darüber nicht lange hin und her zu streiten, es darüber nicht zu einer Zerreißprobe kommen zu lassen, sondern Herrn Genscher zu sagen, gut, wir sehen ein, daß er eine Konsolidierungsfrist für seine Partei braucht. Und deshalb kommen wir zu einem Kompromiß, der dann wahrscheinlich mehr bei den Vorstellungen der FDP liegen wird oder liegen muß als bei unseren ursprünglichen Ausgangsvorstellungen. Ich habe vergessen, das vorhin zu sagen, das ist der entscheidende Punkt.

Kohl: Ich will noch einmal sagen, meine Ausgangsvorstellungen waren das nicht. Ich war immer beim ersten Quartal und habe nie etwas anderes gedacht, weil ich immer realistisch gedacht habe. Und ich möchte jetzt auch nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck, jedenfalls was den CDU-Teil betrifft, aufkommen lassen, wir hätten hier eine Position revidiert. Ich habe keine Position revidiert. Ich habe, gestützt auf einstimmige Beschlüsse der Fraktion und auf Absprachen zwischen CDU und CSU, im Bundestag gesagt, die Reihenfolge ist, eine Regierung ins Amt bringen, die wichtigsten Dinge erledigen, das hat jeder so verstanden, daß das der Etat und die Wirtschaftsbelebung ist, und dann Neuwahlen. Wir haben unsere Position nicht verändert. Das ist sehr wichtig! Ich habe jetzt nach keiner Seite nachgegeben, andere haben nach einem bestimmten Zeitpunkt eine andere Position bezogen.

Pieroth: Ich möchte nur eine Bemerkung machen zum Zusammenhang zwischen Beschäftigung, Sparen und sozialer Gerechtigkeit und Norbert Blüm und Ernst Albrecht antworten. Ich habe noch nie zu den Menschen gehört, die meinen, mit bloßem Sparen könne man schon Geld verdienen. Gesamtwirtschaftlich heißt das, daß Sparen in dieser Situation eine notwendige, aber nicht eine hinreichende Bedingung für mehr Beschäftigung ist, obwohl wir lange Zeit den Eindruck erweckt haben, als wäre das Sparen die hinreichende Bedingung. Hinreichend ist Sparen nur, wenn wir von den Konsumausgaben zu investiven und zu Innovationsausgaben kommen. Die Konsumausgaben treffen vorwiegend einkommensschwächere Schichten, und deshalb ist das, was man in Anführungszeichen Ergänzungsabgabe nennt, ein Thema. Nicht fiskalisch, vom Aufkommen her ist es völlig unwichtig, was diese Operation bringt, sondern atmosphärisch, damit man eine Symmetrie vorzeigen kann. Leider wird uns die Vermögensbildung durch das Potential der IG Metall und der ÖTV sowieso nicht in den nächsten Monaten schon abgenommen werden. Deshalb ist dieser Teil der sozialen Symmetrie kurzfristig so notwendig. Ich meine, wir müssen sehr rasch zu einer Sprachregelung kommen, daß alles Nachdenken in dieser Frage nicht den Eindruck erwecken läßt, es würde den Unternehmen etwas in die rechte Tasche eingegeben, was durch diese widersprüchliche Politik „Ergänzungsabgabe“ gleich

aus der linken Tasche wieder rausgeholt wird, indem man ganz eindeutig aufzeigt, daß wir den nicht entnommenen Gewinn anders behandeln als den entnommenen Gewinn. Der nicht entnommene Gewinn, das, was als Risikokapital verbleibt und Arbeitsplätze schafft, hat einen ganz anderen, auch moralisch ganz anderen Stellenwert als das, was aus dem Unternehmen rausgeholt wird. Dann sollten wir die Ergänzungsabgabe auch nicht zu kurzfristig ansehen, sondern jetzt in dieser Phase zu dem Systemeinbruch kommen, den wir früher ja bei der Körperschaftssteuer schon hatten, die Unternehmen generell besteuern, relativ niedrig besteuern, und auf den ausgeschütteten Gewinn, in welcher Gesellschaftsform auch immer, eine zusätzliche Steuer nehmen. Damit der Lastwagen, der vom kleinen Unternehmen angeschafft wird bzw. dessen Finanzierung niedrig besteuert wird, das Motorboot, was der kleine Unternehmer anschafft, jedoch höher besteuert wird. Jetzt haben wir die Chance, diese Systemeinstellung neu zu beginnen.

Waffenschmidt: Ich möchte nachdrücklich unterstützen, was hier gesagt worden ist für ein zügiges Verfahren, wie es der Vorsitzende genannt hat, auch im Blick auf eine offensive Wirtschaftspolitik. Ich möchte aber gerne ein zusätzliches Aufgabengebiet nennen, Herr Vorsitzender, von dem ich meine, daß es entscheidend ist für den Start einer neuen, von uns geführten Regierung. Ich bin der Auffassung, unser Bundeskanzler Helmut Kohl muß ein wichtiges, bedeutsames Zeichen zu unserem Verständnis von der Friedenspolitik gleich am Anfang seiner Regierungstätigkeit setzen. Ich halte es genauso für entscheidend, meine Freunde, daß wir in dieser Richtung auf der Grundlage dessen, was wir unter dem Stichwort „aktive Friedenssicherung“ erarbeitet haben, eine Aussage machen, wie zu vielen anderen Dingen der Wirtschafts- oder Sozialpolitik, die hier mit Recht angesprochen wurden. Ich will hier ein Stichwort nennen, lieber Helmut. Ich könnte mir vorstellen, daß eine neue, von uns geführte Regierung in der geeigneten Weise etwa in einer Friedensnote an die Staaten, die mit uns in diplomatischen Beziehungen sind, oder in einer anderen geeigneten Weise dies zum Ausdruck bringt. Denn, meine Freunde, machen wir uns nichts vor, neben den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen wird das das Hauptthema der Auseinandersetzung sein in den kommenden Monaten. Und ich halte es für wichtig, daß wir mit einer aktiven, die Aufgabe ganz deutlich von uns ansprechenden Initiative dieses Thema besetzen. Wir haben meines Erachtens hier eine historische Chance, unsere Vorstellungen von der Friedenssicherung mit einem neuen Kanzler der Union deutlich zu machen, und ich möchte darum bitten, daß das sehr vorrangig von unserem Vorsitzenden, dem künftigen Kanzler, aufgenommen wird. Mir scheint das auch für viele Gruppen der Bevölkerung ein ganz wichtiges Element dessen, was wir aussagen.

Biedenkopf: Mich hat der Diskussionsbeitrag von Ernst Albrecht veranlaßt, mich zu Wort zu melden. Ich möchte dagegen raten, daß wir uns auf Ziele wie Realwachstum von drei Prozent festlegen, (*Kohl:* Ja!) oder das als Maßstab vorgeben. In dem Augenblick, in dem man davon spricht, wir wären gescheitert, wenn wir nicht drei Prozent reales Wachstum erreichen, setzen wir selbst eine Marke. Ich würde das für außerordentlich gefährlich halten, weil ich glaube, ich habe das ja schon öfter gesagt – ich will das jetzt hier nicht vertiefen, ich will es nur gesagt haben –, daß die Wachstumsschwäche nicht nur ökonomische Gründe hat und daß die Korrektur der Entwicklung, die ja auf sehr hohem Niveau sich vollzieht, eine sehr viel längere Strecke braucht als ein bis zwei Jahre. Wir werden möglicherweise eine kurzfristige Belebung bekommen, aber die wird nicht dauerhaft sein. Und wenn dann nach einer kurzfristigen Belebung, die rein psychologisch

verursacht wird, die Sache auch nur leicht wieder runtergeht, sind wir voll davon getroffen und voll verantwortlich, obwohl wir die Ursachen überhaupt nicht beeinflussen konnten. Deshalb halte ich es für ganz entscheidend, daß Helmut Kohl, wenn er eine Regierungserklärung abgibt, eine mittelfristige wirtschaftliche Perspektive hat, in der deutlich wird, daß die Dinge selbst bei kurzfristig aufflackernden Belebungen zunächst noch eine gewisse Wegstrecke sehr schwierig bleiben werden und daß nur mit einer langsamen Erholung gerechnet werden kann. Auch wenn wir alle die Programme durchführen, die hier diskutiert werden, wird das nicht zu einer so schnellen Wiederbelebung zum Beispiel der Vollbeschäftigung führen, sondern wir werden mindestens noch anderthalb bis zwei Jahren 1,5 bis 1,8 Millionen Arbeitslose haben usw. Ich kann das jetzt nicht vertiefen, ich wollte nur davor warnen, daß man hier eine zu günstige Perspektive kriegt.

Albrecht: Also ich schlage nicht vor, daß wir ein Wachstumsziel von drei Prozent aussprechen und schon gar nicht ein jährliches Wachstumsziel. Nur, alle wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, das müssen wir wissen, daß mit zwei Prozent realem Wachstum die Zahl der Arbeitslosen noch steigen würde, daß sie mit zweieinhalb Prozent gleichbleiben würde, das heißt, wir bleiben praktisch auf zwei Millionen hängen. Das muß man wissen, da wir ja gemessen werden, ob wir wenigstens langsam, nach und nach die Zahl der Arbeitslosen wieder runterbringen, daß wir tatsächlich im Schnitt etwa ein solches Wachstum brauchen. Das ist sehr schwer. Ich würde aber auch nicht empfehlen, das als Ziel in Prozentsätzen auszudrücken. Wir müssen nur selber wissen, wie groß die Schwierigkeit ist.

Gradl: Herr Vorsitzender, ich möchte zwei Bemerkungen machen. Die eine: Es ist vorhin gesagt worden, auch von Eugen Gerstenmaier, es wird sehr darauf ankommen, wie der erste Auftritt des neuen Kanzlers im Bundestag auf die Öffentlichkeit wirkt. Dies ist eine Frage der Anlage der Ausführungen, aber es kommt auch darauf an, daß mit der ersten Aussage wir mit Erklärungen verbunden werden, aus denen der normale Bürger sehen kann, die tun wirklich etwas, sie sind jetzt dran und sie handeln. Wir haben in Berlin am Freitagabend in der „Berliner Abendschau“ eine Umfrage auf den Straßen gehabt, nach dem Eindruck, den die Leute von dem Geschehen den Tag über hatten. Der Sprecher hat mit Recht hinzugefügt, dies ist natürlich in keinsten Weise eine verbindliche Feststellung der Meinung der Bevölkerung. Aber es war kennzeichnend, was ganz verschiedene Typen gesagt haben: Alle waren darauf aus, erstens Neuwahlen und zweitens, nun muß wirklich etwas geschehen. Die Frage ist, die ich hier überhaupt nicht beantworten kann, aber die Sie beantworten müssen an dem Tag, an dem Sie im Bundestag reden: Was können Sie signifikant planen, damit die Leute merken, aha, tatsächlich, es geschieht etwas. Hier ist angesprochen worden die Frage der Ausländer. Natürlich ist das ein Problem, das sofort verstanden wird, wenn es angesprochen wird, weil die Leute empfinden, da wird neue Arbeitslosigkeit mit jedem Mann, der hierherkommt, ins Land gebracht. Es gibt das Thema der Karenztage, also der nichtbezahlten Krankheitstage am Anfang, aber für alle und nicht nur für die, die in der Versicherung sind. Und solche Dinge. Ich will nur deutlich machen, die Menschen müssen das Gefühl bekommen, die haben jetzt lange gewartet, die wissen, daß Sie seit langem auf diesen Tag aus sind, Sie müssen sich überlegt haben, was Sie erklären, und dies muß schon am Anfang in einigen beispielhaften deutlichen Aussagen zusammengestellt werden.

Für unseren Erfolg dieser sehr schweren Politik, die wir vor uns haben, werden wir auch auf die Gewerkschaften angewiesen sein. Sie wissen alle, was dieser Helmut Schmidt mit seinem Bündnis mit den Gewerkschaften gemacht hat. Ich brauche ja hier niemanden zu erzählen, wie schwierig das sein wird, insbesondere, wenn man an ganz bestimmte Gewerkschaften denkt. Dennoch muß versucht werden, in einer sehr seriösen und gediegenen Weise mit einsichtigen Gewerkschaftern, die es ja auch gibt, in Fühlung zu kommen, gerade wenn wir beweisen wollen, daß wir an die soziale Gerechtigkeit denken, um zu demonstrieren, daß wir mit den Gewerkschaften auch eine gute, gedeihliche Zusammenarbeit im Interesse des Ganzen aushandeln. Das wird vielleicht seine Zeit dauern, aber es muß deutlich werden, die Gewerkschaften sind in unserem Verständnis nicht Gewerkschaften der SPD, sondern der Allgemeinheit.

Geißler: Es ist im Grunde genommen das Wichtigste und Notwendigste gesagt worden. Ich möchte auf einen Punkt aufmerksam machen, der in der Diskussion in der Partei bis heute noch eine Rolle spielt, nämlich die Frage, die immer wieder gestellt wird von den Parteimitgliedern bis zu den Vorständen, wie wir das psychologisch verkraften können, jetzt eine Koalition mit der FDP einzugehen, die ja nun die ganze Zeit hindurch mitverantwortlich gemacht werden muß für das, was geschehen ist. Ich mache hier darauf aufmerksam, daß wir etwas auf jeden Fall tun können, nämlich das positive Element dieser geschichtlichen Entwicklung zu unterstreichen. Die demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik haben sich ja insoweit verändert, hatten sich verändert, gegenüber den fünfziger und den sechziger Jahren, wo die FDP nach der Generallinie vorging, wir machen eine Koalition mit der Partei, die aus den jeweiligen Wahlen als stärkste hervorgegangen ist. Diese Position hat die FDP verändert, spätestens seit 1969, als dieses fast ideologische Bündnis mit den Sozialdemokraten geschlossen worden ist. Daß die Freien Demokraten sich jetzt aus diesem Bündnis lösen und wieder normale demokratische Verhältnisse herstellen, daß jede demokratische Partei im Grunde koalitionsfähig ist mit der anderen, ist ein Prozeß, den wir unterstreichen sollten. Wir müssen allerdings auch in dem Zusammenhang, glaube ich, an die FDP appellieren – das ist mehr eine Diskussion von Partei zu Partei und keine Regierungsfrage –, daß zumindest von ihrer Seite her das wieder möglich ist, was zum Beispiel in den fünfziger oder sechziger Jahren, Mitte der sechziger Jahre, als ich Landesvorsitzender der Jungen Union war, selbstverständlich gewesen ist, daß zum Beispiel die Jugendorganisationen von CDU und FDP wenigstens zwei- oder dreimal im Jahr gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt haben, zum 17. Juni oder zum 20. Juli oder gemeinsame Fahrten gemacht haben. Das ist ja alles seit 1969 nicht mehr möglich und hat mit dazu geführt, daß sie den Grundkonsens der Demokraten doch weitgehend verloren haben. Daß dies jetzt wieder verändert wird, scheint mir eine positive Entwicklung zu sein, mit der wir auch unsere Parteifreunde überzeugen können.

Ich mache dann noch auf Folgendes aufmerksam, ich glaube, es ist ganz gut, wenn man das jetzt schon sagt. Wenn wir Neuwahlen bekommen im ersten Quartal des nächsten Jahres, dann beginnt die Vorbereitung für diese Bundestagswahl unmittelbar in den nächsten Wochen. Zum Beispiel, ich mache nur darauf aufmerksam hier im Bundesvorstand, läuft das Mandat dieser Delegiertenversammlungen, die die letzten Bundestagskandidaten aufgestellt haben, ab. Es müssen also zum Beispiel dort, wo nicht Mitgliederversammlungen die Kandidaten wählen, sondern wo Delegiertenversammlungen gewählt werden müssen, diese Delegiertenversammlungen neu gewählt werden. Also die alten

Delegiertenversammlungen haben nach dem Bundeswahlgesetz kein Mandat mehr, um die neuen Bundestagswahlkandidaten aufzustellen. Wir haben also relativ kurze Fristen, es sind maximal sechs Monate, und die Vorbereitung der Bundestagswahl beginnt schon vom Organisatorischen her in den Kreisverbänden in den nächsten Wochen. (*Biedenkopf*: Darf ich dazu eine Zwischenfrage stellen? Wie ist denn das, kann man die neuen Delegierten für die Bundestagswahl schon wählen, ehe überhaupt feststeht, daß es eine Bundestagswahl geben wird? – *Unruhe. Diskussion.*) Ja, das können Sie. Nach dem Bundeswahlgesetz ist es so, ich darf das mal kurz sagen, die Bewerber und die Vertreter für die Vertreterversammlungen werden in geheimer Abstimmung gewählt. Die Wahlen dürfen frühestens 32 Monate, für die Vertreterversammlungen frühestens 23 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages stattfinden. Da der Deutsche Bundestag am 4. Oktober 1980 gewählt worden ist, können wir praktisch ab 4. Oktober 1982 wählen. (*Biedenkopf*: Okay, danke schön.)

Wex: Herr Vorsitzender, ich möchte auf den Ausgangspunkt Ihrer Einführung zurückkommen. Sie haben von einer fairen Partnerschaft gesprochen, und diese faire Partnerschaft beinhaltet natürlich mehrere Komponenten. Einmal die sachlichen Komponenten, einmal die Frage des Behandeln, aber sicher auch die psychologischen Komponenten. Es ist natürlich in den letzten Tagen auch klargeworden, daß, ohne daß man daraus einen Vorwurf machen kann, viele bei uns auch aus den Erfahrungen mit der FDP natürlich gesagt haben, nun ist es soweit und jetzt kommen sie. Ich bin der Meinung, daß wir nicht nur sagen dürfen, wir können jetzt nicht anders, sondern faire Partnerschaft beinhaltet auch, wir wollen aus Gründen der Chance, die wir gemeinsam haben, auch dieses jetzt nicht nur für eine Übergangszeit, sondern wir wollen, wie Herr Kiesinger vorhin gesagt hat, auch die Möglichkeit schaffen, daß hier ein neuer gemeinsamer geistiger Grundsatzzpunkt geschaffen wird. Wir haben hier viel gesprochen davon, wie das damals gewesen ist, als die FDP zur SPD gegangen ist. Da konnte sie anders, aber, wenn wir jetzt sehen, daß im Lande – im Ruhrgebiet war das am Ende der Woche – das Stigma „Verräter“ auf den Straßen eine ganz große Rolle spielt, dann müssen wir von uns aus auch versuchen, das aufzuarbeiten im Sinne dessen, daß wir nicht nur sagen, realistisch können wir jetzt nur mit der FDP, sondern daß daraus eine positive Betonung gemeinsamen Wollens entsteht. Ich glaube, daß das psychologisch ganz wichtig ist für das, was wir jetzt vor uns haben, nicht nur, daß wir jetzt keinen anderen Weg gehen können, sondern daß wir Inhalte haben, die auf diesem Weg tragen über eine kurze Zeit hinaus. Ich weiß, daß das sehr schwer ist bei den vielen Erfahrungen, die wir alle gemacht haben. Aber ich denke, daß diese psychologische Komponente gerade bei den Menschen, die auf dem Wege zu uns sind, auch bei der Arbeiterschaft, einen ganz wichtigen ausschlaggebenden Punkt bringt. Auch gerade, was wir jetzt in den letzten Tagen im Ruhrgebiet erlebt haben.

Kohl: Herr Radunski, lesen Sie mal bitte vor, was gerade aus München kommt.

Radunski: Die CSU in München hat einen Beschluß gefaßt, der drei Punkte beinhaltet. Zum ersten wird der Landesgruppe im Bundestag empfohlen, das konstruktive Mißtrauensvotum gegen Helmut Schmidt zu unterstützen. Ziel seien daneben auch noch Neuwahlen noch in diesem Jahr, heißt es wörtlich. (*Kohl*: Könnt Ihr bitte zuhören!) Zweitens, der Nachtragshaushalt 1982, der Haushalt 1983 und andere Beschlüsse sollen zurückgezogen werden. Drittens, bei Bildung einer Übergangsregierung wie bei einer Regierung nach Neuwahlen, so heißt es in dem Beschluß, wolle, jetzt Zitat, „die CSU entsprechend

dem politischen Gewicht und der Befähigung ihrer Politiker berücksichtigt werden.“
(*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, damit das klar ist, ich denke nicht daran, eine Übergangsregierung zu bilden. (*Beifall.*) Das stört mich aber nicht weiter, obwohl es völlig unnötig ist. Ich darf noch einmal zusammenfassen, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe. Sie haben also beschlossen, daß sie das konstruktive Mißtrauensvotum unterstützen. Das ist eigentlich selbstverständlich. Zweitens, sie haben beschlossen, was die Haushalte betrifft, daß die jetzigen Haushalte so nicht sein können, auch das ist eine Selbstverständlichkeit; wir wollen ja auch nicht. Wie man das technisch macht, muß man überlegen. Da brauchen wir uns jetzt noch nicht festzulegen, aber de facto läuft es ja auf ein quasi Zurückziehen hinaus oder auf ein Umformulieren aufgrund der bestehenden Gegebenheiten, wobei zum Haushalt ja die flankierenden Gesetze gehören; das ist auch klar.

Dann ist der dritte Punkt, daß die CSU entsprechend ihrer politischen Stärke und der Begabungen ihrer Mitglieder, die sie zur Verfügung stellt, Ansprüche stellt. Die sind seit 1949 in vielen Koalitionsverhandlungen erprobt worden, und das ist also insofern nichts Neues. Die Sache mit dem Wahltermin in diesem Jahr ist natürlich ein Punkt, nachdem man das jetzt so gesagt hat, aber wir werden halt nachher dann unsere Meinung dagegenstellen. Ganz einfach. (*Albrecht:* Das mit den Begabungen ist ja ausgesprochen ...) Ja, wer will denn bestreiten, daß in der CDU/CSU nicht die Begabungen sprießen, Ernst? Ich habe in den letzten 48 Stunden so viele Begabungen entdecken können wie selten zuvor und bin völlig beglückt über diese Entwicklung. Aber das ist doch alles nichts Neues. Also in der Sache ist der Begriff „Übergangsregierung“ problematisch, aber das muß man halt ertragen, wir dürfen uns da jetzt auch nicht so oder so provozieren lassen.

Ich schlage vor, wir haben da jetzt natürlich noch Korrekturen, aber Heiner Geißler soll mal den Duktus der Erklärung vortragen. Jetzt machen wir aber bitte keine Redaktionskommission, sondern versuchen, zuzuhören und das Meisterwerk zu vollbringen, zu speisen ohne Krach. Es ist ja viel einfacher zu schweigen, wenn der Mund voll ist.

Geißler: Es sind noch ein paar Korrekturen inzwischen bereits vorgenommen worden, ich werde die inhaltlich hier auch vortragen. Also, zunächst die Feststellung:

„Parteipräsidium und Bundesvorstand der CDU haben auf ihrer heutigen Sitzung den Bericht des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl über die politische Lage nach dem Zerfall der Koalition zwischen SPD und FDP entgegengenommen. Parteipräsidium und Bundesvorstand haben einstimmig beschlossen, Helmut Kohl zum Kanzler einer neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP“ – das muß aber heißen „zu nominieren“, nicht „zu wählen“.

„Die SPD/FDP-Koalition ist beendet, sie ist gescheitert an der inneren Zerrissenheit der SPD. Die Regierung Schmidt hat unser Land in schwere Krisen treiben lassen. Am Ende der Regierung Schmidt ist die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland ins Zwielficht geraten und der Verteidigungswille geschwächt, wächst der staatliche Schuldenberg von Tag zu Tag, nimmt der Steuer- und Abgabendruck ständig zu, sind die Staatsfinanzen zerrüttet und steigt die Zahl der Arbeitslosen noch immer an. Deutschland braucht jetzt einen neuen Anfang. Eine handlungsfähige Regierung aus CDU/CSU und FDP gibt den Menschen wieder begründete Hoffnung auf politische und wirtschaftliche Stabilität sowie auf die Sicherung des sozialen Friedens durch soziale Gerechtigkeit. Wir

dürfen keine Zeit verlieren. Die CDU schlägt deshalb folgenden Terminplan vor, damit es bald wieder aufwärtsgeht.“ (*Unruhe. Diskussion.* – Kohl: Zeitplan, nicht Terminplan.)

„Erstens, wir brauchen unverzüglich eine handlungsfähige Regierung. Ein Minderheitskabinett Schmidt bedeutet monatelange Unsicherheit. Deshalb lehnt die CDU Neuwahlen unter dem jetzt noch amtierenden Minderheitskanzler Schmidt ab. Der neue Bundeskanzler muß möglichst rasch gewählt und die neue Bundesregierung möglichst schnell gebildet werden.“ (*Unruhe. Diskussion.* – Kohl: Nein, der Negativsatz, was habt Ihr gemeint damit? – *Unruhe. Diskussion.*) Vielleicht kann man das überhaupt streichen, denn wir kommen ja noch zu den Neuwahlen. Also, dann streichen wir den Satz mit den Neuwahlen ganz.

„Zweitens, die Regierung Kohl wird unser Haus wieder in Ordnung bringen. Sie wird eine Politik der aktiven Friedenssicherung betreiben, die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland in der Welt wiederherstellen. Sie wird einen soliden Haushalt für 1983 mit den notwendigen Sparmaßnahmen verabschieden, die Wirtschaft ankurbeln und so die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Drittens, wir wollen Neuwahlen. Nachdem die neue Regierung Kohl ihr Programm verabschiedet hat, soll sie sich im ersten Quartal 1983 der Abstimmung der Wähler stellen.“ (*Albrecht: Können wir mal hier eine Pause machen? Helmut, da habt Ihr zu viel auf der Schippe, was Ihr alles in dieser kurzen Zeit machen werdet, das geht nicht.* – Kohl: Ja, laß mal erst weiterlesen, das können wir ja dann noch.) Ja, im Punkt 2? (*Albrecht: Also, Bündnisfähigkeit herstellen bis also die Wirtschaft wieder flottmachen, das ist alles nicht so kurzfristig zu machen.*) Gut, ich lese mal weiter vor.

„Die SPD blickt zurück und sucht Sündenböcke für ihr Scheitern. In Wirklichkeit hatte der Bundeskanzler schon seit Ende 1980, spätestens seit dem Münchner SPD-Parteitag in der eigenen Partei die Mehrheit für seine Politik verloren. Die Handlungsunfähigkeit der Regierung Schmidt hat ihre eigentlichen Ursachen in der Spaltung der SPD, in einem immer schwächer werdenden Flügel der klassischen Arbeiterpartei, einer immer stärker werdenden marxistischen Gruppe und einer neutralistischen alternativen Bewegung unter Anführung von Erhard Eppler. Die Freien Demokraten haben aus dieser unhaltbaren Situation innerhalb der Koalition die politisch notwendigen Konsequenzen gezogen.

Die CDU blickt nach vorn, entschlossen, Frieden und Freiheit aktiv zu sichern, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, die Offensive für den wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, bei den notwendigen Sparmaßnahmen Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben und so den sozialen Frieden zu erhalten, der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen zu schaffen und unserer Gesellschaft eine menschliche und überschaubare Ordnung zu geben.“ Das sind die vier Punkte aus dem Leitantrag. „Die CDU/CSU hat in den Jahren 1949 bis 1969 gezeigt, daß sie in der Lage ist, schwierige Situationen zu meistern. Heute stehen wir vor einer ähnlichen Herausforderung. Wir werden diese Herausforderung bestehen.“

Kohl: Also, das Ding ist natürlich zu lang. Können wir nicht so verfahren, daß wir abschließen mit dem Punkt, wo der Zeitplan angesprochen ist? Und dann vielleicht noch einen Schlußsatz, wo ein bißchen das Optimistische reinkommt? Dann ist das, was Ernst als Zwischenruf gemacht hat, schon erledigt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dregger: Kürzer, knapper und mit dem Thema beginnen jeweils, das den Leuten auf den Nägeln brennt. Das ist nicht die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, die zwar ungeheuer wichtig ist, sondern das ist Massenarbeitslosigkeit usw. Ich würde Folgendes machen: „Helmut Schmidt ist gescheitert. Er ist im Parlament ohne Mehrheit. Er hat unser Land in Massenarbeitslosigkeit, astronomische Staatsverschuldung geführt, bei leergeräumten Staatskassen. Als erstes braucht die Bundesrepublik jetzt einen Kanzler, der eine Mehrheit hat, damit diese neue Mehrheit die schwierigsten Probleme in Angriff nehmen kann.“ Wir müssen ja erklären, warum wir nicht sofort Neuwahlen machen. Und das Dritte: „Sobald diese neue Mehrheit gebildet ist, die neue Regierung gebildet ist und die neue Regierung ihre ersten Schritte getan hat, werden wir Neuwahlen machen.“ Etwa in diesem Duktus.

Kohl: Herr Dregger, bis auf einen Punkt habe ich keinen Einwand. Ich bin strikt dafür, daß wir Punkt 1, Frieden, Freiheit und Sicherheit, belassen, denn bei allen Sorgen, die wir in der Innenpolitik haben, ist das der kardinale Punkt deutscher Politik. (*Dregger:* Aber nicht für den Opel-Arbeiter.) Ja, Entschuldigung, der Opel-Arbeiter muß beides sehen, und wir können jetzt hier nicht nur ganz vordergründig den Wahlkampf sehen. Für mich ist das der zentrale Punkt, um den es geht; es ist nämlich alles umsonst für den Opel-Arbeiter, wenn der Friede und die Freiheit nicht erhalten bleiben. Und deswegen laßt doch den Punkt, das ist doch unumstritten, ich halte das auch wichtig als Bindeglied für die FDP, die hat die Begründung auch, aber das ist ja gar kein Gegensatz, das ist ja eine Selbstverständlichkeit.

Geißler: Darf ich hier nochmal was sagen, Herr Dregger, es sind genau die Punkte in der Reihenfolge hier aufgeführt.

Stoltenberg: Es muß gerafft werden, da besteht Einvernehmen. Es muß sprachlich und begrifflich verbessert werden, es ist doch ein bedeutendes Dokument jetzt im Ablauf der Geschehnisse, die vor uns liegen. Und ich halte die Formulierung von Alfred Dregger sprachlich für besser. Also wissen Sie, mit „Wirtschaft ankurbeln“ und so, den Begriff können manche Leute nicht mehr hören, ich auch nicht. Als ob da eine Kurbel ist. Also, die ganze sprachliche Wortwahl muß verbessert werden.

Aber eines, Helmut, deswegen habe ich mich gemeldet, ist mir wichtig. Nachdem wir also jetzt leider in einem anderen Dokument den Begriff „Übergangsregierung“ gehört haben, muß in Verbindung mit der Begründung, warum jetzt eine neue Regierung gebildet wird, klargemacht werden, daß dies der Auftakt ist für eine Politik, die über viele Jahre hinweg von diesen politischen Kräften unter Helmut Kohl das Schicksal unseres Landes gestaltet. (*Beifall.*) Wir können ja nicht in eine Diskussion mit unseren Freunden über den Begriff jetzt öffentlich eintreten, aber es muß vollkommen klar sein in der prinzipiellen Begründung des Neubeginns mit dieser Koalition, daß wir natürlich die Neuwahlen wollen, aber daß dies ein Neubeginn ist mit dieser Regierung, der über viele Jahre hinweg die großen Probleme unseres Landes kontinuierlich lösen muß. Das halte ich für ganz wichtig.

Kohl: Also, ich mache jetzt folgenden Vorschlag, ich habe ja eine Reihe Kollegen noch gebeten, nachher da zu bleiben, aus anderen Gründen. Ich möchte jetzt hier die Sitzung abbrechen und schlage vor, daß Heiner Geißler, Gerhard Stoltenberg und Alfred Dregger sich noch einmal hinsetzen. (*Dregger:* Ich würde das gerne machen, aber ich muß jetzt

weg.) Dann muß ein anderer noch dazu, Lothar, machst Du das dann? Daß wir uns dann treffen um 13.45 Uhr und dann den Text noch einmal angucken.¹⁴

Wie wichtig der letzte Hinweis von Gerhard Stoltenberg ist, ergibt sich aus der dpa-Meldung, die im Moment läuft. Da heißt es: „Der CSU-Landesvorstand hat sich am Montag einstimmig für Neuwahlen zum Deutschen Bundestag noch in diesem Jahr ausgesprochen. Wie der CSU-Vorsitzende Strauß nach einer Sondersitzung des Führungsgremiums in München weiter mitteilte, sollten die Koalitionsverhandlungen mit der FDP unter diesem Vorbehalt geführt werden. Die Forderung nach Neuwahlen noch in diesem Jahr sei nicht verhandlungsfähig, erklärte Strauß. Reden“ – und das ist jetzt das genaue Gegenteil von dem vorher Gesagten – „könne man lediglich über einen Termin Ende November oder Anfang März.“ (*Unruhe. Diskussion.*) Ich verstehe das nicht, vielleicht ist es auch verdruckt. „Der CSU-Landesvorstand empfahl den CSU-Abgeordneten im Bundestag über ein konstruktives Mißtrauensvotum die Regierung von Bundeskanzler Schmidt unverzüglich abzulösen. Strauß sprach sich dafür aus, den Haushalt 1983 erst nach den Neuwahlen zu verabschieden. Die Übergangsregierung könne jedoch bereits mit der Überarbeitung des Haushalts für 1983 beginnen.“ (*Unruhe. Diskussion*)

Also ich schlage vor, daß wir jetzt hiermit enden, bedanke mich für Ihr Engagement und bitte die Kollegen dann zu dem eben genannten Zeitpunkt zur Verfügung zu sein. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, Moment, ich möchte aber nochmal über das Prinzipielle abstimmen lassen, wir sind noch nicht soweit. Bitte?

Stoltenberg: Da warten draußen jetzt 50 Journalisten, wir müssen jetzt draußen alle das nicht kommentieren, was aus München gekommen ist.

Kohl: Ja, zunächst einmal bitte ich dringend darum, daß überhaupt keiner eine Erklärung oder etwas abgibt, sondern daß wir sagen, wir haben gerade eine Erklärung beschlossen und die wird jetzt abgeschrieben und dann der Presse gegeben. Es kann nicht jeder eine Erklärung abgeben. Ich will aber formell abstimmen lassen, und zwar sind ja ein paar Punkte hier enthalten: Erstens der Punkt, was den Personalvorschlag betrifft, zweitens der Punkt, was den Zeitplan betrifft. Alle anderen Punkte ergeben sich ja logisch aus dem hier Gesagten. Sind sie mit dem Verfahren einverstanden? (*Unruhe. Diskussion.*) Ich will jetzt nicht die semantischen Probleme hier ansprechen, sondern die inhaltlichen. Gibt es noch Wortmeldungen zum Inhaltlichen? Das ist nicht der Fall. Wer dann für den vorgeschlagenen Weg ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Enthaltungen? Dann ist das einstimmig so beschlossen, ich bedanke mich und schließe die Sitzung. (*Beifall.*)

14 UiD vom 23. September 1982: „Bereit zur Übernahme der Regierung“.

Bonn, Montag 27. September 1982

Sprecher: Albrecht, Biedenkopf, von Bismarck, Blüm, Dregger, Geißler, Herzog, Kohl, Neumann, Pieroth, Schwarz-Schilling, Späth, Stoltenberg, Bernhard Vogel, Waffenschmidt, Wallmann, Wissmann, Wörner, Worms, Zeitel.

Politische Lage nach der Landtagswahl in Hessen.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne unsere heutige Bundesvorstandssitzung und darf Sie alle sehr herzlich begrüßen. Mein ganz besonderer Gruß gilt unseren Freunden aus Hessen, allen voran Alfred Dregger. (*Beifall.*) Lieber Herr Dregger, wir haben gemeinsam mit Ihnen in den letzten Monaten, in den letzten Wochen bis zum gestrigen Tag in Hessen gekämpft. Wir haben gemeinsam mit Ihnen und allen hessischen Freunden die Erwartung auf ein sehr gutes Wahlergebnis¹ gehabt und hatten allen Grund dazu, und wir haben gemeinsam mit Ihnen am gestrigen Abend auch die Nachrichten erfahren, und diese Stunden durchlitten. Das erste, was ich Ihnen sagen möchte, ist ein Wort des Dankes und des großen Respekts für die menschlich respektable, noble und beispielhafte Haltung, die Sie gezeigt haben. (*Beifall.*) Jeder von uns, der dies schon einmal erlebt hat, weiß, daß es sehr viel einfacher ist, als strahlender Wahlsieger vor eine Kamera zu treten, als einer, der für eine Wahl-niederlage steht. Die Art, wie Sie das getan haben, ist hoffentlich stilbildend für die deutsche Politik. Das ist keine parteipolitische Frage, daß hier einfach einer steht, der auch in dieser Stunde seine Identität nicht verliert, nicht aufgibt. Ich bin sicher, das gehört auch in ein solches Gespräch, und ich habe das gespürt bei anderen hier in Bonn, die nicht unserer Union angehören, sondern in wichtigen Funktionen in anderen Parteien tätig sind, daß die Art, wie Sie standen und wie Sie stehen, zu den Lichtpunkten gehört, die nach vorn weisen, so bedrückend für uns und für Sie die Stunde war und ist nach dieser Wahl-niederlage. Es gibt ja keinen Zweifel, das ist eine Wahl-niederlage für uns. Ich füge hinzu, ich gehe davon aus, daß auch nach dem Entschluß, den Sie getroffen haben, vom Vorsitz des Landesverbandes zurückzutreten, wir gemeinsam in Bonn, wie ich hoffe, noch in guten und langen Jahren in wichtigen Bereichen deutscher Politik gemeinsam – ich meine wir hier in der Führung der CDU Deutschlands – zusammenarbeiten können. Bitte vermitteln Sie heute mittag unseren Freunden aus dem Landesverband, der sich in einer außerordentlichen Landesausschußsitzung in Gießen zusammenfindet, unsere ganz besonders herzlichen Grüße, unsere Dankbarkeit für den Einsatz und unsere Solidarität in diesem Augenblick, und ich will noch hinzufügen, ich bedanke mich besonders auch für

1 Wahlergebnis vom 26. September 1982: CDU 45,6 (1978 46,0), SPD 42,8 (44,3), Grüne 8,0 (GHL 1,1), FDP 3,1 (6,6), Wahlbeteiligung 86,4 (87,7) Prozent.

Ihre Mithilfe in den eineinhalb Jahrzehnten im Amt des Landesvorsitzenden der hessischen CDU.

Meine Damen und Herren, ich möchte eigentlich jetzt für einen Moment unterbrechen, Alfred Dregger das Wort geben, und dann anschließend zur übrigen Lage, zu den wichtigen Dingen, die wir heute zu besprechen haben, meine Ausführungen machen.

Dregger: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Vorsitzender, und bei Ihnen allen für die Solidarität im Wahlkampf und auch in der Wahlnacht und heute. Ich will nur einige wenige Bemerkungen machen, da es sehr wichtig ist und um den Landesverband geht, der seit 35 Jahren in der Opposition ist und seit 15 Jahren große Wahlerfolge hat. Die Wahlerfolge haben bei einigen den Eindruck erweckt, Hessen sei nun zu einem Stammland der CDU geworden. Das ist immer noch nicht der Fall. Die Wahlbeteiligung spielt bei uns eine große Rolle. Wenn Sie über 90 Prozent liegt, können wir nicht einmal die relative Mehrheit erhalten. Bei allen Bundestagswahlen ist die SPD in der Vergangenheit Nummer 1 gewesen. Wenn die Wahlbeteiligung bei 85 Prozent liegt, können wir, wenn wir gut sind, die relative Mehrheit bekommen. Das ist jetzt dreimal bei Landtagswahlen hintereinander gelungen. Absolute Mehrheiten kann es bei uns nur geben, wenn die Wahlbeteiligung deutlich unter 80 Prozent liegt. Das war bei den Kommunalwahlen 1977 und 1981 der Fall, wo viele Genossen zu Hause geblieben sind, weil sie über ihre Partei in Bonn verärgert waren, es keine Motivation für sie gab, sich deshalb trotzdem anders zu verhalten.

Wir haben bei den beiden letzten Landtagswahlen absolut Stimmen gewonnen, 1978 46.600, jetzt nur 4.000. SPD und FDP haben bei dieser Wahl verloren, die SPD 32.700, die FDP 118.000, sie ist ja halbiert worden. Wir konnten den Abstand zwischen uns als stärkste Fraktion und der SPD als zweitstärkste vergrößern bei dieser Wahl, von 1,7 auf 2,8 Prozent. Im Hinblick auf die Wahlbeteiligung war es für die SPD wichtig und für uns schädlich, daß es zweimal gelungen ist, die Hessenwahl zu einer kleinen Bundestagswahl umzufunktionieren. 1978 ging es um die Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat, angeblich um den Sturz der Bundesregierung und um den lieben Bundespräsidenten Scheel, der gefährdet würde von Herrn Carstens, wenn die Hessen nicht richtig wählten, und schließlich um die Frage, ob denn nun der Herr Strauß der Kanzlerkandidat sein würde oder irgendein anderer. Unter dieser Großwetterlage fand die Wahl 1978 statt. Jetzt, 1982, hatten wir zum erstenmal die Chance, allein die absolute Mehrheit zu erhalten. Die Genossen waren frustriert, sie waren wütend auf ihre Partei, zum erstenmal zogen die Hessen als liebsten Ministerpräsidenten Dregger dem Börner vor, was mich am meisten überrascht hat; die Demoskopie war in jeder Hinsicht eindeutig. Und dann kam das, was Sie alle erlebt haben in den letzten zehn Tagen, dann kam es knüppeldick. Da war zunächst das Lambsdorff-Papier, das inhaltlich instinktos und in der Wahl des Zeitpunkts ein schwerer politischer Fehler war, dann kam die Reaktion des Kanzlers, die ja rhetorisch brillant war, die brutal war in der Wahl der Mittel, Weghacken von FDP und CDU, der Lambsdorff hat es nicht richtig im Kopf und anderes mehr, und Verrat in Bonn. Sie war hoch emotionalisierend. Und dazu kam vor allem ein Bild der beiden Unionsparteien in ihrem Verhältnis zueinander, das nicht gerade ermutigend war, neben dem Bild von der FDP. Da wurden so wichtige und vordringliche Fragen geklärt, ob die CSU nur vier oder drei Minister haben, und ob Zimmermann nun unbedingt Innenminister oder Verteidigungsminister werden mußte. Das mußte ja alles noch vor der Hessenwahl schnellstens

geklärt werden. Wir haben das zwar nicht so verstanden und unsere Wähler leider auch nicht, aber alles zusammen, glaube ich, hat nun dieses Ergebnis erbracht.

Ich trete vom Vorsitz eines Landesverbandes zurück, der solidarisch, ohne jede Personalquerele und in großem Eifer, ohne daß man Pfründen verteilen konnte, gearbeitet hat. Ich bin ganz sicher, daß dieser Landesverband einen hervorragenden Vorsitzenden erhalten wird. Jetzt war es Zeit, eine neue Perspektive zu geben, die nur ein neuer Vorsitzender geben kann. Ich bedanke mich noch einmal für Ihre Sympathie und Unterstützung. *(Beifall.)*

Kohl: Ja, meine Damen und Herren, bei der Würdigung dieses Wahlergebnisses muß man sich natürlich darüber im klaren sein – Alfred Dregger hat das herausgestellt –, daß das sicherlich seit Jahrzehnten die am meisten emotionalisierte Wahl war. Es gibt kaum, jedenfalls in meiner Erinnerung, einen zweiten Wahlkampf, in der das politische Großklima so total emotionalisiert war. Der Begriff des Verrats, der ja in der deutschen Sprache und im deutschen Denken ein ganz besonderes Gewicht hat, hat in diesem Wahlkampf in den letzten Tagen eine ganz ungeheure Rolle gespielt. Und wer über zukünftige Entwicklungen nachdenkt, muß wissen, daß, solange Schmidt im Amt ist, der Begriff des Verrats natürlich weiterwirkt, daß diese Welle weiter fortgesetzt werden kann.

Wir stehen heute vor einer Reihe sehr wichtiger Entscheidungen. Wir haben uns bemüht, alle, die mitgeholfen haben, ich nenne allen voran Gerhard Stoltenberg, Norbert Blüm und andere, in den letzten Tagen vor dieser Wahl in Hessen, bei dem, was in Bonn zu tun war, selbstverständlich Rücksicht zu nehmen auf die hessische Wahl. Aus unserem Kreis sind keine Indiskretionen passiert und Papiere verteilt worden, die übrigens zum großen Teil der wahren Beschlußlage in den Koalitionsgesprächen gar nicht entsprechen. In unserem Bereich sind auch keine Personalien erörtert worden. Ich bin zwar sofort dazwischen gegangen, aber ich konnte andere nicht hindern, über Personalien öffentlich nachzudenken in einem Zeitabschnitt, wo diese Diskussion rundherum schädlich war. Es steht außer Frage, daß, wenn unsere beiden Partner in der Frage der Wahl des Kanzlers am vergangenen Freitag unserem Rat gefolgt wären, wir günstiger dagestanden hätten; das muß man objektiv sagen. *(Beifall.)* Es waren beide, die hier Probleme hatten unterschiedlicher Art. Es war natürlich ein Problem, daß wir unsere erste Zusammenkunft am vergangenen Montag, also vor acht Tagen, hatten, früher ging es ja nicht, und praktisch die Entscheidung, ob man am Freitag wählt, bis Dienstag vergangener Woche um 22 Uhr getroffen haben mußten, daß um 24 Uhr die Anträge in den Fächern lagen. So eine so kurze Frist gab es natürlich noch nie in der modernen Parlamentsgeschichte, und die wäre nur möglich gewesen, wenn alle Beteiligten nicht nur einen normalen guten Willen, sondern einen extrem guten Willen sofort bezeugt hätten, und man unverzüglich zur Tat hätte schreiten können. Stattdessen haben wir ja im Blick auf Termine und anderes sehr lange Zeit verbracht.

Denen, die nun über Wahltermine nachdenken – und das tun ja zur Stunde die Kollegen in der CSU in München und die Kollegen der FDP hier in Bonn –, will ich einfach sagen, wer jetzt in diesem Jahr wählen will, muß sehen, daß er unter den gleichen psychologischen Voraussetzungen im Prinzip wählt. *(Beifall.)* Das heißt, wenn Schmidt im Amt bleibt, bedeutet das, daß sozusagen die Verratskampagne von ihm noch sublimier auf der einen Seite in den Medien durchgeführt wird und auf der anderen Seite noch brutaler draußen im Lande vorgegangen wird. Es sind ganz bestimmte Kriterien im Tiefenpsycho-

logischen, wie sie schon einmal im Jahr 1972 in einer anderen Lage, aber immerhin in tiefenpsychologisch ähnlichem Feld gewirkt haben. Das heißt also, jeder, der jetzt über Termine nachdenkt, muß einfach wissen, daß, wenn jetzt Schmidt, was ich nicht ausschließe, einen neuen Anlauf macht, um zu einem Übereinkommen zu kommen, im Dezember genau unter den hessischen Bedingungen gewählt würde.

Es gibt ein paar fixe Größen, darüber muß man sich hier im klaren sein – wer anderer Meinung ist, soll das sagen, heute und hier –, daß erstens, wenn in diesem Jahr gewählt würde, die FDP mit absoluter Sicherheit den Bundestag nicht wieder erreichen würde. Und zum zweiten, daß mit absoluter Sicherheit die Grünen den Bundestag erreichen werden, d. h. daß drei Fraktionen auf alle Fälle dem nächsten Bundestag angehören. Das ist wichtig für die wahlgesetzliche Situation mit dem Bonus nach d'Hondt². Das heißt, es gibt dann im Prinzip keinen Bonus, es sei denn die FDP bleibt unter fünf Prozent mit der Marge wie in Hessen, auch die Rechts- und Linksradiكالen, so daß am Ende sich drei bis vier Prozent Stimmen nicht im Parlament wiederfinden und dann 96 Prozent der Mandatssitze von 100 Prozent der Wähler verteilt werden. In dieser Situation, darüber muß man sich im klaren sein, ist die Ausgangsposition mit Sicherheit nicht besser für eine Wahl jetzt als im Jahr 1976. Ich nehme bewußt diese Wahl mit dem besten Wahlergebnis, seit wir in Opposition sind. Wenn ich von dem 76er Wahlergebnis ausgehe, wissen Sie, welche Faktoren dabei mitgewirkt haben, und Sie wissen, daß wir dennoch unter der absoluten Mehrheit geblieben sind. Ich kann nur sagen, das ist für mein persönliches Verhalten absolut entscheidend.

Wir sind jetzt in dieser Stunde gerufen, das staatspolitisch Richtige zu tun, nicht das Parteipolitische voranzustellen. (*Beifall.*) Staatspolitisch halte ich es für eine blanke Katastrophe, wenn wir in das Jahr 1983, das Jahr des NATO-Doppelbeschlusses, um ein Beispiel zu nennen, hineingehen würden mit einer parlamentarischen Situation, die der Situation in Hessen und der Situation in Hamburg ähnelt, indem in der Tat Leute, die zum Teil in ihrem Denken außerhalb der parlamentarischen Demokratie Platz genommen haben, wie Teile der Grünen – nicht alle, aber Teile der Grünen –, dann ihre Politik betreiben. Wir sollten Willy Brandt dankbar sein, daß er gestern abend in der Debatte eigentlich in einer Deutlichkeit, die nicht mehr zu überbieten war, die Wahrheit gesagt hat, wobei für mein Gefühl bei Brandt deutlich spürbar war, daß er mit dem Ergebnis nicht sonderlich glücklich war. Ein anderes Ergebnis hätte ihm die Konstruktion, die ihm vorschwebt, erleichtert. Ich habe Ihnen den Text aus der gestrigen Diskussion hier vorlegen lassen; ich glaube, Sie haben ihn alle bekommen.³ (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn Sie diese nicht verfolgt haben, bitte ich, das doch jetzt einmal gleich zu lesen. Da ist der Schlüsselsatz in der Auseinandersetzung Brandt-Kohl, ich zitiere Brandt: „Politisch geht es darum, daß das, was jetzt an neuem Auftrieb im Gang ist, das muß fortgesetzt werden, indem sich die SPD, wo es geht, zusammenfindet mit den Sozialliberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern, die zeitweise irre geworden waren an der zerstrittenen Bonner

-
- 2 Victor d'Hondt (1841–1901), belgischer Rechtswissenschaftler. Er entwickelte einen Berechnungsmodus für die Verteilung der der Sitze in Vertretungskörperschaften bei der Verhältniswahl. Das Verfahren begünstigt in gewissem Umfang die größeren Parteien und trägt dadurch zur Stabilität bei.
 - 3 Fernsehdiskussion „Bonner Runde“ am 26. September 1982 mit Kohl, Brandt und Genscher, Fragesteller Friedrich Nowottny und Hans-Dieter Reiche (Text in ACDP Dokumentation Helmut Kohl – Interviews).

Koalition, und mit den vielen aus der Friedensbewegung, aus der Umweltbewegung, die eigentlich auch soziale Demokratie gestalten wollen.“ Das ist das, was er dann in der gleichen Diskussion ein Stück später als die neue Mehrheit bezeichnet hat, und das ist genau das, was uns jetzt bevorsteht für den Fall, daß die Sozialdemokraten die Gelegenheit bekommen, diesen Kurs durchzusetzen.

Wir haben in der vergangenen Nacht viele Gespräche geführt. Wir haben Gespräche geführt mit den Freunden in der CSU, und ich habe mit Franz Josef Strauß gesprochen, Heiner Geißler hat mit Stoiber gesprochen. Wir haben den Kollegen in der CSU sehr deutlich gesagt, daß der heutige Tag unter vielen Gesichtspunkten ein schicksalhafter Tag ist. Das Parteipräsidium hat eben hier einstimmig beschlossen als Empfehlung für den Bundesvorstand, daß wir dafür eintreten wollen, daß erstens die Koalitionsverhandlungen mit der FDP weitergeführt werden, am Freitag, dem 1. Oktober, Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt wird, und am 6. März die vorgesehenen Neuwahlen durchgeführt werden. Das Parteipräsidium erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die wirtschaftliche, die soziale und internationale Lage die rasche Bildung einer neuen, einer handlungsfähigen Regierung dringend notwendig macht. Wir hatten diesen Text an die Kollegen der CSU zu Beginn von deren Landesvorstandssitzung, kurz nach 10 Uhr, telefonisch durchgegeben. Wir haben, um noch den Zeitplan auch hier klarzustellen, vereinbart für heute nachmittag um 16 Uhr ein Gespräch mit den Kollegen der CSU; ursprünglich war dort die Fortsetzung der Koalitionsverhandlung geplant. Wir müssen auf alle Fälle untereinander noch ein Wort reden, bevor wir mit den Kollegen mit der FDP zusammentreffen. Der Plan war eigentlich der, und ist noch zur Stunde bei mir der, daß wir dann daran anschließend mit der FDP unsere Gespräche fortsetzen in die Nacht hinein mit dem Ziel, in den Sachpunkten, die jetzt möglich sind, zu einem Abschluß zu kommen, und mit dem weiteren Ziel, daß dann die FDP morgen um 10 Uhr ihren Bundesvorstand und ihre Bundestagsfraktion einberuft und dann alle Fragen diskutiert, um im Laufe des frühen Nachmittags uns das Ergebnis mitzuteilen. Und dieses Ergebnis muß natürlich dann enthalten, ob die FDP zu dem steht, was vereinbart wird, wenn es zu einer solchen Vereinbarung kommt. Das würde bedeuten, daß sie mit wählt, daß sie die eben genannten Daten, die wir ja Montag vereinbart haben, auch für die Zukunft akzeptiert, und das muß zum zweiten bedeuten, daß die FDP eine Verpflichtung eingeht über die Quote der zu erwartenden Stimmen. Die Quote der zu erwartenden Stimmen muß natürlich so in der Dimension sein, daß wir davon ausgehen können, daß auch ich davon ausgehen kann, daß am Freitag, wenn es zur Abstimmung kommt, dies eine erfolgreiche Abstimmung wird.

Bei den Gesprächen noch spät gestern abend mit den Kollegen und Freunden aus der CSU, ist deutlich geworden, daß sie die Nacht über und den heutigen Vormittag diskutieren wollen, ob man an dem bisherigen Zeitplan festhält. Ich habe in diesen Gesprächen keinen Zweifel darüber gelassen, will das auch hier deutlich sagen, daß, wenn wir am kommenden Freitag nicht zur Abstimmung kommen, wir nicht mehr zur Abstimmung kommen werden. Wenn wir am Freitag vertagen, bedeutet das natürlich de facto einen Zustand der Agonie der bundespolitischen Dinge mit einem irgendwie gearteten Auflösungszwang, am Ende dann zu Neuwahlen zu kommen, aber mit einer geschäftsführenden Regierung der SPD, mit einem amtierenden Bundeskanzler Schmidt, und mit der ganzen Möglichkeit, ich nehme meine Eingangsbemerkung auf, diese Kampagne, die jetzt geführt wurde, die totale Emotionalisierung fortzusetzen.

Liebe Freunde, ich bin mir auch darüber im klaren, daß das andere keineswegs einfach ist. Aber ich weigere mich strikt, jene pessimistischen Töne von vornherein zu akzeptieren, die sagen, wir bringen nicht die Kraft auf, die Dinge bis zum Anfang März, auch im Blick auf eine parteipolitische Chance, zu wenden. Wenn es wahr ist, was alle Welt sagt – und ich glaube, das ist wahr, dafür gibt es genug Hinweise –, daß der Erwartungshorizont für einen wirklich neuen Anfang da ist, daß die Leute bereit sind, wenn es einigermaßen gerecht verteilt wird, notwendige Opfer zu bringen, und wir dann, nach Abgabe der Regierungserklärung praktisch, ohne es öffentlich zu erklären und zu postulieren, aber de facto die Wahlkampfperspektive ins Auge fassen und den Wahlkampf beginnen, im Vorfeld, in den Gruppen, in allen Bereichen der Gesellschaft, dann traue ich uns durchaus die Kraft zu. Wir haben ja in schwierigsten Zeiten Kraft aufgebracht, ich erinnere nur an das Jahr 1980, wo die Zeichen im Juli so standen, daß wir bei 42 und die Sozialdemokraten damals bei 48 Prozent in dem demoskopischen Bild abkamen, und Sie kennen ja dann das Ergebnis, das zwölf Wochen später eintraf. Ich glaube, da gibt es schon eine Chance.

Der Punkt ist nur, und das sage ich mit aller Ruhe, aber auch mit allem Ernst, daß jetzt natürlich deutlich werden muß, daß die Partner wirklich partnerschaftlich zueinanderstehen. (*Einwurf.*) Ja natürlich, ich spreche von den Partnern. Das setzt voraus, daß jeder wissen muß, was er dem anderen zumuten kann. Und das setzt auch voraus, daß wir jetzt, wenn wir dies wollen, das Zeitziel akzeptieren und unverzüglich ansteuern.

Ich will ausdrücklich sagen, wir haben im zweiten Teil der letzten Woche ein ausgesprochen gutes Verhandlungsklima gehabt und sind zügig in schwierigsten Kapiteln vorangekommen, sehr zügig. Also, wenn man will, und das ist dreimal zu unterstreichen, kann man diese zugegebenermaßen schwierige Wegstrecke abschreiten und vorankommen. Aber es ist entscheidend, ob man jetzt will.

Mir scheint, es ist wichtig, auch im Blick übrigens auf die Landtagswahl in Bayern⁴ – denn zur Solidarpflicht gehört ja auch, an eine solche Landtagswahl in jeder Weise zu denken – möglichst rasch zum Handeln zu kommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es einen positiven Eindruck auf die Wähler in Bayern macht, wenn wir jetzt nach all dem, was wir gemeinsam verhandelt und erklärt haben, sozusagen eine Minute vor zwölf auf die Formel Schmidts eingingen, denn das würde mit Sicherheit als das Scheitern unseres Bemühens betrachtet. Damit das auch ganz klar ausgesprochen ist, dies ist keine persönliche Sache vom Helmut Kohl. Das ist eine Sache, ob die CDU/CSU nach dreizehn Jahren, zugegebenermaßen unter schwierigen Bedingungen, die innere Kraft aufbringt, das zu tun, um zu beweisen, daß sie handlungsfähig ist. (*Beifall.*) Alles andere wird für uns als ein Beweis von Nicht-Handlungsfähigkeit ausgelegt. Das Hickhack der letzten Tage hat hier weit mehr bewirkt als vieles andere. Denn der Erwartungshorizont für einen neuen Anfang ist im Land ja unvermindert klar.

Ich wäre sehr dankbar, wenn wir bei den jetzt gegebenen Zeitverhältnissen nicht lange weitere Erklärungen hören würden, sondern uns auf das Wesentliche konzentrieren, um was es jetzt hier geht. Und das Wesentliche ist, stehen wir jetzt zu dem vorgesehenen Aufbruch nach vorn, mit den eben genannten Daten, oder gibt es hier andere Meinungen dazu. Dann muß man das hier und jetzt austragen.

4 Am 10. Oktober 1982.

Geißler: Herr Vorsitzender, liebe Parteifreunde, ich glaube, daß der Weg klar ist. Wir befinden uns mitten in Koalitionsverhandlungen, die kurz vor einem, so wie die Dinge gesehen werden können, möglichen positiven Ergebnis stehen. Ich habe anderswo schon gesagt, die Situation ist vergleichbar mit der Fliegerei, wenn ein Flugzeug gestartet ist und eine gewisse Geschwindigkeit erreicht hat und man versucht, diesen Startvorgang abubrechen, stürzt dieses Flugzeug ab. Dies gilt nicht nur für die FDP, sondern das gilt selbstverständlich auch für dann notwendig werdende Neuwahlen. Und zwar vor der Jahreswende. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Termin vor Weihnachten ja ein relativ willkürlicher politischer Termin ist, Weihnachten ist ein Termin des Kirchenjahres und kein politischer Termin. Die Frage, ob es sich um Neuwahlen handelt, kann nicht davon abhängig gemacht werden, ob die Neuwahlen Mitte Dezember oder Ende Februar stattfinden.

Ich möchte aber auf drei Punkte aufmerksam machen: Der Umbruch auch für Hessen ist erfolgt einmal, das hat Alfred Dregger schon zu Recht gesagt, durch das Lambsdorff-Papier. Das Lambsdorff-Papier hat die Opel-Arbeiter, um ein Beispiel zu nehmen, wieder zu einem Teil in die Arme der SPD getrieben. Dies muß im Auge behalten werden für die Koalitionsverhandlungen. Das Lambsdorff-Papier hat auch deutlich gemacht, daß die Interessen der Freien Demokraten natürlich nicht die unsrigen sind, was die Wähler anbelangt. Die Liberalen haben eine ganz andere Interessenlage. (*Einwurf:* Ihre Interessen waren auch nicht gut gewahrt.) Ihre Interessen waren auch nicht gut gewahrt, nur das Lambsdorff-Papier macht klar, daß die Liberalen andere Schwerpunkte setzen werden in den Koalitionsverhandlungen, auch nach Bildung einer neuen Regierung und auch in der Regierungsarbeit selber. Ich glaube, das muß man immer klar im Kopf haben.

Zweitens, es waren natürlich Wahlen um die Person des Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Das Fazit daraus ist an sich logisch, durch das konstruktive Mißtrauensvotum am Freitag dieser Woche besteht natürlich die Möglichkeit, den Bundeskanzler als wesentlichen Faktor bei kommenden Wahlen auszuschalten, auch aus diesem Grund. Um diesen für die SPD positiven Faktor auszuschalten, müssen die Wahlen am Freitag durchgeführt werden.

Und drittens, die Irritationen der letzten Woche sind gravierender, als wir dies jetzt ausführen können. Die Bemerkung der Übergangsregierung war fast noch schlimmer als das, was von Alfred Dregger an Beispielen angeführt worden ist, weil dadurch der Eindruck erweckt worden ist, auch wenn es vielleicht gar nicht beabsichtigt war, daß die neue Regierung im Grunde genommen eine vorläufige Regierung ist und daß die zweite Regierung, die dann gebildet wird, unter einem anderen Vorzeichen steht.

Ich möchte hier meine Auffassung noch einmal klarmachen, daß jede Änderung des vereinbarten Zeitplans, von wem auch immer ins Auge gefaßt, ob von der FDP oder von anderen, die Verantwortung – das ist eine historische Verantwortung – dafür einschließt, daß die politisch gebotene Ablösung der SPD-Regierung, eines SPD-Kanzlers, durch eine Regierung, die von der Union geführt ist, dadurch verhindert wird. Das muß klar sein. Ich glaube auch, daß weiterhin unterstrichen werden muß, daß in dieser schwierigen Lage unser Land die Geschlossenheit braucht und die Handlungsfähigkeit der Unionsparteien. Und dies bedeutet die rückhaltlose Unterstützung von Helmut Kohl bei der Wahl zum Bundeskanzler am nächsten Freitag. Wenn dies nicht möglich wäre, das muß auch klar-

gemacht werden, würde dies zu unabsehbaren Konsequenzen für die Union und für die Bundesrepublik Deutschland führen.

Bernhard Vogel: Meine Damen und Herren, es liegt nahe, daß man zunächst etwas zu Hessen sagen möchte, wenn man gesehen hat, was unseren Freunden dort gestern durch das Ergebnis zugemutet worden ist. Ich will das aus Zeitgründen aber jetzt nicht tun, sondern ich will einen Satz sagen, der mir noch wichtiger ist. Das Zeichen des hessischen Wahlergebnisses ist innerhalb weniger Monate ein zweites Zeichen für drohende Unregierbarkeit. Und ich kann nur sagen, das gestrige Wahlergebnis signalisiert dem, der jetzt wählt, daß er möglicherweise einen Bundestag wählt, der keine regierbaren Mehrheiten hat. Und ich finde, das signalisiert, daß unsere Bevölkerung gegenwärtig sich in einer Verfassung befindet, wo unsere Aufgabe nicht nur ist, eine Unionsregierung zu bilden, sondern unsere Aufgabe ist, aufzupassen, daß innerhalb der deutschen Wählerschaft nicht mehr passiert als nur ein unsicheres, durch Tagesereignisse aus der Bahn zu schmeißendes Wählerverhalten. Deswegen ist meine Position in dieser Sache seit Bekanntwerden des Ergebnisses völlig klar. Für die ganze Bundesrepublik, nicht allein für unsere Partei, gibt es meines Erachtens jetzt eine Chance, diese Verunsicherung zu beseitigen, die Wahl eines Kanzlers, die Bildung einer Regierung und die Vorlage eines Konzeptes, wie man die Schwierigkeiten meistern kann. Und aus diesem Grund meine ich, daß das gestern Passierte uns ein zusätzliches Argument dafür gibt, jetzt beim festgelegten Kurs zu bleiben. Es wäre lebensgefährlich, nicht nur für uns, sondern es wäre lebensgefährlich für die Republik, wenn sie in der gegenwärtigen Stimmungslage wählen würde. Es muß die Chance genutzt werden, diese Stimmungslage abzulösen durch eine Stimmungslage, wo eine politische Partei und eine politische Regierung wieder zeigt, wohin der Weg geht. Aus diesem Grund finde ich, ich habe es vorhin auch im Präsidium gesagt, es gibt von der CDU und von diesem Bundesvorstand jetzt nur eine Antwort, daß man klar bei dem eingeschlagenen Weg und bei dem entwickelten Konzept bleibt. Es gibt jetzt nur die Möglichkeit, alles zu tun, am Freitag einen Kanzler zu wählen. Jeder weiß, daß ich will, daß Helmut Kohl Kanzler wird. Aber ich will darüber hinaus, daß die Republik wieder einen Kanzler mit Mehrheit hat und daß wieder regiert werden kann in einem der schwierigsten Winter, die wir vor uns haben. Also mein klares Votum, bei den festgelegten Vereinbarungen zu bleiben.

Wallmann: Ich stimme allem zu, was bis jetzt gesagt worden ist. Herr Vorsitzender, ich möchte nur ganz knapp anmerken, Sie werden das verstehen, jeder andere Kandidat hätte gestern aus den Reihen der Union für das Amt des hessischen Ministerpräsidenten nicht besser abgeschnitten als Alfred Dregger. Das ist die Lage, so, wie sie sich für uns ergeben hat aufgrund der Umstände, die hier genannt worden sind.

Zweitens, ich stimme völlig dem zu, was der Vorsitzende gesagt hat. Natürlich haben wir parteipolitische Interessen, die Frage ist, was benötigt unser Land? Das Land hat nötig, daß am Freitag ein neuer Bundeskanzler gewählt wird. Hier werden ja Meinungen angefordert von uns allen. Ich möchte noch hinzufügen zwei Gesichtspunkte, Herr Vorsitzender. Erstens, ich glaube nicht daran, daß die Bundesrepublik Deutschland irgendwann ein Zweiparteiensystem haben wird. Ich glaube nicht daran, wenn es auch noch so schwer für die FDP im Augenblick ist, daß die Liberalen auf Dauer aus der deutschen Politik verschwunden sind. Wenn es so ist, dann würde bei einer Wahl, die jetzt alsbald stattfindet, allerdings voraussichtlich die FDP nicht drin sein, die Grünen wären da. Die

Linken innerhalb der SPD hätten eigentlich ein Traumziel erreicht, Sie würden jetzt das, was von dort gewollt ist, vor allem außen- und sicherheitspolitisch, aber auch wirtschafts- politisch, was von der FDP gestoppt wurde, über die Hürden bringen. Wir hätten eine seitenverkehrte Situation plötzlich innerhalb der SPD mit Konsequenzen, die gar nicht absehbar sind.

Ich möchte eine letzte Bemerkung anschließen, ich will das ganz offen sagen. Vielleicht glaubt der eine oder andere von uns, es könne dann ja eigentlich nur noch die Konsequenz geben, da Unregierbarkeit ja kein Ziel sein kann, zu einer großen Koalition zu kommen. Ich warne dringlich davor, meine Damen und Herren, die staatspolitischen Konsequenzen sind unabsehbar. Wir würden eine APO-Entwicklung nach meiner Überzeugung bekommen, die weitgreifender und tiefgreifender wäre, als es Ende der sechziger Jahre der Fall gewesen ist. Deswegen, meine ich, sollten wir in dieser Weise vorgehen wie abgesprochen, und ich kann nur hoffen, daß es eine Mehrheit gibt.

Herzog: Ich möchte an Walter Wallmann anknüpfen, ich halte es für richtig, was er in bezug auf die FDP sagt. Die wird es geben, und ich halte im Augenblick auch, obwohl es tatsächlich eine starke Versuchung gibt, jetzt doch an die große Koalition zu denken, ein Nein zur großen Koalition für richtig. Wir haben doch im Augenblick vielmehr die Situation, daß hinsichtlich der nächsten Bundeswahl nur zwei Möglichkeiten bestehen: Wählen wir im November oder im Dezember, dann passiert das, was gestern in Hessen passiert ist, auf Bundesebene sicher, wählen wir am 6. März, dann passiert es nur vielleicht. Also müssen wir den 6. März anstreben.

Wir sollten die SPD auch jetzt aus ihrer Einmütigkeit und aus ihrem Kampfesmut herausholen. Deswegen bin ich nach wie vor für das konstruktive Mißtrauensvotum. Die sollen doch das ausbaden, was nun wirklich passiert ist. Es ist nicht der Wankelmute von Herrn Genscher, der also plötzlich, fünf Minuten vor zwölf, oder 30 Sekunden vor zwölf genauer gesagt, den Mut gefunden hat, daß er zur CDU hinübergeschwenkt ist, sondern, was in Wirklichkeit passiert ist, ist, daß ein Verbleiben in der Koalition durch diesen inneren Zustand der SPD, der im Augenblick überdeckt ist, unmöglich gemacht wurde. Ich möchte schon sehen, wie sich der Herr Schmidt im Hinblick auf die Überlegung, Fraktionsvorsitzender der SPD zu werden, entscheidet. Der Zustand der SPD muß deutlicher gemacht werden, der ist ja nicht so, wie er gegenwärtig aussieht.

Zweitens, das sollten wir auch wieder deutlicher sagen, das ist in der letzten Woche, soweit ich es aus Zeitungsmeldungen, ich war vergangene Woche nicht in Deutschland, entnommen habe, vor allen Dingen aus der FDP schamhaft verschwiegen worden: Der Sinn des Artikels 68⁵ müßte mal gezeigt werden, da steht nämlich drin, daß dieses ganze Ablösungsverfahren endet, wenn ein konstruktives Mißtrauensvotum zustande kommt. Das ist genau der Sinn des Grundgesetzes, das allerdings eine ganz andere politische Konstellation vor Augen hatte. Es muß doch in Gottes Namen möglich sein, den Leuten klarzumachen, daß es eine fairere Möglichkeit ist zu wählen, wenn diese Regierung ihre ersten Monate überstanden hat und gezeigt hat, wohin die Reise ungefähr gehen soll. Auf die zwei Unbekannten, für mich wenigstens Unbekannten, meine Damen und Herren,

5 Art. 68 GG lautet: Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht der Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

möchte ich gerne hinweisen. Ich weiß nicht mehr, was die FDP wert ist. Was Herr Genscher am nächsten Freitag noch an Stimmen bringen wird, müßte geprüft werden, das weiß man erst morgen. Und wir wissen natürlich auch nicht, was unsere Amtsbrüder im Süden noch alles bringen werden, das werden wir heute hören, aber das Ergebnis des Ganzen können wir noch gar nicht absehen. Aber wir können doch gar nicht anders, als anzustreben, in dieser Woche zum konstruktiven Mißtrauensvotum zu kommen und zweitens zu Neuwahlen im Frühjahr des Jahres 1983, wobei ich allerdings, das ist mein letzter Halbsatz, darauf hinweisen möchte, so ganz einfach zu begründen wird die Bundestagsauflösung nicht sein. Da werden wir uns noch Argumente einfallen lassen müssen, das wird nicht ganz so einfach sein.

Kohl: Zum Letzten, Herr Herzog, da gibt es eine Menge Überlegungen. Ich möchte jetzt nur – Sie haben das ja auch nicht getan – davor warnen, daß wir diesen Punkt aufnehmen zu einem Zeitpunkt, wo wir noch gar nicht in der Regierung sind, um Verfahren in Gang setzen zu können. Aber da muß man dann natürlich noch etwas Gehirnschmalz investieren.

Wissmann: Herr Vorsitzender, ich möchte das, was hier gesagt wurde, beibehalten. Ich hatte gestern abend ein Gespräch mit einem interessanten SPD-Mann, der mir gesagt hat, wir kommen jetzt in eine ganz schwierige Lage. Einerseits setzen wir auf Hamburg, wo für die SPD die Verlockung verstärkt wird, sich mit Grünen und Alternativen zu arrangieren. Was Brandt gestern im Fernsehen sagte, würde ja genau in diese Richtung gehen. Andererseits ist gestern die Person Helmut Schmidt in der SPD ja gestärkt worden, was das Spannungsverhältnis zwischen den beiden Fronten in der SPD nicht mindern, sondern verstärken wird. Die Folge: Je länger es dauert und je eher wir an der Regierung sind und selbst Politik machen können, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Spannungsverhältnis in der SPD nicht geregelt wird, sondern aufbricht. Ich glaube, das ist ein zusätzliches Argument, bei unserer Linie zu bleiben und jetzt nicht halb den Start abubrechen, sondern durchzustarten.

Ich möchte aber ein Zweites sagen insbesondere, weil Sie erwähnt haben, daß Sie am heutigen Nachmittag mit den Landesbrüdern von der CSU sprechen. Ich bin ausdrücklich beauftragt von vielen Freunden aus der Jungen Union, aber auch von Leuten, mit denen ich zusammen war im hessischen Wahlkampf am Donnerstag und Freitag, hier intern, nicht öffentlich, darum zu bitten, den Freunden in der CSU wenigstens intern in sehr klarer Weise zu sagen, daß das, was in der letzten Woche abgelaufen ist, von vielen als eine Sabotagestrategie verstanden wurde. Wir haben ja auch am Freitag noch Wahlkampf betrieben, es ging einem dann jedes Mal so, man ist jeweils nach dem Termin ins Auto gegangen und hat das Radio angemacht. Und wenn man das Radio anmachte, hörte man irgendwelche neuen Meldungen aus München, Indiskretionen aus Bonn. Daß das das Klima in der letzten Phase des Wahlkampfs nachhaltig verschlechtern mußte, ist eigentlich ziemlich deutlich. Das heißt, bei uns, auch im eigenen Verband, kochte die Wut hoch. Wenn sich jetzt vernünftige Leute da unterhalten, muß man, glaube ich, den Freunden der CSU schon sagen, daß es Grenzen der Zumutbarkeit auch für die CDU gibt. Und man muß ihnen auch sagen, wenn man will, daß wir einen Koalitionspartner erhalten, dann muß man mit ihm so umgehen, daß es für ihn akzeptabel erscheint, eine solche Koalition einzugehen. Ich halte es für ganz kurzsichtig, jetzt den linksliberalen Teil der FDP aus der FDP herauskeln zu wollen, weil ich glaube, daß ohne ihren linksliberalen

Teil, ob ich ihn mag oder nicht, die FDP kaum eine Chance hat, über fünf Prozentpunkte hinaus zu kommen. Also, meine herzliche Bitte, sehr viel mehr auch klarzumachen, daß wir in der letzten Woche nicht zuletzt gelitten haben unter den Zumutungen, die aus München kamen und daß wir uns das nicht länger gefallen lassen dürfen. Und, lieber Herr Kohl, ein Wahlkampf in diesem November oder Dezember unter dem Eindruck, daß der Verlierer der Wahl von 1980 doch wieder die bestimmende Figur ist, wäre ein Wahlkampf, der uns mit Sicherheit nicht die absolute Mehrheit garantiert. Das werden Sie in dieser Deutlichkeit sicher nicht sagen wollen, aber ich glaube, daß klargemacht werden muß, daß wir nicht alle dazu bereit sind in der CDU.

Kohl: Lothar Späth zur Geschäftsordnung.

Späth: Ich wollte das gerne mit einer Zwischenbemerkung tun. Ich habe das Gefühl, daß wir uns da jetzt mit ungeheurem Aufwand vom gleichen Ziel überzeugen. Ich höre keine andere Meinung und würde es für schlecht halten, wenn aus dieser Sitzung herausdringen würde, daß da eine große Diskussion stattgefunden hat, die im Grunde gar nicht stattfindet, sondern ich möchte zur Geschäftsordnung beantragen, wenn wir uns einig sind, daß es überhaupt keinen anderen Weg gibt – und ich sehe auch keinen –, daß wir uns jetzt mit den Koalitionsgesprächen befassen. Es wäre doch viel besser, es würde rausdringen, daß wir hier nüchtern die Diskussion über die Inhalte der neuen Politik geführt hätten zwei Stunden lang, als daß nach zwei Stunden rausdringt, über die Qualität der Inhalte haben sie überhaupt nicht diskutiert, sondern sie haben darüber diskutiert, wie sie jetzt miteinander umgehen. Daher möchte ich zur Geschäftsordnung vorschlagen, daß wir uns mal ein paar Grundgedanken über die Koalitionsvereinbarungen machen.

Kohl: Ich habe jetzt noch sieben Wortmeldungen, Lothar. (*Unruhe. Diskussion.*) Man kann jetzt ja mal die Frage stellen, erstens, ob von den sieben von vornherein welche verzichten. (*Biedenkopf:* Da kann es ja auch abweichende Meinungen geben.) Ja, ich will hier auf gar keinen Fall so verfahren, daß jemand nicht zu Wort kommt. Gibt es bei den sieben welche, die verzichten wollen? Herr Scherer? Ja? Herr Ritz, Herr Weberling, Waffenschmidt. Wer verzichtet noch? (*Unruhe. Diskussion.*) Ich habe dann noch Herrn Worms, Herrn Neumann, Herrn Wörner und Herrn Schwarz-Schilling. Das geht ja schnell, wenn jeder sich kurzfaßt. Dann haben wir das gleiche Ziel erreicht. Einverstanden?

Worms: Vier Sätze: Heute auf den Tag genau vor 16 Jahren haben sich SPD- und CDU-Leute in Nordrhein-Westfalen getroffen, um Franz Meyers abzulösen und eine große Koalition zu installieren. Das ist die Geschichte der CDU von Nordrhein-Westfalen, die dann geendet hat, wie Sie das alle wissen. Wir sitzen heute nach 16 Jahren noch in der Opposition. Ich kann in Übereinstimmung jetzt durch Blickkontakt für die Westfalen sagen, daß der Kurs, der Beschluß unisono im Lande Nordrhein-Westfalen geteilt wird und daß wir, sollte das aus einer Ecke kommen, die hier auch schon genannt worden ist, dagegen angehen. Jedenfalls wird das Rheinland auf einem Parteitag am 5. November in Oberhausen sich in aller Breite und mit aller Offenheit dann einer bundesweiten Diskussion stellen. Ich sage das hier einmal, weil ich das in Verantwortung tue aus einem politischen Amt, daß in diesem, unseren erfolgreichsten Land uns ja auch einmal die Chance bieten muß, eine Mehrheit aus der CDU oder eine Regierung von der CDU geführt zu stellen.

Zum 6. März, und das geht jetzt an Sie, Herr Dr. Geißler, als unseren Generalsekretär. Wir kommen doch gar nicht daran vorbei, unseren Wahlkampf zu emotionalisieren. Ich

denke da an Adenauer, ich denke an die Rolle, die wir immer in allen Wahlkämpfen gespielt haben. Wir haben immer die Rolle des braven Mannes gespielt, der den volkswirtschaftlichen Sachverstand einspeist, der immer wieder an die Ehrlichkeit appelliert hat. Adenauer hat 1953 gesagt, „Wer SPD wählt, wählt die Christenverfolgung“ und hat das am Abend der Wahl mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns zurückgenommen. (*Heiterkeit.*) Ich sage hier im Klartext, wenn wir nicht antreten und sagen, wer SPD wählt – ich will hier keinen neuen Slogan prägen –, der wählt die Inflation, wenn wir nicht holzen, im guten Sinne holzen, ist diese Emotionalisierung von uns nicht mehr wegzubekommen. Wer in Hessen war, ich war ja auch da, der muß wissen, daß diese Emotionalisierung alles, was sachlich vorgetragen wird, hinwegfegt. (*Geißler:* Sie meinen, wir müssen den Rentenbetrüger noch übertreffen?) Ja, Sie wissen, wie ich das meine.

Das dritte, ich will jetzt weder Ihnen, Herr Kohl, das Geschäft schwermachen, noch rede ich für mich. Aber aus dem, was ich alles höre, muß ich das hier mal auf den Tisch legen. Ich kann hier nur an alle, die hier sitzen, appellieren, und jeder ist ja in irgendeiner Form beteiligt: Kann man nicht wirklich im Interesse dessen, was staatspolitisch notwendig ist, was wahrscheinlich am 6. März auf uns zukommt, sagen, es ist egal, ob ich Rheinländer oder Westfale oder Bayer oder Hesse oder was auch bin, wir müssen jetzt aus unserer Mitte die Sachaussagen so personalisieren, daß wir ein Angebot dem deutschen Volk, ein Regierungsangebot unterbreiten, das kraft seiner Personen überzeugt? Ich sage hier auch ganz deutlich, das Rheinland würde bereit sein, für diese personalisierte Sachaussage auch persönliche Opfer zu bringen. Wir wollen nichts mehr und nichts weniger, meine Damen und Herren, als daß wir wirklich einmal durch die Personen, die wir herausstellen, unter Beweis stellen, daß wir die glaubhaftere Alternative sind zu dem, was derzeit in Bonn im Kabinett sich aufhält. Das ist meine Bitte.

Neumann: Man könnte es ja jetzt kurz machen und sagen, wir sind alle der Meinung, Lothar Späth, ich bin auch der Meinung, denn in der Lage gibt es ja gar keine andere Alternative. Dennoch, da ich letztes Mal auch geschwiegen habe, möchte ich eine Bemerkung am Rande machen. Ich habe das letzte Mal hier mitgestimmt und fand es auch gut, daß wir einstimmig diesen Weg beschlossen haben, obwohl ich, bevor ich in die Sitzung kam, anderer Auffassung war, die ich im nachhinein auch noch für richtig halte, nämlich der Auffassung, daß der Weg über ein Springen der FDP zu uns hin, ohne ein Wählervotum abzuwarten, höchst problematisch ist. Nun gut, das letzte Mal wurde das in einer Logik vorgetragen, das ist jetzt genau derselbe Fall, so daß man jetzt sagen könnte, was willst Du eigentlich noch sagen? Ich will nur eines zum Ausdruck bringen. Dieser ganze Weg, das wissen Sie vielleicht genauso gut wie ich, Herr Dr. Kohl, ist bis hinein in die hohe Ebene eigener Funktionäre nur sehr schwer vermittelbar, das ist das Hauptproblem. Unsere Wähler, unsere Anhänger, bis hin zu Mandatsträgern in Parlamenten, begreifen im Grunde nach wie vor nicht, daß wir in einer Zeit, wo wir bei einer Wahl zu einer Mehrheit kommen, nicht wählen. Sie begreifen auch nicht die Behandlung der FDP. Für uns ist das alles einsichtig, ich will das nur noch mal sagen. (*Unruhe. Diskussion. – Kohl:* Jetzt laßt ihn doch ausreden!) Herr Hasselmann, es geht ja nicht darum, daß Sie und ich es begriffen haben, sondern es geht darum, einmal deutlich zu machen, was die Leute auf der Straße sagen! Und dann kommt eine neue Variante hinzu, das ist die von Franz Josef Strauß und die ist schon fast diabolisch. Wir wissen, welche Motivation dahintersteht.

Bloß die eigenen Leute sagen einem: „Der Strauß sagt es doch, Neuwahlen wären das Vernünftigste!“ Ich will ja nur sagen, das sind die Dinge, mit denen man konfrontiert wird.

Und somit komme ich zum zweiten Punkt, was Strauß angeht. Ich sitze hier schon viele Jahre und habe viele gleiche Diskussionen miterlebt, und jeweils sitzen wir hier alle und appellieren, der eine mehr und der andere weniger, an den Vorsitzenden in Bayern. Und im Grunde geschieht nichts. Das ist die Lage. Und es heißt dann immer, im Hinblick auf das Ganze müssen wir uns zurückhalten. Das war bei Kreuth so, das war immer so. Ich möchte Sie bitten, Herr Kohl, und ich glaube, daß das auch Ihre Chance ist, daß Sie gegenüber dem bayrischen CSU-Vorsitzenden, so sehr ich für eine Zusammenarbeit bin, wirklich einmal deutlich machen, was die große Mehrheit dieser Union möchte. Ich finde es hervorragend, daß dieser Termin durchgesetzt worden ist, entgegen dem, was die CSU wollte, aber ich sehe es genauso wie Wissmann. Wenn das jetzt so weitergeht, dann kriegen wir erneut im März einen Strauß-Wahlkampf, nach dem Motto, daß die einen sagen, die FDP sagt, wir müssen dringend die absolute Mehrheit der Union verhindern, damit nicht Franz Josef Strauß bestimmt, was Sache ist. Und das darf ich sagen, das sage ich so unverblümt, ich würde es auch gerne ihm selbst sagen – bloß wir sitzen ja immer in Formationen, wo man ihn nie kriegt, den kriegen ja nur Sie –, ich habe von diesen Anti-Strauß-Wahlkämpfen genug! Wir im Norden mindestens. Ich bin das satt! Ich bin es wirklich satt! Und jemand, der nun aus einem kleineren Landesverband kommt und zur Zeit nicht für irgendwas ansteht, der kann sich das vielleicht eher leisten, das zu sagen. Meine herzliche Bitte also ist es, spätestens dann, wenn Sie gewählt sind, solange wird man den Mund halten müssen, mal deutlich zu machen, daß wir in der Tat die größere Partei sind, die in Kooperation mit den anderen zusammenarbeiten will, aber die sich nicht alles bieten läßt. Das halte ich für ganz wichtig.

Der dritte Punkt betrifft die FDP. Das, was auch schlecht wirkte, man liest ja auch nur die Zeitungen, sind die Maßnahmen, die da kamen, ob sie stimmten oder nicht, so daß einem die Leute, ich habe am Wochenende mehrere Veranstaltungen gehabt, sagen: „Was wollt Ihr denn eigentlich? Ihr setzt doch das fort, was die anderen wollten, teilweise das, was Ihr abgelehnt habt wie die Ergänzungssteuer usw. Wo sind denn die großen wirtschaftspolitischen Initiativen?“ Ich sage, Herr Stoltenberg, so wirkt dies! Es hat doch keinen Zweck, darum herum zu reden! Die große Schwierigkeit besteht doch darin, so sehe ich dies, daß der Haushalt als erstes zu verabschieden ist. Dieser Haushalt wird sich natürlich an erster Stelle mit Sparmaßnahmen beschäftigen. Und die große Schwierigkeit ist, im Außenverhältnis deutlich zu machen, daß da noch mehr kommt. Auch da besteht Verunsicherung.

Letzte Bemerkung und auch eine Frage: Ich meine, wir erfahren das ja sonst meistens dann, wenn wir nach Hause kommen. Wie schätzen Sie die Entwicklung bei der FDP denn überhaupt ein? Ich würde das gerne mal wissen. Oder müssen wir jetzt wie das Kaninchen vor der Schlange stehen? (*Unruhe. Diskussion.*) Sie werden doch da möglicherweise bessere Kontakte haben. Nicht, daß wir alle bis Dienstag warten und dann überrascht sind.

Allerletzter Punkt, ich möchte Sie herzlich bitten, bei dem Termin bleiben! Auf keinen Fall und nicht auch nur um eine Woche dieser Termin verzögern. Ich schließe damit, ich bin dankbar, daß Herr Gerstenmaier das beim letzten Mal gesagt hat, ich stimme dem einmütig zu. Uns stehen wirklich schwere Zeiten bevor, ganz zu schweigen von der ver-

öffentlichen Meinung. Es ist furchtbar schwer, diesen Weg auch überall zu vermitteln. Um so wichtiger ist es, daß wir wenigstens wissen, welche Hintergründe vorhanden sind.

Wörner: Die gestrige Wahl und ihr Ausgang haben mich in zwei Grundannahmen bestärkt. Einmal, daß es schwierig, unter den gegebenen Verhältnissen nahezu unmöglich ist, die absolute Mehrheit zu erringen. Zweitens, daß die CDU/CSU auf die Dauer in schwieriger Zeit nicht ohne einen Partner die Bundesrepublik Deutschland wird sanieren können und das nach Lage der Dinge zur Verhinderung jener angeblichen neuen Mehrheit, die es nach Meinung von Brandt gibt, nur eine Partnerschaft zwischen der Union und der FDP sein kann, so daß völlig unabhängig davon, wie die Leute aus dem Süden oder aus dem südlichen Süden mit der FDP umspringen, wir in der Art und Weise, wie wir mit ihr umgehen, dies im Auge behalten müssen. Ich sage das nicht an Ihre Adresse, Herr Kohl, Sie tun das.

Die weiteren Bemerkungen erspare ich mir, ich teile die Meinung von Wallmann, mache aber eine Einschränkung, ich sage das hier in aller Offenheit: Ich bin nicht überzeugt, daß der Wahltermin des 6. März der Weisheit letzter Schluß ist, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die Dinge, die sich in der Emotionalisierung gegen uns ausgewirkt haben in Hessen, bis zum März beruhigt haben. Ich sage hier in aller Offenheit, daß ein späterer Wahltermin – ich würde mich hier in keiner Weise festlegen, ich mache das auch nicht zum Antrag oder sonst wie, ich komme gleich zur Schlußfolgerung, – die Chancen einer Uneinigkeit in der SPD verstärken und die Verratsthese allmählich in Vergessenheit geraten lassen wird und möglicherweise erste sichtbare Ergebnisse einer Regierungstätigkeit der CDU/CSU/FDP-Regierung unsere Wahlchancen erheblich verbessern kann. Deswegen glaube ich nicht, daß wir in der gegenwärtigen Situation Anlaß haben, öffentlich am 6. März zu rütteln. Wir haben aber nach meiner Meinung noch weniger Veranlassung, ihn neuerlich wieder und wieder zu bekräftigen. Das ist meine Einschränkung.

Ich gebe noch einen Rat: Als einer, der in diesem Spiel, das vom Süden her entfacht wurde, eine gewisse, allerdings passive Rolle gespielt hat und dem Sie deswegen vielleicht abnehmen werden, daß er vieles, was aus Bayern kam, genauso wenig goutiert hat wie Sie, wenn nicht noch weniger, sage ich Ihnen, daß die Ratschläge, die ich in den letzten Diskussionsbeiträgen gehört habe, für mich nicht überzeugend waren. Ob uns bestimmte Personen passen oder nicht, ob uns die Tatsache paßt oder nicht, daß es da zwei Unionsparteien gibt, vorläufig ist weder Herr Kohl, noch Sie, noch ich in der Lage, daran etwas zu ändern. Es ist nicht die Zeit, wechselseitige Abrechnungen vorzunehmen. Ich kann nur sagen, wenn etwas uns geholfen hat nach der Bundestagswahl, dann die Art und Weise, wie Herr Kohl reagiert hat, wie wir alle reagiert haben. Und deswegen wäre mein Ratschlag keineswegs der, alles zu schlucken, denn es gibt eine Grenze der Selbststachtung für jeden von uns, in Sonderheit für unseren Spitzenkandidaten. Aber was immer passieren mag, rate ich dringend davon ab, in ein öffentliches Gemetzel einzutreten oder wechselseitige Abrechnungen zu begleichen. Denn da sage ich Ihnen, wie immer sich die Dinge entwickeln, ein Teil der Gesetzmäßigkeiten des Handelns ist längst an andere übergegangen. Das kann man bedauern, aber das ist nun einmal so. Da kann ich Ihnen nur sagen, wenn die Unionsparteien sich öffentlich wechselseitig aufrechnen, was sie jeweils nach der Meinung des anderen falsch oder richtig gemacht haben, dann haben wir mit Sicherheit jegliche Chance verspielt, auf absehbare Zeit in der deutschen Politik eine

Rolle zu spielen. (*Geißler*: Was haben wir denn falsch gemacht, Manfred? Die CDU? In der letzten Woche?) Ich glaube, daß doch hoffentlich eines deutlich geworden ist: Wenn schon wieder Mißverständnisse hier auftauchen, weil ich mich offensichtlich nicht klar genug ausgedrückt habe, ich mache hier weder einen inneren noch einen äußeren Vorbehalt. Ich gehe diesen Weg mit und sage aus Überzeugung, der eine Vorbehalt, den ich angemeldet habe, resultiert lediglich aus der Überzeugung, daß es möglicherweise für uns erfolversprechender wäre, zu einer anderen Zeit neu zu wählen. Ansonsten habe ich nur davor gewarnt, und das hätte ich nicht gesagt, wenn da nicht einige Diskussionsbeiträge wären, die ich ja gefühlsmäßig verstehe. Soll ich denn nochmal sagen, daß es in mir noch mehr kocht als wahrscheinlich in vielen anderen? Nur glaube ich nicht, daß das die Stunde ist, in der die Unionsparteien sich öffentlich wechselseitig vorrechnen können, was nach Meinung des jeweils anderen falsch gemacht wurde. So habe ich es ja mit Absicht formuliert, nicht nach meiner Meinung.

Schwarz-Schilling: Ich möchte das, was der Vorsitzende zu Anfang gesagt hat, voll unterstützen, möchte aber doch zwei Punkte hinzufügen. Erstens, wir sind ja doch hier die größte Gruppierung dieser drei Partner, und ich glaube, es geht nicht an, daß wir uns im Terminplan und in allem von den anderen Partnern soweit bestimmen lassen. Der Vorsitzende hat gesagt, diesen Freitag. Ich würde sagen, wir haben vor acht Tagen, am letzten Montag, den Freitag bereits beschlossen, Wenn wir diesen durchgesetzt hätten, wäre die Landschaft zumindest etwas anders gewesen, auch jetzt für das weitere Vorgehen hier auf der Bundesebene. Ich möchte sagen, ich halte die einzige Möglichkeit, diesen Weg zu gehen, nur noch für diesen Freitag für möglich. Und das muß mit aller Klarheit den Partnern der FDP und der CSU gesagt werden. Ich würde sagen, wenn dies nicht geht, dann müßte der Vorsitzende wissen, was für ein Risiko er läuft und ob es überhaupt Sinn hat, daß er seinen Namen mit dem weiteren Versuch eines solchen Mißtrauensvotums verbinden könnte.

Zweiter Punkt, ich glaube, daß es einer absoluten Loyalitätserklärung auch seitens der CSU bedarf, die weit darüber hinausgeht als „wir tragen dieses mit, haben aber innere Vorbehalte“. So wie das bei der CDU/CSU-Bundestagfraktion gewesen ist. Ich möchte ganz klar sagen, daß die letzten zwei, drei Tage, derjenige, der in Hessen in diesen Tagen Wahlkampf geführt hat und jede Stunde im Deutschlandfunk und in anderen, im Hessischen Rundfunk, über ddp, dpa und andere Agenturen Meldungen gehört hat, die nur alle verwirren konnten und die auch mit den Fakten und den Tatsachen nur sehr wenig zu tun hatten, die teilweise als Fakten verkauft worden sind, inklusive dessen, was für Inhalte in den Koalitionsgesprächen gelaufen sein sollen. Wenn das der Weg ist, den wir nachher bis zum März gehen, dann wird das Ergebnis auch im März kein anderes sein, als es jetzt wird. Und wenn da nicht eine andere Führungsdisziplin zwischen den Partnern praktiziert wird, dann ist auch der Opfergang der vielen kleinen Mitglieder und der Funktionäre, der Kreisvorsitzenden, der Landtagsabgeordneten und was alles dort gewesen ist, umsonst gewesen. Wir können nur durch die Entschlossenheit, jetzt am Freitag durchzustarten, mit Klarheit den anderen Partnern klarmachen, daß der Entscheidungsprozeß sich ab sofort ändern muß in den drei Partnern, was nach draußen kommt und was drinbleibt. Nur dann können wir diesen Opfergang von Hessen überhaupt wieder gutmachen, denn es ist ein Opfergang, den die hessische CDU hier für den Bund erbracht hat. (*Beifall*.)

Wörner: Darf ich noch eine Frage nachschieben, die ich vergessen hatte? Die Frage, ob eine Vereinbarung oder jedenfalls eine Abrede getroffen ist mit der CSU, daß man wechselseitig vor der Veröffentlichung der jeweiligen Entscheidungen noch einmal telefoniert? (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, das sind ein paar Fragen, ich will sie gleich beantworten. Dann wollte ich bitten, daß Gerhard Stoltenberg, der ja mit mir zusammen die Verhandlungen gemeinsam mit einer Reihe von Kollegen zu den einzelnen Sachfragen geführt hat, der für uns das Protokoll geführt hat, mal kursorisch hier berichtet. Dazu will ich auch gleich sagen, da ist natürlich eine Unsumme von Details behauptet worden über Gegenstände der Verhandlungen, die gar nicht Gegenstände der Verhandlungen waren. Diese ganzen Verhandlungen finden unter einem ungeheuren Mediendruck statt, das muß man wissen. Und es ist natürlich ganz klar, daß die ganze linke Mafia im deutschen Medienwesen, und die gibt es ja bekanntlich, jetzt angetreten ist, um sozusagen unmittelbar vor Toresschluß das noch zu verhindern.

Damit bin ich gleich auch beim Thema FDP. Manfred Wörner, glaube ich, war es, der danach gefragt hat. Ich will den Ablaufplan noch einmal sagen. Wir sind am Donnerstag, Freitag auseinandergegangen mit der Maßgabe, daß wir uns heute mittag um 16 Uhr wieder treffen in der Kommission der sechs. Also von unserer Seite Gerhard Stoltenberg und ich, Franz Josef Strauß und Fritz Zimmermann und Genscher und Wolfgang Mischnick. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, weil ich jetzt bei diesem Thema bin, daß die Verhandlungen am Donnerstag in einem ausgesprochen angenehmen, kooperationsbereiten Klima geführt wurden. Hätte ich dieses Klima am Montag, heute vor acht Tagen, von vornherein vorgefunden, wären wir natürlich ein ganz wesentliches Stück weitergekommen. Wir haben ja sozusagen erst einmal Schuttabladebereinigungsarbeiten am vergangenen Montag gehabt. Das war von vornherein auch der Punkt, warum der Termin nicht haltbar war; das hat sich sehr rasch gezeigt. Wir haben vorgeschlagen, den Termin einzuhalten, aber beide Partner haben ihre Probleme, nicht nur ein Partner, und ich habe am Montag darauf hingewiesen, daß man den Hessen-Termin unter diesem Gesichtspunkt sieht. Die Verrats-theorie in Hessen hätte nach meinem Dafürhalten tiefenpsychologisch eine andere Wendung genommen, wenn man diesem Rat gefolgt wäre. Aber es sind drei selbständige Parteien, und das ist sehr scharf betont worden auch von den Partnern, die hier ihre Probleme hatten.

Zweitens, wir haben also heute um 16 Uhr die Runde. Ich werde die Runde wahrscheinlich um eine Stunde verschieben, um zunächst mit den Kollegen der CSU zu sprechen. Es hat keinen Sinn, in diese Diskussion zu gehen und dann unter dreien Auseinandersetzungen zu führen, die möglicherweise uns ins Haus stehen. Es ist ja völlig offen, ob dieses Gespräch in einer Weise verläuft, daß dann das zweite Gespräch sinnvoll ist. Auch das muß ich bei der jetzigen Lage hier ganz klar und deutlich aussprechen. Wir haben verabredet, daß wir dann in die Nacht hinein verhandeln. Wir sind ziemlich weit in den meisten Gebieten, wobei Sie hier bitte davon ausgehen, das ist natürlich ein zeitlich begrenzter Rahmen, wenn ich jetzt eine Arbeitszeit zugrunde lege, auch des Parlaments zwischen Mitte Oktober und Mitte Februar, um es mal so ungefähr zu nennen; die Expertisen laufen ja darauf hinaus, daß der Bundestag auch nach seiner Auflösung noch arbeitsfähig ist. Ich bin strikt dafür, in einer Regierungserklärung drei Teile vorzutragen: Erstens, den sehr grundsätzlichen Befund, was neuer Anfang bedeutet bis hin zu der

geistig-moralischen Herausforderung, die wir sehen. Ich glaube, das ist ganz wichtig, das ist wichtig für die Deutschlandpolitik im Hinblick auf die Einheit der Nation und auf viele andere Dinge. Dann einen zweiten Teil, in dem man ganz nüchtern sagt, wie die Lage wirklich ist, und dazu gehören absolut katastrophale Zahlen im Bereich der Wirtschaft und der finanziellen Entwicklung. Gerhard Stoltenberg wird gleich ein paar Sätze mehr dazu sagen. Und dann der dritte Teil, wo man Perspektiven über den nächsten Wahltag hinaus erkennen läßt. Aber ich bin strikt dagegen, ein Programm vorzulegen, das nicht realisierbar ist. Die Sache im März kann nur geraten, wenn wir jetzt das vorlegen, was bis März machbar ist und dann also auch nachweisen können, praktisch mit dem Abhaksystem, die und die Punkte haben wir zugesagt und die und die Punkte haben wir erledigt. Anders kann man das nicht machen, das ist keine Regierungserklärung, die man abgibt für vier Jahre. Man muß da Stufen, auch in der Perspektive, mit einbauen. Darüber waren wir uns übrigens einig, daß wir uns so verhalten wollen.

Wir haben dann für morgen 11 Uhr die CDU/CSU-Fraktion eingeladen. Ich habe mir vorbehalten, möglicherweise statt um 11 Uhr die gemeinsame Fraktion später einzuberufen und gemäß der Vereinbarung mit der CSU, die wir nach Kreuth getroffen haben, auch den Fraktionsteil CDU zu einer Beratung einzuberufen, wenn es notwendig ist, weil, wenn die CSU-Landesgruppe heute getagt hat, dies sinnvoll erscheinen mag. Ich sage das nur als eine technische Möglichkeit, die ich mir freihalten will, weil ich es für nicht sinnvoll halte, daß, wenn es schwierige Entscheidungen gibt, wir als CDU/CSU-Fraktion zusammentreten, ohne daß die Kollegen aus der CDU vorher Gelegenheit hatten, untereinander, wie sich das dann auch gehört, zu tagen, denn die Landesgruppe macht ja heute das gleiche in München. Dann war beabsichtigt, wenn die Dinge sich erfolgreich ergeben, in den Nachmittagsstunden, späten Nachmittagsstunden zusammenzutreffen und die formelle Koalitionsvereinbarung zu treffen, denn wir müssen, um am Freitag wählen zu können, gegen 22 Uhr den Antrag beim Präsidium einbringen, damit er vor 24 Uhr in den Fächern liegt. Ich möchte auf gar keinen Fall irgendwo ein Risiko eingehen in jenen Dingen, die dann satzungsmäßig, geschäftsordnungsmäßig uns ins dubiose Feld führen. Das muß alles mit einer hinreichenden Marge geschehen.

Nun zur Einschätzung der FDP. Die FDP-Führung hat mit dem Schock in Hessen gerechnet. Die FDP hatte keinen Zweifel vor der Hessen-Wahl, daß das Wahlergebnis in Hessen für die FDP negativ verläuft. Der größere Schock bei der FDP in der vergangenen Nacht war ohne Zweifel das Abschneiden der CDU. Das müssen Sie sehen, weil das auch für den Kontext Ihrer Überlegungen natürlich bedeutsam ist. Wichtig als Hilfe war das Auftreten von Willy Brandt gestern abend, das ist gar kein Zweifel, und die Art und Weise, wie er nun ganz unverhüllt die Vernichtungsstrategie sozusagen noch einmal ideologisch überhöht hat. Noch in der vergangenen Nacht sind in den einzelnen Landesverbänden der FDP, das war in NRW so, das war aber auch anderswo so, die Leute zusammengekommen, haben sich zusammentelefoniert. Brandt spricht nicht vom Aushaken, sondern er geht schon vom abgeschlossenen Prozeß des Aushakens aus. Das hat natürlich bis weit ins Mittelfeld der FDP die Leute dort beeindruckt. Ich habe in Gesprächen in der vergangenen Nacht bis zum heutigen Morgen führenden FDP-Leuten gesagt, die Entscheidung für die FDP ist eigentlich ziemlich klar. Wenn in diesem Jahr gewählt wird, hat sie keine Chance, in den Deutschen Bundestag einzuziehen, und das beurteilen die genauso. Wenn im März gewählt wird, ist die Chance größer, aber es ist keineswegs eine Sicherheit

gegeben, daß das so sein wird. Aber die Kraft des Faktischen wird dort eine wichtige Bedeutung haben. Wenn ich es recht sehe, gehen die führenden Leute der FDP im Parteipräsidium, die sozusagen zu den großen alten Männern gehören – ich denke jetzt hier an die Tätigkeit von Walter Scheel in den letzten Stunden oder auch von Willi Weyer – in diese Richtung, die ich eben charakterisiert habe. Deren Rat und der Rat der meisten Landesvorsitzenden, soweit ich dies in Erfahrung bringen konnte, ist eigentlich der, der nahezu identisch ist mit dem, was wir heute hier unter uns besprochen haben.

Es gibt nun massive Einwirkungen durch die Sozialdemokraten in die FDP hinein, ob man nicht doch den Versuch machen könnte, das, was war, einfach zu vergessen, auch das Thema Neuwahlen zu vergessen, und zu sagen, wir haben ja einen gewählten Kanzler, wir brauchen ja diese Mehrheit jetzt nicht neu zu erbringen. Das Problem einer Zweidrittelmehrheit im Bundesrat ist nicht mehr Gegenstand strategisch taktischer Betrachtungen nach dem Ausgang der Hessen-Wahl. Wenn ihr dazu kommen würdet, klare Verhältnisse an eurer Spitze zu machen, ich wiederhole jetzt einfach mal, was so gesagt wird, dann könnte man ja möglicherweise weitermachen. Dieser Gedankengang geht natürlich in der FDP auch um und wird als Köder den Leuten vorgehalten. Inwieweit das mehrheitsfähig ist oder so stark ist, daß eine so qualifizierte Minderheit damit sich befassen und identifizieren könnte, daß die Quorumzahl, die ich verlangen muß für den Freitag, tangiert wird, ist eine offene Frage; das kann zur Stunde von uns niemand sagen. Meine Prognose nach dem Stand zu Beginn dieser Sitzung heute früh ist, daß die Mehrheit wohl zustande kommen wird, aber das kann sich von Stunde zu Stunde ändern, und das hängt auch natürlich vom Gesamtklima ab. Wenn einer der drei Partner nun erklärt, die FDP ist tot und hat keine Zukunftschance und die Gewichte psychologisch verstärkt werden auf die FDP, dann ist natürlich auch die FDP irgendwann in einem Zustand, wo das Irrationale durchschlägt und irrationale Reaktionen die Folge sein werden. Es gibt auch da den Satz, dann gehen wir lieber in Ehren unter. Sie müssen wissen, so etwas gibt es natürlich auch in jeder Gemeinschaft, und deswegen muß man das mit in die Rechnung einsetzen.

Nur eine Prognose vom Stand heute früh, neun Uhr. Da habe ich eigentlich Grund zu der Annahme gehabt, daß die, die ähnlich wie wir denken und operieren wollen, sich mit hinreichender Stärke durchsetzen werden. Aber ich muß es begrenzen auf den Zeitpunkt meiner letzten Information. Das kann sich stündlich alles aus den eben genannten Gründen noch ändern. Wir haben auf alle Fälle verabredet, daß, bevor wir morgen mittag zusammenkommen, die Gremien der FDP, und zwar in einer ganz klaren Weise und vor allem hier die Bundestagsfraktion Mann für Mann sich erklärt, daß also damit ein ganz klares Bild gewonnen wird. Ohne dieses Bild bin ich nicht bereit, den Schritt zu tun, denn ich gehe nicht in eine Entscheidung hinein – und das ist wirklich nicht die Frage von Helmut Kohl, sondern die Frage der Reputation der Christlich Demokratischen Union Deutschlands –, wo das Wesentliche im Dubiosen bleibt. Die Partie ist ohnedies schwierig genug. Wir hatten, um das auch noch zu sagen, gestern abend und heute früh Kontakte zu den Kollegen der CSU, Herr Wörner. Wir haben, nachdem im Präsidium die Empfehlung für den Bundesvorstand feststand, den Inhalt dieser Empfehlung, der ja hier jetzt in der Diskussion schon praktisch von allen akzeptiert wurde, sowohl an die Kollegen der CSU als auch an die Kollegen der FDP weitergegeben. Beide wissen vom Ergebnis des Gesprächs im Präsidium, und wir werden jetzt unmittelbar das wiederum, ich

möchte den Punkt hier zu einem Ende führen, wiederum an die CSU weitergeben – ich glaube, das ist nur korrekt –, damit sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt unsere Positionen hier kennenlernen.

Nun das Thema mit den schweren Zeiten. Es steht außer Frage, daß uns schwere Zeiten bevorstehen. Nur, meine lieben Freunde, darüber kann es keinen Zweifel geben, wenn wir die Regierung bilden, werden die Sachprobleme sofort auf der Tagesordnung stehen. Der Verfall der wirtschaftlichen Entwicklung, die Zunahme an Arbeitslosigkeit ist ja bereits zur Stunde so dominierend, das vergessen Sie bitte nicht, daß selbst andere virulente Themen in den Hintergrund treten. Das ist kein meßbarer Begriff, aber es ist für mich sehr bemerkenswert, daß ich aus dem Kreis der Veranstalter des Evangelischen Kirchentags, der für das nächste Jahr geplant ist in Hannover, höre, daß dort die Anmeldungen, das Interesse für den Bereich Arbeitslosigkeit, Wirtschaft, also die Dinge, die den Leuten auf den Nägeln brennen, bereits jetzt erheblich die Zahl derer übersteigt, die ihr Interesse zu dem Generalthema Arbeit am Frieden, Friedensbewegung deutlich gemacht haben. Eine Entwicklung, die vor einem Vierteljahr sich ganz anders andeutete und die zeigt, daß natürlich das Problembewußtsein in der Bevölkerung, übrigens auch in der jungen Generation, enorm zugenommen hat.

Wir können diese Sache mit dem März nur starten, wenn wir uns selbst die innere Kraft zutrauen, die Sache zu schaffen, wenn wir vor unsere Mitbürger hintreten und zwar ganz kämpferisch mit einer rundum motivierten Partei, die den langen, notwendigen Atem aufbringt, wirklich vor Ort zu kämpfen und jeder von uns hierbei sein Beispiel gibt. An mir wird das nicht liegen. Ich sage schon, wir müssen, wenn es so läuft, wie wir uns erhoffen, nach der Abgabe der Regierungserklärung unverzüglich in einer ersten Phase eine große Aktivität draußen im Lande entfachen, um deutlich zu machen, das ist der Weg, den wir beschreiten wollen. Es darf also nicht eine Minute bei uns ein Zögern eintreten oder sogar ein Gefühl aus unseren eigenen Reihen hervorgehen, wir schaffen das nicht. Es muß genau das Umgekehrte sein, daß wir die innere Kraft haben, trotz dieser erheblichen Schwierigkeiten das, was jetzt uns bevorsteht, zu schaffen. Ich bin übrigens persönlich davon überzeugt, daß dies möglich ist, das ist für mich kein Zweckoptimismus, sonst stünde ich als Person für einen solchen Schritt nicht zur Verfügung, wenn ich nicht selbst innerlich überzeugt wäre. Es sind große Erwartungshorizonte da. Wenn Sie mal die Hessen-Wahl betrachten bei einer Wahlbeteiligung, die in der Nähe des Ergebnisses der Bundestagswahlbeteiligung liegt, um vier Prozent differierend, 90 Prozent zu 86 Prozent Wahlbeteiligung in Hessen, und wenn Sie das Ergebnis jetzt in Hessen trotz aller Probleme und aller Betroffenheit, die wir aus diesem Ergebnis herauslesen, zugrunde legen, ist das natürlich ein Ergebnis, das signalisiert, daß wir die Mehrheit holen können. Das sind fünf Prozent über der letzten Bundestagswahl, und es ist auch noch etwas über dem hessischen Ergebnis der Bundestagswahl 1976. Also das will ich doch auch in diesem Zusammenhang noch gesagt haben. Und da ist das Problem der Einrechnung der Grünen noch gar nicht dabei. Und es ist nicht dabei, auch das muß ich noch einmal sagen, daß natürlich, wenn die SPD mit der Marschrichtung Brandt in diese Wahl geht, die Frage der Arbeitnehmerschaft – denken Sie an die Energiepolitik an Rhein und Ruhr – sich neu stellt. Die Äußerung von Brandt von gestern und die Stimmung der Leute in Gelsenkirchen, die wir am Samstag vor uns gesehen haben, passen natürlich nicht zueinander. Der Solidarisierungseffekt, den Sozialdemokraten jetzt erzielt haben aus ihrer Tradition mit

der Verratstheorie, der hält sich natürlich angesichts dessen, was auf uns wirtschaftlich, sozial und finanziell zukommt, mit Sicherheit in Grenzen.

Aber das Ganze ist nur zu machen, ich stimme allen zu, die das gesagt haben, wenn alle Beteiligten auf der Seite einer denkbaren neuen Koalition den Wahlsieg wollen. Das muß man auch ganz klar sagen. Das ist eine entscheidende Voraussetzung. Man kann nicht gewinnen, wenn man nicht selbst gewinnen will. Die Bürger haben ein ganz feines Gefühl dafür, ob das Tünche ist oder nicht. Ich verweise darauf, daß das, was viele als ein Wunder bezeichnet haben, als wir 1980 von der miserablen 42er-Position innerhalb von zwölf Wochen auf beinahe 45 Prozent wieder gekommen sind, den Grund darin hatte, daß der letzte Mann im Lande gelaufen ist und die Leute das Gefühl hatten, die CDU/CSU-Leute marschieren jetzt, was sie immer vorher gedacht, gesagt oder auch vielleicht getan haben. Das will nur noch einmal zu dem Punkt sagen.

Ich möchte jetzt einfach die Frage stellen, ist hier die allgemeine Meinung, daß wir jetzt über die Empfehlung des Präsidiums zu einer Meinungsbildung kommen? Oder wünscht dazu nochmal jemand das Wort? (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Darf ich folgenden Vorschlag machen, daß wir das nicht zu einem formalen Beschluß erheben, sondern daß wir eine einmütige, einstimmige Willensbildung hier feststellen, die diese drei Punkte enthält? (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Der Punkt ist ganz klar, um das deutlich zu sagen, natürlich wäre das einfachste zu sagen, wir stimmen ab, daß jeder weiß, was wir wollen am Ende der Sitzung. Aber es ist die Bitte gewesen unseres Partners aus München, da wir jetzt vor denen abstimmen und das ja damit automatisch auch an die Öffentlichkeit kommt – das ist ja der Normalfall –, daß wir das so gestalten, daß der Wille, dem in dieser Richtung beizutreten, für die CSU-Kollegen offenbleibt. Verstehen Sie, was ich damit sagen will? Wenn wir über den Bericht des Vorsitzenden abstimmen, ist das ja eine klare Abstimmungssache. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich habe doch klar vorgetragen, (*Biedenkopf:* Stimmen einmütig dem Bericht des Vorsitzenden zu.) ja, und darüber möchte ich abstimmen. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Punkte habe ich doch vorgetragen in meinem Bericht. Wer dem Bericht des Vorsitzenden seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Enthaltungen? Dann ist einstimmig so beschlossen. (*Unruhe. Diskussion.*) Damit das ganz klar ist, das, was ich vorgetragen habe, ist für mich nach diesem Beschluß für uns nicht disponibel, ja? (*Unruhe. Diskussion.*) Ich bin jetzt dafür, daß Heiner Geißler in München anruft und das, was wir eben besprochen haben, mitteilt. Genauso haben wir es nämlich vorher verabredet, und genauso wollen wir uns verhalten.

So, jetzt darf ich bitten, daß Gerhard Stoltenberg seinen Bericht gibt. Das ist ein Bericht, um es noch einmal zu sagen, der den jetzigen Gesprächsstand wiedergibt. Das ist kein Bericht über abschließende Verhandlungen, weil wir noch nicht abgeschlossen haben. Wir tragen jetzt auch nicht vor, was wir in gemeinsamer Arbeit in vielfältiger Weise außerhalb dieser Kommission noch vorangetrieben haben, etwa das Thema Ausländerpolitik, wo wir, glaube ich, sehr weit gediehen sind, etwa auf der Linie auch des Bundesrats. Wir tragen jetzt nicht vor das, was ich einbringen will über das Thema Wohnungsbau, da sind wir praktisch handlungsfähig. Wenn wir heute die Regierung bilden, können wir morgen die Dinge einbringen respektive die vorhandenen Vorlagen im Ausschuß so aufbessern, daß sie in kürzester Zeit akzeptiert werden können. Dazu gehören Überlegungen im Hinblick auf das Beseitigen des De-facto-Moratoriums bei der Energiever-

sorgung, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und so haben wir noch eine ganze Reihe von Punkten, die aber eigentlich gar nicht strittig sind, wo die Papiere erarbeitet sind, die wir abhaken. Das trägt er jetzt nicht vor, er konzentriert sich jetzt im wesentlichen auf die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Teile.

Stoltenberg: Meine lieben Freunde, ich will versuchen, in einer knappen Fassung das bisherige Ergebnis der Koalitionsgespräche zu den Bereichen Haushalt, Wirtschaftsbelebung, Arbeitsmarkt und damit natürlich auch den besonderen Schwerpunkt Sozialpolitik vorzutragen. Ich bitte Sie um Nachsicht, wenn ich das etwas auf die Hauptpunkte und Hauptprobleme konzentriere, aber doch so, daß Sie einen klaren Überblick über das haben, was im Gesamtzusammenhang beabsichtigt ist.

Wir haben ja am Dienstag bekanntwerden lassen, und das hat auch bei den Gesprächen mit der CSU neben den Grundfragen, die hier behandelt sind, eine Rolle gespielt, daß ohne Gesetzgebungsbeschlüsse in diesem Jahr die Schulden im Bundeshaushalt, aber auch natürlich bei Ländern und Gemeinden im nächsten Jahr explodieren. Und daß sich von daher für 1983, aber in der Perspektive auch für 1984 eine Vorbelastung für eine neue Politik ergibt, die wir in der Perspektive der kommenden Jahre überhaupt nicht tragen können als eine neue Regierung, unabhängig einmal vom Termin der Neuwahlen, den wir in einem anderen Zusammenhang, aus anderen Überlegungen, auf den 6. März vereinbart haben. Für den Bundeshaushalt allein ergibt sich aus den Berechnungen, die Sie kennen, eine Entwicklung auf mindestens 45 Milliarden, wenn nicht Gesetzesbeschlüsse der jetzigen Koalition im Rahmen des Begleitgesetzes gefaßt werden, dann sogar in einer Größenordnung auf mindestens 53, 54 Milliarden für den Bund allein. Denn alle Rechnungen gehen ja bisher davon aus, daß eine Entlastung des Bundeshaushalts von 8,5 Milliarden durch die eingebrachten Begleitgesetze der alten Koalition erfolgen. Jeder weiß, daß eine solche Entwicklung, wie immer sie genau quantifiziert wird, die Chance für eine Entlastung des Kapitalmarkts, für Zinssenkungen und damit eine zentrale Voraussetzung für Wirtschaftsbewegung zerstören würde.

Also finanzwirtschaftlich sind die beiden Ausgangspunkte, auf die wir uns nach dem jetzigen Stand verständigt haben, daß in der Größenordnung von 8,5 Milliarden Entlastungen des Bundeshaushalts erfolgen müssen durch Gesetzbeschlüsse mit Wirkung vom 1. Januar, aber darüber hinaus bei dieser drastischen Verschlechterung der Verschuldensperspektive in einem weiteren Umfang – zusätzlich zu den 8,5 Milliarden –, den wir nach einer Grundsatzdebatte auf mindestens fünf Milliarden haushaltswirksam bezeichnet haben. Jeder von uns weiß, wenn wir sagen fünf Milliarden haushaltswirksam, daß es einen weiteren Rahmen gesetzlicher Eingriffe mit Wirkung von 1983 geben muß aus zwei Gründen: Einmal können bestimmte Einzelmaßnahmen, wie die Neuordnung des BaföG nicht zum 1. Januar in Kraft treten, sondern aus dem Sachzusammenhang heraus zum Beispiel erst zu Beginn des neuen Schuljahrs oder des neuen Semesters, so daß manche Finanzbeschlüsse in Einzelementen erst 1984 voll wirksam werden. Zweitens aber müssen wir in Abweichung der bisherigen Praxis der alten Regierung sofort auch Entlastungswirkungen für die Länder und Gemeinden mit einkalkulieren, nicht nur aus dem Interesse der CDU, CSU in Ländern und Gemeinden, sondern auch wegen der Notwendigkeit, daß dort die Talfahrt der Investitionen nicht im jetzigen Tempo weitergeht.

Bei den 8,5 Milliarden des Begleitgesetzes hat es eine intensive Diskussion gegeben, und ich möchte hier an dieser Stelle die Arbeit vieler hervorheben, aber besonders den

wichtigen und beachtlichen und hervorragenden Beitrag der Sozialpolitiker, vertreten durch Norbert Blüm, Fritz Pirkel⁶, für die FDP Wolfgang Mischnick, die in einem halben Tag für diesen Bereich der ersten gesetzgeberischen Entscheidung ein Konzept vorgelegt haben, das eine große und positive Wirkung für uns gehabt hat. Für den Bereich der 8,5 Milliarden ergibt eine erste Prüfung und Diskussion, die wir vorgenommen haben, daß es, wenn man mindestens fünf Milliarden kassenwirksam weiter einsparen will, nicht möglich ist, alle Elemente, die wir bisher kritisiert haben, zu verändern, sondern, daß wir sie teilweise in einem Gesamtzusammenhang als Sofortprogramm hinnehmen müssen. Es ist nicht möglich, über 8,5 Milliarden und fünf Milliarden hinaus zum Beispiel die drei Milliarden durch Kürzungen zu ersetzen, die aus der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung kommen. Wir müssen vollkommen nüchtern sehen, daß wir Einzelmaßnahmen, die wir bisher im Bundesrat und auch von Seiten der Fraktion im Gesamtzusammenhang einer alten Politik kritisiert haben, im Gesamtzusammenhang eines neuen Konzepts in Einzelpunkten hinnehmen müssen. Aber bei den 8,5 Milliarden Mark müssen sich Änderungen ergeben, wir haben zunächst einmal zwei, soweit überhaupt etwas fest vereinbart ist, alles mit dem Generalvorbehalt der abschließenden Verhandlungen, fest vereinbart, die ich einmal hier nenne. So soll zum Beispiel die steuerliche Verschlechterung für die Betriebsrenten nicht erfolgen wegen der Mehrbelastung für die Betriebe, aber auch der Sicherheit für die Arbeitnehmer, die ja auf Rechtssicherheit in ihren Betriebspensionen angewiesen sind. So soll auch die Veränderung beim Splitting nicht erfolgen, aber mit einer von mir sehr begrüßten Vereinbarung, das Splitting dann im nächsten Jahr kostenneutral umzuwandeln in ein Familiensplitting.

Ich komme jetzt sehr schnell auf den noch schwierigeren Bereich der notwendigen Entscheidungen, konkret wirksam für den Bundeshaushalt 1983 weitere Kürzungen in der Größenordnung von mindestens fünf Milliarden vorzunehmen. Das ist natürlich der noch schwierigere Teil. Dazu will ich jetzt die Hauptpunkte, ich sage ausdrücklich nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit, hier vortragen. Der Kerngedanke des Vorschlags unserer Sozialpolitiker ist, und wir alle halten ihn für richtig, eine prinzipielle Entscheidung zu treffen und jetzt nicht eine Fülle von Einzeleingriffen in das System sozialer Sicherung vorzunehmen. Es kommen dann einzelne Korrekturen ohnehin, aber solche Korrekturen, die wir überschauen können in den Wirkungen. Wir müssen hier in wenigen Tagen und ohne den ausreichenden Sachverständigenrat Entscheidungen treffen und in ihrem Gesamtzusammenhang dann den Fraktionen zur Billigung oder Ablehnung vorlegen. Das ist ja der Sachverhalt, den jeder politisch kennt. Der Vorschlag ist, bei jetziger Beibehaltung der gesetzlichen Grundlagen das Inkrafttreten der Rentenanpassung und der analogen Dinge bis zu der Beamtenpension hin vom 1. Januar auf den 1. Juli des nächsten Jahres zu verschieben, den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner zu diesem Zeitpunkt wie geplant und auch von uns grundsätzlich bejaht einzuführen. Das ist, wie mir scheint, das Kernstück, und dies hat Konsequenzen für andere Bereiche. Es bedeutet, daß wir auch bei der Beamtenbesoldung, der Besoldung im öffentlichen Dienst, einschließlich Tarife, den Stichtag 1. Juli des nächsten Jahres wählen müssen. Und es bedeutet, daß wir uns auf einen sehr niedrigen Rahmen verständigen müssen für das nächste

6 Fritz Pirkel (1925–1993), Psychologe; 1958–1984 MdL Bayern (CSU), 1966–1984 Staatsminister für Arbeit und Soziale Fürsorge bzw. Sozialordnung, 1969–1989 Vorsitzender der CDA Bayerns, 1984–1993 MdEP.

Jahr und daß die Ernsthaftigkeit, dies zu verwirklichen, sich darin manifestiert, daß in Aussicht genommen und vorläufig vereinbart ist, daß am Anfang die Einbringung eines Bundesbesoldungsgesetzes für die Beamten steht, jetzt noch zu beschließen mit einem sehr niedrigen Wert ab 1. Juli, wir haben mal die Zahl zwei ins Auge genommen für die sechs Monate, das heißt, ein Prozent im Jahresdurchschnitt. Das ist der Rahmen mit der Generalklausel dann auch für Tarifverhandlungen. Wenn mehr Kosten entstehen, müssen sie durch andere Sparmaßnahmen, insbesondere durch Wegfall von Stellen im Tarifbereich ausgeglichen werden. Das bedeutet zum Beispiel auch, daß man andere Leistungsgesetze wie, was für die Länder und Gemeinden sehr wichtig ist, die Sozialhilfe beim Inkrafttreten des Steigerungssatzes, über den man nochmal reden muß, auch auf den 1. Juli legen muß. Nach der Operation 1982 waren es drei Prozent, vielleicht muß man zwei Prozent sagen in der Bemessungsgrundlage des Lebensunterhalts, das wird noch zu diskutieren sein. Ich halte das methodisch jetzt in dieser Situation für den richtigen Ausgangspunkt und bin dadurch auch sehr bestärkt, daß diese Konzeption von den genannten Freunden und Kollegen gekommen ist in Kenntnis der vorgegebenen Notwendigkeiten zu sparen. Beitrag zur Rentenversicherung bleibt bei 18,5 Prozent. Es muß aus dieser Operation eine Entlastung für den Haushalt erfolgen, es muß aber auch eine Substanzstärkung der Rentenversicherung erfolgen im Hinblick auf die Reform 1984. Über die genaue Austarierung dieses Betrages werden wir uns heute noch unterhalten.

Ich nenne einmal jetzt die wichtigsten Punkte, die aus dem sozialen Bereich zu nennen sind, die flexible Altersgrenze wird auf 60 Jahre gesenkt mit vollem versicherungsmathematischem Abschlag. Das ist in den Augen von Norbert Blüm sicher auch ein Beitrag zur flankierenden Arbeitsmarktpolitik, freilich mit der Bemerkung, daß dies nicht für die Beamten gilt und daß es im Öffentlichen Dienst, auch für Arbeiter und Angestellte nur insoweit gelten kann, wenn die Zusatzversorgung nicht greift. Also ein besonderes Problem im Öffentlichen Dienst. Ich trage hier vor zur Krankenversicherung und zum Gesundheitswesen, daß die Selbstbeteiligung beim Krankenhausaufenthalt von einer Woche auf 14 Tage erweitert wird, aber mit einer Freistellung der Kinder und Jugendlichen unter 18. Wir haben nicht vor, und das ist ein entscheidender Unterschied zum Lambsdorff-Papier, das Thema der Karenztage aufzunehmen, sondern es ist in Aussicht genommen, durch Einzelmaßnahmen Mißbrauchsmöglichkeiten bei der Lohnfortzahlung im Krankenhaus auszuschließen. Es wird vorgesehen, bei der Arbeitslosenversicherung die Dauer des Leistungsbezugs beim Arbeitslosengeld stärker nach Dauer der Beitragszahlung zu differenzieren, auch wohl unter Umständen mit einem familienpolitischen Aspekt. Und mit diesem Thema, Karenztage und der vorgesehenen Lösung für das Arbeitslosengeld, ist natürlich einer der ganz schweren Konfliktpunkte im sozialpolitischen Bereich, im Arbeitnehmerbereich sozusagen ein Stück entschärft. Es bleibt genug, was uns in Auseinandersetzungen mit dem DGB hineinbringen wird.

Die Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit bemessen sich bei der Rentenversicherung an der Höhe des Arbeitslosengelds, 68 Prozent netto, Abweichung vom Regierungskonzept, bei der Krankenversicherung aber an 100 Prozent des Bruttolohns. Beides wird gegenüber den Regierungsbeschlüssen, die vorliegen, kostenneutral sein.

Beim Kindergeld, ein für uns sehr schwerwiegender Punkt, ist vorgesehen eine Einkommensgrenze, die noch genau fixiert werden muß, aber nicht so, daß mit dieser Einkommensgrenze beim Überschreiten das Kindergeld wegfällt, sondern daß ein Abschlag

erfolgt. Natürlich ist das für die CDU/CSU einer der empfindlichsten Bereiche, aber jede erste Prüfung der Finanzprobleme ergibt, daß die von mir genannte Zahl fünf Milliarden plus x ohne eine Beteiligung des Kindergeldes nicht erreichbar ist. Und in diesem Vorschlag liegt dann auch ein Stück von dem, was ich einmal öffentlich als soziale Symmetrie bezeichnet habe. Ich halte das, um es kurz zu sagen, für vertretbar mit dem schmerzlichen Ergebnis, daß hier etwa 1,2, 1,3 Milliarden eingespart werden müssen.

Ausbildungsförderungsgesetz habe ich kurz genannt, auf der Linie unserer bisherigen Anträge, Schüler-BAföG entfällt mit Ausnahme derjenigen, die eine unzumutbare Entfernung von Wohnort und Schule haben. Umstellung Studentenförderung auf Darlehensbasis, realistisch erst realisierbar mit dem Herbstsemester des nächsten Jahres, weil die Frage der Modalitäten für die Rückzahlung in der Zumutbarkeit für die Studenten natürlich sehr sorgfältig geprüft werden müssen. Das wäre der Hauptteil im sozialen Bereich, in aller Kürze hier vorgetragen.

Es kommen hinzu begrenzte Einsparungen in anderen Bereichen wie beim Wohngeld, die noch genau bestimmt werden müssen, und es kommt nun hinzu, ich sage das in einer grundsätzlichen Bemerkung, daß wir uns nicht darauf beschränken dürfen, die jetzt unvermeidlichen Kürzungen vorzunehmen, sondern daß wir auch in dem Gesamtkonzept der Finanzpolitik eine Zukunftsperspektive schaffen müssen, die erste Schritte für Verbesserungen der Rahmenbedingungen, vor allem auch für private Investitionen, vorsieht. Hier ist von großer Bedeutung das, was Helmut Kohl zum Thema Wohnungsbaugesetzgebung gesagt hat. Wir glauben, daß nach der Beschlußlage der CDU/CSU und FDP es möglich ist, das Thema Neugestaltung des Mietrechts zu verabschieden. Wir glauben auch, das bestimmte begrenzte steuerliche Verbesserungen sofort für die Wohnungsbaugesetzgebung in Kraft gesetzt werden müssen.

Mit diesem Stichwort kommen wir zum Thema Steuerpolitik. Es ist nach einer längeren Grundsatzdiskussion, vor allem auf Wunsch der Kollegen der CSU und der FDP, aber nach der Debatte dort, das kann ich sagen, Helmut, mit unserem Einvernehmen in Aussicht genommen, vorläufig vereinbart worden, die Mehrwertsteuer mit Wirkung vom ersten Juli 1983 um einen Punkt zu erhöhen. Wir alle kennen die Problematik, auch in der Frage der Wirkung auf die Inflationsrate. Wir haben deswegen Überlegungen, zwei Punkte zu sagen, nicht aufgenommen, auch nicht aus dem Grunde, die hat es gegeben am Tisch, das sage ich nur ganz allgemein, weil wir für die zweite Phase, die wir immer sehen müssen, der Politik nach einer Bundestagswahl im Vierjahreszeitraum uns den Spielraum erhalten müssen, bei der dann erforderlichen weiteren Umstrukturierung des Steuersystems die Mehrwertsteuer einzusetzen für tiefgreifendere steuerpolitische Reformvorstellungen, seien es vertiefte, weitergehende, sorgfältiger überlegte Entlastungsmaßnahmen mit der Zielrichtung Investitionen, Entlastung der Wirtschaft, sei es – je nachdem, wie dann die Prioritäten gesetzt werden, das können wir heute nicht entscheiden in Tag- und Nachtsitzungen – in einer mittelfristigen Perspektive zum Thema Neugestaltung des Einkommenssteuer- und Lohnsteuertarifs, wie immer wir dann die Entscheidungen setzen. Wir brauchen ja einige Monate der Vorbereitung, um zu Beginn der neuen Wahlperiode handlungsfähig zu sein. Das waren die beiden Gründe, warum für eine Mehrwertsteuererhöhung jetzt die Obergrenze ein Punkt ist.

Aber dazu gehört in einem Junktim, und das ist auch für die Argumentation der Fraktionen und im Bundesrat wichtig im Hinblick auf die Ablehnung der Mehrwertsteuer-

erhöhung der alten Koalition, daß im selben Gesetzgebungsverfahren mit Wirkung ab 1. Januar substanzielle Steuererleichterungen in Kraft treten. Und hier ist einmal der Punkt Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen im Wohnungsbau, ich nenne das nur stichwortartig. Und hier ist auch die Absicht, erste Elemente bezogen auf die Investitionsfähigkeit der Betriebe einzubeziehen. Wir haben eine kleine Kommission gebeten, die Inhalte hier zu bestimmen. Es waren, glaube ich, Herr Lambsdorff, Herr Gaddum und Herr Kreile⁷, die am Freitagabend getagt haben; ich habe gestern per Eilboten eine Aufzeichnung bekommen. Und ich sage mal vorsorglich, ich habe es dem Kollegen Waffenschmidt schon gesagt: Die Inhalte müssen sich als ein Investitionsimpuls danach bestimmen, was am schnellsten greift. Hier sollten, wie es im Vorschlag dieser kleinen Kommission enthalten ist, Punkte, Elemente drin sein, die die Kommunen berühren. Mir ist vollkommen klar, daß wir einen Ausgleichsmechanismus herstellen müssen mit der Gesetzgebung. Ich sage das nur mal als Generalklausel, man kann es jetzt nicht im Detail erörtern. Nur, die Prioritätenliste muß sich danach richten, unabhängig von den Verteilungsproblemen, die wir im Auge haben, auf die drei Ebenen, mit welchem Schritt können wir ab 1. Januar ein Signal setzen für die Betriebe, für ihre Investitionsbereitschaft?

Darf ich mich darauf beschränken, weil nicht die Möglichkeit bestand, im Kreis der Kommission jetzt die Gewichtung vorzunehmen, aber das Prinzip, die politische Absicht, die hier zum Ausdruck kommt, ist ja, glaube ich, bedeutsamer. Wir können nämlich bei der bedrohlichen Perspektive für die Neuverschuldung und der Wirkung auf die Kapitalmärkte, das muß klar gesagt werden, keine Steuerentlastung mit Wirkung des nächsten Jahres in bezug auf Wirtschaft und Investitionen beschließen, wenn wir uns nicht den Spielraum über die Mehrwertsteuer erhalten, wobei auch klar ist, daß im nächsten Jahr der Spielraum einer Mehrwertsteuererhöhung vom 1. Juli geringer ist als mit Wirkung von 1984, so daß auch hier eine zweite Stufe der Steuerentlastung für 1984 vorbereitet werden muß. Aber ich bin dagegen, daß wir das heute nacht machen. Ich bin dafür, daß wir den Grundsatz hier nur verankern, weil wir das sachverständige Gespräch über einige Monate brauchen. Das muß zu Beginn der neuen Wahlperiode geschehen.

Ich sage als letztes zu diesem Thema Ergänzungsabgabe, Investitionsanleihen, das uns ja hier im Bundesvorstand stark beschäftigt hat, weil es halt ein Tatbestand ist, daß dieser Kreis nicht vollkommen vertraulich sein kann – es war das natürlich ein Thema bei den Journalisten und bei vielen seit Montag auch mit unterschiedlichen Voten aus der Fraktion, wie wir in Zeitungen gelesen haben –: FDP und CSU, das ist immer noch so assoziativ, haben den Gedanken einer steuerlichen Abgabe abgelehnt mit Argumenten, die auch ihr Gewicht haben. Aber unter dem Gesichtspunkt, mir fällt kein besserer Ausdruck ein, der sozialen Symmetrie, d. h. der argumentativen Flankierung dieser schwerwiegenden Eingriffe im sozialen Bereich im Vorfeld einer Bundestagswahl – und jeder weiß, was das bedeutet – haben wir insoweit auch auf der Grundlage dieser Diskussion schließlich einen Vorschlag vorläufig erarbeitet, den dann auch Franz Josef Strauß nach der grundsätzlichen Erörterung der anderen Fragen selbst einmal in Umrissen eingebracht hat. Und dieser lautet, wie Sie aus den Veröffentlichungen wissen, daß von einem steuerpflichtigen Einkommen – das ist ja nicht ganz das, was an Einkommen zunächst vorliegt, steuerpflichtigem Einkommen von 50/100.000 – für zwei Jahre durch einen Zuschlag zur Steuerschuld

7 Reinhold Kreile (geb. 1929), Jurist; 1969–1987 und 1988–1990 MdB (CSU).

von fünf Prozent an die Investitionsanleihe finanziert wird, zinsfreie Abgabe als Form der Anleihe, die dann nach einer gewissen Zeit – die zwei Jahre, die am Tisch genannt worden sind, sind zu kurz, das muß ich nach der Zwischenprüfung sagen, wir müssen auf vier Jahre kommen, nach vier Jahren wieder zurückgezahlt wird und deren Aufkommen zusätzlich der Förderung des Wohnungsbaus dienen soll, wo die Wohnungsbaupolitiker nun gebeten werden, bestimmte Modelle zu entwickeln. Freigestellt werden sollen von dieser Anleihe alle, die investieren. Und der Satz, Helmut Kohl hat es gesagt, ob man sagt zwei, drei oder vier gegenüber der Steuerschuld, muß noch diskutiert werden. Wer also ein bestimmtes Investitionsvolumen im Betrieb erreicht, wird freigestellt. Das heißt, um es mal ganz grob zu sagen, nach meiner Einschätzung werden diejenigen freigestellt, die Betriebe haben und ihre laufenden Investitionen durchführen; erfaßt werden all diejenigen, die Privateinkommen haben, das keinen Investitionen dient über diese Größenordnung. Das ist mal die grobe Marge. Ich halte dies nun auch für unverzichtbar. Wir müssen mal sehen, ob es heute nachmittag neue Überlegungen gibt, nicht weil es ordnungspolitisch prima ist, da kann man viele Bauchschmerzen haben, die habe ich auch, sondern weil wir im März in die Bundestagswahl gehen. (*Kohl*: Wobei Geld reinkommt dann über den Wohnungsbau.) Ja, das ist natürlich eine gute Begründung, wie hoch der Betrag immer sein wird; da müssen wir noch eine Schätzung einholen. Und wir müssen das, was unsere fachkundigen Kollegen hier nun in einem Papier, das wir auch gestern erst bekommen haben, zu Einzelheiten gesagt haben, heute diskutieren, vielleicht nicht alles im Detail festlegen heute nacht, aber im Prinzip festlegen.

Nun ist mir ganz wichtig, ich will noch zwei Dinge hinzufügen: Für uns, für Helmut Kohl und mich gehört in die Koalitionsvereinbarungen hinein eine klare Festlegung, daß zu Beginn der neuen Wahlperiode ein neuer gesetzlicher Rahmen über Vermögensbildung der Arbeitnehmer geschaffen wird. Wir haben vereinbart, daß mit Wirkung vom 1. Januar nächsten Jahres die Bedingungen für das Existenzgründungsprogramm des Bundes deutlich verbessert werden. Wobei es die Aufgabe dann der nächsten ein, zwei Jahre ist, dieses Programm des Bundes mal abzustimmen mit den Länderprogrammen. Wir sehen das Problem des Nebeneinanders der verschiedenen Programme; das kann man sich fürs nächste Jahr vornehmen. Es geht jetzt darum, Zeichen zu setzen, Zeichen im steuerlichen Bereich mit einer sofortigen Entlastung, Zeichen im Wohnungsbau, in der neuen Gesetzgebung und den steuerlichen flankierenden Maßnahmen, Zeichen im Existenzgründungsprogramm, Zeichen durch die Absicht in einem Umfang, den ich heute nicht beschreiben kann, die Ansätze im Bundeshaushalt, da geht es nicht um Milliarden, aber sicher um einen Betrag von 400 Millionen für die großen Gemeinschaftsaufgaben von regionaler Wirtschaftsförderung bis Krankenhausbau und Hochschulbau, ein Stück aufzustocken mit einem Multiplikatoreffekt bei den Ländern – als Beispiele – und, wenn es geht, noch ein, zwei Zeichen mehr, die wir für den Wahlkampf, aber auch für die Politik der Ermutigung brauchen. Ich glaube, daß in der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung auch stehen müssen einige mittelfristige Perspektiven. Denn so hart dies alles ist, wir stehen nach der Bundestagswahl vor der Notwendigkeit, weitere, und zwar relativ schnelle Entscheidungen zur Absenkung der strukturellen Defizite zu treffen zur Eröffnung eines Spielraums auf Investitionsstärkung in öffentlichen Haushalten und, was mir aber noch wichtiger ist, auf Investitionsstärkung im Bereich der privatwirtschaftlichen Investitionen. Ich werde Helmut Kohl vorschlagen, daß dies alles sehr klar als

Zielvorstellung auch in einer Regierungserklärung ausgesagt wird, so daß die zweite Phase angesprochen wird.

Dies alles – etwas unsystematisch vorgetragen – ergibt eine Grundstruktur, von der ich hoffe, daß sie bei aller Härte der Sparbeschlüsse und dem, was es an Demagogie auch für manche eröffnet, doch politisch tragbar ist. Wenn wir die Größenordnung statt fünf auf sieben oder acht Milliarden festgesetzt hätten als Entlastung für den Bundeshaushalt, was haushaltspolitisch richtig wäre, dann hätten wir uns im sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich übernommen jetzt in der ersten Phase. Die genannten Beispiele machen es ja deutlich, was das bedeutet. Aber es ist für eine Partei, die auch in der Tradition, in der Kontinuität ihrer Grundaussagen zu Fragen verantwortungsbewußter Finanzpolitik und des Zusammenhangs zwischen Finanz-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik steht, auch das essentiell jetzt Notwendige. Ich hoffe, daß es gelingt, diese Einzelelemente zu einer Regierungserklärung zusammenzufügen, die wir offensiv vertreten können in ihren kurzfristigen Entscheidungen und in dem, was an weitergehenden Perspektiven hinzukommt. Ich muß Ihnen sagen, da ich ja nun auch an vielen Verhandlungen teilgenommen habe, es ist doch eine für mich einmalige Erfahrung, daß von Montagabend bis zum Freitagabend mit den unvermeidlichen Unterbrechungen und Zwischenarbeiten überhaupt von Partnern, die bisher ja als politische Gegner einander gegenüberstanden, die Grundzüge und Hauptelemente eines solchen Konzepts, wenn auch vorläufig, vereinbart werden konnten. Wir haben die Aufgabe, dies alles dann in eine Form und in eine Sprache zu bringen, die uns die politische Offensive erlaubt, vor allem gegenüber der Sozialdemokratischen Partei, die wir auch von heute oder von morgen an, wann immer dann die Mitteilungen erfolgen, in die Pflicht nehmen müssen, die Erblast mit zu verantworten und auch an den notwendigen, unvermeidlichen Sanierungsentscheidungen mitzuwirken. Wir müssen die Diskussion so führen, daß die Sozialdemokraten zunächst einmal bis Dezember in der Pflicht bleiben, weil es ihre Erblast ist, mit der wir uns hier auseinandersetzen müssen, aber nicht als Streichorchester, sondern als Politiker, die auch eine Zukunftsperspektive eröffnen. *(Beifall.)*

Kohl: Vielen Dank für den sehr gerafften Bericht. Aus dem Bericht kommt natürlich nicht heraus, was das alles für eine Mühe machte, auch unter den allgemeinen, zur menschlichen Betroffenheit hinführenden Umständen. Das war ja nicht so, daß da fröhliche Gesellen beisammensaßen, deren Hauptziel war, in kürzester Zeit zu einem Ergebnis zu kommen. Das war ein mühsames Geschäft.

Blüm: Ich will nur ein paar Gedanken noch nachtragen im Anschluß an das, was Gerhard Stoltenberg gesagt hat. Wir standen ja auch unter dem Zwang, gerade im Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik, die neue Koalition, das neue Bündnis als handlungsfähig zu erweisen und aus einem quälenden Hin und Her in Sachen Sozialpolitik rauszukommen und zu beweisen, daß das neue Bündnis auch in der Sache eine Grundlage hat. Es geht ja nicht nur darum, den Kanzler zu wählen, es muß ja auch eine sachliche Grundierung haben. Ich will damit das, was schon Gerhard Stoltenberg vorgetragen hat, nicht gegen Kritik tabuisieren, aber ich fände es sehr gut, wir könnten das Programm jetzt auch mit dem Rückenwind der Partei vertreten und würden jetzt nicht sozusagen das quälende Hin und Her, das zwischen SPD und FDP über Monate gerade in diesem Bereich vorhanden war, jetzt fortsetzen in den eigenen Reihen.

Für mich käme es darauf an, nochmal die Ausgangsüberlegungen deutlich zu machen. Also erstens, meine ich, müßten wir alle Sparmaßnahmen mit einem positiven Ziel versehen, das darf nicht nur alles defensiv, als Opfer angesehen werden, sondern es muß auch der Sinn der Übung klar sein. Der Sinn heißt für mich, dieses Programm auf den Hauptnenner zu bringen, Arbeitsplätze zu schaffen. Alles dient dazu, Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Mit anderen Worten, ich glaube, es ist ganz wichtig, ob man Sparen nur als Rückwärtsbewegung begreift oder auch als Chance nach vorne.

Zweiter Punkt, ich finde den Weg undankbar, jetzt sich im Dickicht von Einzelmaßnahmen zu verlieren, das kapiert kein Mensch. Da 500 Millionen, da 50, da 60, dann hat man alle auf der Matte stehen, aber niemand kann sagen, was nun eigentlich die Richtung von dem Ganzen ist. Also die zweite Forderung, daß die Sparmaßnahme relativ einfach und plausibel sein muß in den Einzelheiten. Und drittens, daß sie praktikabel in dem Sinne sein muß, daß wir nicht, wie so oft in den letzten Jahren, mit heißer Nadel Sozialgesetze machen, die nach einem halben Jahr wieder korrigiert werden. Ich finde, daß soziale Sicherheit ein Mindestmaß von Beständigkeit braucht und diese Heiße-Nadel-Politik auch die soziale Sicherheit gefährdet.

Und das dritte ist aus meiner Sicht eine ganz wichtige Voraussetzung, die ist unverzichtbar, auch wenn es da Schwierigkeiten geben sollte. Das, was wir Rentnern zumuten, Kriegsofern, Altershilfe für Landwirtschaft, Knappschaft, Lastenausgleich, machen Sie sich keine Illusion, das ist ein ganz dicker Brocken. Das ist ein ganz dicker Brocken! Das geht überhaupt nur, sonst ginge es jedenfalls für mich nicht, wenn auch die Besserverdienenden ihren Beitrag leisten. Ich bewege mich dabei nicht auf der Ebene von ökonomischen Notwendigkeiten, sondern auf der Ebene, daß dieses Opfer für die berühmten kleinen Leute nur erträglich wird, wenn sie nicht die einzigen sind. Das ist sozusagen die Zumutbarkeitsprämie. Ich weiß nicht, ob Sie das Ausmaß dessen überschauen, was wir hier machen, ein halbes Jahr die Anpassung verschieben! Ich will nur sagen, daß es überhaupt nur vertretbar ist mit dieser Zumutbarkeitsprämie. Wie die aussieht, da bin ich gar nicht so dogmatisch festgelegt. Aber sie ist das unbedingte Eintrittsgeld. Und wenn das verbunden werden soll mit der ökonomischen Notwendigkeit, daß Investitionen damit verbunden werden sollen, dann gilt das zweite Gleichgewicht, daß wir dann auch ein Programm mit Investitionen für Arbeitnehmer auflegen müssen. Es kann ja nicht so sein, daß die Opfer der Besserverdienenden in die Investitionen gehen, die Opfer der Kleinen in die Staatskasse. Das wären zwar zweimal Opfer, aber das eine hätte eine Gegenleistung, das andere nicht. Deshalb halte ich auch die zweite Bedingung, Vermögensbildung und Arbeitnehmer mal in den Zusammenhang zu bringen, für unverzichtbar; sonst hat das Ganze eine Schlagseite.

Und jetzt möchte ich sehr plädieren für diesen Grundgedanken, der dahinterliegt. Wir sind in einer schwierigen sozialpolitischen Situation. Wir machen jetzt alle mal eine Atempause. Jetzt mal ein halbes Jahr tritt jeder von seinen Ansprüchen zurück. Ich meine, von diesem Datum 1. Juli müßte sozusagen ein Sog ausgehen, daß wir ein halbes Jahr Ruhe haben mit Ansprüchen, nicht nur von denjenigen Ansprüchen, die wir hier im Gesetz erfassen, sondern vor allen auch vor denen, auf die der Gesetzgeber gar keinen Einfluß hat. Ich denke, daß das auch ein Zeichen für die Tarifpartner sein könnte. Denn wenn der Witwe die Atempause zugemutet wird, ein halbes Jahr Verschiebung, dann allen. Ich würde auch sagen den Ärzten. Wenn die am 1. Januar kommen, müssen die auch auf

den Termin 1. Juli verwiesen werden. Ich hoffe, daß ein solcher Solidaritätssog entsteht, der uns in Diskussionen in Einzelheiten entlastet und überhaupt erst wieder Bewegungsspielraum gibt für eine Sozialpolitik, die eine Perspektive hat. Wir brauchen doch in der Sozialpolitik überhaupt wieder eine Grundlage, auf der weitergedacht werden kann.

Zu der „heißen Nadel“ will ich nur ein paar Einzelheiten noch sagen, daß alles, was wir im einzelnen gemacht haben, keine Tür zuschlagen darf für eine Entwicklung, wie wir sie wollen. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Es muß in der Sozialpolitik mit begründbaren Kriterien gearbeitet werden. Nur begründbare Kriterien geben Verlässlichkeiten. Deshalb senken wir den Beitrag, den die Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung zahlt, für die Arbeitslosen von 70 auf 68 Prozent. Das ist nicht nur eine Umstellung um zwei Prozent, im übrigen bringt das mehr, weil 70 Prozent von Brutto genommen werden, 68 Prozent von Netto, sondern dies ist ein begründbares Kriterium. Das ist nämlich das Kriterium, das ist das Arbeitslosengeld, während 70 Prozent relativ willkürlich ist. Im Gegenzug haben wir nicht nur gespart, sondern sogar an einer anderen Stelle gesagt, der Bezugspunkt für die Krankenversicherung darf nicht 70 Prozent sein, was die Arbeitslosen- an die Krankenversicherung abführt für die Arbeitslosen, sondern der muß 100 Prozent sein. Warum? Weil die Krankenversicherung vor den Risiken der Arbeitslosigkeit abgeschottet werden muß, sonst halten sie nämlich das gegliederte Krankenversicherungssystem nicht mehr. Wenn die AOK 20 Prozent Arbeitslose hat und die Barmer Ersatzkasse ein Prozent, werden Sie den Finanzausgleich nicht verhindern. Und wenn der Finanzausgleich notwendig wird, haben Sie das gegliederte System zusammen, weil dann niemand mehr Interesse hat, sparsam für seine Kasse zu wirtschaften. Sie sehen also, ich bin ja nicht so ehrgeizig zu sagen, das wird uns immer gelingen, daß wir bei allen Sparmaßnahmen auch eine Perspektive haben, wie es weitergeht. Wie ist das System zu erhalten? Begründbare Kriterien einzuführen! Daß ein solches Absenken auf 68 Prozent natürlich auch zu Rentenminderungen bei den Betroffenen führt, ist klar, aber die Rente spiegelt nun einmal das Lebensschicksal wider. Das kann die Sozialversicherung nicht einfach ungeschehen machen. Ich halte das auch ganz im Sinne dessen, was wir wollen, den Leistungs- und Versicherungsgedanken zu stärken, für besser, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu differenzieren nach der Dauer, in der der einzelne Beitrag gezahlt hat, als alle jetzt abzusegnen, gut und schlecht, auf 68 Prozent, oder wie Lambsdorff wollte, auf 50 Prozent runter. Dies hätte die Probleme nur zur Sozialhilfe verschoben und die Versicherungen ruiniert. Ich glaube, daß man gerade den Versicherungsgedanken stärken muß. Einer, der 40 Jahre Arbeitslosengeld bezahlt hat, der bei AEG arbeitet und jetzt plötzlich vorm Konkurs steht, entlassen wird, den zu beglücken nach 40 Jahres Beitragszahlung, daß man jetzt erstmal die zehn Prozent weniger nimmt, halte ich für nicht plausibel. Ich halte es für sehr viel mehr plausibel, daß derjenige, der nur drei Jahre Beiträge bezahlt hat, das sind die Jungen, weniger lang sich auf die Solidarität der Arbeitslosenversicherung verlassen kann wie der, der 40 Jahre bezahlt hat.

Ich finde den Zusammenhang zwischen Beitragsdauer und Leistungsdauer im Sinne der Versicherung für plausibel. Im übrigen haben die ja auch kürzere Zeiten, sind ja leichter vermittlungsfähig als die Älteren. Wenn die Älteren länger Arbeitslosengeld bekommen, dann auch deshalb, weil sie schwerer vermittlungsfähig sind. Wenn der Jüngere draußen etwas mehr Druck gemacht bekommt, schneller um Vermittlung sich zu

bemühen, dann ist das ganz hilfreich, liegt im übrigen in der Natur der Sache, er hat es nämlich auch leichter. Ich würde auch eine Perspektive selbst in dieser Sparoperation sehen, daß wir das Pflegerisiko unterstützen wollen, daß weg von den großen Apparaten hin zur Pflege zuhause nicht nur billiger, sondern auch menschlicher ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Auch billiger, wenn wir den Sog in die großen Krankenhäuser, die Verschiebung aller Lasten zu den Apparaten hin stoppen.

Also in allem Sparen, ich wiederhole mich, muß eine Perspektive drin sein und nicht nur ein finanzpolitisches Manöver. Ich bin dafür, daß wir die Mißbrauchsbekämpfung nicht mit Kollektivurteilen betreiben, so zum Beispiel, alle, die krankfeiern, sind Mißbrauchstäter. (*Kohl: Alle, die krankfeiern schon. – Heiterkeit.*) Alle, die krank sind, dem gleichen Verdacht aussetzen. Ich will hinzufügen, so niedrig wie jetzt war der Krankenstand schon 30 Jahre nicht mehr. Dennoch wird niemand von uns bestreiten, daß es Mißbrauch gibt. Da finde ich es besser und treffsicherer, der Vertrauensarzt kann diejenigen auswählen und zwar schon am ersten Tag, als alle mit Karenztagen zu konfrontieren. Die Tätigkeit des Vertrauensarztes kann auch dadurch erleichtert werden, daß er von jeder Krankmeldung sofort einen Durchschlag erhält. Damit schützt sich vielleicht auch der Arzt gegen die Zumutung eines Nachfragenden, der den Arzt unter Druck setzt. Ich finde in diesem Sinne auch parallel und ausgewogen, daß auch Bußgelder für Gefälligkeitsatteste gegen Ärzte ausgesprochen werden können. Wenn Mißbrauch, dann bitte nicht nur bei den Versicherten, sondern auch an der strategischen Stelle. Ich glaube nicht, Frau Wex, daß das eine große Welle wird, ich finde es nur wichtig, daß unsere Skepsis sich nicht nur gegen die Versicherten richtet.

Herr Vorsitzender, ich will mich kurzfassen (*Kohl: Ja!*) Meines Erachtens muß man auch in der Sozialpolitik nachweisen, daß es für diesen Neuanfang eine sachliche Begründung gibt. Ich glaube, die große Attraktion, jedenfalls die anfänglich große Attraktion der sogenannten Sozialliberalen war der Versuch, inhaltliche Hauptnenner zu finden. Und ich fände es sehr gut, wir würden die Sozialpolitik auch nicht nur unter Sparmaßnahmen betreiben, sondern unter drei Gesichtspunkten, erstens in der Sozialversicherung, daß die Leistungsgerechtigkeit nicht beschädigt wird, also Leistung für Gegenleistung, eine Brücke zu den Liberalen, gegen kollektive Versorgung. Zweitens halte ich für ganz wichtig den Subsidiaritätsgedanken. Der ist eine Verständigungsbrücke, nicht zu den Sozialisten, aber zu den Liberalen. Ich will ja aus Liberalen nicht grundsätzlich einen Einheitsbrei machen; ich will nur die Verständigungsbrücke suchen. Aber alles steht bei mir jedenfalls unter der Bedingung sozialer Ausgewogenheit. Deshalb ist ein solches Mammutprogramm eine große Anstrengung. Es steht unter der unverzichtbaren Bedingung, daß die Besserverdienenden auch ihren Beitrag leisten. Sonst ist das, was wir jetzt vorhaben, was nicht ohne Widerstände durchzusetzen sein wird, nicht plausibel. Ich finde es auch ganz wichtig, daß wir uns nicht einfach als die Sanktionäre eines Lambsdorff-Papieres betrachten, darauf will ich doch auch unsere mittelständischen Freunde, auf die wir auch hier Rücksicht genommen haben, aufmerksam machen. Wenn das stimmt, was der Vorsitzende vorhin gesagt hat, und stimmt, daß die SPD sich hin zu den Grünen entwickelt, dann finde ich es ganz wichtig, daß wir das Vertrauen der Arbeiter halten und daß wir möglicherweise Wählerpotential austauschen. Deshalb ist das Programm sozialer Ausgewogenheit eine ganz wichtige Voraussetzung. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Bereitschaft und die Einsicht in die Notwendigkeit, sparen zu müssen, weiter verbreitet,

ist als viele Funktionäre glauben. Das ist viel weiter verbreitet! Es muß nur erstens plausibel sein, zweitens praktikabel sein und drittens sozial ausgewogen.

Stoltenberg: Ich habe noch zum Bericht einen wichtigen Satz nachzutragen, damit Sie nur alle Grundelemente auch hier in die Debatte einbeziehen: Subventionen. Wir haben 13 Milliarden Direktsubventionen im Bundeshaushalt. Eine Prüfung ergibt, daß der an sich gute Gedanke der linearen Kürzung nicht möglich ist, weil ihre Rechtsnatur unterschiedlich ist; ein Teil ist 1983 nicht verfügbar durch rechtliche Verpflichtungen. Wir haben deswegen vereinbart, nachdem wir uns die Liste angesehen haben, 500 Millionen Kürzungen bei Subventionen. Diese Aufteilung muß in den nächsten zwei Wochen erfolgen, kann nicht in den Koalitionsverhandlungen erfolgen. Ich trage das nach, weil natürlich hier die Frage, was leistet die Wirtschaft, auch zu sehen ist. 500 Millionen Kürzungen nach Einzelprüfungen.

Kohl: Vielen Dank. Ich bitte jetzt darum, daß Gerhard Stoltenberg von uns aus entschuldigt wird, wir müssen noch eine Reihe Papiere für heute mittag vorbereiten, es muß ja alles ineinandergreifen.

Albrecht: Drei kurze Bemerkungen. Die erste, es ist unbestreitbar, wir müssen jetzt vieles machen, was wir früher ablehnt haben, und das wird uns natürlich um die Ohren geschlagen, ob das Mehrwertsteuererhöhung ist, wo wir zwar immer etwas anderes uns vorbehalten haben, aber das wird in die Öffentlichkeit nicht zu bringen sein, Arbeitslosenversicherungsbeitragserhöhung, Entlastung des Staatshaushaltes aus der Rentenversicherung, das, was wir mal als Plündern dieser Kassen bezeichnet haben. Das wird überhaupt nur gehen, wenn eine schonungslose Situationsschilderung vorweggeht, daß es alles noch viel, viel schlimmer ist.

Zweitens, ich würde sehr dafür plädieren, Helmut, das wird Deine Aufgabe sein, was immer möglich ist, hier positiv zu verkaufen. Man kann ja sagen bei den Rentnern, ihr verliert ein halbes Jahr Rentenanpassung und ihr müßt einen Prozent Krankenversicherungsbeitrag zahlen. Man kann aber auch sagen, die bruttolohnbezogene Rente ist jetzt endgültig gesichert und ihr kriegt trotz Krankenversicherungsbeitrag 4,6 Prozent Rentenerhöhung, was heißt, daß ihr auch im Jahre 1983 nicht an Status verliert. Das heißt, man kann eine Sache negativ darstellen oder man kann sie positiv darstellen, und ich halte es für sehr wichtig, daß wir dies positiv darstellen.

Das dritte ist natürlich die Geschichte mit der sozialen Symmetrie. Betroffen sind in erster Linie Beamte, Sozialhilfe-, Wohngeld- und BAföG-Empfänger und die Arbeitslosen in ihrer Alterssicherung. Auf der anderen Seite, das muß man mal sagen, werden die Besserverdienenden, wenn es nicht dieses eine Element gäbe, soweit sie keine Kinder haben, nicht zur Kasse gebeten. Im Gegenteil, die mittelständischen Unternehmer können damit rechnen, daß sie eine Steuererleichterung in der einen oder anderen Form bekommen. Ich mache dazu nur eine Bemerkung. Ich finde die Geschichte mit der Anleihe gut, weniger aber die Beträge: 100.000 Mark Einkommen, ich nehme mal an, 50.000 Mark Steuern, es ist in Wahrheit schon weniger, fünf Prozent davon, sind 2.500 Mark pro Jahr, und wenn man darauf rechnet, sind es ja eigentlich nur die Zinsen, die verloren gehen, denn das Kapital wird ja zurückgezahlt, dann sind das 250 Mark im Jahr, das sind 20 Mark im Monat, die den ganzen Beitrag ausmachen. Ich plädiere doch sehr dafür, daß man diese Summe etwa verdreifacht und auch in den Fristen dann der Rückzahlung weiter hinausgeht. Es muß nicht so sein, daß man uns sagt, alles, was ihr da gefunden habt, sind

schließlich zwanzig Mark, die der Ministerpräsident von Niedersachsen seinerseits also mit beitragen muß, daß dieser Staat wieder in Ordnung kommt.

Pieroth: Ich halte die Maßnahmen für richtig, zum Beispiel auch die zur Erleichterung der Existenzgründung, auch mit der Erfahrung, die wir seit 1. September mit der Einführung eines Existenzgründungssparens gemacht haben, da wird indirekt phänomenal zugegriffen, der Existenzgründungswille im Volk ist doch da.

Ich habe mich aber gemeldet, weil es richtig ist zu sagen, man muß die Maßnahmen vorziehen, die am schnellsten greifen. Das ist richtig. Aber die Maßnahmen, die am schnellsten greifen sollen, greifen nur, wenn die Unternehmerschaft den Eindruck vermittelt bekommt, daß weitere strukturelle Maßnahmen dauerhaft nachhaltig durchgeführt werden. Gerhard Stoltenberg steht dafür, daß nicht der Eindruck erweckt wird, daß lediglich ein Sofortprogramm gestartet wird, was dann ähnlich auslaufen wird wie die Investitionszulage. Aber die Nachhaltigkeit, die Kontinuität unseres steuerpolitischen Vorgehens muß sehr deutlich werden. Zum Beispiel, daß die Besteuerung von Vermögen, was als Sachkapital volkswirtschaftlich sinnvoll verwendet wird, zumindest nicht erhöht wird, nach Möglichkeit gesenkt wird und daß Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, das investiv verwendet wird, steuerlich begünstigt werden wird. Wenn jetzt bei dem notwendigen Solidarausgleich in diesem Bereich keine Steuererhöhungen erfolgen, ist das ja der richtige Einstieg, aber die Nachhaltigkeit muß noch deutlicher gemacht werden.

Wenn wir dazu die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer und Vermögensbildung der Arbeitnehmerhand einführen, dann paßt das in die Maßnahmen, und es erleichtert diese Maßnahmen zugleich. Solche Maßnahmen sind kein Kompromiß, sondern verbinden nur das wirtschaftlich Notwendige mit dem sozialpolitisch Erwünschten. Das ist dann auch etwas, was positiv dargestellt werden kann und keineswegs negativ. Und, Norbert Blüm, das ist auch mehr als eine Atempause, wenn so vorgegangen wird, das ist ein perspektivischer Neuanfang, die Arbeitnehmer ebenfalls zu begünstigen, wenn sie investieren. Das Ergebnis wird dann sein, mehr Arbeitsplätze wie in den fünfziger Jahren, aber mehr, indem jetzt bei dem neuen Aufschwung die Arbeitnehmer auch an ihren Arbeitsplätzen beteiligt sein werden.

Zeitel: Herr Vorsitzender, ich zögere ein bißchen, weil ich hier auf einige Probleme aufmerksam machen möchte. Ich werde mich auf wenige Punkte beschränken. Wenn ich Norbert Blüm und Herrn Stoltenberg richtig verstanden habe, dann wird die flexible Altersgrenze vorgezogen in versicherungsmathematischen Abschlägen. Soweit ich die Materie übersehe, ändert das gar nichts daran, daß die Rentenversicherung zunächst mit Milliardenbeträgen zahlungsmäßig verstärkt belastet wird. Ich sehe nicht, wo die Deckung da wäre. Ich darf also darauf aufmerksam machen, ich habe den Eindruck, daß der Plan im Hinblick auf Sparbemühungen nicht greift. Vielleicht kann Herr Blüm mal eine Antwort geben, wie er das Geldproblem in den ersten Jahren lösen will.

Das zweite ist dieses Vehikel der Ergänzungsabgabe. Wenn ich den Begriff der Investition richtig sehe, dann wird als Investition auch der Erwerb eines Grundstücks für einen Betrieb angesehen oder für ein Haus. Und nicht unter die Ergänzungsabgabe fällt alles das, was eben in der Zeit jemand, der Geld spart, zahlt. Der muß das aufbringen und derjenige, der mit Grundstücken spekuliert, nicht. Ich will nur auf die Probleme hinweisen, die ziemlich haarig sind in der Abgrenzung dessen, was Investitionen sind. Wenn man

das so interpretiert, wie es hier den Anschein hat, kommt praktisch natürlich nichts heraus. Das ist ein Gesetz, das sehr kompliziert ist, ohne daß damit gesagt wird, daß man das kippen muß. Aber man muß sehen, daß hier also dicke Probleme bestehen, wenn man hier wirklich im Interesse der reinen Optik agiert, gegen die ich mich immer mit Leidenschaft wenden würde, wenn nicht dahinter wirklich der gewollte Effekt auch sichtbar wird.

Dritter Punkt, wenn ich das Paket aufaddiere, dann wird sich an der Höhe der Verschuldung wenig ändern. Für mich ist der Ausgangspunkt, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Das ist das Sozialste, was wir tun können, alles zu unternehmen, die Arbeitslosen wegzubringen. Wir werden Investitionssteigerungen nur kriegen, wenn es gelingt, eine andere Stimmung im Mittelstand herbeizuführen, und wenn die Großen investieren, so wie wir handeln oder so wie die internationalen Beziehungen das gebieten. Für diesen Teil sieht die Rechnung so aus: Umsatzsteuer ein Prozent mehr. Das kann von den Großen getragen werden, die viel Export haben, von den Kleinen kann es nicht übernommen werden zum überwiegenden Teil, geht daher in die Erträge rein. 0,5 Arbeitslosenversicherung gibt plus 1,5, die wir als Zusatzbelastung zur Vermögensbildung hätten. Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger, aber bisher habe ich kein Rezept, wie ein Handwerksmeister mit zwei oder drei Mitarbeitern sein Vermögen binden kann. Hier liegen also dicke Probleme, die, wenn sie nicht gelöst werden, unter Umständen in diesem Teil, befürchte ich, Diskussionen auslösen müssen, die uns jedenfalls nicht zugute kommen werden. Ich wollte wenigstens die Probleme nennen.

Kohl: Gerhard Stoltenberg hat das Thema Förderung des Mittelstands sehr kursorisch angesprochen. In den Vorschlägen sind eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen noch drin, die noch nicht abgestimmt sind. Also, ich bitte das mit in die Betrachtung einzubeziehen, das ist noch nicht fertig.

Waffenschmidt: Ja, alles daransetzen, eine Vollbeschäftigungsoffensive zu starten! In dem Zusammenhang zwei kurze Bemerkungen noch einmal zu dem, was hier den kommunalen Bereich angeht. Tatbestand ist, daß, was den Mittelstand betrifft, das möchte ich für die Verhandlungen heute nachmittag nochmal sagen, die Investitionsvolumina der Gemeinden in diesem Jahr um sieben Milliarden abnehmen. Das sind alles entgangene Aufträge, hauptsächlich für das Handwerk und die Bauwirtschaft aufgrund insbesondere des finanzpolitischen Verschiebeparkplatzes, der eingeleitet wurde von der noch amtierenden Koalition.

Jetzt müßte man unsere Initiativen im Hinblick auf eine Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten wie folgt orientieren: Man müßte dazu kommen, daß zunächst einmal eine Entlastung stattfindet. Das Stichwort ist von Gerhard Stoltenberg ja aufgenommen worden, aber, Helmut, und da möchte ich sehr bitten, daß wir nicht fortfahren ohne Ausgleich weiterer Dinge in den kommunalen Sozialbereichen. Deshalb muß es da einen Ausgleich geben und der muß in der ersten Phase angesiedelt sein. Ich habe gerade am Wochenende das nochmal mit Manfred Rommel durchgerechnet. Uns nützt ja das schönste Wohnungsbauprogramm nichts, wenn die Städte nachher sagen, wir haben kein Geld, um die Kläranlage zu bauen. Ich sage das mal sehr plastisch. (*Kohl:* Das ist aber sehr plastisch! Es gibt ja auch Städte, die Kläranlagen haben und dennoch Einfamilienhäuser bauen können.)

Also, zusammengefaßt: Nicht Verlängerung des Verschiebeparkplatzes, Gerhard Stoltenberg hat Ihnen das gerade noch mal anhand von einigen Beispielen gesagt. Was er

vorgetragen hat, sehen wir wieder alles in den Soziallasten, das heißt dann weniger Investitionen. Wir müssen also dann zugleich einen Ausgleich schaffen, und ich habe hier vorgeschlagen, um einen schnellen Effekt zu erzielen, vielleicht den Gemeinden in den beiden nächsten Jahren die Hälfte der Gewerbesteuerumlage zu lassen, mit der Auflage, sie sofort für Investitionen einzusetzen, die insbesondere private Investitionen unterstützen. Ich möchte also sehr darum bitten, Herr Vorsitzender, wenn heute nachmittag und morgen das abgeschlossen wird, daß wir auch da Entscheidungen kriegen.

Von Bismarck: Ich möchte zunächst mit großem Dank sagen, daß ich das, was Norbert Blüm zur Sache der Plausibilität gesagt hat, von größtem Gewicht ansehe. Denn das, was wir schaffen müssen, ist das Vertrauen in die langfristige Perspektive nicht nur im Bereich der Rente, wo es ganz besonders wichtig ist, sondern auch, das sagt Zeitel mit Recht, im Bereich der mittelständischen Unternehmer. Die sind außerordentlich verbiestert und wollen bei jeder Maßnahme sehen, ob wir langfristige Perspektiven haben oder ob es nach kurzer Zeit wieder anders herum geht. Die sind nicht bloß einfach vorsichtig, die sind verbiestert durch eine Menge Hin und Her in den letzten Jahren. Deswegen ist die Plausibilität viel wichtiger und, das muß ich sagen, geht auch immer vor der Geschwindigkeit. Es ist besser, eine plausible Aussage zu machen, die man morgen macht, als sie heute zu machen, wo sie noch nicht plausibel ist und man dann morgen sagt, oh Gott, daran hatten wir nicht gedacht.

Nummer zwei, ich glaube, daß es eine prinzipielle Entscheidung von größtem Gewicht ist, daß man darauf gekommen ist, die Einkünfte um ein halbes Jahr zu verschieben und den Gregorianischen Kalender endlich einmal aufzubrechen, der ja überhaupt nichts darüber aussagt, wann man etwas mehr leisten kann und wann nicht. Und ich würde alle unterstützen, die sich bemühen im Sinne von Norbert Blüm, dies nun auf alle Bereiche auszudehnen. Denn selbstverständlich ist es so, daß die Arbeitnehmervertretungen es sich gar nicht leisten können, darüber nachzudenken, ob sie jetzt nachziehen und sagen, jawohl, wir machen die Tarifverhandlungen auch ein halbes Jahr später, wenn alle sagen, wir bleiben bei unserem Gregorianischen Kalender.

Dritter Punkt, Herr Vorsitzender, ich würde es sehr wichtig finden, daß wir uns nicht genieren, die beiden Hauptvoraussetzungen für Investitionen zu nennen, nämlich eine Verbesserung der Eigenkapitallage und ruhig den Ruin einmal beim Namen nennen von 1969 bis heute. Und zweitens die Gewinnlage. Wir sind etwas genant, wenn wir über Gewinne sprechen, aber es ist nun mal eine Binsenwahrheit, daß der Mittelstand, wenn er nicht langfristig Gewinne sieht und Eigenkapital hat, auch nicht investieren kann. Deswegen scheint mir dies in unserer neuen Zeit absolut notwendig, daß das wieder eingeführt wird als Grundvoraussetzung aller Investitionsentscheidungen. Sonst werden nämlich die Unternehmer sagen, die Union traut sich nicht, das zu sagen. Und damit ist ein erheblicher Verlust an Vertrauensmöglichkeiten bereits verbunden.

Ich habe dann noch eine Bitte, daß wir über die Frage Karenztage im langfristigen Programm noch nachdenken. Sicher ist es so, Norbert Blüm, daß es eine ganze Reihe Leute gibt, die nicht krankfeiern. Wenn Sie sich mal die Statistik der Krankfeiertage ansehen, wie sie sich auf die Woche verteilen, und wie ich in einem Arbeitnehmerdorf wohnen, dann haben Sie das Vertrauen verloren, daß wir noch die richtige Gesinnung im ganzen haben. Darüber muß man also langfristig nochmal nachdenken. Es liegt nicht an den Arbeitnehmern, sondern an unseren Gesetzen, die uns in einer dauerhaften Weise in

Versuchung führen. Ich würde also bitten, das Thema damit noch nicht als abgeschlossen anzusehen. Ich glaube, daß ich sagen kann, daß, wenn man die fünf Prozent als eine Investitionsanleihe formuliert und es gleich so sagt, trotz ordnungskritischer Bauchschmerzen die Sache akzeptiert werden wird. Nur, das ist die Hauptsache, daß es als Investitionshilfe dargestellt wird und nicht als eine nur wegen der Optik notwendige Sache. Dann wird es weder akzeptiert, noch wirklich ankommen. Also damit, würde ich denken, wird man es gut verkaufen können, und ich bitte darum, daß das so wichtig genommen wird, wie es gesagt wurde.

Wörner: Ich persönlich habe zwei Bemerkungen. Ich glaube, wenn wir dieses Konzept vor den Anspruch einer Wende oder einer Kehrtwende stellen, ist jedem sehr schnell deutlich, daß fünf Milliarden Einsparung zusätzlich in der Öffentlichkeit in der Sache den Anspruch rechtfertigen, wirklich Einschneidendes zu verändern. Das würde ich nach außen nicht so sagen, aber nach innen muß man sich das, glaube ich, klarmachen. Daraus ergibt sich sofort die Schlußfolgerung, die Pieroth eben angesprochen hat und die ich nachdrücklich unterstreichen möchte. Es muß nicht nur deutlich gemacht werden, daß wir es hier mit einer Erblast zu tun haben, es muß auch sofort deutlich gemacht werden, daß im Augenblick nichts anderes möglich war, aber daß es der Anfang und nicht das Ende eines Weges ist.

Und das zweite: Was hier gesagt wurde über Perspektiven, das kann ich nur dann mitvollziehen, wenn es wirklich unsere Überzeugung ist, daß das, was hier angekündigt ist, auch durchgeführt wird. Ich kann mich zwar nicht befreunden, aber abfinden mit dieser sozialen Symmetrie. Denn in der Tat, wie anders wollten wir die Einschnitte bei den kleinen Leuten rechtfertigen? Nur, wenn dann gesagt wird, Zurückzahlung nach vier Jahren, oder lassen Sie mich einen neuen Termin nennen, nach sechs Jahren oder acht Jahren? Ich habe den Glauben daran verloren und sage Ihnen ganz offen, ich verstehe zu wenig von den Einzelheiten, aber hinreichend viel, um zu wissen, daß wir uns in den kommenden Jahren, auch wenn wir jetzt längere Zeit regieren sollten, was wir uns ja wünschen, nicht einer erleichterten Situation, sondern einer erschwerten Situation gegenübersehen. Und was ich nicht erleben will, ist, daß wir Wahl um Wahl den Termin hinausschieben oder sagen, wir zahlen es gar nicht zurück. Dann lieber gleich nicht die Hoffnungen und Erwartungen wecken, wo doch jeder weiß, jedenfalls ich vermute das sehr stark, wir zahlen es eben nicht zurück. Dann laßt uns doch gleich sagen, das ist euer Beitrag für die Investition, und wir stecken das Geld in die Investition, anstatt zu sagen, ihr kriegt es dann und dann wieder zurück. Und ich sage noch einmal, ich habe erhebliche Zweifel, ob wir das jemals zurückzahlen werden. Ich möchte nicht, daß wir einen Weg so anfangen, wie ihn die anderen aufgehört haben zu gehen. Und deswegen meine Bitte, überlegen wir uns das sehr sorgfältig, wenn wir es tun, ob wir dann wirklich auch die Kraft haben, das zu halten.

Ich will nur noch in Erinnerung rufen die Sätze von Brandt. Er hat ja gestern noch mehr gesagt, wie man das dann macht, wie man als deutscher Bundeskanzler alles Menschenmögliche tut, wir werden ja sehen, wer vorher gesagt hat, weniger Schulden und dann mehr Schulden macht. Wir werden ja sehen, wer vorher gesagt hat, weniger Steuern und wer dann für die kleinen Leute mehr Steuern macht. Wir werden ja sehen, wer bei den Soziallasten usw. usw. Das gibt uns die Landschaft vor, mit der wir es zu tun

haben. Und dann möchte ich wenigstens in einem bestehen können, in der Ehrlichkeit dessen, was wir tun, und in der Langfristigkeit dessen, was wir tun.

Kohl: Herr Kollege Wörner, für mich ist ganz klar, daß das Wichtigste, was jetzt von unserer Seite zu demonstrieren ist, die Redlichkeit und die Ehrlichkeit ist. Und deswegen muß man ja auch die Eröffnungsbilanz ganz nüchtern und ganz ehrlich machen. Und deswegen werden wir Ihren Gedankengang, wir sind ja mitten in der Diskussion, über das Zurückzahlungsdatum sehr genau betrachten. Nur muß ich Ihnen sagen, eine andere Lösung, wie Sie sie angedeutet haben, ist in dem Kreis, der sich da zusammenfindet, das sind drei Parteien, nicht möglich. Zwei haben kategorisch erklärt, daß dieser Weg, der schon mal zu Beginn der fünfziger Jahre beim Aufbau der Montanindustrie beschritten wurde, Investitionshilfegesetz⁸, der einzig denkbare Weg ist. Der Weg hat auch noch den Vorteil, daß er sehr engagiert von den beiden Parteivorsitzenden von CSU und FDP mit formuliert wurde. Und ich sehe gar keinen Grund, warum wir nicht, wenn wir das jetzt realistisch abmessen, in diesem Zusammenhang auch mit den Jahreszahlen seriös vorgehen. Das muß eindeutig geklärt werden.

Ich nehme jetzt den anderen Weg, um Ihnen vielleicht entgegen zu kommen. Es gab ja die Idee, eine Investitionsabgabe zu machen und die zeitlich zu begrenzen. Da spricht natürlich Ihr Einwand noch mehr dagegen, erstens einmal, weil zu Beginn der Großen Koalition so etwas schon gemacht wurde und dann bei den Spitzensteuersätzen das nicht abgeschafft wurde, sondern bei der Umformulierung der Steuersätze das als eine gegebene Größe eingearbeitet wurde.⁹ Das ist das erste Argument. Wir sind also sozusagen in der Bundesrepublik bereits gebrannte Kinder an diesem Punkt.

Zweitens, wenn wir auf zwei Jahre jetzt eine Investitionsabgabe machen würden, steht das natürlich, und jetzt muß man schon mal zwei Jahre weiterdenken, auch im Zusammenhang mit dem Versprechen, wenn wir einigermaßen ruhigeres Gelände erreichen in der Mitte der nächsten Legislaturperiode; Stoltenberg hat das vorgetragen, daß dann die Progressionssätze neu formuliert werden. Und wenn Sie dann das Versprechen von jetzt einlösen in der konkreten Situation und geben diese Spitzensätze zurück, weil es heute versprochen ist, hat jedermann vergessen, daß das heute in der konkreten Situation geschehen ist, sondern dann kommt sofort die Behauptung, jetzt tut ihr was für die reichen Leute. Insofern glaube ich, ist das unter allen denkbaren Lösungen, wenn es vernünftig ausgestaltet ist, noch die seriöseste Lösung.

Es gibt ja noch ein anderes Argument, wir wollen ja jetzt nicht so tun, als sei die soziale Symmetrie bisher völlig vernachlässigt worden. Wenn bei einem Spitzensteuersatz, der über 50 Prozent von einem Einkommen hinausgeht, der Steuersatz immer weiter steigt, muß man auch bei allem Verständnis für Rentner und bei allem, was da zu sagen ist, fairerweise hinzufügen, es gibt eine Grenze, wo die Grenze zum Exponieren erreicht ist und, wenn wir in einem Halbsatz sagen, wir wollen Leistung stärken, die Leistung natürlich total geschwächt wird. Ich glaube, daß das ein Weg ist, wobei man über die Details,

8 Das Investitionshilfegesetz vom 7. Januar 1952 (BGBl I S. 7) verpflichtete die gewerblichen Unternehmen dazu, insgesamt eine Milliarde DM zur Deckung des Investitionsbedarfs der Grundindustrien aufzubringen.

9 Gesetz über Finanzierungshilfen aus Mitteln des ERP-Sondervermögens für Investitionen im Bereich der Gemeinden vom 17. Oktober 1967 (BGBl I S. 989), vgl. auch Investitionszulagengesetz vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1211).

Zahl der Jahre, wann man zurückzahlt, wie hoch der Prozentsatz ist, reden muß. Die Frage der Vervielfältigung der Zahl, wenn einer in sein eigenes Unternehmen investiert, daß man die Investitionen definiert, Herr Zeitel, warum eigentlich nicht? Das machen Sie ja sonst auch im Steuerrecht. Das kann man doch ganz konkret definieren, daß der Grundstücksspekulant beispielsweise herausfällt. Und wenn halt ein Betrieb nun nicht spekuliert, sondern das Grundstück für einen Erweiterungsbau gebraucht, dann ist das ja durchaus möglich, der macht ja sonst auch noch die Investitionsmöglichkeiten, die Abschreibungen geltend. Das ist ja sozusagen eine Sonderaktivität, die hier drin ist. Ich halte das Problem für lösbar und auch für sozial vertretbar, und es hat auch noch den Vorteil, man kann es den Leuten klarmachen. Das glaube ich schon. Und es geht auch in den Mittelstand hinein, zusammen mit anderen geplanten Maßnahmen. Für mich ist der entscheidende Punkt, daß wir einen Push für den Mittelstand reinbringen. Da stimmen wir völlig überein, und ich glaube, daß wir da noch ein paar andere Vorschläge bringen, die jetzt gerade in der Diskussion, in der Formulierung sich befinden, wo Sie zufrieden sein werden. Ob allerdings die Kommunalpolitiker damit so zufrieden sind, ist eine zweite Frage, ich will es nur andeuten.

Späth: Ich will eine Vorbemerkung machen. Ich glaube, es ist wahnsinnig schwierig, in der jetzigen Situation so ein Thema als nicht an den Verhandlungen Beteiligter zu diskutieren und jetzt im nachhinein gute Ratschläge zu geben. Ich will nur sagen, ich persönlich wäre ein Stück weitergegangen und zwar einfach deshalb, weil mir die strukturelle Seite noch nicht übersehbar erscheint. Ich bin zum Beispiel der Meinung, dieses Rauschieben mit dem halben Jahr ist natürlich das, was man politisch am leichtesten verkraften kann, weil alle Leute sagen, warten wir halt ein halbes Jahr. Nur, daß wir auf die Dauer die strukturellen Dinge natürlich nicht halten können, ist auch klar. Wenn wir aber ein halbes Jahr verschieben, dann wird man uns die Gegenerklärung dafür abverlangen, nämlich, daß wir dann strukturell nichts machen. Und da sehe ich eine große Gefahr, auf die ich nur für die weiteren Erklärungen hinweisen will, da wird es eine Auseinandersetzung geben, was macht ihr eigentlich nach dem halben Jahr? Bleibt dann alles, ist das der Preis und ist das dann in Ordnung?

Zweitens, wenn man strukturell starke Einschnitte gemacht hätte, hätte man sicher ein Opfer der Reichen anbieten müssen. Für mich wäre das immer der Spitzensteuersatz gewesen, weil der optisch einfach eine stärkere Lösung ist, gegen die man dann im Investitionsbereich, sprich Mittelstand, mit Gewerbesteuer etwas hätte machen können. Aber vor dem Verfahren einer vorübergehenden Anhebung warne ich auch ein bißchen. Ich sage noch etwas gleich dazu, dies alles sind ein paar Anmerkungen, im Grunde ist das sehr schwer von außen nachher zu beurteilen. Wie soll das Verfahren aussehen, das Geld einsammeln zinslos und wieder zurückzahlen? Wir werden den Vorwurf bekommen, daß dies eine verdeckte Kreditaufnahme ist, daß sie zinslos ist und daß sie kein Opfer bedeutet, weil jeder Umgehungstatbestand nahezu möglich ist. Wie zum Beispiel die Bewertung, was Investitionen sind, wenn wir zum Beispiel Grundstücke rausnehmen wollen, welche Grundstücke? Der Erwerb des Betriebsgrundstücks ganz sicher nicht. Der Erwerb eines Wohnhauses? Der Erwerb eines Baugrundstücks? Ich sage nur, für mich ist noch nicht ganz sichtbar, daß dies ein Konzept ist, das wir durchhalten, und das schon die Strukturen aufzeigt, wie wir das Ganze in Ordnung bringen wollen. Und eines ist auch klar: Wenn wir schon steuerliche Maßnahmen ergreifen und ankündigen, Umsatzsteuer oder solche

Maßnahmen, wie sie jetzt vorgesehen sind, dann ist natürlich die große Frage, ob man dies alles, Öffentlicher Dienst, auf den Tisch legt, den Ärger überall auslöst und dann am Schluß sagt, das bringt uns fünf Milliarden. Klar ist, daß man das zum Teil mit dieser sogenannten schonungslosen Eröffnungsbilanz erstmal klarziehen kann. Nur, hinter der schonungslosen Eröffnungsbilanz müßte auch das schonungslose Konzept kommen, wie mittelfristig das Ganze aussieht. Also, wenn Ihr es schon so macht, dann wäre meine Bitte nur, daß mal in dieser Disposition der Koalition aufgezeigt wird, wie das Ganze mittelfristig so mit ein paar Konturen aussieht. Im Augenblick sieht mir das noch so ein bißchen als Haushaltsberatung 1983 aus, aber noch nicht als Koalitionsberatung. Ich warne ein bißchen davor. Die Leute erwarten von uns, wenn wir schon Ärger auslösen, daß da mehr sichtbar wird als das Springen über die Runde 1983.

Ich will noch eine weitere Anmerkung machen. Ich glaube, daß Norbert Blüm einen sehr geschickten Schachzug gemacht hat mit dem Angebot von dem halben Jahr und dann nochmal mit dem versicherungsmathematischen Abschlag bei der Altersgrenze. Rechnet das ja nochmal genau! Ich habe das dumpfe Gefühl, daß die Sozialpolitiker einen guten Sprung gemacht haben, indem sie sich mit der Vorausverteilung dieses halben Jahres die eigentliche große Auseinandersetzung um die Frage der dynamisierten Sozialleistungen erspart haben. Und ich sehe nicht bei der Wirtschaftsentwicklung, mit der wir uns in den nächsten zwei Jahren auseinanderzusetzen zu haben, wie das ein Stück weiterführt über den Haushalt 1983 hinaus. Das ist eigentlich meine große Sorge. Ich will das jetzt nur hier formulieren, damit auch ein Zweites klar ist, das, was in der Koalition möglich ist, muß ausgehandelt werden. Es hilft nichts, wenn wir da anschließend gute Wünsche verbreiten. Wenn wir schon darüber diskutieren, wollte ich dies angemerkt haben. Selbstverständlich müssen wir das miteinander tragen, was Ihr in der Koalition, in der Verhandlung hinkriegt. Aber Norbert Blüm läuft mir viel zu fröhlich rum. (*Heiterkeit. – Blüm: Das ist ein Irrtum.*) Er läßt sich nämlich überall bedauern. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, ich kann Dir nur eines sagen, Lothar, das, was da jetzt vorgesehen ist in dem Bereich, den Blüm hier vorhin vertreten hat, das ist keine fröhliche Reise mit all denen, die da betroffen sind. Und was nun etwa die Rentengeschichte betrifft, haben wir ja nun in der Parteikommission gute Vorarbeit. Da führt ja gar kein Weg vorbei, daß in der mittel- und langfristigen Disposition das deutlich werden muß. Ich sage noch einmal, in der Regierungserklärung sind beide Elemente enthalten, das, was jetzt geschieht und noch geschehen muß. Die fünf Milliarden müssen wir halt aufbringen, sonst hat das Ganze gar keinen Sinn. Natürlich ist das auch ein Stück Haushaltsberatung, Du kannst ja nicht sagen, wir wenden uns den mittel- und langfristigen Problemen zu und kurzfristig sagen wir nicht, wo das Geld herkommt. Der Betrag muß eben jetzt aufgebracht werden.

Späth: Ich sage nur, wenn Du mittelfristig rechnest, kommt Du unter zehn Milliarden nicht weg. Um das mal ganz hart zu sagen, ich halte den Aufwand im Verhältnis zum Ertrag für ein Mißverhältnis, das uns noch viel Ärger bringt.

Kohl: Also, ich kann nur sagen, ich bin sehr gespannt, wie all jene, die letztes Jahr in der Fraktion riefen, als es da hieß, wir kürzen zwölf Milliarden. Da hieß es dann plötzlich, was heißt zwölf Milliarden, 25 Milliarden! Das war ja wie auf der Auktion in London. Wer bietet mehr an Grausamkeiten, so hieß es damals. Ich bin jetzt mal sehr gespannt. Beispielsweise bin ich sehr gespannt, wenn die Regierung sagt, wir machen das bei den Be-

amten, und wir signalisieren das für den Öffentlichen Dienst, wie beispielsweise die Bundesländer und die Kommunen stehen.

Späth: Es gab zum Beispiel ein Bundesland, das diese wichtige Erklärung im Bundesrat für die Beamten nicht mitgetragen hat. Ich kenne das Bundesland.

Kohl: Ich will Dir nur einmal sagen, wir haben ja im letzten Jahr unsere Erfahrungen gemacht mit den öffentlichen Arbeitgebern. Das weißt Du ja noch sehr genau, wir sind doch voll auf die Nase gefallen. (*Späth:* Bei mir stehen die zwei Prozent für den Haushalt. – *Unruhe. Diskussion.*) Also, Chancen, Mut zu beweisen, Lothar, gibt es unendliche in den nächsten Monaten.

Nur, jetzt will ich doch auch einmal was sagen: Das steht doch schon wirklich in einem Kontext, davon sind wir abgekommen im Hinblick auf die Neuwahlen; das muß man doch auch mal sehen. Man muß doch mal sehen, was allein jetzt schon in Hessen bei unseren Leuten los war nur aufgrund der paar Zeitungsmeldungen, wo noch gar nichts vereinbart ist. Das, was hier gesagt wird, was jetzt gemacht werden muß, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, ein Schritt, jetzt das mit dem Haushalt hinzubekommen, aber ich füge nochmal hinzu, mittel- und langfristig muß die Regierungserklärung den Weg natürlich beinhalten.

Ich schlage vor, daß wir jetzt an dem Punkt abbrechen. Heiner, erkläre bitte im O-Ton den Stand bei der CSU.

Geißler: Also, im Moment ist der CSU-Landesvorstand immer noch mitten in der Beratung. Als ich vorhin angerufen habe, waren noch 15 Wortmeldungen da von wichtigen Leuten, so daß man nicht damit rechnen kann, daß die Spitze der CSU sich vor 16 Uhr nach Bonn in Bewegung setzt. Das heißt also, vor 18 Uhr können keine Gespräche begonnen werden. Ich habe allerdings, das muß ich sagen, verlässliche Informationen bekommen darüber, daß die CSU sagt, an uns soll das konstruktive Mißtrauensvotum nicht scheitern. Es kommt auf die FDP an, das heißt, morgen muß eben die FDP sagen, ob sie in der Lage ist, das konstruktive Mißtrauensvotum mitzutragen. Und vor allem wird noch diskutiert darüber, was von der FDP zu halten ist hinsichtlich dieses Sonderparteitages.¹⁰ Also, das spielt offenbar noch eine größere Rolle.

Das kann ich vielleicht auch noch sagen, ich habe Informationen, daß der Bundeskanzler überlegt, das wird also bereits auch öffentlich geäußert, die Vertrauensfrage zu stellen, die ja dann negativ beantwortet wird, und dann von sich aus den Bundestag aufzulösen. Da wären ja keine verfassungsrechtlichen Probleme vorhanden. (*Vogel:* Ja selbstverständlich! Er kann doch, wenn er kein Vertrauen hat, nicht auflösen, das muß der Bundespräsident tun. – *Unruhe. Diskussion.*) Ja klar, das meine ich, entschuldige bitte, ich habe das etwas verkürzt dargestellt, also den Artikel 68 kenne ich inzwischen fast auswendig. Das ist ja klar. Das war eine verkürzte Darstellung. Gut, dies ändert aber nichts an unserer Möglichkeit, die Auflösung des Bundestages durch das konstruktive Mißtrauensvotum, also die Wahl eines neuen Bundeskanzlers, zu verhindern.

Vogel: Darf ich noch mal einen Zwischenruf machen: Dann wäre das kein konstruktives Mißtrauensvotum. (*Geißler:* Auch richtig.) Es gibt auch die Möglichkeit, daß er die

10 FDP-Bundesparteitag vom 5.–7. November 1982 in Berlin: Genscher setzte sich bei der Wiederwahl zum Parteivorsitzenden mit 55,5 Prozent (222 Stimmen) gegen seinen Konkurrenten Uwe Ronneburger (169 Stimmen) durch; der Koalitionswechsel wurde mit lediglich 210 gegen 181 Stimmen bei 7 Enthaltungen gebilligt.

Vertrauensfrage stellt, kein Vertrauen bekommt und daß dann nicht ein konstruktives Mißtrauen kommt, sondern ein neuer Kanzler gewählt wird. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Und weil das so ist, mache ich ein großes Fragezeichen daran. Das würde ja uns den Weg erleichtern, deswegen sehe ich noch nicht, daß er das macht. Also, warten wir es ab.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt bitten, daß wir die Sitzung abschließen, es ist gleich 2 Uhr, wir haben noch eine ganze Menge zu tun. Ich darf darum bitten, daß die Kollegen aus dem Parteipräsidium noch einen Augenblick hier in den Raum, wo wir heute früh getagt haben, kommen. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

Berlin, Montag 8. November 1982

Sprecher: Albrecht, Biedenkopf, von Bismarck, Blüm, Geißler, Gradl, Herzog, Kiep, Koch, Kohl, Späth, Stoltenberg, von Weizsäcker, Weberling, Windelen, Wissmann.

Beschlußvorlage Bundesausschuß 6. Dezember 1982. Beschlußvorlage CDU-Delegation zum IV. EVP-Kongreß vom 6.–8. Dezember 1982. Wahlkampfetat und Finanzlage der Partei. Wahlkampfplanung der Bundespartei. Politische Lage.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.45 Uhr

Kohl: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf unsere heutige Bundesvorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen.

Wir sind jetzt gerade auf den Tag genau fünf Wochen Mitglieder einer kompletten Bundesregierung, die Wahl des Kanzlers war Freitag vor fünf Wochen¹, und es gibt sicherlich im Blick auf die Vergangenheit, im Blick auf die Zukunft einiges zu bemerken, so daß ich annehme, daß wir zum Punkt Politische Lage heute auch ein intensives Gespräch miteinander führen wollen.² Deswegen mein Vorschlag – ich will damit aus der bisherigen Übung herausgehen, und wenn Sie einverstanden sind, können wir das dann auch ziemlich zügig durchziehen –, daß Sie mit einer Umstellung der Tagesordnung in der Weise einverstanden sind, daß wir vier Punkte hier schnell vorziehen, die wir heute unbedingt machen müssen und die nicht viel Zeit brauchen, aber die auch die Präsenz von allen brauchen. Ich brauche beispielsweise für den Wahlkampfetat den Schatzmeister³, der etwas früher weg muß. Ich sage bewußt schnell, denn ich hoffe, daß es darüber keine große Diskussion gibt, um uns dann ganz und ausschließlich dem Hauptpunkt widmen zu können.

Die vier Punkte wären der vorliegende Beschluß zum Bundesausschuß⁴ – ich nehme an, Sie haben ihn alle gekriegt –, dann etwas zum Kongreß der EVP im Dezember in Paris⁵, dann Wahlkampfetat und Finanzlage; da wollte ich, daß der Schatzmeister einen Einführungsbericht gibt über das, was vom finanziellen Rahmen her geplant ist, wie die Finanzlage aussieht, und daß der Generalsekretär⁶ einen ersten Überblick gibt über die Wahlkampfmaßnahmen oder das, was geplant ist, und daß wir dann zurückkommen zum

1 Zur Wahl am 1. Oktober 1982 und zur Regierungsbildung vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 17–22, 26–34.

2 Materialien zur Sitzung des erweiterten Bundesvorstands in ACDP 07-001-1337, TB Kiep 01-867 Nr. 37.

3 Walther Leisler Kiep.

4 Tischvorlage in ACDP 07-001-1337. – Protokoll der Sitzung des erweiterten Bundesausschusses vom 6. Dezember 1982 ebd. 07-001-630, Materialien ebd. -716. – UiD vom 9. Dezember 1982 (Reden Kohls und Geißlers, mit Berichtigung ebd. vom 21. Dezember 1982 S. 14).

5 4. Kongreß der EVP vom 6.–8. Dezember 1982: „Frieden schaffen – Freiheit bewahren – Europa einigen“. Tischvorlage in ACDP 07-001-1337.

6 Heiner Geißler.

Hauptpunkt. Sind Sie einverstanden, daß wir diese vier wichtigen Punkte, die heute sein müssen, vorwegnehmen und konzentriert machen? Denn ich fürchte, daß ich sonst ab einem bestimmten Zeitpunkt hier mit einer Minderheit verbleibe.

BESCHLUSSVORLAGE BUNDESAUSSCHUSS 6. DEZEMBER 1982

Ich rufe dann den Punkt 1 auf, Sitzung des Bundesausschusses. Der Sachverhalt ist Ihnen klar, wir müssen und wollen diesen Bundesausschuß erweitern, weil wir am Ende dieses Jahres noch eine größere Veranstaltung machen wollen, die die Gelegenheit gibt, auch nach draußen repräsentativ in Erscheinung zu treten. Als ein wichtiges Nebenprodukt dieser Veranstaltung ist für uns auch bedeutsam – da wir in diesem Jahr keinen Bundesparteitag haben –, daß wir noch einen Anspruch bei den öffentlich-rechtlichen Sendern auf eine bestimmte Zeit von Übertragungen einer Zentralveranstaltung haben. Das gilt sowohl für ARD als auch für ZDF. Sind Sie damit einverstanden, daß wir den Bundesparteiausschuß in diesem Sinne einberufen und so gestalten? Ich stelle fest, dem ist so entsprochen.

BESCHLUSSVORLAGE CDU-DELEGATION ZUM IV. EVP-KONGRESS VOM 6.–8. DEZEMBER 1982

Dann haben wir den Punkt 2. Da ist Folgendes: Der Kongreß der Europäischen Volkspartei tagt vom 6. bis 8. Dezember 1982. Wie Sie wissen, gibt es immer einen ungeheuren Andrang, wenn Delegationslisten aufgestellt werden, und eine ungeheure Fülle von Absagen, wenn dann die Termine herannahen. Das ergibt sich auch jetzt. Wir haben folgende Lage: Wir haben zunächst einmal sozusagen als geborene Mitglieder auf diesem EVP-Kongreß die CDU-Mitglieder der EVP-Fraktion, also die Europaparlamentsabgeordneten – das sind 48, wenn alle kommen würden –, und wir haben noch zusätzlich die Absicht, 55 Mitglieder zu laden. Die Damen und Herren sind ausgesucht unter allen nur denkbaren Gesichtspunkten, die man sich vorstellen kann, aus der Bundestagsfraktion sowie die Europabeauftragten – so heißt es konkret – der Landtagsfraktionen. Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß ich nach meiner Übersicht jetzt schon davon ausgehen muß, daß rund die Hälfte gar nicht bereit ist zu kommen. Das ist meine bisherige Erwartungszahl. Das Problem, vor dem wir stehen – deswegen behellige ich Sie überhaupt mit dieser Sache –, ist, daß im Normalfall nach unserer Satzung der Bundesparteiausschuß diese Delegation zu nominieren hat. Als wir unseren letzten Bundesparteiausschuß⁷ hatten, war dieser Termin noch nicht fixiert, und der neue Termin des Bundesausschusses liegt am gleichen Tag wie dieser Kongreß. Ich stand also vor der mißlichen Lage, entweder gegen die Satzung zu verstoßen, was ich praktisch damit tue, oder aber eine eigene Bundesausschußsitzung einberufen zu müssen, was jeder von Ihnen auch als wenig sinnvoll erkennt. Meine Bitte ist, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir heute diese Liste billigen, daß wir die Landesverbände bitten, zwei oder drei weitere – das ist völlig offen – zusätzliche Delegierte zu benennen, damit wir überhaupt auf die Zahl kommen – es ist kein Problem, Leute unterzubringen, ich spreche es offen aus –, so daß ich dann

7 Am 10. Mai 1982 in Berlin (Protokoll in ACDP 07-001-629).

dem nächsten Bundesparteiausschuß am 6. Dezember den Beschluß von heute mit der eben gemachten Erläuterung vortrage, um aus dieser Lage herauszukommen. Darf ich Sie fragen, ob Sie mit dem Verfahren einverstanden sind? Ich stelle fest, das ist der Fall.⁸

Dann kommen wir zu Punkt 3 und 4. Dabei ergibt sich Folgendes, daß wir jetzt zuerst den Bericht von Walther Leisler Kiep hören und dann den von Heiner Geißler. Walther Leisler Kiep wird also sowohl über die Finanzlage als auch über den Wahlkampfetat berichten; er wird es kurz machen und Heiner Geißler desgleichen.

WAHLKAMPFETAT UND FINANZLAGE DER PARTEI

Kiep: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rahmenbedingungen für die Finanzierungsarbeit der Bundespartei haben sich bis zum heutigen Tage nicht verändert, und ich glaube, es ist nur realistisch, wenn ich feststelle, daß sie sich auch bis zum 6. März mit Sicherheit nicht verändern werden. Das heißt, irgendwelche Veränderungen in der Gesetzgebung sind nicht zu erwarten, wir werden also bei den jetzigen steuerlichen Freigrenzen von 1.800 beziehungsweise 3.600 DM als eine der Grundlagen unserer Finanzierungsarbeit zu bleiben haben. Zum anderen wird das Bundesfinanzhofgutachten von 1952⁹, was ja vorsieht, daß Verbände bis zu einer bestimmten Höhen Finanzierungen von Parteien vornehmen können, weiterhin Gültigkeit haben. Dieses Gutachten ist ja noch vor einem Jahr vom damaligen Bundesfinanzminister ausdrücklich bestätigt worden, so daß die Finanzperspektiven für 1983 sich auf dieser Grundlage entwickeln werden. Unser Ziel bleibt, ich habe das ja hier schon mal vorge tragen, daß wir den Versuch unternehmen, die Altschulden, wenn irgend möglich, bis Ende 1984 zu tilgen. Der Schuldenstand betrug am 31. Dezember 1981 23 Millionen DM. Ich hoffe, daß er am 31. Dezember 1982 ebenfalls 23 Millionen DM betragen wird, und ich gehe davon aus, daß wir die Finanzierung der Bundestagswahl 1983 auf der Grundlage des Etats für den Wahlkampf, der dem Generalsekretär und dem Bundesgeschäftsführer vorgelegt ist, finanzieren können.

Die Verschuldung am Jahresende 1982, bei 23 Millionen zu bleiben, ist unser Ziel; sie ist abhängig von den noch in 1982 zu finanzierenden Kosten für den Wahlkampf 1983 und den zu erwartenden Spendeneingängen. Unser Ziel ist, wie gesagt, die Verschuldung von 23 Millionen per Ende 1982 zu erreichen und bis Ende 1984 soweit irgend möglich abzubauen. Die Kreditlinien mit unseren Banken sind bis zum 31. Dezember 1984 gesichert. Die Zinsbelastungen allein aus diesen Altschulden werden 1982 2,5 Millionen D-Mark betragen, so daß die Zinslasten für 1983 eher noch etwas höher liegen werden wegen der zusätzlichen Finanzierung des Bundestagswahlkampfs. Finanzbedarf 1983 kurz zusammengefaßt: 60 Millionen, rund 30 Millionen, genau gesprochen 29,8 für den Bundestagswahlkampf 1983, der damit etwas unter den Kosten des Wahlkampfs 1980 liegt und weit unter den Kosten des Wahlkampfs 1976. Also, 30 Millionen rund Wahlkampfetat, dazu 30 Millionen laufender Etat, das heißt wir haben hier ein Gesamtvolumen von 60 Millionen Bedarf. Dem stehen gegenüber Mitgliedsbeiträge acht Millionen, öffentliche Mittel 39 Millionen, so daß die verfügbaren Deckungsmittel für diese Ausgaben von 60 Millionen

8 Liste der Delegierten in ACDP 07-001-1337.

9 Gutachten des BFH vom 17. Mai 1952 - I D 1/52 in Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofs (BFHE) Bd. 56. Bonn 1953 S. 591.

47 Millionen betragen. Das heißt also Haushaltslücke 13 Millionen, heißt, daß wir insbesondere davon abhängen, wie stark es uns gelingt, Spenden für diesen Bundestagswahlkampf tatsächlich möglich zu machen. Die Spendenakquisition ist unmittelbar nach dem 1. Oktober angelaufen. Ich darf sagen, daß die in den ersten fünf Wochen geführten Gespräche ein verbessertes Klima für unsere Finanzierungsarbeit gezeigt haben. Ich unterstreiche noch einmal, diese Spendenakquisition findet auf der Grundlage statt, die wir seit dem Sommer 1979 praktizieren, d. h. lediglich aus versteuerten Einkommen bzw. aus versteuerten Gewinnen der Unternehmen. Die kritische wirtschaftliche Lage hemmt unsere Arbeit ebenso wie natürlich auch noch – allerdings abnehmende – Bedenken der Angesprochenen bezüglich des Wahltermins 6. März. Schließlich haben wir mit unseren Banken, die unsere Wahlkämpfe auch in den vergangenen Jahren finanziert haben, eine Finanzierung dieses Bundestagswahlkampfes 1983 inzwischen abgeschlossen, beginnend am 1. Januar, endend am 30. Juni, eine Vorfinanzierung praktisch der Wahlkampfkostenerstattung, so daß wir hier auf sicherem Boden stehen.

Nun noch ein Wort zu 1984, meine Damen und Herren. Für 1984 werden wir einen Bedarf haben von insgesamt 61 Millionen. Hier ist drin ein Europawahlkampfbudget von 20 Millionen, eine Abführung an die Landesverbände in der Größenordnung von acht Millionen aufgrund der Vereinbarungen, die wir getroffen haben über die Wahlkampfkostenfinanzierung der Europawahl. Und dem stehen Einnahmen entgegen in einer Größenordnung von 60 Millionen öffentliche Mittel aus der Europa- und der Bundestagswahlkampfkostenerstattung und Mitgliedsbeiträge, zusammen 60 Millionen. Das bedeutet die Hoffnung, daß wir diese Finanzierungsrechnung 1984 für sich gesehen ausgewogen abschließen können, und ich habe vorhin schon gesagt, daß wir hoffen, daß es uns aufgrund von Spendeneingängen in den Jahren 1983, 1984 möglich sein wird, die Altschulden in der Größenordnung von 23 Millionen per Ende 1984 bis auf einen Bodensatz, mit dem ich doch glaube, rechnen zu müssen, abdecken können. Dies alles setzt voraus, daß die Erwartungen sich erfüllen und daß es uns gelingt, in steigenden Maße den Vertrauensvorschuß, den wir jetzt schon für die neue Bundesregierung in diesem Bereich spüren, auch in den Monaten bis zum 6. März und der Zeit danach zu erhalten.

Kohl: Vielen Dank. Dazu Wortmeldungen? Ich möchte das gleich mitdiskutiert haben. Wie hoch ist der Wahlkampfraumen noch? (*Kiep:* Der Wahlkampfraumen? 29,8 Millionen.) Also, das ist, für jedermann erkennbar, weniger, und ich glaube, das ist auch unsere allgemeine Meinung hier, daß wir auf gar keinen Fall in der allgemeinen Situation Massenarbeitslosigkeit und alles, was dazukommt, eine Materialschlacht führen dürfen. Es ist ganz wichtig, daß das auch in der gemäßen Form jetzt bei dieser Wahl vonstattengeht.

Herzog: Ich wollte in dem Zusammenhang, ich höre die Zahl zum ersten Mal, die Frage stellen, ob sie niedrig genug ist, oder ob wir nicht einfach betonen sollten, wir machen einen sparsamen Wahlkampf. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Das sind praktisch acht Millionen weniger als vorher. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, ich würde lieber ein Viertel sagen. Es ist besser, wir sagen eine Zahl, die man auch leicht beweisen kann, als wenn man gewisse Beweise erzwingt. Aber ein Viertel weniger ist ja ein Wort. Dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Jetzt Heiner Geißler.

Geißler: Der Wahlkampf unterscheidet sich von den bisher üblichen Wahlkämpfen durch zwei Momente: Er ist kurz, vier Monate stehen nur zur Verfügung, und er findet im Winter statt, das haben wir auch noch nie gemacht.¹⁰ Infolgedessen müssen wir uns den Wahlkampf anders vorstellen, wir müssen auch anderes befürchten, als dies im September der Fall gewesen ist, ein Monat, in dem wir ja in der Regel gewählt haben. Offene Form des Wahlkampfes auf Straßen und Plätzen wird nicht möglich sein, oder nicht in dem Umfang möglich sein. Deswegen wird der jetzt beginnende Wahlkampf im wesentlichen ein Medienwahlkampf sein. Wir haben 20 Großveranstaltungen in Hallen mit dem Bundeskanzler vorgesehen. Der Werbemiteileinsatz wird konzentriert werden, weil wir in den Wintermonaten auch nicht in der gewohnten Weise das Material verteilen können, Flugblätter usw. usf. Infolgedessen wird die Konzentration darin bestehen, daß wir uns beschränken auf drei Zeitungen, die zur Verteilung kommen. Wir werden kommerzielle Verteilungswege in Anspruch nehmen und insbesondere dann Anzeigen als Ersatz für die normale Kommunikationsarbeit, Flugblätter etc. in Auftrag geben. Der Wahlkampf im Fernsehen wird das entscheidende Element in der Wahlkampfführung sein.

Zweitens, wir haben drei zeitliche Räume des Wahlkampfes, das heißt, wir haben einen Vorwahlkampf bis Weihnachten, dann wird der Hauptwahlkampf stattfinden von Januar bis 6. März. Die eigentliche Schlußphase des Wahlkampfes wird nach Aschermittwoch eingeleitet werden, also ab 16. Februar. Zum ersten Punkt, Vorwahlkampf, hier ist Folgendes vorgesehen: Wir werden uns thematisch konzentrieren bis Weihnachten auf zwei Fragen, Erblast, also die ganze Erblast noch einmal eindeutig darstellen, die wir von den Sozialdemokraten übernommen haben, und dann die Alternative herausstellen, Mehrheit Union, Bundeskanzler, Alternative rot-grünes Bündnis links von der Union. Das muß zunächst im Vorwahlkampf noch einmal gehämmert werden. Zu diesem Zweck habe ich ja bereits eine Pressekonferenz durchgeführt, weitere Pressekonferenzen werden folgen mit Walter Wallmann, insbesondere zu dem Thema Hessen, rot-grünes Bündnis in Hessen und Walther Leisler Kiep zu demselben Thema in Hamburg.¹¹

Wir werden ab 20. November eine sechsteilige Anzeigenkampagne exakt zu diesem Thema starten in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben in dem Zusammenhang bis Weihnachten nicht nur die Sitzung des Bundesparteiausschusses¹², sondern Anfang Dezember den Kongreß „Soziale Marktwirtschaft“, der noch einmal Gelegenheit geben wird, diesen ganzen Themenkomplex unter wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht darzustellen.¹³ Dazu parallel sind geplant Pressekonferenzen auch des Fraktionsvorsitzenden¹⁴. Wir sehen vor, soweit dies möglich ist, daß von der Regierung aus noch eine Dokumentation hergestellt wird über die Finanzkatastrophe, die Entwicklung der Finanz-

10 Vgl. dazu den „Redesatz“ zu den Wahlkampfmaßnahmen in ACDP 07-001-1337.

11 Z. B. Geißler am 26. Oktober 1982 („Stuttgarter Nachrichten“ vom 27. Oktober 1982: „Geißler warnt vor rot-grünem Bündnis“).

12 Am 6. Dezember 1982 in Bonn (dazu die Ausgabe des UiD vom 9. Dezember 1982).

13 Kongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung am 9./10. Dezember 1982 (Einzelheiten in UiD vom 11. November 1982: „Fachkongreß „Die Soziale Marktwirtschaft erneuern – Arbeit, Wachstum, Umwelt““), vgl. auch ebd. vom 18. November 1982 – CDU-Dokumentation 36: „Die Regierung Kohl handelt: Sicherung des sozialen Netzes“, ebd. vom 21. Dezember 1982 – CDU-Dokumentation 40: „Die Regierung Kohl handelt: Mit uns aus der Wirtschafts- und Finanzkrise“.

14 Alfred Dregger.

und Haushaltspolitik unter den Sozialdemokraten; diese Dokumentation würde dann von der Regierung vorgestellt werden. Außerdem ist geplant, daß alle Minister bis Weihnachten noch einmal vor der Bundespressekonferenz ihre Zielvorstellungen darlegen und auch den Haushaltsentwurf aus ihrer Sicht noch einmal begründen.

Das in Kürze zu dem, was bis Weihnachten geplant ist. Wir werden an Material vorbereiten, was die Regierungserklärung anbelangt, also inhaltliche Aussagen, schriftlich; zum Teil ist das schon gemacht worden im „UiD“.¹⁵ Es wird drei Musterreden geben.¹⁶ Ich werde noch in dieser Woche einen Brief an alle Kreisvorsitzenden schreiben und an die Abgeordneten¹⁷, in diesem Brief werden wir im Anhang noch einmal eine konzentrierte Darstellung unserer Argumente zum Regierungswechsel vortragen. Dann wird es ein Handbuch zur politischen Argumentation geben, das wird Mitte Dezember herauskommen. Dann wird es Broschüren zu den wichtigsten Problemfeldern des Wahlkampfes geben, also Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Rechts- und Innenpolitik, Außen- und Friedenspolitik, Ausländerpolitik und Umweltpolitik. Dann werden wir die Dokumentationen zu politischen Aktionen, die bereits erarbeitet worden sind in der Partei zur Verteilung bringen, also „Die SPD als Regierungspartei – eine Schlußbilanz“ und die Dokumentation über die Grünen. Außerdem ist vorgesehen eine Dokumentation über die SPD-Finanzpolitik in Anlehnung an das, was von der Regierung erarbeitet wird.

Wir werden wegen der Wintermonate zentrale Wahlkampfveranstaltungen durchführen, konzentriert mit dem Bundeskanzler, drei Wellen, 20 Veranstaltungen, die der Mobilisierung der Partei dienen sollen. Zweitens, Zielgruppenansprache und zentrale Wahlkampfveranstaltungen in allen Bundesländern. Dazu ist zunächst Folgendes zu sagen: Mobilisierung der Partei, Ausländerkongreß¹⁸ hat schon stattgefunden, wir haben den Kongreß „Soziale Marktwirtschaft“, dann wird Mitte Januar ein rechtspolitischer Kongreß¹⁹ stattfinden, außerdem am 3. Februar ein internationaler Friedenskongreß²⁰ in Bonn. Und nachrichtenhalber darf ich anfügen, daß Anfang Dezember in Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Wallmann und anderen wir hier im Konrad-Adenauer-Haus Gespräche durchführen werden zu dem Thema Verhältnis der Christlich Demokratischen Union zur Kunst, zur Kultur, vor allem im kommunalen Bereich.

Im Januar 1983 beginnt dann die Mobilisierungskampagne in vier Regionalkonferenzen. Zu diesen vier Regionalkonferenzen, auf denen der Parteivorsitzende und der Generalsekretär zum Sprechen anwesend sein werden, Südwest am 10. Januar Ludwigshafen, Nord 18. Januar in Hannover, Mitte 19. Januar in Bochum, Süd 26. Januar in Mannheim.²¹

15 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 13. Oktober in Sten. Ber. 9. WP 121. Sitzung S. 7213–7229, UiD vom 14. Oktober 1982.

16 UiD vom 21. Oktober 1982 – CDU-Dokumentation 32: „Musterrede. Für eine Politik der Erneuerung“, UiD vom 6. Januar 1983 CDU-Dokumentation 1: „Musterrede: Mit Helmut Kohl und der Union meistern wir die Zukunft“, UiD vom 10. Februar 1983 CDU-Dokumentation 6: „Musterrede: Aufwärts mit Deutschland – jetzt den Aufschwung wählen“.

17 Vgl. UiD vom 25. November 1982 – CDU-Dokumentation 37: „Mit uns aus der Krise: Zehn gute Gründe, am 6. März CDU zu wählen“.

18 Am 20./21. Oktober 1982 in Bonn (vgl. Einleitung Anm. 115)

19 Am 15. Januar 1983 in Karlsruhe „Recht sichert die Freiheit“ (vgl. dazu UiD vom 27. Januar 1983 CDU-Dokumentation 4 S. 3f.).

20 Am 3. Februar 1983 in Bonn (Druck: CDU-Bundesgeschäftsstelle [Hg.]: Friedenskongreß in Bonn. Bonn 1983).

21 Übersicht in UiD vom 13. Januar 1983 S. 8.

Kohl: Stopp mal, ist denn das schlau, die zwei Konferenzen zu machen in Ludwigshafen und in Mannheim mit drei Wochen Abstand? Ist es nicht schlauer, die Konferenz in Südhessen zu machen für die Baden-Württemberger? (*Unruhe. Diskussion.*) Na ja, gut, aber es ist doch verrückt, innerhalb von drei Wochen fünf Kilometer Luftlinie entfernt das zu machen.

Geißler: Wir werden noch einmal probieren, die vierte Veranstaltung irgendwo anders hin zu verlegen. In den Raum Stuttgart vielleicht. (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl:* Es ist viel schlauer, diese Südwestkonferenz am Rande von Baden-Württemberg in Hessen zu machen. – *Unruhe. Diskussion.*) Das sind ganztägige Konferenzen, also das beginnt um zehn Uhr oder elf Uhr. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: 18 Uhr beginnen die. (*Unruhe. Diskussion.*) Also, Herr Radunski, ich schlage Folgendes vor: Als ich das ganze Ding gestern durchgepflügt habe, zwei Stunden lang, bevor ich zusammengebrochen bin über meinem Terminkalender, da waren zwei Sachen, die mir aufgefallen sind. Erstens, die Ortswahl, finde ich, muß man nochmal betrachten und zweitens die Uhrzeit. Der Einwand von Gerhard Stoltenberg kam mir natürlich sofort auch. Um 18 Uhr fängt das in Hannover an, um bloß ein Beispiel zu nennen, es ist Winter, schlechte Jahreszeit. (*Unruhe. Diskussion.*) Das wird natürlich pressemäßig noch schlechter, wenn niemand da ist. Und wenn ich mir vorstelle, daß jemand von Flensburg nach Hannover abends um 22 Uhr fährt, denn vier Stunden müssen wir für die Veranstaltung ungefähr rechnen, dann ist der ja, wie lange fährt man denn normal, zweieinhalb Stunden, über neun Stunden unterwegs. (*Unruhe. Diskussion.*) Laßt uns das jetzt zurückstellen, das muß nochmal geprüft werden.

Geißler: Also, ich bin davon ausgegangen, daß die Sache vormittags losgeht. (*Diskussion. Heiterkeit.*) So, wir vertun jetzt Zeit mit der Frage. Das muß nochmal geprüft werden, was jetzt vernünftig ist. Wegen der Südkonferenz sollte man nochmal überlegen, ob wir nicht einen anderen Ort nehmen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Darf ich noch eine Frage einbringen, weil die zum Überlegen vielleicht dazu gehört. Wir müssen ja irgendwo die Wahlkämpfe eröffnen. Wir haben beispielsweise am 29. Januar Wahlkampföffnung geplant in Baden-Württemberg. Wenn da drei Tage vorher so eine Geschichte ist, dann sollte man doch versuchen, wenn am Tag diese Konferenz ist, daran anschließend eine große Wahlkampföffnungsveranstaltung mit dem Bundeskanzler zu haben, dann packen wir doch das zusammen, machen von zwei bis sechs diese Konferenz und dann um sechs eine große Kundgebung. Wenn wir die alle da haben, dann spart doch jeder Zeit. (*Kohl:* Also, Lothar, wir gucken das nochmal nach.) Das wäre nur meine Bitte, sonst haben wir nämlich diese Konferenzen, bei denen Du zeitlich gebunden bist vier Stunden, und drei Tage später suchen wir einen Redner für die Wahlkampföffnung.

Geißler: Also, in der Vorlage des Adenauer-Hauses steht keine Uhrzeit. Das möchte ich ausdrücklich festhalten. Ich lege Wert darauf, das hier mitzuteilen. (*Heiterkeit.*) Es gibt auch keine zwei Vorlagen. Es gibt eine Vorlage ohne Uhrzeit. So, jetzt würde ich vorschlagen, daß wir das noch klären, vor allem den Vorschlag von Lothar Späth mit einbeziehen.²² Wir wollen zu diesen Regionalveranstaltungen – da bitte ich um Ihre Mitwirkung –, daß möglichst viele unserer Mandatsträger bis zur Ortsverbandsebene an diesen Regional-

22 Die Regionalkonferenz Süd fand am 8. Januar 1983 in Ludwigshafen statt.

konferenzen teilnehmen, denn auf diesen Regionalkonferenzen sollen ja neben der publikumswirksamen Darstellung, Fernsehen usw., unsere Leute mobilisiert werden. Das ist eine ganz wichtige Veranstaltung, und wir rechnen damit, daß also 2.000 bis 3.000 unserer Leute an diesen Regionalkonferenzen teilnehmen.

Dann werden wir, was die übrigen Veranstaltungen anbelangt, diese Zielgruppenveranstaltungen durchführen. Das sind Zielgruppenveranstaltungen, erstens für die Jugend, zweitens Frauen, drittens Rentner. Dann werden wir einen internationalen Friedenskongreß durchführen und eine Zielgruppenveranstaltung Arbeitnehmer. Ich glaube, das waren die fünf; ich glaube, ich habe keine vergessen. Dann haben wir in der Endphase des Wahlkampfes ab Aschermittwoch in jedem Landesverband eine zentrale Großveranstaltung mit dem Bundeskanzler in entsprechend großen Hallen. Im übrigen haben wir den Bundesrednereinsatz, über den Sie ja nun inzwischen durch einen Brief von mir informiert worden sind. Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, jetzt über das Plakatkonzept zu referieren oder über das Anzeigenkonzept. Das war also das Wesentliche, was ich hier vorzutragen habe.

Kohl: Also, das alles ist natürlich jetzt in einer Reihe von Dingen ein erster Entwurf, das ist ganz klar, wir müssen jetzt hart an diese Sache rangehen. Ich bitte Sie sehr herzlich, die Landesgeschäftsstellen in diesem Sinne anzuweisen und auch selbst mitzumachen, soweit es sich um Bundesredner handelt, daß das in der Kürze der Zeit möglichst gut abgewickelt wird. Was die Termine im Detail betrifft, wird man das eine oder andere örtlich noch abchecken müssen, das ergibt sich wiederum aus den örtlichen Gegebenheiten. Ich denke beispielsweise daran, daß es offensichtlich von der Adenauer-Stiftung, das habe ich gestern aus meinen Unterlagen ersehen, für diese Seniorenentreffen für Südbaden eine Vorarbeit gibt, aber in der Planung ist beispielsweise das Seniorenentreffen bundesweit für Böblingen ausgeschrieben. Ob Böblingen dafür auch der richtige Ort ist verkehrsmäßig, das muß man, finde ich, auch noch mal angucken. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich finde eben, das muß alles jetzt noch einmal bedacht werden. Hier geht es praktisch um einen ersten Entwurf, damit Sie sehen, in welche Richtung wir hier arbeiten. Gehen Sie bitte davon aus, es wird ganz hart auch hier im Haus an dieser Sache gearbeitet.

Gibt es dazu noch Fragen? Jetzt habe ich, bevor ich das Wort weitergebe, Herr Koch, noch Folgendes: Wir müssen ja mit den Kollegen der CSU im Blick auf die Wahlkampfprogrammatik zu einer Übereinstimmung kommen. Das ist alles ja sehr kurzfristig zu machen. Mein Rat ist, wir haben eben im Präsidium darüber gesprochen, es ist auch dort die einmütige Meinung, daß wir so verfahren. Es wird möglicherweise dann noch in diesem Jahr einen zusätzlichen Termin des Bundesvorstands geben, den ich Ihnen jetzt noch nicht angeben kann, weil das mit dem Ablauf unserer Arbeit zusammenhängt. Bitte richten Sie sich darauf ein, vermutlich ein Abendtermin dann in einer Sitzungswoche, damit wir das hinkriegen, daß wir so verfahren, daß einige Kollegen, ich nenne jetzt gleich die Namen, sich ans Werk machen in den nächsten Tagen unter dem Vorsitz des Generalsekretärs und die Wahlkampfplattform 1980 zur Hand nehmen, was fortgeschrieben werden muß, was verändert werden muß, auch sich Gedanken machen, ob man ein Wahlprogramm in dem Sinn ganz breit anlegt oder Schwerpunkte vorlegt. Ich würde aber sagen, das sollten wir heute nicht entscheiden, sondern das sollten die Kollegen dann in aller Ruhe überlegen, die haben auch von uns, jedenfalls ist das mein Vorschlag, jede

Vollmacht, noch einen anderen für einen bestimmten Sektor heranzuziehen, etwa von der jungen Generation, daß die das einfach jetzt sehr freihändig angehen können.

Ich möchte auf alle Fälle, wenn wir das Gespräch mit den Kollegen der CSU führen, bei uns eine Art Vorgespräch, nicht einen Abschluß natürlich, gehabt haben, auch hier im Vorstand. Mein Vorschlag ist, daß die Kollegen Geißler, Biedenkopf, Blüm, Zeitel, Schäuble²³, Schwarz-Schilling, Wallmann und Rühle – da sind die Fraktion und die einzelnen Gruppierungen mit eingebunden – sich jetzt mal dransetzen, und das ist eine harte Arbeit, weil das alles in den allernächsten Wochen geschehen muß. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren? Gut. Das ist dann der Fall und dann können wir auch dieses Thema verlassen. Zum Punkt „Verschiedenes“ habe ich nichts mehr, ich rufe ihn dann nachher auch nicht mehr auf, es sei denn, Sie haben noch eine Anmeldung zum Punkt „Verschiedenes“.

Koch: Ich wollte, meine Damen und Herren, Stichwort „Vorgespräch“, dringend bitten, daß ein Gespräch geführt wird in Königswinter²⁴ mit den Sozialsekretären, damit da einige Dinge in der Terminologie nicht falsch laufen, denn wir werden die Wahl, und daran sind wir alle interessiert, nur gewinnen können, wenn wir auch die Arbeitnehmerschaft ansprechen, insbesondere, was ich ansprechen möchte, hier in Nordrhein-Westfalen. Wir haben zwei Tage Konferenz gehabt, ich bin da sehr dankbar dem Norbert Blüm, daß er einiges vorgestern gerade gebügelt hat.²⁵ Die Argumente waren für uns stichhaltig. Daß wir hinter Norbert Blüm stehen, ist eindeutig. Wir, 30 oder 35 Leute der CDU oder Christlich-Soziale, werden am Donnerstag, ich möchte das hier nur mitteilen, mit dem Vorstand der IG Metall wegen der Schweinereien, ich sage das so deutlich, die in der IG-Metall-Zeitung gestanden haben²⁶, ein ernsthaftes Gespräch führen. Ich persönlich habe schon ein Gespräch geführt mit der Metall-Redaktion, daß wir uns diese Dinge nicht mehr bieten lassen; es wäre fast zu einer Schlägerei gekommen, ich will das nur hier mal nebenbei sagen.

Nur, was mir aufgefallen ist, womit wir draußen uns jetzt rumschlagen müssen, gerade in Nordrhein-Westfalen, ist einmal, daß Norbert Blüm von Lohnpause gesprochen hat. Wir stehen hinter Dir, lieber Norbert, ich will das hier nicht vertiefen. Das zweite ist, was die Bundesregierung in puncto ARBED getan hat, wir geben 75 Millionen für Saarstahl, die saarländische Regierung gibt 75 Millionen. Dasselbe trifft demnächst in Nordrhein-Westfalen zu. Der Krupp-Vorstand sagt, im Februar spätestens sind wir pleite, bei Hoesch und allen anderen ist es genau dasselbe. Die sind nicht mehr liquide, das darf ich hier mal sagen, ohne daß es ins Protokoll kommt. Wenn ich diese Dinge ansehe, dann möchte ich nur davor warnen, daß man nicht in der Öffentlichkeit von seiten der Bundesregierung sagt, wir wollen das Weihnachtsgeld um die Hälfte kürzen. Das kann man in der Terminologie auch anders machen, daß sich Anteilseigner, Arbeitnehmer zusammensetzen an einem Tisch und versuchen, diese Probleme zu lösen, damit wir im Wahlkampf nicht

23 Wolfgang Schäuble (geb. 1942), Jurist; seit 1972 MdB, 1981–1984 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, 1984–1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, 1989–1991 und 2005–2009 Bundesminister des Innern, 2009–2017 Bundesminister der Finanzen, 1991–2000 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1998–2000 Bundesvorsitzender der CDU, seit 2017 Bundestagspräsident.

24 Sitz der CDA.

25 Vgl. dazu UiD vom 11. November 1982: „CDA. Norbert Blüm steht in unserer Solidarität“.

26 Vgl. UiD vom 21. Oktober 1982: „Sozialausschüsse warnen IG Metall“.

dauernd Schiffbruch erleiden. (*Kohl*: Also, lieber Freund Koch, ich schlage vor, daß wir das nochmal alles in die Generaldiskussion bringen. Das gehört ja in die politische Gesamtlage, was Sie jetzt sagen.) Aber man soll nicht den Anlaß dazu geben. Das kann man doch in der Terminologie anders machen, setzt Euch zusammen und redet, die Arbeitnehmer sind nämlich nicht so. Ich gebe Ihnen ja Recht, die sind nicht anders, aber man soll vermeiden, daß das in der Öffentlichkeit ausgeschlachtet wird gegen uns. Wir haben das bitter auszubaden. (*Späth*: So schlimm ist das alles nicht. – *Kohl*: Nur ruhig Blut jetzt mal.) Ich bitte nur darum, daß man ein Vorgespräch führt zumindest mit den Sozialsekretären von der CDU: die können uns in manchen Dingen helfen.

Kohl: An sich gehört das in die Generalaussprache. Ich schlage vor, das da zu behandeln. Natürlich sind das alles Themen, die ungeheuer auf den Nägeln brennen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

POLITISCHE LAGE

Kohl: Ich komme dann zum Punkt 1. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden heute über die politische Lage – ich sagte dies eingangs schon – fünf Wochen nach der Kanzlerwahl und nach der Neubildung der Bundesregierung. Ich glaube, das Bemerkenswerteste ist – und ich finde, das ist auch ein Stück Normalität deutscher Demokratie, es wird zu wenig Aufhebens von dieser Tatsache gemacht –, daß wir jetzt erleben, daß wir nach diesen fünf Wochen, nachdem der Rauch der Schlacht abgezogen ist, nachdem also diese ganze Gerüchtekulisse und was da alles aufgebaut wurde²⁷, sich ins normale Leben verzogen hat, einen Ernüchterungsprozeß haben. Es ist ganz wichtig für uns, glaube ich, ungeachtet jetzt einer parteipolitischen Standortbestimmung, daß unsere ausländischen Gesprächspartner dies als ein Stück Reife der deutschen Demokratie begreifen, daß ein Regierungswechsel eine normale Sache ist, daß man diese Verteufelung draußen gar nicht versteht, auch aus dem naheliegenden Grund, weil die meisten europäischen Länder, vor allem, wenn sie ein parlamentarisches und kein präsidentielles System haben, ganz natürlicherweise Regierungswechsel und häufigere Regierungswechsel haben und zum Teil überhaupt nicht verstehen können, was hier in der Bundesrepublik sofort an Ausdrücken in diesem Zusammenhang gebraucht wurde.

Im Blick auf unsere außenpolitische Situation ist diese Normalität in der Betrachtung, glaube ich, ein großer Gewinn. Man kann eigentlich sagen, daß – natürlich mit Nuancen – alle unseren auswärtigen Partner diesen Regierungswechsel – einige mehr mit Überzeugung und Freude, andere mit mehr Zurückhaltung – akzeptiert haben. Man stellt sich auch zunehmend darauf ein – das merken Sie auch an den Spenden, das ist ja ein interessanter Seismograph, aber das merken Sie ebenso an den auswärtigen Beziehungen und den Reaktionen –, daß die Union auch nach dem 6. März für die kommenden Jahre die Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik haben wird. Die Zweifel sind spürbar zurückgegangen. Wenn Sie die Kriterien nehmen, ich sage das jetzt einmal etwas süffisant,

27 Die öffentliche Aufregung über den „Verrat der FDP“ (Koalitionswechsel der FDP von der SPD zur CDU/CSU) war durch die Veröffentlichung des früheren Regierungssprechers Klaus Bölling (Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt. Ein Tagebuch. Reinbek 1982) zusätzlich angeheizt worden. Zusammenfassung der Ereignisse und Kontroversen im Kontext des Regierungswechsels in AdG 1982 S. 26011–26021, 26159–26165.

die für so etwas wichtig sind, ohne daß ich jetzt Demoskopien bemühe – darauf komme ich gleich zu sprechen –, dann ist deutlich spürbar, daß etwa die Besucher aus dem Raum des Warschauer Paktes²⁸ sehr deutlich signalisieren – mit Nuancen, wenn ich die DDR betrachte, auch dazu will ich noch besondere Bemerkungen machen, weil ich sie jetzt außen vorlasse –, daß sie sich auf eine längere Frist einrichten. Die, die in der Wirtschaft etwas sensibel sind, und das sind viele, signalisieren das jetzt auch, nachdem sie ja sehr zurückhaltend waren. Wenn Sie quer durch die Bonner Ministerien gehen, merken Sie auch bei der Beamtenschaft – das sind ja Leute, die in ihrem persönlichen Schicksal betroffen sind –, daß, nachdem man zunächst etwa von Seiten der Sozialdemokraten und vor allem der ganzen links engagierten Beamten gesagt hat, wir wollen erst einmal den 6. März abwarten, inzwischen auch hier eine Götterdämmerung eingetreten ist. Diese Kriterien sind sehr viel interessanter als die rein demoskopischen Betrachtungen.

Was nun die Reaktion von draußen betrifft, haben wir ja aufgrund der Begegnungen ein paar ganz exzellente Indikatoren. Da war der deutsch-französische Gipfel²⁹, da war der deutsch-britische Gipfel³⁰. Beim deutsch-französischen Gipfel, und das kann man hier offen sagen, war unser Vorteil der Nachteil des vorhergehenden Präsidenten. Der jetzige Präsident als Sozialist hat – bei einer völlig anderen gesellschaftspolitischen Vorstellung, Vorstellung der Wirtschafts- und der Sozialpolitik, zum mindesten, was die Ideologie betrifft, in der Praxis sieht das ja etwas anders aus – nicht die Absicht, die Art und Weise der Distanz zu uns fortzusetzen, wie Präsident Giscard das durch viele Jahre hindurch propagiert und auch praktisch gelebt hat.

Mitterrand hat sich bei den beiden Gesprächen als ein französischer Realist erwiesen, als ein Mann, der die Interessen und die Überzeugung der französischen Republik mit der Überzeugungskraft der Grande Nation vertritt, mit dem ganzen Stolz des Landes, und insofern ist er auch zu einem guten Stück ein Gaullist. Seine sicherheitspolitischen Vorstellungen sind weit eher beim Gaullismus und bei Charles de Gaulle selbst angesiedelt als bei der Sozialistischen Internationale, um einmal die Pole hier abzustecken. Ich glaube, für ihn ist in seinem Verhältnis zur neuen Bundesregierung ganz entscheidend, daß er diese Regierung im Gegensatz zu der Vorgängerregierung in Sachen NATO-Doppelbeschluß³¹ in beiden Teilen des Beschlusses braucht, um es so direkt und so hart auszudrücken. Es ist ja kein Zufall, daß er beim ersten Gespräch am Montag nach meiner Wahl bereits im Elysée darauf zu sprechen kam, sozusagen mich befragte, inwieweit ich bereit sei, auf diesem Weg voranzugehen, daß wir den ja seit 19 Jahren brachliegenden

28 Am 7. Oktober 1982 traf Kohl in Bonn mit Michail S. Solomenzew, dem Vorsitzenden des Ministerrats der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), zusammen (vgl. AAPD 1982 Dok. 265, Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 38f.), am 12./13. Oktober fand die 11. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission statt (AdG 1982 S. 26045f., AAPD 1982 Dok. 256 Anm. 10).

29 40. deutsch-französische Konsultationen am 21./22. Oktober 1982 in Bonn (Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 58f., AdG 1982 S. 26070f., AAPD 1982 Dok. 282).

30 12. deutsch-britische Konsultationen am 28./29. Oktober 1982 (Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 59f., AdG 1982 S. 26100–26102, AAPD 1982 Dok. 288).

31 Der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 enthielt das Angebot an die UdSSR zu sofortigen Verhandlungen mit dem Ziel, nuklear bestückte Mittelstreckenwaffen aus Europa zu verbannen. Im Falle des Scheiterns der Verhandlungen würde die NATO als Gegengewicht gegen die sowjetischen SS-20 Raketen nukleare Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Belgien und den Niederlanden stationieren.

Absatz des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages über die Intensivierung der Sicherheitspolitik, der gemeinsamen Sicherheitspolitik jetzt aufgreifen wollten. Genau das haben wir getan. Damit es klar ist, das ist keine Alternative zur NATO und zur Bindung an die Vereinigten Staaten; hier gibt es nicht ein Entweder-Oder, sondern wörtlich genommen nur ein Sowohl-Als-auch, und insofern ist er natürlich auf das stärkste gleichermaßen an der Präsenz der Amerikaner im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland interessiert wie an der Existenz einer schlagkräftigen Bundeswehr.

Wir werden sicherlich mit der französischen Führung bei der deutschen Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft ab Januar Probleme kriegen. Hier gehen die Meinungen natürlich ein gutes Stück auseinander, vor allem auch im Verhältnis zu Großbritannien. Ich will jetzt nicht untersuchen, wo hier die größere Schuldzumessung zu machen ist. Präsident Mitterrand ist sehr stolz darauf, daß er seine ministeriellen Sporen als Staatssekretär bei Robert Schuman verdient hat. Das war sein erstes staatliches Amt, sozusagen auf Kabinettsstufe mit Kabinettsrang als junger Abgeordneter nach dem Krieg. Er berichtete von seinen Leitbildern in der Vierten Republik – für sich, nicht von der eigenen Partei –, zuerst von Schuman und dann von Pierre Mendès-France, der gerade gestorben ist. Das heißt also, hier ergibt sich eine Chance für uns, in einer vernünftigen Weise zusammenzuarbeiten und die Beziehungen zu intensivieren. Problematisch, darüber muß man sich im klaren sein, wird angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage Frankreichs und des Kurses, den der Handelsminister Jobert steuert, der unglaubliche Protektionismus, der aus allen Ebenen herausleuchtet und betrieben wird, wobei er durchaus auch gemischt ist mit einer kraftvollen Strategie auf der anderen Seite, etwa sich gegen die Japaner zur Wehr zu setzen. Hier wird man auch bei uns über das eine oder andere, wenn Sie etwa an das Grundig-Projekt denken, jetzt nachdenken müssen. Wir haben eine ganze Reihe von Punkten, die jedenfalls in der bisherigen Weise in Europa so nicht zu lösen sind, wenn wir der japanischen Herausforderung begegnen wollen.

Die Atmosphäre war ungewöhnlich. Nach den Berichten aller Kenner der Lage, die ihn schon häufiger erlebt haben, war sie für seine Verhältnisse ungewöhnlich herzlich, und der Schulterchuß führt auch dazu, daß das eine oder andere sich positiv entwickelt wie etwa bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen wegen der Falklands³², die ja für Großbritannien psychologisch sehr wichtig war. Hier war ausschlaggebend, daß die Franzosen sich im Gegensatz zu den Amerikanern nicht gegen die Engländer gestellt haben. Also Sie sehen an diesem für uns mehr peripheren Fragenkomplex, daß sich die Entwicklung durchaus positiv darstellen läßt. Wir werden alles tun, um das fortzusetzen. Wir werden in einer festlichen Weise das Jubiläum des Vertrags Ende Januar begehen.³³ Das gibt uns auch eine gute Chance im Vorfeld der Bundestagswahl, öffentlich darzustellen, daß dies ein Kernstück unserer Politik war, die auf die Zeit vor de Gaulle, auf Robert

32 Im kriegesischen Konflikt um die Falkland-Inseln zwischen Argentinien und Großbritannien kapitulierten die Argentinier am 15. Juni 1982. Am 5. November 1982 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 90 (mit der Stimme der USA) gegen zwölf Stimmen bei 52 Enthaltungen (darunter den EG-Staaten außer Griechenland und den skandinavischen Ländern) die Resolution 2065, die beide Seiten zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Souveränität der Inseln aufforderte, was Großbritannien als diplomatische Niederlage empfand (AdG 1982 S. 26171).

33 Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags am 20./21. Januar 1983 in Bonn und Paris (AdG 1983 S. 26303–26307, AAPD 1983 Dok. 13).

Schuman, Alcide De Gasperi³⁴ und Konrad Adenauer zurückgeht, und wir werden übrigens erleben – das sage ich Ihnen jetzt schon im voraus, ohne es zu wissen –, daß dieser Präsident sich nicht scheut, bei dieser Gelegenheit nach Rhöndorf³⁵ zu gehen, um den Mitbegründer Europas zu feiern, was sein Vorgänger, wie Sie wissen, 1980 demonstrativ verweigert hat. Es gab ja damals zwischen Giscard und mir in dieser Sache scharfe Auseinandersetzungen.

Beim deutsch-britischen Gipfel haben wir eine ganze Reihe von Detailfragen erörtert, die im Zusammenhang mit der EG-Entwicklung sehr schwierig werden. Ich will das alles jetzt sehr kurz machen. Hier ist deutlich spürbar, daß die freundschaftliche Beziehung zwischen den beiden befreundeten Parteien sich auch auf der Ebene der Regierung positiv auswirkt. Ich persönlich glaube, daß für diese deutsch-britische Begegnung der erste Besuch von Margaret Thatcher in Berlin³⁶ entscheidend wirksam ist, was man in Bonn gar nicht so betrachtet hat, und zwar ganz einfach, weil sie noch nie in Berlin war und weil sie im Gegensatz zu dem, was über sie verbreitet wird, außerordentlich sensibel ist und emotional bewegbar. Wer dabei stand, Richard von Weizsäcker war ja nebensächlich gestanden wie ich, wie sie vor den Holzkreuzen am Reichstag stand und an der Mauer, der konnte deutlich beobachten, daß in dieser Persönlichkeit etwas passiert. Es ist eben ein Unterschied, ob ich darüber lese oder ob ich dort stehe und es beinahe mit Händen greifen kann, die Hunde, die Wachablösung und alles, was man da beobachten kann, das Barbarische, was wirklich einem nur aufgeht, wenn man dort ist. Mir geht es jedenfalls immer wieder so. Ein Bild gibt die Wirklichkeit nicht wieder. Sie hat in der Sache nach ihrer Abreise noch einmal wissen lassen, daß dies für sie ein großes Erlebnis war, und zwar ein bedrückendes Erlebnis. Ich kann nur noch einmal sagen, ich halte das für die deutsch-britischen Beziehungen von großer Bedeutung. Denn nach menschlichem Ermessen wird Margaret Thatcher noch eine ganze Reihe von Jahren die britische Politik, was immer vorher prophezeit wird, bestimmen; ich sehe noch überhaupt nicht, wie die Wahlsieger gegen sie aussehen. Für sie ist es sehr wichtig, daß sie nicht nur abstrakt, sondern am Beispiel Berlins – wir haben lange noch darüber gesprochen – auch die Notwendigkeit der politischen Integration Europas aus einem etwas anderen Gesichtswinkel als aus der konservativ britischen Tradition der Freihandelszone zu betrachten anfängt. Das ist für uns ungeheuer wichtig. Denn wenn wir, das ist mein Credo und bleibt es, in diesem Jahrzehnt in Sachen Europa nicht weiterkommen, werden wir die Schicksalsfrage dieses letzten Viertels des 20. Jahrhunderts auch aus unserer Sicht falsch beantwortet und verspielt haben. In beiden Gesprächen nahmen einen breiten Raum die deutsch-atlantischen und die europäisch-atlantischen, europäisch-amerikanischen Beziehungen ein. Hier muß man leider sagen, daß sich doch sehr vieles an unnötigem Geröll angesammelt hat – ich will jetzt gar keine Schuldzumessung betreiben –, z.B. der Unsinn,

34 Alcide de Gasperi, (1881–1954), italienischer Politiker (PPI, dann DC); 1911–1918 Abgeordneter im österreichischen Reichsrat, 1921–1924 Mitglied der italienischen Deputiertenkammer, 1924 Generalsekretär des PPI, Mitgründer der DC, 1944/45 Außenminister, 1946–1953 Ministerpräsident, 1946–1951 zugleich Außenminister.

35 Wohnhaus Konrad Adenauers seit 1937, seit 1978 Sitz der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Besuch Mitterrands am 20. Januar 1983.

36 Thatcher hielt sich am 29. Oktober 1982 zu einem Besuch in Berlin auf (AdG 1982 S. 26101f.).

daß dieser Wirtschaftsgipfel³⁷ Monate, bevor er überhaupt stattgefunden hat, mit seinen Terminen von beiden Seiten öffentlich diskutiert wird, weil man nicht genügend miteinander geredet hat, sondern dauernd übereinander redet. So sind viele Dinge, von denen ich eben glaube, daß sie sich ungut entwickelt haben.

Ich habe klar gemacht, damit auch hier jedermann dies so sieht, daß unsere Position, die Position der Union nicht ist, daß wir in Europa der Primus der Amerikaner sein wollen, sondern daß wir als Gleicher unter Gleichen unter besonders schwierigen Bedingungen – denn wir sind mit Berlin, mit der Grenze mitten in Deutschland, in einer anderen Lage als Portugal – ein loyales Partnerschafts- und Freundschaftsverhältnis zu den USA halten wollen und daß wir nichts davon halten, daß wir etwa jetzt ein europäisches Dreieck aufbauen mit Paris und London oder eine Achse Paris-Bonn, sondern daß wir uns auch immer, weil wir der größte und stärkste in Europa sind, als der Sachwalter der kleineren Länder in Europa sehen. Deswegen ist es wichtig, die Italiener immer wieder in diesen Verbund mit hineinzunehmen, und das war auch der Grund, warum ich demonstrativ am Freitag meinen ersten Staatsbesuch in Luxemburg³⁸ gemacht habe, um damit zu demonstrieren, daß die föderale Struktur des neuen Europa nur möglich ist, wenn es nicht nach der Quantität geht, sondern nach der Erfahrung unserer bundesstaatlichen Ordnung. Die Quote der Stimmen im Bundesrat war ja auch einmal heftig umstritten, Nordrhein-Westfalen fünf Stimmen und Bremen drei Stimmen, und trotzdem hat sich das als eine weise Entscheidung der Verfassungsmütter und Verfassungsväter, glaube ich, erwiesen.

Damit bin ich bei dem Thema deutsch-amerikanischer Dialog. Sie wissen, wir gehen am Sonntag nach USA.³⁹ Manfred Wörner ist zur Stunde dort.⁴⁰ Alles, was wir in der Vorbereitung hören, läßt einfach auf gute Gespräche hoffen. Wir werden eine Reihe von Dingen dort klarzustellen haben, vor allem auch unseren dringenden Wunsch, daß die amerikanische Politik sich nicht der modernen Zwölftonreihe⁴¹ anschließt und möglichst disharmonisch und schrill bei uns ankommt. Ich möchte noch einmal dort darauf hinweisen, wie katastrophal es ist, daß jedes militärtaktische Planspiel – was sein muß, ich sage nichts dagegen – weltweit öffentlich vor uns dargeboten wird. Seit dem letzten Dienstag haben ja auch die Amerikaner eine gewisse Erfahrung mit Abstimmungen und mit Äußerungen zu diesem Thema, auch wenn ich das nicht überbewerte, wenn ich mir vorstelle, mit welcher, man muß schon sagen, Gerissenheit diese Abstimmung in einigen

37 Der 9. Wirtschaftsgipfel der Staats- bzw. Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industriestaaten fand am 28.–30. Mai 1983 in Williamsburg statt (AdG 1983 S. 26671–26675, AAPD 1983 Dok. 167).

38 Am 5. November 1982 (vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 61f., AdG 1982 S. 26114, AAPD 1982 Dok. 292).

39 Vom 14.–16. November 1982 (vgl. Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 62–65, AdG 1982 S. 26140–26142, AAPD 1982 Dok. 306–310).

40 Wörner hielt sich vom 8.–10. November 1982 in Washington auf (AdG 1982 S. 26128f., AAPD 1982 Dok. 295).

41 Bezeichnung für die von Arnold Schönberg in den 1920er Jahren entwickelte „Methode der Komposition mit zwölf nur aufeinander bezogenen Tönen“ (Atonalität).

amerikanischen Staaten gemacht worden ist.⁴² Etwa in Milwaukee – ich habe den Zettel gesehen – haben sie abgestimmt, ob die Leute lieber Steuererhöhung haben, ob sie lieber höhere Schulzuschüsse haben und Fahrtkostenzuschüsse oder, ganz am Ende, höhere Rüstungslasten. Also, das war eine glanzvolle Leistung der Demagogie bei dieser Abstimmung. Nur, wie immer die Sache ist, wir müssen alles tun, um die Verbindung zwischen Europa und USA zu verbessern, mit unseren Interessen abzustimmen und dabei, wenn irgend möglich auch, ohne das zu sagen und ohne eine Funktion als Dolmetscher in Anspruch zu nehmen, unsere guten Dienste anzubieten. Ich bin ziemlich sicher, daß wir allen Grund zu der Annahme haben, daß das eine gute Entwicklung sein wird.

Auch das will ich hier klar aussprechen, wir haben besonders gute Beziehungen zu den Republikanern, aber ich bleibe bei der immer wieder hier vorgetragenen These, es ist nicht unsere Sache, in Amerika Partei zu ergreifen. Wir sollten mit den beiden großen Parteien gute Kontakte unterhalten. Das hat sich angebahnt, ich werde es auch jetzt bei meiner Reise tun. Die Adenauer-Stiftung macht sehr viel auf diesem Gebiet. Wir tun das gleiche in der Europäischen Demokratischen Union. Es ist wichtig, daß wir uns nicht in eine Richtung drängen lassen, daß wir nur Entweder-Oder dabei sagen können. Wir müssen mit unseren alten Freunden in der Demokratischen Partei jetzt, wo sie Opposition ist, pfleglich umgehen, weil wir ja auch immer geklagt haben, wenn andere, die in der Regierung waren, mit uns, die wir in der Opposition waren, nicht pfleglich umgegangen sind.

Ich glaube, der zentrale Punkt, der in Washington angesprochen werden muß, ist der Punkt der Genfer Verhandlungen.⁴³ Nach dem, was ich in den fünf Wochen sehen kann, wenn ich das hier einmal offen sagen darf, nach persönlichen Berichten und nach Aktenlage, kann ich nicht verstehen, wie der Vorwurf – außer von Böswilligen – aufkommen kann, die Europäer würden über den Ablauf in Genf nicht hinreichend informiert und es würde nicht hinreichend ernsthaft verhandelt. Ich kann beides nicht feststellen. Mein Eindruck ist genau der gegenteilige. Mein Eindruck ist allerdings auch, daß auch die Genfer Verhandlungen einen gewissen Attentismus im Blick auf den Märztermin in der Bundesrepublik aufweisen, was übrigens auch nach der Natur der Sache so unverständlich gar nicht wäre.

Noch kurz zu dem Thema Beziehungen zu den Ostblockstaaten. Wie eben nicht anders zu erwarten war, hat die sowjetische Führung sich sehr rasch und sehr realistisch auf die Entwicklung in Bonn eingestellt. Natürlich bleibt das Ziel – machen Sie sich da keine Illusionen –, alles zu unternehmen, um den Nachrüstungsbeschluß zum Kippen zu brin-

42 Wisconsin Nuclear Weapons Moratorium Question vom 14. September 1982. Die Frage des Referendums lautete: "Shall the Secretary of State of Wisconsin inform the President and the Congress of the United States that it is the desire of the people of Wisconsin to have the government of the United States work vigorously to negotiate a mutual nuclear weapons moratorium and reduction, with appropriate verification, with the Soviet Union and other nations?" Das Ergebnis war mit über 75 Prozent „Ja“-Stimmen eindeutig. Eine ähnliche Volksabstimmung fand in Kalifornien statt (Bilateral Nuclear Weapons Freeze Initiative vom 2. November 1982); auch sie ergab eine eindeutige Mehrheit der Ja-Stimmen.

43 Die am 30. November 1981 in Genf begonnenen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR waren trotz eines im Juli 1982 erreichten Kompromisses zwischen den Unterhändlern Paul Nitze und Julij Kwizinski nach Ablehnung durch die Regierungen in Moskau und Washington zunächst ergebnislos geblieben. Am 30. September 1982 wurden sie wieder aufgenommen.

gen. Aber Sie müssen umgekehrt sehen, daß etwa im Blick auf Handel und Wandel und all das, was hier zu nennen ist, die Sowjetunion auf das stärkste interessiert ist, die Normalisierung der Beziehung voranzutreiben.

Die Frage, sind die Deutschen ein berechenbarer Partner, sind sie seriös, hat auch etwas mit dem Gasröhren-Geschäft zu tun.⁴⁴ Daß geschlossene Verträge geltende Verträge sind, das alles spielt eine große Rolle. Ich habe in diesen fünf Wochen mehrmals eine Situation gehabt, wo ich alles tun mußte, daß nicht überhaupt nur noch Fernsehbilder von Besuchen sowjetischer Repräsentanten erschienen sind und die westliche Optik dabei zu kurz gekommen ist. An diesem Beispiel können Sie erkennen, daß es hier eine normale Entwicklung gibt. Es kann keine Rede davon sein, was da vorher immer gesagt wurde, daß es sozusagen über Nacht ein Eisklima gibt, vor allem dann nicht, wenn wir eine seriöse, berechenbare und vernünftige Politik führen.

Es ist keine Frage, daß es der DDR, wenn ich einmal von Polen absehe, am schwersten fällt, die neue Situation hier zu akzeptieren. Bei Polen muß man wissen, wenn ich das auch noch sagen darf, daß wir, nach allem, was ich höre, für die polnische Regierung zunächst einmal nach alter Väter Sitte, nach den Erfahrungen der letzten dreißig Jahre, so glauben sie, uns immer noch eignen zur Verteufelung gegenüber den notleidenden Leuten im eigenen Land, um ein Feindbild aufzubauen, eine Chance, die übrigens angesichts der doch unübersehbaren Hilfsbereitschaft der Deutschen in der Bundesrepublik in Polen für die Verhetzung immer geringer wird, Gott sei Dank. Hier machen sich auch die intensivierten kirchlichen Kontakte ausgesprochen positiv bemerkbar. Aber in der polnischen Führung ist es eben leichter, uns sozusagen als den Beelzebub vorzuführen.

Bei der DDR ist mein Eindruck, daß man erst einmal abwartet. Das heißt auch, unsere saarländischen Freunde werden also den Genuß des Besuches nicht unmittelbar zu erwarten haben, sondern auch das wird sich im Zusammenhang mit anderen Terminen ergeben. Ich habe selbstverständlich die Einladung⁴⁵ aufrecht erhalten, und ich gehe auch davon aus, daß wir nach dem Märztermin in einer Reihe von wichtigen Fragen zu einer Fortsetzung der Verhandlungen kommen, aber daß jetzt ein bestimmter Attentismus besteht.

Ich habe Grund zu der Annahme, daß der Betrachtung unseres Tuns aus der DDR ein Gedanke unterliegt, der eine positive Wirksamkeit auch dieses Kreises sozusagen mit beinhaltet. Man befürchtet beispielsweise, daß wir jetzt unsere Reisetätigkeit auch in neuen Ämtern in breitem Umfang fortsetzen. Es ist denen natürlich längst aufgefallen, daß gegenwärtig aus der Union, und hier speziell aus der CDU – das muß man einmal deutlich sagen – viel mehr führende Leute in die DDR zu Besuch fahren als aus jeder

44 1981 setzten die USA wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen Wirtschaftssanktionen in Kraft, die u.a. das Erdgas-Röhren-Geschäft betrafen. Ein erstes deutsch-sowjetisches Abkommen mit einer Laufzeit bis 1974 war im April 1972, ein zweites mit einer Laufzeit von 25 Jahren im Mai 1978 unterzeichnet worden. Am 13. November 1982 hob Präsident Reagan die im Zusammenhang mit dem westeuropäisch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäft verhängten Sanktionen auf (AdG 1982 S. 25756f., 26132).

45 Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte bei seinem DDR-Besuch vom 11.–13. Dezember 1981 eine Einladung an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker ausgesprochen. Daran fühlte sich Helmut Kohl gebunden (vgl. Schreiben Kohls an Honecker vom 29. November 1982 in Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 83–85). Der Besuch kam erst im September 1987 zustande (vgl. Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989 – Lagebericht vom 14. September 1987 Anm. 4).

anderen Partei. Wenn sich das jetzt noch aufstockt durch Bundesregierungsmitglieder, gibt es natürlich zusätzliche psychologische Probleme; das ist beispielsweise ein solcher Punkt. Ich mache vor allem auch den Hinweis auf das Hin- und Hergerissensein der staatlichen Dienststellen vor den großen Luther-Feierlichkeiten⁴⁶ im nächsten Jahr.

Es ist klar, auf der einen Seite möchten sie eine möglichst hochrangige Repräsentanz der Bundesrepublik haben, weil mit dieser Repräsentanz möglicherweise auch andere, dem Luthertum verpflichtete nordeuropäische Länder hinkommen, die nach dem jetzigen Sachstand nicht hinkommen. Nur umgekehrt sind natürlich neben den staatlichen Feiern große kirchliche Veranstaltungen vorgesehen. Wenn halt in Leipzig oder in Eisenach, wenn ich mich richtig erinnere, vier Kirchentage sind, Richard⁴⁷, mit 30.000, 40.000 Leuten, dann lassen die sich natürlich nicht so handhaben, wie Güstrow sich in der einen Straße handhaben ließ.⁴⁸ Da gibt es also offensichtlich eine ganze Menge von Erwartungen, und wir werden hier noch einmal bei uns darüber zu reden haben.

Ich kann nur ungeschützt sagen, wenn wir es fertigbringen, daß in der Relation der Besucher, die aus dem staatlichen Bereich aus der Bundesrepublik kommen – legen Sie mich jetzt nicht auf die Namen fest –, der kirchliche Besuchsrahmen derer, die hinüberfahren, eindeutig überwiegt, dann kann aufgrund der Idee dieser Tage der Mißbrauch durch den Staat nicht überwiegen. Es bleibt natürlich ein gewisser Mißbrauch, aber man muß eben Güter abwägen, deshalb bin ich dafür, daß gerade aus unserem Lager möglichst viele dorthin fahren. Ich halte es für ganz wichtig, daß die Menschen auch in der Bundesrepublik erkennen, daß für uns das, was wir immer wieder – vor allem ich – von der Präambel des Grundgesetzes sagen, sich bei diesem Thema an einem der großen Söhne Deutschlands, und das ist ja Gott sei Dank keine konfessionelle Frage mehr, in einer leidenschaftslosen Weise und überzeugend darstellt. Ich halte das für ganz wichtig. Ich will noch einmal auf das Thema zurückkommen, aber wir werden es hier nicht behandeln, weil dieser Kreis ja so öffentlich ist wie alles, aber ich werde auf den einen oder anderen noch einmal zukommen, daß wir dann unter uns besprechen, daß wir präsent sind. Ich halte das für ganz wichtig aus vielerlei Gründen, die ich jetzt im Blick auf die Bundesrepublik nicht näher zu interpretieren brauche.

Zu Genf habe ich noch eine abschließende Bemerkung. Gehen Sie bitte davon aus, daß wir bei allen Gesprächen deutlich die beiden Teile des Beschlusses, die für uns völlig gleichwertig sind, betonen, daß wir Ja sagen zu Abrüstung und Entspannung, wenn es wirkliche Abrüstung und Entspannung ist, weltweit und kontrollierbar.

Ein paar Bemerkungen noch zur Innenpolitik. Was wir nach diesen fünf Wochen herausbekommen haben, und da haben vor allem aus unserem Kreis die Kollegen Stoltenberg und Blüm die Hauptlast zu tragen gehabt und noch weiter zu tragen, ist schlicht und einfach katastrophal. Wenn der eine oder andere – ich weiß, daß da geschimpft wird – schimpft, habt Ihr das bei den Koalitionsverhandlungen nachts denn nicht gewußt, muß ich schlicht und einfach sagen, wir haben immer die schlechtesten Zahlen angenommen,

46 Martin Luther (1483–1546), Reformator. – Jubiläum anläßlich des 500. Geburtstags (vgl. Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989 – Lagebericht vom 12. März 1984 Anm. 19).

47 Richard von Weizsäcker.

48 Am 13. Dezember 1981 besuchte Bundeskanzler Schmidt zusammen mit Erich Honecker Güstrow. Beide wurden durch 35.000 Sicherheitskräfte, davon 14.000 vom Ministerium für Staatssicherheit, von der Bevölkerung vollständig abgeschirmt.

aber die waren alle noch zu gut. Es war also keine Böswilligkeit, sondern das, was uns zur Verfügung stand, war einfach nicht den Tatsachen entsprechend. Es ist wichtig, daß wir in den nächsten Wochen unseren Mitbürgern klar und deutlich sagen, und zwar ohne jede Übertreibung – ganz ruhig, so daß es auch nicht zynisch in dieser Notlage erscheint –, wie die wirkliche Situation ist. Liebe Freunde, es sind über 350.000 junge Leute in der Bundesrepublik unter 25 Jahren, die keinen Arbeitsplatz haben. Das Lehrlingsproblem, die Ausbildungsplätze, werden 1983 nach meiner festen Überzeugung nicht unser Hauptproblem sein, sondern es geht jetzt hier um junge Leute bis 25, die in Wahrheit keinen Arbeitsplatz haben. Das ist eine so schlimme Zahl, die für mich jedenfalls die andere Zahl von weit über zwei Millionen Arbeitslosen noch übertrifft. Wir wissen, wie sich die Exportentwicklung darstellt, die allgemeine Wirtschaftslage, die Lage im Binnenmarkt, wir erleben die Konkurrenzsituation, vorhin war hier schon die Rede von der Stahlindustrie. Was sich hier entwickelt und abzeichnet, kann man nur als katastrophal bezeichnen, und, lieber Freund Koch, das muß ich ganz klar sagen, diese Katastrophe kann nur aufgehalten werden, wenn sich alle daran beteiligen. Deswegen haben wir konkret bei Stahl gesagt, daran muß sich die ARBED beteiligen als der Anteilseigner, da müssen sich die Banken beteiligen, dann muß sich das Management beteiligen und die Arbeitnehmer. Nur, als ich in Luxemburg war, um das gleich zu sagen, habe ich mit der Sache, daß wir erwarten, daß die Belegschaft 50 Prozent von ihrem Weihnachtsgeld als Darlehen an den Betrieb gibt, keine Lorbeeren geerntet, weil die mir knallhart erklärt haben, daß der Mutterbetrieb von ARBED schon vor zwei Jahren das 13. Monatsgehalt gestrichen hat.⁴⁹ Das heißt, von Darlehen und von der Hälfte war keine Rede, sondern davon, daß der Mutterbetrieb mit Zustimmung der Gewerkschaft das 13. Monatsgehalt vor zwei Jahren gestrichen hat. Das heißt also, wir dürfen uns jetzt nicht auf eine Entwicklung begeben – vor allem, weil das ja der Anfang von vielem anderen im Stahlbereich ist, Herr Koch, Sie wissen das noch besser als ich –, daß wir hier glauben, das sei nur vom Staat her zu regeln, da müssen schon alle Betroffenen mitmachen. Es ist wenig gut, wenn wir in einer Beratung in diesem Zusammenhang dann sagen müssen, wie ist es denn möglich, daß in dieser Situation noch über neue Vorstandsmitglieder geredet wurde. Das sind alle von dem betroffenen Betrieb, und zwar jetzt auf der Arbeitsdirektorebene. Das sind alles Sachen, die Sie einer breiten Öffentlichkeit aus gutem Grund nicht klarmachen können, wobei ich jetzt nichts gegen den Arbeitsdirektor sage. Es gibt die gleiche Gesinnung auch bei Nicht-Arbeitsdirektoren in Vorständen; auch die Erfahrung können wir ja machen.

Die Haushaltslage ist, wie gesagt, schlimmer als vorgestellt. Wir haben versucht, den neuen Haushalt in Rekordzeit auf die Beine zu stellen. Das, was Gerhard Stoltenberg übermorgen im Bundestag vorstellen wird⁵⁰, ist natürlich kein Opus, von dem wir die Überzeugung haben, es sei der Weisheit letzter Schluß. Wir waren in einer blanken Notlage, und ich verstehe absolut, wenn die Freunde vom RCDS sagen, jetzt werden wir

49 Das Kabinett hatte am 3. November 1982 beschlossen, der ARBED Saarstahl GmbH, Völklingen, einen Überbrückungskredit von 75 Millionen DM zu gewähren, ohne den die Gehaltszahlungen an die rund 20.000 Beschäftigten hätten eingestellt werden müssen. Eigentümer und Gläubigerbanken der Saarstahl sollten 50 Millionen DM zuschießen, und die Belegschaft sollte auf 50 Prozent ihres Weihnachtsgeldes verzichten (AdG 1982 S. 26114).

50 Sten. Ber. 9. WP Sitzung vom 11. November 1982 S. 7764–7768, 7857f. Zu Beginn der Haushaltsdebatte sprach der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Alfred Dregger (ebd. S. 7743–7754).

gewaltig gegen die Sache zu Feld ziehen. Bloß muß ich Ihnen ebenso lapidar sagen, Sie müssen mir dann sagen, woher etwas anderes genommen werden soll und wie wir den viel wichtigeren Punkt lösen, wie wir die jungen Leute, von denen ich eben sprach, von der Straße weg und in Arbeitsplätze bekommen.

Es gibt gar keinen Zweifel, daß hier ein hohes Maß an Mut und Durchstehvermögen notwendig ist. Nun kann man ja wirklich mit unseren Maßnahmen nicht einverstanden sein. Wir behaupten nicht, daß wir alles besser wissen, aber eines bitte ich mir wirklich aus, und das sage ich jetzt auch im Blick auf einige, die auf den Norbert Blüm eindreschen: Man kann die Maßnahmen kritisieren, aber daß man jemandem seine Solidargesinnung abspricht, weil er in dieser Verantwortung aus seiner Überzeugung zu bestimmten Stellungnahmen kommt, ist für mich unerträglich. Ich habe die feste Absicht, mich auch als Parteivorsitzender zu einzelnen öffentlich zu äußern, wer immer das sein wird. Man kann sagen, das habt ihr falsch gemacht, aber die Gesinnung muß man denen, die von uns in die Verantwortung berufen werden, selbstverständlich doch belassen und attestieren. Zumal, und das füge ich gleich hinzu, es doch schon einen komischen, eigenartigen Eindruck macht, wie die Leute im DGB zum Teil jetzt vorgehen. Diese Demonstrationen waren schon vorgeplant.⁵¹ Sie haben sogar die Vornamen belassen können. Beim einen haben sie nur statt Schmidt Kohl ausgewechselt und den „Genscher“ haben Sie gelassen. Ich will mich auch jetzt nicht öffentlich darüber unterhalten, was das auf mich für einen Eindruck macht, wenn für eine Demonstration Tagegeld bezahlt wird. Liebe Freunde, wenn wir Tagegeld bei der Demonstration am 5. Juni hier im Bonner Hofgarten⁵² gezahlt hätten, dann wäre in der Bundesrepublik die Welt zusammengebrochen, was wir da für eine gekaufte Demonstration abgehalten hätten. (*Einwurf.*) Ja, bei bestimmten Demonstrationen wird Tagegeld bezahlt. Ich rate Ihnen, ich will das jetzt nicht ausbreiten, das einmal nachzuprüfen. Das heißt, wir sollten diese Demonstration schon ernst nehmen, damit Sie mich nicht falsch verstehen, aber die Sprache, die dort zum Teil geführt wird, ist doch eine Sprache von Leuten, die offensichtlich Zustände beschreiben, die mit unserer Bundesrepublik nichts zu tun haben, wirklich überhaupt nichts. Ich muß gleich hinzufügen, was ich entschieden als meine Meinung vertrete, der Steinkühler⁵³ aus Stuttgart ist aufs beste geeignet, uns von einer Durchschnittsquote, die ich jetzt sehe bei 42, 43 Prozent DGB-Mitglieder, die CDU wählen, auf 48, 49 hochzutreiben. Es ist nicht wahr – wer wirklich unter Arbeitnehmern lebt, weiß das –, daß dieser Stil und diese Auseinandersetzung selbstverständlich in der deutschen Arbeitnehmerschaft sind. Aber, und das ist meine Bitte, wenn Sie mit einer Äußerung des einen oder anderen Kollegen nicht einverstanden sind – man kann zu dieser Äußerung unterschiedlicher Meinung sein –, dann ist es wichtig, mit welchem Stilempfinden, welcher Umgangsweise, in welcher Form man Dinge kritisiert, die die Regierung tut; auch eine von uns getragene Regierung stelle ich nicht außerhalb der Kritik. Man muß wissen, was einzelne auf sich nehmen. Was

51 Am 23. Oktober 1982 fanden DGB-Großkundgebungen gegen Arbeitslosigkeit, Abbau sozialer Leistungen und Lohnverzicht statt (vgl. dazu die Reden von Ernst Breit und Eugen Loderer, der daran erinnerte, daß die „Rotstiftpolitik und soziale Demontage“ unter der Regierung Schmidt/Genscher beschlossen worden sei, in: library.fes.de/gmh/main/pdf_files/gmh/1982/1982-11-Dokumentation.pdf).

52 CDU-Demonstration am 5. Juni 1982 für „Frieden und Freiheit“ mit 150.000 Teilnehmern.

53 Franz Steinkühler (geb. 1937), Gewerkschafter; 1972–1983 Bezirksleiter des IG-Metall-Bezirks Baden-Württemberg, 1983 Zweiter Vorsitzender und 1986–1993 Vorsitzender der IG Metall.

mit Norbert Blüm auf Gewerkschaftskongressen passiert, ist schlicht und einfach eine Schweinerei, um das klar und deutlich zu sagen. Nicht, daß der das nicht durchsteht, jeder macht mal seine pädagogischen Erfahrungen. Er hat früher immer die Hochämter gehabt, und jetzt macht er so die Frühmesse, mit kaum entsprechendem Zulauf an Applaus. Aber das wird auch wieder anders. Darüber gibt es keinen Zweifel. Bloß, es ist wichtig, daß einer wie er, und das gilt auch für andere, die sich jetzt hinstellen und doch für uns insgesamt den Kopf hinhalten, auch ein bißchen Wärme und Gemeinsamkeit bei uns verspüren, und darum bitte ich sehr dringend und sehr herzlich.

Wir haben eine Menge Gespräche, auch mit den Gewerkschaften, gehabt. Ich warne, pauschal von „den“ Gewerkschaften zu reden; das ist ganz wichtig. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich glaube, es hat sich, bei aller Kritik auch aus diesem Lager, jetzt doch als positiv erwiesen, daß wir vor drei Jahren, als der DGB zum Generalangriff auf die DAG antrat, uns dem Pluralismus des Gewerkschaftlichen verschrieben hatten. Wenn die DAG ein vernünftiges Reaktionskonzept deutlich macht, beispielsweise mit dem Thema Vermögensbildung, und uns besonders bedrängt, dann muß ich Ihnen sagen, empfinde ich das für die Regierungsarbeit überhaupt nicht hinderlich, sondern das wird uns wahrscheinlich das Geschäft erleichtern, vor dem Termin in dieser Sache noch ein Stück weiter zu kommen. Das ist ein typisches Beispiel. Da immer auch über den Beamtenbund geschimpft wurde, muß ich Ihnen sagen, es ist ein ziemlicher Mut, den die Führung des Beamtenbundes bewiesen hat, denn dessen Leute stehen durch die ÖTV unter einem ziemlichen Druck in den Amtsstuben.⁵⁴ Es ist wunderbar, daß sie nicht geschrien hat, was die da beschließen, aber sie hat das in einer Weise kommentiert, daß der Denkende dabei durchaus etwas erfährt.

Ich will das auch einmal von anderen Gruppen sagen. Ich muß sagen, ich war auf das Angenehmste überrascht, was in Berlin der Gesamtverband des Groß- und Einzelhandels⁵⁵ beschlossen hat und wie die diskutiert haben. Das ist ein Kreis, der auch nicht eben selbstverständlich in unsere Richtung operiert hat. Wenn ich betrachte, was jetzt bei den Ärzten diskutiert wird und möglich ist⁵⁶, ist auch das eine wichtige Gruppe mit einem hohen Kommunikationswert. Die Gespräche mit den maßgeblichen Repräsentanten der Wirtschaft, die wir – und ich selbst vor allem – sehr intensiv pflegen, haben sicherlich an einem Punkt ein wichtiges Ergebnis erbracht: Quer durch die Verbände ist inzwischen ziemlich klar, daß jeder Attentismus vor dem 6. März absoluter Wahnsinn ist. Die brutale Gleichung heißt, entweder ihr unterstützt diese Regierung, oder ihr findet euch in der Wirklichkeit einer rot-grünen Kombination wieder, und dann ist das Investieren ohnedies wenig sinnvoll. Ich glaube, das begreifen zunehmend viele. Ich finde bemerkenswert, lassen Sie mich das auch einmal sagen, daß beispielsweise der BDA nicht nur darüber

54 Arbeitsminister Blüm hatte am 5. Oktober 1982 gefordert, nicht nur die Erhöhung der Renten und Beamtengehälter, sondern auch alle Lohnerhöhungen um ein halbes Jahr, vom 1. Januar auf 1. Juli 1983, zu verschieben. Diese Forderung nach einer Lohnpause im Dringlichkeitsprogramm der Bundesregierung hatte massive Drohungen der ÖTV zur Folge, die darin einen Eingriff in die Tarifautonomie sah. Die Deutsche Steuergewerkschaft und der Deutsche Beamtenbund hatten sich in einer Anhörung des Deutschen Bundestags dagegen zurückhaltend geäußert (vgl. dazu BT Drs. 9/2290).

55 Wahrscheinlich Bundesverband des Groß- und Außenhandels (heute: Bundesverband Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen e.V.) – Beschluß nicht ermittelt.

56 Hartmannbund und Kassenärztliche Bundesvereinigung hatten sich zu einer Honorarpause für ein halbes Jahr bereit erklärt.

redet, sondern öffentlich empfohlen hat, daß Gehaltszurückhaltung bei leitenden Angestellten und beim leitenden Personal gemacht wird. Das geht auch nicht so einfach. Wenn Sie in einer Stadt leben, die von der Chemie, von der BASF beherrscht wird, wenn da plötzlich die drei IG-Nachfolger beschließen, für ihre ganze Oberschicht Entsprechendes zu tun, dann finde ich, hat das eine Signalwirkung, die nicht völlig untergehen darf. Berichtet wird bei dem Zustand der Medien kaum darüber, aber es ist eine bemerkenswerte Sache, von der wir ausgehen müssen.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Großoffensive der Aufklärung, Heiner Geißler sprach ja darüber, und sie sollte auf allen Ebenen der Gesellschaft stattfinden. Wir sollten uns nicht verdrießen lassen von dem, was jetzt gegen uns läuft.

Ich habe heute, ich gebe es zu, im Parteipräsidium⁵⁷ einen Zornesausbruch – was man vielleicht nicht sagen sollte, weil man sich nicht zu emotional aufführen sollte – zu dem Thema der Rolle der Medien in den letzten fünf Wochen gehabt; deswegen bin ich hier auch ruhiger. Nur wahr ist, und darüber müssen wir in diesem Jahr reden, daß das, was hier in den elektronischen Medien gelaufen ist, für uns unerträglich ist, weil es praktisch eine Struktur der Bundesrepublik aufweist, die für mich nur bedingt etwas mit der Verfassungswirklichkeit und den Verfassungsnotwendigkeiten zu tun hat, wobei ich Sie besonders bitte, Ihr Augenmerk auf die Radiosendungen zu lenken. Wir sind alle viel zu sehr aufs Fernsehen fixiert, so wichtig das ist. 80 Prozent aller jungen Leute hören Radio. Sie kriegen dort ihre Meinungsbilder her und nicht von langweiligen Fernsehdiskussionen, die sie sich nämlich gar nicht angucken. Die sind unterwegs, die sitzen in ihrer Bude, die hören sich Radio an. Was da von Bayern bis nach Kiel in den letzten fünf Wochen übers Radio gelaufen ist, spottet jeder Beschreibung. Es soll kein Mensch hier aufstehen und sagen, der Sender bei uns mit einem CDU- oder CSU-Intendanten macht das nicht. Es ist nicht wahr. Wir nehmen uns nur nicht die Zeit und die Mühe, das wahrzunehmen, was in Wahrheit geschieht. Ich habe das Nötige auch zu den Fernsehsendungen gesagt, was so jeden Tag läuft. Es spottet wirklich jeder Beschreibung. Das ist deswegen so wichtig, weil wir am Beispiel der FDP sehen, wohin das führt.

Ich muß Ihnen ganz offen sagen, ich habe dies lange nicht geglaubt, ich bin heute – nach der Erfahrung gestern auf dem FDP-Parteitag⁵⁸ – der Überzeugung, daß die FDP, wenn sie jetzt den Sprung nicht gemacht hätte, ihn 1984 nicht mehr hätte machen können. Die Mehrheit wäre umgekehrt gewesen wie jetzt auf dem Berliner Parteitag. Erich Mende⁵⁹ hat das in seinem Buch aus der 69er Zeit beschrieben, wenn Sie einmal das nachlesen und jetzt noch mit einer Hochzahl versehen, wie jetzt die Jagd auf Hans-Dietrich Genscher eröffnet wurde, dann ist das phänomenal. Ich kann das nachempfinden, weil ich ja ein Gejagter seit vielen Jahren bin und auch jetzt wieder eine gigantische Kampagne zum Teil der dreckigsten Art gegen mich erlebe. Nur, Genscher war in einer anderen Lage. Er war über zwölf, dreizehn Jahre der Sonnyboy der deutschen Publizistik. Er ist immer hoch gelobt worden. Jetzt wird er in einer Weise heruntergemacht und mit

57 Protokoll in ACDP 07-001-1415.

58 FDP-Bundesparteitag vom 5.–7. November 1982 in Berlin. Genscher wurde mit nur 55,5 Prozent der Stimmen wieder zum Parteivorsitzenden gewählt.

59 Erich Mende (1916–1998), Jurist; 1945 Mitgründer der FDP, 1949–1980 MdB (ab 9. Oktober 1970 CDU), 1960–1968 Bundesvorsitzender der FDP, 1963–1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. Erich Mende: Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe. Stuttgart 1972 S. 214–247.

ihm alle möglichen Leute innerhalb der FDP, die jetzt als Rechte gelten, weil sie die Koalition mit den Sozialdemokraten aufgekündigt haben. Wie diese ganze Verratskampagne betrieben wurde – die jetzt durch Herrn Schmidt selbst ad absurdum geführt wurde⁶⁰, was aber keine Wirkung hat –, wie das weiter in bestimmten Teilen der Medien betrieben wird, dann habe ich einfach die herzliche Bitte zu bedenken, damit ich das Thema für heute abschließe, daß wir keine Chance haben, uns auf die Dauer durchzusetzen, wenn wir zwar eine relativ gemäßigte Printpresse haben, aber in den elektronischen Medien auf der Strecke bleiben.

Es sitzt hier am Tisch die Mehrheit der deutschen Ministerpräsidenten. Es sitzen am Tisch hier die Repräsentanten der wichtigsten Gruppen unserer Gesellschaft. Wir haben im ZDF-Fernsehrat heute eine Zweidrittelmehrheit, das heißt, die nach dem Staatsvertrag verlangte Intendantenmehrheit. Wir haben überall in den Gremien der ARD, die integriert sind, Chefredakteurskonferenz etc., die Mehrheit. Ich will um Gottes willen nicht mißverstanden werden, daß ich nun eine CDU/CSU-Sendereihe haben möchte, wo also die Nachrichten verfälscht werden; nur, was jetzt gegen uns läuft, ist auf diese Art und Weise auf die Dauer nicht durchzuhalten. Sie werden die Wahl im März aus anderen Gründen nicht verwerfen können, aber, liebe Freunde, wir halten diesen Druck nicht aus über die Jahre hinweg. Deswegen ist es lebenswichtig, Christian Schwarz-Schilling, daß wir das, was wir uns für die paar Wochen vorgenommen haben, ich habe mit Werner⁶¹ in Luxemburg darüber geredet, nach dem 6. März in Angriff nehmen, auch auf unserem Parteitag⁶² noch einmal absegnen, was wir uns für die Wahlperiode vornehmen; das ist ein wichtiger Punkt. Wir können 1987 in den Rauch schreiben, denken Sie an mich, wenn wir jetzt nicht die Grundfesten legen für eine leidlich erträgliche Position für uns.

Ein paar Worte zum Schluß zu der Entwicklung der Parteienlandschaft. Ich finde, wir sollten es nicht hinnehmen, daß durch den Zustand der Medien die Begründung über den Weggang von Helmut Schmidt praktisch nach wenigen Tagen untergegangen ist. Es ist ein wichtiger Punkt unserer Agitation, daß wir den Zusammenhang herstellen zwischen dem, was Schmidt zur Begründung für sein Weggehen von der Kandidatur zum Ausdruck gebracht hat. Er hat deutlich gemacht, daß die Partei ihn verlassen hat, und ich glaube, es ist notwendig, das immer wieder zu sagen. Das ist vor allem auch deswegen notwendig, weil wir hier auf einen guten Grund stoßen. Es ist hochinteressant, daß – die Zahlen sind jetzt eineinhalb Wochen alt – bereits dreieinhalb Wochen nach dem Sturz der bisherigen Regierung in allen seriösen demoskopischen Umfragen die Zahl derer, die das Ereignis auf Verrat schieben, deutlich heruntergegangen und in der Minderheit ist – es ist keine Bereitschaft für den Glauben an Verrat da – und daß die Zahl, die den Grund darin sieht, daß die SPD den Kanzler verlassen hat, weit in der Überzahl ist.

Wir haben jetzt mit Jochen Vogel den Kandidaten, den die Partei, die SPD, bestimmt. Ich rate uns dringend, jetzt nicht an den neuen Mann mit irgendeiner Häme heranzuge-

60 Schmidt hatte vor der SPD-Bundestagsfraktion am 4. und 26. Oktober zu erkennen gegeben, daß die Mehrheit seiner Partei ihm beim NATO-Doppelbeschluß und in der Kernenergie nicht mehr zu folgen bereit war (vgl. Wirsching S. 41).

61 Pierre Werner (1913–2002), luxemburgischer Politiker (christlich-sozial); 1953–1959 Finanz- und Wehrminister, 1959–1974 Premierminister (zeitweise gleichzeitig Außen-, Justiz-, Schatz- bzw. Finanzminister), 1979–1984 erneut Premierminister (zugleich Schatzminister und Minister für kulturelle Angelegenheiten).

62 Parteitag am 25./26. Mai 1983 in Köln.

hen, sondern ihn so zu nehmen, wie er ist, und uns an seine Taten, an konkrete Zitate zu halten, aber nicht in eine Güterabwägung zu gehen.

Liebe Freunde, denken Sie daran, es hat Herrn Schmidt 1976 nichts genutzt, den damaligen Herausforderer von morgens bis abends als Tölpel und Dummkopf zu verkaufen. Ich finde, wer an der Macht ist, soll diesen Bonus und darf diesen Bonus nicht dazu nutzen, das ist meine Erfahrung, daß er einen anderen menschlich schlecht behandelt. Daß Jochen Vogel dazu reizt, ihn schlecht zu behandeln, das weiß ich auch, denn er hat andere immer schlecht behandelt, nur es bringt uns nichts. Lassen Sie – ich sage das auch deswegen, weil ich in dieser Sache eine Kontroverse mit Freunden aus der CSU habe, es bringt uns nichts – uns über die Sachpolitik mit ihm auseinandersetzen, da gibt es genug, z.B. seine Haltung zum Reagan-Besuch in Berlin⁶³ usw. Da gibt es also umfangreiche Grundlagen für die Diskussion, aber man sollte jetzt nicht an dem Mann herummäkeln in einer Weise, wie das schon hier und da geschieht. Ich finde, er ist jetzt der Kandidat, und wir akzeptieren das, was die Sozialdemokraten bestimmt haben. Darüber hinaus setzen wir uns zur Sache mit ihm auseinander, zumal klar ist, eine Reihe von Argumenten stellt sich bei ihm anders dar. Es wird jetzt nicht mehr ohne weiteres möglich sein zu sagen, der norddeutsche, evangelische Norden muß SPD wählen, weil ein treuer Kirchgänger der evangelischen Kirche mit der Prinz-Heinrich-Mütze⁶⁴ und mit dem Sturm der Nord- oder Ostsee im Haar vor den Wähler hintritt; denn das ist ein Argument, das sich jetzt etwas anders darstellt, ich sage es einmal ironisch, weil es ja auch gelegentlich bei uns anklang. Wir werden erleben, daß der Kurs Brandts sich in Wahrheit fortsetzt, die Partei weiter in diese Richtung geht, wobei wir jetzt nicht zu diskutieren haben, ob sie eine Koalition mit denen⁶⁵ machen oder ob sie die Wähler aufsaugen, sie wollen jedenfalls mit denen zusammengehen.

Ich finde, es ist sehr nützlich, wenn Richard Löwenthal jetzt in einer neuen Ausarbeitung diesen Streit nicht nur akademisch, sondern ganz direkt aufnimmt⁶⁶, denn wir sollten die Löwenthalschen Thesen unter die Leute bringen, weil das eine Kapazität ist, weil wir ohnedies voller Ehrfurcht vor richtigen Professoren sind, und wenn sie noch in einer Weise sind, daß das, was sie uns sagen, uns besonders gefällt, sollten wir das besonders fleißig unter die Leute bringen.

63 Reagan hielt sich bei seiner Europareise vom 9.–11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf und stattete West-Berlin am 11. Juni einen Besuch ab, bei dem es zu gewalttätigen Demonstrationen kam. Der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin Vogel hatte in seinem Grußwort an Reagan auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit verwiesen und betont, deutsch-amerikanische Freundschaft bedeute nicht, daß man „in allen Fragen und zu jeder Zeit einer Meinung sein muß“. Meinungsverschiedenheiten könnten in friedlicher Form geäußert werden. („Die Welt“ vom 10. Juni 1982).

64 Nach Großadmiral Prinz Heinrich von Preußen (1862–1929) benannte Schirmmütze, die Helmut Schmidt populär machte; Schmidt trug allerdings die sogenannte Elblotsen-Mütze, die der Prinz-Heinrich-Mütze stark ähnelt.

65 Gemeint sind die Grünen, die nach der Bundestagswahl am 6. März 1983 erstmals in den Bundestag einzogen.

66 Richard Löwenthal (1908–1991), Journalist und Politikwissenschaftler; 1945 SPD, 1961–1974 Professor für die Wissenschaft von der Politik und für Geschichte und Theorie der auswärtigen Politik an der FU Berlin. – Kohl bezieht sich auf den Vorabdruck des Beitrags von Löwenthal in der „Neuen Gesellschaft“ 29 (1982) S. 1006–1009: „Prioritäten einer neuen Mehrheitsbildung“ in „Der Spiegel“ vom 8. November 1982: „Den Grünen die Identität aussaugen“.

Entwicklung der FDP, zweitletzte Bemerkung. Meine Damen und Herren, wer die Ausgangsposition des Parteitags durchleuchtet hat, der weiß, daß ab diesem Parteitag für die Mehrheit Genschers nicht mehr drin war, daß Genscher in Wahrheit personell und sachlich, wenn Sie die Vorstandsbesetzung beispielsweise betrachten, gestärkt ist, aber daß die FDP noch weit entfernt von jenem notwendigen Bild ist, um erfolgreich bei der Wahl im März zu sein. Der Zusammenhang zwischen Einigkeit und Geschlossenheit und Wahlverhalten ist offenbar, ich brauche dazu nichts zu sagen. Ich will aber klipp und klar hier meine Meinung sagen, daß jeder, der bei uns politisch denken kann, wirklich zu dem Schluß kommen muß, daß unser Interesse ist, daß die FDP mit uns die Koalition fortsetzt. Denn wer sagt, wir wollen die absolute Mehrheit – ich habe nichts dagegen –, muß gleich hinzufügen, daß wir nur mit einer FDP, die noch existent ist, in einer Reihe von deutschen Bundesländern auf Dauer die Chance haben, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie können Nordrhein-Westfalen im Regelfall abschreiben. Das gibt einmal die Chance, dort die absolute Mehrheit zu haben, aber es ist nicht der Normalfall. Sie können das in Hessen, Sie können das in Berlin sehen, ich will in der Liste jetzt nicht alles aufzählen. Was das bedeutet, in Schleswig-Holstein mit hängender Zunge um das eine Mandat, mit dem Dänen sozusagen noch im Rücken, um Mehrheit kämpfen zu müssen, bei der Aussicht, die jetzt wieder die FDP dort eröffnet hat⁶⁷, kann nur der ermessen, der dort durch die Gegend rennt. Deswegen bitte ich vor allem jene, die in Gegenden sitzen, wo sie häufig nicht durch eigenes Zutun, sondern durch himmlische Fügung und Tätigkeit der Vorfahren in dicken Mehrheiten sitzen, auch an jene in der Partei zu denken, die diese Fügung nicht haben, sondern die sich mühsam voran bewegen müssen, und zwar Stück für Stück und Stimme um Stimme.

Ich sage das auch übrigens im Blick auf Bonn. Liebe Freunde, sagen Sie bitte auch das draußen in der Partei. Es hat nichts mit einer Liebeserklärung an die FDP zu tun. Mit 49 Prozent der Stimmen haben wir die absolute Mehrheit. Daß wir im Fall, daß die FDP nicht hineinkommt, dieses Ziel erreichen, ist für mich klar. Davon bin ich überzeugt, nur, wie groß ist dann diese Mehrheit? Wenn Sie sich einmal vorstellen, daß ein Prozent fünf Mandate ausmacht, dann können Sie sich ausrechnen, was das bei dem d'Hondt'schen System für Mehrheiten sind. Dann frage ich Sie bei dem, was im zweiten Akt nach dem 6. März auf uns zukommt, was es für eine wunderbare Regiererei sein wird mit von schweren Gewissenszweifeln gepeinigten Kollegen, die dann an dem oder jenem Punkt nicht zustimmen können, wenn es auf drei, vier Stimmen ankommt. Sie wissen, wie schwierig das auf der Ebene der Länder ist. Aber hier stellen sich die Dinge im Regelfall nicht so hart dar. Die Fraktionen sind übersehbarer, und auch da haben wir Probleme genug gehabt, von Nord nach Süd und von Süd nach Nord, wenn ich die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte bei solchen Abstimmungen betrachte: Zitterpartien sondergleichen. Deswegen meine Bitte, daß wir hier das Ziel so angehen. Wir haben an Stimmen

67 Nach dem Wechsel von Gerhard Stoltenberg nach Bonn als Bundesfinanzminister wählte der schleswig-holsteinische Landtag am 14. Oktober Uwe Barschel zu seinem Nachfolger. Er erhielt die 37 Stimmen der CDU-Fraktion; gegen ihn votierten 34 Abgeordnete von SPD und FDP; der Vertreter der dänischen Minderheit enthielt sich der Stimme; ein Abgeordneter der SPD nahm an der Abstimmung nicht teil. In der schleswig-holsteinischen FDP gab es Überlegungen, bei Erreichen der fünf Prozent bei den Landtagswahlen am 13. März 1983 den Sozialdemokraten Björn Engholm zum Ministerpräsidenten zu wählen.

nichts zu verschenken, um auch das klarzumachen. Ich halte auch nichts davon, über Manipulation, etwa über Huckepacksysteme, eine Partei ins Parlament zu bringen. Das läuft auch nicht. Der Wähler würde das nicht verstehen. Aber es ist wichtig, daß wir miteinander eine faire Chance suchen.

Letzte Bemerkung zu uns. Liebe Freunde, ich glaube, in der Partei war auch nach diesem 1. Oktober ein riesiger Schock. Wir haben erlebt, daß viele voller Zweifel auf den Wahltermin geschaut haben, ob wir das schaffen? Insofern sind wir eine wirkliche Volkspartei und schwimmen mitten im Wasser; das ist also die allgemeine Bevölkerung. Der Weggang von Helmut Schmidt und die demoskopischen Daten bewirken nun plötzlich ein anderes Gefühl. Nur warne ich vor dem Gefühl, das ja ein altes CDU-Problem ist, daß wir entweder himmelhoch jauchzend oder zu Tode betrübt sind, daß viele schon glauben, die Wahl sei gewonnen. Die Wahl ist um 18 Uhr am Wahltag gewonnen und keine Minute vorher. Wir müssen dem Wähler gegenüberreten mit einer ehrlichen, überzeugenden Politik, aber ich lege Wert auf die Unterstreichung des Begriffs „ehrlich“. Wir müssen unsere Grundsätze und unsere Zukunftsperspektiven darstellen. Es ist schön, daß wir jetzt bei den Demoskopien wieder um 50 Prozent liegen, die Sozialdemokraten unter 40, die FDP knapp über 4 und die Grünen knapp unter 6. Wir haben gute Chancen, aber die Wahl ist noch nicht gewonnen.

Ich will noch eine letzte Bemerkung machen zum Thema, warum der 6. März? Sie verstehen, daß ich die Gespräche jetzt erst aufnehme über die Methode, dorthin zu gelangen, und mich heute in diesem Kreis, wo ja die Erfahrung dafür steht, daß halt doch vieles in der Zeitung steht, nicht äußern kann, weil der Bundespräsident⁶⁸ hier unmittelbar mit involviert ist. Nur gehen Sie bitte davon aus, daß wir am 6. März wählen. Sie können heute auch davon ausgehen, daß wir inzwischen die einzigen sind, die wirklich ernsthaft wählen wollen, und die, die Plakate geklebt haben, jetzt wollen wir wählen, heilfroh wären, sie kämen von diesem Punkt herunter. Ich habe die Gespräche bisher nicht eröffnet, weil ich einfach nicht in die peinliche Lage kommen wollte, das lag in der Luft, daß die Sozialdemokraten zu den Kollegen der FDP sagen, habt ihr überhaupt noch vor eurem Parteitag Handlungsvollmacht? Das war praktisch die Lage. Aber wir müssen jetzt natürlich diese Dinge unverzüglich angehen.

Ich bin für diesen Termin nachdrücklich, nicht aus juristischen und staatsrechtlichen Gründen. Da ist dieser Termin Ende 1984 absolut legitim, und es darf auch kein Zweifel daran aufkommen, daß es legitim ist, wenn einer sagt, wir sitzen die ganze Zeit aus, wir haben eine hinreichende Mehrheit. Aber es gibt neben der geschriebenen Verfassung die Erfahrung der lebenden Verfassung, es gibt die psychologische Situation. Die Deutschen haben wenig Erfahrung mit Regierungswechseln. Nach der Wahl zum Kanzler bekommt man einen eigenen Ausweis, einen Kanzlerausweis, der meine trägt die Numero sechs, und damit ist alles ausgesagt. Wenn Sie sich vorstellen, von 1949 bis heute ist das die Numero sechs, dann bedeutet das, daß unsere Bevölkerung einen Regierungswechsel

68 Karl Carstens. – Kohl wandte nach dem erfolgreichen konstruktiven Mißtrauensvotum vom 1. Oktober 1982 das umstrittene Verfahren an, über eine Vertrauensfrage am 17. Dezember 1982, bei der er durch die neue Koalition von CDU, CSU und FDP vereinbarungsgemäß keine Mehrheit erhielt, zu vorgezogenen Neuwahlen zu kommen. Bundespräsident Carstens entschied sich nach längerem Zögern im Januar 1983 für die Auflösung des Bundestags und zur Ausschreibung von Neuwahlen für den 6. März 1983.

nicht gewohnt ist. Es ist wahr, daß bis zur Stunde die Quote derer bei über 70 Prozent liegt, die sagen, die sollen im März wählen; inzwischen ist der Termin akzeptiert. Wir kämen in eine unmögliche Lage, wenn wir uns jetzt durch irgendeine Manipulation aus diesem Termin herausbewegen wollten. Mit mir geht dies auf alle Fälle nicht, um das deutlich zu sagen, ich will wählen. Aber ich will aus einem anderen Grund wählen: Wir müssen 1983 wählen – und da warne ich vor einer Herbstwahl – aus den gegebenen Gründen im Zusammenhang mit der Raketenfrage. Aber ich sage umgekehrt, wenn wir in die Entscheidung zum zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses kommen und angesichts der weitgehend moralisierenden Diskussion zu diesem Thema keinen neuen Wählerauftrag im Rücken haben, dann tun wir uns unendlich schwer. Wer also an diesem Termin Kritik erhebt, soll mir bitte die Frage beantworten, was wir im Herbst nächsten Jahres tun, wenn die Entscheidung so kommt, wie sie möglicherweise kommt. Es ist keine Frage, daß das zur Stunde niemand beurteilen kann, aber daß wir aus dieser Sache davonkommen, glaube ich – um meinen Eindruck zu sagen – noch keineswegs. Aus diesem Grund ist es wichtig, daß wir eine eindeutige Position haben und das auch bei den bevorstehenden Wahlen ausgetragen haben. Ich glaube, auch der Kontext zu den Landtagswahlen in Hamburg, in Hessen – die Kollegen werden sicherlich noch ein Wort dazu sagen –, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein gehört dazu.⁶⁹

Liebe Freunde, ich sehe eine reelle Chance, daß wir diesen Kampf gewinnen, wenn wir zunächst einmal zeigen, daß wir voller Ernsthaftigkeit, ganz seriös an die Aufgabenstellung herangehen, daß wir auch dort, wo es bitter ist, unseren Mitbürgern, ob sie jung oder alt sind, die Wahrheit sagen und die Lösungsmöglichkeiten, die wir sehen, zur Diskussion stellen. Daß wir vor einem Druck oder vor einer Drohkulisse nicht zurückweichen, halte ich für ganz wichtig, auch im Blick auf das, was jetzt die Gewerkschaften tun. Denken Sie nur – das wird wohl nach der Wahl sein –, was uns über die ÖTV ins Haus steht; das muß ausgestanden werden.⁷⁰ Ich kann Neugierige nur warnen. Diese Runde haben wir noch lange nicht verloren, wenn wir nicht grobe Fehler in der Sache machen. Ich glaube, daß über das Materielle hinaus eben diese geistig-moralische Herausforderung von vielen begriffen wird.

Das ist zusammenfassend meine Position nach diesen fünf Wochen. Es ist sicherlich nicht alles so gediehen, wie wir es glaubten. Wenn Sie den einen oder anderen Kollegen oder auch meine Arbeit beurteilen, denken Sie bitte daran, was das für eine phantastische Erfahrung ist, wenn Sie nach dreizehn Jahren in ein Ministerium oder ins Kanzleramt kommen und sitzen oben; aber was sich darunter abspielt, auch im Parteipolitischen, das können Sie nur ahnen, was da ist. Aber was Sie ahnen, ist zum Teil grausig und sehr

69 Wahlen in Hamburg am 19. Dezember 1982, in Rheinland-Pfalz am 6. März 1983, in Schleswig-Holstein am 13. März 1983, in Hessen und Bremen am 25. September 1983. – Nach der Landtagswahl in Hessen am 26. September 1982 (CDU 45,6, SPD 42,8, Grüne 8,0, FDP 3,1 Prozent) lehnte SPD-Ministerpräsident Holger Börner eine Koalition mit den Grünen ab. Deshalb bot der Frankfurter Oberbürgermeister und neue CDU-Landesvorsitzende Walter Wallmann am 18. November die Bildung einer „Großen Koalition auf Zeit“ an, was Börner ebenfalls ablehnte. Nachdem der Landtag am 1. Dezember keine Mehrheit für einen Regierungschef zustande brachte, blieb Börner geschäftsführend im Amt.

70 Nach den Tarifverhandlungen sollten die Gehälter nur mäßig steigen: anfangs um zwei Prozent, dann in zwei Stufen noch einmal um insgesamt ein Prozent; Laufzeit des Vertrags 18 Monate. Die ÖTV-Tarifkommission lehnte dies am 1. Juni 1983 zunächst ab („Der Spiegel“ vom 6. Juni 1983: „Bringt nichts“).

schwierig. Wir haben Kollegen, die sind in ein Ressort gegangen, und die, die CDU-Leute waren, konnten Sie in ihrem Auto mitführen, darüber hinaus gab es keine CDU-Leute. Es gibt keine CDU-Leute, eine Sache, die natürlich für den Alltag ungeheuer schwierig ist; Pannen müssen aus einer solchen Konstellation heraus passieren.

Hier zeigt sich übrigens, wie die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte, an der wir auch mitgewirkt haben, um das einmal deutlich zu sagen, zu einem totalen Immobilismus der Staatsführung führt, denn wenn sich das so fortsetzt und wir wirklich einmal in regelmäßigen Abständen zu Regierungsumbildungen kommen, dann können Sie das im Kanzleramt nur so lösen, daß Sie jedesmal die Zahl der Bediensteten verdoppeln, wie man das seit 1969 schlicht und einfach getan hat. Daß das dem Staat nicht gut tut, der Politik nicht guttut, das brauche ich nicht zu betonen, das wollte ich abschließend doch noch gesagt haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Biedenkopf: Herr Vorsitzender, ich möchte eigentlich jetzt gar nichts unmittelbar zur Sache sagen, sondern, da wir uns zum ersten Mal im Bundesvorstand wieder treffen seit dem Regierungswechsel, wollte ich eigentlich zu allererst mal, und ich glaube, daß ich das in aller Namen tue, Ihnen meine herzlichen Glückwünsche für den hervorragenden Regierungswechsel und unser aller Dank für diesen hervorragenden Neubeginn sagen. *(Beifall.)*

Sie haben, Herr Vorsitzender, vorhin gesagt, daß die Partei zunächst einen Schock erlebt hat. Mehr als die große Mehrheit der CDU-Mitglieder ist in die Partei eingetreten nach 1969 und hat deshalb gar keine Erfahrung damit, wie es ist und was es bedeutet, eine Regierung zu tragen. Sie haben aber auch gesagt, daß sich das, und das ist ja auch demoskopisch erkennbar, geändert habe und haben dafür zwei Gründe angegeben, einmal den Rückzug von Helmut Schmidt und zum anderen die Demoskopie. Den wichtigsten Grund haben Sie nicht erwähnt. Der wichtigste Grund ist eben dieser hervorragende Neubeginn, die ausgezeichnete Figur, vor allem in den elektronischen Medien, der unmittelbare Einstieg auch in die Außenpolitik und damit eine außerordentliche Ermutigung für die ganze Partei, die jetzt, nachdem die erste Welle der Umstellung vorbei ist – und das sollte man doch hier im Bundesvorstand auch mal zum Ausdruck bringen und ich tue das als Präsidiumsvorsitzender der beiden größten Landesverbände –, nach dieser Umstellung nicht nur Mut gefaßt hat, sondern tagtäglich spürbar in ihrer Entschlossenheit und Überzeugung wächst, daß mit diesem Wechsel nicht nur eine kurze Phase des Übergangs, sondern eine lange Phase der Erneuerung eingetreten ist. Ich möchte diese Diskussion nicht eröffnet sehen, ohne daß dies vorher ganz klar und deutlich festgestellt worden ist. Deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet. *(Beifall.)*

Wissmann: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe mich aus zwei Gründen gemeldet. Der erste war, Sie haben, Herr Vorsitzender, auf der Staatsebene sozusagen erlebt und davon berichtet, wie sich das deutsch-französische Verhältnis entwickelt. Ich hatte am Wochenende die Gelegenheit, auf einer privaten Ebene bei einem deutsch-französischen Treffen zu sein, wo das, was Sie berichtet haben, sehr nachhaltig bestätigt wurde und wo bei dem Thema Deutschland und Frankreich im Verhältnis zu Polen in einer geradezu beeindruckenden Weise deutlich wurde, wie Intellektuelle aus der französischen Linken oder der Vertreter aus der neuen französischen Philosophie,

André Glucksmann⁷¹, in einer messerscharfen Form sich mehrmals auseinandergesetzt haben mit dem weitgehenden Opportunismus eines großen Teils der politischen intellektuellen Linken in Deutschland gegenüber Polen und der Dissidentenbewegung in Mittel- und Osteuropa. Was dort auch von Politikwissenschaftlern, von Grosser⁷² über Burdeau⁷³ bis zu Hassner⁷⁴, auch an Skepsis gegenüber dem geäußert wurde, was man, wie ich finde, zum Teil überzeichnet hat als Neutralismus und Pazifismus in Deutschland, bis hin zu Formulierungen von Glucksmann, daß man die Angst habe, in einigen Jahren der einzige Brückenkopf der Freiheit in Europa zu sein, zeichnet ein Bild, das es um so notwendiger macht, daß auch auf der Regierungsebene das stattfindet, was Sie angegangen haben. (Kohl: Wobei, Matthias Wissmann, um da einen Zwischenruf zu machen, das ist ja ein Stück französische Arroganz, denn bei den Spenden machen sie ja nichts.) Ja ja, deswegen mußte natürlich auch vieles zurückgewiesen werden. (Biedenkopf: Sie machen den Geist und wir die Materie. –Heiterkeit.) Aber ich meine, ein Punkt bleibt und den möchte ich schon festhalten und deswegen spreche ich davon, daß im Grunde genommen in Frankreich eine gemeinsame Empörung der Konservativen, der Zentristen und der Linken auf dem intellektuellen, wissenschaftlichen und politischen Feld zum Thema Polen vorhanden ist, während das in Deutschland in weiten Strecken eben nicht der Fall ist. Ich glaube in diesem Bereich, nicht in den anderen, können wir sehr wohl lernen und können einen Teil des französischen Punkts auch auf die deutsche Diskussion übertragen. Da gibt es, finde ich, einiges, gerade auch was wir als Christliche Demokraten lernen sollten. Deswegen bin ich sehr dafür, daß wir das, was wir hier im Hause sehen an Solidarität auch in der Öffentlichkeit fortführen, auch dann, wenn die Aufmerksamkeit scheinbar nicht mehr so auf dem Thema in den kommenden Monaten liegen wird.

Das war der eine Punkt, den ich kurz ansprechen wollte. Der zweite: Ein ganz aktuelles Thema, das mich nun aus dem Umfeld der Jungen Union bewegt. Ich möchte im Vorstand hier noch einmal darum bitten, daß wir das Thema der Wehrpflichtigen-Situation und das Thema der Zivildienst-Situation auch als CDU und als Regierung jetzt wirklich offensiv angehen. Ich sage das deswegen, weil ich inzwischen schon wieder Stimmen höre, die sagen, wir sollten das Thema, das wir auf dem letzten Bundesparteitag in Form eines Beschlusses verankert haben, sozusagen auf die Zeit nach den Wahlen vertagen. Ich möchte wirklich nur ganz nachdrücklich darum bitten, daß wir uns bei diesem Thema nicht von der SPD und eventuell noch der FDP die Courage abkaufen lassen, sondern unseren Bundesparteitsgbeschuß, der zu diesem Thema ja ganz klar war – Abschaffung der Prüfung, Verlängerung der Zivildienstzeit, Schaffung von genügend Ersatzdienststellen und engagierte Hilfe für Wehrpflichtige, das waren sozusagen die wesentlichen Koordinaten –, vor der Bundestagswahl, nach Möglichkeit gemeinsam mit der FDP, in einem Entwurf veröffentlichen. Ich möchte das hier nochmal sagen, weil ich

71 André Glucksmann (1937–2015), französischer Philosoph; Vertreter der „Neuen Philosophie“.

72 Alfred Grosser (geb. 1925), deutsch-französischer Politikwissenschaftler; 1955–1992 Professor am Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po) in Paris.

73 Georges Burdeau (1905–1988), französischer Jurist; 1934–1950 Professor für Öffentliches Recht in Dijon, 1957 Direktor des Centre de préparation à l'administration générale in Paris.

74 Pierre Hassner (geb. 1933), französischer Politologe und Philosoph; 1959 Centre d'études et de recherches internationales (Forschungsdirektor) und 1964–2003 Professor am Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po). Autor: Was geht in Deutschland vor? Wiederbelebung der deutschen Frage durch Friedensbewegung und alternative Gruppen, Europa-Archiv 27 (1982).

natürlich auch weiß, woher Widerstände kommen, wobei ich glaube, daß wir das Thema nur dann in den Griff bekommen, Herr Vorsitzender, wenn Sie auch als Bundeskanzler an dem Punkt selber mit Ihrem Gewicht in die Bresche gehen. Sonst werden wir das im Feld der CDU/CSU in den kommenden Wochen und Monaten nicht lösen können.

Eine Fußnote noch dazu. Da wir das Thema ja nur dann glaubwürdig lösen können, wenn wir nicht gleichzeitig unseren Respekt auch in der Praxis gegenüber den Wehrpflichtigen deutlich machen, paßt natürlich nicht sehr gut ins Bild. Ich wollte doch zu überlegen geben, ob man das nicht nochmal überprüft, daß nach den mir vorliegenden Informationen in der Regierungsvorlage nun beispielsweise um einige 100.000 DM die Familienheimfahrten für Wehrpflichtige gekürzt worden sind und im Grunde genommen in Größenordnungen von wenigen 100.000 DM ein erneuter Schritt gemacht wird bei der ohnehin ja schon von der alten Regierung in erheblicher Weise verschlechterten Situation für die Wehrpflichtigen; ich denke hier an die Versicherungspauschale. Da es sich um geringe Summen handelt und nicht um Dinge, bei denen es um weltbewegende Dinge geht, meine ich nur, wir kriegen das ganze Thema, das ja auch unter der Überschrift „Stärkung der Verteidigungsbereitschaft“ laufen kann, wenn wir es richtig anlegen, nur dann in den Griff, wenn wir nicht solche, wie ich finde, psychologischen Fehler begehen. Meine herzliche Bitte wäre also, den gesamten Kontext, Lösung der Zivildienstproblematik und psychologische und wo es geht auch materielle Ermutigung des Wehrpflichtigen, in ein Konzept zu binden. Denn wir haben natürlich ohnehin schon eine genügende Zahl von Feldern, wo es nicht leicht werden wird im Umgang mit Jugendlichen mit Blick auf die nächste Bundestagswahl, so daß es gut ist, wenn wir einige Felder haben, wo wir selbst in die Offensive gehen können. Da ist das ein Thema.

Letzter Punkt: Wir konnten in der Regierungserklärung natürlich nur die naheliegenden Probleme ansprechen; das war ja ganz klar, denn das geht nur bis zum März. Deswegen wäre es ganz besonders wichtig, daß wir in den kommenden Monaten nicht nur, was sicher notwendig ist, jetzt die Erklärungen der Minister haben, die auch wichtig sind, die naheliegenden Punkte betreffend, sondern wenn gleichzeitig auch die längerfristige, über den Wahltermin hinausgehende Perspektive der Union deutlich wird. Ich nehme nur das Beispiel Umwelt. Es wäre ganz ungut, wenn so ein Eindruck entsteht, als brauchten wir erst den Herrn Baum, um uns des Umweltthemas zu bemächtigen. Wir kämen in eine Frontlage, die der wahren programmatischen Entwicklung der Union, ich denke an das Umweltprogramm, ich denke auch ans Grundsatzprogramm, in keiner Weise entspricht. Also meine Bitte, ich glaube, hier im Vorstand wird das eher auf Zustimmung stoßen, gleichzeitig aber dies in Aktionen umzusetzen, nicht nur in unseren Wahlperspektiven, sondern nach Möglichkeit auch in Erklärungen des Regierungschefs und seiner Minister über den Wahltag hinaus. Denn in der etwas eigenartigen Konfrontationslage zwischen dem Herrn Baum und dem Herrn Zimmermann in der Koalition dieses Thema zu verhackstücken, wäre, finde ich, etwas zu wenig für das Selbstverständnis der CDU beim Thema Umweltpolitik, das ja ein zentrales Thema ist, gerade auch bei Jugendlichen.

Kohl: Drei Bemerkungen, dann, glaube ich, können wir das abhaken. Bitte fragen Sie jetzt nicht Heiner Geißler, der mitten im Geschäft ist, wie weit er ist. Aber die Sache Wehrdienstverweigerung, Zivildienstfragen ist auf einem ungewöhnlich guten Weg. Wir sind da ziemlich weit und ich hoffe, wir kommen sehr bald zum Abschluß. Sie wissen, das ist kein Teil der Koalitionsabsprache, aber wir waren uns beide einig. Er hat eine prima

Arbeit schon hingelegt, aber Sie verstehen, es ist sehr schwierig, da die Enden zusammenzukriegen. Das läuft gut, ich muß sogar sagen, das läuft besser, als ich zu hoffen gewagt habe. Mehr will ich jetzt im Augenblick dazu nicht sagen. Also, da sind wir voll dran, selbstverständlich, sonst würden wir ja das Thema nicht anfassen. Wir haben noch gewisse Problemstellungen, weil die FDP halt eben da auch den Parteitag braucht. Ich glaube, ich bin heute ganz optimistisch, daß wir da sehr bald mit etwas herauskommen. Wenn man die alten Akten vom Herrn Apel rausnimmt, wird der möglicherweise dann Probleme haben, Heiner, wenn ich das recht sehe, nicht? Was er früher gesagt hat und was dann in seiner Fraktion nicht mehrheitsfähig war. Aber, ich meine, damit das nicht untergeht, das halte ich für lösbar.

Was ich persönlich jetzt unter dem ganz direkten Eindruck bei mir zuhause an jedem Wochenende, wo nicht nur mein Ältester heimkommt mit den ganzen Klassenkameraden, die jetzt ganz woanders sind – gestern abend wieder, da hocken wir mit fünf, acht Mann –, feststelle, ist: Die Verbitterung bei denen sind ja nicht die Wehrdienst- oder Kriegsdienstverweigerer, sondern die 40 Prozent, die gar nichts tun. Das ist in Wahrheit deren Verbitterung. Ich muß auch sagen, die haben ja Recht. Die machen zwar da noch einen Unterschied, wenn die jetzt in der Grundausbildung sind und wochenlang nur noch durch den Morast gehen, da sagen sie natürlich, der sitzt im Büro der Pfarrgemeinde und macht seinen Ersatzdienst. Aber das ist nicht ihr Hauptthema. Ihr Hauptthema sind die 40 Prozent, die gar nichts machen. Da muß ich schon sagen, da haben sie auch völlig Recht. Das ist das eigentliche Ärgernis, und da setzt natürlich auch, da haben Sie auch Recht, die psychologische Hilfe überhaupt nicht an. Bei der Art, wie die demotiviert werden im Alltag, muß man sich wirklich fragen, ob die Leute, die das aushecken, eigentlich Feinde der Bundeswehr sind. Entweder sind sie so blöd, was ich in dem Fall nur hoffen kann, oder sie sind wirklich extrem gegen die Einrichtung. Hier werden die gutmütigsten jungen Leute zum Teil völlig runtergemacht. Wobei ich natürlich zugebe, daß natürlich die Bundeswehr auch die unmittelbaren Kontakteleute schlecht behandelt hat. Der Stau bei den Oberfeldwebeln und bei den Hauptleuten hat natürlich zu der katastrophalen Folge geführt, daß ausgerechnet die Gruppe, die am meisten mit jungen Soldaten zu tun hat, das sind ja nicht die Generäle, bisher am schlechtesten von der Bundeswehr behandelt wurde. Da hat ja nun Wörner eine Reihe ganz ausgezeichneten Vorschläge vorgelegt. Ich kann dies mit der Heimfahrrerei nicht beurteilen; ich wäre aber vorsichtig, das möchte ich erst einmal genauer angeguckt haben.

Letzter Punkt, wir werden natürlich die längerfristige Perspektive im Programm und überall sonst auch haben. Herr Wissmann, wir warten erstmal ab, ob es nicht etwa beim Thema Luft, weil Sie jetzt Personen genannt haben, da Aha-Erlebnisse gibt. Ich würde das mal sagen, laßt die mal ruhig ihre Propaganda machen. Ich sehe noch nicht, daß das jetzige Innenministerium auf dem Weg eine antiquierte Politik macht. Ich sehe eher das Gegenteil, aus ganz anderen Gründen. Deswegen dürfen wir uns jetzt hier auch nicht, und das halte ich für einen Riesenfehler, überhaupt auf das Thema Baum einlassen. Ich verstehe auch nicht, ich sage das nochmal dem Franz Josef Strauß, warum er sich mit dem jetzt wieder heute beschäftigt. Wir machen den zu einer Größe – der hat eine Stimme mehr gehabt.⁷⁵ Eine Stimme mehr gehabt! Ich bin ja nicht dabei gewesen, aber als alter

75 Gerhart Baum wurde vom FDP-Parteitag am 5. November 1982 nur mit einer Stimme Mehrheit in das FDP-Präsidium gewählt.

Parteitagshase würde ich immer fragen, wenn eine Stimme mehr ist und es sind so viele ungültige Stimmen dabei, habt ihr eigentlich nochmal nachgezählt? Deswegen käme mir beispielsweise so mancher Gedanke in den Kopf. Verstehen Sie, ich bin da gar nicht überzeugt, daß das eine gewaltige Sache wird. Bloß, wir müssen, wir dürfen das Thema Umwelt natürlich nicht aufgeben.

Weberling: Ich wollte zu drei Punkten kurz etwas sagen. Und zwar hat mich eines erstaunt, und das ist bei der Bildungspolitik, daß wir nichts über die positiven Maßnahmen der Bundesregierung gehört haben. Ich möchte dazu ein Beispiel kurz sagen: Wir haben vom RCDS aus eine Stellungnahme abgegeben und die auch veröffentlicht. Das waren sieben Seiten über die uns sehr entgegenkommenden, sehr sinnvollen Dinge der Bundesregierung und sicherlich auch zwei Seiten über die Sachen, die uns weniger passen. (*Kohl:* Aber die standen natürlich nicht in den sieben Seiten.) Ich verstehe ja, aber ich sage, wir können hier relativ wenig vom RCDS aus machen, was die Öffentlichkeitsarbeit angeht. Ich möchte nur dringend appellieren, gerade was zum Beispiel den studentischen Wohnheimbau angeht, den Hochschulbau überhaupt, daß man die Dinge in der Öffentlichkeit besser bringt. Denn dann kann man auch bei uns in den Hochschulen besser argumentieren.

Eine weitere Sache: Da muß ich allerdings Kritik anmelden und das tue ich auch ziemlich deutlich. Wir haben vom RCDS aus vor anderthalb Jahren eine Diskussion zur Umstrukturierung der studentischen Ausbildungsförderung gemacht und haben im März bereits beschlossen, daß man einen Darlehensanteil in sehr hoher Form, für Besserverdienende auch Voll Darlehen, bejaht von uns aus. Wir haben dazu ein durchdachtes und gutes Modell erarbeitet und müssen allerdings jetzt feststellen, daß dieses Modell noch nicht einmal von der Bundesbildungsministerin⁷⁶ zur Kenntnis genommen worden ist, geschweige denn mit uns überhaupt gesprochen worden ist. Ich muß ganz ehrlich sagen, daß ich das nicht für gut halte, vor allem, da man mit dem Begriff Darlehen in den Koalitionsvereinbarungen erheblich bessere Dinge hätte machen könne. Ich würde mich freuen, wenn dieses in den nächsten Wochen noch passieren könnte. (*Kohl:* Habt Ihr denn mal mit dem Toni Pfeifer gesprochen? Der war doch immer bei Euch.) Mit dem Parlamentarischen Staatssekretär haben wir selbstverständlich gesprochen, bloß der hat gesagt, da sollen wir mit Frau Wilms sprechen, und Frau Wilms hat bisher leider keine Zeit gehabt.

Das zweite, was ich sagen wollte, ist eine Sache, die offensichtlich noch gar nicht in der Öffentlichkeit so richtig bekannt ist. Ist es eigentlich bewußt wahrgenommen worden, daß der Ex-Bildungs- und kurzzeitige Ernährungsminister Engholm mit dem Bundesgeschäftsführer der SPD⁷⁷ in einer offenen Volksfrontkoalition am 4. Dezember⁷⁸ auf die Straße gehen will, daß er hier eine gewählte Regierung angreifen will, in trauter Zusammenarbeit mit Linksradikalen, Marxisten, Kommunisten, MSB und vielen anderen mehr? Daß er hier eine Kampagne macht mit MSB zusammen und vielen anderen mehr? Ich bin der Meinung, daß man hier vielleicht auch von der Bundesregierung, besonders aber von der Partei auf diese jetzt offenen Volksfrontbündnisse eingehen sollte. Wir werden

76 Dorothee Wilms.

77 Peter Glotz.

78 Vgl. UiD vom 25. November 1982: „Jusos fordern zur Besetzung von CDU-Büros auf“. – In Bonn demonstrierten am 4. Dezember 1982 etwa 70.000 Schüler und Studenten gegen die geplanten BAföG-Kürzungen.

von uns dazu das unsrige tun, das Material bekommt die Bundesgeschäftsstelle in den nächsten Wochen. (*Kohl*: Ja, Herr Weberling, das müssen wir natürlich, wenn es so ist, aufgreifen.) Ja, ich sage es bloß jetzt.

Das letzte, was ich sagen wollte in diesem Zusammenhang, was Matthias Wissmann schon sagte, es ist wichtig, daß nicht nur auf den 6. März geschaut wird. Wir haben aus gutem Grund keine direkte Wahlkampagne für die CDU gemacht, sondern indirekt, indem wir zum Mitmachen in diesem Staat auffordern in den nächsten Monaten. Gerade für uns in den Hochschulen ist aber wichtig, daß man von der Regierung aus und auch von der Partei besonders für die Zukunft Perspektiven aufzeigt, daß es sich lohnt, in diesem Staat, dieser Gesellschaft wieder mitzumachen, daß eben eine ganze Reihe der Dinge, die von der SPD-geführten Bundesregierung gemacht wurden, nicht mehr drin sind. Gerade in diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die Bundesregierung das vielleicht noch deutlicher nach außen darstellt, was die alte Bundesregierung nicht gemacht hat, daß sie nämlich zum Gespräch mit Jugendlichen und vielen anderen bereit ist und das auch macht. Schmidt hat ja zum Beispiel in diesem Zusammenhang mit Jugendverbänden praktisch überhaupt nicht gesprochen.

Und eine persönliche Anmerkung zum Schluß: Gerade, weil wir jetzt die christlich-liberale Bundesregierung haben, sollten wir meiner Ansicht nach auch die Punkte, die wir früher als Opposition immer gemacht haben, jetzt ansprechen. Das sind Menschenrechte, die Menschenrechte in Polen, das sind aber auch die Menschenrechte in Mitteleuropa, in Afghanistan und anderswo. Gerade wenn man sich hier auch für Einzelschicksale ein bißchen öffentlich von der Regierungsseite, aber auch von der Bundespartei einsetzt, glaube ich, daß man hier auch gegenüber jungen Menschen, Kommilitonen von mir deutlich machen kann, daß man hier glaubwürdige Politik macht.

Von Weizsäcker: Darf ich ein paar Punkte ansprechen, zunächst Frankreich, was der Vorsitzende und auch was Matthias Wissmann gesagt haben. Ich meine, die Franzosen haben natürlich einfach Angst, was in Europa passiert. Deswegen sind sie in einer Weise für den Doppelbeschluß, in der sie es natürlich vorher nie waren. Von den Franzosen her gesehen ist die Durchführung weiter Teile des Doppelbeschlusses natürlich auch sehr viel leichter als von jedem anderen vollen oder halben NATO-Partner. Das darf man, glaube ich, nicht so ganz ausblenden.

Zweitens, ich finde, es ist vollkommen einzusehen, daß bisher in bezug auf Wahl und Wahlplakat vielleicht noch nicht mit letzter Deutlichkeit das besprochen worden ist. Wenn das jetzt demnächst erfolgen kann, dann wäre das ja schon gut. Ich glaube im übrigen, daß jedenfalls Jochen Vogel als Person auf dem Gebiet auch nicht so sehr viel Schwierigkeiten macht. Er legt ja ungeheuren Wert auf Klarstellung darüber, daß er immer in Einklang mit allen seinen früheren Erklärungen war. In Berlin macht er zur Zeit eine Riesenanzeigenkampagne darüber, um der Bevölkerung klarzumachen, daß und warum es doch noch halbwegs im Einklang damit steht, daß er jetzt aus Berlin wieder weggeht. Oder jedenfalls weitgehend aus Berlin weggeht. (*Kohl*: Wer finanziert denn die Anzeigen?) Seine Partei. Ich wollte nur sagen, er wird auf diesem Gebiet, glaube ich, keine sehr großen Schwierigkeiten machen, die Klarstellungen werden gut sein.

Nächster Punkt, ich möchte auch nochmal, Herr Vorsitzender, sehr unterstützen die Position zur FDP. Es geht ja nicht nur darum, daß es auf die Dauer in vielen Bundesländern immer wieder außerordentlich schwierig ist, wirklich 50 oder mehr Prozent der

Stimmen zu bekommen. Es ist nach unserem Wahlrecht eine legitime Funktion der FDP, für ein gewisses Maß an Kontinuität in der Politik zu sorgen und nicht den totalen Wechsel von einem Extrem in das andere herbeizuführen, wie es in manchen anderen Demokratien der Fall ist. Wichtig finde ich nur, daß man nicht nur freudig zustimmt, daß sich da nun eine Linie durchgesetzt hat und infolgedessen man in der FDP wieder auf dem Weg zur Handlungsfähigkeit ist, sondern wichtig finde ich vor allem der FDP gegenüber, daß man nicht von außen der FDP erklärt, worin ihre Identität besteht. Das muß sie selber finden. Ich finde nichts falscher, als der FDP zu sagen, also du darfst uns zwar auf den Gebieten A, B und C unterstützen, aber wenn du anfängst mit D, E und F, dann bist du natürlich vom Teufel. Nein, die FDP selber muß wissen, was ihre Themen sind und nicht wir. Und deswegen finde ich in der allmählichen Restabilisierung, von der ich glaube, daß sie kommt, es wichtig, im Rahmen der angekündigten fairen Zusammenarbeit ihr es selber zu überlassen, worin sie ihre Identität sieht.

Nächster Punkt, das ist im Zusammenhang vor allem mit den Angriffen auf Norbert Blüm, aber auch auf Herrn Stoltenberg noch einmal zu sagen. Ich finde, die Bevölkerung reagiert nach wie vor ziemlich ambivalent. Auf der einen Seite ist sie ja ganz einsichtig, einsichtsbereit, daß gespart und der Gürtel enger geschnallt werden muß usw. Auf der anderen Seite ist sie aber immer noch dabei, sich zu formieren zu lauter kleinen Verteidigungsbastionen, die darin bestehen zu sagen, also überall, aber bitte nicht bei mir. Und in dem Zusammenhang ist es dann natürlich leicht, auch jeden anzugreifen. Diese ersten Wochen müssen ja wirklich für einige Mitglieder der Bundesregierung absolut abscheulich gewesen sein. Ich glaube schon auch, daß wir als Partei, die Landesverbände und auch die Vereinigungen, vielleicht ein bißchen zu spät in diesen Wochen gemerkt haben, was sich da an Angriffs- und Verteufelungspotential anhäufte. Ich glaube wirklich, daß auf dem Gebiet, auf dem Norbert Blüm arbeiten muß, letzten Endes der eigentliche Durchbruch in einem veränderten Bewußtsein erzielt werden muß, der aber noch nicht erzielt ist. Er ist noch nicht erzielt. Es widerspricht sich vollkommen, wie sich ein und dieselben Wähler und Bürger vorläufig noch verhalten. Da sehe ich eigentlich politisch die Hauptaufgabe in den nächsten Wochen und Monaten; das berührt sich, Herr Koch, mit dem, was Sie vorhin angedeutet haben.

Nächster und letzter Punkt, ich möchte nochmal, was die DDR und in losem Zusammenhang auch was die Deutschlandpolitik der Sowjetunion anbetrifft, nur sagen, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzungs politik der Sowjetunion ist immer primär Deutschlandpolitik gewesen. Es ist ja nicht von ungefähr, daß der amerikanische Unterhändler bei den INF-Verhandlungen in Genf⁷⁹ gesagt hat, es habe die Amerikaner nicht überrascht, daß der Verhandlungsleiter auf der sowjetischen Seite nicht etwa ein Waffen- oder Rüstungskontrollexperte sei, sondern ein Deutschlandexperte. Der Kwizinski⁸⁰ hat sich seine Sporen und seine Erfahrung in der Deutschlandpolitik geholt und keineswegs in der Sicherheitspolitik. Und es ist nun mal vonseiten der Sowjetunion her in erster Linie Deutschlandpolitik. Wenn wir uns rüsten, Herr Vorsitzender, wie von Dir angeregt, was

79 Paul Nitze (1907–2004), Ökonom; 1981–1984 amerikanischer Chefunterhändler für den Intermediate Range Nuclear Forces-Vertrag (INF).

80 Julij Alexandrowitsch Kwizinski (1936–2010), sowjetischer Diplomat und Politiker; 1978 Gesandter in Bonn, 1981 Sonderbeauftragter bei den Genfer Verhandlungen, 1986–1990 Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, 1991 stellvertretender Außenminister der UdSSR.

ich sehr gut finde, sich der DDR auch voll zuzuwenden und das auch im nächsten Jahr und auf dem Kirchentag usw. zu tun, so bitte ich nur um die Erlaubnis, die Anmerkung hinzuzufügen, wer in die DDR fährt und insbesondere, wer aus den gegebenen Anlässen dahin fährt, der darf natürlich nicht deswegen dahin fahren, um damit hier Propaganda zu machen, sondern er kann nur dann dorthin fahren, wenn er zu den Anlässen, zu denen er fährt, auch ein inneres Verhältnis hat. Und wer auf diese Kirchentage fährt, der muß an diesen Kirchentagen teilnehmen und nicht sozusagen eine Botschaft dahin bringen wollen. Je besser das gelingt, desto eindrucksvoller sind auch die Besuche dort. Ich finde, wir haben allen Anlaß, uns diesen Ereignissen, die dort sind und auch den Wünschen und Bestrebungen und auch den leisen Fortschritten, die die Menschen dort drüben mit diesen Sachen erzielen, uns zuzuwenden. Aber wenn wir hinfahren, müssen wir deren Sache und nicht unsere Sache dabei im Auge haben. Das wollte ich nur noch abschließend sagen.

*Blüm:*⁸¹ Ich glaube, wie immer bei Wahlkämpfen bündelt sich ja alles zu guter Letzt in ein paar Themen und ein paar Zielen. Und dann glaube ich, daß der Hauptunterschied im Wahlkampf zwischen der Opposition und uns sein wird, daß, wenn mich nicht alles täuscht, die SPD in Verbindung mit den Gewerkschaften ganz auf Klassenkampf geht. Sie wird alle Variationen spielen, die Regierung ist die Regierung der Reichen, sie sind die Regierung der kleinen Leute. Ich glaube, daß bei einem solchen Wahlkampf der Unterschied darin liegen muß, daß wir an den Gemeinsinn der Bürger, an Gemeinschaft, an Zusammenstehen appellieren – ich nenne mehr so assoziativ die Begriffe –, denn ich bin sicher, daß gerade in Krisenzeiten nicht nur die Klassenkämpfer eine Chance haben – die haben eine Chance, wenn ihnen nichts entgegengesetzt wird –, sondern gerade der Appell, daß wir zusammenstehen müssen. Also, ich würde gegen Klassenkampf mich gar nicht in eine Verteidigungsposition begeben, sondern umgekehrt sagen, nein, es geht nur, wenn alle zusammengehen.

Für diese Welle des Gemeinsinns ist zweierlei notwendig, einmal eine moralische Unterstützung. Ich halte beispielsweise das, Herr von Weizsäcker, was gestern bei der EKD⁸² geschehen ist, für eine moralische Unterstützung unserer Position. Bis in Vertretungsfragen hinein, finde ich ganz wichtig, daß wir da nicht nur auf Sozialpartner angewiesen sind, sondern daß quer zur sozialen Teilung, quer zur Interessenlage Unterstützung kommt mit dem alten Begriff Gemeinwohl. Und zweitens, das hat natürlich auch eine interessenbedingte Variante. Und für diese interessenbedingte Variante brauchen wir jetzt auch ein paar sichtbare Zeichen aus dem Unternehmerlager. Das ist nicht nur eine Sache, die wir mit den Gewerkschaften auszutragen haben. Daß die BDA, der Vorsitzende hat schon davon gesprochen, eine Erklärung herausgegeben hat, in der sie sagt, Vorstandsbezüge anhalten, AT-Bezüge anhalten, das ist sehr gut, nur das kommt ja gar nicht

81 Transkript des Beitrags in ACDP 07-001-1039.

82 Vgl. Bericht über die fünfte Tagung der sechsten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 7. November bis 12. November 1982. Hamburg 1983. Die Synode in Berlin-Spandau beriet unter dem Schwerpunktthema „Sinn und Wandel der Arbeit in der Industriegesellschaft – Herausforderung für die Kirche“ die EKD-Studie „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“.

rüber.⁸³ Es ist ganz wichtig auch das Opfer der Unternehmen, daß wir beispielsweise in Sachen Vermögenspolitik, und zwar vor der Wahl schon, weiterkommen. Es genügen nicht Ankündigungen, denn davon gibt es eine ganze Latte. Wir brauchen jetzt einen Gesetzentwurf, der muß nicht verabschiedet werden, wenn das nicht mehr klappt, aber er muß vorliegen. Wir müssen im Detail sagen, wie wir es machen wollen. Das halte ich für wichtig, um sozusagen die Schlagseite zu korrigieren, als hätten wir nichts zu bieten.

Ich würde es gut finden, wenn in zwei, drei ausgewählten Bereichen ein paar Preisanhebungen auch um ein halbes Jahr verschoben werden. Das hat mehr Symbolcharakter, aber die Politik lebt eben nicht nur von Worten; je mehr Worte gemacht werden, um so mehr wird die Nachfrage nach Zeichen sein. Das mag idyllisch wirken, was ich da sage. Ich glaube, daß das ganz wichtig ist, um sozusagen die Atempause plausibel zu machen. So wenig wie Lohnpause mit Lohnstopp und so wenig eine Preispause mit Preisstopp verwechselt werden darf gesetzlich, davon halte ich in beiden Fällen nichts, denn solche gesetzlichen Maßnahmen werden um ihren Wert gebracht, wenn sie zu Ende sind, dann holt jeder nach, woran er gesetzlich gehindert wurde. Aber ich finde diese Zeichen von Seiten der Unternehmer sowohl im Bereich der Vorstandsbezüge wie im Bereich der Preise und dann auch im Bereich der Vermögensbildung, für eine wichtige Sache, um zu beweisen, daß unsere Appelle etwas bewirken, daß wir in der freien Gesellschaft etwas zustande bringen ohne Reglementierung. Ich halte es beispielsweise für einen ausgesprochenen Erfolg dieser Atempausenpolitik, daß, wozu früher die Regierung gar nicht fähig war, Ärzte und Zahnärzte Erhöhungen um ein halbes Jahr verschoben haben. Da kann doch niemand sagen, das wären nur Worte, die wir machen würden.

Und dann will ich noch etwas betonen. In der Tat waren wir in eine Lage versetzt und mußten schnell handeln, weil in der Rentenversicherung die Eingänge im zweiten Halbjahr, ich rede gar nicht von Prognosen, um 1,2 Milliarden allein durch das Absinken der Effektivverdienste geringer sind, als die Regierung angegeben hat. Und wir haben ja auch, was die Zukunft anbelangt, uns auf eine Arbeitslosenzahl geeinigt, die nicht die optimistischste Variante ist. Wir liegen über dem, was die Sachverständigen angegeben haben; das finde ich ein Stück soziale Sicherheit. Das ist auch eine Form von Liquiditätssicherung, nämlich nicht immer die optimistischsten Annahmen zu machen und dann, wenn sie von der Wirklichkeit überholt werden, wieder zu korrigieren. Also insofern haben wir doch, wie ich glaube, ein Stück Solidität da reingebracht.

Und das zweite, es läuft jetzt eine Welle, wir hätten den alten Verschiebebahnhof von einer Kasse zur anderen, kopflos wie wir sind, unter der Not fortgesetzt. Da gibt es noch gewisse Entschuldigungen, die sagen, die konnten ja gar nicht anders in der kurzen Zeit. Ich behaupte und ich bin auch bereit, bis ins einzelne nachzuweisen, daß es keine Leistung von einer Versicherung zur anderen gibt, die wir in den letzten vier Wochen beschlossen haben, die nicht in der Sache begründet ist. Das ist der große Unterschied zu dem, was die Regierungen vorher gemacht haben. Die sagen ja immer, wir nehmen da das Geld,

83 In der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und beim Bundesverband deutscher Banken wurde diskutiert, daß die Vorstandsmitglieder deutscher Unternehmen freiwillig auf fünf Prozent ihres Gehalts verzichten sollten, um nicht nur der neuen Regierung den Rücken zu stärken, sondern auch Solidarität mit den von der Wirtschaftskrise hart Getroffenen zu demonstrieren und ein Zeichen für die nächste Lohnrunde zu setzen („Die Zeit“ vom 22. Oktober 1982: „Manager und Märkte“).

weil es da, was die Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung abführt, begründet ist in der Höhe des Arbeitslosengeldes. Das ist doch ein sachlicher Gesichtspunkt, ein in der Sache begründetes Kriterium. Bisher waren das 70 Prozent, das war nicht in der Sache begründet, das waren reine Finanznotwendigkeiten. Wir haben nicht nur gespart, in der Krankenversicherung sind wir sogar wieder hochgegangen von 70 auf 100 Prozent, weil hier keine Lohnersatzfunktion vorliegt. Alle Leistungen von einst, die in der Sozialversicherung anstelle von Lohn treten, also Arbeitslosengeld, Schlechtwettergeld, Umschulungsgeld, Kurzarbeitergeld, sind in Zukunft die Bezugsgrößen für die Leistungen von einer Versicherung zur anderen. Das ist ein ganz verlässlicher und nicht nur unter Finanznotwendigkeiten geborener Maßstab.

Es gibt eine einzige Maßnahme, wo nachgefragt werden kann, wie ist es eigentlich damit? Die Krankenversicherung gibt der Rentenversicherung 1,2 Milliarden Mark. Warum? Weil wir gesagt haben, auch das Krankengeld tritt anstelle von Lohn, hat eine Lohnersatzfunktion. Deshalb wird das Krankengeld auch rentenversicherungspflichtig, beitragspflichtig zur Rentenversicherung. Nun sind wir nicht in der Lage, innerhalb von vier Wochen dieses schwierige Problem mit heißer Nadel zu nähen. Das ist sozusagen eine Vorauszahlung für eine gesetzliche Regelung, die nach dem 6. März zu treffen ist. Also auch von der Krankenversicherung zur Rentenversicherung ist nichts verschoben worden. Es ist vielleicht doch ganz gut, das noch einmal im einzelnen darzustellen, auch was jetzt kommt, wir hätten die Krankenversicherung geschröpft. Da will ich mal ein paar Zahlen nennen. Die Krankenversicherung muß an die Rentenversicherung 1,2 Milliarden abgeben. Sie verliert durch die Verschiebung der Renten Anpassung 370 Millionen, zusammengezählt 1,57 Milliarden. Entlastet wird sie durch die Entlastungsgesetze um 1,1 Milliarde, und sie erhält noch dadurch, daß ab 1. Januar die Zusatzeinkommen auch beitragspflichtig werden, 600 Millionen. Also hat sie bei der ganzen Operation 130 Millionen verdient, 130 Millionen mehr. Wäre die alte Regierung im Amt geblieben, hätte sie sogar von der Bundesanstalt für Arbeit 1,3 Milliarden weniger bekommen. Ich will nur mit dem ins Detail gehenden Beitrag nachweisen, daß von Verschiebebahnhof keine Rede sein kann. Das finde ich eine große Leistung dieser Regierung, daß wir selbst unter den Zeitzwängen keine Sanierung gemacht haben, die nicht eine Strukturperspektive hat. Wir werden das nicht auf die Einzelrenten durchschlagen lassen, weil wir in der nächsten Legislaturperiode alle beitragsfreien Zeiten neu bewerten werden. Und zwar nach dem Versicherungsgedanken. Wer länger Beitrag bezahlt hat, bekommt auch seine Ausfallzeit anders bewertet, als der, der nur ein Jahr bezahlt hat und sich dann 20 Jahre Ausfallzeit finanzieren läßt.

Und was den Gewerkschaftsteil angeht, rate ich uns auch zu größter Gelassenheit; man braucht auf den Stil nicht einzugehen. Ein Teil der Protestdemonstrationen sind ja eine Art von Arbeiterverdummung. In Stuttgart beispielsweise wurden Flugblätter verteilt, daß die Regierung die Lohnfortzahlung einschränken wollte, das Mutterschaftsgeld abschaffen und das Arbeitslosengeld senken wollte.⁸⁴ Alle drei Maßnahmen befinden sich weder in den Koalitionsvereinbarungen, noch in der Regierungserklärung, noch sonst irgendwo in der gesetzlichen Vorbereitung. Ich kann nur sagen, das ist Schwindel. Da

84 DGB-Demonstration am 30. Oktober 1982 mit 150.00 Teilnehmern in Stuttgart „gegen Arbeitslosigkeit, soziale Demontage, Ausländerfeindlichkeit und Rüstungswahnsinn“ (vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 1. November 1982).

werden mit Fehlinformationen Arbeiter zum Protest gebracht. (*Biedenkopf*: Ist das auf der DGB-Kundgebung geschehen?) Ja, da sind Flugblätter gewesen mit diesen drei Dingen. (*Unruhe. Diskussion.*) Das waren DGB-Flugblätter, mit denen eingeladen wurde zur Protestkundgebung. (*Biedenkopf*: Und da stand das drauf?) Da stand das drauf. In der IG-Metall-Zeitung nachzulesen, da heißt es, die Neuregelung des Rentenversicherungsbezugs durch die Neuregelung der Bemessungsgrundlage würde den einzelnen Rentner im Durchschnitt 18 Mark kosten. Richtig ist, daß das null Mark kostet. Die alte Regierung hatte neun Mark vorgesehen, wenn wir schon bei den Zahlen bleiben. Das geschieht nach der DGB-Masche, die SPD hat neun Mark Verlust gebracht, die CDU muß doppelt so schlimm sein, mal zwei, ist 18 Mark. Anders kann ich mir die Zahl nicht erklären. Also nicht 18, auch nicht neun, wie die alte Regierung, sondern null Mark. Ich meine, an der Stelle wären die Gewerkschaften zu packen. An ihrer Ehrlichkeit. Da will ich doch schon mal die Arbeiter fragen, ob sie sich von ihren Funktionären belügen lassen wollen, ob sie mit Lügen mit uns in den Wahlkampf eintreten. Das ist die Stelle, wo mit denen handfest geredet werden muß.

Im übrigen bleibe ich dabei, wir sind keine Anti-Gewerkschaftsregierung, keine Anti-Arbeitnehmerregierung. Wir bleiben in großer Gelassenheit bei unserer Position. Wie sich herausstellt, ist eine solche Politik, die zur Zurückhaltung mahnt, sogar bei den Arbeitnehmern verständlich. 62 Prozent der Bevölkerung haben nach Meinungsumfragen die Lohnpausen bejaht. Das müssen ja zum Großteil Arbeitnehmer gewesen sein, rein rechnerisch. Da ist nur wichtig, daß die andere Seite auch etwas leistet, daß die Arbeitnehmer das nicht umsonst machen. Umsonst machen die das nicht. Also alles in allem, ich meine, wir hätten keinen Grund zum Pessimismus, wir müssen nur unsere Meinung in Gelassenheit, allerdings auch in Festigkeit vortragen; zu wackeln gibt es da nichts.

Stoltenberg:⁸⁵ Also, je länger ich darüber diskutiere, desto mehr bin ich davon überzeugt, daß aus einer ganzen Reihe von Gründen der Wahltermin am 6. März richtig ist. Wir sollten das auch überall klar machen, weil es natürlich bis in diese Tage hinein noch im Umfeld unserer Partei, auch bei manchen unserer Freunde, Zweifel daran gibt. Einer der Gründe, warum dieser Wahltermin richtig ist, ist, daß die konjunkturelle Talfahrt in diesen Monaten stärker ist und in ihren Wirkungen auch längerfristiger sein wird, als wir uns das selbst noch vor wenigen Monaten vorgestellt haben. Die letzten Zahlen über Auftragseingänge und das, was wir von den Statistiken aus vielen Betrieben hören, zeigt, daß hier wirklich eine außerordentlich bedrohliche Lage auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sich für einige Zeit abzeichnet. Es ist ganz entscheidend, daß wir in einer Zeit, wo dies noch politisch zuzuordnen ist, wählen und den Wahlkampf führen, in dem dies voll in die Verantwortung der alten Bundesregierung gestellt werden kann und auch gestellt werden muß. Natürlich sind selbst bei einem vorsichtigen Optimismus – da gibt es ja Anhaltspunkte, auch in der Sachverständigendiskussion, daß es im zweiten Halbjahr 1983 zu einer Belebung kommen kann – die Arbeitsmarktp Probleme für eine ganze Reihe von Jahren äußerst kritisch, weil wir ja auch die strukturelle Veränderung in der Nachfrage haben werden mit den starken Jahrgängen, die hineinstreben, und mit den relativ schwachen Jahrgängen, die ausscheiden. Dieses Problem wird ja verschärft durch die zweite Ausländergeneration. Und eines der Felder, wo auch wir uns mit der FDP, ohne

85 Transkript des Beitrags in ACDP 07-001-1039.

Porzellan zu zerschlagen, auseinanderzusetzen müssen – die suchen ihre Felder der Profilierung neben dem wichtigen Feld der Übereinstimmung in der Wirtschafts-, Finanz- und, wie ich hoffe, auch Gesellschaftspolitik –, ist ganz sicher die Ausländerpolitik, wo wir ja gewisse Absichtserklärungen und zunächst mal einen Auftrag an eine Kommission haben, weil es in den wenigen Tagen nicht möglich war, sachliches Einvernehmen über alles mit der FDP während der Koalitionsverhandlungen zu erzielen.

Für uns ist es zweitens wichtig, daß wir unser Sofortprogramm zum Thema Haushalt, Wirtschaft, Steuern nicht nur defensiv als ein Sparprogramm vertreten. Wir müssen zwar, was vor Ort nicht ganz leicht in allen Feldern ist, die Sparbeschlüsse in der punktuellen Debatte vertreten – ich weiß, daß das schwierig ist –, aber wir müssen es vor allem im Gesamtzusammenhang auch offensiv vertreten als ein Programm, das endlich erste langfristig angelegte Entscheidungen zur Wirtschaftsbelebung und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit bringt. Ich meine, die alte Regierung hatte wirklich jeden Handlungsspielraum verloren. Der Haushaltsentwurf für 1983, der ja auf vollkommen illusionären Annahmen aufbaute, sah ein Wachstum der Ausgaben um 4,5 Milliarden und ein Wachstum der Zinsausgaben um 4,6 Milliarden vor. Das war sozusagen das Dokument der Regierung Schmidt für 1983, und nun haben wir eine Verschlechterung bei Steuern und Zuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit von rund 17 Milliarden gegenüber diesem Dokument. Trotzdem haben wir Wege gefunden, einen gewissen Spielraum für die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Ziele in der ersten Stufe wiederzugewinnen. Das, was ich hier andeute, muß man einmal in der vollen Dramatik und in dem Gewicht der Zahlen und der einzelnen Argumente sehen, und dann bekommen wir natürlich auch die kritische Diskussion über die einzelnen Sparbeschlüsse etwas besser in einen Zusammenhang.

Minus 5,6 Milliarden Sparbeschlüsse, wobei man mal am Rande sagen muß, die Sozialdemokraten fangen an, das, was die Regierung selbst noch beschlossen hat, an Eingriffen allmählich uns zuzuordnen; das gehört ja auch zu den Unsauberkeiten, mit denen wir leben müssen. 5,6 Milliarden zusätzliche Sparbeschlüsse, aber vorgegeben aus der Kreditaufnahme der letzten Jahre sechs Milliarden Mark ansteigende einzuplanende Bundesschuld. Das ist auch ein Vergleichspaar, ein Zahlenpaar, zu dem man viel sagen könnte. Dieses Ansteigen der Verschuldung – trotz der Sparbeschlüsse – auf über 40 Milliarden ist natürlich für uns alle, nicht nur für den Bundesfinanzminister, eine unglaubliche Last. Wir müssen bei allen politischen Aussagen vor der Wahl, auch bei der Neuformulierung unseres Wahlprogramms, über das wir dann im Dezember reden, darauf achten, daß bei diesen wirklich bedrückenden Eckdaten es notwendig sein wird, in der neuen Wahlperiode noch einmal weitere Sparbeschlüsse zu fassen, d. h. beim strukturellen Defizit uns erheblich noch in einer zweiten Phase zu entlasten, auch mit Entlastungswirkungen für die Länder und Gemeinden natürlich, die ja vergleichbare Grundprobleme haben wie der Bund, mit diesen hier für den Bund genannten katastrophalen Zahlen. Das muß man allgemein aussprechen.

Ich bin nicht dafür, daß wir die einzelnen Sparüberlegungen, bei denen ja auch noch keine Vorbereitung und Koordinierung möglich war, für die zweite Stufe nun in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen. Über die wird politisch erst zu Beginn der neuen Wahlperiode entschieden werden können. Aber man muß natürlich sozusagen stabsmäßig auf der Ebene der Experten bestimmte Vorüberlegungen alternativ anstellen. Wir

müssen nur in der politischen Argumentation dies nicht verschütten, wir dürfen uns hier nicht bewegungsunfähig machen, sonst ist eine geordnete Finanzwirtschaft, bei der die vorrangigen Ziele, stärkere Belebung für die Wirtschaft und noch stärkere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Vordergrund stehen, nicht mehr möglich. Ich meine, die Forderungen von Herrn Breit⁸⁶ und anderen, die Verschuldung noch weiter anzuheben, ist untragbar. Wir kämen dann in einen Zielkonflikt mit der Bundesbank. Die Bundesbank hat uns natürlich durch den Zinssenkungsbeschluß vor knapp drei Wochen doch erheblich geholfen, und wir haben wohl auch dieses Mal zu verzeichnen, daß die Kreditinstitute ihn weitgehend weitergeben. Und ich mache keinen Hehl hier in unserem vertraulichen Kreis daraus, daß es bei diesen immer schlechter werdenden Daten jetzt über Konjunkturlage und Auftragseingänge notwendig sein wird – aber ohne öffentliche Ermahnungen oder gar Schelte –, im internen Kontakt mit den Verantwortlichen der Bundesbank weiter darüber zu reden, ob nicht doch noch in absehbarer Zeit eine weitere Entlastung auf dem Kapitalmarkt und auch im Bereich der Zinsen möglich ist.⁸⁷ Nur ist das nicht geeignet für große öffentliche Debatten; dann werden natürlich die Fronten verhärtet, und wir haben ja erlebt unter der Regierung Schmidt, daß das niemandem nützt.

Man muß auf diesem Hintergrund auch die Einzelprobleme sehen. Lieber Herr Koch, ich will zu ARBED hier nicht viel sagen. Da könnte ich Ihnen aus der Unbefangenheit eines neuen Ministers über das, was frühere Entscheidungen, aber auch das Verhalten der zuständigen Organe anbetrifft – und ich habe die Herren ja alle in einer mehrstündigen Konferenz kennengelernt, Vorstand, Vertreter Aufsichtsrat, Vertreter IG Metall, Herrn Judith⁸⁸ –, wirklich einiges sagen, was an Farbigkeit der Schilderungen nicht zu wünschen übrig läßt. Hier hat sich eine Mentalität herausgebildet, mit sehenden Augen den bevorstehenden Konkurstern, den die Herren ja seit Februar wußten, nicht seit Oktober, zu verschieben und zu sagen, das läuft erstmal alles so weiter und, wenn es so weit ist, zahlt die Regierung, oder Herr Kollege Zeyer, ja doch. Diese Entscheidung, wie wir sie gefaßt haben, ist unglaublich schwer zu vertreten unter einer ganzen Reihe von Gesichtspunkten. Die Gründe, warum wir sie vertreten haben, hat ja unser Vorsitzender kurz hier angedeutet. Sie ist unglaublich schwer zu vertreten, sie ist überhaupt nur zu vertreten – es geht ja nicht um 75 Millionen, es sind ja 400 Millionen für die nächsten drei Jahre unter gewissen Prämissen –, wenn in einer ganz anderen Weise als bisher die Beteiligten auch in die Pflicht genommen werden. Das beginnt mit den Banken, die das auch gar nicht bisher gehört haben, daß sie einen Forderungsverzicht leisten müssen. Bei den Eigentümern ist es schwierig, weil in Luxemburg eben mit den Gewerkschaften Lohnabbau vereinbart ist. Der Vorsitzende hat das ja hier gesagt. Und es führt weiter zur Belegschaft. Was wir da erwarten, ist nun wirklich nach meiner Auffassung das Minimum dessen, was man in einer solchen Lage erwarten kann. Nur der Konkurs, das muß man auch wissen, hätte nicht 10.000, sondern eher 7.000 Arbeitsplätze im Ergebnis noch erhalten, wobei ich überhaupt nicht weiß, wer die Auffanggesellschaft hätte bilden sollen.

86 Ernst Breit (1924–2013), Politologe, Gewerkschaftsfunktionär; 1982–1990 Vorsitzender des DGB.

87 Zwischen dem 22. Oktober 1982 und März 1983 wurden der Diskont- und der Lombardsatz von 6 auf 4 Prozent bzw. von 7 auf 5 Prozent reduziert.

88 Rudolf Judith (1925–2000), Maschinenschlosser, Gewerkschaftsfunktionär; 1968 ehrenamtliches Mitglied des IG Metall-Vorstands; 1971 Mitglied des DGB-Bundesausschusses; 1972–1986 geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Da wären der Bund und das Saarland sofort mit einer Milliardenforderung wieder für die Auffanggesellschaft dagewesen, das hätte katastrophale Rückwirkungen für die Saarbergwerke gehabt, unser gemeinsames Unternehmen. Das waren die Perspektiven für den Konkurs. Ich sage das denjenigen, die meinen, wir hätten hier zu viel getan. Aber es geht natürlich weiter mit Ruhrstahl, es geht weiter mit Schiffbau, es geht weiter im Bereich der Konsumgüterindustrie. Wir können natürlich nicht zu den alten Bedingungen eine Serie von Wirtschafts- und Subventionsentscheidungen für Einzelbetriebe treffen.

Nur hier ist der Punkt, wo wir auch mal offensiv unsere Politik vertreten müssen, in Stufen zu einer Entlastung der gewerblichen Wirtschaft zu kommen. Erste Stufe relativ bescheiden noch mit der Gewerbesteuer, mit einem vollen Ausgleich für die Kommunen, ab 1. Januar relativ bescheiden. Aber ich habe ja in Übereinstimmung mit der Koalitionsvereinbarung nun auch mehrfach öffentlich, auch am Wochenende noch einmal gesagt, wir werden das Aufkommen der Mehrwertsteuererhöhung, wenn wir es voll 1984 haben, ab 1. Januar 1984 für eine zweite Stufe verwenden. Gewerbliche Wirtschaft und Vermögensbildung der Arbeitnehmer sind die beiden Punkte. Wir sollten jetzt nicht über Details reden, über die genaue Austarierung; das müssen wir aber bis März tun. Ich bin auch sehr dafür, daß wir versuchen, einen Entwurf vor der Wahl vorzustellen zum Thema Vermögensbildung. Wir hätten dies alles nicht machen können, auch nicht die steuerlichen Maßnahmen beim Wohnungsbau, wenn wir nicht diesen bitteren Beschluß mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer gefaßt hätten. Nur der Beschluß über die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Investitionshilfeabgabe haben uns überhaupt einen finanzpolitischen Spielraum für Wirtschaftsbelebung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit gegeben.⁸⁹ Und da liegt ja auch der qualitative Unterschied zu den Beschlüssen der Regierung Schmidt, die die Mehrwertsteuer immer erheben wollte, um damit fiskalische Probleme zu lösen. Hier müssen wir in die Offensive gehen, denn gegenüber manchen törichten Parolen ist es richtiger, schrittweise die steuerlichen Rahmenbedingungen für die gewerbliche Wirtschaft zu verbessern, als einen Subventionsfall nach dem anderen zu bekommen. Auch das Bild der bundeseigenen Unternehmen ist ja schlichtweg katastrophal, jedenfalls der meisten. Die Saarbergwerke geben Anlaß zu größten Sorgen, wir haben den großen Salzgitter-Konzern mit einer Eigenkapitalquote von 8,7 Prozent, das habe ich alles gelernt jetzt, mit Verlustperspektiven einschließlich der Howaldtwerke fürs nächste Jahr bis zu einer halben Milliarde. Eine Kapitalauszehrung über Jahre! Die Perspektiven für die Bundesbahn kann man nur mit einem Understatement als bedrückend bezeichnen. Das alles wird uns im Rahmen der Erblastdiskussion auch beschäftigen.

Wir haben im Verteidigungshaushalt, lieber Herr Wissmann, mit Herrn Wörner vereinbart, daß er einen, ich will mal sagen, doch wichtigen Spielraum für die Verbesserung der Personallage bekommen hat gegen Einsparungen in anderen Bereichen. Diese Politik werden wir grundsätzlich auch weiterführen müssen, mehr möchte ich im Augenblick dazu nicht sagen.

Aber ich möchte noch einmal als letztes sagen, weil es in unserer nationalen Diskussion ja nicht die zentrale Rolle spielt: Auch die internationalen Probleme in diesem Zu-

89 Zum 1. Juli 1983 sollte die Mehrwertsteuer um ein Prozent erhöht werden, ab einem Jahreseinkommen von 55.000 DM (Ledige) und 110.00 DM (Verheiratete) sollte 1983 und 1984 ein unverzinslicher Zuschlag von fünf Prozent der Steuerschuld an den Fiskus abgeführt und in den Jahren 1987 bis 1989 zurückgezahlt werden (vgl. Wirsching S. 29f.).

sammenhang sind alarmierend. Die Zahl der Staaten, bei denen die Zahlungsfähigkeit bedroht ist, nimmt rapide zu. Wenn also Fidel Castro⁹⁰ über seinen Wirtschaftsminister ein Fernschreiben schickt an alle möglichen Länder, daß er nicht mehr seine Kredite bediene, dann braucht das noch nicht so aufregend zu sein. Und wenn das in Bolivien jetzt passiert, ist das auch noch nicht eine große Bedrohung für uns. Aber wenn zu Polen jetzt Jugoslawien kommt, Rumänien, seit langem schon erkennbar, wenn dazu Schwellenländer wie Mexiko, Brasilien und Argentinien möglicherweise kommen, mit einem unerhört starken Engagement für uns in den Exportmärkten und in den Krediten der deutschen Wirtschaft, dann wird das Bild natürlich schon alarmierend. Wir sind in enger Verbindung hier auch mit der Bundesbank und den anderen Institutionen, um gewisse Sicherungsnetze aufzubauen. Die Fragen von Einrichtungen, mit denen wir uns bisher in der politischen Debatte wenig beschäftigt haben, gewinnen eine enorme Bedeutung, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Währungsfonds und anderes mehr. Natürlich haben wir bilateral für Hilfen in unserer Finanzlage praktisch keinen Spielraum. Aber wir müssen gewisse Risiken über diese internationalen Institutionen zunehmend übernehmen, um einen Kollaps in gewissen Ländern, wenn es noch geht, zu vermeiden, der natürlich in den Rückwirkungen auf unsere nationale Situation unglaublich negative Folgen hätte. Vor allem als ein Land, das ja nun doch nach wie vor am stärksten an einer funktionsfähigen offenen Außenhandelswirtschaft interessiert ist, wobei wir ja auch mit Frankreich die Probleme haben des verstärkten Protektionismus. Also auch im unmittelbaren Nachbarschaftsbereich.

Ich sage das auch deshalb, weil es natürlich unser Bankensystem entscheidend mitberührt und wir dieses Feld, das ich nur ganz kurz andeute, auch neben unseren großen nationalen Sorgen und den Sorgen der EG zu sehen haben. Ich habe dennoch den Eindruck, daß bei Veranstaltungen im eigenen engeren Heimatbereich, im eigenen Wahlkreis, nach den ersten Irritationen und den Wirkungen der Propaganda Ende September bis Anfang Oktober, bei den Mitgliedern und Anhängern unserer Partei jetzt auch die Grundstimmung sichtbar wird. Die freuen sich, daß es wieder eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung gibt mit Helmut Kohl als Bundeskanzler. Die freuen sich, daß wir wieder aus der amtlichen Verantwortung heraus in der Öffentlichkeit auftreten können, daß die Medien das widerspiegeln. Bei aller berechtigten Kritik an schlimmen Dingen in den Medien, Sie können das natürlich auch nicht alles unterdrücken, was sozusagen der Verantwortung der Bundesregierung und auch in der Erweiterung der CDU/CSU als Regierungsfraktion entspricht. Und dieses Gefühl, das ich doch in den letzten 14 Tagen stärker spüre als um den 1. Oktober, daß so etwas wie Selbstbewußtsein und Zuversicht kommt bei aller Sorge und allen großen Informationsbedürfnissen über Einzelfragen, die nicht befriedigt sind, das müssen wir natürlich kräftigen, und ich führe auch die hier erwähnten demoskopischen Verbesserungen der letzten 14 Tage darauf zurück.

Sehr wichtig ist, daß die zunächst einmal weiter sich verschlechternden Meldungen aus Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den für die Wahl dann wichtigen Monaten von Dezember bis Februar nicht zu einer allgemeinen Stimmung der Depression und Resigna-

90 Fidel Castro (1926–2016), kubanischer Revolutionär und Politiker; 1959–2006 bzw. 2008 Staatspräsident, Staatsratsvorsitzender sowie Ministerratsvorsitzender und bis 2011 Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas. – Kubanischer Minister für Wirtschaft und Planung war 1979–1986 Humberto Pérez González.

tion führen. Diese psychologische Komponente sehe ich als eine gewisse Gefahr. Es ist also eine ganz wichtige Aufgabe für uns, daß wir hier doch eine im Augenblick vorhandene Einsatzfreude und auch eine gewisse Zuversicht bei unseren Anhängern und möglichen Wählern bewahren und durchhalten bis auf den 6. März und dann ein Mandat für vier Jahre bekommen, das wir unbedingt brauchen – in 18 Monaten wäre das überhaupt nicht zu machen gewesen –, um nach einer Zeit der Durststrecke hoffentlich auch die hier drängenden Probleme lösen zu können.

Albrecht: Ich will es kurz machen und einige Worte zum Wahlkampf sagen. Das beherrschende Faktum der nächsten Monate wird die wirtschaftliche Entwicklung sein, die Arbeitslosen. Das, was sich da anbahnt, ist katastrophal und wird auch die Regierung vor schwierige Situationen stellen; denn der ARBED-Fall wird sich wieder stellen, der Stahl-Fall wird sich stellen, der Werften-Fall wird sich stellen und vieles andere mehr. Ich sehe persönlich darin auch eine Chance, denn traditionsgemäß, wenn man die Frage stellt, wer ist eher in der Lage, die Wirtschaft wieder flottzumachen, Stabilität zu wahren, sind wir Meilen vor der SPD. Ich würde da allerdings auch eine Bitte an unsere Wahlkampfführung haben, daß man hier sehr sorgfältig überlegt, Helmut, mit welchen Schlagworten man kommt. Es zeigt sich ja komischerweise auch, daß bei der Kompetenzfrage, wer kann am besten etwas gegen Arbeitslosigkeit tun, wir nicht vor der SPD liegen. Das heißt, wir müssen also die Diskussion so steuern, daß alles jetzt darauf ankommt, die Diskussion wieder flottzumachen und daß dieses der einzige Weg ist, um Arbeitslosigkeit abzubauen. Wenn das in der Begründung kommt, dann glaube ich, daß unser Kompetenzvorsprung hier durchsticht.

Zweite Bemerkung dazu: Wir sind uns darüber einig, denke ich, daß wir immer beides tun müssen, Erblast und Zukunftsperspektive. Ganz wichtig, immer beides, Erblast und Zukunftsperspektive.

Drittens: Wir haben eine schwache Stelle, das haben wir oft genug unter uns beredet. Ich sage das nur immer wieder, solange, bis wir da auch unser Profil noch verbessert haben. Das ist der soziale Aspekt. Und das hat nicht an der CDU gelegen. Das liegt auch heute nicht an der CDU, aber wir alle wissen, wovon wir reden, ich will da gar nicht expliziter sein. Nur, ich meine, daß wir im Wahlkampf, Helmut, als CDU ruhig ein klein bißchen eigenes Profil zeigen können. Das sind ja keine Koalitionsverhandlungen, auch keine Inner-Unions-Verhandlungen, sondern wir können da ruhig ein eigenes Profil zeigen und diese soziale Flanke noch ein bißchen besser abdecken, als das zur Zeit der Fall ist. Im übrigen, was Vermögensbildung angeht, da kommen wir mit einem gemeinsamen Vorschlag aus der Arbeitsgruppe raus, da haben wir auch beim Mittelstand noch Fortschritte gemacht, so daß ich glaube, daß ich Dir nächstens etwas geben kann.

Späth: Ich will mich wegen der Zeit auf ein Problem konzentrieren. Das könnte durchaus eine zentrale Geschichte werden im Wahlkampf. Ich bin nicht überzeugt, daß die Raketen-Geschichte läuft in diesen Wahlkampf, auch wenn man noch nicht weiß, was die nächsten Wochen bringen. Es spricht sehr viel dafür, daß es die Arbeitszeitgeschichte wird, weil jetzt die großen mittelständischen Firmen kommen. Die kommen nicht einzeln, sondern da kommen jetzt jede Woche fünf, sechs, sieben. Das geht jetzt im Maschinenbau los, da kriegen wir die erste große Welle jetzt zum Jahresende, wenn die Bilanz machen. Die Firmen sind nicht mehr ausgelastet. Deshalb warne ich auch ein bißchen; meine große Sorge ist, daß eine Entwicklung eintritt, eine Stimmung kommt, wir schaffen überhaupt

nichts mehr. Deshalb bin ich durchaus der Meinung, man sollte ein Stück Optimismus verbreiten, daß nach der langen Durststrecke sich da etwas bewegt.

Ich warne allerdings vor einfachen Formulierungen, wie „Jetzt geht es wieder aufwärts!“ Das kann man den Leuten nicht vermitteln, weil es objektiv gar keine Ansätze gibt. Zum Beispiel die Neuschaffung von Arbeitsplätzen in der Kommunikationsindustrie oder im Wohnungsbau, die Frage der Forschungsumstrukturierung der Industrieländer, das sind alles Zeiträume, die brauchen zehn Jahre, bis die sich durchsetzen, aus der Mischung von steuerpolitischen Maßnahmen und von technologischen Entwicklungen. Das sind alles Prozesse, die zunächst einmal völlig überlagert werden von dem Thema Arbeitslosigkeit. Ich persönlich habe ein bißchen Bedenken über die Diskussion, weil ich der Meinung bin, dies eröffnet Erwartungen, die so wahrscheinlich nicht eintreffen. Ich habe auch nichts gegen diese Diskussion, ich will nur etwas sagen zu dem, was die Leute wollen. (*Blüm: Die Leute wollen Opfer bringen. – Unruhe. Diskussion.*) Sie sind im Prinzip bereit, jedes Opfer zu akzeptieren, das andere bringen, soweit es ist jetzt. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich will das an einer Diskussion erläutern, die ich ganz bewußt vom Zaun gebrochen habe. Ich bin nicht der Meinung, daß wir rasche Zeiten bekommen. Die Leute haben auch das sichere Gefühl, daß das, was wir bisher an Sparmaßnahmen gemacht haben, noch lange nicht das einzige Sparkonzept ist. Es ist ja den Leuten gar nicht mehr deutlich, was es bedeutet, daß die Zinsraten stärker wachsen als die Steuereinnahmen. Das können Sie den Leuten natürlich klarmachen; sie sind durchaus bereit, mindestens gedanklich ein Stück weiter zu überlegen. Ich sage ihnen das auch im Wahlkampf: Ich sage ihnen, wir schaffen das, neue Arbeitsplätze zu schaffen bis zum Ende des Jahrzehnts. Was wir aber nicht schaffen, ist das Problem, die Arbeitslosigkeit der jungen Generation im Schnellverfahren zu beheben.

Wir haben zum Beispiel im Landeshaushalt von Baden-Württemberg das Ziel, 1986 die Neuverschuldung bei null zu haben. Ich diskutiere über die anderen Haushalte gar nicht mehr, weil ich sage, meine Fähigkeit da weiterzudenken – Bundeshaushalt, Nordrhein-Westfalen –, ist begrenzt. Wir haben jetzt die zweite gnadenlose Einsparungswelle angefangen mit der Erklärung, es werden wieder Schulden kommen. Wir gehen bis zur Privatisierung von Staatsbeteiligungen und anderen Dingen mehr. Das habe ich der Landespresse vorgerechnet und gesagt, laßt mich mal laut nachdenken. Ich muß 16.000 Stellen, gleich eine Milliarde, aus dem Personalhaushalt bis 1990 rausholen. Ich möchte euch mal aufzeigen, wie das aussieht. Ich brauche pro Jahr 2.000 Stellen weniger. Dann schaffe ich die 16.000 bis 1990. Dies ist mein klares Konzept, über 35 Prozent Personalkosten einzusparen. Ich zeige euch auch gleich auf, warum. Ich habe dann die ganzen Wirtschaftsnotwendigkeiten dargestellt, wie wir das machen wollen. Das wird das Programm der nächsten Klausurtagung der Regierung. Eine offene Überlegung: 600 Millionen zahle ich Weihnachtsgeld. Wenn ich mir überlege, daß ich mit 300 Millionen, mit der Hälfte dieses Weihnachtsgelds – das vor fünf Jahren genauso die Hälfte war, – 6.000 junge Leute einstellen kann, und wenn ich sie auf Dreiviertelherstellen setze, kann ich sogar 9.000 einstellen, dann überlegt mal, wenn ihr zuhause euern Kindern sagt, Hände weg vom Weihnachtsgeld. Sollen wir die alle auf der Straße stehen lassen? Ihr müßt mal weiter überlegen. Ich überlege auch weiter und sage, es ist unerträglich, wenn die Banken 14 Monatsgehälter zahlen und dafür so runterrationalisieren, daß die Banklehrlinge auf der Straße bleiben. Dies ist mit meiner Vorstellung von Gerechtigkeit und Solidarität

überhaupt nicht vereinbar. Es ist eine moralische Schweinerei! Das habe ich dann beim DGB anschließend nochmal gesagt, als die die Arme breitmachten und gegen mich brüllten: „Hände weg vom Weihnachtsgeld, sonst gibt's Krach auf dieser Welt!“ Ich habe gesagt, wir wären im Weltkrieg, wenn das Problem der Welt ist, das Weihnachtsgeld zu streichen.

Ich kann nur sagen, Tag für Tag ändert sich die Stimmung. Ich war am Freitag bei unserer Polizeigewerkschaft. Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft ist ein CDU-Mann. Unsere Polizeigewerkschaft im Land hat eine wilde Geschichte geritten gegen mich; als ich da ankam, haben sie das Thema geändert, wo es also nur noch um Weihnachtsgeld und Beamtenforderungen ging. Und dann bin ich rauf und habe gesagt, ich will euch jetzt mal was sagen, wo habt denn ihr eigentlich euer Gewissen? Was erzählt ihr eigentlich euern Kindern, wenn die sagen, wo finden wir denn Beschäftigung? In den nächsten zehn Jahren müssen wir die Arbeit neu verteilen, aber nicht mit der 35-Stunden-Woche, sondern indem wir überlegen, daß in bestimmten Bereichen mit neuen Formeln die Zeit überbrückt wird, bis wir in einigen Jahrgängen neue Arbeitskräfte haben. Und wenn die Gewerkschaften sagen, die Arbeit muß neu verteilt werden, dann fange ich jetzt an. Aber eines ist typisch sozialistisch: Solange es um die Theorien geht, machen sie die großen Sprüche und beim ersten konkreten Vorschlag stehen sie da, gehen auf die Barrikaden, machen die Arme breit, so wie in Stuttgart. Ich muß sagen, ich habe noch nie so ein positives Echo aus Gewerkschaftskreisen bekommen, die dann gesagt haben, wenn da so ist, dann muß man darüber nachdenken.

Ich sage Ihnen, wie wollen wir denn die Probleme lösen für die jungen Leute? Das Thema Solidarität mit der jungen Generation kriegt hier eine neue Dimension, nämlich ob einer auf ein 13. Gehalt zur Hälfte verzichtet und wir dafür bundesweit 50.000 junge Leute einstellen können. Diese Auseinandersetzung mit dem DGB möchte ich haben im Wahlkampf. Das gibt uns die beste Auseinandersetzung, die wir je mit der Gewerkschaft geführt haben. (*Biedenkopf*: Sind die 50.000 jungen Leute richtig? Ist das eine Zahl, die man übernehmen kann?) Das ist eine Zahl, die Du verwenden kannst, das wäre in etwa der Gegenwert vom halben Weihnachtsgeld. 300 Millionen in Baden-Württemberg. Ich will nur sagen, laßt uns nicht in der Frage Arbeitsplätze in die Verteidigungsposition kommen, indem wir wirtschaftspolitische Dialoge veranstalten, wie die Industrieländer das machen und all dieses, sondern wir müssen ganz konkret sagen, wir schrecken vor nichts zurück, was unsere jungen Menschen in Brot und Arbeit bringt, wir machen das Spiel nicht mit, weil es die Ellenbogengesellschaft gibt, von der der Herr Brandt redet. Aber er weiß wohl nicht, daß das von seinen Gewerkschaften gewollt ist. Ich habe das sofort zum DGB gesagt, ohne Reaktion, der DGB ist die neue Ellenbogengesellschaft der Besitzenden bei den Jobs. Die dürfen sich gegen alles wehren. Der, der vor vier Jahren im Lehrereexamen mit der Note vier minus mit Rücksicht auf die Eltern durchgekommen ist, ist jetzt lebenslanger Lehrer, und der, der jetzt mit 1,8 Examen gemacht hat, ein fähiger junger Pädagoge, der wird nun auf die Straße geschickt mit der Erklärung, du hast Pech gehabt, du bist im falschen Jahr geboren. Das haltet ihr Gewerkschafter bei der jungen Generation nicht aus. Ich kann nur sagen, in Stuttgart waren mehr Ausländer wie Jugendliche auf der Demonstration. Da müssen wir die Auseinandersetzungen aufnehmen, und zwar ganz grundsätzlich. Ich habe den Leuten gesagt, ich nehme euch im nächsten Jahr kein Weihnachtsgeld weg, in diesem schon gar nicht. Außerdem habe ich

denen gesagt, wer mich angerufen hat, das waren nicht die armen Polizisten und Postbeamten, sondern der Höhere Dienst vom Diensttelefon. Und erst als wir um elf Uhr gesagt haben, von wo rufen Sie denn an und wo haben Sie denn die Zeitung gelesen? Wenn Sie sie im Dienst gelesen haben, legen Sie bitte sofort wieder auf. (*Unruhe. Heiterkeit.*)

Ich muß nur sagen, bei mir gibt es viele Leute im Landesvorstand, die meinen, muß man denn so ein schwieriges Thema jetzt aufgreifen, wir haben doch Wahl. Ich sage Ihnen, mindestens eines geht nicht, daß wir den Wahlkampf so führen: „Es wird ja alles nicht so schlimm, wählt CDU!“ (*Kohl: Da sind wir einer Meinung.*) Sondern ich bin schon der Meinung, wir müssen das härter angehen und wir müssen das grundsätzlich angehen.

Und ein Letztes zu der Frage dieser Subventionen. Der Rechtsantrag liegt da für 700 Millionen als Ausgleich für die Wettbewerbsverzerrung bei der ARBED. 700 Millionen, vielleicht etwas weniger. Möglicherweise passiert da in diesem Jahr doch schon was, es geht ziemlich schnell in den nächsten Wochen. Bloß, von uns kriegt ihr gar nichts, wenn die Hamburger Stahlwerke nicht vorher geschlossen werden. Wir haben bei Landesbürgschaften geregelt, wenn außerhalb des Landes Verlustquellen nicht geschlossen werden oder mit anderen Bürgschaften abgedeckt werden, kriegt ihr von uns gar nichts. Ich sage nur, wenn jetzt bei der Ruhrindustrie – das hat ja mit Subvention nichts mehr zu tun, die kriegt ja pro Tonne Stahl 150 Mark – diese Landessubventionsgeschichte weitergeht, dann weiß ich nicht, wie die Umstrukturierung funktionieren soll, weil wir natürlich kein Geld mehr haben, um in die Zukunft zu investieren. Das kann man mit den Kosten nicht allein ausgleichen. Die Erhaltungssubventionen können wir so nicht weiterlaufen lassen, weil ich nicht mehr sehe, wo das endet. Ich meine, wir sollten vielleicht für den Wahlkampf die Gründe erfragen der Arbeitsplatzsicherung, damit in Zukunft auch der Arbeitsplatzverfall reduziert wird.

Kohl: Danke schön. Ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen. Sind Sie damit einverstanden, daß wir damit schließen, weil sonst wieder die Gefahr besteht, daß ich mit den letzten Rednern hier allein sitze, weil ich auch der natürlich bin, der die geringste zeitliche Belastung hat, (*Heiterkeit.*) und deswegen mache ich das sehr gerne. Aber bitte konzentrieren Sie sich, damit wir in einer guten Zeit und in einer ordentlichen Besetzung abschließen.

Gradt: Ich hoffe, daß es mir gelingt, mich zu konzentrieren. Mein Ansatz ist die Bemerkung, Herr Stoltenberg, die Sie gemacht haben. Angesichts der neuen Lage auf den Arbeitsmärkten müssen wir in der Praxis darauf achten, daß wir nicht in eine Stimmung allgemeiner Depression, Mutlosigkeit, Ratlosigkeit kommen. Dies ist für mich aufgrund der Beobachtungen – ich habe ja jetzt ein bißchen mehr Zeit zu beobachten – eigentlich eines der wichtigsten Probleme, dies zu verhindern. Und da stehen wir in der Schwierigkeit, erstens, daß wir es in der Bevölkerung generell in bezug auf wirtschaftliche Zusammenhänge mit einer unbeschreiblichen Naivität zu tun haben. Da gab es vor vier oder fünf Wochen einen großen Betrieb, der irgendwo geschlossen werden sollte, und da war ein Demonstrationzug, das konnte man im Fernsehen sehen. Die trugen Plakate „Die Banken sollen bezahlen!“ (*Unruhe. Diskussion.*) Welches Geld meinen sie, das die Banken geben? Meinen sie, daß die Gewinne ausreichen? Aber dies sage ich nur als Beispiel. Wir haben es mit dieser unbeschreiblichen Naivität zu tun. Wir haben es zu tun aber auch bei Überlegenden mit Zweifeln, ob die Rezepte, die wir anzubieten haben, wirklich heute noch ausreichen. Das gängige Wort ist „mehr Investitionen“. Aber darauf wird zunehmend

geantwortet, und zwar nicht bloß von Gewerkschaftlern, was heißt mehr Investitionen? Rationalisierung? Herr Stoltenberg, nehmen Sie das als eine weitverbreitete Warnung ernst. Und sie ist ja nicht völlig ohne Substanz. Mehr Investitionen, das bedeutet Rationalisierung, und Rationalisierung bedeutet weniger Arbeitsplätze, also kann das nicht der Weg sein. (*Unruhe. Diskussion.*) So wird draußen gesprochen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen, und deshalb sage ich das. Wir müssen die Freunde überzeugen, und uns muß bewußt sein, daß wir es mit einer Arbeitslosigkeit zu tun haben, überhaupt mit einer wirtschaftlichen Krise, die mit normalen, früher von der Krisenschule gebotenen Mitteln nicht bewältigt werden kann. Dies ist eine Krise etwa vergleichbar der von 1930/31, und wir werden alle Hände voll zu tun haben, da raus zu kommen. Da gibt es keine einfachen Wege.

Die zweite Bemerkung, die ich machen wollte, ist die: Ich sehe mit wirklicher Bestürzung, wie die Medien, über die hier schon Klage geführt worden ist, die elektronischen Medien insbesondere – die Zeitungen sind ja viel vernünftiger als die elektronischen Medien, insbesondere in ihrer Nachrichtenteilen und in den Kommentaren –, in einer aufs Ganze gesehen, auf Staat und Gesellschaft aufs Ganze gesehen, in einer beinahe selbstmörderischen Weise die neuen Zahlen, die Prophetien, die von diesen und jenen Professoren kommen, ob das nun 1983 oder 1984 ist, verbreiten, dazu ihre Kommentare machen und die Leute mit einer Welle von Mutlosigkeit überfallen. Und nun frage ich, das haben Sie ja sicher alles auch schon gemacht, was kann man denn tun? Wir haben in der Vergangenheit in unserer Medienpolitik in diesem Bereich sehr versagt. Wir haben die dringenden Gesetze verschoben aufgrund von Gefälligkeiten innerparteilicher Art. Und wir haben nicht genug Hilfe gehabt. Das ging vielen so bei der Beobachtung dessen, was vor ihnen steht. Wir haben hinnehmen müssen, daß, als die sozialdemokratische Parteipresse Stück für Stück aufgelöst wurde, die Journalisten, die dort waren, nun einen Zugang eröffnet bekamen zu den elektronischen Medien, insbesondere im Rundfunk. Damit haben wir es heute zu tun. Wir haben dort Voreingenommenheit, die einer vernünftigen Politik im Wege steht. Nun frage ich mich, was kann man tun? Herr Kohl, ich möchte Ihnen einen Rat geben, der am Ende nicht geholfen hat 1930/31. Damals gab es keine elektronischen Medien, und die Zeitungen spielten eine noch viel, viel größere Rolle. Aber in den schäbigsten Situationen war sich kein Reichskanzler zu schade, Brüning⁹¹ zum Beispiel, sich zum Mittagessen in die Reichskanzlei die Chefredakteure der großen Zeitungen einzuladen, Georg Bernhard⁹² usw. (*Kohl: Das wird ja gemacht.*) Ja, ich meine, daß Sie vielleicht dies ebenfalls tun. Was notwendig ist, ist, daß systematisch versucht wird, durch Überzeugungsarbeit die führenden Leute in diesen elektronischen Medien, also die Chefredakteure vor allen Dingen, die Leiter der Nachrichtenabteilungen, davon zu überzeugen, daß es hier nicht um Parteinteresse geht, und ihnen mahnd sagt, was tut ihr in der Situation, in der wir sind. Da fragen wir jetzt nicht nach Schuld, wir nehmen sie, wie sie ist, wir haben dramatische Gegebenheiten, Perspektiven und Umstände, und ihr könnt selber entscheidend dazu beitragen, ob wir das in Deutschland

91 Heinrich Brüning (1885–1970) Philologe, Volkswirt; 1924–1933 MdR (Zentrumspartei), 1930–1932 Reichskanzler.

92 Georg Bernhard (1875–1944), Bankkaufmann, Journalist; 1920–1930 Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, 1928–1930 MdR (DDP).

überwinden, oder ob es den Bach hinuntergeht. Dies, glaube ich, sollte sehr eindringlich versucht werden. Ich denke, daß die Allermeisten wach werden.

Kohl: Herr Gradl, nur ganz kurz, bevor ich das Wort weitergebe. Wenn Sie meinen Terminkalender betrachten, vorher als Oppositionsführer und jetzt in den fünf Wochen, werden Sie sehen, wieviel Zeit ich aufwende für genau diese Gespräche. Ich habe in diesen fünf Wochen allein zweimal drei Stunden mit je 40 Chefredakteuren der Printpresse zusammengesessen, von den Elektronikmedien will ich schon gar nicht reden. Das ist nicht der Punkt. Es ist auch nicht der Punkt, wie Sie vermuten, daß es die alten Sozialdemokraten sind, die uns die Hauptprobleme machen. Das ist eine ganz andere Gruppe, die ist zum Teil gar nicht sozialdemokratisch. Das ist ja das Schlimme an der ganzen Sache. Unser Problem ist ja nicht, daß wir dort nicht Leute sitzen haben. Ich muß Ihnen einmal die Reihe auflisten. Wenn morgens um zehn oder um elf Uhr in den ARD-Sendern die Chefredakteure ihre Schaltkonferenz machen – da sitzt jeder in seinem Sender –, wird entschieden, was gemacht wird für die nächsten zwei, drei Tage, z. B. aktuell Bundestagsübertragung etc. etc. Da ist nach Mitgliedsbuch eine glatte Mehrheit der CDU/CSU da. Wenn beim ZDF, das im Augenblick besonders schlimm ist, morgens um elf die Hauptabteilungsleiter zusammensitzen beim Chefredakteur, die nennen das die „Tachelesrunde“, dann sind das elf Hauptabteilungsleiter, von denen sieben Mitglied bei uns oder bei der CSU sind. Das ist doch unser Problem! Mein Wutausbruch heute früh im Präsidium war doch, als ich davon sprach, daß ich offensichtlich acht Jahre meines Lebens völlig umsonst als Verwaltungsratsvorsitzender vom ZDF verbracht habe. Ich habe auf Geheiß aus der Partei es fertiggebracht, und zwar acht Jahre hindurch ohne Mehrheit im Verwaltungsrat – jetzt ist sogar eine Mehrheit da –, daß der oder jener hinkam. Bloß, wissen Sie, wenn ich mir das Beispiel der kritischen Wochen um die Regierungsbildung nehme, dann war es doch so, daß der Intendant⁹³ in China war, der Hauptabteilungsleiter aktuell in China einen wichtigen Film über eine lebenswürdige Landschaft gedreht hat, der stellvertretende Chefredakteur war in Kur. Gut, der ist krank, das ist alles wahr. Und wissen Sie, wer das große Wort geführt hat? Der Herr Schättle⁹⁴, den Sie alle in bester Weise vom Schirm von jedem Wahlabend her kennen, dem man am Wahlabend von Hessen angesehen hat, das war doch in jeder Faser seines Wesens spürbar, was in dem Mann vorgegangen ist. Es liegt gar nicht daran, wir haben ja die Leute. Wir haben immer auf die Intendanten gestarrt und nicht auf die reihum. Wir haben ja jetzt den Nachwuchs. Wir bringen jetzt Jahr für Jahr über die Arbeit, die wirklich gut läuft in der Stiftung, eine ganze Menge junger Leute raus, die kommen auch gut an. Bloß in der Zwischenebene fehlt es uns einfach.

Wenn Sie nur einmal in Hamburg in die „Tagesschau“ beispielsweise reingucken: Da sitzt eine Dame, die macht seit zehn Jahren die Bildauswahl, was unter Umständen viel wichtiger ist als der ganze Text. Wenn das Bild von irgendeinem von uns saumäßig ist, können Sie einen noch so gescheiten Text haben, die Leute bleiben natürlich am Bild hängen. Nein, es ist in Wahrheit, das muß man sehen, symptomatisch, da hat ein Kerl

93 Dieter Stolte (geb. 1934), Philologe, Journalist; 1982–2002 Intendant des ZDF.

94 Horst Schättle (geb. 1939), Diplom-Kaufmann, Journalist; 1968–1971 Bonner Korrespondent des ZDF, 1971–1977 Redaktionsleiter der Sendung „Themen des Tages“, 1977–1983 Hauptabteilungsleiter Innenpolitik, 1983–1988 Leiter des Studios Paris, 1988/89 Hauptredaktionsleiter Außenpolitik 1989–1998 Programmdirektor beim SFB, 1998–2003 Intendant des SFB.

morgens zu der Rasiersendung vom Südwestfunk – da ist ein Freund von mir Intendant, der Willibald Hilf⁹⁵, ich kann die Liste aufführen, wer alles dort sitzt – seelenruhig um dreiviertel sieben ins Mikrofon hineingeschrien, acht Tage nach unserer Regierungsbildung, diese Regierung muß zum frühestmöglichen Zeitpunkt weg! Punkt, aus, Feierabend. Ohne Wenn und Aber. Schon allein, daß ich nicht Ihre Frage beantworten kann, Matthias Wissmann – das ist ja alles keine CDU-Frage, das ist eine Rechtsfrage der Staatsverträge. Im Südwestfunk-Staatsvertrag steht das klipp und klar drin, da brauche ich niemand zu fragen und nichts. Das ist unser Problem. Wir wollen ja keine besseren Bedingungen. Ich muß Ihnen sagen, mit dem Parteibuch der Leute bin ich immer skeptischer geworden. Ein erstklassiger Journalist, der ein rechter Sozialdemokrat ist, aber die Reihenfolge so, wie ich sie gesagt habe, ein Journalist, der Anspruch auf Reputation als Journalist hält, ist mir doch hundertmal lieber. Was meinen Sie, was ich Ihnen aus dem Bonner Alltag erzählen könnte? Da steigen Ihnen die Haare zu Berge! Das ist genau der Punkt.

Wir sind nicht schwach in den Sendern, das ist eine Fama, sie wird uns immer wieder eingeredet. Das ist überhaupt nicht wahr. Und es ist auch nicht wahr, und da hat Lothar Späth heute früh eine Bemerkung gemacht, daß wir unsere Leute nur in den Gremien hätten; das stimmt aber auch nicht. Das Problem ist, daß sich im öffentlich-rechtlichen System eine Entwicklung herausgebildet hat, daß sich die Gremien befassen mit Vorgängen von vorgestern. Christian Schwarz-Schilling ist jetzt nicht da. Was der im ZDF, im Richtlinienkoordinierungsausschuß als Vorsitzender gekämpft hat! Nur, bis sie alle Rechtsregeln einhalten, da war die Sendung vor neun Wochen, und dann erst wird sie angesehen. Dann kommen die Linken und erheben Einspruch gegen die Beschlußfassung. Dann wird das noch einmal vertagt. Und dann kommt das nach ungefähr einem halben Jahr nochmal. Machen sie dann noch etwas über die Sache! Jetzt käme es natürlich darauf an, daß die, die da sitzen, dann sagen, noch einmal und dann wird die rote Karte fällig. Aber das passiert ja nicht. Das ist ja genau der Punkt. Und da schimpfe ich gar nicht nur auf den WDR und schimpfe auch gar nicht nur auf irgendeinen Sender. Wenn Sie nur die Reihe „Europa unter dem Hakenkreuz“ betrachten eines Mannes, der wirklich aus unserem Fleisch ist beim Süddeutschen Rundfunk, denken Sie mal an die Berlin-Sendung, die gelaufen ist, kein Wort über Klausener⁹⁶. Nichts! Oder wenn Sie die Sendung jetzt über Nürnberg betrachten. Sie müssen sich mal vorstellen, da kommt im Zusammenhang mit den Nürnberger Reichsparteitagen jetzt diese Geschichte gegen dieses Jugendhaus.⁹⁷ Das kommt in die Sendung rein! Das reißt einen doch vom Stuhl! Und das ist genau der

95 Willibald Hilf (1931–2004), Jurist; 1963–1969, 1971 und 1975 MdL Rheinland-Pfalz (CDU), 1969–1976 Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei in Mainz, 1977–1993 Intendant des Südwestfunks (SWF) 1986/87 Vorsitzender der ARD.

96 Erich Klausener (1885–1934, ermordet), Jurist; 1919–1924 Landrat des Landkreises Recklinghausen, 1924–1926 Ministerialdirektor und Abteilungsleiter für Jugend- und Erwerbslosenfürsorge im preußischen Wohlfahrtsministerium, 1926–1933 Ministerialdirektor und Leiter der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium, 1933/34 Leiter der Schiffsabteilung im Reichsverkehrsministerium, 1928 Leiter der Katholischen Aktion Berlin.

97 Am 17. Oktober 1982 begann die Serie „Europa unter dem Hakenkreuz“ mit den Nürnberger Reichsparteitagen der NSDAP, die vom Rundfunkrat der Bayerischen Rundfunks als gesetzeswidrig eingestuft wurde, worauf sie im November 1982 für zwei Wochen unterbrochen wurde. Sie wurde jeweils sonntags um 20.15 Uhr in der ARD ausgestrahlt. – Bei der Sendung über die Nürnberger Reichsparteitage wurde die Demonstration thematisiert, die am 5. März 1981 vom Jugendzentrum KOMM ausging und bei der 49 Teilnehmer verhaftet wurden.

Punkt. Verstehen Sie, das ist wirklich keine Frage von Parteipolitik, sondern von fachlicher Qualifikation. Ich muß doch nicht sagen, du bist rot, grün oder blau, sondern ich muß sagen, wie kommst du dazu, wenn du über Berlin eine Sendung machst über den Pastor Niemöller⁹⁸, das Grab vom Dutschke⁹⁹ zu zeigen? Was hat das Grab von Dutschke in der Sendung „Widerstand gegen Hitler“ zu tun, auf dem Friedhof von Dahlem? Nichts! Was hat der Vorgang jetzt mit diesem Jugendhaus – wo ich gar kein abschließendes Urteil habe, ich war da nicht dabei, da haben wir alle unsere eigene Meinung auch gehabt – wirklich mit den Reichsparteitagen zu tun? Das ist eine Unverschämtheit sondergleichen. Und jetzt frage ich, was passiert? Nichts! Ich werde jetzt nicht den achtseitigen Brief runterholen lassen, den ich zu dem Vorgang besitze. Da kann man nur die nackte Wut und den nackten Zorn kriegen.

Und ich sage Ihnen, die einzige Chance, die ich sehe, ich will jetzt wirklich das Thema nicht verlängern, ist, wenn der März rum ist, nur der Weg, daß wir auf unserem Parteitag klipp und klar uns zu einer klaren Entscheidung nach der englischen Art bekennen. Wir wollen ja das amerikanische System, aber nach der englischen Art.¹⁰⁰ Und wenn der Parteitag abstimmt, hat das Auswirkungen auf die Einnahmen im Werbefernsehen. Das ist doch unser Problem. Über die Gebührengeschichte kommen wir nicht dran. Die gehen einfach zur Kasse, wenn es soweit ist. Wenn ich mir vorstelle, wie der Etat vom ZDF bei gleicher Leistungsfähigkeit – der Sender leistet ja nicht mehr an Sendungen – angestiegen ist in der Zeit, seit ich den Verwaltungsratsvorsitz übernommen hatte, seit ich ihn abgeben habe, und heute, dann haben Sie so ein Beispiel. Die leben in Saus und Braus, und wenn wir was sagen, greifen wir die Meinungsfreiheit an; das ist ja genau der Punkt. Wir haben uns alle inzwischen auch schon soweit gedemütigt, daß wir bereit sind, alles hinzunehmen. Sie finden ja immer einen, der bereit ist, ein Interview zu geben.

Koch: Ich möchte hier, lieber Freund Lothar Späth, Dir kurz antworten. Erstens bin ich Optimist, daß wir die Wahl gewinnen. Ich habe noch nie so viel Selbstbewußtsein von CDU-Mitgliedern und Anhängern erlebt wie in der letzten Zeit, bis zum Fanatismus, bis fast zu Schlägereien (*Kohl:* Das schadet auch nichts. – *Unruhe. Diskussion.*) mit den Genossen in den Gewerkschaften. Nun muß man Folgendes unterscheiden bei den Gewerkschaften, wobei ich sage, es ist ein Unterschied zwischen den Funktionären und den Mitgliedern. Das beste Beispiel ist ja Stuttgart, wenn Franz Steinkühler 180.000 Menschen nach Stuttgart bringt und der Rommel mit über 60 Prozent gewählt wird.¹⁰¹ (*Späth:* Das sind dieselben!) Ja, das sind dieselben, das kriegt der in der nächsten Vorstandssitzung der IG Metall aufs Butterbrot geschmiert. Das kennen wir alle. Und wenn dann hinterher gesagt wird, Filbinger war Nazi, und ich sage, diesen Nazi haben 56 Prozent gewählt,

98 Martin Niemöller (1892–1984), evangelischer Theologe; 1933 Gründer des „Pfarrernotbundes“, Mitglied der „Bekennenden Kirche“, 1937–1945 KZ Sachsenhausen und Dachau, 1947–1964 Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

99 Rudi Dutschke (1940–1979), marxistischer Soziologe; in den 1960er Jahren Wortführer der Studentenbewegung.

100 Vorbild war die BBC und der Bericht des Annan-Committees on the Future of Broadcast (Abschlußbericht der Kommission: Report of the Committee on the Future of Broadcasting. HM Stationery Service. 1977). – Noel Annan, 1965 Lord Annan (1916–2000), Historiker, Hochschullehrer; 1974 Vorsitzender des Comitees.

101 Rommel gewann die Oberbürgermeisterwahl am 7. November 1982 in Stuttgart mit 69,8 Prozent; sein Herausforderer, Uli Maurer (SPD) erhielt 24,7 Prozent.

Lothar Späth 53 Prozent. Bei der nächsten Wahl werden es 60 Prozent in Baden-Württemberg. Ich will das nur mal feststellen. Ich sage hier einige Dinge, die mich schrecklich ärgern. Da kriegt man manchmal derart eine Wut, dann sagt man Dinge, wie ich auch, und muß sich hinterher entschuldigen, aber na gut. Das kann man alles sagen. Ich bin ja dabei gewesen in den ganzen Beratungen über Neue Heimat, Städtebau, wo da über Sparmaßnahmen gestritten wurde, 13., 14. Monatseinkommen, all diese Dinge, und daß die IG Metall im Dezember ebenfalls darüber spricht, wie man weiter sparen kann, weil wir mit den Mitteln in der IG Metall da auch nicht mehr hinkommen. Auch das gibt es.

Was ich nun möchte, ist, daß wir, nicht nach draußen, aber hier wenigstens ehrlich sind und die Wahrheit sagen. Ich bin nur der Auffassung – es ist schade, daß Herr Stoltenberg nicht mehr da ist –, es gibt, weil ich im Krupp-Konzern bin mit 85.000 Beschäftigten, weiß ich das, in allen Unternehmen, außer zwei oder drei, die noch für die Bundeswehr etwas herstellen, Panzer Leopard, überall Verluste. 100 Millionen, 200 Millionen, Stahlseite bei uns 2,6 Milliarden Schulden, Liquiditätsschwierigkeiten, Banken wollen nicht mehr usw. Und da sage ich dem Judith als dem zuständigen Mann, unsere Leute in den Betrieben draußen reden anders wie du, das mußst du dir mal merken! Die reden anders! Und da gibt es in den Betrieben, auch in dem ganzen Krupp-Konzern mit 85.000, wo Betriebsräte versuchen zu fusionieren, auch Freisetzungen.

Jetzt komme ich auf mein spezielles Thema, daß wir reden müssen über die ausländischen Kollegen. Ich habe diese Woche, vorige Woche, heute morgen härteste Auseinandersetzungen gehabt. Wir haben auch ein paar tausend bei uns. Vor einer Woche in Rheinhausen haben wir Sozialpläne gemacht. Da melden sich über 400 ausländische Kollegen, Türken und Spanier, die nach Hause wollen. Ich habe ein großes Interesse daran, daß die nach Hause gehen. Robert Bosch zahlt dafür 1.000 Mark pro Beschäftigungsjahr. Wir wollen auch wissen hinterher in der Refinanzierung, wie das aussieht. Das wird ja in den Betrieben alles gemacht. Nur die Funktionäre oben, die Spitzen, die reden anders. Die reden an der Wirklichkeit vorbei. (*Kohl*: Warum sagt ihr denn das nicht öffentlich?) Wer ich? Überall! Ich bin auch alle paar Tage im Fernsehen, aber nur regional oder in den Zeitungen usw. (*Biedenkopf*: Und er schlägt meistens zu, das kann ich bestätigen. – *Heiterkeit*.) Und dann sage ich das auch zu unseren Bossen der Gewerkschaften, wenn der Eugen Loderer 14.300 Mark verdient und alle Bezirksleiter 10.000 und drüber und alle, die über 5.000 Mark bekommen, die brauchen das ganze Jahr keine Lohnerhöhung. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist meine Meinung, das habe ich auch im Vorstand gesagt, allen, die da sitzen, ihr verdient alle mehr als ich. Alle anderen verdienen ja über 5.000 Mark oder über 10.000, und wir bezahlen noch die Sozialversicherungsbeiträge aus unseren Mitgliedsgröscheln. Das ist die raue Wirklichkeit.

Da kann man den Leuten draußen nichts vormachen, wenn ein Familienvater mit drei Kindern 1.260 Mark jetzt als Arbeitslosengeld nach Hause bringt. Dann haben wir die Jugendlichen. In Siegen, wo ich herkomme, sind 1.034 Jugendliche zwischen 18 und 22 Jahren arbeitslos. Über 1.000, die keinen Ausbildungsplatz haben. Das wissen wir doch. Jetzt versuchen wir, die Ausländer durch Sozialpläne zwischen 10.000 und 24.000 Mark freizusetzen. Ich hätte das ja vorige Woche gerne unterschrieben, kam aber als Betriebsratsvorsitzender bei einigen Genossen nicht durch. Gleich fahre ich wieder zurück, sehe dann morgen in der Sitzung, ob wir das hinkriegen, ob wir die nach Hause schicken, die wollen nach Hause, und dafür die Jugendlichen dann einstellen, oder die Jugendlichen,

die aus der Ausbildung raus sind, weiter beschäftigen können. Das ist unser Prinzip. Jetzt kann man mir sagen, du hast in Berlin auf dem Gewerkschaftstag für die Ausländer plädiert – habe ich. Ich sage aber heute, die Situation hat sich geändert, andere Situation, andere Tarifverträge. Wir müssen dazu kommen, was die Mitglieder, unsere Beschäftigten draußen wollen.

Nun, ich habe dem Norbert eben einen Zettel geschrieben, er möge bitte dringend klären, wie das mit der Sozialversicherung ist. Da passiert nämlich jetzt Folgendes: Da werden wir die Familien nach Hause schicken, die kommen zurück, kriegen Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe von den Kommunen, belasten die Städte noch mehr. Das muß schnellstens geklärt werden, auch das mit der Rentenabfindung – weg damit –, damit wir unsere Jugendlichen dann beschäftigen können. Das war ein wichtiges Anliegen.

Dann möchte ich noch ein Zweites sagen, was wir auch diskutieren, Staatshandelsländer wie Sowjetunion und die anderen Staaten. Nur Stahl jetzt, 181 Millionen Jahrestonnen, müssen wir 50 Millionen zurückfahren. Auch das gibt es, das wissen wir alles. Dazu der Investitionsstau. Ich bitte hier auch den Bundeskanzler, dringend Aussagen zu machen über das Kabelfernsehen. Wir sind ja auch auf KAB, Kolping-Veranstaltungen usw., überall werden Reden gehalten über das Kabelfernsehen. Ich bin dafür. Ich sage, daß wir Gewerkschaften irgendwann mal erklären, die Leute mit 18 Jahren sind mündig. Dieselbe Gewerkschaft spricht denen aber nun die Mündigkeit ab; ich lasse mich nicht darauf ein. Da muß ich unseren Führungsspitzen der Gewerkschaften und der ganzen deutschen Arbeiterschaft sagen, ihr seid dumm und dämlich, weil ihr nicht begreift, was da richtig ist. (*Kohl*: Ich habe noch ein schöneres Argument, Sie können sagen, wir sind das liberalste Land der Welt in der Pornographie, da sind alle mündig.) Dann muß man sich auch mal langsam gewöhnen – wir haben kein Kastensystem wie in Indien –, daß unsere Menschen als Facharbeiter genauso mündig sind wie jeder Akademiker. Der Facharbeiter weiß, was er zu tun hat und lehnt es ab, daß er noch irgendwo in der dritten Klasse ist. Der zählt sich als erster Schlosser oder Handwerker auch schon zum Mittelstand. Es ist eine Ehrabschneidung, wenn man dem sagt, Du bist ein Hilfsarbeiter. Ich will das nur mal sagen, was da draußen los ist. Das können Sie alle auch ansprechen. Nicht umsonst ist auf unseren Druck am Donnerstag in Frankfurt eine Sitzung; da werden wir da vom Leder ziehen, das steht fest.

Was den Norbert Blüm angeht, habe ich ihm gesagt, hättest Du eine etwas andere Formulierung gebraucht, wäre es für uns leichter draußen in den Betrieben.¹⁰² So wird erzählt, Du hast Lohnstopp gefordert, und darüber müssen wir laufend immer reden. Du mutest uns zu 1.400 Mark netto. Die Mieten sind freigegeben von der CDU, wovon sollen die Leute noch existieren? Das hättest Du anders sagen können, aber ich stehe dazu und halte dagegen. Auch wenn es Schlägereien gibt, verteidige ich Dich. Nur sollte man manchmal in der Formulierung ein bißchen vorsichtiger sein und sagen: Da sitzt die Arbeitgeberbank, da sitzen die Arbeitnehmer, die werden sich schon einigen. Und die einigen sich. Im Krupp-Konzern werden wir das hinkriegen, wenn wir in den Stahlwerken 6.000 Leute entlassen, daß das Unternehmen wieder gesund wird. Das können Sie auch jedem sagen. Ich bin nicht so bekloppt und sehe das nicht ein. Was sein muß, muß sein.

102 Vgl. Anm. 54; Uid vom 28. Oktober 1982: „62 Prozent der Bevölkerung für Blüms Lohnpause“, ebd. vom 4. November 1982: „Stichwort: Lohnpause“.

Nur muß eines klarwerden, wir schicken Ausländer nach Hause. Ich muß das deutlich sagen, anders geht es nicht mehr.

Dieser Staat gibt pro Arbeitslosem 32.000 Mark im Jahr aus, Wertverlust nochmal so viel tausend, Ende des Liedes unterm Strich hundert Milliarden im Jahr. Kein Mensch redet darüber und von den 500.000, die aus den mittelständischen Unternehmen entlassen worden sind, die nicht die Lobbys haben wie die Stahlseite, die beim Finanzminister vorspricht und sagt, wir können nicht mehr, wir machen eine Demonstration nach Bonn. Das sage ich auch meinen Kollegen. Wer redet davon, daß beim Theo Blank¹⁰³ von 50 Pfennig auf eine Mark erhöht wurde und die in Bonn demonstriert haben? Das waren 100 Prozent. Das ist damals geschehen, jetzt haben sie 13 Jahre geschwiegen. Nichts ist geschehen. Und jetzt kommen sie und machen diesen Terror. Ohne mich! Ich habe einen Mordskrach da gemacht.

Ich möchte noch eines sagen zum Wahlkampf, weil hier unser Freund Schumacher sitzt, wir haben ja alle den Brief gekriegt. Es geht also wirklich darum, daß wir in Nordrhein-Westfalen, wo Not ist, wo die Arbeitnehmerschaft ist, auch mal schwer auf die Pauke hauen, daß man Sozialisten kein Geld geben kann, weil sie mit Geld nicht umgehen können. Nicht nach Baden-Württemberg oder irgendwo in die Weltgeschichte schicken, das möchte ich lieber hier in Nordrhein-Westfalen in den Ruhegebietsstätten haben, wo Not am Mann ist. Auch dazu könnte ich als Gewerkschaftler einiges zum Besten geben. (*Beifall.*)

Von Bismarck: Ich habe ausgerechnet, daß eine Fünf-Minuten-Wortmeldung 130 Minuten kostet. Ich verzichte deshalb darauf und schreibe Ihnen einen Brief, nachdem ich sehr viele Anregungen gehört habe, besonders was wir eben gehört haben, was Anlaß gibt, vieles von dem auch noch zu verarbeiten. Ich werde mich schriftlich an den Herrn Vorsitzenden und die Herren Minister Stoltenberg und Blüm wenden.

Kohl: Vielen Dank.

Biedenkopf: Ich möchte das jetzt auch nicht unnötig verlängern, ich möchte nur einen Punkt sagen im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Aussicht, Bewertung der Arbeitslosigkeit usw. Wir haben schon seit längerem beobachtet, daß die Leute, wenn man sie fragt, die Gesamtlage ganz anders beurteilen als ihre eigene. Ich habe daraufhin vor einem Vierteljahr Frau Noelle-Neumann gebeten, sie möchte mal in Umfragen einige Fragen mitlaufen lassen, die immer ein Fragenpaar darstellen, so verteilt, daß man das nicht sofort merkt, d. h. die eigene Lage befragt und wie man das für das ganze Land sieht.

In bezug auf die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland, beurteilen 39 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik sehr gut, gut oder befriedigend. Der Rest unbefriedigend oder schlecht. In bezug auf die eigene wirtschaftliche Lage beurteilen 79 Prozent der Bevölkerung die eigene Lage sehr gut, gut oder befriedigend und nur 20 Prozent schlecht. Wir müssen, wenn wir unsere Wahlkampfstrategie jetzt betreiben, uns da noch etwas sachverständiger machen über die Frage, wie denken denn die Leute in bezug auf sich selbst wirklich? Ich habe zunehmend den Eindruck, daß insbesondere durch die elektronischen Medien ein Bild

103 Theo Blank (1905–1972), Modellschreiner; 1949–1972 MdB, 1952 Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, 1955/56 Bundesminister für Verteidigung, 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. – Auf welche Maßnahme sich Koch hier bezieht, ist unklar.

von unserem Land gezeichnet wird, was dazu führt, daß sich die große Mehrheit der Bevölkerung für die Ausnahme hält und nicht für die Regel. Daß also eine immer größere Zahl von Menschen im Land glaubt, sie seien eine Ausnahme, weil es ihnen relativ gut geht, weil sie relativ zufrieden sind, weil sie mit ihren Kindern zurechtkommen, weil ihnen ihre Wohnung gefällt, weil ihnen ihre Arbeit gefällt, aber sie dürften darüber nicht reden, denn allen anderen Leuten ginge es schlecht. Es ist aber lebensgefährlich, wenn wir jetzt einen Wahlkampf so anlegen, daß wir uns in erster Linie oder überwiegend an dem Bild orientieren, was die Menschen vermittelt bekommen über das Ganze und nichts von dem, was sie selbst denken.

Die CDU muß das sehen und den Mut haben, sich darauf zu verlassen, daß ein großer Teil der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland gar nicht so negativ eingestellt ist, auch zu den Herausforderungen, die vor uns stehen. Lothar Späth hat ja vorhin an einigen Beispielen etwas ganz Entscheidendes exemplifiziert. Er hat nämlich den Verteilungskonflikt dahin getragen, wo er hingehört, nämlich in die große Organisation selbst, indem er die große Organisation selbst fragt, wie löst ihr denn die Verteilungsprobleme? Und hat sich damit geweigert als Parlamentarier oder als Ministerpräsident, alle Ansprüche auf sich zu ziehen und die Verteilungsprobleme selbst zu lösen. Ich halte es für ganz entscheidend, daß wir diesen Sachverhalt besser aufklären und unsere Wahlkampfstrategie stärker darauf ausrichten. Das können wir jetzt aus der Regierung sehr viel besser als aus der Opposition. In der Opposition neigt man dazu zu sagen, es ist alles schrecklich. Das haben die anderen gemacht. Das hilft uns in wenigen Wochen überhaupt nichts mehr. Die Aufarbeitung dessen, was die anderen gemacht haben, ist dann nur ein in die Vergangenheit blicken, nicht ein in die Zukunft blicken.

Ich möchte noch eine Erfahrung mitteilen aus Großbritannien. Wir haben vor einigen Wochen hier 13 der wichtigsten Berater in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik von Margaret Thatcher gehabt und konnten mit denen reden. Die haben gesagt, die Lage in Großbritannien sei noch viel schlimmer, als sie sagen würden, sie sei sehr kompliziert, aber sie würden eine phänomenale Erfahrung machen, daß die Einstellung der Menschen bei schwieriger werdender Lage nicht negativer würde, sondern positiver. Und das ist nämlich etwas, was wir aus den letzten 25 Jahren nicht mehr wissen, weil bei uns die Lage immer besser geworden ist. Es ist ganz offenbar so, der Sache müssen wir nachgehen. Ich halte das für kriegsentscheidend. Es ist ganz offenbar so, daß, wenn die Gesellschaft in eine schwierige Situation kommt, die Menschen eher dazu neigen, etwas positiver zu sehen, wenn irgendwas gelingt und auch eine positivere Haltung zu haben vor allem, wenn sie entsprechende Vorbilder bekommen. Und die enorme Wirkung, die zum Beispiel der Bundeskanzler Helmut Kohl erzielen kann, dem sich die Medien ja nicht verweigern können – er muß ja bei offiziellen Anlässen gebracht werden –, könnte darin liegen, daß er die Menschen in bezug auf die positiven Grundhaltungen anspricht, die sie alle bei sich empfinden, von denen sie sich aber nicht trauen zu sagen, daß es so ist, weil sie glauben, sie seien die Ausnahme.

Wenn es gelingt, bei aller Würdigung der Probleme, Arbeitslosigkeit usw. usw., diese psychologische Grundstimmung, die als Kapital vorhanden ist, zu aktivieren und umzusetzen und zu sagen, auf dieser Grundlage können wir das alle zusammen schaffen, werden die Sozialdemokraten in eine völlig unlösbare Situation kommen, weil sie nämlich jetzt alles schlechtmachen müssen, was dann nicht mehr dem Trend entspricht und weil

sie außerdem noch an den Situationen, die sie schlecht machen müssen, beteiligt sind und weil sie drittens Vorschläge machen, die die Leute nicht mehr annehmen, denn die Leute sind viel zu sehr verbürgerlicht. Das heißt, sie wollen keine Zwangskontrollen, keine Staatsinterventionen, keine zusätzliche Bürokratie. Ich meine, wenn ich das einfach an Herrn Radunski, auch an Sie weitergeben darf: Wir sollten einen Teil der Mittel, die wir für Umfragen usw. ausgeben, einsetzen, um diese Sachverhalte nochmal zu erforschen. Ich glaube, daß uns das eine große Sicherheit geben wird. Mir gibt es jedenfalls eine große Sicherheit, wenn ich weiß, 80 Prozent der Leute sind ja eigentlich gar nicht so unzufrieden. Das ist eine phantastische Zahl, und die ist in den letzten zwei Jahren nicht gefallen, sondern gestiegen. Das wäre für mich die Grundstimmung für diesen Wahlkampf, diese Grundlage zu nehmen, darauf aufzubauen und da nicht sehr in die Details gehen, sondern diese große neue Mehrheit zu mobilisieren und zu sagen, wenn ihr mitmacht, kriegen wir auch alle anderen mit, auch die, die abseits stehen. Auf diesem Fundament kann man dann auch alle Detailprobleme lösen.

Kohl: Darf ich noch was beisteuern, weil wir gerade über Medien geredet haben, im Anschluß an das, was Kurt Biedenkopf sagte, wie soll so etwas werden. Am Mittwoch spielte Köln gegen Glasgow, absolutes Spitzenspiel, 50.000 Zuschauer.¹⁰⁴ Am Samstag spielte Köln gegen Bochum.¹⁰⁵ Ein absolut mittelklassiger Verein in der Bundesligatablelle. Zuschauer 10.000. (*Unruhe.*) Jetzt hört mal zu, das ist nämlich genau der Punkt, hören Sie mal genau zu. Ich weiß von beiden Ereignissen gar nichts, ich war bei beiden nicht. Ich sehe aber am Samstagabend die „Sportschau“. Da wird berichtet über das Spiel Köln-Bochum. Und die Begründung wird gegeben, daß nur 10.000 gekommen sind, weil wahrscheinlich die meisten wegen der Arbeitslosigkeit sich das nicht leisten können. (*Unruhe.*) Das ist doch ein Beispiel, das ganz typisch ist. Das ist die „Sportschau“, das ist überhaupt kein Thema. Der Kerl, der das gemacht hat, hat nicht den Leuten gesagt, daß also gegen Glasgow 50.000 waren, das ist ja der gleiche Eintritt. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich sage nur mal das Beispiel. Wenn doch am Mittwoch einer unter der Woche jetzt zu Glasgow geht, der hat seinen bestimmten Fußballtat, hat übrigens auch von zu Hause aus eine bestimmte Freizeit, das muß man ja auch mal sehen. Und dann sagt der, jetzt gehe ich dorthin. Und dann überlegt er sich am Samstag, das wird sowieso nicht viel da mit Bochum. Das ist also gemessen an dem Glasgow-Spiel zweitrangig. Und dann gibt der Mann in der „Sportschau“ die Begründung, wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage und wegen der Arbeitslosigkeit seien da eben nur 8.000. Verstehen Sie, das zeigt dieses winzigen Beispiel. (*Unruhe. Diskussion.*) Natürlich sind in Köln sicherlich auch Leute wegen Arbeitslosigkeit nicht auf den Platz gegangen. Aber die ganzen Arbeitslosen gehen wahrscheinlich zu Glasgow, weil sie eben etwas anderes erwartet haben.

Windelen: Ich will mich auf einen Punkt beschränken. Offenbar hatte nicht nur ich, sondern auch andere Beiträger, auch Ernst Albrecht, Schwierigkeiten in der Argumentation hinsichtlich der sozialen Ausgewogenheit unseres Stabilisierungsprogramms. Ich nenne hier nur das Stichwort „Ergänzungsabgabe“ oder „Investitionsanleihe“. Ich möchte die Diskussion darüber nicht eröffnen; es ist gut, daß sie sehr schnell beendet wurde. Ich glaube, es hat uns auch nicht schlecht getan, daß die Bürger wissen, daß wir ja weitergegangen wären, aber jeder weiß, eine Diskussion darüber würde uns mehr schaden

104 Am 3. November 1982; der 1. FC Köln gewann mit 5:0.

105 Am 6. November 1982; Köln siegte 4:1.

als nützen. Aber damit haben wir das Problem noch nicht bereinigt, nämlich die Frage, ob unser Stabilitätsprogramm denn sozialpolitisch ausgewogen sei. Ich möchte hier jetzt nicht detailliert argumentieren, aber ich möchte auf folgenden Punkt besonders hinweisen, der uns aus diesem Notstand herausbringt. Die größte Umverteilung von unten nach oben liegt in der Schuldenpolitik, die wir von dieser Regierung übernommen haben. Hier werden im Jahr von den öffentlichen Händen etwa 40 Milliarden an Zinsen ausgezahlt, die von der Masse der Steuerzahler, der kleinen und mittleren Einkommen aufgebracht werden und die in die Taschen der Kapitalisten fließen. (*Späth*: Vorsicht!) Aber die Sparer legen im allgemeinen auf dem Sparbuch an, das heißt zu einem mäßigen Zins, nicht zu den Hochzinsen der Bundesanleihen. Das heißt, diese Argumentation bleibt in jedem Fall schlüssig. Ich möchte hier verzichten, sie wird auch von der anderen Seite gar nicht bestritten. Ich habe zweimal in meiner Eigenschaft als Haushaltssprecher im Plenum dieses Thema angesprochen. Herr Matthöfer und Herr Westphal¹⁰⁶ waren sehr unangenehm berührt, sie haben diesen Tatbestand nicht im Innersten bestritten, sondern haben gesagt, deshalb wollten sie ja auch konsolidieren und die Schulden zurückführen.

Ich verzichte jetzt auf eine detaillierte Darstellung des Problems. Ich habe angeboten, darüber mal gemeinsam nachzudenken, etwas zu quantifizieren und in griffiger Form darzustellen. Ich weiß, daß es der anderen Seite höchst unangenehm ist. Die Argumentation ist im Kern nicht zu widerlegen. Man kann sie natürlich differenzieren, aber ich weiß gar nicht, wie wir dazu kommen, hier zu differenzieren, wenn die anderen nur emotionalisieren und klotzen. Ich würde also sehr dringend darum bitten, daß wir uns hier auf eine gemeinsame Linie einigen. Ich habe persönlich festgestellt, daß sie auch draußen in dieser vereinfachten Darstellung höchst wirksam ist und der anderen Seite höchst unangenehm.

Kohl: Meine Damen und Herren, ich bedanke mich vor allem bei denen, die dageblieben sind. Die natürlich mit ihrem Sitzfleisch bezeugen, daß sie ansonsten nichts zu tun haben. (*Heiterkeit*.) Manche kommen zu spät und gehen dafür früher, das sind die wirklich Bedeutenden. Ich bedanke mich sehr für die interessante Diskussion, aber auch für die Kritik und Ermutigung, die gekommen ist. Ich kann nur noch einmal wiederholen meine Schlußbemerkung bei meinem Lagebericht. Wir haben wirklich eine gute Chance, wenn wir das nur selbst wollen und offensiv vertreten, und das war ja nun hier das für mich Positivste, daß das der allgemeine Tenor ist. Daß man es nicht verniedlicht, daß man den Leuten nichts verspricht, denn die Leute erwarten ja überhaupt keine Versprechungen, daß wir versuchen, die Wahrheit zu sagen und – das wird, glaube ich unser Hauptproblem im Bereich der Semantik sein – die schwierigen Sachverhalte in eine verständliche Sprache zu bringen. Darin sehe ich das allergrößte Problem. – Ich bedanke mich und schließe die Sitzung. (*Beifall*.)

106 Heinz Westphal (1924–1998), Schlosser; 1955/56 Vorsitzender, 1958–1965 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Bundesjugendrings, 1965–1990 MdB (SPD), 1969–1974 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Bonn, Montag 17. Januar 1983

Sprecher: Albrecht, Biedenkopf, Blüm, Dregger, Geißler, Gradl, Herzog, Koch, Kohl, Laurien, Lüthje, Radunski, Scherer, Späth, Stoltenberg, Bernhard Vogel, von Weizsäcker, Waffenschmidt, Wallmann, Wörner, Zeitel.

Politische Lage. Wahlprogramm der CDU/CSU. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 13.30 Uhr

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf die heutige Bundesvorstandssitzung eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße besonders herzlich in unserer Mitte den neuen Vorsitzenden der Schüler-Union, Peter Stefan Herbst.¹ Er tritt an die Stelle von Peter Pott, der heute zum letzten mal bei uns ist und dem ich sehr herzlich für seine Mitarbeit danken darf. (*Beifall.*) Jeder von uns weiß, das ist eine schwierige Arbeit, gerade in diesen Zeiten, Schüler-BAföG² und anderes. Deswegen bedanke ich mich besonders herzlich, lieber Herr Pott, für Ihr Mitmachen und für Ihr Mittun.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Der wichtigste Punkt ist heute der Punkt 2 (Wahlprogramm).³ Deswegen müssen wir heute konzentriert zu Ende kommen, weil ja diese Sitzung synchronisiert ist mit der Sitzung der CSU, und es ist ein ungeheuer schwieriges Geschäft, eine programmatische Aussage in der Union zusammenzubringen, ohne daß man gleich die Diskussion live im Fernsehen überträgt. Ich muß sagen, Freitag-nacht war meine Verbitterung, obwohl ich auf diesem Gebiet im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts nichts Gutes gewöhnt bin, doch besonders groß, daß in einem Kreis, wo vorher eine viertelstündige Einschwörung – so muß man schon sagen – stattgefunden hat, daß niemand etwas sagt, daß jeder den Mund hält, innerhalb von zwei Stunden jedenfalls

1 Peter Stefan Herbst (geb. 1965), Journalist; 1982–1984 Bundesvorsitzender der Schüler-Union, seit 2005 Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung.

2 Zur Entlastung des Haushalts forderte die Union 1982 eine Verringerung der 1971 eingeführten Förderung der Schüler aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz; 1983 wurde sie im Zuge der Haushaltssanierung weitgehend aufgegeben.

3 Tischvorlage „Wahlprogramm 1983. Arbeit, Frieden, Zukunft. Miteinander schaffen wir's. Das Wahlprogramm der CDU/CSU“ in ACDP 07-001-1338: Druck in UiD vom 20. Januar 1983 CDU-Dokumentation 3.

essentielle Punkte des Gespräches herausgekommen sind.⁴ Dazu muß ich auch gleich sagen, daß die übliche Ausrede, die viele haben, daß es möglicherweise über Mitarbeiter gelaufen ist, völlig gegenstandslos ist, weil solche nicht dabei waren. Also das gehört zum Alltag. Es nützt uns nichts, daß wir jetzt eine hochnotpeinliche Untersuchung vornehmen, denn erstens weiß ich nicht, ob ich sehr erfreut wäre über das Opfer der Untersuchung, und es zweitens ja nur Sinn hätte, eine Untersuchung mit einer Strafsanktion zu machen. Die Strafsanktion, die zwar mehr als am Platze wäre, ist mitten im Wahlkampf ein Problem für sich. Also das nur zu diesem ganz und gar unerfreulichen Thema.

Zum Zeitablauf ist mein dringender Wunsch, daß wir den Punkt 1 ganz konzentriert halten – es hat keinen Sinn, daß jeder seine Reflexion, seine Erfahrung hier wiedergibt –, und daß wir uns wirklich rasch dem Punkt 2 zuwenden. Im Laufe der Sitzung wird auch heute, wie üblich, zwischendurch gegessen. Einverstanden, daß wir so verfahren?

POLITISCHE LAGE

Dann will ich ein paar Bemerkungen von mir aus – keinen langen Bericht – zur politischen Lage geben. Liebe Freunde, es ist ein typischer und für unsere Verhältnisse, leider muß ich sagen, normaler Zustand, daß wir in allen Wahlkämpfen, die ich jedenfalls an verantwortlicher Stelle in der Union miterlebt habe – das ist seit 1965 –, immer eine Phase der Verunsicherung hatten, die man im Fachjargon einen Durchhänger nennt. Es ist unübersehbar, daß zu viele in der Union vor der Hamburger Wahl⁵ in einem inneren Zustand waren, daß die Wahl schon entschieden ist. Es hat auch schon wieder in jener Zeit die Diskussion um die Verteilung von Positionen angefangen, auch das ist typisch. Das Ganze hängt, glaube ich, mehr mit Erbsünden zusammen als mit der Wirklichkeit der Politik. Es hat keinen Sinn, darüber zu klagen, nur kommt es jetzt darauf an, daß wir in der konkreten Situation bis zum 6. März das Richtige tun. Zu dem einen oder anderen aus der Vergangenheit der letzten Tage und Wochen läßt sich natürlich eine Menge sagen.

Zunächst einmal will ich Ihnen doch die neuesten Allensbacher Zahlen nennen – sie werden heute oder morgen veröffentlicht –, andere Institute haben ähnliche Zahlen. Aber ich nehme Allensbach, weil – das will ich ausdrücklich sagen – Allensbach auch in Hamburg nicht falsch gelegen hat. Daß in Hamburg von unserer Seite, wie behauptet wurde, Zahlen veröffentlicht wurden, die sich auf Allensbach bezogen und die falsch waren, hat nicht Allensbach zu vertreten. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß die Allensbacher Zahlen für Hamburg, die zehn Tage vorher im Feld waren, nicht dieses Ergebnis, aber ein Ergebnis in dieser Richtung deutlich gemacht haben. Jeder weiß, daß in

4 Nach der Sitzung von CDU- und CSU-Vertretern über das Wahlprogramm berichtete die ARD in der Tagesschau und in den Tagesthemen/Bericht aus Bonn am 14. Januar 1983 über die Einigung, daß die im Dezember 1982 verabschiedete Investitionsanleihe für „Besserverdienende“ im Jahr 1983 und 1984 zur Ankurbelung der Wirtschaft nicht zurückgezahlt werden sollte, was der Büroleiter des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Günter Reichert, bestätigte, der Sprecher der CDU, Wolter von Tiesenhausen, aber dementierte (vgl. auch dpa vom 14. Januar 1984: „CDU/CSU beraten über Wahlprogramm – Strauß erkrankt“).

5 Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 19. Dezember 1982: SPD 51,3, CDU 38,6, GAL 6,8 Prozent, FDP 2,6 Prozent. Ergebnis vom 6. Juni 1982: CDU 43,2, SPD 42,7, GAL 7,7 Prozent, FDP 4,9 Prozent.

Hamburg in den letzten acht Tagen durch diesen gigantischen Mietenbetrug⁶ sich eine Menge in Bewegung gesetzt hat. Die Zahlen, die ich Ihnen hier wiedergebe, sind aus einem Feld erhoben und beruhen auf 2.100 Fällen, das heißt, auf einem sehr hohen Sample. Die Rohzahlen – das ist auch eine berühmte Wissenschaftsfrage – sind so, daß das völlig stabil ist, was ich jetzt sage: Die sind aus dem Feld in der Nacht vom 11. Januar gekommen; das heißt also, jünger kann eine Umfrage normalerweise nicht sein. Diese Zahlen zeigen für die Union 49,0, für die SPD 41,1, für die FDP 3,3, für die Grünen 6,2 und für die Sonstigen 0,4. Jeder weiß, daß das natürlich Zahlen sind und kein Wahlergebnis, jeder weiß auch die Problematik, (*Biedenkopf*: Das sind aber nicht die Rohdaten?) das sind die gewichteten Daten. Bei den Rohdaten liegt die CDU bei 48,0, um nur einmal eine Rohzahl zu sagen und zu zeigen, daß das ein sehr stabiler Untergrund ist. 3,3 FDP, Grüne 6,2. Bei den Grünen ist das alte Problem in allen Umfragen – darauf muß ich ausdrücklich aufmerksam machen –, daß sie, seit es die Grünen gibt, wegen dem Bekennercharakter der Bewegung, der ja beinahe pseudoreligiöse Grundzüge trägt, traditionell in allen Umfragen bisher stärker erschienen sind als in der Wahl, weil eben bei den Nichtentschlossenen oder denen, die sich bedeckt halten, Grüne sich weniger bedeckt zeigen; aber sie gehen in den allgemeinen Mechanismus des Umrechnens ein. Das ist also die jetzige Situation.

Ich will dann von den anderen Zahlen nur noch eine einzige nennen, weil sie zentral zu unserem heutigen Thema gehört. Seit November – ich sage das jetzt nicht in der demoskopischen Frage, sondern verkürzt – messen wir die Zahl praktisch wöchentlich, wer bei diesem Sanierungsprogramm mehr mitgenommen wird, das heißt knapp ausgedrückt, werden die Reichen bei der Sanierung geschont oder nicht. Das ist die Frage der sozialen Akzeptanz oder wie Sie das jetzt im Fachchinesisch nennen wollen. Die Zahl hat sich seit Ende November entwickelt; da waren es 59 Prozent, die sagten, die Reichen werden geschont, die entsprechende Umkehrzahl auf der anderen Seite. Auf diese Umfrage hin – also auf die allerneueste – sagen 72, die Reichen würden geschont, und 19, diese Behauptung stimme nicht. Das ist so eine Sprechblasenfrage, wie Sie es aus den Umfragen kennen. Das heißt, ob es uns paßt oder nicht, die Diskussion der letzten zehn Wochen – aber dafür brauche ich keine Demoskopie, da muß ich nur mit den Leuten reden – hat in der Konsequenz mit sich gebracht, daß die Frage der unterschiedlichen Behandlung als ein Angriffsmoment unserer politischen Gegner – einer der wenigen Punkte, der wirklich gezündet hat – offenbar angekommen ist.

Wir sehen jetzt die Situation, daß die Sozialdemokraten auf allen Gebieten und mit allen Mitteln angreifen und auch eine wahre Schlammschlacht in Gang kommt. Da werden Zitate verfälscht, da wird also vieles gemacht. Wenn Sie sich einmal vorstellen,

6 Kurz vor der Wahl in Hamburg hatte die SPD die Mieten in ihrer Wahlkampfzeitung vom 12. Dezember 1982 („Kohls Weihnachtsgeschenk: 30 Prozent mehr Miete“) zu einem „Angst-Thema“ gemacht. Die Erhöhung für 280.000 Hamburger Haushalte im Dezember 1982 gingen auf eine Entscheidung des Hamburger Senats vom 31. August 1982 zurück und hatten mit dem neuen Mietrecht der Regierung Kohl vom 20. Dezember 1982 (BGBl I S.1902), das am 1. Januar 1983 in Kraft trat, nichts zu tun.

daß der Sicherheitsberater von Herrn Vogel, Professor Weizsäcker⁷, mir einen langen Brief geschrieben und mich beschworen hat, die Raketenfrage nicht in den Wahlkampf zu bringen, und jetzt ist von der Seite der SPD dieses Thema ein zentraler Punkt oder wird zu einem zentralen Punkt gemacht, dann sehen Sie, daß das in der Tat in dieser Linie läuft. Ich will Ihnen klar sagen, ich sehe nicht den geringsten Grund dazu, irgendwie fatalistisch oder depressiv aufzutreten; wer draußen ist, kann das unschwer erkennen. Woran es im Augenblick mangelt, und das sage ich hier ganz offen, ist, daß der Angriff auf breiter Front vorgetragen wird. Es ist auch ein bißchen der Eindruck bei vielen unserer Mitbürger – die Summe der Briefe zeigt das –, daß zu wenige selbst im Angriff sind und daß zu viele in der Proszeniumsloge sitzen und warten, wie das Getümmel unten ausgeht. Ich wünsche mir, daß jedes Vorstandsmitglied jede Woche zwei solcher Reden hört, wie ich sie am Sonntagfrüh in der Berliner Presse gelesen habe, leider viel zu wenig in der Bundespresse, mit der Überschrift: „Richard von Weizsäcker: Vogel ist regierungsunfähig“.⁸ So ungefähr, glaube ich, war der Satz. Wenn wir das einigen wenigen überlassen und wenn wir dann noch sagen, der Geißler, das ist ein Mensch, der hat eine Formulierung aufgebracht⁹, die für uns unerträglich ist, und wenn dann beispielsweise ein veritabler Staatsminister¹⁰ nichts anderes zu tun hat, als zu sagen, er distanzieren sich von dieser Sache, dann kann ich nur sagen, so kann man keine Wahl gewinnen, Leute, das muß man klar und offen aussprechen. Heiner Geißler hat das ja nicht aus Jux und Dollerei gemacht; er hat das gemacht, weil der größte Nachkriegswahlbetrug – das muß man noch einmal sagen –, der bislang stattgefunden hat, wir sind ja noch offen für weitere Betrugsmanöver, in Hamburg war. Wenn wir das nicht austreten, und das kann man bei der Medienlandschaft, in der wir uns befinden, nur austreten, indem man die Mauer durchbricht, werden wir bei der Gesamtentwicklung, die vor uns steht, große Probleme haben.

Ich sage noch einmal, wir haben alle Chancen, wir haben sogar eine ausgezeichnete Chance – betrachten Sie die Ergebnisse der Institute ein paar Wochen vor der Wahl, wann haben wir das schon einmal gehabt –, wenn wir kämpfen. Aber kämpfen heißt, daß nicht

7 Ernst Ulrich von Weizsäcker (geb. 1939), Naturwissenschaftler; 1972 Professor an der Universität Essen, 1975–1980 Präsident der Universität Kassel, 1981 Direktor des UNO-Zentrums für Wissenschaft und Technologie, 1984–1991 Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik Bonn, Paris, London, 1991–2000 Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, 1998–2005 MdB (SPD).

8 Vgl. Bericht über den Landesparteitag der Berliner CDU vom 15. Januar 1983 in „Der Tagesspiegel“ vom 16. Januar: „Weizsäcker spricht Vogel Eignung zum Regieren ab“.

9 Geißler hatte am 11. Januar 1983 die SPD der „Mietenlüge“ bezichtigt und Bertolt Brecht zitiert: „Wer die Wahrheit weiß und sie Lüge nennt, ist ein Verbrecher“. Die SPD betreibe „Schindluder“ mit den Mietern, wenn sie die Regierung verantwortlich mache für Mieterhöhungen, die nicht auf das neue Gesetz zurückgingen (vgl. „Der Spiegel“ vom 17. Januar 1983: „Angst der Mieter – die Angst der CDU“). – Vgl. auch UfD Nr. 2 vom 13. Januar 1983 und Nr. 3 Beilage: CDU Sonderdienst vom 20. Januar 1983.

10 Friedrich Vogel, 1982–1987 Staatsminister beim Bundeskanzler. – Vogel hatte sich auf dem Rechtspolitischen Kongreß der CDU am 15. Januar 1983 in Karlsruhe zur Auseinandersetzung mit dem Deutschen Mieterbund und der SPD geäußert und den Mieterbund aufgefordert, nicht länger „Unwahrheiten und Halbwahrheiten“ zu verbreiten und seinem Präsidenten, Gerhard Jahn (Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag), nahegelegt, sein Amt bis zur Wahl ruhen zu lassen; eine Distanzierung von Geißlers Aussagen läßt sich in der Rede (in: ACDP 01-616-06/1) nicht nachweisen. – Zur Tagung vgl. dpa vom 15. Januar 1983: „Kanzler spricht von unvergleichbarem Wahlbetrug der SPD“.

nur zwei, drei, vier kämpfen, sondern daß dies unsere gemeinsame Sache ist. Natürlich läuft jetzt die Desorientierung wieder, und ich bin sicher, da ja alle Welt auf den „Spiegel“ schimpft, aber die meisten ihn doch leider lesen und dann noch ihre Informationen daraus entnehmen, daß man sagt, da werden also in der CDU und der CSU schon Defensivparolen verzapft¹¹; das müssen wir wirklich wegtun. Mein Rat an Sie alle ist, nehmen Sie sich die Zeit für etwas Besseres, als daß Sie derartige „Studien“ betreiben, und gehen Sie unter die Leute und kämpfen Sie in der Tat um jede Stimme. Wir haben, und das war eine bedeutende Arbeit – ich will ausdrücklich Heiner Geißler und den Mitarbeitern, Radunski und anderen, danken, die damit befaßt waren –, in diesem schwierigen Geschäft unter Bruderparteien einen Text zu vereinbaren. Das ist schon deswegen schwierig, weil Texte zu vereinbaren immer zu den intellektuellen Lustgefühlen führt, daß man seine Formulierung hineinbringt. Daß das in Tag- und Nachtarbeit gelungen ist, finde ich ganz beachtlich. Wir haben eine Schwierigkeit gehabt, vom Freitagabend, weil wir durch diese Indiskretion und das unschöne Dementierbild, was sich ergeben hat – das hätte ja beinahe nach einem Drehbuch von Herrn Knopp¹² geschrieben sein können, das muß man deutlich aussprechen –, die Lage gehabt haben, daß alle Möglichen wankten. Ich gehe davon aus, nachdem das Präsidium der CSU vorhin das Programm beschlossen hat, das hier vorliegt, daß auch der Landesvorstand der CSU – ich hoffe, auch der Bundesvorstand der CDU – das so beschließt und wir das gemeinsam vertreten.¹³ Es zeigen sich in diesen Stunden natürlich auch die Freunde, auch das muß man deutlich sagen. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks wird gegen 14 Uhr an die Öffentlichkeit treten in einer Form, wo wir, glaube ich, sehen, daß man weiß, was da ist, die Deutsche Bank tritt an die Öffentlichkeit, als Institutionen sehr eigener Art, aber alles auch Leute, die den ganzen Tag zu mir sagen: „Ihr müßt etwas in diese Richtung tun“. Ich habe vorhin unseren Freund Lühje gebeten, daß er gleich anschließend, weil er ja in einer hervorragenden Weise besonders tätig ist, drei Sätze sagt, wie es in seinem Feld läuft; das ist auch ein Seismograph. Wenn bei Lühje die Sache klingelt oder nicht, kann man auch ein bißchen etwas ablesen. Er soll gerade aus dem Mittelstand das, was ihm die Leute zu der Frage sozialer Symmetrie mit auf den Weg gegeben haben, einmal in drei Sätzen schildern.

Mit einem Wort, ich sehe, daß wir jetzt in der entscheidenden Phase eine prima Möglichkeit haben, die Dinge in unserem Sinne zu gestalten. Aber wir müssen angesichts der wirklich gigantischen Demagogie vor allem die Themen beherrschen. Man muß, und Sie erleben das bei mir im persönlichen Bereich¹⁴, mit nahezu allem rechnen; die unglaublichsten Vorgänge werden da konstruiert, und die Schlammschlacht, ich sage es noch einmal, ist in einem gewaltigen Umfang im Gange. Von mir aus gesehen sind das die Themen Miete – das muß weiter penetriert werden, und zwar mit äußerster Entschiedenheit und Härte –, das Thema Rente, das Thema Wiederbelebung der Wirtschaft und Arbeitslosigkeit – das gehört zusammen –, dann das Thema Frieden mit immer weniger

11 „Der Spiegel“ vom 17. Januar 1983: „Wir haben die Opferbereitschaft überschätzt“.

12 Guido Knopp (geb. 1948), Historiker und Journalist; 1978–2013 ZDF, Leiter der Redaktion Zeitgeschichte.

13 „Arbeit, Frieden, Zukunft – Miteinander schaffen wir's – Das Wahlprogramm der CDU/CSU“ in: ACDP 07-001-1338, http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1983_Arbeit-Frieden-Zukunft_Miteinander-schaffen-wirs.pdf.

14 Vgl. z.B. „Konkret“ 1/1983: „Wenn der Kopf korrupt ist, ist das Kapital nicht weit. Über die doppelte Moral des Helmut Kohl“.

Waffen. Wer die Illusion hatte – ich hatte sie nie –, daß dieses Thema von der Innenpolitik weggewischt wird, muß wissen, daß dem nicht so sein wird. Natürlich haben wir jetzt eine besondere Aktualisierung, auch das ist klar, durch den Besuch von Herrn Gromyko.¹⁵ Ich kann Ihnen zur Stunde nicht sagen, ob er irgendetwas Neues mitbringt. Tatsache ist, daß Herr Andropow sehr deutlich in Moskau zum Ausdruck gebracht hat, daß die SPD die Regierung der ersten Wahl ist.¹⁶ Ich finde, wir sollten jetzt nicht so vornehm sagen, das gehe uns nichts an, sondern man muß dem deutschen Wähler deutlich sagen, daß die Regierung der ersten Wahl laut Herrn Andropow die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Kandidaten Jochen Vogel ist; daran führt kein Weg vorbei. Es muß deutlich gesagt werden, zumal wir nicht nur Herrn Gromyko heute und morgen zu Besuch haben. Er wird eine Pressekonferenz halten; wie er die halten wird, weiß ich nicht. Es gibt da zwei Möglichkeiten, Zuckerbrot und Peitsche, und je nachdem werden wir reagieren (*Einwurf*: Es geht nur um die Dosierung, das ist ja auch eine Frage.) Ja, man weiß es nicht. Ich bin nach meinem Informationsstand in diesem Augenblick außerstande, eine Prognose zu geben, aber das ist auch gleichgültig. Morgen mittag um die Zeit wissen wir es, und da muß entsprechen reagiert werden. Es bleibt bei unserer klaren entschiedenen und entschlossenen Position; die Generalüberschrift muß lauten: „Frieden in Freiheit“ und „Frieden mit immer weniger Waffen“. Das ist eine schlüssige Formulierung, und die kann man sehr wohl auch unseren Mitbürgern überzeugend darstellen.

Wir werden uns dann bei den Sachthemen noch speziell in den nächsten Tagen – ich will das jetzt nicht vertiefen, aber doch andeuten – für das Ruhrgebiet das eine oder andere zu überlegen haben. Die Moderatoren werden wahrscheinlich in der Stahlfrage in den nächsten Tagen ihren Bericht vorlegen.¹⁷ Sie sind heute in Brüssel bei der EG-Kommission. Ich habe die Absicht – das ist sehr wichtig –, seitens der Bundesregierung so rasch wie möglich zu reagieren, möglicherweise im Ruhrgebiet selbst vor Ort, das muß man... (*Biedenkopf*: Meinen Sie, daß das Mittwochabend noch klappt?) Nein, ich fürchte, das klappt nicht. Ja, vielleicht die Frage kurz, ob es nicht sogar besser ist, wir machen einen neuen Termin in acht Tagen, extra, keine Rede; ich habe mir eine Reihe Sachen überlegt. Ich habe noch eine Aktivität sehr besonderer Art laufen, um das Thema „Ausbildungsplätze für junge Leute“ noch einmal entsprechend zu plazieren und zu einer Art von Selbstverpflichtungen in einer größeren Zahl zu kommen, daß das auch klappt, daß wir sagen können, für junge Leute werden zusätzlich solche Plätze zur Verfügung

15 Andrej Andrejewitsch Gromyko (1909–1989), sowjetischer Politiker (KPdSU); 1957–1985 Außenminister, 1985–1988 Vorsitzender des Obersten Sowjets der Sowjetunion. – Gromyko hielt sich vom 16.–19. Januar 1983 in Bonn auf (zu seinen Gesprächen und seiner Pressekonferenz AdG 1983 S. 26290–26292, AAPD 1983 Dok. 10).

16 Juri Wladimirowitsch Andropow (1914–1984), sowjetischer Politiker (KPdSU); 1967–1982 Leiter des KGB, 1982 Generalsekretär der KPdSU sowie ab Juni 1983 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets. – Beim Besuch von Hans-Jochen Vogel in Moskau vom 9.–12. Januar 1983 (AdG 1983 S. 26272) hatte Andropow gesagt: „Wir hoffen, daß Sie an die Regierung kommen“ (zit. nach Kohl: Erinnerungen Bd. 2 S. 90).

17 In ihrem Bericht für die in die Krise geratene Stahlindustrie empfahlen die Moderatoren Alfred Herrhausen, Deutsche Bank, Marcus Bierich, Allianz, und Günter Vogelsang, Unternehmensberater und in zahlreichen Aufsichtsräten vertreten, zwei große Stahlkonzerne zu errichten aus den Firmen Thyssen und Krupp sowie aus Hoesch, Klöckner und Salzgitter (vgl. „Der Spiegel“ vom 31. Januar 1983: „Stahl-Industrie – Endloser Streit“; vgl. auch Sondergutachten des Bundeskartellamts Nr. 13 1983: „Zur Neuordnung der Stahlindustrie“).

gestellt, und die, die sie zur Verfügung stellen, sitzen dann dabei und schreiben das sozusagen quer. Das ist im Augenblick das, was wir gerade entwickeln.¹⁸ Ich habe bewußt „Ausbildungsplätze“ vorgezogen und nicht jugendliche Arbeitslosigkeit, weil es in diesem Feld Leute gibt – das muß man offen aussprechen –, denen man nicht helfen kann, weil sie sich zum Teil nicht helfen lassen wollen. Es gibt auch unter den jugendlichen Arbeitslosen eine Reihe von Leuten, die wie die anderen Arbeitslosen in Wahrheit an einem Arbeitsplatz im Augenblick gar nicht interessiert sind, sondern sich verhalten, wie viele Erwachsene auch, daß sie das [Geld] jetzt mitnehmen. Das kann nicht unser Ziel sein. Ich habe auch inzwischen bei meinen Gesprächen mit der Wirtschaft gemerkt, daß auf dem Feld nichts zu machen ist. Aber es muß eine Sonderaktion kommen, wo gekürzt noch einmal Ausbildungsplätze angeboten werden. Da ist etwas zu machen, es gibt eine erstaunlich positiv zu bewertende Bereitschaft, in diese Sache hineinzugehen. Also noch einmal, Miete/Rente, Wirtschaftsbewegung, Arbeitslosigkeit, das Thema Raketen – wobei ich rate, laßt das Wort „Raketen“ weg, wir reden von Frieden mit weniger Waffen –, Abrüstung und Entspannung, die klare Position der Bundesrepublik im Westen.

Auch dazu noch einmal ein Hinweis auf die Demoskopie: Es gibt nicht den geringsten Grund zu der Annahme, daß die Haltung der Bevölkerung hinsichtlich der Frage, wohin gehört die Bundesrepublik, erschüttert ist, was ja gewaltig ist angesichts der fortdauernden Berieselung. Dabei ist auch wahr – das lassen Sie sich auch offen sagen –, daß diese Position vor allem deswegen so stabil ist, weil die Gruppe derer, die nicht regelmäßig fernsehen und Radio hören, immer noch beachtlich ist. Diese Gruppe ist in der Frage überhaupt nicht angreifbar. Es ist ein deutlicher Unterschied in dieser Frage zwischen denen, die jeden Tag viel fernsehen, und denen, die nicht fernsehen, wobei das Feld des Radios in dem Zusammenhang nicht hoch genug, auch in Negativrichtung, bewertet werden kann. Mit einem Satz, ich gehe davon aus, daß wir, wenn wir diese Themen jetzt offensiv anfassen, wenn wir massiv voranschreiten, an dem Punkt eine gute Chance haben, unser Ziel zu erreichen.

Noch ein letztes Wort und eine letzte Bemerkung zur strategischen Lage im Blick auf die FDP. Ich bitte, das Thema heute nicht zu behandeln, weil man immer wieder damit rechnen muß, daß nach Sitzungen alles in der Zeitung steht. Es ist heute gewiß nicht der Zeitpunkt, über die strategische Frage hier öffentlich nachzudenken – insofern ist der Vorstand halt auch öffentlich –, wie sich das Bild der FDP entwickelt. Ich finde, wir sind gut beraten, wenn wir für heute, wir haben noch weitere Sitzungen vor der Wahl, davon ausgehen, daß wir sagen, das demoskopische Bild ist so, daß beides noch möglich ist, daß sowohl die FDP drin ist und die Grünen draußen sind als auch umgekehrt und daß wir keinen Grund haben, uns heute an diesem Punkt oder in diesem Feld zu etablieren und dieses Thema anzugehen.

Das ist schon das, was ich von mir aus gerne sagen wollte. Vielleicht können wir es jetzt so machen, bevor die einzelnen Kollegen kurz in der Diskussion das Wort nehmen, daß Herr Lüthje in der Tat – weil ich finde, es ist auch wichtig, daß Sie das einmal unter dem Finanzgesichtspunkt hören – ein paar Sätze aus der Erfahrung der letzten Wochen und Tage berichtet. Den Ablauf und den Wahlkampf selbst können wir, wenn Sie noch Fragen haben, heute auch noch erörtern, was die Plakatierung betrifft; aber ich glaube, das ist im

18 Materialien zum Entwurf eines Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in ACDP 07-001-1338.

Prinzip gelaufen. Ich muß sagen, wir kriegen auch hier in einer fantastischen Weise Unterstützung. Wenn ich unsere wöchentliche Arbeit in der Wahlkampfkommision betrachte, gibt es doch namhafteste Repräsentanten von deutschen Unternehmen, also Leute, deren Stundenlohn wir nicht zahlen könnten, die ganz selbstverständlich vier, fünf Stunden damit zubringen, um Texte abzunehmen, zu checken usw. Da fehlt es wirklich an nichts. Auch das gehört ins Gesamtbild, das, wie ich finde, doch eine sehr positive Grundgesinnung uns gegenüber deutlich macht. Ich habe in den letzten Wochen nicht erlebt, daß irgend jemand, den ich um Unterstützung angegangen habe, sich versagt hat. Das ist ein Erlebnis sehr eigener Art, und es ist nur fair, das einmal bei dieser Gelegenheit klar und deutlich zu sagen. Herr Lüthje, wollen Sie gleich ein paar Bemerkungen machen?

Lüthje: Ja, Herr Vorsitzender. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe seit Oktober etwas über 150 Einzelgespräche in der Wirtschaft absolviert, insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft. Ansatzpunkt und Aufhänger ist natürlich das, was primär zu unseren Dienstobliegenheiten gehört, nämlich das Geld zu besorgen für die Finanzierung des Wahlkampfes. Ich kann feststellen, erstens, daß es eine Bereitschaft gibt zu helfen, jetzt nicht nur mit Worten, sondern auch wirklich mit Geld, die größer ist als im Wahlkampf 1980, und dies, obgleich wir in einer unglaublich kritischen Situation diese Gespräche führen müssen, nämlich deswegen, weil die Ermittlungen in Sachen Spendenabwicklung nicht nur nicht abgeschlossen sind, sondern zugleich intensiviert werden. Ich muß also alle Gespräche zunächst einmal beginnen mit diesem kritischen Thema Abwicklung auch der Vergangenheit, und dennoch ist die Diskussion vorzugsweise konzentriert auf Spenden für den jetzt laufenden Bundestagswahlkampf. Vielleicht eine Zahl, von den über 150 Unternehmungen sind insgesamt bisher sechs gewesen, die gesagt haben, wir sind erst dann bereit zu einer weiteren Hilfe, wenn die Abwicklung der Vergangenheit ordnungsgemäß erledigt ist.

Die Bilanz zum 31. Dezember 1982, soweit es also die Finanzen anbetrifft, ist sehr erfreulich. Wir haben natürlich eine hohe Verschuldung aus der Vergangenheit, die mit in den Vortrag genommen werden muß, aber wenn das, was im Augenblick von der Präsidentenkommission vorbereitet wird in dieser Form oder auch nur in einer etwas reduzierten Form Gesetzgebung wird, dann werden wir diese Probleme sicherlich auch mit erledigen. Wir haben gute Hilfe bekommen nach Steuern. Seit 1979 werden alle Abwicklungen so gemacht, daß es keinerlei Anlaß zu kritischen Fragen bezüglich der steuerlichen Ebene mehr geben kann. Um so beachtlicher ist das Ergebnis, wir haben bis zum Ende 1982 fast fünf Millionen Mark insgesamt an Spendeneinnahmen gehabt. Der Erwartungswert, den wir in unserem Etat für das Wahlkampfbudget drin haben, nämlich von sieben Millionen Mark, sieht jetzt in diesem Augenblick so aus, daß wir ihn erreichen werden.

Ich möchte einen Punkt ansprechen, den Herr Dr. Kohl eben kurz gestreift hat. Ich möchte generell sagen, daß das Interesse an diesem Wahlkampf größer ist als an den letzten beiden Wahlkämpfen. Es ist ein politisches Engagement auf seiten der Unternehmer festzustellen, das in etwa vergleichbar ist mit dem vom Jahre 1972. Und hier interessiert vorrangig immer wieder ein Thema, nämlich das, was bei uns auch zur Diskussion steht, nämlich die Frage der Rückzahlbarkeit oder der Rückzahlung dieser Investitionszulage. In der mittelständischen Wirtschaft ist mehrheitlich die Auffassung, daß diese Investitionszulage nicht zurückgezahlt werden soll, sondern unter allen Umständen dieses Geld mit der Bezeichnung „Solidaritätsabgabe/Gemeinschaftsabgabe“ in die Gesamtfinanzie-

rung miteingehen soll. Man macht sich also Sorgen für uns und um uns, daß wir, wenn es über eine Zwangsanleihe laufen würden, sozialpolitisch in der Diskussion im Ungleichgewicht sind. Dies ist mehr eigentlich Auffassung der mittelständischen Wirtschaft und zwar aller, soweit ich diese Gesprächspartner hier zitiere, Eigentümerunternehmer und nicht angestellter Unternehmer.

Stoltenberg: Ich möchte nur wenige Sätze sagen, weil wir ja unser Programm heute beraten und verabschieden wollen, und möchte eigentlich auch nur ein paar Gedanken sagen, die schon etwas zu den Themen unseres Programms oder zu der Behandlung unseres Programms überleiten. Also, der entscheidende Punkt, wenn ich das im Anschluß an die Ausführungen von Helmut Kohl hier sagen soll, ist, daß hier die Sorge und die Spannung, es ist ein Zustand der Spannung und natürlich auch einer gewissen Sorge seit Hamburg, die überall in unserer Partei spürbar ist, sich in Aktivität umsetzen. Das ist eigentlich das psychologische Problem der Führung des Wahlkampfes. Dafür gibt es, nachdem ich wie viele in unserem Kreis jetzt so seit zehn Tagen Wahlkampf mache, absolute Voraussetzungen. Um es mit einem Satz zu sagen, ich kenne ja in Schleswig-Holstein nun fast jeden größeren Saal, man kann das von Wahl zu Wahl vergleichen, und ordnet die Säle, in die man kommt. Ich habe fast nie nach den bisherigen Erfahrungen einen derartigen Versammlungsbesuch, ein derartiges Informationsbedürfnis und bei großen Teilen unserer Partei jetzt zunehmend auch eine Einsatzfreude erlebt, wie in diesen Veranstaltungen der letzten acht, zehn Tage. Und das ist überhaupt das psychologische Problem.

Das zweite ist, daß wir im Angriff sind und daß wir auch vernünftige Zuversicht ausstrahlen. Sowohl nach dem Motto „Wir können es packen“, aber natürlich auch in der Behandlung der politischen Themen. Es ist vollkommen richtig, daß mit großer Härte von Heiner Geißler und anderen in dem gefährlichsten Thema der letzten Wochen, der Mietenfrage, sozusagen der Schwindel entlarvt wurde. Wir müssen jetzt in der Gewichtung der Themen darauf achten, daß aber unsere eigenen positiven Aussagen in den Vordergrund treten, nachdem hier die Kampagne der anderen entscheidend getroffen und, wie ich glaube, im Ansatz jedenfalls zurückgeworfen, ich will noch nicht ganz sicher sagen, ob es zerstört worden ist. Und meine Überzeugung ist, daß die Entscheidung einer vielleicht wahlentscheidenden Wählergruppe in der Einschätzung in zwei Punkten sich vollzieht. Bei aller Bedeutung auch der von Helmut Kohl hervorgehobenen außen- und sicherheitspolitischen Debatte, die wir weiter führen müssen in der Linie, die durch sie festgelegt ist, ob wir mit unserem Anspruch der neuen Politik, auch mit den unpopulären Elementen von Kürzungs- und Sparbeschlüssen, bei denen die SPD natürlich mit Desinformationen, Emotionen in die Offensive gegangen ist, die Weichenstellungen für die wirtschaftliche Belebung und die Arbeitsmarktprobleme erreicht haben bzw. erreichen werden in dem, was noch zu tun ist, oder nicht. Wenn wir in diesem Feld eine ansteigende Kurve der Erwartung haben, trotz Arbeitsmarktzahlen und allem, was uns noch belastet, dann haben wir den Durchbruch erzielt. Das setzt aber nun voraus, nach der ja durch die pausenlosen Indiskretionen aus Führungsgremien diffusen Diskussionen über Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik, daß wir heute zu Ergebnissen kommen, über die wir gleich anhand der Texte, das ist abgestimmt mit der CSU, sprechen werden, und daß wir dies auch stromlinienförmig ohne Sonder- und abweichende Aussagen vertreten. Das ist natürlich für die Wahlkampfführung entscheidend. Das ist neben dem Thema für mich

die zweite Grundbedingung für den Erfolg. Natürlich gibt es unendlich viele Ideen noch, auch gute Ideen für die Steuerpolitik, Haushaltspolitik, das Bestreben, das eine oder andere an den Sparbeschlüssen noch zu modifizieren, denen ich nicht zustimmen kann, um das hier mit einer Generalklausel zu sagen, bei allem, was ich in den letzten Tagen in Zeitungen gelesen habe. Da ist ja auch wieder Verschiedenes in die Zeitungen gekommen vor der Erörterung, dem ich nicht zustimmen kann. Dies, was wir heute hier festlegen, muß sozusagen das Drehbuch sein. Und alles, was noch offen ist, oder wo es noch gewisse Wünsche gibt, muß nach dem 6. März besprochen werden, denn nach dem 6. März beginnt natürlich die finanzpolitische Diskussion. Die beginnt mit dem Thema Einsparungen. Ich möchte diesen Teil der Diskussion öffentlich nicht zu intensiv führen, außer der Generalklausel, die wir gefunden haben, weil wir sonst neue Probleme schaffen. Nur die Überschrift über die Finanzpolitik nach dem 6. März heißt natürlich: Was ist notwendig, um die Haushalte weiter zu entlasten und den Spielraum für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu verstärken? Aber da sollten wir uns auf Generalklauseln beschränken, im einen wie im anderen Bereich. Dies ist, glaube ich, entscheidend, wenn wir in diesen beiden Punkten unser Ziel erreichen.

Letzte Bemerkung, wir müssen nun auch an unsere Mitarbeiter und die hier nicht Vertretenen appellieren, daran zu denken, daß wir keinen Wahlkampf gegen die Arbeitgeberverbände führen und keinen Wahlkampf gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund, sondern einen Wahlkampf gegen die SPD.

Von Weizsäcker: Ich möchte gern anschließen an das, was unser Vorsitzender und Gerhard Stoltenberg gesagt haben. An sich ist es ja gar nicht verwunderlich, daß in der Phase, in der man jetzt ist, nämlich letzte Hand anlegend an Wahlaussagen unter mehreren Partnern, immer etwas Irritation und auch Indiskretion entsteht; das war noch nie anders. Eine Wahlplattform aufzustellen, war für die Generalsekretäre nie eine dankbare Aufgabe. Das Entscheidende ist, daß wir die Phase mit dem heutigen Tage hinter uns bringen, und wenn wir das schaffen – es besteht doch überhaupt gar kein Grund zu der Annahme, daß wir das nicht schaffen –, dann werden die nächsten Wochen von den wirklichen Chancen gekennzeichnet sein, die wir haben.

Zweitens, diese Chancen liegen – darf ich ein paar Bemerkungen zur Außenpolitik machen – immer bei dem Cantus firmus „Vertrauen schaffen“. Dieser Kanzler schafft Vertrauen, wir schaffen Vertrauen usw. Das Entscheidende in der Außenpolitik ist, daß, nachdem es noch vor einem Jahr, vor allem im eigenen Bündnis, aber auch zwischen Ost und West, gar kein Zutrauen zu einer wirklich berechenbaren Grundlage gegeben hat, diese Art von Debatte weg ist. Jetzt muß nun miteinander verhandelt werden. Was dabei herauskommt, wird sich zeigen.

Ich möchte, was den vom Vorsitzenden erwähnten Angriff von mir auf Hans-Jochen Vogel betrifft, dafür plädieren, daß man zweierlei miteinander verbindet, nämlich eine Aussage über die Entwicklung und den Stand der Verhandlungen einerseits und dann eine Behandlung dieser Entwicklung und des Standes durch den Kandidaten der SPD. Hätte es keinen NATO-Doppelbeschluß gegeben, wäre es nie zu Verhandlungen gekommen. Hätte es kein Festhalten, nachdem es zu Verhandlungen gekommen ist, am NATO-Doppelbeschluß gegeben, wäre es nie zu sowjetischen Vorschlägen gekommen. Die sowjetischen Vorschläge sind so nicht annehmbar, aber sie sind verhandlungsfähig und

verhandlungswürdig.¹⁹ Es wird weitergehen mit diesen Verhandlungen, deswegen haben wir keinen Grund, Pessimismus in bezug auf Verhandlungsergebnisse auszustrahlen. Das tut die Bundesregierung ja auch gar nicht. Was die öffentliche Behandlung von Sicherheitsfragen anbetrifft, so sind die letzten zehn Jahre durch die damalige Bundesregierung primär gekennzeichnet durch den Fehler, so zu tun, als wären alle Verteidigungs- und Waffenfragen technische Modernisierungsfragen, die den Verteidigungsministern und ihren Experten in geheim gehaltenen Räumen vorbehalten bleiben. Wir leben in einer Demokratie, und in einer Demokratie muß man die Fragen der eigenen Sicherheit mit einem Mindestmaß an öffentlicher Diskussion in Übereinstimmung mit der Öffentlichkeit machen, wenn man Regierung ist. Auf der anderen Seite aber darf man nicht Verhandlungen wie die Genfer Verhandlungen zur Unzeit, ohne ihre Ergebnisse überhaupt zu kennen, zum Gegenstand eines Plebiszits machen. Und der Punkt, der mich hier in dieser Schärfe vor allem gegen Hans-Jochen Vogel auf den Plan gerufen hat, war, daß er, nachdem er nicht nur von seinem berühmten Sicherheitsberater²⁰, sondern auch aus anderen Überlegungen heraus ja auf die Linie gegangen ist, dies nicht zum Plebiszit zu machen, nicht zuletzt deshalb, weil er doch auch gewisse Sorge hatte, wie seine eigene Partei sich zu dem Punkt eigentlich einheitlich einlassen würde, nunmehr in seiner Rede auf dem Landesparteitag in Berlin klar hier eine plebiszitäre Formel aufgestellt hat.²¹ Wer in dieser Weise ohne die nötige Behutsamkeit mit unserer sicherheitspolitischen Lage umgeht, ist zum Regieren nicht fähig. Dies ist die Schlußfolgerung. Aber ich sage noch einmal, es ist besser, man verbindet das mit einer Schilderung der Entwicklung der nicht abgeschlossenen, sondern in Gang befindlichen Entwicklung über die Verhandlungen, als wenn man es eben mehr oder weniger nur unbegründet sagt. Der Vorsitzende hat ja schon darauf hingewiesen, ich befinde mich in der glücklichen Lage, in voller Übereinstimmung mit dem Sicherheitsberater von Herrn Vogel hier Herrn Vogel den Vorwurf zu machen, daß er plötzlich eine plebiszitäre Entwicklung einzuleiten sich bemüht. Das ist unverantwortlich, das zu tun. Helmut, ich würde, was die Frage der Einstellung der sowjetischen Führung über die Präferenz in der bevorstehenden Wahl anbetrifft, es etwas mehr den Zeitungen überlassen. (*Kohl*: Da sind wir einer Meinung!) Wunderbar.

Nächster Punkt, was die Mieten anbetrifft. Also nicht nur Hamburg, sondern auch Berlin war ja ein Beispiel dafür. Drei Wochen vor dem Wahltermin in Berlin am 10. Mai, also im April 1981, sind die genau mit denselben Aussagen und mit denselben Aufmachern in ihrer berühmten Sonntagszeitung herausgekommen. Da steht eben immer bloß „CDU, Miete, Betrug“. Die drei Sachen werden in eine Linie gebracht, und die eigentliche Leistung, die Heiner Geißler vollbracht hat, ist, vorher und nicht erst, wenn es zu spät ist, die Frage vorzulegen, mit welchem Thema können die drei Wochen vorher rauskommen, d. h. zu einem Zeitpunkt, wo wir es im Grund genommen nicht mehr wegstreiten. Und wie kann man es der Öffentlichkeit in einer Form vorstellen, daß dieses Feuer rechtzeitig ausgetreten wird? Das ist eine Winkelried-Funktion, die nicht unbedingt angenehm ist.

19 Zu den Abrüstungsvorschlägen Andropows vom 21. Dezember 1982 vgl. AdG 1982 S. 26230f.

20 Ernst Ulrich von Weizsäcker.

21 Am 14. Januar 1983, Rede von Hans-Jochen Vogel: „Zur politischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland vor der Wahl“.

Heiner Geißler muß sich bloß von Winkelried²² dadurch unterscheiden, daß er in Zukunft auch noch als Winkelried fungiert und nicht bei der einen Schlacht draufgeht. Also, Sie müssen da auch noch weiter Winkelried sein, und dabei müssen wir Ihnen natürlich auch helfen. Was nun die weitere Behandlung der Sache anbetrifft, so empfehle ich Formeln etwa wie die, die ich am Sonnabend benützt habe, also: Verführte Wähler sind anständig, politische Verführer sind unanständig. Irgend so etwas. (*Kohl*: Das wäre die überhöhte Form von Verbrechen. – *Heiterkeit*.)

Ich will nur sagen, im ganzen sollten wir nach meiner Überzeugung nach der jetzt zu Ende gehenden Phase, und das deckt sich ja auch mit dem, wie ich Gerhard Stoltenberg verstanden habe, in unseren Anzeigen und Aussagen weniger auf die Abwehr, sondern auf die Position unter dem Stichwort „Vertrauen“ übergehen.

Herzog: Ich glaube ja weniger an das ganze Demoskopie-Zeug, aber mir ist in Erinnerung der Vortrag von Frau Noelle-Neumann in der Bundesvorstandssitzung, in der sie uns erklärt hat, nun sei doch hier die deutsche Partei CDU/CSU geschlossen angetreten, und zwar die ganze Partei, um die Schweigespirale zu durchbrechen von 1978. Die Situation war ja ähnlich seinerzeit wie heute, daß wir im Sommer in die Ferien gegangen sind mit einer total desorientierten Partei, und als wir aus den Ferien zurückgekommen sind, da hat die Partei gestanden wie ein Mann unter der Voraussetzung mit einem schwierigen Kanzlerkandidaten, unter der Voraussetzung aus der Oppositionsrolle, unter der Voraussetzung gegen einen Helmut Schmidt, der damals im Zenit seines Rampenlichts stand. Also wenigstens die drei Voraussetzungen haben sich geändert, es müßte ja in Gottes Namen verrückt zugehen, wenn es uns nicht gelingen würde, die Partei zu mobilisieren, und ich meine, was ich da im süddeutschen Bereich beobachten kann, ist die Partei auch imstande, dies zu tun, unter zwei Voraussetzungen: Daß jetzt endlich klar ist, was wir mit den Dingen, etwa mit der Zwangsanleihe, machen und, lassen Sie mich das auch ganz deutlich sagen, auch unter der Voraussetzung, daß die Bundesregierung und die Führung der CDU wieder etwas mehr in den Medien erscheinen. Ich habe zwar keinen Bruder, der den Kanzlerkandidaten berät, aber ich habe einen 19-jährigen Sohn, der politisch weit weg von mir steht, und der hat sich gestern sehr gewundert, er hat den Fernseher eingeschaltet und den Bundeskanzler gesehen im Fernseher und sagt, das muß ein ausländischer Sender sein, da kommt ja der Bundeskanzler. Also, es wäre gut, wenn da der Informationsfluß ein bißchen besser wäre. (*Kohl*: Für die letzten acht Tage stimmt das wirklich.)

Wir sollten auch nicht verschweigen, daß wir erste Erfolge haben. Das sieht in einem Land wie Baden-Württemberg anders aus als anderswo, aber wir haben Dienstag voriger Woche das Bausparzwischenfinanzierungsprogramm beschlossen. Das sind in Bayern 80 Millionen gewesen. Wenn ich mir vorstelle, müssen das 10.000, 11.000, vielleicht 12.000 Anträge gewesen sein. Die Entwicklung, die damit zwischenfinanziert wird, liegt bei einer Milliarde. Wenn ich das hochrechne, nach den normalen Erfahrungen, ist das ein Investitionsvolumen in der Bauwirtschaft von knapp drei Milliarden, rechne ich es auf, sind wir bei 20 Milliarden. Das sind jetzt alles Milchmädchenrechnungen, aber da zeigt sich,

22 Arnold von Winkelried, eine mythische Figur in der Geschichte der Schweiz, soll 1386 in der Schlacht von Sempach sich mit einem Bündel Lanzen der habsburgischen Gegner selbst aufgespießt und so den eidgenössischen Sieg ermöglicht haben.

daß die Investitionen in der Bauwirtschaft zu greifen beginnen.²³ In den Arbeitslosenzahlen Ende Januar und Ende Februar wird sich das wiederfinden.

Albrecht: Ich könnte mir denken, daß einige unserer Kollegen, die an den Beratungen nicht teilnehmen konnten, zunächst einmal etwas erstaunt waren über all das, was sie am Wochenende gehört und gelesen haben. Ich möchte gern einige Worte dazu sagen. Natürlich ist richtig, daß wir es einfacher gehabt hätten, wenn wir uns nicht von vornherein festgelegt hätten gegen eine Art von Solidaritätsabgabe, Ergänzungsabgabe, oder was immer es sein sollte. Natürlich hätten wir auch einen besseren Einstieg in den Medien gehabt, wenn es wirklich mal gelungen wäre, vertraulich in einem solchen Führungsgremium zu arbeiten. Trotzdem kann meines Erachtens gar kein Zweifel daran sein, daß dies dringend notwendig war und wir unbedingt für diesen Wahlkampf rausmüssen aus der Position dessen, der sich ständig verteidigt, weil bei den Rentnern und bei den Wohngeldempfängern und den BAföG-Empfängern und den Sozialhilfeempfängern gekürzt wird und bei denjenigen, die ein Einkommen über 50.000 oder 100.000 Mark haben, nicht gekürzt wird und in keiner Weise ein Beitrag geleistet wird. Ich persönlich glaube – ich habe mich auch sehr dafür eingesetzt, ich will das ganz offen sagen –, daß es ein großer Erfolg ist, wenn wir jetzt diese Flanke schließen.

Ich sage ein Zweites dazu, es ist ja auch in der Presse zu lesen gewesen, daß da auch in Erwägung gewesen ist, den Spitzensteuersatz für drei Jahre und nicht länger anzuheben. Das eine ist genauso möglich wie das andere; es kommt letztlich darauf an, daß diejenigen, die besser verdienen, einen entsprechenden Beitrag leisten. Aber wo wir uns jetzt entschieden haben, mit der CSU schon die Rückzahlung der Anleihe aufzuheben, ist es ganz klar, daß wir alle auf diesen Vorschlag gehen und daß wir den jetzt auch offensiv verteidigen.

Dritte Bemerkung: Ich möchte jedem empfehlen, die Punkte 1, 6 und 7 auf der Seite 7 unserer Wahlaussagen als zusammengehörig darzustellen. Das heißt, wir standen ja vor dem Problem, daß wir einerseits verlangen müssen, daß jeder, auch vor allen Dingen diejenigen, die ein gutes Einkommen haben, einen Beitrag leistet zur Sanierung der Situation. Auf der anderen Seite müssen wir aber sicherstellen, daß die Wirtschaft unterm Strich nicht neu belastet wird, denn sonst können wir unser Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht durchführen. Deshalb ist es sehr wichtig, was wir da gesagt haben, daß wir schon ab nächstes Jahr für den Mittelstand die ertragsunabhängigen Steuern senken und bessere steuerliche Voraussetzungen für die Eigenkapitalausstattung und Investitionsfähigkeit der Unternehmen schaffen wollen, wo Gerhard Stoltenberg gebeten hat, daß wir hier noch ein bißchen Flexibilität uns bewahren hinsichtlich der Einzelheiten. Aber das Ziel ist völlig klar, daß wir steuerlich jetzt in Zukunft Maßnahmen ergreifen müssen, daß Eigenkapitalbildung mehr als bisher in den Betrieben wiederum möglich ist, insbesondere auch in den mittelständischen Betrieben. Wenn man das alles zusammennimmt jetzt, dann wird etwas Vernünftiges aus dem, was wir hier vorschlagen.

Es gibt einige, die sagen, und ich halte das nicht für falsch, daß dies der FDP im Wahlkampf hilft, und Lamsdorff hat ja auch schon in entsprechender Weise reagiert. Ich würde dazu Folgendes sagen: Wenn sich zeigt, daß die FDP keine Chance mehr hat, über fünf Prozent zu kommen, dann werden diejenigen, um die es sich handelt, auch nicht FDP

23 Zu den Vorhaben der Bundesregierung vgl. Bundesbauminister Oscar Schneider in Sten. Ber. 9. WP 122. Sitzung vom 14. Oktober 1982 S. 7408–7413.

wählen, weil sie dafür sorgen werden, daß dann keine rot-grüne Mehrheit kommt, sie werden dann CDU/CSU wählen. Wenn die FDP nahe an fünf Prozent ist, kann es sein, daß einige FDP wählen. Deshalb würde ich auch sagen, dann ist das gar nicht verkehrt, daß unser Koalitionspartner eine gewisse Erleichterung bekommt. Also auch hier würde ich sagen, brauchen wir uns keine Gedanken zu machen. Ich glaube, daß wir damit die Voraussetzungen tatsächlich, wenn man das ganze Programm nimmt, für einen Aufschwung geschaffen haben, aber unter Bedingungen der sozialen Gerechtigkeit. Das, was ich erwarte, ist, daß unsere Parteibasis nun wirklich mit der Eine-Millionen-Mitglieder-Offensive in den Wahlkampf hineingeht. Ich kann für meinen Teil nur sagen, mit dem, was wir jetzt in der Hand haben, kann man in den Wahlkampf gehen. Da kann man zu jedem Punkt überzeugend argumentieren. Letztlich kann überzeugen nur derjenige, der selber überzeugt ist. Also, ich glaube, daß hier wirklich etwas Positives geleistet werden kann.

Blüm: Ich glaube, daß die SPD eine Doppelstrategie im Wahlkampf fahren wollte, die eine Strategie für die eigenen Anhänger, Einbrechen in bürgerliche Kreise, in der Abrüstungsdiskussion bis hinein in die bürgerliche Mittelschicht, um neue Stimmen zu erhalten. Und die andere Strategie, das ist die Strategie, einen Wahlkampf zu machen Arm gegen Reich. Wahlkampf als Klassenkampf. Für diese zweite Strategie spricht, daß sie damit ihre Anhänger wieder mobilisieren. Ich fand es gefährlich bei uns, das hat auch Walter Wallmann in Frankfurt gesehen und andere an anderer Stelle, wenn die ihre Anhänger mobilisieren können, dann ist das für uns immer gefährlich, was die absolute Mehrheit betrifft. Wenn ihre Anhänger, von denen wir nicht vermuten können, daß sie uns zustimmen, wenigstens zu Hause bleiben, finde ich, ist das das Optimale, was die Anhänger betrifft. Nur mit dem Argument Arm gegen Reich mobilisieren die wieder ihre Anhänger und schaffen es, daß auch der DGB eine Legitimation erhält, in den Wahlkampf einzugreifen. Deshalb halte ich die Ecke Arm-gegen-Reich für ganz gefährlich. Warum hat eigentlich die Arm-gegen-Reich-Strategie nicht begonnen bei den Rentnern? Ich kann es Ihnen sagen, weil sie dann eine Alternative hätten nennen müssen und zweitens das Risiko eingegangen wären, daß wir gesagt hätten, wer ist eigentlich der Verursacher dieser unserer harten Maßnahmen? Die wollen den Umweg nehmen, einen höchst gefährlichen Umweg, zu sagen, das Opfer der Rentnerin ist endgültig und – ich mache das jetzt mal in der Abteilung sozialdemokratischer Polemik – das Opfer des Zahnarztes wird zurückgezahlt. Meine lieben Parteifreunde, gegen dieses Argument, behaupte ich, wenn es richtig emotional vorgesagt wird, ist kein Kraut gewachsen, machen Sie sich da nichts vor. Die Mietwelle war erst die erste Welle, die ist durchbrochen auch mithilfe von Heiner Geißler, die ist sogar rumgedreht, wobei man ein Stück Rechtschaffenheit des Kanzlerkandidaten auch an der Stelle in Zweifel ziehen kann. Die zweite Welle wäre gekommen. Ich bin bereit, darauf zu wetten, daß die gekommen wäre und zwar auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes. Wir wären nur noch in der Defensive. Wenn das erst mal richtig hochgekeilt ist, kriegen Sie es nicht weg. Deshalb glaube ich, daß der heutige Beschluß eine Verwirrung des Drehbuchs der SPD ist. Wenn wir den heute beschließen, machen wir das Drehbuch der SPD für den Wahlkampf kaputt. So etwas Ähnliches ist uns schon mal gelungen mit der Mitbestimmungsentscheidung bei der Strauß-Kandidatur. Da waren die auch nicht vorbereitet. Wenn wir das heute beschließen, und zwar einheitlich, und die CSU mit von der Partie ist, das ist noch ein Grund mehr, CDU und CSU gemeinsam,

dann bin ich sicher, daß wir da einen großen Durchbruch schaffen und eine große Verwirrung auf Seiten der Sozialdemokraten. Was wir auch für Opfer verlangen, es muß immer ausbalanciert sein, damit es nicht nur einer Gruppe abverlangt wird.

Also ich bin, langer Rede, kurzer Sinn, optimistisch, wenn jetzt nicht im Nachhinein jeder da seine Interpretation gibt, sondern wir geschlossen das Ding vertreten. Wenn einer sagt, warum habt ihr das die ganze Zeit anders verkündet? Ja, wir haben zwar einen Koalitionsbeschluß, aber wir gehen in den Wahlkampf als CDU, warum soll ich dasselbe sagen wie die FDP? Dann könnten wir ja gleich eine Partei machen.

Ich will jetzt, da ich das Wort habe, nur noch ganz kurz zur Rente etwas sagen. Ich will jetzt nicht ausschließen, daß, wenn dies nachher beschlossen ist, wir doch nochmal mit der Rente beginnen (*Unruhe. Diskussion.*) und wir uns darauf verständigen können, daß wir den Rentnern sagen, wir verbürgen uns bei euch. Keine Rente wird auch nur um eine Mark gekürzt, es wird euch überhaupt nichts abgenommen. Keine zehn Pfennig! Und wir sagen ein Zweites: Die Rente wird immer aus unserer Sicht weiter leistungsbezogen sein. Wir schützen euch davor, daß ihr Almosenempfänger werdet. Und ein Drittes, wir strecken die Hand aus zum rentenpolitischen Konsens, alle Parteien, alle Tarifpartner, weil wir die Rente aus dem Streit rausbringen wollen. Nicht, weil wir Angst haben vor einer Rentendiskussion, denn wir können euch mal vorführen, was da mit den Rentnern alles passiert ist in den letzten 13 Jahren. Also, Herr Vorsitzender, ich würde auch meinen, daß wir das Rententhema, das Sie angeschnitten haben, mit großer Gelassenheit angehen sollten und mit dem Willen zur Übereinstimmung auch der anderen, mit der Sicherheit keine Rente mehr zu kürzen.

Scherer: Wir hatten ja einige Zeit darauf verwendet, der SPD gegenüber deutlich zu machen, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundenen Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt unter anderem nicht nur auf die hohe Belastung, sondern auch auf die Unsicherheit bei der Schätzung der Orientierungsdaten zurückzuführen gewesen sei. Ich möchte schon sagen, ich hatte in den letzten Wochen den Eindruck, als seien wir dabei, in die gleichen Fehler zu verfallen. Es verging fast kein Tag, an dem nicht irgendein vermeintlicher oder ein tatsächlicher Vorschlag gemacht worden ist, der bisher nicht Gegenstand unserer offiziellen Politik war. Wenn man nach den Gründen fragt, warum vorübergehend Defätismus zu beobachten war und wir jetzt uns bemühen müssen um eine Aktivierung und Mobilisierung, dann sicherlich aus der Diskussion um den Wahltermin. Aber auch in diesem zentralen Bereich, ob die CDU, wenn sie schon sagt, sie vermag diesen Aufschwung herbeizuführen, ihrerseits exakt auch weiß, was sie will. Im Bereich der Wirtschafts- und Steuerpolitik ist dieser Eindruck in den letzten Wochen nicht verfestigt worden. Von daher meine ich schon, daß, wenn es uns heute gelingt, nicht nur diesen Beschluß herbeizuführen unter Berücksichtigung der sozialen Symmetrie, das halte ich für ein dringendes Anliegen, aber auch damit definitiv die Diskussion darüber zu beenden, wie es um die Belastbarkeit der Wirtschaft und der Arbeitnehmer in den nächsten Jahren aussehen soll, dann gewinnen wir auch an Glaubwürdigkeit und Zuversicht in unseren eigenen Reihen. Das halte ich deshalb für bedeutsam, und damit möchte ich jetzt eigentlich dann schon schließen, weil wir ja den Wahlkampf unter diesen beiden Gesichtspunkten führen. Auf der einen Seite unter Bezugnahme auf das Mietrecht und die Wahlparolen von 1980 und 1976, die Unglaubwürdigkeit der SPD darzustellen. Wir werden in dem Maße glaubwürdiger erscheinen, wenn nicht während des Wahlkampfes selbst unsere

wirtschafts- und steuerpolitischen Taten verändert werden. Ich würde also eindringlich bitten, diese Diskussion dann heute mit dem Beschluß endgültig zu beenden und vermeintlich bessere Gedanken auf die Zeit nach dem 6. März zu verschieben.

Wallmann: Herr Vorsitzender, ich will nichts sagen zur Lage, wie sie sich jetzt darstellt, ich möchte nur einige wenige Punkte vortragen. Erstens, lieber Herr Stoltenberg, ich möchte dringlichst bitten, auch nicht im Ansatz in die Diskussion zu bringen, was möglicherweise nach dem 6. März noch alles nötig wird.

Zweite Überlegung, das neue Mietrecht belastet die Kommunen nicht. Derjenige, der das Gegenteil sagt, weiß nicht, wovon er redet. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich kritisiere, lieber Herr Wörner, in der Öffentlichkeit Unionspolitiker grundsätzlich nicht. Ich versuche das zu sagen, was positiv ist, und setze mich dann mit den Betreffenden schon persönlich in Verbindung. Aber ich glaube, es ist für Sie doch wichtig, von einem Oberbürgermeister zu erfahren, der ja nun auch seine Erfahrung hat. (*Einwurf.*) Vielen Dank, dann brauche ich ja kein Wort mehr darüber zu sagen.

Zweiter Punkt, ich halte es für ganz wichtig, nicht nur kritische Bemerkungen zu machen, nicht nur abzuwehren, sondern auch das Prinzip Hoffnung zu formulieren. Ohne Hoffnung können die Menschen nicht leben. Und das heißt mit anderen Worten, diejenigen, die in ihrem Bereich Verantwortung tragen, müssen auf das Positive hinweisen. Sie werden damit nicht in die große Presse kommen, die bundesdeutsche. Es kommt auch gar nicht darauf an. Aber die Lokal- und die Regionalpresse ist mindestens so wichtig. Also wird es entscheidend sein, daß wir unter der Überschrift „Die Maßnahmen haben gegriffen“ etwa das darstellen, was Herr Herzog eben hier vorgetragen hat, was alle vortragen können. Es gibt bereits erste Anzeichen dafür, daß es einen Konjunkturaufschwung gibt, nicht, daß er kommt, sondern daß es ihn bereits gibt. Und diese Fälle müssen herausgearbeitet werden. Sie müssen dargestellt werden, sie müssen mit Fakten belegt werden. Dies ist nach meiner Überzeugung das Allerwichtigste.

Ich finde, dritter Punkt, es ist ganz entscheidend wichtig, daß alle Regierungschefs, Bürgermeister und wie sie alle heißen mögen, sich daran beteiligen. Dieses Wort „die da oben“ ist Unsinn, wir sind alle „die da oben“, ich weiß, wovon ich rede. Ich habe am vergangenen Freitag eine Kreisvorsitzendenkonferenz gehabt, und es ist für mich interessant gewesen, daß die Unsicherheit und die Kritik in dem Umfang bei den Kreisvorsitzenden größer geworden ist, je höher sie in der Hierarchie sozusagen ihre Position gehabt haben. Das geht nicht, meine Freunde! Wir müssen uns in den verbleibenden Wochen, sofern wir Landesvorsitzende sind, mit den Kreisvorsitzenden zusammensetzen und sie bitten, ihrerseits die Ortsvorsitzenden zusammenzuholen. Nicht mit Mitarbeitern, nicht mit allen anderen möglichen Vorstandsmitgliedern, sondern diejenigen, die in ihren Bereich unmittelbar die Verantwortung tragen. Die müssen das Gefühl haben, daß es auf sie jetzt ankommt, die müssen das weiterreichen. Ich habe einen sehr praktischen Punkt, Herr Vorsitzender, der kann natürlich nicht in Form eines Briefes weitergegeben werden, kann nicht schriftlich sozusagen als Auflage an die Freunde versandt werden; wir stehen vor der Situation am Anfang eines Haushaltsjahres in vielen Bereichen. Und in vielen Bereichen können jetzt Gebühren, Mieten usw. angehoben werden. Man kann das auch verschieben. Es ist ganz wichtig, daß dies jetzt geschieht, indem wir unseren Leuten sagen, macht bitte nichts vor dem 6. März, sondern wartet meinetwegen bis zum 1. Mai und tut dann das unabhängig von dem, was hier entschieden worden ist, was hier Gesetz gewor-

den ist und natürlich geschehen muß. Aber nichts, was in eine Verbindung gebracht werden wird mit uns, wie seinerzeit in Hamburg wenige Tage vor der Wahl. Ich appelliere deswegen an uns alle, dafür zu sorgen, daß wir hier in unseren Bereichen eine entsprechende Empfehlung herausgeben.

Und der letzte Punkt: Ich warte darauf, daß eine Anfrage telefonisch so schnell wie möglich an die Versicherungsgesellschaften gerichtet wird, ob sie im Wohnungsbau inzwischen wieder investieren oder nicht. Wenn es wahr ist, was wir in unserer Stadt haben feststellen können, daß innerhalb von drei Monaten im privaten Wohnungsbau die Bauanträge um 35 Prozent zugenommen haben, dann kann das nicht nur auf eine Stadt beschränkt sein. Es muß zumindest ein Trend vorhanden sein. Und dieser Trend muß dargestellt werden. Ich bitte um Verständnis, das kann allerdings nicht irgendeiner nur machen, sondern das muß etwa vom zuständigen Ministerium her in die Wege geleitet werden, damit es gesicherte Daten gibt, auf die man sich berufen kann. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Klimaverbesserung in den folgenden Wochen.

Kohl: Vielen Dank! Also, ich meine, wir sollten hier Nägel mit Köpfen machen. Das ist übrigens ein Punkt, wo ich auch Livesendungen machen könnte über meine Erfahrungen, unsere Leute dazu zu bringen, in wichtigen Ämtern ihre lokalen Zahlen bekannt zu geben. Wenn die KPV überhaupt einen Sinn hat, Horst, dann muß sie jetzt fähig sein, und das können wir nicht per Brief machen, denn jeder solcher Briefe landet sofort wo, dann muß sie jetzt fähig sein, daß, genauso wie Walter Wallmann sich in Frankfurt hingestellt hat – ich sage das ja schon seit vielen, vielen Tagen –, das lokal geschieht. So wie der Düsseldorfer Oberbürgermeister²⁴ eine ganze Zeitungsseite im Lokalteil hatte, „Projekte des Jahres 83“, Überschrift: „In Düsseldorf wird gebaut wie nie zuvor“, können in den meisten Fällen andere das auch tun. Bloß was mich in der Sache wirklich stört, ist, daß man das alles immer von oben runterdrücken muß; das ist genau mein Punkt. Wir sind eine Subsidiaritätspartei. Daß man nicht nur, wenn es ums Geld geht, sich an die Subsidiarität erinnert, sondern wenn es an die Verantwortung geht. Wir brauchen das jetzt nicht zu vertiefen, ich will auch keine Schuld hin und her schieben. Ich sage Ihnen noch einmal, das ist von mir her gesehen der Auftrag an die KPV, in den nächsten 14 Tagen diese Geschichte zu machen. Der Landrat X hat vier Spalten in seiner Lokalzeitung, der drückt sich in einer Weise durch, die keiner von uns hat. Es gibt eine Menge Leute, die lesen die erste Seite überhaupt nicht, die meistgelesene Seite ist die Lokalseite. Wenn der plastisch schildert, was geschieht, und dabei zum Schluß der Grundsatz drin ist, es ist alle Hoffnung am Platz, die Sache geht voran, haben wir ungeheuer viel bewegt. Wir kriegen mit keiner Anzeige das so hin, wie wenn der mit der lokalen Autorität ausgestattete Oberstadtdirektor, Oberbürgermeister, Landrat das macht.

Langer Rede, kurzer Sinn, mir scheint das ist Dein wichtiges Geschäft, Horst. Du machst besser in den nächsten 14 Tagen keine Wahlversammlungen. Und das läuft. (*Biedenkopf:* Kann er ja außerdem machen.) Kurt, ich weiß, von was ich rede. Seit dem 22. Dezember bin ich an diesem Thema. Mit relativem Erfolg. Deswegen bin ich also jetzt in der Sache so entschieden. Zweitens bitte ich den Kollegen Friedrich-Adolf Jahn, bitte übernehmen Sie das auch, noch einmal zu sagen, daß diese Versicherungszahlen unter die Leute gebracht werden. Wobei sehr die Frage ist, ob es klug ist, wenn das das Minis-

24 Josef Kürten (1928–2010), 1979–1984 Oberbürgermeister (CDU).

terium macht, ob es nicht klüger ist, der Verband der Versicherer macht das selbst. Die können ja mal eine Pressekonferenz machen, die wissen ja sonst auch, wenn sie was haben wollen, wie man so eine Konferenz verkauft. So muß man das machen.

Waffenschmidt: Zunächst einmal zur Information über wichtige Dinge, was die Städte und Gemeinden angeht. Wir haben für nächste Woche abgesprochen eine Pressekonferenz, wo wir zunächst mal bundesweit darlegen, was wir von der Bundesregierung aus für die Entlastung der Städte und Gemeinden getan haben. Dies ist dringend notwendig. (*Einwurf:* Aber Rommel macht nicht hinterher wieder eine?) Ja, ich muß nur mal sagen, ich bin ja nicht der alleinige Gesprächspartner der KPV, Rommel ist und bleibt Rommel, das wissen wir ja alle. (*Kohl:* Da war schon der Vater²⁵ so.) Und durch solche Pressekonferenzen haben wir sicher eine Menge Irritationen bekommen. Das wollen wir jetzt mal hier feststellen, lieber Helmut, das geht vor allen Dingen ja nach unten mit folgender Marschroute: Wir haben 8.000 Haushaltsberatungen in diesen Tagen und Wochen, und ich kann da sicherlich alles anleiern. Du weißt ja, das ist zum Teil auch schon getan, was wir an Bauvolumen machen. Wenn aber – Zitat Rommel – allen Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland ihre örtlichen Gebühren und Beitragserhöhungen erst verklickert werden – man braucht ja nur einige Zitate aus der Pressekonferenz zu nehmen²⁶ –, dann ist das ja abenteuerlich. Ich will hier mal ein Beispiel sagen, wie das alles durcheinandergebracht wird. Wir haben in Nordrhein-Westfalen durch die SPD-Landesregierung die Erhöhung der Kindergartenbeiträge. Ich war auf drei Veranstaltungen, da standen Mütter und Väter auf und sagten, warum haben wir denn jetzt, nachdem Helmut Kohl Bundeskanzler ist und doch für die Familie ist, die Erhöhung der Kindergartenbeiträge? Weil das ja alles durcheinandergewirbelt wird und wir hier eine Fülle von Informationen brauchen. Ich werde das nächste Woche hier mit einer Aktion auf Bundesebene noch einmal deutlich darlegen, was wir hier haben. Ich hätte allerdings auch die Bitte – Walter Wallmann hat ja angesprochen, was man alles örtlich tun kann –, daß vielleicht auch Oberbürgermeister großer Städte, wie es auch Walter Wallmann mit seiner Autorität machen kann, das auch bestätigen. (*Kohl:* Ja, dann ruf doch mal 20 Oberbürgermeister von uns an.) Das machen wir ja alles, das geht alles so per Telefon. Ich muß hier leider beklagen, daß das für unsere Freunde in den Städten gar nicht machbar ist, das geht alles nur mit persönlicher Information. Deshalb bitte ich auch gerade Walter Wallmann, Beispiel Frankfurt, diese Dinge da zu tun.

Ich will hier noch einen Punkt aufgreifen. Roman Herzog hat von den Bauvolumina gesprochen. Helmut, ich habe Dir ja drei Informationen inzwischen gegeben über die Entwicklung von Bauvolumina in einzelnen Regionen. Ich bin der Meinung, daß wir diese Sachen auch verkaufen sollen, und wir sollten uns ja gar nicht scheuen, wie Heiner Geißler sagt, auch ruhig mehr zu machen. Es sind ja Zahlen da, der Deutsche Landkreistag hat uns Zahlen übermittelt. Ich habe die alle an Dich weitergegeben. Fazit ist, die Bauanträge und die Bauvolumina haben sich mehr als verdoppelt. Was die KPV tun kann, wird sie tun. Lieber Helmut, ich sage nur eines, damit wir nicht einen neuen Angriff bekommen, das sehen wir ja gleich bei dem Programm da, es wäre natürlich auch ganz gut,

25 Erwin Rommel (1891–1944), Offizier; 1942 Generalfeldmarschall.

26 Pressekonferenz von Manfred Rommel am 12. Januar 1983 in Bonn (vgl. FAZ vom 13. Januar 1983: „Alarmrufe Rommels zur Finanzlage der Städte und Gemeinden“).

wenn in einem 25-Seiten-Programm von der größten Kommunalpartei wenigstens an einer Stelle einmal das Wort Stadt oder Gemeinde vorkommt. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich möchte zunächst eine Bemerkung machen zu der Erklärung, Vogel sei nicht regierungsfähig. Wenn wir darauf verfallen, ob der jetzt richtige oder falsche Regierungsvorschläge macht, werden wir uns dann in der Hauptsache mit Vogel auseinandersetzen. Ich habe das dumpfe Gefühl, das einzige, was dem wirklich gelungen ist, ist, daß wir alle über ihn sprechen. Das einzige, was den Mann wirklich nochmal populär machen kann, ist, daß wir uns dauernd über ihn unterhalten. Dieser Trend muß weg, daß wir uns in den nächsten Wochen damit auseinandersetzen, ob der Vogel regierungsfähig ist oder nicht. Unsere brennendste Linie ist die Auseinandersetzung mit dem Weiterführen des Themas Mieten. Jetzt wird darüber diskutiert, was ist das eigentliche Thema. Es war jetzt richtig, das wegzunehmen. Wir sollten uns auch nicht ununterbrochen bei dem Thema Zwangsanleihe aufhalten. Abgehakt, das Thema brauchen wir nicht diskutieren. Es gibt natürlich andere Diskussionen über die Glaubwürdigkeit von Aussagen. Was ich sagen will, ist, wir müssen jetzt ein bißchen weg von dieser Verteidigungswelle Mieten, gegen den Vorwurf der sozialen Asymmetrie. Wir treiben damit den Angreifer wirklich auf den Kanzlerplatz. Wir müssen aufpassen, daß wir uns jetzt nicht dauernd verteidigen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich will noch zwei Punkte ansprechen, die meiner Meinung nach noch durchaus überlegenswert sind. Das eine ist das Thema Arbeitsrecht. Es wird immer deutlicher, daß eine Statistik nachprüfbar wird. (*Unruhe. Diskussion.*) Das einzige, was ich relativ sicher sagen kann, ist, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg verdoppelt, bis etwa 1985/86 mit dem Höhepunkt 1988. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Diskussion verschärft sich in den nächsten Wochen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir diesen Diskussionen begegnen, der Frage der Jugendarbeitslosigkeit, der Frage, ob einige Arbeitnehmer null Chancen haben, überhaupt einen Arbeitsplatz zu kriegen, während die anderen keinen wollen usw. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein europäisches Problem. Ich mache darauf aufmerksam, daß Herr Mitterrand das auch so sieht, auch die Umweltproblematik. Wir haben die Präsidentschaft im Europäischen Rat. Warum gehen wir jetzt nicht mit einer großen Initiative gemeinsam nach vorn mit der Forderung eines Umweltkonzepts, Luftreinheit, Waldsterben. (*Unruhe. Diskussion.*) Gerade auch junge Leute sind furchtbar sensibel in diesen Bereichen; wir werden darauf angesprochen. Ich würde gerne bringen, daß wir jetzt etwa sagen, wir machen so viel Milligramm, das ist eine große europäische Aufgabe, die gehen wir an, (*Unruhe. Diskussion.*) weil wir auch noch Zukunftsthemen brauchen.

Um es noch mal zusammenzufassen, meiner Meinung nach ist das Problem im Augenblick, daß wir tatsächlich in Verteidigung geraten und nicht verstärkt im Angriff sind. Die Zukunft muß von uns ausgehen. Die Themen liegen auf der Hand.

Kohl: Also, wir müssen jetzt mit dem Programm anfangen, wir müssen heute mit dem Thema raus. Das ist doch völlig klar, die CSU tagt. (*Unruhe. Diskussion.*) Jetzt ganz kurz!

Wörner: Ich glaube auch, daß wir immer noch in der Defensive sind, und ich möchte auf die Gefahr hin, diese eine Sache zu wiederholen, sagen, daß ich es für unbedingt nötig halte, Themen auszuwählen, wo wir miteinander stehen, und nicht reagieren auf irgendwelche andere Themen. Die Leute fragen, was wollt ihr machen? Nach meiner Meinung wird der Wahlkampf entschieden von dem, der klarmacht, was er will und der den Leuten die Gründe zeigt, wie es aufwärtsgeht. Das ist das entscheidende Thema; alle anderen

Themen, Außen- und Sicherheitspolitik, mein eigenes Thema, muß darüberstehen. Ich will aber an diesem Thema, Herr Vorsitzender, deutlich machen, wie man aus der Defensive heraus in die Offensive kommen kann. Ich halte die eine Formel von Vogel für gefährlich, daß er sich ein Mandat holen wolle für den Abbau von Raketen, während wir uns ein Mandat holen wollten für den Ausbau von Raketen. Das ist natürlich die nächste Lüge. Daß das nicht richtig ist, wissen wir alle. Aber das läßt sich sehr schnell und sehr gut herumdrehen. Da muß doch die Antwort lauten, die SPD will die sowjetischen Raketen. (Kohl: Ja, dann mache das doch.) Ja, das tue ich ja auch schon die ganze Zeit. (Unruhe. Diskussion.) Aber das müssen wir insgesamt tun, und der Bundeskanzler selbst muß eine nächste Gelegenheit suchen, wo das Ganze an der Reihe ist. (Unruhe. Diskussion. – Kohl: Steht ja heute schon in der „Bild“-Zeitung²⁷. Ein Riesenartikel.)

Nächster Punkt, der Kanzlerkandidat der SPD muß runter vom Sockel. Was Richard von Weizsäcker gesagt hat, halte ich für richtig. Das muß ergänzt werden durch den Wahlkampf. Nicht durch den Bundeskanzler, aber durch uns. Das ist der Mann, der vor den Linken in München weggelaufen ist. Das ist der Mann, mit dem es in Berlin die größte Steigerung an Hausbesetzungen gegeben hat. Das ist der Mann, der mit den Grünen liebäugelt. Ich kann Ihnen sagen, wenn Sie die Themen ansprechen, sind da Themen, wo die Leute sichtbar aufhorchen, wo weitergeredet wird. Die müssen auf den Tisch!²⁸

Koch: Ich habe trotzdem Sorgen, da sind die Arbeitnehmer, die Jugend. Ich möchte nicht auf Sachprobleme eingehen. Argumente haben wir genug. Was wir draußen erleben, ist aber hier und da katastrophal. Nicht Dregger, nicht Kiep haben die Wahlen verloren in Hessen und Hamburg. Ich möchte dazu einiges schildern. Als ich meine Kollegen in anderen Bezirken angerufen habe, hatten die in Hessen acht Tage oder 14 Tage vor der Wahl Urlaub genommen. Wenn wir nicht hinkriegen über die Sozialausschüsse, wenn wir die Sozialsekretäre nicht dazu kriegen – Nordrhein-Westfalen ist der bestimmende Teil, das haben wir schon öfters gesagt, die Mittelständler sind ohnehin beteiligt daran, denn jeder der sich selbstständig macht, schafft Arbeitsplätze, darauf will ich nicht eingehen –, daß wir in der CDA, die Arbeitnehmer, draußen versuchen – wo ich herkomme, wählen 80 Prozent CDU – abends von Haus zu Haus Besuche zu machen, nicht nur Zettel zu verteilen, sondern mit den Leuten zu reden, Argumente haben wir, die sind ja bekannt, wenn wir das nicht machen, dann habe ich Bammel, daß es so läuft wie in Hessen oder wie in Hamburg.

Dann möchte ich sagen, ich habe das heute Freund Biedenkopf gesagt, wenn Bernhard Vogel nach Siegen kommt und vor der IHK spricht, werde ich mich selbst darum kümmern. Ich habe auch heute morgen wieder einen Termin gemacht in einer Hochschule. Ich will nur auf die Wählermasse und die Jugend hinweisen. Die Themen Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung stehen an. Da werden wir gefragt. Wir können darauf hinweisen, was Norbert Blüm sagt; das können wir alles machen. Ich bitte also darum, daß wir versuchen, überall tätig zu sein – das kann man nicht mit Briefen – und

27 Interview in „Bild“ vom 17. Januar 1983: „Kohl zu Gromyko: Frieden mit weniger Waffen“ und „Kohl: Auf jeden positiven Schritt der Sowjets positiv reagieren“.

28 Vgl. dazu UuD vom 17. Februar 1983 CDU-Dokumentation 7: „Der SPD-Kandidat Hans-Jochen Vogel. Politik und politischer Werdegang – eine Bilanz“.

daß die Vertrauensleute von Haus zu Haus gehen. Wenn wir das nicht hinkriegen, dann sehe ich ein bißchen schwarz.

Biedenkopf: Herr Vorsitzender, wenige Punkte. Punkt eins, ich entledge mich sehr gerne eines Auftrages der Kreisvorsitzendenkonferenz Westfalen-Lippe. Der Rednereinsatz wird bemängelt. Die Zahl der Einsätze, der angebotenen Einsätze ist zu gering. Wir haben sogenannte A-Redner, also Ministerpräsidenten, Präsidium, Mitglieder der Bundesregierung, die im gesamten Landesverband Westfalen-Lippe nur einen einzigen Einsatz angeboten haben. Das ist unmöglich! Wir können unsere Truppen nicht motivieren. (*Geißler:* Ich kann also nicht mehr verteilen, als Leute bereit sind, etwas zu tun.) Heiner Geißler, deshalb sage ich das ja. (*Geißler:* Das ist richtig, ich unterstütze das sehr.) Es hat keinen Zweck, wenn wir uns immer alle gegeneinander und untereinander erzählen, was wir alles machen müssen. Du mußt Dich dann mit drei Kreisvorsitzenden rum-schlagen, weil die einen Wahlkampfeinsatz von nur einem Bundesredner in Westfalen-Lippe zu verteilen haben. Wir müssen da mehr tun! Ich will hier jetzt überhaupt nicht in Zahlen gehen, aber ich bitte dringend den Vorsitzenden, da auch nochmal etwas zu unternehmen. Ich bin gerne bereit, die Zahlen zur Verfügung zu stellen.

Zweiter Punkt, soziale Ausgewogenheit. Ich bin sehr froh, daß wir hier eine Lösung gefunden haben. Ich halte das, was Ernst Albrecht gesagt hat, für richtig. Wir müssen die drei Dinge zusammen nennen. Nur so können wir das Gegenargument abblocken, die Regierung sei nicht zuverlässig; wir müssen diese Sache wegbringen. Denn wir sind hier angetreten mit dem Argument „Der Kanzler, dem man vertrauen kann“. Wir haben die Sozialdemokraten bekämpft, die keine voraussehbare Politik betreiben. Das ist die einzige Schwierigkeit, die ich sehe. Mietenlüge, wir haben da in Nordrhein-Westfalen jetzt ein sehr schönes neues Schlachtfeld, die Monopolzeitung „WAZ“ im Ruhrgebiet hat die Aufnahme unserer Mietenanzeige verweigert.²⁹ Das ist gleichbedeutend mit politischer Zensur. Wir werden dieses Thema sehr intensiv jetzt in Nordrhein-Westfalen unter einem ganz anderen Gesichtspunkt abhandeln, und hier wird das Thema politische Zensur der SPD zugerechnet.

Nächster Punkt, Aufschwung kommt. Wir sollten diese ganzen Argumente, die wir jetzt haben, vortragen und uns darauf vorbereiten, nach der Karnevalszeit dann mit einer solchen offensiven Feststellung, „Wir packen den Aufschwung“ oder irgendwas in dieser Richtung herauskommen. Egal, ob er schon da ist oder nicht. (*Geißler:* Die Weichen für den Aufschwung sind gestellt.) Sind jetzt gestellt, aber nachher ist das vielleicht zu wenig. Weichen stellen reicht nicht, der Zug muß kommen. Und die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist, verstehen die Leute, wenn man ihnen sagt, daß die Arbeitslosigkeit erst wieder weggehen kann, wenn der Aufschwung da ist und wenn er sich verwirklicht und umsetzt.

Eigene Themen. Ich bin auch der Meinung, daß wir ein eigenes Thema brauchen. Jedenfalls im Land Nordrhein-Westfalen wird das eigene Thema nicht das Friedensthema sein, sondern die Arbeitslosigkeit. (*Kohl:* Das ist überall so.) Das wird nicht nur die Arbeitslosigkeit sein, sondern wir müssen darüber reden, daß wir eine zweite Stufe, einen zweiten großen Schritt in der Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft nehmen müssen. Wir müssen nämlich auch den Arbeitsmarkt erneuern. Wir werden dazu, Helmut,

29 Vgl. dazu UiD vom 20. Januar 1983: „Protest gegen Zensur“.

noch ein paar Unterlagen liefern, noch ein paar Anregungen auch für Heiner Geißler. Ich bin überzeugt davon, daß wir damit einen Riesenbereich bei den Menschen mit Hoffnung erfüllen können, der im Augenblick vom Hoffnungsthema her am schwierigsten ist, weil die Arbeitslosenzahlen wachsen und weil man in eine wachsende Zahl nur sehr schwer Hoffnung hineininterpretieren kann. Wir werden aber versuchen, das zu tun; ich bin da sehr zuversichtlich. Im übrigen beurteile ich unsere Wahlaussichten sehr gut.

Zeitel: Ich habe noch drei Bemerkungen. Die erste bezieht sich auf die soziale Optik der sogenannten Investitionshilfeabgaben. Ich mache darauf aufmerksam, daß bei der gegenwärtigen Gestaltung der Steuer niemand Mühe hat, diese Abgabe zu umgehen. Wir müssen also rechtzeitig etwas unternehmen, daß wir nicht so tun, als würden wir soziale Optik herstellen und in Wirklichkeit jeder Millionär mit fünf Millionen Einkommen keinen Pfennig an Investitionshilfeabgabe zahlen kann. (*Geißler:* Wir machen ja was dagegen, Herr Zeitel. – *Unruhe. Diskussion.*) Ich mache nur darauf aufmerksam, daß rechtzeitig Vorsorge getroffen wird. Wir haben die Zahlen auf dem Tisch, für den Subventionsabbau sicher richtig, aber die ganze soziale Optik ist nichts. Das zweite, laßt wirklich endlich die Diskussionen sein. Sonst können wir uns das weitere sparen, sonst weiß niemand, was wir eigentlich wollen. Und das dritte, ich bin dagegen, daß wir uns zu sehr mit der Verteilungsfrage beschäftigen. Wenn es richtig ist, und ich teile die Meinung, daß die Arbeitslosenzahl ein ganz entscheidendes Feld ist, dann kann unser zentrales Angriffsthema doch nur sein, wir verteilen nicht die Arbeitslosigkeit, wir bringen die Arbeitslosen von der Straße! (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Danke schön. So, jetzt sind wir dann bei dem wichtigen Punkt, Wahlprogramm, das mit der CSU abgestimmt ist.

WAHLPROGRAMM DER CDU/CSU

Geißler: Das Wahlkampfprogramm liegt Ihnen vor, dieses Programm ist bis auf den letzten Nebensatz mit der CSU gestern noch einmal in einem sechsstündigen Telefongespräch abgestimmt worden. Das Parteipräsidium der CSU hat dem Programm, so wie es jetzt vorliegt, seine Zustimmung gegeben; die CSU befindet sich gerade in der Beratung, d. h. der Landesvorstand der CSU. Ich will jetzt zur Lage nichts sagen, sondern mich auf die Schwerpunkte dieses Programms konzentrieren. Man kann dieses Programm überschreiben mit drei Überschriften: „Fahrplan für den wirtschaftlichen Aufschwung“, „Eine Kampfansage an die Arbeitslosigkeit“ und „Ein Bekenntnis zu Frieden und Abrüstung“. Das sind drei Aussagen, unter die sich dieses Programm stellen läßt.

Ich komme auf das zurück, was Herr Wallmann und Herr Herzog gesagt haben. Wir fangen an in diesem Programm mit der Erblast und beschreiben, wie schwer diese Erblast ist, aber wir sagen, wir haben die ersten Voraussetzungen geschaffen, damit es wieder aufwärts geht. „Die ersten Erfolge unserer Politik werden sichtbar“, das steht auf der Seite 6, und ich bitte Sie, dies immer wieder zu hämmern. Erste positive Aussage: „Die Mark gewinnt an Stabilität und nimmt an Wert zu. Die Geldentwertung geht zurück. Die Zinsen sinken. Die Bauanträge haben sich verdoppelt.“

In dem Zusammenhang ein Wort zu der ganzen Wohnungsbausache. Man muß sich darüber im klaren sein, wir haben 16 Millionen Mietwohnungen mit 40 bis 45 Millionen Mietern. Wohnen ist wie das tägliche Brot. Wenn die Menschen Angst kriegen, daß sie

ihre Wohnung verlieren müssen, sei es durch eine Regierung, sei es durch ein Gesetz, sei es durch den Vorstand einer Gesellschaft oder was weiß ich, dann werden sie in Angst und Panik versetzt. Das heißt, mit der Mietengeschichte werden Existenzängste der Menschen mobilisiert. Aus dem Grunde, weil es in Hamburg ja funktioniert hat, wir haben es ja in Berlin auch gesehen, mußte das in einer wirkungsvollen Weise gestoppt werden. Wir haben Anzeichen dafür, und ich bitte alle, die solches hören, uns dies sofort mitzuteilen, daß zum Beispiel die Neue Heimat aufgrund auch von teilweise unterschiedlichen ländergesetzlichen Regelungen und aufgrund der alten Gesetzgebung plant, noch vor dem 6. März die Mieten zu erhöhen. Deswegen habe ich da also vorsorglich schon einen Warnschuß abgegeben, damit uns nicht wieder dasselbe passiert kurz vor der Bundestagswahl, daß die Mieten bei Millionen von Mietern in die Höhe gehen und uns das in die Schuhe geschoben wird. Natürlich, das ist ganz wichtig, muß herausgestellt werden, daß der beste Mieterschutz mehr Wohnungen sind. Die Mieter sind dann am besten geschützt – so hat es Norbert Blüm einmal gesagt –, wenn es mehr Wohnungen gibt als Wohnungssuchende. Das ist im Grunde der Kern unserer Aussage, was den Wohnungsbau anbelangt, dem wir auch in diesem Programm eine Schlüsselfunktion zuweisen.

Nun, die dramatische Situation, diese Wirtschaftskrise, die schwerste Wirtschaftskrise seit 1948, die die SPD verschuldet hat, erfordert besondere Maßnahmen. Hier darf ich Sie bitten, daß Sie die Seite 7 aufschlagen. Auf der Seite 7 werden nun die wichtigsten steuerpolitischen, haushaltspolitischen Entscheidungen zusammengefaßt, die auch Gegenstand des Gesprächs noch einmal am letzten Freitag gewesen sind, und in denen wir, Herr Zeitel, ja nun genau den Punkt, zumindest zu einem erheblichen Teil, ausräumen, den Sie genannt haben, daß nämlich zum Beispiel durch Abschreibungsgesellschaften jemand sein Einkommen praktisch auf null herunterschreiben kann. Das ist die Ziffer 5, ein sehr wichtiger Punkt, den Gerhard Stoltenberg völlig zu Recht in den letzten Wochen auch in den Vordergrund geschoben hat. Dies muß man im Zusammenhang sehen mit der Ziffer 7. Das heißt, wir werden die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfegabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern.

Ich will über das Wochenende nichts sagen. Ich meine, das darf einfach nicht mehr passieren. Wir müssen aus der Sache lernen, daß, wenn Gremien von uns zusammenkommen, halt unmittelbar darauf in Gottes Namen jemand autorisiert ist, die Sache zu verkünden und auch zu interpretieren. Über ein Wochenende hindurch ist die Sache einfach nicht zu halten. Das haben wir jetzt gesehen. Deswegen muß das Programm auch heute vorgestellt werden.

Also, die wichtigsten Punkte für den Mittelstand, die ertragsunabhängigen Steuern senken, die Vermögensbildung für Arbeitnehmer, sind ganz wichtig. Dann Familiensplitting, einschließlich Alleinerziehende. Dann eine Tarifänderung im Lohn- und Einkommensteuerrecht, die Steuersubvention, Abschreibungsgesellschaften, sechstens das Thema Eigenkapitalbildung. Ich darf zu diesem Punkt etwas Erläuterndes sagen. Das Parteipräsidium hat ja eine etwas ausführlichere Darstellung hier formuliert und gesagt, wer seine Gewinne reinvestiert oder wenigstens im Betrieb läßt, soll steuerlich günstiger dastehen als diejenigen, die den Gewinn entnehmen und konsumieren. Wir haben das jetzt in eine etwas allgemeinere Form gefaßt, um steuerlichen Problemen zu begegnen, die aus einer solchen Formulierung entstehen könnten. Aber das ist damit gemeint, daß wir in dieser Richtung nach dem 6. März etwas machen wollen. Ziffer 7 ist klar. Dann

eine Aussage auch gegen den Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung.

Ich nenne jetzt nur die konkreten Vorschläge dieses Wahlkampfprogramms und übergehe alle grundsätzlichen Begründungen. Der zweite wichtige Punkt ist Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Wenn neue Investitionen in der Zukunft auch mit steuerlichen Mitteln gefördert werden sollen, dann wollen wir, daß die Arbeitnehmer daran nicht nur beteiligt sind als Steuerzahler oder als Schuldenabzahler, je nachdem, wie man das finanziert, sondern als Mitträger und Miteigentümer. Wir haben hier vier Punkte genannt, wie diese Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand aussehen soll.

Drittens: Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze, also Investitionen auch in umweltschützende Maßnahmen. Wir haben am letzten Freitag noch eine zusätzliche Passage reingenommen wegen des Waldsterbens. Ich wäre sehr dankbar, wenn in Erläuterung dessen, was hier auf der Seite 9 steht, wir werden den Wald schützen usw., noch etwas Zusätzliches in der Zukunft gesagt werden könnte. Wir haben ja auch andere Punkte, wo wir etwas genauer und detaillierter Stellung nehmen, als dies in diesem Wahlkampfprogramm der Fall ist.

Vierter wichtiger konkreter Punkt: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Auf der Seite 10. Der Bundeskanzler wird ja genau zu diesem Punkt noch vor der Bundestagswahl in einer konzertierten Aktion mit ein paar beteiligten Verbänden eine Initiative ins Leben rufen.

Nächster wichtiger Punkt, also sozusagen Punkt 5: konkret qualitative Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört vor allem die Adresse an die Frauen. Teilzeitarbeit, Arbeitsplatzteilung und Aufforderung an die Tarifpartner, Entsprechendes und gleichzeitig flexible Lebensarbeitszeiten zu ermöglichen.

Ich überspringe jetzt zunächst einmal Frieden und Freiheit, das geht von Seite 12 bis zur Seite 20, und mache mit der Innenpolitik weiter. Der sechste konkrete Punkt ist unser Vorschlag, wir wollen eine Gemeinschaft mit einem menschlichen Gesicht und stellen zur Erfüllung dieses Ziels vor allem die Förderung der Familie in den Vordergrund. Hier Familienlastenausgleich verbessern durch familienfreundliche Ausgestaltung des Steuerrechts durch ein Familiensplitting. Weiterer wichtiger Punkt in dem Zusammenhang ist Gleichberechtigung der Frau, vor allem auch im Arbeitsleben, in der Arbeitswelt, und hier als weiterer wichtiger Punkt Erziehungsgeld, Partnerrente, Anrechnung von Erziehungsjahren und Gleichberechtigung beim Mutterschaftsgeld, wobei hier der Finanzvorbehalt kommt. Dieser Finanzvorbehalt, Herr Stoltenberg, ist auf Wunsch der CSU in dieser Form abgeändert worden. Ich finde, das ist auch gar nicht schlecht, wie die das da gewollt haben. Sie sagen, wir wollen die Ziele verwirklichen, leider hat die Mißwirtschaft der von der SPD geführten Regierung seit 1969 die finanziellen Voraussetzungen dafür zunächst zerstört, wir werden alles tun, um sie wieder zu schaffen. Dann ist noch einmal die Teilzeitarbeit angeführt und schließlich die Aussage „Die Union ist Anwalt der älteren Mitbürger“, das heißt, die Rentner werden hier noch einmal in einer besonderen Aussage angesprochen. Hier ist eine sehr gute Formulierung gefunden worden nach meiner Auffassung: „Wir haben die Renten wieder sicher gemacht. Zum 1. Juli 1983 steigen die Renten um 5,6 Prozent. Die Rentner können uns vertrauen: Die Rente wird nicht gekürzt. ... Deshalb muß die Rente beitrags- und leistungsbezogen bleiben.“ Und dann eine grundsätzliche Aussage: Eigeninitiative und weniger Staat als eine grundsätzliche Alter-

native gegenüber der SPD, der wir vorwerfen, in den vergangenen 13 Jahren den Trend zu Kollektivismus, Bürokratie, Anonymität verstärkt zu haben, während wir eine andere Gemeinschaft wollen, eine Gemeinschaft mit mehr Eigeninitiative, Eigenverantwortung und mit überschaubaren Lebensräumen.

Stoltenberg: Ich will mit Blick auf die Uhr, weil wir jetzt zur Pressekonferenz eingeladen sind, nur einen Punkt hier aufnehmen. Wir bekommen natürlich wahrscheinlich schon heute mit der FDP und mit einigen anderen eine Debatte über das Thema, ihr habt aufgrund der Koalitionsvereinbarung ja nun diese Investitionshilfeabgabe im Dezember rückzahlbar beschlossen. Ist es denn vertretbar, so werden manche fragen, wir haben ja Vorgriff heute in einigen Kommentaren, dies jetzt wieder zu ändern? Da muß jetzt sehr sorgfältig formuliert werden. Ich werde auf Vorschlag des Vorsitzenden mit Heiner Geißler nachher zur Pressekonferenz gehen und diesen Teil in der Darstellung und Kommentierung übernehmen, während der Generalsekretär selbstverständlich das Gesamtprogramm darstellt. Ich will nur mal zu diesem Punkt die Argumentation sagen, die ich jetzt nach langer Überlegung für vertretbar halte. Erstens entspricht es der reinen Wahrheit zu sagen – daran muß man die Journalisten und die Öffentlichkeit erinnern –, daß es die überwiegende Meinung der CDU/CSU Ende September bei den Koalitionsgesprächen war, es so zu machen, wie wir es jetzt wollen. Ich sage „die überwiegende Meinung“ und lasse mich auf Diskussionen über Einzelheiten nicht ein, weil es eine vollkommen einheitliche Beurteilung damals nicht gab. Aber die CSU-Freunde haben uns nochmal bestätigt am Freitag, daß bei ihnen ja eine ähnliche Debatte stattgefunden hat: überwiegende Meinung bereits im September. Wenn das jemand bezweifelt, dann empfehle ich ihm nochmal die großen deutschen Zeitungen Ende September nachzulesen, da ist ja auch einiges berichtet, manchmal durch eine Indiskretion, aber nur sehr selten. Daran werde ich erinnern.

Ich werde zweitens sagen, das Ergebnis war ein Kompromiß bei den Koalitionsverhandlungen. Die Freien Demokraten waren aus Gründen, die sie zu vertreten haben, dagegen. Es war ein Kompromiß. Ich werde drittens darauf hinweisen, so war meine Vorstellung, zu sagen, daß wir eine Antrags- und Diskussionslage haben aus breiten Teilen der Partei – wir machen ja ein Parteiprogramm –, aber auch Stimmen aus Wirtschaft und Gewerkschaft, wo dies erneut als eine Forderung gekommen ist. Ich werde mich mit dem Argument des Vertrauensschutzes auseinandersetzen und werde sagen, das ist ein ernstes Argument, wir haben das geprüft. Wir sind der Überzeugung, wenn wir vor der Wahl in einem Parteiprogramm dies offen sagen, daß dann der mündige Wähler ja auch diese Absicht beurteilen und diskutieren kann und darüber mitentscheidet. Insofern ist dies nicht ganz frei von einer gewissen Problematik, wenn man ein Gesetz verabschiedet. Wir haben uns zu einer einfachen Regelung entschlossen ohne Erörterung von Einzelbestimmungen, sondern zu einer Generallinie. Das Gesetz ist beschlossen, es soll novelliert werden mit dem Ziel der Umsetzbarkeit. Es muß einfach sein, es muß verständlich sein. Vertrauensschutz, das ist ein ernstes Argument. Wenn wir es vor der Wahl sagen, dann kommt ja die Frage, was macht ihr nach der Wahl? Da kann man nur sagen, wir werden, wenn wir die Mehrheit gewinnen, dies machen und sollten wir in Koalitionsverhandlungen eintreten, das hängt vom Wahlergebnis ab, dies mit allem Nachdruck vertreten. Und da bitte ich, keine weiteren Debatten zu führen, ob das unverzichtbar ist, ob daran eine Koalition scheitert, sondern wenn es zu Koalitionsverhandlungen kommt, dies

mit allem Nachdruck als einen essentiellen Punkt zu vertreten. Aber ich würde abraten – Sie kennen ja die Methoden unserer Journalisten – zu sagen, daran scheitert die Koalition, sondern dies mit allem Nachdruck vertreten als einen zentralen Punkt für unsere Politik.

Ich wollte mal die fünf Punkte hier vortragen, weil ich glaube, das ist eine Möglichkeit. Und es sieht natürlich im Gesamtzusammenhang der acht Punkte so ganz anders aus, als es in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit behandelt worden ist.

Biedenkopf: Ich bin einverstanden. Ich habe eine Anregung, daß wir beim Verkauf den Begriff Solidaritätsbeitrag oder Solidaritätsoffer verwenden, um wegzukommen von dem Begriff Investitionshilfeabgabe. (*Stoltenberg:* Nur, das ist das Gesetz. Wir können ja sagen, das ist ein Solidaritätsbeitrag. – *Unruhe. Diskussion.*) Ich meine, für den Verkauf jetzt. Wenn wir sagen, wir wollen von allen einen Solidaritätsbeitrag auch von den Besserverdienenden, deshalb werden wir das tun. Das ist doch die Begründung. Wenn ich das noch sagen darf aus meinen Gesprächen, würde ich hier raten, das zu tun und den Leuten sagen, wir wollen auch diejenigen, die besser verdienen, in die Lage versetzen zu sagen, wir leisten einen Beitrag. Jetzt wird uns gesagt, ihr kriegt euer Geld ja wieder. (*Unruhe. Diskussion.*) Beitrag, das wäre egal, wie es formuliert wird, nur, daß es einen eigenständigen Begriff gibt. Es gibt einen neuen Vorgang. (*Stoltenberg:* Für die Kommentierung.)

Geißler: Gut, darf ich einfach nochmal zur Information zu diesem Thema bitten, doch vielleicht auch einmal zu sagen und es auch nochmal zu tun, von den 5,6 Milliarden Mark an Einsparungen im Bundeshaushalt insgesamt, also im Haushalt, tragen die Höherverdienenden 1,3 Milliarden. Das ist fast ein Viertel des Einsparungsvolumens, das von den Höherverdienenden getragen wird über das Kindergeld. Das heißt, alle, die mehr verdienen als 62.000 Mark brutto, bringen diese 1,3 Milliarden Mark auf, das ist jetzt etwas grob, weil wir die 300 Millionen mit dem Kinderbetreuungsbetrag noch haben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Waffenschmidt: Ich habe die herzliche Bitte, auf Seite 24 „Gesetze und Verordnungen, die den Bürger unnötig reglementieren, werden wir abschaffen“, noch „Bürger, Städte und Gemeinden“ einzufügen. Die SPD macht heute ein Programm, wo etwas zur Kommunalpolitik steht. (*Unruhe. Diskussion.* – *Geißler:* Das kann man in der Redaktion machen. – *Kohl:* Da sehe ich kein Problem.) Das Nächste ist, bei dem Lebensraum zu ergänzen, „wir stärken die kommunale Selbstverwaltung“, das deckt sich ja, aber das muß wenigstens vorkommen. (*Geißler:* Was muß vorkommen?) Städte und Gemeinden, Stärkung der Kommunalverwaltung.

Kohl: Ja, das kann man ja in der Redaktion einfügen, das ist ja keine Veränderung in der Sache.

Dregger: Ich freue mich sehr, daß dieser Solidaritätsbeitrag übereinstimmend von CDU/CSU beschlossen worden ist. Ich habe ihn immer für notwendig gehalten, wenn auch meine Freude etwas gedämpft ist – ich darf das kurz ansprechen – dadurch, daß einer meiner Mitarbeiter, der seit zehn Jahren eigentlich fehlerfrei arbeitet und der nun kommissarisch Pressesprecher der Fraktion ist, in diese Indiskretion eingebunden ist. Er ist nicht die Quelle der Indiskretion, sondern er ist erst, nachdem die lief, sehr detailliert von einem Journalisten dazu verführt worden, eine Teilbestätigung zu geben. Ich habe das scharf kritisiert. Aber ich muß für ihn haften, wenn er das gemacht hat. Aber wie gesagt, er ist nicht die Quelle der Information, und er hat vor allem nicht die Indiskretion

vor Wochen begangen, die ja dann zu dieser unerfreulichen Debatte in der Öffentlichkeit geführt hat.

Zum Argument des Vertrauensschutzes: Ich glaube, es greift hier nicht. Denn es ist ja nicht so gewesen, daß man freiwillig eine Investitionsanleihe gezeichnet hätte im Vertrauen darauf, daß man sie wiederbekommt. Und das würde dann ja in der Tat ein Bruch des Vertrauens sein, wenn man dann sagt, ihr kriegt das nicht wieder. Das war eine Zwangsanleihe und diese Zwangsanleihe, in die niemand Vertrauen investieren konnte, wird nun in eine Zwangsabgabe verändert. Ich würde also diesen Aspekt des Vertrauensschutzes hier gar nicht eingebracht sehen. Und dann sollte man vielleicht erwähnen, daß das, was wir hier beschließen, sich unterscheidet von dem, was die SPD vorhatte, weil wir nämlich die investierende Wirtschaft ausnehmen. (*Kohl*: Das ist ganz wichtig! Wer investiert, ist in der Sache nicht getroffen. Da hat sich nichts geändert.) Da unterscheiden wir uns grundsätzlich von der SPD.

Laurien: Wir wollen doch auch die Sprachregelungen abstimmen. Auf Seite 7 unter Nummer 3 steht, wir werden „die Leistung der Familien wie der alleinerziehenden Mütter und Väter für ihre Kinder steuerlich wirksamer berücksichtigen“. Mit dieser Aussage könnte auf das Gesamtkonzept einer Neuregelung der Familienzulage, des BAföG usw. verwiesen werden. (*Kohl*: Also BAföG nicht!) denn es ist, meine ich, doch sehr wichtig, den Gruppen, mit denen wir es im Wahlkampf zu tun haben, zu sagen, das muß man trennen, daß es nicht nur bei Schülern eine Kilometergrenze gibt, die die bayrischen Internate schützt, sondern daß es auch eine Sozialbarriere gibt, wo dann in einer Familie mit 1.100 Mark Elterneinkommen eben nicht ein Nein zu einer Förderung gesetzt wird. Ich meine, wenn wir diese alte CDU-Forderung, ein Gesamtkonzept aus Familienförderung und Steuerregelung von Bildungsförderung übernehmen wollen, wenn wir das bejahen, sollten wir eine Übergangsregelung bringen, die uns aus den Vorwurf, daß wir die Armen rauskatapultieren, herausbringt und die auch die alte Adenauer-Linie vertritt, daß ein Fähiger nicht allein aus Finanzgründen von seinem Leben ausgeschlossen werden darf.

Stoltenberg: Also, der Punkt Familienlastenausgleich, auch mit der Ausgestaltung mit dem Splitting kommt ja noch gesondert. Insofern wäre ich dankbar, wenn wir diese knappe steuerpolitische Seite jetzt nicht noch erweitern. Das kommt, Heiner Geißler hat darauf hingewiesen, später. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, aber liebe Frau Laurien, ich finde, daß das im Rahmen eines solchen Programms methodisch richtig ist.

Ich wollte noch etwas sagen aufgrund der Nachrichtenlage von Sonnabendfrüh, nachdem also ein Kreis von hochgeschätzten Bildungspolitikern am Freitag in Berlin getagt hat, hatte ich am Sonnabendfrüh in einer großen Regionalzeitung, die spät Redaktionsschluß hat, bei den anderen kam die Agenturmeldung Gott sei Dank zu spät, ein dort vertraulich erörtertes Konzept in allen Einzelheiten gelesen unter Nennung der Anwesenden – Sonnabendfrüh, „Flensburger Tageblatt“³⁰ war wahrscheinlich nicht die einzige Zeitung –, dem ich nicht zustimmen kann, liebe Frau Laurien. Ich wäre dankbar, wenn wir mit diesem Problem unser Programm jetzt nicht verbinden, sondern wie es im Präsidium vereinbart ist, über vertrauliche Überlegungen, die dann noch etwas allgemeiner sein müßten in diesem Stadium, dann nochmal im Präsidium reden können. Aber ich

30 Nicht ermittelt.

will das jetzt nicht in die Sachdebatte aufnehmen. Das, was dort in der Zeitung stand und was mir unter dem Siegel der strengen Vertraulichkeit ein paar Stunden später mein Freund Peter Bendixen mitteilen konnte, kann von mir nicht akzeptiert werden aufgrund der Beschlußlage der Fraktion und der Debatten vor dem Dezember. Deswegen empfehle ich jetzt, nicht unsere Programmdiskussion damit zu verbinden, sondern auf das zurückzukommen, was wir im Präsidium intern verabredet hatten. Ich will nur sagen, es wird weiter geprüft, ob sich ein Weg finden läßt, nach meiner Meinung unverändert im Verantwortungsbereich der Länder, eine bestimmte, wie es immer wieder bezeichnet wurde, Härteregelung zu finden. Wir können auch in der nächsten Präsidiumssitzung darüber nochmal reden, aber, lieber Herr Kollege Wörner, ich will auch nicht über weitere Sparmaßnahmen reden. Nur, wenn vor zwei Tagen in vielen deutschen Zeitungen steht, daß im Wohnungsbauministerium eine Neuregelung zum Wohngeld vorbereitet werde, dann werde ich gefragt, nachdem wir gerade Beschlüsse gefaßt haben und jetzt am Sonnabend da steht, es wird nun doch daran gedacht, den Bund wieder gesetzlich zu verpflichten beim BAföG. Ich bitte nur darum, daß wir das nicht weitergeben. Ich äußere mich im Augenblick nicht dazu. Ich werde mich dazu äußern, wenn das so weitergeht. Deswegen meine Bitte, daß wir diesen Punkt nochmal, wie besprochen, vertraulich im Präsidium erörtern, aber unter Prämissen, die der damaligen Diskussion entsprechen.

Kohl: Also, ich kann nur sagen, ich bin dafür, daß überhaupt nach dem heutigen Tag keine weiteren Erörterungen über das Papier hinaus gemacht werden, und ich werde auch entsprechend öffentlich reagieren. Damit das ganz klar ist. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir in einen Wahlkampf gehen können, wo jeder sein Thema – ich habe nichts gegen die Themen – in einer Weise behandelt, als gäbe es die übrigen Themen nicht. Für uns muß gelten, jetzt, ab 13 Uhr wird nach der Linie marschiert. Punkt! Aus! Feierabend! Alles andere ist sinnlos. Wenn wir jetzt nochmal anfangen an dem Punkt und an jenem Punkt, es gibt eine Menge Punkte, die noch erweitert werden könnten, ist das nicht zu halten bei dieser Kürze des Wahlkampfes, und jetzt füge ich auch hinzu, bei dem Problem, sich mit der Schwesterpartei abzustimmen. Wer dabei war, weiß ja, wie unendlich schwierig das ist. Denn die, die jetzt von Bayern da dabei sind, werden zu Hause die Position nicht vertreten, das haben wir ja auch alles erlebt, sondern das läuft ja dann ganz anders. Da werden wir mit Sicherheit untergehen. Ich schlage also dringend vor, daß wir es jetzt bei dem Text lassen, daß wir Erwägungen dieser Art durchaus anstellen, wir haben ja noch Zeit bis dorthin, aber das darf nicht das Wahlprogramm sprengen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Laurien: Ich habe versucht, auf meinem Sachstand, auf der Seite 7 und nachher auch noch an einer anderen Stelle, sozusagen Brückensätze zu finden, die uns nicht jetzt in das totale Chaos bringen. Denn das ist eine schlechte Sache. Herrn Albrechts Initiative ging ja damals auch in die Richtung, den Ärmsten der Armen etwas zu geben. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist ein Jugendthema, das ist auch ein Leistungsthema und eben nicht nur ein Finanzthema. Deshalb meine ich, daß das Thema so noch nicht abgeschlossen ist. Denn in den Wahlversammlungen werden wir gefragt, und da können wir nicht sagen, jetzt am Soundsovielten wurde in Bonn beschlossen, daß wir nichts dazu sagen. Ich habe wirklich oft genug in meinem Leben, glaube ich, Solidarität mit der Partei bewiesen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, Frau Laurien, zum BAföG haben wir ja nun die Erklärungen der Bundesregierung, des zuständigen Ministeriums, was das übrig gebliebene BAföG anbelangt. Die Härterege lungen sind ja darin enthalten, und dann muß eben darüber hinaus gesagt werden – das kann man ja auch –, daß auf der Länderebene die zusätzlichen ergänzenden Maßnahmen getroffen werden müssen.

Laurien: Verzeihen Sie, das ist doch genau der Punkt. Es geht darum, daß die Härterege lungen fortgeschrieben wird, (*Stoltenberg:* Nein, das ist gegen die Beschlußlage!) ob das nun die Länder machen sollen oder Bund und Länder. Diese Streitpunkte werden für uns auch nach der Wahl nicht verändert sein. (*Unruhe. Diskussion.*)

Dregger: Ich habe aus der Presse entnommen, daß das Land Rheinland-Pfalz bezeichnenderweise der Entschließung der Bundestagfraktion folgt, eine besondere Begabtenförderung ins Leben zu rufen, die das aus finanziellen Gründen eingeschränkte Massen-BAföG ergänzt. Das ist auch verdammt notwendig, denn wir können keine Talente verlorengelassen. Wir brauchen nicht 150.000 arbeitslose Lehrer, aber wir brauchen wieder ein paar Nobelpreisträger. Und diese Talente zu entdecken und zu fördern, das ist eine Aufgabe, die der Kulturhoheit der Länder entspricht. Es wäre sehr schön und eine große Entlastung für uns, wenn das Beispiel von Rheinland-Pfalz vielleicht auch noch von anderen CDU-regierten Ländern nachgeahmt würde, damit nicht der falsche Eindruck entsteht, weil die Eltern wenig Geld haben, kann keiner etwas werden, auch wenn er hochtalentiert ist. Das muß dahinterstehen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Vogel: Ich will nur ganz klar hier sagen, was Herr Dregger gesagt hat, stimmt. Es spricht sich ja langsam herum, ich habe Landtagswahlen. Wir haben ein Programm mit ganz knappen bürokratischen Maßnahmen, damit es auch durchführbar ist, wo wir Leute, die tatsächlich hochbegabt, aber einkommensschwach sind, unterstützen werden.

Albrecht: Also, wir sprechen nur von dieser Rentengruppe mit wirklich ganz niedrigen Einkommen? (*Stoltenberg:* Ja!) Dazu sage ich auch immer, hier bleibt ein Problem. Im Augenblick haben wir es geregelt bei der Härterege lungen, aber wir müssen eine dauerhafte Lösung finden, und wenn der Bund die Regelung nicht findet, dann treffen wir die als Länder. Dann treffen wir sie als Länder. (*Kohl:* Dahin gehört es ja auch.) Das kann ich verantworten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, ich muß noch einmal sagen, wir werden mit der Debatte mit Sicherheit einbrechen, wir werden uns auch nicht einigen mit der CSU, das muß man ganz klar aussprechen, und auch aufgrund der sonstigen Beschlußlage, wenn wir hier jetzt versuchen, das in dieses Papier reinzubringen. Eine ganz andere Frage ist, das war ja eigentlich auch der Sinn der Beauftragung an die beiden Kollegen und Kolleginnen, daß wir unter uns nochmal vor dem 6. März überlegen, was es für einen Weg gibt. Aber das muß nicht darin niedergeschrieben werden. Und, Frau Laurien, es ist natürlich wirklich so, wir bringen gar nichts zuwege, wenn eine Konferenz zusammentritt, ich habe es Ihnen ja schon in Berlin gesagt, und Stunden danach das ganze Papier unter die Leute gebracht wird. Wir können die Konferenz vergessen.

Gradl: Ich wollte noch etwas sagen zum Thema Deutschlandpolitik. (*Kohl:* Herr Gradl, Änderungen sind nicht konsensfähig mit der CSU. Das ist ausdiskutiert worden. Diese Formulierung war einer der kritischsten Punkte. – *Unruhe. Diskussion.*) Dann mache ich doch darauf aufmerksam, die Auflage des Bundesverfassungsgerichts sagt ausdrücklich, daß Deutschland durch die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht nicht unterge-

gangen ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn nun aber hier im Wahlprogramm das für die Politik als Aufgabe steht, dann kann man uns natürlich auch unterstellen, und das brauche ich nicht zu erklären, was damit gemeint ist, daß wir ganz anders dies bei der SPD und FDP sehen.

Der zweite kritische Punkt steht auf Seite 18 Abs. 2: „Jede auf Nachgiebigkeit, Illusionen und Vorleistungen aufgebaute Deutschlandpolitik ist, wie in den letzten 13 Jahren, zum Scheitern verurteilt.“ Irgendwie müssen wir ja mit unseren Aussagen in Übereinstimmung bleiben. Wir können nicht auf der einen Seite uns darauf berufen, daß unsere Deutschlandpolitik eine Politik der Kontinuität ist, wie wir es zum Beispiel vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen wiederholt gesagt bekommen, und hier dann gleichzeitig sagen, aber diese Politik ist nur zum Scheitern verurteilt gewesen.

Geißler: Also, lieber Herr Gradl, ich will jetzt aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, aber allein zu den beiden Punkten, die Sie gerade angesprochen haben, habe ich ungefähr je eine Dreiviertelstunde gestern am Telefon diskutiert. Was da jetzt herausgekommen ist, hieß zunächst ganz anders. Es steht jetzt im übrigen drin, das darf ich sagen, hierbei geht es um das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes und um den Fortbestand des Deutschen Reiches im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Also, das ist da noch reingebracht worden. Alles ist halt letztendlich zwischen den beiden Schwesterparteien auch ein Kompromiß. Ich bin heute vormittag, das darf ich auch sagen, mit dem zuständigen Ressortminister, mit Rainer Barzel, Wort für Wort die Sache nochmal durchgegangen, und er sagt, wir können diese deutschlandpolitischen Passagen, so wie sie jetzt sind, vertreten.

Wörner: Ich habe einen Punkt auf Seite 23. Es heißt da: „Die Renten werden auch in Zukunft wie die Einkommen der Arbeitnehmer weiter steigen.“ Ich frage, kann man diesen Satz nicht streichen? (*Unruhe. Diskussion.* – *Stoltenberg:* Wir haben das lange beredet, es gab andere Formulierungen, „wie die Einkommen der Arbeitnehmer“ zeigt den Trend. – *Unruhe. Diskussion.*) Herr Kohl, mal unter uns: Wir wecken natürlich bestimmte Hoffnungen mit diesem Satz.

Kohl: Ja, die Renten werden ja auch steigen, wenn die Einkommen steigen.

Stoltenberg: Es gab andere Formulierungen, die nach langer Debatte nicht für gut gehalten wurden, und dieses „wie die Einkommen“ läßt die Anpassungsformel offen. Ich glaube, ich halte das auch nach langer Debatte am Freitag für richtig. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: So, ich muß jetzt abstimmen lassen. Wer dem Entwurf in der vorliegenden Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe. Enthaltungen. Damit stelle ich fest, das Wahlprogramm ist einstimmig angenommen. (*Beifall.*)

VERSCHIEDENES

Zum Punkt Verschiedenes darf ich dann die Frage von Kurt Biedenkopf gerade aufgreifen, was Nordrhein-Westfalen betrifft. Sind das jetzt die Bundesredner? Kurt, das sieht aber nicht schlecht aus. Also, das ist jetzt hier mal bezogen aufs Ruhrgebiet. Das sind in Duisburg neun, in Essen zehn, in Mülheim ... (*Radunski:* Das sind alle Bundesredner, das stimmt. Aber auf A-Liste treten etwa sechs, sieben Bundesminister auf.)

Biedenkopf: Ich will das jetzt hier nicht vertiefen.

Geißler: Was ist denn da gesagt worden? Nur einer? Nur ein Bundesredner? In Westfalen? (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Also, ich schlage vor, daß Ihr Euch nochmal zusammensetzt.

Geißler: Wir setzen uns nochmal zusammen, dann gucken wir mal, was wir noch zusätzlich machen können. Okay, alles klar.³¹

Kohl: So, weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Sitzung und bedanke mich.

31 Wahlkampftermine mit den jeweiligen Rednern in UiD 1983 Nr. 2–8 (Schlußseiten).

Bonn, Montag 31. Januar 1983

Sprecher: Biedenkopf, von Bismarck, Dregger, Geißler, Gradl, Griesinger, Herzog, Kohl, Neumann, Pieroith, Scherer, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Bernhard Vogel, Wissmann, Zeyer.

Politische Lage.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 13.00 Uhr

Geißler: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstandes der CDU und begrüße Sie alle sehr herzlich. Der Bundeskanzler wird gegen halb zwölf, viertel vor zwölf an der Bundesvorstandssitzung teilnehmen, muß aber dann früher wieder weg wegen des Besuches des amerikanischen Vizepräsidenten.¹ Wir haben von zehn bis elf gerade im Parteipräsidium die Lage erörtert. Ich schlage Ihnen vor, daß ich Ihnen einen kurzen Bericht gebe über die Lage jetzt fünf Wochen vor der Bundestagswahl und Sie informiere über die Hauptwahlaussage in den letzten fünf Wochen bis zur Bundestagswahl, d. h. auf die Thematik, auf die wir uns in der Wahlkampfauseinandersetzung zu konzentrieren haben, und daß wir darüber dann eine Aussprache eröffnen. Es wird dabei nicht ausbleiben, daß wir auch über die Frage der öffentlichen Medien, vor allem der elektronischen Medien hier ein Wort sprechen. Ich will Sie auch hinsichtlich dieses Punktes über Fakten informieren und Vorbereitungen, die in diesen Zusammenhang gehören.

Es ist gar keine Frage, daß es um die Jahreswende – wir haben bei der letzten Bundesvorstandssitzung über diesen Punkt bereits geredet – einen gewissen Stimmungsumschwung gegeben hat im Vergleich zu dem, was noch vor vier Monaten oder vor fünf Monaten in der Demoskopie zu erfahren war. Ein Hauptgrund lag in der Hamburger Bürgerschaftswahl, subjektiv gesehen, objektiv war die Hamburger Bürgerschaftswahl natürlich kein Anlaß, denn die Hamburger Bürgerschaftswahl ist unter Bundestagsverhältnissen durchgeführt worden mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung und mit bundespolitischen Themen. Die Christlich Demokratische Union hat unter diesen Bedingungen in Hamburg hervorragend abgeschnitten. Das Hamburger Wahlergebnis hochgerechnet auf das Bundesgebiet hätte uns glatte 50 Prozent auf der Bundesebene beschert. Aber subjektiv ist es ganz sicher so gewesen, daß vor allem unsere eigenen Mitglieder durch dieses Wahlereignis in der Siegeserwartung etwas gedämpft worden sind. Das hat auf der anderen Seite den positiven Faktor ausgelöst, daß der eine oder andere, der gedacht hatte,

1 George Herbert Walker Bush (1924–2018), amerikanischer Politiker (Republikaner); 1966–1970 Mitglied des Repräsentantenhauses, 1971–1973 Botschafter der USA bei der UNO, 1976/77 Leiter des CIA, 1980–1988 Vizepräsident, 1989–1993 41. Präsident der USA. – Bush hielt sich bei seiner Europareise vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 in Bonn und West-Berlin auf (AdG 1983 S. 26333–26337, AAPD 1983 Dok. 27 und 28).

die Sache sei schon gelaufen, dann aufgewacht ist. Die Stimmung zugunsten der Union zieht inzwischen wieder an. Helmut Kohl wird nachher, wie er mir gesagt hat, auch einige neue Zahlen bringen, die dies untermauern.

Die Situation FDP-Parteitag², das muß hier im Zusammenhang genannt werden, ist so, daß die Freien Demokarten massiv um Zweitstimmen werben werden, weil sie die Chance sehen, mit Hilfe dieser Zweitstimmenwerbung über die fünf Prozent zu kommen. Unsere Position im Wahlkampf muß eindeutig und klar sein. Das müssen wir auch in der Öffentlichkeit laut und deutlich sagen, daß wir keine Stimmen zu verschenken haben und daß wir auch bis zum 6. März ganz selbstverständlich um beide Stimmen werben werden.

Wir haben in den vergangenen 14 Tagen einige hervorragende Veranstaltungen gehabt, die Regionalkonferenzen waren außerordentlich gut besucht und alle von Anfang bis zum Ende sich steigernd von einem sehr großen Optimismus getragen. Die Zustimmung der Teilnehmer war großartig bis enthusiastisch. Der Höhepunkt war ganz zweifelsfrei die Konferenz der Frauen in Wolfsburg in der letzten Woche am Dienstag und gestern die großartige Jugendveranstaltung in Köln am Nachmittag, 10.000 bis 12.000 Teilnehmer, über 10.000 junge Leute von halb zehn Uhr morgens bis nachmittags um 17 Uhr.³ Alle begeistert, einsatzbereit und ich wünschte mir, daß die Einsatzfreude und die Begeisterung und der Kampfeswille, der sich hier bei diesen 10.000 jungen Leuten gezeigt hat, sich wirklich überträgt und überschlägt bis in unsere Ortsverbände hinein. Wie ich überhaupt den Eindruck habe, daß bei unseren Sympathisanten und Wählern der Kampfesgeist manchmal größer ist als bei dem einen oder anderen Mitglied oder Funktionär auf der einen oder anderen Ebene. Aber das ist ja nun wirklich im Kommen.

Ich möchte also allen herzlich danken, die an diesen großartigen Veranstaltungen mitgewirkt und vor allem die Vorbereitungen getroffen haben. Wir machen ja auch weiter. Wir haben am nächsten Samstag eine große Arbeitnehmerkonferenz in Dortmund, also mitten im Ruhrgebiet, und dann am Dienstag darauf noch einmal eine große Konferenz mit älteren Mitbürgern in Böblingen, getragen von der Partei in Baden-Württemberg, aber auch von dem dortigen Seniorenbund. Herr Löffler⁴ ist hier der Initiator und der Leiter dieses Seniorenbundes. Wir haben dann in dieser Woche den Friedenskongreß. Außerdem wird der Bundeskanzler in dieser Woche noch eine Initiative darstellen zur Beschaffung von Ausbildungsplätzen – welche Zahl er da nennen wird, das kann ich jetzt nicht vorwegnehmen –, für einige 10.000 Ausbildungsplätze für arbeitslose und ausbildungsplatzlose Jugendliche.

Diese Wahlkampfauseinandersetzung bedeutet für die Union ganz sicher die schwierigste und schwerste Auseinandersetzung seit vielen Bundestagswahlen. Wir haben es in dieser Auseinandersetzung natürlich auch damit zu tun, daß wir, so ist mein Eindruck, in einem verstärkten Umfang sogar gegenüber früher große Schwierigkeiten haben, bei den elektronischen Medien durchzukommen. Auch bei unserer Mitgliedschaft ist eine, fast

2 Außerordentlicher FDP-Bundesparteitag am 29./30. Januar 1983 in Freiburg.

3 Frauenforum der CDU in der Stadthalle Wolfsburg am 25. Januar 1983; CDU-Jugendwahlforum im Congress-Centrum in Köln am 30. Januar (vgl. UfD vom 3. Februar 1983: „Helmut Kohl: Wir werden es schaffen“).

4 Alfred Löffler (1909–1989), Winzer, Politiker (Zentrum, CDU); 1948–1977 Bürgermeister von Ballrechten-Dottingen, 1956–1976 MdL Baden-Württemberg, 1979 Gründer und Vorsitzender der CDU Senioren-Union in Baden-Württemberg.

möchte ich sagen, sich empörende Wut vorhanden. Auf allen Veranstaltungen braucht man das Wort elektronische Medien nur in den Mund zu nehmen, dann bricht der ganze Unmut von tausenden von Teilnehmern durch. Ich möchte hier das nebenbei auch mal sagen – ich sage das den Verantwortlichen in den Fernsehanstalten auch immer, wenn ich mit ihnen intern ins Gespräch komme –, es kann den öffentlich-rechtlichen Medien eigentlich nicht gleichgültig sein, wenn die größte Partei in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren immerhin 18 Millionen Wählern vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehwesen einen solchen Eindruck hat. Das kann auf die Dauer nicht ohne Auswirkungen bleiben, auch für die Medien selber.

Es ist ganz zweifellos so, daß wir uns gegen eklatante Benachteiligungen wehren müssen, nicht nur im Fernsehen, ich beziehe beide Anstalten hier mit ein, wobei an dem einen Tag die eine Anstalt sich etwas unterscheidet von der anderen und dann ist es wieder umgekehrt. Wir müssen genauso einbeziehen die Hörfunkprogramme, die eine außerordentlich große Wirkung haben. Wir werden morgen bzw. übermorgen im „Monatsblatt“, das an alle Mitglieder verschickt wird, alle Telefonnummern der Fernsehanstalten und Rundfunkanstalten abdrucken und unsere Mitglieder auffordern, sich die Berichterstattung und auch die Fernsehberichterstattung, soweit sie das beurteilen können, nicht mehr gefallen zu lassen, sondern von unten her die betreffenden Redaktionen anzurufen und zu protestieren. Wir haben im Präsidium darüber gesprochen, daß wir auch entsprechende Schritte einleiten werden, über die Medienräte vorzugehen, wo es sich um nachweisbare eklatante Verstöße handelt, auch gegen die Staatsverträge, gegen die Rundfunkgesetze, überhaupt gegen die Grundsätze des fairen Journalismus. Wir stellen im Moment Fakten zusammen, was sich in den letzten 14 Tagen abgespielt hat. Wir werden darüber noch einmal beraten müssen, welche Möglichkeiten wir aufgrund dieser Fakten dann darüber hinaus ergreifen können.

In den kommenden fünf Wochen wird es nun entscheidend darauf ankommen, den Bürgern klarzumachen, worum es am 6. März auf den Punkt gebracht geht. Die Sozialdemokraten haben eine Strategie entwickelt, die darauf hinausläuft, uns in Watte laufen zu lassen, alle Konturen verschwimmen zu lassen, d. h. möglichst undeutlich zu machen, wer eigentlich die Verantwortung trägt für die Wirtschaftskrise, und uns in Themen hineinziehen, in der Außenpolitik zum Beispiel, wo der Bürger nachher nicht mehr richtig weiß oder nicht mehr richtig erkennen soll, mit Unterstützung der Medien, welche Position die eine Partei hat und die andere nicht. Dieser Nebel muß zerteilt werden, und deswegen müssen die kommenden fünf Wochen eindeutige und klare Aussagen zu dem Punkt bringen, um den es am 6. März geht, und der für uns auch die Chance bedeutet, die Wahl eindeutig zu gewinnen. Bei allen demoskopischen Umfragen, die wir besitzen, ist etwas eindeutig und klar: Bei der Sonntagsfrage hat sich hinsichtlich der Wählerpräferenz relativ wenig verändert. Insoweit ist hier eine stabile Situation vorhanden. Die FDP hat etwas angezogen in der Demoskopie zu unseren Lasten, das ist klar. Es hat sich aber nicht verändert erstens die Aussage, daß die Erblast bzw. das Schuldenmachen, all das, was mit negativen Epitheta versehen ist hinsichtlich der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik, von den Bürgern tatsächlich als etwas Negatives angesehen wird. Also zum Beispiel auf die Frage „Halten Sie die Aussage der Bundesregierung über die schwere Erblast der Staatsverschuldung für übertrieben oder nicht übertreiben?“ sagen zwischen 60 und 70 Prozent, sie hielten diese Aussage der Bundesregierung für nicht übertrieben.

Auf der anderen Seite die Frage „Wer kann uns aus dieser Wirtschaftskrise herausführen, SPD oder CDU?“ bekommt die CDU eine ganz eindeutige Präferenz. Dies muß infolgedessen auch das Thema sein. Die Leute werden uns am 6. März die Stimme geben, weil sie davon überzeugt sind, daß wir eher in der Lage sind, dieses Land aus dieser Wirtschaftskrise herauszuführen als die Sozialdemokraten. Und deswegen muß dieser Wahlkampf in der letzten Phase gestellt werden unter die Alternative, entweder Aufschwung mit der CDU oder wirtschaftlicher Niedergang mit der SPD. Das ist jetzt nicht der Slogan, der wird Ihnen gleich vorgestellt werden, aber das muß die klare Alternative sein, der wirtschaftliche Aufschwung verbunden mit der Christlich Demokratischen Union und verbunden mit den Fakten, die ja bereits vorhanden sind und die sich nachweisen lassen, daß nämlich unsere Maßnahmen gegriffen haben und das Licht am Ende des Tunnels sichtbar ist.

Das ist also das zentrale Thema, mit dem wir den Wahlkampf bestreiten müssen. Daß wir bei der negativen Zuordnung der Arbeitslosigkeit, der Pleiten und der Schulden zur SPD bleiben, versteht sich von selber. Natürlich werden wir die Aussage „Arbeitslosigkeit, Schulden, Pleiten. Nicht wieder SPD!“ als Angriffsslogan gegen die Sozialdemokraten beibehalten. Darüber hinaus werden wir aber mit einem positiven Slogan jetzt in die letzten fünf Wochen hineingehen. Ich würde vorschlagen, daß wir diesen Slogan jetzt dem Bundesvorstand zeigen. „Aufwärts mit Deutschland – Jetzt den Aufschwung wählen!“: Sie müssen sich das einfach jetzt so denken, als ob schon das Plakat in der Landschaft stehen würde. Das ist die zentrale Aussage, mit der wir jetzt in die nächsten fünf Wochen in die Wahlauseinandersetzung gehen werden, wobei die Verbindung „Aufwärts“ mit „Aufschwung“ die entscheidende Aussage ist. Das ist getestet, die Alternativen sind im einzelnen durchdiskutiert worden. Es ist zum Beispiel diskutiert worden, ob man das „Abwärts mit der SPD“, also die negative Aussage, mit in den Slogan hineinnimmt oder nicht mit hineinnimmt. Nach allen Erkenntnissen der Werbung wäre das ein Fehler gewesen. Man nimmt in die Schlußaussage eines Wahlkampfes nicht noch einmal den Gegner auf, auch nicht mit einer negativen Bewertung. Entscheidend ist, daß wir zu einer positiven Aussage kommen, in der ausgesagt wird, worauf es ankommt, und mit den Begriffen gleichzeitig deutlich gemacht wird, daß mit der anderen Partei, das trifft ja die Stimmungslage, das Abwärts und der Abstieg verbunden ist. Also eine positive Aussage, die aber inzidenter gleichzeitig die Kritik an der SPD mit beinhaltet. (*Einwurf.*) Frau Griesinger, kleine Sekunde. Wir eröffnen ja gleich die Diskussion.

Das also jetzt zur Vorbereitung der nächsten fünf Wochen. Ich würde jetzt vorschlagen, daß wir vor allem die zwei Punkte miteinander diskutieren. Was ist das zentrale Thema? Natürlich kommt zu dem Wirtschaftsthema, das möchte ich noch ausdrücklich sagen, selbstverständlich hinzu die Auseinandersetzung in der Außenpolitik. Sie muß schwerpunktmäßig von der Regierung geführt werden. Das bedeutet auch hier eine klare Alternative, westliches Bündnis mit der Christlich Demokratischen Union oder Schaukelpolitik der Sozialdemokratischen Partei; ich gebe jetzt hier nur einmal die Inhalte an. Das sind die zwei zentralen Themen. Und dann von der Methode des Wahlkampfes her bitte den wichtigen Punkt nicht vergessen, wir machen einen Wahlkampf der Wahrhaftigkeit, der Wahrheit. Wir sagen vor der Bundestagswahl den Bürgern die Wahrheit. Wir verstecken nicht unsere Spargesetze, sondern wir bekennen uns dazu, daß wir den Haushalt konsolidieren mußten. Daß diese Konsolidierung des Haushalts mit Einsparungen, mit

Opfern verbunden werden mußte, wird von uns nicht bestritten. Dazu bekennen wir uns, aber es war notwendig, um den Aufschwung einzuleiten. Ich glaube, daß wir mit diesen drei zentralen Aussagen – wobei der wirtschaftliche Aufschwung das zentrale Thema sein muß – optimale Aussichten haben, den Wahlkampf auch zu gewinnen. Ich darf jetzt die Aussprache eröffnen.

Von Bismarck: Aus den Erfahrungen im Wahlkampf kann ich nur bestätigen, daß wir gut daran tun, jetzt eine positive Aussage zu machen. Das wird von vielen kritisch positiven Stimmen aus der Teilnehmerschar erwartet, und ich glaube, das ist genau der richtige Augenblick. In den Vorbereitungen, die wir jetzt auch in unseren eigenen Mannschaften treffen müssen, wäre das sicher vernünftig. Ich habe nur eine Bitte: Ich habe das Wahlprogramm durchgelesen, ebenso wie ich das Regierungsprogramm durchgelesen habe. Im Wahlprogramm kommt die Soziale Marktwirtschaft nicht vor. Liebe Freunde, ich halte das für einen schweren Fehler. Die FDP läuft uns mit der Fahne davon. Man traut uns das eigentlich wieder zu, aber meine Wähler und meine Partner sind ausgesprochen erstaunt darüber. Das muß ich ganz offen sagen. Ich sehe den Grund nicht ein, warum wir unser Markenzeichen an die FDP abzugeben im Begriff sind. (*Geißler:* Tun wir nicht.) Es gibt wenige, die sagen, bei uns kommt es vor. Im Wahlprogramm steht Soziale Marktwirtschaft nicht mehr drin. Bei allem, was wir tun wollen, wäre das das Markenzeichen. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich möchte nur die Warnung ausgesprochen haben, weil ich fürchte, daß wir damit ein Kapital weggeben, was wir später nicht zurückbekommen. Dazu eine betrübliche Mitteilung von Noelle-Neumann, (*Unruhe. Diskussion.*) daß die meisten Bürger die Soziale Marktwirtschaft der SPD zurechnen. An den entscheidenden Stellen des Programms steht es nicht. (*Geißler:* Also, die Soziale Marktwirtschaft kommt öfters vor. Da ich zu den Mitautoren gehöre, hat mich Ihre Bemerkung sehr verwundert.) Ja, Herr Geißler, aber nicht als eigenständiger Programmpunkt, nicht als Überschrift. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, am Anfang und sogar in der Schlußapothese kommt die Soziale Marktwirtschaft vor.

Dregger: Der Herr Generalsekretär hat über unsere Schwierigkeiten mit den elektronischen Medien berichtet. Ich möchte dafür ein aktuelles Beispiel geben. Sie erinnern sich noch an den gelungenen Auftritt des SPD-Kanzlerkandidaten in Washington.⁵ Das war ja nicht nur ein Bericht, sondern das war ein Film, eine Show. Die Republikaner haben jetzt versucht, das ein bißchen wieder gutzumachen. Ich habe eine Botschaft des Kanzlers an den Präsidenten überreicht. Ich habe mit dem Außenminister⁶, mit dem Verteidigungsminister⁷, mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden⁸, mit dem Notenbankchef und anderen gesprochen.⁹ Die ARD hat es abgelehnt, das zur Kenntnis zu bringen, denn das sei Wahlkampf. Wenn man sich einmal überlegt, daß ein Abgeordneter von Berlin in der

5 Hans-Jochen Vogel hielt sich vom 5.–7. Januar 1983 in Washington auf (vgl. AdG 1983 S. 26271f.).

6 George Pratt Shultz (geb. 1920), amerikanischer Politiker (Republikaner); 1955 Professor am Massachusetts Institute of Technology und an der Chicago Graduate School of Business, 1969/70 Arbeitsminister, 1970–1972 Director of the Office of Management and Budget, 1972–1974 Finanzminister, 1982–1989 Außenminister.

7 Caspar Weinberger.

8 Joseph Lane Kirkland.

9 Dregger hielt sich vom 25.–28. Januar 1983 in Washington auf (Programmablauf in CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag – Pressedienst vom 25. Januar 1983).

Opposition in Washington erscheint, dann ist das kein Wahlkampf? Aber wenn der Vorsitzende der stärksten Regierungsfraktion im Auftrag des Kanzlers drei Tage in Washington mit allen wichtigen Leuten spricht, dann ist das Wahlkampf, der unterdrückt werden muß. Ich glaube, das ist ein bezeichnendes Beispiel.

Ganz kurz zu dem Besuch, nur soweit er wahlkampfrelevant ist. Die Besorgnis in den Vereinigten Staaten ist in beiden großen Parteien, bei den Gewerkschaften, in der Wirtschaft groß über das Ausmaß, in dem die SPD bereit ist, sowjetische Positionen zu übernehmen. Besonders schockiert hat die Erklärung, daß man die britischen und französischen, ganz überwiegend seegestützten Raketen aufrechnen könne gegen die landgestützten zielgenauen erstschlagfähigen SS-20-Raketen. Darüber sind die Franzosen genauso entsetzt wie die Briten und die Briten genauso wie die Amerikaner. Und zweitens, daß eine Reduzierung genüge, um auf westliche Nachrüstung überhaupt zu verzichten, was ja ein Monopol der Sowjets an landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa bedeuten würde. Kirkland, der Gewerkschaftsvorsitzende, hat mir gesagt, wenn diese Politik verwirklicht wird, dann werden sich viele Amerikaner fragen, ob es weiterhin gerechtfertigt ist, 300.000 amerikanische Soldaten in Europa zu stationieren. Daß das der Gewerkschaftsvorsitzende gesagt hat und nicht der Verteidigungsminister, fand ich besonders bemerkenswert. Herr Volcker¹⁰, der Notenbankchef, hält erste Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs für sichtbar, die Grundstimmung also positiv. Er sagt, es gibt drei Probleme: Einmal die Staatsdefizite müssen weiter eingeschränkt werden, damit die Zinsen weiter gesenkt werden können. Da sieht er einen Zusammenhang. Zweitens, es muß dafür gesorgt werden, daß die zahlungsunfähigen Länder nicht das ganze Finanzgefüge durcheinanderbringen, und drittens gilt es, den Pessimismus zu überwinden, einen realistischen Optimismus an die Stelle zu setzen.

Ich habe dann sehr Front gemacht gegen die protektionistischen Maßnahmen, insbesondere in der Rüstungssituation. Alle sagen, das ist Quatsch und das ist ein Unglück und ziehen sich dann immer zurück hinter Abgeordnete, die das im letzten Augenblick in die Gesetzgebung reingebracht haben. Wenn man weiß, daß die Amerikaner, ich glaube, neunmal so viele Rüstungsgüter an uns verkaufen wie umgekehrt, kann man ihnen doch klarmachen, daß sie sich damit selbst schädigen, denn wir können nicht in Amerika kaufen, wenn die Amerikaner nicht mehr bei uns kaufen. Im übrigen wird ihnen allmählich klar, daß eine Regierung Vogel nicht wie eine Regierung Schmidt sein würde, aus zwei Gründen, ich habe das auch ein bißchen unterstützt, weil a) die SPD sich nach links verändert hat und weil b) die SPD nicht mehr die FDP als Partner hätte, sondern die Grünen. Und insofern sehen sie also mit großen Hoffnungen auf unsere Anstrengungen, denn ich glaube, diese Entscheidung wäre nicht nur für uns von größter Bedeutung, sondern für Europa und damit auch für die Allianz.

Geißler: Vielen Dank! Ich darf jetzt den Parteivorsitzenden begrüßen, er hat nur 20 Minuten Zeit. *(Beifall.)*

Kohl: Liebe Freunde, ich bitte um Nachsicht, daß ich nur kurz bleiben kann. Das ist nach meiner Erinnerung in meiner beinahe zehnjährigen Amtszeit als Parteivorsitzender die erste Parteivorstandssitzung, die ich nicht selbst eröffne; insofern habe ich also einen gewissen Nachholbedarf, auch einmal wenigstens einem Teil fernbleiben zu dürfen. Aber

10 Paul Adolph Volcker (geb. 1927), Bankier; 1979–1987 Vorsitzender (Chairman) des Federal Reserve System der USA.

wir konnten den Zeitplan beim besten Willen nicht anders fügen, wenn wir jetzt die Pressekonferenz noch um die Mittagszeit machen wollen, sonst ist mit dem Vizepräsidenten der Markt verlaufen.

Dazu noch zwei Bemerkungen. Sie können davon ausgehen, daß unsere amerikanischen Freunde sehr genau inzwischen die Lage begriffen haben, wobei uns, das muß man sagen, die SPD-Spitze geholfen hat. Die Vorstellung, daß Egon Bahr die Abrüstungs- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland entscheidend prägt, ist im westlichen Bereich, bei allen westlichen Regierungen, ob in London, ob in Paris, ob in Den Haag oder sonstwo, mit der gleichen Reaktion aufgenommen worden. Das ist ein wirkliches Pfund für uns, und wir sollten damit wuchern. Wir werden den Vizepräsidenten heute mittag und heute abend noch in Berlin haben. Er wird dort eine, wie ich glaube, wichtige Rede in eine bestimmte Richtung halten.¹¹ Wir werden morgen früh an die Mauer gehen. Es sind ja in Berlin ziemliche Demonstrationen angekündigt; das mag auch wieder sehr hilfreich im gesamten Kontext des Unternehmens sein. Ich glaube, das hat alles eine eindeutige Tendenz, und wir haben allen Grund, damit zufrieden zu sein.

Ich habe den Amerikanern sehr früh signalisiert, uns gehe es hier auf keinen Fall um irgendeine Wahlhilfe. Es ist nicht das, was wir in der aufgeregten Situation des Landes brauchen. Ich habe noch einmal unsere Position betont, wir sind nicht der Erfinder der Null-Lösung. Die Europäer haben die Nulllösung den Amerikanern immer wieder nahegebracht. Die Null-Lösung gibt uns in der jetzigen Lage eine optimale Position auch gegenüber der Bevölkerung, denn Null-Lösung heißt ja in Wahrheit die Übersetzung unseres Satzes „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“, heißt, möglichst amerikanische Raketen nicht stationieren zu müssen, weil die russischen verschrottet werden. Daß wir keine Politik des „Alles oder Nichts“ machen und daß man auf diesem Weg Stationen macht, das versteht auch jeder. Bloß bitte ich Sie wirklich darum – das ist hier eigentlich der falsche Saal, dann muß man das in einem anderen Saal sagen, ich will das auch gleich einschränkend sagen –, es ist völlig sinnlos, daß wir jetzt darüber meditieren, ob diese Lösung besser ist als die andere. Die Leute müssen uns verstehen. Und die Leute verstehen, wir wollen weder amerikanische noch russische Raketen. Das versteht jeder, und daß auf dem Weg dorthin, wenn das unser wünschenswertes Ziel ist, zwischendrin Kompromisse geschlossen werden müssen, versteht auch jeder, aber das brauchen wir nicht zu proklamieren. Ich glaube, daß es ein Fehler war, diese Raketensache von der anderen Seite so in den Vordergrund zu schieben, und wir werden noch eine Reihe von Reaktionen haben. Ich will eigentlich heute zu zwei Punkten, weil ich gleich wieder weg muß – ich muß um zwölf praktisch schon wieder drüben sein –, hier kurz etwas sagen.

Erstens, ich will mich bei denen bedanken, die so tatkräftig mitgeholfen haben, vor allem in der Phase des Durchhängens. Mein Eindruck aus dauernden Begegnungen, Gesprächen und Beobachtungen anderer ist, daß gegenwärtig die eigentliche Parteibasis besser kämpft als viele, die für die Parteibasis das Wort nehmen. Ich wünschte mir, daß jeder, der irgendwie etwas mit CDU-Führung oder CSU-Führung zu tun hat, einfach gestern in Köln und vor ein paar Tagen in Wolfsburg dabei gewesen wäre, bei den Frauen in Wolfsburg und bei den jungen Leuten gestern in Köln.¹² Ich habe zwei persönliche

11 Vgl. dazu AdG 1983 S. 26334f.

12 Vgl. Anm. 3.

Freunde gestern dabei gehabt, zwei Geistliche, die waren mit mir in Berlin.¹³ Es sind engagierte CDU-Leute. Als ich im Flugzeug sagte, da werden so 10.000 Leute sein, wollten die es nicht glauben. Als wir dann zurück sind, haben sie gesagt, sie hätten es nicht für möglich gehalten, was sich da gestern abspielte. Ich glaube, das ist ein Stück der Stimmungslage. Ich bin auch unter anderem deshalb optimistisch, weil im Gegensatz zu dem, was überall in unseren Kreisen erzählt wird, bei den Umfragen kontinuierlich – und zwar ansteigend – auf die Frage „Sind Sie angesprochen worden in diesem Wahlkampf von einer politischen Gruppierung?“ und dann, wenn die Leute das bejahen – es ist eine beachtliche Zahl, die sich angesprochen fühlt oder gefühlt hat –, auf die Frage „Von welcher Gruppe sind Sie angesprochen worden?“, liebe Freunde, kommt, daß die CDU eindeutig vor den Grünen, vor der SPD liegt. Also im Gegensatz zu dem umlaufenden Gerücht ist offensichtlich – es brauchen nicht Kreispartei- oder Landes- oder sonstige Vorsitzende zu sein, die angesprochen haben, es kann ja in der Handwerkerrunde einfach einer, der vielleicht nicht einmal Mitglied ist, zu den anderen beim Frühstück gesagt haben „Wenn die Roten drankommen mit den Grünen, mache ich meinen Laden zu“ –, daß sich die Leute angesprochen fühlen, auch über das Vehikel Angst. Das ist keine Frage, diese Stimmung gibt es.

Nun gibt es gewaltige Desorientierung, aber Sie wissen das. Das ist zu erwarten gewesen. Es war eine infame Schlammschlacht, es war die Desorientierung zu erwarten. Da werden am Wochenende Zahlen abgedruckt, es sind Rohzahlen eines Instituts, wobei ich sagen muß, das, was an den Zahlen allein interessant ist, ist, daß die jetzigen Rohzahlen besser sind als die letzten. Ist das hier schon gesagt? (*Geißler*: Nein, das habe ich hier noch nicht gesagt.) Also, die Zahlen, die gestern abgedruckt wurden, sind Rohzahlen von einem Institut, über das ich jetzt auch nichts sagen will.¹⁴ Der Urheber Wildenmann hat hier in der Vergangenheit schon gewaltige Vorträge gehalten. Die Zahlen jetzt, die ja nicht gut sind, sind wesentlich besser für uns als die Zahlen, die das gleiche Institut vor 14 Tagen hatte. Wir lagen nämlich umgekehrt. Vergessen Sie bitte die Zahlen, lassen Sie sich überhaupt nicht beeinträchtigen. Wir haben die erste Untersuchung der letzten Wochen in Allensbach¹⁵ machen lassen zu dem Thema Erst- und Zweitstimmen. Bei der Sonntagsfrage geht das ja beim Wähler ineinander über, das heißt dann „wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre“, wobei in Wahrheit, wie jeder weiß, für die Gesamtrechnung nicht die Erststimmen-, sondern die Zweitstimmenzahl wichtig ist. Bei den Erststimmen ist es eindeutig, aber das führt in die Irre, da liegen wir wieder knapp bei 49. Bloß, ich sage noch einmal, das führt in die Irre, das ist nicht das Wahlergebnis. Das ist schön, aber ist nicht das Wahlergebnis. Die Zahlen sind bei den Zweitstimmen so: 47,5 zu 43,2 und 4,9 zu 3,9 und – das ist die entscheidende Zahl – 0,7. (*Geißler*: Die Grünen sind 3,9. – *Biedenkopf*: Ist das Allensbach?) Ja. Das bestätigt einen Befund, den ich aus vielen Indikatoren habe, den übrigens auch die SPD auf anderen Wegen hat. (*Unruhe*.) Jetzt streite ich wirklich nicht, ob die Grünen 3,3 oder so etwas haben, das war am 21. Januar abgeschlossen.

13 Erich Ramstetter (geb. 1925), katholischer Stadtdekan, Monsignore, 1998 Ehrenbürger von Ludwigshafen; Fritz Ramstetter (1928–2007), katholischer Geistlicher, Studiendirektor. – Zur Veranstaltung mit Bush in Berlin vgl. Anm. 1.

14 Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).

15 Vgl. dpa vom 31. Januar 1983: „Allensbach sieht FDP vor den Grünen“; FAZ vom 31. Januar 1983: „Die Parteien in der Wählergunst“.

(Unruhe, Diskussion. Sprecher: Wie war die SPD? – Biedenkopf: Kann man die Zahlen noch einmal hören?) 47,5 – ist immer die übliche Reihenfolge – SPD 43,2 – FDP 4,9, das heißt, die FDP ist drin... Diskussion, Unruhe.) Nein, die jetzt kommende Zahl ist die eigentlich kriegsentscheidende: Grüne 3,9 und 0,7. Das entspricht ein... (Unruhe.) 3,9. Ja, die haben ja die Zweitstimmen immer nur bei uns gemessen. Das heißt also ganz klar, das ist ein Befund, den Sie überall beobachten können. Ernst¹⁶, wir sprachen über Deine letzten Landeszahlen. Ich hörte aus Nordrhein-Westfalen, ich höre es aus Bayern, bei Landeszahlen. Wenn in Nordrhein-Westfalen und in Bayern und in Rheinland-Pfalz und an der Saar die Grünen so deutlich bei Landesumfragen unter fünf liegen, wo wollen sie denn die Stimmen herkriegern? Bei der letzten Umfrage, die Ernst Albrecht hatte, da war es auf Landesgebiet 4,8. Das war vor fünf Wochen. (Zuruf: Niedersachsen?) Ja, ich sage Landesumfrage Niedersachsen 4,8. Damit sehen Sie, daß die Grünen dort sind. Gestern am Rande der Berliner Veranstaltung¹⁷ – vorher war ich kurz bei Richard Stücklen im Zimmer und traf dort Willy Brandt, wir warteten, bis es anging – kam Brandt auf das Thema zu reden, und aus alldem war deutlich zu erkennen, die haben genau die gleiche Tendenz in ihren Unterlagen; ich weiß es auch aus einem anderen Bereich.

Liebe Freunde, zum Schluß das, was mich am meisten bewegt – da sehe ich eigentlich in dieser Runde nur eine Chance –, daß die etwas tun, die in einer bestimmten Verantwortung vor Ort stehen – ich sprach eben noch mit Hans-Dietrich Genscher darüber: Die elektronische Medienwand hat eine Form angenommen, daß man nur sagen kann, das ist außerhalb des verfassungsmäßig Erträglichen. Ich glaube, es hat keinen Sinn, auf die Zukunft zu spekulieren. Was für die Zukunft zu tun ist, das weiß ich sehr genau und mehr denn je nach dieser Erfahrung. Ich finde, jeder, der etwas damit zu tun haben kann, soll von heute an nach Hause gehen und bei den ganzen konkreten Gesprächspartnern sagen, „Leute, so geht’s nicht weiter!“ Ein Landtagsfraktionsvorsitzender, ein Ministerpräsident muß halt jetzt zu den Leuten hingehen. Das ist wichtiger als eine Wahlversammlung, glauben Sie mir das, lassen Sie lieber eine Wahlversammlung sausen. Gehen Sie hin – machen Sie es nicht nur über Referenten – und reden Sie mit ihnen, fahren Sie hin und sagen Sie: „Leute, so geht’s nicht weiter!“

Lassen Sie sich von hier oder von der Adenauer-Stiftung einfach ein paar Beispiele aus den letzten Tagen geben. Wenn die ARD gestern abend diese Kölner Sache, das war die größte Veranstaltung dieser Art nach dem Krieg, einfach unterschlägt, aber die Privatveranstaltung der SPD¹⁸ zur Berliner Veranstaltung¹⁹ bringt – ich habe nichts dagegen, daß sie das bringt –, dann kann sie auf keinen Fall uns totschweigen. Glauben Sie mir, das ist das tägliche Brot, das wir jetzt haben. Es werden eine Menge Leute schimpfen, beispielsweise auf unsere Leute, die hier etwas zu verkaufen haben, aber sie bedenken nicht, daß es nahezu unmöglich geworden ist, an diesen Tagen sich durchzusetzen. Ich weiß, daß die Fernsehaufnahmen in bestimmten Bereichen zwei Stunden vorher genau angeguckt

16 Ernst Albrecht.

17 Vgl. Anm. 1.

18 Zur SPD-Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche „30. Januar 1933 – 50 Jahre danach“ (u.a. mit Hans-Jochen Vogel und Günter Grass) vgl. SPD Pressemitteilung Nr. 75/1983 vom 30. Januar 1983.

19 Reden von Richard von Weizsäcker, Willy Brandt, Karl Dietrich Bracher und Helmut Kohl in: Geschichte mahnt. 30. Januar 1933 – 30. Januar 1983. Reden im Reichstagsgebäude in Berlin. Bonn o.J. [1983].

werden, bis die für mich ungünstigste Aufnahmeposition gefunden wird, und die wird dann gesendet. Ich rede jetzt nicht daher, ich weiß dieses konkret. Ich kann das leider nicht verwenden, weil Sie sich leicht vorstellen können, was das für Folgen hat. Ich kann Sie nur dringend und herzlich bitten, Sie, die in den Ländern Verantwortung tragen – sei es als Regierungschef, sei es in den Gremien, Fraktionsvorsitzende usw. –, etwas zu tun. Die Leute wollen jetzt höhere Gebühren haben. Wo sind wir eigentlich angelangt? Das ist keine verfassungsmäßige Waffengleichheit mehr, es ist genau ein umgekehrter Zustand, der sich hier entwickelt hat. Wenn ich mir nur vorstelle, was aus unserer Bochumer Veranstaltung²⁰ wurde, wo, glaube ich, der Film kaputt gegangen... (*Zuruf: Der Film war weg!*) Der Film war weg. (*Zuruf: Der Film war belichtet.*) Der Film war belichtet, ja. Man muß sich einmal die Ausreden anhören, es ist stark. Es ist inzwischen das Niveau einer Grundschule, wo der Lehrer fragt, hast du die Aufgaben gemacht? Dann sagt der Schüler, Herr Lehrer, ich habe das Heft vergessen. Ich meine, die Entschuldigung, der Film sei belichtet worden... (*Zuruf: In Wolfsburg²¹ war es der Ton.*) In Wolfsburg war es der Ton. Ich meine, es hat eine Form angenommen, die bringen uns nicht nur nicht, die nehmen uns noch auf den Arm! So muß man es sagen. Die nehmen uns bei der Sache schlicht und einfach auf den Arm! Es hat deswegen keinen Sinn, daß wir uns gegenseitig versichern, wie stark wir sind, sondern es hat nur einen Sinn, daß man versucht, einfach hinzugehen.

Dann ist das letzte, was ich sagen will, ich weiß nicht, ob das noch kommt: Es gibt Informationen, die mögen falsch sein. Ich will nur sagen, für den Fall, daß die SPD diese Sache konservativ, Neonazismus, Nationalsozialismus bringt, gehen wir der Schlacht nicht aus dem Weg. Das muß ausgetreten werden von der ersten Minute an. Brandt hat es gestern so gehalten, daß man nichts dazu sagen konnte, obwohl seine Darstellung des Bürgertums und der Intellektuellen von Weimar eine sehr einseitige war, aber das war durch die Brille seines Temperaments gesehen. Ich glaube, man muß aufpassen, daß an dem Punkt eben nicht noch mehr geschieht und daß wir uns das nicht gefallen lassen.

Wir haben ja noch eine Sitzung vor der Wahl, da werden wir vielleicht auch über das eine oder andere strategisch im Blick auch auf denkbare Koalitionspartner zu reden haben. Meine herzliche Bitte ist nur, daß wir jetzt wirklich am Ball bleiben und daß – das ist das letzte, was ich sagen will – auch ein paar von uns bitte den Herrn Vogel annehmen, daß das also nicht eingeteilt wird in die Gruppe, die draufhaut, und die andere Gruppe, die vornehm ist, sondern das ist schon unsere gemeinsame Sache; man muß eben deutlich sagen, wohin diese Politik führt. Das kann der eine mehr in der Außen- und der Sicherheitspolitik, der andere mehr in der Innenpolitik machen. Was nun die FDP betrifft, schlage ich vor, daß wir das Thema vertagen bis zu dem Zeitpunkt, wo man vor dem Ereignis steht und die Dinge klarer sieht. Wir haben keinen Grund zur geringsten Resignation, im Gegenteil. Es ist ja eine alte Erfahrung, die CDU braucht immer ihre Anlaufzeit, weil sie eine Riesenapparatur und ein bißchen tantenhaft ist. Vielleicht ist es diesmal der Vorteil, daß der Durchhänger etwas früher kam und daß sich die Stimmung dann stabilisiert hat. Ich hoffe das jedenfalls. Ich gehe davon aus, daß das, was ich überall jetzt beobachte, doch dazu führt, daß wir unser Ziel klar erreichen. Liebe Freunde, wann haben wir die eben genannten Zahlen denn schon einmal fünf Wochen vor der Wahl gehabt? Also, es ist wirklich kein Grund zur Resignation. Nur, es geht eine Furcht durch das Land,

20 Regionalkonferenz der CDU in der Ruhrlandhalle in Bochum am 19. Januar 1983.

21 Vgl. Anm. 3.

und aus der Furcht kommt auch eine Menge Kleinmütigkeit. Soviel darf ich von mir aus sagen. Ich bedanke mich und bitte um ihre Nachsicht, daß ich jetzt gleich gehen muß.

Geißler: Vielen Dank! (*Beifall.*) Wir haben heute in der Bundesvorstandssitzung noch mit zu entscheiden über den Slogan, wir haben das also hier dargestellt, wir haben das im Parteipräsidium miteinander beredet. Ich glaube, ich darf das als Ergebnis auch der Besprechung der letzten Woche sagen und noch einmal unterstreichen, daß der Wahlkampf konzentriert wird auf die Alternative wirtschaftlicher Aufschwung mit der CDU oder wirtschaftlicher Abstieg mit der SPD. Das muß die klare Alternative sein. Wir wünschen dem Bundeskanzler alles Gute und viel Erfolg. (*Beifall.*)

Dann schlage ich vor, daß wir in der Diskussion fortfahren. Ich bin stimmlich nicht so ganz auf der Höhe, ich habe Fieber, was meine Kampfbereitschaft nicht mindert, nur meine stimmliche Kapazität etwas einschränkt.

Neumann: Herr Dr. Geißler, meine Damen und Herren, ich fasse eine solche Diskussion auf, daß wir auch ein bißchen etwas wiedergeben von den Eindrücken, die man hat. Es hat ja keinen Zweck, wenn wir uns anschließen und sagen, das wird schon alles laufen. Ich bin zwar auch dieser Auffassung, aber ich möchte doch das eine oder andere sagen von Eindrücken, die man hat, wenn man insbesondere auch mit Sympathisanten spricht. Und da glaube ich, daß nach wie vor – und hier meine ich nicht Parteifreunde, sondern die, die uns nahestehen – überall, wo man diskutiert, die Meinung aufkommt, die Werbung der SPD sei besser. Ich gebe das mal so ungeprüft wieder. Die SPD sei klarer, sie sei härter, warum sei die CDU nicht härter? Sei das einzige das Zitat von Herrn Geißler²², was an Härte und Klarheit von der CDU komme? Das ist so das, was ich durchgängig höre. Wir müßten mehr streithaft sein, die CDU sei zu vornehm. Ich meine, wir kennen das aus anderen Wahlkämpfen. Aber das ist weit verbreitet. Ich glaube, daß das sicherlich mit den Medien zusammenhängt, denn das ist das meiste, was die Leute sehen, und daß dieser Eindruck bedingt auch aufkommen kann, wenn man pro Abend sieht, was über die SPD und über uns kommt. Nun ist es ja nicht nur richtig zu wissen, daß wir das anders machen und daß unsere Werbung gut ist, sondern daß die Leute das auch glauben. Insofern meine ich, so wichtig es ist, sich positiv darzustellen, Herr Geißler – und sicherlich kann man in der letzten Phase nicht nur den Gegner aufs Korn nehmen –, so möchte ich aber davor warnen, davon als solches abzusehen. Wenn es richtig ist, daß das Thema Erblast eine besondere Rolle spielt – dies deutlich zu machen, scheint mir leichter zu sein, als den Aufschwung zu artikulieren, der in jedem Falle kommt, zumal Herr Stingl am 3. März ja deutlich macht, daß der Aufschwung noch nicht da ist –, dann würde ich trotz des Slogans bitten, daß das Thema Verantwortung der SPD, auch zur Mobilisierung eigener Anhänger, beibehalten wird. Das halte ich für ganz wichtig.

Zweiter Punkt betrifft Herrn Vogel. Ich freue mich auch, daß der Bundeskanzler, wenn wir die beiden miteinander in den Umfragen vergleichen, deutlich vor Herrn Vogel liegt bei der Frage „Wen wollen Sie lieber als Kanzler haben?“ Ich meine aber, dieser Vorsprung müßte noch deutlicher werden. Denn es ist ja ein bißchen verwunderlich, daß jemand, der so aus dem Hut gezogen wird wie der Herr Vogel, der in Berlin versagt hat, immerhin doch ziemlich nah an den Bundeskanzler herangerückt ist und dies im Gegensatz zu den

22 Zur „Mietenlüge“ hatte Geißler Bertolt Brecht (Leben des Galilei 9. Bild) zitiert: „Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“

Zeiten, als es noch umgekehrt war. Von dorthier auch meine Anregung, in die Werbung die Negativdarstellung des Herrn Vogel einzubeziehen. Ich habe das bisher noch nicht so gesehen; ich glaube aber, daß das außerordentlich wichtig ist. Das, was die Fernsehanstalten machen, ist ja ein Protegieren des Herrn Vogel, was beinahe unerträglich ist. Die eigenen Leute sagen mir, wir sehen nur noch Herrn Vogel. Und irgendwas ist da dran. Also, ich würde vorschlagen, daß auch in der Werbung einmal überlegt wird, ob der Herr Vogel in seiner Vergangenheit als Mann der Mißerfolge in den verschiedenen Ämtern nicht auch herausgestellt wird.

Der dritte Punkt betrifft das Verhalten zur FDP. Ich glaube nicht – Herr Kohl hat ja gesagt, das soll in der nächsten Sitzung beraten werden, vielleicht kann das schon zu spät sein –, daß es ausreicht, daß ein paar Erklärungen erfolgen, wir können keine Stimme verschenken. Ich gehe mit Sicherheit davon aus, daß die FDP auch offensiv in Anzeigen für die Zweitstimme weiter werben wird. Dies, finde ich, muß von der Union beantwortet werden. Das heißt, eine Erklärung hier und dort, wir haben keine Stimme zu verschenken, die nicht auch gekoppelt ist mit deutlichen Wahlanzeigen, wo das drinsteht, hielte ich für falsch. Es wäre also meine dritte Anregung, Koalitionspartner hin, Koalitionspartner her, irgendwann muß ziemlich deutlich gesagt werden, oder muß entlarvt werden, dieser Trick mit der Zweitstimme für die FDP ist nicht von der Union zu akzeptieren. Das sind die Dinge, die ich sagen wollte.

Biedenkopf: Wir haben ja eigentlich jetzt, wenn ich das richtig sehe, über den Slogan noch nicht geredet. (*Geißler:* Ja, Slogan und Hauptthema.) Ich halte die Frage, die vorhin schon mal gestellt worden ist und die ich deshalb hier nochmal aufbringen will, für sehr wichtig. Wie reagieren wir auf irgendeine Schlußauseinandersetzung, deren Inhalt noch nicht klar ist? Das ist eine Frage, die in der Partei fast in jeder Veranstaltung, wenn man dann anschließend mit den Verantwortlichen zusammen ist, gestellt wird. Und die zweite Frage, die in dem Zusammenhang gestellt wird, wir können das ja hier mal austauschen, ist, seid ihr vorbereitet, irgendetwas selbst zu machen? Wir können das hier in diesem Kreis inhaltlich nicht diskutieren, aber ich würde doch gerne die Antwort mitnehmen dürfen, daß wir uns darüber Gedanken gemacht haben, hier noch irgendetwas, wenn es notwendig sein sollte, thematisieren zu können.

Das zweite, ich bin im Unterschied zu Herrn Neumann der Auffassung, daß man Herrn Vogel nicht zu sehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellen sollte. Jeder massive Angriff, der medienfähig ist, wird zugunsten von Vogel in den Medien transportiert. Und zwar unter dem Gesichtspunkt, der Mann braucht eure Hilfe, der wird vom Rechtskartell angegriffen, der wird diffamiert usw. usw. Ich bin der Auffassung, man sollte den Herrn Vogel ein paar Mal erwähnen, sollte ihn aber relativ niedrig halten und im übrigen die Sozialdemokraten und die Koalition mit den Grünen angreifen, sollte daran weiterarbeiten, daß die Zahlen, die der Bundeskanzler vorgetragen hat, sich verfestigen; denn wenn die Grünen unter fünf Prozent sind, haben wir die Wahl gewonnen. Da brauchen wir über irgendwas anderes nicht mehr zu reden. Das ist der Schlüssel! (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn wir sie unter fünf Prozent kriegen, haben wir die Wahl gewonnen. Deshalb scheint hier wirklich wichtig zu sein, daß wir uns in der Auseinandersetzung in den nächsten Wochen auf die Folgen konzentrieren, dann kann man das nämlich auch in seiner Wirksamkeit demoskopisch noch mitverfolgen, auf die Negativfolgen, die aus der

Verbindung von SPD und Grünen entstehen für unser Land, und auf die positiven und den Kandidaten der anderen Seite nicht unnötig aufbauen.

Griesinger: Ich hätte gerne noch etwas mehr gewußt über den Slogan, den wir jetzt da haben wollen „Aufwärts mit Deutschland“. Da sage ich in aller Offenheit, daß der mir überhaupt nicht gefällt. Warum muß das „mit“ Deutschland sein? Wir erwecken dabei den Eindruck, daß wir jetzt plötzlich sozusagen die Deutschen sind; mir wäre es sehr viel lieber, wenn man „Wieder aufwärts in Deutschland“ sagen könnte, es ging einmal aufwärts mit uns, und es soll wieder mit uns aufwärts gehen. Das wäre sehr viel sinnvoller als „Aufwärts mit Deutschland“. Also ich fange gar nichts damit an und wäre auch nicht glücklich, wenn ich mich dann bei allen Frühschoppen und Versammlungen damit auseinandersetzen müßte. (*Geißler:* Ja, was stört Sie, „mit“ oder „in“, oder was?) „Mit“ stört mich ausgesprochen. „Wieder aufwärts in Deutschland“ wäre sinnvoller als „Aufwärts mit Deutschland“. Ich weiß gar nicht, was ich davon halten soll. Das erinnert auch etwas fatal an Jahre, Erinnerungen in wenig guter Weise an Zeiten, wo man sich auch etwas überstark gefühlt hat. Ich weiß es nicht, es hat bei mir spontan Assoziationen geweckt, die ich nicht für sehr günstig halte. Im Gegensatz zum bisherigen Slogan „Arbeit, Frieden, Zukunft – Miteinander schaffen wir’s“.

Punkt zwei. Ich wäre dankbar, wenn man noch etwas plastischer und bildhafter über die Medien unsere Politik darstellen könnte. Ich bin von vielen angesprochen worden, als Minister Schneider²³ über die Mietgesetze Auskunft gab, da sind viele nicht mitgekommen. Das wurde zu kompliziert dargestellt. Wir haben im Grunde genommen viele gute Gründe. Ich würde herzlich bitten, sowohl in den Zeitungsanzeigen wie auch sonst noch besser dazustellen, wie sich die Vergleichsmiete auswirkt. Wie sich überhaupt die Zeitmietverträge auswirken, mit Erfahrungsberichten, wie seit dieser Gesetzgebung die Auswirkungen sehr sichtbar und konkret vorhanden sind.

Lieber Herr Geißler, aus Ihrem Haus, woanders ist das sicher verständlich, gehen ja nun überall die Kindergeldbescheide raus, wo also in ganz komplizierter Weise – die ersten Leserbriefe sind in den Zeitungen – jetzt ganz schwierige Fragen zu beantworten sind, ob man noch weiterhin Kindergeld kriegt oder nicht, weil wir ja nun die Einkommen prüfen. Hier wäre es gut, wenn Sie sich selbst auch der Sache annehmen könnten, denn irgendwo wird es natürlich, einfach auch von der Situation her, natürlich jetzt mit unserer Gesetzgebung in Verbindung gebracht.

Dasselbe gilt – ich wäre dankbar, wenn sich auch die Partei darum nochmal kümmern würde – bei der landwirtschaftlichen Alterssicherung. Dort wird seit 1. Januar 1983 ein Betrag von fünf Prozent abgezogen unter Bezugnahme, daß, wenn man zugleich AOK-Mitglied ist, jetzt das Gesamteinkommen ja hier auch mit herangezogen wird. Das ist noch eine Sache der alten Regierung gewesen. Die ganzen Landwirte ringsum sind so verbiestert und verärgert und sagen, das haben wir jetzt der neuen Regierung zu verdanken. Warum muß es jetzt schon abgezogen werden? Ab 1. Juli haben wir doch erst, wenn die Renten steigen, dann auch unseren Krankenkassenbeitrag zu leisten. Da sind also ebenfalls dringend weitreichende Informationen erforderlich.

23 Oscar Schneider (geb. 1927), Jurist; 1969–1994 MdB (CSU, 1972–1982 Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau), 1982–1989 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Und ein weiteres noch mit den Zweitstimmen. Es ist kein Geheimnis, das ist allgemein so, daß sehr intensiv und eifrig bereits für die Zweitstimme FDP geworben wird. Hier scheint es mir auch ganz wichtig zu sein, daß man hier doch einmal Aufklärung gibt, wie bedeutend die Zweitstimme für die Union ist, damit wir auch da nicht nur die Erststimme haben, sondern auch die Zweitstimme.

Und ein Letztes. Ich bin aus Paris zurückgekommen. Mit wem man auch gesprochen hat, überall war sehr deutlich spürbar die große Sorge, die die Franzosen haben, daß die SPD uns ins außenpolitische Niemandsland führt unter dem Kanzlerkandidaten. Und hier meine ich, Herr Geißler, könnte man, nachdem wir jetzt 20 Jahre deutsch-französische Freundschaft haben, sagen, daß das im Grunde genommen die erfolgreichste und positivste Friedensbewegung ist, die wir überhaupt in Europa jemals haben konnten, mit den Städtepartnerschaften und mit alldem. 75 Prozent der Deutschen und der Franzosen haben heute Partnerschaften mit einer französischen und einer deutschen Stadt. Solche Zahlen wären einmal günstig, damit dieses Geschwätz von Friedensbewegungen nur nach Osten hin endlich einmal etwas aufgeklärt und sichtbar gemacht wird, daß wir hier sehr viele positive Leistungen auch schon haben im freien Westen.

Geißler: Vielen Dank, ich gebe nachher einige zusammenfassende Antworten.

Stoltenberg: Ich wollte nur eine kurze Bemerkung machen zu einem der Punkte, der mir wichtig ist. Ich stelle auch fest, daß zur Last unserer Freunde gehört, daß in diesen Monaten, zum Teil 1. Januar, zum Teil später im Laufe des Jahres, etwa 50 Rechtsvorschriften neu in Kraft getreten sind, 50 Einzelbestimmungen, die meistens natürlich mit Kürzungen oder Beitragserhöhungen in das Leben der Bürger eingreifen. Der Kollege Friedrich Voss²⁴ hat das dankenswerterweise im Finanzministerium einmal zusammengestellt, ich habe das in der Form eines persönlichen Schreibens bei mir in Schleswig-Holstein allen Zeitungsredaktionen vor drei Wochen zugestellt, so daß wir es veröffentlichen werden, was davon noch auf das Konto der alten Regierung geht. Und meine Bitte, Herr Radunski, ist, daß diese Stellungnahme von Herrn Voss, die hier auch irgendwo im Adenauer-Haus liegt – wenn nicht, dann schicke ich sie Ihnen heute zu – in der „Union in Deutschland“ veröffentlicht wird, (*Beifall.*) und daß die vielleicht nochmal, weil das auch ein bißchen überlesen wird in der Fülle des Materials, nochmal besonders an unsere Leute herausgeben wird. Die etwas zum Teil besorgte Stimmung bei unseren Freunden rührt natürlich auch daher, daß, wenn die Fülle der Vorschriften kommt, sie das nicht nachvollziehen können, sie darauf angesprochen werden und überhaupt nicht wissen, was geht auf die Regierung Schmidt zurück und was geht auf die Regierung Helmut Kohl zurück. Also, ich wollte den einen Punkt, den Sie an einem Beispiel erwähnt haben, hier aufnehmen, mit der Bitte, das in der „Union in Deutschland“ und wo immer nochmal gezielt an einen großen Teil der Wahlkämpfer zu bringen.²⁵

Herzog: Ich kann mich nahtlos anschließen, ich wollte auf den Punkt hinweisen, der macht nämlich tatsächlich Schwierigkeiten. Ich glaube, das ist auch das einzige an Informationsmaterial, was wir wirklich noch brauchen. Wir sind jetzt in einer Phase – Herr Neumann, sehen Sie mir das nach, wenn ich das sage –, in der wieder diskutiert werden

24 Friedrich Voss (1931–2012), Jurist; 1976–1990 MdB (CSU), 1982–1991 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

25 Vgl. Uid vom 10. Februar 1983: „Belastende Maßnahmen der früheren Bundesregierung, die sich auf die Bürger erstmalig im Jahre 1983 voll auswirken“.

soll, sollen wir härter oder weniger hart auftreten; das ist jedes Jahr das gleiche. Wenn ich eine Versammlung oder einen Kreis vor mir habe, der ein Drittel des Wählerspektrums umfaßt, dann erwarten die, daß ich härter auftrete; wenn ich einen Kreis habe, der 55 Prozent des Wählerspektrums umfaßt und wo es darum geht, das 49. oder 50. Prozent zu gewinnen, dann muß ich schon den Herrn Geißler verteidigen mit seinem Brecht-Zitat. Ich sage dann immer, ich hätte das nicht gesagt, ich hätte schlicht gesagt, das sind Lügner. Dann sagen die, warum es eine Lüge ist, und dann sage ich noch das Sprichwort „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht“. Das ist also das Problem, das man jedes Mal dann hat, da sagen jene, wir brauchen noch mehr Material, das liest dann aber keiner. Aber das wollte ich eigentlich nicht sagen.

Zwei Dinge aber doch, erstens, ich gehöre zu denen, die sagen, nicht so viel von dem Hans-Jochen Vogel sprechen. Wir haben doch überhaupt keinen Grund, für den Mann Reklame zu machen. (*Unruhe. Diskussion.*) Wir wissen doch, wie viele Wähler am Ende danach entscheiden, ob sie einen Namen schon mal gehört haben, egal in welchem Zusammenhang.

Zweitens, was ich in der letzten Sitzung schon gesagt habe, jeden Tag wieder. Das erste, was diese Regierung in Richtung Arbeitslosigkeit unternommen hat, war der Wohnungsbau, war die Bauwirtschaft. Das läuft! Die Zahlen werden von Tag zu Tag besser. Da müssen wir trommeln. Herr Wallmann, wir haben ja in der letzten Sitzung darüber gesprochen, das ist der einzige Punkt, wo wir sagen können, es greift bereits. Denn daß wir wirklich gespart hätten, das wird jawohl keiner behaupten wollen, um das jetzt mal zugespitzt zu sagen. Herr Geißler, es kann ja nicht die Vorstellung sein, daß das nachher nicht noch ein bißchen weitergeht.

Und zum Slogan, ich plädiere leidenschaftlich dafür, Deutschland drin zu lassen, entgegen dem, was Frau Griesinger sagt. Ich plädiere leidenschaftlich dafür, nur müssen wir auch erklären, was „mit“ heißt in dem Zusammenhang. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Also, zunächst einmal, es ist ja völlig richtig, und ich möchte das, was Herr Herzog gesagt hat, auch unterstreichen, aber das ist ja nun das ABC, das wir von vorne nach hinten und von hinten nach vorne immer wieder buchstabieren. In dem Wahlkampfprogramm, in unserer Rednerbroschüre, in der zentralen Zeitung, in jeder Anzeige läuft das nun wirklich dekliniert und konjugiert. Wir haben die Voraussetzungen geschaffen, Konsolidierung des Haushalts, die Zinsen sinken, die DM wird stabiler, die Preise sinken und die Bauaufträge nehmen zu. Also, das müßte nun wirklich beim letzten CDU-Marschierer angekommen sein, daß wir auf dieser Schiene den Wahlkampf führen wollen. Wir sind im übrigen, das darf ich mal sagen, weil ich den Eindruck habe, wir sind wirklich auch gegenüber den Sozialdemokraten in den Veranstaltungen in der Offensive, daß unsere manchmal etwas pessimistische Situation resultiert aus dem Echo von den Medien her. Wir wissen, daß die Sozialdemokraten aufgeregt sind wegen der Anzeigen. Wir machen jetzt seit Mitte Januar eine Anzeige nach der anderen. Die Sozialdemokraten machen null Anzeigen! Die haben zwar Plakate hängen sporadisch und regional, aber unsere Leute kommen jetzt auch mit den Plakaten. Da ist die heutige Anzeige „Den Aufschwung schaffen – Nur mit uns läuft's!“, wir gehen ja nun doch inhaltlich von den Anzeigen, von der Werbung an die Sache ran. Es steht alles zur Verfügung: „UiD“, morgen kommt das „Monatsblatt“, die Flugblätter. Also an Argumentationen und Informationen ist nun wirklich das Wichtigste vorhanden und das Notwendigste. Wir können

die Leute auch nicht überfluten, sondern wir müssen – es ist ein guter Hinweis, daß wir das noch einmal machen – uns nun wirklich auf das Wesentliche konzentrieren. Nur, etwas muß ich jetzt voraussetzen, wir sind ja hier im Bundesvorstand, daß über die Landesgeschäftsstellen den Kreisvorsitzenden, den Ortsvorsitzenden und den Beziehern des „UiD“ gesagt wird, daß sie die Sachen lesen. Das muß halt gelesen werden! Ich kann keinen Wahlkampf führen, wenn ich nicht wenigstens eine halbe Stunde oder eine Stunde sogar lerne. Das geht doch uns allen miteinander genauso; ich habe mich in die Mietgeschichte auch einlesen müssen. Ich bin da drei Stunden gegessen und habe mir das angeguckt und habe das Ding konsumieren müssen. Das müssen halt unsere Leute, die Verantwortung tragen draußen, auch tun. Dann weiß man, was eine ortsübliche Vergleichsmiete ist und was nicht und was eine Staffelmiete ist. Im übrigen hat die Partei das seit anderthalb Jahren, seit dem Mannheimer Parteitag, das ist ja nun auch durchdiskutiert, dankenswerterweise auch auf Anstoß des baden-württembergischen Ministerpräsidenten.

So, also das wollte ich jetzt zunächst einmal zu dem Thema sagen. Jetzt zu dem Slogan. Wir können immer darüber debattieren, ob das jetzt „aufwärts in“ oder „aufwärts mit“ oder „für“, oder was weiß ich, heißt. Wir haben in den Slogans zuvor gesagt „Miteinander schaffen wir's“. Das „Miteinander“ bezieht die Leute mit ein. Und „Aufwärts mit Deutschland“ bedeutet, es geht mit uns allen aufwärts. Deutschland ist identisch mit uns. Frau Griesinger, vielleicht kann es ja sein, was Sie sagen; ich kriege keinen besseren Slogan hin. Wenn ich jetzt sage „Aufwärts in Deutschland“, dann sind fünf andere da, die sagen, also, das ist nicht in Ordnung. Ich muß mich halt irgendwo nachher für die richtige Präposition entscheiden. Und das Wörtchen „mit“ ist eben nun mal ein sehr positives Wörtchen, eine auch in der Linie liegende Verbindung. „Aufwärts“ ist positiv, „mit“ ist positiv, „Deutschland“ ist positiv, wir sind alle damit gemeint, und deswegen haben also die Fachleute, die von der Sache etwas verstehen, die Agentur, die Werbefachleute und diejenigen, die nun da die Verantwortung getragen haben, einschließlich des Bundeskanzlers, gesagt „Aufwärts mit Deutschland“, das ist das Ergebnis. Ich finde, es hat wenig Sinn, jetzt zu philosophieren, ob „in“ besser ist oder „für“, es gibt für jedes Wörtchen eine ganze Reihe von Begründungen. Wir schlagen Ihnen vor, zu sagen „Aufwärts mit Deutschland – Jetzt den Aufschwung wählen!“. Das ist das, was die Leute kapieren. Also, das ist meine Position zu diesem Punkt, das ist auch die Auffassung des Bundeskanzlers.

Wissmann: Ich will kurz etwas sagen zu dem Jugendkongreß am Wochenende und möchte vor allem denen danken, die sich an der Organisation und Vorbereitung, wie ich finde, in großartiger Weise beteiligt haben. Das war von vorne bis hinten eine gelungene Veranstaltung. Es war wirklich eine Stimmung wie bei einem Rockfestival, eine Stimmung, die ich noch überhaupt auf keiner Wahlkampfveranstaltung in diesem Jahr erlebt habe. Und bei erwarteten 5.000 dann immerhin 12.000 da zu haben, zeigt eine Mobilisierung gerade jüngerer Freunde der Union, die ganz bemerkenswert ist und von der ich glaube, daß wir sie raustransportieren müssen.

Bei diesem Transport ist die Schlüsselfrage die der Medien. Ich will das jetzt nicht mehr im einzelnen auseinanderfieseln, aber es ist schon ein Skandal, daß die ARD beispielsweise nichts bringt in der „Tagesschau“ über diese Veranstaltung, über diese kleine

Veranstaltung in Frankfurt²⁶ immerhin einen kleinen Bericht. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich will nur meinen, wir sollten keinen Wunschplan abgeben an die Medien, sondern wir sollten treffsicher Beispiele nennen. Etwa das Beispiel – ich meine immerhin sind das ja Sender, bei denen Freunde zum Teil die Verantwortung haben – der Südwestfunk mit seiner Berichterstattung über das Offenburger Meeting²⁷ mit anderthalb Minuten Rundfunkmeldung, davon eine Minute über Verfahrensfragen – da ist unser Bundeskanzler einmal gekommen, weil er den Herrn Späth gestört habe –, völlig unwichtige Nebensächlichkeiten und die letzten 15 Sekunden zum Inhalt und dann nochmal 15 Sekunden auch wiederum zu Negativem. Diese Beispiele zu nennen, zu dokumentieren und einen Rundschlag zu vermeiden, halte ich für wichtig. Denn damit würden wir eine allgemeine Solidarisierung von Journalisten in den Medien erreichen, die wir auch nicht wollen. Meine Bitte wäre an Sie, vor allem als Generalsekretär, da mit einer Liste von Beispielen zu arbeiten, die dann auch an die Öffentlichkeit transportiert wird und die manche Leute vorsichtiger machen, als es ihnen, glaube ich, recht ist.

Von Slogan-Formulierungen verstehe ich nicht viel, das werden die Werbeleute besser wissen, nur über eines bin ich mir im klaren nach den ersten drei Wochen Wahlkampf. Das entscheidende Thema, das die Wahl entscheidet, ist die Frage des wirtschaftlichen Aufschwungs (*Geißler*: Ist klar.) und der Zukunft der Arbeitsplätze. Das ist auch das Thema, bei dem wir alle Argumente auf unserer Seite haben, bei dem der Herr Vogel ruhig noch ein paar Grüne sammeln soll und wir dafür Facharbeiter. Deswegen ist meine Bitte, das fehlte mir in den letzten drei, vier Wochen ganz deutlich, daß wir dieses Thema in den Mittelpunkt rücken. Darüber entscheidet die Wahl und mit diesem Thema gewinnen wir auch. Wenn das rauskommt, bin ich sehr zufrieden.

Da wir ja hier zusammen sind als Vertreter unserer Verbände und derer, die dort auch von der Basis her uns Stimmungen wiedergeben, möchte ich eines nicht auslassen, was mir immer und immer wieder gesagt wird. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit das bundesweit so ist, aber es gibt einen sehr weitverbreiteten Eindruck an der Basis, daß es in diesem Wahlkampf schwieriger sei, Redner der ersten Klasse zu bekommen in einem Wahlkreis als in jedem anderen Wahlkampf vorher, und die Freunde von der Basis fügen dann hinzu, das in einer Situation, wo wir jetzt, im Unterschied zu früher, eine Zahl von Bundesministern, Staatssekretären haben, die wir bisher nie hatten. Ich möchte noch hinzufügen, das geht nun nicht an die, die hier sitzen, denen muß man es nicht sagen, denn die sind selber sehr stark präsent, aber ich habe auch den Eindruck, daß bisher nicht alle Bundesminister die Chance ihres Amtes publizistisch so nutzen, daß man den Eindruck einer vollen Präsenz in allen Themen hat. Also meine Bitte wäre, vielleicht auch nochmal bei den nächsten Kabinettsitzungen darauf hinzuweisen, daß man eine größere Präsenz aller in den Medien und, wo es geht, noch eine größere Präsenz des einen oder anderen auch in Wahlkampfveranstaltungen sicherstellt. Denn aus Wahlkreisen, die früher zwei A-Redner hatten, die jetzt praktisch keinen haben, höre ich das immer wieder. Das muß ja, wenn man es immer wieder hört, offenkundig auch Gründe haben. Meine Bitte wäre, daß man da nochmal prüft, was geschehen kann, um diese Präsenz zu verstärken.

26 Anm. 17. – Vgl. UiD vom 3. Februar 1983: „Bundesvorstand appelliert an Hörfunk und Fernsehen“.

27 CDU-Regionalkonferenz in Offenburg am 27. Januar 1983 (FAZ vom 28. Januar 1983: „Kohl fragt: Sind wir denn schwächer als die Generation vor uns?“).

Geißler: Das wird weitergegeben, wieder weitergegeben, was da gerade gesagt worden ist.

Pieroth: Wirtschaftlicher Aufschwung ist richtig im Slogan und erst recht in der Politik. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, es fehlt noch eine Information, daß nämlich genug Arbeit da ist und da sein wird. Wenn die nämlich nicht da ist, dann können wir den Aufschwung mit noch so viel politischem Elan und noch so viel Technik erst gar nicht bewerkstelligen. Ich sage das einmal, weil wir ja noch zweimal Arbeitslosenmeldungen bekommen werden, die eine steigende Tendenz aufweisen. Und da sind die zu Recht von uns bisher gebrachten Taten vom Bewußtsein der Bevölkerung her gesehen eben abstrakter, wenn die Zahlungsbilanz ausgeglichen ist, wenn der Preisanstieg zurückgeht, wenn der Zins fällt. Das auf Beschäftigung umzusetzen, fällt der Masse hingegen schwer. Und ich sage, es muß dargelegt werden, daß Arbeit da ist, weil das Gegenteil allgemeiner Eindruck ist. Nicht bei mir natürlich.

Zehn Jahre SPD haben auch zehn Jahre mangelnde Kreativität der Menschen verursacht. Die Unternehmen haben weniger innoviert als in einer gesunden Wirtschaft innoviert worden wäre. Und dann ist schon der Pessimismus da, verbunden mit dem Nachdenken über Sättigungsgrenzen, ja können die es denn schaffen, wenn mehr Arbeit gar nicht da ist? Wenn aber so gedacht wird, dann können wir noch so viel über Aufschwung reden, dann wird er uns letztlich nicht geglaubt. Deshalb meine ich, wir müssen die Bereiche nennen, in denen noch viel Arbeit zu tun ist. Einmal, um unsere Politik damit glaubwürdiger zu machen, mit diesem realistischen Optimismus unsere wirtschaftspolitische Chance aufzuzeigen. Wenn man solche Felder nennt, dann regt man die Phantasie der Menschen an, aber ich meine zweitens, auch die Interessen der Menschen können angeregt werden. Wenn wir Wachstumsfelder nennen, die Arbeit bringen, dann sollten wir vornehmlich die nennen, von denen der einzelne sich auch persönliche Vorteile, direkte persönliche Vorteile als Konsument, nicht nur als Nachfrager nach Beschäftigung, vorstellt. Das ist bereits gelungen im Wohnungsbau, da weiß jeder, wenn Wohnungen gebaut werden, kann man eher zu einer Wohnung kommen.

Die Kommunikationstechniken könnten dargestellt werden, nur als Anregung, das muß ja die Bundesgeschäftsstelle leisten, als Möglichkeit, neue Fernstudienmöglichkeiten zu nutzen, am Draht sich auszubilden. Oder familienfreundliche Heimarbeit zu leisten. Das würde unsere Familienpolitik stark abstützen. Die Umwelttechnik kann dargestellt werden, daß nicht nur die Japaner und die Franzosen moderne Schnellbahnsysteme bauen und nutzen können. Die Luftreinigung, die Rauchgasentschwefelung ist unsere Antwort auf den sauren Regen, das mögen die Menschen. Das nimmt zugleich den Grünen etwas weg. Die Mikroprozessoren werden bisher nur negativ dargestellt. Sie machen die Arbeit menschlicher, und sie können uns den Wettbewerb mit den Japanern aufnehmen lassen, ohne daß es zu Lohneinbußen führt. Ich möchte jedenfalls anregen, daß die Bundesgeschäftsstelle sammelt, in Arbeitsplätzen quantifiziert und dann propagiert, was wir an Wachstumsfeldern und damit an zusätzlicher Arbeit haben werden. Wir sollen ja auch aus der persönlichen Erfahrung ein bißchen berichten. Wenn man so eine Versammlung einleitet, ist es viel einfacher darzustellen, daß wir wirklich den Aufschwung schaffen werden.

Geißler: Ich habe eine zusätzliche Empfehlung, daß jeder, der Verantwortung trägt in den Ländern, zum Beispiel der Wirtschaftssenator in Berlin, das würden wir außerordent-

lich begrüßen, in Berlin oder in Bonn eine Pressekonferenz veranstaltet, wo er eine solche Konzeption darlegt. Das wird viel eher abgedruckt, als wenn die Bundesgeschäftsstelle eine Presseerklärung abgibt, die wird nämlich nicht abgedruckt. (*Pieroth*: Herr Generalsekretär, aber unsere Mitglieder müssen da sein.) Das ist auch klar, wobei das alles jetzt in Konkurrenz gebracht werden muß zu dem, was die Leute verkraften können und was sie auch darstellen können. Es ist außerordentlich schwierig, schriftlich den Mitgliedern, die nachher die Versammlung zu halten haben, die Bedeutung klarzumachen von Mikroprozessoren, prozeßgesteuerten Drehbänken, daß man da von Großserien wegkommt und daß man die ganze Wirtschaftsstruktur dezentralisieren kann. Das ist zwar alles richtig, aber es wäre gut, wenn wir unsere Leute mal von der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer zweitägigen Seminartagung einladen würden, damit sie in der Lage sind, die Diskussion auf dem Felde richtig zu bestehen. Also, ich bin sehr dafür, das sind alles gute und richtige Informationen. Ich propagiere das ja auch selber und werde da auch ab und zu dann zitiert, allerdings auch verdreht dargestellt, wie beim Südwestfunk neulich; der Gedanke ist richtig, ich wäre nur dankbar, wenn die Fachleute innerhalb der Union, das ist auch ein Thema für den Mittelstand, Herr Zeitel – Dezentralisierung der Wirtschaft durch moderne Technik, Technologie –, das in einer verständlichen Form noch einmal darzustellen und zwar von den betreffenden Verantwortlichen und Fachleuten selber. Die Bundesgeschäftsstelle kann dies pressewirksam nicht machen, sondern das muß dann eben von denen – wir sind in sieben Ländern in der Regierung – mitgetragen werden, die es tun können, auch von ihrer fachlichen Kompetenz her.

Scherer: Ich will hier das Wehklagen über die elektronischen Medien nicht fortsetzen, wir kommen sicher auf notwendige Konsequenzen zu einem anderen Zeitpunkt zurück, aber mich bekümmern dessen ungeachtet zwei Nebenwirkungen, die zumindest nach den Versammlungen in Gesprächen sich deutlich artikulieren. Das eine ist, daß entweder geschlossen wird auf eine unzulängliche Akzentuierung unserer Politik, das heißt, daß unzulängliche Anlässe dafür geschaffen werden, oder zum zweiten, daß die Einflußmöglichkeiten in den Anstalten ungenügend seien. Aus beidem schließt man natürlich nicht auf die Stärke und die Durchsetzungskraft einer Partei. Das macht auch bei unseren Freunden einige nervös, nicht etwa die Auseinandersetzung mit der SPD unmittelbar. Vor diesem Hintergrund halte ich es für dringend geboten, insoweit eine etwas stärkere Akzentuierung jetzt auf eine optimistische Grundstimmung zu setzen. Sicherlich ist die Erblast im Bewußtsein der Bürger weitestgehend vorhanden. Nur, damit erregen Sie keinen neuen Aufmerksamkeitswert mehr. Ich gebe das so wieder, wie ich es selbst empfunden habe. Die Anzeige, die heute morgen plazierte worden ist, „Jetzt läuft’s wieder“ oder gestern die Meldung in der „Bild am Sonntag“ zu Gerhard Stoltenberg²⁸, die diesen optimistischen Grundzug hineinbringen, die können Aufmerksamkeitswerte gewinnen. Darauf, glaube ich, müssen wir auch jetzt betont Wert legen, solche Anlässe und solche Meldungen zu schaffen. Wenn ich das aber beides miteinander zu verbinden suche, dann gebe ich zu erwägen, jetzt nicht zu streiten über „mit“ oder „in“, aber wohl über das „wieder“. Denn wir haben ja eine Wende zu markieren. Wenn wir beides miteinander in Einklang bringen wollen, wir haben das in der Erinnerung zu haben und damit Wählerverhalten zu beeinflussen und auf der anderen Seite die Alternative deutlich zu machen,

28 „Bild am Sonntag“ vom 30. Januar 1983: „Stoltenberg: Jetzt geht es spürbar aufwärts“.

da würde es mir wirkungsvoller erscheinen, wenn es hieße „wieder aufwärts“ und „jetzt den Aufschwung wählen“, damit wir beides in einem Slogan zusammenfassen. Das ist eine Überlegung, die ich Ihnen anheimstelle, die aber auch unter die unmittelbare Selbstansprache dieses Slogans fällt.

Geißler: Darf ich nur Folgendes sagen: Dies alles ist hin und her diskutiert, war auch sogar von mir mal ins Spiel gebracht worden, man hat dann unter allen möglichen Gesichtspunkten der Werbewirksamkeit, der Kürze, der Prägnanz und im Bewußtsein der Tatsache, daß die Leute noch im Kopf haben die 13 Jahre SPD-Regierung – aufgrund unserer demoskopischen Unterlagen ist dies so –, zu dieser prägnanten Fassung gefunden. Wir haben das „wieder“ weggelassen. Natürlich ist „wieder“ auch nicht falsch, aber es ist dann halt wieder länger. Und es handelt sich um einen Slogan. Je kürzer, desto besser, er darf nur nicht falsch sein, sondern muß richtig sein.

Zeyer: Herr Generalsekretär, meine Damen und Herren, ich will zum Slogan gar nichts sagen, weil wir das vorher schon diskutiert haben, ich will nur eine Anmerkung machen. Herr Geißler, mit meinem Freund Werner Scherer hatte ich bislang nicht darüber gesprochen, (*Geißler:* Das hatte ich fast vermutet.) wir hatten nicht abgestimmt, das hier so vorzutragen. Ich will zunächst anknüpfen an das, was Elmar Pieroth gesagt hat. Ich halte es für sehr wichtig, daß breit deutlich gemacht wird, welche Zeichen für den Aufschwung jetzt schon vorhanden sind. Und wenn ich sage breit, dann meine ich, es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, das auf örtlicher Ebene durch die Bürgermeister oder auf Kreisebene durch die Landräte zu verdeutlichen. (*Geißler:* Kommunale Spitzenverbände.) So ist es. Ich will ja nur an Beispielen verdeutlichen, in welchem Umfange die Bauanfragen und die Baugenehmigungen gestiegen sind. Es muß verdeutlicht werden, in welchem Umfang auch die Mittel aus dem Programm zur Bausparzwischenfinanzierung bereits in Anspruch genommen worden sind und in welchem Umfang in den Brennpunkten des Wohnungsbaus auch die Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus eingesetzt werden. Ich halte es für ungeheuer wichtig, daß dies auch in kleinen Zeitungen immer wieder erscheint, denn dort erregt es Aufmerksamkeit, und nur, wenn man ganz breit diese Diskussion führt, glaube ich, kann man Erfolg haben.

Zu den Medien nur wenige Bemerkungen. Ich warne davor, jetzt in eine generelle Medienschelte einzutreten, das würde mit Sicherheit vor allem in den Funk- und Fernsehanstalten zu einer Solidarisierung führen, und wir würden genau das Gegenteil von dem bewirken, was wir wollen. Ich bin der Meinung, daß überall Freunde von uns angesetzt werden zur Beobachtung der einzelnen Sendungen und daß dann Briefe geschrieben werden, nicht von den Mandatsträgern, sondern von anderen Bürgern. Diese Briefe gehen an die Intendanten, an die Chefredakteure. Wir haben die Erfahrungen gemacht, daß solche Briefe schon Wirkung haben. Darüber muß in den Redaktionskonferenzen zumindest gesprochen werden. Was mich stört, ist, daß bei Nachrichtensendungen überhaupt nicht mehr sauber getrennt wird zwischen der Nachricht, der Meinung des Journalisten, der gerade das Mikrophon hat oder vor der Fernsehkamera sitzt und daß dann oft noch ein Kommentar nachgeschoben wird; das ist ganz schlimm bei den Rundfunkanstalten. Dann kommt eine Nachricht, und dann wird in der Nachrichtensendung sofort ein Vertreter der SPD interviewt, der dann die Möglichkeit hat, ein bis zwei Minuten dazu Stellung zu nehmen, dann weiß kein Mensch vorher mehr, wie die Nachricht gelaute hat. Der negative Eindruck bleibt stehen. (*Geißler:* Also, da gibt es unzählige Beispiele.) Gut,

ich sage das nur. Darauf muß man also aufmerksam machen. (*Geißler*: Wir machen ja eine Dokumentation, das habe ich vergessen zu sagen.²⁹) Ich gehe davon aus, daß wir natürlich mit den Intendanten, die das Parteibuch der CDU haben, noch einmal reden werden, dasselbe gilt für die Chefredakteure.

Aber eine ganz wichtige Frage scheint mir zu sein, jetzt die Haltung in den letzten Wochen des Wahlkampfes gegenüber dem Kanzlerkandidaten der SPD festzulegen. Ich habe die Erfahrung gemacht in einer Reihe von Veranstaltungen, daß unsere Bundestagsabgeordneten und die Bundestagskandidaten recht unterschiedlich da herangehen. Ich meine, wir müßten deutlich machen, wie wandlungsfähig der Herr Jochen Vogel gewesen ist, wie anpassungsfähig er ist und wie leicht er Druck nachgibt und wie wenig er Widerstand leistet, wenn es darum geht, wichtige Positionen durchzusetzen. Ich habe den Eindruck, man müßte stärker herausstellen sein Verhalten in München. Das ist zehn Jahre her, wo er den Kampf begonnen hat mit den Jusos, aber vor den Jusos gekniffen hat. Er war nicht einmal in der Lage, den Kampf in München mit den Jusos durchzustehen. Dann sein Wechsel nach Bonn und was wir mit ihm erlebt haben als Bundeswohnungsbauminister und als Bundesjustizminister. Und letztlich auch sein Scheitern in Berlin, wobei er dort ja schon offen mit den Grünen paktieren wollte und dann von den Gewerkschaftern in seiner eigenen Fraktion gezwungen worden ist, davon abzulassen. Und er versucht ja jetzt auch schon, die Weichen zu stellen für ein Bündnis mit den Grünen, sofern diese im neuen Bundestag vertreten sein werden.³⁰ Auch das muß man herausstellen und daß er versucht, all das zuzukleistern, was ja nun im Grunde genommen Helmut Schmidt zum Rücktritt gebracht hat; ich verweise auf einen Artikel in der „Zeit“, „Genossen, wählt die Union: Ein Sozialdemokrat plädiert gegen die SPD“.³¹ Dies müssen wir deutlich machen, daß es immer noch die alte, in sich zerstrittene SPD ist und daß Hans-Jochen Vogel versucht, dies alles im Augenblick zuzukleistern, sicherlich mithilfe der Medien. Und dann verspricht er die Rücknahme fast aller Spargesetze, da muß man deutlich machen, daß das der Sturz in die Krise wäre, daß das ein Mann ist, der bereit ist, vor den Wahlen alles zu versprechen, wohlwissend, daß er das nachher nicht halten kann.

Letzte Bemerkung: Sein Verhalten im Blick auf die Sowjetunion und vor allem sein Verhalten im Blick auf Frankreich muß man herausstellen. Ich habe noch in Erinnerung, wie er von seinem Besuch bei Mitterrand zurückkam³² und sagte, hier sei alles im Einvernehmen und hier bestehe Gleichklang. Wie der Gleichklang war, hat dann Mitterrand einige Tage später im Plenum des Deutschen Bundestages deutlich gemacht.³³ Das sollte herausgearbeitet werden. Helmut Kohl und andere führende Persönlichkeiten unserer Partei werden angegriffen in den Gazetten, in den Magazinen, beim Fernsehen, und er läuft hier so, ohne daß er einen harten Angriff bislang zu befürchten hatte. Damit kein falscher Eindruck entsteht, ich gehöre nicht zu denen, die hier dann mit Verbalinju-

29 Vgl. UiD vom 3. Februar 1983: „Bundesvorstand appelliert an Hörfunk und Fernsehen“.

30 Vgl. UiD vom 17. Februar 1983 CDU-Dokumentation: „Der SPD-Kandidat Hans-Jochen Vogel. Politik und politischer Werdegang – eine Bilanz“.

31 Von Christian Graf von Krockow in „Die Zeit“ vom 28. Januar 1983: „Genossen, wählt die Union: Ein Sozialdemokrat plädiert gegen die SPD“.

32 Hans-Jochen Vogel hielt sich am 13. Januar 1983 in Paris auf (vgl. AdG 1983 S. 2672).

33 Mitterrand sprach anläßlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des deutsch-französischen Vertrags am 20. Januar 1983 vor dem Deutschen Bundestag (Sten. Ber. 9. WP S. 8978–8992, AdG 1983 S. 26303–26306).

rien arbeiten wollen, aber man kann doch deutlich einmal das Bild des Herrn Vogel zeichnen, der nicht die Kraft hat, wenn es hart wird, sich durchzusetzen und Widerstand zu leisten, und der bereit ist, sich anzupassen und sehr wandlungsfähig ist. Ich bedauere, daß ich dies so sagen muß und mein Kollege Bernhard Vogel anwesend ist, es ist sein Bruder. Ich sage deshalb noch einmal, ich bin dagegen, daß hier versucht wird, mit Verbalinjurien zu arbeiten, aber wir können einfach nicht länger hinnehmen, daß das Persönlichkeitsbild der Bevölkerung nicht deutlich vor Augen geführt wird.

Geißler: Also, wenn man den Vornamen immer hinzufügt, dann schafft das eine gewisse Klarheit, das ist richtig. Wir müssen noch hinsichtlich des Spitzenkandidaten etwas tun. Wir haben jetzt die Aussage von Herrn Zeyer, wir haben den Kommentar von Kurt Biedenkopf zu demselben Thema, wir haben auch im Präsidium darüber geredet. Ich will mal meine Einschätzung hier sagen, ich glaube nicht, daß es richtig wäre, eine Kampagne zu machen. Argumente gegen den Spitzenkandidaten, das kann man machen, Argumente, also zum Beispiel, was er in München, als Justizminister, als Wohnungsbauminister oder was er in Berlin gemacht hat, also mit Fakten gegen ihn argumentieren. Ich glaube, daß das der richtige Weg ist.

Jetzt, da wir uns mitten im Wahlkampf befinden, mache ich darauf aufmerksam, daß die Tagungen des Parteipräsidiums und des Bundesvorstandes auch noch Auswirkungen haben sollten in der morgigen Presse, und deswegen müssen wir spätestens um fünf vor eins aufhören. Ich glaube auch, daß das im Interesse aller Mitglieder des Vorstandes ist, die ja auch in den Wahlkampf wieder hinausmüssen.

Gradl: Ich habe eine Frage, es tut mir leid, Herr Geißler, ich muß nochmal auf das Plakat zu sprechen kommen. Natürlich können Sie sagen, Sie haben es mit allen, die davon etwas verstehen, durchgesprochen. Ich bestreite nicht deren Sachverstand. Aber wenn wir hier zusammensitzen, müssen wir doch wohl das Recht haben, eine Meinung zu sagen, von der wir vielleicht dann die Überzeugung haben dürfen, die läßt sich vielleicht doch noch irgendwie umsetzen. Mit einem solchen Gefühl gehe ich jedenfalls immer in die Vorstandssitzung. Und in diesem Fall schließe ich mich denen an, die vor mir kritisch sich zu dem Plakat geäußert haben; das ist ja eine sehr verhaltene Kritik. Nun bitte ich Sie, mit mir nochmal folgende Gedanken, wie sagt man heute auf Neuhochdeutsch, nachzuvollziehen.

Erstens, ich gebe zu, das fällt mir gar nicht schwer, das Plakat ist graphisch, farblich, in der Anordnung ausgezeichnet. Ich würde also zustimmen, daß an dem Bild nach Möglichkeit nichts geändert werden soll. (*Geißler:* Also, ist Ihnen klar, das eigentliche Plakat ist das weiße, das ist sozusagen simuliert, als ob es in der Landschaft stünde. Das ist etwas blöd, das machen wir das nächste Mal nicht mehr.) Das ist mir klar. Aber die Vorschläge, die gemacht worden sind, es geht ja nur um Textliches, sind von einer Art, daß ihre Berücksichtigung das Bild des Plakats überhaupt nicht beeinträchtigen würden. Worum es mir geht, ist, ich finde es richtig, daß man sagt „wieder aufwärts in Deutschland“. Und zwar einfach deshalb, weil man Gelegenheit gibt, jedem, dem einfachsten Redner und vielleicht auch dem Zuhörer, in Erinnerung zu rufen, daß es mit dieser CDU schon einmal in Deutschland aufwärts gegangen ist und zwar beachtlich bis 1969. Dies wird in Erinnerung gerufen. Wenn ich mich über dieses Plakat äußere, also „wieder aufwärts“, dann ergibt sich logisch gewissermaßen „in Deutschland“ und nicht „mit Deutschland“. Nun will ich Ihnen sagen, es gibt viele Leute und die gehören gerade zu uns, die haben nicht

gerne, daß wir so reden, als ob wir Deutschland sind. Wir sind eben ein Teil Deutschlands. Das müssen wir nicht plakativ, aber wir müssen es auch nicht herausfordern. Und wenn Sie sagen „wieder aufwärts in Deutschland“, dann ist dieser ganze Vorbehalt, der dadurch geweckt wird, weg und wir haben eine ebenso gute Formel. Dies ist Punkt eins. (*Geißler*: Das ist also eigentlich ein deutschlandpolitischer Vorbehalt?) Auch. (*Unruhe. Diskussion.* – *Geißler*: Deutschland wählt Adenauer!) Herr Stoltenberg, die Leute sind viel empfindlicher, als wir glauben. Viel empfindlicher! Aber nun gut, das ist meine Meinung.

Das zweite, was ich sagen will: Es ist hier auch eine allgemeine Meinung, der Schwerpunkt vollzieht sich im Bereich der Wirtschaft. Ich will jetzt nicht abwägen. Aber ich möchte bitten, mal einen Moment Folgendes zu überlegen: Es ist gesagt worden, daß Vogel bemerkenswert nahe an Herrn Kohl herangerückt ist; wir kennen die Zahlen. Ich überschätze das überhaupt nicht, aber ich denke, es ist ein Anlaß, sich zu fragen, warum eigentlich? Denn erstaunlich ist es. (*Geißler*: Mich würde mal interessieren, welche Zahlen Sie meinen.) 73, 77, so etwas wird verbreitet. (*Unruhe. Diskussion.*) Das Entscheidende ist, warum eigentlich? Wie ist das möglich? Ich glaube, daß es das zweite Feld ist, auf dem da ein Schwerpunkt dieses Wahlkampfes liegen sollte, und zwar ein Schwerpunkt, der sich, je näher wir an die Wahl herankommen, um so stärker bemerkbar machen wird, da in den Leuten systematisch Angst gezüchtet wird oder vielmehr die Vorstellung, diejenigen wie Herr Vogel werden eher geeignet sein als diese CDU, ihre Angst zu beruhigen, zu beschwichtigen, zu beseitigen vor einem großen Debakel. Dies wird, glaube ich, in den nächsten Wochen unerhört wichtig sein. Wir müssen wissen, daß die Sowjetunion und alle Organisationen, die den Kommunisten nahestehen, alle Friedensverbände und was auch sonst immer einen massiven Kampf führen werden, eben alles unter dem Gesichtspunkt. Sehen Sie, mir ist aufgefallen, Herr Gromyko war hier und hat einen Besuch abgestattet³⁴, und dann wurde hinterher gesagt, auch von uns, ja, das war ein freundliches Gespräch und Herr Gromyko hat erklärt, die Sowjetunion nehme auf den Wahlkampf keinen Einfluß. Aber haben Sie gesehen, was derselbe Herr Gromyko am nächsten Tag gemacht hat? Der ist nach Ost-Berlin gefahren und hat massive Erklärungen abgegeben gegen die Bundeswehr. Und jetzt geht das also los, jetzt hat die Sowjetunion hier diese Broschüre verteilt. Ich möchte nur darauf hinweisen, unterschätzen Sie nicht, daß diese Angststigmatisierung die Leute, oder viele Leute, stark beeindruckt. Ich warne deshalb, weiter gar nichts. Sie wissen das alle genauso gut wie ich. Ich warne nur davor zu sagen, die Wirtschaft ist der entscheidende Punkt. Es gibt noch einen dritten Punkt, darauf kann ich aber verzichten.

Geißler: Herr Gradl, darf ich nur, jetzt nochmal, was die Kanzlerpräferenz anbelangt, damit wenigstens wir hier im Bundesvorstand, im obersten Gremium dieser Partei, uns über derartige demoskopische Umfragen klar sind. Also, auf die Frage „Wen wollt Ihr als Kanzler haben?“ sagen 52 Prozent Helmut Kohl und etwas über 40 den Jochen Vogel. Was Sie meinen, das sind diese Sympathiewerte. Nun kann ich Ihnen auch erläutern – das haben wir aber schon, ich weiß nicht wie oft, hier in diesem Vorstand miteinander beredet –, worauf dies zurückzuführen ist. Das hängt an unseren Leuten! Da wird nämlich querbeet gefragt, und dieses Land, dieses Volk, dieses gute Volk, teilt sich zur Zeit in zwei

34 Gromyko weilte vom 16.–19. Januar 1983 in Bonn (vgl. AdG 1983 S. 26290–26292, AAPD 1983 Dok. 10 und 11).

Lager. Da gibt es CDU-Sympathisanten und die Sympathisanten des anderen Lagers. Während die Sympathisanten des anderen Lagers unseren Mann nicht für gut befinden, der ist nämlich schon vorher zehn Jahre Fraktionsvorsitzender gewesen und hat polarisiert und die Sozialdemokraten auf den Kopf gehauen, finden unsere Leute den neuen Kanzlerkandidaten Vogel, der längst aus der Gefechtslinie war und in den Augen unserer eigenen Leute eigentlich uns noch nie so richtig etwas Böses getan hat, auch gar nicht schlecht. Unsere Leute sind halt so. Das wissen wir, ich muß es jetzt aber wirklich hier mal darlegen, worauf das zurückzuführen ist. Jetzt warten Sie mal bitte ab, bis die nächste Sympathieumfrage 14 Tage vor der Bundestagswahl stattfindet, da wird sich dieses Bild geändert haben. Da wird sich dieses Bild geändert haben! Ich mache jetzt nur darauf aufmerksam, daß wir wenigstens wissen, wie diese ganzen Sympathiegeschichten zustande kommen.

Schwarz-Schilling: In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich ganz kurzhalten. Erstens, es ist nun eine Sache, die ich jahrelang beobachte: Über Medien wird im Präsidium wie auch in diesem Gremium entweder kurz vor oder kurz nach einer Bundestagswahl gesprochen. Ich möchte sagen, daß das, was dann während dieser Zeit hier geschieht, leider Gottes nicht mit meinen Intentionen übereinstimmt. Ich hatte seit Mai vorigen Jahres ein Gespräch mit dem Präsidium über wichtigste Fragen dieser Art eigentlich haben sollen, und es ist dann immer wieder verschoben worden. Ich sage nur mal, man soll sich bitte nicht beklagen, wenn dieser Zustand immer wieder eintritt, wenn entscheidende Maßnahmen nicht getroffen werden und auch so nicht getroffen werden können. Ich möchte dabei auch sagen, daß ich der Auffassung bin, daß, was das Medienthema angeht, einmal das Überziehen dieser Vogel-Wochenschau, die wir die letzten 14 Tage erlebt haben, bei der Bevölkerung auch als ein Überziehen angekommen ist und insoweit auch einen echten Effekt, so wie man ihn anspricht, gegen die öffentlich-rechtlichen Medien heute und ihre Auswahl hervorbringt. Man muß das nutzen.

Und nächster Punkt ist natürlich, daß man die ganze Frage Medientechnologie in einer ganz anderen Weise offensiv nach vorne tragen muß. Ich hatte da Vorschläge gemacht, sie werden wohl jetzt noch teilweise umgesetzt, aber ich bedauere es, daß in der Wahlkampfbrochure diese Frage, die für die SPD eine Defensivstrategie nur als Antwort haben kann, überhaupt nicht erwähnt, nicht angesprochen wurde usw. Ich möchte nur sagen, wir machen dort große Fehler.

Geißler: Also, lieber Herr Schwarz-Schilling, darf ich Ihnen zu dem Thema Folgendes sagen. Wir können wir jetzt lange darüber debattieren, ob die Medienpolitik hier voll zum Durchbruch gekommen ist in der Union und ob das Gespräch im Präsidium zustande gekommen ist oder nicht. Aber es ist ja wohl nicht zu vertreten, die Behauptung aufzustellen, daß diese Medienkampagne gegen uns zur Zeit nicht stattgefunden hätte, wenn das Gespräch stattgefunden hätte. Das ist ja wohl nicht so. Es geht in der Tat, da haben Sie Recht, im Moment um einen brutalen Machtkampf, weil der öffentlich-rechtlich monopolisierte Rundfunk und das Fernsehen weiß, wenn die Union an der Regierung bleibt in Bonn, dann gibt es irgendwann Konkurrenz. Sie stehen ja nun als Person für diese Politik, das ist auch klar. Also deswegen wollen wir in der Sache jetzt nicht damit argumentieren und die Zeit verwenden, ob wir jetzt intern im Bundesvorstand, Parteipräsidium medienpolitisch alles richtig gemacht haben, sondern es muß klar sein, daß wir hier uns mitten in einer zentralen Machtauseinandersetzung befinden und daß die alles

tun werden, um ihr Monopol zu erhalten. Aus dem Grund müssen sie uns verhindern. Das ist die Gefechtslage. Also, ich bitte doch darum, daß das Thema so gesehen wird.

Ich möchte auch nochmal darauf hinweisen, lieber Herr Zeyer, das ist alles richtig, nur die Motivation unserer Leute hängt wirklich etwas davon ab, ob sie irgendwo Zeichen erkennen, daß die Führung dieser Partei sich von den öffentlich-rechtlichen Medien nicht alles gefallen läßt. Das wird sich nicht ganz ohne Publikum abspielen lassen, was sich in den letzten 14 Tagen ergeben hat bei diesen Monopolunternehmen. Wenn wir nicht in der Lage sind, wenigstens ein Rauchzeichen abzusenden, daß wir uns nicht alles gefallen lassen, dann ist das eine sehr schwierige Geschichte, was die Motivation der eigenen Truppe anbelangt. Sie sehen ja, jeder der dabei war bei unseren Regionalveranstaltungen, bei unseren großen Veranstaltungen mit den Frauen und mit den jungen Leuten, was los ist bei unseren eigenen Mitgliedern. Und deswegen haben wir im Parteipräsidium einige Schritte überlegt, die werden wir sehr bedachtsam und ohne daß die Milch verschüttet wird, aber dennoch wirkungsvoll in den Medien an den Mann bringen.

Schwarz-Schilling: Ich darf nochmal ganz kurz fortfahren. Ich habe das nur deswegen gesagt, weil ich darum bitte, daß dann nach der Bundestagswahl dieses Thema behandelt wird, wie wir die Strategie in den Medien auch dann wirklich zum Gegenstand von Präsidium und Bundesvorstand machen, und nicht nur dann, wenn wir uns beklagen müssen.

Zweiter Punkt, was kann man heute tun. Ich gebe Ihnen völlig Recht, ich möchte nur eines sagen: Ich halte es für richtig, daß alle, ob das jetzt Ministerpräsidenten oder Minister sind oder wer immer, sich häufig telefonisch mit Journalisten unterhalten, und zwar, bevor sie etwas bekanntgeben, ihnen sagen, hören Sie zu, da kommt noch eine ganz wichtige Sache, sorgen Sie doch bitte dafür. Dann werden die Leute meistens was tun. Wenn nichts passiert ist, dann kann man auch sagen, hören Sie mal zu, ich bin aber wirklich außerordentlich überrascht, wie ist das eigentlich zustande gekommen? Sie werden merken, beim nächsten Mal wird es dann nicht mehr passieren. Wir machen zu viel öffentliche Prügelei, statt den Kontakt mit den Leuten persönlich zu suchen. Beim Publikum kann man öffentlich ruhig einige harte Sachen sagen, aber dann nicht mit Personen. Stattdessen erreicht man bei den Personen telefonisch im persönlichen Gespräch am meisten.

Dritter Punkt, Arbeitsplätze. Ich will nur nochmal sagen, daß natürlich auch von meinem Ressort hier alles gemacht wird, um diesen Punkt in den Vordergrund zu bringen. Ich bin also auch erfreut, daß die Resonanz darüber auch gerade jetzt an diesem Wochenende in allen Zeitungen sehr stark war. Und ich möchte hier noch bekanntgeben, daß in den nächsten 14 Tagen allen Kollegen des Bundestages und auch dem Vorstand regional das, was von der Bundespost an Investitionen und Handwerk und alles gemacht wird, noch zugehen wird. Ich bin gerade dabei, das statistisch zu erheben.

Vierter Punkt, Plakat. Ich finde, daß das gute Assoziationen sind: „Aufwärts“, „Deutschland“, „Aufschwung“, das sind die Worte, die wir brauchen. Das Plakat nützt nichts, wenn es nicht auf den entsprechenden Kontext trifft. Das heißt, es darf nur noch ein i-Punkt sein zur Stimmung, die wir allgemein erzeugt haben. Das „wieder“, was Herr Gradl gesagt hat, ist erwägenswert. (*Geißler:* Ja. Ist erwogen worden.) Das wollte ich hier noch einmal sagen. (*Unruhe. Diskussion.*)

Geißler: Wir befinden uns in einer schweren Auseinandersetzung, da gibt es auch irgendwo die Entscheidung der Führung. (*Unruhe. Diskussion.*) Wenn nun wirklich ganz

gravierende Einwendungen gekommen wären ... (*Unruhe. Diskussion.*) Aber liebe Leute, das muß ich aber nun wirklich sagen, Frau Griesinger, wenn an Präpositionen die Sache aufgehängt wird, dann muß ich wirklich mich nach sorgfältiger Diskussion und Abwägung des Für und Wider auch ein bißchen auf die Fachleute verlassen. Der Einwand von Herrn Gradl war ein sehr substantieller Einwand, nur bin ich davon überzeugt, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Bevölkerung das nicht so mißversteht. Aber Ihr Einwand ist ein substantieller, das gebe ich gerne zu. Nur, wenn wir „Deutschland“ verwenden wollen, das ist ja ein guter Begriff und ein positiver Begriff, dann können wir ihn halt nur als „Deutschland“ verwenden. Ich kann schlecht „Westdeutschland“ sagen oder so. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich muß wirklich jetzt im Interesse der Wahlkampfauseinandersetzung darum bitten, daß wir zum Schluß kommen. Als Letzter Herr Vogel.

Vogel: Herr Generalsekretär, ich möchte mich ausdrücklich für diesen Slogan aussprechen und entschieden dem Gedanken statt „mit“ „in“ zu setzen, widersprechen. Zwar hat die Wirtschaftspolitik in diesem Wahlkampf einen sehr hohen Stellenwert, aber die Friedens- und Außenpolitik hat ebenfalls eine sehr gewichtige Rolle. Es ist vorhin darüber gesprochen worden. Ich möchte nicht nur einen Aufschwung in Deutschland, sondern ich möchte, daß es aufwärts geht mit Deutschland, (*Geißler:* So ist es!) daß beispielsweise in den westlichen Ländern, in Paris und in London und in Washington wieder Verlaß auf Deutschland herrscht. Das gehört ganz wesentlich zu dem Aufschwung mit hinzu. Ich spreche mich, bei allem Respekt vor denen, die argumentiert haben, gegen das „in“ aus. Das ist eine Verkürzung auf die wirtschaftliche Seite und eine Vernachlässigung der friedens- und außenpolitischen Seite. Ebenso entscheiden bin ich gegen das „wieder“. Dieses „wieder“ hat etwas Tantenhaftes derer, die es immer schon gewußt haben. Meine Damen und Herren, die Zeit, wo eine andere CDU-Regierung den Aufschwung geschafft hat, ist für die Allermeisten so ewig her, daß die Allermeisten bei „wieder“ eben nicht an die CDU-Regierung denken, sondern an die guten Zeiten von Helmut Schmidt. Dieses „wieder“ unterstützt noch den Ruf, den wir schon haben, es immer gewußt, und das heißt auch, immer besser gewußt zu haben, was man uns ja bekanntlich über zehn Jahre nicht abgenommen hat. Ich spreche mich also dagegen aus.

Und jetzt möchte ich noch etwas zu der außerordentlich interessanten Diskussion über den Kanzlerkandidaten der SPD sagen. (*Heiterkeit.*) Also meine Bitte, die wiederhole ich jetzt nicht mehr, etwas mit den Vornamen zu variieren, das habe ich schon mal getan. Ich wiederhole auch nicht die Bitte, obwohl sie kaum Gehör findet, im Wahlkampf in Rheinland-Pfalz sich vielleicht der Tatsache zu erinnern, daß dort ein Wahlkampf stattfindet. Es ist sehr liebenswert, wenn Redner der A-Kategorie zwei Stunden über die Schlechtigkeit des Begriffes „Vogel“ in Rheinland-Pfalz referieren, aber mit keinem Wort über die Landtagswahl. Das macht dann bei den Wählern bei einem Zustimmungskoeffizienten für den dortigen Ministerpräsidenten mit 68 Prozent einen sehr überzeugenden Eindruck, wie der Redner sich auf seinen Auftritt vorbereitet hat. Also, das wäre eine Bitte.

Und außerdem wäre meine Bitte, daß wir nicht genau das tun, was in der Wahlkampf-führung bei der SPD beabsichtigt ist, daß nämlich überhaupt nur noch von einem Menschen bei der SPD die Rede ist, und das ausgerechnet in der Partei, die über viele Jahre sich personell zerstritten hat. Was ist denn da alles über den Schmidt gesagt worden, was ist denn da an personellen Auseinandersetzungen gewesen? Ausgerechnet diese Partei

bringt es jetzt mit unserer Unterstützung fertig, daß die Partei identifiziert wird mit einem einzigen Namen, der natürlich im Falle – ich sage das jetzt mal rein theoretisch – eines Erfolgs dieser Partei genauso unter die Räder geriete wie sein Vorgänger Schmidt. Aber wir machen das auch, weil wir ganz geblendet sind, daß jetzt jemand da neu auftritt, und unterstützen das noch, indem wir fortwährend und ausschließlich von ihm reden. Und tun das noch angesichts der Tatsache, daß wir einen ebenfalls im Wahlkampf stehenden Mann derselben Familie möglichst gar nicht erwähnen und schamhaft dann noch sagen, entschuldigen Sie bitte, daß wir das jetzt hier sagen müssen. Ich wäre statt für die Entschuldigung sehr viel dankbarer für ein freundliches Wort gegenüber unserem Kandidaten, weil das draußen auch ein bißchen glaubwürdiger wirken würde.

Geißler: Ich bedanke mich. Damit sind wir am Ende der Diskussion. Ich schließe damit die Sitzung des Bundesvorstandes. Wir sehen uns vor der Bundestagswahl, glaube ich, noch einmal. Alles Gute, kommen Sie gut nach Hause.

Bonn, Montag 21. Februar 1983

Sprecher: Albrecht, Biedenkopf, von Bismarck, Geißler, Gradl, Griesinger, Hasselmann, Koch, Kohl, Lüthje, Neumann, Pieroth, Radunski, Späth, Wex.

Politische Lage. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 13.30 Uhr

POLITISCHE LAGE

Kohl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, ich eröffne unsere heutige Bundesvorstandssitzung. Heute in 14 Tagen treffen wir uns wieder, hoffentlich in guter Stimmung und guter Verfassung. Jeder erkennt an diesem Hinweis auf die Zeitspanne, die vor uns liegt, wie wichtig die nächsten Tage sind. Weil das alles so wichtig ist, kann ich mir vorstellen, daß jeder begreift, daß es heute vor allem darauf ankommt, hier konzentriert das zu tun, was zu tun ist, und dann sich wieder den richtigen Geschäften zuwendet; denn nicht hier im Bundesvorstand wird die Wahl gewonnen, sondern draußen. Und da will ich gleich die Bemerkung hinzufügen: Die Dinge laufen gut, das erkennt jeder, aber sie laufen nicht so gut, daß man jetzt den Löffel weglegen und sagen kann, die Wahl ist schon gewonnen. Die Wahl ist gewonnen – oder auch nicht – am 6. März um 18 Uhr. Für meinen Geschmack – lassen sie mich das offen sagen – sind vor allem jene, die mir vor sechs Wochen geschrieben haben, die Wahl sei nicht zu gewinnen, jetzt schon wieder um eine Nuance zu siegessicher. Also helfen Sie bitte mit, daß wir in den Landesverbänden jetzt konzentriert auf dem Weg weiter vorangehen. Wir haben, glaube ich, was die Materialien betrifft – Heiner Geißler kann gleich noch ein Wort dazu sagen –, das von der Zentrale aus getan, was zu tun ist. Ich glaube, jetzt ist das Allerwichtigste, daß wir nicht in die menschlich sehr verständliche Hysterie, die immer vor Wahlen aufkommt, verfallen und glauben, etwa mit dieser oder mit jener Maßnahme noch etwas verändern zu wollen. Dazu gehört auch – und das sage ich mit allem Ernst hier –, daß ich ausdrücklich darum bitte, daß wir jetzt angesichts der Forderungen von dieser oder jener Gruppe oder der massiven Pression von diesem oder jenem Verband nicht plötzlich sagen, wir machen jetzt etwas anders als das, was wir bisher als richtig vertreten haben. Es nützt uns gar nichts, jetzt zu sagen, bei den Krankenhauskosten machen wir die fünf Mark weg oder dazu¹; das gibt nur ein Gefühl der Unsicherheit bei den Wählern. Das Konzept ist richtig. Wir haben an dem Punkt nach sorgfältiger Beratung, was die Rückzahlbarkeit betrifft, eine Entscheidung getroffen, von der ich heute mehr denn je überzeugt bin, daß sie richtig war, daß sie auch draußen so verstanden wurde, nicht von

1 Die Zuzahlung bei der stationären Krankenhausbehandlung betrug von 1983 bis 1988 fünf DM pro Tag (Haushaltsgesetz vom 20. Dezember 1982 – BGBl I S. 1857).

allen, vor allem nicht von Rentnern, wenn sie jetzt selber zahlen müssen.² Auch was andere Punkte betrifft, bin ich der Meinung, daß wir jetzt klar Kurs halten.

Wir liegen, glaube ich, richtig mit dem Grundthema „Für Frieden und Freiheit“, daß wir einen Beitrag zur Einigkeit des Westens geleistet haben und optimistisch sein dürfen, daß in Genf³ etwas herauskommt, was wir wollen, und daß wir auf dieser Linie marschieren. Wir sind die Partei, die den Frieden und die Freiheit sichert, die Abrüstung herbeiführen kann. „Frieden schaffen ohne Waffen“ geht nicht, wohl aber „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Wenden Sie bitte diese Formulierung an, auch wenn Sie glauben, Sie können sie nicht mehr hören. Nach allen Tests, die wir bis in die letzten Tage hinein gemacht haben, ist das der Renner auf diesem Sektor, weil der andere Punkt „Frieden schaffen ohne Waffen“ seit Jahren durch ist, unsere Variation den Leuten aber eingeht, weil sie realistischer, wirklichkeitsbezogener ist. Die können es nicht oft genug hören, auch wenn bei uns die vermeintlichen intellektuellen Ansprüche umgehen, man könnte es nicht mehr hören. Sie müssen damit rechnen, daß in den letzten zehn Tagen das einer der Angriffspunkte ist. In Köln sind wieder nach der Masche von 1980 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die ersten Aufkleber erschienen, wir seien Kriegspartei usw.⁴; das werden sie spielen. Lassen Sie sich davon nicht beeinträchtigen. Ich halte es für ausgeschlossen bei dem jetzigen Sachstand, daß das Thema durchdringt und penetriert werden kann, wir seien die Kriegspartei, im Gegenteil. Wenn Sie mich fragen, wo der schwerste strategische Fehler von Jochen Vogel in diesem Wahlkampf liegt, dann ist meine Meinung, daß er aus der Opposition heraus in der Außenpolitik angegriffen hat. Er hätte uns vorher fragen sollen. Wir haben das dreizehn Jahre lang versucht mit denkbar schlechtem Erfolg, wie jeder sich aus der Vergangenheit erinnern kann. Ich werde nachher noch ein Wort zur Demoskopie sagen. Ich stimme den Kollegen aus dem Präsidium – wir haben gerade darüber gesprochen – zu, auch meines Erachtens ist die Revitalisierung der Grünen entscheidend auf diese Raketengeschichte zurückzuführen. Wenn jemand die Grünen in den Deutschen Bundestag hineinbekommt – und es sieht jetzt so aus, als gebe es hier eine Fraktion –, dann ist das das persönliche Verdienst der SPD-Führung, denn mit dieser Raketenthematik hat sie die Grünen wiederbelebt, die in der Ökologie im Augenblick bei zweieinhalb Millionen Arbeitslosigkeit nichts zu bestellen haben. Sie haben ein neues Thema, gucken Sie in die Lokalzeitungen, wie sich hier wieder evangelische Pastoren tummeln, wie sich ganz bestimmte Gruppen wieder aufmachen. Das Thema ist plötzlich da, obwohl es derzeit, weil ja in Genf die Verhandlungen noch nicht in dieses Stadium getreten sind, überhaupt kein Thema zu sein brauchte.

Zur Innenpolitik müssen wir uns sicherlich noch wappnen, daß sie in den nächsten paar Tagen – es sind eigentlich nur noch neun Tage, um wirklich etwas bestellen zu

2 Das Bundeskabinett hatte am 27. Oktober 1982 im Haushaltsbegleitgesetz 1983 eine „Investitionsanleihe“ als unverzinsliche Zwanganleihe beschlossen, die in den Jahren 1987 bis 1989 zurückgezahlt werden sollte. In ihrem am 17. Januar 1983 verabschiedeten Wahlprogramm sah die CDU aber vor, die Zwangsabgabe nicht zurückzuzahlen (AdG 1983 S. 26430). Auch war beschlossen worden, die Rentner mit einem Prozent des Rentenbetrags an den Kosten ihrer Krankenversicherung zu beteiligen (vgl. zu den weiteren Beschlüssen Wirsching S. 29–33).

3 Vgl. Protokoll Nr. 21 (8. November 1982) Anm. 52.

4 Im Wahlkampf zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 11. Mai 1980 suggerierte die SPD mit Anzeigen, nur sie garantiere Deutschland Frieden, während die CDU für den Weg in den Krieg stehe (vgl. Hitze Bd. I S. 221–224).

können – eine Reihe von Themen angehen werden. Ich will hier einmal die Themen nennen, die sie bringen können, zum Beispiel an der Rentenfront, wo sie versuchen, etwas zu tun, sie werden bei den Mieten den bisherigen Kurs weiterführen, sie werden als neues Thema gewaltig den § 218 versuchen hochzuspielen – das ist ein solcher Punkt, den sie auf ihre Art bringen –, und ich persönlich gehe davon aus, daß sie zumindest regional, beispielsweise in Bremen oder in Nordrhein-Westfalen, das Thema Stahl bringen, und dann werden Sie nochmals den Versuch machen, uns die Massenarbeitslosigkeit anzuhängen, also praktisch unsere Themen herumzudrehen. Auch hier rate ich uns, jetzt voranzugehen und bei unseren Themen zu bleiben. Wir sollten beim Thema Arbeitslosigkeit deutlich herausstellen, woher die Arbeitslosigkeit rührt, daß wir Hoffnungsträger sind; das ist inzwischen nicht mehr nur Propaganda. Sie merken ja aus den Umfragen, wie die Stimmung total umgeschlagen ist. Es sind über 50 Prozent, die jetzt der zweiten Jahreshälfte optimistisch entgegensehen, auch in der wirtschaftlichen Erwartung. Das ist eine Veränderung von 21 Punkten in sechs Wochen. Das hat es in Jahrzehnten nicht gegeben. Die Initiativen fangen an zu greifen. Das heißt also, lassen wir uns nicht darauf ein, viel zu streiten, sondern uns sagen, mit uns kommt der Aufschwung. Das muß selbstsicher, aber mehr selbstverständlich als selbstsicher sein. Wir dürfen uns das nicht wegreden lassen. Das ist, glaube ich, der erste wichtige Punkt.

In dem Zusammenhang ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß das, was Vogel angekündigt hat, ein Desaster mit neuen Schulden bedeutet; das ganze Programm rechnet sich nicht.⁵ Wir werden in den nächsten Tagen mit Gerhard Stoltenberg noch einmal die Rechnung aufmachen, was das kostet, allgemein verbindlich, für jedermann erkennbar. Da muß unter dem Strich herauskommen, wieviel neue Arbeitslose das in etwa bedeutet. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, weil wir damit das Thema Rot-Grün entsprechend verpacken können.

Was die Renten und die Mietdinge betrifft, muß das einfach auf der bisherigen Linie fortgefahren werden. Bitte nehmen Sie jede nur denkbare Gelegenheit wahr, das Thema junge Generation konkret zu fassen. Wir haben eine einmalige Chance, etwas Gutes für die Marktwirtschaft ohne Sprüche zu tun, sondern in der Wirklichkeit über dieses Programm mit den Lehrlingen. Wir werden versuchen, für die jugendlichen Arbeitslosen, die jetzt nicht ein Lehrverhältnis beginnen wollen, noch einen zusätzlichen Schritt zu tun. Das Gespräch mit Gewerkschaften und Industrie findet heute in acht Tagen statt⁶, das ist etwas schwieriger, aber wenn wir da noch etwas bringen – ich mache das übrigens auch über den Wahltag hinaus, das hat mit dem Wahltag nichts zu tun –, wenn wir aus den knapp 180.000 jugendlichen Arbeitslosen nochmal 50.000 herausbrechen können und die nach einem einjährigen Einführungsjahr zu einer Lehre und Ausbildung bringen, ist das ein ungeheurer Erfolg.⁷ Ich kann nur sagen, mit diesem Pfund müssen wir wuchern. Das ist auch eine Sache, die bei der jungen Generation läuft. Zum Thema § 218 hat Heiner

5 Am 22. Februar 1983 stellte die SPD ihren Plan eines „zweiten Arbeitsmarkts“ vor (zu Einzelheiten und zu erwartenden Kosten vgl. AdG 1983 S. 26426).

6 Am 28. Februar 1983 (AdG 1983 S. 26426).

7 Nach einer Konferenz mit führenden Vertretern der im Kuratorium für Berufsbildung zusammengeschlossenen Verbände der Wirtschaft verkündete Kohl am 3. Februar 1983 ein Programm zur Erhöhung von Ausbildungsplätzen (AdG 1983 S. 26425f.), Materialien und Programm der CDU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in: ACDP 07-001-1338.

Geißler in Absprache mit mir ein Interview gegeben.⁸ Ich glaube, das ist die Linie, auf der wir argumentieren müssen. Machen Sie sich keine Illusion, das ist ein Thema, das nicht nur in der Öffentlichkeit kontrovers ist, sondern, wenn es wirklich ans Eingemachte geht, auch in der CDU/CSU kontrovers ist. Hier gibt es eine gewaltige Spannung, einen gewaltigen Spannungsbogen quer durch die Bundesrepublik. Wir sind alle klug beraten, wenn diejenigen, die bei uns sozusagen integral nach beiden Seiten hin sind – die gibt es ja nach beiden Seiten hin –, von uns gestoppt werden. Wir müssen hier auf eine mittlere Linie kommen. Wir können in dieser Frage auf keinen Fall operieren nach einem Prinzip des Alles oder Nichts.

Was nun das Verhältnis zum Koalitionspartner betrifft, will ich deutlich sagen, unsere Position bleibt die gleiche. Wir wollen die Koalition der Mitte fortsetzen. Lassen Sie mich das hier einmal ganz drastisch sagen, weil hier offensichtlich sehr unterschiedliche Interessenlagen, auch möglicherweise zwischen uns und unserer Schwesterpartei bestehen, für mich ist das nicht nur eine Frage dieser Wahl, sondern für mich ist das eine Frage der mittel- und langfristigen Entwicklung der Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn ich davon ausgehe, daß die FDP in rund 40 Prozent der kreisfreien Kommunalvertretungskörperschaften und der Landkreise noch existent ist, und wenn ich diese 40 Prozent zugrunde lege, und wir dann davon mit 70 Prozent eine Koalition haben und eine gut funktionierende Koalition an der Saar haben, wenn wir jetzt auf eine Koalition in Berlin zugehen, während wir jetzt noch eine Unterstützungsabsprache haben, dann ist der Bestand schon jetzt ganz wichtig.

Nur, liebe Freunde, für die Zukunft gibt es noch wichtigere Punkte. Ich werde nicht müde, Sie immer daran zu erinnern, weil das als Parteivorsitzender meine Pflicht ist, daß in Nordrhein-Westfalen 40 Prozent unserer Wähler und 40 Prozent unserer Mitglieder wohnen, und wenn wir 1985 in Nordrhein-Westfalen nicht in die Regierung kommen, sind wir bis 1990 in der Opposition. Das bedeutet, wir sind von 1966 bis 1990 in Nordrhein-Westfalen in Opposition. Das ist mehr als ein Vierteljahrhundert, das ist mehr als die normale Amtserwartung eines Abgeordneten, eines Politikers. Das hält keine große Partei auf die Dauer aus, daß sie in einem Kernstück des Landes in Daueropposition ist und daß sie zum Teil in diesem Land noch nicht einmal den kommunalen Auslauf hat. Denn an Rhein und Ruhr ist es schon etwas schwieriger, die Numero eins in einem Kommunalparlament zu werden. (*Biedenkopf*: 40 Prozent der Kommunalmandate, aber mehr ist im Augenblick nicht drin.) Ja, aber die Sitze muß Du durch die Eifel und das Münsterland und das Sauerland dazu nehmen. Aber im Ruhrgebiet haben wir zum Teil eine Position, wo junge Leute, die zu uns kommen – das muß man klar aussprechen – keinen Auslauf haben, um zu zeigen, was sie können. Aus all diesen Gründen muß ich leidenschaftlich dafür eintreten, daß wir hier eine vernünftige Politik machen.

Ich füge aber eine zweite Bemerkung hinzu. Wir nehmen das Wahlergebnis, wie es kommt. Damit das klar ist, ich habe keine Probleme; niemand übrigens in diesem Zusammenhang, auch wenn andere glauben, sie hätten ein Problem. Das werden wir sehen, dann müssen wir es halt, wenn es Not tut, austragen. Nur, der Punkt, der mich schon bewegt, ist, wenn ich mir vorstelle, was auf uns in den nächsten Jahren an Entscheidungen zu-

8 Interview Geißlers in „Welt am Sonntag“ vom 20. Februar 1983: „Neuer Streit um § 218. Geißler: Vogel täuscht wieder.“ – Siehe auch UiD Nr. 8 vom 24. Februar 1983 S. 8 („Regierung plant keine Änderung des § 218“).

kommt. Da finde ich, sind wir klug beraten, wenn wir nicht nur sieben, acht, neun Mandate – und das wäre schon ein super Ergebnis, damit es keinen Zweifel gibt –, sondern eine größere Marge vor uns sehen. Wir haben das alles noch nicht erreicht. Deswegen bin ich dagegen, daß wir darüber jetzt lange reden, aber es haben einige schon wieder öffentlich darüber debattiert. Weil ich gerade bei dem Thema bin, habe ich noch einen Wunsch. Wir alle sind herzlich eingeladen – wie sich das gehört, und wie es immer war – am Wahlabend hier im Haus zu sein. Aber jeder, der am Wahlabend den Mund aufmacht, auch wenn das Ergebnis noch so gut ist – auch wenn es schlechter ist –, soll bitte daran denken, daß unsere Freunde in Schleswig-Holstein acht Tage später wählen⁹ und daß es mehr als unsere Pflicht ist, sich daran zu erinnern, daß wir nicht so tun, als sei nun das Rennen gelaufen, denn die müssen das voll ausbaden. Das Problem, das ich in Schleswig-Holstein sehe, ist im Augenblick – was das Wahlergebnis betrifft – nicht primär das Wahlergebnis an sich, sondern die flankierenden Geschwätzigkeiten, die acht Tage nach der Wahl auch bei uns in der Union entstehen. Wir haben da unsere gewissen Erfahrungen aus der Vergangenheit, und ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie so etwas sich ausgerechnet im nördlichsten Bundesland dem Wähler einprägt und wirksam ist. Deswegen die Bitte, denken Sie jetzt schon daran, daß dies so zu sehen ist.

Was nun das demoskopische Bild betrifft, ist meine Bitte, daß sich erstens niemand von uns von den Umfragen, die jetzt auf den Markt geworfen werden, verwirren läßt. Es stinkt zum Himmel, in welchem Umfang hier mit gefälschten und kaschierten Zahlen gearbeitet wird. Ich hoffe, wir werden nach der Wahl vielleicht zu einer Überlegung kommen, damit die Demoskopen auf freiwilliger Basis, wie das andere berufliche Bereiche auch tun, zu Regeln kommen – ich möchte eigentlich keine gesetzliche Regelung haben –, daß beispielsweise der, der eine Umfrage veröffentlicht, mitteilen muß, daß bei einer neutralen Stelle der Fragebogen hinterlegt wird, daß notariell klar ist, wie hoch das Panel war, also daß ein bißchen Seriosität in das Geschäft hineinkommt. Denn das, was sich im Augenblick abspielt, ist zum Teil haarsträubend.

Zweiter Punkt. Es gibt natürlich seriöse Umfragen in größerer Zahl, die signalisieren – ich will das einmal so formulieren –, daß es offensichtlich jetzt die beiden Blöcke gibt – Regierungslager CDU/CSU und FDP sowie SPD und Grüne – und daß jetzt, bisher war das ein bißchen anders, wenig Austausch zwischen den beiden Blöcken stattfindet, daß das beinahe ein closed shop ist, was sich hier zeigt. Wir haben als Union eindeutig in den letzten Monaten auch an die Grünen wieder etwas abgegeben, aber wir haben auch bei den Facharbeitern, soweit ich das aus den Materialien erkennen kann, eindeutig dazu gewonnen. Es gibt noch eine Reihe von Perspektiven. Die beiden Lager stehen sich gegenüber. Ich bin der Überzeugung, daß wir nach dem jetzigen Stand mit der Sonntagsfrage, die dauernd veröffentlicht wird, nichts anfangen können. Die Sonntagsfrage kommt viel zu gut für uns heraus, weil sie das Problem der Zweitstimmen nicht berücksichtigt. Da ist die allgemeine Motivation, für die CDU einzutreten. Da kommen dann Zahlen heraus, die sind inzwischen bei 49 Prozent – ein Institut hat dieser Tage wieder dick über 50 –, dafür können wir uns überhaupt nichts kaufen. Das mag sogar das Erststimmenergebnis sein, aber dafür können wir uns auch nichts kaufen, denn die FDP gibt ja in einer Reihe von Regionen die Parole aus, uns lokal mit der Erststimme zu wählen, das treibt

9 Landtagswahl am 13. März 1983.

uns nach oben. Bloß haben wir ein proportionales Wahlrecht, bei der Zweitstimme entscheidet sich das Schicksal der Republik. Da ist es eben so, daß 65 Prozent – 60 bis 65 Prozent – diese Problematik weder kennen noch bereit sind, sie kennenzulernen; aber die verbleibenden 35 Prozent wissen, daß man zwischen Erst- und Zweitstimme variieren kann, und die reichen völlig aus, um das Bild zu verändern.

Wenn ich es recht sehe, ist eine Entwicklung eingetreten, die ich – ich sage das offen – im Verhältnis Union-FDP erwartet oder für möglich gehalten habe; aber es ist eine Entwicklung fast parallel eingetreten, was ich nicht geglaubt habe – das muß ich auch offen sagen –, im Verhältnis SPD-Grüne. Ich gehe davon aus, daß die Grünen nach allen mir zugänglichen Zahlen im Vormarsch sind, daß die Grünen eine reelle Chance haben, das Parlament zu erreichen, und das geht nach dem Prinzip kommunizierender Röhren jeweils Union-FDP, SPD-Grüne. Es kann also durchaus sein, daß wir vier Fraktionen haben, was ich, wenn ich vor drei Wochen hier gesprochen hätte, bestritten hätte. Ich muß offen sagen, hier hat sich etwas verändert. In welcher Dimension, kann man noch nicht aussagen, wie man überhaupt noch nichts im Detail aussagen kann.

Gehen Sie bitte davon aus, wir haben eine Sensibilisierung der Wähler wie selten zuvor bei einer Wahl. Das wird zu einer hohen Wahlbeteiligung führen. Der 6. März ist in allen Schichten der Bevölkerung ein elektrisierendes Thema, ob Sie mit Arbeitern reden, ob Sie mit Bauern reden, ob Sie mit Unternehmern reden, ob Sie mit Betriebsräten reden. Sie werden überall finden, das Thema 6. März ist eingebrennt wie selten zuvor ein Thema. Deswegen, glaube ich, ist es jetzt wichtig, daß wir mit großem Kampfesmut, mit großer Entschlossenheit, aber zugleich mit Gelassenheit und nicht mit überschwänglicher Sie-gessicherheit, sondern mit Selbstsicherheit unsere Pflicht tun, jetzt, wenn wir in die letzten Tage hineingehen. Das ist auch der Sinn des heutigen Tages; das wird nachher in der Pressekonferenz auch deutlich werden.¹⁰

Dabei ist es ganz wichtig, daß die Parteigliederungen sehen, daß wir alle kämpfen. Das Beste in einer demokratischen Partei ist immer das eigene Vorbild. Je mehr vom Bundesvorstand draußen auftreten und bis an die Grenze des physisch Belastbaren kämpfen, um so mehr werden die Ortsvorsitzenden kämpfen, werden die Leute in der Frauen-Union kämpfen, in der Jungen Union, übrigens alles Gliederungen, wo ich sagen muß, daß phantastisch gekämpft wird. Ich trete damit anderen Gruppen nicht zu nahe, aber wenn ich es recht sehe, hat sich die enorme Veränderung der Frauen-Union in den letzten zehn Jahren¹¹ in diesem Wahlkampf gewaltig ausgewirkt, ich will das ausgesprochen positiv hervorheben. Das können Sie überall beobachten, und ich sage das deswegen, weil das – machen wir uns nichts vor – eine unserer Schwierigkeiten ist. Ich mache das nun seit Jahrzehnten, am Freitag habe ich vor der BASF gestanden mit meinen Ludwigshafener Freunden und Flugblätter verteilt, früh um fünf Uhr mit der Schicht bis kurz nach sieben. Die einzige negative Erfahrung, die wir auch an diesem Morgen gemacht haben, wenn ich die auf eine Altersgruppe beziehen soll, waren junge Frauen. Die einzigen Leute, die uns in Themen verwickelt haben – beim § 218 beispielsweise –, waren junge Frauen. Diese Frauen betreiben das nicht oder sagen das nicht auf sich persönlich bezogen, sondern das ist der allgemeine Vorbehalt gegen die Union, in dieser Frage generell frauenfeindlich

10 Vgl. Pressemitteilungen der CDU vom 21. und 22. Februar 1983, „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. Februar 1983; „CDU: Vogel führt in außenpolitische Isolierung“.

11 Zur Entwicklung vgl. Kleinmann S. 466–468.

eingestellt zu sein. Das Thema geht also über den eigentlichen Kern hinaus in einen wichtigen Strukturbereich unserer Gesellschaft hinein. Um so besser ist es, daß die Frauen-Union, wie ich finde, sehr gut operiert, aber auch die anderen Gruppen.

Ich will jetzt niemanden hier ansprechen, aber wenn ich die Liste betrachte, denke ich, wenn der eine oder andere seinen Kalender betrachtet, soll er doch einmal in diesen 14 Tagen überlegen, ob nicht das eine oder andere noch möglich wäre. Das braucht nicht immer eine Versammlung zu sein, aber etwas, was zur Stabilisierung der Partei beiträgt. Beispielsweise finde ich, ist es entbehrlich, jetzt Dienstgeschäfte zu machen, die nicht unmittelbar mit dem Wahlkampf zu tun haben. Ich kenne den einen oder anderen bei Dienstgeschäften, von denen ich eben finde, daß sie entweder vorher oder nachher gemacht werden könnten. Deswegen will ich das auch bei der Gelegenheit einmal ansprechen, weil unsere Leute jetzt außerordentlich nervös reagieren. Ansonsten kann ich nur sagen, lassen Sie uns jetzt auf dem Weg einfach voranschreiten, damit wir gemeinsam ein gutes Ergebnis am 6. in die Scheune einfahren können. Ich darf mich schon bei allen bedanken, die hier im Haus und draußen mitgeholfen haben, die hauptamtlichen Leute, die, wie immer, nach einigem Murren, Zögern, Schimpfen gegen das zentrale Adenauer-Haus, weil man ja das draußen besser weiß – aber das gehört sich so –, jetzt doch sagen, der Wahlkampf ist besser. Plötzlich kommen Briefe, die sagen, die Plakate sind doch besser. Vorher habe ich genau das Gegenteil gehört. Aber es wäre keine richtige Wahl aus der Sicht der CDU, wenn wir diese Hemmschwelle nicht vorher hätten überwinden müssen.

So viel also zu einer kurzen Einführung. Jetzt kurz noch Heiner Geißler und dann wollen wir noch eine kurze Diskussion machen. Herr Radunski, gibt es gegen 13 Uhr etwas zu essen? (*Radunski*: Ja. Um 12.30 Uhr sogar schon.) Sehr gut. Also, wir brauchen heute keine Debatte darüber, ob wir CDU wählen. Wir brauchen auch keine Debatte mehr über Details zu Wahlkampfmaßnahmen, die nicht mehr zu machen sind. Damit das auch klar ist! Wir können jetzt nur noch nach vorne operieren.

Geißler: Also, ich darf jetzt die anwesenden Landesvorsitzenden und Vereinigungsvorsitzenden besonders ansprechen, wir bleiben die nächsten 14 Tage bei unserer Hauptaussage. Wir haben ja in der letzten Woche die Parole noch einmal ausgegeben und auch unterfüttert. Sie finden eine Dokumentation hier in dieser Mappe: „Jetzt den Aufschwung wählen!“ Heute liegt in den Tageszeitungen dieser Prospekt, ich glaube, heute und morgen. In einer Elf-Millionen-Auflage wird dies verteilt. Diese Broschüre hat den Tenor: „Entscheiden Sie, daß es mit Deutschland wieder aufwärtsgeht. Jetzt den Aufschwung wählen!“ Es werden in den nächsten 14 Tagen von der Partei zehn Millionen „CDU-Extra“ verteilt, und zwar ebenfalls mit dieser Überschrift „Jetzt den Aufschwung wählen!“ Das muß das beherrschende Thema der kommenden 14 Tage sein. Wir lassen uns von dieser Stoßrichtung nicht mehr abbringen.

Jetzt habe ich folgende Bitte: Damit wir auch in dem äußeren Erscheinungsbild dieses Thema wirklich an den Mann bringen und im äußeren Erscheinungsbild zum beherrschenden Thema machen, darf ich Sie herzlich bitten, nun wirklich nachzufassen, daß überall in der Bundesrepublik Deutschland in den Ortsverbänden plakatiert wird. Und zwar die neuen Plakate mit dieser Überschrift. Bei den anderen Plakaten, die kommerziell geklebt werden oder bei den anderen Plakaten des Bundeskanzlers „Kanzler des Vertrauens“ kriegen Sie in den nächsten Tagen einen Aufkleber, den wir speziell für

diesen Zweck haben drucken lassen, der ebenfalls formuliert ist „Jetzt den Aufschwung wählen!“ Bitte kleben Sie überall auf die Plakate diesen Aufkleber drauf. Quer drüber, damit wir vom Erscheinungsbild her in den kommenden 14 Tagen wirklich ein einheitliches Bild bieten mit diesem Slogan „Jetzt den Aufschwung wählen!“ Das muß die beherrschende Thematik sein. Wir haben noch nie in einem Wahlkampf in einer derart intensiven Weise mit einem Schlag dieses Thema unter die Leute gebracht. Das sind immerhin 21 Millionen Exemplare, die wir in die Haushalte entweder über die Zeitungen oder durch unsere Verteilung an den Mann bringen.

Also das ist im Grunde genommen das, was wir in den nächsten 14 Tagen zusammen leisten müssen, und ich bitte Sie wirklich dringend, daß Sie jetzt mit Ihren Kreisvorsitzenden und den Kreisgeschäftsführern noch einmal Kontakt aufnehmen und daß Sie wirklich keine Gemeinde auslassen, so daß überall plakatiert wird und überall diese Zeitungen verteilt werden – auch vor den Betrieben, das ist auch klar.

Hasselmann: Ich würde es gerne sehen, wenn wir uns nochmal über ein paar Dinge, die in Wahlkampfversammlungen auf uns zukommen, unterhalten könnten. (*Kohl:* Ja, bitte.) Da gibt es schriftliche und auch pressemäßige Kritik an Adolf Müllers (Remscheid) Zweifel, die fünf Mark Eigenbeteiligung Krankenhaus durchzusetzen.¹² (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Ja, ich habe das schon ausrichten lassen. Ich habe es eben im Präsidium gesagt, Wilfried, mit Ausnahme der einen Entscheidung, die wir hier selber einstimmig gemeinsam getroffen haben und die draußen uns ja exzellent zugute gekommen ist – das muß man deutlich sagen –, bin ich strikt dagegen, daß wir an irgendeinem Punkt jetzt Angst kriegen vor der eigenen Courage. Das erzeugt bei den Leuten nur Unsicherheit und bringt uns bei den Verbänden überhaupt nichts ein. (*Unruhe. Diskussion.*)

Hasselmann: Ich wollte noch ein paar Bemerkungen machen. Ich weiß nicht, wie es um die Selbstauflösung des Bundestags steht.¹³ Da gibt es offensichtlich einen Dissens. Das Grundgesetz verändern oder nicht? Wie ist das zu verstehen? Draußen wird man hin und wieder gefragt, macht das ja nicht, laßt es wie es ist; ich kann es nicht beurteilen.

Kohl: Also, zunächst zum § 218. Ich bitte jetzt wirklich die Landesvorsitzenden, sich selber auch ein bißchen darum zu kümmern; das ist von Bonn aus nicht zu machen. Da gibt es, das muß man ganz illusionsfrei sehen, auch in der CDU, ich sage es noch einmal, einen weiten Spannungsbogen. Und das ist keine Frage, davor muß man sich auch sehr hüten, wenn da irgendjemand in die Debatte eingreift und eine Meinung dazu sagt, es

12 Vgl. dazu „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Februar 1983: „CDU gesteht Fehler bei der Selbstbeteiligung ein“. – Auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm kündigte „eine kritische Überprüfung der Selbstbeteiligung bei Krankenhauspflege sowie bei den Kuren für Ende 1983 an“ („Rheinische Post“ vom 19. Februar 1983: „Sozialminister Blüm in einem RP-Gespräch: Arbeitszeit muß verkürzt werden“).

13 Eine Selbstauflösung des Bundestags ist nach dem Grundgesetz nicht möglich. Der Weg zu den Neuwahlen am 6. März 1983, nachdem der Bundestag Bundeskanzler Kohl am 17. Dezember 1982 das Vertrauen nicht ausgesprochen hatte, obwohl tags zuvor der Bundeshaushalt für 1983 mit Mehrheit beschlossen worden war, war höchst umstritten. Trotz eigener Bedenken entschied sich Bundespräsident Carstens am 7. Januar 1983 dafür, das Parlament aufzulösen und für den 6. März Neuwahlen auszuschreiben. Das angerufene Bundesverfassungsgericht bestätigte das Verfahren als verfassungsgemäß (Urteil des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Februar 1983 – BVerfGE 62, 1 Bundestagsauflösung I).

gibt Teile bei uns, die das dann sofort auf diese Linie bringen, daß man den oder die Frau dann sozusagen persönlich an dem Punkt anspricht. Das ist eine ganz andere Schiene. Ich will ein mich persönlich damals sehr berührendes, aber ganz unverfängliches Beispiel bringen. Ich habe damals für uns geredet, bei der Verabschiedung im Bundestag für die CDU/CSU-geführten Länder. Ich bin an einem Freitagabend heimgekommen zu meiner Mutter¹⁴, ich glaube, das war 1972 oder 1973; meine Mutter war damals schon weit über 80. Viele von Ihnen haben sie ja gekannt. Das war eine Frau, die ein Leben lang nach dem Heiligenkalender gelebt hat, nicht nach dem Datum, also eine wirklich fromme Frau. Und ich fragte sie, sie hatte die Rede gehört im Fernsehen, was hältst Du denn davon? Da sagte sie: „Ja, Du hast ja Recht. Aber weißt Du, das ist wieder so eine Sache, wo die Männer darüber bestimmen, was die Frauen zu tun haben.“ Diese Äußerung hat mich damals sehr nachdenklich gestimmt. Was man immer jetzt davon hält, diese Grundstimmung, die da rauskam bei meiner Mutter, die über 80 war und aus einer ganz streng katholischen Erziehung kam, war eben nicht der Punkt nur an sich, sondern die Art und Weise, wie Männer über das Thema reden. Und überlegen Sie bitte bei allem, was wir jetzt zu dem Punkt sagen; dieser Vorbehalt, wie Männer reden im Umgang auch mit Frauen, das ist jetzt eine ganz andere Situation.

Zweitens, wir haben an dem Punkt keine Einheitsfront konfessionell gesehen. Auch da muß man gewaltig aufpassen; da gibt es enorme Unterschiede. Das alles sollte uns dazu bringen, das Thema mit sehr viel Subtilität, mit sehr viel Zurückhaltung und auch mit Respekt anzugehen. Wobei wir bei uns eben die zwei Positionen haben, von der einen integralsten Position zur einen, bis zur integralsten Position zur anderen Seite. Das heißt aber, das Thema können Sie nicht von Bonn aus angehen. Wenn es da Äußerungen in der Partei gibt, bitte ich wirklich – beispielsweise den Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg und den Bezirksvorsitzenden von Süd-Württemberg – sich genauso darum zu kümmern, ich weiß, warum ich davon rede, wenn ich so die Äußerungen aus dem Kollegenkreis der Bundestagsfraktion in dem Zusammenhang bedenke, bis zu jenen aus anderen Landesverbänden. Aber es geht auch nicht, daß hier der eine oder andere Kollege oder die Kollegin aus Schleswig-Holstein oder Berlin dann die totale Gegenposition zu Ravensburg bezieht. Das bringt uns beides überhaupt nichts. Sie verstehen, was damit gemeint ist, wenn ich das so formuliere. Ich will das Thema nicht vertiefen, nur ich nehme die Sache nicht auf die leichte Schulter, weil ich weiß, bei uns ist hier eine sehr kontroverse Position. Im übrigen ist das eine Sache, die wahrlich der politischen Kultur der Demokratie nicht schadet, daß es in einer solchen Frage mal eine wirklich kontroverse Position gibt. Mein Hauptvorwurf gegen die, die es damals durchgesetzt haben, war ja, daß es praktisch mit brutaler Gewalt, mit Fraktionsmitteln sozusagen zur Fraktionsabstimmung in einer Sache gekommen ist, die ja, weil sie wirklich eine Gewissensentscheidung betrifft, eine Gewissensentscheidung war. Dem Deutschen Bundestag und dem deutschen Volk wäre sehr gedient gewesen, wenn es damals eine Abstimmung quer durch

14 Cäcilie Kohl, geb. Schnur (1891–1979). – Das Fünfte Gesetz zur Reform des Strafrechts wurde am 26. April 1974 vom Bundestag in seiner 96. Sitzung verabschiedet. Das Bundesverfassungsgericht erklärte das Gesetz am 25. Februar 1975 für verfassungswidrig (vgl. Michael Gante: § 218 in der Diskussion. Meinungs- und Willensbildung 1945–1976. Düsseldorf 1991). – Auf welche Rede sich Kohl bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

die Fraktionen gegeben hätte und man die Fraktionen gar nicht erkannt hätte. Das wäre auch für die Nachvollziehbarkeit der Entscheidung sehr viel besser gewesen.

Also, Sie merken an der ganzen Art, wie ich versuche, über das Thema zu sprechen und das anzugehen, ohne daß ich jetzt wirklich will, daß wir es vertiefen, daß wir es aber mitnehmen und daß die, die sich besser darum kümmern können, in bestimmten Bereichen, auch in bestimmten Gruppen, bei den Frauen, miteinander reden, daß man auf ein paar Kollegen zugeht, mit denen spricht, daß das Thema jetzt in so einer Weise bleibt. Wir haben lange am Freitag darüber geredet, wie Heiner Geißler das Thema angehen soll. Es ist ziemlich schwierig, das Ganze einigermaßen auf dieser Linie zu halten.

Von Bismarck: Ich wollte nur zu dem Thema Jugend beitragen, daß wir zwei sehr gute Erfahrungen gemacht haben, eine in Mülheim, eine in Münster, mit der Vermittlung von jungen Leuten an die Unternehmen. Die Lage, die sich durch die Monopollage der Bundesarbeitsamtregelung ergibt, erschwert es, hier auf die tatsächlichen Bedingungen der jungen Leute einzugehen, wenn sie noch nicht arbeitslos gemeldet sind, so daß das da überhaupt noch nicht stattfinden kann. Die Erfahrungen in Mülheim sind sehr gut, in Münster werden sie fortgesetzt, wir werden am Freitag eine Pressekonferenz haben. Wir wollen Ausbildungsmarkt- und Ausbildungsbörsen anbieten, weil hier nämlich die Möglichkeiten gegeben werden aufgrund der Vorprogrammierung der jungen Leute und der viel zu geringen Fähigkeit der Arbeitsämter, die einfach nicht richtig aktiv werden können. Ich glaube, daß wir damit einen wesentlichen Beitrag leisten könnten zur Beseitigung dieses Übels, das in der Tat von der Entwicklungsfähigkeit elementar abhängt, und diesen Widerstand abbauen.

Wex: Ich möchte gerne etwas sagen zu den 30.000 Ausbildungsplätzen, die Sie, Herr Kohl, angekündigt haben, und zum Brief von Herrn Dregger, daß sich jeder einzelne Abgeordnete für die Vermittlung zur Verfügung stellt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich möchte nur ergänzen, Philipp von Bismarck, daß in Mülheim es so läuft, daß das Arbeitsamt mitmacht. Daß das Arbeitsamt mitmacht, ist das Allerwichtigste, und daß wir die Patenschaft über diese Vermittlung bringen mit einem gemeinnützigen Verein. Ich halte das für eine ganz wichtige Sache. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist ein gemeinnütziger Verein, der dafür Patenschaften übernimmt. Das läuft wirklich, und das Arbeitsamt macht mit, weil sie gesagt haben, sie haben nicht genug Leute, die das vermitteln können. Wir haben also Patenschaften, wo wir mit den Unternehmern und den Betroffenen sprechen. Das ist eine sehr praktikable Angelegenheit. (*Von Bismarck:* Ich füge hinzu, in Münster haben wir genau den gleichen Widerstand bei den Arbeitsämtern, wie wir den bundesweit gehabt haben.)

Koch: Auch kurz dazu. Gestern in der „Zeitung am Sonntag“ von der SPD ist hinten drin ein Schreiben an den Bundeskanzler¹⁵. Sie werden also mit Tonnen Papier belastet, DAG, DGB werden Aktionen starten. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Moment mal, Herr Koch, daß wir uns jetzt nicht den Schuh anziehen, wir reden vom Entlaßjahrgang 1983, und da muß man mal zunächst den Leuten sagen, wann kommen die denn aus der Schule raus? Jetzt laßt Euch um Gottes willen nicht von irgendeiner Manipulation auf den Pfad bringen, daß wir in den nächsten 14 Tagen Auskunft

15 Anzeige in „Zeitung am Sonntag“ vom 20. Februar 1983: „Schickt Kohl Coupons. Lehrstellengarantie – in Bonn einlösen“.

zu geben haben. Über die Robben-Geschichte¹⁶ hat mir der Herr Franz Alt 30.000 Briefe in 14 Tagen ins Kanzleramt gebracht. Ich denke gar nicht daran, diese Sache zu beantworten. Wir werden die Robbenschlächtereien für die Bundesrepublik jedenfalls mit einem Importverbot für die Felle beantworten. In der von Ihnen angesprochenen Sache denke ich auch nicht daran, womöglich 15.000 Karten, die vordruckt sind, beantworten zu lassen. Weil wir das gar nicht können. Die Wirtschaft hat sich ins Wort begeben, die Plätze sind da und da müssen wir in Gottes Namen jetzt durch die 14 Tage.

Koch: Herr Bundeskanzler, ich will ja nur auf die Dinge hinweisen. Und wenn da einige 100.000 Briefe sind, kann man dann Erklärungen abgeben, ich sage das jetzt auch positiv. Was Geißler gesagt hat zum § 218¹⁷, ist heute morgen, zehn Uhr Nachrichten, positiv angekommen. Ich habe den Eindruck, daß die Medien auch ein bißchen umstellen. Ich fand das objektiv positiv, was die in den Nachrichten gebracht haben und was Sie gesagt haben im Anschluß an die Nachrichten, hier zu dem Problem § 218, es gilt die soziale Indikation, wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern; das war nach meiner Meinung nicht schlecht. (*Unruhe. Diskussion.*) An sich war das gut, was Sie da gesagt haben. Genauso gut könnte eine Erklärung abgegeben werden, das weiß ich genauso gut, das werde ich auch draußen in den Betrieben sagen, egal wo wir sind, wir schaffen die Ausbildungsplätze. (*Kohl:* Natürlich!) Aber die kommen ja erst jetzt. Und bis dahin haben wir Zeit. Die müssen uns nur wählen! Da sind wir auf einer Linie.

Ich wollte aber noch etwas Anderes sagen. Ganz kurz hier Stahl und auch Schiffbau. Man tritt da in den letzten Tagen ständig zusammen, auch heute morgen. Da können wir auch erzählen, wir haben ja den Vorsitz im EG-Rat¹⁸, daß der deutsche Bundeskanzler versucht, alles Mögliche da zu tun. Das Moderatorenpapier¹⁹ nützt nach meiner Meinung auch, worum wir in der letzten Zeit besonders gestritten haben, der Herr Rohwedder²⁰ von Hoesch, SPD, der Herr Pieper²¹ von Niedersachsen, SPD, und der Götde²² von Krupp und der Spethmann²³ von Thyssen, CDU, wenigstens nahe stehend, sowie ich. Ich versuche da jetzt noch mehr reinzukriegen, daß wir da die Arbeitsplätze dann entsprechend sichern, bis das so läuft. (*Unruhe. Diskussion.*) Ich bin nur der Meinung, wir sollten auch ansprechen den Zusammenhang mit Stahl. Es handelt sich nicht allein um Stahl, um die 250.000 Arbeitsplätze, sondern es handelt sich auch um viele mittelständische Unternehmen, die partizipieren an den Aufträgen der Stahlindustrie. Und das sind Arbeits-

16 Am 1. März 1983 begann die neue Jagdsaison für Robben (vornehmlich in Kanada und Grönland); 1982 wurden etwa 200.000 Jungtiere totgeschlagen. – Vgl. „Bild am Sonntag“ vom 20. Februar 1983: „Robben-Babys als Wahlkampfhelfer“.

17 Vgl. Anm. 8.

18 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

19 Einsetzung der drei Moderatoren Alfred Herrhausen (Deutsche Bank), Marcus Bierich (Allianz), Günter Vogelsang (Unternehmensberater) am 16. November 1982; Bericht der „Stahlmoderatoren“ vom 23. Januar 1983 in Presseinformation der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie vom 23. Februar 1983.

20 Detlev Karsten Rohwedder (1932–1991, ermordet), Jurist; 1969–1978 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, 1979 Vorstandsvorsitzender von Hoesch, 1990 Vorsitzender der Treuhandanstalt.

21 Ernst Pieper (1928–1995), Diplom-Kaufmann; 1974–1977 Ministerialdirektor im Bundesfinanzministerium, 1979 Vorsitzender der Salzgitte AG, nach der Fusion mit der Preussag AG 1990 deren Vorstandsvorsitzender (bis 1994).

22 Alfons Götde (1929–2013), Vorstandsvorsitzender der Krupp Stahl AG.

23 Dieter Spethmann (1926–2016), Jurist; 1973–1991 Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG.

plätze. Wir sollten noch versuchen, auch in der IHK und auf die einzelnen Vorstände usw. Druck auszuüben, damit das möglichst schnell über die Bühne läuft. Da hat man zwar unterschiedliche Auffassungen, aber nur daß Sie das wissen, Vorstände, selbst sozialdemokratische Arbeitsdirektoren, sind durchaus mit auf unserer Linie. Andere in Nordrhein-Westfalen machen grundsätzlich nur SPD-Politik und wollen das zerstören. Da bin ich etwas anderer Auffassung, wir können aus dem Dilemma rauskommen, wenn wir auf der Basis des Moderatorenpapiers weiterverhandeln. Das ist meine Meinung, auch aus den Erfahrungen, die ich gesammelt habe.

Gradl: Herr Vorsitzender ich wollte vorschlagen, weil der Kollege Hasselmann die Frage vorhin angesprochen hat, daß wir das Thema mit der Selbstauflösung so wie jetzt in den letzten Tagen möglichst gedämpft behandeln. Aus meiner eigenen Erfahrung bin ich gegen jedes Element plebiszitärer Demokratie. Ich will das hier gar nicht ausführen. Ich habe nur die Bitte, es in der Schwebe zu lassen, wir können in aller Ruhe später darüber in der Sache diskutieren, aber es ist so wichtig, daß wir auch wirklich in der Sache einig sind.

Kohl: Also, Herr Gradl, ich finde, wir haben eine hervorragende Position in dieser Sache. Wir haben mit dem Segen des Parlaments, Sie waren ja damals auch dabei, die Enquete-Kommission eingerichtet.²⁴ In der Enquete-Kommission haben wir also eine große Zahl von exzellenten Köpfen, politisch erfahrene Parlamentarier, Verfassungsrechtler, alles Mögliche zusammengepackt. Und die haben einen Vorschlag gemacht. Dieser Vorschlag ist damals, wann war das, Friedrich Vogel, (*Unruhe. Diskussion.*) vorgelegt worden 1979. (*Unruhe. Diskussion.*) Also mit Sicherheit nicht 1976, da war ich nicht Fraktionsvorsitzender. Selbstverständlich, ich weiß das doch genau. In meiner Amtszeit vor der Wahl 1980 lag der Bericht vor. Und damals haben wir gesagt, jetzt ist die Zeit zu kurz, um den Bericht zu erörtern, weil die Bundestagswahl kommt und weil vor allem Schmidt nicht wollte. Dann war ja die Wahl 1980 herum, das haben Sie ja alles miterlebt, da haben wir noch andere Sorgen gehabt. Aber der Enquete-Kommissionsbericht liegt auf dem Tisch, und es ist die normalste Sache von der Welt, daß wir jetzt die Debatte damit beenden, daß wir sagen, wir haben damals der deutschen Öffentlichkeit versprochen, daß wir den Bericht der Enquete-Kommission beraten. Und jetzt lassen Sie uns doch im neuen Bundestag das Thema sine ira et studio beraten, ohne jede Festlegung. Ich bin strikt dagegen, mich jetzt so oder so festzulegen. Bloß, wenn eine Menge kluger Köpfe – ich unterstelle ja, daß das kluge Köpfe waren, sonst hätte sie ja das deutsche Parlament in seiner Weisheit nicht berufen – sich die Mühe gemacht haben, eine ganze Reihe von Sachen auszuarbeiten, dann haben die auch ein Anrecht darauf, daß der, der Auftraggeber war, das später noch einmal bearbeitet. Und das sollten wir tun. Und wenn wir es so machen, sind wir aus dem Schneider raus. Ich bin strikt dagegen, daß irgendjemand jetzt versucht, uns festzulegen. Es hat niemand das Recht, wir haben ja noch gar nicht darüber gesprochen im Detail. Ich glaube, das ist der Punkt, wo wir ganz leicht herauskommen.

Wegen dem § 218 sollten wir uns nicht in die Verteidigung bringen lassen. Wir haben gute Gründe, deutlich zu machen, daß die unionsgeführten Bundesländer, da darf sich Niedersachsen ebenfalls anschließen, anstreben, diese begleitenden Maßnahmen noch auszubauen und das Ja zum Leben zu ermöglichen und da Hilfestellung zu geben. Denn

24 Die Enquete-Kommission Verfassungsreform arbeitete von 1973 bis 1978 (BT-Drs. 7/5924).

es geht wirklich vor allem darum, daß wieder deutlich wird, daß das ein Paragraph aus dem Strafgesetz ist und nicht ein Berechtigungsparagraph, wie es die SPD immer hinstellt. (*Unruhe. Diskussion.*) Genau so, wie ich es gerade sagte. Ich wäre also wirklich dankbar, wenn man darauf nochmal hinweisen könnte. Deshalb müssen wir gewinnen, damit man den Frauen da die Hilfe geben kann. Darum geht es in der Hauptsache.

Albrecht: Ich habe noch eine Frage, Helmut. Habe ich das richtig verstanden im Präsidium, daß wir eine Erklärung heute in Sachen Stahl für den Bundesvorstand abgeben wollen? (*Kohl:* Ja, da bin ich gerade dran.) Das möchte ich doch vorher zur Kenntnis nehmen.

Kohl: Das wird ja gemacht. Ich habe gerade Kurt Biedenkopf nochmal gebeten, er legt einen Entwurf vor, der im zweiten Teil meines Erachtens richtig, im ersten Teil zu lang ist, weil er sonst nicht abgedruckt wird. Darauf kommen wir aber gleich zurück. Weitere Wortmeldungen? (*Unruhe. Diskussion.*)

Also, was Wilfried Hasselmann hier anspricht, ist wahr. Das geht ja auch gar nicht gegen die Leute, sondern es gibt ja vor Wahlen immer ungeheure Aktivitäten. Ich bin in letzter Minute dazwischen gegangen, da hat hier diese Woche einer aus unserem Freundeskreis finanzierte Anzeigenwerbung gemacht für die zwei Themen. Das war in vollem Gange, ich will jetzt die Namen nicht nennen, Sie können sich nur die Haare raufen. Das war alles gut gemeint, aber einer meiner Urväter, Ludwig Windthorst²⁵, hat ja schon auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes als Zentrumsvorsitzender im Kölner Gürzenich gerufen: „Der Herr bewahre mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden schütze ich mich selbst.“ Und das kann man halt auch zu bestimmten Wahlkampfaktivitäten im Augenblick sagen. Ich habe denen, die das vorhatten, beschwörend gesagt, laßt das sein; die haben es dann auch sein lassen. Aber das ist ein Thema. Und es ist natürlich ein Thema, das man auch aus der Struktur der betroffenen Leute sehen muß.

Ich habe heute früh in der Post gehabt einen Brief – aus dem CSU-Gebiet ist der Brief gekommen – mit der Unterschrift von 25 Handwerksmeistern und einem Scheck. Der gleiche Brief ging an den Vorsitzenden der CSU mit dem gleichen Scheck. Dazu haben sie geschrieben, es sei jetzt die nationale Pflicht der CSU – die CDU, ich sage es jetzt in meinen Worten, sei sehr viel vernünftiger an diesem Punkt –, einzusehen, daß die Koalition wieder herbei müsse. Und dazu würden sie mit ihrer Unterschrift stehen, sie seien alles CSU-Wähler, keine FDP-Wähler, aber die Koalition müsse her und deshalb auch der Scheck. Das ist also eine ganz direkte Basisreaktion von Leuten. Das sind Handwerksmeister – das muß man doch ganz einfach sehen –, die sehen das eben so, daß sie mit der Koalition wegen der Sozialen Marktwirtschaft als tragender Grundsäule dieser Koalition fortfahren wollen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, ich habe den Brief schon beantwortet, daß ich mich a) für den Scheck bedankt und gesagt habe, daß ich der festen Überzeugung bin, die beiden Parteien kommen rein, das sei nach meinem Dafürhalten gesichert, und b) wir brauchten beide Stimmen und hätten keine Stimme zu verschenken. Das, finde ich, muß klipp und klar unsere Position jetzt sein. Nur, machen wir uns keine Illusion, ein Teil unserer Wähler, und das sind nicht die schlechtesten Wähler, das muß

25 Ludwig Windthorst (1812–1891), Jurist, Politiker (Zentrum); 1849 Mitglied des Abgeordnetenhauses des Königreichs Hannover (1851 Präsident), 1851–1853 und 1862–1865 Justizminister, 1867 Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes und im Preußischen Abgeordnetenhaus, 1871–1891 MdR. – Der Aphorismus geht auf Voltaire zurück.

man auch sagen, macht sich eben besondere Gedanken und sagt, da bauen wir lieber nochmal eine zusätzliche Sicherung rein, damit es auf gar keinen Fall schiefgeht. Das ist praktisch die Lage. Und ob es uns paßt oder nicht, diese Debatte bei solchen Leuten ist noch durch diesen Investitionsstreik-Quatsch²⁶ erhöht worden, weil ausgerechnet diese Gruppe sagt, das ist ja unsicher; wenn wir sicher sein könnten, daß die Regierungspolitik von jetzt in den Grundlinien fortgesetzt wird, ist uns eh alles wurscht. Aber da wir nicht sicher sind, müssen wir nochmal überlegen, was wir tun können.

Und das hat ja auch, Herr Lühje, vielleicht sagen Sie ein paar Sätze dazu, Auswirkungen auf die finanzielle Seite, wenn wir gerade bei dem Thema sind. Ich kann nur sagen, ich mache das jetzt viele Jahre, wie Sie wissen, aber das ist mir noch nicht passiert, daß ich täglich, bei jeder Post, viel Geld bekomme, viele Geldscheine besser gesagt; das sind häufig keine hohen Beträge. Aber was mich persönlich weit mehr berührt als die Beträge, sind die Briefe. Wenn Sie die Schrift dieser Leute sehen, alte Leute, dann sind das keine Schriftgelehrten, das sind wirkliche Rentner. Und so ein Rentner schickt dann eben 500 Mark, 200 Mark, 50 Mark und schreibt: „Ihr müßt die Wahl gewinnen!“ Eine Dimension, die wir in dieser Form, ich jedenfalls nicht, noch nicht erlebt haben. Vielleicht kann man gerade, bevor der Ernst Albrecht das Wort nimmt, ich habe das vorhin leider vergessen zu sagen, den Herrn Lühje bitten, daß er drei Sätze sagt. Nicht daß er sagt, die Bundespartei kann jetzt Geld an die Landesparteien abgeben, das sagt er mit Sicherheit nicht, aber daß er eine allgemeine Äußerung aus seinem Erfahrungsschatz macht. Ich gehe nämlich ich davon aus, wenn seine Erfahrungen zutreffend sind – ich habe keinen Zweifel, daß sie es sind –, daß auch die Klagerei der Landesverbände völlig unzutreffend ist. Damit wir das gleich vorbeugend erledigen.

Lühje: Wir erleben bei diesem Wahlkampf jetzt eine wirklich breite Flut von kleinen und mittleren Spenden in der Größenordnung bis zu 500 Mark, gelegentlich 1.000 Mark. Die Gesamtsumme beläuft sich mittlerweile auf fast insgesamt 300.000 Mark, die aus diesen kleinen Spenden aufgelaufen ist. (*Kohl:* Haben wir noch nie gehabt, nicht?) In dieser Form von Leuten ist das bisher nie dagewesen, ohne daß diese vom Schatzmeister oder Generalsekretär angesprochen worden wären. Im übrigen gilt, was ich neulich schon kurz angedeutet habe, daß die Grundentwicklung der Finanzierung positiv ist. Wir rechnen damit, daß wir insgesamt bis zum 6. März und die Tage danach etwa fünf Millionen Mark an Spenden hereinbekommen werden, die steuerlich alle absolut einwandfrei sind. Wir haben auch einiges an Zusagen für die zweite Hälfte des Jahres, wenn wir mit der Gesetzgebung, die im Augenblick über die Präsidentenkommission²⁷ in Vorbereitung ist, einigermaßen hinkommen.

Kohl: Das heißt also konkret, wir haben den Etat ja verabschiedet, auch den Wahlkampfetat, so daß wir jetzt das Klassenziel erreicht haben. Und das heißt auch konkret, daß wir mit den Schulden etwas günstiger wegkommen, was ich nur begrüßen kann, denn

26 Helmut Schmidt hatte die Investitionsunlust der Wirtschaft in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit gerückt und sie „Investitionsstreik“ genannt (vgl. „Der Spiegel“ vom 14. Februar 1983: „Ruiniert die SPD die Wirtschaft“? darin: „Das haben die glänzend pariert“).

27 Die von Karl Carstens 1982 eingesetzte „Sachverständigen-Kommission Parteienfinanzierung beim Bundespräsidenten“ legte 1983 ihren Abschlußbericht vor: Bericht zur Neuordnung der Parteienfinanzierung. Vorschläge der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigen-Kommission. Köln 1983.

danach geht das Leben weiter. Und dann will ich jetzt schon ankündigen, daß wir wahrscheinlich irgendwann im April/Mai hier eine Sitzung haben werden, wo wir uns intensiv mit dem Bericht der Kommission, die der Bundespräsident berufen hat, zu beschäftigen haben. Dieser Bericht hat enorme Auswirkungen auf die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Das ist kein Fachidiotenbericht und kein Schatzmeisterbericht, wo dann der Vorstand sagt, das sollen die Schatzmeister machen. Was hier möglicherweise grundgelegt wird, im Guten oder im Schlechten, verändert die politische Landschaft. Das ist ein Vorgang, der ähnlich bedeutsam ist wie das Parteiengesetz, was damals von den meisten Abgeordneten an ein paar politologische Fachleute abgelegt wurde.²⁸ Was das für Folgen hatte, brauche ich Ihnen nicht zu sagen, wenn Sie jetzt 15 oder 18 Jahre danach die Bundesrepublik betrachten. Die Fragen, wie hoch quotiert werden Staatszuschüsse, also Wähleranteil je Stimme an die Parteien? Wie wird die steuerliche Abzugsfähigkeit? Gibt es eine Gleichsetzung mit den Gemeinnützigkeitsprinzipien? Das ist keine finanzielle Frage; das ist primär eine politische Frage und dann erst eine finanzielle Frage. Da müssen wir uns viel Zeit nehmen, auch die Entwicklung unserer eigenen Partei zu betrachten. Da können wir nicht nur die augenblickliche Kassenlage nehmen. Wenn Sie es genau nehmen, ist es eigentlich ein Geschäft, deswegen plädiere ich leidenschaftlich für die Beratung, was wir für die Generation, die nach uns kommt, machen. Was jetzt hier gemacht, neu geregelt wird, wird seine wirkliche Auswirkung auf die Parteienlandschaft in den neunziger Jahren zeigen, nicht jetzt.

Und dann gibt es in der Sache natürlich noch einen wichtigen Punkt. Es gibt wie viele Verfahren? (*Lüthje*: An die 4.000.) Sie haben richtig gehört: an die 4.000 Verfahren im Blick auf die Vergangenheit. Das, was jetzt für die Zukunft gemacht wird, hat nach der deutschen Rechtstradition auch gewisse Wirkungen auf die Vergangenheit, deswegen muß es auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Also, man muß sich schon darüber im klaren sein, hier steht eine gewaltige Aufgabe vor uns, die nicht so beiläufig gemacht werden kann. (*Unruhe. Diskussion.*)

Späth: Ich wollte nochmal eine ganz kurze Bemerkung zu der FDP-Parteitagsgeschichte machen.²⁹ Ich glaube, daß es psychologisch wichtig ist, daß wir uns dann auch mal unmittelbar nach der Wahl über diese Frage unterhalten. Man darf nicht unterschätzen, daß da natürlich Sprengstoff liegt, daß man sagt, jetzt haben endlich den alten Zustand wieder. (*Unruhe. Diskussion.*) Es gibt schon ein paar Leute bei uns, die sagen, es wäre doch schön, wenn es so wie früher wäre. (*Kohl*: Natürlich, ja.) Das gilt auch für eine Wirtschaftspolitik ohne ökologische und soziale Komponenten. (*Unruhe. Diskussion.* – *Kohl*: Ich kann nur nochmal unterstreichen, was Lothar sagt. Das sehe ich ganz genauso.) Ich sage nur, der Lambsdorff hat Recht, der hat immer, wenn er an den Sozialisten vorbeifuhr, den Straßengraben betrachtet und hat immer gesagt, die fahren den Karren rein. Aber daß er jetzt behauptet, er hätte ihn rausgezogen, ist eine glatte Lüge. (*Unruhe. Diskussion.*)

28 Bericht der Sachverständigenkommission des Bundesministeriums des Innern, „Rechtliche Ordnung des Parteiwesens“. 1958. – Das erste Parteiengesetz trat am 28. Juli 1967 in Kraft (BGBl I S. 773).

29 Außerordentlicher FDP-Bundesparteitag am 29./30. Januar 1983 in Freiburg, auf dem Lambsdorff die Ansicht vertrat, „das ökonomische Programm von ökologischen und sozialen Auflagen freizuhalten“ (vgl. „Die Zeit“ vom 4. Februar 1983; „Liberal auf schwäbisch“).

Kohl: Ja, nun muß man natürlich auch sagen, daß, wenn alle in der CDU/CSU das Thema § 218 ganz zurückhaltend behandeln, wir es gar nicht zu einem aktuellen Thema machen. (*Unruhe. Diskussion.*) Das ist doch natürlich unser Punkt, das weiß doch jeder. – So, weitere Wortmeldungen?

Griesinger: Herr Bundeskanzler, ich würde doch darum bitten, daß wir vielleicht überlegen, mit Blick auf die junge Generation nochmal ganz deutlich darauf hinzuweisen, was die Union wegen des Umweltschutzes getan hat. (*Kohl:* Nein, nein, hier machen wir mehr mit Flugblättern, Frau Griesinger.) In den Oberschulen, das will ich nochmal sagen, wo also die Abiturienten sind, spielt dieses Thema eine größere Rolle als das Raketen-Thema, und wir haben ja nun wirklich hier einiges aufzuweisen im positiven Sinne.

Kohl: Frau Kollegin, ich bin Ihnen dankbar für den Hinweis, das hätte ich eigentlich sagen müssen. Im Präsidium habe ich es gesagt, hier habe ich es vergessen. Wir haben übermorgen die zwei Punkte – mit Absicht so terminiert – als die Hauptpunkte im Kabinett.³⁰ Und zwar ist das erstens der Punkt mit der Robbenschlägerei. Sagen Sie bitte auch draußen unseren Freunden, da haben wir nichts zu klagen. Ich habe nie eine Sympathie dafür gehabt und brauche wirklich nicht den Herrn Alt, um jetzt auf andere Gedanken zu kommen. Das Problem war und ist für uns, daß wir daneben ja auch eine eigene Hochseefischerei haben. Und alle, die da laut schreien, denken nicht an die 30.000 deutschen Hochseefischer plus was daran noch hängt mit der fischverarbeitenden Industrie. Wenn Sie die Familien dazu nehmen, sind das weit über 100.000 Leute. Mit den Kanadiern haben wir die allergrößten Probleme. Ich habe versucht, eine Art Hilfe zu erreichen bei meinem letzten Besuch vor 14 Tagen³¹, weil die Kanadier im Blick auf die Fischerei große Probleme haben³², weil Großbritannien nach dem Kompromiß³³ den Laden ziemlich dichtgemacht hat und die Kanadier ihr Deputat, das sie nach Großbritannien geliefert haben, von 100 Prozent auf 50 reduziert haben. Auf diesen Fischen sitzen jetzt natürlich die Kanadier. Insofern ist das jetzt eine ganz schlechte Lage, um überhaupt mit den Kanadiern über etwas zu reden. Das hat jetzt nichts mit den Robben zu tun, aber es ist die gleiche Regierung, es ist die gleiche Problematik. Sie haben auch andere große Probleme, die auch bei uns reinlappen, denken Sie nur an die Aluminiumindustrie in Baden-Württemberg und Ludwigshafen; das ist auch so ein Punkt. Alcan ist ja der drittgrößte kanadische Konzern.³⁴

Dessen ungeachtet werden wir am Mittwoch beschließen, daß wir wie Großbritannien und die anderen Länder in der Robbensache die Sache verbieten. Das ist der eine Punkt.

30 113. Kabinettsitzung vom 23. Februar 1983 mit Punkt 2 der Tagesordnung „Entwurf einer Dreizehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Großfeuerungsanlagen) – 13. BImSchV –“ sowie Punkt 4 „Einfuhrverbot für Jungrobbenprodukte“ (http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/k0/k/k1983k/kap1_1/kap2_6/index.html – Abruf 20. Dezember 2016).

31 Kohl traf sich am 4. Februar 1983 mit Premierministerin Thatcher in Chequers (AAPD 1983 Dok. 37).

32 Vgl. Schreiben Kohls an den kanadischen Ministerpräsidenten Pierre Elliott Trudeau vom 10. Februar 1983 (AAPD 1983 S. 192 Anm. 15).

33 Zur Einigung des EG-Ministerrats vom 25. Januar 1983 über eine Verordnung über eine Gemeinsame Fischereipolitik AAPD 1983 Dok. 9 Anm. 21.

34 Alcan (heute „Rio Tinto Aluminium“) gehört zu den größten Aluminiumherstellern der Welt und hatte Verarbeitungswerke in Baden-Württemberg sowie die Alcan-Hütte in Ludwigshafen, die aufgrund der Erhöhung der Strompreise in Schwierigkeiten geraten waren.

Der zweite Punkt ist, der ist sehr viel kritischer, den Sie angesprochen haben, was zusammenhängt mit dem sauren Regen und dem Waldsterben. Wir werden am Mittwoch, so wie das jetzt sich abzeichnet, eine Verordnung über die Großfeuerungsanlagen verabschieden.³⁵ Eine Sache, die die bisherige Koalition sechs Jahre lang versucht hat ohne Erfolg. Das ist eine Mordsgeschichte, und ich lege großen Wert darauf, daß wir das durchgesetzt haben.

Ich will in diesem Zusammenhang auch zu dem Thema „saurer Regen“ eine Erklärung abgeben. Nur muß ich halt sagen, das ist ein Punkt, wo man ehrlich zugeben muß, daß eine Menge Leute in der Union jahrelang geleugnet haben, daß es das Problem gibt. Wir hatten eine scharfe Auseinandersetzung vor weit über einem Jahr zwischen CDU und CSU, als damals hier im Adenauer-Haus das Thema herauskam, und jetzt stehen wir vor der Tatsache, daß zehn Prozent bestimmter Waldgebiete in der Bundesrepublik inzwischen befallen sind und die Lage eine nationale Dimension bekommt. Ich bin auch fest entschlossen, nach der Wahl das Thema auch ganz massiv voranzutreiben, denn was sich in den Mittelgebirgsregionen hier entwickelt hat, ist ganz gewaltig. Wir müssen das auch auf der europäischen Ebene angehen. Mein Ziel ist, ich sprach vorhin mit Lothar Späth darüber, das Thema bei dem europäischen Gipfel in Stuttgart, also im Juni³⁶, auf die Tagesordnung zu setzen, damit es als Thema thematisiert wird. Aber das genügt nicht, wenn wir jetzt nach dem Ost-West-Verhältnis das Entsprechende machen, denn im Bayerischen Wald ist es auch Österreich, was die Sache verursacht, auch die Tschechoslowakei. Wir müssen uns darüber im klaren sein, was auf uns zukommt. Unsere norwegischen Freunde haben mit sehr dünnen Worten bedeutet, daß ihre ganzen Untersuchungsergebnisse darauf hinführen, daß das deutsche, norddeutsche Abluft ist. (*Unruhe. Diskussion.*) Ja, aber überwiegend norddeutsche. Also, wir haben hier einen Mords-Trouble im Haus. Aber wir müssen das Thema angehen. (*Unruhe. Diskussion.*)

VERSCHIEDENES

Wir gehen jetzt zum Thema Stahl. (*Biedenkopf: Soll ich das gerade mal vorlesen?*) Ja bitte. Aber wir machen keine Redaktionskommission, es geht um den Inhalt.

Biedenkopf: Also, es soll ja eine Erklärung abgegeben werden des Bundesvorstands nochmal zur Stahlfrage. Und vorbehaltlich endgültiger Redaktion hat diese ungefähr folgenden Wortlaut:

„Die Stahlindustrie befindet sich schon seit Mitte der siebziger Jahre in der Krise. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung und die sozialdemokratische Landesregierung des Stahllandes Nordrhein-Westfalen haben bis zuletzt nichts Entscheidendes unternommen, die strukturelle Anpassung der deutschen Stahlindustrie an die dramatisch sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen in Europa und auf dem Weltmarkt zu unterstützen. Erst unter dem Druck der Bundestagswahl fordert die SPD die Entwicklung eines nationalen Stahlprogramms. Die sozialdemokratische Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hält an der Forderung nach einer Ruhrstahl AG fest, obwohl dieses

35 Verordnung über Großfeuerungsanlagen, Verordnung über Großfeuerungs- und Gasturbinenanlagen vom 22. Juni 1983 (BGBl I S. 719).

36 Tagung des Europäischen Rats vom 17.–19. Juni 1983 in Stuttgart (AdG 1983 S. 26734–26737, zum Thema Waldsterben S. 26735).

Konzept von den montanmitbestimmten Aufsichtsräten des Unternehmens abgelehnt worden ist. Sie blockiert damit den Weg zu schnellen und tragfähigen Lösungen. Die neue Bundesregierung ist mit dem Engagement von Bundeskanzler Helmut Kohl im Oktober angetreten, eine solche Entwicklung – das muß ich noch etwas ändern – „in letzter Stunde zu verhüten.“ Also das neue Konzept umzusetzen.

„Die Arbeitsplätze von 180.000 Stahlarbeitern, das Wirtschaftsleben ganzer Regionen und vieler Städte stehen auf dem Spiel. Die Bundesregierung hat deshalb die volle Unterstützung der Union, durch ihre Beschlüsse zum Konzept der Stahlmoderatoren und für ihr beherztes und zügiges Vorgehen, um die Unternehmen zu einer baldigen Einigung über das Konzept zur Umstrukturierung und Gesundung der deutschen Stahlindustrie zu bringen und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in der gesetzten Frist bis 31. März 1983 die Genehmigungsanträge vorzulegen.“ – Wir sind uns intern einig, daß diese Frist wahrscheinlich zu kurz ist, aber wir wollen die Frist offiziell so lange erhalten, bis sie abgelaufen ist, um diesen Druck zu erhalten. Wenn man die heute schon freigibt, läuft das nicht. – „Wir gehen dabei wie die Stahlmoderatoren davon aus“, nun wörtlich deren Formulierung, „daß die wesentlichen Stahlstandorte einschließlich der sogenannten Randlagen aus regional- und sozialpolitischen Gründen für die überschaubare Zukunft im Kern erhalten bleiben.“ Ende des Zitats. „Die bisherigen Leistungen der Arbeiter in der Stahlindustrie sind der Bundesregierung eine besondere Verpflichtung.

Die Bundesregierung hat bereits finanzielle Hilfe zur Umstrukturierung der Stahlindustrie bereitgestellt. Sie hat Leistungen im Rahmen des Art. 56 des Montanunions-Vertrages für die Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie, die von unvermeidbaren Produktionseinschränkungen betroffen werden, für Abfindungen und Übergangshilfen bereits erheblich verbessert und aufgestockt. Sie hat den Kreis derer, denen damit geholfen werden kann, erweitert. Die Kurzarbeitsregelung für Stahlarbeiter ist verbessert worden, um die kritischste Phase der Stahlindustrie ohne zusätzlichen großen Verlust von Arbeitsplätzen zu überwinden. Die Union wird auch die zügige Verwirklichung des Programms des Bundes und der Länder mit Stahlstandorten zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen herbeiführen.

Alle verantwortlichen Kräfte in der Stahlindustrie – Unternehmensleitung, Eigentümer, Banken, Gewerkschaften und Bundesländer – sind jetzt aufgerufen“ – da müßten wir noch die Mitbestimmungsträger dazutun –, „rasch alles in ihren Kräften Stehende daran zu setzen, daß die Unternehmen unverzüglich der Bundesregierung ihre Beschlüsse und Konzepte vorlegen und damit die Bundesregierung in die Lage versetzen, in Verhandlungen mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaft und durch eigene Maßnahmen die Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie zu verwirklichen und die Arbeitsplätze von Hunderttausenden deutscher Arbeitnehmer und selbständiger Gewerbetreibender in den Stahlregionen zu sichern.“

Dann habe ich jetzt noch etwas dazu geschrieben, was den Wettbewerb anbetrifft, auch nur als Ideenskizze: „Die Union unterstützt die Bundesregierung Helmut Kohl bei ihren Anstrengungen, auf europäischer Ebene auf ein Ende des Subventionswettbewerbs hinzuwirken. Sie ist entschlossen, alles dazu beizutragen, um sicherzustellen, daß die deutsche Stahlindustrie nicht aus Gründen notleidend wird, die außerhalb ihrer Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeit liegen. Die Idee des europäischen Marktes darf nicht durch

Subventionswettbewerb und das Wiederaufleben einzelstaatlicher Interessen gefährdet werden.“ (*Unruhe. Diskussion.*)

Wex: Wir wollten hier keine redaktionellen Änderungen, aber die erste Aussage muß doch eindeutig sein, daß hier von bestimmten Seiten auf Zeit gespielt wird, und wir haben keine Zeit zu verlieren. Ich würde den ersten Satz zum Beispiel, daß die Stahlindustrie sich schon so lange in der Krise befindet, deswegen nicht sagen, weil die Diskussion an der Ruhr auch darum geht, was hat eigentlich das Management in der Zeit getan? (*Kohl: Ja, wir haben das Management nicht zu verteidigen. Ich bin nicht der Vertreter des Managements.*) Nein, gar nicht. Gar nicht! Das meine ich nicht, aber daß das hier so lange ist. Wir haben jetzt einen neuen Ansatzpunkt, und das soll die Bundesregierung in den Mittelpunkt stellen. Ich würde nicht nach hinten gucken. (*Unruhe. Diskussion.*) Die Landesregierung und ihre Seilschaft spielt ja nur auf Zeit, das halte ich für politisch den allerwichtigsten Punkt.

Kohl: Frau Wex, jetzt müssen Sie mal Folgendes bedenken: Wenn alles schiefgeht, was ich nicht hoffe, und wir vor dem 6. März bei einem dieser Betriebe große Schwierigkeiten bekommen, dann werden die Sozialdemokraten in Duisburg ganz selbstverständlich sich hinstellen und sagen, das ist der Kohl mit der Bundesregierung schuld. Deswegen ist es ganz wichtig, in dem Beschluß darauf hinzuweisen, daß die hier in der Tat nichts gemacht haben. Also, ich finde schon, daß wir uns in der Sache sehen lassen können. Ich rede jetzt mal nicht über die Bundesregierung, sondern über die CDU/CSU. Ich bin am Freitag, dem 1. Oktober, gewählt worden. Am 4. Oktober mittags sind die Minister eingeschworen worden. Und wir hatten, wenn Sie so wollen, gesetzgeberisch Zeit vom 4. Oktober – obwohl das ja Theorie ist, da sind die Kollegen ja noch gar nicht im Amt gewesen – bis zum 17. Dezember. Wir haben, wenn ich den Zeitpunkt richtig im Kopf habe, am 12. oder am 14. Oktober, d. h. in den ersten 14 Tagen, gesagt, wir brauchen Leute, was dann die Moderatoren wurden, die sich um das Thema kümmern. Ich selbst habe die drei Leute wirklich bis zum Geht-nicht-mehr bekniert. Dauernd angerufen. Ihr könnt keine Weihnachtsferien machen, das Ding läuft uns davon. Man muß ja nicht jedes Detail des Berichts übernehmen. Sie haben einen Versuch gemacht, eine vernünftige Lösung zu finden, und sie haben das in einer unglaublich kurzen Zeit auf die Beine gestellt nach dem Prinzip des Baukastensystems. Die SPD hat bis dato nichts gemacht außer Sprüchen.

Und was nun ein Zweites ist, ich habe nicht die Absicht, das muß ich hier mal ganz offen sagen, die Unternehmensleitungen in der Öffentlichkeit in Schutz zu nehmen. Meine Erfahrungen mit den Unternehmensleitungen, etwa bei ARBED-Saarstahl, sind katastrophal. Die wußten, das treibt auf den Exitus zu und haben nichts gemacht. Ich will gar nicht davon reden, daß sie noch einen Arbeitsdirektor eingestellt haben, was ja einer der größten Skandale unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist, in einem Moment, wo man auf den Bankrott zutreibt, einen Arbeitsdirektor noch einzustellen und neue Rechtsverhältnisse zu begründen. Im Gegenteil. Also, wenn ich mir vorstelle – Sie wissen, das ist ja alles kein Geheimnis, das stand ja in der Zeitung –, daß da einer der hauptbetroffenen Betriebe seine Probleme mit der Europäischen Gemeinschaft hat und daß da juristisch völlig einwandfreie Rechtstitel entstanden sind, also Strafsanktionen in beachtlicher Höhe. Wenn diese Strafsanktionen jetzt exekutiert werden, wird das natürlich der berühmte Tropfen sein, der das Faß zum Überlaufen bringt. Dann könnten wir ja sagen, okay, das sollen die jetzt uns überlassen, was wir da machen. Aber daß nun die Konkur-

renzunternehmer uns drängen, jetzt zu exekutieren, das gehört zum Unappetitlichsten, ich sage das mal ganz drastisch, was ich in den letzten Monaten auf diesem Gebiet erlebt habe. Denn das Problem ist ja nicht zu lösen, der Markt wird ja nicht bereinigt, jedenfalls nicht aus unserer Sicht. Wenn ein Betrieb kippt, dann bleiben doch die Arbeiter, bleiben die Betriebsstätten. Und wir haben uns um die Arbeiter zu kümmern, um den Stahlkocher und den Ingenieur, und nicht um das, was da in manchen Unternehmensleitungen zurecht philosophiert wird.

Pieroth: Eine schwelende Krise muß beschrieben werden, es könnte ja sein, daß noch ein Feuer ausbricht. Diese moderate Fassung kann nur gelten, wenn wir jetzt Druck ausüben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Genau das, was Sie sagen, ist unser Hauptgeschäft im Augenblick. (*Unruhe. Diskussion.*)

Biedenkopf: Es ist nur so, wenn ich dazu gerade eine Bemerkung machen darf, die Stoßrichtung dieses Textes ist im wesentlichen NRW und Ruhrgebiet. Da ist das natürlich alles bekannt. Da ist auch bekannt, daß die Sozialdemokraten noch immer die Ruhrstahl AG fordern und damit im Grunde die alternative Entwicklung blockieren. Das muß man vielleicht anders formulieren. (*Unruhe. Diskussion.*)

Kohl: Daß wir uns hier nicht falsch verstehen, dies ist nicht unser Job, und den Schuh ziehe ich mir überhaupt nicht an. Es ist nicht das Geschäft der deutschen Bundesregierung, jetzt in jeder Sparte Vorschläge zu machen. Lieber Freund Koch, wir haben eine Wirtschaftsordnung, wie wir sie haben. Wir haben beispielsweise eine Montanmitbestimmung, von der behauptet wird, das sei das Modernste, was es überhaupt auf der Welt gäbe. Für was sitzen eigentlich die Aufsichtsräte und die Vorstände dort? Für was kriegen die ihre Bezüge? Daß sie dann zur Politik laufen und sagen, ihr müßt das Sanierungskonzept machen, ist für mich indiskutabel. Der Staat hat hier eine Hilfestellung zu leisten, eine Hilfestellungsfunktion zu geben. Das ist von dem Land nochmal ganz stark zu unterstützen wegen der Strukturpolitik. Wir haben vernünftige Strukturen zu unterstützen, und zwar ist meine Überlegung ganz einfach, Marktwirtschaft hin, Marktwirtschaft her, wir brauchen in der Bundesrepublik Deutschland eine leistungsfähige Stahlindustrie. Und zwar aus nationalen Gründen. Ich habe da eine ganz direkte Begründung: So wie wir die Landwirtschaft brauchen, so wie wir den Bergbau brauchen, brauchen wir das auch. Punkt. Aber, wir müssen sehen, wie wir mit der Zeit hinkommen, was da eben zu sehen ist. Und es ist nicht unser Geschäft, das zu korrigieren, was auf der Vorstandsebene jahrelang verdummbeutelt wurde. Herr Koch, machen wir uns nichts vor, es kann doch niemand sagen, daß das alles so gekommen ist, ohne daß das Management eine Verantwortung trägt. Das streite ich also radikal ab. Und ich lasse die nicht raus aus ihrer Verantwortung, Lamsdorff hat den Auftrag mit Blüm und Stoltenberg zusammen – die waren letzte Woche zwei Tage zusammen –, die immer wieder zusammenzubringen; die müssen ihnen sagen, was sie wollen. Und es geht natürlich nicht, das ist auch wahr, daß die einen nur die Sahne runternehmen und die anderen nur die Magermilch. Man muß auch mal offenlegen, was es da für parteipolitische Interessen gibt, was Sie ja deutlich gesagt haben. (*Unruhe. Diskussion.*)

Albrecht: Das ist ja eine sehr wichtige Sache für uns. Es gibt einen Satz, Helmut, den ich so nicht unterschreiben kann: „Die Bundesregierung hat deshalb die volle Unterstützung der Union, durch ihre Beschlüsse zum Konzept der Stahlmoderatoren und für ihr

beherztes und zügiges Vorgehen, um die Unternehmen zu einer baldigen Einigung über das Konzept zur Umstrukturierung und Gesundung der deutschen Stahlindustrie zu bringen.“ Das Konzept der Stahlmoderatoren können wir nicht mittragen. Das wirft massive Problem auf, das kann man meines Erachtens leicht entschärfen. (Kohl: Es gibt ja auch nicht das Konzept. Das sind ja Alternativen. Das Konzept der Stahlmoderatoren enthält ja zu einzelnen Passagen Alternativen.) Ich mache mal einen Vorschlag, daß wir da sagen: „Die Bundesregierung hat deshalb die volle Unterstützung der Union für ihr beherztes und zügiges Vorgehen, um die Unternehmen zu einer baldigen Einigung über die Umstrukturierung und Gesundung der deutschen Stahlindustrie zu bringen.“ (Unruhe. Diskussion.)

Kohl: Ich habe damit überhaupt kein Problem, Ernst, wobei Du Dir am Ende darüber im klaren bist, Du zahlst die Hälfte, da führt gar kein Weg vorbei. (Albrecht: Also, wenn das dann gut läuft, dann zahle ich eben die Hälfte. – Unruhe. Heiterkeit.)

Neumann: Ich wollte darauf hinweisen, Herr Biedenkopf, daß wir vielleicht den Zungenschlag, der nur NRW betrifft, aus der Erklärung herausnehmen, weil es ja die Probleme beispielsweise in Bremen genauso gibt. (Unruhe. Diskussion.) Hier sieht das durch die Formulierung so aus, als sei das speziell eine Erklärung für Nordrhein-Westfalen. Wenn sie vom Bundesvorstand abgegeben wird, meine ich, müßte das übergreifend sein. (Biedenkopf: Es steht hier: „Die Arbeitsplätze von 180.000 Stahlarbeitern, das Wirtschaftsleben ganzer Regionen und vieler Städte stehen auf dem Spiel.“) Vorher war das aber noch so.

Biedenkopf: Ja, da haben wir ja nur die Verantwortlichkeit der SPD festgestellt. SPD-Bundesregierung und SPD-Landesregierung NRW. Also, SPD-Regierung Bremen in dem Zusammenhang zu erwähnen, halte ich nicht für sinnvoll.

Kohl: Ich glaube auch nicht, daß man den Vorwurf den Bremern machen kann. Das ist eine andere Gefechtslage. (Unruhe. Diskussion.)

Neumann: Und dann noch ein zweiter Punkt, Herr Professor Biedenkopf, die Formulierung, „auf europäischer Ebene auf ein Ende des Subventionswettbewerbs hinzuwirken“, ist ganz wichtig. Es hat natürlich keinen Zweck, wenn wir nur in der Bundesrepublik dafür Sorge tragen, daß die Kapazitäten angepaßt werden, das muß auch europaweit sein. (Unruhe. Diskussion.) Das ist zwar in der Formulierung enthalten, könnte für meine Begriffe aber noch deutlicher sein, daß das Ganze überhaupt nur Sinn hat, wenn wir gleichzeitig Sorge tragen, daß woanders dasselbe geschieht.

Kohl: Ja, aber Herr Neumann, ich finde, das ist drin. (Biedenkopf: Der Kanzler kann das nicht garantieren.) Das ist mein Punkt.

Biedenkopf: Wir können nur sagen, daß wir die Anstrengungen der Regierung unterstützen, das zu machen. Wir können aber nicht zusagen, daß es geschieht. (Kohl: Ja, das ist genau der Punkt.) Das nimmt uns auch keiner ab.

Neumann: Dritter Punkt hinsichtlich der Erklärung, ich finde es wichtig, daß darin enthalten ist, das steht ja auch bei den Moderatoren, daß die Standorte erhalten bleiben. (Unruhe. Diskussion.) Was das Verfahren angeht, Herr Dr. Kohl, würde ich Sie voll unterstützen. Bevor die Moderatoren eingesetzt wurden, waren sich alle Vorstände einig, daß das der richtige Weg ist. Und jetzt wird es insbesondere im Bereich der sogenannten Ruhrschiene boykottiert. Man kann zu Klöckner stehen, wie man will, das ist auch in Bremen der größte Arbeitgeber. (Unruhe. Diskussion.) Und deswegen ist auch unsere

große Sorge, da das bei uns direkte Arbeitsplätze sind, und wenn Sie die indirekten Arbeitsplätze hinzunehmen, ist das das Doppelte, daß das auf diese Weise nicht geschieht und daß am Dienstag auch gewisse Fristen gesetzt werden. Denn ich habe den Eindruck, mindestens Hoesch will sich da völlig aus der Diskussion stehlen. Das wäre die große Sorge, daß man versucht, so sehr die Unternehmer selbst etwas bringen müssen, auf den Entscheidungsablauf Druck auszuüben. Es ist richtig, was die Verantwortung der Unternehmer betrifft, aber das können Sie den Arbeitern nicht erzählen. Herr Lambsdorff hat erklärt, das muß der Markt bereinigen, was die Krisenindustrie bei Werften und Stahl betrifft. Das kann ich den Leuten nicht erläutern! Die sagen: „Prima, das mag ja gut sein, aber dadurch haben wir nichts.“ Es ist ja schlimm genug, daß die Unternehmer versagt haben teilweise. Insofern, meine ich, sollten wir, so sehr wir die Unternehmer nicht aus der Verantwortung entlassen können, dort, wo wir Möglichkeiten haben, insbesondere dann, wenn es um Zuschüsse geht, Druck ausüben mindestens, was die Entscheidungsfreudigkeit betrifft.

Kohl: Herr Neumann, das wird in jeder nur denkbaren Weise geschehen. Wenn wir das nicht getan hätten, wäre das in dem einen Fall bereits den Weg gegangen, den man jetzt immer noch befürchten muß. Wir haben praktisch innerhalb von Stunden, ich habe zum Teil die Leute vom Ausland einfliegen lassen am Freitag vor acht Tagen, bei mir bis in die Nacht zuhause – ich habe eine politische Versammlung ausfallen lassen – gegessen und geredet. Nur, wir sind weitgehend Zufälligkeiten ausgeliefert. Bei dem einen Unternehmen können Sie zwar die deutschen Banken überreden, aber wenn irgendeine ausländische Bank vielleicht bei einem kleinen Betrag plötzlich nicht mitmacht, ist das ein Flächenbrand. Die Lieferanten, da sind ungeheure Lieferantenquoten hier in einer breiten Dimension, die kennt man gar nicht sozusagen von außen, da können Sie gar nichts machen.

Dann gibt es natürlich bössartige Desinformationen. Letzte Woche sind dauernd Berichte bis in seriöse Wirtschaftszeitungen gestanden, geht das um, geht das nicht um? Das alles verschärft ja das Klima. Da sitzt dann irgendwo einer und sagt, okay, wenn es soweit ist, wird kein gutes Geld mehr in die Sache nachgeschossen. Verstehen Sie? Da waren beispielsweise Berichte über Gespräche bei mir, die nie stattgefunden haben. Daran muß doch jemand gedreht haben. Dazu fällt einem ja manches ein. Wenn da plötzlich über Gespräche berichtet wird mit einem Datum, mit einer Teilnehmerzahl, die rein erfunden waren, ist das doch kein Zufall! Und der, der das berichtet hat, der hat sich das doch nicht aus den Fingern gesaugt. Dem ist das doch von irgendjemandem gesteckt worden, wo er glaubte, der sei kompetent. Das waren alles Berichte, die sozusagen immer die noch geschmiert haben. Ja, das ist das richtige Wort: geschmiert haben. Das paßt für mich in das Bild hinein, daß damit der Gedanke da ist, uns steht allen das Wasser am Hals, nur mit dem Unterschied, daß der eine schneller ertrinkt als der andere. Es steht nämlich am Hals. Stattdessen machen wir Gemeinschaftsanstrengungen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Und das geht bis weit hinein, ich will das jetzt nicht vertiefen, in unsere eigene Partei. Was ich da zum Teil beobachtet habe, ist also für mich völlig indiskutabel.

Ich muß nochmal sagen, mein Interesse ist jetzt hier kein Eigentümerinteresse, oder unser Interesse ist nicht mein Interesse. Meine Pflicht ist es, ich blicke in die Gesichter der Stahlkocher und bei diesem Bild bleibe ich, den Leuten zu helfen, die es unmittelbar betrifft. Wir können nicht einen Kahlschlag für eine ganz wichtige Industrieregion, für

die wir im übrigen auch keine Alternative haben, durchsetzen. Und ich kann es auch nicht einsehen, daß eine Industrie, die ja an sich in Ordnung ist, die zum Teil im Leistungsniveau Weltspitze ist, jetzt kaputtgemacht wird in der EG, indem andere die ältesten Ladenhüter subventionieren. Das ist ja die Wahrheit. Wobei man darüber streiten kann, Herr Neumann, ob bei den Standortfragen nicht himmelschreiender Unsinn auch produziert wurde. Verstehen Sie? Ich habe da einen ganz einfachen Vergleich, das sage ich jetzt mal denen aus den nördlichen Regionen. Ich bin in der Frage im Prinzip in der gleichen Lage als Bundeskanzler wie beim Rhein-Main-Donau-Kanal. Ich habe den Rhein-Main-Donau-Kanal nicht angefangen, aber jetzt ist genau die Hälfte der 90 Kilometer gebaut. Und jetzt haben wir praktisch nur die Alternative, entweder wir bauen ihn fertig, oder wir lassen es stehen und haben die teuerste Regattastrecke der Welt. Das ist ein einmaliges Angelbecken für über eine Milliarde. Das Problem ist, wenn ich jetzt über den Rhein-Main-Donau-Kanal rede, dann muß ich den Leuten ehrlich sagen, ich habe weit über eine Milliarde in den Mond geschossen oder weggeworfen, oder wie Sie es nennen wollen. Denn es bleiben ja noch Dauerkosten, was beim Rhein-Main-Donau-Kanal oft gar nicht bedacht wird, daß wir allein noch für die Wasserführung, für die Trinkwasserversorgung in weiten Teilen Oberfrankens noch einmal 600 Millionen, wenn der Kanal nicht kommt, ausgeben müssen. Und ähnlich ist es natürlich mit dem Standort Hamburg oder Bremen in einem konkreten Stahlfall. Wenn Sie das alles neu berechnen würden, würden wir wahrscheinlich gemeinsam zu dem Ergebnis kommen, laßt die Finger davon.

Bloß, Herr Neumann, ich muß mal die Frage stellen, was haben eigentlich die gedacht, die es damals gemacht haben? Das sind ja alles berechnete Fragen, und die wird man ja noch heute stellen dürfen. Aber ich glaube, wir sind da gar nicht weit auseinander.

Von Bismarck: Herr Vorsitzender, es geht doch um rentable Arbeitsplätze und Wettbewerb, was langfristig von uns gewährleistet werden soll.

Biedenkopf: Das steht drin. Das „beherzte Eingreifen der Regierung“. (*Unruhe. Diskussion.*)

Von Bismarck: Mein zweiter Punkt ist ein anderer. Ist es wirklich nötig, daß wir jetzt in diesem Augenblick in irgendeiner Weise Schuldzuweisungen an das Management machen?

Kohl: Das steht ja nicht drin. Mit keinem Wort. Das ist ja nur hier allgemein gesagt. Also, da steht kein Wort von Schuldzuweisung drin.³⁷ Bloß, ich habe hier mal aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht. (*Unruhe. Diskussion.*) Wissen Sie, wenn Sie in der Lage sind, wo es um Sein oder Nichtsein geht, einen Tag lang mit Leuten herumtelefonieren zu müssen, bis sie sich überhaupt bereit erklären, mit einem anderen sich zusammenzusetzen, empfinde ich das als einen Skandal. (*Unruhe. Diskussion.*)

Ich habe keine Wortmeldungen mehr. Ich bedanke mich sehr, wir sind früher fertig geworden. Ich wünsche nun allen einen heftigen Wahlkampf, uns allen ein gutes Gelingen und daß wir mit großer Ruhe und Gelassenheit die nächsten 14 Tage durchstehen und immer wissen, die Wahl ist noch nicht gewonnen, bevor ausgezählt ist. Vorher besteht kein Grund zur Euphorie!

37 Text der Erklärung in CDU-Pressemitteilung vom 22. Februar 1983 (ACDP 07-001-1042).

Abkürzungen und Zeichen

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ABl	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABR	Rechtsbeschwerden (BAG)
Abt.	Abteilung
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
AdG	(Keesing's) Archiv der Gegenwart
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AG	Aktiengesellschaft
AK	Arbeitskreis
AKP	Organisation der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
AL	Alternative Liste
Alcan	Aluminium Company of Canada
Anm.	Anmerkung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARBED	Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
BACDJ	Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen der CDU
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BASF	Badische Anilin- und Soda-Fabrik
BayVGHE	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof (Entscheidung)
BBC	British Broadcasting Corporation
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDKJ	Bund der Deutschen Katholischen Jugend
BdV	Bund der Vertriebenen
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BFD	Bund Freies Deutschland
BFH	Bundesfinanzhof
BGBI	Bundesgesetzblatt

Abkürzungen und Zeichen

BGM	Boosted Guided Missile
BAK	Bundeskriminalamt
BND	Bundesnachrichtendienst
BP	Bayernpartei
BPA	Bundespresse- und Informationsamt
BR	Bundesrat
BSHG	Bundessozialhilfe-Gesetz
BT	Bundestag
BV	Bezirksverband
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgericht (Entscheidung)
BvF	Normenkontrolle auf Antrag von Verfassungsorganen
BVP	Bayerische Volkspartei
CAJ	Christliche Arbeiterjugend
CDA	Christen Demokratisch Appèl
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDS	Centre des démocrates sociaux
CDS	Centro Democrático Social
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund
CGT	Confédération générale du travail
CSA	Arbeitnehmer-Union der CSU
CIA	Central Intelligence Agency
ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakei)
CSU	Christlich-Soziale Union
CVJM	Christlicher Verein Junger Menschen
CVP	Christliche Volkspartei (Belgien, Saarland, Schweiz)
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DBB	Deutscher Beamtenbund
DBK	Deutsche Bischofskonferenz
DBV	Deutscher Bauernverband
DC	Democrazia Cristiana
ddp	Deutscher Depeschendienst
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFU	Deutsche Friedensunion
DEMAG	Deutsche Maschinenbau-Aktiengesellschaft
DIW	Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung
DKM	Diskussionskreis Mittelstand
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLF	Deutschlandfunk
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
DP	Deutsche Partei

Abkürzungen und Zeichen

dpa	Deutsche Presse-Agentur
DPS	Demokratische Partei Saar
Drs.	Drucksache
D`66	Demokraten `66
DStP	Deutsche Staatspartei
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	Demokratische Volkspartei/FDP
EAK	Evangelischer Arbeitskreis der CDU
ebd.	ebenda
EDU	Europäische Demokratische Union
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMNID	Erforschung, Meinung, Nachrichten, Informationsdienst
ERP	European Recovery Program
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EUCD	Europäische Union Christlicher Demokraten (auch UECD)
EUGH	Europäischer Gerichtshof
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FU	Freie Universität
FWG	Freie Wählergruppe bzw. Freie Wählergemeinschaft
GAL	Grün-Alternative Liste
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GAZ	Grüne Aktion Zukunft
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GG	Grundgesetz
GLH	Grüne Liste Hessen
GLU	Grüne Liste Umweltschutz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GV	Gesetz- und Verordnungsblatt (NRW)
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
H.	Heft
HeLaBa	Hessische Landesbank
HEW	Hamburgische Electricitäts-Werke AG
Hg.	Herausgeber, herausgegeben
HJ	Hitler-Jugend
HPM	Historisch-Politische Mitteilungen
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung

Abkürzungen und Zeichen

HVerfG	Hamburgisches Verfassungsgericht
HWK	Handwerkskammer
IBM	International Business Machines Corporation
ICC	Internationales Congress Centrum
IfD	Institut für Demoskopie
Ifo	Informations- und Forschungsstelle (Ifo) für Wirtschaftsbeobachtung
IG	Industriegewerkschaft
IG	Interessengemeinschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
Ilo	Internationale Arbeitsorganisation
INF	Intermediate Range Nuclear Forces
INFAS	Institut für angewandte Sozialwissenschaft
IOC	Internationales Olympisches Komitee
JU	Junge Union
Judos	Jungdemokraten
JuLi	Junge Liberale
Jusos	Jungsozialisten
KAB	Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
KAH	Konrad-Adenauer-Haus
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschlands
KG	Kommanditgesellschaft
KMK	Kultusministerkonferenz
KOV	Kriegsopferversorgung
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten-Leninisten
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KV	Kreisverband
KWU	Kraftwerk Union AG
KZ	Konzentrationslager
LHV	Liberaler Hochschulverband
LV	Landesverband
LVA	Landesversicherungsanstalt
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses (Preußen, Berlin)

Abkürzungen und Zeichen

MdB	Mitglied des Bundestags
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdHB	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtags
MdWNV	Mitglied der Weimarer Nationalversammlung
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rats
MdPrL	Mitglied des Preußischen Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MdWR	Mitglied des Wirtschaftsrats in Frankfurt
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MIRV	Multiple independently targetable reentry vehicles
MIT	Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
MRP	Mouvement républicain populaire
MSB	Marxistischer Studentenbund
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NKW	Norddeutsche Kraftwerke
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRZ	Neue Ruhr / Neue Rhein Zeitung
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OB	Oberbürgermeister
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OLG	Oberlandesgericht
OMV	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OR	Orientierungsrahmen '85 der SPD
OSB	Ordo Sancti Benedicti (Orden des hl. Benedikt)
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PC	Parti Communiste
PCI	Partito Comunista Italiano
PCP	Partido Comunista Português
PDS	Partito Democratico della Sinistra
PH	Pädagogische Hochschule
PLO	Palestine Liberation Organization
PIPr	Bundesrat Plenar-Protokoll
PPD	Partido Popular Democrático
PPE	Parti Populaire Européen
PPI	Partito Popolare Italiano

Abkürzungen und Zeichen

PPM	Partido Popular Monárquico
ppp	Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
PR	Public Relations
PS	Parti Socialiste
PS	Partido Socialista
PSD	Partido Social Democrata
PSI	Partito Socialista Italiano
PT	Parteitag
PvdA	Partij van de Arbeid
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
Ref.	Referat
RFS	Ring Freiheitlicher Studenten
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RPR	Rassemblement pour la République
RVO	Reichsversicherungsordnung
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SDR	Süddeutscher Rundfunk
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SDU	Soziale Demokratische Union
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei West-Berlin
SFB	Sender Freies Berlin
SFK	Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung
SJ	Societas Jesu
Skandilux	Zusammenschluß von Sozialdemokraten aus Belgien, Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
StGB	Strafgesetzbuch
SWF	Südwestfunk
TA	Technische Anleitung
TB	Tagebuch
TH	Technische Hochschule
TU	Technische Universität
TOP	Tagesordnungspunkt
UDF	Union pour la Démocratie Française
UDR	Union des démocrates pour la République
UDP	União Democrática Popular

Abkürzungen und Zeichen

UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UECD	Union Europäischer Christdemokraten
UFA	Universum Film AG
UiD	Union in Deutschland
UK	United Kingdom
ULA	Union Leitender Angestellter
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VdK	Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands
VEBA	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerke AG
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VKA	Verband der kommunalen Arbeitgeber
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
VW	Volkswagen
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
WP	Wahlperiode
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ZAS	Zeitung am Sonntag
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZdK	Zentralkomitee der Deutschen Katholiken
ZK	Zentralkomitee
ZVS	Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen
[]	Einfügung des Bearbeiters
[sic!]	tatsächlicher, aber befremdlicher Text

Quellen und Literatur

A) Ungedruckte Quellen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin

01-867	Walther Leisler Kiep (zit. Tb Kiep)
07-001	CDU-Bundesgeschäftsstelle
	CDU-Bundesausschuß (Protokolle 627–630)
	CDU-Bundesvorstand (Protokolle 1019–1042, Materialien 1335–1339)
	CDU-Präsidium (Protokolle 1413–1416, Materialien 1477–1480, Präsidiumskontaktgespräche 1561–1562)
07-001-1726	Fraktionsvorsitzendenkonferenz
08-001	CDU/CSU-Fraktion Protokolle 1980–1983 (Fraktionsvorstand 1508–1513, Plenarsitzungen 1062–1070)
09-001-144/2, 349	CD-/EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

Dokumentation

- Personenarchiv
- Sacharchiv
- Meinungsumfragenarchiv

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag – Pressedienst

www.cdu-geschichte.de, CDU-Parteitage

B) Gedruckte Quellen und Literatur

AdG: Archiv der Gegenwart. Bonn/Wien/Zürich. *Zit.:* AdG.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Wiss. Leiterin Ilse Dorothee Pautsch (Hg.: Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts).

- 1978 2 Bde. Bearbeitet von Daniela Taschler, Amit Das Gupta und Michael Mayer. München 2009.
- 1979 2 Bde. Bearbeitet von Michael Ploetz und Tim Szatkowski. München 2010.
- 1980 2 Bde. Bearbeitet von Tim Geiger, Amit Das Gupta und Tim Szatkowski. München 2011.
- 1981 3 Bde. Bearbeitet von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel. München 2012.
- 1982 2 Bde. Bearbeitet von Michael Ploetz, Tim Szatkowski und Judith Michel. München 2013.

- 1983 2 Bde. Bearbeitet von Tim Geiger, Matthias Peter und Mechthild Lindemann. München 2014.
- Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974–1976. Bd. 6. Wien-u. a. 1976; 1976–1977. Bd. 7. Wien u. a. 1977; 1978–1983. Bd. 8. München 1983.
- Buchstab, Günter (Bearb.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. 1. und 2. Aufl. Stuttgart 1986. *Zit.*: Protokolle 1.
- Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957. Düsseldorf 1990. *Zit.*: Protokolle 2.
- Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Düsseldorf 1994. *Zit.*: Protokolle 3.
- Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Düsseldorf 1998. *Zit.*: Protokolle 4.
- (unter Mitarbeit von Denise Lindsay) Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt. Die CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969. Düsseldorf 2005. *Zit.*: Protokolle 5.
- (mit Denise Lindsay) Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Düsseldorf 2009. *Zit.*: Protokolle 6.
- Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976. Düsseldorf 2015. *Zit.*: Protokolle 7.
- Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit“. Die Protokolle des Bundesvorstands 1976–1980. Düsseldorf 2018. – *Zit.* Protokolle 8.
- Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1951ff.
- Bundesgesetzblatt Teil I. Hg. vom Bundesministerium der Justiz. Bonn 1951ff.
- Deutscher Bundesrat. Plenarprotokolle 9. Wahlperiode. Köln 1980–1983
- Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen 1953ff.
- CDU-Bundesparteitage. Niederschriften. Hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Bonn 1950ff.
- Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands. Hg. Konrad-Adenauer-Stiftung. Melle 1978.
- Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der CDU, CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bonn 1973–1980. *Zit.*: DUD
- Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz. Hg. von Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann, Hanns Jürgen Küsters. Köln 2010.
- Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Hg. von Peter Hintze. Bonn 1995.
- Europa-Archiv Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik. Hg. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bonn 1976ff.
- Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen. 2. Aufl. Berlin 1995. *Zit.*: Genscher.
- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6 1974–1982. Bundesrepublik Deutschland. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheit. Baden-Baden 2008.

- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 7 1974–1982. Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform. Baden-Baden 2005.
- Geyer, Martin H.: Rahmenbedingungen: Unsicherheit als Normalität. In: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 6 S. 2–109.
- Harlander, Tilman: Wohnungspolitik. In: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 6 S. 823–850.
- Herbert, Ulrich/ Kuhn, Karin: Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern. In: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 6 S. 751–777.
- Herbert, Ulrich/Hunn, Karin: Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern. In: Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 7 S. 619–651, Historisch-Politische Mitteilungen. 1994ff.
- Hitze, Guido: Verlorene Jahre? Die nordrhein-westfälische Union in der Opposition 1975–1995. 3 Bde. Düsseldorf 2010.
- Jäger, Wolfgang: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974–1982. In: Karl-Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1969–1982. Bd. 5/II. Stuttgart 1987 S. 9–272. *Zit.*: Jäger [1987]
- Helmut Kohl setzt sich durch, 1976–1982. In Schwarz: Die Fraktion als Machtfaktor S. 141–159.
- Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993. *Zit.*: Kleinmann.
- Köhler, Henning: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biographie. Köln 2014.
- Kohl, Helmut: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearbeitet von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2012; Berichte zur Lage 1989–1998. Düsseldorf 2014.
- Kohl, Helmut: Erinnerungen 1930–1982, 1982–1990, 1990–1994. München 2004, 2005, 2007. *Zit.*: Erinnerungen Bd. 1, 2
- Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Winfried Becker/Günter Buchstab u. a. (Hg.). Paderborn 2002. *Zit.* Lexikon.
- Link, Werner: Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974–1982. In: Karl-Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1969–1982. Bd. 5/II. Stuttgart 1987 S. 275–432.
- Möller, Horst: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell. München-Berlin 2015.
- Noelle-Neumann; Elisabeth. Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. München 1980.
- Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980. In: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen 1983.
- Peters, Butz: RAF Terrorismus in Deutschland. München 1993.
- Protokolle s. Buchstab, Günter
- Schmidt, Manfred: Rahmenbedingungen. In: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 7 S. 3–60.
- Schönbohm, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980. Stuttgart 1985.

- Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009.
- Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012.
- Schwarz-Schilling, Christian: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten. Eine Bilanz. In: Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz. Köln 2010 S. 63–79.
- Siebenmorgen, Peter: Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß. München 2015.
- Stenger, Matthias: Transnationale Zusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (1974–1992). Düsseldorf 2011.
- Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages. 1949 ff. *Zit.*: Sten. Ber.
- Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947–1990. Berlin 1997.
- Trenk-Hinterberger, Peter: Sozialhilfe. In: Geschichte der Sozialpolitik seit 1945 Bd. 6 S. 605–615.
- Union in Deutschland 1980–1983. Bonn 1980ff. *Zit.*: UiD
- Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München 2006.
- Zimmermann, Friedrich: Kabinettstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991. München 1991.

Personenregister

Zahlen mit * verweisen auf die Anmerkung der betreffenden Seite, fett gedruckte auf Biogramme, kursiv gedruckte auf Redebeiträge.

- Abendroth, Wolfgang **367**
Abt, Horst **406**
Adami, Edward Fenech **230**, 439
Adenauer, Konrad **61**, 78, 83, 86, 117, 155, 178, 196, 260, 351, 459, 641, 689, 703, 707, 733, 828, 945, 986, 1082
Agt, van Andreas Antonius Maria (Dries) **350**, 387
Albertz, Heinrich **352**, 401
Albrecht, Ernst XVI, 1, **11**, 13, 19*, 23, 78, 97, 144, 146f., 149, 151f., 154*, 180f., 183, 185–187, 190, 194, 201–204, 208, 211, 217, 221–223, 228, 245, 248, 291, 371, 381f., 394, 461, 498, 529, 537, 541, 548, 550, 556f., 561, 565, 595, 621, 635, 657, 675, 690, 699, 701, 706, 708, 712, 717, 754, 768–770, 774, 776, 779, 781, 810, 813f., 823, 833, 849, 868, 872, 887, 892, 896–900, 902, 923, 925–927, 930f., 934, 964, 974, 1015, 1027, 1029, 1041, 1049, 1056f., 1068, 1087, 1099f., 1106f.
Allemann, Fritz René **378**
Allen, Richard **230**, 484*, 576
Alt, Franz **865**, 1097
Althammer, Walter **559**, 564
Altrock, Reinhard 480
Amrehn, Franz **309**
Amthauer, Rudolf **407**
Andropow, Juri **1034**, 1039*
Annan, Noel **1022**
Apel, Hans **283**, 389, 1003
Appel, Reinhard **108**, 125
Arbatow, Georgij **354**
Augustinus **161**
Aurin, Kurt **406**

Bahr, Egon **60**, 88, 206, 663, 1066
Bangemann, Martin **92**
Baring, Arnulf **745**, 801*
Barschel, Uwe 997*
Barzel, Rainer XLVIII, **34**, 81, 89*, 93, 228, 242, 244, 257, 260, 324, 336, 371, 380, 384, 422*, 478, 482, 515–517, 524, 529, 533, 537f., 543, 546, 621, 625f., 637, 648, 652f., 675, 689, 705, 706*, 709f., 713, 719, 902, 922f., 1058
Baudissin, Wolf Stefan Traugott Graf von **645**
Baum, Gerhard Rudolf **20**, 33*, 562, 588, 791–796, 876f., 1002f.
Bebel, August **806**
Becker, Herbert 110*
Beer, Wolfgang 59*
Begin, Menachem **391**, 392, 471
Bendler, Johann Christoph 124*
Benedix-Engler, Ursula **74**, 328, 342
Benedixen, Peter **406**
Ben Nathan, Asher **873**
Bernhard, Georg **1019**

Bernhardt, Otto **328**, 342
Biedenkopf, Kurt XIX, 1, **22**, 27, 97, 137, 140, 143, 148, 151, 171, 176, 205, 281, 302, 306f., 324, 333, 343, 371, 385, 409, 415, 432, 435, 446, 451, 454, 456, 458, 461, 465f., 469, 471, 482, 498, 529, 542–544, 546–555, 565–569, 571–577, 619, 621, 627, 631–633, 643, 646, 649, 654f., 657, 659–670, 721, 728, 732, 735, 737, 743, 768, 785, 798, 820–823, 902, 926, 929, 934, 944, 953, 974, 982, 1000f., 1010, 1017, 1023, 1025, 1027, 1029, 1031, 1034, 1045, 1048f., 1054, 1058, 1060, 1067f., 1071, 1081, 1087, 1090, 1099, 1103, 1106f., 1109
Bierich, Marcus 1034*, 1097*
Binkowski, Johannes A. Joseph **121**
Bismarck, Otto von 83, 677, 707, 743
Bismarck, Philipp von XXXIV, 39, 43, 45, 48, 97, 140, 143, 148, 181f., 185, 188–190, 193, 196f., 228, 247, 249f., 260, 264, 271, 281, 316, 322, 371, 394f., 478, 500, 523f., 529, 531, 534f., 543, 548, 554f., 568, 570f., 575f., 583, 585, 587, 590f., 605–607, 610, 615, 617f., 728, 732, 737, 902, 921, 934, 967, 1025, 1060, 1064, 1087, 1096, 1109
Blank, Theo **1025**
Blüm, Norbert XXX, XLVIII, 1, **17**, 27, 34, 39, 44, 47, 97, 130, 141f., 145, 171, 210, 213f., 225, 228, 269f., 273, 281, 284, 306, 324, 332, 341–344, 353, 360, 371, 407, 413f., 436, 455, 498, 529, 553f., 558, 562, 564, 583–585, 589, 592–594, 675, 678, 692, 696, 698, 708, 721, 768, 795f., 822, 858, 902, 917f., 920, 925, 934, 936, 955f., 960, 965, 967, 971, 974, 982, 990, 992f., 1006, 1016, 1024f., 1029, 1042, 1048, 1051, 1094*, 1106
Blumenfeld, Erik **319**
Böckle, Franz **865**
Böll, Heinrich 717*
Bölling, Klaus 43*, **50**, 51, 67, 983*
Börner, Holger **217**, 624, 695, 779, 815, 862, 935, 999*
Bonhoeffer, Dietrich **57**
Bracher, Karl Dietrich 1068*
Brandes, Bruno 765*, **810**
Brandt, Willy XV, **44**, 57, 60, 82, 88, 93, 169, 238, 260, 288, 351, 380, 387–389, 442, 486, 507, 635f., 678, 682, 684, 689, 695, 708, 715, 717, 736, 745, 749f., 752, 770, 801, 803, 810, 830, 843*, 914, 917, 937, 943, 947, 950, 952, 968, 996, 1017, 1068f.
Brecht, Bertolt 1032*, 1070*, 1074
Breit, Ernst 992*, **1012**
Breschnew, Leonid Iljitsch **349**, 363, 484, 622, 652, 656, 679, 693, 707, 732*
Briac, Olivier 514*
Brückmann, Walter 500, 676
Brüggemann, Wolfgang 409
Brüning, Heinrich **1019**
Brundtland, Gro Harlem 575*

- Brunn, Anke 234*
 Brunner, Guido 77*, 234*
 Brunnstein, Klaus 778, 800, 809
 Brzeziński, Zbigniew 679, 694, 713
 Burdeau, Georges 1001
 Bush, George 1060, 1067*

 Carrington, Peter Alexander Rupert 625
 Carstens, Karl XV, 397, 401, 593, 749*, 935, 998*, 1094*, 1100*
 Carter, Jimmy 88, 634, 679*
 Castro, Fidel 1014
 Chamberlain, Neville 650
 Chirac, Jacques 386, 395
 Chory, Werner 722
 Christians, Friedrich Wilhelm 42
 Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 655, 656
 Ciano, Graf Galeazzo 650*
 Colombo, Emilio 624*, 830f.
 Coppik, Manfred 777, 914
 Craxi, Bettino 388, 636
 Czaja, Herbert 63

 Dahrendorf, Frank 234*, 361
 Daladier, Édouard 650*
 Dallmeyer, Harm 621, 622, 649, 662, 668
 Dannenmann, Arnold 721
 Dannenmann, Christopher 721
 De Gasperi, Alcide 986
 De Gaulle, Charles 629
 Dehler, Thomas 441
 D'Hondt, Victor 937, 997
 Diepgen, Eberhard 228, 277, 279, 378*
 Dingerkus, Stefan 1, 21, 39, 84, 97, 118, 138, 142, 148, 174, 176, 222, 228, 247, 264, 281, 301, 321, 386
 Dohnanyi, Klaus von XVII, XXVIII, 777–779, 801–805, 807*, 812f.
 Dollinger, Werner XLVIII
 Drechsler, Hanno 367
 Dregger, Alfred XX, 77, 97, 120, 132, 150, 228, 243, 350, 367, 371, 378, 415, 468, 487, 498, 529, 543, 550f., 559, 565–568, 570–572, 574f., 578, 588, 590, 594f., 598f., 601, 605f., 608–611, 675, 695f., 698, 700f., 709, 718, 728, 731, 733f., 766–768, 776f., 779, 781, 785, 793–795, 798, 813, 816, 902, 932, 934–936, 940f., 978*, 991*, 1029, 1048, 1054, 1057, 1060, 1064, 1096
 Dufner, Wolfram 557
 Dutschke, Rudi 1022

 Eanes, António dos Santos Ramalho 388
 Eberle, Rudolf 864
 Echernach, Jürgen 281, 291, 292, 308f., 312f., 315, 317f., 324, 328, 529, 613f., 756, 798, 805f.
 Eckert, Roland 721
 Ecker, Walther 722
 Ehmke, Horst 435
 Ehrenberg, Herbert XLVI, 811
 Einstein, Albert 477

 Engels, Wolfram 863
 Engholm, Björn XLVIf., 75, 482, 997*, 1004
 Eppler, Erhard XV, 215, 232, 397–399, 401, 693, 779, 917, 931
 Erhard, Benno 721, 882
 Erhard, Ludwig 57, 103, 123, 155, 260, 318, 394, 464, 465*, 485, 535, 586, 608, 704, 858
 Ertl, Josef XLVI, XLVIII, 89
 Eugen Franz, Prinz von Savoyen-Carignan 561
 Evertz, Alexander 401
 Eyskens, Mark 350

 Falin, Valentin 850
 Filbinger, Hans 1, 19, 21, 31, 39, 51, 81, 86, 88, 327, 621, 638, 1022
 Fink, Ulf 721, 867
 Flechtheim, Ossip K. 364
 Fontane, Theodor 913
 Ford, Gerald 656*, 836*
 Franco, Francisco 650
 Franke, Egon XLVIf., 51
 Franke, Heinrich 721
 Fuchs, Anke XLVII
 Funcke, Liselotte 786*

 Gaddafi, Muammar al 661
 Gaddum, Johann Wilhelm 303, 308, 313
 Gandhi, Mahatma 632
 Garski, Dietrich 233*, 236, 374
 Gaus, Günter 43, 234*, 631
 Geißler, Heiner 1, 2, 8, 11, 13f., 35f., 38, 89*, 97, 135–140, 143, 147, 164, 168, 179f., 186, 200, 202, 204, 226, 228, 251, 254f., 258, 260f., 264, 267f., 273, 275, 278f., 281, 302, 307–309, 313f., 316, 319, 321–328, 331–337, 340, 342f., 345, 371, 399, 415f., 418, 420–426, 428, 430, 432f., 439, 441, 445, 450, 452f., 455, 459, 461f., 477f., 494, 500f., 509–511, 513f., 519f., 522f., 526f., 529f., 533, 535–542, 544, 546–548, 550–554, 565f., 572–577, 580, 582–588, 590–594, 596, 598–600, 602–610, 612–614, 617, 619, 621, 638, 646, 649, 653–656, 661, 664, 669, 671, 675, 702, 705f., 716, 720, 723, 725f., 728, 757, 760–762, 768, 780, 783f., 798, 808, 813, 815f., 819, 821–823, 833, 855, 858f., 863, 869, 877, 885f., 888, 890f., 895–902, 919, 928, 930, 932, 934, 938, 940, 944, 948, 953, 972, 974, 976–978, 980, 982, 994, 1002, 1029, 1032f., 1037, 1039f., 1042, 1046, 1049f., 1053–1055, 1057–1059, 1065, 1067, 1070–1074, 1076f., 1079–1087, 1090, 1093, 1096f.
 Genscher, Hans-Dietrich XIV, XIX, XLVIf., 16, 19, 24, 44, 54, 87, 91f., 107, 150, 238, 249, 295, 297, 349, 352, 359, 363, 378, 381, 383, 389f., 486–488, 490, 507, 567, 624f., 706, 744f., 773, 779, 786, 800, 802f., 815, 830f., 841f., 903, 909, 911, 921f., 925, 937*, 942f., 949, 972*, 992, 994, 997, 1068
 George, Haimo 722
 Gerstenmaier, Eugen 161, 371, 399f., 402, 415f., 420–427, 478, 529, 536, 538f., 541f., 544, 546, 548–550, 553, 565, 567, 569, 576f., 621, 650, 664, 768, 778, 902, 924f., 927, 946

- Gierek, Edward **9**
 Giscard d'Estaing, Valérie **88**, 182, 231, 386*, 387, 828, 984, 986
 Glemp, Józef **740**
 Globke, Hans **50**
 Glombig, Eugen **761**, 762
 Glotz, Peter **111**, 122, 293, 358, 363f., 374, 379, 1004*
 Glucksmann, André **1001**
 Glup, Gerhard **1**, **12**, 23
 Göb, Rüdiger **305**
 Gödde Alfons **1097**
 Gölter, Georg **407**, 764
 Gollwitzer, Helmut **401**, 546
 González, Humberto Pérez 1014*
 Gradl, Johann Baptist **39**, **41**, 70, 79, 88, 322, 324, 336, 478, 500–502, 508, 523f., 621, 658f., 675, 707, 713, 902, 927, 1018, 1020, 1029, 1057f., 1060, 1081f., 1084f., 1087, 1098
 Grass, Günter **289**, 1068*
 Gregor XVI. 76*
 Gries, Ekkehard **368**
 Griesinger, Annemarie 382, 415, 421, 423, 428, 431, 529, 539, 560, 600, 607f., 610f., 728, 737, 761f., 833, 876, 886, 891, 895f., 1060, 1063, 1072, 1074f., 1085, 1087, 1102
 Gromyko, Andrej 622*, **1034**, 1048*, 1082
 Grosser, Alfred **1001**
 Gruhl, Herbert **435**, 753
 Grundig, Max 985
 Gscheidle, Kurt XLVII
 Guillaume, Günter **442**
 Gutowski, Armin **863**
- Haack, Dieter XLVII, **346**, 711
 Häfele, Hansjörg **721**
 Haig, Alexander **230**, 349, 363, 483, 734, 836*, 917
 Hallstein, Walter 93*
 Hamm-Brücher, Hildegard **559**
 Hansen, Karl-Heinz **287**, 777*, 914
 Harmel, Pierre **548**
 Hassel, Kai-Uwe **738**
 Hasselmann, Wilfried **23**, 182, 365, 425, 460, 529, 754, 768, 770, 833, 881, 902, 914, 945, 1087, 1094, 1098f.
 Hassenstein, Bernhard **406**
 Hassner, Pierre **1001**
 Hauff, Volker XLVII
 Heck, Bruno **156**, 527, 529
 Heinemann, Gustav **399**, 400, 402
 Hellwege, Heinrich **770**
 Hellwig, Renate **720**
 Herbst, Stefan **1029**
 Herder-Dorneich, Philipp **722**
 Herkenrath, Adolf **848**
 Herkenrath, Norbert **848**
 Herrhausen, Alfred 1034*, 1097*
 Herzog, Roman XXII, 97, **124**, 139, 148f., 161, 173, 176, 196, 295, 371, 395, 398, 400, 415–421, 425f., 453, 458, 500, 546, 621, 645, 653, 711, 768, 774, 779, 788, 934, 942f., 974, 977, 1029, 1040, 1044, 1046, 1050, 1060, 1073f.
- Heubeck, Georg **722**
 Heuss, Theodor **458**
 Hild, Helmut **79**, 368
 Hilf, Willibald **1021**
 Hirsch, Burkhard **786**
 Hitler, Adolf **570**, 572, 650*, 655, 1022
 Höffner, Joseph 397*, **482**, 847, 857
 Höhler, Gertrud **721**
 Höhne, Dieter **367**
 Hoffmann, Heiko **835**
 Hofmann, Werner **161**
 Honecker, Erich XXXVII, **9**, 51*, 284–286, 679, 693, 707, 989*, 990*
 Hoppe, Hans-Günter **70**, 359
 Horten, Alphons **319**
 Huber, Antje XLVII
 Hübner, Klaus **360**
 Hupka, Herbert **39**, **64**, 83, 89, 97, 146, 167, 178, 181, 228, 270
- Jahn, Friedrich-Adolf XXXI*, XXXII*, 281, **301**, 303, 313, 323f., 338, 340, 1045
 Jahn, Gerhard 1032*
 Jansen, Günther **290**, 291
 Jaruselski, Wojciech 677*
 Jenkins, Roy Harris **828**
 Jobert, Michel 985
 Jørgensen, Anker 624*
 Johannes Paul II. **63**, 75*, 90*, 349*
 Johannes XXIII. **63**
 Joseph, Keith 183
 Judith, Rudolf **1012**, 1023
 Jungblut, Michael **213**
- Kaase, Werner 4*
 Karry, Karl-Heinz **371**, 372
 Karwatzki, Irmgard **720**
 Katzer, Hans **592**, 728f.
 Keller, Karlheinz 619
 Kelly, Thomas Cajetan 694
 Kempf, Felix 407
 Kennedy, Edward **455**
 Kepplinger, Hans Mathias 121
 Kevenhörster, Paul 722
 Kiep, Walther Leisler XIV, XVI, **78**, 97, 190, 195, 198, 281, 284, 319, 344, 415, 428, 432, 452f., 478, 492, 493*, 498, 620, 685, 688, 690, 768, 777, 798, 800–802, 806, 808f., 813f., 816, 819f., 902, 912, 918f., 974, 976–978
 Kierey, Karl-Joachim **365**, 804
 Kiesinger, Kurt-Georg 54*, **155**, 616, 902, 909, 913f., 929
 Kirkland, Joseph Lane **694**, 1064*, 1065
 Kissinger, Henry **694**, 836*
 Klausener, Erich **1021**
 Kleinert, Detlef 719
 Klepsch, Egon XXXV, **92**, 344, 370, 529–531, 555f., 568, 621, 624f., 729f., 798f., 823f., 828–830
 Klose, Hans-Ulrich **289**, 291, 451, 808

- Klumpp, Werner 719
 Kluncker, Heinz **789**, 791f., 795, 797
 Knaus, Hermann 75
 Knies, Wolfgang **409**
 Knopp, Guido 1033
 Koch, Gottfried 39, **43**, 44, 85, 97, 114, 142, 171, 173, 278, 324, 335, 415, 418, 428, 453f., 473f., 476, 478, 621, 626, 666, 728, 729*, 735f., 760, 798, 822, 833, 874, 876, 878, 902, 923, 974, 981–983, 991, 1006, 1012, 1022, 1025*, 1048, 1087, 1096f., 1106
 König, Franz 732*
 Kohl, Cäcilie 1095*
 Kolbe, Maximilian **877**
 Kolb, Rudolf 722
 Konow, Gerhard 234*
 Kreile, Reinhold **958**
 Kreisky, Bruno **680**
 Krockow, Christian Graf von 1080*
 Krollmann, Hans 696
 Kroll-Schlüter, Hermann **720**
 Krone, Heinrich **348**
 Kühnhardt, Ludger 721
 Küng, Hans 90*, 161
 Kürten, Josef 1045*
 Kunze, Jürgen **294**, 359*
 Kunzelmann, Dieter 364
 Kunz, Gerhard 315
 Kwizinski, Julij Alexandrowitsch 988*, **1006**
- Lafayette, Marie-Joseph 836
 Lahnstein, Manfred XLVI, 869*
 Lamberty, Horst 102*
 Lambsdorff, Otto Graf XLVI, **18**, 26, 44, 54, 57*, 150, 170, 204, 287, 352, 433, 468, 487, 490, 492, 507, 516, 525, 582, 685, 697f., 705, 707, 742, 785, 787, 812, 839, 870, 906, 935, 940, 956, 958, 962f., 1041, 1101, 1106, 1108
 Lammert, Norbert **722**
 Langguth, Gerd **721**
 Laurien, Hanna-Renate 39, **73**, 86, 91, 228, 260, 265, 267f., 270, 345, 360, 371, 406, 411–413, 477, 498, 764, 833, 865, 867f., 879, 1029, 1055–1057
 Lecanuet, Jean 247, 250
 Leinemann, Jürgen 39*
 Lemke, Helmut **348**
 Lerrox Garcia, Alejandro 650
 Liedtke, Karl 789
 Limbach, Edith **407**, 412
 Lippmann, Walter 107
 Littmann, Corny 778
 Locke, John 100f.
 Loderer, Eugen **42**, 44, 46, 623, 626, 844, 992*, 1023
 Löffler, Alfred 1061
 Löwenthal, Richard XVIII, **996**
 Lohse, Eduard 79, 397f.
 Lorensen, Hans **789**, 791f., 794, 796f.
 Lorenz, Peter 39, **72**, 97, 116, 164f., 192, 234, 281, 285, 314f., 317, 324, 335
- Lücke, Paul **78**, 841*
 Lüder, Wolfgang **236**
 Lühje, Uwe XIV, **453**, 691, 818f., 1029, 1033, 1035f., 1087, 1100
 Luhmann, Niklas 278
 Lummer, Heinrich **375**
 Lustiger, Jean-Marie 837*
 Luther, Martin 90*, 161, 401, **990**
- Machiavelli, Niccolò di Bernardo dei 99, 101
 Mackscheidt, Klaus 722
 Maihofer, Werner **58**, 744
 Manderman, Heinrich 838*
 Mann, Golo 62
 Manstein, Erich von 650
 Marchais, Georges 387*
 Marcharski, Franciszek 837*
 Martens, Wilfried **350**
 Martin, Albrecht **411**
 Matthäus-Maier, Ingrid 719*
 Matthiesen, Klaus **291**
 Matthöfer, Hans XLVIf., **70**, 85, 217*, 390, 516, 792, 794, 1028
 Mayer-Vorfelder, Gerhard **406**
 Meinecke, Rolf 281
 Mende, Erich **994**
 Mendès-France, Pierre 985
 Mertes, Alois 41*, **328**, 417, 574, 621f., 649, 654, 657f., 660–662, 670, 798
 Metzger, Günther **366**, 385*
 Meyer, Gerhard Moritz **295**, 358*, 359
 Meyers, Franz **846**, 847, 944
 Mies, Herbert **353**, 483
 Mikat, Paul 110*
 Milde, Gottfried 1, **34**, 36, 97, 174, 189, 192
 Mischnick, Wolfgang XVII, XXIII, **883**, 903, 949, 955
 Mitterrand, François 231*, **386**–388, 456, 484, 828, 835, 984f., 986*, 1047, 1080
 Mock, Alois 740
 Möllemann, Jürgen **418**, 732*, 785f.
 Möller, Franz **328**, 342
 Moltmann, Jürgen 854
 Müller, Adolf **722**, 846, 1094
 Müller, Alfons 846
 Müller-Armack, Alfred **485**, 526, 535
 Müller, Eberhard 400, 645
 Müller, Hermann 746
 Mussolini, Benito 650*
- Napoleon Buonaparte 63
 Narjes, Karl-Heinz 77*, **93**
 Nau, Alfred **492**
 Neckermann, Josef 116
 Neidhardt, Friedhelm 721
 Neudeck, Rupert **557**, 560
 Neumann, Bernd 1, **32**, 34, 39, 76, 84, 90f., 95, 97, 126f., 131, 141, 145, 164, 171, 199, 202f., 228, 260f., 281, 316, 318, 324f., 336, 342, 415, 418, 478, 525f., 529, 538, 544, 584, 587, 597–599, 602f., 608, 615f., 621, 659f., 662, 668, 670, 728, 765f., 810,

934, 944f., 1060, 1070f., 1073, 1087, 1107–1109
 Neumann, Peter 62*
 Nickels, Rudi 722
 Niemöller, Martin **1022**
 Nitze, Paul 988*, **1006**
 Nixon, Richard 692*, 694*
 Noelle-Neumann, Elisabeth IX, XI, **62**, 63, 66, 86,
 97f., 105*, *115–118*, 120–*131*, *133f.*, 136, 139,
 142f., 159, 161f., 168, 172f., 219, 221, 384, 442,
 652, 843, 1025, 1040, 1064
 Nordheim, Manfred von 230*
 Nowotny, Friedrich **687**, 937*
 Nunn, Samuel Augustus 677

Oberndörfer, Dieter **15**, 721
 Odysseus 99
 Oertzen, Peter von **717**
 Oeser, Kurt 368
 Offergeld, Rainer XLVII
 Ogino, Kyusaka 75
 Ollenhauer, Erich 125*, **206**
 Orgaß, Gerhard 281, **304**, 305, *308–310*, *312*, 314,
 316, 323
 Overbeck, Egon **42**

Pannenberg, Wolfhart 401*
 Papandreou, Andreas Georgiou **665**
 Paul VI. 75*
 Penther, Walter **759**
 Perschau, Hartmut **342**, 805, 810
 Pestel, Eduard **896**
 Pfeffermann, Gerhard O. 367
 Pfeifer, Anton **406**, 762, 883, 885, *891*, *895f.*, *898f.*
 Pfeiffer, Alois 795
 Pflüger, Friedbert **721**
 Piazzolo, Paul Harro 894
 Piccoli, Flaminio **225**, 388, 636*, 650
 Pieper, Ernst 1097
 Pieroth, Elmar **165**, 204, 325, 360, 366, 371, 379,
 426, 456, 478, *524f.*, 529, 558, *560*, 562, 675, 702,
 714, 833, 850, *863*, 880, 902, 925, 934, *965*, 968,
 1060, *1077–1079*, *1106*
 Pinochet, Augusto **248**
 Pirkel, Fritz **955**
 Pius X. 75*
 Plambeck, Juliane 59*
 Pöznier, Konrad 234*
 Pott, Peter **228**, 529, *597*, *601*, 833, *894f.*, 1029
 Poujade, Pierre 62*
 Preußen, Prinz Heinrich von 996*
 Puff, Ansgar 865

Radunski, Peter **479**, 496, 514, 621, 672, 798, 820,
 902, 923, 929, 1027, 1029, 1033, 1058, 1073, 1087,
 1093
 Ramstetter, Fritz **1067**
 Rapp, Heinz 110*
 Rau, Johannes 205*, **793**, 869
 Reagan, Ronald Wilson **88**, 229f., 362, 455, 464,
 481, 500, *627f.*, 634, *657*, 661, 668, *697*, *836**, 871,
 873, 917, 923, 989*, 996

Rebmann, Kurt **748**
 Reiche, Hans-Dieter 937*
 Reichert, Günter 1030*
 Remmers, Werner **74**, 328, 406, 720, 764*, 765
 Reuter, Ernst **351**
 Riesenhuber, Heinz XLVIII, **866**
 Ries (Riese), Adam 509, 750
 Ritz, Burkhard 1, **30**, 31, *97*, *192*, 415, *467*, 471, 476,
 478, *516*, 722, 728, *754–756*, 944
 Roegel, Otto B. 111
 Röhner, Paul 784*
 Rohmoser, Günter **865**
 Rohwedder, Detlev **1097**
 Rommel, Erwin **1046**
 Rommel, Manfred XXXIII, **216**, 376, 472, 792, 797,
 966, 1022, 1046*
 Ronneburger, Uwe 972*
 Rosenmayr, Leopold 721
 Roth, Gustav 867
 Roth, Wolfgang **742**
 Rousseau, Jean-Jacques **103**
 Rühle, Volker **406**, 982
 Ruf, Thomas **722**

Sadat, Anwar-as **243**
 Sälzer, Bernhard **406**
 Sanchez, Juan Emilio 323*
 Schäfer, Helmut 102
 Schättle, Horst 1020
 Schäuble, Wolfgang **982**
 Schaffran, Gerhard 835
 Scharnberg, Hugo **841**
 Scharrenbroich, Heribert **44**, 204*, 225
 Scheel, Walter **237**, 472, 745, 801, 935, 951
 Scherer, Werner XLIVf., **41**, *97*, *134*, 267, 371, *408*,
 529, *546*, *550*, *554*, *573*, *578*, *590*, *597*, *600f.*, *603*,
 615, 728, 763, 765, 944, 1029, *1043*, 1060, *1078f.*
 Schiller, Karl 108*, **704**
 Schily, Otto **364**, 378, 385
 Schlatter, Adolf 421
 Schleyer, Hanns Martin **51**, 58*, 372
 Schmähl, Winfried 722
 Schmidtchen, Gerhard 721
 Schmidt, Helmut IXf., XV–XXII, XXV,
 XXXIVf., XXXVIII, XLVI, **2**, 4, 9f., 12, 14, 18,
 22, 24–26, 34f., 37, 39, 49f., 53, 81f., 88, 91,
 107–109, 110*, 119, 122f., 125, 149*, 153, 161,
 183, 186, 210f., 216f., 287, 289, 325*, 351, 353,
 379, 387, 389, 391, 397, 401, 470, 483, 485, 488,
 507, 537, 623, 635–637, 655, 670, 678, 680, 682,
 684f., 688f., 693, 707f., 741, 746, 750f., 769, 776,
 778, 798*, 800–802, 807, 811, 815, 829–831, 836,
 840, 847, 861, 904*, 917–919, 922, 928–933,
 936–940, 942f., 983*, 989*, 990*, 992, 995f., 998,
 1000, 1005, 1011–1013, 1040, 1073, 1080,
 1085f., 1098, 1100*
 Schmude, Jürgen XLVI, **750**, 882
 Schneider, Oscar XXXII*, XLVIII, 1041*, **1072**
 Schnipkoweit, Hermann 171
 Schönberg, Arnold 987*

- Schoser, Franz 408*
- Schreiner, Heinrich 791, 792, 794
- Schröder, Gerhard 548
- Schröder, Louise 351
- Schuchardt, Helga 487
- Schüler, Manfred 50
- Schütz, Klaus 352
- Schultz, Dietrich 359*
- Schumacher, Karl 365, 366, 618, 820, 1025
- Schumacher, Kurt 417, 770
- Schuman, Robert 985f.
- Schwarz-Schilling, Christian XXXIII, XLV, XLVIII, 97, 173, 176, 200, 207, 210, 224, 228, 271, 371, 413–415, 453, 463, 470, 476, 478, 526, 529, 542f., 550, 571, 587, 592, 609, 614f., 878, 888, 892, 894–896, 902, 920, 934, 944, 948, 982, 995, 1021, 1060, 1083f.
- Schwier, Hans 890
- Shakespeare, William 101
- Shultz, George Pratt 836*, 1064
- Solomenzew, Michail S. 984*
- Son Sann 713
- Späth, Lothar XI*, XXVIII*, XXXf., XXXIII, 1, 24, 34, 138, 144, 147, 151, 166, 178, 180, 182, 188, 190, 202, 210, 213, 219f., 223, 228, 244, 246–248, 252–254, 263, 273, 275, 281, 291f., 300–303, 305–308, 310, 312–317, 319, 322, 324, 326f., 333–338, 340, 342–344, 346, 365, 371, 378f., 382f., 390, 397f., 402, 415, 448, 453, 457, 462, 478, 502, 508, 516f., 529, 539f., 543, 556f., 559f., 562–565, 571f., 578, 582–590, 593, 595f., 599, 605, 607f., 610, 612–614, 616f., 645, 728, 731f., 736, 738f., 759–762, 767f., 786, 790, 792, 794f., 797, 875, 877, 902, 908, 915, 921, 934, 944f., 970–972, 974, 980, 983, 1015, 1021–1023, 1026, 1028f., 1047, 1076, 1087, 1101, 1103
- Spangenberg, Dietrich 51
- Sparv, Peter 328, 342
- Spengler, Oswald 209
- Spethmann, Dieter 1097
- Springmann, Baldur 753
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch 63, 570
- Stammmer, Eberhard 398*
- Steinkühler, Franz 992, 1022
- Stingl, Josef 408, 414, 722, 1070
- Stobbe, Dietrich XIII, 233*, 294, 352, 361, 853
- Stoessel, Walter 230
- Stoiber, Edmund 163, 336, 938
- Stolte, Dieter 1020*
- Stoltenberg, Gerhard XV*, XVI*, XXIII, XXVIII*, XXXf., XXXII*, XLIV, XLVII, 1, 3, 5, 12f., 18, 30, 35, 39, 46, 54, 65, 70, 72–74, 76–79, 85, 97, 118, 137, 141, 146, 150, 153, 162, 169, 171, 173, 180, 197f., 200, 202, 208, 210, 217, 221, 225f., 228, 243, 248, 254f., 257, 259f., 265, 270, 272, 274, 281f., 286, 292, 296, 298, 324, 328, 331, 366, 371, 392, 403f., 407–409, 411, 413, 498, 516, 524, 529, 534, 537f., 552, 554–556, 561, 566, 573, 575, 577, 587, 590, 595, 621, 643, 646, 649, 675, 698, 699*, 703–706, 708–711, 715, 728, 731, 739, 750, 755–759, 814, 823, 835, 902, 909, 912, 920, 923f., 932–934, 936, 946, 949f., 953f., 960, 964–966, 969, 974, 980, 990f., 997*, 1006, 1010, 1018f., 1023, 1025, 1029, 1037f., 1040f., 1044, 1051–1055, 1057f., 1060, 1073, 1078, 1082, 1089, 1106
- Strauß, Franz Josef IXf., XXI, XXIII, 2, 3, 5, 9*, 11, 13, 17, 24, 33*, 34, 43, 48, 54, 57, 66, 81, 89*, 108f., 118f., 125, 149, 154, 210, 217*, 253, 326, 336, 390*, 435, 471, 700, 902, 908, 933, 935, 938, 945f., 949, 958, 1003, 1030*, 1042
- Stubbe, Elmar 453*
- Stücklen, Richard 478, 479, 1068
- Stuhlmacher, Peter 421*
- Süßmuth, Rita 722
- Suhr, Otto 351
- Tacke, Walter 721
- Teufel, Erwin 97, 720
- Thatcher, Margaret XXXV, 231, 623, 625, 830, 986, 1026, 1102*
- Thorn, Gaston 92, 863
- Tiesenhausen, Wolter von 1030*
- Tocqueville, Alexis de 99, 128
- Trudeau, Pierre 836*, 1102*
- Turner, George 406, 414
- Überhorst, Reinhard 234*
- Vance, Cyrus 634
- Varnholt, Wilhelm 326*
- Veil, Simone 828
- Verheugen, Günter XIV, 359, 679, 685
- Verhülsdonk, Roswitha 722
- Vetter, Heinz-Oskar 476, 626, 795*
- Victor, Albert 743*, 748
- Vinocur, John 646*
- Vogel, Bernhard XXIX*, XXXVII*, XLIV, 1, 29–31, 35, 97, 152f., 221, 228, 258, 264f., 272, 366, 371, 376, 392, 720, 728, 753, 761, 768, 789–794, 833, 835, 847, 870, 872, 874–876, 909, 934, 941, 972, 1029, 1048, 1057, 1060, 1081, 1085
- Vogel, Friedrich 415, 419, 420, 423f., 426, 461, 466, 500, 529, 549, 606, 610f., 728, 756, 1032*, 1098
- Vogel, Hans-Jochen XIII, XLVI, 233*, 234*, 235*, 293, 295, 348, 351, 358–361, 363, 374f., 380, 385, 750, 917, 995f., 1005, 1032, 1034, 1038f., 1047f., 1064*, 1065, 1068*, 1069–1071, 1074, 1076, 1080–1083, 1088f., 1090*, 1092*
- Vogel, Otto 408
- Vogelsang, Günter 1034*, 1097*
- Vogt, Wolfgang 406, 475, 722
- Volcker, Paul 1065
- Voltaire 734, 1099*
- Voss, Friedrich 1073
- Vring, Thomas von den 92*
- Waffenschmidt, Horst XLIVf., 39, 78, 97, 123, 144, 152, 172f., 193, 210, 228, 246, 281, 298, 324, 342, 366, 371, 397f., 415, 418–422, 529, 539, 541f., 551, 570, 621, 641, 644, 653, 675, 710, 724, 726, 728, 733, 736, 768, 782, 791, 794, 796, 798, 813, 902,

926, 934, 944, 958, 966, 1029, 1046, 1054
 Waigel, Theo **109**, 110*
 Waldburg-Zeil, Alois Graf von 406
 Warnke, Jürgen XLVIII
 Wałęsa, Lech **284**
 Weberling, Johannes **386**, 478, 509, 511, 513f.,
 519f., 528f., 552, 566, 574, 586, 599, 601, 605,
 611, 618, 675, 712, 715f., 721, 726, 833, 889, 891,
 897, 899f., 944, 974, 1004f.
 Weber, Max **458**
 Wehner, Herbert **16**, 53, 56, 160, 232, 346*, 389,
 444*, 486, 488, 742, 749f., 840*, 870, 917, 919, 922
 Weichmann, Herbert **807**
 Weidenfeld, Werner **328**, 342
 Weinberger, Caspar **652**, 778, 1064*
 Weiss, Louise 266
 Weizsäcker, Carl Friedrich von 424*
 Weizsäcker, Ernst Ulrich von **1032**, 1039*
 Weizsäcker, von Richard XIII, XXIX, XXXVII,
 XLIVf., **98**, 172, 228f., 233f., 237f., 263, 281, 293,
 314f., 317, 344, 348, 356, 366, 369, 370*, 371–373,
 377f., 380–386, 467, 470, 498, 529, 534, 538, 540,
 542–544, 546f., 549*, 550–553, 575, 647, 728,
 733f., 736, 833–835, 849, 858, 865, 869, 872,
 876f., 907, 974, 986, 990*, 1005, 1007, 1029, 1032,
 1038, 1048, 1068*
 Werner, Pierre **995**
 Westphalen, Johanna Gräfin von 409
 Westphal, Heinz XLVI, 411, **1028**
 Westphal, Jürgen **328**, 407f., 475, 722
 Wex, Helga XLIVf., 1, **36**, 97, 128, 145, 167, 198f.,
 228, 267, 270, 278, 281, 321, 381, 384, 412, 415,
 419, 454, 462, 473, 477f., 522–524, 526, 529, 535,
 537, 548, 573, 597f., 606, 675, 722, 728, 738, 823,
 902, 929, 963, 1087, 1096, 1105
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie **92**
 Wildenmann, Rudolf **4**, 1067
 Wilhelm, Alfred 59
 Wilms, Dorothee XLVIII, **328**, 407, 722, 1004
 Windelen, Heinrich XLIV, **366**, 435, 529, 548–550,

575, 728, 756, 759, 974, 1027
 Windthorst, Ludwig **1099**
 Wingen, Max 722
 Winkelried, Arnold von 1039f.
 Wischniewski, Hans-Jürgen **49**, 390
 Wissmann, Matthias XXIV, XLIVf., 1, **25**, 27f., 39,
 41, 44f., 56, 59, 69, 83, 97, 117, 122, 139, 142, 146f.,
 155–159, 162f., 165, 172f., 218, 220, 226, 228,
 248f., 259, 261, 263, 265, 273, 275, 281, 307, 320,
 323–325, 330, 371, 404, 406, 408–412, 414, 439,
 448, 478, 518–520, 522, 527, 529, 558, 566, 568,
 573, 583–585, 587, 590, 596f., 602, 675, 712, 716f.,
 720, 723–726, 833, 885f., 893*, 894, 902, 922, 934,
 943, 946, 974, 1000f., 1003, 1005, 1013, 1021,
 1060, 1075
 Wörner, Manfred XIX*, XLIV, XLVIII, 1, **37**, 38,
 97, 109, 125, 156f., 176, 178–181, 185, 188f., 191,
 194–197, 199, 206, 228, 237f., 242–250, 281, 296,
 298, 400, 478, 508, 514, 529, 543, 565, 574, 621f.,
 626, 635–642, 644–647, 653, 656, 659–662, 665f.,
 668f., 671, 675, 728, 734–737, 798, 821, 830, 833,
 845, 858, 861, 863, 865, 874, 878, 902, 912f., 934,
 944, 947, 949, 951, 968f., 987, 1003, 1013, 1029,
 1044, 1047, 1056, 1058
 Worms, Bernhard **205**, 228, 231, 278, 406, 409, 475,
 522, 716, 720, 737, 875, 902, 911f., 934, 944
 Wulff, Christian 97, **205**, 720
 Wyszniński, Stefan 740*
 Zeitel, Werner XLIVf., **325**, 529, 570, 588, 612, 675,
 721, 728, 757, 902, 920, 934, 965, 967, 970, 982,
 1029, 1050f., 1078
 Zeyer, Werner 97, **152**–154, 366, 409, 768, 773, 902,
 918, 1012, 1060, 1079, 1081, 1084
 Zimmermann, Friedrich XXIII, XLVII, **67**, 648,
 902, 935, 949, 1002
 Zink, Jörg **683**
 Zschaber, Christian 531

Sachregister

Zahlen mit * verweisen auf die Anmerkung der betreffenden Seite.

- Aachen 75, 848
Abrüstung, Abrüstungsverhandlungen,
Rüstungskontrolle, Entspannung XIX, XX*,
XXXIX, 532*, 550, 623, 627*, 634f., 640–642,
657, 663, 668f., 698, 859, 988*, 990, 1035, 1039*,
1050, 1066, 1088
– Genf 635, 637, 694, 845, 856, 988, 990, 1006,
1039
– Nulllösung 657, 1066
Abtreibung s. Paragraph 218
AEG 585, 838, 850, 857, 863f., 868f., 871, 876, 880,
962
Ägypten 243, 392, 825*
Afghanistan XXIX, 88, 362, 556, 575*, 645, 652,
706–708, 712f., 715, 732, 739, 848, 1005
Afrika s. auch Südafrika XXIX, 557, 569, 572
Agrarpolitik, Bauern 74, 149*, 182, 188, 624, 694,
751–753, 824*, 875, 881, 961, 1092, 1106
Allensbach 62*, 325, 462, 567, 623, 633*, 682, 1030,
1067
Alsfeld 695
Altenberg 437
Alternative Liste (AL, GAL) XIII, XVI, XVIII,
XXIV, 233*, 235f., 294f., 357–359, 363f., 372*,
373f., 378–385, 394, 396, 404, 445, 462f., 756,
773, 778*, 808f., 852f., 855, 867, 876, 906,
917–919, 943, 978, 1107
Angola 557
Antiamerikanismus XIX, 296, 483f., 532, 731, 778,
804
ARBED 982, 991, 1012, 1015, 1018, 1105
Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung XII,
XV, XXV, XXVII, XXXIX, 16, 52, 71, 85f., 171,
201, 204, 210f., 215, 218f., 232, 277, 284, 443, 447,
451, 454f., 462, 468, 476, 491, 503, 507, 517, 537,
584, 590–592, 681, 687, 694f., 697, 703f., 710f.,
714, 718, 725, 736, 746, 754, 756, 771, 802, 830,
836, 839, 846, 848, 851, 853, 857f., 866, 871, 875,
905, 906*, 920, 927, 931, 952, 955f., 962, 964, 966,
992*, 1008f., 1011–1013, 1015f., 1019, 1023,
1025–1027, 1033, 1035, 1041, 1047–1050, 1063,
1074, 1077
Arbeitsmarktpolitik XXVIII, 204, 218f., 287, 394,
443, 448, 495, 590, 592, 704f., 956, 1038, 1052
Argentinien 246, 248, 697, 825*, 985*, 1014
Asylpolitik XI*, XXVIII–XXX, 506, 557f.,
560–565, 788, 911
Atomkraftwerke XXVII, 260, 273, 282*, 286, 288,
299, 353, 435f., 475, 579, 587, 638, 653f., 661, 810,
905
Atomwaffensperrvertrag,
Nichtverbreitungsvertrag 657
Ausbildungsplätze s. auch Berufliche Bildung
261, 408, 868, 922, 991, 1023, 1034f., 1061,
1089*, 1096f.
- Auschwitz 837, 869
Ausländerpolitik XXVIII–XXXI, 167, 200, 215,
225, 339, 557, 561, 563, 686, 752, 772, 778, 807,
834, 844, 851, 853, 865f., 872, 884, 911, 913, 916,
927, 953, 979, 1009*, 1011, 1017, 1025
Außen- und Sicherheitspolitik allg. X, XIX,
XXVII, XXXVIII, 59, 67, 170, 176–182, 185,
187f., 190f., 194, 197, 200f., 205, 225, 260, 270,
277, 329, 334, 336, 369, 387, 485, 494, 545, 547,
558, 574f., 582, 603, 669, 671, 676, 706, 740, 777,
798, 831, 835f., 856, 859, 1000, 1038, 1062f.,
1085, 1088
Aussiedler XXXI, 78*, 167, 659
Aussperrung 835
Baden-Württemberg (auch CDU-
Landesverband) s. auch Stuttgart XVI, 8, 12,
51, 74, 93, 118, 151, 166*, 207f., 215f., 222, 251,
253, 288, 319, 326, 365, 382, 437, 449, 453, 503,
506, 508, 513, 556, 563, 588, 595f., 611, 638, 645,
653, 785–787, 863, 893, 914, 923f., 980, 1016f.,
1023, 1025, 1040, 1047, 1061, 1095, 1102
– Landtagswahlen 1980 8
Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) 299,
649, 994, 1092
Balkanstaaten XXXVI, 570
Bamberg 755, 784
Banken s. auch Bundesbank 42, 94, 154, 880, 976f.,
991, 1008*, 1012, 1014, 1016, 1018, 1023, 1033,
1034*, 1097*, 1104, 1108
Bayern s. auch CSU XXI, 8, 13, 28, 30, 32, 75, 77,
90, 111, 114, 118, 123, 154, 158, 163, 250, 281,
288, 306, 392, 489, 556, 586, 650, 676, 700, 730,
745, 749, 751, 753, 764, 766, 801, 815f., 834, 839,
842, 862f., 901, 903, 914f., 929, 933, 936, 939,
943–947, 950, 953, 994, 1040, 1048, 1056, 1068,
1080f.
– Landtagswahlen 1982 8, 676, 801, 816, 834, 839,
842, 939
– München 116*, 730, 749, 799*, 915, 929, 933,
936, 943f., 950, 953
– Normenkontrollklage
Bundesverfassungsgericht
Grundlagenvertrag 1972 60*
– Vierte Partei XVI, 143f., 445, 487, 743, 768f.,
786, 810
Beamte, Beamtenrechtsrahmengesetz 189, 290,
360, 363, 504, 506, 611, 762, 788, 790, 793–796,
878, 882, 955f., 964, 971f., 984, 993*, 1017
Belgien 350, 625f., 650, 825*, 984*
Benelux-Staaten 388, 440, 483f., 637, 663
Bericht zur Lage der Nation XVIII, 882, 922*
Berlin (auch CDU-Landesverband), Berlin-
Politik XI, XIII, XVI, XX, XXXII, XXXVII,
8, 27, 41, 73, 80, 83, 85, 124*, 165, 169, 178, 181,
192, 228f., 233–238, 263, 265, 279f., 284f., 289f.,

- 293–295, 301, 309, 314–317, 321, 325, 338, 340f., 344f., 348, 351, 356f., 359–365, 367, 371–385, 388–390, 392f., 395, 397f., 404f., 415, 416*, 428, 437, 445, 455, 457, 470, 483, 487, 532, 561, 604, 615, 631, 642, 644, 647*, 648, 655*, 671*, 672, 676, 695, 702, 706–708, 734, 748, 756, 764, 800, 833–835, 842, 845f., 849f., 852–855, 863–869, 874f., 880, 907, 911, 917, 927, 972*, 974, 975*, 986f., 993f., 996f., 1005, 1021f., 1024, 1032, 1039, 1048, 1051, 1055, 1057, 1060*, 1064, 1066–1068, 1070, 1077, 1080–1082, 1090, 1095
- Abgeordnetenhauswahlen 1981 XI, 363, 371f.
 - Berliner Mauer 362, 659, 864, 986, 1066
 - Ost-Berlin 284, 1082
 - Status, Vier-Mächte-Abkommen (1972), Berlin-Klausel 314–316, 318, 362, 852
- Berufliche Bildung s. Bildungspolitik
- Beschäftigungspolitik s. auch
- Arbeitsmarktpolitik XVf., XXVIII, 204, 292, 319, 491, 516, 590f., 666, 697–700, 702, 704–706, 710f., 714, 736, 741*, 746, 757, 771f., 787, 840, 849f., 858*, 863f., 867, 918, 925, 1017, 1077
- Beteiligungslohn s. Lohnpolitik,
- Vermögenspolitik
- Betriebsverfassungsgesetz 760
- Bildungspolitik XXIII, XXV, XXVIII, 6, 19, 40, 62, 74, 82, 84, 200f., 206, 211, 215, 219, 221f., 256, 258–260, 265, 267, 277f., 369, 498, 508, 530, 533, 578, 594f., 599f., 606, 766f., 894f., 1004, 1055
- BAföG 300, 468f., 491, 504, 506, 589, 872, 875, 878, 886, 893, 905, 916, 922, 954, 957, 1004*, 1029, 1041, 1055–1057
 - Berufliche Bildung XXV, 40, 219, 355, 406f., 522, 600
 - Hochschulen XXVII, 74, 169, 203, 222, 393, 407f., 411, 454, 601, 612, 715, 867, 884, 888, 890–896, 897*, 900, 1004f., 1048
 - Hochschulrahmengesetz 896
 - Schulen XXV, XXVII, 268, 355, 404, 407f., 411, 462, 470, 474, 495, 508, 520, 866f., 883f., 887, 889, 895, 899, 957, 1096
- Bochum 586, 722*, 823, 979, 1027, 1069
- Böblingen 981, 1061
- Bonn XIIIf., XV, XVII, XX, XXXI*, XXXV, 1, 30, 39, 49, 51, 54*, 58*, 64, 68f., 85f., 91, 94f., 110*, 125, 153, 165, 203, 206*, 228–230, 232, 234, 236f., 281, 282*, 283*, 293f., 297*, 348, 353f., 371, 375, 377f., 382, 388, 394*, 395, 397*, 405, 407, 415, 433, 469, 472, 476, 478, 479*, 482–484, 489f., 493*, 507*, 529, 532, 535*, 562, 565, 576*, 611, 618, 621f., 626*, 641, 651f., 666f., 674f., 681, 684*, 685–687, 689, 691, 696, 699–702, 706f., 710, 715, 717, 721*, 728–730, 732f., 736, 738*, 747, 750*, 753, 755f., 768f., 771–774, 776–778, 781, 784, 786f., 791, 796, 798f., 809, 811–813, 816, 833, 840, 842, 843*, 845, 849, 851, 854*, 857, 865, 866*, 871, 878, 883, 902, 905–907, 909, 912, 916f., 921, 923*, 934–937, 943, 945, 972, 976*, 978*, 979, 984, 985*, 986–988, 992, 997, 1004*, 1006*, 1020*, 1021, 1025, 1029, 1030*, 1032*, 1034*, 1046*, 1056, 1060, 1068*, 1078, 1080, 1082*, 1083, 1087, 1094f., 1096*
- Boppard XII*, 39, 97, 175, 251, 255–264, 269, 271, 273–276, 278, 331, 354, 442f., 450
- Brasilien 193, 848, 1014
- Braunschweig 614f.
- Bremen XVI, 13, 28, 32, 100*, 114, 155, 171, 289, 316, 318, 323, 347, 397*, 567, 599, 615f., 715, 753, 771, 789, 805, 810, 826, 849, 987, 999*, 1089, 1107, 1109
- CDU Landesverband 316, 326, 366, 530, 613, 616f.
- Brokdorf 282, 286, 288f., 293, 296, 487, 643, 756, 803
- Brüssel (Tagungsort, Konferenzen, Sitz der EG-Behörden und des Europaparlaments) s. auch Europäische Gemeinschaft 188, 190, 197, 387, 415, 439, 693*, 1034
- Bürgerinitiativen 367, 385*, 458, 481, 645, 773
- Bürgerpartei 4
- Bund der Vertriebenen s. Vertriebene
- Bundesanstalt für Arbeit s. auch Nürnberg 408*, 721*, 839, 956, 1009, 1011
- Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) s. Bildungspolitik 1029*
- Bundesbank 286f., 303*, 429, 468, 920, 1012, 1014
- Bundeshaushalt XV, XXIII, 228, 370*, 467, 580, 792, 839, 954f., 959f., 964, 1016, 1054, 1094*
- Bundeskabinett passim
- Bundeskriminalamt 372
- Bundesländer allg., s. auch Bundesrat XXVII, 6, 14, 118, 121, 210, 218, 222, 293, 312, 355*, 404, 516, 556, 561, 613f., 681, 686, 762–764, 766, 796, 806, 822, 849f., 890, 894, 972, 979, 997, 1005, 1098, 1104
- Bundesministerien XII
- Bundesministerium Auswärtiges Amt 657
- Bundesministerium des Inneren 1003
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1058
- Bundesministerium für Wirtschaft 585
- Bundesnachrichtendienst (BND) 748
- Bundespost XXXIII, XXXVI*, 207, 680, 1084
- Bundespräsident XV, 98*, 124*, 164, 205*, 237*, 399*, 458*, 593, 749*, 793*, 818, 935, 942*, 972, 998, 1094*, 1100*, 1101
- Bundesrat s. auch Bundesländer XI, XVI, XXIX*, XXX, XXXII, 6f., 17, 28*, 46, 50, 55, 69–71, 86, 136, 144, 148–155, 182, 218, 230, 234, 284, 285*, 322, 346f., 388, 390, 393*, 443, 470, 490, 503, 505, 515–517, 571, 588f., 615, 624, 695f., 698–701, 705, 710–712, 718, 746, 790, 795f., 812, 891, 910, 920, 935, 951, 953, 955, 957, 972, 987
- Bundestag s. auch CDU/CSU-Fraktion IX–XI, XIX, XXIV, XXXII, 42f., 46, 49, 51*, 53f., 67, 69, 71, 86, 94f., 147, 153, 155, 161, 184, 220, 228, 230, 233, 282, 284, 287, 289, 317, 346, 349, 355, 363, 367, 370, 390, 393*, 404, 408, 421, 424, 435–437, 440, 446, 469, 489–491, 503, 505, 507, 515–517, 525, 559, 564f., 620f., 623, 678–680, 687f., 693*, 698f., 705f., 708f., 717f., 724, 726, 741f., 745, 761, 776, 791f., 794f., 797, 812, 818f.,

- 830, 841*, 845, 882, 904–907, 908*, 910, 917*, 924f., 927, 929, 933, 937, 941, 942*, 949f., 972, 991, 993*, 998*, 1080, 1084, 1088, 1094f., 1098
- Ausschüsse
 - für Verteidigung 249, 283
 - für Wirtschaft 159, 408
 - Rechtsausschuß 159
 - Untersuchungsausschuß 283*, 442*
 - Vermittlungsausschuß s. dort
- Regierungserklärungen XXIII, XXXI, XXXVIII, 16, 46, 56, 65, 67, 148, 149*, 151*, 153, 216, 232, 389, 391, 851, 905, 911, 922, 924, 927, 939, 949f., 952, 959f., 971f., 979, 1002, 1009
- Bundestagspräsident 34*, 161*, 478, 493*, 530, 593*, 616f., 722, 982*
- Bundestagswahlen 12, 120, 429, 703, 861, 919, 935, 1061
 - 1949 IX, 2, 32, 800
 - 1953 945
 - 1965 1030
 - 1969 707
 - 1972 4*
 - 1976 IXf., 441, 445, 518*, 952
 - 1980 IX, XVI, XXV, 1, 25*, 65f., 85, 99, 103–105, 107f., 196*, 218, 229, 437, 441f., 445, 457*, 469, 472, 482*, 691, 812, 820, 929, 939, 944, 953, 976, 981, 1036, 1043, 1098
 - 1983 184, 355, 480, 489, 638, 653, 701, 842, 861, 917, 976, 1002, 1091, 1101, 1103
- Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) 285
- Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 150, 993, 1007
- Bundesverfassungsgericht s. auch Karlsruhe XV, 60, 157, 233*, 686, 691, 1057f., 1094*, 1095*
- Bundesversammlung 32, 510*
- Bundeswehr s. auch Wehrdienst 36, 74, 100, 102, 107f., 124, 127, 134, 195–199, 206, 241, 245, 247, 249, 283, 391, 405, 417, 423–425, 495, 565–567, 631, 736, 845, 985, 1003, 1023, 1082
- Cap Anamur XXX, 556–559, 561f., 564
- CDU/CSU-Fraktion passim
 - Fraktionsgemeinschaft X, 21, 95*
- Chile 242–244, 246–249, 697
- China 112*, 177f., 180, 366, 1020
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) s. CDU, Sozialausschüsse
- Christlich Demokratische Union (CDU) passim
 - Ältestenrat, Seniorenbund, -vereinigung 347f., 664, 1061
 - Bundesgeschäftsstelle XV, XXIV, 228, 296f., 365, 422, 430–433, 441, 450, 493, 648, 704, 726, 779, 809, 817f., 820, 830, 922, 923*, 979*, 1005, 1077f.
 - Bundesparteiausschuß 139, 145, 193, 198, 209, 261f., 267, 275, 329, 332, 345, 371, 392f., 395–398, 415*, 427, 434, 438, 620, 644, 671*, 720, 975f.
 - Bundesparteitage 255, 334, 494, 687
 - Berlin 1980 8, 279, 321
 - Düsseldorf 1977 261
 - Goslar 1950 513
 - Hamburg 1981 XXVI, 40*, 415, 448, 473, 475, 478, 481, 494, 505, 510f., 529f., 532, 579, 618*, 619–621, 647*, 664, 666, 668, 671, 675, 719, 721, 724, 895
 - Hannover 1976 262, 435
 - – Europäisches Manifest XXXV
 - Kiel 1979 XLIV, 279, 327
 - Köln 1983 995*
 - Ludwigshafen 1978 10*, 56, 438
 - Mannheim 1975 (auch „Mannheimer Erklärung“) 219, 274–276, 436, 725
 - Mannheim 1981 XXVI, XXXI, 40, 226–228, 250*, 279, 309, 329*, 344, 346, 403, 481, 494, 501, 530, 581, 654, 673, 687, 719f., 726, 1075
 - Bundesvorstand passim
 - „C“-s. auch Menschenbild XXIX, 19, 172f., 196, 399, 427, 855, 865
 - Delegiertenkonferenz Mannheim 1980 3, 336f.
 - Fraktionsvorsitzendenkonferenz 1, 217, 223, 342, 405, 648, 763f., 766f.
 - „geistige Führung“ XI, XIV, XXIII, XXVII, 6, 19, 139, 194–196, 336, 394, 404, 485, 553, 736, 755, 838, 846, 950, 999
 - Geschichte 56, 89, 485, 774, 944
 - Kongresse XXIX, XXXIX, 163, 176, 208, 224, 261, 267, 297, 355, 395, 413, 444, 467, 518, 626, 673, 726, 974f., 978f.
 - Konrad-Adenauer-Haus, Bonn 11, 32, 39, 126, 228, 269, 760, 817, 979
 - Etat XV, 156, 228f., 402, 415, 428–434, 438, 440, 453f., 456, 479, 798, 816–820, 829, 925, 976, 1036, 1100
 - Hausverein 269, 344, 346
 - Präsidium XXXIII, XXXV, 3, 6, 12f., 17, 28, 32f., 76, 90, 94, 135, 137, 149, 151, 153, 180f., 187, 197, 201, 220, 225, 251–254, 257, 259, 276, 279f., 298, 301, 303, 308, 314, 319, 324, 344f., 392, 395, 400, 405, 407, 409f., 416, 423, 426, 428, 434, 450, 481, 496, 498, 500, 505, 507, 518, 534, 581, 616f., 618*, 619f., 678, 686, 697, 700, 710, 723, 725, 728f., 732, 743, 771, 783, 803, 812, 814, 827, 829, 834, 838–840, 864, 897, 904, 909f., 912f., 923, 941, 951, 953, 981, 1020, 1049, 1055f., 1062, 1081, 1083f., 1088, 1094, 1099, 1102
 - Programme 65, 77, 82, 126, 181, 183, 259, 261f., 269, 278, 313, 329, 331, 426, 436, 443, 447, 526, 571, 583*, 588, 611, 673, 781*, 866*, 889, 1050f.
 - Berliner Programm s. auch Bundesparteitage, Düsseldorf 45*
 - Grundsatzprogramm, -kommission s. auch Ludwigshafen 9f., 27, 56, 65, 79, 84, 138f., 168–170, 172f., 179, 213, 258, 263, 268f., 271f., 276f., 279, 333, 384, 399, 417, 423–425, 435f., 448, 460, 463, 523, 526, 531, 534f., 540–542, 545, 581–583, 587, 593, 610, 668, 781, 855, 1002

- Schatzmeister 251, 326, 428, 452, 478, 481, 493, 759f., 818, 820, 974, 1100f.
- Statut, Mitgliedschaft von Ausländern 434, 615, 619f.
- Strategiepapier, Mannheimer Erklärung s. auch Parteitag Mannheim 1975 219, 274–276, 436, 571, 725
- Vereinigungen allg.
 - – Ältestenrat, Krone/Ellwanger-Kreis, Seniorenvereinigung 161, 347f., 664, 981, 1061
 - – Evangelischer Arbeitskreis 398
 - – Exil-CDU 432
 - – Frauenvereinigung, Europäische Frauenunion s. auch Frauenpolitik 275, 331f., 338, 412
 - – Junge Union 24, 29, 83, 158, 160, 162f., 168, 194, 275, 299, 321f., 329, 406, 412, 432, 438f., 448, 510, 513, 886
 - – Kommunalpolitische Vereinigung 432, 479, 488, 792, 1045f.
 - – Mittelstandsvereinigung 328, 332–334, 342, 454, 511, 1078
 - – RCDS 29, 76, 91, 98, 104, 254, 298f., 386, 396, 406, 412, 438, 471, 509–513, 515, 518–520, 522, 526f., 529, 601, 605, 612, 621f., 715–717, 889f., 991, 1004
 - – Schüler-Union 29, 83, 160, 162, 223, 228, 299, 406, 438, 460–462, 472, 529, 605, 895
 - – Sozialausschüsse (CDA) XXXIV, 44–48, 62, 175, 182, 204, 275, 299, 304, 306, 312, 331–334, 338–341, 406, 412, 454, 456, 737, 822, 875, 923, 1048
 - – Wirtschaftsrat der CDU e. V. 48, 531, 737
 - Volkspartei, Partei der Mitte XVII, XXXVIII, 6, 145, 330, 447, 451, 463, 471, 503, 686, 732, 737, 780, 815, 831, 840, 842, 998
- Christlich-Soziale Union (CSU), u. a. Parteitage, Abstimmung mit CDU, s. auch München IXf., XXf., XXIII, XXXIII, 2f., 6f., 9, 11, 17, 28, 40, 43, 56, 64, 70, 77, 90, 94, 143, 149, 154, 163, 220, 237, 299–301, 320, 336f., 342, 346, 366, 376, 392, 437, 440, 443, 449, 471, 489, 552, 654, 687, 701, 716, 718, 726, 730, 744, 749, 774f., 801, 814, 827, 830, 840, 908, 910f., 925, 929f., 933, 935f., 938, 943, 946, 948–954, 957f., 969, 972, 981f., 996, 1020, 1029, 1033, 1037, 1041f., 1047, 1050, 1052f., 1057, 1066, 1099, 1103
- Grundsatzprogramm 1976 56
- Vierte Partei XVI, 445, 487, 743, 768f., 786, 810
- Cloppenburg-Vechta 23*
- ČSSR XXXVI, 632, 654, 677, 1103, 1111
- Dänemark 1115
- Darmstadt 366f., 384, 385*, 811*
- Democrazia Cristiana 1111
- Demographie (Geburtenrückgang) 75, 191, 724
- Demoskopie/Umfragen XVIIIf., XX, XXXIX, 12, 14, 31f., 98f., 101–107, 110, 112, 116–118, 120, 123f., 126f., 132, 146, 170, 222, 321, 351, 357, 388, 431, 437f., 442, 446, 462, 484, 487, 567, 623, 633, 638, 682f., 695, 698, 703, 717f., 732, 742, 751, 753, 755f., 769, 773, 777, 806, 810, 819, 873, 904, 906, 924, 995, 1010, 1025, 1027, 1031, 1035, 1040, 1060, 1062, 1067f., 1070, 1082, 1088f., 1091
- Den Haag 650, 678, 1066
- Deutsche Demokratische Republik (DDR) allg. (s. auch Berlin, Ost-Berlin) XXXVI–XXXVIII, 9*, 49, 51, 59f., 192, 284–286, 362, 501f., 560, 654, 661, 693*, 835, 873, 914, 984, 989, 1006f.
 - Geraer Forderungen 51*
 - Grundlagenvertrag s. dort
 - Menschenrechte s. auch Menschenrechte allg. 178, 1005
 - Reiseverkehr XXXVII, 835, 873, 989, 1007
 - Staatsbürgerschaft XXXVII
 - Ständige Vertretung 43*
- Deutsche Einheit s. auch Deutschlandpolitik XXVII, XXXVII, 60, 73, 271, 284, 835, 950
 - Beziehungen zur DDR XXXVIIIf., 9*, 51*, 60, 192, 285, 693*, 835, 984, 989, 1006f.
 - Selbstbestimmungsrecht 178, 1058
 - Tag der deutschen Einheit, 17. Juni 238, 928
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 353, 483, 728*, 778
- Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) 408
- Deutsch-französische Beziehungen (s. auch Elysée-Vertrag, Frankreich, Paris) XXXIV, 387, 985, 1000, 1073
 - deutsch-französische Gipfel 88*, 984
- Deutschlandpolitik s. auch Deutsche Einheit XXVII, XXXIV, XXXVIII, 41, 46, 66, 73, 80, 178, 181, 192, 261, 335, 693, 950, 1006, 1057f.
- Dortmund s. auch SPD, Bundesparteitage 422, 456, 586, 712, 843, 894, 1061
- Dritte Welt 67, 166, 177, 184, 188f., 191–194, 197, 273, 452, 569–571, 578, 582, 584, 738
- Düsseldorf s. auch CDU, Bundesparteitag XXXII, 62*, 162, 175*, 261, 436, 510*, 540*, 601, 685, 835, 846, 847*, 864, 1045
- Eigentumsbildung s. Vermögensbildung
- Einheit der Nation s. Deutsche Einheit
- Elysée-Vertrag 250, 349, 984
- EMNID 351, 357, 623, 721
- Energie, Energiepolitik X, XII, XXVIIIf., 11, 18, 122, 145, 168, 179, 184, 193, 203, 209, 221, 245, 261f., 275, 282, 286f., 289, 291f., 390, 435f., 456, 515, 576f., 626, 699, 772, 810, 866, 910, 914, 919, 952f.
 - Erdöl/Erdgas 287, 292f., 484, 989*
 - Kernkraft XXVII, 126, 189, 221, 245, 260, 286–289, 292, 298f., 353, 435f., 444, 456, 463, 475, 579, 587, 643, 653f., 657*, 661, 771, 810, 822, 870, 905, 995*
- England s. Großbritannien
- Ensdorf 773f.
- Entbürokratisierung 57, 59, 188, 300, 343, 456, 477, 588, 760, 1053

- Entspannung s. Abrüstung
- Entwicklungspolitik s. auch Dritte Welt, Nord-Süd-Politik XXVII, 21, 67, 176, 180, 184f., 187, 189, 193f., 258, 260, 266, 270, 419, 465, 550f., 559, 567f., 570–572, 639, 856
- Eritrea 572
- Essen 1, 43*, 86, 95f., 113, 167, 175, 344, 399*, 564, 605, 622, 908, 911, 1032*, 1058
- Europäische Demokratische Union (EDU) XXXV, 740
- Europäische Gemeinschaft (auch Europäische Integration) s. auch Brüssel XXVII, XXXIVf., 68, 77, 91, 180–182, 440, 555f., 568, 623, 626, 824–828, 830–832, 985f., 1014, 1034, 1097, 1104f., 1109
- EGKS 43
- Europäische Kommission 91, 824*, 826, 828, 829*, 1034, 1104
- Europäische Politische Zusammenarbeit XXXV, 625
- Europäischer Rat 824*, 1097
- Gipfeltreffen XXXIV, 623–626, 733, 1103
- Ministerrat XXXIV, 624, 693*, 824, 826, 831, 1102*
- Europäisches Parlament XXXIVf., 91f., 181f., 184, 530f., 616–618, 620, 625, 626*, 825–829, 831
- Direktwahl 824
- EVP-Fraktion XXXV, 91f., 395, 403, 617, 618*, 620, 626*, 728, 826*, 975
- Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD, auch UECD) 439
- Europäische Volkspartei (EVP) XXXV, 225, 415, 439, 551, 620, 728, 737, 740, 825, 827, 831, 974
- Europapolitik allg., s. auch CDU, Bundesparteitag Hannover XXXIV, 59, 87, 230, 271, 387, 395*, 828f.
- Europäisches Manifest XXXV
- Vereinigte Staaten von Europa, Bundesstaat XXXV, 271, 987
- Falklandkonflikt XXXV, 825, 828, 831, 985
- Familienpolitik s. auch Rentenpolitik, Partnerrente XXIX, 3, 18, 21, 33, 36, 46, 84, 131, 213, 225, 262, 270, 580, 589, 725, 851, 865, 1077
- Erziehungsgeld 1052
- Kindergeld, Kinderbetreuung XXIV, 152, 468, 471, 491, 503f., 506, 516f., 579, 588f., 593f., 872, 956f., 1054, 1072
- Finanzpolitik s. Bundeshaushalt
- Flensburg 57, 163, 356, 980, 1055
- Florenz 831
- Föderalismus 611
- Frankfurt/Main XIII, XVII, XXXII, 39, 254, 290, 295, 350f., 366–369, 371f., 388, 402, 406f., 409, 437, 445f., 451, 455, 457f., 473, 480, 487, 623, 632, 637f., 642f., 654, 770, 847*, 850, 864, 999*, 1024, 1042, 1045f., 1068*, 1076
- Frankreich s. auch Deutsch-französische Beziehungen, Paris 83*, 183, 189, 231, 243, 249f., 299, 349, 356*, 386–388, 394f., 456, 484, 553, 639, 678, 706f., 708*, 824f., 827, 873*, 877, 985, 1000f., 1005, 1014
- Wahlen 231, 349, 386, 388, 394
- Frauen, Frauenpolitik s. auch Paragraph 218 XII, XXV, 8, 15, 36, 62, 64, 76, 107, 110, 130, 146, 171, 192, 204, 216, 225, 268, 272, 439, 442, 444f., 454, 463, 504, 736, 743, 799, 845, 981, 1052, 1061, 1066, 1084, 1092, 1095f., 1099
- Zielgruppe XXXIX, 981
- Freiburg XXXVII*, 15*, 58, 90*, 126*, 406, 435*, 458*, 619, 638, 721, 744, 874, 1061*, 1101*
- Freie Demokratische Partei (FDP) passim
- Freiburger Programm 1971 744
- Jungdemokraten 54*, 359, 743f.
- Parteitage XIV, XXI, 668, 747, 786, 842*, 846, 994, 1003*, 1101
- Friedensbewegung, Pazifismus XV, XVIIIff., 388*, 543, 549, 553, 636, 644, 650, 662, 681, 693, 698, 717, 741, 743, 852, 854, 859, 938, 952, 1073
- CDU-Demonstration 1982 XX*, 532*, 622, 729, 731, 734f., 737, 741, 799, 992
- Demonstration 1981 353, 729*
- Friedrich-Naumann-Stiftung 157
- Fürstfeldbruck 102
- Garching 203
- Geesthacht 288
- Gerechter Krieg 544, 546, 550
- Geschichte s. auch CDU, Geschichte X, XVI, XXXIX, 6, 32, 53, 56, 88, 101, 112, 129, 237, 244, 286, 311, 315, 353, 358, 417, 427, 459, 485, 495, 535, 552f., 562, 569, 573, 607, 642, 650f., 665, 683, 685, 701, 724, 747, 768, 774, 806, 829, 837, 944, 1040*, 1068*
- Gesellschaftspolitik 67, 263, 960, 1011, 1026
- Gesundheitspolitik 898
- Gewaltverzichtspolitik 569, 573
- Gewerkschaften XVf., XVIIIff., XXII, XXXVI, 16, 18, 23, 25, 49, 62*, 175, 209, 217, 231, 285, 291, 353, 407f., 456, 490, 586, 675, 681, 694f., 709*, 715, 746, 794, 822, 844, 876, 879, 907, 928, 993, 999, 1007, 1010, 1012, 1017, 1022–1024, 1065, 1089, 1104
- Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB) 844
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) XXXIV, XXXVI, 5, 25, 62, 353, 407, 473, 547, 623, 626, 675, 681, 684, 689, 697, 704, 745f., 749, 795, 800, 822, 840, 843f., 867f., 875, 1038, 1042, 1096
- Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) 844, 993, 1096
- – Deutscher Beamtenbund 715, 794, 844, 993
- – IG Bau-Steine-Erden 318
- – IG Chemie 18
- – IG Metall 44, 46f., 353, 789, 822*, 1012, 1022
- – ÖTV 781, 789, 793f., 925, 993, 999
- Gießen 863*, 934
- Gorleben 221, 368, 487, 643, 771, 870
- Griechenland 417, 440, 985*

- Großbritannien, England s. auch London 106, 111, 143, 182f., 483, 639, 707, 824f., 828, 985, 1102
- deutsch-britische Gipfel 984, 986
- Grünen, Die XVII., XX., XXXIX., 1*, 4, 350*, 351, 357, 366–368, 445f., 451, 457, 471f., 487, 645, 682f., 728*, 729, 731f., 736f., 742f., 750–752, 754–756, 767–770, 773, 776, 778–780, 803, 805, 808, 810f., 813, 842, 845, 855, 860, 906, 917–919, 921, 934*, 937, 941, 943, 952, 963, 1031, 1035, 1048, 1065, 1067f., 1071f., 1076f., 1080, 1088, 1091f.
- Grundgesetz, Verfassung XXII., XXXVIII., 134, 207, 238, 353, 363, 418, 424, 458, 508, 565, 607f., 610, 643, 747, 813, 841, 919, 921, 942, 987, 990, 994, 998, 1094, 1098
- Grundlagenvertrag (1972) 60*
- Güstrow 990
- Guillaume-Affäre 442
- Hamburg s. auch CDU, Bundesparteitag
- Hamburg XVII., 9*, 13f., 32, 41, 68, 118, 155, 218*, 252*, 287–292, 309–311, 315f., 318, 323, 326, 347, 354f., 366, 385, 395, 398, 415, 435, 448, 481, 487f., 493, 497, 508, 512, 520, 530, 561, 564, 571, 613, 615, 617, 632, 642, 647f., 700f., 704, 749, 752f., 756, 763, 769, 771, 773, 775, 777–779, 781, 784f., 789, 793, 796, 800–812, 814–816, 819, 826, 858, 861, 907f., 911, 937, 943, 978, 1007*, 1018, 1020, 1037, 1039, 1051, 1109
- Bürgerschaftswahlen 1982 XVI., XXVIII., 8, 318, 326, 347, 493, 676, 689f., 692, 696, 701, 718, 756, 770, 773, 776, 778f., 785, 798, 800–804, 807–809, 812f., 815, 819, 907, 978, 999, 1030–1032, 1045, 1048, 1060
 - CDU Landesverband 291, 326, 366, 512, 530, 613, 617, 801, 804–806, 907
- Handwerk s. auch Zentralverband 24, 74, 214, 226, 407, 600, 649, 850, 864, 867, 876, 879, 881, 966, 1024, 1033, 1067, 1084, 1099
- Hannover s. auch CDU, Bundesparteitag 290, 352, 381, 435, 479, 483, 614, 709, 771, 823, 952, 979f., 1099*
- Haushaltspolitik s. Bundeshaushalt
- Heidelberg 59, 167, 424, 611
- Hermann-Ehlers-Stiftung 156*, 157
- Hessen s. auch Wiesbaden XVII., XX., 77, 171, 288, 350, 357, 365f., 372, 389, 406, 487, 624, 696, 700f., 764, 770, 779, 781, 784f., 803f., 811f., 814–816, 822, 843, 878, 880f., 883, 913, 940f., 978, 980, 997
- CDU-Landesverband XX., 41, 325, 356, 595, 770, 816, 880, 934f., 948
 - Kommunalwahlen 1981 XIII., XVII., 254, 350
 - Landtagswahlen 1982 XVII., XX., 8, 350, 487, 676, 695f., 701, 718, 754, 773, 775–777, 779, 785, 801, 804, 902, 909, 921–923, 934, 936f., 942, 945, 947–952, 972, 999, 1048
- Hochschulpolitik s. Bildungspolitik
- Hochschulrahmengesetz s. Bildungspolitik
- Hoechst 407, 414
- Holland s. Niederlande
- Homosexualität 385, 438, 451
- Hongkong 557–559
- Horb 563
- Indien 632*, 1024
- Industrie 43*, 44, 51*, 92*, 93*, 178, 183*, 193, 211, 214f., 291, 328*, 359*, 407f., 456, 464f., 476f., 572, 585, 607f., 626, 637, 697, 709, 777, 850f., 864, 876, 879, 987*, 1007*, 1016f., 1089, 1102, 1108
- INFAS 785
- Inflation 215, 232, 311, 352, 491, 714, 945, 957
- Innenpolitik allg. XVIII., XXVIII., 46, 57, 67, 178f., 194, 198, 205, 247, 350, 485, 571, 577, 642, 676, 681, 686, 821, 838, 932, 979, 990, 1034, 1052, 1069, 1088
- Innerdeutsche Beziehungen 34*, 51, 328*, 366*, 1058
- Innere Sicherheit 3, 20, 286, 288, 290f., 494
- s. auch Terrorismus 58f., 68, 80, 163, 297f.
- Investitionspolitik XVI., XVIII., XXIV., XXVIII., 13, 18, 71, 73, 94, 209, 300, 485, 516, 697, 702, 704f., 709, 711f., 714, 1030*, 1036, 1040f., 1050–1055, 1088*, 1100
- Irak 419
- Iran 48, 230*, 392, 419*, 454f., 692
- Israel 242, 244, 246, 248, 250, 352*, 391f., 676f., 836, 873
- Italien s. auch Rom 388, 624*, 637, 709, 824, 825*, 831, 873*, 984*, 987
- Jalta 693, 707f.
- Japan 75*, 99, 113, 178, 209, 213, 239, 250, 464–466, 470, 985, 1077
- Jordanien 392
- Journalisten 38, 49, 94, 106–108, 116f., 119–122, 127, 162, 208, 378*, 489, 514, 560, 646, 686, 756, 774, 799, 819, 846, 933, 958, 1019, 1053f., 1076, 1079, 1084
- Judentum 391, 560, 838
- Jugend, Jugendpolitik, Jugendverbände XII., XXV.–XXVIII., 9*, 20–24, 27f., 31, 40, 54, 67, 82f., 91, 102, 113, 115, 117f., 128, 131, 133, 158–160, 171, 180, 194, 205f., 210, 219f., 256, 261, 267, 271, 273, 282, 297–299, 321, 354, 393, 396, 404*, 405*, 409, 411f., 437f., 446, 448, 450, 452, 454, 458, 461–463, 466, 483, 496f., 500–502, 509–511, 518–522, 535, 543f., 548, 552, 554f., 558, 568, 571, 578, 583, 586f., 596f., 600, 602, 605, 619, 645, 652, 664, 672, 681*, 683, 718, 720f., 723, 736, 855, 865–869, 895, 922, 928, 931, 981, 1002, 1005, 1017, 1023f., 1048, 1056, 1061, 1075, 1096
- -arbeitslosigkeit 265, 356, 581, 584, 922, 1035*, 1047, 1052, 1089*
 - -bildung s. Bildungspolitik, Berufliche Bildung
- Jugoslawien 1014
- Kairo 243
- Kalkar 587

- Kambodscha 558, 713, 715
 Kanada 143, 193, 697, 813, 836*, 1097*
 Kanzlerkandidatur IX, XVIII, XXI, 2, 6, 8, 32, 34, 146, 320, 336, 687, 774, 780, 935, 1040, 1042, 1048, 1064, 1073, 1080, 1083, 1085
 Karlsruhe s. auch Bundesverfassungsgericht 492, 619, 645, 819, 979*, 1032*
 Kassel 695, 862, 1032*
 Kiel XXVIII, XLIV, 28, 79*, 156*, 171, 244, 279, 287, 327, 514, 752, 807, 823, 994
 Kirchen, Kirchenpolitik XIX, XXIX, XXXVI, 19, 63, 75, 79, 84, 91, 109, 159f., 165f., 185, 194, 282, 298f., 354, 393, 395f., 399, 401*, 402, 411, 419, 422, 563, 569, 644f., 650, 666, 672, 680, 683, 694, 717, 733, 738, 846, 854, 857*, 873
 – Evangelische Kirche 57, 79, 89, 90*, 161, 298f., 396, 398, 549, 642, 650f., 666, 683, 743, 837, 851, 853, 996, 1088
 – – Deutscher Evangelischer Kirchentag 354, 395, 397–399, 401f., 415f., 418, 421, 424, 428, 540, 544, 568, 605, 710, 717, 846, 848, 853, 874, 877, 952, 990, 1007
 – Katholische Kirche 31, 33, 89, 90*, 298, 650, 694, 740, 851, 853
 – – Deutsche Bischofskonferenz 19*, 33*, 75, 90*, 159, 162, 397, 422, 482*, 738*, 741, 856f., 866
 – – Deutscher Katholikentag 540, 835f., 846, 847*, 848, 852f., 855–857, 865, 869, 873–875, 877
 – – Jugendverbände 31, 297, 299, 354, 855
 – – KAB 61, 160, 396, 846, 1024
 – – Kolpingsvereine 61, 396, 1024
 – – Papst 63, 75*, 76*, 79, 89, 90*, 461
 – – Zentralkomitee der deutschen Katholiken s. dort
 Koalition aus CDU, CSU, FDP (Regierungskoalition) XVIII
 Koalition, Große 378
 Koalition, rot-grüne 978, 993, 1042
 Koblenz 722*
 Köln XIV, XV*, XXXIII*, 61*, 156*, 247, 305*, 328*, 378, 389*, 408*, 482*, 485*, 492, 618, 644, 685, 716, 721f., 744, 786, 795, 865*, 995*, 1027, 1061, 1066, 1068, 1088, 1099, 1100*
 Königswinter 473*, 982
 Kolpingwerk s. Kirchen
 Kommunalpolitik 124*, 144f., 148, 396, 472, 604, 701f., 711, 721, 733, 754, 784, 970, 1054
 Kommunalwahlen s. auch einzelne Länder XIII, XVII, XXVIII, 8, 65, 120f., 254, 288, 325, 350*, 445, 457, 460, 506, 676, 684, 701, 728*, 753f., 771f., 774, 777, 800, 814, 935
 Kommunismus, Kommunisten, kommunistische Parteien 92, 296, 351, 367, 380, 387, 459, 545, 643, 645, 666, 709, 713, 715, 739, 752, 778, 1004, 1082
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD, KPD/ML) 378f.
 Konjunkturpolitik 464
 Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. XII, XL, 29*, 74, 144f., 156–158, 175, 226, 230, 297f., 398, 414, 433, 527, 673f., 726, 817, 820f., 896, 981, 988, 1068, 1078
 – Eichholz 39
 Konstruktives Mißtrauensvotum XVIII, XXIf., 363, 841, 910, 913, 929f., 933, 940, 942f., 948, 972, 998*
 Korea 112, 250, 682
 KPdSU 231, 349*, 655*, 850*, 1034, 1113
 Krankenversicherung XV, XXIII, 51*, 213, 261f., 447, 506, 725, 783, 839, 955f., 962, 964, 1009, 1088*
 Kreisau 161*, 541
 Kreuth s. Wildbad-Kreuth
 Kreuznach 838
 Kriegsdienstverweigerung s. auch Wehrdienst XXIV, 28*, 134, 167, 423, 424*, 425, 458, 547*, 565, 1003
 Kriminalität s. Innere Sicherheit
 Krümmel 288
 Kuba 677, 1014*
 Kultusministerkonferenz 600, 728, 762–765, 884
 Lagertheorie s. Politische Lager
 Landstuhl 652
 Landwirtschaft s. Agrarpolitik
 Lateinamerika 559, 680, 848
 Lauenburg 288
 Leipzig 990
 Leitende Angestellte s. auch Mitbestimmung 14, 47, 86, 477, 790, 795f., 878, 956, 994
 Lingen 288
 Linksextremismus, -radikalismus s. auch Kommunismus 323, 937, 1004
 Lohnpolitik s. auch Vermögensbildung XV, 318, 918, 1009f., 1012, 1023f., 1051
 London s. auch Großbritannien XXXV, 274, 624f., 678, 706, 971, 987, 1066, 1085
 Ludwigshafen XXV, XXIX*, 10*, 56, 63, 93, 258*, 299, 342, 438, 472, 508, 512f., 531, 668, 795, 837, 862, 979f., 1067*, 1092, 1102
 Lübeck 752, 754
 Luxemburg 625, 825*, 831, 987, 991, 995, 1012
 Mainz s. auch Rheinland-Pfalz 9*, 34, 104, 121, 125, 127, 469, 473, 764*, 791
 Malta 143, 439
 Mannesmann, s. auch Mitbestimmung 42–44, 435, 774
 Mannheim s. auch CDU- und SPD-Bundesparteitage XXVI, XXXI, 3, 40, 93, 219, 226–228, 250*, 274–276, 279, 309, 320, 324, 326, 336f., 344, 346, 393, 403, 436, 469, 481, 494, 501, 530, 538, 563, 571, 581, 596, 616, 654, 673, 687, 719f., 725f., 979f., 1075
 Marburg 367, 406*
 Medien (Medienlandschaft), Medienpolitik XXXIIf., 5, 7, 16, 19, 23, 26, 40, 63, 65, 69, 77, 84, 93, 102, 106–108, 110f., 115–117, 119–123, 126f., 132, 134f., 137, 163, 169, 185, 189, 200, 207f., 216,

- 219, 221f., 224, 226, 286, 288, 383, 394, 403, 411, 466, 514, 646, 652, 658, 685, 690, 698–700, 716, 731, 802, 827f., 830, 853, 874, 919, 936, 949, 978, 994f., 1000, 1014, 1019, 1025–1027, 1032, 1040f., 1060–1062, 1064, 1068, 1070–1072, 1074–1076, 1078–1080, 1083f., 1097
- Fernsehen, Rundfunk allg. XXXIII, 30, 52, 69, 85, 89, 105, 111f., 115, 120–122, 131, 134f., 216, 219, 221, 235, 242, 288f., 353, 359, 368, 372f., 378, 383, 459, 473, 498, 525, 549, 556, 646, 649, 658f., 667, 700, 732, 741, 775, 795, 813, 829, 833, 837, 904, 915, 943, 978, 981, 994, 1018f., 1023, 1029, 1062, 1079f., 1083, 1095
- Kabelfernsehen 77, 93f., 200, 214, 1024
- öffentlich-rechtliche Anstalten
- – – ARD 20*, 394, 646, 687, 975, 995, 1020, 1021*, 1068, 1075
- – – Norddeutscher Rundfunk (NDR) 200
- – – Südwestfunk 298, 1021, 1076, 1078
- – – Westdeutscher Rundfunk (WDR) 1021
- – ZDF 394, 975, 995, 1020–1022
- Printmedien
- – „Augsburger Zeitung“ 67
- – „Bild“, „Bild am Sonntag“ 557, 563, 688, 691, 698, 711, 802, 1048, 1078
- – „Die Welt“, „Welt am Sonntag“ 242, 261, 401, 511, 646
- – dpa 163, 686, 799, 933, 948
- – „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 66, 105f., 109, 290, 394, 480, 700, 732
- – „Frankfurter Rundschau“ 369
- – Magazine und Illustrierte
- – – „Der Spiegel“ 56, 69, 120, 232, 357, 363, 488, 638, 685, 690–692, 697f., 701, 802, 842, 1033
- – – „Der Stern“ 56, 69, 72, 120, 384, 638, 646, 685, 690f., 802
- – – „Die Zeit“ XX, 69, 619, 655, 669, 802, 1080
- – „Rheinischer Merkur“ 99
- – „Süddeutsche Zeitung“ 700
- – Tages- und Wochenzeitungen
- – „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ 205*, 764*, 1049
- Meinungsumfragen, -klima s. Demoskopie
- Menschenbild s. auch CDU, „C“ XXIXf., 169, 399, 540, 583, 603, 856
- Menschenrechte s. auch CDU, „C“ 178, 181, 247f., 259, 265, 418, 426, 609, 679, 693, 715, 1005
- Mieten, Mietpreis, -recht XXIV, 300, 302, 306f., 309–312, 340, 380, 745, 957, 1024, 1031, 1037, 1039, 1043f., 1047, 1049, 1051, 1089
- Milwaukee 988
- Minderheiten, -rechte 751, 997*
- Minderheitskabinett 931
- Mineralölsteuer 46, 71, 78, 351*, 352, 746
- Mitbestimmung 42*, 43, 45, 47, 284f., 352f., 435, 825, 1048, 1104
- Mittelstreckenraketen, Stationierung, Verhandlungen (s. auch Pershing, Nato-Doppelbeschluß) 388, 627, 630, 634f., 1065
- Montanunion 43, 1104
- Moskau s. auch Sowjetunion XXXVI, 81, 349*, 574f., 620, 622*, 630, 634, 637, 707, 740, 988*, 1034
- Moskauer Vertrag (1970) 60
- Mülheim (Ruhr) 1058, 1096
- München s. auch Bayern CSU 28, 30, 33, 111, 116*, 203*, 224*, 230, 281, 306, 489, 650, 684, 730, 745, 749, 751, 799*, 842, 862, 914f., 929, 933, 936, 943f., 950, 953, 1048, 1080f.
- Münster 254, 329, 453, 588, 715, 1096
- Nachrüstung s. NATO-Doppelbeschluß
- Naher Osten, Nahostkonflikt 418, 831
- Namibia 557f.
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 511*, 770, 844
- Nationalsozialismus (auch NSDAP) 33*, 351, 1069
- NATO XIV, XIXf., XXVIII, XXXIV, 37*, 59, 67, 107, 147, 157, 185, 206, 230*, 239, 250, 388, 390*, 397, 399, 418, 451, 484, 495, 548, 551, 555, 567*, 573, 575, 620, 623, 625*, 626–630, 633, 638, 644, 645*, 648, 652, 655, 658, 661, 663*, 678, 684, 693, 695, 698, 729–731, 733, 737, 741, 836, 845, 848, 874, 917, 937, 984f., 995*, 999, 1005, 1038
- NATO-Doppelbeschluß, Nachrüstung XIVf., XIXf., XXVIII, XXXIV, 59, 287, 296, 298, 350, 388, 390, 397, 489, 567, 620, 630f., 635f., 638, 644, 648, 656, 662, 666, 698, 778, 803, 845, 848, 914, 917, 922, 1005, 1038, 1065
- Neonazismus 1069
- Neue soziale Frage 200, 219, 726, 766, 781
- Neutralismus, Pazifismus 196, 282, 296f., 299, 353, 393, 423–425, 461, 483, 485, 626, 632, 681, 1001
- New York 101*, 631, 646, 693*
- Nichtverbreitungsvertrag s. Atomwaffensperrvertrag
- Niederlande 299, 349f., 387, 415f., 455, 575, 626, 639, 650, 825*, 984*
- Niedersachsen s. auch Hannover XVI, 8, 12f., 51, 115, 166*, 171, 202, 208, 217, 288, 316, 347, 365, 381f., 437, 455, 461, 506, 556, 558, 595, 614, 635, 676, 684, 703, 710, 722, 745, 752–756, 764, 768–771, 773f., 776f., 779–784, 786, 800, 805, 813, 815, 819, 849, 875, 883, 888, 903, 915, 923f., 965, 1068, 1097f.
- CDU-Landesverband Braunschweig 614f.
- CDU-Landesverband Oldenburg 614f.
- Koalitionsbildung 51
- Kommunalwahl 1981 506
- Landtagswahlen 1982 XVI, 8, 12, 347, 455, 635, 676, 684, 745, 754f., 768, 770f., 774, 776, 779–782, 784, 786, 800, 815, 883
- Norderstedt 752, 756
- Nordrhein-Westfalen s. auch Düsseldorf XXI, 8, 22, 44, 74, 93, 95, 256, 275, 293, 366, 389, 403, 448, 454, 467, 561, 588, 614f., 667, 708, 719, 735, 748, 764, 776, 785–787, 789, 793, 796, 822, 826, 841*, 849, 890, 903, 906f., 911f., 944, 982, 987

- 1016, 1025, 1046, 1048f., 1058, 1068,
- 1088–1090, 1098, 1103, 1107
- CDU-Landesverband Rheinland 76, 231, 278, 597, 614, 737, 944f.
- CDU-Landesverband Westfalen-Lippe 435, 446, 467, 614, 944, 1049, 1059
- Landtagswahlen 1980 667, 708, 1088
- Landtagswahlen 1985 XXI, 1090
- Nord-Süd-Politik s. auch Dritte Welt XII, XXV, 169, 176f., 180f., 184–188, 191, 196, 199, 225f., 256, 261f., 277, 279, 444, 475
- Norwegen 143, 575
- Nürnberg (s. auch Bundesanstalt für Arbeit) 90, 352*, 416, 651, 747, 1021
- Oberhausen 944
- Oder-Neiße-Grenze 408*
- Öffentliche Meinung 88, 100–103, 105*, 107, 123, 132, 162, 364, 416, 638, 640, 663, 695, 708
- Öffentlicher Dienst (s. auch Gewerkschaften) XV, 290, 504, 768, 781, 788–790, 793–796, 802, 878, 955f., 964, 971f., 1017
- Radikale/Verfassungsfeinde 20, 59, 107, 126
- Tarifverhandlungen 761, 768, 789–791, 794
- Ökologie (s. auch Umweltpolitik) 256, 258, 277, 279, 353, 368, 1088
- Österreich 75*, 143, 680, 844, 1103
- Österreichische Volkspartei (ÖVP) 651, 740
- Offenbach 367f., 777
- Offenburg 1076
- Olympiade 1980 51, 575
- Oppositionsrolle, -verständnis s. auch Sonthofen Xf., XIII, 52, 54, 99*, 136, 139, 144f., 148, 150*, 153, 232, 249, 392, 468, 489, 506, 635, 696, 740, 773, 781, 830, 846, 857f., 916, 1026, 1040
- Ostblock s. auch Warschauer Pakt XXIX, XXXVI, 574, 709, 988
- Osteuropapolitik XXXVII, 60, 231, 570, 572f., 575, 635, 693*, 1001
- Ostpolitik XXXVII, 60f., 66, 119, 177, 180, 185f., 189, 191f.
- Ost-West-Konflikt XII, 181, 191, 553
- Palästinenser 246
- Papst s. Kirchen
- Paragraph 218 20, 57, 126, 131, 224, 385, 519, 1089, 1090*, 1092, 1094, 1097f., 1102
- Paris s. auch Frankreich XXXIVf., 88*, 387, 484, 514*, 677f., 708*, 717, 837, 847, 974, 985*, 987, 1066, 1073, 1080*, 1085
- Parteienfinanzierung XV, 157, 691f., 749*, 818, 1100*
- Parteispendenaffäre XIV, 684*, 743, 749*
- Parteiensystem 5, 446, 814f.
- Pershing 630, 635–638, 661
- Pflege/Pflegeversicherung 761, 782f., 886, 963
- Polen s. auch Warschau XXIX, XXXV–XXXVII, 9, 49, 81, 88, 197, 231, 260, 284, 287, 349, 354, 362, 556f., 570, 572, 575, 645, 654, 657–659, 676f., 678*, 679–681, 684, 688, 692–695, 697f., 706–708, 712f., 715–718, 724, 739, 825, 836f., 848, 869, 874, 877, 989, 1000f., 1005, 1014
- Polenpolitik XXXVII
- Streikbewegung 9*
- Politische Lager IX, 47, 56f., 68, 186, 230, 282–284, 359, 387, 489, 532, 651, 686, 743f., 774, 778, 903f., 990, 1083, 1091
- Polizei, auch Kriminalpolizei 290, 295, 358–360, 518, 653f., 736
- Portugal 388*, 439, 824, 987
- Post s. Bundespost
- Prag s. auch CSSR 677
- Preisentwicklung 682, 739, 1074
- Privatisierungspolitik 212, 338f., 579, 581, 1016
- Radikale Parteien 283f., 672, 844, 937, 1004
- Rechtspolitik s. auch Innere Sicherheit 57, 604
- Paragraph 218 20, 57, 126, 131, 224, 385, 519, 1089, 1090*, 1092, 1094, 1097f., 1102
- Rechtsradikalismus s. auch NPd 283f., 672, 752, 844
- Rechtsstaat 13, 20, 295, 493, 518, 548, 607, 612, 624, 747
- Regierungs(um)bildung, Koalitionen allg. XVII, 350, 772, 786, 844, 913, 1020f.
- Regionalpolitik s. auch Strukturpolitik 1046, 1104, 1107
- Rentenpolitik, Rentenreform, Rentenversicherung XXIII, 3, 9, 16, 26, 491, 502–504, 673, 720, 722, 725, 945, 955f., 962, 964f., 1072, 1088*, 1089
- Partnerrente 1052
- Rheinland-Pfalz s. auch Mainz 357, 1068, 1085
- CDU-Landesverband 357
- Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS) s. CDU, Vereinigungen
- Ring Freiheitlicher Studenten 511*, 528*, 1115
- Römische Verträge 188, 825*
- Rom s. auch Italien 624*, 678
- Rosenheim 57, 355
- Rüstung, Rüstungsindustrie s. auch Abrüstung XIX, XX*, XXXVII, 238–241, 242*, 243, 245, 247–249, 388*, 391f., 400, 419f., 423, 494, 546f., 550, 566, 568, 627, 634, 643, 645, 647, 655, 657, 663, 670, 798*, 823, 831, 854, 856, 865, 988, 1006, 1009*, 1065
- Ruhrgebiet 14, 95, 123, 444, 456, 465, 472, 793, 823, 843, 875, 929, 1034, 1049, 1058, 1061, 1090, 1106
- Rumänien 659, 1014
- Rußland 659, 680*
- Saarbrücken s. auch Saarland 211
- Saarland 8, 41*, 59, 152*, 155, 293, 325*, 348*, 409, 490, 556, 586, 696, 719, 764, 826, 849, 1013
- CDU-Landesverband 59
- Landtagswahlen 1980 8
- Sachverständigenrat, Jahresgutachten 702, 955
- SALT 634
- Salzburg 355
- Salzgitter 771, 1013, 1034*, 1097*
- Saudi-Arabien 233*, 239, 241f., 246, 248, 250, 392, 418

- Schifferstadt 488
- Schleswig-Holstein s. auch Kiel XVI, XXVIII, 3, 12f., 115, 208, 288f., 291, 316, 328, 366, 483, 556, 676, 684, 700f., 710, 728, 742f., 745, 751, 753–755, 758, 764, 774, 777, 779, 781, 784, 788, 800, 805, 814, 819, 822, 849, 861, 908, 997, 999, 1037, 1073, 1091, 1095
- CDU-Landesverband 291, 728, 754, 1091
 - Kommunalwahl 1982 XVI, XXVIII, 676, 684, 710, 728, 742f., 774, 777, 779, 781, 784, 800, 819
 - Landtagswahlen 1979 12
- Schul- und Hochschulreform s. Bildungspolitik
- Schwalbach 773f.
- Schweden 680
- Schweiz 31, 161*, 378*, 421*, 424, 440, 601, 880, 1040*
- Segeberg 756
- Selbstbestimmungsrecht 178, 1058
- Seniorenpolitik 347, 1061
- Sicherheit s. Innere Sicherheit
- Sicherheitspolitik s. Außenpolitik
- Solidarność XXXVI, 284*, 677*, 712, 739
- Somalia 572
- Sonthofen (Oppositionsstrategie) XI, 151
- Sowjetunion s. auch Moskau XIX, XXXVIf., 49, 177, 191, 243, 246, 260, 284, 349, 354, 362, 419f., 550f., 553, 556, 568–570, 572–574, 627f., 630–637, 644, 654–657, 661–663, 670, 679, 693f., 706f., 709, 717f., 738, 837, 848, 853f., 859, 989, 1006, 1024, 1080, 1082
- Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland 484*, 984*, 989*
 - deutsch-sowjetischer Vertrag (1970) s. Moskau, Moskauer Vertrag
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) passim
- Bundesparteitage 56*, 489, 635, 684, 808, 919, 931
 - Jungsozialisten 122, 206, 281, 416, 483, 799, 1004*, 1080
 - Programm allg.
 - Godesberger Programm 56*, 67f.
 - Regierungsprogramm 86
 - Sozialistischer Hochschulbund (SHB), Sozialistischer Deutscher Studentenbund 367
- Soziale Marktwirtschaft XXVI–XXVIII, 83, 183, 211, 214, 256, 258f., 272, 275–277, 279, 312, 316, 330, 342f., 464, 500–503, 519, 523f., 534f., 578, 581, 584, 586, 592, 612, 681*, 858*, 923, 931, 978f., 1064
- Soziale Sicherung s. auch Sozialpolitik 11, 216, 724f., 788
- Sozialismus XXXVIII, 25, 28, 31, 35, 82, 141, 231, 284, 286, 318, 342, 394, 463, 803, 858
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 9*, 51*, 284*
- Sozialistische Internationale 440, 741
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) 367
- Sozialpolitik s. auch Neue soziale Frage XVIII, XXIII, 26, 56, 71, 210–213, 225, 259, 261, 343, 369, 452, 488, 524, 607, 686, 689, 746, 796, 821, 926, 954f., 960, 962f., 971, 979, 984
- Kindergeld XXIV, 152, 468, 471, 491, 503f., 506, 516f., 579, 588f., 593f., 872, 956f., 1054, 1072
 - Paragraph 218 20, 57, 126, 131, 224, 385, 519, 1089, 1090*, 1092, 1094, 1097f., 1102
 - soziale Sicherung 11, 216, 724f., 788
 - Vermögenspolitik 214, 577, 579–581, 583, 585f., 589, 699, 702, 704, 745, 910, 921, 925, 959, 961, 965f., 993, 1008, 1013, 1015, 1051f.
- Spanien 418, 650*, 824
- Sport 2*, 73*, 128, 130, 202, 325*, 406*, 407*, 409*, 466, 740*, 1027
- Staatsbürgerliche Vereinigung 492
- Staatsbürgerschaftsrecht s. DDR
- Stabilitätspolitik XXXVI, 183, 491, 568, 571, 702, 923, 930, 1015, 1028, 1050
- Stammheim 51
- Steuerpolitik allg., passim 287, 957, 1037, 1043
- s. auch Steuerentlastung 217, 958
 - s. auch Steuererhöhung XVI*, XXIII, 71, 79, 491, 710, 787, 872, 965, 988
 - s. auch Vermögenspolitik 214, 577, 579–581, 583, 585f., 589, 699, 702, 704, 745, 910, 925, 959, 961, 965f., 993, 1008, 1013, 1015, 1051f.
- Strafrecht s. Paragraph 218, Homosexualität
- Streiks 489, 792f., 795
- Strukturpolitik 1106
- Stuttgart s. auch Baden-Württemberg 124, 211, 418, 563, 611, 632, 666, 683, 738, 797, 810, 894, 980, 992, 1009, 1017, 1022, 1103
- Tarifverhandlungen/-abschlüsse 454, 702, 704f., 761, 768, 789–791, 794, 797, 955f., 967, 999*
- Teilzeitarbeit 170, 204, 444, 1052
- Terrorismus 58f., 68, 80, 163, 297f., 349*
- Trier 321, 482*, 721, 848
- Tschechoslowakei s. ČSSR
- Tübingen 90, 161*, 421, 547*, 721*, 854*, 895, 1118
- Türkei, Türken XXVIII, XXXV, 51, 188f., 215, 418, 561, 563, 693, 752, 795, 825, 1023
- Ulm 57, 789, 791
- Umweltpolitik 979, 1002, 1032*, 1052
- Ungarn XXXVI, 561*, 632
- UN, UNO s. Vereinte Nationen
- USA s. Vereinigte Staaten von Amerika
- Vatikan 75*, 349
- Venedig 63*, 570
- Vereinigte Staaten von Amerika s. auch Washington XIX, 59, 104, 143, 193, 242, 260, 349, 455, 630, 646, 673, 678, 696, 707f., 734, 740, 778, 871, 875, 987f.
- Besuche 455, 987, 1064f.
 - Deutsch-amerikanische Beziehungen XIX, 328*, 576, 696, 731, 740, 917*, 987, 996*
 - Kongreß 49*, 677

- Truppen in Europa 1065
- Vereinte Nationen (UN, UNO) 559f., 569, 694
- Verfassung s. auch Grundgesetz XXII, 59, 134, 207, 286, 424, 458, 508, 565, 607f., 643, 700, 747, 813, 839, 841, 907, 921, 987, 994, 998, 1098, 1100*
- Verkehr/Verkehrspolitik 472, 869*
- Vermittlungsausschuß XI, XXX, XXXII, 55, 150f., 230, 470, 504, 624f., 696, 711, 746, 761*, 762, 772, 790, 877
- Vermögensbildung 214, 577, 579–581, 583, 585f., 699, 702, 704, 745, 910, 925, 959, 961, 965f., 993, 1008, 1013, 1015, 1051f.
- Verteidigungspolitik 195f., 199, 247, 400, 417, 421, 495, 544f., 619, 638f., 641, 661, 668f., 734, 799, 821, 865
- Vertriebene, Vertreibung 61, 63, 83, 190, 322, 570
 - Bund der Vertriebenen 63
 - Sudetendeutsche Landsmannschaft 61, 473
- Vier-Mächte-Abkommen (1971/72) s. Berlin
- Vierte Partei (auch CSU-Freundeskreise) XVI, 143f., 445, 487, 743, 768f., 786, 810
- Vietnam, Flüchtlinge XXIX, 165, 556–565, 670, 692, 713
- Vollbeschäftigung s. Arbeitsmarktpolitik

- Währungspolitik 182
- Wahlkampfkosten 228, 432, 440, 749f., 977
- Wahlrecht s. auch Mitbestimmung XXVIII, 30, 195, 386, 486, 561, 564, 607, 807*, 826f., 830, 840, 845, 855, 1006, 1092
- Wald, Waldsterben 1047, 1052, 1103
- Warschauer Pakt 49, 81*, 677*, 984
- Warschau s. auch Polen 677
- Washington 230*, 349*, 455, 484, 633, 637, 662, 692, 706f., 836, 987*, 988, 1064f., 1085
- Wehrdienst 31, 91, 126, 195, 197, 206, 417, 423–425, 458, 467, 507, 520, 565f., 664, 852, 887, 899f., 1002f.
- Weimarer Republik 6
- Weltwährungspolitik s. Währungspolitik
- Weltwirtschaft 177, 191, 570*, 591
 - Wirtschaftsgipfel Venedig 1980 570
 - Wirtschaftsgipfel Williamsburg 1983 987*
- Wevelsfleth 289

- Wiedervereinigung s. Deutsche Einheit
- Wien 458*, 561, 651, 721, 732*
- Wiesbaden s. auch Hessen 445, 883
- Wildbad Kreuth 95*
- Wirtschaftspolitik allg. s. auch Konjunkturpolitik IXf., XVIII, 11, 35, 170, 182, 206, 245, 292, 352, 408, 466, 500, 504, 515f., 524, 585, 686, 705, 772, 787, 802, 821, 858, 867, 919, 926, 960, 979, 1037, 1052, 1062, 1085, 1101
 - Inflation 215, 232, 311, 352, 491, 714, 945, 957
 - Konjunkturentwicklung XV, 429, 590, 788, 870, 1012, 1044
 - Soziale Marktwirtschaft s. dort
 - Stabilitätspolitik 491, 702, 923, 930, 1015, 1028, 1050
 - Steuerpolitik XVI, XXIII, XXXII*, 69, 71, 79, 150, 151*, 199, 204, 217, 233, 254, 287, 301, 303f., 432f., 454f., 468, 491, 517, 568, 571, 579f., 588–590, 697, 699, 709f., 746, 787, 815, 839, 865, 871f., 921, 926, 930, 957–959, 964, 968–970, 1036–1038, 1041, 1043, 1050–1052
- Wohnungspolitik 264, 311, 317, 343
 - Wohngeld 300, 302, 307, 309–313, 1041, 1056
 - Wohnungsbau XI*, XV, XXIV, XXV*, XXVIII*, XXXIf., 36, 78, 84, 152, 179, 194, 206, 209f., 217, 220, 233, 252, 254f., 257, 259–261, 264, 280, 295, 300, 305, 307f., 311–313, 315–317, 320, 324, 327f., 331f., 337–341, 346, 380, 390, 394, 443, 464, 469, 504, 515, 536f., 696, 699, 711f., 724, 741*, 743*, 745, 788, 858, 910, 915, 953, 957–959, 966, 1013, 1016, 1045, 1050f., 1056, 1074, 1077, 1079, 1081
- Wolfsburg 771, 1061, 1066, 1069
- Wyhl 638, 643

- Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) 162, 642, 665
- Zentralverband des deutschen Handwerks 1033
- Zentrum (Weimarer Republik) 172, 174, 1099
- Zivildienst, Ersatzdienst s. Wehrdienst
- Zweiter Weltkrieg 197, 349, 553, 570, 573, 640, 651*, 655, 670

Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

- 1 Hans Günter Hockerts: *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*. Stuttgart 1980, 463 S., ISBN 3-12-912910-3
- 2 *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat*. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion. Eingeleitet und bearbeitet von Rainer Salzmänn. Stuttgart 1981, XLIV + 701 S., ISBN 3-12-912930-8
- 3 Franz J. Bauer: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950*. Stuttgart 1982, 444 S., ISBN 3-608-91066-2
- 4 *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945–1980*. Erstellt von Gerhard Hahn. Stuttgart 1982, LXVIII + 961 S., ISBN 3-12-912940-5
- 5 Christian Hacke: *Die Ära Nixon–Kissinger 1969–1974*. Konservative Reform der Weltpolitik. Stuttgart 1983, 319 S., ISBN 3-608-91228-2
- 6 Ulrich Reusch: *Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung*. Planung und Politik 1943–1947. Stuttgart 1985, 419 S., ISBN 3-608-91231-2
- 7 Wulf Schönbohm: *Die CDU wird moderne Volkspartei*. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980. Stuttgart 1985, 343 S., ISBN 3-608-91233-9
- 8 Adenauer: „*Es mußte alles neu gemacht werden*.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. Bearbeitet von Günter Buchstab. Stuttgart 1986, 1. u. 2. Aufl., XXIX + 700 S., ISBN 3-608-91426-9
- 9 *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft*. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–1947. Bearbeitet von Christine Blumenberg-Lampe. Stuttgart 1986, 633 S., ISBN 3-608-91399-8
- 10 Wolfgang Krieger: *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*. Stuttgart 1987, 560 S., ISBN 3-608-91443-9
- 11 *Im Zentrum der Macht*. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearbeitet von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner. Düsseldorf 1989, XLIV + 757 S., ISBN 3-7700-0763-8
- 12 Horstwalter Heitzer: *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949*. Gründung, Organisation, Programm und Politik. Düsseldorf 1988, 814 S., ISBN 3-7700-0755-7
- 13 *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat*. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949. Bearbeitet von Rainer Salzmänn. Düsseldorf 1988, 481 S., ISBN 3-7700-0756-5
- 14 Margaret Lavinia Anderson: *Windthorst*. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks. Aus dem Amerikanischen von Christa Dericum und Hildegard Möller. Düsseldorf 1988, X + 466 S., ISBN 3-7700-0774-3
- 15 *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986*. Mit Nachträgen 1945–1980. Erstellt von Brigitte Krahe und Michaela Seibel. Düsseldorf 1990, XIX + 687 S., ISBN 3-7700-0798-0
- 16 Adenauer: „*Wir haben wirklich etwas geschaffen*.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1990, XXXVII + 1.380 S., ISBN 3-7700-0799-9

- 17 *Die Unionsparteien 1946–1950*. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden. Bearbeitet von Brigitte Kaff. Düsseldorf 1991, XXXII + 845 S., ISBN 3-7700-0796-4
- 18 Karl-Ulrich Gelberg: *Hans Ehard*. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954. Düsseldorf 1992, XV + 600 S., ISBN 3-7700-0976-2
- 19 Michael Richter: *Die Ost-CDU 1948–1952*. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. Düsseldorf 1991, 2. korr. Aufl., 488 S., ISBN 3-7700-0916-9; Paperback, ISBN 3-7700-0917-7
- 20 Günther Schulz: *Wiederaufbau in Deutschland*. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957. Düsseldorf 1994, 405 S., ISBN 3-7700-0975-4
- 21 Michael Gante: *§ 218 in der Diskussion*. Meinungs- und Willensbildung 1945–1976. Düsseldorf 1991, XIII + 417 S., ISBN 3-7700-0956-8; Paperback, ISBN 3-7700-0963-0
- 22 Günther Schulz (Hg.): *Wohnungspolitik im Sozialstaat*. Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960. Düsseldorf 1993, 363 S., ISBN 3-7700-0974-6
- 23 Horst Osterheld: *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966*. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt. Düsseldorf 1992, 421 S., ISBN 3-7700-0996-7
- 24 Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1994, XXVIII + 1.117 S., ISBN 3-7700-1870-2
- 25 *Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987–1990*. Bearbeitet von Thomas Schaarschmidt und Hildegard Krengel. Düsseldorf 1994, 659 S., ISBN 3-7700-1873-7
- 26 Daniel Kosthorst: *Brentano und die deutsche Einheit*. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961. Düsseldorf 1993, 463 S., ISBN 3-7700-1871-0
- 27 Martin Reißmann: *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971*. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei. Düsseldorf 1995, 350 S., ISBN 3-7700-1874-5
- 28 Heinrich Krone: *Tagebücher*. Erster Band 1945–1961. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 1995, XXVII + 600 S., ISBN 3-7700-1876-1
- 29 Yorck Dietrich: *Eigentum für jeden*. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961. Düsseldorf 1996, 484 S., ISBN 3-7700-1877-X
- 30 Wilfried Mausbach: *Zwischen Morgenthau und Marshall*. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947. Düsseldorf 1996, 438 S., ISBN 3-7700-1878-8
- 31 Ludger Gruber: *Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1980*. Eine parlamentshistorische Untersuchung. Düsseldorf 1998, 512 S., ISBN 3-7700-1879-6
- 32 Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1998, XXXIX + 1.011 S., ISBN 3-7700-1881-8
- 33 Sven Olaf Berggötz: *Nahostpolitik in der Ära Adenauer*. Möglichkeiten und Grenzen 1949–1963. Düsseldorf 1998, 528 S., ISBN 3-7700-1880-X
- 34 Ursula Reucher: *Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung (1956–1965)*. Ein Beitrag zur Geschichte bundesdeutscher Sozialpolitik. Düsseldorf 1999, 287 S., ISBN 3-7700-1882-6
- 35 Michael Borchard: *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion*. Zur politi-

- schen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955. Düsseldorf 2000, 349 S., ISBN 3-7700-1883-4
- 36 Ralf Thomas Baus: *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948*. Gründung – Programm – Politik. Düsseldorf 2001, 590 S., ISBN 3-7700-1884-2
- 37 Alexander Troche: „*Berlin wird am Mekong verteidigt*“. Die Ostasienpolitik der Bundesrepublik in China, Taiwan und Süd-Vietnam 1954–1966. Düsseldorf 2001, 518 S., ISBN 3-7700-1885-0
- 38 Niels Hansen: *Aus dem Schatten der Katastrophe*. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht. Düsseldorf 2002, 891 S., ISBN 3-7700-1886-9
- 39 Torsten Oppeland: *Gerhard Schröder (1910–1989)*. Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Düsseldorf 2002, 797 S., ISBN 3-7700-1887-7
- 40 Guido Hitze: *Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen*. Düsseldorf 2002, 1.439 S., ISBN 3-7700-1888-5
- 41 Bernhard Forster: *Adam Stegerwald (1874–1945)*. Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien. Düsseldorf 2003, 748 S., ISBN 3-7700-1889-3
- 42 Winfried Herbers: *Der Verlust der Hegemonie*. Die Kölner CDU 1945/46–1964. Düsseldorf 2003, 666 S., ISBN 3-7700-1890-7
- 43 Dagmar Nelleßen-Strauch: *Der Kampf um das Kindergeld*. Grundanschauungen, Konzeptionen und Gesetzgebung 1949–1964. Düsseldorf 2003, 317 S., ISBN 3-7700-1891-5
- 44 Heinrich Krone: *Tagebücher*. Zweiter Band 1961–1966. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2003, XXX + 575 S., ISBN 3-7700-1892-3
- 45 Guido Hitze: *Verlorene Jahre?* Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975–1995. Teil I: 1975–1985; Teil II: 1985–1990; Teil III: 1990–1995. 3 Bde. Düsseldorf 2010, 3.592 S., ISBN 978-3-7700-1893-2
- 46 Matthias Stickler: „*Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch*“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2004, 511 S., ISBN 3-7700-1896-6
- 47 Andreas Grau: *Gegen den Strom*. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973. Düsseldorf 2005, 556 S., ISBN 3-7700-1897-0
- 48 Rainer Moltmann: *Reinhold Heinen (1894–1969)*. Ein christlicher Politiker, Journalist und Verleger. Düsseldorf 2005, 373 S., ISBN 3-7700-1898-2
- 49 Birgit Ramscheid: *Herbert Blankenhorn (1904–1991)*. Adenauers außenpolitischer Berater. Düsseldorf 2006, 460 S., ISBN 3-7700-1901-6
- 50 Kiesinger: „*Wir leben in einer veränderten Welt*.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969. Bearbeitet von Günter Buchstab unter Mitarbeit von Denise Lindsay. Düsseldorf 2005, XL + 1.566 S., ISBN 3-7700-1899-0
- 51 Stefan Marx: *Heinrich Köppler (1925–1980)*. Politik aus christlicher Verantwortung. Düsseldorf 2006, 348 S., ISBN 3-7700-1902-4
- 52 Peer Oliver Volkmann: *Heinrich Brüning (1885–1970)*. Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie. Düsseldorf 2007, 883 S., ISBN 978-3-7700-1903-8

- 53 Kordula Kühlem: *Hans Kroll (1898–1967)*. Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2008, 697 S., ISBN 978-3-7700-1904-5
- 54 Heinrich Küppers: *Johannes Hoffmann (1890–1967)*. Biographie eines Deutschen. Düsseldorf 2008, 603 S., ISBN 978-3-7700-1905-2
- 55 Ernst Majonica: *Das politische Tagebuch 1958–1972*. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann. Düsseldorf 2011, LXXVI + 765 S., ISBN 978-3-7700-1906-9
- 56 Barzel: „*Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition*“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearbeitet von Günter Buchstab mit Denise Lindsay. Düsseldorf 2009, LII + 1.593 S., ISBN 978-3-7700-1907-6
- 57 Niels Hansen: *Franz Böhm mit Ricarda Huch*. Zwei wahre Patrioten. Düsseldorf 2009, 540 S., ISBN 978-3-7700-1908-3
- 58 Christian Schwießelmann: *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Mecklenburg und Vorpommern*. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes (1945–1952). Düsseldorf 2011, 512 S., ISBN 978-3-7700-1909-0
- 59 Ingrid Jander: *Politische Verfolgung in Brandenburg 1949 bis 1953*. Der Kampf gegen Ost-CDU, Bauern und Kirchen im Spiegel der Akten von SED und Staatssicherheit. Düsseldorf 2012, 628 S., ISBN 978-3-7700-1910-6
- 60 Matthias Stenger: *Transnationale Parteienzusammenarbeit*. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (1974–1992). Düsseldorf 2011, 492 S., ISBN 978-3-7700-1911-3
- 61 Georg S. Schneider: *Alois Mertes (1921–1985)*. Das außenpolitische Denken und Handeln eines Christlichen Demokraten. Düsseldorf 2012, 571 S., ISBN 978-3-7700-1912-0
- 62 Christoph von Hehl: *Adolf Süsterhenn (1905–1974)*. Verfassungsvater, Weltanschauungspolitiker, Föderalist. Düsseldorf 2012, 679 S., ISBN 978-3-7700-1913-7
- 63 Stefan Marx: *Der Krefbronner Kreis*. Die Protokolle des Koalitionsausschusses der ersten Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD. Düsseldorf 2013, 301 S., ISBN 978-3-7700-1914-4
- 64 Helmut Kohl: *Berichte zur Lage 1989–1998*. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschland. Bearbeitet von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2012, LXXXI + 1.150 S., ISBN 978-3-7700-1915-1
- 65 Helmut Kohl: *Berichte zur Lage 1982–1989*. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschland. Bearbeitet von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2014, LXXV + 814 S., ISBN 978-3-7700-1916-8
- 66 Hanns Jürgen Küsters (Hg.): *Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten*. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013). Düsseldorf 2014, 431 S., ISBN 978-3-7700-1918-2
- 67 Kohl: „*Wir haben alle Chancen*“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976. Bearbeitet von Günter Buchstab. 2 Teilbände. Düsseldorf 2015, LIII + 2.203 S., ISBN 978-3-7700-1920-5
- 68 Kohl: „*Stetigkeit, Klugheit, Geduld, und Zähigkeit*“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980. Bearbeitet von Günter Buchstab. 2 Teilbände. Düsseldorf 2018, LXII + 2.530 S., ISBN 978-3-7700-1922-9

- 69 Peter Molt: Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. 2. Aufl. Düsseldorf 2018, 374 S., ISBN 978-3-7700-1923-9
- 70 Kohl: „*Gelassenheit und Zuversicht*“: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 2018, XLVI + 1.145 S., ISBN 978-3-7700-1924-3